Rede Dr. E.J. G u m b e l über

" Die Kriegsrüstungen der imperialistischen Staaten "

auf der Kundgebung des Gründungskongresses des Bundes der Freunde der Sowjet-Union vom 4. November 1928 im ehemaligen Herrenhaus in Berlin:

Verehrte Anwesende ! Die Probleme des kommenden Krieges und die bei einem Kriege drohenden Gefahren sind so ungeheuer gross, dass ich mir erlaube, hierzu einiges zu sagen, selbst auf die Gefahr hin, dass ich Ihnen nur Dinge sage, die Ihnen bekannt sind und selbst auf die Gefahr hin, zu wiederholen, was meine Vorredner vielleicht besser gesagt haben. Wir stehen - und dies ist uns allen bewusst - vor der Wiederkehr des Jahrestages, an dem der Krieg zusammenbrach. Seither sind 10 Jahre sogenannten Friedesn vergangen. Die Jugend von heute hat den Krieg nicht mehr sehenden Auges miterlebt; sie weiss von ihm nichts. Vielleicht hat sie das Gefühl des Unheimlichen. Wahrscheinlicher hat die bürgerliche Jugend nur das Gefühl des Grossen, und die Jugend von morgen wird von diesen ganzen Tatsachen nichts mehr wissen, soweit sie durch die bürgerliche Erziehung hindurchgegangen ist, als was ihr ein paar Angehörige der älteren Generation - unglaubwürdig, weil sie alt sind, erzählen (sehr richtig!) und was unsere herrlichen Geschichtsbüchersowie die ebenso vortrefflichen Oberlehrer ihr von den"grossen Zeiten" berichten. In der Psyche all der Menschen, welche diese Schule durchmachen, lebt nichts als genau dieselben volltönenden Phrasen, deren Unwahrhaftigkeit wir alle erlebt haben. Die Kriegerdenkmäler erzählen uns nichts von der alles beherrschenden Kohlrübe, nichts vom grauen Hunger, nichts von der kalten Not, nichts vom Wohlleben der Offiziere auf Kosten der Soldaten, nichts vom Offizierbordell, sondern vom Geiste von 1914, vom unbesiegten Heer, vom ruhmreichen Helden, der von der Heimat erdolcht worden ist, und wir stehen wieder psychologisch in derselben Zeit wie vor 1914, äusserlich gesehen in einem Aufstieg der kapitalistischen Wirtschaft, die ja den Fortschritt und den Frieden verbürgt. Dumpf und nur wenigen Wissenden zeigt sich der kommende Krieg.

Was war nun der Krieg ? Das muss man vorher wissen, um beurteilen zu können, was der kommende Krieg sein wird. Dreissig Millionen Menschen standen sich zu Ende des Krieges gegenüber. Sechszig Millionen Menschen waren während der ganzen Zeit des Krieges mobilisiert. Zehn Millionen davon sind auf diesem "Felde der Ehre" geblieben. Vier Jahre und drei Monate hat der Krieg gedauert; das sind also 1 500 Tage. An jedem Tag fielen 6 400 Menschen, in jeder Minute 4 Menschen. Heute hören wir wieder vom " Stahlbad " und von den Notwendigkeiten der Rüstung. Dabei sind noch garnicht gerechnet die Millionen Verhungerter. Sie wissen: während des Krieges wurde allgemein "bewiesen", dass der Hunger vorteilhaft für die Gesundheit sei, dass wenig essen die Losung sei und man hierdurch gesund und kriegsverwendungsfähig werde. Immerhin sind in Deutschland allein etwa 700 000 Menschen verhungert, verhungert in dem Sinne, dass mehr innerhalb der Zivilbevölkerung gestorben sind als zu erwarten war. Wenn Sie alle kriegführenden Staaten nehmen, ist die Schätzung auf 7 Millionen sicher nicht übertrieben. 20 Millionen Menschen sind verwundet worden, und die materiellen Schäden sind überhaupt nicht abzusehen. Eine ganz oberflächliche Schätzung rechnet auf 50 Milliarden Werte von Gebäuden Industriebetrieben und öffentlichen Anlagen, die zerstört worden sind, eine durchaus unvollständige Schätzung auf etwa 700 Milliarden materieller Kosten. Das ist mehr als das Volksvermögen des Vorkriegsdeutschland. Dabei ist noch nicht berücksichtigt der Wert, der dadurch nicht geschaffen wurde, dass 60 Millionen Menschen, die damals mobilisiert waren, während langer Jahre nichts Produktives gearbeitet haben. Wenn

man diese Verluste abschätzt, so kommtman auf weitere Hunderte von Milliarden. Diese 60 Millionen Menschen, diese vier Jahre härtester Arbeit und ungeheurer Opfer, die Milliarden verschleuderten Gutes hätten genügt, in den sogenannten Kulturländern mindestens für ein halbes Jahrhundert, vielleicht für immer jegliche Form der Armut zu verhindern, wenn man die Solidarität, die hier der Zerstörung diente, für die Friedensarbeit, für die Menschheit hätte mobilisieren können.

Das sind einige ganz oberflächliche Tatsachen über den letzten Krieg. Genaue Schätzungensind unmöglich; die Tatsachen sind sehr viel weitergehend. Von vielen Dingen wissen wir überhaupt nichts und die Tränen, der Hunger, das Elend lassen sich nicht in Mark und in Werten ausdrücken. Von dem damals allgemeinen Willen der Arbeiterklasse, dies müsse der letzte Krieg sein, hat sich nichts realisiert. Wir sehen heute die Rüstungen vorwärts gehen, und zwar in einem stärkeren Tempo vielleicht als in der Vorkriegszeit. In Washington hat allerdings eine Abrüstungskonferenz stattgefunden, und diese Abrüstungskonferenz hat feierlich beschlossen, abzuschaffen alle Dinge, die nicht mehr notwendig sind, abzuschaffen alle die schwersten Schiffe, die keinerlei kriegerische Bedeutung mehr haben. Aber über diejenigen Schiffe, welche eine kriegerische Bedeutung haben, hat man sich nicht einigen können. Es ist garnicht lange her, da hat der Kellogg-Pakt wieder einmal den Frieden verbürgen wollen. Wenn Sie den Kellogg-Pakt ganz genau analysieren, so bleiben übrig einerseits einige Vorbehalte, welche bedeuten, dass alles, was die bestehenden Wirtschaftsverhältnisse schädigen könnte, natürlich nicht unter den Pakt fällt, andererseits die Selbstverständlichkeit, dass, solange Frieden ist, kein Krieg geführt werden darf. (Sehr gut! und Heiterkeit) Dieses feierliche Protokoll hat eine Reihe von Staaten unterschrieben, und diese Staaten haben die übrigbleibenden Staaten der Welt aufgefordert, mitzuunterschreiben. Sie werden auch sicherlich unterschreiben; denn das tut niemand weh und macht einen guten Eindruck.

Der Völkerbund, also der Bund der Herrschenden in den grossen Nationen hat sich ebenfalls mit diesen Fragen beschäftigt. Es wurden acht Völkerbundsversammlungen abgehalten, die sich mit der Abrüstungsfrage befassten. Es wurde eine dritte Kommission gebildet, welche ebenfalls acht Tagungen abhielt. Der Rat des Völkerbundes hat sich in dreissig Tagungen mit diesem Gegenstande beschäftigt, und Völkerbundsversammlungen sowie Rat haben insgesamt 111 Resolutionen gefasst. Ferner hat die Ständige beratende Kommission 20 Tagungen abgehalten, die vorübergehende Gemischte Kommission 10, das Studienkomitee und eine Sonderkommission für die Waffenerzeugung haben 8 Tagungen abgehalten, das Komitee des Rats für Abrüstungsfragen 6 Tagungen, die Vorbereitende Kommission für die Abrüstungskonferenz - wohlgemerkt: wir sind erst bei der Vorbereitenden Kommission für die Abrüstungskonferenz; die Abrüstungskonferenz ist noch nicht zustandegekommen - hat 4 Tagungen veranstaltet. Die Unterkommission A dieder Vorbereitenden Kommission für die Abrüstungskonferenz (Heiterkeit) hat 3 Tagungen abgehalten, die Militär-Marine-Luftfahrtkommission der Unterkommission A (Heiterkeit) - das geht immer durch Zellenteilungen - hat 3 Tagungen abgehalten, die Unterkommission B der Vorbereitenden Kommission für die Abrüstungskonferenz 4 Tagungen, die Gemischte Kommission - also ebenfalls noch unter diesen Begriff fallend - 6 Tagungen, das Komitee für zivile Luftfahrt, das also neben der vorbereitenden Kommission für die Abrüstungskonferenz existiert, 1 Tagung, das Komitee für Budgetfragen 6 Tagungen, das Chemische Komitee 1 Tagung, das Komitee für Schiedsgerichtbarkeit und Sicherheit mit dem Kongress der Berichterstatter 3 Tagungen. Das sind insgesamt 121 Tagungen, wobei zu beachten ist, dass pro Tagung nicht etwa bloss eine Sitzung stattfand, sondern unter Umständen auf eine Tagung viele Sitzungen entfielen; z.B. die Unterkommission A mit ihren 3 Tagungen hat 139 Sitzungen abgehalten. (Grosse Heiterkeit).

Nun, die Ergebnisse dieses ungeheuren Schreibmaschinengetrampels waren ein Abkommen über den Waffenhandel, welches von Frankreich ratifiziert und von Liberia unterschrieben wurde (Heiterkeit) - das Abkommen ist nicht inkraft getreten -, das Genfer Protokoll betr. das Verbot der Verwendung giftiger und anderer Gase sowie der bakteriologischen Mittel zu Kriegszwecken - es wurde von Venezuela, Frankreich und der Sowjetunion ratifiziert-, endlich der Austausch militärischer Auskünfte in Form eines ständig erscheinenden militärischn Jahrbuchs, aus dem man die offiziellen Zahlen mit grosser Genauigkeit ersieht.

Sonst ist die Abrüstungskommission noch nicht zusammengetreten. Die beiden diesbezüglichen Auffassungen sind folgende. Die einen sagen: die Abrüstungskonferenz muss möglichst rasch zusammentreten, damit sie auffliegt. Die anderen sagen: die Abrüstungskonferenz darf möglichst bald nicht zusammentreten; denn sonst fliegt sie auf. (Heiterkeit) Von Abrüstung ist natürlich erste recht keine Rede; denn wenn noch nicht einmal die Abrüstungskonferenz zusammengetreten ist, kann man natürlich das noch nicht Realisierte, die Herabsetzung des Militärbudgets, die Herabsetzung der Seerüstung, wie sie im Washingtoner Abkommen gefordert wird,und die Herabsetzung der Waffenerzeugung nicht verwirklichen. Von alledem ist auch noch gar keine Rede.

Also der Völkerbund hat eine ungeheure Leerlaufarbeit in dieser Richtung gezeitigt. Er hat Kriege verhindert; nämlich als Kriege zwischen kleinen Staaten drohten, welche keineswegs im Interesse der grossen Staaten lagen, haben diese grossen Staaten durchgesetzt, dass diese kleinen Kriege auf dem Balkan in der Tat nicht stattfanden. Was aber der Völkerbund tun soll, wenn einmal die grossen Staaten ein anderes Interesse haben, ist absolut nicht einzusehen. Er wird eben den Krieg dann zu sanktionieren haben, wenn es ein Krieg in dem Sinne ist, wie ihn die Mehrheit der Völkerbundstaaten beabsichtigt.

Die wissen, dass die Russen einen ausserordentlich detaillierten, sehr gut durchgearbeiteten Vorschlag über die Abrüstung eingereicht haben. Darauf ging ein grosses Geschrei durch die Presse, das sei alles eitel Lug und Trug. Warum soll das alles eitel Lug und Trug sein ? Es ist doch viel glaubwürdiger, dass die Russen wirklich ein Interesse daran haben, den Frieden zu erhalten; denn ihre gigantische Aufgabe lässt sich wirklich nur verwirklichen,falls Friede herrscht.Die Russen haben kein Interesse daran, Kriege aus den Gründen zu führen wie die kapitalistischen Staaten (sehr richtig!), nämlich aus den Gründen der imperialistischen Expansion. Sie haben umgekehrt das Bestreben, die Ziele, die sie sich innerhalb dieses ungeheuer grossen Landes gestellt haben, zu verwirklichen, und diese Ziele lassen sich nur verwirklichen, falls kein Krieg kommt. Deswegen sind die russischen Vorschläge durchaus ernst zu ~~xxxxxx~~ nehmen; sie sind glaubwürdig, und nichts in ihnen spricht dafür - was die kapitalistische Presse von ihnen sagt -, dass es sich hier um heuchlerische Manöver handelt.(Zustimmung).

~~Nun, warum existiert~~ die Rüstung ? Die Rüstung existiert aus dem einfachen Grunde, weil es Menschen gibt, die ein materielles, sowie sehr viele davon abhängend ein ideelles Interesse daran haben, dass die Rüstung lebe. Die Rüstungsindustrie ist gleichzeitig die Schwerindustrie. Sie lebt von den ihr erteilten Aufträgen,und zwar ist diese Rüstungsindustrie keineswegs so national wie die ihr nahestehende Presse. Der Rüstungsindustrie ist es ganz gleichgültig,für welches Land sie arbeitet.(Sehr wahr!) Jede Bestellungwird angenommen,jede Kanone wird geliefert, für jeden möglichen Erbfeind stehen die Maschinen bereit,um für ihn zu arbeiten,und es ist garnicht so abwegig,dass man den Erbfeind - den jeweiligen Erbfeind - nach dem Kriege verklagt, weil er die Patente verletzt habe, weil er die Mit-

tel, die man selbst erfunden hat, auch verwendet hat. Solche Klagen pflegen sich dann darauf zu fundieren, dass man einen prozentuellen Anteil verlangt von dem der betr. feindlichen Industrie, dem betr. feindlichen Staate gelieferten Kriegsmaterial, sodass die Sache also praktisch darauf hinausläuft, dass man einen Prozentsatz dessen verlangt, was der Krieg der einheimischen Bevölkerung gekostet hat. Hunderttausend Granaten - ich fingiere jetzt - sind auf Grund dieser und dieser Patente geschaffen worden; mit diesen hunderttausend Granaten hat man 1 Million Deutscher getötet; von diesen Getöteten verlangt man Prozente. (Heiterkeit) Ein Prozess dieser Art schwebt in der Tat.

Also die Rüstungsindustrie ist keineswegs so national wie die ihr nahestehende Presse. Sie ist leider viel internationaler als das Proletariat. Der Zusammenhang zwischen den Herrschenden aller Länder ist leider sehr viel echter und sehr viel wirksamer als der Zusammenhang zwischen den Geknechteten aller Länder. (Lebh. Zustimmung) Deswegen ist unsere Parole "Proletarier aller Länder vereinigt Euch"! nur der schwache Abglanz dessen, dass die Kapitalisten aller Länder, wo es notwendig ist, sich längst vereinigt haben. (Sehr wahr!) Denn der Krieg wird ihnen oder viel mehr den unter ihnen Massgebenden nicht wehe tun; unter Umständen kann man an einem "guten, schönen Krieg" mehr verdienen, als an einem "langen, faulen Frieden". (Sehr gut! und Heiterkeit) Auch ein verlorener Krieg kann unter Umständen ein recht gutes Geschäft für die Herrschenden werden; denn die Kosten des Krieges werden immer und immer wieder auf die Beherrschten abgewälzt. Schon ein klassischer Dichter hat das sehr schön ausgedrückt, indem er sagte: "Quidquid delirant reges, plectuntur Achivi", " Was die herrschende Klasse an Torheiten begeht, haben doch immer wieder nur die Proletarier auszubaden". Das ist keine Erfindung der Neuzeit; das ist denjenigen, die den Nachteil haben, Latein gelernt zu haben, schon in der Schule beigebracht worden; nur haben sie natürlich den Sinn dieses Satzes nicht zu verstehen bekommen. (Heiterkeit)

Es gibt nun Optimisten, die sagen: es ist ja richtig, dass gewisse kapitalistische Kreise vorhanden sind, die an Kriegen, an den früheren, wie an den kommenden ein Interesse haben; das trifft aber doch nicht für den gesamten Kapitalismus zu, und insbesondere muss doch klar sein, dass die Menschen in ihrer Allgemeinheit immer vernünftiger werden; die Menschen in ihrer Allgemeinheit müssen vernünftiger werden und müssen einsehen, dass die schreckliche Technik, wie sie sich jetzt herausbildet - und auf die ich noch zu sprechen komme - den Krieg töten muss; die Technik tötet den Krieg. Dies konnten Sie gross und breit nochvor nicht allzu langer Zeit in einer grossen bürgerlichen Zeitung lesen. Nun, wer dies behauptet, kennt nicht die Tatsache, dass die Entwicklung aller Kriege immer durch eine verfeinerte Technik ausgezeichnet ist. Bereits das Laterankonzil - ich habe vergessen, ob im 12. oder im 13. Jahrhundert - hat die Armbrust verboten, weil die Armbrust dem Kriege seinen wesentlichen Charakter raube; der Krieg sei dann nicht mehr der offene, ehrliche Kampf, sondern der Feige mit der Armbrust könne den tapferen Ritter töten - genau wie ja auch die Schweizer Bauernhaufen die burgundischen Ritter eben mit Hilfe ihrer überlegenen Technik geschlagen haben. Das Verbot des Laterankonzils inbezug auf die Armbrust ist ungefähr so wirkungsvoll gewesen wie das Verbot der Giftgase durch die Haager Konferenz. Es ist nur ein Unterschied vorhanden. Das Laterankonzil hat eine bestehende Waffe verbieten wollen, die Haager Konferenz eine Waffe, die damals noch nicht existierte, sodass man glaubte: wenn man sie a priori verbietet, so wird das wirkungsvoll sein. Die Kriegstechnik ist über das Laterankonzil, über die guten Meinungen der Prälaten wie über die guten Wünsche der Juristen hinweggegangen, und die Armbrust hat die schillernde Rüstung der Ritter besiegt. Genau so hat das Gewehr die Armbrust besiegt. Immer und immer wieder bedeutet dies nur, dass der Begriff der militärischen Ueberlegenheit ein anderer geworden ist. Der entscheidende Grundsatz des Krieges ist, an der entscheiden-

den Stelle überlegen zu sein. Ueberlegen bedeutete früher überlegen an Zahl. Mit der fortschreitenden Technik bedeutet diese Ueberlegenheit immer weniger Ueberelgenheit an Zahl und immer mehr Ueberlegenheit der Technik. Das Hinterladergewehr besiegte das Vorderladergewehr; ~~es erhöhte die Treffsicherheit, es veränderte den Begriff der Ueberlegenheit.~~ Das Maschinengewehr hat den Begriff der zahlenmässigen Ueberlegenheit wieder verändert. Ein Maschinengewehr ersetzt 100 Mann mit je einem Gewehr. Wo 100 Mann stehen müssten, sitzt ein Mann mit 1 Maschinengewehr. Diese Technik, diese Veränderung ~~wirkt weiter~~; sie muss weiter wirken, solange der Krieg existiert, und noch nie hat eine veränderte Technik den Krieg zerstört. Genau wie uns der Giftgaskrieg als etwas Ungeheuerliches erscheint, so erschien dem Ritter die Armbrust, ~~so erschien~~ dem mit dem Bogen oder der Sense Bewaffneten das Gewehr, ~~so erschien~~ dem mit dem Gewehr Bewaffneten das Maschinengewehr als etwas Ungeheuerliches. Die Munitionsmenge bedeutet mehr als die Zahl, und diese Entwicklungslinie geht nunmehr weiter, indem heute der Krieg, der bisher zweidimensional geführt worden ist, ins Dreidimensionale aufsteigt. Feld des Krieges ist nicht mehr die Ebene, sondern ~~Feld des Krieges ist~~ der Raum. Ein Pilot ersetzt unter Umständen eine Armee; denn er hat die Möglichkeit, Hindernisse zu überwinden, die im Zweidimensionalen unüberwindlich waren.

Das hauptsächlichste Mittel dieser modernsten Form des Krieges, die im letzten Krieg erst angefangen hat, ist der Giftgaskrieg mit Hilfe der Flugzeuge. Der Giftgaskrieg war bekanntlich verboten, und da jeweils der andere angefangen hat, wurde er sofort eingeführt. (Heiterkeit) Genau wird sich das bei den jetzt bestehenden Verboten auswirken. Jeweils hat der andere angefangen, und es ist leicht, zu beweisen, dass diese Form des Krieges jeweils von dem anderen uns aufgezwungen worden ist. Man unterscheidet verschiedene Sorten von Gasen, ~~und~~ die Technik des Gaskrieges ist eine bsondere Wissenschaft geworden, ~~über die schon dicke Bücher existieren~~. Eines der wirkungsvollsten, von einem sogen. unparteiischen Fachmann, also einem Vergaser (Heiterkeit) geschrieben, ist das Buch von Rudolf Hanslian: "Der chemische Krieg". Der Verfasser schildert den Gasangriff, die Gasabwehr, die chemischen Mittel der Nachkriegszeit, die Rauch-und Nebelerzeugung. Die Nebelerzeugung ist die wichtigste Form des Krieges ~~in einer doppelten Form~~ sowohl als Erzeugung eines materiellen, ~~eines physischen~~ Nebels wie eines psychischen Nebels, und der ~~psychische Nebel~~ ist der wirkungsvollere. (Sehr richtig!) Ganz naive Gase erzeugen nur Tränen. Andere Gase, vor allem die Gase, die zum Phosgen gehören - uns allen aus dem letzten Gasangriff in Hamburg, der nur " durch Zufall " entstanden ist, vertraut - schädigen die Lunge; sie bewirken ein Ertrinken im Trockenen; nebenbei führen sie zur Erblindung. Dann gibt es die Blausäure und endlich das Senfgas. Das Senfgas ist an jeder Stelle wirksam; während die bisher genannten Gase hauptsächlich die Atmungsorgane angreifen, hat das Senfgas die Eigenschaft, an jeder Stelle schwerste Wunden herbeizuführen, wo es den Körper überhaupt berührt. Die Gase, die zur Arsingruppe gehören, führen zum Erbrechen. Eine Sorte von Gasen, die nur lose mit diesem Begriff zusammenhängt, bilden die Spreng-und Brandgase. Das Spezifikum aller dieser Sorten ist folgendes: sie sind unsichtbar, d.h. man kann nicht ohne weiteres feststellen, ob ein Gasangriff vor sich geht. Die meisten Gase sind unsichtbar, andere sind durchsichtig. Sie alle sind schwerer als Luft, was bedeutet, dass sie niedersinken. Sie können also vom Flugzeug abgeworfen werden; das Flugzeug selbst ist davor geschützt; sie sinken nieder und sie gehen überall hin, wo Luft hingeht. Da der Mensch Luft zum Leben notwendig hat, so gehen sie überall dort hin, wo Leben existiert. Endlich - und das ist vielleicht das Entscheidende -, es genügen nicht Gramm und nicht Milligramm, sondern Bruchteile von Milligramm in einem Kubikmeter Luft. Sie können sich ohne weiteres vorstellen, welche Grösse gegenüber einem Kubikmeter Luft ein Gramm hat. Ein ganz kleiner Teil eines Mil-

ligramms, Bruchteile eines Milligramms in einem solchen Kubikmeter Luft genügen, wenn nur einige Minuten eingeatmet, um den Menschen zu töten.

Nun hat man versucht, gegenüber diesen Giftgasen Schutzmittel zu verwenden und es begann jener pathetische Kampf zwischen der Granate und dem Panzer. Der eine konstruiert eine Granate, welche durch jeden Panzer geht, worauf der andere einen Panzer konstruiert, durch den keine Granate geht, worauf die Situation sich auf einer erhöhten Stufe reproduziert. Im Falle der Giftgase ist aber die Sache nicht so einfach. Die Granaten mit ihren verschiedenen Formen der Sprengwirkung steht auf der einen Seite und auf der anderen Seite der einfache Panzer, gegenüber dem, wenn er dick genug ist, die Sprengwirkung der Granate und ihre Durchschlagskraft verschwindet, sodass der Panzer hält. Bei den Giftgasen ist die Situation eine andere; denn die verschiedenen Gase haben ganz verschiedene Wirkungen, und es gibt nicht eine Maske, welche vor allen Gasen schützt, sondern jedes Gas bedarf theoretisch einer anderen Maske. Nun ist die Technik eines Gasangriffs folgende: Zunächst kommen die üblichen Spreng-und Brandbomben, gefüllt mit weissem Phosphor, einer Masse, welche Feuer erzeugt, das sicher nicht mit Wasser gelöscht werden kann; Löschen mit Wasser würde eher das Feuer erhöhen. Zunächst also werden über der feindlichen Stadt oder - ich fingiere - über der Front - Sie werden sehen, dass das Erstere das Wichtigere ist - diese Brandbomben abgeworfen. Sie zerstören die Gebäude, sie zerstören die Unterstände; sie bringen Verwirrung mit sich. Darauf schützt sich selbstverständlich die Truppe, indem sie Gasmasken anlegt in der Erwartung des kommenden Angriffs, ganz abgesehen von anderen Mitteln. Darauf kommt nun ein Angriff mit Arsingas, das zum Erbrechen reizt, das Erstickungsgefühle hervorruft, auch durch die Maske hindurch, und nach und nach die Truppe zwingt, die Masken abzulegen. Erst wenn dann die Truppe ohne Gasmasken dasteht, kommt das Phosgen, das durch die Lunge dringt. In diesem Sinne also gibt es keinen Gasschutz, weil Kombinationen dieser Gassorten jeweils zwingen, die Maske abzulegen.

Das entscheidende Moment ist jedoch nicht mehr die Front. Der oberste militärische Grundsatz heisst, an der entscheidenden Stelle überlegen zu sein. Die entscheidende Stelle im kommenden Krieg wird aber nicht mehr die Front sein, sondern im kommenden Krieg ist die entscheidende Stelle das Hinterland, wo die technische Produktion vor sich geht. Das sind die grossen Städte. Hier reproduziert sich nun das eben Gesagte, diese Kombination der drei genannten einfachen Mittel. Zuerst kommt die Brandbombe, darauf das Arsingas und endlich das Phosgen. Denken Sie sich diese kombinierte Wirkung auf eine Stadt so bedeutet dies, falls es gelingt, genügend Flugzeuge über diese Stadt zu schicken, und falls es gelingt, die Flugzeuge mit genügenden Gasen zu füllen, dass eine Stadt einen solchen Angriff nicht überlebt.

Das alles scheint sehr pessimistisch zu sein, und das alles ist in den englischen Flugzeugmanövern, die vor garnicht langer Zeit stattgefunden haben, realisiert worden. Es hat sich herausgestellt, dass von den 250 Flugzeugen, welche fiktiv über London kreuzten, um die Stadt zu zerstören, noch nicht 16 abgeschossen worden wären, wobei man noch sehr optimistisch war, indem man annahm, dass, wenn ein Flugzeug einmal von zwei Lichtkegeln gefasst war, man sicher sein konnte, es abzuschiessen. Nun ist die Situation aber so: ein solcher Vergaser wiegt noch keine 5 Pfund. Man kann auf ein Flugzeug in Gemütsruhe einige hundert Vergaser bringen. Wenn man 600 Vergaser à 5 Pfd. rechnet und wenn man nur annimmt, dass zwei Flugzeuge über einer Stadt wie London unbeschädigt kreuzen, wobei es garnicht darauf ankommt, ob sie danach abgeschossen werden - es genügt, wenn von den hunderten von Vergasern jeder einige Minuten lang wirkt -, so reicht das aus, um eine Stadt wie London zu zerstören, in dem Sinne zu zerstören, dass in ihr kein geordnetes Leben mehr exi-

stiert. Nun hat man eingewandt: das setzt ein besonderes konstruiertes Flugzeug voraus. Das ist nicht richtig. Es ist zwar richtig, wenn man sagt: nichts jedes Passagierflugzeug ist ohne weiteres zum Kriege zu verwenden. Das ist richtig, wenn man hinzusetzt, zu welcher Kriegstätigkeit. Es trifft zu, dass nicht jedes Passagierflugzeug als Bombenflugzeug verwendbar ist; denn die Bomben sind sehr schwer, und man braucht für solche schweren Transporte besonders konstruierte Flugzeuge. Erst recht trifft es zu, wenn man sagt: ein Passagierflugzeug ist nicht geeignet, als Jagdflugzeug zu dienen, also dazu verwendet zu werden, feindliche Flugzeuge abzuschiessen. Das ist ganz richtig, weil ein solches Kampfflugzeug eine viel grössere Wendigkeit braucht als die auf Stabilität konstruierten Passagierflugzeuge haben. Aber wenn es darauf ankommt, zu vergasen, dann ist ein solcher Umbau eines Passagierflugzeuges ohne weiteres möglich, und daraus ersehen Sie, wie ungeheuer schwer der Begriff der Abrüstung zu definieren ist. Denn wenn es keine Soldaten gibt, aber hundert Giftgasfabriken oder Fabriken, die in Giftgasfabriken umgewandelt werden können, und einige tausend Flugzeuge, so ist dies eine sehr wirkungsvolle Kriegsausrüstung, insbesondere, wenn man beachtet, dass die Erzeugung der Giftgase selbstverständliche grosse Fortschritte gemacht hat. Vermutlich wird man bald so weit sein, dass jede bessere Selterwasserfabrik sich in eine Giftgasfabrik umwandeln kann. (Hört, hört!) Das bedeutet einfach, dass die Giftgasfabrikation ungeheuer wirksam und ungeheuer leicht hergestellt werden kann. Die Heimat also ist die Front, und vielleicht wird der wahre Drückeberger sich an die Front drücken (Heiterkeit); denn an der Front sind die Giftgasangriffe nicht so wahrscheinlich wie in der Heimat, aus dem Grunde, weil einem Giftgasangriff gegen die Heimat ein sehr viel grösseres und wirkungsvolleres Objekt gegenübersteht. Damit kehrt der Krieg in einer Wiederkehr sonderbarster Art zu seinen ältesten und ursprünglichsten Formen zurück. Die Hunnen sind zu Massen herangezogen, und wo sie hinkamen, blieb nichts Lebendes übrig. So auch richtet sich der kommende Krieg nicht gegen die militärische Bevölkerung, nicht gegen die Soldaten, sondern gegen das Hinterland, gegen Zivilisten, und zwar aus dem Grunde, weil dort die wertvolle Produktion liegt, weil dort der entscheidende Punkt ist. Kein Land kann die Zerstörung seiner hauptsächlichsten Giftgasfabriken militärisch überleben. Die Front kann sich nicht halten, das Land muss kapitulieren, sobald die entscheidende technische Produktion lahmgelegt ist.

Wiederum ist das nur die alte Tatsache, dass die Ueberlegenheit des Siegers da vorhanden sein muss, wo die Entscheidung fällt. Dabei ist wie immer im Kriege der Angreifende im Vorteil; denn der Angreifende kann seine ganze Masse auf eine verhältnismässig kleine Stelle konzentrieren; der Verteidiger weiss nicht, wo der Angriff erfolgen wird, er kann nicht überall eine entsprechend grosse Menge von Abwehrflugzeugen parat halten.

Nun, zur Abwehr dagegen, hat man die gigantischsten und groteskesten Dinge vorgeschlagen. Zunächst einmal müsste theoretisch jeder Mensch ~~vom neugeborenen Säugling~~ bis ~~zum ältesten~~ Universitäts~~professor~~ ~~(Heiterkeit)~~ ständig eine Gasmaske haben; denn im Zustand des drohenden Krieges - und dieser Begriff ist sehr vage - wird der Krieg nicht wie in den guten alten Zeiten durch einen reitenden Boten erklärt, sondern wenn man formell sein will, wird man den Krieg drahtlos erklären, ~~und~~ in dem Zeitpunkt, in dem die Telegramme angeschlagen sind, sind die Flieger schon da. Es müsste also jeder Mensch vom ältesten Säugling (Heiterkeit), vom jüngsten Säugling bis zum ältesten Wackelgreis eine Maske haben. Wenn Sie sehen würden, wie die vergasten Säuglinge aussehen würden, dann würden Sie den Ausdruck "ältester" Säugling" nicht belächeln. Also jeder Mensch muss eine Giftmaske parat haben; er kann aber nicht nur eine haben, sondern er muss ein

Dutzend haben, und er muss ständig darin geübt werden, welche Maske in welchem Zeitpunkt getragen werden muss, wie der Wechsel erfolgen muss usw. Er muss jede Woche seinen Kontrollappell abmachen, muss seine Gasmasken vorweisen, um zu zeigen, dass sie alle instand gehalten sind. Aber das nützt nichts; denn der Mensch muss ja auch einmal essen, er muss einmal atmen. In jeder Minute ist er bedroht. Deswegen - sagt man - muss man sich in Keller zurückziehen. Aber das Gas kommt zu jedem von uns persönlich. Es dringt in den Keller, wenn nur irgendjemand die Tür aufmacht. Aus irgendwelchem Missverständnis wird die Tür aufgemacht und schon kommt das Gas mit, abgesehen davon, dass es nicht wahrscheinlich ist, dass die gesamte Bevölkerung während des ganzen Krieges im Keller leben kann. Die Unterstände werden gar nichts nützen. Die Gasmasken nützen nichts wegen des Wechsels und weil es Gase gibt, die durch die einfache Kleidung hindurchgehen. Infolgedessen müsste die gesamte Bevölkerung ständig in Gasschutzkleidern herumlaufen, wobei zu beachten ist, dass der kleinste Riss genügt, um das Gas hindurchdringen zu lassen. Also wer von einem Schutz der Zivilbevölkerung spricht, wer davon redet, dass dieser Krieg auch nicht schlechter und nicht schlimmer, vielleicht sogar humaner als der frühere Krieg sein wird, der ist entweder ein Lügner unter der Bedingung, dass er es weiss, oder er ist ein Tor, wenn er es nicht weiss. 31 Staaten haben ein Abkommen gegen den Gaskrieg geschlossen, und jeder rüstet.

Zu dem Gaskrieg kommen natürlich noch andere Formen des technischen Krieges. ~~Wir alle haben vor etwa vier Wochen in~~ den Zeitungen gelesen, dass man ein Schiff konstruiert hat, welches ohne Bedienungsmannschaft fährt. Es wird drahtlos gesteuert, es schiesst drahtlos. Wird es zerstört, so löschen die Feuer von selbst; es navigiert drahtlos, und es ist nicht übertrieben, anzunehmen, dass man das, was man auf dem Wasser bereits realisiert hat, morgen in der Luft realisiert. Man wird dann Flugzeuge haben, die ohne Bedienungsmannschaft fliegen, die automatisch zu einer bestimmten Zeit ihre Gase abwerfen. Das Herabschiessen solcher Flugzeuge nützt garnichts; denn im Moment des Aufpralls, wenn das Flugzeug brennt, geht das Gas von selbst los, sodass das Abschiessen eines solchen Gasflugzeuges unter Umständen das Verhängnisvollste werden kann; denn dann strömt das gesamte Gas sicher aus.

Dazu kommen noch Dinge, die wir erst ahnen, Torpedos, die nicht im Wasser, sondern in der Luft wirken, kurz, ein ganzes Arsenal von technischen Mitteln, die den Charakter des kommenden Krieges vom Standpunkt des früheren Heeres aus verändern. Der letzte Krieg war ein beginnender technischer Krieg und zudem ein Krieg der Massenheere. Der kommende Krieg wird selbstverständlich auch noch Heere benötigen; aber die Massenhaftigkeit der Gewehre wird nicht mehr so entscheidend sein gegenüber dem Fortschritt der Technik. Bei jedem Kampf gegen den Krieg muss man sich klar machen, dass das Heer an Bedeutung gegenüber der Technik zurücktritt und dass sich deswegen jeder Kampf gegen den Krieg auf die wirkungsvolleren Mittel konzentrieren muss, genau so wie im Kriege der Sieg an der entscheidenden Stelle und nur an ihr erfochten werden muss. Vier Jahre Siege haben Deutschland nichts genutzt, weil es eben nicht darauf ankam, möglichst viele Siege zu erringen, sondern darauf, den Sieg zu erringen. So muss auch der Kampf gegen den Krieg sich gegen die wirkungsvollsten Waffen wenden, gegen die technischen Waffen.

Die technische Gestaltung des drohenden Krieges können wir einigermassen ahen. In Deutschland hat er ja seine Visitenkarte mehrmals abgeworfen. Das Phosgen in Hamburg war wohl ein deutlicher Besuch. Selbstverständlich handelte es sich bei dem Phosgen in Hamburg um "Restbestände" und andererseits um " Bestände, die längst verkauft waren". (Heiterkeit und Rufe: Sehr richtig!) Natürlich standen

auch diese Bestände in keinem irgendwie gearteten Zusammenhang zu geheimen Rüstungen, die hier getrieben werden;denn die geheimen Rüstungen sind erstens längst abgeschafft und sind zweitens nie wahr (grosse Heiterkeit);wer sie trotzdem g behauptet, begehxt Landesverrat.(Erneute grosse Heiterkeit und Zustimmung) Trotzdem haben wir auch hier gewisse Vorboten gesehen. Vor einiger Zeit war, wie Sie sich erinnern werden, ein sogen.Lohmann-Skandal.Es gibt Gesetze,wonach die vom Reichstag bewilligten Gelder und nur sie verwendet werden dürfen und wonach es schwarze Fonds natürlich nicht geben kann; denn der Etat ist ein Gesetz, das vom Reichstag angenommen wird.Die Regierung hat kein Recht,über diese Gelder hinaus etwas auszugeben. Sie muss nicht einmal die ganzen Gelder ausgeben;sie ist nur dazu ermächtigt;aber sie darf nicht darüber hinaus Gelder ausgeben.In der Zeit des Kaiserreiches, dieser längst zurückliegenden Zeit der Obrigkeitsherrschaft, die natürlich gegenüber dem neuen Volksstaat eine schreckliche Zeit war, hatves Abgeordnete gegeben,die den Etat sogar gelesen haben und die mit den Ministern um jeden Pfennig erbitterte Kämpfe ausfochten, indem sie darauf hinwiesen, dass dieses Geld nur zu einem bestimmten Zweck verwendet werden dürfe,dass keine Etatsüberschreitungen zulässig seien.Darüber sind sogar heftige Konflikte entstanden.Es hat Jahre der Konfliktszeit gegeben, als einmal ein Minister den Etat e in systematischer Weise überschritt, und erst später ist ihm Indemnität gewährt worden. Wir haben nun gehört, dass ein Kapitän Lohmann Filmgeschäfte gemacht, seiner Freundin eine schöne Wohnung eingerichtet,entsetzlich viel Geld in sinnloser Weise verplempert hat,mit Schiffen, die nicht existieren, mit Wurtsfabriken,die vielleicht existieren,mit Aktien von Gesellschaften, an denen das Reich viel Geld veloren hat. Darüber hat man monatelang in der Zeitung einiges lesen können; abw über eine Tatsache hat man garnichts gelesen, nämlich darüber, ob es wahr ist,dass alles dieses Geld wirklich in so sinnloser Weise hinausgeworfen wurde, ob nicht daneben vielleicht sinnvolle und verständige Verwendungen dieses Geldes erfolgt sind.Hierüber herrscht grosses Schweigen,und dieses Schweigen erklärt eigentlich, warum denn gegen Herrn Lohmann garnichts geschehen ist.Man hat niht einmal versucht,etwa von ihm das Geld zurückzubekommen. Er ist, glaube ich,mit schlichtem Abschied,also wohl mit der Berechtigung der Tragung diverser Uniformen und ähnlicher Dinge entlassen worden. Genaueres weiss man nicht.Vielleicht sitzt er jetzt statt der weissen auf einer grauen oder schwarzen Stelle. Auf jeden Fall hat man garnichts darüber gehört,ob nicht neben diesen angeblichen Unterschlagungen sinnvolle Verwendungen stattgefunden haben.Das ist umso auffälliger, als in den Reichstagsberichten,die ja öffentlich von jedem Menschen gekauftwerden können,einiges darüber gestanden hat, und zwar waren die Redner der kommunistische Abgeordnete Schneller, der sozialdemokratische Abgeordnete Kurt Heinigk und ein anderer sozialdemokratischer Abgeordneter, Müller-Franken(Heiterkeit), der sich diesbezüglich geäussert hat.Wenn man die 337.Sitzung des Ausschusses für den Reichshaushalt vom 13. März d.J. die 400. Plenarsitzung vom 15. März und die 411. Plenarsitzung vom 27.März durchliest,also lauter Berichte,die ich auf Grund einer ausgedehnten Spionageorganisation kenne - ich bin nämlich in den Reichstag gegangen und habe sie mir für 2,50 M gekauft -,so kommt man zu merkwürdigen Fragen,ob nämlich in der Schichauwerft in Elbing weiter Granaten und Geschütze hergestellt werden, ob in den Sprengstoffwerken in Rheinsdorf 17-Zentimetergeschütze hergestellt werden, ob die Traktoren, deren Herstellung durch Hergabe von 12 Millionen Mark gefördert wird, auf den Umbau zu Ein-Mann Tanks nachenglischem Muster berechnet sind, ob in den Bayrischen Motorenwerken und in den Rohrbachwerken Flugzeuge mit Maschinengewehrzapfen ausgestattet werden,ob diverse Firmen mit der Reichswehr in der Beziehung stehen, dass sie die Umstellung der Industrie auf den Kriegsfall organisationstechnisch vorbereiten, ob ein neues Spritzgussverfahren vorhanden ist,welches die Produktion von Granaten und Granatzündern verzwanzigfacht, ob die

Gasparflugzeugwerke mit den Reichsbehörden in Verbindung stehen, ob dieser Betrieb oder andere Betriebe auf Rüstungszwecke speziell Giftgase abzielen. Das sind Fragen, die den Reden der Herren Schneller, Kurt Heinig und des Abgeordneten Müller-Franken entnommen sind. Vielleicht ist der Abgeordnete Müller-Franken, der seit dieser Zeit ja eine gewisse Rolle spielt, heute in der Lage, seine Fragen zu beantworten.(Heiterkeit)

Diese ganzen Fragen haben aus zwei Gründen eine Bedeutung für uns, nicht nur deswegen, weil das Proletariat als die Schicht, welche am meisten zu leiden hat,das grösste Interesse daran hat, gegen jeden Krieg zu sein,sondern auch deshalb, weil es keinen Krieg und keine Rüstung gibt,die nicht gleichzeitig eine Rüstung gegen den inneren Feind darstellte.(Sehr wahr!)Dieser innere Feind ist nämlich die Mehrheit der Bevölkerung.Aus diesen Gründen, nicht nur wegen des Interesses, das wir an Russland haben, sind alle diese Fragen für uns hochaktuell. Der General Seeckt, der doch gewiss auf diesem Gebiete einigermassen etwas verstehen dürfte, hat am 3. April 1928 eine Rede gehalten und den Inhalt dieser Rede in mehreren Artikeln wiedergegeben, sowie jetzt ein Buch geschrieben.Er sagt:

> "Ich sehe,um mich noch einmal kurz zusammenzufassen,die Zukunft der Kriegführung in der Verwendung hochwertiger "

also technisch hochwertiger -

> "und bewegungsfähiger, also kleinerer Heere, deren Wirkung durch die Flugwaffe eine wesentliche Steigerung erfährt,und in der gleichzeitigen Bereitstellung der gesamten Wehrkraft,sei es zur Wehrung des Angriffs,sei es zur aufopfernden Verteidigung der Heimat."

In diesen Worten ist in vortrefflicher Weise das zusammengefasst, was ich vorhin über die Möglichkeit des Ueberganges zu kleineren Heeren und die Wahrscheinlichkeit der überragenden Bedeutung der Technik gesagt habe.

Das war einiges über die Technik des kommenden Krieges,und ich fürchte,dass ich bereits Ihre Aufmerksamkeit zu lange in Anspruch genommen habe. Diese Technik des kommenden Krieges schwebt ja nun nicht in der Luft;der kommende Krieg ist nicht etwa eine Theorie, die wir,die wir gegen den Krieg sind,in die anderen hineindenken;das sind nicht Erfindungen von uns,sondern höchstens Entdeckungen von uns.Dieser kommende Krieg wirft seine Schatten.Dabei muss man sich klar darüber sein, dass es nicht nur den kommenden Krieg, sondern vielleicht die kommenden Kriege gibt.Es gibt nicht nur einen Konflikt in dieser Welt der Konflikte, es gibt hunderte, und alle diese Konflikte haben die Eigenheit, dass keiner von ihnen lokalisierbar erscheint. Die grosse Torheit von 1914 war doch, wenn ich jetzt von den leitenden Leuten als gutgläubigen Leuten spreche,der Glaube oder die Fiktion, dass der Krieg zwischen Oesterreich und Serbien lokalisiert werden könne (sehr richtig!),wogegen jeder vernünftige Mensch, sogar die eigenen Diplomaten Deutschlands, ausdrücklich erklärten:wenn ein Balkankrieg ausbricht,so ist es der Weltkrieg.Das kann an unzähligen Stellen des vielbändigen Aktenwerkes des Auswärtigen Amtes nachgelesen werden.Genau so ist es im kommenden Krieg.K Jeder der Konflikte, die wir überall sehen, ist fähig, den Krieg zu entflammen. Vor einiger Zeit war die Rede von dem "Landesverrat",den der amerikanische Journalist Horan begangen hat,indem er das Flottenabkommen - um das Ding beim rechten Namen zu nennen- zwischen England und Frankreich aufdeckte.Selbstverständlich war dieses Flottenabkommen allein von der Sorge bestimmt,dass dieses Vorabkommen zwischen zwei Ländern die allgemeine Verständigung über

die Seerüstung erleichtern werde;denn das ist vielleicht das einzige Gebiet, auf dem in den letzten 20 Jahren eine wesentliche Entwicklung stattgefunden hat. Man lügt heute anders; man lügt bereits heute so, als wenn man den Frieden erhalten wolle,während man in den früheren,naiveren Zeiten offen zugegeben hat:Jawohl, wir brauchen das und das,und deswegen müssen wir zum Kriege rüsten.Heute ist es nur mehr die "Erhaltung des Friedens",welche die Grundlage der Kriegsrüstungen darstellt. So ist auch das Militärabkommen zwischen Frankreich und England, das eine bemerkenswerte Aehnlichkeit mit dem "nichtexistierenden Abkommen"von 1914 hat,so istvauch dieses Flottenabkommen nur dem "Schutz des Friedens" gewidmet,und zwar hat man sich formell dahin geeinigt. dass England auf der kommenden Abrüstungskonferenz Frankreich i der Frage der ausgerüsteten Reserven entgegenkommt,indem die Reserven nicht zum Heer gezählt werden,wogegen die Franzosen den Engländern insofern entgegenkomme,als Flottendinge gewährt werden.Ich habe Ihre Zeit schon sehr in Anspruch genommen und muss daher diesen Punkt zurückstellen und als bekannt voraussetzen.

Ebenso kann ich als bekannt voraussetzen die neuerlichen Nachrichten in einigen keineswegs des Kommunismus verdächtigen Zeitungen,wie im "Berliner Tageblatt" und in der "Berliner Volkszeitung",in denen man schöne Geschichten über die Reise des Generals Lerond in Rumänien,der Tschecho-Slowakei und Polen lesen konnte,nämlich darüber,wie hier einige der Hilfstruppen zu dem Zweck der Abtrennung der Ukrainer,zu dem Zweck der Ausschlachtung des Donezbeckens geworben werden in dem Sinne,die Vorkriegsschulden Russlands an Frankreich zudecken. Selbstverständlich steht damit in gar keinem Zusammenhang, dass sich vor einigen Tagen die sämtlichen Besitzer der Schulden des früheren russischen Reiches in einer grossen Organisation zusammengetan haben mit dem Zweck, die Einheitsfront des Finanzkapitals gegen Russland aufzubauen. In dieser Front figurieren auch die deutschen Banken Mendelssohn & Co. und Bleichröder. Der wirkliche Sinn ist natürlich ein Boykott über Russland in finanzieller Hinsicht, damit Russland nicht die zu seinem Aufbau so dringend benötigten Kapitalien bekommt.

Werte Anwesende! Der Krieg der imperialistischen Staaten gegen Russland ist vielleicht noch nicht einmal der wahrscheinlichste, aber er ist sicher der bedeutungsvollste,und deshalb müssen wir unser Interesse auf diesen Krieg richten.Aber die kurze Uebersicht, die ich Ihnen gegeben habe,genügt wohl,um Ihnen klar zu machen,wie ungeheuer kompliziert die Möglichkeiten des kommenden Krieges sind, rein technisch, aber auch rein politisch.Bereits der Krieg von 1914 - 1918 fing mit der Vernebelung an.Diese Vernebelung wird um so wirkungsvoller sein, als bereits heute die Vernebelung einsetzt,genau, als wenn wir im Jahre 1914 wären.(Sehr richtig!)Bei der Frage,was gegen den Krieg zu tun ist,müssen wir uns klar darüber sein,dass diese Frage ungeheuer kompliziert ist.Lenin hat gesagt:

> "Hinsichtlich der Bekämpfung der Kriegsgefahr bin ich der Meinung,dass die grösste Schwierigkeit die ist,das Vorurteil zu überwinden,als sei dies eine einfache,klare und leichte Frage."

Die Frage ist weder einfach, noch klar, noch leicht,und zwar deshalb, weil es gar nicht <u>ein</u> Mittel gegen den Krieg geben kann,weil es nicht einen Krieg gibt.Man muss vielmehr ganz verschiedene Mittel gegenüber ganz verschiedenen Kriegen ausdenken,sowohl in politischer wie in technischer Hinsicht.Die Parole des Eintritts in das Heer zum Zwecke der Zersetzung ist eine Parole,die für ein geschlagenes Heer,für ein Heer,in dem der Hunger wütet,ausserordentlich wirkungsvoll ist.Ist sie wirkungsvoll in einem Heer,das zum Angri

rüstet, ist sie wirkungsvoll am Beginn des Krieges und ist sie überhaupt wirkungsvoll, wenn man diejenigen, die zersetzen wollen, garnicht ins Heer hineinlässt? Wird nicht das kommende Heer vielleicht ein Freiwilligenheer sein, in dem die Dienstpflicht sich nur auf die technische Dienstpflicht beschränkt? Wird das Heer sich nicht vielleicht nur aus Angehörigen derer zusammensetzen, die freiwillig an die Front gehen, weil sie schon heute an die Front gehen wollen? Wenn das kommende Heer kein Massenheer ist, sondern wenn die Stärke des Heeres auf seiner technischen Versorgung beruht, was nützt dann die Versicherung: du brauchst nicht Soldat zu werden, du brauchst nur in die Munitionsfabrik zu gehen! Wie schwierig ist die Frage des Generalsstreiks, wenn sie folgendermassen auftaucht! Der Krieg bezieht sich zunächst gar nicht einmal auf Deutschland; Deutschland bleibt neutral, neutral in dem Sinne, dass es jedem liefert, der bezahlt und abnimmt. Am Tage dieser Form der Kriegserklärung versteht es sich von selbst, dass die Arbeitslosigkeit verschwindet. Die Leute, die heute auf der Strasse stehen, die Leute, die heute ausgesperrt und ausgesteuert sind, die eine oder keine, jedenfalls eine ungenügende Summe zur Verfügung haben, um ihr Leben zu erhalten, haben damit Arbeit, ihnen allen steht die Arbeit offen. Werden sie die Kraft aufbringen, um zu sagen: diese Arbeit tötet? Wird die Parole des Generalstreiks wirkungsvoll sein gegenüber dem Hunger der Einzelnen? (Sehr gut!) Ein Dichter hat geschrieben:

Im hungrigen Magen Eingang finden
Nur Suppenlogik samt Knödelgründen.

(Zuruf: Heine!) So sehen wir, dass man nicht eine Parole ausgeben kann, abgesehen von einer. Eine Parole kann man bestimmt ausgeben, und diese Parole lautet: der Kampf gegen den Krieg lässt sich nicht trennen von dem allgemeinen sozialen Kampf, und der Kampf gegen den Krieg kann nur wirkungsvoll sein, wenn er heute beginnt! (Stürmischer Beifall).

Sonderdruck

aus

Die Justiz

Zeitschrift für Erneuerung des Deutschen Rechtswesens

In Verbindung mit

Wolfgang Mittermaier / Gustav Radbruch / Hugo Sinzheimer
Giessen / Heidelberg / Frankfurt a. M.

herausgegeben von Wilhelm Kroner, Berlin

Verlagsbuchhandlung Dr. Walther Rothschild in Berlin-Grunewald

III. Band • Berlin, April 1928 • Heft 4

Landesverrats-Statistik.

Von E. J. Gumbel (Heidelberg).

Die Landesverratsprozesse haben in den letzten Jahren eine beträchtliche politische Bedeutung gewonnen. Die einen, zu denen z. B. der Reichsgerichtspräsident Simons zu rechnen ist, weisen auf die „unheimlich anwachsende Rechtsprechung in Hoch-, Landesverrats- und Spionagesachen" hin, die andern behaupten, daß zur Beunruhigung überhaupt kein Grund vorliege. Beide Parteien berufen sich auf die Statistik. Es ist daher notwendig, die Fragestellung zu präzisieren und zu prüfen, inwieweit die angezogenen Zahlen das Problem überhaupt betreffen.

Zunächst: Welche Verbrechen interessieren uns? Nach den inkriminierten Handlungen gehören nicht Hoch- und Landesverrat, sondern Landesverrat und Spionage zusammen. Selbstverständlich müssen die Zahlen sich auf alle Gerichte beziehen. Bis 1924 war das Reichsgericht für die gegen das Reich gerichteten Unternehmungen allein zuständig. Seit 1924 ist eine Abgabe von Landesverrats- und Spionagesachen, auch soweit sie das Reich betreffen, an die Oberlandesgerichte zulässig. Daher müssen die Angaben stets das Reichsgericht und sämtliche deutschen Oberlandesgerichte umfassen.

Unter Landesverrat und Spionage werden zweierlei Taten subsumiert, welche moralisch vollkommen auseinander gehen und daher auch politisch ganz verschieden gewertet werden müssen. Ein Landesverräter nach der gewöhnlichen Vorstellung liefert einer ausländischen Regierung gegen Entgelt militärische oder diplomatische Geheimnisse seines Vaterlandes aus. Niemand wird im Prinzip für diese Kategorie eintreten. Sie war die einzige, die in Friedenszeiten existierte.

Aber neben sie ist eine andere getreten, bei der keine der genannten Kriterien zutrifft, weder die Weitergabe an das Ausland, noch der Verrat militärischer oder diplomatischer Staatsgeheimnisse, noch die Bezahlung. Die Landesverratsverfahren sind in der Oeffentlichkeit nur dann bekämpft worden, wenn die Angeklagten aus politischen Motiven subjektiv im Interesse des Staats handelten, indem sie, um Vorbereitungen zum Hochverrat zu verhindern, illegale Machenschaften, welche den Staat bedrohten, der deutschen Oeffentlichkeit mitteilten. Auf das moralische Gewicht und die statistische Häufigkeit dieser Fälle und nur auf sie kommt es bei dem prinzipiellen Streit um die Landesverratsverfahren an.

Statistisch ist diese Kategorie schwer zu definieren. Man wird sie am ehesten erfassen als die Zahl derer, welche wegen Landesverrats, begangen durch die Presse, oder wegen Landesverrats, begangen ohne Vorliegen eigennütziger Beweggründe, angeklagt oder verurteilt wurden. Auch hierzu müssen diejenigen Fälle addiert werden, bei denen auf Grund gleicher Delikte Anklagen oder Verurteilungen wegen Spionage eintraten (vgl. Fall Oehme, „Die Justiz" Bd. II, H. 1, S. 79) Daher ist es falsch, die Landesverratsprozesse der gemeinen Spionage gegenüberzustellen. Demnach muß die statistische Fragestellung lauten:

Wieviele Anzeigen, Verfahren, Anklagen, Verurteilungen, Verurteilte und Strafen liegen für die zusammengehörigen Verbrechen des versuchten oder vollendeten Landesverrats und der Spionage für das Reichsgericht und alle deutschen Oberlandesgerichte zusammengenommen für die Friedenszeit und in den letzten Jahren vor? Wieviele Jahre sind abgesessen worden? Welches ist der Anteil des Landesverrats und der Spionage, begangen durch die Presse, an sämtlichen obengenannten Zahlen?

Auf Grund dieser Angaben wäre dann das Verhältnis der eingeleiteten Verfahren zu den Verurteilungen bei Landesverrat und Spionage und bei Landesverrat und Spionage, begangen durch die Presse, und die zeitliche Veränderung dieses Verhältnisses bei beiden Kategorien zu berechnen. Denn die Frage lautet auch dahin, ob die Reichsanwaltschaft heute aus politischen Gründen Anklagen erhebt, die von vornherein aussichtslos sind.

Eine juristische Frage ist es, ob es dem Geist und Wortlaut des Gesetzes entspricht, wenn mit Hilfe dieser Paragraphen nicht mehr eine begangene Tat eines Verbrechers gesühnt, sondern die zukünftige Haltung eines Politikers erzwungen werden soll, falls seine politische Linie nicht mit der des Oberreichsanwalts übereinstimmt.

Zur Entscheidung der politisch wesentlichen Frage nach der Veränderung der Struktur der Landesverratsprozesse kann die Statistik herangezogen werden.

Aber die jetzige deutsche Kriminalstatistik reicht zur vollständigen Beantwortung dieser Fragen nicht aus. Denn durch sie zieht sich eine von Georg v. Mayr scharf gerügte Unterlassung. Sie ist nämlich eine Statistik der Verurteilungen, und gerade das wichtige Verhältnis der eingeleiteten Verfahren zu den Verurteilungen ist in ihr nicht zu finden. Trotz dieses Mangels reichen die vorhandenen Angaben aus, um die politisch entscheidenden Folgerungen zu ziehen.

Betrachten wir die einzelnen, in der Kontroverse angeführten Zahlen, soweit sie aus offiziellen Quellen stammen! Die Grundlage der gesamten Diskussion bildet die Tabelle auf S. 18 der Anlage 2 zum Strafgesetzentwurf von 1927.

Jahr	Wegen Hoch- und Landesverrats und Spionage*) verurteilte Personen	Kriminalitätsziffer (auf 100000 der strafmündigen Bevölkerung)	Index der Kriminalitätsziffer
1882/91 (Durchschnitt)	18	0,06	1,05
1895	22	0,06	1,05
1900	6	0,02	0,35
1905	32	0,07	1,22
1910	19	0,04	0,70
1913	35	0,07	1,22
1921	111	0,23	4,01
1923	137	0,28	4,89
1924	516	1,10	19,20
1925	561	1,18	20,60

Bildet man aus den Kriminalitätsziffern für die angegebenen Jahre bis 1913 das gewogene arithmetische Mittel, so erhält man für die Vorkriegszeit eine mittlere Kriminalitätsziffer von 0,0573. Setzt man diese Ziffer gleich 1, so erhält man die in Spalte 4 angeführten Indices. Demnach beträgt die Zahl der in den Jahren 1924 und 1925 wegen der genannten Verbrechen verurteilten Personen das zwanzigfache der Vorkriegszeit. Da aber hier Hochverrat, Landesverrat, Spionage und sonstige kleinere politische Verbrechen, wie Störung der Beziehungen zum Ausland, Nötigung verfassungsmäßiger Körperschaften und Wahlvergehen summiert sind, können keine exakten Schlüsse über die Verurteilung wegen Landesverrats, Spionage und den uns interessierenden Sonderfall allein gezogen werden. Aber die Annahme, daß auch die Verurteilungen wegen Landesverrat und Spionage heute etwa 20mal häufiger sind als in der Vorkriegszeit, ist bereits nach diesen Zahlen nicht abwegig.

Exakt läßt sich dies nach dem bisherigen noch nicht sagen. Auch lassen sich die Zahlen für Landesverrat und Spionage allein nach der Kriminalstatistik leider überhaupt nicht ermitteln, wohl aber die Zahlen der wegen Landesverrats, Hochverrats und Spionage Verurteilten. Die Bände der Deutschen Kriminalstatistik beginnen mit dem Jahre 1882. Da das Spionagegesetz in erster Fassung vom 3. Juli 1893 stammt, beginnen die Zahlen für Spionage erst mit diesem Jahr. Ein Vergleich mit den Kriegsjahren ist ohne Interesse. Zudem fällt dann das Gros dieser Verbrechen unter die Militärgerichtsbarkeit und ist in der Kriminalstatistik nicht aufgeführt. Daher sind die Zahlen nur bis 1913 fortgeführt.

---

*) §§ 80, 81, 83—90, 92, 102—109 und 1—5 des Spionageges.

Wegen Hoch- und Landesverrats und Spionage nach der Kriminalstatistik verurteilte Personen

Jahr	Hoch- und Landesverrat	Spionage	zusammen
1882	2		2
83	—		—
84	6		6
85	2		2
86	3		3
87	7		7
88	3		3
89	—		—
90	1		1
91	—		—
92	5	—	5
93	1	2	3
94	—	—	—
95	—	2	2
96	—	4	4
97	1	3	4
98	—	6	6
99	—	1	1
1900	1	2	3
01	—	—	—
02	—	5	5
03	—	1	1
04	—	4	4
05	—	3	3
06	—	7	7
07	—	3	3
08	—	9	9
09	—	6	6
10	—	9	9
11	—	10	10
12	—	27	27
13	—	23	23
Summe	32	127	159
Durchschnitt pro Vorkriegsjahr	1	4	5

In den 32 Vorkriegsjahren 1882—1913 sind also nur 32 Personen wegen Hoch- und Landesverrats verurteilt worden und nur 127 wegen Spionage, also pro Jahr 1 Person wegen Landesverrats und 4 Personen wegen Spionage, wegen beider Verbrechen zusammengenommen 5 Personen pro Jahr. In keinem Vorkriegsjahr kann die Zahl der wegen Landesverrats allein Verurteilten jemals 7 überschritten haben. In den 20 Jahren 1894—1913 sind überhaupt nur 2 Leute wegen Hoch- und Landesverrats verurteilt worden. Ueber die Zahl der wegen Landesverrats und Spionage eingeleiteten Verfahren ist nichts bekannt. Es ist aber nicht anzunehmen, daß sie in einem besonders auffälligen Verhältnis zur Zahl der Verurteilungen gestanden haben. Ueber die Zahl der wegen Landesverrats, begangen durch die Presse, Verurteilten oder Angeklagten läßt sich nichts feststellen; es dürfte aber

eine nicht zu gewagte Behauptung sein, wenn man annimmt, daß ein solcher Fall in der Vorkriegszeit kaum vorgekommen ist.

Den Vorkriegszahlen dieser Tabelle sind die Nachkriegszahlen gegenüberzustellen. Sie finden sich mit Ausnahme des Jahres 1922 für alle Jahre bis 1925 ebenfalls in den Bänden der deutschen Kriminalstatistik. Die Jahre 1922, 1926 und 1927 sind noch nicht bearbeitet. Unter Landesverrat ist im folgenden nur der diplomatische Landesverrat verstanden. Denn der Landesverrat im Krieg, begangen durch Dienst beim Feind oder durch dem Feinde geleisteten Vorschub, oder der Kriegsverrat scheidet hier aus, wenn auch die Höhe der hierfür verhängten Strafen wie besondere Umstände, etwa die Fiktion eines nach dem 9. November begangenen Landesverrats, begangen durch Dienstleistungen beim „Feind", ein politisches Interesse rechtfertigen.

Wegen diplomatischen Landesverrats und Spionage nach der Kriminalstatistik verurteilte Personen

	Reichsgericht		alle deutschen Gerichte		
	Landesverrat	Spionage	Landesverrat	Spionage	zusammen
1918	—	7	—	17	17
1919	—	1	1	3	4
1920	2	12	2	12	14
1921	3	28	6	39	45
1923	24	90	25	120	145
1924	8	42	16	153	169
1925	3	24	14	165	179
Durchschnitt der Jahre 1923/25			18,3	146	164,3

Die Tabelle gibt nicht die Zahl der Anzeigen, der Anklagen und derer, die unter die uns politisch interessierende Kategorie von „Landesverrätern" fallen. Die Zahlen für das Reichsgericht allein sind natürlich bedeutungslos, insbesondere, da seit 1924 auch das Reich betreffende Fälle an die Oberlandesgerichte abgegeben werden können. Die Verurteilungen wegen Landesverrats wachsen bis 1923 und nehmen dann ab, die Verurteilungen wegen Spionage und wegen Landesverrats plus Spionage nehmen, abgesehen von 1919, ständig zu. Das fehlende Jahr 1922 bildet einen deutlichen Abschnitt. Denn von 1923 an sind die Zahlen von ganz anderer Größenordnung als in der Vorkriegszeit. In allen 32 Vorkriegsjahren zusammengenommen sind wegen der drei Verbrechen: Hoch-, Landesverrat und Spionage noch nicht einmal soviele Personen verurteilt worden, wie in einem Durchschnittsjahr der Zeit 1923—1925 wegen der zwei Verbrechen Landesverrat und Spionage. Einem Vorkriegsdurchschnitt von 5 Verurteilten wegen Hoch-, Landesverrats und Spionage pro Jahr steht ein Durchschnitt von 164,3 Verurteilungen, wegen Landesverrats und Spionage allein, in den Jahren 1923—1925 gegenüber. Die absolute Zahl der wegen Landesverrats und Spionage Verurteilten ist in diesen Jahren also mindestens auf das 33fache der Vorkriegszeit gestiegen. Keine statistische Feinheit, wie etwa die Berücksichtigung des Bevölkerungswachstums, kann diese Tatsache wesentlich verändern.

Berechnet man nämlich für jedes Vorkriegsjahr von 1882 bis 1913 und für die Jahre 1923 bis 1925 die Kriminalitätsziffern und bildet die beiden Durchschnitte, so erhält man ein Anwachsen auf das 28,2fache. Dabei ist zu beachten, daß das Wachstum der absoluten Zahlen auf das 33fache und der relativen Zahlen auf das 28,2fache nur untere Grenzen darstellen. Denn die Vorkriegszahlen beziehen sich auf Landesverrat, Spionage und Hochverrat, die Nachkriegszahlen aber nur auf Landesverrat und Spionage Dieses ungeheuerliche Wachstum glaubt Herr Ebermayer (Deutsche Juristen-Zeitung 1928, H. 1) mit den höhnischen Worten abtun zu können, „man solle aufhören, mit den Rekordziffern 516 und 561 (vgl. die erste Tabelle) hausieren zu gehen"!

Diese Zahlen sind ergänzt worden durch Angaben des Herrn Reichsjustizministers Hergt (Haushaltsausschuß, 292. Sitzung vom 11. Januar 1928, S. 11, und Reichstag, Vollversammlung, 367. Sitzung v. 25. Januar 1928, S. 12385):

	Anzeigen	Verurteilungen	Anzeigen	Verurteilungen
	wegen Hoch- u. Landesverrats beim Reichsgericht		wegen Landesverrats bei den preuß. Oberlandesgerichten	
1924	3600	309	587	146
1925	2760	273	209	62
1926	1587	124	159	30
1927	1458	114	98	15

Hier fehlen die Anzeigen und Verurteilungen wegen Landesverrats bei sämtlichen nichtpreußischen Oberlandesgerichten. Ferner fehlt die Spionage, bei der, wie wir oben sahen, die Verurteilungen so gut wie ständig zunehmen. Die Zahl der wegen Landesverrat und Spionage beim Reichsgericht eingelaufenen Anzeigen bzw. vorgenommenen Verurteilungen ist nicht zu ersehen. Auch ist über die Zahl der eingeleiteten Verfahren und Anklagen nichts gesagt. Die Zahl der Anzeigen kann abnehmen und trotzdem kann die Zahl der Anklagen bzw. Verfahren zunehmen. Ferner fehlt die entscheidende Angabe über die Zahl der Anzeigen bzw. Verurteilungen bei beiden Delikten wegen Verbrechens, begangen durch die Presse.

Nach dieser Tabelle übertreffen die Verurteilungen wegen Landesverrats allein bei den preußischen Oberlandesgerichten die nach der deutschen Kriminalitätsstatistik bei allen Gerichten Verurteilten um Vielfaches. Normalerweise muß aber bereits bei den gleichen Gerichten die Zahl der Verurteilungen kleiner sein als die der Verurteilten. Entweder sind also in der Kriminalitätsstatistik aus mir unbegreiflichen Gründen nicht alle wegen Landesverrats Verurteilten aufgenommen, oder die Zahlen von Hergt beziehen sich nicht, wie er es angibt, auf die bei den preußischen Oberlandesgerichten vorgenommenen Verurteilungen wegen Landesverrats, sondern auf die Verurteilungen wegen Landesverrats plus Spionage. Ferner ist zu vermuten, daß Hergt die Zahl der Verurteilungen mit der der Verurteilten verwechselt, da nach ihm im Jahre 1924 16 Verurteilungen wegen Landesverrats stattgefunden haben.

Im Jahre 1927 haben nach Hergt, vermutlich bei allen Gerichten, 44 Verurteilungen wegen Landesverrats stattgefunden. Nimmt man selbst an,

daß dies tatsächlich verurteilte Personen sind, so sind **in dem einen Jahr 1927 weit mehr Personen wegen Landesverrats verurteilt worden, als in allen 32 Vorkriegsjahren zusammengenommen** wegen Landesverrats und Hochverrats. Die Zahl der im gleichen Jahr wegen Spionage Verurteilten ist unbekannt. Hält sie sich auch nur ungefähr auf der Höhe der Jahre 1923—1925, so gilt unsere Schlußfolgerung vom außerordentlich starken Wachstum der Verurteilungen wegen Landesverrats plus Spionage gegenüber der Vorkriegszeit auch für das Jahr 1927.

Außerdem sind nach Hergt im Jahre 1927 613 Anzeigen wegen Landesverrats allein erstattet worden, wovon 163 zu Anklageerhebungen führten. Für die anderen Jahre fehlen wieder die Angaben. Nach Hergt haben im Jahre 1924 132, nach der Kriminalstatistik 153 Verurteilungen wegen Spionage stattgefunden.

Wieder andere Zahlen finden sich bei dem durch den Freispruch der Liebknechtmörder und die Verurteilung im Pontonprozeß bekannt gewordenen Reichsanwalt Jorns (Deutsche Richterzeitung vom 15. März 1928).

	Landesverrat beim Reichsgericht		Anzeigen wegen Landesverrat, Kriegsverrat, Spionage und Verbrechen gegen die VO. vom 8. März 1923
	Verurteilungen	Verurteilte	(Reichsgericht und Oberlandesgerichte)
1923	28	24	1351
1924	7	*)	726
1925	5	7	660
1926	8	1	724
1927	7	*)	612

Die das Reichsgericht allein betreffenden Zahlen sind für die Frage der Zunahme aller Landesverratsverurteilungen bedeutungslos. Zudem stimmt die Zahl der danach im Jahre 1925 wegen Landesverrats beim Reichsgericht Verurteilten mit der Deutschen Kriminalstatistik nicht überein. Es fehlen Angaben über die erhobenen Anklagen, die wegen Spionage Verurteilten, sowie die Zahlen der vor den Oberlandesgerichten Verurteilten.

Wir kommen also zum Schluß, daß die verschiedenen Angaben auseinandergehen. Bei Persönlichkeiten von diesem Rang sollte dies selbst auf einem ihnen an sich fremden Gebiet nicht vorkommen, vor allem, wenn die Zahlen als Begründung politischer Behauptungen dienen sollen. Halten wir uns daher an die Angaben der Deutschen Kriminalstatistik, die nach den Hergtschen Zahlen im schlimmsten Fall zu gering sind und die durch die Zahlen von Jorns nicht berührt werden, so ist **die von Hergt, Jorns und Ebermayer bestrittene Auffassung, daß die Zahl der wegen Landesverrats plus Spionage verurteilten Personen gegenüber der Vorkriegszeit ungeheuer gewachsen ist, eindeutig bewiesen.**

---

*) Nicht angegeben.

So interessant diese Tatsache auch ist, so ist sie politisch noch nicht völlig entscheidend. Wenn in der Oeffentlichkeit von der Hochflut der Landesverratsprozesse gesprochen wurde, so waren damit nämlich hauptsächlich die Verfahren wegen Landesverrats, begangen durch die Presse, gemeint. Die Herren Hergt, Ebermayer und Jorns haben also in ihren bisher zitierten Zahlen das politisch entscheidende Thema nicht berührt. Es ist nur grotesk, wenn Jorns aus den Zahlen der beim Reichsgericht wegen Landesverrats Verurteilten schließt, daß die Erregung über die wegen Landesverrats und Spionage, begangen durch die Presse, eingeleiteten Verfahren unberechtigt sei.

Uns interessiert es, ob die Zahl der wegen Landesverrats und Spionage, begangen durch die Presse, eingeleiteten Verfahren, die Zahl der Verurteilungen deswegen und das Verhältnis der eingeleiteten Verfahren zur Zahl der Verurteilungen gewachsen ist. Bei Jorns findet sich ein Hinweis auf die Größe dieses Verhältnisses.

Landesverrat, begangen durch die Presse, 1924 bis Mitte November 1927:

Eingegangene Anzeigen	360
Davon weggelegt	45
Demnach verfolgt	315
Von der Reichsanwaltschaft eingestellt	252
Demnach noch laufend	63
Verurteilungen	3

Freisprüche wegen Landesverrats, begangen durch die Presse, sind mir nicht bekannt. Da nach Jorns Anzeigen wegen Landesverrats, begangen durch die Presse, nicht an die Oberlandesgerichte abgegeben wurden, sind dies alle Verfahren wegen Landesverrats, begangen durch die Presse. Trotzdem sind auch diese Zahlen nicht vollständig; denn es fehlen die Fälle von Spionage, begangen durch die Presse. Das weitere Schicksal der 63 noch laufenden Verfahren ist unbekannt. Vergleicht man somit nur die Verfahren mit bekanntem Ausgang, so treffen auf 255 von der Reichsanwaltschaft verfolgte Sachen nur 3 Verurteilungen wegen Landesverrats, begangen durch die Presse. Also auf eine Verurteilung treffen 85 Verfahren. Dies ist eine politisch entscheidende Zahl. Wir besitzen zwar keine, nach einzelnen Verbrechensarten durchgeführte Verfahrensstatistik. Aber es dürfte kein anderes Delikt geben, in dem das Verhältnis der eingeleiteten Verfahren zu den durchgeführten Prozessen auch nur annähernd von dieser Größenordnung ist. Eben in dieser exzeptionellen Größe zeigt sich, um bei den von Herrn Jorns zitierten Worten zu bleiben, „die Strafverfolgungssucht der Anklagebehörde, die Seuche der Landesverratsprozesse, der Landesverrat als unvermeidlicher, strafrechtlicher Betriebsunfall des linksgerichteten oder pazifistischen Politikers und Redakteurs". Das große Verdienst dieser Feststellung sollte trotz Mangels an Vorsatz und Ueberlegung nicht geschmälert werden.

Jorns ist sich darüber klar, daß der Schutz militärischer Illegalitäten gleichzeitig einen Schutz von Vorbereitungen zum Hochverrat darstellen kann. Trotzdem können nach ihm Veröffentlichungen selbst dann als Landes-

verrat strafbar sein, wenn sie zur Verhinderung eines drohenden Bürgerkriegs dienen sollen. Damit sind die Landesverratsparagraphen Schutzmittel des Hochverrats, genau wie dies Mahraun in seiner Denkschrift (vergl. „Vorwärts", 2. November 1926) als die Auffassung der rechtsradikalen Putschisten geschildert hat.*) Somit verdienen die Ausführungen von Jorns eine prinzipielle Betrachtung. Da eine solche aber von anderer Seite beabsichtigt ist, beschränke ich mich darauf, seinen an mich gerichteten Aufforderungen hier nachzukommen. Ich muß dies hier tun, da die Deutsche Richterzeitung meine Antwort abgelehnt hat: „Es ist nicht beabsichtigt, weiteren Gegenausführungen und Ergänzungen Raum zu gewähren". Jorns schreibt: „Wenn ferner Gumbel angibt (Justiz, Bd. II, S. 85), daß, „obwohl die Angaben der verfolgten Publizisten häufig rechtsstehenden Blättern entnommen seien, niemals gegen diese ein Verfahren eingeleitet worden sei", und damit, wie nach dem Zusammenhang und nach dem Wortlaut zu schließen, der Vorwurf vorsätzlicher Unterlassung einer möglichen Strafverfolgung gemacht wird, so kann dies nur als eine aus der Luft gegriffene Behauptung bezeichnet werden. Herr Gumbel mag einen einzigen solchen Fall namhaft machen."

Hierzu bin ich sehr wohl in der Lage. In der Zeitschrift „Die Menschheit" vom 4. Juli 1924 habe ich einen im „Stahlhelm" Nr. 19 vom 8. Juni 1924 erschienenen Artikel unter dem Titel „Gibt es eine Schwarze Reichswehr?" abgedruckt. Darin wurde ein Urteil besprochen, wonach ein Stellungsbefehl zur Schwarzen Reichswehr genügenden Grund für den Urlaub eines städtischen Beamten darstelle. Gegen mich wurde ein Landesverratsverfahren eingeleitet; von einem solchen Verfahren gegen den „Stahlhelm", aus dem mein gesamtes Material stammte, ist mir nichts bekannt geworden. Den Konsequenzen, die Jorns aus dieser Tatsache zieht, habe ich nichts hinzuzufügen.

Herr Jorns greift ferner meine Darstellung des Falles Steinicke (Justiz, Bd. II, S. 78) an. Steinicke habe die Richtigkeit des von ihm übernommenen Artikels aus eigener Kenntnis bestätigt. „Damit und mit der weiteren Feststellung, der Angeklagte sei außerdem bei der Veröffentlichung davon ausgegangen, daß die Nachrichten im Ausland noch nicht bekannt gewesen seien, ist die Verurteilung wegen versuchten Landesverrats begründet worden." Aber in dem inkriminierten Artikel sind als Quellen ausdrücklich Angaben aus dem französischen Parlament genannt. Steinicke kann also gar nicht davon ausgegangen sein, daß die Nachricht im Ausland unbekannt gewesen sei. Hierfür spricht auch die Behauptung des inkriminierten Artikels, wonach den deutschen Behörden die betr. Nachricht unangenehm sei. Falls die bisher geheime Urteilsbegründung tatsächlich in den maßgeblichen Stellen wie angegeben lautet, liegt hier ein schwerer Rechtsirrtum vor.

Wenn Herr Jorns sich gegen die Darstellung der in der Oeffentlichkeit bekannt gewordenen Landesverratsfälle wendet, so geht er in einen Kampf mit ungleichen Waffen. Ihm sind ex officio die bei Einstellungen dem Angeschuldigten nicht mitgeteilten Beweisgründe und die Urteile bekannt. Die Oeffentlichkeit kann solche Beweisgründe nicht kennen, und Jorns hat es leicht, aus ihrer Nichtberücksichtigung einen versteckten Vorwurf zu machen.

---

*) Vgl. „Die Menschenrechte", Jahrgang II, Nr. 11, Sonderheft „Landesverrat".

Die geheimen Urteile aber dürfen die Publizisten nicht kennen. Und wenn sie sie kennen, so dürfen sie diese Kenntnis nicht verwenden. Man muß Herrn Jorns sehr verbunden sein, daß er trotz seines hohen Amtes es unternommen hat, Teile aus einem geheimen Urteil (Fall Steinicke) zu publizieren und sich damit einer Gefahr ausgesetzt hat, der andere sich nie auszusetzen wagen würden.

Nach Jorns wird die Rechtsprechung des Reichsgerichts durch die Urteile von Landesgerichten überhaupt nicht betroffen. Tatsächlich beruhten auf seiner Judikatur gerade die angreifbarsten Urteile der Oberlandesgerichte. So hat sich das Gutachten des bayerischen Obersten Landesgerichts im Falle Fechenbach ausdrücklich auf das Reichsgericht berufen.

Statistisch können wir folgende Schlußfolgerungen ziehen: Die Abnahme der Landesverratsverurteilungen innerhalb der letzten Jahre ist scharf auseinander zu halten von der Zunahme der Landesveratsverurteilungen gegenüber den Vorkriegsjahren. Die politischen Konsequenzen, welche die Herren Ebermayer, Jorns und Hergt aus der ersteren Tatsache ziehen, sind teils unberechtigt, teils falsch. Unberechtigt, weil diese Abnahme nichts über die politisch wesentliche Frage aussagt, wie die Zahl der Landesverratsverfahren überhaupt und speziell der Verfahren wegen Landesverrats, begangen durch die Presse, sich verändert hat. Falsch, weil einerseits die Spionageverurteilungen auch innerhalb der betrachteten Jahre zugenommen haben, andrerseits die Zahl der Landesverrats-Verfahren wie Verurteilungen gegenüber der Vorkriegszeit ungeheuer gewachsen ist, und insbesondere das vollkommen neue Delikt des Landesverrats, begangen durch die Presse, aufgetaucht ist. Aus der hohen Zahl der Anklagen wegen Landesverrats, begangen durch die Presse, dem großen Verhältnis dieser Zahl zu den Verurteilungen und dem Fehlen solcher Prozesse in der Vorkriegszeit, schließen wir auf eine Veränderung der Auffassung der Reichsanwaltschaft; aus den Verurteilungen auf eine Veränderung der Judikatur des Reichsgerichts. Die pathetische Formulierung von „der ungeheuerlichen Erweiterung des Begriffs des Landesverrats durch die Rechtsauffassung der Reichsanwaltschaft und die Rechtsprechung des Reichsgerichts", die Herr Jorns für die von ihm — wie wir sahen, zu Unrecht — bestrittenen Tatsachen gewählt hat, ist wohlbegründet.

/enn
muß
ter-
eren
zen

die
be-
ber-
sten
icht

nme
aus-
gen-
rren
eils
die
ats-
gen
age-
pen,
gen-
oll-
auf-
be-
Ver-
ßen
den
hts.
ung
alt-
die
ählt

DIE MENSCHENRECHTE

Organ der Deutschen Liga für Menschenrechte

Schriftleitung Dr. Walter Levinthal, Berlin N 24, Monbijouplatz 10 III — Verantwortl. Redaktion Kurt Großmann, Berlin N 24, Monbijouplatz 10 III

Verlag: Deutsche Liga für Menschenrechte, Berlin N 24, Monbijouplatz 10 III

Telephon: Amt Norden 12870 / Postscheckkonto: Berlin 212 55

JAHRGANG III — BERLIN, 15. Mai 1928 — NUMMER 4

Landesverrats-Statistik.

Von *E. J. Gumbel.*

Die Landesverratsprozesse haben in den letzten Jahren eine beträchtliche politische Bedeutung gewonnen. Die einen, zu denen z. B. der Reichsgerichtspräsident Simons zu rechnen ist, weisen auf die „unheimlich anwachsende Rechtsprechung in Hoch-, Landesverrats- und Spionagesachen" hin, die andern behaupten, daß zur Beunruhigung überhaupt kein Grund vorliege. Beide Parteien berufen sich auf die Statistik. Es ist daher notwendig, die Fragestellung zu präzisieren und zu prüfen, inwieweit die angezogenen Zahlen das Problem überhaupt betreffen.

Zunächst: welche Verbrechen interessieren uns? Nach den inkriminierten Handlungen gehören nicht Hoch- und Landesverrat, sondern Landesverrat und Spionage zusammen. Selbstverständlich müssen die Zahlen sich auf alle Gerichte beziehen. Bis 1924 war das Reichsgericht für die gegen das Reich gerichteten Unternehmungen allein zuständig. Seit 1924 ist eine Abgabe von Landesverrats- und Spionagesachen, auch soweit sie das Reich betreffen, an die Oberlandesgerichte zulässig. Daher müssen die Angaben stets das Reichsgericht und sämtliche deutschen Oberlandesgerichte umfassen.

Unter Landesverrat und Spionage werden zweierlei Taten subsummiert, welche moralisch vollkommen auseinandergehen und daher auch politisch ganz verschieden gewertet werden müssen. Ein Landesverräter nach der gewöhnlichen Vorstellung liefert einer ausländischen Regierung gegen Entgelt militärische oder diplomatische Geheimnisse seines Vaterlandes aus. Niemand wird im Prinzip für diese Kategorie eintreten. Sie war die einzige, die in Friedenszeiten existierte.

Aber neben sie ist eine andere getreten, bei der keine der genannten Kriterien zutrifft, weder die Weitergabe an das Ausland, noch der Verrat militärischer oder diplomatischer *Staatsgeheimnisse,* noch die Bezahlung. Die Landesverratsverfahren sind in der Oeffentlichkeit nur dann bekämpft worden, wenn die Angeklagten aus politischen Motiven subjektiv im Interesse des Staats handelten, indem sie, um Vorbereitungen zum Hochverrat zu verhindern, illegale Machenschaften, welche den Staat bedrohten, der deutschen Oeffentlichkeit mitteilten. Auf das moralische Gewicht und die statistische Häufigkeit dieser Fälle, und nur auf sie, kommt es bei dem prinzipiellen Streit um die Landesverratsverfahren an.

Statistisch ist diese Kategorie schwer zu definieren. Man wird sie am besten erfassen als die Zahl derer, welche wegen Landesverrats, begangen durch die Presse, oder wegen Landesverrats, begangen ohne Vorliegen eigennütziger Beweggründe, angeklagt oder verurteilt wurden. Auch hierzu müssen diejenigen Fälle addiert werden, bei denen auf Grund gleicher Delikte Anklagen oder Verurteilungen wegen Spionage eintraten. (Vergl. Fall Oehme, „Die Justiz", Bd. II, H. 1, S. 79.) Daher ist es falsch, die Landesverratsprozesse der gemeinen Spionage gegenüberzustellen. Demnach muß die statistische Fragestellung lauten:

Wieviele Anzeigen, Verfahren, Anklagen, Verurteilungen, Verurteilte und Strafen liegen für die zusammengehörigen Verbrechen des versuchten oder vollendeten Landes-

verrats und der Spionage für das Reichsgericht und alle deutschen Oberlandesgerichte zusammengenommen für die Friedenszeit und in den letzten Jahren vor? Wieviele Jahre sind abgesessen worden? Welches ist der Anteil des Landesverrats und der Spionage, begangen durch die Presse, an sämtlichen obengenannten Zahlen?

Auf Grund dieser Angaben wäre dann das Verhältnis der eingeleiteten Verfahren zu den Verurteilungen bei Landesverrat und Spionage und bei Landesverrat und Spionage, begangen durch die Presse, und die zeitliche Veränderung dieses Verhältnisses bei beiden Kategorien zu berechnen. Denn die Frage lautet auch dahin, ob die Reichsanwaltschaft heute aus politischen Gründen Anklagen erhebt, die von vornherein aussichtslos sind.

Eine juristische Frage ist es, ob es dem Geist und Wortlaut des Gesetzes entspricht, wenn mit Hilfe dieser Paragraphen nicht mehr eine begangene Tat eines Verbrechers gesühnt, sondern die zukünftige Haltung eines Politikers erzwungen werden soll, falls seine politische Linie nicht mit der des deutschnationalen Oberreichsanwalts Werner übereinstimmt.

Auf Grund solcher Zahlen kann die Statistik zur Entscheidung der politisch wesentlichen Frage nach der Veränderung der Struktur der Landesverratsprozesse herangezogen werden.

Aber die jetzige deutsche Kriminalstatistik reicht zur vollständigen Beantwortung dieser Fragen nicht aus. Denn durch sie zieht sich eine von Georg v. Mayr scharf gerügte Unterlassung. Sie ist nämlich eine Statistik der Verurteilungen. Gerade das wichtige Verhältnis der eingeleiteten Verfahren zu den Verurteilungen ist in ihr nicht zu finden. Trotz dieses Mangels reichen die vorhandenen Angaben aus, um die politisch entscheidenden Folgerungen zu ziehen.

Betrachten wir nun die einzelnen, in der Kontroverse angeführten Zahlen, soweit sie aus offiziellen Quellen stammen. Die Grundlage der gesamten Diskussion bildet die Tabelle auf S. 18 der Anlage 2 zum Strafgesetzentwurf von 1927:

Jahr	Wegen Hoch- u. Landesverrats u. Spionage*) verurteilte Personen	Kriminalitätsziffer (auf 100 000 der strafmündigen Bevölkerung)	Index der Kriminalitätsziffer
1882/91 (Durchschnitt)	18	0,06	1,05
1895	22	0,06	1,05
1900	6	0,02	0,35
1905	32	0,07	1,22
1910	19	0,04	0,70
1913	35	0,07	1,22
1921	111	0,23	4,01
1923	137	0,28	4,89
1924	516	1,10	19,20
1925	561	1,18	20,60

*) §§ 80, 81, 83—90, 92, 102—109 und 1—5 des Spionage-Gesetzes.

Bildet man aus den Kriminalitätsziffern für die angegebenen Jahre bis 1913 das gezogene arithmetische Mittel, so erhält man für die Vorkriegszeit eine mittlere Kriminalitätsziffer von 0,0573. Setzt man diese Ziffer gleich 1, so erhält man die in Spalte 4 angeführten Indices. Demnach beträgt *die Zahl der in den Jahren 1924 und 1925 wegen der genannten Verbrechen verurteilten Personen das Zwanzigfache der Vorkriegszeit.* Da aber hier Hochverrat, Landesverrat, Spionage und sonstige kleinere politische Verbrechen, wie Störung der Beziehungen zum Ausland, Nötigung verfassungsmäßiger Körperschaften und Wahlvergehen summiert sind, können keine exakten Schlüsse über die Verurteilung wegen Landesverrats, Spionage und den uns interessierenden Sonderfall allein gezogen werden. Aber die Annahme, daß auch die Verurteilungen wegen Landesverrats und Spionage heute etwa zwanzigmal häufiger sind als in der Vorkriegszeit, ist bereits nach diesen Zahlen nicht gerade abwegig.

Exakt läßt sich dies nach dem Bisherigen noch nicht sagen. Auch lassen sich die Zahlen für Landesverrat und Spionage allein aus der Kriminalstatistik leider überhaupt

nicht ermitteln, wohl aber die Zahlen der wegen Landesverrats, Hochverrats und Spionage Verurteilten. Die Bände der Deutschen Kriminalstatistik beginnen mit dem Jahre 1882. Da das Spionagegesetz vom 3. 7. 93 stammt, beginnen die Zahlen für Spionage erst mit diesem Jahr. Ein Vergleich mit den Kriegsjahren ist ohne Interesse. Zudem fällt dann das Gros dieser Verbrechen unter die Militärgerichtsbarkeit und ist in der Kriminalstatistik nicht aufgeführt. Daher sind die Zahlen nur bis 1913 fortgeführt.

Wegen Hoch- und Landesverrats und Spionage nach der Kriminalstatistik verurteilte Personen:

Jahr	Hoch- u. Landesverrat	Spionage	Zusammen
1882	2		2
1883	—		—
1884	6		6
1885	2		2
1886	3		3
1887	7		7
1888	3		3
1889	—		—
1890	1		1
1891	—		—
1892	5		5
1893	1	2	3
1894	—	—	—
1895	—	2	2
1896	—	4	4
1897	1	3	4
1898	—	6	6
1899	—	1	1
1900	1	2	3
1901	—	—	—
1902	—	5	5
1903	—	1	1
1904	—	4	4
1905	—	3	3
1906	—	7	7
1907	—	3	3
1908	—	9	9
1909	—	6	6
1910	—	9	9
1911	—	10	10
1912	—	27	27
1913	—	23	23
Summe:	32	127	159
Durchschnitt pro Vorkriegsjahr:	1	4	5

In den 32 Vorkriegsjahren 1882—1913 sind also nur 32 Personen wegen Hoch- und Landesverrats verurteilt worden und nur 127 wegen Spionage, also *pro Jahr 1 Person wegen Hoch- und Landesverrat* und *4 Personen wegen Spionage*, wegen der 3 Verbrechen zusammengenommen 5 Personen pro Jahr. In keinem Vorkriegsjahr kann die Zahl der wegen Landesverrats allein Verurteilten jemals 7 überschritten haben. In den 20 Jahren 1894—1913 sind überhaupt nur 2 Leute wegen Hoch- und Landesverrats verurteilt worden. Ueber die Zahl der wegen Landesverrats und Spionage eingeleiteten Verfahren ist nichts bekannt. Es ist aber nicht anzunehmen, daß sie in einem besonders auffälligen Verhältnis zur Zahl der Verurteilungen gestanden haben. Ueber die Zahl der wegen Landesverrats, begangen durch die Presse, Verurteilten oder Angeklagten läßt sich nichts feststellen; es dürfte aber eine nicht zu gewagte Behauptung sein, wenn man annimmt, daß ***ein solcher Fall in der Vorkriegszeit kaum vorgekommen ist.***

Den Vorkriegszahlen dieser Tabelle sind die Nachkriegszahlen gegenüberzustellen. Sie finden sich mit Ausnahme des Jahres 1922 für alle Jahre bis 1925 ebenfalls in den Bänden der Deutschen Kriminalstatistik. Die Jahre 1922, 1926 und 1927 sind noch nicht erschienen. Unter Landesverrat ist im folgenden nur der diplomatische

Landesverrat verstanden. Denn der Landesverrat im Krieg, begangen durch Dienst beim Feind oder durch dem Feinde geleisteteten Vorschub, oder der Kriegsverrat schalten hier aus, wenn auch die Höhe der hierfür verhängten Strafen wie besondere Umstände, etwa die Fiktion eines nach dem 9. November begangenen Landesverrats, begangen durch Dienstleistungen beim „Feind", ein politisches Interesse rechtfertigen.

Wegen diplomatischen Landesverrats und Spionage nach der Kriminalstatistik verurteilte Personen:

	Reichsgericht		Alle deutschen Gerichte		
	Landesverrat	Spionage	Landesverrat	Spionage	Zusammen
1919	—	1	1	3	4
1920	2	12	2	12	14
1921	3	28	6	39	45
1923	24	90	25	120	145
1924	8	42	16	153	169
1925	3	24	14	165	179
Durchschnitt der Jahre 1923/25:			18,3	146	164,3

Die Tabelle gibt nicht die Zahl der Anzeigen, der Anklagen und derer, die unter die uns politisch interessierende Kategorie von „Landesverrätern" fallen. Die Zahlen für das Reichsgericht allein sind natürlich bedeutungslos, insbesondere, da seit 1924 auch das Reich betreffende Fälle an die Oberlandesgerichte abgegeben werden können. Die Verurteilungen wegen Landesverrats wachsen bis 1923 und nehmen dann ab, *die Verurteilungen wegen Spionage und wegen Landesverrats plus Spionage nehmen*, abgesehen von 1919 *ständig zu*. Das fehlende Jahr 1922 bildet einen deutlichen Abschnitt. Denn von 1923 an sind die Zahlen von ganz anderer Größenordnung als in der Vorkriegszeit. In allen 32 Vorkriegsjahren zusammengenommen sind wegen der drei Verbrechen, Hoch-, Landesverrat und Spionage, noch nicht einmal so viele Personen verurteilt worden, wie in einem Durchschnittsjahr der Zeit 1923—1925 wegen der zwei Verbrechen: Landesverrat und Spionage. Einem Vorkriegsdurchschnitt von 5 Verurteilten wegen Hoch-, Landesverrats und Spionage pro Jahr steht ein Durchschnitt von 164,3 Verurteilten wegen Landesverrats und Spionage allein in den Jahren 1923—1926 gegenüber. *Die absolute Zahl der wegen Landesverrats und Spionage Verurteilten ist in diesen Jahren also mindestens auf das 33fache der Vorkriegszeit gestiegen.* Keine statistische Feinheit, wie etwa die Berücksichtigung des Bevölkerungswachstums, kann diese Tatsache wesentlich verändern.

Berechnet man nämlich für jedes der Vorkriegsjahre von 1882 bis 1913 und für die Jahre 1923 bis 1925 die Kriminalitätsziffern und bildet die beiden Durchschnitte, so erhält man ein Anwachsen auf das 28fache. Dabei ist zu beachten, daß *das Wachstum der absoluten Zahlen auf das 33fache* und *der relativen Zahlen auf das 28fache nur untere Grenzen* darstellen. Denn die Vorkriegszahlen beziehen sich auf Landesverrat plus Spionage plus Hochverrat, die Nachkriegszahlen aber nur auf Landesverrat plus Spionage. Dieses ungeheuerliche Wachstum glaubt Herr Ebermayer (Deutsche Juristenzeitung 1928, H. 1) mit den höhnischen Worten abtun zu können, „man solle aufhören, mit den Rekordziffern 516 und 561 (vergl. die erste Tabelle) hausieren zu gehen."

Diese Zahlen sind ergänzt worden durch Angaben des Herrn Reichsjustizministers Hergt (Haushaltsausschuß, 292. Sitzung vom 11. 1. 28, S. 11, und Reichstag, 367. Sitzung vom 25. 1. 28, S. 12283).

	Anzeigen	Verurteilungen	Anzeigen	Verurteilungen
	wegen Hoch- und Landesverrats beim Reichsgericht		wegen Landesverrats bei den preuß. Oberlandesgerichten	
1924	3 600	309	587	146
1925	2 760	273	209	62
1926	1 587	124	159	30
1927	1 458	114	98	15

Hier fehlen die Anzeigen und Verurteilungen wegen Landesverrats bei sämtlichen nichtpreußischen Oberlandesgerichten. Ferner fehlt die Spionage, bei der, wie wir oben

sahen, die Zahl der Verurteilten so gut wie ständig zunimmt. Die Zahl der wegen Landesverrats und Spionage beim Reichsgericht eingelaufenen Anzeigen bzw. vorgenommenen Verurteilungen ist nicht zu ersehen. Auch ist über die Zahl der eingeleiteten Verfahren und *Anklagen* nichts gesagt. Die Zahl der Anzeigen kann abnehmen, und trotzdem kann die Zahl der Anklagen bzw. Verfahren zunehmen. Ferner fehlt die entscheidende Angabe über die Zahl der Anzeigen bzw. Verurteilten bei beiden Delikten wegen Verbrechens, begangen durch die Presse.

Nach dieser Tabelle übertreffen die Verurteilungen wegen Landesverrats allein bei den preußischen Oberlandesgerichten die nach der Deutschen Kriminalitätsstatistik bei allen Gerichten Verurteilten um Vielfaches. Normalerweise muß aber bereits bei den gleichen Gerichten die Zahl der Verurteilungen kleiner sein als die der Verurteilten. Entweder sind also in der Kriminalitätsstatistik aus mir unbegreiflichen Gründen nicht alle wegen Landesverrats Verurteilten aufgenommen, oder die Zahlen von Hergt beziehen sich nicht, wie er es angibt, auf die bei den preußischen Oberlandesgerichten vorgenommenen Verurteilungen wegen Landesverrats, sondern auf die Verurteilungen wegen Landesverrats plus Spionage. Ferner ist zu vermuten, daß Hergt die Zahl der Verurteilungen mit der der Verurteilten verwechselt, da nach ihm im Jahr 1924 16 Verurteilungen wegen Landesverrats stattgefunden haben, während die Reichsstatistik 16 Verurteilte angibt.

Im Jahre 1927 haben nach Hergt, vermutlich bei allen Gerichten, 44 Verurteilungen wegen Landesverrats stattgefunden. Nimmt man selbst an, daß dies tatsächlich verurteilte Personen sind, so sind *in dem einen Jahr 1927 weit mehr Personen wegen Landesverrats verurteilt worden, als in allen 32 Vorkriegsjahren zusammengenommen wegen Landesverrats plus Hochverrats.* Die Zahl der im gleichen Jahr wegen Spionage Verurteilten ist unbekannt. Hält sie sich auch nur ungefähr auf der Höhe der Jahre 1923—1925, so gilt unsere Schlußfolgerung vom außerordentlich starken Wachstum der wegen Landesverrats plus Spionage Verurteilten gegenüber der Vorkriegszeit auch für das Jahr 1927.

Außerdem sind nach Hergt im Jahre 1927 613 Anzeigen wegen Landesverrats allein erstattet worden, wovon 163 zu Anklageerhebungen führten. Für die anderen Jahre fehlen wieder die Angaben. Nach Hergt haben im Jahre 1924 132 Verurteilungen wegen Spionage stattgefunden. Die Kriminalstatistik weist 153 Verurteilte auf.

Wieder andere Zahlen finden sich bei dem durch den Freispruch der Liebknechtmörder und die Verurteilung im Pontonprozeß bekanntgewordenen Reichsanwalt Jorns. (Deutsche Richterzeitung vom 15. 3 28.)

	Landesverrat beim Reichsgericht		Anzeigen wegen Landes- und Kriegsverrats, Spionage und Verbrechen gegen die Verordnung vom 3. 3. 23.
	Verurteilungen	Verurteilte	(Reichsgericht und Oberlandesgerichte)
1923	23	24	1 351
1924	7	—*)	726
1925	5	7	660
1926	3	4	724
1927	7	—*)	612

*) Nicht angegeben.

Die das Reichsgericht allein betreffenden Zahlen sind für die Frage der Zunahme aller Landesverratsverurteilungen bedeutungslos. Zudem stimmt die Zahl der darnach im Jahre 1925 wegen Landesverrats beim Reichsgericht Verurteilten mit der Deutschen Kriminalstatistik nicht überein. Es fehlen Angaben über die erhobenen Anklagen, die wegen Spionage Verurteilten sowie die Zahlen der vor den Oberlandesgerichten Verurteilten.

Wir kommen also zum Schluß, daß die verschiedenen Angaben auseinandergehen. Bei Persönlichkeiten von diesem Rang sollte dies selbst auf einem ihnen an sich fremden Gebiet nicht vorkommen, vor allem, wenn die Zahlen als Begründung

politischer Behauptungen dienen sollen. Halten wir uns daher an die Angaben der Deutschen Kriminalstatistik, die nach den Hergtschen Zahlen im schlimmsten Fall zu gering sind und die durch die Zahlen von Jorns nicht berührt werden, so ist *die von Hergt, Jorns und Ebermayer bestrittene Auffassung, daß die* Zahl der *wegen Landesverrats* plus *Spionage* verurteilten Personen *gegenüber der Vorkriegszeit ungeheuer gewachsen ist, eindeutig bewiesen.*

So interessant diese Tatsache auch ist, so ist sie politisch noch nicht völlig entscheidend. Wenn in der Oeffentlichkeit von der Hochflut der Landesverratsprozesse gesprochen wurde, so waren damit nämlich hauptsächlich die Verfahren wegen Landesverrats, begangen durch die Presse, gemeint. Die Herren Hergt, Ebermayer und Jorns haben also in ihren bisher zitierten Zahlen das politisch entscheidende Thema nicht berührt. Es ist nur grotesk, wenn Jorns aus den Zahlen der beim Reichsgericht wegen Landesverrats Verurteilten schließt, daß die Erregung über die wegen Landesverrat und Spionage, begangen durch die Presse, eingeleiteten Verfahren unberechtigt sei.

Uns interessiert es, ob die Zahl der wegen Landesverrats und Spionage, begangen durch die Presse, eingeleiteten Verfahren, die Zahl der Verurteilungen deswegen und *das Verhältnis der eingeleiteten Verfahren zur Zahl der Verurteilungen gewachsen ist.* Bei Jorns findet sich ein Hinweis auf die jetzige Größe dieses Verhältnisses.

Landesverrat begangen durch die Presse

1924 bis Mitte November 1927

Eingegangene Anzeigen	360
davon weggelegt	45
demnach verfolgt	315
Von der Reichsanwaltschaft eingestellt	252
demnach noch laufend	63
Verurteilungen	3

Freisprüche wegen Landesverrats, begangen durch die Presse, sind mir nicht bekannt. Da nach Jorns Anzeigen wegen Landesverrats, begangen durch die Presse, nicht an die Oberlandesgerichte abgegeben wurden, sind dies alle Verfahren wegen Landesverrat, begangen durch die Presse. Trotzdem sind auch diese Zahlen nicht vollständig; denn *es fehlen die Fälle von Spionage, begangen durch die Presse.* Das weitere Schicksal der 63 noch laufenden Verfahren ist unbekannt. Vergleicht man somit nur die Verfahren mit bekanntem Ausgang, so treffen auf 255 von der Reichsanwaltschaft verfolgte Sachen nur 3 Verurteilungen wegen Landesverrats, begangen durch die Presse. Also auf eine Verurteilung treffen 85 Verfahren. Dies ist eine politisch entscheidende Zahl. Wir besitzen zwar keine nach einzelnen Verbrechensarten durchgeführte Verfahrenstatistik. Aber *es dürfte kein anderes Delikt geben, in dem das Verhältnis der eingeleiteten Verfahren zu den durchgeführten Prozessen auch nur annähernd von dieser Größenordnung ist.* Eben in dieser exzeptionellen Größe zeigt sich, um bei den von Herrn Jorns zitierten Worten zu bleiben, „die Strafverfolgungssucht der Anklagebehörde, die Seuche der Landesverratsprozesse, der Landesverrat als unvermeidlicher, strafrechtlicher Betriebsunfall des linksgerichteten oder pazifistischen Politikers und Redakteurs". Das große Verdienst dieser Feststellung sollte trotz Mangels an Vorsatz und Ueberlegung nicht geschmälert werden.

Jorns ist sich darüber klar, daß der Schutz militärischer Illegalitäten gleichzeitig einen Schutz von Vorbereitungen zum Hochverrat darstellen kann. Trotzdem können nach ihm Veröffentlichungen selbst dann als Landesverrat strafbar sein, wenn sie zur Verhinderung eines drohenden Bürgerkriegs dienen sollen. Damit sind die Landesverratsparagraphen Schutzmittel des Hochverrats, genau wie dies Mahraun in seiner Denkschrift (vergl. Vorwärts 22. 11. 26) als die Auffassung der rechtsradikalen Putschisten geschildert hat[1]). Somit verdienen die Ausführungen von Jorns eine prin-

---

[1]) Anmerk.: Vergl. „Die Menschenrechte" Jahrg. II, Nr. 11 und Nr. 14 Sonderheft „Landesverrat", 1927.

[2]) Prof. Dr. Gustav Radbruch, Landesverrat und kein Ende, Die Justiz, Bd. III, H. 4, 1928.

zipielle Betrachtung. Da eine solche aber von anderer Seite erfolgt ist[2]), beschränke ich mich darauf, seinen an mich gerichteten Aufforderungen hier nachzukommen. Ich muß dies hier tun, da die Deutsche Richterzeitung meine Antwort abgelehnt hat: „Es ist nicht beabsichtigt, weiteren Gegenausführungen und Ergänzungen Raum zu gewähren.“ Jorns schreibt: „Wenn ferner Gumbel angibt (Justiz, Bd. II, S. 85), daß, ‚obwohl die Angaben der verfolgten Publizisten häufig rechtsstehenden Blättern entnommen seien, niemals gegen diese ein Verfahren eingeleitet worden sei‘, und damit, wie nach dem Zusammenhang und nach dem Wortlaut zu schließen, der Vorwurf vorsätzlicher Unterlassung einer möglichen Strafverfolgung gemacht wird, so kann dies nur als eine aus der Luft gegriffene Behauptung bezeichnet werden. Herr Gumbel mag einen einzigen solchen Fall namhaft machen.“

Hierzu bin ich sehr wohl in der Lage. In der Zeitschrift „Die Menschheit“ vom 4. 7. 24 habe ich einen im „Stahlhelm“, Nr. 19 vom 8. Juni 1924 erschienenen Artikel unter dem Titel: „Gibt es eine Schwarze Reichswehr“, abgedruckt. Darin wurde ein Urteil besprochen, wonach ein Stellungsbefehl zur Schwarzen Reichswehr genügenden Grund für den Urlaub eines städtischen Beamten darstelle. Gegen mich wurde ein Landesverratsverfahren eingeleitet; von einem solchen Verfahren gegen den „Stahlhelm“, aus dem mein gesamtes Material stammte, ist mir nichts bekanntgeworden. Den Konsequenzen, die Jorns aus dieser Tatsache zieht, habe ich nichts hinzuzufügen.

Herr Jorns greift ferner meine Darstellung des Falles Steinicke (Justiz, Bd. II, S. 78) an. Steinicke habe die Richtigkeit des von ihm übernommenen Artikels aus eigener Kenntnis bestätigt. „Damit und mit der weiteren Feststellung, der Angeklagte sei außerdem bei der Veröffentlichung davon ausgegangen, daß die Nachrichten im Ausland noch nicht bekanntgewesen seien, ist die Verurteilung wegen versuchten Landesverrats begründet worden“. Aber in dem inkrimierten Artikel sind als Quellen ausdrücklich Angaben aus dem französischen Parlament genannt. Steinicke kann also gar nicht davon ausgegangen sein, daß die Nachricht im Ausland unbekannt gewesen sei. Hierfür spricht auch die Behauptung des inkriminierten Artikels, wonach den *deutschen* Behörden die betr. Nachricht unangenehm sei. Falls die bisher geheime Urteilsbegründung tatsächlich in den maßgeblichen Stellen wie angegeben lautet, liegt hier ein schwerer Rechtsirrtum des Reichsgerichts vor.

Wenn Herr Jorns sich gegen die Darstellung der in der Oeffentlichkeit bekanntgewordenen Landesverratsfälle wendet, so geht er in einen Kampf mit ungleichen Waffen. Ihm sind ex officio die bei Einstellungen dem Angeschuldigten nicht mitgeteilten Beweisgründe und die Urteile bekannt. Die Oeffentlichkeit kann die Beweisgründe nicht kennen, und Jorns hat es leicht, aus ihrer Nichtberücksichtigung einen versteckten Vorwurf zu machen. Die geheimen Urteile aber dürfen die Publizisten nicht kennen. Und wenn sie sie kennen, so dürfen sie diese Kenntnis nicht verwenden. Man muß Herrn Jorns sehr verbunden sein, daß er trotz seines hohen Amtes es unternommen hat, Teile aus einem geheimen Urteil (Fall Steinicke) zu publizieren und sich damit einer Gefahr auszusetzen, der andere sich nie auszusetzen wagen würden. Nach Jorns wird die Rechtsprechung des Reichsgerichts durch die Urteile von Landesgerichten überhaupt nicht betroffen. Tatsächlich beruhten auf seiner Judikatur gerade die angreifbarsten Urteile der Oberlandesgerichte. So hat sich das Gutachten des bayrischen Obersten Landesgerichts im Falle Fechenbach ausdrücklich auf das Reichsgericht berufen.

Statistisch können wir folgende Schlußfolgerungen ziehen: Die Abnahme der Landesverratsverurteilungen innerhalb der letzten Jahre ist scharf auseinander zu halten von der Zunahme der Landesverratsverurteilungen gegenüber den Vorkriegsjahren. Die politischen Konsequenzen, welche die Herren Ebermayer, Jorns und Hergt aus der ersteren Tatsache ziehen, sind teils unberechtigt, teils falsch. Unberechtigt, weil diese Abnahme nichts über die politisch wesentliche Frage aussagt, wie die Zahl der Landesverratsverfahren überhaupt und speziell der Verfahren wegen Landesverrats, begangen durch die Presse, sich verändert hat. Falsch, weil einerseits die Spionageverurteilungen auch innerhalb der betrachteten Jahre zugenommen haben, andererseits die Zahl der Landesverratsverfahren wie Verurteilungen gegenüber der Vorkriegszeit

ungeheuer gewachsen ist, und insbesondere das vollkommen neue Delikt des Landesverrats, begangen durch die Presse, aufgetaucht ist.

Aus der hohen Zahl der Anklagen wegen Landesverrats, begangen durch die Presse, dem großen Verhältnis dieser Zahl zu den Verurteilungen und dem Fehlen solcher Prozesse in der Vorkriegszeit schließen wir auf eine Veränderung der Auffassung der Reichsanwaltschaft; aus den Verurteilungen auf eine Veränderung der Judikatur des Reichsgerichts. Die pathetische Formulierung von „der ungeheuerlichen Erweiterung des Begriffs des Landesverrats durch die Rechtsauffassung der Reichsanwaltschaft und der Rechtsprechung des Reichsgerichts", die Herr Jorns für die von ihm — wie wir sahen, zu Unrecht — bestrittenen Tatsachen gewählt hat, ist wohlbegründet.

Menschenökonomie in Paneuropa.

Von *Alfred Jacobsohn* (Wien).

Wir bringen den folgenden Aufsatz zum Abdruck, weil er ein bedeutsames Problem behandelt, müssen jedoch betonen, daß die darin entwickelten Gedanken teilweise erheblich von unserer Auffassung der gegebenen Zusammenhänge abweichen. Vor allem nach der Richtung, daß Menschenökonomie uns als eine weit über Paneuropa hinausgehende Aufgabe erscheint, als ein Programm, das die Befreiung der außereuropäischen Völker mit einschließt, während Paneuropa nur innereuropäische Menschenrechte in den Mittelpunkt rückt, wie es sich bisher auch noch keineswegs mit Entschiedenheit zur Menschenökonomie bekannt ist. Die Schriftleitung.

„Das eigentliche Charakteristikum der Menschenökonomie macht es aus, alle zu fruchtbarer Zusammenarbeit zu vereinigen . . ." diese (in den „Menschenrechten" früher schon berichteten) Worte sprach Rudolf *Goldscheid* auf dem Brüsseler Kongreß des Internationalen Verbandes der Ligen für Menschenrechte.

Paneuropa heißt: „Selbsthilfe durch Zusammenschluß Europas zu einem politisch-wirtschaftlichen Zweckverband." So umschrieb Coudenhove-Kalergi das Wesen Paneuropas.

Die beiden zitierten Sätze decken einander, wenn auch nicht wörtlich, so doch dem Sinne nach, beinahe vollkommen. *Paneuropa* heißt auch *Menschenökonomie*. Erst die Erfüllung des paneuropäischen Programms wird eine wirkliche Menschenökonomie ermöglichen.

Der heutige politische und wirtschaftliche Zustand Europas beinhaltet, ja bedingt geradezu ärgsten Widerspruch zu den auch nur einfachsten Grundsätzen der Menschenökonomie;

die achtundzwanzig Staaten unseres Kontinents überbieten einander in sinnloser Verschwendung aller Kräfte;

die Zersplitterung Europas hat eine Vergeudung von Werten zur Folge, die — wie dies ja von allen Seiten unbestritten zugegeben wird — volkswirtschaftlich viel nutzbringender, als es heute geschieht, verwendet werden könnten;

statt durch gegenseitige Ergänzung wertvolle Arbeit zu leisten, bemühen sich die verhetzten und irregeleiteten Europäer, einander mit allen Kräften zu schädigen.

Der Gegensatz zu Menschenökonomie heißt *Krieg* und *wirtschaftliche Anarchie* — beides wird durch Paneuropa verhindert. Die endlosen Kolonnen der im Krieg Hingemordeten stellen verlorenes Menschenkapital dar —, jede Zollschranke ist eine Mauer, die den Weg zur Durchführung der Prinzipien der Menschenökonomie sperrt.

Die Wiederholung eines so sinnlosen und verbrecherischen Greuels wie des Weltkrieges wird möglichst hintangehalten durch energischste und aufopfernde Arbeit für die Vereinigten Staaten von Europa.

Den allmählichen Abbau der Zollgrenzen kann nur paneuropäische Politik herbeiführen.

Die Justiz

1928

Redekunst überhaupt, die in das berühmte Anathema ausklingt: Déshonorons la guerre! Solange es noch einen Kampf geben wird gegen den Krieg, gegen die Todesstrafe, gegen die unsterbliche Dummheit und Herzensträgheit, so lange wird uns der Name Voltaires ein Vorbild bedeuten und einen Schlachtruf.

Zur Kontroverse mit Reichsanwalt Jorns.

I.

Brief Jorns an Gumbel.

Leipzig, den 7. Juni 1928.

An

Herrn Dr. Gumbel, Privatdozent

Heidelberg.

Sehr geehrter Herr Doktor!

Auf die Aufforderung in meinem Aufsatz „Landesverrat" in der „Deutschen Richterzeitung" vom 15. März 1928, einen einzigen Fall namhaft zu machen, in dem, wie Sie in der „Justiz" Bd. II S. 85 behauptet haben, die gebotene Strafverfolgung rechts stehender Blätter unterlassen worden sei, haben Sie nunmehr in Bd. III S. 393/94 einen Fall angeführt, auf den diese Behauptung zutreffen soll. Da die einschlägigen Akten zum Teil versandt waren, kann ich erst heute nach ihrem Wiedereingang auf diese Sache eingehen. In der Annahme, daß Ihnen selbst eine restlose Aufklärung dieses strittigen Punktes am Herzen liegt und da auch die Oeffentlichkeit um deswillen einen erhöhten Anspruch auf Klarstellung hat, weil der von Ihnen genannte Fall mit seinen daraus gezogenen Folgerungen auch in andern öffentlichen Blättern Aufnahme gefunden hat, so z. B. neuerdings in Nr. 21 der „Menschheit" vom 25. Mai 1928 neben anderen tatsächlichen Unrichtigkeiten wiederholt worden ist, erlaube ich mir, Ihnen eine aktenmäßige Darstellung zu geben:

Während gegen Sie wegen zweier anderer Artikel hier bereits ein Verfahren wegen Landesverrats schwebte, wurde am 15. August 1924 die Nr. 18 der „Menschheit" vom 4. Juli 1924 hier vorgelegt, in welcher Sie unter dem Titel „Gibt es eine schwarze Reichswehr?" einen im „Stahlhelm" Nr. 19 vom 8. Juni 1924 erschienenen Artikel abgedruckt hatten. Da die von dritter Seite erfolgte Uebersendung des Artikels als Anzeige gegen Sie zu betrachten war, wurde die Anzeige, wie vorgeschrieben, als neue Sache eingetragen und zu der oben erwähnten laufenden Akte gegen Sie genommen. Ohne daß auf diese Anzeige außer der Eintragung ins Register irgendeine weitere Amtshandlung stattgefunden hat, wurde das Verfahren mit der Begründung eingestellt, daß die von Ihnen am 4. Juli 1924 veröffentlichte Nachricht aus der Zeitschrift „Der Stahlhelm" vom 8. Juni 1924 entnommen und daher zur Zeit des Erscheinens der „Menschheit" bereits öffentlich bekannt war.

Die Zeitschrift „Der Stahlhelm" vom 8. Juni 1924 war bereits am 15. Juli 1924 hier eingegangen. Darauf war am 22. Juli die verantwortliche Vernehmung des Schriftleiters der Zeitschrift als Beschuldigter verfügt worden. Die Vernehmung ist erfolgt, außerdem sind noch weitere Erhebungen getätigt worden. Am 25. August 1924 ist dann das Verfahren eingestellt worden mit der Begründung: Es könnte dahingestellt bleiben, ob die Veröffentlichung des Urteils objektiv gegen die Geheimhaltungspflicht verstoße, jedenfalls fehle es subjektiv an ausreichenden An-

haltspunkten für die Annahme, daß der Beschuldigte sich der Geheimhaltungspflicht bewußt war; seine diesbezüglichen Angaben seien keinesfalls zu widerlegen.

Sie werden hiernach einsehen müssen, daß Ihre Behauptung durch diesen Fall nicht gestützt wird. Aus den oben angeführten Gründen glaube ich auch nicht fehl zu gehen in der Erwartung, daß Sie im nächsten Heft der „Justiz" und evtl. Dritten gegenüber, denen Sie etwa eine entsprechende Mitteilung haben zugehen lassen, eine Richtigstellung bewirken.

Mit vorzüglicher Hochachtung bin ich
Ihr sehr ergebener
gez. Jorns
Reichsanwalt.

II.

Bemerkung.

Aus diesem Brief ergibt sich, daß in der Tat wegen der Publikation, derentwegen ein Landesverratsverfahren gegen mich schwebte, auch ein Landesverratsverfahren gegen meine Quelle, den „Stahlhelm" geschwebt hat. Diese Tatsache konnte ich natürlich nicht wissen (vergl. „Justiz" Bd. III S. 393 unten). Denn während das Landesverratsverfahren gegen mich durch die breite Oeffentlichkeit ging (und natürlich dazu beitrug, meine Stellung zu erschweren und mich zu diffamieren), war das Landesverratsverfahren gegen den Stahlhelm bisher überhaupt nicht bekannt. Interessant ist auch, daß mir die Einstellung des Verfahrens erst am 2. April 1925, also erst nach 7½ Monaten mitgeteilt wurde, während das Landesverratsverfahren gegen den Stahlhelm ganze sieben Wochen gedauert hat. Es wäre wünschenswert, daß alle Entscheidungen in Landesverratssachen genau so rasch ergingen. Noch wichtiger wäre es, wenn das fehlende Bewußtsein einer Geheimhaltungspflicht auch in den gegen Links gerichteten Landesverratsverfahren einen gleich entscheidenden Erfolg haben würde, wie in diesem einzigen bisher bekannt gewordenen Verfahren gegen Rechts. Dem Argument, daß ein „Landesverräter", der eine Publikation im Interesse der Deutschen Republik für notwendig erachtet und sich so einer Geheimhaltungspflicht nicht bewußt ist, deswegen nicht strafbar sei, tritt gerade Herr Jorns in seinen Artikeln entgegen. Daß die Mehrheit der deutschen Bevölkerung durch die geheimen Rüstungen tatsächlich bedroht ist, hat die Hamburger Giftgaskatastrophe mit unübertreffbarer Deutlichkeit gezeigt.

Bemerkenswerterweise ist Herr Jorns auf keinen der zahlreichen anderen Punkte meiner beiden Artikel, insbesondere auf den detaillierten Nachweis des von ihm bestrittenen zahlenmäßigen Wachstums der Landesverratsverurteilungen eingegangen. E. J. Gumbel.

Würde und Stellung des deutschen Richters.

Von Dr. Hans Rosenfeld, Rechtsanwalt und Notar in Berlin.

Wie die Mehrzahl aller Irrtümer und Fehler, deren die menschliche Gesellschaft in der Gestaltung ihrer Lebensbedingungen sich schuldig macht, so beruht auch die Verkennung der Aufgaben des Richterberufs und die gefährliche Herabdrückung seiner Lebensbedingungen auf einer verhängnisvollen Verwirrung der Grundanschauungen, die auf allen geistigen Gebieten in der heutigen Zeit in weitem Umfang hervortritt und bedeutende Einrichtungen und Werte in ihrer innersten Existenz bedroht. Mit or-

Auch ein Landesverratsverfahren

xxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxx

Recht muß rechts bleiben

Z.N. Berlin, 10.Juli

Gegen den Heidelberger Privatdozenten Dr.Gumbel war, wie bekannt, ein Landesverratsverfahren eingeleitet worden, weil er einen Artikel aus dem "Stahlhelm" unter der Ueberschrift "Gibt es eine schwarze Reichswehr?" abgedruckt hatte. Der Artikel behandelte die Frage, ob ein "Stellungsbefehl" zur (Schwarzen) Reichswehr einen genügenden Grund zu einem Urkaub für einen städtischen Beamten darstellte. Das Landesverratsverfahren dauerte vom 15.August 1924 bis zum 2,April 1925 und wurde dann eingestellt.

Dr.Gumbel hatte an die Darstellung dieses Falles in einem Aufsatz in der Monatsschrift "Die Justiz" die Bemerkung geknüpft, von einem Landesverratsverfahren gegen den"Stahlhelm" aus dem das gesamte Material stammte, sei ihm nichts bekannt geworden. Im soeben erschienen Juliheft der "Justiz" wird ein Privatbrief, den Reichsanwalt Jorns an Gumbel geschrieben hat, veröffentlicht. Wir entnehmen dem Brief folgende Stelle:

> "Die Zeitschrift 'Der Stahlhelm' vom 8.Juni 1924 war bereits am 15.Juli 1924 hier (im Reichsgericht) eingegangen. Darauf war am 22.Juli die verantwortliche Vernehmung des Schriftleiters der Zeitschrift als Beschuldigter verfügt worden. Die Vernehmung ist erfolgt, außerdem sind noch weitere Erhebungen getätigt worden. Am 25.August 1924 ist dann das Verfahren eingestellt worden mit der Begründung: Es könne dahingestellt bleiben, ob die Veröffentlichung des Urteils objektiv gegen die Geheimhaltungspflicht verstoße, jedenfalls fehle es subjektiv an ausreichenden Anhaltspunkten für die Annahme, daß der Beschuldigte sich der Geheimhaltungspflicht bewußt war; seine diesbezüglichen Angaben seien keinesfalls zu widerlegen."

Danach hat also wirklich gegen den "Stahlhelm" ein Landesverratsverfahren stattgefunden. Alle Umstände dieses einzigen Landesverratsverfahrens gegen Rechts sind eigenartig. Während die L.V.-Verfahren gegen Links sich über Monate und Jahre hinziehen, langwierige Rechtsgutachten des Reichswehrministeriums eingeholt werden, während Untersuchungshaft und andere Methoden dazu verwendet werden, um den Angeklagten zu drücken, er durch die Veröffentlichung der Tatsache des schwebenden Verfahrens in seiner Berufstätigkeit schwer geschädigt, in der gesamten Oeffentlichkeit diskreditiert und diffamiert wird, geht dieses L.V.-Verfahren in sechs Wochen zu Ende; kein Mensch erfährt etwas davon. Die Behauptung des Beschuldigten, daß er sich keiner Geheimhaltungspflicht bewußt war, genügt.

In keinem der Oeffentlichkeit bekannt gewordenen Fall ist einem "Landesverräter" von Links eine solche Behauptung geglaubt worden. Stets ist hier die diesbezügliche Behauptung des Angeklagten entweder für völlig belanglos oder für völlig unglaubwürdig erklärt worden. Das Groteske an diesem Brief aber ist, daß er zum Beweise dessen geschrieben wurde, daß das Reichsgericht objektiv gegen Rechts und Links in gleicher Weise vorgehe.

(Diese Art "Objektivität" ist übrigens nicht auf das Reichsgericht beschränkt. Ein dem oben angeführten fast analoger Fall ist folgender. Beim Landgericht I Berlin schwebt seit einiger Zeit ein Verfahren wegen Verrats militärischer Geheimnisse gegen die ZEIT-NOTIZEN, weil diese Korrespondenz aus einer Artikelreihe der "Deutschen Zeitung", in der ausführliche, ziffernmäßige Angaben über Rohrlänge, Feuergeschwindigkeit und andere innerballistische Verhältnisse der Parisgeschütze gemacht waren, Zitate weiterverbreitet hatte, die keineswegs so detailliert und für Fachleute aufschlußreich gehalten waren, wie die Veröffentlichung der "Deutschen Zeitung". Von einem Verfahren gegen die "Deutsche Zeitung" ist dagegen bis heute nichts bekannt.

Hinsichtlich der im Verfahren gegen den "Stahlhelm" gegebenen Begründung des Einstellungsbeschlusses muß an die gleiche Formulierung des Reichsgerichts in Sachen gegen Claß erinnert werden, dessen Hochverrat von Herrn Werner gleichfalls "aus subjektiven Gründen" für nicht verfolgbar erklärt wurde.)

"Genf" 16. May. 1928 *

Zu den Landesverratsverfahren.
Auszug aus einem Artikel:
E.J. G u m b e l, Landesverrats-Statistik.

Die Landesverratsprozesse haben in den letzten Jahren eine beträchtliche politische Bedeutung gewonnen. Die einen, zu denen z.B. der Reichsgerichtspräsident Simons zu rechnen ist, weisen auf die "unheimlich anwachsende Rechtssprechung in Hoch-, Landesverrats- und Spionagesachen" hin, die andern behaupten, dass zur Beunruhigung überhaupt kein Grund vorliege. Beide Parteien berufen sich auf die Statistik. Es ist daher notwendig, die Fragestellung zu präzisieren und zu prüfen, inwieweit die angezogenen Zahlen das Problem überhaupt treffen.

Unter Landesverrat und Spionage werden zweierlei Taten subsummiert, welche moralisch vollkommen auseinandergehen und daher auch politisch ganz verschieden gewertet werden müssen. Ein Landesverräter nach der gewöhnlichen Vorstellung liefert einer ausländischen Regierung gegen Entgelt militärische oder diplomatische Geheimnisse seines Vaterlandes aus. Niemand wird im Prinzip für diese Kategorie eintreten. Sie war die einzige, die in Friedenszeiten existierte.

Aber neben sie ist eine andere getreten, bei der keine der genannten Kriterien zutrifft, weder die Weitergabe an das Ausland, noch der Verrat militärischer oder diplomatischer Staatsgeheimnisse, noch die Bezahlung. Die Landesverratsverfahren sind in der Oeffentlichkeit nur dann bekämpft worden, wenn die Angeklagten aus politischen Motiven subjectiv im Interesse des Staates handelten, indem sie, um Vorbereitungen zum Hochverrat zu verhindern, illegale Machenschaften, welche den Staat bedrohten, der deutschen Oeffentlichkeit mitteilten. Auf das moralische Gewicht und die statistische Häufigkeit dieser Fälle, und nur auf die, kommt es bei dem prinzipiellen Streit um die Landesverratsverfahren an.

Statistisch ist diese Kategorie schwer zu definieren. Man wird sie am besten erfassen als die Zahl derer, welche wegen Landesverrats durch die Presse, oder wegen Landesverrats, begangen ohne Vorliegen eigennütziger Beweggründe, angeklagt oder verurteilt wurden. Auch hierzu müssen diejenigen Fälle addiert werden, bei denen auf Grund gleicher Delikte Anklagen oder Verurteilungen wegen Spionage eintraten. (Vergl. Fall Oehme, "Die Justiz", Bd. II. H. 1, S. 79.) Daher

ist es falsch, die Landesverratsprozesse der gemeinen Spionage gegenüberzustellen. Demnach muss die statistische Fragestellung lauten:

Wieviele Anzeigen, Verfahren, Anklagen, Verurteilungen, Verurteilte und Strafen liegen für die zusammengehörigen Verbrechen des versuchten oder vollendeten Landesverrats und der Spionage für das Reichsgericht und alle deutschen Oberlandesgerichte zusammengenommen für die Friedenszeit und in den letzten Jahren vor? Wieviele Jahre sind abgesessen worden? Welches ist der Anteil des Landesverrats und der Spionage, begangen durch die Presse, an sämtlichen obengenannten Zahlen?

Betrachten wir nun die einzelnen, in der Kontroverse angeführten Zahlen, soweit sie aus offiziellen Quellen stammen. Die Grundlage der gesamten Diskussion bildet die Tabelle auf S.18 der Anlage 2 zum Strafgesetzentwurf von 1927:

Jahr:	Wegen Hoch-u. Landesverrats und Spionage*) verurteilte Personen:	Kriminalitätsziffer (auf 100000 der strafmündigen Bevölkerung)	Index der Kriminalitätsziffer:
1882/91 (Durchschnitt)	18	0,06	1,05
1895	22	0,06	1,05
1900	6	0,02	0,35
1905	32	0,07	1,22
1910	19	0,04	0,70
1913	35	0,07	1,22
1921	111	0,23	4,01
1923	137	0,28	4,89
1924	516	1,10	19,20
1925	561	1,18	20,60

------

*) §§ 80,81,83-90,92,102-109 und 1-5 des Spionage-Gesetzes.

Bildet man aus den Kriminalitätsziffern für die angegebenen Jahre bis 1913 das gezogene arithmetische Mittel, so erhält man für die Vorkriegszeit eine mittlere Kriminalitätsziffer von 0,0573. Setzt man diese Ziffer gleich 1, so erhält man die in Spalte 4 angeführten Indices. Demnach beträgt die Zahl der in den Jahren 1924 und 1925 wegen der genannten Verbrechen verurteilten Personen das Zwanzigfache der Vorkriegszeit.

In den 32 Vorkriegsjahren 1882-1913 sind also nur 32 Personen wegen Hoch-und Landesverrats verurteilt worden und nur 127 wegen Spionage, also pro Jahr 1 Person wegen Hoch-und Landesverrat und 4 Personen wegen Spionage, wegen der 3 Verbrechen zusammengenommen 5 Personen pro Jahr. In keinem Vorkriegsjahr kann die Zahl der wegen Landesverrats allein Verurteilten jemals 7 überschritten haben. In den 20 Jahren 1894 - 1913 sind überhaupt nur 2 Leute wegen Hoch- und Landesverrats verurteilt worden. Ueber die Zahl der wegen Landesverrats und Spionage eingeleiteten Verfahren ist nichts bekannt. Es ist aber nicht anzunehmen, dass sie in einem besonders auffälligen Verhältnis zur Zahl der Verurteilungen gestanden haben. Ueber die Zahl der wegen Landesverrats begangenen durch die Presse, Verurteilten oder Angeklagten lässt sich nichts feststellen; es dürfte aber eine nicht zugewagte Behauptung sein, wenn man annimmt, dass ein solcher Fall in der Vorkriegszeit kaum vorgekommen ist.

Den Vorkriegszahlen dieser Tabelle sind die Nachkriegszahlen gegenüberzustellen. Sie finden sich mit Ausnahme des Jahres 1922 für alle Jahre bis 1925 ebenfalls in den Bänden der Deutschen Kriminalstatistik. Die Jahre 1922, 1926 und 1927 sind noch nicht erschienen. Unter Landesverrat ist im folgenden nur der diplomatische Landesverrat verstanden. Denn der Landesverrat im Krieg, begangen durch Dienst beim Feind oder durch dem Feinde geleisteten Vorschub, oder

der Kriegsverrat schalten hier aus, wenn auch die Höhe der hierfür verhängten Strafen wie besondere Umstände, etwa die Fiktion eines nach dem 9. November begangenen Landesverrats, begangen durch Dienstleistungen beim "Feind", ein politisches Interesse rechtfertigen.

Wegen diplomatischen Landesverrats und Spionage nach der Kriminalstatistik verurteilte Personen:

	Reichsgericht		Alle deutschen Gerichte		
	Landesverrat	Spionage..	Landesverrat	Spionage	Zusammen
1919	-	1	1	3	4
1920	2	12	2	12	14
1921	3	28	6	39	45
1923	24	90	25	120	145
1924	8	42	16	153	169
1925	3	24	14	165	179
Durchschnitt der Jahre 1923/25			18,3	146	164,3

Die Tabelle gibt nicht die Zahl der Anzeigen, der Anklagen und derer, die unter die uns politisch interessierende Kategorie von "Landesverrätern" fallen. Die Zahlen für das Reichsgericht allein sind natürlich bedeutungslos, insbesondere, da seit 1924 auch das Reich betreffende Fälle an die Oberlandesgerichte abgegeben werden können. Die Verurteilungen wegen Landesverrats wachsen bis 1923 und nehmen dann ab, die Verurteilungen wegen Spionage und wegen Landesverrats plus Spionage nehmen, abgesehen von 1919 ständig zu. Das fehlende Jahr XXXX 1922 bildet einen deutlichen Abschnitt. Denn von 1923 an sind die Zahlen von ganz anderer Grössenordnung als in der Vorkriegszeit. In allen 32 Vorkriegsjahren zusammengenommen sind wegen der drei Verbrechen, Hoch-, Landesverrat und Spionage, noch nicht einmal soviele Personen verurteilt worden, wie in einem Durchschnittsjahr der Zeit 1923-1925 wegen der zwei Verbrechen: Landesverrat und Spionage. Einem Vorkriegsdurchschnitt von 5 Verurteilten wegen Hoch-, Landesverrats und Spionage pro Jahr steht ein Durchschnitt von 164,3 Verurteilten wegen Landesverrats und Spionage allein in den Jahren 1923-1926 gegenüber. Die absolute Zahl der wegen Landesverrats und Spionage Verurteilten ist in diesen Jahren also mindestens auf das 33fache der Vorkriegszeit gestiegen. Keine statistische Feinheit, wie etwa die Berücksichtigung des Bevölkerungswachstums, kann diese Tatsache wesentlich verändern.

Berechnet man nämlich für jedes der Vorkriegsjahre von 1882 bis 1913 und für die Jahre 1923 bis 1925 die Kriminalitätsziffern und bildet die beiden Durchschnitte, so erhält man ein Anwachsen auf das 28fache. Dabei ist zu beachten, dass das Wachstum der absoluten Zahlen auf das 33fache und der relativen Zahlen auf das 28fache nur untere Grenzen darstellen. Denn die Vorkriegszahlen beziehen sich auf Landesverrat plus Spionage plus Hochverrat, die Nachkriegszahlen aber nur auf Landesverrat plus Spionage. Dieses ungeheuerliche Wachstum glaubt Herr Ebermayer (Deutsche Juristenzeitung 1928, H.1) mit den höhnischen Worten abtun zu können, "man solle aufhören, mit den Rekordziffern 516 und 561 (vergl. die erste Tabelle) hausieren zu gehen".

Diese Zahlen sind ergänzt worden durch Angaben des Herrn Reichsjustizministers Hergt (Haushaltausschuss, 292. Sitzung vom 11.1.28. S.11, und Reichstag, Sitzung 367. vom 25.1.28., S.12283.)

	Anzeigen wegen Hoch-und Landesverrats beim Reichsgericht	Verurteilungen wegen Hoch-und Landesverrats beim Reichsgericht	Anzeigen wegen Landesverrats bei den preuss. Oberlandesgerichten	Verurteilungen wegen Landesverrats bei den preuss. Oberlandesgerichten
1924	3600	309	587	146
1925	2760	273	209	62
1926	1587	124	159	30
1927	1458	114	98	15

Hier fehlen die Anzeigen und Verurteilungen wegen Landesverrats bei sämtlichen nichtpreussischen Oberlandesgerichten. Ferner fehlt die Spionage, bei der, wie wir oben sahen, die Zahl der Verurteilten so gut wie ständig zunimmt. Die Zahl der wegen Landesverrats und Spionage beim Reichsgericht eingelaufenen Anzeigen bezw. vorgenommenen Verurteilungen ist nicht zu ersehen. Auch ist über die Zahl der eingeleiteten Verfahren und Anklagen nichts gesagt. Die Zahl der Anzeigen kann abnehmen, und trotzdem kann die Zahl der Anklagen bezw. Verfahren zunehmen. Ferner fehlt die entscheidende Angabe über die Zahl der Anzeigen bezw. Verurteilten bei beiden Delikten wegen Verbrechens, begangen durch die Presse.

Nach dieser Tabelle übertreffen die Verurteilungen wegen Landesverrats allein bei den preussischen Oberlandesgerichten die nach der Deutschen Kriminalitätsstatistik bei allen Gerichten Verurteilten um Vielfaches. Normalerweise muss aber bereits bei den gleichen Gerichten die Zahl der Verurteilungen kleiner sein als die der Verurteilten. Entweder sind also in der Kriminalstatistik aus mir unbegreiflichen Gründen nicht alle wegen Landesverrats Verurteilten aufgenommen, oder die Zahlen von Hergt beziehen sich nicht, wie er es angibt, auf die bei den preussischen Oberlandesgerichten vorgenommenen Verurteilungen wegen Landesverrats, sondern auf die Verurteilungen wegen Landesverrats plus Spionage. Ferner ist zu vermuten, dass Hergt die Zahl der Verurteilungen mit der der Verurteilten verwechselt, da nach ihm im Jahre 1924 16 Verurteilungen wegen Landesverrats stattgefunden haben, während die Reichsstatistik 16 Verurteilte angibt.

Im Jahre 1927 haben nach Hergt, vermutlich bei allen Gerichten, 44 Verurteilungen wegen Landesverrats stattgefunden. Nimmt man selbst an, dass dies tatsächlich verurteilte Personen sind, so sind in dem einen Jahr 1927 weit mehr Personen wegen Landesverrats verurteilt worden, als in allen 32 Vorkriegsjahren zusammengenommen wegen Landesverrats plus Hochverrats. Die Zahl der im gleichen Jahr wegen Spionage Verurteilten ist unbekannt. Hält sie sich auch nur ungefähr auf der Höhe der Jahre 1923-1925, so gilt unsere Schlussfolgerung vom ausserordentlich starken Wachstum der wegen Landesverrats plus Spionage Verurteilten gegenüber der Vorkriegszeit auch für das Jahr 1927.

Ausserdem sind nach Hergt im Jahre 1927 613 Anzeigen wegen Landesverrats allein erstattet worden, wovon 163 zu Anklageerhebungen führten. Für die anderen Jahre fehlten wieder die Angaben. Nach Hergt haben im Jahre 1924 132 Verurteilungen wegen Spionage stattgefunden. Die Kriminalstatistik weist 153 Verurteilte auf.

Uns interessiert es, ob die Zahl der wegen Landesverrats und Spionage, begangen durch die Presse, eingeleiteten Verfahren, die Zahl der Verurteilungen deswegen und das Verhältnis der eingeleiteten Verfahren zur Zahl der Verurteilungen gewachsen ist. Bei Jorns findet sich ein Hinweis auf die jetzige Grösse dieses Verhältnisses.

Landesverrat begangen durch die Presse
1924 bis Mitte November 1927

Eingegangene Anzeigen	360
davon weggelegt	45 (45)
demnach verfolgt	315
Von der Reichsanwaltschaft eingestellt.	252
demnach noch laufend	63
Verurteilungen	3

Freisprüche wegen Landesverrats, begangen durch die Presse, sind mir nicht bekannt. Da nach Jorns Anzeigen wegen Landesverrats, begangen durch die Presse, nicht an die Oberlandesgerichte abgegeben wurden, sind dies alle Verfahren wegen Landesverrat, begangen durch die Presse. Trotzdem sind auch diese Zahlen nicht vollständig; denn es fehlen die Fälle von Spionage, begangen durch die Presse. Das weitere Schicksal der 63 noch laufenden Verfahren ist unbekannt. Vergleicht man somit nur die Verfahren mit bekanntem Ausgang, so treffen auf 255 von der Reichsanwaltschaft verfolgten Sachen nur 3 Verurteilungen wegen Landesverrats, begangen durch die Presse. Also auf eine Verurteilung treffen 85 Verfahren. Dies ist eine politisch entscheidende Zahl. Wir besitzen zwar keine nach einzelnen Verbrechensarten durchgeführte Verfahrenstatistik. Aber es dürfte kein anderes Delikt geben, in dem das Verhältnis der eingeleiteten Verfahren zu den durchgeführten Prozessen auch nur annähernd von dieser Grössenordnung ist. Eben in dieser exzeptionellen Grösse zeigt sich, um bei den von Herrn Jorns zitierten Worten zu bleiben, "die Strafverfolgungssucht der Anklagebehörde, die Seuche der Landesverratsprozesse, der Landesverrat als unvermeidlicher, strafrechtlicher Betriebsunfall des linksgerichteten oder pazifistischen Politikers und Redakteurs". Das grosse Verdienst dieser Feststellung sollte trotz Mangels an Vorsatz und Ueberlegung nicht geschmälert werden.

Aus der hohen Zahl der Anklagen wegen Landesverrats, begangen durch die Presse, dem grossen Verhältnis dieser Zahl zu den Verurteilungen und dem Fehlen solcher Prozesse in der Vorkriegszeit schliessen wir auf eine Veränderung der Auffassung der Reichsanwaltschaft; aus den Verurteilungen auf eine Veränderung der Judikatur des Reichsgerichts. Die pathetische Formulierung von "der ungeheuerlichen Erweiterung des Begriffs des Landesverrats durch die Rechtsauffassung der Reichsanwaltschaft und der Rechtssprechung des Reichsgerichts", die Herr Jorns für die von ihm - wie wir sahen, zu Unrecht - bestrittenen Tatsachen gewählt hat, ist wohlbegründet.

*

DE ZWA[illegible]

DOOR PROF. Dr. E. J. GUMBEL TE BERLIJN

De schrijver van dit artikel, Prof. Dr. E. J. Gumbel, 36 jaar oud, is privaat-docent in de statistiek aan de universiteit te Heidelberg. Hij is bekend geworden door zijn boek „Vier jaren van politieken moord", waarin hij de geschiedenis beschrijft van 500 ongestrafte politieke moorden der duitschnationalen. Het officieele antwoord van den Rijksminister van Justitie bevestigde zijn beweringen volledig. De universiteit poogde tevergeefs hem door meerdere disciplinaire maatregelen van zijn betrekking te berooven. Vier processen wegens landverraad werden tegen hem geopend, maar moesten weer worden ingetrokken. Hij schreef verder verschillende andere boeken op sociaal-politiek terrein.

De ontwikkeling van de geheime oorlogstoerusting in Duitschland heeft een principieele beteekenis. Want zij toont ons in een tamelijk algemeenen vorm, hoe de democratie onder het kapitalistisch systeem juist zoo lang heerscht als zij tot bescherming van dit systeem dienst kan doen, maar dat zij wordt prijs gegeven zoodra zij daartoe niet meer voldoende is en dat de heerschende klasse dan haar eigen onwettige methoden invoert, zooals de vorming van troepen, de terreur en den politieken moord.

Het kapitalistisch systeem werd in Duitschland in de laatste jaren rechtstreeks door de inflatie bedreigd, ofschoon deze een onverwachte versterking der economische macht van enkelen veroorzaakte. Maar zij heeft bij de groote massa het geloof in de gerechtigheid der kapitalistische wereldorde geschokt. Het uit het dalen van de mark voortspruitende bewustzijn van de onzekerheid van het huidige systeem versterkte de hoop op een radicale hervorming der maatschappij.

De opeenstapeling nam toe, de rentevoet daalde tot nul. De bourgeoisie verloor haar renten, terwijl het levenspeil der arbeidersklasse beneden het normale bestaansminimum zonk. Daardoor werd de economische spanning tusschen bourgeoisie en proletariaat verminderd. Des te sterker groeide de psychische: „De hooge loonen der arbeiders zijn de schuld van de inflatie." Hooger wies de aanbidding van het ondernemersdom, dat zijn nieuwe macht slechts aan zijn vlijt zou hebben te danken. Zijn eerlijke verdienste moest beschermd worden, „slechts de arbeid kan ons redden". Tot beschermingvan de orde diende de vorming van militaire benden.

De weerbaarheidsorganisaties vormden een politieke macht. Zij volgden een tactiek, die allerminst volledig overeenstemde met den wil tot wederopbouw van de uit haar eigenlijke voegen geraakte kapitalistische orde. Haar doel was vóór alles de dictatuur. Wat zij tot stand brachten waren honderden politieke moorden. De daardoor bereikte vreesaanjaging der arbeidersklasse was een gewenscht hulpmiddel van bepaalde lagen van leegloopers van het kapitalistisch stelsel. Met een fijn gevoel voor de politieke noodzakelijkheid hebben de kapitalistisch en monarchistisch gezinde rechters de beteekenis van deze moorden begrepen en ze onbestraft gelaten. Zoo lang het kapitalistische stelsel — terecht of ten onrechte, dat doet er niet toe — zich bedreigd gevoelde, mochten zijn moreele pretenties door de bestraffing der moorden niet verzwakt worden.

De sociale samenstelling dezer onwettige, militair georganiseerde, bewapende en goed afgerichte nationale verbonden was zeer verscheiden en varieerde sterk met den tijd. Van de schijnbaar ongevaarlijke sportvereeniging via de touristenclub, het schuttersgilde, den geheimen bond had een geleidelijke overgang plaats naar de organisaties, die van de wettige rijksweer niet meer waren te onderscheiden — behalve dan door de

omstandigheid, dat ze de wettige grens van een leger van 100.000 man verre overschreden.

De oorsprong van de zwarte rijksweer ligt in de vereenigingen voor zelfverdediging in Boven-Silezië. Hier werden de monarchisten betaald en bewapend. In ruil daarvoor werden — naast vele wandaden in Boven-Silezië zelf — Erzberger en Rathenau vermoord.

De zwarte rijksweer in den eigenlijken zin, zij het dan ook niet als een goed georganiseerd, geheim leger, ontstond in 1923 in den strijd in het Roergebied, toen de rijkskanselier Cuno den eersten luitenant Rossbach, den leider van een in politieke moorden beproefden bond — vervolgd wegens desertie, hoogverraad en misdrijf tegen de wet tot bescherming van de republiek — ontving. Geweldige sommen zijn in den Roerstrijd langs onopgehelderde wegen verdwenen. De „vaderlandsche" resultaten kunnen wij in de veemmoorden bewonderen. Tot de zwarte rijksweer van 1923 moeten gerekend worden: de „stormtroepen der nationale socialisten", georganiseerd door beiersche rijksweerofficieren, de „ordepolitie" van Ehrhardt, die in October 1923 met 10.000 man in Frankenland opmarcheerde, om de beiersche grens tegen de „roofzuchtige thuringsche communisten" te beschermen; voorts de weerwolf- en staalhelmmannen, de aanvulling van de in opdracht der rijksregeering in Saksen binnenrukkende rijksweer. Men lette wel: in het rijkskabinet zaten sociaaldemocratische ministers en de uiteengejaagde socialistisch-communistische regeering was een parlementaire regeering.

Terzelfder tijd doken, met goedkeuring van het rijksweerministerie „nationaal-communistische" troepen in Küstrin op. Deze stamden uit de „arbeiderscommando's". Deze onwettige formaties zouden de verborgen wapenen verzamelen. Wapenvoorraden der nationalisten, die door de pruisische politie in beslag genomen waren, werden door de arbeiderscommando's weer vrijgegeven. Deze formaties waren naar de meening der leden legaal. Zij werden door de officieele rijksweer opgesteld, droegen de uniform der rijksweer en lagen in de kazernes. Hun plannen waren de „nationale omwenteling". Hun daden: moord. De veemmoorden hebben dozijnen uit den weg geruimd.

Maar hun „Putsch" in Küstrin leed schipbreuk. Ook de nationale revolutie in München werd neergeslagen. De troepen werden ontbonden, een paar lieden wegens hoogverraad tot straffen veroordeeld, die men nauwelijks ernstig kan nemen. De overwinning was aan de middenlinie, het „nationale" kapitaal, welks macht uit de hiermede samenvallende stabilisatie van de mark opnieuw ontsproot. Het was niet toevallig dat de stabilisatie juist op dit tijdstip plaats vond. De inflatie eindigde, toen haar overwinningen haar ondergang veroorzaakten en zij ophield een bron van winst te zijn. In overeenstemming met de veranderde economische situatie daalde de beteekenis der weerbaarheidsorganisaties snel. De stabilisatie van de mark vernietigde haar ideologie, beroofde ze van haar aanhangers. De verheffing uit het moreele moeras der inflatie en uit de stagnatie van alle economische functies voltrok zich namelijk zonder een spoor van „völkische", nationale of fascistische gedachten en ontzenuwde de dogma's der weerbaarheidsorganisaties. De dagelijks armer wordende middenstand, tot dusverre de ideologische drager van de geheime bewapeningen, geraakt in de stilstaande poel van het kleinburgerdom. Het duidelijkste bewijs voor het verval is de versplintering in nationale, anti-semitische, fascistische, revanchebegeerige en imperialistische organisaties, die elkander onderling op leven en dood bestrijden. De organisaties, wier wezenlijkste kracht in de leden was gelegen, die nog oudstrijders waren, moesten, daar de opvolgers ontbraken, met het ouder worden dezer aanhangers, politiek noodzakelijk uitsterven.

Aan den anderen kant stelde ook het ophouden der inflatie de arbeidersklasse gerust. De grootindustrie wordt niet meer bedreigd. Zij heeft de onwettige bescherming niet meer van noode. De moor heeft zijn plicht gedaan, hij kan vertrekken. Juist onder de heerschappij der duitsch-nationalen werd menige politieke moord bestraft, omdat zij de moreele eischen van de vreedzame heerschappij van het kapitalisme ondermijnden. De aan den moord deelhebbende ondergeschikte organen werden veroordeeld, de aanstichters natuurlijk vrijgesproken; in een dramatisch geval zelfs, toen hij gedreigd had „uit te pakken." De officieren,

die aan de organisatie der zwarte rijksweer hadden deelgenomen, werden zelfs niet aangeklaagd. Zoo volgde de onpartijdige justitie de politieke lijn der economisch heerschende klasse.

Met het einde der inflatie is dus de geheime bewapening evenmin mogelijk als noodig. Slechts in beperkte mate gaat zij voort. In het begin van 1924 kwam het tijdelijke vrijwilligersstelsel, het in dienst nemen op korten termijn in de eerste plaats van studenten gedurende de vacanties. Zoo lagen in het Sennekamp en in de opleidingsbataljons voor een gedeelte duurzame onwettige parallelformaties van de rijksweer. Aan deze geheele periode heeft de rijkskanselier Luther op 23 Jan. 1925 een einde gemaakt doordat hij de toenmalige onwettige in-dienst-neming toegaf. Thans zou dit systeem opgehouden hebben te bestaan.

Maar deze verklaring was niet juist.

Slechts vorm en naam waren veranderd. De wezenlijke inhoud, de onwettige militaire opleiding bleef bestaan. Terwijl vroeger de nationale organisaties tot de rijksweer kwamen, kwam deze nu tot hen. De opleiding der leden van Staalhelm, Jungdo, Weerwolf en hoe de nationale organisaties verder heeten mogen, nam een meer privaat karakter aan, maar zij werd nog steeds op de officieele schietbanen verder door hiertoe aangewezen rijksweerofficieren en onderofficieren uitgevoerd. Nationale organisaties namen deel aan de cursussen tot opleiding van officieren der rijksweer. Vervolgens maakten de afgerichten zich zelfstandig en vormden het net der „kleinkaliberorganisaties", dat heden nog het geheele land omspant.

De soort van geweren (vizier tot 250 M.), de opleiding („het besluipen van de schijf"), het overnemen van de schietvoorschriften der infanterie, de ambtelijke positie der militaire instructeurs als leiders dezer „landschietvereenigingen", het merkwaardige feit, dat deze opleiding kosteloos plaats heeft, bewijzen, dat het hier niet om een beoefening der sport gaat. Dan kwamen de groteske bevorderingen van reserveofficieren, officieel door de rijksspoorwegmaatschappij bevestigde mededeelingen over bescherming der spoorwegen en pantsertreinbezettingen, nachtoefeningen van vaderlandsche schuttersbonden en regimentsvereenigingen met gemengde wapens. Dan hooren wij weer van officierscandidaten, die in hun regiment dienden, van reserveofficieren, die aan de oefeningen van hun regiment deelnamen, terwijl toch met de oplossing van de keizerlijke armee ook de positie van reserve-officier ver-

dwenen is. Voorts volgden „vertrouwensmannen der rijksweer", die van de burgerlijke autoriteiten een erkenning van hun officieele karakter eischten, „civiel-officieren", verbindingsofficieren bij de weerverbonden, pogingen tot het opstellen van stamrollen voor het „komende leger". Thans is de heerschappij van het kapitaal zoozeer beveiligd, dat ook deze pogingen voor het grootste deel weer afgeschaft kunnen worden.

Maar de recruteering der rijksweer heeft plaats in nauw verband met de vaderlandsche organisaties. Uitgesproken rechtsradicale persoonlijkheden, die fantastische veldtochtsplannen met beslissende veldslagen van de witte en zwarte rijksweer, tezamen met de roode troepen van de sovjets aan den Rijn of aan de Elbe ontwerpen, worden als „burgerlijk ambtenaar" aangesteld.

De weder-oprichting van een groot leger, dat eenerzijds den imperialistischen oorlog moet voorbereiden en anderzijds tenminste als een stille reserve in den klassenstrijd tegen de arbeiders moet dienen, wordt een actieve gedachte. Iedere compagnie van de rijksweer zet officieel de traditie van een regiment voort. Het vermoeden, dat iedere compagnie van de rijksweer met een regiment van een fictief, een ontworpen „schaduw"-leger overeenstemt, ligt voor de hand. Wij kennen reeds districtscommando's van deze „schaduw". Voor deze opvatting, volgens welke de rijksweer slechts het kader der schaduw vertegenwoordigt, pleiten de geweldige kosten van de rijksweer, die ook met inachtneming van de veranderde geldswaarde en de hoogere kosten van een beroepsleger de overeenstemmende kosten van een vredesleger verre overschrijden, de bestendige vermeerdering van de rijksweerbegrooting, die helaas door onze parlementariërs zonder eenige poging tot ernstige contrôle wordt toegestaan, zijn volkomen onklaarheid en onoverzichtelijkheid, eindelijk het feit, dat men zich aan deze begrooting niet eens houdt en de voor bepaalde doeleinden uitgetrokken gelden veel eer voor andere zaken worden besteed. Ten dienste van deze schaduw staan de oncontroleerbare private geldinzamelingen, het geweldige beambtenapparaat van de rijksweer, eindelijk de groteske dislocatie der kleinste militaire eenheden.

Zoo hebben zich de vormen der geheime bewapeningen met de geleidelijke vervulling van haar economische taak gewijzigd. De bescherming van het kapitalisme voor den binnenlandschen vijand treedt op den achtergrond. Een nieuwe taak bereidt zich voor: de wederopname van Duitschland in het front der imperialistische machten. Hier moet de geheimzinnigheid ophouden. De nieuwe bewapening kan slechts op streng legale wijze plaats hebben en hiertoe voert slechts één weg: de inlassching in het internationale front tegen Rusland, opdat de bewapening geheel legaal door de groote mogendheden wordt veroorloofd.

Mathematikerkongress in Bologna.

Nach den fünf internationalen Mathematikerkongressen in Zürich, Paris, Heidelberg, Rom und Cambridge konnte der für 1916 in Stockholm geplante wegen des Krieges nicht stattfinden An dessen Stelle tagten 1920 in Strassburg und 1924 in Toronto Kongresse, an denen die deutschen Mathematiker nicht teilnehmen konnten. Durch die ausdrückliche Einladung der deutschen Mathematiker ist die Internationalität jetzt wiederhergestellt. Unter anderm haben die Akademien in Göttingen, Heidelberg und München offizielle Vertreter geschickt. Aus allen Ländern kamen Delegierte, selbst aus Russland. Chinesen, Inder, Japaner bringen ein exotisches Bild herein. Deutsch, Englisch, Französisch, Italienisch, Spanisch und Lateinisch sind Kongresssprachen.

Bologna, heute eine moderne Industriestadt, hat eine alte Universitätskultur. Die Gründung der Universität fällt ins 13. Jahrhundert. Schon damals war es die vorzugsweise mathematische Universität. Die Renaissance brachte die Wiederentdeckung der Algebra. Hier hat Scipione del Ferro als erster kubische Gleichungen gelöst. Kopernikus hat hier studiert, Riccati seine berühmte Differentialgleichung gelöst. Auch in der neuesten Zeit hat Bologna Meister aufzuweisen, den Geometer Cremona und Righi, einen der Erfinder der drahtlosen Telegraphie.

Hier trafen sich nun über ein halbes tausend Teilnehmer und wurden von der italienischen Mathematikervereinigung im Palazzo Ercolani, einem herrlichen Renaissancebau, empfangen. Feierliche Eröffnung im Alten Gymnasium, der Universität des Mittelalters, mit grossem Pomp, befrackten Dienern, im Beisein des Herzogs von Bergamo und des Kardinalerzbischofs. Der Podestà begrüsste den Kongress. Der Rektor verkündete in formvollendeter lateinischer Rede „humanitatis laus". Professor Pincherle, später zum Vorsitzenden gewählt, sprach das befreiende, alle Spannungen lösende Wort vom wahrhaft

Abend-Ausgabe

Nr. 424 * Freitag, 7. September 1928

internationalen Kongress. Der Unterrichtsminister Belluzzo, Professor an der Technischen Hochschule in Mailand, wies auf die überragende technische Bedeutung der Mathematik hin und fand das bemerkenswerte Wort, dass es unangebracht sei, wenn Leute, die sich gepolsterte Schläge geben — die Boxer — besser bezahlt seien als die Mathematiker, ein Wort, das allgemeinen Beifall fand.

Zu Vizepräsidenten wurden gewählt für Belgien De la Vallée-Poussin, für Deutschland Hilbert, für Frankreich Hadamard, für England Young, für Skandinavien Bohr, für Amerika Veblen, für Russland Lusin. Der Kongress zerfällt in die grossen öffentlichen Konferenzen und in die Sitzungen der einzelnen Sektionen. Auf den Konferenzen sprach: Hilbert über Probleme der mathematischen Logik, Borel über Wahrscheinlichkeitsrechnung und exakte Wissenschaften, Weyl über Darstellung kontinuierlicher Gruppen, Karman über mathematische Probleme der modernen Aerodynamik, Lusin über Wege der Mengentheorie, Birkhoff über mathematische Kunstbetrachtung.

Neben diesen grossen Vorträgen läuft die Arbeit der sieben Sektionen, in denen über 400 Vorträge angekündigt sind. Die erste Sektion gilt der Algebra und Analysis, die zweite der Geometrie. Drei weitere Sektionen sind der Astronomie und Physik, Ingenieurwissenschaften, Wahrscheinlichkeitstheorie samt ihren Anwendungen auf die Statistik, Versicherungswissenschaft und mathematische Theorie des Wirtschaftslebens gewidmet. Gerade diese Kategorien sind in Deutschland bisher ziemlich vernachlässigt. Die letzten beiden Sektionen beschäftigen sich mit der mathematischen Logik und der Geschichte der Mathematik. Schon diese Einteilung zeigt, in wie starker Weise die Mathematik heute spezialisiert ist.

E. I. Gumbel (Heidelberg).

Sonderabdruck aus: „Blätter für Vers.-Mathematik und verwandte Gebiete“, Beilage zur „Zeitschrift für die gesamte Vers.-Wissenschaft“, Band 29, Heft 1.
Herausgegeben vom Deutschen Verein für Versicherungs-Wissenschaft.
Schriftleitung: Professor Dr. phil. Dr. jur. Alfred Manes (Berlin).

Internationaler Mathematiker-Kongreß.

Der Internationale Mathematiker-Kongreß in Bologna vom 2. bis 11. September 1928 bot ein Bild, das sich in manchem von dem in Deutschland Gewohnten unterschied. Von den sieben Sektionen, in die der Kongreß sich gliederte, waren nur zwei der reinen Mathematik gewidmet. Die anderen waren: Physik, Technik, Mathematischer Unterricht und Philosophie. Endlich bildete der hier besonders interessierende Bereich: *Wahrscheinlichkeitstheorie, Mathematische Statistik, Versicherungsmathematik und mathematische Ökonomie* ebenfalls eine Sektion.

Im Gegensatz zu den anderen Sektionen waren hier die deutschen Besucher nur schwach vertreten. Neben zahlreichen Italienern und Franzosen sah man Delegierte aus Ungarn, Schweiz, Polen, den nordischen Ländern, der Tschechoslowakei, den Vereinigten Staaten Nordamerikas und der Union der Sowjet-Republiken. Sechsunddreißig Referate wurden auf diesem Gebiet gehalten. Die Arbeit des Kongresses teilte sich in öffentliche Vorträge und Sektionssitzungen. Von den ersteren sei erwähnt: *Borels* Arbeit über die Bedeutung der Wahrscheinlichkeitstheorie für die exakten Wissenschaften; ferner sprach *Amoroso* über die Differenzialgleichungen der dynamischen Ökonomie. Ausgehend von der Nachfrage als Funktion der Preise untersuchte er, wann der Profit bei einem Monopol oder bei einer beschränkten Anzahl von Produzenten ein Maximum wird. Der Preis läßt sich theoretisch als Schnittpunkt der Angebot- und Nachfragekurven ermitteln. Das Problem kompliziert sich, wenn nicht nur der augenblickliche Zustand, sondern auch die Veränderung von Angebot und Nachfrage mit der Zeit als preisbestimmend berücksichtigt werden.

Von den Sektionsarbeiten lag auf dem Gebiet der mathematischen Ökonomie ein Vortrag von *Massé* (Paris): Anwendung der Linienfunktion auf das Studium der Gelderscheinungen. Hier wurde die Inflation, die wir ja alle empirisch gründlich kennengelernt haben, mit Hilfe von Integralgleichungen studiert. Es ergab sich dabei das bekannte Wachsen der Umlaufsgeschwindigkeit und die Tatsache, daß der Geldwert stärker als eine Exponentialfunktion der Zeit sinkt. Recht interessant war auch eine Arbeit von *Roy* (Paris), die in Abwesenheit des Autors von *Divisia* vorgetragen wurde. Ausgehend von einer Hierarchie der Bedürfnisse und der Annahme, daß ein bestimmter Vorrat zur vollkommenen Befriedigung genüge, wird die Nachfragekurve, die bisher nur in ihrer Tendenz bekannt war, auf Grund der Paretoschen Einkommensverteilung mathematisch

fixiert. Die lebhafte Diskussion wandte sich vor allem gegen die Verwendung der Paretoschen Kurve und forderte ihre Ergänzung durch eine allgemein gültigere.

Von den Vorträgen über *Wahrscheinlichkeitstheorie* seien die von *Cantelli* (Neapel) und *Sludski* (Moskau) erwähnt. *Du Pasquier* (Neuchâtel) berichtete über die Versuche einer neuen philosophisch-mathematischen Grundlegung der Wahrscheinlichkeitstheorie, *Guldberg* (Oslo) über die Gammafunktion, *Hostinski* (Brünn) über Probleme, die bei Mischung von Karten entstehen. Er löste sie nach einer von *Hadamard* aufgestellten Methode. *Polya* (Zürich) stellte ein verallgemeinertes Gaußsches Fehlergesetz auf, welches durch die Forderung begründet wird, daß das arithmetische Mittel gleich dem wahrscheinlichsten Wert ist. *Urban* (Brünn) sprach über das Mischungsproblem des Daniel Bernoulli.

Die *mathematische Statistik* war vertreten durch einen Vortrag von *Darmois* (Paris) über das time correlation Problem. *Jordan* (Budapest) stellte eine neue symmetrische Interpolationsformel auf, welche leichtere Berechnungsmethoden erlaubt, als die bekannten Formeln von Newton und Everett. *Molina* (New York), Mathematiker der Bell Telephone Company, berichtete über eine Auswertung der für Telephonprobleme wichtigen Newtonschen Formel mit Hilfe der von Laplace aufgestellten Methoden. Endlich behandelte *Wicksell* (Lund) die mathematische Bevölkerungstheorie. Ausgehend von der bekannten Knappschen Formel und der Annahme des Geburtenverlaufs als einer ganzen rationalen Funktion der Zeit gelangte er zu einer Darstellung der Zeitdifferenz zwischen dem Maximum der Bevölkerung als Funktion der Lebenserwartung. Das Problem kompliziert sich, wenn man nicht von der Zahl der Geborenen, sondern den Geburten- oder Fruchtbarkeitsziffern ausgeht, da man hierbei auf Integralgleichungen stößt. Doch hat diese Berechnung der künftigen Bevölkerungsgröße und ihres Altersaufbaus eine aktuelle Bedeutung.

Von den *versicherungsmathematischen Arbeiten* sei erwähnt der Vortrag von *Goldziher* (Budapest) über die angenäherte Wurzelberechnung algebraischer Gleichungen mit Anwendung auf das Rentenzinsfußproblem. *Gumbel* (Heidelberg) sprach über das Zufallsgesetz des Sterbens. Er leitete alle biometrischen Funktionen aus der Annahme her, daß die Verteilung der mittleren Alter beim Tod in einer stationären Bevölkerung zufällig sei. Herr *Risser* (Paris) berichtete über Darstellungen von Absterbeordnungen durch die Makehamsche Formel und durch die Formel von Thiele.

Schon diese einfache Aufzählung ergibt, in welch starkem Maße diese Probleme heute im Ausland aktuell sind, während sie bedauerlicherweise auf den deutschen Universitäten nur stiefmütterlich behandelt werden. Praktisch sitzen die wenigen Vertreter dieser Gebiete in Deutschland zwischen zwei Stühlen, und sie finden weder in der Mathematik noch in der Ökonomie ihren Platz. Nicht uninteressant ist auch, daß einige Wochen später in Turin ein nationaler Kongreß für das gesamte Gebiet der Versicherungswissenschaft stattfand, der von mathematischer Seite angeregt war.

Privatdozent Dr. phil. E. J. *Gumbel* (Heidelberg).

Die Mathematiker in Bologna.

Ergebnisse des internationalen Kongresses.

Von [Nachdruck verboten.]

E. I. Gumbel (Heidelberg).

Die Tagung der Mathematiker in Bologna war nach Form wie Inhalt ein voller Erfolg. Das formelle Gelingen ist der vorbildlich guten Organisation und der grosszügigen Unterstützung, die der Kongress bei den italienischen Behörden gefunden hat, zu danken. Letztere ist um so höher zu werten, als sie mit keiner politischen Propaganda verbunden wurde. Kein Hoch auf den Duce oder den Faschismus hat die Teilnehmer in einen Konflikt zwischen ihrer politischen Ueberzeugung und ihrer Pflicht zur Dankbarkeit gegenüber den italienischen Behörden geführt.

Das inhaltliche Gelingen ist auf das reibungslose Zusammenwirken der Nationen, der Auswahl der grossen Vorträge und der Einteilung der einzelnen Sektionen zurückzuführen.

Der weit über den engen Kreis der Fachleute bekannte Göttinger Hilbert zeigte das sich ständig ausdehnende, aber auch vertiefende Gebiet der mathematischen Wahrheiten. Nach der populären Auffassung sind sie absolut sicher, da sie auf einfachen Definitionen und untrügliche Schlussfolgerungen aufgebaut sind. Tatsächlich werden diese schönen Grundlagen jetzt erst geschaffen. So entwickelt Hilbert eine Theorie des Beweises, mit deren Hilfe die Mathematik ihre eigenen Denkmethoden analysiert. Wesentliche Teile dieser „Logistik" existieren bereits und sind über jeden Zweifel erhaben. Ein „Ignorabimus" gibt es in der Mathematik nicht.

Diesen Problemen der mathematischen Logik und den eng damit verwachsenen Problemen der Mengentheorie waren auch die Vorträge des Russen Lusin des Strassburger Professors Fréchet gewidmet. Während die Infinitesimalrechnung, die heute bereits zur Mittelschulmathematik gehört, das unendlich Kleine behandelt, wird hier zum Schrecken mancher Philosophen das aktuell unendlich Grosse untersucht. Auf diese Weise wird der Begriff der Zahl schärfer herausgearbeitet. Ausgangspunkt war die grosse, seinerzeit nicht sofort allgemein verstandene Entdeckung Cantors, dass es verschiedene Arten des Unendlichgrossen gibt. Heute wird die Theorie der Punktmengen als Grundlage der gesamten Analysis betrachtet. Fréchet stellt eine Analyse auf, welche sich auf abstrakte Variable bezieht. In ähnlicher Weise hat seinerzeit Russell einen Aussagenkalkül, in welchem die Richtigkeit nicht allein von Zahlenbeziehungen, sondern von ganzen Sätzen der Rechnung unterworfen wird, aufgebaut. Ein Spezialfall der Theorie der abstrakten Variablen ist die gewöhnliche Analysis. Die Betrachtungen von Fréchet haben eine wichtige Bedeutung für die Geometrie.

Das Raumproblem lag auch dem Vortrag von Hermann Weyl, die Darstellung kontinuierlicher Gruppen, zugrunde. Die Vorstellung mehr als dreidimensionaler Räume gehört der Relativitätstheorie an. Diesen logischen Problemen galt auch die Arbeit der sechsten Sektion, in der interessanter Weise zahlreiche Polen vertreten waren.

Neben diesen abstrakten hat der Kongress auch praktische Fragen behandelt. Th. von Karman, ein früherer Flugzeugkonstrukteur, jetzt Leiter der Aerodynamischen Versuchsanstalt an der Technischen Hochschule in Aachen, eben zurückgekehrt von einer Reise nach Nordamerika und Japan, wo er Versuchsanstalten eingerichtet hatte, berichtete über die mathematischen Probleme der modernen Aerodynamik. Die Zeiten, wo die Kunst des Fliegens eine Sache waghalsiger Erfinder und kühner Abenteuer war, sind vorbei. Gleichzeitig mit der Entwicklung der Flugtechnik hat ihre mathematische Grundlage, die Strömungslehre, eine Wandlung erfahren, die man als eine Wiedergeburt dieses Zweiges der mathematischen Physik bezeichnen kann. Während die ersten Ansätze der Fluglehre auf rein empirischer Basis aufgebaut waren, wurde durch die gemeinsame Arbeit von Mathematikern, Physikern und Technikern die Kluft zwischen mathematischer Theorie und physikalischer Wirklichkeit fast völlig überbrückt. Bereits die klassische Hydrodynamik gibt in weitem Masse Aufschluss über die Kräfte, die auf Luftschiffe und Flugzeuge wirken. Geschickte und durch physikalische Anschauung geleitete Anwendung der Helmholtzschen Wirbeltheorie erlaubt komplizierte Vorgänge des Fliegens relativ einfach rechnerisch zu erfassen. Mitunter stellt allerdings die Aerodynamik auch sehr schwierige Anforderungen an den Mathematiker. Ohne eine wesentliche Erweiterung der Theorie der Differenzialgleichungen wird man kaum zu einer befriedigenden Lösung mancher schwebenden Fragen gelangen. So sind heute die Fortschritte des Flugwesens mit denen der reinen Analysis aufs engste verknüpft.

Von sonstigen technischen Fragen, denen sich die fünfte Sektion widmete, sei nur ein Vortrag von Puppini über die Trockenlegung der italienischen Sümpfe erwähnt. — Eine andere Anwendung der Mathematik galt der Statistik, Oekonomie, und Versicherungsmathematik. Zugrunde liegt hierbei in den meisten Fällen die Wahrscheinlichkeitstheorie. Sie wurde von dem französischen Gelehrten und Politiker Borel behandelt. — Amoroso sprach über die Differenzialgleichungen der dynamischen Oekonomie. Ausgehend von der Nachfrage als Funktion der Preise untersuchte er, wann der Profit bei einem Monopol oder bei einer beschränkten Anzahl von Produzenten ein Maximum wird. Der Preis lässt sich theoretisch als Schnittpunkt der Angebot- und Nachfragekurven ermitteln. Das Problem kompliziert sich wenn nicht nur der augenblickliche Zustand, sondern auch die Veränderung von Angebot und Nachfrage mit der Zeit als preisbestimmend berücksichtigt wird. — Von den Arbeiten dieser Sektion sei auf einen Versuch einer mathematischen Analyse der Inflation, eine Ableitung der Preise für bestimmte Warenkategorien als Funktion der Einkommensverteilung und eine mathematische Analyse des Bevölkerungsproblems durch Wicksell (Lund) hingewiesen. — Gumbel berichtete über eine apriorische Absterbeordnung, bei der nur der Zufall, natürlich im wahrscheinlichkeitstheoretischen Sinn, als Todesursache auftritt. Für die deutschen Teilnehmer des Kongresses war die grosse Zahl der Vorträge dieser Sektion und die Lebendigkeit der Diskussion erstaunlich. Auf den deutschen Universitäten ist nämlich dieses Gebiet bisher sehr stiefmütterlich behandelt, obwohl bereits eine in ihren Methoden exakte Konjunkturkunde wissenschaftliche Vertreter solcher Theorien bitter nötig hätte.

Marcolongo sprach über Leonardo da Vinci in der Geschichte der Mathematik und Mechanik. Wie aus dem Briefwechsel Leonardos hervorgeht, hat er sich mit der Quadratur komplizierter Flächen und der Kubatur von Körpern beschäftigt, Problemen, die erst Jahrhunderte später durch die Erfindung der Infinitesimalrechnung exakt und allgemein lösbar wurden. Wie zu erwarten, zeigen seine geometrischen Konstruktionen grosse künstlerische Schönheit. Daneben hat er Wurfgeschütze, Drehbänke, Schleusen, Spinnmaschinen, Fallschirme und — Aeroplane konstruiert. Allerdings ist der grösste Teil dieser Konstruktionen auf dem Papier geblieben. Und Leonardos Flugzeug hätte sich aus Mangel an motorischer Kraft nie vom Boden erhoben.

Die letzte Sitzung des Kongresses fand im Palazzo Vecchio in Florenz statt. Herolde in mittelalterlicher Rüstung empfingen die Delegierten. Birkhoff, Professor in Cambridge, Mass., berichtete über eine mathematische Grundlage der Aesthetik, also einen Versuch, die Schönheit exakt zu messen. Ueber die Ausführbarkeit werden wohl nicht nur in den Reihen der Mathematiker verschiedene Meinungen bestehen.

Russische Wirtschaft

Von C. J. Gumbel

Die folgenden Zahlen über den Stand der russischen Wirtschaft sind im wesentlichen dem offiziellen Buch von Petroff: „Die wirtschaftliche Entwicklung der Sowjet-Union" entnommen. Als Ganzes scheinen sie mir glaubwürdig, schon weil sie so ziemlich mit dem übereinstimmen, was Gegner des jetzigen Regimes behaupten. Obwohl in Rußland jetzt sehr viel Statistik getrieben wird, sind im allgemeinen russische Zahlen zu mindestens nicht zuverlässiger als europäische. Auch differieren manchmal, genau wie bei uns, die Angaben von verschiedenen Stellen. Daher kann das Folgende nur als erste Annäherung betrachtet werden. Die Zahlen gelten im wesentlichen für das Wirtschaftsjahr 1924/25. Berücksichtigt man auch die seitherige Entwicklung, so dürften sie vielfach zu niedrig sein. Beim Vergleich mit den Vorkriegszahlen ist noch zu beachten, daß diese Zahlen ziemlich unverläßig sind; denn die russische Statistik war in der Vorkriegszeit ganz unentwickelt. Auch ist es fraglich, ob die vielen und zum Teil komplizierten Voraussetzungen für die Vergleichbarkeit stets auch nur angenähert erfüllt sind.

Entscheidend für Rußland ist nicht der Zustand der Industrie, sondern der der Landwirtschaft. Denn von den etwa 145 Millionen Einwohnern leben etwa 120 Millionen auf dem Land. Hier spielt Staatsbesitz und -betrieb nur eine untergeordnete Rolle; dem Staat gehören nur diejenigen großen Güter, welche nicht aufgeteilt wurden, vielleicht zwei Prozent der landwirtschaftlich ausgenutzten Fläche. Sie dienen als Mustergüter.

Die Aufteilung des wirtschaftlich fortgeschrittenen Großgrundbesitzes an die agrartechnisch rückständigen Bauern mußte natürlich zunächst die Produktion herabsetzen. Denn die Bauern arbeiten zum Teil noch mit vorsintflutlichen Instrumenten. Zudem ist der Kleinbetrieb für die Getreideerzeugung ungünstiger als der Großbetrieb. Die eingeführten landwirtschaftlichen Maschinen verschwinden wie ein Tropfen im heißen Sand. Als Ganzes genommen steht die Landwirtschaft heute technisch schlechter da als vor dem Krieg. Die Anbaufläche ist für die einzelnen Gebiete und Kulturen verschieden und beträgt im Durchschnitt für 1925 erst etwa 90 Prozent der Fläche von 1913. Die Anbaufläche für technische Kulturen dagegen übertrifft die der Friedenszeit bereits um 30 Prozent. Der Viehbestand hat das Friedensniveau wieder erreicht.

Dazu kommen wesentliche Anzeichen von Verbesserungen. In steigendem Maß gehen die Bauern von der Dreifelderwirtschaft zum Fruchtwechsel über. Der Ernteertrag von 1925 soll den Durchschnitt der Jahre 1905 bis 1914 bereits um zehn Prozent überstiegen haben. Allerdings ist zu beachten, daß diese Zahl, obwohl die wichtigste, gleichzeitig notwendigerweise die unsicherste in der ganzen Statistik ist. Politisch interessant sind die Verschiebungen innerhalb der Bauernschaft. Man rechnet heute 3 Prozent Großbauern, 7 Prozent Wohlhabende, 40 Prozent Mittelbauern, 50 Prozent Zwergbauern. Ueberall zeigt sich ein Rückgang der kleineren Betriebe zugunsten der größeren. Die Zunahme der Großbauern bedeutet natürlich eine politische Gefahr. Sie soll durch genossenschaftliche Zusammenfassung der Kleinbauern auf der Grundlage der Elektrifikation bekämpft werden. Aber bis zur Verwirklichung dieses Programms ist noch ein weiter Weg. Als Ganzes betrachtet steht Rußland erst am Anfang seiner Agrarentwicklung. Doch hat diese infolge der natürlichen Fruchtbarkeit des Bodens, der zum großen Teil noch brach liegt, große Entwicklungsmöglichkeiten.

Die vom Sowjetstaat, natürlich ohne Entschädigung, übernommenen industriellen Großbetriebe sind in sogenannten Trusts vereinigt. Ein russischer Trust ist also nicht ein Zusammenschluß von einzelnen Unternehmern, sondern eine behördlich diktierte Vereinigung. Sie unterstehen dem Obersten Volkswirtschaftsrat. Die Trusts wirtschaften unter den vom Staat eingesetzten Direktoren wie private Unternehmungen. Manchmal auch schlecht, sie haben [illegible] können sogar Konkurs machen.

Daneben existieren Aktiengesellschaften, bei denen der Staat einen Anteil besitzt, Genossenschaften und private Unternehmungen. Steuertechnisch und kreditpolitisch werden die ersten beiden Unternehmungsformen bevorzugt. Daher weist manche Unternehmung offiziell die Form einer Genossenschaft auf.

Die verstaatlichte Industrie umfaßt etwa 70 Prozent der gesamten Industrie. Der Rest entfällt auf Genossenschaften, private Klein- und Großindustrie. Nach offiziellen Angaben beträgt die gesamte Produktion etwa 70 Prozent der Friedensproduktion, die Zahl der in der Großindustrie beschäftigten Arbeiter etwa 1.9 Millionen gegenüber 2.6 Millionen von 1913. Sie ist also wesentlich zurückgegangen. Dazu kommt 1 Million offizieller Arbeitsloser. Doch ist die tatsächliche Zahl der Arbeitslosen größer, da man, genau wie bei uns, von Zeit zu Zeit formelle Maßnahmen trifft, welche die Zahl der Arbeitslosen herabsetzt.

Der Außenhandel ist monopolisiert, doch beginnt dies Monopol durch direkten Verkehr der großen Trusts mit dem Ausland durchlöchert zu werden. Hohe Zölle sollen die im Aufbau begriffene Industrie schützen. Prinzipielles Ziel ist das Selbstgenügen des Landes, soweit dies möglich, um wirtschaftliche Einflüsse von außen zu verhindern. Ein solches Ziel ist bei einem territorial so ausgedehnten Staat mit großen, noch unausgebeuteten Bodenschätzen und weiter, landwirtschaftlich brauchbarer Fläche nicht so prinzipiell abwegig wie etwa in Deutschland. Vorderhand kann jedoch davon noch keine Rede sein.

Der Außenhandel bleibt noch weit hinter dem Friedensniveau zurück, der Umsatz beträgt nur etwa ein Viertel des Friedensumsatzes. Infolge der Mißernten müssen dabei prozentual mehr Lebensmittel eingeführt werden als früher.

Es gibt vier große staatliche Banken mit zahlreichen Filialen. Die Notenpresse, während des Kriegskommunismus die größte Einnahmequelle des Staates, spielt im Budget keine Rolle mehr. Der Staat lebt von den Einnahmen aus den ihm gehörigen Betrieben und von Steuern. Beide halten sich etwa die Wage. Es gibt, wie bei uns, direkte und indirekte Steuern sowie Gebühren. Zu den ersteren gehören die landwirtschaftliche Steuer, die Gewerbe- und Einkommensteuer. Die Bedeutung der indirekten Steuern, besonders der Verbrauchssteuern, wächst. Das russische Budget ist noch undurchsichtiger als irgendein anderes, da es Bundesinstitutionen, vereinigte und nicht vereinigte Landesinstitutionen gibt. Die Rüstungen machen etwa 16.5 Prozent des Gesamtbudgets aus.

Die wichtigsten industriellen Produktionsmittel, die Bergwerke, die Schwerindustrie und die großen Fabriken gehören dem Staat entweder direkt oder Gesellschaften, deren Aktien zum Teil in staatlichem Besitz sind, also gemischtwirtschaftlichen Betrieben. Privatbesitz existiert in den Kleinbetrieben und in den wenigen verpachteten Großbetrieben. Der fälschlich so genannte „Privatbesitz“, nämlich der Besitz am Konsumtionsmittel, um den der Spießer bangt, wenn er von Sozialismus hört, ist von der Verstaatlichung natürlich unberührt geblieben. Solchen Privatbesitz gibt es in weitestem Umfang, und dies ist kein Widerspruch gegen den Sozialismus. Im Privatbesitz befinden sich alle Konsumtionsgüter des täglichen Bedarfs, dann — wenn auch nicht theoretisch, so doch praktisch — der Grund und Boden. Es gibt aber auch private Läden, private Fabriken, privaten Hausbesitz. Die Mehrzahl der Häuser gehört aber z. B. in Moskau der Stadt, einigen bestimmten Behörden. Ferner gibt es Häuser, die wegen ihres desolaten Zustandes den früheren Besitzern unter der Bedingung, sie wieder in Ordnung zu bringen, zurückgegeben worden sind. Das Erbrecht besteht in praktisch unbeschränktem Umfang.

Die Frage, ob dieses System als Staatssozialismus oder Staatskapitalismus zu bezeichnen ist, ist eine politische Frage, über die in Rußland häufig debattiert wird. Das Eigentum an Konsumtionsgütern hatte nie aufgehört. Der Privatbesitz an Produktionsmitteln ist keineswegs im vollen Umfang wiederhergestellt.

Aus: „Vom Rußland der Gegenwart“ von E. J. Gumbel. (E. Laubsche ...handlung, Berlin.)

Auch ein Landesverratsverfahren.

Recht muß rechts bleiben.

Z. N. Berlin, den 10. Juli 1928.

Gegen den Heidelberger Privatdozenten Dr. Gumbel war ein Landesverratsverfahren eingeleitet worden, weil er einen Artikel **aus dem „Stahlhelm“** unter der Ueberschrift „Gibt es eine schwarze Reichswehr?“ abgedruckt hatte. Der Artikel behandelte die Frage, ob ein „Stellungsbefehl“ zur (schwarzen) Reichswehr einen genügenden Grund zu einem Urlaub für einen städtischen Beamten darstellte. Das Landesverratsverfahren dauerte vom 15. August 1924 bis zum 2. April 1925 und wurde dann eingestellt.

Dr. Gumbel hatte an die Darstellung dieses Falles in einem Aufsatz der Monatsschrift „Die Justiz“ die Bemerkung geknüpft, **von einem Landesverratsverfahren gegen den „Stahlhelm“, aus dem das gesamte Material stammte, sei ihm nichts bekannt geworden.** Im soeben erschienenen Juliheft der „Justiz“ wird ein Privatbrief, den Reichsanwalt Jorns an Gumbel geschrieben hat, veröffentlicht. Wir entnehmen dem Brief folgende Stelle:

„Die Zeitschrift „Der Stahlhelm“ vom 8. Juni 1924 war bereits am 15. Juli 1924 hier (im Reichsgericht) eingegangen. Darauf war am 22. Juli die verantwortliche Vernehmung des Schriftleiters der Zeitschrift als Beschuldigter verfügt worden. Die Vernehmung ist erfolgt, außerdem sind noch weitere Erhebungen getätigt worden. **Am 25. August 1924 ist dann das Verfahren eingestellt worden** mit der Begründung: Es könne dahingestellt bleiben, ob die Veröffentlichung des Urteils objektiv gegen die Geheimhaltungspflicht verstoße, jedenfalls fehle es subjektiv an ausreichenden Anhaltspunkten für die Annahme, daß der Beschuldigte sich der Geheimhaltungspflicht bewußt war; seine diesbezüglichen Angaben seien keinesfalls zu widerlegen.“

Danach hat also wirklich gegen den „Stahlhelm“ ein Landesverratverfahren stattgefunden. Alle Umstände dieses einzigen Landesverratsverfahrens gegen Rechts **sind eigenartig.** Während die Landesverratsverfahren gegen **Links sich** über Monate und Jahre hinziehen, langwierige Rechtsgutachten des Reichswehrministeriums eingeholt werden, während Untersuchungshaft und andere Methoden dazu verwendet werden, um den Angeklagten zu drücken, er durch die Veröffentlichung der Tatsache des schwebenden Verfahrens in seiner Berufstätigkeit schwer geschädigt, in der gesamten Oeffentlichkeit diskreditiert und diffamiert wird, **geht dieses Landesverratsverfahren in sechs Wochen zu Ende;** kein **Mensch erfährt etwas davon.** Die Behauptung des Beschuldigten, daß er sich keiner Geheimhaltungspflicht bewußt war, genügt.

In keinem der Oeffentlichkeit bekannt gewordenen Fall ist einem „Landesverräter“ von Links eine solche Behauptung geglaubt worden. Stets ist hier die diesbezügliche Behauptung des Angeklagten entweder für völlig belanglos oder für völlig unglaubwürdig erklärt worden. Das groteske an diesem Brief aber ist, daß er zum Beweise dessen geschrieben wurde, daß das Reichsgericht objektiv gegen Rechts und Links in gleicher Weise vorgehe.

Diese Art „Objektivität“ ist übrigens nicht auf das Reichsgericht beschränkt. Ein dem oben angeführten fast analoger Fall ist folgender. Beim Landgericht I Berlin schwebt seit einiger Zeit ein Verfahren wegen Verrats militärischer Geheimnisse gegen die „Zeit-Notizen“, weil diese Korrespondenz aus einer Artikelreihe der „Deutschen Zeitung“, in der ausführliche, ziffernmäßige Angaben über Rohrlänge, Feuergeschwindigkeit und andere innerballistische Verhältnisse der Parisgeschütze gemacht waren, Zitate weiterverbreitet hatte, die keineswegs so detailliert und für Fachleute aufschlußreich gehalten waren, wie die Veröffentlichung der „Deutschen Zeitung“. **Von einem Verfahren gegen die „Deutsche Zeitung“ ist dagegen bis heute nichts bekannt.**

Hinsichtlich der im Verfahren gegen den „Stahlhelm“ gegebenen Begründung des Einstellungsbeschlusses muß an die gleiche Formulierung des Reichsgerichts in Sachen gegen Claß erinnert werden, dessen Hochverrat von Herrn Werner gleichfalls „aus subjektiven Gründen“ für nicht verfolgbar erklärt wurde.

13

Leipziger Volkszeitung 12. Juli 1928

Vom gleichen Recht für alle

Das Landesverratsverfahren gegen den Stahlhelm

JN Gegen den Heidelberger Privatdozenten Dr. Gumbel war, wie bekannt, ein Landesverratsverfahren eingeleitet worden, weil er einen Artikel aus dem Stahlhelm unter der Ueberschrift „Gibt es eine Schwarze Reichswehr?“ abgedruckt hatte. Der Artikel behandelte die Frage, ob ein „Stellungsbefehl“ zur (Schwarzen) Reichswehr einen genügenden Grund zu einem Urlaub für einen städtischen Beamten darstellte. Das Landesverratsverfahren dauerte vom 15. August 1924 bis zum 2. April 1925 und wurde dann eingestellt.

Dr. Gumbel hatte an die Darstellung dieses Falles in einem Aufsatz in der Monatsschrift Die Justiz die Bemerkung geknüpft, von einem Landesverratsverfahren gegen den Stahlhelm, aus dem das gesamte Material stammte, sei ihm nichts bekanntgeworden. Im soeben erschienenen Juliheft der Justiz wird ein Privatbrief, den Reichsanwalt Jorns an Gumbel geschrieben hat, veröffentlicht. Wir entnehmen dem Brief folgende Stelle:

„Die Zeitschrift Der Stahlhelm vom 8. Juni 1924 war bereits am 15. Juli 1924 hier (im Reichsgericht) eingegangen. Darauf war am 22. Juli die Vernehmung des verantwortlichen Schriftleiters der Zeitschrift als Beschuldigter verfügt worden. Die Vernehmung ist erfolgt, außerdem sind noch weitere Erhebungen [illegible] worden. Am 25. August 1924 ist dann das Verfahren eingestellt worden mit der Begründung: Es könne dahingestellt bleiben, ob die Veröffentlichung des Urteils objektiv gegen die Geheimhaltungspflicht verstoße, jedenfalls fehle es völlig an ausreichenden Anhaltspunkten für die Annahme, daß der Beschuldigte sich der Geheimhaltungspflicht bewußt war; seine diesbezüglichen Angaben seien keinesfalls zu widerlegen.“

Danach hat also wirklich gegen den Stahlhelm ein Landesverratsverfahren stattgefunden. Alle Umstände dieses einzigen Landesverratsverfahrens gegen rechts sind eigenartig. Während die Landesverratsverfahren gegen links sich über Monate und Jahre hinziehen, langwierige Rechtsgutachten des Reichswehrministeriums eingeholt werden, während Untersuchungshaft und andere Methoden dazu verwendet werden, um den Angeklagten zu drücken, er durch die Veröffentlichung der Tatsache des schwebenden Verfahrens in seiner Berufstätigkeit schwer geschädigt, in der gesamten Oeffentlichkeit diskreditiert und diffamiert wird, geht dieses Landesverratsverfahren in sechs Wochen zu Ende; kein Mensch erfährt etwas davon. Die Behauptung des Beschuldigten, daß er sich keiner Geheimhaltungspflicht bewußt war, genügt.

In keinem der Oeffentlichkeit bekanntgewordenen Fall ist einem „Landesverräter“ von links eine solche Behauptung geglaubt worden. Stets ist hier die diesbezügliche Behauptung des Angeklagten entweder für völlig belanglos oder für völlig unglaubwürdig erklärt worden. Das Groteske an diesem Brief aber ist, daß er zum Beweise dessen geschrieben wurde, daß das Reichsgerichts objektiv gegen rechts und links in gleicher Weise vorgehe.

Diese Art „Objektivität“ ist übrigens nicht auf das Reichsgericht beschränkt. Ein dem oben angeführten fast analoger Fall ist folgender: Beim Landgericht I Berlin schwebt seit einiger Zeit ein Verfahren wegen Verrats militärischer Geheimnisse gegen die Zeit-Notizen, weil diese Korrespondenz aus einer Artikelreihe der Deutschen Zeitung, in der ausführliche ziffernmäßige Angaben über Rohrlänge, Feuergeschwindigkeit und andere innerballistische Verhältnisse der Parisgeschütze gemacht waren, Zitate weiterverbreitet hatte, die keineswegs so detailliert und für Fachleute aufschlußreich gehalten waren, wie die Veröffentlichung der Deutschen Zeitung. Von einem Verfahren gegen die Deutsche Zeitung ist dagegen bis heute nichts bekannt.

Hinsichtlich der im Verfahren gegen den Stahlhelm gegebenen Begründung des Einstellungsbeschlusses muß an die gleiche Formulierung des Reichsgerichts in Sachen gegen Claß erinnert werden, dessen Hochverrat von Herrn Werner gleichfalls „aus subjektiven Gründen“ für nicht verfolgbar erklärt wurde.

14.7.28

Auch ein Landesverratsverfahren

Recht muß rechts bleiben

Z. N. Berlin, 13. Juli.

Gegen den Heidelberger Privatdozenten Dr. Gumbel war, wie bekannt, ein Landesverratsverfahren eingeleitet worden, weil er einen Artikel aus dem „Stahlhelm" unter der Ueberschrift „Gibt es eine schwarze Reichswehr?" abgedruckt hatte. Der Artikel behandelte die Frage, ob ein „Stellungsbefehl" zur (Schwarzen) Reichswehr einen genügenden Grund zu einem Urlaub für einen städtischen Beamten darstellte. Das Landesverratsfahren dauerte vom 15. August 1924 bis zum 2. April 1925 und wurde dann eingestellt.

Dr. Gumbel hatte an die Darstellung dieses Falles in einem Aufsatz in der Monatsschrift „Die Justiz" die Bemerkung geknüpft, von einem Landesverratsverfahren gegen den „Stahlhelm", aus dem das gesamte Material stammte, sei ihm nichts bekannt geworden. Im soeben erschienenen Juliheft der „Justiz" wird ein Privatbrief, den Rechtsanwalt Jorns an Gumbel geschrieben hat, veröffentlicht. Wir entnehmen dem Brief folgende Stelle:

> „Die Zeitschrift „Der Stahlhelm" vom 8. Juni 1924 war bereits am 15. Juli 1924 hier (im Reichsgericht) eingegangen. Darauf war am 22. Juli die verantwortliche Vernehmung des Schriftleiters der Zeitschrift als Beschuldigter verfügt worden. Die Vernehmung ist erfolgt, außerdem sind noch weitere Erhebungen getätigt worden. Am 25. August 1924 ist dann das Verfahren eingestellt worden mit der Begründung: Es könne dahingestellt bleiben, ob die Veröffentlichung des Urteils objektiv gegen die Geheimhaltungspflicht verstoße, jedenfalls fehle es subjektiv an ausreichenden Anhaltspunkten für die Annahme, daß der Beschuldigte sich der Geheimhaltungspflicht bewußt war; seine diesbezüglichen Angaben seien keinesfalls zu widerlegen."

Danach hat also wirklich gegen den „Stahlhelm" ein Landesverratsverfahren stattgefunden. Die Umstände dieses einzigen Landesverratsverfahrens gegen Rechts sind eigenartig. Während die Landesverratsverfahren gegen Links sich über Monate und Jahre hinziehen, langwierige Rechtsgutachten des Reichswehrministeriums eingeholt werden, während Untersuchungshaft und andere Methoden verwendet werden, geht dieses Landesverratsverfahren in sechs Wochen zu Ende; kein Mensch erfährt etwas davon. Die Behauptung des Beschuldigten, daß er sich keiner Geheimhaltungspflicht bewußt war, genügt.

In keinem der Oeffentlichkeit bekannt gewordenen Fall ist einem „Landesverräter" von Links eine solche Behauptung geglaubt worden. Stets ist hier die diesbezügliche Behauptung des Angeklagten entweder für völlig belanglos oder für völlig unglaubwürdig erklärt worden. Das Groteske an diesem Brief aber ist, daß er zum Beweise dessen geschrieben wurde, daß das Reichsgericht objektiv gegen Rechts und Links in gleicher Weise vorgehe.

Diese Art Objektivität ist übrigens nicht auf das Reichsgericht beschränkt. Ein dem oben angeführten fast analogen Fall ist folgender. Beim Landgericht I Berlin schwebt seit einiger Zeit ein Verfahren wegen Verrats militärischer Geheimnisse gegen die Zeit-Notizen, weil diese Korrespondenz aus einer Artikelreihe der „Deutschen Zeitung", in der ausführliche, ziffernmäßige Angaben über Rohrlänge, Feuergeschwindigkeit und andere innerballistische Verhältnisse der Parisgeschütze gemacht waren, Zitate weiterverbreitet hatte, die keineswegs so detailliert und für Fachleute aufschlußreich gehalten waren, wie die Veröffentlichung der „Deutschen Zeitung". Von einem Verfahren gegen die „Deutsche Zeitung" ist dagegen bis heute nichts bekannt.

Hinsichtlich der im Verfahren gegen den „Stahlhelm" gegebenen Begründung des Einstellungsbeschlusses muß an die gleiche Formulierung des Reichsgerichts in Sachen gegen Claß erinnert werden, dessen Hochverrat von Herrn Werner gleichfalls „aus subjektiven Gründen" für nicht verfolgbar erklärt wurde.

Bemerkungen

Der Schädelberg

Wir stehen heute wieder wie in den Jahren vor 1914 im Aufstieg der kapitalistischen Wirtschaft, die den Fortschritt und den Frieden zu verbürgen wagt. Dumpf und nur wenigen Wissenden deutlich zeigt sich der kommende Krieg

Da ist es wohl angebracht, sich ganz nüchtern vorzustellen, was der Krieg wirklich war. Diese schrecklichen Zahlen sind nie genau zusammengestellt worden. Die herrschende Klasse, die auch die Statistik beherrscht, hat hierfür kein Interesse.

Am Ende des Krieges standen sich etwa dreißig Millionen Männer in Waffen gegenüber. Während des Krieges waren etwa sechzig Millionen mobilisiert.

Vier Jahre, drei Monate und zehn Tage, 1560 Tage, hat der Krieg gedauert. Zehn Millionen blieben auf dem „Feld der Ehre" — inutilis clades, nutzlose Schlächterei, nannte es ein Papst. An jedem Tag fielen im Durchschnitt 6400, in jeder Minute vier Männer.

Zu den Gefallenen müssen diejenigen aus der Zivilbevölkerung hinzugerechnet werden, welche infolge des Krieges mehr gestorben sind als zu erwarten war; klar und deutlich ausgesprochen: die Verhungerten. Es wurde damals bewiesen, daß die Kohlrübe als ausschließliches Nahrungsmittel der Gesundheit nur förderlich sei. Eine Denkschrift des Reichsgesundheitsamtes von 1918 zeigte aber die enorme Zunahme der Todesfälle und Krankheiten unter der deutschen Zivilbevölkerung. Proportional der Abnahme der dem Einzelnen zur Verfügung stehenden Kalorienzahl stieg die Tuberkulose. Insgesamt sind in Deutschland 800 000 Zivilisten mehr gestorben, als nach der Friedenssterblich- zu erwarten war. Für alle kriegführenden Staaten wird die Zahl der mehr gestorbenen Zivilisten auf sieben Millionen geschätzt.

Zwanzig Millionen Soldaten aller kriegführenden Staaten sind verwundet worden, wie viele davon mehrfach, ist unbekannt. Wieviele andre schwere Schäden erlitten, wird niemand erzählen können. Vielleicht zehn Millionen Verwundete sind als Invaliden zurückgeblieben.

Dazu die materiellen Schäden, die statistisch schwer zu fassen sind. Der wirtschaftliche Verlust, den der Tod von zehn Millionen, die Verwundung von zwanzig Millionen Menschen, die mittelbare Zunahme der Sterblichkeit bedeutet, entzieht sich jeder Berechnung. Das Leben und alle Gefühlswerte sind nicht in Geld ausdrückbar. Nur die materiellen Aufwendungen sind meßbar. Aber dieselben Kosten figurieren an verschiedenen Stellen, sie sind in den Etats mit andern Posten zusammengeworfen, andre Ausgaben erscheinen zu Unrecht als Kriegskosten. Den materiellen Wert des im Kriege zerstörten militärischen Apparats, wie etwa die neuntausend abgeschossenen Flugzeuge, wollen wir überhaupt nicht rechnen. Nach den zuverlässigen Berechnungen und Schätzungen Woytinskys, die wir im folgenden zugrunde legen, wurden von den Handelsschiffen dreizehn Millionen Registertonnen versenkt. Rechnet man, nur um einen Begriff zu bekommen, auf das Schiff etwa 4000 Tonnen, so hat die Handelsflotte der Welt um etwa 3250 Schiffe abgenommen. Ihr Wert wird auf achtzehn Milliarden Mark geschätzt. Der Wert der zerstörten Gebäude, Industriebetriebe, öffentlichen Anlagen wird auf etwa fünfzig Milliarden Goldmark angesetzt.

Mit Berücksichtigung aller Kautelen wird man die direkten Kriegskosten aller Länder auf etwa 700 Milliarden Goldmark der heutigen Währung schätzen. Mehr als das gesamte deutsche Volksvermögen des Jahres 1913, etwa zehn Prozent des gesamten

3

auf der Erde vorhandenen Vermögens, sind während des Krieges im wörtlichen Sinne verpulvert worden.

Aber mit diesen gigantischen Summen sind die wirklichen Kriegskosten nicht entfernt erfaßt. Denn hierin ist noch nicht enthalten, daß sechzig Millionen Menschen jahrelang der produktiven Arbeit entzogen wurden und ein großer Teil der übrigen Bevölkerung nur die unproduktive Arbeit leistete, möglichst gut zerplatzende Metallhülsen herzustellen.

Die laufende Produktion hat heute wohl überall das Vorkriegsniveau annähernd erreicht. Das bedeutet aber keineswegs, daß die Kriegsschäden bereits eingeholt sind. Da die laufende Produktion jedes Jahr wächst, ist vielmehr das erwartungsgemäße Wachstum von etwa dreizehn Jahren verloren gegangen. Da aber das Wachstum niemals konstant ist, weder im additiven noch im multiplikativen Sinn, da zudem weder der Wert der frühern noch der der jetzigen Produktion exakt feststeht, endlich der Krieg ungeheure wirtschaftliche Umstellungen, Inflation und Revolution, im Gefolge hatte, bietet die Feststellung dieses Verlustes große Schwierigkeiten. Sicher beträgt er mehrere Hundert Milliarden Mark.

Nach jeder Richtung war dieser Krieg der größte unter allen. Der kommende wird durch die Vergasung ganzer Städte den Unterschied von Front und Hinterland aufheben und den vergangenen noch weit übertreffen.

E. J. Gumbel

E. J. Gumbel: Zur Moralſtatiſtik

Keine Statistik kann sittliche Charakterisierung geben. Zunächst, weil solche Charakterisierung durchaus relativ und zeitbedingt, darüber hinaus, weil moralische Leistungen nicht als Massenerscheinung zahlenmäßig gemessen werden können. Trotzdem existiert eine Moralstatistik, nämlich eine Statistik von den Dingen, die ein moralisches Interesse haben. Allerdings hat die Moralstatistik einen wesentlich negativen Charakter. Sie muß sich stützen auf verwaltungsmäßige Angaben insbesondere juristischer Natur. Hierdurch wird die Moralstatistik nicht nur eine Statistik des an sich moralisch Interessanten, sondern auch ein Ansatz zu einem moralischen Gradmesser einer Gemeinschaft. Aber nicht in dem Sinne, daß man aus ihr — wie dies naive Beobachter meinen mögen — etwas über den moralischen Charakter einer Bevölkerung aussagen kann. Sie gibt umgekehrt ein Maß der Mißverhältnisse zwischen den nun einmal im Menschen vorhandenen und durch das Wirtschaftssystem geweckten Trieben und dem Charakter der Zwangsorganisation, die die jeweils herrschende Klasse ihm überordnet.

Somit, und nur somit, können wir die Moralstatistik auch zur sittlichen Charakterisierung des Kapitalismus verwenden.

Moralstatistisch interessant kann für uns auch die Berufsstatistik werden. Denn es gibt gewisse Berufe, deren statistische Erfassung spezifisch soziale Schwierigkeiten bietet. Abgesehen von den nicht offiziell angegebenen Berufen, wie etwa Berufsdiebe, Berufseinbrecher, Zuhälter usw., gibt es Berufe, die, obwohl nicht strafbar, doch als sittlich anstößig gelten, wie die Prostitution. Allerdings ist von ihr in der offiziellen Statistik nicht die Rede.

Das Hauptgebiet der Moralstatistik ist die Kriminalstatistik. Hier ist zu fragen, ob die Statistik ein Maß der wirklichen Verfehlungen gibt. Selbstverständlich kann die offizielle Kriminalstatistik nur die entdeckten und die juristisch verfolgten Verbrechen behandeln. Damit ist unter Umständen Platz für private Ergänzungen, welche die Dinge aufdecken, die offiziell nicht wahr sein sollen. Zwischen der wirklichen Verfehlung und der durch die offizielle Statistik erfaßten klafft eine Lücke. Beide müssen nicht proportional gehen. Die Erfassung hängt vielmehr sowohl von dem Charakter der Tat wie von dem Charakter des Täters ab: „Die kleinen Diebe hängt man, die großen läßt man laufen!“

Endlich gibt es Verbrechen, bei denen ein sozusagen moralisches Interesse besteht, daß

sie nicht allzu sehr bekannt werden, wie z. B. die Abtreibung. Ob also ein fester Prozentsatz zwischen begangenen und ermittelten Verbrechen besteht, ist zweifelhaft. Durch den Klassenkampfcharakter der Justiz ist der Klassenkampfcharakter der Moralstatistik bestimmt.

Die Moralstatistik gibt auch deswegen keine Möglichkeit der Erfassung der Moral, weil wir kaum die Möglichkeit der Erfassung individueller Motive haben. Wohl aber haben wir einen gewissen Einblick in die sozialen Ursachen.

Die Kriminalstatistik läßt den zerstörenden Einfluß erkennen, den die jetzige Verteilung des Eigentums und die hieraus erwachsenen Gesetze mit sich bringen. Daß ein großer Teil der Verbrechen hierauf zurückzuführen ist, ist altbekannt. Ein so konservativer Gelehrter wie *Georg v. Mayr* („Die Gesetzmäßigkeit im Gesellschaftsleben") kam schon 1877 zu der bemerkenswerten Folgerung:

„Es hat in der Periode von 1835—1861 im bayerischen Gebiet diesseits des Rheins so ziemlich jeder Sechser, um den das Getreide (durch Zoll) im Preis gestiegen ist, auf je 100 000 Einwohner einen Diebstahl mehr hervorgerufen, während andrerseits das Fallen der Getreidepreise um einen Sechser bei der gleichen Zahl von Einwohnern je einen Diebstahl verhütet hat."

Aber es gibt einen Pfad, der den Kapitalismus aus solchen Folgerungen retten will: die *Lombroso*sche Lehre vom geborenen Verbrecher. Danach stellt der Verbrecher einen spezifisch biologisch definierten Teil der gesamten Bevölkerung dar, etwa wie die Rothaarigen. Er hat eine bestimmte Erbmasse und soziale Einflüsse können höchstens bewirken, in welche Richtung das Verbrechen geht. Nun gibt es zweifellos Verbrechen, besonders solche, die einen Beruf darstellen, zu denen eine ganz bestimmte Anlage gehört und die ohne diese Anlage nicht denkbar sind. Aber dieser Gedankengang ist doch zu praktisch für den Kapitalismus, um wahr sein zu können. Denn er befreit ihn von jeder Schuld.

Dieser *Lombroso*schen Lehre steht die Auffassung gegenüber, wonach alle heutigen Verbrechen auf der kapitalistischen Gesellschaftsordnung beruhen. Beide sind zu verwerfen, denn es gibt zweifellos Verbrechen, wie etwa die auf sexueller Basis, Vergewaltigungen, Eifersuchtsdramen usw., die den Sturz des Kapitalismus überleben können. Sie werden natürlich ihre Form ändern. Vielleicht werden sogar neue Verbrechen auftauchen. Eine Untersuchung, ein wie großer Teil der vorhandenen Verbrechen auf die kapitalistische Gesellschaftsordnung allein zurückgeht, ist außerordentlich schwer. Ihre Durchführung wäre zu fordern.

Nur von diesem Standpunkt, wonach die Höhe der Bestrafungen ein Anzeichen des Widerspruchs des herrschenden Systems mit den natürlichen Trieben der Menschen ist, interessiert uns die Bestandsmasse der Gefängnisbevölkerung oder die hieraus mit Hilfe der Absterbeordnung zu berechnende Zahl der Bestraften in der Gesamtbevölkerung. Von besonderem Interesse ist auch die Zahl der Rückfälligen, da sie ein deutliches Anzeichen dafür ist, wie der einmal Bestrafte — ob zu Recht oder Unrecht, steht dahin — keine Möglichkeit der Rückkehr in die „geordnete Gesellschaft" mehr hat.

Innerhalb der Justizstatistik interessieren uns auch die Methoden des Strafvollzugs, weil sich hier sozial bedingte interessante Differenzierungen zeigen. Hierunter fallen die Amnestien, weil sowohl der Zeitpunkt wie die Ausdehnung einer solchen Amnestie ein wesentliches Mittel des Klassenkampfes werden kann. Vielfach wird als Maß der Ausdehnung einer Amnestie die Zahl der von ihr Betroffenen angeführt. Entsprechend pflegt man häufig der Zahl der Verurteilten die Zahl der Begnadigten gegenüberzustellen, um so zu ermitteln, ein wie großer Teil der Verurteilten begnadigt wurde. Dies ist irreführend, weil es nicht auf die Zahl der Verurteilten und Begnadigten, sondern auf die Dauer der Verurteilungen und die Dauer der verbüßten Jahre, also auf die Zahl der begnadigten Jahre ankommt.

Ein in Zeiten akuter Klassenkämpfe besonders interessantes Gebiet der Statistik ist der politische Mord. Zwar spielt dieser bei der Todesursachenstatistik keine Rolle, wohl aber bei der Kriminalstatistik.

Der politische Mord ist zu definieren als ein aus politischen Gründen begangener Mord oder Totschlag, wobei auch unpolitische Nebengründe auftreten können. Wesentlich ist die Unterscheidung des politischen Mordes von den bei Straßenkämpfen oder kampfähnlichen Handlungen oder Demonstrationen Gefallenen einerseits und den Opfern standrechtlicher Gerichte andererseits. Dabei fällt natürlich das Maß der Legalität solcher Gerichte stark ins Gewicht. Zweifelhaft wird die Zugehörigkeit zum Begriff des politischen Mordes in den Fällen, in denen die schießende Partei behauptet, angegriffen worden zu sein. Ein andrer schwieriger Punkt sind die Lynchungen. Hier wird man vor allem zu unterscheiden haben, ob dieselben von einer Masse, innerhalb deren die Disziplinargewalt gilt, vorgenommen wurden oder nicht. Der erstere Fall dürfte mit zu den politischen Morden zu rechnen sein.

Bei politischen Morden selbst ist zu unterscheiden, ob sie revolutionär oder konterrevolutionär sind. So einfach diese Unterscheidung auch scheint, so bietet sie doch Schwierigkeiten, da man sowohl die politische Stellung des Täters wie die des Ermordeten als Ausgangspunkt nehmen kann und je nachdem zu ganz verschiedenen Resultaten kommt. Ferner wäre zu unterscheiden nach Methoden der Morde, wobei man geeigneterweise auch Urteile der Gerichte zugrunde legen kann. In diesen Methoden nämlich spiegeln sich selbst ganz spezifische Fiktionen wieder. Ferner sind die Morde zu unterscheiden je nach dem Grad der Vorbereitungen zu ihnen. Als höchste Form dürfte z. B. der Fememord betrachtet werden, bei dem der Mörder Angehöriger derselben Organisation ist wie der Ermordete.

Die Moralstatistik bietet also viele Probleme, die vom Standpunkt des Klassenkampfes interessant sind. Prinzipiell ist die Güte einer Kriminalstatistik, ein partielles Anzeichen für die Schärfe des Klassencharakters eines Staates. Es ist sicher kein Zufall, daß das zaristische Rußland eine geradezu ideale Ordnung des statistischen Urmaterials der Kriminalstatistik besaß.

17

10. Nov. 1928

Der Schädelberg.

von **E. J. Gumbel.**

Wir stehen heute wieder wie in den Jahren vor 1914 im Aufstieg der kapitalistischen Wirtschaft, die den Fortschritt und den Frieden zu verbürgen wagt. Dumpf und nur wenigen Wissenden deutlich zeigt sich der kommende Krieg.

Da ist es wohl angebracht, sich ganz nüchtern vorzustellen, was der Krieg wirklich war. Diese schrecklichen Zahlen sind nie genau zusammengestellt worden. Die herrschende Klasse, die auch die Statistik beherrscht, hat hierfür kein Interesse.

Am Ende des Krieges standen sich etwa dreißig Millionen Männer in Waffen gegenüber. Während des Krieges waren etwa sechzig Millionen mobilisiert.

Vier Jahre, drei Monate und zehn Tage, 1560 Tage, hat der Krieg gedauert. Zehn Millionen blieben auf dem „Feld der Ehre" — inutilis clades, nutzlose Schlächterei nannte es ein Papst. An jedem Tag fielen im Durchschnitt 6400, in jeder Minute vier Männer.

Zu den Gefallenen müssen diejenigen aus der Zivilbevölkerung hinzugerechnet werden, welche infolge des Krieges mehr gestorben sind als zu erwarten war; klar und deutlich ausgesprochen: die Verhungerten. Es wurde damals bewiesen, daß die Kohlrübe als ausschließliches Nahrungsmittel der Gesundheit nur förderlich sei. Eine Denkschrift des Reichsgesundheitsamtes von 1918 zeigte aber die enorme Zunahme der Todesfälle und Krankheiten unter der deutschen Zivilbevölkerung. Proportional der Abnahme der dem Einzelnen zur Verfügung stehenden Kalorienzahl stieg die Tuberkulose. Insgesamt sind in Deutschland 800.000 Zivilisten mehr gestorben, als nach der Friedenssterblichkeit zu erwarten war. Für alle kriegführenden Staaten wird die Zahl der mehr gestorbenen Zivilisten auf sieben Millionen geschätzt.

Zwanzig Millionen Soldaten aller kriegführenden Staaten sind verwundet worden, wie viele davon mehrfach, ist unbekannt. Wie viele andere schwere Schäden erlitten, wird niemand erzählen können. Vielleicht zehn Millionen Verwundete sind als Invaliden zurückgeblieben.

Dazu die materiellen Schäden, die statistisch schwer zu fassen sind. Der wirtschaftliche Verlust, den der Tod von zehn Millionen, die Verwundung von zwanzig Millionen Menschen, die mittelbare Zunahme der Sterblichkeit bedeutet, entzieht sich jeder Berechnung. Das Leben und alle Gefühlswerte sind nicht in Geld ausdrückbar. Nur die materiellen Aufwendungen sind meßbar. Aber dieselben Kosten figurieren an verschiedenen Stellen, sie sind in den Etats mit anderen Posten zusammengeworfen, andere Ausgaben erscheinen zu Unrecht als Kriegskosten. Den materiellen Wert des im Kriege zerstörten militärischen Apparates, wie etwa die neuntausend abgeschossenen Flugzeuge, wollen wir überhaupt nicht rechnen. Nach den zuverlässigen Berechnungen und Schätzungen Wohtinskys, die wir im folgenden zugrunde legen, wurden von den Handelsschiffen dreizehn Millionen Registertonnen versenkt. Rechnet man, nur um einen Begriff zu bekommen, auf das Schiff etwa 4000 Tonnen, so hat die Handelsflotte der Welt um etwa 3250 Schiffe abgenommen. Ihr Wert wird auf achtzehn Milliarden Mark geschätzt. Der Wert der zerstörten Gebäude, Industriebetriebe, öffentlichen Anlagen wird auf etwa fünfzig Milliarden Goldmark angesetzt.

Mit Berücksichtigung aller Kautelen wird man die direkten Kriegskosten aller Länder auf etwa 700 Milliarden Goldmark der heutigen Währung schätzen. Mehr als das gesamte deutsche Volksvermögen des Jahres 1913, etwa zehn Prozent des gesamten auf der Erde vorhandenen Vermögens, sind während des Krieges im wörtlichen Sinne verpulvert worden.

Aber mit diesen gigantischen Summen sind die wirklichen Kriegskosten nicht entfernt erfaßt. Denn hierin ist noch nicht enthalten, daß sechzig Millionen Menschen jahrelang der produktiven Arbeit entzogen wurden und ein großer Teil der übrigen Bevölkerung nur die unproduktive Arbeit leistete, möglichst gut zerplatzende Metallhülsen herzustellen.

Die laufende Produktion hat heute wohl überall das Vorkriegsniveau annähernd erreicht. Das bedeutet aber keineswegs, daß die Kriegsschäden bereits eingeholt sind. Da die laufende Produktion jedes Jahr wächst, ist vielmehr das erwartungsgemäße Wachstum von etwa dreizehn Jahren verloren gegangen. Da aber das Wachstum niemals konstant ist, weder im additiven noch im multiplikativen Sinn, da zudem weder der Wert der früheren noch der der jetzigen Produktion exakt feststeht, endlich der Krieg ungeheuere wirtschaftliche Umstellungen, Inflation und Revolution, im Gefolge hatte, bietet die Feststellung dieses Verlustes große Schwierigkeiten. Sicher beträgt er mehrere Hundert Milliarden Mark.

Nach jeder Richtung war dieser Krieg der größte unter allen. Der kommende wird durch die Vergasung ganzer Städte den Unterschied von Front und Hinterland aufheben und den vergangenen noch weit übertreffen.

Der 11. November.

Von E. J. Gumbel.

Zehn Friedensjahre sind vergangen. Die Jugend von heute hat den Krieg nicht mehr sehenden Auges miterlebt. Sie weiß von ihm nichts Positives. Vielleicht hat sie ein dunkles Gefühl des Großen, kaum des Unheimlichen. Die Jugend von morgen wird nichts mehr wissen, als was ein paar Angehörige der alten Generation, unglaubwürdig weil alt, berichten, und was unsere herrlichen Geschichtsbücher von der großen Zeit rühmen. Trotz aller Skepsis der Jugend werden die volltönenden Phrasen leben, deren Unwahrhaftigkeit wir erlitten und erkannt haben. Die Kriegerdenkmäler erzählen nichts von der alles beherrschenden Kohlrübe, vom grauen Hunger, der kalten Not, vom Wohlleben der Etappe auf Kosten der Front, der Offiziere auf Kosten der Soldaten, vom Etappenbordell, sondern vom Geist von 1914, vom unbesiegten Heer, vom ruhmreichen Helden, der von der Heimat verraten wurde.

Wir stehen heute wieder in den Jahren vor 1914, im Aufstieg der kapitalistischen Wirtschaft, die den „Fortschritt" und den „Frieden" verbürgt. Dumpf und nur wenigen Wissenden deutlich zeigt sich der kommende Krieg.

Da ist es wohl angebracht, sich am heutigen Tag ganz nüchtern vorzustellen, was der Krieg wirklich war. Diese schrecklichen Zahlen sind nie genau zusammengestellt worden. Die herrschende Klasse, die auch die Statistik beherrscht, hat hierfür kein Interesse. Aber die Zahlen sind von solcher Größenordnung, daß es wirklich nicht auf ein paar Millionen mehr oder weniger ankommt.

Am Ende des Krieges standen sich etwa 30 Millionen in Waffen gegenüber, gezwungen zum Töten, und während des Krieges waren etwa 60 Millionen mobilisiert.

4 Jahre, 3 Monate und 10 Tage — 1560 Tage — hat der Krieg gedauert. 10 Millionen blieben auf dem „Feld der Ehre" — inutilis clades, nutzlose Schlächterei, nannte es ein Papst — An jedem Tag fielen im Durchschnitt 6400, in jeder Minute 4 Männer in der Blüte ihrer Jahre, die Hoffnung des Landes. Und heute hören wir wieder von der Badekur, wie ihn der besiegte General nannte, vom reinigenden Stahlbad.

Zu den Gefallenen müssen hinzugerechnet werden diejenigen aus der Zivilbevölkerung, welche infolge des Krieges **mehr** gestorben sind, als zu erwarten war; klar und deutlich ausgesprochen: die Verhungerten. Während des Krieges wurde bewiesen, daß die Kohlrübe als ausschließliches Nahrungsmittel der Gesundheit nur förderlich sei. Eine Denkschrift des Reichsgesundheitsamtes von 1918 zeigte aber die enorme Zunahme der Todesfälle und Krankheiten unter der deutschen Zivilbevölkerung. Proportional der Abnahme der dem Einzelnen zur Verfügung stehenden Kalorienzahl stieg die Tuberkulose. Insgesamt sind in Deutschland 800 000 Zivilisten **mehr** gestorben, als nach der Friedenssterblichkeit zu erwarten war. Für alle kriegführenden Staaten wird die Zahl der mehr gestorbenen Zivilisten auf 7 Millionen geschätzt.

20 Millionen Soldaten aller kriegführenden Staaten sind verwundet worden, wie viele davon mehrfach, ist unbekannt. Wieviele andere tiefste Schäden erlitten, ihr Leid und ihre Tränen hat noch niemand zählen können. Vielleicht 10 Millionen Verwundete sind als Invaliden zurückgeblieben.

Neben diese Bevölkerungsverluste treten die materiellen Schäden. Diese Kriegskosten sind statistisch schwer zu fassen. Der wirtschaftliche Verlust, der den Tod von 10 Millionen, die Verwundungen von 20 Millionen Menschen, die mittelbare Zunahme der Sterblichkeit bedeutet, entzieht sich jeder Berechnung, weil das Leben und alle Gefühlswerte ja nicht in Geld ausdrückbar. Nur die materiellen Aufwendungen sind meßbar. Aber dieselben Kosten figurieren an verschiedenen Stellen, sie sind in den Etats mit anderen Posten zusammengeworfen, andere Ausgaben erscheinen zu Unrecht als Kriegskosten. Den materiellen Wert des im Kriege zerstörten militärischen Apparats, etwa die 9000 abgeschossenen Flugzeuge, wollen wir überhaupt nicht rechnen. Nach den zuverlässigen Berechnungen und Schätzungen Wohtinskis, die wir im folgenden zugrundelegen, wurden von den Handelsschiffen 13 Millionen Registertonnen versenkt. Rechnet man, nur um einen Begriff zu bekommen, auf das Schiff etwa 4000 Tonnen, so hat die Handelsflotte der Welt um etwa 3250 Schiffe abgenommen. Ihr Wert wird auf 17 Milliarden Mark geschätzt. Der Wert der zerstörten Gebäude, Industriebetriebe, öffentlichen Anlagen wird auf etwa 50 Milliarden Goldmark angesetzt.

Mit Berücksichtigung aller Kautelen wird man die dir Kosten aller Länder auf etwa 700 Milliarden Goldmark heutigen Währung für alle Länder zusammengenommen schä dürfen. Mehr als das gesamte deutsche Volksvermögen Jahres 1913, etwa 10 Prozent des gesamten auf der Erde v handenen Vermögens sind während des Krieges im wörtlich Sinne verpulvert worden. Aber mit diesen gigantischen Su men sind die wirklichen Kriegskosten nicht entfernt erfaßt. Denn hierin ist noch nicht enthalten die Tatsache, daß 60 Millionen Menschen jahrelang einer produktiven Arbeit entzogen wurden und ein großer Teil der übrigen Bevölkerung nur die unproduktive Arbeit leistete, möglichst gut zerplatzende Metallhülsen herzustellen.

Es ist also noch der durch den Krieg verursachte Produktionsrückgang abzuschätzen. Die laufende Produktion hat heute wohl überall das Vorkriegsniveau annähernd erreicht. Das bedeutet aber keineswegs, daß die Schäden des Krieges bereits eingeholt sind. Da die laufende Produktion jedes Jahr w ist vielmehr das erwartungsgemäße Wachstum von etwa Jahren verlorengegangen. Da aber das Wachstum nicht konstant ist, weder im additiven noch im multiplikativen S da zudem weder der Wert der früheren noch der jetzigen Produktion exakt feststeht, endlich der Krieg ungeheure wirtschaftliche Umstellungen, Inflation und Revolution, im Gefolge hatte, bietet die Feststellung dieses Verlustes große Schwierigkeiten. Sicher beträgt er mehrere Hundert Milliarden Mark.

Diese 60 Millionen Menschen, diese 4 Jahre härtester Arbeit und die Milliarden verschleuderten Gutes hätten leicht genügt, in den sogenannten Kulturländern mindestens für ein halbes Jahrhundert, und damit vielleicht für immer, jede Armut zu beseitigen, — wenn man die Solidarität, die hier ausschließlich der Zerstörung diente, für die Menschlichkeit mobilisieren könnte.

Nach Dauer, Kosten, Größe der Heere und der Zahl der Gefallenen, ja nach jeder Richtung war der letzte Krieg der größte der neueren Zeit. Der kommende wird durch die Vergasung ganzer Städte den Unterschied von Front und Hinterland aufheben und den vergangenen noch weit übertreffen. Wählet!

Väter und Mütter, denkt daran!

Die Hugenbergangestellten müssen auf Geheiß ihres Herren Lobreden auf den Krieg und das Stahlbad schwingen. Die nationalistische Presse ist voll von Artikeln, die namentlich der Jugend einzureden versuchen, der Krieg sei etwas Herrliches, etwas aus der Natur Geborenes. Schamhaft wird verschwiegen, daß diese Lobreden auf den Krieg nichts weiter darstellen, als Reklame für die Kapitalisten aller Länder, die an jedem Krieg interessiert sind, weil dann ihr Geschäft besonders blüht. Der bekannte Forscher Gumbel hat in nachstehenden Zeilen zusammengefaßt, was der letzte Krieg in Wirklichkeit war und welchen „Segen" er für die ganze Menschheit gebracht hat.

Zehn Friedensjahre sind vergangen. Die Jugend von heute hat den Krieg nicht mehr sehenden Auges miterlebt. Sie weiß von ihm nichts Positives. Vielleicht hat sie ein dunkles Gefühl des Großen, kaum des Unheimlichen. Die Jugend von morgen wird nichts mehr wissen, als was ein paar Angehörige der alten Generation, unglaubwürdig weil alt, berichten, und was unsere herrlichen Geschichtsbücher und Oberlehrer von der großen Zeit rühmen. Trotz aller Skepsis der Jugend werden die volltönenden Phrasen leben, deren Unwahrhaftigkeit wir erlitten und erkannt haben. Die Kriegerdenkmäler erzählen nichts von der alles beherrschenden Kohlrübe, vom grauen Hunger, der kalten Not, vom Wohlleben der Etappe auf Kosten der Front, der Offiziere auf Kosten der Soldaten, vom Etappenbordell, sondern vom Geist von 1914, vom unbesiegten Heer, vom ruhmreichen Helden, der von der Heimat verraten wurde.

Wir stehen heute wieder in den Jahren vor 1914, im Aufstieg der kapitalistischen Wirtschaft, die den „Fortschritt" und den „Frieden" verbürgt. Dumpf und nur wenigen Wissenden deutlich zeigt sich der kommende Krieg.

Da ist es wohl angebracht, sich am heutigen Tag ganz nüchtern vorzustellen, was der Krieg wirklich war. Diese schrecklichen Zahlen sind nie genau zusammengestellt worden. Die herrschende Klasse, die auch die Statistik beherrscht, hat hierfür kein Interesse. Aber die Zahlen sind von solcher Größenordnung, daß es wirklich nicht auf ein paar Millionen mehr oder weniger ankommt.

Am Ende des Krieges standen sich etwa **dreißig Millionen in Waffen** gegenüber, gezwungen zum Töten, und während des Krieges waren etwa **60 Millionen mobilisiert.**

Vier Jahre, drei Monate und 10 Tage, 1560 Tage, hat der Krieg gedauert. **Zehn Millionen blieben auf dem „Felde der Ehre"** — inutilis clados, nutzlose Schlächterei, nannte es ein Papst. An jedem Tag fielen im Durchschnitt 6400, in jeder Minute vier Männer in der Blüte ihrer Jahre, die Hoffnung des Landes. Und heute hören wir wieder von der Badekur, wie ihn der besiegte General nannte, vom reinigenden Stahlbad.

Zu den Gefallenen müssen hinzugerechnet werden diejenigen aus der Zivilbevölkerung, welche infolge des Krieges mehr gestorben sind als zu erwarten war, klar und deutlich ausgesprochen: **die Verhungerten.** Während des Krieges wurde bewiesen, daß die Kohlrübe als ausschließliches Nahrungsmittel der Gesundheit nur förderlich sei. Eine Denkschrift des Reichsgesundheitsamtes von 1918 zeigte aber die **enorme Zunahme der Todesfälle und Krankheiten unter der deutschen Zivilbevölkerung.** Proportional der Abnahme der dem einzelnen zur Verfügung stehenden Kalorienzahl **stieg die Tuberkulose.** Insgesamt sind in Deutschland **800,000 Zivilisten mehr gestorben** als nach der Friedenssterblichkeit zu erwarten war. Für alle kriegführenden Staaten wird die Zahl der mehr gestorbenen Zivilisten auf 7 Millionen geschätzt.

Zwanzig Millionen Soldaten aller kriegführenden Staaten sind **verwundet** worden, wie viele davon mehrfach, ist unbekannt. Wie viele andere tiefste Schäden erlitten, ihr Leid und ihre Tränen hat noch niemand zählen können. Vielleicht **10 Millionen Verwundete** sind als **Invaliden** zurückgeblieben.

Neben diese Bevölkerungsverluste treten die materiellen Schäden. Diese **Kriegskosten** sind statistisch schwer zu fassen. Der wirtschaftliche Verlust, den der Tod von 10 Millionen, die Verwundungen von 20 Millionen Menschen, die mittelbare Zunahme der Sterblichkeit bedeutet, entzieht sich jeder Berechnung, weil das Leben und alle Gefühlswerte ja nicht in Geld ausdrückbar. Nur die materiellen Aufwendungen sind meßbar. Aber dieselben Kosten figurieren an verschiedenen Stellen; sie sind in den Etats mit anderen Posten zusammengeworfen, andere Ausgaben erscheinen zu Unrecht als Kriegskosten. Den materiellen Wert des im Kriege zerstörten militärischen Apparats, etwa die **9000 abgeschossenen Flugzeuge**, wollen wir überhaupt nicht rechnen. Nach den zuverlässigen Berechnungen und Schätzungen Woytinskys, die wir im folgenden zugrundelegen, wurden von den Handelsschiffen **13 Millionen Registertonnen versenkt.** Rechnet man, nur um einen Begriff zu bekommen, auf das Schiff etwa 4000 Tonnen, so hat die Handelsflotte der Welt um etwa 3250 Schiffe abgenommen. Ihr Wert wird auf **18 Milliarden Mark** geschätzt. Der Wert der zerstörten Gebäude, Industriebetriebe, öffentlichen Anlagen wird auf etwa **50 Milliarden Goldmark** angesetzt.

Mit Berücksichtigung aller Kautelen wird man die direkten Kosten aller Länder auf etwa **700 Milliarden Goldmark** der heutigen Währung für alle Länder zusammengenommen schätzen dürfen. Mehr als das gesamte deutsche Volksvermögen des Jahres 1913, etwa 10 Prozent des gesamten auf der Erde vorhandenen Vermögens sind während des Krieges im wörtlichen Sinne verpulvert worden.

Aber mit diesen gigantischen Summen sind die wirklichen Kriegskosten nicht entfernt erfaßt. Denn hierin ist noch nicht enthalten die Tatsache, daß **60 Millionen Menschen jahrelang einer produktiven Arbeit entzogen wurden** und ein großer Teil der übrigen Bevölkerung nur die unproduktive Arbeit leistete, möglichst gut explodierende Metallhülsen herzustellen.

Es ist also noch der durch den Krieg verursachte **Produktionsrückgang** abzuschätzen. Die laufende Produktion hat heute wohl überall das Vorkriegsniveau annähernd erreicht. Das bedeutet aber keineswegs, daß die Schäden des Krieges bereits eingeholt sind. Da die laufende Produktion jedes Jahr wächst, ist vielmehr das erwartungsgemäße Wachstum von etwa 13 Jahren verloren gegangen. Da aber das Wachstum niemals konstant ist, weder im additiven noch im multiplikativen Sinn, da zudem weder der Wert der früheren noch der der jetzigen Produktion exakt feststeht, endlich der Krieg ungeheure wirtschaftliche Umstellungen, Inflation und Revolution in Gefolge hatte, bietet die Festsetzung dieses Verlustes große Schwierigkeiten. Sicher beträgt er mehrere hundert Milliarden Mark.

Diese 60 Millionen Menschen, diese vier Jahre härtester Arbeit, die ungeheuren Opfer und die Milliarden verschleuderten Gutes hätten leicht genügt, in den sogenannten Kulturländern mindestens für ein halbes Jahrhundert, und damit vielleicht für immer, jede Armut zu beseitigen, — wenn man die Solidarität, die hier ausschließlich der Zerstörung diente, für die Menschlichkeit mobilisieren könnte.

Nach Dauer, Kosten, Größe der Heere und der Zahl der Gefallenen, ja nach jeder Richtung war der letzte Krieg der größte der neueren Zeit. Der kommende wird durch die Vergasung ganzer Städte den Unterschied von Front und Hinterland aufheben und den vergangenen noch weit übertreffen.

Väter und Mütter, deutsche Jugend, denkt daran! Verachtet die Blätter und Menschen, die schon wieder einen Krieg verherrlichen!

Fränkische Tagespost
Nürnberg – Fürth
10. Nov. 28

Blutende Menschheit

Zum 11. November, dem Tag des Waffenstillstandes

Von E. J. Gumbel

Zehn Friedensjahre sind vergangen. Die Jugend von heute hat den Krieg nicht mehr sehenden Auges miterlebt. Sie weiß von ihm nichts Positives. Vielleicht hat sie ein dunkles Gefühl des Großen, kaum des Unheimlichen. Die Jugend von morgen wird nichts mehr wissen, als was ein paar Angehörige der alten Generation, unglaubwürdig, weil alt, berichten, und was unsere herrlichen Geschichtsbücher von der großen Zeit rühmen. Trotz aller Skepsis der Jugend werden die volltönenden Phrasen leben, deren Unwahrhaftigkeit wir erlitten und erkannt haben. Die Kriegerdenkmäler erzählen nichts von der alles beherrschenden Kohlrübe, vom grauen Hunger, der kalten Not, vom Wohlleben der Etappe auf Kosten der Front, der Offiziere auf Kosten der Soldaten, vom Etappenbordell, sondern vom Geist von 1914, vom unbesiegten Heer, vom ruhmreichen Helden, der von der Heimat verraten wurde.

Wir stehen heute wieder in den Jahren vor 1914, im Aufstieg der kapitalistischen Wirtschaft, die den „Fortschritt" und den „Frieden" verbürgt. Dumpf und nur wenigen Wissenden deutlich zeigen sich kommende Kriegsgefahren.

Da ist es wohl angebracht, sich am heutigen Tage ganz nüchtern vorzustellen, was der Krieg wirklich war. Diese schrecklichen Zahlen sind nie genau zusammengestellt worden. Die herrschende Klasse, die auch die Statistik beherrscht, hat hierfür kein Interesse. Aber die Zahlen sind von solcher Größenordnung, daß es wirklich nicht auf ein paar Millionen mehr oder weniger ankommt.

Am Ende des Krieges standen sich etwa 30 Millionen in Waffen gegenüber, gezwungen zum Töten, und während des Krieges waren etwa 60 Millionen mobilisiert.

4 Jahre 3 Monate und 10 Tage, 1560 Tage, hat der Krieg gedauert.

10 Millionen blieben auf dem „Feld der Ehre",

nutzlose Schlächterei nannte es ein Papst. —

An jedem Tag fielen im Durchschnitt 6400, in jeder Minute 4 Männer in der Blüte ihrer Jahre, die Hoffnung des Landes.

Und heute hören wir wieder von der Badekur, wie ihn der besiegte General nannte, vom reinigenden Stahlbad.

Zu den Gefallenen müssen hinzugerechnet werden diejenigen aus der Zivilbevölkerung, die infolge des Krieges mehr gestorben sind, als zu erwarten war; klar und deutlich ausgesprochen: die Verhungerten. Während des Krieges wurde bewiesen, daß die Kohlrübe als ausschließliches Nahrungsmittel der Gesundheit nur förderlich sei. Eine Denkschrift des Reichsgesundheitsamtes von 1918 zeigte aber die enorme Zunahme der Todesfälle und Krankheiten unter der deutschen Zivilbevölkerung. Proportional der Abnahme der dem einzelnen zur Verfügung stehenden Kalorienzahl stieg die Tuberkulose.

Insgesamt sind in Deutschland 800 000 Zivilisten mehr gestorben, als nach der Friedenssterblichkeit zu erwarten war.

Für alle kriegführenden Staaten wird die Zahl der mehr gestorbenen Zivilisten

auf 7 Millionen geschätzt.

20 Millionen Soldaten aller kriegführenden Staaten sind verwundet worden, wie viele davon mehrfach, ist unbekannt.

Wie viele andere tiefste Schäden erlitten, ihr Leid und ihre Tränen hat noch niemand zählen können. Vielleicht 10 Millionen Verwundete sind als Invaliden zurückgeblieben.

Neben diese Bevölkerungsverluste treten die materiellen Schäden. Diese Kriegskosten sind statistisch schwer zu fassen. Der wirtschaftliche Verlust, den der Tod von 10 Millionen, die Verwundungen von 20 Millionen Menschen, die mittelbare Zunahme der Sterblichkeit bedeutet, entzieht sich jeder Berechnung, weil das Leben und alle Gefühlswerte ja nicht in Geld ausdrückbar sind. Nur die materiellen Aufwendungen sind meßbar. Aber dieselben Kosten figurieren an verschiedenen Stellen, sie sind in den Etats mit anderen Posten zusammengeworfen, andere Ausgaben erscheinen zu Unrecht als Kriegskosten. Den materiellen Wert des im Kriege zerstörten militärischen Apparats, etwa die 9000 abgeschossenen Flugzeuge, wollen wir überhaupt nicht rechnen. Nach den zuverlässigen Berechnungen und Schätzungen Woytinskys, die wir im folgenden zugrunde legen, wurden von den Handelsschiffen 13 Millionen Registertonnen versenkt. Rechnet man, nur um einen Begriff zu bekommen, auf das Schiff etwa 4000 Tonnen, so hat die Handelsflotte der Welt um etwa 3250 Schiffe abgenommen. Ihr Wert wird auf 18 Milliarden Mark geschätzt. Der Wert der zerstörten Gebäude, Industriebetriebe, öffentlichen Anlagen wird auf etwa 50 Milliarden Goldmark angesetzt.

Mit Berücksichtigung aller Kautelen wird man die direkten Kosten aller Länder auf etwa 700 Milliarden Goldmark der heutigen Währung zusammengenommen schätzen dürfen.

Mehr als das gesamte deutsche Volksvermögen des Jahres 1913, etwa 10 Prozent des gesamten auf der Erde vorhandenen Vermögens, sind während des Krieges im wörtlichen Sinne verpulvert worden.

Aber mit diesen gigantischen Summen sind die wirklichen Kriegskosten nicht entfernt erfaßt. Denn hierin ist noch nicht enthalten die Tatsache, daß 60 Millionen Menschen jahrelang einer produktiven Arbeit entzogen wurden und ein großer Teil der übrigen Bevölkerung nur die unproduktive Arbeit leistete, möglichst gut zerplatzende Metallhülsen herzustellen.

Es ist also noch der durch den Krieg verursachte Produktionsrückgang abzuschätzen. Die laufende Produktion hat heute wohl überall das Vorkriegsniveau annähernd erreicht. Das bedeutet aber keineswegs, daß die Schäden des Krieges bereits eingeholt sind. Da die laufende Produktion jedes Jahr wächst, ist vielmehr das erwartungsgemäße Wachstum von etwa 13 Jahren verlorengegangen. Da aber das Wachstum niemals konstant ist, weder im additiven noch im multiplikativen Sinn, da zudem weder der Wert der früheren noch der der jetzigen Produktion exakt feststeht, endlich der Krieg ungeheure wirtschaftliche Umstellungen, Inflation und Revolution, im Gefolge hatte, bietet die Feststellung dieses Verlustes große Schwierigkeiten. Sicher beträgt er mehrere hundert Millionen Mark.

Diese 60 Millionen Menschen, diese 4 Jahre härtester Arbeit und die Milliarden verschleuderten Gutes hätten leicht genügt, in den sogenannten Kulturländern mindestens für ein halbes Jahrhundert, und damit vielleicht für immer jede Armut zu beseitigen, wenn man die Solidarität, die hier ausschließlich der Zerstörung diente, für die Menschlichkeit mobilisieren könnte.

Nach Dauer, Kosten, Größe der Heere und der Zahl der Gefallenen, ja nach jeder Richtung war der letzte Krieg der größte der neueren Zeit. Der kommende wird durch die Vergasung ganzer Städte den Unterschied von Front und Hinterland aufheben und den vergangenen noch weit übertreffen. Wählet!

21

Der 11. November.

Von E. J. Gumbel.

Zehn Friedensjahre sind vergangen. Die Jugend von heute hat den Krieg nicht mehr sehenden Auges miterlebt. Sie weiß von ihm nichts Positives. Vielleicht hat sie ein dunkles Gefühl des Großen, kaum des Unheimlichen. Die Jugend von morgen wird nichts mehr wissen, als was ein paar Angehörige der alten Generation, unglaubwürdig, weil alt, berichten, und was unsere herrlichen Geschichtsbücher von der großen Zeit rühmen. Trotz aller Skepsis der Jugend werden die volltönenden Phrasen leben, deren Unwahrhaftigkeit wir erlitten und erkannt haben. Die Kriegerdenkmäler erzählen nichts von der alles beherrschenden Kohlrübe, vom grauen Hunger, der kalten Not, vom Wohlleben der Etappe auf Kosten der Front, der Offiziere auf Kosten der Soldaten, vom Etappenbordell, sondern vom Geist von 1914, vom unbesiegten Heer, vom ruhmreichen Helden, der von der Heimat verraten wurde.

Wir stehen heute wieder in den Jahren vor 1914, im Aufstieg der kapitalistischen Wirtschaft, die den „Fortschritt" und den „Frieden" verbürgt. Dumpf und nur wenigen Wissenden deutlich zeigt sich der kommende Krieg.

Da ist es wahl angebracht, sich am heutigen Tag ganz nüchtern vorzustellen, was der Krieg wirklich war. Diese schrecklichen Zahlen sind nie genau zusammengestellt worden. Die herrschende Klasse, die auch die Statistik beherrscht, hat hierfür kein Interesse. Aber die Zahlen sind von solcher Größenordnung, daß es wirklich nicht auf ein paar Millionen mehr oder weniger ankommt.

Am Ende des Krieges standen sich etwa 80 Millionen in Waffen gegenüber, gezwungen zum Töten, und während des Krieges waren etwa 60 Millionen mobilisiert.

4 Jahre, 3 Monate und 10 Tage, 1560 Tage, hat der Krieg gedauert. 10 Millionen blieben auf dem „Feld der Ehre" — inutilis clades, nutzlose Schlächterei, nannte es ein Papst. An jedem Tage fielen im Durchschnitt 6400, in jeder Minute vier Männer in der Blüte ihrer Jahre, die Hoffnung des Landes. Und heute hören wir wieder von der Badekur, wie ihn der besiegte General nannte, vom reinigenden Stahlbad.

Zu den Gefallenen müssen hinzugerechnet werden diejenigen aus der Zivilbevölkerung, welche infolge des Krieges mehr gestorben sind, als zu erwarten war; klar und deutlich ausgesprochen: die Verhungerten. Während des Krieges wurde bewiesen, daß die Kohlrübe als ausschließliches Nahrungsmittel der Gesundheit nur förderlich sei. Eine Denkschrift des Reichsgesundheitsamtes von 1918 zeigte aber die enorme Zunahme der Todesfälle und Krankheiten unter der deutschen Zivilbevölkerung. Proportional der Abnahme der dem einzelnen zur Verfügung stehenden Kalorienzahl stieg die Tuberkulose. Insgesamt sind in Deutschland 800 000 Zivilisten mehr gestorben, als nach der Friedenssterblichkeit zu erwarten war. Für alle kriegführenden Staaten wird die Zahl der mehr gestorbenen Zivilisten auf 7 Millionen geschätzt.

20 Millionen Soldaten aller kriegführenden Staaten sind verwundet worden, wie viele davon mehrfach, ist unbekannt. Wieviele andere tiefste Schäden erlitten, ihr Leid und ihre Tränen hat noch niemand zählen können. Vielleicht 10 Millionen Verwundete sind als Invaliden zurückgeblieben.

Neben diese Bevölkerungsverluste treten die materiellen Schäden. Diese Kriegskosten sind statistisch schwer zu fassen. Der wirtschaftliche Verlust, den der Tod von 10 Millionen, die Verwundungen von 20 Millionen Menschen, die mittelbare Zunahme der Sterblichkeit bedeutet, entzieht sich jeder Berechnung, weil das Leben und alle Gefühlswerte ja nicht in Geld ausdrückbar. Nur die materiellen Aufwendungen sind meßbar. Aber dieselben Kosten figurieren an verschiedenen Stellen, sie sind in den Etats mit anderen Posten zusammengeworfen, andere Ausgaben erscheinen zu Unrecht als Kriegskosten. Den materiellen Wert des im Kriege zerstörten militärischen Apparats, etwa die 9000 abgeschossenen Flugzeuge, wollen wir überhaupt nicht rechnen. Nach den zuverlässigen Berechnungen und Schätzungen Woytinskys, die wir im folgenden zugrundelegen, wurden von den Handelsschiffen 13 Millionen Registertonnen versenkt. Rechnet man, nur um einen Begriff zu bekommen, auf das Schiff etwa 4000 Tonnen, so hat die Handelsflotte der Welt um etwa 3250 Schiffe abgenommen. Ihr Wert wird auf 18 Milliarden Mark geschätzt. Der Wert der zerstörten Gebäude, Industriebetriebe, öffentlichen Anlagen wird auf etwa 50 Milliarden Goldmark angesetzt.

Mit Berücksichtigung aller Kautelen wird man die direkten Kosten aller Länder auf etwa 700 Milliarden Goldmark der heutigen Währung für alle Länder zusammengenommen schätzen dürfen. Mehr als das gesamte deutsche Volksvermögen des Jahres 1913, etwa 10 Prozent des gesamten auf der Erde vorhandenen Vermögens sind während des Krieges im wörtlichen Sinne verpulvert worden.

Aber mit diesen gigantischen Summen sind die wirklichen Kriegskosten nicht entfernt erfaßt. Denn hierin ist noch nicht enthalten die Tatsache, daß 60 Millionen Menschen jahrelang einer produktiven Arbeit entzogen wurden und ein großer Teil der übrigen Bevölkerung nur die unproduktive Arbeit leistete, möglichst gut zerplatzende Metallhülsen herzustellen.

Es ist also noch der durch den Krieg verursachte Produktionsrückgang abzuschätzen. Die laufende Produktion hat heute wohl überall das Vorkriegsniveau annähernd erreicht. Das bedeutet aber keineswegs, daß die Schäden des Krieges bereits eingeholt sind. Da die laufende Produktion jedes Jahr wächst, ist vielmehr das erwartungsgemäße Wachstum von etwa 13 Jahren verloren gegangen. Da aber das Wachstum niemals konstant ist, weder im additiven noch im multiplikativen Sinn, da zudem weder der Wert der früheren noch der der jetzigen Produktion exakt feststeht, endlich der Krieg ungeheure wirtschaftliche Umstellungen, Inflation und Revolution, im Gefolge hatte, bietet die Feststellung dieses Verlustes große Schwierigkeiten. Sicher beträgt er mehrere hundert Milliarden Mark.

Diese 60 Millionen Menschen, diese vier Jahre härtester Arbeit und die Milliarden verschleuderten Gutes hätten leicht genügt, in den sogenannten Kulturländern mindestens für ein halbes Jahrhundert, und damit vielleicht für immer jede Armut zu beseitigen, — wenn man die Solidarität, die hier ausschließlich der Zerstörung diente, für die Menschlichkeit mobilisieren könnte.

Nach Dauer, Kosten, Größe der Heere und der Zahl der Gefallenen, ja nach jeder Richtung war der letzte Krieg der größte der neueren Zeit. Der kommende wird durch die Vergasung ganzer Städte den Unterschied von Front und Hinterland aufheben und den vergangenen noch weit übertreffen. Wählet!

Der 11. November.

Von *E. J. Gumbel.*

Zehn Friedensjahre sind vergangen. Die Jugend von heute hat den Krieg nicht mehr sehenden Auges miterlebt. Sie weiß von ihm nichts Positives. Vielleicht hat sie ein dunkles Gefühl des Großen, kaum des Unheimlichen. Die Jugend von morgen wird nichts mehr wissen, als was ein paar Angehörige der alten Generation, unglaubwürdig, weil alt, berichten, und was unsere herrlichen Geschichtsbücher und Oberlehrer von der großen Zeit rühmen. Trotz aller Skepsis der Jugend werden die volltönenden Phrasen leben, deren Unwahrhaftigkeit wir erlitten und erkannt haben. Die Kriegerdenkmäler erzählen nichts von der alles beherrschenden Kohlrübe, vom grauen Hunger, der kalten Not, vom Wohlleben der Etappe auf Kosten der Front, der Offiziere auf Kosten der Soldaten, vom Etappenbordell; sondern vom Geist von 1914, vom unbesiegten Heer, vom ruhmreichen Helden, der von der Heimat verraten wurde.

Wir stehen heute wieder in den Jahren vor 1914, dem Aufstieg der kapitalistischen Wirtschaft, die den „Fortschritt" und den „Frieden" verbürgt. Dumpf und nur wenigen Wissenden deutlich zeigt sich der kommende Krieg.

Da ist es wohl angebracht, am heutigen Tag ganz nüchtern zu zeigen, was der Krieg wirklich war. Diese schrecklichen Zahlen sind nie genau zusammengestellt worden. Die herrschende Klasse, die auch die Statistik beherrscht, hat hierfür kein Interesse. Aber die Zahlen sind von solcher Größenordnung, daß es auf ein paar Millionen mehr oder weniger nicht ankommt.

Am Ende des Krieges standen sich etwa 30 Millionen in Waffen gegenüber, gezwungen, zu töten. Während des Krieges waren etwa 60 Millionen mobilisiert.

4 Jahre, 3 Monate und 10 Tage, 1560 Tage, hat der Krieg gedauert. 10 Millionen blieben auf dem „Feld der Ehre" — inutilis clades, nutzlose Schlächterei, nannte es ein Papst. An jedem Tag fielen im Durchschnitt 6400, in jeder Minute 4 Männer in der Blüte ihrer Jahre, die Hoffnung des Landes. Und heute hören wir wieder von der Badekur, wie es der besiegte General nannte, vom reinigenden Stahlbad.

Zu den Gefallenen müssen hinzugerechnet werden diejenigen aus der Zivilbevölkerung, welche infolge des Krieges mehr gestorben sind, als zu erwarten war.

Klar und deutlich ausgesprochen: die Verhungerten. Während des Krieges wurde bewiesen, daß die Kohlrübe als ausschließliches Nahrungsmittel der Gesundheit nur förderlich sei. Eine Denkschrift des Reichsgesundheitsamtes von 1918 zeigte aber die enorme Zunahme der Todesfälle und Krankheiten unter der deutschen Zivilbevölkerung. Proportional der Abnahme der dem einzelnen zur Verfügung stehenden Kalorienzahl stieg die Tuberkulose. Insgesamt sind in Deutschland 800 000 Zivilisten mehr gestorben, als nach der Friedenssterblichkeit zu erwarten war. Für alle kriegführenden Staaten wird die Zahl der mehr gestorbenen Zivilisten auf 7 Millionen geschätzt.

20 Millionen Soldaten aller kriegführenden Staaten sind verwundet worden, wie viele davon mehrfach, ist unbekannt. Wie viele andere tiefste Schäden erlitten, ihr Leid und ihre Tränen wird niemand zählen können. Vielleicht 10 Millionen Verwundete sind als Invaliden zurückgeblieben.

Neben diese Bevölkerungsverluste treten die materiellen Schäden.

Diese Kriegskosten sind statistisch schwer zu fassen. Was der wirtschaftliche Verlust, den der Tod von 10 Millionen, die Verwundungen von 20 Millionen Menschen, die mittelbare Zunahme der Sterblichkeit bedeutet, entzieht sich jeder Berechnung. Das Leben und alle Gefühlswerte sind nicht in Geld ausdrückbar. Nur die materiellen Aufwendungen sind meßbar. Aber dieselben Kosten figurieren an verschiedenen Stellen, sie sind in den Etats mit anderen Posten zusammengeworfen, andere Ausgaben erscheinen zu Unrecht als Kriegskosten. Den materiellen Wert des im Kriege zerstörten militärischen Apparats, etwa die 9000 abgeschossenen Flugzeuge, wollen wir überhaupt nicht rechnen. Nach den zuverlässigen Berechnungen und Schätzungen Woytinskys, die wir im folgenden zugrunde legen, wurden von den Handelsschiffen 13 Millionen Registertonnen versenkt. Rechnet man, nur um einen Begriff zu bekommen, auf das Schiff etwa 4000 Tonnen, so hat die Handelsflotte der Welt um etwa 3250 Schiffe abgenommen. Ihr Wert wird auf 18 Milliarden Mark geschätzt. Der Wert der zerstörten Gebäude, Industriebetriebe, öffentlichen Anlagen wird auf etwa 50 Milliarden Goldmark angesetzt.

Mit Berücksichtigung aller Kautelen wird man die direkten Kriegskosten aller Länder auf etwa 700 Milliarden Goldmark der heutigen Währung schätzen. Mehr als das gesamte deutsche Volksvermögen des Jahres 1913! Etwa 10% des gesamten auf der Erde vorhandenen Vermögens sind während des Krieges im wörtlichen Sinne verpulvert worden.

Aber mit diesen gigantischen Summen sind die wirklichen Kriegskosten nicht entfernt erfaßt. Denn hierin ist noch nicht enthalten die Tatsache, daß 60 Millionen Menschen jahrelang der produktiven Arbeit entzogen wurden und ein großer Teil der übrigen Bevölkerung nur die unproduktive Arbeit leistete, möglichst gut zerplatzende Metallhülsen herzustellen.

Es ist also noch der durch den Krieg verursachte Produktionsrückgang abzuschätzen. Die laufende Produktion hat heute wohl überall das Vorkriegsniveau angenähert erreicht. Das bedeutet aber keineswegs, daß diese Schäden des Krieges bereits eingeholt sind. Da die laufende Produktion jedes Jahr wächst, ist vielmehr das erwartungsgemäße Wachstum von etwa 13 Jahren verlorengegangen. Da aber das Wachstum niemals konstant ist, weder im additiven noch im multiplikativen Sinn, da zudem weder der Wert der früheren noch der der jetzigen Produktion exakt feststeht, endlich der Krieg ungeheure wirtschaftliche Umstellungen, Inflation und Revolution im Gefolge hatte, bietet die Feststellung dieses Verlustes große Schwierigkeiten. Sicher beträgt er mehrere hundert Milliarden Mark.

Diese 60 Millionen Menschen, diese 4 Jahre härtester Arbeit und Opfer, diese Milliarden verschleuderten Gutes hätten leicht genügt, in den sogenannten Kulturländern mindestens für ein halbes Jahrhundert und damit vielleicht für immer jede Armut zu beseitigen, wenn man die Solidarität, die hier ausschließlich der Zerstörung diente, für die Menschlichkeit mobilisieren könnte.

Nach Dauer, Kosten, Größe der Heere und der Gefallenen, ja nach jeder Richtung war der letzte Krieg der größte der neueren Zeit. Der kommende wird durch die Vergasung ganzer Städte den Unterschied von Front und Hinterland aufheben und den vergangenen noch weit übertreffen.

Wählet!

Der Elfte November

Von E. J. Gumbel

Zehn Friedensjahre sind vergangen. Die Jugend von heute hat den Krieg nicht mehr sehenden Auges miterlebt. Sie weiß von ihm nichts Positives. Vielleicht hat sie ein dunkles Gefühl des Großen, kaum des Unheimlichen. Die Jugend von morgen wird nicht mehr wissen, als was ein paar Angehörige der alten Generation, unglaubwürdig weil alt, berichten, und was unsere herrlichen Geschichtsbücher und Oberlehrer davon von der großen Zeit rühmen. Trotz aller Skepsis der Jugend werden die volltönenden Phrasen leben, deren Unwahrhaftigkeit wir erlitten und erkannt haben. Die Kriegerdenkmäler erzählen nichts von der alles beherrschenden Kohlrübe, vom grauen Hunger, der kalten Not, vom Wohlleben der Etappe auf Kosten der Front, der Offiziere auf Kosten der Soldaten, vom Etappenbordell; sondern vom Geist von 1914, vom unbesiegten Heer, vom ruhmreichen Helden, der von der Heimat verraten wurde.

Da ist es wohl angebracht, sich am heutigen Tag ganz nüchtern vorzustellen, was der Krieg wirklich war. Diese schrecklichen Zahlen sind nie genau zusammengestellt worden. Die herrschende Klasse, die auch die Statistik beherrscht, hat hierfür kein Interesse. Aber die Zahlen sind von solcher Größenordnung, daß es wirklich nicht auf ein paar Millionen mehr oder weniger ankommt.

Am Ende des Krieges standen sich etwa 30 Millionen in Waffen gegenüber, gezwungen zum Töten, und während des Krieges waren etwa 60 Millionen mobilisiert. Vier Jahre, drei Monate und zehn Tage, 1560 Tage, hat der Krieg gedauert. Zehn Millionen blieben auf dem „Feld der Ehre“ — inutilis clades, nutzlose Schlächterei, nannte es der Papst. **An jedem Tag fielen im Durchschnitt 6400, in jeder Minute vier, Männer in der Blüte ihrer Jahre, die Hoffnung des Landes. Und heute hören wir wieder von der Badekur, wie ihn der besiegte General nannte, vom reinigenden Stahlbad.**

Zu den Gefallenen müssen hinzugerechnet werden diejenigen, auch Zivilbevölkerung, welche infolge des Krieges mehr gestorben sind, als zu erwarten war; klar und deutlich ausgesprochen: die Verhungerten. Während des Krieges wurde bewiesen, daß die Kohlrübe als ausschließliches Nahrungsmittel der Gesundheit nur förderlich sei. Eine Denkschrift des Reichsgesundheitsamtes von 1918 zeigte aber die enorme Zunahme der Todesfälle und Krankheiten unter der deutschen Zivilbevölkerung. Proportional der Annahme der dem einzelnen zur Verfügung stehenden Kalorienzahl stieg die Tuberkulose. Insgesamt sind in Deutschland 800 000 Zivilisten mehr gestorben, als nach der Friedenssterblichkeit zu erwarten war. Für alle kriegführenden Staaten wird die Zahl der mehr gestorbenen Zivilisten auf 7 Millionen geschätzt.

20 Millionen Soldaten aller kriegführenden Staaten sind verwundet worden, wie viele davon mehrfach, ist unbekannt. Wie viele andere tiefste Schäden erlitten, ihr Leid und ihre Tränen hat noch niemand zählen können. Vielleicht 10 Millionen Verwundete sind als Invaliden zurückgeblieben.

Neben diese Bevölkerungsverluste treten die materiellen Schäden. Die Kriegskosten sind statistisch schwer zu fassen. Der wirtschaftliche Verlust, den der Tod von 10 Millionen, die Verwundungen von 20 Millionen Menschen, die mittelbare Zunahme der Sterblichkeit bedeutet, entzieht sich jeder Berechnung, weil das Leben und alle Gefühlswerte ja nicht in Geld ausdrückbar. Nur die materiellen Aufwendungen sind meßbar. Aber dieselben Kosten figurieren an verschiedenen Stellen, sie sind in den Etats mit anderen Posten zusammengeworfen, andere Ausgaben erscheinen zu Unrecht als Kriegskosten.

Den materiellen Wert des im Kriege zerstörten militärischen Apparats, etwa die 9000 abgeschossenen Flugzeuge, wollen wir überhaupt nicht rechnen. Nach den zuverlässigen Berechnungen und Schätzungen Woytinskys, die wir im folgenden zugrunde legen, wurden von den Handelsschiffen 13 Millionen Registertonnen versenkt. Rechnet man, nur um einen Begriff zu bekommen, auf das Schiff etwa 4000 Tonnen, so hat die Handelsflotte der Welt um etwa 3250 Schiffe abgenommen. Ihr Wert wird auf 18 Milliarden Mark geschätzt. Der Wert der zerstörten Gebäude, Industriebetriebe, öffentlichen Anlagen wird auf etwa 50 Milliarden Goldmark angesetzt.

Mit Berücksichtigung aller Kautelen wird man die direkten Kosten aller Länder auf etwa 700 Milliarden Goldmark der heutigen Währung für alle Länder zusammengenommen schätzen dürfen. Mehr als das gesamte deutsche Volksvermögen des Jahres 1913, etwa 10 Prozent des gesamten auf der Erde vorhandenen Vermögens sind während des Krieges im wörtlichen Sinne verpulvert worden.

Aber mit diesen gigantischen Summen sind die wirklichen Kriegskosten nicht entfernt erfaßt. Denn hierin ist noch nicht enthalten die Tatsache, daß 60 Millionen Menschen jahrelang einer produktiven Arbeit entzogen wurden und ein großer Teil der übrigen Bevölkerung nur die unproduktive Arbeit leistete, möglichst gut zerplatzende Metallhüllen herzustellen. Es ist also noch der durch den Krieg verursachte Produktionsrückgang abzuschätzen. Die laufende Produktion hat heute wohl überall das Vorkriegsniveau annähernd erreicht. Das bedeutet aber keineswegs, daß diese Schäden des Krieges bereits eingeholt sind. Da die laufende Produktion jedes Jahr wächst, ist vielmehr das erwartungsgemäße Wachstum von etwa 13 Jahren verloren gegangen. Da aber das Wachstum niemals konstant ist, weder im additiven noch im multiplikativen Sinn, da zudem weder der Wert der früheren noch der der jetzigen Produktion exakt feststeht, endlich der Krieg ungeheure wirtschaftliche Umstellungen, Inflation und Revolution, im Gefolge hatte, bietet die Feststellung dieses Verlustes große Schwierigkeiten. Sicher beträgt er mehrere Hundert Milliarden Mark.

Diese 60 Millionen Menschen, diese vier Jahre härtester Arbeit und Opfer, die Milliarden verschleuderten Gutes hätten leicht genügt, in den sogenannten Kulturländern mindestens für ein halbes Jahrhundert und damit vielleicht für immer jede Armut zu beseitigen. — Wenn man die Solidarität, die hier ausschließlich der Zerstörung diente, für die Menschlichkeit mobilisieren könnte!

Nach Dauer, Kosten, Größe der Heere und der Gefallenen, ja, nach jeder Richtung war der letzte Krieg der größte der neueren Zeit. Käme ein neuer, so wird er durch die Vergasung ganzer Städte den Unterschied von Front und Hinterland aufheben und den vergangenen noch weit übertreffen. Wählet!

11. 11. 28

Neue Leipziger Zeitung

Die Bilanz des Krieges

Von Professor E. J. Gumbel, Heidelberg.

Zehn Friedensjahre sind vergangen. Die Jugend von heute hat den Krieg nicht mehr sehenden Auges miterlebt. Sie weiß von ihm nichts Positives. Vielleicht hat sie ein dunkles Gefühl des Großen, kaum des Unheimlichen. Die Jugend von morgen wird nichts mehr wissen, als was ein paar Angehörige der alten Generation berichten, und was unsere herrlichen Geschichtsbücher und Oberlehrer von der großen Zeit rühmen. Trotz aller Skepsis der Jugend werden die volltönenden Phrasen leben, deren Unwahrhaftigkeit wir erlitten und erkannt haben. Die Kriegerdenkmäler erzählen nichts von der alles beherrschenden Kohlrübe vom grauen Hunger, der kalten Not, vom Wohlleben der Etappe auf Kosten der Front, der Offiziere auf Kosten der Soldaten, sondern vom Geist von 1914, vom unbesiegten Heer, vom ruhmreichen Helden, der von der Heimat verraten wurde. Wir stehen heute wieder in den Jahren vor 1914, im Aufstieg. Dumpf und nur wenigen Wissenden deutlich zeigt sich der kommende Krieg.

Da ist es wohl angebracht, sich am heutigen Tage ganz nüchtern vorzustellen, was der Krieg wirklich war. Diese schrecklichen Zahlen sind nie genau zusammengestellt worden. Die herrschende Klasse, die auch die Statistik beherrscht, hat hierfür kein Interesse. Aber die Zahlen sind von solcher Größenordnung, daß es wirklich nicht auf ein paar Millionen mehr oder weniger ankommt.

Am Ende des Krieges standen sich etwa dreißig Millionen in Waffen gegenüber, und während des Krieges waren etwa sechzig Millionen mobilisiert. Vier Jahre, drei Monate und zehn Tage, 1560 Tage, hat der Krieg gedauert. Zehn Millionen blieben draußen. An jedem Tage fielen im Durchschnitt 6400, in jeder Minute 4 Männer in der Blüte ihrer Jahre, die Hoffnung des Landes. Zu den Gefallenen müssen hinzugerechnet werden diejenigen aus der Zivilbevölkerung, die infolge des Krieges mehr gestorben sind, als zu erwarten war, klar und deutlich ausgesprochen: die Verhungerten. Während des Krieges wurde bewiesen, daß die Kohlrübe als ausschließliches Nahrungsmittel der Gesundheit nur förderlich sei. Eine Denkschrift des Reichsgesundheitsamtes von 1918 zeigte aber die enorme Zunahme des Todesfälle und Krankheiten unter der deutschen Zivilbevölkerung. Proportional der Abnahme der dem einzelnen zur Verfügung stehenden Kalorienzahl stieg die Tuberkulose. Insgesamt sind in Deutschland 800 000 Zivilisten mehr gestorben als nach der Friedenssterblichkeit zu erwarten war. Für alle kriegführenden Staaten wird die Zahl der mehr gestorbenen Zivilisten auf sieben Millionen geschätzt. Zwanzig Millionen Soldaten aller kriegführenden Staaten sind verwundet worden, wie viele davon mehrfach, ist unbekannt. Wie viele andere tiefste Schäden erlitten, ihr Leid und ihre Tränen hat noch niemand zählen können. Vielleicht zehn Millionen Verwundete sind als Invaliden zurückgeblieben.

Neben diese Bevölkerungsverluste treten die materiellen Schäden. Diese Kriegskosten sind statistisch schwer zu fassen. Der wirtschaftliche Verlust, den der Tod von 10 Millionen, die Verwundungen von 20 Millionen Menschen, die mittelbare Zunahme der Sterblichkeit bedeutet, entzieht sich jeder Berechnung, weil das Leben und alle Gefühlswerte ja nicht in Geld ausdrückbar. Nur die materiellen Aufwendungen sind meßbar. Aber dieselben Kosten figurieren an verschiedenen Stellen, sie sind in den Etats mit anderen Posten zusammengeworfen, andere Ausgaben erscheinen zu Unrecht als Kriegskosten. Den materiellen Wert des im Kriege zerstörten militärischen Apparates, etwa die 9000 abgeschossenen Flugzeuge, wollen wir überhaupt nicht rechnen. Nach den zuverlässigen Berechnungen und Schätzungen Woytinskys, die wir im folgenden zugrunde legen, wurden von den Handelsschiffen 13 Millionen Registertonnen versenkt. Rechnet man, nur um einen Begriff zu bekommen, auf das Schiff etwa 4000 Tonnen, so hat die Handelsflotte der Welt um etwa 3250 Schiffe abgenommen. Ihr Wert wird auf 18 Milliarden Mark geschätzt. Der Wert der zerstörten Gebäude, Industriebetriebe, öffentlichen Anlagen wird auf etwa 50 Milliarden Goldmark angesetzt. Mit Berücksichtigung aller Kautelen wird man die direkten Kosten aller Länder auf etwa 700 Milliarden Goldmark der heutigen Währung für alle Länder zusammengenommen schätzen dürfen. Mehr als das gesamte deutsche Volksvermögen des Jahres 1913, etwa 10 Prozent des gesamten auf der Erde vorhandenen Vermögens sind während des Krieges im wörtlichen Sinne verpulvert worden.

Aber mit diesen gigantischen Summen sind die wirklichen Kriegskosten nicht entfernt erfaßt. Denn hierin ist noch nicht enthalten die Tatsache, daß 60 Millionen Menschen jahrelang einer produktiven Arbeit entzogen wurden und ein großer Teil der übrigen Bevölkerung nur die unproduktive Arbeit leistete, möglichst gut explodierende Metallhülsen herzustellen. Es ist also noch der durch den Krieg verursachte Produktionsrückgang abzuschätzen. Die laufende Produktion hat heute wohl überall das Vorkriegsniveau angenähert erreicht. Das bedeutet aber keineswegs, daß die Schäden des Krieges bereits eingeholt sind. Da die laufende Produktion jedes Jahr wächst, ist vielmehr das erwartungsgemäße Wachstum von etwa 13 Jahren verlorengegangen. Da aber das Wachstum niemals konstant ist, weder im additiven noch im multiplikativen Sinne, da zudem weder der Wert der früheren noch der der jetzigen Produktion exakt feststeht, endlich der Krieg ungeheure wirtschaftliche Umstellungen, Inflation und Revolution im Gefolge hatte, bietet die Feststellung dieses Verlustes große Schwierigkeiten. Sicher beträgt er mehrere hundert Milliarden Mark.

Diese 60 Millionen Menschen, diese vier Jahre härtester Arbeit, die ungeheuren Opfer und die Milliarden verschleuderten Gutes hätten leicht genügt, in den sogenannten Kulturländern mindestens für ein halbes Jahrhundert, und damit vielleicht für immer, jede Armut zu beseitigen, — wenn man die Solidarität, die hier ausschließlich der Zerstörung diente, für die Menschlichkeit mobilisieren könnte.

Hamburger Echo, 11. Nov. 1928

25

Der 11. November.

Von E. J. Gumbel.

Zehn Friedensjahre sind vergangen. Die Jugend von heute hat den Krieg nicht mehr sehenden Auges miterlebt. Sie weiß von ihm nichts Positives. Vielleicht hat sie ein dunkles Gefühl des Großen, kaum des Unheimlichen. Die Jugend von morgen wird nichts mehr wissen, als was ein paar Angehörige der alten Generation, unglaubwürdig, weil alt, berichten, und was unsere herrlichen Geschichtsbücher von der großen Zeit rühmen. Trotz aller Skepsis der Jugend werden die volltönenden Phrasen leben, deren Unwahrhaftigkeit wir erlitten und erkannt haben. Die Kriegerdenkmäler erzählen nichts von der alles beherrschenden Kohlrübe, vom grauen Hunger, der kalten Not, vom Wohlleben der Etappe auf Kosten der Front, der Offiziere auf Kosten der Soldaten, vom Etappenbordell, sondern vom Geist von 1914, vom unbesiegten Heer, vom ruhmreichen Helden, der von der Heimat verraten wurde.

Wir stehen heute wieder in den Jahren vor 1914, im Aufstieg der kapitalistischen Wirtschaft, die den „Fortschritt" und den „Frieden" verbürgt. Dumpf und nur wenigen Wissenden

deutlich zeigt sich der kommende Krieg.

Da ist es wohl angebracht, sich am heutigen Tag ganz nüchtern vorzustellen, was der Krieg wirklich war. Diese schrecklichen Zahlen sind nie genau zusammengestellt worden. Die herrschende Klasse, die auch die Statistik beherrscht, hat hierfür kein Interesse. Aber die Zahlen sind von solcher Größenordnung, daß es wirklich nicht auf ein paar Millionen mehr oder weniger ankommt.

Am Ende des Krieges standen sich etwa 30 Millionen in Waffen gegenüber, gezwungen zum Töten, und während des Krieges waren etwa 60 Millionen mobilisiert.

4 Jahre, 3 Monate und 10 Tage, 1560 Tage, hat der Krieg gedauert. 10 Millionen blieben auf dem „Feld der Ehre" — inutilis clades, nutzlose Schlächterei, nannte es ein Papst. — An jedem Tage fielen im Durchschnitt 6400, in jeder Minute 4 Männer in der Blüte ihrer Jahre, die Hoffnung des Landes.

Und heute hören wir wieder von der Badekur, wie der besiegte General den Krieg nannte, vom reinigenden Stahlbad.

Zu den Gefallenen müssen hinzugerechnet werden diejenigen aus der Zivilbevölkerung, die infolge des Krieges mehr gestorben sind, als zu erwarten war; klar und deutlich ausgesprochen: die Verhungerten. Während des Krieges wurde bewiesen, daß die Kohlrübe als ausschließliches Nahrungsmittel der Gesundheit nur förderlich sei. Eine Denkschrift des Reichsgesundheitsamtes von 1918 zeigte aber die enorme Zunahme **der Todesfälle und Krankheiten unter der deutschen Zivilbevölkerung.** Proportional der Abnahme der dem einzelnen zur Verfügung stehenden Kalorienzahl stieg die Tuberkulose.

Insgesamt sind in Deutschland 800 000 Zivilisten mehr gestorben, als nach der Friedenssterblichkeit zu erwarten war. Für alle kriegführenden Staaten wird die Zahl der mehr gestorbenen Zivilisten auf 7 Millionen geschätzt.

20 Millionen Soldaten aller kriegführenden Staaten wurden verwundet, wie viele davon mehrfach, ist unbekannt. Wieviel andere tiefste Schäden erlitten, ihr Leid und ihre Tränen hat noch niemand zählen können. Vielleicht 10 Millionen Verwundete sind als Invaliden zurückgeblieben.

Neben diese Bevölkerungsverluste treten die materiellen Schäden. Diese Kriegskosten sind statistisch schwer zu fassen. Der wirtschaftliche Verlust, den der Tod von 10 Millionen, die Verwundungen von 20 Millionen Menschen, die mittelbare Zunahme der Sterblichkeit bedeutet, entzieht sich jeder Berechnung, weil das Leben und alle Gefühlswerte ja nicht in Geld ausdrückbar. Nur die materiellen Aufwendungen sind meßbar. Aber dieselben Kosten figurieren an verschiedenen Stellen, sie sind in den Etats mit andern Posten zusammengeworfen, andere Ausgaben erscheinen zu Unrecht als Kriegskosten. Den materiellen Wert des im Kriege zerstörten militärischen Apparats, etwa die 9000 abgeschossenen Flugzeuge, wollen wir überhaupt nicht rechnen. Nach den zuverlässigen Berechnungen und Schätzungen Woytinskys, die wir im folgenden zugrundelegen, wurden von den Handelsschiffen

13 Millionen Registertonnen versenkt.

Rechnet man, nur um einen Begriff zu bekommen, auf das Schiff etwa 4000 Tonnen, so hat die Handelsflotte der Welt um etwa 3250 Schiffe abgenommen.

Ihr Wert wird auf 18 Milliarden Mark geschätzt. Der Wert der zerstörten Gebäude, Industriebetriebe, öffentlichen Anlagen wird auf etwa 50 Milliarden Goldmark angesetzt.

Mit Berücksichtigung aller Kautelen wird man die direkten Koste aller Länder auf etwa

700 Milliarden Goldmark der heutigen Währung

für alle Länder zusammengenommen schätzen dürfen. Mehr als das gesamte deutsche Volksvermögen des Jahres 1913, etwa 10 % des gesamten auf der Erde vorhandenen Vermögens sind während des Krieges im wörtlichen Sinne verpulvert worden.

Aber mit diesen gigantischen Summen sind die wirklichen Kriegskosten nicht entfernt erfaßt. Denn hierin ist noch nicht enthalten die Tatsache, daß 60 Millionen Menschen jahrelang einer produktiven Arbeit entzogen wurden und ein großer Teil der übrigen Bevölkerung nur die unproduktive Arbeit leistete, möglichst gut zerplatzende Metallhülsen herzustellen.

Es ist also noch der durch den Krieg verursachte Produktionsrückgang abzuschätzen. Die laufende Produktion hat heute wohl überall das Vorkriegsniveau angenähert erreicht. Das bedeutet aber keineswegs, daß die Schäden des Krieges bereits eingeholt sind. Da die laufende Produktion jedes Jahr wächst, ist vielmehr das erwartungsgemäße Wachstum von etwa 13 Jahren verlorengegangen.

Da aber das Wachstum niemals konstant ist, weder im additiven noch im multiplikativen Sinn, da zudem weder der Wert der früheren noch der der jetzigen Produktion exakt feststeht, endlich der Krieg ungeheure wirtschaftliche Umstellungen, Inflation und Revolution, im Gefolge hatte, bietet die Feststellung dieses Verlustes große Schwierigkeiten. Sicher beträgt er mehrere Hundert Milliarden Mark

Diese 60 Millionen Menschen, diese 4 Jahre härtester Arbeit und die Milliarden verschleuderten Gutes hätten leicht genüg, in den sogenannten Kulturländern mindestens für ein halbes Jahrhundert, und damit vielleicht für immer, jede Armut zu beseitigen, — wenn man die Solidarität, die hier ausschließlich der Zerstörung diente, für die Menschlichkeit mobilisieren könnte.

Nach Dauer, Kosten, Größe der Heere und der Zahl der Gefallenen, [N]ach jeder Richtung war der letzte Krieg der größte der neueren Zeit. [Der] kommende wird durch die Vergasung ganzer Städte den Unterschied [illegible] und Hinterland aufheben und den vergangenen noch weit [illegible]ählet!

Der Elfte November

Von E. J. Gumbel.

Zehn Friedensjahre sind vergangen. Die Jugend von heute hat den Krieg nicht mehr sehenden Auges miterlebt. Sie weiß von ihm nichts Positives. Vielleicht hat sie ein dunkles Gefühl des Großen, kaum des Unheimlichen. Die Jugend von morgen wird nicht mehr wissen, als was ein paar Angehörige der alten Generation, unglaubwürdig weil alt, berichten, und was unsere herrlichen Geschichtsbücher und Oberlehrer davon von der großen Zeit rühmen. Trotz aller Skepsis der Jugend werden die volltönenden Phrasen leben, deren Unwahrhaftigkeit wir erlitten und erkannt haben. Die Kriegerdenkmäler erzählen nichts von der alles beherrschenden Kohlrübe, vom grauen Hunger, der kalten Not, vom Wohlleben der Etappe auf Kosten der Front, der Offiziere auf Kosten der Soldaten vom Etappenbordell; sondern vom Geist von 1914, vom unbesiegten Heer, vom ruhmreichen Helden, der von der Heimat verraten wurde.

Da ist es wohl angebracht, sich am heutigen Tag ganz nüchtern vorzustellen, was der Krieg wirklich war. Diese schrecklichen Zahlen sind nie genau zusammengestellt worden. Die herrschende Klasse, die auch die Statistik beherrscht, hat hierfür kein Interesse. Aber die Zahlen sind von solcher Größenordnung, daß es wirklich nicht auf ein paar Millionen mehr oder weniger ankommt.

Am Ende des Krieges standen sich etwa 30 Millionen in Waffen gegenüber, gezwungen zum Töten, und während des Krieges waren etwa 60 Millionen mobilisiert. Vier Jahre, drei Monate und zehn Tage, 1560 Tage, hat der Krieg gedauert. Zehn Millionen blieben auf dem „Feld der Ehre" — inutilis clades, nutzlose Schlächterei, nannte es der Papst. An jedem Tag fielen im Durchschnitt 6400, in jeder Minute vier, Männer in der Blüte ihrer Jahre, die Hoffnung des Landes. Und heute hören wir wieder von der Badekur, wie ihn der besiegte General nannte, vom reinigenden Stahlbad.

Zu den Gefallenen müssen hinzugerechnet werden diejenigen, auch Zivilbevölkerung, welche infolge des Krieges mehr gestorben sind, als zu erwarten war; klar und deutlich ausgesprochen: die Verhungerten. Während des Krieges wurde bewiesen, daß die Kohlrübe als ausschließliches Nahrungsmittel der Gesundheit nur förderlich sei. Eine Denkschrift des Reichsgesundheitsamtes von 1918 zeigte aber die enorme Zunahme der Todesfälle und Krankheiten unter der deutschen Zivilbevölkerung. Proportional der Annahme der dem einzelnen zur Verfügung stehenden Kalorienzahl stieg die Tuberkulose. Insgesamt sind in Deutschland 800 000 Zivilisten mehr gestorben, als nach der Friedenssterblichkeit zu erwarten war. Für alle kriegführenden Staaten wird die Zahl der mehr gestorbenen Zivilisten auf 7 Millionen geschätzt.

20 Millionen Soldaten aller kriegführenden Staaten sind verwundet worden, wie viele davon mehrfach, ist unbekannt. Wie viele andere tiefste Schäden erlitten, ihr Leid und ihre Tränen hat noch niemand zählen können. Vielleicht 10 Millionen Verwundete sind als Invaliden zurückgeblieben.

Neben diese Bevölkerungsverluste treten die materiellen Schäden. Die Kriegskosten sind statistisch schwer zu fassen. Der wirtschaftliche Verlust, den der Tod von 10 Millionen, die Verwundungen von 20 Millionen Menschen, die mittelbare Zunahme der Sterblichkeit bedeutet, entzieht sich jeder Berechnung, weil das Leben und alle Gefühlswerte ja nicht in Geld ausdrückbar. Nur die materiellen Aufwendungen sind meßbar. Aber dieselben Kosten figurieren an verschiedenen Stellen, sie sind in den Etats mit anderen Posten zusammengeworfen, andere Ausgaben erscheinen zu Unrecht als Kriegskosten.

Den materiellen Wert des im Kriege zerstörten militärischen Apparats, etwa die 9000 abgeschlossenen Flugzeuge, wollen wir überhaupt nicht rechnen. Nach den zuverlässigen Berechnungen und Schätzungen Woytinskys, die wir im folgenden zugrunde legen, wurden von den Handelsschiffen 13 Millionen Registertonnen versenkt. Rechnet man, nur um einen Begriff zu bekommen, auf das Schiff etwa 4000 Tonnen, so hat die Handelsflotte der Welt um etwa 350 Schiffe abgenommen. Ihr Wert wird auf 18 Milliarden Mark geschätzt. Der Wert der zerstörten Gebäude, Industriebetriebe, öffentlichen Anlagen wird auf etwa 50 Milliarden Goldmark angesetzt.

Mit Berücksichtigung aller Kautelen wird man die direkten Kosten aller Länder auf etwa 700 Milliarden Goldmark der heutigen Währung für alle Länder zusammengenommen schätzen dürfen. Mehr als das gesamte deutsche Volksvermögen des Jahres 1913, etwa 10 Prozent des gesamten auf der Erde vorhandenen Vermögens sind während des Krieges im wörtlichen Sinne verpulvert worden.

Aber mit diesen gigantischen Summen sind die wirklichen Kriegskosten nicht entfernt erfaßt. Denn hierin ist noch nicht enthalten die Tatsache, daß 60 Millionen Menschen jahrelang einer produktiven Arbeit entzogen wurden und ein großer Teil der übrigen Bevölkerung nur die unproduktive Arbeit leistete, möglichst gut zerplatzende Metallhüllen herzustellen. Es ist also noch der durch den Krieg verursachte Produktionsrückgang abzuschätzen. Die laufende Produktion hat heute wohl überall das Vorkriegsniveau annähernd erreicht. Das bedeutet aber keineswegs, daß diese Schäden des Krieges bereits eingeholt sind. Da die laufende Produktion jedes Jahr wächst, ist vielmehr das erwartungsgemäße Wachstum von etwa 13 Jahren verloren gegangen. Da aber das Wachstum niemals konstant ist, weder im additiven noch im multiplikativen Sinn, da zudem weder der Wert der früheren noch der der jetzigen Produktion exakt feststeht, endlich der Krieg ungeheure wirtschaftliche Umstellungen, Inflation und Revolution, im Gefolge hatte, bietet die Feststellung dieses Verlustes große Schwierigkeiten. Sicher beträgt er mehrere Hundert Milliarden Mark.

Diese 60 Millionen Menschen, diese vier Jahre härtester Arbeit und Opfer, die Milliarden verschleuderten Gutes hätten leicht genügt, in den sogenannten Kulturländern mindestens für ein halbes Jahrhundert und damit vielleicht für immer jede Armut zu beseitigen. — Wenn man die Solidarität, die hier ausschließlich der Zerstörung diente, für die Menschlichkeit mobilisieren könnte!

Nach Dauer, Kosten, Größe der Heere und der Gefallenen, ja, nach jeder Richtung war der letzte Krieg der größte der neueren Zeit. Käme ein neuer, so wird er durch die Vergasung ganzer Städte den Unterschied von Front und Hinterland aufheben und den vergangenen noch weit übertreffen. Wählet!

Novembertage

Von E. J. Gumbel.

Zehn Friedensjahre sind vergangen. Die Jugend von heute hat den Krieg nicht mehr sehenden Auges miterlebt. Sie weiß von ihm nichts Positives. Vielleicht hat sie ein dunkles Gefühl des Großen, kaum des Unheimlichen. Die Jugend von morgen wird nichts mehr wissen, als was ein paar Angehörige der alten Generation, unglaubwürdig, weil alt, berichten, und was unsere herrlichen Geschichtsbücher von der großen Zeit rühmen. Trotz aller Skepsis der Jugend werden die volltönenden Phrasen leben, deren Unwahrhaftigkeit wir erlitten und erkannt haben. Die Kriegerdenkmäler erzählen nichts von der alles beherrschenden Kohlrübe, vom grauen Hunger, der kalten Not, vom Wohlleben der Etappe auf Kosten der Front, der Offiziere auf Kosten der Soldaten, vom Etappenbordell, sondern vom Geist von 1914, vom unbesiegten Heer, vom ruhmreichen Helden, der von der Heimat verraten wurde.

Wir stehen heute wieder in den Jahren vor 1914, im Aufstieg der kapitalistischen Wirtschaft, die den „Fortschritt" und den „Frieden" verbürgt. Dumpf und nur wenigen Wissenden deutlich zeigt sich der kommende Krieg.

Da ist es wohl angebracht, sich am heutigen Tag ganz nüchtern vorzustellen, was der Krieg wirklich war. Diese schrecklichen Zahlen sind nie genau zusammengestellt worden. Die herrschende Klasse, die auch die Statistik beherrscht, hat hierfür kein Interesse. Aber die Zahlen sind von solcher Größenordnung, daß es wirklich nicht auf ein paar Millionen mehr oder weniger ankommt.

Am Ende des Krieges standen sich etwa 30 Millionen in Waffen gegenüber, gezwungen zum Töten, und während des Krieges waren etwa 60 Millionen mobilisiert.

4 Jahre, 3 Monate und 10 Tage, 1560 Tage, hat der Krieg gedauert. 10 Millionen blieben auf dem „Feld der Ehre" — inutilis clades, nutzlose Schlächterei, nannte es ein Papst. — An jedem Tag fielen im Durchschnitt 6400, in jeder Minute 4 Männer in der Blüte ihrer Jahre, die Hoffnung des Landes. Und heute hören wir wieder von der Badekur, wie ihn der besiegte General nannte, vom reinigenden Stahlbad.

Zu den Gefallenen müssen hinzugerechnet werden diejenigen aus der Zivilbevölkerung, welche infolge des Krieges mehr gestorben sind, als zu erwarten war; klar und deutlich ausgesprochen: die Verhungerten. Während des Krieges wurde bewiesen, daß die Kohlrübe als ausschließliches Nahrungsmittel der Gesundheit nur förderlich sei. Eine Denkschrift des Reichsgesundheitsamtes von 1918 zeigte aber die enorme Zunahme der Todesfälle und Krankheiten unter der deutschen Zivilbevölkerung. Proportional der Abnahme der dem einzelnen zur Verfügung stehenden Kalorienzahl stieg die Tuberkulose. Insgesamt sind in Deutschland 800 000 Zivilisten mehr gestorben, als nach der Friedenssterblichkeit zu erwarten war. Für alle kriegführenden Staaten wird die Zahl der mehr gestorbenen Zivilisten auf 7 Millionen geschätzt.

20 Millionen Soldaten aller kriegführenden Staaten sind verwundet worden, wie viele davon mehrfach, ist unbekannt. Wieviele andere tiefste Schäden erlitten, ihr Leid und ihre Tränen hat noch niemand zählen können. Vielleicht 10 Millionen Verwundete sind als Invaliden zurückgeblieben.

Neben diese Bevölkerungsverluste treten die materiellen Schäden. Diese Kriegskosten sind statistisch schwer zu fassen. Der wirtschaftliche Verlust, den der Tod von 10 Millionen, die Verwundungen von 20 Millionen Menschen, die mittelbare Zunahme der Sterblichkeit bedeutet, entzieht sich jeder Berechnung, weil das Leben und alle Gefühlswerte ja nicht in Geld ausdrückbar. Nur die materiellen Aufwendungen sind meßbar. Aber dieselben Kosten figurieren an verschiedenen Stellen, sie sind in den Etats mit anderen Posten zusammengeworfen, andere Ausgaben erscheinen zu unrecht als Kriegskosten. Den materiellen Wert des im Kriege zerstörten militärischen Apparats, etwa die 9000 abgeschossenen Flugzeuge, wollen wir überhaupt nicht rechnen. Nach den zuverlässigen Berechnungen und Schätzungen Woytinskys, die wir im folgenden zu grunde legen, wurden von den Handelsschiffen 13 Millionen Registertonnen versenkt. Rechnet man, nur um einen Begriff zu bekommen, auf das Schiff etwa 4000 Tonnen, so hat die Handelsflotte der Welt um etwa 3250 Schiffe abgenommen. Ihr Wert wird auf 18 Milliarden Mark geschätzt. Der Wert der zerstörten Gebäude, Industriebetriebe, öffentlichen Anlagen wird auf etwa 50 Milliarden Goldmark angesetzt.

DE ELFDE NOVEMBER

door E. I. GUMBEL

E. I. Gumbel, privaat-docent in de statistiek aan de Universiteit te Heidelberg, die dezer dagen in I 10 een artikel publiceerde over Statistiek en Klassenstrijd, onzen lezers bekend door zijn artikel over de Zwarte Rijksweer in ons Juninummer, bood ons het volgende artikel aan, dat wij nog gaarne in het Decembernummer plaatsen.

Tien vredesjaren zijn voorbijgegaan. De tegenwoordige jeugd heeft den oorlog niet bewust meegeleefd. Iets positiefs weet zij er niet van. Misschien heeft zij een vaag besef van zijn grootte, nauwelijks van zijn tragiek. De jeugd van morgen zal er niets anders meer van weten, dan wat een paar vertegenwoordigers van de oude generatie, ongeloofwaardig wijl oud, mededeelen, en wat onze prachtige geschiedenisboeken en schoolmeesters van den grooten tijd verheerlijken. Trots alle scepticisme van de jeugd zullen de klinkende frases herleven, wier onwaarachtigheid wij ondervonden en doorzien hebben. De oorlogsstandbeelden spreken niet van de allesbeheerschende koolraap, van den grauwen honger, het kille gebrek, van het goede leventje der etappe ten koste van het front, der officieren ten koste der soldaten, van het etappebordeel, maar van den geest van 1914, van het onoverwonnen leger, van den roemrijken held, die door het vaderland verraden werd.

Thans leven wij weer in de jaren van voor 1914, in den opmarsch van het kapitalisme, dat den „vooruitgang" en den „vrede" waarborgt. Duister, duidelijk slechts voor enkele ingewijden, vertoont zich de naderende oorlog.

Daarom is het op zijn plaats, zich op dezen dag heel nuchter voor te stellen, wat de oorlog werkelijk was. Deze verschrikkelijke getallen zijn nooit nauwkeurig samengesteld. De heerschende klasse, die ook de statistiek beheerscht, heeft daar geen belang bij. Maar de getallen zijn zoo geweldig groot, dat het op een paar millioen meer of minder niet aankomt.

Aan het einde van den oorlog stonden ongeveer 30 millioen gewapend tegenover elkander, gedwongen om te dooden, en gedurende den oorlog waren ongeveer 60 millioen gemobiliseerd.

4 jaren, 3 maanden en 10 dagen, 1561 dagen heeft de oorlog geduurd, 10 millioen bleven op het „veld van eer", inutilis clades: nuttelooze slachterij, noemde het een paus. Iederen dage vielen er gemiddeld 6400, in iedere minuut 4 mannen in den bloei hunner jaren, de hoop van hun land. En thans hooren wij opnieuw van de badkuur, zooals de overwonnen generaal het noemde, van het zuiverende staalbad.

Bij de gevallenen moeten gerekend worden diegenen uit de burgerbevolking, die tengevolge van den oorlog méér gestorven zijn, dan te verwachten was, kort en goed: de verhongerden. Gedurende den oorlog werd bewezen, dat de koolraap als uitsluitend voedingsmiddel de gezondheid slechts ten goede komt. Een rapport van den staatsgezondheidsdienst van 1918 toonde echter de enorme toename der sterfte en der ziekten onder de duitsche burgerbevolking. In evenredigheid met de vermindering van het hoofdelijk beschikbare getal caloriën steeg de tuberculose. In totaal zijn in Duitschland 800,000 burgers meer gestorven, dan volgens de sterfte in vredestijd te verwachten was. Voor alle oorlogvoerende landen tezamen wordt het surplus aan gestorven burgers op 7 millioen geschat.

20 millioen soldaten van alle oorlogvoerende landen werden gewond, hoevelen van hen meer dan eens, is onbekend. Hoeveel anderen het ergste nadeel ondervonden, hun leed en hun tranen heeft nog niemand kunnen tellen. Wellicht 10 millioen zijn als invaliden achtergebleven.

Naast deze verliezen aan menschen komt de materieele schade. Deze oorlogskosten zijn statistisch moeilijk vast te stellen. Het economische verlies, dat in den dood van 10 millioen, in de verwondingen van 20 millioen, in de directe toename der sterfelijkheid is gelegen, onttrekt zich aan iedere berekening, omdat het leven en alle gevoelswaarden niet in geld kunnen worden uitgedrukt. Slechts de materieele offers kunnen berekend worden. Maar dezelfde kosten figureeren op verschillende plaatsen, zij zijn in de staten met andere posten vermengd, andere uitgaven staan ten onrechte als oorlogskosten aangegeven. De materieele waarde van het in den oorlog vernielde militaire apparaat, de ongeveer 9000 neergeschoten vliegtuigen, zullen we maar heelemeel niet rekenen. Volgens de betrouwbare berekeningen en schattingen van Woytinsky, die aan het hier volgende ten grondslag liggen, werd van de handelsschepen 13 millioen registerton tot zinken gebracht. Rekent men, slechts om een beeld te krijgen, per schip ongeveer 4000 ton, dan is de handel... der geheele aarde met ongeveer 3250 schepe... minderd. Hun waarde wordt op 10 milliard ... geschat. De waarde der verwoeste gebouwen, industrieele bedrijven, openbare werken wordt op ongeveer 30 milliard gesteld.

Met inachtneming van de grootst mogelijke voorzichtigheid zal men de directe kosten voor alle landen op ongeveer 700 milliard gulden volgens de huidige geldswaarde, mogen schatten. Meer dan het geheele duitsche nationale vermogen in 1913, ongeveer 10 pct. van het totale op aarde voorhanden vermogen is gedurende den oorlog verdaan.

Maar met deze gigantische getallen zijn de werkelijke oorlogskosten nog bij lange na niet aangegeven. Want hierin is nog niet begrepen het feit, dat 60 millioen menschen jarenlang aan productieven arbeid onttrokken waren en de overige bevolking slechts den onproductieven arbeid leverde om zoo goed mogelijk ontploffende granaten te maken.

Er moet dus nog een schatting worden gemaakt van den door den oorlog veroorzaakten achteruitgang in productie. De tegenwoordige productie heeft thans wel overal het niveau van voor den oorlog ten naaste bij weer bereikt. Dat beteekent echter geenszins dat de nadeelen van den oorlog al weer zijn ingehaald. Daar de productie ieder jaar toeneemt, is veeleer de toename van ongeveer 13 jaar verloren gegaan. Daar echter de toename nooit constant is, noch volgens een rekenkundige, noch volgens een meetkundige reeks, en bovendien noch de waarde der vroegere, noch der tegenwoordige productie nauwkeurig vaststaat, en eindelijk de oorlog geweldige economische omzettingen, inflatie en revolutie tot gevolg heeft gehad, levert de vaststelling van dit verlies groote moeilijkheden op. Ongetwijfeld bedraagt het meerdere honderden milliarden guldens.

Deze 60 millioen menschen, deze vier jaren van den zwaarsten arbeid, de geweldige offers en de voor milliarden verspilde goederen waren gemakkelijk toereikend geweest om in de zoog. beschaafde landen ten minste voor een halve eeuw, en daarmede misschien voor altijd, iedere armoede op te heffen, — wanneer men de solidariteit, die hier uitsluitend in dienst van de verwoesting stond ten bate der menschelijkheid zou kunnen mobiliseeren.

In duur, kosten, grootte der legers en het getal der gevallenen, ja in ieder opzicht, was de laatste oorlog de grootste van den nieuwen tijd. De komende zal door de vergassing van heele steden het verschil tusschen front en achterland opheffen en den vorigen nog overtreffen. Kiest!

DIE URSACHEN DER POLITISCHEN MORDE

VON E. J. GUMBEL

Nach den Aufstellungen in dem Buch „Vier Jahre politischer Mord" sind in Deutschland seit dem Jahre 1919 bis zur Ermordung Rathenaus 376 politische Morde vorgekommen. Davon sind 354 von rechts, 22 von links begangen worden. Nur ein Mord von rechts wurde gesühnt: der Mord an Rathenau. Alle andern blieben ungesühnt.

Die zentrale Ursache der politischen Morde von Rechts war das Schutzbedürfnis des Großkapitals, dessen Herrschaft während kurzer Zeit aussetzte und auf längere Zeit erschüttert schien. Die psychischen Voraussetzungen für die Anwendung dieser politischen Waffe lieferten Krieg und Inflation; die Garantie dafür, daß die Methode gefahrlos angewandt werden konnte, bot die deutsche Justiz.

Der Krieg hat die tief wurzelnde Auffassung von der Heiligkeit des menschlichen Lebens zerstört, den Massenmord zur Selbstverständlichkeit, unbedingten Gehorsam gegenüber der herrschenden Schicht zur Lebensnotwendigkeit werden lassen. Während vieler Jahre hat die nationale Phrase die Vorherrschaft im politischen Leben geführt.

Das Ende des Krieges schien für die in der Monarchie herrschende Klasse katastrophal. Die Kronen rollten in den Staub der Straße. Niemand war bereit, sie wieder aufzuheben. Nirgends waren die zehn Mann, nirgends das Maschinengewehr zu finden, das genügt hätte, die waffenlose Menge aufzuhalten. Die Republik, zunächst nur gegründet im Willen der breiten Massen, sollte Gegnerin des Kapitals sein und schien es zunächst. Der Sturz der Monarchie bedrohte auch ihre Anhänger in ihrer materiellen Basis. Die feudale und großkapitalistische Klasse mußte, wenn auch nur für Stunden, um die Grundlagen ihrer Existenz zittern. Daß ihre Angehörigen, die Herren der Nation, Alltagsgefühle des Arbeiters erlebten, schrie nach Rache.

Der Tag der Rache dämmerte bald. Denn die Revolution ließ die Basis der Herrschaft, den Besitz an den Produktionsmitteln, unangetastet. So folgte auf den Krieg nur die Inflation, deren Grundlage bereits in der Kriegsfinanzierung gelegt worden war. Sie bewirkte den Hunger des Kleinbürgertums, das Elend der Beamtenschaft, die Senkung der Reallöhne, aber die Wiedererstarkung der alten Mächte. Die ökonomische Potenz einzelner Herrenschichten, der Schwerindustrie, die mit dem von der Inflation unberührten Ausland intim verknüpft bleibt, und des Großgrundbesitzes, der die Schulden von Jahrzehnten mit dem Wert einer Streichholzschachtel ablöst, wuchs. Trotzdem hat die Inflation das kapitalistische

System als Ganzes erschüttert. Denn diesem Gewinn einzelner Schichten standen Verluste dieser und anderer Schichten gegenüber. Zudem hatte sie in den breiten Massen den Glauben an die Gerechtigkeit der kapitalistischen Weltordnung erschüttert. Das aus dem Fallen der Mark folgende Bewußtsein der Instabilität des gegenwärtigen Systems ermutigte Hoffnungen auf radikalen Neubau.

Die Akkumulation steigerte sich, der Zinsfuß sank auf Null. Die Bourgeoisie verlor ihre Renten. Somit war die ökonomische Spannung zwischen den mittleren und unteren Schichten der Bourgeoisie und dem Proletariat verkleinert. Um so stärker wuchs die psychische: „Die hohen Löhne der Arbeiterschaft sind schuld an der Inflation." Höher wuchs die Anbetung des Unternehmertums, das seine neue Macht nicht etwa der Verelendung der breiten Massen, sondern nur seinem Fleiß und seiner Sparsamkeit verdanke. Sein ehrlicher Verdienst müsse geschützt werden: „nur die Arbeit kann uns retten."

Dem Schutz der Ordnung diente die Aufstellung von Truppen. In revolutionären Zeiten ist natürlich die öffentliche Sicherheit bedroht. Diebe, Einbrecher und Raubmörder können die politisch gegebene Unsicherheit ausnutzen. Andrerseits wollen die Radikalen über den vollzogenen Umsturz hinaus. Solchen Gefahren gegenüber kann eine sozialistische Revolution sich auf die organisierte Macht der Arbeiter stützen: sie reicht für solche Aufgaben durchaus hin. Aber der 9. November hatte den Besitz an den Produktionsmitteln nicht angetastet und sich damit sofort in Gegensatz zu weiten Kreisen der Arbeiterschaft gestellt. Zum Schutz ihrer Herrschaft zog die Republik „unpolitische" Offiziere heran, auf deren strategisches und taktisches Können man baute. Diese Fachleute sind aber nicht unpolitisch. Sie haben vielmehr ein stark ausgeprägtes Klassenbewußtsein. Dieses setzte sich in den von ihnen aufgestellten Truppen durch. So dienten die Freikorps objektiv der Wiederherstellung der kapitalistischen Ordnung, obwohl man offiziell behauptete, daß sie nicht zu diesem Zweck aufgestellt worden seien.

Von subjektiv ehrlichen Schützern der von ihnen ihrer Klassenstruktur entkleideten Ruhe und Ordnung werden die wurzellosen demobilisierten Soldaten, die bereit sind, jedem zu dienen, der ihnen die Fortsetzung ihres Handwerks und ihres Abenteurerdaseins gewährt, zur Schutzgarde des Kapitals. Wer den Wiederaufbau des Vaterlandes (und hierunter wird seine kapitalistische Struktur verstanden) stört, ist ein Volksfeind und seine Beseitigung ein gutes Werk. So erwächst aus der Truppe die Mordgesellschaft. Der objektive Uebergang geht rasch vor sich. Denn der Augenblick reißt zu Taten hin. Im Bewußtsein wird der Uebergang erst später. manchmal gar nicht vorgenommen.

Der Zusammenhang zwischen Großkapital und politischen Morden weist alle Feinheiten auf, die innerhalb sozialer Ursachen überhaupt möglich sind. Ohne vermittelnde Zwischenglieder kann der individuelle Geldgeber der ausgehaltenen Mörderbande gegenüberstehen. Aber diese einfache direkte Bindung ist der seltenste Fall. Ein sozialer Zusammenhang ist nämlich normalerweise überhaupt nicht individuell, sondern kollektiv, wenn auch eine Klasse niemals an sich, sondern immer durch einzelne Menschen, durch deren Bewußtsein sie lebt, wirken kann. Der normale Zusammenhang geht durch das Milieu. Dann sind die ideellen und moralischen Auftraggeber und Nutznießer von den Mördern durch viele Zwischenglieder persönlicher und gedanklicher Art getrennt.

Diese Zusammenhänge brauchen den beiden Seiten nicht einmal bewußt zu sein. Denn die sozialen Wurzeln in jedem politischen Wirken sind durch einen vielverästelten Ueberbau verdeckt. Auch gibt es stets eine große Zahl von gutgläubigen Anhängern, die in den Vordergrund geschoben werden und wirklich nur für Ruhe und Ordnung eintreten wollen. Ihnen ist der heute herrschende Hochkapitalismus die einzig mögliche Form der Wirtschaft. Sie verteidigen ihn, weil sie damit die Vernunft zu verteidigen glauben, indem sie den Gegner ermorden.

Der politische Mord wird das große und schließlich erfolgreiche Kampfmittel der sozialen Reaktion und seiner Basis, des Großkapitals. Zunächst wandte es sich gegen die Führer des Sozialismus, dann gegen diejenigen, bei denen die „Gefahr" bestand, daß ihr Wirken die Republik wirklich zu einem neuen Staat machen würde. Dann kamen Morde, welche die Arbeiterschaft provozieren sollten. Daneben sind zahlreiche, in der Oeffentlichkeit unbekannte Anhänger des Sozialismus und der Republik als Opfer gefallen. Endlich — und dies ist der typische Fall der letzten Jahre — werden Mitwisser der geheimen Rüstungen, einfache Landsknechte ermordet, weil sie in den, in den meisten Fällen völlig unbegründeten Verdacht geraten, das Geheimnis der Existenz der Schwarzen Reichswehr verraten zu haben oder verraten zu wollen. Hier handelt es sich um ein System, eine lange Kette mit vielen Gliedern. Und doch sind die Kreise, aus denen die Mörder stammen, ziemlich eng. Ihre Linie hat mehr Gemeinsamkeit, als nur die Ueberzeugung. Die Mördergesellschaft braucht nicht mit Statuten und Vorstandsbeschlüssen zu arbeiten. In dieser Atmosphäre genügen kurze Anweisungen, ein Zettel, ein Nicken mit dem Kopf, eventuell die knisternde Bezahlung.

Aus den Freikorps erwuchsen nach ihrer offiziellen Auflösung die Wehrverbände, aus ihnen die Geheimbünde. Die soziale Struktur dieser halb- und illegalen, militärisch formierten, bewaffneten und ausgebildeten nationalen Verbände war vielfältig und variierte stark

mit der Zeit. Vom scheinbar harmlosen Sportverein über den Wanderklub, den Schützenverband, den Geheimbund ging ein stetiger Uebergang bis zu den Verbänden, die von der legalen Reichswehr nicht mehr unterscheidbar waren — außer durch die Tatsache, daß sie über den Rahmen des gesetzlichen 100 000 Mann-Heeres weit hinausgingen. Die Wehrverbände als aktive Klassenkämpfer werden zur politischen Macht. Ihre Linie stimmt keineswegs mehr vollständig mit dem Willen zur Wiederherstellung der aus ihrem Gefüge geratenen kapitalistischen Ordnung überein Denn ihr Ziel ist vor allem die eigene Diktatur. Der Gehorsam, den die Mannschaften dem legalen Offizier schuldeten, pflanzt sich hier in unbedingtem Gehorsam fort. Materiell gesprochen haben die Geheimbünde schließlich nur ihre Geldquelle, ihre Existenzgrundlage geschützt, indem sie die Führer der Geknechteten, vor denen die Herren einmal gezittert haben, beseitigten.

Der Verdunkelung der Klassenstruktur der politischen Morde diente die nationale Presse. Nach den politischen Morden herrschte bei den Parteien, denen der Ermordete nahestand, große Entrüstung: nie wieder darf solches vorkommen! Aber bald flaut die Entrüstung ab. Der Zusammenhang der hoch angesehenen, nationalen, rechtsstehenden Kreise mit diesem wie mit allen politischen Morden ist doch gar nicht nachweisbar. Es handelt sich doch gar nicht um einen politischen Mord. Das Attentat war nur ein Reklametrick des Opfers. Vielleicht hat die eigene Partei ihn umbringen lassen, um den Mord den Nationalgesinnten in die Schuhe zu schieben. So wird der Zusammenhang zwischen der Kapitalschutzgarde und ihren Taten verschleiert. Dies ist möglich, weil keine Aufklärung des Mordes folgt.

Der Grund hierfür ist die monarchistische Einstellung der Verwaltung und der Justiz. Um zu verstehen, wie trotz klarer Gesetze der politische Mord, begangen von Rechts, unbestraft bleiben kann, ja, unter Umständen muß, bedarf es einer Klarstellung der sozialen Funktion des Gesetzes.

Die Gesetze sind nicht freie Erzeugnisse des menschlichen Geistes, die sich dem ewigen Ideal einer klassenlosen Gerechtigkeit in stets wachsender Verbesserung nähern. Ebenso wenig sind sie Richtlinien, auf denen sich die Machtverhältnisse aufbauen sollen. Sie sind vielmehr zeitbedingte Ergebnisse der jeweiligen Herrschaftsverhältnisse und ihr Zweck ist, diese zu sichern. Damit steht nicht in Widerspruch, daß die Gesetze auch einige allgemeine Funktionen des Schutzes erfüllen. Ebensowenig steht damit in Widerspruch, daß man nicht jeden einzelnen Gesetzesparagraphen als Derivat der Herrschaftsverhältnisse, unter denen er entstanden ist, erklären kann. Denn einzelne Gesetze sind auch als Folgen bestimmter individueller Vorgänge entstanden. Der eben gekenn-

zeichnete Zusammenhang bezieht sich vielmehr auf das Herrschaftssystem und den Geist der Gesetze.

Nun ändert sich die soziale Grundlage der Herrschaftsverhältnisse häufig rascher, als man die Gesetze ändern kann. In diesen Fällen müssen sie in einer den jetzigen Interessen der herrschenden Schicht entsprechenden Weise „sinngemäß" gedeutet werden.

Die Revolution hat nicht nach altpreußischen Prinzipien den Staat restlos für sich in Anspruch genommen. Die Behördenspitzen stellen sich formell auf den stets schwankenden Boden der gegebenen Tatsachen. Die lange Herrschaft der Monarchie hat den Republikaner zum Feind des Vaterlandes gemacht. Die Sozialisten stehen außerhalb der gemeinsamen Erde. Solche psychischen Wirkungen bestimmter Machtverhältnisse hören nicht mit diesen automatisch auf. Noch lange wirken sie nach. Die Konterrevolution kann nur den Monarchisten Staatstreue zubilligen. Die Strafverfolgungsbehörden (Polizei, Staatsanwaltschaft, Gericht) handhaben daher die Verfolgung von Rechtsstehenden nicht mit der an sich gebotenen Schärfe. Die wirklichen Täter, ihre Helfershelfer und Mittäter, ihre Hintermänner und intellektuellen Urheber, ihre wirtschaftlichen Hilfsquellen, ihre politische Zusammengehörigkeit zu bestimmten Parteien, zu bestimmten Gruppen, kurz die Gesamtheit der politischen Hintergründe eines solchen Verbrechens dürfen nicht aufgedeckt werden.

Als Liebknecht, Paasche, Gareis, Erzberger, Rathenau ermordet wurden, in jedem einzelnen Fall konnte man glauben, daß das gerecht denkende Bürgertum selbst sich gegen die Mörder empören müsse und ihre Bestrafung durchsetzen werde. Denn der politische Mord gehöre doch nicht zum kapitalistischen System, nicht zur bürgerlichen Herrschaft, selbst wenn sie bedroht ist. Immer wieder haben die Verfahren uns das Gegenteil gelehrt: Die Verdunkelung ist wichtiger als die Aufklärung. Diese Technik war keineswegs einfach. Denn ihr stehen entgegen das gesunde Rechtsempfinden, die bestehenden Gesetze, die aus dem Kaiserreich überkommen sind, der Wille des Gesetzgebers und selbstverständlich die neuen Gesetze, die die Republik zu ihrem Kampf bestimmte.

Die Erschießungen auf der Flucht wurden mit Dienstvorschriften begründet, die aus dem Jahre 1837 stammen. In den 81 Jahren bis 1919 haben diese keine wesentliche Rolle gespielt. Also kann es sich nicht um Zufall handeln, wenn plötzlich, auch in politisch ruhiger Zeit diese Fälle sich häufen. Es müssen systematische Uebertretungen von Dienstvorschriften vorliegen, welche durch spezielle Instruktionen gefördert worden sind. Eine solche Ueberschreitung der Dienstvorschrift stellt natürlich selbst bereits eine strafbare Handlung dar. Denn selbstverständlich besteht stets die Verpflichtung, einen Inhaftierten in guter Verfassung abzuliefern. Die Gerichte haben dies nie prinzipiell untersucht. Auch in den einzelnen Fällen

wurde nicht, oder zum mindesten nicht mit der gebotenen Schärfe, untersucht, ob überhaupt ein Fluchtversuch vorlag. Darüber hinaus wäre zu untersuchen gewesen, ob beim Vorliegen eines echten Fluchtversuchs eine Berechtigung oder Notwendigkeit zum Schießen bestand und ob nicht umgekehrt dieser Fluchtversuch von seiten des Erschießenden provoziert worden war. An Stelle all dieser Untersuchungen trat die Zeugenvernehmung des Erschießenden. Der Anzuklagende wird in eigener Sache vereidigt. Die Konsequenz dieser Methode lautet: in gewissen Zeiten kann beinahe auf jedem Verbrechen die „Todesstrafe" stehen. Noch 1928 ist in Kehl ein Mann wegen eines Paßvergehens, also eines Delikts, das mit einer geringen Geldstrafe gesühnt wird, „auf der Flucht" erschossen worden.

Die meisten politischen Morde sind überhaupt nicht verfolgt worden, obwohl sie den Staatsanwälten schon aus den Zeitungen nicht unbekannt geblieben sein können. Trotzdem das Legalitätsprinzip den Staatsanwalt verpflichtet, ein Verfahren einzuleiten, sobald ihm begründete Nachrichten von solchen Verbrechen zukommen, hat in vielen Fällen überhaupt kein Verfahren stattgefunden. Das Buch „Vier Jahre politischer Mord" wurde an sämtliche in Betracht kommende Staatsanwaltschaften geschickt. Somit war Anzeige erstattet. Nur in einem Fall ist daraufhin ein Verfahren eingeleitet worden, das übrigens auch mit dem üblichen Freispruch endete.

Zur Erhebung der Anklage genügt der Verdacht einer strafbaren Handlung. Trotzdem sind eine Reihe von Verfahren ohne Eröffnung des Hauptverfahrens eingestellt worden, weil der Täter in Putativnotwehr gehandelt haben will, weil er angeblich glaubte, in amtlichem Befehl zu handeln und ähnliches Unglaubwürdige. In andern Fällen sind auf Grund der Plaidoyers der Staatanwälte skandalöse Freisprüche ergangen. In manchen Fällen sympathisierten die Strafverfolgungsbehörden offen mit den Mördern. Dann steht schließlich nicht der Mörder, sondern der Ermordete vor Gericht.

Die Kriegsgerichtsurteile sind regelmäßig für den Täter und gegen den Ermordeten eingetreten. Die Militärgerichte haben zum Teil die Sache jahrelang verschleppt, bis dann nichts übrig blieb, als das Verfahren wegen der Unmöglichkeit der Aufklärung einzustellen. Zudem fällt bei den Kriegsgerichtsverfahren die unglaubliche Länge, Nichtvernehmung von wichtigen Zeugen, Verlorengehen von Akten, häufig auch die Flucht des Täters auf.

In den Fällen, in denen die Mörder angeklagt worden sind, bleiben die Prozesse — hieran besteht eine große Tradition — vollkommen erfolglos. Zwar wird der äußere Vorgang der Tat einigermaßen geklärt. Zwar kennt man die Täter; aber entweder können sie entweichen oder sie werden freigesprochen. Die hinter den Mördern stehenden Mächte werden entweder überhaupt nicht be-

kannt oder zum mindesten nicht angeklagt. Schon ihre Namensnennung ist verpönt. Sie gehören nicht zur Sache. Immer haben die Gerichte bei der wichtigsten Aufgabe, der Aufdeckung der Hintergründe, versagt; immer wieder sind nur die ausführenden Organe angeklagt worden, immer wieder hat sich eine schützende Hand über die Geldgeber und Anstifter gedeckt. Werden aber schon Mitglieder der herrschenden Klasse vor Gericht geschleppt, so werden sie als Zeugen unter Eid vernommen.

Die Unbestraftheit gehört wesentlich mit zum System der politischen Morde: kein Nationalist hat jemals einen Staatsmann der Entente, den er doch auch als Feind des Vaterlandes betrachtete, zu töten versucht. Hier drohte Bestrafung. Außerdem hätte eine solche Tat den Sinn der deutschen politischen Morde, den Klassenkampf des Großkapitals, überschritten.

So sind denn die Mordprozesse schon nach ihrer ganzen Anlage vollkommen vergeblich. Sie reinigen die Atmosphäre nicht, sie lösen keine Spannung, sie klären die Situation nicht. Die politische Lüge ist nachher genau so stark wie vorher. Die politischen Kreise, aus denen die Täter stammen, können nachher sich ihrer neu bewiesenen Unschuld noch rühmen.

Auch dieser Zusammenhang zwischen der deutschen Justiz und den politischen Morden wird von der nationalen Presse geschickt verdunkelt. Zu diesem Zweck wird die Unparteilichkeit und politische Unabhängigkeit der Justiz mit geradezu marktschreierischer Reklame immer wieder verkündet.

Die politischen Morde sind somit das große Werk der Freikorps und der militärischen Verbände. Die hierdurch herbeigeführte Einschüchterung der Arbeiterbewegung ist ein erwünschtes Hilfsmittel des sich bedroht fühlenden kapitalistischen Systems. Mit feinem Gefühl für das politisch Notwendige haben die kapitalistisch und monarchistisch eingestellten Richter diesen Sinn der Morde empfunden und sie unbestraft gelassen. So lange das kapitalistische System — ob mit Recht oder Unrecht, ist gleichgültig — sich bedroht fühlte, durften seine moralischen Prätensionen durch die Bestrafung der Morde nicht geschwächt werden.

Deswegen sind die politischen Morde von Rechts in den Jahren 1919 bis 1923 zu Hunderten unbestraft geblieben. Das Dutzend der Fememorde der Schwarzen Reichswehr aber ist abgeurteilt worden. Selbst wenn man beachtet, daß daneben noch mancher Fememord unbestraft geblieben ist und daß die Urteile im einzelnen unbefriedigend sind, ist hier ein wesentlicher Unterschied zu konstatieren.

Aber er liegt nicht daran, daß man über diese Taten wegen ihrer Systematik, Häufigkeit, Brutalität der Durchführung und des hierdurch geweckten öffentlichen Interesses nicht hinweggehen

konnte. Der „Unterschied" ist vielmehr nur im sozialen Wesen der Zeit begründet, in der die Morde zur Verhandlung standen.

Freispruch und Verurteilung folgen einer Bahn. Als der Kapitalismus noch um seine Macht rang, konnte er es sich nicht leisten, daß seine Vorkämpfer wegen ihrer Untaten bestraft wurden. Dies hätte seine sittlichen Prätensionen zu sehr gestört. Man durfte die Täter nicht verfolgen. Denn man mußte damit dokumentieren, daß es sich um keine ernsthaften Taten handelte oder daß der Ermordete eigentlich sein Los verdiente.

Mit dem Ende der Inflation ist aber der Kapitalismus seiner Herrschaft sicher. Er hat den illegalen Schutz durch die Morde nicht mehr nötig. Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen. Gerade unter der offiziellen Herrschaft der Deutschnationalen werden politische Morde bestraft, weil sie die moralischen Prätensionen der friedlichen Herrschaft des Kapitals untergraben. Die an den Morden beteiligten, untergeordneten Organe dürfen, ja müssen verurteilt werden. Das Kapital fühlt sich so stark in seiner Macht, daß die Fiktion der Gleichheit vor dem Gesetz, die Prinzipien, die man bedroht, über Bord warf, wieder aus dem Winkel hervorgeholt werden, um die Herrschaft der Gerechtigkeit und der Demokratie zu beweisen. So sind auch diese Urteile, ebenso wie die früheren Freisprüche, genau so gefällt worden, wie dies politisch für die Herrschaft des Kapitals notwendig war.

Die Schwarze Reichswehr ist aufgelöst; die Feme existiert nicht mehr. Die politischen Morde haben aufgehört. Also sind alle unsere Betrachtungen überholt?

Nein: Schwarze Reichswehr und Fememorde wirken weiter mit anderen Mitteln. Die Niederhaltung der Arbeiterklasse ist gelungen. Deutschland tritt in die Front der imperialistischen Großmächte ein. Wo früher die Kugel der Fememörder knallte, da tönen heute als wirkungsvoller Ersatz die Landesverratsparagraphen. Die Feme hat eine würdige Traditionskompagnie gefunden. Mit legalsten Mitteln werden heute die alten Zwecke verwirklicht.

Die politischen Morde, die Fememorde, die Schwarze Reichswehr waren nicht einmalige historische Ereignisse. Diese Methoden des Klassenkampfes sind typisch für jeden Zeitpunkt, wo die heute herrschende Klasse bedroht ist. Sie werden wiederkehren, sobald sie notwendig sind. Und die Arbeiterschaft möge wissen: Wenn der jetzige Siegeszug des Kapitalismus zum Stocken kommt, wenn die Demokratie nicht mehr zum Schutz der herrschenden Klasse genügt, am Tag der 51 Prozent, werden Schwarze Reichswehr und Fememorde wieder auferstehen.

Dieser Aufsatz Gumbels ist ein Kapitel aus seinem demnächst erscheinenden Buche „Fememorde".

DIE ARIE DER GROSSEN HURE PRESSE

VON WALTER MEHRING

Jedermann,
Der lesen kann,
Ist meinem Reiz verfallen.
Jedermann, der auf sich hält, er stellt mir nach.
Ueber jeden führ' ich Buch, wenn etwas vorgefallen,
Ob der Unmensch einen Mord, ob ein Gedicht verbrach.
Der Provinzler lernt das Gruseln vor der Sünde,
Und der Künstler schlottert bleich vor der Kritik,
Auch der Staatsmann, daß ich seine Schwächen finde,
Denn ich lüfte die Dessous der Politik.
Das Histörchen und Skandälchen sucht Verbreitung,
Bis die Neuigkeit die ganze Welt durchdringt!
So erscheint an jedem Tag mein Kind, die Zeitung,
Schwarz auf weiß geschmückt und unschuldsvoll geschminkt.
Durch die Straßen ein Getümmel.
Und dann bricht es
Wie aus heiterm Himmel
Des Gerüchtes Donnerwetter:
EXTRABLÄTTER! EXTRABLÄTTER!
Und es wächst die Zeitungsletter
Aus der Rotationsmaschine
Zur Lawine aus Papier!
Und ein Flüstern
Neugierlüstern:
Was ich wohl verbergen mag!
Von der Sensationenfülle
Löst sich Blatt für Blatt die Hülle —
Ich, Frau Presse, bring' es an den Tag!

Jedermann
Der zahlen kann,
Ist meiner Gunst verfallen!
Jedermann, von mir verführt, hat abonniert.
Über jeden führ' ich Buch, wenn etwas vorgefallen,
Ob er sein Geschäft, ob seinen Tod er inseriert.
Jeder Kaufmann buhlt bei mir um die Empfehlung,
Und ein Jüngling sucht bei mir ein liebend Herz,
Ich verkünde voller Scham von der Vermählung,
Voller Tränen von der Hinterbliebnen Schmerz.
Denn die Ware und die Liebe sucht Verbreitung,
Bis die Neuigkeit zu aller Ohren dringt!

III, Nr. 9/10
Menschenrechte, 31. 12. 28 30

„Landesverrat“ im Strafgesetzentwurf.

Von *E. J. Gumbel.*

In zahlreichen Artikeln ist nachgewiesen worden, daß die Handhabung der jetzt gültigen Landesverratsparagraphen durch die Strafverfolgungsbehörden dem Wortlaut wie dem Sinne dieser Gesetze widerspricht, einen Schutz illegaler Vorgänge, worunter sogar Vorbereitung zum Hochverrat fiel, darstellt und die Terrorisierung und Diffamierung politischer Gegner bezweckt. Dies folgt unmittelbar aus der ungeheuren Steigerung der Prozesse wie der Verurteilungen und aus der Konstruktion des früher völlig unbekannten Delikts „Landesverrat, begangen durch die Presse“.

Als Minimum ist demgegenüber gefordert worden, daß die wahrheitsgemäße Bekanntgabe illegaler Vorgänge zum Zweck ihrer Abstellung keinen Landesverrat darstelle. Diese Forderung ist schon formal gesehen einleuchtend, da das Gros der einschlägigen Prozesse wegen Landesverrats, begangen durch die Presse, ja mit Einstellungen geendet hat und ihre Wiederkehr vermieden werden soll. Notwendig ist sie zum Schutz der durch die geheimen Rüstungen bedrohten Arbeiterschaft.

Der von dem deutschnationalen früheren Justizminister Hergt vorgelegte und jetzt zur Debatte stehende Strafgesetzentwurf will umgekehrt die Praxis der Anklagebehörde erhalten; der Strafgesetzentwurf soll das jetzt noch fehlende juristische Fundament liefern. Die Prozesse wegen „Landesverrats, begangen durch die Presse“ sollen von nun an, soweit sie gegen Linksstehende geführt werden, erfolgreich sein.

Zu diesem Zweck wird im § 94 der Begriff der landesverräterischen Fälschung eingeführt, wonach auch die Weitergabe einer falschen Nachricht vollendeten Landesverrat darstellt. Bei künftigen Angaben über geheime Rüstungen der Wehrverbände wird also die Anklagebehörde gleichzeitig die Unwahrheit der betreffenden Nachricht und ihren landesverräterischen Charakter behaupten können. Die Strafe soll bis zu 15 Jahren Zuchthaus betragen. Neu ist auch der Begriff der landesverräterischen Untreue des § 90. Er soll in gleicher Weise eine Verletzung der Interessen des Reichs wie der Länder schützen. Demnach wäre eine „landesverräterische“ Untreue gegen ein Land und zugunsten des Reichs möglich. Dieser Paragraph schützt also ein monarchistisches Land in seinem Kampf gegen die Republik. Wer einen erneuten Abfall eines bayerischen Generals durch loyale Benachrichtigung des Reichs verhindern will, wird wegen Landesverrats bis zu 15 Jahren ins Zuchthaus gesperrt.

Die anderen vorgeschlagenen Paragraphen gehen über die jetzige Praxis noch hinaus. Zunächst prinzipiell: Vorsätzliches Handeln soll nicht mehr nötig sein. Es soll auch einen fahrlässigen Landesverrat geben. Es fehlt nur noch der Landesverrat in absentia. Beim Hochverrat hat ihn das Reichsgericht bereits konstruiert. Zudem wird der Umfang der strafbaren Handlungen erweitert.

Nach § 93 soll eine Mitteilung an einen beliebigen andern als Landesverrat verfolgt werden, falls sie das Wohl des Reiches oder eines Landes gefährdet. Dieser andere braucht nicht mehr im Dienst einer fremden Regierung zu stehen. Er kann eine beliebige Person, auch ein Abgeordneter, in der Praxis natürlich nur ein Abgeordneter der Linken, sein. Selbst wenn derjenige, an den die Nachricht gelangte, sie gar nicht verwertet hat, kann die Mitteilung Landesverrat darstellen. In „besonders schweren Fällen“ steht hierauf lebenslängliches, mindestens aber 10 Jahre Zuchthaus.

Die schärfste Waffe ist der Begriff des „wissentlich in bezug auf einen drohenden Krieg einer feindlichen Macht Vorschub Leistens“ (§ 95). Wer dies tut, soll mit

Zuchthaus nicht unter 5 Jahren, in „besonders schweren Fällen“ zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt werden. Nun kann der drohende Krieg in jede unserer heutigen Situationen hineingelegt werden, und schon eine oppositionelle Meinung kann als Vorschubleisten zugunsten einer feindlichen Macht gedeutet werden. Dieser Paragraph wird einen dauernden Schutz illegaler Vorgänge herbeiführen. Denn die Regierung kann damit die gesamte oppositionelle Presse jederzeit wegen Landesverrats belangen.

Bei den bisherigen Gesetzen war in milderen Fällen Festungshaft vorgesehen. Damit blieben dem Täter die bürgerlichen Ehrenrechte erhalten. Insbesondere konnte ein Abgeordneter, falls seine Wähler die aus ehrenhafter Ueberzeugung begangenen Taten bejahten, auch weiterhin gewählt werden. Nach dem Strafgesetzentwurf droht aber in allen Fällen Zuchthaus, in sogenannten schweren Fällen lebenslängliches Zuchthaus, bei dem neu eingeführten fahrlässigen Landesverrat Gefängnis. Wer zu Zuchthaus verurteilt wird, verliert für immer die Fähigkeit, öffentliche Aemter zu bekleiden. Darüber hinaus kann nach dem Entwurf (§ 98) ohne Rücksicht auf Art und Höhe der Strafe dem Verurteilten die Amtsfähigkeit und das Wahl- und Stimmrecht aberkannt werden. Damit soll das Proletariat der wirkungsvollen Vorkämpfer im Parlament beraubt werden.

Die Landesverratsparagraphen stellen ein geschlossenes, wohldurchdachtes System dar, das die Waffen liefern soll für die Zeiten, in denen sich die Klassenkämpfe noch wesentlich zuspitzen werden. Die Bourgeoisie, deren Ausführungsorgan ja die Justiz ist, fühlt sich durch den inneren Feind heute stärker bedroht als vor dem Kriege. Mindestens eine Million Arbeitsloser stehen ständig vor den Toren. Hier gilt es vorzubauen: der Angriff ist die beste Verteidigung. Dieser Zweck wird natürlich nirgends offiziell zugegeben. Denn Verschleierung des tatsächlich geführten Klassenkampfes ist von seiten der Herrschenden eine eminent wirkungsvolle Waffe. Während die bestehenden Gesetze die Regierung davor schützen sollen, daß ihre Geheimnisse einer anderen bekannt werden, ist es hier der innere Feind, vor dem die militärischen Interessen der illegalen Hilfstruppen geschützt werden sollen.

Die Veränderung der Landesverratsparagraphen entspricht außerdem der Veränderung der Struktur des Krieges. Früher war die militärische Sphäre stark akzentuiert von der zivilen getrennt. Diese Abtrennung ist mit dem Wachstum der Technik immer schwächer geworden. Im kommenden technischen Krieg wird es den Unterschied von Militär und Zivil nicht mehr geben; es gibt nur die gesamte kriegführende Bevölkerung. Der französische Mobilmachungsentwurf hat dies als erster offen zugegeben, und der deutsche Strafgesetzentwurf vertritt diese Auffassung sogar wörtlich: „Infolge der Berührung aller Lebensverhältnisse durch den Krieg hat sich die Anwendung dieser (L. V.) Bestimmungen auf ein weites Gebiet erstreckt. Eine erschöpfende Aufzählung aller in Betracht kommenden Handlungen läßt sich nicht erreichen.“ So ist das militärische Geheimnis jeder gewünschten Ausdehnung fähig.

Im § 97 setzt der Gesetzentwurf feindliche militärische Banden gleich einer kriegführenden Macht. Die vermutlich projektierte Uebernahme privater Verbände in die Reichswehr wirft hier einen merkwürdig verzerrten Schatten voraus.

Der bereits erwähnte § 95 wird jede Aktion gegen einen akut drohenden Krieg, eventuell sogar den Hinweis darauf, daß dieser Krieg völkerrechtlichen Abmachungen des Deutschen Reiches widerspricht, als Begünstigung des Feindes unter fürchterliche Strafen stellen.

Es ist fraglich, ob es im kommenden Krieg überhaupt noch ein beschränktes Kriegsgebiet im jetzigen Sinne geben wird, ob nicht das ganze Land als solches zu gelten hat. In bewundernswerter Voraussicht berücksichtigt dies der Strafgesetzentwurf in § 6, indem er von *Ausländern im Ausland* begangene Handlungen als landesverräterisch bestrafen will. Hier kehrt die Auslieferungsforderung des Versailler Vertrages, eine Bestimmung, die gerade von „nationaler“ Seite als ungeheuerlich bekämpft wurde, als deutsche Forderung wieder. Schon im Frieden kann die auswärtige Politik nunmehr fiktiv mit Hilfe des Strafgesetzbuches geführt werden.

Der Entwurf verfolgt einen dreifachen Zweck. Die illegalen Mittel, durch welche der innere Feind heute bekämpft wird, sollen legalisiert und gestärkt, jedes juristische Rüstzeug, dessen ein kommender imperialistischer Krieg bedarf, soll bereitgestell

werden. Der Entwurf ist somit durchaus zweckentsprechend. Wer ihn bejaht, muß es tun, weil er seinen Zweck, die Verschärfung der Mittel des Klassenkampfes und die Vorbereitung zum imperialistischen Kriege bejaht. Damit ist die Stellung des Sozialisten zum „Landesverrat“ klar: wir wollen die Bourgeoisie der Waffen berauben, die sie zu ihrem Kampf gegen das Proletariat und zur Vorbereitung des imperialistischen Krieges für nötig hält.

Feindliche Handlungen gegen fremde Staaten.

Von *Herrmann Kantorowicz*, Professor der Rechte an der Universität Freiburg i. Br.

Im 5. Abschnitt muß der beschränkte und anachronistische Standpunkt des Kollektivegoismus überwunden werden, als gelte es nur „Störung der Beziehungen zum Ausland“, also Verletzung deutscher Interessen, abzuwehren. Dies ist ein Rückschritt hinter das geltende Recht, das wahrer, zeitgemäßer und menschlicher von „*Feindlichen Handlungen gegen befreundete Staaten*“ spricht. Diese, die Solidarität der Staatenwelt zum Ausdruck bringende Ueberschrift des Abschnitts ist also wieder herzustellen. Entsprechend muß § 112, der wie bisher nur „hochverräterische“ Handlungen gegen den ausländischen Staat unter Strafe stellt, künftig zu einem Verbot auch gewisser „landesverräterischer“ Handlungen erweitert werden. Gegen eine Ueberspannung dieses Gedankens schützt § 116, der verbürgte Gegenseitigkeit voraussetzt. Ich würde also vorschlagen:

„§ 112.

Verräterische Angriffe gegen einen ausländischen Staat.

Wer gegen einen ausländischen Staat eine hochverräterische oder landesverräterische Handlung (§§ 86 bis 88, 90 bis 94) begeht, wird mit Gefängnis bestraft.“

Auch muß, als § 115a, die bisher ganz straflose, aber so ungemein gefährliche „*Grenzverletzung*“ unter schwere Strafe gestellt werden, zumal wenn sie während einer Kriegskrise (§ 118 Absatz 2) begangen wird. Solche Akte bilden den regelmäßigen Vorwand oder Anlaß, um einen geplanten oder vorgeschlagenen Krieg zu entfesseln, oder einen schon entfesselten zu erweitern, und dann dem eigenen Volke einen „Ueberfall“ vorzuspiegeln. So handelte die bulgarische Regierung 1913, so die Regierungen der Mittelmächte 1914, so werden gegebenenfalls unsere Nachbarn 19.. handeln. Vorschlag:

„§ 115a.

Grenzverletzung.

Wer die Grenze eines ausländischen Staates, der mit dem Deutschen Reiche nicht im Kriege ist, bewaffnet überschreitet, um dessen militärische Veranstaltungen auszuspähen, oder feindliche Handlungen zu begehen, wird mit Gefängnis bestraft.

Wird die Tat im Kriege oder zu einer Zeit begangen, zu der wegen des unmittelbar zu erwartenden Kriegsausbruchs militärische Vorbereitungen getroffen werden, so ist die Strafe Zuchthaus, in besonders schweren Fällen Zuchthaus nicht unter 5 Jahren.

Wer die Tat fahrlässig begeht, wird mit Gefängnis bis zu 2 Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.“

Sittlichkeitsdelikte.

Von Justizrat Dr. *Johannes Werthauer*, Berlin.

Die Ausschließung der bei weitem überwiegenden Zahl preußischer Volks-
enossen von jedem wirklichen Einfluß auf die Gestaltung der Gesetzgebung war
n Preußen in dem Dreiklassenwahlrecht zum Abgeordnetenhaus und in der Zu-
ammensetzung des Herrenhauses verankert.

Mannheim Volksstimme

„Sturm über Asien“

28-2-29

Dieser neue aufrüttelnde und mitreißende Russenfilm (Regie: Pudowkin), über den wir bereits in Nr. 47 unter dem Titel „Der Nachfahre des Dschingis-Khan“ einen ausführlichen Artikel veröffentlicht haben, wurde am gestrigen Abend auf Veranlassung der „Volksfilmbühne Mannheim“ von der Direktion des „Capitol“ den Betriebsräten vorgeführt. Ab heute läuft der Film im „Capitol“.

Das Wesen der deutschen und erst recht der amerikanischen Filme ist die Verdrängung: Der soziale Gegensatz darf nicht wahr sein. Er darf nicht existieren. Diese Aufgabe muß den Film verzerren. So wachsen die süßen Helden.

Die russischen Filme bejahen den sozialen Gegensatz. Sie haben nichts zu verschleiern und können deswegen wahr und echt sein. Echte, wirkliche Menschen zeigt dieser Film, der im vorkapitalistischen Milieu mongolischer Nomaden zur Zeit einer weißen Regierung spielt. Bacchantische Maskentänze führen uns die Stärke des magischen Erlebens dieser Primitiven vor. Pelzhändler vollziehen den kapitalistischen Einbruch. Beim Verkauf eines Silberfuchses kommt es zum Krawall, dann zu Kämpfen von Partisanen, bestehend aus Bauern und Eingeborenen, gegen die fremden Truppen der Regierung. Ein gefangener Eingeborener soll „spazierengeführt“ werden, was dem deutschen „Fluchtversuch“ entspricht. Als er schon halbtot im Sand liegt, entdeckt man ein Dokument, das ihn als Nachkommen des Dschingis-Khan ausweist. Er wird gesund gepflegt. Der Klang seines Namens soll die weiße Herrschaft stützen. Aber er bleibt seiner sozialen Klasse treu. Und der Sturm fegt die weiße Herrschaft hinweg

Dieser Film ist groß, weil er — so grauenvolles Geschehen er auch mit unwiderstehlichem Tempo schildert — doch auch zart ist, vieles andeutet, anstatt es kraß zu malen, den Klassenfeind als Menschen darstellt, selbst die seltsame Religion des unsterblichen weißen Lamas, der als Kind stets wiedergeboren wird, nur in ihren sozialen Wirkungen angreift. E. J. G.

E. J. GUMBEL

KLASSENKAMPF UND STATISTIK

EINE PROGRAMMATISCHE UNTERSUCHUNG

110 - AMSTERDAM 1928

E. J. GUMBEL

KLASSENKAMPF UND STATISTIK

Eine programmatische Untersuchung

I. Natürliche und sozial bedingte Grenzen der statistischen Erkenntnis
II. Bevölkerungsstatistik
III. Moralstatistik
IV. Wirtschaftsstatistik
V. Schlussfolgerungen

I. Die Statistik ist eine spezifische Wissenschaft des Kapitalismus, aber auch vom Kapitalismus. *Des* Kapitalismus, weil sie in ihrer heutigen Form erst unter dem kapitalistischen System entstehen konnte. Erst als die Frühperiode des Kapitalismus fest umrissene Staaten mit bürokratischem Apparat entstehen liess, wurde sie notwendig. Das feudale Gemeinwesen hatte sie noch nicht nötig. Hier konnten die geringen Aufgaben der Verwaltung ohne weiteres übersehen werden. Die Statistik ist aber auch eine spezielle Wissenschaft *vom* Kapitalismus, insofern als sie, wenn genügend ausgestaltet, uns theoretisch erlaubt, in die Prozesse der Produktion, der Distribution und der Konsumtion innerhalb des kapitalistischen Systems, als des jetzt herrschenden, Einsicht zu nehmen. In diesem Sinne ist das kapitalistische Wirtschafssystem Voraussetzung und Objekt der Statistik. Die Voraussetzung ist hinreichend, aber nicht notwendig. Denn auch Gemeinwesen, welche den Kapitalismus bereits überwunden haben, werden ohne Statistik nicht auskommen. Je organisierter die Wirtschaft, desto grösser die Rolle der Statistik.

So hat das kapitalistische System der Statistik Entstehung gegeben. Aber es gibt der Statistik auch spezifische Hemmungen und Grenzen, und mit ihnen haben wir uns im folgenden zu beschäftigen. Eine solche Untersuchung ist an sich nicht neu. Schon in den üblichen Lehrbüchern pflegen solche Probleme angeführt zu werden. Aber weder auf die soziale Begründung, noch auf das Wesen dieser Hemmungen wird dort eingegangen. Es sind zu unterscheiden: natürliche Grenzen, die im Wesen der statistischen Erfragungsmöglichkeit liegen, und soziale Grenzen, d.h. Grenzen, die im Wesen des Wirtschaftssystems liegen, innerhalb dessen Statistik getrieben wird. Innerhalb des Feudalsystems sind die Grenzen so eng, dass sie die Statistik unmöglich machen. Innerhalb des Kapitalismus sind sie zwar weit, aber doch von ausserordentlich wirkungsvoller Natur.

Jede Statistik beruht entweder auf einer direkten Befragung der an dem betr. Vorgang Beteiligten oder auf einer aus ursprünglich nichtstatistischen Gründen vorgenommenen Registrierung. Aus beiden Wurzeln ergeben sich auch Grenzen. Die natürlichen Grenzen der Statistik liegen im Wesen der Erfragungsmöglichkeit. Erfragbar im statistischen Sinne sind hauptsächlich numerisch bestimmte einfache Tatsachen, vor allem aus dem Gebiet der unmittelbaren Gegenwart, deren Beantwortung ohne weiteres möglich ist. Praktisch unmöglich in den meisten Fällen ist schon die Ursachenerforschung sowohl bei objektiven, noch mehr bei subjektiven Vorgängen, am stärksten bei Vorgängen, welchen die Menschen aus persönlichen Gründen geheimhalten wollen und deren Bekanntgabe inopportun ist. Obwohl dies noch natürliche, d.h. im Wesen der Statistik liegende Grenzen sind, kommt hier bereits ein sozialer Faktor herein, da der die Beantwortung entscheidende Standpunkt der Sittlichkeit, Schicklichkeit oder der Interessen nicht von der Natur, sondern von den sozialen Umständen bedingt ist. Aus psychologischen Umständen gibt es auch eine Grenze für die Zahl und Häufigkeit der statistischen Fragen, doch hängt dies schon mit dem Grad der inneren Bejahung zusammen, die der Befragte den Interessen der Statistik entgegenbringt, mit seiner eigenen Bildung und seiner Einstellung zum Fragenden, also meistens dem Gemeinwesen. Ein Gemeinwesen mit gehobener allgemeiner Bildung, wo das Bewusstsein herrscht, dass die Regierung im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung wirkt, wird ganz andere und weitergehende Fragen an seine Angehörigen stellen können, aber auch müssen. Eine fernere Grenze der Statistik liegt darin, dass nicht mehr Merkmale erhoben werden sollen, als ausgebeutet werden können. Eine Gemeinschaft, deren Gesamtproduktion planmässig vor sich geht,

wird viel mehr zu fragen haben, aber auch viel mehr Fragen bearbeiten müssen, als die jetzige planlos wirtschaftende Gesellschaft. So wird die Planwirtschaft eine Grenze der statistischen Fragestellung aufheben.

Die spezifisch *sozialen* Hemmungen der Statistik liegen in dem Interesse der herrschenden Klasse begründet, welche nicht erlauben kann, dass diejenigen Dinge der Statistik unterworfen werden, durch deren Bekanntgabe ihre materiellen Interessen leiden, die sozialen Prätensionen und Fiktionen, auf denen ihr System beruht, erschüttert werden. Von diesen Hindernissen pflegt in der üblichen statistischen Literatur nur die Steuerfurcht angegeben zu werden. Aber die Hindernisse sind weit zahlreicher und tiefer veranlagt. Die herrschende Klasse kann dem analytischen Blick der Statistik keine wirkliche Einsicht in manche fundamentale wirtschaftliche und durch sie bedingte soziale Vorgänge gewähren, ohne ihre eigenen Interessen zu verletzen. Neben Begrenzung und Hemmung der Statistik, also Unterlassung von Untersuchungen, treten aber positive Beeinflussungen sowohl in der Richtung der Fragestellung, wie der Ausbeutung des Resultates, wie in der wissenschaftlichen Untersuchung auf. Auch hiermit haben wir uns zu befassen.

Der Zusammenhang dieser, von den Statistikern als Schönheitsfehler anerkannten Mängel mit dem Klassenkampf ist naheliegend. Denn eine herrschende Klasse muss selbstverständlich alle Bildungsmöglichkeiten im Interesse ihrer Herrschaft ausnützen. Hier ist die Statistik ein nicht zu verachtender Faktor. Wenn man die Gesamtheit der Mittel, durch die sich eine herrschende Klasse am Ruder hält, als ihren Klassenkampf bezeichnet, so ist ein ideologischer und ein praktischer Klassenkampf zu unterscheiden. Die Verwendung der Statistik gehört zum größten Teil zum ideologischen Klassenkampf. Schon die Tatsache, dass die Lehrbücher von der sozialen Fundierung der Hemmungen nicht sprechen, ist ein Teil des ideologischen Klassenkampfes. Wenn wir vom Klassenkampfcharakter der heutigen Statistik sowohl in den Lehrbüchern wie in den Quellenwerken sprechen, so darf dies aber nicht dahin aufgefasst werden, als wenn dieser Zustand den betr. Verfassern bewusst sein müsste. Im Gegenteil, gerade die Herbeiführung eines Zustandes mangelnden Bewusstseins ist ein wesentliches Kampfmittel. So dient die sich für objektiv haltende Wissenschaft der herrschenden Klasse als Schutzmittel.

Unsere Arbeit hat ein doppeltes Gesicht. Einerseits negativ zu zeigen, wie innerhalb der Statistik auf Schritt und Tritt Hemmungen auftreten, die eine gründliche Untersuchung in einer Richtung verhindern, in der Resultate zu erwarten wären, welche dem herrschenden System unangenehm sein könnten, andrerseits positiv zu zeigen, welche Waffen schon die heutige unvollständige Statistik der Arbeiterschaft in ihrem Kampf liefern kann.

Innerhalb der heute vorliegenden Statistik existieren wohl Ansätze zu einer solchen sozialen Betrachtung, aber die Zusammenfassung unter einheitlichem Gesichtspunkt fehlt. Eine Aufgabe von diesem Ausmass kann natürlich nicht in einem Artikel gelöst werden; denn an sich setzt sie die Durchsicht der ganzen vorliegenden Statistik und die Aufstellung spezifischer Fragestellungen voraus und verlangt den Aufbau eines neuen Systems, das nur kollektiv geschehen kann. Im folgenden kann es sich also nur darum handeln, zunächst die Gebiete solcher Untersuchungen festzustellen und an einzelnen ausgewählten Beispielen klarzulegen, wie diese kommende Arbeit auszusehen hat. Wir müssen uns also im wesentlichen mit der bescheidenen Feststellung eines Desiderats begnügen.

Zunächst ist falsch angewandte Statistik das beliebteste Mittel des Betrugs. Deswegen ist logische Richtigkeit der Methoden das erste Postulat, das an die Statistik zu stellen sein wird. Dieses allgemeine Problem der richtigen Zielsetzung fällt nicht unter unsere Fragestellung, weil der statistischen Methode an sich ebensowenig ein Klassencharakter innewohnt, wie etwa der Arithmetik oder der reinen Logik. Anfechtbar innerhalb des statistischen Verfahrens können nur einzelne Anwendungen, ja vielleicht das ganze System der bestehenden Anwendungen sein. Der Tiefstand der heutigen Statistik hängt intim mit dem Fehlen einer selbständigen methodologischen Fragestellung zusammen. Diese wiederum ist durch die übliche Verkoppelung der Statistik mit der bürgerlichen Nationalökonomie bewirkt. Diese hat

ihre Unfähigkeit der Erkenntnis der Ursachen der Katastrophen der letzten Jahre und der Mittel ihrer Bekämpfung deutlich genug bewiesen. Die Nationalökonomen haben berechnet, dass der Krieg nur kurze Zeit dauern könne, willfährige Statistiker haben bewiesen, dass dieses oder jenes Land spätestens in 2 Monaten aus ökonomischen Gründen zusammenbrechen müsse; endlich war die Nationalökonomie unfähig, sich rechtzeitig über das doch an sich gewiss einfache Problem der durch die Inflation geschaffenen Geldentwertung klar zu werden und die zur Beseitigung dieses Übels notwendigen Maßnahmen rechtzeitig zu verlangen. Das Elend der Statistik ist nun, dass sie mit einer solchen Wissenschaft, deren Sinn die Bejahung des kapitalistischen Systems geworden, aufs intimste verknüpft ist. Eine sozialistische Ökonomie, die gegenüber den letzten Katastrophen nicht versagt hat, gibt es wohl. Aber es gibt noch keine sozialistische Statistik. So ist der Klassencharakter der heutigen Statistik schon durch ihre Verbindung mit der bürgerlichen Nationalökonomie gegeben.

Im folgenden werden wir den Klassencharakter der heutigen Statistik am Inhalt wie an der Begrenzung an Hand ihrer einzelnen Teile zeigen. Die Statistik zerfällt, abgesehen von der Methodenlehre, in die Bevölkerungsstatistik, in die sogen. Moralstatistik und in die Wirtschaftsstatistik.

II. Zahlreiche Statistiker betrachten es — natürlich ohne es auszusprechen — als die Hauptaufgabe der Bevölkerungsstatistik, die Richtigkeit der *Malthus'schen Theorien* zu beweisen. Danach ist der Haupteinwand gegen die heutige Gesellschaftsordnung, die Tatsache, dass trotz alles Fortschrittes der grösste Teil der breiten Massen im Elend lebt, falsch formuliert. Diese Tatsache sei nämlich nicht die Folge einer falschen Organisation der Gesellschaft, sondern naturgesetzlich notwendig. Die Unterhaltsmittel haben nur die Tendenz, sich arithmetisch zu vermehren. Die Bevölkerung aber hat die Tendenz, sich um einen konstanten Faktor zu vermehren. Also im ersten Fall wird eine Konstante addiert, im zweiten mit einer Konstanten multipliziert. Da die Bevölkerung durch die ihr zur Verfügung stehenden Unterhaltsmittel beschränkt ist, müssen beide Entwicklungstendenzen in Konflikt kommen: am Tisch des Lebens sind nicht genügend Gedecke für alle Gäste. Daher muss der Teil der Bevölkerung, der über die Unterhaltsmittel hinaus vorhanden ist, absterben. Dies kann geschehen durch akute Hungersnot, Krieg oder soziales Elend. Deswegen, so predigt Malthus, brauchen die Arbeiter nur ihre Vermehrung einzustellen und zwar durch geschlechtliche Enthaltsamkeit — nicht etwa durch Verwendung von Geburten verhütenden Mitteln — und das Gleichgewicht ist hergestellt. Da die Arbeiter dies nicht tun, so sind sie an ihrem Elend selbst schuld und kein „System der Gleichheit" kann ihr Elend vermindern. Jeder Versuch einer neuen und gerechteren Verteilung ist unmöglich, da die Bevölkerungsvermehrung sehr rasch die Verteilung stören und den alten instabilen Zustand wieder herstellen würde. Obwohl diese Lehre bereits historisch als politisches Mittel, nämlich zur Bekämpfung des Sozialisten Godwin aufgestellt wurde und sich als ein politisches Mittel des Klassenkampfes darstellt, wird sie noch heute als eine abstrakte, wissenschaftliche Theorie behandelt. So deutlich dies ist, so haben doch selbst hervorragende Sozialisten diesen einfachen Zusammenhang nicht verstanden.

Die Kritik dieser Lehre hat einzusetzen zunächst bei der Behauptung von der geometrischen Vermehrungstendenz der ungehemmten Bevölkerung. Eine solche Bevölkerung ist vollkommen undefiniert und undefinierbar. Sie hat nie existiert und kann nie existieren. Die zugrunde liegende Analogie mit der Vermehrung eines Kapitals durch Zinseszinsen ist widersinnig, da die kleinen Kinder nicht zeugungsfähig sind.

Überdies stellt das Malthus'sche Gesetz ein deutliches Beispiel für ein typisches quid pro quo dar. Es wäre nämlich an sich nicht unmöglich, dass es durch bestimmte wirtschaftliche Vorgänge ausgezeichnete Zeiten gibt, in denen so etwas wie ein Malthus'sches Gesetz gilt, d.h. wo eine durch irgend welche Umstände stark gewachsene Produktivität der Arbeit mehr Menschen Unterhalt gab, die dann durch einen Nachlass in der Produktivität keine Nahrung mehr finden können. Nun versucht ein grosser Teil der bürgerlichen Nationalökonomen ihre Gesetze nicht als Sozialgesetze, sondern als Natur-

gesetze hinzustellen. Sozialgesetze haben nur eine bedingte Gültigkeit, und sie beruhen stets auf der Voraussetzung des Bestehens der jeweiligen Produktionsverhältnisse und der daraus entstehenden Machtverteilungen. Naturgesetze hängen aber nur von im wesentlichen als konstant zu betrachtenden Gegebenheiten ab und sind unabhängig von den sozialen Bedingungen. Indem nun die Angabe der sozialen Bedingungen für die Gültigkeit eines Gesetzes unterlassen oder vielmehr die weitere Gültigkeit der jetzt herrschenden Bedingungen stillschweigend vorausgesetzt wird, versucht man ein solches Gesetz als allgemein gültig zu postulieren und dadurch jeden Widerspruch nicht nur als erfolglos, sondern als a priori unsinnig hinzustellen.

In neuerer Zeit ist übrigens durch die fallende Geburtenziffer der Grundbau der Malthus'schen Theorie unterhöhlt. Trotz der unzweifelhaften Besserung der sozialen Lage, die für den Durchschnitt der Gesamtbevölkerung Europas seit den Zeiten von Malthus eingetreten ist, vermehrt sich die Bevölkerung heute nicht stärker als damals; im Gegenteil, überall fällt die Geburtenziffer. Nun wird umgekehrt wie früher in der Entvölkerung die Gefahr gesehen. Die Vermehrung der Bevölkerung gilt als ein schon an sich erstrebenswertes Ziel. Dies vermögen wir nicht einzusehen. Denn diese Auffassungen laufen meist auf eine — wenn auch häufig unbewusste — Annahme des militärischen Standpunktes hinaus. Danach hat ein grösseres Volk ein Anrecht auf ein grösseres Gebiet, d.h. die in ihm herrschende Schicht das Recht, sich durch Ausbeutung grösserer Gebiete grössere materielle Güter anzueignen. Da die Erwerbung neuer Gebiete somit ein Glück für „das Volk" ist, und da ein Sinken der Geburtenziffer die Zahl der Soldaten vermindert, die man zu solchen Eroberungskriegen braucht, so wird sie als Unglück betrachtet. Das offene Zugeständnis dieser Argumentation ist selten. Daher haben sogar Sozialisten sich solchen Gedankengängen angeschlossen. Gewöhnlich wird die Argumentation verschleiert. Man spricht von der Gefahr des Aussterbens einer Rasse und ähnlichem mehr. Demgegenüber muss zuerst der soziale Standpunkt vertreten werden: Natürlich wäre das Aussterben einer Nation wegen der Kulturwerte, die jede Tradition verkörpert, auch für den Sozialisten bedauerlich. Aber von solchen Konsequenzen sind alle Nationen heute ausserordentlich weit entfernt, besonders deswegen, weil neben der Geburtenziffer auch die Sterbeziffer gesunken ist, und noch weiter gesenkt werden könnte, sodass die praktische Rate der Bevölkerungsvermehrung selbst bei sinkender Geburtenziffer erhöht werden könnte. Es könnte sogar unter Umständen die sinkende Geburtenziffer für die Arbeiterschaft ein Vorteil sein, wenn nämlich hierdurch die industrielle Reservearmee sich vermindern würde. Doch wird hiervon schon wegen der Einwanderung praktisch nicht die Rede sein können. Ausserdem kann, wenn auch nur unter gewissen Bedingungen, ein Fallen der Geburtenziffer in einem übervölkerten Land eine Erleichterung manchen sozialen Drucks erwirken. Dabei ist jedoch zu beachten, dass der Begriff der Übervölkerung einer objektiven Bedeutung entbehrt. Vielmehr hängt der Grad der Übervölkerung von dem herrschenden Wirtschaftssystem und dem Mass seiner jeweiligen Leistungsfähigkeit ab. In den letzten Jahren konnte z.B. der grösste Teil Europas, gemessen am Ertrag des jetzt herrschenden Wirtschaftssystems, als übervölkert angesehen werden. Denn die wirtschaftliche Schädigung des Krieges, während dessen 4 Jahre nichts produziert wurde, und des Nachkrieges, die durch die Art der Friedensschlüsse und die Methode ihrer Erfüllung, d.h. die Verteilung der aus ihr erwachsenen Lasten hervorgerufen sind, endlich die Verluste in den arbeitsfähigsten Altersklassen bewirkten, dass für die Übrigbleibenden ein geringeres Mass von Produkten zur Verfügung stand, als vor dem Krieg. Trotz dieser Erkenntnis sind die Nationalökonomen, z.B. in Deutschland, von den einfachsten Forderungen einer praktischen Bevölkerungspolitik, die sie von ihrem bürgerlichen Standpunkt hätten stellen können, zurückgewichen, wie Aufhebung des Verbots der Abtreibung, Beschlagnahme von Siedlungsland, um hierzu geeignete Teile der Stadtbevölkerung auf dem Lande unterzubringen, und zwangsweise Ausschaltung objektiv degenerierter Bevölkerungsteile von der Erzeugung einer die Gemeinschaft belastenden Nachkommenschaft. Denn solche Massnahmen — obwohl innerhalb des Rah-

mens der heutigen Gesellschaft durchführbar — scheinen doch revolutionär.
Übervölkerung ist also wesentlich sozial bedingt, was man auch daraus sieht, dass das bevölkerungsarme Irland alle Kennzeichen der Übervölkerung aufweist.
Die üblichen Argumente gegen die fallende Geburtenziffer sind von unserem Standpunkt unberechtigt. Allerdings tritt für die Sozialisten ein neues Argument auf: eine abnehmende Geburtenziffer hat den Nachteil, dass die relative Grösse der unproduktiven Altersklassen stets zunimmt. In den künftigen Jahren, in denen die jetzt Geborenen arbeitsfähige Altersklassen sind, wird auf sie bei einer gerechten Verteilung der Produktion weniger entfallen können, da eine immer wachsende unproduktive Schicht erhalten werden muss. In der kapitalistischen Gesellschaft allerdings spielt dieser Nachteil gegenüber den sonstigen Ungerechtigkeiten der Distribution keine Rolle.
In engem Zusammenhang mit den allgemeinen Problemen der Bevölkerungsstatistik stehen die Untersuchungen über Geburtlichkeit und Sterblichkeit. Hauptproblem ist hier für uns die *Gesundheit der einzelnen Klassen:* sind die Menschen vor dem Tode gleich? Schon relativ einfache Betrachtungen zeigen, dass die Sterblichkeit vom sozialen Rang des Individuums abhängt, d.h., dass die Gesundheit als statistische Erscheinung klassenmässig fundiert ist.
Ein besonders wichtiges Problem ist die so differenzierte Erfassung der Kinder- und Säuglingssterblichkeit. Die Säuglingssterblichkeit hängt nämlich mit der Höhe der Geburtenziffer, aber auch mit der sozialen Lage zusammen. Bereits beim Eintritt in das Leben als Säugling ist der Proletarier stärker bedroht als der Bürger. Dies zieht sich durch sein ganzes Leben dahin. Daher interessieren Untersuchungen, wie die einzelnen Klassen durch die verschiedenartigen Krankheiten bedroht sind. Einzelne Untersuchungen über die spezifischen Berufen eigene Sterblichkeit liegen bereits vor. Solche Untersuchungen sind vor allem um dessentwillen schwierig, weil nirgends in der Statistik die Klassenlage isoliert auftritt; vielmehr ist sie stets mit anderen Merkmalen, z.B. Geschlecht, Alter, Beruf, Wohnort usw. verbunden. Daher gilt es, eine reinliche Differenzierung nur nach einem Punkt, der sozialen Lage, durchzuführen. Innerhalb der gewöhnlichen Statistik ist dies technisch gar nicht möglich, man braucht vielmehr hierzu die mathematische Theorie der Attribute.
Der grösste Teil der heute bestehenden Krankheiten ist irgendwie sozial fundiert, aber die heutige Bekämpfung greift nur die äusseren Symptome an und läßt die inneren sozialen Ursachen der Krankheitsverbreitung unberührt. Allerdings gibt es auch Krankheiten, bei denen bisher die soziale Komponente nicht nachgewiesen werden konnte. Es wäre interessant zu untersuchen, ob dies eventuell an Beobachtungsfehlern liegt. Bei der Tuberkulose und ähnlichen Krankheiten ist der Einfluss der sozialen Lage augenscheinlich. Aber ist er es auch beim Krebs?
Bei der Todesursachenstatistik zeigt sich eine interessante Beschränkung. Zwar sind die Schemata der Todesursachen sehr fein ausgearbeitet; auf zahlreichen Kongressen haben sich die Statistiker darüber geeinigt, wenn auch die praktische Durchführung dieser Normalisierung noch nicht erfolgt ist. Aber überall fehlt die für uns wichtigste Todesursache, das Verhungern. Nur ganz ausnahmsweise erfahren wir etwas über diese sozial interessanteste Todesursache: dann nämlich, wenn es plötzlich das Interesse einer Regierung ist, nicht zu beweisen, wie gut, sondern wie schlecht es in ihrem Lande aussieht. Diesem Interesse verdanken wir das Wissen um die Tatsache, dass in Deutschland während des Krieges etwa 700.000 Menschen verhungert sind. Das wurde erst 1919 errechnet und bekanntgegeben. Vorher galt es für die Ärzte und Statistiker zu beweisen, dass das Hungern gesundheitsfördernd sei. Erst als man glaubte, durch solche Verzweiflungsschreie gute Friedensbedingungen zu erhalten, wurde diese Fragestellung interessant. Eine genaue Todesursachenstatistik, die dieses Moment, das teils direkt, zum grössten Teil aber indirekt wirkt, mit berücksichtigt, ist zu fordern.
Das Ziel all dieser Untersuchungen wäre eine Sterblichkeitsstatistik des Proletariats, die in der Aufstellung eigener Sterbetafeln gipfeln müsste. Aus diesen könnte man dann das bevölkerungsstatistische Facit der Ausbeutung ziehen und schliessen, ein wie grosser Teil der Lebenserwartung durch die mit

dem kapitalistischen System verknüpfte Ausbeutung der Arbeiterklasse weggenommen wird.

III. Moralstatistik.

Kein Gebiet der Statistik ist so sehr durch natürliche Grenzen eingeengt, wie die Moralstatistik. Denn die Statistik kann selbstverständlich keine sittliche Charakterisierung geben: zunächst schon, weil solche Charakterisierung durchaus relativ, darüber hinaus, weil moralische Leistungen nicht als Massenerscheinungen zahlenmässig gemessen werden können. Wohl aber kann sie von Dingen berichten, die ein moralisches Interesse haben. Allerdings hat die Moralstatistik einen wesentlich negativen Charakter. Eine weitere Hemmung ergibt sich aus dem wesentlich sekundärstatistischen Charakter der Moralstatistik. Sie muss sich stützen auf nicht statistische, verwaltungsmässige Erhebungen insbesondere juristischer Natur, und hierdurch wird die Moralstatistik nicht nur eine Statistik des an sich moralisch Interessanten, sondern auch ein Ansatz zu einem moralischen Gradmesser einer Gemeinschaft. Aber nicht in dem Sinn, dass man aus ihr — wie dies naive Beobachter meinen mögen — etwas über den moralischen Charakter einer Bevölkerung aussagen kann. Sie gibt umgekehrt ein Mass der Diskrepanz zwischen den nun einmal im Menschen vorhandenen und durch das Wirtschaftssystem geweckten Trieben und dem Charakter der Zwangsorganisation, die die jeweils herrschende Klasse ihm überordnet. Somit und nur somit können wir die Moralstatistik auch zur sittlichen Charakterisierung des Kapitalismus verwenden.

Moralstatistisch interessant kann für uns auch die Berufsstatistik werden. Denn es gibt Berufe, deren statistische Erfassung spezifisch soziale Schwierigkeiten bietet. Abgesehen von den nicht offiziell angegebenen Berufen, wie etwa Berufsdiebe, Berufseinbrecher, Zuhälter usw., gibt es Berufe, die obwohl nicht strafbar, doch als sittlich anstössig gelten, wie die Prostitution. Wenn etwa in einer offiziellen Statistik von den Tausenden von Prostituierten, die die Grosstädte bevölkern, die Rede ist, so mag es vorkommen, dass der oberste Statistiker seinen Posten verlassen und der betr. Band eingestampft werden muss.

Das Hauptgebiet der Moralstatistik ist die Kriminalstatistik. Hier ist zu fragen, ob die Statistik ein Mass der wirklichen Verfehlungen gibt. Selbstverständlich kann die offizielle Kriminalstatistik nur die entdeckten und juristisch verfolgten Verbrechen behandeln. Hier ist unter Umständen Platz für private Ergänzungen, welche die Dinge aufdecken, die offiziell nicht wahr sein sollen. Zwischen der wirklichen Verfehlung und der durch die offizielle Statistik erfassten klafft eine Lücke. Beide müssen nicht proportional gehen. Die Erfassung hängt vielmehr sowohl vom Charakter der Tat wie vom Charakter des Täters ab: „Die kleinen Diebe hängt man, die grossen lässt man laufen." Endlich gibt es Verbrechen, bei denen ein sozusagen moralisches Interesse besteht, dass sie nicht allzu sehr bekannt werden, wie z.B. die Abtreibung.

Ob also ein fester Prozentsatz zwischen begangenen und ermittelten Verbrechen besteht, ist zweifelhaft. Durch den Klassenkampfcharakter der Justiz ist der Klassenkampfcharakter der Moralstatistik bestimmt. Ihr Klassencharakter ist also nicht originär. Die Moralstatistik gibt auch deswegen keine Möglichkeit der Erfassung der Moral, weil wir kaum die Möglichkeit der Erfassung individueller Motive haben. Wohl aber haben wir einen gewissen Einblick in die sozialen Ursachen.

Die Kriminalstatistik lässt den zerstörenden Einfluss erkennen, den die jetzige Verteilung des Eigentums und die hieraus erwachsenen Gesetze mit sich bringen. Dass ein grosser Teil der Verbrechen hierauf zurückzuführen ist, ist altbekannt. Ein so konservativer Gelehrter wie Georg v. Mayr (Die Gesetzmässigkeit im Gesellschaftsleben) kam schon 1877 zu der bemerkenswerten Folgerung: „Es hat in der Periode von 1835—1861 im bayrischen Gebiet diesseits des Rheins so ziemlich jeder Sechser, um den das Getreide (durch Zoll) im Preis gestiegen ist, auf je 100.000 Einwohner einen Diebstahl mehr hervorgerufen, während andrerseits das Fallen der Getreidepreise um einen Sechser bei der gleichen Zahl von Einwohnern je einen Diebstahl verhütet hat."

Genau wie in der Bevölkerungsstatistik, so gibt es auch in der Moralstatistik einen Pfad, der den Kapitalismus aus solchen Folgerungen retten will. Hier ist es die Lom-

broso'sche Lehre vom geborenen Verbrecher. Danach stellt der Verbrecher einen spezifischen, oder, fort biologisch definierten Teil der Gesamtbevölkerung dar, etwa wie die Rothaarigen.
Er hat eine bestimmte Erbmasse und soziale Einflüsse können höchstens bewirken, in welche Richtung das Verbrechen geht. Nun gibt es zweifellos Verbrechen, besonders solche, die einen Beruf darstellen, zu denen eine ganz bestimmte Anlage gehört und die ohne diese Anlage nicht denkbar sind. Aber dieser Gedankengang ist doch zu praktisch für den Kapitalismus, um wahr sein zu können. Denn er befreit ihn von jeder Schuld.
Dieser Lombroso'schen Lehre steht die Auffassung gegenüber, wonach alle heutigen Verbrechen auf der kapitalistischen Gesellschaftsordnung beruhen.
Beide sind zu verwerfen, denn es gibt zweifellos Verbrechen, wie etwa die auf sexueller Basis, Vergewaltigungen, Eifersuchtsdramen etc., die den Sturz des Kapitalismus überleben werden. Sie werden natürlich ihre Form ändern. Vielleicht werden sogar neue Verbrechen auftauchen. Eine Untersuchung, ein wie grosser Teil der vorhandenen Verbrechen auf die kapitalistische Gesellschaftsordnung allein zurückgeht, ist zwar ausserordentlich schwer, aber ihre Durchführung ist zu fordern.
Nur von diesem Standpunkt, wonach die Höhe der Bestrafungen ein Anzeichen des Widerspruchs des herrschenden Systems mit den Trieben der Menschheit ist, interessiert uns die Bestandsmasse der Gefängnisbevölkerung, oder die hieraus mit Hilfe der Absterbeordnung zu berechnenden Zahl der Bestraften in der Gesamtbevölkerung. Von besonderem Interesse ist auch die Zahl der Rückfälligen, da sie ein deutliches Anzeichen dafür ist, wie der einmal Bestrafte — ob zu Recht oder Unrecht, steht dahin — keine Möglichkeit der Rückkehr in die „geordnete" Gesellschaft mehr hat.
Innerhalb der Justizstatistik interessieren uns auch die Methoden des Strafvollzugs, weil sich hier sozial bedingte interessante Differenzierungen zeigen. Hierunter fallen die Amnestien, weil sowohl der Zeitpunkt wie die Ausdehnung einer solchen Amnestie ein wesentliches Mittel des Klassenkampfes werden kann. Vielfach wird als Mass der Ausdehnung einer Amnestie die Zahl der von ihr Betroffenen angeführt. Entsprechend pflegt man häufig der Zahl der Verurteilten die Zahl der Begnadigten gegenüberzustellen, um so zu ermitteln, ein wie grosser Teil der Verurteilten begnadigt wurde. Dies ist irreführend, weil es nicht auf die Zahl der Verurteilten und Begnadigten, sondern auf die Dauer der Verurteilungen und die Dauer der verbüssten Jahre, also auf die Zahl der begnadigten Jahre ankommt.
Ein in Zeiten akuter Klassenkämpfe besonders interessantes Gebiet der Statistik ist der politische Mord. Zwar spielt dieser bei der Todesursachenstatistik keine Rolle, wohl aber bei der Kriminalstatistik.
Der politische Mord ist zu definieren als ein aus politischen Gründen begangener Mord, wobei aber auch unpolitische Nebengründe auftreten können. Wesentlich ist die Unterscheidung des politischen Mordes von den bei Strassenkämpfen, kampfähnlichen Handlungen oder Demonstrationen Gefallenen einerseits und den Opfern standrechtlicher Gerichte andrerseits. Dabei fällt natürlich das Mass der Legalität solcher Gerichte stark ins Gewicht. Zweifelhaft wird die Zugehörigkeit zum Begriff des politischen Mordes in den Fällen, in denen die schiessende Partei behauptet, angegriffen worden zu sein. Ein andrer schwieriger Punkt sind die Lynchungen. Hier wird man vor allem zu unterscheiden haben, ob dieselben von einer Masse, innerhalb deren die Disziplinargewalt gilt, vorgenommen wurden oder nicht. Der erstere Fall dürfte mit zu den politischen Morden zu rechnen sein.
Bei politischen Morden selbst ist zu unterscheiden, ob sie revolutionär oder konterrevolutionär sind. So einfach diese Unterscheidung auch scheint, so bietet sie doch Schwierigkeiten, da man sowohl die politische Stellung des Täters wie die des Ermordeten als Ausgangspunkt nehmen kann und je nachdem zu ganz verschiedenen Resultaten kommt. Ferner wäre zu unterscheiden nach Methoden der Morde, wobei man geeigneterweise auch Urteile der Gerichte zugrunde legen kann. In diesen Methoden nämlich spiegeln sich selbst ganz spezifische Fiktionen wieder. Ferner sind die Morde zu unterscheiden je nach dem Grad der Vorbereitungen zu ihnen. Als höchste Form dürfte der Fememord betrachtet werden, bei dem

der Mörder Angehöriger derselben politischen Geheimorganisation ist wie der Ermordete.

Dies waren einige Beispiele, wo die Moralstatistik vom Standpunkt des Klassenkampfes interessant ist. Prinzipiell ist die Güte einer Kriminalstatistik ein partielles Anzeichen für die Schärfe des Klassencharakters eines Staates. Es ist sicher kein Zufall, dass das zaristische Russland eine geradezu ideale Ordnung des statitischen Urmaterials der Kriminalstatistik besass.

IV. Das wesentlichste Gebiet, wo die Resultate der Statistik für den Sozialisten interessant, ja ausschlaggebend sind, ist die Wirtschaftsstatistik. Hier ist es vor allem die Dynamik der Ereignisse, die uns interessiert, die Aufdeckung der Entwicklungstendenzen und der Nachweis kausaler Beziehungen.

Die Wirtschaftsstatistik wäre nach ihrem Programm der Ausgangspunkt für eine Nachprüfung der sogen. Gesetze der Nationalökonomie. Diese deduktiven Ableitungen von Gesetzen der Preis- und Einkommensbildung, von Gesetzen des Wirtschaftslebens, welche unter der Annahme der Herrschaft des ökonomischen Prinzips, unbeschränkter wirtschaftlicher Freiheit und freier Konkurrenz oder unter dem Einfluss von partieller Ausschaltung dieser Prinzipien oder endlich — und dies ist das Wesentliche — unter dem Einfluss bestimmter Konzentrationsformen herrschen sollen, haben aber mit den aus der Empirie gefundenen Tatsachen heute noch fast keinen Zusammenhang. Und zum Teil können sie es nicht haben, weil sie keinen zahlenmässigen Charakter tragen. Deswegen können sie durch die Tatsachen weder bestätigt noch widerlegt werden. Denn der Wirklichkeit fehlen alle Voraussetzungen der reinen Theorie, insbesondere die Möglichkeit, einzelne Faktoren zu isolieren. Die Statistik liefert eine Reihe konkurrierender Faktoren. Sie kann daher die Beweiskraft des abstrakten ökonomischen Gedankenganges im allgemeinen weder bestärken noch erschüttern. Denn ihre Regelmässigkeiten und Entwicklungstendenzen sind nicht die Gesetze, nach denen die Nationalökonomie fragt. Um die eigentlich naturgemässe Frage der Übereinstimmung von Theorie (Nationalökonomie) und Erfahrung (Wirtschaftsstatistik) lösen zu können, müssten beide Instrumente erst viel weiter entwickelt werden. Vielleicht geht die Brücke gar nicht in der heutigen Richtung.

Sie wird vermutlich führen von der mathematischen Theorie des Wirtschaftslebens zur mathematischen Statistik. So versagt die Wirtschaftsstatistik in dieser ihrer ersten Aufgabe und zwar aus methodologischen Gründen.

Eine wirklich durchgeführte Wirtschaftsstatistik hätte für uns aber noch eine zweite Bedeutung. Sie wäre eine Voraussetzung für eine durchorganisierte Planwirtschaft, da sie uns die notwendigen Angaben über die vorhandenen Produkte, Produktionsmöglichkeiten und Zahl der notwendigen Konsumtionsgüter liefern würde.

So hätte die landwirtschaftliche Statistik die Aufgabe, uns die Art der Bodenbenutzung, die Grösse der Anbaufläche und vor allem die Grösse der Ernte zu zeigen. Aber nirgends sind statistische Angaben so unsicher, wie auf diesem Gebiet. Denn das steuerliche Interesse steht in unlösbarem Widerspruch zum Interesse an der statistischen Wahrheit. Von einer wirklich durchgeführten Bestandsaufnahme war hier noch niemals die Rede. Vollkommen fehlt auch eine Aufstellung über die Rentabilität der Landwirtschaft. Ihr Zweck wäre, die verschiedenen Zweige der Landwirtschaft daraufhin zu untersuchen, welche Faktoren die Rentabilität beeinflussen, um so die verschiedenen Stufen zu vergleichen. Dies wäre der Ausgangspunkt einer wirklich rationellen Landwirtschaft.

Dieselben Gründe, welche das Fehlen einer landwirtschaftlichen Produktionsstatistik bewirken, verhindern erst recht die Aufstellung einer gewerblichen Produktionsstatistik, welche ausgehend von der in der Betriebsstatistik festgestellten Ausrüstung der Betriebe die gewerbliche Produktionsleistung erfassen sollte. Hierzu wäre Kenntnis des bearbeiteten Materials der hergestellten Erzeugnisse nach Art, Menge und Wert, ferner des Werts der empfangenen Hilfsarbeit nötig. Zweck wäre, zunächst die Bestimmung der Werterhöhung durch den Produktionsprozess, weitergehend die Produktivität der gesamten Volkswirtschaft. Hier sind nur ganz primitive Ansätze vorhanden.

So versagt die Wirtschaftsstatistik in ihrer zweiten Aufgabe, weil das Bekanntwerden der Gesamtheit der Produktionsmittel dem Interesse der Besitzer dieser Produktionsmittel widerspricht.

Im folgenden haben wir uns daher auf die heute vorliegende Wirtschaftsstatistik zu beschränken. In ihr geht die Verwendung der Statistik als ideologisches Mittel des Klassenkampfes vielfach ganz unmittelbar über in die Verwendung zum praktischen Klassenkampf. Und in dieser Aufgabe pflegt die Wirtschaftsstatistik nicht zu versagen. Während dieses Moment innerhalb der Bevölkerungs- und Moralstatistik zwar eine wichtige, aber nicht ausschlaggebende Rolle spielt, ist es innerhalb der Wirtschaftsstatistik der entscheidende Faktor. Angesichts der Unmöglichkeit, die ganze vorliegende Wirtschaftsstatistik zu betrachten, sollen nur einige wenige, aber wichtige Probleme hervorgehoben werden.

Ausgangspunkt jeder sozialistischen Forderung ist die Tatsache der ökonomischen Ungleichheit der Menschen. In der Frühzeit des Kapitalismus, als die politische Machtverteilung noch in deutlichem Widerspruch mit den Produktionsverhältnissen stand, hat die hieraus erwachsene Forderung vielfach die Form der „Gleichheit vor dem Gesetz" angenommen. Diese Formel schien den zwar wirtschaftlich inhomogenen, aber in ihren Bewusstseinsstufen noch undifferenzierten Massen der Opposition des Feudalismus wesentlich. Stärker als andere Beweismethoden zeigt uns die Wirtschaftsstatistik, dass diese Forderung längst überholt ist. Die strikt durchgeführte Gleichheit vor dem Gesetz hat weit mehr faktische Ungleichheiten geschaffen, als sie jemals in den Wirtschaftsstufen der Feudalzeit vorhanden waren. Die Verschiedenheiten der beruflichen Gliederung haben sich unerhört vergrössert. Die beruflichen Gesamtheiten sind stärkere Gruppen geworden, als es jemals die alten Klassen und Zünfte waren. Arm und Reich unterscheiden sich stärker, als jemals in der Zeit der Ungleichheit vor dem Gesetz. Die Gleichheit vor dem Gesetz hat ihren Zauber verloren. Denn wie Anatole France gesagt hat, besagt sie nur, dass den Armen wie den Reichen verboten ist, unter Brücken zu schlafen oder Brot zu stehlen. Die kapitalistische Wirklichkeit hat uns gezeigt, dass mit dieser formellen Gleichheit die materielle Gleichheit nicht verbunden ist. Im Gegenteil, die sozialistische Lehre hat bewiesen, dass der kapitalistischen Wirtschaft ein ganz spezifisches Entwicklungsgesetz, nämlich die Verschärfung der Gegensätze innewohnt. Auch hier ist die Wirtschaftsstatistik Prüfstein.

Das angebliche Versagen dieser *Verelendungstheorie* spielt in der antisozialistischen Literatur eine grosse Rolle. Zwar hat sich die ökonomische Lage der Arbeiterschaft seit der Zeit des Kommunistischen Manifestes unzweifelhaft gehoben. Aber diese Fragestellung ist falsch gewählt. Worauf es ankommt ist nämlich, ob der Anteil der Arbeiterschaft am Gesamtprodukt sich gehoben oder gesenkt hat, oder anders gesagt, ob die Hebung seiner materiellen Lage genau so stark war, wie die Hebung der Lage der Bourgeoisie. Endlich müsste noch geprüft werden, ob der für Kulturbedürfnisse über die bare Lebenshaltung hinaus zur Verfügung stehende Teil des Lohnes gefallen oder gestiegen ist. Solche Untersuchungen liegen fast nicht vor, doch zeigen schon die geringen vorhandenen Ansätze, daß die Lage der Bourgeoisie sich in den meisten Ländern ausserordentlich viel stärker gehoben hat, als die der Arbeiter.

Einen Ersatz für diese Statistiken liefern die Statistiken der *Einkommen- und Vermögensverteilung*. Sie geben einen Aufschluss über die Konzentration, d.h. über die Frage, ein wie grosser Teil der Bevölkerung sagen wir die Hälfte des Einkommens oder des Vermögens der Gesamtbevölkerung besitzt. Bei einer gleichmässigen und bei einer zufälligen Verteilung besässe die Hälfte der Menschen auch die Hälfte dieser Beträge. Tatsächlich gibt es Verteilungen, bei denen noch nicht 10 % der Bevölkerung die Hälfte des Vermögens besitzt. Da diese Tatsache wie keine andere geeignet ist, ein Argument für die sozialistischen Forderungen zu sein, so versteht es sich von selbst, dass die Einkommens- und Vermögensstatistiken nicht in der Form aufgestellt und publiziert werden, dass dies ohne weiteres entnommen werden kann. Vielmehr pflegen solche Statistiken meistens in ausserordentlich komplizierter Form aufgestellt zu werden. Wichtig ist übrigens die von Pareto gemachte Feststellung, dass es nicht gelingt,

die Vermögensverteilung auf eine zufällige Verteilung zurückzuführen. Vielmehr gilt hier eine prinzipielle andere Verteilungsform. Das Maximum ist nicht in der Mitte, sondern am unteren Ende: die Ärmsten sind die Häufigsten.

Es interessiert, ob diese Verteilung stabil ist oder ob sie sich noch weiter zuspitzt. Die Besetzung der untersten Stufe nimmt natürlich absolut zu, da die Bevölkerung zunimmt. Daher muss gefragt werden, ob sie auch relativ zunimmt und ob sie stärker zunimmt als die Bevölkerung, ob also die plutokratische Entwicklung zunimmt, ob die Armen ärmer werden oder ob die absolute Höhe des Gesamteinkommens der obersten Schicht der Arbeiter sich hebt, wie dies in Amerika der Fall zu sein scheint, und ob diese Hebung in einem adäquaten Verhältnis zur Steigerung der Produktivität steht. Übrigens pflegen die vorhandenen Einkommensstatistiken insofern ungenau zu sein, als die niedrigsten Einkommen, da sie nicht von den Steuern erfasst werden, auch statistisch nicht erfasst werden. Über diese niedrigste Stufe wird man zu Ansätzen gelangen durch eine Armenstatistik, die die Zahl der unterstützten Armen im Prozentsatz der Bevölkerung gibt. Wenn man nicht von den Zensiten, sondern von der berufstätigen Bevölkerung ausgeht, wird die Konzentration viel stärker, als es nach den vorhandenen Statistiken scheint.

Eine noch stärkere Konzentration als das Einkommen der physischen weist übrigens das Einkommen der juristischen Personen auf. Hier gibt es Fälle von Konzentrationen, bei denen 1 % aller Gesellschaften etwa 75 % des Einkommens aller Gesellschaften besitzen.

Diese Untersuchung des Konzentrationsproblems führt schon infolge der steuertechnisch bedingten Ungleichheit der angewandten Stufen über den Bereich der gewöhnlichen Statistik hinaus in die mathematische Statistik.

Eine besondere Rolle hat in der letzten Zeit die Statistik des *Aussenhandels* gewonnen, da verschiedene Regierungen auf die einfachste Steuermethode der Geldverschlechterung zurückgegriffen haben. Daher musste die offizielle Presse die Inflation als Notwendigkeit hinstellen. Beweismethode war die Statistik. Die Begründungen der Inflation sind zo zahlreich, dass wir nicht alle auf ihren statistischen Kern hin untersuchen können. Daher sei nur eine behandelt. Sie lautete: passive Handelsbilanz, daher Notwendigkeit der Deckung der Aussenhandelsschuld durch das Drucken von Noten: hierdurch Entwertung der Währung, hierdurch Preissteigerung und die Notwendigkeit, den Staatshaushalt durch weiteres Notendrucken in Ordnung zu bringen.

Diese Argumentation interessiert uns, da die Inflation in den kapitalistischen Staaten auch ein spezifisches Mittel zum Drücken der Löhne ist. In ihr sind eine ganze Reihe von Trugschlüssen enthalten. Es genügt, auf die drei wichtigsten hinzuweisen. Die finanziell mächtigsten Staaten haben regelmässig eine passive Handelsbilanz, ohne dass jemals hieraus die Notwendigkeit der Inflation gefolgert worden wäre. Ein zweiter Fehler liegt in der unbewussten Identifikation von Handelsbilanz und Zahlungsbilanz. Endlich kann die Frage, ob die betr. Handelsbilanz in der Inflation überhaupt passiv war, mithilfe der in solchen Fällen aufgestellten Handelsstatistiken nicht ohne weiteres entschieden werden. Die Fehler solcher Inflationsstatistiken, welche die Grundlage dieser Behauptung lieferten, sind kaum zu zählen. Vor allem pflegen die Ausfuhrwerte nach Angaben der Exporteure, die an niedrigen Ausfuhrabgaben und Verhüllung der Kapitalflucht interessiert sind, ermittelt zu werden. Die ständig geübte Praxis der Zugrundelegung der nichtwährenden Papierwährung macht alle solche Berechnungen hinfällig. Wenn schon Goldwerte genommen wurden, so pflegen Friedensgeldwerte eingesetzt zu werden in Zeiten, in denen die Weltpreise über der Friedensparität stehen, wodurch die Ausfuhr viel zu klein erscheint. Um zu exakten Angaben zu kommen, muss man die Angaben der Ausfuhrstatistik durch die von anderen Staaten gegebenen Angaben der Einfuhr in die wichtigsten Länder korrigieren. Dann zeigt sich, dass die Handelsbilanz in der Inflationszeit sehr wohl aktiv sein kann. Diese Begründung der Inflation ist also falsch.

Inflationen pflegen vielmehr begonnen zu werden um Kriege zu finanzieren. Die grossen Schuldner, der Staat, die Grossgrundbesitzer und die grossen Gesellschaften, merken dann bald, dass die Inflation

ein sicheres Mittel ist, Goldschulden in wertlosem Papiergeld zurückzuzahlen. Sie haben ein grosses Interesse, dass diese einfache Bereicherungsmethode weiterbestehe. Denn in dieser Zeit können sie sozusagen von den Zinsen ihrer Schulden leben.
Selbstverständlich kann andrerseits auch ein kausaler Zusammenhang bestehen zwischen der Inflation und äusseren Lasten, die einem Land, sagen wir durch einen ungünstigen Friedensschluss, auferlegt werden. Solche Bedingungen lassen sich nämlich am leichtesten erfüllen, wenn man die Kosten auf die Schicht abwälzt, die den geringsten Widerstand leisten kann. Die einfachste Methode hierzu aber ist die Inflation.
Die Exporteure und der Teil der Grossindustrie, die ausschliesslich oder hauptsächlich für den Export arbeiten, haben kein Interesse an der Stabilisierung der Währung. Beruht doch ihre Konkurrenzfähigkeit im Auslande nicht auf dem Tiefstand der Währung, nicht auf den niedrigen Produktionskosten und den geringen Reallöhnen, sondern auf der fortschreitenden Entwertung. Denn diese ist ein Mittel, um dauernd die Löhne zu drücken, d.h. den Anteil des Unternehmers am Produkt zu steigern. Fällt nämlich die Währung, so steigen zuerst die Grosshandelspreise, weil in ihnen am stärksten die ausländischen Preise eine Rolle spielen. Mit einer gewissen Verzögerung folgen die Kleinhandelspreise, noch langsamer die Löhne und Gehälter, am langsamsten die Bezüge der freien Berufe. Das Sinken der Währung ist also ein einfaches Mittel um die Löhne der Arbeiter zu drücken und billiger zu produzieren.
Dass die Inflation eine Quelle ungeheuren Gewinns war, darf natürlich nicht bekannt werden. Daher die geschickt verbreitete Fiktion, dass durch die Inflation alle Kreise der Bevölkerung gleichmässig leiden. Und die einfache Argumentation, die Arbeiterschaft brauche nur länger und intensiver zu arbeiten, damit die Produktion erhöht und hierdurch das wirtschaftliche Gleichgewicht wiederhergestellt werde. Diese Mehrarbeit dürfe nicht durch erhöhte Lohnforderungen belastet werden, da sonst die zur Investierung notwendige Kapitalneubildung leiden würde. In Wirklichkeit war es, wenn irgend einer Schicht, so dem Unternehmertum und den Grossagrariern gelungen, die Vermögenssubstanz in der Vorkriegshöhe aufrecht zu erhalten, und zwar natürlich auf Kosten der anderen Schichten.
Die Mittel hierzu liefert die Papierdiskontpolitik der Zentralnotenbank, welche Wechsel in der Papierwährung diskontiert, welche dann vollständig entwertet zurückgezahlt zu werden pflegen.
Die Gewinne, welche den über genügend gute Beziehungen verfügenden Kreisen so durch die Inflation zufliessen, lassen sich nur ausserordentlich schwer abschätzen, da die Zentralnotenbanken in solchen Zeiten die wesentliche Grundlage dieser Rechnung, nämlich die Zahl und Höhe der Wechsel, streng geheim halten.
Schematisch lässt sich die Methode der Berechnung dieser Inflationsgewinne aber leicht aufstellen. Man braucht nur anzunehmen, dass ein Kaufmann, der über die nötigen guten Beziehungen zu Regierungskreisen verfügt, zu Beginn der Inflation eine bestimmte Summe, 1000 Einheiten in Gold gerechnet, borgt, das Geld zum Kauf von Waren verwendet, deren Preis nahe mit dem Kurs einer Goldwährung zusammenfällt, und dieselbe Papiersumme mit dem Zuschlag des Diskonts, also entwertet, zurückzahlt. Man lasse ihn damit fortfahren, sagen wir alle drei Monate, bis zum Schluss der Inflation und summiere seine Gewinne bezw. die Verluste der Zentralnotenbank. Vergleicht man dann für die einzelnen Zeiten die Gesamtwechselsumme der Zentralnotenbank in Gold gerechnet mit dem Mittelwert der Verluste pro Goldeinheit gerechnet, so hat man eine Annäherung für die Grösse dieser Inflationsgewinne.
Als Gegengewicht gegen die durch die Inflation herbeigeführte Ausbeutung erschien es erstrebenswert, die Löhne nach der *Indexziffer* zu berechnen. Daher ist sowohl der Ausgangspunkt der Indexziffern, wie ihre Berechnungsmethode für den Klassenkampf politisch wie wirtschaftlich ausserordentlich wichtig.
Die Fälschung oder die falsche Aufstellung des Lebenshaltungsindex ist eines der Momente, wo der Klassenkampfcharakter der Statistik offen zutage tritt. Denn der Index bildet die Grundlage der Tarifverhandlungen zwischen Unternehmerverbänden und Gewerkschaften und von ihm gehen behördliche Entscheidungen — soweit sie notwen-

dig und möglich sind — aus. Die Wichtigkeit einer richtigen Berechnung des Index ergibt sich vor allem aus seiner Monopolstellung. Andere als die offiziellen Indexziffern haben nämlich wegen der Schwierigkeit der umfassenden Beobachtungen, welche für jede Indexziffer notwendig sind, keinerlei Aussicht auf allgemeine Annahme. Die Indexziffer kann übrigens niemals eine Verbesserung, sondern höchstens eine Konservierung des früheren Standes der Arbeiterklasse, und auch dies nur bei richtiger Berechnung, mit sich bringen. Von den zahlreichen Fehlern, die einer Indexziffer zu grunde liegen können, seien nur folgende erwähnt: zu hoch angenommene Ausgangspreise bedeuten einen aktuell zu niedrigen Index. Ein zu niedriges Ausgangsniveau, etwa das Niveau eines relativen Hungerjahres, kann beim Übergang zum Indexlohn eine Senkung der Löhne bedeuten. Daher die Notwendigkeit, nicht von einem bestimmten Jahr, sondern am besten von dem Durchschnitt einiger Jahre auszugehen. Falsche Wahl der Gewichte kann die Indexziffer beinah beliebig niedrig machen, da es genügt, einem verhältnismässig verbilligten Bedarf einen relativ zu hohen Anteil zu gewähren. Ausser falschen Preisen und falschen Gewichten kann auch die Aufnahme oder Nichtaufnahme eines Bedarfsgegenstandes z.B. Ausgaben für Reinlichkeit und Kultur ein Mittel werden, um das Niveau zu drücken, von den evidenten Fehlern, wie die Ungenauigkeit in der Wiedergabe der wirklichen Preise nicht zu sprechen.

Wesentlich ist auch, dass man bei steigenden Preisen nicht etwa ein Ausweichen der Teuerung in der Indexziffer annehmen d.h. die Verwendung anderer Produkte zugrundelegen darf; vielmehr muss bei einer Teuerung das alte Budget erhalten bleiben. Denn die Verwendung anderer, minderwertiger Produkte bedeutet ja bereits eine bewusste Senkung des Niveaus, widerspricht also dem Zweck der Indexziffer.

In Anschluss an die Indexziffern interessieren auch Haushaltrechnungen, welche zeigen sollen, wie die einzelnen Arbeiter tatsächlich leben. Die Schwierigkeit hierbei beruht darin, dass diejenigen Kreise, die am interessantesten sind, am wenigsten geneigt sind, solche Rechnungen durchzuführen. Entsprechend sind bisher mehr Haushaltungsrechnungen des Mittelstandes als der Arbeiter bekannt. Neben der Höhe des Einkommens interessiert seine Verteilung: mit steigendem Wohlstand wird ein fallender Prozentsatz für die Ernährung und für die Miete ausgegeben. Dies ist die andere Seite der bekannten Tatsache, dass die Arbeiterschaft gezwungen ist, ihr gesamtes Einkommen zur Gefriedigung der zum Leben unumgänglich nötigen Bedürfnisse auszugeben und dadurch des Anteils an den Kulturgütern beraubt ist.

Das Problem der Indexziffern ist in Zeiten fallender Währung geradezu lebenswichtig. Denn hier ist streng zwischen Reallöhnen und Nominallöhnen zu unterscheiden. Nominallöhne sind die Löhne in der gesetzlichen Währung. Real-Löhne sind die durch die innere Kaufkraft ausgedrückten Löhne, d.h. die Nominallöhne dividiert durch den Lebenshaltungsindex. Die Entwicklung der Inflation war dadurch gekennzeichnet, dass die Nominallöhne stets stiegen, während die Reallöhne höchstens gleich blieben, in den meisten Fällen jedoch fielen.

Die Feststellung der Reallöhne hat nun statistische Schwierigkeiten. Denn während man bei stabiler Währung mit einem Gleichbleiben der Indexziffern für Monate oder mindestens für Wochen rechnen durfte, wäre in Zeiten schwankenden Geldwertes eine solche Berechnung unter Umständen für Tage, ja in den Zeiten der höchsten Krise für Stunden notwendig. Das kann aber keine Statistik leisten. Denn die Teuerungszulagen können höchstens einmal in der Woche festgestellt werden, während die Löhne unter Umständen zwei- bis dreimal in der Woche ausbezahlt werden. Aber die ausbezahlten Löhne sollen doch für die Lebenshaltung der nächsten Tage dienen. Infolgedessen muss die Division der Löhne eines Tages durch die Lebenshaltungskosten des nächtsliegenden vorangegangenen Stichtages zu falschen Resultaten führen, welche die Reallöhne als zu hoch erscheinen lassen. Um diesen für die Kapitalisten angenehmen Trugschluss zu beseitigen, braucht man also mindestens tägliche Teuerungszahlen. Dies ist ein Problem der Inter-bezw. Extrapolation. Man nimmt zu diesem Zwecke an, dass die Lebenshaltungskosten von einem Tage, für den sie bekannt sind, bis zum nächsten Stichtage täglich um einen konstanten rela-

tiven Betrag gewachsen sind, d.h. dass die Lebenshaltungskosten eine geometrische Reihe bilden. So kann man tägliche Zwischenwerte finden und in beschränktem Mass auf vielleicht eine Woche vorausberechnen. Die Resultate dieser Methode gehen für die Zeit des Endes der deutschen Inflation dahin, dass der Reallohn ausserordentlichen, ganz unmotivierten Schwankungen ausgesetzt war, und dass die Reallöhne viel tiefer standen, als die offizielle Meinung behauptete.

Bei der Ermittlung der *Löhne* muss die Erkenntnis des wirklichen Lohnverdienstes postuliert werden. Denn der sogen. Stundenlohn besagt nur, wieviel ein Arbeiter unter Annahme bestimmter Arbeitsstunden in einer Woche, in einem Jahr verdienen *kann*. Bei Stücklohnsätzen kann der Verdienst mit den Zeitlohnsätzen nur nach Annahme einer bestimmten Arbeitsdauer pro Stück und einer bestimmten Arbeitsdauer verglichen werden. Indem man den vollbeschäftigten Arbeiter als typisch zugrundelegt in Zeiten, in denen ein grosser Teil der Arbeiter nicht voll beschäftigt ist, erweckt die Statistik ein dem Kapitalismus freundliches Bild. Entsprechend pflegt dieser in seiner Argumentation auf die Lohnhöhe der beschäftigten Arbeiter hinzuweisen und die Arbeitslosigkeit nicht zu berücksichtigen. Ferner werden die Lohnstatistiken durch Betrachtung ausgewählter, sogen. typischer Fabriken gewonnen. Geschickte Auswahl kann also das Resultat in der gewünschten Richtung verändern, besonders, wenn die Löhne stark schwanken.

Zu einer ordnungsmässigen Lohnstatistik wäre auch eine genaue Statistik der Arbeitszeiten vonnöten, und als Ergänzung eine Statistik der Arbeitslosigkeit. Diese Frage hat natürlich auch einen selbständigen Wert. Die Arbeitslosen sind ein deutlicher Konjunkturmassstab, ein Symptom für den instabilen Charakter des kapitalistischen Systems. Dabei kommt es auf die Dauer der Arbeitslosigkeit und ihrer Zusammensetzung an. Das Endziel wäre, die Zahl der arbeitslosen Stunden eines Jahres zu ermitteln, um daraus zu ersehen, wie gross die industrielle Reservearmee ist, auf die sich der Kapitalismus in seinem Bestreben, die Löhne zu drücken, stützt. Die genaue Kenntnis der Arbeitslosigkeit wird meistens verschleiert durch die zugrunde gelegte offizielle Definition, welche verschiedene wirkliche Formen der Arbeitslosigkeit ausschliesst. Dies hängt natürlich mit dem Bestreben zusammen, die Zahl der unterstützten Arbeitslosen möglichst gering zu halten.

Ein anderes Problem der Arbeitsstatistik sind die *Betriebsunfälle*. Hier müssen wir wissen die Zahl und Ursache der Unfälle, ihre Verteilung auf die verschiedenen Industrien und vor allem das Mass der Schädigung, die sie herbeiführen. Massgebend dabei ist nicht die absolute Häufigkeit der Unfälle, sondern der Vergleich mit der Zahl der Werkstunden oder Arbeiter, oder die Zahl der durch sie herbeigeführten verlorenen Arbeitsstunden verglichen mit der Gesamtzahl aller Arbeitsstunden. Dabei entsteht die Schwierigkeit, dass die verschiedenen Wirkungen, Tod, volle, partielle und zeitlich beschränkte Erwerbsunfähigkeit, untereinander verschieden sind. Erst aus solchen Kenntnissen heraus können wir die fabriktechnisch notwendigen Folgerungen ziehen. Wesentlich ist dabei vor allem, ob die Ursache des Unfalls eine systematische ist, etwa weil ein Unfall für die Fabrik billiger kommt als die zu seiner prinzipiellen Vermeidung notwendigen Massnahmen. Selbstverständlich haben die Kapitalisten an der Bekanntgabe dieser Tatsachen kein Interesse.

Das ungeheure Gebiet der Steuerstatistik können wir hier nur streifen. Der wesentliche Punkt ist die Untersuchung, ein wie grosser Teil der Steuern vom Kapital und ein wie grosser von der Arbeit getragen wird. Der alte Kampf der Sozialisten gegen die indirekten Steuern gewinnt eine wesentliche Hilfe durch den Nachweis, dass gerade die ärmste Bevölkerung regelmässig die grössten Lasten zu tragen hat, sodass die scheinbare Progression der direkten Steuern eine Regression ist. Endlich interessiert auch die Steuerüberwälzung, welche die Frage löst, wer eine Steuer wirklich trägt.

An den alten Streit um Erziehungs- oder Schutzzölle sei nur erinnert. Hier fragt es sich, wie die aus den Getreidezöllen erwachsenen Lasten verteilt sind. Nur der Grossgrundbesitzer profitiert tatsächlich von diesen Zöllen, während die Arbeiter und Kleinbauern darunter leiden. Trotzdem ist es dem Grossgrundbesitz regelmässig gelungen, in

der Frage der Getreidezölle auch die Kleinbauern auf seine Seite zu bekommen. Dies ist nur ein Spezialfall der bekannten Tatsache, dass die Menschen nicht nach ihren Interessen handeln, sondern nach dem, was sie für ihre Interessen halten, insbesondere nach dem, was von interessierter Seite ihnen als ihr Interesse beigebracht wird.
In den Auseinandersetzungen, mit deren Hilfe die Kapitalisten die Oeffentlichkeit von der Berechtigung ihrer Ansprüche überzeugen wollen, spielte eine Zeitlang die Behauptung vom Rückgang der volkswirtschaftlichen Kräfte gegenüber der Vorkriegszeit eine grosse Rolle. Hieraus, so wird argumentiert, folgt, dass es nur Mittel zur Verbesserung der gesamten Wirtschaftslage gibt von der Art wie Senkung der Löhne, Abbau der etwa vorhandenen Sozialpolitik, Erhöhung der Stundenzahl der Arbeit. Es wird als selbstverständlich hingestellt, dass nur die Arbeiter die notwendigen Lasten zu tragen hätten, während man von einem freiwilligen Verzicht auf Gewinne noch nie gehört hat. Die Begründung solcher Forderungen gehört in das Gebiet der Wirtschaftsstatistik und zwar wird sie der Konjunkturkunde entnommen. Sie stellt uns eine eminent praktische Aufgabe, nämlich die Krisen nachzuweisen, von denen der Kapitalismus — nach unserer Auffassung mit Notwendigkeit — von Zeit zu Zeit erschüttert wird. Statistisch lautet das Problem, eine Synthese herzustellen, in der die Schwankungen der verschiedenen als symptomatisch erkannten Erscheinungen eingehen. Aber bekanntlich verhalten sich nicht alle diese Erscheinungen in gleicher Weise. Daher gilt es, Paralellismen, Korrelationen und gegensätzliche Entwicklungstendenzen zu werten. Manche Autoren versuchen, die gesamte Konjunkturkunde in eine Generalindexziffer zusammenzupressen.
Aber die gesamte Wirtschaftslage ist statistisch ausserordentlich schwer zu erfassen. Vorhanden sind tatsächlich nur Anhaltspunkte, wie etwa die Zahl der Erwerbstätigen, die Grösse der Arbeitslosigkeit, die Menge der auf den Eisenbahnen verfrachteten Güter, die Höhe der Kohlenproduktion, eine oberflächliche Schätzung der Ernte usw. Dabei interessiert der Vergleich mit den jeweiligen Friedenszahlen. Als Friedenszahl aber darf man nicht etwa die willkürliche Zahl von 1913 oder Anfang 1914 nehmen, sondern den Durchschnitt der Zahlen der letzten Jahre. Dabei ist zu beachten, dass die Zahlen vergleichbar sein müssen. Vielfach ist diese Forderung garnicht durchführbar, weil unterdessen sich die Wirtschaftsformen geändert haben und neue Methoden aufgetaucht sind. Die Gütermenge auf den Eisenbahnen z.B. muss heute ergänzt werden durch die Menge, die durch Kraftwagen verfrachtet wird, usw. Wenn die Vergleichbarkeit durchgeführt ist, so ist das grosse Problem, aus den Schwankungen der einzelnen Erscheinungen eine Gesetzmässigkeit abzuleiten.
Dies führt weit über den Rahmen der bisher betrachteten allgemeinen Statistik hinaus. Denn das Problem der Herausholung dieser Gesetzmässigkeit aus Schwankungen lässt sich nur mit Hilfe der mathematischen Statistik lösen. Sie gibt die Methoden an, mit deren Hilfe man durch Ausgleichungen zufällige Schwankungen beseitigt, sodass man das Gesetz der Erscheinungen erkennt.
Für den Wert der bisherigen Konjunkturkunde ist bezeichnend, daß in dem Land, wo sie die grösste Rolle spielt, in Amerika, das wichtigste Konjunkturmerkmal, die Zahl der Arbeitslosen, unbekannt ist.

V. So sehen wir, dass es neben den natürlichen, d.h. im Wesen jeder Statistik beruhenden und den sozialen, d.h. im Wesen des herrschenden Wirtschaftssystems beruhenden Hemmungen der Statistik auch methodische Hemmungen gibt. Sie sind gekennzeichnet durch den Gegensatz der allgemeinen und der mathematischen Statistik. Die Erkenntnis statistischer Gesetze ist der gewöhnlichen Statistik im allgemeinen versagt. Sie kann nur durch einen weiteren Ausbau der mathematischen Statistik gefördert werden.
Wenn wir hier Forderungen nach grösserer Genauigkeit der Erhebung, nach methodologischer Richtigstellung der Ausbeutung des Urmaterials, endlich nach Verwendung neuer Methoden stellen, so darf dies keineswegs aus propagandistischem Interesse allein geschehen, das beweisen will, wie vieles faul ist innerhalb der in den kapitalistischen Staaten vorhandenen Statistik. Wir dürfen es nur dann tun, wenn wir für das Proletariat dieselben Pflichten anerkennen.

E. J. Gumbel

„Landesverrat" im Strafgesetzentwurf

In zahlreichen Artikeln ist nachgewiesen worden, daß die Handhabung der jetzt gültigen Landesverratsparagraphen durch die Strafverfolgungsbehörden dem Wortlaut wie dem Sinne dieser Gesetze widerspricht, einen Schutz illegaler Vorgänge, worunter sogar Vorbereitung zum Hochverrat fiel, darstellt und die Terrorisierung und Diffamierung politischer Gegner bezweckt. Dies folgt unmittelbar aus der ungeheuren Steigerung der Prozesse wie der Verurteilungen und aus der Konstruktion des früher völlig unbekannten Delikts Landesverrat, begangen durch die Presse.

Als Minimum ist demgegenüber gefordert worden, daß die wahrheitsgemäße Bekanntgabe illegaler Vorgänge zum Zweck ihrer Abstellung keinen Landesverrat darstelle. Diese Forderung ist schon formal gesehen einleuchtend, da das Gros der einschlägigen Prozesse wegen Landesverrat, begangen durch die Presse, ja mit Einstellungen geendet hat und ihre Wiederkehr vermieden werden soll. Notwendig ist sie zum Schutz der durch die geheimen Rüstungen bedrohten Arbeiterschaft.

Der von dem deutschnationalen früheren Justizminister Hergt vorgelegte und jetzt zur Debatte stehende Strafgesetzentwurf will umgekehrt die Praxis der Anklagebehörde erhalten; der Strafgesetzentwurf soll das jetzt noch

fehlende juristische Fundament liefern. Die Prozesse wegen Landesverrats, begangen durch die Presse, sollen von nun an, soweit sie gegen Linksstehende geführt werden, erfolgreich sein.

Zu diesem Zweck wird im § 94 der Begriff der landesverräterischen Fälschung eingeführt, wonach auch die Weitergabe einer falschen Nachricht vollendeten Landesverrat darstellt. Bei künftigen Angaben über geheime Rüstungen der Wehrverbände wird also die Anklagebehörde gleichzeitig die Unwahrheit der betreffenden Nachricht und ihren landesverräterischen Charakter behaupten können. Die Strafe soll bis zu 15 Jahren Zuchthaus betragen. Neu ist auch der Begriff der landesverräterischen Untreue des § 90. Er soll in gleicher Weise eine Verletzung der Interessen des Reiches wie der Länder schützen. Demnach wäre eine „landesverräterische" Untreue gegen ein Land und zugunsten des Reiches möglich. Dieser Paragraph schützt also ein monarchistisches Land in seinem Kampf gegen die Republik. Wer einen erneuten Abfall eines bayerischen Generals durch loyale Benachrichtigung des Reichs verhindern will, wird wegen Landesverrat bis zu 15 Jahren ins Zuchthaus gesperrt.

Die anderen vorgeschlagenen Paragraphen gehen über die jetzige Praxis noch hinaus. Zunächst prinzipiell: Vorsätzliches Handeln soll nicht mehr nötig sein. Es soll auch einen fahrlässigen Landesverrat geben. Es fehlt nur noch der Landesverrat in absentia. Beim Hochverrat hat ihn das Reichsgericht bereits konstruiert. Zudem wird der Umfang der strafbaren Handlungen erweitert.

Nach § 93 soll eine Mitteilung an einen beliebigen Andern als Landesverrat verfolgt werden, falls sie das Wohl des Reiches oder eines Landes gefährdet. Dieser Andere braucht nicht mehr im Dienst einer fremden Regierung zu stehen. Er kann eine beliebige Person, auch ein Abgeordneter, in der Praxis natürlich nur ein Abgeordneter der Linken sein. Selbst wenn derjenige, an den die Nachricht gelangte, sie gar nicht verwertet hat, kann die Mitteilung Landesverrat darstellen. In „besonders schweren Fällen" steht hierauf lebenslängliches, mindestens aber 10 Jahre Zuchthaus.

Die schärfste Waffe ist der Begriff des „wissentlich in bezug auf einen drohenden Krieg einer feindlichen Macht Vorschub Leistens" (§ 95). Wer dies tut, soll mit Zuchthaus nicht unter 5 Jahren, in „besonders schweren Fällen" zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt werden. Nun kann der drohende Krieg in jede unserer heutigen Situationen hineingelegt werden und schon eine oppositionelle Meinung kann als Vorschubleisten zugunsten einer feindlichen Macht gedeutet werden. Dieser Paragraph wird einen dauernden Schutz illegaler Vorgänge herbeiführen. Denn die Regierung kann damit die gesamte oppositionelle Presse jederzeit wegen Landesverrats belangen.

Bei den bisherigen Gesetzen war in milderen Fällen Festungshaft vorgesehen. Damit blieben dem Täter die bürgerlichen Ehrenrechte erhalten. Insbesondere konnte ein Abgeordneter, falls seine Wähler die aus ehrenhafter Ueberzeugung begangenen Taten bejahten, auch weiterhin gewählt werden. Nach dem Strafgesetzentwurf droht aber in allen Fällen Zuchthaus, in sogenannten schweren Fällen lebenslängliches Zuchthaus, bei dem neueingeführten fahrlässigen Landesverrat Gefängnis. Wer zu Zuchthaus verurteilt wird, verliert für immer die Fähigkeit, öffentliche Aemter zu bekleiden. Darüber hinaus kann nach dem Entwurf (§ 98) ohne Rücksicht auf Art und Höhe der Strafe dem Verurteilten die Amtsfähigkeit und das Wahl- und Stimmrecht aberkannt werden. Damit soll das Proletariat der wirkungsvollen Vorkämpfer im Parlament beraubt werden.

Die Landesverratsparagraphen stellen ein geschlossenes, wohldurchdachtes System dar, das die Waffen liefern soll für die Zeiten, in denen sich die Klassenkämpfe noch wesentlich zuspitzen werden. Die Bourgeoisie, deren Ausführungsorgane ja die Justiz ist, fühlt sich durch den inneren Feind heute stärker bedroht als vor dem Kriege. Mindestens eine Million Arbeitsloser stehen ständig vor den Toren. Hier gilt es vorzubauen: der Angriff ist die beste Verteidigung. Dieser Zweck wird natürlich nirgends offiziell zugegeben. Denn Verschleierung des tatsächlich geführten Klassenkampfes ist von seiten der Herrschenden eine eminent wirkungsvolle Waffe. Während die bestehenden Gesetze die Regierung davor schützen sollen, daß ihre Geheimnisse einer anderen bekannt werden, ist es hier der innere Feind, vor dem die militärischen Interessen der illegalen Hilfstruppen geschützt werden sollen.

Die Veränderung der Landesverratsparagraphen entspricht außerdem der Veränderung der Struktur des Krieges. Früher war die militärische Sphäre stark akzentuiert von der zivilen getrennt. Diese Abtrennung ist mit dem Wachstum der Technik immer schwächer geworden. Im kommenden technischen Krieg wird es den Unterschied von Militär und Zivil nicht mehr geben; es gibt nur die gesamte kriegführende Bevölkerung. Der französische Mobilmachungsentwurf hat dies als erster offen zugegeben, und der deutsche Strafgesetzentwurf vertritt diese Auffassung sogar wörtlich: „Infolge der Berührung aller Lebensverhältnisse durch den Krieg hat sich die Anwendung dieser (Landesverrats-)Bestimmungen auf ein weites Gebiet erstreckt. Eine erschöpfende Aufzählung aller in Betracht kommenden Handlungen läßt sich nicht erreichen." So ist das militärische Geheimnis jeder gewünschten Ausdehnung fähig.

Im § 97 setzt der Gesetzentwurf feindliche militärische Banden gleich einer kriegführenden Macht. Die vermutlich projektierte Uebernahme privater Verbände in die Reichswehr wirft hier einen merkwürdig verzerrten Schatten voraus.

Der bereits erwähnte § 95 wird jede Aktion gegen einen akut drohenden Krieg, eventuell sogar den Hinweis darauf, daß dieser Krieg völkerrechtlichen Abmachungen des Deutschen Reiches widerspricht, als Begünstigung des Feindes unter fürchterliche Strafen stellen.

Es ist fraglich, ob es im kommenden Krieg überhaupt noch ein beschränktes Kriegsgebiet im jetzigen Sinne geben wird, ob nicht das ganze Land als solches zu gelten hat. In bewundernswerter Voraussicht berücksichtigt dies der Strafgesetzentwurf in § 6, indem er von Ausländern im Ausland begangene Handlungen als landesverräterisch bestrafen will. Hier kehrt die Auslieferungsforderung des Versailler Vertrages, eine Bestimmung, die gerade von „nationaler" Seite als ungeheuerlich bekämpft wurde, als deutsche Forderung wieder. Schon im Frieden kann die auswärtige Politik nunmehr fiktiv mit Hilfe des Strafgesetzbuches geführt werden.

Der Entwurf verfolgt einen dreifachen Zweck. Die illegalen Mittel, durch welche der innere Feind heute bekämpft wird, sollen legalisiert und gestärkt, jedes juristische Rüstzeug, dessen ein kommender imperialistischer Krieg bedarf, soll bereitgestellt werden. Der Entwurf ist somit durchaus zweckentsprechend. Wer ihn bejaht, muß es tun, weil er seinen Zweck, die Verschärfung der Mittel des Klassenkampfes und die Vorbereitung zum imperialistischen Kriege bejaht. Damit ist die Stellung des Sozialisten zum „Landesverrat" klar: Wir wollen die Bourgeoisie der Waffen berauben, die sie zu ihrem Kampf gegen das Proletariat und zur Vorbereitung des imperialistischen Krieges für nötig hält.

34

Mathematik – angewandt aufs Leben.

In der letzten Zeit kam in Artikeln über wirtschaftliche oder bevölkerungspolitische Dinge ein Wort vor, unter dem sich der Aussenstehende kaum etwas vorstellen konnte. Es wurde da mit dem Begriff der „Lebenserwartung" der einzelnen Menschen laboriert — und zwar in einer Form, als ob es sich hierbei um ganz eindeutige Zahlen handele und nicht nur um persönliche Hoffnungen.

Tatsächlich liegt hier ein Fachausdruck vor, dessen Inhalt zwar nicht für das Schicksal des einzelnen, wohl aber kollektivistisch für das einer Gesamtheit rechnerisch genau festzustellen ist. Er entstammt einem verhältnismässig jungen Wissenschaftszweig, der Wahrscheinlichkeitstheorie, über die hier einer ihrer bekanntesten Vertreter berichtet.

Die Redaktion.

„Die Lebenserwartung."

Von [Nachdruck verboten.]

Dr. E. J. Gumbel,
Privatdozent an der Universität Heidelberg.

Wie lange lebst du noch? Diese Frage beschäftigt die Menschen in allen Altern, Lebenslagen, sozialen Klassen und in allen Zeiten, vergangenen wie kommenden, aufs intensivste, weil sie die stärkste Unsicherheit in unser Leben bringt. Magische Kräfte wurden zur Auskunft herangezogen. Der Flug der Vögel, die Eingeweide der Opfertiere, die Stellung der Gestirne, das prophetische Tischbein, der Kaffeesatz und die Spielkarten sollten von den Wissenden gedeutet werden.

Die Wissenschaft gibt uns eine Antwort, klar und unzweideutig, aber nur im statistischen Sinne bestimmt. Denn auf diese Frage gibt es nicht die gesuchte, individuelle, sondern nur eine kollektivistische Antwort. In der Erkenntnis, dass die Fragestellung in dieser Richtung eingeschränkt werden muss, liegt hier wie in so vielen anderen Fällen der Wert der Wissenschaft.

Die exakte Antwort beruht auf der Sterblichkeitsstatistik und lautet: im Durchschnitt wird ein Mensch eines bestimmten Alters noch so viele Jahre leben, wie seine Lebenserwartung beträgt. Die Betonung liegt dabei auf den beiden ersten Worten. Zu diesem Begriff und seiner zahlenmässigen Feststellung gelangt man zunächst theoretisch auf folgende Weise: Bei einer grossen Zahl von Neugeborenen sei genau registriert, wie viele von ihnen die 1., 2., ...nte usw. Wiederkehr ihres Geburtstages erleben. Nach etwa 100 Jahren ist die Generation ausgestorben. Dann ist für jedes Alter berechenbar, wie viele Menschen es erleben. Diese Zahlenreihe wird Absterbeordnung genannt.

In der Praxis ist die angegebene Berechnungsmethode ungangbar. Denn man braucht zur Durchführung 100 Jahre. Es gibt aber einfache Methoden, die Absterbeordnung aus zwei Volkszählungen und der dazwischen geltenden Sterblichkeit für ein bestimmtes Land und eine bestimmte Zeit zu ermitteln.

Die Kenntnis der Absterbeordnung ist für die Bevölkerungslehre und für die praktischen Zwecke der Versicherungsmathematik von grösster Wichtigkeit. Denn die Prämien der Lebensversicherungen hängen, abgesehen vom Zinsfuss, nur vom Verlauf der Absterbeordnung ab. Solche Tafeln sind in allen Kulturstaaten berechnet worden. Diese setzt genaue Registrierungen voraus.

Die phantastischen Angaben, die uns manchmal von über Hundertjährigen, besonders aus dem Orient, berichtet werden, fallen bei genauer Analyse zusammen. Je jünger die Einführung der Registrierung in einem Lande, desto älter werden die Leute dort — weil eben die Kontrolle fehlt. Und die hundert- oder gar hundertfünfzigjährigen Inder waren nicht die Folge des gesunden Lebenswandels, des Joghurtessens oder mystischer Kenntnisse zur Erhaltung des Lebens, sondern entspringen der Tatsache, dass niemand den Moment seiner Geburt mit Bewusstsein erlebt und daher niemand sein Alter genau kennt, es sei denn durch die Registrierung. Die Absterbeordnungen zeigen uns vielmehr, dass die Sterblichkeitsverhältnisse in solchen Ländern gerade umgekehrt ausserordentlich ungünstig sind. Während in Europa heute 80 Prozent der Neugeborenen das vierte Lebensjahr vollenden, trifft dies in Indien noch nicht auf 60 Prozent zu. In Europa erreicht etwa die Hälfte aller Geborenen das 55. Altersjahr, in Indien noch nicht das zwölfte. Aehnlich, wenn auch nicht in diesem Masse ungünstig, sind die Verhältnisse bei den Negern der Vereinigten Staaten. Dagegen liegen sie für die weisse Bevölkerung der Vereinigten Staaten und für Australien sehr günstig. Ganz allgemein ist die Sterblichkeit in weitem Masse sozial bedingt. Sie hängt aber auch vom Geschlecht ab. Im ganzen gesehen liegt sie für das weibliche Geschlecht günstiger.

Die letzte deutsche Sterbetafel für die Jahre 1924 bis 1926 für die männliche Bevölkerung lautet in grossen Zügen:

Alter	Ueberlebende
0	100
5	85,9
25	81,4
45	74,0
65	52,7
85	6,4

Es fragt sich nun, wie man den Gesetzentwurf der Absterbeordnung durch eine Zahl charakterisieren soll. Addiert man die Zahlen der Ueberlebenden für jedes Altersjahr, so erhält man die Summe der von diesen 100 Neugeborenen insgesamt verlebten Zeit. Dividiert man die Summe durch 100, so erhält man das Alter, das ein Neugeborener im Durchschnitt erlebt. Diese Zahl wird als Lebenserwartung eines Neugeborenen bezeichnet. Man kann sie auch das Durchschnittsalter beim Tode für den Neugeborenen nennen. Je kleiner die Lebenserwartung eines Neugeborenen, um so ungünstiger die Absterbeordnung.

Die Lebenserwartung eines männlichen Neugeborenen beträgt:

Land	Zeit	Lebenserwartung
Indien	1901/10	22,6
Japan	1898/1903	44,0
Holland	1900/09	51,0
Australien	1901/10	55,2

Die Lebenserwartung eines Neugeborenen ist in den letzten 50 Jahren in allen sogenannten Kulturstaaten wesentlich gestiegen. In Deutschland z. B. betrug sie für das männliche Geschlecht im Jahre 1876 nur 35,6 Jahre, im Jahre 1925 bereits 56,0 Jahre. Dabei ist allerdings zu beachten, dass die letzte Zahl sich nur auf die Sterblichkeitsverhältnisse der Jahre 1924 bis 1926 stützt, dass also die im Kriege Gefallenen und Verhungerten nicht mit in die Rechnung eingehen.

Dieser Begriff der Lebenserwartung eines Neugeborenen lässt sich auf ein beliebiges Alter erweitern. Addiert man nämlich die Zahlen der nach der Absterbeordnung über einem bestimmten Alter Lebenden, so erhält man die von den Menschen des betreffenden Alters insgesamt noch zu verlebende Zeit. Dividiert man diese Zahl wieder durch die der Absterbeordnung entnommene Zahl der Menschen dieses Alters, so erhält man die Zeit, von der man erwarten kann, dass sie auf den einzelnen Menschen dieses Alters noch treffe. Daher wird diese Zahl als die Lebenserwartung für das betreffende Alter bezeichnet. Sie sagt uns, wie viele Jahre eine grosse Zahl von Menschen von einem bestimmten Alter im Durchschnitt — aber auch nur im Durchschnitt — noch zu erwarten hat.

Im allgemeinen fällt die Lebenserwartung mit steigendem Alter. Aber aus der Tatsache, dass alle Menschen sterben müssen, folgt noch nicht, dass der Moment des Todes immer näher rückt. Von der Geburt bis zum dritten Lebensjahr steigt nämlich die Lebenserwartung. Dies hängt mit der bekannt grossen Sterblichkeit der Säuglinge zusammen.

Entsprechend den Eigenschaften der Absterbeordnung verändert sich auch die Lebenserwartung mit der Zeit. Für alle Alter ist die Lebenserwartung in den sogenannten Kulturstaaten in den letzten Jahrzehnten gestiegen, am stärksten für die jüngeren, am schwächsten für die älteren Klassen. Dies zeigt z. B. die folgende Tabelle, welche die Lebenserwartung für das männliche Geschlecht in Deutschland für einige Alter angibt:

Alter	Lebenserwartung 1876	Lebenserwartung 1925
0	35,6	56,0
5	49,4	60,1
25	35,0	42,7
45	21,2	25,9
65	9,6	11,5
85	3,1	3,5

Addiert man zum Alter eines Menschen seine Lebenserwartung, so erhält man, unter der Annahme der Fortdauer der bestehenden Sterblichkeit, sein durchschnittliches Alter beim Tod. Aber das individuelle Alter beim Tod ist hierdurch in keiner Weise beschränkt oder gar determiniert.

Berliner Tageblatt
16. 3. 1929.

E. J. Gumbel

Gesetz gegen den „inneren Feind"

„Landesverrat" im Strafgesetzbuch

GUMBEL

Der Strafrechtsausschuß des Reichstags behandelt nach mehrfachen Vertagungen zur Zeit die Gesetze gegen den Landesverrat. Ursprünglich stand der von dem deutschnationalen Justizminister Herght vorgelegte Entwurf zur Debatte. Nunmehr hat der jetzige Reichsjustizminister Koch eine neue Fassung vorgelegt. Es interessiert, die beiden Formulierungen gemeinsame klassenmäßige Tendenz zu untersuchen.

In zahlreichen Artikeln ist nachgewiesen worden, daß die Handhabung der jetzt gültigen Landesverratsparagraphen durch die Strafverfolgungsbehörden dem Wortlaut wie dem Sinn dieser Gesetze widerspricht, einen Schutz illegaler Vorgänge, worunter sogar Vorbereitung zum Hochverrat fiel, darstellt und die Terrorisierung und Diffamierung politischer Gegner bezweckt.

Als Minimum ist demgegenüber gefordert worden, daß die wahrheitsgemäße Bekanntgabe illegaler Vorgänge zum Zweck ihrer Abstellung keinen Landesverrat darstelle.

Der jetzt zur Debatte stehende Strafgesetzentwurf will umgekehrt die Praxis der Anklagebehörde erhalten; er soll das jetzt noch fehlende juristische Fundament liefern. Die Prozesse wegen Landesverrats, begangen durch die Presse, sollen von nun an, soweit sie gegen Linksstehende geführt werden, erfolgreich sein.

Zunächst wird im § 94 der Begriff der landesverräterischen Fälschung eingeführt, wonach auch die Weitergabe einer falschen Nachricht vollendeten Landesverrat darstellt. Bei künftigen Angaben über geheime Rüstungen der Wehrverbände wird also die Anklagebehörde gleichzeitig die Unwahrheit der betreffenden Nachricht und ihren landesverräterischen Charakter behaupten können. Die Strafe soll bis zu 10 Jahren Zuchthaus betragen.

Neu ist auch der Begriff der landesverräterischen Untreue des § 90. Er soll in gleicher Weise eine Verletzung der Interessen des Reichs wie der Länder schützen. Demnach wäre eine „landesverräterische Untreue" gegen ein Land und zugunsten des Reichs möglich.

Dieser Paragraph schützt also ein monarchistisches Land in seinem Kampf gegen die Republik.

Wer einen erneuten Abfall eines bayerischen Generals durch loyale Benachrichtigung des Reichs verhindern will, wird wegen Landesverrats bis zu 15 Jahren ins Zuchthaus gesperrt.

Die anderen vorgeschlagenen Paragraphen gehen über die jetzige Praxis noch hinaus. Vor allem wird der Umfang der strafbaren Handlungen noch erweitert.

Die schärfste Waffe ist der Begriff des „wissentlich in bezug auf einen drohenden Krieg einer feindlichen Macht Vorschub Leistens" (§ 95). Wer dies tut, soll mit Zuchthaus nicht unter fünf Jahren, in „besonders schweren Fällen" zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt werden. Nun kann der drohende Krieg in jede unserer heutigen Situationen hineingelegt werden, und schon eine oppositionelle Meinung kann als Vorschubleisten zugunsten einer feindlichen Macht gedeutet werden.

Dieser Paragraph wird einen dauernden Schutz illegaler Vorgänge herbeiführen. Denn die Regierung kann damit die gesamte oppositionelle Presse jederzeit wegen Landesverrats belangen.

Bei den bisherigen Gesetzen war in milderen Fällen Festungshaft vorgesehen. Damit blieben dem Täter die bürgerlichen Ehrenrechte erhalten. Insbesondere konnte ein Abgeordneter, falls seine Wähler die aus ehrenhafter Ueberzeugung begangenen Taten bejahten, weiterhin wiedergewählt werden. Nach dem Strafgesetzentwurf droht aber Zuchthaus, in sogenannten schweren Fällen lebenslängliches Zuchthaus, bei dem neu eingeführten fahrlässigen Landesverrat (§ 96) Gefängnis. Wer zu Zuchthaus verurteilt wird, verliert für immer die Fähigkeit, öffentliche Aemter zu bekleiden. Darüber hinaus kann nach dem Entwurf (§ 98) ohne Rücksicht auf Art und Höhe der Strafe dem Verurteilten die Amtsfähigkeit und das Wahl- und Stimmrecht aberkannt werden. Damit soll das Proletariat der wirkungsvollen Vorkämpfer im Parlament beraubt werden.

Die Landesverratsparagraphen stellen ein geschlossenes, wohldurchdachtes System dar, das die Waffen liefern soll für die Zeiten, in denen sich die Klassenkämpfe noch zuspitzen werden. Die Bourgeoisie, deren Ausführungsorgan ja die Justiz ist, fühlt sich durch den inneren Feind heute stärker bedroht als vor dem Kriege. Mindestens eine Million Arbeitsloser stehen ständig vor den Toren. Hier gilt es vorzubauen: der Angriff ist die beste Verteidigung. Dieser Zweck wird natürlich nirgends offiziell zugegeben. Denn Verschleierung des tatsächlich geführten Klassenkampfes ist von seiten der Herrschenden eine eminent wirkungsvolle Waffe. Während die bestehenden Gesetze die Regierung davor schützen sollen, daß ihre Geheimnisse einer anderen bekanntwerden,

ist es hier der innere Feind, vor dem die militärischen Interessen der illegalen Hilfstruppen geschützt werden sollen

Die Veränderung der Landesverratsparagraphen entspricht außerdem der Veränderung der Struktur des Krieges. Früher war die militärische Sphäre stark von der zivilen getrennt. Diese Abtrennung ist mit dem Wachstum der Technik immer schwächer geworden. Im kommenden technischen Krieg wird es den Unterschied von Militär und Zivil nicht mehr geben; es gibt nur die gesamte kriegführende Bevölkerung. Der französische Mobilmachungsentwurf hat dies als erster offen zugegeben, und der deutsche Strafgesetzentwurf vertritt diese Auffassung sogar wörtlich: „Infolge der Berührung aller Lebensverhältnisse durch den Krieg hat sich die Anwendung dieser Landesverratsbestimmungen auf ein weites Gebiet erstreckt. Eine erschöpfende Aufzählung aller in Betracht kommenden Handlungen läßt sich nicht erreichen." So ist das militärische Geheimnis jeder gewünschten Ausdehnung fähig.

Es ist fraglich, ob es im kommenden Krieg überhaupt noch beschränktes Kriegsgebiet im jetzigen Sinne geben wird, ob nicht das ganze Land als solches zu gelten hat. In bewundernswerter Voraussicht berücksichtigt dies der Strafgesetzentwurf in § 6, indem er von Ausländern im Ausland begangene Handlungen als landesverräterisch bestrafen will. Hier kehrt die Auslieferungsforderung des Versailler Vertrags, eine Bestimmung, die gerade von „nationaler" Seite als ungeheuerlich bekämpft wurde, als deutsche Forderung wieder. Schon im Frieden kann die auswärtige Politik nunmehr fiktiv mit Hilfe des Strafgesetzbuches geführt werden.

Der Entwurf verfolgt einen dreifachen Zweck. Die illegalen Mittel, durch welche der innere Feind heute bekämpft wird, sollen legalisiert und gestärkt, jedes juristische Rüstzeug, dessen ein kommender imperialistischer Krieg bedarf, soll bereitgestellt werden. Der Entwurf ist somit durchaus zweckentsprechend. Wer ihn bejaht, muß es tun, weil er seinen Zweck, die Verschärfung der Mittel des Klassenkampfes und die Vorbereitung zum imperialistischen Kriege, bejaht. Damit ist die Stellung des Sozialisten zum „Landesverrat" klar: wir wollen die Bourgeoisie der Waffen berauben, die sie zu ihrem Kampf gegen das Proletariat und zur Vorbereitung des imperialistischen Krieges für nötig hält.

Sächsisches Volksblatt

Montag, den 25. März.

„Landesverrat" im Strafgesetzentwurf.

Von E. J. Gumbel.

Der Strafrechtsausschuß des Reichstags behandelt nach mehrfachen Vertagungen zurzeit die Gesetze gegen den Landesverrat. Ursprünglich stand der von dem deutschnationalen Justizminister Hergt vorgelegte Entwurf zur Debatte. Nunmehr hat der jetzige Reichsjustizminister Koch eine neue Fassung vorgelegt. Es interessiert, die beiden Formulierungen gemeinsamer klassenmäßiger Tendenz zu analysieren.

In zahlreichen Artikeln ist nachgewiesen worden, daß die Handhabung der jetzt gültigen Landesverratsparagraphen durch die Strafverfolgungsbehörden dem Wortlaut wie dem Sinn dieser Gesetze widerspricht, einen Schutz illegaler Vorgänge, worunter sogar Vorbereitung zum Hochverrat fiel, darstellt und die Terrorisierung und Diffamierung politischer Gegner bezweckt. Dies folgt unmittelbar aus der ungeheuren Steigerung der Prozesse wie der Verurteilungen gegenüber der Vorkriegszeit und aus der Konstruktion des früher völlig unbekannten Delikts Landesverrat begangen durch die Presse.

Als Minimum ist demgegenüber gefordert worden, daß die wahrheitsgemäße Bekanntgabe illegaler Vorgänge zum Zweck ihrer Abstellung keinen Landesverrat darstelle. Diese Forderung ist schon formal gesehen einleuchtend, da das Gros der einschlägigen Prozesse wegen Landesverrat, begangen durch die Presse, ja mit Einstellung geendet hat und die Wiederkehr nicht im Interesse der Justiz liegen sollte. Notwendig ist sie zum Schutz der durch die geheimen Rüstungen bedrohten Arbeiterschaft.

Der jetzt zur Debatte stehende Strafgesetzentwurf will umgekehrt die Praxis der Anklagebehörde erhalten; er soll das jetzt noch fehlende juristische Fundament liefern. Die Prozesse wegen Landesverrats, begangen durch die Presse, sollen von nun an, soweit sie gegen Linksstehende geführt werden, erfolgreich sein.

Zunächst dem Zweck wird im § 94 der Begriff der landesverräterischen Fälschung eingeführt, wonach auch die Weitergabe einer falschen Nachricht vollendeten Landesverrat darstellt. Bei künftigen Angaben über geheime Rüstungen der Wehrverbände wird also die Anklagebehörde gleichzeitig die Unwahrheit der betreffenden Nachricht und ihren landesverräterischen Charakter behaupten können. Die Strafe soll bis zu 10 Jahre Zuchthaus betragen. Neu ist auch der Begriff der landesverräterischen Untreue des § 90. Er soll in gleicher Weise eine Verletzung der Interessen des Reichs wie der Länder schützen. Demnach wäre eine „landesverräterische" Untreue gegen ein Land und zugunsten des Reichs möglich. **Dieser Paragraph schützt also ein monarchistisches Land in seinem Kampf gegen die Republik. Wer** einen erneuten Abfall eines bayerischen Generals durch **loyale** Benachrichtigung des Reichs verhindern will, **wird wegen Landesverrat bis zu 15 Jahren ins Zuchthaus gesperrt!**

Die anderen vorgeschlagenen Paragraphen gehen über die jetzige Praxis noch hinaus. Vor allem wird der Umfang der strafbaren Handlungen erweitert.

Die schärfste Waffe ist der Begriff des „wissentlich in bezug auf einen drohenden Krieg einer feindlichen Macht Vorschubleistens" (§ 95). Wer dies tut, soll mit Zuchthaus nicht unter 5 Jahren, **in „besonders schweren Fällen" zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt werden.** Nun kann der drohende Krieg in jede unserer heutigen Situationen hineingelegt werden und schon eine oppositionelle Meinung kann als Vorschub leisten zugunsten einer feindlichen Macht gedeutet werden. Dieser Paragraph wird einen dauernden Schutz illegaler Vorgänge herbeiführen. **Denn die Regierung kann damit die gesamte oppositionelle Presse jederzeit wegen Landesverrats belangen.**

Bei den bisherigen Gesetzen war in milderen Fällen Festungshaft vorgesehen. Damit blieben dem Täter die bürgerlichen Ehrenrechte erhalten. Insbesondere konnte ein Abgeordneter, falls seine Wähler die aus ehrenhafter Ueberzeugung begangenen Taten bejahten, auch weiterhin gewählt werden. Nach dem Strafgesetzentwurf droht aber Zuchthaus, in sogenannten schweren Fällen lebenslängliches Zuchthaus, bei dem neu eingeführten fahrlässigen Landesverrat (§ 96) Gefängnis. Wer zu Zuchthaus verurteilt wird, verliert für immer die Fähigkeit, öffentliche Aemter zu bekleiden. Darüber hinaus kann nach dem Entwurf (§ 98) ohne Rücksicht auf Art und Höhe der Strafe dem Verurteilten die Amtsfähigkeit und das Wahl- und Stimmrecht aberkannt werden. Damit soll das Proletariat der wirkungsvollen Vorkämpfer im Parlament beraubt werden.

Die Landesverratsparagraphen stellen ein geschlossenes, wohldurchdachtes System dar, das die Waffen liefern soll für die Zeiten, in denen sich die Klassenkämpfe noch zuspitzen werden. Die Bourgeoisie, deren Ausführungsorgan ja die Justiz ist, fühlt sich durch den inneren Feind heute stärker bedroht als vor dem Kriege. **Mindestens eine Million Arbeitsloser stehen ständig vor den Toren.** Hier gilt es vorzubauen: **der Angriff ist die beste Verteidigung.** Dieser Zweck wird natürlich nirgends offiziell zugegeben. Denn **Verschleierung des tatsächlich geführten Klassenkampfes** ist von seiten der Herrschenden eine eminent wirkungsvolle Waffe. Während die bestehenden Gesetze die Regierung davor schützen sollen, daß ihre Geheimnisse einer anderen bekannt werden, ist es hier der innere Feind, vor dem die militärischen Interessen der illegalen Hilfstruppen geschützt werden sollen.

Die Veränderung der Landesverratsparagraphen entspricht außerdem der Veränderung der Struktur des Krieges. Früher war die militärische Sphäre stark akzentuiert von der zivilen getrennt. Diese Abtrennung ist mit dem Wachstum der Technik immer schwächer geworden. Im kommenden technischen Krieg wird es den Unterschied von Militär und Zivil nicht mehr geben; es gibt nur die gesamte kriegführende Bevölkerung. Der französische Mobilmachungsentwurf hat dies als erster offen zugegeben, und der deutsche Strafgesetzentwurf vertritt diese Auffassung sogar wörtlich: „Infolge der Berührung aller Lebensverhältnisse durch den Krieg hat sich die Anwendung dieser (L.-V.) Bestimmungen auf ein weites Gebiet erstreckt. Eine erschöpfende Aufzählung aller in Betracht kommenden Handlungen läßt sich nicht erreichen." So ist das militärische Geheimnis jeder gewünschten Ausdehnung fähig.

Die Veränderung der Landesverratsparagraphen entspricht außerdem der Veränderung der Struktur des Krieges. Früher war die militärische Sphäre stark akzentuiert von der zivilen getrennt. Diese Abtrennung ist mit dem Wachstum der Technik immer schwächer geworden. Im kommenden technischen Krieg wird es den Unterschied von Militär und Zivil nicht mehr geben; es gibt nur die gesamte kriegführende Bevölkerung. Der französische Mobilmachungsentwurf hat dies als erster offen zugegeben, und der deutsche Strafgesetzentwurf vertritt diese Auffassung sogar wörtlich: „Infolge der Berührung aller Lebensverhältnisse durch den Krieg hat sich die Anwendung dieser (L.-V.) Bestimmungen auf ein weites Gebiet erstreckt. Eine erschöpfende Aufzählung aller in Betracht kommenden Handlungen läßt sich nicht erreichen.“ So ist das militärische Geheimnis jeder gewünschten Ausdehnung fähig.

Im § 97 setzt der Gesetzentwurf feindliche militärische Banden gleich einer kriegführenden Macht. Die vermutlich projektierte Uebernahme privater Verbände in die Reichswehr wirft hier einen merkwürdig verzerrten Schatten voraus.

Der bereits erwähnte § 95 wird jede Aktion gegen einen akut drohenden Krieg, eventuell sogar den Hinweis darauf, daß dieser Krieg völkerrechtlichen Abmachungen des Deutschen Reiches widerspricht, als Begünstigung des Feindes unter fürchterliche Strafen stellen.

Es ist fraglich, ob es im kommenden Krieg überhaupt noch ein beschränktes Kriegsgebiet im jetzigen Sinne geben wird, ob nicht das ganze Land als solches zu gelten hat. In bewundernswerter Voraussicht berücksichtigt dies der Strafgesetzentwurf in § 6, indem er von Ausländern im Ausland begangene Handlungen als landesverräterisch bestrafen will. Hier kehrt die Auslieferungsforderung des Versailler Vertrages, eine Bestimmung, die gerade von „nationaler“ Seite als ungeheuer bekämpft wurde, als deutsche Forderung wieder. Schon im Frieden kann die auswärtige Politik nunmehr fiktiv mit Hilfe des Strafgesetzbuches geführt werden.

Der Entwurf verfolgt einen dreifachen Zweck. Die illegalen Mittel, durch welche der innere Feind heute bekämpft wird, sollen legalisiert und gestärkt, jedes juristische Rüstzeug, dessen ein kommender imperialistischer Krieg bedarf, soll bereitgestellt werden. Der Entwurf ist somit durchaus zweckentsprechend. Wer ihn bejaht, muß es tun, weil er seinen Zweck, die Verschärfung der Mittel des Klassenkampfes und die Vorbereitung zum imperialistischen Kriege bejaht. Damit ist die Stellung des Sozialisten zum „Landesverrat“ klar: **wir wollen die Bourgeoisie der Waffen berauben, die sie zu ihrem Kampf gegen das Proletariat und zur Vorbereitung des imperialistischen Krieges für nötig hält.**

Die Veränderung der Landesverratsparagraphen entspricht außerdem der Veränderung der Struktur des Krieges. Früher war die militärische Sphäre stark akzentuiert von der zivilen getrennt. Diese Abtrennung ist mit dem Wachstum der Technik immer schwächer geworden. Im kommenden technischen Krieg wird es den Unterschied von Militär und Zivil nicht mehr geben; es gibt nur die gesamte kriegführende Bevölkerung. Der französische Mobilmachungsentwurf hat dies als erster offen zugegeben, und der deutsche Strafgesetzentwurf vertritt diese Auffassung sogar wörtlich: „Infolge der Berührung aller Lebensverhältnisse durch den Krieg hat sich die Anwendung dieser (L.-V.) Bestimmungen auf ein weites Gebiet erstreckt. Eine erschöpfende Aufzählung aller in Betracht kommenden Handlungen läßt sich nicht erreichen." So ist das militärische Geheimnis jeder gewünschten Ausdehnung fähig.

Im § 97 setzt der Gesetzentwurf feindliche militärische Banden gleich einer kriegführenden Macht. Die vermutlich projektierte Uebernahme privater Verbände in die Reichswehr wirft hier einen merkwürdig verzerrten Schatten voraus.

Der bereits erwähnte § 95 wird jede Aktion gegen einen akut drohenden Krieg, eventuell sogar den Hinweis darauf, daß dieser Krieg völkerrechtlichen Abmachungen des Deutschen Reiches widerspricht, als Begünstigung des Feindes unter fürchterliche Strafen stellen.

Es ist fraglich, ob es im kommenden Krieg überhaupt noch ein beschränktes Kriegsgebiet im jetzigen Sinne geben wird, ob nicht das ganze Land als solches zu gelten hat. In bewundernswerter Voraussicht berücksichtigt dies der Strafgesetzentwurf in § 6, indem er von Ausländern im Ausland begangene Handlungen als landesverräterisch bestrafen will. Hier kehrt die Auslieferungsforderung des Versailler Vertrages, eine Bestimmung, die gerade von „nationaler" Seite als ungeheuer bekämpft wurde, als deutsche Forderung wieder. Schon im Frieden kann die auswärtige Politik nunmehr fiktiv mit Hilfe des Strafgesetzbuches geführt werden.

Der Entwurf verfolgt einen dreifachen Zweck. Die illegalen Mittel, durch welche der innere Feind heute bekämpft wird, sollen legalisiert und gestärkt, jedes juristische Rüstzeug, dessen **ein kommender imperialistischer Krieg bedarf, soll bereitgestellt** werden. Der Entwurf ist somit **durchaus zweckentsprechend. Wer ihn bejaht, muß es tun, weil er seinen Zweck, die Verschärfung der Mittel des Klassenkampfes und die Vorbereitung zum** imperialistischen Kriege bejaht. **Damit ist die Stellung des Sozialisten zum „Landesverrat" klar: wir wollen die Bourgeoisie der Waffen berauben, die sie zu ihrem Kampf gegen das Proletariat und zur Vorbereitung des imperialistischen Krieges für nötig hält.**

Der Abend [Vorwärts] 22. IV. 29.

Liepmann und Liebknechtmord.

Von E. J. Gumbel.

Bei der Verhandlung im Beleidigungsprozeß des Reichsanwalts Jorns gegen den Redakteur des „Tagebuch" Joseph Bornstein hat der frühere Leutnant und jetzige Referendar Dr. jur. H. R. Liepmann die Vorgänge vor und nach der Ermordung Liebknechts eingehend geschildert. Da das Beweisthema nicht der Mord selbst, sondern nur die Frage war, ob Jorns, der damals bei der Garde-Kavallerie-Schützen-Division die Untersuchung führte, die Mörder begünstigt oder die Aufklärung, sei es fahrlässig, sei es bewußt, gehindert hat, konnte die Vernehmung Liepmanns auf den Mord selbst nicht eingehen. Obwohl Liepmann im Prozeß im Mai 1919 ausgesagt hat: „Ich schoß und Liebknecht fiel" wurde er damals nur wegen Anmaßung einer Befehlsbefugnis in Verbindung mit Begünstigung zu 6 Wochen verschärften Stubenarrests verurteilt.

Bei der jetzigen Vernehmung hat er angegeben, daß er als Transportführer nach der angeblichen Panne als letzter in der Kolonne stand, deren Spitze der transportierte, schwer verletzte Liebknecht bildete, und daß ihn dies gekränkt habe. Ferner, daß er hoch geschossen habe, also Liebknecht vermutlich gar nicht getroffen habe. Bei dieser Darstellung blieb offen, ob nicht die andern, nämlich der Kapitänleutnant Horst v. Pflugk-Hartung und die Offiziers Stiege, v. Rittgen, Schulze, Heinz v. Pflugk-Hartung und der Jäger Clemens Friedrich nach einem verabredeten Plan gehandelt haben.

Hierzu und zur Persönlichkeit Liepmanns kann ich ein eigenes Erlebnis anführen. Nach vorheriger telephonischer Verabredung kam am 29. Januar 1928 zu mir in Heidelberg ein mir bis dahin unbekannter Herr Liepmann, der sich als Dr jur. einführte. Er interessiere sich für die Arbeit der Liga für Menschenrechte und sei nach Heidelberg gekommen, um mich und Prof. Radbruch aufzusuchen. Zunächst schilderte er sein Leben, beginnend mit seiner Abstammung aus einer begüterten, jüdischen Familie aus Potsdam. Aus Patriotismus sei er Kriegsfreiwilliger, dann Offizier gewesen. Später sei er sogar Mitglied der Freikorps gewesen, stehe aber jetzt auf anderem Boden. Auf die Frage: „Bei welchem Freikorps?" antwortete er: „Garde-Kavallerie-Schützen-Division". Dort sei er auch zur Zeit des Liebknechtmordes als Offizier gewesen. Darauf ich: „Darf ich noch einmal um Ihren Namen bitten?" „Liepmann." Ich las ihm darauf aus meinem Buch „Vier Jahre Mord" die ersten Abschnitte über Liebknecht vor:

> „An einer Stelle, wo ein völlig unbeleuchteter Fußweg abging, erlitt das Auto angeblich eine Panne. Liebknecht, der durch die Schläge auf den Kopf noch ganz benommen war, wurde gefragt, ob er noch gehen könne. Zwei Leute stützten ihn rechts und links, zwei gingen vor und zwei hinter ihm. Alle mit entsicherten Pistolen und Handgranaten bewaffnet. Nach wenigen Schritten wurde Liebknecht, angeblich weil er einen Fluchtversuch machte, erschossen."

Ich fragte ihn, ob diese Darstellung richtig sei. Er antwortete melancholisch: „Der Satz „Zwei Leute stützten ihn rechts und links, zwei gingen vor und zwei hinter ihm" stimmt nicht." „Wieso?" „Es können nicht zwei vor ihm gegangen sein, dies hätte dem Zweck widersprochen."

Dieses Satzes bin ich vollkommen sicher, während ich mich infolge der Länge der seither verstrichenen Zeit beim bisher Geschilderten zwar genau an den Inhalt, nicht aber an jede Einzelheit der Formulierung erinnern kann.

Wir sahen uns lange an. Er wußte als Jurist genau, was er damit gesagt hatte und wußte ebenso genau, daß ich es richtig verstanden hatte. Ich sagte ihm: „Sie sind wegen des Liebknechtmordes nicht bestraft worden." Er antwortete — und dieser Formulierung bin ich wieder vollkommen sicher —: „Sie wissen, es gibt andere Strafen als die des Gerichts." Mit müder Handbewegung fragte er mich, dem Sinne nach: „Was soll ich nun tun?" Ich antwortete: „Sie sind nicht der erste Mörder, der hier so bei mir sitzt." Ich sagte dies, um ihn nochmals und ausdrücklich auf den Begriff des Mordes festzulegen. Er nahm auch dies hin. Ich sagte ihm dann, der Weg, den er zu gehen habe und der der einzige sei, welcher zur Reinigung führe, sei durch die Literatur und durch die Geschichte vollkommen klar festgelegt. Die einzige Sühne sei ein offenes Bekenntnis, unabhängig von allen Vorwürfen, die ihm von seinen Mittätern später gemacht werden könnten. Das Geständnis müsse in einer Form erfolgen, die eine gerichtliche Anklage möglich mache. Liepmann erhob keinen Widerspruch und stand langsam auf.

Später habe ich festgestellt, daß er sich tatsächlich, und zwar in sehr anspruchsvoller Weise auch an die Liga wegen Mitarbeit gewandt hat, doch hat er unter Berufung auf diese Unterredung seinen Vorschlag zurückgezogen.

Ich halte Liepmann für einen schwachen, von Gewissensbissen zerquälten Menschen, der an schweren Depressionen leidet und sie durch Uebersteigerungen des Selbstbewußtseins zu kompensieren sucht. Hierauf ist seine erste Aussage zurückzuführen. In einem solchen depressiven Zustand ist er zu mir gekommen. Meiner Meinung nach hätte jeder einigermaßen fähige Untersuchungsrichter, der den Liebknechtmord wirklich aufklären wollte, einen solchen schwankenden Menschen zu wahrheitsgetreuen Aussagen bringen müssen.

Berliner Morgenzeitung, Berlin
17. APR. 1929
Ausschnitt aus der Nummer vom:

Mathematik — angewandt aufs Leben.

„Die Lebenserwartung."

Von [Nachdruck verboten.]
Dr. E. J. Gumbel,
Privatdozent an der Universität Heidelberg.

Wie lange lebst du noch? Diese Frage beschäftigt die Menschen in allen Altern, Lebenslagen, sozialen Klassen und in allen Zeiten, vergangenen wie kommenden, aufs intensivste, weil sie die stärkste Unsicherheit in unser Leben bringt. Magische Kräfte wurden zur Auskunft herangezogen. Der Flug der Vögel, die Eingeweide der Opfertiere, die Stellung der Gestirne, das prophetische Tischbein, der Kaffeesatz und die Spielkarten sollten von den Wissenden gedeutet werden.

Die Wissenschaft gibt uns eine Antwort, klar und unzweideutig, aber nur im statistischen Sinne bestimmt. Denn auf diese Frage gibt es nicht die gesuchte, individuelle, sondern nur eine kollektivistische Antwort. In der Erkenntnis, dass die Fragestellung in dieser Richtung eingeschränkt werden muss, liegt hier wie in so vielen anderen Fällen der Wert der Wissenschaft.

Die exakte Antwort beruht auf der Sterblichkeitsstatistik und lautet: im Durchschnitt wird ein Mensch eines bestimmten Alters noch so viele Jahre leben, wie seine Lebenserwartung beträgt. Die Betonung liegt dabei auf den beiden ersten Worten. Zu diesem Begriff und seiner zahlenmässigen Feststellung gelangt man zunächst theoretisch auf folgende Weise: Bei einer grossen Zahl von Neugeborenen sei genau registriert, wie viele von ihnen die 1., 2., ... nte usw. Wiederkehr ihres Geburtstages erleben. Nach etwa 100 Jahren ist die Generation ausgestorben. Dann ist für jedes Alter berechenbar, wie viele Menschen es erleben. Diese Zahlenreihe wird Absterbeordnung genannt.

In der Praxis ist die angegebene Berechnungsmethode ungangbar. Denn man braucht zur Durchführung 100 Jahre. Es gibt aber einfache Methoden, die Absterbeordnung aus zwei Volkszählungen und der dazwischen geltenden Sterblichkeit für ein bestimmtes Land und eine bestimmte Zeit zu ermitteln.

Die Kenntnis der Absterbeordnung ist für die Bevölkerungslehre und für die praktischen Zwecke der Versicherungsmathematik von grösster Wichtigkeit. Denn die Prämien der Lebensversicherungen hängen, abgesehen vom Zinsfuss, nur vom Verlauf der Absterbeordnung ab. Solche Tafeln sind in allen Kulturstaaten berechnet worden. Diese setzt genaue Registrierungen voraus.

Die phantastischen Angaben, die uns manchmal von über Hundertjährigen, besonders aus dem Orient, berichtet werden, fallen bei genauer Analyse zusammen. Je jünger die Einführung der Registrierung in einem Lande, desto älter werden die Leute dort — weil eben die Kontrolle fehlt. Und die hundert- oder gar hundertfünfzigjährigen Inder waren nicht die Folge des gesunden Lebenswandels, des Joghurtessens oder mystischer Kenntnisse zur Erhaltung des Lebens, sondern entspringen der Tatsache, dass niemand den Moment seiner Geburt mit Bewusstsein erlebt und daher niemand sein Alter genau kennt, es sei denn durch die Registrierung. Die Absterbeordnungen zeigen uns vielmehr, dass die Sterblichkeitsverhältnisse in solchen Ländern gerade umgekehrt ausserordentlich ungünstig sind. Während in Europa heute 80 Prozent der Neugeborenen das vierte Lebensjahr vollenden, trifft dies in Indien noch nicht auf 60 Prozent zu. In Europa erreicht etwa die Hälfte aller Geborenen das 55. Altersjahr, in Indien noch nicht das zwölfte. Aehnlich, wenn auch nicht in diesem Masse ungünstig, sind die Verhältnisse bei den Negern der Vereinigten Staaten. Dagegen liegen sie für die weisse Bevölkerung der Vereinigten Staaten und für Australien sehr günstig. Ganz allgemein ist die Sterblichkeit in weitem Masse sozial bedingt. Sie hängt aber auch vom Geschlecht ab. Im ganzen gesehen liegt sie für das weibliche Geschlecht günstiger.

Die letzte deutsche Sterbetafel für die Jahre 1924 bis 1926 für die männliche Bevölkerung lautet in grossen Zügen:

Alter	Ueberlebende
0	100
5	85,9
25	81,4
45	74,0
65	52,7
85	6,4

Es fragt sich nun, wie man den Gesetzentwurf der Absterbeordnung durch eine Zahl charakterisieren soll. Addiert man die Zahlen der Ueberlebenden für jedes Altersjahr, so erhält man die Summe der von diesen 100 Neugeborenen insgesamt verlebten Zeit. Dividiert man die Summe durch 100, so erhält man das Alter, das ein Neugeborener im Durchschnitt erlebt. Diese Zahl wird als Lebenserwartung eines Neugeborenen bezeichnet. Man kann sie auch das Durchschnittsalter beim Tode für den Neugeborenen nennen. Je kleiner die Lebenserwartung eines Neugeborenen, um so ungünstiger die Absterbeordnung.

Die Lebenserwartung eines männlichen Neugeborenen beträgt:

Land	Zeit	Lebenserwartung
Indien	1901/10	22,6
Japan	1898/1903	44,0
Holland	1900/09	51,0
Australien	1901/10	55,2

Die Lebenserwartung eines Neugeborenen ist in den letzten 50 Jahren in allen sogenannten Kulturstaaten wesentlich gestiegen. In Deutschland z. B. betrug sie für das männliche Geschlecht im Jahre 1876 nur 35,6 Jahre, im Jahre 1925 bereits 56,0 Jahre. Dabei ist allerdings zu beachten, dass die letzte Zahl sich nur auf die Sterblichkeitsverhältnisse der Jahre 1924 bis 1926 stützt, dass also die im Kriege Gefallenen und Verhungerten nicht mit in die Rechnung eingehen.

Dieser Begriff der Lebenserwartung eines Neugeborenen lässt sich auf ein beliebiges Alter erweitern. Addiert man nämlich die Zahlen der nach der Absterbeordnung über einem bestimmten Alter Lebenden, so erhält man die von den Menschen des betreffenden Alters insgesamt noch zu verlebende Zeit. Dividiert man diese Zahl wieder durch die der Absterbeordnung entnommene Zahl der Menschen dieses Alters, so erhält man die Zeit, von der man erwarten kann, dass sie auf den einzelnen Menschen dieses Alters noch treffe. Daher wird diese Zahl als die Lebenserwartung für das betreffende Alter bezeichnet. Sie sagt uns, wie viele Jahre eine grosse Zahl von Menschen von einem bestimmten Alter im Durchschnitt — aber auch nur im Durchschnitt — noch zu erwarten hat.

Im allgemeinen fällt die Lebenserwartung mit steigendem Alter. Aber aus der Tatsache, dass alle Menschen sterben müssen, folgt noch nicht, dass der Moment des Todes immer näher rückt. Von der Geburt bis zum dritten Lebensjahr steigt nämlich die Lebenserwartung. Dies hängt mit der bekannt grossen Sterblichkeit der Säuglinge zusammen.

Entsprechend den Eigenschaften der Absterbeordnung verändert sich auch die Lebenserwartung mit der Zeit. Für alle Alter ist die Lebenserwartung in den sogenannten Kulturstaaten in den letzten Jahrzehnten gestiegen, am stärksten für die jüngeren, am schwächsten für die älteren Klassen. Dies zeigt z. B. die folgende Tabelle, welche die Lebenserwartung für das männliche Geschlecht in Deutschland für einige Alter angibt:

Alter	Lebenserwartung 1876	Lebenserwartung 1925
0	35,6	56,0
5	49,4	60,1
25	35,0	42,7
45	21,2	25,9
65	9,6	11,5
85	3,1	3,5

Addiert man zum Alter eines Menschen seine Lebenserwartung, so erhält man, unter der Annahme der Fortdauer der bestehenden Sterblichkeit, sein durchschnittliches Alter beim Tod. Aber das individuelle Alter beim Tod ist hierdurch in keiner Weise beschränkt oder gar determiniert.

38

E. J. Gumbel

Parolen gegen den Krieg

Es gibt nicht „den kommenden Krieg", sondern die drohenden Kriege. Denn viele Konflikte existieren, von denen jeder morgen zu einem Weltbrand führen kann. Es ist nicht einmal sicher, daß ein solcher Krieg sich gerade an einem der heute deutlichen Konflikte entzündet, ebensowenig, daß die Fronten den Koalitionen entsprechen, die heute vorliegen. Im Gebiet des Sozialen ist Bestimmtheit im naturwissenschaftlichen Sinne ausgeschlossen. Gesetzmäßig ist hier nur die große Tendenz.

Der Krieg der imperialistischen Staaten gegen Rußland ist vielleicht nicht der wahrscheinlichste, sicher aber der bedeutungsvollste Krieg. Denn ein Sieg der Imperialisten würde die Arbeiterschaft der ganzen Welt um ein halbes Jahrhundert zurückwerfen. Deshalb müssen wir unser Interesse vornehmlich auf ihn richten.

Es gibt bürgerliche Hoffnungen auf Erhaltung des Friedens. Aber der Völkerbund hat in der Abrüstungsfrage in einem Dutzend Kommissionen, in über hundert Tagungen, mit mehreren hundert Sitzungen und über hundert Resolutionen nur Leerlaufarbeit geleistet. Noch nicht einmal die Köpfe der Tabellen, die die numerischen Maße der Abrüstung enthalten sollen, sind fertiggestellt worden. Vom Inhalt ist noch gar keine Rede. Der Völkerbund hat zwar bisher die kleinen Kriege verhindert, die nicht im Interesse der in ihm herrschenden Großstaaten lagen. Bei zwischen diesen Mächten drohenden Kriegen ist ein Erfolg des Völkerbundes zum mindesten zweifelhaft. Bei einem gegen Rußland drohenden Krieg wird der Völkerbund überhaupt ausschalten, wenn er ihm nicht durch Zubilligung des Sanktionscharakters seinen Segen verleiht.

Ob die Abrüstungskonferenz je zustande kommt, ist zweifelhaft. Wenn sie zustande kommt, wird sie genau wie die Washingtoner Konferenz zur Abrüstung der jetzt überlebten Kriegsmittel führen.

Eine andere Hoffnung lautet: Die Technik tötet den Krieg. Ihrer apodiktisch-prophetischen Form entkleidet, besagt dieser Satz nur, daß der kommende Krieg unvorstellbar grausam sein wird. Dies ist wahr, seit es eine Kriegstechnik gibt, seit die Armbrust der schweizer Bauern die burgundischen Ritter, das Gewehr die Armbrust, die aufgelöste Schützenkette der französischen Revolution das friderizianische Heer, das Maschinengewehr das einfache Gewehr geschlagen hat. Entsprechend wird die Technik des Krieges von morgen die Vergasung der Hauptstädte, nicht aber das Ende des Krieges bringen.

Die Erwartung, daß die Menschen vernünftig genug sein werden, den Krieg zu unterlassen, ist eitel. Alle Erfahrung der letzten Jahrzehnte hat gezeigt, wie leicht die den Krieg bejahende Schicht durch Verdummung, Verfälschung und geeignete Propaganda die notwendige Stimmung erzeugen kann. Die Vernebelung von 1914 wirkt noch heute. Und die neue Vernebelungskampagne hat bereits eingesetzt.

Nun wird eingewandt, daß das Interesse der Gesamtbourgeoisie am Kriege doch gering sei. Aber es ist bezeichnend, wie wenig Anhänger die Friedensbewegung in Bürgerkreisen hat. Es wäre gefährlich, sich darauf zu verlassen, daß die Bourgeoisie ihre Interessen bisher nicht erkannt hat und einen akuten Krieg verneinen würde.

Maßgeblich sind nämlich gar nicht die Interessen der Gesamtbourgeoisie, sondern die der Rüstungsindustrie, die einen bedeutenden Teil der chemischen und Schwerindustrie darstellt. Allerdings ist für diese vor allem der Zustand der drohenden Kriegsgefahr vorteilhaft. Dieser Zustand hat aber die Eigentümlichkeit, nicht andauern zu können. Zudem sind die Gewinnmöglichkeiten in einem kurzen schönen Krieg unwahrscheinlich größer, als in einem langen „faulen" Frieden. Wird der Krieg verloren, so werden die Lasten doch nur auf den „inneren" Feind abgewälzt. Verletzt die „feindliche" Munitionsfabrik die Patente, so kann man auf Grund der Heiligkeit des Eigentums sie nach dem Krieg auf ein Blutgeld in Prozenten der „eigenen" Gefallenen verklagen.

Zu diesen speziellen Interessen kommt eine allgemeine Tendenz des Kapitalismus: der imperialistische Vorstoß in vorkapitalistische Länder, wo hohe Zinsen winken. Gegenüber diesen Interessen muß ein Interesse der Gesamtbourgeoisie am Frieden, wenn es überhaupt existiert, zurücktreten.

So bleiben die sozialistischen Parolen, welche von uns bestimmte Handlungen verlangen. Lenin hat gesagt:

> „Hinsichtlich der Bekämpfung der Kriegsgefahr bin ich der Meinung, daß die größte Schwierigkeit die ist, das Vorurteil zu überwinden, als sei dies eine einfache, klare und leichte Frage."

Vor allem kann es nicht ein Mittel gegen den Krieg geben, weil es verschiedene Kriege gibt. Gegenüber verschiedenen Kriegen müssen ganz verschiedene Mittel in politischer wie in technischer Hinsicht Verwendung finden.

Der Eintritt in das Heer zum Zweck der Zersetzung ist in einem geschlagenen, verhungerten Heer außerordentlich wirkungsvoll. Ist er wirkungsvoll am Beginn des Krieges, in einem Heer, das zum Angriff rüstet, gegenüber einem Freiwilligenheer, gebildet aus nationalen Verbänden, wenn diejenigen, die zersetzen wollen, gar nicht in das Heer können? Wenn die nationalen Verbände zahlenmäßig zur Auffüllung der Kaders genügen, und wenn die Stärke des Heeres auf seiner technischen Versorgung beruht, verpufft die Parole der Zersetzung. Erst recht die Dienstverweigerung: denn niemand wird zum Eintritt in dieses Heer gezwungen.

Auch die Parole des Generalstreiks braucht nicht zu wirken. Angenommen, es kommt zum Krieg gegen die Sowjet-Union. Deutschland bleibe zunächst neutral. Es liefert Munition, theoretisch an jede kriegführende Macht, in der Praxis nur an die eine Seite. Die Folge ist: die Arbeitslosigkeit verschwindet. Werden die Arbeiter, die heute auf der Straße stehen, die Kraft aufbringen, um zu sagen: Diese Arbeit tötet? Nein:

„Im hungrigen Magen Eingang finden
Nur Suppenlogik samt Knödelgründen."

Die Munitionsfabrikation wird gedeihen und zur gegebenen Zeit kann Deutschland unbesorgt in den Krieg eintreten.

Nur eine Parole kann allgemein ausgegeben werden: Der Kampf gegen den Krieg läßt sich nicht trennen vom sozialen Kampf. Er kann nur wirkungsvoll sein gestützt auf die Arbeiterschaft und wenn die Aufklärung unter den Massen bereits heute beginnt. Denn jede entscheidende Situation steht heute in den wichtigsten Ländern stets vor der Alternative des Sieges der Arbeiterklasse, die dem weiteren Verlauf dann gerade die entgegengesetzte Richtung verleihen kann.

Der Wirtschaft geht es gut

Trotz der Wirtschaftskrise

Das „Berliner Tageblatt" veröffentlicht in seinem Handelsteil am 21. April 1929 eine Statistik über die Rentabilität der Aktiengesellschaften in Deutschland für das Jahr 1928. Dabei kommt heraus, daß die Aktiengesellschaften und damit die ganze deutsche Wirtschaft in dem Krisenjahr 1928 genau so gut verdient haben wie im Jahre 1927, dem Jahr recht guter Konjunktur, d. h. daß die Lasten der Krise ausschließlich die Arbeitnehmer zu tragen haben. Das Endergebnis der Statistik des „Berliner Tageblattes" über alle Aktiengesellschaften ist:

im Jahre 1927 betrug:	(mit Banken)	(ohne Banken)
der Reingewinn	12,0% des Akt.-Kap.	10,2% des Akt.-Kap.
der Rohgewinn	17,1% „ „	19,2% „ „
die Dividende	8,5% „ „	7,8% „ „
im Jahre 1928	**(mit Banken)**	**(ohne Banken)**
der Reingewinn	12,0% des Akt.-Kap.	9,9% des Akt.-Kap.
der Rohgewinn	17,1% „ „	19,0% „ „
die Dividende	8,5% „ „	7,8% „ „

DER BEGRIFF DES POLITISCHEN MORDES[1])

Von E. J. Gumbel

Das Gebot „Du sollst nicht töten" ist eine der ältesten sittlichen Vorschriften, welche die Menschheit kennt. In Kriegszeiten wird dieses Gebot zwar aufgehoben. Aber alle menschlichen Gemeinschaften unserer Stufe haben seit Jahrhunderten dieses Gebot als unbedingt gültig betont und seine Uebertretung mit den schärfsten Strafen bedroht.

Das deutsche Strafgesetz unterscheidet fahrlässige und vorsätzliche Tötung. Fahrlässig handelt, wer die Aufmerksamkeit außer acht läßt, zu der er verpflichtet und fähig ist und so nicht voraussieht, daß eine strafbare Handlung entstehen wird, oder, obwohl er dies für möglich hält, sich darauf verläßt, daß es nicht passieren werde. Dagegen spricht man von Vorsatz, wenn der Täter sich den Erfolg der Durchführung seines Willens innerlich vorgestellt hat. Vorsatz existiert demnach, wenn das Verbrechen mit Wissen und Willen verwirklicht wurde. Der Täter muß den Erfolg gewollt haben oder sich den Erfolg als möglicherweise eintretend vorgestellt und ihn gebilligt haben.

Die vorsätzliche Tötung kann Mord oder Totschlag sein, je nachdem sie mit oder ohne Ueberlegung ausgeführt worden ist. Ueberlegung bedeutet, daß der Vorsatz zur Tötung sich gegenüber anderen Vorstellungen, z. B. moralischer Art oder Geboten der Klugheit, durchgesetzt hat. Die Ueberlegung bezieht sich also auf die innerliche Frage des Täters, ob und wie er handeln wollte. Der wesentliche Gegensatz zur Ueberlegung ist der Affekt, bei dem zur Ueberlegung keine Zeit ist. Die zur Feststellung eines Mordes vorausgesetzte Ueberlegung geht somit über den Vorsatz hinaus und muß unabhängig von ihm feststellbar sein. Insbesondere muß die Ueberlegung während der Ausführung vorhanden sein. Bei mehreren Tätern kann unter Umständen einer oder mehrere mit, andere ohne Ueberlegung handeln.

Neben der fahrlässigen Tötung, dem Totschlag und dem Mord, kennt das deutsche Gesetz noch die schwere Körperverletzung mit Todesfolge. Körperverletzung begeht, wer rechtswidrig vorsätzlich oder fahrlässig

---

[1]) Aus einem demnächst im Malik-Verlag erscheinenden Buch: „Verräter verfallen der Feme" von E. J. Gumbel, Bertold Jacob und Ernst Falck.

einen anderen körperlich mißhandelt oder an der Gesundheit schädigt. Bei der Körperverletzung mit Todesfolge muß der Vorsatz des Täters nach der Körperverletzung gerichtet sein, und der Tod nur in ursächlichem Zusammenhang damit stehen. Fahrlässige Körperverletzung mit Todesfolge ist dann möglich, wenn der Täter nur die Körperverletzung, nicht aber den Tod voraussehen konnte.

Speziell behandelt das Gesetz noch die vorsätzliche Vergiftung als Todesursache. Sie ist mehr als Körperverletzung mit Todesfolge. Dieses Verbrechen begeht, wer einem andern, um dessen Gesundheit zu beschädigen, Gift oder andere Stoffe beibringt, welche die Gesundheit zu zerstören geeignet sind, falls hierdurch der Tod des Betreffenden verursacht wurde. Der Täter muß dabei wissen, daß die beigebrachten Stoffe geeignet sind, die Gesundheit zu zerstören und das Leben des Opfers zu gefährden.

Als letzte Form der Tötung wird der Raufhandel mit Todesfolge behandelt. Hierunter ist ein in Tätlichkeiten ausgearteter Streit zwischen mehr als zwei Personen oder ein von mehreren gemachter Angriff zu verstehen, falls hierdurch der Tod verursacht wurde. Unerheblich ist dabei, ob der Tod einem bestimmten Täter zugerechnet werden kann oder nicht.

Diesen zahlreichen Kategorien entsprechen verschiedene Strafen.

Fahrlässige Tötung wird mit Gefängnis bis zu drei Jahren, und wenn der Täter zu der Aufmerksamkeit, die er aus den Augen ließ, vermöge seines Amtes, Berufs oder Gewerbes besonders verpflichtet war, mit Gefängnis bis zu fünf Jahren bedroht. Totschlag soll mit Zuchthaus nicht unter fünf Jahren, bei mildernden Umständen mit Gefängnis nicht unter sechs Monaten bestraft werden. Totschlag bei Unternehmung einer strafbaren Handlung wird mit Zuchthaus nicht unter zehn Jahren bestraft.

Auf Mord steht ausschließlich Todesstrafe. Zubilligung mildernder Umstände ist beim Mord nicht zulässig. Die Verabredung zum Mord wird mit Gefängnis nicht unter einem Jahr bestraft. Auf Mordversuch steht Zuchthaus nicht unter drei Jahren.

Vorsätzliche Körperverletzung mit tödlichem Ausgang wird mit Gefängnis oder Zuchthaus nicht unter drei Jahren bestraft. Bei mildernden Umständen tritt Gefängnis nicht unter drei Monaten ein. Fahrlässige Körperverletzung, auch mit Todesfolge, wird mit Geldstrafe oder mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft. War der Täter zu der Aufmerksamkeit, welche er aus den Augen ließ, besonders verpflichtet, so

kann die Strafe auf drei Jahre Gefängnis erhöht werden. Auf Vergiftung mit Todesfolge steht Zuchthaus nicht unter zehn Jahren. Beim Raufhandel mit Todesfolge ist jeder, welcher sich an der Schlägerei oder dem Angriff beteiligt hat, schon wegen dieser Beteiligung mit Gefängnis bis zu drei Jahren zu bestrafen, falls er nicht ohne sein Verschulden mit hineingezogen worden ist.

Ist der Tod mehreren Verletzungen zuzuschreiben, welche ihn zwar nicht einzeln, sondern nur durch ihr Zusammentreffen verursacht haben, so ist jeder, welchem eine dieser Verletzungen zur Last fällt, mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren zu bestrafen. Die verschiedenen Formen der Tötung sind also mit Strafen von drei Monaten Gefängnis bis zur Todesstrafe bedroht.

Mord verjährt erst in 20 Jahren. Bei den anderen Verbrechen gilt die allgemeine Regel: Verjährung tritt demnach in 15 Jahren ein, wenn die mögliche Höchststrafe zehn Jahre beträgt, bei geringeren möglichen Freiheitsstrafen beträgt die Verjährungsfrist zehn Jahre.

Allgemein gilt in Deutschland das Legalitätsprinzip, wonach die Staatsanwaltschaft verpflichtet ist, wegen aller zu ihrer Kenntnis gelangenden strafbaren und verfolgbaren Handlungen einzuschreiten, sofern zureichende, tatsächliche Anhaltspunkte vorliegen.

Solche Gesetze scheinen alle Voraussetzungen zu bieten, um alle Tötungen einer scharfen Bestrafung zu unterwerfen. Aber alle Gesetze wirken nicht an sich, sondern nur in einem bestimmten sozialen Milieu, das ihre Wirksamkeit beschränkt, unter Umständen ausschaltet.

Einschränkungen finden sich zunächst bereits im Gesetz. Befindet sich nämlich der Tötende in echter Notwehr, d. h. handelt er in derjenigen Verteidigung, die zur Abwehr eines gegenwärtigen rechtswidrigen Angriffs erforderlich ist, so ist eine strafbare Handlung überhaupt nicht vorhanden. Wird das notwendige Maß der Abwehr überschritten, so liegt zwar eine strafbare Handlung vor, die aber nicht als „Tötung" aufgefaßt zu werden braucht. Sie kann als schwere Körperverletzung mit Todesfolge aufgefaßt werden. Die Strafbarkeit entfällt dagegen, wenn der Täter die Grenzen der Notwehr in Bestürzung, Furcht oder Schrecken überschritten hat. Ebenso, wenn sich der Tötende aus guten Gründen in dem Glauben befindet, in Notwehr zu handeln, ohne in Wirklichkeit in Notwehr zu sein (Putativnotwehr). Eine nicht entschuldigte Notwehrüberschreitung gilt als Fahrlässigkeit.

Aus diesen gesetzlichen Möglichkeiten ergeben sich not-

wendige Unklarheiten. Hieraus erwachsen bei geeigneter Einstellung der Gerichte Einseitigkeiten. Nichtzubilligung der Notwehr an gewisse Kategorien von Tätern bedeutet Belastung; Zubilligung einer fiktiven Notwehr schafft zahlreiche Maschen, durch die der Verbrecher schlüpfen kann.

Aber das Gesetz läßt dem Richter noch weitere Freiheiten. Eine vorliegende Tötung kann nämlich nach ganz verschiedenen Kategorien beurteilt werden. Entscheidend sind hierfür Vorgänge in der Psyche des Täters. Je nach den Möglichkeiten der Erkenntnis solcher seelischen Motive wird der Richter zu verschiedener Beurteilung kommen müssen. Die Fähigkeit des Richters zur Erkenntnis der Psyche des Täters aber hängt mit dessen sozialem Stand zusammen. Solche Einflüsse wirken, sobald politische und soziale Momente bei einem Verbrechen mitspielen, und diese fehlen nie. Denn auch beim besten Gesetz kommt es entscheidend darauf an, wer es durchführt. Die stärkste Rolle spielen diese Einflüsse beim politischen Mord.

Der politische Mord ist formalrechtlich zunächst ein gewöhnlicher Mord, etwa wie ein Raubmord. Jedoch ist er im Rathenau-Paragraphen des Strafgesetzbuches besonders berücksichtigt worden. Danach steht auf Verabredung zum Mord dann Zuchthaus, wenn eine Person aus Gründen ermordet werden soll, die in ihrer Stellung zum öffentlichen Leben liegen.

Der Begriff des politischen Mordes wird auch innerhalb der Lehre vom Völkerrecht behandelt. Der wegen politischer Verbrechen oder damit zusammenhängenden Handlungen Verfolgte soll mit gewissen Ausnahmen im Gegensatz zum gemeinen Täter nach seiner Flucht in einen anderen Staat nicht ausgeliefert werden. Unter politischen Delikten werden dabei diejenigen verstanden, die sich unmittelbar gegen die politische Gesamtorganisation des Staates richten (v. Martitz, Internationale Rechtshilfe in Strafsachen II, S. 274 ff.). Danach liegt ein politischer Mord nur dann vor, wenn durch ihn der Umsturz der Verfassung oder mindestens eine Erschütterung der Autorität des Staatswesens bezweckt wurde. Praktisch wäre also nur der Mord an einem aktiven Minister oder Staatsoberhaupt ein politischer Mord. Selbst die Ermordung eines früheren Ministers wäre kein politischer Mord, sondern höchstens ein damit zusammenhängendes Verbrechen, falls nämlich im Anschluß daran revolutionäre oder konterrevolutionäre Versuche gemacht worden wären. (Vgl. die etwas abweichende Meinung von Lammasch, Auslieferungspflicht und Asylrecht, Leipzig 1887, S. 313.)

Aber die völkerrechtliche Frage der Auslieferbarkeit ist für uns nicht entscheidend. Daher können wir die auf diese Frage zugeschnittene Definition des politischen Mordes nicht zugrunde legen. Denn danach wäre die Mehrheit der Morde, mit denen sich die öffentliche Meinung in Deutschland beschäftigte, gemeine Verbrechen. Diese Auffassung ist abzulehnen, weil der politische Charakter der Motive und der politische Zweck dieser Verbrechen hierbei völlig ausgeschaltet würde.

Der politische Mord ist vom sozialen Standpunkt gekennzeichnet durch das Vorhandensein politischer Motive. Er liegt dann vor, wenn politische Beweggründe subjektiv für die Entschlußfassung zur Tat maßgeblich sind oder mitwirken, oder wenn objektiv die Tat eine politische Wirkung hat. Für den politischen Charakter eines Attentats oder Mordes ist es gleichgültig, ob die beim Täter vorgestellten politischen Eigenschaften des Opfers wahr sind oder nicht. Es kommt innerhalb dieser Kategorie nur auf die subjektive Annahme des Täters an, der etwa in seinem Opfer einen Schädling seiner politischen Richtung oder klassenmäßigen Einstellung, einen politischen Gegner, einen Spitzel oder einen Verräter sieht. Gleichgültig ist dabei, ob neben diesen politischen Motiven noch andere existieren. Selbst eine Beraubung nach der Tat vermag an dem politischen Charakter nichts zu ändern, wenn sie auch juristisch als Raubmord eine Erschwerung darstellt. Ebensowenig verändert es den politischen Charakter eines Mordes, wenn zu den politischen Motiven Haß oder Eifersucht hinzutritt, wenn bei dem Entschluß zur Tat persönliche Motive, etwa Verlust des Vermögens durch die Inflation oder Verlust einer Stellung oder eines Einflusses durch die Revolution, für die das Opfer verantwortlich gemacht wird, mitgespielt haben. Umgekehrt ist auch zu beachten, daß manchmal ein gemeiner Verbrecher versucht, seine Tat als politische hinzustellen. Solche Fälle müssen ausgeschaltet werden.

Zum Charakter eines Mordes als eines politischen ist jedoch das subjektive Wissen des Täters um diesen politischen Charakter nicht erforderlich. Es genügt, wenn der Mord objektiv politische Wirkung hat. Eine geschickte Propaganda stellt nämlich den politischen Gegner gar nicht als solchen, sondern als gemeinen Verbrecher dar. Der Anstifter hat vielfach das Interesse, ein solch mangelndes politisches Bewußtsein zu erzeugen. Ja, er kann sogar selbst diesen Glauben besitzen. Daher kann auch die Wirkung allein zur Charakterisierung des politischen Mordes dienen.

Diese politischen Umstände sind vom Begriff des politischen Mordes nicht zu trennen. Aber der Begriff des politischen Mordes überschreitet den strafrechtlichen Begriff des Mordes. Unter den Begriff „politischer Mord" müssen nämlich außerdem noch gewisse Formen des Totschlages, der Körperverletzung und der Vergiftung mit Todesfolge aufgenommen werden, wenn sie aus politischen Motiven geschehen oder mit politischen Wirkungen verbunden sind. Sonst würden gerade die politisch interessantesten Tötungen nicht unter diesen Begriff fallen.

Definitionsgemäß müssen wir daher zum Begriff des politischen Mordes außer dem Mord im strafrechtlichen Sinn, falls er aus politischen Motiven geschehen ist, Vorgänge folgender Art hinzurechnen, falls sie auf politischen Motiven beruhten oder politische Wirkungen hatten: a) Die Ausübung einer Lynchjustiz, wenn die lynchende Masse einer bestimmten legalen Disziplin unterworfen war, ihr aber nicht gefolgt ist (z. B. der Mord an Gustav Landauer, am Matrosen Peters, vgl. „Vier Jahre politischer Mord", S. 33 bis 35, S. 73 ff.); b) Die Ueberschreitung der Befehlsbefugnis und die Ueberschreitung eines Befehls durch die Ausführungsorgane, auch wenn dem Befehlenden bzw. den Ausführenden die Ueberschreitung nicht zum Bewußtsein kommt (z. B. die Ermordung der Vorwärtsparlamentäre, vgl „Vier Jahre politischer Mord", S. 9 bis 10); c) Totschlag in objektiver Ueberschreitung der Notwehr; d) Jede durch bewußte Schaffung einer besonderen Situation vorbereitete Tötung. Der Prototyp dieser Kategorie ist die berühmte Erschießung auf der „Flucht" (z. B. Liebknecht, Jogisches und Dorrenbach, der Mord im Tegeler Forst); e) Erschießung nach einem angeblichen Standgericht, das nur zum Zwecke des äußeren Anscheins der Innehaltung gewisser Rechtsformen abgehalten wird, tatsächlich aber illegal ist, z. B. weil die an sich legale Truppe meutert (so die sogenannten standrechtlichen Erschießungen gemäß den Kapp-Verordnungen).

Diesen verschiedenen Kategorien entsprechen die Fälle, welche nicht als politische Morde betrachtet werden dürfen: a) Kämpfe und kampfähnliche Handlungen, z. B. in der Nachwirkung von Demonstrationen; b) Tötungen, bei denen die erschießende Partei einen Angriff der Menge angenommen hat (wenn nicht das Gegenteil einwandfrei erweisbar ist); c) Die Fälle, in denen die Erschießung auf Grund eines echten kriegsgerichtlichen Urteils erfolgte, weil hier noch ein formal rechtliches, wenn auch stark abgekürztes Verfahren stattfand (z. B. die Erschießung von Leviné).

Bei der Frage, ob eine kampfähnliche Handlung vorliegt, kann es aber nicht auf die juristische Position der beiden Seiten allein ankommen; entscheidend kann nur der politische Charakter der Situation sein; wenn z. B. ein Polizeibeamter erschossen wird, ist die juristische Verschärfung, die im Angriff auf einen in rechtmäßiger Ausübung seines Amtes befindlichen Polizeibeamten liegt, vom Standpunkt des politischen Mordes gesehen, gleichgültig.

Der politische Mord kann als unorganisierter oder organisierter Mord auftreten. Der unorganisierte ist das Werk eines einzelnen oder mehrerer Personen, gekennzeichnet durch das Fehlen einer Verschwörung. Daneben steht der organisierte Mord, gekennzeichnet durch die Existenz von Verschwörergruppen. Auch der organisierte Mord kann an das Zutreffen einer günstigen Gelegenheit geknüpft sein. Daneben gehen die Täter hier planmäßig darauf aus „Wir suchen, ja wir machen die Gelegenheit", nach eingehender „militärischer", evtl. politischer Vorbereitung z. B. durch Diffamierung in der Oeffentlichkeit.

Die höchste Form des organisierten politischen Mordes ist der Fememord. Unter Fememord (oder Fematat) ist zu verstehen ein politischer Mord (oder Anschlag), der auf Grund eines Spruchs oder eines Befehls einer bestimmten Gemeinschaft oder ihres Leiters in Ausübung einer privaten, selbstherrlichen „Justiz", oder auf Grund einer Verabredung einzelner Mitglieder dieser Gemeinschaft verübt wird. Fematat oder Fememord im engeren Sinn liegt vor, wenn die Tat zu dem Zweck erfolgte, um gegenwärtige oder frühere Mitglieder der Organisation zu bestrafen oder zu beseitigen. Fematat oder Fememord im weiteren Sinne liegt vor, wenn die Tat zu dem Zweck erfolgte, um gegenwärtige oder frühere Mitglieder oder Außenstehende zu bestrafen oder zu beseitigen. Dabei liegt als Motiv zugrunde, daß das Opfer die Geheimnisse der Organisation kannte, sie enthüllte, mit Enthüllung drohte oder auf andere Weise die Gemeinschaft schädigte oder bekämpfte, oder daß ein solcher, wenn auch unbegründeter Verdacht existierte. Zu diesen politischen Gründen können, wie beim politischen Mord überhaupt, auch unpolitische treten. Unter der Feme wird eine Gruppe verstanden, welche solche Taten in gemeinsamem Willen vorbereitet oder ausübt. Die größere Gruppe, aus der die Feme stammt, wird Mordorganisation genannt.

Die Bezeichnung „Fememorde" knüpft äußerlich an die Feme des Mittelalters an. Dieses Femegericht war ein „Bund",

ein Gerichtsverband, der heimlich tagte. Entsprechend dem Fehlen einer Reichsorganisation im deutschen Mittelalter waren die Gerichte im allgemeinen nach Territorien organisiert. Dagegen erstreckte sich das im 14. und 15. Jahrhundert gebildete Femegericht über ganz Deutschland. Es war eine Art Reichsgericht, das über Kapitalverbrechen urteilte. Es urteilte im kaiserlichen Namen und ließ das Urteil sofort durch seine Freiboten vollstrecken. Mitglieder des Gerichts waren die sogenannten Freischöffen. Die Orte, an denen die Gerichte tagten, waren allgemein bekannt. Am stärksten waren die Femegerichte in Westfalen verbreitet. Als Stellvertreter des Kaisers figurierte der Erzbischof von Köln. Das Verfahren war das des alten deutschen Anklageprozesses, bei dem jeder Freischöffe als Kläger auftreten durfte. Blieb der Angeklagte aus, so wurde er „verfemt", es wurde die Acht über ihn ausgesprochen und das Urteil dem Ankläger schriftlich übergeben. Das Urteil wurde geheim gehalten, die Todesstrafe erfolgte durch den Strang. Neben dem Hingerichteten wurden Dolche oder andere Zeichen der Warnung in die Erde gesteckt.

Die heutigen Fememorde haben mit dieser alten deutschen Feme zunächst nur die Bezeichnung gemeinsam. Daneben existieren Parallelen. So die Forderung unbedingter Verschwiegenheit. Bei einzelnen Fememorden ist auch der äußere Schein eines gerichtlichen Verfahrens vorhanden gewesen, wie es bei der alten Feme real existierte. Aber die alte Feme war eine anerkannte und legale Gerichtsorganisation, die dem Schutz einer mangelhaft organisierten Gesellschaft diente, während die neuen Mordorganisationen ihre angemaßte Justiz nur im eigenen Auftrag ausübten und sich damit in Gegensatz zur Gesellschaft und ihrer rechtmäßigen Organisation stellen. Hierin liegt der prinzipielle Unterschied.

Die starke politische Bedeutung der Fememorde hat zur Aufnahme eines besonderen Femeparagraphen (§ 176) im Strafgesetzentwurf geführt:

„Feme: Wer an einer Verbindung oder Verabredung teilnimmt, die Verbrechen wider das Leben bezweckt oder als Mittel für andere Zwecke in Aussicht nimmt, oder wer eine solche Verbindung unterstützt, wird mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft. In besonders schweren Fällen ist die Strafe Zuchthaus bis zu zehn Jahren. Die Amtsfähigkeit kann ohne Rücksicht auf Art und Höhe der Strafe aberkannt werden. Straffrei wird, wer der Behörde oder dem Bedrohten von dem Bestehen der Verbindung oder Verabredung oder ihrem Zweck so rechtzeitig Kenntnis gibt, daß ein in Ver-

folgung der Bestrebungen der Verbindung oder Verabredung beabsichtigtes Verbrechen wider das Leben verhindert werden kann."

Diese Definition ist völlig ungeeignet. Denn danach fehlt der Feme jeder politische Inhalt. Ein Hehler, der eine Bande, welche einen Raubmord plant, unterstützt, würde unter diesen Paragraphen fallen.

Die Straflosigkeit eines Teilnehmers, der rechtzeitig Anzeige erstattet, hängt mit den komplizierten Bestimmungen über den Anstifter, Mittäter, Helfer und Agent provocateur zusammen.

Als Anstifter wird bestraft, wer einen anderen vorsätzlich durch irgendwelche Mittel zu einem Verbrechen bestimmt hat. Eine selbst erfolglose Aufforderung zur Tötung ist in einem speziellen Paragraphen mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bedroht. Täter ist derjenige, welcher das Verbrechen verwirklicht. Wenn mehrere eine strafbare Handlung gemeinschaftlich durchführen, aber jeder Beteiligte den ganzen Erfolg als eigenen verursachen will, so wird jeder einzelne trotz eventueller Arbeitsteilung als Täter bestraft. Der Mittäter gilt also als Täter. Als mittelbarer Täter wird bestraft, wer sich eines anderen bedient, der für das Verbrechen nicht verantwortlich ist, weil er gezwungen oder gutgläubig oder ohne die erforderliche Absicht oder auf Grund eines zwar rechtswidrigen aber verbindlichen Befehls handelt. Wegen Beihilfe wird bestraft, wer dem Täter zur Begehung des Verbrechens wissentlich durch Rat oder Tat Hilfe leistet. Diese Beihilfe wird milder bestraft als das Verbrechen selbst. Der Gehilfe unterscheidet sich subjektiv vom Mittäter, indem er eine fremde Tat fördert. Mittäter, Anstifter und Gehilfen werden unter dem Begriff Teilnehmer zusammengefaßt.

Die juristische Grundlage für die Existenz des Agent provocateur liefert der sogenannte Duchesne-Paragraph, der ihn vom Anstifter und Helfer juristisch trennt und seine Tätigkeit schützt. „Wer zur Begehung eines Verbrechens oder zur Teilnahme an einem Verbrechen auffordert, oder wer eine solche Aufforderung annimmt, wird, wenn nicht die Voraussetzungen einer anderweitigen Teilnahme gegeben sind, wegen dieser Aufforderung bzw. Annahme zur Aufforderung bestraft. In gleicher Weise ist straffällig, wer sich zur Begehung eines Verbrechens oder zur Teilnahme an einem Verbrechen erbietet, oder wer ein solches Erbieten annimmt. Es wird jedoch das lediglich mündlich ausgedrückte Auffordern oder Erbieten, sowie die Annahme eines solchen nur dann bestraft, wenn die Aufforderung oder das Erbieten an

die Gewährung von Vorteilen irgendwelcher Art geknüpft worden ist."

Hierdurch sind die Bedingungen gegeben, unter denen die Tätigkeit des Lockspitzels straflos bleibt. Er muß den andern zwar zur Tat verlocken, aber nachweisen können, daß er den Erfolg abwenden wollte. Er muß sich hüten, etwas Schriftliches von sich zu geben; er darf auch keinen selbständigen, von der Ausübung der betreffenden Tat unabhängigen Gewinn versprechen, der die Lage des Aufgeforderten besser stellen würde, als sie vor dem Verbrechen war. Er muß sich davor hüten, daß ihm Anstiftung oder Beihilfe nachgewiesen werden kann. Bestimmt er nämlich vorsätzlich einen andern zu einem Verbrechen oder leistet er Hilfe durch Rat oder Tat zur Begehung eines Verbrechens, so ist auch der Lockspitzel strafbar. Normalerweise versteht der Lockspitzel aber sein Geschäft genug, um sich vor beiden Gefahren zu bewahren. Die Tätigkeit des Agent provocateur steht somit zwischen der Aufforderung und der Aufdeckung von Verbrechen.

Der Detektiv versucht ein begangenes Verbrechen aus seinen objektiven Merkmalen heraus aufzuklären. Der Spitzel (Spion) tut dies, indem er sich in das Vertrauen von Personen einschleicht, die in Ausübung illegaler Arbeit stehen. Er läßt sich in ihre Taten und Pläne einweihen, um sie zu entlarven. Detektiv wie Spitzel decken somit bereits begangene Verbrechen auf. Dagegen reizt, lockt der Lockspitzel (Agent provocateur) zu Verbrechen an. Aber in der Praxis gehen alle drei Gruppen ineinander über. Denn der Spitzel wird pro Nachricht bezahlt, und zwar schlecht. Bringt er falsche Nachrichten, so wird dies bald entdeckt. Da seine Vergangenheit nie ganz sauber ist, haben seine Vorgesetzten gegen ihn stets Waffen bereit. Die Nachrichten müssen echt und zahlreich sein. Zuerst versucht er sie zu fingieren; da dies mißlingt, muß er sie fabrizieren. Der Spitzel muß also der illegalen Bewegung neue Mitglieder zuführen und sie zu neuen Taten anreizen (vgl. Heilborn „Der Agent provocateur" Berlin 1901, und das glänzende Buch von Gorki „Der Spitzel".) Es kann vorkommen, daß der Agent provocateur einen andern zur Begehung einer strafbaren Handlung bestimmt, ohne daß es zu einer materiellen Durchführung der Tat kommt. In manchen Fällen macht er zum Schein mit und tritt als Anstifter, Täter, Mittäter oder Gehilfe auf, natürlich stets mit dem Ziel der Entlarvung.

Mit jeder illegalen politischen Arbeit ist der Spitzel und Agent provocateur untrennbar verbunden. Auch die Sozial-

demokratische Partei hatte während des Sozialistengesetzes 1878 bis 1890 einen heftigen Kampf gegen Polizeispitzel zu führen (vgl. Karl Frohme, „Politische Polizei und Justiz im monarchistischen Deutschland", Hamburg 1926). Die Tätigkeit des Lockspitzels führt unter Umständen auch zur Durchführung des Verbrechens. So sind unter dem Zaren gerade die erfolgreichsten Attentate von Agenten der Polizei vollbracht worden.

Wenn eine große politische Bewegung verboten wird, so muß dies zur Erhöhung des Spitzeltums führen. Leicht gerät der Spitzel und Agent provocateur in die Versuchung, sein Ansehen bei den Bespitzelten durch Mitteilungen über die Polizei zu erhöhen. Damit dient er, neben der Polizei, auch der bekämpften illegalen Bewegung. Vielfach muß der Agent provocateur innerhalb der illegalen Bewegung Beweise seiner Ueberzeugungstreue liefern. Dies führt ihn dazu, andere anerkannte Mitglieder der Gruppe als Spitzel zu verdächtigen, um sie dadurch unschädlich zu machen. Durch solche Tätigkeit kommt er in immer tiefere Verstrickungen. Denn stets muß er fürchten, daß seine ursprünglichen Auftraggeber ihn „hochgehen" lassen, d. h. seine Doppeltätigkeit verraten.

Die illegale Bewegung ihrerseits hat nur wenig Kampfmittel gegen den Spitzel. Manchmal ist die öffentliche Publikation seiner Photographie wirkungsvoll. Aber unter Umständen wird der politische Mord als einzige Lösung einer solchen Situation empfunden.

„Gösta Berling" als Film. (Capitol, Heidelberg.) Eine Rede ist noch keine Schreibe und ein schöner Roman ist noch kein Filmmanuskript. Wo im Roman alte Sagenstoffe die magische Anschauung vergangener Zeit reproduzieren, bietet dieser Film gartenlaubeskes. Selma Lagerlöfs Roman spricht von Sünde, Gewissen und Sühne. Im Film wirkt dieselbe Handlung unmotiviert. Die handelnden Personen sind Kavaliere, also Personen der Oberschicht des Empire, aber gescheiterte Existenzen. Ihr äußeres Leben erschöpft sich in Alkohol, ihr Seelenleben in grotesken Ehrbegriffen. Die andere Seite des Lebens, die Arbeit, tritt nur ruf, als die Schloßherrin, von ihrem Mann verstoßen, die die ausgebeuteten Bauern gegen diese Drohnen aufruft. Das Schloß brennt nieder, was im Film viel zu lang und breit gezeigt wird. Dann existieren die Bauern, auf deren Kosten die Gesellschaft lebt, nicht mehr. Die Handlung kehrt in die Gesellschaft zurück. Aber diese bekehrt sich plötzlich zur Arbeit: die Kavaliere bauen das abgebrannte Schloß für ihre Herrin wieder auf. Der wegen Trunksucht verjagte Pastor, der, Kavalier geworden, den Weg zur Tätigkeit des Grundbesitzers gefunden hat, findet mit der ihn liebenden Gräfin sein happy end. Technisch gesehen ist der Film schön.

E. J. G.

Film u. Funk Mannheim 21. Febr. 29.

Berlin am Morgen 9. VI. 29.

Aus dem dunkelsten Deutschland

Der erste Enthüller der Feme wird ermordet

Von E. J. Gumbel.

Wir entnehmen mit Erlaubnis des Verlages den nachstehenden Beitrag dem demnächst im Malikverlag erscheinenden neuen Buch von Gumbel „Verräter verfallen der Feme".

Der bayerische Landtagsabgeordnete Karl Gareis (USPD.) hatte sich im politischen Kampf gegen die Einwohnerwehr verhaßt gemacht. Man fürchtete ihn, weil er über die früheren Femeattentate der Einwohnerwehr in Sachen Sandmayr, Dobner und Hartung unterrichtet war und sich für deren Aufdeckung, wie z. B. im Falle Dobner, eingesetzt hatte.

Am 9. Juni 1921 abends hatte Gareis im Maltheserbräu in München eine Versammlung abgehalten, die bis gegen ½1 Uhr nachts dauerte. Als Begleiter auf dem Nachhausewege bot sich ihm sein Parteigenosse, der Arbeiter Andreas Seraing an. Vom Stachus aus fuhren die beiden mit der Trambahn nach der Haltestelle Ungererstraße. Im gleichen Wagen fuhr das Ehepaar Baison. Gleichzeitig waren zwei Männer in die Trambahn eingestiegen, hatten Gareis genau beobachtet und waren mit ihm an seiner Haltestelle abgestiegen. Seraing brachte den Gareis bis vor seine Wohnung. Im Augenblick, als sich Gareis von ihm verabschiedete, fielen von hinten zweimal zwei Schüsse in kurzer Folge. Ein unbekannter Mann flüchtete an Seraing vorbei. Gareis, durch einen Schuß getroffen, stürzte zu Boden und starb kurz darauf.

Politische Motive, die die Ermordung des Gareis veranlaßt haben könnten, waren lediglich bei der bayerischen Einwohnerwehr und ihren (bereits in den übrigen Fällen) erwiesenen Mordhelfern vorhanden. Die Täter sind nicht ermittelt. Es darf als sicher angenommen werden, daß eine Tat, die sich nachts auf offener Straße in diesen Formen abgespielt hat, vorbereitet wurde und nicht ohne moralische Unterstützung durch Gesinnungsfreunde durchgeführt worden ist. Der Verdacht der Täterschaft fiel auf den Marineoberleutnant a. D. Heinrich Tillessen, da die Eheleute Baison ihn auf Grund einer Photographie mit Bestimmtheit als einen der beiden Männer wiedererkennen wollten. Tillessen hat demgegenüber durch Zeugen bewiesen, daß er in dieser Zeit in Oberschlesien gewesen sei. Bei der Staatsanwaltschaft traf ein Brief in verstellter Handschrift mit „Janus" unterschrieben ein, der den Verdacht auf die Kommunisten lenken wollte. Ein Schriftsachverständiger, Kriminalinspektor Rubner, erklärte: „Die Möglichkeit, daß Schweighart den Janusbrief geschrieben haben kann, kann ich nicht ganz in Abrede stellen." Für die Täterschaft Schweigharts spricht auch der Umstand, daß sie als Grund seiner Auslieferung von der österreichischen Behörde ausdrücklich vermerkt wurde.

HELFFERICH IM LICHT DER „OBJEKTIVEN“ WISSENSCHAFT

39 /

Das „H a n d w ö r t e r b u c h d e r S t a a t s w i s s e n s c h a f t e n“ ist das wichtigste Hilfsmittel für jeden nationalökonomisch Interessierten. Die ersten beiden Auflagen sind vergriffen; die dritte erschien in 8 dicken Bänden, beginnend in der Inflationszeit, in Lieferungen und liegt nunmehr vor. Zur Zeit erscheinen Ergänzungsbände. Die vierte Lieferung

bringt einen Artikel über H e l f f e r i c h. Der Verlag (Gustav Fischer in Jena) weist in der Voranzeige noch besonders auf diese Würdigung hin. Und er hat recht. Denn unter den von „namhaften Forschern streng wissenschaftlich behandelten Fragen unserer Zeit“ nimmt dieser Beitrag eine Sonderstellung ein. Im folgenden einige Auszüge. Die Sperrungen stammen vom Referenten.

„Seine s p a r s a m e Finanzwirtschaft hat die Kriegskosten vom Beginn bis zum Schluß seiner Amtszeit auf 2 Milliarden Mark monatlich halten können . . . Nach Lage der Dinge m u ß t e n die Kriegskosten in erster Linie durch Anleihen gedeckt werden. Unmöglich wäre es gewesen, die Milliarden Steuerlasten zu verdoppeln oder zu verdreifachen; das zeigte sich auch in der Finanzierung der Kriegskosten der Feinde. Schonte man aber die Steuerkraft, so waren bei Erhaltung der Zeichnungsfreudigkeit um so höhere Anleihebeträge zu erlangen. — — — —

Helfferich verstand es vortrefflich, durch seine Werbung um die finanzielle Kriegshilfe aller Kreise der Bevölkerung den Glauben an den deutschen Sieg zu stärken. — — — —

Zweifellos tat Helfferich besser daran, sein Hauptaugenmerk und seine Hauptanstrengung auf die Niedrighaltung der Kriegskosten zu richten, als etwa bei Geringschätzung der Ausgabenentwicklung unerreichbaren Zielen der Kriegskostendeckung durch Bevorzugung der Steuern nachzujagen. — — —

Als ihn der Reichsfinanzminister Erzberger in der Weimarer Nationalversammlung 1919 als „den leichtfertigsten aller Finanzminister“ bezeichnete, riß ihm Helfferich sofort die Maske vom Gesicht. Helfferich konnte darauf hinweisen, daß er monatlich nur 2 Milliarden für die Deckung der riesigen Kriegskosten benötigt habe, während das revolutionäre Reichsfinanzministerium unter Erzberger für Friedenszwecke monatlich drei und schließlich bis zu fünf Milliarden ausgab.

Seine Tatkraft hat die deutsche Ernährungswirtschaft im Kri-

Welt von Feinden kein Eroberungsprogramm, aber auch kein Verzichtprogramm aufstellte, einig. — — — —

Seine Stellung zum U-Bootkrieg hat Helfferich in aller Ausführlichkeit bereits 1919 in seiner dreibändigen Schrift über den „Weltkrieg" dargelegt. Erneut hat er es vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuß getan, der die Gründe der sogenannten Verlängerung des Krieges untersuchen sollte. Trotzdem wollten die ehrenrührigen Angriffe seiner haßerfüllten Gegner nicht verstummen . . .

Schwere Sorgen hatte Helfferich stets Erzbergers Politik bereitet, zunächst seine Kolonialpolitik, später seine Annexionspropaganda, dann sein überraschender Vorstoß mit der sogenannten Friedensresolution im Sommer 1917, verbunden mit Erzbergers Beeinflussung durch den letzten Habsburger Kaiser Karl, ferner die Rolle Erzbergers beim Waffenstillstandsvertrag und den folgenden Friedensverhandlungen, schließlich seine Anfeindungen des „alten monarchischen Systems" usw. Demgegenüber betrachtete es Helfferich als seine Aufgabe, das deutsche Volk von der Wahnidee zu befreien, ein für ein unbesiegtes Deutschland annehmbarer Frieden sei an dem Kriegswillen des Kaisers, der Heeresleitung, der Marineleitung, der Schwerindustrie, der Alldeutschen oder sonstiger verantwortlicher oder unverantwortlicher Faktoren gescheitert. Zugleich wollte Helfferich mit seinem Vorgehen gegen Erzberger die wachsende Macht gewissenloser politischer Geschäftemacher brechen und die Reinlichkeit im öffentlichen Leben wieder herstellen. — — — —

Seine Trauer über die Niederlage und die Umwälzung schlug in helle Empörung um, als im Sommer 1919 die unerhört grausamen Bedingungen des Schmachfriedens von Versailles bekannt wurden. Helfferich hätte es nicht für möglich gehalten, daß ein amerikanischer Präsident wie Wilson im Bunde mit der Entente sein feierlich vor der ganzen Welt gegebenes Wort Deutschland gegenüber brechen könnte.

In jener Zeit hat Helfferich zweifellos den Entschluß gefaßt, bis zu seinem Tode nie zu ruhen und zu rasten in der Wachrüttelung der deutschen Geister gegen Fremdherrschaft, feindliche Ausbeutung und gegen die Kriegsschuldlüge von Versailles. „Wir wollen keine neuen Ketten, auch nicht die goldenen Ketten des internationalen Finanzkapitals. Das deutsche Volk will keine neue Beschönigung; es will Wahrheit und Klarheit. Es will nicht den Schein der Freiheit, es will die Freiheit selbst" rief Helfferich noch kurz vor seinem Tode in seiner zweitletzten Reichstagsrede am 21. Februar

3

1924 aus, als er über die Not seiner heißgeliebten Pfälzer Heimat und über das bereits angekündigte Dawesgutachten sprach. — — — —
Eine deutsche Fähigkeit zur Erfüllung der Reparationsverpflichtungen war nach seiner Auffassung nicht gegeben, da weder unsere Warenausfuhr in dem erforderlichen Maße gesteigert, noch so große Teile der Substanz unseres Volksvermögens auf dem Weltmarkt gegen Geld oder Goldeswert umgesetzt werden könnten, da schließlich auch nicht durch Auslandsanleihen die Schuldabtragung ermöglicht werden würde, solange keine Revision der feindlichen Reparationspolitik vorgenommen werde. — — — —
Wenn Helfferich zielbewußt immer wieder seine wissenschaftliche Ueberzeugung der Welt kundgab und das Widersinnige der Erfüllungspolitik Wirths und Rathenaus, „das Unmögliche zu erfüllen", angriff, so ist es doch zu einer persönlichen Feindschaft zwischen Helfferich und Rathenau nie gekommen . . . .
Helfferich bezeichnete von vornherein als unbedingte Voraussetzung für die Uebergabe seines Währungsplanes, daß die Regierung auf ihre Hoheitsrechte für diese Uebergangswährung verzichte und zur Sicherung des Vertrauens des Volkes die Sorge für die neue Währung den Wirtschaftsführern überlasse. — — — —
Reichsregierung und Reichsrat gingen jedoch an der Empfehlung des deutschnationalen Helfferich achtlos vorüber! Welch wertvolle Dienste hätte Helfferich als Reichsbankpräsident bei der Unterrichtung der ausländischen Reparationssachverständigen leisten können. — — — —
Möchte Helfferichs Geist die Leiter der deutschen Geschicke zur Beschleunigung der Revision der Reparationspolitik und zur Milderung der Lasten anfeuern!"
Es ist keine politische Propagandaschrift, die wir hier zitiert haben, sondern die Stimme objektiver Wissenschaft, — wie Herr Dr. W. Reichert, M. d. R. sie auffaßt.

E. J. Gumbel.

EIN JAHRZEHNT NEUE TÜRKEI

VON ELIAS HURWICZ

Zehn Jahre sind verflossen seit Kemal-Pascha in Anatolien den Kampf gegen die Griechen begann und zugleich den Grundstein zu seiner eigenen Laufbahn legte, die ihn schließlich auf die Höhe der Macht in der neuen Türkei

39-40 Urania Heft 7 1928/29

Der strenge Frost des vergangenen Winters hat Schaum und Gischt an einem Saalewehr bei Jena zu seltsamen Gebilden zusammenfrieren lassen *Ernst Rosenkranz* phot.

Größe und Gewicht von Geisteskranken.

Bei 2471 männlichen und 2732 weiblichen Kranken in 17 englischen Irrenanstalten wurde Gewicht und Größe gemessen. Die männlichen sind im allgemeinen kleiner als die gesunde Bevölkerung, obwohl die besitzenden Klassen stark vertreten sind. Die Gewichtsmengen waren, weil mit Kleidern vorgenommen, sehr unzuverlässig. Außerdem liegen nur wenige umfassende Vergleichsmaterialien vor. Doch erlauben sie den Schluß, daß die Kranken im Durchschnitt 6 englische Pfund leichter sind, als zu erwarten war, und daß die Zunahme des Gewichts mit dem Alter kleiner ist als unter der normalen Bevölkerung. 27% der Frauen und 30% der Männer verloren während eines Beobachtungsjahres an Gewicht, während nur etwa 50% körperlich krank waren. Die Geisteskranken unterscheiden sich also auch rein physiologisch von der gesunden Bevölkerung.

E. J. Gumbel

Zur medizinischen Statistik.

Die Erkenntnis einer Krankheit setzt die Kenntnis des Variationsbereiches, innerhalb dessen das Gesunde liegt, voraus. In dieser Hinsicht ist die Medizin noch stark im Rückstand. *H. Rautmann* schlägt vor, die Häufigkeiten der verschiedenen Befunde für möglichst große Zahlen aufzustellen und als gesund diejenigen zu betrachten, deren Abweichung vom Mittelwert kleiner als der mittlere Fehler ist. Als Fehler wird die Abweichung einer Größe von ihrem Mittelwert bezeichnet. Der mittlere Fehler wird dazu definiert als die Quadratwurzel aus dem Mittelwert der quadrierten Fehler. Als normal wird das Körpergewicht bezeichnet, wenn es für eine Körpergröße von 156 bis 184 cm zwischen 54 und 76 kg liegt und der Brustumfang für die entsprechende Körpergröße, wenn er zwischen 80 und 92 cm liegt. Um Variationen von Größen miteinander zu vergleichen, die sich zahlenmäßig unterscheiden, wird die Schwankung (mittlerer Fehler in Prozenten des Mittelwerts) verwendet. Es ergibt sich für den Brustspielraum eine von 18%, für die Körpergröße nur von 3%. Dazwischen liegen in fallender Reihenfolge: Blutdruck, Pulszahl, Körpergewicht, Körpergröße und Brustumfang.

E. J. Gumbel

Dieselbe Gegend am nächsten Tag. Die hohe Säule ist geborsten, aber schon sind neue Gebilde im Werden *Ernst Rosenkranz* phot.

Antikriegsparolen

Läßt sich der nächste Krieg verhindern?

Von E. J. Gumbel

Es gibt nicht „den kommenden Krieg", sondern *die* drohenden Kriege. Denn viele Konflikte existieren, von denen jeder morgen zu einem Weltbrand führen kann. Es ist nicht einmal sicher, daß ein solcher Krieg sich gerade an einem der heute deutlichen Punkte entzünden wird. Ebenso wenig, daß die Fronten den Koalitionen entsprechen, die heute vorliegen. (Im Gebiet des Sozialen ist Bestimmtheit im naturwissenschaftlichen Sinne ausgeschlossen. Gesetzmäßig ist hier nur die große Tendenz.)

Der Krieg der imperialistischen Staaten gegen *Rußland* ist vielleicht nicht der wahrscheinlichste, sicher aber der bedeutungsvollste drohende Krieg. Denn ein Sieg der Imperialisten würde die Arbeiterschaft der ganzen Welt um ein halbes Jahrhundert zurückwerfen. Deshalb müssen wir unser Interesse vornehmlich auf ihn richten.

Manche hoffen, daß der *Völkerbund* einen Krieg verhindern werde. Aber der Völkerbund hat in der Abrüstungsfrage in einem Dutzend Kommissionen in über hundert Tagungen mit mehreren hundert Sitzungen und über hundert Resolutionen bis jetzt nur Leerlaufarbeit geleistet. Nicht einmal die Köpfe der Tabellen, die die numerischen Maße der Abrüstung enthalten sollen, sind fertig gestellt worden. Vom Inhalt ist noch gar keine Rede.

Der Völkerbund hat zwar bisher die kleinen Kriege verhindert, die nicht im Interesse der in ihm herrschenden Großstaaten lagen. Bei zwischen diesen Mächten drohenden Kriegen ist ein Erfolg des Völkerbundes zum mindesten zweifelhaft. Bei einem gegen Rußland drohenden Krieg wird sich der Völkerbund überhaupt ausschalten, wenn er ihm nicht gar durch Zubilligung des Sanktionscharakters seinen Segen verleihen wird.

Ob die Abrüstungskonferenz je zustande kommt, ist zweifelhaft. Wenn sie zustande kommt, wird sie genau wie die Washingtoner Konferenz zur Abrüstung der jetzt überlebten Kriegsmittel führen.

Eine andere Hoffnung lautet: die *Technik* tötet den Krieg. Seiner apodiktisch-prophetischen Form entkleidet, besagt dieser Satz nur, daß der kommende Krieg unvorstellbar grausam sein wird. Dies ist wahr, seit es eine Kriegstechnik gibt, seit die Armbrust der Schweizer Bauern die burgundischen Ritter, das Gewehr die Armbrust, die aufgelöste Schützenkette der französischen Revolution das friderizianische Heer, das Maschinengewehr das einfache Gewehr geschlagen hat. Entsprechend wird die Technik des Krieges von morgen die Vergasung der Hauptstädte, nicht aber das Ende des Krieges bringen.

Die Erwartung, daß die Menschen *vernünftig* genug sein werden, den Krieg zu unterlassen, ist eitel. Die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte haben gezeigt, wie leicht die den Krieg bejahende Schicht durch Verdummung, Verfälschung und geeignete Propaganda die notwendige Stimmung erzeugen kann. Die Vernebelung von 1914 wirkt noch heute. Und die neue Vernebelungskampagne hat bereits eingesetzt.

Nun wird eingewandt, daß das *Interesse* der Gesamtbourgeoisie am Kriege doch gering sei. Aber es ist bezeichnend, wie wenig Anhänger die Friedensbewegung in Bürgerkreisen hat. Es wäre gefährlich, sich darauf zu verlassen, daß die Bourgeoisie ihre Interessen bisher nicht erkannt hat und einen akuten Krieg verneinen würde.

Maßgeblich sind nämlich gar nicht die Interessen der Gesamtbourgeoisie, sondern die der *Rüstungsindustrie*, die einen bedeutenden Teil der chemischen und Schwerindustrie darstellt. Allerdings ist für diese vor allem der Zustand der drohenden Kriegsgefahr vorteilhaft. Dieser Zustand hat aber die Eigentümlichkeit, nicht andauern zu können. Zudem sind die Gewinnmöglichkeiten in einem kurzen, schönen Krieg unwahrscheinlich größer, als in einem langen, „faulen" Frieden. Wird der Krieg verloren, so werden die Lasten doch nur auf den „inneren" Feind abgewälzt. Verletzt die „feindliche" Munitionsfabrik die Patente, so kann man auf Grund der Heiligkeit des Eigentums sie nach dem Krieg auf ein Blutgeld für die eigenen Gefallenen verklagen.

Zu diesen speziellen Interessen kommt eine allgemeine Tendenz des Kapitalismus: der imperialistische Vorstoß in vorkapitalistische Länder, wo hohe Zinsen winken. Gegenüber diesen Interessen muß ein Interesse der Gesamtbourgeoisie am Frieden, wenn es überhaupt existiert, zurücktreten.

So bleiben die *sozialistischen* Parolen, welche von uns bestimmte Handlungen verlangen. Lenin hat gesagt: „Hinsichtlich der Bekämpfung der Kriegsgefahr bin ich der Meinung, daß die größte Schwierigkeit die ist, das Vorurteil zu überwinden, als sei dies eine einfache, klare und leichte Frage." Vor allem kann es nicht *ein* Mittel gegen den Krieg geben, weil es verschiedene Kriege gibt. Gegenüber verschiedenen Kriegen müssen ganz verschiedene, teils politische, teils technische Mittel Verwendung finden.

Der Eintritt in das Heer zum Zweck der *Zersetzung* ist in einem geschlagenen, verhungerten Heer außerordentlich wirkungsvoll. Ist er wirkungsvoll am Beginn des Krieges, in einem Heer, das zum Angriff rüstet, bei einem Freiwilligenheer, gebildet aus nationalen Verbänden, wenn diejenigen, die zersetzen wollen, gar nicht ins Heer können? Wenn die nationalen Verbände zahlenmäßig zur Auffüllung der Kadres genügen und wenn die Stärke des Heeres auf seiner technischen Versorgung beruht, verpufft die Parole der Zersetzung. Erst recht die *Dienstverweigerung*; denn niemand wird zum Eintritt in dieses Heer gezwungen.

Auch die Parole des *Generalstreiks* braucht nicht zu wirken. Angenommen, es kommt zum Krieg gegen die Sowjet-Union. Deutschland bleibe zunächst neutral. Es liefert Munition, theoretisch an jede kriegführende Macht, in der Praxis nur an die eine Seite. Die Folge ist: die Arbeitslosigkeit verschwindet. Werden die Arbeiter, die heute auf der Straße stehen, die Kraft aufbringen um zu sagen: Diese Arbeit tötet? Nein. Denn: „Im hungrigen Magen Eingang finden nur Suppenlogik samt Knödelgründen." Die Munitionsfabrikation wird gedeihen und zur gegebenen Zeit kann Deutschland unbesorgt in den Krieg eintreten.

Nur *ein* Satz darf allgemeine Geltung beanspruchen: der Kampf gegen den Krieg läßt sich nicht trennen vom *sozialen Kampf*. Er kann nur wirkungsvoll sein, wenn er sich auf die *Arbeiterschaft* stützt.

Die Aufklärung unter den Massen muß aber bereits heute beginnen. Denn in den wichtigsten Ländern steht jede entscheidende Situation stets vor der Alternative des Sieges der Arbeiterklasse, der dem weiteren Verlauf dann gerade die entgegengesetzte Richtung verleihen kann.

Volkszeitung 6. Aug. 29

Terror

Von E. J. Gumbel

1.

An politischen Morden kennen wir im Deutschland der letzten zehn Jahre etwa ein halbes Tausend. So verschieden sie im einzelnen, so waren darunter keineswegs alle Typen vertreten, die unter den gegebenen sozialen Verhältnissen möglich waren. Niemals haben Revolutionäre ein Attentat gegen einen reaktionären Staatsmann unternommen. Der gut deutschnationale Staatsgerichtshof zum Schutz der Republik hat zwar solche Vorkomnisse wahrhaben wollen. Im großen Tschekaprozeß wimmelte es von Pestbazillen und Attentatsplänen. Opfer dieser großen Pläne wurden ein Friseur und ein Kutscher. Diese Schauermärchen sollten die Wirkung der reellen Fememorde übertönen.

Im vorrevolutionären Rußland haben die Sozialrevolutionäre solche Attentate organisiert. Aeußerlich gesehen, könnte man diese Morde mit den großen Taten der OC. vergleichen; denn hier wie dort sind Staatsmänner wohlvorbereiteten Attentaten zum Opfer gefallen. Aber in Deutschland konnten die Attentäter alles Vertrauen zur Justiz haben. Die fehlende Bestrafung gehörte mit zum System der politischen Morde. Trotzdem haben die Mörder sich immer noch den Rücken gedeckt, und in beinahe allen Fällen ist die Flucht gelungen, wenigstens soweit sie notwendig war.

Genau umgekehrt in Rußland. Hier gehörte der Opfertod mit zum System. Der Mörder rechnete mit seiner Hinrichtung. An diesem tragischen Geschick sind die älteren Terroristen, die Generation um Wera Figner, zugrunde gegangen. Die Attentate waren erfolgreich, aber jedes Attentat kostete wertvolle Kräfte. Und als die Partei auf der Höhe ihrer Macht stand, als sie sogar den Zaren hingerichtet hatte, als Tausende ihr zujubelten, da war sie selbst tot, denn niemand war übriggeblieben.

In seinen „Erinnerungen eines Terroristen" (Büchergilde Gutenberg, Berlin 1929) beschreibt Sawinkow die Arbeit der Sozialrevolutionäre (SR.) in den fünf Jahren 1903 bis 1908. Den Ermordungen ging eine Art Gerichtsbeschluß voraus. „Das Moskauer Komitee der Partei der Sozialrevolutionäre hält es für notwendig, warnend vorauszusagen, daß, wenn die zum 5. und 6. Dezember einberufene politische Demonstration von ebensolchen viehischen Schlägereien seitens der Behörden und der Polizei begleitet sein wird, wie erst vor einigen Tagen in Petersburg, daß dann die ganze Verantwortung für diese viehischen Untaten auf die Köpfe des Generalgouverneurs Sergius und des Polizeimeisters Trepow fallen wird. Das Komitee wird nicht davor haltmachen, sie hinzurichten." Am 4. Februar 1905 wurde der Großfürst Sergius von einer Bombe zerrissen.

Ein anderes Attentat galt dem Innenminister Plehwe. Die Revolutionäre spionierten als Kutscher, Dienstmänner, Ladenbesitzer auf der Straße unauffällig die Gewohnheiten und Fahrten des Opfers aus, um das Attentat in voller Oeffentlichkeit durchzuführen. Unter diesen Menschen leben Giganten der Psychologie. „Aus den geringsten Anzeichen auf der Straße: der Zahl der Ochrana-Leute, dem Aussehen der Außenpolizei, der Polizeileutnants und der Revierwachtmeister, aus jener gespannten Erwartung, die bei der Annäherung des Ministerwagens zu spüren war, schloß Kaljajew fehlerlos, ob Plehwe bereits durch die Straße gefahren war oder erst fahren würde . . ."

Die interessante Gestalt in Sawinkows Buch ist Azew, der oberste der Terrorgruppe, ein Satan. Vor ihm zitterten

6 Aug. 1929

die Polizeipräsidenten, die Minister, die Generale, die Zaren. Dutzende von erfolgreichen Attentaten hat er geleitet, alle konspirativen Fäden sind durch seine Hand gegangen. Er hat die falschen Pässe besorgt, die Gelder verwaltet, eigene chemische Laboratorien zur Bombenherstellung eingerichtet, Todesurteile gefällt, die jeweils geeigneten Männer zur Tat bestimmt — und plötzlich behauptet Burtzow, ein anderes Mitglied des Zentralkomitees der SR., daß Azew im Dienste der geheimen politischen Polizei stehe. Der Petersburger Polizeipräsident Lopuchin hat es ihm selber mitgeteilt. Wie ist ein solches Doppelleben möglich? Sawinkow schweigt hierüber. War es nur das Monatsgehalt von 500, später 800 Rubeln, das Azew verführt hat? Oder wollte er zuerst die Polizeispitzel bespitzeln und entlarven und ist dann selbst in ihre Krallen geraten? Eine Weglassung in der sonst ausgezeichneten Uebersetzung läßt das Anklagematerial gegen Azew schwächer erscheinen, als es war. Das Gericht der Sozialrevolutionäre, besetzt mit unangreifbaren und verehrungswürdigen Personen wie Fürst Krapotkin und Wera Figner, verurteilte ihn zum Tode. Aber Azews Flucht gelingt; 1917 soll er in Berlin unbekannt gestorben sein.

Die von dem Uebersetzer der Memoiren, Herrn A. Maslow, leider weggelassene Philosophie des Terrors hätte als prinzipielle Untersuchung zweifellos Interesse gehabt. Denn es wäre wichtig, zu wissen, was Sawinkow über die Erfolgsmöglichkeiten seiner Methoden gedacht hat. Schließlich waren sie, zum mindesten am Anfang, nicht Selbstzweck. Sie sollten zu dem Erfolg führen, den — in unserer Sprache ausgedrückt — der Mord des Kleinbauern Tell am stellvertretenden Kommandierenden General Geßler gehabt hat — zur Revolution. Aber diese Methoden bekamen, einmal eingeführt, Eigenleben. Als die Revolution zum erstenmal grollte, am blutigen Sonntag in Petersburg, als die Soldaten auf das in einem Bittgang zum Zaren befindliche Volk schossen, da standen die Sozialrevolutionäre versunken in ihre spezifischen Methoden beiseite.

Als die Revolution ausbrach, im Februar 1917, wußten die Sozialrevolutionäre nicht, was sie wollten. An die Macht gelangt, konnten sie den Krieg nicht liquidieren, weil sie nur eine kapitalistische Freiheit kannten; weil die mit dem Großgrundbesitz sympathisierende Bourgeoisie die Agrarfrage nicht lösen konnte. Die Sozialrevolutionäre blieben liberal, diesmal ohne Bomben. Aber die Bauer[illegible] nahmen das Land und folgten den Bolschewisten, weil die[illegible] ihnen folgten. Die Revolution des Oktober ging über die [illegible]zialrevolutionäre hinweg. In der roten Flut versanken die [illegible]roristen.

Sawinkows [illegible]nde ist tragisch. Er denkt nur an Bomben. Die Revolution[illegible] die er jetzt gegen Sowjets plant, scheitert kläglich. Er m[illegible]liehen. Nochmals versucht er zurückzukehren. Aber die GU[illegible]eitet besser als einst die Ochrana. An der Grenze bereit[illegible]d er verhaftet. Im Gefängnis scheint er sich zur Sow[illegible]blik zu bekehren. Aber zwei Tage darauf stürzt er sich [illegible] Gefägnishof und bleibt tot liegen.

Sawinko[illegible]n Held: töricht, im tiefsten Grunde unpolitisch, unkl[illegible] tritt er auch in seinen Erinnerungen auf. Alles Böse, d[illegible] dem Begriff des Helden folgt, muß ihm nachgesegt we[illegible]ur nicht, daß er schwach und zaudernd gewesen sei. U[illegible] seine Methoden falsch waren, zum Erfolg nicht führen [illegible]hn sogar am Ende seines Lebens auf die andere S[illegible]kaden zwangen — schließlich hat er doch die [illegible] erschüttert und zum Sieg der Revolution [illegible]

Leipziger Volkszeitung
10. Aug. 1929

Terror

Von E. J. Gumbel.

An politischen Morden kennen wir im Deutschland der letzten zehn Jahre etwa ein halbes Tausend. So verschieden sie im einzelnen, so waren darunter keineswegs alle Typen vertreten, die unter den gegebenen sozialen Verhältnissen möglich waren. Niemals haben Revolutionäre ein Attentat gegen einen reaktionären Staatsmann unternommen. Der gut deutschnationale Staatsgerichtshof zum Schutz der Republik hat zwar solche Vorkommnisse wahrhaben wollen. Im großen Tscheka-Prozeß wimmelte es von Pestbazillen und Attentatsplänen. Opfer dieser großen Pläne wurden ein Friseur und ein Kutscher. Diese Schauermärchen sollten die Wirkung der reellen Fememorde übertönen.

Im vorrevolutionären Rußland haben die Sozialrevolutionäre solche Attentate organisiert. Aeußerlich gesehen, könnte man diese Morde mit den großen Taten der OC vergleichen; denn hier wie dort sind Staatsmänner wohlvorbereiteten Attentaten zum Opfer gefallen. Aber in Deutschland konnten die Attentäter alles Vertrauen zur Justiz haben. Die fehlende Bestrafung gehörte mit zum System der politischen Morde. Trotzdem haben die Mörder sich immer noch den Rücken gedeckt und in beinahe allen Fällen ist die Flucht gelungen, wenigstens soweit sie notwendig war.

Genau umgekehrt in Rußland. Hier gehörte der Opfertod mit zum System. Der Mörder rechnete mit seiner Hinrichtung. An diesem tragischen Geschick sind die älteren Terroristen, die Generation um Vera Figner, zugrundegegangen. Die Attentate waren erfolgreich, aber jedes Attentat kostete wertvolle Kräfte. Und als die Partei auf der Höhe ihrer Macht stand, als sie sogar den Zaren hingerichtet hatte, als Tausende ihr zujubelten, da war sie selbst tot; denn niemand war übriggeblieben.

In seinen „Erinnerungen eines Terroristen" (Büchergilde Gutenberg, Berlin, 1929) schreibt Sawinkow die Arbeit der Sozialrevolutionäre (SR) in den fünf Jahren 1903 bis 1908. Den Ermordungen ging eine Art Gerichtsbeschluß voraus. „Das Moskauer Komitee der Partei der Sozialrevolutionäre hält es für notwendig, warnend vorauszusagen, daß, wenn die zum 5. und 6. Dezember einberufene politische Demonstration von ebensolchen viehischen Schlägereien seitens der Behörden und der Polizei begleitet sein wird, wie erst vor einigen Tagen in Petersburg, daß dann die ganze Verantwortung für diese viehischen Untaten auf die Köpfe des Generalgouverneurs Sergius und des Polizeimeisters Trepow fallen wird. Das Komitee wird nicht davor haltmachen, sie hinzurichten." Am 4. Februar 1905 wurde der Großfürst Sergius von einer Bombe zerrissen.

Ein anderes Attentat galt dem Innenminister Plehwe.

Die Revolutionäre spionierten als Kutscher, Dienstmänner, Ladenbesitzer auf der Straße unauffällig die Gewohnheiten und Fahrten des Opfers aus, um das Attentat in voller Oeffentlichkeit durchzuführen. Unter diesen Menschen leben Giganten der Psychologie. „Aus den geringsten Anzeichen auf der Straße: der Zahl der Ochrana-Leute, dem Aussehen der Außenpolizei, der Polizeileutnants und der Revierwachtmeister, aus jener gespannten Erwartung, die bei der Annäherung des Ministerwagens zu spüren war, schloß Kaljajew fehlerlos, ob Plehwe bereits durch die Straße gefahren war oder erst fahren würde . . ."

Die interessanteste Gestalt in Sawinkows Buch ist Azew, der oberste der Terrorgruppe: ein Satan. Vor ihm zitterten die Polizeipräsidenten, die Minister, die Generale, die Zaren. Dutzende von erfolgreichen Attentaten hat er geleitet, alle konspirativen Fäden sind durch seine Hand gegangen. Er hat die falschen Pässe besorgt, die Gelder verwaltet, eigene chemische Laboratorien zur Bombenherstellung eingerichtet, Todesurteile gefällt, die jeweils geeigneten Männer zur Tat bestimmt — und plötzlich behauptete Burtzew, ein anderes Mitglied des Zentralkomitees der SR, daß Azew im Dienst der geheimen politischen Polizei stehe. Der Petersburger Polizeipräsident Lopuchin hat es ihm selbst mitgeteilt. Wie ist ein solches Doppelleben möglich? Sawinkow schweigt hierüber. War es nur das Monatsgehalt von 500, später 8000 Rubeln, das Azew verführt hat? Oder wollte er zuerst die Polizeispitzel bespitzeln und entlarven und ist dann selbst in ihre Krallen geraten? Eine Weglassung in der sonst ausgezeichneten Uebersetzung läßt das Anklagematerial gegen Azew schwächer erscheinen als es war. Das Gericht der Sozialrevolutionäre, besetzt mit unangreifbaren und verehrungswürdigen Personen, wie Fürst Krapotkin und Vera Figner, verurteilte ihn zum Tode. Aber Azews Flucht gelingt, 1917 soll er in Berlin unbekannt gestorben sein.

Die von dem Uebersetzer der Memoiren, Herrn A. Maslow, leider weggelassene Philosophie des Terrors hätte als prinzipielle Untersuchung zweifellos Interesse gehabt. Denn es wäre wichtig, zu wissen, was Sawinkow über die Erfolgmöglichkeiten seiner Methoden gedacht hat. Schließlich waren sie, zumindest am Anfang, nicht Selbstzweck. Sie sollen zu dem Erfolg führen, den — in unserer Sprache ausgedrückt — der Mord des Kleinbauern Tell am stellvertretenden Kommandierenden General Geßler gehabt hat — zur Revolution. Aber diese Methoden bekamen, einmal eingeführt, ein Eigenleben. Als die Revolution zum ersten Male grollte, am blutigen Sonntag in Petersburg, als die Soldaten auf das in einem Bittgang zum Zaren befindliche Volk schossen, da standen die Sozialrevolutionäre, versunken in ihre spezifischen Methoden, beiseite.

Als die Revolution ausbrach, im Februar 1917, wußten die Sozialrevolutionäre nicht, was sie wollten. An die Macht gelangt, konnten sie den Krieg nicht liquidieren, weil sie nur eine kapitalistische Freiheit kannten; weil die mit dem Großgrundbesitz sympathisierende Bourgeoisie die Agrarfrage nicht lösen konnte. Die Sozialrevolutionäre blieben liberal, diesmal ohne Bomben. Aber die Bauern nahmen das Land und folgten den Bolschewisten, weil diese ihnen folgten. Die Revolution des Oktobers ging über die Sozialrevolutionäre hinweg. In der roten Flut versanken die Terroristen.

Sawinkows Ende ist tragisch. Er denkt nur in Bomben. Die Revolution, die er jetzt gegen die Sowjets plante, scheiterte kläglich. Er muß fliehen. Nochmals versucht er zurückzukehren. Aber die GPU arbeitet besser als einst die Ochrana. An der Grenze bereits wird er verhaftet. Im Gefängnis scheint er sich zur Sowjetrepublik zu bekehren. Aber zwei Tage darauf stürzt er sich in den Gefängnishof und bleibt tot liegen.

Sawinkow ist ein Held: töricht, im tiefsten Grunde unpolitisch, unklar. So tritt er auch in seinen Erinnerungen auf. Alles Böse, das aus dem Begriff des Helden folgt, muß ihm nachgesagt werden, nur nicht, daß er schwach und zaudernd gewesen sei. Und wenn seine Methoden falsch waren, zum Erfolg nicht führen konnten, ja ihn sogar am Ende seines Lebens auf die andere Seite der Barrikaden zwangen — schließlich hat er doch die Macht der Tyrannen erschüttert und zum Sieg der Revolution beigetragen.

Ein Agrarprogramm zu **dauerndem** Nutz und Frommen der Landwirtschaft setzt Mitarbeit derselben auch am Staate voraus, ein Schutzzollprogramm in all seiner Nüchternheit beruht auf dem Vertrauen des Geschützten dem Staate gegenüber, und so wird denn das vom Reichstag angenomene Hilfsprogramm nur dann ein Beginn der Gesundung der Landwirtschaft sein, wenn das Verhältnis der Landbevölkerung zum Staate von heute bei aller weitgehendsten parlamentarischen Oppositionsmöglichkeit grundsätzlich ein bejahendes ist oder wird.

Terror

Von E. J. Gumbel.

An politischen Morden kennen wir im Deutschland der letzten 10 Jahre etwa ein halbes Tausend. So verschieden sie im einzelnen, so waren darunter keineswegs alle Typen vertreten, die unter den gegebenen sozialen Verhältnissen möglich waren. Niemals haben Revolutionäre ein Attentat gegen einen reaktionären Staatsmann unternommen. Der gut deutschnationale Staatsgerichtshof zum Schutz der Republik hat zwar solche Vorkommnisse wahr haben wollen. Im großen Tschekaprozeß wimmelte es von Pestbazillen und Attentatsplänen. Opfer dieser großen Pläne wurden ein Friseur und ein Kutscher. Die Schauermärchen sollten die Wirkung der reellen Fememorde übertönen.

Im vorrevolutionären Rußland haben die Sozialrevolutionäre solche Attentate organisiert. Aeußerlich gesehen könnte man diese Morde mit den großen Taten der O. C. vergleichen; denn hier wie dort sind Staatsmänner wohl vorbereiteten Attentaten zum Opfer gefallen. Aber in Deutschland konnten die Attentäter alles Vertrauen zur Justiz haben. Die fehlende Bestrafung gehörte mit zum System der politischen Morde. Trotzdem haben die Mörder sich immer noch den Rücken gedeckt und in beinahe allen Fällen ist die Flucht gelungen, wenigstens soweit sie notwendig war.

Genau umgekehrt in Rußland. Hier gehörte der Opfertod mit zum System. Der Mörder rechnete mit seiner Hinrichtung. An diesem tragischen Geschick sind die älteren Terroristen, die Generation um Vera Figner, zugrunde gegangen. Die Attentate waren erfolgreich, aber jedes Attentat kostete wertvolle Kräfte. Und als die Partei auf der Höhe ihrer Macht stand, als sie sogar den Zaren hingerichtet hatte, als Tausende ihr zujubelten, da war sie selbst tot, denn niemand war übrig geblieben.

In seinen „Erinnerungen eines Terroristen" (Büchergilde Gutenberg, Berlin 1929) beschreibt Sawinkow die Arbeit der Sozialrevolutionäre (S. R.) in den 5 Jahren 1903—08. Den Ermordungen ging eine Art Gerichtsbeschluß voraus. „Das Moskauer Komitee der Partei der Sozialrevolutionäre hält es für notwendig, warnend vorauszusagen, daß, wenn die zum 5. und 6. Dezember einberufene politische Demonstration von ebensolchen viehischen Schlägereien seitens der Behörden und der Polizei begleitet sein wird, wie erst vor einigen Tagen in Petersburg, daß dann die ganze Verantwortung für diese viehischen Untaten auf die Köpfe des Generalgouverneurs Sergius und des Polizeimeisters Trepow fallen wird. Das Komitee wird nicht davor halt machen, sie hinzurichten." Am 4. Februar 1905 wurde der Großfürst Sergius von einer Bombe zerrissen.

Ein anderes Attentat galt dem Innenminister Plehwe. Die Revolutionäre spionierten als Kutscher, Dienstmänner, Ladenbesitzer auf der Straße unauffällig die Gewohnheiten und Fahrten des Opfers aus, um das Attentat in voller Oeffentlichkeit durchzuführen. Unter diesen Menschen le-

e-

uf-
nd
ner

Dieser Satz könnte ... Herr ...

ben Giganten der Psychologie. „Aus den geringsten Anzeichen auf der Straße, der Zahl der Ochrana-Leute, dem Aussehen der Außenpolizei, der Polizeileutnants und der Revierwachtmeister, aus jener gespannten Erwartung, die bei der Annäherung des Ministerwagens zu spüren war, schloß Kaljajeff fehlerlos, ob Plehwe bereits durch die Straße gefahren war oder erst fahren würde. . ."

Die interessanteste Gestalt in Sawinkows Buch ist Azew, der Oberste der Terrorgruppe, ein Satan. Vor ihm zitterten die Polizeipräsidenten, die Minister, die Generale, die Zaren. Dutzende von erfolgreichen Attentaten hat er geleitet, alle konspirativen Fäden sind durch seine Hand gegangen. Er hat die falschen Pässe besorgt, die Gelder verwaltet, eigene chemische Laboratorien zur Bombenherstellung eingerichtet, Todesurteile gefällt, die jeweils geeigneten Männer zur Tat bestimmt — und plötzlich behauptete Burtzew, ein andres Mitglied des Zentralkomitees der S. R., daß Azew im Dienst der geheimen politischen Polizei stehe. Der Petersburger Polizeipräsident Lopuchin hat es ihm selbst mitgeteilt. Wie ist ein solches Doppelleben möglich? Sawinkow schweigt hierüber. War es nur das Monatsgehalt von 500, später 88 Rubeln, das Azew verführt hat? Oder wollte er zuerst die Polizeispitzel bespitzeln und entlarven und ist dann selbst in ihre Krallen geraten? Eine Weglassung in der sonst ausgezeichneten Uebersetzung läßt das Anklagematerial gegen Azew schwächer erscheinen als es war. Das Gericht der Sozialrevolutionäre, besetzt mit unangreifbaren und verehrungswürdigen Personen wie Fürst Krapotkin und Vera Figner, verurteilte ihn zum Tode. Aber Azews Flucht gelingt; 1917 soll er in Berlin unbekannt gestorben sein.

Die von dem Uebersetzer der Memoiren, Herrn A. Masow, leider weggelassene Philosophie des Terrors hätte als prinzipielle Untersuchung zweifellos Interesse gehabt. Denn es wäre wichtig zu wissen, was Sawinkow über die Erfolgmöglichkeiten seiner Methoden gedacht hat. Schließlich waren sie, zum mindesten am Anfang, nicht Selbstzweck. Sie sollten zu dem Erfolg führen, den — in unserer Sprache ausgedrückt — der Mord des Kleinbauern Tell am stellvertretenden Kommandierenden General Geßler gehabt hat — zur Revolution. Aber diese Methoden bekamen, einmal eingeführt, ein Eigenleben. Als die Revolution zum ersten Mal grollte, als die Soldaten auf das in einem Bittgang zum Zaren befindliche Volk schossen, da standen die Sozialrevolutionäre, versunken in ihre spezifischen Methoden, beiseite.

Als die Revolution ausbrach, im Februar 1917, wußten die Sozialrevolutionäre nicht, was sie wollten. An die Macht gelangt, konnten sie den Krieg nicht liquidieren, weil sie nur eine kapitalistische Freiheit kannten; weil die mit dem Großgrundbesitz sympathisierende Bourgeoisie die Agrarfrage nicht lösen konnte. Die Sozialrevolutionäre blieben liberal, diesmal ohne Bomben. Aber die Bauern nahmen das Land und folgten den Bolschewisten, weil diese ihnen folgten. Die Revolution des Oktober ging über die Sozialrevolutionäre hinweg. In der roten Flut versanken die Terroristen.

Sawinkows Ende ist tragisch. Er denkt nur in Bomben. Die Revolution, die er jetzt gegen die Sowjets plante, scheiterte kläglich. Aber die GPU arbeitet besser als einst die Ochrana. An der Grenze bereits wird er verhaftet. Im Gefängnis scheint er sich zur Sowjet-Republik zu bekehren. Aber zwei Tage darauf stürzt er sich in den Gefängnishof und bleibt tot liegen.

Sawinkow ist ein Held: töricht, im tiefsten Grund unpolitisch, unklar. So tritt er auch in seinen Erinnerungen auf. Alles Böse, das aus dem Begriff des Helden folgt, muß ihm nachgesagt werden, nur nicht, daß er schwach und zaudernd gewesen sei. Und wenn seine Methoden falsch waren, zum Erfolg nicht führen konnten, ja ihn sogar am Ende seines Lebens auf die andere Seite der Barrikaden zwangen — schließlich hat er doch die Macht der Tyrannen erschüttert und zum Sieg der Revolution beigetragen.

Terror

Von E. J. Gumbel.

An politischen Morden kennen wir im Deutschland der letzten zehn Jahre etwa ein halbes Tausend. So verschieden sie im einzelnen, so waren darunter keineswegs alle Typen vertreten, die unter den gegebenen sozialen Verhältnissen möglich waren. Niemals haben Revolutionäre ein Attentat gegen einen reaktionären Staatsmann unternommen. Der gut deutschnationale Staatsgerichtshof zum Schutz der Republik hat zwar solche Vorkommnisse wahr haben wollen. Im großen Tscheka-Prozeß wimmelte es von Pestbazillen und Attentatsplänen. Opfer dieser großen Pläne wurden ein Friseur und ein Kutscher. Diese Schauermärchen sollten die Wirkung der reellen Fememorde übertönen.

Im vorrevolutionären Rußland haben die Sozialrevolutionäre solche Attentate organisiert. Aeußerlich gesehen, könnte man diese Morde mit den großen Taten der O.C. vergleichen; denn hier wie dort sind Staatsmänner wohl vorbereiteten Attentaten zum Opfer gefallen. Aber in Deutschland konnten die Attentäter alles Vertrauen zur Justiz haben. Die fehlende Bestrafung gehörte mit zum System der politischen Morde. Trotzdem haben die Mörder sich immer noch den Rücken gedeckt und in beinahe allen Fällen ist die Flucht gelungen, wenigstens soweit sie notwendig war.

Genau umgekehrt in Rußland. Hier gehörte der Opfertod mit zum System. Der Mörder rechnete mit seiner Hinrichtung. An diesem tragischen Geschick sind die älteren Terroristen, die Generation um Vera Figner zugrunde gegangen. Die Attentate waren erfolgreich, aber jedes Attentat kostete wertvolle Kräfte. Und als die Partei auf der Höhe ihrer Macht stand, als sie sogar den Zaren hingerichtet hatte, als Tausende ihr zujubelten, da war sie selbst tot, denn niemand war übrig geblieben.

In seinen „Erinnerungen eines Terroristen" (Büchergilde Gutenberg, Berlin 1929) beschreibt Sawinkow die Arbeit der Sozialrevolutionäre (S.R.) in den fünf Jahren 1903 bis 1908. Den Ermordungen ging eine Art Gerichtsbeschluß voraus. „Das Moskauer Komitee der Partei der Sozialrevolutionäre hält es für notwendig, warnend vorauszusagen, daß, wenn die zum 5. und 6. Dezember einberufene politische Demonstration von ebensolchen viehischen Schlägereien seitens der Behörden und der Polizei begleitet sein wird, wie erst vor einigen Tagen in Petersburg, daß dann die ganze Verantwortung für diese viehischen Untaten auf die Köpfe des Generalgouverneurs, Großfürsten Sergius, und des Polizeimeisters Trepow fallen wird. Das Komitee wird nicht davor haltmachen, sie hinzurichten." Am 4. Februar 1905 wurde der Großfürst Sergius von einer Bombe zerrissen.

Ein anderes Attentat galt dem Innenminister Plehwe. Die Revolutionäre spionierten als Kutscher, Dienstmänner, Ladenbesitzer auf der Straße unauffällig die Gewohnheiten und Fahrten des Opfers aus, um das Attentat in voller Oeffentlichkeit durchzuführen. Unter diesen Menschen leben Giganten der Psychologie. „Aus den geringsten Anzeichen auf der Straße: der Zahl der Ochrana-Leute, dem Aussehen der Außenpolizei, der Polizeileutnants und der Revierwachtmeister, aus jener gespannten Erwartung, die bei der Annäherung des Ministerwagens zu spüren war, schloß Kaljajew fehlerlos, ob Plehwe bereits durch die Straße gefahren war oder erst fahren würde . . ."

Die interessanteste Gestalt in Sawinkows Buch ist Azew, der oberste der Terrorgruppe, ein Satan. Vor ihm zitterten die Polizeipräsidenten, die Minister, die Generäle, die Zaren. Dutzende von erfolgreichen Attentaten hat er geleitet, alle konspirativen Fäden sind durch seine Hand gegangen. Er hat die falschen Pässe besorgt, die Gelder verwaltet, eigene chemische Laboratorien zur Bombenherstellung eingerichtet, Todesurteile gefällt, die jeweils geeigneten Männer zur Tat bestimmt — und plötzlich behauptet Burtzew, ein anderes hervorragendes Mitglied der S.R., daß Azew im Dienste der geheimen politischen Polizei stehe. Der Chef der russischen Polizei, Lopuchin, hat es ihm selber mitgeteilt. Wie ist ein solches Doppelleben möglich? Sawinkow schweigt hierüber. War es nur das Monatsgehalt von 500, später 800 Rubeln, das Azew verführt hat? Oder wollte er zuerst die Polizeispitzel bespitzeln und entlarven und ist dann selbst in ihre Krallen geraten? Das erstere erwies sich als Wahrheit. Eine Weglassung in der sonst ausgezeichneten Uebersetzung läßt das Anklagematerial gegen Azew schwächer erscheinen ,als es war. Das Gericht der Sozialrevolutionäre, besetzt mit unangreifbaren und verehrungswürdigen Personen wie Fürst Krapotkin und Vera Figner, verurteilte ihn zum Tod. Aber Azews Flucht gelingt; 1917 soll er in Berlin unbekannt gestorben sein.

Die von dem Uebersetzer der Memoiren, Herrn A. Maslow, leider weggelassene Philosophie des Terrors hätte als prinzipielle Untersuchung zweifellos Interesse gehabt. Denn es wäre wichtig, zu wissen, was Sawinkow über die Erfolgsmöglichkeiten seiner Methoden gedacht hat. Schließlich waren sie, zum mindesten am Anfang, nicht Selbstzweck. Sie sollten zu dem Erfolg führen, den — in unserer Sprache ausgedrückt — der Mord des Kleinbauern Tell am stellvertretenden kommandierenden General Geßler gehabt hat — zur Revolution. Aber diese Methoden bekamen, einmal eingeführt, ein Eigenleben. Als die Revolution zum erstenmal als Massenerscheinung grollte, am blutigen Sonntag in Petersburg, als die Soldaten auf das in einem Bittgang zum Zaren befindliche Volk schossen, da standen die Sozialrevolutionäre versunken in ihre spezifischen Methoden beiseite.

Als die Revolution ausbrach, im Februar 1917, wußten die Sozialrevolutionäre nicht, was sie wollten. An die Macht gelangt, konnten sie den Krieg nicht liquidieren, weil sie das Bündnis mit den imperialistischen Westmächten nicht auflösen wollten und konnten, weil die mit dem Großgrundbesitz sympathisierende Bourgeoisie die Agrarfrage nicht lösen konnte. Die Sozialrevolutionäre blieben liberal, diesmal ohne Bomben. Aber die Bauern nahmen das Land und folgten den Bolschewisten, weil diese ihnen folgten. Die Revolution des Oktober ging über die Sozialrevolutionäre hinweg. In der roten Flut versanken die Terroristen.

Sawinkows Ende ist tragisch. Er denkt nur an Bomben. Die Revolution, die er jetzt gegen die Sowjets plante, scheiterte kläglich. Er muß fliehen. Nochmals versucht er zurückzukehren. Aber die GPU. arbeitet besser als einst die Ochrana. An der Grenze bereits wird er verhaftet. Im Gefängnis scheint er sich zur Sowjetrepublik zu bekehren. Wahrscheinlich war dies der Anfang eines neuen politischen Abenteuers des großen Terroristen. Aber einige Monate nachher stürzt er sich aus dem Fenster des vierten Stockwerkes in den Gefängnishof und bleibt tot liegen.

Sawinkow ist ein Held: töricht, im tiefsten Grunde unpolitisch, unklar. So tritt er auch in seinen Erinnerungen auf. Alles Böse, das aus dem Begriff des Helden folgt, muß ihm nachgesagt werden, nur nicht, daß er schwach und zaudernd gewesen sei. Und wenn seine Methoden falsch waren, zum Erfolg nicht führen konnten, ja ihn sogar am Ende seines Lebens auf die andere Seite der Barrikade zwangen — schließlich hat er doch die Macht der Tyrannen erschüttert und zum Sieg der Revolution beigetragen.

Terror

Von E. J. Gumbel.

An politischen Morden kennen wir im Deutschland der letzten zehn Jahre etwa ein halbes Tausend. So verschieden sie im einzelnen, so waren darunter keineswegs alle Typen vertreten, die unter den gegebenen sozialen Verhältnissen möglich waren. Niemals haben Revolutionäre ein Attentat gegen einen reaktionären Staatsmann unternommen. Der gut deutschnationale Staatsgerichtshof zum Schutz der Republik hat zwar solche Vorkommnisse wahr haben wollen. Im großen Tscheka-Prozeß wimmelte es von Pestbazillen und Attentatsplänen. Opfer dieser großen Pläne wurden ein Friseur und ein Kutscher. Diese Schauermärchen sollten die Wirkung der reellen Fememorde übertönen.

Im vorrevolutionären Rußland haben die Sozialrevolutionäre solche Attentate organisiert. Aeußerlich gesehen, könnte man diese Morde mit den großen Taten der O.C. vergleichen; denn hier wie dort sind Staatsmänner wohl vorbereiteten Attentaten zum Opfer gefallen. Aber in Deutschland konnten die Attentäter alles Vertrauen zur Justiz haben. Die fehlende Bestrafung gehörte mit zum System der politischen Morde. Trotzdem haben die Mörder sich immer noch den Rücken gedeckt und in beinahe allen Fällen ist die Flucht gelungen, wenigstens soweit sie notwendig war.

Genau umgekehrt in Rußland. Hier gehörte der Opfertod mit zum System. Der Mörder rechnete mit seiner Hinrichtung. An diesem tragischen Geschick sind die älteren Terroristen, die Generation um Vera Figner zugrunde gegangen. Die Attentate waren erfolgreich, aber jedes Attentat kostete wertvolle Kräfte. Und als die Partei auf der Höhe ihrer Macht stand, als sie sogar den Zaren hingerichtet hatte, als Tausende ihr zujubelten, da war sie selbst tot, denn niemand war übrig geblieben.

In seinen „Erinnerungen eines Terroristen" (Büchergilde Gutenberg, Berlin 1929) beschreibt Sawinkow die Arbeit der Sozialrevolutionäre (S.R.) in den fünf Jahren 1903 bis 1908. Den Ermordungen ging eine Art Gerichtsbeschluß voraus. „Das Moskauer Komitee der Partei der Sozialrevolutionäre hält es für notwendig, warnend vorauszusagen, daß, wenn die zum 5. und 6. Dezember einberufene politische Demonstration von ebensolchen viehischen Schlägereien seitens der Behörden und der Polizei begleitet sein wird, wie erst vor einigen Tagen in Petersburg, daß dann die ganze Verantwortung für diese viehischen Untaten auf die Köpfe des Generalgouverneurs, Großfürsten Sergius, und des Polizeimeisters Trepow fallen wird. Das Komitee wird nicht davor haltmachen, sie hinzurichten." Am 4. Februar 1905 wurde der Großfürst Sergius von einer Bombe zerrissen.

Ein anderes Attentat galt dem Innenminister Plehwe. Die Revolutionäre spionierten als Kutscher, Dienstmänner, Ladenbesitzer auf der Straße unauffällig die Gewohnheiten und Fahrten des Opfers aus, um das Attentat in voller Oeffentlichkeit durchzuführen. Unter diesen Menschen leben Giganten der Psychologie. „Aus den geringsten Anzeichen auf der Straße: der Zahl der Ochrana-Leute, dem Aussehen der Außenpolizei, der Polizeileutnants und der Revierwachtmeister, aus jener gespannten Erwartung, die bei der Annäherung des Ministerwagens zu spüren war, schloß Kaljajew fehlerlos, ob Plehwe bereits durch die Straße gefahren war oder erst fahren würde . . ."

Die interessanteste Gestalt in Sawinkows Buch ist Azew, der oberste der Terrorgruppe, ein Satan. Vor ihm zitterten die Polizeipräsidenten, die Minister, die Generäle, die Zaren. Dutzende von erfolgreichen Attentaten hat er geleitet, alle konspirativen Fäden sind durch seine Hand gegangen. Er hat die falschen Pässe besorgt, die Gelder verwaltet, eigene chemische Laboratorien zur Bombenherstellung eingerichtet, Todesurteile gefällt, die jeweils geeigneten Männer zur Tat bestimmt — und plötzlich behauptet Burtzew, ein anderes hervorragendes Mitglied der S.R., daß Azew im Dienste der geheimen politischen Polizei stehe. Der Chef der russischen Polizei, Lopuchin, hat es ihm selber mitgeteilt. Wie ist ein solches Doppelleben möglich? Sawinkow schweigt hierüber. War es nur das Monatsgehalt von 500, später 800 Rubeln, das Azew verführt hat? Oder wollte er zuerst die Polizeispitzel bespitzeln und entlarven und ist dann selbst in ihre Krallen geraten? Das erstere erwies sich als Wahrheit. Eine Weglassung in der sonst ausgezeichneten Uebersetzung läßt das Anklagematerial gegen Azew schwächer erscheinen ,als es war. Das Gericht der Sozialrevolutionäre, besetzt mit unangreifbaren und verehrungswürdigen Personen wie Fürst Krapotkin und Vera Figner, verurteilte ihn zum Tod. Aber Azews Flucht gelingt; 1917 soll er in Berlin unbekannt gestorben sein.

Die von dem Uebersetzer der Memoiren, Herrn A. Maslow, leider weggelassene Philosophie des Terrors hätte als prinzipielle Untersuchung zweifellos Interesse gehabt. Denn es wäre wichtig, zu wissen, was Sawinkow über die Erfolgsmöglichkeiten seiner Methoden gedacht hat. Schließlich waren sie, zum mindesten am Anfang, nicht Selbstzweck. Sie sollten zu dem Erfolg führen, den — in unserer Sprache ausgedrückt — der Mord des Kleinbauern Tell am stellvertretenden kommandierenden General Geßler gehabt hat — zur Revolution. Aber diese Methoden bekamen, einmal eingeführt, ein Eigenleben. Als die Revolution zum erstenmal als Massenerscheinung grollte, am blutigen Sonntag in Petersburg, als die Soldaten auf das in einem Bittgang zum Zaren befindliche Volk schossen, da standen die Sozialrevolutionäre versunken in ihre spezifischen Methoden beiseite.

Als die Revolution ausbrach, im Februar 1917, wußten die Sozialrevolutionäre nicht, was sie wollten. An die Macht gelangt, konnten sie den Krieg nicht liquidieren, weil sie das Bündnis mit den imperialistischen Westmächten nicht auflösen wollten und konnten, weil die mit dem Großgrundbesitz sympathisierende Bourgeoisie die Agrarfrage nicht lösen konnte. Die Sozialrevolutionäre blieben liberal, diesmal ohne Bomben. Aber die Bauern nahmen das Land und folgten den Bolschewisten, weil diese ihnen folgten. Die Revolution des Oktober ging über die Sozialrevolutionäre hinweg. In der roten Flut versanken die Terroristen.

Sawinkows Ende ist tragisch. Er denkt nur an Bomben. Die Revolution, die er jetzt gegen die Sowjets plante, scheiterte kläglich. Er muß fliehen. Nochmals versucht er zurückzukehren. Aber die GPU. arbeitet besser als einst die Ochrana. An der Grenze bereits wird er verhaftet. Im Gefängnis scheint er sich zur Sowjetrepublik zu bekehren. Wahrscheinlich war dies der Anfang eines neuen politischen Abenteuers des großen Terroristen. Aber einige Monate nachher stürzt er sich aus dem Fenster des vierten Stockwerkes in den Gefängnishof und bleibt tot liegen.

Sawinkow ist ein Held: töricht, im tiefsten Grunde unpolitisch, unklar. So tritt er auch in seinen Erinnerungen auf. Alles Böse, das aus dem Begriff des Helden folgt, muß ihm nachgesagt werden, nur nicht, daß er schwach und zaudernd gewesen sei. Und wenn seine Methoden falsch waren, zum Erfolg nicht führen konnten, ja ihn sogar am Ende seines Lebens auf die andere Seite der Barrikade zwangen — schließlich hat er doch die Macht der Tyrannen erschüttert und zum Sieg der Revolution beigetragen.

Volksstimme 10. VIII. 29

Terror

Chemnitz

Von E. J. Gumbel.

An politischen Morden kennen wir im Deutschland der letzten 10 Jahre etwa ein halbes Tausend. So verschieden sie im einzelnen, so waren darunter keineswegs alle Typen vertreten, die unter den gegebenen sozialen Verhältnissen möglich waren. Niemals haben Revolutionäre ein Attentat gegen einen reaktionären Staatsmann unternommen. Der gut deutschnationale Staatsgerichtshof zum Schutz der Republik hat zwar solche Vorkommnisse wahr haben wollen. Im großen Tschekaprozeß wimmelte es von Pestbazillen und Attentatsplänen. Opfer dieser großen Pläne wurden ein Friseur und ein Kutscher. Diese Schauermärchen sollten die Wirkung der reellen Fememorde übertönen.

Im vorrevolutionären Rußland haben die Sozialrevolutionäre solche Attentate organisiert. Aeußerlich gesehen könnte man diese Morde mit den Taten der O. C. vergleichen; denn hier wie dort sind Staatsmänner wohlvorbereiteten Attentaten zum Opfer gefallen. Aber in Deutschland konnten die Attentäter alles Vertrauen zur Justiz haben. Die fehlende Bestrafung gehörte mit zum System der politischen Morde. Trotzdem haben die Mörder sich immer noch den Rücken gedeckt, und in beinahe allen Fällen ist die Flucht gelungen, wenigstens soweit sie notwendig war.

Genau umgekehrt in Rußland. Hier gehörte der Opfertod mit zum System. Der Mörder rechnete mit seiner Hinrichtung. An diesem tragischen Geschick sind die älteren Terroristen, die Generation um Vera Figner zugrundegegangen. Die Attentate waren erfolgreich, aber jedes Attentat kostete wertvolle Kräfte. Und als die Partei auf der Höhe ihrer Macht stand, als sie sogar den Zaren hingerichtet hatte, als Tausende ihr zujubelten, da war sie selbst tot, denn niemand war übrig geblieben.

In seinen „Erinnerungen eines Terroristen" (Büchergilde Gutenerg, Berlin 1929) beschreibt Sawinkow die Arbeit der Sozialrevolutionäre (S. R.) in den fünf Jahren 1903—08. Den Ermordungen ging eine Art Gerichtsbeschluß voraus. „Das Moskauer Komitee der Partei der Sozialrevolutionäre hält es für notwendig, warnend vorauszusagen, daß, wenn die zum 5. und 6. Dezember einberufene politische Demonstration von ebensolchen viehischen Schlägereien seitens der Behörden und der Polizei begleitet sein wird, wie erst vor einigen Tagen in Petersburg, daß dann die ganze Verantwortung für diese viehischen Untaten auf die Köpfe des Generalgouverneurs Sergius und des Polizeimeisters Trepow fallen wird. Das Komitee wird nicht davor haltmachen, sie hinzurichten." Am 4. Februar 1905 wurde der Großfürst Sergius von einer Bombe zerrissen.

Ein anderes Attentat galt dem Innenminister Plehwe. Die Revolutionäre spionierten als Kutscher, Dienstmänner, Ladenbesitzer auf der Straße unauffällig die Gewohnheiten und Fahrten des Opfers aus, um das Attentat in voller Oeffentlichkeit durchzuführen. Unter diesen Menschen leben Giganten der Psychologie. „Aus den geringsten Anzeichen auf der Straße: der Zahl der Ochrana-Leute, dem Aussehen der Außenpolizei, der Polizeileutnants und der Revierwachtmeister, aus jener gespannten Erwartung, die bei der Annäherung des Ministerwagens zu spüren war, schloß Kaliajew fehlerlos, ob Plehwe bereits durch die Straße gefahren war oder erst fahren würde . . ."

Die interessanteste Gestalt in Sawinkows Buch ist Azew, der oberste der Terrorgruppe, ein Satan. Vor ihm zitterten die Polizeipräsidenten, die Minister, die Generäle, die Zaren. Dutzende von erfolgreichen Attentaten hat er geleitet, alle konspirativen Fäden sind durch seine Hand gegangen. Er hat die falschen Pässe besorgt, die Gelder verwaltet, eigene chemische Laboratorien zur Bombenherstellung eingerichtet, Todesurteile gefällt, die jeweils geeigneten Männer zur Tat bestimmt — und plötzlich behauptet Burtzew, ein anderes Mitglied des Zentralkomitees der S. R., daß Azew im Dienste der geheimen politischen Polizei stehe. Der Petersburger Polizeipräsident Lopuchin hat es ihm selber mitgeteilt. Wie ist ein solches Doppelleben möglich? Sawkinow schweigt hierüber. War es nur das Monatsgehalt von 500, später 800 Rubeln, das Azew verführt hat? Oder wollte er zuerst die Polizeispitzel bespitzeln und entlarven und ist dann selbst in ihre Krallen geraten? Eine Weglassung in der sonst ausgezeichneten Uebersetzung läßt das Anklagematerial gegen Azew schwächer erscheinen, als es war. Das Gericht der Sozialrevolutionäre, besetzt mit unangreifbaren und verehrungswürdigen Personen wie Fürst Krapotkin und Wera Figner, verurteilte ihn zum Tod. Aber Azews Flucht gelingt; 1917 soll er in Berlin unbekannt gestorben sein.

Die von dem Uebersetzer der Memoiren, Herrn A. Mallow, leider weggelassene Philosophie des Terrors hätte als prinzipielle Untersuchung zweifellos Interesse gehabt. Denn es wäre wichtig zu wissen, was Sawinkow über die Erfolgsmöglichkeiten seiner Methoden gedacht hat. Schließlich waren sie, zum mindesten am Anfang, nicht Selbstzweck. Sie sollten zu dem Erfolg führen, den — in unserer Sprache ausgedrückt — der Mord des Kleinbauern Tell am stellvertretenden Kommandierenden General Geßler gehabt hat — zur Revolution. Aber diese Methoden bekamen, einmal eingeführt, ein Eigenleben. Als die Revolution zum ersten Male grollte, am blutigen Sonntag in Petersburg, als die Soldaten auf das in einem Bittgang zum Zaren befindliche Volk schossen, da standen die Sozialrevolutionäre versunken in ihre spezifischen Methoden beiseite.

Als die Revolution ausbrach, im Februar 1917, wußten die Sozialrevolutionäre nicht, was sie wollten. An die Macht gelangt, konnten sie den Krieg nicht liquidieren, weil sie nur eine kapitalistische Freiheit kannten; weil die mit dem Großgrundbesitz sympathisierende Bourgeoisie die Agrarfrage nicht lösen konnte. Die Sozialrevolutionäre blieben liberal, diesmal ohne Bomben. Aber die Bauern nahmen das Land und folgten den Bolschewisten, weil diese ihnen folgten. Die Revolution des Oktober ging über die Sozialrevolutionäre hinweg. In der roten Flut versanken die Terroristen.

Sawinkows Ende ist tragisch. Er denkt nur in Bomben. Die Revolution, die er jetzt gegen die Sowjets plante, scheiterte kläglich. Er muß fliehen. Nochmals versucht er zurückzukehren. Aber die GPU. arbeitet besser als einst die Ochrana. An der Grenze bereits wird er verhaftet. Im Gefängnis scheint er sich zur Sowjet-Republik zu bekehren. Aber zwei Tage später stürzt er sich in den Gefängnishof und bleibt tot liegen.

Sawinkow ist ein Held: töricht, im tiefsten Grunde unpolitisch, unklar. So tritt er auch in seinen Erinnerungen auf. Alles Böse, das aus dem Begriff des Helden folgt, muß ihm nachgesagt werden, nur nicht, daß er schwach und zaudernd gewesen sei. Und wenn seine Methoden falsch waren, zum Erfolg nicht führen konnten, ja ihn sogar am Ende seines Lebens auf die andere Seite der Barrikade zwangen — schließlich hat er doch die Macht der Tyrannen erschüttert und zum Sieg der Revolution beigetragen.

General-Anzeiger für Dortmund u

17. 8. 29.

Dortmu

Die Methoden der russischen Sozialrevolutionäre.

Sawinkows Memoiren.

Von E. J. Gumbel.

An politischen Morden kennen wir im Deutschland der letzten zehn Jahre etwa ein halbes Tausend. So verschieden sie im einzelnen, so waren darunter keineswegs alle Typen vertreten, die unter den gegebenen sozialen Verhältnissen möglich waren. Niemals haben Revolutionäre ein Attentat gegen einen reaktinären Staatsmann unternommen. Der gut deutschnationale Staatsgerichtshof zum Schutz der Republik hat zwar solche Vorkommnisse wahr haben wollen. Im großen Tschekaprozeß wimmelte es von Pestbazillen und Attentatsplänen. Opfer dieser großen Pläne wurden ein Friseur und ein Kutscher. Diese Schauermärchen sollten die Wirkung der reellen Fememorde übertönen.

Im vorrevolutionären Rußland haben die Sozialrevolutionäre solche Attentate organisiert. Aeußerlich gesehen könnte man diese Morde mit den großen Taten der O. C. vergleichen; denn hier wie dort sind Staatsmänner wohl vorbereiteten Attentaten zum Opfer gefallen. Aber in Deutschland konnten Attentäter alles Vertrauen zur Justiz haben. Die fehlende Bestrafung gehörte mit zum System der politischen Morde. Trotzdem haben die Mörder sich immer noch den Rücken gedeckt und in beinahe allen Fäelln ist die Flucht gelungen, wenigstens soweit sie notwendig war.

Genau umgekehrt in Rußland. Hier gehörte der Opfertod mit zum System. Der Mörder rechnete mit seiner Hinrichtung. An diesem tragischen Geschick sind die älteren Terroristen, die Generation um Verua Figner zugrunde gegangen. Die Attentate waren erfolgreich, aber jedes Attentat kostete wertvolle Kräfte. Und als die Partei auf der Höhe ihrer Macht stand, als sie sogar den Zaren hingerichtet hatte, als Tausende ihr zujubelten, da war sie selbst tot, denn niemand war übrig geblieben.

In seinen „Erinnerungen eines Terroristen" (Büchergilde Gutenberg, Berlin 1929) beschreibt Sawinkow die Arbeit der Sozialrevolutionäre (S. R.) in den fünf Jahren 1903—1908. Den Ermordungen ging eine Art Gerichtsbeschluß voraus. „Das Moskauer Komitee der Partei der Sozialrevolutionäre hält es für notwendig warnend vorauszusagen, daß, wenn die zum 5. und 6. Dezember einberufene politische Demonstration von ebensolchen viehischen Schlägereien seitens der Behörden und der Polizei begleitet sein wird, wie erst vor einigen Tagen in Petersburg, daß dann die ganze Verantwortung für diese viehischen Untaten auf die Köpfe des Generalgouverneurs Sergius und des Polizeimeisters Trepow fallen wird. Das Komitee wird nicht davor haltmachen, sie hinzurichten." Am 4. Februar 1905 wurde der Großfürst Sergius von einer Bombe zerrissen.

Ein anderes Attentat galt dem Innenminister Plehwe. Die Revolutionäre spionierten als Kutscher, Dienstmänner, Ladenbesitzer auf der Straße unauffällig die Gewohnheiten und Fahrten des Opfers aus, um das Attentat in voller Oeffentlichkeit durchzuführen. Unter diesen Menschen leben Giganten der Psychologie. „Aus den geringsten Anzeichen auf der Straße: der Zahl der Ochrana-Leute, dem Aussehen der Außenpolizei, der Polizeileutnants und der Revierwachtmeister, aus jener gespannten Erwartung, die bei der Annäherung des Ministerwagens zu spüren war, schloß Kaljajew fehlerlos, ob Plehwe bereits durch die Straße gefahren war oder erst fahren würde."

Die interessanteste Gestalt in Sawinkows Buch ist Azew, der oberste der Terrorgruppe, ein Satan. Vor ihm zitterten die Polizeipräsidenten, die Minister, die Generäle, die Zaren. Dutzende von erfolgreichen Attentaten hat er geleitet, alle konspirativen Fäden sind durch seine Hand gegangen. Er hat die falschen Pässe besorgt, die Gelder verwaltet, eigene chemische Laboratorien zur Bombenherstellung eingerichtet, Todesurteile gefällt, die jeweils geeigneten Männer zur Tat bestimmt — und plötzlich behauptet Burtzew, ein anderes Mitglied des Zentralkomitees der S. R., daß Azew im Dienste der geheimen politischen Polizei stehe. Der Petersburger Polizeipräsident Lopuchin hat es ihm selber mitgeteilt. Wie ist ein solches Doppelleben möglich? Sawinkow schweigt hierüber. War es nur das Monatsgehalt von 500, später 800 Rubeln, das Azew verführt hat? Oder wollte er zuerst die Polizeispitzel bespitzeln und entlarven und ist dann selbst in ihre Krallen geraten? Eine Weglassung in der sonst ausgezeichneten Uebersetzung läßt das Anklagematerial gegen Azew schwächer erscheinen als es war. Das Gericht der Sozialrevolutionäre, besetzt mit unangreifbaren und verehrungswürdigen Personen wie Fürst Krapotkin und Wera Figner, verurteilte ihn zum Tode. Aber Azews Flucht gelingt; 1917 soll er in Berlin unbekannt gestorben sein.

Die von dem Uebersetzer der Memoiren, Herrn A. Maslow, leider weggelassene Philosophie des Terrors hätte als prinzipielle Untersuchung zweifellos Interesse gehabt. Denn es wäre wichtig zu wissen, was Sawinkow über die Erfolgsmöglichkeiten seiner Methoden gedacht hat. Schließlich waren sie, zum mindesten am Anfang, nicht Selbstzweck. Sie sollten zu dem Erfolg führen, den — in unserer Sprache ausgedrückt — der Mord des Kleinbauern Tell am stellvertretenden Kommandierenden General Geßler gehabt hat — zur Revolution. Aber diese Methoden bekamen, einmal eingeführt, ein Eigenleben. Als die Revolution zum ersten Mal grollte, am blutigen Sonntag in Petersburg, als die Soldaten auf das in einem Bittgang zum Zaren befindliche Volk schossen, da standen die Sozialrevolutionäre versunken in ihre spezifischen Methoden beiseite.

Als die Revolution ausbrach, im Februar 1917, wußten die Sozialrevolutionäre nicht, was sie wollten. An die Macht gelangt, konnten sie den Krieg nicht liquidieren, weil sie nur eine kapitalistische Freiheit kannten; weil die mit dem Großgrundbesitz sympathisierende Bourgeoisie die Agrarfrage nicht lösen konnte. Die Sozialrevolutionäre blieben liberal, diesmal ohne Bomben. Aber die Bauern nahmen das Land und folgten den Bolschewisten, weil diese ihnen folgten. Die Revolution des Oktober ging über die Sozialrevolutionäre hinweg. In der roten Flut versanken die Terroristen.

Sawinkows Ende ist tragisch. Er denkt nur an Bomben. Die Revolution, die er jetzt gegen die Sowjets plante, scheiterte kläglich. Er muß fliehen. Nochmals versucht er zurückzukehren. Aber die GPU. arbeitet besser als einst die Ochrana. An der Grenze bereits wird er verhaftet. Im Gefängnis scheint er sich zur Sowjet-Republik zu bekehren. Aber zwei Tage darauf stürzt er sich in den Gefängnishof und bleibt tot liegen.

Sawinkow ist ein Held: töricht, im tiefsten Grunde unpolitisch, unklar. So tritt er auch in seinen Erinnerungen auf. Alles Böse, das aus dem Begriff des Helden folgt, muß ihm nachgesagt werden, nur nicht, daß er schwach und zaudernd gewesen sei. Und wenn seine Methoden falsch waren, zum Erfolg nicht führen konnten, ja ihn sogar am Ende seines Lebens auf die andere Seite der Barrikade zwangen — schließlich hat er doch die Macht der Tyrannen erschüttert und zum Sieg der Revolution beigetragen.

44

Helfferich im Lichte der „objektiven Wissenschaft".

Das Handwörterbuch der Staatswissenschaften ist das wichtigste Hilfsmittel für jeden nationalökonomisch Interessierten. Die ersten beiden Auflagen sind vergriffen; die dritte erschien in acht dicken Bänden, beginnend in der Inflationszeit, in Lieferungen, und liegt nunmehr vor. Zur Zeit erscheinen Ergänzungsbände. Die vierte Lieferung bringt einen Artikel über Helfferich. Der Verlag (Gustav Fischer in Jena) weist in der Voranzeige noch besonders auf diese Würdigung hin. Und er hat recht. Denn unter den von „namhaften Forschern streng wissenschaftlich behandelten Fragen unserer Zeit" nimmt dieser Beitrag allerdings eine Sonderstellung ein. Im Folgenden einige Auszüge. Die Sperrungen stammen von uns.

„Seine sparsame Finanzwirtschaft hat . . . die Kriegskosten vom Beginn bis zum Schluß seiner Amtszeit auf 2 Milliarden Mark monatlich halten können. . . . Nach Lage der Dinge mußten die Kriegskosten in erster Linie durch Anleihen gedeckt werden. Unmöglich wäre es gewesen, die Milliarden Steuerlasten zu verdoppeln oder zu verdreifachen; das zeigte sich auch in der Finanzierung der Kriegskosten der Feinde. Schonte man aber die Steuerkraft, so waren bei Erhaltung der Zeichnungsfreudigkeit umso höhere Anleihebeträge zu erlangen . . ."

Was in Deutschland „unmöglich" war, wurde in England durchgeführt. Den Kriegsgewinnlern nur geringe Steuern abzunehmen und sie dann viel Kriegsanleihe zeichnen zu lassen, war direkt eine Verschleuderung öffentlicher Mittel.

„Helfferich verstand es vortrefflich, durch seine Werbung um die **finanzielle Kriegshilfe** aller Kreise der Bevölkerung **den Glauben an den deutschen Sieg zu stärken** . . . . ."

Wir nennen das: sie irrezuführen.

Als ihn der Reichsfinanzminister Erzberger in der Weimarer Nationalversammlung 1919 als den „leichtfertigsten aller Finanzminister" bezeichnete, riß ihm Helfferich sofort die Maske vom Gesicht. Helfferich konnte darauf hinweisen, daß er monatlich nur zwei Milliarden für die Deckung der riesigen Kriegskosten benötigt habe, während das revolutionäre Reichsfinanzministerium unter Erzberger für Friedenszwecke monatlich drei und schließlich bis zu 5 Milliarden ausgab. . . ."

Daß inzwischen durch die Inflation die Millionen weniger wert geworden waren, vergaß Helfferich dabei.

„Seine Tatkraft hat die deutsche Ernährungswirtschaft im Krieg **vor einer Hungersnot bewahrt.**

Hört es, deutsche Hausfrauen, er hat Euch „vor die Hungersnot bewahrt". Wars schön?

„**Eine deutsche Fähigkeit zur Erfüllung der Reparationsverpflichtungen war nach seiner Auffassung nicht gegeben,** da weder unsere Warenausfuhr in dem erforderlichen Maße gesteigert. noch so große Teile der Substanz unseres Volksvermögens auf dem Geldmarkt gegen Geld oder Goldeswert umgesetzt werden könnten, da schließlich auch nicht durch Auslandsanleihen die Schuldabtragung ermöglicht werden würde, solange keine Revision der feindlichen Reparationspolitik vorgenommen werde."

Diese Revision ist inzwischen vorgenommen — und **Helfferichs Freunde und Nachfolger** wollen jetzt ein Volksbegehren gegen diese Revision einleiten.

„Helfferich bezeichnete von vornherein als unbedingte Voraussetzung für die Uebergabe seines Währungsplanes, daß die Regierung auf ihre Hoheitsrechte für diese Uebergangswährung verzichte und zur Sicherung des Vertrauens des Volkes **die Sorge für die neue Währung den Wirtschaftsführern überlasse.**"

Das hätte den Stinnes, Thyssen usw. so passen können. Uebergang der Souveränität von dem Hause Hohenzollern auf das Haus Stinnes, so könnte man diesen Helfferichschen Plan nennen. Und alles des „Vertrauens" wegen.

„Reichsregierung und Reichsrat gingen jedoch an der Empfehlung des deutschnationalen Helfferich achtlos vorüber! Welch wertvolle Dienste hätte Helfferich als Reichsbankpräsident bei der **Unterrichtung der ausländischen Reparationssachverständigen** leisten können. . . ."

Das hat ja nun sein Nachfolger Hugenberg übernommen, der unentwegt dem Ausland durch Briefe und Leitartikel versichert, daß die gegenwärtige deutsche Regierung kein Vertrauen verdiene.

„Aehnlich erfolgreich ist Helfferich auf anderen Gebieten vorgegangen, z. B. mit der Schaffung von **Handels-U-Booten.**" . . .

Sie haben der väterlichen Firma des später so berühmt gewordenen KapitänsLohmann, der sie gehörten, sicherlich mehr genützt als dem Deutschen Reiche.

„Schwere Sorgen hatte Helfferich stets Erzbergers Politik bereitet, zunächst seine Kolonialpolitik, später seine Annexionspropaganda, dann sein überraschender Vorstoß mit der sog. Friedensresolution im Sommer 1917, verbunden mit Erzbergers Beeinflussung durch den letzten Habsburger Kaiser Karl, ferner die Rolle Erzbergers beim Waffenstillstandsvertrag und den folgenden Friedensverhandlungen, schließlich seine Anfeindungen des „alten monarchischen Systems" usw. Demgegenüber betrachtete es Helfferich als seine Aufgabe, das deutsche Volk von der Wahnidee zu befreien, ein für ein unbesiegtes Deutschland annehmbarer Friede sei an dem Kriegswillen des Kaisers, der Heeresleitung, der Marineleitung, der Schwerindustrie, der Alldeutschen oder sonstiger verantwortlicher oder unverantwortlicher Faktoren gescheitert. Zugleich wollte Helfferich mit seinem Vorgehen gegen Erzberger **die wachsende Macht gewissenloser politischer Geschäftemacher** brechen und die Reinlichkeit im öffentlichen Leben wieder herstellen. . . ."

Wie sah Helfferichs „Vorgehen" aus? Er entfachte eine vergiftete Pressehetze gegen Erzberger, der — töricht genug! — den Ludendorffs die peinlichen Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen abgenommen hatte, — eine wilde Hetze, die schließlich mit den Mörderkugeln gegen den gar nicht mehr amtierenden Erzberger besiegelt wurde. „Reinlichkeit im öffentlichen Leben!"

„Möchte Helfferichs Geist die Leiter der deutschen Geschicke zur Beschleunigung der Revision der Reparationspolitik und zur Milderung der Lasten anfeuern!"

Mit diesen Worten schließt nicht etwa eine deutschnationale Propagandaschrift. Nein, Herr D. Jakob Wilhelm Reichert, Mitglied **des Reichstags**, bezeichnet so etwas als „**objektive Wissenschaft**".

Die Femeliteratur

Von E. J. Gumbel.

„Wir haben alle Hochachtung vor Männern, die Vaterlandsverrätern auf gesetzlichem Wege das Handwerk legten."
„Die Femelüge", S. 69.

1. Fememorde.

Heute, nach Abschluß der wichtigsten Femeprozesse, während ein Teil der Täter, darunter auch einige Offiziere, ihre Strafen abzubüßen haben, soweit sie nicht auf dem Gnadenwege erlassen wurde, entsteht eine ausgedehnte Femeliteratur. Angesichts ihres großen Umfangs beschränken wir uns im folgenden auf die Betrachtung der in Buchform erschienenen Schriften. Sie bezwecken, die schauerlichen Taten als legal darzustellen, ja zu verniedlichen und ihren Zusammenhang zu verwischen, um den noch nicht entlassenen Tätern den Weg in die Freiheit zu bahnen.

Um an die Stelle psychologischer Beschönigung und hieraus erwachsener falscher Sentimentalität die in politischen wie juristischen Problemen notwendige Klarheit zu setzen, müssen die ganzen zusammengehörigen Fälle auch zusammen betrachtet werden. Die unglaublichen Roheiten, die mit all diesen Morden verbunden waren, im einzelnen zu schildern, kann nicht unsere Aufgabe sein, obwohl die Gemeinsamkeit dieser Methoden den Zusammenhang auf das deutlichste charakterisiert. Es genügt der Nachweis der Identität bzw. des nahen Zusammenhangs der Täter.

Diese Morde sind nicht Werke dämonischer Riesen; sie sind erwachsen aus wohl vorbereitetem, sozialen, juristischen und militärischen Milieu. Die politischen Morde waren spezifische Mittel zur Niederhaltung der Arbeiterschaft und zur Bekämpfung der Republik. Ihre lange Reihe geht von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, Gustav Landauer, dem Abgeordneten Gareis bis zu dem Minister Eisner und den Opfern der O. C., den Ministern Erzberger und Rathenau. Jede Unterlassung, jede Einstellung eines Verfahrens, jede Außerverfolgungsetzung, jede Anklage nur wegen Körperverletzung, jeder Freispruch kam in seiner Wirkung einer Ermutigung zu neuem Morde gleich.

Die militärische Basis stellten die Garde-Kavallerie-Schützen-Division, andere Berliner Freiwilligen-Regimenter, die bayerische Einwohnerwehr, die Freikorps, vor allem Roßbach — das frühere Reichswehr-Bataillon Nr. 37 — die vorläufige Reichswehr durch ihre Meuterei im Kapp-Putsch, endlich die zahlreichen, aus militärischen Formationen erwachsenen und von der Reichswehr bewaffneten Geheimbünde.

Die potenzierteste Form des politischen Mordes stellt der Fememord dar. Schon 1920 traten die Fememorde in der bayerischen Einwohnerwehr auf. Ueber die O. C., die Organisation Roßbach und die oberschlesischen Freikorps werden sie, in die schwarze Reichswehr verpflanzt, zu einem wohlausgebauten, vollendet durchdachten System. Mit ihm haben wir uns im folgenden zu beschäftigen.

Im Jahre 1923 stellte die Reichswehr unter Verletzung des Etatsrechts und Mithilfe privater Geldgeber ein heimliches „schwarzes" Heer auf. Die vom Wehrkreis genehmigte Stärke dieser als Arbeitskommandos bezeichneten Rahmenformation wird von ihrem politischen Leiter, Major Buchrucker, auf 18 000 Mann allein für den Wehrkreis III angegeben (Major Buchrucker: Im Schatten Seeckts, Die Geschichte der schwarzen Reichswehr, Kampf-Verlag Berlin 1928, S. 32). Die tatsächliche Leitung lag bei seinem Stellvertreter, dem aus dem Unteroffizierstande hervorgegangenen Oberleutnant Paul Schulz, einem Mann von ungeheurer Energie und letzter Rücksichslosigkeit. Er saß im Gebäude des Wehrkreiskommandos III in Berlin. Eng mit ihm verbunden arbeitete das „Kommando zur besonderen Verwendung": die Feldwebel mit den bezeichnenden Namen Klapproth, Fahlbusch und Büsching. Offiziell sollten die Truppen — der Bock als Gärtner — die im Lande verstreuten Waffen sammeln. Sie taten dies mit dem Erfolg, daß der Unterschied zwischen legalen und illegalen Waffen verschwand.

Angeblich zum Schutz der Grenze bestimmt, sah diese Bürgerkriegsarmee ihren wirklichen Feind in der preußischen Polizei wie in der organisierten Arbeiterschaft. Beide gelten als „Kommunisten". „Die (privaten) Geldgeber wollten dafür, daß sie zahlten, Schutz gegen die von ihnen befürchteten Unruhen" (Buchrucker S. 13). „Die meisten Geldgeber dachten also vorwiegend an die innerpolitische Lage" (S. 27). Berlin ist mit schwarzen Truppen umstellt. Selbst beim Wachtregiment sitzt eine schwarze Abteilung. Die Angabe Buchruckers (S. 34), daß der geplante Einmarsch in Berlin nur den Zweck hatte, die Regierung zur offiziellen Anerkennung dieser Heeresverstärkung zu zwingen, mag subjektiv ehrlich sein; aber objektiv stellte dieser Plan den Versuch einer Wiederholung des Kapp-Putsches dar, der ja auch angeblich nur der Einsetzung von Fachministern und dem Schutz der von der Regierung verletzten Reichsverfassung sei. Im Putsch von Küstrin, in den ersten Tagen des Oktober 1923 brach die schwarze Reichswehr zusammen. Der Einmarsch in Berlin war damit unmöglich.

2. **Femeliteratur.**

Bei keinem einzigen Fememord hat ein wirklicher Verrat vorgelegen. Die Ursache der meistenMorde waren ganz haltlose Gerüchte für die auch nicht die Spur eines Beweises vorhanden war.

In seiner Schrift **„Wahrheit und Recht für die Feme, Schwarze Reichswehr und Oberleutnant Schulz"** (Verlag I. F. Lehmann, München 1928) gibt Luetgebrune eine an sich gute Darstellung dieser Fälle. Aber sie ist im wesentlichen darauf zugeschnitten, die Unschuld des Schulz zu beweisen. Die ganzen Taten werden als selbständige Handlungen der beteiligten Mannschaften dargestellt was schon angesichts der dabei ständig geübten Abkommandierungen unmöglich ist. Die Zeugenaussagen, die Verteidigungsrede, die Urteilsbegründung und die Revisionsrechtfertigung im Fall Legner sind von dem Verteidiger Dr. Grimm, Professor an der Universität Münster, in zwei Broschüren herausgegeben (Grundsätzliches zu den Femeprozessen, 1. und 2. Folge. I. L. F. Lehmann Verlag ,München 1928). Das Hauptargument Grimms geht dahin, ein solcher Mord müsse straflos sein, wenn er bezwecke, den Staat vor Nachteil zu schützen. In unmißverständlicher Weise weist das Urteil auf die Konsequenz solcher Auffassung hin, indem es auf einen bekannten Mord anspielt: „Läßt sich nicht so die Tötung des Ministers, der seinen Staat — angeblich oder wirklich — verraten will, immer rechtfertigen?" So verneint das Urteil ausdrücklich die von Grimm aufgestellte Theorie der Straflosigkeit des Handelns aus „Vaterlandsliebe".

Die schwarze Reichswehr und ihre Fememorde sind erst in den gerichtlichen Verfahren der letzten Jahre vor aller Oeffentlichkeit aufgedeckt wgorden. Bereits vorher waren diese Tatsachen behauptet worden, aber die Angaben bleiben weit hinter der Wirklichkeit zurück.

Die offiziellen Angaben über diese Armee lauteten: Eine schwarze Reichswehr hat es nie gegeben — Untergeordnete Organe haben illegale Verbindungen angeknüpft — Sie sind längst gelöst — Das Reichswehrministerium hat nichts davon gewußt — Eine Feme hat nie existiert — Wer davon spricht, begeht Landesverrat. Diese Methode war solange erfolgreich, als keine Verfahren gegen die Mörder stattgefunden hatten. Mit jedem neuen Verfahren erweiterte sich der Umfang des in der Oeffentlichkeit Bekannten, verblaßte die Wirkung der bisherigen lügnerischen Dementis, wurden neue Zugeständnisse, aber damit auch neue Dementis notwendig.

Durch den Ausschluß der Oeffentlichkeit bei den ersten Femeprozessen wurden die in solchen Verhandlungen notwendig auftreten Gegensätze zwischen den ausführenden Organen und den Anstiftern und Verantwortlichen verwischt. Angeklagt waren zunächst regelmäßig nur einfache Menschen, schwarze Reichswehrleute, Berufslandsknechte mit engen Stirnen und soldatischem Gehorsam. Die Verteidigung mußte demgegenüber entweder deren Vorsatz zur Tat verneinenden oder, wenn dies nicht möglich„ darauf hinweisen, daß diese einfachen Naturen doch nur ausführende Organe eines höheren Willens waren, daß dieser höhere Wille sich aber auf einen in der Reichswehr vorhandenen Willen zur Geheimhaltung „mit allen Mitteln" berufen hatte. Der Ausschluß der Oeffentlichkeit ließ diese fundamentale Tatsache und den Gegensatz zwischen den aus der Unterschicht, der „Hefe des Volkes" stammenden Mördern und den getarnten, hochstehenden Führern nicht bekannt werden. Er verschleierte die Fäden, die zu außerhalb der eigentlichen schwarzen Reichswehr stehenden Personen führten, auf deren, allerdingis nicht expressis verbis ausgesprochenen Willen die Mörder ihre Taten zurückführten. Dieser Klassengegensatz war beinahe identisch mit dem militärischen Gegensatz zwischen den Mannschaften der schwarzen und den Offizieren der „grauen" Reichswehr. In den ersten Femeprozessen, solange der Ausschluß der Oeffentlichkeit das Bekanntwerden dieses Gegensatzes verhinderte, brauchte die Verteidigung nicht allzu scharf gegen diesen Personenkreis vorzustoßen. Mit jeder neu gewordenen Tatsache über die schwarze Reichswehr mußte sie schärfer vorgehen, bis, in den Stettiner Prozessen, die deutschnationalen Verteidiger zu den schwersten Angriffen gegen die Reichswehr ausholten.

Die im folgenden zu behandelnden, ebenfalls im völkischen Verlag I. F. Lehmann, München, in zum Teil luxuriöser Aufmachung erschienenen Bücher und Broschüren verdienen keine allzu eingehende Betrachtung, da, wie Ministerialrat Dr. Herrmann im Rechtsausschuß des Preußischen Landtags (9. April 1929) nachwies, diese neuen Verteidiger die umfangreichen Akten überhaupt nicht eingesehen hatten.

Ganz vage ist **„Die Femelüge"** mit Beiträgen von Friedrich Felgen, Hans Albert von Birckhahn und Walter Weiß. In feuilletonistischer Art wird über die schwarze Reichswehr und die Fememorde berichtet. Sie werden als ganz legale Einrichtungen hingestellt. In geschickter Weise wird das Problem umgekehrt. Nicht die Femetaten, sondern die „Femehetze" gilt es aufzuklären. Letzte Ursache hierfür ist das Weltkapital — die Juden. Für die Unklarheit der Verfasser spricht ihre Aufzählung der „Femerichter". Neben den bekannten Namen der Schulz, Klapproth usw. werden aufgeführt: die völlig unbekannten Walter Laudien und Werner Kaws, der Kommunist Felix Neumann aus dem großen Tschekaprozeß und die beiden Schmelzer, die einem mit Reichsbannerleuten besetzten Auto nachgeschossen haben.

(Schluß folgt.)

General-Anzeiger
für Dortmund und das ges. rheinisch-westfälische Industriegebiet
Ausschnitt aus der Nummer vom: 4. SEP. 1929

Fememorde, Justiz, Reichswehr

Femeliteratur. Von E. J. Gumbel.

46

I.

Fememorde.

E. J. Gumbel, der beste Kenner der politischen Morde, über die er sein bekanntes Buch geschrieben hat, hat für unseren General-Anzeiger das Thema der Feme-Morde in drei Aufsätzen zusammengefaßt, von denen wir nachstehend den ersten veröffentlichen.
Die Schriftleitung.

Heute, nach Abschluß der wichtigsten Femeprozesse, während ein Teil der Täter, darunter auch einige Offiziere, ihre Strafen abzubüßen haben, soweit sie nicht auf dem Gnadenwege erlassen wurde, entsteht eine ausgedehnte Femeliteratur. Angesichts ihres großen Umfangs beschränken wir uns im folgenden auf die Betrachtung der in Buchform erschienenen Schriften. Sie bezwecken, die schauerlichen Taten als legal darzustellen, ja zu verniedlichen und ihren Zusammenhang zu verwischen, um den noch nicht entlassenen Tätern den Weg in die Freiheit zu bahnen.

Um an die Stelle psychologischer Beschönigung und hieraus erwachsener falscher Sentimentalität die in politischen wie juristischen Problemen notwendige Klarheit zu setzen, müssen die ganzen zusammengehörigen Fälle auch zusammen betrachtet werden. Die unglaublichen Roheiten, die mit all diesen Morden verbunden waren, im einzelnen zu schildern, kann nicht unsere Aufgabe sein, obwohl die Gemeinsamkeit dieser Methoden den Zusammenhang auf das deutlichste charakterisiert. Es genügt der Nachweis der Identität bezw. des nahen Zusammenhangs der Täter.

Diese Morde sind nicht Werke dämonischer Riesen; sie sind erwachsen aus wohlvorbereitetem, sozialem, juristischem und militärischem Milieu. Die politischen Morde waren spezifische Mittel zur Niederhaltung der Arbeiterschaft und zur Bekämpfung der Republik. Ihre lange Reihe geht von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, Gustav Landauer, dem Abgeordneten Gareis bis zu dem Minister Eisner und den Opfern der O. C., den Ministern Erzberger und Rathenau. Jede Unterlassung, jede Einstellung eines Verfahrens, jede Außerverfolgsetzung, jede Anklage nur wegen Körperverletzung, jeder Freispruch kam in seiner Wirkung einer Ermutigung zu neuem Morde gleich.

Die militärische Basis stellten die Gardekavallerie-Schützen-Division, andere Berliner Freiwilligen-Regimenter, die bayerische Einwohnerwehr, die Freikorps, vor allem Roßbach — das frühere Reichswehr-Bataillon Nr. 37 — die vorläufige Reichswehr durch ihre Meuterei im Kapp-Putsch, endlich die zahlreichen, aus militärischen Formationen erwachsenen und von der Reichswehr bewaffneten Geheimbünde.

Die potenzierteste Form des politischen Mordes stellt der Fememord dar. Schon 1920 treten die Fememorde in der bayerischen Einwohnerwehr auf. Ueber die O. C., die Organisation Roßbach und die oberschlesischen Freikorps werden sie, in die Schwarze Reichswehr verpflanzt, zu einem wohlausgebauten, vollendet durchdachten System. Mit ihm haben wir uns im folgenden zu beschäftigen.

Im Jahre 1923 stellte die Reichswehr unter Verletzung des Etatsrechts und Mithilfe privater Geldgeber ein heimliches „schwarzes" Heer auf. Die vom Wehrkreis genehmigte Stärke dieser als Arbeitskommandos bezeichneten Rahmenformation wird von ihrem politischen Leiter, Major Buchrucker, auf 18 000 Mann allein für den Wehrkreis III angegeben (Major Buchrucker, Im Schatten Seeckts, die Geschichte der Schwarzen Reichswehr, Kampf-Verlag Berlin 1928. S. 32). Die tatsächliche Leitung lag bei seinem Stellvertreter, dem aus dem Unteroffiziersstande hervorgegangenen Oberleutnant Paul Schulz, einem Mann von ungeheurer Energie und letzter Rücksichtslosigkeit. Er saß im Gebäude des Wehrkreiskommandos III in Berlin. Eng mit ihm verbunden arbeitete das „Kommando zur besonderen Verwendung": die Feldwebel mit den bezeichnenden Namen Klapproth, Fahlbusch und Büsching. Offiziell sollten die Truppen — der Bock als Gärtner — die im Lande verstreuten Waffen sammeln. Sie taten dies mit dem Erfolg, daß der Unterschied zwischen legalen und illegalen Waffen verschwand.

Angeblich zum Schutz der Grenze bestimmt, sah diese Bürgerkriegsarmee ihren wirklichen Feind in der preußischen Polizei wie in der organisierten Arbeiterschaft. Beide gelten als „Kommunisten". „Die (privaten) Geldgeber wollten dafür, daß sie zahlten, Schutz gegen die von ihnen befürchteten Unruhen" (Buchrucker S. 13). „Die meisten Geldgeber dachten also vorwiegend an die innerpolitische Lage" (S. 27). Berlin ist mit schwarzen Truppen umstellt. Selbst beim Wachtregiment sitzt eine schwarze Abteilung. Die Angabe Buchruckers (S. 34) daß der geplante Einmarsch in Berlin nur den Zweck hatte, die Regierung zur offiziellen Anerkennung dieser Heeresverstärkung zu zwingen, mag subjektiv ehrlich sein; aber objektiv stellt dieser Plan den Versuch einer Wiederholung des Kapp-Putsches dar, der ja auch angeblich nur der Einsetzung von Fachministern und dem Schutz der von der Regierung verletzten Reichsverfassung sei. Im Putsch von Küstrin, in den ersten Tagen des Oktober 1923, brach die schwarze Reichswehr zusammen. Der Einmarsch in Berlin war damit unmöglich.

Zunächst einige gerichtlich festgestellte Tatbestände von den in der Schwarzen Reichswehr üblichen Mordmethoden.*)

Der Kompagniefeldwebel Legner von der Schwarzen Stammformation beim Schießplatz Jüterbog geriet in den Verdacht, sechs Pistolen unterschlagen zu haben. Am 25. März 1923 wird er von Oberleutnant Schulz nach der Fliegerkaserne Elsgrund in Döberitz zum Hauptmann Gutknecht versetzt, am 31. von dem Oberleutnant Nicolai Reim zu einer Patrouille mitgenommen und dort von dem Feldwebel Büsching ermordet. Reim wußte vom Mordplan, der von Gutknecht oder Schulz ausgegangen war. Fahlbusch hilft die Spur verwischen. Reim wurde wegen Beihilfe zum Mord am 24. September 1928 vom Schwurgericht Berlin III unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Friedmann zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt. Gegen Schulz und Fahlbusch, der erst im April 1929 verhaftet werden konnte, schwebt das Verfahren noch.

Der Soldat Pannier von der Schwarzen Truppe in Döberitz war desertiert. Von Kameraden festgenommen, suchte er vergeblich bei der Polizei Schutz. Im Auftrag des Leutnants Benn wurde er am 4. Juni von den Soldaten Stein, Schirrmann und Aschenkamp umgebracht. Am gleichen Tage fuhr Schirrmann mit einem Brief Gutknechts zu Schulz. Schirrmann, Stein und Aschenkamp wurden am 2. Februar 1926 vom Schwurgericht Berlin III unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Bombe wegen Mordes, Benn wegen Anstiftung hierzu zum Tode verurteilt. Eine Beteiligung des Hauptmanns Gutknecht und seines Nachfolgers Freiherr von Senden hat das Gericht nicht angenommen.

Der Leutnant Janke, der Oberfeuerwerker Balke und der Feldwebel Gaedicke hatten versucht, 20 000 Schuß Munition der Schwarzen Reichswehr in Küstrin zu verschieben. Die Schiebung wurde am 15. Juni entdeckt. Am nächsten Tage traf Schulz in Küstrin ein und hielt eine Beratung in einem Café ab. Gaedicke wurde mit Klapproth zusammengebracht und von diesem niedergeschlagen. Da Unbeteiligte dazwischentraten kam er mit dem Leben davon. Drei Tage später wurde auf Anregung Klapproths ein Giftmordversuch gegen Janke gemacht. Balke beging aus Angst vor der Feme Selbstmord. Janke und Gaedicke wurden wegen des Munitionsdiebstahls vom Schöffengericht Küstrin am 1. August 1923 zu je fünf Monaten Gefängnis verurteilt.

Vom Schwurgericht Landsberg a. d. W. unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Weßling wurde Klapproth am 8. September 1926 im Falle Gaedicke, in dem er wegen Mordversuchs angeklagt war, wegen Körperverletzung zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Schulz wurde freigesprochen. Nach der Aufhebung des Urteils durch das Reichsgericht wurden die Urteile vom Schwurgericht Stettin unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Hirschberg bestätigt. Im Fall Janke wurde Klapproth vom Schwurgericht Landsberg unter dem Landgerichtsdirektor Weßling am 25. Oktober 1926 als Zeuge vernommen. Drei Beteiligte wurden zu kleineren Gefängnisstrafen verurteilt. Endlich wurde der Rittergutsbesitzer Wilhelm von Oppen in Tornow wegen Beihilfe zur Flucht Klapproths vom Schöffengericht Küstrin am 9. Juni 1928 zu 1000 Mk. Geldstrafe verurteilt.

Der schwarze Soldat Paul Gröschke in Küstrin fiel als Psychopath auf und wurde unt Beteiligung des Oberleutnants Raphael viehi verprügelt. Als Schulz in Küstrin der Fall g meldet wurde, versuchte er vergeblich, Gift zu halten. Als diese scheiterte, setzte er „zuverlässig Leute als Wache vor die Zelle des Gröschke.

Klapproth und Büsching holten ihn am Juni aus der Arrestzelle in ein Auto und mordeten ihn während der Fahrt. 3. November 1926 wurde Klapproth vom Schw gericht Landsberg unter Vorsitz des Landgeric direktors Weßling wegen Beihilfe zum Mord 15 Jahren Zuchthaus, Raphael wegen Körperv letzung in Tateinheit mit Nötigung, wegen Me eid und Beihilfe zum Mord zu drei Jahren Zu haus, Glaser, ein weiterer Teilnehmer der Fa wegen Beihilfe zum Mord ebenfalls zu drei ren Zuchthaus verurteilt. Das Urteil nahm daß Schulz ursprünglich einen Plan zur Erm dung des Gröschke hatte. Er sei aber nur mo lisch schuldig, da er diesen Plan aufgegeben ha

Der Kompagniefeldwebel Wilms von 2. Kompagnie des Bataillons von Senden in Dö ritz hatte versucht, eine Unteroffiziersvereinigu zu gründen. Oberleutnant von Senden verbot i dies. Wilms wurde zu Schulz bestellt. Als er z rückkam, betrank er sich und schimpfte: „Ich wä heute in der Stimmung, alles den Kommunisten z verraten." Doch hat er nichts derartiges unter nommen. Es kam auf, daß Wilms 46 000 Papier mark (zwei Goldmark) unterschlagen hatte. Die wurde Schulz gemeldet. Darauf wurde Wilms na Rathenow zu dem Oberleutnant von Poser straf versetzt. Am 18. Juli teilte Schulz dem Pose telefonisch mit, es werde ein Auto mit Oberleut nant Fuhrmann kommen, um ein kommunistische Waffenlager auszuheben. Wilms sollte hierzu ein geteilt werden. Das Auto kam; Wilms wurd mitgenommen. Fahlbusch, Fuhrmann, Klapprot und Umhofer haben ihn auf der Fahrt getöte Fuhrmann, Klapproth und Umhofer wurden a 26. März 1927 vom Schwurgericht Berlin III unt dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Siege wegen Mordes, Schulz wegen Anstiftu zum Tode verurteilt.

Der Unteroffizier Alfred Brauer von schwarzen Truppe in Küstrin wurde bei einem W fendiebstahl überrascht, zur Strafkompagnie verse beurlaubt und dann wieder vom Urlaub zurück rufen. Am 2. August wurde er von Fahlbusch, von Schulz nach Küstrin abkommandiert wo war, zu einer Autofahrt eingeladen, bei der Kowa lewski steuerte. Während der Fahrt wurde Brau von Fahlbusch umgebracht. Das Schwurge Landsberg unter dem Vorsitz des Landgerichtsdir tors Weßling verurteilte Kowalewski am 27. Ok ber 1926 wegen Beihilfe zur vorsätzlichen Tötun zu 6 Jahren Zuchthaus. Schulz wurde zunäch außer Verfolgung gesetzt. Das Verfahren geg Fahlbusch und ihn wurde am 22. April 1929 w der eröffnet.

Der Leutnant Sand von der schwarzen Trup in Döberitz fiel durch Geldausgaben auf und wur am 8. September 1923 vermutlich auf Veranlassu des Schulz von Fahlbusch und Büsching durch zw Schüsse in den Hinterkopf ermordet. Das Ve fahren gegen Fahlbusch und Schulz schwebt noch.

Dies sind in groben Umrissen die Mordtaten Schwarzen Reichswehr des Wehrkreiskommandos welche mit Schulz, Gutknecht und dem Komman z. b. V. zusammenhängen, soweit sie durch geric liche Verhandlung aufgedeckt sind. Daß diese Li vollständig sei, ist recht unwahrscheinlich. Aber genügt, um das Trio Fahlbusch, Büsching u Klapproth als Mordkommission zu charakt risieren. Ihre Namen sowie der Name ihr Häuptlings Schulz kehren ständig wieder.

---

*) Eine eingehende Schilderung der einzelnen Fälle findet sich in dem zur Zeit im Druck befindlichen Buch „Verräter verfallen der Feme" von E. J. Gumbel, Berthold Jacob und Ernst Falck (Malik-Verlag, Berlin).

General-Anzeiger
Dortmund und das ges. rheinisch-westfälische Industriegebiet
Ausschnitt aus der Nummer vom: 5. SEP. 1929

Fememorde, Justiz, Reichswehr

Femeliteratur. Von E. J. Gumbel.

II.

Bei keinem einzigen Fememord hat ein wirklicher Verrat vorgelegen. Die Ursache der meisten Morde waren ganz haltlose Gerüchte, für die auch nicht die Spur eines Beweises vorhanden war.

In seiner Schrift „Wahrheit und Recht für die Feme, Schwarze Reichswehr und Oberleutnant Schulz" (Verlag J. F. Lehmann, München 1928) gibt Luetgebrune eine an sich gute Darstellung dieser Fälle. Aber sie ist im wesentlichen darauf zugeschnitten, die Unschuld des Schulz zu beweisen. Die ganzen Taten werden als selbständige Handlungen der beteiligten Mannschaften dargestellt, was schon angesichts der dabei ständig geübten Abkommandierungen unmöglich ist.

Die Zeugenaussagen, die Verteidigungsrede, die Urteilsbegründung und die Revisionsrechtfertigung im Fall Legner sind von dem Verteidiger Dr. Grimm, Professor an der Universität Münster in zwei Broschüren herausgegeben (Grundsätzliches zu den Femeprozessen, 1. und 2. Folge. J. F. Lehmann Verlag, München 1928). Das Hauptargument Grimms geht dahin, ein solcher Mord müsse straflos sein, wenn er bezwecke, den Staat vor Nachteil zu schützen. In unmißverständlicher Weise weist das Urteil auf die Konsequenz solcher Auffassung hin, indem es auf einen bekannten Mord anspielt: „Läßt sich nicht so die Tötung des Ministers, der seinen Staat — angeblich oder wirklich — verraten will, immer rechtfertigen?" So verneint das Urteil ausdrücklich die von Grimm aufgestellte Theorie der Straflosigkeit des Handelns aus „Vaterlandsliebe".

Die Schwarze Reichswehr und ihre Fememorde sind erst in den gerichtlichen Verfahren der letzten Jahre vor aller Oeffentlichkeit aufgedeckt worden, aber die Angaben bleiben weit hinter der Wirklichkeit zurück.

Die offiziellen Angaben über diese Armee lauteten: Eine Schwarze Reichswehr hat es nie gegeben — untergeordnete Organe haben illegale Verbindungen angeknüpft — Sie sind längst gelöst — Das Reichswehrministerium hat nichts davon gewußt — Eine Feme hat nie existiert — Wer davon spricht, begeht Landesverrat. Diese Methode war so lange erfolgreich, als keine Verfahren gegen die Mörder stattgefunden hatten. Mit jedem neuen Verfahren erweiterte sich der Umfang des in der Oeffentlichkeit Bekannten, verblaßte die Wirkung der bisherigen lügnerischen Dementis, wurden neue Zugeständnisse, aber damit auch neue Dementis notwendig.

Durch den Ausschluß der Oeffentlichkeit bei den ersten Femeprozessen wurden die in solchen Verhandlungen notwendig auftretenden Gegensätze zwischen den ausführenden Organen und den Anstiftern und Verantwortlichen verwischt. Angeklagt waren zunächst regelmäßig nur einfache Menschen, schwarze Reichswehrleute, Berufslandsknechte mit engen Stirnen und soldatischem Gehorsam. Die Verteidigung mußte demgegenüber entweder deren Vorsatz zur Tat verneinen oder, wenn dies nicht möglich, darauf hinweisen, daß diese einfachen Naturen doch nur ausführende Organe eines höheren Willens waren, daß dieser höhere Wille sich aber auf einen in der Reichswehr vorhandenen Willen zur Geheimhaltung „mit allen Mitteln" berufen hatte. Der Ausschluß der Oeffentlichkeit ließ diese fundamentale Tatsache und den Gegensatz zwischen den aus der Unterschicht, der „Hefe des Volkes" stammenden Mördern und den getarnten, hochstehenden Führern nicht bekannt werden. Er verschleierte die Fäden, die zu außerhalb der eigentlichen Schwarzen Reichswehr stehenden Personen führten, auf deren, allerdings nicht expressis verbis ausgesprochenen Willen die Mörder ihre Taten zurückführten. Dieser Klassengegensatz war beinahe identisch mit dem militärischen Gegensatz zwischen den Mannschaften der Schwarzen und den Offizieren der „Grauen" Reichswehr. In den ersten Femeprozessen, so lange der Ausschluß der Oeffentlichkeit das Bekanntwerden dieses Gegensatzes verhinderte, brauchte die Verteidigung nicht allzu scharf gegen diesen Personenkreis vorzustoßen. Mit jeder neu bekannt gewordenen Tatsache über die Schwarze Reichswehr mußte sie schärfer vorgehen, bis, in den Stettiner Prozessen, die deutschnationalen Verteidiger zu den schwersten Angriffen gegen die Reichswehr ausholten.

Die im folgenden zu behandelnden, ebenfalls im völkischen Verlag J. F. Lehmann, München, in zum Teil luxuriöser Aufmachung erschienenen Bücher und Broschüren verdienen keine allzu eingehende Betrachtung, da, wie Ministerialrat Dr. Herrmann im Rechtsausschuß des Preußischen Landtages (9. April 1929) nachwies, diese neuen Verteidiger die umfangreichen Akten überhaupt nicht eingesehen hatten. Diese Schriften greifen nur das Wilmsurteil an; die andern Fematetaten werden nur gelegentlich gestreift. Alle Momente, die für die Beteiligung des Hauptangeklagten Schulz an den andern Femeprozessen sprechen, werden weggelassen. In diesen Werken werden jeweils die andern als größte Autorität zitiert. Hierdurch steigt zwar der Umfang, nicht aber das innere Gewicht der Bücher. Bei dieser wahllosen gegenseitigen Zitatenhäufung beachten die Autoren gar nicht, daß ihre Argumente keineswegs übereinstimmen. Die einen verneinen die Existenz der Feme, die andern halten sie für eine ganz legale Einrichtung und versichern im selben Atemzug, daß Schulz ganz unbeteiligt gewesen sei. Alle Autoren gehen über den aus Buchruckers Angaben folgenden Charakter der Schwarzen Reichswehr als einer Bürgerkriegsarmee, also den zentralen Punkt des ganzen Problems, mit Stillschweigen hinweg.

Ganz vage ist „Die Femelüge" mit Beiträgen von Friedrich Felgen, Hans Albert von Birckhahn und Walter Weiß. In feuilletonistischer Art wird über die Schwarze Reichswehr und die Fememorde berichtet. Sie werden als ganz legale Einrichtungen hingestellt. In geschickter Weise wird das Problem umgekehrt. Nicht die Fematetaten, sondern die „Femehetze" gilt es aufzuklären. Letzte Ursache hierfür ist das Weltkapital — die Juden. Für die Unklarheit der Verfasser spricht ihre Aufzählung der „Femerichter". Neben den bekannten Namen der Schulz, Klapproth usw. werden aufgeführt: die völlig unbekannten Walter Laudien und Werner Kaws, der Kommunist Felix Neumann aus dem Großen Tschekaprozeß und die beiden Schmelzer, die einem mit Reichsbannerleuten besetzten Auto nachgeschossen haben.

Die von Prof. Dr. Grimm in seinem „Rechtsgutachten in der Strafsache des Oberleutnants a. D. Paul Schulz aus Berlin" konstruierten Grundsätze sind von Radbruch in der „Justiz" so eindeutig widerlegt worden, daß es genügt, hierauf zu verweisen. Ein bezeichnender Druckfehler muß jedoch erwähnt werden. Grimm schreibt in seiner Wiedergabe des Urteils (S. 12): „Auf Vorhalt gab Wilms auch zu, etwa 46 000 RM. aus der Kompagniekasse sich angeeignet zu haben." Die gleiche Summe findet sich auf S. 13. Das Urteil aber schreibt — und dies wird in der sonstigen Femeliteratur richtig wiedergegeben — nur von Mark*) Es handelt sich, im Juli 1923, natürlich um Papiermark, die einem Wert von etwa zwei Goldmark entsprachen.

Es folgte ein „Antrag und Begründung zur Wiederaufnahme des Verfahrens zugunsten des Oberleutnants a. D. Paul Schulz aus Berlin in der Strafsache gegen Fuhrmann und Gen. (Fall Wilms) durch Rechtsanwalt Dr. jur. Walter Luetgebrune, Göttingen." Hierin wird die Existenz des Kommandos z. b. V. geleugnet, was, wie üblich, durch Beschränkung auf den Fall Wilms ermöglicht wird. Neu ist die Behauptung, daß alle Beteiligten früher der O. C. angehörten (S. 28). Wenn sie richtig ist, stellt sie angesichts der zahlreichen, von dieser verübten Morde nur eine neue Belastung dar.

Deutlich läßt Luetgebrune den gemeinen Soldaten fallen, um die Offiziere zu retten. Denn nach ihm „bedurfte es auch gar keines äußeren Anstoßes, keiner Anstiftung überhaupt, um die aus den oberschlesischen Kämpfen an die Selbstjustiz des Nothilfsrechts gewöhnte Truppe selbst zur gewaltsamen Beseitigung von Saboteuren und Verrätern aus der um der Sache und der persönlichen Existenz willen streng geheim zu haltenden Einrichtung der Schwarzen Reichswehr zu bestimmen" (S. 29). Damit stempelt er die Schwarze Reichswehr zu einer automatisch funktionierenden Mordmaschine, während bei Menschen immerhin zu solchen Taten noch Verabredungen getroffen werden müssen. Als Beweis für das Herz des Schulz wird angeführt, daß nicht alle in der Schwarzen Reichswehr Verdächtigten (sc. auf seine Anordnung) umgebracht worden sind. Neu ist die Angabe (S. 38), daß Wilms dem Oberleutnant von Senden ein auch seinen beabsichtigten Verrat umfassendes Geständnis abgelegt habe. Durch diese ohne Beweis angeführte Behauptung soll indirekt der Mord an Wilms gerechtfertigt werden.

Endlich wird versucht, Schulz überhaupt als unbeteiligt darzustellen. Der Anstifter sei der Vorgänger des Frhr. von Senden, Hauptmann Gutknecht, gewesen. Dieser habe dem Fuhrmann befohlen: Wilms müsse verschwinden". Das Mordauto hätte nicht Klapproth auf Befehl von Schulz aus Berlin, sondern Büsching auf Befehl von Gutknecht aus Spandau geholt. Als Beweis wird auf das Zeugnis von Fuhrmann (S. 42) verwiesen. Unerklärt bleibt dabei, warum Fuhrmann und Klapproth in der Verhandlung das Gegenteil gestanden haben. Gutknecht war im Falle Pannier angeklagt worden; nach seinem Freispruch ist er geflüchtet. Glaubwürdig ist, daß Gutknecht an diesem Fall beteiligt war. Hierdurch würde der Kreis der Fememörder erweitert, aber Schulz, der Gutknechts Vorgesetzter war, nicht entlastet.

Bei der Angabe des mörderischen Telephongesprächs passiert Luetgebrune ein Druckfehler: er verlegt es (S. 42) statt auf den 18. auf den 19. Juli, also auf einen Zeitpunkt, zu dem Wilms längst tot war. An „neuen Tatsachen", die Voraussetzung eines Wiederaufnahmeverfahrens sind, wird ein Mordversuch des Wilms gegen Büsching im fahrenden Auto angeführt (S. 46). Einziger Beweis hierfür ist die Behauptung des Fuhrmann.

Faßt man alle Angaben zusammen, so hat danach kein Kommando z. b. V. existiert, Wilms hat Verrat üben wollen und Schulz davon nichts gewußt. Zwar hatte Gutknecht einen Plan zur Ermordung des Wilms, aber in Wirklichkeit ist Wilms gelegentlich eines von ihm verübten Mordversuches in berechtigter Notwehr getötet worden. Auf Grund solcher neuen Tatsachen müsse das Verfahren wieder aufgenommen werden.

Als die Erste Strafkammer des Landgerichts III diesen Antrag verwarf, erfolgte ein „Antrag des Rechtsanwalts Prof. Dr. Grimm, Essen, vom 24. Januar 1929 auf Begnadigung und Strafurlaub des Oberleutnants a. D. Paul Schulz, gerichtet an den Rechtsausschuß des Preußischen Landtags". Weder rechtlich bedeutsame noch neue Momente werden dabei angeführt. An der Feststellung des Urteils in Sachen Gröschke, wonach Schulz einen ernsthaften Plan zur Ermordung des Gröschke hatte, geht auch Grimm vorüber. Mit großem Nachdruck verweist er wieder auf die für deutsche Gerichte völlig belanglose französische Rechtsauffassung. Er zitiert seine Praxis vor französischen Gerichten. Hier sei es ihm mitunter gelungen, seine Klienten mit der Argumentation fre zu bekommen, sie hätten „auf Befehl" Verbreche begangen und fielen so, wenn schon nicht unter de im französischen Recht üblichen Schutz der forc majeure légale so doch unter die hilfsweise zug lassene Konstruktion der „force majeure morale wenn sie nämlich unter moralischem Zwang d Befehls einer vorgesetzten Instanz gehandelt hätte

Aber gerade diesen Befehl, den Schulz also v oben erhalten haben müßte, bestreiten die vermu ten Auftraggeber, die Herren der Reichswe Schulz und der Anwalt selbst. Grimm gibt Eingaben wieder, nämlich Gnadengesuche, grun sätzliche Schriftsätze, Wiederaufnahmeanträge, laubsgesuche, Briefe, usw. Die Antworten a sucht man vergeblich.

Für den Fall der Haftentlassung des Schulz Herr von Oppen-Tornow, der erwiesenmaßen Klapproths Flucht begünstigt hatte, seinen samten Besitz als Kaution angeboten (Grimm, gnadigungsantrag S. 20).

---

*) Justiz IV, S. 164.
vgl v. Hentig, Justiz IV, S. 168 bei Anm. 2.

Ausschnitt aus der Nummer vom: 6. SEP. 1929

Fememorde, Justiz, Reichswehr

55

Femeliteratur. Von E. J. Gumbel.

III

Reichswehr und Fememorde

In einem Begnadigungsantrag für Oberleutnant Schulz führt Grimm einen Brief des Generals von Seeckt vom 22. September 1928 an: „Ohne eine genaue Kenntnis der Zusammenhänge und volle Inrechnungstellung der außergewöhnlichen Verhältnisse des Jahres 1923 lassen sich keine Urteile über die sogenannte Schwarze Reichswehr und die sogenannten Fememorde fällen. Da diese Grundlagen zu einer gerechten Beurteilung im Jahre 1928 nicht vorhanden sind und im ordentlichen Strafverfahren nicht geschaffen werden können, müssen sich Fehlurteile ergeben."

Seeckt scheint jedoch Bedenken gehabt zu haben, diese leeren Anschuldigungen gegen die Gerichte allzu bekannt werden zu lassen, da er gleichzeitig ersucht, „eine Veröffentlichung dieser Stellungnahme durch die Presse" zu unterlassen (Anl. 19.).

An Stelle der dringend benötigten neuen Beweise werden verschiedene Behauptungen des Obersten Frhr. von Hammerstein-Equord angeführt. Dieser Sachverständige der Reichswehr in den Femeprozessen gibt in einem Brief an den Reichswehrminister (Grimm, Begnadigungsantrag, S. 17) an, er sei im Wilmsprozeß nicht genügend zu Wort gekommen, während tatsächlich der Verhandlungsleiter, Landgerichtsdirektor Siegert, mehrmals vergeblich versuchte, von Herrn von Hammerstein eine klare Darstellung des geheimnisvollen Dienstbetriebes, der die Schwarze Reichswehr mit dem Wehrkreis verband, zu erlangen.

In einem zweiten Brief an Groener (S. 18) gibt Hammerstein an, er habe die Telephongespräche des Wehrkreiskommandos nachgeprüft. Danach habe Hauptmann Gutknecht am 17. Juni 1923 nachmittags 4,10 Uhr mit dem Kommando Rathenow telephoniert. Tatsächlich handelt es sich um den 17. Juli, also um den Tag vor dem Mord. Von dem im Wilmsurteil erwähnten Telephongespräch vom 18. Juli (dem Mordtage), in dem Schulz den zu ermordenden Wilms nach Rathenow an Poser überwies, spricht Hammerstein nicht. Er hat also keinen Beleg finden können. Tatsächlich wurde dieser Beleg in sensationeller Weise in der Verhandlung vom Staatsanwalt plötzlich vorgewiesen, und zwar in Anwesenheit des Herrn von Hammerstein. Er muß bei den Akten geblieben sein. Herr von Hammerstein konnte ihn also auch bei eifrigstem nachträglichen Suchen unmöglich im Wehrkreiskommando finden.

Auf Grund solch sachverständiger Nachprüfung hat sich auch der Reichswehrminister General Groener für die Fememörder eingesetzt. In einem Brief an den preußischen Justizminister vom 17. September 1928 (Anl. 18 zu Grimms Begnadigungsantrag) schreibt er: „Die Bedenken, die der mit der Materie völlig vertraute Chef des Stabes des Wehrkreiskommandos III und militärische Sachverständige im Wilms-Prozeß, Oberst Frhr. von Hammerstein, mir zu dem Urteil gemeldet hat, habe ich Ihrem Ministerium durch mein Schreiben vom 3. Februar 1928 Nr. 976/28 g. W. übermittelt. Nachdem mir die zusammenhängende Darstellung aller gegen das Urteil möglichen Gegengründe vorgelegen hat, kann ich die Ansicht des Obersten von Hammerstein, daß das Urteil bei der Beurteilung der militärischen Verhältnisse fehlgegangen ist, auch von mir aus bestätigen."

Endlich führt Grimm noch ein Rechtsgutachten seines Kollegen an der Universität Münster, des Professors der Rechte, Krückmann, an. Dieses Gutachten ist eine andere, schwächere Fassung eines Artikels, den der Genannte in der Deutschen Zeitung vom 25. Februar 1928 geschrieben hat. Wir halten uns im folgenden an den Artikel. Er betrachtet wieder nur das Wilms-Urteil. Nach Krückmann ist die Forderung einer sofortigen Freilassung der Fememörder juristisch einwandfrei begründet und zwangsläufig. Denn sie hätten im ungünstigsten Falle nur wegen fahrlässiger Tötung verurteilt werden dürfen, deren Höchststrafe, drei Jahre Gefängnis (z. B. von Schulz) schon durch die Untersuchungshaft verbüßt sei. Krückmann verweist darauf, daß stets eine doppelte Rechtsordnung bestehe. Die Rechtsordnung bestehe aus Gesetz und Rechtsbesitzordnung. Auf die Dauer sei die Rechtsbesitzordnung die stärkere. Diese äußere sich z. B. darin, daß Amtshandlungen eines Nichtbeamten nachträglich bestehen bleiben, oder daß ein Kurpfuscher, der Krankengeheimnisse ausplaudere, vom Gericht wegen Bruchs des Berufsgeheimnisses verurteilt werde. Daher hätten auch die Fememörder, die im Dienste des Vaterlandes unter zweifelloser Genehmigung der Behörden arbeiteten, als Soldaten behandelt werden müssen, die nur auf Befehl handelten. „Waren die Angehörigen der Schwarzen Reichswehr auch keine milites, so waren sie doch militum loco" (Soldaten-Stellvertreter). Es habe eben in primitiver Form eine rein tatsächliche, zweite, militärische Ordnung unter Genehmigung der berufenen staatlichen Organe, eine militärische Rechtsbesitzordnung bestanden.

Die ganzen juristischen Darlegungen von Krückmann sind völlig verkehrt. Eine illegale Handlung, wie die Aufstellung einer „nicht existierenden Truppe" wird nicht dadurch legal, daß ein Minister sie befiehlt. Der Anerkennung rein tatsächlicher Verhältnisse zieht er anscheinend überhaupt keine Schranken, obwohl gerade die Bestimmung dieser Grenzen die entscheidende Frage wäre, wenn man schon einmal das Nebeneinandergelten einer doppelten Rechtsordnung anerkennen wollte. Die „gültige Eheschließung vor einem falschen Standesbeamten" kann immer nur ein Ausnahmerecht, ein Notbehelf, sein. Nach Krückmann würde aber ein Pseudohenker (wie Klapproth), der an einem zum Tode Verurteilten eine „Hinrichtung" vornimmt, als tatsächlicher Vollstrecker eines rechtskräftigen Urteils gelten.

Diese von Krückmann konstatierte Analogie ist falsch. Denn der von einem falschen Standesbeamten Getraute will heiraten, der Patient des Kurpfuschers von diesem geheilt werden. Der Betroffene hat also in jedem Fall seine Zustimmung zu diesem „pseudoamtlichen Akt" gegeben, während niemand, der in die Schwarze Reichswehr eintrat, dem Oberleutnant Schulz das Recht über Leben und Tod zubilligte, schon weil er dies gar nicht konnte und durfte. Herr Geheimrat Krückmann aber hat nachträglich den Schulz und Klapproth ein solches Recht über Leben und Tod verliehen. Und solches „Recht" werden die Professoren Grimm und Krückmann weiterhin an der Universität Münster lehren.

Als besonders juristische Delikatesse serviert Grimm die Aufhebung eines rechtskräftigen Urteils durch eine Kabinettsordre vom 28. Juli 1823; als wenn eine Verfügung aus der Zeit des absoluten Königtums heute irgend welche rechtliche Bedeutung hätte! In ähnlicher Weise hat die Wirtschaftspartei in einer kleinen Anfrage sogar gefordert, den Landgerichtsdirektor Siegert, den Autor des Wilms-Urteils, wegen seiner Urteilsbegründung im Prozeß George Grosz unverzüglich seines Amtes zu entheben (Berliner Tageblatt, 18. April 1929). Die rechtsstehenden Kreise neigen allerdings gewöhnlich dazu, die nach ihrer Meinung heute üblichen Eingriffe in die Rechtspflege unbedingt und mit großem Pathos zu bekämpfen.

So steht Herr Luetgebrune (Wahrheit und Recht für Feme, Schwarze Reichswehr und Oberleutnant Schulz, S. 61) auf genau dem umgekehrten Standpunkt wie Grimm. Er will die Befugnisse der Justizverwaltung einschränken: „Die Möglichkeit, eine bestimmte Kapitalsache einem bestimmten Gericht zuzuweisen, dem nicht nachprüfbaren Ermessen über die Erforderlichkeit ausschließlich der Justizverwaltung anheimgeben, bedeutet für politisch bewegte Zeiten die Anerkennung eines legalen Wegs zur Einführung der Tscheka!"

Grimm hat alle seine Argumente am 29. Januar 1929 in einem Vortrag „Oberleutnant Schulz, Femeprozesse und Schwarze Reichswehr" zusammengefaßt, der als Broschüre erschienen ist. Er fordert, daß die Bedingungen des Wiederaufnahmeverfahrens erweitert werden sollen. „Der Erfolg des Wiederaufnahmeverfahrens hängt nicht davon ab, ob ein Urteil mehr oder weniger offensichtlich irrig ist, sondern von dem zufälligen Umstand, ob es gelingt, neue Tatsachen oder Beweismittel ausfindig zu machen. Je mehr Tatsachen bei Erlaß des Urteils bekannt waren, die die Unrichtigkeit des Urteils erkennen lassen, je offenbarer die Unrichtigkeit der richterlichen Feststellungen ist, desto schwerer ist es, im Wiederaufnahmeverfahren das Urteil durch neue erhebliche Tatsachen oder Beweismittel anzufechten". Diesem Argument, aber auch nur ihm, ist zuzustimmen.

Die zahlreichen Eingaben von Grimm und Luetgebrune führten im April d. J. zu heftigen Debatten im Rechtsausschuß des preußischen Landtags. Führer dieser Propaganda war der deutschnationale Abgeordnete, Senatspräsident Deerberg, sein Sekundant der Volksparteiler Dr. Kriege. Diese Kampagne für die Befreiung der Fememörder kam durch die Verhaftung von Fahlbusch vorläufig zum Ende. Hierdurch wurde das Bekanntwerden neuer Beweise für die Tätigkeit der Feme drohend. Unter diesem Eindruck stimmte Prof. Grimm am 18. April 1929 der Vertagung seines Gnaden- und Wiederaufnahmegesuches ohne Ansetzung eines neuen Verhandlungstermines zu.

„Die Gefahr, daß Schulz, vom Gefängnis zermürbt, „auspacken" würde, ging bald vorüber. Bereits am 28. Juni 1929 wurde er entlassen. Der Haftbefehl, der gegen ihn wegen der Morde an Legner, Brauer und Sand schwebte, wurde gegen eine Kaution von 50 000 Mark, die Herr von Oppen-Tornow erlegt haben dürfte, abgewendet. Ein von einem ordentlichen Gericht rechtskräftig zum Tode verurteilter Mann, gegen den noch drei Verfahren wegen des schwersten Verbrechens, das unser Strafgesetzbuch kennt, wegen Mordes schwebt, wird aus Gesundheitsgründen beurlaubt. Kein ähnlicher Vorgang ist bei einem politischen Verbrecher, der links stand, bekannt. Schulz, in Freiheit, wird alle Hebel in Bewegung setzen, um unbequeme Zeugen zum Schweigen zu bringen. Seien wir ehrlich: Feme und Reichswehr haben die Justiz besiegt. Das Schwert hat die Waage zerbrochen.

Dieser Vorgang ist nur dann verständlich, wenn man beachtet, daß die Schwarze Reichswehr, in der die hier behandelten Fememorde sich abspielten, ein illegaler Nebenbetrieb der legalen Reichswehr war. Zu einer „gerechten" Beurteilung, so muß man die oben angeführten militärischen Dokumente verstehen, wäre daher nur ein Kriegsgericht geeignet. Und in der Tat wäre auf diese Weise eine Wiederholung der bisher bei Morden von Rechts üblichen Freisprüche zu erwarten gewesen. In der Deutschen Tageszeitung hat General von Seeckt am 16. Mai 1928 von den Morden geschrieben: „Ich übernehme die Verantwortung ... Ob ich strafrechtlich verantwortlich bin, spielt gar keine Rolle." Durch solche leicht hingeworfenen Bemerkungen wird die Frage nach dem Umfang und den Konsequenzen einer zugestandenen Verantwortung keineswegs aus der Welt geschafft.

Ob höhere Offiziere der Reichswehr die „Selbstjustiz" in der Schwarzen Reichswehr nicht gekannt haben, nicht kennen wollten oder sie gekannt haben, ob sie dieses System geduldet, gebilligt, gefördert oder gar befohlen haben, ob die Verantwortung hierfür eine platonisch moralische oder strafrechtlich faßbare ist — alle diese Fragen sind nicht nur moralisch oder historisch interessant. Sie sind aktuell und politisch. Denn die Offiziere, die eng beteiligt waren an der Aufstellung der illegalen Truppen und die damit die moralische und materielle oder auch nur die fehlende disziplinare Grundlage der Feme schufen, sind noch heute aktiv.

Für diese Aktualität spricht noch ein zweiter Grund: Zwei Waffen standen stets zum Schutz der geheimen Rüstungen bereit: Dem „Verräter" drohte Knüppel, Dolch, Gift, Kugel — und wo sie nicht anwendbar, der Landesverratsprozeß. Die Grundlage hierfür hat die Reichswehr durch ihre Gutachten geliefert.

„Der Bund für Freiheit und Recht, bis vor kurzer Zeit die Tarnung für gewisse Mobilmachungsarbeiten der Reichswehr, verpflichtet seine Leute zu aktiver militärischer Betätigung. .. Den Leuten ist gesagt worden, daß sie ihren Eid der Reichswehr geleistet hätten und daß sie bei Eidesverletzung mit staatlichen Mitteln erledigt würden. Es wird darauf hingewiesen, daß bereits viele Personen wegen Landesverrats hinter verschlossenen Türen abgeurteilt seien. Außerdem werden die Leute mit der Feme bedroht" (Mahrauns Denkschrift, 18. März 1926).

Morde und Fememorde einerseits und Landesverratsprozesse andrerseits verbindet ein naher sozialer Zusammenhang: der Kampf gegen die Republik. Der Kriegsgerichtsrat, der die Untersuchung wegen der Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg so erfolgreich führte, daß die Mörder praktisch freigesprochen wurden, war auch der schärfste Rufer im Kampf gegen den „Landesverrat". Dieser personelle Zusammmenhang ist kein Zufall. Die gleichen Kreise, welche den Fememord verteidigen, müssen den entschiedenen Republikaner, den Sozialisten und Pazifisten des Landesverrats anklagen.

49
Voss
28. IX. 29

Der Mord an Beyer

Aus dem in den nächsten Tagen im Malikverlag erscheinenden Buch von E. J. Gumbel, Bertold Jacob und Ernst Falk „Verräter verfallen der Feme“ bringen wir im folgenden die Darstellung der dem unter Ausschluß [redacted] Oeffentlichkeit verhandelten Schweriner Prozeß zugrunde liegenden Mordtat.

Ein etwa 25jähriger junger Mensch, der unter Hauptmann Sembach im Jungdeutschen Regiment, Abschnitt Koburg, den Ehrhardt-Aufmarsch in Franken mitgemacht hatte, namens Beyer, **erschien** Anfang Dezember 1923 auf der Geschäftsstelle des Schweriner Arbeitskomandos in der Kaiser-Wilhelm-Straße 40, wo sich gleichzeitig das Büro der Deutschvölkischen Freiheitspartei befand. Er wandte sich an den Leutnant von Pannwitz, der sich wegen seiner Beteiligung an der während des Kapp-Putsches erfolgten Ermordung **Schottländers** verfolgt, jetzt von Bargen nannte, und verlangte, **eingestellt zu** werden. Er zeigte Papiere vor, die ihn als **Signalgast (Sergeant)** der Kaiserlichen Marine auswiesen. Als **ihm vorgehalten** wurde, daß er nach nur zweieinhalbjähriger **Dienstzeit** doch keinesfalls diese Charge erreicht haben könnte, gab **er zu**, daß die Ausweispapiere gefälscht waren. Noch andere Punkte erschienen den Offizieren reichlich dunkel; man lebte ja ohnehin ständig in der Spitzelpsychose, schnell war der Entschluß gefaßt sich des unbequemen Ankömmlings nach bewährter Methode wieder zu entledigen.

Um keinen Argwohn aufkommen zu lassen, erklärten ihm die Oberleutnants Schöler und Kurt Witt, daß man seine Angaben nachprüfen würde. Man würde ihn sofort nach Abschluß der eingeleiteten Recherchen auf einem Arbeitskommando als Pferdepfleger oder landwirtschaftlichen Arbeiter einstellen. Drei Tage lang wurde in Klubsesseln, hinter hermetisch abgeschlossenen Türen, unter Alkoholdruck konferiert. Schöler, von Pannwitz und der Oberleutnant z. S. a. D. Eckermann schlugen vor, **Beyer im Offizierskasino des Reichswehr-Artillerie-Regiments bei einer Sauferei durch vergifteten Wein umzubringen, die Leiche sachgemäß zu zerstückeln und die einzelnen Teile in den nahen Ostdorfer See zu werfen.** Otto Stucken, ein Offiziers**stellvertreter** der Schwarzen Reichswehr, der **in ihr zum Oberleutnant befördert** war, wehrte sich heftig gegen **die Uebernahme der „Schlächterarbeit“.** Leutnant a. D. Erich **Franz, ein ehemaliger österreichischer** Offizier, der das Gift **besorgen sollte**, holte sich bei dem völkischen Arzt Dr. Rohardt eine schroffe Abfuhr Darauf beschloß man, den ganzen Plan fallen zu lassen und Beyer zu erschießen. Mit dieser Aufgabe wurde der Feldwebel Boldt von der Schwarzen Reichswehr betraut.

Am 12. Dezember wurde Beyer von Stucken in die Reichswehrkaserne überführt und dort von zwei Ordonnanzen streng bewacht.

Am 14. Dezember erschien Boldt in der Kaserne und erzählte dem Beyer, daß er auf dem Gute seiner Mutter Arbeit für ihn als Kutscher habe.

Am Abend des 15 Dezember fuhren die beiden von Schwerin ab. In Bad Kleinen verließen sie zu später Nachtstunde den Zug. Auf dem Wege nach dem Dorf Mecklenburg, in dessen Umgebung das imaginäre Gut liegen sollte, nahe der Chaussee, ließ Boldt sein ahnungsloses Opfer vorangehen, angeblich um etwas an seiner Kleidung in Ordnung zu bringen. **Dann hob er die Pistole, die er schon lange — in der tiefen Dunkelheit für den anderen nicht erkennbar — entsichert in der Hand getragen hatte, und streckte den Beyer auf zehn Schritt Distanz durch zwei Schüsse in den Hinterkopf zu Boden.**

Am nächsten Morgen holte Boldt aus einem benachbarten Gehöft zwei junge Roßbacher, Peters und Wilhelm Röder, die dort in Arbeit standen, erzählte ihnen kurz, was geschehen, und ließ sie Spaten besorgen. Gemeinsam scharrten sie die Leiche ein. Dem Peters schenkte er die Handschuhe, die er bei dem schmutzigen Totengräbergeschäft getragen und ursprünglich hatte fortwerfen wollen.

Röder zeigte im Januar 1925, als ihm sein Gewissen keine Ruhe ließ, den Mord bei der Polizei in Lauenburg an. Boldt konnte erst im März 1925 verhaftet werden.

Der Prozeß fand vom 23. November bis zum 1. Dezember 1925 vor dem Schwurgericht in Schwerin unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Buschmann statt. Während seiner ganzen Dauer war die Oeffentlichkeit ausgeschlossen. Boldt wurde wegen Mordes zum Tode verurteilt; jedoch wurden ihm die bürgerlichen Ehrenrechte belassen. Am 8. März 1926 wurde er zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt. Stucken erhielt wegen Beihilfe zum Mord sechs Jahre Zuchthaus, Franz wegen Nichtanzeige des Verbrechens ein Jahr Gefängnis, die beiden Roßbacher Peters und Röder sechs und vier Monate Gefängnis wegen Begünstigung.

Witt wurde freigesprochen, von Pannwitz ist flüchtig. Auf Antrag des Staatsanwalts wurde auch während der Verlesung der Urteilsbegründung die Oeffentlichkeit ausgeschlossen. Sämtlichen Anwesenden wurde Schweigepflicht auferlegt. Doch brachten die Zeitungen, z. B. die „Vossische Zeitung“ vom 4., 23., 24. und 28 November 1925 eingehende Berichte.

Die von Franz eingelegte Revision wurde vom 3. Strafsenat des Reichsgerichts am 1. Juni 1926 verworfen. Die Amnestie vom 14. Juli 1928 ermäßigte die Strafe für Boldt auf 7½, für Stucken auf 3 Jahre Gefängnis. Im Juli 1929 setzte die Mecklenburg-Schwerinsche Regierung, die nur mit Unterstützung der Nationalsozialisten zustande gekommen und regierungsfähig war, den Boldt ebenso wie die Verurteilten in einem ähnlich liegenden Fall in Freiheit. Die Amnestierung der Mecklenburger Fememörder war von den Nationalsozialisten zur Bedingung für ihre Zustimmung zum Vertrauensvotum gemacht worden. Eckermann wurde von Guatemola, wohin er geflüchtet war, ausgeliefert und am 7. Juli 1929 nach Schwerin in Untersuchungshaft überführt. Der Oberstaatsanwalt in Schwerin knüpfte an diese Angabe die überraschende Mitteilung, das Verfahren wegen Anstiftung zum Mord könne mit Zustimmung des Landtags auf dem Gnadenwege niedergeschlagen werden.

10. Bruno Seidler ist erschossen worden. Der beim Versorgungsamt V eingereichte Schadenersatzantrag ist zurückgewiesen worden. In der Begründung befinden sich folgende Sätze, die bereits zu Veröffentlichungen in der Presse Anlaß gegeben haben.

„Ihr Sohn ist 24 Jahre alt, wußte daher, wie alle Erwachsenen in Berlin, infolge der vor dem 1. Mai 1929 vom Polizeipräsidenten erfolgten öffentlichen Warnungen, daß der 1. Mai 1929 zu Spaziergängen in den Straßen des Weddings nicht geeignet war. Da gerade der Nettelbeckplatz von Ihrem verstorbenen Sohn als Ziel des Spaziergangs gewählt worden war, muß angenommen werden, daß er aus Neugier diesen Platz aufgesucht hat. Es kann ihm auch nicht unbekannt gewesen sein, daß dort Menschenansammlungen stattfanden. Er hatte in der Unruhegegend nichts zu suchen und begab sich unnötig von seiner entfernt gelegenen Wohnung, Pflugstraße 9, dorthin. Seinen Tod hat er somit selbst verschuldet. Der Tod Ihres Sohnes wird daher nicht als Folge einer Dienstbeschädigung im Sinne der §§ 2 und 18 KPSG. anerkannt, und zwar insofern, als hier der § 254 des BGB. Anwendung findet, da bei der Entstehung des Schadens ein Verschulden des Betroffenen mitgewirkt hat."

Der rein materielle Schaden hatte in diesem Falle annähernd 1500 Mk. betragen. Gegen den Bescheid des Versorgungsamtes wird Berufung eingelegt.

11. Erich Teuber. Es handelt sich um Sachbeschädigung und Körperverletzung durch Gummiknüppelschläge. Für die Sachbeschädigung sind Teuber durch Bescheid des Ausschusses Berlin 30 Mk. bewilligt worden. Der Berichterstatter hat vom Polizeipräsidenten auf Grund des § 839 BGB. 200 Mk. Schmerzensgeld verlangt, da in diesem Fall, wie in dem Fall Meinert, Zeugen für ungesetzliches Verhalten der Polizeibeamten zur Verfügung stehen.

12. Hans Wiencke. Es handelt sich um eine schwere Schußverletzung. Der Schadenersatzantrag ist beim Versorgungsamt VI Berlin in Bearbeitung.

Es ist zu hoffen, daß im vorliegenden Falle wenigstens der materielle Schaden, der dem Publikum durch die unseligen Ereignisse aus den ersten Maitagen entstanden ist, soweit es im Rahmen der Gesetze überhaupt möglich ist, behoben wird. In ein-

DIE MENSCHENRECHTE

Organ der Deutschen Liga für Menschenrechte

Schriftleitung: Dr. Walter Levinthal, Berlin N 24, Monbijouplatz 10 III
Verantwortl. Redaktion: Kurt Großmann, Berlin N 24, Monbijouplatz 10 III
Verlag: Deutsche Liga für Menschenrechte, Berlin N 24, Monbijouplatz 10 III
Telephon: Amt Norden 12870 / Postscheckkonto: Berlin 21255

JAHRGANG IV — BERLIN, 1. Oktober 1929 — NUMMER 9/10

Femeliteratur.

Von *E. J. Gumbel.*

„Wir haben alle Hochachtung vor Männern, die Vaterlandsverrätern auf gesetzlichem Wege das Handwerk legen."
„Die Femelüge", S. 69.

Heute, nach Abschluß der wichtigsten Femeprozesse, während ein Teil der Täter, darunter auch einige Offiziere, ihre Strafen abzubüßen haben, soweit sie nicht auf dem Gnadenweg erlassen wurden, entsteht eine ausgedehnte Femeliteratur. Sie bezweckt, die schauerlichen Taten als legal darzustellen, ja zu verniedlichen und ihren Zusammenhang zu verwischen, um den noch nicht entlassenen Tätern den Weg in die Freiheit zu bahnen.

Um an die Stelle psychologischer Beschönigungen und hieraus erwachsener falscher Sentimentalität die in politischen wie juristischen Problemen notwendige Klarheit zu setzen, müssen die ganzen zusammengehörigen Fälle auch zusammen betrachtet werden. Die unglaublichen Roheiten, die mit all diesen Morden verbunden waren, im einzelnen zu schildern, kann nicht unsere Aufgabe sein, obwohl die Gemeinsamkeit dieser Methoden den Zusammenhang auf das deutlichste charakterisiert. Es genügt der Nachweis der Identität bzw. des nahen personellen Zusammenhangs der Täter.

Diese Morde sind nicht Werke dämonischer Riesen, sie sind erwachsen auf wohlvorbereitetem, sozialem, juristischem und militärischem Milieu. Die politischen Morde waren spezifische Mittel zur Niederhaltung der Arbeiterschaft und zur Bekämpfung der Republik. Ihre lange Reihe geht von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, Gustav Landauer, dem Abgeordneten Gareis bis zu den Ministern Eisner, Erzberger und Rathenau. Jede Unterlassung, jede Einstellung eines Verfahrens, jede Außerverfolgsetzung und jede Anklage nur wegen Körperverletzung, jeder Freispruch bedeutete Auforderung zu neuem Mord.

Die militärische Basis stellten die bayerische Einwohnerwehr, die Freikorps, die vorläufige Reichswehr durch ihre Beteiligung am Kapp-Putsch, endlich die zahlreichen, aus militärischen Formationen erwachsenen und von der Reichswehr bewaffneten Geheimbünde.

Die höchste Form des politischen Mordes stellt der Fememord dar. Schon 1920 treten die Fememorde in der bayerischen Einwohnerwehr auf. Ueber die O. C., die Organisation Roßbach und die oberschlesischen Freikorps werden sie in die Schwarze Reichswehr verpflanzt zu einem wohlausgebauten, vollendet durchdachten System. Mit ihm haben wir uns im folgenden zu beschäftigen.

Im Jahre 1923 stellte die Reichswehr mit Hilfe der bei ihr üblich gewordenen Verletzungen des Etatsrechts ein heimliches, „schwarzes" Heer auf. Die vom Wehrkreiskommando genehmigte Stärke dieser als Arbeitskommandos bezeichneten Rahmenformationen wird von dem politischen Leiter, Major Buchrucker, auf 18 000 Mann allein für den Wehrkreis III angegeben. (Major Buchrucker, *Im Schatten Seeckts, Die Geschichte der Schwarzen Reichswehr*, Kampf-Verlag Berlin 1928, S. 32.) Die tatsächliche Leitung lag bei seinem Stellvertreter, dem aus dem Unteroffiziersstande hervorgegangenen Oberleutnant Paul Schulz, einem Mann von ungeheurer Energie und letzter Rücksichtslosigkeit. Bereits 1921 war Schulz bei einer „schwarzen" Organisation, die unter dem früheren Landrat, späteren Reichsminister des Innern von Keudell stand, tätig gewesen. Er saß im Gebäude des Wehrkreiskommandos III in Berlin. Eng mit ihm verbunden arbeitete das „Kommando zur besonderen Verwendung": die Feldwebel mit den grausigen Namen Klapproth, Fahlbusch und Büsching. Offiziell sollten die Truppen — der Bock als Gärtner — die im Lande verstreuten Waffeln sammeln, mit dem Erfolg, daß der Unterschied zwischen legalen und illegalen Waffen verschwand.

Angeblich zum Schutz der Grenze bestimmt, sah diese Bürgerkriegsarmee ihren wirklichen Feind in der preußischen Polizei wie in der organisierten Arbeiterschaft. Beide gelten als „Kommunisten". „Die (privaten) Geldgeber wollten dafür, daß sie zahlten, Schutz gegen die von ihnen befürchteten Unruhen" (Buchrucker S. 13). „Die meisten Geldgeber dachten also vorwiegend an die innerpolitische Lage" (S. 27). Berlin ist mit schwarzen Truppen umstellt. Selbst beim Wachtregiment sitzt eine schwarze Abteilung. Die Angabe Buchruckers (S. 34), daß der geplante Einmarsch in Berlin nur den Zweck hatte, die Regierung zur offiziellen Anerkennung dieser Heeresverstärkung zu zwingen, mag subjektiv ehrlich sein; aber objektiv stellte dieser Plan den Versuch einer Wiederholung des Kapp-Putsches dar, der ja auch angeblich nur — der Einsetzung von Fachministern und dem Schutz der von der Regierung verletzten Reichsverfassung galt. Im Putsch von Küstrin, in den ersten Tagen des Oktober 1923, brach die Schwarze Reichswehr zusammen. Der Einmarsch in Berlin war damit unmöglich.

Zunächst einige gerichtlich festgestellte Tatbestände von den in der Schwarzen Reichswehr üblichen Mordmethoden. Eine eingehende Schilderung der einzelnen Fälle findet sich in dem Buch „Verräter verfallen der Feme" von E. J. Gumbel, Berthold Jacob und Ernst Falck (Malik-Verlag, Berlin).

Der Kompaniefeldwebel Legner von der schwarzen Stammformation beim Schießplatz Jüterbog geriet in den Verdacht, 6 Pistolen unterschlagen zu haben. Am 25. März 1923 wird er von Oberleutnant Schulz nach der Fliegerkaserne Elsgrund in Döberitz zum Hauptmann Gutknecht versetzt, am 31. von dem Oberleutnant Nicolai Reim zu einer Patrouille mitgenommen und dort von dem Feldwebel Büsching ermordet. Reim wußte vom Mordplan, der von Gutknecht oder Schultz ausgegangen war. Fahlbusch hilft die Spur verwischen.

Der Soldat Pannier von der schwarzen Truppe in Döberitz war desertiert. Von Kameraden festgenommen, suchte er vergeblich bei der Polizei Schutz. Im Auftrag des Leutnant Benn wurde er am 4. Juni von den Soldaten Stein, Schirrmann, Aschenkampf umgebracht. Am nächsten Tage fuhr Schirrmann mit einem Brief Gutknechts zu Schulz. Eine Beteiligung des Hauptmann Gutknecht und seines Nachfolgers Freiherrn von Senden hat das Gericht nicht angenommen.

Der Leutnant Janke, der Oberfeuerwerker Balke und der Feldwebel Gaedicke hatten versucht, 20 000 Schuß Munition der Schwarzen Reichswehr in Küstrin zu verschieben. Die Schiebung wurde am 15. Juni 1923 entdeckt. Am nächsten Tag traf Schulz in Küstrin ein und hielt eine Beratung in einem Café ab. Gaedicke wurde mit Klapproth zusammengebracht und von diesem niedergeschlagen. Da Unbeteiligte dazwischentraten, kam er mit dem Leben davon. Drei Tage später wurde auf Anregung Klapproths ein Giftmordversuch auf Janke gemacht. Balke beging aus Angst vor der Feme Selbstmord. Janke und Gaedicke wurden wegen des Munitionsdiebstahls vom Schöffengericht Küstrin am 1. August 1923 zu je 5 Monaten Gefängnis verurteilt.

Vom Schwurgericht Landsberg, unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Weßling, wurde Klapproth im Fall Gaedicke, in dem er wegen Mordversuchs angeklagt war, wegen Körperverletzung am 8. September 1926 zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Schulz wurde freigesprochen. Nach der Aufhebung des Urteils durch das Reichsgericht wurden die Urteile vom Schwurgericht Stettin, unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Hirschberg, bestätigt. Im Fall Janke wurde Klapproth vom Schwurgericht Landsberg, unter dem Landgerichtsdirektor Weßling, am 25. Oktober 1926 als Zeuge vernommen. Drei Beteiligte wurden zu kleineren Gefängnisstrafen verurteilt. Endlich wurde der Rittergutsbesitzer Wilhelm von Oppen in Tornow wegen Beihilfe zur Flucht Klapproths vom Schöffengericht Küstrin am 9. Juni 1928 zu 1000 Mark Geldstrafe verurteilt.

Der schwarze Soldat Paul Gröschke in Küstrin fiel als Psychopath auf, wurde unter Beteiligung des Oberleutnants Raphael viehisch verprügelt. Als Schulz in Küstrin der Fall gemeldet wurde, versuchte er vergeblich, Gift zu erhalten. Als dies scheiterte, setzte er „zuverlässige" Leute als Wache vor die Zelle des Gröschke. Klapproth und Büsching holten ihn am 23. Juni aus der Arrestzelle in ein Auto und ermordeten ihn während der Fahrt. Am 3. November 1926 wurde vom Schwurgericht Landsberg, unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Weßling, Klapproth wegen Beihilfe zum Mord zu 15 Jahren Zuchthaus, Raphael wegen Körperverletzung in Tateinheit mit Nötigung, wegen Meineid und Beihilfe zum Mord zu 3 Jahren Zuchthaus, Glaser, ein weiterer Teilnehmer der Fahrt, wegen Beihilfe zum Mord ebenfalls zu 3 Jahren Zuchthaus verurteilt. Das Urteil nahm an, daß Schulz ursprünglich einen Plan zur Ermordung des Gröschke hatte. Er sei aber nur moralisch schuldig, da er diesen Plan aufgegeben habe.

Der Kompaniefeldwebel Wilms von der 2. Kompanie des Bataillons von Senden in Döberitz hatte versucht, eine Unteroffiziersvereinigung zu gründen. Oberleutnant von Senden verbot ihm dies. Wilms wurde zu Schulz bestellt. Als er zurückkam, betrank er sich und schimpfte: „Ich wäre heute in der Stimmung, alles den Kommunisten zu verraten." Doch er hat nichts derartiges unternommen. Es kam auf, daß Wilms 46 000 Papiermark (2 Goldmark) unterschlagen hatte. Dies wurde Schulz gemeldet. Darauf wurde Wilms nach Rathenow zu dem Oberleutnant von Poser strafversetzt. Am 18. Juli teilte Schulz dem Poser telephonisch mit, es werde ein Auto mit Oberleutnant Fuhrmann kommen, um ein kommunistisches Waffenlager auszuheben. Wilms sollte hierzu eingeteilt werden. Das Auto kam; Wilms wurde mitgenommen. Fuhrmann, Fahlbusch, Klapproth und Umhofer haben ihn auf der Fahrt getötet. Klapproth, Umhofer und Fuhrmann wurden wegen Mordes, Schulz wegen Anstiftung zum Tode verurteilt.

Der Unteroffizier Alfred Brauer von der schwarzen Truppe in Küstrin wurde bei einem Waffendiebstahl überrascht, zur Strafkompagnie versetzt, beurlaubt und dann wieder vom Urlaub zurückgerufen. Am 2. August wurde er von Fahlbusch, der von Schulz nach Küstrin abkommandiert worden war, zu einer Autofahrt eingeladen, bei der Kowalewski steuerte. Während der Fahrt wurde Brauer von Fahlbusch umgebracht. Das Schwurgericht Landsberg, unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Weßling, verurteilte Kowalewski am 27. Oktober 1926 wegen Beihilfe zur vorsätzlichen Tötung zu 6 Jahren Zuchthaus. Schulz wurde zunächst außer Verfolgung gesetzt. Das Verfahren gegen Fahlbusch und ihn wurde, nachdem Fahlbusch von den Vereinigten Staaten ausgeliefert worden war, am 22. April 1929 wieder eröffnet.

Der Leutnant Sand von der schwarzen Truppe in Döberitz fiel durch Geldausgaben auf und wurde am 3. September von Fahlbusch und Büsching durch zwei Schüsse in den Hinterkopf ermordet. Das Verfahren gegen Fahlbusch schwebt.

Dies sind in groben Umrissen die Mordtaten der Schwarzen Reichswehr des Wehrkreiskommandos III, welche mit Schulz, Gutknecht und dem Kommando z. b. V. zusammenhängen — soweit sie durch gerichtliche Behandlung aufgedeckt sind. Daß diese Liste vollständig sei, ist recht unwahrscheinlich. Aber sie genügt, um das Trio Fahlbusch, Büsching und Klapproth als Mordkommission zu charakterisieren. Ihre Namen sowie der Name ihres Häuptlings Schulz kehren ständig wieder.

In keinem einzigen Fall hat ein wirklicher Verrat vorgelegen. Die Ursache der meisten Morde waren ganz haltlose Gerüchte, für die auch nicht die Spur eines Beweises vorhanden war.

Luetgebrune gibt in seiner Schrift *Wahrheit und Recht für Feme, Schwarze Reichswehr und Oberleutnant Schulz,* Verlag I. F. Lehmann, München 1928, eine an sich gute Darstellung dieser Fälle. Aber sie ist im wesentlichen darauf zugeschnitten, die Unschuld des Schulz zu beweisen. Die ganzen Taten werden als selbständige Handlungen der beteiligten Mannschaften dargestellt, was schon angesichts der dabei ständig geübten Abkommandierungen unmöglich ist.

Die Zeugenaussagen, die Verteidigungsrede, die Urteilsbegründung und die Revisionsrechtfertigung im Falle Legner sind von dem Verteidiger Dr. Grimm, Professor an der Unitersität Münster, in zwei Broschüren herausgegeben *(Grundsätzliches zu den Femeprozessen.* 1. und 2. Folge. I. F. Lehmann Verlag, München 1928). Das Hauptargument Grimms geht dahin, ein solcher Mord müsse straflos sein, wenn er bezwecke, den Staat vor Nachteil zu schützen. In unmißverständlicher Weise zieht das Urteil die Konsequenz dieser Auffassung, indem es auf einen bekannten Mord anspielt: „Läßt sich nicht so die Tötung des Ministers, der seinen Staat — angeblich oder wirklich — verraten will, immer rechtfertigen?" So verneint das Urteil ausdrücklich die von Grimm aufgestellte Theorie der Straflosigkeit des Handelns aus „Vaterlandsliebe".

Die Schwarze Reichswehr und die Fememorde sind erst in den gerichtlichen Verfahren der letzten Jahre vor aller Oeffentlichkeit aufgedeckt worden. Bereits vorher waren diese Tatsachen behauptet worden, aber die Angaben blieben weit hinter der Wirklichkeit zurück.

Die offiziellen Angaben über diese Armee lauteten: Eine Schwarze Reichswehr hat es nie gegeben — Untergeordnete Organe haben illegale Verbindungen angeknüpft — Sie sind längst gelöst — Das Reichswehrministerium hat nichts davon gewußt — Eine Feme hat nie existiert — Wer davon spricht, begeht Landesverrat. Diese Methode war solange erfolgreich, als keine Verfahren gegen die Mörder stattgefunden hatten. Mit jedem neuen Verfahren erweiterte sich der Umfang des in der Oeffentlichkeit Bekannten, verblaßte die Wirkung der bisherigen lügnerischen Dementis, wurden neue Zugeständnisse, aber damit auch neue Dementis notwendig.

Durch den Ausschluß der Oeffentlichkeit bei den ersten Femeprozessen wurden die in solchen Verhandlungen notwendig auftretenden Gegensätze zwischen den ausführenden Organen und den Anstiftern und Verantwortlichen verwischt. Angeklagt waren zunächst nur einfache Menschen, Schwarze-Reichswehr-Leute, Berufslandsknechte mit engen Stirnen und soldatischem Gehorsam. Die Verteidigung mußte demgegenüber entweder deren Vorsatz zur Tat verneinen, oder, wenn dies nicht möglich, darauf hinweisen, daß diese einfachen Naturen doch nur ausführende Organe eines höheren Willens waren, daß dieser höhere Wille aber sich auf einen in der Reichswehr vorhandenen Willen zur Geheimhaltung „mit allen Mitteln" berufen hatte. Diese funda-

mentale Tatsache sollte nicht bekannt werden. Somit diente der Ausschluß der Oeffentlichkeit der Unterdrückung des Gegensatzes zwischen den aus der Unterschicht, der „Hefe des Volks" stammenden Mördern und den monokelbewehrten Aristokratennaturen aus der Reichswehr, auf deren allerdings nie expressis verbis ausgesprochenen Willen die Mörder ihre Taten zurückführten. Dieser Klassengegensatz war beinahe identisch mit dem militärischen Gegensatz zwischen den Mannschaften der Schwarzen und den Offizieren der „Grauen" Reichswehr. In den ersten Prozessen, solange der Ausschluß der Oeffentlichkeit das Bekanntwerden dieses Gegensatzes verhinderte, brauchte die Verteidigung nicht allzu scharf gegen die Reichswehr vorzustoßen. Mit jeder neu bekanntgewordenen Tatsache über die Schwarze Reichswehr mußte sie schärfer vorgehen, bis im Stettiner Prozeß die deutschnationalen Verteidiger zu den schwersten Angriffen gegen die Reichswehr ausholten.

Darauf versuchte General a. D. von Seeckt diesen „Zwiespalt zwischen der Reichswehr und den Kreisen, welche bisher sich durch die Pflege des Wehrgedankens zum eigenen, gegenseitigen und allgemeinen Nutzen (mit ihr) verbunden fühlten", als ein „Mißverständnis" zu beseitigen. Zu diesem Zweck schrieb er in der „Deutschen Tageszeitung" vom 16. Mai 1928: „Ist es denn heute so unerklärlich, daß in dieser Zeit manche Begriffe auch in den Köpfen der Besten sich verschoben, nicht nur die Begriffe von Mein und Dein, sondern auch vom *Wert des Menschenlebens*, daß in diesen Zeiten zermürbenden Kampfes im eigenen Land die Hand leicht zu dem immer bereiten Revolver zuckte, wenn man sich dem Verräter gegenüber sah oder zu sehen glaubte? Gilt doch selbst heute noch das Wort vom Denunzianten, der der größte Lump im ganzen Land ist.

Zu zwei Einzelfragen der letzten Prozesse glaube ich im Interesse der Klärung mich äußern zu sollen. Die erste betrifft den Begriff „Soldat". Man mag mir Spitzfindigkeit vorwerfen, wenn ich einen Unterschied mache zwischen Soldat und Reichswehrsoldat. . . . Ich kann es zum mindesten ***begreiflich*** finden, wenn die Roßbacher sich als *Soldaten* fühlten.

Die zweite Frage ist die der Verantwortung der Reichswehr. *Ich übernehme die Verantwortung* als der oberste militärische Führer der Reichswehr. Wer glaubt, daß ich oder einer meiner Untergebenen aus dieser Zeit einen Befehl, eine Anweisung zu einem Mord gegeben hat, ist ein Narr. Für alles aber, was im Bereich der Reichswehr während meiner Befehlsführung vorgekommen ist, trage ich die letzte Verantwortung. Ob es in meiner Macht lag, alles zu wissen und vieles zu hindern, kann und will ich nicht entscheiden; wer es kann, trete vor. Ob ich strafrechtlich verantwortlich bin, spielt gar keine Rolle; aber es soll mir niemand nachsagen dürfen, daß ich je eine Verantwortung geleugnet hätte."

Die Auffassung, daß die von der Feme Ermordeten Denunziationen begangen hätten, ist in keinem der Prozesse bestätigt worden. Die Ursachen der meisten Morde waren vielmehr ganz haltlose Gerüchte, für die auch nicht die Spur eines Beweises vorhanden war. Mit der Verantwortungsfreudigkeit Seeckts ist die absolute Sicherheit verbunden, daß kein Staatsanwalt und erst recht kein Richter hieraus irgendwelche Konsequenzen ziehen wird.

Die im folgenden zu behandelnden, im völkischen Verlag I. F. Lehmann, München, in zum Teil luxuriöser Aufmachung erschienenen Bücher verdienen keine allzu eingehende Betrachtung, da, wie Ministerialrat Hermann im Rechtsausschuß des Preußischen Landtags (9. April 1929) nachwies, diese neuen Verteidiger die umfangreichen Akten überhaupt nicht angesehen hatten. Diese Schriften greifen nur das Wilmsurteil an; die anderen Femetaten werden nur gelegentlich gestreift. Alle Momente, die für die Beteiligung des Hauptangeklagten Schulz an den anderen Fememorden sprechen, werden weggelassen. In jedem dieser Werke werden jeweils die andern als größte Autorität zitiert. Hierdurch steigt zwar der Umfang, nicht aber das Gewicht der Bücher. Bei dieser wahllosen gegenseitigen Zitatenhäufung beachten die Autoren gar nicht, daß ihre Argumente keineswegs übereinstimmen. Die einen verneinen die Existenz der Feme, die andern halten sie für eine ganz legale Einrichtung und versichern im selben Atemzug, daß Schulz ganz unbeteiligt gewesen sei. Alle Autoren gehen über den aus Buchruckers Angaben folgenden Charakter der Schwarzen Reichswehr als einer Bürgerkriegsarmee, also den zentralen Punkt des ganzen Problems, mit Stillschweigen hinweg.

Ganz vage ist *„Die Femelüge“* mit Beiträgen von Friedrich Felgen, Hans Albe von Birckhahn und Walter Weiß. In feuilletonistischer Art wird über die Schwar Reichswehr und die Fememorde berichtet. Sie werden als ganz legale Vorgänge hi gestellt. In geschickter Weise wird das Problem umgekehrt. Nicht die Femetate sondern die „Femehetze“ gilt es aufzuklären. Letzte Ursache hierfür ist das Wel kapital — die Juden.

Für die Unklarheit der Verfasser spricht ihre Aufzählung der „Femerichter Neben den bekannten Namen der Schulz, Klapproth usw. werden aufgeführt: d völlig unbekannten Walter Laudien und Hermann Kaws, der Kommunist Felix Ne mann aus dem großen Tschekaprozeß und die beiden Schmelzer, die einem m Reichsbannerleuten besetzten Auto nachgeschossen haben.

Die von Dr. Grimm, Professor an der Universität Münster, in seinem *„Recht gutachten* in der Strafsache des Oberleutnants a. D. Paul Schulz aus Berlin“ konstr ierten Grundsätze sind von Radbruch*) so eindeutig widerlegt worden, daß es genüg hierauf zu verweisen. Ein bezeichnender Druckfehler muß jedoch erwähnt werde Grimm schreibt in seiner Widergabe des Urteils (S. 12): „Auf Vorhalt gab Wilr auch zu, etwa 46 000 RM. aus der Kompagniekasse sich angeeignet zu haben.“ D gleiche Summe findet sich auf S. 13. Das Urteil aber schreibt — und dies wird in d sonstigen Femeliteratur richtig wiedergegeben — nur von Mark. Es handelte sich, i Juli 1923, natürlich um Papiermark, die einem Wert von etwa 2 Goldmark entsprache

Es folgte ein *„Antrag und Begründung zur Wiederaufnahme des Verfahrens* z gunsten des Oberleutnants a. D. Paul Schulz aus Berlin in der Strafsache gegen Fuh mann und Genossen (Fall Wilms)“ durch Rechtsanwalt Dr. jur. Walter Luetgebrur Göttingen. Zunächst wird die Existenz des Kommandos z. b. V. geleugnet, was w üblich durch Beschränkung auf den Fall Wilms ermöglicht wird. Neu ist hingegen d Behauptung, daß alle Beteiligten früher der O. C. angehörten (S. 28). Wenn sie richt ist, stellt sie angesichts der zahlreichen, von dieser verübten Morde nur eine ne Belastung dar.

Deutlich läßt Luetgebrune den gemeinen Soldaten fallen, um die Offiziere retten. Denn nach ihm „bedurfte es auch gar keines äußeren Anstoßes und kein Anstiftung überhaupt, um die aus den oberschlesischen Kämpfen an die Selbstjus des Nothilfsrechtes gewöhnte Truppe selbst zur gewaltsamen Beseitigung von Sab teuren und Verrätern aus der um der Sache und der persönlichen Existenz will streng geheim zu haltenden Einrichtung der Schwarzen Reichswehr zu bestimme (S. 29). Damit stempelt er die Schwarze Reichswehr zu einer automatisch funkt nierenden Mordmaschine, während bei Menschen immerhin zu solchen Taten no Verabredungen getroffen werden müssen. Als Beweis für das gute Herz des Schu wird angeführt, daß nicht alle in der Schwarzen Reichswehr Verdächtigen (sc. a seine Anordnung) umgebracht worden sind. Neu ist die Angabe (S. 38), daß Wilr dem Oberleutnant von Senden ein auch seinen beabsichtigten Verrat umfassend Geständnis abgelegt habe. Durch diese, ohne einen Beweis angeführte Behauptu soll indirekt der Mord an Wilms gerechtfertigt werden. Endlich wird versucht, Schu überhaupt als unbeteiligt darzustellen. Der Anstifter sei der Vorgänger des Freiher von Senden, Hauptmann Gutknecht, gewesen. Dieser habe dem Fuhrmann befohl „Wilms müsse verschwinden.“ Das Mordauto hätte nicht Klapproth auf Befehl v Schulz aus Berlin, sondern Büsching auf Befehl von Gutknecht aus Spandau geho Als Beweis wird auf das Zeugnis von Fuhrmann (S. 42) verwiesen. Unerklärt ble dabei, warum Fuhrmann und Klapproth in der Verhandlung das Gegenteil gestand haben. Gutknecht war im Fall Pannier angeklagt worden; nach seinem Freispruch er geflüchtet. Glaubwürdig ist, daß Gutknecht an diesem Fall beteiligt war. Hierdur würde der Kreis der Femmörder erweitert, aber Schulz, der Gutknechts Vorgesetz war, nicht entlastet.

Bei der Angabe des mörderischen Telephongesprächs passiert Luetgebrune Druckfehler: er verlegt es (S. 42) statt auf den 18., auf den 19. Juli als auf ein Zeitpunkt, in dem Wilms längst tot war. An „neuen Tatsachen“, die Voraussetzu eines Wiederaufnahmeverfahrens sind, wird ein Mordversuch des Wilms geg Büsching im fahrenden Auto angeführt (S. 46). Einziger Beweis hierfür ist die Behau tung des Fuhrmann.

---

*) Anm. „Die Justiz“, Bd. IV, H. 2.

Faßt man alle Angaben zusammen, so hat kein Kommando z. b. V. existiert, Wilms Verrat üben wollen, Schulz hat davon nichts gewußt. Zwar hatte Gutknecht einen Plan zur Ermordung des Wilms, aber in Wirklichkeit ist dieser gelegentlich eines von ihm verübten Mordversuchs in berechtigter Notwehr getötet worden. Auf Grund solcher neuen Tatsachen müsse das Verfahren wieder aufgenommen werden.

Als die Erste Strafkammer des Landgerichts III diesen Antrag erstaunlicherweise verwarf, erfolgte ein *„Antrag des Rechtsanwalts Prof. Dr. Grimm, Essen, vom 24. Januar 1929 auf Begnadigung und Strafurlaub* des Oberleutnants a. D. Paul Schulz, gerichtet an den Rechtsausschuß des Preußischen Landtags". Weder rechtlich bedeutsame noch neue Momente werden dabei angeführt. An der Feststellung des Urteils in Sachen Gröschke, wonach Schulz einen ernsthaften Plan zur Ermordung des Gröschke hatte, geht auch Grimm vorüber. Mit großem Nachdruck verweist er auf die für deutsche Gerichte völlig belanglose französische Rechtsauffassung. Er zitiert seine Praxis vor französischen Gerichten. Hier sei es ihm mitunter gelungen, seine Klienten mit der Argumentation frei zu bekommen, sie hätten „auf Befehl" Verbrechen begangen und fielen so, wenn schon nicht unter den im französischen Recht üblichen Schutz der „force majeure légale", so doch unter die hilfsweise zugelassene Konstruktion der „force majeure *morale*", wenn sie nämlich unter moralischem Zwang des Befehls einer vorgesetzten Instanz gehandelt hätten.

Aber gerade diesen Befehl, den Schulz also von oben erhalten haben müßte, bestreiten die vermuteten Auftraggeber, die Herren der Reichswehr, Schulz und der Anwalt selbst. Grimm gibt elf Eingaben wieder, nämlich Gnadengesuche, grundsätzliche Schriftsätze, Wiederaufnahmeanträge, Urlaubsgesuche, Briefe usw. Die Antworten aber sucht man vergeblich.

Für den Fall der Haftentlassung des Schulz hat Herr von Oppen-Tornow seinen gesamten Besitz als Kaution angeboten (Grimm, Begnadigungsantrag S. 20). Dieser Herr von Oppen-Tornow ist bereits wegen Beihilfe zur Flucht Klapproths zu 1000 Mark Geldstrafe verurteilt worden.

Interessant ist auch ein von Grimm angeführter Brief des Generals von Seeckt vom 22. September 1928: „Ohne eine genaue Kenntnis der Zusammenhänge und volle Inrechnungstellung der außergewöhnlichen Verhältnisse des Jahres 1923 lassen sich keine Urteile über die sogenannte „Schwarze Reichswehr" und die sogenannten „Fememorde" fällen. Da diese Grundlagen zu einer gerechten Beurteilung im Jahre 1928 nicht vorhanden sind und im ordentlichen Strafverfahren nicht geschaffen werden können, müssen sich Fehlurteile ergeben."

Seeckt scheint jedoch Bedenken gehabt zu haben, diese leeren Anschuldigungen allzu bekannt werden zu lassen, da er gleichzeitig ersucht, „eine Veröffentlichung dieser Aeußerung durch die Presse" zu unterlassen (Anl. 19).

An Stelle der dringend benötigten neuen Beweise werden verschiedene Behauptungen des Obersten Frhr. von Hammerstein-Equord angeführt. Dieser Sachverständige der Reichswehr in den Femeprozessen gibt in einem Brief an den Reichswehrminister (Grimm, Begnadigungsantrag, S. 17) an, er sei im Wilms-Prozeß nicht genügend zu Wort gekommen, während tatsächlich der Verhandlungsleiter, Landgerichtsdirektor Siegert, mehrmals vergeblich versuchte, von Herrn von Hammerstein eine klare Darstellung des geheimnisvollen Dienstbetriebes, der die Schwarze Reichswehr mit dem Wehrkreis verband, zu erlangen. In einem zweiten Brief an Groener (S. 18) gibt Hammerstein an, er habe die Telephongespräche des Wehrkreiskommandos nachgeprüft. Danach habe Hauptmann Gutknecht am 17. Juni, nachmittags 4,10 Uhr, mit dem Kommando Rathenow telephoniert. Tatsächlich handelt es sich um den 17. Juli, also um den Tag vor dem Mord. Von dem im Wilmsurteil erwähnten Telephongespräch vom 18. Juli (dem Mordtage), in dem Schulz den zu ermordenden Wilms nach Rathenow an Poser überwies, spricht Hammerstein nicht. Er hat also keinen Beleg finden können. Tatsächlich wurde dieser Beleg in sensationeller Weise in der Verhandlung vom Staatsanwalt plötzlich vorgewiesen, und zwar in Anwesenheit des Herrn von Hammerstein. Er muß bei den Akten geblieben sein. Herr von Hammerstein konnte ihn also auch bei eifrigstem nachträglichen Suchen unmöglich im Wehrkreiskommando finden.

Auf Grund solch sachverständiger Nachprüfungen hat sich auch der Reichswehrminister General Groener für die Fememörder eingesetzt. In einem Brief an

den Preußischen Justizminister vom 17. September 1928 (Anl. 18 zu Grimms Begnadigungsantrag) schreibt er: „Die Bedenken, die der mit der Materie völlig vertraute Chef des Stabes des Wehrkreiskommandos III und militärische Sachverständige im Wilms-Prozeß, Oberst Frhr. von Hammerstein, mir zu dem Urteil gemeldet hat, habe ich Ihrem Ministerium durch mein Schreiben vom 3. Februar 1928, Nr. 976/28 g. W. übermittelt. Nachdem mir die zusammenhängende Darstellung aller gegen das Urteil möglichen Gegengründe vorgelegen hat, kann ich die Ansicht des Obersten von Hammerstein, daß das Urteil bei der Beurteilung der militärischen Verhältnisse fehlgegangen ist, auch von mir aus bestätigen."

Endlich führt Grimm noch ein Rechtsgutachten seines Kollegen an der Universität Münster, des nach der „Deutschen Zeitung" vom 25. Februar 1928 „berühmten" Professors der Rechte Krückmann an. Dieses Gutachten ist eine andere, schwächere Fassung eines Artikels, den der Genannte in der „Deutschen Zeitung" vom 25. Februar 1928 geschrieben hat. Wir halten uns im folgenden an den Artikel. Er betrachtet wieder nur das Wilmsurteil. Nach Krückmann ist die Forderung nach sofortiger Freilassung der Fememörder juristisch einwandfrei begründet und zwangsläufig. Denn sie hätten im ungünstigsten Falle nur wegen fahrlässiger Tötung verurteilt werden dürfen, deren Höchststrafe, 3 Jahre Gefängnis (z. B. von Schulz), schon durch die Untersuchungshaft verbüßt sei. Krückmann verweist darauf, daß stets eine doppelte Rechtsordnung bestehe. Die Rechtsordnung bestehe aus Gesetz und Rechtsbesitzordnung. Auf die Dauer sei die Rechtsbesitzordnung die stärkere. Diese äußere sich z. B. darin, daß Amtshandlungen eines Nichtbeamten nachträglich bestehen bleiben, oder daß ein Kurpfuscher, der Krankengeheimnisse ausplaudere, vom Gericht wegen Bruchs des Berufsgeheimnisses verurteilt werde. Daher hätten auch die Fememörder, die im Dienste des Vaterlandes unter zweifelloser Genehmigung der Behörden arbeiteten, als Soldaten behandelt werden müssen, die nur auf Befehl handelten. „Waren die Angehörigen der Schwarzen Reichswehr auch keine milites, so waren sie doch militum loco" (Soldaten-Stellvertreter). Es habe eben in primitiver Form eine rein tatsächliche zweite militärische Ordnung unter Genehmigung der berufenen staatlichen Organe, eine militärische Rechtsbesitzordnung bestanden.

Die ganzen juristischen Darlegungen Krückmanns sind völlig verkehrt. Eine illegale Handlung, wie die Aufstellung einer „nicht existierenden Truppe" wird nicht dadurch legal, daß ein Minister sie befiehlt. Der Anerkennung rein tatsächlicher Verhältnisse zieht er anscheinend überhaupt keine Schranken, obwohl gerade die Bestimmung der Grenzen die entscheidende Frage wäre, wenn man schon einmal das Nebeneinandergelten einer doppelten Rechtsordnung anerkennen wollte. Die „gültige Eheschließung vor einem falschen Standesbeamten" kann immer nur ein Ausnahmerecht, ein Notbehelf sein. Nach Krückmann würde ein Pseudohenker (wie Klapproth), der an einem niemals zum Tode Verurteilten eine „Hinrichtung" vornimmt, als tatsächlicher Vollstrecker eines Gerichtsurteils gelten. Die von Krückmann konstatierte Analogie ist aber falsch. Denn der von einem falschen Standesbeamten Getraute will heiraten, der Patient des Kurpfuschers von diesem geheilt werden. Der Betreffende hat also in jedem Fall seine Zustimmung zu diesem „pseudoamtlichen Akt" gegeben, während niemand, der in die Schwarze Reichswehr eintrat, dem Oberleutnant Schulz das Recht über Leben und Tod zubilligte, schon weil er dies gar nicht konnte und durfte. Herr Krückmann aber hat nachträglich den Schulz und Klapproth ein solches Recht über Leben und Tod verliehen. Und solches „Recht" werden die Professoren Grimm und Krückmann weiterhin an der Universität Münster lehren.

Als besondere juristische Delikatesse serviert Grimm die Aufhebung eines rechtskräftigen Urteils durch eine Kabinettsordre vom 28. Juli 1823; als wenn eine Verfügung aus der Zeit des absoluten Königtums heute irgendwelche rechtliche Bedeutung hätte! In ähnlicher Weise hat die Wirtschaftspartei in einer kleinen Anfrage sogar gefordert, den Landgerichtsdirektor Siegert, den Autor des Wilms-Urteils, wegen seiner Urteilsbegründung im Prozeß gegen George Groß unverzüglich seines Amtes zu entheben („Berliner Tageblatt", 18. April 1929). Gewöhnlich pflegen die rechtsstehenden Kreise allerdings die nach ihrer Meinung heute üblichen Eingriffe in die Rechtspflege unbedingt und mit großem Pathos zu bekämpfen.

Herr Luetgebrune (*Wahrheit und Recht für Feme, Schwarze Reichswehr und Oberleutnant Schulz*, S. 61) stellt sich auf genau den umgekehrten Standpunkt wie

Grimm. Er will die Befugnisse der Justizverwaltung einschränken: „Die Möglichkeit, eine bestimmte Kapitalsache einem bestimmten Gericht zuzuweisen, dem nicht nachprüfbaren Ermessen über die Erforderlichkeit ausschließlich der Justizverwaltung anheimgeben, bedeutet für politisch bewegte Zeiten die Anerkennung eines legalen Weges zur Einführung der Tscheka!"

Grimm hat alle seine Argumente am 29. Januar 1929 in einem Vortrag *„Oberleutnant Schulz, Femeprozesse und Schwarze Reichswehr"* zusammengefaßt, der als Broschüre erschienen ist. Er fordert allgemein, daß die Bedingungen des Wiederaufnahmeverfahrens erweitert werden sollen. „Der Erfolg des Wiederaufnahmeverfahrens hängt nicht davon ab, ob ein Urteil mehr oder weniger offensichtlich irrig ist, sondern von dem zufälligen Umstand, ob es gelingt, „neue Tatsachen oder Beweismittel" ausfindig zu machen. Je mehr Tatsachen bei Erlaß des Urteils bekannt waren, die die Unrichtigkeit des Urteils erkennen lassen, je offenbarer die Unrichtigkeit der richterlichen Feststellungen ist, desto schwerer ist es, im Wiederaufnahmeverfahren das Urteil durch „neue erhebliche Tatsachen oder Beweismittel anzufechten." Diesem Argument, aber auch nur ihm, ist zuzustimmen.

Die zahlreichen Eingaben von Grimm und Luetgebrune führten im April d. J. zu heftigen Debatten im Rechtsausschuß des Preußischen Landtags. Führer dieser Propaganda war der deutschnationale Abgeordnete, Senatspräsident Deerberg, sein Sekundant der Volksparteiler Dr. Kriege. Die Kampagne für die Befreiung der Femmörder schien durch die Verhaftung von Fahlbusch beendet. Hierdurch wurde das Bekanntwerden neuer Beweise für die Tätigkeit der Feme drohend. Unter diesem Eindruck stimmte Professor Grimm am 18. April 1929 der Vertagung seines Gnaden- und Wiederaufnahmegesuchs ohne Ansetzung eines neuen Verhandlungstermins zu.

Aber die Gefahr, daß Schulz, vom Gefängnis zermürbt, „auspacken" würde, ging bald vorüber. Bereits am 28. Juni 1929 wurde er entlassen.

Der Haftbefehl, der gegen ihn wegen der Morde an Legner, Brauer und Sand noch schwebte, wurde gegen eine Kaution von 50 000 Mark, die Herr von Oppen-Tornow erlegt haben dürfte, abgewendet. Ein von einem ordentlichen Gericht rechtskräftig zum Tode verurteilter Mann, gegen den noch drei Verfahren wegen des schwersten Verbrechens, das unser Strafgesetzbuch kennt, wegen Mordes schweben, wird aus Gesundheitsgründen beurlaubt. Kein ähnlicher Vorgang ist bei einem politischen Verbrecher, der links stand, bekannt. Schulz, in Freiheit, wird alle Hebel in Bewegung setzen, um unbequeme Zeugen zum Schweigen zu bringen. Seien wir ehrlich: Feme und Reichswehr haben die Justiz besiegt. Das Schwert hat die Wage zerbrochen.

Dieser Vorgang ist nur dann verständlich, wenn man beachtet, daß das Gros der politischen Morde und sämtliche Fememorde mit der Reichswehr zusammenhingen. Die Berliner Morde vom Januar bis zum März 1919 gehen auf die Garde-Kavallerie-Schützen-Division und die anderen Freiwilligen-Regimenter zurück. Von der Garde-Kavallerie-Schützen-Division gingen Verbindungen zur O. C., aus der die Mörder Erzbergers und Rathenaus stammten. Die bayerische Einwohnerwehr, welche die Fememorde einführte, war praktisch eine militärische Formation. Das im Morden erprobte Freikorps Roßbach war zunächst das Reichswehr-Jäger-Bataillon Nr. 37. Der Kapp-Putsch und die mit ihm zusammenhängenden Morde waren nur durch die Meuterei des größten Teils der Reichswehr möglich. Die Nationalsozialisten, deren Putsch am 9. November 1923 zusammenbrach, waren von Reichswehroffizieren ausgebildet und hatten von ihr die Waffen. Endlich war die Schwarze Reichswehr, in der die hier behandelten Fememorde sich abspielten, ein illegaler Nebenbetrieb der legalen Reichswehr.

Auch die oben angeführten militärischen Dokumente gestehen teils offen, teils nur in versteckten Worten eine moralische Verantwortung der Reichswehr zu. Zu einer „gerechten" Beurteilung, so muß man sie verstehen, wäre nur ein Kriegsgericht geeignet. Und in der Tat wäre auf diese Weise eine Wiederholung der bisher bei Morden von Rechts üblichen Freisprüche, also Urteile nach Verfahren à la Jorns, zu erwarten gewesen. Von Groeners Willen, mit den schwarzen Hinterlassenschaften seines Vorgängers aufzuräumen, ist hier nichts mehr zu spüren. Durch die schnoddrige, verantwortungslose Bemerkung Seeckts, die strafrechtliche Verantwortung spiele gar keine Rolle, wird die Frage nach dem Umfang und den Konsequenzen einer zugestandenen Verantwortung keineswegs aus der Welt geschafft. Ob höhere Offiziere der Reichswehr die „Selbstjustiz" in der Schwarzen Reichswehr nicht gekannt

haben, nicht kennen wollten oder sie gekannt haben, ob sie dieses System geduldet, gebilligt, gefördert oder gar befohlen haben, ob die Verantwortung hierfür eine platonisch moralische oder strafrechtlich faßbare ist — alle diese Fragen sind nicht nur moralisch oder historisch interessant. Sie sind aktuell und politisch. Denn die Offiziere, die eng beteiligt waren an der Aufstellung der illegalen Truppen — und die damit die moralische und materielle oder auch nur die fehlende disziplinäre Grundlage der Feme schufen — sind noch heute aktiv, und schwarze Schatten der Reichswehr lauern noch heute überall.

Für diese Aktualität spricht noch ein zweiter Grund: die Verteidigung der geheimen Rüstungen erschöpft sich nicht in den Morden. Zu ihnen gehören auch die Reichswehr-Gutachten, welche die Grundlage der Verfolgung der Pazifisten wegen Landesverrats werden. Denn zwei Waffen standen stets zum Schutze der geheimen Rüstungen bereit: Den „Verräter" bedrohte Knüppel, Dolch, Gift, Kugel — und wo sie nicht anwendbar, der Landesverratsprozeß.

„Der Bund für Freiheit und Recht, bis vor kurzer Zeit die Tarnung für gewisse Mobilmachungsarbeiten der Reichswehr, verpflichtet seine Leute zu aktiver militärischer Betätigung. . . . Den Leuten ist gesagt worden, daß sie ihren Eid der Reichswehr geleistet hätten, und daß sie bei Eidesverletzung mit staatlichen Mitteln erledigt würden. Es wird darauf hingewiesen, daß bereits viele Personen wegen Landesverrats hinter verschlossenen Türen abgeurteilt seien. Außerdem werden die Leute mit der Feme bedroht." (Mahrauns Denkschrift, 18. März 1926.)

Morde und Fememorde einerseits und Landesverratsprozesse andererseits verbindet ein naher sozialer Zusammenhang: der Kampf gegen die Republik. Der Kriegsgerichtsrat, der die Untersuchung wegen der Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg so erfolgreich führte, daß die Mörder praktisch freigesprochen wurden, war auch der schärfste Rufer im Kampf um den „Landesverrat". Dieser personelle Zusammenhang ist kein Zufall. Die gleichen Kreise, welche den Fememord verteidigen, müssen den entschiedenen Republikaner, den Sozialisten und Pazifisten des Landesverrats anklagen.

Arthur Holitscher 60 Jahre.

Der Mann mit den Augen.

Von *Kurt Tucholsky*.

Damals war ich nicht mehr ganz grün in Paris — ich konnte schon das linke Seine-Ufer vom rechten unterscheiden . . . immerhin. Damals kam er nach Paris. Ich werde das nie vergessen. Weil ich nämlich neben ihm gehen durfte, während er sah — er sah, scheinbar absichtslos, er machte gar kein Wesens davon, daß er ununterbrochen aufnahm, beobachtete, registrierte, arbeitete — er sagte wenigstens kein Wort davon. Und dann las ich den „Narrenbaedeker durch Paris und London" — und war tief beschämt. Ich hatte doch, in Paris, dasselbe gesehen wie er — und ich hatte gar nichts gesehen. Er hatte gesehen — mehr: alles aufgesogen, was da war.

Ueber den Künstler Holitscher wäre manches zu sagen; wir sind kein ästhetischer Verein. Ueber den Kämpfer Holitscher ist etwas Erstaunliches zu sagen:

Daß dieser Mann eine Altersreife, eine neue Jugend erlebt — etwa, wie sie Fontane gehabt hat — nur ganz anders. Bei dem setzte der künstlerische Ast immer neue Triebe an, goldene Früchte hat er uns geschenkt — Holitscher, der lange Jahre lang (scheinbar) nur der tendenzlosen Kunst gelebt hat, beginnt, als reifer Mann etwas zu tun, wovon sich andere in diesem Alter auszuruhen pflegen: zu kämpfen.

Ich denke: wir können alle von ihm lernen.

Ich halte seine journalistischen Fähigkeiten für sehr groß. Seine technische Arbeit ist bewundernswert; wie er an das fremde Leben herangeht, wie er es erjagt, wie er es heimbringt: nämlich lebendig, was, wie männiglich bekannt, ungeheuer schwer ist. Den meisten von uns, denen eine Beute vergönnt ist, geht sie häufig unterwegs ein. Seine Bücher, seine Berichte leben.

Er hat ein seltsames, fast bitteres Gefühl gegen das Unrecht, das auf der Welt ist. Man möchte manchmal denken: es bereitet ihm einen Genuß, es aufzuspüren, er hat es vorausgesetzt, er setzt zum Fang an — und richtig! da ist es. Grimmig lächelnd hebt er es ans Licht. Er hat es nicht anders erwartet

DEUXIÈME ANNÉE
NUMÉRO 69

SAMEDI 28 SEPTEMBRE 1929
LE N° UN FRANC

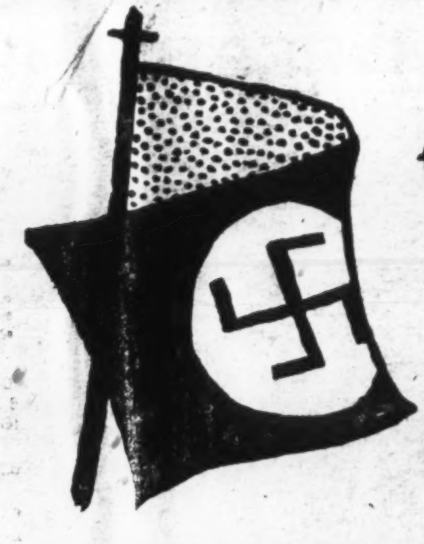
MONDE

Directeur : Henri BARBUSSE

HEBDOMADAIRE D'INFORMATION
LITTÉRAIRE, ARTISTIQUE, SCIENTIFIQUE, ÉCONOMIQUE ET SOCIALE

COMITÉ DIRECTEUR : A. EINSTEIN, M. GORKI, UPTON SINCLAIR, M. UGARTE, M. DE UNAMUNO, M. MORHARDT, LÉON WERTH

RÉDACTION ADMINISTRATION et PUBLICITÉ : 50, Rue ÉTIENNE-MARCEL, PARIS (2e) — Tél. CENTRAL 14-76, 18-23



Les crimes politiques en Allemagne

Les récents attentats politiques en différents points du territoire allemand rappellent à l'attention l'activité des organisations terroristes de droite. On trouvera ci-dessous un historique documenté des crimes de la « Reichswehr noire » qui joua un rôle de premier plan dans la lutte contre le mouvement ouvrier et les partis républica[illegible]s.

Les assassinats politiques qui se sont accumulés en Allemagne entre 1919 et 1924 ne sont pas l'œuvre de démoniaques géants ; ils sont nés dans un milieu bien préparé, policé, juridique et militaire. Les assassinats politiques furent les moyens spécifiques pour déprimer la classe ouvrière et pour combattre la République allemande. Leur long cycle s'étend de Rosa L[illegible]embourg [illegible] Liebknecht, G[illegible]

plupart des commanditaires songeaient donc surtout à la situation politique de l'intérieur » (p. 27). Berlin est encerclé de troupes « noires ». Le régiment de la garde lui-même a un département « noir ». L'affirmation de Buchrucker (p. 34), selon laquelle la marche préparée sur Berlin ait eu pour but simplement de mettre le gouvernement en demeure de reconnaître officiellement ce renforcement de l'armée, est probablement exacte d'un point de vue subjectif. Mais objectivement parlant, ce plan ne représentait rien d'autre qu'une tentative de répéter l'échauffourée de Kapp ; celle-ci n'avait-elle pas été, pareillement, destinée à imposer des ministres qualifiés et à défendre contre un gouvernement qui la violait

mes « de confiance ». Klapproth et Busching vinrent prendre Gröschke le 23 juin dans sa prison et l'assassinèrent en auto pendant le trajet. Le 3 novembre 1926, le Tribunal et les jurés de Landsberg, sous la présidence du juge Wessling, condamnèrent pour participation au meurtre Klapproth à 15 ans de travaux forcés, Raphaël, pour coups et blessures avec circonstances atténuantes, faux serment et participation au meurtre, à 3 ans de travaux forcés. Glaser, un troisième compagnon de route, fut condamné pour participation au meurtre à 3 ans de travaux fo[illegible] également. Le jugement admit que Schulz [illegible] prémédité [illegible] un plan détaillé l'assassinat de Gröecke, mais que, ayant renoncé à ce plan, sa culpabilité, en

duit à des personnalités à vrai dire extérieures à la Reichswehr « noire », mais à la volonté de qui les meurtriers perpétraient leurs actes, même si cette volonté ne se trouvait pas nettement formulée. Ce contraste de classe était presque identique au contraste militaire entre les hommes de la Reichswehr « noire » et les officiers de la « grise ». On, au premier procès de la Vehme, et tant que l'huis-clos empêchait la connaissance de ce contraste, la défense n'avait pas besoin d'attaquer ce cénacle de personnalités avec trop de violence. Mais chaque fait nouvellement public sur la Reichswehr « noire » les obligeait à aiguiser leurs discours jusqu'à ce que, au procès de Stet[illegible], les avocats [illegible] ne craignirent pas

tave Landauer, du député Garéis jusqu'au ministre Eisner et aux ministres Erzberger et Rathenau, ces deux autres victimes des racistes.

La base militaire était constituée par la fameuse « Organisation Consul » (l'O. C.), la division de la Cavalerie de la Garde (Gardekavallerie Schützen Division), par d'autres régiments dissous de Berlin, par la Garde Civique bavaroise, les Corps d'armée libérés, et avant tout par le Bataillon Rossbach, précédemment Bataillon n° 37 de la Reichswehr, et par la Reichswehr elle-même, lors de sa révolte pendant l'échauffourée de Kapp, enfin par les nombreuses associations secrètes nées de formations militaires et armées par la Reichswehr.

La forme la plus puissante du meurtre politique est constituée par ce que l'on a appelé les assassinats de la Vehme (1).

En 1920 déjà, on enregistra des assassinats de la Vehme dans la Garde Civile bavaroise. Par-delà l'O.C., l'Organisation Rossbach et les Corps d'Armée dissous de Haute-Silésie, ils se transmettent à la Reichswehr « noire » et ressortissent d'un système strictement édifié et rigoureusement conçu. C'est à ce système que nous avons à faire en l'espèce des faits qui vont suivre.

En 1923, en violation de la Constitution de l'Etat, et avec l'aide de subventions privées, il se constitue en marge de la Reichswehr une armée « noire » ou secrète. Les cadres de cette formation désignés sous le nom d'Etat-Major de Travail (Arbeits Kommando) et admis par les circonscriptions de défense (Wehrkreise) sont estimés par leur chef politique, pour la seule Circonscription de Défense n° 3 à 18.000 hommes. (Cf.) Major (commandant) Buchrucker. *Im Schatten Seekts, Die Geschichte der schwarzen Reichswehr* (à l'ombre de Seeckt, l'histoire de la Reichswehr noire) (Kampf-Verlag Berlin 1928 page 32). La direction effective de la Reichswehr noire était confiée à un second du major Buchrucker, l'Oberleutnant Paul Schulz, homme d'une énergie incomparable et du plus insigne manque de scrupules. Il siégeait dans le bâtiment de l'état-major de la 3e circonscription de défense à Berlin. En liaison étroite avec lui, travaillait l'état-major pour « missions spéciales » : les sous-officiers Klapproth, Fahlbusch et Busching. Officiellement, les troupes — bouc émissaire — devaient recueillir les armes éparses à travers le pays ; elles le firent, et le résultat fut que la différence entre armes légales et illégales disparut bientôt.

Soi-disant destinée à la protection de la frontière, cette armée de guerre civile voyait son véritable ennemi dans la police prussienne aussi bien que dans les organisations ouvrières ; toutes les deux étaient considérées par elle comme « communistes ». « Les commanditaires (privés) voulaient, en échange des sommes par eux versées, une protection contre les troubles qu'ils craignaient. » (Buchrucker, p. 13.) « La Constitution du Reich ? Un coup dur fut porté à la Reichswehr « noire » lors de l'échauffourée de Kustrin, aux premiers jours d'octobre 1923, et c'est là ce qui rendit impossible la marche sur Berlin.

Donnons, pour commencer, quelques faits juridiquement établis sur les méthodes d'assassinat habituelles à la Reichswehr « noire » (1).

Le soldat Pannier, des troupes « noires » de Döberitz avait déserté. Rattrapé par des camarades, c'est en vain qu'il rechercha la protection de la police ; il fut tué le 4 juin 1923 sur l'ordre du lieutenant Benn par les soldats Stein, Schirrmann et Aschenkamp. Le jour même, Schirrmann se rendait chez Schulz nanti d'une lettre de Gutknecht. Schirrmann, Stein et Aschenkamp furent condamnés à mort par les jurés de Berlin n° 3 sous la présidence du juge Bombe, les trois premiers pour meurtre et Benn pour complicité. Le tribunal refusa d'admettre toute participation au meurtre du commandant Gutknecht et de son successeur Von Senden.

Le lieutenant Janke, le lieutenant des pompiers Balke et le sous-officier Gaedicke avaient essayé de détourner 20.000 pièces de munitions appartenant à la Reichswehr « noire » de Kustrin. Le détournement fut découvert le 15 juin. Le lendemain, Schulz arriva à Kustrin et tint un conciliabule dans un café. Gaedicke fut confronté avec Klapproth qui le mit knock-out. Comme des témoins survenaient, il put tant sauver sa peau. Trois jours après, sur l'ordre de Klapproth, on essaya d'empoisonner Janke. Par peur de la Vehme, Balke se suicida. Janke et Gaedicke furent condamnés le 1er août 1923 chacun à 5 mois de prison par le tribunal de Kustrin.

Le Tribunal et les jurés de Landsberg, sous la présidence du juge Wessling, condamnèrent Klapproth le 8 septembre 1926 (Affaire Goedicke) à 1 an de prison pour tentative de meurtre et pour coups et blessures. Schulz fut acquitté. Après l'annulation du verdict, par le tribunal d'Empire (Reichsgericht), ce jugement fut confirmé par le tribunal et les jurés de Stettin, sous la présidence du juge Hirschberg. Dans l'affaire Janke, Klapproth fut cité comme témoin le 25 octobre 1927 par le Tribunal de Landsberg, sous la présidence du juge Wessling. Trois complices furent condamnés à de petites peines de prison ; le propriétaire foncier Wilhelm Von Oppen Tornow fut condamné le 9 juin 1928 par le Tribunal de Kustrin à 1.000 marks d'amende, pour complicité dans l'évasion de Klapproth.

Le soldat « noir » Paul Gröscke à Kustrin fut remarqué comme psychopathe et bestialement frappé sous les yeux du lieutenant Raphaël. Lorsque le cas fut notifié à Schulz, à Kustrin, celui-ci essaya en vain d'obtenir du poison. N'y parvenant pas, il plaça en sentinelle devant la cellule de Gröschke des hommes dont la mission en l'occurrence était surtout morale.

Le sous-officier Wilms de la 2e compagnie du bataillon Von Senden à Döberitz avait essayé de fonder une Association de sous-officiers. Le lieutenant Von Senden le lui interdit. Wilms fut convoqué chez Schulz. Au retour, il s'enivra et grommela : « Je me sens d'humeur aujourd'hui de tout dénoncer aux communistes. » Ajoutons qu'il n'en fit jamais rien. Or, il advint que Wilms avait soustrait 46.000 marks-papier (2 marks-or). Cela fut notifié à Schulz. Sur ce, Wilms fut déplacé d'office et à titre de représailles à Rathenow, et mis sous les ordres du lieutenant Von Poser. Le 18 juillet, Schulz fit savoir par téléphone à Poser qu'une automobile allait venir, qui amènerait le lieutenant Fuhrmann pour découvrir un dépôt d'armes communiste. Wilms devait être de la corvée. L'automobile arriva, on emmena Wilms, Fahlbusch, Fuhrmann, Klapproth et Umhofer le tuèrent en cours de route. Le Tribunal et les jurés de Berlin n° 111, sous la présidence du juge Siegeft, condamnèrent à mort Fuhrmann, Klapproth et Umhofer pour meurtre et Schulz pour préméditation du meurtre.

La Reichswehr « noire » et ses assassinats fanatiques ne sont parvenus à la publicité que par les actions judiciaires de ces dernières années. On parlait souvent, jadis, de la plupart de ces faits, mais les estimations étaient restées bien au-dessous de la réalité.

En haut lieu on déclarait au sujet de cette armée : « Une Reichswehr « noire » n'a jamais existé. Des sous-ordres ont réalisé des associations illégales. Il y a longtemps que celles-ci sont dissoutes : le Ministère de la Reichswehr n'en a absolument rien su. Une Sainte-Vehme n'a jamais existé. En parler, c'est commettre un crime de haute trahison contre le pays ». Une telle méthode fut efficace tant que les poursuites contre les meurtriers n'eurent pas commencé, mais chacune de ces poursuites élargissait le cercle des faits officiellement connus, faisait pâlir l'effet de tous les démentis mensongers et entraînait de nouveaux aveux, mais à la fois aussi, de nouveaux démentis.

Le huis-clos des premiers procès de la Vehme permit d'effacer dans une certaine mesure les discussions véhémentes dans les débats entre le Ministère public et les criminels ou les responsables. On commença par accuser régulièrement des gens simples, des soldats de la Reichswehr « noire », des valets de ferme aux fronts étroits et à la discipline militaire. Le rôle de la défense consistait donc simplement à nier leur participation aux faits ou, lorsque cela n'était guère possible, à pointer sur ce que ces natures si simples n'avaient pu être que les instruments d'une volonté supérieure, mais que cette volonté supérieure n'était pas autre chose que le désir du secret à tout prix, de rigueur dans la Reichswehr « noire ». Le huis-clos ne permit pas que l'on connût le contraste fondamental entre cette couche sacrifiée, ces assassins provenant de la lie du peuple et leurs chefs tarés et haut placés. Il voilait les ficelles qui [illegible] con-[illegible]ndre contre la Reichswehr les attaques les plus énergiques.

Le Général Von Seeckt écrivit le 22 septembre 1928 à l'avocat de Schulz : « Sans connaître exactement la corrélation des faits et tout leur poids, je dois dire qu'il n'est pas permis de prononcer des jugements sur les circonstances exceptionnelles de l'année 1923, non plus que ce que l'on appelle la Reichswehr « noire » ou les assassinats de la « Vehme ». Comme des bases juridiques n'existent pas en 1928 pour leur jugement, et qu'il n'est pas possible d'en créer dans le cadre du Code pénal ordinaire il convient donc de juger par des non-lieux. »

Pourtant, Seeckt semble avoir quelque appréhension à rendre par trop publiques ses accusations creuses contre les tribunaux et il demande en même temps, que l'on renonce « à publier sa position dans les journaux ». Le ministre de la Reichswehr, le général Groener prit également parti pour les assassins de la Vehme. Dans une lettre au ministre prussien de la Justice, il écrit le 17 septembre 1928 : « Les scrupules que manifeste le chef de l'Etat-major de la circonscription de défense n° III, très au courant de la question et expert militaire au procès Wilms, le colonel baron Von Hammerstein, qui me les a communiqués à fin de jugement, ces scrupules, je les ai transmis à votre Ministère par ma lettre du 3 février 1928, n° 976-28 g. W. Après que la somme de tous les faits et de toutes les causes possibles contre le jugement m'ait été soumise je suis en mesure de confirmer en ce qui me concerne, l'opinion du colonel Von Hammerstein, à savoir, que le verdict a été erroné du point de vue des conditions militaires ».

Bientôt, la crainte que Schulz, amolli par la prison, aille « vider son sac » s'évanouit. Il fût libéré le 28 juin 1929. Sa condamnation à la prison pour l'assassinat de Legner, de Brauer et de Sand fût levée moyennant une caution de 50.000 marks, que M. Von Oppen-Tornow aurait fournie. Pour des « raisons de santé » on libère donc un homme condamné à mort par un tribunal ordinaire et contre lequel sont en cours trois poursuites pour les crimes les plus graves que connaisse notre code pénal, pour meutre. Jamais il ne s'est trouvé qu'un assassin politique de gauche ait bénéficié de semblables mesures. Schulz, maintenant libre va mettre en action tous les leviers pour faire taire des témoins gênants. Soyons francs : la « Vehme » et la Reichswehr ont vaincu la justice : l'épée a cassé la balance.

Si les officiers de la Reichswehr n'ont pas connu la « justice autonome » de la Reichswehr « noire », s'ils n'ont pas voulu la connaître ou s'ils l'ont connue ; s'ils ont souffert, autorisé, suscité ou même ordonné ce système, si leur responsabilité par conséquent est platoniquement morale, ou si elle tombe sous le coup du Code pénal ; ce sont là des questions dont l'intérêt n'est pas seulement moral ou historique. Elles sont actuelles et politiques, car les officiers qui ont étroitement participé à la formation des cadres de troupes illégales et qui créèrent ainsi la base disciplinaire morale et matérielle de la Vehme, sont encore en activité.

E.-J. GUMPEL.

---

(1) On sait qu'au moyen âge, en Allemagne, la Sainte-Vehme était un tribunal secret et tout puissant, dont les sentences terribles s'exécutaient dans le plus grand mystère.

(1) Le récit détaillé des différents cas se trouve dans un ouvrage en cours d'impression *Verræter verfallen der Feme* (Traîtres tombés victimes de la Vehme), par E. J. Gumbel, Berthold Jacob et Ernest Falck (Malik-Verlag, Berlin).

Aus dem Kampf Preußens um die Republik
xxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxx

Z.N. Berlin, 25. Oktober

In den nächsten Tagen erscheint eine abschließende Darstellung des gesamten Komplexes der Fememorde von Gumbel, Jacob und Falck. Das Buch kommt unter dem Titel "Verräter verfallen der Feme" im Malik-Verlag heraus. Auf 390 Seiten werden behandelt die Attentatstätigkeit der O.C., der bayerischen Einwohnerwehr, der oberschlesischen Freikorps und der Schwarzen Reichswehr von rechts, der Kommunisten von links.

Im folgenden geben wir ein Kapitel wieder, das besonders deutlich den republikanischen Kampf Preußens gegen die Ansprüche der Wehrmacht zeigt. In diesem Kampfe hätte Preußen nicht allein zu stehen brauchen; das Drängen der damals gut unterrichteten Sächsischen Regierung hätte zu einem Siege über die antirepublikanischen Kräfte nutzbar gemacht werden können. Statt dessen kam es zur Katastrophe des Herbstes 1923: dem Rachezuge gegen Sachsen. Der Abschnitt lautet:

"Das Abkommen "Seeckt-Severing"

Nach Geßlers Denkschrift war die, "Arbeitskommandos" genannte, Schwarze Reichswehr dem Preußischen Ministerium des Innern bekannt. Auch ein Beschluß des Reichsgerichts vom 24. Juni 1926 führt dies als Tatsache an. Die Preußische Regierung hat dagegen erklärt: "Es ist unwahr, daß die von Schulz geleiteten Arbeitskommandos mit Wissen des Preußischen Ministers des Innern aufgestellt oder aufgefüllt worden sind. (Berliner Tageblatt, 27.10.26.)

Ziemliche Klarheit über diese Frage gab die Vernehmung Severings und des Staatssekretärs im Preußischen Innenministerium, Dr. Abegg, vor dem Feme-Untersuchungsausschuß des Reichstags am 8.7.1927.

Danach kannte der Preußische Minister des Innern, Severing, und die ihm unterstellten Behörden, vor allem der Leiter der politischen Abteilung des Berliner Polizeipräsidiums, Oberregierungsrat Dr. Weiß, die Verbindung der Reichswehr mit den illegalen Verbänden. Im Frühjahr 1923 drängte die Preußische Regierung beim Reichspräsidenten und beim Reichswehrminister auf eine Beendigung dieser Zusammenarbeit. Hierüber wurde eine Reihe von Konferenzen abgehalten, an denen von Seiten der Reichsregierung Ebert, Cuno und Geßler, von Seiten der Preußischen Regierung Braun und Severing teilnahmen. Sie führten zu dem sogen. "Abkommen Seeckt-Severing" vom 7.2.1923. Es lautete:

1. In Sachen Landesschutz (Verfassungs-, Grenz-Schutz, Heeresverstärkung in personeller und materieller Hinsicht) erfordert die Durchführung aller Vorbereitungsmaßnahmen engstes Einvernehmen und Zusammenarbeiten zwischen Militär- und Zivilbehörden.
2. In diesem Sinne treffen die Wehrkreiskommandos mit dem Oberpräsidenten die erforderlichen Vereinbarungen. In grundsätzlichen Dingen sind bei Zweifeln und Meinungsverschiedenheiten Weisungen der vorgesetzten Zentralstellen einzuholen.
3. Durchweg sind zur Vermeidung unnötiger Schreibarbeit mündliche Vereinbarungen und Anordnungen zu treffen. Ferner muß vorgesorgt werden, daß alle Maßnahmen der Gesamtheit dienen und bei dieser eine zuverlässige Stätte haben. - Maßnahmen bei Anzeige und Auffindung von Waffen sind zwischen den beteiligten Instanzen zu regeln.
4. Gleichzeitig mit Ueberleitung in das neue Verfahren wird die Unterstützung von privaten Organisationen seitens der Reichswehr abgebaut, und zwar bis zur endgültigen Trennung mit dem

31.März 1923. Die zur Zeit mit der Reichswehr in Verbindung stehenden Organisationen sind zur Vermeidung unsachgemäßer Gegeneinanderarbeit der Ressorts dem Preußischen Ministerium des Innern anzugeben." (Mitgeteilt in der 38.Sitzung des Femeausschußes des Reichstags vom 30.3.27 durch den Berichterstatter, Abg.Dr.Paul Levi.)

Allerdings ist dieses Abkommen, dessen wesentlicher Inhalt der Punkt 4 war, nicht in Kraft getreten. Die Verhandlungen mit dem Reichswehrministerium über den "begründeten Verdacht, daß die Reichswehr mit privaten Wehrorganisationen in Verbindung stehe" (Severing), gingen weiter. So kam es am 30.7.1923 zu einer anderen Vereinbarung zwischen Geßler und Severing, deren Wortlaut nicht bekannt geworden ist. Ueber den Inhalt befragt, sagte Severing vor dem Feme-Untersuchungsausschuß des Reichstags am 8.7.1927:

"Ueber die Richtlinien kann ich angeben, daß es sich für mich darum handelte, die Reichswehr von den privaten Organisationen vollständig loszulösen. Dort, wo sich Waffen in Händen privater Organisationen befanden, sollte die Ueberführung dieser Waffen mit Hilfe der preußischen Behörden geschehen. "

Auf eine Frage des Vorsitzenden, ob unter diesen"privaten Organisationen" auch die Arbeitskommandos verstanden wurden, erwiderte Severing: "Alles, was sich unter den Begriff 'illegal' irgendwie unterbringen ließ."

Die meisten dieser Verhandlungen seien mündlich gewesen. Die Reichswehr habe sich vielfach nicht an die Abmachungen gehalten. Schließlich erklärte Severing:

"Diese Arbeitskommandos hatten, nachdem ich von ihrer Existenz erfahren und über ihre wahre Natur Erkundigungen eingezogen hatte, anscheinend gar keinen anderen Zweck, als allmählich einen illegalen Truppenkörper heranzubilden."

Damit sind die zahlreichen Dementis des Reichswehrministeriums widerlegt und die Angaben Buchruckers bestätigt."

• • • • • • • • • • • • • •

55

Deutsche Ausgabe
Nummer 4—5

Berlin, den 15. November 1929

Als Manuskript gedruckt.

Bulletin
des
Organisations-Komitees
für die
Internationale Juristische Konferenz

Alle Sendungen für die Redaktion sind zu richten an die Adresse:
Rechtsanwalt Dr. **Alfred Apfel**, Juristische Konferenz, Berlin W. 8, Friedrichstraße 59/60.

Gedanken zum Strafvollzug.

Von **Dr. E. J. Gumbel**, Privatdozent an der Universität Heidelberg.

Zahlreich sind die Theorien, die dem Strafvollzug zugrunde liegen. Nach der ältesten handelt es sich um Rache: Auge um Auge, Zahn um Zahn. Eine mildere spricht von der Sühne begangenen Unrechts. Eine weniger ethisch als sozial fundierte Auffassung geht von der Notwendigkeit eines Schutzes der Gesellschaft aus und postuliert als Zweck die Besserung.

Gleichgültig, welche Theorie offiziell zugrunde gelegt wird, die Einsperrung stellt, wie sie auch ausgestaltet wird, eine Strafe dar, und sie muß es sein. Das Problem lautet: Die Verbrechen sind zum größten Teil durch die heutige Gesellschaftsordnung bedingt. Trägt der Strafvollzug dazu bei, den Betroffenen wenigstens zu bessern?

Die folgenden Zeilen verzichten auf theoretische Betrachtungen. Sie wollen nur einige der Eindrücke wiedergeben, die ich bei Besichtigung einiger Strafanstalten gewonnen habe. Inwieweit sie symptomatisch für alle deutschen Anstalten sind, kann ich nicht beurteilen.

Die inhaftierte Bevölkerung zerfällt in die Untersuchungsgefangenen und Strafgefangenen einerseits und die politischen und „gemeinen" Verbrecher andrerseits. Durch Kombination dieser beiden Merkmale entstehen vier Kategorien, die juristisch und sozial betrachtet nichts miteinander gemein haben. Denn nach dem Gesetz gilt der Untersuchungsgefangene im Gegensatz zum Strafgefangenen nicht als überführt, und der politische Verbrecher hat im Gegensatz zu den meisten gemeinen aus sogenannten ehrenhaften Motiven gehandelt. Diesen wesentlichen Unterschieden wird von den Strafanstalten nicht genügend Rechnung getragen. Sie stülpen über alle vier Kategorien die gemeinsame Decke der Hausordnung, und belasten damit den in Untersuchungshaft Befindlichen und den politischen Verbrecher stärker als den gemeinen.

Zum Teil sind die Gefangenen in Einzelzellen, zum Teil in großen Räumen untergebracht. Beides hat seine Nachteile. Der in Einzelhaft befindliche Gefangene hat seine Werkzeuge in der Zelle. Die mit der Arbeit verbundene Staubentwicklung wirkt schwer gesundheitsschädigend, da die Zellen nicht richtig gelüftet werden können. Die kollektive Haft bietet eine gewisse Geselligkeit. In der Einzelhaft erlischt um 7 Uhr abends die Lampe, unnötig früh; immerhin der Gefangene kann schlafen. Dagegen brennt in den Schlafräumen nachts das Licht; die Gefangenen dürfen nicht schlafen; dies geschieht, um die sogenannten Unsittlichkeiten zu bekämpfen, d. h. die Tatsache, daß das nicht ertötbare sexuelle Begehren der Gefangenen sich einen Ausweg schaffen muß.

In den drei Anstalten, die ich sah — und es wird mir glaubhaft versichert, daß dies in der Mehrzahl der deutschen Strafanstalten ebenso sei — herrscht das Kübelsystem. Die Kübel werden, da es an Personal mangelt, ein oder höchstens zweimal in 24 Stunden geleert. Schon in der Einzelzelle muß, da die Deckel nie richtig passen, die Luft verpestet sein. In den Schlafsälen steht für eine Vielzahl von Gefangenen nur ein, zudem meistens zu kleiner Kübel zur Verfügung. Es wirkt depravierend, wenn der Gefangene sein Bedürfnis in Gegenwart der andern verrichten muß. Warum soll es den Gefangenen nicht gestattet sein, den in jedem Stockwerk befindlichen Abort nach freiem Ermessen zu benutzen? Dies würde allerdings voraussetzen, daß die einzelnen Zellentüren nicht ständig geschlossen bleiben. Zum mindesten müßte

56

ein abgeschlossener Abort neben jedem Schlafsaal gebaut werden.

Die Ernährung war überall widerwärtig und bestand aus einer braunen Sauce als Frühstück und einem mit Soda durchmischten, undefinierbaren Brei als Hauptmahlzeit. Sie war zudem ungenügend, fett- und fleischlos und ohne Abwechslung. Zu fordern wäre, daß jeder Gefangene kontrollieren kann, ob er die ihm nach der Hausordnung zustehende Ration empfängt. Zum mindesten müßte eine Deputation der Gefangenen eine solche Kontrolle ausüben können. Außerdem ist nicht einzusehen, warum der Gefangene niemals frisches Obst oder Gemüse bekommen soll. Finanzielle Gründe können hierfür nicht angeführt werden.

Vielfach wird das Stufensystem als eine moderne Errungenschaft gefeiert, die insbesondere erzieherisch wirke und den Gefangenen moralisch fördere. Leider ist dieser Vorzug dialektisch, er schlägt in sein Gegenteil um. Denn in der Praxis kann das Stufensystem nur dem langjährig Eingesperrten zugute kommen, da der Gefangene die Beweise seiner angeblichen Besserung erst nach 3 oder gar 6 Monaten liefern kann. Es belastet am stärksten die kurzfristigen, also diejenigen, für die die Rückkehr in ein relativ geordnetes bürgerliches Leben an sich am leichtesten ist und denen sie daher noch erleichtert werden sollte. In der Praxis bedeutet das Stufensystem eine Erziehung zur vollendeten Heuchelei, besonders wenn für die Einstufung die Angabe des Gefängnisgeistlichen entscheidend ist. Denn religiöse Gefühle lassen sich am leichtesten simulieren.

Die schrecklichste Last des Gefängnisses ist die Tatsache, daß der Gefangene in ihm ständig neue Handlungen begehen kann, ja, solange er ein Mensch ist, begehen muß, die im Sinne der Hausordnung strafwürdig sind, und daß er somit ständig auf das durch besondere Akte der Unterwürfigkeit gegründete Wohlwollen oder Schweigen der Wärter angewiesen ist.

Nichts hat der Mensch, gleichgültig in welchem sozialen Milieu er lebt, nötiger, als das „unnötige" Reden. Dieser elementaren Tatsache gegenüber fordert der Strafvollzug die unbedingte und ununterbrochene Schweigepflicht. Sie kann nicht eingehalten werden und der Gefangene verstrickt sich ständig in das Netz der Disziplinarparagraphen.

Es gibt keinen Menschen, der nicht Sehnsucht nach einem Stück Himmel und nach Sonne hätte. Der Anblick des Lichtes gewährt Freude und gibt Lebensbejahung. Die trübe Zelle erhöht die Sehnsucht. Der Gefangene hat die faktische Möglichkeit, dieses Bedürfnis zu befriedigen, indem er auf die Pritsche steigt oder sich am Fensterrand festhält. Beides ist ihm verboten. Er muß dieses Verbot übertreten und damit sich strafwürdig machen.

Beide Verbote werden an Grausamkeit und Undurchführbarkeit noch übertroffen. Die griechische Sage berichtet von Tantalus, der im Wasser steht und verdurstet, denn so oft er sich bückt, entschwindet das Wasser. So wird der Gefangene behandelt. Denn er wird mit dem Entrippen von Tabakblättern beschäftigt — und darf nicht rauchen.

Der Strafvollzug verlangt also von dem Gefangenen Unmögliches und besitzt damit ein ständiges Druckmittel in Form der Disziplinarstrafen: Bettentzug, Hofentzug, Kostentzug usw.

Auf die Frage, ob die Dunkelkammern noch existieren, wurde mir überall geantwortet, ihre Verwendung als Strafmittel sei verboten. Materiell existieren aber natürlich die „früheren" Dunkelkammern überall noch und sie werden auch benutzt — aber nicht als Strafmittel, sondern als „Erziehungs- und Beruhigungsmittel". Auch sollen diese Räume nicht als Dunkelkammern verwendet werden. Nur war in ihnen keine Beleuchtung und die alten Laden, welche die Kammer zur Dunkelkammer machen, waren noch vorhanden.

Gleichgültig, ob speziell hier ein System vorliegt: das wesentliche Prinzip des Strafvollzugs ist, daß der Gefangene ständig neu strafwürdig wird. Er besitzt keinerlei eigenes Recht und damit fehlt ihm die erste Voraussetzung zum eigenen Leben und zur Verantwortlichkeit. Der Gefangene ist lebendig begraben, der „Gnade" überlassen. Er hat praktisch kein Beschwerderecht; keine Kontrolle von außen kann ihm helfen. Die seinerzeit vorgesehenen Anstaltsbeiräte sind leider im Entwurf zur neuen Strafvollzugsordnung fallen gelassen.

So grotesk alles bisherige, so wird es noch weit übertroffen durch die Art und Höhe der Arbeitsbelohnung genannten „Bezahlung", die der Gefangene für die Arbeit erhält, die er im Dienst der Gefängnisverwaltung oder — was noch schlimmer ist — für einen privaten Unternehmer leistet. Bei fleißigster Arbeit, in einer stumpfsinnigen, geisttötenden Beschäftigung, die schon an sich eine Marter darstellt und die ihn beruflich nicht fördert, kann er es auf allerhöchstens 30 Pfennig pro Tag bringen. Dem stehen die Kosten des Strafvollzugs von 1 Mark bis Mark 1,50 täglich gegenüber, die der Gefangene zu tragen hat. Niemals kann also der Gefangene die Schulden tilgen, die er durch seinen Aufenthalt in diesem „Hotel zur Gerechtigkeit" erwirbt. Nach mehrjähriger Einsperrung wird ein Gefangener mit vielleicht 20 Mark in der Tasche entlassen. Der erste Besucher, den er in seinem Heim — falls er ein solches besitzt — vorfindet, ist der Gerichtsvollzieher, der die Kosten des Strafvollzuges zu pfänden versucht. In der Praxis werden diese Verfahren natürlich wegen ihrer völligen Aussichtslosigkeit niedergeschlagen: denn der Entlassene bringt es doch niemals zu Vermögen. Aber schon die Vorstellung ist ungeheuerlich, daß der Gefangene ohne neues Wissen, ohne nennenswerte Mittel, die seiner jahrelangen Arbeit entsprechen würden, ja, schwer verschuldet, eine Anstalt verläßt, in der ihm alle Möglichkeiten zum Aufbau eines neuen Lebens geboten werden sollten.

Die Vergebung von Gefangenenarbeit an private Unternehmer ist schlimmste Sklaverei. Es ist zu fordern, daß der Gefangene entsprechend seiner tatsächlichen Leistung nach Sätzen bezahlt werde, die zum mindesten der Größenordnung nach den Tarifsätzen entsprechen.

Ergebnis: Der unmenschliche Strafvollzug vernichtet den Gefangenen, anstatt ihn zu „bessern". Zum mindesten wirft er ihn in seine frühere asoziale Bahn zurück. Der Strafvollzug richtet unter Umständen noch größeres Unheil an, als die Verbrecher selbst. Sicher stellt er keinen Schutz der Gesellschaft dar. Ich gestehe offen zu, daß ich für manche der hier angeschnittenen Probleme keine Lösung weiß. Insbesondere sehe ich keinen Weg, die Gefängnisse abzuschaffen. Der Zweck dieser Erlebnisschilderung war nur, einen kleinen Beitrag zu einer Diskussion zu liefern, die ich für dringend wünschenswert halte. Denn ich zweifle, daß diese infernalischen Zustände notwendig sind und daß die Oeffentlichkeit sie dulden würde, falls sie ihr bekannt wären.

51

"GENF"

KORRESPONDENZ FÜR FRIEDEN UND VERSTÄNDIGUNG

Herausgegeben von: CARL MERTENS
4, Rue de l'Université -- GENÈVE

Postscheckkonto: Berlin, No. 110534. W. MERTENS, Genf-Schweiz.

Nr. IV/24. 27.November 1929.

Inhalt dieser Nummer:

Gedanken zum Strafvollzug. von E.J.Gumbel
Die Arbeit der Polizei.- Belgien und Deutschland.-
Mussolinis amerikanisches Empirium.-
"Im Westen nichts Neues".

= =

Gedanken zum Strafvollzug. von E.J.Gumbel.

Zahlreich sind die Theorien, die dem Strafvollzug zugrunde liegen. Nach der ältesten handelt es sich um Rache : Auge um Auge, Zahn um Zahn. Eine mildere spricht von der Sühne begangenen Unrechts. Eine weniger ethisch als sozial fundierte Auffassung geht von der Notwendigkeit eines Schutzes der Gesellschaft aus und postuliert als Zweck die Besserung.

Gleichgültig, welche Theorie offiziell zugrunde gelegt wird, die Einsperrung stellte, wie sie auch ausgestaltet wird, eine Strafe dar, und sie muss es sein. Das Problem lautet: Die Verbrechen sind zum grössten Teil durch die heutige Gesellschaftsordnung bedingt. Trägt der Strafvollzug dazu bei, den Betroffenen zu bessern?

Die folgenden Zeilen verzichten auf theoretische Betrachtungen. Sie wollen nur einige der Eindrücke wiedergeben, die ich bei der Besichtigung einiger Strafanstalten gewonnen habe. Inwieweit sie symptomatisch für alle deutschen Anstalten sind, kann ich nicht beurteilen.

Die inhaftierte Bevölkerung zerfällt in die Untersuchungsgefangenen und Strafgefangenen einerseits und die politischen und "gemeinen" Verbrecher andererseits. Durch Kombination dieser beiden Merkmale entstehen vier Kategorien, die juristisch und sozial betrachtet nichts mit einander gemein haben. Denn nach dem Gesetz gilt der Untersuchungsgefangene im Gegensatz zum Strafgefangenen nicht als überführt, und der politische Verbrecher hat im Gegensatz zu den meisten gemeinen aus sogenannten ehrenhaften Motiven gehandelt. Diesen wesentlichen Unterschieden wird von den Strafanstalten nicht genügend Rechnung getragen. Sie stülpen über alle vier Kategorien die gemeinsame Decke der Hausordnung und belasten damit den in Untersuchungshaft Befindlichen und den politischen Verbrecher stärker als den gemeinen.

Zum Teil sind die Gefangenen in Einzelzellen, zum Teil in grossen Räumen untergebracht. Beides hat seine Nachteile. Der in Einzelhaft befindliche Gefangene hat seine Werkzeuge in der Zelle. Die mit der Arbeit verbundene Staubentwicklung wirkt schwer gesundheitsschädigend, da die Zellen nicht richtig gelüftet werden können. Die kollektive Haft bietet eine gewisse Geselligkeit. In der Einzelhaft erlischt um 7 Uhr abends die Lampe, unnötig früh; immerhin, der Gefangene kann schlafen. Dagegen brennt in den Schlafräumen nachts das Licht; die Gefangenen dürfen nicht schlafen. Dies geschieht, um die sogenannte Unsittlichkeit zu bekämpfen, d.h. die Tatsache, dass das nicht ertötbare sexuelle Begehren der Gefangenen sich einen Ausweg schaffen muss.

In den drei Anstalten, die ich sah - und es wird mir glaubhaft versichert, dass dies in der Mehrzahl der deutschen Strafanstalten ebenso sei - herrscht das Kübelsystem. Die Kübel werden, da es an Personal mangelt, ein-oder höchstens zweimal in 24 Stunden geleert. Schon in der Einzelzelle muss, da die Deckel nie richtig passen, die Luft verpestet sein. In den Schlafsälen steht für eine Vielzahl von Gefangenen nur ein, zudem meistens zu kleiner Kübel zur Verfügung. Es wirkt deprimierend, wenn der Gefangene sein Bedürfnis in Gegenwart der andern verrichten muss. Warum soll es den Gefangenen nicht gestattet sein, den in jedem Stockwerk befindlichen Abort nach freiem Ermessen zu benutzen? Dies würde allerdings voraussetzen, dass die einzelnen Zellentüren nicht ständig geschlossen bleiben. Zum mindesten müsste ein abgeschlossener Abort neben jedem Schlafsaal gebaut werden.

Die Ernährung war überall widerwärtig und bestand aus einer braunen Sauce als Frühstück und einem mit Soda durchmischten, undefinierbaren Brei als Hauptmahlzeit. Sie war zudem ungenügend, fett-und fleisch-

los und ohne Abwechslung.Zu fordern wäre,dass jeder Gefangene kontrollieren kann,ob er die ihm nach der Hausordnung zustehende Ration empfängt.Zum mindesten müsste eine Deputation der Gefangenen eine solche Kontrolle ausüben können.Ausserdem ist nicht einzusehen,warum der Gefangene niemals frisches Obst oder Gemüse bekommen soll.Finanzielle Gründe können hierfür nicht angeführt werden.

Vielfach wird das Stufensystem als eine moderne Errungenschaft gefeiert,die insbesondere ezieherisch wirke und den Gefangenen moralisch fördere.Leider ist dieser Vorzug dialektisch: er schlägt in sein Gegenteil um. Denn in der Praxis kann das Stufensystem nur dem langjährig Eingesperrten zugute kommen,da der Gefangene die Beweise seiner angeblichen Besserung erst nach drei oder gar sechs Monaten liefern kann.Es belastet am stärksten die Kurzfristigen,also diejenigen,für die die Rückkehr in ein relativ geeordnetes bürgerliches Leben an sich am leichtesten ist und denen sie daher noch erleichtert werden sollte. In der Praxis bedeutet das Stufensystem eine Erziehung zur vollendeten Heucheleu,besonders,wenn für die Einstufung die Angabe des Gefängnisgeistlichen entscheidend ist.Denn religiöse Gefühle lassen sich am leichtesten simulieren.

Die schrecklichste Last des Gefängnisses ist die Tatsache,dass der Gefangene in ihm ständig neue Handlungen begehen kann,ja,solange er ein Mensch ist, begehen muss,die im Sinne der Hausordnung strafwürdig sind,und dass er somit ständig auf das durch besondere Akte der Unterwürfigkeit gegründete Wohlwollen oder Schweigen der Wärter angewiesen ist.

Nichts hat der Mensch,gleichgültig,in welchem sozialen Milieu er lebt,nötiger als das "unnötige" Reden. Dieser elementaren Tatsache gegenüber fordert der Strafvollzug die unbedingte und ununterbrochene Schweigepflicht.Sie kann nicht eingehalten werden, und der Gefangene verstrickt sich ständig in das Netz der Disziplinarparagraphen.

Es gibt keinen Menschen,der nicht Sehnsucht nach einem Stück Himmel und nach Sonne hätte. Der Anblick des Lichtes gewährt Freude und gibt Lebensbejahung. Die trübe Zelle erhöht diese Sehnsucht.Der Gefangene hat die faktische Möglichkeit,dieses Bedürfnis zu befriedigen,indem er auf die Pritsche steigt oder sich am Fensterrand festhält.Beides ist ihm verboten. Er muss dieses Verbot übertreten und damit sich strafwürdig machen.

Beide Verbote werden an Grausamkeit und Undurchführbarkeit noch übertroffen. Die griechische Sage berichtet von Tantalus,der im Wasser steht und verdurstet,denn so oft er sich bückt,entschwindet das Wasser.So wird der Gefangene behandelt. Denn er wird mit dem Entrippen von Tabakblättern beschäftigt - und er darf nicht rauchen.

Der Strafvollzug verlangt also von dem Gefangenen Unmögliches und besitzt damit ein beständiges Druckmittel in Form der Disziplinarstrafen: Bettentzug,Hofentzug,Kostentzug,usw.

Auf die Frage,ob die Dunkelkammern noch existieren,wurde mir überall geantwortet,ihre Verwendung als Strafmittel sei verboten.Materiell existieren natürlich die "früheren" Dunkelkammern überall noch und sie werden auch benutzt - aber nicht als Strafmittel,sondern als "Erziehungs-und Beruhigungsmittel".Auch sollen diese Räume nicht als Dunkelkammern verwendet werden.Nur war in ihnen keine Beleuchtung und die altenLaden,welche die Kammer zur Dunkelkammer machen,waren noch vorhanden.

Gleichgültig,ob das eben Geschilderte ein System: das wesentliche Prinzip des Strafvollzugs ist,dass der Gefangene ständig neu strafwürdig wird.Er besitzt keinerlei eigenes Recht, und damit fehlt ihm die Voraussetzung zum eigenen Leben und zur Verantwortlichkeit. Der Gefangene ist lebendig begraben,der "Gnade" überlassen. Er hat praktisch kein Beschwerderecht; keine Kontrolle von aussen kann ihm helfen.Die seinerzeit vorgesehenen Anstaltsbeiräte sind leider im Entwurf zur neuen Strafvollzugsordnung fallen gelassen.

So grotesk alles bisherige,so wird es noch weit übertroffen durch die Art und Höhe der Arbeitsbelohnung genannten "Bezahlung",die der Gefangene für die Arbeit erhält,die er im Dienst der Gefängnigverwaltung oder - was noch schlimmer ist - für einen privaten Unternehmer leistet. Bei fleissigster Arbeit,in einer stumpfsinnigen,geisttötenden Beschäftigung, die schon an sich eine Marter darstellt,und die ihn be-

ruflich nicht fördert, kann er es auf allerhöchstens 30 Pfennig pro Tag bringen. Dem stehen die Kosten des Strafvollzugs von 1 Mark bis 1,50 täglich gegenüber, die der Gefangene zu tragen hat. Niemals kann also der Gefangene die Schulden tilgen, die er durch seinen Aufenthalt in diesem "Hotel zur Gerechtigkeit" erwirbt. Nach mehrjähriger Einsperrung wird ein Gefangener mit vielleicht 20 Mark in der Tasche entlassen. Der erste Besucher, den er in seinem Heim - falls er ein solches besitzt- vorfindet, ist der Gerichtsvollzieher, der die Kosten des Strafvollzugs zu pfänden versucht. In der Praxis werden diese Verfahren natürlich wegen ihrer Aussichtslosigkeit niedergeschlagen; denn der Entlassene bringt es doch niemals zu Vermögen. Aber schon die Vorstellung ist ungeheuerlich, dass der Gefangene ohne neues Wissen, ohne nennenswerte Mittel, die seiner jahrelangen Arbeit entsprechen würden, ja schwer verschuldet eine Anstalt verlässt, in der ihm alle Möglichkeiten zum Aufbau eines neuen Lebens geboten werden sollten.

Die Vergebung von Gefangenenarbeit an private Unternehmer ist schlimmste Sklaverei. Es ist zu fordern, dass der Gefangene entsprechend seiner tatsächlichen Leistung nach Sätzen bezahlt werden, die zum mindesten ungefähr den Tarifsätzen entsprechen.

Ergebnis: Der unmenschliche Strofvollzug vernichtet den Gefangenen anstelle ihn zu "bessern". Zum Mindesten wirft er ihn in eine frühere soziale Bahn zurück. Der Strafvollzug richtet unter Umständen noch grösseres Unheil an, als die Verbrecher selbst. Sicher stellt er keinen Schutz der Gesellschaft dar. Ich gestehe offen zu, dass ich für manche der hier angeschnittenen Probleme keine Lösung weiss. Insbesondere sehe ich keinen Weg, die Gefängnisse abzuschaffen. Der Zweck dieser Erlebnisschilderung war nur, einen kleinen Beitrag zu einer Diskussion zu liefern, die ich für dringend wünschenswert halte. Denn ich zweifle, dass diese infernalischen Zustände notwendig sind, und dass die Oeffentlichkeit sie dulden würde, falls sie ihr bekannt wären.

58

Edition française

Numéros 4—5 Berlin, le 15 novembre 1929. Imprimé comme manuscrit

Bulletin

du

Comité d'Organisation

pour la préparation de la

Conférence juridique internationale

Tous les envois pour la rédaction doivent être adressés:
Dr. Alfred Apfel, avocat, Conférence juridique, Berlin W. 8, Friedrichstraße 59/60.

... horreurs . . .

Aperçus sur le régime pénitentiaire en Allemagne

par E. J. Gumbel, Professeur Agrégé à l'Université de Heidelberg.

Nombreuses sont les théories qui se proposent de rechercher le fondement du mode d'application des sanctions pénales. D'après les plus anciennes il y a à la base une idée de vengeance: oeil pour oeil, dent pour dent. Une théorie plus douce parle de l'expiation d'une injustice commise. Une autre conception, dont la base est plus sociale que morale, a pour point de départ la nécessité de protéger la société, et se propose pour but l'amendement du coupable.

Quelle que soit la théorie qui en constitue le fondement et quelles que soient les formes qu'il prend, l'emprisonnement constitue une punition et c'est aussi ce qu'il doit être. Le problème qui se pose est le suivant: Les crimes sont, la plupart du temps, déterminés par l'ordre social actuel; la sanction pénale contribue-t-elle au moins à l'amendement du coupable?

Je renonce, dans les lignes qui vont suivre, aux considérations théoriques. Je veux seulement donner quelques impressions recueillies en visitant quelques établissements pénitentiaires. J'ignore toutefois dans quelle mesure elles sont caractéristiques pour tous les etablissements pénitentiaires d'Allemagne.

Les pensionnaires des prisons se divisent, en détenus préventifs et condamnés définitifs d'une part et en criminels politiques et „de droit commun" d'autre part. De la combinaison de ces deux distinctions, il résulte que l'on peut distinguer 4 catégories de prisonniers, lesquelles, du point de vue juridique et social, ont de caractères très différents. Car, suivant la loi, le prisonnier en prévention est considéré, en opposition au condamné, comme n'étant pas encore convaincu de délit et le prisonnier politique est considéré, en opposition au prisonnier de droit commun, comme ayant agi pour des mobiles honorables. Les établissements pénitentiaires ne tiennent pas suffisamment compte de ces distinctions importantes. Ils jettent sur les 4 catégories la couverture commune du règlement de l'établissement, lequel, en raison même de la distinction établie ci-dessus, pèse plus lourdement sur les prisonniers en prévention et sur les condamnés politiques.

Les prisonniers sont, les uns ilosés dans des cellules et les autres enfermés dans de grand locau Ces deux modes d'emprisonnement présentent leurs inconvénients. Le prisonnier soumis à l'isolement manie ses instruments de travail dans la cellule. La poussière qui en résulte a des consequences graves pour sa santé les cellules ne pouvant pas êt. aérées d'une façon satisfaisante. L'emprisonnement collectif présente l'avantage d'une certaine sociabilité, mais aussi bien des inconvénients. Dans les cellules on éteint la lumière à 7 heures du soir ce quit est trop tôt et constitue une brimade inutile; toujours est-il que le prisonnier peut dormir. Au contraire, dans les dortoirs communs la lumière éclaire toute la nuit: les prisonniers ne peuvent pas dormir. Cela a dit-on pour but de combattre la perversité, qui résulterait de ce fait que le besoin sexuel du prisonnier est inexorable et que l'obscurité lui permettrait d'y satisfaire d'une manière quelconque.

Dans les trois établissements que j'ai visités et es personnes dignes de foi m'ont assuré qu'il en est de même dans la majorité des établissements pénitentiaires allemands — c'est la système du baquet qui règne. A cause du manque de personnel, les baquets sont vidés une fois par jour, deux fois, au maximum. Déjà dans les cellules individuelles l'air est vicié, parce que la plupart de temps le couvercle du baquet s'adapte mal. Mais dans les dortoirs il y a un seul baquet, souvent trop petit, pour plusieurs personnes. Que le prisonnier doive satisfaire ses besoins en présence de tous les autres, n'est-ce pas dépravant? Pourquoi ne lui serait-il pas permis d'utiliser suivant le besoin le cabinet qui se trouve à chaque étage? Une condition préliminaire serait cependant que les portes des cellules ne restent pas constamment fermées. Il faudrait tout au moins construire un cabinet separé à côté de chaque dortoir. La nourriture est partout déplorable et composée d'un jus brun comme petit déjeuner et d'une buillie indéfinissable, mé-

langée de soude, comme repas principal. Elle est en outre insuffisante, dépourvue de viande et des matières grasses et surtout invariable. Il faut réclamer pour chaque prisonnier le droit de contrôler s'il a reçu la ration réglementaire. Il faudrait tout au moins qu'une délégation des prisonniers puisse exercer un tel contrôle. En outre, on se demande pourquoi les prisonniers ne reçoivent jamais de fruits ou légumes frais. On ne peut pas invoquer à ce sujet des raisons financières.

Le système des échélons est fréquemment célébré comme une conquête moderne, ayant notamment des effets bienfaisants et moralisateurs sur les prisonniers. Mais cette conquête est malheureusement dialectique et se transforme en son contraire. Car dans la pratique, les système des échelons n'offre un avantage qu'au prisonnier enfermé pendant plusieurs années, le prisonnier ne pouvant donner la preuve de son amendement qu'au but de trois, et même de six mois. Les plus désavantagés sont les prisonniers dont les peines sont courtes, c'est à dire ceux pour lesquels le rétour à une vie relativement ordonnée est en soi plus facile et qu'il faudrait par conséquent encore faciliter. Dans la pratique le système de échelons constitue un encouragement à l'hypocrisie, surtout lorsque c'est la recommandation de l'aumônier du pénitentier qui est décisive pour l'avancement à un échelon supérieur. Car, les sentiments religieux sont ceux qu'il est le plus facile de simuler.

Ce qui est le plus terrible dans la prison c'est que le prisonnier peut et, si tant est qu'il est un homme, doit même, y commettre des actions qui, dans l'esprit du règlement, sont punissables; il est donc constamment obligé de compter avec la bienveillance et le silence des gardiens, bienveillance obtenue souvent par des actes de servilité.

L'homme, dans quelque milieu qu'il vive, n'a rien tant besoin que de „parler inutilement". Au mépris de ce fait élémentaire, le régime pénitentiaire exige le silence absolu et continu. Cette exigence ne peut pas être satisfaite et le prisonnier se fait constamment prendre dans le filets du règlement.

Il n'y a pas un seul homme qui n'ait la nostalgie d'un peu de ciel et de soleil. La vue de la lumière rejouit et donne envie de vivre. La cellule obscure augmente cette nostalgie. Le prisonnier a la possibilité de satisfaire pratiquement son désir en montant sur le lit ou en se tenant aux barreaux de la fenêtre. Deux actions qui lui sont également défendues. Il est obligé de violer cette interdiction au risque de se faire punir.

Mais il y a pire cependant du point de vue de la cruauté et de l'impossibilité pour le prisonnier d'éviter les rigueurs du règlement. La légende grècqe évoque la misère de Tantalus plongé dans l'eau et mourant de soif, car l'eau se dérobe à ses lèvres, à chaque fois qu'il se baisse. C'est de la même manière que sont traités les prisonniers. Ils sont occupés tout le jour à manier des feuilles de tabac, et il leur est defendu de fumer! On voit que le régime pénitentiaire demande au prisonnier l'impossible et dispose à ce sujet d'un moyen de pression permanente sous la forme des peines disciplinaires: suppression du lit, de la promenade, de la nourriture, etc.

A ma question si les chambres obscures existent encore il me fut partout repodu que leur utilisation comme moyen pénal est interdite. Dans la pratique, les „anciennes" chambres obscures existent naturellement partout; elles ne sont cependant pas utilisées comme un moyen pénal, mais comme „moyen d'éducation et d'apaisment". Ces locaux ne seraient plus non plus utilisés comme chambre obscure. Il n'y avait cependant pas d'éclairage et les vieilles planches qui servaient à transformer la chambre en chambre obscure existaient toujours.

Nous ne voulons pas savoir si nous nous trouvons là en présence d'un système. Nous faisons cette constatation essentielle concernant le mode d'administration de la peine c'est que le prisonnier court constamment le risque de tomber sous le coup des règlements. Il ne possède aucun droit propre et par conséquent la condition préliminaire d'une vie et d'une responsabilité propres lui fait défaut. Le prisonnier est enterré vivant, et livré à la „grâce" des gardiens. Il n'a pratiquement aucun droit de réclamation; aucun contrôle extérieur ne peut l'aider. Les conseillers pénitentiaires, envisagés auparavant, ont malheureusement été abandonnés dans le nouveau projet.

Aussi pénible que puisse paraitre ce qui a été exposé plus haut, cela est depassé largement par la grave question de la „retribution" que les prisonniers reçoivent pour le travail accompli aux service de l'administration de la prison ou — ce qui est encore pire — au service d'un entrepreneur privé. Par une grande assiduite dans un travail stupide et abrutissant, qui est déjà par lui même une torture et ne lui permet pas de se perfectionner au point de vue professionnel, le prisonnier peut atteindre le maximum de 30 pfenig par jour. Or, il y a les frais d'entretien dans l'établissement pénitentiaire, qui sont de 1 mark à 1,50 marks par jour et à la charge du prisonnier. Le prisonnier ne peut donc jamais amortir les dettes qu'il contracte au cours de son séjour dans cet „Hôtel de la Justice". Après un emprisonnement de plusieurs années, le prisonnier sort peut-être avec 20 marks dans sa poche. La première visite qu'il reçoit chez lui — s'il dispose encore d'un foyer — est celle de l'huissier, qui essaye de récupérer les frais d'entretien dans la prison. Dans la pratique, la plupart des actions entreprises à ce sujet sont naturellement abandonnées parce qu'elles n'ont aucune chance de succès, le libéré n'atteignant jamais la fortune. Mais il est néanmoins inoui de concevoir que le prisonnier quittant un établissement qui devrait lui procurer les moyens de se bâtir une vie nouvelle, en sort sans aucune connaissance acquise, sans les ressources normales qui devraient correspondre à ses années de travail, et, par surcroit, lourdement endetté.

La concession de la main d'oeuvre prisonnière à des entrepreneurs privés est le pire des esclavages. Il faut exiger que le prisonnier soit rétribué pour le travail fourni véritablement à un taux correspondant, au moins dans ses lignes générales, aux tarifs normaux, en vigueur dans la corporation.

Quels sont les effets de ce régime pénitentiaire inhumain? C'est l'écrasement et non „l'amendement" du prisonnier. C'est tout au moins le rejet dans son ancienne carrière anti-sociale. Le régime pénitentiaire ainsi appliqué cause parfois, dans un certain sens, des malheurs plus grands que ceux provoqués par les criminels eux-mêmes. Il est en tout cas certain qu'il ne constitue pas une protection pour la société. J'avoue franchement que je ne vois pas de solution à certains des problèmes posés dans cet article. Je ne vois en particulier pas le moyen de supprimer les prisons. Le but de ces observations était seulement d'apporter une contribution à une discussion que je considère comme hautement désirable. Car, je doute de l'utilité de ce régime infernal et je pense aussi que l'opinion publique ne le tolérerait pas si elle le connaissait mieux.

59

„GENF"

KORRESPONDENZ FÜR FRIEDEN UND VERSTÄNDIGUNG

Herausgegeben von: CARL MERTENS

4, Rue de l'Université -- GENÈVE

Postscheckkonto: Berlin, No. 110534. W. MERTENS, Genf-Schweiz.

Nr.IV/20. 26.Oktober 1929.

Inhalt dieser Nummer:
Meistbegünstigung. von Hans Schwann.
Oesterreich und Paneuropa. von Oskar Acht.
Die Fememorde. von E.J.Gumbel.

Von E.J.Gumbel, Berthold Jacob und Ernst Falck erscheint soeben im Malik-Verlag, Berlin eine bedeutende Arbeit "Verräter verfallen der Feme".

Die Fememorde. von E.J.Gumbel.

"Wir haben alle Hochachtung vor Männern, die Vaterlandsverrätern auf gesetzlichem Wege das Handwerk legten!" "Die Femelüge", S.69.

Heute, nach Abschluss der wichtigsten Femeprozesse, während ein Teil der Täter, darunter auch einige Offiziere, ihre Strafen abzubüssen haben, soweit sie nicht auf dem Gnadenwege erlassen wurden, entsteht eine ausgedehnte Femeliteratur. Sie bezweckt, die schauer-

lichen Taten als legal darzustellen. ja, zu verniedlichen und ihren Zusammenhang zu verwischen, um den noch nicht entlassenen Tätern den Weg in die Freiheit zu bahnen.

Um an die Stelle psychologischer Beschönigung und hieraus erwachsener falscher Sentimentalität die in politischen wie juristischen Problemen notwendige Klarheit zu setzen, müssen die ganzen zusammengehörigen Fälle auch zusammen betrachtet werden. Die unglaublichen Rohheiten, die mit all diesen Morden verbunden waren, im einzelnen zu schildern, kann nicht unsere Aufgabe sein. Obwihl die Gemeinsamkeit dieser Methoden den Zusammenhang auf das deutlichste charakterisiert. Es genügt der Nachweis der Identität bezw. des nahen Zusammenhangs der Täter.

Diese Morde sind nicht Werke dämonischer Riesen; sie sind erwachsen aus wohl vorbereitetem, sozialen, juristischen und militärischem Milieu. Die politischen Morde waren spezifische Mittel zur Niederhaltung der Arbeiterschaft und zur Bekämpfung der Republik. Jede Unterlassung, jede Einstellung eines Verfahrens, jede Ausserverfolgsetzung, jede Anklage nur wegen Körperverletzung, jeder Freispruch kam in seiner Wirkung einer Ermutigung zu neuem Morde gleich.

Die militärische Basis stellten die Gardekavallerie-Schützen-Division, andere Berliner Freiwilligenregimenter, die baayerische Einwohnerwehr, die Freikorps, vor allem Rossbach-das frühere Reichswehr-Bataillon Nr.37- die vorläufige Reichswehr durch ihre Meuterei im Kapp-Putsch, endlich die zahlreichen, aus militärischen Formationen erwachsenen und von der Reichswehr bewaffneten Geheimbünde.

Die potenzierteste Form des politischen Mordes stellt der Fememord dar. Schon 1920 treten die Fememorde in der bayerischen Einwohnerwehr auf. Ueber die O.C. die Organisation Rossbach und die oberschlesischen Freikorps werden sie, in die Schwarze Reichswehr verpflanzt, zu einem wohlausgebauten, vollendet durchdachten System. Mit ihm haben wir uns im folgenden zu beschäftigen.

Im Jahre 1923 stellte die Reichswehr unter Verletzung des Etatsrechtes und mit Hilfe privater Geldgeber ein heimliches "schwarzes" Heer auf. Die vom Wehrkreis genehmigte Stärke dieser als Arbeitskommandos bezeichneten Rahmenformationen wird von ihrem politischen Leiter, Major Buchrucker, auf 18 000 Mann allein für den Wehrkreis III angegeben (Major Buchrucker, Im Schatten Seeckts, Die Geschichte der Schwarzen Reichswehr, Kampf-Verlag Berlin 1928. S32.) Die tatsächliche Leitung lag bei seinem Stellvertreter, dem aus dem

60 Unteroffiziersstande hervorgegangenen Oberleutnant Paul Schulz, einem Mann von ungeheurer Energie und letzter Rücksichtslosigkeit. Er sass im Gebäude des Wehrkreiskommandos III in Berlin. Eng mit ihm verbunden arbeitete das "Kommando zur besonderen Verwendung": die Feldwebel mit den bezeichnenden Namen Klapperoth, Fahlbusch und Büsching. Offiziell sollten die Truppen - der Bock als Gärtner - die im Lande verstreuten Waffen sammeln. Sie taten dies mit dem Erfolg, dass der Unterschied zwischen legalen und illegalen Waffen verschwand. 6

Angeblich zum Schutze der Grenze bestimmt, sah diese Bürgerkriegsarmee ihren wirklichen Feind in der preussischen Polizei wie in der organisierten Arbeiterschaft. Beide galten als "Kommunisten". Berlin ist mit schwarzen Truppen umstellt. Selbst beim Wachtregiment sitzt eine schwarze Abteilung. Die Angabe Buchruckers (S.34) dass der geplante Einmarsch in Berlin nur den Zweck hatte, die Regierung zur offiziellen Anerkennung dieses Heeresverstärkung zu zwingen, mag subjektiv ehrlich sein: aber objektiv stellte dieser Plan den Versuch einer Wiederholung des Kapp-Putsches dar, der ja auch angeblich nur der Einsetzung von Fachministern und dem Schutze der von der Regierung verletzten Reichsverfassung sei. Im Putsch von Küstrin, in den ersten Tagen des Oktober 1923 brach die schwarze Reichswehr zusammen. Der Einmarsch in Berlin war damit unmög-

Die Schwarze Reichswehr und ihre Fememorde sind erst in den gerichtlichen Verfahren der letzten Jahre vor aller Oeffentlichkeit aufgedeckt worden. Bereits vorher waren diese Tatsachen behauptet worden, aber die Angaben bleiben weit hinter der Wirklichkeit zurück.

Die offiziellen Angaben über diese Armee lauteten: Eine Schwarze Reichswehr hat es nie gegeben - Untergeordnete Organe haben illegale Verbindungen angeknüpft-Sie sind längst gelöst- Das Reichswehrministerium hat nichts davon gewusst- Eine Feme hat nie existiert-Wer davon spricht, begeht Landesverrat. Diese Methode war so lange erfolgreich, als keine Verfahren gegen die Mörder stattgefunden hatten. Mit jedem neuen Verfahren erweiterte sich der Umfang des in der Oeffentlichkeit Bekannten, verblasste die Wirkung der Bisherigen lügnerischen Dementis, wurden neue Zugeständnisse, aber damit auch neue Dementis notwendig.

Durch den Ausschluss der Oeffentlichkeit bei den ersten Femeprozessen wurden die in solchen Verhandlungen notwendige auftretenden Gegensätze zwischen den ausführenden Organen und den Anstiftern und Verantwortlichen verwischt. Angeklagt waren zunächst regelmässig nur einfache Menschen, schwarze Reichswehrleute, Berufslandsknechte mit engen Stirnen und soldatischem Gehorsam. Die Verteidigung musste demgegenüber entweder deren Vorsatz zur Tat verneinen oder-wenn dies nicht möglich, darauf hinweisen, dass diese einfachen Naturen doch nur ausführende Organe eines höheren Willens waren, dass dieser höhere Wille sich aber auf einen in der Reichswehr vorhandenen Willen zur Geheimhaltung "mit allen Mitteln" berufen hatte. Der Ausschluss der Oeffentlichkeit liess diese fundamentale Tatsache und den Gegensatz zwischen den aus der Unterschicht" der "Hefe des Volkes" stammenden Mördern und den getarnten, hochstehenden Führern nicht bekannt werden. Er verschleierte die Fäden, die zu ausserhalb der eigentlichen Schwarzen Reichswehr stehenden Personen führten, auf deren, allerdings nicht expressiv verbis ausgesprochenen Willen die Mörder ihre Taten zurückführten. Dieser Klassengegensatz war beinahe identisch mit dem militärischen Gegensatz zwischen den Mannschaften der Schwarzen und den Offizieren der "Grauen" Reichswehr. In den ersten Femeprozessen solange der Ausschluss der Oeffentlichkeit das Bekanntwerden dieses Gegensatzes verhinderte, brauchte die Verteidigung nicht allzu scharf gegen diesen Personenkreis vorzustossen. Mit jeder neu bekannt gewordenen Tatsache über die Schwarze Reichswehr musste sie schärfer vorgehen, bis, in den Stettiner Prozessen, die deutschnationalen Verteidiger zu den schwersten Angriffen gegen die Reichswehr ausholten.

Bei keinem einzigen Fememord hat ein wirklicher Verrat vorgelegen. Die Ursache der meisten Morde waren ganz haltlose Gerüchte, für die auch nicht die Spur eines Beweises vorhanden war.

*

61

Gedanken zum Strafvollzug

Von E. J. Gumbel

Zahlreich sind die Theorien, die dem Strafvollzug zugrunde liegen. Nach der ältesten handelt es sich um Rache: Auge um Auge, Zahn um Zahn. Eine mildere spricht von der Sühne begangenen Unrechts. Eine weniger ethisch als sozial fundierte Auffassung geht von der Notwendigkeit eines Schutzes der Gesellschaft aus und fordert als Zweck die Besserung.

Gleichgültig, welche Theorie offiziell zugrunde gelegt wird, die Einsperrung stellt, wie sie auch ausgestaltet wird, eine Strafe dar, und sie muß es sein. Das Problem lautet: Die Verbrechen sind zum größten Teil durch die heutige Gesellschaftsordnung bedingt. Trägt der Strafvollzug dazu bei, den Betroffenen zu bessern?

Die folgenden Zeilen verzichten auf theoretische Betrachtungen. Sie wollen nur einige der Eindrücke wiedergeben, die ich bei Besichtigung einiger Strafanstalten gewonnen habe. Inwieweit sie symptomatisch für alle deutschen Anstalten sind, kann ich nicht beurteilen.

Die inhaftierte Bevölkerung zerfällt in die *Untersuchungsgefangenen* und *Strafgefangenen* einerseits und die *politischen* und *„gemeinen" Verbrecher* andrerseits. Durch Kombination dieser beiden Merkmale entstehen vier Kategorien, die, juristisch und sozial betrachtet, nichts miteinander gemein haben. Denn nach dem Gesetz gilt der Untersuchungsgefangene im Gegensatz zum Strafgefangenen nicht als überführt, und der politische Verbrecher hat im Gegensatz zu den meisten gemeinen aus sogenannten ehrenhaften Motiven gehandelt. Diesen wesentlichen Unterschieden wird von den Strafanstalten nicht genügend Rechnung getragen. Sie stülpen über alle vier Kategorien die gemeinsame Decke der Hausordnung und belasten damit den in Untersuchungshaft befindlichen und den politischen Verbrecher stärker als den gemeinen.

Zum Teil sind die Gefangenen in *Einzelzellen*, zum Teil in *großen Räumen* untergebracht. Beides hat seine Nachteile. Der in Einzelhaft befindliche Gefangene hat seine Werkzeuge in der Zelle. Die mit der Arbeit verbundene Staubentwicklung wirkt schwer gesundheitsschädigend, da die Zellen nicht richtig gelüftet werden können. Die kollektive Haft bietet eine gewisse Geselligkeit. In der Einzelhaft erlischt um 19 Uhr die Lampe, unnötig früh; immerhin, der Gefangene kann schlafen. Dagegen brennt in den Schlafräumen nachts das Licht; die Gefangenen dürfen nicht schlafen. Dies geschieht, um die sogenannte Unsittlichkeit zu bekämpfen, d. h. die Tatsache, daß das nicht ertötbare sexuelle Begehren der Gefangenen sich einen Ausweg schaffen muß.

In den drei Anstalten, die ich sah — und es wird mir glaubhaft versichert, daß dies in der Mehrzahl der deutschen Strafanstalten ebenso sei —, herrscht das *Kübelsystem*. Die Kübel werden, da es an Personal mangelt, ein- oder höchstens zweimal in 24 Stunden geleert. Schon in der Einzelzelle muß, da die Deckel nie richtig passen, die Luft verpestet sein. In den Schlafsälen steht für eine Mehrzahl von Gefangenen nur ein zudem meistens zu kleiner Kübel zur Verfügung. Es wirkt depravierend, wenn der Gefangene sein Bedürfnis in Gegenwart der andern verrichten muß. Warum soll es den Gefangenen nicht gestattet sein, den in jedem Stockwerk befindlichen Abort nach freiem Ermessen zu benutzen? Dies würde allerdings voraussetzen, daß die einzelnen Zellentüren nicht ständig geschlossen bleiben. Zum mindesten müßte ein abgeschlossener Abort neben jeden Schlafsaal gebaut werden.

Die Ernährung war überall widerwärtig und bestand aus einer braunen Soße als Frühstück und einem mit Soda durchmischten, undefinierbaren Brei als Hauptmahlzeit. Sie war zudem ungenügend, fett- und fleischlos und ohne Abwechslung. Zu fordern wäre, daß jeder Gefangene kontrollieren kann, ob er die ihm nach der Hausordnung zustehende Ration empfängt. Zum mindesten müßte eine Deputation der Gefangenen eine solche Kontrolle ausüben können. Außerdem ist nicht einzusehen, warum der Gefangene niemals frisches Obst oder Gemüse bekommen soll. Finanzielle Gründe können hierfür nicht angeführt werden.

Vielfach wird das *Stufensystem* als eine moderne Errungenschaft gefeiert, die insbesondere erzieherisch wirke und den Gefangenen moralisch fördere. Leider ist dieser Vorzug dialektisch; er schlägt in sein Gegenteil um. Denn in der Praxis kann das Stufensystem nur dem langjährig Eingesperrten zugute kommen, da der Gefangene die Beweise seiner angeblichen Besserung erst nach drei oder gar sechs Monaten liefern kann. Es belastet am stärksten die Kurzfristigen, also diejenigen, für die die Rückkehr in ein relativ geordnetes bürgerliches Leben an sich am leichtesten ist und denen sie daher noch erleichtert werden sollte. In der Praxis bedeutet das Stufensystem eine Erziehung zur *vollendeten Heuchelei*, besonders, wenn für die Einstufung die Angabe des Gefängnisgeistlichen entscheidend ist. Denn religiöse Gefühle lassen sich am leichtesten simulieren.

Die schrecklichste Last des Gefängnisses ist die Tatsache, daß der Gefangene in ihm ständig neue Handlungen begehen kann, ja, solange er ein Mensch ist, begehen muß, die im Sinne der Hausordnung strafwürdig sind, und daß er somit ständig auf das durch besondere Akte der Unterwürfigkeit gegründete Wohlwollen oder Schweigen der Wärter angewiesen ist.

Nichts hat der Mensch, gleichgültig, in welchem sozialen Milieu er lebt, nötiger, als das „unnötige" Reden. Dieser elementaren Tatsache gegenüber fordert der Strafvollzug die *unbedingte und ununterbrochene Schweigepflicht*. Sie kann nicht eingehalten werden, und der Gefangene verstrickt sich ständig in das Netz der Disziplinarparagraphen.

Es gibt keinen Menschen, der nicht Sehnsucht nach einem Stück Himmel und nach Sonne hätte. Der Anblick des Lichts gewährt Freude und gibt Lebensbejahung. Die trübe Zelle erhöht diese Sehnsucht. Der Gefangene hat die faktische Möglichkeit, dieses Bedürfnis zu befriedigen, indem er auf die Pritsche steigt oder sich am Fensterrand festhält. Beides ist ihm verboten. Er *muß dieses Verbot übertreten* und damit sich strafwürdig machen.

Beide Verbote werden an Grausamkeit und Undurchführbarkeit noch übertroffen. Die griechische Sage berichtet von Tantalus, der im Wasser steht und verdurstet; denn so oft er sich bückt, entschwindet das Wasser. So wird der Gefangene behandelt. Denn er wird mit dem Entrippen von Tabakblättern beschäftigt — und er darf nicht rauchen.

Der Strafvollzug verlangt also von dem Gefangenen Unmögliches und besitzt damit ein beständiges Druckmittel in Form der Disziplinarstrafen: *Bettentzug, Hosentzug, Kostentzug* usw.

Auf die Frage, ob die *Dunkelkammern* noch existieren, wurde mir überall geantwortet, ihre Verwendung als Strafmittel sei verboten. Materiell existieren aber natürlich die „früheren" Dunkelkammern überall noch, und sie werden auch benutzt; aber nicht als Strafmittel, sondern als „Erziehungs- und Beruhigungsmittel". Auch sollen diese Räume nicht als Dunkelkammern verwendet werden. Nur war in ihnen keine Beleuchtung, und die alten Laden, welche die Kammer zur Dunkelkammer machen, waren noch vorhanden.

Gleichgültig, ob das eben Geschilderte ein System; das wesentliche Prinzip des Strafvollzugs ist, daß der Gefangene ständig neu strafwürdig wird. Er besitzt keinerlei eigenes Recht, und damit fehlt ihm die Voraussetzung zum eigenen Leben und zur Verantwortlichkeit. Der Gefangene ist lebendig begraben, der „Gnade" überlassen. Er hat praktisch kein Beschwerderecht; keine Kontrolle von außen kann ihm helfen. Die seinerzeit vorgesehenen Anstaltsbeiräte sind leider im Entwurf zur neuen Strafvollzugsordnung fallen gelassen.

So grotesk alles bisherige, so wird es noch weit übertroffen durch die Art und Höhe der *Arbeitsbelohnung* genannten „Bezahlung", die der Gefangene für die Arbeit erhält, die er im Dienst der Gefängnisverwaltung oder — was noch schlimmer ist — für einen privaten Unternehmer leistet. Bei fleißigster Arbeit, in einer stumpfsinnigen, geisttötenden Beschäftigung, die schon an sich eine Marter darstellt und die ihn beruflich nicht fördert, kann er es auf allerhöchstens 30 Pfennig pro Tag bringen. Dem stehen die Kosten des Strafvollzugs von 1 Mark bis 1,50 Mark täglich gegenüber, die der Gefangene zu tragen hat. Niemals kann also der Gefangene die Schulden tilgen, die er durch seinen Aufenthalt in diesem „Hotel zur Gerechtigkeit" erwirbt. Nach mehrjähriger Einsperrung wird ein Gefangener mit vielleicht 20 Mark in der Tasche entlassen. Der erste Besucher, den er in seinem Heim — falls er ein solches besitzt — vorfindet, ist der *Gerichtsvollzieher*, der die Kosten des Strafvollzugs zu *pfänden* versucht. In der Praxis werden diese Verfahren natürlich wegen ihrer Aussichtslosigkeit niedergeschlagen; denn der Entlassene bringt es doch niemals zu Vermögen. Aber schon die Vorstellung ist ungeheuerlich, daß der Gefangene ohne neues Wissen, ohne nennenswerte Mittel, die seiner jahrelangen Arbeit entsprechen würden, ja schwer verschuldet eine Anstalt verläßt, in der ihm alle Möglichkeiten zum Aufbau eines neuen Lebens geboten werden sollten.

Die Vergebung von Gefangenenarbeit an private Unternehmer ist schlimmste Sklaverei. Es ist zu fordern, daß der Gefangene entsprechend seiner tatsächlichen Leistung nach Sätzen bezahlt werde, die zum mindesten ungefähr den *Tarifsätzen* entsprechen.

Ergebnis: der unmenschliche Strafvollzug vernichtet den Gefangenen, anstatt ihn zu „bessern". Zum mindesten wirft er ihn in seine frühere asoziale Bahn zurück. Der Strafvollzug richtet unter Umständen noch größeres Unheil an als die Verbrecher selbst. Sicher stellt er keinen Schutz der Gesellschaft dar. Ich gestehe offen zu, daß ich für manche der hier angeschnittenen Probleme keine Lösung weiß. Insbesondere sehe ich keinen Weg, die Gefängnisse abzuschaffen. Der Zweck dieser Erlebnisschilderung war nur, einen kleinen Beitrag zu einer Diskussion zu liefern, die ich für dringend wünschenswert halte. Denn ich zweifle, daß diese *infernalischen Zustände* notwendig sind, und daß die Oeffentlichkeit sie dulden würde, falls sie ihr bekannt wären.

Gedanken zum Strafvollzug

Von E. J. Gumbel

Zahlreich sind die Theorien, die dem Strafvollzug zugrunde liegen. Nach der ältesten handelt es sich um Rache: Auge um Auge, Zahn um Zahn. Eine mildere spricht von der Sühne begangenen Unrechts. Eine weniger ethisch als sozial fundierte Auffassung geht von der Notwendigkeit eines Schutzes der Gesellschaft aus und postuliert als Zweck die Besserung.

Gleichgültig, welche Theorie offiziell zugrunde gelegt wird, die Einsperrung stellt, wie sie auch ausgestaltet wird, eine Strafe dar, und sie muß es sein. Das Problem lautet: Die Verbrechen sind zum größten Teil durch die heutige Gesellschaftsordnung bedingt; trägt der Strafvollzug dazu bei, den Betroffenen zu bessern?

Die folgenden Zeilen verzichten auf theoretische Betrachtungen. Sie wollen nur einige der Eindrücke wiedergeben, die ich bei Besichtigung einiger Strafanstalten gewonnen habe. Inwieweit sie symptomatisch für alle deutschen Anstalten sind, kann ich nicht beurteilen.

Die inhaftierte Bevölkerung zerfällt in die Untersuchungsgefangenen und Strafgefangenen einerseits und die politischen und „gemeinen" Verbrecher anderseits. Durch Kombination dieser beiden Merkmale entstehen vier Kategorien, die juristisch und sozial betrachtet nichts miteinander gemein haben. Denn nach dem Gesetz gilt der Untersuchungsgefangene im Gegensatz zum Strafgefangenen nicht als überführt, und der politische Verbrecher hat im Gegensatz zu den meisten gemeinen aus sogenannten eherenhaften Motiven gehandelt. Diesen wesentlichen Unterschieden wird von den Strafanstalten nicht genügend Rechnung getragen. Sie stülpen über alle vier Kategorien die gemeinsame Decke der Hausordnung und belasten damit den in Untersuchungshaft Befindlichen und den politischen Verbrecher stärker als den gemeinen.

Zum Teil sind die Gefangenen in Einzelzellen, zum Teil in großen Räumen untergebracht. Beides hat seine Nachteile. Der in Einzelhaft befindliche Gefangene hat seine Werkzeuge in der Zelle. Die mit der Arbeit verbundene Staubentwicklung wirkt schwer gesundheitsschädigend, da die Zellen nicht richtig gelüftet werden können. Die kollektive Haft bietet eine gewisse Geselligkeit. In der Einzelhaft erlischt um 7 Uhr abends die Lampe, unnötig früh; immerhin, der Gefangene kann schlafen. Dagegen brennt in den Schlafräumen nachts das Licht; die Gefangenen dürfen nicht schlafen. Dies geschieht, um die sogenannte Unsittlichkeit zu bekämpfen, d. h. die Tatsache, daß das nicht ertötbare sexuelle Begehren der Gefangenen sich einen Ausweg schaffen muß.

In den drei Anstalten, die ich sah — und es wird mir glaubhaft versichert, daß dies in der Mehrzahl der deutschen Strafanstalten ebenso sei —, herrscht das Kübelsystem. Die Kübel werden, da es an Personal mangelt, ein- oder höchstens zweimal in 24 Stunden geleert. Schon in der Einzelzelle muß, da die Deckel nie richtig passen, die Luft verpestet sein. In den Schlafsälen steht für eine Vielzahl von Gefangenen nur ein, zudem meistens zu kleiner Kübel zur Verfügung. Es wirkt niederdrückend, wenn der Gefangene sein Bedürfnis in Gegenwart der anderen verrichten muß. Warum soll es den Gefangenen nicht gestattet sein, den in jedem Stockwerk befindlichen Abort nach freiem Ermessen zu benutzen? Dies würde allerdings voraussetzen, daß die einzelnen Zellentüren nicht ständig geschlossen bleiben. Zum mindesten müßte ein abgeschlossener Abort neben jeden Schlafsaal gebaut werden.

Die Ernährung war überall widerwärtig und bestand aus einer braunen Soße als Frühstück und einem mit Soda durchmischten, undefinierbaren Brei als Hauptmahlzeit. Sie war zudem ungenügend, fett- und fleischlos und ohne Abwechslung. Zu fordern wäre, daß jeder Gefangene kontrollieren kann, ob er die ihm nach der Hausordnung zustehende Ration empfängt. Zum mindesten müßte eine Deputation der Gefangenen eine solche Kontrolle ausüben können. Außerdem ist nicht einzusehen, warum der Gefangene niemals frisches Obst oder Gemüse bekommen soll. Finanzielle Gründe können hierfür nicht angeführt werden.

Vielfach wird das Stufensystem als eine moderne Errungenschaft gefeiert, die insbesondere erzieherisch wirke und den Gefangenen moralisch fördere. Leider ist dieser Vorzug dialektisch: er schlägt in sein Gegenteil um. Denn in der Praxis kann das Stufensystem nur dem langjährig Eingesperrten zugute kommen, da der Gefangene die Beweise seiner angeblichen Besserung erst nach 3 oder gar 6 Monaten liefern kann. Es belastet am stärksten die Kurzfristigen, also diejenigen, für die die Rückkehr in ein relativ geordnetes bürgerliches Leben an sich am leichtesten ist und denen sie daher noch erleichtert werden sollte. In der Praxis bedeutet das Stufensystem eine Erziehung zur vollendeten Heuchelei, besonders wenn für die Einstufung die Angabe des Gefängnisgeistlichen entscheidend ist. Denn religiöse Gefühle lassen sich am leichtesten simulieren.

Die [illegible] ist die Tatsache, daß der Gefangene in ihm ständig neue Handlungen begehen kann, ja, solange er ein Mensch ist, begehen muß, die im Sinne der Hausordnung strafwürdig sind, und daß er somit ständig auf das durch besondere Akte der Unterwürfigkeit gegründete Wohlwollen oder Schweigen der Wärter angewiesen ist.

Nichts hat der Mensch, gleichgültig in welchem sozialen Milieu er lebt, nötiger als das „unnötige" Reden. Dieser elementaren Tatsache gegenüber fordert der Strafvollzug die unbedingte und ununterbrochene Schweigepflicht. Sie kann nicht eingehalten werden, und der Gefangene verstrickt sich ständig in das Netz der Disziplinarparagraphen.

Es gibt keinen Menschen, der nicht Sehnsucht nach einem Stück Himmel und nach Sonne hätte. Der Anblick des Lichts gewährt Freude und gibt Lebensbejahung. Die trübe Zelle erhöht diese Sehnsucht. Der Gefangene hat die faktische Möglichkeit, dieses Bedürfnis zu befriedigen, indem er auf die Pritsche steigt oder sich am Fensterrand festhält. Beides ist ihm verboten. Er muß dieses Verbot übertreten und damit sich strafwürdig machen.

Beide Verbote werden an Grausamkeit und Undurchführbarkeit noch übertroffen. Die griechische Sage berichtet von Tantalus, der im Wasser steht und verdurstet, denn so oft er sich bückt, entschwindet das Wasser. So wird der Gefangene behandelt. Denn er wird mit dem Entrippen von Tabakblättern beschäftigt — und er darf nicht rauchen.

Der Strafvollzug verlangt also von dem Gefangenen Unmögliches und besitzt damit ein ständiges Druckmittel in Form der Disziplinarstrafen: Bettentzug, Hofentzug, Kostentzug usw.

Auf die Frage, ob die Dunkelkammern noch existieren, wurde mir überall geantwortet, ihre Verwendung als Strafmittel sei verboten. Materiell existieren aber natürlich die „früheren" Dunkelkammern überall noch, und sie werden auch benutzt — aber nicht als Strafmittel, sondern als „Erziehungs- und Beruhigungsmittel". Auch sollen diese Räume nicht als Dunkelkammern verwendet werden. Nur war in ihnen keine Beleuchtung, und die alten Laden, welche die Kammer zur Dunkelkammer machen, waren noch vorhanden.

Gleichgültig, ob das eben Geschilderte ein System: das wesentliche Prinzip des Strafvollzugs ist, daß der Gefangene ständig neu strafwürdig wird. Er besitzt keinerlei eigenes Recht, und damit fehlt ihm die erste Voraussetzung zum eigenen Leben und zur Verantwortlichkeit. Der Gefangene ist lebendig begraben, der „Gnade" überlassen. Er hat praktisch kein Beschwerderecht; keine Kontrolle von außen kann ihm helfen. Die seinerzeit vorgesehenen Anstaltsbeiräte sind leider im Entwurf zur neuen Strafvollzugsordnung fallengelassen.

So grotesk alles Bisherige, so wird es noch weit übertroffen durch die Art und Höhe der Arbeitsbelohnung genannten „Bezahlung", die der Gefangene für die Arbeit erhält, die er im Dienst der Gefängnisverwaltung oder — was noch schlimmer ist — für einen privaten Unternehmer leistet. Bei fleißigster Arbeit, in einer stumpfsinnigen, geisttötenden Beschäftigung, die schon an sich eine Marter darstellt und die ihn beruflich nicht fördert, kann er es auf allerhöchstens 80 Pfennig pro Tag bringen. Dem stehen die Kosten des Strafvollzugs von 1 M. bis 1,50 M. täglich gegenüber, die der Gefangene zu tragen hat. Niemals kann also der Gefangene die Schulden tilgen, die er durch seinen Aufenthalt in diesem „Hotel zur Gerechtigkeit" erwirbt. Nach mehrjähriger Einsperrung wird ein Gefangener mit vielleicht 20 M. in der Tasche entlassen. Der erste Besucher, denn er in seinem Heim — falls er ein solches besitzt — vorfindet, ist der Gerichtsvollzieher, der die Kosten des Strafvollzugs zu pfänden versucht. In der Praxis werden diese Verfahren natürlich wegen ihrer Aussichtslosigkeit niedergeschlagen; denn der Entlassene bringt es doch niemals zu Vermögen. Aber schon die Vorstellung ist ungeheuerlich, daß der Gefangene ohne neues Wissen, ohne nennenswerte Mittel, die seiner jahrelangen Arbeit entsprechen würden, ja schwer verschuldet eine Anstalt verläßt, in der ihm alle Möglichkeiten zum Aufbau eines neuen Lebens geboten werden sollten.

Die Vergebung von Gefangenenarbeit an private Unternehmer ist schlimmste Sklaverei. Es ist zu fordern, daß der Gefangene entsprechend seiner tatsächlichen Leistung nach Sätzen bezahlt werde, die zum mindesten ungefähr den Tarifsätzen entsprechen.

Ergebnis: Der unmenschliche Strafvollzug vernichtet den Gefangenen, anstatt ihn zu „bessern". Zum mindesten wirft er ihn in seine frühere asoziale Bahn zurück. Der Strafvollzug richtet unter Umständen noch größeres Unheil an als die Verbrecher selbst. Sicher stellt er keinen Schutz der Gesellschaft dar. Ich gestehe offen zu, daß ich für manche der hier angeschnittenen Probleme keine Lösung weiß. Insbesondere sehe ich keinen Weg, die Gefängnisse abzuschaffen. Der Zweck dieser Erlebnisschilderung war nur, einen kleinen Beitrag zu einer Diskussion zu liefern, die ich für dringend wünschenswert halte. Denn ich zweifle, daß diese [illegible] Zustände notwendig sind, und daß die Oeffentlichkeit sie dulden würde, falls sie ihr bekannt wären.

[illegible]

Gedanken zum Strafvollzug

Von E. J. Gumbel

Zahlreich sind die Theorien, die dem Strafvollzug zugrunde liegen. Nach der ältesten handelt es sich um Rache: Auge um Auge, Zahn um Zahn. Eine mildere spricht von der Sühne begangenen Unrechts. Eine weniger ethisch als sozial fundierte Auffassung geht von der Notwendigkeit eines Schutzes der Gesellschaft aus und postuliert als Zweck die Besserung.

Gleichgültig, welche Theorie offiziell zugrunde gelegt wird, die Einsperrung stellt, wie sie auch ausgestaltet wird, eine Strafe dar, und sie muß es sein. Das Problem lautet: Die Verbrechen sind zum größten Teil durch die heutige Gesellschaftsordnung bedingt. Trägt der Strafvollzug dazu bei, den Betroffenen zu bessern?

Die folgenden Zeilen verzichten auf theoretische Betrachtungen. Sie wollen nur einige der Eindrücke wiedergeben, die ich bei Besichtigung einiger Strafanstalten gewonnen habe. Inwieweit sie symptomatisch für alle deutschen Anstalten sind, kann ich nicht beurteilen.

Die inhaftierte Bevölkerung zerfällt in die Untersuchungsgefangenen und Strafgefangenen einerseits und die politischen und „gemeinen" Verbrecher andererseits. Durch Kombination dieser beiden Merkmale entstehen vier Kategorien, die juristisch und sozial betrachtet nichts miteinander gemein haben. Denn nach dem Gesetz gilt der Untersuchungsgefangene im Gegensatz zum Strafgefangenen nicht als überführt, und der politische Verbrecher hat im Gegensatz zu den meisten gemeinen aus sogenannten ehrenhaften Motiven gehandelt. Diesen wesentlichen Unterschieden wird von den Strafanstalten nicht genügend Rechnung getragen. Sie stülpen über alle vier Kategorien die gemeinsame Decke der Hausordnung und belasten damit den in Untersuchungshaft Befindlichen und den politischen Verbrecher stärker als den gemeinen.

Zum Teil sind die Gefangenen in Einzelzellen, zum Teil in großen Räumen untergebracht. Beides hat seine Nachteile. Der in Einzelhaft befindliche Gefangene hat seine Werkzeuge in der Zelle. Die mit der Arbeit verbundene Staubentwicklung wirkt schwer gesundheitsschädigend, da die Zellen nicht richtig gelüftet werden können. Die kollektive Haft bietet eine gewisse Geselligkeit. In der Einzelhaft erlischt um 7 Uhr abends die Lampe, unnötig früh; immerhin, der Gefangene kann schlafen. Dagegen brennt in den Schlafräumen nachts das Licht; die Gefangenen dürfen nicht schlafen. Dies geschieht, um die sogenannte Unsittlichkeit zu bekämpfen, d. h. die Tatsache, daß das nicht ertötbare sexuelle Begehren der Gefangenen sich einen Ausweg schaffen muß.

In den drei Anstalten, die ich sah — und es wird mir glaubhaft versichert, daß dies in der Mehrzahl der deutschen Strafanstalten ebenso sei — herrscht das Kübelsystem. Die Kübel werden, da es an Personal mangelt, ein- oder höchstens zweimal in 24 Stunden geleert. Schon in der Einzelzelle muß, da die Deckel nie richtig passen, die Luft verpestet seine. In den Schlafsälen steht für eine Vielzahl von Gefangenen nur ein, zudem meistens zu kleiner Kübel zur Verfügung. Es wirkt depravierend, wenn der Gefangene sein Bedürfnis in Gegenwart der andern verrichten muß. Warum soll es den Gefangenen nicht gestattet sein, den in jedem Stockwerk befindlichen Abort nach freiem Ermessen zu benützen? Dies würde allerdings voraussetzen, daß die einzelnen Zellentüren nicht ständig geschlossen bleiben. Zum mindesten müßte ein abgeschlossener Abort neben jeden Schlafsaal gebaut werden.

Die Ernährung war überall widerwärtig und bestand aus einer braunen Sauce als Frühstück und einem mit Soda durchmischten, undefinierbaren Brei als Hauptmahlzeit. Sie war zudem ungenügend, fett- und fleischlos und ohne Abwechslung. Zu fordern wäre, daß jeder Gefangene kontrollieren kann, ob er die ihm nach der Hausordnung zustehende Ration empfängt. Zum mindesten müßte eine Deputation der Gefangenen eine solche Kontrolle ausüben können. Außerdem ist nicht einzusehen, warum der Gefangene niemals frisches Obst oder Gemüse bekommen soll. Finanzielle Gründe können hierfür nicht angeführt werden.

Vielfach wird das Stufensystem als eine moderne Errungenschaft gefeiert, die insbesondere erzieherisch wirke und den Gefangenen moralisch fördere. Leider ist dieser Vorzug dialektisch: er schlägt in sein Gegenteil um. Denn in der Praxis kann das Stufensystem nur dem langjährig Eingesperrten zugute kommen, da der Gefangene die Beweise seiner angeblichen Besserung erst nach drei oder gar sechs Monaten liefern kann. Es belastet am stärksten die Kurzfristigen, also diejenigen, für die die Rückkehr in ein relativ geordnetes bürgerliches Leben an sich am leichtesten ist und denen sie daher noch erleichtert werden sollte. In der Praxis bedeutet das Stufensystem eine Erziehung zur vollendeten Heuchelei, besonders wenn für die Einstufung die Angabe des Gefängnisgeistlichen entscheidend ist. Denn religiöse Gefühle lassen sich am leichtesten simulieren.

Die schrecklichste Last des Gefängnisses ist die Tatsache, daß der Gefangene in ihm ständig neue Handlungen begehen kann, ja, solange er ein Mensch ist, begehen muß, die im Sinne der Hausordnung strafwürdig sind, und daß er somit ständig auf das durch besondere Akte der Unterwürfigkeit gegründete Wohlwollen oder Schweigen der Wärter angewiesen ist.

Nichts hat der Mensch, gleichgültig in welchem sozialen Milieu er lebt, nötiger als das „unnütige" Reden. Dieser elementaren Tatsache gegenüber fordert der Strafvollzug die unbedingte und ununterbrochene Schweigepflicht. Sie kann nicht eingehalten werden und der Gefangene verstrickt sich ständig in das Netz der Disziplinarparagraphen.

Es gibt keinen Menschen, der nicht Sehnsucht nach einem Stück Himmel und nach Sonne hätte. Der Anblick des Lichts gewährt Freude und gibt Lebensbejahung. Die trübe Zelle erhöht diese Sehnsucht. Der Gefangene hat die faktische Möglichkeit, dieses Bedürfnis zu befriedigen, indem er auf die Pritsche steigt oder sich am Fensterrand festhält. Beides ist ihm verboten. Er muß dieses Verbot übertreten und damit sich strafwürdig machen.

Beide Verbote werden an Grausamkeit und Undurchführbarkeit noch übertroffen. Die griechische Sage berichtet von Tantalus, der im Wasser steht und verdurstet, denn so oft er sich bückt, entschwindet das Wasser. So wird der Gefangene behandelt. Denn er wird mit dem Entrippen von Tabakblättern beschäftigt — und er darf nicht rauchen.

Der Strafvollzug verlangt also von dem Gefangenen Unmögliches und besitzt damit ein beständiges Druckmittel in Form der Disziplinarstrafen: Bettentzug, Hosentzug, Kostentzug usw.

Auf die Frage, ob die Dunkelkammern noch existieren, wurde mir überall geantwortet, ihre Verwendung als Strafmittel sei verboten. Materiell existieren aber natürlich die „früheren" Dunkelkammern überall noch und sie werden auch benutzt — aber nicht als Strafmittel, sondern als „Erziehungs- und Beruhigungsmittel". Auch sollen diese Räume nicht als Dunkelkammern verwendet werden. Nur war in ihnen keine Beleuchtung und die alten Laden, welche die Kammer zur Dunkelkammer machen, waren noch vorhanden.

Gleichgültig, ob das eben Geschilderte ein System: das wesentliche Prinzip des Strafvollzugs ist, daß der Gefangene ständig neu strafwürdig wird. Er besitzt keinerlei eigenes Recht, und damit fehlt ihm die Voraussetzung zum eigenen Leben und zur Verantwortlichkeit. Der Gefangene ist lebendig begraben, der „Gnade" überlassen. Er hat praktisch kein Beschwerderecht; keine Kontrolle von außen kann ihm helfen. Die seinerzeit vorgesehenen Anstaltsbeiräte sind leider im Entwurf zur neuen Strafvollzugsordnung fallen gelassen.

So grotesk alles bisherige, so wird es noch weit übertroffen durch die Art und Höhe der Arbeitsbelohnung genannten „Bezahlung", die der Gefangene für die Arbeit erhält, die er im Dienst der Gefängnisverwaltung oder — was noch schlimmer ist — für einen privaten Unternehmer leistet. Bei fleißigster Arbeit, in einer stumpfsinnigen, geisttötenden Beschäftigung, die schon an sich eine Marter darstellt und die ihn beruflich nicht fördert, kann er es auf allerhöchstens 30 Pfennig pro Tag bringen. Dem stehen die Kosten des Strafvollzugs von 1.— Mark bis 1.50 Mk. täglich gegenüber, die der Gefangene zu tragen hat. Niemals kann also der Gefangene die Schulden tilgen, die er durch seinen Aufenthalt in diesem „Hotel der Gerechtigkeit" erwirbt. Nach mehrjähriger Einsperrung wird ein Gefangener mit vielleicht 20 Mark in der Tasche entlassen. Der erste Besucher, den er in seinem Heim — falls er ein solches besitzt — vorfindet, ist der Gerichtsvollzieher, der die Kosten des Strafvollzugs zu pfänden versucht. In der Praxis werden diese Verfahren natürlich wegen ihrer Aussichtslosigkeit meistens niedergeschlagen; denn der Entlassene bringt es doch niemals zu Vermögen. Aber schon die Vorstellung ist ungeheuerlich, daß der Gefangene ohne neues Wissen, ohne nennenswerte Mittel, die seiner jahrelangen Arbeit entsprechen würden, ja schwer verschuldet eine Anstalt verläßt, in der ihm alle Möglichkeiten zum Aufbau eines neuen Lebens geboten werden sollten.

Die Vergebung von Gefangenenarbeit an private Unternehmer ist schlimmste Sklaverei. Es ist zu fordern, daß der Gefangene entsprechend seiner tatsächlichen Leistung nach Sätzen bezahlt werde, die zum mindesten ungefähr den Tarifsätzen entsprechen.

Ergebnis: Der unmenschliche Strafvollzug vernichtet den Gefangenen, anstatt ihn zu „bessern". Zum mindesten wirft er ihn in seine frühere asoziale Bahn zurück. Der Strafvollzug richtet unter Umständen noch größeres Unheil an, als die Verbrecher selbst. Sicher stellt er keinen Schutz der Gesellschaft dar. Ich gestehe offen zu, daß ich für manche der hier angeschnittenen Probleme keine Lösung weiß. Insbesondere sehe ich keinen Weg, die Gefängnisse abzuschaffen. Der Zweck dieser Erlebnisschilderung war nur, einen kleinen Beitrag zu einer Diskussion zu liefern, die ich für dringend wünschenswert halte. Denn ich zweifle, daß diese infernalischen Zustände notwendig sind und daß die Oeffentlichkeit sie dulden würde, falls sie ihr bekannt wären.

Gedanken zum Strafvollzug

Von E. J. Gumbel

Zahlreich sind die Theorien, die dem Strafvollzug zugrunde liegen. Nach der ältesten handelt es sich um Rache: Auge um Auge, Zahn um Zahn. Eine mildere spricht von der Sühne begangenen Unrechts. Eine weniger ethisch als sozial fundierte Auffassung geht von der Notwendigkeit eines Schutzes der Gesellschaft aus und postuliert als Zweck die Besserung.

Gleichgültig, welche Theorie offiziell zugrunde gelegt wird, die Einsperrung stellt, wie sie auch ausgestaltet wird, eine Strafe dar, und sie muß es sein. Das Problem lautet: Die Verbrechen sind zum größten Teil durch die heutige Gesellschaftsordnung bedingt. Trägt der Strafvollzug dazu bei, den Betroffenen zu bessern?

Die folgenden Zeilen verzichten auf theoretische Betrachtungen. Sie wollen nur einige der Eindrücke wiedergeben, die ich bei Besichtigung einiger Strafanstalten gewonnen habe. Inwieweit sie symptomatisch für alle deutschen Anstalten sind, kann ich nicht beurteilen.

Die inhaftierte Bevölkerung zerfällt in die Untersuchungsgefangenen und Strafgefangenen einerseits und die politischen und „gemeinen" Verbrecher andererseits. Durch Kombination dieser beiden Merkmale entstehen vier Kategorien, die juristisch und sozial betrachtet nichts miteinander gemein haben. Denn nach dem Gesetz gilt der Untersuchungsgefangene im Gegensatz zum Strafgefangenen nicht als überführt, und der politische Verbrecher hat im Gegensatz zu den meisten gemeinen aus sogenannten ehrenhaften Motiven gehandelt. Diesen wesentlichen Unterschieden wird von den Strafanstalten nicht genügend Rechnung getragen. Sie stülpen über alle vier Kategorien die gemeinsame Decke der Hausordnung und belasten damit den in Untersuchungshaft Befindlichen und den politischen Verbrecher stärker als den gemeinen.

Zum Teil sind die Gefangenen in Einzelzellen, zum Teil in großen Räumen untergebracht. Beides hat seine Nachteile. Der in Einzelhaft befindliche Gefangene hat seine Werkzeuge in der Zelle. Die mit der Arbeit verbundene Staubentwicklung wirkt schwer gesundheitsschädigend, da die Zellen nicht richtig gelüftet werden können. Die kollektive Haft bietet eine gewisse Geselligkeit. In der Einzelhaft erlischt um 7 Uhr abends die Lampe, unnötig früh; immerhin, der Gefangene kann schlafen. Dagegen brennt in den Schlafräumen nachts das Licht; die Gefangenen dürfen nicht schlafen. Dies geschieht, um die sogenannte Unsittlichkeit zu bekämpfen, d. h. die Tatsache, daß das nicht ertötbare sexuelle Begehren der Gefangenen sich einen Ausweg schaffen muß.

In den drei Anstalten, die ich sah — und es wird mir glaubhaft versichert, daß dies in der Mehrzahl der deutschen Strafanstalten ebenso sei — herrscht das **Kübelsystem**. Die Kübel werden, da es an Personal mangelt, ein- oder höchstens zweimal in 24 Stunden geleert. Schon in der Einzelzelle muß, da die Deckel nie richtig passen, die Luft verpestet sein. In den Schlafsälen steht für eine Vielzahl von Gefangenen nur ein, zudem meistens zu kleiner Kübel zur Verfügung. Es wirkt depravierend, wenn der Gefangene sein Bedürfnis in Gegenwart der andern verrichten muß. Warum soll es den Gefangenen nicht gestattet sein, den in jedem Stockwerk befindlichen Abort nach freiem Ermessen zu benützen? Dies würde allerdings voraussetzen, daß die einzelnen Zellentüren nicht ständig geschlossen bleiben. Zum mindesten müßte ein abgeschlossener Abort neben jeden Schlafsaal gebaut werden.

Die Ernährung war überall widerwärtig und bestand aus einer braunen Sauce als Frühstück und einem mit Soda durchmischten, undefinierbaren Brei als Hauptmahlzeit. Sie war zudem ungenügend, fett- und fleischlos und ohne Abwechslung. Zu fordern wäre, daß jeder Gefangene kontrollieren kann, ob er die ihm nach der Hausordnung zustehende Ration empfängt. Zum mindesten müßte eine Deputation der Gefangenen eine solche Kontrolle ausüben können. Außerdem ist nicht einzusehen, warum der Gefangene niemals frisches Obst oder Gemüse bekommen soll. Finanzielle Gründe können hierfür nicht angeführt werden.

Vielfach wird das **Stufensystem** als eine moderne Errungenschaft gefeiert, die insbesondere erzieherisch wirke und den Gefangenen moralisch fördere. Leider ist dieser Vorzug dialektisch: er schlägt in sein Gegenteil um. Denn in der Praxis kann das Stufensystem nur dem langjährig Eingesperrten zugute kommen, da der Gefangene die Beweise seiner angeblichen Besserung erst nach drei oder gar sechs Monaten liefern kann. Es belastet am stärksten die Kurzfristigen, also diejenigen, für die die Rückkehr in ein relativ geordnetes bürgerliches Leben an sich am leichtesten ist und denen sie daher noch erleichtert werden sollte. In der Praxis bedeutet das Stufensystem eine Erziehung zur vollendeten Heuchelei, besonders wenn für die Einstufung die Angabe des Gefängnisgeistlichen entscheidend ist. Denn religiöse Gefühle lassen sich am leichtesten simulieren.

Die schrecklichste Last des Gefängnisses ist die Tatsache, daß der Gefangene in ihm ständig neue Handlungen begehen kann, ja, solange er ein Mensch ist, begehen muß, die im Sinne der Hausordnung strafwürdig sind, und daß er somit ständig auf das durch besondere Akte der Unterwürfigkeit gegründete Wohlwollen oder Schweigen der Wärter angewiesen ist.

Nichts hat der Mensch, gleichgültig in welchem sozialen Milieu er lebt, nötiger als das „unnötige" Reden. Dieser elementaren Tatsache gegenüber fordert der Strafvollzug die unbedingte und ununterbrochene Schweigepflicht. Sie kann nicht eingehalten werden und der Gefangene verstrickt sich ständig in das Netz der Disziplinarparagraphen.

Es gibt keinen Menschen, der nicht Sehnsucht nach einem Stück Himmel und nach Sonne hätte. Der Anblick des Lichts gewährt Freude und gibt Lebensbejahung. Die trübe Zelle erhöht diese Sehnsucht. Der Gefangene hat die faktische Möglichkeit, dieses Bedürfnis zu befriedigen, indem er auf die Pritsche steigt oder sich am Fensterrand festhält. Beides ist ihm verboten. Er muß dieses Verbot übertreten und damit sich strafwürdig machen.

Beide Verbote werden an Grausamkeit und Undurchführbarkeit noch übertroffen. Die griechische Sage berichtet von Tantalus, der im Wasser steht und verdurstet, denn so oft er sich bückt, entschwindet das Wasser. So wird der Gefangene behandelt. Denn er wird mit dem Entrippen von Tabakblättern beschäftigt — und er darf nicht rauchen.

Der Strafvollzug verlangt also von dem Gefangenen Unmögliches und besitzt damit ein beständiges Druckmittel in Form der Disziplinarstrafen: Bettentzug, Hosentzug, Kostentzug usw.

Auf die Frage, ob die Dunkelkammern noch existieren, wurde mir überall geantwortet, ihre Verwendung als Strafmittel sei verboten. Materiell existieren aber natürlich die „früheren" Dunkelkammern überall noch und sie werden auch benutzt — aber nicht als Strafmittel, sondern als „Erziehungs- und Beruhigungsmittel". Auch sollen diese Räume nicht als Dunkelkammern verwendet werden. Nur war in ihnen keine Beleuchtung und die alten Laden, welche die Kammer zur Dunkelkammer machen, waren noch vorhanden.

Gleichgültig, ob das eben Geschilderte ein System: das wesentliche Prinzip des Strafvollzugs ist, daß der Gefangene ständig neu strafwürdig wird. Er besitzt keinerlei eigenes Recht, und damit fehlt ihm die Voraussetzung zum eigenen Leben und zur Verantwortlichkeit. Der Gefangene ist lebendig begraben, der „Gnade" überlassen. Er hat praktisch kein Beschwerderecht; keine Kontrolle von außen kann ihm helfen. Die seinerzeit vorgesehenen Anstaltsbeiräte sind leider im Entwurf zur neuen Strafvollzugsordnung fallen gelassen.

So grotesk alles bisherige, so wird es noch weit übertroffen durch die Art und Höhe der **Arbeitsbelohnung** genannten „Bezahlung", die der Gefangene für die Arbeit erhält, die er im Dienst der Gefängnisverwaltung oder — was noch schlimmer ist — für einen privaten Unternehmer leistet. Bei fleißigster Arbeit, in einer stumpfsinnigen, geisttötenden Beschäftigung, die schon an sich eine Marter darstellt und die ihn beruflich nicht fördert, kann er es auf allerhöchstens 30 Pfennig pro Tag bringen. Dem stehen die Kosten des Strafvollzugs von 1.— Mark bis 1.50 Mk. täglich gegenüber, die der Gefangene zu tragen hat. Niemals kann also der Gefangene die Schulden tilgen, die er durch seinen Aufenthalt in diesem „Hotel der Gerechtigkeit" erwirbt. Nach mehrjähriger Einsperrung wird ein Gefangener mit vielleicht 20 Mark in der Tasche entlassen. Der erste Besucher, den er in seinem Heim — falls er ein solches besitzt — vorfindet, ist der Gerichtsvollzieher, der die Kosten des Strafvollzugs zu pfänden versucht. In der Praxis werden diese Verfahren natürlich wegen ihrer Aussichtslosigkeit meistens niedergeschlagen; denn der Entlassene bringt es doch niemals zu Vermögen. Aber schon die Vorstellung ist ungeheuerlich, daß der Gefangene ohne neues Wissen, ohne nennenswerte Mittel, die seiner jahrelangen Arbeit entsprechen würden, ja schwer verschuldet eine Anstalt verläßt, in der ihm alle Möglichkeiten zum Aufbau eines neuen Lebens geboten werden sollten.

Die Vergebung von Gefangenenarbeit an private Unternehmer ist schlimmste Sklaverei. Es ist zu fordern, daß der Gefangene entsprechend seiner tatsächlichen Leistung nach Sätzen bezahlt werde, die zum mindesten ungefähr den Tarifsätzen entsprechen.

Ergebnis: Der unmenschliche Strafvollzug vernichtet den Gefangenen, anstatt ihn zu „bessern". Zum mindesten wirft er ihn in seine frühere asoziale Bahn zurück. Der Strafvollzug richtet unter Umständen noch größeres Unheil an, als die Verbrecher selbst. Sicher stellt er keinen Schutz der Gesellschaft dar. Ich gestehe offen zu, daß ich für manche der hier angeschnittenen Probleme keine Lösung weiß. Insbesondere sehe ich keinen Weg, die Gefängnisse abzuschaffen. Der Zweck dieser Erlebnisschilderung war nur, einen kleinen Beitrag zu einer Diskussion zu liefern, die ich für dringend wünschenswert halte. Denn ich zweifle, daß diese infernalischen Zustände notwendig sind und daß die Oeffentlichkeit sie dulden würde, falls sie ihr bekannt wären.

Rache oder Besserung?

Gedanken zum Stufen-Strafvollzug

Von E. J. Gumbel

Zahlreich sind die Theorien, die dem Strafvollzug zugrunde liegen. Nach der ältesten handelt es sich um Rache: Auge um Auge, Zahn um Zahn. Eine mildere spricht von der Sühne begangenen Unrechts. Eine weniger ethisch als sozial fundierte Auffassung geht von der Notwendigkeit eines Schutzes der Gesellschaft aus und postuliert als Zweck die Besserung.

Gleichgültig, welche Theorie offiziell zugrunde gelegt wird, die Einsperrung stellt, wie sie auch ausgestaltet wird, eine Strafe dar, und sie muß es sein. Das Problem lautet: Die Verbrechen sind zum größten Teil durch die heutige Gesellschaftsordnung bedingt. Trägt der Strafvollzug dazu bei, den Betroffenen zu bessern?

Die folgenden Zeilen verzichten auf theoretische Betrachtungen. Sie wollen nur einige der Eindrücke wiedergeben, die ich bei Besichtigung einiger Strafanstalten gewonnen habe. Inwieweit sie symptomatisch für alle deutschen Anstalten sind, kann ich nicht beurteilen.

Die inhaftierte Bevölkerung zerfällt in die Untersuchungsgefangenen und Strafgefangenen einerseits und die politischen und die „gemeinen" Verbrecher andererseits. Durch Kombination dieser beiden Merkmale entstehen vier Kategorien, die juristisch und sozial betrachtet nichts miteinander gemein haben. Denn nach dem Gesetz gilt der Untersuchungsgefangene im Gegensatz zum Strafgefangenen nicht als überführt, und der politische Verbrecher hat im Gegensatz zu den meisten gemeinen aus sogenannten ehrenhaften Motiven gehandelt. Diesen wesentlichen Unterschieden wird von den Strafanstalten nicht genügend Rechnung getragen. Sie stülpen über alle vier Kategorien die gemeinsame Decke der Hausordnung und belasten damit den in Untersuchungshaft Befindlichen und den politischen Verbrecher stärker als den gemeinen.

Zum Teil sind die Gefangenen in Einzelzellen, zum Teil in großen Räumen untergebracht. Beides hat seine Nachteile. Der in Einzelhaft befindliche Gefangene hat seine Werkzeuge in der Zelle. Die mit der Arbeit verbundene Staubentwicklung wirkt schwer gesundheitsschädigend, da die Zellen nicht richtig gelüftet werden können. Die kollektive Haft bietet eine gewisse Geselligkeit. In der Einzelhaft erlischt um 7 Uhr abends die Lampe, unnötig früh; immerhin, der Gefangene kann schlafen. Dagegen brennt in den Schlafräumen nachts das Licht; die Gefangenen dürfen nicht schlafen. Dies geschieht um die sogenannte Unsittlichkeit zu bekämpfen, d. h. die Tatsache, daß das nicht ertötbare sexuelle Begehren der Gefangenen sich einen Ausweg schaffen muß.

In den drei Anstalten, die ich sah — und es wird mir glaubhaft versichert, daß dies in der Mehrzahl der deutschen Strafanstalten ebenso sei — herrscht das Kübelsystem. Die Kübel werden, da es an Personal mangelt, ein- oder höchstens zweimal in 24 Stunden geleert. Schon in der Einzelzelle muß, da die Deckel nie richtig passen, die Luft verpestet sein. In den Schlafsälen steht für eine Vielzahl von Gefangenen nur ein, zudem meistens zu kleiner, Kübel zur Verfügung. Es wirkt depravierend, wenn der Gefangene sein Bedürfnis in Gegenwart der anderen verrichten muß. Warum soll es den Gefangenen nicht gestattet sein, den in jedem Stockwerk befindlichen Abort nach freiem Ermessen zu benutzen? Dies würde allerdings voraussetzen, daß die einzelnen Zellentüren nicht ständig geschlossen bleiben. Zum mindesten müßte ein abgeschlossener Abort neben jeden Schlafsaal gebaut werden.

Die Ernährung war überall widerwärtig und bestand aus einer braunen Sauce als Frühstück und einem mit Soda durchmischten, undefinierbaren Brei als Hauptmahlzeit. Sie war zudem ungenügend, fett- und fleischlos und ohne Abwechslung. Zu fordern wäre, daß jeder Gefangene kontrollieren kann, ob er die ihm nach der Hausordnung zustehende Ration empfängt. Zum mindesten müßte eine Deputation der Gefangenen eine solche Kontrolle ausüben können. Außerdem ist nicht einzusehen, warum der Gefangene niemals frisches Obst oder Gemüse bekommen soll. Finanzielle Gründe können hierfür nicht angeführt werden.

Vielfach wird das Stufensystem als eine moderne Errungenschaft gefeiert, die insbesondere erzieherisch wirke und den Gefangenen moralisch fördere. Leider ist dieser Vorzug dialektisch: Er schlägt in sein Gegenteil um. Denn in der Praxis kann das Stufensystem nur dem langjährig Eingesperrten zugute kommen, da der Gefangene die Beweise seiner angeblichen Besserung erst nach drei oder gar sechs Monaten liefern kann. Es belastet am stärksten die Kurzfristigen, also diejenigen, für die Rückkehr in ein relativ geordnetes bürgerliches Leben an sich am leichtesten ist und denen sie daher noch erleichtert werden sollte. In der Praxis bedeutet das Stufensystem eine Erziehung zur vollendeten Heuchelei, besonders, wenn für die Einstufung die Angabe des Gefängnisgeistlichen entscheidend ist. Denn religiöse Gefühle lassen sich am leichtesten simulieren.

Die schrecklichste Last des Gefängnisses ist die Tatsache, daß der Gefangene in ihm ständig neue Handlungen begehen kann, ja, so lange er ein Mensch ist, begehen muß, die im Sinne der Hausordnung strafwürdig sind, und daß er somit ständig auf das durch besondere Akte der Unterwürfigkeit gegründete Wohlwollen oder Schweigen der Wärter angewiesen ist.

Nichts hat der Mensch, gleichgültig in welchem sozialen Milieu er lebt, nötiger, als das „unnötige" Reden. Dieser elementaren Tatsache gegenüber fordert der Strafvollzug die unbedingte und ununterbrochene Schweigepflicht. Sie kann nicht eingehalten werden, und der Gefangene verstrickt sich ständig in das Netz der Disziplinarparagraphen.

Es gibt keinen Menschen, der nicht Sehnsucht nach einem Stück Himmel und nach Sonne hätte. Der Anblick des Lichts gewährt Freude und gibt Lebensbejahung. Die trübe Zelle erhöht die Sehnsucht. Der Gefangene hat die faktische Möglichkeit, dieses Bedürfnis zu befriedigen, indem er auf die Pritsche steigt oder sich am Fensterrand festhält. Beides ist ihm verboten. Er muß dieses Verbot übertreten und sich damit strafwürdig machen.

Beide Verbote werden an Grausamkeit und Undurchführbarkeit noch übertroffen. Die griechische Sage berichtet von Tantalus, der im Wasser steht und verdurstet, denn so oft er sich bückt, entschwindet das Wasser. So wird der Gefangene behandelt. Denn er wird mit dem Entrippen von Tabakblättern beschäftigt — und er darf nicht rauchen.

Der Strafvollzug verlangt also von dem Gefangenen Unmögliches und besitzt damit ein beständiges Druckmittel in Form der Disziplinarstrafen: Bettentzug, Hofentzug, Kostentzug und andere.

Auf die Frage, ob die Dunkelkammern noch existieren, wurde mir überall geantwortet, ihre Verwendung als Strafmittel sei verboten. Materiell existieren aber natürlich die „früheren" Dunkelkammern überall noch und sie werden auch benutzt — aber nicht als Strafmittel, sondern als „Erziehungs- und Beruhigungsmittel". Auch sollen diese Räume nicht als Dunkelkammern verwendet werden. Nur war in ihnen keine Beleuchtung und die alten Laden, welche die Kammer zur Dunkelkammer machen, waren noch vorhanden.

Gleichgültig, ob das eben Geschilderte ein System: Das wesentliche Prinzip des Strafvollzugs ist, daß der Gefangene ständig neu strafwürdig wird. Er besitzt keinerlei eigenes Recht, und damit fehlt ihm die Voraussetzung zum eigenen Leben und zur Verantwortlichkeit. Der Gefangene ist lebendig begraben, der „Gnade" überlassen. Er hat praktisch kein Beschwerderecht; keine Kontrolle von außen kann ihm helfen. Die seinerzeit vorgesehenen Anstaltsbeiräte sind leider im Entwurf zur neuen Strafvollzugsordnung fallen gelassen.

So grotesk alles Bisherige, so wird es noch weit übertroffen durch die Art und Höhe der Arbeitsbelohnung genannten „Bezahlung", die der Gefangene für die Arbeit erhält, die er im Dienst der Gefängnisverwaltung oder — was noch schlimmer ist — für einen privaten Unternehmer leistet. Bei fleißiger Arbeit, in einer stumpfsinnigen, geisttötenden Beschäftigung, die schon an sich eine Marter darstellt und die ihn beruflich nicht fördert, kann er es auf allerhöchstens 30 Pfennig pro Tag bringen. Dem stehen die Kosten des Strafvollzugs von 1 Mark bis 1.50 Mark täglich gegenüber, die der Gefangene zu tragen hat. Niemals kann also der Gefangene die Schuld tilgen, die er durch seinen Aufenthalt in diesem „Hotel zur Gerechtigkeit" erwirbt. Nach mehrjähriger Einsperrung wird ein Gefangener mit vielleicht 20 Mark in der Tasche entlassen. Der erste Besucher, den er in seinem Heim — falls er ein solches besitzt — vorfindet, ist der Gerichtsvollzieher, der die Kosten des Strafvollzugs zu pfänden versucht. In der Praxis werden diese Verfahren natürlich wegen ihrer Aussichtslosigkeit niedergeschlagen; denn der Entlassene bringt es doch niemals zu Vermögen. Aber schon die Vorstellung ist ungeheuerlich, daß der Gefangene ohne neues Wissen, ohne nennenswerte Mittel, die seiner jahrelangen Arbeit entsprechen würden, ja schwer verschuldet eine Anstalt verläßt, in der ihm alle Möglichkeiten zum Aufbau eines neuen Lebens geboten werden sollten.

Die Vergebung von Gefangenenarbeit an private Unternehmer ist schlimmste Sklaverei. Es ist zu fordern, daß der Gefangene entsprechend seiner tatsächlichen Leistung nach Sätzen bezahlt werde, die zum mindesten ungefähr den Tarifsätzen entsprechen.

Ergebnis: Der unmenschliche Strafvollzug vernichtet den Gefangenen, anstelle ihn zu „bessern". Zum mindesten wirft er ihn in seine frühere asoziale Bahn zurück. Der Strafvollzug richtet unter Umständen noch größeres Unheil an, als die Verbrecher selbst. Sicher stellt er keinen Schutz der Gesellschaft dar. Ich gestehe offen zu, daß ich für manche der hier angeschnittenen Probleme keine Lösung weiß. Insbesondere sehe ich keinen Weg, die Gefängnisse abzuschaffen. Der Zweck dieser Erlebnisschilderung war nur, einen kleinen Beitrag zu einer Diskussion zu liefern, die ich für dringend wünschenswert halte. Denn ich zweifle, daß diese infernalischen Zustände notwendig sind und daß die Oeffentlichkeit sie dulden würde, falls sie ihr bekannt wären.

Karlsruhe 66

Gefängnisreform notwendig

Gedanken zum Strafvollzug

Von Privatdozent Dr. E. J. Gumbel

Zahlreich sind die Theorien, die dem Strafvollzung zugrunde liegen. Nach der ältesten handelt es sich um Rache: Auge um Auge, Zahn um Zahn. Eine mildere spricht von der Sühne begangenen Unrechts. Eine weniger ethisch als sozial fundierte Auffassung geht von der Notwendigkeit eines Schutzes der Gesellschaft aus und postuliert als Zweck die Besserung.

Gleichgültig, welche Theorie offiziell zugrunde gelegt wird, die Einsperrung stellt, wie sie auch ausgestaltet wird, eine Strafe dar, und sie muß es sein. Das Problem lautet: Die Verbrechen sind zum größten Teil durch die heutige Gesellschaftsordnung bedingt. Trägt der Strafvollzug dazu bei, den Betroffenen zu bessern?

Die folgenden Zeilen verzichten auf theoretische Betrachtungen. Sie wollen nur einige der Eindrücke wiedergeben, die ich

bei Besichtigung einiger Strafanstalten

gewonnen habe. Inwieweit sie systematisch für alle deutschen Anstalten sind, kann ich nicht beurteilen.

Die inhaftierte Bevölkerung zerfällt in die Untersuchungsgefangenen und Strafgefangenen einerseits und die politischen und „gemeinen“ Verbrecher andererseits. Durch Kombination dieser beiden Merkmale entstehen vier Kategorien, die juristisch und sozial betrachtet nichts miteinander gemein haben. Denn nach dem Gesetz gilt der Untersuchungsgefangene im Gegensatz zum Strafgefangenen nicht als überführt, und der politische Verbrecher hat im Gegensatz zu den meisten, gemeinen aus sogenannten ehrenhaften Motiven gehandelt. Diesen wesentlichen Unterschiede wird von den Strafanstalten nicht genügend Rechnung getragen. Sie stülpen über alle vier Kategorien die gemeinsame Decke der Hausordnung und belasten damit den in Untersuchungshaft Befindlichen und den politischen Verbrecher stärker als den gemeinen.

Zum Teil sind die Gefangenen in Einzelzellen, zum Teil in großen Räumen untergebracht. Beides hat seine Nachteile. Der in Einzelhaft befindliche Gefangene hat seine Werkzeuge in der Zelle. Die mit der Arbeit verbundene Staubentwicklung wirkt schwer gesundheitsschädigend, da die Zellen nicht richtig gelüftet werden können. Die kollektive Haft bietet eine gewisse Geselligkeit. In der Einzelhaft erlischt um 7 Uhr abends die Lampe, unnötig früh; immerhin, der Gefangene kann schlafen. Dagegen brennt in den Schlafräumen nachts das Licht; die Gefangenen dürfen nicht schlafen. Dies geschieht, um die sogenannte Unsittlichkeit zu bekämpfen, d. h. die Tatsache, daß das nicht ertötbare sexuelle Begehren der Gefangenen sich einen Ausweg schaffen muß.

In den drei Anstalten, die ich sah — und es wird mir glaubhaft versichert, daß dies in der Mehrzahl der deutschen Strafanstalten ebenso sei — herrscht

das Kübelsystem.

Die Kübel werden, da es an Personal mangelt, ein- oder höchstens zweimal in 24 Stunden geleert. Schon in der Einzelzelle muß, da die Deckel nie richtig passen, die Luft verpestet sein. In den Schlafsälen steht für eine Vielzahl von Gefangenen nur ein, zudem meistens zu kleiner Kübel zur Verfügung. Es wirkt deprimierend, wenn der Gefangene sein Bedürfnis in Gegenwart der andern verrichten muß. Warum soll es den Gefangenen nicht gestattet sein, den in jedem Stockwerk befindlichen Abort nach freiem Ermessen zu benutzen? Dies würde allerdings voraussetzen, daß die einzelnen Zellentüren nicht ständig geschlossen bleiben. Zum mindesten müßte ein abgeschlossener Abort neben jeden Schlafsaal gebaut werden.

Die Ernährung

war überall widerwärtig und bestand aus einer braunen Sauce als Frühstück und einem mit Soda durchmischten, undefinierbaren Brei als Hauptmahlzeit. Sie war zudem ungenügend, fett- und fleischlos und ohne Abwechslung. Zu fordern wäre, daß jeder Gefangene kontrollieren kann, ob er die ihm nach der Hausordnung zustehende Ration empfängt. Zum mindesten müßte eine Deputation der Gefangenen eine solche Kontrolle ausüben können. Außerdem ist nicht einzusehen, warum der Gefangene niemals frisches Obst oder Gemüse bekommen soll. Finanzielle Gründe können hierfür nicht angeführt werden.

Vielfach wird das Stufensystem als eine moderne Errungenschaft gefeiert, die insbesondere erzieherisch wirke und den Gefangenen moralisch fördere. Leider ist dieser Vorzug dialektisch: er schlägt in sein Gegenteil um. Denn in der Praxis kann das Stufensystem nur dem langjährig Eingesperrten zugute kommen, da der Gefangene die Beweise seiner angeblichen Besserung erst nach drei oder gar sechs Monaten liefern kann. Es belastet am stärksten die Kurzfristigen, also diejenigen, für die die Rückkehr in ein relativ geordnetes bürgerliches Leben an sich am leichtesten ist und denen sie daher noch erleichtert werden sollte. In der Praxis bedeutet das Stufensystem eine Erziehung zur vollendeten Heuchelei, besonders wenn für die Einstufung die Angabe des Gefängnisgeistlichen entscheiden ist. Denn religiöse Gefühle lassen sich am leichtesten simulieren.

Nichts hat der Mensch, gleichgültig in welchem sozialen Milieu er lebt, nötiger, als das „unnötige“ Reden. Dieser elementaren Tatsache gegenüber fordert der Strafvollzug die unbedingte und

ununterbrochene Schweigepflicht.

Sie kann nicht eingehalten werden und der Gefangene verstrickt sich ständig in das Netz der Disziplinarparagraphen.

Es gibt keinen Menschen, der nicht Sehnsucht nach einem Stück Himmel und nach Sonne hätte. Der Anblick des Lichts gewährt Freude und gibt Lebensbejahung. Die trübe Zelle erhöht die Sehnsucht. Der Gefangene hat die faktische Möglichkeit, dieses Bedürfnis zu befriedigen, indem er auf die Pritsche steigt oder sich am Fensterrand festhält. Beides ist ihm verboten. Er muß dieses Verbot übertreten und damit sich strafwürdig machen.

Beide Verbote werden an Grausamkeit und Undurchführbarkeit noch übertroffen. Die griechische Sage berichtet von Tantalus, der im Wasser steht und verdurstet, denn so oft er sich bückt, entschwindet das Wasser. So wird der Gefangene behandelt. Denn er wird mit dem

Entrippen von Tabakblättern

beschäftigt — und er darf nicht rauchen.

Der Strafvollzug verlangt also von dem Gefangenen Unmögliches und besitzt damit ein ständiges Druckmittel in Form der Disziplinarstrafen: Bettentzug, Hofentzug, Kostentzug usw.

Auf die Frage, ob die Dunkelkammern noch existieren, wurde mir überall geantwortet, ihre Verwendung als Strafmittel sei verboten. Materiell existieren aber natürlich die „früheren“ Dunkelkammern überall noch und sie werden auch benutzt — aber nicht als Strafmittel, sondern als „Erziehungs- und Beruhigungsmittel“. Auch sollen diese Räume nicht als Dunkelkammern verwendet werden. Nur war in ihnen keine Beleuchtung und die alten Laden, welche die Kammer zur Dunkelkammer machen, waren noch vorhanden.

Gleichgültig, ob das eben Geschilderte ein System: das wesentliche Prinzip des Strafvollzugs ist, daß der Gefangene ständig neu strafwürdig wird. Er besitzt keinerlei eigenes Recht und damit fehlt ihm die erste Voraussetzung zum eigenen Leben und zur Verantwortlichkeit. Der Gefangene ist lebendig begraben, der „Gnade“ überlassen. Er hat praktisch kein Beschwerderecht; keine Kontrolle von außen kann ihm helfen. Die seinerzeit vorgesehenen Anstaltsbeiräte sind leider im Entwurf zur neuen Strafvollzugsordnung fallen gelassen.

So grotesk alles bisherige, so wird es noch weit übertroffen durch die Art und Höhe der Arbeitsbelohnung genannten „Bezahlung“, die der Gefangene für die Arbeit erhält, die er im Dienst der Gefängnisverwaltung oder — was noch schlimmer ist — für einen privaten Unternehmer leistet. Bei fleißigster Arbeit, in einer stumpfsinnigen, geisttötenden Beschäftigung, die schon an sich eine Marter darstellt und die ihn beruflich nicht fördert, kann er es

auf allerhöchstens 30 Pfennig pro Tag

bringen, Dem stehen die Kosten des Strafvollzugs von 1 M bis 1,50 M täglich gegenüber, die der Gefangene zu tragen hat. Niemals kann also der Gefangene die Schulden tilgen, die er durch seinen Aufenthalt in diesem „Hotel zur Gerechtigkeit“ erwirbt. Nach mehrjähriger Einsperrung wird ein Gefangener mit vielleicht 20 M in der Tasche entlassen. Der erste Besucher, den er in seinem Heim — falls er ein solches besitzt — vorfindet, ist der Gerichtsvollzieher, der die Kosten des Strafvollzugs zu pfänden versucht. In der Praxis werden diese Verfahren natürlich wegen ihrer Aussichtslosigkeit niedergeschlagen; denn der Entlassene bringt es doch niemals zu Vermögen. Aber schon die Vorstellung ist ungeheuerlich, daß der Gefangene ohne neues Wissen, ohne nennenswerte Mittel, die seiner jahrelangen Arbeit entsprechen würden, ja schwer verschuldet eine Anstalt verläßt, in der ihm alle Möglichkeiten zum Aufbau eines neuen Lebens geboten werden sollten.

Die Vergebung von Gefangenenarbeit an private Unternehmer ist schlimmste Sklaverei. Es ist zu fordern, daß der Gefangene entsprechend seiner tatsächlichen Leistung nach Sätzen bezahlt werde, die zum mindesten ungefähr den Tarifsätzen entsprechen.

Ergebnis:

Der unmenschliche Strafvollzug vernichtet den Gefangenen, anstatt ihn zu „bessern“. Zum mindesten wirft er ihn in seine frühere asoziale Bahn zurück. Der Strafvollzug richtet unter Umständen noch größeres Unheil an, als die Verbrecher selbst. Sicher stellt er keinen Schutz der Gesellschaft dar. Ich gestehe offen zu, daß ich für manche der hier angeschnittenen Probleme keine Lösung weiß. Insbesondere sehe ich keinen Weg, die Gefängnisse abzuschaffen. Der Zweck dieser Erlebnisschilderung war nur, einen kleinen Beitrag zu einer Diskussion zu liefern, die ich für dringend wünschenswert halte. Denn ich zweifle, daß diese infernalischen Zustände notwendig sind und daß die Oeffentlichkeit sie dulden würde, falls sie ihr bekannt wären.

Der Strafvollzug

Zahlreich sind die Theorien, die dem Strafvollzug zugrunde liegen. Nach der ältesten handelt es sich um Rache: Auge um Auge, Zahn um Zahn. Eine mildere spricht von der Sühne begangenen Unrechts. Eine weniger ethisch als sozial fundierte Auffassung geht von der Notwendigkeit eines Schutzes der Gesellschaft aus und postuliert als Zweck die Besserung. Kann der Strafvollzug dazu beitragen, den Betroffenen zu bessern? Die folgenden Zeilen verzichten auf theoretische Betrachtungen. Sie wollen nur einige der Eindrücke wiedergeben, die ich bei Besichtigung einiger Strafanstalten gewonnen habe. Inwieweit sie symptomatisch für alle deutschen Anstalten sind, kann ich nicht beurteilen.

Zum Teil sind die Gefangenen in Einzelzellen, zum Teil in großen Räumen untergebracht. Beides hat seine Nachteile. Der in Einzelhaft befindliche Gefangene hat seine Werkzeuge in der Zelle. Die mit der Arbeit verbundene Staubentwicklung wirkt schwer gesundheitsschädigend, da die Zellen nicht richtig gelüftet werden können. Die kollektive Haft bietet eine gewisse Geselligkeit. In der Einzelhaft erlischt um 7 Uhr abends die Lampe, unnötig früh; immerhin, der Gefangene kann schlafen. Dagegen brennt in den Schlafräumen nachts das Licht; die Gefangenen dürfen nicht schlafen. Dies geschieht, um die sogenannte Unsittlichkeit zu bekämpfen, d. h. die Tatsache, daß das nicht ertötbare sexuelle Begehren der Gefangenen sich einen Ausweg schaffen muß.

In den drei Anstalten, die ich sah — und es wird mir glaubhaft versichert, daß dies in der Mehrzahl der deutschen Strafanstalten ebenso sei — herrscht das Kübelsystem. Die Kübel werden, da es an Personal mangelt, ein- oder höchstens zweimal in 24 Stunden geleert. Schon in der Einzelzelle muß, da die Deckel nie richtig passen, die Luft verpestet sein. In den Schlafsälen steht für eine Vielzahl von Gefangenen nur ein (meistens zu kleiner) Kübel zur Verfügung. Es wirkt depravierend, wenn der Gefangene sein Bedürfnis in Gegenwart der andern verrichten muß. Warum soll es den Gefangenen nicht gestattet sein, den in jedem Stockwerk befindlichen Abort nach freiem Ermessen zu benützen?

Die Ernährung war überall widerwärtig. Sie bestand aus einer braunen Sauce als Frühstück und einem mit Soda durchmischten, undefinierbaren Brei als Hauptmahlzeit. Sie war zudem ungenügend, fett- und fleischlos und ohne Abwechslung. Zu fordern wäre, daß jeder Gefangene kontrollieren kann, ob er die ihm nach der Hausordnung zustehende Ration empfängt. Zum mindesten müßte eine Deputation der Gefangenen eine solche Kontrolle ausüben können. Außerdem ist nicht einzusehen, warum der Gefangene niemals frisches Obst oder Gemüse bekommen soll. Finanzielle Gründe können hier nicht angeführt werden.

Die schrecklichste Last des Gefängnisses ist die Tatsache, daß der Gefangene in ihm ständig neue Handlungen begehen kann, ja, solange er ein Mensch ist, begehen muß, die im Sinne der Hausordnung strafwürdig sind, und daß er somit ständig auf das durch besondere Akte der Unterwürfigkeit zu erwerbende Wohlwollen der Wärter angewiesen ist.

Hieher gehört z. B. das Schweigegebot. Nichts hat der Mensch, gleichgültig in welchem sozialen Milieu er lebt, nötiger als das „unnötige" Reden. Dieser elementaren Tatsache gegenüber fordert der Strafvollzug die unbedingte und ununterbrochene Schweigepflicht. Sie kann nicht eingehalten werden, und der Gefangene verstrickt sich ständig in das Netz der Disziplinarparagrafen.

Es gibt keinen Menschen, der nicht Sehnsucht nach einem Stück Himmel und nach Sonne hätte. Der Anblick des Lichts gewährt Freude und gibt Lebensbejahung. Die trübe Zelle erhöht diese Sehnsucht. Der Gefangene hat die faktische Möglichkeit, dieses Bedürfnis zu befriedigen, indem er auf die Pritsche steigt oder sich am Fensterrand festhält. Beides ist ihm verboten. Er muß dieses Verbot übertreten und damit sich strafwürdig machen.

Beide Verbote werden an Grausamkeit und Undurchführbarkeit noch übertroffen. Die griechische Sage berichtet von Tantalus, der im Wasser steht und verdurstet, denn so oft er sich bückt, entschwindet das Wasser. So wird der Gefangene behandelt. Denn er wird mit dem Entrippen von Tabakblättern beschäftigt und darf nicht rauchen.

Auf die Frage, ob die Dunkelkammern noch existieren, wurde mir überall geantwortet, ihre Verwendung als Strafmittel sei verboten. Materiell existieren aber natürlich die „früheren" Dunkelkammern überall noch und sie werden auch benutzt — aber nicht als Strafmittel, sondern als „Erziehungs- und Beruhigungsmittel". Auch sollen diese Räume nicht als Dunkelkammern verwendet werden. Nur war in ihnen keine Beleuchtung und die alten Laden, welche die Kammer zur Dunkelkammer machen, waren noch vorhanden.

So grotesk alles bisher Geschilderte ist, so wird es noch weit übertroffen durch die Art und Höhe der Arbeitsbelohnung genannten **B e z a h l u n g**, die der Gefangene für die im Dienst der Gefängnisverwaltung oder — was noch schlimmer ist — für einen privaten Unternehmer geleistete Arbeit erhält. Bei fleißiger Arbeit, in einer stumpfsinnigen, geisttötenden Beschäftigung, die schon an sich eine Marter darstellt und die ihn beruflich nicht fördert, kann er es auf allerhöchstens 30 Pfennig pro Tag bringen. Dem stehen die Kosten des Strafvollzugs von 1 Mark bis 1,50 Mark täglich gegenüber, die der Gefangene zu tragen hat. Niemals kann also der Gefangene die Schulden tilgen, die er durch seinen Aufenthalt in diesem „Hotel zur Gerechtigkeit" erwirbt. Nach mehrjähriger Einsperrung wird ein Gefangener mit vielleicht 20 Mark in der Tasche entlassen. Der erste Besucher, den er in seinem Heim — falls er ein solches besitzt — vorfindet, ist der Gerichtsvollzieher, der die Kosten des Strafvollzugs zu pfänden versucht. In der Praxis werden diese Verfahren natürlich wegen ihrer Aussichtslosigkeit niedergeschlagen; denn der Entlassene bringt es doch niemals zu Vermögen. Aber schon die Vorstellung ist ungeheuerlich, daß der Gefangene ohne neues Wissen, ohne nennenswerte Mittel, die seiner jahrelangen Arbeit entsprechen würden, ja schwer verschuldet eine Anstalt verläßt, in der ihm alle Möglichkeiten zum Aufbau eines neuen Lebens geboten werden sollten.

Die Vergebung von Gefangenenarbeit an **p r i v a t e** Unternehmer ist schlimmste Sklaverei. Es ist zu fordern, daß der Gefangene entsprechend seiner tatsächlichen Leistung nach Sätzen bezahlt werde, die zum mindesten ungefähr den Tarifsätzen entsprechen.

E r g e b n i s: Der unmenschliche Strafvollzug vernichtet den Gefangenen statt daß er ihn „bessert". Zum mindesten wirft er ihn in seine frühere asoziale Bahn zurück. Der Strafvollzug richtet unter Umständen noch größeres Unheil an als die Verbrecher selbst. Sicher stellt er keinen Schutz der Gesellschaft dar. Ich gestehe offen, daß ich für manche der hier angeschnittenen Probleme keine Lösung weiß. Insbesondere sehe ich keinen Weg, die Gefängnisse abzuschaffen. Der Zweck dieser Erlebnisschilderung war nur, einen kleinen Beitrag zu einer Diskussion zu liefern, die ich für dringend wünschenswert halte. Denn ich zweifle, daß diese infernalischen Zustände notwendig sind, und daß die Oeffentlichkeit sie dulden würde, falls sie ihr bekannt wären.

E. J. G u m b e l

68 **Die Justiz**

Zeitschrift für Erneuerung des Deutschen Rechtswesens
Zugleich Organ des Republikanischen Richterbundes

In Verbindung mit

Wolfgang Mittermaier / **Gustav Radbruch** / **Hugo Sinzheimer**
Gießen Heidelberg Frankfurt a. M.

herausgegeben von **Wilhelm Kroner**, Berlin

Verlag: Dr. Walther Rothschild in Berlin-Grunewald

Die Justiz erscheint zweimonatlich. Preis halbjährlich 10,— M. | Bestellungen durch alle Buchhandlungen und den Verlag

IV. Band • **Berlin, August 1929** • **Heft 6**

Femeliteratur.

Von E. J. Gumbel.

„Wir haben alle Hochachtung vor Männern, die Vaterlandsverrätern auf gesetzlichem Wege das Handwerk legten!" „Die Femelüge", S. 69.

Heute, nach Abschluß der wichtigsten Femeprozesse, während ein Teil der Täter, darunter auch einige Offiziere, ihre Strafen abzubüßen haben, soweit sie nicht auf dem Gnadenwege erlassen wurden, entsteht eine ausgedehnte Femeliteratur. Angesichts ihres großen Umfanges beschränken wir uns im folgenden auf die Betrachtung der in Buchform erschienenen Schriften. Sie bezwecken, die schauerlichen Taten als legal darzustellen, ja zu verniedlichen und ihren Zusammenhang zu verwischen, um den noch nicht entlassenen Tätern den Weg in die Freiheit zu bahnen.

Um an die Stelle psychologischer Beschönigungen und hieraus erwachsener falscher Sentimentalität die in politischen wie juristischen Problemen notwendige Klarheit zu setzen, müssen die ganzen zusammengehörigen Fälle auch zusammen betrachtet werden. Die unglaublichen Roheiten, die mit all diesen Morden verbunden waren, im einzelnen zu schildern, kann nicht unsere Aufgabe sein, obwohl die Gemeinsamkeit dieser Methoden den Zusammenhang auf das deutlichste charakterisiert. Es genügt der Nachweis der Identität bzw. des nahen personellen Zusammenhanges der Täter.

Diese Morde sind nicht Werke dämonischer Riesen; sie sind erwachsen aus wohlvorbereitetem, sozialen, juristischen und militärischen Milieu. Die politischen Morde waren spezifische Mittel zur Niederhaltung der Arbeiterschaft und zur Bekämpfung der Republik. Ihre lange Reihe geht von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, Gustav Landauer, dem Abgeordneten Gareis bis zu dem Minister Eisner und den Opfern der O. C., den Ministern Erzberger und Rathenau. Jede Unter-

lassung, jede Einstellung eines Verfahrens, jede Außerverfolgsetzung, jede Anklage nur wegen Körperverletzung, jeder Freispruch kam in seiner Wirkung einer Ermutigung zu neuem Morde gleich.

Die militärische Basis stellten die Gardekavallerie-Schützendivision, andere Berliner Freiwilligen-Regimenter, die bayerische Einwohnerwehr, die Freikorps, vor allem Roßbach — das frühere Reichswehrjägerbataillon Nr. 37 —, die vorläufige Reichswehr durch ihre Meuterei im Kapp-Putsch, endlich die zahlreichen aus militärischen Formationen erwachsenen und von der Reichswehr bewaffneten Geheimbünde.

Die potenzierteste Form des politischen Mordes stellt der Fememord dar. Schon 1920 treten die Fememorde in der bayerischen Einwohnerwehr auf. Über die O. C., die Organisation Roßbach und die oberschlesischen Freikorps werden sie, in die Schwarze Reichswehr verpflanzt, zu einem wohlausgebauten, vollendet durchdachten System. Mit ihm haben wir uns im folgenden zu beschäftigen.

Im Jahre 1923 stellte die Reichswehr unter Verletzung des Etatrechts und mit Hilfe privater Geldgeber ein heimliches, „schwarzes" Heer auf. Die vom Wehrkreis genehmigte Stärke dieser als Arbeitskommandos bezeichneten Rahmenformation wird von ihrem politischen Leiter, Major Buchrucker, auf 18000 Mann allein für den Wehrkreis III angegeben (Buchrucker, Im Schatten Seeckts, Die Geschichte der schwarzen Reichswehr, Kampf-Verlag Berlin 1928. S. 32). Die tatsächliche Leitung lag bei seinem Stellvertreter, dem aus dem Unteroffizierstande hervorgegangenen Oberleutnant Paul Schulz, einem Mann von ungeheurer Energie und letzter Rücksichtslosigkeit. Er saß im Gebäude des Wehrkreiskommando III in Berlin. Eng mit ihm verbunden arbeitete das „Kommando zur besonderen Verwendung": die Feldwebel mit den bezeichnenden Namen Klapproth, Fahlbusch und Büsching. Offiziell sollten die Truppen — der Bock als Gärtner — die im Lande verstreuten Waffen sammeln. Sie taten dies mit dem Erfolg, daß der Unterschied zwischen legalen und illegalen Waffen verschwand.

Angeblich zum Schutz der Grenze bestimmt, sah diese Bürgerkriegsarmee ihren wirklichen Feind in der preußischen Polizei wie in der organisierten Arbeiterschaft. Beide gelten als „Kommunisten". „Die (privaten) Geldgeber wollten dafür, daß sie zahlten, Schutz gegen die von ihnen befürchteten Unruhen" (Buchrucker S. 13). „Die meisten Geldgeber dachten also vorwiegend an die innerpolitische Lage" (S. 27). Berlin

ist mit schwarzen Truppen umstellt. Selbst beim Wachtregiment sitzt eine schwarze Abteilung. Die Angabe Buchruckers (S. 34), daß der geplante Einmarsch in Berlin nur den Zweck hatte, die Regierung zur offiziellen Anerkennung dieser Heeresverstärkung zu zwingen, mag subjektiv ehrlich sein; aber objektiv stellte dieser Plan den Versuch einer Wiederholung des Kapp-Putsches dar, der ja auch angeblich nur der Einsetzung von Fachministern und dem Schutz der von der Regierung verletzten Reichsverfassung galt. Im Putsch von Küstrin in den ersten Tagen des Oktober 1923 brach die Schwarze Reichswehr zusammen. Der Einmarsch in Berlin war damit unmöglich.

Zunächst einige gerichtlich festgestellte Tatbestände von den in der Schwarzen Reichswehr üblichen Mordmethoden[1]).

Der Kompagniefeldwebel Legner von der schwarzen Stammformation beim Schießplatz Jüterbog geriet in den Verdacht, sechs Pistolen unterschlagen zu haben. Am 25. März 1923 wird er von Oberleutnant Schulz nach der Fliegerkaserne Elsgrund in Döberitz zum Hauptmann Gutknecht versetzt, am 31. von dem Oberleutnant Nicolai Reim zu einer Patrouille mitgenommen und dort von dem Feldwebel Büsching ermordet. Reim wußte vom Mordplan, der von Gutknecht oder Schulz ausgegangen war. Fahlbusch hilft die Spur verwischen. Reim wurde wegen Beihilfe zum Mord am 24. September 1928 vom Schwurgericht Berlin III unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Friedmann zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt. Gegen Schulz und Fahlbusch, der erst im April 1929 verhaftet werden konnte, schwebt das Verfahren noch.

Der Soldat Pannier von der schwarzen Truppe in Döberitz war desertiert. Von Kameraden festgenommen, suchte er vergeblich bei der Polizei Schutz. Im Auftrag des Leutnant Benn wurde er am 4. Juni 1923 von den Soldaten Stein, Schirrmann und Aschenkamp umgebracht. Am gleichen Tage fuhr Schirrmann mit einem Brief Gutknechts zu Schulz. Schirrmann, Stein und Aschenkamp wurden am 2. Februar 1926 vom Schwurgericht Berlin III unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Bombe wegen Mordes, Benn wegen Anstiftung hierzu zum Tode verurteilt. Eine Beteiligung des Hauptmanns Gutknecht und seines Nachfolgers Freiherr von Senden hat das Gericht nicht angenommen.

---

[1]) Eine eingehende Schilderung der einzelnen Fälle findet sich in dem zur Zeit im Druck befindlichen Buch „Verräter verfallen der Feme“ von E. J. Gumbel, Berthold Jacob und Ernst Falck (Malik-Verlag, Berlin).

Der Leutnant Janke, der Oberfeuerwerker Balke und der Feldwebel Gaedicke hatten versucht, 20000 Schuß Munition der Schwarzen Reichswehr in Küstrin zu verschieben. Die Schiebung wurde am 15. Juni entdeckt. Am nächsten Tage traf Schulz in Küstrin ein und hielt eine Beratung in einem Café ab. Gaedicke wurde mit Klapproth zusammengebracht und von diesem niedergeschlagen. Da Unbeteiligte dazwischentraten, kam er mit dem Leben davon. Drei Tage später wurde auf Anregung Klapproths ein Giftmordversuch gegen Janke gemacht. Balke beging aus Angst vor der Feme Selbstmord. Janke und Gaedike wurden wegen des Munitionsdiebstahls vom Schöffengericht Küstrin am 1. August 1923 zu je fünf Monaten Gefängnis verurteilt.

Vom Schwurgericht Landsberg a. W. unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Weßling wurde Klapproth am 8. September 1926 im Falle Gaedicke, in dem er wegen Mordversuchs angeklagt war, wegen Körperverletzung zu einem Jahre Gefängnis verurteilt. Schulz wurde freigesprochen. Nach der Aufhebung des Urteils durch das Reichsgericht wurden die Urteile vom Schwurgericht Stettin unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Hirschberg bestätigt. Im Fall Janke wurde Klapproth vom Schwurgericht Landsberg unter dem Landgerichtsdirektor Weßling am 25. Oktober 1926 als Zeuge vernommen. Drei Beteiligte wurden zu kleineren Gefängnisstrafen verurteilt. Endlich wurde der Rittergutsbesitzer Wilhelm von Oppen in Tornow wegen Beihilfe zur Flucht Klapproths vom Schöffengericht Küstrin am 9. Juni 1928 zu 1000 Mark Geldstrafe verurteilt.

Der schwarze Soldat Paul Gröschke in Küstrin fiel als Psychopath auf und wurde unter Beteiligung des Oberleutnants Raphael viehisch verprügelt. Als Schulz in Küstrin der Fall gemeldet wurde, versuchte er vergeblich, Gift zu erhalten. Als dies scheiterte, setzte er „zuverlässige“ Leute als Wache vor die Zelle des Gröschke. Klapproth und Büsching holten ihn am 23. Juni 1923 aus der Arrestzelle in ein Auto und ermordeten ihn während der Fahrt. Am 3. November 1926 wurde Klapproth vom Schwurgericht Landsberg unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Weßling wegen Beihilfe zum Mord zu 15 Jahren Zuchthaus, Raphael wegen Körperverletzung in Tateinheit mit Nötigung, wegen Meineid und Beihilfe zum Mord zu drei Jahren Zuchthaus, Glaser, ein weiterer Teilnehmer der Fahrt, wegen Beihilfe zum Mord ebenfalls zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt. Das Urteil nahm an, daß Schulz ursprünglich einen Plan zur Ermordung des Gröschke hatte. Er sei aber nur moralisch schuldig, da er diesen Plan aufgegeben habe.

Der Kompagniefeldwebel Wilms von der 2. Kompagnie des Bataillons von Senden in Döberitz hatte versucht, eine Unteroffiziersvereinigung zu gründen. Oberleutnant von Senden verbot ihm dies. Wilms wurde zu Schulz bestellt. Als er zurückkam, betrank er sich und schimpfte: „Ich wäre heute in der Stimmung, alles den Kommunisten zu verraten." Doch hat er nichts derartiges unternommen. Es kam auf, daß Wilms 46000 Papiermark (zwei Goldmark) unterschlagen hatte. Dies wurde Schulz gemeldet. Darauf wurde Wilms nach Rathenow zu dem Oberleutnant von Poser strafversetzt. Am 18. Juli teilte Schulz dem Poser telephonisch mit, es werde ein Auto mit Oberleutnant Fuhrmann kommen, um ein kommunistisches Waffenlager auszuheben. Wilms solle hierzu eingeteilt werden. Das Auto kam; Wilms wurde mitgenommen. Fahlbusch, Fuhrmann, Klapproth und Umhofer haben ihn auf der Fahrt getötet. Fuhrmann, Klapproth und Umhofer wurden am 26. März 1927 vom Schwurgericht Berlin III unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Siegert wegen Mordes, Schulz wegen Anstiftung zum Tode verurteilt.

Der Unteroffizier Alfred Brauer von der schwarzen Truppe in Küstrin wurde bei einem Waffendiebstahl überrascht, zur Strafkompagnie versetzt, beurlaubt und dann wieder vom Urlaub zurückgerufen. Am 2. August wurde er von Fahlbusch, der von Schulz nach Küstrin abkommandiert worden war, zu einer Autofahrt eingeladen, bei der Kowalewski steuerte. Während der Fahrt wurde Brauer von Fahlbusch umgebracht. Das Schwurgericht Landsberg unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Weßling verurteilte Kowalewski am 27. Oktober 1926 wegen Beihilfe zur vorsätzlichen Tötung zu sechs Jahren Zuchthaus. Schulz wurde zunächst außer Verfolgung gesetzt. Das Verfahren gegen Fahlbusch und ihn wurde am 22. April 1929 wieder eröffnet.

Der Leutnant Sand von der schwarzen Truppe in Döberitz fiel durch Geldausgaben auf und wurde am 3. September 1923 vermutlich auf Veranlassung des Schulz von Fahlbusch und Büsching durch zwei Schüsse in den Hinterkopf ermordet. Das Verfahren gegen Fahlbusch und Schulz schwebt noch.

Dies sind in groben Umrissen die Mordtaten der Schwarzen Reichswehr des Wehrkreiskommandos III, welche mit Schulz, Gutknecht und dem Kommando z. b. V. zusammenhängen, soweit sie durch gerichtliche Behandlung aufgedeckt sind. Daß diese Liste vollständig sei, ist recht unwahrscheinlich. Aber sie genügt, um das Trio Fahlbusch, Büsching und Klapproth

als Mordkommission zu charakterisieren. Ihre Namen sowie der Name ihres Häuptlings Schulz kehren ständig wieder.

In keinem einzigen Fall hat ein wirklicher Verrat vorgelegen. Die Ursache der meisten Morde waren ganz haltlose Gerüchte, für die auch nicht die Spur eines Beweises vorhanden war.

In seiner Schrift „Wahrheit und Recht für Feme, Schwarze Reichswehr und Oberleutnant Schulz" (Verlag I. F. Lehmann, München 1928), gibt Luetgebrune eine an sich gute Darstellung dieser Fälle. Aber sie ist im wesentlichen darauf zugeschnitten, die Unschuld des Schulz zu beweisen. Die ganzen Taten werden als selbständige Handlungen der beteiligten Mannschaften dargestellt, was schon angesichts der dabei ständig geübten Abkommandierungen unmöglich ist.

Die Zeugenaussagen, die Verteidigungsrede, die Urteilsbegründung und die Revisionsrechtfertigung im Falle Legner sind von dem Verteidiger Dr. Grimm, Professor an der Universität Münster, in zwei Broschüren herausgegeben (Grundsätzliches zu den Femeprozessen, 1. u. 2. Folge. I. F. Lehmann Verlag, München 1928). Das Hauptargument Grimms geht dahin, ein solcher Mord müsse straflos sein, wenn er bezwecke, den Staat vor Nachteil zu schützen. In unmißverständlicher Weise zieht das Urteil die Konsequenz dieser Auffassung, indem es auf einen bekannten Mord anspielt: „Läßt sich nicht so die Tötung des Ministers, der seinen Staat — angeblich oder wirklich — verraten will, immer rechtfertigen?" So verneint das Urteil ausdrücklich die von Grimm aufgestellte Theorie der Straflosigkeit des Handelns aus „Vaterlandsliebe".

Die Schwarze Reichswehr und ihre Fememorde sind erst in den gerichtlichen Verfahren der letzten Jahre vor aller Öffentlichkeit aufgedeckt worden. Bereits vorher waren diese Tatsachen behauptet worden, aber die Angaben blieben weit hinter der Wirklichkeit zurück.

Die offiziellen Angaben über diese Armee lauteten: Eine Schwarze Reichswehr hat es nie gegeben — Untergeordnete Organe haben illegale Verbindungen angeknüpft — Sie sind längst gelöst — Das Reichswehrministerium hat nichts davon gewußt — Eine Feme hat nie existiert — Wer davon spricht, begeht Landesverrat. Diese Methode war so lange erfolgreich, als keine Verfahren gegen die Mörder stattgefunden hatten. Mit jedem neuen Verfahren erweiterte sich der Umfang des in der Öffentlichkeit Bekannten, verblaßte die Wirkung der bisherigen lügnerischen Dementis, wurden neue Zugeständnisse, aber damit auch neue Dementis notwendig.

Durch den Ausschluß der Öffentlichkeit bei den ersten Femeprozessen wurden die in solchen Verhandlungen notwendig auftretenden Gegensätze zwischen den ausführenden Organen und den Anstiftern und Verantwortlichen verwischt. Angeklagt waren zunächst regelmäßig nur einfache Menschen, schwarze Reichswehrleute, Berufslandknechte mit engen Stirnen und soldatischem Gehorsam. Die Verteidigung mußte demgegenüber entweder deren Vorsatz zur Tat verneinen oder, wenn dies nicht möglich, darauf hinweisen, daß diese einfachen Naturen doch nur ausführende Organe eines höheren Willens waren, daß dieser höhere Wille sich aber auf einen in der Reichswehr vorhandenen Willen zur Geheimhaltung „mit allen Mitteln" berufen hatte. Der Ausschluß der Öffentlichkeit ließ diese fundamentale Tatsache und den Gegensatz zwischen den aus der Unterschicht, der „Hefe des Volkes" stammenden Mördern und den getarnten, hochstehenden Führern nicht bekannt werden. Er verschleierte die Fäden, die zu außerhalb der eigentlichen Schwarzen Reichswehr stehenden Personen führten, auf deren, allerdings nicht expressis verbis ausgesprochenen Willen die Mörder ihre Taten zurückführten. Dieser Klassengegensatz war beinahe identisch mit dem militärischen Gegensatz zwischen den Mannschaften der Schwarzen und den Offizieren der „Grauen" Reichswehr. In den ersten Prozessen, solange der Ausschluß der Öffentlichkeit das Bekanntwerden dieses Gegensatzes verhinderte, brauchte die Verteidigung nicht allzu scharf gegen diesen Personenkreis vorzustoßen. Mit jeder neu bekanntgewordenen Tatsache über die Schwarze Reichswehr mußte sie schärfer vorgehen, bis in den Stettiner Prozessen die deutschnationalen Verteidiger zu den schwersten Angriffen gegen die Reichswehr ausholten.

Die im folgenden zu behandelnden, ebenfalls im völkischen Verlag I. F. Lehmann, München, in zum Teil luxuriöser Aufmachung erschienenen Bücher und Broschüren verdienen keine allzu eingehende Betrachtung, da, wie Ministerialrat Dr. Herrmann im Rechtsausschuß des Preußischen Landtages (9. April 1929) nachwies, diese neuen Verteidiger die umfangreichen Akten überhaupt nicht eingesehen hatten. Diese Schriften greifen nur das Wilmsurteil an; die anderen Femetaten werden nur gelegentlich gestreift. Alle Momente, die für die Beteiligung des Hauptangeklagten Schulz an den anderen Fememorden sprechen, werden weggelassen. In diesen Werken werden jeweils die andern als größte Autorität zitiert. Hierdurch steigt zwar der Umfang, nicht aber das innere Gewicht der Bücher.

Bei dieser wahllosen gegenseitigen Zitatenhäufung beachten die Autoren garnicht, daß ihre Argumente keineswegs übereinstimmen. Die einen verneinen die Existenz der Feme, die anderen halten sie für eine ganz legale Einrichtung und versichern im selben Atemzug, daß Schulz ganz unbeteiligt gewesen sei. Alle Autoren gehen über den aus Buchruckers Angaben folgenden Charakter der Schwarzen Reichswehr als einer Bürgerkriegsarmee, also den zentralen Punkt des ganzen Problems, mit Stillschweigen hinweg.

Ganz vage ist „Die Femelüge" mit Beiträgen von Friedrich Felgen, Hans Albert von Birckhahn und Walter Weiß. In feuilletonistischer Art wird über die Schwarze Reichswehr und die Fememorde berichtet. Sie werden als ganz legale Einrichtungen hingestellt. In geschickter Weise wird das Problem umgekehrt. Nicht die Femetaten, sondern die „Femehetze" gilt es aufzuklären. Letzte Ursache hierfür ist das Weltkapital — die Juden. Für die Unklarheit der Verfasser spricht ihre Aufzählung der „Femerichter". Neben den bekannten Namen der Schulz, Klapproth usw. werden aufgeführt: die völlig unbekannten Walter Laudien und Hermann Kaws, der Kommunist Felix Neumann aus dem großen Tschekaprozeß und die beiden Schmelzer, die einem mit Reichsbannerleuten besetzten Auto nachgeschossen haben.

Die von Professor Dr. Grimm in seinem „Rechtsgutachten in der Strafsache des Oberleutnant a. D. Paul Schulz aus Berlin" konstruierten Grundsätze sind von Radbruch an dieser Stelle[1]) so eindeutig widerlegt worden, daß es genügt, hierauf zu verweisen. Ein bezeichnender Druckfehler muß jedoch erwähnt werden. Grimm schreibt in seiner Wiedergabe des Urteils (S. 12): „Auf Vorhalt gab Wilms auch zu, etwa 46000 R. M. aus der Kompagniekasse sich angeeignet zu haben." Die gleiche Summe findet sich auf S. 13. Das Urteil aber schreibt — und dies wird in der sonstigen Femeliteratur richtig wiedergegeben — nur von Mark[2]). Es handelte sich, im Juli 1923, natürlich um Papiermark, die einem Wert von etwa zwei Goldmark entsprachen.

Es folgte ein „Antrag und Begründung zur Wiederaufnahme des Verfahrens zugunsten des Oberleutnants a. D. Paul Schulz aus Berlin in der Strafsache gegen Fuhrmann und Gen. (Fall Wilms) durch Rechtsanwalt Dr. jur.

[1]) Justiz IV, S. 164.

[2]) Vgl. von Hentig, Justiz IV, S. 168 bei Anm. 2.

Walter Luetgebrune, Göttingen." Hierin wird die Existenz des Kommandos z. b. V. geleugnet, was, wie üblich, durch Beschränkung auf den Fall Wilms ermöglicht wird. Neu ist die Behauptung, daß alle Beteiligten früher der O. C. angehörten (S. 28). Wenn sie richtig ist, stellt sie angesichts der zahlreichen, von dieser Organisation verübten Morde nur eine neue Belastung dar.

Deutlich läßt Luetgebrune den gemeinen Soldaten fallen, um die Offiziere zu retten. Denn nach ihm „bedurfte es auch gar keines äußeren Anstoßes, keiner Anstiftung überhaupt, um die aus den oberschlesischen Kämpfen an die Selbstjustiz des Nothilfsrechtes gewöhnte Truppe selbst zur gewaltsamen Beseitigung von Saboteuren und Verrätern aus der um der Sache und der persönlichen Existenz willen streng geheim zu haltenden Einrichtung der Schwarzen Reichswehr zu bestimmen" (S. 29). Damit stempelt er die Schwarze Reichswehr zu einer automatisch funktionierenden Mordmaschine, während bei Menschen immerhin zu solchen Taten noch Verabredungen getroffen werden müssen. Als Beweis für das gute Herz des Schulz wird angeführt, daß nicht alle in der Schwarzen Reichswehr Verdächtigten (sc. auf seine Anordnung) umgebracht worden sind. Neu ist die Angabe (S. 38), daß Wilms dem Oberleutnant von Senden ein auch seinen beabsichtigten Verrat umfassendes Geständnis abgelegt habe. Durch diese ohne Beweis angeführte Behauptung soll indirekt der Mord an Wilms gerechtfertigt werden. Endlich wird versucht, Schulz überhaupt als unbeteiligt darzustellen. Der Anstifter sei der Vorgänger des Frhr. von Senden, Hauptmann Gutknecht, gewesen. Dieser habe dem Fuhrmann befohlen: „Wilms müsse verschwinden." Das Mordauto hätte nicht Klapproth auf Befehl von Schulz aus Berlin, sondern Büsching auf Befehl von Gutknecht aus Spandau geholt. Als Beweis wird auf das Zeugnis von Fuhrmann (S. 42) verwiesen. Unerklärt bleibt dabei, warum Fuhrmann und Klapproth in der Verhandlung das Gegenteil gestanden haben. Gutknecht war im Falle Pannier angeklagt worden; nach seinem Freispruch ist er geflüchtet. Glaubwürdig ist, daß Gutknecht an diesem Fall beteiligt war. Hierdurch würde der Kreis der Fememörder erweitert, aber Schulz, der Gutknechts Vorgesetzter war, nicht entlastet.

Bei der Angabe des mörderischen Telefongespräches passiert Luetgebrune ein Druckfehler: er verlegt es (S. 42) statt auf den 18. auf den 19. Juli, also auf einen Zeitpunkt, zu dem Wilms längst tot war. An „neuen Tatsachen", die

Voraussetzung eines Wiederaufnahmeverfahrens sind, wird ein Mordversuch des Wilms gegen Büsching im fahrenden Auto angeführt (S. 46). Einziger Beweis hierfür ist die Behauptung des Fuhrmann.

Faßt man alle Angaben zusammen, so hat danach kein Kommando z. b. V. existiert, Wilms hat Verrat üben wollen und Schulz davon nichts gewußt. Zwar hatte Gutknecht einen Plan zur Ermordung des Wilms, aber in Wirklichkeit ist Wilms gelegentlich eines von ihm verübten Mordversuches in berechtigter Notwehr getötet worden. Auf Grund solcher neuen Tatsachen müsse das Verfahren wieder aufgenommen werden.

Als die Erste Strafkammer des Landgerichts III diesen Antrag verwarf, erfolgte ein „Antrag des Rechtsanwalts Prof. Dr. Grimm, Essen, vom 24. Januar 1929 auf Begnadigung und Strafurlaub des Oberleutnants a. D. Paul Schulz, gerichtet an den Rechtsausschuß des Preußischen Landtags". Weder rechtlich bedeutsame noch neue Momente werden dabei angeführt. An der Feststellung des Urteils in Sachen Gröschke, wonach Schulz einen ernsthaften Plan zur Ermordung des Gröschke hatte, geht auch Grimm vorüber. Mit großem Nachdruck verweist er wieder auf die für deutsche Gerichte völlig belanglose französische Rechtsauffassung. Er zitiert seine Praxis vor französischen Gerichten. Hier sei es ihm mitunter gelungen, seine Klienten mit der Argumentation frei zu bekommen, sie hätten „auf Befehl" Verbrechen begangen und fielen so, wenn schon nicht unter den im französischen Recht üblichen Schutz der „force majeure légale", so doch unter die hilfsweise zugelassene Konstruktion der „force majeure morale", wenn sie nämlich unter moralischem Zwang des Befehls einer vorgesetzten Instanz gehandelt hätten.

Aber gerade diesen Befehl, den Schulz also von oben erhalten haben müßte, bestreiten die vermuteten Auftraggeber, die Herren der Reichswehr, Schulz und der Anwalt selbst. Grimm gibt elf Eingaben wieder, nämlich Gnadengesuche, grundsätzliche Schriftsätze, Wiederaufnahmeanträge, Urlaubsgesuche, Briefe usw. Die Antworten aber sucht man vergeblich.

Für den Fall der Haftentlassung des Schulz hat Herr von Oppen-Tornow, der erwiesenermaßen Klapproths Flucht begünstigt hatte, seinen gesamten Besitz als Kaution angeboten (Grimm, Begnadigungsantrag S. 20).

Interessant ist auch ein von Grimm angeführter Brief des Generals von Seeckt vom 22. September 1928: „Ohne eine genaue Kenntnis der Zusammenhänge und volle Inrechnung-

stellung der außergewöhnlichen Verhältnisse des Jahres 1923 lassen sich keine Urteile über die sog. Schwarze Reichswehr und die sog. Fememorde fällen. Da diese Grundlagen zu einer gerechten Beurteilung im Jahre 1928 nicht vorhanden sind und im ordentlichen Strafverfahren nicht geschaffen werden können, müssen sich Fehlurteile ergeben."

Seeckt scheint jedoch Bedenken gehabt zu haben, diese leeren Anschuldigungen gegen die Gerichte allzu bekannt werden zu lassen, da er gleichzeitig ersucht, „eine Veröffentlichung dieser Stellungnahme durch die Presse" zu unterlassen (Anl. 19).

Anstelle der dringend benötigten neuen Beweise werden verschiedene Behauptungen des Obersten Freiherr von Hammerstein-Equord angeführt. Dieser Sachverständige der Reichswehr in den Femeprozessen gibt in einem Brief an den Reichswehrminister (Grimm, Begnadigungsantrag, S. 17) an, er sei im Wilms-Prozeß nicht genügend zu Wort gekommen, während tatsächlich der Verhandlungsleiter, Landgerichtsdirektor Siegert, mehrmals vergeblich versuchte, von Herrn von Hammerstein eine klare Darstellung des geheimnisvollen Dienstbetriebes, der die Schwarze Reichswehr mit dem Wehrkreis verband, zu erlangen. In einem zweiten Brief an Groener (S. 18) gibt Hammerstein an, er habe die Telefongespräche des Wehrkreiskommandos nachgeprüft. Danach habe Hauptmann Gutknecht am 17. Juni 1923 nachmittags 4,10 Uhr mit dem Kommando Rathenow telefoniert. Tatsächlich handelt es sich um den 17. Juli, also um den Tag vor dem Mord. Von dem im Wilmsurteil erwähnten Telefongespräch vom 18. Juli (dem Mordtage), in dem Schulz den zu ermordenden Wilms nach Rathenow an Poser überwies, spricht Hammerstein nicht. Er hat also keinen Beleg finden können. Tatsächlich wurde dieser Beleg in sensationeller Weise in der Verhandlung vom Staatsanwalt plötzlich vorgewiesen, und zwar in Anwesenheit des Herrn von Hammerstein. Er muß bei den Akten geblieben sein. Herr von Hammerstein konnte ihn also auch bei eifrigstem nachträglichen Suchen unmöglich im Wehrkreiskommando finden.

Auf Grund solch sachverständiger Nachprüfungen hat sich auch der Reichswehrminister General Groener für die Fememörder eingesetzt. In einem Brief an den Preußischen Justizminister vom 17. September 1928 (Anl. 18 zu Grimms Begnadigungsantrag) schreibt er: „Die Bedenken, die der mit der Materie völlig vertraute Chef des Stabes des Wehrkreiskommandos III und militärische Sachverständige im Wilms-Prozeß,

Oberst Frhr. von Hammerstein, mir zu dem Urteil gemeldet hat, habe ich Ihrem Ministerium durch mein Schreiben vom 3. Februar 1928 Nr. 976/28 g. W. übermittelt. Nachdem mir die zusammenhängende Darstellung aller gegen das Urteil möglichen Gegengründe vorgelegen hat, kann ich die Ansicht des Obersten von Hammerstein, daß das Urteil bei der Beurteilung der militärischen Verhältnisse fehlgegangen ist, auch von mir aus bestätigen."

Endlich führt Grimm noch ein Rechtsgutachten seines Kollegen an der Universität Münster, des Professors der Rechte Krückmann an. Dieses Gutachten ist eine andere, schwächere Fassung eines Artikels, den der Genannte in der Deutschen Zeitung vom 25. Februar 1928 geschrieben hat. Wir halten uns im folgenden an den Artikel. Er betrachtet wieder nur das Wilmsurteil. Nach Krückmann ist die Forderung einer sofortigen Freilassung der Fememörder juristisch einwandfrei begründet und zwangsläufig. Denn sie hätten im ungünstigsten Falle nur wegen fahrlässiger Tötung verurteilt werden dürfen, deren Höchststrafe, 3 Jahre Gefängnis, (z. B. von Schulz) schon durch die Untersuchungshaft verbüßt sei. Krückmann verweist darauf, daß stets eine doppelte Rechtsordnung bestehe. Die Rechtsordnung bestehe aus Gesetz und Rechtsbesitzordnung. Auf die Dauer sei die Rechtsbesitzordnung die stärkere. Diese äußere sich z. B. darin, daß Amtshandlungen eines Nichtbeamten nachträglich bestehen bleiben, oder daß ein Kurpfuscher, der Krankengeheimnisse ausplaudere, vom Gericht wegen Bruchs des Berufsgeheimnisses verurteilt werde. Daher hätten auch die Fememörder, die im Dienste des Vaterlandes unter zweifelloser Genehmigung der Behörden arbeiteten, als Soldaten behandelt werden müssen, die nur auf Befehl handelten. „Waren die Angehörigen der Schwarzen Reichswehr auch keine milites, so waren sie doch militum loco" (Soldaten-Stellvertreter). Es habe eben in primitiver Form eine rein tatsächliche, zweite, militärische Ordnung unter Genehmigung der berufenen staatlichen Organe, eine militärische Rechtsbesitzordnung bestanden.

Die ganzen juristischen Darlegungen Krückmanns sind völlig verkehrt. Eine illegale Handlung, wie die Aufstellung einer „nicht existierenden Truppe" wird nicht dadurch legal, daß ein Minister sie befiehlt. Der Anerkennung rein tatsächlicher Verhältnisse zieht er anscheinend überhaupt keine Schranken, obwohl gerade die Bestimmung dieser Grenzen die entscheidende Frage wäre, wenn man schon einmal das Nebeneinandergelten einer doppelten Rechtsordnung anerkennen

wollte. Die „gültige Eheschließung vor einem falschen Standesbeamten“ kann immer nur ein Ausnahmerecht, ein Notbehelf sein. Nach Krückmann würde aber ein Pseudohenker (wie Klapproth), der an einem niemals zum Tode Verurteilten eine „Hinrichtung“ vornimmt, als tatsächlicher Vollstrecker eines rechtskräftigen Urteils gelten. Diese von Krückmann konstatierte Analogie ist falsch. Denn der von einem falschen Standesbeamten Getraute will heiraten, der Patient des Kurpfuschers von diesem geheilt werden. Der Betroffene hat also in jedem Fall seine Zustimmung zu diesem „pseudoamtlichen Akt“ gegeben, während niemand, der in die Schwarze Reichswehr eintrat, dem Oberleutnant Schulz das Recht über Leben und Tod zubilligte, schon weil er dies garnicht konnte und durfte. Krückmann aber hat nachträglich den Schulz und Klapproth ein solches Recht über Leben und Tod verliehen. Und solches „Recht“ werden die Professoren Grimm und Krückmann weiterhin an der Universität Münster lehren.

Als besondere juristische Delikatesse serviert Grimm die Aufhebung eines rechtskräftigen Urteils durch eine Kabinettsordre vom 28. Juli 1823; als wenn eine Verfügung aus der Zeit des absoluten Königtums heute irgend welche rechtliche Bedeutung hätte! In ähnlicher Weise hat die Wirtschaftspartei in einer kleinen Anfrage sogar gefordert, den Landgerichtsdirektor Siegert, den Autor des Wilms-Urteils, wegen seiner Urteilsbegründung im Prozeß gegen George Grosz unverzüglich seines Amtes zu entheben (Berliner Tageblatt, 18. April 1929). Die rechtsstehenden Kreise neigen allerdings gewöhnlich dazu, die nach ihrer Meinung heute üblichen Eingriffe in die Rechtspflege unbedingt und mit großem Pathos zu bekämpfen.

So steht Luetgebrune (Wahrheit und Recht für Feme, Schwarze Reichswehr und Oberleutnant Schulz, S. 61) auf genau dem umgekehrten Standpunkt wie Grimm. Er will die Befugnisse der Justizverwaltung einschränken: „Die Möglichkeit, eine bestimmte Kapitalsache einem bestimmten Gericht zuzuweisen, dem nicht nachprüfbaren Ermessen über die Erforderlichkeit ausschließlich der Justizverwaltung anheimgeben, bedeutet für politisch bewegte Zeiten die Anerkennung eines legalen Weges zur Einführung der Tscheka!“

Grimm hat alle seine Argumente am 29. Januar 1929 in einem Vortrag „Oberleutnant Schulz, Femeprozesse und Schwarze Reichswehr“ zusammengefaßt, der als Broschüre erschienen ist. Er fordert, daß die Bedingungen des Wiederaufnahmeverfahrens erweitert werden sollen. „Der Erfolg des Wie-

deraufnahmeverfahrens hängt nicht davon ab, ob ein Urteil mehr oder weniger offensichtlich irrig ist, sondern von dem zufälligen Umstand, ob es gelingt, ‚neue Tatsachen oder Beweismittel‘ ausfindig zu machen. Je mehr Tatsachen bei Erlaß des Urteils bekannt waren, die die Unrichtigkeit des Urteils erkennen lassen, je offenbarer die Unrichtigkeit der richterlichen Feststellungen ist, desto schwerer ist es, im Wiederaufnahmeverfahren das Urteil durch ‚neue erhebliche Tatsachen oder Beweismittel‘ anzufechten.“ Diesem Argument, aber auch nur ihm, ist zuzustimmen.

Die zahlreichen Eingaben von Grimm und Luetgebrune führten im April d. J. zu heftigen Debatten im Rechtsausschuß des Preußischen Landtags. Führer dieser Propaganda war der deutschnationale Abgeordnete, Senatspräsident Deerberg, sein Sekundant der Volksparteiler Dr. Kriege. Diese Kampagne für die Befreiung der Fememörder kam durch die Verhaftung von Fahlbusch vorläufig zum Ende. Hierdurch wurde das Bekanntwerden neuer Beweise für die Tätigkeit der Feme drohend. Unter diesem Eindruck stimmte Prof. Grimm am 18. April 1929 der unbefristeten Vertagung seines Gnaden- und Wiederaufnahmegesuches zu.

Die Gefahr, daß Schulz, vom Gefängnis zermürbt, „auspacken“ würde, ging bald vorüber. Bereits am 28. Juni 1929 wurde er entlassen. Der Haftbefehl, der gegen ihn wegen der Morde an Legner, Brauer und Sand schwebte, wurde gegen eine Kaution von 50000 Mark, die Herr von Oppen-Tornow erlegt haben dürfte[1]), aufgehoben. Ein von einem ordentlichen Gericht rechtskräftig zum Tod verurteilter Mann, gegen den noch drei Verfahren wegen des schwersten Verbrechens, das unser Strafgesetzbuch kennt, wegen Mordes, schweben wird aus Gesundheitsgründen beurlaubt. Kein ähnlicher Vorgang ist bei einem politischen Verbrecher, der links stand, bekannt. Schulz, in Freiheit, wird alle Hebel in Bewegung setzen, um unbequeme Zeugen zum Schweigen zu bringen.

Dieser Vorgang ist nur dann verständlich, wenn man beachtet, daß die schwarze Reichswehr, in der die hier behandelten Fememorde sich abspielten, ein illegaler Nebenbetrieb der legalen Reichswehr war. Zu einer „gerechten“ Beurteilung, so muß man die oben angeführten militärischen Dokumente verstehen, wäre daher nur ein Kriegsgericht geeignet. Und in der Tat wäre auf diese Weise eine Wiederholung der bisher bei Morden von rechts üblichen Freisprüche zu erwarten gewesen. In der

---

[1]) Vgl. oben S. 541.

Deutschen Tageszeitung hat General von Seeckt am 16. Mai 1928 von den Morden geschrieben: „Ich übernehme die Verantwortung ... Ob ich strafrechtlich verantwortlich bin, spielt gar keine Rolle." Durch solche leicht hingeworfenen Bemerkungen wird die Frage nach dem Umfang und den Konsequenzen einer zugestandenen Verantwortung keineswegs aus der Welt geschafft.

Ob höhere Offiziere der Reichwehr die „Selbstjustiz" in der Schwarzen Reichswehr nicht gekannt haben, nicht kennen wollten oder sie gekannt haben, ob sie dieses System geduldet, gebilligt, gefördert oder gar befohlen haben, ob die Verantwortung hierfür eine platonisch moralische oder strafrechtlich faßbare ist — alle diese Fragen sind nicht nur moralisch oder historisch interessant. Sie sind aktuell und politisch. Denn die Offiziere, die eng beteiligt waren an der Aufstellung der illegalen Truppen und die damit die moralische und materielle oder auch nur die fehlende disziplinare Grundlage der Feme schufen, sind noch heute aktiv!

Für diese Aktualität spricht noch ein zweiter Grund: Zwei Waffen standen stets zum Schutz der geheimen Rüstungen bereit: Dem „Verräter" drohte Knüppel, Dolch, Gift, Kugel — und wo sie nicht anwendbar, der Landesverratsprozeß. Die Grundlage hierfür hat die Reichswehr durch ihre Gutachten geliefert.

„Der Bund für Freiheit und Recht, bis vor kurzer Zeit die Tarnung für gewisse Mobilmachungsarbeiten der Reichswehr, verpflichtet seine Leute zu aktiver militärischer Betätigung ... Den Leuten ist gesagt worden, daß sie ihren Eid der Reichswehr geleistet hätten und daß sie bei Eidesverletzung mit staatlichen Mitteln erledigt würden. Es wird darauf hingewiesen, daß bereits viele Personen wegen Landesverrats hinter verschlossenen Türen abgeurteilt seien. Außerdem werden die Leute mit der Feme bedroht" (Mahrauns Denkschrift, 18. März 1926).

Morde und Fememorde einerseits und Landesverratsprozesse andererseits verbindet ein naher sozialer Zusammenhang: der Kampf gegen die Republik. Der Kriegsgerichtsrat, der die Untersuchung wegen der Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg so erfolgreich führte, daß die Mörder praktisch freigesprochen wurden, war auch der schärfste Rufer im Kampf gegen den „Landesverrat". Dieser personelle Zusammenhang ist kein Zufall. Die gleichen Kreise, welche den Fememord verteidigen, müssen den entschiedenen Republikaner, den Sozialisten und Pazifisten des Landesverrats anklagen.

Deutsch...
Frankfurt a. ...
Ausschnitt aus der Nummer vom: 4. JAN. 1930

GE...
vo...

Zah...
liege...
um...
begā...
dier...
der...
Gle...
dic...
St...
Ve...
sch...
Bet...
D...
ge...
di...
In...
si...
D...
g...
s...
bir...

69-70

Der feige Fememörder Heines . . .!

Der nächtliche Mord an dem unschuldigen Arbeiter Willi Schmidt. – So sehen die „nationalen" Mordbuben aus. – Die „nationale" Justiz als Schützerin der „nationalen" Fememörder.

Der entlarvte Fememörder Edmund Heines, der als nationalsozialistischer Brandredner von Ort zu Ort zieht, hat auch in Gera eine vierstündige Rede vor versammelten Bierbankphilistern gehalten. Der Philister braucht seine billigen Helden. Leutnant Heines ist ein billiger Held von diesem Kaliber: Vier Stunden hat er zu seiner Selbstverherrlichung gesprochen. Es lohnte sich: die Abendkasse brachte 500 Mark. Für solche „edlen Zwecke" ist immer noch Geld da . . .!

Heines hat in jener Versammlung davon gesprochen, daß er einen „Verräter" erschossen habe. In Wirklichkeit handelte es sich um einen gemeinen Mord, und wenn bei den Kreisen, vor denen Heines breitspurig sprach, nicht die Scham zu den Hunden geflohen wäre, hätte man den gemeinen Mordbuben mit glühenden Ruten zum Saale hinausgepeitscht, anstatt ihm frenetisch zuzujubeln. Heines hat seine milde Strafe der deutschen Hakenkreuzjustiz zu verdanken, die bisher dafür gesorgt hat, daß keiner der viehischen Fememörder gerechter Strafe zugeführt wurde. Burschen vom Schlage des Heines brüsten sich mit ihrem Morde noch. Das Schlimmste aber ist, daß sie auch noch ein zahlungs- und beifallsfreudiges Publikum finden. **Die „sittliche Erneuerung" Deutschlands, die von diesen Kreisen ausgehen soll, trägt schon im Stadium der Vorbereitung den Ludergeruch des Verfalles, der Fäulnis, der Verwesung an sich. Die entschiedene Abwehr der blutbesudelten, von niedrigstem Haß diktierten Kampfesweise der Hakenkreuzbanden ist die Pflicht aller anständigen Menschen!**

Wir folgen hinsichtlich der Ermordung des Landarbeiters Schmidt der objektiven Darstellung, die E. J. Gumbel in seinem neuesten Buch (Verräter verfallen der Feme, Malik-Verlag, Berlin 1929, 398 S.) von dem Vorgang gibt. Das Buch von Gumbel ist entschieden das beste, das bisher über den politischen Mord erschien. Seine Anschaffung und sein Studium ist dringend zu empfehlen.

Wie Heines den Landarbeiter Schmidt ermordete.

Auf den Gütern Stecklin, Rosenfelde und Liebenow im Kreise Greifenhagen kommandierte im Juli 1920 als besonderer Vertrauensmann Roßbachs der 22jährige Leutnant Edmund Heines, der gegen die bayrische Räterepublik, im Baltikum und im Kapp-Putsch gekämpft hatte. In der Arbeitsgemeinschaft Stecklin befand sich seit 14 Tagen der 20jährige landwirtschaftliche Arbeiter Willi Schmidt. An einem nicht mehr festzustellenden Tag des Juli 1920 erschien der Vertrauensmann der Steckliner Gruppe, Unteroffizier Max Krüger, auf dem Gute Rosenfelde und meldete dem Heines, Schmidt wolle die Arbeit niederlegen. Man erzähle sich von ihm im Dorfe, er wolle einen Transport von Reichswehrwaffen (vergl. S. 145), der offiziell an das Reiterregiment in Schwedt bestimmt war, tatsächlich aber zu den Roßbachern nach Rosenfelde ging, an die Schutzpolizei verraten. Dieses vage Gerücht, das nur sechs Stunden umlief, war die Grundlage für ein „Todesurteil".

Schmidt hatte sich zu einer Familie Walter im Dorf Stecklin begeben. Heines, zusammen mit Max Bandemer, Johann Vogt und Karl Ottow suchten ihn auf. Sie stellten sich **als Kriminalbeamte vor und fanden ihn auf dem Heuboden schon schlafend. Aengstlich fragte Schmidt, was man von ihm wolle.**

„Du sollst nur verhört werden."

Zunächst transportierte man ihn nach dem Gute Stecklin. **Der Unteroffizier Ottow schlug ihn dort mit einem Gummiknüppel über den Kopf, so daß Schmidt blutüberströmt zusammenbrach.** Auf sein Flehen gab man ihm Wasser, seine Wunden zu reinigen und Leinen, um sie zu verbinden. Auf einem Feldwagen wurde er nach Rosenfelde transportiert. Dort meldete Heines dem Ortsvorsteher und Administrator Ernst Bergfeld, Schmidt sei da. Dieser gab darauf den Schlüssel zur Spatenkammer heraus. Angeblich glaubte er, verborgene Waffen sollten umgebettet werden. **Doch wurde, nach Vogt, im Zimmer über die Erschießung verhandelt.** In dunkler Nacht ging der Trupp zum Walde. Man begann ein Loch zu graben, denn Schmidt sollte hier schon erledigt werden. Da der Boden zu hart und das Dorf zu nahe war, ging man weiter zum Gut Liebenow. Dort wurden die Roßbachunteroffiziere Kurt Bär und Ewald Fräbel mitgenommen. Schmidt schrie wiederholt:

„Ich soll erschossen werden!"

Fräbel beruhigte ihn: „Du wirst nur abgeliefert". Zu Fuß ging es weiter in den Kehrberger Forst hinein. **Während des Marsches befahl Heines dem Bär, den Schmidt zu erschießen. Als dieser sich** weigerte,

preßte Heines dem Schmidt die Pistole ins Gesicht und drückte zweimal los. Schmidt fiel hintenüber.

Darauf gab auch Ottow zwei Schüsse auf ihn ab. Da Schmidt noch um Hilfe schrie, drückten alle Beteiligten sein Gesicht in den Waldboden. Ottow schlug ihm einen eisenbeschlagenen Gummiknüppel etwa zehnmal auf den Schädel und trat ihm auf den Rücken. Fräbel trat auf den Hinterkopf. Die Leiche wurde in ein Loch gelegt, das Bär inzwischen gegraben hatte. Vogt, ein Leutnant Hermann und Bergfeld spielten am nächsten Abend gemütlich Skat. Dabei Hermann:

„Schmidt ist schlecht eingegraben, seine Knie gucken noch aus der Erde heraus."

Wenige Tage nach dem Morde meldete Heines telefonisch seinem Führer Roßbach, daß er einem erhaltenen Befehl seines vorgesetzten Kreisleiters, Leutnant a. D. Walter Schulz, gemäß den Schmidt, der Waffen habe verraten wollen, verhaftet habe. Auf dem Wege durch den dunklen Kehrberger Forst habe der Arrestant Anstalt gemacht zu fliehen. Daraufhin habe er, Heines, ihn niederschießen müssen. Roßbach genügte diese Meldung (Prozeßbericht vom 24. April 1928). Da die Leiche nur schlecht eingegraben war und sich das Gerücht von der Ermordung verbreitet hatte, wurde in einer Versammlung der Roßbachleiter und -Vertrauensleute in Pyritz Auftrag gegeben,

die Leiche umzubetten. Dies geschah unter Leitung von Heines.

Der Mord wurde erst nach Jahren entdeckt: ein Mitwisser, der Arbeiter Bathke, versuchte, Bergfeld zu erpressen. Dieser fühlte sich so sicher, daß er Bathke anzeigte, worauf dieser alles der Polizei meldete. Sämtliche Beteiligten, auch Heines, der inzwischen in München Jurisprudenz studierte und

in der nationalsozialistischen Bewegung eine Rolle gespielt hatte,

konnten verhaftet werden. Vom 16. April bis 5. Mai 1928 wurde vor dem Schwurgericht in Stettin unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Hirschberg (Oberstaatsanwalt Saß) wegen Mordes verhandelt.

Als feindliche Parteien standen sich nicht Angeklagte und Zeugen sondern die Zeugen untereinander gegenüber.

Die Reichswehr wollte in der kritischen Zeit nur ein Minimum von Beziehungen zu den Roßbachern gehabt haben; die Roßbacher wollten ihre Zugehörigkeit zur Reichswehr beweisen. Hinter diesen Auseinandersetzungen, die Oberschlesien und andern Roßbachmorden galten, verschwand die Tat.

Speziell wollte die Verteidigung beweisen, daß die Roßbacher Soldaten waren und die Tat nur in Befolgung der Befehle begangen hätten, die sie von der Reichswehr erhalten zu haben glauben durften. Damit

gab sogar die Verteidigung zu, daß es sich um Mord im strafrechtlichen Sinne handelte.

In Analogie mit zahlreichen anderen Fällen sollte aber der „mißverstandene" Befehl Täter wie Anstifter schützen. Die „Frankfurter Zeitung" von 4. Mai 1928 berichtet hierüber: „Man durfte nicht, aber man schuf Kaders, um sie im Notfalle zu gebrauchen. **Die Roßbacher seien getarnte heimliche Reichswehr gewesen.** Wer Geheimhaltung der Waffen anbefahl, habe die schwerste Verantwortung übernommen. Zwischen den Zeilen der Befehle des Generals von Pawelsz war zu lesen, man solle eventuell auch nicht vor der Tötung von Verrätern zurückschrecken. So habe die Reichswehr den Staat an dem, was hier geschehen sei, mitschuldig gemacht. Man arbeitete bewußt der Justiz entgegen, und deshalb sei der Staat, vertreten durch das Reichswehrministerium und hohe Reichswehroffiziere, mitschuldig!"

Die Aussagen der Angeklagten über die Vorgänge im Wald gingen auseinander.

Heines erklärte, Schmidt habe fliehen wollen, wovon in der Voruntersuchung nie die Rede gewesen war.

Die Spaten seien nur zum Umbetten von Waffen mitgenommen worden.

Irgendein Nachweis für den angeblich beabsichtigten „Verrat" des Schmidt konnte nicht geführt werden.

Heines wollte dies von dem Roßbacher Just erfahren haben, einem „Spezialisten für Verrätersachen", **der später selbst unter geheimnisvollen Umständen umkam.** Bär will nur aus Angst mitgemacht haben. Denn bei den Roßbachern sei immer **vom „Spazierenfahren" die Rede gewesen.** Fräbel war geständig. Leutnant Schulz, als Zeuge vernommen, will die Angelegenheit nicht gekannt, Bergfeld nur von der späteren Umbettung gewußt haben.

Staatsanwaltschaftsrat Frantzky beantragte

wegen Mordes gegen Ottow und Heines die Todesstrafe,

wegen Beihilfe zum Mord gegen Fräbel und Bergfeld je vier Jahre Zuchthaus, gegen Krüger, Bär, Bandemer und Vogt drei Jahre Zuchthaus. Gegen die Hintermänner Freiherr von Bodungen und Roßbach könne wegen Verjährung nichts mehr unternommen werden.

Das Gericht kam zum Schluß, nicht der Schimmer eines Beweises für Schmidts Schuld sei erbracht worden.

Es **nahm an, daß Heines ursprünglich mit Vorbedacht und Ueberlegung gehandelt habe,** weil er die Spaten mitgenommen hatte. Während des Grabens in Rosenfelde habe er die Absicht zum Mord aber aufgegeben und Schmidt dann nur im Affekt umgebracht. **So wurde nur wegen Totschlages Heines zu 15 Jahren Zuchthaus,** Ottow zu vier Jahren Zuchthaus, Fräbel wegen Beihilfe zu 3 Jahren Zuchthaus verurteilt. Bär, Vogt, Bandemer, Krüger und Bergfeld wurden freigesprochen, die letzten vier, weil sie nicht an dieser Tat, sondern nur an den straflosen Vorbereitungshandlungen zu einer anderen, nicht ausgeführten Tat teilgenommen hätten. Oberstaatsanwalt und Verteidigung legten Revision ein.

Der dritte Strafsenat des Reichsgerichts hob auch dieses milde Urteil am 6. Dezember 1928 auf, **weil gegen einen der Geschworenen zur Zeit des Prozesses ein Verfahren wegen Betrugs geschwebt hatte.** So gelangte das Verfahren wieder an das Schwurgericht zurück. Die Verhandlung unter dem Landgerichtsdirektor Hoffmann fand vom 25. Februar bis 13. März 1929 statt. Krüger war unterdessen wegen eines **gemeinen Totschlages, begangen an einer alten Frau, zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt worden.** Bergfeld starb während des Prozesses.

Der Oberstaatsanwalt Saß unterstellte als wahr, daß Heines keine Bedenken gehabt hat, dem Geheimbefehl Roßbachs Folge zu leisten, **wonach die Geheimhaltung mit allen Mitteln zu erstreben** war. Die Konsequenz einer Anklage gegen den „Zeugen" Roßbach aber hat er nicht gezogen.

Er beantragte gegen Heines wegen Mordes die Todesstrafe,

gegen Ottow wegen Beihilfe hierzu 14 Jahre Zuchthaus, gegen Fräbel, Bär, Vogt und Krüger wegen des gleichen Verbrechens je drei Jahre Zuchthaus. Jedoch solle nur gegen Heines Haftbefehl erlassen werden. Das Gericht nahm wieder

Mordplan und Totschlagsdelikt

an, setzte die Strafen herab und verurteilte Heines zu 5 Jahren Gefängnis, Ottow zu 2½ Jahren, Fräbel und Bär zu 6 Monaten Gefängnis wegen Beihilfe, Krüger, Bandemer und Vogt wurden freigesprochen.

Auf Grund der Argumentation des Gerichts müßte man den Begriff Mord überhaupt aus dem Strafgesetzbuch streichen. Denn niemals ist nachweisbar, ob nicht der Täter im letzten Augenblick von seinem Plan zurückgeschreckt und dann nur im Affekt das tut, was er eigentlich mit Ueberlegung ausführen wollte.

Heines hat kaum 1½ Jahr im Gefängnis gesessen. Die Verteidiger legten zum zweiten Male Revision beim Reichsgericht ein. **Auf Beschluß des Strafsenats beim Oberlandesgericht Stettin wurde Heines am 14. Mai 1929 gegen eine Kaution von 5000 M. aus der Haft entlassen.** Sonst pflegen die Gerichte bei Freiheitsstrafen von dieser Höhe Fluchtverdacht anzunehmen.

Anläßlich des nationalsozialistischen Reichsparteitages in Nürnberg im August 1929 veröffentlichte Heines einen Aufruf im Völkischen Beobachter, in dem es heißt: „Ich bin der alte geblieben, als der ich euch damals verließ . . . Mein Haß loht gleich tief in meinem Innersten gegen alle unsere Feinde. So rufe ich euch denn alle wieder, die ihr einst unter meiner Führung droben im Baltikum, in Oberschlesien und im Ruhrgebiet mit mir gekämpft, die ihr in München mit am Odeonsplatz standet . . . Wir wollen unter unserer alten Hakenkreuzfahne uns wieder sammeln und marschieren und kämpfen wie damals."

Wie sie marschieren und kämpfen, haben sie nun hinreichend bewiesen: Vom Landsknecht und Baltikumer bis zum Femerichter und Fememörder ist nur ein kleiner Schritt. Die Person des Leutnants Heines ist der lebendige Beweis dafür. Mit Abscheu, Ekel und Verachtung muß sich jeder von diesen Elementen abwenden. Eine Partei, die solche Fememörder als politische Propagandisten besitzt, erklärt sich mit notorischen Verbrechern solidarisch. Sie richtet sich damit selbst.

Der Kampf gegen die Partei des Staatsstreiches und des Femenordes, die in Deutschland so unermeßlich viel Schaden angerichtet hat, ist das sittliche Gebot der Stunde. Deutschland müßte unweigerlich zugrunde gehen, wenn eines Tages die Verbrecher und Narren vom Hakenkreuz zur Macht gelangten.

Fememord. George Groß.

Studentenehre und politisches Rowdytum.

Die Schlägerei, bei der nationalsozialistische und Korporationsstudenten in Heidelberg den sozialdemokratischen Pressereferenten der hessischen Regierung, Dr. Mierendorf, am Reden verhinderten, lenkt erneut die Aufmerksamkeit weitester Kreise in Baden und über die gelbroten Grenzpfähle hinaus auf die fragwürdigen *Zustände an den Universitäten.* Nicht als ob die Verhältnisse in Heidelberg besonders unwürdig wären; genau das gleiche könnte, nur etwas anders aufffrisiert sich an anderen deutschen Hochschulen abspielen. Es wäre auch falsch, wenn man aus solchen Vorkommnissen schließen würde, daß die *Mehrheit der Studenten* der Republik feindlich gegenüberstehe. Die Studentenschaft ist in ihrer Mehrheit *apolitisch.* Sie scheint nur deshalb nahezu hundertprozentig *antirepublikanisch* zu sein, weil bestimmte, sehr aktive und festorganisierte Kreise der Studentenschaft verstehen, viel von sich reden, hören und sehen zu machen. Ausgesprochen *antirepublikanisch* und damit auch *antisozialistisch* sind vor allem die *schlagenden Verbindungen* und die *Nationalsozialisten.* Sie sind vielfach eine Minderheit.

Aber diese Minderheit hat einen, ihre Größe überragenden bedeutenden Einfluß an den Universitäten, auch in Heidelberg, weil manche Professoren und *Alte Herren* zu den Verbindungen gehören oder mit ihnen sonst zusammengehen oder nationalistisch eingestellt sind.

Die *Herrschaft dieser Minderheit* über die Studenten und damit in gewissem Sinne auch über die Universität wird gerne mit dem Elan „*jugendlichen Idealismus*" begründet. Wer diese Dinge näher kennt, weiß, daß es vielmehr *recht materielle Wurzeln* sind: der Student tritt in eine Verbindung ein, weil er hierin eine Sicherung für seinen späteren Aufstieg im Berufsleben erwartet. Denn aus der Kaiserzeit her sitzen die Alten Herren fast überall noch in der hohen Beamtenschaft.

Ein Mittel nun, sich diese Herrschaft und die straffe Form eines unbedingten Zusammengehörens und Unterscheidens von dem gewöhnlichen Volk zu erhalten, ist die Herausbildung und Durchsetzung eines *eigenen Ehrbegriffes.* Dieser äußert sich am sinnfälligsten in den sogenannten *Bestimmungsmensuren* und den *Duellen.* Durch diese Einheit in dem mit starken Traditions-Werten belasteten Ehrbegriff beherrscht diese Minderheit politisch die Universitäten. Wer also gegen die Auswüchse dieser *Diktatur des Verbindungsstudentums* angehen will, der muß die Herrschaft dieses mittelalterlichen Ehrbegriffs stürzen.

Regierungspräsident *Friedensburg* hat vor einiger Zeit im „Tagebuch" in interessanter Weise auf die universitätspolitische Bedeutung der Unterdrückung des Duells hingewiesen, in einem Aufsatz, der übrigens aus dem polizeitaktischen Standpunkt beachtenswert ist und an den sich eine wichtige Diskussion interessierter Kreise anschloß. Um die geradezu groteske Ungeheuerlichkeit des gegenwärtigen Zustandes zu erkennen, muß man sich einmal die Situation mit einem *Beispiel* klarmachen. Wenn etwa ein stadtbekannter Dieb mit einem augenscheinlich gestohlenen Pelzmantel auf der Straße sich blicken ließe, so würde die Polizei selbstverständlich eingreifen. Wenn aber ein Korpsstudent mit frischen Schmissen — also den *Beweisen* einer strafbaren Handlung — herumläuft, so drückt sie, ebenso selbstverständlich, beide Augen zu. Das heißt, jeder junge Jurist erfährt bereits im ersten Semester, daß es *Gesetze gibt, die nicht durchgeführt werden.* Und zwar, daß dies immer diejenigen Gesetze sind, die sich *gegen die herrschende Schicht* wenden. Ergebnis: die jungen Leute, die später einmal zu einem großen Teile den Staat regieren oder verwalten sollen, wachsen in spezifischen Ehrbegriffen auf, die sie vom Volk trennen, und in dem Bewußtsein, daß eigentlich für sie die Gesetze nicht gelten. Verbunden wird damit eine stramm antirepublikanische Gesinnnung.

Dieser Zustand wie die aus ihm erwachsenden Gefahren würden mit dem Tag verschwinden, an dem die Polizei gegen die Duelle und Bestimmungsmensuren einschreitet. Dies wäre *juristisch ohne weiteres möglich.* Das bestehende *Strafgesetz* verbietet das Duell. Das *Reichsgericht* betrachtet auch die Bestimmungsmensur als Duell, weil sie der Vorbereitung auf das Duell dient. Auch der *Strafrechtsausschuß* des Reichstag hat an dem bisherigen Verbot festgehalten und es sogar durch den Vorschlag der *Aberkennung der Beamtenfähigkeit* als obligatorische Nebenstrafe verschärft. Praktisch muß die Durchführung von den *Ländern* ausgehen, da sie über die *Polizei* verfügen.

Daß diese Bestimungsmensuren nichts harmloses sind beweisen die Fälle, die immer wieder zu verzeichnen sind. So ist im Dezember ein 20jähriger Student in Heidelberg *an den Folgen einer solchen Mensur gestorben.* Es mag sein daß bei einem Durchgreifen in einzelnen Ländern manche Universitäten sich nicht mehr des Wohlwollens der schlagenden Verbindungen erfreuen würden. Das badische *Volk,* das in seiner *Mehrheit* diesen Unfug verurteilt, würde dieser Minderheit nicht nachweinen. Es sind die badischen Steuerzahler, die das Geld für die Hochschulen aufzubringen haben. Sie haben ein Interesse daran, daß an ihren Hochschulen *republikanische* Studenten erzogen werden und daß dort ein staatstreuer Nachwuchs erwachsen wird. Vielleicht geben die bevorstehenden Debatten zum Budget des Unterrichtsministeriums Gelegenheit, diese sehr wichtige Frage nicht nur zu besprechen, sondern auch die Mittel und Wege zu zeigen, die begangen werden müssen, daß einmal energisch sowohl vonseiten des *Unterrichtsministeriums* wie auch des *Innen-* und *Justizministeriums* durchgegriffen wird.

Dann werden Vorkommnisse, wie sie sich in jüngster Zeit ereignet haben, wenigstens in Baden nicht mehr möglich sein, und Baden wird für jeden jungen *freiheitlichen Studenten* das Land sein, in dem man in modernem Geiste Hochschulbildung betreiben kann.

R.C.H.

Dr. E. J. Gumbel, Privatdozent in Heidelberg:

Die Aufhebung des § 218 müßte von allen sozial Denkenden gefordert werden. Denn er stellt ein ausgesprochenes Klassengesetz dar, das von der Bourgeoisie stündlich straflos überschritten wird. Es ist zu fordern, daß die Abtreibung, auch mit sozialen oder eugenischen Indikationen begründet, innerhalb der ersten drei Monate der Schwangerschaft, vorgenommen von einem Arzt, mit Willen der Schwangeren straflos bleibe.

Volks[illegible] Hbg. 23.1.30

71A

Gegen das Mensurunwesen

Die Schlägerei, bei der nationalsozialistische und Korporationsstudenten in Heidelberg den sozialdemokratischen Pressereferenten der hessischen Regierung, Dr. Mierendorf, am Reden verhinderten, lenkt erneut die Aufmerksamkeit weitester Kreise in Baden und über die gelbroten Grenzpfähle hinaus auf die fragwürdigen **Zustände an den Universitäten.** Nicht als ob die Verhältnisse in Heidelberg besonders unwürdige wären; genau das gleiche könnte, etwas anders auffrisiert, sich an anderen deutschen Hochschulen abspielen. Es wäre auch falsch, wenn man aus solchen Vorkommnissen schließen würde, daß die Mehrheit der Studenten der Republik feindlich gegenüber stehe. Die **Studentenschaft** ist in ihrer Mehrheit **apolitisch.** Sie scheint nur deshalb nahezu hundertprozentig antirepublikanisch zu sein, weil bestimmte, sehr aktive und festorganisierte Kreise der Studentenschaft verstehen, viel von sich reden, hören und sehen zu machen. Ausgesprochen **antirepublikanisch** und damit auch **antisozialistisch** sind vor allem **die schlagenden Verbindungen** und die **Nationalsozialisten.** Sie sind vielfach eine Minderheit.

Aber diese Minderheit hat einen, ihre Größe überragenden, bedeutenden Einfluß an den Universitäten, auch in Heidelberg, weil manche Professoren als Alte Herren zu den Verbindungen gehören oder mit ihnen sonst zusammengehen oder nationalistisch eingestellt sind.

Die Herrschaft dieser Minderheit über die Studenten und damit in gewissem Sinne auch über die Universität wird gerne mit dem Elan eines **„jugendlichen Idealismus"** begründet. Wer die Dinge näher kennt, weiß, daß es vielmehr **recht materielle Wurzeln** sind: der Student tritt in eine Verbindung ein, weil er hierin eine Sicherung für seinen späteren Aufstieg im Berufsleben erwartet. Denn aus der Kaiserzeit her sitzen die Alten Herren fast überall noch in der hohen Beamtenschaft.

Ein Mittel nun, sich diese Herrschaften und die straffe Form eines unbedingten Zusammengehörens und Unter[illegible] von dem gewöhnlichen Volk zu erhalten, ist die [illegible] und Durchsetzung eines eigenen **Ehrbegriffes.** Dieser äußert sich am sinnfälligsten in den sogenannten Bestimmungsmensuren und den **Duellen.** Durch [illegible] in dem, mit starken [illegible] werten belasteten Ehrbegriff beherrscht diese Minderheit [illegible] die Universitäten. Wer also gegen die [illegible] Diktatur des **Verbindungsstudententums** angehen will, der [illegible] Herrschaft dieses mittelalterlichen Ehrbegriffs [illegible].

Regierungspräsident Friedensburg hat vor [illegible] Zeit im „Tagebuch" in interessanter Weise auf die un[illegible]politische Bedeutung der Unterdrückung des Duells hingewiesen, in einem Aufsatz, der übrigens auch vom [illegible] Standpunkt beachtenswert ist und an den sich eine [illegible] Diskussion interessierter Kreise anschloß. Um die geradezu groteske Ungeheuerlichkeit des gegenwärtigen Zustandes zu erkennen, muß man sich einmal die Situation mit einem **Beispiel** klarmachen. Wenn etwa ein stadtbekannter Dieb mit einem augenscheinlich gestohlenen Pelzmantel auf der Straße sich blicken ließe, so würde die Polizei selbstverständlich eingreifen. Wenn aber ein Korpsstudent mit frischen Schmissen — also den Beweisen einer strafbaren Handlung — herumläuft, so drückt sie, ebenso selbstverständlich, beide Augen zu. **Das heißt,** jeder junge Jurist erfährt bereits im ersten Semester, daß es **Gesetze gibt, die nicht durchgeführt werden.** Und zwar, daß dies immer diejenigen Gesetze sind, die sich gegen die **herrschende Schicht** wenden. Ergebnis: die jungen Leute, die später einmal zu einem großen Teil den Staat regieren oder verwalten sollen, wachsen in spezifischen Ehrbegriffen auf, die sie vom Volk trennen, und in dem Bewußtsein, daß eigentlich für sie die Gesetze nicht gelten. Verbunden wird damit eine stramm antirepublikanische Gesinnung.

Dieser Zustand wie die aus ihm erwachsenden Gefahren würden mit dem Tag verschwinden, an dem die Polizei gegen die Duelle und Bestimmungsmensuren einschreitet. Dies wäre juristisch ohne weiteres möglich. Das geltende Strafgesetz verbietet das Duell. **Das Reichsgericht** betrachtet auch die Bestimmungsmensur als Duell, weil sie der Vorbereitung auf das Duell dient. Auch der **Strafrechtsausschuß** des Reichstags hat an dem bisherigen **Verbot** festgehalten und es [illegible] durch den Vorschlag der **Aberkennung der Beamtenfähigkeit** als obligatorische Nebenstrafe verschärft. Praktisch muß die Durchführung von den **Ländern** ausgehen, die über die Polizei verfügen.

Daß diese Bestimmungsmensuren **nichts Harmloses** sind, beweisen die Fälle, die immer wieder zu verzeichnen sind. So ist im Dezember ein 20jähriger Student in Heidelberg an den **Folgen einer solchen Mensur** gestorben. Es mag sein, daß bei einem Durchgreifen in einzelnen Ländern manche Universitäten sich nicht mehr des Wohlwollens der schlagenden Verbindungen erfreuen würden. Das badische Volk, das in seiner Mehrheit diesen Unfug verurteilt, würde dieser Minderheit [illegible]. Es sind die **badischen Steuerzahler,** die das Geld für die Hochschulen aufzubringen haben. Sie haben ein Interesse daran, daß an ihren Hochschulen **republikanische Studenten** erzogen werden, [illegible] daß ein **staatstreuer** Nachwuchs erwachsen wird. [illegible] geben die bevorstehenden Debatten zum Budget des Unterrichtsministeriums Gelegenheit, diese sehr wichtige Frage nicht nur zu besprechen, sondern auch die Mittel und Wege zu zeigen, die begangen werden müssen, daß einmal energisch sowohl von seiten des **Unterrichtsministeriums** wie auch des Innen- und **Justizministeriums** durchgegriffen wird.

Dann werden Vorkommnisse, wie sie sich in jüngster Zeit ereignet haben, [illegible] in Baden nicht mehr möglich sein, und Baden wird für jeden jungen **freiheitlichen** Studenten das Land sein, in dem man in modernem Geiste Hochschulbildung betreiben kann.

R. G. H.

DEUTSCHE REPUBLIK

BEGRÜNDET VON DER REPUBLIKANISCHEN ARBEITSGEMEINSCHAFT LUDW. HAAS · PAUL LÖBE · JOSEF WIRTH · HERAUSGEGEBEN VON REICHSKANZLER A. D. DR. JOSEF WIRTH U. PROFESSOR DR. FRIEDRICH DESSAUER ·

AUS DEM INHALT DIESER NUMMER

Die Demokratie an der Leine / Die Handlungsfreiheit der Pariser Sachverständigen / Jahrgang 1905 / Gedanken zum Strafvollzug / Der Russe redet / Berliner Theaterbrief / Weitere Gehversuche des Tonfilms / Notizen und Glossen

VERLAG DER REPUBLIKANISCHEN UNION G. M. B. H. BERLIN-FRANKFURT A · M ·

FRANKFURT A · MAIN ·

4. JAHRGANG

HEFT 14 / 4. Jan. 1930 / PREIS 50 PFENNIG

sie dulden würde, falls sie ihr bekannt wären.

GEDANKEN ZUM STRAFVOLLZUG

VON E. J. GUMBEL

Zahlreich sind die Theorien, die dem Strafvollzug zugrunde liegen. Nach der ältesten handelt es sich um Rache: Auge um Auge, Zahn um Zahn. Eine mildere spricht von der Sühne begangenen Unrechts. Eine weniger ethisch als sozial fundierte Auffassung geht von der Notwendigkeit eines Schutzes der Gesellschaft aus und postuliert als Zweck die Besserung. Gleichgültig, welche Theorie offiziell zugrunde gelegt wird, die Einsperrung stellt, wie sie auch ausgestaltet wird, eine Strafe dar, und sie muß es sein. Das Problem lautet: Die Verbrechen sind zum größten Teil durch die heutige Gesellschaftsordnung bedingt. Trägt der Strafvollzug dazu bei, den Betroffenen zu bessern?

Die folgenden Zeilen verzichten auf theoretische Betrachtungen. Sie wollen nur einige der Eindrücke wiedergeben, die ich bei Besichtigung einiger Strafanstalten gewonnen habe. Inwieweit sie symptomatisch für alle deutschen Anstalten sind, kann ich nicht beurteilen.

Die inhaftierte Bevölkerung zerfällt in die Untersuchungsgefangenen und Strafgefangenen einerseits und die politischen und „gemeinen" Verbrecher andrerseits. Durch Kombination dieser beiden Merkmale entstehen vier Kategorien, die juristisch und sozial betrachtet nichts miteinander gemein haben. Denn nach dem Gesetz gilt der Untersuchungsgefangene im Gegensatz zum Strafgefangenen nicht als überführt, und der politische Verbrecher hat im Gegensatz zu den meisten gemeinen aus sogenannten ehrenhaften Motiven gehandelt. Diesen wesentlichen Unterschieden wird von den Strafanstalten nicht genügend Rechnung getragen. Sie stülpen über alle vier Kategorien die gemeinsame Decke der Hausordnung und belasten damit den in Untersuchungshaft befindlichen und den politischen Verbrecher stärker als den gemeinen.

Zum Teil sind die Gefangenen in Einzelzellen, zum Teil in großen Räumen untergebracht. Beides hat seine Nachteile. Der in Einzelhaft befindliche Gefangene hat seine Werkzeuge in der Zelle. Die mit der Arbeit verbundene Staubentwicklung wirkt schwer gesundheitsschädigend, da die Zellen nicht richtig gelüftet werden können. Die kollektive Haft bietet eine gewisse Geselligkeit. In der Einzelhaft erlischt um 7 Uhr abends die Lampe, unnötig früh; immerhin, der Gefangene kann schlafen. Dagegen brennt in den Schlafräumen nachts das Licht; die Gefangenen dürfen nicht schlafen. Dies geschieht, um die sogenannte Unsittlichkeit zu be-

kämpfen, d. h. die Tatsache, daß das nicht ertötbare sexuelle Begehren der Gefangenen sich einen Ausweg schafft.

In den drei Anstalten, die ich sah — und es wird mir glaubhaft versichert, daß dies in der Mehrzahl der deutschen Strafanstalten ebenso sei — herrscht das Kübelsystem. Die Kübel werden, da es an Personal mangelt, ein- oder höchstens zweimal in 24 Stunden geleert. Schon in der Einzelzelle muß, da die Deckel nie richtig passen, die Luft verpestet sein. In den Schlafsälen steht für eine Vielzahl von Gefangenen nur ein, zudem meistens zu kleiner Kübel zur Verfügung. Es wirkt depravierend, wenn der Gefangene sein Bedürfnis in Gegenwart der andern verrichten muß. Warum soll es den Gefangenen nicht gestattet sein, den in jedem Stockwerk befindlichen Abort nach freiem Ermessen zu benutzen? Dies würde allerdings voraussetzen, daß die einzelnen Zellentüren nicht ständig geschlossen bleiben. Zum mindesten müßte ein abgeschlossener Abort neben jeden Schlafsaal gebaut werden.

Die Ernährung war überall widerwärtig und bestand aus einer braunen Sauce als Frühstück und einem mit Soda durchmischten, undefinierbaren Brei als Hauptmahlzeit. Sie war zudem ungenügend, fett- und fleischlos und ohne Abwechslung. Zu fordern wäre, daß jeder Gefangene kontrollieren kann, ob er die ihm nach der Hausordnung zustehende Ration empfängt. Zum mindesten müßte eine Deputation der Gefangenen eine solche Kontrolle ausüben können. Außerdem ist nicht einzusehen, warum der Gefangene niemals frisches Obst oder Gemüse bekommen soll. Finanzielle Gründe können hierfür nicht angeführt werden.

Vielfach wird das Stufensystem als eine moderne Errungenschaft gefeiert, die insbesondere erzieherisch wirke und den Gefangenen moralisch fördere. Leider ist dieser Vorzug dialektisch: er schlägt in sein Gegenteil um. Denn in der Praxis kann das Stufensystem nur dem langjährig Eingesperrten zugute kommen, da der Gefangene die Beweise seiner angeblichen Besserung erst nach drei oder gar sechs Monaten liefern kann. Es belastet am stärksten die Kurzfristigen, also diejenigen, für die die Rückkehr in ein relativ geordnetes bürgerliches Leben an sich am leichtesten ist und denen sie daher noch erleichtert werden sollte. In der Praxis bedeutet das Stufensystem eine Erziehung zur vollendeten Heuchelei, besonders, wenn für die Einstufung die Angabe des Gefängnisgeistlichen entscheidend ist. Denn religiöse Gefühle lassen sich am leichtesten simulieren.

Die schrecklichste Last des Gefängnisses ist die Tatsache, daß der Gefangene in ihm ständig neue Handlungen begehen kann, ja, solange er ein Mensch ist, begehen muß, die im Sinne der Hausordnung strafwürdig sind, und daß er somit ständig auf das durch besondere Akte der Unterwürfigkeit gegründete Wohlwollen oder Schweigen der Wärter angewiesen ist.

Nichts hat der Mensch, gleichgültig in welchem sozialen Milieu er lebt, nötiger als das „unnötige" Reden. Dieser elementaren Tatsache gegenüber fordert der Strafvollzug die unbedingte und ununterbrochene Schweigepflicht. Sie kann nicht eingehalten werden, und der Gefangene verstrickt sich ständig in das Netz der Disziplinarparagraphen.

Es gibt keinen Menschen, der nicht Sehnsucht nach einem Stück Himmel und nach Sonne hätte. Der Anblick des Lichtes gewährt Freude und gibt Lebensbejahung. Die trübe Zelle erhöht diese Sehnsucht. Der Gefangene hat die faktische Möglichkeit, dieses Bedürfnis zu befriedigen, indem er auf die Pritsche steigt oder sich am Fensterrand festhält. Beides ist ihm verboten. Er muß dieses Verbot übertreten und damit sich strafwürdig machen.

Beide Verbote werden an Grausamkeit und Undurchführbarkeit noch übertroffen. Die griechische Sage berichtet von Tantalus, der im Wasser steht und verdurstet, denn so oft er sich bückt, entschwindet das Wasser. So wird der Gefangene behandelt. Denn er wird mit dem Entrippen von Tabakblättern beschäftigt — und er darf nicht rauchen.

Der Strafvollzug verlangt also von dem Gefangenen Unmögliches und besitzt damit ein beständiges Druckmittel in Form der Disziplinarstrafen: Bettentzug, Hofentzug, Kostentzug usw.

Auf die Frage, ob die Dunkelkammern noch existieren, wurde mir überall geantwortet, ihre Verwendung als Strafmittel sei verboten. Materiell existieren aber natürlich die „früheren" Dunkelkammern überall noch und sie werden auch benutzt — aber nicht als Strafmittel, sondern als „Erziehungs- und Beruhigungsmittel". Auch sollen diese Räume nicht als Dunkelkammern verwendet werden. Nur war in ihnen keine Beleuchtung und die alten Laden, welche die Kammer zur Dunkelkammer machen, waren noch vorhanden.

Gleichgültig, ob das eben Geschilderte ein System: das wesentliche Prinzip des Strafvollzugs ist, daß der Gefangene ständig neu strafwürdig wird. Er besitzt keinerlei eigenes Recht, und damit fehlt ihm die Voraussetzung zum eigenen

Leben und zur Verantwortlichkeit. Der Gefangene ist lebendig begraben, der „Gnade" überlassen. Er hat praktisch kein Beschwerderecht; keine Kontrolle von außen kann ihm helfen. Die seinerzeit vorgesehenen Anstaltsbeiräte sind leider im Entwurf zur neuen Strafvollzugsordnung fallen gelassen.

So grotesk alles Bisherige, so wird es noch weit übertroffen durch die Art und Höhe der Arbeitsbelohnung genannten „Bezahlung", die der Gefangene für die Arbeit erhält, die er im Dienst der Gefängnisverwaltung oder — was noch schlimmer ist — für einen privaten Unternehmer leistet. Bei fleißigster Arbeit, in einer stumpfsinnigen, geisttötenden Beschäftigung, die schon an sich eine Marter darstellt und die ihn beruflich nicht fördert, kann er es auf allerhöchstens 30 Pfennig pro Tag bringen. Dem stehen die Kosten des Strafvollzugs von 1 Mark bis 1.50 Mark täglich gegenüber, die der Gefangene zu tragen hat. Niemals kann also der Gefangene die Schulden tilgen, die er durch seinen Aufenthalt in diesem „Hotel zur Gerechtigkeit" erwirbt. Nach mehrjähriger Einsperrung wird ein Gefangener mit vielleicht 20 Mark in der Tasche entlassen. Der erste Besucher, den er in seinem Heim — falls er ein solches besitzt — vorfindet, ist der Gerichtsvollzieher, der die Kosten des Strafvollzugs zu pfänden versucht. In der Praxis werden diese Verfahren natürlich wegen ihrer Aussichtslosigkeit niedergeschlagen; denn der Entlassene bringt es doch niemals zu Vermögen. Aber schon die Vorstellung ist ungeheuerlich, daß der Gefangene ohne neues Wissen, ohne nennenswerte Mittel, die seiner jahrelangen Arbeit entsprechen würden, ja schwer verschuldet eine Anstalt verläßt, in der ihm alle Möglichkeiten zum Aufbau eines neuen Lebens geboten werden sollten.

Die Vergebung von Gefangenenarbeit an private Unternehmer ist schlimmste Sklaverei. Es ist zu fordern, daß der Gefangene entsprechend seiner tatsächlichen Leistung nach Sätzen bezahlt werde, die zum mindesten ungefähr den Tarifsätzen entsprechen.

Ergebnis: Der unmenschliche Strafvollzug vernichtet den Gefangenen anstatt ihn zu „bessern". Zum mindesten wirft er ihn in seine frühere asoziale Bahn zurück. Der Strafvollzug richtet unter Umständen noch größeres Unheil an, als die Verbrecher selbst. Sicher stellt er keinen Schutz der Gesellschaft dar. Ich gestehe offen zu, daß ich für manche der hier angeschnittenen Probleme keine Lösung weiß. Insbesondere sehe ich keinen Weg, die Gefängnisse abzuschaffen. Der

Zweck dieser Erlebnisschilderung war nur, einen kleinen Beitrag zu einer Diskussion zu liefern, die ich für dringend wünschenswert halte. Denn ich zweifle, daß diese infernalischen Zustände notwendig sind, und daß die Oeffentlichkeit sie dulden würde, falls sie ihr bekannt wären.

DIE MENSCHENRECHTE

Organ der Deutschen Liga für Menschenrechte

JAHRGANG V — BERLIN, Februar 1930 — NUMMER 1/2

Gedanken zum Strafvollzug.

Von *E. J. Gumbel.*

Zahlreich sind die Theorien, die dem Strafvollzug zugrunde liegen. Nach der ältesten handelt es sich um Rache: Auge um Auge, Zahn um Zahn. Eine mildere spricht von der Sühne begangenen Unrechts. Eine weniger ethisch als sozial fundierte Auffassung geht von der Notwendigkeit eines Schutzes der Gesellschaft aus und postuliert als Zweck die Besserung.

Gleichgültig, welche Theorie offiziell zugrunde gelegt wird, die Einsperrung stellt, wie sie auch ausgestaltet wird, eine Strafe dar, und sie muß es sein. Das Problem lautet: Die Verbrechen sind zum größten Teil durch die heutige Gesellschaftsordnung bedingt. Trägt der Strafvollzug dazu bei, den Betroffenen zu bessern?

Die folgenden Zeilen verzichten auf theoretische Betrachtungen. Sie wollen nur einige der Eindrücke wiedergeben, die ich bei Besichtigung einiger Strafanstalten gewonnen habe. Inwieweit sie symptomatisch für alle deutschen Anstalten sind, kann ich nicht beurteilen.

Die inhaftierte Bevölkerung zerfällt in die Untersuchungsgefangenen und Strafgefangenen einerseits und die politischen und „gemeinen" Verbrecher andererseits. Durch Kombination dieser beiden Merkmale entstehen vier Kategorien, die juristisch und sozial betrachtet, nichts miteinander gemein haben. Denn nach dem Gesetz gilt der Untersuchungsgefangene im Gegensatz zum Strafgefangenen nicht als überführt, und der politische Verbrecher hat im Gegensatz zu den meisten gemeinen aus sogenannten ehrenhaften Motiven gehandelt. Diesen wesentlichen Unterschieden wird von den Strafanstalten nicht genügend Rechnung getragen. Sie stülpen über alle vier Kategorien die gemeinsame Decke der Hausordnung und belasten damit den in Untersuchungshaft befindlichen und den politischen Verbrecher stärker als den gemeinen.

Zum Teil sind die Gefangenen in Einzelzellen, zum Teil in großen Räumen untergebracht. Beides hat seine Nachteile. Der in Einzelhaft befindliche Gefangene hat seine Werkzeuge in der Zelle. Die mit der Arbeit verbundene Staubentwicklung wirkt schwer gesundheitsschädigend, da die Zellen nicht richtig gelüftet werden können. Die kollektive Haft bietet eine gewisse Geselligkeit. In der Einzelhaft erlischt um 7 Uhr abends die Lampe, unnötig früh; immerhin, der Gefangene kann schlafen. Dagegen brennt in den Schlafräumen nachts das Licht; die Gefangenen dürfen nicht schlafen. Dies geschieht, um die sogenannte Unsittlichkeit zu bekämpfen, d. h. die Tatsache, daß das nicht ertötbare sexuelle Begehren der Gefangenen sich einen Ausweg schaffen muß.

In den drei Anstalten, die ich sah — und es wird mir glaubhaft versichert, daß dies in der Mehrzahl der deutschen Strafanstalten ebenso sei — herrscht das Kübelsystem. Die Kübel werden, da es an Personal mangelt, ein- oder höchstens zweimal in 24 Stunden geleert. Schon in der Einzelzelle muß, da die Deckel nie richtig passen, die Luft verpestet sein. In den Schlafzellen steht für eine Vielzahl von Gefangenen nur ein, zudem meistens zu kleiner Kübel zur Verfügung. Es wirkt depravierend, wenn der Gefangene sein Bedürfnis in Gegenwart der andern verrichten muß. Warum soll es den Gefangenen nicht gestattet sein, den in jedem Stockwerk befindlichen Abort nach freiem Ermessen zu benutzen? Dies würde allerdings voraussetzen, daß die einzelnen Zellentüren nicht ständig geschlossen bleiben. Zum mindesten müßte ein abgeschlossener Abort neben jeden Schlafsaal gebaut werden.

Die Ernährung war überall widerwärtig und bestand aus einer braunen Sauce als Frühstück und einem mit Soda durchmischten, undefinierbaren Brei als Hauptmahlzeit. Sie war zudem ungenügend, fett- und fleischlos und ohne Abwechslung. Zu fordern wäre, daß jeder Gefangene kontrollieren kann, ob er die ihm nach der Hausordnung zustehende Ration empfängt. Zum mindesten müßte eine Deputation der Gefangenen eine solche Kontrolle ausüben können. Außerdem ist nicht einzusehen, warum der Gefangene niemals frisches Obst oder Gemüse bekommen soll. Finanzielle Gründe können hierfür nicht angeführt werden.

Vielfach wird das Stufensystem als eine moderne Errungenschaft gefeiert, die insbesondere erzieherisch wirke und den Gefangenen moralisch fördere. Leider ist dieser Vorzug dialektisch; er schlägt in sein Gegenteil um. Denn in der Praxis kann das Stufensystem nur dem langjährig Eingesperrten zugute kommen, da der Gefangene die Beweise seiner angeblichen Besserung erst nach drei oder gar sechs Monaten liefern kann. Es belastet am stärksten die Kurzfristigen, also diejenigen, für die die Rückkehr in ein relativ geordnetes bürgerliches Leben an sich am leichtesten ist, und denen sie daher noch erleichtert werden sollte. In der Praxis bedeutet das Stufensystem eine Erziehung zur vollendeten Heuchelei, besonders, wenn für die Einstufung die Angabe des Gefängnisgeistlichen entscheidend ist. Denn religiöse Gefühle lassen sich am leichtesten simulieren.

Die schrecklichste Last des Gefängnisses ist die Tatsache, daß der Gefangene in ihm ständig neue Handlungen begehen kann, ja, solange er ein Mensch ist, begehen muß, die im Sinne der Hausordnung strafwürdig sind, und daß er somit ständig auf

wirken, in intimem Kontakt bei der Arbeit innerhalb unseres Ligavorstandes, und nicht

Montag, den 24. Februar, findet eine Führung durch das Untersuchungsgefängnis Alt-Moabit statt. (Näheres durch besondere Benachrichtigung.)

Montag, den 24. Februar, abends 8 Uhr, Künstlerhaus, Bellevuestraße 3: Arthur Holitscher — Ernst Toller sprechen über [illegible]

Alle Anfragen [illegible] „Deutschen Liga für Menschenrechte E. V.", Berlin N 24, Monbijouplatz 10, Eingang 1, III Tr., zu richten.

Der Vorstand.

keit eines Sieges der Zentralmächte gerechnet werden? Der deutsche Militarismus, durch seinen Triumph gestärkt und in seinem eigenen Lande unerschütterlich verankert, würde alle anderen Nationen beherrscht haben."

Ferner:

„Sollten wir beiseite stehen angesichts der Möglichkeit oder sogar der Wahrscheinlichkeit einer französischen Niederlage, um uns selbst eines schönen und

das durch besondere Akte der Unterwürfigkeit gegründete Wohlwollen oder Schweigen der Wärter angewiesen ist.

Nichts hat der Mensch, gleichgültig, in welchem sozialen Milieu er lebt, nötiger als das „unnötige" Reden. Dieser elementaren Tatsache gegenüber fordert der Strafvollzug die unbedingte und ununterbrochene Schweigepflicht. Sie kann nicht eingehalten werden, und der Gefangene verstrickt sich ständig in das Netz der Disziplinarparagraphen.

Es gibt keinen Menschen, der nicht Sehnsucht nach einem Stück Himmel und nach Sonne hätte. Der Anblick des Lichts gewährt Freude und gibt Lebensbejahung. Die trübe Zelle erhöht diese Sehnsucht. Der Gefangene hat die faktische Möglichkeit, dieses Bedürfnis zu befriedigen, indem er auf die Pritsche steigt oder sich am Fensterrand festhält. Beides ist ihm verboten. Er muß dieses Verbot übertreten und damit sich strafwürdig machen.

Beide Verbote werden an Grausamkeit und Undurchführbarkeit noch übertroffen. Die griechische Sage berichtet von Tantalus, der im Wasser steht und verdurstet, denn so oft er sich bückt, entschwindet das Wasser. So wird der Gefangene behandelt. Denn er wird mit dem Entrippen von Tabakblättern beschäftigt — und er darf nicht rauchen.

Der Strafvollzug verlangt also von dem Gefangenen Unmögliches und besitzt damit ein beständiges Druckmittel in Form der Disziplinarstrafen: Bettentzug, Hofentzug, Kostentzug usw.

Auf die Frage, ob die Dunkelkammern noch existieren, wurde mir überall geantwortet, ihre Verwendung als Strafmittel sei verboten. Materiell existieren aber natürlich die „früheren" Dunkelkammern überall noch und sie werden auch benutzt — aber nicht als Strafmittel, sondern als „Erziehungs- und Beruhigungsmittel". Auch sollen diese Räume nicht als Dunkelkammern verwendet werden. Nur war in ihnen keine Beleuchtung, und die alten Laden, welche die Kammer zur Dunkelkammer machen, waren noch vorhanden.

Gleichgültig, ob das Geschilderte ein System: das wesentliche Prinzip des Strafvollzugs ist, daß der Gefangene ständig neu strafwürdig wird. Er besitzt keinerlei eigenes Recht, und damit fehlt ihm die Voraussetzung zum eigenen Leben und zur Verantwortlichkeit. Der Gefangene ist lebendig begraben, der „Gnade" überlassen. Er hat praktisch kein Beschwerderecht; keine Kontrolle von außen kann ihm helfen. Die seinerzeit vorgesehenen Anstaltsbeiräte sind leider im Entwurf zur neuen Strafvollzugsordnung fallen gelassen.

So grotesk alles bisherige, so wird es noch weit übertroffen durch die Art und Höhe der Arbeitsbelohnung genannten „Bezahlung", die der Gefangene für die Arbeit erhält, die er im Dienst der Gefängnisverwaltung oder — was noch schlimmer ist — für einen privaten Unternehmer leistet. Bei fleißigster Arbeit, in einer stumpfsinnigen, geisttötenden Beschäftigung, die schon an sich eine Marter darstellt, und die ihn beruflich nicht fördert, kann er es auf allerhöchstens 30 Pfennig pro Tag bringen. Dem stehen die Kosten des Strafvollzugs von 1 Mark bis 1,50 Mark täglich gegenüber, die der Gefangene zu tragen hat. Niemals kann also der Gefangene die Schulden tilgen, die er durch seinen Aufenthalt in diesem „Hotel zur Gerechtigkeit" erwirbt. Nach mehrjähriger Einsperrung wird ein Gefangener mit vielleicht 20 Mark in der Tasche entlassen. Der erste Besucher, den er in seinem Heim — falls er ein solches besitzt — vorfindet, ist der Gerichtsvollzieher, der die Kosten des Strafvollzugs zu pfänden versucht. In der Praxis werden diese Verfahren natürlich wegen ihrer Aussichtslosigkeit niedergeschlagen; denn der Entlassene bringt es doch niemals zu Vermögen. Aber schon die Vorstellung ist ungeheuerlich, daß der Gefangene ohne neues Wissen, ohne nennenswerte Mittel, die seiner jahrelangen Arbeit entsprechen würden, ja schwer verschuldet eine Anstalt verläßt, in der ihm alle Möglichkeiten zum Aufbau eines neuen Lebens geboten werden sollten.

Die Vergebung von Gefangenenarbeit an private Unternehmer ist schlimmste Sklaverei. Es ist zu fordern, daß der Gefangene entsprechend seiner tatsächlichen Leistung nach Sätzen bezahlt werde, die zum mindesten ungefähr den Tarifsätzen entsprechen.

Ergebnis: Der unmenschliche Strafvollzug vernichtet den Gefangenen, anstelle ihn zu „bessern". Zum mindesten wirft er ihn in seine frühere asoziale Bahn zurück. Der Strafvollzug richtet unter Umständen noch größeres Unheil an, als die Verbrecher selbst. Sicher stellt er keinen Schutz der Gesellschaft dar. Ich gestehe offen zu, daß ich für manche der hier angeschnittenen Probleme keine Lösung weiß. Insbesondere sehe ich keinen Weg, die Gefängnisse abzuschaffen. Der Zweck dieser Erlebnisschilderung war nur, einen kleinen Beitrag zu einer Diskussion zu liefern, die ich für dringend wünschenswert halte. Denn ich zweifle, daß diese infernalischen Zustände notwendig sind, und daß die Oeffentlichkeit sie dulden würde, falls sie ihr bekannt wären.

DEUTSCHE REPUBLIK
BEGRÜNDET VON DER REPUBLIKANISCHEN ...
4. JAHRGANG
HEFT 19 / 8. Febr. 1930 / PREIS 50 PFENNIG

WIE STEHT ES UM DEN STRAFVOLLZUG?

EINE ERWIDERUNG - VON WERNER GENTZ

In Heft 14 der „Deutschen Republik" vom 4. Januar 1930 schildert Herr Professor E. J. Gumbel Eindrücke, die er bei der Besichtigung deutscher Strafanstalten gewonnen hat. Leider sagt er nicht, wann diese Besichtigungen stattgefunden haben und welche Anstalten er gesehen hat. Herr Gumbel selbst läßt es übrigens dahingestellt, inwieweit diese seine Eindrücke symptomatisch für den Strafvollzug seien.

So erwünscht es ist, daß die Oeffentlichkeit darüber unterrichtet wird, was hinter den Strafanstaltsmauern vorgeht, so groß ist doch die Gefahr, daß aus Schilderungen wie der vorliegenden falsche Schlüsse auf den Geist und auf die Einrichtungen in unseren Strafanstalten gezogen werden. Sicher ist wohl, daß viele Leser, die eine Strafanstalt nie gesehen haben, diese Schilderungen ohne weiteres auf alle Anstalten übertragen. Ich glaube es deshalb der Aufklärung der Oeffentlichkeit, wenigstens soweit der preußische Strafvollzug in Frage kommt, schuldig zu sein, zu den Ausführungen von Herrn Gumbel Stellung zu nehmen. Er selbst bezeichnet ja auch am Schluß seines Aufsatzes als den Zweck seiner Ausführungen den, eine Diskussion über diesen Gegenstand in Gang zu bringen.

Wer heute vom Strafvollzug spricht oder schreibt, der muß wissen, welches die Leitgedanken sind, die die Arbeit in einer modernen Strafanstalt bestimmen. Der Strafanstaltsbeamte fragt nicht in erster Linie danach, was der Gefangene verschuldet hat, sondern danach, wie er ihm helfen kann, sich

der Gesellschaft und ihren Gesetzen wieder einzuordnen. Das ist der Sinn dessen, was wir im Strafvollzug Erziehung nennen. Diese Erziehung ist nicht etwas, was wir von außen an die Gefangenen herantragen wollen, wie Dressur oder Drill, sondern sie will den Menschen von innen her fassen. Sie will ihm Entspannung bringen, wo diese nötig ist, Ermutigung, wo er ihrer bedarf; sie will seine Kräfte entwickeln, sie will ihm Hilfe zur Selbsthilfe sein, zur Selbsterziehung, zur Selbstverantwortung. Dem dient vor allem der Gedanke, der Selbstverwaltung in unseren Strafanstalten. — Auch die Strafanstalt ist ein sozialer Körper eigener Art, ein Gemeinwesen für sich. Die Gefangenen sind Bürger dieses Gemeinwesens, nicht nur mit den Pflichten, sondern auch mit den Rechten solcher Bürger. Der demokratische Gedanke der Selbstbestimmung ist auch der Strafanstalt nicht fremd. — Die Idee des Stufenstrafvollzuges ist darauf aufgebaut, in der Beteiligung der Gefangenen am Anstaltsgeschehen schon in Stufe II, vornehmlich aber in Stufe III diesen Gedanken zu entwickeln. Wer die preußische Verordnung vom 7. Juni 1929 über den Strafvollzug in Stufen zur Hand nimmt, der wird finden, wie in Stufe III, der sogenannten Ausgangsanstalt, die Ueberwachung der Gefangenen durch Aufsichtsbeamte so gut wie ganz verschwunden ist und sich nur darauf beschränkt, die von den Gefangenen gewählten Obmänner bei der Leitung ihrer Gruppe zu unterstützen und zu beraten, wähend das eigentliche Anstaltsleben von den Gefangenen getragen wird.

Man wird füglich nicht sagen können, daß ein System, das mit solchen Mitteln arbeitet und sich solche Ziele steckt, darauf angelegt ist, Heuchelei und Augendienerei zu züchten. Der Vorwurf, daß nur die Heuchler es in der Anstalt zu etwas brächten, ist viel älter als das Stufensystem. Und man darf wohl auch einmal die Fragestellen, ob dieser Vorwurf nicht etwa die billige Entschuldigung derer ist, die durch Unfügsamkeit oder Mangel an gutem Willen sich selbst den Weg zum Aufstieg in der Anstalt immer wieder verbauen.

Eines wird auch die bestgeleitete Strafanstalt nicht missen können: ein mehr oder minder großes Maß von Zwang. Je weniger der einzelne Gefangene sich bereit zeigt, sich der Ordnung des Anstaltsgemeinwesens einzupassen, desto mehr wird äußerer Zwang diese Ordnung schaffen müssen. Es ist damit in der Anstalt nicht anders, als draußen im freien Leben. Und sicher gibt es in solcher erzwungenen Ordnung viele Dinge, die der widerstrebende Gefangene als unbequem, als Härte, ja wohl auch als feindseligen Akt empfindet, so

fern auch der einzelnen Maßnahme die Absicht solcher Wirkung liegt.
Hinzu kmmt, daß unsere Gefängnisse und Zuchthäuser in ihrer baulichen Gestalt Einrichtungen einer anderen Zeit sind, die mit anderen Mitteln arbeitete und anderen Zielen nachging. Auch im Strafvollzuge sind Abbau und Aufbau in *stetiger Entwicklung*. Das Tempo dieser Entwicklung bestimmen die finanziellen Mittel. So mag auch dem gelegentlichen Besucher einer Anstalt, der mit dem Anstaltsorganismus weniger vertraut ist, das äußerliche Erlebnis nicht immer den Geist spiegeln, der die Anstalt regiert. Auch in einem alten Schulgebäude kann man modernen Unterricht geben; auch in einem alten Gefängnis kann man modernen Strafvollzug treiben. Das erklärt manches, was Herr Gumbel gesehen hat und was mit modernen Gedanken unvereinbar erscheint. Andererseits vermag ich mich des Eindruckes nicht zu erwehren, daß viele Dinge, über die Herr Gumbel berichtet, einer vergangenen Zeit angehören. Dem preußischen Strafvollzuge heute jedenfalls sind sie fremd.
Anstalten, in denen eine *Ernährung* verabfolgt wird, wie Herr Gumbel sie schildert, gibt es in Preußen nicht. Die Kost, die die Gefangenen bekommen, enthält diejenigen Mengen

E. J. GUMBEL

„Verräter verfallen der Feme“

Opfer / Mörder / Richter
1919—1929

Umfang 392 Seiten
Preis kartoniert ca. M. 4.—, Leinen ca. M. 6.—

Gumbel hat seinerzeit als Erster die Probleme der deutschen Geheimbündelei und politische Justizverbrechen an das Licht der Oeffentlichkeit gerückt. Durch seine Bücher „Vier Jahre politischer Mord“ und „Verschwörer“ gab er den Anstoß zu den Aufdeckungen und Prozessen, die Jahre hindurch die Oeffentlichkeit beschäftigten. Im vorliegenden Werk wird dokumentarisch und bis in die letzten Zusammenhänge dargestellt, was die neudeutsche „Feme“ im Lauf der vergangenen zehn Jahre bezweckte und vollbrachte, wie sie entstand, wer sie ausübte und welche Richter sie fand. Eine Fundgrube für jeden, der sich für die Geschichte der Deutschen Republik und für das Wesen ihrer Gegner auf der Rechten interessiert

MALIK-VERLAG / BERLIN

von Fett, Eiweiß und Kohlehydraten, die nach anerkanntem ärztlichem Urteil dem Nahrungsbedarf eines Menschen entsprechen. Sie nimmt in ihrer Zusammensetzung und im Vitamingehalt Rücksicht auf die Erfahrungen unserer Ernährungswissenschaft. An der Aufstellung des Speisezettels ist der Strafanstaltsarzt beteiligt. Es gibt keine Anstalt, in der nicht, zum mindesten während der Vegetationsperiode, wöchentlich mehrere Male frisches Gemüse auf den Tisch kommt. Auch Obst gilt in unseren Anstalten keineswegs als Luxus. Zahlreiche Anstalten haben eigene Garten- und Landwirtschaft, aus der sie ihre Insassen versorgen. Es darf ohne Uebertreibung gesagt werden, daß die Ernährung in den Anstalten vielfach gesünder und auskömmlicher ist, als die der minderbemittelten freien Bevölkerung.

Es gibt schon lange kein allgemeines Sprechverbot mehr in den preußischen Anstalten. Niemand verwehrt es den Gefangenen, bei der Arbeit miteinander zu reden. In der täglichen Freistunde ist heute nur in der 1. Stufe noch der stumme Einzelspaziergang üblich. Die Gefangenen der höheren Stufen dürfen sich in der Freizeit nach Belieben unterhalten.

MAX HOELZ

Vom weißen Kreuz zur roten Fahne

Jugend-Kampf- und Zuchthaus-Erlebnisse

1. TEIL: JUGEND, KRIEG, REVOLUTION
2. TEIL: 8 JAHRE IN DEUTSCHEN ZUCHTHÄUSERN
1.-29. Tausend / 409 S. / 20 Abbildungen / Kart. Mark 2.80 / Leinen Mark 4.80

Thomas Mann

schreibt über das Buch von Max Hoelz: Sein klug, schlicht und energisch geschriebenes Lebensbuch wird viel gelesen werden, auch von seinen Todfeinden, und das wird gut sein.

TAGEBUCH, Berlin: Es kann einer noch so mißtrauisch der Wahrheit von Memoiren gegenüberstehen, hier wird er entwaffnet sein, er merkt, hier wird aufrichtig erzählt. Ein impulsiver, warmherziger Mensch erzählt sein ungewöhnliches Schicksal mit einfachen Worten . . . Ein gutgeschriebenes Buch, stilistisch erstaunlich flüssig, gewandt.

MALIK-VERLAG • BERLIN

Ebensowenig gibt es heute in Preußen noch ein allgemeines Rauchverbot. Die Gefangenen der oberen Stufen dürfen ohne weiteres rauchen, die Gefangenen der 1. Stufe müssen allerdings sich sechs Monate lang gut geführt haben, um dieser Erleichterung teilhaft zu werden. Nebenbei sei bemerkt, daß es keine preußische Anstalt gibt, in der Gefangene mit dem Entrippen von Tabakblättern beschäftigt werden. — Alles dies gilt für die Zuchthäuser genau so wie für die Gefängnisse.

Dunkelarrest gehört seit langem der Vergangenheit an. Dunkelkammern sind unserem Strafvollzuge fremd. In jeder Zelle und in jedem Gemeinschaftsraum brennt mindestens bis 8 Uhr abends Licht. Jeder Gefangene, der sich gut führt und seine Arbeit leistet, kann nach Ablauf von sechs Monaten bis 9.30 Uhr abends Licht brennen. In den Abteilungen für Stufe II und III wird das Licht grundsätzlich erst um 10 Uhr abends gelöscht. — In den normalen Schlafräumen ist es nachts dunkel. Nur, wo noch große Schlafsäle benutzt werden müssen, in denen 12 oder mehr Gefangene zusammen liegen, brennt eine abgeblendete Notbeleuchtung. Das ist aus Sicherheitsgründen schon im Interesse der Gefangenen selber notwendig. Solche großen Schlafsäle sind übrigens nur noch in ganz wenigen Anstalten in Benutzung.

Das Kübelsystem herrscht heute leider in unseren Anstalten noch vor. Wer das tadelt, darf aber nicht vergessen, daß diese Anstalten in einer Zeit gebaut worden sind, in der auch im Privathaushalt die Wasserspülung nicht die Regel war. In Anstaltsneubauten gehört das Spülklosett zu den Selbstverständlichkeiten der Anstaltshygiene. Und auch für die älteren Anstalten wird ungeachtet der schwierigen Finanzlage Jahr für Jahr ein größerer Geldbetrag zur Einrichtung von Spülanlagen verwendet. Der Haushalt für das Jahr 1930 sieht wiederum einen solchen Betrag vor, und auch in den folgenden Jahren wird hiermit fortgefahren werden, soweit die finanziellen Mittel es irgend gestatten.

Welchen Wert die Justizverwaltung auf die ständige Verbesserung der sanitären Verhältnisse in den Anstalten legt, dafür zeugt ihr Bemühen um den Ausbau des ärztlichen Dienstes. Während im Jahre 1923 in ganz Preußen erst drei hauptamtliche Strafanstaltsärzte vorhanden waren, ist ihre Zahl heute schon auf 17 Aerzte gestiegen. Der Haushalt des nächsten Jahres sieht wiederum sechs Arztstellen vor, und je nachdem, wie bald die Finanzlage es erlaubt, wird jede größere Anstalt in absehbarer Zeit ihren hauptamtlichen Arzt haben.

Dasselbe Bestreben nach Schaffung einwandfreier hygienischer Verhältnisse zeigt sich auch bei der Ausgestaltung der Arbeitsbetriebe. Von der Arbeit in den Zellen kommt man mehr und mehr ab. Die Arbeitsräume und die Arbeitseinrichtungen stehen unter ständiger Kontrolle der Gewerbeaufsichtsbehörden. Die Arbeitssäle der Anstalten brauchen, was Licht und Luft angeht, den Vergleich mit freien Arbeitsbetrieben nicht zu scheuen. Wo die Arbeitsräume nicht ausreichen, um alle Gefangenen in größerer oder kleinerer Gemeinschaft zu beschäftigen, da wird nachdrücklich darauf Wert gelegt, daß, wo es irgend angeht, der einzelne Gefangene eine von seinem Schlafraum getrennte Arbeitszelle hat, zum mindesten, wenn er mit staubender Arbeit beschäftigt ist.

Die stumpfsinnigen, geisttötenden Beschäftigungen, die in einer früheren Zeit die Gefängnisarbeit kennzeichneten, sind heute zur Ausnahme geworden. Man ist bestrebt, im Arbeitsgang und in der maschinellen Ausstattung der Betriebe solche Arbeitsbedingungen zu schaffen, wie der Gefangene sie auch in der Freiheit findet. Sie sollen es ihm erleichtern, sich nach seiner Entlassung in den Produktionsprozeß wieder einzureihen. Im Arbeitslohn steht der Gefangene freilich dem Industriearbeiter nicht gleich. Aber wer billig denkt, darf nicht vergessen, daß seinen gesamten Lebensaufwand für Unterkunft, Kleidung und Nahrung, derselbe Staat bestreitet, der ihn gefangen hält. Ein Tagesverdienst von 30 Pfennig, von dem Herr Gumbel berichtet, ist jedoch keineswegs der Höchstsatz dessen, was ein fleißiger Gefangener verdient. In der Mehrzahl der Anstalten liegt der Verdienst eines fleißigen Arbeiters über diesem Niveau. Bei der Außenarbeit insbesondere sind Tagesverdienste von 1,50 bis 2 Mk. keine Seltenheit, und Spitzenleistungen gehen auch hierüber noch weit hinaus. — Da der Gefangene nur über die Hälfte dessen, was er verdient, verfügen darf, sagt schon ein einfaches Rechenexempel, wieviel er erspart hat, wenn er nach mehrjähriger Haft die Anstalt verläßt. Es ist ein Vielfaches von den 20 Mark, die Herr Gumbel in seinem Aufsatz erwähnt, dem Erfahrungen aus der Inflationszeit zugrunde liegen mögen.

Wo es irgend angeht, beschäftigt der Staat seine Gefangenen für eigene Zwecke und in eigener Regie; wo es irgend angeht, vermeidet er es, dem freien Gewerbe Konkurrenz zu machen. Auf Unternehmerbetriebe völlig verzichten kann er heute noch nicht. Das als Sklaverei zu bezeichnen, ist arge Uebertreibung. Denn zu dem Unternehmer selber tritt der

Gefangene nicht in Beziehung. Das Arbeitsverhältnis geht der Unternehmer mit dem Staate ein. An ihn zahlt er das Arbeitsentgelt, das mit der Arbeitsbelohnung nicht verwechselt werden darf, die die Anstalt dem Gefangenen gutschreibt. Die Arbeitsverwendung und die Arbeitsleistung des Gefangenen bestimmt der Staat, nicht der Unternehmer. Die Zeit, in der ein Unternehmer sich auf Kosten der ihm gestellten Arbeitskräfte bereichern konnte, ist vorbei. Die Sätze, die der Staat vom Unternehmer erhält, liegen an der Grenze, an der die Beschäftigung Gefangener für den Unternehmer unwirtschaftlich zu werden beginnt.

Daß der Gefangene kein Beschwerderecht besitzt, kann nur der behaupten, der den Strafvollzug nicht aus eigener Anschauung kennt. Ein Blick in die von der Preußischen Justizverwaltung alljährlich herausgegebene Strafanstaltsstatistik, die auch die Gefangenenbeschwerden zählt, könnte ihn vom Gegenteil überzeugen. Und niemand denkt daran, dieses Recht den Gefangenen zu beschneiden, die es sehr wohl zu gebrauchen wissen. — Zudem verschließt heute keine Anstalt sich der öffentlichen Kontrolle. Und mag auch mancher Anstaltsdirektor über die Zahl von Anstaltsbesuchern seufzen, so weiß er doch, daß das Interesse, das die Oeffentlichkeit an seiner Arbeit nimmt, zugleich die wirksamste Hilfe für ihn bedeutet, wenn es gilt, für den entlassenen Gefangenen Arbeit und Unterkunft zu besorgen. Und es ist ganz gewiß nicht der Gerichtsvollzieher, der den entlassenen Gefangenen an der Anstaltstür in Empfang nimmt oder der als erster Besucher seine Wohnung betritt, um die Haftkosten von ihm beizutreiben. Freilich, der vermögende Gefangene soll sie bezahlen, und das von Rechts wegen. Wie wenig der Begriff des vermögenden Gefangenen überspannt wird, das möge die Tatsache beweisen, daß noch nicht 2 Prozent der Haftkosten zur Beitreibung kommen. Kein Gefangener braucht zu besorgen, daß der Staat ihm die verhältnismäßig geringe Summe, die er mit der einen Hand ihm als Arbeitsbelohnung gibt, mit der anderen Hand etwa als Haftkostengläubiger wieder entreißt.

Ebenso, wie der Staat sich seiner Verantwortung dem Strafgefangenen gegenüber bewußt ist, bemüht er sich, auch dem Untersuchungsgefangenen die durch seine Lage prozessual wie menschlich gebotene Rücksicht angedeihen zu lassen. Der Untersuchungsgefangene hat Anspruch auf alle Erleichterungen, die den Zweck seiner Festhaltung nicht gefährden, und die mit der Ordnung in der Anstalt vereinbar sind. Er darf seine eigenen Kleider tragen, sein eigenes Bett benutzen, darf

ich selbst beköstigen, braucht nicht zu arbeiten, kann Briefe schreiben, soviel er will. In größeren Anstalten werden Untersuchungsgefangene in eigenen Abteilungen untergebracht; auch in den kleinen Gefängnissen werden sie in der Regel von den Strafgefangenen getrennt gehalten.

Eine gleiche Sonderbehandlung genießen übrigens auch die politischen Gefangenen, d. h. diejenigen Verurteilten, bei denen das Gericht den politischen Charakter der Straftat ausdrücklich anerkannt hat. Das Gericht muß eine solche Feststellung in den Urteilsgründen treffen, wenn der ausschlaggebende Beweggrund des Täters zur Tat darin bestand, daß er auf Grund seiner sittlichen, religiösen oder politischen Ueberzeugung sich für verpflichtet hielt, sie zu tun. Diese sogenannten „Ueberzeugungstäter" haben ohne weiteres Anspruch auf alle Hafterleichterungen, die Gefangenen gleicher Strafart (Zuchthaus, Gefängnis, Festung) überhaupt gewährt werden dürfen.

Wie jede menschliche Einrichtung, hat auch unser Strafvollzug noch immer seine Unvollkommenheiten und Mängel. Sie zu beseitigen, ist das ernste Streben der Justizverwaltungen. Gerechter Kritik verschließen sie sich nicht. Im Gegenteil, sie wissen, daß sie die lebendige Anteilnahme der Oeffentlichkeit an ihrer Arbeit brauchen, wenn sie ihre Ziele erreichen wollen. Dem wollen auch diese Ausführungen dienen. Wer sich über das Programm, das sich die Preußische Justizverwaltung für ihren Strafvollzug selber gesetzt hat, näher informieren will, der findet es in Abhandlungen aus berufener Feder dargestellt, in dem von ihr herausgegebenen Buch „Strafvollzug in Preußen".

UND EINE REPLIK - VON E. J. GUMBEL

Herr Gentz spricht von den Leitgedanken, welche die Arbeit in einer „modernen" Strafanstalt bestimmen, vom Hilfswerk am Gefangenen, von seiner Erziehung und von der Selbstverwaltung dieses Bürgers eines sozialen Körpers eigener Art. Dieser schönen und schwungvollen Einstellung gegenüber möchte ich mich auf den Standpunkt stellen, den wohl die Mehrheit der vom Strafvollzug Betroffenen einnimmt, nämlich auf den des naiven Realisten, der nur nach dem fragt, was ist. Entscheidend ist nämlich nicht, daß in den Vorschriften „moderne Gedanken" existieren, sondern die Zahl der Gefangenen, auf die sie angewandt werden.

Herr Gentz zweifelt an der objektiven Richtigkeit der Eindrücke, die ich aus Besuchen der letzten Jahre — nicht der Inflationszeit! — und aus zahlreichen Gesprächen mit Ent-

lassenen gewonnen habe. An sich wäre es notwendig, jeder seiner Behauptungen einen eigenen Artikel zu widmen. Da dies zu weit führen würde, muß ich mich darauf beschränken, die zahlenmäßig nachprüfbaren Behauptungen auf Grund der Zeugnisse seiner eigenen Behörde zu widerlegen. Die folgenden Zahlen sind aus der „Statistik über die Gefangenenanstalten der Justizverwaltung in Preußen, Berlin 1929" und der „Statistik des Gefängniswesens im Deutschen Reich" entnommen bzw. berechnet, also Schriften, die Herr Gentz glaubt zu seinen Gunsten anführen zu können.

Danach existieren in den 943 preußischen Anstalten mit einer durchschnittlichen Tagesbelegung von 46 030 Mann und einer Gesamtzahl von 362 975 Gefangenen nur 76 Lehrer. Erst auf 600 Gefangene, erst auf 12 Anstalten trifft ein Lehrer. Der Erfolg dieser „Erziehung" wird am besten durch die Tatsache charakterisiert, daß jeder männliche Gefangene mit über einjährigen Strafen bereits 3,8 mal, jede weibliche bereits 3,4 mal vorbestraft ist.

Von einer Selbstverwaltung in den Strafanstalten ist mir nichts bekannt. In der preußischen Armee, die niemals solche Ansprüche erhob, gab es wenigstens Küchenkommissionen. In keinem preußischen Gefängnis existieren sie; die Gefangenenbeiräte leben ein schattenhaftes Papierdasein, das im neuen Strafvollzugsentwurf auch offiziell beseitigt wird.

Auch der Erziehungscharakter des Stufensystems hat nur eine papierene Realität. Denn in der Stufe III, in welcher „die Ueberwachung der Gefangenen durch Aufsichtsbeamte so gut wie verschwunden ist", befinden sich noch nicht 3 Prozent der Gefangenenbevölkerung, in Preußen nur 559 Mann. Nach Gentz bezieht sich das Sprechverbot beim Spaziergang nur auf die Gefangenen der ersten Stufe. Bei den „vielen Lesern, die eine Strafanstalt nie gesehen haben", wird damit der Eindruck erweckt, als wenn dies nur eine verschwindende Minderheit sei. In Wirklichkeit handelt es sich um 67,6 Prozent aller Gefangenen.

Die Konsequenz der von Herrn Gentz zugestandenen betrüblichen baulichen Gestalt präsentiert uns die Statistik in Form von 1489 unheizbaren Zellen und 10 396 Zellen ohne elektrisches oder Gaslicht. Die Gesamtzahl der Einzelzellen beträgt 32 443. Nimmt man optimistisch an, daß die unheizbaren und lichtlosen Zellen lauter Einzelzellen sind, daß sie nicht anders belegt werden als der Rest, daß sie also nicht zur „Entspannung", für „Selbsterziehung" oder für „widerstrebende Gefangene" verwendet werden, so kommt man zu dem Schluß, daß 4,6 Prozent aller Gefangenen im Winter

zum Frieren und 32 Prozent zum Aufenthalt in unbeleuchtbaren Zellen verurteilt sind. Diese Zahlen für Preußen sind höher als die für das Reich, welche nur 4,5 Prozent bzw. 25 Prozent betragen.

In dem köstlichen Satz „An der Aufstellung des Speisezettels ist der Strafanstaltsarzt beteiligt" wird stillschweigend fingiert, daß in jeder Strafanstalt ein Arzt vorhanden sei. Einige Zeilen später erfahren wir, daß die Zahl der Aerzte heute bereits auf 17 gestiegen ist. Auf 943 Anstalten 17 Aerzte! Die letzte Statistik führt allerdings nur 9 Gefängnisärzte unter den Titeln „Strafanstalts-Obermedizinalräte und -Medizinalräte" und als „nebenamtlich beschäftigte planmäßige und hilfsbeamtete" Aerzte an. Der Loyalität halber muß erwähnt werden, daß daneben noch 316 Aerzte vertragsmäßig angestellt sind. Bei Zugrundelegung dieser Zahl kommt erst auf je 3 Anstalten ein Arzt.

In zwei Punkten muß ich revozieren. Herr Gentz hat recht: „Der Tagesverdienst von 30 Pfennig ist keinesfalls der Höchstsatz dessen, was ein fleißiger Gefangener verdient." Die Statistik schweigt über den Höchstsatz. Wohl aber kennen wir den Durchschnittssatz der Arbeitsbelohnung pro Kopf und Tag. Er beträgt in Preußen 15 Pfennig. Ferner habe ich leichtfertigerweise davon gesprochen, daß ein Gefangener nach mehrjährigem Aufenthalt das Gefängnis mit vielleicht 20 Mark verläßt. In Wirklichkeit wurden 1926—27: 2254 Gefangene mit Beträgen von über 50 Mark entlassen. Ihnen stehen 117 776 Gefangene gegenüber, die ohne einen Pfennig entlassen wurden. Im Durchschnitt betrug die Auszahlung bei der Entlassung nicht 20, sondern ganze 7 Mark.

Dies liegt natürlich zum Teil an der g e r i n g e n P r o d u k t i v i t ä t d e r G e f a n g e n e n a r b e i t, d. h. daran, daß sie teilweise mit wirtschaftlich unsinnigen Arbeiten, wie Tütenkleben etc. beschäftigt werden. Trotzdem müssen die Unternehmer, an welche 47 Prozent aller beschäftigten Gefangenen — sagen wir einmal — vermietet werden, an dieser Arbeit gut verdient haben. Denn sie haben für jeden beschäftigten Gefangenen an den Staat pro Tag in Preußen die lächerlich geringe Summe von 57 Pfg., (im Reichsdurchschnitt 60 Pfg.) zu bezahlen. Nach Herrn Gentz würden die Unternehmer bei höheren Sätzen zulegen müssen.

Daß der Gefangene kein B e s ch w e r d e r e ch t besitzt, habe ich nicht behauptet, sondern nur, daß es praktisch nicht besteht. Tatsächlich haben die 362 975 Gefangenen, die im Laufe des Jahres 1926/27 insgesamt 16 585 411 Hafttage in preußischen Anstalten verbracht haben, nur 5772 Beschwer-

den verfaßt. Wieviele davon zum Erfolg führten, ist nicht bekannt.

Die amtliche Statistik zeigt den wirklichen Strafvollzug ganz anders, als die schönen Theorien auf dem Papier. Solange auf eine so zurückhaltende Kritik, wie sie mein Artikel darstellte, solche beschönigenden Antworten erfolgen, wie die des Herrn Oberjustizrat Dr. Gentz vom Preußischen Justizministerium, ist keine Besserung im Strafvollzug zu erwarten.

PLEITOLOGIE

PROLEGOMENA ZU JEDER KÜNFTIGEN PHILOSOPHIE DER PLEITE

VON PETER SCHWARZER

> „Der Staat ist die Wirklichkeit der sittlichen Idee, der sittliche Geist, als der offenbare, sich selbst deutliche, substantielle Wille, der sich denkt und weiß und das, was er weiß, vollführt." Hegel.

Die Pleite ist eine Kulturerrungenschaft. Sie ist im Verlauf der geschichtlichen Entwickelung in den verschiedensten Formen aufgetreten; eine Theorie der Pleite kann daher nur kulturgeschichtlich sein.

Die beliebteste Form der Pleite ist der Konkurs. Es gehört zum Begriff des Konkurses, daß er in juristischen Formen auftritt. Daraus haben die meisten Schriftsteller den Schluß gezogen, daß man das Wesen der Pleite aus juristischen Definitionen ableiten könne. Das ist ein großer Irtum. Der juristische Beamte versteht in der Regel von der Pleite gar nichts, denn er hat nur mit ihren entseelten Ueberresten zu tun.

Auch gibt es keinen gangbaren Weg, der den reinen Juristen zum Verständnis des wahren Sinnes der Pleite leitet; der Trost, daß dies nicht weiter schade, da die Pleite eine höchst bedenkliche, wenn nicht gar gefährliche Erscheinung sei, darf hier nicht weiter angeführt werden. Denn selbst die schlimmste Pleite gehört noch immer in die Theorie, da sie ja eine Pleite sein muß, um eine bösartige Pleite zu sein.

Nichts liegt uns ferner, als die Pleite als Gegenstand des lebenswichtigen Bedarfs zu empfehlen. Wohl dem Staate und dem Volke, das ohne Pleite auskommen will — und kann! Auch wüßten wir keinen Grund anzugeben, weshalb wir unter den jetzt herrschenden Umständen zu einer noch ausgedehnteren Pleitemacherei übergehen sollten. Das sei von vornherein zur Beruhigung der Publizisten gesagt.

URANIA

KULTURPOLITISCHE MONATSHEFTE ÜBER NATUR UND GESELLSCHAFT
ORD. VERÖFFENTLICHUNG DES „URANIA"-FREIEN BILDUNGSINSTITUTS E. V., JENA

75

E. J. Gumbel:
Vom Sinn statistischer Gesetze in der Physik

Vielfach ist die Auffassung verbreitet, daß die Statistik ein völlig beweisloses Meer von Zahlen darstelle, daß deswegen die hierauf verwendete Arbeit sinnlos und die darauf gegründete wissenschaftliche Betrachtung wertlos sei. Nichts charakterisiert diese Ueberzeugung besser als jene bekannte Bezeichnung von den drei Lügen. Danach gibt es: Notlügen, verdammte Lügen und Statistik. Die logische Konsequenz solcher Auffassung ist die Behauptung, daß man mit der Statistik alles beweisen könne.

Im Gegensatz zu dieser, nur in der Sozialwissenschaft und in der politischen Beweisführung üblichen Methode sei nur die naturwissenschaftliche Methode exakt.

Im folgenden werden wir demgegenüber zeigen, daß die statistischen Methoden weder im Prinzip noch in der Praxis auf das soziale Gebiet zugeschnitten sind, daß vielmehr auch in den exakten Naturwissenschaften, vor allem in der Physik, mit statistischen Methoden gearbeitet wird.

Der Satz, daß man mit Statistik alles beweisen könne, ist nur ein Spezialfall des allgemeinen und richtigen Satzes, daß man mit falschen Methoden alles beweisen kann. Es genügt, darauf hinzuweisen, daß man z. B. in der Arithmetik mit Hilfe der hierbei unzulässigen Division durch Null leicht die Identität jeder Zahl mit jeder andern beweisen kann.

Um das Wesen und die Bedeutung statistischer Methoden in der Physik und der daraus abgeleiteten Gesetze zu erkennen, müssen wir zunächst ihr Gegenteil, die dynamischen Gesetze, betrachten. Sie waren das Ideal der älteren Physiker. Ihr logisches Fundament ist der Begriff der eindeutigen Ursache. Ihre Gestalt ist wie folgt: Wenn bestimmte Bedingungen gegeben sind, so folgt aus einer bestimmten Ursache eine bestimmte Wirkung und nur sie. Oder: Aus der Veränderung einer oder mehrerer Größen folgt eine genau bekannte Veränderung einer anderen Größe und nur sie. Die in diesen Sätzen ausgesprochene Abhängigkeit wird durch eine mathematische Formel wiedergegeben. Diese dynamischen Gesetze sind die starrsten Vertreter des Typus Gesetz. Wenn die Voraussetzungen gegeben sind, gilt das Gesetz immer und in der gleichen Weise. Abweichungen gibt es nicht.

Dabei ist es eine logische Forderung, daß diese Abhängigkeit möglichst einfach sei. Was allerdings einfach im Sinne der Natur und der Logik ist, das zu erkennen ist nicht immer einfach, wie dies der englische Philosoph *Bertrand Russell* in seinen scharfsinnigen Ueberlegungen nachgewiesen hat. Trotzdem müssen wir einen gewissen Parallelismus zwischen der Logik des menschlichen Denkens und der Logik der Dinge annehmen, weil uns sonst keine Erkenntnis möglich wäre.

Aber solche scheinbar exakten Untersuchungen können wegen der unendlichen Kompliziertheit der Außenwelt nicht vor sich gehen ohne gewisse Vereinfachungen, die wir in die Dinge hineinsehen, gewisse Fiktionen, die wir zur Arbeit brauchen, gewisse Schemata, in die wir die Außenwelt hineindrängen. Ein solches, übrigens sehr schlecht passendes Schema war in der Sozialökonomie der Homo oeconomicus, also ein Mensch ohne Gefühlswerte, der nur nach ökonomischen Erwägungen handelt.

Zur Existenz vollkommen strenger Naturgesetze gehört die Geltung des Kausalgesetzes. Ein materielles System ist durch die zu einer bestimmten Zeit in ihm herrschenden Bedingungen und durch die mit der Zeit sich nicht verändernden Gesetze für alle Zeiten vollkommen bestimmt. Ein überragender Geist, der all dies kennt, müßte also in der Lage sein, den ganzen Verlauf in Zukunft und Vergangenheit vollkommen zu übersehen.

Das Ideal des Wissens, zu dem die dynamischen Gesetze uns führen sollen, ist dieser *Laplace*sche Geist, der alle Naturgesetze kennen soll. Aber sofort erhebt sich gebieterisch die Tatsache, daß, selbst wenn alle Mathematiker aller Zeiten sich nur mit einem einzigen materiellen System, sagen wir, den Molekülen der Luft in einem Zimmer, beschäftigen würden, sie niemals auch nur entfernt damit fertig würden. Gerade wenn wir alle Gesetze kennen würden, so wäre uns der wirkliche Verlauf völlig unbekannt, weil wir niemals die Zeit hätten, dies auszurechnen. Wenn wir also den wirklichen Verlauf kennen wollen, so müssen wir solche gefährliche Kenntnisse nicht einmal anstreben, sondern uns mit gewissen Mittelwertsbildungen zufrieden geben, die einzig allein uns Kenntnis übermitteln.

Noch ein zweiter Grund zwingt uns zur Bescheidung. Denn wir kennen in Wirklichkeit kein einziges Gesetz, von dem wir sagen können, es sei vollkommen sichergestellt. Alle unsere Kenntnisse haben einen provisorischen Charakter. Denn wenn auch die Uebereinstimmung von Theorie und Erfahrung ein notwendiges Kriterium für die Richtigkeit einer Formel ist,

so ist es noch kein hinreichendes Kriterium, wie dies schon *Thomas von Canterbury* bemerkt hat.

Also darf man sich das Naturgesetz nicht als starres, ein für allemal festgelegtes Unveränderliches vorstellen. Nie besitzen wir es in endgültiger, definitiver Fassung. Immer können wir nur sagen, daß eine Theorie durch die Erfahrung bestätigt wird; niemals aber, daß keine andere Theorie die gleichen Erfahrungen nicht besser bestätigen kann. Die wenigen, wenn auch unerhört wichtigen physikalischen Erkenntnisse, welche auf unbedingte Richtigkeit Anspruch erheben können, sind nicht als Gesetze, sondern als Prinzipien anzusprechen, die wir unserer Forschung zugrunde legen.

Vielleicht sind die Tage, wo die Kenntnis eines Gesetzes in der strengen Form überhaupt ein erstrebenswertes Ideal schien, vorbei. Manches drängt dazu, daß nur Kenntnis andersgearteter Gesetze uns gegeben ist, daß also hier die Zukunft der Wissenschaft liegt.

Zunächst müssen die mechanischen und nichtmechanischen Vorgänge unterschieden werden. Die streng mechanischen Vorgänge sind umkehrbar. So besagt ein Grundpostulat der Physik, daß ein einmal angestoßenes Pendel ewig weiterschwingt, falls keine Reibung vorhanden ist. Alle Vorgänge dagegen, bei denen Reibung und damit Wärmewirkung auftritt, gehören zu den nichtmechanischen Vorgängen. Sobald eine Wärmewirkung auftritt, ist der Vorgang nicht mehr umkehrbar.

Vieles spricht nun dafür, daß alle wichtigen Vorgänge der Natur, bei denen Wärmeerscheinungen auftreten, durch dynamische Ueberlegungen überhaupt nicht erfaßt werden können. Denn die kausal bestimmten dynamischen Gesetze versagen in vielen wirklichen Fällen, z. B. in der Radioaktivität, ganz evident. Man ist gezwungen, mit der Zufallswirkung zu rechnen. Damit kommt eine ganz verschiedene Methode, die statistische, hinein, die zu statistischen Gesetzen der Physik führt. Der Statistik liegt ein selbständiges, nicht auf die Kausalität zurückzuführendes Prinzip zugrunde. Die dynamischen, kausal bedingten und die nur statistischen Gesetze sind prinzipiell zu trennen. Im Gegensatz zu den dynamischen Gesetzen, welche nur eindeutige Lösungen zulassen, bilden die statistischen Gesetze etwas mehr Fließendes. Durch die Statistik wird eben die physikalische Betrachtung mit einem neuen, ihrem Wesen ursprünglich fremden Gebiet verknüpft. Die Berechtigung ergibt sich daraus, daß die dynamischen Gesetze für die mikroskopisch kleinen, unbeobachtbaren Komponenten jedes beobachtbaren Vorganges eindeutige Resultate liefern. Da aber diese Vorgänge uns nicht im einzelnen erkennbar sind, so begnügen wir uns mit den Mittelwerten, die uns die statistischen Methoden liefern, wobei zu einem beobachtbaren statistischen Resultat eine ungeheure Zahl von nicht beobachtbaren Möglichkeiten gehört.

Der Weg der Statistik besteht darin, daß wir auf ein Erfassen des Einzelvorganges verzichten und nur noch erfahrungsgemäße Regeln für die aus einer großen Zahl gebildeten Mittelwerte suchen. Die dynamischen Gesetze enthalten den Zwang und damit die Unmöglichkeit; die statistischen sprechen nur von Wahrscheinlichkeiten, die bestimmten Ereignissen zukommen, und schließen andere Ereignisse nicht ab-

solu
geri
z. B
fließ
von
nur
daß
rung
kälte
nicht
Den
zum
an de
wärm
zieht
dings
tet w
gering
ganze
system
Alle
dem E
heraus
setzen.
der zw
Ereign
für jed
heit ist.
Für d
möglich
existier
Prozess
her un
Solche A
gen bild
Physik,
Gastheor
Thermod
Diese lä
über die
der Physi
daß die sta
im Gebi
keinerlei
sitzen, so
logische K
sikalischen
der Praxis
tistischen G
ter den phy
Punkt wes
in der Natur
lich nur in
mie, sind wi
Erfahrungs

isolieren, daß
Experiment,
aufweist, die
solch reinliche
Oekonomie ve
Wir werden
schen Gesetzen

SCHE

CHAFT
S „URANIA".
E. V., JENA

rung, daß diese
sei. Was aller-
Natur und der
cht immer ein-
Philosoph *Ber-*
innigen Ueber-
otzdem müssen
s zwischen der
kens und der
weil uns sonst

Untersuchungen
Kompliziertheit
gehen ohne ge-
in die Dinge
die wir zur
ata, in die wir
Ein solches,
Schema war in
oeconomicus,
werte, der nur
n handelt.
renger Natur-
Kausalgesetzes.
h die zu einer
henden Bedin-
Zeit sich nicht
Zeiten vollkom-
r Geist, der all
Lage sein, den
Vergangenheit

m die dynami-
llen, ist dieser
rgesetze kennen
gebieterisch die
Mathematiker
einzigen mate-
Molekülen der
äftigen würden,
amit fertig wür-
etze kennen wür-
e Verlauf völlig
die Zeit hätten,
also den wirk-
so müssen wir
nicht einmal an-
ssen Mittelwerts-
einzig allein uns

wingt uns zur Be-
n in Wirklichkeit
n wir sagen kön-
rgestellt. Alle un-
provisorischen Cha-
Uebereinstimmung
g ein notwendiges
t einer Formel ist,

so ist es noch kein hinreichendes Kriterium, wie dies schon *Thomas von Canterbury* bemerkt hat.

Also darf man sich das Naturgesetz nicht als starres, ein für allemal festgelegtes Unveränderliches vorstellen. Nie besitzen wir es in endgültiger, definitiver Fassung. Immer können wir nur sagen, daß eine Theorie durch die Erfahrung bestätigt wird; niemals aber, daß keine andere Theorie die gleichen Erfahrungen nicht besser bestätigen kann. Die wenigen, wenn auch unerhört wichtigen physikalischen Erkenntnisse, welche auf unbedingte Richtigkeit Anspruch erheben können, sind nicht als Gesetze, sondern als Prinzipien anzusprechen, die wir unserer Forschung zugrunde legen.

Vielleicht sind die Tage, wo die Kenntnis eines Gesetzes in der strengen Form überhaupt ein erstrebenswertes Ideal schien, vorbei. Manches drängt dazu, daß nur Kenntnis andersgearteter Gesetze uns gegeben ist, daß also hier die Zukunft der Wissenschaft liegt.

Zunächst müssen die mechanischen und nichtmechanischen Vorgänge unterschieden werden. Die streng mechanischen Vorgänge sind umkehrbar. So besagt ein Grundpostulat der Physik, daß ein einmal angestoßenes Pendel ewig weiterschwingt, falls keine Reibung vorhanden ist. Alle Vorgänge dagegen, bei denen Reibung und damit Wärmewirkung auftritt, gehören zu den nichtmechanischen Vorgängen. Sobald eine Wärmewirkung auftritt, ist der Vorgang nicht mehr umkehrbar.

Vieles spricht nun dafür, daß alle wichtigen Vorgänge der Natur, bei denen Wärmeerscheinungen auftreten, durch dynamische Ueberlegungen überhaupt nicht erfaßt werden können. Denn die kausal bestimmten dynamischen Gesetze versagen in vielen wirklichen Fällen, z. B. in der Radioaktivität, ganz evident. Man ist gezwungen, mit der Zufallswirkung zu rechnen. Damit kommt eine ganz verschiedene Methode, die statistische, hinein, die zu statistischen Gesetzen der Physik führt. Der Statistik liegt ein selbständiges, nicht auf die Kausalität zurückzuführendes Prinzip zugrunde. Die dynamischen, kausal bedingten und die nur statistischen Gesetze sind prinzipiell zu trennen. Im Gegensatz zu den dynamischen Gesetzen, welche nur eindeutige Lösungen zulassen, bilden die statistischen Gesetze etwas mehr Fließendes. Durch die Statistik wird eben die physikalische Betrachtung mit einem neuen, ihrem Wesen ursprünglich fremden Gebiet verknüpft. Die Berechtigung ergibt sich daraus, daß die dynamischen Gesetze für die mikroskopisch kleinen, unbeobachtbaren Komponenten jedes beobachtbaren Vorganges eindeutige Resultate liefern. Da aber diese Vorgänge uns nicht im einzelnen erkennbar sind, so begnügen wir uns mit den Mittelwerten, die uns die statistischen Methoden liefern, wobei zu einem beobachtbaren statistischen Resultat eine ungeheure Zahl von nicht beobachtbaren Möglichkeiten gehört.

Der Weg der Statistik besteht darin, daß wir auf ein Erfassen des Einzelvorganges verzichten und nur noch erfahrungsgemäße Regeln für die aus einer großen Zahl gebildeten Mittelwerte suchen. Die dynamischen Gesetze enthalten den Zwang und damit die Unmöglichkeit; die statistischen sprechen nur von Wahrscheinlichkeiten, die bestimmten Ereignissen zukommen, und schließen andere Ereignisse nicht absolut aus, sondern schreiben ihnen nur eine sehr geringe Wahrscheinlichkeit zu. Danach ist es z. B. notwendig, daß das Wasser nach unten fließt, daß aber die Wärme beim Ausgleich von höherer zu niedrigerer Temperatur geht, ist nur wahrscheinlich. Es wäre der Fall denkbar, daß ein wärmerer Gegenstand durch Berührung mit einem kalten wärmer, der kalte noch kälter wird, was offenbar das Energieprinzip nicht verletzen würde.

Demnach wäre folgender grotesker Vorgang zum mindesten denkmöglich: wir stellen uns an den Ofen, aber dieser, weit entfernt uns zu wärmen, d. h. Wärme an uns abzugeben, entzieht uns Wärme und wir werden kälter. Allerdings ist ein solcher Vorgang noch nie beobachtet worden, denn seine Wahrscheinlichkeit ist so gering, daß er sich höchstens einmal in der ganzen Zeitdauer der Existenz unseres Sternensystems realisieren wird.

Alle nicht umkehrbaren Vorgänge fallen aus dem Begriff der dynamischen Gesetzmäßigkeit heraus, sie gehorchen lediglich statistischen Gesetzen. Freilich ist die Wahrscheinlichkeit, die der zweite Hauptsatz der Wärmetheorie einem Ereignis zuschreibt, so unerhört groß, daß sie für jedes praktische Problem gleich der Gewißheit ist.

Für die dynamischen Gesetze bleiben also als möglicher Geltungsbereich einerseits die nicht existierenden, umkehrbaren, rein mechanischen Prozesse, andererseits die unbeobachtbaren, daher unerkennbaren elementaren Vorgänge. Solche Abstraktionen und Mittelwertaufstellungen bilden die Grundlage der ganzen modernen Physik, der Strahlungstheorie, der kinetischen Gastheorie, der statistischen Mechanik und der Thermodynamik.

Diese längeren Betrachtungen über die statistischen Gesetze in der Physik haben uns gezeigt, daß die statistischen Gesetze im Gebiet der Oekonomie keinerlei Besonderheiten besitzen, sondern unter dieselbe logische Kategorie wie die physikalischen Gesetze gehören. In der Praxis stehen die sozialstatistischen Gesetze allerdings hinter den physikalischen in einem Punkt wesentlich zurück; nur in der Naturwissenschaft, eigentlich nur in der Physik und Chemie, sind wir in der Lage, einen Erfahrungskomplex so rein zu isolieren, daß seine künstliche Darstellung, das Experiment, nur diejenigen Zusammenhänge aufweist, die uns gerade interessieren. Eine solch reinliche Trennung ist uns im Gebiet der Oekonomie versagt.

Wir werden uns demnächst mit den statistischen Gesetzen in der Oekonomie beschäftigen.

E. J. Gumbel: Die statistischen Gesetze in der Sozialwissenschaft

Innerhalb der auf das soziale Leben der Menschen angewandten Statistik sind nach ihrer logischen Struktur und Schärfe zweierlei Gesetzmäßigkeiten zu unterscheiden: die sogenannten statistischen Regelmäßigkeiten und die echten mathematisch-statistischen Gesetze. Wir beschäftigen uns zunächst mit der ersten Kategorie. Von den bisher betrachteten physikalischen Gesetzmäßigkeiten statistischer Art unterscheiden sich die meisten sozialstatistischen Regelmäßigkeiten dadurch, daß sie nur unter speziellen wirtschaftlichen Bedingungen gelten. Diese Erkenntnis ist neuerer Art. Eine frühere Schule, zu der z. B. der älteste wissenschaftliche Vertreter der Statistik in Deutschland, *Johann Peter Süßmilch*, gehörte, sprach die statistischen Gesetze als absolut gültig an. So ist der Titel seines Buches von 1741 „Die göttliche Ordnung" zu verstehen. Entkleidet ihres theologischen Charakters besagt diese Auffassung, daß die statistischen Gesetze überall und immer gelten sollen. Zwar gibt es auch solche statistischen Regelmäßigkeiten, aber sie sind die Ausnahme. So besagen alle Beobachtungen, die wir so ziemlich für die ganze Erde und für viele Jahrzehnte besitzen, daß ständig mehr Knaben geboren werden als Mädchen. Aber schon die im Anschluß hieran zu treffende Feststellung, daß die Sterblichkeit der Männer regelmäßig größer ist als die der Frauen, trägt deutlich den Stempel der sozialen Bedingtheit. Denn dies liegt an der größeren Beanspruchung der Männer in ihrem Beruf. So ergibt sich ein mit dem Alter wachsender Frauenüberschuß. Der älteste Mensch einer Bevölkerung ist normalerweise eine Frau. Der bekannte Statistiker *Georg von Mayr* hat dies witzig dahin ausgedrückt: „Auf der Spitze der Bevölkerungspyramide sitzt eine alte Frau."

Ganz deutlich ist die soziale Bedingtheit, wenn man die Sterblichkeit nach den Berufen untersucht. Die Geistlichen und die Universitätsprofessoren haben eine relativ geringe, die Aerzte und die Landstreicher eine hohe Sterblichkeit. Man sieht aus solchen Tatsachen, wie schwer es unter Umständen ist, aus statistischen Regelmäßigkeiten praktische Schlüsse zu ziehen. Denn während die Folgerung: Um die Sterblichkeit zu verringern, muß man das Landstreichertum bekämpfen, vollkommen klar und richtig ist, wäre dieselbe Schlußfolgerung bei den Aerzten vollkommen unsinnig.

Ein rein soziales Gesicht haben die von den Statistikern *Engel* und *Schwabe* aufgestellten Regelmäßigkeiten. Je ärmer eine Bevölkerung ist, desto größer ist danach der Prozentsatz ihres Einkommens, den sie für Essen und Wohnung ausgeben.

Auch auf dem Gebiet der Moralstatistik gibt es solche Regelmäßigkeiten und Abhängigkeiten. Langjährige Beobachtungen haben uns gelehrt, daß die Kriminalität in vorwiegend agrarischen Ländern mit dem Getreidepreis zusammenhängt, derart, daß ein Steigen des Getreidepreises, z. B. durch einen Zoll, eine Erhöhung der Kriminalität mit sich bringt. Ein so konservativer Gelehrter, wie *Georg von Mayr*, hat dies folgendermaßen gekennzeichnet: „Es hat in der Periode von 1835 bis 1861 in dem bayrischen Gebiet diesseits des Rheins so ziemlich jeder Sechser, um den das Getreide gestiegen ist, auf je 100 000 Einwohner einen Diebstahl mehr hervorgerufen, während andererseits das Fallen des Getreidepreises um einen Sechser bei der gleichen Zahl von Einwohnern je einen Diebstahl verhindert hat."

Der Einfluß des Getreidepreises auf die Kriminalität sinkt mit steigender Industrialisierung. Dann wächst die Bedeutung der Arbeitslosigkeit als kausales Moment im statistischen Sinn, ohne daß jedoch der Einfluß des Getreidepreises völlig ausgeschaltet wäre. Man sieht an diesem Beispiel, welche Bedeutung die richtige Erkenntnis statistischer Regelmäßigkeiten durch staatliche Maßnahmen, insbesondere auf dem Gebiet der Sozialpolitik hat.

Auch manche soziale Entwicklungstendenzen gehören mit zu den statistischen Regelmäßigkeiten. So nimmt unter der Herrschaft des kapitalistischen Wirtschaftssystems die Industrialisierung zu. Die Zahl der Selbständigen nimmt ab. Die Konzentration des Einkommens und des Vermögens nimmt zu, ohne daß allerdings, wie dies manchmal behauptet wird, gleichzeitig das soziale Niveau der Arbeiterklasse ständig sinken muß. Eine solche Verelendung könnte, wenn überhaupt, nur in der Weise konstatiert werden, daß zwar das Einkommen der Arbeiterschicht mit dem

Wachstum des Gesamteinkommens der Bevölkerung wächst, während ihr relativer Anteil gleichzeitig fällt. Diese relative Verelendungstheorie widerspricht also nicht der Tatsache, daß das Niveau der Arbeiterschaft sich ständig heben kann. Auch diese Entwicklungsrichtungen gelten natürlich nur als große Linie gesehen und unter bestimmten Bedingungen.

Die besten Beispiele für Entwicklungstendenzen bieten die statistischen Reihen. So müssen wir es als eine typische Entwicklung unserer Zeit betrachten, daß die Geburtenziffern, also die Zahl der in einem Land und in einem bestimmten Jahr Geborenen, geteilt durch die Größe der betreffenden Bevölkerung, im Laufe der Zeit abnimmt. Das wachsende soziale Verantwortungsgefühl läßt es dem einzelnen als wünschenswert erscheinen, daß das soziale Niveau seiner Kinder nicht unter das eigene Niveau sinke. Auch die Sterbeziffer, also die Zahl der in einem Land und in einem bestimmten Jahr Gestorbenen, dividiert durch die Größe der betreffenden Bevölkerung, hat, wohl als Folge der sozialen und hygienischen Einrichtungen, eine deutliche Tendenz zur Abnahme. Infolgedessen wird die durchschnittliche Lebensdauer größer. Die Bevölkerungsvermehrung ergibt sich als Differenz aus Geburten- und Sterbeziffer. Es kann also sehr wohl die Bevölkerungsvermehrung trotz abnehmender Geburtenziffer wachsen. Aber für die Sterbeziffer besteht eine absolute untere Grenze. Es läßt sich nämlich beweisen, daß sie derjenigen Sterblichkeit entspricht, bei welcher alle Menschen 100 Jahre alt werden, was natürlich ein unerreichbarer Idealzustand ist. Dagegen läßt sich eine solche untere Grenze für die Geburtenziffer nicht angeben. Daher wird bei einer ständig fallenden Geburtenziffer zuerst die Bevölkerungsvermehrung und schließlich die Bevölkerung selbst abnehmen müssen. Eine Bevölkerung, in der die Geburtenziffer dauernd gleich der Sterbeziffer ist, muß stationär bleiben. Eine Bevölkerung, in der die Geburtenziffer kleiner ist als die Sterbeziffer, muß abnehmen. Dies war z. B. während des gesamten Krieges der Fall, wo nach dem griechischen Wort die Väter ihre Söhne begruben.

Zu den statistischen Regelmäßigkeiten gehört auch das Auftreten bestimmter Periodizitäten. Naturgesetzlich bedingt ist die Veränderung der Sterblichkeit in den verschiedenen Jahreszeiten. Die Alten sind durch die Kälte, die Neugeborenen durch die Hitze bedroht. Entsprechend weist die Säuglingssterblichkeit im August und September ein Maximum auf. Bekannt ist auch der steigernde Einfluß des Frühlings auf die sexuellen Triebe; ein Vorgang, von dem die Dichter viel zu sagen wissen. In der Statistik zeigt sich dies in unseren Gebieten durch ein Maximum der Eheschließungen im Wonnemonat Mai. Auch die Zahl der Geborenen schließt sich diesem Rhythmus an; denn sie zeigt ein Maximum im Februar, dem als Empfängnistermin der Mai entspricht. Dieses Maximum ist bei den unehelichen Geburten stärker ausgeprägt als bei den ehelichen.

In der Wirtschaftsstatistik beruhen diese Saisonschwankungen in der Abhängigkeit der Produktion verschiedener Gewerbe von den Jahreszeiten. Hierzu kommen Schwankungen anderer Art. Man unterscheidet gewöhnlich eine bestimmte Gesamtentwicklungsrichtung; die Saisonschwankungen und periodischen Schwankungen der Konjunktur. Für die Vorkriegszeit glaubte man eine ziemliche Konstanz dieser Periodizität und ihre regelmäßige Wiederkehr in etwa 7—10 Jahren konstatieren zu können. Diese Vorgänge fallen in das Arbeitsgebiet einer neuen statistischen Disziplin, der Konjunkturkunde.

In der Praxis erschöpfen sich die statistischen Untersuchungen keineswegs mit der Feststellung dieser drei Regelmäßigkeiten. Schon aus dem einfachen Grund, weil nur die wenigsten statistischen Reihen diese spezifischen Formen rein aufweisen. Normalerweise treten Kombinationen auf, die durch einmalige besondere Ereignisse überschattet sind. So tritt die Konstanz zusammen mit Periodizitäten oder einer Entwicklungsrichtung, die Entwicklungsrichtung zusammen mit der Periodizität, oder alle drei Faktoren zusammen auf. Es ist dann eine Aufgabe der mathematischen Statistik, aus einer beobachteten statistischen Reihe diese Gesetzmäßigkeit möglichst rein herauszuschälen.

Die bisher betrachteten Regelmäßigkeiten, die noch nicht den Charakter echter statistischer Gesetze tragen, sind vielfach zum Ausgangspunkt mathematischer Untersuchungen geworden. Diese Interpolationsformeln gehören zwar zum Anwendungsgebiet der Mathematik auf statistische Probleme, können jedoch nicht als statistische Gesetze angesprochen werden. Es handelt sich bei ihrer Aufstellung um ein rein formales Prinzip: Eine Zahlenreihe wird durch eine geschickt gewählte mathematische Formel wiedergegeben. Aber nicht jede mathematische Formel, welche einen Er-

scheinungskomplex wiedergibt, kann Anspruch darauf erheben, ein Gesetz zu sein. Da die wirklichen Ursachen des Vorgangs durch eine Interpolationsformel in keiner Weise erfaßt sind, so wird sie im allgemeinen auch nur innerhalb der Beobachtungsreihe, für die sie aufgestellt ist, passen. Sie bietet daher keinerlei Sicherheit für Voraussagungen, auch wenn sie noch so gut für die beobachteten Daten paßt. Denn das Passen innerhalb der Beobachtungsreihe, für die die Formel aufgestellt ist, ist nur die Folge einer geschickten Wahl der betreffenden Formel. Niemals aber gelangt man auf diesem Weg zu einer neuen Erkenntnis, derartig, daß man etwa den der Beobachtungsreihe zugrundeliegenden Zusammenhang erkannt hätte. Diese fehlende theoretische Grundlage versucht man in vielen Fällen der Formel durch nachträgliche theoretische Ueberlegungen zu geben. Doch sind diese Versuche meistens gescheitert, schon, weil keinerlei Gewähr vorhanden ist, daß die wirklichen Abhängigkeiten und Zusammenhänge in diesen Ansätzen überhaupt auftreten.

Diese Behauptung soll mit einigen Worten erklärt werden. In der Konjunkturtheorie wird die Veränderung einer Reihe ökonomischer Größen, sagen wir des Außenhandels pro Kopf der Bevölkerung, oder des Kurses der Staatspapiere, oder der jährlichen Eisenproduktion in Abhängigkeit von der Zeit betrachtet, während wir ganz genau wissen, daß die Zeit an sich keine ursächliche Bedeutung hat. Daher sind diese als Trend bezeichneten Ansätze nur Interpolationsformeln, und die Tatsache, daß die Formel die Beobachtung wiedergibt, erlaubt keinerlei Sicherheit für Voraussagen.

Die meisten Interpolationsformeln haben noch den Nachteil, daß sie kompliziert sind. Zum Gesetz gehört also nicht nur die Wiedergabe eines Erscheinungskomplexes, sondern auch ein Eingehen in den Vorgang selbst. Dies läßt sich nur dadurch kennzeichnen, daß man über das Beobachtete hinaus weitere Schlüsse ziehen kann, daß das Gesetz also Prophezeiungen zuläßt. Damit soll nicht geleugnet werden, daß wir nur auf empirischem Wege zu Gesetzen kommen, nicht etwa aprioristisch durch reines Denken, wie es die Rationalisten wollten. Das Gesetz ist und will nicht mehr sein als eine idealisierte Erfahrung. Aber die rein formale Methode des Anpassens bietet nichts. Ein Versuch der Erkenntnis der Ursachen ist nötig, mindestens aber der Erkenntnis der wirklichen Abhängigkeit; im andern Falle bleibt man eben bei den heuristischen Interpolationsformeln stecken. Als solche mögen sie brauchbar sein und sogar ausgedehnte Anwendung finden. Aber sie sind doch vom Begriff des Gesetzes etwas grundsätzlich Verschiedenes.

Ein typisches Beispiel für diesen total verkehrten Versuch, eine Interpolationsformel als Gesetz zu frisieren, bieten die Versuche der Aufstellung eines Bevölkerungsgesetzes, d. h. einer Formel, die den Verlauf der Größe der Bevölkerung eines Landes in Abhängigkeit von der Zeit wiedergeben soll. Tatsächlich ist es klar, daß es eine solche Formel nicht geben kann, schon, weil die Bevölkerung eines Landes nicht naturgesetzlich definiert ist. Denn der Umfang eines Landes hängt z. B. von Friedensschlüssen ab, deren Verlauf kein Mensch voraussagen kann. Dieser mißglückte Versuch zeigt besser als lange theoretische Ueberlegungen, was das Wesen einer Interpolationsformel ausmacht, wo die Grenzen ihrer Wirksamkeit und die Grenzen gegenüber dem Gesetz liegen.

Die reinen Zufallsgesetze (statistische Gesetze im engeren Sinn) sagen aus, daß ein Massenkomplex sich entsprechend den ihm zugrundeliegenden Regeln der Wahrscheinlichkeitstheorie verhält.

Es muß mit zwei Worten, zum mindesten an Beispielen erklärt werden, was die Wahrscheinlichkeitstheorie will. Wenn wir eine Münze werfen, deren Schwerpunkt im Mittelpunkt liegt, so ist es klar, daß die Wahrscheinlichkeit, Schrift oder Wappen zu werfen, gleich groß ist. Beiden wird die Wahrscheinlichkeit zur Hälfte zugeschrieben. Bei einer großen Zahl von Versuchen werden wir also gleich viele Fälle von Schrift und Wappen erwarten dürfen. Das Gesetz der großen Zahlen sagt uns, daß sich dies um so mehr verwirkliche, je größer die Zahl der Versuche. Genau so werden wir bei einem richtigen Würfel erwarten, daß bei einer großen Zahl von Versuchen sämtliche sechs Seiten gleich häufig vorkommen. Dabei ist vorausgesetzt, daß der Würfel richtig konstruiert sei, ferner, daß jeder Wurf ordnungsgemäß ausgeführt sei, daß insbesondere der Würfel bereits im Becher so lange geschüttelt wird, daß es für das Resultat gleichgültig ist, wie der Würfel hineingelegt wurde. Dann ist jeder einzelne Versuch von den andern unabhängig. Dies klingt durchaus logisch und verständlich. Trotzdem glaubt die Mehrheit der Menschen, insbesondere die Spieler, an das Gegenteil. Sie glauben nämlich, daß nach einer mehrmaligen Wiederholung einer ungeraden Zahl eine gerade Zahl wahrscheinlicher sei.

Manche glauben umgekehrt an Knäuelungen, wonach auf einige ungerade Zahlen noch weitere folgen müssen. In Wirklichkeit sind die einzelnen Würfe, falls sie richtig vorgenommen wurden — und diese Voraussetzung ist sehr wichtig —, völlig unabhängig. In diesem Fall hat der Würfel weder Erinnerung noch Verantwortungsbewußtsein. So evident dies ist, so haben sich doch immer wieder Erfinder von Spielsystemen gefunden, die sich vor allem beim Roulette betätigen. Bei einem richtig konstruierten und richtig betriebenen Roulette kann es aber nur eine Methode geben, mit einem Spielsystem Geld zu gewinnen: es einem Dummen zu verkaufen, der daran glaubt. Dies gilt beim Roulette noch mehr als beim Würfel, weil hier das Spiel unter Bedingungen vor sich geht, die dem Bankhalter auf die Dauer immer den Vorteil sichern.

Das wichtigste Schema der Wahrscheinlichkeitstheorie ist die Urne, welche mit Kugeln von verschiedener Farbe gefüllt ist. Die Kugeln werden mit der Hand gezogen, sind jedoch für das Tastgefühl nicht zu unterscheiden; die Urne ist verdeckt. Falls die Kugeln nach der Ziehung zurückgelegt werden, ändern sich die Wahrscheinlichkeiten im Laufe des Versuches nicht. Falls die Kugel nicht zurückgelegt wird, ändern sich die Wahrscheinlichkeiten. Es wird nun untersucht, welche Farbe am häufigsten gezogen wird und wie die einzelnen Häufigkeiten sich um diesen Wert scharen.

Eine besondere Rolle spielt in der Wahrscheinlichkeitstheorie der folgende Spezialfall: Die Urne enthält zwei Sorten Kugeln, schwarze und weiße, welche angenähert gleich häufig sind. Nach dem Ziehen werden die Kugeln zurückgelegt. Es werden sehr viele Ziehungen vorgenommen. Dann ist an sich bei den gezogenen Kugeln jedes zahlenmäßige Verhältnis von schwarz und weiß möglich. Aber, daß nur schwarze oder nur weiße Kugeln gezogen werden, ist recht unwahrscheinlich. Am wahrscheinlichsten ist es, daß das Verhältnis der gezogenen schwarzen zu den gezogenen weißen Kugeln gleich dem Mischungsverhältnis in der Urne ist. Das mathematische Gesetz, das diese Regelmäßigkeit ausdrückt, heißt das *Gauß*sche Fehlergesetz. Der bekannte Nationalökonom *Lexis* hat gezeigt, daß die zeitlichen Schwankungen des Geschlechtsverhältnisses der Geborenen diesem Gesetz folgen.

Dieses Fehlergesetz läßt sich noch auf eine andere Weise ableiten. Wenn man eine Größe mißt, so wird man, so genau man auch die Messung vornimmt, jedesmal kleine Fehler begehen. Man nimmt nun an, daß

1. Fehler gleicher Größe, aber verschiedenen Vorzeichens gleich häufig seien,
2. ein kleiner Fehler wahrscheinlicher ist als ein großer,
3. das arithmetische Mittel der wahrscheinlichste Wert ist.

Diese Annahmen führen zu der *Gauß*schen Formel, welche die Häufigkeit eines Fehlers in Abhängigkeit von seiner Größe angibt.

Auf dieses *Gauß*sche Schema ist auch das häufig in der Statistik auftretende Problem zurückführbar, bei einer Massenerscheinung die Uebereinstimmung von Theorie und Erfahrung nachzuweisen.

Die außerordentlich große Anwendungsmöglichkeit des *Gauß*schen Gesetzes auf anderen Gebieten, als den der Messung einer konstanten Größe beruht auf der Annahme, daß die Natur, indem sie verschiedene Erscheinungsformen hervorbringt, doch nur Variationen desselben Typus erzeugt, daß also die verschiedenen Individuen sich wie Fehler um einen Typus scharen. In dem *Gauß*schen Schema liegt also eine gewisse Abstraktion. Denn, anstelle jedes einzelne Individuum kausal zu untersuchen, beschränken wir uns darauf, nach der Zahl der Individuen in einer Gemeinschaft zu fragen, die gewissen Bedingungen genügen, innerhalb gewisser Schranken bleiben, z. B. eine Bevölkerung in bezug auf ihre Körpergröße. Wir dürfen aber nicht vergessen, daß wir immer andere Abstraktionsschematas erwarten müßten. Es ist eigentlich zu verwundern, daß in so verschiedenen Gebieten, wie Physik, Astronomie, Biologie, Anthropologie, Geodäsie, Meteorologie und Sozialwissenschaft das *Gauß*sche Schema ein so mächtiges Instrument der Darstellung ist. Obwohl dieses Gesetz sich in einer überwältigenden Zahl von Beobachtungen bestätigt hat, sind wir doch heute von dem Glauben an seine Allgültigkeit weit entfernt. Die statistische Praxis hat uns zu viele Fälle gebracht, in denen dieses Gesetz versagt. Daß jene Auffassung entstehen konnte, liegt an einer Uebertreibung eines an sich gesunden Prinzips.

Auch das sogenannte Gesetz der kleinen Zahlen gehört zu den statistischen Gesetzen. Es hängt, genau wie das *Gauß*sche Gesetz, mit dem Urnenschema zusammen. Beim Gesetz der kleinen Zahlen wird wieder angenommen, daß die Urne nur zwei Sorten Kugeln enthält. Es werden wieder sehr viele Ziehungen mit Rücklage vorgenommen. Aber die eine Sorte von Kugeln ist in der Urne sehr viel häufiger vertreten als die andere, so daß deren Zahl beinahe gleich Null ist. Man erhält so eine Formel für die

Häufigkeit seltener Ereignisse, und man hat z. B. gefunden, daß die Zahl der in der preußischen Armee während mehrerer Jahre (also viele Versuche) vom Hufschlag eines Pferdes Getöteten (seltenes Ereignis) sich ausgezeichnet durch diese Theorie wiedergeben läßt.

Fassen wir das Gesagte kurz zusammen: Mathematisch formulierbare dynamische Gesetze existieren in der ökonomischen Wirklichkeit nicht, wohl aber statistische Gesetze. Dies ist keine Besonderheit der Oekonomie, da die statistischen Gesetze auch in der Physik eine ständig wachsende Rolle spielen.

Sowohl die Konstanz wie die Veränderlichkeit statistischer Ziffern kann auf einem statistischen Gesetz beruhen. Aber sie muß es nicht. Die Ziffern können einen durch geographische, zeitliche, soziale Verhältnisse bedingten, relativen Charakter tragen. Die Abweichungen können systematisch, die Entwicklung gesetzlos sein. Der materielle Inhalt der Statistik erschöpft sich nicht in den statistischen Gesetzen. Statistisches Problem ist auch die Erkenntnis des für uns gesetzlosen Vorgangs, die Aufdekkung eines mehr oder minder kausalen Zusammenhangs. Nur Regelmäßigkeiten können wir hier aufdecken, ihre Erkenntnis mit Hilfe mathematischer Methoden verfeinern, nie aber sie zum Rang von Gesetzen erheben.

Denn vom Gesetz ist zu trennen die Interpolationsformel, welche nur eine Uebereinstimmung eines formal aufgestellten Ansatzes mit einem Erscheinungskomplex aufweist. Die statistischen Gesetze geben Mittelwertsbestimmungen für Massenerscheinungen. Sie beschränken sich auf die Anwendung der Methoden der Wahrscheinlichkeitstheorie, also den Nachweis der Wirkung des Zufalls.

ALLERLEI WISSENSWERTES

Steinbeile aus der Jungsteinzeit.

Den Werdegang der Kultur teilt man in zwei große Abschnitte ein, in eine vorgeschichtliche und eine geschichtliche Zeit. Die geschichtliche Zeit ist die Zeit der schriftlichen Ueberlieferungen; aus der vorgeschichtlichen Zeit liegen keine geschriebenen Dokumente vor. Der Anfang der vorgeschichtlichen Zeit ist noch nicht ermittelt, das Ende derselben kennen wir ziemlich genau; um das Jahr 1 unserer Zeitrechnung waren fast alle Völker in das Licht der geschichtlichen Zeit getreten. Die geschichtliche Zeit ist verschwindend kurz gegenüber der vorgeschichtlichen Zeit. Diese letztere kann nur nach Hunderttausenden von Jahren bemessen werden.

Die vorgeschichtliche Zeit zerfällt in ein Steinzeitalter und ein vorgeschichtliches Metallzeitalter. Das Steinzeitalter setzt sich aus einer Altsteinzeit, Mittelsteinzeit und Jungsteinzeit zusammen. Steinzeit drückt grob aus, daß die Menschen aus Steinen ihre zum Daseinskampfe notwendigen Waffen und Werkzeuge anfertigten. Seit dem jüngeren Abschnitt der Altsteinzeit wurden aber auch aus Knochen, Geweihen und Elfenbein Geräte angefertigt; Holz dürfte seit Bestehen der Menschheit ein stark gebrauchter Werkstoff gewesen sein.

Während man die Altsteinzeit als die Zeit der zugehauenen Steine bezeichnet, spricht man von der Jungsteinzeit von der Zeit der geschliffenen Steine. In dieser Zeit wurden Beile und Aexte aus Stein nicht nur zugehauen, sondern auch schön geschliffen und poliert. Das Schleifen geschah auf einer Steinplatte mit Wasser und Sand. In der ersten Zeit wurden die Beile nicht durchscheuert, damit sie geschäftet werden konnten. Die „Durchbohrung" geschah mit einem Röhrenknochen oder mit einem Holzstab und mit Wasser und scharfem Sand. Den „Bohrer" setzten die Jungsteinzeitmenschen in rotierende Bewegungen, so daß der Sand den Stein angriff. Die hier abgebildeten Steingeräte stammen vom Nordrande des Ruhrgebiets. Beil Nr. 1 und 2 aus Feuerstein, Nr. 3 aus Erstarrungsgestein, Nr. 4 aus Kieselschiefer, Nr. 5 und 6 aus schwarzem Granit. *Brandt*

Steinbeile aus der Jungsteinzeit. Von 6—2000 v. u. Zeitr.

Copyright: Malik-Verlag Berlin.

Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Schlagt sie tot! Das Kriegsgericht fragt euch nach den Gründern nicht. (Frei nach Kleist, „Hermannsschlacht".)

Bei einer Haussuchung am 15. Januar 1919 wurden Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, zufällig in Wilmersdorf, ohne Haftbefehl durch die Einwohnerwehr verhaftet und nach dem Edenhotel, dem Quartier der Gardekavallerie-Schützendivision, gebracht. Nach der amtlichen Darstellung vom 16. Januar wurde Liebknecht auf der Flucht erschossen, Rosa Luxemburg durch eine große Menge vor dem Hotel gelyncht. „Die Transportführer traf kein Verschulden." Nach den Aussagen in den Prozessen spielte sich die Ermordung jedoch folgendermaßen ab:

Karl Liebknecht wurde auf Befehl des Hauptmanns Pabst aus dem Hotel in ein Auto geführt, angeblich um nach Moabit gebracht zu werden. Der Platz vor dem Edenhotel war völlig leer. (Zweiter Verhandlungstag.) Der Jäger Runge schlug ihn zweimal von hinten mit dem Kolben auf den Kopf. Liebknecht sank halb bewußtlos zusammen. Die Offiziere saßen und standen um Liebknecht herum, ohne die Schläge zu verhindern. Das vom Hauptmann Pabst zusammengestellte Kommando bestand aus dem Leutnant Liepmann, den Offizieren des Marinedetachements Horst von Pflugk-Hartung, Stiege, von Ritgen, Schulze, Heinz von Pflugk-Hartung und dem Jäger Clemens Friedrich, alle schwer bewaffnet. Anstatt nach Moabit fuhr das Auto am Neuen See entlang in der Richtung nach der Charlottenburger Chaussee. An einer Stelle, wo ein völlig unbeleuchteter Fußweg abging, erlitt das Auto angeblich eine Panne. Liebknecht, der durch die Schläge auf den Kopf ganz benommen war, wurde gefragt, ob er noch gehen könne. Nach wenigen Schritten wurde Liebknecht, angeblich weil er einen Fluchtversuch machte, erschossen. Den ersten Schuß gab Kapitän von Pflugk-Hartung ab. Nach der Tat war das Auto prompt wieder gebrauchsfähig. Dann wurde die Leiche von Liepmann auf der Rettungswache am Edenhotel als „unbekannt" eingeliefert, während Pflugk-Hartung sich zu Hauptmann Pabst begab, um ihm Meldung zu machen.

Kurze Zeit nach Rückkehr des Kommandos wurde Rosa Luxemburg durch den Haupteingang fortgeführt. Runge stand wieder an der Tür. Hauptmann Petri hatte Befehl gegeben, man solle dafür sorgen, daß die Luxemburg nicht lebendig ins Gefängnis komme (Denkschrift des Vollzugsrates). Als Frau Luxemburg herauskam, schlug Runge ihr zweimal auf den Kopf, so daß sie umsank. Der den Transport führende Oberleutnant Vogel hatte nichts dagegen getan. Man schob Frau Luxemburg in den Wagen. Als der Wagen abfuhr, sprang ein Mann (vermutlich der angebliche Leutnant Krull) hinten auf und schlug sie mit einem harten Gegenstand auf den Kopf. Unterwegs schoß Oberleutnant Vogel der Frau Luxemburg noch eine Kugel durch den Kopf. Man fuhr zum Landwehrkanal. Dort stand eine Gruppe Soldaten unter dem Hauptmann Weller. Das Auto hielt, die Soldaten warfen die Leiche auf Befehl Vogels in den Kanal.

Knapp eine Viertelstunde nach dem Vorgang erzählte man sich im Edenhotel bereits: „Die ist erledigt; die schwimmt schon." Ein dritter, gleichzeitig mit Liebknecht und Frau Luxemburg Verhafteter, der spätere Abgeordnete Pieck, entging nur durch einen günstigen Zufall der Ermordung durch Runge. Am 16. Januar wurde Vogel auf Befehl des Generals von Lüttwitz mit der Begründung verhaftet, es bestehe hinreichender Verdacht, daß er das Erforderliche zum Schutz der Festgenommenen verabsäumt habe. Am nächsten Tag wurde Pflug-Hartung durch den die Untersuchung führenden Kriegsgerichtsrat der Garde-Kavallerie-Schützendivision Kurtzig verhaftet. Es wurde bekannt, daß der Volksbeauftragte Hugo Haase zu Kurtzig volles Vertrauen hatte. Am gleichen Tage verdrängte der zur Beschleunigung der Ermittlungen zugezogene Kriegsgerichtsrat Jorns ihn aus seiner Stellung. Bereits am 17. Januar entließ Jorns — und dies war seine erste richterliche Maßnahme — Pflugk-Hartung und Vogel, ohne sie vernommen zu haben.

Die Arbeiterräte Rusch, Struve und Wegmann, die zur Untersuchung beigezogen waren, beantragten eine Reihe von Verhaftungen. Als diese Anträge von Jorns abgelehnt wurden, traten sie zurück (Denkschrift der Mitglieder des Zentral- und Vollzugsrates). Sie fühlten sich durch Jorns in ihrer Kontrolltätigkeit behindert. Insbesondere beschwerte sich Wegmann darüber, daß Jorns ihn von der Vernehmung des Hauptmanns Pabst, welcher der Anstiftung verdächtigt war, ferngehalten hatte (5. Verhandlungstag).

Als Jorns darauf hingewiesen wurde, der Posten vor dem Portal des Edenhotels habe Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht mit dem Gewehrkolben niedergeschlagen, ersuchte er den Stab der Division, also Hauptmann Pabst, Sorge dafür zu tragen, daß diese Leute nicht etwa vor ihrer gerichtlichen Vernehmung aus dem Dienst entlassen würden. Wie Jorns wußte, ging dieser Brief durch den Hauptmann von Pflugk-Hartung, der zum Mordkommando gehört hatte. Der Erfolg war, daß Leutnant Liepmann den Auftrag bekam, den Jäger Runge verschwinden zu lassen. Runge wurde gesagt: „Sie müssen verschwinden, sonst fliegen wir alle herein."

Runge erhielt durch den Leutnant Liepmann falsche Papiere, wurde versetzt, dann flüchtig. Mitte April wurde er verhaftet. Jorns führte zunächst mit Runge eine private Unterhaltung, in der Runge ihm berichtete, seine Frau habe während seiner Flucht Geld erhalten, worauf Jorns erwiderte: „Also da sehen Sie, Sie brauchen keine Angst zu haben." Auf die private Unterhaltung folgte eine Stunde später die offizielle Vernehmung, in deren Protokoll Jorns als Angabe des Runge schrieb: „Geld hat mir niemand gegeben, auch meine Familie hat keins erhalten."

Oberleutnant Vogel wurde am 20. Februar verhaftet. Er durfte tagsüber in seiner Zelle mit Fremden zusammenkommen und ohne Kontrolle Besuche empfangen. Dies wußte Jorns, ohne etwas dagegen zu unternehmen. Am 25. März begegnete Jorns sogar dem angeblich in Untersuchungshaft befindlichen Leutnant Liepmann auf dem Weg in die Kolibribar. Jorns erhob keinen Einspruch dagegen, daß Kapitänleutnant Canaris vom Marinedetachement der Garde-Kavallerie-Schützendivision als richterlicher Beisitzer in der Hauptverhandlung fungierte, obwohl er wußte, daß Canaris die Angeklagten wiederholt privat im Untersuchungsgefängnis besuchte.

Die Verhandlung vor dem Kriegsgericht dauerte vom 8. bis 14. Mai 1919. Der Oberleutnant Grützner sagte aus, daß Pabst angeordnete hatte, man möge die Wachmannschaften des Edenhotels zu einer günstigen Aussage bestimmen und ungeeignete Elemente von den Mannschaften entfernen (3. Verhandlungstag). Pflugk-Hartung gab zu, daß er dem Soldaten Peschel, dem Lenker des Autos, in dem Liebknecht abtransportiert wurde, 500 Mark „geborgt" habe. Die Soldaten Grantke und Weber beschworen, daß Oberleutnant Vogel den Schuß auf Rosa Luxemburg abgegeben habe (3. Verhandlungstag) und die Leiche ins Wasser werfen ließ (4. Verhandlungstag). Zwei Angeklagte und Vogel selbst bestritten das erstere. Das Urteil lautete:

„1. der Jäger Runge wird wegen Wachvergehens im Feld, versuchten Totschlags in Tateinheit mit gefährlicher Körperverletzung unter Mißbrauch seiner Waffe in zwei Fällen, in einem Fall mit erschwertem Wachverbrechen und Gebrauch von falschen Urkunden, zu zwei Jahren Gefängnis, zwei Wochen Haft und vier Jahren Ehrverlust und Entlassung aus dem Heer bestraft.

2. Leutnant Liepmann wird wegen Anmaßung einer Befehlsbefugnis in Verbindung mit Begünstigung zu sechs Wochen verschärften Stubenarrests verurteilt.

3. Oberleutnant Vogel wird wegen erschwerten Wachvergehens im Feld in Tateinheit mit Begünstigung in Ausübung des Dienstes, wegen Mißbrauch der Dienstgewalt und Beiseiteschaffung einer Leiche und wissentlich falscher Dienstmeldung zu zwei Jahren vier Monaten Gefängnis und Dienstentlassung verurteilt."

In der Urteilsbegründung nahm das Gericht (Vorsitzender Kriegsgerichtsrat Ehrhardt, Beisitzer Kapitänleutnant Canaris, Anklagevertreter Kriegsgerichtsrat Jorns) bei Runge an, daß er aus eigenem Antrieb gehandelt habe.

Bereits fünf Tage vor Beginn des Prozesses hatten Dr. Fritz Grabowsky, der Pressechef der Garde-Kavallerie-Schützendivision, und Hauptmann Pabst dem Oberleutnant Vogel einen Paß nach Holland auf den Namen Kurt Velsen verschafft, zu dem sich Vogel an einem verhandlungsfreien Nachmittag das Visum besorgte. Am 14. Mai, dem letzten Verhandlungstag, teilt der Abgeordnete Oskar Cohn dies dem Kriegsminister Reinhardt und dem Ministerialdirektor Rauscher mit.

Am 14. Mai wies Reichswehrminister Noske in einem Befehl darauf hin, daß die Gefahr einer Flucht der Angeklagten bestehe und verlangte Nachprüfung, ob die Angeklagten im Besitz falscher Pässe seien. Trotzdem unterließ Jorns jede vorbeugende Maßnahme. So konnte Vogel am 17. Mai mit Hilfe des Hauptmanns Jansen auf Grund einer gefälschten Unterschrift des Kriegsgerichtsrats Jorns aus der Untersuchungshaft entführt werden und entkam nach Holland. Er lebt dort unter dem Namen Kurt Velsen.

79

2) Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Auf Angriffe des Abgeordneten Moses gegen Canaris antwortete der Reichswehrminister Geßler am 26. Januar 1926: „Der gegen Korvettenkapitän Canaris erhobene persönliche Vorwurf, daß er an der Entweichung des Oberleutnants Vogel beteiligt gewesen sei, ist völlig unbegründet, wie durch ein von meinem Herrn Amtsvorgänger veranlaßtes gerichtliches Verfahren festgestellt ist. Die Untersuchung hat seinerzeit die völlige Schuldlosigkeit des Korvettenkapitäns Canaris ergeben. Canaris war zur Zeit der Tat gar nicht in Berlin, sondern war damals in Familienangelegenheiten nach Süddeutschland beurlaubt."

Runge legte am 6. Januar 1920 ein Geständnis ab, durch das die Urteilsbegründung völlig hinfällig wurde: „Was die Sache Liebknecht anbetrifft, hatte ich strikten Befehl von Offizieren, diesen Lumpen niederzuschlagen mit dem Kolben an der Stelle, wo er herauskommt. Ich war neu und konnte die Offiziere nicht erkennen, sah aber nachträglich, daß es meist meine Mitangeklagten waren. Was die Luxemburg anbetrifft, kamen Offiziere zu mir und sagten: „Ich gebe Ihnen den Befehl, daß die Luxemburg das Edenhotel nicht mehr lebend verläßt. Merken Sie sich das." Kapitänleutnant von Pflugk-Hartung schrieb sich meinen Namen auf und sagte zu mir: „Sie wird Ihnen ja durch den Oberleutnant Vogel in die Arme geführt, so daß Sie nur zuschlagen dürfen . . ." (was ich auch tat). Als die andern zurückkamen, brüsteten sie sich: „Liebknecht haben wir eine gebrannt. Es wurde eine Panne markiert und so die Flucht künstlich herbeigeführt." Das hat mir auch Oberleutnant von Ritgen in der Untersuchungshaft später noch einmal gesagt.

Die Untersuchung ist eine Komödie gewesen. Ich sprach mit Kriegsgerichtsrat Jorns wiederholt privat, und er sagte mir: „Nehmen Sie ruhig alles auf sich, vier Monate werden es nur, und Sie können sich dann immer wieder an uns wenden, wenn Sie in Not sind." Die Zellentüren standen stets offen. Sämtliche Angeklagten machten den Richter, ich mußte den Angeklagten spielen, und es wurde immer gesagt, wenn ich meine Aussagen nicht richtig einlernte, läge einmal eine Handgranate im Bett, wenn ich schlafen ginge. Mit dem Stab des Edenhotels stand ich öfters in telephonischer Verbindung. Ich mußte ihm vor meiner Flucht genau angeben, mit welchem Zug ich nach Flensburg fahre. Husar Otto Runge."

Hieraus geht hervor, daß es sich in beiden Fällen um einen von den Offizieren wohlüberlegten Mord handelte. Jorns hat nach diesen Angaben Rechtsbeugung, Mißbrauch der Amtsgewalt und Begünstigung eines Mordes begangen. Ein gegen ihn auf Anzeige des Staatsrats Rechtsanwalt Dr. Weinberg eingeleitetes Verfahren wurde eingestellt.

In einer späteren Aussage („Vorwärts", 29. und 30. Mai 1922) hat Runge noch genauere Mitteilungen über die beiden Ermordungen gemacht und angegeben, daß er zu einer Reihe von falschen Aussagen vor Gericht veranlaßt wurde. Nach ihm hat auch Krull der Frau Luxemburg, als sie im Auto saß, eine Kugel durch den Kopf geschossen.

Gegen Krull wurde ein Verfahren wegen Mordes eingeleitet. Während er in Untersuchungshaft saß, erschien der Oberleutnant Siegfried Bracht in der Redaktion der „Roten Fahne" und bot die Uhr und Papiere der Rosa Luxemburg „gegen eine angemessene Entschädigung" an. Am 30. Mai 1922 hatte sich Krull wegen Diebstahls und Bracht wegen Hehlerei vor der 3. Kammer des Landgerichts 2 (Vorsitzender Landgerichtsdirektor Dust, Staatsanwalt Dr. Ortmann) zu verantworten. Krull behauptete, die Uhr sei herrenloses Gut gewesen und im Edenhotel von Hand zu Hand gegangen. „Nichts liegt gegen uns vor, was man uns zum Vorwurf machen könnte. Jeder Deutsche atmete auf, als die beiden Lumpen ins Jenseits befördert wurden. Der Dank des Vaterlandes gebührt uns dafür. Gegen Leute wie Rosa Luxemburg und Liebknecht muß Richter Lynch auftreten." Krull wurde wegen Diebstahls in zwei Fällen zu drei Monaten Gefängnis verurteilt, Bracht wegen versuchten Betruges zu 500 Mark (8 Goldmark) Geldstrafe. Krull gestand zunächst seine Beteiligung an der Ermordung, widerrief sie dann, worauf das Verfahren mangels Beweisen eingestellt wurde. Das Verfahren wurde später wieder aufgenommen, dann abermals, am 12. Oktober 1927, eingestellt.

Krull war auch für die politische Polizei und für den Staatskommissar für die öffentliche Ordnung tätig gewesen und hatte mit Hilfe von Formularen der Abteilung 1a des Berliner Polizeipräsidiums verschiedene Betrügereien und Fälschungen begangen. Deswegen wurde er am 1. Juli 1925 vom Schöffengericht Schöneberg zu zehn Monaten Gefängnis verurteilt.

Die Feme der O. C.

Attentat auf Wagner.

Die Oberleutnants zur See Boldt und Dithmar waren als einzige Kriegsbeschuldigte wegen Versenkung eines Hospitalschiffes vom Reichsgericht zu mehrjähriger Gefängnisstrafe verurteilt worden. Am Tage nach der Verurteilung versuchte der frühere Kapitänleutnant Karl Tillessen mit einer Reihe von Gesinnungsgenossen die beiden aus der Gefangenenanstalt Leipzig 2 zu entführen Von der damals noch bestehenden Hundertschaft zur besonderen Verwendung (Hauptmann Stennes) der Berliner Schutzpolizei verschafften sie sich ein Automobil, ferner Offiziers- und Wachtmeisteruniformen der Schutzpolizei, Revolver, Karabiner und Ausweise.

Soweit ausgerüstet, fuhren sie vor dem Gefängnis vor und verlangten die Auslieferung der beiden Offiziere, die sie auftragsgemäß nach Berlin zu überführen hätten. Als die Gefängnisverwaltung Verdacht schöpfte und zahlreiche Beamte der Landespolizei auf das Portal zueilten, floh Tillessen im Auto. Er wurde ermittelt und wegen versuchter Gefangenenbefreiung von dem Leipziger Schöffengericht zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Am 28. Januar 1922 wurde Dithmar von einigen Offizieren, die der Organisation Consul angehörten, unter ihnen Oberleutnant zur See a. D. Kern und Ingenieur Fischer, aus dem Gerichtsgefängnis Naumburg an der Saale befreit. Den bei der Befreiung verwandten Kraftwagen hat der frühere Oberleutnant zur See Erwin Wagner gesteuert.

Die Täter hielten sich eine Zeitlang verborgen. Mitte Februar 1922 tauchte Wagner in rFankfurt am Main auf, wo er Verwandte hatte, und wo eine starke Gruppe der O. C. und des mit ihr kartellierten Verbandes nationalgesinnter Soldaten bestand. Wagner lebte unter dem Namen „Ingenieur Weidel". Die O. C. überließ ihm zu seinem weiteren Fortkommen Geldmittel. Aber Wagner verbrauchte sie sofort mit Frauen. Die Freunde konnten seinen ewigen Geldforderungen schließlich nicht mehr erfüllen. Darauf drohte er ihnen, er werde sich der Polizei stellen und die Befreier Dithmars verraten. Tillessen und Plaaß, die Führer der Frankfurter O. C., und Kern waren darüber äußerst ergrimmt. Tillessen setzte den Wagner auf eine von ihm im Auftrag der O. C. bearbeitete Liste von spionageverdächtigen Personen. Angeblich beruhte seine Ueberzeugung, Wagner sei ein Verräter, auf urkundlich belegten Angaben Kerns. Schließlich wandte sich Wagner unter Hinweis auf seine Rolle bei der Befreiung Dithmars sogar an Außenstehende. Er betonte, daß er von der Polizei verfolgt werde und bat um Unterstützung.

Kern, der sonst in Kiel wohnte, erfuhr von Wagners Betragen, kam nach Frankfurt und stellte Wagner zur Rede. Dem äußeren Eindruck nach harmonierten die beiden miteinander. Man sah sie wiederholt in Lokalen, wo sie auf Kerns Rechnung große Zechen machten.

Auf Weisung Kerns fuhr ein anderer O. C.-Mann, der Bankbeamte Ernst von Salomon, am 4. März nachmittags nach Nauheim und suchte den Chauffeur Schwing auf, der dort im Hotel Hupfeld bedienstet war. Schwing sollte bei einem längeren Spaziergang in der Nacht als ortskundiger Führer dienen. Nach Angaben Schwings hat der Führer der Frankfurter Ortsgruppe des Verbandes nationalgesinnter Soldaten, der frühere Leutnant und spätere Redakteur des „Stahlhelm", Friedrich Wilhelm Heinz, ihm den Wagner in abscheulichen Farben geschildert.

Volksblatt für Spandau

3)

Erzberger

Erzberger galt den nationalen Kreisen als schlimmster Feind. Er war vom Annexionsrausch rascher als viele andere nüchtern geworden, hatte bereits 1917 einen Frieden ohne Annexionen gefordert, also den Verteidigungskrieg wahr haben wollen, hatte nach der Niederlage auf dringende Forderung Hindenburgs den Waffenstillstand unterschrieben und wollte — was als schlimmstes Verbrechen galt — die Inflation durch rigorose Steuern beenden.

Als Erzberger am 26. Januar 1920 während seines Prozesses mit Helfferich das Moabiter Gerichtsgebäude verließ, feuerte der Schüler und Fähnrich a. D. Oltwig von Hirschfeld auf ihn zwei Schüsse ab, die ihn schwer verletzten. Hirschfeld wurde am 21. Februar 1920 wegen Körperverletzung zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

Erzberger hatte sich, um den Ausgang seines Prozesses mit Helfferich abzuwarten, aus dem öffentlichen Leben zurückgezogen. Am 26. August 1921 wurde er bei einem Spaziergange in der Nähe von Griesbach im Schwarzwald von Heinrich Schulz und dem Oberleutnant zur See Heinrich Tillessen überfallen und erschossen. Als er schon am Boden lag, vergewisserten sich die Mörder durch weitere Schüsse (im ganzen zwölf), daß er tot sei.

Beide kamen aus dem Stab der Marinebrigade Ehrhardt. Zuletzt arbeiteten sie in der Landwirtschaftlichen Zentralgenossenschaft bei Geheimrat Heim in München. Sie waren Mitglieder des deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes, des Freikorps Oberland und der Organisation Consul.

Schulz und Tillessen flüchteten mit falschen Pässen auf den Namen Schwind und Trost nach Ungarn. In Budapest wurden sie verhaftet, auf Anordnung des Oberstadthauptmanns Dr. Hetheny wieder freigelassen.

Der frühere Kapitänleutnant Manfred von Killinger, Schatzmeister der O. C. und Vorgesetzter von Schulz und Tillessen wurde angeklagt, den Mördern Beistand geleistet zu haben. Er hatte nämlich ihre Koffer, in denen sich belastendes Material befand, aufgehoben, Briefe für sie in Empfang genommen und auch nach dem Mord mit beiden verkehrt. Killinger war ursprünglich Offizier. Er hatte gegen die bayerische Räterepublik gekämpft und den Kapp-Putsch mitgemacht. Nach seiner Verhaftung fand man bei ihm den Versuch einer Paßfälschung. Im Offenburger Gefängnis erhielt er am 17. August 1921 von einer amtlichen Stelle 300 000 Mark (22 500 Goldmark) für Verpflegungs- und Marschgelder des für Oberschlesien geplanten Regiments Süd überwiesen. Der Manchester Guardian (10. 12. 26) hat allerdings behauptet, daß Killinger diese Gelder für einen von ihm kurz vorher durchgeführten „Waffentransport" nach Irland erhalten habe, der zur Unterstützung der aufständischen Sinn-Feiner diente.

Am 13. Juni 1922 wurde er vom Schwurgericht Offenburg freigesprochen. Die Revision der Staatsanwaltschaft wurde am 27. Februar 1923 vom Reichsgericht verworfen. Am 12. Mai 1929 zog Killinger als nationalsozialistischer Abgeordneter in den Sächsischen Landtag ein.

Im August 1924 wurden Schulz und Tillessen in Ungarn auf dem Gut des rechtsradikalen Führers Gömbös entdeckt. Sie wurden von einem nach Ungarn entsandten Kriminalbeamten identifiziert, dann verhaftet. Die ungarische Regierung lehnte die vom Reich verlangte Auslieferung am 3. Oktober unter Hinweis auf den politischen Charakter des Verbrechens ab. Sie wurden aus der Haft entlassen und ausgewiesen.

Die einzige Verurteilung, die in der Erzberger-Sache erfolgte, betrifft den verantwortlichen Redakteur des „Offenburger Tageblattes", Franz Huber. Dieser wurde nämlich, weil er Teile der Anklageschrift veröffentlicht hatte, zu 1000 Mark (etwa 4 Goldmark) Geldstrafe verurteilt.

...au und das Havelland

Am 16. April 1925 veröffentlichte das Wiener Blatt „Die Stunde" Photographien von Liebknechts Leichnam, die vor der Obduktion im Auftrage der Familie aufgenommen worden waren. Sie beweisen in Verbindung mit dem präparierten Schädel, daß die Schädeldecke bereits durch die Kolbenschläge zertrümmert worden war. Die Wunden widerlegen die Legende vom Fluchtversuch. Trotzdem ist nichts gegen die Mörder geschehen.

Liepmann ist zur Zeit erst Referendar in Potsdam; bald wird er Richter sein

Jorns wurde 1920 Hilfsarbeiter beim Reichsgericht und bearbeitete die Verfahren gegen die sogenannten Kriegsverbrecher. Im Jahre 1923 wurde er Oberstaatsanwalt und führte wegen Veröffentlichungen über geheime Rüstungen zahlreiche Verfahren wegen Landesverrats, begangen durch die Presse. Im Jahre 1925 wurde er Reichsanwalt. Als Berthold Jacob (Das Tagebuch, 28. 3. 1928) die Behauptung aufstellte, Jorns habe als Untersuchungsrichter den Mördern Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts Vorschub geleistet und sei deswegen zum Reichsanwalt nicht geeignet, wurde der verantwortliche Redakteur des Tagebuchs wegen Beleidigung angeklagt. Der Verteidiger, Dr. Paul Levi, stellte das ganze Verfahren gegen die Mörder Liebknechts eindringlich dar und erbrachte so den Wahrheitsbeweis für diese Behauptung. Das Schöffengericht Berlin-Mitte, das vom 17. bis 27. April 1929 unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Marcard und dem Staatsanwalt Deepenthal als Anklagevertreter tagte, sprach daher den Angeklagten frei. In der schriftlichen Urteilsbegründung heißt es: „Erwiesen ist, daß der Nebenkläger (Jorns) bei der Führung der Untersuchung

1. Spuren, die zur Aufklärung dienen konnten, nicht aufgenommen hat (zum Beispiel Vernehmung Piecks, Ermittlung des zeitlichen Zusammenhangs beider Transporte).
2. Spuren, deren Wichtigkeit er erkannt hatte, nicht verfolgte (zum Beispiel Nachprüfung der Panne, Nachprüfung der Frage, von wem Runge Geld bekommen hat).
3. Spuren verwischte, indem er das Gegenteil des Ermittelten ins Protokoll aufnahm (Protokoll des Runge).
4. Zustände duldete, die, wie ihm bekannt war, geeignet waren, den Sachverhalt zu verdunkeln und das Ergebnis der Untersuchung zu gefährden (Zusammenarbeiten mit dem Divisionsstab, Duldung der Zustände während der Haft, Hinausschiebung der Verhaftung Vogels)."

Jorns legte Berufung ein, der Staatsanwalt schloß sich ihr jedoch nicht an. Der Berufungsprozeß fand erst in diesen Tagen statt und endete mit der gleichen moralischen Verurteilung des Herrn Jorns, obschon der angeklagte Redakteur Bornstedt wegen formeller Beleidigung 100 Mark Geldstrafe bekam.

Eine von dem Abgeordneten Pieck gegen Jorns wegen Rechtsbeugung erstattete Anzeige führte zu keinem Verfahren, da das Vorgehen von Jorns auf politischen Beweggründen beruhe und seine Tat deswegen unter die politische Amnestie vom 14. Juli 1928 falle — obwohl ein Untersuchungsrichter bekanntlich gar nicht aus politischen Beweggründen handeln darf. Auch gegen die Mörder und den schwer belasteten Hauptmann Pabst wurden keine neuen Verfahren geführt.

Die Organisation Consul

Hauptmann Pabst hat im Frühjahr 1920 den Staatsstreich des Generallandschaftsdirektors Kapp und des Oberbefehlshabers der Reichswehr, General der Infanterie von Lüttwitz, vorbereitet. Er war die Seele dieser gegen den Bestand der Republik gerichteten Unternehmung, der leitende Geist der „Nationalen Vereinigung" in der Schellingstraße. Die Marinebrigade des Kapitän Ehrhardt, in deren Reihen auch Offiziere des Marine-Detachements der Garde-Kavallerie-Schützendivision traten, stellte die Kerntruppe der Verschwörung dar. Haftbefehle gegen die Führer der Bewegung, unter ihnen auch gegen Pabst, konnten nicht durchgeführt werden. Den äußeren Anlaß zum Putsch gab der Versuch der Regierung, die Marinebrigade Ehrhardt aufzulösen. In der Nacht vom 12. auf den 13. März rückte Ehrhardt in Berlin ein.

Aber der Generalstreik siegte. Kapp mußte flüchten. Eine Amnestie bewirkte, daß kein Mord bestraft wurde. Da die Führer von der Amnestie ausgenommen waren, wurden sogar die meuternden Generale als Mitläufer betrachtet. Die Marinebrigade empfing noch die vom „Reichskanzler" Kapp ausgesetzte „Treuprämie" und wurde aufgelöst. Ehrhardt konnte fliehen und sammelte seine Anhänger in der Organisation Consul (O. C.). Der Consul war Ehrhardt.

Attentat auf Wagner

Der so vorbereitete „Ausflug“ von Kern, Salomon und Wagner fand am 6. März statt. Die drei aßen im Hotel Malepartus in Nauheim gut zu Abend· dann tranken sie ausgiebig in der Hupfeld Diele Wein und Sekt. Gegen Mitternacht verschwand Kern für einen Augenblick und holte den Schwing aus dem Bett. Kern und von Salomon redeten dem Wagner zu, sich am Besuch eines Bordells zu beteiligen. Es sei nur ein kurzer Weg durch den Kurpark zurückzulegen. Schwing führte die drei nach dem etwa 1½ Kilometer von der Hupfeld-Diele entfernten großen Teich im Kurpark. Hier schlugen Kern, Schwing und von Salomon auf Wagner los. Der wehrte sich zunächst heftig, brach aber unter den Hieben mit einem scharfkantigen Instrument zusammen. In seinen Mantel wurde ein schwerer Stein, den Schwing im Auftrag Kerns mitgenommen hatte, geknüpft. Die drei warfen dann Wagner gemeinsam in den Teich. Als er wieder auftauchte, gab Kern drei scharfe Schüsse aus seinem Revolver auf ihn ab. Die Täter begaben sich in Schwings Wohnung. Kern und Salomon, die von der Gegenwehr Wagners Verletzungen am Kopf davongetragen hatten, reinigten sich, gingen nach Homburg und fuhren von dort mit der ersten Straßenbahn nach Frankfurt zurück.

Wagner kroch trotz schwerer Verletzungen ans Ufer. Als er hoffen durfte, daß seine Feinde sich entfernt hatten, stieg er aus dem eiskalten Wasser, schleppte sich an das etwa 500 Meter entfernte Wasserwerk und erfuhr hier von dem Wärter Dolik, den sein Stöhnen und Schreien geweckt hatte, die erste Hilfe. Er war gänzlich durchnäßt, blutüberströmt, zitterte vor Erregung und war aufs äußerste entkräftet. In der Angst um sein Inkognito bat Wagner den Wärter, die Polizei nicht zu benachrichtigen; nur ärztliche Hilfe wolle er in Anspruch nehmen. Er wurde dann in das Städtische Krankenhaus gebracht und blieb dort einige Zeit in Behandlung. Er hatte folgende Verletzungen erlitten: Ueber der rechten Augenbraue eine dreieckige, etwa ½ Zentimeter breite und 3 Zentimeter lange, ½ Zentimeter tiefe Fleischwunde; drei stichförmige, weniger tiefe Fleischwunden an der Stirn, erbsengroße Verletzungen in der oberen linken und hinteren rechten Scheitelbeingegend und am Mund. Der rechte obere Schneidezahn war ausgeschlagen, der erste rechte Schneidezahn gelockert. Das Grundglied des rechten Zeigefingers war gebrochen; an der linken Hand befanden sich Schwellungen.

Wagner war der Ueberzeugung, daß seine Ermordung beabsichtigt gewesen sei; selbst im Krankenhaus verließ ihn die Angst vor einem weiteren Anschlag nicht. Er entfloh.

Von Freunden in Frankfurt wurde er zunächst verborgen gehalten. Einigermaßen wiederhergestellt, hat er 1½ Jahre unter falschem Namen in Nieder-Ursel als Knecht, dann in Frankfurt als Kaufmann gearbeitet.

Erst im Jahre 1926 wurde die Strafverfolgungsbehörde in Frankfurt durch einen anonymen Brief auf den Fall aufmerksam gemacht.

Kern und Fischer hatten inzwischen den Minister Rathenau ermordet und im Juli 1922 auf der Burg Saaleck ein gewaltsames Ende gefunden. Salomon war wegen Beteiligung an den Vorbereitungen zur Ermordung Rathenaus vom Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik

20. Febr. 30

der willensschwache, leicht beeinflußbare und erregbare Neurastheniker, den bestimmten Anordnungen Kerns unterlag ..." Dagegen glaubte das Gericht den Angaben des Heinz, daß Kern ihm niemals die geringsten Verdachtsmomente gegen Wagner mitgeteilt habe.

Es wurden verurteilt: Schwing wegen Beihilfe zum versuchten Totschlag zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis, Ernst von Salomon wegen Körperverletzung unter Beiziehung der vom Staatsgerichtshof verhängten Zuchthausstrafe von 5 Jahren zu einer Gesamtstrafe von 6 Jahren 3 Monaten Zuchthaus. Dagegen wurde Heinz freigesprochen, weil nach der Ansicht des Gerichts jeder sichere Anhalt dafür fehle, daß er der Anstiftung schuldig sei. Die vom Staatsanwalt eingelegte Revision wurde auf Antrag des Reichsanwalts vom 3. Strafsenat des Reichsgerichts am 30. September 1927 verworfen.

Auf die Zusammenhänge mit der O. C. ist das Gericht nicht eingegangen und hat so alle Möglichkeiten für die Aufdeckung der Hintergründe ungenützt gelassen.

Attentat auf Scheidemann

Der Kaufmann Heinz Hustert aus Elberfeld war zuerst Kriegsfreiwilliger, dann bei der Sicherheitswehr und der politischen Polizei in Elberfeld, dann im Oberschlesischen Selbstschutz bei der Sturmkompanie Koppe. Dort hat er Karl Oehlschläger kennengelernt. Dieser, ein früherer Offizier, war Mitglied der Brigade Ehrhardt gewesen, im Oberschlesischen Selbstschutz gestanden, hatte aber auch den „Erwachenden Magyaren" in Ungarn angehört. Nach kurzem Aufenthalt bei einer Arbeitsgemeinschaft der Brigade Ehrhardt in Oberbayern wurde er Sicherheitsbeamter bei einer kaufmännischen Firma in Elberfeld.

Beide waren Mitglieder der O. C. und des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes. Ende April 1922 zogen sie als angebliche Reisende für eine Papierfabrik nach Kassel zu einer Frau von Schlieben. Vermutlich im Auftrag von Karl Tillessen planten sie die Ermordung Philipp Scheidemanns, der damals Oberbürgermeister von Kassel war. Sie machten keine Geschäfte, empfingen keine Briefe, waren aber im Besitz nicht unerheblicher Geldmittel. Regelmäßig zahlten sie mit Tausendmarkscheinen (27 Goldmark). Jeder hatte ein Päckchen davon. Oehlschläger will 40 000 Mark (1080 Goldmark) erspart haben. Alfred Günther aus Elberfeld, ein Mitglied der O. C., besuchte sie mehrfach. Am 3. Juni 1922 kam ein unbekannt gebliebener Mann. Angeblich hat Oehlschläger ihm Geld geliehen. Wahrscheinlich hat dieser Besuch ihnen die für das Attentat ausgemachte Belohnung übergeben. Kartenspiel sollte entscheiden, wer die Tat auszuführen habe. So gerieten sie in Streit. Oehlschläger: „Ich werfe den ganzen Laden hin und mache nicht mehr mit." Hustert: „Laß mir die Sachen und das Geld hier, dann mache ich es."

Am Nachmittag des 4. Juni 1922, Pfingstsonntag, wurde das Attentat verübt, als Scheidemann mit seinen Angehörigen in der Nähe von Wilhelmshöhe spazierenging. Oehlschläger verlor im Moment der Tat den Mut. So stand er nur Schmiere. Hustert überholte Scheidemann und versuchte, ihm Blausäure in das Gesicht zu spritzen. Scheidemann schoß zweimal, ohne zu treffen, und fiel dann in Ohnmacht.

Die Attentäter wurden verhaftet. Oehlschläger will die Spritze und den Gedanken an das Attentat von einem Unbekannten aus Ungarn erhalten haben. „Gott hat mir die Waffe in die Hand gedrückt." Beide leugneten entschieden, das Attentat im Auftrag vorgenommen zu haben.

Oehlschläger wurde am 6. Dezember 1922 vom Staatsgerichtshof (Vorsitzender Senatspräsident Dr. Schmidt) wegen Mordversuchs und wegen Vergehens gegen die Verordnung über den Waffenbesitz zu 10 Jahren 1 Monat Zuchthaus, Hustert wegen Mordversuchs zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt. Beiden Angeklagten wurden die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 10 Jahren aberkannt und die Kosten des Verfahrens auferlegt. Wegen Begünstigung des Oehlschläger wurde Gerhard Hahn aus Görlitz zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

Woher hatten die beiden persönlich Mittellosen die großen Geldmittel? Woher stammte das Gift? Wer ist der Unbekannte, der sie am Tage vor dem Morde besuchte? Wer hat sie angestiftet? Diese entscheidenden Fragen blieben unbeantwortet. Ein Verfahren gegen Heinz wurde eingestellt. Auf Grund der Amnestie vom 14. Juli 1928 wurden Hustert und Oehlschläger entlassen.

Volksblatt für Spanda[u]

den 21. Februar

5)

Attentat auf Harden

Im März 1922 erhielt der völkische Buchhändler Wilhelm Grenz aus Oldenburg nach seinen eigenen Angaben einen anonymen Brief aus München, in dem er gefragt wurde, ob er nicht „zwei tatenfrohe deutsche Männer" namhaft machen könne, die bereit wären, an der „Erledigung" eines nationalen Schädlings mitzuwirken. Ihre Sicherstellung werde erfolgen. Grenz antwortete der aufgegebenen Postlageradresse, er habe zwei für die Aufgabe geeignete brave deutsche Männer: den früheren Oberleutnant Walter Anckermann und einen gewissen Herbert Weichardt vom Verband nationalgesinnter Soldaten. Weichardt war eben erst wegen fahrlässiger Tötung zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt worden; er hatte ein kleines Mädchen erschossen, bekam aber Bewährungsfrist. „Ich habe alles getan, um es wieder gut zu machen, ich habe die Beerdigungskosten bezahlt." So sagte er später im Prozeß. Grenz erhielt einen Zettel, auf dem der Name stand: Maximilian Harden; außerdem 25 000 Mark (etwa 350 Goldmark), die er alsbald an die beiden auslieferte; ferner die Mitteilung, daß den beiden Anstellung im bayerischen Staatsdienst in Aussicht stehe. Anckermann und Weichardt fuhren nach Berlin, lebten hier in Bars und Luxuslokalen, bis das Geld zur Neige ging. Grenz, den sie wiederholt um Nachzahlungen angingen, schickte zwar neue Mittel, wurde zum Schluß aber doch ungnädig und mahnte. Am 3. Juli 1922 war es so weit. Auf dem abendlichen Spaziergang durch den Grunewald wurde Harden hinterrücks überfallen und schwer verletzt. Weichardt stand dabei Schmiere.

Weichardt wurde bald ergriffen. Briefe von Grenz wurden bei ihm gefunden. Vom 12. bis 14. Dezember 1922 standen beide vor dem Schwurgericht beim Landgericht III unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Rippner. Grenz wurde wegen Anstiftung zur Körperverletzung zu 5 Jahren Gefängnis, Weichardt wegen Körperverletzung unter Zubilligung mildernder Umstände zu 2 Jahren 9 Monaten Gefängnis verurteilt. Anckermann wurde später in Wien gefaßt und ausgeliefert.

Am 2. Juni 1924 wurde er vom Schwurgericht Berlin III unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dransfeld (Oberstaatsanwalt Schweitzer) wegen versuchten Mordes zu 6 Jahren Zuchthaus verurteilt. Die bürgerlichen Ehrenrechte wurden ihm belassen, obwohl das Gericht in seiner Begründung sagen konnte: „In der Hauptsache war für ihn maßgebend, Geld für weitere Lebensführung zu bekommen, so daß er in gewissem Sinne aus ehrlosen Motiven gehandelt hat." Die Amnestie vom 14. Juli 1928 brachte ihm die Freiheit.

Rathenau

Rathenau hat, als der Krieg bereits vollkommen verloren war, zur „nationalen Verteidigung" aufgerufen. Als Minister des Aeußeren hat er in Rapallo den Vertrag mit Rußland geschlossen. Als erster hat er versucht, die Reparationsfrage auf eine ökonomische Grundlage zu stellen. Er hat die Außenpolitik begonnen, die heute auch von den Deutschnationalen durchgeführt wird. Deswegen galt er als Verräter.

Am 24. Juni 1922 wurde sein Auto, als er ins Ministerium fahren wollte, von einem anderen, von Ernst Werner Techow (21 Jahre) geführten Wagen, in dem der Oberleutnant a. D. Erwin Kern und Hermann Fischer saßen, überholt. Kern und Fischer schossen mit einer Maschinenpistole auf Rathenau und warfen eine Handgranate auf ihn. Rathenau war sofort tot. Das Auto hatte der Großindustrielle Johann Küchenmeister aus Freiberg in Sachsen, Mitglied des Deutschen Schutz- und Trutzbundes, zur Verfügung gestellt. Der Oberleutnant a. D. Günther Brandt hatte das Auto nach Berlin gebracht und den Mordplan gekannt. Kern, Fischer, Techow und Brandt waren früher Mitglieder der Brigade Ehrhardt, dann der Organisation C. und waren am Kapp-Putsch beteiligt gewesen. Die Maschinenpistole hatte Christian Ilsemann (21 Jahre), Sekretär des Schutz- und Trutzbundes in Schwerin, geliefert. Der angebliche Leutnant Willi Günther (27 Jahre), ein Psychopath und Deserteur, hatte

… au und das Havelland

den Plan mit ausgearbeitet und die Garage vermittelt. Er war Mitglied des Bundes der Aufrechten, des Deutschbundes, des Deutschen Offiziersbundes und des Deutschnationalen Jugendbundes. Auf einem „Nestabend" dieses Bundes ließ er sich als Mörder Rathenaus feiern. In seinem Besitz befanden sich Briefe von Helfferich, Ludendorff, Jagow und Oberst Bauer. Beihilfe leistete der Gymnasiast Hans Gerd Techow (16 Jahre). Ernst von Salomon (20 Jahre) vermittelte durch den Leutnant a. D. Friedrich Warnecke die Verbindung mit Walter Niedrig (22 Jahre), der ursprünglich das Auto lenken sollte. Das Auto stand in Berlin bei den Garagebesitzern Schütt und Diestel.

Nach der Tat erzählte Techow diesen beiden: „Die Sache hat geklappt: Rathenau liegt. Wir haben es getan, um die Roten zum Angriff zu reizen. Uns ging das Geld aus." Dann fuhr er in seinen Tennisklub. Techow floh später auf das Gut seines Onkels Behrens. Von diesem wurde er der Polizei übergeben. Behrens erhielt darauf eine Menge Drohbriefe.

Kern und Fischer wurden nach langem Suchen am 18. Juni auf der Burg Saaleck bei Bad Kösen in der Wohnung des Schriftstellers Dr. Hans Wilhelm Stein von der Polizei gestellt. Kern fiel bei der Schießerei mit den Beamten, Fischer erschoß sich selbst. Die letzten Worte der Mörder waren ein Hoch auf Ehrhardt.

Am 3. Oktober 1922 begann die Verhandlung vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig. Günther, der unzuverlässigste der Angeklagten, bekam von einer nicht festzustellenden Seite eine Sendung von Pralines, die mit Arsen vergiftet waren. Er gab davon den anderen Angeklagten, mit denen er während der Verhandlung verkehren durfte. Zum Teil erkrankten sie daran. Am 14. Oktober 1922 wurden wegen Beihilfe zum Mord Ernst Werner Techow zu 15 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust, Hans Gerd Techow zu 4 Jahren und 1 Monat Gefängnis, Günther zu 8 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust, Niedrig und von Salomon zu 5 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust. Ilsemann wegen Verstoß gegen die Waffenverordnung, Schütt und Diestel wegen Begünstigung zu je 2 Monaten Gefängnis, Tillessen und Plaaß wegen Nichtanzeige eines drohenden Verbrechens zu 3 und 2 Jahren Gefängnis verurteilt. Ernst Werner Techow wurde von der Anklage der Mittäterschaft freigesprochen, ebenso Warnecke. Das Verfahren gegen den 17jährigen Primaner Stubenrauch, der als erster den Plan gehabt hatte, Rathenau zu ermorden, wurde eingestellt.

Am 25. Oktober 1922 wurde Dr. Stein von der Anklage der Begünstigung freigesprochen. Nach seiner Angabe waren die Mörder ohne sein Wissen in die Burg gekommen. Kapitänleutnant a. D. Wolfgang Dietrich, der den Tätern bei der Flucht neue Anzüge verschafft hatte, wurde wegen Begünstigung zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Küchenmeister, bei dem ein Waffenlager gefunden worden war, ging flüchtig, kehrte aber gegen Zusicherung von freiem Geleit zurück. Drei Jahre nach der Ermordung Rathenaus stand er vor dem Staatsgerichtshof. In einem Brief an seinen Vater hatte er geschrieben: „Ich weiß nicht, wer gerichtet werden sollte, es war nur die Rede davon, daß jemand gerichtet werden sollte. Aber ich habe es mir gedacht."

Küchenmeister will Brandt gar nicht gekannt und geglaubt haben, daß das Auto zu einer Gefangenenbefreiung dienen sollte. Brandt will geglaubt haben, es werde Tillessens Ueberredungskunst gelingen, Kern und Fischer von dem Mordplan abzubringen. Tillessen wurde als Zeuge vernommen. Er hatte bedingten Strafaufschub erhalten und brauchte seinen Wohnort nicht anzugeben: bei einer „schwarzen" Stelle hatte er Unterkunft gefunden. Ueber die Verhandlung schrieb die „Vossische Zeitung": „Es wundert niemand mehr, daß der Staatsanwaltschaftsrat Rückert sich ganz unzweideutig zum Verteidiger des Angeklagten aufwirft." Am 26. Juni 1925 wurde Küchenmeister entsprechend dem Antrag des Reichsanwalts freigesprochen. Er habe von dem Zweck, dem das Auto dienen sollte, keine Kenntnis gehabt. Seine Briefe wurden, als Folgen eines Nervenzusammenbruchs, nicht ernst genommen. Brandt wurde nur wegen Nichtanzeige eines drohenden Verbrechens (nich[illegible]ihilfe zum Mord) zu 4 Jahren Gefängni[illegible]itzende[illegible]r Reichsgerichtsrat Lorenz). Auf d[illegible] gegangen.

am 14. Oktober 1922 zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt worden.

Salomon und Schwing bestritten in der Untersuchung die Absicht der Tötung Wagners und schoben alle Schuld auf den toten Kern. Schwing hatte allerdings kurz nach der Tat einen schweren Zusammenbruch erlitten und seinen Familienangehörigen die von ihm geteilte Tötungsabsicht gestanden.

Die Staatsanwaltschaft in Frankfurt nahm zunächst an, daß Heinz die Täter angestiftet habe. Im Jahre 1924 war Heinz wegen Teilnahme am Wikingbund verhaftet worden. Nach seiner Angabe wurde er auf Intervention des Generals Reinhardt vom Wehrkreiskommando V in Stuttgart aber wieder freigelassen, da er im „Interesse der Landesverteidigung" tätig gewesen sei. Die Schwurgerichtsverhandlung fand vom 22. bis 31. März 1927 vor dem hessischen Landgericht in Gießen unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Cramer und mit den Landgerichtsräten Küchler und Dr. Brill als beisitzenden Richtern statt. Der Staatsanwalt führte aus, hinter den drei Tätern Kern, Salomon und Schwing habe die Organisation Consul gestanden, die nicht nur die Täter angestiftet und den Plan ausgeheckt, sondern auch die ganze Sache finanziert habe. Woher die Geldmittel stammten, sei allerdings dunkel geblieben. Es liege die Vermutung nahe, daß die Täter, besonders Kern, Beziehungen zum Reichswehrgruppenkommando in Kassel gehabt hätten.

6) # Der Prozeß gegen die O. C.

Im Frühjahr 1923 wurde Ehrhardt, der Führer so vieler Verbrecher, in München verhaftet. Von ihm angestiftet, hatte die Prinzessin Hohenlohe, bei der er wohnte, beschworen, daß sie ihn nicht kenne. Am 13. Juli 1923 wurde Ehrhardt aus dem Leipziger Gefängnis von dem Kapitänleutnant Abendroth, den Leutnants Liedig, Voß und Maier und dem Bootsmannsmaat Vogt befreit. Selbstverständlich blieben sie unbestraft. Dagegen wurde die Prinzessin Hohenlohe wegen Meineids verurteilt.

Der steckbrieflich Verfolgte marschierte im Oktober 1923 zum Schutz der „von räuberischen thüringischen Kommunisten bedrohten bayerischen Grenze" mit 10 000 Mann als bayerische Notpolizei in Franken auf, gewillt, seinen Einmarsch in Berlin zu wiederholen. Nach dem Scheitern des Hitler-Putsches brach auch dieser Versuch zusammen. Die Armee, die Deutschland von dem in Berlin herrschenden „Marxismus" befreien sollte, verlief sich.

Seit dem September 1921 schwebte das Verfahren gegen die O. C. Nach dem Gesetz zum Schutz der Republik wurde der Staatsgerichtshof zuständig

„Wenn man die Anklageschrift der Reichsanwaltschaft gegen 26 Mitglieder der Organisation Consul liest, dann meint man eine Verteidigungsschrift zu lesen. Der Verfasser der Anklageschrift schämt sich offenbar, daß bei den Ermittlungen so viel herausgekommen ist.

Es heißt in der Anklageschrift: Kapitän Ehrhardt erhob im Frühjahr 1920 „bei den maßgebenden Stellen nachdrückliche Einwendungen gegen die Auflösung der vaterländisch gesinnten und dem Parteigetriebe fernstehenden Truppe". Das ist die Truppe, die den Kapp-Putsch gemacht hat. Von der Auflösung der Brigade Ehrhardt wird gesagt — ich zitiere wörtlich —: „Im übrigen konnte freilich nicht in Frage kommen, daß die Angehörigen der Marinebrigade Ehrhardt die zwischen ihnen bestehenden Beziehungen mit der Auflösung der Brigade völlig aufgeben würden. Da sie in festem Gefüge zusammen im Kampf gestanden hatten. mußte sich das Bestreben geltend machen, einen Zusammenhalt für die Zukunft zu wahren."

Die Satzungen der Organisation C. machen allerdings dem Herrn Reichsanwalt doch noch einige Schwierigkeiten. Denn darin wird als Ziel bezeichnet: „Bekämpfung der antinationalen Weimarer Verfassung". Zweck der Sammlung von „entschlossenen nationalen Männern" ist nach den Satzungen: 1. die vollständige Revolutionierung Deutschlands zu verhindern; 2. bei großen inneren Unruhen deren vollständige Niederwerfung zu erzwingen und durch Einsetzung einer nationalen Regierung die Wiederkehr der heutigen Verhältnisse unmöglich zu machen; 3. die durch den Versailler Vertrag angestrebte Entmannung und Entwaffnung unmöglich zu machen und ihm seine Wehrmacht und die Bewaffnung soweit wie möglich zu erhalten". Der § 11 sagt: „Verräter verfallen der Feme". Trotzdem sagt der Herr Oberreichsanwalt: Das Ziel war eine Verfassungsänderung auf gesetzlichem Wege. Trotzdem sagt der Herr Oberreichsanwalt: „Geheime Umtriebe fanden nicht statt"

Der Reichsanwalt untersucht weiter, ob die Organisation Consul bewaffnet war, und er sagt: „Die Organisation Consul verfügte niemals über Waffen." Das ist auf Seite 28. Auf Seite 94 der Anklageschrift aber teilt derselbe Oberreichsanwalt mit, daß der Gau Thüringen der Organisation C. am Ersten jedes Monats Bestandsmeldungen über vorhandene Waffen forderte! Diese Anklageschrift trägt die Unterschrift Ebermayers.

Am 22. Oktober 1924 begann der Prozeß. Das eigentliche Werk der O. C., die politischen Morde und Attentate, standen überhaupt nicht zur Verhandlung. Die Anklage lautete nämlich weder auf Vorbereitung zum Mord oder Totschlag, noch auf Begünstigung, nicht einmal auf Verbrechen gegen das Gesetz zum Schutz der Republik — denn die O. C. sei ja längst aufgelöst — sondern nur auf Geheimbündelei. Die Angeklagten befanden sich sämtlich in Freiheit.

Am 27. Oktober wurden nach fünftägiger Verhandlung wegen Geheimbündelei verurteilt: Hoffmann, Müller, von Killinger und Kautter zu je 8 Monaten Gefängnis mit Anrechnung von 2 Monaten Untersuchungshaft, Henkel und Krebs zu je 6 Monaten, von Abendroth, Ehrentraut und Liedig zu je 5 Monaten unter Anrechnung von 1 Monat. Heinrich, Schützen, Siebel, Röhren, Mahn und Korvettenkapitän Werber zu je 4 Monaten, Freiherr von Zedlitz-Neukirch und Koppe zu je 3 Monaten, Wegelin wegen Vergehens gegen das Entwaffnungsgesetz und Geheimbündelei zu einer Gesamtstrafe von 5 Monaten. Die übrigen Angeklagten wurden auch offiziell freigesprochen. (Vorsitzender Niedner, Reichsanwalt Niethammer.) W[illegible] im März 1925 durch eine unvorsichtige Unterschrift K[illegible]lingers unter den Wahlaufruf für den Prä[illegible]ntscha[illegible] kandidaten Jarres bekannt wurde, war er damals ü[illegible]

steigt die Gefahrenquote. Hat ja auch der rapid anwachsende Großstadtverkehr dazu geführt, daß das Publikum nachdrücklich auf die Gefahren der Straße aufmerksam gemacht werden muß. Gefahren ringsumher. Gebote und Verbote wachsen ins Uferlose. Dagegen ist bisher der Haushalt als Gefahrenquelle recht stiefmütterlich behandelt worden; wie denn überhaupt die Hausfrau erst in der letzten Zeit die volle Anerkennung ihrer beruflichen Tätigkeit sich wieder errungen hat.

Mit Recht betont Dr. Mosbacher, Abteilungsdirektor im Hauptgesundheitsamt der Stadt Berlin, in der „Medizinischen Welt", daß es zu den vornehmsten Aufgaben der hygienischen Volksbelehrung gehört, die Hausfrauen und ihre Angestellten immer wieder auf die Ursachen, den Mechanismus und die Verhütung von Unfällen im Hause hinzuweisen, vor allem das Gefühl für die Gefahren der Hausfrauenarbeit zu wecken und wachzuhalten. Uebrigens auch sehr dankbares Thema für den Rundfunk.

Aus der Fülle von Unfällen im Haus seien nur einige herausgegriffen. So gehören zu den klassischen Verletzungen im Küchenbetrieb Riß-, Stich- und Schnittwunden beim Oeffnen von Konservenbüchsen. Statt mit Hammer, Zange, Bohrer und Messer der Blechdose zu Leibe zu gehen, bediene man sich eines der modernen Büchsenöffner. Auch beim Korkziehen kommt es nicht selten zu schweren Verletzungen an der Hand; es empfiehlt sich dringend, von einem modernen Korkzieher Gebrauch zu machen; sobald der Bohrer tief genug eingedrungen ist, hebt sich der Kork gleichsam von selbst mühelos heraus.

Wohlbekannt sind die Schnittwunden, die beim Gebrauch hackender und schneidender Kücheninstrumente aus Unvorsichtigkeit und Mangel an Aufmerksamkeit entstehen; Verletzungen, die mit oder ohne hinzutretende Infektion vorübergehend oder auch dauernd die Gebrauchsfähigkeit der Hand bedenklich beeinträchtigen können. Aus der Fülle der Unfallmöglichkeiten dieser Art sei hier die Fleischmaschine genannt, die erhebliche Gefahren in sich birgt. Wird die Hand vorwiegend durch schneidende Kücheninstrumente, so wird das Auge vor allem durch spitze Gebrauchsgegenstände bedroht. Hier sei besonders der Tintenstift hervorgehoben; auch anscheinend ganz geringfügige Tintenstiftverletzungen können bei Vernachlässigung ernste Folgen haben. Bei einem solchen Vorkommnis spüle man das verletzte Auge mit viel Wasser und nehme umgehend ärztliche Hilfe in Anspruch.

Recht häufig sind Verbrühungen und Verbrennungen im Haushalt. Etwa beim Zugießen von kaltem Wasser in kochend heißes Fett, das dann aufspritzt und an Händen und Gesicht dann Brandblasen aufschießen läßt; oder beim Nachgießen von Petroleum oder Spiritus in die noch brennenden heißen Lampen und so fort. Recht gefährlich kann auch das Benzin werden, wenn die Hausfrau ihre Lederhandschuhe nahe der brennenden Lampe putzt oder die Haare mit Benzin reinigt, das sie in eine Waschschüssel gegossen hat. Zu den folgenschwersten Unfällen im Haushalt gehört weiterhin das versehentliche Trinken von ätzenden Flüssigkeiten; man stelle daher Salzsäure, Lauge und so weiter stets abseits und bezeichne deutlich diese gefährlichen Flaschen.

Auch die elektrischen Unfälle spielen im Hause eine nicht zu unterschätzende Rolle. Vor allem können elektrische Gebrauchsgegenstände — Tischlampen, Staubsauger, Kocher, Heizkissen und dergleichen — große Gefahren in sich bergen, wenn sie, eingeschaltet, in feuchtem Milieu berührt werden. Also wenn man zum Beispiel mit nassen Schuhen auf nassem Boden steht; ganz besonders gefährlich ist es aber, elektrische Apparate, Kontakte und Leitungen zu berühren, wenn man im Badewasser sitzt. Weiterhin können elektrische Unfälle entstehen, wenn die eine Hand einen eingeschalteten elektrischen Apparat anfaßt, während die andere zugleich einen metallischen ...

---

von einer Leidenschaft und gleichzeitig einer scharfen, verstandesmäßigen Ueberlegung, die das Ziel ganz klar im Realen verwirklicht sah, bevor noch irgend jemand wagte, es nur in der Theorie anzunehmen, ein Mann von feinstem Fühlen und tiefstem Verständnis, den wir Frauen neben unsere bedeutendsten Vorkämpferinnen stellen müssen.

Vor einem halben Jahrhundert wurden von Zürich her unter unerhörten Gefahren und Wagnissen „staatsfeindliche" Bücher nach Deutschland geschmuggelt. Sie trugen ein falsches Titelblatt und waren so harmlos als nur möglich aufgemacht und verpackt. denn damals bestand das Sozialistengesetz, das mitleidslos jedem, der [illegible] zu der Partei der „vaterlandslosen Gesellen" bekannte, Zuchthaus und Gefängnis androhte. Was war nun der Inhalt dieser geheimnisvollen Werke? Enthielten sie Aufforderungen zu blutigen Verschwörungen, zu Bürgerkrieg und Revolution? Nein, es waren Exemplare eines Frauenbuches, dessen Inhalt heute zur Selbstverständlichkeit geworden ist, dessen Forderungen heute teilweise bereits verwirklicht sind. Gibt es einen deutlicheren Beweis für die Jämmerlichkeit der damaligen Machthaber als das Verbot dieses Buches, das sich auf wissenschaftlicher Grundlage aufbaut und nichts anderes will, als auch der Frau einen ihr würdigen Platz in unserer Kultur anweisen!

Volksblatt für Spandau und das Havelland
2. Beilage Nr. 46 Jahrgang 1930 — Montag den 24. Februar

Verräter verfallen der Feme!

OPFER / MÖRDER / RICHTER 1919–1929

VON E. J. GUMBEL

7)

Marie Sandmayr

Schweighart konnte ein Alibi für die Nacht vom 5. bis 6. Oktober 1920 nicht nachweisen. Einige Tage später, am 9. Oktober, beantragte er bei der Polizeidirektion einen Auslandspaß und erhielt ihn entgegen den Gepflogenheiten noch am gleichen Tage auf Anordnung des Polizeikommissars Friedrich Glaser.

Nach der Anklage haben Schweighart und seine Helfer die Sandmayr unter einem Vorwande in ein Auto gelockt, sie unterwegs überraschend erdrosselt und die Leiche in den Forstenrieder Park gebracht. Hierzu wurde ein geschlossener Fiatwagen von der Landesleitung der Einwohnerwehr, II A 1894, verwendet. Dieser Wagen wurde am 5. Oktober mittags vor dem Ringhotel am Sendlingertorplatz vom Oberleutnant Braun zwei jungen Leuten übergeben, dem Max Uibeleisen und Alios Schneider. Beide nahmen auf dem Führersitz Platz, während der ehemalige Leutnant und spätere Student Berchtold, sowie Schweighart sich in das Innere des Wagens setzten. Denselben Wagen hatte Schweighart auch zur Fahrt nach Odelzhausen benutzt. Der Wagen wurde von Uibeleisen und Schneider erst am nächsten Morgen (6. Oktober) gegen 8 Uhr zurückgebracht. Sein Zustand ließ erkennen, daß sich in ihm außergewöhnliche Vorgänge abgespielt haben mußten. Das Auto wurde auf Anordnung der Wirtschaftsstelle in eine Reparaturwerkstätte geschafft und sofort abmontiert.

Der Garagenbesitzer German Böhm, Wilhelm von Allweyer und Wilhelm Heinz verhalfen dem Schweighart durch Geldunterstützung zur Flucht und verheimlichten seinen Aufenthalt vor der Verfolgungsbehörde. Wilhelm Heinz ist nach den Aussagen Hermann Berchtolds und des Oberlandführers Dr. Beppo Römer identisch mit dem Heinz Oskar Hauenstein, alias Heinz, der in Oberschlesien eine große Rolle gespielt hat. Erst am 21. März 1925 wurde gegen Schweighart wegen Mordes, gegen German Böhm, Wilhelm von Allweyer und Wilhelm Heinz wegen Begünstigung Anklage erhoben. Das Gericht hatte indessen die Nichteröffnung des Hauptverfahrens beschlossen. Dieser Beschluß wird an den entscheidenden Stellen wie folgt begründet: „Der Angeschuldigte Schweighart bestreitet jede Beteiligung an der Ermordung der Sandmayr . . . Es ist nicht zu verkennen, daß eine Reihe schwerwiegender Verdachtsgründe für die Beteiligung des Angeschuldigten Schweighart an der Ermordnung der Sandmayr sprechen. Für eine Verurteilung des Angeschuldigten reichen jedoch die Verdachtsgründe nicht aus.

Es besteht zwar der Verdacht, daß sich der Angeschuldigte Schweighart an der Mordsache beteiligt hat. Eine volle Aufklärung über die Tatsache wie über die Art und Weise der Beteiligung des Angeschuldigten Schweighart an dem Verbrechen hat jedoch die eingehend geführte Voruntersuchung trotz aller auf die umfassendsten Nachforschungen und Erhebungen verwendeten Mühen und Sorgfalt nicht gebracht. Eine solche ist auch von einer Hauptverhandlung nicht zu erwarten. Der Angeschuldigte Schweighart ist daher außer Verfolgung zu setzen."

Ueber dieses verblüffende Ergebnis wundert sich natürlich der nicht, der die Psychologie bayerischer Gerichte kennt. Von einer Hauptverhandlung wurde offenbar deshalb Abstand genommen, weil die Gefahr bestand, daß sich Täter, Teilnehmer und vielleicht auch Hintermänner (natürlich nur bei energischer Durchführung des Verfahrens) hätten feststellen lassen. Das aber mußte im „vaterländischen" Interesse gegenüber Tätern verhindert werden, mit denen das Gericht sich in stärkster Sympathie verbunden fühlte. So blieben die Fememörder unbestraft.

Mordversuch an Dobner

Vierzehn Tage nach der Ermordung der Marie Sandmayr, am 20. Oktober 1920, erfolgte das zweite Femeattentat durch Angehörige der bayerischen Einwohnerwehr. Es ist dies der einzige Fall in der ganzen Femegeschichte, in den ein Landesverrat hineinspielt, aber nicht des Opfers, sondern des Angebers. Zugrunde liegen Waffenschiebungen innerhalb der untereinander auch in den Preisen konkurrierenden nationalen Verbände, der Polizei, des Entwaffnungskommissars und der Entente. Dieser Sumpf treibt giftige Blüten: Luftgeschäfte, Spitzel und agents provocateurs.

Georg Pracher hatte zehn Jahre in Frankreich gelebt. Jetzt leistete er der Ententekommission kleine Dienste, zeigte ihr aber auch Waffenlager an. Daneben war er Agent für Waffenschiebungen zugunsten Schweigharts, also der Einwohnerwehr, von der er sich pro Gewehr und Kanone zahlen ließ. Endlich hat er auch der Einwohnerwehr Anzeigen über Waffenlager, die an die Ententekommission gelangten, Mitteilung gemacht. Die Kenntnis eines [Waffen]lagers bei dem Einwohnerwehrführer Zeller benutzte er zu einer Erpressung gegen diesen.

Am 7. Oktober 1920 wurde er deswegen verhaftet, aber gegen das Versprechen freigelassen, auch der bayerischen Polizei Spitzeldienste zu leisten. So teilte er dem Polizeikommissar Glaser (Seyfried) mit, ein früherer Reichswehr[mann] sodat Hans Dobner kenne ein Waffenlager auf Schloß Mirskofen beim Baron Fürstenberg und wolle diese Kenntnis nutzbringend verwerten. Dieser Dobner war schon als Reichswehrmann an Waffenschiebungen beteiligt gewesen und lebte von solchen dunklen Geschäften. Glaser vermittelte die Bekanntschaft zwischen Dobner und German Böhm (alias Pollinger). Böhm bestellte den Dobner zur Erkundungsfahrt nach Schloß Mirskofen auf den Stieglmeierplatz und versprach ihm am 20. Oktober abends für den Fall, daß das Waffenlager in Mirskofen entdeckt werde, 3000 Mark (178 Goldmark).

Auf dem Stieglmeierplatz wartete der Prestowagen Böhms. Am Steuer saß der Student Max Neunzert, die Mitfahrenden waren Karl Schuster und wieder Hermann Berchtold. Böhm selbst fuhr nur eine kurze Strecke mit. Das Auto fuhr in der Richtung nach Schleißheim. Dobner wurde von den Mitfahrenden im Auto mit Totschlägern geprügelt, ein Strick wurde ihm um den Hals gelegt, man versuchte ihn zu erdrosseln. Dobner stellte sich tot, durchbiß den Strick mit den Zähnen und sprang aus dem fahrenden Automobil. Es gelang ihm zu entfliehen. Blutüberströmt erschien er in einer Gastwirtschaft. Noch elf Tage später, am 31. Oktober, stellte ein Arzt erhebliche Verletzungen fest.

Der Spitzel Pracher ging gleich nachher auf die andere Seite über und verriet seinen Auftraggeber. Er teilte dem Abgeordneten Gareis (USP.) mit, daß das Dobner-Attentat nicht von Böhm allein, sondern mit Wissen und Willen des Polizeikommissars Glaser organisiert worden sei. Dies erschien dem Gareis unglaubwürdig; Pracher erklärte sich bereit, den Beweis dadurch zu führen, daß er den Polizeikommissar Glaser in Gegenwart des Gareis unter dem Decknamen Seyfried, unter dem Glaser mit seinen Agenten verkehrte, und unter der geheimen Telephonnummer anrufe. Er werde dann ein Gespräch mit Glaser führen, aus dem sich dessen Mitwisserschaft an dem Mordanschlag ergebe. Dieses Telephongespräch fand am 24. Oktober 1925, nachmittags gegen 5 Uhr, statt. Den Inhalt teilte Gareis dem Abgeordneten Timm von der mehrheitssozialistischen Fraktion mit. Timm forderte, daß ein ähnliches Gespräch noch einmal in seiner Gegenwart geführt werde. Das zweite Telephongespräch fand am gleichen Abend statt in Gegenwart von Pracher, Gareis, Timm und des Rechtsanwalts Werner, der mitstenographierte.

Pracher: „Ist Herr Seyfried da? Wissen Sie von Dobner?"

Glaser: „Wir suchen ihn, der ist nicht zu erwischen, der Kerl."

Pracher: „Ich will Ihnen sagen, Herr Glaser: Der Mann war ja so gefährlich, viel schlimmer, wie Sie denken. Ich habe mir nicht helfen können. Ich habe ihn vorläufig beiseite gemacht. Ich habe Provision bezahlt. Hören Sie mal: Wissen Sie mal, ich meine da wegen Dobner. Ich habe ihn sozusagen beiseite machen lassen. Mir passiert doch nichts? Sie geben mir doch Sicherheit wegen Dobner? Ich habe ihn doch beiseite gemacht."

Glaser: „Ich verstehe nicht."

Pracher: „Ich meine, Sie wissen doch, ich habe Dobner sozusagen indirekt beiseite gemacht. Ich habe doch Sicherheit von Ihnen?"

Glaser: „Aber doch selbstverständlich. Das wissen Sie doch ganz genau."

Pracher: „Es ist ja nicht so schlimm, nicht direkt, aber indirekt. Sie geben mir doch Sicherheit?"

Glaser: „Das wissen Sie doch ganz genau. Ich habe Ihnen doch soviele Beweise schon geliefert. Darüber ist doch nicht zu reden."

Pracher stellte sich so, als wenn er den Dobner habe umbringen lassen, und der Polizeikommissar Glaser bestätigte ihm, daß dies straflos bleiben werde.

Gegen Glaser wurde kein Verfahren eingeleitet.

den 25. Februar

85

8)
Mordversuch an Dobner

Schuster und Berchthold wurden vom Schöffengericht Freising am 25. Januar 1925 wegen gefährlicher Körperverletzung unter Annahme mildernder Umstände zu einer Geldstrafe von je 150 Mark (11,10 Goldmark), ersatzweise zu je 15 Tagen Gefängnis und wegen Bedrohung zu einer Geldstrafe von je 100 Mark (7,40 Goldmark), ersatzweise zu je 10 Tagen Gefängnis verurteilt. Die Berufung des Amtsanwalts endete am 21. März 1921 damit, daß Schuster und Berchtold nur wegen Körperverletzung zu 800 Mark Geldstrafe (57 Goldmark), ersatzweise zu 80 Tagen Gefängnis verurteilt wurden.

In Wirklichkeit lag aber gar keine Körperverletzung, sondern Mordversuch vor. Dies ergibt sich aus dem ganzen Zusammenhang, aus den Umständen der Tat, vor allem aus dem Personenkreis der Täter nämlich deren teilweiser Beteiligung am Falle Sandmayr. Den Hauptentlastungsgrund brachte der Haupttäter Schuster vor: „Wenn ich den Dobner hätte ermorden wollen, dann hätte ich bloß die in meiner Tasche befindliche Pistole ziehen und den Mann über den Haufen schießen brauchen". Diese Erklärung ist keineswegs stichhaltig, weil die Täter glauben konnten, sie hätten den Dobner bereits erledigt. Als sich dies als unrichtig herausstellte, waren die Täter „zunächst verblüfft und dann bestürzt. Es kam die „Ernüchterung". (Urteilsbegründung) Sie sind, nach objektiv vorgenommenem Versuch, von der weiteren Ausführung des beabsichtigten Verbrechens zurückgetreten. Das Märchen vom sogenannten Denkzettel konnte überhaupt nur Glauben finden bei Gerichten, die mit den Angeklagten sympathisierten. So erhebt sich das Urteil zu klassischer Höhe, zur Verherrlichung überführter Femeattentäter: „Die Täter haben keineswegs aus reiner Rauflust oder aus anderen rohen Gefühlen entspringendem Tatendrang gehandelt, sie haben sich vielmehr zu der Tat hinreißen lassen aus Gründen, die jedem rechtlich denkenden, vaterländisch gesinnten Mann nur zur Ehre gereichen, weil sie in Dobner einen Mann gesehen haben, der ums Geld aus der Not des Vaterlandes Kapital zu schlagen suchte, ganz gleichgültig, von wem das Geld gegeben wurde. Es wurden ihnen deshalb wegen des Vergehens der gefährlichen Körperverletzung mildernde Umstände zugebilligt und trotz der schweren Mißhandlung des Dobner von der Zuerkennung von Gefängnisstrafen abgesehen."

Das Urteil hätte sich auch wesentlich kürzer fassen können: Wer des Waffenverrats beschuldigt wird, ist bei uns in Bayern vogelfrei.

Pracher hatte bald Grund, die Telephongespräche zu bereuen. Im Herbst 1922 fiel er in eine Falle, die ihm seine Freunde von der Polizei stellten. Ein Lockspitzel Lesk, der der Entente ebenso wie der Polizei diente, spielte ihm einen falschen Organisationsplan der grünen Polizei in die Hände, damit er den Plan an die Entente weitergebe. Pracher wurde am 13. März 1923 wegen Landesverrats zu 14 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurteilt. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt.

Hans Hartung

„Das Geständnis des Täters ist kein zuverlässiges Beweismittel."

Der Kellner Hans Hartung, ein finsterer Ehrenmann, war zunächst in Halle im Jahre 1919 eifriger Kommunist, hatte dann an seinen Gesinnungsgenossen Verrat geübt und einige Führer ins Gefängnis gebracht.

Dann war er bei rechtsgerichteten Kreisen in Sold getreten. Nach einem Konflikt mit dem Strafgesetzbuch kam er im Februar 1921 mit einer Empfehlung aus Halle nach München zu Braun, dem Leiter der Einwohnerwehr-Wirtschaftsstelle. Als Werkspitzel spionierte er die politische Gesinnung der Arbeiterschaft aus. Von Braun bezog er Geld und versuchte weiteres zu erpressen: „Herr Oberleutnant, ich weiß sehr viel, fürchten Sie dies nicht?" Als dieser Versuch fehlschlug, bot Hartung dem Braun seine Unterstützung bei der „Bestrafung" von Leuten an, „die Material an die Entente verraten"; ein Angebot, das Braun ablehnte.

In der Nacht vom 2. auf 3. März 1921 beteiligte sich Hartung an einem Waffentransport nach Tölz, der von der Einwohnerwehr ausgeführt wurde. Für die nächste Nacht vom 3. zum 4. März hatte er wieder eine solche Fahrt vor.

Am 3. März war nämlich der Wirtschaftsstelle der Einwohnerwehr plötzlich mitgeteilt worden, daß die „Bergung" von Munition aus einem Ulmer Forst notwendig sei. Braun beauftragte mit der Ausführung seinen Stellvertreter Zech. Dieser beauftragte den Neunzert, in der folgenden Nacht mit einem Lastkraftwagen und mehreren zuverlässigen Leuten nach Ulm zu fahren. An der Fahrt beteiligten sich außer Neunzert, der als Fahrer fungierte, Berchtold, von den beiden ähnlichen Fahrten her bekannt, die Studenten Beurer, Schwesinger und Bally.

Am Abend holte Neunzert mit einem Lastkraftwagen die Teilnehmer ab. Sie fuhren über Augsburg und Zusmarshausen nach Ulm. Beurer, der aus Zusmarshausen selbst stammte und von der Entenjagd her die ganze Gegend genau kannte, diente als Führer. Kurz nachdem dieses Lastauto Zusmarshausen passiert hatte, hörte der Gendarmeriewachtmeister Gareins einen Knall, wie von einem Pistolenschuß. Nach Neunzert und Bally hat es sich dabei um Fehlzündungen des Autos gehandelt. In dieser Nacht und in der unmittelbaren Umgebung der Stelle, an der dieses Auto vorbeifuhr, ist Hartung ermordet worden.

Bally hat später seinem Jugendfreund Rembold erzählt, er sei mit noch drei anderen bei der Erschießung des Hartung dabei gewesen.

Am Nachmittag des 4. März sah der Landwirt Kuchenbauer aus Zusmarshausen aus dem Flüßchen Zusam die Hand einer ins Wasser versenkten Leiche ragen, und zwar an einer Stelle, die etwa 3,50 Meter Wassertiefe hat. Die Leiche Hartungs war mit zwei etwa 15 Pfund schweren Pflastersteinen beschwert, die mit starkem Draht am Hals und an den Beinen sorgfältig befestigt waren. Die Pflastersteine mußten von weither herbeigeschafft, die Stelle der Versenkung der Leiche von einer mit der Oertlichkeit genau vertrauten Person ausgesucht sein. Die Leiche wies sechs Revolverschüsse auf, darunter zwei Kopfschüsse und einen Herzschuß. Vier Geschosse, die noch im Körper steckten, stammten aus drei verschiedenen Schußwaffen.

Der Augsburger Erste Staatsanwalt Kraus erließ gegen die vier Fahrtteilnehmer Haftbefehl. Darauf fuhr der Referendar Dr. Gademann am 14. März im Auftrage der Einwohnerwehr mit einem Auto nach Augsburg, um in Sachen Hartung — ohne Vorzeigung irgendeiner Legitimation von irgendeiner amtlichen Stelle — die beiden Staatsanwälte Kraus und Krieck, angeblich zur Berichterstattung im Münchener Justizministerium, abzuholen. Das Erscheinen des Dr. Gademann in Augsburg genügte den beiden Staatsanwälten vollkommen, um dem ihnen bisher Unbekannten im Auto zum „Vortrag" nach München zu folgen und sich bestimmen zu lassen, den gerade vorher unterschriebenen Haftbefehl unausgeführt zu lassen. Aus der Besprechung im Ministerium hörten die beiden Staatsanwälte nämlich heraus, daß eine Vollstreckung des Haftbefehls im Ministerium unerwünscht sei.

So entkamen die Täter. Braun floh nach Budapest. Seiner Auslieferung hat er mit Erfolg unter Hinweis auf den politischen Charakter der ihm vorgeworfenen Mordtaten widersprochen. Am 30. März 1925 wurden Neunzert und Bally vom Schwurgericht auf Kosten der Staatskasse freigesprochen. Schwesinger und Beurer wurden überhaupt nicht angeklagt.

„Das Gericht verkennt keineswegs, daß die Anklagebehörde, die Polizei und der Untersuchungsrichter in jahrelanger mühsamer Kleinarbeit trotz des Fehlens jeglicher Tatzeugen ein gewaltiges Material zusammengetragen haben, das die Angeklagten in überaus schwerer Weise belastet. Beurer und Berchtold sind flüchtig; letzterer ist auch in andern Fällen ähnlicher Blutschuld verdächtig, und Neunzert war ebenfalls schon an der Dobner-Affäre beteiligt; desgleichen weisen auch in der Mordsache Sandmayr die Fäden auf Braun als Anstifter. Diesem aber war Hartung gerade am Tage vor dem Morde mit einem kaum verhüllten Erpressungsversuche lästig und sicherlich auch als charakterlose und deshalb nicht ungefährliche Spitzelnatur in hohem Grade verdächtig geworden. Dies alles spricht neben einer Reihe weiterer, mehr nebensächlicher Punkte in hohem Grade für die Wahrscheinlichkeit, daß die beiden Angeklagten als Teilnehmer an der Autofahrt nach Ulm auch in irgendeiner Weise an der vorsätzlichen Beseitigung des Hartung mit beteiligt sind, zumal da die Bereitstellung der Pflastersteine und der starken Drähte auf ein vorher wohlgeplantes und wohlvorbereitetes Unternehmen schließen läßt, so daß kaum einer der Fahrtteilnehmer etwa durch plötzlich eingetretene Ereignisse völlig überrascht worden sein dürfte.

Gleichwohl hat das Schwurgericht den Indizienbeweis für die Beteiligung der Angeklagten nicht für derart lückenlos geführt anzusehen vermocht, daß es die Verantwortung für die folgenschwere Bejahung der Schuldfrage glaubte übernehmen zu können. Ballys Ausrede, daß sein Geständnis lediglich leere Großsprechereien gewesen sei, hat das Gericht Glauben geschenkt, indem es in Bally einen schwer belasteten Psychopathen sah. Ein solches Geständnis sei von vornherein kein „zuverlässiges Beweismittel".

Im Jahre 1928 kandidierte Neunzert als Nationalsozialist für den Bayerischen Landtag.

Volksblatt für Spandau und

9) **Der Enthüller der Feme ermordet**

Der bayerische Landtagsabgeordnete Karl Gareis (USPD.) hatte sich im politischen Kampf gegen die Einwohnerwehr verhaßt gemacht. Man fürchtete ihn, weil er über die früheren Fememattentate der Einwohnerwehr unterrichtet war und sich für deren Aufdeckung eingesetzt hatte.

Am 9. Juni 1921 abends hatte Gareis im Mathäserbräu in München eine Versammlung abgehalten, die bis gegen 11 Uhr nachts dauerte. Als Begleiter auf dem Nachhausewege bot sich ihm sein Parteigenosse, der Arbeiter Andreas Seraing an. Vom Stachus aus fuhren die beiden mit der Trambahn nach der Haltestelle Ungererstraße. Im gleichen Wagen fuhr das Ehepaar Baison. Gleichzeitig waren zwei Männer auf die Trambahn aufgestiegen, hatten Gareis genau beobachtet und waren mit ihm an seiner Haltestelle abgestiegen. Seraing brachte den Gareis bis vor seine Wohnung. Im Augenblick, als sich Gareis von ihm verabschiedete, fielen von hinten zweimal zwei Schüsse in kurzer Folge. Ein unbekannter Mann flüchtete an Seraing vorbei. Gareis, durch einen Schuß getroffen, stürzte zu Boden und starb kurz darauf.

Politische Motive, die die Ermordung des Gareis veranlaßt haben konnten, waren lediglich bei der bayerischen Einwohnerwehr und ihren, bereits in den bisherigen Fällen nachgewiesenen Mordhelfern vorhanden. Die Täter sind nicht ermittelt. Es darf als sicher angenommen werden, daß eine Tat, die sich nachts auf offener Straße in diesen Formen abgespielt hat, gut vorbereitet und nicht ohne moralische Unterstützung durch Gesinnungsfreunde durchgeführt worden ist. Der Verdacht der Täterschaft fiel auf Schweighart. Sein Alibibeweis wurde jedoch als gelungen angesehen und das Verfahren eingestellt.

Er hochstapelt Mörder

Wilhelm Hörnlein, geb. 19. Juni 1896, war Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei in Osnabrück. Vom 26. August bis 25. September 1921 hielt er sich in Mittenwald auf. Er befand sich aus politischen Gründen auf der Flucht. In einem Brief aus Mittenwald, gerichtet an den Vorsitzenden der Deutschnationalen Partei in Osnabrück, den Fabrikdirektor Paul Meyer, bezeichnete er sich als Mörder Erzbergers. Hörnlein schilderte seine finanziell verzweifelte Lage, bat um Unterstützung und um Beschaffung eines Passes, um Deutschland verlassen zu können.

Obwohl Meyer an der Wahrheit dieser Angaben zweifelte — denn er hatte in den Zeitungen andere Namen der Mörder Erzbergers gelesen —, forderte er eine Photographie für die Paßbeschaffung und schickte Hörnlein 100 bis 200 Mark (3 bis 6 Goldmark) Unterstützung; nach Empfang des Bildes weitere 1000 Mark (30 Goldmark). In einer Beratung zwischen Meyer und dem völkischen Abgeordneten Major Henning erklärte letzterer die Angelegenheit für einen glatten Schwindel. Daß Meyer etwas Schriftliches hergegeben und dem Hörnlein Geld geschickt habe, sei eine Dummheit gewesen. Man kam zu dem Entschluß, daß Meyer vor allem die Briefe zurückhaben müsse, weiter, daß Klarheit darüber zu schaffen sei, was an den Angaben über den Erzbergermord wahr sei. Wenn nicht . . . Nachdem die Paßbeschaffung durch den Abgeordneten Henning (tatsächlich oder nur angeblich) mißlungen war, wurde der Parteisekretär Landwehr beauftragt, nach Mittenwald zu fahren, um die Meyer kompromittierenden Briefe zurückzufordern und Aufklärung über Hörnleins Angaben zu verlangen. Landwehr legitimierte sich in München bei Kriebel durch die eine Hälfte einer gezackten Visitenkarte Meyers. Kriebel wies Landwehr an den an Beziehungen reichen Professor Stempfle. Stempfle erwog mit Landwehr „die Möglichkeit, Hörnlein über die Grenze zu bringen". Landwehr fuhr nach Mittenwald, wo ihm Hörnlein alle Einzelheiten seiner angeblichen Tat erzählte und die Briefe Meyers zurückgab. Durch seine offenkundigen Lügen, durch eine Mitteilung Kriebels an den Osnabrücker Fabrikbesitzer Frömbling, daß Hörnlein ein Schwindler sei und durch eine weitere Mitteilung an Frömbling, daß er ein im Auftrage von Weismann arbeitender Spitzel sei, ergaben sich erhebliche Verdachtsmomente und schwerstes Mißtrauen gegen Hörnlein. Hörnlein galt nunmehr als **Verräter**.

Dieser Verdacht besiegelte sein Los. Er wurde von Mittenwald über die Grenze gebracht. Damit konnte sich Hörnlein in Sicherheit fühlen. In Pertisau traf Hörnlein Anfang Oktober mit Berchtold und Schweighart zusammen. Berchtold und Hörnlein blieben dann beieinander, Hörnlein meist unter falschem Namen. Die Nacht vom 12. zum 13. Oktober verbrachten sie in Innsbruck im Hotel „Europa". Am 22. Oktober hielten sie sich, Berchtold als Holzmann und Hörnlein als Kofller, in Leoben in Steiermark auf. Am 30. Oktober übernachteten sie in Feistritz bei Weiskirchen (Bezirksgericht Judenburg) in Steiermark. Am 31. Oktober gingen sie gegen 10 Uhr früh in der Richtung nach Weiskirchen durch den Marelauner Wald. Kurz vor 12 Uhr mittags hörte ein Gutsbesitzer in Baumkirchen sechs Schüsse. Der Befund am Tatort ergab, daß Hörnlein über den Haufen geschossen worden war.

Nach der Personalbeschreibung wurde Berchtold von allen Zeugen einwandfrei als Begleiter des Ermordeten wiedererkannt. Nach der Tat fragte Berchtold die Briefträgerin Josefine Schmerlaib nach dem Wege nach Krottenhof. Er schien es dabei sehr eilig zu haben, denn er schwitzte stark. Berchtold wandte sich am gleichen Abend nach Leoben, wo er an einer Studentenkneipe im Gasthof Krempel teilnahm. Noch am 1. November 1921 ist Berchtold in Leoben gewesen. Seitdem fehlt jede Spur seines Aufenthalts.

Ruges Altgermanische Blutbrüderschaft

In engem Zusammenhang mit einem Putschplan, den die bayerische Einwohnerwehr nach ihrer Auflösung mit französischem Gelde durchführen wollte, steht die Ermordung Baurs. Dieser, am 21. Mai 1902 in Wismar geboren, war Mitglied der Organisation Consul, des Bundes nationalgesinnter Soldaten, des deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes, der Deutschvölkischen Freiheitspartei und des Roßbachbundes. Seine erste politische Betätigung bestand darin, daß er den Rathenaumördern bei ihrer abenteuerlichen Flucht half. Deswegen schwebte gegen ihn ein Verfahren wegen Begünstigung beim Landgericht Schwerin. Der Kapitänleutnant Mende von der Organisation Consul verpflanzte ihn nach München. Dort wurde er Mitglied der 20. Hundertschaft der Nationalsozialisten.

Mit dem ganzen Eifer eines Neulings betätigt er, der Norddeutsche, sich in den spezifisch bayerischen Geheimbünden. Das Ansehen, das er als Helfer der Rathenaumörder, als Freund der Kern und Fischer, genoß, nützt ihm dabei. Aber seine Geldmittel sind gering. Er bezieht von Hause fast keine Unterstützung, muß also für die Organisation und von ihr leben. Mittellos schläft er bis tief in den Tag hinein. Seine größte Sorge ist, Geld zu borgen, um essen zu können. Abends findet er sich im Stammquartier der Roßbachleute ein und bleibt die Zeche schuldig in der Erwartung, daß schon einer seiner Brüder zahlen wird. Aber er hat noch nicht genügend Kredit. Also beschließt er, selbst ein Ding zu drehen. Er will Scheidemann ermorden. Er rechnet damit, daß die vaterländischen Verbände ihm nach dem Attentat eine gut bezahlte Stelle verschaffen würden, doch zieht er Vorschußlorbeeren vor. Bald fällt er in den nationalen Kreisen durch seine blutrünstigen Reden auf. In Versammlungen der Organisation Roßbach fordert Baur zum Mord an Ebert, Scheidemann und anderen „Novemberlumpen" auf. Von der Münchener Polizei verhaftet, gab Baur zu, daß er die Absicht gehabt habe Scheidemann zu ermorden und daß er darüber mit dem Oberleutnant Roßbach gesprochen habe, Roßbach habe ihm jedoch energisch dieses Unternehmen verboten. Deswegen habe er die Sache aufgegeben.

87

2. Beilage Nr. 49
Jahrgang 1930

Volksblatt

Verräter

OPFER / MÖRDER / RICHTER
1919 – 1929

10) Ruges Altgermanische Blutsbrüderschaft

Baur wurde nicht dem Landgericht Schwerin, bei dem das Verfahren wegen Begünstigung der Rathenaumörder noch lief, zur Verfügung gestellt, sondern am 5. Februar aus München ausgewiesen. Diesem Ausweisungsbefehl folgte er natürlich nicht, blieb vielmehr in München bei seinen Bekannten und wurde Mitglied des Blücherbundes.

Das geistige Oberhaupt des Blücherbundes war der frühere Privatdozent Dr. Arnold Ruge, ein Großneffe jenes Ruge, der einst Mitarbeiter von Karl Marx war. Wegen seiner Tätigkeit in Oberschlesien schwebte gegen ihn ein Verfahren wegen Mordes. „Jeder Nationalgesinnte" so predigte er, „muß sich einen Juden aufs Korn nehmen, und bald kommt die Stunde, wo jeder seinen Mann zur Erledigung zugeteilt bekommt." Er hatte eine „altgermanische Blutsbrüderschaft" gegründet, um seine ehrgeizigen Mordpläne auszuführen. Diese Blutsbrüderschaft endete vor Gericht, indem jeder der Brüder den anderen den größten Lumpen, Schuft und Schweinehund nannte. Auch mit den Geheimverbänden war Ruge unzufrieden. Als Verräter sah er jene Dunkelmänner in den vaterländischen Organisationen an, die „zum Teufel und zum Mammon hinabrücken". Aus dem Blücherbund heraus sollte ein Geheimbund gegründet werden, geleitet von einem „politischen Kopf". Damit meinte er sich selbst. Unter ihm müsse ein Führer einer Abteilung stehen und sechs bis acht handkräftige Leute, die die Befehle des Führers ausführten. Dieser Geheimbund müsse es unter Umständen auf sich nehmen, die Führer des Blücherbundes „umzulegen". Als Führer dachte sich Ruge zuerst den unglücklichen Baur, später dessen Mörder Zwengauer.

Im Januar 1923 fuhr Baur mit mehreren anderen Mitgliedern des Blücherbundes, unter denen sich der Student Zwengauer befand, nach Regensburg, um die dortigen Nationalsozialisten für den Blücherbund und die von Frankreich finanzierte Aktion zu gewinnen. Während die anderen sich ihrer Aufgabe widmeten, zog es Baur vor, das ihm zur Verfügung gestellte Geld in einem Bordell auszugeben. Schon das gefiel seinen Brüdern wenig. Bei Ruge wurde Baur Privatsekretär. Es stellte sich aber bald heraus, daß er unzuverlässig war. Baur verlangte von Ruge und seinen Freunden, den Brüdern Berger, immer wieder Geld; Ruge äußerte bereits, Baur müsse „umgelegt" werden. Am 17. Februar drohte Baur ihnen offen mit Verrat ihrer Putschvorbereitungen. Ruge konnte sich nicht anders helfen, als daß er die Anwesenheit Baurs in München der Polizei mitteilte. Am 18. Februar hielten die beiden Berger, Ruge und Zwengauer eine Versammlung, eine Art Kriegsgericht, ab. Am nächsten Tag wurde Baur abgeholt und zunächst in das Geschäftszimmer des Blücherbundes mitgenommen. Dort wurde ihm gesagt, man brauche ihn zu einer geheimen nationalen Aktion im Norden, einem gefährlichen Unternehmen. Ein Automobil solle sie nach Norddeutschland bringen. Niemand solle Ausweispapiere mitnehmen. Zwengauer führt Baur an die Isar, schießt ihm eine Kugel in den Kopf und wirft den Bewußtlosen in den Fluß.

Der Getötete gehörte demselben Geheimbund an wie der Mörder. Beide waren bereit, den von französischer Seite finanzierten Putsch mitzumachen. Wesentliche Differenzen zwischen beiden bestanden nicht. Aber Ruge und die Brüder Berger hatten Angst vor Baur bekommen. Er hatte von dem französischen Geld gelebt, wie die anderen, aber er hatte nichts getan. Er hatte renommiert, es bestand die Gefahr, daß er auch verraten würde. Seine Ermordung erfolgte in der Zeit, als man den nationalen Putsch jeden Tag erwartete, als die Mitglieder der Geheimbünde glaubten, schon am nächsten Tage als Minister aufzuwachen. Da man morgen bereits die Macht besaß, so war es eine Kleinigkeit, unbequeme Mitglieder heute zu beseitigen.

Indessen: der Putsch ist nicht gekommen. Ruge, die beiden Berger und Zwengauer standen am 27. August 1923 vor dem Volksgericht München. Zwengauer behauptete, in Notwehr gehandelt zu haben. Der Staatsanwalt beantragte gegen Zwengauer die Todesstrafe. Das Gericht verurteilte ihn zu lebenslänglichem Zuchthaus. Johann Berger wurde wegen Begünstigung zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt und nach kurzer Zeit mit Bewährungsfrist entlassen. Ernst Berger wurde freigesprochen, Ruge wegen Aufforderung zum Morde zu der völlig unverständlichen Strafe von einem Jahr Gefängnis verurteilt.

Zwengauer, der offenbar nur ein Werkzeug gewesen war und die Schuld auf sich genommen hatte, verbüßte seine Strafe nicht. Er wurde nach dem Zuchthaus Straubing übergeführt und kam ins Spital der Anstalt. Am 1. Oktober 1924 wurde er auf Grund eines Gutachtens des Zuchthausarztes in das städtische Krankenhaus übergeführt, obwohl die Krankenabteilung des Zuchthauses in Straubing so gut eingerichtet ist, daß die Schwerkranken aus allen bayerischen Zuchthäusern dorthin verlegt werden. Aus dem städtischen Krankenhaus Straubing ist Zwengauer am 6. November 1924 entwichen und seit dieser Zeit unauffindbar. Er fuhr nämlich einfach nach Haus zu seinen Eltern. Er zeigte sich dort öffentlich. Die Polizei umstellte einmal sogar das Haus, nahm ihn aber nicht fest. Der praktische Arzt Dr. Arnold, bei dem er eine Zeitlang gewohnt hatte, wurde wegen Begünstigung zu 2000 Mark Geldstrafe, Berger, der ihm ein Motorrad zur Flucht geliehen hatte, zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Die Art der Ermordung des Baur, die Durchführung der Untersuchung und die systematisch vorbereitete Flucht des Mörders ist ein klassisches Beispiel für die Feme und ihre Verfolgung und Bekämpfung durch die bayerischen Gerichte.

Heinz-Orbis

Die Ermordung des Gutsbesitzers Heinz aus Orbis bei Kirchheim-Bolanden (Pfalz) ist eines von den vielen Attentaten, die aus Anlaß der separatistischen Bewegung im Rheinland und in der Pfalz verübt wurden.

Heinz war früher Mitglied der bayerischen Mittelpartei, einer Zusammenfassung der Deutschnationalen und der Volkspartei gewesen und nach seinem Austritt Generalsekretär der Freien Bauernschaft der Pfalz geworden.

Heinz wurde das Haupt der pfälzischen Separatistenbewegung. Er warf sich gegen Ende 1923 zum Chef der sogenannten „Autonomen Regierung der Pfalz" auf und ließ sich als Präsidenten der von den pfälzischen Autonomisten ausgerufenen Republik bezeichnen. Unter dem Schutz der Bajonette des Generals de Metz fristete diese „Regierung" ein kümmerliches Dasein. Eine wirkliche Regierungstätigkeit haben die Separatisten nie ausgeübt. Die Uebergriffe des Gesindels im Gefolge der Separatisten erzeugten bei der Bevölkerung Wut und Haß gegen die Usurpatoren.

Der Sitz der pfälzischen „Regierung" war Speyer. Als „Präsident" Heinz am 9. Januar 1924 wie gewöhnlich im „Wittelsbacher Hof" in Speyer zu Abend aß, traten plötzlich vier junge Männer an seinen Tisch heran und schossen ihn und seine Begleitung nieder. Heinz war sofort tot; seine Freunde Weiß, Sand, Weigel und Fußheller starben in der gleichen Nacht im Krankenhaus.

Als das Verbrechen geschah, war der Pressechef der Separatisten, Lilienthal, gerade im Begriff, das Hotel zu betreten, doch wurde er dicht am Portal von zwei gutgekleideten Herren, den Helfershelfern der Mörder, aufgehalten. Als er die Schüsse fallen hörte, schoß er auf die beiden, brach aber am Eingang verwundet zusammen. Einer der beiden, der bayerische Regierungsassessor Jakob Wißmann, starb nach einigen Minuten. Die übrigen Täter entkamen im Auto. Wißmann wurde am 22. Januar in seinem Heimatort Schollbrunn im Spessart beigesetzt. Unteroffiziere einer aus Würzburg gekommenen Reichswehrabteilung trugen den Sarg, den die schwarzweißrote Flagge deckte.

Am Tage nach dem Morde (10. Januar 1924) erließ die Staatsanwaltschaft des Volksgerichts in Würzburg Haftbefehl gegen 19 Personen, darunter auch gegen Heinz aus Orbis; und zwar „wegen eines nach den Verordnungen des bayerischen Gesamtkabinetts vom 11. Mai 1923 und des Generalstaatskommissars vom 1. Oktober 1923 mit der Todesstrafe bedrohten Verbrechens, des Landesverrats". Dieser Haftbefehl gegen einen Ermordeten, „mit der Todesstrafe" bereits „Bestraften", läßt die Deutung zu, als ob eine nachträgliche Legitimation für die Mörder des Heinz geliefert werden sollte. Dementsprechend hat der bekannte Münchener Strafrechtslehrer Professor Doerr in der „München-Augsburger Abendzeitung" vom 17. Januar 1924 die Auffassung vertreten, daß die Mörder von Speyer strafrechtlich nicht verfolgt werden könnten. Wenn die Täter vom 9. Januar auf solche Weise nur Verbrecher an der Fortsetzung ihrer Verbrechen verhindern wollten, sind sie nicht Mörder im strafrechtlichen Sinne." Doerr vertritt also die Rechtsanschauungen des Faustrechts. Er versucht bestellte Fememorde einer völkischen Wildwestbande als legale Akte zu rechtfertigen. Von einem Strafverfahren gegen die Mörder ist natürlich niemals etwas bekannt geworden.

88

2. Beilage Nr. 50 Jahrgang 1930 Volksblatt … s Havelland Freitag den 28. Februar

Verräter … Feme!

OPFER / MÖRDER / RICHTER 1919–1929 … VON E. J. GUMBEL

11)

Heinz-Orbis

Als verantwortlich für die Ermordungen werden Angehörige der sogenannten Pfalz-Zentrale in Heidelberg, die unter der Leitung des bayerischen Oberregierungsrats Ritter von Eberlein stand, bezeichnet. Diese „Zentrale" war in Heidelberg mit Unterstützung der bayerischen Regierung begründet worden, mit dem Auftrage, die separatistische Bewegung in der Pfalz zu bekämpfen.

Die Pfalz-Zentrale wurde am 15. Mai 1924 durch die badische Regierung polizeilich geschlossen. Gegen die Schließung protestierte die völkische Presse wütend und beschuldigte die badische Regierung der Zusammenarbeit mit den Franzosen.

Nach der Aussage des Leiters der Einwohnerwehr, Kanzler, hängt auch dieser Mord intim mit den früheren bayerischen Morden zusammen: „Dieser (Heinz-Orbis) wurde bekanntlich wegen seines hochverräterischen Treibens in der Pfalz ermordet. Ich hörte nun, daß davon gesprochen werde, die bayerische Regierung, und zwar ein Beamter im Referat des Ministerialrats Zettlmeier, habe 6000 Mark zu dem Zweck zur Verfügung gestellt, um den Ueberfall auf Hinz zu finanzieren. Mein Gewährsmann, von dem ich diese Mitteilung erhielt, sprach die Vermutung aus, daß die Leute, die jetzt in den Fällen Zusam-Mord und Forstenrieder-Park-Mord verhaftet worden sind, dem engeren Kreis der Personen angehörten, zu denen auch die mutmaßlichen Mörder des Heinz gehören, und daß die jetzt Verhafteten möglicherweise genaueres Wissen um diese Sache haben und bei weiterer Fortdauer der Untersuchungshaft zum Schaden der bayerischen Regierung mit ihrem Sachwissen herausrücken könnten . . . . Die Verfolgung dieser Angelegenheit könnte einen Skandal von europäischem Ausmaß ergeben."

Dieser Mord spielte eine Rolle bei der Amnestiedebatte von 1928. Dr. Wilhelm Frick, M. d. R., schrieb hierüber im „Völkischen Beobachter" vom 13. März 1928:

„Weil mir der Vertreter der selbstgerechten, frommen Bayerischen Volkspartei im Rechtsausschuß heute versicherte, seine Partei mache die Amnestie keinesfalls mit, so will ich ihr auch noch eine kleine Pille verabreichen, die ihre Hartleibigkeit vielleicht etwas mildert. Die Herren erinnern sich vielleicht noch des pfälzischen Separatistenführers Heinz Orbis, der im Frühjahr 1924 durch einen wohlvorbereiteten und wohlgelungenen Ueberfall beim Mittagstisch in einem Speyrer Hotel von einigen beherzten Männern „umgelegt" worden ist. Es ist wohl nicht nötig näher zu erörtern, wer den Auftrag und das Geld diesem „Fememord" gegeben hat. Ich hoffe, daß auch die fromme Bayerische Volkspartei diesen Wink mit dem Zaunpfahl verstehen wird, ansonsten ich noch deutlicher werden müßte, selbst wenn dabei eine Leuchte dieser Partei in sehr hoher amtlicher Stellung bös unter die Räder geraten sollte."

Worte und Taten

Es ist keiner der bayerischen Fememorde gesühnt worden. Ein Hinweis für die Ursachen findet sich in folgendem: Bei dem Staatsanwalt Vetter in München machte Dr. Gademann, während der Prozeß Sandmayr schwebte, einen völlig eindeutigen Interventionsversuch zugunsten der Fememörder. Nach den stenographischen Notizen eines anderen, bei dieser Unterredung anwesenden Staatsanwaltes sagte Gademann: „Wenn die Untersuchung in der Sache „Mord im Forstenrieder Park" so weitergeführt würde, läuft man Gefahr, daß Säulen der früheren Regierung Kahr kompromittiert und in die Untersuchung hineingezogen würden. Er hat darunter genannt Pöhner und Kahr, ferner Kaufleute und Industrielle. Und wenn die Sachen weiter aufgedeckt würden, dann würde auch noch ein anderer politischer Mord hineingezogen werden, bezüglich dessen die Forstenrieder Mordtäter in Betracht kommen. Dem Einwurf „Gareis" wird nicht widersprochen — als Mitwisser sogar Justizminister Roth. Es könnten sogar 40 der namhaftesten Größen der Regierung Kahr als Täter, Mittäter, Anstifter unter Umständen kompromittiert werden." Vetter fragte also, ob der andere politische Mord der an Gareis verübte sei und Gademann widerspricht nicht.

Die Einwohnerwehr unterhielt intime Beziehungen zur Münchener Polizei, die damals stets bereit war, sogenannte „Inkognitopässe" zum persönlichen Schutz an prominente Persönlichkeiten auszustellen. In den Jahren 1919 bis 1921 sind von der Münchener Polizei etwa 25 falsche Pässe ausgestellt worden für Parlamentarier und Offiziere. Listen über die falschen Pässe wurden aus naheliegenden Gründen nicht geführt. Unter anderen hat auch der steckbrieflich verfolgte Kapitän Ehrhardt nach seiner Flucht aus dem Leipziger Gefängnis von der Münchener Polizei einen falschen Paß, als Consul von Eschwege, erhalten. Danach ist es nicht weiter verwunderlich, daß trotz der damals allgemein bestehenden Paßpflicht allen Fememördern, die fliehen wollten, die Flucht auch gelang. Kahr, unter dessen Aegide die Feme blühte, ist heute Präsident des bayerischen Oberverwaltungsgerichts.

Der Zweck der bayerischen Feme ist restlos erreicht worden: die Waffen blieben bei den nationalen Verbänden. Ihr Terror hat die Arbeiterschaft niedergehalten. Allerdings wurde der politische Zweck des Waffenbesitzes nur teilweise erreicht, denn am 9. November 1923 schlugen die verschiedenen nationalen Verbände nur untereinander eine, zudem ergebnislose Schlacht. Die bayerischen Partikularisten Kahr, Lossow und Seißer besiegten nur die nationalsozialistische Bewegung unter Hitler und Ludendorff. Der Aufmarsch unter Ehrhardt in Franken gegen das Reich ist mißlungen. Aber dieser politische Mißerfolg darf nicht den Femetätern in die Schuhe geschoben werden.

Roßbach und die oberschlesischen Morde
Geschichte des Freikorps Roßbach

Im Dezember 1918 stellte der damals 25jährige Leutnant Gerhard Roßbach vom ehemaligen Infanterieregiment 175 aus Resten des Maschinengewehr-Ausbildungskommandos vom Schießplatz Gruppe eine Kompanie für den Grenzschutz in Westpreußen zusammen. Hieraus wurde kurze Zeit später die „Freiwillige Sturmabteilung Roßbach", ein aus allen Waffen kombiniertes Detachement von zunächst 180 Mann. Am 29. Januar 1919 „stürmten" die Roßbacher die Stadt Culmsee, die von der polnischen Bürgerwehr besetzt war. Darauf wurden sie in die vorläufige Wehrmacht als „Reichswehr-Jägerbataillon 37" aufgenommen.

Herr Roßbach wollte dem „deutschen General im Baltikum", dem Grafen von der Goltz, der einen Privatkrieg gegen angebliche Bolschewisten führte, zu Hilfe kommen und stellte bei der 35. Division den Antrag auf Verlegung ins Baltikum. Der Antrag wurde selbstverständlich abgelehnt, da die Reichsregierung sich zu dieser Zeit schon mit den Ententemächten wegen des Baltikumunternehmens in Konflikt befand und alles Interesse daran hatte, die Truppen aus dem Baltikum herauszuziehen. Aber Roßbachs Leute wollten „rubeln" (Fachausdruck für requirieren). Es wurden Verbindungen mit der Führung der „Westrussen" in Mitau angeknüpft. Roßbachs neuer Antrag, wenigstens an die ostpreußische Grenze verlegt zu werden, wurde wieder nicht genehmigt. Er mißachtet den Befehl des Generalkommandos und erreicht am 30. Oktober bei Tilsit die Grenze. Dort versucht Major Heß von der Befehlsstelle Ost (Königsberg) des Generals von Seeckt zum letztenmal die Roßbacher zurückzuhalten. Während der Verhandlung wird Roßbach am Rock gezupft: „Wir weichen nur der Gewalt!" Darauf machen die Roßbacher ihre Gewehre schußfertig und überschreiten die Grenze. Er kam gerade noch zurecht, um die Flucht der geschlagenen und zersprengten Baltikumer vor den nachdrängenden Letten und Esten mitzumachen.

Denn inzwischen war das Baltikumunternehmen von der Reichsregierung auch offiziell desavouiert und von den Letten liquidiert worden. Am 3. und 4. Oktober schon war die Attacke der Baltikumer auf Riga zusammengebrochen. General von der Goltz hatte zurückkehren müssen; den Befehl über die ihm unterstellten Truppen hatte er dem grusinischen Abenteurer Awaloff-Bermondt übergeben, der aus den gesamten Formationen im Baltikum, der „Eisernen Division", der „Deutschen Legion", den Freikorps Plehwe, Petersdorff, Graf Keller, Roßbach, dem Rest der ersten Gardereserve-Division und bisher kriegsgefangenen Russen die „Freiwillige Russische Westarmee" gebildet hatte.

Die deutschen Truppen legten die Zarenkokarde an, um bald darauf ruhmvoll auseinanderzulaufen. Am 12. Dezember hatte Deutschland die Roßbacher wieder. Roßbach wurde wegen Desertion angeklagt, seine Truppe aus der Wehrmacht entfernt. Eine dem Kapp-Putsch vorbereitende Stelle, wahrscheinlich Hauptmann Pabst, sorgte durch genügende Bezahlung dafür, daß die Truppe zur weiteren Verwendung zusammenblieb.

4. Beilage Nr. 51 — Volksblatt für Spandau und das Havelland
Jahrgang 1930

Sonnabend
den 1. März

Verräter verfallen der Feme

OPFER / MÖRDER / RICHTER
1919 – 1929

VON E. J. GUMBEL

12) Roßbachmorde im Kapp-Putsch

Während des Kapp-Putsches stand die Landarbeiterschaft in Mecklenburg den mit Kapp sympathisierenden militärischen Formationen scharf gegenüber. Die in den Generalstreik tretenden Landarbeiter befanden sich im Kampf für die Republik. Gegen sie setzte der meuternde General von Lettow-Vorbeck auf Grund von Befehlen des ebenfalls meuternden Oberbefehlshabers der Reichswehr, General der Infanterie von Lüttwitz, der eben abgesetzt worden war, Kriegsgerichte ein.

Zum Meuterer stieß der Deserteur: Roßbachs Bande trat im März 1920 auf Veranlassung Lettow-Vorbecks in Schwerin unter ihrer alten Bezeichnung wieder in den Verband der Reichswehr ein und beteiligte sich am Putsch.

Am 18. März 1920, morgens, fand in Niendorf bei Wismar bei dem Tagelöhner Wilhelm Wittge eine Versammlung streikender Arbeiter statt; Waffen befanden sich nicht in ihrem Besitz. Es wurde beschlossen, wegen Lohndifferenzen bei dem Gutsbesitzer Gesandten a. D. Baron von Brandenstein vorzusprechen. Dieser ließ Militär kommen: Freikorps Roßbach, Reichswehrbrigade-Kommandos 9. In der Nacht fand bei Wittge eine Haussuchung statt. Dieser und der Arbeiter Johann Steinfurth wurden vor das Haus des Barons Brandenstein geschleppt. Baron Brandensteins Wort: „Das sind die richtigen" genügte. Beide wurden „vor ein Standgericht gestellt" und zum Tode „verurteilt" mit der einfachen, den Tatsachen völlig ins Gesicht schlagenden „Begründung": „Da sie als Rädelsführer und mit den Waffen in der Hand zum Widerstand gegen die Truppe aufgehetzt haben". Roßbach gab den Befehl zur sofortigen Vollstreckung. Die beiden Arbeiter wurden noch in der gleichen Nacht erschossen.

Am gleichen Tage leitete der Arbeiter Slomsky aus Karow in einer Wirtschaft des Dorfes Mecklenburg eine Versammlung streikender Arbeiter. Es erschienen Autos mit mehreren Offizieren und etwa 60 Mann des Freikorps Roßbach. Ebenso der Rittergutsbesitzer Bachmann, bei dem Slomsky arbeitete. Slomsky wurde verhaftet und von den Soldaten schrecklich mißhandelt. Inzwischen verhandelten Bachmann und ein Offizier. Sie bildeten ein „Standgericht", das auf Grund der Aussagen des Kompanieführers, Leutnants Meincke, zu folgendem „Urteil" kam: „Gemäß der Verfügung des Militäroberbefehlshabers Freiherr von Lüttwitz Nr. 15 wird der Arbeiter Slomsky, da er als Rädelsführer und mit der Waffe in der Hand zum Widerstand gegen die Truppe aufgefordert hat, mit dem Tode des Erschießens bestraft."

Roßbach befahl wieder die Vollstreckung. Slomsky wurde von acht Mann und drei Chargen an seiner Wohnung vorbeigeführt, wo seine Frau und seine Kinder standen und schrecklich schrieen. Kurz hinter dem Dorfe wurde er erschossen. Die Leiche wurde der Witwe ins Haus gebracht.

Die Behandlung dieser Mordtaten durch die Gerichte ist typisch für die deutsche Justiz. Die Mitglieder des „Standgerichts" erklärten, sie hätten die drei erschossenen Arbeiter gemäß den Befehlen des Reichswehr-Brigade-Kommandos 9 (von Lettow) festgenommen, worauf die Staatsanwaltschaft in Schwerin i. M. am 7. Oktober 1920 das Strafverfahren einstellte mit der Begründung, daß der Tatbestand einer vorsätzlichen, bewußt rechtswidrigen Tötung nach Lage der Sache ausgeschlossen sei und eine fahrlässige Tötung unter den Amnestie-Erlaß vom 4. August 1920 (Kapp-Amnestie) falle.

Im März 1922 wurde das Verfahren gegen die vier Mitglieder des Standgerichts sowie den Oberleutnant Roßbach wieder aufgenommen. Die Staatsanwaltschaft in Schwerin beantragte am 5. Mai 1922 die Eröffnung der Voruntersuchung wegen Mordes. Das mecklenburgische Landgericht, Strafkammer I lehnte diesen Antrag am 19. Januar 1923 ab. Gegen diesen Beschluß des Landgerichts legte die Staatsanwaltschaft Beschwerde ein. Der Beschwerde wurde stattgegeben, indem der Beschluß des Landgerichts durch den Straffenat des mecklenburgischen Oberlandesgerichts zu Rostock am 24. Februar 1923 aufgehoben wurde mit der Anweisung, daß die Voruntersuchung zu eröffnen sei.

Das Verfahren dauerte mit gleicher Schärfe weitere fünf Jahre. Am 27. Juli 1927 wurden Roßbach, Bender und Meincke sogar verhaftet. Auf Beschluß der Ferienstrafkammer Schwerin vom 18. August 1927 wurde der Haftbefehl mit der Begründung aufgehoben, daß die Erschießungen auf Grund eines Standgerichtsurteils erfolgt seien. Mit der gleichen Begründung setzte die Strafkammer in Schwerin die drei am 18. März 1928 (genau acht Jahre nach der Tat) endgültig außer Verfolgung. Die von einem Deserteur bestätigten Urteile eines von einem meuternden General zur Bekämpfung der Republik eingesetzten „Standgerichts" werden damit als rechtsgültig anerkannt.

Zur Niederschlagung der als Reaktion gegen den Kapp-Putsch einsetzenden Arbeiterbewegung wurden die Roßbacher als Reichswehr-Jägerbataillon Nr. 37 ins Ruhrgebiet geschickt. Am 7. April 1920 rückten die Roßbacher in Essen ein. Der Feldwebel Block wurde auf der Straße von einem Kriminalbeamten auf den Maschinenschlosser Bergmann, der angeblich zur Roten Armee gehörte, aufmerksam gemacht. Nach Meldung bei dem Abteilungsleiter Koslowski wurde Bergmann verhaftet und zum Rathaus gebracht. Unterwegs stieß die Truppe auf eine Menschenansammlung, die den 19jährigen Bergarbeiter Rogowski umringte. Die Leute riefen: „Herr Feldwebel, der muß an die Wand gestellt werden!" So wurde auch Rogowski verhaftet. Beide wurden ins Rathaus gebracht. Als Grund der Verhaftung wurde — ohne jeden Beweis — angegeben, beide hätten sich an Plünderungen beteiligt und gegen die Roßbachtruppe gekämpft. Auf dem Rathaus saß Leutnant Linzenmeier als Gerichtsoffizier. Block führte beide zu Linzenmeier und zog sich in den Hintergrund des Zimmers zurück. Nach 15 bis 20 Minuten rief Linzenmeier: „Sie sind zum Tode verurteilt, Feldwebel Block treten Sie vor und vollstrecken Sie das Urteil." Auf die Einwendung des Block, die Angaben seien nicht von ihm, sondern von Leuten auf der Straße, entgegnete Linzenmeier: „Was ich weiß, genügt mir vollständig. Führen Sie die Leute auf den Hof und vollstrecken Sie das Urteil." Nach zwei Salven waren beide tot. Block meldete dann dem Leutnant Linzenmeier: „Befehl ausgeführt, die Leute sind erschossen."

Um Proteste von Augenzeugen der Verhaftung zu verhindern, wurde ein Fluchtversuch der Erschossenen behauptet. Nachdem die Essener Staatsanwaltschaft die Sache vier Jahre lang „bearbeitet" hatte, wurde sie an das Landgericht Bielefeld abgegeben. Am 23. September 1924 stand Block wegen Totschlags vor dem Schwurgericht in Bielefeld. Der Roßbachmann Lange, der bei dem Kommando war, der die Erschießung durchführte, wurde als Zeuge vernommen. Der Staatsanwalt beantragte die Mindeststrafe: Fünf Jahre Zuchthaus. Das Gericht dagegen sprach Block frei mit der Begründung, er habe angenommen, einen ihm erteilten Befehl eines Vorgesetzten auszuführen und nicht gewußt, daß er ein Verbrechen beging.

Linzenmeier wurde 1920 verhaftet, dann aber von der Essener Strafkammer aus der Untersuchungshaft entlassen gegen eine Kaution, die eine Düsseldorfer Behörde, bei der er arbeitete, gestellt hatte. Im September 1924 war Linzenmeier nicht erschienen und hatte sich im besetzten Saarbrücken aufgehalten. Am 20. September 1927 konnte die Hauptverhandlung auch gegen Linzenmeier vor dem Bielefelder Schwurgericht stattfinden. Das Schwurgericht billigte Linzenmeier mildernde Umstände zu. Außerdem finde die Amnestie Anwendung. Es erübrige sich deshalb eine Prü-

ſung der Frage, ob der Angeklagte ſchuldig oder unſchuldig ſei.

Dieſe Ermordungen waren nicht die einzigen, die das Freikorps Roßbach im Ruhrgebiet begangen hat. So ſagte der General Baumbach, der die Todesurteile von Standgerichten zu beſtätigen hatte, im erſten Prozeß aus: „Am Abend vor dem Einzug (in Eſſen) wurden mir acht bis neun Todesurteile vorgelegt, die formell unrichtig und mit Bleiſtift geſchrieben waren. Ich habe ſie nicht beſtätigt. Die Leute waren aber alle ſchon erſchoſſen."

Alle dieſe Arbeitermorde blieben unbeſtraft.

Reichswehr und Roßbacher

Im Mai 1920 wurde das Bataillon Roßbach in Güſtrow wieder einmal offiziell aufgelöſt. Faktiſch blieb es zuſammen. Nach Niederſchlagung des Kapp-Putſches ſtellte der pommerſche Landbund mit Billigung der ortszuſtändigen Reichswehrbehörde (Wehrkreiskommando II in Stettin, Befehlshaber Generalleutnant von Weber, Chef des Stabes Oberſt von Pawelsz) eine Selbſtſchutzorganiſation auf. In ihr wurde die Roßbachtruppe geſchloſſen als „Arbeitsgemeinſchaft" aufgenommen. Als Maſchinenteile deklariert wurden die Waffen von der Auflöſungsſtelle in Güſtrow ihnen nach Pommern nachgeſandt. Die „Soldaten auf Urlaub" ſollten einem angeblich erwarteten polniſchen Einfall entgegenwirken. Tatſächlich war ein polniſcher Einfall in Pommern überhaupt nicht zu befürchten. Aber die Landarbeiter hatten geſtreikt. So hat man, wie üblich, den „äußeren" Feind vorgeſchützt, während man den „inneren" meinte.

Der weſentliche Gegner waren die organiſierten Landarbeiter. Vor allem ihnen gegenüber galt es, das Geheimnis der Waffen zu wahren.

91-92

Verräter verfallen der Feme!

OPFER / MÖRDER / RICHTER
1919 – 1929

VON E. J. GUMBEL

13) Waffen umgebettet — Verräter umgelegt

Der Mord an Schmidt.

Auf den Gütern Stecklin, Rosenfelde und Liebenow im Kreise Greifenhagen kommandierte im Juli 1920 als besonderer Vertrauensmann Roßbachs der 22jährige Leutnant Edmund Heines, der gegen die bayerische Räterepublik, im Baltikum und im Kapp-Putsch gekämpft hatte. In der Arbeitsgemeinschaft Stecklin befand sich seit 14 Tagen der 20jährige landwirtschaftliche Arbeiter Willi Schmidt. An einem nicht festzustellenden Tage des Juli 1920 erschien der Vertrauensmann der Steckliner Gruppe, Unteroffizier Max Krüger, auf dem Gut Rosenfelde und meldete dem Heines, Schmidt wolle die Arbeit niederlegen. Man erzählte sich von ihm im Dorf, er wolle einen Transport von Reichswehrwaffen, der offiziell an das Reiterregiment in Schwedt bestimmt war, tatsächlich aber zu den Roßbachern nach Rosenfelde ging, an die Schutzpolizei verraten. Dieses vage Gerücht, das nur sechs Stunden umlief, war die Grundlage für ein „Todesurteil".

Schmidt hatte sich zu einer Familie Walter im Dorf Stecklin begeben. Heines, zusammen mit Max Bandemer, Johann Vogt und Karl Ottow suchten ihn auf. Sie stellten sich als Kriminalbeamte vor und fanden ihn auf dem Heuboden schon schlafend. Aengstlich fragte Schmidt, was man von ihm wolle. „Du sollst nur verhört werden." Zunächst transportierte man ihn nach dem Gute Stecklin. Der Unteroffizier Ottow schlug ihn dort mit einem Gummiknüppel über den Kopf, so daß Schmidt blutüberströmt zusammenbrach. Auf sein Flehen gab man ihm Wasser, seine Wunden zu reinigen und Leinen, um sie zu verbinden. Auf einem Feldwagen wurde er nach Rosenfelde transportiert. Dort meldete Heines dem Ortsvorsteher und Administrator Ernst Bergfeld, Schmidt sei da. Dieser gab darauf den Schlüssel zur Spatenkammer heraus. Angeblich glaubte er, verborgene Waffen sollten umgebettet werden. Doch wurde im Zimmer über die Erschießung verhandelt. In dunkler Nacht ging der Trupp zum Walde. Man begann ein Loch zu graben, denn Schmidt sollte hier erledigt werden. Da der Boden zu hart und das Dorf zu nahe war, ging man weiter zum Gut Liebenow. Dort wurden die Roßbachunteroffiziere Kurt Bär und Ewald Fräbel mitgenommen. Schmidt schrie wiederholt: „Ich soll erschossen werden!" Fräbel beruhigte ihn: „Du wirst nur abgeliefert". Zu Fuß ging es weiter in den Kehrberger Forst hinein. Während des Marsches befahl Heines dem Bär, den Schmidt zu erschießen. Als dieser sich weigerte, preßte Heines dem Schmidt die Pistole ins Gesicht und drückte zweimal los. Schmidt fiel hintenüber. Darauf gab auch Otto zwei Schüsse auf ihn ab. Da Schmidt noch um Hilfe schrie, drückten alle Beteiligten sein Gesicht in den Waldboden. Ottow schlug ihm einen eisenbeschlagenen Gummiknüppel etwa zehnmal auf den Schädel und trat ihm auf den Rücken, Fräbel trat auf den Hinterkopf. Die Leiche wurde in ein Loch gelegt, das Bär inzwischen gegraben hatte. Vogt, ein Leutnant Hermann und Bergfeld spielten am nächsten Abend gemütlich Skat. Dabei Hermann: „Schmidt ist schlecht eingegraben, seine Knie gucken noch aus der Erde heraus."

Wenige Tage nach dem Mord meldete Heines telephonisch seinem Führer Roßbach, daß er einem erhaltenen Befehl seines vorgesetzten Kreisleiters, Leutnant a. D. Walter Schulz, gemäß den Schmidt, der Waffen habe verraten wollen, verhaftet habe. Auf dem Wege durch den dunklen Kehrberger Forst habe der Arrestant Anstalt gemacht, zu fliehen. Daraufhin habe er, Heines, ihn niederschießen müssen. Roßbach genügte diese Meldung. Da die Leiche nur schlecht eingegraben war, und sich das Gerücht von der Ermordung verbreitet hatte, wurde in einer Versammlung der Roßbachleiter und -vertrauensleute in Pyritz Auftrag gegeben, die Leiche umzubetten. Dies geschah unter Leitung von Heines.

Der Mord wurde erst nach Jahren entdeckt: ein Mitwisser, der Arbeiter Bathke, versuchte, Bergfeld zu erpressen. Dieser fühlte sich so sicher, daß er Bathke anzeigte, worauf dieser alles der Polizei meldete. Sämtliche Beteiligten, auch Heines, der inzwischen in München Jurisprudenz studierte und in der nationalsozialistischen Bewegung eine Rolle gespielt hatte, konnten verhaftet werden. Vom 16. April bis 5. Mai 1928 wurde vor dem Schwurgericht in Stettin unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Hirschberg wegen Mordes verhandelt.

Die Aussagen der Angeklagten über die Vorgänge im Wald gingen auseinander. Heines erklärte, Schmidt habe fliehen wollen, wovon in der Voruntersuchung nie die Rede gewesen war. Die Spaten seien nur zum Umbetten von Waffen mitgenommen worden. Irgendein Nachweis für den angeblich beabsichtigten „Verrat" des Schmidt konnte nicht geführt werden. Heines wollte dies von dem Roßbacher Just erfahren haben. einem „Spezialisten für Verrätersachen", der später selbst unter geheimnisvollen Umständen umkam. Bär will nur aus Angst mitgemacht haben. Denn bei den Roßbachern sei immer vom „Spazierenfahren" die Rede gewesen. Fräbel war geständig. Leutnant Schulz, als Zeuge vernommen, will die Angelegenheit nicht gekannt, Bergfeld nur von der späteren Umbettung gewußt haben.

Staatsanwaltschaftsrat Frantzky, beantragte wegen Mordes gegen Ottow und Heines die Todesstrafe, wegen Beihilfe zum Mord gegen Fräbel und Bergfeld je vier Jahre Zuchthaus, gegen Krüger, Bär, Bandemer und Vogt drei Jahre Zuchthaus. Gegen die Hintermänner, Freiherr von Bodungen und Roßbach, könne wegen Verjährung nichts mehr unternommen werden.

Das Gericht kam zum Schluß, nicht der Schimmer eines Beweises für Schmidts Schuld sei erbracht worden. Es nahm an, daß Heines ursprünglich mit Vorbedacht und Ueberlegung handelte, weil er die Spaten mitgenommen hatte. Während des Grabens in Rosenfelde habe er die Absicht zum Mord aber aufgegeben und Schmidt dann nur im Affekt umgebracht. So wurde nur wegen Totschlags Heines zu fünfzehn Jahren Zuchthaus, Ottow zu vier Jahren Zuchthaus, Fräbel wegen Beihilfe zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt; Bär, Vogt, Bandemer, Krüger und Bergfeld wurden freigesprochen, die letzteren vier, weil sie nicht an dieser Tat, sondern nur an den straflosen Vorbereitungshandlungen zu einer anderen, nicht ausgeführten Tat teilgenommen hätten. Oberstaatsanwalt und Verteidigung legten Revision ein.

Der Dritte Straffenat des Reichsgerichts hob auch dieses milde Urteil am 6. Dezember 1928 auf. weil gegen einen der Geschworenen zur Zeit des Prozesses ein Verfahren wegen Betruges geschwebt hatte. So gelangte das Verfahren wieder an das Schwurgericht zurück. Die Verhandlung unter dem Landgerichtsdirektor Hoffmann fand vom 25. Februar bis 13. März 1929 statt. Krüger war unterdessen wegen eines gemeinen Totschlags, begangen an einer alten Frau, zu fünfzehn Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Bergfeld starb während des Prozesses.

Der Oberstaatsanwalt Saß unterstellte als wahr, daß Heines keine Bedenken geh[illegible]at, dem Geheimbefehl Roßbachs Folge zu leisten, [illegible] die Geheimhaltung mit allen Mitteln zu erstreben war. Die Konsequenz einer Anklage gegen den „Zeugen" Roßbach aber hat er nicht gezogen. Er beantragte gegen Heines wegen Mordes die Todesstrafe, gegen Ottow wegen Beihilfe hierzu vier Jahre Zuchthaus, gegen Fräbel, Bär, Vogt und Krüger wegen des gleichen Verbrechens je drei Jahre Zuchthaus. Jedoch sollte nur gegen Heines Haftbefehl erlassen werden. Das Gericht nahm wieder Mordplan und Totschlagsdelikt an, setzte die Strafe herab und verurteilte Heines zu fünf Jahren Gefängnis, Ottow zu zweieinhalb Jahren, Fräbel und Bär zu sechs Monaten Gefängnis wegen Beihilfe. Krüger, Bandemer und Vogt wurden freigesprochen.

Auf Grund der Argumentation des Gerichts müßte man den Begriff Mord überhaupt aus dem Strafgesetzbuch streichen. Denn niemals ist nachweisbar, ob nicht der Täter im letzten Augenblick von seinem Plan zurückgeschreckt und dann nur im Affekt das tut, was er eigentlich mit Ueberlegung ausführen wollte.

Heines hat kaum 1½ Jahr im Gefängnis gesessen. Die Verteidiger legten zum zweiten Male Revision beim Reichsgericht ein. Auf Beschluß des Straffenats beim Oberlandesgericht Stettin wurde Heines am 14. Mai 1929 gegen eine Kaution von 5000 Mark aus der Haft entlassen. Sonst pflegen die Gerichte bei Freiheitsstrafen von dieser Höhe Fluchtverdacht anzunehmen.

Anläßlich des nationalsozialistischen Reichsparteitages in Nürnberg im August 1929 veröffentlichte Heines einen Aufruf im „Völkischen Beobachter", in dem es heißt: „Ich bin der alte geblieben, als der ich euch damals verließ . . . Mein Haß loht gleich tief in meinem Innersten gegen alle unsere Feinde. So rufe ich euch denn alle wieder, die ihr einst unter meiner Führung droben im Baltikum, in Oberschlesien und im Ruhrgebiet mit mir gekämpft, die ihr in München mit am Odeonsplatz standet. . . . Wir wollen unter unserer alten Hakenkreuzfahne uns wieder sammeln und marschieren und kämpfen wie damals."

14)

Oberschlesien

Die Grundlagen der oberschlesischen Morde sind in einer Denkschrift des preußischen Innenministers Severing vom 17. März 1926 an den Femeausschuß des Reichstages wie folgt dargestellt:

Im Januar 1920 verließen die deutschen Truppen das oberschlesische Abstimmungsgebiet, das Anfang Februar desselben Jahres von den interalliierten Truppen besetzt wurde.

Als dann am 1. Mai 1921 der dritte polnische Aufstand ausbrach, machte es die von polnischer Seite betriebene militärische Vorbereitung dieses Unternehmens dem deutschen (privaten) Selbstschutz besonders in den Grenzbezirken unmöglich, sich zur Wehr zu setzen, zumal es sich bald zeigte, daß der dritte Aufstand weniger diesen Namen als vielmehr den eines regelrechten Krieges verdiente. Bei der drohenden Gefahr, daß in wenigen Tagen ganz Oberschlesien in den Händen der polnischen Insurgenten und des polnischen Militärs sein würde, zumal die interalliierten Truppen sich auch diesmal nicht nur untätig verhielten und sich aus den gefährdeten Gegenden zurückzogen, sondern die französische Besatzung sogar ganz offen mit den Polen Hand in Hand arbeitete, wurden erneut dringende Vorstellungen bei den Berliner Zentralstellen erhoben. Diese wurden jedoch angesichts des Rücktritts der Regierung Fehrenbach in Verfolg des Londoner Ultimatums mit der Begründung abgetan, eine verantwortliche Regierung sei nicht vorhanden, man solle nach eigenem Ermessen handeln. Darauf wurde der Selbstschutz auf einer bestimmten Linie gesammelt und bei der Interalliierten Kommission mit englischer Unterstützung die Auffüllung der Abstimmungspolizei durch 2000 von deutscher Seite gestellte Mitglieder durchgesetzt. Dieses Zugeständnis gab die Möglichkeit, die dringend nötige Auffüllung des Selbstschutzes dadurch vorzunehmen, daß durch Vermittlung der „Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier“ in den meisten deutschen Blättern Aufrufe zum Eintritt von Freiwilligen in die oberschlesische Abstimmungspolizei erlassen wurden. Die Folge war ein starker Zustrom tausender junger Leute, insbesondere von Studenten.

Infolge dieser plötzlichen Entwicklung und mächtigen Erweiterung durch das Anrücken bewaffneter Verstärkungen aus anderen Landesteilen ließ sich die straffe Organisation des oberschlesischen Selbstschutzes natürlich nicht mehr aufrechterhalten. Die oberschlesischen Ereignisse waren den Führern der früher bewaffneten und inzwischen aufgelösten Freikorps sowie anderen Organisationen eine willkommene Gelegenheit, sich wieder zu betätigen; aus eigener Entschließung riefen sie zur Bildung von Freikorps zwecks Unterstützung des oberschlesischen Selbstschutzes mit Erfolg auf. Auch die Arbeitsgemeinschaften, die sich naturgemäß nicht so leicht an eine friedliche Berufsarbeit hatten gewöhnen können, ergriffen den willkommenen Anlaß, sich wieder in der ihnen mehr zusagenden Weise zu betätigen. So bildeten sich innerhalb des oberschlesischen Selbstschutzes auf Grund der früheren Zugehörigkeit zu bestimmten Verbänden Formationen, die sich nach diesen oder ihren Führern bezeichneten. Hierbei sind insbesondere die Organisationen „Roßbach“, „Aulock“, „Heydebreck“ und das sogenannte Freikorps „Oberland“, das vornehmlich aus Bayern herbeigeeilte Mitglieder des dortigen Bundes Oberland umfaßte, zu nennen. Daß die militärische Unterstützung dieser Verbände angesichts der furchtbaren Gefahr für Oberschlesien letzten Endes begrüßt worden ist, ist gewiß verständlich ... Das Bekanntwerden der furchtbaren Grausamkeiten der Polen an deutschgesinnten Einwohnern und gefangengenommenen Mitgliedern des Selbstschutzes löste verständlicherweise auch beim Selbstschutz das Gefühl tiefster Erbitterung und Rache aus; es kam naturgemäß daher zu den gröbsten Ausschreitungen gegen polnisch gesinnte Oberschlesier. Allmählich wurzelte sich bei der nationalen Struktur Oberschlesiens aber ein derartiger Haß gerade bei dem über das Schicksal zahlreicher Kameraden erbitterten Selbstschutz ein, daß der bloße Verdacht, polnisch gesinnt zu sein, genügte, um solche Verdächtigte dem Selbstschutz auszuliefern. Das allgemeine Mißtrauen machte schließlich auch vor den eigenen Kameraden nicht halt: zum erstenmal trat hier praktisch eine Erscheinung auf, die im Sprachgebrauch der Folgezeit als „Feme-Justiz“ bezeichnet worden ist.“

In der gleichen Denkschrift spricht Severing von „einer Erscheinung, die sich in späteren Jahren geradezu zu einer Volksgeißel entwickelt und offenbar als Vorbild für bedenklichste Erscheinungen der Folgezeit gedient hat, der sogenannten Femejustiz in den Reihen derartiger Verbände“.

Die oberschlesischen Morde waren bereits seit Jahren bekannt. Aber die Oeffentlichkeit hatte sie ziemlich vergessen, besonders, da in keinem Fall ein Verfahren stattgefunden hatte. Im Femeprozeß Schmidt, der im April 1928 in Stettin geführt wurde, benutzte die Verteidigung dies für ihre Zwecke. Ihre Taktik lief auf den Versuch hinaus, den Mord an Schmidt durch die Tatsache zu entschuldigen, daß ihm viele gefolgt sind. Der Mordnachweis wurde zur Verteidigungsmethode. Durch den Hinweis auf die wegen der oberschlesischen Morde ergangene Amnestie sollte eine Einstellung dieses Verfahrens oder gar Freispruch der Mörder erreicht werden. Der militärische Führer des oberschlesischen Selbstschutzes, Generalleutnant a. D. Höfer, sagte im Prozeß am 21. April 1928 aus: „Als ich am 18. Mai 1921 nach Schlesien kam, um die Leitung der oberschlesischen Selbstschutzorganisationen zu übernehmen, stand ich in einem Gebiet, das sozusagen Niemandsland war. Ein Recht bestand dort nicht. Es gab zwar dort Gerichte, aber man konnte den[illegible]n nicht zumuten, daß sie diese Gerichte erst anriefen. [illegible]n aber der Lynchjustiz vorzubeugen, habe ich damals sogenannte Kameradengerichte eingesetzt. Ich war überzeugt, daß dies das einzige Mittel war, die Manneszucht aufrechtzuerhalten. Ich habe es auf mich genommen, Todesstrafen anzudrohen, und zwar in vollem Verantwortungsbewußtsein. Es mußte eine Justiz ausgeübt werden, da die mir unterstellten Truppen anscheinend bis dahin Selbstjustiz geübt hatten. Die Urteile der Kameradengerichte mußten natürlich zuerst von mir bestätigt werden. Es wurde mir nur ein einziges Todesurteil vorgelegt, das ich aber nicht bestätigt habe.“

Oberschlesische Morde

Im Juni 1921 wurde der Maschinenputzer Hermann Trenkel, ein Pole aus Oppeln, nachts von dem Führer des deutschen Bahnschutzes, Oberingenieur Torinius, am Bahnkörper angetroffen, als er sich dort in verdächtiger Weise zu schaffen machte. Eine Handgranate und sechs Dynamitpatronen wurden ihm abgenommen. Trenkel gelang es zu entfliehen. Bei einer polizeilichen Haussuchung wurde in seiner Wohnung noch mehr Sprengmaterial und Munition gefunden. Nach einiger Zeit wurde Trenkel erneut festgenommen, dabei wurden in seiner Tasche Schriftstücke gefunden, die bewiesen, daß er in polnischen Diensten stand. Hierzu war er, da er sich als Pole fühlte, während der Abstimmung vollkommen berechtigt. Torinus, gemeinsam mit zwei unbekannten Begleitern, schleppten den Trenkel nunmehr auf eine Lokomotive, man fuhr ihn außerhalb des besetzten Gebietes bis kurz vor Loewen. An der Neißebrücke erschoß man ihn.

Die Tochter des Ermordeten, Klara Trenkel in Oppeln, erfuhr erst im Frühjahr 1926 die Namen und Adressen der Täter und erstattete gegen sie Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft in Brieg. Unter dem 11. März 1926 erhielt sie, gezeichnet vom Oberstaatsanwalt Dr. Buhl, den Bescheid, daß das Verfahren gegen die Mörder eingestellt sei.

Die Zeitschrift „Das andere Deutschland“ brachte am 22. 1. 1927 folgendes Geständnis: „Ich, der Arbeiter Hubert Caida, in Wreschin, war während des Polenaufstandes im Jahre 1921 beim Selbstschutz in Dedewitzhof bei Tworkau, Kreis Ratibor, tätig. In der Nacht vom 18. bis 19. Mai 1921 bekam ich von dem Oberleutnant Petrich den Auftrag, den Gasthausbesitzer Miketta aus Benkowitz auf dem Wege von Dedewitzhof nach Benkowitz mit einem anderen Selbstschutzmann zu begleiten, den Miketta jedoch unterwegs ohne weiteres zu erschießen. Auf der Chaussee zwischen Dedewitzhof und Twerkau ging Miketta einen Schritt vor uns, beide Hände in den Hosentaschen und mit der Pfeife im Munde, ganz sorglos, da wir ihm erklärt haben, daß wir ihn nach Hause zu seiner Fr[illegible] wollen. Ich blieb dann drei Schritt zurück und ha[illegible]em mir erteilten Auftrag gemäß, durch einen Kopfschuß erschossen. Miketta war auf der Stelle tot. Es tut mir sehr leid, daß ich Miketta erschossen habe, da er drei Waisen zurückließ. Ich glaubte aber, daß ich den Auftrag meines Vorgesetzten, des Oberleutnants Petrich, ausführen mußte.

Vorstehende Angaben versichere ich hiermit an Eides statt. Wreschin, den 27. November 1926. Hubert Caida.“

2. Beilage Nr. 54
Jahrgang 1930
Volksblatt für Spandau und das Havelland
Mittwoch
den 5. März

15)

Oberschlesische Morde

Die Bezeichnung der oberschlesischen Morde als Fememorde wäre unrichtig. Es handelt sich hier um gewöhnliche politische Morde. Zur näheren Illustrierung folgt eine Darstellung, wie sie von den Söhnen Karl und Max des in Wyssoka ermordeten Nowack in der „Welt am Abend" vom 30. 4. 1929 gegeben wurde:

„Unser Vater, der Pfefferküchler Josef Nowak in Wyss[illegible] bei St. Annaberg ist genau so wie all die anderen Opfer [illegible] Feme in Oberschlesien auf höheren Befehl ermordet wor[illegible]. Am 4. Juni 1921 erschien der Gendarmeriewachtm[illegible]er Schweighardt aus St. Annaberg mit acht Angehörigen des sogenannten Selbstschutzes; sie sprachen bayerisch, müssen also zu dem bekannten Freikorps Oberland gehört haben, das unter dem Befehl des Kapitänleutnants Killinger stand, der später wegen Beteiligung an der Ermordung Erzbergers in Haft genommen wurde und von dem Staatskommissar Weismann für die treuen Dienste in Oberschlesien 300 000 M. ins Untersuchungsgefängnis nach Offenburg überwiesen bekam. Der Gendarm erklärte im Beisein unserer Angehörigen, daß er den Befehl erhalten habe, unseren Vater wegen Spionageverdachts zugunsten der polnischen Aufständischen zu verhaften. Wir wissen ebenso wie alle Einwohner des Dorfes, daß unser Vater unschuldig war, da er sich als alter Mann um Politik überhaupt nicht kümmerte und erst recht nicht daran dachte, für Polen Spionagedienste zu leisten. Er hat sich lediglich wiederholt dahin geäußert, daß der gegenseitige Brudermord in Oberschlesien sinnlos wäre, da das Volk sowieso verraten und verkauft sei. Man könne das gegenseitige Morden unmöglich als einen Kampf um die Freiheit bezeichnen. Von diesem Tage an setzten die Verfolgungen gegen unseren Vater ein. Er wurde unter Beobachtung gestellt und von allen Seiten bespitzelt. Die unsinnigsten Verdächtigungen wurden gegen ihn ausgestreut. Freunde der Familie warnten unseren Vater und baten ihn, das Dorf zu verlassen, da er seines Lebens nicht mehr sicher sei. Zu spät! Der alte Mann fühlte sich unschuldig und dachte nicht an eine Flucht.

96

[illegible] er plötzlich von sogenannten Grenzschutzsoldaten aus dem Bett geholt und wie ein Tier durch das Dorf getrieben, wobei die Soldaten fortgesetzt mit Seitengewehren und Gewehrkolben auf ihn einschlugen. Mit ihm wurden zugleich verhaftet Ignaz Kwittek und Ignaz Kwiotek aus St. Annaberg und Anton Wojciedowski aus Wyssoka. Was nun begann, war so grausam, daß uns heute noch die Tränen in die Augen treten, wenn wir daran denken.

Bei St. Annaberg befindet sich ein Basaltsteinbruch, der eine offene Grube von etwa 50 Meter Tiefe hat. Hierher wurden die vier Opfer der Femebestien geschleppt. Sie kamen halbtot an, waren unterwegs infolge der entsetzlichen Mißhandlungen wiederholt zusammengebrochen, bis sie schließlich nicht mehr weiterkamen. Man packte sie daher an den Beinen und schleppte sie wie Schleifholz die Erde entlang nach dem Steinbruch. Hier wurden die vier Männer vollends totgeschlagen. Im Blutrausch gaben die toll gewordenen Bestien noch auf die toten Körper soviel Schüsse ab, wie in ihren Mehrladepistolen vorhanden waren.

Bis weit hinein ins Dorf wurden die Schmerzensschreie der zu Tode Gefolterten gehört. Die ohnehin schon genug gequälten Dorfbewohner glaubten, das Ende der Welt sei nahe. Doch keiner von ihnen durfte es wagen, aus den Häusern zu gehen oder sich gar in der Nähe des blutigen Schauplatzes erblicken zu lassen. Er hätte ohne weiteres das Schicksal der genannten Opfer teilen müssen.

Nachdem die Barbarei zu Ende war, wurden die Toten in die Tiefe gestoßen. Von oben herunter stießen die Bestien mit Eisenstangen und Holzlatten, die sie eigens zu diesem Zweck mitgebracht hatten, Erdmassen hinab, um die Leichen zu bedecken. Dann verließen die Mörder nach vollbrachtem Werk den Schauplatz ihrer blutigen Handlung. Ein Posten wurde zurückgelassen. Er hatte den Befehl, keinem der Dorfbewohner den Zutritt zur Grube zu gestatten.

Erst am 8. Juni, also vier Tage später, fanden die Angehörigen Gelegenheit, nach den Toten suchen zu können. Am Abhang des Steinbruchs fanden sie eine Brille, die dem ermordeten Kwiotek gehörte. Sie stiegen nunmehr in die Tiefe hinab. Aus Schutt und Geröll ragte ein Bein hervor. Mit bloßen Händen scharrten die armen Angehörigen nun die Toten aus. An dem Körper unseres Vaters wurden nicht weniger als vier Bauchschüsse, zwei Brustschüsse und 73 Bajonett- oder Messerstiche gezählt. Bei Kwiotek waren es ungefähr genau soviel. Die Leichen Kwioteks und Anton Wojciedopskis waren überhaupt nicht wiederzuerkennen."

Ein etwa 38 Jahre al[illegible] Mann namens Sigulla kam Anfang August 19[illegible] seinem Heimatort im Kreis Oppeln mit seinem [illegible]rad nach Blinkenau in Oberschlesien. In der Wirtschaft von Paul Pawlek kam er mit einigen Roßbachern ins Gespräch und zechte mit ihnen bis 3 Uhr nachmittags. Dann kam plötzlich das Gerücht auf, der Fremde — Sigulla war vorher nie im Ort gewesen — sei ein entlaufener Roßbacher und polnischer Spitzel. Anstatt dem Kompanieführer Weber oder dem Feldwebel Meldung zu machen, unterrichteten die mißtrauisch Gewordenen einen bayerischen Leutnant namens Zöllner oder Zindel, der „Seppl" genannt wurde und die Kommandogewalt ausübte, ohne offiziell dazu bestimmt zu sein. „Seppl" war damals 23 Jahre alt, war Oberländer und Führer einer zur Sturmfahne des Hauptmanns Oesterreicher gehörenden Batterie. „Seppl" kam sofort in die Wirtschaft und nahm Sigulla um 3 Uhr nachmittags mit in den Wald. Erst spät am Abend kam er wieder zurück, war sehr aufgeregt und sprach den Roßbachern wiederholt davon, daß sie einen Eid geleistet hätten, „das Maul zu halten". Wer es auftun würde, „dem würde es dreckig gehen". Dabei spielte er mit seinem Stoßmesser. Am nächsten Tag fiel es auf, daß „Seppl" im Besitz eines Fahrrades war und sehr viel Geld hatte.

Sieben Tage später wurde Sigulla vom Förster im Walde als Leiche gefunden. Er war nur lose mit welken Blättern und Erde bedeckt, seine Kehle war mit einem Dolch von hinten nach vorn durchschnitten. Alle in Blinkenau tätigen Roßbacher wußten, daß „Seppl" der Täter war. Durch die Abstimmungspolizei in Oppeln, die vielfach aus Roßbachern bestand, wurde er verhaftet und in das Untersuchungsgefängnis Oppeln gebracht. Sobald die Ententetruppen 1921 zurückgezogen waren, wurde „Seppl" aus der Haft entlassen. Heute lebt er unbehelligt in Blinkenau.

Alle diese Morde fielen unter die Amnestie vom 30. Juni 1921, welche volle Straffreiheit gewährt den im oberschlesischen Abstimmungsgebiet ansässigen oder dem oberschlesischen Gericht unterworfenen Personen, wegen aller strafbaren Handlungen, die aus Anlaß einer politischen Bewegung begangen oder durch die Nationalitätenkämpfe veranlaßt wurden. Diese Amnestie war gewiß notwendig. Aber sie wurde die stärkste überhaupt mögliche Ermunterung der Fememörder.

Von diesen politischen Morden geht entsprechend der sozialen Zusammensetzung der dortigen Freikorps ein stetiger Uebergang zu den gemeinen Morden. So hatten zwei Angehörige der Selbstschutzformation, Felix Kaczmarzyk und Johann Hauke aus Myslowitz zusammen mit einem Dritten unter dem Deckmantel der Formation Raubüberfälle und Einbrüche verübt. Da der Mitwisser ihnen unbequem wurde, haben sie ihn ermordet und die Leiche geplündert. Beide wurden wegen Raubmordes und Raubes zum Tode verurteilt.

Es ist nicht zu bezweifeln, daß ähnliche Taten auch auf polnischer Seite geschahen. Doch ist es uns trotz zahlreicher Bemühungen leider nicht gelungen, hierüber nähere Angaben zu erhalten. So wurde der Verfasser auf eine Anfrage bei der Reichszentrale für Heimatdienst an den Regierungspräsidenten in Oppeln verwiesen. Der Oberpräsident der Provinz Oberschlesien antwortete hierauf unter dem 16. August 1928 (Aktenzeichen: O. P. III. 3 Nr. 4479, gez. Graf Matuschka), „daß weder seine Behörde noch der Herr Regierungspräsident im Besitz von solchem Material sei."

97

2. Beilage Nr. 55
Jahrgang 1930

Volksblatt

„Verräter"

OPFER / MÖRDER / RICHTER 1919 – 1929

16)

Ermordung Hermann

Oberleutnant Mayer, Elsässer, 33 Jahre alt, Sohn eines Majors, war Kreisleiter der Arbeitsgemeinschaft Roßbach in Marienfließ, Kreis Saazig in Pommern gewesen. Nach persönlichen Differenzen mit Roßbach schied er im Laufe des Jahres 1921 aus und gründete nunmehr seine „Arbeitsgemeinschaft Mayer". Seine Leute brachte er auf Gütern im Kreise Striegau unter. Das Hauptquartier befand sich auf Schloß Stein. In Breslau wurde Mayer mit dem Zigarrenhändler Kurt Hermann bekannt, einem großsprecherischen Menschen, der sich als ehemaliger Leutnant ausgab und das E. K. I trug, obgleich er niemals Soldat gewesen war. Hermann drängte sich in die Kreise der Roßbacher, weil er glaubte — so sagte wenigstens Mayer später aus — daß die „nationale Sache" sich zu günstigen Geschäften ausschlachten lasse. Hermann gab dann im Jahre 1922 dem Mayer das Geld zur Gründung der „Wachgesellschaft Schlesien", welche den Angehörigen der Organisation, die von den Gütern fort wollten, Arbeit und Unterhalt gewähren sollte, also die militärische Zusammengehörigkeit aufrechterhielt. Mayer, „nichts als Soldat", war Weiberfeind. Der 36jährige Tierarzt Gebauer, gebürtiger Oesterreicher, ein intelligenter Mensch mit kultiviertem Aeußern, früher beim Grenzschutz Ost, später Bataillonsarzt in Kurland, stand in Beziehungen zu der Frau des Hermann. Zu dieser Gesellschaft gehörte ferner der 32jährige Kaufmann Hans Spöhrer aus Darmstadt, ehemals Feldwebel, ein typischer Landsknecht, und der 26 Jahre alte Unterinspektor Tippel, ein Mann von geringem Intellekt. Die Tochter des Schloßverwalters von Stein, die 21jährige Irmgard Krüger, hatte ein Verhältnis mit Hermann, das Spöhrer voll Eifersucht betrachtete.

Mayer, „der Alte", wie seine Untergebenen ihn nennen, glaubt Grund zu politischem Mißtrauen zu haben. Er hat ermittelt, daß Hermann geschwatzt hat. Mayer behauptet von ihm, er habe Waffen an die Polen verschoben. Herman zeigt auch viel Geld, darunter ukrainische Noten, die er nach Mayers Meinung nur von der polnischen Regierung erhalten haben kann. Mayer gibt Auftrag, „ihn zu verrollen". Am 7. Juni 1922 — Frau Herman ist bei Verwandten auf Besuch — wird das Schloß an der Tür zu Hermanns Schlafzimmer ausgesägt. Gebauer und Herman kneipen zunächst. Gebauer legt sich neben Hermann ins Bett. Als Herman schläft, steigen Spöhrer und Tippel ins Schlafzimmer, ziehen dem Hermann eine dicke Wolldecke über die Ohren und prügeln ihn viehisch durch. Dann legen sie ihm, wie dies Gebauer bei der Verabredung vorgeschlagen hatte, ein chloroformgetränktes Handtuch auf den Mund, woran er stirbt. Gebauer wird auf seinen Wunsch gefesselt. Die Täter nehmen Ringe und andere Wertsachen mit. Nach einer Weile alarmiert Gebauers Hilferuf die Polizei. Die Täter, später von Gebauer verraten, werden verhaftet.

Am 9. Oktober 1924, also zwei Jahre nach der Tat, begann der Prozeß. Die Angeklagten behaupteten, nur die Absicht gehabt zu haben, Hermann einen „Denkzettel" zu verabreichen. Gebauer versucht zwar, die Motive vom politischen ins erotische Gebiet zu spielen, aber die politische Tendenz der Mordtat ist klar. Die Oeffentlichkeit wird bei der Erörterung der Herkunft des ukrainischen Geldes, bei der Beweisaufnahme über Hermanns angebliche Spionage, überhaupt sobald der Komplex der Geheimbünde auftaucht, ausgeschlossen. Der Staatsanwalt beantragte Todesstrafe gegen alle vier. Das Gericht (Landgerichtsdirektor Fuhrbach, Landgerichtsräte Salemon und Sperlich) verurteilt Gebauer und Mayer zu je sieben Jahren Zuchthaus, Spöhrer und Tippel zu je fünf Jahren Zuchthaus unter Anrechnung der Untersuchungshaft. Das Gericht hatte nicht Mord, sondern Körperverletzung mit Todesfolge als vorliegend angesehen.

Fröhlich gekneipt — frisch gemordet

Kadow.

Die Arbeitsgemeinschaft Roßbach, deren Zentrale in Berlin-Wannsee war, während sich die Kassenstelle in Kalsow in Mecklenburg befand, wurde 1921 auf Grund der Artikel 177 und 178 des Versailler Vertrages verboten. An ihre Stelle trat der „Verein für landwirtschaftliche Berufsausbildung". Er wurde am 21. November 1922 als Fortsetzung der Arbeitsgemeinschaft Roßbach ebenfalls verboten. An der Spitze des „Vereins für landwirtschaftliche Berufsausbildung" stand ursprünglich Major a. D. Weber, der später durch den Leutnant a. D. Burandt ersetzt wurde. Nach Auflösung dieses Vereins rief Roßbach, der sich inzwischen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei angeschlossen hatte, deutschvölkische Jugend-Organisationen in Gestalt von sogenannten Turnerschaften ins Leben. Indessen wurden auch diese von der mecklenburgischen Regierung am 31. März 1923, und zwar auf Grund des Republik-Schutzgesetzes, verboten. Als auch die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei von dem mecklenburgischen Ministerium verboten wurde, trat Roßbach der Deutschvölkischen Freiheitspartei, an deren Spitze der Reichstagsabgeordnete von Graefe stand, bei und stellte ihr seine Turnerschaften zur Verfügung. So wurden diese beiden Organisationen miteinander verschmolzen, wobei die alte Einteilung der Roßbachorganisationen in Gaue, Bezirke, Kreise und Abschnitte beibehalten wurde. Roßbach selbst besaß innerhalb der Deutschvölkischen Freiheitspartei als Leiter der Organisationsabteilung 2 zugleich einen maßgebenden Einfluß auf die neugebildeten Jugendorganisationen." (Urteilsbegründung.)

Die Hauptaufgabe der verschiedenen Vereine war die Unterbringung der Roßbacher auf mecklenburgischen Gütern. Dies ermöglichte in unauffälliger Weise eine Fortdauer der Organisation auch in den Zeiten, in denen sie verboten war. Dies entsprach den Interessen der Großgrundbesitzer, da die Roßbacher die den besitzlosen Landarbeitern und den in Inflationszeiten besonders reichen Großgrundbesitzern gemeinsamen „nationalen Belange" gegenüber den Lohnansprüchen der nicht national gesinnten Arbeiter, die deshalb als Kommunisten galten, verteidigten. So hatten die Großgrundbesitzer ihre Schutzgarde in ihrer Arbeiterschaft selbst. Ging aber ein Roßbacher zum Landarbeiterverband über, so brach er seine militärische Treue.

Ein solcher Trupp stand auf den Gütern Neuhof und Herzberg bei Parchim. Dazu gehörten als Truppführer Rudolf Höß, weiter Karl Zabel, Robert Zenz, Bernhard Jurisch. Auf dem Rittergut Herzberg arbeiteten unter anderen Georg Pfeiffer (als Truppführer) und Emil Wiemeyer.

Auf Herzberg hatte sich im Februar 1923 auch ein früherer Volksschullehrer, Walter Kadow (geboren am 29. Januar 1900 zu Hagenow i. M.), durch Vermittlung des Landwirts Bruno Fricke in Schwerin unter die Roßbacher einreihen lassen. Schnell machte er sich dadurch unbeliebt, daß er sich als früherer Offizier aufspielte und kleine Unterschlagungen beging. Zudem kam er in den Verdacht, kommunistischer Spitzel zu sein. Doch ist hierfür keinerlei Beweis geliefert worden.

Auf Veranlassung Frickes wurde er wieder entlassen. Nachher stellte sich heraus, daß er 30 000 Papiermark (6 Goldmark) unterschlagen hatte. Der Kassierer der Parchimer Ortsgruppe der Deutschvölkischen Freiheitspartei, Martin Bormann, gab den Auftrag, wenn Kadow noch einmal käme, solle er festgehalten werden, „um seine Schuld abzuarbeiten".

Am 31. Mai 1923 erschien Kadow in Parchim. Angeblich wollte er sich Geld für eine Reise ins Ruhrgebiet borgen. Der Kaufmann von Haartz schenkte ihm 5000 Mark (0,75 Goldmark), der Wirt des Luisenhof, Masolle, schlug seine Bitte ab. Schnell verbreitete sich unter den Roßbachern die Kunde, daß Kadow im Luisenhof sei. Durch einen Boten wurde die Nachricht nach Neuhof gebracht. Masolle fuhr deswegen nach Herzberg zu Bormann. Dieser erklärte, es hätte keinen Zweck, daß Kadow nach Herzberg käme, um seine Schulden abzuarbeiten. Es wäre besser, er bekäme eine ordentliche Tracht Prügel, dazu könnten noch einige Kameraden mitgenommen werden. Bormann stellte seinen Jagdwagen zur Verfügung. Masolle, Pfeiffer und Wiemeyer fuhren damit nach Parchim und kamen um 11 Uhr nachts im Luisenhof an. Hier trafen sie schon Leute aus Neuhof: Höß, Zabel, Zenz, Jurisch.. Durcheinander wurden große Mengen Bier und Schnaps getrunken. Kadow lag bereits beim Eintreffen der Herzberger schwer betrunken auf einem Sofa. Seine Papiere wurden ihm aus der Tasche geholt, dabei wurde nach Aussagen Masoles eine blaue Mitgliedskarte, angeblich von der Kommunistischen Jugend, gefunden. Kadow galt nunmehr als überführter kommunistischer Spitzel. Sein Plan einer Reise ins Ruhrgebiet wurde dahin aufgefaßt, „daß er Deutschland an die Franzosen verraten wolle". Danach herrschte unter der schwer betrunkenen Gesellschaft Uebereinstimmung, daß Kadow tüchtig verprügelt werden müsse.

17)

Ermordung Kadow

Um 12 Uhr nachts wurde Kadow unter dem Vorwand, „man wolle noch ein Kaffee mit Damenbedienung besuchen", auf den Jagdwagen gebracht und zwischen Jenz und Jurisch gesetzt. Zabel und Wiemeyer standen vor und neben ihm auf den Trittbrettern, Pfeiffer und Höß setzten sich auf den Bock. Nachdem der Wagen Parchim verlassen hatte, schlugen Zabe, Wiemeyer, Pfeiffer und Jenz mit Krückstock, Faust und Gummiknüppel auf Kadow ein. Der Wagen hielt auf einer Wiese. Sämtliche Fahrtteilnehmer fielen über Kadow her, Pfeiffer mit dem Gummiknüppel, Wiemeyer und Zabel mit dem Spazierstock, Jenz und Jurisch mit der Faust. Schließlich schug Höß den Kadow mit einem abgebrochenen Ahornbäumchen mit aller Wucht auf den Schädel und zertrümmerte ihm das Stirnbein. Kadow blieb bewußtlos iegen. Jurisch erklärte, man solle ihm den „Gnadenschuß" geben. Kadow aber wurde wieder auf den Wagen gepackt, man fuhr zu einer Ziegelei. Dort fand eine Beratung statt, was mit Kadow geschehen solle. Wieder wurde vom Gnadenschuß gesprochen. Der Vorschlag von Höß drang durch: „Er wird im Walde vergraben". Darauf fuhr der Wagen nach einer zwei Kilometer entfernten Waldschonung. Kadow wurde auf den Boden gelegt. Wiemeyer stürzte sich auf ihn und schnitt ihm mit einem Taschenmesser die linke Schlagader am Halse durch. Der Schnitt war tödlich. Kadow röchelte nur noch; zwei „Gnadenschüsse" durchschlugen den Kopf. Man ließ die Leiche im Walde liegen; Uhr, Geld und Wertsachen wurden unter die Täter verteilt. Kadows Rucksack und Schuhe wurden mit nach Neuhof genommen, der Inhalt des Rucksacks verbrannt. Am nächsten Morgen wurde die Leiche von Höß und Zabel eingegraben, die Stelle mit Heidekraut bedeckt. Danach erzählte Zabel, sie hätten den Kadow wegen Spitzeleien verprügelt. Er habe aber zuviel abbekommen, „da mußte ich noch kommen" und machte dazu die Handbewegung des Erschießens.

Die Tat erregte selbst unter den Roßbachern ungeheures Aufsehen. Sofort setzten lebhafte Bestrebungen ein, die Beteiligten unsichtbar zu machen. Bormann fuhr bereits am nächsten Tage, dem 1. Juni, mit dem Leutnant a. D. von Loewis, dem Kreisleiter der Deutschvölkischen Freiheitspartei, nach Neuhof, um Höß, Zabel, Wiemeyer und Pfeiffer zu ermahnen: „Wenn ihr was ausgefressen habt, verduftet!" Die vier kamen indessen diesem freundschaftlichen Rat nicht nach. Sie wollten nicht durch plötzliches Verschwinden den Verdacht bestätigen. Jurisch und Jenz begaben sich indessen einige Tage später nach Parchim zu dem Kreisleiter von Loewis, um von diesem anderswo untergebracht zu werden. Von Loewis brachte sie am 3. Juni 1923 zu dem Landwirt Fricke in Schwerin.

„In Schwerin traf der Angeklagte Fricke mit von Loewis und den Angeklagten Jenz und Jurisch im Kaffee Zentral zusammen. Von Loewis erzählte ihm zunächst unter vier Augen kurz, was mit Kadow vorgefallen war, daß er erst verprügelt und dann erschossen worden sei und verhandelte mit ihm wegen der Unterbringung des Jenz und Jurisch. Daran schloß sich eine allgemeine Unterhaltung, in deren Verlauf Fricke in starken Ausdrücken seinen Unwillen zu erkennen gab, daß die Sache ungeschickt gemacht worden sei. Dann setzte er einen Brief auf, der etwa folgenden Inhalt hatte: „Ueberbringer dieses sind Jurisch und Jenz. Beide haben auf meinen Befehl Kadow beseitigt. Bitte bringe diese beiden Leute sicher unter." Auf den Umschlag des Briefes setzte er noch den Vermerk: „Nur an Mackensen oder Hoffmann auszuhändigen". Zugleich mit dem Brief händigte Fricke dem von Loewis einen Geldbetrag von 50 000 Mark (3 Goldmark) aus, von dem Jurisch und Jenz je 5000 Mark erhielten. Gleich am nächsten Tag fuhr der Angeklagte Fricke nach Neuhof und erklärte daselbst dem Höß unter Bezugnahme auf den Vorfall mit Kadow, „nachdem nun einmal die Schweinerei passiert sei, müßten sie alle verschwinden." (Aus der Urteilsbegründung.)

Von Loewis begab sich noch am 3. Juni mit Jenz und Jurisch unter Mitnahme des Briefes von Fricke nach Kalsow zu dem Roßbachleutnant Hoffmann, der unter Mackensen stand. Hoffmann las den Brief und verbrannte ihn sofort. Zwecks Unterbringung der beiden Flüchtlinge setzte er sich mit dem Leutnant d. R. a. D. Thomsen, dem Abschnittsführer der Roßbachorganisation auf der Insel Poel, in Verbindung: „Tommi, du mußt die beiden Leute unterbringen, Fricke hat mir geschrieben, daß die beiden den Kadow beseitigt hätten. Die richtigen Namen der Leute müssen zunächst geheimgehalten werden und dürfen nicht in die Bücher eingetragen werden." Gemäß dieser Besprechung begab sich Thomsen zu dem Gutsbesitzer Lembcke auf der Insel Poel, um mit ihm wegen der Unterbringung das Nötige zu vereinbaren; er versprach auch dem Jurisch und Jenz falsche Papiere.

den 7. März

Am 8. Juni 1923 fand in Kirchdorf auf der Insel Poel ein Bierabend der Roßbacher statt, an dem auch andere Landarbeiter teilnahmen. Jurisch führte herausfordernde Reden. Nach dem Verlassen des Lokals wurde er überfallen, mißhandelt und ins Wasser geworfen. Jurisch nimmt an, daß dieser Ueberfall von seinen Kameraden ausging, weil sie in ihm einen unbequemen Zeugen des Mordes an Kadow sahen. Er gab daher seine Stelle bei Lembcke auf. Am 10. Juni 1923 begab er sich in jämmerlichem Zustand, Kopf und Hand verbunden, nach Kalsow in das Büro des Vereins für landwirtschaftliche Berufsausbildung, berichtete dem Sekretär Wulbrede von der Angelegenheit Kadow und bat um Reisegeld nach Berlin. Wulbrede sprach mit Mackensen. Jurisch erhielt das Reisegeld. Auch Ludwig Richter, ein Angestellter der „deutschen Auskunft Roßbach" in Berlin-Wannsee, war damals in Kalsow anwesend. Jurisch erzählte ihm, daß er von den Kommunisten geschlagen worden sei. Richter forderte den Jurisch auf, nach Ankunft in Berlin bei ihm anzutelephonieren.

Als einige Zeit später die Zeitungen über die Mordsache Kadow berichteten, erschien auch Zenz in Kalsow. Er hatte Angst und wollte sich Rat holen. Mit falschen Papieren wurde Zenz in Neu Buckow untergebracht.

Mitte Juni 1923 meldete sich Jurisch bei Richter in Wannsee. Jurisch will den Eindruck gehabt haben, daß Richter über die Angelegenheit Kadow unterrichtet sei. Richter gab ihm durch den Studenten Köpke die Adresse des Zeitungsverlegers Quindel in Hannover und das nötige Reisegeld. Jurisch reiste jedoch nicht nach Hannover. Von der Angst erfüllt, es könnte ihn das gleiche Schicksal wie Kadow treffen, erschien er am 22. Juni auf der Redaktion des „Vorwärts" und berichtete über die Ermordung des Kadow. Die Vorwärtsredaktion unterrichtete sofort die Abteilung I A des Berliner Polizeipräsidiums.

Die öffentliche Verhandlung vor dem Staatsgerichtshof zum Schutz der Republik fand vom 12. bis 15. März 1924 statt. Es wurden verurteilt wegen schwerer Körperverletzung und vollendeten Totschlags: Höß zu 10 Jahren Zuchthaus, Jurisch zu 5½ Jahren Gefängnis, Zabel zu 9½ Jahren Zuchthaus, Pfeiffer zu 6½ Jahren Zuchthaus, Wiemeyer zu 12½ Jahren Zuchthaus, Zenz zu 6½ Jahren Zuchthaus. Bormann wurde wegen Beihilfe und Begünstigung zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Wegen Begünstigung wurden Fricke zu 10 Monaten Gefängnis, Hoffmann, Thomsen, von Mackensen, Wulbrede und Richter zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Von Loewis konnte nicht gefunden werden.

„Der Staatsgerichtshof hat, was die Haupttat, die schwere Körperverletzung und den Totschlag anlangt, im Hinblick auf die ungewöhnliche Rohheit und Grausamkeit, mit der die Angeklagten gegen Kadow vorgegangen sind, die außerordentliche Schwere des Rechtsbruchs, dessen sie sich schuldig gemacht haben, und die tiefgehende Beunruhigung, die durch die grausame Tat in die Bevölkerung hineingetragen ist, mit Ausnahme von Jurisch, die Zubilligung mildernder Umstände versagt. Andrerseits mußte zugunsten der Angeklagten berücksichtigt werden, daß sie zumeist noch in jugendlichem Alter stehen, entweder gar nicht oder nicht erheblich vorbestraft sind, den Krieg mitgemacht haben und augenscheinlich hierdurch nicht nur verroht, sondern auch aus ihrem früheren Beruf herausgeschleudert sind, ferner, daß sie sich zur Zeit der Begehung der Tat nicht in vollkommen nüchternem Zustande befunden haben und endlich, daß sie nicht ohne Grund von Haß und Verachtung gegen Kadow erfüllt waren, in dem sie aller Wahrscheinlichkeit nach mit Recht einen Spitzel und Verräter erblickt haben."

Man sieht aus diesem, wie aus dem ähnlich liegenden Fall Schmidt, aus welch nichtigen Gründen Deutschvölkische zu morden geneigt sind; wie wenig ein Menschenleben bei diesen Leuten zählt, die ständig den linken Parteien gegenüber ihr höheres Ethos betonen. Grauenhaft wirken die Zeugenberichte über die betrunkene Gesellschaft, die fortzieht, um einen Verräter zu bestrafen, mit den Stiefeln auf ihm herumtrampelt, ihn mit Baumstämmen totschlägt, ihm metzgermäßig die Gurgel durchschneidet und dem Opfer sicherheitshalber noch einen Gnadenschuß verabreicht. In seiner Weltfremdheit aber fragt der Vorsitzende des Gerichts: „Als Kadow nach der Prügelei halbtot am Boden lag, warum wurde er da nicht in ein Krankenhaus geschafft?"

99

4. Beilage Nr. 57
Jahrgang 1930
Volksblatt für Spandau und d

Verräter

OPFER / MÖRDER / RICHTE

1919 - 1929

18)

Das nationale Attentat auf Seeckt

Der Ruhrkampf hatte ideologisch wie materiell die nationalen Verbände außerordentlich gestärkt. Der Reichskanzler Cuno empfing den Oberleutnant Roßbach, damals Führer der Deutschvölkischen Freiheitspartei, noch immer verfolgt wegen Desertion, Hochverrats und Verbrechens gegen das Gesetz zum Schutz der Republik.

Angeblich zum Ruhrkampf bestimmt, sind zahlreiche Gelder den Geheimbünden zugeflossen. Durch die Hände des Vorsitzenden des Alldeutschen Verbandes, des einflußreichen und schlauen Justizrats Claß, sind Unsummen aus unbekannten oder nur zu bekannten Quellen Wege gegangen, die keine Kontrolle jemals enthüllen wird. Das Ende des Ruhrkampfes bedeutete das Ende der finanziellen Unterstützungen. Daher die Notwendigkeit, aber auch beste Gelegenheit zu einer vaterländischen Aktion. Die nationale Entrüstung, die der unvermeidlichen Niederlage voranging, sollte Ausgangspunkt des Putsches werden. „Es muß etwas geschehen." In diesem Sinne hat Herr Claß, gestützt auf die vaterländischen Verbände, einen Putsch geplant. „Wir tun alles, um der echten Diktatur die Wege zu ebnen." Er versuchte am 24. September 1923. General von Seeckt für seinen Plan zu gewinnen. Aber dieser lehnte ab und erklärte, er schieße bis zur letzten Patrone auch gegen Rechts. „Durch dieses Bekenntnis zur Legalität hat er sich (im Sinne des Alldeutschen Verbandes) das Urteil selbst gesprochen." „Sein Rätsel ist gelöst, er ist die verhängnisvolle Persönlichkeit, die die Beseitigung der heutigen unheilvollen Zustände verhindert." (Brief eines Stuttgarter Anhängers an Claß, Prozeßbericht vom 31. Mai 1924.)

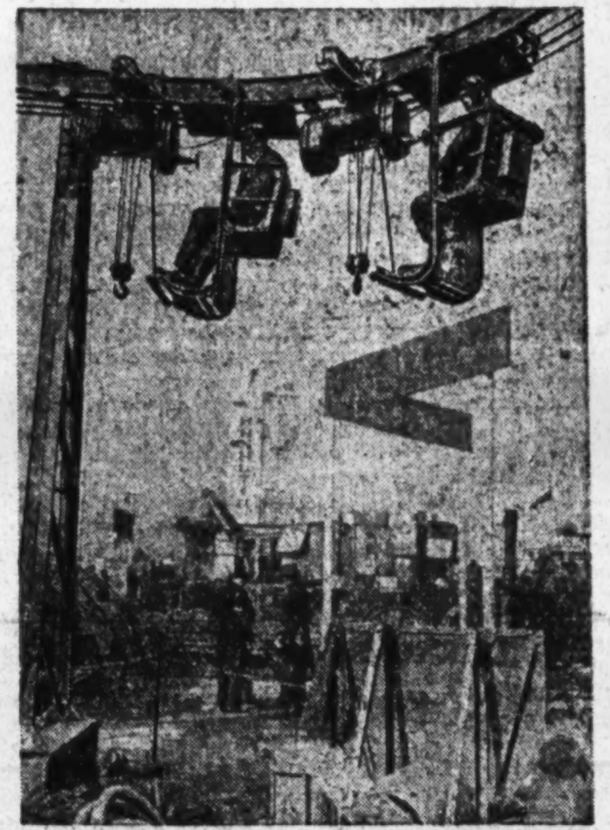
Wenn der Putsch nicht mit Seeckt kommt, so kommt er ohne Seeckt. Anfang Oktober 1923 schlug Major Buchrucker mit der Schwarzen Reichswehr in Küstrin los, in der Hoffnung, daß weitere vaterländische Kreise sich ihm anschließen würden. Der Putsch scheiterte. In intimem Zusammenhang mit dem Alldeutschen Verband, den „Herren im Norden", löst Lossow militärisch Bayern vom Reich los, erklärt, Befehle von Seeckt nicht ausführen zu wollen und bereitet die Einsetzung des „echten" Direktoriums, bestehend aus Mitgliedern und Vertretern des Alldeutschen Verbandes, vor. Die Inflation und die hierdurch herbeigeführte Instabilität hatte ihren Höhepunkt erreicht. Mit einem Schlag sollte das Direktorium die schwüle Atmosphäre reinigen und die ihm genehme Ruhe und Ordnung einführen. Parallel, und doch in einem gewissen Gegensatz dazu, steht der Vorstoß Hitlers, der an der zweideutigen Haltung Kahrs am 9. November scheiterte. Dieser Gegensatz Hitler und Kahr durchzieht das politische Milieu der Rechtsradikalen; es ist der Gegensatz der Leute mit den sozialen Fiktionen gegen die reinen Anhänger des Kapitalismus, der Kampf der neuen Bewegung gegen die althergebrachte. Ohne Kenntnis dieses fundamentalen Gegensatzes ist der folgende Attentatsplan unverständlich.

Der Plan ist eindeutig klargestellt durch das erste Geständnis, das der Alldeutsche Dr. Gottlieb Grandel, ein Augsburger Fabrikant, der gleichzeitig auch den Nationalsozialisten nahestand, sofort nach seiner Verhaftung am 15. Januar 1924 ablegte. Man weiß prinzipiell, daß die erste Vernehmung stets die aufschlußreichste ist. Hier können noch keine Verabredungen mit Zeugen vorliegen, hier spricht der Angeklagte allein in seiner Verzweiflung über das Scheitern seiner Pläne. Das Protokoll lautet:

„Ich gebe zu, an einer Mordverabredung gegen den General von Seeckt teilgenommen zu haben. Ueber den Plan habe ich von Oktober bis Januar mit Herrn Justizrat Claß verhandelt. Claß habe ich im Jahre 1923 in Hamm auf einer Sitzung kennengelernt. Der Plan zur Ermordung Seeckts ist mir im Oktober 1923 von Claß in seiner Wohnung in der Rauchstraße dargelegt worden. Claß hat dabei Seeckt als Schädling bezeichnet, der das Emporkommen Deutschlands verhindere und den die Schuld an der Vernachlässigung der Wehrmacht treffe, der die Abwehr des Einfalles der Franzosen in das Ruhrgebiet hintertrieben habe und der ein Börsenspekulant und Schlemmer sei. Die Ermordung Seeckts sei nur ein Teil eines großen politischen Planes mit dem Endziel der Errichtung der nationalen Diktatur. Die Umwälzung sollte sich unblutig vollziehen. Claß wollte die politische Leitung übernehmen. Für die Diktatur selbst sollte General von Below beauftragt werden. Claß hat ferner gesagt, daß er auch andere Personen hierfür in Bewegung gesetzt habe. Die Namen Ludendorff und Ehrhardt hat Claß nicht genannt, dagegen sprach er davon, daß er in Verbindung stehe mit dem General von Möhl in Kassel und dem General von Lossow in München, sowie mit Kahr. Diese Verabredungen seien maßgebend gewesen für das Verhalten Kahrs und Lossows beim Hitlerputsch. Ich fand in den letzten Jahren keine geeigneten Leute zur Ausführung der Tat, so daß mich Claß schließlich drängte. Dann lernte ich Thormann kennen, der sowohl dem Wikingbund als auch der Ehrhardtbrigade angehörte. Thormann stimmte zu, die Tat auszuführen und erklärte, daß er auch noch andere beteiligen wolle. Im Januar (1924) drängte Claß immer mehr zur Tat, stellte mir Geldmittel in Höhe von 50 000 Goldmark in Aussicht und gab mir 12 000 Mark, von denen ich 2000 Mark Thormann übergab. Weitere 14 000 Mark versprach mir Claß, sobald sie benötigt würden. Ferner versprach mir Claß noch 50 000 Mark für die Mutter Schuhmachers (Köpke). Herrn von Tettenborn, von dem Thormann öfters sprach, habe ich nicht kennengelernt, dagegen Köpke, den ich fragte, ob er bereit sei, die Tat auszuführen. Er stimmte zu, falls seine Mutter 50 000 Mark bekäme. (Nach Köpkes Angaben 5000 Mark.) Ich mißbillige jetzt in besserer Erkenntnis der Dinge die Tat. Die anderen, die um diesen Plan gewußt haben, haben sich feige und untreu benommen, feige, weil sie andere vorschickten, untreu, weil sie sie dann im Stich gelassen haben."

Kurze Zeit später hat Dr. Grandel dies alles widerrufen. Es sei nicht wahr, daß Claß ihn angestiftet habe. Claß habe ihm auch keine Gelder für Thormann gegeben. Die Beschuldigung gegen Thormann sei auch falsch. Er habe zwar über einen Mordplan gesprochen, ihm aber kein Geld gegeben. Das Verhalten aller Beteiligten sei Komödie gewesen.

Ein Bild von der technischen Messe in Leipzig



Neuartige Hebezeuge an Laufkatzen.

Thormann und Grandel standen vom 26. Mai bis 5. Juni Tettenborn, den Sekretär der Deutschvölkischen Freiheitspartei, den norddeutschen Parteigenossen Hitlers, und sagte ihm, es sei notwendig, Seeckt zu ermorden. Er solle ihm einen Mörder besorgen. Tettenborn ging zunächst darauf ein, ließ sich 100 Dollar Vorschuß geben und betraute den Studenten Heinz Köpke scheinbar mit der Ausführung des Attentats. Dann fanden Beratungen zu zweit, zu dritt und zu viert in Kaffees und Restaurationen statt. Man besichtigte die Bendlerstraße. Beim Morgenspazierritt sollte Seeckt im Tattersall ermordet werden. Aber Tettenborn ließ durch „Major" Gilbert, einen ehemaligen Roßbachmann, mit dem er zusammen wohnte, den ganzen Plan dem Reichskommissar für die öffentliche Ordnung mitteilen. Am 15. Januar, am Tage, wo Seeckt ermordet werden sollte, wurde die ganze Gesellschaft verhaftet.

So setzt sich der Kampf Hitlers gegen Kahr fort im Kampf Tettenborns gegen Thormann. Der Alldeutsche Verband ist eine Organisation der Intellektuellen. Die älteren Mitglieder sind zweifellos dem Terror abgeneigt. Das Gros der Mitglieder steht hierzu geistig zu hoch und ist daher zu stark gehemmt. Aber aus seinen Reihen gehen junge Kräfte hervor, welche den Terror billigen. Grandel, eine merkwürdige Persönlichkeit, ist ein Psychopath, Thormann ein reiner Abenteurer ohne tiefere Bedeutung, Mitglied der Organisation Consul, in der er die Rolle eines Verpflegungsoffiziers spielte, eine gescheiterte Existenz, ein Berufsverschwörer, der Typus des Freischärlers. Ursprünglich Mechaniker, dann Roßbachmann, bereist er Deutschland zu politischen Zwecken auf Kosten dunkler Auftraggeber. Horst von Tettenborn, als Halbjude bezeichnet, Köpke und Gilbert sind Roßbachleute. Gilbert gleichzeitig Agent des Reichskommissars für die öffentliche Ordnung.

Beide Parteien, die Alldeutschen Grandel und Thormann, wie die Deutschvölkischen Tettenborn und Köpke, wollen sich gegenseitig eine Falle stellen. Thormann will drei Fliegen auf einmal schlagen: den unbequemen General beseitigen, die Deutschvölkische Freiheitspartei mit diesem Verdacht belasten und gleichzeitig soviel Geld herausholen wie möglich, angeblich, um zu sehen, wer die Geldgeber sind.

Thorman und Grandel standen vom 26. Mai bis 5. Juni 1924 als Angeklagte, Köpke und Tettenborn als Zeugen vor dem Landgericht I Berlin. Viel ist bei dem Prozeß nicht herausgekommen. Zu ungeschickt war das Vorgehen. Claß war nicht verhaftet worden, was gleich nach dem Geständnis Grandels notwendig gewesen wäre. Dies hätte vielleicht die Gelegenheit gegeben, viele Zusammenhänge aufzudecken. Claß ist nicht einmal angeklagt worden; man hat ihn als Zeugen vernommen, sogar vereidigt. Allerdings ist das Gericht auf seine mehrfach geäußerten Wünsche auf Ausschluß der Oeffentlichkeit nicht eingegangen. Seine Putschpläne stehen fest. Die Aussage Seeckts läßt in ihrer unbedingten Bestimmtheit keinen Zweifel. „Das, was Herr Claß mir vorschlug, war ein Verfassungsbruch, ein Staatsstreich."

Die Anklagebehörde beantragte gegen Thormann und Grandel je drei Jahre Zuchthaus. Da aber die Verabredung der beiden, die den Mord wollten, mit Tettenborn und Köpke, die den Mord nicht wollten, nicht ernsthaft war (denn eine *ernsthafte* Verabredung mit agents provocateurs gibt es nicht), wurden beide freigesprochen. Der Wille zu einer strafbaren Tat allein sei nicht strafbar. Diese Argumentation der Urteilsbegründung ist durchaus *schief*. Denn die Mordabsicht Thormanns und Grandels war *ernst*, so sagt die Begründung selbst. Also bestand eine *ernsthafte Verabredung zwischen beiden*, und sie wären um dessentwillen zu bestrafen gewesen.

Nicht immer hat die deutsche Justiz so streng formale Grundsätze gehabt. Im Münchener sogenannten Geiselmordprozeß wurden Leute zum Tode verurteilt, bloß weil sie *dabeistanden*, billigend zusahen und ihren Willen mitzuschießen bekundeten.

Man muß zugeben, daß das Gericht vor einer schweren Aufgabe stand. Denn es sollte die Aussagen von Menschen ernsthaft werten, die ihre Aussagen alle fünf Minuten änderten, die im selben Atemzug Leute als beste Freunde und schurkische Spitzel bezeichneten, von denen jeder bei einem gemeinsamen Plan nur darauf aus war, den anderen hineinzulegen; Menschen, die für und von Verschwörungen, Attentaten, Putschen leben. Völlig versagt hat das Gericht in der Behandlung von Claß. Seine Motive sind klar. Denn Seeckt hat die Diktaturpläne des Alldeutschen Verbandes nicht unterstützt. Er ist dem Separatisten Lossow entgegengetreten; er hat den Putsch der Schwarzen Reichswehr [illegible] Küstrin unterdrückt und hat so die Front Hit[illegible]

2. Beilage Nr. 58 — Jahrgang 1930

Volksblatt für Spandau und das Havelland

Montag den 10. März

19) # Bild aus der völkischen Jugend

Heinz Dammers

Der Kaufmann Robert Grütte-Lehder, geboren am 7. Januar 1906, Sohn des Kölner Fabrikbesitzers Wilhelm Lehder, adoptiert von dem Postinspektor Paul Grütte in Berlin-Lübars, zuletzt mit seinen Adoptiveltern in Berlin-Waidmannslust wohnend, besuchte die Berliner Schulen bis Obersekunda und betätigte sich nach Erledigung der kaufmännischen Lehre im kaufmännischen Beruf. Vom Sommer 1922 bis November 1923 hatte er keine regelmäßige Beschäftigung. Während dieser Zeit kam er in Hermsdorf in deutschvölkische Kreise und wurde Mitglied des „Deutschen Herold", angeblich auch Mitglied der Ortsgruppe Graf Gneisenau des Bismarckordens in Hermsdorf. „Hochmeister" dieses Ordens war der damalige deutschnationale, später völkische Abgeordnete Kube.

Im Herbst 1923 stand Grütte-Lehder mit der Geschäftsstelle der Deutschvölkischen Freiheitspartei in intimer Verbindung. Vor dem preußischen Femeuntersuchungsausschuß sagte er hierüber wie folgt aus: „Der Haß, der Fanatismus, welcher sich in der deutschvölkischen Bewegung zusammenfindet, richtete sich in diesen Tagen ganz besonders gegen den preußischen Innenminister Severing, von dem das Verbot der Deutschvölkischen Freiheitspartei ausgegangen war. Wenn nur sein Name genannt wurde, geriet der Abgeordnete Ahlemann in eine Art Tobsuchtsanfall: „Diese ganze Bande müßte gehängt werden." In dieser Tonart sprach er sooft und so lange auf mich ein, bis ich eines Tages die Frage aufwarf und direkt an ihn richtete, ob es im Interesse unserer Sache erwünscht oder der Sache dienlich sei, wenn ein Attentat unternommen würde. Der Abgeordnete Ahlemann sah mich daraufhin sehr lange an, überlegte, und zwischendurch bemerkte er einmal wörtlich: „Au, was werden die Juden brüllen!" Schließlich drückte er sich aber dahin aus, man müsse damit wohl noch etwas warten, er wolle von sich aus aber noch nichts Endgültiges sagen und jedenfalls mit dem Abgeordneten Wulle und von Graefe über diese Angelegenheit sprechen . . . Nach ein paar Tagen machte ich Herrn Ahlemann wieder einen Besuch, und dabei sagte er mir, es sei das beste, wenn der Umsturz, der doch bald kommen müsse, durch Attentate einge[illegible] [illegible]erde, die natürlich gleichzeitig zu erfolgen hätten. [illegible] der Auftakt und das Signal zum Losschlagen [illegible] etwas müsse gut durchgedacht werden, oder, wie sich Herr Ahlemann damals ausdrückte, die Sache müsse gut „aufgezogen" werden. Jedenfalls möchte ich nicht verfehlen, mit dem Leutnant von Tettenborn darüber Rücksprache zu nehmen und auf dessen Ratschläge zu hören. Es folgten dann meine Bemühungen um die Beschaffung eines Automobils, welches für die Ausführung des Attentats notwendig erschien . . . Als die Vorbereitungen zum Attentat soweit gediehen waren, stiegen in mir doch schwere Bedenken dagegen auf. Nicht, als ob ich schon damals das Verwerfliche des Vorhabens klar erkannt hätte — es war vielmehr so, daß ich eine mehr instinktive Abneigung fühlte. Kurz und gut, ich wollte mich für eine solche Sache nicht hergeben. Um mich dem moralischen Druck zu entziehen, dem ich seitens der Abgeordneten wie auch infolge meiner Bereitwilligkeit ausgesetzt war, — um diesen verhängnisvollen Einflüssen zu entgehen, verließ ich damals Berlin." So blieb schließlich das Attentat auf Severing unausgeführt.

Der Femeuntersuchungsausschuß des Preußischen Landtages kam zu folgendem Schluß: „Es ist erwiesen, daß Grütte-Lehder . . . die Absicht, den Minister Severing zu ermorden, gegenüber Herrn Ahlemann zweimal zum Ausdruck gebracht hat: das erstemal im Verlauf einer mündlichen Unterredung mit Ahlemann, bei der sich Grütte-Lehder aus eigenen Stücken zur Ermordung des Ministers Severing anbot, das zweitemal in einem aus Eggesin an Ahlemann gerichteten Briefe, worin Grütte-Lehder Mittel zur Beseitigung des Ministers, darunter ein Maschinengewehr, anforderte. Von diesem Brief hat Ahlemann dem Herrn Kube Kenntnis gegeben, beide haben gemeinschaftlich den Brief vernichtet, damit er nicht bei einer Haussuchung der Polizei in die Hände fiele.

Ahlemann gibt an, den Grütte-Lehder beide Male entschieden zurückgewiesen zu haben, das erstemal im mündlichen Gespräch sofort, im zweiten Falle bei einem wenige Tage nach Erhalt des Briefes erfolgten Zusammentreffen Ahlemanns mit Grütte-Lehder in Eggesin. Es ist festgestellt, daß irgendwelche weitergehenden Maßnahmen gegen das von Grütte-Lehder geplante Attentat weder von Ahlemann noch von Kube getroffen worden sind. Beide haben es insbesondere unterlassen, der Polizei Anzeige zu erstatten und den Minister Severing zu warnen. Sie haben überdies durch die Vernichtung des von Grütte-Lehder an Ahlemann geschriebenen Briefes ein wichtiges Beweismittel unterdrückt, das im Falle der Ausführung des Attentats zur Ueberführung des Grütte-Lehder hätte führen können. Wenn es auch zu weiteren Ausführungshandlungen nicht gekommen ist, so waren solche doch bei den allgemeinen Umständen des Jahres 1923 und bei der fanatischen Veranlagung des Grütte-Lehder nicht von vornherein auszuschließen. Es hätten also Ahlemann und Kube mit der Möglichkeit rechnen müssen, daß Grütte-Lehder zur Ausführung des geplanten Attentats schreiten würde, wie er ja tatsächlich dann den Müller-Dammers ermordet hat. Sie haben jedoch jede Vorsichtsmaßnahme nach dieser Richtung hin unterlassen.

Der von Kube und Ahlemann in dem gegen sie durchgeführten Ermittlungsverfahren erhobene Einwand, daß sie die Pläne des Grütte-Lehder nicht ernst genommen und diesen für einen überspannten Phantasten gehalten hätten, ist hinfällig. Ahlemann mußte allein schon durch die Wiederholung des Mordanerbietens darauf hingewiesen werden, daß ein erstes mündliches Abreden gegenüber Grütte-Lehder fruchtlos geblieben war. Der Annahme, daß Kube und Ahlemann den Grütte-Lehder für einen überspannten Phantasten gehalten haben, steht das Verhalten der beiden in bezug auf die Parteitätigkeit des Grütte-Lehder innerhalb der Deutschvölkischen Freiheitspartei entgegen. Trotz Kenntnis des Attentatsbriefes haben Kube und Ahlemann nicht veranlaßt, daß dem Grütte-Lehder sein schon vordem von Kube ausgestellter Funktionärausweis entzogen wurde. Kube hat im Gegenteil noch nach Empfang des Briefes dem Grütte-Lehder einen weiteren Ausweis zur Beschaffung der Unterlagen im Falle Müller-Dammers ausgestellt. Kube und Ahlemann haben nicht verhindert, daß Grütte-Lehder durch einen vom Abgeordneten Wulle unterschriebenen Ausweis zum Organisator der Deutschvölkischen Freiheitspartei für Vorpommern bestellt wurde."

Im September 1923 erhielt Grütte-Lehder durch seinen Bruder Wilhelm Lehder eine Empfehlung an einen Oberleutnant a. D. Hans Müller in Eggesin in Vorpommern. Müller antwortete, es sei ein Unterkommen bei einem Gutsbesitzer als Nachtschutzbeamter möglich. Am 25. September 1923 fuhr Grütte-Lehder nach Eggesin und fand bei dem Major a. D. Michaelis in Rochow (Ueckermünde) eine Anstellung als Flurschutzbeamter. Müller wohnte damals bei dem Ziegeleibesitzer Hermann in Eggesin. Er gab sich als politischer Flüchtling aus, der von den Engländern verfolgt werde. Durch diese Vorspiegelung gelang es ihm, Sympathien zu erwecken und sich ohne Arbeit durchzuschlagen. Grütte-Lehder erfuhr auch von Müller selbst, daß er gar nicht so heiße; er nannte sich auch Graf Strachwitz, Dr. phil. Berger, Mertens, Oberleutnant Wacker und Heinz Dammers. Dies war sein richtiger Name. Er war Kaufmann aus Köln-Ehrenfeld, geboren am 16. Mai 1895 zu Rheidt und nie Offizier gewesen. Sein Strafregister lautete: 1915 wegen intellektueller Urkundenfälschung und Unterschlagung in Ausübung des Soldatendienstes zu drei Monaten Gefängnis und Degradition, 1916 wegen Sittlichkeitsverbrechen zu zehn Monaten Gefängnis, 1918 wegen Urkundenfälschung zu sechs Monaten Gefängnis und Versetzung in die zweite Soldatenklasse, 1921 wegen Betrugs und Verleumdung zu einem Jahr Gefängnis, 1922 wegen versuchter schwerer Urkundenfälschung zu sechs Monaten Gefängnis, 1923 wegen Betrugs zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt. Versehentlich aus der Strafhaft beurlaubt, drohte ihm jederzeit erneute Verhaftung. Mit diesem Hochstapler trat Grütte-Lehder in nähere, auch homosexuelle Beziehungen. Er veranlaßte den Dammers zur Gründung einer Ortsgruppe des „Deutschen Herold" in Eggesin; von den Beiträgen der etwa 350 Mitglieder lebten die beiden. Allmählich aber kam das Gerücht auf, daß Dammers nicht nur ein Schwindler sei, sondern sich auch als Spitzel der Kommunistischen Partei im Auftrage der „Roten Fahne" betätige. Jedenfalls behauptete Grütte-Lehder dies. Von der Leitung des „Deutschen Herold" erhielt er den schriftlichen Auftrag, festzustellen, ob dies begründet sei. Dieser Auftrag blieb unausgeführt. Trotz des Verdachtes verkehrte Grütte-Lehder nach wie vor mit Dammers.

Verräter verfallen der Feme!

OPFER / MÖRDER / RICHTER 1919 – 1929

VON E. J. GUMBEL

20)

Dammers Ermordung

Am 14. November 1923 abends trat Grütte-Lehder in Hermsdorf auf dem Kaiserplatz an zwei ihm bekannte jugendliche Mitglieder des „Deutschen Herold", Steltenkamp und Schützler, heran und sprach von seiner Tätigkeit in Eggesin.

Dann erzählte Grütte-Lehder geheimnisvoll, er habe eine große Sache vor, dazu brauche er eine Waffe. Auf höheren Befehl müsse er einen Oberleutnant Müller erschießen, weil dieser völkische Angelegenheiten an die „Rote Fahne" verraten habe. Von Steltenkamp und Schützler verlangte er das Ehrenwort, nichts zu verraten, und drohte, daß er jeden Verräter erschießen werde. Dann forderte er den Steltenkamp zur Begleitung auf: er werde jetzt den Müller in Berlin abholen. Aus Angst und Neugierde folgte Steltenkamp, obwohl er den Plan nicht ganz ernst nahm, weil Grütte-Lehder als Renommist galt. Beide trafen dann auf dem Stettiner Bahnhof den Dammers. Dieser wurde dem Steltenkamp als Oberleutnant Müller vorgestellt. Andere Kameraden hatten unterdessen dem Grütte-Lehder eine Pistole verschafft. Die drei fuhren nach Tegel und gingen gegen 10 Uhr in der Richtung nach Tegelort. Unterwegs zog Grütte-Lehder eine Pistole, richtete sie auf Dammers, aber die Waffe versagte. Dammers, der vorangegangen war, merkte nichts. Steltenkamp, dem im Dunkeln die Sache unheimlich vorkam, lief fort. Am nächsten Tage wurde der Spaziergang wiederholt, und jetzt glückte die Tat. Nach drei Schüssen war Dammers tot. Grütte-Lehder plünderte den Erschossenen aus, ging ins Hotel, bezahlte die Rechnung und verkaufte den Inhalt der Koffer. Kameraden gegenüber rühmte er sich, diesen Spitzel erschossen zu haben.

Grütte-Lehder behauptet, einige Tage nach der Tat zur Deutschvölkischen Freiheitspartei gegangen zu sein und dort die Papiere des Dammers mit der Meldung, daß „der Auftrag erledigt sei", seinem Auftraggeber, dem Abgeordneten Wulle, und einer anderen Person übergeben zu haben. Wulle und der andere hätten darauf Grütte-Lehder geraten, in allerkürzester Zeit aus Berlin zu verschwinden. Die Papiere selbst seien verbrannt worden. Fest steht jedenfalls, daß der Abgeordnete Wulle dem Grütte-Lehder am 20. November 1923, also nach der Tat, folgenden Ausweis ausgestellt hat:

„Reichstag Berlin NW 7, 20. Nov. 1923

Fernsprecher: Zentrum 9592—9600

Herrn

Robert Grütte-Lehder,

Berlin-Waidmannslust

Driebergerstraße

Herr Robert Grütte-Lehder ist in unserem Auftrage für die völkische Freiheitsbewegung tätig und hat die Aufgabe, Vorpommern zu organisieren. Wir bitten, ihn nach Kräften unterstützen zu wollen.

Mit deutschem Gruß
R. Wulle, M. d. R."

Grütte-Lehder behauptet, diesen Ausweis als eine Art Belohnung für seine Tat angesehen zu haben. An einem der nächsten Tage erzählte Grütte-Lehder dem Steltenkamp, Schützler und einem weiteren Zeugen kurz von der Tat und drohte wieder, jeden sofort zu erschießen, der etwas verraten würde.

Von den Erzählungen der jungen Leute erhielt die Polizei Kenntnis. Grütte-Lehder legte am 30. November 1923 ein volles Geständnis ab, offenbar aus Angst, die Leiche des Dammers könnte bereits gefunden sein oder gefunden werden. Bei der Ermittelung der Leiche ergaben sich Schwierigkeiten. Von der Polizei in den Tegeler Forst gebracht, führte Grütte-Lehder die Beamten irre und widerrief sein Geständnis. Da die Leiche nicht gefunden werden konnte, wurde er am 9. Dezember 1923 aus der Haft entlassen. Sofort flüchtete er mit geliehenem Gelde über München und Wien nach Ungarn.

Am 11. Mai 1924 wurde die Leiche des Dammers im Tegeler Forst zufällig gefunden. Die Verhandlungen mit Ungarn über Auslieferung führten schließlich zum Erfolg (Mai 1925), da die Staatsanwaltschaft wegen des Fehlens der Wertsachen einen einfachen Raubmord annahm.

Grütte-Lehder war zur Zeit der Tat erst 17 Jahre 10 Monate alt, daher war die Strafkammer des Landgerichts III Berlin, nicht das Schwurgericht zuständig. Am 11. Dezember 1925 wurde Grütte-Lehder wegen Ermordung des Dammers zu acht Jahren Gefängnis verurteilt.

Der Femeuntersuchungsausschuß des Preußischen Landtages kam zu folgendem Schluß: „Infolge dieses Verhaltens konnte der damals 17jährige Grütte-Lehder nicht den Eindruck gewinnen, daß sich die Leitung der Deutschvölkischen Freiheitspartei gegenüber seinen Mordplänen allzu scharf ablehnend verhielte. Er hat geglaubt, durch die in übersteigertem Fanatismus begangene Ermordung des Müller-Dammers seiner Partei einen Dienst zu erweisen. Dieser Glaube wäre ihm rechtzeitig zerstört worden, wenn die Leitung der Deutschvölkischen Freiheitspartei, insbesondere die Herren Kube und Ahlemann, gegenüber seinen wiederholten Mordanerbieten im Falle Severing die gebotenen Konsequenzen gezogen hätten.

Die Abgeordneten Ahlemann und Kube wurden trotz ihres Wissens um das gegen Severing geplante Attentat nicht einmal wegen Unterlassung der Anzeige eines drohenden Verbrechens belangt. Glaubt man selbst den positiven Bekundungen Grütte-Lehders nicht und hält sich an die entgegengesetzten Angaben der Politiker, so bleibt eine schwere moralische Schuld dieser Leute bestehen. Für sie hatten die gleichen Worte einen anderen Sinn als für einen grünen Jungen. Für sie kann „unschädlich machen, beseitigen" einen politischen Vorgang bedeuten, den man bei gutem Willen sogar als parlamentarische Aktion auffassen kann. Für den anderen können solche Worte nur die Ermahnung zum Mord bedeuten.

Der Putsch von Küstrin

Gestützt auf die Schwarze Reichswehr, rüstete Buchrucker im September 1923 zum Staatsstreich. Den bevorstehenden Abbruch des Ruhrkampfes, den der Reichskommissar Jahnke, mit dem er in ständiger Verbindung stand, leitete, hielt Buchrucker für den geeigneten Zeitpunkt zum Losschlagen. Zum mindesten sollte eine bewaffnete Demonstration die Reichsregierung zu einem Kurswechsel, zur „nationalen Diktatur", verpflichten. Dann sollte der offene Kampf gegen die Polen aufgenommen werden. Doch waren diese Pläne keineswegs klar.

Die Beziehungen zwischen den verantwortlichen Instanzen der Reichswehr und den schwarzen Reserveformationen waren von den Schöpfern der Schwarzen Reichswehr bewußt unklar und undurchsichtig gehalten worden. Daher waren die Führer der Schwarzen Reichswehr sich nicht klar darüber, ob und inwieweit sie für die Verwirklichung ihrer Pläne der „nationalen Revolution" auf die aktive Mitarbeit der Reichswehrkommandostellen rechnen konnten. Doch hatten sich die Vorbereitungen des Major Buchrucker fast gänzlich auf die engste Kooperation mit der Reichswehr gerichtet. Durch Versendung von Gestellungsbefehlen war die Schwarze Reichswehr bereits seit Mitte September mobilisiert.

In München plante unterdessen die völkische Gruppe unter Hitler den Vormarsch nach Berlin zur Einsetzung der Diktatur. Mit ihr konkurrierte die partikularistische Bewegung, die sich auf die bayerischen Truppen stützen konnte.

Am 26. September 1923 wurde durch die Errichtung des Generalstaatskommissariats die Diktatur des bayerischen Partikularisten Gustav von Kahr mit der Spitze gegen Berlin begründet. Der Konflikt Seeckts mit dem bayerischen Reichswehrkommandeur von Lossow war damit akut. Mit ihm die Gefahr des von Bayern her ins Reich getragenen Bürgerkrieges. In der Nacht darauf wurde im Reich der Ausnahmezustand verhängt. Er machte die Reichswehr zum Herrn der Situation. Sie hatte legal die Macht, die ihr der Staatsstreich doch nur illegal hätte geben können. Ihre Einstellung zur Schwarzen Reichswehr schlug damit um. Rücksicht auf schwarze Verbündete war nicht mehr nötig. Knapp 48 Stunden nach Verhängung des Ausnahmezustandes ließ der Stabschef der dritten Division, Oberstleutnant von Bock, den Major Buchrucker zu sich rufen und machte ihm erregt Vorhaltungen wegen der Ueberschreitung seiner Befugnisse. Am 29. September erließ der Reichswehrminister als Inhaber der vollziehenden Gewalt Schutzhaftbefehl gegen Buchrucker und Schulz. Buchrucker wurde von dem bevorstehenden Erlaß des Haftbefehls durch einen Telephonanruf des Oberstleutnants Held in Kenntnis gesetzt. Darüber scheint er den Kopf verloren zu haben; er fuhr nach Küstrin und führte dort in der Nacht vom 30. September zum 1. Oktober seinen Schlag.

Buchrucker ließ die Zitadelle, die von seinen Leuten besetzt war, nach außen abriegeln und forderte den Kommandanten Oberst Gudowius auf, sich ihm anzuschließen. Gudowius aber arretierte ihn. Darauf drang ein unter Führung des Leutnants Hayn stehender Stoßtrupp in das Büro des Kommandanten ein und forderte die Freilassung Buchruckers. Gudowius wurde jedoch befreit. „Für mich (Gudowius) handelte es sich um die unglaubliche Tatsache, daß die unter meinem Kommando stehende Festung Küstrin der Reichswehr, dieses Bollwerk des deutschen Staates, von fremder Hand besetzt worden war. Für mich gab es nur eins: es mußte sofort gehandelt werden, um diese unglaubliche Tatsache sofort aus der Welt zu schaffen . . ." (Aussage im Kottbusser Prozeß.)

105

2. Beilage Nr. 60
Jahrgang 1930

Volksblatt [für Spandau und da]s Havelland

Mittwoch den 12. März

106

Verräter [verfallen der] Feme!

OPFER/MÖRDER/RICHTE[R]
1919–1929

VON E. J. GUMBEL

21)

Der Küstriner Putsch

Die in Küstrin garnisonierte Fahrabteilung und das Pionierbataillon 3 reichten zunächst zur Niederwerfung des Aufstandes nicht aus. Der Kommandant lehnte jedoch die angebotene Hilfe der Arbeiterschaft ab und wartete auf telephonisch herbeigerufene Verstärkung. An Stelle des erwarteten Zuzuges rollten jedoch gegen 7 Uhr abends zwei Lastkraftwagen voll Schwarzer Reichswehr unter Oberleutnant Raphael in die Stadt. Sie wurden von den Leuten der Schwarzen Reichswehr mit Hurra begrüßt. Die erbitterte Reichswehr eröffnete das Feuer. Ein Mann wurde getötet, mehrere verletzt. Erst nachts rückten die regierungstreue Frankfurter Infanterie und die Reiterregimenter 2 und 9 in die Stadt ein. Am 2. Oktober um 2 Uhr morgens ergaben sich die eingeschlossenen Rebellen. Gorgast wurde von den 8. Infanteristen besetzt. Die Forts Säpzig und Tschernow konnten erst am nächsten Morgen ausgeräumt werden. 381 wohlbewaffnete Soldaten der Schwarzen Reichswehr wurden gefangengenommen, nach kurzer Zeit allerdings wieder entlassen. Die Offiziere blieben in Haft.

Ein amtlicher Bericht vom 1. Oktober meldete diese Vorgänge in folgender Form:

„In den frühen Morgenstunden des 1. Oktober haben nationalkommunistische Haufen den Versuch gemacht, sich durch Ueberrumpelung der Festung Küstrin in deren Besitz zu setzen. Der Versuch ist mißlungen, und zwar ist er durch entschlossenes Handeln des Festungskommandanten, des Pionierobersten Gudowius, im Keim erstickt worden. Die Kämpfe dauern noch an.“

Gleichzeitig erging an die Presse ein Verbot privater Telegramme. Am 3. Oktober publizierte das Reichswehrministerium einen abschließenden Bericht, aus dem wir folgendes wiedergeben: „Seit Mitte letzter Woche fanden in der näheren und weiteren Umgebung Berlins Ansammlungen von jungen Leuten statt, die angaben, daß sie sich der Reichswehr zur Verfügung stellen wollten. Der Militärbefehlshaber und die Polizeibehörden veranlaßten, daß sie, wo sie gestellt würden, zerstreut und wieder nach Hause geschickt würden. Der Verdacht lag vor, daß diese Leute unter Vorspiegelung nationaler Ziele von einer Stelle aus einheitlich angesetzt worden seien, um, zu militärischen Verbänden zusammengestellt, innerpolitischen Zwecken zu dienen. Der Wehrkreisbefehlshaber erließ deshalb in der Presse am 29. September öffentliche Warnungen. Als Führer der Bewegung wurde Major a. D. Buchrucker ermittelt, und es wurde am 30. September Haftbefehl gegen ihn erlassen. Major Buchrucker hat offenbar erkannt, daß seine Pläne durchkreuzt werden sollten; er zog in der Nacht vom 30. September zum 1. Oktober so viele seiner Anhänger, als er erreichen konnte, in Küstrin zusammen. Sie verbargen sich zunächst im Zeughof, einem alten Festungswerk, in dem nur ein Trupp von Zivilarbeitern der Festung lag, der mit ihnen im Einverständnis handelte. Major Buchrucker scheint beabsichtigt zu haben, durch Ueberrumpelung der Festung Gleichgesinnte im ganzen Reich zum Losschlagen zu veranlassen und durch diese Verzweiflungstat sich selber zu retten ... Die Aburteilung der Festgenommenen wird durch ein außerordentliches Gericht in Kottbus erfolgen. Gleichzeitig mit diesen Ereignissen ist auch die nähere Umgebung Berlins von Reichswehr und Schutzpolizei streng überwacht worden, um alle anderen Ansammlungen zu verhindern. Hierbei wurden etwa 200 Mann festgenommen, die sich in dem Döberitzer Gelände sammelten.“

So verpuffte die nationale Revolution in zusammenhanglosen Versuchen. Buchrucker hatte ohne genügende Verbindung mit den anderen Putschisten losgeschlagen. Die von bayerischen Reichswehroffizieren ausgebildeten Nationalsozialisten stoben am 9. November vor den Schüssen des Separatisten Lossow auseinander. Dem Aufmarsch Ehrhardts war damit der Dolchstoß in den Rücken versetzt.

Vor dem Ausnahmegericht in Kottbus wurde Buchrucker wegen Hochverrats zu zehn Jahren Festungshaft und 100 Milliarden Mark Geldstrafe (10 Goldmark) verurteilt. Die Strafsumme wurde jedoch später aufgewertet. Wegen Beihilfe zur Amtsnötigung wurden verurteilt Major a. D. Fritz Herzer zu 2 Jahren 6 Monaten Gefängnis, Leutnant a. D. Hans Hayn zu 8 Monaten, Oberleutnant a. D. Vogt zu 6 Monaten, der Leutnant a. D. Reichel und der Zahnarzt H. Fliege zu je 5 Monaten, Oberleutnant Walter, Landwirt Stobbe, Oberleutnant Francke und der Leutnant a. D. Woiczewski zu je 3 Monaten Gefängnis. Vier Angeklagte wurden freigesprochen. Selbst während der Urteilsbegründung war die Oeffentlichkeit ausgeschlossen. Die Soldaten wurden, da sie auf Befehl gehandelt hatten, nicht verfolgt, eingeleitete Verfahren niedergeschlagen. Die Hindenburg-Amnestie vom Oktober 1927 befreite Buchrucker nach vierjähriger Festungshaft in Gollnow. Die Schwarze Reichswehr wurde aufgelöst, formell entwaffnet und rückte zum größten Teil mit den Waffen unter den Augen der Behörden aus Spandau, Döberitz und Fort Hahneberg nach Mecklenburg ab, wo sie auf den Gütern Unterkunft fand.

Fememorde der Schwarzen Reichswehr

Der Fall Pannier.

Kurze Zeit nach dem Einmarsch der Franzosen in das Ruhrgebiet erhielt der frühere Hauptmann Adolf Gutknecht vom Wehrkreiskommando III den Auftrag, auf dem Truppenübungsplatz Döberitz ein Arbeitskommando aufzustellen. Bei der Auftragserteilung wurde ihm erklärt, die von ihm formierte Truppe solle aktiv im Abwehrkampf an der Ruhr Verwendung finden. Mit Rücksicht auf diesen Verwendungszweck sei die Truppe geheimzuhalten. Das Kommando bestand zunächst aus wenigen Leuten als Ausbildungskommando. Im Mai 1923 war es zu einem Bataillon angewachsen. Ein großer Teil der Leute hatte die Kämpfe im Baltikum und in Oberschlesien mitgemacht. Etwa am 1. Juni 1923 trat an die Stelle von Gutknecht der frühere Oberleutnant Freiherr Eberhard von Senden. Doch blieb Gutknecht noch in Döberitz.

In die Kompanie des Leutnants Benn war Ende März 1923 der 21jährige Bäcker Erich Pannier aus Berlin eingetreten. Er war ein schlechter Soldat und kam in den Verdacht, das Bestehen des Arbeitskommandos an die Kommunistische Partei oder an die Entente verraten zu haben. Der Verdacht gegen Pannier verstärkte sich, als er zum zweitenmal nicht vom Urlaub zurückkehrte. Der Sanitätsfeldwebel Schirmann ermittelte Panniers Aufenthalt in der Wohnung seiner Eltern und nahm ihn dort fest. Auf der Straße gelang es Pannier, sich unter den Schutz einer Parteistreife zu stellen, indem er sich auf das Pflaster warf und schrie: „Hilfe, Hilfe, hier Schwarze Reichswehr.“ Schirmann legitimierte sich mit seinem Truppenausweis und reklamierte den Pannier als Deserteur, den er zur Truppe zurückzubringen habe. Trotzdem nahmen die Beamten den Pannier mit auf das Polizeirevier 103 in der Möckernstraße. Vom Polizeirevier aus wurde dann beim Wehrkreiskommando in der Kurfürstenstraße telephonisch angefragt, was mit Pannier zu veranlassen sei. Die Antwort lautete, ein Leutnant werde den Mann abholen. Am 2. Juni 1923 erschien Leutnant Benn in Begleitung des Kanoniers Snethlage auf dem Revier, nahm Pannier in Empfang und führte ihn nach Döberitz zurück. Zwei Tage darauf war Pannier tot. Wer das mörderische Telephongespräch im Wehrkreisgebäude geführt hat, ist nicht bekannt geworden.

2. Beilage Nr. 61
Jahrgang 1930

Volksblatt für Spandau und das Havelland

Donnerstag den 13. März

Verräter [verfallen der] Feme!

OPFER/MÖRDER/RICHTER
1919–1929

VON E. J. GUMBEL

22)

Der Mord an Pannier

In Döberitz wurde Pannier zunächst in der Wachtstube untergebracht. Zahlreiche Leute der Kompanie Benn versammelten sich vor ihr und diskutierten erregt den Fall. Allgemein war die Ansicht, Pannier sei ein Verräter, der erledigt werden müsse. Leutnant Benn erstattete dem Freiherrn von Senden Bericht und fragte ihn, was mit Pannier geschehen solle. Senden erwiderte: „Entlassen, einfach entlassen, dann erfährt er nichts mehr und kann nichts mehr verraten.“ Benn jedoch war nicht dieser Meinung. Noch am 2. Juni rief er seinen Kompaniefeldwebel Stein, teilte ihm mit, Pannier sei ein Spitzel und Verräter, der erledigt werden müsse und fragte ihn, ob er das übernehmen wolle. Stein weigerte sich. Am nächsten Tage, Sonntag, den 3. Juni, ließ Benn den Stein wiederum kommen und redete auf ihn ein, er möge für die Erledigung des Pannier sorgen. Als Stein sich hierzu nicht ohne weiteres bereit fand, sagte Benn: „Dann bestimme ich Sie dazu!“ Wenige Stunden später lief dem Leutnant Benn der Schütze Aschenkampf in der Nähe seiner Baracke über den Weg. Benn forderte ihn auf, ein Stück mit ihm zu gehen und sagte: „Pannier ist ein Verräter und muß erledigt werden.“ Aschenkampf verstand diese Aeußerung sofort dahin, daß er zu der Ermordung ausersehen sei. Zunächst fand er keine Antwort. Darauf Benn: „Wieso, was soll das?“ Aschenkampf faßte diese Frage als Vorwurf von seiten seines Vorgesetzten auf und antwortete: „Zu Befehl, Herr Leutnant!: Und Benn gab ihm die Weisung: „Wenden Sie sich an Stein, Stein weiß Bescheid.“ Leutnant Benn hat auch dem Schirmann gegenüber erklärt, Pannier sei ein Spitzel, der erledigt werden müsse. Darauf berieten Schirman, Stein und Aschenkampf, wie die Tat am besten auszuführen sei. Es wurde verabredet, Schirmann solle den Pannier am nächsten Morgen (4. Juni) ganz früh aus dem Arrestlokal abholen und ihm mitteilen, daß er zum Zweck der Entlassung nach Berlin gebracht werden solle. Er solle dann den Pannier vom Lager Elsgrund, dem Quartier der Kompanie, am Franzerbusch vorbei zum Verschiebebahnhof Wustermark führen. In der Nähe des Franzerbusches würden Stein und Aschenkampf an einer genau [illegible] Telegraphenstange die beiden erwarten, den Pannier [illegible] und seine Leiche im Walde [illegible] Aschenkampf erklärte dabei, er werde [illegible] Schmidt, mitbringen. [illegible]

Am nächsten Morgen wurde Aschenkampf ganz früh von Schirmann geweckt. Darauf begab er sich zu Schmidt, der eben erst nach durchtanzter Nacht ins Quartier zurückgekehrt war, und erzählte ihm, daß er an der Erledigung des Pannier teilnehmen solle. Feldwebel Stein forderte dann die beiden mit den Worten: „Das kleine Beilchen ist großartig“ auf, ein Beil und Spaten mitzunehmen und sich damit nach dem Birkenwäldchen zu begeben. Dort sollten sie ein Loch ausheben, in dem später die Leiche verscharrt werden sollte. Während beide noch an der Arbeit waren, kam Stein hinzu und sagte, das Loch müsse vergrößert werden. Gleich darauf rief er: „Los, Aschenkampf, Schirmann kommt schon!“ Darauf nahm Aschenkampf das Beil, ging durch den Birkenwald auf den Waldweg zu, auf dem er Schirmann mit seinem Opfer näher kommen sah, trat an Pannier heran und sagte zu ihm: „Komm mal her, wir wollen uns mal unterhalten“, zog das Beil, das er bisher versteckt getragen hatte, hervor und führte mit voller Wucht von oben, und zwar mit der stumpfen Seite, einen Schlag auf Panniers Stirn. Pannier brach zusammen und versuchte mehrmals, sich wieder aufzurichten. Aschenkampf hatte inzwischen das Beil fallen lassen, Stein nahm es auf und schlug mit der scharfen Seite weiter auf den Kopf des blutenden und röchelnden Pannier ein. Nunmehr schleiften beide den Pannier zu dem Loch, an dem Schmidt noch grub. Hier erhielt Pannier noch einige Schläge mit dem Beil, wobei auch Schmidt auf den bereits Toten einschlug. Die Leiche des Pannier wurde dann in das fertiggestellte Loch geworfen und dürftig mit Erde überdeckt. Aschenkampf und Schmidt versteckten dann Beil und Spaten in einem Birkenbusch und kehrten zusammen ins Lager Elsgrund zurück; Stein trat allein den Rückweg an. Er traf den Leutnant Benn in der Schreibstube und meldete die Ausführung des Befehls. Benn erwiderte, die Leiche sei zu flach eingegraben, man müsse sie umbetten. Als am folgenden Tage (5. Juni) auch Schirmann dem Leutnant Benn Meldung machte, sagte der: „So hätten Sie es nicht machen sollen.“ Einige Tage später berichtete Benn dem Freiherrn von Senden, Pannier sei entlassen worden, dabei sei „aber etwas passiert“. Senden hat keine Anzeige gemacht, auch dem ihm vorgesetzten Wehrkreiskommando keine Meldung erstattet. Noch am Mordtag fuhr Schirmann mit einem Brief Gutknechts an Oberleutnant Schulz zur Division nach Berlin.

Wenige Tage später nahm Stein die Umbettung der Leiche vor, die nun in einem alten Uebungsschützengraben, nahe dem Tatort, beigesetzt wurde. Der Graben war bereits 1½ Meter tief; auf seinem Boden wurde ein tiefes Loch gegraben, in das die Leiche gesenkt wurde. Der Schütze Zeitler und der Kanonier Snethlage standen mit anderen Angehörigen des AK. Sicherungsposten. Der frühere Fähnrich Meder, der sich an diesem Tage zu Besuch in Döberitz aufhielt und von der Erledigung Panniers gehört hatte, sah aus Neugierde zu.

Die Hauptverhandlung fand am 1. und 2. Februar 1926 vor dem Schwurgericht beim Landgericht Berlin 3 unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Bombe statt. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Sack, beantragte mit Rücksicht auf außenpolitische Fragen und Interessen des Reichswehrministeriums den Ausschluß der Oeffentlichkeit. Die Reichsregierung hatte erklären lassen, daß sie kein Interesse daran habe. Die preußische Regierung hatte dem Staatsanwalt keinen Auftrag zur Stellung eines solchen Auftrages gegeben. Trotzdem schloß das Gericht die Oeffentlichkeit während der Verhandlung aus. Die Urteilsbegründung erfolgte öffentlich. Die Angeklagten verteidigten sich damit, sie hätten auf Befehl ihres Vorgesetzten die Tat ausführen müssen. Besonders Stein hat vorgebracht, daß er im Falle einer Weigerung, an der Mordtat teilzunehmen, ein gleiches Schicksal wie Pannier hätte befürchten müssen.

Senden wurde von der Anklage wegen Anstiftung freigesprochen. Auch Gutknecht, Meder, Zeitler und Snethlage wurden mangels ausreichender Beweise freigesprochen. Schirmann, Stein und Aschenkampf wurden wegen gemeinschaftlichen Mordes, Benn wegen Anstiftung zum Morde zu 3 Jahren Zuchthaus unter Anrechnung von vier Monaten Untersuchungshaft. der Kompaniefeldwebel Stetzelberg wegen Unterlassung der Anzeige zu 9 Monaten Gefängnis unter Anrechnung von 4 Monaten Untersuchungshaft verurteilt.

Die den Prozeßbeteiligten auferlegte Geheimhaltungspflicht wurde vom Kammergericht am 24. 3. 1926 auf Grund der Beschwerde des Oberstaatsanwalts Sethe vom Landgericht 3 aufgehoben. Am 12. Juli 1926 verwarf das Reichsgericht die Revisionen der Verurteilten und der Staatsanwaltschaft gegen die Todesurteile. Gegen die Freisprüche hatte die Staatsanwaltschaft keine Revision eingelegt. Auf Antrag des Vertreters der Reichsanwaltschaft, Falkenberg, war auch diese Sitzung geheim. Am 24. November 1926 beschloß das preußische Kabinett, Benn zu lebenslänglichem Zuchthaus, Stein zu 15 Jahren, Aschenkampf und Schirmann zu 10 Jahren Zuchthaus zu begnadigen.

Verräter verfallen der Feme!

OPFER / MÖRDER / RICHTER 1919–1929

VON E. J. GUMBEL

23)

Mordversuch an Eckelt

Auf der Zitadelle Spandau lag Schwarze Reichswehr unter Befehl des Oberleutnants Budzinski. Unter den Soldaten befand sich seit dem März 1923 der Arbeiter Paul Eckelt. Er kam in den Verdacht, gestohlen zu haben, stand kurz vor seiner Entlassung, war aber schon vorher flüchtig geworden.

Ein Arbeiter Meier aus Spandau, bei dem Eckelt wohnte, erstattete Ende Juni oder Anfang Juli 1923 bei der Reichswehr Anzeige, daß Eckelt Bekleidungsstücke unterschlagen habe. Darauf erschien Oberleutnant Budzinski mit zwei Soldaten in der Wohnung des Meier, traf den Eckelt jedoch nicht an. Budzinski bat den Meier, ihn beim Auftauchen des Eckelt anzurufen, er möge keinen Namen nennen, sondern als Kennwort: „Seelenachse".

Wenige Tage später erschien Eckelt wieder. Gleich darauf, am 15. Juli 1923, kam der Feldwebel Umhofer von der Schwarzen Reichswehr Spandau in Zivilkleidung, stark angetrunken, in die Meiersche Wohnung. Eckelt war vor Angst wie von Sinnen und machte ernsthaft Anstalt, aus dem Fenster zu springen. Es gelang ihm, zu entkommen. Er ging sofort auf das Polizeirevier Am Wall in Spandau und bat, ihn in Schutzhaft zu nehmen; er fürchte der Feme zu verfallen. Der Kriminalassistent Drescher, dem Eckelt seinen Fall schilderte, entsprach seinem Wunsch. Alsbald erschien Umhofer auf dem Revier. Er erklärte, daß Eckelt fahnenflüchtig sei und wegen Spionage gesucht würde. Bei dem Disput mit dem Kriminalbeamten schlug Umhofer den Eckelt mit einer Reitpeitsche ins Gesicht. Drescher lehnte die Auslieferung des Eckelt rundweg ab. Umhofer drohte daraufhin den Polizeibeamten, er würde mit ihnen schon abrechnen, und entfernte sich mit dem Bemerken, er werde sofort seinen Oberleutnant Budzinski herbeiholen.

Am folgenden Tage, dem 16. Juli, erschien gegen 12.30 Uhr ein verdecktes Lastauto der Reichswehr vor dem Polizeigefängnis in Spandau. Auf dem Führersitz befanden sich ein Offizier und zwei Reichswehrsoldaten. Im verdeckten hinteren Wagenteil saßen zwei weitere Soldaten im Stahlhelm. Budzinski zeigte ein umfängliches Schriftstück und einen vom Hauptmann Keiner von der legalen Reichswehr unterschriebenen Ausweis und erklärte, er sei beauftragt, Eckelt abzuholen. Die Beamten antworteten, daß Eckelt bereits auf dem Polizeipräsidium Berlin sei. So entging Eckelt der Feme. Denn die Polizei konnte ihn wegen des Diebstahls behalten.

Auf eine Anfrage des Leiters der politischen Polizei beim Polizeipräsidium Berlin, Oberregierungsrat Dr. Bernhard Weiß, an den Wehrkreis III, die auch analoge Vorgänge erwähnte, sich insbesondere auf Bekundungen eines gewissen Enskat über Fememorde in Küstrin berief und schließlich nach dem Verbleib des Feldwebels Wilms fragte, antwortete der Stabsoffizier I a Oberstleutnant Held am 18. August 1923, daß es sich bei der Truppe, der Eckelt angehöre, um eine Fahreskadron aus Küstrin handle, die auf dem Marsch nach dem Truppenübungsplatz Döberitz gewesen sei, daß er wegen Ungehorsams entlassen werden würde, daß Eckelt wegen Unterschlagung von Militärbekleidungsstücken verfolgt werde, daß „hier" von einer „Feme" in C (Cüstrin) nichts bekannt sei, und daß Nachrichten hierüber jeder sachlichen Grundlage entbehrten.

Noch selten hat wohl eine amtliche Stelle eine derartig falsche Erklärung abgegeben. Der Fall Pannier zeigt, welches Schicksal dem Eckelt drohte. Ein gleiches Ende hätte aus dem von Hauptmann Keiner unterschriebenen Fahrbefehl folgen können. Eine Verhandlung hat nicht stattgefunden.

Der Fall Legner

Der Bäcker Willi Legner aus Frankfurt an der Oder war im Kriege bei der Artillerie Wachtmeister gewesen. Da er Grund hatte zu verschwinden, tauchte er im Jahre 1923 bei der Schwarzen Reichswehr unter und wurde in Jüterbog als Kompaniefeldwebel eingestellt. Er geriet in den Verdacht, sechs Pistolen unterschlagen zu haben. Mitte März 1923 wurde er auf Befehl von Oberleutnant Schulz nach Döberitz versetzt. Am 25. März wurde Legner dem Kommando des Hauptmanns Gutknecht zugeteilt, das in der Fliegerkaserne Elsgrund auf dem Truppenübungsplatz Döberitz untergebracht war. Gutknecht hatte sich zuerst geweigert, den Legner, den er nach dem Vorgefallenen für ein übles Subjekt hielt, einzustellen. Aber Schulz veranlaßte einen schriftlichen Befehl des Oberstleutnants Held an Gutknecht, daß er Legner einstellen müsse, und so hatte sich dieser, wenn auch widerwillig, gefügt. Als Legner sich bei ihm dienstlich meldete, eröffnete ihm Gutknecht, daß er ihn wegen der in Jüterbog vorgefallenen Unregelmäßigkeiten nicht in einer Vertrauensstellung verwenden könne. Dem Kompaniefeldwebel Stetzelberg, der auch im Fall der Ermordung des Schützen Pannier eine Rolle spielte, erklärte Gutknecht, Legner brauche keinen Dienst zu tun; er bleibe nur ein paar Tage. Legner tat auch tatsächlich kaum Dienst; er lief im Lager umher und schimpfte über das ihm angetane Unrecht. Seine Kameraden betrachteten aber den Verdacht des Verkaufs von Heeresgut als Beweis, daß Legner die heimliche Organisation an die Entente verraten habe.

Im Lager Elsgrund waren nächtliche Unteroffizierspatrouillen eingeführt. Auf Anordnung des Hauptmanns Gutknecht teilte Stetzelberg die Leute ein. In der Nacht vom Ostersonnabend, den 31. März 1923, zum ersten Osterfeiertag gingen Legner und der Oberleutnant Nikolai Reim diese Patrouille. Reim hatte ein abenteuerliches Leben hinter sich. Der internationale Kampf gegen die Revolution war seine nationale Idee. Als Sohn eines baltischen Gutsbesitzers 1889 in Riga geboren, trat er 1916 als Leutnant zur See in die Kaiserlich Russische Kriegsmarine ein. Nach der Besetzung Rigas durch die Deutschen, 1917, trat er in deutsche Dienste über, und erwarb später die deutsche Staatsangehörigkeit. Nach Beendigung des Feldzuges trat er 1919 in die Baltische Landwehr ein, nach dem Zusammenbruch des Baltikum-Unternehmens kam er mit der „Eisernen Division" nach Deutschland und gastierte im Freikorps Lützow. In Oberschlesien diente er als Kompanieführer. Die Nachbarkompanie führte Hauptmann Gutknecht, daher kannten sich beide. Im Mai 1922 fand er schließlich Anstellung bei der Hamburger Ordnungspolizei als Unterwachtmeister. Im Herbst 1922 desertierte er von Hamburg und meldete sich in Küstrin bei Schulz, der ihn als „Oberleutnant" einstellte. Er tat dann in Potsdam bei der Schwarzen Reichswehr Dienst und kam schließlich zu seinem alten Kameraden Gutknecht nach Döberitz.

Am Nachmittag des 31. März wurde Reim zu dem Patrouillengang für die Nacht bestimmt. „Man" sagt ihm, daß der Feldwebel Büsching, der einige Tage zuvor nach Elsgrund gekommen war, später zu der Patrouille stoßen würde, um Legner zu „erledigen". Wer ihm das mitgeteilt hat, darüber hat Reim jede Auskunft verweigert; er hat abgestritten, daß es Schulz gewesen sei, auch verneint, daß Gutknecht ihm die Mitteilung gemacht hätte. Letzteres jedoch in einer Form, aus der entnommen werden konnte, vielmehr auch sollte, daß Gutknecht doch der geheimnisvolle Sprecher war. Er selbst sei sich aber darüber im klaren gewesen, daß Legner ermordet werden sollte. An dem „Verrat" des Legner habe er felsenfest geglaubt. Auch habe er bestimmt angenommen, daß ein solcher Auftrag nur im Einverständnis mit der zuständigen Reichswehrstelle gegeben werden konnte.

Bei dem Patrouillengang stieß zu später Nachtstunde beim Kasino Büsching zu den beiden. Er sagte, er wolle in der schönen Frühlingsnacht noch ein wenig spazierengehen. Reim ging ein paar Schritt voraus. Plötzlich vernahm er heftigen Wortwechsel, drehte sich um und sah, daß Büsching mit Legner handgemein geworden war. Dann krachte ein Schuß. Als Reim dazutrat, lag Legner tot am Boden. Büsching und er hoben die Leiche auf, Büsching verschwand einen Augenblick, um zwei Spaten zu holen, die er bereitgelegt hatte. Sie warfen gemeinsam die Leiche mit ein paar Schaufeln Erde zu. Reim ging in sein Quartier zurück und legte sich schlafen, Büsching kletterte über die Umfassungsmauer und verschwand. Als Legner vermißt wurde, „tauchte das Gerücht auf", er sei desertiert. In den darauffolgenden Tagen jedoch munkelte man im Lager, Legner sei während des Patrouillenganges mit Reim getötet worden. Der Feldwebel Fahlbusch behauptete dagegen, er habe Legner noch am zweiten Ostertag auf dem Schlesischen Bahnhof in Berlin gesehen. Als das Gerücht nicht verstummen wollte, behauptete Fahlbusch sogar, er habe Legner beobachtet, wie er das Hotel der Interalliierten Militär-Kontroll-Kommission in der Budapester Straße betreten habe. Stetzelberg räumte auf Gutknechts Befehl und in dessen Gegenwart den Schrank Legners auf und tat die Sachen auf die Kammer. Die Leiche Legners war aller Wahrscheinlichkeit nach zuerst in einem Schützengraben beigesetzt worden, den Gutknecht wenige Tage vor der Tat hatte ausheben, wenige Tage nach der Tat wieder hatte zuwerfen lassen. Die Leiche konnte trotz Umgrabung des Geländes nicht zutage gefördert werden.

Als im Jahre 1925 die Verfolgung der Fememörder begann, flüchtete Reim nach Italien und wurde erst im August 1926 in Taormina auf Sizilien verhaftet, im März 1927 ausgeliefert. Gutknecht hatte sich nach seiner Freisprechung im Fall Pannier in das Mandatsgebiet der Südafrikanischen Union begeben und lebt heute auf einer Farm bei Windhuk.

Am 24. September 1928 fand vor dem Schwurgericht beim Landgericht III unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Friedmann die Verhandlung gegen Reim statt. Die Anklage vertrat Staatsanwaltschaftsrat Lesser. Reim war geständig. Der Staatsanwalt erklärte: „Ich habe die traurige Pflicht, gegen den Angeklagten als Mittäter die Todesstrafe zu beantragen." Das Gericht verneinte die Mittäterschaft, da Reim nicht gewußt habe, wie die Tat ausgeführt werden sollte und verurteilte ihn nur wegen Beihilfe zum Morde zu 3 Jahren Zuchthaus. Von der Strafe wurden ihm 2 Jahre und 35 Tage auf die Untersuchungshaft angerechnet. Der Haftbefehl wurde aufgehoben, weil Fluchtverdacht nicht bestehe. Verteidiger und Staatsanwalt legte Revision ein. Beide wurden vom Reichsgericht verworfen. Gegen Schulz wurde im April 1929 nach Fahlbuschs Verhaftung Voruntersuchung wegen Anstiftung zum Mord an Legner eröffnet. Büsching konnte nicht ermittelt werden.

4. Beilage Nr. 63 — Jahrgang 1930

Volksblatt für Spandau und das Havelland

Sonnabend den 15. März

Verräter verfallen der Feme!

OPFER / MÖRDER / RICHTER 1919 – 1929

VON E. J. GUMBEL

24) Mordversuch an Gaedicke

Im Zeughaf Küstrin diente bei der dort stationierten Abteilung K. der Schwarzen Reichswehr der frühere Leutnant Janke; der Oberfeuerwerker Balke verwaltete die Munitionsbestände. Janke und Balke waren mit dem Feldwebel Gaedicke bekannt, der auf dem Fort Säpzig unter dem Leutnant Dabkowski stand. Die drei befanden sich, wie die übrigen Mitglieder der Schwarzen Reichswehr, in wirtschaftlichen Kalamitäten, denn die Löhnung war äußerst niedrig. Sie beschlossen daher, sich durch Verkauf von Munition Geld zu verschaffen. Gelegentlich eines größeren illegalen Munitionstransports im Mai 1923, der auf dem Wasserwege van Küstrin nach Stettin vor sich gehen sollte, ließ Balke, der die Verladung der Munition auf Lastautos beaufsichtigte, 15 Kisten Infanteriemunition (20 000 Schuß) zuviel aufladen. Janke, der die Aufsicht bei dem Schiff hatte, ließ durch seine Leute die zuviel geladene Munition abseits bringen. Von dort wurde sie später abgeholt. Nach mehrfach vergeblichen Versuchen, die Munition in Küstrin oder in der Umgebung zu verschieben, fuhr Gaedicke mit einem ihm bekannten Kommunisten nach Berlin und bot die Munition der Kommunistischen Partei zum Kauf an. Aber die Kommunisten lehnten sein Angebot unter dem Vorwand ab, sie bekämen kostenlos soviel Munition, wie sie haben wollten.

Daraufhin verkaufte Gaedicke die Munition an den Altwarenhändler Zickelbein in Küstrin für 2½ Millionen Papiermark (140 Goldmark), welche die drei untereinander teilten.

Der Landjäger Gerlach kam der Schiebung auf die Spur; am 15. Juni 1923 wurde die Munition bei Zickelbein beschlagnahmt und an die Kommandantur abgeführt. Gerlach erstattete auch Anzeige beim Amtsgericht Küstrin. Am gleichen Tage vernahm der Hauptmann Lindig, der Adjutant des Festungskommandanten Oberst Gudowius, die drei Schieber Gaedicke, Janke und Balke. Sie gestanden. Das Amtsgericht erhielt auf telephonische Anfrage von der Kommandantur den Bescheid, daß eine Verhaftung der Beteiligten nicht erwünscht sei. Am nächsten Tage, am 16. Juni 1923, traf der Oberleutnant Paul Schulz in Küstrin ein.

Mark. Klapproth, als Zechpreller verhaftet, nannte im Katzenjammer seinen richtigen Namen. So hat der Alkohol, der ihn bei allen seinen Taten begleitet hat, ihm auch den Weg ins Zuchthaus gebahnt. Das Schöffengericht in Küstrin verurteilte am 9. Juni 1928 wegen Beihilfe von Oppen zu 1000 Mark, Eisenbeck und Hildebrandt zu je 500 Mark Geldstrafe.

Die Verhandlung gegen Schulz, Hayn und Klapproth fand vor dem Schwurgericht Landsberg unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Weßling mit den Landgerichtsräten Dr. Barsch und Dr. Salinger als beisitzenden Richtern und dem Oberstaatsanwalt Rohrlack als Beamten der Staatsanwaltschaft am 8. November 1926 statt. Nach der Anklage handelt es sich hier um einen von Klapproth begangenen Mordversuch, zu dem Leutnant Hayn Beihilfe geleistet und den Paul Schulz angestiftet hat.

Hayn und Schulz wurden freigesprochen, Klapproth, der wegen Mordversuchs angeklagt war, nur wegen Körperverletzung mittels einer das Leben gefährdenden Handlung zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.

Der Oberstaatsanwalt Rohrlack legte gegen das Urteil Revision ein. Das Reichsgericht hob das Urteil auf, daher erneute Verhandlung vor dem Schwurgericht Stettin. Der Oberstaatsanwalt beantragte wegen versuchten Mordes

von dem möge er sich Arsenik besorgen und es dem Janke ins Essen tun. Weiter habe er dem Klapproth Schweigen geloben müssen. Thom erklärte, er habe für den Fall der Weigerung für sein eigenes Leben gefürchtet.

Jedenfalls ging Thom zu Rathsmann und erzählte ihm, daß Janke „wegen Verrats" verschwinden müsse; er solle in der Arrestzelle vergiftet werden. Rathsmann möge hierzu Arsenik oder ein anderes starkes Gift herausgeben. Auf Thoms wiederholtes Drängen eignete sich Rathsmann aus dem Giftschrank ein erhebliches Quantum Arsen an und brachte es dem Thom. Dieser hatte inzwischen den Gefreiten Zinter, der Janke bewachte, für seinen Plan zu gewinnen versucht. Aber Zinter hatte früher unter Janke gedient und ging nur zum Schein darauf ein. Das Essen für Janke (Nudeln) stand schon in Zinters Stube bereit. Im Beisein Thoms tat Zinter eine kleinere Dosis des Giftes in das Essen. Es gelang ihm, den größeren Teil des Gifts daneben zu schütten. Dann rührte er das Essen um und übergab der Ordonnanz, die es Janke brachte. Janke genoß ein paar Löffel davon und erbrach sie wieder. Am Nachmittag badeten Thom, Rathsmann und Zinter gemeinsam und unterhielten sich ganz ruhig darüber, wie es komme, daß Janke noch am Leben sei. Rathsmann sagte, das Gift sei wohl schon zu alt gewesen. Thom jedoch äußerte, Rathsmann habe ihn getäuscht. Der Fähnrich Buchholz, der dazukam, und der ebenfalls von dem Plan Kenntnis hatte, lud vor Rathsmanns Augen die Pistole, setzte sie ihm auf die Brust und rief: „Wenn du uns nicht sofort gestehst, ob du uns richtiges oder falsches Gift gegeben hast, schieße ich dich nieder." Rathsmann beteuerte wiederholt, daß das Gift echt gewesen sei. Am nächsten Tag verlangte Thom von Rathsmann stärkeres Gift. Noch am gleichen Vormittag brachte Rathsmann ein Stück Zyankali von der Größe einer Haselnuß. Um den Janke vor dem Tode zu bewahren, sagte Zinter dem Thom, Zyankali müsse erst einen Tag im Wasser gelöst werden. Als dem Janke das Essen gebracht wurde, ging Thom mit in die Stube, schimpfte ihn einen Verbrecher, warf einen Strick auf den Tisch und [illegible]

Etwa um 12 Uhr mittags wurde von der Kommandantur nach Fort Säpzig telephoniert, der Oberleutnant Dabkowski möchte um 4 Uhr nachmittags zum Quartiermachen nach Fort Tschernow kommen und seinen Feldwebel Gaedicke mitbringen. Dabkowski wußte, daß eine schwarze Minenwerferkompanie aufgestellt werden sollte. Als deren Führer war der Leutnant Hayn ausersehen. Er hatte unter Schlageter an Sabotageakten im Ruhrgebiet teilgenommen und war eben in Küstrin eingetroffen. Die Mannschaften sollten entweder in Säpzig oder in Tschernow untergebracht werden. Aus diesem Grunde erschien dem Dabkowski die telephonische Anweisung nicht auffallend.

Dabkowski und Gaedicke fuhren per Rad ins Dorf Tschernow. Sie machten bei dem außerhalb des Forts wohnenden Wächter Puhlmann halt um von ihm die Schlüssel in Empfang zu nehmen. Sie blieben etwa eine halbe Stunde vor dem Hause sitzen, tranken einige Kognaks und rauchten. Dann hielt ein Kraftwagen vor dem Hause, Klapproth steuerte, Leutnant Hayn saß im Wagen. Alle vier begaben sich daraufhin ins Fort, um die Räumlichkeiten zu besichtigen. Sie gelangten in eine Art Windfang, ungefähr 1 Meter breit, 2 Meter lang; Dabkowski voran, hinter ihm Gaedicke und dann Klapproth. Dabkowski hörte ein dumpfes Aufstöhnen und einen Fall, drehte sich um und sah Gaedicke der Länge nach auf dem Rücken liegen. Klapproth kniete und hatte Gaedickes Kopf mit den Händen gepackt. Dabkowski sprang sofort hinzu, riß Gaedicke hoch und rief Klapproth zu: „In meiner Gegenwart wird meinen Leuten jedenfalls nichts zuleide getan, und wenn es über meine Leiche geht." Auch Hayn hielt Klapproth fest. Der stand mit wutverzerrtem Gesicht noch immer vor Gaedicke und wollte sich wiederum auf ihn stürzen. Gaedicke hatte die Besinnung verloren; Hayn und Dabkowski trugen ihn auf den Hof, wuschen ihn und verbanden seine schweren Kopfwunden. Klapproth stand mit wutverzerrtem Gesicht daneben und sagte dem Dabkowski, er solle froh sein, daß Büsching nicht dagewesen sei. Dann wäre es ihm nicht gelungen, den Plan zu vereiteln. Als Gaedicke später wieder zu sich kam, trat Klapproth auf ihn zu und sagte etwa: „Uns tut nur deine Frau und dein Junge leid, dir Aas sollte was anderes passieren."

Gaedicke wurde am 19. Juni auf Befehl von Hauptmann Lindig dem Amtsgericht Küstrin vorgeführt und dort in Untersuchungshaft genommen. Im Gerichtsgefängnis suchte ihn Sanitätsrat Dr. [illegible]nbaum auf. Er stellte Blutunterlaufungen der Lider, eine große Bindehautblutung am rechten Augapfel und eine quer über den Hinterkopf laufende 3 Zentimeter lange oberflächliche Hautwunde fest.

Durch Urteil des Schöffengerichts Küstrin vom 1. August 1923 wurden Janke und Gaedicke wegen des Munitionsdiebstahls zu je 5 Monaten Gefängnis verurteilt.

Balke hat sich nach den ersten richterlichen Vernehmungen erschossen und in einem nachgelassenen Brief angegeben, er scheide aus dem Leben, da er der Feme doch nicht entgehen könne.

Dem steckbrieflich verfolgten Klapproth hatten der Rittergutsbesitzer Rittmeister a. D. und Vorsitzender der „Nationalen Nothilfe" Wilhelm von Oppen in Tornow, der Geschäftsführer Martin Eisenbeck und der Ingenieur Hildebrandt zur Flucht verholfen. Im Auto wurde er nach Wesel gebracht. Er sollte nach Argentinien auswandern. In Wesel wartete Klapproth auf einen falschen Paß, den ihm Hildebrandt zusammen mit dem Geld bringen sollte. Er zechte flott im Hotel. Aber Hildebrandt unterschlug die 4000

7 Jahre Zuchthaus gegen Schulz, gegen Klapproth 5 Jahre Zuchthaus, gegen Hayn wegen Beihilfe hierzu 1½ Jahre Zuchthaus. Das Gericht bestätigte aber das frühere Urteil und zog die Gefängnisstrafe gegen Klapproth mit zu den 15 Jahren Zuchthaus, zu denen er im Fall Gröschke bereits verurteilt worden war.

Ein Giftmordversuch

Janke.

Glücklicher gestaltete sich das Schicksal des Leutnants Janke. Bei seinem Aufenthalt in Küstrin, am 16. Juni 1923, ließ Schulz ihn auf die Schreibstube der Abteilung K. kommen und machte ihm Vorhaltungen. Nach Abschluß der Vernehmung erklärte Schulz den Janke als vorläufig festgenommen, hieß ihn den Offiziersrock mit einem Mannschaftsrock vertauschen und ließ ihn durch den früheren Oberleutnant Körtge, ebenfalls von der Abteilung K., in seine Stube führen, die als Arrestraum bestimmt wurde. Vor Jankes Tür und Fenster wurden Posten aufgestellt, man machte Janke darauf aufmerksam, daß bei Fluchtversuch geschossen würde. Unter den Leuten des Arbeitskommandos herrschte ungeheure Entrüstung darüber, daß ein Offizier Munition an die Todfeinde, die Kommunisten, verkaufen wollte. „Früher wäre so'n Kerl standrechtlich erschossen worden." Ein anderer meinte: „Man muß ihm was ins Essen tun."

Am 18. Juni, also bald nach der Festsetzung des Janke, kam der Feldwebel Thom, der früher mit Janke und Balke auf einer Stube gelegen hatte, vom Sonntagsurlaub zurück. Im Unterkunftsraum im Zeughof traf er seinen Freund Erich Klapproth, der überraschend wieder aus Berlin angekommen war. Nach Angaben Thoms hat Klapproth ihn herangewinkt und ihm gesagt, er solle leise sprechen, er wolle nicht erkannt werden. Thom habe auf dem Bettrand Klapproths Platz genommen und Klapproth habe geäußert: „Janke muß verschwinden. Wir haben vergeblich gehofft, daß er einen Fluchtversuch machen werde, so daß der Posten ihn dabei hätte erschießen können, aber er scheint sich zu einer Flucht nicht bequemen zu können. So muß er also auf andere Weise verschwinden: Gift!"

Klapproth habe dann weiter hinzugefügt, Thom wäre ja mit dem „rothaarigen Drogisten" (Rathsmann) befreundet;

Bei der nächsten Gelegenheit warnte Zinter den Janke und überließ ihm, als dieser an den Giftmord nicht glauben wollte, den von ihm aufgehobenen Rest des Arsen. Die Kommandantur entschloß sich inzwischen, den Munitionsdiebstahl strafrechtlich zu verfolgen. Am nächsten Morgen holte Leutnant Knüppel den Janke aus dem Arrest und brachte ihn in das Amtsgerichtsgefängnis. Das Pulver wurde im Laufe des Verfahrens dem Sachverständigen, Professor Dr. Fiche, zur Untersuchung übergeben, der bestätigte, es sei Arsen, genügend zur Tötung mehrerer Menschen.

Die Hauptverhandlung gegen Thom und Genossen fand am 25. Oktober 1926 vor dem Schwurgericht in Landsberg an der Warthe unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Weßling und mit den Landgerichtsräten Dr. Barsch und Dr. Salinger als beisitzenden Richtern statt. Die Anschuldigungen gegen Klapproth wurden nicht geglaubt. Er wurde nicht einmal angeklagt, obwohl er in der Nebenzelle auf den Tod Jankes gewartet hatte.

„. . . Klapproth ist seinem Charakter nach so veranlagt, daß er die einmal übernommene Tat selbst ausgeführt hätte, und zwar keinesfalls heimtückischerweise durch Gift. Abgesehen hiervon bestreitet aber auch der als Zeuge vernommene Klapproth mit Thom überhaupt über eine Beseitigung von Janke gesprochen zu haben . . ."

Rathsmann entschuldigte sein Verhalten mit der Furcht vor der Gefährdung des eigenen Lebens.

Das Gericht verurteilte Thom wegen versuchter Tötung, Rathsmann wegen Beihilfe hierzu zu je 2 Jahren Gefängnis, Buchholz wegen Bedrohung zu einem Monat Gefängnis. Auf die Frage, wer Klapproth geschickt hat, ist das Gericht überhaupt nicht eingegangen. Der folgende Fall Gröschke zeigt, daß Schulz gegen die Verwendung von Gift nichts einzuwenden hatte.

2. Beilage Nr. 64 | Volksblatt … s Havelland | Montag
Jahrgang 1930 | | den 17. März

Verräter … Feme!

OPFER/MÖRDER/RICHTER
1919 - 1929 … VON E. J. GUMBEL

25)

Der Fall Gröschke

Der 20jährige Gelegenheitsarbeiter Paul Gröschke aus Frankfurt an der Oder, ein leicht schwachsinniger Mensch, hatte stets sonderbares Benehmen gezeigt und sein Aeußeres vernachlässigt. Die Kinder in Frankfurt nannten ihn „Der schwarze Pup“. Sein Schulkamerad Schönherr sagte von ihm: „Er war nicht ganz richtig“, sein Vater: „Er war ein bißchen gutmütig“. Politisch war er völlig unorientiert und uninteressiert.

Da er lange arbeitslos gewesen war, ging er auf Veranlassung seines Freundes Schönherr am 11. Juni 1923 zur Schwarzen Reichswehr nach Küstrin. Von dem Leutnant a. D. Johann Knüppel, der damals die Küstriner schwarze Truppe führte, wurde er zusammen mit anderen jungen Leuten aus Frankfurt eingestellt. Bereits am 14. oder 15. Juni brachten die beiden Gefreiten Gura und Kulick den Gröschke auf Befehl von Knüppel nach Fort Gorgast, wo sich die „Strafkompanie“ befand. Der Grund dafür hat sich nicht feststellen lassen. Möglicherweise hat er sich durch unüberlegte Redensarten verdächtig gemacht. Das genügte jedenfalls, um ihn zu beseitigen. Bereits in der ersten Nacht in Gorgast wurde Gröschke von seinen Kameraden geprügelt. Gröschke blutete stark, seine Kleider waren zerrissen. Durch den Lärm geweckt, eilte Feldwebel Becker hinzu und machte der Szene ein Ende. Auf Beckers Anordnung hin wurde Gröschke in einer kleinen Kammer eingeschlossen. Becker machte dem Fortkommandanten Oberleutnant Reinhold Raphael Mitteilung, daß Gröschke nach den Angaben der Leute ein kommunistischer Spitzel sei, worauf Raphael ihn in die Arrestzelle bringen ließ. Vom 16. bis 22. Juni 1923 wurde Gröschke unter vielfachen Mißhandlungen vernommen, um von ihm Näheres über seine Verbindung mit den Kommunisten zu erfahren. Am 16. Juni wurden sieben junge Soldaten aus Frankfurt nach Fort Gorgast kommandiert. Gröschke hatte nämlich unter den fortgesetzten Mißhandlungen „gestanden“, sie alle seien Kommunisten. Den einzelnen gegenübergestellt, nahm er seine Behauptungen zurück. Aus Furcht, als Kommunisten zu gelten, wagte keiner der Leute zu sagen, daß sie Gröschke für verrückt hielten. Der Feldwebel Becker zog nun einen weiteren Angehörigen der schwarzen Truppe in Gorgast, den Junglehrer Buse, als Protokollführer hinzu und „vernahm“ Gröschke weiter. Hierbei gab dieser kommunistische Waffenlager an, bezeichnete sich selbst als Führer der Frankfurter Kommunisten und gab ähnliche Phantasieprodukte von sich. Wenn er seine Behauptungen einschränken wollte, rief Becker: „Oeffnet ihm den Mund!“ Dann setzte es erneut Prügel, wobei sich der Unteroffizier Schiburr mit einem Ochsenziemer, die Soldaten Grätz mit einem Gummiknüppel und Fricke mit einem Lederriemen beteiligten. Schiburr wollte so seinen Pflichteifer zeigen, um zum Feldwebel befördert zu werden. „Der Feldwebel Becker will in seinem Glauben an die Richtigkeit dieser Angaben (des Gröschke) dadurch bestärkt worden sein, daß er sie nachgeprüft habe. Bei der Vernehmung habe Gröschke zum Beispiel ausgesagt, der Kommunistenführer X. wohne in der Y.-Straße; später habe er auf die Frage „Wer wohnt in der Y.-Straße?“ prompt geantwortet: „Der Kommunistenführer X.“ Dies erklärt sich durch die schon aus den Folterkammern der Inquisition wohlbekannte Tatsache, daß der Verdächtigte in der Einsamkeit der Zelle aus Furcht vor immer neuen Qualen sich seine erdichteten Geständnisse wohl überlegt und auswendig lernt.“ (Urteilsbegründung.)

Am 17. Juni erschien Oberleutnant Raphael mit zwei Leuten in der Arrestzelle, ließ Gröschke die Oberkleider vom Leibe reißen und schlug mit einer Hundepeitsche auf ihn ein, weil er den Eindruck hatte, Gröschke halte mit der Wahrheit zurück. Die Tür zur Arrestzelle blieb dann, vermutlich auf Raphaels Befehl, offen, damit jeder, der Lust hatte, Gröschke prügeln könne. So erschienen immer neue Leute, die den Gröschke verprügelten. Später, bei der Leichenschau, stellte der praktische Arzt Dr. Wachs an Verletzungen auf Grund der der Tötung vorangegangenen Mißhandlungen fest:

„Der ganze Hinterkopf war bedeckt mit einem Kranz von Verletzungen, die zum größten Teil die Schädelhaut durchtrennt hatten. Der ganze Körper war mit Striemen bedeckt. An der linken Hüfte befand sich eine Stichwunde.“

Auf Grund der Vernehmungsergebnisse schickte Raphael den Oberleutnant Schrenk und den Feldwebel Becker mit einem Bericht über die Angaben des Gröschke nach Küstrin zu Leutnant Knüppel. Mit ihm sollten sie besprechen, was mit dem Verräter geschehen solle. Die beiden stießen jedoch, noch bevor sie Knüppel trafen, im Zeughof auf Schulz, gingen mit ihm in ein Zimmer des Zeughauses und trugen ihm den Fall vor. Schrenk machte den Vorschlag, den Gröschke den ordentlichen Gerichten zu übergeben. Schulz ging auf diese Möglichkeit überhaupt nicht ein, sondern fragte Becker unvermittelt, ob er schon einmal einen Menschen getötet hätte. Beide fühlten, daß sie so in eine sehr gefährliche Angelegenheit verwickelt werden könnten. Deshalb warf Schrenk dem Becker einen warnenden Blick zu. Becker antwortete ausweichend, er habe zwar im Felde umgelegt, was ihm vor die Flinte gekommen wären, sonst aber nie. Schulz fragte darauf den Becker, ob es in seiner Heimat keine Moorlöcher gäbe und fügte etwas von Gift hinzu. Auch jetzt wich Becker aus. Darauf äußerte Schulz halblaut etwas wie „Nicht zu gebrauchen“. Zum Schluß sagte er, er wolle als Leiter der gesamten Organisation mit der Sache nichts zu tun haben. Becker und Schrenk entfernten sich und ließen das Protokoll zurück. Als sie später mit ihren Rädern noch am Zeughaus hielten, trat Schulz noch einmal auf sie zu und sagte, er hätte kein Gift bekommen können.

Auf dem Rückweg ermahnte Schrenk den Becker, sich auf solche Sachen wie Ermordung eines Verräters nicht einzulassen. In Gorgast teilten sie dann dem Leutnant Raphael mit, Schulz werde selbst herauskommen. Als dieser dann kam, bat ihm Raphael, den Gröschke doch aus Gorgast wegzunehmen. Schulz sagte dies zu.

Um diese Zeit hielten sich die Feldwebel Erich Klapproth und Büsching in Küstrin auf. Büsching wußte von der Sache mit Gröschke und teilte dem Klapproth mit, in Gorgast sei ein kommunistischer Spitzel, der verschwinden müsse.

„Klapproth fragte, ob Befehl von oben (der Division, das heißt Schulz) da sei, was Büsching bejahte. Darauf erklärte sich Klapproth bereit, mitzumachen. Sie beratschlagten und beschlossen, noch ein paar zuverlässige Leute heranzuziehen. Klapproth schlug seinen Bruder Willi vor, Büsching den früheren Polizeiunterwachtmeister Kurt Vogel. Beide gehörten der Abteilung Berlin an. Diese beiden sollten für die Zeit, in der die Tat ausgeführt werden sollte, die Posten am Haupttor und der Arrestzelle übernehmen, um den Gröschke unbemerkt hinausbringen zu können.“ (Urteilsbegründung.)

28)

Gröschkes Ermordung

Büsching und Klapproth veranlaßten (nach dem Urteil), daß die Division am 21. Juni vormittags dem Wachtregiment in Berlin mittels Fernsprecher den Befehl erteilte, Willi Klapproth und Vogel nach Küstrin zu schicken. Am 22. morgens erhielt der Oberfähnrich Kurt Glaser von der schwarzen Truppe in Frankfurt an der Oder von seinem Kommandoführer Leutnant a. D. Damm ebenfalls den Befehl, nach Küstrin zu fahren und sich bei Büsching zu melden.

Glaser traf Büsching und Klapproth an der Garage im Zeughof Küstrin und erhielt von ihnen die Auskunft, in Gorgast sei ein kommunistischer Spitzel gefaßt, der mit der Kontrollkommission in Verbindung gestanden hätte. Auch Willi Klapproth und Vogel kamen am gleichen Vormittag nach Küstrin. Unterwegs hatten sie noch gekneipt und sich deshalb verspätet. Als sie sich bei Leutnant Knüppel meldeten, wurden sie angeschnauzt. Alle fünf fuhren nach Gorgast; Erich Klapproth lenkte das Auto. Er begab sich zu Oberleutnant Raphael. Willi Klapproth und Vogel warteten. Büsching ging zu Gröschke in die Arrestzelle, Glaser blieb beim Auto.

Erich Klapproth hatte inzwischen Raphael von dem Plan unterrichtet. Da der genaue Zeitpunkt der Tat noch nicht feststand, brauchte man für längere Zeit zuverlässige Leute als Posten. Daher erhielten Willi Klapproth und Vogel von Raphael nach dem Vorschlag von Erich Klapproth je eine verschärfte Strafwache (vier Stunden) wegen ihrer Verspätung aufgebrummt. Beide bezogen sofort ihre Posten.

Nun teilte Büsching dem Glaser mit, es liege ein Befehl der Leitung vor, den Verräter umzulegen. Glaser müsse mitmachen. Dieser überlegte eine Weile und erwiderte dann: „Wenn Ihr mich braucht, mache ich mit."

Erich Klapproth, Büsching, Glaser und Raphael fuhren nach Küstrin zurück und kamen im Auto am 23. Juni um 10½ Uhr abends wieder in Gorgast an. Vogel stand am Haupttor, Willi Klapproth vor der Zellentür auf Posten. Erich Klapproth, Büsching, Glaser und Raphael begaben sich zur Arrestzelle. Büsching erbrach das Schloß, trat hinter den auf der Pritsche liegenden Gröschke und erhob ein Werkzeug zum Schlag. Erich Klapproth fiel ihm in den Arm: „Hier nicht!"

Büsching und Glaser führten den Gröschke zum Kraftwagen; Erich Klapproth kurbelte an. Büsching und Gröschke nahmen auf dem Rücksitz Platz, Glaser auf dem linken Notsitz. Erich Klapproth führte den Wagen. Gröschke verhielt sich ruhig; er war durch die bereits erlittenen Mißhandlungen völlig stumpf und geistig so verwirrt, daß er nicht mehr begriff, was mit ihm vorging. Das Auto fuhr über Küstrin in der Richtung nach Zorndorf. „immer bei der Nachttopffabrik von Stinnes vorbei. Auf einmal ruft der Büsching von hinten: Hallo, kann ick knallen? Ich nickte mit dem Kopf und fahre weiter. Da fielen zwei Schüsse und in dem Moment war mir klar: jetzt is wat passiert. Piff, paff, dachte ick, hier is dicke Luft, und denn habe ick Gas gegeben und wir sind weitergefahren . . . Glaser sah aus wie weißer Keese . . . Büsching sagte: Das Ding habe ick uff meine eijene Kappe jedreht. Die Hauptsache is: Schnauze halten." (Aussage Klapproths.)

Als Gröschke sich regte, versetzte ihm Büsching mit einem Dolch einen Stich, der durch das Scheitelbein ins Gehirn drang und den sofortigen Tod zur Folge hatte. Büsching wickelte die Leiche in zwei Militärmäntel. Klapproth fuhr in schnellstem Tempo durch Zorndorf und Quartschen bis zum sogenannten Trossiner Parnäkel. Am Kilometerstein 34 stiegen sie aus, um die Leiche zu verscharren. Glaser hob zusammen mit Büsching die Leiche aus dem Wagen. Klapproth blieb zunächst beim Auto. Die Leiche wurde etwa 20 Schritt in die Schonung hineingetragen. Mit zu diesem Zweck mitgebrachten Spaten wurde ein Loch von etwa 20 Zentimeter Tiefe gegraben. Doch kam Glaser vor Erregung nicht vom Fleck, darauf grub Klapproth weiter. In seiner Erregung vergaß Glaser, die blutigen Militärmäntel mitzunehmen. Als Klapproth beim Einsteigen nach den Mänteln fragte, antwortete Glaser, sie seien da. Ihm graute, noch einmal in die Schonung zurückzugehen. Die Mörder fuhren dann nach Küstrin zurück und legten sich schlafen.

Am nächsten Tage wurde in Gorgast das Verschwinden des Gröschke bemerkt und dem Kommandanten Raphael gemeldet. Er tat sehr entrüstet und bestrafte den Wachthabenden Stendel, der hierfür verantwortlich sei, mit Arrest.

Die Leiche wurde bald gefunden. Am 10. September 1923 konnte die Identität durch Gröschkes Eltern festgestellt werden. Raphael, zunächst als Zeuge vernommen, beschwor, Gröschke müsse aus dem Fort befreit worden und durch den Festungsgraben geschwommen sein.

Die Schwurgerichtsverhandlung fand vom 28. Oktober bis zum 3. November 1926 in Landsberg unter dem Vorsitz des Landgerichts[illegible] [illegible], mit den Landgerichtsräten Dr. Barsch und Dr. Salinger als Beisitzern, dem [illegible]anwalt Rohrlack und dem Staatsanwalt [illegible]

schaftsrat Schwemann als Beamten der Staatsanwaltschaft statt. Gegen Schulz beantragte der Staatsanwalt wegen Anstiftung zur Ermordung des „Zeitfreiwilligen“ Gröschke die Todesstrafe.

Erich Klapproth wurde wegen Beihilfe zum Mord zu 15 Jahren Zuchthaus, Raphael wegen Körperverletzung in Tateinheit mit Nötigung, wegen Meineids und Beihilfe zum Mord zu 8 Jahren Zuchthaus, Glaser wegen Beihilfe zum Mord zu 3 Jahren Zuchthaus, Becker wegen Anstiftung zur Körperverletzung in Tateinheit mit Nötigung zu neun Monaten Gefängnis, Schibure, Grätz und Fricke wegen schwerer Körperverletzung zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Außerdem wurden Raphael die bürgerlichen Ehrenrechte für 5 Jahre, Klapproth für 10 Jahre entzogen. Rehm, Willi Klapproth und Vogel wurden freigesprochen. Büsching ist flüchtig.

„Bei der Tat hat er (Erich Klapproth) eine so unmenschliche Roheit an den Tag gelegt, daß dadurch alle Milderungsgründe wettgemacht werden. . . . Und dann schleppte er den zerschundenen, kaum mehr seiner Sinne mächtigen Menschen zum Tode, wie man ein Tier zur Schlachtbank schleppt. Nicht einen Augenblick kam ihm der Gedanke, daß die ganz unbestimmten Vorwürfe über die Verräterei, für die Gröschke den Tod erleiden sollte, vielleicht unbegründet sein könnten. Er dachte nicht daran, daß man dem Opfer noch eine letzte Gelegenheit geben müßte, sein Gewissen zu erleichtern und um Gnade zu flehen. Seine Mordlust war geweckt und er wollte ihr frönen.“ (Urteilsbegründung.)

Das Gericht hat nicht untersucht, welche Dienststelle der Division auf Anfordern von Büsching und Klapproth den Marschbefehl für die Mordhelfer gab und wer Damm beauftragt hat, den dritten Helfer zu senden. Der einzige Mann, der über beide Stellen verfügen konnte, war: Schulz. Nur auf Grund dieser Unterlassung konnte das Gericht zu der überraschenden Entscheidung kommen: S c h u l z w i r d f r e i g e s p r o c h e n. Zur Begründung führte das Urteil aus: „Das Gericht hält es aber für seine Pflicht, noch besonders zu erwähnen, daß die juristische Freisprechung ihn von der m o r a l i s c h e n Schuld am Tode eines Menschen keineswegs befreit.“

Entgegen den Vorschriften hat ein Richter, Dr. Barsch, ein Sondervotum hinzugefügt. Schulz sei nicht wegen Mangels an Beweisen, sondern weil die Hauptverhandlung nichts Belastendes gegen ihn ergeben habe, freigesprochen worden.

Der Fall Wilms

Der Kaufmann Wilms, während des Krieges Sanitätsfeldwebel, war im April aus seiner Heimat Neumünster, wo er Unterschlagungen verübt hatte, flüchtig geworden. Er wandte sich nach Berlin und wurde vom Büro der Deutschvölkischen Freiheitspartei, das damals von dem früheren Leutnant von Poser geleitet wurde, an den Oberleutnant Schulz im Wehrkreisgebäude Kurfürstenstraße verwiesen. Schulz schickte den Wilms nach der Zitadelle Spandau. Als auch Poser in die Schwarze Reichswehr eintrat, nahm er den Wilms als Feldwebel in seine Kompanie. Später wurde Wilms als etatsmäßiger Feldwebel auf der Schreibstube des Oberleutnants Budzinski beschäftigt, der damals Kommandant der Zitadelle Spandau war. Bald danach kam Wilms nach Döberitz und wurde Kompaniefeldwebel in der 2. Kompanie des Bataillons von Senden.

Dort fiel Wilms sehr bald auf. Er lud die Unteroffiziere zu einer Besprechung zur Begründung einer Unteroffiziersvereinigung ein. Der Bataillonskommandeur, Oberleutnant Freiherr von Senden, erfuhr dies und machte dem Wilms erregte Vorhaltungen. Schließlich sandte er ihn zum Rapport nach Berlin zum Oberleutnant Schulz. Als Wilms von dieser Unterredung nach Döberitz zurückkehrte, betrank er sich und äußerte: „Ich wäre heute in der Stimmung, alles den Kommunisten zu verraten.“ Dies machte ihn außerordentlich verdächtig. Es kam auch auf, daß Wilms einen Militärmantel, eine Zeltbahn und eine Militärhose verkauft hatte und doppeltes Unterzeug trug. Oberleutnant Eckhard Schöler, der Vertreter des Oberleutnants von Senden, der nach Berlin gefahren war, ließ darauf Wilms, der das Lager schon verlassen hatte, festnehmen und will bei einer Leibesvisitation in seinen Taschen kommunistische Adressen und ähnliches gefunden haben, aus denen seiner Ansicht nach erhellte, daß Wilms Spitzeldienste für die Kommunisten geleistet habe. Die Notizen sind allerdings verschwunden, und außer Schöler, der später wegen eines anderen politischen Mordes und wegen Meineides verurteilt wurde, hat niemand sie gesehen.

Oberleutnant von Senden, der am 8. Juli 1923 aus Berlin zurückkehrte, wurde von seinem Stellvertreter unterrichtet, vernahm den Wilms und ließ ihn auf der Schreibstube der 3. Kompanie unterbringen. In der Nacht drangen auf Veranlassung des Oberleutnants Schöler der Feldwebel Johann Stein und die Unteroffiziere Rotenbusch, Metten und Weiser in die Schreibstube ein und verprügelten den Wilms mit Reitpeitschen und Lederkoppeln, so daß ihm die Haut in Fetzen vom Körper herunterhing.

Am darauffolgenden Tage (9. Juli) teilte von Senden dem Oberleutnant Schulz telephonisch mit, daß und weswegen er Wilms arretiert habe. Schulz sagte, er würde den Wilms abholen lassen. Am Nachmittag gegen 4 Uhr

2. Beilage Nr. 66
Jahrgang 1930

Volksblatt für Spandau und das Havelland

Mittwoch
den 19. März

Verräter verfallen der Feme!

113 OPFER / MÖRDER / RICHTER
1919 – 1929

VON E. J. GUMBEL

27)

Der Mord an Wilms

Stantien fuhr in Zivil mit einem Kraftwagen der Division, den der Fahrer Kowaliwski führte, und für den der Hauptmann Keiner den Fahrbefehl unterschrieben hatte, nach Döberitz. Dort vernahm er den Wilms, der die ihm zur Last gelegten Verfehlungen, nämlich die Entwendung von Militärsachen und von 46 000 Mark (2 Goldmark) sowie die beabsichtigte Gründung einer Unteroffiziersvereinigung einräumte. Stantien nahm den Wilms mit nach Spandau und übergab ihn dem Oberleutnant Budzinski. Das von ihm gefertigte Protokoll gab er auf der Division ab; ob an Schulz selbst oder an den Feldwebel Thieme oder an einen Schreiber steht nicht fest. Jedenfalls hat er Schulz von der Erledigung des Auftrages Kenntnis gegeben.

Budzinski gab seinerseits Auftrag, Wilms zu überwachen. Dieser konnte sich unter Begleitung des Unteroffiziers Umhofer auf der Zitadelle frei bewegen. Klapproth, Fahlbusch und Büsching, die in Spandau lagen, freundeten sich mit Wilms besonders an.

Inzwischen war der Leutnant von Poser nach Rathenow versetzt worden. Mit seinem Maschinengewehrkommando löste er das früher dort stationierte Kommando des Oberleutnants a. D. Fuhrmann ab. Von Poser war im Gegensatz zu seinem Vorgänger, der dienstlich noch dem UK. Spandau unterstellt gewesen war, mit seinem Kommando als selbständige Maschinengewehrabteilung direkt dem Wehrkreiskommando in Berlin unterstellt. Oberleutnant Schulz teilte von Poser telephonisch mit, Wilms käme in den nächsten Tagen zu ihm, weil er sich in Döberitz schlecht geführt hätte.

Am nächsten Tage traf Wilms zusammen mit Umhofer, beide in Zivil, in Rathenow ein. Nachdem er beim Reiterregiment 3 eingekleidet war, stellte ihn Poser als Kompaniefeldwebel ein. Gleichzeitig meldete sich Fahlbusch als zum UK. Rathenow strafversetzt.

Am 18. Juli 1923, 10 Uhr vormittags, rief eine Ordonnanz von Poser an den Fernsprechapparat des Reiterregiments 3 mit der Bemerkung, Oberleutnant Schulz wolle ihn sprechen. Der Teilnehmer meldete sich: „Hier Schulz" und teilte Poser mit, in der Nähe Rathenows befände sich ein kommunistisches Waffenlager, das ausgehoben werden solle; es [illegible] ein Auto mit Besatzung aus Berlin, Oberleutnant Fuhrmann sei der Führer, Poser möge den Wilms dazu einteilen. Poser ließ den Wilms kommen und teilte ihm mit, er habe den Eindruck, Wilms solle etwas gutmachen, er möge die Ohren steif halten. Er fragte ihn auch, ob er gut ausgerüstet sei und ließ ihm seine eigene Dienstpistole bringen.

Am Nachmittag erschien Oberleutnant Fuhrmann in Zivil im Hotel „Fürstenhof", wo von Poser mit einem aus Berlin gekommenen Besuch, Herrn von Sommerfeld, saß, der mit Fuhrmann gut bekannt war. Fuhrmann fragte von Poser, ob man sich auf Wilms verlassen könne. Er erwarte das Auto um 8 Uhr. Schließlich wurde er unruhig und äußerte: „Ich verstehe nicht, wo das Auto bleibt. Schulz hat es mir bestimmt zugesagt."

Sommerfeld fiel auf, daß Fuhrmann unter der Weste einen Strick trug. Er fragte ihn: „Könnt ihr bei der Schwarzen Reichswehr euch denn nicht ein Paar Hosenträger leisten?" Fuhrmann antwortete abweisend, sie hätten ein Ding vor. Er wurde immer unruhiger, lieh sich schließlich ein Motorrad, um dem Auto entgegenzufahren. Er kam bald zurück; kurz danach traf das Auto ein. Mit ihm kam ein Feldwebel, nämlich Büsching, der als „Armeeboxmeister" vorgestellt wurde. Nach einiger Zeit sagte ein Zivilist dem Fuhrmann etwas, worauf dieser das Lokal verließ, aber nach einer halben Stunde wiederkam. Gegen 10 Uhr abends verabschiedeten sich Fuhrmann und der Feldwebel. Fuhrman bemerkte, er würde wahrscheinlich nicht wieder ins Lokal zurückkommen. Sommerfeld staunte darüber, Fuhrmann erwiderte, er hätte dienstlich zu tun. Sommerfeld erklärte darauf, er könne gar nicht glauben, daß Fuhrmann noch so spät etwas Dienstliches vorhätte.

Fuhrmann begab sich nun mit Büsching in das Tanzlokal „Neue Welt". Dort warteten Wilms, Fahlbusch, Umhofer und Klapproth in Chauffeurkleidung. Es wurde stark gezecht, auch getanzt. So wurde Wilms betrunken gemacht. Beim Morgengrauen bestiegen Wilms, Klapproth, Fuhrmann, Umhofer, Fahlbusch und Büsching sowie ein Mädchen, das Fuhrmann am Abend kennengelernt hatte, ein braunlackiertes Auto, das im Hof stand und fuhren nach Rathenow zurück. Klapproth lenkte den Wagen. Der betrunkene Wilms wurde während der Fahrt wieder nüchtern, bekam Angst und versuchte aus dem Auto zu springen. „Wenn der Auspuff offen ist, knattert das Auto. Dann gibt's den üblichen Schuß in den Hinterkopf. Die Pistole wird nach oben gehalten, dann geht die Kugel ins Gehirn." (Oberleutnant Fuhrmann zum Unteroffizier Röpke.)

Die Leiche wurde mit einem Strick durch zwei ineinander gesteckte Kabelschutzmuffen im Gewicht von etwa 40 Kilo beschwert und in die Havel geworfen. Umhofer und Fahlbusch kehrten mit den Soldaten, die Urlaub bis zum Wecken hatten, wieder in die Kaserne zurück. Fahlbusch hatte dabei noch ein Rencontre mit dem Wachtunteroffizier. Als der Feldwebel Polsz den Umhofer nach dem Ausgang der Unternehmung fragte, äußerte er, Wilms sei irgendwo besoffen liegengeblieben, das Waffenlager habe nicht ausgehoben werden können, das Unternehmen sei verfrüht gewesen. Fuhrmann dagegen kam nicht nach Rathenow zurück. Poser und Sommerfeld, der im Fürstenhof übernachtet hatte, fanden Fuhrmanns Zimmer leer und das Bett unberührt.

Am Vormittag des 19. Juli meldete Feldwebel Polsz dem Leutnant von Poser das Verschwinden des Wilms. Poser erklärte, er würde die umliegenden Gendarmeriestationen telephonisch alarmieren. Mittags fuhr er nach Berlin und teilte dem Oberleutnant Schulz mit, daß Wilms verschwunden sei. Dieser erwiderte kurz: „Es ist schon gut, wir wissen schon." Weiter veranlaßte er nichts. Die Mannschaften in Rathenow verteilten noch am Tag nach dem Mord die militärischen Bekleidungs- und Ausrüstungsstücke des Wilms unter sich.

Am 24. Juli 1923 vormittags wurde die Leiche des Wilms an der Havel, in der Nähe des Kilometersteins 4,4 der Chaussee nach Hohennauen, nördlich von Rathenow, angeschwemmt. Die Obduktion ergab als Todesursache eine Schußverletzung, und zwar Einschuß im rechten Schläfenbein 0,8 Zentimeter Durchmesser, Ausschuß im linken Schläfenbein ein bis zwei Zentimeter Durchmesser.

In der Kaserne tauchte das Gerücht auf, daß dies die Leiche des verschwundenen Wilms sei. von Poser tat nichts zur Rekognoszierung, erstattete aber bei seiner nächsten Anwesenheit in Berlin dem Oberleutnant Schulz Meldung.

Herr von Sommerfeld las die Nachricht von der Landung einer Leiche bei Rathenow in der Zeitung. Er rechnete den Tag seines Besuches in Rathenow nach und kam zu dem Ergebnis, daß es sich um einen möglicherweise am Tage seiner Anwesenheit in Rathenow erschlagenen Mann handeln könne. Fuhrmanns damaliges Verhalten hatte ihn hellhörig gemacht. Er sprach deshalb mit Fuhrmann, als dieser ihn in Berlin aufsuchte. Hierbei gestand Fuhrmann unter Tränen, er habe damals den Mord an Wilms arrangiert. Nur zu diesem Zweck sei er nach Rathenow gekommen. Von Sommerfeld erklärte Fuhrmann, er billige die Tat nicht und wolle nichts mehr hören, um nicht in Gewissenkonflikte zu kommen. Einige Zeit danach schilderte Fuhrmann den Vorgang auch der Frau von Sommerfeld; auch sie wollte nichts davon hören. Sommerfeld teilte einige Zeit später dem Leutnant von Poser mit, was Fuhrmann ihm erzählt habe. Poser bekam einen Schreck und beteuerte seine Unschuld. Nähere Einzelheiten wisse er nicht. Auch dem Schießunteroffizier Röpke hat Fuhrmann von seiner Teilnahme am Mord Kenntnis gegeben.

Die Hauptverhandlung fand vom 11. bis 26. März 1927 vor dem Außerordentlichen Schwurgericht beim Landgericht III Berlin unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Siegert mit den Landgerichtsräten Dr. Schuster und Lilienthal als beisitzenden Richtern statt.

Fuhrmann, Klapproth und Umhofer wurden wegen gemeinschaftlichen Mordes, Schulz wegen Anstiftung zum Mord zum Tode verurteilt. Die Angeklagten von Poser, Stantien und Budzinski wurden freigesprochen. Die Revision wurde vom Reichsgericht am 15. 12. 1927 verworfen.

Wegen der Mißhandlungen des Wilms wurden vor dem Erweiterten Schöffengericht Berlin-Spandau unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Schulze (Staatsanwalt Dr. Lesser) am 12. September 1927 Stein und Rotenbusch zu 1 Monat, Metten zu 3 Wochen Gefängnis verurteilt. Rotenbusch und Metten erhielten Bewährungsfrist.

Büsching ist nicht ermittelt worden. Fahlbusch gelang es, nach Amerika zu entfliehen. Wegen Vergehens gegen das Prohibitionsgesetz wurde er aus Nebraska, wo er sich einzubürgern hoffte, ausgewiesen und auf ein deutsches Schiff gebracht. Am 13. April 1929 wurde er ins Moabiter Untersuchungsgefängnis eingeliefert.

115

2. Beilage Nr. 67
Jahrgang 1930

Volksblatt

20. März

Verräter

OPFER / MÖRDER / RICHTER 1919–1929

28)

Der Fall Brauer

Bei der „Abteilung K“ in Küstrin, die ursprünglich von Schulz persönlich, später vom Leutnant Knüppel und seit Anfang Juli 1923 vom Major Herzer geleitet wurde, befand sich seit dem Mai 1923 der Unteroffizier Alfred Brauer aus Frankfurt a. d. O.

Brauer, der im letzten Jahre des Krieges als junger Freiwilliger ins Heer eingetreten war, den Feldzug bis zum Waffenstillstand mitgemacht und später dem Grenzschutz Ost angehört hatte, fühlte sich bei der Schwarzen Reichswehr in Küstrin nicht übermäßig glücklich und äußerte wiederholt den Wunsch, entlassen zu werden. Anfang Juli 1923 wandte sich Brauer an den Gefreiten Preuße, der die Waffenkammer im Zeughof Küstrin unter sich hatte, und forderte zum Schutz seiner kleinen Unterabteilung und zu seinem eigenen Schutz vor „kommunistischen Ueberfällen“ eine Anzahl Pistolen. Preuße war ohne weiteres zur Herausgabe bereit. Dabei wurden sie jedoch von Major Herzer überrascht. Brauer wurde mit seinen Leuten nach dem Fort Gorgast, zur sogenannten „Strafkompanie“, versetzt.

Am ersten August erhielt Brauer einen dreitägigen Urlaub zum Besuch seiner Angehörigen in Frankfurt a. d. O. Dort äußerte er, daß er nun endlich entlassen würde. Am zweiten Tage seines Urlaubs erhielt er aber ein Telegramm, das ihn schleunigst zur Truppe zurückrief. Er packte seine Uniform und Ausrüstungsstücke, die er bei der Entlassung abzugeben gedachte, in einen Pappkarton und fuhr in Zivil nach Küstrin zurück. Im Zeughof ist er noch eingetroffen und hat dort mit einer Reihe von Kameraden gesprochen.

Nach den Aussagen des Kraftfahrers Fritz Kowalewski wartete in Küstrin der Feldwebel Fahlbusch auf Brauer und forderte ihn zu einer Kneiperei auf. Als die beiden durch die Straßen schlenderten, begegnete ihnen Kowalewski, der von Fahlbusch aufgefordert wurde, ein Auto fertig zu machen: sie wollten eine „Sause“ machen. In Säpzig stiegen noch zwei andere Unteroffiziere in das Auto. Alle zusammen fuhren in die Gastwirtschaft Weitzel im Dorfe Säpzig. Dort sind sie um 10 Uhr abends eingetroffen und haben längere Zeit miteinander gekneipt, wobei Fahlbusch bezahlte. Kowalewski hat später erklärt, er sei angeheitert, doch nicht betrunken gewesen. Als Kowalewski während der Kneiperei einmal austrat, kam Fahlbusch ihm nach und sagte unvermittelt: „Der Brauer ist ein Schweinehund, er hat uns verraten, deshalb kommt jetzt auch so häufig die Kontrollkommission nach Küstrin.“ Kowalewski, dem bisher nichts Böses über Brauer bekannt geworden war, glaubte dem Fahlbusch und schimpfte nun ebenfalls auf Brauer. Darauf sagte Fahlbusch: „Brauer muß weg, den schmeißen wir unterwegs ins Wasser, den habe ich schon lange aufs Korn genommen.“ Kowalewski möge nur zufahren und sich nicht umgucken, weiter hätte er nichts zu tun. Wenn er dann „Halt!“ sage, solle er halten, sich am Motor zu schaffen machen und aufpassen, daß keine Leute kämen. Kowalewski behauptete später, ihm sei unheimlich geworden, er hätte Angst bekommen. Fahlbusch hätte das bemerkt und gesagt: „Wenn du Angst hast, müssen wir es bleiben lassen, dann muß es eben ein andermal passieren. Dann muß Klapp[illegible] [illegible] aus Berlin kommen.“ Kowalewski hielt die Sache für abgetan; immerhin ließ er vor Gericht die Möglichkeit offen, daß Fahlbusch vielleicht sein stillschweigendes Einverständnis hätte annehmen können. Als Kowalewski und Fahlbusch vom Abort wieder ins Gastzimmer kamen, schlug der Gastwirt Weitzel vor, noch mit dem Auto zu dem Gastwirt Grunzke ins Dorf Tschernow zu fahren, dessen Tochter Hochzeit feiere. Brauer, Fahlbusch, Kowalewski, die Unteroffiziere und Weitzel sind dann um 1 Uhr nachts nach Tschernow gefahren, haben dem Grunzke gratuliert und etwa eine Viertelstunde auf der Hochzeit verweilt, um dann wieder nach Säpzig zurückzufahren. Dort stiegen Weitzel und die zwei Unteroffiziere aus. Die übrigen, Fahlbusch, Brauer und Kowalewski, traten die Rückfahrt nach Küstrin an. Kowalewski saß am Steuer. Als das Auto die Brücke des Kanals erreichte, der die Chaussee Sonnenburg—Küstrin kreuzt, dachte Kowalewski an die Worte Fahlbuschs und verlangsamte die Fahrt. Er erhielt jedoch von Fahlbusch einen Schlag ins Genick, und Fahlbusch rief: „Schnell, weiter, es kommen Leute!“ Darauf will sich Kowalewski umgedreht und jetzt erst bemerkt haben, daß Brauer zusammengesunken im Auto saß. Nun sei ihm klar geworden, daß Brauer indessen umgebracht worden war. Nach etwa 10 Minuten schnellster Fahrt rief Fahlbusch: „Mensch, halt an!“ Kowalewski hielt und machte sich am Auto und an den Lampen zu schaffen. Fahlbusch hob die Leiche aus dem Wagen und schleppte sie die Chausseeböschung hinab; dann rief er dem Kowalewski zu, es werde jetzt wohl eine Weile dauern, er müsse dem Brauer alle Sachen abnehmen, damit die Identität nicht festgestellt werden könne.

Nach längerer Zeit erschien Fahlbusch wieder. Die beiden setzten die Fahrt nach Küstrin fort. Am Kietzertor stieg Fahlbusch aus und legte einen Hammer in den Werkzeugkasten des Autos. Am nächsten Tage kam er in die Garage und reinigte den mit Blut besudelten Wagen.

Als Kowalewski einige Tage später von Fahlbusch eine Pistole verlangte, gab sie ihm Fahlbusch mit den Worten: „Das ist die von Brauer.“ Kowalewski behauptet, er hätte die Pistole nicht behalten können und sie gleich danach an einen Kameraden weitergegeben. Am 12. August wurde die Leiche im Kietzer Buschgelände in einem großen Wassertümpel bei dem Kilometerstein 5,4 der Chaussee Sonnenburg-Küstrin gefunden. Ueber den Oberkörper war ein Sack gezogen, in dem sich, zur Beschwerung, drei mit Draht zusammengewickelte Eisenstücke, eine Antriebskette zu einem Auto, ein Schwellenstück von einer Feldbahn und ein eiserner Zaunstiel befanden. Von außen war der Sack mit Draht umwickelt. Ein Fahndungsblatt des Oberstaatsanwalts in Landsberg sprach von dem „auf der Kommandantur Küstrin beschäftigt gewesenen Unteroffizier Brauer.“ Die Obduktion durch Dr. Wei[illegible] in Küstrin ergab, daß der Mann durch Schläge mit [illegible] kantigen Instrument, wahrscheinlich einem Hamm[illegible] [illegible]en Schädel getötet worden war.

Die Schwester [illegible]auers, Frau Folesky, forschte im Zeughaus Küstrin n[illegible] dem Verbleib ihres Bruders. Sie wurde [illegible] dem Adj[illegible] Vogt immer wieder vertröstet. Als ihre Vorstellun[illegible] dringlicher wurden, sagte ein Feldwebel, vermutlich Fahlbusch, im Geschäftszimmer zu ihr: „Machen Sie man bloß, daß Sie schnell wegkommen, sonst kommen Sie wegen Landesverrats heran!“

Kowalewski war geständig. Das Schwurgericht in Landsberg an der Warthe unter dem Landgerichtsdirektor Weßling als Vorsitzenden und den Landgerichtsräten Dr. Barsch und Dr. Salinger als Beisitzern verurteilte ihn am 27. Oktober 1926 wegen Beihilfe zur vorsätzlichen Tötung zu 6 Jahren Zuchthaus. Mittäterschaft hat das Gericht nicht angenommen. Nach dem Mann, der das Telegramm absenden ließ und Fahlbusch beauftragte, sein Opfer zu erwarten, hat das Gericht nicht geforscht. So wurde Schulz außer Verfolgung gesetzt.

Fahlbusch gab in der nach seiner Verhaftung neu aufgenommenen Voruntersuchung eine andere Darstellung. Danach kannte er den Brauer zunächst nicht. Schulz habe ihm in Berlin befohlen, sich mit Kowalewski in Verbindung zu setzen und Brauer während einer nächtlichen Autofahrt zu ermorden. Er habe Kowalewski von diesem Befehl unterrichtet. Kowalewski sei zwei Tage nach dem Mord mit dem Mordauto nach Berlin zu Schulz gefahren und habe ihm Meldung erstattet.

Damit hat Fahlbusch seinen Oberleutnant Schulz ausdrücklich der Anstiftung [illegible]m Mord bezichtigt. Das gegen Schulz und Fahlbusch eingeleitete Verfahren wurde mit dem Verfahren wegen der Ermordung von Legner verbunden. Schulz wurde am 28. Juni 1929 aus der Haft entlassen.

Der Fall Sand

Der 25jährige Leutnant Sand vom Arbeitskommando Döberitz war durch größere Geldausgaben aufgefallen, geriet in den Verdacht, Verrat geübt zu haben und wurde am 3. September 1923, wahrscheinlich von Fahlbusch und Büsching, auf Anstiftung von Schulz, durch zwei Schüsse in den Hinterkopf ermordet. Einzelheiten der Tat sind nicht bekannt. Die Leiche wurde am 5. September 1923 im Kesselbruch bei Dallgow gefunden. Das Verfahren schwebt noch.

29)

Femgericht in der Kaserne

den 21. März

Ehrhardt-Mann Beyer

Die beiden folgenden Morde an Beyer und Holz gehören zusammen. Sie bilden den Ausklang der Fematen. Die Urteilsbegründung im Fall Holz, vom Abgeordneten Obuch am 30. November 1925 im Preußischen Landtag verlesen, sagt: „Nachdem im September 1923 der Küstriner Putsch zusammengebrochen war, wurde die sogenannte „Schwarze Reichswehr“ in der Mark Brandenburg aufgelöst. Diese Auflösung erstreckte sich nicht auf die alten Mannschaften, da die maßgebenden Persönlichkeiten in der Organisation es nicht verantworten zu können glaubten, diese alten Mannschaften auf die Straße zu setzen, sondern verpflichtet zu sein glaubten, auf irgendeine Weise für ihr ferneres Fortkommen zu sorgen. Aus diesem Grunde wurden aus den älteren Mannschaften Arbeitskommandos gebildet und diese auf dem platten Lande untergebracht. So kam ein Teil der ehemaligen Mannschaften der S. R. nach Mecklenburg, unter anderem ein Trupp nach Oberhof bei Klütz. . . .

In der Organisation hat strenge Manneszucht geherrscht. Allgemein hieß es unter den Angehörigen, daß der Verrat an der Sache der Organisation mit dem Tode bestraft werde. Häufig wurde dies auch den neu eintretenden Mannschaften von dem sie aufnehmenden Offizier ausdrücklich gesagt.“

Fritz Beyer, ein etwa 25jähriger junger Mensch, der unter Hauptmann Sembach im Jungdeutschen Regiment, Abschnitt Koburg, den Ehrhardt-Aufmarsch in Franken mitgemacht hatte, erschien Anfang Dezember 1923 auf der Geschäftsstelle des Schweriner Arbeitskommandos in der Kaiser-Wilhelm-Straße 40, wo sich gleichzeitig das Büro der Deutschvölkischen Freiheitspartei befand. Er wandte sich an den Leutnant von Pannwitz, der sich, wegen seiner Beteiligung an der Ermordung Schottländers verfolgt, jetzt von Bargen nannte, und verlangte eingestellt zu werden. Er zeigte Papiere vor, die ihn als Signalgast (Sergeant) der Kaiserlichen Marine auswiesen. Als ihm vorgehalten wurde, daß er nach nur zweieinhalbjähriger Dienstzeit doch keinesfalls diese Charge erreicht haben könne, gab er zu, daß die Ausweispapiere gefälscht waren. Noch andere Punkte erschienen den Offizieren reichlich dunkel; man lebte ja ohnehin ständig in der Spitzelpsychose. Schnell war der Entschluß gefaßt, sich des unbequemen Ankömmlings nach bewährter Methode wieder zu entledigen.

Um keinen Argwohn aufkommen zu lassen, erklärten ihm die Oberleutnants Schöler und Kurt Witt, daß man seine Angaben nachprüfen würde. Man würde ihn sofort nach Abschluß der eingeleiteten Recherchen auf einem Arbeitskommando als Pferdepfleger oder landwirtschaftlichen Arbeiter einstellen Drei Tage lang wurde in Klubsesseln, hinter hermetisch abgeschlossenen Türen, unter Alkoholdruck konferiert. Schöler, von Pannwitz und der Oberleutnant z. S. a. D. Eckermann schlugen vor, Beyer im Offizierskasino des Reichswehrartillerie-Regiments bei einer Sauferei durch vergifteten Wein umzubringen, die Leiche sachgemäß zu zerstückeln und die einzelnen Teile in den nahen Ostdorfer See zu werfen. Otto Stucken, ein Offizierstellvertreter der Schwarzen Reichswehr, der in ihr zum Oberleutnant befördert war, wehrte sich heftig gegen die Uebernahme der „Schlächterarbeit“. Leutnant a. D. Erich Franz, ein ehemaliger österreichischer Offizier, der das Gift besorgen sollte, holte sich bei dem völkischen Arzt Dr. Rohardt eine schroffe Abfuhr. Darauf beschloß man, den ganzen Plan fallen zu lassen und Beyer zu erschießen. Mit dieser Aufgabe wurde der Feldwebel Boldt von der Schwarzen Reichswehr betraut.

Am 12. Dezember wurde Beyer von Stucken in die Reichswehrkaserne übergeführt und dort von zwei Ordonnanzen streng bewacht.

Am 14. Dezember erschien Boldt in der K[illegible]

zählte dem Beyer, daß er auf dem Gute seiner Mutter Arbeit für ihn als Kutscher habe.

Am Abend des 15. Dezember fuhren die beiden von Schwerin ab. In Bad Kleinen verließen sie zu später Nachtstunde den Zug. Auf dem Wege nach dem Dorf Mecklenburg, in dessen Umgebung das imaginäre Gut liegen sollte, nahe der Chaussee, ließ Boldt sein ahnungsloses Opfer vorangehen, angeblich um etwas an seiner Kleidung in Ordnung zu bringen. Dann hob er die Pistole, die er schon lange — in der tiefen Dunkelheit für den anderen nicht erkennbar — entsichert in der Hand getragen hatte, und streckte den Beyer auf 10 Schritt Distanz durch zwei Schüsse in den Hinterkopf zu Boden.

Am nächsten Morgen holte Boldt aus einem benachbarten Gehöft zwei junge Roßbacher, Peters und Wilhelm Röder, die dort in Arbeit standen, erzählte ihnen kurz, was geschehen, und ließ sie Spaten besorgen. Gemeinsam scharrten sie die Leiche ein Dem Peters schenkte er die Handschuhe, die er bei dem schmutzigen Totengräbergeschäft getragen und ursprünglich hatte fortwerfen wollen.

Röder zeigte im Januar 1925, als ihm sein Gewissen keine Ruhe ließ, den Mord bei der Polizei in Lauenburg an. Boldt konnte erst im März 1925 verhaftet werden.

Der Prozeß fand vom 23. November bis zum 1. Dezember 1925 vor dem Schwurgericht in Schwerin unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Buschmann statt. Während seiner ganzen Dauer war die Oeffentlichkeit ausgeschlossen. Boldt wurde wegen Mordes zum Tode verurteilt; jedoch wurden ihm die bürgerlichen Ehrenrechte belassen. Am 8. März 1926 wurde er zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt. Stucken erhielt wegen Beihilfe zum Mord 6 Jahre Zuchthaus, Franz wegen Nichtanzeige des Verbrechens 1 Jahr Gefängnis, die beiden Roßbacher Peters und Röder 6 und 4 Monate Gefängnis wegen Begünstigung.

Witt wurde freigesprochen, von Pannwitz ist flüchtig. Auf Antrag des Staatsanwalts wurde auch während der Verlesung der Urteilsbegründung die Oeffentlichkeit ausgeschlossen. Sämtlichen Anwesenden wurde Schweigepflicht auferlegt. Doch brachten die Zeitungen, zum Beispiel die „Rostocker Volkszeitung“, „Das freie Wort“, das „Berliner Tageblatt“ vom 21., 24., 26. und 27. November 1925, die „Vossische Zeitung“ vom 4., 23., 24. und 28. November 1925 und die „Weltbühne“ vom 4. November und 1. Dezember 1925 eingehende Berichte.

Die von Franz eingelegte Revision wurde vom 3. Strafsenat des Reichsgerichts am 1. Juni 1926 verworfen.

Die Amnestie vom 17. Juli 1928 ermäßigte die Strafe für Boldt auf 7½ Jahre, für Stucken auf 3 Jahre Gefängnis. Im Juli 1929 setzte die mecklenburg-schwerinsche Regierung, die nur mit Unterstützung der Nationalsozialisten zustande gekommen und regierungsfähig war, den Boldt in Freiheit. Die Amnestierung der mecklenburgischen Femmörder war von den Nationalsozialisten zur Bedingung für ihre Zustimmung zum Vertrauensvotum gemacht worden.

Im Juli 1929 wurde der Oberleutnant zur See a. D. Eckermann von Guatemala, wohin er geflüchtet war, ausgeliefert. Das Schweriner Schwurgericht (Buschmann, Kaszbaum, Oertzen, Oberstaatsanwalt Hennings) überführte am 27. September 1929 unter Ausschluß der Oeffentlichkeit den Eckermann der Anstiftung zum Mord. Da er aber an ein Notwehrrecht des Staates geglaubt habe, habe er fahrlässig gehandelt. Da die fahrlässige Tötung bei den von der Amnestie vom 14. Juli 1928 ausgenommenen Verbrechen fehle, wurde er außer Verfolgung gesetzt. Auf Grund dieser Argumentation stellt jeder politische Mord von rechts nur eine fahrlässige Tötung dar.

Der Mord an Holz

Eine genaue Darstellung dieses Falles ist nicht möglich, da das Gericht ebenfalls unter Ausschluß der Oeffentlichkeit tagte. Die folgenden Zeilen [illegible]

Urteils wieder, die im Rechtsausschuß des Preußischen Landtags am 30. November 1925 verlesen wurden.

Der Befehl zum Fememord an Holz kam auf Grund besonderer Beratung zustande, wie folgende Stelle des Urteilsbegründung beweist: „Etwa Anfang Dezember 1923 ist der Zeuge Boldt zusammen mit Schöler und anderen Mitgliedern auf dem Büro der S. R. gewesen. Bei dieser Gelegenheit sind — und zwar wie der Zeuge Boldt meint, vom Angeklagten Schöler — Schriftstücke vorgelegt worden, die Nachteiliges über die Brigade Ehrhardt, mit der die S. R. in Beziehungen stand oder gestanden hatte, enthielten. Diese Papiere sollten von einem Offizier der Roßbach-Organisation aus dem Schölerschen Bezirk stammen und zwar von Holz. Von ihm erwähnte Schöler bei dieser Gelegenheit auch, daß er sich mit seinen Kameraden veruneinigt habe und nun zu ihnen, der S. R., übertreten wolle. Es herrschte allgemeine Entrüstung über den Inhalt der Schriftstücke, an der auch Schöler teilnahm. Von irgendeinem der Anwesenden wurde angeregt, daß Schöler Holz in die S. R. aufnehmen und daß man ihn dann überwachen und sehen solle, wie er sich mache. Schöler erklärte sich damit an sich einverstanden.“

Holz wurde ermordet. Denn es liegt folgendes Urteil vor: „Das Schwurgericht in Schwerin hat in der Sitzung vom 6. bis 14. Juli 1925 für Recht erkannt: Der Maurer Johann Notzon und der Arbeiter Johann Kalla werden wegen gemeinschaftlichen Mordes zum Tode, Leutnant a. D. Karl Liczka wegen Anstiftung zum Morde zum Tode und zu einer Zuchthausstrafe von 3 Jahren, Oberleutnant a. D. Eckart Schöler wegen Anstiftung zum Morde und zum Meineid zum Tode und zu einer Zuchthausstrafe von 3 Jahren, Josef Wagner wegen Nichtanzeige eines drohenden Verbrechens zu einer Gefängnisstrafe von 2 Jahren, Alfons Wittor wegen Meineid zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahr drei Monaten verurteilt. Schöler wird für dauernd unfähig erklärt, als Zeuge oder Sachverständiger eidlich vernommen zu werden; auch werden ihm die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 3 Jahren aberkannt.“

Am 8. März 1926 wurde die Todesstrafe gegen alle vier vom Mecklenburgischen Staatsministerium in lebenslängliche Zuchthausstrafe umgewandelt. Das Reichsgesetz über Straffreiheit vom 14. Juli 1928 ermäßigte die Strafen auf je 7½ Jahre Gefängnis. Im Juli 1929 wurden Schöler, Liczka, Notzon und Kalla durch die von den Nationalsozialisten erzwungene neuerliche Amnestie der Schweriner Regierung auf freien Fuß gesetzt.

S ch l u ß.

117

Ostthür. Tribüne

15. 3. 30

Fememorde und Fememörder.

Politische Verbrechen, ihre Ursachen und Ziele.

Von E. J. Gumbel.

„Wir haben alle Hochachtung vor Männern, die Vaterlandsverrätern auf gesetzlichem Wege das Handwerk legen." „Die Femelüge", S. 69.

Heute, nach Abschluß der wichtigsten Femeprozesse, während ein Teil der Täter, darunter auch einige Offiziere, ihre Strafen abzubüßen haben, soweit sie nicht auf dem Gnadenweg erlassen wurden, entsteht eine ausgedehnte Femeliteratur. Sie bezweckt, die schauerlichen Taten als legal darzustellen, ja zu verniedlichen und ihren Zusammenhang zu verwischen, um den noch nicht entlassenen Tätern den Weg in die Freiheit zu bahnen.

Um an die Stelle psychologischer Beschönigungen und hieraus erwachsener falscher Sentimentalität die in politischen wie juristischen Problemen notwendige Klarheit zu setzen, müssen die ganzen zusammengehörigen Fälle auch zusammen betrachtet werden. Die unglaublichen Roheiten, die mit all diesen Morden verbunden waren, im einzelnen zu schildern, kann nicht unsere Aufgabe sein, obwohl die Gemeinsamkeit dieser Methoden den Zusammenhang auf das deutlichste charakterisiert. Es genügt der Nachweis der Identität bzw. des nahen personellen Zusammenhangs der Täter.

Diese Morde sind nicht Werke dämonischer Riesen, sie sind erwachsen auf wohlvorbereitetem, sozialem, juristischem und militärischem Milieu. Die politischen Morde waren spezifische Mittel zur Niederhaltung der Arbeiterschaft und zur Bekämpfung der Republik. Ihre lange Reihe geht von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, Gustav Landauer, dem Abgeordneten Gareis bis zu den Ministern Eisner, Erzberger und Rathenau. Jede Unterlassung, jede Einstellung eines Verfahrens, jede Außerverfolgsetzung und jede Anklage nur wegen Körperverletzung, jeder Freispruch bedeutete Aufforderung zu neuem Mord.

Die militärische Basis stellten die bayerische Einwohnerwehr, die Freikorps, die vorläufige Reichswehr durch ihre Beteiligung am Kapp-Putsch, endlich die zahlreichen, aus militärischen Formationen erwachsenen und von der Reichswehr bewaffneten Geheimbünde.

Die höchste Form des politischen Mordes stellt der Fememord dar. Schon 1920 treten die Fememorde in der bayerischen Einwohnerwehr auf. Ueber die O. C., die Organisation Roßbach und die oberschlesischen Freikorps werden sie in die Schwarze Reichswehr verpflanzt zu einem wohlausgebauten, vollendet durchdachten System. Mit ihm haben wir uns im folgenden zu beschäftigen.

Im Jahre 1923 stellte die Reichswehr mit Hilfe der bei ihr üblich gewordenen Verletzungen des Etatsrechts **ein heimliches, „schwarzes" Heer** auf. Die vom Wehrkreiskommando genehmigte Stärke dieser als Arbeitskommandos bezeichneten Rahmenformationen wird von dem politischen Leiter, Major Buchrucker, auf 18 000 Mann allein für den Wehrkreis III angegeben. (Major Buchrucker, „Im Schatten Seeckts", „Die Geschichte der Schwarzen Reichswehr," Kampf-Verlag Berlin 1928, S. 32.) Die tatsächliche Leitung lag bei seinem Stellvertreter, dem aus dem Unteroffiziersstande hervorgegangenen Oberleutnant Paul Schulz, einem Mann von ungeheurer Energie und letzter Rücksichtslosigkeit. Bereits 1921 war Schulz bei einer „schwarzen" Organisation, die unter dem früheren Landrat, späteren Reichsminister des Innern von Keudell stand, tätig gewesen. Er saß im Gebäude des Wehrkreiskommandos III in Berlin. Eng mit ihm verbunden arbeitete das „Kommando zur besonderen Verwendung"; die Feldwebel mit den grausigen Namen Klapproth, Fahlbusch und Büsching. Offiziell sollten die Truppen — der Bock als Gärtner — die im Lande verstreuten Waffen sammeln, mit dem Erfolg, daß der Unterschied zwischen legalen und illegalen Waffen verschwand.

Angeblich zum Schutz der Grenze bestimmt, sah diese Bürgerkriegsarmee ihren wirklichen Feind in der preußischen Polizei wie in der organisierten Arbeiterschaft. Beide gelten als „Kommunisten". „Die (privaten) Geldgeber wollten dafür, daß sie zahlten, Schutz gegen die von ihnen befürchteten Unruhen" (Buchrucker S. 13). „Die meisten Geldgeber dachten also vorwiegend an die innerpolitische Lage" (S. 27). Berlin ist mit schwarzen Truppen umstellt. Selbst beim Wachregiment sitzt eine schwarze Abteilung. Die Angabe Buchruckers (S. 34), daß der geplante Einmarsch in Berlin nur den Zweck hatte, die Regierung zur offiziellen Anerkennung dieser Heeresverstärkung zu zwingen, mag subjektiv ehrlich sein; aber objektiv stellte dieser Plan den Versuch einer Wiederholung des Kapp-Putsches dar, der ja auch angeblich nur — der Einsetzung von Fachministern und dem Schutz der von der Regierung verletzten Reichsverfassung galt. Im Putsch von Küstrin, in den ersten Tagen des Oktober 1923, brach die Schwarze Reichswehr zusammen. Der Einmarsch in Berlin war damit unmöglich.

Zunächst einige **gerichtlich festgestellte Tatbestände** von den in der Schwarzen Reichswehr üblichen Mordmethoden. Eine eingehende Schilderung der einzelnen Fälle findet sich in dem Buch „Verräter verfallen der Feme" von E. J. Gumbel, Berthold Jacob und Ernst Falck (Malik-Verlag, Berlin).

Der Kompaniefeldwebel Legner von der schwarzen Stammformation beim Schießplatz Jüterbog geriet in den Verdacht, sechs Pistolen unterschlagen zu haben. Am 25. März 1923 wird er von Oberleutnant Schulz nach der Fliegerkaserne Elsgrund in Döberitz zum Hauptmann Gutknecht versetzt, am 31. von dem Oberleutnant Nicolai Reim zu einer Patrouille mitgenommen und dort von dem Feldwebel Büsching ermordet. Reim wußte vom Mordplan, der von Gutknecht oder Schulz ausgegangen war. Fahlbusch hilft die Spur verwischen.

Der Soldat Pannier von der schwarzen Truppe in Döberitz war desertiert. Von Kameraden festgenommen, suchte er vergeblich bei der Polizei Schutz. Im Auftrag des Leutnant Benn wurde er am 4. Juni von den Soldaten Stein, Schirrmann, Aschenkampf umgebracht. Am nächsten Tage fuhr Schirrmann mit einem Brief Gutknechts zu Schulz. Eine Beteiligung des Hauptmanns Gutknecht und seines Nachfolgers Freiherrn von Senden hat das Gericht nicht angenommen.

Der Leutnant Janke, der Oberfeuerwerker Balke und der Feldwebel Gädicke hatten versucht, 20 000 Schuß Munition der Schwarzen Reichswehr in Küstrin zu verschieben. Die Schiebung wurde am 15. Juni 1923 entdeckt. Am nächsten Tag traf Schulz in Küstrin ein und hielt eine Beratung in einem Café ab. Gädicke wurde mit Klapproth zusammengebracht und von diesem niedergeschlagen. Da Unbeteiligte dazwischentraten, kam er mit dem Leben davon. Drei Tage später wurde auf Anregung Klapproths ein Giftmordversuch auf Janke gemacht. Balke beging aus Angst vor der Feme Selbstmord. Janke und Gädicke wurden wegen des Munitionsdiebstahls vom Schöffengericht Küstrin am 1. August 1923 zu je 5 Monaten Gefängnis verurteilt.

Vom Schwurgericht Landsberg, unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Weßling, wurde Klapproth im Fall Gädicke, in dem er wegen Mordversuchs angeklagt war, wegen Körperverletzung am 8. September 1926 zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Schulz wurde freigesprochen. Nach der Aufhebung des Urteils durch das Reichsgericht wurden die Urteile vom Schwurgericht Stettin, unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Hirschberg, bestätigt. Im Fall Janke wurde Klapproth von Schwurgericht Landsberg, unter dem Landgerichtsdirektor Weßling, am 25. Oktober 1926 als Zeuge vernommen. Drei Beteiligte wurden zu kleineren Gefängnisstrafen verurteilt. Endlich wurde der Rittergutsbesitzer Wilhelm von Oppen in Tornow wegen Beihilfe zur Flucht Klapproths vom Schöffengericht Küstrin am 9. Juni 1928 zu 1000 Mark Geldstrafe verurteilt.

Der schwarze Soldat Paul Gröschke in Küstrin fiel als Psychopath auf, wurde unter Beteiligung des Oberleutnants Raphael viehisch verprügelt. Als Schulz in Küstrin der Fall gemeldet wurde, versuchte er vergeblich, Gift zu erhalten. Als dies scheiterte, setzte er „zuverlässige" Leute als Wache vor die Zelle des Gröschke. Klapproth und Büsching holten ihn am 23. Juni aus der Arrestzelle in ein Auto und **ermordeten ihn während der Fahrt.** Am 3. November 1926 wurde vom Schwurgericht Landsberg, unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Weßling, Klapproth wegen Beihilfe zum Mord zu 15 Jahren Zuchthaus, Raphael wegen Körperverletzung in Tateinheit mit Nötigung, wegen Meineids und Beihilfe zum Mord zu 3 Jahren Zuchthaus, Glaser, ein weiterer Teilnehmer der Fahrt, wegen Beihilfe zum Mord ebenfalls zu 3 Jahren Zuchthaus verurteilt. Das Urteil nahm an, daß Schulz ursprünglich einen Plan zur Ermordung des Gröschke hatte. Er sei aber nur moralisch schuldig, da er diesen Plan aufgegeben habe.

Der Kompaniefeldwebel Wilms von der 2. Kompanie des Bataillons von Senden in Döberitz hatte versucht, eine Unteroffiziersvereinigung zu gründen. Oberleutnant von Senden verbot ihm dies. Wilms wurde zu Schulz bestellt. Als er zurückkam, betrank er sich und schimpfte: „Ich wäre heute in der Stimmung, alles den Kommunisten zu verraten." Doch er hat nichts Derartiges unternommen. Es kam auf, daß Wilms 46 000 Papiermark (zwei Goldmark) unterschlagen hatte. Dies wurde Schulz gemeldet. Darauf wurde Wilms nach Rathenow zu dem Oberleutnant von Poser strafversetzt. Am 18. Juli teilte Schulz dem Poser telefonisch mit, es werde ein Auto mit Oberleutnant Fuhrmann kommen, um ein kommunistisches Waffenlager auszuheben. Wilms sollte hierzu eingeteilt werden. Das Auto kam; Wilms wurde mitgenommen. Fuhrmann, Fahlbusch, Klapproth und Umhofer haben ihn **auf der Fahrt getötet.** Klapproth, Umhofer und Fuhrmann wurden wegen Mordes, Schulz wegen Anstiftung zum Tode verurteilt.

Der Unteroffizier Alfred Brauer von der schwarzen Truppe in Küstrin wurde bei einem Waffendiebstahl überrascht, zur Strafkompanie versetzt, beurlaubt und dann wieder vom Urlaub zurückgerufen. Am 2. August wurde er von Fahlbusch, der von Schulz nach Küstrin abkommandiert worden war, zu einer Autofahrt eingeladen, bei der Kowalewski steuerte. **Während der Fahrt wurde Brauer von Fahlbusch umgebracht.** Das Schwurgericht Landsberg, unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Weßling, verurteilte Kowalewski am 27. Oktober 1926 wegen Beihilfe zur vorsätzlichen Tötung zu 6 Jahren Zuchthaus. Schulz wurde zunächst außer Verfolgung gesetzt. Das Verfahren gegen Fahlbusch und ihn wurde, nachdem Fahlbusch von den Vereinigten Staaten ausgeliefert worden war, am 22. April 1929 wieder eröffnet.

Der Leutnant Sand von der schwarzen Truppe in Döberitz fiel durch Geldausgaben auf und wurde am 3. September von Fahlbusch und Büsching **durch zwei Schüsse in den Hinterkopf ermordet.** Das Verfahren gegen Fahlbusch schwebt.

Dies sind in groben Umrissen die Mordtaten der Schwarzen Reichswehr des Wehrkreiskommandos III, welche mit Schulz, Gutknecht und dem Kommando z. b. V. zusammenhängen — soweit sie durch gerichtliche Behandlung aufgedeckt sind. **Daß diese Liste vollständig sei, ist recht unwahrscheinlich.** Aber sie genügt, um das Trio Fahlbusch, Büsching und Klapproth als Mordkommission zu charakterisieren. Ihre Namen sowie der Name ihres Häuptlings kehren ständig wieder.

In keinem einzigen Fall hat ein wirklicher Verrat vorgelegen. Die Ursache der meisten Morde waren ganz haltlose Gerüchte, für die auch nicht die Spur eines Beweises vorhanden war. . .

Morde und Fememorde einerseits und Landesverratsprozesse andererseits verbindet ein naher sozialer Zusammenhang: der Kampf gegen die Republik. Der Kriegsgerichtsrat, der die Untersuchung wegen der Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg so erfolgreich führte, daß die Mörder praktisch freigesprochen wurden, war auch der schärfste Rufer im Kampf um den „Landesverrat". Dieser personelle Zusammenhang ist kein Zufall. Die gleichen Kreise, welche den Fememord verteidigen, müssen den entschiedenen Republikaner, den Sozialisten und Pazifisten des Landesverrats anklagen.

E. J. Gumbel

Titkos társaságok politikai gyilkosságai Németországban (1)

Copyright by Malik-Berlin
Utánnyomás tilos

A háboru utáni politikai merényleteknek, az ugynevezett *Feme*-gyilkosságoknak hosszu sorát Németországban *Liebknecht* Károly és *Luxemburg* Róza, a két kommunista vezér hires esete nyitotta meg.

Liebknecht Károlyt és Luxemburg Rózát Wilmersdorfban fogta el parancs nélkül 1919 január 15-én a hirhedt *„Einwohnerwehr"* egy házkutatás alkalmával. A gárdavadászezred szállására, az *Éden*-szállóba vitték őket.

Hivatalos jelentés szerint másnap, január 16-án Liebknechtet menekülés közben agyonlőtték, Luxemburg Rózát pedig a „szálloda előtt lincselte meg egy nagy tömeg."

A később megindult perben elhangzott vallomások szerint azonban a következőképpen gyilkolták meg őket:

Liebknecht Károlyt Pabst kapitány parancsára a szállodából levezették és autóba ültették. Állitólag azért, hogy Moabitba szállitsák. A tér a szálloda előtt teljesen üres volt.

Runge közvadász odalépett az autóhoz és hátulról kétszer fejbevágta Liebknechtet puskaaggyal.

Liebknecht *félig eszméletlenül rogyott össze.* Tisztek ültek és álltak körülötte, de *egyik sem akadályozta meg Runget cselekedetében.* A patruj, amelyet Parbst kapitány összeállitott: *Liepmann* hadnagyból, *Horst von Pflugk-Hartung, Stiege, Rittgen, Schulze, Heinz von Pflugk-Hartung* tengerésztisztekből és *Friedrich* vadászból állt. Mindnyájan állig fel voltak fegyverkezve. Moabit helyett az autó — a tó mellett — a charlottenburgi országut felé robogott. Egy helyen, ahol sötét ösvény ágazott el a főuttól, állitólag defektet kapott az autó. Megkérdezték Liebknechtet, aki még mindig kábult volt az ütésektől, hogy tud-e menni? Alig tett néhány lépést, agyonlőtték, állitólag azért, mert szökést kisérelt meg.

Az első lövést Pflugk-Hartung kapitány adta le rá.

A gyilkosság után az autó egyszerre *megint egészen rendben volt.* A hullát felrakták rá és *Liepmann hadnagy beszállitotta az Éden-szállóba, mint „ismeretlen" tetemet,* mialatt Pflugk-Hartung Pabst kapitányhoz sietett, hogy jelentést tegyen neki.

Rövid idővel a patruj visszatérése után *kivezették a főbejáraton Luxemburg Rózát. Runge* megint ott állt a kapuban.

Petri százados kiadta a parancsot: gondoskodni kell róla, hogy Luxemburg Róza élve ne jusson a börtönbe.

Amint tehát a kapun kilépett: *Runge kétszer fejbevágta.* Az asszony összeesett. *A transportot vezető Vogel főhadnagy nyugodtan nézte a dolgot.* Luxemburg Rózát beemelték a kocsiba. Amint az autó elindult, valaki hátul felugrott rá és egy kemény tárggyal *ismét fejbevágta a szerencsétlen asszonyt.*

Utközben Vogel főhadnagy pisztollyal fejbelőtte.

A csatornához hajtattak. Egy csapat katona állt ott. A kocsi fékezett és Vogel százados parancsára *a katonák a hullát a csatornába dobták.*

Egy negyed órával később a szállodában mindenki tudott az ügyről:

— *El van intézve. Már uszik.*

Hogyan nyomozták és itélkeztek Liebknecht és Luxemburg gyilkosai ellen

Vogel századost január 16-án Lüttwitz tábornok parancsára elfogták azzal az indokolással, hogy nem tette meg a szükséges intézkedéseket a foglyok védelmére. A következő napon *Pflugk-Hartungot* is letartóztatta a gárda vadászosztály ügyésze. De még aznap egy másik ügyész lépett a helyére — *Jornsnak hivták* — és ez

anélkül, hogy kihallgatta volna őket, tüstént szabadonbocsájtotta mind a két tisztet.

A vizsgálatba bevontak három munkástanácsost. Ezek *egész sereg résztvevő letartóztatását javasolták.* Jorns az összes javaslatokat visszautasitotta. Erre ezek visszaléptek megbizatásuktól.

Midőn Jornst figyelmeztették rá, hogy ugy Liebknechtet, mint Luxemburg Rózát a *szálloda kapujában ütötték le puskaaggyal:* átirt Pabst kapitánynak, hogy az őrszemélyzetet, mielőtt kihallgatná, ne bocsássa el a szolgálatból. Ez az átirat azonban, amint az Jornst nagyon jól tudta, Pflugk-Hartung kapitány kezén ment keresztül, aki tagja volt a gyilkos patrujnak. Az eredmény tehát az lett, hogy Liepmann hadnagyot megbizták: *tüntesse el Runge közvadászt.*

— Tünjön el — mondták *Rungenak* — különben mindnyájan belekerülünk a bajba!

Liepmann hadnagy hamis igazolványokat szerzett Rungenak. Runget áthelyezték, azután megszökött.

Április közepén elfogták. Jorns, az ügyész először magánbeszélgetést folytatott a fogolylyal. Runge közölte vele, hogy *felesége pénzt kapott, mialatt ő szökésben volt.*

— Na lássa — mondta az ügyész — *nincs mitől félnie.*

A magánbeszélgetést egy órával később követte a hivatalos kihallgatás. Jorns ügyész a következőket vette jegyzőkönyvbe:

«Pénzt — vallja Runge — nem adott nekem senki és a családom sem kapott.»

Vogel főhadnagyot is letartóztatták. Szabad volt látogatókat fogadnia, minden ellenőrzés nélkül. *Jorns* ügyész ezt nem akadályozta meg. Sőt egy izben maga

találkozott az állitólag vizsgálati fogságban lévő Liepmann hadnaggyal, amint — a Kolibri-bárba igyekezett.

Májusban tartották meg a haditörvényszéki tárgyalást. Egy főhadnagy azt vallotta, hogy *Pabst* kapitány parancsára az Éden-szálló őrszemélyzetét kedvező vallomásra kellett birni és a nem egészen megbizható egyéneket a legénységből eltávolitani. *Két katona megesküdött rá, hogy Vogel főhadnagy lövette agyon Luxemburg Rózát és dobatta hulláját a vizbe.*

A tárgyalás eredményeként pedig Runge közvadászt kétévi börtönre, Liepmann hadnagyot hatheti szigoritott szobafogságra, Vogel főhadnagyot kétévi és négyhónapi börtönre itélték.

De öt nappal a tárgyalás megkezdése előtt *Vogel főhadnagynak már volt hamis utlevele Hollandiába* és maga szerezhette meg hozzá a vizumot egy olyan délután, amikor nem volt tárgyalás. A tárgyalás utolsó napján egy képviselő figyelmezteti erre a körülményre a honvédelmi minisztert. *Noske birodalmi hadügyminiszter parancsban mutat rá a vádlottak szökési szándékára* és vizsgálatot követel, hogy vajjon van-e a vádlottaknak hamis utlevelük. Vogel főhadnagyot *három nappal később megszöktették a fogságból és kijuttatták Hollandiába.*

A gyilkos vallomása

[illegible] közvadász 1920 januárjában vallo-[illegible] Liebknecht-ügyet illeti:

határozott parancsom volt a tisztektől, hogy ezt a csirkefogót ott üssem le fegyveraggyal, ahol elém kerül.

Uj ember voltam, nem ismertem a tiszteket, de később láttam, hogy ugyanazok voltak, akik velem együtt ültek a vádlottak padján. Ami Luxemburg Rózát illeti, a tisztek odajöttek hozzám és azt mondták:

— Azt parancsoljuk magának, hogy *ez a Luxemburg élve el ne hagyja az Éden-szállót.* Ezt jegyezze meg!

Pflugk-Hartung kapitány felirta a nevemet és azt mondta:

— Hiszen *Vogel* főhadnagy ur majd egyenesen odavezeti őt a maga karjaiba, ugyhogy magának csak ütnie kell... *(amit meg is tettem).*

Mikor azután a többiek visszajöttek, igy dicsekedtek:

— *Liebknechtnek leadtunk egyet.* Defektet szinleltünk és igy idéztük elő mesterségesen a szökését.

Ezt különben vizsgálati fogságom ideje alatt *Rittgen* főhadnagy is megismételte előttem.

Az egész vizsgálat komédia volt. Több izben beszéltem *Jorns* ügyész urral, aki azt mondta nekem:

— Vállaljon csak mindent nyugodtan magára, négy hónap lesz az egész s azután mindig hozzánk fordulhat, ha bajban van.

A zárkák ajtaja állandóan nyitva volt. Mindnyájan összejöttünk és akkor a többi vádlottak játszották a biró szerepét, nekem meg vádlottnak kellett lennem és azt mondták, ha nem tanulom meg jól a vallomásomat, akkor *egyszer csak kézigránátot találok majd az ágyamban, amikor aludni megyek.* Az Éden-szálló vezérkarával gyakran beszéltem telefonon. Szökésem előtt pontosan meg kellett mondanom, melyik vonattal utazom Flensburgba.

Otto Runge".

Egy későbbi vallomásában Runge még azt is kijelentette, hogy *a biróság előtt hamis vallomásra kényszeritették* és hogy szerinte egy

Krull nevü hadnagy is fejbelőtte még Luxemburg Rózát, mikor az autóban ült.

Ez ellen a *Krull* ellen vádat is emeltek gyilkosság miatt. Mialatt vizsgálati fogságban ült, megjelent a *Rote Fahne* szerkesztőségében egy *Bracht* nevü főhadnagy és „szerény kártalanitás fejében" *eladásra kinálta Luxemburg Róza irásait és óráját.* A tárgyaláson *Krull* azt vallotta, hogy *az óra gazdátlan jószág* volt és kézről kézre adták az Éden-szállóban.

— Semmit sem lehet a szemünkre vetni, — mondotta kihallgatásának végén. Minden német fellélekzett, midőn ezt a két gazembert a másvilágra küldték. A haza köszönete jár ki nekünk.

Krullt kétrendbeli lopásért háromhónapi[illegible]ték.

Krul röviddel azután *bevallotta részességét a gyilkosságban,* majd megint visszavonta vallomását, mire bizonyitékok hiányában megszüntették ellene az eljárást.

Liebknecht gyilkosai ellen továbbra sem tettek semmi komoly lépést,

noha egy bécsi lapban megjelentek azok a fényképek, amelyeket a holttestről a temetés előtt készitettek. Ezek a képek világosan bizonyitják, hogy Liebknecht koponyáját az első ütések szétroncsolták. *A sebek teljességgel megcáfolják a mesét a szökési kisérletről.*

Liepmann jelenleg jegyző Potsdamban, nemsokára biróvá fogják kinevezni.

Jorns 1925-ben birodalmi ügyész lett.

Erzberger

Erzbergert a hazafias körök legnagyobb ellenségüknek tekintették. Ő volt az, aki talán leghamarabb felébredt az annexiós álomból, már 1917-ben *annexió nélküli békét követelt,* ő irta alá az összeomlás után *Hindenburg* sürgető követelésére a fegyverszünetet és ő akarta — amit legnagyobb bünének róttak fel, — *szigoru adókkal végét vetni az inflációnak.*

Midőn Erzberger 1920 január 26-án kilépett a moabiti törvényszék épületéből, ahol pőre folyt Helfferichel, egy *Hirschfeld nevü volt zászlós és diák kétszer rálőtt és sulyosan megsebesitette.*

Hirschfeldet testi sértés miatt másfél évi fogságra itélték.

Erzberger, hogy megvárja pőrének kimenetelét, visszavonult a nyilvános élettől. 1921-ben a *Schwarzwaldban* tartózkodott. 26-án sétára indult.

Griesbach közelében Schultz Henrik és Tillessen Henrik tengerészfőhadnagyok megtámadták és agyonlőtték. Mikor már a földön feküdt, még tiz lövést adtak rá.

Schultz és Tillessen hamis igazolványokkal Magyarországra menekültek. Budapesten elfogták, de azután ujból szabadonbocsátották őket.

Tillinger **századost, a** ***Consul Szervezet*** **pénztárosát, Schultz és Tillessen felettesét** ***vád alá helyezték bünpártolás miatt.*** Tillinger ugyanis *magánál rejtegette a két gyilkos poggyászát, átvette leveleiket és a gyilkosság után is érintkezett velük.*

Az offenburgi esküdtbiróság felmentette. A perfelvétel ügyében visszautasitották. 1929-ben képviselő lett.

1924 augusztusában *leleplezték Schultzot és Tillessent Magyarországon a jobboldali radikális vezérnek, Gömbösnek birtokán.* Egy Magyarországra kiküldött német detektiv megállapitotta személyazonosságukat, mire *letartóztatták őket.* A kiszolgáltatásukra irányuló kérést a magyar kormány, utalva a büncselekmény politikai jellegére és a kölcsönösség hiányára, *elháritotta.* Schultzot és Tillessent szabadlábrahelyezték és kiutasitották Magyarországból.

Az Erzberger-gyilkosság ügyében egyetlenegy birói itélet hangzott el.

Ez az itélet az Offenburger Tageblatt felelős szerkesztőjét sujtotta.

Ezer márka pénzbüntetésre itélték, amiért a vádirat egyes részeit közölte.

A Consul Szervezet vérbirósága

Boldt és *Dithmar* főhadnagyokat a birodalmi biróság *egy kórházhajó elsülyesztése miatt* többévi fogházra itélte. Az itéletet követő napon *Tillessen* volt százados egy csapat elvbarátjával megkisérelte, hogy a két főhadnagyot *a lipcsei fegyintézetből megszöktesse.* Autót szereztek, rendőrtiszti és őrmesteri egyenruhákat, pisztolyokat, karabélyokat és iratokat. Igy felszerelve, a fogház elé hajtottak és *követelték a két tiszt kiadását,* azzal az ürüggyel, hogy Berlinbe kell őket szállitani. A vezetőségnek gyanus volt a dolog. Midőn egy szakasz rendőrrel lesiettek a kapuhoz: *Tillessen beugrott az autóba és elmenekült.* Sikerült azonban elfogni és *fogolyszöktetés kisérlete miatt a lipcsei esküdtszék három hónapra itélte.* A rosszul sikerült szöktetést azonban *egy másik kisérlet* követte.

Néhány tiszt, a Consul Szervezet tagjai, egy Kern nevü főhadnagy és egy Fischer nevü mérnök vezetése alatt kiszabaditották Dithmart a fogházból.

Az autót a szöktetés alkalmával *Wagner Ervin volt főhadnagy vezette.*

A tetteseknek sikerült egy időre elrejtőzniök. Valamivel később azonban *Wagner felbukkant Frankfurtban,* ahol rokonai voltak

E. J. Gumbel

Titkos társaságok politikai gyilkosságai Németországban (2)

Copyright by Melik-Berlin
Utánnyomás tilos

1922 márciusában Grenz Vilmos oldenburgi könyvkereskedő saját vallomása szerint névtelen levelet kapott Münchenből. A levélben azt a kérdést intézték hozzá, hogy

nem tudna-e «két tettre kész német férfit» megnevezni,

akik készek volnának közreműködni egy nemzeti «kártevő» elintézésében. «*Biztonságukról gondoskodni fogunk.*» Grenz a megjelölt postrestante cimre azt válaszolta, hogy volna erre a feladatra két derék embere: *Anckermann* Walter volt főhadnagy és *Weichardt* Herbert, a nemzeti szellemű katonák egyesületének tagja.

Weichardtot röviddel azelőtt ítélték el *két esztendei börtönre gondatlanságból elkövetett emberölésért.* Agyonlőtt egy kislányt, azonban feltételesen szabadlábra helyezték.

— Igazán mindent elkövettem, hogy ujra jóvátegyem a dolgot, megfizettem a temetési költségeket — vallotta a tárgyaláson.

Grenz ujabb választ kapott levelére.

Egy papirszeletet, melyen ez a név állt: Harden Miksa; azonkivül huszonötezer — mai értékben körülbelül 350 márkát —, amit odaadott a két kiszemelt embernek.

Értesitették azonfelül, hogy mind a kettőt *felveszik bajor állami szolgálatba.*

Anckermann és Weichardt Berlinbe utaztak. Nagyszerűen éltek bárokban és luxuslokálokban, amig fogyni nem kezdett a pénz. Grenz, akihez több izben fordultak ujabb összegekért, egy ideig küldött is nekik, végül azonban *figyelmeztette őket kötelességükre.*

Erre elhatározták magukat. Harden esténkint sétálni szokott Grünewaldban.

Weichardt «falazott», Anckermann hátulról megtámadta a hires német irót és publicistát és sulyosan megsebesitette.

Weichardot rövidesen elfogták. Megtalálták nála Grenz leveleit. Biróság elé állitották mind a kettőjüket. *Grenz ötévi fegyházat kapott, Weichardt az enyhitő körülmények figyelembevételével két évet és kilenc hónapot.* Anckermannt később elfogták Bécsben és kiszolgáltatták a német hatóságoknak.

Harden levele az esküdtszék elnökéhez merénylőiről

Hadd következzék itt a nyomozásnak és az itéletnek leirása magának Hardennek tollából:

«Az esküdtszék mélyen tisztelt elnökével ezuton közlöm, hogy a berlini lakásomra kikézbesitett idézésnek nem tudok eleget tenni.

1922 julius 3-ának estéjén Grünewaldban, házacskám közelében a «Dachsbergnek» nevezett utcában hátulról megtámadtak, vasdoronggal fedetlen fejemre sujtottak. Térdre estem. A gyilkos mind a két lábával ráhágott balkaromra és még hétszer fejbevágott a vasdoronggal és csak akkor menekült el, midőn én (abban a vizlósan világos érzésben, hogy csak a zajtól való félelmében nem használt lőfegyvert) minden erőmet összedtem, hogy hangosan «gazembert!» «gyilkost» kiáltsak.

Koromhoz képest váratlanul erős hangom és az a körülmény is, hogy hajam hosszu és sürü volt, meghiusitották a gyilkos tervet. Ám a gyilkos maga ugy hitte: sikerült. Jelentette is a sikert a német nemzeti párt irodájában, *mint «Harden elintézője» utiköltséget követelt,* azonbelül levélben jelentették ő és cinkosa a sikerült gyilkosságot megbizóiknak, illetve kitartóiknak.

A tettesek kézrekeritésére a tisztelt kormány tizezer papirmárka (mintegy száz aranymárka) «jutalmat» tüzött ki, azután

midőn már azt lehetett remélni, hogy a főtettesek biztonságban vannak, százezer márkára emelte ezt az összeget

huszadrészére annak az összegnek, amelyre miniszterek gyilkosát itélték, egy fületlen gombra ahhoz a veszélyhez képest, amit a «nemzeti» maffiák bosszuja jelent. Két tettest ennek ellenére is sikerült elfogni. Elkobzott iratok és az első vallomások félreérthetetlenül bebizonyitották, hogy nem vak fanatizmus, *hanem kizárólag pénzvágy hajtotta őket.* Hiszen nem is ismerték azt, akit meg kellett gyilkolniok; müveltségi fokuknál fogva nem voltak és nem is lettek volna képesek irásait és könyveit megérteni, megitélni; pénzt akartak keresni gyorsan és gyilkosságra (orgyilkosságra, nem kevesebbre) vállalkoztak, mielőtt még tudták volna, hogy kit kell leméknown...

Megbizóik a vérdijon kivül *alkalmazást igértek a bérenceknek bajor állami szolgálatban.* Soha semmiféle jogi fórum meg nem vizsgálta, hogy a pénzt, az előleget, a jutalmat ki adta nekik, hogy vajjon

az állami szolgálat igéretét illetékesek és kik tették?

Minthogy zsidó apa fiának születtem és mint gyermek (anélkül, hogy valaha is a zsidó felekezethez tartoztam volna) átléptem a kereszténység kötelékébe; mint ifju negyven és egynéhány évvel ezelőtt tisztára családi okokból más vezetéknevet vettem fel (törvényes engedelemmel) a nemzeti — anteszimita terror lehetett egyetlen akadálya a különben rendkivül egyszerü eljárásnak. A főtárgyalás vezetésével egy a bünvádi eljárásban teljesen járatlan birót, *egy rabbinak a fiát bizták meg.* Neki sikerült az ügyet ugy «vezetnie», hogy az antiszemita sajtó nemcsak hogy egyetlen enyhe szóval nem támadta, de *dicséretekkel halmozta el.* Az ügyészséget utasitották, hogy «csináljon kis ügyet a dologból, nehogy ujabb nyugtalanságok támadjanak» (amelyek nyilván támadtak volna, ha a gyilkosokat keményen megbüntetik).

Harden vádjai a biróság ellen

Minthogy nem tartozom a hivatalnokok, képviselők, a birodalmi, állami és községi paraziták különböző fajtáihoz, akiknek védelmére a rendes biróságok iránt érzett leplezetlen bizalmatlanságból született szemérmetlenül önkényes törvényt «a köztársaság védelmére» megalkották, ügyem az esküdtbiróság elé került. A tárgyalás, noha a tényállás legkisebb részleteiben is világos volt, három napig tartott.

De nem a vádlottak ellen. Nem: ellenem.

Ezt bizonyitják a gyorsirói feljegyzések, ezt bizonyitják a tőlem távol álló különböző pártállásu hallgatók nyiltan hangoztatott véleményei. Kártevőnek, nemzetellenesnek, komisz fráternek, fél, vagy egész zsidónak kellett engem beállitani, hogy igy «megbocsájtható» legyen a büntett. Kijelentettem, hogy nem tartok velük ezen az uton, hogy *a bünösség szempontjából politikám teljesen közömbös.* De kijelentettem, hogy kész vagyok a biróságnak bebizonyitani a Zukunft százhusz kötetével: miért küzdöttem a császári politika és még sokkal szánalmasabb «köztársasági» politika ellen, hogy miként próbáltam hazámnak gyakran két világrész legkitünőbb államférfiainak helyeslése mellett, gyakran egyedül a magam módja szerint szolgálni.

De arra nem vagyok hajlandó, hogy a biróság előtt eltürjem felbérelt gyilkosok és törtető ügyészek piszkolódását és gyanusitását.

A szinjátékban tehát nem müködtem tovább közre.

A merénylőt és cinkosát, noha irásbeli és szóbeli tanuság bizonyitotta cselekedetük aljasságát, gyilkos szándékukat és nyereségvágyukat: ugy kezelték, mint előkelő gentlemaneket; kivétel nélkül *„ur"-nak szólitották,* gyilkosság kisérlete alól felmentették, enyhitő körülmények elismerésével megtisztelték és csak «testisértésért» itélték el őket bagatellbüntetésre. *Az egyetlen, akivel szemben kemény és szemtelen szavak estek: én voltam,* aki csak hajszálon menekültem a haláltól, akinek élete munkáját feldulták, egészségét tönkretették, aki alig elviselhető vagyoni kárt szenvedtem és aki sulyos betegen álltam a biróság előtt. A gazfickóknak szabad volt groteszk páthosszal szembeállitani hazafias nemes, német mivoltukat az én elvetemültségemmel.

A vádhatóság képviselője soha komolyan és nyomatékosan meg nem próbálta, hogy mindezt megakadályozza, hogy megpróbálja feloldatni a ... különös itéletet.

Annak a kormánynak utasitásaitól függött, amellyel szemben megvetésemet sohasem titkoltam

és amely soha még csak tudatára sem ébredt annak a fogalomnak, amit mi jogérzéknek nevezünk.

Körülbelül **ugyanabban** az időben megtámadták a kormánykörökhöz közelebb álló, tehát értékesebb *Scheidemann* képviselőt. Egy hajaszála meg nem görbült, egy napra sem szünt meg számára a nyilvános szónoklás lehetősége. A biróság ugy találta, hogy *huszévi fegyházzal kell ezért a tettért a merénylőknek vezekelniök.*

Az összehasonlitás már önmagában a legélesebb szatira.

Az eljárás befejezése után elhatároztam, hogy soha többé önként em lépek német biróság elé.

A felszólitásnak, hogy mint pótmagánvádló kapcsolódjam be az eljárásba, eleget tettem, hogy az eljárás menetébe bepillantást nyerjek. Önmagam megbecsülése kényszerit most arra, hogy *visszalépjek a pótmagánvádló jogától,* minthogy a „bepillantást" már elegendő mértékben megszereztem.

Egy véletlen okozta, hogy a főtettest, akinek ez a gyilkossági kisérlet nyilván soha meg nem nehezitette az életét, egyéb gyanuokok miatt *Bécsben letartóztatták.* A hatalmasok számára kellemetlen véletlen. Minthogy ügyének tárgyalására belátható időn belül sor kellett, hogy kerüljön s mivel én még ennek a gyáva orgyilkosnak fogságát sem akartam meghosszabbitani, Berlinben maradtam, noha egészségi állapotom nagyon rossz volt, noha orvosom gyógykezelést és tengeri levegőt ajánlott nyomatékosan. *És noha a folyton növekvő nemzeti terror korszakában állandó fenyegetéseknek és életveszedelemnek voltam kitéve.*

Minthogy

Anckermann elfogatása után 11 hónap mult el anélkül, hogy valamit is hallottam volna,

minthogy testi és lelki körülményeim a további városi tartózkodást alig tették immár elviselhetővé, Hollandiába utaztam, hogy tovább kezeltessem magamat és uj erőt gyüjtsek. Hat napja vagyok itt. *Három nappal elutazásom után tárgyalásra tüzték ki az ügyet.* Az orvos a leghatározottabban megtiltja visszautazásomat. Érzem, hogy a tárgyalás talán végzetes lelki következményeknek tenne ki, érzem, hogy az izgalmat és különösen az undort, amelyet egy uj tárgyalás felidézne, nem tudnám kiállani.

Elhatározásomhoz még egyéb is hozzájárul.

— — — — — — — — — —

Az orvos a leghatározottabban megtiltja nekem a visszatérést. Semmi okom nincs rá, hogy tilalmát megszegjem...

A magas biróság iránti személyes nagyrabecsüléssel

Harden Miksa."

A berlini esküdtbiróság Anckermannt gyilkosság kisérlete miatt hatévi fegyházra itélte.

Polgári jogait meghagyták, noha az itélet indokolása szerint: *„lényegében az volt* [illegible] *számára, hogy pénzt szerezzen, s* [illegible] *tekintetben becstelen indokból cselekedett"*.

Az 1928. évi amnesztia visszaadta szabadságát.

Rathenau

Rathenau volt az, aki, midőn a háboru már végleg elveszett *„nemzeti védelemre"* szólitotta fel a német német. Mint külügyminiszter ő kötötte meg Rapallóban a szerződést Oroszországgal. Ő kisérelte meg elsőnek, hogy *gazdasági alapra helyezze a jóvátételi kérdést.*

Ő kezdeményezte azt a külpolitikát, amelyet ma a német nemzetiek követnek.

Éppen ezért árulónak számitott.

1922 junius 24-én autóján a minisztériuba hajtatott. Kocsiját utközben utolérte egy másik autó, amelyet a 21 esztendős Techow *Werner* vezetett és amelyben *Kern* szolgálatonkivüli főhadnagy ült Fischer *Hermannal.* Ahogy a két kocsi egymás mellé ért:

Kern és Fischer felugrottak az ülésről és géppisztolyból tüzelni kezdtek Rathenaura. Azonkivül egy kézigránátot dobtak a kocsijába. Rathenau nyomban meghalt.

Az autót Küchenmeister János szász nagyiparos bocsátotta a gyilkosok rendelkezésére és *Brandt* volt főhadnagy — aki ismerte a merénylet tervét — hozta Berlinbe. *Kern, Fischer, Techow és Brandt* régebben *az Erhardt-brigád tagjai* voltak, azután beléptek a *Consul szervezetbe* és résztvettek a *Kapp-puccsban* is.

A géppisztolyt a 21 esztendős *Ilsemann* Keresztélytől, a schwerini véd- és dacszövetség titkárától kapták. A lelki beteg és szökevény *Günther* Willi állitólagos hadnagy segitett a terv kidolgozásában. Egész sereg jobboldali szövetségnek volt tagja és

egy estélyen ugy ünnepeltette magát, mint Rathenau gyilkosát.

Birtokában *Helfferichtől, Ludendorfftól, Jagowtól és Bauer* ezredestől találtak leveleket. Segitségükre volt még a 16 esztendős *Techow* Gerd gimnáziumi tanuló és közrmüködött az ügyben a már ismert *Salomon* Ernő.

A végrehajtott merénylet után *Techow* azt mondta a garázstulajdonosoknak:

— A dolog rendben ment. Rathenau fekszik. Azért tettük, hogy a vörösöket támadásra ingereljük. *A pénzünk fogytán volt.*

A végrehajtott merénylet után azonnal teniszklubjába hajtatott.

Később elmenekült nagybátyjának birtokára. *Nagybátyja kiszolgáltatta a rendőrségnek* és ezért egy sereg fenyegető levelet kapott.

Kernt és Fischert hosszas keresés után *Saaleck* várában, *Stein* Vilmos iró lakásán felfedezte a rendőrség. A két gyilkos nem adta meg magát.

Heves tüzharc fejlődött ki közöttük és a rendőrök között. Kern rendőrgolyótól találva holtan bukott el, Fischer önmagát lőtte agyon.

A gyilkosok utolsó szava egy *éljen volt Ehrhardt kapitányra.*

A lipcsei törvényszék tárgyalta az ügyet. Günther, a vádlottak között a legmegbizhatatlanabb, a tárgyalás idején ismeretlen személytől egy doboz csokoládécukorkát kapott. A *cukorkák arzénnel voltak megmérgezve.* Megkinálta belőlük vádlottársait is, akikkel a tárgyalás alatt szabad volt érintkeznie és egy részük meg is betegedett a méregtől.

Techow Ernőt tizenöt évi fegyházra, Techow Gerdet négyévi fogházra, Günthert nyolc évre, Salamont öt évre, Ilsemant és a két garázstulajdonost két hónapra itélték.

Az irót, aki azt vallotta, hogy a gyilkosok tudta nélkül jöttek az ő lakásába, felmentették. Egy *Küchenmeister* nevü ember, aki szintén bele volt keverve a dologba s akinél fegyverraktárt lepleztek le, megszökött, de azután visszatért Németországba. Három esztendővel a gyilkosság után állitották a biróság elé.

Ezt irta apjának egy levélben:

— *Nem tudtam, hogy kit kell kivégezni, csak azt tudtam, hogy valakit ki kell végezni. De gondoltam, hogy kit.*

(Holnapi számunkban folytatjuk.)

123

J. Gumbel

Titkos társaságok politikai gyilkosságai Németországban (3)

Copyright by Malik-Berlin
Utánnyomás tilos

Eisner Kurt a novemberi forradalom egyik vezére, volt Münchenben és attól kezdve bajor miniszterelnök. 1919 február 21-én az országgyülésbe sietett, hogy a választásokon szenvedett veresége következtében benyujtsa lemondását.

Az utcán hozzálépett gróf Arco-Valley volt hadnagy és közvetlen közelből kétszer rálőtt. A két revolvergolyó fején találta Eisner miniszterelnököt, aki holtan rogyott össze.

Eisner kíséretének egyik tagja szintén *pisztolyt rántott és rálőtt Arco grófra.* Meg is sebesítette, de nem halálosan; felgyógyult és egy esztendővel a merénylet után állt a bíróság elé. *Halálra ítélték,* de kegyelemből *élethosszig tartó várfogságra* változtatták az ítéletet. *Ám két évvel később már annyira enyhítették fogságát, hogy napközben mint gyakornok dolgozhatott egy birtokon.*

Ujabb két év mulva minisztertanácsi határozat alapján feltételesen szabadlábra került,

elbocsátották a fogságból. *Ma az államilag támogatott «Süddeutsche Lufthansa» igazgatója.*

Eisner özvegye polgári uton kártérítésért perelte a dusgazdag grófot. A per 1920-ban *egyességgel* végződött. Elsnerné asszony *60.000 papirmárka kártérítést kapott* (mai értékben körülbelül 4000 márkát) és «méltányossági okokból» járadékot is, amely azonban az infláció következtében annyira elértéktelenedett, hogy egy évvel később be is szüntették. 1928-ban ítélték meg neki és leányának azután *1200 márkás járadékot.* Az összeg szerénységét az magyarázza, hogy Eisner annakidején *lemondott [illegible] miniszterelnöki fizetéséről.*

Eisner halála [illegible] érzett első izgalmukban [illegible] György pék behatoltak az országgyülésbe.

Lindner több lövést adott le Auerre, Eisner minisztertársára és politikai ellenfelére, mert azt hitte, hogy Auer részes a [illegible] gyilkosságban.

Ugyanabban a pillanatban *egy lövés dördült el* a karzatról is. *A lövés Osel képviselőt találta, aki holtan esett össze.* Jahreis őrnagy rávetette magát Lindnerre.

Lindner Jahreisre is rálőtt és megölte.

Auer miniszter nem halt meg, de sulyos beteg maradt a merénylet után. Kórházba szállították. Ugyanabban a kórházban feküdt Arco gróf is. *Auer miniszter virágcsokrot küldött Arconak.*

Lindner Ausztriába menekült. Minthogy Ausztriában nincs halálbüntetés, azzal a feltétellel szolgáltatták csak ki, hogy nem ítélik halálra. Azt a védekezését, hogy Jahreis őrnagyot önvédelemből lőtte le, a bíróság nem fogadta el. *Tizennégyévi fegyházra ítélték. Nyolc év mulva szabadult csak feltételes szabadságra.*

A perlachi gyilkosságok

A müncheni tanácsuralom leverésére kiküldött csapattestekhez tartozott *Lützow* őrnagy szabadcsapata is. Április 30-án a kormánycsapatoknak egy őrjárata Perlach faluban tűzharcba keveredett. Véres veszteségeket [illegible] nem szenvedett az őrjárat, *de két tagja [illegible]* csapatok fogságába esett. [illegible] szabadcsapatának körülbelül [illegible] embere Schultz őrnagy vezetésével bevonult [illegible] Az őrnagy maga *Hell* evangélikus [illegible] szállt meg. A rákövetkező napokban [illegible] résztvett a München körüli harcokban, amelyek a város teljes megszállásával végződtek. Ezekben a küzdelmekben az [illegible]

[illegible] *„Nincs kegyelem."*

A *Lützow*-féle szabadcsapatnál [illegible] véres légkör uralkodott. Tisztjeik[illegible]ről *Schultz* őrnagy beszéde, ami[illegible] megbeszélésen mondott:

— Uraim! Aki lelkiismeretével nem tudja összeegyeztetni vagy nem érti meg, hogy itt kemény munkáról van szó, az inkább menjen.

Inkább néhány ártatlannal többet állítsunk a falhoz, mintsem egyetlen bűnöst is futni engedjünk.

Hiszen tudják, uraim, hogy hogy kell az ilyet csinálni. Elvezetik az illetőt, agyonlövik és azután okul azt jelölik meg, hogy *menekülési kísérletet tett, vagy megtámadta önöket.*

Schultz őrnagy később ugyan tagadta ezeket a szavakat, de egy hivatalos jelentés bizonyítja, hogy tisztjei igy értették kijelentéseit.

Denninger hadnagy, a szabadcsapat ügyésze ilyen receptre is készítette el jelentését a tizenkét perlachi munkás kivégzéséről. A jelentés szerint a tizenkét munkást azért tartóztatták le, mert *Perlachban csoportosulások támadtak* és a tömeg egy gyülés után azzal fenyegetődzött, hogy több perlachi polgár házát kézigránátokkal fogja megtámadni. Az egyik perlachi polgár házára állítólag ezt írták fel: «Vigyázz magadra! Agyonlövünk.» A lázadást leginkább *Ludwig* fazekasmester szította lázító beszédekkel. Az elfogottaknál állítólag *fegyvereket találtak.* Szabályszerű kihallgatások után szállították őket az udvari sörfőzde pincéjébe. Ott Ludwig állítólag a tiszt elé lépett, kérdéseire *testestől-lelkestől spartakusznak vallotta magát,* fenyegetően viselkedett és kijelentette:

— Mi még leszámolunk egymással.

Állítólag kezet is emelt a tisztre. Ugyanakkor a többi foglyok körülvették a tisztet, *fenyegetően léptek fel vele szemben* és menekülni próbáltak, ugy hogy az őrmesternek [illegible] puskaaggyal visszakergetni őket. Mikor [illegible] foglyok ujból megpróbálták a menekülést: *[illegible] segítségül hivott legénység agyonlőtte őket.*

[illegible] táknál elfekvő jelentéséhez [illegible] hozzátennivalója.

Végre azonban mégis esküdtszék elé került az ügy. *Poelzing* hadnagy és az [illegible] őrmester állták *gyilkosság vádjával terhelten* a bíróság előtt.

Védője a következő kérdést intézte *Poelzinghez:*

— Általános volt abban az időben a kifogás, hogy az áldozatot lázadás miatt és menekülés közben lőtték agyon?

— Ez volt a szabály, hogy az agyonlövéseket utólag igazoljuk — felelte Poelzing.

A védő: Tapasztalták-e vajjon, hogy az ügyet mindjárt *ad acta tették,* hogyha valaki a «lázadás» meséjével előállt?

A vádlott: Igenis.

A másik vádlott azt vallotta, hogy

a kivégzésekre egyenes utasítást kapott Poelzingtől,

Poelzing pedig a kivégzések után jelentést tett Schultz őrnagynak. Schultz őrnagy már régebben azt felelte arra a kérdésre, hogy mi történjék a foglyokkal:

— Tegyétek el láb alól a disznókat.

Noske hadügyminiszter kihallgatása alkalmával a következőket mondotta többek között:

— Nem mondhatnám, hogy annak, akinek a csendőrség vagy másvalaki azzal adott át foglyokat, hogy vörösgárdisták voltak, lehetett olyan érzése, hogy egy napon gyilkosság vádjával terhelten kerül a vádlottak padjára, amiért az ilyen foglyokat agyonlőtte vagy agyonlövette.

Az ítélet mind a két vádlottal szemben felmentő volt.

Mindkettőjüket fedezte elöljáróik parancsa,

[illegible]

[illegible] kivégzettek közül egyetlen egyről [illegible] lehetett a ügynösséget [illegible]

A nyilvános felszólításra [illegible] *beszolgáltattak.* A kivégzettek [illegible] megállapították, hogy *semmiféle politikai mozgalomban nem vettek részt.* Különösképen áll ez Ludwigról, aki soha nem volt tagja a kommunista pártnak. Mindössze egyetlenegy áldozatról vallotta egy tanu, hogy be akart lépni a vörös hadseregbe azért, mert kereset nélkül állt, de az sem hajtotta végre szándékát. A szabadcsapat ügyészének az a jelentése, hogy Ludwig „lázadása" idézte elő a tragikus eseményt, szintén *hamisnak bizonyult.* Egy olyan tanu, aki a sörfőzdében volt alkalmazva, vallotta, hogy *Ludwigot már reggel 6 órakor agyonlőtték.* Egy másik tanu is megerősítette ezt a vallomást azzal, hogy Ludwigot, mihelyt az őrjárat a sörfőzdébe megérkezett,

két katona egy autó mögé vezette és ott megölte.

[illegible] hadosztályparancsnoksághoz került, [illegible] kérdést intéztek [illegible], még pedig azt, [illegible] szerint van-e valami akadálya a [illegible] titok alóli felmentésének. Den[illegible] azt válaszolta rá, hogy *nincs.* Most te[illegible] nem volt akadálya kihallgatásá[illegible]nak, kihallgatásakor azt vallotta, hogy *az ak*[illegible]

noha az ítélet indokolása szerint maga a kivégzés tárgyilagos [illegible] szempontból nézve törvényellenes volt.

Azonban ez az ügy sem mult el [illegible] ítélet nélkül. Néhány szociáldemokrata lap közölte *Schützinger* volt bajor századosnak egy cikkét, mely *Hell* lelkész szerepével foglalkozott. *A lelkész beperelte Schützingert és a cikket közlő szerkesztőket. Mind a négyüket elítélték 1000—2000 márkáig terjedő pénzbüntetésre.*

Hell lelkész felesége attól félt, hogy a csapatok kivonulása után esetleg ujabb nyugtalanság támad Perlachban és ezt az aggodalmát közölte is bucsuzáskor *Lützow* őrnagygyal. Az őrnagy azt felelte rá, hogy ha bármi történik: *értesítse őt telefonon.* Ellenőrizetlen perlachi riadójelentésekre, amelyek erőszakos fenyegetésekről és vörös csapatok gyülekezéséről szóltak, *Poelzing* György, a szabadcsapat hadnagya azt a parancsot kapta *Schultz* őrnagytól, hogy

negyven emberrel két teherautón vonuljon Perlachba és fogjon el egy sereg embert, akiknek a nevét egy szelet papirra felírta.

Hell lelkész felesége szintén segítséget kért telefonon a szabadcsapat parancsnokságától. Azt azonban *sohasem sikerült megállapítani, hogy a proskribáltak listáját ki állította össze.*

Midőn *Poelzing* Hell lelkésznek a papirszeletet megmutatta, a lelkész kijelentette, hogy a névszerint felsorolt személyek *a kommunista hírben álló Ludwig perlachi fazekasmester követői,* noha a tizenöt ember közül személyesen *csak hármat ismert.* És nem tiltakozott akkor sem, amikor

Poelzing hadnagy kijelentette, hogy ezek az emberek aligha fognak élve szabadulni.

Pohla csendbiztos később ugy vallott, hogy *Hell* lelkész a beszélgetés után előtte a következő kijelentést tette:

— A Lützow emberei nem sokat bogarásznak; falhoz állítják az embereket.

A szabadcsapat egy másik tisztje később azt vallotta, hogy biztos emlékezete szerint *Hell lelkész még másokat is megjelölt,* mint nyugtalanságot szító elemeket.

Végül is Poelzing elfogott *tizenkét munkást.* Másnap Münchenbe kisérték és

az udvari sörfőzde pincéjében agyonlőtték őket.

[illegible] másuk után az egyik munkás felesége [illegible] kereste Hell lelkészt és arra kérte, hogy *[illegible]jon közbe szabadonbocsátásuk érdekében,* minthogy nem voltak spartakuszok, hanem többségi szocialisták. Hell azt felelte, hogy ő [illegible] tehet semmit, mert nem ismeri az embe[illegible]

Egy darabig a katonai hatóságok előtt folyt az eljárás a tizenkét munkás kivégzése miatt. Legelőször a *Lützow-féle* szabadcsapatot bízták meg a vizsgálattal. Szokás szerint *eltüntek az akták.* Később, többszöri sürgetésre „rekonstruálták" az iratokat, de aztán *ujból eltüntek.*

Az eljárás „ismeretlen tettesek" ellen indult meg. A tetteseket viszont mint tanukat hallgatták ki. Egy esztendő kellett hozzá, hogy egyetlen „tanut", magát *Poelzing* hadnagyot kihallgassák. Minthogy tagadott, *George* hadbíró azzal terjesztette fel az aktákat magasabb helyre, hogy: *„a további nyomozás lehetetlen."*

Jellemzésül az eljárásra hadd álljon itt *Denninger* hadnagy kihallgatásának története.

A müncheni ügyészség megkeresésére *Denninger* hadnagyot mint tanut ki kellett volna hallgatnia a berlini bíróságnak. Denninger a hivatalos titoktartásra hivatkozott és megtagadta a vallomást. Erre az ügyészség megkereste a feloszlatott szabadcsapat felszámoló parancsnokságát, hogy *adja meg a felmentést* Denninger hadnagynak a hivatalos titoktartás alól. A megkeresés rengeteg hivatalos fórumon keresztül végre a csoportparancsnoksághoz került. A csoportparancsnokság ugyanezen a szolgálati uton próbálta tisztázni azt a kérdést, hogy a Lützow-féle szabadcsapat tulajdonképpen *milyen katonai kötelékbe tartozott.* A hosszu eljárás végeredményeként azután Denninger hadnagyot magát kérdezték meg. Denninger hadnagy válasza után, amely

Sandmayr Mari

Wertingen mellett, a Holzen-kastélyban, *Treuberg* grófnak és nővérének birtokán *titkos fegyverraktár volt. A nagy csűrben ágyuk állottak,* az egyik ruháskamrában körülbelül *nyolcvan puska volt elrejtve.* 1919 őszén náluk szolgált egy Odelhausenből való fiatal lány, *Sandmayr* Mari, mint szakácsnő. Egy évig volt náluk, akkor elhagyta szolgálatát és hazament az apjához. *Odelzhausenban,* Fischerné asszony vendéglőjének falán ott lógott a leszerelési kormánybiztos hirdetménye, amelynek értelmében *mindenki tartozott a nála lévő fegyvereket beszolgáltatni.*

A hirdetmény alján természetesen fel volt tüntetve az a müncheni nyomda is, amely a plakátot készítette. *Sandmayr* Mari kötelességének tartotta, hogy eleget tegyen a hirdetmény ama felszólításának, amely szerint,

aki ilyen elrejtett vagy titkos fegyverekről tud, azt jelenteni tartozik.

Leszakította hát a hirdetmény alján a nyomda címét, azzal *Münchenbe* utazott és *Ziegler* üzemvezetőnél érdeklődött, hogy *hol kell elrejtett fegyvereket bejelenteni.*

Ziegler tagja volt a híres «*Einwohnerwehr*»-nek. Nehogy a fegyverek «illetéktelen» kezekbe kerüljenek — ami alatt ő természetesen az illetékes birodalmi hatóságot értette —, *főnökéhez, Zeller kereskedőhöz vezette a fiatal leányt.* Ott kikérdezték és *Sandmayr* Mari minden adatot pontosan megadott, majd megkérdezte, hogy közléséért kap-e valamit? Megmondta a nevét, amit a két férfi hibásan *Sandmannak* értett.

Zeller jelentette az eseményt *Fuchs* őrnagynak, az Einwohnerwehr egyik vezetőjének, egy Kern nevü orvosnak és valamivel később egy *Einwohnerwehr*-lövészgyakorlaton *Braun* főhadnagynak is és «*nagy örömet mutatott az ostoba nőszemély bebukása fölött, aki az antantnak akart fegyvereket elárulni és az Einwohnerwehrhez tévedt.*»

1920 őszén *Sandmayr* Mari uj állást vállalt Münchenben *Kemmerich* főkonzulnál.

Négy nappal később délután tájban egy idegen fiatalember tünt fel Mari szülőfalujában, Odelzhausenban. Bár a nevét rosszul ejtette, *Fischerné* asszony kitalálta, hogy kiről van szó és *megadta neki a fiatal leány címét,*

Ugyanaznap este 9 óra tájban egy körülbelül 20 esztendős fiatalember jelent meg a főkonzul lakásán és a komornánál *Sandmayr* Mari felől érdeklődött. A komorna kihívta a leányt, aki néhány percig egyedül beszélgetett az idegennel a konyhában, de mikor a komorna kijött, kimentek a folyosóra és ott beszélgettek még egy negyedóra hosszat. Akkor a fiatalember eltávozott, *Sandmayr* Mari pedig egész sápadtan elmesélte a komornának, hogy

a fegyvereket kutató bizottságtól volt itt egy ismeretlen ur és közölte vele, hogy abban az állítólagos titkos fegyverraktárban nem találtak semmit.

Hozzátette, hogy ő kétségtelenül tudja, hogy a fegyverek egy bizonyos helyen voltak elrejtve.

Este tíz órakor elhagyta gazdájának lakását. Másnap reggel az ágyát érintetlenül találták.

Déltájban akadt rá holttestére két vándorlegény egy parkban.

A hullát az utcáról lehetett látni. Egy papirszelet volt a ruhájára tüzve ezzel a felírással: *„Gyalázatos nő, aki hazád elárulására voltál kész, meggyilkolt téged a fekete kéz."* Tisztán ki lehetett venni a nyomot, amelyen a hullát végigvonszolták egy árkon keresztül az országutig. Az országuton nagy olajtócsát találtak, amely jelezte, hogy azon a helyen egy autó állt. A holttesten nem mutatkoztak küzdelem nyomai, ugylátszik a szerencsétlen lánnyal meglepetésszerüen végeztek.

Természetesen nagyon fontos volt, hogy megállapítsák annak az idegennek kilétét, aki Oldenzhausenben a lány iránt érdeklődött és azután este a főkonzul lakásán beszélt vele. A vádirat szerint *ez az idegen Schweighardt János leszerelt hadnagy volt,* a tanuk részben határozottan, részben nagy valószínűséggel felismerték. Schweighardt nem tudott alibit igazolni. Néhány nappal később *Schweighardt külföldi utlevelet kért a rendőrségen és minden szokás ellenére meg is kapta Glaser rendőrbiztos utasítására.*

(Holnapi számunkban folytatjuk.)

E. J. Gumbel

Titkos társaságok politikai gyilkosságai Németországban (4)

Copyright by Malik-Berlin
Utánnyomás tilos

A vád szerint Schweighardt és tettestársai valamilyen ürüggyel *egy autóba csalták Sandmayr Marit*, utközben *meglepetésszerüen megfojtották* s a hullát azután a parkba vitték. Az autó, amelynek számát is megállapitották,

az Einwohnerwehr vezetőségéé volt.

A gyilkosság előtti napon *Braun* főhadnagy adta át a kocsit a *Ringhotel* előtt két fiatalembernek *Uibeleisen* Miksának és *Schneider* Alajosnak. Mind a ketten az elülső ülésen foglaltak helyet. Bent a kocsiban *Schweighardt* ült és *Berchthold* volt hadnagy. Ugyanezzel a kocsival utazott Schweighardt Odelzhausenba is. A kocsit a két fiatalember csak másnap reggel hozta vissza.

Az autót a gazdasági hivatal intézkedésére javitóműhelybe vitték és rögtön leszerelték.

A garázstulajdonos és két barátja pénzt adtak Schweighardtnak a menekülésre

és eltitkolták hollétét a nyomozó hatóságok előtt.

Csak négy és fél évvel később emeltek vádat Schweighardt ellen gyilkosság, három barátja ellen pedig bünpártolás miatt.

A biróság azonban ugy határozott, hogy **nem inditja meg ellenük az eljárást.**

A határozat indokolása többek között igy szól:

„Schweighardt vádlott *tagadja*, hogy részes lenne Sandmayr Mari meggyilkolásában... Nem lehet tagadni, hogy egész sor gyanuok szól a vádlott bünössége mellett. *A gyanuokok azonban nem elegendők* a vádlott elitéléséhez.

Nem kétséges, hogy Sandmayr Marit a fegyverárulás miatt gyilkolták meg és *azért, hogy más árulókat elrettentsenek.* Bizonyosra vehető az is, hogy a tettesek az Einwohnerwehrnek s a hozzá közelállóknak olyan köréből kerültek ki, akik fegyverek megmentésével foglalkoztak. Emellett szól a halott ruhájára tüzött irás, továbbá *az a hangulat, amely az emlitett körökben fegyverárulókkal szemben uralkodott.*

... Bár kétségtelenül ok van a gyanura, hogy a vádlott Schweighardt résztvett a gyilkosságban, de teljes világosságot a tényállásra, a vádlott Schweighardtnak bünrészességére mégsem lehetett deriteni. Ezt egy főtárgyalástól sem lehet remélni. Ennek következtében Schweighardt ellen *az eljárás megszüntetendő.*

Merénylet Dobner ellen

Két héttel *Sandmayr* Mari halálát követte *a második Feme-merénylet,* amelyet a bajor *Einwohnerwehr* tagjai követtek el. A Feme gyilkosságok egész történetében ez az egyetlen ügy, amelybe a hazaárulás valóban is belejátszott, *de nem az áldozat részéről. Hátterében fegyvercsempészés huzódik meg.*

Pracher György tiz esztendeig Franciaországban élt. 1920-ban Németországban *kisebb szolgálatokat tett az antantbizottságnak, amelyet elrejtett fegyverek nyomára is vezetett.* Azonfelül ügynöke volt a fegyvercsempészeknek is és az Einwohnerwehrtől bizonyos jutalékot kapott minden puska és ágyu után. Végül pedig *az Einwohnerwehrt is értesitette azokról a jelentésekről, amelyek fegyverraktárakat illetően az antant bizottsághoz érkeztek.*

Egy izben fegyverraktárra bukkant az Einwohnerwehr egyik vezetőjénél, *Zellernél.* A titok birtokában *zsarolni kezdte Zellert.* Emiatt elfogták, de később szabadonbocsátották annak az igéretnek fejében, hogy *kémszolgálatot* teljesit majd a bajor rendőrségnél is. Ilyen minőségben közölte később *Glaser* rendőrbiztossal, hogy egy volt katona, *Dobner* János *fegyverraktárt fedezett fel Fürstenberg báró mirskofi kastélyában és ezt a felfedezést értékesiteni akarja.* Ez a Dobner már azelőtt is résztvett fegyvercsempészetben és sötét kis üzletekből élt. A rendősbiztos megismertette Dobnert egy *Böhm* nevü emberével. Böhm találkát beszélt meg Dobnerrel, hogy együtt menjenek ki a mirskofi kastélyba és siker esetére *háromezer papirmárkát igért neki.*

A megbeszélt időben a jelzett helyen várakozott *Böhm* kocsija. A kormánynál egy *Neunzert* nevü diák ült, a kocsiban *Schuster* Károly és *Berchtold.* Böhm maga csak egy rövid darabon tartott velük.

Utközben a két fiatalember nekiesett Dobnernek, ólmos bunkókkal agyba-főbe verték, kötelet vetettek a nyakába és igy próbálták megfojtani.

Dobner ugy menekült, hogy *halottnak tette magát.* Mikor már halottnak hitték és nem törődtek vele, elvágta a kötelet és kiugrott a robogó kocsiból. Sikerült elmenekülnie. Vértől boritva vánszorgott be egy vendéglőbe és még tizenegy nappal későbben is sulyos sérüléseket konstatált rajta az orvos.

Pracher, a spicli rögtön futott a másik félhez és *elárulta megbizóját.* Közölte *Gareis* képviselővel, hogy a *Dobner* elleni merényletet nem Böhm követte el egyedül, hanem azt *Glaser* rendőrbiztos tudtával és akaratából hajtották végre.

Gareis ezt valószinütlennek tartotta. Pracher kijelentette, hogy hajlandó bizonyitékokkal szolgálni, hajlandó

Glaser rendőrbiztost Gareis jelenlétében telefonon felhivni

s majd azután ugy irányitja a telefonbeszélgetést, hogy abból Glaser bünrészessége kiderüljön. *Ez a telefonbeszélgetés csakugyan meg is történt.* Tartalmát Gareis közölte *Timm* többségi szocialista képviselővel. Timm azt követelte, hogy rendezzenek meg még egy ilyen beszélgetést, most már az ő jelenlétében. A beszélgetés még aznap este meg is történt Pracher, Gareis, Timm és a gyorsirással jegyző *Werner* ügyvéd jelenlétében és igy folyt le:

„*Pracher:* Mit tud Dobnerről?

Glaser: Keressük, de nem lehet a fiokót elcsipni.

Pracher: Mondhatom Önnek, Glaser ur, az az ember olyan veszedelmes volt, sokkal veszedelmesebb, mint gondolná. Nem segithettem a dolgon. Egyelőre hidegre tettem. Jutalékot is fizettem. Hallgasson csak ide, tudjá, ugy értem, hogy Dobnerért. Azt lehet mondani, hogy eltétettem láb alól. Csak nem történik ezért valami bajom? Ön biztosit róla, hogy nem lesz semmi bajom Dobner miatt, hiszen én tétettem jégre?

Glaser: Nem értem.

Pracher: Ugy értem, hiszen tudja, én Dobnert, hogy ugy mondjam, indirekt eltétettem láb alól. *Biztosit róla, hogy nyugodt lehetek?*

Glaser: Ez csak egész természetes, nagyon jól tudja.

***Pracher:* Hiszen nem olyan borzasztó a dolog. De nyugodt lehetek?**

***Glaser:* Azt maga ugy is nagyon jól tudja. Elég bizonyitékát szolgáltattam már eddig is. Erről nem is kell beszélni."**

Pracher tehát ugy állitotta be a dolgot, mintha ő ölette volna meg Dobnert és *Glaser rendőrbiztos biztositotta róla, hogy büntetlen marad.*

Glaser ellen semmiféle eljárás nem indult.

A biróság Schustert és Berchtoldot 800—800 papirmárka — mai értékben 57 márka — büntetésre itélte.

Az itélet indokolása többek között a következőket mondja:

„A tettesek nem puszta verekedési kedvből, vagy más durva érzésből cselekedtek, hanem olyan okokból ragadtatták magukat tettükre, amelyek *minden becsületesen gondolkodó, hazafias érzelmű embernek becsületére válnak:* mert olyan embert láttak Dobnerben, aki pénzért az ország bajából akart a maga számára tőkét kovácsolni, tekintet nélkül arra, hogy a pénz kitől származott. Ezért vette tekintetbe a biróság az enyhitő körülményeket és dacára a Dobneren ejtett sulyos testisértéseknek, eltekintett a szabadságvesztés büntetésétől."

Prachernek nemsokára volt oka rá, hogy megbánja a telefonbeszélgetéseket. Beleesett egy csapdába, amelyet rendőrbarátai állitottak neki. Egy *Lesk* nevü spicli, aki egyformán szolgálta a német rendőrséget és az antantot, kezére játszott egy hamis tervet, azért, hogy azt az antantnak tovább adja.

Prachert ezért 14 évi fegyházra itélték.

A tárgyalásból a nyilvánosságot kizárták.

Gareis halála

Gareis Károly bajor képviselő nagyon gyülölt személy volt politikai harcai miatt az *Einwohnerwehr* szemében. Féltek tőle, mert pontos értesülései voltak az *Einwohnerwehr* régebbi merényleteiről és mert a merényletek felderitését követelte.

1921 juniusában *Gareis* egy müncheni vendéglőben gyülést tartott, amely körülbelül éjjel tizenegy óráig elhuzódott. Pártjának egy tagja, *Seraing* András munkás ajánlkozott, hogy elkiséri a képviselőt haza. Villamosra ültek, amelyre *felszállt két férfi is,* akik figyelmesen szemügyre vették Gareist és vele együtt szállták le ugyanannál a megállónál. *Seraing egész lakásáig kisérte a képviselőt.* Abban a pillanatban, **midőn Gareis elbucsuzott tőle, hirtelen**

két lövés dördült el gyors egymásutánban Seraing háta mögött.

Egy ismeretlen férfi rohant el mellette. Gareis, akit az egyik golyó eltalált, földre rogyott és *néhány perc mulva kiszenvedett.* A politikai gyilkosság okait elég világosan ki lehetett mutatni. *A tetteseket nem sikerült kikutatni.* A gyanu *Schweighardtra* esett. De alibijét rendbenlevőnek találták és az eljárást *megszüntették ellene.*

A „Blücher-szövetség" főnöke megöleti titkárát

Bauer tagja volt a Consul Szervezetnek, a nemzeti érzésü katonák szövetségének, a német nemzeti véd- és dacszövetségnek, a német nemzeti szabadságpártnak és a Rossbach szövetségnek. Első politikai tevékenysége abban állt, hogy

segitségére volt Rathenau gyilkosainak kalandos szökésükben.

Minthogy attól lehetett tartani, hogy eljárás indul ellene, a Consul Szövetség egyik százados áthelyezte Münchenbe. Ott a nemzeti szocialisták tagja lett. Az ujonjött buzgalmával vetette bele magát *Bauer* a szociális bajor mozgalmakba és tevékeny részt vett a titkos társaságok munkájában. Segitségére volt ebben az a tekintély is, amely őt, mint Rathenau gyilkosainak segitőjét, *Kern* és *Fischer* barátját övezte. Pénze azonban csak kevés van. Hazulról alig kap támogatást, igy hát a Szervezetnek és a Szetvezetből kell élnie. Minthogy nincs pénze, késő délig alszik, s minden gondja az, hogy legalább az életfenntartásához szükséges összegeket megszerezze. Esténkint betér *Rossbach* embereinek hadiszállására, ott adós marad a számlával abban a reményben, hogy a bajtársak egyike majd csak fizetni fog helyette. De még nincs elég hitele. Elhatározza magát, hogy maga fog valamit véghezvinni. *Scheidemannt akarja meggyilkolni.* Arra számit, hogy a merénylet után a nemzeti szövetségek majd jól dotált álláshoz juttatják, egyelőre azonban megelégszik előleg-babérokkal is. Nagyon hamar feltünik nemzeti körökben vérszomjas beszédeivel. A Rossbach-szövetség gyülésein Ebert, Scheidemann és más, novemberi gazemberek» halálát követeli.

Midőn a müncheni rendőrség elfogja: bevallja Bauer, hogy szándékában volt Scheidemannt meggyilkolni, beszélt is erről Rossbach [illegible]nal. *Rossbach azonban erélyesen megtiltotta neki a dolgot.* Ezért le is tett tervéről.

Kiutasitják Münchenből, de ő a kiutasitó végzés ellenére is ott marad és tagja lesz a Blücher-szövetségnek.

A Blücher-szövetség szellemi vezére *Ruge* Arnold egyetemi magántanár volt, dédunokája Marx hajdani munkatársának. *Ruge* Arnold feje fölött bünügyi eljárás függött felsősziléziai müködése miatt.

— *Minden nemzeti érzésü embernek* — prédikálta — *egy zsidót kell célbavennie és nemsokára eljön az óra, midőn mindenkinek kiosztják azt, akit el kell intéznie.*

Egy *„ógermán vérszövetséget"* is alapitott, hogy becsvágyó gyilkossági terveit végrehajthassa.

Ez a vérszövetség azonban a biróság előtt ért véget, ahol a bajtársak egymást csirkefogónak, gazembernek és disznó kutyának nevezték.

Ruge a titkos társaságokkal is elégedetlen volt. Árulóknak tekintette mindazokat a sötét urakat, akik a nemzeti szervezetekben az „ördöghöz és a Mammonhoz süllyednek le". Azt akarta, hogy a Blücher-szövetségből terebélyesedjen ki egy titkos társaság, egy *„politikai fő"* vezetése alatt. A politikai fő természetesen *saját magát* értette. Alája egy osztályvezetőnek és hat-nyolc izmos embernek kellene tartozni, akik a vezetők parancsait végrehajtsák.

A titkos szövetségnek néha azt is vállalnia kell, hogy a Blücher-szövetség vezetőit láb alól eltegye.

Vezetőnek Ruge először a szerencsétlen Bauert, később annak gyilkosát, *Zwengauert* szemelte ki.

1923 januárjában Bauer a Blücher-szövetség több tagjával, közöttük Zwengauerrel Regensburgba utazott, hogy az ottani nemzeti szocialistákat megnyerje a Blücher-szövetségnek. Mialatt a többiek ezen fáradoztak, *Bauer* kellemesebbnek találta, hogy a rendelkezésére bocsátott pénzt a nyilvános házban költse el. Bajtársainak már ez sem tetszett. Azután *Baur magántitkára lett Rugenek.* Hamarosan kiderült azonban, hogy teljesen *megbizhatatlan.* Folytonosan pénzt kért főnökétől és annak barátaitól, hogy Ruge már annak a véleményének adott kifejezést, hogy

Baurt el kellene tenni láb alól.

Baur nemsokára már nyiltan azzal fenyegette őket, hogy *elárulja terveiket.* Ruge erre közölte a rendőrséggel, hogy Baur a kiutasitási végzés dacára is Münchenben tartózkodik. Másnap pedig ő, Zwengauer és barátai, a két *Berger*-fivér *haditörvényszéket ültek.* Elmentek Baurért és *magukkal vitték a Blücher-szövetség irodájába.* Ott közölték vele, hogy szükség van rá egy titkos nemzeti akciónál északon. A vállalkozás azonban nagyon veszélyes. *Egy autó fogja őket Észak-Németországba vinni.* A vállalkozás résztvevői minden olyan papirt, amely kilétüket elárulná, hagyjanak otthon.

Ami ezután következett, az már szinte sablón.

Zwengauer kiviszi magával Baurt az Isar partjára, előrántja pisztolyát és fejbelövi áldozatát.

Testét bedobja a folyóba.

Ruge, a két *Berger* és *Zwengauer* a müncheni *népbiróság* elé kerültek. Zwengauer azzal védekezett, hogy *önvédelemből* lőtte le Baurt.

A biróság életfogytiglani fegyházra itélte. Ruge egyévi börtönt kapott, az egyik Berger hat hónapot, a másikat felmentették.

Zwengauer, aki nyilvánvalóan csak eszköze volt a többieknek, *a straubingi fegyházba került.* Beteget jelentett és a fegyházorvos javaslatára átszállitották a városi kórházba, noha a straubingi fegyház kórháza olyan kitünően van berendezve, hogy odaküldik az összes bajor fegyházak sulyos betegeit.

A városi kórházból azután megszökött és azóta nem tudjuk megtalálni.

Tudniillik egész egyszerüen *hazautazott a szüleihez.* Ott nyilvánosan mutatkozott. Egy izben a rendőrség körül is vette a házat, amelyben lakott, de nem tudta elfogni.

(Holnapi számunkban folytatjuk.)

E. J. Gumbel

Titkos társaságok politikai gyilkosságai Németországban (5)

Copyright by Malik-Berlin
Utánnyomás tilos

1921-ben a helyzet Felsősziléziában igen kiélezett volt. *Népszavazásnak* kellett eldöntenie, hogy Sziléziának bizonyos területei Németországhoz, vagy Lengyelországhoz csatlakozzanak-e és az egymással szembefeszülő szenvedély itt

egy egész sereg politikai gyilkosságnak

lett oka.

A krónika *31 olyan nevet sorol fel,* amelyeknek szerencsétlen gazdáit a felsősziléziai önvédelmi szervezet gyilkolta meg egyetlen év alatt és a jelek szerint *a névsor még nem is teljes.*

Négy ártatlan ember borzalmas meggyilkolása Felsősziléziában

Az egyik áldozatnak, *Nowack* Józsefnek fiai igy mondták el apjuk halálát:

«Atyánkat *Nowack* József mézeskalácsost, csak ugy mint a FEME többi felsősziléziai áldozatait *magasabb parancsra gyilkolták meg.* 1921 junius 4-én megjelent falunkban *Schweighardt* csendőrőrmester, az ugynevezett önvédelmi szervezet nyolc tagjával. Bajorul beszéltek, tehát valószinüleg a közismert *Oberland-szabadcsapathoz* tartoztak Killinger kapitány parancsnoksága alatt, kit később az Erzberger-gyilkosságban való részességért letartóztattak és

akinek Weissmann kormánybiztos Felsősziléziában teljesitett hü szolgálatai elismeréséül 300.000 márkát utalt át a vizsgálati fogságba.

A csendőrőrmester hozzátartozóink jelenlétében **kijelentette, hogy** parancsot **kapott, hogy atyánkat a** *lengyel felkelők javára elkövetett kémkedés gyanuja miatt* letartóztassa. Mi éppen olyan jól tudjuk, mint a falu minden lakója, hogy atyánk ártatlan volt, mint öreg ember *egyáltalán nem törődött a politikával* és arra aztán igazán nem gondolt, hogy a lengyelek javára kémkedjen. Több izben kijelentette, hogy milyen *őrültség ez a kölcsönös testvérgyilkosság Felsősziléziában,* **minthogy a népet igy is elárulják és eladják.** *[illegible] a kölcsönös gyilkosságokat igazán nem lehet szabadságharcnak mondani.*

Ettől a naptól kezdődtek az üldözések. Atyánkat megfigyelés alá helyezték és mindenfelől kémkedtek utána. A legeszeveszettebb gyanusitásokat terjesztették róla. Családunk barátai óvták is atyánkat és kérték, hogy hagyja el a falut, mert élete nincs többé biztonságban. De már késön! Az öreg ember ártatlannak érezte magát és nem is gondolt menekülésre.

Junius 4-én éjfélkor egyszerre, váratlanul, ugynevezett határvédelmi katonák jöttek érte, vérbenforgó szemeikkel olyanok voltak, mint a vadállatok,

kirántották az ágyából és mint a barmot, ugy hajtották végig a falun, miközben oldalfegyverükkel és puskatussal ütötték-verték szüntelenül.

Vele együtt fogták el *Kwittek* Ignácot, *Kwiotek* Ignácot és *Wojciedowski* Antalt.

Ami ezután történt, az olyan szörnyü, hogy még ma is könnyes a szemünk, ha rágondolunk.

St. Annaberg közelében van egy bazaltbánya s a bazaltbányának egy körülbelül ötven méter mély tárnája. Ide hurcolták a bestiák négy áldozatukat. A szerencsétlenek félholtan érkeztek oda: utközben a rettenetes bántalmazások alatt nem egyszer összeroskadtak már, ugyhogy menni sem tudtak. A Feme emberei erre lábuknál ragadták meg őket és ugy vonszolták a földön, mint a tuskókat, a bányáig. Itt

a négy embert a szó szoros értelmében agyonverték.

A vér mámorában egészen megőrült vadállatok azután még addig lövöldöztek a holttestekre, amig csak golyó volt a fegyverükben.

A halálra kinozott négy áldozat fájdalmas kiáltásait messze be a faluba lehetett hallani. Az amugy is meggyötört lakosság azt hitte itt a világ vége, de senki sem mert házából kibujni, vagy a tett véres szinhelyén mutatkozni. Bizonyos, hogy annak, aki csak meg is kisérli: osztoznia kellett volna a négy áldozat sorsában.

„Ismeretlen, holtan találták"

Miután barbár munkájukkal végeztek: a katonák *a tárnába dobták a hullákat.* Külön erre a célra magukkal hozott vasdorongokkal és lécekkel földet hánytak föntről rájuk, hogy betemessék a holttesteket. Azután a gyilkosok elhagyták tettük szinhelyét. Egy őrt hagytak hátra mindössze, akinek azt a parancsot adták, hogy *a faluból senkit sem [illegible] tárnához engedni.*

[illegible] négy nappal később nyilt alkalmuk [illegible] hozzátartozóinak, hogy a holttestek keresésére induljanak. A bánya lejtőjén [illegible] találtak, amely a meggyilkolt K[illegible] azután leszálltak a mélybe. A törmelékből egy lábszár meredt elő.

A szegény rokonok puszta kézzel kaparták elő a halottakat.

Nagyanyánk, aki jelenvolt, az ijedtségtől ájultan esett össze és a látványtól, amely szeme elé tárult — megőrült. A négy áldozat fejét oldalfegyverekkel ugy szétvagdalták, mint a rohadt kalarábét. Minden egyes fejet öt-hat szörnyü vágás hasitott végig. Az agy és a szemek ugy türemkedtek ki a szétroncsolt csontok közül.

Atyánk testén nem kevesebb, mint négy haslövést, két mell-lövést és hetvenhárom szurony, vagy késszurást számoltunk össze. Kwitteken körülbelül ugyanennyi volt. Kwiotek és Wojciedowski hulláját egyáltalában nem lehetett felismerni.

A st. annabergi elöljáróság utasitására, a halotti levélben a halál okául a következőt jelölte meg:

«Ismeretlen, holtan találták.»

Midőn mi az elöljáróságon halotti bizonyitványt kértünk a halál okának feltüntetésével, ridegen visszautasitottak bennünket. A megjelölést — mondták — «a föntebb **emlitett** formában irták elő és azon **nem lehet már** változtatni.»

„Kadowot alaposan el kell verni"

A Rossbach által alapitott munkaszervezetet feloszlatták. Erre Rossbach egy *ujabb formában* feltámasztotta volt csapatát. Ezt is betiltották. Erre *Ifjusági Torna Egyleteket* alapitott s midőn ezeket is be tiltották, belépett a *Német Nemzeti Szabadság Pártba* — melynek élén *Graefe* képviselő állt — és tornaegyleteit is rendelkezésére bocsájtotta.

A két szervezetet igy egybeolvasztották és az uj alakulatban Rossbach vezető szerepet kapott.

A különböző egyesületek főfeladata az volt, hogy *Rossbach embereit elhelyezzék a mecklenburgi birtokokon.* Igy vált lehetővé, hogy Rossbach szervezetei tovább müködtek, amikor formailag már be voltak tiltva. A cél a nagybirtokosok érdekeinek is megfelelt, mint-hogy a Rossbach emberei egyformán védték a nagybirtokosokat és a munkanélküli földmunkásokat is a nem jobboldali érzésü munkások bérköveteléseivel szemben. Alkalmazásuk révén a nagybirtokosok tulajdonképpen *munkásaik körében kaptak védőrséget.* **Ha azonban** a Rossbach emberei közül valaki **átlépett a** földmunkások szövetségébe, ezzel *megszegte katonai hüségesküjét.*

Egy ilyen csoport müködött *Parchim* mellett a neuhofi és herzbergi birtokokon. Mint vezetők *Höss* Rudolf, *Zabel* Károly, *Zenz* Róbert és *Jurisch* Bernát tartoztak a csoporthoz. Itt dolgoztak továbbá *Pfeiffer* György és *Wiemeyer* Emil.

1923 februárjában egy *Kadow* Walter nevü volt néptanitó Fritzke Bruno földbirtokos ajánlatára *belépett a Rossbach emberei közé.* Hamar népszerütlenné vált azonban, mert *állandóan a volt tisztet játszotta, jogosulatlanul kitüntetéseket hordott, hencegett, bajtársait kölcsönökért pumpolta, anélkül, hogy a kapott összegeket visszafizette volna és kisebb összeget sikkasztott is.* Azonkivül meggyanusitották, hogy *kommunista spicli,* erre vonatkozóan azonban semmiféle komoly bizonyiték fel nem merült.

Fritzke rendelkezésére el is bocsájtották a szolgálatból. Kiderült később, hogy *300.000 papirmárkát (6 aranymárka)* sikkasztott.

A parchimi csoport pénztárosa meghagyta, hogyha Kadow mégegyszer odajönne, tartsák ott *«mig adósságát ledolgozza».*

Május 31-én *Kadow* ujra megjelent Parchimban. Állitólag azért, mert a Ruhr-vidékre akart utazni és ehhez pénzre lett volna szüksége. *Haartz* kereskedő ajándékozott is neki 5000 papirmárkát egy *Mazolle* nevü vendéglős viszont elutasitotta kérésével. Hamar elterjedt Rossbach emberei között a hir, hogy Kadow ujra itt van és a *Luisenhofban* szállt meg. A neuhofi birtok embereit küldönc utján értesitették a hirről. *Masolle, a vendéglős egyenesen Herzbergbe utazott Bormann pénztároshoz, hogy megbeszélje vele a dolgot.* Bormann kijelentette, hogy Kadow ne jöjjön Herzbergbe, nincs annak semmi értelme, hogy adósságát ledolgozza.

Sokkal jobb volna, ha alaposan megvernék.

Ehhez néhány bajtársat magukkal is vihetnének. *Bormann rendelkezésre állitotta vadászkocsiját, amellyel Masolle, Pfeiffer és Wiemeyer Parchimba hajtottak,* ahol este tizenegy óra tájban érkeztek a Luisenhof elé. Egy sereg neuhofi embert találtak már itt, *Hösst, Zabelt, Zenzet és Jurischt.* Nagymennyiségü sört és pálinkát ittak. Mikor a herzbergiek megérkeztek: *Kadow már részegen feküdt a díványon.* Irásait kivették a zsebéből. Masolle vallomása szerint egy kék tagsági jegyet is találtak ezek között, állitólag *a kommunista ifjuság szervezetének igazolványát.*

Kadow ettől a perctől fogva kommunista kém volt a szemükben.

Ruhrvidéki utazását ugy magyarázták, hogy *„el akarta árulni Németországot a franciáknak."*

Egyhangu lett a vélemény, hogy

Kadowot alaposan el kell verni.

Éjfélkor, azzal a kifogással, hogy „egy kávéházba akarnak menni, ahol női kiszolgálás van" föltuszkolták Kadowot *Zenz* és *Jurisch* közé a vadászkocsira. Zabel és Wiemeyer előtte, illetve mellette álltak a hágcsókon. Pfeiffer és Höss a bakra ültek. Alig hagyta el a kocsi Parchimot,

mind a négyen nekiestek Kadownak és bottal, ököllel, gumibunkóval verték, ahol érték.

A kocsi megállt egy mezőn. Lerántották a szerencsétlen Radowot a kocsiról és *tovább ütlegelték. Höss letört egy vastag faágat és azzal dorongolta Kadow fejét, amig homlokcsontját össze nem zuzta. Kadow eszméletlenül feküdt a földön. Jurisch* kijelentette, hogy meg kell adni neki a „kegyelemdöfést." De a többiek másként határoztak. A borzalmasan összevert Kadowot ujra felemelték a kocsira és egy téglavetőhöz hajtattak. Ott tanácskozni kezdtek, hogy mi történjén Kadowwal. Höss megint a kegyelemdöfést ajánlotta és hozzátette:

— *Az erdőben fogjuk elásni.*

Ujra kocsiba ültek és tovább hajtottak, mintegy két kilométernyire. Itt Kadowot a földre dobták, *Wienewyer* rávetette magát és

egy zsebkéssel keresztülvágta nyakán a főütőeret.

A vágás halálos volt. Kadow még hörgött egy kicsit, erre két *„kegyelemlövést"* röpitettek a fejébe.

A hullát ott hogyták heverni az erdőben,

óráját, pénzét és értéktárgyait a tettesek szétosztották maguk között.

Hátizsákját és cipőjét magukkal vitték Neuhofba, hátizsákjának tartalmát elégették. Másnap reggel *Höss* és *Zabel* elásták a tetemet és a helyet avarral takarták be.

— Spicliskedései miatt elnáspángoltuk Kadowot — mesélte később *Zabel.* — de sokat kapott, ugyhogy azután „nekem kellett jönnöm" — és megjegyzését egy agyonlövést jelző mozdulattal kisérte.

„Csak Mackensennek vagy Hoffmannak kézbesithető"

[illegible] Rossbach emberei között [illegible] *kellett.* Rögtön kisérletek indultak meg, hogy a tetteseket eltüntessék. Már másnap megjelent a vezetőség két tagja Neuhofban, hogy *szökésre szólitsa fel a négy gyilkost.* Ezek azonban éppen gyors eltünésük által nem akarták a gyanut magukra vonni. *Zenz* és *Jurisch* néhány nappal később áthelyeztették magukat *Schwerinbe,* Fritzke földbirtokoshoz.

Részletek az itélet indokolásából:

„A schwerini Zentral-kávéházban találkozott Fritzke vádlott Zenz és Jurisch vádlottakkal és Loewissel. Itt Loewis először röviden elmondta neki négyszemközt, hogy mi történt Kadow-val, hogy *először elverték, azután agyonlőtték.* Azután tárgyalni kezdett vele Zenz és Jurisch elhelyezését illetően. Később a többiek is belekapcsolódtak a beszélgetésbe. Fritzke erős szavakkal adott kifejezést elégedetlenségének, amiért a dolgot ügyetlenül csinálták. Majd egy levelet kezdett szövegezni, melynek tartalma körülbelül a következő volt:

„E levél átadói Jurisch és Zenz. Ők ketten tették el láb alól az én parancsomra Kadowot. Kérlek, helyezd mindkettőjüket biztonságba."

A boritékra ezt a megjegyzést irta:

„Csak Mackensennek vagy Hoffmannak kézbesithető."

Egyuttal átadott Fritzke Loewisnek ötvenezer papirmárkát, amiből Jurisch és Zenz öt-ötezer márkát kaptak. Másnap elutazott Fritzke Neuhofba és ott azt mondta Hössnek:

— Ha már egyszer a disznóság megtörtént, mindnyájuknak el kell tünniök."

Loewis erre Fritzke levelével, Zenzzel és Jurischal Kalsowba utazott a Mackensen parancsnoksága alatt álló Hoffmann hadnagyhoz. *Hoffmann elolvasta a levelet, tüstént elégette,* azután Thomsen hadnaggyal lépett összeköttetésbe, aki a Rossbach Szövetség vezetője volt Peel szigetén.

— Tommy — mondta neki —, el kell helyezned ezeket az embereket, Fritzke azt irja nekem, hogy ők tették el Kadowot láb alól. Valódi nevüket egyelőre titokban kell tartani és nem szabad őket bevezetni a könyvekbe.

A megbeszéléshez képest Thomsen hadnagy Lembcke földbirtokoshoz fordult, hogy a két ember elhelyezése iránt megtegye a szükséges lépéseket. *Hamis igazoló irásokat is igért nekik.*

A Rossbach Szövetség emberei néhány nappal később egy sörestélyt rendeztek, amelyen egy sereg földmunkás vett részt. *Jurisch itt kihivóan viselkedett.*

Amint a helyiséget elhagyta: megtámadták, össze-vissza verték és bedobták a vizbe.

Feltevése szerint a támadók saját bajtársai voltak, akik benne *a Kadow-gyilkosság legkellemetlenebb tanuját látták.* Ezért felmondta állását és szánalmas állapotban, bekötött fejjel és kezekkel Kalsowba utazott, ott az irodában jelentkezett és utiköltséget kért Berlinbe. Meg is kapta.

Midőn egy idő mulva az ujságok hirt adtak Kadow meggyilkolásáról, Zenz is feltünt *Kalsowban.* Félt és tanácsot kért. Hamis igazolások segitségével *Neu-Buckowban* helyezték el.

Jurisch azonban attól való félelmében, hogy őt is hasonló sors érheti, mint Kadowot, megjelent a *Worwärts* szerkesztőségében és *elmondta az egész esetet.* A *Vorwärts* szerkesztősége rögtön értesitette a berlini rendőrséget az ügyről.

A biróság Hösst tizévi fogházra, Jurischt öt és félévi börtönre, Zabelt hilenc és félévi, Wiemeyert tizenkét és félévi, Zenzet hat és félévi fegyházra itélte.

Fritzka tiz, Hoffmann és Thomson hathónapi böntönt kaptak. Loewist *nem lehetett megtalálni.*

(Holnapi számunkban folytatjuk.)

E. J. Gumbel

Titkos társaságok politikai gyilkosságai Németországban (6)

Copyright by Malik-Berlin
Utánnyomás tilos

A Ruhr-vidéki küzdelmek nagyon megerősitették a nemzeti szövetségeket. *Cuno* birodalmi kancellár például fogadta *Rossbach* főhadnagyot a *Német Nemzeti Szabadságpárt* akkori vezetőjét, aki ellen még mindig *eljárás volt folyamatban szökés, hazaárulás és a köztársaság védelméről szóló törvény megszegése miatt.*

A titkos társaságok *sok pénzt is kaptak*, állitólag a Ruhr-vidéki harcok céljaira. A küzdelmek vége egyuttal végét jelentette a pénzsegélyeknek is. *Class* igazságügyi tanácsos kezén keresztül jutottak ezek az összegek eddig a titkos szövetségekhez. Mikor az anyagi források bedugultak, Class azt mondta:

— *Valaminek történni kell. Mindent megteszünk, hogy az igazi diktatura utját egyengessük.*

1923 szeptemberében megpróbálta azt is, hogy *Seeckt* tábornokot megnyerje tervének. Seeckt azonban nem volt hajlandó belemenni a tervbe. «Ezzel (irta levelében Classnak egy hive) *maga mondott itéletet maga fölött.* Titkát felderitettük: ő az a végzetes személy, aki megakadályozza, hogy a mai káros állapotoknak végét vessük».

De ha nem lehetett Seeckttel, meg akarták csinálni a puccsot nélküle.

A puccsisták nyiltan felkelnek, kimondják, hogy Bajorország elszakad a birodalomtól, Seeckt parancsait nem hajtják végre.

Ezzel egyidőre esik *Hitler* felkelése is, amely azonban éppen ugy kudarcba fulladt, mint a *Classé.* Magukban a szélső jobboldali radikális szervezetekben is ellentétek támadtak és ezzel magyarázható a merénylet Seeckt tábornok ellen.

Vérdij Seeckt tábornok fejére

A tervet meglehetősen tisztázza dr. *Grandel* augsburgi gyáros vallomása, aki elfogatása után a következő vallomást tette: *„Beismerem, hogy részvettem azon a megbeszélésen, amelyen Seeckt tábornok meggyilkolása került szóba.* Októbertől januárig tárgyaltam erről a tervről Class igazságügyi tanácsos urral. Class lakásán történt az is, hogy a Seeckt meggyilkolására irányuló tervet megismertem. Class ugy beszélt Seeckt tábornokról, mint egy káros emberről, aki megakadályozza Németország talpraállását, börzespekuláns és kéjenc.

Az ő meggyilkolása csak része volna egy nagy politikai tervnek, amelynek végső célja *a nemzeti diktatura kikiáltása.* A nagy változásnak vér nélkül kellene megtörténnie. Class akarta átvenni a politikai irányitást, a diktaturával *Below* tábornokot bizták volna m[illegible] [illegible] mutatkozott a tett végrehajtására és azt mondta, hogy másokat is bele fog vonni. 1924 januárjában Class mindinkább sürgetett,

ötvenezer aranymárkát helyezett nekem kilátásba, tizenkétezret adott is,

abból én kétezret Thormannak adtam át. További összegeket is igért Class, amennyiben szükség volna rá és ötvenezer márkát igért *Köpke* anyja számára. *Köpke*, akit megkérdeztem, hogy hajlandó-e a tettet végrehajtani, *igennel felelt, abban az esetben, ha ötvenezer márkát kap.* (Köpke csak ötezerről beszélt.)

Most, a dolgok ismeretében már helytelenitem a tettet. A többiek, akik tudtak a tervről, gyáván és hütlenül viselkedtek, gyáván, mert másokat toltak előre, hütlenül, mert aztán cserben hagyták őket."

Röviddel később *Grandel* visszavonta ezt a vallomását. Kijelentette: nem igaz, hogy Class bujtotta fel, pénzt sem adott neki, a Thormann ellen emelt vád sem igaz. Bár beszélt vele a gyilkosság tervéről, de pénzt nem adott neki.

Thormann 1924 januárjában a Német Nemzeti Szabadságpárt titkárával *Kettenborghoz* fordult — Hittler párthivéhez — azzal a kijelentéssel, hogy

Seecktet meg kell gyilkolni, gondoskodjék tehát arra alkalmas emberről.

Tettenborn eleinte bele is ment a tervbe, *száz dollár előleget* kért és Heinz *Köpke* diák[illegible] [illegible] az egész terv[illegible] az illetékes hatóságoknak és

azon a napon, amelyen Seecktet meg kellett volna gyilkolni, elfogták az egész társaságot.

A biróság előtt *Thormann* és *Grandel* állottak vádlottakként, Köpke és Tettenborn mint tanuk.

Classt azonban nem tartóztatták le,

noha Grandel vallomása után ez szükségesnek mutatkozott volna és talán sok fényt deritett volna egyes homályos pontokra. *Mint tanut hallgatták ki és vallomására meg is eskették.*

Mind a két vádlottat felmentették.

Merényletterv Severing ellen

Grütte-Lehder Róbert kereskedő 1923 őszén nagyon szoros összeköttetésben állt a Német Nemzeti Szabadságpárt vezetőségével. Egy *Severing porosz belügyminiszter ellen tervezett merényletről* a következőket vallotta a *Feme*-ügyek kideritésére kiküldött bizottság előtt:

„A gyülölet és fanatizmus, amely a német nemzeti mozgalomban egyesül, ezekben a napokban különös erővel vette célba *Severing* porosz belügyminisztert, *akitől a Német Nemzeti Szabadságpárt betiltása kiindult.* Ha csak a nevét emlitették, *Ahlemann* képviselő őrjöngeni kezdett:

— *Ezt az egész bandát fel kellene akasztani!* — kiáltotta.

Ebben a hangnemben beszélt velem sokszor és olyan soká, hogy egy napon egyenesen felvetettem a kérdést, vajjon ügyünk érdekében

kivánatos-e és hasznos volna-e, ha merényletet követnénk el Severing ellen?

Ahlemann képviselő hosszan rámnézett, gondolkodott és azt mondta:

— *Aj, milyen ordítást fognak csapni a zsidók!*

Végül is azonban ugy nyilatkozott, hogy egy darabig mégis csak várni kell a dologgal, de a maga részéről nem akar semmi végleges mondani, meg kell hogy tanácskozza az ügyet néhány képviselőtársával. Néhány nappal később ujból meglátogattam *Ahlemann* képviselőt, amikor is azt mondta nekem, hogy legjobb," ha a politikai változást — melynek nemsokára ugyis be kell következnie — *merényletek vezetik be,* amelyeknek természetesen egyszerre kellene megtörténniök, hogy bizonyos mértékig megadják a jelet. Az ilyesmit azonban jól át kell gondolni és ezért nem tenném rosszul, ha megbeszélném a dolgot *Tettenberg* hadnagygyal, akinek a tanácsaira hallgathatok.

Én ezután *igyekeztem egy autót szerezni,* amelyre a merénylethez szükségünk lett volna.

Midőn a merénylet előkészületei már enynyire jutottak, egyszerre

sulyos aggodalmaim kezdtek támadni.

Nem mintha már akkor világosan felismertem volna a szándék sulyát, hanem inkább ösztönszerü ellenkezést éreztem magamban. Röviden: nem akartam a fejemet a merényletre ráadni. Hogy megszabaduljak attól az erkölcsi nyomástól amelynek a képviselők részéről ki voltam téve azért, mert eleinte készségesnek mutatkoztam — elhagytam Berlint."

Igy maradt el végül is a merénylet Severing ellen.

A porosz törvényhozás Feme-bizottsága a következő megállapitásra jutott ebben az ügyben:

„Bebizonyosodott, hogy *Grütte-Lehder* kétszer is kifejezésre juttatta *Ahlemann* képviselő előtt azt a szándékát, hogy meggyilkolja Severing minisztert: először egy beszélgetés alkalmával, amikor Grütte-Lehder saját elhatározásából mutatkozott hajlandónak a gyilkosságra, másodszor egy Ahlemannhoz intézett levélben, amelyben

Grütte-Lehder fegyvert — többek között géppuskát — kért erre a célra.

Ahlemann megmutatta ezt a levelet Kube urnak, azután közösen megsemmisitették, hogy házkutatás esetén ne kerüljön a rendőrség kezébe.

Ahlemann azt vallja, hogy mind a két izben a leghatározottabban *visszutasitotta* Grütte-Lehder ajánlatát, először rögtön a beszélgetés alkalmával, másodszor néhány nappal a levél kézhezvétele után, midőn Grütte-Lehderrel találkozott. De bebizonyosodott, hogy ezen tul *a Grütte-Lehder által tervezett merénylet megakadályozására sem ő, sem Kube nem tettek semmit.*

Mind a ketten elmulasztották, hogy akár a rendőrséget, akár Severing minisztert figyelmeztessék.

A levél megsemmisitése által pedig eltüntettek egy fontos bizonyitékot. Hogy a merénylet kivitelére mégsem került a sor: ezt az 1923-as év viszonyai között és *Grütte-Lehder* fanatizmusa mellett egyáltalában nem lehetett előre látni. Mind a kettőjüknek számolniok kellett volna azzal a lehetőséggel, hogy *Grütte-Lehder valóban végrehajtja a merényletet,*

aminthogy Müller-Dammerst később valóban meg is gyilkolta.

Mégis elmulasztottak minden óvatossági rendszabályt.

Ahlemannak és *Kubenak* az a kifogása, hogy *nem vették komolyan* a tervet és hogy Grütte-Lehdert fantasztának tartották, nem állhat meg. Márcsak az a körülmény, hogy Grütte-Lehder megismételte ajánlatát, megmutathatta volna, hogy első, szóbeli tiltakozásuk eredménytelen maradt."

Gyilkosság előzetes főpróbával

1923 szeptemberében *Grütte-Lehder fivérétől ajánló levelet kapott Müller János szolgálatonkivüli főhadnagyhoz.* Müller az ajánlatra azt válaszolta, hogy el tudja helyezni Grütte-Lehdert egy földbirtokosnál, mint éjjeli őrt. Grüte-Lehder erre *Eggesinbe* utazott és ott *Rochow* szolgálatonkivüli őrnagynál valóban *kapott is állást.* Müller abban az időben *Hermann* téglagyárosnál lakott,

politikai menekültnek adta ki magát, akit az angolok üldöznek.

Ezzel a mesével sikerült is rokonszenvet ébresztenie maga iránt *és munka nélkül megélt. Grütte-Lehder* azt is megtudta Müllertől, hogy valójában *Dammersnek* hivják. Soha nem volt tiszt és sulyos prinsza volt: *intellektuális közokirathamisitásért, a közerkölcsiségbe ütköző cselekedetért, közokirathamisitásért,* csa[illegible] élték.

Lassacskán azonban olyan hirek kezdtek *Dammersről* keringeni, hogy nemcsak szélhámos, hanem *kommunista kém is,* aki a *Rote Fahne* megbizásából müködik. Legalább is *Grütte-Lehder* ezt állitotta. Megbizást is kapott a „Német Herold" vezetőségétől, hogy állapitsa meg a hirek komolyságát.

Grütte-Lehder azonban nem tett eleget a felszólitásnak és a gyanu ellenére is tovább érintkezett Dammers-szel.

1923 novemberében Grütte-Lehder egy alkalommal beszédbe elegyedett a „Német Herold" két fiatal tagjával, *Steltenkamppal* és *Schützlerrel* és titokzatosan elmondta nekik, hogy nagy fába vágta a fejszéjét, amihez azonban *fegyverre* volna szüksége.

Felsőbb parancsra agyon kell lőnie Müller főhadnagyot,

aki nemzeti ügyeket árult el a kommunistáknak. Kérte a két fiatalember becsületszavát, hogy semmit el nem árulnak és azzal is megfenyegette őket, hogy *minden árulót agyonlő.* Azután felszólitotta *Steltenkampot,* hogy kisérje el: most elmegy Müllerért Berlinbe. Félelmében és kiváncsiságában *Steltenkamp csatlakozott* hozzá, noha nem vette egészen komolyan a tervet, mert Grütte-Lehdert általában hencegőnek tartották. A stettini pályaudvaron találkoztak *Dammersszel,* aki Müller[illegible] azonban [illegible] mondott,

Dammers, aki néhány lépéssel előtte járt, semmit sem vett észre a dologból.

Steltenkamp megijedt és elfutott.

Másnap megismételték a sétát és ezuttal sikerült a dolog.

Grütte-Lehder három golyót röpitett Dammersbe, aki ott a helyszinen meghalt.

A gyilkos ezután *kifosztotta áldozatát,* visszatért a szállodába, kifizette a számlát és *eladta Dammers poggyászát.* Bajtársai előtt nyiltan hencegett azzal, hogy ezt a spiclit agyonlötte.

A gyilkos Magyarországra szökik, de kiadják

Grütte-Lehder azt állitja, hogy a tett elkövetése után néhány nappal bement a Német Nemzeti Szabadságpártba, ott azzal a jelentéssel, hogy *„a megbizásnak eleget tett",*

megbizójának, Wulle képviselőnek és másoknak átadta Bammers irásait.

Wulle és mások is állitólag azt tanácsolták erre Grütte-Lehdernek, *hogy a legrövidebb idő alatt tünjön el Berlinből.* Az irásokat szerinte elégették.

Annyi bizonyos, hogy Wulle képviselő már *a gyilkosság után* a következő igazolványt állitotta ki Grütte-Lehdernek:

Birodalmi gyülés.

Berlin. N. W. 7, 20. Nov. 1923.

Telefon: 9592—9600.

Grütte-Lehder Róbert urnak

Berlin-Waidmannslust
Drieber-u.

Grütte-Lehder Róbert ur a mi megbizásunkból tevékenykedik a nemzeti szabadságmozgalomban és az előzetes szervezés feladatával van megbizva. Kérjük őt lehetőség szerint támogatni.

Német üdvözlettel

R. Wulle képviselő.

Grütte-Lehder azt állitja, hogy ezt az igazolványt *jutalomnak tekintette cselekedeteiért.* A következő napok egyikén *Steltenkamp Schützler* és még egy tanu előtt röviden elmondta a gyilkosság történetét és ismét azzal fenyegetődzött, hogy agyonlövi azt, aki valamit is elárul belőle.

A fiatalemberek beszélgetéseiről tudomást szerzett a rendőrség.

Letartóztatták Grütte-Lehdert, aki teljes beismerő vallomást tett,

nyilván attól való félelmében, hogy Dammers holttestét megtalálhatják, vagy talán már meg is találták. A hullát azonban nem volt könnyü megtalálni. *Grütte-Lehder* a tegeli erdőben félrevezette a rendőröket és *visszavonta vallomását.* Minthogy a holttestet nem találták meg: szabadon bocsátották, mire ő

kölcsön vett pénzzel azonnal Magyarországra menekült.

Véletlenül azután *mégis megtalálták a holttestet. A Grütte-Lehder* kiszolgáltatására irányuló tárgyalások eredményre vezettek, minthogy *az ügyészség az értéktárgyak eltünése miatt egyszerü rablógyilkosságként kezelte az ügyet.*

Grütte-Lehdert nyolcévi börtönre itélték.

A Feme-bizottság a következőket állapitotta meg ebben az ügyben.

„E magatartás következtében *az akkor tizenhét esztendős Grütte-Lehdernek* valóban nem lehetett az a benyomása, hogy gyilkos tervével a Német Nemzeti Szabadságpárt vezetősége tulságos élesen szembehelyezkedik. Azt hitte, hogy a felfokozott fanatizmusában elkövetett gyilkossággal szolgálatot tesz pártjának. Ezt a hitét elvehették volna, hogyha a Német Nemzeti Szabadságpárt vezetősége, különösen pedig *Kube* és *Ahlemann* urak levonták volna a szükséges következményeket akkor, amidőn Grütte-Lehder több izben ajánlatot tett Severing miniszter meggyilkolására."

(Holnapi számunkban folytatjuk.)

E. J. Gumbel

Titkos társaságok politikai gyilkosságai Németországban (7)

Copyright by Malik-Berlin
Utánnyomás tilos

Fekete védőrségnek nevezték általában azokat az alakulatokat, amelyek a különböző különitmények feloszlatása után alakultak a hadsereg kötelékén kivül, amelyek azonban katonai formációkban működtek. A fekete védőrség igen tevékeny részt vett a Ruhr-vidék körüli harcokban és a franciák megszállása idején egy egész csomó csapattestet, parancsnokságot sikerült titokban felállitania.

„Segitség! Itt a Fekete Védőrség!“

Benn hadnagy századába 1923 márciusának végén belépett egy huszonegyéves fiatalember: *Pannier* Erich. Rossz katona volt és abba a gyanuba keveredett, hogy *a szervezetet elárulta vagy a komunistáknak, vagy az antantnak.* A gyanu csak megerősödött iránta, midőn másodizben nem tért vissza szabadságáról. Egy őrmester felfedezte, hogy Pannier szüleinek lakásán tartózkodik, odament és letartóztatta. Midőn be akarta kisérni, Pannier az utcán földrevetette magát és tele torokból orditani kezdett:

Segitség! Segitség! Itt a Fekete Védőrség.

Sikerült is egy rendőrőrjárat figyelmét magára felhivnia, amely futólépésben érkezett oda. Az őrmester igazolta magát és követelte, hogy a szökevény Panniert hagyják az ő őrizetében. A rendőrök azonban magukkal vitték a szerencsétlen fiatalembert az őrszobára és onnan telefonon felhivták *a kerületi parancsnokságot,* hogy mi történjék vele. A parancsnokság azt válaszolta, hogy tartsák maguknál, amig *egy hadnagy érte nem jön.* Meg is jelent *maga Benn hadnagy* egy köztüzér kiséretében az őrszobán, átvette Panniert és visszavitte a század állomáshelyére.

Két nappal később Pannier halott volt.

Hogy a kerületi parancsnokságról ki adta le **a rendőrőrszobára az utasitást, azt nem sikerült kideriteni.**

— *Elbocsátani, egyszerüen elbocsátani — felelte Senden —, akkor nem tud meg többé semmit és nem is árulhat el semmit.*

Benn hadnagy azonban más nézeten volt. Magához hivatta *Stein* őrmestert, közölte vele, hogy Pannier spicli és áruló, akit *„el kell intézni“* és megkérdezte az őrmestert, hogy vállalja-e a feladatot? *Stein nem vállalta.* Másnap ujból magához hivatta *Benn* az őrmestert és rábeszélte, hogy gondoskodjék Pannier „elintézéséről“.

Az őrmester még mindig nem mutatkozott erre hajlandónak, mire Benn igy szólt:

— *Akkor hát kivezénylem magát!*

Néhány órával később ***Aschenkampf*** **közvadász szembetalálkozott Benn hadnaggyal az egyik barak közelében. Benn felszólitotta, hogy egy darabon menjen vele és igy szólt hozzá:**

— Pannier áruló. El kell intézni.

Aschenkampf **rögtön megértette, hogy őt szemelték ki Pannier meggyilkolására. Nem tudott mit válaszolni Benn szavaira, mire Benn ráförmedt:**

— *Nahát, mi az?*

A közvadász ezt a kérdést szemrehányásnak fogta fel elöljárója részéről és igy felelt:

— *Parancsára, hadnagy ur!*

— Forduljon *Steinhez,* Stein már tudja, mit kell **tennie — utasitotta Benn.**

Midőn a század állomáshelyére visszaérkeztek vele, a nyomozás adatai szerint Panniert először az őrszobán helyezték el. A század **egész sereg** katonája gyült össze az őrszoba **előtt és** izgatottan tárgyalták **az** ügyet. **Általános volt a** nézet, hogy *Pannier áruló, akit „el kell intézni“.* Benn hadnagy jelentést tett az ügyről *Senden* bárónak, az osztály**parancsnoknak és megkérdezte, hogy mi történjen a fogollyal?**

Ezután *Schirman* és *Stein* őrmesterek és *Aschenkampf* összeültek megtanácskozni, hogy **miként lehetne legjobban elintézni az ügyet. Abban állapodtak meg, hogy Schirman más**nap korán reggel elmegy Pannierért, kihozza a fogdából és közli vele, hogy *Berlinbe viszi, ott leszerelik.* Utközben egy bizonyos helyen majd *várakozik rájuk* [illegible] *kettő;* Panniert leütik és hulláját elássák az erdőben. Aschenkampf kijelentette, hogy egy bajtársát, *Schmidt* közvadászt is magával hozza.

„Szórakozzunk egy kicsit“

A tervet végre is hajtották. Schirmann másnap korán reggel felkeltette Aschenkampfot. Azután elment Schmidthez, aki **csak akkor** tért vissza a táborba egy áttáncolt éjszaka után és közölte vele, hogy *részt kell vennie Pannier «elintézésében».*

— *A kis fejszécske nagyszerü lesz* — mondotta és felszólitotta őket, hogy fejszét és ásót vigyenek magukkal, menjenek előre az erdőbe és **ássanak** egy gödröt, ahová a hullát **később** majd elföldelik. Munka közben még **oda** is jött hozzájuk *Stein* őrmester, hogy megnagyobbittassa velük a gödröt. Majd igy szólt sürgetően:

— Rajta! Aschenkampf, Schirmann gyertek már!

Erre Aschenkampf felkapta a fejszét és megindult az ösvényen, amelyen már látta közeledni Schirmannt és áldozatát. Mikor összetalálkoztak, odalépett Pannierhez és azt mondta neki:

— *Gyere csak ide, hadd szórakozzunk egy kicsit!*

Azzal előrántotta a fejszét, amelyet eddig a háta mögé dugott és

a fejsze fokával teljes erejéből fejbevágta Panniert.

Pannier összerogyott. Néhányszor megpróbált feltápászkodni, de Stein őrmester felkapta a fejszét, melyet Aschenkampf elejtett és most már *élével ujból és ujból rásujtott a vérző, hörgő Pannier fejére.*

Azután fogták a szerencsétlent és odavonszolták a gödörhöz, amelynél Schmidt még mindig munkában volt. Itt még néhányat rávágtak a fejszével, azután

a hullát beledobták a gödörbe és felületesen elföldelték.

Aschenkampf és *Schmidt* a fejszét és ásót elrejtették egy bokorban, Stein egyedül indult hazafelé. Az irodában találta *Benn* hadnagyot és jelentette neki, hogy végrehajtotta a parancsot. *Benn* azt felelte, hogy *a hullát nagyon laposan ásták el, ujra ki kell ásni.* Midőn másnap Schirmann is jelentést tett Bennek, a hadnagy azt mondta neki:

— Nem ugy kellett volna csinálni.

Néhány nappal később *Benn* jelentette *Senden* bárónak, hogy Panniert elbocsátották, de közben *„történt valami“.*

Senden nem tett magasabb helyen jelentést a dologról.

Schirmann még a gyilkosság napján a berlini divizióhoz utazott.

Néhány nappal később Stein kiásta a hullát és más helyen temette el, egy régi lövészárokban. A másfél méteres árok mélyén még egy gödröt ástak és abba földelték el a holttestet.

Néhány katona őrt állt közben.

1926 februárjában tárgyalta a gyilkosság ügyét a biróság. A védő zárt tárgyalást kért a külpolitikai kérdésekre és a honvédelmi minisztérium érdekeire való tekintettel. A birodalmi kormány kijelentette, hogy semmi érdeke nincs az ügyben. A porosz kormány nem adott az ügyésznek utasitást erre az inditványra. A biróság mégis kizárta a nyilvánosságot a tárgyalásról, az itélet kihirdetése azonban nyilvánosan történt.

A vádlottak azzal védekeztek, hogy elöljáróik parancsára kellett végrehajtaniok a tervet. Különösen Stein őrmester hivatkozott arra, hogy vonakodása esetén őt is ugyanaz a sors érhette volna, mint Panniert.

A biróság Schirmannt, Steint és Aschenkampfot, továbbá Benn hadnagyot halálra itélte, Schmidtet három esztendei fegyházra.

A porosz kormány azután Benn hadnagy itéletét életfogytiglani fegyházra, Steinét tizenöt évre, Aschenkampfot és Schirmannét tiz esztendőre változtatta át kegyelemből.

Szabadulás a Femetől

A spandaui erődben Fekete Védőrség állomásozott, *Budzinski* főhadnagy parancsnoksága alatt. Emberei közé tartozott egy *Eckelt* Pál nevü munkás is. Gyanu merült fel ellene, hogy lopott és ezért el akarták bocsátani a szolgálatból, ő azonban már előbb megszökött.

Egy *Meyer* nevü spandaui munkás jelentette fel ugyanis, (Eckelt nála lakott), hogy ruhákat lopott tőle. Erre *Budzinszki* főhadnagy megjelent *Meyer* lakásán két katonával, de Eckeltet nem találta ott. Budzinski megkérte Meyert, hogy ha Eckelt ujra felbukkanna, értesitse őt.

Néhány nappal később Eckelt meg is jelent Meyernél. Röviddel rá már *ott volt Meyer lakásán a spandaui Fekete Védőrség egyik őrmestere, Umhofer, polgári ruhában és részegen.*

Eckelt félelmében ugy viselkedett, mint az őrült és komoly kisérletet tett arra, hogy kiugorjék az ablakon.

Sikerült is megszöknie. Rögtön a rendőrségre sietett és kérte, hogy *vegyék védelembe, félt, hogy a Feme áldozatául esik. Drescher* rendőrfogalmazó, akinek Eckelt elmondta esetét, eleget is tett a kérésnek. Rövid idő mulva megjelent az őrszobán *Umhofer* őrmester. Kijelentette, hogy *Eckelt katonaszökevény* és kémkedés miatt keresik. Heves vitába ereszkedett a rendőrfogalmazóval és *vita közben lovagióostorával arcába csapott Eckeltnek.* Drescher határozottan megtagadta Eckelt kiadatását. Umhofer erre megfenyegette a rendőrtisztet, hogy majd leszámol vele és azzal távozott, hogy rögtön elhozza magával *Budzinski* főhadnagyot.

Másnap déltájban egy *csukott teherkocsi* jelent meg a spandaui rendőrfogda előtt. A vezető ülésen egy tiszt és két őr foglalt helyet.

A letakart hátsó üléseken acélsisakos katonák ültek.

Budzinski főhadnagy egy terjedelmes iratot mutatott a rendőrtisztviselőknek s a törvényes honvédség részéről kiállitott igazolványt, amelynek értelmében *fölhatalmazása volt Eckeltet átvenni.* A rendőrtisztviselők azonban azt válaszolták neki, hogy Eckelt már a berlini rendőrfőnökségen van.

Igy szabadult meg Eckelt a Femetől. **A vizsgálat során leadott jelentések természetesen mitsem akartak tudni a Feméről. De a Pannier esete mutatja, hogy milyen komoly veszedelemtől szabadult meg Eckelt.**

Főrtárgyalásra nem került a sor.

Szép tavaszi éjszakán

Legner Willi frankfurti pék mint tüzmester szolgált a háboru alatt a tüzérségnél. Minthogy azonban oka volt észrevétlenül eltünni, 1923 januárjában a *Fekete Védőrségnél* jelentkezett és itt *Jüterbogban* kapott mint őrmester beosztást. Abba a gyanuba keveredett, hogy *hat pisztolyt ellopott* és ezért *Döberitzbe* helyezték át *Gutknecht* kapitány csapatához. Gutknecht eleinte vonakodott Legnert átvenni, mert az események után nagyon rossz véleménnyel volt róla, de *Legnernek sikerült felsőbb helyről irásos parancsot kieszközölnie* s igy Gutknecht kapitány akarva, nem akarva engedett. Midőn Legner Willi jelentkezett nála, közölte is vele, hogy a jüterbogi szabálytalanságok miatt *nem teheti bizalmi állásba.* A rangidős őrmesterrel is közölte, hogy Legnernek nem kell szolgálatot teljesitenie, mindössze néhány napig marad. Legner valóban *nem is teljesitett szolgálatot,* csak össze-vissza szaladgált a táborban és nagyokat káromkodott a rajta esett igazságtalanság miatt. Bajtársai azonban azt a gyanut, hogy pisztolyokat lopott és adott el, már árulása bizonyitékának tekintették.

A táborban éjjeli *altiszti őrjáratok* voltak rendszeresitve. *Gutknecht* százados intézkedésére *Stelzerberg* őrmester osztotta be az embereket. Husvét vasárnapjára virradó éjszakán azután Legner is beosztást kapott egy ilyen őrjáratba *Rein Nikoláj* főhadnaggyal.

Ennek a *Rein* Nikolájnak igen kalandos volt a pályafutása. Eszményének *a forradalom elleni nemzetközi küzdelmet tekintette.* Rigában született és az orosz cári tengerészetbe lépett be mint hadnagy. Riga megszállása után *német szolgálatba lépett át,* meg is szerezte a német állampolgárságot. A háboru befejezése után a *„vasdivizióval“* átjött Németországba és itt a Lützow-féle szabadcsapatban vendégszerepelt. Felsősziléziában mint századparancsnok szolgált, a szomszéd század parancsnoka Gutknecht százados volt, innen származott az ismeretség. Később a hamburgi rendőrségnél kapott alkalmazást mint őrmester, de megszökött és *Küstrinben jelentkezett Schultznál, aki mint „főhadnagyot“ vette listába.* Később *Potsdamban* szolgált a *Fekete Védőrségnél* és igy került végül régi bajtársához, Gutknechthez Döberitzbe.

Nagyszombaton *Rein* „főhadnagyot“ őrjáratba vezényelték. „Mondták“ neki, hogy

Büsching őrmester, aki néhány nappal ezelőtt érkezett a táborba, majd csatlakozik később az őrjárathoz, hogy Legnert „elintézze“.

De hogy ki mondta ezt neki, arranézve Rein minden felvilágositást megtagadott. Tagadta, hogy *Schultz* volt, de tagadta azt is, hogy *Gutknecht* közölte vele ezt. Tagadásából azonban mégis ki lehetett venni, hogy *Gutknecht százados volt a titokzatos személy.* Annyi bizonyos, hogy *Reinnek* semmi kétsége nem volt *afelől, hogy Legnert meg fogják gyilkolni.* Sziklaszilárdan hitt ő maga is Legner „árulásában“. Azt is bizonyosra vette, hogy ilyen „elintézési“ megbizást csak a hadsereg illetékes személyeivel való egyetértésben lehet adni.

Valóban találkozott is az őrjárat késő éjszaka Büschinggel a kaszinó környékén.

— Még egy kicsit sétálni akarok ezen a szép tavaszi éjszakán — mondta Büsching.

Rein néhány lépéssel előre ment, egyszerre heves szóváltásra lett figyelmes a háta mögött. Megfordult és akkor látta, hogy *Büsching és Legner verekszenek.* Hirtelen egy lövés dördült el. Rein odaugrott, de

Legner akkor már holtan feküdt a földön.

Erre ők ketten — Rein és Büsching — fölemelték a hullát. Büsching eltünt egy pillanatra *és két ásóval tért vissza, amelyeket már valahol készenlétbe helyezett.* Néhány lapát földet vetettek a holttestre, azután Rein visszatért szállására és lefeküdt aludni. Büsching átmászott a falon és eltünt.

Midőn Legner eltünését konstatálták, „az a kósza hir bukkant fel“, hogy megszökött. A következő napokban azonban elkezdtek a dologról suttogni a táborban és

szájról-szájra járt a hir, hogy Legnert az őrjárat alkalmával megölték.

Ezzel szemben egy őrmester azt állitotta, hogy husvét hétfőjén *látta Legnert* **egy** berlini pályaudvaron. **Mivel a hirek ezután sem hallgattak el, az őrmester odáig ment** kijelentéseiben, hogy ő megfigyelte Legnert, midőn besurrant a nemzetközi katonai ellenőrző bizottság szállására.

Legner holttestét nem találták meg. Minden valószinüség szerint egy lövészárok fenekén ásták el, amelyet csak néhány nappal a tett előtt készittetett Gutknecht százados és a gyilkosság után ismét betemettette az egész árkot.

Hiába ásták fel az egész terepet, a hulla nem került elő.

Midőn a Feme-gyilkosok üldözése kezdetét vette, *Rein Olaszországba menekült* és csak a következő évben sikerült letartóztatni Taorminán. Egy félévvel később kiszolgáltatták Németországnak. *Gutknecht,* aki a Pannier-gyilkosság miatt vád alatt állt, felmentő itélete után a *Délafrikai Unió területére vándorolt ki és ma is ott él egy farmon.*

1928 szeptemberében állott Rein az esküdtbiróság előtt. Az ügyész, minthogy Rein beismerésben volt, halálos itéletet kért. A biróság azonban nem állapitotta meg Rein bünrészességét és

háromévi fegyházra itélte.

Büschinget nem sikerült kézrekeriteni.

(Holnapi számunkban folytatjuk.)

E. J. Gumbel

Titkos társaságok politikai gyilkosságai Németországban (8)

Copyright by Malik-Berlin
Utánnyomás tilos

Janke volt hadnagy a küstrini *Fekete Védőrségnél* szolgált. A lőszerraktárt *Balke* főtűzmester kezelte. Közelükben szolgált *Dabkowski* hadnagy parancsnoksága alatt *Gaedicke* őrmester. Mind a hárman jó barátok voltak és mind a hárman *állandó pénzzavarokkal küzdöttek*, csak ugy, mint a Fekete Védőrség minden tagja: lévén a zsold igen kevés. Elhatározták tehát, hogy ugy szereznek pénzt, hogy *lőszert adnak el*. Egy nagyobb lőszerszállitmány utnakinditása alkalmával

Balke főtűzmester tizenöt láda gyalogsági töltényyel többet rakatott fel a teherautókra.

A hajóknál, amelyekre a szállitmányt át kellett rakni, Janke ügyelt fel; ő viszont embereivel *ezt a tizenöt láda lőszert félretétette*. Később elhordták az «árut» és több sikertelen kisérlet után Gaedicke egy kommunista ismerősével Berlinbe utazott, ahol *eladásra kinálta a töltényeket a kommunista pártnak*. A kommunisták azonban elháritották az ajánlatot azzal az ürüggyel, hogy annyi municiót kapnak ingyen, amennyit csak akarnak.

Erre Gaedicke eladta a lőszert egy régiségkereskedőnek két és félmillió papirmárkáért.

A pénzen a három cinkostárs *megosztozott*.

Egy *Gerlach* nevü vadász azonban nyomára jutott a dolognak. A lőszert le is foglalták és beszolgáltatták a parancsnokságnak. Gerlach közvadász *feljelentést is tett az ügyben a küstrini biróságon*. Még ugyanaznap egy százados kihallgatta a három lőszertolvajt, akik beismerték tettüket. A biróság megkeresésére azonban a parancsnokság azt válaszolta, hogy *a tettesek letartóztatása nem kivánatos*.

Öngyilkosság a Feme-től való rettegés miatt

A következő napon megérkezett Küstrinbe *Schultz* Pál főhadnagy. Déli tizenkét óra tájban telefonáltak a parancsnokságról Dabkowski hadnagynak — Gaedicke felettesének —, hogy délután négy óra tájban jöjjön át az *Tschernow*-erődbe szállást csinálni és *hozza magával Gaedicke őrmestert* is. Dabkowski tudta, hogy a környéken egy uj «fekete» aknavető századot akarnak felállitani, amelynek vezetőjévé, *Hayn* János hadnagyot szemelték ki. Azt is tudta, hogy a legénységet Tschernowban akarják elhelyezni. Ezért hát egészen természetesnek találta a telefonon kapott utasitást.

Dabkowski hadnagy és *Gaedicke* őrmester kerékpáron átmentek Tschernowba. Az erdőn kivül álltak meg, hogy az őrtől átvegyék a kulcsokat és körülbelül egy óra hosszat elüldögéltek a ház előtt, *konyakozva, cigarettázva*. Egyszerre autó kanyarodott a ház elé. Az autót egy *Klapproth* nevü őrmester vezette. Bent az előbb emlitett *Hayn* hadnagy ült. Dabkowski és Gaedicke is beültek a kocsiba és mind a négyen az erdőbe hajtottak, hogy a helyiségeket megtekintsék.

Szemle közben egyszerre egy szük, körülbelül egy méter széles és két méter hosszu folyosóra jutottak. Dabkowski ment elől, Gaedicke a középen, hátul Klapproth. Egyszerre *Dabkowski tompa nyögést hallott és sulyos zuhanást*. Megfordult és

ott látta Gaedicket elterülve a földön.

Klapproth a mellén térdelt és éppen megragadta Gaedicke fejét, midőn Dabkowski odaugrott hozzájuk, felrántotta Gaedicket a földről és rákiáltott Klapprothra:

— *Az én jelenlétemben nem fog az embereimnek baja történni, csak a holttestemen keresztül.*

Hayn is odaugrott közben és segitett *Klapprothot* lefogni. Klapproth dühtől eltorzult arccal igyekezett magát kiszabaditani és ujból Gaedickere akarta vetni magát. Gaedicke *elvesztette eszméletét*. Hayn és Dabkowski kicipelték az udvarra, megmosták és bekötözték sulyos sebeit. Klapproth még mindig dühtől eltorzult arccal állt mellettünk és odaszólt Dabkowski hadnagynak:

— Örüljön, hogy *Büsching* nem volt itt. Akkor nem sikerült volna a tervet meghiusitani.

Midőn *Gaedicke* később magához tért, *Klapproth* odalépett melléje és valami ilyesfélét mondott neki:

— Csak a feleségedet és a fiadat sajnáljuk, mert te, te dög, egészen mást érdemelnél.

Gaedicket és Janket lőszerlopás miatt öt hónapi börtönre itélték.

Harmadik társuk, a szerencsétlen *Balke* azonban *az első kihallgatás után agyonlőtte magát* és egy levelet hagyott hátra, amelyben megirta, hogy [illegible]

azért válik meg az élettől, mert ugy sem tud a Feme elől menekülni.

A körözött *Klapprothot* három barátja szökéshez akarta segiteni. Az volt a tervük, hogy kijuttatják Argentinába. De csak *Weselig* jutott. Itt kellett volna Klapprothnak megkapnia hamis utlevelét. Várakozás közben vidámakat ivott a szállodában. *Barátja azonban nem hozta el az utlevelet és a Klapprothnak küldött pénzt is elsikkasztotta.* Klapproth, a ki nem fizetett cech miatt letartóztatták és ő mámorában megnevezte magát.

Igy került ő és vele együtt Schultz és Hayn a biróság elé.

Haynt és Schultzot felmentették, *Klapprothot testi sértés miatt egyévi börtönre itélték.*

Hogy menekült meg Janke hadnagy az arzéntől és a ciankálitól

A harmadik lőszertolvaj, *Janke*, szerencsésebben uszta meg a dolgot. Schultz hadnagy felhivatta magához az irodába és kihallgatta. Kihallgatása után letartóztatta és felszólitotta, hogy *vegye le tiszti zubbonyát és ahelyett egy legénységit adatott neki*, azután elvezettette szobájába, ajtaja és ablaka elé őrt állittatott és figyelmeztette, hogy szökési kisérlet esetén az őrök tüstént fegyvert fognak használni.

A legénység körében nagy volt az izgalom afölött, hogy egy tiszt lőszert akart eladni halálos ellenségeiknek, a kommunistáknak.

— Régebben egy ilyen fickót a haditörvényszék agyonlövette volna — mondta az egyik.

— Valamit bele kell keverni az ételébe — mondta a másik.

Röviddel *Janke* letartóztatása után visszaérkezett szabadságáról *Thom* őrmester, aki azelőtt Jankeval és Balkeval egy szobában lakott. A közös nagy teremben találkozott barátjával, *Klapprothtal*, aki meglepetésszerüen visszatért Berlinből. Thom vallomása szerint Klapproth magához intette őt, kérve, hogy beszéljen halkan, mert nem akarja, hogy megismerjék. Leültek Klapproth ágyának szélére és Klapproth a következőket mondotta:

— *Jankenak el kell tünnie.* Hiába reméltük, hogy majd szökni próbál s közben az őr agyonlőheti, ugy látszik, nem hajlandó szökésre határozni el magát. Más módon kell hát eltüntetni: *méreggel!* Te ismered *Rathsmannt*, a vöröshaju droguistát.

Szerezz tőle arzént és keverd bele Janke ételébe.

Ezután megeskette, hogy hallgatni fog.

Thom később kijelentette, hogy a saját élete érdekében nem mert tiltakozni.

Annyi bizonyos, hogy el is ment a droguistához, akinek elmondta, hogy *Janket «árulás miatt» el kell tüntetni*, még pedig ugy, hogy zárkájában megmérgezik. Arzént, vagy valami más hasonló erős mérget kért tehát. Sürgetésére

Rathsmann, a droguista tekintélyes mennyiségü arzént vett elő és odaadta Thomnak.

Közben Thom megpróbálta tervének megnyerni *Zinter* őrsvezetőt, Janke őrét. De *Zinter* azelőtt Janke alatt szolgált és *csak szinleg ment bele a tervbe*. Janke ebédje már ott állt Zinter szobájában. *Zinter Thom* jelenlétében egy kisebb adag mérget bele is szórt az ételbe, de sikerült a nagyobbik részét a tányér mellé öntenie. Azután megkeverte az ételt és odaadta a küldöncnek, aki bevitte a fogolyhoz.

Janke alig evett belőle néhány kanállal, rögtön ki is hányta.

Délután Thom, a droguista és Zinter őrsvezető együtt fürödtek és egész nyugodtan beszéltek arról, hogy miként lehet Janke még mindig életben. A droguistának az volt a véleménye, hogy *a méreg már nagyon régi volt.* Thom azonban annak a gyanujának adott kifejezést, hogy a droguista becsapta őtet. *Bucholz* zászlós, aki csatlakozott hozzájuk és aki tudott a tervről, a droguista szeme előtt megtöltötte pisztolyát, mellének szegezte és azt mondta:

— *Ha be nem vallod, hogy igazi, vagy pedig hamis mérget adtál, rögtön keresztül lőlek.*

A droguista égre-földre esküdözött, hogy *a méreg valódi méreg volt.* Másnap eljött hozzá *Thom és erősebb mérget kért.*

Rathsmann adott is neki egy mogyorónagyságu ciankáli darabot.

Zinter őrsvezető, hogy Janket megmentse, azt mondta Thomnak, hogy *a ciankálit használat előtt egy napig vizben kell áztatni.*

Midőn Jankenak bevitték a cellába az ebédjét, Thom is bement hozzá, leszidta, egy kötelet dobott az asztalra és azt mondta:

— *Akaszd fel magad!*

Másnap *Zinter* figyelmeztette Janket a veszélyre és midőn ez nem akart hinni a dologban, oda is adta neki a z arzén maradványát.

Janket az a szerencsés körülmény mentette meg, hogy

a parancsnokság közben a lőszerlopás ügyét áttette a birósághoz

és Janket átkisérték az állami fogházba. Az ellene inditott eljárás során szakértők vizsgálták meg a mérget, megállapitották, hogy arzén, amely elegendő lett volna ahhoz, hogy néhány embert megöljenek vele.

Thom és társai biróság elé kerültek. A biróság nem hitt a *Klapproth* elleni vádakban. Vádat sem emeltek ellene, noha ő volt az, aki a szomszédos szobában Janke halálára várakozott. Az itélet kimondta, hogy *„Klapproth olyan jellemű ember, hogy az elvállalt tettet maga hajtotta volna végre és semmi esetre sem alattomos módon, méreggel.* Ettől eltekintve azonban maga a tanuként kihallgatott Klapproth is tagadja, hogy beszélt volna Thommal Janke meggyilkolásáról . . ."

Thomot és a droguistát két-két évi börtönre itélték.

Az őrült Gröschke borzalmas vallomása

Élt Frankfurtban egy *Gröschke* Pál nevü némileg gyengeelméjü fiatalember, akit különös viselkedése és elhanyagolt külseje miatt gyakran csufolták az utcagyerekek. Egy iskolatársa, *Schöner* azt mondta róla:

— *Nem volt egészen rendben.*

Politikailag teljesen tájékozatlan és érdektelen volt.

Minthogy sokáig nem kapott munkát, barátjának, Schönernek tanácsára *felvétette magát a küstrini Fekete Védőrségbe.* Onnan azonban rövidesen áthelyezték a gorgasti erődbe, ahol a büntető század állomásozott. Az áthelyezés oka valószinüleg az volt, hogy meggondolatlan szavaival *gyanussá tette magát.* Ez azonban elég volt ahhoz, hogy meggyilkolják.

Már az első éjszakán alaposan elverték, ugyhogy erősen vérzett. Ruháit is összetépték. A nagy zajra felébredt Becker őrmester és ő vetett véget a verekedésnek. Az őrmester intézkedésére Gröschket bezárták egy kis kamrába, azután Becker jelentette a parancsnaknak, Raphael főhadnagynak, hogy

Gröschke az emberek jelentése szerint kommunista kém.

A főhadnagy erre elrendelte, hogy zárkába csukják. Egy hétig vallatták a szerencsétlent válogatott kinzások között, hogy valamit megtudjanak a kommunistákkal való összeköttetésről. Gröschke a kinzások hatása alatt «vallott is és vagy hat bajtársát nevezte meg, mint kommunistákat. Mind a hatot átvezényelték az erődbe. Midőn azonban szembesitették őket vele: Gröschke viszavonta vallomását. Attól való félelmükben, hogy kommunistáknak tartják őket, egyikük sem merte azt mondani, hogy őrültnek tartja Gröschket. Becker őrmester ezután a gorgasti Fekete Védőrség még egy tagját, Lücke ifjusági oktatót vonta be a kihallgatásokba, mint jegyzőkönyvvezetőt. Gröschke a kihallgatások során megjelölt egy kommunista fegyverraktárt, saját magát a frankfurti kommunisták vezérének mondta és más hasonló fantasztikus vallomásokat tett.

Időnként Becker odaszólt a többieknek:

— Nyissátok csak ki a száját!

Erre ezek nekiestek a szerencsétlennek, Schiburr altiszt, Graetz és Fritzke közkatonák gumibunkóval, szijjal ütötték-verték.

Az itélet indokolása errevonatkozóan a következőket jegyzi meg:

«Becker őrmester ugy akart meggyőződni Gröschke vallomásainak valódiságáról, hogy keresztkérdések alá vonta. Egyik kihallgatása alkalmából például azt vallotta Gröschke, hogy X. kommunista vezér az Y utcában lakik. Egy másik kihallgatás alkalmával Becker egyszerre feltette neki a kérdést:

— Ki lakik az Y utcában?

Mire *Gröschke* habozás nélkül azt válaszolta:

— *Y kommunista vezér.*

Ezt az az inkvizició kinzókamráiból is jól ismert tény magyarázza meg, hogy a gyanustott magányos cellájában és az ujabb kinoktól való folytonos félelmében *jó átgondolja kieszelt vallomást és megtanulja kivülről.*»

Egy napon *Raphael*, főhadnagy megjelent két emberrel a zárkában, leszaggatta Gröschkeről a ruhát és

kutyakorbáccsal kezdte verni, mert az volt az érzése, hogy Gröschke elhallgatja a valóságot.

A zárka ajtaját azután nyitva hagyták, nyilván *Raphael* parancsára, hogy *akinek kedve van, az bemehessen és ütlegelhesse Gröschkét.* Egymásután jöttek is folyton ujabb és ujabb emberek, akik kedvük szerint bántalmazták a szerencsétlent. Később a halotti szemle alkalmával az orvos a következő látleletet vette fel:

«*A koponya egész hátsó része tele volt sérülésekkel, amelyek nagyrészt keresztülhatoltak a bőrön. Az egész testet véralájutásos nyomok boritották. A balcsipőben szurt seb.*»

Öltél-e már embert?

A vizsgálat megállapitásai szerint *Raphael Gröschke* vallomásával elküldte *Schrenck* főhadnagyot és *Becker* őrmestert Küstrinbe *Knüppel* hadnagyhoz. Vele kellett megbeszélniök, hogy mi történjék az „árulóval". A két kiküldött azonban előbb *Schultz* hadnaggyal találkozott és neki adták elő a dolgot. *Schrenck* főhadnagy azt ajánlotta, hogy *adják át Gröschket a rendes biróságnak.* Schultz erről nem is volt hajlandó tárgyalni, hanem egyenesen

megkérdezte Beckert, hogy ölt-e már valaha embert?

A két kiküldött érezte, hogy nagyon könnyen veszedelmes dolgokba keveredhetnek. *Schrenck* egy figyelmeztető pillantást vetett *Beckerre*. Becker viszont kitérően azt válaszolta a kérdésre, hogy bár a harctéren ölt már embert, de azonkivül soha. *Becker* erre valami méregről kezdett beszélni, minthogy azonban Becker ebbe a témába sem volt hajlandó belemenni, félhangosan és megvetően azt mondta:

— *Használhatatlan.*

Végül még kijelentette, hogy mint a szervezet vezetője, nem akar tudni többet a dologról. Becker és Schrenk erre eltávoztak, otthagyva a jegyzőkönyvet. Lent a szerkamrában mégegyszer odalépett hozzájuk Schultz és azt mondta nekik, hogy nem tudott mérget szerezni.

(Holnapi számunkban folytatjuk.)

E. J. Gumbel

Titkos társaságok politikai gyilkosságai Németországban (9)

Copyright by Malik-Berlin
Utánnyomás tilos

Beckert, hogy ne keveredjék olyan dologba, mint egy áruló meggyilkolása. *Gorgastba* érve azután közölték *Raphael* főhadnaggyal, hogy Schultz maga fog kijönni hozzá. Valóban ki is jött és akkor Raphael megkérte, hogy *vigye el Gröschket Gorgastból.* Schultz ezt meg is igérte.

A már más ügyekből is ismert *Klapproth* és *Büsching* őrmesterek ebben az időben *Küstrinben* tartózkodtak. Büsching tudott a Gröschke-ügyről és közölte Klapprothtal, hogy *van Gorgastban egy kommunista kém, akinek el kell tünnie.*

«Klapproth erre megkérdezte», — mondja az itélet indokolása, — „hogy .

van-e rá felsőbb parancs?

Büsching *igenlőleg* felelt. Erre Klapproth hajlandónak nyiltkozott az ügyben segiteni. Tanácskozni kezdtek és elhatározták, hogy még néhány megbizható embert belevonnak tervükbe. Klapproth saját fivérét, Willit ajánlotta, Büsching pedig *Vogel Kurt* volt rendőrőrmestert. Ennek a kettőnek kellett volna a főkapunál és a zárka előtt őrt állania a cselekvés pillanatában, hogy Gröschket feltünés nélkül kihozhassák.»

„A vezetőség parancsára meg kell ölni egy árulót"

El is érték, hogy *Vogelt és Klapproth fivérét kivezényelték Küstrinbe.* A frankfurti *Fekete Védősereg* egyik zászlósa, *Glaser Kurt,* szintén azt a parancsot kapta, hogy utazzék Küstrinbe és jelentkezzék Büschingnél.

Glaser a garázsban találta Büschinget és Klapprothot. Azt mondták neki, hogy Gorgastban elfogtak egy kommunista kémet, aki összeköttetésben állt az ántánt ellenőrző bizottságával. A másik Klapproth (Willi) és Vogel is megérkeztek délelőtt Küstrinbe. Elkéstek, mert utközben *ittak egyet.* Mind az öten elutaztak Gorgastba. Klapproth Erich vezette az autót. Bement *Raphael* főhadnagyhoz; Klapproth Willi és Vogel vártak. Büsching bement Gröschkehez a zárkába, Glaser az autónál maradt.

Klapproth Erich közben *tájékoztatta Raphael főhadnagyot a tervről.* Minthogy a gyilkosság időpontját még nem határoztuk meg pontosan, hosszabb ideig volt szükség megbizható emberekre az őrhelyeken. Klapproth Willit és Vogelt ezért a késésük miatt büntetésből rögtön szigoritott őrségre állitották ki.

Büsching közölte Glaserrel, hogy a vezetőség parancsára meg kell ölni egy árulót és ebben Glasernek is segitenie kell.

— *Ha szükség van rám, hát segitek* — mondta egy pillanatnyi gondolkodás után Glaser.

Raphael főhadnagy, Klapproth őrmester, Büsching és Glaser erre autóval eltávoztak, de estére visszatértek. Vogel állt őrt a főkapunál, Klapproth Willi a zárka ajtajában. Büsching feltörte a zárka lakatját, mire *Klapproth Erich, Glaser, Büsching és Raphael főhadnagy behatoltak Gröschkehez.* Gröschke egy priccsen feküdt. Büsching hozzálépett és valami nehéz szerszámot ütésre emelt, Klapproth azonban megkapta karját:

— *Ne itt!*

Büsching és Glaser erre levezették Gröschkét az autóhoz; mindnyájan beszálltak. *Gröschke egész csendesen viselkedett,* a sok veréstől egészen kábult volt és annyira zavart, hogy nem értette meg, mi történik vele.

Klapproth vallomásából:

„Az autó *Zorndorf* felé haladt Stinnes éjjeliedény-gyára mellett. Egyszerre azt mondja Büsching hátul: *Halló! Durranthatok?* Én bólintottam a fejemmel és vezettem tovább az autót.

Egyszerre két lövést hallok és abban a pillanatban világosan tudtam: valami történt.

Piff, paff — gondoltam, itt vastag a levegő és gázt adtam és tovább robogtunk ... A Glaser olyan fehér volt, mint a sajt. Büsching azt mondta: Ezt a dolgot a saját szakállamra csináltam. Azt mondtam neki: Ne tépd a szájadat. Arra azt mondta Büsching: *„A fődolog: pofát befogni."*

Gröschke azonban megmozdult. Erre Büsching előkapta rohamkését és fejbeszurta. A döfés a koponyacsonton keresztül behatolt az agyvelőbe és azonnal megölte a szerencsétlent.

Büsching becsavarta a hullát két katonai köpenybe, Klapproth pedig teljes sebességgel vezette tovább az autót. Egy kilométer jelző-

a tetemet a kocsiról. Husz lépésnyire az uttól *a magukkal hozott ásókkal* egy, körülbelül husz centiméter mély gödröt ástak. Glaser ázgalmában mozdulni sem tudott és ezért munkáját Klapproth vette át. Idegességében azt is elfelejtette Glaser, hogy a véres köpenyeket magával vigye. Midőn az autóba szálltak, Klapproth megkérdezte, hogy hol vannak a köpenyek, mire Glaser azt hazudta, hogy nála vannak. *Nem merte bevallani, hogy otthagyta őket, mert borzadt a gondolatra, hogy esetleg vissza kell mennie értük.*

A gyilkosok visszahajtottak Küstringbe és aludni tértek.

A következő nap észrevették Gröschke eltünését és jelentették Raphael főhadnagynak. Raphael ugy tett, mint aki nagyon fel van háborodva és *megbüntette az őrség parancsnokát.*

A hullát nemsokára megtalálták. Személyazonosságát a szerencsétlen áldozat szülei igazolták. *Raphael* főhadnagy, akit tanuként hallgattak ki, esküdözött, hogy *Gröschke megszökött a fogházból* és azután nyilván keresztüluszott az erődöt övező csatornán.

alól egy ember halálában."

Raphael főhadnaggyot nyolc esztendőre ítélték, de megszökött.

Italozás — tánc — gyilkosság

Wilms kereskedő, aki a háboruban őrmester volt, megszökött pátriájából, *Neumünsterből* különböző sikkasztások miatt. Berlinbe ment és ott a Német Nemzeti Szabadságpárt irodájában *Schultz* főhadnagyhoz utasitották. Schultz a spandaui erődbe küldte. Egy sereg beosztása volt ezután, mig végül *Döberitzbe* került, a *Senden-zászlóalj* második századához. Ott hamarosan feltünt.

Megbeszélésre hívta össze az altiszteket és egyesületet akart velük alapitani.

A zászlóaljparancsnok ezt megtudta, izgatott *szemrehányásokat tett neki és végül is raportra küldte Berlinbe Schultz főhadnagyhoz.*

Midőn *Wilms* visszatért Berlinből, alaposan leitta magát és aztán részegségében azt mondta:

— *Igazán olyan hangulatban vagyok ma, hogy legszivesebben mindent elárulnék a kommunistáknak.*

Ez rendkivül gyanussá tette. Az is kiderült, hogy *Wilms* eladott egy katonaköpenyt, egy sátorponyvát és egy katonai nadrágot, azonkivül *dupla fehérnemüt hordott. Schöler* főhadnagy, a parancsnok helyettese erre *elfogatta* Wilmset — aki már elhagyta volt a tábort — és *azt állitotta később,* hogy a motozás alkalmával zsebében kommunista cimeket és hasonló dolgokat talált, amelyekből véleménye szerint kiderült, hogy *Wilms kémszolgálatot teljesitett a kommunistáknak.* A jegyzetek azonban eltüntek és *Schöleren* kivül, akit később egy másik gyilkosság miatt elitéltek, *senki nem látott belőlük egyet sem.*

Midőn *Senden* báró, a parancsnok visszatért Berlinből, helyettese értesitette a dologról. Senden kihallgatta Wilmset és a harmadik

nagy utasitására *Stein őrmester, Rotenbusch, Metten és Weiser* altisztek behatoltak az irodába és

korbáccsal és lovaglópálcákkal addig verték Wilmset, amig a bőr cafatokban lógott le a testéről.

Másnap *Senden* telefonon közölte *Schultz* főhadnaggyal, hogy letartóztatta és miért tartóztatta le Wilmset. *Schultz* azt felelte, hogy *el fog küldeni Wilmsért.* Délután megjelent *Schultz* irodájában *Stantien* szolgálatonkivüli főhadnagy, akit Schultz utasitott, hogy utazzon *Döberitzbe,* vegyen fel Wilmsszel jegyzőkönyvet és azután *szállitsa be a foglyot a spandaui erődbe.*

— Tulajdonképen — mondta *Schultz* — magam akartam érte menni, de nem hagyhatom itt a helyemet.

Stantien polgári ruhában és *a hadosztálynak egy autóján,* amelyet *Kowalewski* soffőr vezetett, kiment Döberitzbe. Ott kihallgatta *Wilmset,* aki bevallotta a terhére rótt cselekményeket, tudniillik néhány katonai dolog eltulajdonitását, negyvenhatezer márka (két aranymárka) elsikkasztását és az altiszti egyesület megalapitásának tervét.

Stantien erre magával vitte Wilmset Spandauba és ott átadta *Budzinski* főhadnagynak. Az elkészitett jegyzőkönyvet a hadosztálynál adta le. Hogy magának Schultznak adta-e, az nem biztos. De annyi tény, hogy *értesitette Schultzot megbizásának végrehajtásáról.*

Budzinski a maga részéről meghagyta, hogy figyeljék Wilmset. *Wilms Umhofer* altiszt kiséretében *szabadon mozoghatott az erődben és igen jól összebarátkozott Klapprothtal, Fahlbusch-sal és Büschinggel, akik Spandauban állomásoztak.*

Közben *Poser* hadnagyot *Rathenowba* helyezték át. Mint önálló géppuskakülönitmény-parancsnok egyenesen a berlini körletparancsnokságnak volt alárendelve. Vele közölte Schultz telefonon, hogy

Wilmset néhány nap mulva hozzá fogja küldeni, mert Döberitzben nem jól viselte magát.

Umhofer altiszttel együtt Rathenowba. *Poser hadnagy magához osztotta be, mint őrmestert.*

„... Áldozatát ugy hurcolta halála felé, mint egy állatot a vágóhidra"

Schultzra halálbüntetést kért az ügyész:

„A vádhatóság Gröschke meggyilkolását önbiráskodásnak tekinti, amelyet egy az árulók megbüntetésére alapitott szervezet: a Feme hajtott végre ...

Nem olyan gyilkos társaságról van itt szó, amely egy bizonyos személy láb alól való eltevésére szövetkezett: ezeket már régebben is egy különleges cél és egy mindnyájuk által elismert vezető akarata tartotta össze. Csak ez az akarat irányithatta a különböző embereket megfelelő időben a tett szinhelyére, csak az ő parancsa birhatta rá őket, hogy

egy általuk eddig teljesen ismeretlen embert olyan vádak alapján, amelyekről semmi módon meggyőződni nem tudtak, megöljenek.

Ennek a parancsnak olyan személytől kellett származnia, aki a legénység körében egészen rendkivüli tekintélynek örvendett, mert hiszen Glaser vádlott tüstént elhatározza magát a tettre, mihelyt közölték vele, hogy parancs van rá, noha lelke mélyén idegenkedett tőle. *Az ügyészség feltevése szerint ez a személy csak Schultz lehetett ..."*

A biróság azonban nem osztotta a vádhatóság felfogását. Bár elismerte az összes gyanuokokat, amelyek Schultz ellen szóltak, *sem a felbujtást, sem a részességet nem vette bizonyitottnak.*

Klapproth tizenöt esztendei fegyházat kapott.

A biróság itélete megállapitotta róla, hogy: „a tett alkalmával *olyan embertelen durvaságot mutatott, amely minden enyhitő körülmény beszámitását lehetetlenné teszi ...* Azután az összevert, már alig eszmélő embert ugy hurcolta halála felé, mint ahogy egy állatot hurcolnak a vágóhidra. Egy pillanatig eszébe nem jutott, hogy talán alaptalanok azok az egész bizonytalan árulási vádak, amelyek miatt Gröschkenek meg kellett halnia. Nem gondolt rá, hogy az áldozatnak még egy utolsó alkalmat kellene adni, hogy lelkiismeretén könnyithessen és kegyelemért könyöröghessen. Gyilkos vágya fölébredt és ő ki akarta elégiteni."

Azt, hogy kinek a rendeletére vezényelték ki a gyilkosságnál segédkező három embert Küstrinbe, a biróság nem vizsgálta. Egy ember volt, aki mind a két helyen intézkedhetett: *Schultz.*

Schultzot azonban felmentették,

ezzel a megjegyzéssel:

„A biróság kötelességének tartja különösen hangsulyozni, hogy *a jogi felmentés semmiképpen sem menti fel Schultzot morális bűne*

A szokásos lövés a koponya hátsó részébe

Egy délelőtt küldönc hivta *Poser* hadnagyot a telefonhoz, azzal a megjegyzéssel, hogy Schultz főhadnagy akar vele beszélni.

— Itt Schultz — mondta valaki a telefonba és közölte Poserrel, hogy *Rathenow közelében kommunista fegyverraktár van, amelyet le kell foglalni:* majd jön egy autó berlini legénységgel; *Fuhrmann* főhadnagy vezeti, *Poser* vezényelje ki erre az autóra *Wilmset.*

Poser magához hivatta *Wilmset,* közölte vele, hogy érzése szerint Wilmsnek most majd jóvá kell tennie valamit, csak vigyázzon magára. Megkérdezte azt is, hogy jól fel van-e szerelve és saját szolgálati pisztolyát hozatta el számára.

Délután meg is jelent *Fuhrmann* főhadnagy polgári ruhában a Fürstenhof-szállodában. Poser egy Berlinből érkezett vendégével, *Sommerfeld* nevü urral ült ott Ez az utóbbi jól ismerte *Fuhrmannt.*

Fuhrmann megkérdezte Posertől, hogy vajjon Wilms megbizható ember-e? Nyolc órára várta az autó. Végül is nyugtalan lett és azt mondta:

— Nem értem, hol marad a kocsi. Schultz biztosra igérte.

Sommerfeldnek feltünt, hogy

Fuhrmann egy kötelet visel a mellénye alatt.

Meg is kérdezte tőle:

— Hát már nadrágtartóra sem telik nektek a Fekete Védőrségnél?

Fuhrmann kitérően azt válaszolta, hogy *valamire készülnek.*

Mind nyugtalanabb lett, végül is *egy motorkerékpárt kért kölcsön, hogy elébe menjen az autónak.* Rövid idő mulva visszatért, rögtön utána megérkezett a zautó is. Egy őrmester érkezett vele, *Büsching,* akit mint katonai boxmestert mutattak be. Néhány perc mulva egy polgári ruhás ember lépett Fuhrmannhoz, valamit a fülébe sugott, mire Fuhrmann elhagyta a helyiséget, de egy félóra mulva viszszajött. Tiz óra felé azután Fuhrmann és az őrmester elbucsuztak. Fuhrmann megjegyezte, hogy *valószinüleg nem fog már visszajönni. Sommerfeld* csodálkozott ezen, mire Fuhrmann azt válaszolta, hogy hivatalos dolga van. Sommerfeld azt válaszolta rá: nem is hiheti, hogy Fuhrmannak ilyen későn még hivatalos dolgai lehetnek.

Fuhrmann és Büsching erre átmentek az *„Uj világ"* cimü tánchelyiségbe. Wilms, Fahlbusch, Umhofer és Klapproth már ott vára-

koztak rájuk *soffőröknek öltözve* a

Sokat ittak és táncoltak, Wilmset leitatták.

Hajnalban Wilms, Klapproth, Fuhrmann, Umhofer, Fahlbusch és Büsching beszálltak az autóba és *magukkal vittek egy leányt, akivel Fuhrmann az este ismerkedett meg.* A barna autó kint állt az udvaron. Elindították és visszahajtottak Rathenowba. A kocsit Klapproth vezette. *A részeg Wilms utközben kijózanodott,* megijedt és megpróbált kiugrani az autóból. Néhány perccel ezután megtörtént az, amit Fuhrmann főhadnagy egy altiszttel való beszélgetés közben elméletileg igy irt körül:

— Ha a kipuffogó nyitva van, akkor *kattog az autó.*

Akkor jön a szokásos lövés a koponya hátsó részébe.

A pisztolyt fölfelé kell tartani, akkor a golyó az agyba megy.

A hullát ,miután egy negyvenkilós sulyt kötöttek rá, a Havelba dobták. Umhofer és Fahlbusch a katonákkal, akiknek hajnalig volt kimenőjük, visszatértek a kaszárnyába. Fahlbuschnak közben még afférje támadt az őrparancsnokkal. Mikor Polsz őrmester Umhofernél a vállakozás eredménye iránt érdeklődött, Fahlbusch kijelentette, hogy Wilmset valahol részegen elhagyták, a fegyverraktárt nem tudták leleplezni, a vállalkozás tul korai volt. Fuhrmann ezzel szemben nem tért vissza Rathenowba. Poser és Sommerfeld, akik a Fürstenhofban háltak, érintetlenül találták Fuhrmann ágyát és üresen szobáját.

Délelőtt jelentette Polsz őrmester Posel hadnagynak, hogy Wilms eltünt. Posel kijelentette, hogy telefonon alarmirozza a csendőrséget. Délben utazott és közölte Schultz főhadnaggyal, hogy Wilms eltünt.

— Jó, jó, már tudjuk — felelte röviden Schultz.

Semmi további intézkedést nem tett.

A legénység Rathenowban még aznap, a gyilkosság napján elosztotta maga között Wilms ruháit és katonai felszerelését.

Öt nap mulva kifogták Wilms holttestét a Havelből. A hivatalos szemle a halál okául egy pisztolylövést állapitott meg. A golyó a jobb halántékon hatolt be és a bal halántékon jött ki a koponyából.

(Holnapi számunkban folytatjuk.)

E. J. Gumbel

Titkos társaságok politikai gyilkosságai Németországban (10)

Copyright by Malik-Berlin
Utánnyomás tilos

A kaszárnyában elterjedt a hire, hogy a kifogott hulla *Wilmsé.* Poser nem intézkedett a személyazonosság megállapitása iránt, de midőn legközelebb Berlinben volt, *jelentést tett a dologról Schultz főhadnagynak.*

Sommerfeld, aki azon a bizonyos napon Poser vendége volt, az ujságban olvasta a hirt, kiszámitotta, hogy melyik napon volt *Rathenowban* és arra az eredményre jutott, hogy a gyilkosság valószinüleg ugyanazon a napon történt. *Fuhrmann* akkori viselkedése gyanakvóvá tette. Ezért a legközelebbi alkalommal, midőn *Fuhrmann meglátogatta őt Berlinben, szóbahozta a dolgot.*

Fuhrmann könnyek között vallotta be, hogy valóban ő rendezte Wilms meggyilkolását annakidején.

Csakis azért jött Rathenowba. Sommerfeld kijelentette Fuhrmannak, hogy nem helyesli a tettet és semmit sem akar többet tudni róla, nehogy lelkiismeretével jusson összeütközésbe. Fuhrmann még *Sommerfeld* feleségének is elmondta a dolgot: az sem akart róla semmit hallani.

Sommerfeld egy idő mulva elmondta Poser hadnagynak, amit Fuhrmanntól hallott. *Poser megrémült és ártatlanságát hangoztatta.* Kijelentette, hogy nem is tudja a részleteket.

Fuhrmann még egy *Röpke* nevü altiszttel is közölte a dolgot.

Négy esztendővel később tárgyalta az ügyet a berlini biróság.

Fuhrmannt, Klapprothot és Umhofert gyilkosság, Schultzot felbujtás miatt halálra itélték. Posert, Stantient és Guzinskit felmentették.

Büschinget nem sikerült megtalálni. Fahlbusch Amerikába menekült, ahonnan azonban a szesztilalmi törvény áthágása miatt kiutasitották és egy német hajóra szállitották. 1929-ben vizsgálati fogságba került.

A huszonöteszendős *Sand* hadnagy Döberitzben szolgált és *könnyükezű költekezése* által tünt fel. Éppen ez a költekezés keverte bele abba a gyanuba, hogy *árulást követett el* 1923 szeptemberében,

valószinüleg Schultz felbujtására, Fahlbusch és Büsching két fejlövéssel megölték.

További részletek nem ismeretesek. A holttestet a gyilkosság után két nappal találták meg. Az eljárás folyamatban van.

Az itélet Schultz főhadnagy szerepéről

Schultz ellen felbujtás miatt emeltek vádat, ő azonban határozottan tagadta bünösségét. Az itélet igy emlékszik meg tevékenységéről:

„Vajjon milyen különös érdekük lett volna Fuhrmannak, Büschingnek, Umhofernek, Klaprothnak és Fahlbuschnak, hogy

megöljenek egy embert, akihez nem volt semmi közük, még ha az árulás gyanuja alatt állt is?

A legkülönbözőbb szolgálati helyeken voltak beosztva, még csak Wilmssel nem is azonos helyeken, nem is ismerték őt és mitsem tudtak ballépéseiről. Nem is lehet feltenni, hogy egy ilyen tarkán vegyes társaság — *főhadnagy, őrmester, altisztek* — egy ilyen közös tervre összeszövetkeznek, már csak azért sem, mert hiányzott közöttük a személyes érintkezési felület. Sokkal valószinübb a következő feltevés: egyetlen akarat fogta össze a tetteseket és keltette fel bennük az elhatározást Wilms meggyilkolására. Ugyanaz az akarat ez, amely már a gyanu alapján Wilms ellen döntött megelőzőleg és most tényleges hatalmát arra használta fel, hogy a különböző tetteseket nagyrészt *elöljáróik tudta nélkül* a cselekvésre kijelölje. És vajjon hol döntöttek Wilms sorsa felett, ha nem abban a központban, ugyanazon a helyen, amely már az esetet megvizsgáltatta, Wilmset Döberitzből Spandauba és onnan megint Rathenowba vitette? A megnevezett helyi parancsnokságok egyike sem jöhet számitásba ebben a tekintetben, mert ők nem — csak a központ helyezhetett át valakit.

De a gyilkos társaság kijelölésével még nem lehetett minden további nélkül végrehajtani a tettet. Még

azt is el kellett rendelni, hogy az áldozatot a tettesek kezére játsszák,

minthogy idegen parancsnokság alatt szolgált. Ezért igen fontos az a telefonbeszélgetés, amely *Posert,* vallomása szerint, arra utasitotta, hogy a kommunista fegyverraktár kiemelésére kiküldött bizottságba Wilmset is ossza be. Kézenfekvő, hogy ugyanaz az akarat, amely Wilms halálát elhatározta és a tetteseket kijelölte, ezt az utolsó feltételt is teljesitette. Mindez parancsoló erővel mutat már arra, hogy *ez az erő a központból származik.* Legelsősorban pedig *Schultz vádlott jön tekintetbe;* ő rendezte az egész dolgot a legkisebb részletekig, ő, akinek kezén a központ minden ügye keresztülment és akit tulajdonképeni vezetőnek lehet tekinteni. Vele szemben senki meg nem merte volna kockáztatni, hogy tudta és akarata nélkül elrendelje egyik emberének meggyilkolását. Senki nem merte volna Schultz tudta nélkül ezt a tettet elrendelni, más mint Schultz tehát nem is jön tekintetbe . . .

De ezektől az általános megfontolásoktól eltekintve, egyenes

bizonyitékok is vannak arra nézve, hogy Schultz bujtott fel a gyilkosságra.

Schultz ugy tesz, mint aki mit sem tud a Wilms-ügyről. Ezt azonban már vádlott társának Stantiennek a vallomása is megcáfolja, aki állhatatosan megmarad amellett, hogy *őt Schultz küldte Döberitzbe mint ügyészt, hogy a Wilms-ügyet megvizsgálja.* Arra nem emlékszik *Stantien,* hogy a jegyzőkönyvet magának Schultznak adta-e át, minthogy azonban mellette dolgozott, minthogy neki szóbeli jelentést tett, minthogy a jegyzőkönyveket az irodavezető megőrizte: fel kell tenni, hogy a vizsgálat eredményéről Schultznak tudomása volt. Az is biztos, hogy Schultznak már előzetesen volt tudomása Wilms dolgairól, az is biztos, hogy kijelentette, *Wilmset egy tiszttel el fogja hozatni.* Ez a tiszt *Stantien* volt, aki nemcsak kihallgatta Schultz parancsára Wilmset, hanem azt a megbizást is kapta, hogy vigye Spandauba. Wilms áthelyezése Spandauból Rathenowba szintén Schultz intézkedésére történt.

Midőn Fuhrmann Rathenowban az autóra vár, Poser és Sommerfeld előtt kijelenti:

— *Nem értem, hol marad az autó, Schultz biztosra igérte.*

Hogyan mondhatna ilyet Fuhrmann, ha Schultznak valóban nem lett volna szándékában az autót a gyilkosokkal elküldeni?

És Fuhrmann kijelentése be is igazolódott. Az autó és vele a gyilkosok valóban megjelennek. Továbbá: Poser hadnagy vallja, hogy *Schultztól telefonon kapta a parancsot, hogy a fegyverraktár lefoglalására vezényelje ki Wilmset:* azt állitja, hogy Schultz vádlott hangját a telefonban határozottan felismerte, állitja, hogy Schultz személyesen jelentkezett a készüléknél ezekkel a szavakkal:

— *Itt Schultz.*

Négy halálos itélet

Schultz vádlott felismerte a veszélyt, amely Poser vallomásában reá nézve rejlik és mindent megkisérelt, hogy megszabaduljon ennek a telefonbeszélgetésnek következményei alól. Már a vizsgálati fogságban igénybe vette *Penschke* lelkész segitségét, hogy Posert eltéritse ettől a vallomásától. Egy kérdőivet akart Poserrel kitöltetni, amelyben Posernek el kellett volna ismernie tévedését ebben a tekintetben. Poser azonban a vizsgálat egész ideje alatt *megmaradt vallomása mellett.* Végül megpróbálta Schultz, hogy *Gutknecht* századost toljamaga helyett előre. Gutknecht azonban előző nap beszélt Rathenowval, igy hát az ő telefonbeszélgetése nem jöhet tekintetbe.

Schultz vádlott ellen szólnak még a következő terhelő körülmények: A tett után Schultz az első, aki tudomást szerez róla, mert midőn Poser délben belép Schultz irodájába, hogy Wilms eltünéséről jelentést tegyen neki, *Schultz már mindent tud.* Vajjon ki értesitette ezalatt a rövid idő alatt? Nincs más lehetőség, minthogy a tettesek, vagy egy részük a leggyorsabban Berlinbe hajtottak Schultzhoz és

jelentést tettek neki a tett végrehajtásáról.

A jelentésre az szolgáltatott okot, hogy *a parancsot Schultztól kapták* és első dolguk is természetesen az volt, hogy a parancs végrehajtásáról őt értesitsék . . .

Klapproth őrmester Schultz bizalmasa volt, előszobájában ült parancsait várva. Mint ők maguk vallják: Klapprothot Schultz mindig bizalmas ügyek elintézésére használta fel. Nos: Klapproth bevallja, hogy néhány héttel előbb résztvett Küstrinben az árulás gyanujába keveredett Gröschke meggyilkolásában, még pedig *mint az autó vezetője.*

Annál a viszonynál fogva, amelyben Klapproth és Schultz voltak, ki van zárva, hogy Schultz erről ne tudott volna semmit,

eltekintve attól, hogy valószinüleg még hivatalos jelentést is kapnia kellett Küstrinből.

Hogy célját elérje, felhasználta központi vezető állását és minden befolyását, hogy alárendeltjeit a tettre reábirja. Ez annyival is könnyebben sikerült neki, minthogy *rendkivül erélyes és határozott ember,* akivel szemben szinte lehetetlen az ellentmondás. Igy sikerült neki a gyilkos társaságot összeállitania és tettre birnia. *Ha tehát Schultz tudott Klapproth részességéről a Gröschke gyilkosságban és elküldte az autóval Rathenowba, vagyis elküldte arra az utra, amelynek célja Wilms meggyilkolása volt, ugy minden kételynek el kell tünnie* a tekintetben, hogy Schultz egyedül, vagy másokkal egyetértésben ezt a gyilkosságot akarta és elrendelte."

Brauer egy disznó kutya, elárult bennünket

Az eredetileg személyesen *Schultz* **által, majd később** *Knüppel* **hadnagy, végül** *Herzer* **őrnagy által vezetett küstrini különitményben szolgált 1923-ban** *Brauer* **Alfréd altiszt. Brauer, aki a háboru utolsó esztendejében lépett be a hadseregbe mint fiatal önkéntes s a harctéren maradt a fegyverszünet megkötéséig,** *nem nagyon jól érezte magát a küstrini Fekete Védőrségnél* **és többször kifejezte azt az óhaját, hogy szeretné, ha elbocsátanák.**

1923 juliusában Brauer *Preusse* őrsvezetőhöz fordult, aki egyben a fegyverraktár őre is volt, azzal a kéréssel, hogy az ő kis csoportjának és saját személyi biztonságának védelmére «kommunista támadások» ellen adjon ki neki néhány pisztolyt. Az őrsvezető erre minden további nélkül hajlandónak mutatkozott. Beszélgetés közben azonban váratlanul meglepte őket *Herzer* őrnagy. *Erre Brauert embereivel együtt a gorgasti erődbe helyezték át az ugynevezett büntető századhoz.*

Augusztus 1-én Brauer *háromnapi szabadságot* kapott, hogy meglátogathassa rokonait Frankfurtban. Azok előtt ugy nyilakozott, hogy most végre *el fogják bocsátani* a szolgálatból. Szabadságának másodnapján azonban sürgönyt kapott, amelyben sürgősen behivták csapattestéhez. Egyenruháját és katonai felszerelését, amelyet elbocsájtása alkalmával be akart szolgáltatni, becsomagolta és *polgári ruhában utazott vissza Küstrinbe.* A kaszárnyaban még meg is érkezett és egész sereg bajtársával beszélt.

Kowalewski soffőr vallomása szerint Küstrinben *Fahlbusch* őrmester várakozott Brauerra és felszólitotta, hogy *igyon vele egyet. Kowalewski* soffőr az utcán találkozott velük. Fahlbusch felszólitotta a soffőrt, hogy

álljon elő az autójával.

Mind a ketten felszálltak, később még két altiszt csatlakozott hozzájuk. Egy kocsmába hajtattak *Säpzig* faluban. Este tiz óra tájban érkeztek meg, jó darabig ittak. *Fahlbusch fizetett.* Kowalewski később kijelentette, hogy meglátszott rajta az alkohol hatása, de nem volt ittas. Midőn Kowalewski italozás közben egy percre elhagyta a kocsmát, Fahlbusch odalépett hozzá és azt mondta neki:

-- Brauer egy disznó kutya, elárult bennünket, azért jön most az ellenőrzőbizottság olyan gyakran Küstrinbe.

Kowalewski, bár semmi rosszat nem hallott eddig Brauerről, *hitt Fahlbuschnak és szidni kezdte Brauert.* Mire Fahlbusch megjegyezte:

— *Brauernak el kell tünni, majd bedobjuk utközben a vizbe.* Már régen célba vettem. Te csak hajts és ne nézz hátra, egyéb dolgod nincs. Ha azt mondom: állj! állj meg, tégy ugy, mintha a motoron babrálnál és vigyázz, hogy nem jön-e valaki.

Kowalewski később azt állitotta, hogy *kezdte magát rosszul érezni,* megijedt. Fahlbusch ezt észrevette és azt mondta neki:

— Ha félsz, akkor nem csináljuk most, hanem majd máskor. *Akkor Klapprothnak kell Berlinből idejönnie.*

Kowalewski ugy érezte, hogy *a dolgon nem lehet változtatni.*

Midőn Kowalewski és Fahlbusch visszatértek a kocsmába, a vendéglős azt ajánlotta, hogy menjenek át autóval a szomszéd faluba, Tschernowba Grunzke vendéglőshöz, aki lányának mennyegzőjét ünnepli. Brauer, Fahlbusch, Kowalewski, az altisztek és a vendéglős egy órakor éjjel valóban át is mentek Tschernowba, gratuláltak Grunzkenak, egy negyed órát töltöttek vendéglőjében és azután megindultak visszafelé. Säpzighe érve, a vendéglős és a két altiszt kiszálltak az autóból, a többiek tovább mentek Küstrin felé. Midőn az autó egy hidhoz érkezett, Kowalewski, a soffőr, emlékezve Fahlbusch szavaira, *lassitott.* Fahlbusch azonban hátbavágta és odakiáltott neki:

— *Gyorsan tovább, emberek jönnek.*

Kowalewski azt állitja, hogy csak akkor fordult vissza és vette észre, hogy

Brauer egészen összerogyva ült az autóban.

Most lett világos előtte, hogy *Brauert* közben *meggyilkolták.* Vagy tiz percnyi sebes robogás után Fahlbusch ujra rákiáltott:

— *Ember, állj meg!*

Kowalewski megállt és elkezdett a kocsin a lámpákkal piszmogni. Fahlbusch kiemelte a holttestet a kocsiból, elvonszolta és odaszólt Kowalewskinek, hogy a dolog eltart most egy darabig, mert *mindent ki kell szednie Brauer zsebeiből,* nehogy személyazonosságát meg lehessen állapitani.

Hosszabb idő mulva Fahlbusch visszatért a kocsihoz és folytatták utjukat Küstrin felé. A kapunál Fahlbusch kiszállt és egy kalapácsot tett be az autó szerszámládájába. Másnap megjelent a garázsban és

megtisztitotta a vérrel befecskendezett kocsit.

Midőn Kowalewski néhány nappal később egy pisztolyt kért Fahlbuschtól, Fahlbusch a következő szavakkal nyujtotta át neki:

— *Ez a Braueré.*

Kowalewski azt állitotta, hogy nem tartotta meg a fegyvert, hanem átadta egy bajtársának.

Schultz szabadlábra kerül

Néhány nappal később megtalálták a hullát egy nagy és mély tócsában. A felső testre egy zsák volt ráhuzva, amelybe nehezékül egy sereg összekötött vasdarabot és nehéz szerszámot dugtak. Kivülről a zsák dróttal volt összekötözve. A halotti szemle megállapitotta, hogy

a szerencsétlent egy éles szerszámmal, valószinüleg kalapáccsal verték agyon.

Brauer nővére kutatni kezdett fivére után. Az adjutáns állandóan vigasztalni próbálta. Midőn azonban mind sürgetőbben kezdett érdeklődni, egy őrmester — valószinüleg Fahlbusch — azt mondta neki az irodában:

— *No csak menjen innen gyorsan, mert aztán még hazaárulás miatt magára is rákerül a sor.*

Kowalewski beismerő vallomást tett. Hatévi fegyházra itélték.

Schultz ellen nem is folyt vizsgálat.

Fahlbusch azonban elfogatása után másképp irta le a dolgot. Vallomása szerint ő Brauert eredetileg nem is ismerte. *Schultz parancsolta neki Berlinben, hogy lépjen érintkezésbe Kowalewskivel és gyilkolja meg Brauert egy éjszakai autókiránduláson.* Ő közölte is ezt a parancsot Kowalewskivel. Kowalewski két nappal a gyilkosság után ugyanazzal az autóval, amelyben a gyilkosság történt, Berlinbe utazott és jelentést tett Schultznak.

Ezzel a vallomásával *Fahlbusch határozott vádat emelt főhadnagya, Schultz ellen.* Erre a mindkettőjük ellen folyó eljárást összekapcsolták a Legner meggyilkolása miatt folyamatban levő eljárással.

Schultz 1929-ben szabadlábra került.

(Vége következik.)

E. J. Gumbel

Titkos társaságok politikai gyilkosságai Németországban (11)

Copyright by Malik-Berlin
Utánnyomás tilos

Az itt következő két gyilkosság: *Beyer* és *Holz* halála szorosan összefügg egymással. A *Holz* ügyben hozott itélet indokolása a következőket mondja:

„Midőn 1923 szeptemberében a küstrini puces összeomlott: Brandenburgban *feloszlatták a Fekete Védőrséget.* A feloszlatás azonban nem vonatkozott a régi legénységre, minthogy a szervezet mértékadó személyei nem akarták a felelősséget azért vállalni, hogy ezeket a régi embereket az utcára dobják, hanem kötelességüknek érezték, hogy valamilyen módon gondoskodjanak további boldogulásukról. Ezért a régi legénységből ugynevezett *munkaalakulatokat* formáltak és ezeket azután elhelyezték. Igy került a Fekete Védőrség régi legénységének egy része *Mecklenburgba*, egy csapat *Klütz* mellett *Oberhofba*...

A szervezetben nagyon szigoru fegyelem uralkodott. Általában az volt a felfogás, hogy

a szervezet ügyeinek elárulása halállal jár.

Nagyon gyakran közölte is ezt az uj legénységgel az a tiszt, aki a szolgálatba felvette őket."

Hogy „helyezték el" Beyer Frigyest

Beyer Frigyes, egy huszonötéves fiatalember, aki már különböző jobboldali alakulatokban szolgált, 1923 decemberében megjelent a schwerini munkaalakulat irodájában, amely egyben irodája volt a Német Nemzeti Szabadságpártnak is. Ott *Panwitz* hadnagyhoz fordult, aki ellen egy gyilkossági ügyből kifolyóan nyomozás folyt s aki most ezért *Borgennek* nevezte magát. Beyer arra kérte, hogy vegye fel a csapatba. Megmutatta irásait is, amelyekben mint a *haditengerészet örmestere* szerepel. Midőn elébe tárták, hogy két és fél évi szolgálat után aligha érhette el ezt a rangfokozatot, bevallotta, hogy *igazolványai hamisak.* Voltak más dolgok is, amelyek meglehetősen homályosnak tüntek a jelenlevő tisztek szemében. Amugy is egy állandó félelemben éltek a kémektől és spicliktől, hamar

megérett hát bennük az elhatározás, hogy a kényelmetlen jövevénytől a szokott módon szabaduljon meg,

Hogy gyanuját fel ne keltsék, *Schöler* és *Witt* főhadnagyok közölték vele, hogy adatait felül fogják vizsgálni, mihelyt azonban a vizsgálat befejeződik: el fogják helyezni, mint lóápolot vagy földmunkást az egyik munkaalakulatnál.

Ezután háromnapos tanácskozás kezdődött, légmentesen elzárt ajtók mögött, klubfotelekben, bőséges alkohol mellett. *Schöler, Panwitz* és *Eckermann* főhadnagy azt javasolták, hogy a tüzérezred tiszti kaszinójában

italozás közben, mérgezett borral tegyék el láb alól Beyert,

a hullát szakszerüen *daraboljék fel* és az egyes részeket dobják bele a közeli tóba. *Stucken* Ottó, a Fekete Védőrség egy tiszthelyettese hevesen tiltakozott ez ellen a «mészárosmunka» ellen. *Franz* hadnagy, egy volt osztrák tiszt, akinek a méregről kellett gondoskodnia, *rideg visszautasitásban részesült az orvos részéről,* akihez fordult. Erre elhatározták, hogy elejtik a tervet és *Beyert agyon fogják lőni.* A feladattal a Fekete Védőrség egy őrmesterét, *Boldtot* bizták meg. A tiszthelyettes átvezette Beyert a kaszárnyába, ahol szigoru őrizet alá helyezték. Két nappal később megjelent Boldt a kaszárnyában s azt mondta Beyernek, hogy *talált állást számára anyjának birtokán.* Másnap mind a ketten elutaztak Schwerinből.

Késő éjjel szálltak le a vonatról Kleinenben és megindultak gyalog az uton az állitólagos birtok felé. Boldt néhány lépéssel előre engedte áldozatát, állitólag azért, mert valami igazitani való akadt a ruháján. Azután

felemelte a pisztolyát, amelyet már egy hosszu darabon lövésre késszen tartott és két fejlövéssel le teritette Beyert.

Másnap reggel Boldt átment egy közeli majorságba és két fiatal rossbachistával, Peterssel és Röderrel, akik ott alkalmazva voltak, közölte a történteket, majd felszólitotta őket, hogy gondoskodjanak ásókról. Azután közösen elföldelték a hullát. Boldt a temetés után kesztyüjét, amelyet a szennyes munkánál használt és amelyet eredetileg el akart dobni, Petersnak ajándékozta.

A gyilkosságot Röder jelentette fel, akit lelkiismerete nem hagyott nyugodni. Az ügyet a biróság a nyilvánosság kizárásával tárgyalta.

Boldtot halálra itélték,

de polgári jogaitól nem fosztották meg. Azután életfogytiglani fegyházra változtatták át az itéletet kegyelemből. [illegible] hat évet kapott, Franz egy évet [illegible] rossbachista hát és négy hónapot, Witt felmentették. Pannwitz szökésben van.

Az 1928-as [illegible] félévre csökkentett [illegible] büntetését

és a mecklenburgi [illegible] kormánykoalíció, amelybe a nemzeti szocialisták csak az amnesztia feltételével léptek be, visszaadta szabadságát.

1929-ben Eckermann főhadnagy is kiszolgáltatta Guatemala, ahová menekült. Felbujtás miatt emeltek ellene vádat. Az itélet szerint azonban csak gondatlanul cselekedett és a gondatlanságból elkövetett emberölés amnesztia alá esett, megszüntették hát ellene az eljárást.

Holz meggyilkolása

A Holz-gyilkosságot nem lehet pontosan és részletesen leirni, mert a biróság ebben az esetben is *a nyilvánosság kizárásával* tartotta meg tárgyalását. A következő sorok tehát csak az itéletnek és indokolásnak egyes részeit idézik, amelyeket *Obuch* képviselő olvasott fel a porosz nemzetgyülés igazságügyi bizottságában:

«Egy bizonyos fölé- és alárendeltségi viszony a Fekete Védőrség feloszlatása után is megmaradt volt tagjai között. Igy például az Oberhofban elhelyezett munkáscsoport, amelyhez *Notzon* és *Kalla* vádlottak is tartoztak, egy *Danzer* nevü vezető alá volt rendelve. Az ő közvetlen fellebbvalója *Litzka* vádlott volt, törzsőrmesteri rangban. Ez viszont *Schöller* vádlottnak volt alárendeltje, aki azelőtt századparancsnoka volt és aki rövid idővel azelőtt a *Rolf* nevet vette fel. *Notzon is hamis nevet használt: Dittlicknek nevezte magát.* Noha a legénység földmunkával foglalkozott, nem lehet eltagadni, hogy

a szervezet feloszlatása után is katonáknak érezték magukat

és hogy ugynevezett fellebbvalóik szavai nyomán azt hitték, hogy egy balszélső radikális erőszakos megmozdulással kell számolni, amelynek megakadályozására ők vannak kiszemelve.

Noha az ugynevezett szolgálati ügyekben valóban meg lehet állapitani azt a bizonyos föl- és alárendeltségi viszonyt és noha a csoportok tagjai még mindig abban a hitben éltek, hogy az engedelmességi és hüségi fogadalom köti őket, másfelől: a vádlottak között, dacára a különböző rangfokozatoknak, *szoros, személyes kapcsok állapithatók meg.* Schöler és Litzka például jó barátságban voltak és tegeződtek. Notzon és Kalla is tegeződtek Litzkával és Notzon egyenesen *bizalmasa volt felettesének, Schölernek.* Mindezek a kapcsok még a felsősziléziai lengyel harcokból származtak, amelyekben a németség ügyéért ki is tüntették magukat. *Wagner,* aki viszont a ruhrvidéki küzdelmekben játszott kiváló szerepet, szintén tagja volt vagy két hétig a Fekete Védőrségnek. Schöler rendeletére Mecklenburgba költözött később és ott talált elhelyezkedést. Nem tartozott a fentebb emlitett törzsszázadokhoz és csak arra kötelezte magát, hogy *rendelkezésre áll kommunista zavargások esetén*". Az itéletnek ebből a részéből tehát kitünik, hogy a katonai szervezet még mindig megvan, ha az embereket munkaalakulatok cimén helyezik is el, mint földmüveseket. A vezetők kezébe letett engedelmességi fogadalom olyan kötelező volt, hogy

a legénység a parancsban kiadott Femebüntetteket is végrehajtotta.

A gyilkosságra kiadott parancsot tanácskozás előzte meg, ami az itélet indokolásának következő részéből derül ki:

«1923 decemberének elején *Boldt* tanu *Schölerrel* és másokkal együtt a Fekete Védőrség irodájában találkozott. Valaki — Boldt tanu szerint Schöler vádlott — bizonyos iratokat mutatott neki, amelyekben kedvezőtlen megállapitások foglaltattak az *Erhardt*-brigádról, amellyel a Fekete Védőrség összeköttetést tartott fenn. Ezek az irások állitólag a *Rossbach*-szövetség egy tisztjétől származtak, még pedig *Holztól.* Holzról azt is közölte Schöler, hogy összekülönbözött bajtársaival s most *át akar lépni hozzájuk a Fekete Védőrségbe.* Az irások tartalma általános megbotránkozást keltett s ebben a megbotránkozásban Schöler is osztozott. A jelenlevők közül valaki felvetette azt az ötletet, hogy

Schöler vegye fel Holzot a Fekete Védőrségbe, azután figyeljék meg, hogy mikként viselkedik.

Schöler beleegyezett ebbe a tervbe.

Délután *Litzka* és *Wagner* összotalálkoztak és átmentek Oberhofba. Itt találkoztak a legénységi szobában *Notzon vádlottal.* Azt, hogy Litzka telefonon értesitette Notzont jövetelükről s ő ezért nem ment ki munkára, azt nem lehetett megállapitani. Azt sem lehetett megállapitani, hogy Kalla vádlott kezdettől fogva velük volt-e; valószinünek látszik, hogy csak később, a beszélgetés során csatlakozott hozzájuk.

Egy azonban bizonyos:

Litzka rögtön valami olyasfélét mondott, hogy Holtzot agyon kellene lőni.

Notzon kérdésére, hogy miért kell ennek megtörténni, Litzka azt felelte: *Holtz az ellenséges szövetség kéme és nagy disznóságokat csinált.*

Drámai tanácskozás a gyilkosok között

Notzon megjegyzésére, hogy semmi közük hozzá, hiszen Holz nem tartozik hozzájuk, Litzka azt felelte: *Holz már tulsokat tud rólunk, agyon kell lőni.* Közben Kalla is bejött, őt is bevonták a tanácskozásba. Litzka ugyanazt mondta neki is, amit Notzonnak.

— De Károly, ez nem olyan könnyü dolog, mint ahogy gondolod. *Ha kiderül, mindnyájunkat megbüntetnek* — voltak Kalla első szavai.

— *Majd akkor azt is elintézzük* — felelte Litzka.

Erre élénk vitába bocsátkoztak a dolog felől. Wagner alig vett részt a beszélgetésben. Notzon is, Kalla is folyton megismételték aggodalmaikat. Litzka viszont kitartott amellett, hogy a dolognak meg kell történnie, *a parancs „föntről" jön,* mondta, és nekik kell megtenniök.

— De miért éppen nekünk? — kérdezte Notzon.

— Mert ti vagytok a legidősebbek a csoportban — felelte Litzka.

Notzon tanácstalanul járt fel és alá a szobában. Midőn közben az ablakhoz lépett, *friss kocsinyomokat* látott kint az uton. Erről eszébe jutott, hogy Schöler rövid idővel azelőtt — aznap reggel — emlékezése szerint elutazott. Abban a reményben, hogy ezen a módon kihuzhatja magát az ügyből, mindenképpen Schöler beleegyezése nélkül semmiképpen sem határozta volna el magát a tettre, beleegyezését viszont távolléte miatt — ugy gondolta — nem igen lehetett megszerezni, igy szólt:

— *Igen, de mit fog hozzá Schöler szólni?*

Litzka igy válaszolt:

A megbizást Schöler adta, Schöler helyesli a tettet. Ő áll mögötte.

A másik kettő még mindig habozott, noha Litzka ujra és ujra határozottan és erélyesen kijelentette:

— Meg kell tennetek.

Végül pisztolyt huzott elő zsebéből, Notzon kezébe nyomta ezekkel a szavakkal:

— *Nos, rajta!*

— Hát jó, akkor hadd legyen meg — felelte erre *Notzon* és még hozzátette: — *Ha ti gyávák vagytok, majd én megteszem.*

Miután igy a végzetes elhatározás megszületett, még megbeszélték az egyes részleteket.

A biróság Notzont, Kallát, Lizkát és Schölert halálra itélte.

Büntetésüket a mecklenburgi minisztérium *életfogytiglani fegyházra változtatta,* [illegible] büntetést azután *hét és félévi börtönre csökkentették,* majd az 1929. évi amnesztia következtében *szabadlábra kerültek.*

Kommunista gyilkosságok

A francia csapatok 1923 elején többek között *Bochum* városát is megszállták, és minden erejükből támogatták a szeparatista mozgalmat. November 4-én a Moltke-téren a francia megszálló csapatok *egy szeparatista gyülést engedélyeztek,* munkanélküli gyülés ürügye alatt.

Ott járkált a gyülésen résztvevő tömeg mögött *Margies* Rudolf gyárimunkás, egy meggyőződéses kommunista, akinek már több összeütközése volt a szeparatistákkal.

Ismerősei előtt, akikkel találkozott, most is hevesen szidta a szeparatistákat. Több oldalról figyelmeztették, hogy tünjön el, mert végezni akarnak vele. Ő azonban

odalépett két porosz rendőrhöz és követelte tőlük, hogy oszlassák fel a gyülést, mert kommunista gyüléseket is feloszlatnak.

A rendőrök kijelentették, hogy a francia megszálló csapatok oltalma alatt álló gyülés ellen a porosz rendőrség nem járhat el. *Margies erre szidni kezdte és gyáváknak nevezte őket.* A két rendőr, aki nem ismerte Margiest, erre figyelni kezdte és más rendőrökhöz fordult felvilágositásért, hogy kicsoda az ember? *Cyron* próbaidős rendőr polgári ruhában szembetalálkozott egy mellékutca sarkán Margiesszel, ahol állitólag ezekkel a szavakkal: *„Megállj, kutya, megdöglesz!",* Margies vallomása szerint olyan mozdulatot tett, mintha fegyvert akart volna használni.

Margies, aki ellenfelét szeparatistának tartotta, megelőzte őt s egyetlen pisztolylövéssel megölte.

A két rendőr futva sietett bajtársa segitségére: Margies ezt a kettőt is megsebesitette.

A biróság *tizenegyévi fegyházra itélte.*

Tschiersch rendőrőrmester halála

A stuttgarti kommunista párt 1923 novemberében egy este gyülésre ült össze. Tüntetést akartak előkésziteni a párt betiltása miatt. Egy meghivó azonban a rendőrség kezébe került és erre *Tschiersch rendőrőrmester utasitást kapott,* hogy a gyülést akadályozza meg és a résztvevőket fogja el. Tschiersch másodmagával a megbeszélt órában elment a gyülésre és minthogy a jelszót tudta, minden további nélkül beengedték.

Az ajtóba érve, mind a ketten előrántották pisztolyaikat, ráfogták a jelenlevőkre azzal, hogy aki megmozdul, lelövik.

Tiz kommunista ülte körül az asztalt. Tschiersch utasitotta társát, hogy a közeli rendőrőrszobáról hozzon segitséget és *egyedül maradt felemelt pisztollyal az ajtóban.* Társa hat perc mulva tért vissza a segitséggel küldött rendőrőrjárattal:

Tschiersch akkor már haldokolva feküdt a földön.

A kommunisták közül négyen sebesültek meg.

*

Ezek a történetek természetesen nem meritik ki a politikai gyilkosságok szinte végnélküli sorozatát, amelyek egész a közelmultig állandó izgalmakat és rettegést okoztak a nagy német birodalomban. Számuk ma még kiszámithatatlanul több volt, de ennyi is elegendő, hogy képet adjon egyrészt arról a lelki durvaságról, cinizmusról és többnyire anyagi természetü elfogultságról, amely inditóokuk volt, másrészt arról, hogy maga a német igazságszolgáltatás is mennyire nem tudott elzárkózni a megtorlás elől a politikai befolyásoktól. S talán ez jellemzi legszomorubban ezeket az időket, melyekben nem csak a bün, hanem a bünhődés is *politika* volt.

Vége.

141 Volkszeitung Heidelberg 30. June 1930

Im Zahlenfriedhof des Strafvollzugs.

Wenn viele tausend Nullen lebendig werden.

Von E. J. Gumbel

130 000 Zahlen beginnen zu reden.

Die „Statistik der Gefängnisse der Justizverwaltung in Preußen“ hat bei den vielen Verteidigern wie bei den Kritikern des Strafvollzugs bisher keine große Beachtung gefunden. Das liegt daran, daß sie in einer vorbildlich unlesbaren Form publiziert wird. 411 Seiten mit 13 Spalten und 25 Zeilen, also über 130 000 Zahlen, davon viele tausend Nullen, stürzen auf den Unglücklichen ein, der sich mit dieser Statistik befassen will. Keine Zeile Text gibt ihm einen Leitfaden zur Erkenntnis. Ohne irgendwelche Verarbeitung und Zusammenfassung wird das gesamte Material veröffentlicht. Der Leser muß ein geschulter Fachstatistiker sein, um die entscheidenden Zahlen finden oder berechnen zu können.

Im folgenden werde ich versuchen, den Inhalt dieses Zahlenfriedhofes lebendig werden zu lassen. Ich beschränkte mich dabei auf die beiden letzten Jahre. Dabei wird es mir weniger auf letzte Genauigkeit als auf die großen Linien ankommen. Infolge der Unvollständigkeit der Statistik mußten dabei einige Schätzungen vorgenommen werden. Die dabei verwandten Methoden können hier nur kurz angedeutet werden. Sie sind in einem längeren Artikel, der im August-Heft der Zeitschrift „Justiz“ erscheinen wird, ausführlich dargestellt.

Eine Großstadt wandert durch die Anstalten.

Im Durchschnitt eines Jahres saßen Tag für Tag in den preußischen Gefängnissen etwa 30 000, in preußischen Zuchthäusern etwa 10 000 Personen. Die durchschnittliche Tagesbelegung der preußischen Anstalten betrug 40 000. Denkt man sich eine Bevölkerung, die nur aus Erwachsenen besteht, so sitzt täglich eine Stadt wie Weimar oder Heilbronn hinter Schloß und Riegel. Die Gesamtzahl derjenigen, die während eines Jahres durch die Anstalten gewandert sind, und eine längere oder kürzere Zeit darin zugebracht haben, beträgt für Preußen etwa 320 000 Mann: die Stadt Dortmund wandert alljährlich durch die Anstalten. Diese Bevölkerung verbringt in einem Jahr 15 Millionen Tage, also einundvierzigtausend Jahre in den Anstalten. Die durchschnittliche Dauer des Aufenthalts für den einzelnen Gefangenen beträgt also etwa 45 Tage.

Für das Reich existiert nur eine Statistik des Gefängniswesens, und zwar für das Jahr 1925. Sie gibt die Zahl der Gefangenen an einem Stichtag. Das Verhältnis dieser Zahl im Reich zu der entsprechenden preußischen beträgt etwa 10 zu 6. Man wird also annehmen können, daß im Reich etwa 530 000 Personen, die Bevölkerung einer Großstadt wie Breslau, jährlich durch die Anstalten wandert, und daß sie etwa 67 000 Jahre im Jahr darin zubringen. Diese Zahlen schwanken natürlich von Jahr zu Jahr je nach der Kriminalität und der Höhe der verhängten Strafen. Aber ihre gewaltige Größe rechtfertigt das Interesse, welches die Oeffentlichkeit dem Strafvollzug zuwendet.

Untersuchungshaft bei den Uebertretungen wäre eine selbstverständliche Minimalforderung. Die hohen Zahlen der schuldlos Inhaftierten und die Länge der von ihnen in Untersuchungshaft verbüßten Zeit zwingen allgemein zur Forderung einer Einschränkung der Untersuchungshaft und einer stärkeren Nachprüfung der hierfür maßgeblichen Gründe.

Warum sitzen 10 000 geistig Minderwertige im Gefängnis?

Im Strafvollzug beschäftigt waren im Reich etwa 15 000 Personen, davon 1200 Pfarrer, nur 800 Aerzte und gar nur 200 Lehrer. Die geringe Zahl der Lehrer und Aerzte ist sehr bedauerlich. So groß man auch die religiösen Bedürfnisse einschätzen mag, so besteht kein Grund dafür, daß in Preußen 10 mal mehr Geistliche als Aerzte etatsmäßig angestellt sind. Ueber die hygienischen Zustände in den Anstalten existieren nur wenige Angaben. Es ist anzunehmen, daß die Mehrzahl der Zellen den stets stinkenden Kübel enthalten. 4 Prozent aller Zellen sind unheizbar, 12 Prozent ohne Licht. Es ist jedoch unbekannt, wieviele dieser Zellen tatsächlich benutzt werden.

Geradezu grotesk sind die Angaben über Tuberkulose. Wie für die vornehmsten Sanatorien, so ziemt es sich auch für die Strafanstalten nicht, daß Insassen an Tuberkulose sterben. In der Tat starben 1926 in Preußen ganze 4 Tuberkulöse, 1927 wörtlich keiner! Dabei stellt die Tuberkulose die typische Gefängniskrankheit dar. Aus solchen völlig unglaubwürdigen Zahlen muß vermutet werden, daß die wegen Tuberkulose Haftentlassenen bereits Todeskandidaten gewesen sind.

Die Zahl der geistig Minderwertigen und die „Zahl der infolge ihrer geistigen Minderwertigkeit für einen geordneten Strafvollzug ungeeigneten Gefangenen“ ist nach der Reichsstatistik nur für die großen Anstalten bekannt. Umgerechnet auf alle Anstalten des Reiches ergibt sich: Angenähert 10 000 geistig Minderwertige waren 1927 in Strafanstalten eingesperrt. Mindestens 2600 davon standen intellektuell so niedrig, daß sie nicht einmal der Ordnung des Strafvollzugs angepaßt werden konnten. Die preußische Statistik weist für 1927 offiziell 689 Geisteskranke auf, die sich in Zuchthäusern und Gefängnissen befanden, davon 18 zu lebenslänglichem Zuchthaus Verurteilte. Gehören solche Leute nicht in eine Irrenanstalt?

Die unsinnigen und deswegen undurchführbaren Hausvorschriften, wie das Sprechverbot, müssen zu Disziplinarstrafen und zu Schikanen der Gefängnisbeamten führen. Die schwerste Disziplinarstr[illegible] verschärfte Arrest, ist gleichzeitig die häufigste. [illegible] ist der leichte Arrest praktisch unbekannt. [illegible] Zustand widerspricht allen pädagogischen [illegible] bezeichnendste Licht auf diese Zu[illegible] die Tatsache, daß unter Benutzung der richtigen statistischen Kriterien die Selbstmorde trotz ihrer technischen Schwierigkeiten in den Anstalten häufiger sind als in der freien Bevölkerung. Hierbei muß insbesondere berücksichtigt werden, daß die freie Bevölkerung ein ganzes Jahr, die Anstaltsbevölkerung nur einen Bruchteil des Jahres nicht unter Beobachtung steht.

Mit ganzen 8 Mk. werden sie entlassen.

Die Arbeit ist gewiß das beste Erziehungsmittel. Aber der Wille zu ihr muß bei den grotesken in den Anstalten gezahlten Löhnen und der grauenhaften Langeweile des Tütenklebens, der typischen Anstaltsarbeit, sehr gering bleiben.

Von den aus der Arbeit der Gefangenen stammenden Einnahmen der Anstalten erhalten die Gefangenen in Preußen etwa ein Viertel. Auf den einzelnen arbeitenden Gefangenen gerechnet, nehmen die Anstalten im Tag etwa 16 Pfennig ein und der Gefangene erhält einen „Lohn“ von 16 Pfennig täglich, während nach den Strafvollzugsgrundsätzen die Löhne für die Gefangenenarbeit den Löhnen der freien Arbeiter nach Möglichkeit angegliedert werden sollen. Noch grotesker sind die Auszahlungen bei der Entlassung, welche 1927 in Preußen im Durchschnitt 7 Mk., im nächsten Jahr 8 Mk. betrugen. Solche Beträge müssen von den Gefangenen als Hohn empfunden werden. Die praktischste Anlage dürfte ein Rausch sein. So steht der Entlassene mittellos auf der Straße. Arbeit kann er nicht finden, er muß zum Verbrechen zurückkehren.

*

Der Vergleich des Jahres 1926 und 1927 zeigt in Preußen bei den meisten Kriterien kleine Verbesserungen. Geht man auf die Zahlen bis 1924 zurück, so erscheint es glaubwürdig, daß es sich hierbei um eine systematische Tendenz handelt. Aber hiervon ist streng zu trennen das Gesamturteil über den Strafvollzug, zu dem solche Ziffern zwingen. [illegible] verbreitete Glaube an die Existenz eines modernen [illegible] wäre unmöglich, wenn die Strafvollzugsstatistik [illegible] wäre. Denn die radikalsten Kritiker des Strafvollzugs [illegible] an seine Realität auch nicht im entferntesten herangekommen!

Die Strafvollzugsgrundsätze von 1923, welche gegenüber den alten Bundesratsbestimmungen von 1897 einen gewissen Fortschritt darstellen, unterscheiden zwischen Einzel-, Zellen-, [illegible] Gemeinschaftshaft. Bei der Einzelhaft wird der Gefangene bei Tag und Nacht unausgesetzt von anderen Gefangenen gesondert gehalten. Dies bedeutet ein absolutes Sprechverbot, das bis zu 3 Jahren ausgedehnt werden kann. Auch bei der Zellenhaft wird der Gefangene Tag und Nacht, insbesondere bei der Arbeit, allein gehalten. Beim Spaziergang, beim Got- [illegible] andere Gefangene wenigstens sehen. Nur die Gemeinschaftshaft gibt dem Gefangenen regelmäßig, insbesondere bei der Arbeit, die Möglichkeit, mit anderen Gefangenen zu sprechen. Leider gibt die Statistik keine Angaben, wieviele der Gefangenen in der unmenschlichen Zellenhaft mit ihrem undurchführbaren Sprechverbot gehalten werden.

Schuldlos in Untersuchungshaft: jährlich 16 000 Menschen.

Auch über die Untersuchungshaft enthält die preußische Statistik keine genügenden Angaben. Jedoch existiert hierüber ein ausgezeichnetes, allerdings nicht veröffentlichtes Material, nämlich die hektographierte „Uebersicht über die bei den Staatsanwaltschaften, bei den Amtsanwaltschaften im Vorverfahren u. bei dem Amtsrichter oder bei dem Jugendgericht im Hauptverfahren in der Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember 1908, 1925 und 1929 beendeten Fällen von Untersuchungshaft auf Grund richterlichen Haftbefehls.“ Als schuldlos wird man alle diejenigen bezeichnen, bei denen das Verfahren, sei es durch die Staatsanwaltschaft, sei es durch das Gericht eingestellt wurde oder in denen Freisprechung erfolgte. Nur die letzte Kategorie sind die „Unschuldigen“. Die Statistik gibt an, wieviele Untersuchungsgefangene nach einer Haft von bis zu 2 Wochen, wieviele nach 2—4 Wochen, wieviele nach 4—12 Wochen und wieviele nach einer Untersuchungshaft von über 3 Monaten entlassen wurden. Nimmt man für jede dieser 4 Kategorien einen bestimmten Durchschnittswert an, so läßt sich leicht abschätzen, wieviele Zeit zu Recht und schuldlos in Untersuchungshaft zugebracht wurde. Diese Zahlen beziehen sich jedoch nur auf Preußen, auf ein halbes Jahr und die in diesem Zeitraum beendeten Fälle von Untersuchungshaft. Umgerechnet auf das Reich, auf also auch die noch nicht beendeten Fälle und auf ein ganzes Jahr kommt man zu dem Schluß: Angenähert 180 000 Personen, eine Stadt beinahe so groß wie Halle wurde 1925 in Untersuchungshaft genommen. 16 000 davon waren schuldlos. Sie haben mindestens 17 000 Jahre in Untersuchungshaft zugebracht, wovon mindestens 1700 Jahre zu Unrecht abgesessen wurden.

Groteskerweise wird die Untersuchungshaft nicht nur bei Verbrechen, sondern auch bei Vergehn, ja sogar bei Uebertretungen verhängt. Wer also „ungebührlicherweise ruhestörenden Lärm erregt“ oder den bekannten „groben Unfug“ verübt, kann unter gewissen, vom Gesetz vorgesehenen Umständen in Untersuchungshaft genommen werden, obwohl die Höchstdauer der Strafe selbst nur 6 Wochen beträgt.

Eine Verantwortung des Beamten, der einen Unschuldigen in Untersuchungshaft brachte, existiert nicht, auch wenn die Begründung noch so leichtfertig war. Für die schuldlos in Untersuchungshaft verbrachte Zeit kann, aber muß nicht, eine Entschädigung gewährt werden. Welche Summen auch bezahlt worden sind — die Höhe ist unbekannt — die schuldlos verbrachte Untersuchungshaft stellt ein nicht wieder gutzumachendes Uebel dar. Denn sie zieht normalerweise die meisten Folgen einer Verurteilung mit sich. Das Uebel der schuldlos verbüßten Untersuchungshaft ist umso größer, je geringer die Strafe ist, welche dem Inhaftierten — und dies zu Unrecht — vorgeworfen wurde. Das schwerste Unrecht stellt also die wegen Uebertretung schuldlos verbrachte Zeit dar. Die Abschaffung der

143

Wenn viele tausend Nullen lebendig werden

Von Dr. E. J. Gumbel,
Dozent für mathematische Statistik an der Universität Heidelberg

W. Z. In den folgenden Zeilen wird zum ersten Mal auf Grund des authentischen Materials der Behörden selbst ein umfassender Angriff gegen die Mißstände und Unsinnigkeiten im heutigen Strafvollzug unternommen. Statt der Gefühlsargumente marschieren hier Ziffern auf — „ins Deutsche übertragen" von einem sachlich unangreifbaren Wissenschaftler.

Es ist zu hoffen, daß sich auch der Verein Deutscher Strafanstaltsbeamter — der jetzt in Kassel tagte — und der nach Stuttgart einberufene Deutsche Reichszusammenschluß für Gerichtshilfe, Gefangenen- und Entlassenenfürsorge für dieses hier erstmalig erschlossene, überaus wichtige Material einmal interessiert.

130 000 Zahlen beginnen zu reden

Die „Statistik der Gefängnisse der Justizverwaltung in Preußen" hat bei den vielen Verteidigern wie bei den Kritikern des Strafvollzugs bisher keine große Beachtung gefunden. Das liegt daran, daß sie in einer vorbildlich unlesbaren Form publiziert wird. 411 Seiten mit 13 Spalten und 25 Zeilen, also über 130 000 Zahlen, davon viele tausend Nullen, stürzen auf den Unglücklichen ein, der sich mit dieser Statistik befassen will. Keine Zeile Text gibt ihm einen Leitfaden zur Erkenntnis. Ohne irgendwelche Verarbeitung und Zusammenfassung wird das gesamte Material veröffentlicht. Der Leser muß ein geschulter Fachstatistiker sein, um die entscheidenden Zahlen finden oder berechnen zu können.

Im folgenden werde ich versuchen, den Inhalt dieses Zahlenfriedhofes lebendig werden zu lassen. Ich beschränke mich dabei auf die beiden letzten Jahre. Dabei wird es mir weniger auf letzte Genauigkeit als auf die großen Linien ankommen. Infolge der Unvollständigkeit der Statistik mußten dabei einige Schätzungen vorgenommen werden. Die dabei verwandten Methoden können hier nur kurz angedeutet werden. Sie sind in einem längeren Artikel, der im August-Heft der Zeitschrift „Justiz" erscheinen wird, ausführlich dargestellt.

Eine Großstadt wandert durch die Anstalten

Im Durchschnitt eines Jahres saßen Tag für Tag in den preußischen Gefängnissen etwa 30 000, in preußischen Zuchthäusern etwa 10 000 Personen. Die durchschnittliche Tagesbelegung der preußischen Anstalten betrug 40 000. Denkt man sich eine Bevölkerung, die nur aus Erwachsenen besteht, so sitzt täglich eine Stadt wie Weimar oder Heilbronn hinter Schloß und Riegel. Die Gesamtzahl derjenigen, die während eines Jahres durch die Anstalten gewandert sind und eine längere oder kürzere Zeit darin zugebracht haben, beträgt für Preußen etwa 320 000 Mann: die Stadt Dortmund wandert alljährlich [illegible] Anstalten. [illegible] Bevölkerung verbringt in [illegible] einundvierzigtausend Jahre [illegible] durchschnittliche Dauer des Aufenthalts für den einzelnen Gefangenen beträgt also etwa 45 Tage.

[illegible] das Reich existiert nur eine [illegible] und zwar für das Jahr 1925. Sie gibt die Zahl [illegible] einem Stichtag. Das Verhältnis dieser Zahl im [illegible] sprechenden preußischen beträgt etwa 10 zu 6. Man [illegible] annehmen können, daß im Reich etwa 530 000 Personen, die Bevölkerung einer Großstadt wie Breslau, jährlich durch die Anstalten wandert, und daß sie etwa 67 000 Jahre im Jahr darin zubringt. Diese Zahlen schwanken natürlich von Jahr zu Jahr je nach der Kriminalität und der Höhe der verhängten Strafen. Aber ihre gewaltige Größe rechtfertigt das Interesse, welches die Oeffentlichkeit dem Strafvollzug zuwendet.

Die Strafvollzugsgrundsätze von 1923, welche gegenüber den alten Bundesratsbestimmungen von 1897 einen gewissen Fortschritt darstellen, unterscheiden zwischen Einzel-, Zellen- und Gemeinschaftshaft. Bei der Einzelhaft wird der Gefangene bei Tag und Nacht unausgesetzt von anderen Gefangenen gesondert gehalten. Dies bedeutet ein absolutes Sprechverbot, das bis zu drei Jahren ausgedehnt werden kann. Auch bei der Zellenhaft wird der Gefangene Tag und Nacht, insbesondere bei der Arbeit, allein gehalten. Beim Spaziergang, beim Gottesdienst und beim Unterricht kann er aber andere Gefangene wenigstens sehen. Nur die Gemeinschaftshaft gibt dem Gefangenen regelmäßig, insbesondere bei der Arbeit, die Möglichkeit, mit anderen Gefangenen zu sprechen. Leider gibt die Statistik keine Angaben, wieviele der Gefangenen in der unmenschlichen Zellenhaft mit ihrem undurchführbaren Sprechverbot gehalten werden.

Schuldlos in Untersuchungshaft: jährlich 16 000 Menschen

Auch über die Untersuchungshaft enthält die preußische Statistik keine genügenden Angaben. Jedoch existiert hierüber ein ausgezeichnetes, allerdings nicht veröffentlichtes Material, nämlich die hektographierte „Uebersicht über die bei den Staatsanwaltschaften, bei den Amtsanwaltschaften im Vorverfahren und beim Amtsrichter oder bei dem Jugendgericht im Hauptverfahren in der Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember 1908, 1925 und 1929 beendeten Fällen von Untersuchungshaft auf Grund richterlichen Haftbefehls." Als schuldlos wird man alle diejenigen bezeichnen, bei denen das Verfahren, sei es durch die Staatsanwaltschaft, sei es durch das Gericht eingestellt wurde oder in denen Freisprechung erfolgte. Nur die letzte Kategorie sind die „Unschuldigen". Die Statistik gibt an, wieviele Untersuchungsgefangene nach einer Haft von bis zu zwei Wochen, wieviele nach zwei bis vier Wochen, wieviele nach vier bis zwölf Wochen und wieviele nach einer Untersuchungshaft von über drei Monaten entlassen wurden. Nimmt man für jede dieser vier Kategorien einen bestimmten Durchschnittswert an, so läßt sich leicht abschätzen, wieviele Zeit zu Recht und schuldlos in Untersuchungshaft zugebracht wurde. Diese Zahlen beziehen sich jedoch nur auf Preußen, auf ein halbes Jahr und die in diesem Zeitraum beendeten Fälle von Untersuchungshaft. Umgerechnet auf das Reich, auf also auch die noch nicht beendeten Fälle und auf ein ganzes Jahr kommt man zu dem Schluß: Angenähert 180 000 Personen, eine Stadt beinahe so groß wie Halle wurde 1925 in Untersuchungshaft genommen. 16 000 davon waren schuldlos. Sie haben mindestens 17 000 Jahre in Untersuchungshaft zugebracht, wovon mindestens 1700 Jahre zu Unrecht abgesessen wurden.

Groteskerweise wird die Untersuchungshaft nicht nur bei Verbrechen, sondern auch bei Vergehen, ja sogar bei Uebertretungen verhängt. Wer also „ungebührlicherweise ruhestörenden Lärm erregt" oder den bekannten „groben Unfug" verübt, kann unter gewissen, vom Gesetz vorgesehenen Umständen in Untersuchungshaft genommen werden, obwohl die Höchstdauer der Strafe selbst nur sechs Wochen beträgt.

Eine Verantwortung des Beamten, der einen Unschuldigen in Untersuchungshaft brachte, existiert nicht, auch wenn die Begründung noch so leichtfertig war. Für die schuldlos in Untersuchungshaft verbrachte Zeit kann, aber muß nicht, eine Entschädigung gewährt werden. Welche Summen auch bezahlt worden sind — die Höhe ist unbekannt —, die schuldlos verbrachte Untersuchungshaft stellt ein nicht wieder gutzumachendes Uebel dar. Denn sie zieht normalerweise die meisten Folgen einer Verurteilung mit sich. Das Uebel der schuldlos verbüßten Untersuchungshaft ist umso größer, je geringer die Straftat ist, welche dem Inhaftierten — und dies zu Unrecht — vorgeworfen wurde. Das schwerste Unrecht stellt also die wegen Uebertretung schuldlos verbrachte Zeit dar. Die Abschaffung der Untersuchungshaft bei den Uebertretungen wäre eine selbstverständliche Minimalforderung. Die hohen Zahlen der schuldlos Inhaftierten und die Länge der von ihnen in Untersuchungshaft verbüßten Zeit zwingen allgemein zur Forderung einer Einschränkung der Untersuchungshaft und einer stärkeren Nachprüfung der hierfür maßgeblichen Gründe.

Warum sitzen 10000 geistig Minderwertige im Gefängnis?

Im Strafvollzug beschäftigt waren im Reich etwa 15 000 Personen, davon 1200 Pfarrer, nur 800 Aerzte und gar nur 200 Lehrer. Die geringe Zahl der Lehrer und Aerzte ist sehr bedauerlich. So groß man auch die religiösen Bedürfnisse einschätzen mag, so besteht kein Grund dafür, daß in Preußen zehnmal mehr Geistliche als Aerzte etatsmäßig angestellt sind. Ueber die hygienischen Zustände in den Anstalten existieren nur wenige Angaben. Es ist anzunehmen, daß die Mehrzahl der Zellen stets stinkenden Kübel enthalten. 4 Prozent aller Zellen sind unheizbar, 32 Prozent ohne Licht. Es ist jedoch unbekannt, wieviele dieser Zellen tatsächlich benutzt werden.

Geradezu grotesk sind die Angaben über Tuberkulose. Wie für die vornehmen Sanatorien, so ziemt es sich auch für die Strafanstalten nicht, daß Insassen an Tuberkulose sterben. In der Tat starben 1926 in Preußen ganze vier Tuberkulöse, 1927 wörtlich keiner! Dabei stellt die Tuberkulose die typische Gefängniskrankheit dar. Aus solchen völlig unglaubwürdigen Zahlen muß vermutet werden, daß die wegen Tuberkulose Haftentlassenen bereits Todeskandidaten gewesen sind.

Die Zahl der geistig Minderwertigen und die „Zahl der infolge ihrer geistigen Minderwertigkeit für einen geordneten Strafvollzug ungeeigneten Gefangenen" ist nach der Reichsstatistik nur für die großen Anstalten bekannt. Umgerechnet auf alle Anstalten des Reichs ergibt sich: Angenähert 10 000 geistig Minderwertige waren 1927 in Strafanstalten eingesperrt. Mindestens 2500 davon standen intellektuell so niedrig, daß sie nicht einmal der Ordnung des Strafvollzugs angepaßt werden konnten. Die preußische Statistik weist für 1927 offiziell 669 Geisteskranke auf, die sich in Zuchthäusern und Gefängnissen befanden, davon 18 zu lebenslänglichem Zuchthaus Verurteilte. Gehören solche Leute nicht in eine Irrenanstalt?

Die unsinnigen und deswegen undurchführbaren Hausvorschriften, wie das Sprechverbot, müssen zu Disziplinarstrafen und zu Schikanen der [illegible] führen. Die schwerste Disziplinarstrafe, [illegible] Arrest, ist gleichzeitig die häufigste [illegible] ist der leichte Arrest [illegible] schauerliche Zustand widerspricht [illegible] bezeichnendes Licht [illegible] diese Zustände [illegible] Beschaffung der richtigen statistischen [illegible] Selbstmorde trotz ihrer technischen Schwierigkeiten in den Anstalten häufiger sind als in der freien Bevölkerung. Hierbei muß insbesondere berücksichtigt werden, daß die freie Bevölkerung ein ganzes Jahr, die Anstaltsbevölkerung nur einen Bruchteil des Jahres nicht unter Beobachtung steht.

Mit ganzen acht Mark werden sie entlassen

Die Arbeit ist gewiß das beste Erziehungsmittel. Aber der Wille zu ihr muß bei den grotesken in den Anstalten gezahlten Löhnen und der grauenhaften Langeweile des Tütenklebens, der typischen Anstaltsarbeit, sehr gering bleiben.

Von den aus der Arbeit der Gefangenen stammenden Einnahmen der Anstalten erhalten die Gefangenen in Preußen etwa ein Viertel. Auf den einzelnen arbeitenden Gefangenen gerechnet, nehmen die Anstalten im Tag etwa 66 Pfennig ein und der Gefangene erhält einen Lohn von 16 Pfennig täglich, während nach den Strafvollzugsgrundsätzen die Löhne für die Gefangenenarbeit den Löhnen der freien Arbeiter nach Möglichkeit angegliedert werden sollen. Noch grotesker sind die Auszahlungen bei der Entlassung, welche 1927 in Preußen im Durchschnitt 7 Mark, im nächsten Jahr 8 Mark betrugen. Solche Beträge müssen von den Gefangenen als Hohn empfunden werden. Die praktischste Anlage dürfte ein Rausch sein. So steht der Entlassene mittellos auf der Straße. Arbeit kann er nicht finden, er muß zum Verbrechen zurückkehren.

Der Vergleich des Jahres 1926 und 1927 zeigt in Preußen bei den meisten Kriterien kleine Verbesserungen. Geht man auf die Zahlen bis 1924 zurück, so erscheint es glaubwürdig, daß es sich hierbei um eine systematische Tendenz handelt. Aber hiervon ist streng zu trennen das Gesamturteil über den Strafvollzug, zu dem solche Ziffern zwingen. Der weit verbreitete Glaube an die Existenz eines modernen Strafvollzugs wäre möglich, wenn die Strafvollzugsstatistik bekannt wäre. Denn die radikalsten Kritiker des Strafvollzugs sind an seine Realität auch nicht im entferntesten herangekommen!

*

Das Justizministerium antwortet

Glossen zum Artikel von Dr. Gumbel

von Oberjustizrat Dr. Dörffler,
Generalreferent für Strafprozeß im preußischen Justizministerium

„Eine Großstadt wandert durch die Anstalten"?

Die durchschnittliche Tagesbelegung, errechnet aus den Jahren 1926 und 1927, betrug in Preußen 36 628. Die Zahl der einsitzenden Gefangenen ist in den letzten Jahren erheblich zurückgegangen. Im Jahre 1929 betrug die durchschnittliche Tagesbelegung 30 059.

Einzelhaft wird praktisch so gut wie gar nicht mehr angewendet, sondern nur noch die mildere Form der sogen. Zellenhaft. Ein Sprechverbot besteht nur während der Freistunde bei den Gefangenen der untersten Stufe.

„Schuldlos in Untersuchungshaft: Jährlich 16 000 Menschen?"

Ob die für das Reichsgebiet errechnete Zahl von 180 000 Untersuchungsgefangenen zutrifft, mag dahingestellt bleiben. In Preußen ist jedenfalls im zweiten Halbjahr 1925 nur gegen 21028 (im ganzen Jahr also gegen 42 056) Personen Untersuchungshaft verhängt worden, und angesichts der hohen Zahl der Verfolgten (im zweiten Halbjahr 1925: 800 518) muß die Zahl der Untersuchungsgefangenen als gering bezeichnet werden. Wie ein Vergleich mit den Jahren 1908 und 1929 ergibt, sind die Fälle, in denen Untersuchungshaft verhängt wird, immer mehr im Abnehmen begriffen. Während noch 1908 jeder 13. Beschuldigte in Haft genommen wurde, entfiel in 1925 auf 38, in 1929 sogar nur auf 51 Beschuldigte ein Untersuchungsgefangener.

Wie lange der einzelne Verhaftete in Untersuchungshaft verbracht hat, ist an Hand der preußischen Uebersicht auf Jahr und Tag nicht zu errechnen. Die Statistik begnügt sich nämlich mit der Ermittelung, ob die Haftzeit des einzelnen Beschuldigten, z. B. bis zu zwei Wochen oder mehr als vier Wochen, aber weniger als drei Monate gedauert hat: die oberste Grenze ist „mehr als drei Monate". Die Angabe, daß im Jahre 1925 mindestens 17 000 Jahre Untersuchungshaft vollstreckt seien, ist daher ebenso willkürlich wie die weitere Behauptung, daß mindestens ein Zehntel dieser Zeit gegen „Schuldlose" verhängt worden sei.

In der Oeffentlichkeit muß ein völlig falscher Eindruck entstehen, wenn in dem Artikel vorgetragen wird, von den 180 000 Verhafteten seien 16 000 schuldlos gewesen. Daß die Zahl der unschuldig Verhafteten nur einen kleinen Bruchteil ausmacht, dafür spricht die Tatsache, daß in Preußen im Jahre 1925 auf Grund eines Gerichtsbeschlusses oder aus Billigkeitsgründen nur an 119 Personen Entschädigungen wegen unschuldig erlittener Untersuchungshaft gezahlt worden sind. Ausweislich der Statistik sind von denjenigen Personen (21 028), die im zweiten Halbjahr 1925 verhaftet wurden, 19 047 verurteilt worden. Die restlichen 1981, gegen die das eingeleitete Verfahren mit Freisprechung oder mit Einstellung geendigt hat, können aber nicht ohne weiteres als schuldlos bezeichnet werden. Wenn diese Beschuldigten einer Straftat nicht überführt worden sind, so folgt daraus noch nicht, daß sie unschuldig waren. Ueberdies sind gerade im zweiten Halbjahr 1925 zahlreiche Verfahren infolge des Gesetzes vom 17. August 1925 über Straffreiheit niedergeschlagen worden.

Wenn angeführt wird, „groteskerweise" werde Untersuchungshaft auch bei Uebertretungen verhängt, so ist dem entgegenzuhalten, daß kein Grund besteht, z. B. heimatlose Bettler und Landstreicher, deren Treiben rechtlich eine Uebertretung darstellt, nicht in Untersuchungshaft zu nehmen. Es wird Herrn Gumbel nicht möglich sein, einen Fall nachzuweisen, in dem jemand lediglich wegen „groben Unfugs" oder „ruhestörenden Lärms" in Untersuchungshaft genommen worden ist. Den erfreulichen Rückgang der Fälle von Untersuchungshaft hat die preußische Justizverwaltung seit Jahren durch eine Reihe von Verwaltungsmaßnahmen tatkräftig gefördert.

„Warum sitzen 10 000 geistig Minderwertige im Gefängnis?"

Die Justizverwaltung ist seit Jahren bemüht, die ärztlichen Planstellen zu vermehren. Im Jahre 1929 war das Verhältnis der Pfarrerstellen zu den planmäßigen Arztstellen 77:17. Nach den Beschlüssen des Landtags von diesem Jahre ist eine Erhöhung der Zahl der planmäßigen Aerzte auf 23 vorgesehen.

Die Tuberkulose stellt nicht die „typische Gefängniskrankheit" dar. Sie tritt in den Gefängnissen in der gleichen anatomischen und klinischen Form auf wie in der freien Bevölkerung. Die Bekämpfungsmaßnahmen im Strafvollzug sind richtig und haben es infolge der in neuerer Zeit durchgeführten rationelleren Verpflegung, der Aufbesserung der Ernährung und der Bestrebungen nach Besserung der allgemeinen hygienischen Verhältnisse in den Gefangenenanstalten dahin gebracht, daß die Tuberkulose in den [illegible] anstalten nicht mehr die frühere Bedeutung hat.

Heute gibt es Spezialstationen, in denen tuberkulös erkrankte Gefangene unter der Behandlung eines Facharztes der [illegible] entgegengeführt werden. Sämtliche Mittel der modernen [illegible] fürsorge (Röntgenapparat, Höhensonne, Liegehallen, [illegible] usw.) stehen zur Verfügung, und die Verpflegung der [illegible] steht derjenigen in allgemeinen Lungenheilstätten in keiner [illegible] nach.

Die geistig Minderwertigen (Psychopathen) sind vielfach [illegible] tuell durchaus nicht niedrigstehend, können aber trotzdem in [illegible] psychotische Störungen verfallen. Echte Geisteskranke werden in jedem Falle einer öffentlichen Irrenanstalt zugeführt.

Psychopathen mit haftpsychotischen Reaktionen (meist rasch vorübergehend) werden in den einzelnen Anstalten oder in den verschiedenen Anstalten angegliederten Irren-(Beobachtungs-)Abteilungen von Fachärzten behandelt.

Die Zahl der Disziplinarstrafen ist nicht besonders hoch, wenn man berücksichtigt, mit welch schwierigen Personen der Strafvollzug es vielfach zu tun hat. Nach der Statistik für 1927 haben nur weniger als 3 v. H. aller Gefangenen eine Hausstrafe erlitten. Die Zahl der Hausstrafen geht überdies durch den Strafvollzug in Stufen nachweislich ständig zurück.

Die Selbstmorde betrugen in der freien Bevölkerung auf 100 000 im Jahre 1927: 0,27 v. H., in den Gefangenenanstalten: 0,18 v. H. Es ist demnach nicht richtig, daß die Selbstmorde in den Anstalten häufiger sind als in der freien Bevölkerung.

„Mit ganzen 8,00 Mark werden sie entlassen?"

Bei der Höhe der an Entlassene gewährten Unterstützungen ist zu beachten, daß diese Unterstützungen nur den Zweck haben, den Entlassenen in der allerersten Zeit nach der Entlassung vor Not zu schützen, daß aber die weiteren Unterstützungen den Wohlfahrtsämtern obliegen und auch von diesen durchgeführt werden.

*

Der Artikel von Dr. Gumbel und die Erwiderung von Dr. Dörffler führt nur scheinbar zu verschiedenen Resultaten. Denn Gumbel führt Schätzungen durch, wo Dörffler die Existenz exakter Angaben vermeint. Ferner stützt sich Gumbel auf die letzten veröffentlichten Zahlen von 1926 und 1927, während Dörffler die noch nicht veröffentlichten Zahlen von 1929 anführt. W. Z.

8/145 Tilsiter Allg. Zeitg. 2/VII.30

Im Zahlenfriedhof des Strafvollzugs

2/VII. 1930.

Wenn viele tausend Nullen lebendig werden

Von Dr. E. J. Gumbel

Dozent für mathematische Statistik an der Universität Heidelberg

W. Z. In den folgenden Zeilen wird zum ersten Male auf Grund des authentischen Materials der Behörden selbst ein umfassender Angriff gegen die Missstände und Unsinnigkeiten im heutigen Strafvollzug unternommen. Statt der Gefühlsargumente marschieren hier Ziffern auf — „ins Deutsche übertragen" von einem sachlich unangreifbaren Wissenschaftler.

Es ist zu hoffen, dass sich auch der Verein Deutscher Strafanstaltsbeamter — der kürzlich in Kassel tagte — und der Deutsche Reichszusammenschluss für Gerichtshilfe, Gefangenen- und Entlassenenfürsorge für dieses hier erstmalig erschlossene, überaus wichtige Material einmal interessiert.

130000 Zahlen beginnen zu reden

Die „Statistik der Gefängnisse der Justizverwaltung in Preußen" hat bei den vielen Verteidigern wie bei den Kritikern des Strafvollzugs bisher keine große Beachtung gefunden. Das liegt daran, daß sie in einer vorbildlich unlesbaren Form publiziert wird. 411 Seiten mit 13 Spalten und 25 Zeilen, also über 130 000 Zahlen, davon viele tausend Nullen, stürzen auf den Unglücklichen ein, der sich mit dieser Statistik befassen will. Keine Zeile Text gibt ihm einen Leitfaden zur Erkenntnis. Ohne irgendwelche Verarbeitung und Zusammenfassung wird das gesamte Material veröffentlicht. Der Leser muß ein geschulter Fachstatistiker sein, um die entscheidenden Zahlen finden oder berechnen zu können.

Im folgenden werde ich versuchen, den Inhalt dieses Zahlenfriedhofes lebendig werden zu lassen. Ich beschränke mich dabei auf die beiden letzten Jahre. Dabei wird es mir weniger auf letzte Genauigkeit als auf die großen Linien ankommen. Infolge der Unvollständigkeit der Statistik mußten dabei einige Schätzungen vorgenommen werden. Die dabei verwandten Methoden können hier nur kurz angedeutet werden. Sie sind in einem längeren Artikel, der im Augustheft der Zeitschrift „Justiz" erscheinen wird, ausführlich dargestellt.

Eine Großstadt wandert durch die Anstalten

Im Durchschnitt eines Jahres saßen Tag für Tag in den preußischen Gefängnissen etwa 30 000, in preußischen Zuchthäusern etwa 10 000 Personen. Die durchschnittliche Tagesbelegung der preußischen Anstalten betrug 40 000. Denkt man sich eine Bevölkerung, die nur aus Erwachsenen besteht, so sitzt täglich eine Stadt wie Weimar oder Heilbronn hinter Schloß und Riegel. Die Gesamtzahl derjenigen, die während eines Jahres durch die Anstalten gewandert sind und eine längere oder kürzere Zeit darin zugebracht haben, beträgt für Preußen etwa 320 000 Mann: die Stadt Dortmund wandert alljährlich durch die Anstalten. Diese Bevölkerung verbringt in einem Jahr 15 Millionen Tage, also einundvierzigtausend Jahre in den Anstalten. Die durchschnittliche Dauer des Aufenthaltes für den einzelnen Gefangenen beträgt also etwa 45 Tage.

Für das Reich existiert nur eine Statistik des Gefängniswesens, und zwar für das Jahr 1925. Sie gibt die Zahl der Gefangenen an einem Stichtag. Das Verhältnis dieser Zahl im Reich zu der entsprechenden preußischen beträgt etwa 10 zu 6. Man wird also annehmen können, daß im Reich etwa 530 000 Personen, die Bevölkerung einer Großstadt wie Breslau, jährlich durch die Anstalten wandert und daß sie etwa 67 000 Jahre im Jahr darin zubringen. Diese Zahlen schwanken natürlich von Jahr zu Jahr je nach der Kriminalität und der Höhe der verhängten Strafen. Aber ihre gewaltige Größe rechtfertigt das Interesse, welches die Oeffentlichkeit dem Strafvollzug zuwendet.

Die Strafvollzugsgrundsätze von 1923, welche gegenüber den alten Bundesratsbestimmungen von 1897 einen gewissen Fortschritt darstellen, unterscheiden zwischen Einzel-, Zellen- und Gemeinschaftshaft. Bei der Einzelhaft wird der Gefangene bei Tag und Nacht unausgesetzt von anderen Gefangenen gesondert gehalten. Dies bedeutet ein absolutes Sprechverbot, das bis zu 3 Jahren ausgedehnt werden kann. Auch bei der Zellenhaft wird der Gefangene Tag und Nacht, insbesondere bei der Arbeit, allein gehalten. Beim Spaziergang, beim Gottesdienst und beim Unterricht kann er aber andere Gefangene wenigstens sehen. Nur die Gemeinschaftshaft gibt dem Gefangenen regelmäßig, insbesondere bei der Arbeit, die Möglichkeit, mit anderen Gefangenen zu sprechen. Leider gibt die Statistik keine Angaben, wieviele der Gefangenen in der unmenschlichen Zellenhaft mit ihrem undurchführbaren Sprechverbot gehalten werden.

Schuldlos in Untersuchungshaft: jährlich 16000 Menschen

Auch über die Untersuchungshaft enthält die preußische Statistik keine genügenden Angaben. Jedoch existiert hierüber ein ausgezeichnetes, allerdings nicht veröffentlichtes Material, nämlich die hektographierte „Uebersicht über die bei den Staatsanwaltschaften, bei den Amtsanwaltschaften im Vorverfahren und bei dem Amtsrichter oder dem Jugendgericht im Hauptverfahren in der Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember 1908, 1925 und 1929 beendeten Fällen von Untersuchungshaft auf Grund richterlichen Haftbefehls". Als schuldlos wird man alle diejenigen bezeichnen, bei denen das Verfahren, sei es durch die Staatsanwaltschaft, sei es durch das Gericht eingestellt wurde oder in denen Freisprechung erfolgte. Nur die letzte Kategorie sind die „Unschuldigen". Die Statistik gibt an, wieviele Untersuchungsgefangene nach einer Haft von bis zu zwei Wochen, wieviele nach zwei bis vier Wochen, wieviele nach vier bis zwölf Wochen und wieviele nach einer Untersuchungshaft von über drei Monaten entlassen wurden. Nimmt man für jede dieser vier Kategorien einen bestimmten Durchschnittswert an, so läßt sich leicht abschätzen, wieviele Zeit zu Recht und schuldlos in Untersuchungshaft zugebracht wurde. Diese Zahlen beziehen sich jedoch nur auf Preußen, auf ein halbes Jahr und die in diesem Zeitraum beendeten Fälle von Untersuchungshaft. Umgerechnet auf das Reich, auf also auch die noch nicht beendeten Fälle und auf ein ganzes Jahr kommt man zu dem Schluß: Angenähert 180 000 Personen, eine Stadt beinahe so groß wie Halle wurde 1925 in Untersuchungshaft genommen. 16 000 davon waren schuldlos. Sie haben mindestens 17 000 Jahre in Untersuchungshaft zugebracht, wovon mindestens 1700 Jahre zu Unrecht abgesessen wurden.

Grotesterweise wird die Untersuchungshaft nicht nur bei Verbrechen, sondern auch bei Vergehen, ja sogar bei Uebertretungen verhängt. Wer also „ungebührlicherweise ruhestörenden Lärm erregt" oder den bekannten „groben Unfug" verübt, kann unter gewissen, vom Gesetz vorgesehenen Umständen in Untersuchungshaft genommen werden, obwohl die Höchstdauer der Strafe selbst nur sechs Wochen beträgt.

Eine Verantwortung des Beamten, der einen Unschuldigen in Untersuchungshaft brachte, existiert nicht, auch wenn die Begründung [illegible] war. Für die schuldlos in Untersuchungshaft verbrachte Zeit kann, aber muß nicht, eine Entschädigung gewährt werden. Welche Summen auch bezahlt worden sind — die Höhe ist unbekannt — die schuldlos verbrachte Untersuchungshaft stellt ein nicht wieder gutzumachendes Uebel dar. Denn sie zieht normalerweise die meisten Folgen einer Verurteilung mit sich. Das Uebel der schuldlos verbüßten Untersuchungshaft ist um so größer, je geringer die Straftat ist, welche dem Inhaftierten — und dies zu Unrecht — vorgeworfen wurde. Das schwerste Unrecht stellt also die wegen Uebertretung schuldlos verbrachte Zeit dar. Die Abschaffung der Untersuchungshaft bei den Uebertretungen wäre eine selbstverständliche Minimalforderung. Die hohen Zahlen der schuldlos Inhaftierten und die Länge der von ihnen in Untersuchungshaft verbüßten Zeit zwingen allgemein zur Forderung einer Einschränkung der Untersuchungshaft und einer stärkeren Nachprüfung der hierfür maßgeblichen Gründe.

Warum sitzen 10000 geistig Minderwertige im Gefängnis?

Im Strafvollzug beschäftigt waren im Reich etwa 15 000 Personen, davon 1200 Pfarrer, nur 800 Aerzte und gar nur 200 Lehrer. Die geringe Zahl der Lehrer und Aerzte ist sehr bedauerlich. So groß man auch die religiösen Bedürfnisse einschätzen mag, so besteht kein Grund dafür, daß in Preußen 10 mal mehr Geistliche als Aerzte etatsmäßig angestellt sind. Ueber die hygienischen Zustände in den Anstalten existieren nur wenige Angaben. Es ist anzunehmen, daß die Mehrzahl der Zellen den stets stinkenden Kübel enthalten. 4 Prozent aller Zellen sind unheizbar, 32 Prozent ohne Licht. Es ist jedoch unbekannt, wieviele dieser Zellen tatsächlich benutzt werden.

Geradezu grotesk sind die Angaben über Tuberkulose. Wie für die vornehmen Sanatorien, so ziemt es sich auch für die Strafanstalten nicht, daß Insassen an Tuberkulose sterben. In der Tat starben 1926 in Preußen ganze 4 Tuberkulöse, 1927 wörtlich keiner! Dabei stellt die Tuberkulose die typische Gefängniskrankheit dar. Aus solchen völlig unglaubwürdigen Zahlen muß vermutet werden, daß die wegen Tuberkulose Haftentlassenen bereits Todeskandidaten gewesen sind.

Die Zahl der geistig Minderwertigen und die „Zahl der infolge ihrer geistigen Minderwertigkeit für einen geordneten Strafvollzug ungeeigneten Gefangenen" ist nach der Reichsstatistik nur für die großen Anstalten bekannt. Umgerechnet auf alle Anstalten des Reichs ergibt sich: Angenähert 10 000 geistig Minderwertige waren 1927 in Strafanstalten eingesperrt. Mindestens 2500 davon standen intellektuell so niedrig, daß sie nicht einmal der Ordnung des Strafvollzuges angepaßt werden konnten. Die preußische Statistik weist für 1927 offiziell 669 Geisteskranke auf, die sich in Zuchthäusern und Gefängnissen befanden, davon 18 zu lebenslänglichem Zuchthaus Verurteilte. Gehören solche Leute nicht in eine Irrenanstalt?

Die unsinnigen und deswegen undurchführbaren Hausvorschriften, wie das Sprechverbot, müssen zu Disziplinarstrafen und zu Schikanen der Gefängnisbeamten führen. Die schwerste Disziplinarstrafe, der verschärfte Arrest, ist gleichzeitig die häufigste. In den Zuchthäusern ist der leichte Arrest praktisch unbekannt. Dieser schauerliche Zustand widerspricht allen pädagogischen Anforderungen. Das bezeichnendste Licht auf diese Zustände aber wirft die Tatsache, daß unter Benutzung der richtigen statistischen Kriterien die Selbstmorde trotz ihrer technischen Schwierigkeiten in den Anstalten häufiger sind als in der freien Bevölkerung. Hierbei muß insbesondere berücksichtigt werden, daß die freie Bevölkerung ein ganzes Jahr, die Anstaltsbevölkerung nur einen Bruchteil des Jahres nicht unter Beobachtung steht.

Mit ganzen 8.— Mark werden sie entlassen

Die Arbeit ist gewiß das beste Erziehungsmittel. Aber der Wille zu ihr muß bei den grotesken in den Anstalten gezahlten Löhnen und der grauenhaften Langeweile des Tütenklebens, der typischen Anstaltsarbeit, sehr gering bleiben.

Von den aus der Arbeit der Gefangenen stammenden Einnahmen der Anstalten erhalten die Gefangenen in Preußen etwa ein Viertel. Auf den einzelnen arbeitenden Gefangenen gerechnet, nehmen die Anstalten im Tag etwa 66 Pfennig ein und der Gefangene erhält einen „Lohn" von 16 Pfennig täglich, während nach den Strafvollzugsgrundsätzen die Löhne für die Gefangenenarbeit den Löhnen der freien Arbeiter nach Möglichkeit angegliedert werden sollen. Noch grotesker sind die Auszahlungen bei der Entlassung, welche 1927 in Preußen im Durchschnitt 7 Mark, im nächsten Jahr 8 Mark betrugen. Solche Beträge müssen von den Gefangenen als Hohn empfunden werden. Die praktischste Anlage dürfte ein Rausch sein. So steht der Entlassene mittellos auf der Straße. Arbeit kann er nicht finden, er muß zum Verbrechen zurückkehren.

Der Vergleich des Jahres 1926 und 1927 zeigt in Preußen bei den meisten Kriterien kleine Verbesserungen. Geht man auf die Zahlen bis 1924 zurück, so erscheint es glaubwürdig, daß es sich hierbei um eine systematische Tendenz handelt. Aber hiervon ist streng zu trennen das Gesamturteil über den Strafvollzug, zu dem solche Ziffern zwingen. Der weit verbreitete Glaube an die Existenz eines modernen Strafvollzuges wäre unmöglich, wenn die Strafvollzugsstatistik bekannt wäre. Denn die radikalsten Kritiker des Strafvollzuges sind an seine Realität auch nicht im entferntesten herangekommen!

*

Wir werden demnächst eine aus dem preußischen Justizministerium kommende Aeußerung zu diesen Ausführungen Gumbels veröffentlichen.

Die Haremssklavin als Staatspräsidentin

Helden und Märtyrer der Frauenbewegung im Osten.

Die junge hübsche Frau Abidowa steht heute als Vizepräsidentin an der Spitze der Sowjetrepublik Usbekistan und hat in dieser Eigenschaft gelegentlich der Eröffnung der „Turksib", der Bahn Turkestan-Sibirien, in Samarkand die Vertreter der Presse empfangen. Die Geschichte ihres Lebens spiegelt deutlich den erbitterten Kampf wider, den die Frauen Asiens führen mußten, um sich von der Tyrannei des Mannes zu befreien. Einige Jahre vor der Revolution war das zwölfjährige Mädchen, das in einem armseligen mohammedanischen Haus aufgewachsen war, als Ehefrau an einen Mann verkauft worden, der fünfmal so alt war wie sie selbst. Als vierte Frau hatte sie den Harem des Bei betreten. Zwei volle Jahre ertrug sie diese Sklaverei; dann aber entfloh sie nach Taschkent, obwohl sie sich klar darüber sein mußte, daß sie, wenn sie wieder eingefangen würde, ein martervoller Tod von der Hand ihres Mannes oder ihrer eigenen Angehörigen erwarte. Mehrere Jahre irrte die Ausgestoßene, dem Verhungern nahe, im Lande umher. Allen Widrigkeiten zum Trotz fand sie in dieser Zeit noch Gelegenheit, lesen und schreiben zu lernen. Dann kam die Revolution, mit der ihr Stern aufging. Die ungewöhnliche Rednergabe der Abidowa, ihr Mut und ihre Klugheit verschafften ihr bald eine führende Stellung in der kommunistischen Partei. Mit ihrem Bubikopf und ihrer schmucken Uniform vertritt heute die Dreißigjährige die neue Frau in einem Lande, in dem ihre Schwestern bisher nicht viel mehr als Lasttiere waren.

Die Geschichte dieser Abidowa, die von der Haremssklavin zur Vizepräsidentin aufstieg, bildet aber keineswegs einen Ausnahmefall. Zehntausende von Frauen haben den Weg aus der Sklaverei in die Freiheit und in das politische Leben gefunden. Sie stehen im Dienste der Sowjets und der Propaganda für die Frauenemanzipation. Die Frauenbewegung und die Kämpfe um das Stimmrecht, wie sie sich in Europa abgespielt haben, sind im Vergleich mit dem furchtbaren Kampf, den die Frauen in Asien zu führen hatten, geradezu ein Kinderspiel. Tod und Marter sind noch heute das Los der Frauen, die ihr Recht fordern. Die junge Agitatorin, die in die Dörfer zieht, um den Bäuerinnen das neue Evangelium zu predigen, hat geringe Aussicht, lebendig nach Hause zu kommen. Oft genug erhalten die Behörden in den Städten einen Sack, der die zerstückelte Leiche eines Opfers enthält. Erst kürzlich erhielt eine Behörde einen solchen Sack, auf dem mit Blut geschrieben stand: „Da habt Ihr die Freiheit der Weiber." Die Regierung steht mit ihrem ganzen Einfluß hinter den Frauen. Gesetzlich ist die Frau dem Mann völlig gleich; die Heirat durch Kauf sowie die Kinderehe sind streng verboten. Frauen, die sich weigern, den Schleier abzulegen, sind schon oft genug als „Feinde der Sowjets" erschossen worden. Aber in den abgelegenen Bezirken Asiens ist die Tradition doch stärker als das Gesetz. Im Jahre 1924 zählte man in Samarkand nicht mehr als ein Dutzend unverschleierter Frauen. Heute ist es freilich schon die Hälfte der weiblichen Bevölkerung, die auf den Schleier verzichtet. „Im Klubhaus der „Frauen des Ostens", des größten Frauenklubs in Taschkent," schreibt ein englischer Berichterstatter, „wohnte ich kürzlich einer Verhandlung bei, die erkennen ließ, mit welcher Erbitterung in diesem Lande gekämpft wird. Ein sechsundachtzigjähriger Bei namens Maulen-Bek hatte sich unter der Anklage des Mordes, begangen an einem kommunistischen Mädchen namens Fatima Sadikowa, zu verantworten. Drei jüngere Männer saßen neben ihm auf der Anklagebank. Maulen-Bek übte, unbekümmert um die Wandlung der Dinge, über sein Dorf unbeschränkte Herrschaft aus. Schon mehrere Jahre vorher war sein Sohn und Erbe wegen Ermordung eines Bauernmädchens erschossen worden. Aber dieses Beispiel hatte sich der alte Bei nicht zur Lehre dienen lassen. Fatima Sadikowa war aus der Stadt in das Dorf gekommen, um unter den Bäuerinnen für die Befreiung der Frau zu wirken. Sie sprach mit solchem Feuer, daß mehrere Frauen unverzüglich ihre Schleier zerrissen. Am nächsten Tage fand man die Leiche Fatimas, die in grausamer Weise abgeschlachtet worden war. Die Mörder wurden bald ermittelt und verhaftet. Sie gestanden, von Maulen-Bek 2000 Rubel und den Auftrag erhalten zu haben, das Mädchen umzubringen. Jetzt stehen die vier vor einem Gericht, das aus Frauen gebildet ist. Wenn der Anstifter des Mordes der Todesstrafe entgeht, so hat er das nur seinem hohen Alter zu danken."

die Sonntags Zeitung Stuttg. 20/VII.30

11. Jahrgang, Nr. 29

eitung

Ein Za lenfriedhof

Von E. J. Gumbel

Die „Statistik der Gefängnisse der Justizverwaltung in Preußen" hat bis jetzt keine große Beachtung gefunden. Das liegt daran, daß sie in einer vorbildlich unlesbaren Form publiziert ist. 411 Seiten mit 13 Spalten und 25 Zeilen, also über 130 000 Zahlen, davon viele tausend Nullen, stürzen auf den Unglückliche ein, der sich mit dieser Statistik befassen will. Keine Zeile Text gibt ihm einen Leitfaden zur Erkenntnis. Ohne irgendwelche Verarbeitung und Zusammenfassung wird das gesamte Material veröffentlicht. Der Leser muß ein geschulter Fachstatistiker sein, um die entscheidenden Zahlen finden oder berechnen zu können. Ich will deshalb versuchen, den Inhalt dieses Zahlenfriedhofes lebendig werden zu lassen.

Eine Großstadt in den Anstalten

Im Durchschnitt eines Jahres saßen Tag für Tag in den preußischen Gefängnissen etwa 30 000, in preußischen Zuchthäusern etwa 10 000 Personen. Die durchschnittliche Tagesbelegung der preußischen Anstalten betrug 40 000. Denkt man sich eine Bevölkerung, die nur aus Erwachsenen besteht, so sitzt täglich eine Stadt wie Weimar oder Heilbronn hinter Schloß und Riegel. Die Gesamtzahl derjenigen, die während eines Jahres durch die Anstalten gewandert sind und eine längere oder kürzere Zeit darin zugebracht haben, beträgt für Preußen etwa 320 000 Mann: die Stadt Dortmund wandert alljährlich durch die Anstalten.

Man wird annehmen können, daß im Reich etwa 530 000 Personen, die Bevölkerung einer Großstadt wie Breslau, jährlich durch die Anstalten wandert.

Die Strafvollzugsgrundsätze von 1923, welche gegenüber den alten Bundesratsbestimmungen von 1897 einen gewissen Fortschritt darstellen, unterscheiden zwischen Einzel-, Zellen- und Gemeinschaftshaft. Bei der Einzelhaft wird der Gefangene bei Tag und Nacht unausgesetzt von anderen Gefangenen gesondert gehalten. Dies bedeutet ein absolutes Sprechverbot, das bis zu drei Jahren ausgedehnt werden kann. Auch bei der Zellenhaft wird der Gefangene Tag und Nacht, insbesondere bei der Arbeit, allein gehalten. Beim Spaziergang, beim Gottesdienst und beim Unterricht kann er aber andere Gefangene wenigstens sehen. Nur die Gemeinschaftshaft gibt dem Gefangenen regelmäßig, insbesondere bei der Arbeit, die Möglichkeit, mit anderen Gefangenen zu sprechen. Leider gibt die Statistik keine Angaben, wieviele der Gefangenen in der unmenschlichen Zellenhaft mit ihrem undurchführbaren Sprechverbot gehalten werden.

Schuldlos in Untersuchungshaft

Über die Untersuchungshaft enthält die preussische Statistik keine genügenden Angaben. Jedoch existiert hierüber ein ausgezeichnetes, allerdings nicht veröffentlichtes Material, nämlich die hektografierte „Übersicht über die bei den Staatsanwaltschaften, bei den Amtsanwaltschaften im Vorverfahren und bei dem Amtsrichter oder bei dem Jugendgericht im Hauptverfahren in der Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember 1908, 1925 und 1929 beendeten Fällen von Untersuchungshaft auf Grund richterlichen Haftbefehls". Als schuldlos wird man alle diejenigen bezeichnen, bei denen das Verfahren, sei es durch die Staatsanwaltschaft, sei es durch das Gericht, eingestellt wurde oder in denen Freisprechung erfolgte. Rechnet man die Zahlen dieser Statistik auf das Reich und auf ein Jahr um, so kommt man zu dem Ergebnis: annähernd 180 000 Personen, eine Stadt beinahe so groß wie Halle, sind 1925 in Untersuchungshaft genommen worden; 16 000 davon waren schuldlos.

Eine Verantwortung des Beamten, der einen Unschuldigen in Untersuchungshaft brachte, existiert nicht, auch wenn die Begründung noch so leichtfertig war. Für die schuldlos in Untersuchungshaft verbrachte Zeit kann, aber muß nicht, eine Entschädigung gewährt werden. Welche Summen auch bezahlt worden sind (die Höhe ist unbekannt) — die schuldlos verbrachte Untersuchungshaft stellt ein nicht wieder gutzumachendes Übel dar. Denn sie zieht normalerweise die gleichen Folgen wie eine Verurteilung nach sich. Die hohen Zahlen der schuldlos Inhaftierten und die Länge der von ihnen in Untersuchungshaft verbüßten Zeit zwingen zur Forderung einer Einschränkung der Untersuchungshaft und einer stärkeren Nachprüfung der hiefür maßgeblichen Gründe.

10 000 geistig Minderwertige im Gefängnis

Im Strafvollzug beschäftigt waren im Reich etwa 15 000 Personen, davon 1200 Pfarrer, nur 800 Ärzte und gar nur 200 Lehrer. Die geringe Zahl der Lehrer und Ärzte ist sehr bedauerlich. So groß man auch die religiösen Bedürfnisse einschätzen mag, so besteht kein Grund dafür, daß in Preußen zehnmal mehr Geistliche als Ärzte etatsmäßig angestellt sind.

Über die hygienischen Zustände in den Anstalten existieren nur wenige Angaben. Es ist anzunehmen, daß die Mehrzahl der Zellen den stets stinkenden Kübel enthalten. 4 Prozent aller Zellen sind unheizbar, 32 Prozent ohne Licht. Es ist jedoch unbekannt, wie viele dieser Zellen tatsächlich benutzt werden.

Geradezu grotesk sind die Angaben über Tuberkulose. Wie für die vornehmen Sanatorien, so ziemt es sich auch für die Strafanstalten nicht, daß Insassen an Tuberkulose sterben. In der Tat starben 1926 in Preußen ganze 4 Tuberkulöse, 1927 keiner. Dabei ist die Tuberkulose die typische Gefängniskrankheit. Aus solchen unglaubwürdigen Zahlen muß geschlossen werden, daß die wegen Tuberkulose Haftentlassenen bereits Todeskanditaten gewesen sind.

Die Zahl der geistig Minderwertigen und die „Zahl der infolge ihrer geistigen Minderwertigkeit für einen geordneten Strafvollzug ungeeigneten Gefangenen" ist nach der Reichsstatistik nur für die großen Anstalten bekannt. Umgerechnet auf alle Anstalten des Reiches ergibt sich: 10 000 geistig Minderwertige waren 1927 in Strafanstalten eingesperrt. Mindestens 2500 davon standen intellektuell so niedrig, daß sie nicht einmal der Ordnung des Strafvollzugs angepaßt werden konnten. Die preußische Statistik weist für 1927 offiziell 669 Geisteskranke auf, die sich in Zuchthäusern und

Gefängnissen befanden, davon 18 zu lebenslänglichem Zuchthaus Verurteilte. Gehören solche Leute nicht in eine Irrenanstalt?

Die unsinnigen und deswegen undurchführbaren Hausvorschriften, wie das Sprechverbot, müssen zu Disziplinarstrafen und zu Schikanen der Gefängnisbeamten führen. Die schwerste Disziplinarstrafe: der verschärfte Arrest, ist die häufigste. In den Zuchthäusern ist der leichte Arrest praktisch unbekannt. Dieser schauerliche Zustand widerspricht allen pädagogischen Anforderungen. Das bezeichnendste Licht auf diese Zustände aber wirft die Tatsache, daß unter Benutzung der richtigen statistischen Kriterien die Selbstmorde trotz den technischen Schwierigkeiten in den Anstalten häufiger sind als in der freien Bevölkerung.

Mit 8 Mark entlasssen

Die Arbeit ist gewiß das beste Erziehungsmittel. Aber der Wille zu ihr muß bei den grotesken in den Anstalten gezahlten Löhnen und der grauenhaften Langeweile des Tütenklebens, der typischen Anstaltsarbeit, sehr gering bleiben.

Von den aus der Arbeit der Gefangenen stammenden Einnahmen der Anstalten erhalten die Gefangenen in Preußen etwa ein Viertel. Auf den einzelnen arbeitenden Gefangenen gerechnet, nehmen die Anstalten im Tag etwa 66 Pfennig ein; der Gefangene erhält einen „Lohn" von 16 Pfennig täglich, während nach den Strafvollzugsgrundsätzen die Löhne für die Gefangenenarbeit den Löhnen der freien Arbeiter nach Möglichkeit angeglichen werden sollen. Noch grotesker sind die Auszahlungen bei der Entlassung, welche 1927 in Preußen im Durchschnitt 7 Mark, im nächsten Jahr 8 Mark betrugen. Solche Beträge müssen von den Gefangenen als Hohn empfunden werden. Die praktischste Anlage dürfte ein Rausch sein. So steht der Entlassene mittellos auf der Straße. Arbeit kann er nicht finden, er muß zum Verbrechen zurückkehren.

Ein Paradies für Rowdys

Die Nationalsozialisten Hitler'scher Richtung haben jetzt außer Reichsbannerleuten und Kommunisten noch ein dritte Sorte von Gegnern bekommen, bei denen sie Schlagringe und Messer an den Mann bringen können: die „Revolutionären Nationalsozialisten". Kaum hatten diese sich von der Partei getrennt, als auch schon aus verschiedenen Orten Meldungen über Prügeleien zwischen Angehörigen der beiden nationalsozialistischen Gruppen kamen. In Berlin ist ein Zeitungsverkäufer der Strasser-Gruppe von Nationalsozialisten durch einen Messerstich verwundet, ein anderer verprügelt worden; Major Buchrucker mußte eine Versammlung mit einem gebrochenen Nasenbein und inneren Verletzungen verlassen. Die Justiz? Die kommt erst ein halbes Jahr später, und dann mit sehr milden Strafen.

*

„Die Geduld des deutschen Publikums gegenüber solchen Flegeleien ist für den Außenstehenden fast rührend. Es ist selten, daß einem Nationalsozialisten irgend etwas geschieht; es sei denn, daß ihm ein Bruder von der andern Richtung einen Denkzettel gibt. Auch wenn diese Burschen von der Polizei ergriffen werden, kommen sie verhältnismäßig glimpflich davon. Die deutsche Justiz ist im allgemeinen langsam und milde, tätlicher Angriff und Schlägereien erfahren sehr nachsichtige Urteile. Ohne Erlaubnis Waffen zu tragen, kostet nur eine kleine Geldstrafe. Über Beleidigungen und Verleumdungen urteilen deutsche Richter mit unbegreiflicher Milde. Es sind von der Öffentlichkeit bereits mehrfach drastischere Strafen verlangt worden, aber so lange hiemit nicht Ernst gemacht wird, bleibt Deutschland, was es heute ist: ein Paradies für Rowdys."

30. 6. 30

Einzelverkauf 10 Pfennig.

...Tribüne

...tschlands

Anzeigen für hier werden die 8gespaltene Petitzeile oder deren Raum mit 25 Pfennig, bei Vorausbezahlung mit 25 Pfennig, für auswärts mit 30 Pfennig berechnet. Im Reklameteil beträgt der Preis der Petitzeile für hier 1 M., für auswärts 1,25 Reichsmark. Für Sammelinserate werden 50% Aufschlag berechnet. — Annahme der Anzeigen für die nachmittags erscheinende Nummer bis 9½ Uhr vormittags.

1930

...umung beendet

...e Verständigung.

Im Zahlenfriedhof des Strafvollzugs.

Wenn viele tausend Nullen lebendig werden.

Von Dr. E. J. Gumbel.

130 000 Zahlen beginnen zu reden.

Die „Statistik der Gefängnisse der Justizverwaltung in Preußen" hat bei den vielen Verteidigern wie bei den Kritikern des Strafvollzugs bisher keine große Beachtung gefunden. Das liegt daran, daß sie in einer vorbildlichen unlesbaren Form publiziert wird. 411 Seiten mit 13 Spalten und 25 Zeilen, also über 130 000 Zahlen, davon viele tausend Nullen, stürzen auf den Unglücklichen ein, der sich mit dieser Statistik befassen will. Keine Zeile Text gibt ihm einen Leitfaden zur Erkenntnis. Ohne irgendwelche Verarbeitung und Zusammenfassung wird das gesamte Material veröffentlicht. Der Leser muß ein geschulter Fachstatistiker sein, um die entscheidenden Zahlen finden oder berechnen zu können.

Im folgenden werde ich versuchen, den Inhalt dieses Zahlenfriedhofes lebendig werden zu lassen. Ich beschränke mich dabei auf die beiden letzten Jahre. Dabei wird es mir weniger auf letzte Genauigkeit als auf die großen Linien ankommen. Infolge der Unvollständigkeit der Statistik mußten dabei einige Schätzungen vorgenommen werden. Die dabei verwandten Methoden können hier nur kurz angedeutet werden. Sie sind in einem längeren Artikel, der im August-Heft der Zeitschrift „Justiz" erscheinen wird, ausführlich dargestellt.

Eine Großstadt wandert durch die Anstalten.

Im Durchschnitt eines Jahres saßen Tag für Tag in den preußischen Gefängnissen etwa 30 000, in preußischen Zuchthäusern etwa 10 000 Personen. Die durchschnittliche Tagesbelegung der preußischen Anstalten betrug 40 000. Denkt man sich eine Bevölkerung, die nur aus Erwachsenen besteht, so sitzt täglich eine Stadt wie Weimar oder Heilbronn hinter Schloß und Riegel. Die Gesamtzahl derjenigen, die während eines Jahres durch die Anstalten gewandert sind, und eine längere oder kürzere Zeit darin zugebracht haben, beträgt für Preußen etwa 320 000 Mann: die Stadt Dortmund wandert alljährlich durch die Anstalten. Diese Bevölkerung verbringt in einem Jahr 15 Millionen Tage, also einundvierzigtausend Jahre in den Anstalten. Die durchschnittliche Dauer des Aufenthaltes für den einzelnen Gefangenen beträgt also etwa 45 Tage.

Für das Reich existiert nur eine Statistik des Gefängniswesens, und zwar für das Jahr 1925. Sie gibt die Zahl der Gefangenen an einem Stichtag. Das Verhältnis dieser Zahl im Reich zu der entsprechenden preußischen beträgt etwa 10 zu 6. Man wird also annehmen können, daß im Reich etwa 530 000 Personen, die Bevölkerung einer Großstadt wie Breslau, jährlich durch die Anstalten wandert, und daß sie etwa 67 000 Jahre im Jahr darin zubringt. Diese Zahlen schwanken natürlich von Jahr zu Jahr je nach der Kriminalität und der Höhe der verhängten Strafen. Aber ihre gewaltige Größe rechtfertigt das Interesse, welches die Oeffentlichkeit dem Strafvollzug zuwendet.

Die Strafvollzugsgrundsätze von 1923, welche gegenüber den alten Bundesratsbestimmungen von 1897 einen gewissen Fortschritt darstellen, unterscheiden zwischen Einzel-, Zellen- und Gemeinschaftshaft. Bei der Einzelhaft wird der Gefangene bei Tag und Nacht unausgesetzt von anderen Gefangenen gesondert gehalten. Dies bedeutet ein absolutes Sprechverbot, das bis zu drei Jahren ausgedehnt werden kann. Auch bei der Zellenhaft wird der Gefangene Tag und Nacht, insbesondere bei der Arbeit, allein gehalten. Beim Spaziergang, beim Gottesdienst und beim Unterricht kann er aber andere Gefangene wenigstens sehen. Nur die Gemeinschaftshaft gibt dem Gefangenen regelmäßig, insbesondere bei der Arbeit, die Möglichkeit, mit anderen Gefangenen zu sprechen. Leider gibt die Statistik keine Angaben, wieviele der Gefangenen in der unmenschlichen Zellenhaft mit ihrem undurchführbaren Sprechverbot gehalten werden.

Schuldlos in Untersuchungshaft: jährlich 16 000 Menschen.

Auch über die Untersuchungshaft enthält die preußische Statistik keine genügenden Angaben. Jedoch existiert hi-

---

die Gefangenenarbeit den Löhnen der freien Arbeiter nach Möglichkeit angegliedert werden sollen. Noch [illegible] die Auszahlungen bei der Entlassung, welche 1927 in Preußen im Durchschnitt 7 Mark, im nächsten Jahr 8 Mark betrugen. Solche Beträge müssen von den Gefangenen als Hohn empfunden werden. Die praktischste Anlage dürfte ein Rausch sein. So steht der Entlassene mittellos auf der Straße. Arbeit kann er nicht finden, er muß zum Verbrechen zurückkehren.

Der Vergleich von [illegible] in Preußen bei den [illegible] Kriterien keine Verbesserungen. Geht man auf die Zahlen bis 1924 zurück, so erscheint es glaubwürdig, daß es sich hierbei um eine systematische Tendenz handelt. Aber hiervon ist streng zu trennen das Gesamturteil über den Strafvollzug, zu dem solche Ziffern zwingen. Der weit verbreitete Glaube an die Existenz eines modernen Strafvollzugs wäre unmöglich, wenn die Strafvollzugsstatistik bekannt wäre. Denn die radikalsten Kritiker des Strafvollzugs sind an seine Realität auch nicht im entferntesten herangekommen.

Aber ein ausgezeichnetes, allerdings nicht veröffentlichtes Material, nämlich die hektographierte „Uebersicht über die bei den Staatsanwaltschaften, bei den Amtsanwaltschaften im Vorverfahren und bei dem Amtsrichter oder bei dem Jugendgericht im Hauptverfahren in der Zeit vom 1. Juli bis 31. Dez. 1908, 1925 u. 1929 beendeten Fällen von Untersuchungshaft auf Grund richterlichen Haftbefehls." Als schuldlos wird man alle diejenigen bezeichnen, bei denen das Verfahren, sei es durch die Staatsanwaltschaft, sei es durch das Gericht, eingestellt wurde oder in denen Freisprechung erfolgte. Nur die letzte Kategorie sind die „Unschuldigen". Die Statistik gibt an, wieviele Untersuchungsgefangene nach einer Haft bis zu zwei Wochen, wieviele nach zwei bis vier Wochen, wieviele nach vier bis zwölf Wochen und wieviele nach einer Untersuchungshaft von über drei Monaten entlassen wurden. Nimmt man für jede dieser vier Kategorien einen bestimmten Durchschnittswert an, so läßt sich leicht abschätzen, wieviel Zeit zu Recht und schuldlos in Untersuchungshaft zugebracht wurde. Diese Zahlen beziehen sich jedoch nur auf Preußen, auf ein halbes Jahr und die in diesem Zeitraum beendeten Fällen von Untersuchungshaft. Umgerechnet auf das Reich, auf also auch die noch nicht beendeten Fälle und auf ein ganzes Jahr kommt man zu dem Schluß: Annähernd 180 000 Personen, eine Stadt beinahe so groß wie Halle, wurde 1925 in Untersuchungshaft genommen. 16 000 davon waren schuldlos. Sie haben mindestens 17 000 Jahre in Untersuchungshaft zugebracht, wovon mindestens 1700 Jahre zu Unrecht abgesessen wurden.

Groteskerweise wird die Untersuchungshaft nicht nur bei Verbrechen, sondern auch bei Vergehen, ja sogar bei Uebertretungen verhängt. Wer also „ungebührlicherweise ruhestörenden Lärm erregt" oder den bekannten „groben Unfug" verübt, kann unter gewissen Umständen in Untersuchungshaft genommen werden, obwohl die Höchstdauer der Strafe selbst nur sechs Wochen beträgt.

Eine Verantwortung des Beamten, der einen Unschuldigen in Untersuchungshaft brachte, existiert nicht, auch wenn die Begründung noch so leichtfertig war. Für die schuldlos in Untersuchungshaft verbrachte Zeit kann, aber muß nicht, eine Entschädigung gewährt werden. Welche Summen auch bezahlt worden sind — die Höhe ist unbekannt — die schuldlos verbrachte Untersuchungshaft stellt ein nicht wieder gutzumachendes Uebel dar. Denn sie zieht normalerweise die meisten Folgen einer Verurteilung mit sich. Das Uebel der schuldlos verbüßten Untersuchungshaft ist um so größer, je geringer die Straftat ist, welche dem Inhaftierten — und dies zu Unrecht — vorgeworfen wurde. Das schwerste Unrecht stellt also die wegen Uebertretung schuldlos verbrachte Zeit dar. Die Abschaffung der Untersuchungshaft bei den Uebertretungen wäre eine selbstverständliche Minimalforderung. Die hohen Zahlen der schuldlos Inhaftierten und die Länge der von ihnen in Untersuchungshaft verbüßten Zeit zwingen allgemein zur Forderung einer Einschränkung der Untersuchungshaft und einer stärkeren Nachprüfung der hierfür maßgeblichen Gründe.

Warum sitzen 10 000 geistig Minderwertige im Gefängnis?

Im Strafvollzug beschäftigt waren im Reich etwa 15 000 Personen, davon 2500 Pfarrer, nur 600 Aerzte und gar nur 200 Lehrer. Die geringe Zahl der Lehrer und Aerzte ist sehr bedauerlich. So groß man auch die religiösen Bedürfnisse einschätzen mag, so besteht kein Grund dafür, daß in Preußen zehnmal mehr Geistliche als Aerzte etatsmäßig angestellt sind. Ueber die hygienischen Zustände in den Anstalten existieren nur wenige Angaben. Es ist anzunehmen, daß die Mehrzahl der Zellen den stets stinkenden Kübel enthalten. 4 Prozent aller Zellen sind unheizbar, 32 Prozent ohne Licht. Es ist jedoch unbekannt, wie viele dieser Zellen tatsächlich benutzt werden.

Geradezu grotesk sind die Angaben über Tuberkulose. Wie für die vornehmen Sanatorien, so ziemt es sich auch für die Strafanstalten nicht, daß Insassen an Tuberkulose sterben. In der Tat starben 1926 in Preußen ganze vier Tuberkulöse, 1927 wörtlich keiner! Dabei stellt die Tuberkulose die typische Gefängniskrankheit dar. Aus solchen völlig unglaubwürdigen Zahlen muß vermutet werden, daß die wegen Tuberkulose Haftentlassenen bereits Todeskandidaten gewesen sind.

Die Zahl der geistig Minderwertigen und die „Zahl der infolge ihrer geistigen Minderwertigkeit für einen geordneten Strafvollzug ungeeigneten Gefangenen" ist nach der Reichsstatistik nur für die großen Anstalten bekannt. Umgerechnet auf alle Anstalten des Reiches ergibt sich: Annähernd 10 000 geistig Minderwertige waren 1927 in Strafanstalten eingesperrt. Mindestens 2500 davon standen intellektuell so niedrig, daß sie nicht einmal der Ordnung des Strafvollzugs angepaßt werden konnten. Die preußische Statistik weist für 1927 offiziell 669 Geisteskranke auf, die sich in Zuchthäusern und Gefängnissen befanden, davon 18 zu lebenslänglichem Zuchthaus Verurteilte. Gehören solche Leute nicht in eine Irrenanstalt?

Die unsinnigen und deswegen undurchführbaren Hausvorschriften, wie das Sprechverbot, müssen zu Disziplinarstrafen und zu Schikanen der Gefängnisbeamten führen. Die schwerste Disziplinarstrafe, der verschärfte Arrest, ist gleichzeitig die häufigste. In den Zuchthäusern ist der leichte Arrest praktisch unbekannt. Dieser schauerliche Zustand widerspricht allen pädagogischen Anforderungen. Das bezeichnendste Licht auf diese Zustände aber wirft die Tatsache, daß unter Benutzung der richtigen statistischen Kriterien die Selbstmorde trotz ihrer technischen Schwierigkeiten in den Anstalten häufiger sind als in der freien Bevölkerung. Hierbei muß insbesondere berücksichtigt werden, daß die freie Bevölkerung ein ganzes Jahr, die Anstaltsbevölkerung nur einen Bruchteil des Jahres nicht unter Beobachtung steht.

Mit ganzen 8 Mark werden sie entlassen.

Die Arbeit ist gewiß das beste Erziehungsmittel. Aber der Wille zu ihr muß bei den grotesken in den Anstalten gezahlten Löhnen und der grauenhaften Langeweile des Tütenklebens, der typischen Anstaltsarbeit, sehr gering bleiben.

Von den aus der Arbeit der Gefangenen stammenden Einnahmen der Anstalten erhalten die Gefangenen in Preußen etwa ein Viertel. Auf den einzelnen arbeitenden Gefangenen gerechnet, nehmen die Anstalten im Tag etwa 66 Pfennig ein und der Gefangene erhält einen „Lohn" von 16 Pfennig täglich, während nach den Strafvollzugsgrundsätzen die Löhne für

Mannheim, 9. Juli 1930 Volksstimme Nummer 181

Im Zahlenfriedhof des Strafvollzugs

Wenn viele tausend Nullen lebendig werden

Von Dr. E. J. Gumbel, Dozenten für mathematische Statistik an der Universität Heidelberg

W. Z. In den folgenden Zeilen wird zum erstenmal auf Grund des authentischen Materials der Behörden selbst ein umfassender Angriff gegen die Mißstände und Unsinnigkeiten im heutigen Strafvollzug unternommen. Statt der Gefühlsargumente marschieren hier Ziffern auf — ‚ins Deutsche übertragen' von einem sachlich unangreifbaren Wissenschaftler.

130 000 Zahlen beginnen zu reden.

Die „Statistik der Gefängnisse der Justizverwaltung in Preußen" hat bei den vielen Verteidigern wie bei den Kritikern des Strafvollzugs bisher keine große Beachtung gefunden. Das liegt daran, daß sie in einer vorbildlich unlesbaren Form publiziert wird. 411 Seiten mit 13 Spalten und 25 Zeilen, also über 130 000 Zahlen, davon viele tausend Nullen, stürzen auf den Unglücklichen ein, der sich mit dieser Statistik befassen will. Keine Zeile gibt ihm einen Leitfaden zur Erkenntnis. Ohne irgendwelche Verarbeitung und Zusammenfassung wird das gesamte Material veröffentlicht. Der Leser muß ein geschulter Fachstatistiker sein, um die entscheidenden Zahlen finden oder berechnen zu können.

Im folgenden werde ich versuchen, den Inhalt dieses Zahlenfriedhofes lebendig werden zu lassen. Ich beschränke mich dabei auf die beiden letzten Jahre. Dabei wird es mir weniger auf letzte Genauigkeit als auf die großen Linien ankommen. Infolge der Unvollständigkeit der Statistik mußten dabei einige Schätzungen vorgenommen werden. Die dabei verwendeten Methoden können hier nur kurz angedeutet werden. Sie sind in einem längeren Artikel, der im August-Heft der Zeitschrift „Justiz" erscheinen wird, ausführlich dargestellt.

Eine Großstadt wandert durch die Anstalten.

Im Durchschnitt eines Jahres saßen Tag für Tag in den preußischen Gefängnissen etwa 30 000, in preußischen Zuchthäusern etwa 10 000 Personen. Die durchschnittliche Tagesbelegung der preußischen Anstalten betrug 40 000. Denkt man sich eine Bevölkerung, die nur aus Erwachsenen besteht, so sitzt täglich eine Stadt wie Weimar oder Heilbronn hinter Schloß und Riegel. Die Gesamtzahl derjenigen, die während eines Jahres durch die Anstalten gewandert sind und eine längere oder kürzere Zeit darin zugebracht haben, beträgt für Preußen etwa 320 000 Mann: die Stadt Dortmund wandert alljährlich durch die Anstalten. Diese Bevölkerung verbringt in einem Jahr 15 Millionen Tage, also 41 000 Jahre in den Anstalten. Die durchschnittliche Dauer des Aufenthaltes für den einzelnen Gefangenen beträgt also etwa 45 Tage.

Für das Reich existiert nur eine Statistik des Gefängniswesens, und zwar für das Jahr 1925. Sie gibt die Zahl der Gefangenen an einem Stichtag. Das Verhältnis dieser Zahl im Reich zu der entsprechenden preußischen beträgt etwa 10 : 6. Man wird also annehmen können, daß im Reich etwa 530 000 Personen, die Bevölkerung einer Großstadt wie Breslau, jährlich durch die Anstalten wandert, und daß sie etwa 67 000 Jahre im Jahr darin zubringt. Diese Zahlen schwanken natürlich von Jahr zu Jahr je nach der Kriminalität und der Höhe der verhängten Strafen. Aber ihre gewaltige Größe rechtfertigt das Interesse, welches die Oeffentlichkeit dem Strafvollzug zuwendet.

Die Strafvollzugsgrundsätze von 1923, welche gegenüber den alten Bundesratsbestimmungen von 1897 einen gewissen Fortschritt darstellen, unterscheiden zwischen Einzel-, Zellen- und Gemeinschaftshaft. Bei der Einzelhaft wird der Gefangene bei Tag und Nacht unausgesetzt von anderen Gefangenen gesondert gehalten. Dies bedeutet ein absolutes Sprechverbot, das bis zu drei Jahren ausgedehnt werden kann. Auch bei der Zellenhaft wird der Gefangene Tag und Nacht, insbesondere bei der Arbeit, allein gehalten. Beim Spaziergang, beim Gottesdienst und beim Unterricht kann er aber andere Gefangene wenigstens sehen. Nur die Gemeinschaftshaft gibt dem Gefangenen regelmäßig, insbesondere bei der Arbeit, die Möglichkeit, mit anderen Gefangenen zu sprechen. Leider gibt die Statistik keine Angaben, wieviele der Gefangenen in der unmenschlichen Zellenhaft mit ihrem undurchführbaren Sprechverbot gehalten werden.

Schuldlos in Untersuchungshaft: jährlich 16 000 Menschen.

Auch über die Untersuchungshaft enthält die preußische Statistik keine genügenden Angaben. Jedoch existiert hierüber ein ausgezeichnetes, allerdings nicht veröffentlichtes Material, nämlich die hektographierte „Uebersicht über die bei den Staatsanwaltschaften, bei den Amtsanwaltschaften im Vorverfahren und bei dem Amtsrichter oder bei dem Jugendgericht im Hauptverfahren in der Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember 1908, 1925 und 1929 beendeten Fällen von Untersuchungshaft auf Grund richterlichen Haftbefehls". Als schuldlos wird man alle diejenigen bezeichnen, bei denen das Verfahren, sei es durch die Staatsanwaltschaft, sei es durch das Gericht eingestellt wurde oder in denen Freisprechung erfolgte. Nur die letzte Kategorie sind die „Unschuldigen". Die Statistik gibt an, wieviele Untersuchungsgefangene nach einer Haft von bis zu zwei Wochen, wieviele nach zwei bis vier Wochen, wieviele nach vier bis zwölf Wochen und wieviele nach einer Untersuchungshaft von über drei Monaten entlassen wurden. Nimmt man für jede dieser vier Kategorien einen bestimmten Durchschnittswert an, so läßt sich leicht abschätzen, wieviele Zeit zu Recht und schuldlos in Untersuchungshaft zugebracht wurde. Diese Zahlen beziehen sich jedoch nur auf Preußen, auf ein halbes Jahr und die in diesem Zeitraum beendeten Fälle von Untersuchungshaft. Umgerechnet auf das Reich, auf also auch die noch nicht beendeten Fälle und auf ein ganzes Jahr kommt man zu dem Schluß: Annähernd 180 000 Personen, eine Stadt beinahe so groß wie Halle, wurde 1925 in Untersuchungshaft genommen. 16 000 davon waren schuldlos. Sie haben mindestens 17 000 Jahre in Untersuchungshaft zugebracht, wovon mindestens 1700 Jahre zu Unrecht abgesessen wurden.

Groteskerweise wird die Untersuchungshaft nicht nur bei Verbrechen, sondern auch bei Vergehen, ja sogar bei Uebertretungen verhängt. Wer also „ungebührlicherweise ruhestörenden Lärm erregt" oder den bekannten „groben Unfug" verübt, kann unter gewissen, vom Gesetz vorgesehenen Umständen in Untersuchungshaft genommen werden, obwohl die Höchstdauer der Strafe selbst nur sechs Wochen beträgt.

Eine Verantwortung des Beamten, der einen Unschuldigen in Untersuchungshaft brachte, existiert nicht, auch wenn die Begründung noch so leichtfertig war. Für die schuldlos in Untersuchungshaft verbrachte Zeit kann, aber muß nicht, eine Entschädigung gewährt werden. Welche Summen auch bezahlt worden sind — die Höhe ist unbekannt —, die schuldlos verbrachte Untersuchungshaft stellt ein nicht wieder gutzumachendes Uebel dar. Denn sie zieht normalerweise die meisten Folgen einer Verurteilung mit sich. Das Uebel der schuldlos verbüßten Untersuchungshaft ist um so größer, je geringer die Straftat ist, welche dem Inhaftierten — und dies zu Unrecht — vorgeworfen wurde. Das schwerste Unrecht stellt also die wegen Uebertretung schuldlos verbrachte Zeit dar. Die Abschaffung der Untersuchungshaft bei den Uebertretungen wäre eine selbstverständliche Minimalforderung. Die hohen Zahlen der schuldlos Inhaftierten und die Länge der von ihnen in Untersuchungshaft verbüßten Zeit zwingen allgemein zur Forderung einer Einschränkung der Untersuchungshaft und zu einer schärferen Nachprüfung der hierfür maßgeblichen Gründe.

Warum sitzen 10 000 geistig Minderwertige im Gefängnis?

Im Strafvollzug beschäftigt waren im Reich etwa 15 000 Personen, davon 1200 Pfarrer, nur 800 Aerzte und gar nur 200 Lehrer. Die geringe Zahl der Lehrer und Aerzte ist sehr bedauerlich. So groß man auch die religiösen Bedürfnisse einschätzen mag, so besteht kein Grund dafür, daß in Preußen zehnmal mehr Geistliche als Aerzte etatsmäßig angestellt sind. Ueber die hygienischen Zustände in den Anstalten existieren nur wenige Angaben. Es ist anzunehmen, daß die Mehrzahl der Zellen den stets stinkenden Kübel enthalten. 4 Prozent aller Zellen sind unheizbar, 32 Prozent ohne Licht. Es ist jedoch unbekannt, wieviele dieser Zellen tatsächlich benutzt werden.

Geradezu grotesk sind die Angaben über Tuberkulose. Wie für die vornehmen Sanatorien, so ziemt es sich auch für die Strafanstalten nicht, daß Insassen an Tuberkulose sterben. In der Tat starben 1926 in Preußen ganze vier Tuberkulöse, 1927 wörtlich keiner! Dabei stellt die Tuberkulose die typische Gefängniskrankheit dar. Aus solchen völlig unglaubwürdigen Zahlen muß vermutet werden, daß die wegen Tuberkulose Haftentlassenen bereits Todeskandidaten gewesen sind.

Die Zahl der geistig Minderwertigen und die „Zahl der infolge ihrer geistigen Minderwertigkeit für einen geordneten Strafvollzug ungeeigneten Gefangenen" ist nach der Reichsstatistik nur für die großen Anstalten bekannt. Umgerechnet auf alle Anstalten des Reichs ergibt sich: Annähernd 10 000 geistig Minderwertige waren 1927 in Strafanstalten eingesperrt. Mindestens 2500 davon standen intellektuell so niedrig, daß sie nicht einmal der Ordnung des Strafvollzugs angepaßt werden konnten. Die preußische Statistik weist für 1927 offiziell 669 Geisteskranke auf, die sich in Zuchthäusern und Gefängnissen befanden, davon 18 zu lebenslänglichem Zuchthaus Verurteilte. Gehören solche Leute nicht in eine Irrenanstalt?

Die unsinnigen und deswegen undurchführbaren Hausvorschriften, wie das Sprechverbot, müssen zu Disziplinstrafen und zu Schikanen der Gefängnisbeamten führen. Die schwerste Disziplinarstrafe, der verschärfte Arrest, ist gleichzeitig die häufigste. In den Zuchthäusern ist der leichte Arrest praktisch unbekannt. Dieser schauerliche Zustand widerspricht allen pädagogischen Anforderungen. Das bezeichnendste Licht auf diese Zustände aber wirft die Tatsache, daß unter Benutzung der richtigen statistischen Kriterien die Selbstmorde trotz ihrer technischen Schwierigkeiten in den Anstalten häufiger sind als in der freien Bevölkerung. Hierbei muß insbesondere berücksichtigt werden, daß die freie Bevölkerung ein ganzes Jahr, die Anstaltsbevölkerung nur einen Bruchteil des Jahres nicht unter Beobachtung steht.

Mit ganzen 8.- Mark werden sie entlassen.

Die Arbeit ist gewiß das beste Erziehungsmittel. Aber der Wille zu ihr muß bei den grotesken, in den Anstalten gezahlten Löhnen und der grauenhaften Langeweile des Tütenklebens, der typischen Anstaltsarbeit, sehr gering bleiben.

Von den aus der Arbeit der Gefangenen stammenden Einnahmen der Anstalten erhalten die Gefangenen in Preußen etwa ein Viertel. Auf den einzelnen arbeitenden Gefangenen gerechnet, nehmen die Anstalten im Tag etwa 66 Pfennig ein und der Gefangene erhält einen „Lohn" von 16 Pfennig täglich, während nach den Strafvollzugsgrundsätzen die Löhne für die Gefangenenarbeit den Löhnen der freien Arbeiter nach Möglichkeit angegliedert werden sollen. Noch grotesker sind die Auszahlungen bei der Entlassung, welche 1927 in Preußen im Durchschnitt 7 Mark, im nächsten Jahre 8 Mark betrugen. Solche Beträge müssen von den Gefangenen als Hohn empfunden werden. Die praktischste Anlage dürfte ein Rausch sein. So steht der

3. VII. 1930

Im Zahlenfriedhof des Strafvollzugs

Wenn viele tausend Nullen lebendig werden

Von E. J. Gumbel

130 000 Zahlen beginnen zu reden

Die „Statistik der Gefängnisse der Justizverwaltung in Preußen" hat bei den vielen Verteidigern wie bei den Kritikern des Strafvollzugs bisher keine große Beachtung gefunden. Das liegt daran, daß sie in einer vorbildlich unlesbaren Form publiziert wird. 411 Seiten mit 18 Spalten und 26 Zeilen, also über 130 000 Zahlen, davon viele tausend Nullen, stürzen auf den Unglücklichen ein, der sich mit dieser Statistik befassen will. Keine Zeile Text gibt ihm einen Leitfaden zur Erkenntnis. Ohne irgendwelche Verarbeitung und Zusammenfassung wird das gesamte Material veröffentlicht. Der Leser muß ein geschulter Fachstatistiker sein, um die entscheidenden Zahlen finden oder berechnen zu können.

Im folgenden werde ich versuchen, den Inhalt dieses Zahlenfriedhofes lebendig werden zu lassen. Ich beschränke mich dabei auf die beiden letzten Jahre. Dabei wird es mir weniger auf letzte Genauigkeit als auf die großen Linien ankommen. Infolge der Unvollständigkeit der Statistik mußten dabei einige Schätzungen vorgenommen werden. Die dabei verwandten Methoden können hier nur kurz angedeutet werden. Sie sind in einem längeren Artikel, der im August-Heft der Zeitschrift „Justiz" erscheinen wird, ausführlich dargestellt.

Eine Großstadt wandert durch die Anstalten

Im Durchschnitt eines Jahres saßen Tag für Tag in den preußischen Gefängnissen etwa 30 000, in preußischen Zuchthäusern etwa 10 000 Personen. Die durchschnittliche Tagesbelegung der preußischen Anstalten betrug 40 000. Denkt man sich eine Bevölkerung, die nur aus Erwachsenen besteht, so sitzt täglich eine Stadt wie Weimar oder Heilbronn hinter Schloß und Riegel. Die Gesamtzahl derjenigen, die während eines Jahres durch die Anstalten gewandert sind und eine längere oder kürzere Zeit darin zugebracht haben, beträgt für Preußen etwa 320 000 Mann: die Stadt Dortmund wandert alljährlich durch die Anstalten. Diese Bevölkerung verbringt in einem Jahr 15 Millionen Tage, also einundvierzigtausend Jahre in den Anstalten. Die durchschnittliche Dauer des Aufenthalts für den einzelnen Gefangenen beträgt also etwa 45 Tage.

Für das Reich existiert nur eine Statistik des Gefängniswesens, und zwar für das Jahr 1925. Sie gibt die Zahl der Gefangenen an einem Stichtag. Das Verhältnis dieser Zahl im Reich zu der entsprechenden preußischen beträgt etwa 10 zu 6. Man wird also annehmen können, daß im Reich etwa 530 000 Personen, die Bevölkerung einer Großstadt wie Breslau, jährlich durch die Anstalten wandern, und daß sie etwa 67 000 Jahre im Jahr darin zubringen. Diese Zahlen schwanken natürlich von Jahr zu Jahr je nach der Kriminalität und der Höhe der verhängten Strafen. Aber ihre gewaltige Größe rechtfertigt das Interesse, das die Oeffentlichkeit dem Strafvollzug zuwendet.

Die Strafvollzugsgrundsätze von 1923, welche gegenüber den alten Bundesratsbestimmungen von 1897 einen gewissen Fortschritt darstellen, unterscheiden zwischen Einzel-, Zellen- und Gemeinschaftshaft. Bei der Einzelhaft wird der Gefangene bei Tag und Nacht unausgesetzt von anderen Gefangenen gesondert gehalten. Dies bedeutet ein absolutes Sprechverbot, das bis zu 3 Jahren ausgedehnt werden kann. Auch bei der Zellenhaft wird der Gefangene Tag und Nacht, insbesondere bei der Arbeit, allein gehalten. Beim Spaziergang, beim Gottesdienst und beim Unterricht kann er aber andere Gefangene wenigstens sehen. Nur die Gemeinschaftshaft gibt dem Gefangenen regelmäßig, insbesondere bei der Arbeit, die Möglichkeit, mit anderen Gefangenen zu sprechen. Leider gibt die Statistik keine Angaben, wie viele der Gefangenen in der unmenschlichen Zellenhaft mit ihrem undurchführbaren Sprechverbot gehalten werden.

Schuldlos in Untersuchungshaft: jährlich 16 000 Menschen

Auch über die Untersuchungshaft enthält die preußische Statistik keine genügenden Angaben. Jedoch existiert hierüber ein ausgezeichnetes, allerdings nicht veröffentlichtes Material, nämlich die hektographierte „Uebersicht über die bei den Staatsanwaltschaften, bei den Amtsanwaltschaften im Vorverfahren und bei dem Amtsrichter oder bei dem Jugendgericht im Hauptverfahren in der Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember 1906, 1925 und 1929 beendeten Fällen von Untersuchungshaft auf Grund richterlichen Haftbefehls". Als schuldlos wird man alle diejenigen bezeichnen, bei denen das Verfahren, sei es durch die Staatsanwaltschaft, sei es durch das Gericht eingestellt wurde oder in denen Freisprechung erfolgte. Nur die letzte Kategorie sind die „Unschuldigen". Die Statistik gibt an, wie viele Untersuchungsgefangene nach einer Haft bis zu 2 Wochen, wie viele nach 2 bis 4 Wochen, wie viele nach 4 bis 12 Wochen und wie viele nach einer Untersuchungshaft von über 3 Monaten entlassen wurden. Nimmt man für jede dieser vier Kategorien einen bestimmten Durchschnittswert an, so läßt sich leicht abschätzen, wieviel Zeit zu Recht und schuldlos in Untersuchungshaft zugebracht wurde. Diese Zahlen beziehen sich jedoch nur auf Preußen, auf ein halbes Jahr und die in diesem Zeitraum beendeten Fälle von Untersuchungshaft. Umgerechnet auf das Reich, auf also auch die noch nicht beendeten Fälle und auf ein ganzes Jahr, kommt man zu dem Schluß: Annähernd 180 000 Personen, **eine Stadt beinahe so groß wie Halle, wurde 1925 in Untersuchungshaft genommen.** 16 000 davon waren schuldlos. Sie haben mindestens 17 000 Jahre in Untersuchungshaft zugebracht, wovon mindestens 1700 Jahre zu Unrecht abgesessen wurden.

Groteskerweise wird die Untersuchungshaft nicht nur bei Verbrechen, sondern auch bei Vergehen, ja sogar bei Uebertretungen verhängt. Wer also „ungebührlicherweise ruhestörenden Lärm erregt" oder den bekannten „groben Unfug" verübt, kann unter gewissen, vom Gesetz vorgesehenen Umständen in Untersuchungshaft genommen werden, obwohl die Höchstdauer der Strafe selbst nur sechs Wochen beträgt.

Eine Verantwortung des Beamten, der einen Unschuldigen in Untersuchungshaft brachte, existiert nicht, auch wenn die Begründung noch so leichtfertig war. Für die schuldlos in Untersuchungshaft verbrachte Zeit kann, aber muß nicht, eine Entschädigung gewährt werden. Welche Summen auch bezahlt worden sind — die Höhe ist unbekannt —, die schuldlos verbrachte Untersuchungshaft stellt ein nicht wieder gutzumachendes Uebel dar. Denn sie zieht normalerweise die meisten Folgen einer Verurteilung mit sich. Das Uebel der schuldlos verbüßten Untersuchungshaft ist um so größer, je geringer die Straftat ist, die dem Inhaftierten — und dies zu Unrecht — vorgeworfen wurde. Das schwerste Unrecht stellt also die wegen Uebertretung schuldlos verbrachte Zeit dar. Die Abschaffung der Untersuchungshaft bei den Uebertretungen wäre eine selbstverständliche [illegible]. Die hohen Zahlen der schuldlos Inhaftierten und die Länge der von ihnen in Untersuchungshaft verbüßten Zeit zwingen allgemein zur Forderung einer Einschränkung der Untersuchungshaft und einer stärkeren Nachprüfung der hierfür maßgeblichen Gründe.

Warum sitzen 10 000 geistig Minderwertige im Gefängnis?

Im Strafvollzug beschäftigt waren im Reich etwa 16 000 Personen, davon 1200 Pfarrer, nur 800 Aerzte und gar nur 200 Lehrer. Die geringe Zahl der Lehrer und Aerzte ist sehr bedauerlich. So groß man auch die religiösen Bedürfnisse einschätzen mag, so besteht kein Grund dafür, daß in Preußen zehnmal mehr Geistliche als Aerzte etatsmäßig angestellt sind. Ueber die hygienischen Zustände in den Anstalten

existieren nur wenige Angaben. Es ist anzunehmen, daß die Mehrzahl der Zellen den stets stinkenden Kübel enthalten. 4 Prozent aller Zellen sind unheizbar, 32 Prozent ohne Licht. Es ist jedoch unbekannt, wie viele dieser Zellen tatsächlich benutzt werden.

Geradezu grotesk sind die Angaben über Tuberkulose. Wie für die vornehmen Sanatorien, so ziemt es sich auch für die Strafanstalten nicht, daß Insassen an Tuberkulose sterben. In der Tat starben 1926 in Preußen ganze 4 Tuberkulöse, 1927 wörtlich keiner! Dabei stellt die Tuberkulose die typische Gefängniskrankheit dar. Aus solchen völlig unglaubwürdigen Zahlen muß vermutet werden, daß die wegen Tuberkulose Haftentlassenen bereits Todeskandidaten gewesen sind.

Die Zahl der geistig Minderwertigen und die „Zahl der infolge ihrer geistigen Minderwertigkeit für einen geordneten Strafvollzug ungeeigneten Gefangenen" ist nach der Reichsstatistik nur für die großen Anstalten bekannt. Umgerechnet auf alle Anstalten des Reiches ergibt sich: Annähernd 10 000 geistig Minderwertige waren 1927 in Strafanstalten eingesperrt. Mindestens 2500 davon standen intellektuell so niedrig, daß sie nicht einmal der Ordnung des Strafvollzuges angepaßt werden konnten. Die preußische Statistik weist für 1927 offiziell 669 Geisteskranke auf, die sich in Zuchthäusern und Gefängnissen befanden, davon 18 zu lebenslänglichem Zuchthaus Verurteilte. Gehören solche Leute nicht in eine Irrenanstalt?

Die unsinnigen und deswegen undurchführbaren Hausvorschriften, wie das Sprechverbot, müssen zu Disziplinarstrafen und zu Schikanen der Gefängnisbeamten führen. **Die schwerste Disziplinarstrafe, der verschärfte Arrest, ist gleichzeitig die häufigste.** In den Zuchthäusern ist der leichte Arrest praktisch unbekannt. Dieser schauerliche Zustand widerspricht allen pädagogischen Anforderungen. Das bezeichnendste Licht auf diese Zustände aber wirft die Tatsache, daß unter Benutzung der richtigen statistischen Kriterien die Selbstmorde trotz ihrer technischen Schwierigkeiten in den Anstalten häufiger sind als in der freien Bevölkerung. Hierbei muß insbesondere berücksichtigt werden, daß die freie Bevölkerung ein ganzes Jahr, die Anstaltsbevölkerung aber nur einen Bruchteil des Jahres nicht unter Beobachtung steht.

Mit ganzen 8 Mark werden sie entlassen

Die Arbeit ist gewiß das beste Erziehungsmittel. Aber der Wille zu ihr muß bei den grotesken, in den Anstalten gezahlten Löhnen und der grauenhaften Langeweile des Tütenklebens, der typischen Anstaltsarbeit, sehr gering bleiben.

Von den aus der Arbeit der Gefangenen stammenden Einnahmen der Anstalten erhalten die Gefangenen in Preußen etwa ein Viertel. Auf den einzelnen arbeitenden Gefangenen gerechnet, nehmen die Anstalten pro Tag etwa 66 Pf. ein, und **der Gefangene erhält einen „Lohn" von 16 Pf. täglich,** während nach den Strafvollzugsgrundsätzen die Löhne für die Gefangenenarbeit den Löhnen der freien Arbeiter nach Möglichkeit angegliedert werden sollen. Noch grotesker sind die Auszahlungen bei der Entlassung, die 1927 in Preußen im Durchschnitt 7 Mark, im nächsten Jahre 8 Mark betrugen. Solche Beträge müssen von den Gefangenen als Hohn empfunden werden. Die praktische Anlage dürfte ein Rausch sein. So steht der Entlassene mittellos auf der Straße. Arbeit kann er nicht finden, er muß zum Verbrechen zurückkehren.

•

Der Vergleich der Jahre 1926 und 1927 zeigt in Preußen bei den meisten Kriterien kleine Verbesserungen. Geht man auf die Zahlen bis 1924 zurück, so erscheint es glaubwürdig, daß es sich hierbei um eine systematische Tendenz handelt. Aber hiervon ist streng zu trennen das Gesamturteil über den Strafvollzug, zu dem solche Ziffern zwingen. **Der weitverbreitete Glaube an die Existenz eines modernen Strafvollzuges wäre unmöglich, wenn die Strafvollzugsstatistik bekannt wäre.** Denn die radikalsten Kritiker des Strafvollzugs sind an seine Realität auch nicht im entferntesten herangekommen!

4

149

Sonntag, den 20. Juli 1930 Berlin am Morgen

Im Zahlenfriedhof des Strafvollzugs

Wenn viele tausend Nullen lebendig werden. / Von E. J. Gumbel

130000 Zahlen beginnen zu reden

Die „Statistik der Gefängnisse der Justizverwaltung in Preußen" hat bei den vielen Verteidigern wie bei den Kritikern des Strafvollzugs bisher keine große Beachtung gefunden. Das liegt daran, daß sie in einer vorbildlich unlesbaren Form publiziert wird. 411 Seiten mit 13 Spalten und 25 Zeilen, also über 130 000 Zahlen, davon viele tausend Nullen, stürzen auf den Unglücklichen ein, der sich mit dieser Statistik befassen will. Keine Zeile Text gibt ihm einen Leitfaden zur Erkenntnis. Im folgenden werde ich versuchen, den Inhalt dieses Zahlenfriedhofes lebendig werden zu lassen. Ich beschränke mich dabei auf die beiden letzten Jahre. Dabei wird es mir weniger auf letzte Genauigkeit als auf die großen Linien ankommen.

Im Durchschnitt eines Jahres saßen Tag für Tag in den preußischen Gefängnissen etwa 30 000, in preußischen Zuchthäusern etwa 10 000 Personen. Die durchschnittliche Tagesbelegung der preußischen Anstalten betrug also 40 000.

Denkt man sich eine Bevölkerung, die nur aus Erwachsenen besteht, so sitzt täglich eine Stadt wie Weimar oder Heilbronn hinter Schloß und Riegel.

Die Gesamtzahl derjenigen, die während eines Jahres durch die Anstalten gewandert sind und eine längere oder kürzere Zeit darin zugebracht haben, beträgt für Preußen etwa 320 000 Mann: eine Stadt wie Dortmund wandert alljährlich durch die Anstalten. Diese Bevölkerung verbringt in einem Jahre 15 Millionen Tage, also einundvierzigtausend Jahre in den Anstalten. Die durchschnittliche Dauer des Aufenthalts für den einzelnen Gefangenen beträgt dabei etwa 45 Tage.

Für das Reich existiert nur eine Statistik des Gefängniswesens, und zwar für das Jahr 1925. Sie gibt die Zahl der Gefangenen an einem Stichtag. Das Verhältnis dieser Zahl im Reich zu der entsprechenden preußischen beträgt etwa 10 zu 6. Im ganzen Reich wandern etwa 580 000 Personen, die Bevölkerung einer Großstadt wie Breslau, jährlich durch die Anstalten und bringen etwa 67 000 Jahre im Jahre darin zu. Diese Zahlen schwanken natürlich von Jahr zu Jahr, je nach der Kriminalität und der Höhe der verhängten Strafen. Aber ihre gewaltige Größe rechtfertigt das Interesse, welches die Oeffentlichkeit dem Strafvollzug zuwendet.

Die Strafvollzugsgrundsätze von 1923 unterscheiden zwischen Einzel-, Zellen- und Gemeinschaftshaft. Bei der Einzelhaft wird der Gefangene bei Tag und Nacht unausgesetzt von anderen Gefangenen gesondert gehalten.

Dies bedeutet ein absolutes Sprechverbot, das bis zu 3 Jahren ausgedehnt werden kann.

Auch bei der Zellenhaft wird der Gefangene Tag und Nacht, insbesondere bei der Arbeit, allein gehalten. Beim Spaziergang, beim Gottesdienst und beim Unterricht, kann er andere Gefangene wenigstens sehen. Nur die Gemeinschaftshaft gibt dem Gefangenen regelmäßig, insbesondere bei der Arbeit, die Möglichkeit, mit anderen Gefangenen zu sprechen. Leider gibt die Statistik keine Angaben, wieviele der Gefangenen in der unmenschlichen Zellenhaft mit ihrem undurchführbaren Sprechverbot gehalten werden.

Schuldlos in Untersuchungshaft jährlich 16000 Menschen

Auch über die Untersuchungshaft enthält die preußische Statistik keine genügenden Angaben. Jedoch existiert hierüber ein ausgezeichnetes, allerdings nicht veröffentlichtes Material, nämlich die hektografierte „Uebersicht über die bei den Staatsanwaltschaften, bei den Amtsanwaltschaften im Vorverfahren und bei dem Amtsrichter oder bei dem Jugendgericht im Hauptverfahren in der Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember 1908, 1925 und 1929 beendeten Fällen von Untersuchungshaft auf Grund richterlichen Haftbefehls." Als schuldlos wird man alle diejenigen bezeichnen, bei denen das Verfahren eingestellt wurde oder in denen Freisprechung erfolgte. Nur die letzte Kategorie sind die „Unschuldigen". Die Statistik gibt an, wieviele Untersuchungsgefangene nach einer Haft von bis zu 2 Wochen, wieviele nach 2—4 Wochen, wieviele nach 4—12 Wochen und wieviele nach einer Untersuchungshaft von über 3 Monaten entlassen wurden. Diese Zahlen beziehen sich jedoch nur auf Preußen, auf ein halbes Jahr und die in diesem Zeitraum beendeten Fälle von Untersuchungshaft. Umgerechnet auf das Reich, auf also auch die noch nicht beendeten Fälle und auf ein ganzes Jahr, kommt man zu dem Schluß: Annähernd 180 000 Personen, eine Stadt beinahe so groß wie Halle, wurden 1925 in Untersuchungshaft genommen. 16 000 davon waren schuldlos. Sie haben mindestens 17 000 Jahre in Untersuchungshaft zugebracht, wovon mindestens 1700 Jahre zu Unrecht abgesessen wurden.

Im Strafvollzug beschäftigt waren im Reich etwa 15 000 Personen, davon 1200 Pfarrer, nur 800 Aerzte und gar nur 200 Lehrer. Die geringe Zahl der Lehrer und Aerzte ist sehr bedauerlich. So groß man auch die religiösen Bedürfnisse einschätzen mag, so besteht kein Grund dafür, daß in Preußen 10 mal mehr Geistliche als Aerzte etatsmäßig angestellt sind. Ueber die hygienischen Zustände in den Anstalten existieren nur wenige Angaben. Es ist anzunehmen, daß die Mehrzahl der Zellen den stets stinkenden Kübel enthalten. 4 Prozent aller Zellen sind unheizbar, 32 Prozent ohne Licht. Es ist jedoch unbekannt, wieviele dieser Zellen tatsächlich benutzt werden.

Die Zahl der geistig Minderwertigen und die „Zahl der infolge ihrer geistigen Minderwertigkeit für einen geordneten Strafvollzug ungeeigneten Gefangenen" ist nach der Reichsstatistik nur für die großen Anstalten bekannt. Umgerechnet auf alle Anstalten des Reichs ergibt sich: Annähernd 10 000 geistig Minderwertige waren 1927 in Strafanstalten eingesperrt. Mindestens 2 500 davon standen intellektuell so niedrig, daß sie nicht einmal der Ordnung des Strafvollzugs angepaßt werden konnten. Die preußische Statistik weist für 1927 offiziell 669 Geisteskranke auf, die sich in Zuchthäusern und Gefängnissen befanden, davon 18 zu lebenslänglichem Zuchthaus Verurteilte. Gehören solche Leute nicht in eine Irrenanstalt?

Die unsinnigen und deswegen undurchführbaren Hausvorschriften, wie das Sprechverbot, müssen zu Disziplinarstrafen und zu Schikanen der Gefängnisbeamten führen.

Die schwerste Disziplinarstrafe, der verschärfte Arrest, ist gleichzeitig die häufigste.

Dieser schauerliche Zustand widerspricht allen pädagogischen Anforderungen. Das bezeichnendste Licht auf diese Zustände aber wirft die Tatsache, daß die Selbstmorde trotz ihrer technischen Schwierigkeiten in den Anstalten häufiger sind als in der freien Bevölkerung.

Mit ganzen 8 Mark werden sie entlassen

Die Arbeit ist gewiß das beste Erziehungsmittel. Aber der Wille zu ihr muß bei den grotesken in den Anstalten gezahlten Löhnen und der grauenhaften Langenweile des Tütenklebens, der typischen Anstaltsarbeit, sehr gering bleiben. Von den aus der Arbeit der Gefangenen stammenden Einnahmen der Anstalten erhalten die Gefangenen in Preußen etwa ein Viertel. Auf den einzelnen arbeitenden Gefangenen gerechnet, nehmen die Anstalten im Tag etwa 66 Pfennig ein und der Gefangene erhält einen „Lohn" von 16 Pfennig täglich, während nach den Strafvollzugsgrundsätzen die Löhne für die Gefangenenarbeit den Löhnen der freien Arbeiter nach Möglichkeit angeglichen werden sollen. Noch grotesker sind die Auszahlungen bei der Entlassung, welche 1927 in Preußen im Durchschnitt 7 Mark, im nächsten Jahr 8 Mark betrugen. Solche Beträge müssen von den Gefangenen als Hohn empfunden werden. So steht der Entlassene mittellos auf der Straße. Arbeit kann er nicht finden, er muß zum Verbrechen zurückkehren.

Der weit verbreitete Glaube an die Existenz eines modernen Strafvollzugs wäre unmöglich, wenn die Strafvollzugsstatistik bekannt wäre. Denn die radikalsten Kritiker des Strafvollzugs sind an seine Realität auch nicht im entferntesten herangekommen!

150

16 Pfennige Tageslohn

Eine vernichtende Kritik der Zustände in preußischen Gefängnissen

Die erste exakte auf Statistik fußende Darstellung der wirklichen Vorgänge beim Strafvollzug gibt E. J. Gumbel in einem Aufsatz der Zeitschrift „Die Justiz." Zwar erscheinen über die preußischen Gefängnisse seit 1902 jährlich in der „Statistik der Gefängnisse" ausgedehnte Statistiken, aber z. B. die letzte enthält auf 411 Seiten in durchschnittlich 13 Spalten etwa 133 000 Zahlen ohne eine Zeile Text, so daß sich der Leser den Begriff der Tatsachen selbst mühevoll erarbeiten muß. Eine solche Darstellung schließt die Oeffentlichkeit und ihre Kritik aus, denn sie ist nur für den geschulten Fachstatistiker verständlich.

Hier nun setzt Gumbel ein. Nach einer ausführlichen Kritik der vorhandenen amtlichen Publikationen gibt er Einzelheiten in gemeinverständlicher Darstellung. Gumbel schreibt: „Die Statistik der Untersuchungshaft macht einen niederschmetternden Eindruck. Umgerechnet auf das Reich, auf alle, also auch die noch nicht beendeten Fälle von Untersuchungshaft und auf ein Jahr kommt man zu dem Schluß:

Annähernd 180 000 Personen wurden 1925 in Untersuchungshaft genommen. Etwa 16 000 davon waren schuldlos.

Sie haben mindestens 17 000 Jahre in Untersuchungshaft zugebracht, wovon mindestens 1700 zu Unrecht abgesessen wurden. Gegen 10 Prozent der erwachsenen männlichen Bevölkerung ist im Jahre 1929 ein Verfahren eingeleitet worden. Dieser Prozentsatz hat sich gegenüber 1908 erhöht.

Für die schuldlos in Untersuchungshaft verbrachte Zeit kann, muß aber nicht, eine Entschädigung gewährt werden. Welche Summen auch gezahlt werden — die Höhe ist unbekannt —,

die schuldlos verbrachte Untersuchungshaft stellt ein nicht wieder gut zu machendes Uebel dar.

Denn sie zieht normalerweise alle Folgen einer Verurteilung mit sich. Das Uebel der schuldlos verbüßten Untersuchungshaft ist um so größer, je geringer die Straftat ist, welche dem Inhaftierten, und dies zu Unrecht, vorgeworfen wurde. Das schwerste Unrecht stellt also die wegen Uebertretung schuldlos verbrachte Zeit dar. Die hohen Zahlen der schuldlos Inhaftierten und die Länge der von ihnen in Untersuchungshaft verbüßten Zeit lassen die Forderung einer Einschränkung der Untersuchungshaft und einer stärkeren Nachprüfung der hierfür maßgeblichen Gründe berechtigt erscheinen.

Auch die Statistik des Strafvollzugs gibt kein günstiges Bild. Im Strafvollzug beschäftigt waren im Reich etwa 15 000 Personen, davon 1200 Pfarrer, gegen 800 Aerzte und 200 Lehrer. In Preußen waren 1926 etatsmäßig angestellt 78 Pfarrer und 4 Aerzte, 1927 dagegen 74 Pfarrer und 7 Aerzte. So groß man auch die religiösen Bedürfnisse einschätzen mag, so besteht kein Grund dafür, daß

zehnmal mehr Geistliche als Aerzte etatsmäßig angestellt sind.

Die Angaben über Tuberkulose sind völlig ungenügend. In der Tat starben nach der Statistik 1926 in preußischen Anstalten ganze 4 Tuberkulöse, 1927 keiner. Dabei stellt die Tuberkulose die typische Gefängniskrankheit dar. Aus solchen völlig unglaubwürdigen Zahlen muß vermutet werden, daß

die wegen Tuberkulose Haftentlassenen bereits Todeskandidaten gewesen sind.

Von den aus der Arbeit der Gefangenen stammenden Einnahmen der Anstalten erhalten die Gefangenen in Preußen etwa ein Viertel.

Auf den einzelnen arbeitenden Gefangenen gerechnet nehmen die Anstalten im Tag etwa 66 Pf. ein und der Gefangene erhält einen „Lohn" von 16 Pf.,

während nach den Strafanstaltsgrundsätzen die Löhne für die Gefangenenarbeit den Löhnen der freien Arbeiter nach Möglichkeit angegliedert werden sollen. Die Auszahlungen bei der Entlassung betrugen 1926 in Preußen im Durchschnitt 7 M., im nächsten Jahre 8 M. Solche Beträge müssen von den Gefangenen als Hohn empfunden werden. Die praktischste Anlage dürfte ein Rausch sein. Der Entlassene steht mittellos auf der Straße.

W. a. A. 13.8.30

Z. N.
10. aug. 30

Aus der Statistik des Strafvollzugs
xxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxx

Z.N. Berlin, 10.August

In einem im nächsten Heft der vom Republikanischen Richterbund herausgegebenen Zeitschrift "Die Justiz" erscheinenden Aufsatz "Der Strafvollzug und die Quellen seiner Erkenntnis" gibt E.J.Gumbel die erste exakte, auf Statistik fußende Darstellung der wirklichen Vorgänge beim Strafvollzug. Zwar erscheinen über die preußischen Gefängnisse seit 1902 jährlich in der "Statistik der Gefängnisse" ausgedehnte Statistiken, aber z.B. die letzte enthält auf 411 Seiten in durchschnittlich 13 Spalten etwa 133 000 Zahlen ohne eine Zeile Text, sodaß sich der Leser den Begriff der Tatsachen selbst mühevoll erarbeiten muß. Eine solche Darstellung schließt die Oeffentlichkeit und ihre Kritik aus, denn sie ist nur für den geschulten Fachstatistiker verständlich.

Hier nun setzt Gumbel ein. Nach einer ausführlichen Kritik der vorhandenen amtlichen Publikationen gibt er Einzelheiten in gemeinverständlicher Darstellung. Gumbel schreibt:

"Die Statistik der Untersuchungshaft macht einen niederschmetternden Eindruck. Umgerechnet auf das Reich, auf alle, also auch die noch nicht beendeten Fälle von Untersuchungshaft und auf ein Jahr kommt man zu dem Schluß: Angenähert 180 000 Personen wurden 1925 in Untersuchungshaft genommen. Etwa 16 000 davon waren schuldlos. Sie haben mindestens 17000 Jahre in Untersuchungshaft zugebracht, wovon mindestens 1700 zu Unrecht abgesessen wurden. Gegen 10 % der erwachsenen männlichen Bevölkerung ist im Jahre 1929 ein Verfahren eingeleitet worden. Dieser Prozentsatz hat sich gegenüber 1908 erhöht.

Für die schuldlos in Untersuchungshaft verbrachte Zeit kann, muß aber nicht, eine Entschädigung gewährt werden. Welche Summen auch gezahlt werden - die Höhe ist unbekannt -,die schuldlos verbrachte Untersuchungshaft stellt ein nicht wieder gut zu machendes Uebel dar. Denn sie zieht normalerweise alle Folgen einer Verurteilung mit sich. Das Uebel der schuldlos verbüßten Untersuchungshaft ist umso größer, je geringer die Straftat ist, welche dem Inhaftierten, und dies zu Unrecht, vorgeworfen wurde. Das schwerste Unrecht stellt also die wegen Uebertretung schuldlos verbrachte Zeit dar. Die hohen Zahlen der schuldlos Inhaftierten und die Länge der von ihnen in Untersuchungshaft verbüßten Zeit lassen die Forderung einer Einschränkung der Untersuchungshaft und einer stärkeren Nachprüfung der hierfür maßgeblichen Gründe berechtigt erscheinen.

Auch die Statistik des Strafvollzugs gibt kein günstiges Bild. Im Strafvollzug beschäftigt waren im Reich etwa 15 000 Personen, davon 1200 Pfarrer, gegen 800 Aerzte und 200 Lehrer. In Preußen waren 1926 etatsmäßig angestellt 78 Pfarrer und 4 Aerzte, 1927 dagegen 74 Pfarrer und 7 Aerzte. So groß man auch die religiösen Bedürfnisse einschätzen mag, es besteht kein Grund dafür, daß zehnmal ~~xxxxx~~ mehr Geistliche

als Aerzte etatsmäßig angestellt sind.

Ueber die hygienischen Zustände in den Anstalten existieren nur wenig Angaben. Es ist anzunehmen, daß die Mehrzahl der Zellen den stets stinkenden Kübel enthalten. 4% aller Zellen sind unheizbar, 32% ohne Licht; es ist jedoch unbekannt, wieviele dieser Zellen tatsächlich benutzt werden.

Die Angaben über Tuberkulose sind völlig ungenügend. In der Tat starben nach der Statistik 1926 in preußischen Anstalten ganze 4 Tuberkulöse, 1927 wörtlich keiner. Dabei stellt die Tuberkulose die typische Gefängniskrankheit dar. Aus solchen völlig unglaubwürdigen Zahlen muß vermutet werden, daß die wegen Tuberkulose Haftentlassenen bereits Todeskandidaten gewesen sind. ...."

"Vielfach wird das Stufensystem als eine moderne Errungenschaft gefeiert, da es erzieherisch wirke und den Gefangenen moralisch fördere. Die preußische Statistik widmet dem Strafvollzug in Stufen keine Zeile. Diesmit Recht. Denn statistisch gesehen spielt er nicht entfernt die Rolle, die ihm die Anhänger des "modernen Strafvollzugs" zuschreiben. So zeigt die Reichsstatistik, daß 29,5% der Gefangenen am 1.Juli 1927 in der zweiten und 2,9% in der obersten dritten Stufe waren. Die Untersuchungsgefangenen sind hierbei bereits ausgeschaltet. Demnach befanden sich in der untersten Stufe oder außerhalb des Stufensystems 67,6% der Gefangenen. Die oberste Stufe wies in ~~xxxx~~Preußen ganze 559, im Reich 1487 Mann auf. Es ist anzunehmen, daß wenigstens die Größenordnung dieser Zahlen allgemein gültig ist. ....In der Praxis kommt das Stufensystem nur den zu längeren Strafen Verurteilten zugute. Es belastet also am stärksten die Kurzfristigen, d.h. diejenigen, für die die Rückkehr in ein relativ geordnetes bürgerliches Leben an sich am leichtesten ist und denen sie noch erleichtert werden sollte........."

"Von den aus der Arbeit der Gefangenen stammenden Einnahmen der Anstalten erhalten die Gefangenen in Preußen etwa ein Viertel. Auf den einzelnen arbeitenden Gefangenen gerechnet nehmen die Anstalten im Tag etwa 66 Pf. ein und der Gefangene erhält einen "Lohn" von 16 Pf., während nach den Strafanstaltsgrundsätzen die Löhne für die Gefangenenarbeit~~xx~~ den Löhnen der freien Arbeiter nach Möglichkeit angegliedert werden sollen. Die Auszahlungen bei der Entlassung betrugen 1926 in Preußen im Durchschnitt 7 Mark, im nächsten Jahre 8 Mark. Solche Beträge müssen von den Gefangenen als Hohn empfunden werden. Die praktischste Anlage dürfte ein Rausch sein. Der Entlassene steht mittellos auf der Straße. Normalerweise wird er auch keine Arbeit finden und wird zum Verbrechen zurückkehren..........."

153

Zahlenfriedhof des

130 000 Zahlen beginnen zu reden

Die „Statistik der Gefängnisse der Justizverwaltung in Preußen“ hat bei den vielen Verteidigern wie bei den Kritikern des Strafvollzugs bisher keine große Beachtung gefunden. Das liegt daran, daß sie in einer vorbildlich unlesbaren Form publiziert wird. 411 Seiten mit 13 Spalten und 25 Zeilen, also über 130 000 Zahlen, davon viele tausend Nullen, stürzen auf den

Unglücklichen ein, der sich mit dieser Statistik befassen will. Keine Zeile Text gibt ihm einen Leitfaden zur Erkenntnis. Ohne irgendwelche Verarbeitung und Zusammenfassung wird das gesamte Material veröffentlicht. Der Leser muß ein geschulter Fachstatistiker sein, um die entscheidenden Zahlen finden oder berechnen zu können.

Im folgenden werde ich versuchen, den Inhalt dieses Zahlenfriedhofes lebendig werden zu lassen. Ich beschränke mich dabei auf die beiden letzten Jahre. Dabei wird es mir weniger auf letzte Genauigkeit als auf die großen Linien ankommen. Infolge der Unvollständigkeit der Statistik mußten dabei einige Schätzungen vorgenommen werden. Die dabei verwandten Methoden können hier nur kurz angedeutet werden. Sie sind in einem längeren Artikel, der im Augustheft der Zeitschrift „Justiz“ erscheinen wird, ausführlich dargestellt.

Eine Großstadt wandert durch Gefängnisse

Im Durchschnitt eines Jahres saßen Tag für Tag in den preußischen Gefängnissen etwa 30 000, in preußischen Zuchthäusern etwa 10 000 Personen. Die durchschnittliche Tagesbelegung der preußischen Anstalten betrug 40 000. Denkt man sich eine Bevölkerung, die nur aus Erwachsenen besteht,

so sitzt täglich eine Stadt wie Weimar oder Heilbronn hinter Schloß und Riegel.

Die Gesamtzahl derjenigen, die während eines Jahres durch die Anstalten gewandert sind und eine längere oder kürzere Zeit darin zugebracht haben, beträgt für Preußen etwa 320 000 Mann: die Stadt Dortmund wandert alljährlich durch die Anstalten. Diese Bevölkerung verbringt in einem Jahr 15 Millionen Tage, also einundvierzigtausend Jahre in den Anstalten. Die durchschnittliche Dauer des Aufenthalts für den einzelnen Gefangenen beträgt also etwa 45 Tage.

Für das Reich existiert nur eine Statistik des Gefängniswesens, und zwar für das Jahr 1925. Sie gibt die Zahl der Gefangenen an einem Stichtig an. Das Verhältnis dieser Zahl im Reich zu der entsprechenden preußischen beträgt etwa 10 zu 6. Man wird also annehmen können, daß im Reich etwa 530 000 Personen, die Bevölkerung einer Großstadt wie Breslau, jährlich durch die Anstalten wandert, und daß sie etwa 67 000 Jahre im Jahr darin zubringt. Diese Zahlen schwanken natürlich von Jahr zu Jahr, je nach der Kriminalität und der Höhe der verhängten Strafen. Aber ihre gewaltige Größe rechtfertigt das Interesse, welches die Öffentlichkeit dem Strafvollzug zuwendet.

Die Strafvollzugsgrundsätze von 1923, welche gegenüber den alten Bundesratsbestimmungen von 1897 einen gewissen Fortschritt darstellen, unterscheiden zwischen Einzel-, Zellen- und Gemeinschaftshaft. Bei der Einzelhaft wird der Gefangene bei Tag und Nacht unausgesetzt von anderen Gefangenen gesondert gehalten.

Dies bedeutet ein absolutes Sprechverbot, das bis zu 3 Jahren ausgedehnt werden kann.

Auch bei der Zellenhaft wird der Gefangene Tag und Nacht, insbesondere bei der Arbeit, allein gehalten. Beim Spaziergang, beim Gottesdienst und beim Unterricht kann er aber andere Gefangene wenigstens sehen. Nur die Gemeinschaftshaft gibt dem Gefangenen regelmäßig, insbesondere bei der Arbeit, die Möglichkeit, mit anderen Gefangenen zu sprechen. Leider gibt die Statistik keine Angaben, wieviele der Gefangenen in der unmenschlichen Zellenhaft mit ihrem undurchführbaren Sprechverbot gehalten werden.

Jährlich 16 000 Menschen:

Schuldlos in Untersuchungshaft

Auch über die Untersuchungshaft enthält die preußische Statistik keine genügenden Angaben. Jedoch existiert hierüber ein ausgezeichnetes, allerdings nicht veröffentlichtes Material, nämlich die hektographierte „Übersicht über die bei den Staatsanwaltschaften, bei den Amtsanwaltschaften im Vorverfahren und bei dem Amtsrichter oder bei dem Jugendgericht im Hauptverfahren in der Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember 1908, 1925 und 1929 beendeten Fällen von Untersuchungshaft auf Grund richterlichen Haftbefehls.“ Als schuldlos wird man alle diejenigen bezeichnen, bei denen das Verfahren, sei es durch die Staatsanwaltschaft, sei es durch das Gericht, eingestellt wurde oder in denen Freisprechung erfolgte. Nur die letzte Kategorie sind die „Unschuldigen“. Die Statistik gibt an, wieviele Untersuchungsgefangene nach einer Haft von bis zu 2 Wochen, wieviele nach 2 bis 4 Wochen, wieviele nach 4 bis 12 Wochen und wieviele nach einer Untersuchungshaft von über 3 Monaten entlassen wurden. Nimmt man für jede dieser vier Kategorien einen bestimmten Durchschnittswert an, so läßt sich leicht abschätzen, wieviele Zeit zu Recht und schuldlos in Untersuchungshaft zugebracht wurde. Diese Zahlen beziehen sich jedoch nur auf Preußen, auf ein halbes Jahr und die in diesem Zeitraum beendeten Fälle von Untersuchungshaft. Umgerechnet auf das Reich, auf also auch die noch nicht beendeten Fälle und auf ein ganzes Jahr, kommt man zu dem Schluß: Angenähert 180 000 Personen, eine Stadt, beinahe so groß wie Halle, wurde 1925 in Untersuchungshaft genommen. 16 000 davon waren schuldlos. Sie haben mindestens 17 000 Jahre in Untersuchungshaft zugebracht, wovon mindestens 1700 Jahre zu Unrecht abgesessen wurden.

Groteskerweise wird die Untersuchungshaft nicht nur bei Verbrechen, sondern auch bei Vergehen, ja sogar bei Übertretungen verhängt. Wer also „ungebührlicherweise ruhestörenden Lärm erregt“ oder den bekannten „groben Unfug“ verübt, kann unter gewissen, vom Gesetz vorgesehenen Umständen in Untersuchungshaft genommen werden, obwohl die Höchstdauer der Strafe selbst nur 6 Wochen beträgt.

Eine Verantwortung des Beamten, der einen Unschuldigen in Untersuchungshaft brachte, existiert nicht, auch wenn die Begründung noch so leichtfertig war. Für die schuldlos in Untersuchungshaft verbrachte Zeit kann, aber muß nicht, eine Entschädigung gewährt werden. Welche Summen auch bezahlt worden sind — die Höhe ist unbekannt —, die schuldlos verbrachte Untersuchungshaft stellt ein nicht wieder gutzumachendes Übel dar. Denn sie zieht normalerweise die meisten Folgen einer Verurteilung nach sich. Das Übel der schuldlos verbüßten Untersuchungshaft ist um so größer, je geringer die Straftat ist, welche dem Inhaftierten — und dies zu Unrecht — vorgeworfen wurde. Das schwerste Unrecht stellt also die wegen Übertretung schuldlos verbrachte Zeit dar. Die Abschaffung der Untersuchungshaft bei den Übertretungen wäre eine selbstverständliche Minimalforderung. Die hohen Zahlen der schuldlos Inhaftierten und die Länge der von ihnen in Untersuchungshaft verbüßten Zeit zwingen allgemein zur Forderung einer Einschränkung der Untersuchungshaft und einer stärkeren Nachprüfung der hierfür maßgeblichen Gründe.

Im Strafvollzug beschäftigt waren im Reich etwa 15 000 Personen, davon 1200 Pfarrer, nur 800 Ärzte und gar nur 200 Lehrer. Die geringe Zahl der Lehrer und Ärzte ist sehr bedauerlich. So groß man auch die religiösen Bedürfnisse einschätzen mag, so besteht kein Grund dafür, daß in Preußen zehnmal mehr Geistliche als Ärzte etatsmäßig angestellt sind.

…hof des

und Nacht unausgesetzt von anderen Gefangenen gesondert gehalten. Dies bedeutet ein absolutes Sprechverbot, das bis zu 3 Jahren ausgedehnt werden kann. Auch bei der Zellenhaft wird der Gefangene Tag und Nacht, insbesondere bei der Arbeit, allein gehalten. Beim Spaziergang, beim Gottesdienst und beim Unterricht kann er aber andere Gefangene wenigstens sehen. Nur die Gemeinschaftshaft gibt dem Gefangenen regelmäßig, insbesondere bei der Arbeit, die Möglichkeit, mit anderen Gefangenen zu sprechen. Leider gibt die Statistik keine Angaben, wieviele der Gefangenen in der unmenschlichen Zellenhaft mit ihrem undurchführbaren Sprechverbot gehalten werden.

…schen:

…ersuchungshaft

Eine Verantwortung des Beamten, der einen Unschuldigen in Untersuchungshaft brachte, existiert nicht, auch wenn die Begründung noch so leichtfertig war. Für die schuldlos in Untersuchungshaft verbrachte Zeit kann, aber muß nicht, eine Entschädigung gewährt werden. Welche Summen auch bezahlt worden sind — die Höhe ist unbekannt —, die schuldlos verbrachte Untersuchungshaft stellt ein nicht wieder gutzumachendes Übel dar. Denn sie zieht normalerweise die meisten Folgen einer Verurteilung nach sich. Das Übel der schuldlos verbüßten Untersuchungshaft ist um so größer, je geringer die Straftat ist, welche dem Inhaftierten — und dies zu Unrecht — vorgeworfen wurde. Das schwerste Unrecht stellt also die wegen Übertretung schuldlos verbrachte Zeit dar. Die Abschaffung der Untersuchungshaft bei den Übertretungen wäre eine selbstverständliche Minimalforderung. Die hohen Zahlen der schuldlos Inhaftierten und die Länge der von ihnen in Untersuchungshaft verbüßten Zeit zwingen allgemein zur Forderung einer Einschränkung der Untersuchungshaft und einer stärkeren Nachprüfung der hierfür maßgeblichen Gründe.

Im Strafvollzug beschäftigt waren im Reich etwa 15 000 Personen, davon 1200 Pfarrer, nur 800 Ärzte und gar nur 200 Lehrer. Die geringe Zahl der Lehrer und Ärzte ist sehr bedauerlich. So groß man auch die religiösen Bedürfnisse einschätzen mag, so besteht kein Grund dafür, daß in Preußen zehnmal mehr Geistliche als Ärzte etatsmäßig angestellt sind.

154

Strafvollzuges / Von E. J. Gumbel

Über die hygienischen Zustände in den Anstalten existieren nur wenige Angaben. Es ist anzunehmen, daß die Mehrzahl der Zellen den stets stinkenden Kübel enthalten. 4% aller Zellen sind unbeizbar, 82% ohne Licht. Es ist jedoch unbekannt, wieviele dieser Zellen tatsächlich benutzt werden.

Tuberkulose-„Statistik"

Geradezu grotesk sind die Angaben über Tuberkulose. Wie für die vornehmen Sanatorien, so ziemt es sich auch für die Strafanstalten nicht, daß Insassen an Tuberkulose sterben. In der Tat starben 1926 in Preußen ganze 4 Tuberkulöse, 1927 wörtlich keiner! Dabei stellt die Tuberkulose die typische Gefängniskrankheit dar. Aus solchen völlig unglaubwürdigen Zahlen muß vermutet werden, daß die wegen Tuberkulose Haftentlassenen bereits Todeskandidaten gewesen sind.

Die Zahl der geistig Minderwertigen und die „Zahl der infolge ihrer geistigen Minderwertigkeit für einen geordneten Strafvollzug ungeeigneten Gefangenen" ist nach der Reichsstatistik nur für die großen Anstalten bekannt. Umgerechnet auf alle Anstalten des Reiches ergibt sich: Angenähert 10 000 geistig Minderwertige waren 1927 in Strafanstalten eingesperrt. Mindestens 2500 davon standen intellektuell so niedrig, daß sie nicht einmal der Ordnung des Strafvollzugs angepaßt werden konnten. Die preußische Statistik weist für 1927 offiziell 669 Geisteskranke auf, die sich in Zuchthäusern und Gefängnissen befanden, davon 18 zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilte. Gehören solche Leute nicht in eine Irrenanstalt?

Die unsinnigen und deswegen undurchführbaren Hausvorschriften, wie das Sprechverbot, müssen zu Disziplinarstrafen und zu Schikanen der Gefängnisbeamten führen. Die schwerste Disziplinarstrafe, der verschärfte Arrest, ist gleichzeitig die häufigste. In den Zuchthäusern ist der leichte Arrest praktisch unbekannt. Dieser schauerliche Zustand widerspricht allen pädagogischen Anforderungen. Das bezeichnendste Licht auf diese Zustände aber wirft die Tatsache,

daß unter Benutzung der richtigen statistischen Quellen die Selbstmorde trotz ihrer technischen Schwierigkeiten in den Anstalten häufiger sind als in der freien Bevölkerung. Hierbei muß insbesondere berücksichtigt werden, daß die freie Bevölkerung ein ganzes Jahr, die Anstaltsbevölkerung nur einen Bruchteil des Jahres nicht unter Beobachtung steht.

Mit ganzen 8.— Mark werden sie entlassen

Die Arbeit ist gewiß das beste Erziehungsmittel. Aber der Wille zu ihr muß bei den grotesken, in den Anstalten gezahlten Löhnen und der grauenhaften Langenweile des Tütenklebens, der typischen Anstaltsarbeit, sehr gering bleiben.

Von den aus der Arbeit der Gefangenen stammenden Einnahmen der Anstalten erhalten die Gefangenen in Preußen etwa ein Viertel. Auf den einzelnen arbeitenden Gefangenen gerechnet, nehmen die Anstalten im Tag etwa 66 Pfennig ein und

der Gefangene erhält einen „Lohn" von 16 Pfennig täglich,

während nach den Strafvollzugsgrundsätzen die Löhne für die Gefangenenarbeit den Löhnen der freien Arbeiter nach Möglichkeit angegliedert werden sollen. Noch grotesker sind die Auszahlungen bei der Entlassung, welche 1927 in Preußen im Durchschnitt 7,— RM., im nächsten Jahr 8,— RM. betrugen. Solche Beträge müssen von den Gefangenen als Hohn empfunden werden. Die praktischste Anlage dürfte ein Rausch sein. So steht der Entlassene mittellos auf der Straße. Arbeit kann er nicht finden, er muß zum Verbrechen zurückkehren.

*

Der Vergleich der Jahre 1926 und 1927 zeigt in Preußen bei den meisten Merkmalen kleine Verbesserungen. Geht man auf die Zahlen bis 1924 zurück, so erscheint es glaubwürdig, daß es sich hierbei um eine systematische Tendenz handelt. Aber hiervon ist streng zu trennen das Gesamturteil über den Strafvollzug, zu dem solche Ziffern zwingen. Der weit verbreitete Glaube an die Existenz eines modernen Strafvollzugs wäre unmöglich, wenn die Strafvoll-

zugsstatistik bekannt wäre. Den die radikalsten Kritiker des Strafvollzuges sind an seine Realität auch nicht im entferntesten herangekommen!

TRIBUNAL

BERLIN
1. AUG. 1930
[illegible] JAHRGANG
NUMMER [illegible]
PREIS 15 PF.

Die Veränderungen der Sterblichkeit.

Die Sterblichkeit wird gewöhnlich gemessen durch die sogenannte Sterbeziffer, d. h. das Verhältnis der Zahl der Gestorbenen zur Gesamtbevölkerung. Sie betrug in Deutschland etwa 30 auf 1000 im Jahre 1870 und ist heute auf etwa 12 pro Tausend gesunken. Die Bevölkerungsstatistik hat jedoch gezeigt, daß diese Zahlen ein zu optimistisches Bild ergeben und daß die sogenannte Sterbetafel ein besseres Kriterium liefert. Hierunter versteht man eine Tabelle, welche angibt, wie 100 000 Neugeborene im Laufe der Zeit absterben. Man pflegt dann diese Tabelle wieder in einem Ausdruck zusammenzufassen, indem man zunächst die verschiedenen Alter betrachtet, in denen die Menschen sterben, und hieraus den Mittelwert berechnet. Dieses mittlere Alter beim Tod ist gleich dem Alter, das ein Neugeborener im Durchschnitt erreichen wird. Dieses, als Lebenserwartung eines Neugeborenen bezeichnete Alter betrug im Durchschnitt der Jahre 1871 bis 1881 in Deutschland 35,6 Jahre, für die männliche Bevölkerung im Durchschnitt der Jahre 1891 bis 1900 betrug sie 40,6 Jahre, für die gleiche Bevölkerung ist sie im Durchschnitt der Jahre 1924 bis 1926 auf 56 Jahre gestiegen. Im letzten Intervall ist sie also um 37 % gestiegen.

In den vom Deutschen Verein für Versicherungsmathematik herausgegebenen „Blättern für Versicherungsmathematik und verwandte Gebiete" zeigt nun Prof. Dr. *Gumbel* von der Universität Heidelberg, daß auch dieses Kriterium noch zu günstige Resultate liefert. Es konstruiert entsprechend den Methoden der mathematischen Statistik ein auf wahrscheinlichkeitstheoretischen Grundlagen beruhendes Maß der Güte, welches neben dem durchschnittlichen Alter beim Tod auch das mittlere Alter der Lebenden verwendet und die Tatsache berücksichtigt, daß das höchste erreichbare Alter nach allen Erfahrungen sich kaum geändert hat. Diese unbenannte, zwischen null und eins liegende Zahl charakterisiert eine Sterbetafel insgesamt. Sie kann aber auch auf die einzelnen Alter angewandt werden.

Auch diese Methode zeigt, daß die Sterblichkeit insgesamt und in den einzelnen Altersjahren sich verbessert hat, daß aber die bisherige Betrachtungsweise geeignet war, diese Verbesserung zu überschätzen. Speziell in Deutschland haben sich die Sterbetafeln in der genannten Zeit die Sterblichkeit nicht um 37, sondern nur um 27 Prozent verbessert. Die Arbeit an der sozialen Hygiene, durch die dieses Resultat erreicht wurde, muß also fortgesetzt werden. Speziell bei der Bekämpfung der Kindersterblichkeit sind noch große Fortschritte zu erzielen.

156

DIE FRAGEN:

I. Auf welchem Wege wird die Krise nach Ihrer Ansicht beseitigt werden, die das Wirtschaftsleben fast aller Länder, insbesondere aber das deutsche Wirtschaftsleben erschüttert?

II. Halten Sie Severings Republikschutzgesetz, Brauns Beamtenukas, die Novelle vom Vereinsgesetz, die jede öffentliche Versammlung unter die Zensur eines beliebigen Polizeibeamten stellt, die verschärfte Filmzensur, den Zuchthausparagraphen 218 u. a. m. für kulturpolitische Maßnahmen, die geeignet sind, die Entfaltung der kulturellen Kräfte in Deutschland zu fördern? Wie denken Sie über die Festhaltung von 50 kommunistischen Redakteuren in Gefängnissen und Festungen der deutschen Republik und wie stellen Sie sich zu der Ermordung von 35 Arbeitern durch die Polizei des Sozialdemokraten Zörgiebel am 1. Mai 1929?

III. Welche Stellung werden Sie einnehmen, wenn die Arbeiter Deutschlands im Falle eines faschistischen Putsches zur Gegenwehr greifen?

IV. Wie beurteilen Sie die Aussichten der Verwirklichung des Fünfjahrplanes in der Sowjetunion? Ist Ihnen bekannt, daß die Arbeitslosigkeit dort nahezu liquidiert ist? Wie beurteilen Sie die kulturellen Aufstiegsmöglichkeiten in der Sowjetunion.

V. Welche Stellung werden Sie im kommenden Kriege der kapitalistischen Mächte gegen die Sowjetunion einnehmen?

VI. Halten Sie die deutsche Sozialdemokratie noch für eine sozialistische Partei?

DIE ANTWORTEN:

Professor E. J. Gumbel:

1. Da die große Zahl der Arbeitslosen bisher keinerlei politische Wirkung ausübte, ist zu vermuten, daß die heutige Krise auf dem üblichen kapitalistischen Weg durch den nächsten wirtschaftlichen Aufstieg überwunden werden wird. Die Periodizität der Krisen, also ihre zeitliche Ueberwindung, aber auch ihre Wiederkehr in gesteigertem Maß gehört nämlich mit zu den Eigentümlichkeiten der kapitalistischen Wirtschaftsordnung.

2. Die von Ihnen angeführten Gesetze und Verordnungen haben nur zum Teil einen kulturpolitischen Einfluß. Dies gilt für die Filmzensur. Sie ist in hervorragendem Maße geeignet, den breiten Massen Sand in die Augen zu streuen. Der Paragraph 218 ist eine bevölkerungspolitische Bedrohung und ein wesentliches Instrument der Klassenjustiz. Das Republikschutzgesetz, der Beamtenerlaß und das Vereinsgesetz sind kulturpolitisch völlig bedeutungslos und von diesem Standpunkt weder positiv noch negativ zu bewerten. Sie sind jedoch politisch außerordentlich gefährlich, da zu vermuten ist, daß sie reaktionären Regierungen zur Unterdrückung der sozialistischen, ja sogar der entschieden republikanischen Bewegung dienen werden. Beim Republikschutzgesetz hat sich dies bereits gezeigt.

Die Verurteilung zahlreicher kommunistischer Redakteure ist vor allem deswegen angreifbar, da genau die gleichen Aeußerungen von nationalsozialistischer Seite unbeanstandet bleiben. Sie beruht auf einer vollständig falschen Auslegung des Hochverratsbegriffs, der richtig verstanden die Vorbereitung einer unmittelbar einsetzenden Aktion voraussetzt (vergl. den Artikel von Prokurator im letzten Heft der Justiz).

Die Schießereien am 1. Mai 1929 halte ich für eine der schlimmsten polizeilichen Ausschreitungen, die überhaupt bisher in Deutschland vorgekommen sind. Besonders schlimm ist die Tatsache, daß sie unter der Herrschaft eines sozialdemokratischen Polizeipräsidenten erfolgten. Sie lassen sich auch nicht durch den Umstand rechtfertigen, daß die kommunistische Presse nach dem Blut schrie, das der sozialdemokratische Polizeipräsident am Schluß vergossen hat.

3. Falls ein faschistischer Putsch kommt, werde ich mich selbstverständlich auf die Seite der Arbeiter stellen. Ich fürchte jedoch, daß er auf kaltem Wege kommt, und daß so die Klarheit der politischen Situation, die Sie voraussetzen, nicht vorhanden sein wird.

4. Obwohl ich mir große Mühe gegeben habe, war es mir bisher unmöglich, mich mit den wissenschaftlichen Grundlagen des Fünfjahrplans vertraut zu machen. Soweit ich mich jedoch orientieren konnte, halte ich es für möglich, daß große Stücke dieses Planes verwirklicht werden. Die vielfachen Nachrichten von bereits jetzt vorliegenden Ueberschreitungen des Plans halte ich für eminent ungünstige Symptome, da jede Ueberschreitung zu einer Disproportionalität, also zu Fehlinvestionen und wirtschaftlicher Vergeudung führen kann. Eine Verwirklichung des Plans kann große wirtschaftliche und kulturelle Erfolge mit sich bringen. Sie muß es aber nicht, da die Recheneinheit des Plans der Rubel ist und seine Kaufkraft, gemessen an den tatsächlichen, also nicht offiziellen Preisen, ständig sinkt. Eine Durchführung des Plans kann das Nationalprodukt und das Einkommen der Arbeiter steigern; sie muß es aber nicht, wenn die Qualität der Waren entsprechend sinkt. Und dies scheint bisher in weitem Umfang der Fall zu sein.

Ich kann nicht beurteilen, ob die Arbeitslosigkeit in der UdSSR wirklich beseitigt ist. Auch falls dies zutrifft, braucht es noch keine Sicherheit für die Zukunft zu bedeuten, denn sie kann auch auf dem niedrigen Niveau der russischen Wirtschaft und der geringen Zahl der überhaupt vorhandenen Industriearbeiter beruhen.

5. Es gibt politische Dinge, über die man in aller Oeffentlichkeit sprechen kann und andere, die man durchführen muß. Das von Ihnen aufgeworfene Problem eignet sich nicht zur öffentlichen Behandlung. Leider sehe ich in dieser Richtung aber auch keine Taten.

6. Die SPD scheint sich zu einer Arbeiterpartei nach englischem Muster zu entwickeln. In Uebereinstimmung mit den von dem früheren Reichskanzler Müller in den Mitteilungen des Sozialdemokratischen Intel[illegible]llenbundes entwickelten Auffassungen glaube ich an die Existenz [illegible] sozialkonservativen Elements in der Partei.

Hierzu sagt die Redaktion der „Linkskurve":

Nun zu den Hauptgruppen der von uns veröffentlichten Antworten.

In Gumbel kommt der kleinbürgerliche Skeptiker zu Worte, der zwar die Widersprüche des Kapitalismus erkennt, der aber, da außerhalb der revolutionären Arbeiterbewegung stehend, weder die revolutionäre Kampfkraft dieser Bewegung in der heute noch kapitalistischen Welt, noch ihre Kraft beim Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion zu begreifen vermag. Vom „Sozialismus" der SPD hält Gumbel faktisch nichts. Seine Bemerkung über „die Existenz eines starken sozialkonservativen Elements" in der SPD ist, aus dem Munde eines dieser Partei ganz nahestehenden Mannes, vernichtend.

6. Außer dem Schein für die bestandene Aufnahmeprüfung ist vor der Zulassung noch eine Bescheinigung beizubringen, daß der Betreffende mindestens ein Jahr lang eine dem gewählten Studienfach entsprechende praktische Betätigung ausgeübt hat, also der Jurist etwa eine solche als Gerichtsschreiber oder Gefängniswärter, der medizinische eine solche als Krankenwärter, der Philologe eine solche als Schulgehilfe.

7. Die Hochschullehrer sind entweder hauptamtlich oder nebenamtlich angestellt. Die hauptamtlich angestellten Hochschullehrer dürfen eine anderweitige Tätigkeit gegen Entgelt nicht ausüben. Die Anstellung erfolgt auf Bewerbung um eine freigewordene Stelle nach Anhörung der hauptamtlichen Hochschulfachmitglieder durch einen bei jedem Kultusministerium zu errichtenden Landes-Hochschulausschuß. Die Privatdozentur und die Habilitation fällt fort.

8. Das Kolleggeld wird durch ein festes Hochschulgeld ersetzt, das Unbemittelten auf begründeten Antrag zu erlassen ist.

9. Die Aufwendungen für die Hochschulbüchereien werden verzehnfacht und ihre Benutzung allen Erwachsenen unabhängig von der Zugehörigkeit zur Hochschule gestattet.

10. Die Abschlußprüfungen werden von einem Ausschuß von Fachsachverständigen abgehalten, der nur zur Hälfte aus Hochschullehrern besteht.

157

E. J. Gumbel:

Was muß geschehen, um die Universitäten zu republikanisieren?

Zur Erfüllung der großen Aufgabe einer Republikanisierung der deutschen Universitäten müssen, abgesehen von einer geschickten Personalpolitik bei der Besetzung der freiwerdenden Ordinariate, zwei Maßnahmen prinzipiellen Charakters getroffen werden: die Bekämpfung des Mensurunfugs und die Hebung der Nichtordinarien.

I.

Es wäre falsch, aus einzelnen Studentenkrawallen zu schließen, daß die Mehrheit der Studenten der Republik feindlich gegenüberstehe. Sie ist apolitisch. Ausgesprochen reaktionär sind nur die schlagenden Verbindungen (Korps und Burschenschaften) und die Nationalsozialisten. Diese Minderheit hat aber einen, ihre zahlenmäßige Größe überragenden, bedeutenden Einfluß an den Universitäten, weil sie willensbewußt ist und weil manche Professoren als Alte Herren zu den Verbindungen gehören oder mit ihnen sympathisieren oder die nationale Phrase mitmachen zu müssen glauben.

Ein wesentliches Mittel dieser Herrschaft ist die Durchsetzung eines eigenen Ehrbegriffs, welcher sich in den Duellen und Bestimmungsmensuren äußert. Durch ihren Ehrbegriff, welcher als traditionell überkommen, von der Mehrheit nicht ohne weiteres abgelehnt werden kann, beherrscht die Minderheit politisch die Universität. Es ist daher im Interesse der Republik, die Herrschaft dieses Ehrbegriffs zu stürzen.

Auf die universitätspolitische Bedeutung der Unterdrückung des Duells hat der Regierungspräsident Friedensburg in einem auch vom polizeitaktischen Standpunkt aus interessanten Artikel, der die Grund-

lage zu einer wichtigen Diskussion wurde, hingewiesen (Tagebuch vom 21. September 1929). Auch außerhalb der Universitätspolitik ist ein solches Vorgehen notwendig. Der jetzige Zustand bedeutet nämlich, daß jeder Jurist bereits im ersten Semester als wichtigste juristische Tatsache erfährt, daß die sich gegen die herrschende Schicht wendenden Gesetze nicht durágeführt werden. Während die Polizei selbstverständlich eingreifen würde, wenn ein stadtbekannter Dieb mit einem augenscheinlich gestohlenen Pelzmantel gesehen wird, drückt sie beide Augen zu, wenn ein Verbindungsstudent mit frischen Schmissen, also den Beweisen einer strafbaren Handlung, herumläuft.

Die Herrschaft der Verbindungen über die Studentenschaft und damit teilweise über die Universität, hat mit „jugendlichem Idealismus" nicht das mindeste zu tun. Sie hat ihre materiellen Wurzeln: der Student tritt in eine Verbindung ein, weil er hierin eine Sicherung für seinen späteren Aufstieg im Berufsleben erwartet. Denn aus der Kaiserzeit her sitzen die Alten Herren überall in der hohen Beamtenschaft.

Die durch die Verbreitung der Duelle an den Universitäten fundierte Sonderstellung der schlagenden Studenten bewirkt, daß die kommende Beamtenschaft, soweit sie diesen Kreisen entstammt — und dieser Anteil ist sehr groß, — von vornherein in spezifischen Ehrbegriffen, antirepublikanischer Gesinnung und dem Bewußtsein aufwächst, daß die Gesetze für sie nicht gelten. Dies bedeutet, daß die Schicht, die aller Voraussetzung nach in den kommenden Jahrzehnten den Staat beherrschen wird, — auch wenn alle Minister aus Gewerkschaftsfunktionären bestehen würden, — aus strammen Gegnern einer wirklich demokratischen Republik bestehen wird. Das jetzige Desinteressement der republikanischen Parteien in dieser Frage ist selbstmörderisch.

Dieser Zustand wie die aus ihm erwachsenden Gefahren würden mit dem Tag verschwinden, an dem die Polizei gegen die Duelle und Bestimmungsmensuren, die in stadtbekannten Lokalen stattfinden, einschreitet. Dies wäre juristisch leicht möglich, da das geltende Strafgesetz das Duell verbietet und das Reichsgericht auch die Bestimmungsmensur als Duell betrachtet, weil sie der Vorbereitung auf das Duell dient. Erst neuerdings haben sich die Schöffengerichte Jena und Heidelberg auf diesen Standpunkt gestellt und in einzelnen Fällen Teilnehmer an Bestimmungsmensuren verurteilt, weil ihre Gegner an den Folgen einer Verwundung gestorben waren. Auch der Strafrechtsausschuß hatte an dem bisherigen Verbot festgehalten und es sogar durch den Vorschlag der Aberkennung der Beamtenfähigkeit als obligatorische Nebenstrafe verschärft. Trotzdem ist kein Vorgehen von seiten des Reiches zu erwarten, da das Reich einerseits keine Polizei, andererseits keine Universitäten besitzt. Die Aktion muß also von den Ländern ausgehen. Ein Eingreifen der Polizei würde selbstverständlich dazu führen, daß die schlagenden Studenten sich in anderen Universitäten niederlassen würden. Dies wäre ein erwünschter Zustand, da dann die republikanische Mehrheit in den betreffenden Universitäten gesichert wird.

Neben die Durchführung der bestehenden Gesetze muß eine finanzielle Aktion treten: ein großer Teil der Studenten wird heute aus öffentlichen Mitteln durch Stipendien, Kolleggeldermäßigungen, Kolleggeld- und Gebührenstundungen und ähnliches unterstützt. Diese Vergünstigungen dürfen keinem Studenten gewährt werden, der einem Verein angehört, welcher ungesetzliche Aktionen als Mittel zum Schutz einer von ihm konstruierten spezifischen Ehre propagiert oder begünstigt.

II.

Ausgangspunkt für jede Universitätspolitik muß ferner die Erkenntnis bilden, daß die Dozentenschaft in zwei Kategorien zerfällt, welche die gleiche Arbeit leisten, jedoch wirtschaftlich gesehen, völlig verschieden sind. Es sind dies die relativ geringe Zahl der Ordinarien, welche ein ausreichendes Gehalt und hohe Nebeneinnahmen beziehen, und das Gros der unter verschiedenen Bezeichnungen rangierenden Nichtordinarien, welche die überwältigende Mehrheit der Dozenten bilden und weder über ausreichende Gehälter noch entsprechende Nebeneinnahmen verfügen. Die Ordinarien sind Beamte, meistens aus der Kaiserzeit übernommen, die Nichtordinarien sind im Prinzip unbezahlt und im Durchschnitt jünger. Sie leisten eine hochqualifizierte Arbeit, stehen aber materiell zum Teil tiefer als die Pedelle. Die Minderheit, die Ordinarien, sitzen ipso jure in den Fakultäten, die Mehrheit, die Nichtordinarien, haben dagegen — und auch dies erst seit der Revolution — nur das Recht auf zwei Vertreter, welche selbstverständlich bei allen entscheidenden Problemen überstimmt werden.

Daß dieser Gegensatz in der Oeffentlichkeit nicht bekannt ist oder nicht beachtet wird, liegt daran, daß das Gros der Nichtordinarien schweigt und hofft, nach einiger Zeit an die Stelle der Ordinarien aufzurücken. Diese Hoffnung, welche zum Teil berechtigt ist, verhindert die Bildung eines klaren Standesbewußtseins. Der jetzige Zustand entspricht ideologisch dem mittelalterlichen Aufbau in Meister, Gesellen und Lehrlinge und sozial dem Vorkriegszustand, als der Nachwuchs der Universitäten aus Rentenintellektuellen bestand.

Diese kapitalistische Auslese der Dozentenschaft ist politisch außerordentlich bedeutungsvoll, da sie die nicht zur Großbourgeoisie gehörenden Nichtordinarien zwingt, sich den Ordinarien, vor allem in politischer Richtung, anzupassen. Obwohl unter den jüngeren Nichtordinarien ein sehr viel höherer Prozentsatz an Republikanern besteht als bei den Ordinarien, können sie es nicht wagen, mit dieser ihrer politischen Auffassung hervorzutreten. Die Republikanisierung der Universitäten muß daher diese aufwärtsstrebende Schicht, welche in Zukunft die Ordinariate besetzen wird, stützen. Zu diesem Zweck sind eine große Zahl von Maßnahmen geeignet, von denen wir hier nur diejenigen erwähnen, welche die finanziellen Ausgaben des Staates für die Universitäten nicht erhöhen.

1. Die Fakultäten werden aus sämtlichen Habilitierten mit gleichem Stimmrecht gewählt; der Senat, welcher bisher aus Vertretern der Fakultäten bestand, durch die allgemeine Dozentenversammlung.

2. Soweit den Ordinarien keine Kolleggeldgarantie gewährt ist, werden sämtliche Kolleggelder unter die in einer Fakultät Habilitierten nach Maßgabe der von ihnen gelesenen Stundenzahl und unter Berücksichtigung der Familienverhältnisse gleichmäßig verteilt. Dem einzelnen Dozenten verbleiben nur diejenigen Kolleggelder, welche aus Uebungen stammen.

3. Da eine Erhöhung der Altersgrenze die Chancen der Nichtordinarien verringert, verbleibt es bei der bisherigen Regelung von 65 Jahren.

4. Soweit Kolleggeldbefreiungen stattfinden, dürfen sie nicht, wie bisher, ausschließlich zu Lasten der Nichtordinarien erfolgen. Vielmehr müssen aus den allgemeinen Fonds der Universitäten die Kolleggeldbefreiungen den Nichtordinarien rückvergütet werden. Diese allgemei-

nen Fonds müssen durch Erhebung eines Anteils an den Prüfungsgebühren verstärkt werden.

5. Die an Ordinarien verliehenen Lehraufträge sind zu streichen. Die dann noch verbleibenden Lehraufträge müssen dadurch geschützt werden, daß eine Entziehung nur auf dem Wege des Disziplinarverfahrens möglich ist. Unfähigkeit muß hierbei als Entziehungsgrund gelten.

6. Zu den Verwaltungsakademien, pädagogischen Akademien, Volkshochschulen und zu den Direktorstellen der akademischen Institute sollen in erhöhtem Maße die Nichtordinarien herangezogen werden.

7. Zur Bekämpfung der akademischen Inzucht müssen sämtliche freiwerdenden Stellen öffentlich ausgeschrieben werden.

Solche Maßnahmen werden die materielle Lage der Privatdozenten als der relativ republikanisch gesinnten Schicht erhöhen. Zusammen mit der Bekämpfung der Mensuren werden sie einen staatstreuen Nachwuchs der Beamtenschaft sichern.

Theodor Lessing:

Es ist ein Fundamentalsatz der sozialistischen Theorie, bei Marx und auch bei Lenin, daß die revolutionären Veränderungen von der arbeitenden Klasse, d. h. vom handarbeitenden Teil der Bevölkerung, insbesondere vom Industrie- und Landwirtschaftsproletariat ausgehen müssen. Wir „Intellektuellen" gelten für diese Theorie eo ipso als bürgerliche Menschen und das „Denken" scheint ein bürgerlicher Beruf zu sein. Der „bürgerliche Mensch" aber (ein solcher ist ja auch Marx gewesen, und Engels, Lassalle, Lenin, Trotzki, kurz, alle großen Führer kamen aus dem vielgescholtenen — Bürgertum), der bürgerliche Mensch, so glaubt man, könne wohl, wenn er seine Klasse verloren hat, zum „Mitläufer" des Umsturzes werden, ja, er könne vielleicht auch der intellektuelle Organisator der Revolution sein, aber die eigentliche Explosionsmasse, der Sturmherd der Welt, das sei das organisierte Proletariat. Dieser Satz wurde so wenig bezweifelt, daß z. B. Friedrich Alb. Lange die soziale Frage schlankweg nennt: „die Arbeiterfrage", gerade als ob nur der Kampf, den die Arbeiterschaft führt, der wahre Klassenkampf sei und das letzte Problem der Gesellschaft. Ist das noch richtig? Stimmt es (was Marx behauptet), daß Intransigenz, Radikalismus einzig beim „vierten Stande" (den es übrigens längst nicht mehr gibt), gefunden werden können?

Es erscheint vielleicht paradox, wenn ich behaupte, daß die Sozialdemokratie und die von ihr erfaßte Arbeiterschaft recht wohl einmal die eigentlich konservative Partei, ja zum Herde alles Rückschritts werden könnte.

Es ist oft gezeigt worden, daß der Mensch konservativ ist und daß die Macht und die Regierung immer nur einen Feind hat: die Volksverzweiflung. Revolutionär sind nur diejenigen, die nichts zu verlieren haben. Die Sozialdemokratie im heutigen Deutschland kann nur derjenige revolutionär nennen, der Evolution und Revolution, Theorie und Tat nicht unterscheidet und an Ideologien und Programme glaubt, statt auf Lebenshaltung und Bewährung zu blicken. Denn alle Theorie ist Konstruktion. Entscheidend ist einzig, was wirklich geschieht. Es ist nun nicht im mindestens zu bezweifeln, daß jeder Sozialist, der an einer nichtsozialistischen Regierung teilnimmt (vielleicht sogar schon jeder,

Middelfart Venstreblad

skriver den 11. SEP. 1930

I Tysklands Skæbnetime.

Den frisindede tyske Professor Gumbel, der opholder sig ved Lillebælt, spaar om Statskup.

Paa Slottet Avernæs ved Helnæs bor for Tiden den meget ansete Statistiker, Professor E. J. Gumbel fra Heidelberg, Pacifist, ivrig Bekæmper af det sorte Rigsværn og Fememordene og ikke mindst kendt for sin dristige og stærkt læste Bog: »Vier Jahre Politischer Morde«.

Stor Fremgang for Fascismen.

— Hvad nyt i Tyskland? spørger vi den skarpe Professor.

— Først og fremmest stor Fremgang for Fascismen, hvilket er betinget af den nuværende Arbejdsløshed og Erhvervskrisen, som er opstaaet før den amerikanske Krise og uafhængig af denne, en Krise, der maa betegnes som den alvorligste siden Krigen, og som har medført en Arbejdsløshed, der allerede paa det nuværende Tidspunkt er oppe paa tyve Procent af de fagorganiserede Arbejdere, og som man regner med vil stige til tre Millioner arbejdsløse til Vinter. Et Forsøg paa at bedre Arbejdsløshedssituationen ved at sænke Lønnen er ganske forkert, da det vil forringe Arbejdernes Købekraft, eftersom det ikke er lykkedes at sænke Prisniveauet.

— Er Højfinansen ogsaa berørt af Krisen?

— Nej, næsten ikke, den klarer sig godt. Den har forstaaet at lægge hele Byrden af denne Krise og af Reparationsomkostningerne over paa Arbejderne og den lavere Middelstand. Yderligere har den vidst at benytte sig af Fascismen, der ganske vist prætenderer at være antikapitalistisk, men i Virkeligheden er uden Program.

— Af hvad Grund skulde Krisen give Fascismen Vind i Sejlene?

— Det er den lavere Middelstand, der gør Udslaget. Den er stærkt trykket af den øjeblikkelige Situation, som jeg sagde, og mener nu at bedre Tingene ved at gaa over til Fascismen.

De politiske Løgne overskygger alt.

— Som De maaske ved, har vi i Tyskland en enestaaende Legendedannelse. Den staaende Fascistlegende er for Tiden denne, at det er Marxismen, der hersk[illegible] Tyskland, og at det er derfo[illegible] er Krise, og at der kun er ee[illegible] del herimod, nemlig: et [illegible] herredømme. Den lavere Mi[illegible]e[illegible] stand tror paa denne Legende, og derfor skal Fascismen have dens Stemmer. Ja, de politiske Løgne overskygger alt, og Fremtidens Løgn bliver denne: at Franskmændene har trukket sig tilbage fra Rhinomraadet, ikke fordi Tyskerne har betalt, men fordi Nationalisterne har skreget op og truet dem. En anden Legende, der verserer for Tiden, er denne, at den tyske Hær blev ikke overvundet under Krigen, nej, den blev dolket ned bagfra ligervis som Helten Sigfred.

Et Ryk til Højre.

— Hvorledes mener Professoren, at Valget den 14. September vil falde ud?

— Det vil afgjort gaa i Retning af Højre. Ikke numerisk. Men det nationalistiske Sindelag vil vinde i Intensitet. Fascisterne vil vinde Fremgang paa Bekostning af de Tysk-Nationale. I Stedet for disse vil tre—fire mindre Grupper opstaa. Folkepartiet vil tabe en Del Mandater. Centrum vil ikke blive væsentlig berørt af Situationen. En Forbindelse med Ungtyskerne vil ikke nytte Demokraterne noget, da man ikke kan danne et nyt Parti af et mislykket Venstreparti og et Højreparti, der endnu ikke er dannet. Socialdemokraterne og Kommunisterne vil beholde deres Mandatantal. At dette vil blive den kommende Udvikling, det ser man bedst af de saksiske Valg, som fandt Sted i Begyndelsen af dette Aar.

— Hvad vil disse Valgresultater faa at betyde i Forholdet til Udlandet?

— En forstærket tysk-polsk Konflikt og samtidig en daarlig Vending i Forholdet til Frankrig.

— Hvorledes vil man kunne danne Regering paa et Grundlag som det førnævnte?

— Det vil blive uhyre svært. Det er ikke udelukket, at Regeringen atter staar foran Begyndelsen til et Præsidentskabsdiktatur. Altsaa et Fascistregimente, hvor der ved Staten vil flyde lidt Blod og meget Blæk. Det vil svie til Demokratiet og Arbejderne. Der er Statskup i Luften!

Torsdag den 11. September 30

DEN MIDTJYSKE RADIKALE VENSTREPRESSE

STATSKUP I TYSKLAND

Paa Slottet Avernæs, der ligger i en barsk og øde Egn ved Lillebælt, og som ejes af den kendte tyske historiske Forfatter, H. R. Madel, træffer jeg mellem mange andre celebre Gæster af de forskelligste Erhverv og politiske Retninger den meget ansete Statistiker, Prof. E. J. Gumbel fra Heidelberg, Pacifist, ivrig Bekæmper af det sorte Rigsværn og Fememordee og ikke mindst kendt for sin dristige og stærkt læste Bog: „Vier Jahre Politischer Morde".

Stor Fremgang for Fascismen.

— Hvad nyt i Tyskland? spørger jeg den muntre og skarpe Professor.

— Først og fremmest stor Fremgang for Fascismen, hvilket er betinget af den nuværende Arbejdsløshed og Erhvervskrisen, som er opstaaet før den amerikanske Krise og uafhængig af denne, en Krise, der maa betegnes som den alvorligste siden Krigen, og som har medført en Arbejdsløshed, der allerede paa nuværende Tidspunkt er oppe paa 20 pCt. af de fagorganiserede Arbejdere, og som man regner vil stige til 3 Millioner Arbejdsløse til Vinter. Et Forsøg paa at bedre Arbejdsløshedssituationen ved at sænke Lønnen er ganske forkert, da det vilde forringe Arbejdernes Købekraft, eftersom det ikke er lykkedes at sænke Prisniveauet.

— Er Højfinansen ogsaa berørt af Krisen?

— Nej, næsten ikke, den klarer sig godt. Den har forstaaet at lægge hele Byrden af denne Krise og Reparationsomkostninger over paa Arbejderne og den lavere Middelstand. Yderligere har den vidst at benytte sig af Fascismen, der ganske vist prætenderer at være antikapitalistisk, men i Virkeligheden er uden Program.

— Af hvad Grund skulde Krisen give Fascismen Vind i Sejlene?

— Det er den lavere Middelstand, der gør Udslaget. Den er stærkt trykket af den øjeblikkelige Situation, som jeg sagde, og mener nu at bedre Tingene ved at gaa over til Fascismen.

De politiske Løgne overskygger alt.

— Som De maaske ved, har vi i Tyskland en enestaaende Legendedannelse. Den staaende Fascistlegende er for Tiden denne, at det er Marxismen, der hersker i Tyskland, og at det er derfor, der er Krise, og at der kun er eet Middel herimod, nemlig: et Fascistherredømme. Den lavere Middelstand tror paa denne Legende, og derfor skal Fascismen have dens Stemmer. Ja, de politiske Løgne overskygger alt, og Fremtidens Løgn bliver denne: at Franskmændene har trukket sig tilbage fra Rhinomraadet, ikke fordi Tyskerne har betalt, men fordi Nationalisterne har skreget op, truet dem. En anden Legende, der verserer for Tiden, er denne, at den tyske Hær blev ikke overvundet under Krigen, nej, den blev dolket ned bagfra ligervis som Helten Sigfried.

Profeti om de kommende Valg.

— Hvorledes mener Professoren, at Valgene den 14. September vil falde ud?

— De vil afgjort gaa i Retning af Højre. Ikke numerisk. Men det nationalistiske Sindelag vil vinde i Intensitet. Fascisterne vil vinde Fremgang paa Bekostning af de Tysk-Nationale. I Stedet for disse vil 3—4 mindre Grupper opstaa. Folkepartiet vil tabe en Del Mandater. Centrum vil ikke blive væsentlig berørt af Situationen. En Forbindelse med Ungtyskerne vil ikke nytte Demokraterne noget, da man ikke kan danne et nyt Parti af et mislykket Venstreparti og et Højreparti, der endnu ikke er dannet. Socialdemokraterne og Kommunisterne vil beholde deres Mandatantal.

At dette vil blive den kommende Udvikling, det ser man bedst af de saksiske Valg, som fandt Sted i Begyndelsen af dette Aar.

— Hvad vil disse Valgresultater faa at betyde i Forholdet til Udlandet?

— En forstærket tysk-polsk Konflikt og samtidig en daarlig Vending i Forholdet til Frankrig.

— Hvorledes vil man kunne danne Regering paa et Grundlag som det før nævnte?

— Det vil blive uhyre svært. Det er ikke udelukket, at Regeringen atter opløser den nyvalgte Rigsdag, og at vi dermed staar foran Begyndelsen til et Præsidentskabsdiktatur. Altsaa et Fascistregimente, hvor der ved Starten vil flyde lidt Blod og meget Blæk. Det vil svie til Demokratiet og Arbejderne. Der er Statskup i Luften!

Pia.

160

Der rote Aufbau

Monatsschrift für Politik, Wirtschaft, Sozialpolitik u. Arbeiterbewegung.

III. Jahrg. Berlin, Okt. 1930 Heft 10,

Die von Ihnen aufgeführten Tatsachen über die Nationalsozialisten sind mir bekannt. Die Ursachen dieser Bewegung liegen in der heutigen Wirtschaftskrise. Sie konnten so mächtig werden dank der verkehrten Politik, welche die SPD und KPD ihr gegenüber einschlugen. Zweifellos steht die nationalsozialistische Bewegung erst am Anfang.

Dr. Gumbel

Fememörder / MdR.!

Unter den neugewählten nationalsozialistischen Abgeordneten befindet sich der ehemalige Leutnant Edmund **H e i n e s**, der wegen eines viehischen Mordes, im Juli 1920 begangen an dem Landarbeiter Willi **Schmidt**, rechtskräftig verurteilt worden ist. Wie aus der nebenstehenden Photographie eines Plakats aus Eichenau i. Bayern ersichtlich, ist Heines in nationalsozialistischen Versammlungen als ‚**Fememörder Lt. Heines**' rednerisch aufgetreten. Seine Partei hat ihn also wegen seiner Tat noch öffentlich gerühmt und als Zugmittel verwendet.

Ausführliches über den neugewählten Volksvertreter finden unsere Leser an anderer Stelle.

Vorwärts 5/X.30.

Öffentliche Volks-Versammlung

am Samstag den 28. Sept. 29

um 7³⁰ Uhr im Gasthof z. Post

in Eichenau

Thema Fort mit dem Pariser Tributplan

Redner Stadtrat Fiehler u. Fememörder Lt. Heines

Alle Deutschen Männer und Frauen sind herzlich eingeladen Eintritt zur Deckung der Unkosten Pfg.

Kriegsbeschädigte und Erwerbslose frei.

Juden haben keinen Zutritt!

Nationalsozialist. Deutsche Arbeiterpartei

S. A. Kaltenbach

162

Vorwärts 5.X.30.

Fememörder Heines als MdR.

Er mordete einen Unschuldigen und versuchte sich herauszulügen.

Dem Buch von E. J. Gumbel „Verräter verfallen der Feme" entnehmen wir folgende auf die Akten gestützte Darstellung:

Auf den Gütern Stecklin, Rosenfelde und Liebenow im Kreise Greifenhagen kommandierte im Juli 1920 als besonderer Vertrauensmann Roßbachs der 22jährige Leutnant **Edmund Heines**, der gegen die bayerische Räterepublik, im Baltikum und im Kapp-Putsch gekämpft hatte. In der Arbeitsgemeinschaft Stecklin befand sich seit 14 Tagen der zwanzigjährige landwirtschaftliche Arbeiter **Willi Schmidt**. An einem nicht mehr festzustellenden Tag des Juli 1920 erschien der Vertrauensmann der Steckliner Gruppe, Unteroffizier Max Krüger, auf dem Gute Rosenfeld und meldete dem Heines,

Schmidt wolle die Arbeit niederlegen.

Man **erzählte** sich von ihm im Dorf, er **wolle** (!) einen Transport von Reichswehrwaffen, der offiziell an das Reiterregiment in Schwedt bestimmt war, tatsächlich aber zu den Roßbachern nach Rosenfelde ging, **an die Schutzpolizei verraten** (die preußische staatliche Schutzpolizei! Red. d. „V."). Dieses vage Gerücht, das nur 6 Stunden umlief, war die Grundlage für ein „**Todesurteil**". Schmidt hatte sich zu einer Familie Walter im Dorf Stecklin begeben. Heines, zusammen mit Max **Bandemer**, Johann **Vogt** und Karl **Ottow**, suchten ihn auf. Sie stellten sich als Kriminalbeamte vor und fanden ihn auf dem Heuboden schon schlafend. Aengstlich fragte Schmidt, was man von ihm wolle. „Du sollst nur verhört werden." Zunächst transportierte man ihn nach dem Gute Stecklin. Der Unteroffizier Ottow schlug ihn dort **mit einem Gummiknüppel** über den Kopf, so daß Schmidt **blutüberströmt zusammenbrach**. Auf sein Flehen gab man ihm Wasser, seine Wunden zu reinigen, und Leinen, um sie zu verbinden. Auf einem Feldwagen wurde er nach Rosenfelde transportiert. Dort meldete Heines dem Ortsvorsteher und Administrator Ernst Bergfeld, Schmidt sei da. Dieser gab darauf den Schlüssel zur Spatenkammer heraus. Angeblich glaubte er, verborgene Waffen sollten umgebettet werden. Doch wurde, nach Vogt, im Zimmer **über die Erschießung verhandelt**. In dunkler Nacht ging der Trupp zum Walde. Man begann ein Loch zu graben, denn Schmidt sollte hier schon erledigt werden. Da der Boden zu hart und das Dorf zu nahe war, ging man weiter zum Gut Liebenow. Dort wurden die Roßbach-Unteroffiziere Kurt Bär und Ewald Fräbel mitgenommen. Schmidt schrie wiederholt: „Ich soll erschossen werden!" Fräbel beruhigte ihn: „Du wirst nur abgeliefert." Zu Fuß ging es weiter in den Kehrberger Forst hinein.

Während des Marsches befahl Heines dem Bär, den Schmidt zu erschießen. Als dieser sich weigerte, preßte Heines dem Schmidt die Pistole ins Gesicht und drückte zweimal los. Schmidt fiel hintenüber.

Darauf gab auch Ottow zwei Schüsse auf ihn ab. Da Schmidt noch um Hilfe schrie, drückten alle Beteiligten sein Gesicht in den Waldboden. Ottow schlug ihm einen eisenbeschlagenen Gummiknüppel etwa zehnmal auf den Schädel und trat ihm auf den Rücken, Fräbel trat auf den Hinterkopf. Die Leiche wurde in ein Loch gelegt, das Bär inzwischen gegraben hatte. Vogt, ein Leutnant Hermann und Bergfeld spielten am nächsten Abend gemütlich Skat. Dabei sagte Hermann: „Schmidt ist schlecht eingegraben, seine Knie gucken noch aus der Erde heraus."

Wenige Tage nach dem Morde meldete Heines telephonisch seinem Führer Roßbach, daß er einem erhaltenen Befehl seines vorgesetzten Kreisleiters, Leutnant a. D. Walter Schulz, gemäß den Schmidt, der Waffen habe verraten **wollen** (!), verhaftet habe.

Auf dem Wege durch den dunklen Kehrberger Forst habe der Arrestant Anstalt gemacht, zu fliehen. Daraufhin habe er, Heines, ihn niederschießen müssen.

Roßbach genügte diese Meldung. Da die Leiche nur schlecht eingegraben war und sich das Gerücht von der Ermordung verbreitet hatte, wurde in einer Versammlung der Roßbach-Leiter und -Vertrauensleute in Pyritz Auftrag gegeben, die Leiche umzubetten. Dies geschah unter **Leitung von Heines**.

Der Mord wurde erst nach Jahren entdeckt: ein Mitwisser, der Arbeiter Bathke, versuchte, Bergfeld zu erpressen. Dieser fühlte sich so sicher, daß er Bathke anzeigte, worauf dieser alles der Polizei meldete. Sämtliche Beteiligten, auch **Heines**, der inzwischen in München Jurisprudenz studierte und in der nationalsozialistischen Bewegung eine Rolle gespielt hatte, konnten verhaftet werden. Vom 16. April bis 5. Mai 1928 wurde vor dem Schwurgericht in Stettin unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Hirschberg (Oberstaatsanwalt Saß) wegen Mordes verhandelt. Die Aussagen der Angeklagten über die Vorgänge im Wald gingen auseinander.

Heines erklärte, Schmidt habe fliehen wollen,

wovon in der Voruntersuchung nie die Rede gewesen war. Die Spaten seien nur zum Umbetten von Waffen mitgenommen worden. Irgendein Nachweis für den angeblich beabsichtigten „Verrat" des Schmidt konnte nicht geführt werden. Heines wollte dies von dem Roßbacher Just erfahren haben, einem „Spezialisten für Verrätersachen", der später selbst unter geheimnisvollen Umständen umkam. Bär will nur aus Angst mitgemacht haben. Denn bei den Roßbachern sei immer vom „Spazierenfahren" die Rede gewesen. Fräbel war geständig. Leutnant Schulz, als Zeuge vernommen, will die Angelegenheit nicht gekannt, Bergfeld nur von der späteren Umbettung gewußt haben.

Staatsanwaltschaftsrat **Frantzky** beantragte wegen Mord gegen Ottow und Heines die **Todesstrafe**, wegen Beihilfe zum Mord gegen Fräbel und Bergfeld je 4 Jahre Zuchthaus, gegen Krüger, Bär, Bandemer und Vogt 3 Jahre Zuchthaus. Gegen die Hintermänner Frhr. von Bodungen und Roßbach könne wegen Verjährung nichts mehr unternommen werden.

Das Gericht kam zum Schluß, nicht der Schimmer eines Beweises für Schmidts „Schuld" sei erbracht worden.

Es nahm an, daß Heines ursprünglich mit Vorbedacht und Ueberlegung handelte, weil er die Spaten mitgenommen hatte. Während des Grabens in Rosenfelde habe er die Absicht zum Mord aber aufgegeben und Schmidt dann nur im Affekt umgebracht. So wurde nur wegen Totschlags **Heines zu 15 Jahren Zuchthaus**, Ottow zu 4 Jahren Zuchthaus, Fräbel wegen Beihilfe zu 3 Jahren Zuchthaus verurteilt; Bär, Vogt, Bandemer, Krüger und Bergfeld wurden freigesprochen, die letzten vier, weil sie nicht an dieser Tat, sondern nur an den straflosen Vorbereitungshandlungen zu einer anderen, nicht ausgeführten Tat teilgenommen hätten. Oberstaatsanwalt und Verteidigung legten Revision ein.

Der dritte Strafsenat des Reichsgerichts hob auch dieses milde Urteil am 6. Dezember 1928 auf, weil gegen einen der Geschworenen zur Zeit des Prozesses ein Verfahren wegen Betruges geschwebt hatte. So gelangte das Verfahren wieder an das Schwurgericht zurück. Die Verhandlung unter dem Landgerichtsdirektor Hoffmann fand vom 25. Februar bis 13. März 1929 statt. Krüger war unterdessen wegen eines gemeinen Totschlags, begangen an einer alten Frau, zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Bergfeld starb während des Prozesses.

Der Oberstaatsanwalt Saß unterstellte als wahr, daß Heines keine Bedenken gehabt hat, dem Geheimbefehl Roßbachs Folge zu leisten, wonach die Geheimhaltung mit allen Mitteln zu erstreben war. Die Konsequenz einer Anklage gegen den „Zeugen" Roßbach aber hat er nicht gezogen. Er beantragte **gegen Heines wegen Mordes die Todesstrafe**, gegen Ottow wegen Beihilfe hierzu 4 Jahre Zuchthaus, gegen Fräbel, Bär, Vogt und Krüger wegen des gleichen Verbrechens je 3 Jahre Zuchthaus. Jedoch solle nur gegen Heines Haftbefehl erlassen werden. Das Gericht nahm wieder Mordplan und Totschlagsdelikt an, setzte die Strafen herab und verurteilte **Heines zu 5 Jahren Gefängnis**, Ottow zu 2½ Jahren, Fräbel und Bär zu 6 Monaten Gefängnis wegen Beihilfe. Krüger, Bandemer und Vogt wurden freigesprochen.

Heines hat kaum 1½ Jahre im Gefängnis gesessen.

Die Verteidiger legten zum zweitenmal Revision beim Reichsgericht ein. Auf Beschluß des Strafsenats beim Oberlandesgericht Stettin wurde Heines am 14. Mai 1929 gegen eine Kaution von 5000 M. aus der Haft entlassen.

* * *

Soweit die aktenmäßige Darstellung. Heines hat einen vollkommen unschuldigen Menschen, der in dem „Verdacht" stand, er wolle ein Waffenlager der zuständigen Behörde verraten, kaltblütig abgeschlachtet und dann gelogen, der Ermordete sei „auf der Flucht erschossen worden".

Heute ist Heines Reichstagsabgeordneter!

AUSSCHNITT VOM: 8. OKT 1930
Lübecker Volksbote

Ermordete einen Unschuldigen und versuchte sich herauszulügen

Fememörder Heines als MdR.

Dem Buch von E. J. Gumbel „Verräter verfallen der Feme" entnehmen wir folgende auf die Akten gestützte Darstellung:

Auf den Gütern Stecklin, Rosenfelde und Liebenow im Kreise Greifenhagen kommandierte im Juli 1920 als besonderer Vertrauensmann Roßbachs der 22jährige Leutnant **Edmund Heines**, der gegen die bayerische Räterepublik, im Baltikum und im Kapp-Putsch gekämpft hatte. In der Arbeitsgemeinschaft Stecklin befand sich seit 14 Tagen der zwanzigjährige landwirtschaftliche Arbeiter **Willi Schmidt**. An einem nicht mehr festzustellenden Tag des Juli 1920 erschien der Vertrauensmann der Steckliner Gruppe, Unteroffizier Max Krüger, auf dem Gute Rosenfeld und meldete dem Heines,

Schmidt wolle die Arbeit niederlegen.

Man **erzählte** sich von ihm im Dorf, er **wolle** (!) einen Transport von Reichswehrwaffen, der offiziell an das Reiterregiment in Schwedt bestimmt war, tatsächlich aber zu den Roßbachern nach Rosenfelde ging, **an die Schutzpolizei verraten** (die preußische staatliche Schutzpolizei! Red. d. „V."). Dieses vage Gerücht, das nur 6 Stunden umlief, war die Grundlage für ein „**Todesurteil**". Schmidt hatte sich zu einer Familie Walter im Dorf Stecklin begeben. Heines, zusammen mit Max **Bandemer**, Johann **Vogt** und Karl **Ottow**, suchten ihn auf. Sie stellten sich als Kriminalbeamte vor und fanden ihn auf dem Heuboden schon schlafend. Aengstlich fragte Schmidt, was man von ihm wolle. „Du sollst nur verhört werden." Zunächst transportierte man ihn nach dem Gute Stecklin. Der Unteroffizier Ottow schlug ihn dort **mit einem Gummiknüppel** über den Kopf, so daß Schmidt blutüberströmt zusammenbrach. Auf sein Flehen gab man ihm Wasser, seine Wunden zu reinigen, und Leinen, um sie zu verbinden. Auf einem Feldwagen wurde er nach Rosenfelde transportiert. Dort meldete Heines dem Ortsvorsteher und Administrator Ernst Bergfeld, Schmidt sei da. Dieser gab darauf den Schlüssel zur Spatenkammer heraus. Angeblich glaubte er, verborgene Waffen sollten umgebettet werden. Doch wurde, nach Vogt, im Zimmer **über die Erschießung verhandelt**. In dunkler Nacht ging der Trupp zum Walde. Man begann ein Loch zu graben, denn Schmidt sollte hier schon erledigt werden. Da der Boden zu hart und das Dorf zu nahe war, ging man weiter zum Gut Liebenow. Dort wurden die Roßbach-Unteroffiziere Kurt Bär und Ewald Fräbel mitgenommen. Schmidt schrie wiederholt: „Ich soll erschossen werden!" Fräbel beruhigte ihn: „Du wirst nur abgeliefert." Zu Fuß ging es weiter in den Kehrberger Forst hinein.

Während des Marsches befahl Heines dem Bär, den Schmidt zu erschießen. Als dieser sich weigerte, preßte Heines dem Schmidt die Pistole ins Gesicht und drückte zweimal los. Schmidt fiel hintenüber.

Darauf gab auch Ottow zwei Schüsse auf ihn ab. Da Schmidt noch um Hilfe schrie, drückten alle Beteiligten sein Gesicht in den Waldboden. Ottow schlug ihm einen eisenbeschlagenen Gummiknüppel etwa zehnmal auf den Schädel und trat ihm auf den Rücken, Fräbel trat auf den Hinterkopf. Die Leiche wurde in ein Loch gelegt, das Bär inzwischen gegraben hatte.

Wenige Tage nach dem Morde meldete Heines telephonisch seinem Führer Roßbach, daß er einem erhaltenen Befehl seines vorgesetzten Kreisleiters, Leutnant a. D. Walter Schulz, gemäß den Schmidt, der Waffen habe verraten **wollen** (!), verhaftet habe.

Auf dem Wege durch den dunklen Kehrberger Forst habe der Arrestant Anstalt gemacht, zu fliehen. Daraufhin habe er, Heines, ihn niederschießen müssen.

Roßbach genügte diese Meldung. Da die Leiche nur schlecht eingegraben war und sich das Gerücht von der Ermordung verbreitet hatte, wurde in einer Versammlung der Roßbach-Leiter und -Vertrauensleute in Pyritz Auftrag gegeben, die Leiche umzubetten. Dies geschah unter **Leitung von Heines**.

Der Mord wurde erst nach Jahren entdeckt: ein Mitwisser, der Arbeiter Bathke, versuchte, Bergfeld zu erpressen. Dieser fühlte sich so sicher, daß er Bathke anzeigte, worauf dieser alles der Polizei meldete. Sämtliche Beteiligten, auch **Heines**, der inzwischen in München Jurisprudenz studierte und in der nationalsozialistischen Bewegung eine Rolle gespielt hatte, konnten verhaftet werden. Vom 16. April bis 5. Mai 1928 wurde vor dem Schwurgericht in Stettin unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Hirschberg (Oberstaatsanwalt Saß) wegen Mordes verhandelt. Die Aussagen der Angeklagten über die Vorgänge im Wald gingen auseinander.

Heines erklärte, Schmidt habe fliehen wollen,

wovon in der Voruntersuchung nie die Rede gewesen war. Die Spaten seien nur zum Umbetten von Waffen mitgenommen worden. Irgendein Nachweis für den angeblich beabsichtigten „Verrat" des Schmidt konnte nicht geführt werden. Heines wollte dies von dem Roßbacher Just erfahren haben, einem „Spezialisten für Verrätersachen", der später selbst unter geheimnisvollen Umständen umkam. Bär will nur aus Angst mitgemacht haben. Denn bei den Roßbachern sei immer vom „Spazierenfahren" die Rede gewesen. Fräbel war geständig. Leutnant Schulz, als Zeuge vernommen, will die Angelegenheit nicht gekannt, Bergfeld nur von der späteren Umbettung gewußt haben.

Staatsanwaltschaftsrat **Frantzky** beantragte wegen Mord gegen Ottow und Heines die **Todesstrafe**, wegen Beihilfe zum Mord gegen Fräbel und Bergfeld je 4 Jahre Zuchthaus, gegen Krüger, Bär, Bandemer und Vogt 3 Jahre Zuchthaus. Gegen die Hintermänner Frhr. von Bodungen und Roßbach könne wegen Verjährung nichts mehr unternommen werden.

Das Gericht kam zum Schluß, nicht der Schimmer eines Beweises für Schmidts „Schuld" sei erbracht worden.

Es nahm an, daß Heines ursprünglich mit Vorbedacht und Ueberlegung handelte, weil er die Spaten mitgenommen hatte. Während des Grabens in Rosenfelde habe er die Absicht zum Mord aber aufgegeben und Schmidt dann nur im Affekt umgebracht. So wurde nur wegen Totschlags **Heines zu 15 Jahren Zuchthaus**, Ottow zu 4 Jahren Zuchthaus, Fräbel wegen Beihilfe zu 3 Jahren Zuchthaus verurteilt; Bär, Vogt, Bandemer, Krüger und Bergfeld wurden freigesprochen, die letzten vier, weil sie nicht an dieser Tat, sondern nur an den straflosen Vorbereitungshandlungen zu einer anderen, nicht ausgeführten Tat teilgenommen hätten. Oberstaatsanwalt und Verteidigung legten Revision ein.

Der dritte Strafsenat des [illegible] hob dieses milde Urteil am 6. Dezember 1928 auf, weil gegen einen der Geschworenen zur Zeit des Prozesses ein Verfahren wegen Betruges geschwebt hatte. So gelangte das Verfahren wieder an das Schwurgericht zurück. Die Verhandlung unter dem Landgerichtsdirektor Hoffmann fand vom 25. Februar bis 13. März 1929 statt. Krüger war unterdessen wegen eines gemeinen Totschlags, begangen an einer alten Frau, zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Bergfeld starb während des Prozesses.

Der Oberstaatsanwalt Saß unterstellte als wahr, daß Heines keine Bedenken gehabt hat, dem Geheimbefehl Roßbachs Folge zu leisten, wonach die Geheimhaltung mit allen Mitteln zu erstreben war. Die Konsequenz einer Anklage gegen den „Zeugen" Roßbach aber hat er nicht gezogen. Er beantragte **gegen Heines wegen Mordes die Todesstrafe**, gegen Ottow wegen Beihilfe hierzu 4 Jahre Zuchthaus, gegen Fräbel, Bär, Vogt und Krüger wegen des gleichen Verbrechens je 3 Jahre Zuchthaus. Jedoch solle nur gegen Heines Haftbefehl erlassen werden. Das Gericht nahm wieder Mordplan und Totschlagsdelikt an, setzte die Strafen herab und verurteilte **Heines zu 5 Jahren Gefängnis**, Ottow zu 2½ Jahren, Fräbel und Bär zu 6 Monaten Gefängnis wegen Beihilfe. Krüger, Bandemer und Vogt wurden freigesprochen.

Heines hat kaum 1½ Jahre im Gefängnis gesessen.

Die Verteidiger legten zum zweitenmal Revision beim Reichsgericht ein. Auf Beschluß des Strafsenats beim Oberlandesgericht Stettin wurde Heines am 14. Mai 1929 gegen eine Kaution von 5000 M. aus der Haft entlassen.

Soweit die aktenmäßige Darstellung. Heines hat einen vollkommen unschuldigen Menschen, der in dem „Verdacht" stand, er **wolle** ein Waffenlager der zuständigen Behörde verraten, kaltblütig abgeschlachtet und dann gelogen, der Ermordete sei „auf der Flucht erschossen worden". Heute ist Heines Reichstagsabgeordneter!

RUNGESTR. 20

AUSSCHNITT VOM: 8. OKT. 1930

Neumärkisches Volksblatt, Landsberg a. W.

Er mordete einen Unschuldigen und versuchte sich herauszulügen

Fememörder Heines als M[illegible]R.

Dem Buch von E. J. Gumbel „Verräter verfallen der Feme" entnehmen ~~wir folgende auf~~ die Akten gestützte Darstellung:

Auf den Gütern Stecklin, Rosenfelde und Liebenow im Kreise Greifenhagen kommandierte im Juli 1920 als besonderer Vertrauensmann Roßbachs der 22jährige Leutnant Edmund Heines, der gegen die bayerische Räterepublik, im Baltikum und im Kapp-Putsch gekämpft hatte. In der Arbeitsgemeinschaft Stecklin befand sich seit 14 Tagen der zwanzigjährige landwirtschaftliche Arbeiter Willi Schmidt. An einem nicht mehr festzustellenden Tag des Juli 1920 erschien der Vertrauensmann der Steckliner Gruppe, Unteroffizier Max Krüger, auf dem Gute Rosenfeld und meldete dem Heines,

Schmidt wolle die Arbeit niederlegen.

Man erzählte sich von ihm im Dorf, er wolle (!) einen Transport von Reichswehrwaffen, der offiziell an das Reiterregiment in Schwedt bestimmt war, tatsächlich aber zu den Roßbachern nach Rosenfelde ging, an die Schutzpolizei verraten (die preußische staatliche Schutzpolizei! Red. d. „V."). Dieses vage Gerücht, das nur 6 Stunden umlief, war die Grundlage für ein „Todesurteil". Schmidt hatte sich zu einer Familie Walter im Dorf Stecklin begeben. Heines, zusammen mit Max Bandemer, Johann Vogt und Karl Ottow, suchten ihn auf. Sie stellten sich als Kriminalbeamte vor und fanden ihn auf dem Heuboden schon schlafend. Aengstlich fragte Schmidt, was man von ihm wolle. „Du sollst nur verhört werden." Zunächst transportierte man ihn nach dem Gute Stecklin. Der Unteroffizier Ottow schlug ihn dort mit einem Gummiknüppel über den Kopf, so daß Schmidt blutüberströmt zusammenbrach. Auf sein Flehen gab man ihm Wasser, seine Wunden zu reinigen, und Leinen, um sie zu verbinden. Auf einem Feldwagen wurde er nach Rosenfelde transportiert. Dort meldete Heines dem Ortsvorsteher und Administrator Ernst Bergfeld, Schmidt sei da. Dieser gab darauf den Schlüssel zur Spatenkammer heraus. Angeblich glaubte er, verborgene Waffen sollten umgebettet werden. Doch wurde, nach Vogt, im Zimmer über die Erschießung verhandelt. In dunkler Nacht ging der Trupp zum Walde. Man begann ein Loch zu graben, denn Schmidt sollte hier schon erledigt werden. Da der Boden zu hart und das Dorf zu nahe war, ging man weiter zum Gut Liebenow. Dort wurden die Roßbach-Unteroffiziere Kurt Bär und Ewald Fräbel mitgenommen. Schmidt schrie wiederholt: „Ich soll erschossen werden!" Fräbel beruhigte ihn: „Du wirst nur abgeliefert." Zu Fuß ging es weiter in den Kehrberger Forst hinein.

Während des Marsches befahl Heines dem Bär, den Schmidt zu erschießen. Als dieser sich weigerte, preßte Heines dem Schmidt die Pistole ins Gesicht und drückte zweimal los. Schmidt fiel hintenüber.

Darauf gab auch Ottow zwei Schüsse auf ihn ab. Da Schmidt noch um Hilfe schrie, drückten alle Beteiligten sein Gesicht in den Waldboden. Ottow schlug ihm einen eisenbeschlagenen Gummiknüppel etwa zehnmal auf den Schädel und trat ihm auf den Rücken, Fräbel trat auf den Hinterkopf. Die Leiche wurde in ein Loch gelegt, das Bär inzwischen gegraben hatte.

Wenige Tage nach dem Morde meldete Heines telephonisch seinem Führer Roßbach, daß er einem erhaltenen Befehl seines vorgesetzten Kreisleiters, Leutnant a. D. Walter Schulz, gemäß den Schmidt, der Waffen habe verraten wollen (!), verhaftet habe.

Auf dem Wege durch den dunklen Kehrberger Forst habe der Arrestant Anstalt gemacht, zu fliehen. Daraufhin habe er, Heines, ihn niederschießen müssen.

Roßbach genügte diese Meldung. Da die Leiche [illegible] eingegraben war und sich das Gerücht von der Ermo[illegible]reitet hatte, wurde in einer Versammlung der Roßbach-L[illegible] Vertrauensleute in Pyritz Auftrag gegeben, die Leiche um[illegible]ten. Dies geschah unter Leitung von Heines.

Der Mord wurde erst nach Jahren entdeckt: ein Mitwisser, der Arbeiter Bathke, versuchte, Bergfeld zu erpressen. Dieser fühlte sich so sicher, daß er Bathke anzeigte, worauf dieser alles der Polizei meldete. Sämtliche Beteiligten, auch Heines, der inzwischen in München Jurisprudenz studierte und in der nationalsozialistischen Bewegung eine Rolle gespielt hatte, konnten verhaftet werden. Vom 16. April bis 5. Mai 1928 wurde vor dem Schwurgericht in Stettin unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Hirschberg (Oberstaatsanwalt Saß) wegen Mordes verhandelt. Die Aussagen der Angeklagten über die Vorgänge im Wald gingen auseinander.

Heines erklärte, Schmidt habe fliehen wollen,

wovon in der Voruntersuchung nie die Rede gewesen war. Die Spaten seien nur zum Umbetten von Waffen mitgenommen worden. Irgendein Nachweis für den angeblich beabsichtigten „Verrat" des Schmidt konnte nicht geführt werden. Heines wollte dies von dem Roßbacher Just erfahren haben, einem „Spezialisten für Verrätersachen", der später selbst unter geheimnisvollen Umständen umkam. Bär will nur aus Angst mitgemacht haben. Denn bei den Roßbachern sei immer vom „Spazierenfahren" die Rede gewesen. Fräbel war geständig. Leutnant Schulz, als Zeuge vernommen, will die Angelegenheit nicht gekannt, Bergfeld nur von der späteren Umbettung gewußt haben.

Staatsanwaltschaftsrat Frantzky beantragte wegen Mord gegen Ottow und Heines die Todesstrafe, wegen Beihilfe zum Mord gegen Fräbel und Bergfeld je 4 Jahre Zuchthaus, gegen Krüger, Bär, Bandemer und Vogt 3 Jahre Zuchthaus. Gegen die Hintermänner Frhr. von Bodungen und Roßbach könne wegen Verjährung nichts mehr unternommen werden.

Das Gericht kam zum Schluß, nicht der Schimmer eines Beweises für Schmidts „Schuld" sei erbracht worden.

Es nahm an, daß Heines ursprünglich mit Vorbedacht und Ueberlegung handelte, weil er die Spaten mitgenommen hatte. Während des Grabens in Rosenfelde habe er die Absicht zum Mord aber aufgegeben und Schmidt dann nur im Affekt umgebracht. So wurde nur wegen Totschlags Heines zu 15 Jahren Zuchthaus, Ottow zu 4 Jahren Zuchthaus, Fräbel wegen Beihilfe zu 3 Jahren Zuchthaus verurteilt; Bär, Vogt, Bandemer, Krüger und Bergfeld wurden freigesprochen, die letzten vier, weil sie nicht an dieser Tat, sondern nur an den straflosen Vorbereitungshandlungen zu einer anderen, nicht ausgeführten Tat teilgenommen hätten. Oberstaatsanwalt und Verteidigung legten Revision ein.

Der dritte Strafsenat des Reichsgerichts hob auch dieses milde Urteil am 6. Dezember 1928 auf, weil gegen einen der Geschworenen zur Zeit des Prozesses ein Verfahren wegen Betruges geschwebt hatte. So gelangte das Verfahren wieder an das Schwurgericht zurück. Die Verhandlung unter dem Landgerichtsdirektor Hoffmann fand vom 25. Februar bis 13. März 1929 statt. Krüger war unterdessen wegen eines gemeinen Totschlags, begangen an einer alten Frau, zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Bergfeld starb während des Prozesses.

Der Oberstaatsanwalt Saß unterstellte als wahr, daß Heines keine Bedenken gehabt hat, dem Geheimbefehl Roßbachs Folge zu leisten, wonach die Geheimhaltung mit allen Mitteln zu erstreben war. Die Konsequenz einer Anklage gegen den „Zeugen" Roßbach aber hat er nicht gezogen. Er beantragte gegen Heines wegen Mordes die Todesstrafe, gegen Ottow wegen Beihilfe hierzu 4 Jahre Zuchthaus, gegen Fräbel, Bär, Vogt und Krüger wegen des gleichen Verbrechens je 3 Jahre Zuchthaus. Jedoch solle nur gegen Heines Haftbefehl erlassen werden. Das Gericht nahm wieder Mordplan und Totschlagsdelikt an, setzte die Strafen herab und verurteilte Heines zu 5 Jahren Gefängnis, Ottow zu 2½ Jahren, Fräbel und Bär zu 6 Monaten Gefängnis wegen Beihilfe. Krüger, Bandemer und Vogt wurden freigesprochen.

Heines hat kaum 1½ Jahre im Gefängnis gesessen.

Die Verteidiger legten zum zweitenmal Revision beim Reichsgericht ein. Auf Beschluß des Strafsenats beim Oberlandesgericht Stettin wurde Heines am 14. Mai 1929 gegen eine Kaution von 5000 M. aus der Haft entlassen.

Soweit die aktenmäßige Darstellung. Heines hat einen vollkommen unschuldigen Menschen, der in dem „Verdacht" stand, er wolle ein Waffenlager der zuständigen Behörde verraten, kaltblütig abgeschlachtet und dann gelogen, der Ermordete sei „auf der Flucht erschossen worden". Heute ist Heines Reichstagsabgeordneter.

AUSSCHNITT VOM: 2. OKT. 1930

Rheinische Zeitung, Köln

Er mordete einen Unschuldigen und versuchte sich herauszulügen

Fememörder Heines als MdR.

Dem Buch von E. J. Gumbel „Verräter verfallen der Feme" entnehmen ~~wir folgende auf~~ die Akten gestützte Darstellung:

Auf den Gütern Stecklin, Rosenfelde und Liebenow im Kreise Greifenhagen kommandierte im Juli 1920 als besonderer Vertrauensmann Roßbachs der 22jährige Leutnant **Edmund Heines**, der gegen die bayerische Räterepublik, im Baltikum und im Kapp-Putsch gekämpft hatte. In der Arbeitsgemeinschaft Stecklin befand sich seit 14 Tagen der zwanzigjährige landwirtschaftliche Arbeiter **Willi Schmidt**. An einem nicht mehr festzustellenden Tag des Juli 1920 erschien der Vertrauensmann der Steckliner Gruppe, Unteroffizier Max Krüger, auf dem Gute Rosenfeld und meldete dem Heines,

Schmidt wolle die Arbeit niederlegen.

Man erzählte sich von ihm im Dorf, er wolle (!) einen Transport von Reichswehrwaffen, der offiziell an das Reiterregiment in Schwedt bestimmt war, tatsächlich aber zu den Roßbachern nach Rosenfelde ging, an die Schutzpolizei verraten (die preußische staatliche Schutzpolizei! Red. d. „V."). Dieses vage Gerücht, das nur 6 Stunden umlief, war die Grundlage für ein „Todesurteil". Schmidt hatte sich zu einer Familie Walter im [illegible] Stecklin begeben. Heines, zusammen mit Max Bandemer, Johann Vogt und Karl Ottow suchten ihn auf. Sie stellten sich als Kriminalbeamte vor und fanden ihn auf dem Heuboden schon schlafend. Aengstlich fragte Schmidt, was man von ihm wolle. „Du sollst nur verhört werden." Zunächst transportierte man ihn nach dem Gute Stecklin. Der Unteroffizier Ottow schlug ihn dort mit einem Gummiknüppel über den Kopf, so daß Schmidt blutüberströmt zusammenbrach. Auf sein Flehen gab man ihm Wasser, seine Wunden zu reinigen, und Leinen, um sie zu verbinden. Auf einem Feldwagen wurde er nach Rosenfelde transportiert. Dort meldete Heines dem Ortsvorsteher und Administrator Ernst Bergfeld, Schmidt sei da. Dieser gab darauf den Schlüssel zur Spatenkammer heraus. Angeblich glaubte er, verborgene Waffen sollten umgebettet werden. Doch wurde, nach Vogt, im Zimmer über die Erschießung verhandelt. In dunkler Nacht ging der Trupp zum Walde. Man begann ein Loch zu graben, denn Schmidt sollte hier schon erledigt werden. Da der Boden zu hart und das Dorf zu nahe war, ging man weiter zum Gut Liebenow. Dort wurden die Roßbach-Unteroffiziere Kurt Bär und Ewald Fräbel mitgenommen. Schmidt schrie wiederholt: „Ich soll erschossen werden!" Fräbel beruhigte ihn: „Du wirst nur abgeliefert." Zu Fuß ging es weiter in den Kehrberger Forst hinein.

Während des Marsches befahl Heines dem Bär, den Schmidt zu erschießen. Als dieser sich weigerte, preßte Heines dem Schmidt die Pistole ins Gesicht und drückte zweimal los. Schmidt fiel hintenüber.

Darauf gab auch Ottow zwei Schüsse auf ihn ab. Da Schmidt noch um Hilfe schrie, drückten alle Beteiligten sein Gesicht in den Waldboden. Ottow schlug ihm einen eisenbeschlagenen Gummiknüppel etwa zehnmal auf den Schädel und trat ihm auf den Rücken, Fräbel trat auf den Hinterkopf. Die Leiche wurde in ein Loch gelegt, das Bär inzwischen gegraben hatte.

Wenige Tage nach dem Morde meldete Heines telephonisch seinem Führer Roßbach, daß er einem erhaltenen Befehl seines vorgesetzten Kreisleiters, Leutnant a. D. Walter Schulz, gemäß den Schmidt, der Waffen habe verraten wollen (!), verhaftet habe.

Auf dem Wege durch den dunklen Kehrberger Forst habe der Arrestant Anstalt gemacht, zu fliehen. Daraufhin habe er, Heines, ihn niederschießen müssen.

Roßbach genügte diese Meldung. Da die Leiche nur schlecht eingegraben war und sich das Gerücht von der Ermordung verbreitet hatte, wurde in einer Versammlung der Roßbach-Leiter und Vertrauensleute in Pyritz Auftrag gegeben, die Leiche umzubetten. Dies geschah unter Leitung von Heines.

Der Mord wurde erst nach Jahren entdeckt: ein Mitwisser, der Arbeiter Bathke, versuchte, Bergfeld zu erpressen. Dieser fühlte sich so sicher, daß er Bathke anzeigte, worauf dieser alles der Polizei meldete. Sämtliche Beteiligten, auch Heines, der inzwischen in München Jurisprudenz studierte und in der nationalsozialistischen Bewegung eine Rolle gespielt hatte, konnten verhaftet werden. Vom 16. April bis 5. Mai 1928 wurde vor dem Schwurgericht in Stettin unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Hirschberg (Oberstaatsanwalt Saß) wegen Mordes verhandelt. Die Aussagen der Angeklagten über die Vorgänge im Wald gingen auseinander.

Heines erklärte, Schmidt habe fliehen wollen,

wovon in der Voruntersuchung nie die Rede gewesen war. Die Spaten seien nur zum Umbetten von Waffen mitgenommen worden. Irgendein Nachweis für den angeblich beabsichtigten „Verrat" des Schmidt konnte nicht geführt werden. Heines wollte dies von dem Roßbacher Just erfahren haben, einem „Spezialisten für Verrätersachen", der später selbst unter geheimnisvollen Umständen umkam. Bär will nur aus Angst mitgemacht haben. Denn bei den Roßbachern sei immer vom „Spazierenfahren" die Rede gewesen. Fräbel war geständig. Leutnant Schulz, als Zeuge vernommen, will die Angelegenheit nicht gekannt, Bergfeld nur von der späteren Umbettung gewußt haben.

Staatsanwaltschaftsrat Frantzky beantragte wegen Mord gegen Ottow und Heines die Todesstrafe, wegen Beihilfe zum Mord gegen Fräbel und Bergfeld je 4 Jahre Zuchthaus, gegen Krüger, Bär, Bandemer und Vogt 3 Jahre Zuchthaus. Gegen die Hintermänner Frhr. von Bodungen und Roßbach könne wegen Verjährung nichts mehr unternommen werden.

Das Gericht kam zum Schluß, nicht der Schimmer eines Beweises für Schmidts „Schuld" sei erbracht worden.

Es nahm an, daß Heines ursprünglich mit Vorbedacht und Ueberlegung handelte, weil er die Spaten mitgenommen hatte. Während des Grabens in Rosenfelde habe er die Absicht zum Mord aber aufgegeben und Schmidt dann nur im Affekt umgebracht. So wurde nur wegen Totschlags Heines zu 15 Jahren Zuchthaus, Ottow zu 4 Jahren Zuchthaus, Fräbel wegen Beihilfe zu 3 Jahren Zuchthaus verurteilt; Bär, Vogt, Bandemer, Krüger und Bergfeld wurden freigesprochen, die letzten vier, weil sie nicht an dieser Tat, sondern nur an den straflosen Vorbereitungshandlungen zu einer anderen, nicht ausgeführten Tat teilgenommen hätten. Oberstaatsanwalt und Verteidigung legten Revision ein.

Der dritte Strafsenat des Reichsgerichts hob auch dieses milde Urteil am 6. Dezember 1928 auf, weil gegen einen der Geschworenen zur Zeit des Prozesses ein Verfahren wegen Betruges geschwebt hatte. So gelangte das Verfahren wieder an das Schwurgericht zurück. Die Verhandlung unter dem Landgerichtsdirektor Hoffmann fand vom 25. Februar bis 13. März 1929 statt. Krüger war unterdessen wegen eines gemeinen Totschlags, begangen an einer alten Frau, zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Bergfeld starb während des Prozesses.

Der Oberstaatsanwalt Saß unterstellte als wahr, daß Heines keine Bedenken gehabt hat, dem Geheimbefehl Roßbachs Folge zu leisten, wonach die Geheimhaltung mit allen Mitteln zu erstreben war. Die Konsequenz einer Anklage gegen den „Zeugen" Roßbach aber hat er nicht gezogen. Er beantragte gegen Heines wegen Mordes die Todesstrafe, gegen Ottow wegen Beihilfe hierzu 4 Jahre Zuchthaus, gegen Fräbel, Bär, Vogt und Krüger wegen des gleichen Verbrechens je 3 Jahre Zuchthaus. Jedoch solle nur gegen Heines Haftbefehl erlassen werden. Das Gericht nahm wieder Mordplan und Totschlagsdelikt an, setzte die Strafen herab und verurteilte Heines zu 5 Jahren Gefängnis, Ottow zu 2½ Jahren, Fräbel und Bär zu 6 Monaten Gefängnis wegen Beihilfe. Krüger, Bandemer und Vogt wurden freigesprochen.

Heines hat kaum 1½ Jahre im Gefängnis gesessen.

Die Verteidiger legten zum zweitenmal Revision beim Reichsgericht ein. Auf Beschluß des Strafsenats beim Oberlandesgericht Stettin wurde Heines am 14. Mai 1929 gegen eine Kaution von 5000 M. aus der Haft entlassen.

Soweit die aktenmäßige Darstellung. Heines hat einen vollkommen unschuldigen Menschen, der in dem „Verdacht" stand, er wolle ein Waffenlager der zuständigen Behörde verraten, kaltblütig abgeschlachtet und dann gelogen, der Ermordete sei „auf der Flucht erschossen worden". Heute ist Heines Reichstagsabgeordneter!

166

AUSSCHNITT VOM: 13. OKT. 1930

Dresdner Anzeiger, Dresden

Die Veränderungen der Sterblichkeit

Eine Berichtigung der zu optimistischen Bevölkerungsstatistik

Die Sterblichkeit wird gewöhnlich gemessen durch die sogenannte Sterbeziffer, d. h. das Verhältnis der Zahl der Gestorbenen zur Gesamtbevölkerung. Sie betrug in Deutschland etwa 30 auf 1000 im Jahre 1870 und ist heute auf etwa 12 auf 1000 gesunken. Die Bevölkerungsstatistik hat jedoch gezeigt, daß diese Zahlen ein zu optimistisches Bild ergeben, und daß die sogenannte Sterbetafel ein besseres Kriterium liefert. Hierunter versteht man [illegible] Tabelle, die angibt, wie 100 000 Neugeborene im Laufe der Zeit absterben. Man pflegt dann diese Tabelle wieder in einem Ausdruck zusammenzufassen, indem man zunächst die verschiedenen Alter betrachtet, in denen die Menschen sterben und hieraus den Mittelwert berechnet. Dieses mittlere Alter beim Tod ist gleich dem Alter, das ein Neugeborener im Durchschnitt erreichen wird. Dieses, als Lebenserwartung eines Neugeborenen bezeichnetes Alter betrug im Durchschnitt der Jahre 1871 bis 1881 in Deutschland 35,6 Jahre, für die männliche Bevölkerung im Durchschnitt der Jahre 1891 bis 1900 betrug sie 40,6 Jahre, für die gleiche Bevölkerung ist sie im Durchschnitt der Jahre 1924 bis 1926 auf 56 Jahre gestiegen. Im letzten Intervall ist sie also um 37 v. H. gestiegen.

In den vom Deutschen Verein für Versicherungsmathematik herausgegebenen Blättern für Versicherungsmathematik und verwandte Gebiete zeigt nun Professor Dr. Gumbel von der Universität Heidelberg, daß auch dieses Kriterium noch zu günstige Resultate liefert. Es konstruiert entsprechend den Methoden der mathematischen Statistik ein auf wahrscheinlichkeitstheoretischen Grundlagen beruhendes Maß der Güte, das neben dem durchschnittlichen Alter beim Tod auch das mittlere Alter der Lebenden verwendet und die Tatsache berücksichtigt, daß das höchste erreichbare Alter nach allen Erfahrungen sich kaum geändert hat. Diese unbenannte zwischen null und eins liegende Zahl charakterisiert eine Sterbetafel insgesamt. Sie kann aber auch auf die einzelnen Alter angewandt werden.

Auch diese Methode zeigt, daß die Sterblichkeit insgesamt und in den einzelnen Altersjahren sich verbessert hat, daß aber die bisherige Betrachtungsweise geeignet war, diese Verbesserung zu überschätzen. Speziell in Deutschland haben sich die Sterbetafeln in der genannten Zeit nicht um 37, sondern nur um 27 v. H. verbessert. Die Arbeit an der sozialen Hygiene, durch die dieses Resultat erreicht wurde, muß also fortgesetzt werden. Speziell bei der Bekämpfung der Kindersterblichkeit sind zweifellos noch große Fortschritte zu erzielen.

Strafvollzugsstatistik.

Von E. J. Gumbel, Heidelberg.

1. Quellen.
2. Verlebte Zeit.
3. Untersuchungshaft.
4. Anstaltspersonal.
5. Hygiene.
6. Disziplinarstrafen.
7. Arbeit und Kosten.
8. Entlassung.
9. Rückfälligkeit.
10. Schlußfolgerungen.

Der Strafvollzug ist, verglichen mit anderen Rechtsgebieten, heute für die meisten Juristen und erst recht für die breite Öffentlichkeit eine terra incognita. Dies liegt in seiner Natur. Während der Text eines bestehenden Gesetzes jedermann zugänglich ist, während die Schaffung neuer Gesetze sich in den demokratisch regierten Staaten zum mindesten im Prinzip öffentlich vollzieht, während die meisten Urteile wenigstens öffentlich bekannt werden können und die unter Ausschluß der Öffentlichkeit gefällten Urteile erfreulicherweise öffentlich bekannt und nötigenfalls kritisiert zu werden pflegen, spielt sich der Strafvollzug hinter hohen Mauern und verschlossenen Türen ab. Im folgenden sollen einige exakte Angaben über den jetzigen Strafvollzug in Deutschland gegeben werden.

1. Quellen.

Dreierlei Quellen geben uns Kenntnis. Für den reinen Juristen existiert nur das Gesetz. Er identifiziert seinen Wortlaut mit der Realität, die so zu der dem Juristen eigentümlichen Realität wird. Diese Erkenntnistechnik ist eine der Ursachen seiner sogenannten Weltfremdheit. Selbstverständlich ist der Wortlaut jedes Gesetzes, auch allgemein gesehen, wichtig. Wenn nun einem Gesetz sogenannte moderne Gedanken zugrunde liegen, so wird häufig hieraus geschlossen, daß sie auch herrschen. Aber zunächst kann der Wille des Gesetzgebers sich im Gesetz nie in vollkommener Weise ausdrücken. Daher ist in vielfacher Richtung das, was nicht im Gesetz steht, wichtiger als sein Wortlaut. Zwischen jedem Gesetz und seiner Realisierung liegt notwendigerweise eine weite Kluft, ausgefüllt durch Bestimmungen, die durch die breite Schicht der Bürokratie ausgeführt werden, deren Willen mit dem des Gesetzgebers nicht übereinstimmen muß und speziell in Deutschland,

wie wir aus zahlreichen Fällen wissen, nicht übereinstimmt. So ist ein großer Teil der schönen Bestimmungen der Weimarer Verfassung Deklamation geblieben. Durch das soziale Milieu kann das Gesetz zudem sich trotz strengster Einhaltung verändern. Es kann somit aus guten Absichten des Gesetzgebers noch in keiner Weise auf die Realisierung dieses Willens geschlossen werden. Erst recht gilt dies, wenn die „modernen Gedanken“ aus Kannvorschriften, der Rest aus Mußvorschriften bestehen. Speziell für den Strafvollzug ist der persönliche Einfluß des Anstaltsleiters in weitgehendem Maße ausschlaggebend. Wir werden daher zu untersuchen haben, wie groß die Zahl der Gefangenen ist, auf welche die modernen Gedanken praktisch Anwendung finden.

Die zweite Erkenntnisquelle bilden die Eindrücke aus Besichtigungen und Besuchen und die Berichte Entlassener. Sie stellen ihrer logischen Struktur nach die Umkehrung der ersten Erkenntnismethode dar. Während dort das Allgemeine, steht hier das Besondere im Vordergrund. Bei der Besichtigung greift eine vielfache Siebung Platz. Zunächst ist der Besichtigende bereits eine ausgewählte Persönlichkeit. Dann beobachtet er nicht selbständig, sondern ihm wird gezeigt. Aus propagandistischen Gründen ausgewählte Gefängnisse oder hervorgehobene Abteilungen oder ausgesuchte Gefangene lassen, besonders wenn der Besichtigende dem Gefängniswesen fremd gegenübersteht, wenn ihm die Psyche der doch zumeist der Unterklasse angehörenden Gefangenen fremd ist, endlich wenn er gar die Sprache der Leute nicht versteht, in ihm jeweils die der Verwaltung erwünschten Eindrücke entstehen. Die Kriegsberichterstattung und ihre Divergenz von der Wirklichkeit hat die Ergebnisse dieser Technik deutlich gemacht. Durch geeignete Auswahl aus einer vielfältigen Masse lassen sich, wenn der Betrachtende nur die Auswahl kennt und wenn sie ihm als typisch dargestellt wird, beinahe beliebige Resultate erzielen.

Bei den Berichten der Entlassenen steht nicht der Wille des „Strafenden“, „Bessernden“, „Sichernden“, sondern der von diesem Willen Betroffene im Vordergrund. Gerade extreme Fälle spielen hier eine besondere Rolle und dies mit Recht. Denn sie zeigen den Rahmen des wirklich Vorhandenen, also wie der Volksmund sich plastisch ausdrückt, gerade, „was alles möglich ist“, zumeist durch Hervorhebung der unteren Grenze.

Berichte der Besucher und Angaben der Entlassenen werden so normalerweise in Widerspruch stehen, da sie zwei entgegengesetzte Extreme erfassen und über die Norm nichts aussagen.

Hier setzt nun die dritte Erkenntnisquelle, die Statistik, ein. Auch sie hat ihre Grenzen. Denn wie beim Gesetz das zwischen den Zeilen Stehende, so kann hier das zwischen den Zahlen Stehende entscheidend sein. Statistik zu lesen ist eine Kunst. Da sie nicht allzu weit verbreitet ist, entsteht die übliche Auffassung: mit der Statistik kann man alles beweisen. Ein Satz von unbezweifelbarer Richtigkeit, wenn man ihn verallgemeinert: mit falschen Methoden läßt sich alles beweisen. Die Einwände gegen die Statistik sind um so mehr berechtigt, als es leider üblich ist, Statistiken nicht aus erster, sondern aus zehnter Quelle zu entnehmen. Notwendig ist dies nicht.

In den Strafvollzugsgrundsätzen von 1923, welche auf Vereinbarungen der Länder beruhen und die Bundesratsgrundsätze von 1897 ersetzen, ist eine alljährlich erscheinende Statistik nach einem vom Reichsjustizminister aufzustellenden Muster vorgesehen. „Dieser Plan hat bisher nicht verwirklicht werden können", so schreibt die einzige bisher vorliegende „Statistik des Gefängniswesens im Deutschen Reich", ein dünnes Heft von 16 Seiten, welches vom Reichsjustizminister am 8. Februar 1929 dem Reichstag vorgelegt wurde. Sie gibt im wesentlichen nur den Zustand der Gefängnisse und Zuchthäuser an einem Stichtag, nämlich dem 1. Juli 1927, wieder und enthält nur wenige den Strafvollzug charakterisierende Zahlen.

Aber auch ohne die Existenz einer das ganze Reich umfassenden Statistik sind wir über die Summe des Leides, das sich hinter den Gefängnis- und Zuchthausmauern verbirgt, aus preußischen Statistiken vollkommen ausreichend orientiert. Die „Statistik der dem Preußischen Ministerium des Innern unterstellten Strafanstalten und Gefängnisse" reicht bis 1894 zurück. Seit 1902 existiert die „Statistik der Gefangenenanstalten der Justizverwaltung in Preußen." Der letzte, zurzeit vorliegende Band behandelt das Rechnungsjahr 1927 (1. April 1927 bis 31. März 1928). Somit verfügen wir über zahlenmäßige Angaben für alle preußischen, also für die Mehrzahl der deutschen Anstalten seit einem Vierteljahrhundert. Es ist eigentümlich, daß eine so wichtige Quelle sowohl bei den Verteidigern wie bei den Kritikern des Strafvollzugs so wenig Interesse gefunden hat. Ich habe sogar den Eindruck, daß diese Statistik kaum gelesen, zum mindesten kaum benutzt worden ist. Ein so umfassend angelegtes Buch wie das von Bumke „Der Strafvollzug" enthält z. B. auf 537 Seiten an zahlenmäßigen Angaben nur kleine Tabellen, die bezeichnenderweise als Anmerkungen gebracht werden. Dementsprechend gering ist sein Wert als Quelle realer Erkenntnis.

Diese Vernachlässigung einer wichtigen Quelle liegt zum großen Teil daran, daß diese Statistik heute, wo die Diskussion über den Strafvollzug sich verbreitert hat, genau in der Form dargeboten wird, wie keine Statistik sein darf. In den früheren Jahren existierten Vorbemerkungen, Erläuterungen der verwendeten Begriffe, kurze Zusammenfassungen der Resultate und Hinweise auf ihre Bedeutung. Dies alles ist jetzt weggefallen. Die Statistiken über die Gefangenenanstalten der Justizverwaltung in Preußen, gedruckt im Strafgefängnis Berlin-Tegel, enthalten seit 1924 keine Zeile Text. Sie bestehen nur aus ungeheuer weit gegliederten Tabellen. Weil sie zu viel enthalten, kann das Gros der Leser aus ihnen einfach nichts entnehmen.

Denn 411 Seiten mit ca. 13 Spalten und 25 Zeilen, also etwa 133000 Zahlen, stürzen auf ihn ein. Nun steht Tabellenfurcht einem Statistiker schlecht an. Aber allzu weit getriebene Gliederung einer Tabelle hat im Grunde eine antistatistische Tendenz, da nämlich dann die Statistik aufhört und nur mehr Einzelfälle übrigbleiben. Die letzte Konsequenz ist ein Tabellenmonstrum, in dem im Grunde nur die beiden Zahlen 0 und 1 vorkommen.

So führt auch die allzu weit getriebene Gliederung der vorliegenden Statistik dazu, daß die großen Linien vollkommen verschwinden und der Betrachter die wichtigen Tatsachen sich erst auf mühevolle Weise erarbeiten muß.

Im folgenden werden wir versuchen, den Inhalt dieses Zahlenfriedhofes lebendig werden zu lassen. So interessant es wäre, an Hand der gesamten Bände die Veränderungen im Strafvollzug darzustellen, so wollen wir uns hier mit der Darstellung des Bestehenden begnügen. Wir betrachten daher nur die beiden neuesten Bände für 1926 und 1927, also die Zeit vom 1. April 1926 bis 31. März 1928. Ferner wollen wir uns im wesentlichen nicht mit den Unterschieden der einzelnen Anstalten beschäftigen. Daß sie bestehen, ist selbstverständlich, und diese Selbstverständlichkeit ist zudem wohlbekannt. Wir wollen vielmehr versuchen, die wichtigsten allgemeingültigen Resultate herauszuschälen, um so ein Gesamtbild zu erhalten.

Eine vollständige Wiedergabe dieser, gerade in den uninteressanten Punkten außerordentlich aufschlußreichen Statistik ist nicht beabsichtigt. Wohl aber sind alle wesentlichen Resultate hier genau wiedergegeben. Nur die Form der im folgenden wiedergegebenen Tabellen stammt vom Verfasser. Manche zusammengehörigen Zahlen mußten aus ganz verschiedenen Tabellen entnommen werden und manche fehlenden Zahlen geschätzt werden. Doch beziehen sich diese Schätzungen nur auf untergeordnete Details.

Endlich werden wir Konsequenzen ziehen in den Fällen, in denen die Statistik nur Bausteine liefert, aus denen sich die entscheidenden Tatsachen zusammensetzen.

Zur Ergänzung der obengenannten preußischen Statistik werden wir einen Aufsatz von Schulzke „Der preußische Strafvollzug vom 1. April 1924 bis 31. März 1929 im Spiegel der Statistik" in den Bundesnachrichten der Gefängnisbeamten, 20. Jahrgang Nr. 12, heranziehen, da in ihm einige Zahlen aus der bisher nicht veröffentlichten preußischen Statistik für 1928 enthalten sind. Die für dieses Jahr im folgenden angeführten Zahlen entstammen diesem Artikel. Ferner haben wir benutzt die von Sauthoff und Schulzke bearbeitete „Anleitung zur Aufstellung und Nachprüfung der Statistik über die Gefangenenanstalten der Justizverwaltung in Preußen", Berlin 1927. Die vom Preußischen Justizministerium herausgegebene Broschüre „Strafvollzug in Preußen" enthält einzelne statistische Angaben. Sie gehen jedoch naturgemäß kaum über den Inhalt der preußischen Statistik hinaus.

Einzelne Angaben werden wir auch aus der Kriminalstatistik für das Deutsche Reich entnehmen. Sie existiert seit 1882. Allerdings ist sie nicht sehr ertragreich, zudem für verschiedene Jahre in ganz verschiedenem Umfang publiziert. Eine Zusammenfassung findet sich in der Anlage II zum Strafgesetzentwurf (Die Entwicklung der Kriminalität seit 1882). Die wichtigsten Zahlen seit 1882 sind in der Kriminalstatistik für 1927 wiedergegeben. Im Prinzip leidet die deutsche Kriminalstatistik daran, daß sie nur die wegen Verbrechen und Vergehen gegen Reichsgesetze Verurteilten umfaßt. Es fehlen also die wegen Übertretungen überhaupt und wegen landesrechtlicher Delikte Bestraften, endlich auch die Statistik der Anklagen.

Speziell über die Untersuchungshaft ist aus den bisherigen Quellen fast nichts zu entnehmen. Hierüber existiert jedoch ein ausgezeichnetes Material, nämlich eine hektographierte Übersicht, welche der preußische Justizminister dem Hauptausschuß des Landtages im Jahre 1926 vorlegte. Ihr Titel lautet: „Übersicht über die bei den Staatsanwaltschaften, bei den Amtsanwaltschaften im Vorverfahren und bei dem Amtsrichter oder bei dem Jugendgericht im Hauptverfahren in der Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember 1925 beendeten Fälle von Untersuchungshaft auf Grund richterlichen Haftbefehls." Die gleiche Statistik existiert auch für das Jahr 1929.

Die kleineren statistischen Angaben für die einzelnen Länder, die sich in zahlreichen Quellen verstreut finden,

brauchen wir hier nicht zu berücksichtigen, da unsere Zahlen bereits über das Gros der deutschen Anstalten berichten und das Land betreffen, in dem der „moderne Strafvollzug“ am besten ausgebildet ist (vgl. Probleme der Strafvollzugsstatistik, Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Bd. 64, H. 2).

Auch die umfangreiche Strafvollzugsliteratur im eigentlichen Sinne des Wortes brauchen wir für das folgende nicht heranzuziehen, da wir aus den Originalquellen schöpfen. Doch soll wenigstens auf die beiden ausgezeichneten, vom Bund der Gefängnis-, Straf- und Erziehungsanstaltsbeamten und -beamtinnen herausgegebenen Broschüren „Probleme der Strafvollzugsreform“ und „Der Aufsichtsbeamte im Strafvollzug“ nachdrücklich aufmerksam gemacht werden.

Wenn im folgenden die Hauptergebnisse der preußischen Gefangenenstatistik im wesentlichen für zwei Jahre aufgeführt werden, so muß aus Veränderungen einzelner dieser Zahlen noch nichts Entscheidendes über die Existenz einer systematischen Entwicklung folgen, da es sich um die Wirkungen unsystematisch verlaufender Ursachen handeln kann. Wohl aber soll durch die Aufführung zweier Jahre gezeigt werden, daß die Zahlen nicht außerhalb jedes Zusammenhangs stehen, da sie wenigstens der Größenordnung nach ziemlich übereinstimmen. Ferner werden wir berechtigt sein, aus der weitgehenden Übereinstimmung des Verhältnisses der Zahlen bei ganz verschiedenen Betrachtungsweisen ein bestimmtes Bild der Entwicklung zu vermuten.

2. Verlebte Zeit.

Bei den Anstalten ist zu unterscheiden zwischen Zuchthäusern und Gefängnissen. Zur letzteren Kategorie sind auch die Festungshaftanstalten gerechnet. Bei der Anstaltsbevölkerung ist zu unterscheiden zwischen der durchschnittlichen Tagesbelegung und der Gesamtzahl der Gefangenen, die im Laufe eines Jahres durch die Anstalten gewandert sind. Hierüber belehrt die folgende Tabelle für 1926.

Zahl der benutzten	Durchschnitt. Tagesbeleg.	Gesamtz. d. Gefangenen	Gesamtzahl der Hafttage	Durchschnittl. Haftdauer in Tagen
Gefängnisse . . 924	34942	340993	12496306	36,7
Zuchthäuser . . 23	11088	21982	4089105	186,0
Anstalten . . . 947	46030	362975	16585411	45,7

Addiert man sämtliche von den einzelnen Gefangenen verlebten Tage, so erhält man die Gesamtzahl der Hafttage. Diese Zahl, dividiert durch 365, muß gleich der durchschnittlichen

Tagesbelegung sein. Dies ist, wie man sieht, nicht genau der Fall, aus Gründen, die aus den Zahlen selbst nicht ersichtlich sind.

Die hier angeführten durchschnittlichen Tagesbelegungen entstammen der Tabelle 1 der preußischen Gefangenenstatistik. Dagegen gibt die Tabelle 3, welche die Belegung behandelt, etwas andere Zahlen. Auch diese Zahlen stimmen aber mit der umgerechneten Gesamtzahl der Hafttage nicht überein. Die durchschnittlichen Tagesbelegungen der Tabelle 1 kehren bei den Tabellen 12, 14, 15 und 18, welche die Verpflegung, Tuberkulose, geistigen Erkrankungen und Arbeitszweige der Gefangenen behandeln, wieder. Deswegen haben wir sie hier und für das Folgende zugrunde gelegt.

Bei der Gesamtzahl der Gefangenen stimmen die Angaben der Tabelle 1 der Preußischen Statistik mit denen der Tabelle 4, welche die Bewegung des Gefangenenbestandes behandelt, nicht überein. Da auch diesmal die Angaben der Tabelle 1 in den späteren Tabellen wiederkehren, wurden sie zugrunde gelegt. Für jeden aufmerksamen Leser bilden diese Differenzen zwischen den Angaben der ersten Tabellen eine Quelle ständiger Verwirrung. Die Ursache dieser Unterschiede wird nicht angegeben. Sie dürften dadurch begründet sein, daß die Zuchthausgefangenen, welche zu Terminen, gerichtlichen Untersuchungen usw. in Gefängnissen untergebracht sind, in einem Fall den Gefängnissen, im anderen den Zuchthäusern zugerechnet werden. Hierfür spricht vor allem der Umstand, daß die Summe der Gesamtzahlen der Gefängnisse plus Zuchthäuser in beiden Tabellen die gleiche ist. Nur nebenbei sei erwähnt, daß die Zahl der Entlassenen der Tabelle 4 mit der Zahl der Entlassenen der Tabelle 20 nicht ganz übereinstimmt.

Die Gesamtzahl der Hafttage dividiert durch die Gesamtzahl der Gefangenen eines Jahres gibt die in der letzten Spalte aufgeführte durchschnittliche Dauer der Einsperrung. Daß diese Größe für die Zuchthäuser nur ein halbes Jahr beträgt, kontrastiert mit der Vorschrift, welche als Mindestdauer der Zuchthausstrafe ein Jahr vorsieht. Dies liegt daran, daß unsere Zahlen sich nur auf ein Jahr beziehen, daß also die von den Gefangenen früher verbrachte wie die noch zu verbringende Zeit unbekannt ist.

Die entsprechenden Zahlen für 1927 lauten:

Zahl der benutzten		Durchschnitt. Tagesbeleg.	Gesamtz. d. Gefangenen	Gesamtzahl d. Hafttage	Durchschnittl. Haftdauer in Tagen
Gefängnisse . .	902	27307	262030	9897292	37,8
Zuchthäuser . .	23	9385	19126	3455836	180,7
Anstalten . . .	925	36692	281156	13353128	47,5

Beim Vergleich der beiden Tabellen fällt sofort auf, daß für die Zuchthäuser wie für die Gefängnisse die durchschnittliche Tagesbelegung, die Gesamtzahl der Gefangenen und der Hafttage abgenommen hat. Dies ist nicht zufällig, sondern stellt einen Spezialfall der allgemeinen tendenziellen Abnahme dar. Dies geht sehr deutlich aus der folgenden Tabelle hervor:

Gesamtzahl der Gefangenen

	Untersuchgs.-Gefangene	Gefängnis-Strafgefangene	Zuchthaus-Strafgefangene	Alle Anstalten
1924	135169	300259	25254	460682
1925	116259	256130	22510	394899
1926	103256	237464	22255	362975
1927	83303	177966	19887	281156
1928	79600	161372	16864	257836

Die Zahl der Verurteilten ist nach der Kriminalstatistik für 1927 im Reich von 1924 auf 1925 wesentlich gefallen und dann bis 1927 im Gegensatz zu weit verbreiteten Auffassungen nur unbedeutend gestiegen. Die Zahlen für 1928 sind noch nicht publiziert. Die Abnahme der Anstaltsbevölkerung beruht somit auf der Zunahme der bedingten Bewährungsfrist und der Geldstrafen.

Eine Verteilung der Inhaftierten auf die Länge der verhängten Strafen fehlt. Dieser Mangel erschwert zahlreiche statistische Betrachtungen. Insbesondere ist die große Zahl derer unbekannt, die nur kurze Zeit in den Gefängnissen zubringen. Auch die Kriminalstatistik für das Deutsche Reich gibt die Zahlen nicht an. Die Kriminalstatistiken für 1926 und 27, die im Vergleich zu anderen Jahren vorzüglich detailliert sind, geben nur die sehr grobe Einteilung in lebenslängliche und zeitige Zuchthaustrafen und in Gefängnisstrafen von weniger als 3 Monaten, 3 Monaten bis ein Jahr und über ein Jahr; endlich Festungshaft, Haft, Arrest, Geldstrafe und Verweis. 1926 wurden bei den Erwachsenen von 100 zu Gefängnis Verurteilten 60,5 Personen zu Strafen bis zu 3 Monaten, 32,3 zu Strafen von 3 Monaten bis unter ein Jahr, und nur 7,2 zu Strafen von über einem Jahr verurteilt. Bei Jugendlichen ist der Anteil der kleinen Freiheitsstrafen noch größer.

Frau Neuhaus gibt in der Broschüre „Der Strafvollzug in Preußen" folgende Zahlen für die weiblichen Gefangenen in Preußen am 1. August 1928:

Verteilung der weiblichen Gefangenen auf die Strafdauer

Strafdauer in Jahren	Zahl
unter ½	408
½—1	342
1—2	424
2—5	303
5—10	73
10—15	35
lebenslängl.	63
Summe	1648

Hieraus ergibt sich, daß bei diesen Frauen der Anteil der mit weniger als einem Jahr Bestraften nur 45,5 % beträgt. Da aber die Frauen nur einen geringeren Anteil, zudem ein anders gestaltete Kriminalität aufweisen als die Männer, lassen sich hieraus keine weiteren Schlüsse ziehen.

Die Gesamtzahl der weiblichen Gefangenen des Jahres 1926 betrug 47698, die tägliche Durchschnittsbelegung 3868. Für das Jahr 1927 betrugen die entsprechenden Zahlen 26530 bzw. 2701. Demnach betrug der Frauenanteil bei der Gesamtzahl 13,1 bzw. 9,44 % und bei der durchschnittlichen Belegung 8,41 bzw. 7,35 %. Entsprechend der geringeren weiblichen Kriminalität ist der Anteil der Frauen an der Gefangenenbevölkerung wesentlich kleiner als der der Männer. Zudem verbringen sie im Durchschnitt eine kürzere Zeit in den Anstalten als die Männer. Nach beiden Kriterien ist der Prozentsatz der Frauen von 1926 auf 1927 etwas gefallen.

Im ganzen Reich wurden 1927 einschließlich der Untersuchungsgefängnisse 1600 Anstalten benutzt. Ihre Belegung betrug 74146 Personen am 1. Juli 1926 und 69176 am 1. Januar 1927. Die Gesamtzahl der Gefangenen und die von ihnen verlebte Zeit ist nicht angegeben. Sie läßt sich jedoch angenähert berechnen. Denn die Belegung der preußischen Anstalten an den gleichen Tagen betrug 44344 bzw. 41294. Man kann also annehmen, daß im ganzen Reich 67 % mehr Gefangene existieren als in Preußen. Überträgt man dieses Verhältnis auf die Gesamtzahl der Gefangenen und auf die verbrachte Zeit, so kommt man zu dem Schluß: Im Deutschen Reich sind im Jahre 1926 76000 Jahre, im folgenden Jahr 61000 Jahre in Gefängnissen

und Zuchthäusern zugebracht worden. Angenähert 606000 Menschen sind 1926, angenähert 470000 im Jahre 1927 durch deutsche Gefängnisse und Zuchthäuser gewandert. Diese gewaltigen Zahlen rechtfertigen das Interesse, welches die Öffentlichkeit dem Strafvollzug entgegenbringt.

Die Strafvollzugsgrundsätze unterscheiden zwischen Einzel-, Zellen- und Gemeinschaftshaft. Die Einzelhaft besteht darin, daß der Gefangene bei Tag und Nacht unausgesetzt von anderen Gefangenen gesondert gehalten wird. Auch bei der Zellenhaft wird der Gefangene Tag und Nacht, besonders bei der Arbeit, allein in der Zelle untergebracht. Er kann jedoch beim Spaziergang, beim Gottesdienst und beim Unterricht andere Gefangene wenigstens sehen. Bei der Gemeinschaftshaft wird der Gefangene regelmäßig mit anderen zusammengebracht.

Die Preußische Statistik berichtet nicht über die Verteilung der Gefangenen auf diese Kategorien. Insbesondere sagt sie nichts über die Zahl der Gefangenen in der fürchterlichen Einzelhaft aus. Anstatt über den Strafvollzug, referiert die Statistik über die Strafvollzugseinrichtungen und beschränkt sich auf die folgenden Angaben über die Zahl und Art der Zellen:

Anstaltszellen

	Einzelhaftzellen unter 22 cbm		Einzelhaftzellen über 22 cbm		Einzel-schlafzellen		Plätze in Gemeinschaftshaft		Belegungsfähigkeit	
	1926	1927	1926	1927	1926	1927	1926	1927	1926	1927
Gefängnisse	7286	7044	21002	20344	4472	4550	21344	19742	54104	51680
Zuchthäuser	571	485	4038	4452	995	1053	8059	8051	13663	14041
Anstalten	7857	7529	25040	24796	5467	5603	29403	27793	67767	65721

Die Unterscheidung der Einzelhaftzellen in solche über und unter 22 cbm Rauminhalt beruht auf dem § 87 der Grundsätze von 1923. Er besagt, daß die Zellen mit weniger als 22 cbm nicht zur Einzelhaft verwendet werden dürfen. Angaben über die Durchführung dieser Vorschrift und über die Belegung dieser winzigen Zellen fehlen.

Dagegen gibt die Preußische Statistik die Belegungsfähigfähigkeit für jede Anstalt, sowie die niedrigste, höchste und durchschnittliche Tagesbelegung. Bildet man das Verhältnis der durchschnittlichen Belegung zur Belegungsfähigkeit, so erhält man die folgende Tabelle:

Durchschnittliche Belegung in Prozent der Belegungsfähigkeit

	1926	1927
Gerichtsgefängnisse mit Belegungsfähigkeit unter 50	34,0	26,2
„ „ „ über 50	66,9	52,5
Besondere Gefängnisse	73,1	61,2
Zuchthäuser	81,1	66,8
Alle Anstalten	67,9	55,8

Am stärksten belegt sind also stets die Zuchthäuser, am schwächsten die kleinen Anstalten. Die relative Belegung hat für sämtliche Anstaltsarten abgenommen. Dies sind eminent günstige Tatsachen. Sie sind sicher nicht zufällig, sondern auf die wachsende Ersetzung der Freiheits- durch Geldstrafen zurückzuführen.

Das günstige Verhältnis der durchschnittlichen Tagesbelegung zur Belegungsfähigkeit für alle Anstalten besagt noch nichts für die einzelnen Anstalten. Als übervölkert kann man eine Anstalt bezeichnen, wenn die höchste Tagesbelegung größer ist als die Belegungsfähigkeit. Wir werden jedoch einen strengeren Maßstab wählen und nur solche Anstalten als übervölkert rechnen, bei denen die durchschnittliche Tagesbelegung größer ist als die Belegungsfähigkeit.

Im Jahre 1926 waren somit übervölkert die Gerichtsgefängnisse Neuruppin, Groß-Strehlitz, Hirschberg (Schlesien), Hamborn, Gelsenkirchen, Minden, Königsberg, Stendal und Erfurt, die Irrenabteilung des Gefängnisses Breslau und die Zuchthäuser Diez, Münster und Lichtenburg. Das Maß der Übervölkerung ist jedoch in keinem Fall bedeutend.

Die Übervölkerung hat im Jahre 1927 abgenommen. Denn hier sind nur mehr die Gerichtsgefängnisse Neuruppin, Lyck und Königsberg und das Zentralgefängnis Bochum übervölkert. Wie allerdings für das Gerichtsgefängnis Groß-Strehlitz im Jahre 1926 bei einer Höchstbelegung von 135 Personen eine Durchschnittsbelegung von 189 und wie für das Gerichtsgefängnis Neuruppin im Jahre 1927 bei einer Höchstbelegung von 115 Personen eine Durchschnittsbelegung von 127 Mann herausgerechnet werden, ist mir unverständlich, da doch die Durchschnittsbelegung ihrem Begriff nach stets kleiner und höchstens gleich der Höchstbelegung sein muß.

Über die Verwendung der in den preußischen Anstalten verbrachten Zeit orientiert folgende Tabelle:

Verlebte Zeit 1926

	Zuchthäuser	Gefängnisinsassen mit Arbeitszwang	ohne Arbeitszwang	Alle Anstalten
Arbeitstage	2 999 346	6 167 423	1 081 904	10 248 673
Ausfall w. Arbeitsmang.	97 320	464 756	—	—
Krankentage	185 568	373 359	(142 648)	(701 575)
Schultage	36 440	68 367	(26 121)	(130 928)
Arresttage	20 155	28 647	(10 945)	(59 747)
Termine usw.	103 598	478 266	—	—
Sonn- und Feiertage	(646 678)	(1 460 934)	(558 175)	(2 665 787)
Tage ohne Arbeit	(1 089 759)	(2 874 329)	(2 372 650)	(6 336 738)
verlebte Tage	4 089 105	(9 041 752)	(3 454 554)	16 585 411
		12 496 306		
davon Werktage	3 442 427	7 580 818	2 896 379	(13 919 624)

Die hier eingeklammerten Zahlen sind der systematischen Vollständigkeit halber berechnet worden. In den Originaltabellen sind nur die nicht eingeklammerten Zahlen zu finden. So ergaben sich bei den Zuchthäusern die Sonn- und Feiertage als Differenz aus den verlebten Tagen und den Werktagen, und die Tage ohne Arbeit als Differenz aus den verlebten Tagen und den Arbeitstagen.

Die Gefängnisbevölkerung zerfällt in die Gefangenen mit und diejenigen ohne Arbeitszwang. Nur für die erste Kategorie waren die in Krankheit und im Arrest usw. zugebrachten Tage angegeben, für die zweite Kategorie jedoch nicht. Da wir jedoch aus einer anderen, später behandelten Tabelle die von beiden Kategorien in schwerem Arrest verbrachte Zeit kennen, interessieren uns die von beiden Kategorien im Arrest verbrachten Tage. Denn aus der Differenz werden wir dann die im leichten Arrest verbrachte Zeit berechnen und mit der in schwerem Arrest verbrachte Zeit vergleichen können.

Ferner interessiert es, die von den Gefangenen mit Arbeitszwang verlebten Tage zu kennen, an denen die Arbeit ausfiel, da trotz der Langeweile der Arbeit, die arbeitslose, in dumpfem Hindämmern verbrachte Zeit als besonders quälend empfunden werden muß. Die für beide Kategorien zusammen verlebten Tage, nämlich 12 496 306, wurden auf jede der Kategorien einzeln proportional den von ihnen verlebten Werktagen aufgeteilt. So ergab sich die in der vorstehenden Tabelle aufgeführte Zahl der von den Gefangenen mit Arbeitszwang verlebten Tage aus $\frac{7\,580\,818}{7\,580\,818 + 2\,896\,379} \cdot 12496306$. Der Rest traf auf die Gefangenen ohne Arbeitszwang. Die Zahl der Sonntage und der Tage ohne Arbeit ergab sich dann für

beide Kategorien nach der oben bei den Zuchthausinsassen verwendeten Methode.

Jetzt läßt sich auch die Zahl der von den Gefangenen ohne Arbeitszwang verbrachten Krankheits-, Schul- und Arresttage abschätzen durch die Annahme, daß ihr Prozentsatz an den verlebten Tagen derselbe sei, wie bei den Gefangenen mit Arbeitszwang. Vermutlich ist die berechnete Zahl der Schul- und Arresttage für die Gefangenen ohne Arbeitszwang etwas zu groß, da anzunehmen ist, daß sie im Durchschnitt seltener disziplinarisch bestraft und weniger unterrichtet wurden als die Gefangenen mit Arbeitszwang. Doch kann der Fehler nicht sehr bedeutend sein, weil die Gefangenen ohne Arbeitszwang nicht viel mehr als ein Drittel der von den Gefangenen mit Arbeitszwang verbrachten Zeit in den Gefängnissen verlebten. In der letzten Spalte sind die sämtlichen, so gewonnenen Zahlen für alle Anstalten summiert.

Die nach der gleichen Methode berechnete Tabelle für 1927 lautet:

Verlebte Zeit 1927

	Zuchthäuser	Gefängnisinsassen		Alle Anstalten
		mit Arbeitszwang	ohne Arbeitszwang	
Arbeitstage	2 590 284	5 074 136	994 770	8 659 190
Ausfall w. Arbeitsmang	27 853	184 544	—	—
Krankentage	159 252	289 924	(112 200)	(561 376)
Schultage	34 269	51 890	(20 160)	(106 319)
Arresttage	16 319	17 041	(6 618)	(39 978)
Termine usw.	88 045	357 688	—	—
Sonn- und Feiertage	(539 814)	(1 154 821)	(448 199)	(2 142 834)
Tage ohn. Arbeit insges.	(865 552)	(2 055 908)	(1 772 478)	(4 693 938)
verlebte Tage	3 455 836	(7 130 044)	(2 767 248)	13 353 128
		9 897 292		
davon Werktage	2 916 022	5 975 223	2 319 049	(11 210 294)

Im Jahre 1926 wurden somit etwa 164, im folgenden Jahre 109 Jahre in Arrest zugebracht. Die Zahl der Schultage beträgt nur etwa das doppelte, die in Krankheit zugebrachte Zeit über das zehnfache der Arresttage. Der Arrest ist im Zuchthaus beinahe $1^1/_2$mal bzw. 2 mal häufiger als im Gefängnis. Es wird aber auch im Zuchthaus etwas mehr Unterricht erteilt als im Gefängnis.

Der Prozentsatz der beschäftigten Tage an allen Werktagen ist von 1926 auf 27 in jeder Kategorie gestiegen. Dies wäre an sich kein ungünstiges Zeichen, wenn man hinzusetzen könnte, daß es sich hierbei um Arbeiten handelt, die den Gefangenen

zum Erlernen ermutigen oder später fördern. Leider besteht das Gros der Arbeit jedoch aus Beschäftigungen wie Weberei, Anfertigung von Rohr- und Kokosmatten, Kokosteppichen, Besen, Bürsten und Kartonnagen, Korbmacherei, Kleben von Tüten, Sortieren von Hülsenfrüchten, Kaffee und alten, schmutzigen Lumpen, Zupfen von Haaren und ähnlichen, also vollkommen geisttötenden, zum Teil auch gesundheitsschädlichen Beschäftigungen. Nach dem Artikel von Schulzke ist der Prozentsatz der Beschäftigten im Jahre 1928 wieder etwas gefallen.

Die folgende Tabelle gibt die Ergebnisse der beiden vorigen Tabellen in relativen Zahlen:

Kranken-, Schul- und Arresttage in Prozenten der verlebten Zeit

	Zuchthaus		Gefängnis		Alle Anstalten	
	1926	1927	1926	1927	1926	1927
Krankentage	4.54	4,61	4,13	4,07	4,23	4,20
Schultage	0,89	0,991	0,756	0,728	0,790	0,796
Arresttage	0,49	0,472	0,317	0,239	0,360	0,299

Somit ist die Krankheitshäufigkeit in den Zuchthäusern etwa um $10^0/_0$ größer als in den Gefängnissen. Dies kann sowohl bessere hygienische Einrichtung als auch geringere ärztliche und statistische Kontrolle in den Gefängnissen bedeuten. Der Unterschied kann aber auch an der anderen sozialen Zusammensetzung der Zuchthausbevölkerung liegen. Welche der Ursachen maßgebend ist, läßt sich nicht entscheiden. Die Häufigkeit des Unterrichts hat in den Zuchthäusern etwas zugenommen, in den Gefängnissen etwas abgenommen. Der Arrest hat in beiden Anstalten abgenommen, in den Gefängnissen sogar wesentlich. (Fortsetzung folgt.)

Chronik.

Von Hugo Sinzheimer.

I.

Der Prozeß Dreyfus.

Wenn unsere Zeit keine Zeit der Revolutionen ist, so ist sie doch sicher eine Zeit der Revisionen. Man revidiert die Vergangenheit. Geschehnisse der Zeit, die man im Tageslichte erlebt hat, treten in das Licht der Geschichte und enthüllen ihre ganze Gestalt. Wir erleben die Unerbittlichkeit der Geschichte, die jede Vertuschung aufhebt, den wirklichen Menschenwert offenbart und die Unwirklichkeit der sog. „Realpolitik" fast höhnisch entlarvt.

In den letzten Monaten ist die „Affäre Dreyfus" in dieses Stadium der Betrachtung eingetreten. Ihr dienen die beiden Bücher „Der Prozeß

3. Untersuchungshaft.

Von der großen Anstaltsbevölkerung verdienen die politischen, die jugendlichen und die Untersuchungsgefangenen eine besondere Betrachtung. Über die politischen Gefangenen enthält die preußische Statistik kein Wort. Die Reichsstatistik führt 111 Überzeugungstäter und 26 Festungsgefangene auf. Diese Zahlen beweisen, daß die Gerichte in der Zubilligung politischer, sittlicher oder religiöser Beweggründe sehr zurückhaltend verfahren.

Auch die Angaben über die Jugendlichen sind sehr dürftig. Nach der preußischen Statistik saßen 1926 im Tagesdurchschnitt 79 männliche und 3 weibliche Jugendliche in Gefängnissen. Im Jahre 1927 waren es 54 männliche und 5 weibliche, 1928 nach dem Artikel von Schulzke 52 Jugendliche. Alle diese Zahlen sind auffällig niedrig. Im Jahre 1926 ist ein jugendlicher Geisteskranker im Naumburger Gerichtsgefängnis nachgewiesen. Im Jahre 1927 war je ein jugendlicher Geisteskranker im Gefängnis Breslau, im Gerichtsgefängnis Liegnitz und im Strafgefängnis Ratibor. Die Gesamtzahl der Jugendlichen, welche in Gefängnisse kamen, und die von ihnen verlebte Zeit ist nicht angegeben. Auch die Schrecken der „Fürsorge" sind in diesen Statistiken nicht zu finden, da sie nicht als Strafvollzug gilt.

Über die soziale Herkunft der Verurteilten oder wenigstens ihren Beruf läßt sich weder aus der preußischen noch aus der Reichsstatistik der Gefangenen, noch aus der Kriminalstatistik etwas entnehmen. Da das Verbrechen heute allgemein als eine soziale Erscheinung gewertet wird, wären solche Angaben zur Klarstellung der wirklichen, also der nicht formalen Ursachen und damit zur Erkenntnis der zur Bekämpfung geeigneten Methoden von größter Bedeutung.

Über die Untersuchungsgefangenen gibt die Reichsstatistik folgende Tabelle:

Straf- und Untersuchungsgefangene im Reich

Zeitpunkt	Straf-gefangene	Unter-suchungs-gefangene	davon in Preußen	Summe	Prozentsatz der Unter-suchungs-gefangenen
1. 7. 26	59015	15131	9860	74146	20,4
1. 1. 27	55832	13344	8399	69176	19,3
1. 7. 27	51727	10353	—	62080	16,7

Die preußische Statistik enthält folgende Angaben:

Untersuchungsgefangene in Preußen

	Durchschnittliche Belegung		Gesamtzahl	
	1926	1927	1926	1927
männliche	8327	6703	93195	76471
weibliche	803	568	10061	6832
Summe	9130	7271	103256	83303

Berücksichtigt man die Tabellen auf S. 695 und 696, so bestanden 1926 bzw. 1927 im Durchschnitt 26,1% bzw. 26,6% aller Gefängnisinsassen aus Untersuchungsgefangenen. Betrachtet man jedoch die Gesamtzahl aller, die im Laufe eines Jahres durch die Gefängnisse gewandert sind, so ergibt sich ein größerer Prozentsatz der Untersuchungsgefangenen, nämlich 30,3% für das Jahr 1926 und 31,8% für das Jahr 1927. Der Unterschied beruht darauf, daß die Untersuchungsgefangenen im Durchschnitt kürzer sitzen als die anderen.

Nach der Reichsstatistik standen in Preußen 125 ausschließlich zur Aufnahme von Untersuchungsgefangenen bestimmte Gefängnisse zur Verfügung. Ihre Aufnahmefähigkeit beträgt nur 3133 Personen. Dazu kommen noch 12 besondere Abteilungen, deren Aufnahmefähigkeit unbekannt ist. Somit dürfte etwa zwei Drittel der Untersuchungsgefangenen in gewöhnlichen Gefängnissen untergebracht sein, wovon ein unbekannter Teil in besonderen Abteilungen. Da in den drei Untersuchungsgefängnissen Berlin-Moabit, Breslau und Essen bereits 2608 Personen untergebracht werden können, ist die geringe Aufnahmefähigkeit der 125 Anstalten nur verständlich, wenn man annimmt, daß der ganze Rest aus lauter kleinen Gerichtsgefängnissen mit geringer Belegungsfähigkeit besteht.

Die preußische Statistik enthält keinerlei Angaben über die von den Untersuchungsgefangenen verlebte Zeit und die Durchschnittsdauer der Untersuchungshaft. Natürlich ist aus ihr auch

nicht zu entnehmen, wieviele der Untersuchungsgefangenen unschuldig waren und wie lange diese in Untersuchungshaft saßen. Diese Zahlen lassen sich jedoch aus der hektographierten „Übersicht" berechnen, welche der preußische Justizminister dem Hauptausschuß des Landtages im Jahre 1926 vorlegte. Dr. Siegfried Weinberg hat auf diese Übersicht in einem interessanten Artikel im „Vorwärts" vom 2. Oktober 1926 hingewiesen. Als ausschließliche Grundlage für die folgenden Untersuchungen dient die ebenso aufgebaute Statistik für 1929, welche die Zahlen für 1925 und 1908 mitenthält. Die Angaben der drei Jahre sind streng vergleichbar, da sie sich auf das gleiche Territorium Preußens von 1925 und jeweils auf die zweite Jahreshälfte beziehen. Nun ist es gewiß unzulässig, aus drei herausgegriffenen Jahren endgültige Schlüsse auf eine ganze Entwicklung ziehen zu wollen. Da wir aber nur diese drei Jahre kennen, müssen wir sie bei aller gebotenen Vorsicht vergleichen.

Diese Statistik gibt in vorbildlich unlesbarer Form für die 13 preußischen Oberlandesgerichtsbezirke, die „Zahl der Personen, die in einer vor die ordentlichen Gerichte gehörenden, in der zweiten Jahreshälfte gegen sie beendeten Strafsache Untersuchungshaft erlitten". Für 1908 waren dies 41414, für 1925 nur 21028 und für 1929 nur mehr 15955 Personen. Die Zahl der aus der Untersuchungshaft Entlassenen hat also wesentlich abgenommen, vermutlich weil die Zahl der in Untersuchungshaft Genommenen unter der Einwirkung der ständigen Kritik in der Öffentlichkeit und der hierauf beruhenden Novelle über das Haftprüfungsverfahren von 1926 abgenommen hat.

Die Statistik der Untersuchungshaft unterscheidet die wegen Verbrechen und Vergehen allein oder zugleich wegen Übertretung und die nur wegen Übertretung erlittene Untersuchungshaft, ferner jeweils vier Kategorien, nämlich: Einstellung seitens der Staatsanwaltschaft (§ 170 Abs. 2 StPO.), nicht mehr anfechtbarer Gerichtsbeschluß (§§ 180, 198, 204 StPO.), Freisprechung oder Einstellung des Verfahrens im Urteil, endlich Verurteilung (§ 260 StPO.). Die ersten Kategorien bezeichnen wir hier als schuldlos, die letzte als zu Recht verbüßte Untersuchungshaft. Auf die Wiedergabe der Unterschiede zwischen den einzelnen Oberlandesgerichten werden wir im folgenden verzichten.

Die Angaben lauten für die in Preußen im 2. Halbjahr 1908 wegen Verbrechen und Vergehen beendeten Fälle von Untersuchungshaft:

Untersuchungshaft wegen Verbrechen und Vergehen 1908

Dauer in Wochen	Zahl der Personen			verbrachte Wochen		
	schuldlos	zu Recht	Summe	schuldlos	zu Recht	Summe
unter 2	742	3705	4447	742	3705	4447
2—4	499	4389	4888	1497	13167	14664
4—12	689	7408	8097	5512	59264	64776
über 12	178	985	1163	4272	23640	27912
Summe	2108	16487	18595	12023	99776	111799

Die ersten drei Spalten waren im Original angegeben, die letzten drei wurden daraus berechnet durch die Annahme, daß diejenigen, welche bis zu 2 Wochen in Untersuchungshaft saßen, im Durchschnitt 1 Woche, die zweite Kategorie im Durchschnitt 3 Wochen, die dritte im Durchschnitt 8 Wochen und die letzte Kategorie 24 Wochen in Untersuchungshaft zubrachte. Die letzte Annahme ist nicht zu hoch: denn Fälle, in denen die Untersuchungshaft sogar länger als 1 Jahr dauert, sind keine Seltenheit. Multipliziert man die Zahl der Untersuchungsgefangenen mit der jeweiligen Dauer, so erhält man die in Untersuchungshaft verbrachte Zeit, also die letzten drei Spalten.

Im Jahre 1908 sind bei den wegen Verbrechen und Vergehen in der zweiten Jahreshälfte beendeten Fällen 18595 Personen in Untersuchungshaft gewesen, wovon 2108 schuldlos waren. Sie haben 2150 Jahre in Untersuchungshaft zugebracht, wovon 231 zu Unrecht abgesessen wurden.

Die Häufigkeit und die hieraus berechnete Dauer der Untersuchungshaft bei den Übertretungen betrug 1908:

Untersuchungshaft wegen Übertretungen 1908

Dauer in Wochen	Zahl der Personen			verbrachte Wochen		
	schuldlos	zu Recht	Summe	schuldlos	zu Recht	Summe
unter 1	314	8366	8680	157	4183	4340
1—2	957	8843	9800	1436	13264	14700
2—4	517	3531	4048	1551	10593	12144
über 4	13	272	285	65	1360	1425
insgesamt	1801	21012	22813	3209	29400	32609

Bei der Berechnung der wegen Übertretungen in Untersuchungshaft verbrachten Zeit nehmen wir an, daß diejenigen, welche weniger als eine Woche in Untersuchungshaft saßen, im Durchschnitt eine halbe Woche, die zweite Kategorie im Durchschnitt $1^1/_2$, die dritte 3 Wochen in Untersuchungshaft

zubrachten. Für die oberste Stufe ist als Durchschnittsdauer 5 Wochen angesetzt worden, da 6 Wochen die Höchstdauer der bei Übertretungen zulässigen Strafe darstellt. Der Einfluß der obersten Kategorie ist unbedeutend. Auf Grund der gleichen Methode wie oben erhält man dann die verlebten Zeiten.

Für sämtliche Delikte ergibt sich so die folgende Tabelle:

Untersuchungshaft 1908

	Zeit in Jahren			Personen			Dauer pro Person in Tagen		
	schuldlos	zu Recht	insges.	schuldlos	zu Recht	insges.	schuldlos	zu Recht	insges.
Verbrechen und Vergehen	231,0	1919	2150,0	2108	16487	18595	40,0	42,5	42,2
Übertretungen	61,7	565	626,7	1801	21012	22813	12,5	9,8	10,0
Alle Delikte	292,7	2484	2776,7	3909	37499	41408	27,3	24,2	24,5

Dividiert man die in Untersuchungshaft verbrachte Zeit durch die zugehörige Personenzahl, so erhält man die durchschnittliche Dauer der Untersuchungshaft. Bei den Übertretungen ergibt sich das Resultat, daß die Schuldlosen im Durchschnitt länger sitzen als die zum Schluß Verurteilten. Der hohe Anteil der wegen Übertretungen in Untersuchungshaft Genommenen bewirkt, daß dieses groteske Ergebnis auch für alle Delikte gilt. Der Nachweis der Unschuld dauert also länger als die Überführung des Beschuldigten.

Für die im 2. Halbjahr 1925 bzw. 1929 beendete Untersuchungshaft lauten die Angaben für Verbrechen und Vergehen:

Untersuchungshaft wegen Verbrechen und Vergehen 1925 und 1929

Dauer in Wochen	Zahl der Personen					
	schuldlos		zu Recht		Summe	
	1925	1929	1925	1929	1925	1929
bis 2	610	481	3341	2975	3951	3456
2—4	539	283	2886	2293	3425	2576
4—12	518	397	5052	4311	5570	4708
über 12	167	97	1533	1200	1700	1297
Summe	1834	1258	12812	10779	14646	12037

Durch Multiplikation der Häufigkeit jeder Kategorie mit der von ihr im Durchschnitt verlebten Zeit erhält man die gesamte in Untersuchungshaft verlebte Zeit, nämlich 10379 bzw. 6834 Wochen für diejenigen, welche schuldlos saßen, und 89207 bzw. 73142 Wochen für die zu Recht Inhaftierten. Demnach sind in Preußen bei den wegen Verbrechen und

Vergehen im zweiten Halbjahr 1925 beendeten Fällen von Untersuchungshaft 1715 Jahre zu Recht und 200 Jahre schuldlos in Untersuchungshaft zugebracht worden, zusammen also 1915 Jahre. Im Jahre 1929 sind 1407 Jahre zu Recht und 131 Jahre schuldlos in Untersuchungshaft verlebt worden, zusammen also 1538 Jahre.

Die Gesamtzahl der wegen Verbrechen und Vergehen in Untersuchungshaft Genommenen und die von ihnen verlebte Zeit hat in beiden Kategorien und innerhalb beider Intervalle abgenommen. Die Veränderungen von 1925 auf 1929 sind stärker als die von 1908 auf 1925. In relativen Zahlen ausgedrückt ergibt sich ein etwas anderes Bild:

Anteil der schuldlos und der zu Recht wegen Verbrechen und Vergehen in Untersuchunghaft Genommenen
Preußen 1908, 1925, 1929

Dauer in Wochen	Schuldlos 1908	Schuldlos 1925	Schuldlos 1929	zu Recht 1908	zu Recht 1925	zu Recht 1929
unter 2	3,99	4,17	3,99	19,92	22,81	24,72
2—4	2,69	3,69	2,36	23,60	19,71	19,05
4—12	3,70	3,52	3,30	39,84	34,49	35,81
über 12	0,96	1,14	0,80	5,30	10,47	9,97
Insgesamt	11,34	12,52	10,45	88,66	87,48	89,55

Der Prozentsatz derer, die schuldlos sitzen, hat von 1908 auf 1925 zugenommen, dann abgenommen. Der Anteil derer, die über 12 Wochen in Untersuchungshaft saßen, hat bei den zu Recht wie bei den schuldlos Inhaftierten ebenfalls von 1908 auf 1925 zugenommen, dann abgenommen. Die Verteilung der schuldlos Inhaftierten auf die Dauer der Untersuchungshaft hat sich kaum verändert.

Die folgende Tabelle gibt die Untersuchungshaft bei Übertretungen:

Untersuchungshaft wegen Übertretungen 1925 und 1929

Dauer in Wochen	Zahl der Personen: schuldlos 1925	schuldlos 1929	zu Recht 1925	zu Recht 1929	Summe 1925	Summe 1929
unter 1	67	59	2786	1598	2853	1657
1—2	42	20	2197	1328	2239	1348
2—4	27	21	1079	731	1106	752
über 4	11	2	173	159	184	161
Summe	147	102	6235	3816	6382	3918

Die Zahl derer, die wegen Übertretungen in Untersuchungshaft kamen, hat in beiden Intervallen und für beide Kategorien wesentlich abgenommen. Durch entsprechende Multiplikationen erhält man folgende Resultate: Im Jahre 1925 sind nur wegen Übertretungen 232,5 Wochen schuldlos und 8790,5 Wochen zu Recht in Untersuchungshaft zugebracht worden. Im Jahre 1929 betrugen die entsprechenden Zahlen 132,5 bzw. 5779 Wochen. Somit hat auch die Dauer der in Untersuchungshaft zugebrachten Zeit in beiden Kategorien und in beiden Intervallen abgenommen.

Die folgende Tabelle faßt die im 2. Halbjahr 1925 in Preußen beendeten Fälle von Untersuchungshaft zusammen:

Untersuchungshaft 1925

	Zeit in Jahren			Personen			Dauer pro Person in Tagen		
	schuldlos	zu Recht	insges.	schuldlos	zu Recht	insges.	schuldlos	zu Recht	insges.
Verbrechen und Vergehen	200	1715	1915	1834	12812	14646	39,8	48,9	47,7
Übertretungen	4,5	169	173,5	147	6235	6382	11,2	9,9	9,9
Alle Delikte	204,5	1884	2088,5	1981	19047	21028	37,7	36,1	36,2

Demnach haben in Preußen bei den im 2. Halbjahr 1925 beendeten Fällen 21028 Personen in Untersuchungshaft gesessen, wovon 1981 schuldlos waren. Sie haben 2088 Jahre in Untersuchungshaft zugebracht, wovon 204 schuldlos abgesessen wurden.

Der Vergleich dieser Tabelle für 1925 mit der entsprechenden für 1908 lehrt folgendes: Die Zahl der Untersuchungsgefangenen hat bei den Übertretungen ganz bedeutend, bei den Verbrechen und Vergehen etwas abgenommen. Die absolute Dauer der Untersuchungshaft bei den Übertretungen hat in beiden Kategorien wesentlich, bei den Verbrechen und Vergehen etwas abgenommen. Bei den Verbrechen und Vergehen betrug die durchschnittliche Dauer der Untersuchungshaft bei den schuldlos Inhaftierten 39,8 Tage, bei den zu Recht Inhaftierten 48,7 und bei allen Inhaftierten 47,7 Tage. Glücklicherweise sitzen also die wegen Verbrechen und Vergehen schuldlos in Untersuchungshaft Genommenen wieder weniger lang als die zu Recht Inhaftierten. Aber die durchschnittliche Dauer der bei Verbrechen und Vergehen schuldlos verbrachten Untersuchungshaft hat sich kaum geändert. Die Dauer der deswegen zu Recht verbüßten Untersuchungshaft ist sogar gestiegen.

Die Durchschnittsdauer der Untersuchungshaft bei den Übertretungen hat sich in beiden Kategorien nicht geändert. Da die Maximalstrafe bei den Übertretungen nur 6 Wochen beträgt, ist die durchschnittliche Dauer der Untersuchungshaft, 10 Tage, sehr lang. Zudem sitzen die Schuldlosen bei den Übertretungen im Durchschnitt noch immer länger als die Schuldigen.

Die durchschnittliche Dauer der überhaupt schuldlos und zu Recht verbüßten Untersuchungshaft ist von 1908 bis 1925 um mehr als 50% gestiegen. Dies liegt daran, daß wegen Übertretungen 1925 weniger Leute in Untersuchungshaft kamen als 1908. Der Anteil der wegen Übertretungen in Untersuchungshaft Genommenen an allen Untersuchungsgefangenen ist von 55,10% des Jahres 1908 auf 30,35% im Jahre 1925 gesunken. Daher ist der Prozentsatz derer, die länger sitzen müssen, und die durchschnittliche Dauer der Untersuchungshaft gestiegen.

Die entsprechende Tabelle für 1929 lautet:

Untersuchungshaft 1929

	Zeit in Jahren			Personen			Dauer pro Person in Tagen		
	schuldlos	zu Recht	insges.	schuldlos	zu Recht	insges.	schuldlos	zu Recht	insges.
Verbrechen und Vergehen	131	1407	1538	1258	10779	12037	38,1	47,5	46,6
Übertretungen	2,6	111	113,6	102	3816	3918	9,3	10.6	10,6
Alle Delikte	133,6	1518	1651,6	1360	14595	15955	35,9	38,0	37,8

Der Vergleich dieser Tabelle mit der entsprechenden für 1925 lehrt folgendes: Die in Untersuchungshaft verbrachte Zeit und die Zahl der in Untersuchungshaft genommenen Personen ist in jeder Kategorie gefallen und zwar erfreulicherweise bei den Übertretungen stärker als bei den Verbrechen und Vergehen. Auch tritt die Ungerechtigkeit von 1908 und 1925, daß die Schuldlosen länger sitzen müssen als die am Schluß Überführten, hier nicht mehr auf. Die durchschnittliche Dauer der Untersuchungshaft ist bei den Verbrechen und Vergehen in jeder Kategorie gesunken. Bei den Übertretungen ist die durchschnittliche Dauer der Untersuchungshaft bei den Schuldlosen gefallen, bei den zu Recht Inhaftierten und bei allen Inhaftierten gestiegen. Der Anteil der wegen Übertretungen in Untersuchungshaft Genommenen ist gefallen. Daher ist die Durchschnittsdauer der zu Recht und überhaupt verbüßten Untersuchungshaft wieder gestiegen.

Zusammenfassend erhält man für den Anteil der schuldlos in Untersuchungshaft genommenen Personen an allen Unter-

suchungsgefangenen und den Anteil der von ihnen verbrachten Zeit an der Gesamtdauer der Untersuchungshaft folgende Zahlen:

Anteil der Schuldlosen in Prozent

	Zeit			Personen		
	1908	1925	1929	1908	1925	1929
Verbrechen und Vergehen	10,7	10,4	8,5	11,3	12,5	10,4
Übertretungen	9,8	2,6	2,3	7,9	2,3	2,6
Alle Delikte	10,5	10,2	8,1	9,4	9,3	8,5

Nur bei den Übertretungen hat die relative Zahl der schuldlosen Untersuchungsgefangenen und ihr Anteil an der verbrachten Zeit wesentlich abgenommen. Aber noch heute sind 8% aller in Untersuchungshaft genommenen Personen schuldlos, und sie verbringen etwa 8% der überhaupt in Untersuchungshaft verbrachten Zeit. Bei diesen ungünstigen Zahlen ist allerdings zu beachten, daß der Prozentsatz der Angeklagten, die überhaupt in Untersuchungshaft genommen wurden, in der genannten Zeit gefallen ist.

Im folgenden werden wir versuchen, aus den Angaben für 1925 angenäherte Resultate für das ganze Deutsche Reich abzuleiten. Für das Jahr 1929 ist eine solche Schätzung noch nicht möglich, da die hierfür notwendigen Unterlagen noch nicht veröffentlicht sind. Zunächst betrug die Gesamtheit aller, die 1925 in Untersuchungshaft kamen, nach der Preußischen Statistik für dieses Jahr 116259. Es ist kein Widerspruch, daß wir oben nur 21028 Personen aufführten. Denn dies war die Zahl der im 2. Halbjahr 1925 beendeten Fälle von Untersuchungshaft. Nun betrug das Verhältnis der am 1. Juli 1926 im Reich in Untersuchungshaft befindlichen zu den gleichzeitigen preußischen Untersuchungsgefangenen (vgl. Seite 739) 1,53. Nimmt man an, daß diese Zahl sich von dem Verhältnis der Untersuchungsgefangenen des Jahres 1925 im Reich zu der entsprechenden preußischen Zahl nicht allzusehr unterscheidet, so erhält man als vermutliche Gesamtzahl aller, die im Jahre 1925 im ganzen Reich in Untersuchungshaft kamen, 116259 · 1,53. Angenähert 178000 Mann wurden also im Jahre 1925 im Deutschen Reich in Untersuchungshaft genommen. Nimmt man an, daß der Prozentsatz der unschuldig Inhaftierten im Reich der gleiche ist wie in Preußen, nämlich 9,3, so wird man die Zahl derer, die im Jahre 1925 im Deutschen Reich zu Unrecht inhaftiert waren, auf etwa 16400 schätzen.

Bei den in Preußen im 2. Halbjahr 1925 beendeten Fälle von Untersuchungshaft wurden 2026,5 Jahre verlebt, wovon 204,5 Jahre unschuldig in Untersuchungshaft verbracht wurden. Für das Reich und das ganze Jahr wird man diese Zahlen mit dem Verhältnis $\frac{178000}{21000}$ multiplizieren müssen und erhält folgendes Ergebnis: In einem Jahr sind im Deutschen Reich 17200 Jahre in Untersuchungshaft zugebracht worden, wovon 1730 Jahre unschuldig abgesessen wurden. Beide Zahlen sind sicher zu klein. Denn in dieser Rechnung fehlen alle polizeilichen Festnahmen, bei der letzten Zahl alle Fälle, in denen die Untersuchungshaft länger dauerte als die schließlich zu verbüßende Strafe, endlich alle Fälle, in denen die Untersuchungsgefangenen schließlich nur zu Geldstrafen verurteilt wurden.

Eine zivilrechtliche, strafrechtliche oder disziplinäre Verantwortung des Strafverfolgungsbeamten, der — noch so fahrlässig — einen Unschuldigen in Untersuchungshaft brachte existiert real nicht. Für die schuldlos in Untersuchungshaft verbrachte Zeit kann eine Entschädigung gewährt werden. Ein Rechtsanspruch hierauf besteht jedoch nicht in allen Fällen Welche Summen insgesamt an Unschuldige gezahlt wurden, ist unbekannt.

Nach Angaben von Dörffler („Das Justizministerium antwortet", Glossen zum Artikel von Dr. Gumbel, von Oberjustizrat Dr. Dörffler, Generalreferent für Strafprozeß im preußischen Justizministerium, Königsberger Hartungsche Zeitung, 2. Juli 1930) haben von den 1981 Personen, welche 1925 schuldlos in Untersuchungshaft genommen worden waren, nur 119 auf Grund eines Gerichtsbeschlusses oder aus Billigkeitsgründen eine Entschädigung erhalten. Von den schuldlos in Untersuchungshaft genommenen erhielt also nur 6% eine Entschädigung. Dieses Verhältnis ist viel ungünstiger, als man es sich gewöhnlich vorstellt. Daher ist die Angabe von Dörffler von großem Wert.

Die schuldlos verbüßte Untersuchungshaft stellt ein nicht wieder gut zu machendes Übel dar. Denn sie zieht normalerweise die meisten Folgen einer Verurteilung mit sich. Der Betroffene wird aus seinem sozialen Milieu herausgerissen. Er verliert seine Stellung, auf der seine Existenz beruht, zum mindesten aber die soziale Achtung, die zu den ausschlaggebenden materiellen Grundlagen des Lebens gehört. Das Übel der schuldlos verbüßten Untersuchungshaft ist um so größer, je

geringer die Straftat ist, welche dem Inhaftierten, und zwar zu Unrecht, vorgeworfen wurde. Das schwerste Unrecht stellt also die wegen Übertretung schuldlos verbrachte Zeit dar. Die Abschaffung der Untersuchungshaft bei den Übertretungen wäre eine selbstverständliche Minimalforderung. Die hohen Zahlen der schuldlos Inhaftierten und die Länge der von ihnen in Untersuchungshaft verbüßten Zeit zwingen allgemein zur Forderung einer Einschränkung der Untersuchungshaft und einer stärkeren Nachprüfung der hierfür maßgeblichen Gründe.

Die oben genannte Statistik der Untersuchungshaft stellt somit eine außerordentlich bedeutsame Quelle für die Erkenntnis der realen Wirksamkeit dieses Instrumentes der Justiz dar. Über die Untersuchungshaft hinaus gibt sie entscheidende Angaben, welche man in der gesamten deutschen Kriminalstatistik vergeblich suchen wird. Sie enthält nämlich auch die Zahl der Personen, gegen welche in den drei Jahren ein Verfahren eingeleitet wurde. In der zweiten Hälfte des Jahres 1908 wurde gegen 545252 Personen ein Verfahren eingeleitet, im gleichen Abschnitt des Jahres 1925 betrug die Zahl 800518. Von 1908 auf 1925 hat somit in Preußen die Zahl der Personen, gegen die ein Verfahren eingeleitet wurde, um 46% zugenommen, 1929 hielt sich die Zahl auf derselben Höhe, sie betrug 805939.

Die relativ günstige Entwicklung der Untersuchungshaft wird also vollkommen überschattet von der geradezu ungeheuerlichen Gestaltung der Zahl der eingeleiteten Verfahren. Es läßt sich leicht zeigen, daß diese Zunahme nicht auf einer entsprechenden Steigerung der Kriminalität im eigentlichen Sinne, also der Zahl der Verurteilten beruht. Denn die Zahl der in einem halben Jahr im Reich in den Jahren 1908 und 1925 rechtskräftig Abgeurteilten betrug innerhalb des jeweiligen Reichsgebiets nach der Kriminalstatistik für 1927 343841 bzw. 341046. Man kann also ruhig annehmen, daß die Zahl der in Preußen 1925 rechtskräftig Abgeurteilten kleiner war als die entsprechende Zahl für 1908 und das gleiche Gebiet. Auch die Zahl der im Reich Freigesprochenen hat von 137011 auf 94691 abgenommen. Da somit die Zahl der Verurteilten wie Freigesprochenen auch in Preußen 1925 kleiner gewesen sein dürfte als 1908, muß die Zahl der eingestellten Verfahren auf mehr als das $1\frac{1}{2}$ fache zugenommen haben. Diese Steigerung ist ungeheuer groß. Denn die Zahlen der Kriminalstatistik schwanken normalerweise nur um einige Prozent. Die offizielle Abschaffung des nie eingehaltenen Legalitätsprinzips hat also dazu geführt, daß

zwar mehr Verfahren niedergeschlagen, aber auch viel mehr Verfahren eingeleitet worden sind. Vernunft wird Unsinn, Wohltat Plage . . .

Im ganzen Jahr 1925 dürfte somit in Preußen gegen 1601380 Personen ein Verfahren eingeleitet worden sein. Nimmt man für das Reich den früher abgeleiteten Multiplikator 1,67, so dürfte 1925 im Reich gegen 2674000 Personen Verfahren eingeleitet worden sein. Die 575745 im Jahre 1925 im Reich Verurteilten waren 482378 Männer und 93367 Frauen. Nimmt man die gleiche Zusammensetzung auch für die 2,674 Millionen, gegen welche ein Verfahren schwebte, so bestehen sie aus 2240400 Männer und 433600 Frauen. Nun betrug die strafmündige Bevölkerung dieses Jahres insgesamt 47,308 Millionen, wovon 22,539 Millionen Männer und 24,769 Millionen Frauen. Somit ist gegen 9,94 % aller strafmündigen Männer und gegen 1,75 % der strafmündigen Frauen, insgesamt gegen 5,65 % der strafmündigen Bevölkerung ein Verfahren eingeleitet worden. Jeder zehnte erwachsene Mann mußte im Jahr 1925 einmal ein Verfahren durchmachen. Diese Zahlen dürften etwas zu groß sein, da gegen dieselbe Person in einem Jahr auch mehrere Verfahren geschwebt haben werden. Aber auch mit Berücksichtigung dieses Umstandes beweisen diese Angaben eine ungeheuerliche Überspannung des Verfolgungsprinzips; es ist daher verständlich, daß sie bisher nie publiziert worden sind.

4. Anstaltspersonal.

Die Gefangenenstatistik gibt in der Tabelle 2 die Zahl der Planstellen, die nicht planmäßigen Beamten und die Zahl der nebenamtlich in den Anstalten beschäftigten, planmäßigen und Hilfsbeamten der Justizverwaltung, endlich die Zahl der vertragsmäßig angenommenen. Aber es ist schwer, hieraus die Zahl der wirklich Tätigen zu berechnen, da die nebenamtlich beschäftigten, planmäßigen und Hilfsbeamten der Justizverwaltung bereits unter den Planstellen auftreten können und so Doppelzählungen möglich sind. Entsprechend den Angaben von F. Sauthoff und W. Schulzke (S. 5) mußten die Geistlichen und Ärzte dieser Kategorie weggelassen werden, da sie bereits unter den Planstellen aufgeführt waren. So erhält man die folgende Tabelle, welche alle besetzten Stellen unter Ausschließung der Doppelzählungen umfaßt:

Anstaltspersonal (besetzte Stellen)

	Preußen (26)	Preußen (27)	Reich (27)
Aufsicht	6670	6436	12645
Verwaltung	1681	1607	
Pfarrer	444	434	1227
Ärzte	320	318	813
Lehrer und Sozialpädag.	77	77	208
Summe	9192	8872	14893

Die preußischen Zahlen sind nicht vollständig, da vor allem bei den kleineren Anstalten je nach Bedarf noch Geistliche, Lehrer und Ärzte, die nicht in der Justizverwaltung tätig sind, nebenamtlich herangezogen werden. Diese Zahlen sind aber nicht angegeben. Dies führt zu unangenehmen Unklarheiten. Die Zahl der Pfarrer und Lehrer erscheint in der Tabelle 2 der preußischen Statistik anders als in den Tabellen 9 und 10. Die Reichsstatistik dagegen erfaßt als nebenamtlich tätig alle diejenigen Geistlichen, Ärzte usw., die ihre Tätigkeit in den Anstalten neben ihren eigentlichen Berufen ausüben. Hierdurch erscheint der Anteil der Pfarrer, Lehrer und Ärzte in Preußen geringer als im Reich. Die Tabelle 2 (Beamtenpersonal) der preußischen Statistik gibt die Zahl der Planstellen für ausschließlich im Strafanstaltsdienst beschäftigte Beamte (a), die hiervon besetzten oder verwalteten Stellen (b) und die Zahl der fehlenden Beamten, für die keine Hilfskraft eingestellt ist (c). Da jedoch die Summe (b) + (c) nicht (a) gibt, haben wir von dieser Unterscheidung abgesehen.

Die 77 Lehrer haben 1926 in 256 Klassen, 1927 in 276 Klassen unterrichtet. Die tägliche Durchschnittszahl der Schüler betrug nur 4164 bzw. 3738 Mann. Es ist aber anzunehmen, daß die Weiterbildung im Beruf in diesen Zahlen nicht enthalten ist. In Preußen war 1927 nach der Reichsstatistik nur ein einziger Sozialpädagoge tätig, wogegen Sachsen 26, Hamburg 20 aufwies.

In Preußen trifft, wenn man von den nicht angegebenen tariflich Beschäftigten absieht, etwa auf jede 3. Anstalt ein Arzt und noch nicht auf jede 12. Anstalt ein Lehrer, dagegen bereits auf jede 2. Anstalt ein Geistlicher. Nur nebenbei sei erwähnt, daß es genau so viele Friseure wie Lehrer gibt.

Die Strafvollzugsgrundsätze von 1923 fordern für jede größere Anstalt einen hauptamtlich beschäftigten Arzt. In Preußen existieren nun 37 Anstalten mit einer Belegungsfähigkeit von

über 500 Mann, wogegen 1926 nur 4 und 1927 erst 7 Ärzte hauptamtlich beschäftigt waren. Dagegen waren 78 Geistliche im Jahre 1926 und 74 im Jahre 1927 planmäßig angestellt. Bei den planmäßigen Stellen existieren also zehnmal mehr Geistliche als Ärzte.

Nach einer Angabe des Oberjustizrats Dr. Gentz vom Preußischen Justizministerium (Deutsche Republik, 4. Jahrgang Heft 19) ist die Zahl der planmäßig angestellten Ärzte jetzt auf 17 gestiegen. Danach existieren noch immer 20 große Anstalten, in denen kein Arzt hauptamtlich beschäftigt ist. Für die kleineren Anstalten ist in den Strafvollzugsgrundsätzen mindestens ein vertraglich angestellter Arzt gefordert. Es existieren aber im Jahre 1927 in Preußen 888 Anstalten mit einer Belegungsfähigkeit von bis zu 500 Mann, wogegen nur 311 Ärzte nebenamtlich oder vertraglich angestellt waren. In 620 Anstalten wird allerdings ein Arzt von Fall zu Fall zugezogen. Die anderen Länder weisen nach der Reichsstatistik 25 große Anstalten und 782 kleine Anstalten auf mit 32 hauptamtlich beschäftigten Ärzten und 463 nebenamtlich oder vertraglich angestellten Ärzten. Es ist also zu vermuten, daß in den außerpreußischen Ländern bei den großen Anstalten zum mindesten ein hauptamtlich beschäftigter Arzt vorhanden ist. Nur in 187 Anstalten wird ein Arzt von Fall zu Fall zugezogen.

Diese Betrachtungen lehren, daß die preußischen Anstalten vermutlich schlechter mit Ärzten versorgt sind, als die in den anderen Ländern.

5. Hygiene.

Außerordentlich schweigsam ist die Statistik in bezug auf die Hygiene. Über den baulichen Zustand der Anstalten macht die preußische Statistik keinerlei Angaben. Es ist anzunehmen, daß die Mehrheit der Zellen den stets stinkenden Kübel enthalten. Nach der Reichsstatistik existieren in Preußen 1489, im Reich 2445 unheizbare Haft- und Schlafräume, im Gegensatz zu der Vorschrift des § 88 Abs. 3 der Grundsätze. Bayern hat übrigens keine unheizbaren Zellen. Ferner gibt es in Preußen 10396, im Reich 13604 Räume ohne elektrisches Licht oder Gasbeleuchtung. Da bei den 17 Zellen, die in Oldenburg ohne elektrisches Licht und Gasbeleuchtung waren, in einer Anmerkung ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht wird, daß 16 Zellen mit Petroleumlicht versehen waren, und da eine solche Anmerkung für Preußen fehlt, ist anzunehmen, daß diese 10396 Zellen nicht einmal Petroleumlicht besaßen.

Leider ist nicht angegeben, in welchen Anstalten oder Anstaltstypen sich diese unbeleuchtbaren Zellen befanden. Gemessen an der relativen Belegung aller Zellen von 1926 und 1927 war die Benutzung dieser Zellen entbehrlich. Angaben darüber, ob sie benutzt werden, fehlen. Wenn dies nicht der Fall ist, sollten sie bei der Angabe der Belegungsfähigkeit weggelassen werden. Solange dies nicht geschieht, ist folgender Schluß zulässig: man nehme den günstigen Zustand an, daß die unheizbaren und lichtlosen Zellen lauter Einzelzellen sind, daß sie nicht anders belegt werden als der Rest, daß sie also nicht zur „Entspannung", zur „Selbsterziehung" oder für „widerstrebende Gefangene" verwendet werden, wie die üblichen euphemistischen Bezeichnungen lauten, so sind 4,6% aller Gefangenen im Winter zum Frieren und 32% zum Aufenthalt in unbeleuchtbaren Zellen verurteilt. Diese Zahlen für Preußen sind höher als die für das ganze Reich. Da hier 53961 Einzelzellen existieren, sind nur 22% ohne Licht.

Im Jahre 1926 kamen 291812 Krankheitsfälle vor. 109959 Gefangene, also ein Drittel aller Gefangenen, sind erkrankt. Das gleiche Verhältnis gilt für 1927, wo 254335 Krankheitsfälle vorkamen und 93421 Gefangene erkrankten. Dabei ist die Erkrankung dadurch definiert, daß ein Arzt etwas verordnet hat. Es scheiden also alle Fälle aus, in denen der Arzt den Gefangenen als Simulanten bezeichnete.

Tuberkulose und Geisteskrankheit

	bei Einlieferung	im 1. Haftjahr	später	Summe	davon haftentlassen
			Tuberkulose		
1926	1275	176	50	1501	232
1927	1133	102	53	1288	132
			Geisteskrankheit		
1926	208	379	183	770	58
1927	203	315	151	669	78

Die hohen Zahlen der Gesamterkrankungen werfen ein Licht auf die hygienischen Zustände in den Anstalten. Über die Art und Dauer der einzelnen Krankheiten ist nichts angegeben. Aus den Tabellen (S. 701, 702) läßt sich nur entnehmen, daß ca. 700000 Krankentage im Jahre 1926 und 560000 im Jahre 1927 zugebracht wurden. Im Jahre 1926 wurden nur 2052

Kranke, im nächsten Jahr 1134 einer besonderen Krankenanstalt überwiesen. Nur 1156 Gefangene wurden 1926, nur 924 im Jahre 1927 wegen Krankheit entlassen. Alle übrigen wurden in der Anstalt selbst behandelt. Nähere Angaben über den Zeitpunkt der Feststellung der Krankheit finden sich nur bei Tuberkulose und Geisteskrankheit (vgl. die vorseitige Tabelle).

Von den an Tuberkulose Erkrankten wurden behandelt

	1926	1927
in der Strafanstalt	787	733
in der Tuberkuloseabteilung	463	395
in besonderen Krankenanstalten	19	28
haftentlassen	232	132

Über die Hälfte aller Tuberkulösen wurden also „in der Strafanstalt behandelt". Die Grundsätze schreiben dagegen nach Möglichkeit die Einrichtung besonderer Anstalten und Abteilungen vor. Denn der Tuberkulöse wird infolge seiner Krankheit durch die Einsperrung stärker bestraft als der Gesunde. Im ganzen Reich existieren nur 12, in Preußen nur 4 besondere Abteilungen für Tuberkulöse. Ihre Aufnahmefähigkeit ist nicht angegeben, ebensowenig, wodurch sich die hygienischen Zustände in den besonderen Abteilungen von denen der Anstalten unterscheiden.

Geradezu grotesk sind die Angaben über die Sterblichkeit an Tuberkulose. Wie für die gut geleiteten Sanatorien, so ziemt es sich auch für die Strafanstalten nicht, daß Insassen an Tuberkulose sterben. 1926 starben in der Tat ganze 4 Mann hieran, 1927 starb wörtlich niemand an Tuberkulose. Aus solchen Angaben muß natürlich vermutet werden, daß die wegen Tuberkulose Haftentlassenen bereits Todeskandidaten gewesen sind.

Eine besondere Betrachtung verdienen die geistig Minderwertigen. Für sie standen im Reich 4 besondere Abteilungen zur Verfügung. Dazu kommen noch 9 Irrenbeobachtungsabteilungen. Die Zahl der Plätze ist unbekannt. Ebenso unbekannt ist die Durchschnittszahl oder die Gesamtzahl der in den Anstalten befindlichen geistig Minderwertigen; jedoch läßt sie sich angenähert schätzen. Denn die Reichsstatistik gibt an, daß die Zahl der geistig Minderwertigen in den großen Anstalten 3915 betrug. Davon saßen 2372 in Preußen. Ihre Anzahl betrug 13,2 % der überhaupt in den großen Anstalten Befindlichen. Überträgt man diesen Prozentsatz auf alle Anstalten des Reichs, so kommt man auf angenähert 10000 geistig Minderwertige, welche sich am 1. Juli 1926 in den deutschen An-

stalten befanden. In Preußen existieren keine besonderen Abteilungen für geistig Minderwertige, dagegen 5 Irrenbeobachtungsabteilungen. Das Gros der geistig Minderwertigen sitzt also in den Anstalten selbst.

Eine spezielle Kategorie der geistig Minderwertigen bilden diejenigen, welche für einen geordneten Strafvollzug ungeeignet sind, weil sie intellektuell so niedrig stehen, daß sie sich nicht einmal der Ordnung des Strafvollzugs anpassen können. In den großen Anstalten des Reichs befinden sich 1039 Gefangene dieser Art. Sie bilden 26,5 % aller geistig Minderwertigen. Bei Annahme des gleichen Verhältnisses für alle Anstalten kommt man zu dem Resultat, daß im Reich etwa 2650 geistig Minderwertige eingesperrt sind, welche für einen geordneten Strafvollzug ungeeignet sind. Wenn ihre Einsperrung infolge Gemeingefährlichkeit überhaupt notwendig ist, gehören sie in eine Irrenanstalt. Das jetzige System stellt eine völlig unnötige Quälerei dar.

Die preußische Statistik gibt allerdings kleinere Zahlen an, nämlich 770 Geisteskranke für 1926 und 669 für 1927. Es ist aber anzunehmen, daß die Begriffe Geisteskranker und für einen geordneten Strafvollzug ungeeigneter geistig Minderwertiger nicht übereinstimmen.

Von den 770 Geisteskranken des Jahres 1926 entfallen 200 allein auf Untersuchungsgefangene. Für das Jahr 1927 sind unter 669 Geisteskranken 158 Untersuchungsgefangene. Ferner waren 1926 unter den Geisteskranken 14, 1927 dagegen 18 zu lebenslänglichem Zuchthaus Verurteilte. Ob sie erst im Zuchthaus verrückt geworden sind, sagt die Statistik natürlich nicht. Es ist aber nach formalen Rechtsgrundsätzen zu vermuten.

Die Zahl der Unfälle betrug 1926 in Preußen 1363, im nächsten Jahr 1436.

Das Reichsgesetz betreffend die Unfallfürsorge für Gefangene vom 30. Juni 1900 (Reichsgesetzblatt S. 536) regelt die aus Unfällen entstandenen Ansprüche der Gefangenen. Für Preußen gelten als Ergänzung die Verordnungen vom 13. September 1904 (J. M. Bl. S. 252), und 24. Februar 1919 und der Erlaß vom 24. Februar 1919. Ergebnis dieser Vorschriften: Der Höchstbetrag der Vollrente ist 300 Mark.

Im Jahr 1926 betrug die Zahl der Selbstmorde in den preußischen Anstalten 70, die Zahl der Selbstmordversuche 395. Für das Jahr 1927 war die Zahl der Selbstmorde 49 und die der Selbstmordversuche 346. Die dabei versuchte Unterscheidung in ernstgemeinte und nicht ernstgemeinte Selbst-

mordversuche scheint mir anfechtbar. Ein objektives Kriterium für diese Klassifizierung, welche die Zahl der Selbstmordversuche herabdrückt, existiert nicht. Ferner sind auch von vornherein nicht ernsthaft gemeinte Selbstmordversuche von großer Wichtigkeit, da ein Gefangener zu einem solchen Mittel nur greifen wird, wenn er keine andere Möglichkeit hat, auf seinen verzweifelten Zustand aufmerksam zu machen. Die Selbstmordversuche müssen auch deswegen berücksichtigt werden, da ein mißglückter Versuch zu gesundheitlichen Schädigungen führen kann, an deren mittelbaren Folgen der Gefangene stirbt, ohne daß dies bei den Angaben über die Gestorbenen speziell erwähnt wird.

Die Bedeutung dieser Vorgänge, die somit ein Kriterium für die höchste Verzweiflung darstellen, die überhaupt einen Menschen erfassen kann, lohnt eine spezielle Betrachtung für die 13 Strafvollzugsbezirke. Die beiden folgenden Tabellen geben für die Jahre 1926 und 1927 die absoluten Zahlen der Selbstmorde, der Selbstmordversuche und die Summe beider Kategorien, ferner die relativen Häufigkeiten der Selbstmorde und der Selbstmorde plus Selbstmordversuche auf 10000 der Gefangenenbevölkerung. Die Tabellen sind nach wachsenden Werten der letzten Größe geordnet.

Selbstmorde und Selbstmordversuche 1926

Bezirke	Gesamtzahl der Gefangenen	Selbstmorde	auf 10000 Gefangene	Selbstmordversuche	Summe	auf 10000 Gefangene
Marienwerder	4937	—	—	1	1	2,0
Celle	31914	3	1,0	16	19	6,0
Hamm i. W.	46515	10	2,1	28	38	8,2
Königsberg	18113	2	1,1	13	15	8,3
Naumburg	26473	4	1,5	19	23	8,7
Frankfurt a. M.	16466	—	—	18	18	10,9
Stettin	15200	5	3,3	13	18	11,8
Düsseldorf	28128	7	2,5	28	35	12,4
Köln	32954	4	1,2	38	42	12,7
Kiel	15468	7	4,5	17	24	15,5
Kassel	5922	1	1,7	9	10	16,9
Breslau	44591	13	2,9	63	76	17,0
Berlin	76294	14	1,8	132	146	19,1
Alle Bezirke	362975	70	1,9	395	465	12,8

Selbstmorde und Selbstmordversuche 1927

Bezirke	Gesamtzahl der Gefangenen	Selbstmorde	auf 10000 Gefangene	Selbstmordversuche	Summe	auf 10000 Gefangene
Marienwerder	4042	—	—	1	1	2,5
Celle	23019	3	1,3	7	10	4,3
Königsberg	15959	2	1,25	9	11	6,9
Stettin	12802	—	—	9	9	7,0
Hamm i. W.	36159	5	1,4	31	36	10,0
Frankfurt a. M.	11703	—	—	13	13	11,1
Kiel	11729	5	4,25	8	13	11,1
Köln	25238	3	1,2	31	34	13,5
Naumburg	20195	9	4,5	19	28	13,9
Breslau	34500	8	2,3	60	68	19,7
Berlin	56895	8	1,4	104	112	19,7
Düsseldorf	24388	4	1,6	45	49	20,1
Kassel	4527	2	4,4	9	11	24,3
Alle Bezirke	281156	49	1,75	346	395	14,1

Der Einwand, daß jede sinnvolle Statistik große Zahlen voraussetzt und daß daher die Betrachtung dieser ja an sich kleinen Zahlen bedeutungslos sei, ist unberechtigt. Denn in Wirklichkeit liegen hier große Zahlen vor, nämlich die Anstaltsbevölkerungen, und nur kleine relative Häufigkeiten, also Fälle, wie sie für das von L. von Bortkiewicz aufgestellte Gesetz der kleinen Zahlen passen.

Die relative Häufigkeit der Selbstmorde hat somit für alle Bezirke zusammen etwas abgenommen, die relative Häufigkeit der Selbstmorde plus Selbstmordversuche etwas zugenommen.

Man wird diejenigen Bezirke, bei denen die Häufigkeit der Selbstmorde plus Selbstmordversuche über dem Durchschnitt steht, als ungünstig, den Rest als günstig bezeichnen können. Dann gehören von den vier ungünstigen Bezirken des Jahres 1926 noch drei, nämlich Kassel, Breslau und Berlin, auch im Jahre 1927 zu den ungünstigen, und von den neun günstigen des Jahres 1926 gehören 1927 noch acht zur gleichen Kategorie. Die Verhältnisse sind also ziemlich konstant. Allerdings werden hierbei auch geographische Besonderheiten eine Rolle spielen. Die Selbstmordhäufigkeit der freien Bevölkerung beträgt z. B. in Berlin etwa das Doppelte wie im übrigen Preußen, während der Strafbezirk Berlin zwar bei den großen Zahlen steht, aber seine Selbstmordhäufigkeit weniger als das Doppelte des Durchschnitts beträgt.

Marienwerder scheint besonders gut abzuschneiden, da dort in den beiden Jahren 1926 und 1927 kein Selbstmord vorgekommen ist, während der Selbstmord in Ostpreußen nicht etwa besonders selten ist. Allzu weitgehende Schlüsse dürfen jedoch aus dem Vergleich von zwei Jahren nicht gezogen werden.

Betrachtet man die Zuchthäuser getrennt, so kommen 1926 auf eine Gesamtzahl von 21982 Gefangenen 7 Selbstmorde und 33 Selbstmordversuche; 1927 kamen auf eine Gesamtzahl von 19126 Gefangenen 5 Selbstmorde und 42 Selbstmordversuche. Die relative Häufigkeit der vollendeten Selbstmorde in den Zuchthäusern ist also von 3,2 auf 2,6 pro 10000 Gefangene gefallen. Dagegen ist die relative Häufigkeit der Selbtsmorde plus Selbstmordversuche von 18,2 pro 10000 der Zuchthausbevölkerung im Jahre 1926 auf 24,6 im Jahre 1927 gestiegen.

Ein Vergleich dieser Zahlen mit den entsprechenden für alle Anstalten ist nicht ohne weiteres möglich, da der durchschnittliche Aufenthalt im Zuchthaus, also die Beobachtungsdauer hierfür größer ist als bei den anderen Anstalten. Die durchschnittliche Dauer des Zuchthausaufenthalts betrug in den beiden Jahren 0,510 bzw. 0,495 Jahre, wogegen die Bevölkerung in allen Anstalten im Jahre 1926 je 0,125 Jahre, im Jahre 1927 je 0,130 Jahre unter Beobachtung stand. Die Zuchthausbevölkerung saß also 4,08 bzw. 3,81 mal länger als die gesamte Bevölkerung aller Anstalten (vgl. die ersten beiden Tabellen, S. 695 und 696). Umgerechnet auf die gleiche Beobachtungsdauer betrug die Selbstmordhäufigkeit in allen Anstalten für 1926 7,75 und für 1927 6,65 auf 10000, wogegen sie in den Zuchthäusern nur 3,2 bzw. 2,6 betrug. *Die Selbstmordhäufigkeit in den Gefängnissen ist also größer als in den Zuchthäusern.* Ein ähnlich ungünstiges Verhältnis erhält man, wenn man außer den Selbstmorden noch die Selbstmordversuche berücksichtigt.

Für ein ganzes Jahr Beobachtungsdauer betrug die relative Häufigkeit der Selbstmorde in den Anstalten also etwa 15,2 bzw. 13,4 auf 10000. Diese Zahl erlaubt wenigstens der Größenordnung nach einen Vergleich mit der Gesamtbevölkerung. Streng läßt sich dieser Vergleich nicht durchführen, da die Selbstmordhäufigkeit vom Alter abhängt und der Altersaufbau der Gefangenenbevölkerung nicht bekannt ist. Die relative Häufigkeit der Selbstmorde in der gesamten Bevölkerung Preußens betrug in den beiden Jahren 2,5 auf 10000. Hierbei ist die unter 15 Jahre alte Bevölkerung mit eingerechnet. Der Anteil der unter 15 jährigen, deren Selbstmordhäufigkeit sehr gering ist,

an der Gesamtbevölkerung beträgt nach der letzten Zählung 25,7 %. Die Selbstmordhäufigkeit der über 15 jährigen Gesamtbevölkerung betrug somit 3,37 pro 10000. Beim Vergleich dieser Zahlen muß man streng genommen noch berücksichtigen, daß die Männer, welche eine höhere Selbstmordhäufigkeit aufweisen gegenüber den Frauen, in der Anstaltsbevölkerung häufiger vertreten sind als in der Gesamtbevölkerung.

Nun betrugen in Preußen in den Jahren 1926 und 1927 die Selbstmordziffern des männlichen Geschlechts 3,7 bzw. 3,6, die des weiblichen in beiden Jahren 1,4 auf 10000 der Gesamtbevölkerung. Nimmt man für die Gesamtbevölkerung den gleichen Anteil der beiden Geschlechter an wie für die Gesamtzahl der Gefangenen, also 86,9 zu 13,1 bzw. 90,56 zu 9,44 Prozent (vgl. S. 698), so erhält man eine Selbstmordziffer derjenigen Gesamtbevölkerung, welche die gleiche Zusammensetzung nach beiden Geschlechtern aufweist wie die Anstaltsbevölkerung. Sie beträgt in beiden Jahren 3,38. Rechnet man diese Zahl wieder auf die über 15 jährigen um, so erhält man als Selbstmordziffer für die mit der Anstaltsbevölkerung vergleichbare Gesamtbevölkerung 4,55 auf 10000. *Die relative Häufigkeit des Selbstmordes ist also in der Anstaltsbevölkerung in beiden Jahren dreimal größer als in der Gesamtbevölkerung.*

Herr Dr. Dörffler macht sich diesen Vergleich allerdings etwas leichter. Er dekretiert der Statistik: „Die Selbstmorde betrugen in der freien Bevölkerung auf 100000 im Jahre 1927 0,27 vom Hundert, in den Gefangenenanstalten 0,13 vom Hundert.“ Beide Zahlen sind zunächst um einige Zehnerpotenzen falsch, die erste ist zudem unrichtig und die zweite mit ihr nicht vergleichbar.

Bei diesen absolut genommen kleinen, aber relativ genommen sehr bedeutenden Zahlen der Selbstmorde ist zu beachten, daß in den Anstalten das Gros der bei der freien Bevölkerung existierenden Motive ausgeschaltet ist, so daß als Normalmotiv die Wirkung des Anstaltslebens auftritt. Auch die Auswahl der Mittel zum Selbstmord ist in den Anstalten sehr beschränkt. Es bleibt eigentlich nur das Erhängen oder Erwürgen mit dem Handtuch übrig, welche Technik ein großes Maß von Energie voraussetzt. Zieht man diese Schwierigkeiten des Selbstmordes in Betracht, so werden diese Zahlen noch grauenhafter.

6. Disziplinarstrafen.

Die Insassen der Anstalten sind Sicherungsmaßnahmen und Disziplinarstrafen unterworfen, welche in den Strafvollzugsgrundsätzen niedergelegt sind. Über die Ursachen der Disziplinarstrafen orientiert uns eine Statistik, die ein Musterbeispiel dafür darstellt, wie eine Statistik nicht aussehen darf. Für jede der 900 Anstalten und für beide Geschlechter wird spezialisiert angegeben, wie viele Gefangene „wegen Widersetzlichkeit, wegen Unfleißes oder aus sonstigen Gründen" bestraft wurden. Das Resultat ist lächerlich; denn die Angaben von 173 Fällen von Widersetzlichkeit, 1620 Fällen von Unfleiß und 12877 sonstigen Ursachen für das Jahr 1926 und von 136 Fällen von Widersetzlichkeit, 1173 Fällen von Unfleiß und 8602 sonstigen Ursachen der Bestrafungen im Jahr 1927 sagen überhaupt nichts aus. Dies liegt daran, daß die entscheidende Ursache der Disziplinierung, der bei längerer Einsperrung unvermeidliche „Gefängnisknall", nicht offiziell auftreten darf.

Von den Sicherungsmaßnahmen berichtet die Statistik nur über die Fesselungen. Dagegen enthält sie Angaben über alle

Disziplinarstrafen 1926

Strafe	Zuchthaus			Gefängnis			Alle Anstalten		
	m.	w.	zus.	m.	w.	zus.	m.	w.	zus.
Verweis	66	1	67	402	65	467	468	66	534
Kostbeschr.	192	17	209	938	124	1062	1130	141	1271
einf. Arrest	26	—	26	512	54	566	538	54	592
ander. Strafen	1079	30	1109	2368	245	2613	3447	275	3722
versch. Arrest									
bis 7 Tage	1695	75	1770	4508	266	4774	6203	341	6544
7—14 Tage	458	14	472	806	29	835	1264	43	1307
14—28 Tage	326	9	335	362	3	365	688	12	700
Fesselung									
bis 3 Tage	—	—	52	—	—	150	—	—	202
3—7 Tage	—	—	6	—	—	44	—	—	50
7—14 Tage	—	—	—	—	—	17	—	—	17
über 14 Tage	—	—	—	—	—	25	—	—	25
alle Strafen	3842*	146*	4046	9896*	786*	10918	13738*	932*	14964

* Ohne Fesselung.

Strafen. Die härteste Strafe ist der Arrest. Seine Höchstdauer beträgt vier Wochen. Er kann noch durch Entzug der Arbeit, des Bettes, der Bewegung im Freien und durch Schmälerung der Kost verschärft werden. Die Tabelle auf S. 21 enthält die Häufigkeit der Disziplinarstrafen im Jahre 1926. Die Fesselung gilt offiziell nicht als Disziplinarstrafe, doch muß dieses „Beruhigungsmittel" als solche empfunden werden; wir rechnen sie daher mit zu den Strafen. Für die Fesselung ist im Gegensatz zum Arrest eine Höchstdauer nicht vorgesehen. Während die Gefangenenstatistik sonst alle Angaben für die beiden Geschlechter spezifiziert, ist bei der Fesselung diese Unterscheidung zarterweise nicht durchgeführt. Daher können nur die Angaben für beide Geschlechter zusammen aufgeführt werden, obwohl anzunehmen ist, daß auch Frauen gefesselt wurden.

Wenn man von den Fesselungen absieht, sind über die 315277 männliche Gefangene 13738, über die 47698 weibliche Gefangene 932 Disziplinarstrafen verhängt worden. Der Anteil der Strafen betrug bei den Männern also 4,36 %, bei den Frauen 1,95 %, im ganzen 4,04 %.

Die preußische Statistik rechnet etwas niedrigere Zahlen aus. Denn sie betrachtet nicht den Prozentsatz der Strafen, sondern den der Bestraften, und dieser muß kleiner sein, da auf einen Bestraften mehrere Strafen kommen können.

Dauer des verschärften Arrests und der Fesselung 1926

Strafe in Tagen	Annahme in Tagen	Zuchthaus			Gefängnis			Alle Anstalten		
		m.	w.	zus.	m.	w.	zus.	m.	w.	zus.
					Verschärfter Arrest					
bis 7	3,5	5 932,5	262,5	6 195	15 778	931	16 709	21 710,5	1193,5	22 904
7—14	10,5	4 809	147	4 956	8 463	304,5	8 767,5	13 272	451,5	13 723,5
14—28	21	6 846	189	7 035	7 602	63	7 665	14 448	252	14 700
überhaupt		17 587,5	598,5	18 186	31 843	1 298,5	33 141,5	49 430,5	1897	51 327,5
					Fesselung					
bis 3	2			104			300			404
3—7	5			30			220			250
7—14	10,5			—			178,5			178,5
über 14	17,5			—			437,5			437,5
überhaupt				134			1 136			1 270
versch. Arrest plus Fesselung				18 320			34 277,5			52 597,5

Der verschärfte Arrest ist die am häufigsten verwandte Strafe. Von den 14964 überhaupt verhängten Strafen bestanden 8551, also 57 %, in verschärftem Arrest. 14mal mehr Gefangene sind mit verschärftem Arrest bestraft worden als mit leichtem. Man kann also nicht behaupten, daß die Disziplinarstrafen zu milde gehandhabt werden.

Aus den bisherigen Angaben ergibt sich noch nicht, wie viele Tage 1926 im leichten und im verschärften Arrest und in Fesseln zugebracht worden sind. Um dies abzuschätzen wurde von der nur im Rahmen angegebenen Dauer der Strafe jeweils die Mitte genommen und diese Größe mit der Zahl der Gefangenen multipliziert. So erhält man die vorstehende Tabelle.

Danach sind im Jahre 1926 im verschärften Arrest 140 Jahre, in Fesseln 3,5 Jahre zugebracht worden. Die Durchschnittsdauer des verschärften Arrests betrug sechs Tage, die Durchschnittsdauer der Fesselung 4,3 Tage. Die in leichtem Arrest verlebte Zeit war nicht angegeben; sie läßt sich aber angenähert berechnen. Nach der Tabelle Bd. V, S. 701 sind etwa 59747 Tage im Arrest zugebracht worden. Es ist anzunehmen, daß hierbei leichter und verschärfter Arrest und Fesselung zusammengerechnet sind. Somit können nur etwa 7150 Tage in leichtem Arrest zugebracht worden sein. Im Durchschnitt wird der leichte Arrest etwa zwölf Tage betragen haben. Im schweren Arrest sind 7mal soviel Tage zugebracht worden als im leichten. Dies spricht keineswegs für den pädagogischen Charakter des Strafvollzugs.

Es interessiert von diesem Gesichtspunkt aus die Zuchthäuser getrennt zu betrachten. Der strenge Arrest spielt hier eine noch bedeutendere Rolle als in den Gefängnissen. Denn etwa zwei Drittel aller Disziplinarstrafen waren verschärfter Arrest. Die Gesamtdauer der im Zuchthaus in verschärftem Arrest zugebrachten Zeit beträgt 18186 Tage, die Durchschnittsdauer sieben Tage. Es läßt sich jedoch leicht zeigen, daß diese Schätzung etwas zu gering sein muß. Denn im Zuchthaus sind nach der Tabelle auf S. 701 im Jahre 1926 insgesamt 20155 Tage in Arrest zugebracht worden. Für den leichten Arrest bleiben also, unter Berücksichtigung der Fesselungen, noch 1835 Tage übrig. Falls die Vorschrift, daß der Arrest vier Wochen nicht übersteigen darf, innegehalten worden ist, müssen aber die 26 in Zuchthäusern 1926 mit leichtem Arrest Bestraften weniger als 728 Tage abgesessen haben. Es müssen also noch mindestens 1107 Tage mehr als unsere obige Schätzung in verschärftem Arrest oder Fesselung zugebracht worden sein.

Nehmen wir an, daß es sich hierbei nur um verschärften Arrest handelt, der ja viel häufiger ist als die Fesselung, so beträgt die Dauer der in verschärftem Arrest verlebten Tage mindestens 19 293 Tage, die Durchschnittsdauer mindestens 7,5 Tage. Der Fehler unserer anfänglichen Schätzung beruht darauf, daß der Durchschnitt innerhalb der einzelnen Kategorien des verschärften Arrests höher gewesen sein muß, als wir es annahmen. In den Zuchthäusern ist im Jahre 1926 im verschärften Arrest mindestens das 26fache an Zeit zugebracht worden als im leichten.

Die entsprechende Tabelle für 1927 lautet:

Disziplinarstrafen 1927

Strafe	Zuchthaus			Gefängnis			Alle Anstalten		
	m.	w.	zus.	m.	w.	zus.	m.	w.	zus.
Verweis	54	2	56	241	32	273	295	34	329
Kostbeschr.	86	21	107	620	61	681	706	82	788
einf. Arrest	37	1	38	272	17	289	309	18	327
andereStrafen	639	8	647	1755	155	1910	2394	163	2 557
versch. Arrest									
bis 7 Tage	1255	55	1310	2818	200	3018	4073	255	4 328
7–14 Tage	373	8	381	619	17	636	992	25	1 017
14–28 Tage	331	6	337	225	3	228	556	9	565
Fesselung									
bis 3 Tage	—	—	27	—	—	138	—	—	165
3–7 Tage	—	—	—	—	—	26	—	—	26
7–14 Tage	—	—	1	—	—	5	—	—	6
über 14 Tage	—	—	—	—	—	14	—	—	14
Alle Strafen	2775*	101*	2904	6550*	485*	7218	9325*	586*	10 122

* Ohne Fesselung

Wenn man von der Fesselung absieht, sind im Jahre 1927 über 254 626 Männer 9325, über 26 350 Frauen 586 Disziplinarstrafen verhängt worden. Der Anteil der Strafen betrug somit bei den Männern 3,66 %, bei den Frauen 2,21 %, im ganzen 3,52 %. Der Prozentsatz der Strafen ist also von 1926 auf 1927 im ganzen und bei den Männern zurückgegangen, bei den Frauen dagegen etwas gestiegen.

Auch für das Jahr 1927 war der verschärfte Arrest die am häufigsten verwandte Disziplinarstrafe. Er machte wieder 58 % aller Disziplinarstrafen aus. Dagegen sind in diesem Jahr 18mal mehr Menschen mit verschärftem Arrest bestraft worden als mit leichten, während im Vorjahr dieser Multiplikator „nur“ 14 betrug.

Nach der oben geschilderten Methode wurde die in verschärftem Arrest und in Fesselung verbrachte Zeit berechnet. Dies ergab folgende Tabelle:

Dauer des verschärften Arrests und der Fesselung 1927

Strafe in Tagen	Annahme in Tagen	Zuchthaus m.	Zuchthaus w.	Zuchthaus zus.	Gefängnis m.	Gefängnis w.	Gefängnis zus.	Alle Anstalten m.	Alle Anstalten w.	Alle Anstalten zus.
					Verschärfter Arrest					
bis 7	3,5	4 392,5	192,5	4 585	9 863	700	10 563	14 255,5	892,5	15 148
7—14	10,5	3 916,5	84	4 000,5	6 499,5	178,5	6 678	10 416	262,5	10 678,5
14—28	21	6 951	126	7 077	4 725	63	4 788	11 676	189	11 865
überhaupt		15 260	402,5	15 662,5	21 087,5	941,5	22 029	36 347,5	1344	37 691,5
					Fesselung					
bis 3	2			54			276			330
3—7	5			—			130			130
7—14	10,5			10,5			52,5			63
über 14	17,5			—			245			245
überhaupt				64,5			703,5			768
versch. Arrest plus Fesselung				15 727			22 732,5			38 459,5

Die durchschnittliche Dauer des verschärften Arrests betrug in diesem Jahre etwas über 6 Tage. Aus der Tabelle Bd. V, S. 702 ergab sich, daß die Zahl der Arresttage im Jahre 1927 etwa 39978 war. Und zwar ist diese Zahl genau wie die für das Vorjahr berechnete eher zu groß als zu klein. Da in verschärftem Arrest und in Fesselung etwa 38460 Tage zugebracht wurden, können nur etwa 1158 Tage in leichtem Arrest zugebracht worden sein, und seine durchschnittliche Dauer war noch nicht 5 Tage. Die Gesamtzahl der Arresttage hat also abgenommen, aber der Anteil, den der verschärfte Arrest plus Fesselung hieran hatten, stieg von 88 % auf 96 %. Es ist also noch eine große Erziehungsarbeit an den Strafanstaltsdirektoren zu leisten.

In den Zuchthäusern speziell sind 1927 nach der gleichen Tabelle 16319 Tage in Arrest zugebracht worden. Für den leichten Arrest bleiben also nur 592 Tage übrig. Seine Durchschnittsdauer muß 15,5 Tage betragen haben. Die Dauer der im verschärften Arrest zugebrachten Zeit beträgt wieder das 26fache der im leichten Arrest zugebrachten. Verschärfter Arrest plus Fesselung machen 1926 bereits 65 %, 1927 sogar

Disziplinarstrafen in den Zuchthäusern 1926

Bezirk	Verschärfter Arrest			andere Strafen	Fesselung		Verweis	Kostbeschränkung	Leicht. Arrest	Gesamtzahl		in Proz.
	bis 7 Tage	7–14 Tg.	14–28 Tg.		bis 3 Tg.	3–7 Tg.				der Strafen	der Gefangenen	
Stettin	75	19	29	23	18	—	—	8	—	172	1 647	10,4
Breslau	264	127	42	82	1	—	5	35	24	580	4 803	12,1
Hamm i. W.	297	46	49	186	3	—	3	8	—	592	3 657	16,2
Celle	159	46	43	147	—	—	1	3	—	399	2 259	17,7
Kiel	70	16	—	194	2	—	8	1	—	291	1 603	18,2
Frankfurt a. M.	41	6	6	—	—	—	—	16	1	70	377	18,6
Köln	115	18	9	42	—	—	2	2	—	188	988	19,0
Kassel	145	14	9	51	—	—	1	9	—	229	1 157	19,8
Berlin	195	89	63	177	7	1	41	25	—	598	2 091	20,0
Naumburg	106	21	26	161	—	—	—	26	—	340	1 075	31,6
Königsberg	303	70	59	46	21	5	6	76	1	587	1 425	41,2
Alle Bezirke	1770	472	335	1109	52	6	67	209	26	4046	21 982	18,4

Disziplinarstrafen in den Zuchthäusern 1927

Bezirk	bis 7 Tage	7–14 Tg.	14–28 Tg.	andere Strafen	bis 3 Tg.	7–14 Tage	Verweis	Kostbeschränkung	Leicht. Arrest	der Strafen	der Gefangenen	in Proz.
Düsseldorf	25	7	4	3	—	—	15	—	15	69	1 086	6,4
Breslau	150	79	27	44	1	—	2	41	18	362	3 395	10,7
Hamm i. W.	174	32	34	73	5	1	6	—	1	326	2 984	10,9
Celle	71	45	29	55	—	—	—	7	—	207	1 852	11,2
Kiel	55	3	—	96	—	—	—	6	—	160	1 415	11,3
Kassel	90	9	15	68	—	—	—	—	—	182	1 125	16,2
Stettin	103	26	47	52	5	—	—	13	—	246	1 338	18,4
Berlin	173	61	102	133	11	—	14	6	—	500	2 668	18,7
Frankfurt a. M.	31	10	3	9	—	—	—	—	—	53	253	20,9
Königsberg	106	41	64	31	2	—	3	26	—	273	1 234	22,1
Naumburg	190	36	11	25	—	—	—	7	—	269	936	28,7
Köln	142	32	1	58	3	—	16	1	4	257	840	30,6
Alle Bezirke	1310	381	337	647	27	1	56	107	38	2904	19 126	15,2

70,8 % aller in den Zuchthäusern verhängten Strafen aus. Die relative Häufigkeit der schwersten Strafe hat also zugenommen. Hundertmal mehr Menschen werden 1926 in verschärften Arrest gesteckt als in leichten, 1927 noch über 50 mal mehr.

Die Tabellen auf S. 26 geben die Art und Zahl der Disziplinarstrafen und der Fesselung in den Zuchthäusern für 1926 und 1927. Die Anordnung der Bezirke entspricht dabei der relativen Häufigkeit der Strafen.

In sämtlichen Anstaltsbezirken, mit Ausnahme von Kiel, ist der verschärfte Arrest die am häufigsten verwendete Strafe. Die leichten Disziplinarstrafen, insbesondere der Verweis und die Kostbeschränkung sind selten. Der gewöhnliche Arrest kommt in den meisten Zuchthäusern überhaupt nicht vor. 1926 kamen von den 26 verhängten leichten Arreststrafen 24 auf Breslau. Auch 1927 wird er nur in Breslau und in dem erst 1927 neu eingerichteten Zuchthaus Düsseldorf sowie in Köln angewandt. Im ganzen gesehen hat nicht nur die absolute, sondern auch die relative Häufigkeit der Strafen abgenommen. Im Gegensatz hierzu hat die relative Häufigkeit der Strafen in Stettin, Köln und Frankfurt von 1926 auf 1927 zugenommen. Im Jahre 1926 treffen in den beiden zum Strafvollzugsamt Königsberg gehörigen Zuchthäusern Insterburg und Wartenberg auf 100 Gefangene 41, im Jahre 1927 in dem zum Strafvollzugsamt Köln gehörigen Zuchthaus Rheinbach 31 disziplinarisch Bestrafte.

Die Anstalten, in denen 20 % und mehr von allen Gefangenen im Laufe eines Jahres bestraft wurden, sind in wachsender Reihenfolge für das Jahr 1926 die Zuchthäuser Brandenburg und Kassel, das Gefängnis Hameln, das Zuchthaus Lichtenburg, die weibliche Abteilung des Gefängnisses Bartenstein und die Zuchthäuser Insterburg und Werden, für das Jahr 1927 die Zuchthäuser Brandenburg, Werden, Rheinbach und Insterburg. Die Zuchthäuser Brandenburg, Insterburg und Werden kehren also in beiden Jahren als Anstalten mit einer ungewöhnlich hohen Zahl von Disziplinarstrafen wieder. Düsseldorf weist den niedrigsten Prozentsatz an Strafen auf.

Man wird die Zuchthausbezirke, in denen der Prozentsatz der Bestrafungen unter dem Durchschnitt liegt, als die günstigen, die anderen als die ungünstigen bezeichnen können. Von den fünf günstigen Zuchthausbezirken des Jahres 1926 sind vier, nämlich Breslau, Hamm, Celle und Kiel, auch im Jahre 1927 günstig und die sechs ungünstigen des Jahres 1926, nämlich Kassel, Berlin, Frankfurt, Königsberg, Naumburg und Köln,

sind sämtlich auch im Jahre 1927 ungünstig. Die Verhältnisse sind also ziemlich konstant.

Umgerechnet auf die gesamte Anstaltsbevölkerung sind die Disziplinarstrafen in den Zuchthäusern hoch, in den Gefängnissen niedrig. Das liegt z. T. daran, daß ein großer Prozentsatz der Gefängnisinsassen nur kurze Zeit eingesperrt ist, und daß daher keine Möglichkeit besteht, diese häufig zu bestrafen. Allerdings ist zu beachten, daß vermutlich neben den amtlich eingeführten und registrierten Disziplinarstrafen noch andere existieren. Denn die in Einzelhaft befindlichen Gefangenen, für welche unbedingtes Sprechverbot gilt, müssen dieses Gebot übertreten, weil beinahe nichts für den Menschen so notwendig ist, wie das „unnötige" Reden. Ebenso kann man sich keinen Gefangenen vorstellen, der nicht versucht, sich auf die Pritsche zu setzen oder in der trüben Zelle ans Fenster zu steigen, um einmal die Sonne zu sehen. Durch solche undurchführbaren Verbote sind die Gefangenen dem individuellen Wohlwollen und sogar der Willkür der Beamten vollkommen ausgeliefert, und dieser Zustand wird sich in nicht registrierten Disziplinarstrafen auswirken müssen.

Die Betrachtung der Disziplinarstrafen zeigt am deutlichsten, wie es mit dem sog. modernen Strafvollzug in Wirklichkeit steht. Die stärkste Disziplinarstrafe ist gleichzeitig die häufigste. Solange es Anstalten gibt, in denen 20% aller Insassen im Laufe eines Jahres bestraft werden, kann von einem erzieherischen Charakter der Disziplinarstrafen gar keine Rede sein.

Vielfach wird dagegen das Stufensystem als eine moderne Errungenschaft gefeiert, da es erzieherisch wirke und den Gefangenen moralisch fördere. Wenn allerdings für die Einstufung die Angaben des Gefängnisgeistlichen maßgebend sind, wird es als Erziehung zur Heuchelei wirken, da religiöse „Wandlung" sich am leichtesten simulieren läßt.

Die preußische Statistik widmet dem Strafvollzug in Stufen keine Zeile. Dies mit Recht. Denn statistisch gesehen, spielt er in der Praxis nicht entfernt die Rolle, die ihm die Anhänger des „modernen Strafvollzugs" zuschreiben. So zeigt die Reichsstatistik, daß 29,5% der Gefangenen am 1. Juli 1927 in der zweiten und 2,9% in der obersten, dritten Stufe waren. Die Untersuchungsgefangenen sind hierbei bereits ausgeschaltet. Demnach befanden sich in der untersten Stufe oder außerhalb des Stufensystems 67,6% der Gefangenen. Die oberste Stufe wies in Preußen ganze 559, im Reich 1487 Mann auf. Es ist

anzunehmen, daß wenigstens die Größenordnung dieser Zahlen allgemeingültig ist.

In der üblichen Strafvollzugsliteratur wird stets von den relativen Freiheiten geredet, welche die Gefangenen der obersten Stufe genießen. Aber die Tatsache, daß nur 2,9 % aller Gefangenen diese Vergünstigungen genießen, wird verschwiegen. Dieser Prozentsatz bezieht sich auf die gesamte Anstaltsbevölkerung. Der Gefangene kann nun die Beweise seiner angeblichen Besserung erst nach drei oder sechs Monaten liefern. Wenn man die Zahl der in den oberen Stufen Befindlichen auf die Bevölkerung umrechnen würde, welche entsprechend der von ihr bereits verbüßten Zeit aufrücken kann, so würde der Prozentsatz der durch das Stufensystem Begünstigsten größer werden. Da aber die Verteilung der Anstaltsbevölkerung auf die Länge der bereits verbüßten Strafen nicht angegeben ist, läßt sich diese Rechnung nicht durchführen.

In der Praxis kommt das Stufensystem nur den zu längeren Strafen Verurteilten zugute. Es belastet also am stärksten die Kurzfristigen, d. h. diejenigen, für welche die Rückkehr in ein relativ geordnetes bürgerliches Leben an sich am leichtesten ist und denen sie noch erleichtert werden sollte. Bedauerlicherweise erschwert die neue, vielgerühmte Verordnung über den Strafvollzug in Stufen vom 7. Juni 1929 den Aufstieg gegenüber dem heutigen System wesentlich.

Im Jahre 1926 haben die Gefangenen 906751 Briefe bekommen und 1028641 Briefe abgesandt. Reduziert auf die Durchschnittszahl treffen im Jahr auf einen Gefangenen 19,7 Briefe, und er schreibt in der gleichen Zeit 22,3 Briefe. 4905 ankommende Briefe wurden als beanstandet nicht ausgehändigt, und 6668 Briefe der Gefangenen aus dem gleichen Grunde nicht abgesandt. Im Jahre 1927 haben die Gefangenen 770544 Briefe bekommen und 894483 Briefe abgesandt. Demnach trafen im Jahr auf einen Gefangenen 21 Briefe, und er schrieb in der gleichen Zeit beinahe 24,4 Briefe.

Ferner haben in den beiden Jahren 118014 bzw. 92874 Gefangene insgesamt 234782 bzw. 197821 Besuche bekommen. Die Zahl der Besuche ist also geringer als die der Gefangenen. Die relative Zahl der Briefe und der Besuche hat zugenommen.

Außerordentlich gering ist die Zahl der Beschwerden: 5772 bzw. 5489. Die Zahl der Gefangenen, welche sich beschwerten, betrug 3578 bzw. 3373. Aus diesen niedrigen Zahlen kann nur geschlossen werden, daß die Gefangenen selbst von der Wirkungslosigkeit einer Beschwerde überzeugt sind. Wie

viele der Beschwerden zum Erfolg führten, ist aus der Statistik nicht zu entnehmen.

Der Präsident des Breslauer Strafvollzugsamts, Dr. Humann, behauptet dagegen im „Berliner Tageblatt" vom 22. Dezember 1929, er habe vor mehreren Jahren eine Statistik geführt und damals eine Höchstziffer von 6000 Beschwerden jährlich in seinem Bezirk festgestellt. Aus dieser hohen Zahl schließt er, daß das Recht auf Beschwerde erheblich eingeschränkt werden müsse. Tatsächlich wird diese Statistik für jedes Jahr und jeden Strafvollzugsbezirk erhoben. Speziell für den Bezirk Breslau sind in den Jahren 1926 und 1927 nur 660 bzw. 656 Beschwerden aufgeführt. Damit entfällt die Grundlage für Humanns Forderung.

7. Arbeit und Kosten.

Über den Arbeitsbetrieb orientieren die folgenden Tabellen:

Durchschnittlicher Arbeitsbetrieb 1926

Arbeit für	Zahl der Beschäftigten			in Prozent
	Zuchthaus	Gefängnis	Zusammen	
Eigenbedarf d. Anstalt	3 037	6 926	9 963	28,8
andere Behörden	1 649	2 941	4 590	13,2
private Unternehmer	4 080	12 217	16 297	47,1
Landwirtschaft	1 442	2 354	3 796	10,9
Summe	10 208	24 438	34 646	100,0

Durchschnittlicher Arbeitsbetrieb 1927

Eigenbedarf d. Anstalt	2 554	5 688	8 242	28.5
andere Behörden	1 048	2 264	3 312	11,4
private Unternehmer	3 860	10 365	14 225	49,2
Landwirtschaft	1 203	1 951	3 154	10,9
Summe	8 665	20 268	28 933	100,0

Die Tabelle, aus der dies entnommen wurde, umfaßt volle vierzig Seiten. Als günstig kann sicher die Beschäftigung in der Landwirtschaft angesprochen werden. Angaben darüber, wie viele Gefangene gemeinschaftlich in Betrieben und wie viele in ihrer Zelle arbeiteten, fehlen. Die Arbeit in der Zelle ist zunächst trostlos eintönig, darüber hinaus wegen der Staubentwicklung, die der Gefangene nicht durch Öffnen der Fenster beseitigen kann, gesundheitsschädigend. Beinahe die Hälfte der Gefangenen hat für private Unternehmer gearbeitet, und

diese Zahl hat von 1926 auf 1927 zugenommen. Hierdurch erwuchsen den Anstalten einige Einnahmen.

Einnahmen und Belohnungen in Preußen

	Tagesdurchschnitt der beschäftigten Gefangenen	Einnahmen	Arbeitsbelohnungen	Arbeitsbelohnung in Prozent der Einnahmen
		in Reichsmark		
1924	49 955	7 542 486	1 805 488	23,9
1925	42 291	7 264 154	1 853 277	25,5
1926	34 646	7 907 035	1 852 393	23,4
1927	28 932	7 674 828	1 841 595	24,0
1928	24 412	7 109 700	1 695 709	23,8

Die Zahlen für 1928 haben wir dem Artikel von Schulzke entnommen. Obwohl die Zahl der beschäftigten Gefangenen auf die Hälfte zurückgegangen ist, haben die Einnahmen der Anstalten kaum abgenommen. Dies beweist eine Intensivierung der Gefangenenarbeit. Aber der Prozentsatz der Arbeitsbelohnungen an den Einnahmen hat sich nicht geändert. Die Gefangenen erhalten noch nicht ein Viertel von dem, was ihre Arbeit den Verwaltungen einbringt. Dies beruht auf den Bestimmungen über die Arbeitsbetriebe und der Arbeitskassenordnung vom 8. März 1923. Es wäre aber irrig, den Rest gegen die „freie Station" aufzurechnen, welche der Gefangene in der Anstalt genießt. Denn der Gefangene muß wenigstens im Prinzip die Kosten des Aufenthalts in der Anstalt mit 1,50 Mark, der Festungsgefangene mit 2,50 Mark pro Tag bezahlen (AV. vom 18. Dezember 1923, JMBl. S. 759).

Die Reichsstatistik gibt für die Einnahmen der Anstalten und die „Belohnungen" folgende Zahlen (s. Tabelle auf S. 32). Die Länder sind hierbei nach wachsender Größe der Belohnung in Prozent der Einnahme geordnet.

Die Strafvollzugsgrundsätze schreiben vor, daß die Löhne für die Gefangenenarbeit worunter die Einnahmen der Anstalten pro Gefangenen zu verstehen sind, den Löhnen freier Arbeiter nach Möglichkeit angenähert werden. Von dieser guten Absicht des Gesetzgebers, welche insbesondere zur Verringerung der Kosten des Strafvollzugs dienen sollte, ist nichts verwirklicht. Denn die Einnahmen der Anstalten betragen pro Kopf und Tag 66,4 Pfennig und die „Belohnung" 16,4 Pfennig.

Einnahmen und Belohnungen im Reich 1927

Land	Zahl der Anstalten	Relative Zahl der Gefangenen	Einnahmen pro Kopf und Tag in Pfennig	Belohnung pro Kopf und Tag in Pfennig	Belohnung in Prozent d. Einnahme
Baden	50	3,67	134	11	8
Württemberg	69	3.44	172	21	12
Oldenburg	23	0,70	97	15	15
Sonstige	34	1,95	120*)	20*)	17
Mecklenburg-Schwerin	45	1,42	60	15	25
Thüringen	69	1,67	56	14	25
Preußen	894	59,69	57	15	26
Sachsen	119	6,47	70*)	19*)	27
Bayern	211	14,53	54	18	33
Hamburg	10	4,09	85	29	34
Braunschweig	23	0,78	40	15	37
Hessen	53	1,59	35	14	40
Reich	1600	100,00	66,4	16,4	25

*) Angenäherte Zahl

Der Gefangene erhält auch im Reichsdurchschnitt nur ein Vierte von dem, was seine Arbeit den Anstalten einbringt. Es fällt auf, daß die Einnahmen der Anstalten in Baden und Württemberg sehr hoch sind. Sie betragen über das Doppelte des Reichsdurchschnitts. Am niedrigsten sind sie in Braunschweig und Hessen. Aber die Belohnungen sind in den Ländern mit hohen Einnahmen niedrig, in den Ländern mit niedrigen Einnahmen relativ hoch. In Baden und Württemberg machen die Belohnungen den geringsten Anteil, nämlich 8 und 12, dagegen in Braunschweig und Hessen den größten Anteil, nämlich 37 und 40 %, der Einnahmen aus. Es ist allerdings fraglich, inwieweit die Angaben der einzelnen Länder streng untereinander vergleichbar sind.

Wie niedrig man auch die Produktivität der Gefangenenarbeit ansetzen mag, so müssen die Unternehmer bei einer Bezahlung von nur 66 Pfennig pro Kopf und Tag beträchtliche Vorteile aus dieser Arbeit ziehen. Statistische Angaben hierüber sind natürlich nicht vorhanden. Es ist zu vermuten, daß diese in der Öffentlichkeit sehr wenig beachteten Beziehungen mit zu den entscheidenden Ursachen des heutigen Strafvollzugssystems gehören.

Entsprechend dem niedrigen Arbeitsverdienst ist auch der Wert der Anstaltsverpflegung gering. Ihre Kosten betrugen

in Preußen 1926 für die 16585411 Hafttage 9352500 Mark, 1927 für 13353128 Hafttage 8679178 Mark. Die durchschnittlichen Kosten pro Kopf und Tag sind also von 56,44 Pfennig auf 65,04 Pfennig gestiegen.

Bei diesem Gegenstand wird die sonst so schweigsame Statistik plötzlich etwas gesprächiger und weist in einer Anmerkung darauf hin, daß die Ausgaben für die Kostzubereitung, (Arbeitslöhne, Geräte, Heizstoffe usw.) hierin nicht enthalten sind. Falls diese Beträge ausschließlich für die Ernährung der Gefangenen verwendet werden, ist die Spanne bis zur niedrigsten Schicht der Arbeiterschaft nicht allzu groß. Denn nach den Erhebungen des Statistischen Reichsamtes über Wirtschaftsrechnungen für die Jahre 1927/28 muß diese Schicht sich mit etwa 85 Pfennig am Tag ernähren (Wirtschaft und Statistik, 1929, S. 906). Es darf jedoch aus einem solchen Vergleich unter keinen Umständen geschlossen werden, daß es den Gefangenen bereits materiell zu gut gehe. Denn die Freiheit ist für jeden normalen Menschen ein unschätzbares Gut.

Über die Gesamtkosten des Strafvollzugs läßt sich aus der preußischen Statistik nichts entnehmen. Die Reichsstatistik gibt die Kosten des Strafvollzugs und den Ertrag der Gefangenenarbeit in Millionen Mark für jedes Land. Aus der Differenz beider Zahlen ergeben sich die reinen Kosten. In der folgenden Tabelle haben wir nur die wichtigsten Länder einzeln ausgewiesen und die übrigen zusammengefaßt. Bei den Kosten sind die Aufwendungen für die Entlassenenfürsorge mit eingerechnet. Die Zahl der Gefangenen in den einzelnen Ländern ist für 1925 nicht angegeben. Daher wurde die Umrechnung pro Kopf der Gefangenen mit Hilfe der am 1. Juli 1926 vorhandenen Zahl der Gefangenen vorgenommen. Ferner wurde zum Vergleich die Wohnbevölkerung dieser Länder nach der Volkszählung vom 16. Juni 1925 herangezogen. So erhält man die umstehend folgende Tabelle.

Die Zahlen sind nicht ganz vollständig, da in einzelnen Ländern die Strafvollzugskosten zum Teil in verschiedenen Etatsposten figurieren. Die Reihenfolge der Länder nach wachsenden Kosten pro Kopf der Wohnbevölkerung stimmt ungefähr mit den Kosten pro Gefangenen überein.

Nach beiden Kriterien stehen die reinen Kosten pro Kopf in Baden, Württemberg, den sonstigen Ländern und Preußen unter, in Braunschweig ungefähr auf und in Sachsen, Bayern, Hamburg und Hessen über dem Reichsdurchschnitt. Baden und Württemberg sind gleichzeitig die Länder, in denen die Ge-

Strafvollzugskosten 1925

Land	In Millionen RM. Kosten	Ertrag	Rein-kosten	Wohnbevölk. 16. Juni 1925 in Millionen	Zahl der Gefangenen	Reinkosten in Mark pro Kopf der Wohnbevölkerung	Gefangen.
Preußen	52,536	17,435	35,101	38,120	44 344	0,92	792
Bayern	12,793	3,197	9,596	7,380	10 338	1,30	928
Baden	2,396	2,107	0,289	2,312	2 666	0,13	108
Hamburg	5,396	1,831	3,565	1,153	3 038	3,09	1173
Württemberg	3,508	1,317	2,191	2,580	2 475	0,85	885
Sachsen	7,609	1,209	6,400	4,992	5 177	1,28	1236
Braunschweig	0,621	0,081	0,540	0,502	611	1,08	884
Hessen	2,373	0,239	2,134	1,347	1 274	1,58	1675
Sonstig.Länder	3,860	1,022	2,838	4,025	4 223	0,70	672
Reich insges.	92,092	28,438	63,654	62,411	74 146	1,02	858

fangenen den geringsten, Sachsen, Bayern, Hamburg und Hessen die Länder, in denen die Gefangenen den größten Anteil vom Ertrag ihrer Arbeit erhalten. Hamburg hat pro Kopf der Bevölkerung, Hessen pro Gefangenen die größten Aufwendungen. Baden hat sowohl pro Gefangenen wie pro Kopf der Bevölkerung die geringsten reinen Kosten. Der Ertrag der Gefangenenarbeit ist hier beinahe so groß wie die Kosten. Dies kann sowohl daran liegen, daß der Ertrag sehr gut ist, weil die Gefangenen mit wirtschaftlich einträglichen Arbeiten beschäftigt werden oder weil sie in Baden am stärksten ausgebeutet werden, wie daran, daß der Aufwand pro Gefangenen dort am geringsten ist. Die Tatsache, daß die relative Höhe der Belohnung in Baden am niedrigsten ist, spricht für die zweite Hypothese. Doch erlauben die vorliegenden Angaben noch keine Entscheidung über die Ursache, da die Vergleichbarkeit der Zahlen für die einzelnen Länder nicht vollkommen sichergestellt ist.

8. Entlassung.

So schlimm die Zustände in den Anstalten, so werden sie noch übertroffen durch die Vorgänge bei der Entlassung. Von der Arbeitsbelohnung von 16 Pfennig pro Tag kann der Gefangene über die Hälfte „frei“ verfügen. Normalerweise wird er sie verwenden, um seinen Hunger zu stillen. Mit besonderer Erlaubnis können solche „Ersparnisse“ auch zur Unterstützung

der notleidenden Angehörigen verwendet werden. Der größere Teil der Belohnung wird erst bei der Entlassung ausbezahlt, damit der Gefangene so lange leben könne, bis er wieder Arbeit findet. Die Ergebnisse dieses Systems sind kläglich.

Auszahlungen bei Entlassung 1926

Arbeits-belohnung in RM.	Entlassen aus			Ausbez. Arbeitsbel. in RM. an Insassen der		
	Gefängnis	Zuchthaus	allen Anstalten	Gefängnisse	Zuchthäuser	aller Anstalten
null	117 523	253	117 776	—	—	—
unter 15	78 912	1263	80 175	631 296	10 104	641 400
15—50	14 811	2879	17 690	473 952	92 128	566 080
über 50	1 652	602	2 254	115 640	42 140	157 780
Summe	212 898	4997	217 895	1 220 888	144 372	1 365 260
Besondere Unterstützungen				131 638	24 266	155 904
Alle ausbezahlten Beträge				1 352 526	168 638	1 521 164
Auszahlung pro Entlassenen in RM.				*6,35*	*33,75*	*6,98*

Über die Hälfte der Gefangenen verlassen die Anstalt ohne einen Pfennig Arbeitsbelohnung. Allerdings befindet sich hierunter auch die große Zahl derjenigen, welche nur kurze Zeit darin zugebracht haben. Wie lange die einzelnen Entlassenen in der Anstalt zugebracht haben, ist nicht angegeben. Zudem ist nicht angegeben, an wen die besonderen Unterstützungen ausbezahlt worden sind.

Dies Bild ändert sich etwas, wenn man die Gefängnisse und Zuchthäuser einzeln betrachtet. Nur für die Gefängnisse gilt, daß 55% der Gefangenen ohne Arbeitsbelohnung entlassen werden. Der Anteil dieser Kategorie bei den Zuchthäusern betrug dagegen nur etwa 5%. Aber diese geringe Zahl ist wesentlich, da alle Zuchthausgefangenen mindestens ein Jahr dort zugebracht haben.

Die ausgezahlten Beträge waren nicht angegeben. Sie wurden berechnet, indem für die mit weniger als 15 Mark Entlassenen im Durchschnitt 8 Mark, für die zweite Kategorie 32 Mark, und für die letzte 70 Mark angesetzt wurde. Multipliziert man diese Beträge mit der jeweiligen Anzahl der Entlassenen, so erhält man die drei letzten Spalten. Die angenommenen Durchschnittsbeträge sind vermutlich sämtlich zu hoch. Insbesondere ist nicht anzunehmen, daß die mit über

50 Mark Entlassenen im Durchschnitt 70 Mark erhielten. Die angegebenen Zahlen stellen daher Maximalbeträge dar.

Zu der Summe der so berechneten Arbeitsbelohnungen wurden die besonderen Unterstützungen, welche zum „Schutz vor augenblicklicher Not" und als „Reise- und Zehrgelder" ausgezahlt wurden, addiert. Nimmt man an, daß sie nur den Gefangenen ohne Arbeitsbelohnung ausbezahlt wurden, so trifft auf diese Kategorie der aus dem Gefängnis Entlassenen noch nicht 1,50 Mark, der aus dem Zuchthaus Entlassenen 5,10 Mark, der überhaupt Entlassenen 1,65 Mark. Es ververstehr sich von selbst, daß solche Summen ihren Zweck nicht erfüllen können.

Die nach der gleichen Methode aufgestellten Zahlen für 1927 lauten:

Auszahlungen bei Entlassung 1927

Arbeitsbelohnung in RM.	Entlassen aus			Ausbez. Arbeitsbel. in RM. an Entlassene aus		
	Gefängnis	Zuchthaus	allen Anstalten	Gefängnissen	Zuchthäusern	allen Anstalten
null	85 802	276	86 078	—	—	—
unter 15	64 753	812	65 565	518 024	6 496	524 520
15—50	13 879	2494	16 373	444 128	79 808	523 936
über 50	1 988	1120	3 108	139 160	78 400	217 560
Summe	166 422	4702	171 124	1 101 312	164 704	1 266 016
Besondere Unterstützungen				134 028	18 767	152 795
Alle ausbezahlten Beträge				1 235 340	183 471	1 418 811
Auszahlung pro Entlassenen in RM.				*7,40*	*39,02*	*8,29*

Dividiert man die Summe der ausbezahlten Beträge durch die Zahl der Entlassenen, so beträgt die Auszahlung pro Entlassenen überhaupt 7 Mark im Jahre 1926 und 8,29 Mark im Jahre 1927. Die durchschnittliche Auszahlung für die aus dem Gefängnis Entlassenen ist niedriger, nämlich 6,35 Mark im Jahre 1926 und 7,40 Mark im Jahre 1927, Beträge, die der Gefangene geradezu als Hohn für seine Arbeit empfinden muß. Die produktivste Anlage hierfür dürfte ein solider Rausch sein. Die durchschnittliche Auszahlung für die aus dem Zuchthaus Entlassenen ist naturgemäß entsprechend der längeren Arbeitszeit höher und beträgt 33,75 Mark für 1926 und 39 Mark für 1927. Auch diese Beträge bedeuten nichts gegenüber der

trüben Lage, in der sich gerade die Zuchthausgefangenen nach der Entlassung befinden.

Zum Teil sind diese Zahlen deswegen so niedrig, weil die Langjährigen durch die Inflation sämtliche mit so viel Schweiß gesammelten Ersparnisse verloren haben, da diese Summen nicht, wie die Renten der Fürsten 100prozentig aufgewertet, sondern 100prozentig entwertet wurden. Auch bei der fleißigsten Arbeit wird der Gefangene im Durchschnitt materiell ohne einen Pfennig entlassen. Die heutige Arbeitslosigkeit endlich vernichtet für die Entlassenen jede Aussicht auf Arbeit, da Vorbestrafte schon bei normalem Arbeitsmarkt überhaupt nicht eingestellt werden.

Die Folgen der Einsperrung sind durch die Tatsache, daß der Entlassene mittellos auf der Straße steht, noch nicht einmal finanziell beendet. Da die Gefangenen wenigstens im Prinzip die Kosten des Strafvollzugs tragen müssen, hat der nach mehrjährigem Aufenthalt mit ein paar Bettelpfennigen Entlassene in der Anstalt Schulden aufgehäuft. Ihre Eintreibung mit Hilfe des Gerichtsvollziehers geht jedoch nicht von der Strafanstaltsbehörde aus. Entsprechend fehlen in der vorliegenden Statistik auch Angaben darüber, wie oft und mit welchem Erfolg dieses groteske Verfahren versucht wurde. Dem Artikel von Wackermann „Das Gefängniswesen im Staatshaushalt“ in der Broschüre „Der Strafvollzug in Preußen“ ist zu entnehmen, daß jährlich nur 2 % dieser Beträge eingehen, da die Entlassenen normalerweise mittellos sind.

Vielfach ist die Auffassung verbreitet, daß ein großer Teil der Gefangenen bei guter Führung bereits vor Verbüßung ihrer Strafe entlassen wird. Die Statistik zeigt dies als Illusion.

Art der Entlassung

	1926		1927	
Vorläufig nach § 23 StGB...	1		4	
Begnadigt	238		226	
Wegen Krankheit...........	1 156		924	
Bedingte Strafaussetzung ...	7 625		6 536	
Vor Verbüßung ..		9 020		7 690
Nach Verbüßung .		208 875		163 434
Entlassene		217 895		171 124

Somit sind 1926 nur 4,1 %, 1927 nur 4,5 % aller Gefangenen vor Verbüßung ihrer vollen Strafe entlassen worden.

Allerdings ist hierin die Zahl derer nicht enthalten, welchen schon beim Urteil bedingter Strafaufschub (Bewährungsfrist) zugebilligt wurde.

9. Rückfälligkeit.

Die Ergebnisse des erzieherischen Strafvollzugs zeigen sich in der Verbreitung der Rückfälligkeit. Ihre Statistik ist nicht allzu weit ausgebaut. Die Anlage II zum Strafgesetzentwurf gibt folgende Tabelle:

Von je 100 Verurteilten sind vorbestraft:

	1882	1912
0 mal	75,1	54,6
1 „	11,0	14,6
2 „	5,5	8,3
3—5 mal	6,2	12,0
6- und mehrmal	2,2	10,5

Nimmt man an, daß die 3—5 mal Verurteilten je 4 mal, die über 6 mal Verurteilten im Durchschnitt 10 mal verurteilt waren und multipliziert jede Klasse mit ihrer relativen Häufigkeit, so kommen im Jahre 1882 auf je 100 Verurteilte 169 Strafen, also 69 Vorstrafen, im Jahre 1912 dagegen 284 Strafen, also 184 Vorstrafen. Die Vorbestraften machten 1882 nur 24,9 %, dagegen 1912 beinahe die Hälfte aller Bestraften, nämlich 45,4 % aus. Für 1926 bzw. 1927 lauten diese Zahlen 27,2 % bzw. 29,2 %. Die letzten Angaben sind sicher zu gering. Denn die Tilgung von Strafvermerken läßt die Zahl der Vorbestraften zu klein erscheinen. Hierauf weist auch die Anlage zum Strafgesetzentwurf hin. Der Anteil der mehr als 4 mal Vorbestraften an allen Vorbestraften betrug danach in Prozenten:

1921	25,2	1925	26,6
1923	22,9	1926	27,1
1924	23,8	1927	28,0

Die beiden letzten Zahlen sind der Kriminalstatistik für 1927 entnommen. Der Anteil der mehr als viermal Vorbestraften an allen Vorbestraften nimmt also zu. Dies bedeutet eine wachsende Intensivierung der Kriminalität.

Die preußische Gefangenenstatistik liefert folgende Ergänzungen:

Von den Gefangenen mit mindestens einjähriger Strafe waren 1926 vorbestraft:

Zahl der Vorstrafen	m.	w.	Summe	Anteil der w. in %	Verteilung für beide Geschl.
0	4 153	399	4 552	8,75	26,4
1	2 398	154	2 552	6,04	14,8
2	2 526	129	2 655	4,86	15,4
3–5	3 790	178	3 968	4,49	23,0
6–10	2 326	130	2 456	5,31	14,2
11–30	969	56	1 025	5,46	5,9
über 30	42	9	51	17,64	0,3
Summe	16 204	1055	17 259	6,12	100,0

Von den Gefangenen mit mindestens einjähriger Strafe waren 1927 vorbestraft:

0	2 802	273	3 075	8,77	24,0
1	1 751	106	1 857	5,71	14,5
2	1 861	111	1 972	5,63	15,4
3–5	2 755	136	2 891	4,71	22,5
6–10	1 904	116	2 020	5,74	15,7
11–30	936	43	979	4,40	7,6
über 30	32	6	38	15,80	0,3
Summe	12 041	791	12 832	6,6	100,0

Der Anteil der Vorbestraften bei den Gefangenen mit über einjährigen Strafen betrug 1926 bei den Männern 74,4 %, bei den Frauen 62,2 %, 1927 bei den Männern 76,8 % und bei den Frauen 65,4 %. Diese Zunahme ist durchaus symptomatisch, wie sich aus dem folgenden Vergleich mehrerer Jahre ergibt. Die Zahlen für 1928 sind dem Artikel von Schulzke entnommen.

„Erziehungserfolg"

	Gefangene mit mindest. einjähriger Strafe	Darunter Vorbestrafte	in Prozent
1924	31 528	21 483	68,1
1925	22 752	15 599	68,5
1926	17 259	12 707	73,6
1927	12 832	9 757	76,0
1928	11 629	8 836	75,9

Die Zahl der Gefangenen mit über einjährigen Strafen hat weit stärker abgenommen als die allgemeine Kriminalität. Dies

bedeutet, daß die Zahl der kleinen Strafen zugenommen hat. Soweit dies auf den Ersatz der Haft durch Geldstrafen zurückzuführen ist, muß es als günstig gewertet werden; soweit jedoch diese Abnahme der Schwerbestraften eine Zunahme der kleinen Freiheitsstrafen bedeutet, stellt sie eine ungünstige Entwicklung der Rechtspflege dar.

Über die durchschnittliche Häufigkeit der Vorstrafen bei allen Gefangenen kann aus dieser Tabelle nichts geschlossen werden. Wohl aber sieht man, daß der Prozentsatz der Vorbestraften in dieser Kategorie ständig zugenommen hat, d. h. daß der Erfolg der Erziehung durch den Strafvollzug ständig abnimmt. Nimmt man an, daß die 3—5 mal Vorbestraften im Durchschnitt 4 mal, die 6—10 mal Vorbestraften im Durchschnitt 8 mal, die 11—30 mal Vorbestraften im Durchschnitt 20,5 mal und die über 30 mal Vorbestraften im Durchschnitt 32 mal vorbestraft wurden, und multipliziert man diese Klassen mit ihren relativen Häufigkeiten, so erhält man: Jeder weibliche bzw. männliche Gefangene mit über einjähriger Strafe ist 1926 im Durchnitt 3,4 bzw. 3,8 mal vorbestraft.

Im Jahre 1927 ist jeder weibliche Gefangene dieser Kategorie im Durchschnitt 3,6 mal, jeder männliche im Durchschnitt 4,3 mal vorbestraft. Die geringe Straffälligkeit des weiblichen Geschlechts ist aus der Kriminalstatistik bekannt. Auffällig ist jedoch, daß in beiden Jahren der prozentuelle Anteil der Frauen zunächst mit der Zahl der Vorstrafen abnimmt, jedoch bei den über 30 mal Vorbestraften stärker ist als bei allen anderen Kategorien.

Die Preußische Statistik gibt ferner an, welche Zeit zwischen der Entlassung und der Begehung einer neuen strafbaren Handlung verstrichen ist. 1926 verstrickten sich 48%, im folgenden Jahre 40% bereits innerhalb eines Jahres nach ihrer Entlassung wieder in die Maschen des Gesetzes. Diese Tatsachen zeigen, daß von einer erzieherischen Wirkung des Strafvollzugs keine Rede sein kann.

10. Zusammenfassung.

Wenn die Justizverwaltung tatsächlich auf dem von ihr geäußerten Standpunkt steht, daß sie das Licht der Öffentlichkeit nicht zu scheuen habe, ja, daß sie die fördernde Kritik der öffentlichen Meinung wünsche, so ist die jetzige Publikation der Strafvollzugsstatistik für diesen Zweck völlig unbrauchbar. Die Veröffentlichung des gesamten Rohmaterials ohne irgendwelche

Verarbeitung und Zusammenfassung stellt eine glatte Verhöhnung dar. Der Leser muß ein geschulter Fachstatistiker sein, um die entscheidenden Zahlen finden zu können. Zudem muß er zahlreiche Rechnungen selbständig durchführen. Der normale Leser kann den Wald vor lauter Bäumen, die Statistik vor lauter Zahlen nicht sehen.

Allerdings ist die Gliederung der Strafvollzugsstatistik rein statistisch gesehen ausgezeichnet. Aber es ist dringend notwendig, daß neben den Tabellen ein erläuternder Text erscheint, und daß die wichtigsten Resultate zusammengefaßt und hervorgehoben werden. Manche Tabellen sind völlig wertlos, so z. B. die Tabelle 9, die unter etwa 10000 Zahlen etwa 5000 Nullen aufweist.

Trotz der ungeheuer großen Anhäufung von Zahlen fehlen eine Reihe von wünschenswerten Angaben. Die Mitteilungen über die Untersuchungsgefangenen sind dürftig. Es ist zu fordern, daß die darüber im Justizministerium aufgestellte und bisher nicht publizierte Übersicht jedes Jahr erscheint, und daß sie Angaben enthalte über die Anrechnung der zu Recht verbüßten und über die Höhe der Entschädigung für die unschuldig erlittene Untersuchungshaft.

Über die wichtigste Kategorie, die politischen Gefangenen, sagt die Preußische Statistik überhaupt nichts aus. Es fehlen Angaben über die soziale Herkunft der Verurteilten, die Zahl der in Einzelhaft Sitzenden und die Dauer dieser Einsperrung, die Verteilung der Gefangenen nach der Länge der zu verbüßenden Zeit, Angaben über den baulichen Zustand der Anstalten, insbesondere über die Aborte; ferner die Zahl der Gefangenen, die in ihrer Zelle arbeiten mußten, der Erfolg der Beschwerden, die Ursachen der Disziplinierung, die Benutzung der Bibliotheken, die Tätigkeit der Entlassenenfürsorge, die Gnadenpraxis, endlich die Vorbestraften, die Meutereien, Gefangenenbefreiungen und Ausbruchsversuche. Es wäre wünschenswert, wenn die seinerzeit geplante Reichsstatistik des Strafvollzugs verwirklicht würde und diese Angaben brächte.

Die Statistik der Untersuchungshaft macht einen niederschmetternden Eindruck: in einem Jahr sind in Deutschland über 1700 Jahre schuldlos in Untersuchungshaft zugebracht worden. Gegen 10% der erwachsenen männlichen Bevölkerung ist im Jahre 1928 ein Verfahren eingeleitet worden. Die Zahl der Verfahren ist gegenüber 1908 gestiegen, während die Kriminalität angenähert die gleiche war.

Auch die Statistik des Strafvollzugs gibt kein günstiges Bild. So groß man auch die religiösen Bedürfnisse einschätzen mag, besteht kein Grund dafür, daß 10 mal mehr Geistliche als Ärzte etatsmäßig angestellt sind und daß die Gesamtzahl der Geistlichen dreimal so groß ist als der Ärzte.

Die unsinnigen und deswegen undurchführbaren Hausvorschriften müssen zu Disziplinarstrafen und zu Schikanen gegen die Gefangenen führen. Der schauerliche Zustand, daß die schwerste Disziplinarstrafe gleichzeitig die häufigste ist und daß 5 mal mehr Tage in verschärftem Arrest als im leichten zugebracht werden, widerspricht allen pädagogischen Anforderungen. In den Zuchthäusern speziell wurden 1926 100 mal mehr Gefangene mit verschärftem Arrest bestraft als mit leichtem, 1927 noch über 50 mal mehr. Das bezeichnendste Licht auf die Zustände in den Anstalten aber wirft die Tatsache, daß die Selbstmorde trotz ihrer technischen Schwierigkeiten dort häufiger sind als in der freien Bevölkerung. Die Angaben über das Fehlen der Tuberkulosesterblichkeit sind völlig unglaubwürdig.

Die Arbeit ist gewiß das beste Erziehungsmittel. Aber der Wille zu ihr muß bei den grotesken in den Anstalten gezahlten Belohnungen und der grauenhaften Langeweile des Tütenklebens, der typischen Anstaltsarbeit, sehr gering bleiben.

Der Vergleich der Jahre 1926 und 1927 zeigt bei den meisten hier angewandten Kriterien kleine Verbesserungen. Geht man bis auf die Zahlen von 1924 zurück, so erscheint es glaubwürdig, daß es sich hierbei um eine systematische, fortschreitende Tendenz handelt. Aber hiervon ist streng zu trennen das Gesamturteil über den Strafvollzug, zu dem unsere Ziffern zwingen. Der weitverbreitete Glaube an die Existenz eines modernen Strafvollzugs wäre unmöglich, wenn die Strafvollzugsstatistik bekannt wäre. Selbst die radikalsten Kritiker des Strafvollzugs sind an seine Realität nicht entfernt herangekommen. Für kommende Zeiten wird der Strafvollzug der Gegenwart das sein, was für uns die Carolina: eine Barbarei.

Volksfreund, Donnerstag, 16. Oktober 1930

Karlsruhe

Sozialdemokratie, die Sammelpartei gegen Faschismus

Immer mehr wird die Sozialdemokratie diejenige Partei, in der sich alle Kräfte sammeln, die ernsthaft gegen die faschistischen Tendenzen zu kämpfen willens sind. Aus diesem Grunde ist neben der Kampfentschlossenheit der Arbeiterschaft vor allem auch ein Zuwachs aus jenen **Intellektuellenkreisen** zu verzeichnen, denen das Wort Freiheit und **Gerechtigkeit** mehr als ein Schlagwort bedeutet und die im Sozialismus daher die notwendige Entwicklung unserer Zeit sehen. **Aus dieser Tatsache hat nunmehr auch der bekannte Heidelberger** Professor E. J. Gumbel die Konsequenzen gezogen, indem er dieser Tage der **Sozialdemokratischen Partei beigetreten** ist, wobei er diesem Entschluß folgende Begründung beigab:

„Die **Gefahr des Faschismus,** welche 10 Jahe lang latent war, ist heute **offenkundig.** Weite Kreise des Bürgertums stehen bei ihm. In der Reichswehr und Justiz, in Verwaltung und Erziehung hat er dank der ständigen, ihm gewährten Nachgiebigkeit feste Wurzeln gefaßt. Ihm ist die Durchdringung des Apparates gelungen. In dieser drängenden Stunde müssen **alle Kräfte zusammengehen,** die auf der Seite der Arbeiterschaft stehen. Der Kampf gegen den Faschismus kann erfolgreich nur als ein **Kampf um die Verwirklichung des Sozialismus** geführt werden. Wenn die SPD. die Ursachen ihrer Wahlniederlage sieht und erkennt, daß die bürgerlichen Parteien die **Methaden der Demokratie** dann verlassen, sobald ihre Herrschaft bedroht ist, wird sie diejenige Partei werden, welche mit den wirkungsvollsten, also auch mit außerparlamentarischen Mitteln den Faschismus bekämpft. Um hieran mitarbeiten zu können melde ich mich zur Mitgliedschaft an."

Sonderdruck

ARCHIV
FÜR
SOZIALWISSENSCHAFT
UND
SOZIALPOLITIK

BEGRÜNDET VON

WERNER SOMBART, MAX WEBER UND EDGAR JAFFE

IN VERBINDUNG MIT

JOSEPH SCHUMPETER UND ALFRED WEBER

HERAUSGEGEBEN VON

EMIL LEDERER

64. BAND / 1. Heft

Mit 6 Abbildungen

TÜBINGEN
VERLAG VON J. C. B. MOHR (PAUL SIEBECK)
1930

Dieser Sonderdruck ist im Buchhandel nicht erhältlich.

Probleme der Strafvollzugsstatistik.

Von

E. J. GUMBEL.

Der Strafvollzug ist, verglichen mit anderen Rechtsgebieten, heute für die meisten Juristen und erst recht für die breite Öffentlichkeit eine terra incognita. Dies liegt in seiner Natur. Während der Text eines bestehenden Gesetzes jedermann zugänglich ist, während die Schaffung neuer Gesetze sich in den demokratisch regierten Staaten zum mindesten im Prinzip öffentlich vollzieht, während die meisten Urteile öffentlich verkündet werden und sogar die unter Ausschluß der Öffentlichkeit gefällten Urteile öffentlich bekannt und nötigenfalls kritisiert zu werden pflegen, spielt sich der Strafvollzug hinter hohen Mauern und verschlossenen Türen ab.

Quellen der Erkenntnis des Strafvollzugs.

Viererlei Quellen geben uns Kenntnis von ihm. Für den reinen Juristen existiert nur das Gesetz. Er identifiziert es mit der Realität, die so zu der dem Juristen eigentümlichen Realität wird. Diese Erkenntnistechnik ist eine der Ursachen seiner sogenannten Weltfremdheit. Selbstverständlich ist das, was im Gesetz über den Strafvollzug enthalten ist, auch allgemein gesehen wichtig. Wenn nun einem solchen Gesetz sogenannte moderne Gedanken zugrunde liegen, so wird häufig hieraus geschlossen, daß sie auch praktisch herrschen. Aber zunächst kann der Wille des Gesetzgebers sich im Gesetz nie in vollkommener Weise ausdrücken. Daher ist in vielfacher Richtung das, was nicht im Gesetz steht, wichtiger als sein Wortlaut. Zwischen jedem Gesetz und seiner Realisierung liegt ferner notwendigerweise eine weite Kluft, ausgefüllt durch Ausführungsbestimmungen und Dienstvorschriften und die hierauf beruhende Tätigkeit einer breiten Schicht der Bürokratie, deren Willen mit dem des Gesetzgebers nicht übereinstimmen muß. Durch das soziale Milieu kann das Gesetz sich so trotz strengster Einhaltung verändern. Es kann somit aus guten Absichten des Gesetzgebers noch in keiner Weise auf die Realisierung dieses Willens geschlossen werden. Erst recht

gilt dies, wenn die »modernen Gedanken« aus Kann-Vorschriften, der Rest aus Muß-Vorschriften bestehen. Für die Gefangenenanstalten ist endlich der persönliche Einfluß des Anstaltsleiters in weitgehendem Maße ausschlaggebend. Daher ist zu untersuchen, wie groß die Zahl der Gefangenen ist, bei denen die modernen Gedanken faktisch Anwendung finden.

An die Darstellung der Gesetze und Ausführungsbestimmungen knüpft sich eine ausgedehnte, spezielle Strafvollzugsliteratur. Sie stellt kritische Betrachtungen über die geltenden Bestimmungen an und vergleicht verschiedene Systeme und ihre Ergebnisse. Von den Justizministerien, den Strafvollzugsbehörden, den Ausführungsorganen und von wissenschaftlicher Seite werden Forderungen de lege ferenda erhoben. Den humanitären Vorschlägen ist zu danken, daß wenigstens im Prinzip heute als Zweck des Strafvollzugs nicht mehr Sühne, Strafe und Abschreckung, sondern die Erziehung gesetzt wird.

Die dritte Erkenntnisquelle bilden die Eindrücke aus Besichtigungen und Besuchen und die Berichte Entlassener. Sie stellen ihrer logischen Struktur nach die Umkehrung der ersten beiden Erkenntnismethoden dar. Während dort das Allgemeine, steht hier das Besondere im Vordergrund. Bei der Besichtigung greift eine vielfache Siebung Platz. Zunächst ist der Besichtigende bereits eine ausgewählte Persönlichkeit. Dann beobachtet er nicht selbständig, sondern ihm wird gezeigt. Aus propagandistischen Gründen ausgewählte Gefängnisse oder ausgewählte Teile oder ausgesuchte Gefangene lassen, besonders wenn der Besuchende dem Gefängniswesen an sich fremd gegenübersteht, wenn ihm die Psyche der doch zumeist der Unterklasse angehörenden Gefangenen fremd ist, endlich wenn er gar die Sprache der Leute nicht versteht, in dem Besucher jeweils die der Verwaltung erwünschten Eindrücke entstehen. Durch geeignete Auswahl aus einer vielfältigen Masse lassen sich nämlich, wenn der Betrachtende nur die Auswahl kennt und wenn sie sich ihm als typisch für die ganze Masse darstellt, beinahe beliebige Resultate erzielen.

Bei den Berichten der Entlassenen steht nicht der Wille des Strafenden, Bessernden, Sichernden, sondern der von diesem Willen Betroffene im Vordergrund. Gerade extreme Fälle spielen hier eine besondere Rolle, und dies mit Recht. Denn sie zeigen den Rahmen des wirklich Vorhandenen, also wie der Volksmund sich plastisch ausdrückt, nur, »was alles möglich ist«. Berichte der Besucher und Angaben der Entlassenen werden so normalerweise in Widerspruch stehen, da sie zwei entgegengesetzte Extreme erfassen und über die Norm nichts aussagen.

Hier setzt nun die vierte Erkenntnisquelle, die Statistik, ein. Auch sie hat ihre Grenzen. Denn wie beim Gesetz das zwischen den Zeilen Stehende, so kann hier das zwischen den Zahlen Stehende das Entscheidende sein. Statistik zu lesen ist eine Kunst. Da sie nicht allzuweit verbreitet ist, entsteht die übliche Auffassung: Mit der Statistik kann man alles beweisen. Ein Satz von unbezweifelbarer Richtigkeit, wenn man ihn verallgemeinert: mit falschen Methoden

läßt sich alles beweisen. Die Einwände gegen solche Statistik sind um so mehr berechtigt, als es leider üblich ist, Statistik nicht aus erster, sondern aus zehnter Quelle zu entnehmen. Notwendig ist dies nicht.

In seiner groß angelegten Moralstatistik (Statistik und Gesellschaftslehre, III. Bd., Tübingen, 1917) hat Georg von Mayr als Aufgabenkreis der Strafvollzugsstatistik die zahlenmäßige und erschöpfende Darstellung folgender Vorgänge postuliert:

1. Aufschub und evtl. Wegfall des Strafvollzugs bei bedingter, bereits im Urteil vorgesehener Begnadigung. Hierzu gehört die Zubilligung von Bewährungsfristen und der Nachweis, in welchem Umfang und bei welchen Delikten hierdurch Strafen erlassen wurden, aber auch in welchen und wievielen Fällen dieser Vorzug widerrufen wurde. Speziell ist es wichtig, die Zahl der Jugendlichen und der Delikte zu kennen, bei denen von Strafen abgesehen wurde, wobei Zwangserziehung an ihre Stelle trat. Auch über deren Häufigkeit und Erfolg sind Angaben zu fordern.

2. Vollzug der Todesstrafe; d. h. Gegenüberstellung der verhängten und ausgeführten Todesurteile.

3. Vollzug der Freiheitsstrafen, also Gefangenenstatistik. Sie ist das zentrale Gebiet der Strafvollzugsstatistik und mit ihr werden wir uns im folgenden hauptsächlich zu beschäftigen haben. Dabei ist zu beachten, daß die Gefangenenstatistik auch über die Strafvollzugsstatistik hinausgeht, denn zu ihr gehört auch die Statistik der Untersuchungshaft.

4. Vollzug der Geldstrafen. Hierbei soll die Verteilung nach der Höhe der erkannten Strafen und nach einzelnen Deliktsgruppen der ebenso gegliederten Verteilung der tatsächlich bezahlten Summen gegenübergestellt werden. Umgekehrt gehört hierzu auch die Verwandlung von nicht eintreibbaren Geld- in Haftstrafen.

5. Vollzug der Verbannung, Transportation, Deportation, Relegation. Für die deutsche Statistik kommt hiervon nur die Angabe der Orts-, Landes- und Reichsverweisungen in Betracht.

6. Strafvollzugsänderungen, welche Mayr Strafvollzugsstörungen nennt. Hierzu gehört die zeitliche Hinausschiebung und die frühere Beendigung von Haftstrafen sowie ihre Umwandlung in andere Arten und in Geldstrafen, endlich der Wegfall des Strafvollzugs durch Flucht, Tod oder andere Gründe. Auch hierbei ist die vollständige Gegenüberstellung der Verteilung der verhängten und der schließlich abgebüßten Strafen nach Art, Dauer und einzelnen Deliktsarten unter Angabe eventueller Nebenstrafen wünschenswert. Einen besonders wichtigen Teil dieses Abschnittes bilden die Begnadigungen und Amnestien. Denn hier handelt es sich um Vorgänge von großer politischer Bedeutung.

Materialien.

Die Strafvollzugsstatistik wird zur Moralstatistik gerechnet. Speziell gehört sie zur Statistik der Strafrechtspflege. Sie hängt also zunächst mit der Justizstatistik zusammen. Die vom Reichsjustiz-

ministerium herausgegebene deutsche Justizstatistik war vornehmlich eine Geschäftsstatistik, also ein Nachweis der verschiedenen gerichtlichen Handlungen. Sie enthielt die Zahl der bei den Gerichten anhängig gewordenen Anklagesachen und deren Erledigung, speziell die Zahl der eröffneten Hauptverfahren, die verschiedenen Kategorien von Anklagesachen und ihre Verteilung auf die verschiedenen Strafgerichte und Nachweisungen über die Rechtsmittel, also nichts, was sich auf den Strafvollzug bezieht.

Die Betrachtung der Reichsjustizstatistik erübrigt sich zudem, weil sie seit 1920 nicht mehr erscheint. Der letzte Band behandelte die Jahre 1914 und 1915. Die in den Vierteljahrsheften zur Statistik des Deutschen Reiches veröffentlichte Justizstatistik enthält nur die Zahl der Zivil- und Strafprozesse in den verschiedenen Instanzen, in den einzelnen Ländern und bei den verschiedenen Gerichten, also nichts auf den Strafvollzug Bezügliches.

Die bayerische Justizstatistik enthielt die Zahl der Untersuchungs-, Straf- und Schubgefangenen sowie der jugendlichen Strafgefangenen nach einzelnen Oberlandesgerichtsbezirken, die Zahl der Verpflegungstage und die durchschnittliche Tagesbelegung für die Gerichtsgefängnisse und Strafanstalten, sowie Angaben über die vorläufige Entlassung und bedingte Begnadigung. Für die Gegenwart ist sie wertlos, da der letzte erschienene Band das Jahr 1915 behandelt. Für die spätere Zeit finden sich einzelne Angaben im bayerischen statistischen Jahrbuch und in der Zeitschrift des bayerischen statistischen Landesamtes.

Etwas detaillierter sind die »Übersichten der Verwaltung der Rechtspflege für den Freistaat Württemberg«, wie sie zum Teil im Statistischen Handbuch für Württemberg abgedruckt sind. Insbesondere wird hierbei das Alter, die früheren Bestrafungen, die bedingten Begnadigungen und Ansätze einer sozialen Differenzierung der Anstaltsbevölkerung gegeben.

Ausgezeichnete Angaben lieferte auch die badische Justizstatistik. Ihre nähere Betrachtung entfällt jedoch, da der letzte erschienene Band die Verhältnisse des Jahres 1914 schildert.

Dagegen muß die Kriminalstatistik für das Deutsche Reich berücksichtigt werden. Allerdings ist sie vom Standpunkt des Strafvollzugs nicht sehr ertragreich, zudem für verschiedene Jahre in ganz verschiedenem Umfang publiziert. Eine Zusammenfassung findet sich in der Anlage II zum Strafgesetzentwurf (Die Entwicklung der Kriminalität seit 1882). Die wichtigsten Zahlen seit 1882 sind in der Kriminialstatistik für 1927 wiedergegeben. Im Prinzip leidet die deutsche Kriminalstatistik daran, daß sie nur die wegen Verbrechen und Vergehen gegen Reichsgesetze Verurteilten umfaßt. Es fehlen also die wegen Übertretungen überhaupt und wegen landesrechtlicher Delikte Bestraften, endlich auch die Statistik der eingeleiteten Verfahren.

Die Kriminalstatistik für 1927 enthält für jedes Delikt die Zahl der Einstellungen, der Freisprechungen und der Verurteilungen. Bei den Verurteilten wird angegeben, ob sie männlich oder weiblich, erwachsen oder jugendlich waren. Bei den Strafen wird unterschieden:

Geldstrafe, Arrest, Haft, Festungshaft, Gefängnis und zwar bis zu 3 Monaten, von 3 Monaten bis zu einem Jahr und über ein Jahr, zeitiges und lebenslängliches Zuchthaus und Todesstrafe. Obwohl diese Einteilung bereits viele Kategorien umfaßt, wäre eine weitere Detaillierung der zu Gefängnis und Zuchthaus Verurteilten wünschenswert, wenn nicht für jedes einzelne Delikt, so doch wenigstens für alle Delikte zusammengenommen.

Für die Strafvollzugsstatistik ist auch die in der Kriminalstatistik enthaltene Altersverteilung, soziale Zusammensetzung und der Anteil der Jugendlichen, Frauen und Vorbestraften an der kriminellen Bevölkerung von Bedeutung. Bei den Rückfälligen ist die Häufigkeit der Vorstrafen und die Länge der zwischen den einzelnen Verurteilungen verstrichenen Zeit von Interesse.

Die Kriminalstatistik enthält somit zwar keine Angaben über den Strafvollzug selbst. Sie gibt jedoch wertvolle Mitteilungen über die Zusammensetzung der Bevölkerung, an welcher die Strafen vollzogen werden.

In den Strafvollzugsgrundsätzen von 1923 ist eine alljährlich erscheinende Statistik nach einem vom Reichsjustizminister aufzustellenden Muster vorgesehen. »Dieser Plan hat bisher nicht verwirklicht werden können«, so schreibt die einzige, bisher vorliegende Statistik des Gefängniswesens im Deutschen Reich, ein dünnes Heft von 16 Seiten, welches vom Reichsjustizminister am 8. Februar 1929 dem Reichstag vorgelegt wurde. Sie gibt im wesentlichen nur den Zustand der Gefängnisse und Zuchthäuser an einem Stichtag, nämlich dem 1. Juli 1927 wieder, und enthält nur wenige den Strafvollzug charakterisierende Zahlen. Denn sie berichtet weniger über die Vorgänge beim Strafvollzug, als über die ihm zugrunde liegenden Einrichtungen.

Aber auch ohne die Existenz einer das ganze Reich umfassenden Statistik sind wir über die Summe des Leides, das sich hinter den Gefängnis- und Zuchthausmauern verbirgt, aus preußischen Statistiken ausreichend orientiert. Die »Statistik der dem Preußischen Ministerium des Innern unterstellten Strafanstalten und Gefängnisse« reicht bis 1894 zurück. Seit 1902 existiert die »Statistik der Gefangenenanstalten der Justizverwaltung in Preußen«. Sie berichtet über die zum Justizministerium gehörenden Anstalten. Die Trennung der beiden mit dem Strafvollzug betrauten Verwaltungen wurde 1918 aufgehoben. Seitdem unterstehen alle preußischen Anstalten dem Justizministerium. Der letzte zur Zeit vorliegende Band der Statistik, gedruckt im Strafgefängnis Berlin-Tegel, behandelt das Rechnungsjahr 1927 (1. April 1927 bis 31. März 1928). Er berichtet, wie die früheren Bände, über Festungshaftanstalten, Gefängnisse und Zuchthäuser.

Somit verfügen wir über zahlenmäßige Angaben für alle preußischen, also für die Mehrzahl der deutschen Anstalten, seit mindestens 26 Jahren. Aber diese wichtige Quelle hat sowohl bei den Verteidigern wie bei den Kritikern des Strafvollzugs kein Interesse gefunden. Es entsteht sogar der Eindruck, daß diese Statistik kaum ge-

lesen, zum mindesten kaum benutzt worden ist. Ein so umfassend angelegtes Buch, wie Bumkes »Strafvollzug« enthält z. B. auf 537 Seiten an zahlenmäßigen Angaben nur kleine Tabellen, die bezeichnenderweise als Anmerkungen gebracht werden. Dementsprechend gering ist sein Wert als Quelle realer Erkenntnis.

Diese Vernachlässigung einer wichtigen Quelle liegt zum großen Teil daran, daß diese Statistik genau in der Form dargeboten wird, wie sie nicht sein sollte. In den früheren Jahren existierten Vorbemerkungen, Erläuterungen der verwendeten Begriffe, kurze Zusammenfassungen der Resultate und Hinweise auf ihre Bedeutung. Dies alles ist jetzt weggefallen. Seit 1924 enthalten diese Statistiken keine Zeile Text. Sie bestehen nur aus ungeheuer weit gegliederten Tabellen. Weil sie zuviel enthalten, kann das Gros der Leser aus ihnen einfach nichts entnehmen. Denn 411 Seiten mit ca. 13 Spalten und 25 Zeilen, also etwa 133 000 Zahlen stürzen auf ihn ein. Nun steht Tabellenfurcht einem Statistiker schlecht an. Aber allzu weit getriebene Gliederung einer Tabelle hat im Grunde eine antistatistische Tendenz, da nämlich dann die Statistik aufhört und nur mehr Einzelfälle übrig bleiben. Die letzte Konsequenz ist ein Tabellenmonstrum, in dem nur die beiden Zahlen 0 und 1 vorkommen.

So führt auch die allzu weit gegebene Gliederung der vorliegenden Statistik dazu, daß die großen Linien vollkommen verschwinden und der Betrachter die wichtigen Tatsachen sich erst auf mühevolle Weise erarbeiten muß. Denn es kommt nicht auf die in den Tabellen aufgeführten Zahlen für jede einzelne Anstalt, sondern auf das Gesamtbild an.

Wenn die Justizverwaltung tatsächlich auf dem von ihr geäußerten Standpunkt steht, daß sie das Licht der Öffentlichkeit nicht zu scheuen habe, ja, daß sie die fördernde Kritik der öffentlichen Meinung wünscht, so ist die jetzige Form der Publikation für diesen Zweck völlig unbrauchbar. Denn hier liegt nur eine Veröffentlichung des gesamten Rohmaterials ohne irgendwelche Verarbeitung und Zusammenfassung vor. Eine solche Publikation stellt eine glatte Verhöhnung dar. Der Leser muß ein geschulter Fachstatistiker sein, um die entscheidenden Zahlen finden zu können. Zudem muß er zahlreiche Rechnungen selbständig durchführen. Der normale Leser kann den Wald vor lauter Bäumen, die Statistik vor lauter Zahlen nicht sehen.

Allerdings ist die Gliederung der Strafvollzugsstatistik, rein statistisch gesehen, ausgezeichnet. Aber es ist dringend notwendig, daß neben den Tabellen ein erläuternder Text erscheint und daß die entscheidenden, wichtigsten Resultate zusammengefaßt und hervorgehoben werden. Manche Tabellen sind völlig wertlos, so z. B. die Tabelle 9, die unter ca. 10 000 Zahlen etwa 5000 Nullen aufweist.

Bedauerlich ist auch, daß diese Statistik regelmäßig ziemlich spät erscheint und somit kein Bild des bestehenden Zustandes liefert. Ein Aufsatz von Schulzke »Der preußische Strafvollzug vom 1. April 1924 bis 31. März 1929 im Spiegel der Statistik« in den Bundesnach-

richten der Gefängnisbeamten, 20. Jahrgang Nr. 12, enthält einige Zahlen aus der bisher nicht veröffentlichten Statistik für 1928. Ferner ist heranzuziehen die von Sauthoff und Schulzke bearbeitete »Anleitung zur Aufstellung und Nachprüfung der Statistik über die Gefangenenanstalten der Justizverwaltung in Preußen«, Berlin 1927. Auch die vom preußischen Justizministerium herausgegebene Broschüre »Strafvollzug in Preußen« enthält einzelne statistische Angaben. Sie gehen jedoch naturgemäß kaum über die der preußischen Gefangenenstatistik hinaus.

Über die Fürsorgeerziehung finden sich einige Zahlen im Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich auf Grund der Reichsjugendwohlfahrtsstatistik, ferner in der Zeitschrift des Bayerischen Statistischen Landesamtes. Endlich enthalten die Vierteljahrshefte der Statistik des Deutschen Reichs Mitteilungen über Auslieferungen, Einlieferungen und Durchlieferungen.

Untersuchungshaft.

Über die Untersuchungshaft ist aus den bisherigen Quellen fast nichts zu entnehmen. Hierüber existiert jedoch ein ausgezeichnetes Material, nämlich eine hektographierte Übersicht, welche der preußische Justizminister dem Hauptausschuß des Landtages im Jahre 1926 vorlegte. Ihr Titel lautet: »Übersicht über die bei den Staatsanwaltschaften, bei den Amtsanwaltschaften, im Vorverfahren und bei dem Amtsrichter oder bei dem Jugendgericht im Hauptverfahren in der Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember 1925 beendeten Fälle von Untersuchungshaft auf Grund richterlichen Haftbefehls«. Eine entsprechende Übersicht existiert auch für die Jahre 1908 und 1929.

Diese Statistik gibt vor allem die Art der Beendigung der Untersuchungshaft an. Denn sie ist eingeteilt in 4 Kategorien, nämlich: Einstellung durch die Staatsanwaltschaft, durch das Gericht, Freispruch und Verurteilung. Die ersten drei Kategorien wird man als zu Unrecht, also schuldlos, die letzte als zu Recht erlittene Untersuchungshaft bezeichnen. Für jede dieser Kategorien enthält die Statistik Angaben darüber, wieviele Untersuchungsgefangene nach einer Haft von bis zu 2 Wochen, wieviele nach 2—4 Wochen, wieviele nach 4—12 Wochen und wieviele nach einer Untersuchungshaft von über 3 Monaten entlassen wurden. Nimmt man für jede dieser vier Kategorien einen bestimmten Durchschnittswert an, so läßt sich leicht abschätzen, welche Zeit zu Recht und schuldlos in Untersuchungshaft zugebracht wurde. Diese Zahlen beziehen sich jedoch nur auf Preußen, auf ein halbes Jahr und die in diesem Zeitraum beendeten Fälle von Untersuchungshaft wegen Verbrechen und Vergehen.

Aber die Untersuchungshaftkann auch bei Übertretungen verhängt werden. Wer »ungebührlicherweise ruhestörenden Lärm erregt«, oder den bekannten »groben Unfug« verübt, kann unter gewissen,

vom Gesetz vorgesehenen Umständen in Untersuchungshaft genommen werden, obwohl die Höchstdauer der bei Übertretungen angedrohten Strafe nur 6 Wochen beträgt.

Auch für die Übertretungen enthält die Statistik Angaben über die schuldlos und zu Recht in Untersuchungshaft verbrachte Zeit und zwar abgestuft für die Dauer bis zu einer Woche, 1—2 Wochen, 2—4 Wochen und mehr als 4 Wochen. Daher lassen sich die gleichen Schätzungen wie bei den Verbrechen und Vergehen auch bei den Übertretungen anstellen.

Wenn im folgenden die Hauptergebnisse der verschiedenen in unser Gebiet gehörenden Statistiken im wesentlichen für 2 Jahre aufgeführt werden, so wird es uns weniger auf letzte Genauigkeit als auf die großen Linien ankommen. Infolge der Unvollständigkeit der Angaben mußten dabei Schätzungen vorgenommen werden. Die hierzu verwandten Methoden können an dieser Stelle nur kurz angedeutet werden; sie sind in einem längeren Artikel, welcher in der vom Republikanischen Richterbund herausgegebenen Zeitschrift »Die Justiz« (Bd. V., H. 11) erscheinen wird, ausführlich dargestellt.

Die Statistik der Untersuchungshaft macht einen niederschmetternden Eindruck. Umgerechnet auf das Reich, auf alle, also auch die noch nicht beendeten Fälle von Untersuchungshaft und auf ein Jahr kommt man zu dem Schluß: Angenähert 180 000 Personen wurden 1925 in Untersuchungshaft genommen. Etwa 16 000 davon waren schuldlos. Sie haben mindestens 17 000 Jahre in Untersuchungshaft zugebracht, wovon mindestens 1700 zu Unrecht abgesessen wurden. Gegen 10% der erwachsenen männlichen Bevölkerung ist im Jahre 1925 ein Verfahren eingeleitet worden. Dieser Prozentsatz hat sich gegenüber 1908 erhöht.

Für die schuldlos in Untersuchungshaft verbrachte Zeit kann, aber muß nicht, eine Entschädigung gewährt werden. Welche Summen auch gezahlt werden — die Höhe ist unbekannt — die schuldlos verbrachte Untersuchungshaft stellt ein nicht wieder gutzumachendes Übel dar. Denn sie zieht normalerweise alle Folgen einer Verurteilung mit sich. Das Übel der schuldlos verbüßten Untersuchungshaft ist um so größer, je geringer die Straftat ist, welche dem Inhaftierten, und dies zu Unrecht, vorgeworfen wurde. Das schwerste Unrecht stellt also die wegen Übertretung schuldlos verbrachte Zeit dar. Die hohen Zahlen der schuldlos Inhaftierten und die Länge der von ihnen in Untersuchungshaft verbüßten Zeit lassen die Forderung einer Einschränkung der Untersuchungshaft und einer stärkeren Nachprüfung der hierfür maßgeblichen Gründe berechtigt erscheinen.

Leider wird die interessante Statistik der Untersuchungshaft bisher nicht publiziert. Es ist zu fordern, daß sie jedes Jahr erscheint und daß sie auch Angaben enthalte über die Anrechnung der Untersuchungshaft und über die Höhe der Entschädigung für die unschuldig verbüßte Zeit.

Gefangenenstatistik.

Im folgenden beschränken wir uns auf die Angaben der preußischen Statistiken, da sie am besten detailliert und die neuesten sind, diejenigen Anstalten betreffen, in denen der »moderne« Strafvollzug am besten durchgebildet ist, endlich die Mehrzahl aller deutschen Gefängnisse umfassen.

Eine vollständige Wiedergabe der gerade in bedeutungslosen Einzelheiten außerordentlich aufschlußreichen preußischen Gefangenenstatistik ist hier nicht beabsichtigt. Es genügt, die großen Linien zu erkennen. Zum Vergleich und zur Ergänzung wird auch die Reichsstatistik herangezogen werden.

Die ersten Tabellen behandeln die allgemeinen Verhältnisse in den Anstalten und ihre Belegung. Danach betrug die durchschnittliche Tagesbelegung 46 000 Mann im Jahre 1926 und 36 700 Mann im folgenden Jahr. Die Gesamtzahl der Gefangenen, die im Laufe eines Jahres durch die Anstalten gewandert sind, betrug dagegen 363 000 bzw. 281 000. Sie haben 45 000 bzw. 36 500 Jahre in den Anstalten zugebracht. Die Zahlen für 1927 sind somit niedriger als die des vorangegangenen Jahres. Dies hängt mit der relativen Zunahme der Geldstrafen gegenüber den Freiheitsstrafen zusammen.

Ferner geben die ersten Tabellen die Zahl der Einzelhaftzellen und der Gemeinschaftsräume an. Dies hängt mit einer wichtigen Unterscheidung innerhalb des Strafvollzugs zusammen. Die Strafvollzugsgrundsätze von 1923, welche gegenüber den alten Bundesratsbestimmungen von 1897 einen Fortschritt darstellen, unterscheiden nämlich zwischen Einzel-, Zellen- und Gemeinschaftshaft. Bei der Einzelhaft wird der Gefangene bei Tag und Nacht von den anderen Gefangenen gesondert gehalten. Dies bedeutet ein absolutes Sprechverbot, das bis zu drei Jahren ausgedehnt werden kann. Auch bei der Zellenhaft wird der Gefangene Tag und Nacht, insbesondere bei der Arbeit, allein gehalten. Beim Spaziergang, beim Gottesdienst und beim Unterricht kann er aber andere Gefangene wenigstens sehen. Nur die Gemeinschaftshaft gibt dem Gefangenen regelmäßig, insbesondere bei der Arbeit, die Möglichkeit, mit anderen Gefangenen zu sprechen. Leider enthält die Statistik keine Angaben, wieviele Gefangene und wie lange sie in der Zellenhaft mit ihrem undurchführbaren Sprechverbot gehalten werden.

Die zweite Tabelle der preußischen Gefangenenstatistik gibt den Bestand des Anstaltspersonals am Schluß des Haushaltsjahres. Hierbei werden die etatsmäßigen und nichtetatsmäßigen Beamten, die nebenamtlich beschäftigten Beamten der Justizverwaltung und die vertragsmäßig angestellten unterschieden. In Preußen waren 1926 etatsmäßig angestellt 78 Pfarrer und 4 Ärzte, 1927 dagegen 74 Pfarrer und 7 Ärzte. Im Jahre 1929 wurde die Zahl der Ärzte auf 17 vermehrt. So groß man auch die religiösen Bedürfnisse einschätzen mag, es besteht kein Grund dafür, daß viermal mehr Geistliche als Ärzte etatsmäßig angestellt sind.

Im Reich waren im Strafvollzug etwa 15 000 Personen beschäftigt, davon 1200 Pfarrer, gegen 800 Ärzte und 200 Lehrer. Doch sind diese Zahlen nicht ganz vergleichbar, weil in Preußen die je nach Bedarf Zugezogenen nicht angegeben sind.

Über die hygienischen Zustände in den Anstalten existieren nur wenig Angaben. Es ist anzunehmen, daß die Mehrzahl der Zellen den stets stinkenden Kübel enthalten. 4% aller Zellen in den preußischen Anstalten sind nach der Reichsstatistik unheizbar, 32% ohne Licht; es ist jedoch unbekannt, wieviele dieser Zellen tatsächlich benutzt werden.

Die Angaben über Tuberkulose sind völlig ungenügend. In der Tat starben 1926 in preußischen Anstalten ganze 4 Tuberkulöse, 1927 wörtlich keiner. Dabei stellt die Tuberkulose die typische Gefängniskrankheit dar. Aus solchen völlig unglaubwürdigen Zahlen muß vermutet werden, daß die wegen Tuberkulose Haftentlassenen bereits Todeskandidaten gewesen sind.

Überhaupt wurden wegen Krankheiten 1156 Gefangene im Jahre 1926, im folgenden Jahr 924 entlassen. Wieviele davon kurze Zeit darauf verstorben sind, ist nicht bekannt. In den Anstalten sind im ersten Jahr 115 Personen verstorben, im zweiten 102. Als Todesursache wird hierbei in 70 bzw. 49 Fällen Selbstmord angegeben.

Unter Benutzung der richtigen statistischen Kriterien ergibt sich, daß die Selbstmorde trotz ihrer technischen Schwierigkeiten in den Anstalten häufiger sind als unter der freien Bevölkerung. Hierbei muß insbesondere berücksichtigt werden, daß die freie Bevölkerung ein ganzes Jahr, die Anstaltsbevölkerung nur einen Bruchteil des Jahres in bezug auf Selbstmord unter Beobachtung steht.

Die Zahl der geistig Minderwertigen und die »Zahl der infolge ihrer geistigen Minderwertigkeit für einen geordneten Strafvollzug ungeeigneten Gefangenen« ist nach der Reichsstatistik nur für die großen Anstalten bekannt. Umgerechnet auf alle Anstalten des Reichs ergibt sich: Angenähert 10 000 geistig Minderwertige waren 1927 in Strafanstalten eingesperrt. Mindestens 2500 davon standen so niedrig, daß sie nicht einmal der Ordnung des Strafvollzugs angepaßt werden konnten. Die preußische Statistik weist für 1927 offiziell 669 Geisteskranke auf, die sich in Zuchthäusern und Gefängnissen befanden, davon 18 zu lebenslänglichem Zuchthaus Verurteilte.

Die allzu strengen, deswegen undurchführbaren Hausvorschriften wie das Sprechverbot, müssen zu Disziplinarstrafen führen. Tabelle 6 gibt hierüber Auskunft. Vorbildlich schlecht sind die hier vorliegenden Angaben über die Ursachen der gegen die Gefangenen verhängten Disziplinarstrafen. So heißt es in der Statistik von 1927, daß 136 Gefangene wegen tätlicher Widersetzlichkeit, 1173 wegen Unfleißes oder anderer Verfehlungen im Arbeitsbetrieb und 8602 wegen sonstiger Verstöße bestraft wurden. Angaben über Meuterei und ähnliche Vorgänge fehlen.

Die schwerste Disziplinarstrafe, der verschärfte Arrest, ist gleich-

zeitig die häufigste. In den Zuchthäusern ist der leichte Arrest praktisch unbekannt. Dieser Zustand widerspricht allen pädagogischen Anforderungen.

Als sogenannte Sicherheitsmaßnahme wird auch die Fesselung verwendet und zwar in den Jahren 1926 und 1927 in 294 bzw. 211 Fällen. Wieviele Frauen gefesselt wurden, ist nicht angegeben. 25 Fesselungen des Jahres 1926 und 14 Fesselungen des folgenden Jahres dauerten über 2 Wochen. Die Höchstdauer ist nicht angegeben.

Vielfach wird das Stufensystem als eine moderne Errungenschaft gefeiert, da es erzieherisch wirke und den Gefangenen moralisch fördere. Die preußische Statistik widmet dem Strafvollzug in Stufen keine Zeile. Dies mit Recht. Denn statistisch gesehen spielt er nicht entfernt die Rolle, die ihm die Anhänger des »modernen Strafvollzugs« zuschreiben. So zeigt die Reichsstatistik, daß 29,5% der Gefangenen am 1. Juli 1927 in der zweiten und 2,9% in der obersten, dritten Stufe waren. Die Untersuchungsgefangenen sind hierbei bereits ausgeschaltet. Demnach befanden sich in der untersten Stufe oder außerhalb des Stufensystems 67,6% der Gefangenen. Die oberste Stufe wies in Preußen ganze 559, im Reich 1487 Mann auf. Es ist anzunehmen, daß wenigstens die Größenordnung dieser Zahlen allgemeingültig ist.

In der üblichen Strafvollzugsliteratur wird stets von den relativen Freiheiten geredet, welche die Gefangenen der obersten Stufe genießen. Aber entscheidend ist die Tatsache, daß nur 2,9% aller Gefangenen diese Vergünstigungen genießen. Dieser Prozentsatz bezieht sich auf die gesamte Anstaltsbevölkerung. Der Gefangene kann nun die Beweise seiner angeblichen Besserung erst nach 3 oder gar 6 Monaten liefern. Wenn man die Zahl der in den oberen Stufen Befindlichen auf die Anstaltsbevölkerung umrechnet, welche entsprechend der bereits von ihr verbüßten Zeit aufrücken kann, so würde der Prozentsatz der in den oberen Stufen Befindlichen größer werden. Da aber die Verteilung der Anstaltsbevölkerung auf die Länge der bereits verbüßten Strafen nicht angegeben ist, läßt sich diese Rechnung nicht durchführen.

In der Praxis kommt das Stufensystem nur den zu längeren Strafen Verurteilten zugute. Es belastet also am stärksten die Kurzfristigen, d. h. diejenigen, für die die Rückkehr in ein relativ geordnetes bürgerliches Leben an sich am leichtesten ist und denen sie noch erleichtert werden sollte.

Das beste Erziehungsmittel ist gewiß die Arbeit. Im Prinzip müssen auch alle Gefangenen arbeiten. Auf den einzelnen arbeitenden Gefangenen gerechnet nehmen die Anstalten im Tag etwa 66 Pf. ein, während nach den Strafanstaltsgrundsätzen die Löhne für die Gefangenenarbeit den Löhnen der freien Arbeiter nach Möglichkeit angegliedert werden sollen. Von den aus der Arbeit der Gefangenen stammenden Einnahmen der Anstalten erhalten die Gefangenen etwa ein Viertel, also 16 Pf. im Tag. Bei so geringen Bezahlungen und der grauenhaften Langeweile des Tütenklebens oder Bürstenbindens,

der typischen Anstaltsarbeiten, muß der Wille zur Arbeit sehr gering bleiben. Eine besondere Erschwerung stellt es dar, wenn der Gefangene in seiner Zelle arbeiten muß. Öffnet er »eigenmächtig« wegen Staubentwicklung das Fenster, so macht er sich bereits eines Vergehens gegen die Hausordnung schuldig. Leider enthält die Statistik keine Angaben über die Zahl der Gefangenen, die in ihrer Zelle arbeiten mußten.

Die Tabelle 20 gibt für jedes Gefängnis die schließlich bei der Entlassung ausgezahlten Arbeitsbelohnungen und zwar abgestuft nach 3 Kategorien: in Höhe bis zu 15 RM., 15—50 RM. und mehr als 50 RM.; ferner die besonderen Geldunterstützungen. Nach langwierigen Rechnungen kann man hieraus die wesentlichen Zahlen entnehmen: Die Auszahlungen bei der Entlassung betrugen 1926 in Preußen im Durchschnitt 7 Mark, im nächsten Jahre 8 Mark. Solche Beträge müssen von den Gefangenen als Hohn empfunden werden. Die praktischste Anlage dürfte ein Rausch sein. Der Entlassene steht mittellos auf der Straße. Normalerweise wird er auch keine Arbeit finden. Häufig muß er zum Verbrechen zurückkehren.

Begnadigungen.

Die preußische Gefangenenstatistik berichtet auch über einen kleinen Teil der Strafvollzugsänderungen, nämlich über die vorzeitigen Entlassungen. Von 217 895 im Jahre 1926 Entlassenen wurden infolge bedingter Strafaussetzung entlassen 7625, wegen Krankheit 1156, begnadigt 238, vorläufig entlassen 1. Im folgenden Jahr wurden entlassen 171 124, davon infolge bedingter Strafaussetzung 6536, wegen Krankheit 924, begnadigt 226, vorläufig entlassen 4. Die Zahl der vorzeitig Entlassenen betrug also in beiden Jahren nur etwas über 4%.

Eine Statistik der Begnadigungen und Amnestien wäre heute von größtem Interesse. Denn hier handelt es sich um entscheidende Korrekturen der Rechtsprechung bei Delikten politischen Charakters, bei denen Exekutive und Legislative gegenüber einer bestimmten Einstellung der Rechtsprechung andere politische Momente zur Wirksamkeit bringen wollen. Begnadigungen und Amnestien müssen dabei getrennt betrachtet werden; sie stehen nämlich unter Umständen im Gegensatz. So wird häufig die Notwendigkeit von Amnestien verneint mit Rücksicht auf das Vorliegen einer »weisen« Gnadenpraxis, welche die politisch notwendige Korrektur juristischer Vorgänge bereits durchgeführt habe.

Als statistisches Kriterium für die Wirksamkeit von Amnestien wird vielfach die Zahl der von ihnen Erfaßten angeführt. Dieses Maß ist ungenügend und führt unter Umständen sogar irre. Es kommt nämlich nicht auf die Gegenüberstellung der wegen bestimmter Delikte Verurteilten und der auf dieser Grundlage Begnadigten und Amnestierten, sondern auf die relative Dauer und Art der verbüßten Jahre gemessen an der Höhe der verhängten Strafen an. Eine solche Gegenüberstellung wurde in der »Justiz« Bd. I, H. 2 für die wegen der baye-

rischen Räterepublik Verurteilten durchzuführen versucht. Es ergab sich schätzungsweise, daß infolge der bayerischen Räterepublik 2209 Personen zu angenähert 6080 Jahren Einsperrung verurteilt worden waren, von denen mindestens 4400 Jahre abgebüßt wurden.

Innerhalb einer solchen Amnestie- und Begnadigungsstatistik wird es notwendig sein, auch die politische Richtung der von ihr Betroffenen zu berücksichtigen. So interessiert es, daß die Gesamtzahl der wegen des Kapp-Putsches verhängten Freiheitsstrafen 5 Jahre Festung betrug, von denen 4 Jahre abgebüßt wurden. Zur vollständigen Durchführung solcher Vergleiche und der Erkenntnis der Wirksamkeit von Amnestien müßte jedoch noch die Zahl der niedergeschlagenen Strafverfahren herangezogen werden. Im vorliegenden Fall sind mir solche Angaben nicht bekannt.

Die Amnestie vom 14. Juli 1928 kam, wie einer Rede des preußischen Justizministers Schmidt vom 27. September 1928 zu entnehmen ist, bis zum 1. September 1928 in 2850 Fällen in Anwendung. Niedergeschlagen wurden 1112 Verfahren, erlassen wurden 1659 Strafen, darunter 119 Zuchthaus- und 1033 Gefängnisstrafen, wovon 82 über 1 Jahr betrugen, ferner 15 Festungshaftstrafen, wovon 7 über 1 Jahr betrugen, und 492 Haft- und Geldstrafen. Gemildert wurden 79 Strafen, nämlich: 12 Gefängnisstrafen, 51 zeitige Zuchthausstrafen, 2 lebenslängliche Zuchthausstrafen und 14 Todesstrafen. Bei den 14 Todesstrafen, die in 7½ jährige Gefängnisstrafen umgewandelt wurden, handelte es sich um die Fememörder. Zu dieser Amnestie kamen noch Begnadigungen, in deren Gefolge die Mehrzahl der zum Tod Verurteilten freigelassen wurde.

Die im Reichstag beschlossene, jedoch vom Reichsrat abgelehnte Femeamnestie von 1930, welche in zeitlichem, aber keineswegs kausalem Zusammenhang mit der Rheinlandräumung stand, behandelte den gleichen Komplex, nämlich 16 politische Morde, an denen etwa 80 Täter beteiligt waren. Da das Gros der zu Zuchthaus und Gefängnis Verurteilten bereits auf Grund der früheren Amnestie und der Begnadigungen, welche die Strafdauer herabsetzten, in Freiheit ist, beschränkte sich die Wirksamkeit dieser Amnestievorlage im wesentlichen auf die Niederschlagung von Verfahren und die Verhinderung ihrer Neueinleitung. Dieser Punkt dürfte innerhalb der Amnestiestatistik am schwersten zu erfassen sein.

Zusammenfassung.

Trotz der ungeheuren Anhäufung von Zahlen, wie sie die preußische Gefangenenstatistik darstellt, fehlen eine Reihe von wesentlichen Punkten. Außer den bereits erwähnten sei noch auf folgendes hingewiesen: Zunächst fehlen Angaben über die Zwangserziehung bei Jugendlichen und den Erfolg dieser Erziehung. Es wäre sehr wichtig zu wissen, wieviele Verbrecher durch diese Schule gegangen sind. Über die wichtige Kategorie der politischen Strafgefangenen wird überhaupt nichts ausgesagt. Es fehlen Angaben über die soziale Her-

kunft der Verurteilten, die Verteilung der Gefangenen nach dem Alter und der Länge der zu verbüßenden Zeit, über den Erfolg der von den Gefangenen erhobenen Beschwerden, die Benutzung der Bibliotheken, die Tätigkeit der Entlassenenfürsorge, die Gnadenpraxis; ferner über die Vorbestraften.

Abgesehen von der preußischen Gefangenenstatistik existieren nur Bruchstücke einer Strafvollzugsstatistik. Es wäre sehr zu wünschen, daß die seinerzeit geplante Reichsstatistik verwirklicht würde, die die gesamten Angaben in sich konzentrieren und zu einer wirklichen Strafvollzugsstatistik ausgebaut würde.

Die Ergiebigkeit der statistischen Quellen, die uns zur Verfügung stehen, ist somit nicht sehr befriedigend. Trotzdem führt die Statistik zu einem durchaus klaren Gesamtbild des Strafvollzugs. Innerhalb der Gefangenenstatistik zeigt der Vergleich der Jahre 1926 und 1927 in Preußen bei den meisten Kriterien kleine Veränderungen. Diese stimmen der Größenordnung und Richtung nach überein. Wir werden also berechtigt sein, aus den verschiedenen Betrachtungsweisen ein bestimmtes Bild der Entwicklung zu vermuten. Geht man bis auf die Zahlen von 1924 zurück, so erscheint es glaubwürdig, daß es sich hier um einen systematischen Fortschritt handelt. Aber hiervon ist streng zu trennen das Gesamturteil über den Strafvollzug, zu dem unsere Ziffern zwingen. Der weitverbreitete Glaube an die Existenz eines modernen Strafvollzugs wäre unmöglich, wenn die Strafvollzugsstatistik bekannt wäre. Die radikalsten Kritiker des Strafvollzugs sind an seine Realität nicht entfernt herangekommen. Für kommende Zeiten wird der heutige Strafvollzug das sein, was für uns die Carolina: eine Barbarei.

DAS JUSTIZMINISTERIUM ANTWORTET.

Glossen zum Artikel von Dr. Gumbel.

von

Oberjustizrat Dr. D ö r f f l e r,

Generalreferent für Strafprozess im Preussischen Justizministerium.

"Eine Grosstadt wandert durch die Anstalten"?

Die durchschnittliche Tagesbelegung, errechnet aus den Jahren 1926 und 1927, betrug in Preussen 36 628. Die Zahl der einsitzenden Gefangenen ist in den letzten Jahren erheblich zurückgegangen. Im Jahre 1929 betrug die durchschnittliche Tagesbelegung 30 059.

Einzelhaft wird praktisch so gut wie garnicht mehr angewendet, sondern nur noch die mildere Form der sogen. Zellenhaft. Ein Sprechverbot besteht nur während der Freistunde bei den Gefangenen der untersten Stufe.

" Schuldlos in Untersuchungshaft: Jährlich 16 000 Menschen"?

Ob die für das Reichsgebiet errechnete Zahl von 180 000 Untersuchungsgefangenen zutrifft, mag dahingestellt bleiben. In Preussen ist jedenfalls im zweiten Halbjahr 1925 nur gegen 21 028 (im ganzen Jahr also gegen 42 056) Personen Untersuchungshaft verhängt worden, und angesichts der hohen Zahl der Verfolgten (im zweiten Halbjahr 1925: 800 518) muss die Zahl der Untersuchungsgefangenen als gering bezeichnet werden. Wie ein Vergleich mit den Jahren 1908 und 1929 ergibt, sind die Fälle, in denen Untersuchungshaft verhängt wird, immer mehr im Abnehmen begriffen. Während noch 1908 jeder 15. Beschul-

digte in Haft genommen wurde, entfiel in 1925 auf 38, in 1929 sogar nur auf 51 Beschuldigte ein Untersuchungsgefangener.

Wie lange der einzelne Verhaftete in Untersuchungshaft verbracht hat, ist an Hand der preuss. Uebersicht auf Jahr und Tag nicht zu errechnen. Die Statistik begnügt sich nämlich mit der Ermittelung, ob die Haftzeit des einzelnen Beschuldigten z.B. bis zu 2 Wochen oder mehr als 4 Wochen, aber weniger als 3 Monate gedauert hat; die oberste Grenze ist "mehr als 3 Monate". Die Angabe, dass im Jahre 1925 mindestens 17 000 Jahre Untersuchungshaft vollstreckt seien, ist daher ebenso willkürlich wie die weitere Behauptung, dass mindestens 1/10 dieser Zeit gegen "Schuldlose" verhängt worden sei.

In der Oeffentlichkeit muss ein völlig falscher Eindruck entstehen, wenn in dem Artikel vorgetragen wirde, von den 180 000 Verhafteten seien 16 000 schuldlos gewesen. Dass die Zahl der unschuldig Verhafteten nur einen kleinen Bruchteil ausmacht, dafür spricht die Tatsache, dass in Preussen im Jahre 1925 auf Grund eines Gerichtsbeschlusses oder aus Billigkeitsgründen nur an 119 Personen Entschädigungen wegen unschuldig erlittener Untersuchungshaft gezahlt worden sind. Ausweislich der Statistik sind von denjenigen Personen (21 028), die im zweiten Halbjahr 1925 verhaftet wurden, 19 047 verurteilt worden. Die restlichen 1981, gegen die das eingeleitete Verfahren mit Freisprechung oder mit Einstellung geendigt hat, können aber nicht ohne weiteres als schuldlos bezeichnet werden. Wenn diese Beschuldigten einer Straftat nicht überführt worden sind, so folgt daraus noch nicht, dass sie unschuldig waren. Ueberdies sind gerade im zweiten Halbjahr 1925 zahlreiche Verfahren infolge des Gesetzes vom 17.8.1925 über Straffreiheit niedergeschlagen worden.

Wenn angeführt wird ,"groteskerweise" werde Untersuchungshaft auch bei Uebertretungen verhängt, so ist dem entgegenzuhalten, dass kein Grund besteht, z.B. heimatlose Bettler und Landstreicher, deren Treiben rechtlich eine Uebertretung darstellt, nicht in Untersuchungshaft zu nehmen. Es wird Herrn Gumbel nicht möglich sein, einen Fall nachzuweisen, in dem jemand lediglich wegen "groben Unfugs" oder "ruhestörenden Lärms" in Untersuchungshaft genommen worden ist.

Den erfreulichen Rückgang der Fälle von Untersuchungshaft hat die Preuss. Justizverwaltung seit Jahren durch eine Reihe von Verwaltungsmassnahmen tatkräftig gefördert. Die bedeutenden Erfolge, die auf diesem Wege erzielt worden sind, veranschaulicht folgende Uebersicht:

Zeit:	Verfolgte	MGef.	In Unters.Haft genommen wegen Verbr.u.Verg.	Uebertr.	Von den Verhafteten sind verurteilt	freigespr. (Verf.eingestellt)
1.1.-30.6. 1908	545252	41408	18595	22813	37499	3909
1.7.-31.12. 1925	800518	21028	14646	6382	19047	1981
1.7.-31.12. 1929	805939	15955	12037	3918	14595	1360

"Warum sitzen 10 000 geistig Minderwertige im Gefängnis?" ?

Die Justizverwaltung ist seit Jahren bemüht, die ärztlichen Planstellen zu vermehren. Im Jahre 1929 war das Verhältnis der Pfarrerstellen zu den planmässigen Arztstellen 77:17. Nach den Beschlüssen des Landtags von diesem Jahre ist eine Erhöhung der Zahl der planmässigen Aerzte auf 23 vorgesehen.

Die Tuberkulose stellt nicht die "typische Gefängniskrankheit" dar. Sie tritt in den Gefängnissen in der gleichen anatomischen und klinischen Form auf, wie in der freien Bevölkerung. Die Bekämpfungsmassnahmen im Strafvollzug sind richtig und haben es infolge der in neuerer Zeit durchgeführten rationelleren Verpflegung, der Aufbesserung der Ernährung und der Bestrebungen nach Besserung der allgemeinen hygienischen Verhältnisse in den Gefangenenanstalten dahin gebracht, dass die Tuberkulose in den Gefangenenanstalten nicht mehr die frühere Bedeutung hat.

Heute gibt es Spezialstationen, in denen Tuberkulös erkrankte Gefangene unter der Behandlung eines Facharztes der Gesundung entgegengeführt werden. Sämtliche Mittel der modernen Lungenfürsorge (Röntgenapparat, Höhensonne, Liegehallen, Wandelgänge usw.) stehen zur Verfügung, und die Verpflegung der Spezialstationen steht derjenigen in allgemeinen Lungenheilstätten in keiner Beziehung nach.

Ein Vergleich der Statistiken von 1923, 1927 und 1928 über die Tuberkuloseerkrankungen ergibt folgendesBild:

Jahr	Tägl.Durchschnittszahl d.Gefangenen (abger.) Männer	Frauen	Die Erkrankung wurde festgestellt bei Einliefg. M.	Fr.	im 1.Jahr d.Haft M.	Fr.	in spät.Z. M.	Fr.
1923	64600	5400	1193	99	388	23	93	6
1927	34000	2700	1027	106	95	7	51	2
1928	30000	2150	889	86	71	3	50	1

Aus diesen Zahlen ergibt sich, dass die Mehrzahl bei der Einlieferung bereits an Tuberkulose erkrankt war.

Die geistig Minderwertigen (Psychopathen) sind vielfach intellektuell durchaus nicht niedrigstehend, können aber trotzdem in haftpsychotische Störungen verfallen. Echte Geisteskranke werden in jedem Falle einer öffentlichen Irrenanstalt zugeführt.

Psychopathen mit haftpsychotischen Reaktionen (meist rasch vorübergehend) werden in den einzelnen Anstalten oder in den verschiedenen Anstalten angegliederten Irren -(Beobachtungs-)Abteilungen von Fachärzten behandelt.

Die Zahl der Disziplinarstrafen ist nicht besonders hoch, wenn man berücksichtigt, mit welch schwierigen Personen der Strafvollzug es vielfach zu tun hat. Nach der Statistik für 1927 haben nur weniger als 3 v.H. aller Gefangenen eine Hausstrafe erlitten. Die Zahl der Hausstrafen geht über die durch den Strafvollzug in Stufen nachweislich ~~xxxxxx~~ ständig zurück.

Die Selbstmorde betrugen in der freien Bevölkerung auf 100 000 im Jahre 1927 : 0,27 v.H., in den Gefangenenanstalten: 0,13 v.H. Es ist demnach nicht richtig, dass die Selbstmorde in den Anstalten häufiger sind als in der freien Bevölkerung.

"Mit ganzen 8.- Mark werden sie entlassen" ?

Bei der Höhe der an Entlassene gewährten Unterstützungen ist zu beachten, dass diese Unterstützungen nur den Zweck haben, den Entlassenen in der allerersten Zeit nach der Entlassung vor Not zu schützen, dass aber die weiteren Unterstützungen den Wohlfahrtsämtern obliegen und auch von diesen durchgeführt werden.

= = = = = = = = =

S C H L U S S W O R T   D E R   R E D A K T I O N .

Der Artikel des Heidelberger Privatdozenten Dr. Gumbel und die Erwiderung des Oberjustizrats Dr. Dörffler vom Preussischen Justizministerium führen nur scheinbar zu verschiedenen Resultaten. Denn Gumbel führt Schätzungen durch, wo Dörffler die Existenz exakter Angaben verneint. Ferner stützt sich Gumbel auf die letzten Veröffentlichten Zahlen von 1926 und 27, während Dörffler die noch nicht veröffentlichten Zahlen von 1929 anführt.

Gegen die Ausführungen beider Autoren liessen sich zweifellos noch viele Einwendungen machen. Um aber die Diskussion nicht ins Uferlose auszudehnen, wollen wir sie hiermit schliessen.

Jede auszugsweise Veröffentlichung und jede Kürzung gern gestattet. - Honorar nach den üblichen Sätzen Ihres Blattes.

Herausgeber und Hersteller:
W a l t e r Z a d e k
Berlin - Wilmersdorf 1.
Laubenheimerstr. 3.

184

12. Jahrgang.

Die freie Meinung

Wochenzeitung für Politik und Kultur

Größte politische Wochenzeitung des Ostens

Bezugspreis einschließlich Bestellgeld monatlich 80 Rpf. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle Breslau 2, Sadowastr. 14, Fernruf Nr. 378 97, und bei sämtlichen Postanstalten entgegengenommen. Bei Zusendung unter Kreuzband Portokosten als Aufschlag — Redaktion: Breslau 2, Sadowastraße 14. — Fernruf Nr. 378 97

Anzeigenpreis Je Millimeter für Schlesien 18 Rpf. außerhalb 20 Rpf., Reklame 70 bzw. 100 Rpf. Preise freibleibend. Stellenangebote, Stellengesuche und Wohnungsanzeigen 25% Rabatt. Platzvorschrift 30% Aufschlag — Erfüllungsort Breslau. — Postscheckkonto Breslau 21 808. Anzeigenannahme Geschäftsstelle Sadowastraße 14. Fernruf 378 97

Nr. 33 — Preis 20 Pfg. Breslau, den 16. August 1930 Erscheint 1 mal wöchentlich

Tolle Zustände in den preußischen Gefängnissen

In der Zeitschrift „Die Justiz" teilt E. J. Gumbel u. a. folgendes mit, nachdem er die amtlichen Publikationen einer scharfen Kritik unterzieht:

„Die Statistik der Untersuchungshaft macht einen niederschmetternden Eindruck. Umgerechnet auf das Reich, auf alle, also auch die noch nicht beendeten Fälle von Untersuchungshaft und auf ein Jahr kommt man zu dem Schluß:

Annähernd 180 000 Personen wurden 1925 in Untersuchungshaft genommen. Etwa 16 000 davon waren schuldlos.

Sie haben mindestens 17 000 Jahre in Untersuchungshaft zugebracht, wovon mindestens 1700 zu Unrecht abgesessen wurden. Gegen zehn Prozent der erwachsenen männlichen Bevölkerung ist im Jahre 1929 ein Verfahren eingeleitet worden. Dieser Prozentsatz hat sich gegenüber 1908 erhöht.

Für die schuldlos in Untersuchungshaft verbrachte Zeit kann, muß aber nicht, eine Entschädigung gewährt werden. Welche Summen auch gezahlt werden — die Höhe ist unbekannt —,

die schuldlos verbrachte Untersuchungshaft stellt ein nicht wieder gutzumachendes Uebel dar.

Denn sie zieht normalerweise alle Folgen einer Verurteilung mit sich. Das Uebel der schuldlos verbüßten Untersuchungshaft ist um so größer, je geringer die Straftat ist, welche dem Inhaftierten, und dies zu Unrecht, vorgeworfen wurde. Das schwerste Unrecht stellt also die wegen Uebertretung schuldlos verbrachte Zeit dar. Die hohen Zahlen der schuldlos Inhaftierten und die Länge der von ihnen in Untersuchungshaft verbüßten Zeit lassen die Forderung einer Einschränkung der Untersuchungshaft und einer stärkeren Nachprüfung der hierfür maßgeblichen Gründe berechtigt erscheinen.

Auch die Statistik des Strafvollzugs gibt kein günstiges Bild. Im Strafvollzug beschäftigt waren im Reich etwa 15 000 Personen, davon 1200 Pfarrer, gegen 800 Aerzte und 200 Lehrer. In Preußen waren 1926 etatsmäßig angestellt 78 Pfarrer und 4 Aerzte, 1927 dagegen 74 Pfarrer und 7 Aerzte. So groß man auch die religiösen Bedürfnisse einschätzen mag, so besteht kein Grund dafür, daß

zehnmal mehr Geistliche als Aerzte etatsmäßig angestellt sind.

Die Angaben über Tuberkulose sind völlig ungenügend. In der Tat starben nach der Statistik 1926 in preußischen Anstalten ganze 4 Tuberkulöse, 1927 keiner. Dabei stellt die Tuberkulose die typische Gefängniskrankheit dar. Aus solchen völlig unglaubwürdigen Zahlen muß vermutet werden, daß

die wegen Tuberkulose Haftentlassenen bereits Todeskandidaten gewesen sind.

Von den aus der Arbeit der Gefangenen stammenden Einnahmen der Anstalten erhalten die Gefangenen in Preußen etwa ein Viertel.

Auf den einzelnen arbeitenden Gefangenen gerechnet nehmen die Anstalten im Tag etwa 66 Pf. ein und der Gefangene erhält einen „Lohn" von 16 Pf.,

während nach den Strafanstaltsgrundsätzen die Löhne für die Gefangenenarbeit den Löhnen der freien Arbeiter nach Möglichkeit angegliedert werden sollen. Die Auszahlungen bei der Entlassung betrugen 1926 in Preußen im Durchschnitt 7 RM., im nächsten Jahre 8 RM. Solche Beträge müssen von den Gefangenen als Hohn empfunden werden. Die praktischste Anlage dürfte ein Rausch sein. Der Entlassene steht mittellos auf der Straße.

185

Er mordete einen Unschuldigen und versuchte sich herauszulügen

Fememörder Heines als MdR.

Dem Buch von E. J. Gumbel „Verräter verfallen der Feme" entnehmen wir folgende auf die Akten gestützte Darstellung:

Auf den Gütern Stecklin, Rosenfelde und Liebenow im Kreise Greifenhagen kommandierte im Juli 1920 als besonderer Vertrauensmann Roßbachs der 22jährige Leutnant **Edmund Heines**, der gegen die bayerische Räterepublik, im Baltikum und im Kapp-Putsch gekämpft hatte. In der Arbeitsgemeinschaft Stecklin befand sich seit 14 Tagen der zwanzigjährige landwirtschaftliche Arbeiter **Willi Schmidt**. An einem nicht mehr festzustellenden Tag des Juli 1920 erschien der Vertrauensmann der Steckliner Gruppe, Unteroffizier Max Krüger, auf dem Gute Rosenfeld und meldete dem Heines,

Schmidt wolle die Arbeit niederlegen.

Man **erzählte** sich von ihm im Dorf, er **wolle** (!) einen Transport von Reichswehrwaffen, der offiziell an das Reiterregiment in Schwedt bestimmt war, tatsächlich aber zu den Roßbachern nach Rosenfelde ging, **an die Schutzpolizei verraten** (die preußische staatliche Schutzpolizei! Red. d. „V."). Dieses vage Gerücht, das nur 6 Stunden umlief, war die Grundlage für ein „**Todesurteil**". Schmidt hatte sich zu einer Familie Walter im Dorf Stecklin begeben. Heines, zusammen mit Max **Bandemer**, Johann **Vogt** und Karl **Ottow**, suchten ihn auf. Sie stellten sich als Kriminalbeamte vor und fanden ihn auf dem Heuboden schon schlafend. Aengstlich fragte Schmidt, was man von ihm wolle. „Du sollst nur verhört werden." Zunächst transportierte man ihn nach dem Gute Stecklin. Der Unteroffizier Ottow schlug ihn dort **mit einem Gummiknüppel** über den Kopf, so daß Schmidt **blutüberströmt zusammenbrach**. Auf sein Flehen gab man ihm Wasser, seine Wunden zu reinigen, und Leinen, um sie zu verbinden. Auf einem Feldwagen wurde er nach Rosenfelde transportiert. Dort meldete Heines dem Ortsvorsteher und Administrator Ernst Bergfeld, Schmidt sei da. Dieser gab darauf den Schlüssel zur Spatenkammer heraus. Angeblich glaubte er, verborgene Waffen sollten umgebettet werden. Doch wurde, nach Vogt, im Zimmer **über die Erschießung verhandelt**. In dunkler Nacht ging der Trupp zum Walde. Man begann ein Loch zu graben, denn Schmidt sollte hier schon erledigt werden. Da der Boden zu hart und das Dorf zu nahe war, ging man weiter zum Gut Liebenow. Dort wurden die Roßbach-Unteroffiziere Kurt Bär und Ewald Fräbel mitgenommen. Schmidt schrie wiederholt: „Ich soll erschossen werden!" Fräbel beruhigte ihn: „Du wirst nur abgeliefert." Zu Fuß ging es weiter in den Kehrberger Forst hinein.

Während des Marsches befahl Heines dem Bär, den Schmidt zu erschießen. Als dieser sich weigerte, preßte Heines dem Schmidt die Pistole ins Gesicht und drückte zweimal los. Schmidt fiel hintenüber.

Darauf gab auch Ottow zwei Schüsse auf ihn ab. Da Schmidt noch um Hilfe schrie, drückten alle Beteiligten sein Gesicht in den Waldboden. Ottow schlug ihm einen eisenbeschlagenen Gummiknüppel etwa zehnmal auf den Schädel und trat ihm auf den Rücken, Fräbel trat auf den Hinterkopf. Die Leiche wurde in ein Loch gelegt, das Bär inzwischen gegraben hatte.

Wenige Tage nach dem Morde meldete Heines telephonisch seinem Führer Roßbach, daß er einem erhaltenen Befehl seines vorgesetzten Kreisleiters, Leutnant a. D. Walter Schulz, gemäß den Schmidt, der Waffen habe verraten **wollen** (!), verhaftet habe.

Auf dem Wege durch den dunklen Kehrberger Forst habe der Arrestant Anstalt gemacht, zu fliehen. Daraufhin habe er, Heines, ihn niederschießen müssen.

Roßbach genügte diese Meldung. Da die Leiche nur schlecht eingegraben war und sich das Gerücht von der Ermordung verbreitet hatte, wurde in einer Versammlung der Roßbach-Leiter und -Vertrauensleute in Pyritz Auftrag gegeben, die Leiche umzubetten. Dies geschah unter **Leitung von Heines**.

Der Mord wurde erst nach Jahren entdeckt: ein Mitwisser, der Arbeiter Bathke, versuchte, Bergfeld zu erpressen. Dieser fühlte sich so sicher, daß er Bathke anzeigte, worauf dieser alles der Polizei meldete. Sämtliche Beteiligten, auch **Heines**, der inzwischen in München Jurisprudenz studierte und in der nationalsozialistischen Bewegung eine Rolle gespielt hatte, konnten verhaftet werden. Vom 16. April bis 5. Mai 1928 wurde vor dem Schwurgericht in Stettin unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Hirschberg (Oberstaatsanwalt Saß) wegen Mordes verhandelt. Die Aussagen der Angeklagten über die Vorgänge im Wald gingen auseinander.

Heines erklärte, Schmidt habe fliehen wollen,

wovon in der Voruntersuchung nie die Rede gewesen war. Die Spaten seien nur zum Umbetten von Waffen mitgenommen worden. Irgendein Nachweis für den angeblich beabsichtigten „Verrat" des Schmidt konnte nicht geführt werden. Heines wollte dies von dem Roßbacher Just erfahren haben, einem „Spezialisten für Verrätersachen", der später selbst unter geheimnisvollen Umständen umkam. Bär will nur aus Angst mitgemacht haben. Denn bei den Roßbachern sei immer vom „Spazierenfahren" die Rede gewesen. Fräbel war geständig. Leutnant Schulz, als Zeuge vernommen, will die Angelegenheit nicht gekannt, Bergfeld nur von der späteren Umbettung gewußt haben.

Staatsanwaltschaftsrat **Frantzky** beantragte wegen Mord gegen Ottow und Heines die **Todesstrafe**, wegen Beihilfe zum Mord gegen Fräbel und Bergfeld je 4 Jahre Zuchthaus, gegen Krüger, Bär, Bandemer und Vogt 3 Jahre Zuchthaus. Gegen die Hintermänner Frhr. von Bodungen und Roßbach könne wegen Verjährung nichts mehr unternommen werden.

Das Gericht kam zum Schluß, nicht der Schimmer eines Beweises für Schmidts „Schuld" sei erbracht worden.

Es nahm an, daß Heines ursprünglich mit Vorbedacht und Ueberlegung handelte, weil er die Spaten mitgenommen hatte. Während des Grabens in Rosenfelde habe er die Absicht zum Mord aber aufgegeben und Schmidt dann nur im Affekt umgebracht. So wurde nur wegen Totschlags **Heines zu 15 Jahren Zuchthaus**, Ottow zu 4 Jahren Zuchthaus, Fräbel wegen Beihilfe zu 3 Jahren Zuchthaus verurteilt; Bär, Vogt, Bandemer, Krüger und Bergfeld wurden freigesprochen, die letzten vier, weil sie nicht an dieser Tat, sondern nur an den straflosen Vorbereitungshandlungen zu einer anderen, nicht ausgeführten Tat teilgenommen hätten. Oberstaatsanwalt und Verteidigung legten Revision ein.

Der dritte Strafsenat des Reichsgerichts hob auch dieses milde Urteil am 6. Dezember 1928 auf, weil gegen einen der Geschworenen zur Zeit des Prozesses ein Verfahren wegen Betruges geschwebt hatte. So gelangte das Verfahren wieder an das Schwurgericht zurück. Die Verhandlung unter dem Landgerichtsdirektor Hoffmann fand vom 25. Februar bis 13. März 1929 statt. Krüger war unterdessen wegen eines gemeinen Totschlags, begangen an einer alten Frau, zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Bergfeld starb während des Prozesses.

Der Oberstaatsanwalt Saß unterstellte als wahr, daß Heines keine Bedenken gehabt hat, dem Geheimbefehl Roßbachs Folge zu leisten, wonach die Geheimhaltung mit allen Mitteln zu erstreben war. Die Konsequenz einer Anklage gegen den „Zeugen" Roßbach aber hat er nicht gezogen. Er beantragte **gegen Heines wegen Mordes die Todesstrafe**, gegen Ottow wegen Beihilfe hierzu 4 Jahre Zuchthaus, gegen Fräbel, Bär, Vogt und Krüger wegen des gleichen Verbrechens je 3 Jahre Zuchthaus. Jedoch solle nur gegen Heines Haftbefehl erlassen werden. Das Gericht nahm wieder Mordplan und Totschlagsdelikt an, setzte die Strafen herab und verurteilte **Heines zu 5 Jahren Gefängnis**, Ottow zu 2½ Jahren, Fräbel und Bär zu 6 Monaten Gefängnis wegen Beihilfe. Krüger, Bandemer und Vogt wurden freigesprochen.

Heines hat kaum 1½ Jahre im Gefängnis gesessen.

Die Verteidiger legten zum zweitenmal Revision beim Reichsgericht ein. Auf Beschluß des Strafsenats beim Oberlandesgericht Stettin wurde Heines am 14. Mai 1929 gegen eine Kaution von 5000 M. aus der Haft entlassen.

Soweit die aktenmäßige Darstellung. Heines hat einen vollkommen unschuldigen Menschen, der in dem „Verdacht" stand, er **wolle** ein Waffenlager der zuständigen Behörde verraten, kaltblütig abgeschlachtet und dann gelogen, der Ermordete sei „auf der Flucht erschossen worden". Heute ist Heines Reichstagsabgeordneter!

Er mordete einen Unschuldigen und versuchte sich herauszulügen

Fememörder Heines als MdR.

Dem Buch von E. J. Gumbel „Verräter verfallen der Feme“ entnehmen wir folgende auf die Akten gestützte Darstellung:

Auf den Gütern Stecklin, Rosenfelde und Liebenow im Kreise Greifenhagen kommandierte im Juli 1920 als besonderer Vertrauensmann Roßbachs der 22jährige Leutnant Edmund Heines, der gegen die bayerische Räterepublik, im Baltikum und im Kapp-Putsch gekämpft hatte. In der Arbeitsgemeinschaft Stecklin befand sich seit 14 Tagen der zwanzigjährige landwirtschaftliche Arbeiter Willi Schmidt. An einem nicht mehr festzustellenden Tag des Juli 1920 erschien der Vertrauensmann der Steckliner Gruppe, Unteroffizier Max Krüger, auf dem Gute Rosenfeld und meldete dem Heines,

Schmidt wolle die Arbeit niederlegen.

Man erzählte sich von ihm im Dorf, er wolle (!) einen Transport von Reichswehrwaffen, der offiziell an das Reiterregiment in Schwedt bestimmt war, tatsächlich aber zu den Roßbachern nach Rosenfelde ging, an die Schutzpolizei verraten (die preußische staatliche Schutzpolizei! Red. d. „V.“). Dieses vage Gerücht, das nur 6 Stunden umlief, war die Grundlage für ein „Todesurteil“. Schmidt hatte sich zu einer Familie Walter im Dorf Stecklin begeben. Heines, zusammen mit Max Bandemer, Johann Vogt und Karl Ottow, suchten ihn auf. Sie stellten sich als Kriminalbeamte vor und fanden ihn auf dem Heuboden schon schlafend. Aengstlich fragte Schmidt, was man von ihm wolle. „Du sollst nur verhört werden.“ Zunächst transportierte man ihn nach dem Gute Stecklin. Der Unteroffizier Ottow schlug ihn dort mit einem Gummiknüppel über den Kopf, so daß Schmidt blutüberströmt zusammenbrach. Auf sein Flehen gab man ihm Wasser, seine Wunden zu reinigen, und Leinen, um sie zu verbinden. Auf einem Feldwagen wurde er nach Rosenfelde transportiert. Dort meldete Heines dem Ortsvorsteher und Administrator Ernst Bergfeld, Schmidt sei da. Dieser gab darauf den Schlüssel zur Spatenkammer heraus. Angeblich glaubte er, verborgene Waffen sollten umgebettet werden. Doch wurde, nach Vogt, im Zimmer über die Erschießung verhandelt. In dunkler Nacht ging der Trupp zum Walde. Man begann ein Loch zu graben, denn Schmidt sollte hier schon erledigt werden. Da der Boden zu hart und das Dorf zu nahe war, ging man weiter zum Gut Liebenow. Dort wurden die Roßbach-Unteroffiziere Kurt Bär und Ewald Fräbel mitgenommen. Schmidt schrie wiederholt: „Ich soll erschossen werden!“ Fräbel beruhigte ihn: „Du wirst nur abgeliefert.“ Zu Fuß ging es weiter in den Kehrberger Forst hinein.

Während des Marsches befahl Heines dem Bär, den Schmidt zu erschießen. Als dieser sich weigerte, preßte Heines dem Schmidt die Pistole ins Gesicht und drückte zweimal los. Schmidt fiel hintenüber.

Darauf gab auch Ottow zwei Schüsse auf ihn ab. Da Schmidt noch um Hilfe schrie, drückten alle Beteiligten sein Gesicht in den Waldboden. Ottow schlug ihm einen eisenbeschlagenen Gummiknüppel etwa zehnmal auf den Schädel und trat ihm auf den Rücken, Fräbel trat auf den Hinterkopf. Die Leiche wurde in ein Loch gelegt, das Bär inzwischen gegraben hatte.

Wenige Tage nach dem Morde meldete Heines telephonisch seinem Führer Roßbach, daß er einem erhaltenen Befehl seines vorgesetzten Kreisleiters, Leutnant a. D. Walter Schulz, gemäß den Schmidt, der Waffen habe verraten wollen (!), verhaftet habe.

Auf dem Wege durch den dunklen Kehrberger Forst habe der Arrestant Anstalt gemacht, zu fliehen. Daraufhin habe er, Heines, ihn niederschießen müssen.

Roßbach genügte diese Meldung. Da die Leiche nur schlecht eingegraben war und sich das Gerücht von der Ermordung verbreitet hatte, wurde in einer Versammlung der Roßbach-Leiter und -Vertrauensleute in Pyritz Auftrag gegeben, die Leiche umzubetten. Dies geschah unter Leitung von Heines.

Der Mord wurde erst nach Jahren entdeckt: ein Mitwisser, der Arbeiter Bathke, versuchte, Bergfeld zu erpressen. Dieser fühlte sich so sicher, daß er Bathke anzeigte, worauf dieser alles der Polizei meldete. Sämtliche Beteiligten, auch Heines, der inzwischen in München Jurisprudenz studierte und in der nationalsozialistischen Bewegung eine Rolle gespielt hatte, konnten verhaftet werden. Vom 16. April bis 5. Mai 1928 wurde vor dem Schwurgericht in Stettin unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Hirschberg (Oberstaatsanwalt Saß) wegen Mordes verhandelt. Die Aussagen der Angeklagten über die Vorgänge im Wald gingen auseinander.

Heines erklärte, Schmidt habe fliehen wollen,

wovon in der Voruntersuchung nie die Rede gewesen war. Die Spaten seien nur zum Umbetten von Waffen mitgenommen worden. Irgendein Nachweis für den angeblich beabsichtigten „Verrat“ des Schmidt konnte nicht geführt werden. Heines wollte dies von dem Roßbacher Just erfahren haben, einem „Spezialisten für Verrätersachen“, der später selbst unter geheimnisvollen Umständen umkam. Bär will nur aus Angst mitgemacht haben. Denn bei den Roßbachern sei immer vom „Spazierenfahren“ die Rede gewesen. Fräbel war geständig. Leutnant Schulz, als Zeuge vernommen, will die Angelegenheit nicht gekannt, Bergfeld nur von der späteren Umbettung gewußt haben.

Staatsanwaltschaftsrat Frantzky beantragte wegen Mord gegen Ottow und Heines die Todesstrafe, wegen Beihilfe zum Mord gegen Fräbel und Bergfeld je 4 Jahre Zuchthaus, gegen Krüger, Bär, Bandemer und Vogt 3 Jahre Zuchthaus. Gegen die Hintermänner Frhr. von Bodungen und Roßbach könne wegen Verjährung nichts mehr unternommen werden.

Das Gericht kam zum Schluß, nicht der Schimmer eines Beweises für Schmidts „Schuld“ sei erbracht worden.

Es nahm an, daß Heines ursprünglich mit Vorbedacht und Ueberlegung handelte, weil er die Spaten mitgenommen hatte. Während des Grabens in Rosenfelde habe er die Absicht zum Mord aber aufgegeben und Schmidt dann nur im Affekt umgebracht. So wurde nur wegen Totschlags Heines zu 15 Jahren Zuchthaus, Ottow zu 4 Jahren Zuchthaus, Fräbel wegen Beihilfe zu 3 Jahren Zuchthaus verurteilt; Bär, Vogt, Bandemer, Krüger und Bergfeld wurden freigesprochen, die letzten vier, weil sie nicht an dieser Tat, sondern nur an den straflosen Vorbereitungshandlungen zu einer anderen, nicht ausgeführten Tat teilgenommen hätten. Oberstaatsanwalt und Verteidigung legten Revision ein.

Der dritte Strafsenat des Reichsgerichts hob auch dieses milde Urteil am 6. Dezember 1928 auf, weil gegen einen der Geschworenen zur Zeit des Prozesses ein Verfahren wegen Betruges geschwebt hatte. So gelangte das Verfahren wieder an das Schwurgericht zurück. Die Verhandlung unter dem Landgerichtsdirektor Hoffmann fand vom 25. Februar bis 13. März 1929 statt. Krüger war unterdessen wegen eines gemeinen Totschlags, begangen an einer alten Frau, zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Bergfeld starb während des Prozesses.

Der Oberstaatsanwalt Saß unterstellte als wahr, daß Heines keine Bedenken gehabt hat, dem Geheimbefehl Roßbachs Folge zu leisten, wonach die Geheimhaltung mit allen Mitteln zu erstreben war. Die Konsequenz einer Anklage gegen den „Zeugen“ Roßbach aber hat er nicht gezogen. Er beantragte gegen Heines wegen Mordes die Todesstrafe, gegen Ottow wegen Beihilfe hierzu 4 Jahre Zuchthaus, gegen Fräbel, Bär, Vogt und Krüger wegen des gleichen Verbrechens je 3 Jahre Zuchthaus. Jedoch solle nur gegen Heines Haftbefehl erlassen werden. Das Gericht nahm wieder Mordplan und Totschlagsdelikt an, setzte die Strafen herab und verurteilte Heines zu 5 Jahren Gefängnis, Ottow zu 2½ Jahren, Fräbel und Bär zu 6 Monaten Gefängnis wegen Beihilfe. Krüger, Bandemer und Vogt wurden freigesprochen.

Heines hat kaum 1½ Jahre im Gefängnis gesessen.

Die Verteidiger legten zum zweitenmal Revision beim Reichsgericht ein. Auf Beschluß des Strafsenats beim Oberlandesgericht Stettin wurde Heines am 14. Mai 1929 gegen eine Kaution von 5000 M. aus der Haft entlassen.

Soweit die aktenmäßige Darstellung. Heines hat einen vollkommen unschuldigen Menschen, der in dem „Verdacht“ stand, er wolle ein Waffenlager der zuständigen Behörde verraten, kaltblütig abgeschlachtet und dann gelogen, der Ermordete sei „auf der Flucht erschossen worden“. Heute ist Heines Reichstagsabgeordneter!

Die gestrige Eröffnung des deutschen Reichstages stand im Zeichen der krawallierenden Hakenkreuzler, die dort im Hitlerhemd und mit der Hakenkreuzarmbinde aufmarschierten. Die deutschen Nationalsozialisten, deren treuer Schüler Rüdiger Starhemberg ist, haben Leute ins Parlament gebracht, für die das Zuchthaus passender wäre. Einer ihrer Abgeordneten ist der Leutnant Edmund Heines, der im Juli 1920 einen viehischen Mord begangen hat. Daß man den Wählern einen Kandidaten als „Minister a. D.", als „Kanzler a. D." usw. präsentiert, kommt häufig vor, seltener kommt es vor, daß man einen Wahlwerber als „Fememörder a. D." vorstellt, um damit seine Qualifikation zum Abgeordneten zu beweisen; das aber haben die Nationalsozialisten getan. Edmund Heines hat am 28. September 1929 in einer Hakenkreuzlerversammlung in Eichenau in Bayern gesprochen; das Plakat sah folgendermaßen aus:

Oeffentliche Volksversammlung

am Samstag den 28. Sept. 29 um 7.30 Uhr im Gasthof „zur Post" in Eichenau.

Thema: Fort mit dem Pariser Tributplan.

Redner: Stadtrat Flehler und Fememörder Lt. Heines.

Alle deutschen Männer und Frauen sind herzlich eingeladen.

Der Fememörder wurde in den Reichstag gewählt; er dankt das seiner Bluttat und der deutschen Justiz, die gegen Fememörder immer schonungsvoll war.

Der Mord an Willi Schmidt.

Ueber den Fememord des Edmund Heines berichtet Gumbel in seinem Buch „Verräter verfallen der Feme", in dem das Aktenmaterial der Femeprozesse verarbeitet wurde. Es heißt da:

Auf den Gütern Stecklin, Rosenfelde und Liebenow im Kreise Greifenhagen kommandierte im Juli 1920 als besonderer Vertrauensmann Roßbachs der 22jährige Leutnant Edmund Heines, der gegen die bayrische Räterepublik, im Baltikum und im Kapp-Putsch gekämpft hatte. In der Arbeitsgemeinschaft Stecklin befand sich seit vierzehn Tagen der 20jährige landwirtschaftliche Arbeiter Willi Schmidt.

An einem nicht mehr festzustellenden Tag des Juli 1920 erschien der Vertrauensmann der Steckliner Gruppe, Unteroffizier Max Krüger, auf dem Gute Rosenfeld und meldete dem Heines, Schmidt wolle die Arbeit niederlegen. Man erzählte sich von ihm im Dorf, er wolle(!) einen Transport von Reichswehrwaffen, der offiziell an das Reiterregiment in Schwedt bestimmt war, tatsächlich aber zu den Roßbachern nach Rosenfelde ging, an die Schutzpolizei verraten. Dieses vage Gerücht, das nur sechs Stunden umlief, war die Grundlage für ein „Todesurteil". Schmidt hatte sich zu einer Familie Walter im Dorf Stecklin begeben. Heines, zusammen mit Max Bandemer, Johann Vogt und Karl Ottow, suchten ihn auf. Sie stellten sich als Kriminalbeamte vor und fanden ihn auf dem Heuboden schon schlafend. Aengstlich fragte Schmidt, was man von ihm wolle. „Du sollst nur verhört werden." Zunächst transportierte man ihn nach dem Gute Stecklin. Der Unteroffizier Ottow schlug ihn dort mit einem Gummiknüppel über den Kopf, so daß Schmidt blutüberströmt zusammenbrach. Auf sein Flehen gab man ihm Wasser, seine Wunden zu reinigen, und Leinen, um sie zu verbinden. Auf einem Feldwagen wurde er nach Rosenfelde transportiert. Dort meldete Heines dem Ortsvorsteher und Administrator Ernst Bergfeld, Schmidt sei da. Dieser gab darauf den Schlüssel zur Spatenkammer heraus. Angeblich glaubte er, verborgene Waffen sollten umgebettet werden. Doch wurde im Zimmer über die Erschießung verhandelt.

„Du wirst nur abgeliefert!"

In dunkler Nacht ging der Trupp zum Walde. Man begann ein Loch zu graben, denn Schmidt sollte hier schon erledigt werden. Da der Boden zu hart und das Dorf zu nahe war, ging man weiter zum Gut Liebenow. Dort wurden die Roßbach-Unteroffiziere Kurt Bär und Ewald Fräbel mitgenommen. Schmidt schrie wiederholt: „Ich soll erschossen werden!" Fräbel beruhigte ihn: „Du wirst nur abgeliefert." Zu Fuß ging es weiter in den Kehrberger Forst hinein.

Während des Marsches befahl Heines dem Bär, den Schmidt zu erschießen. Als dieser sich weigerte, preßte Heines dem Schmidt die Pistole ins Gesicht und drückte zweimal los. Schmidt fiel hintenüber.

Die Knie gucken aus der Erde.

Darauf gab auch Ottow zwei Schüsse auf ihn ab. Da Schmidt noch um Hilfe schrie, drückten alle Beteiligten sein Gesicht in den Waldboden. Ottow schlug ihm mit einem eisenbeschlagenen Gummiknüppel etwa zehnmal auf den Schädel und trat ihm auf den Rücken, Fräbel trat auf den Hinterkopf. Die Leiche wurde in ein Loch gelegt, das Bär inzwischen gegraben hatte. Vogt, ein Leutnant Hermann und Bergfeld spielten am nächsten Abend gemütlich Skat. Dabei sagte Hermann: „Schmidt ist schlecht eingegraben, seine Knie gucken noch aus der Erde heraus."

Wenige Tage nach dem Morde meldete Heines telephonisch seinem Führer Roßbach, daß er einem erhaltenen Befehl seines vorgesetzten Kriegsleiters, Leutnant a. D. Walter Schulz, gemäß, den Schmidt, der Waffen habe verraten wollen, verhaftet habe.

Auf dem Wege durch den dunklen Kehrberger Forst habe der Arrestant Anstalten gemacht, zu fliehen. Daraufhin habe er, Heines, ihn niederschießen müssen.

Roßbach genügte diese Meldung. Da die Leiche nur schlecht eingegraben war und sich das Gerücht von der Ermordung verbreitet hatte, wurde in einer Versammlung der Roßbach-Leiter und -Vertrauensleute in Pritz Auftrag gegeben, die Leiche umzubetten. Dies geschah unter der Leitung von Heines.

Der Mord wurde erst nach Jahren entdeckt: ein Mitwisser, der Arbeiter Bathke, versuchte, Bergfeld zu erpressen. Sämtliche Beteiligten, auch Heines, der inzwischen in München Jurisprudenz studierte und in der nationalsozialistischen Bewegung eine Rolle gespielt hatte, konnten verhaftet werden. Vom 16. April bis 5. Mai 1928 wurde vor dem Schwurgericht in Stettin unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Hirschberg (Oberstaatsanwalt Saß) wegen Mordes verhandelt.

Die milde Justiz . . .

Staatsanwaltschaftsrat Frantzky beantragte wegen Mord gegen Ottow und Heines die Todesstrafe, wegen Beihilfe zum Mord gegen Fräbel und Bergfeld je vier Jahre Zuchthaus, gegen Krüger, Bär, Bandemer und Vogt drei Jahre Zuchthaus.

Das Gericht kam zu dem Schlusse, nicht der Schimmer eines Beweises für Schmidts „Schuld" sei erbracht worden. Es nahm an, daß Heines ursprünglich mit Vorbedacht und Ueberlegung handelte, weil er die Spaten mitgenommen hatte. Während des Grabens in Rosenfelde habe er die Absicht zum Mord aber aufgegeben und Schmidt dann nur im Affekt umgebracht. So wurde nur wegen Totschlages Heines zu fünfzehn Jahren Zuchthaus, Ottow zu vier Jahren Zuchthaus, Fräbel wegen Beihilfe zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt; Bär, Vogt, Bandemer, Krüger und Bergfeld wurden freigesprochen.

Der dritte Strafsenat des Reichsgerichtes hob dieses milde Urteil am 6. Dezember

1928 auf, weil gegen einen der Geschwornen zur Zeit des Prozesses ein Verfahren wegen Betruges geschwebt hatte. So gelangte das Verfahren wieder an das Schwurgericht zurück. Die Verhandlung unter dem Landgerichtsdirektor Hoffmann fand vom 25. Februar bis 13. März 1929 statt.

Oberstaatsanwalt Saß beantragte gegen Heines wegen Mordes die Todesstrafe, gegen Ottow wegen Beihilfe hierzu vier Jahre Zuchthaus, gegen Fräbel, Bär, Vogt und Krüger wegen des gleichen Verbrechens je drei Jahre Zuchthaus. Das Gericht setzte die Strafen herab und verurteilte Heines zu fünf Jahren Gefängnis, Ottow zu zweieinhalb Jahren, Fräbel und Bär zu sechs Monaten Gefängnis wegen Beihilfe. Krüger, Bandemer und Vogt wurden freigesprochen.

Heines hat kaum anderthalb Jahre im Gefängnis gesessen.

Die Verteidiger legten zum zweitenmal Revision beim Reichsgericht ein. Auf Beschluß des Strafsenats beim Oberlandesgericht Stettin wurde Heines am 14. Mai 1929 gegen eine Kaution von 5000 Mark aus der Haft entlassen.

Der Mörder ist rasch avanciert. Schade, daß der Massenmörder Haarmann diese große Zeit nicht mehr erlebte. Er wäre der ideale Spitzenkandidat der Nationalsozialisten für den Wahlkreis Hannover gewesen.

188 9 oktober 30

DEUTSCHER FEUILLETON DIENST

Apoldaerstr. 7 Tel.: G 3 Lichterfelde 5680 Berlin, 9. Oktober 30

Die Veränderungen der Sterblichkeit

Eine Berichtigung der zu optimistischen Bevölkerungsstatistik

-.-

Die Sterblichkeit wird gewöhnlich gemessen durch die sogenannte Sterbeziffer, d.h. das Verhältnis der Zahl der Gestorbenen zur Gesamtbevölkerung. Sie betrug in Deutschland etwa 30 auf 1000 im Jahre 1870 und ist heute auf etwa 12 pro Tausend gesunken. Die Bevölkerungsstatistik hat jedoch gezeigt, dass diese Zahlen ein zu optimistisches Bild ergeben und dass die sogenannte Sterbetafel ein besseres Kriterium liefert. Hierunter versteht man eine Tabelle, welche angibt, wie 100 000 Neugeborene im Laufe der Zeit absterben. Man pflegt dann diese Tabelle wieder in einem Ausdruck zusammenzufassen, indem man zunächst die verschiedenen Alter betrachtet, in denen die Menschen sterben und hieraus den Mittelwert berechnet. Dieses Mittlere Alter beim Tod ist gleich dem Alter, das ein Neugeborener im Durchschnitt erreichen wird. Dieses, als Lebenserwartung eines Neugeborenen bezeichnetes Alter betrug im Durchschnitt der Jahre 1871 bis 1881 in Deutschland 35,6 Jahre, für die männliche Bevölkerung im Durchschnitt der Jahre 1891 bis 1900 betrug sie 40,6 Jahre, für die gleiche Bevölkerung ist sie im Durchschnitt der Jahre 1924 bis 1926 auf 56 Jahre gestiegen. Im letzten Intervall ist sie also um 37% gestiegen.

In den vom Deutschen Verein für Versicherungsmathematik herausgegebenen "Blättern für Versicherungsmathematik und verwandte Gebiete" zeigt nun Professor Dr. Gumbel von der Universität Heidelberg, dass auch dieses Kriterium noch zu günstige Resultate liefert. Es konstruiert entsprechend den Methoden der mathematischen Statistik ein auf wahrscheinlichkeitstheoretischen Grundlagen beruhendes Mass der Güte, welches neben dem durchschnittlichen Alter beim Tod auch das mittlere Alter der Lebenden verwendet und die Tatsache berücksichtigt, dass das höchste erreichbare Alter nach allen Erfahrungen sich kaum geändert hat. Diese unbenannte zwischen null und eins liegende Zahl charakterisiert eine Sterbetafel insgesamt. Sie kann aber auch auf die einzelnen Alter angewandt werden.

Auch diese Methode zeigt, dass die Sterblichkeit insgesamt und in den einzelnen Altersjahren sich verbessert hat, dass aber die bisherige Betrachtungsweise geeignet war, diese Verbesserung zu überschätzen. Speziell in Deutschland haben sich die Sterbetafeln in der genannten Zeit nicht um 37 sondern nur um 27% verbessert. Die Arbeit an der sozialen Hygiene, durch die dieses Resultat erreicht wurde, muss also fortgesetzt werden. Speziell bei der Bekämpfung der Kindersterblichkeit sind zweifellos noch grosse Fortschritte zu erzielen.

(df)

—

30

Edmund Heines

Die Laufbahn von Mördern

Dem Buch von E. J. Gumbel „Verräter verfallen der Feme" entnehmen wir folgende auf die Akten gestützte Darstellung:

Auf den Gütern Stecklin, Rosenfelde und Liebenow im Kreise Greifenhagen kommandierte im Juli 1920 als besonderer Vertrauensmann Roßbachs der 22jährige Leutnant Edmund Heines, der gegen die bayrische Räterepublik, im Baltikum und im Kapp-Putsch gekämpft hatte. In der Arbeitsgemeinschaft Stecklin befand sich seit vierzehn Tagen der zwanzigjährige landwirtschaftliche Arbeiter Willi Schmidt. An einem nicht mehr festzustellenden Tag des Juli 1920 erschien der Vertrauensmann der Steckliner Gruppe, Unteroffizier Max Krüger, auf dem Gut Rosenfeld und meldete dem Heines,

Schmidt wolle die Arbeit niederlegen.

Man erzählte sich von ihm im Dorf, er wolle (!) einen Transport von Reichswehrwaffen, der offiziell an das Reiterregiment in Schwedt bestimmt war, tatsächlich aber zu den Roßbachern nach Rosenfelde ging, an die Schutzpolizei verraten (die preußische staatliche Schutzpolizei! Red. d. „V."). Dieses vage Gerücht, das nur sechs Stunden umlief, war

die Grundlage für ein „Todesurteil".

Schmidt hatte sich zu einer Familie Walter im Dorf Stecklin begeben. Heines, zusammen mit Max Bandemer, Johann Vogt und Karl Ottow, suchten ihn auf. Sie stellten sich als Kriminalbeamte vor und fanden ihn auf dem Heuboden schon schlafend. Aengstlich fragte Schmidt, was man von ihm wolle. „Du sollst nur verhört werden." Zunächst transportierte man ihn nach dem Gut Stecklin. Der Unteroffizier Ottow schlug ihn dort mit einem Gummiknüppel über den Kopf, so daß Schmidt blutüberströmt zusammenbrach. Auf sein Flehen gab man ihm Wasser, seine Wunden zu reinigen, und Leinen, um sie zu verbinden. Auf einem Feldwagen wurde er nach Rosenfelde transportiert. Dort meldete Heines dem Ortsvorsteher und Administrator Ernst Bergfeld, Schmidt sei da. Dieser gab darauf den Schlüssel zur Spatenkammer heraus. Angeblich glaubte er, verborgene Waffen sollten umgebettet werden. Doch wurde, nach Vogt, im Zimmer

über die Erschießung verhandelt.

In dunkler Nacht ging der Trupp zum Walde. Man begann ein Loch zu graben, denn Schmidt sollte hier schon erledigt werden. Da der Boden zu hart und das Dorf zu nahe war, ging man weiter zum Gut Liebenow. Dort wurden die Roßbach-Unteroffiziere Kurt Bär und Ewald Fräbel mitgenommen. Schmidt schrie wiederholt: „Ich soll erschossen werden!" Fräbel beruhigte ihn: „Du wirst nur abgeliefert." Zu Fuß ging es weiter in den Kehrberger Forst hinein.

Während des Marsches befahl Heines dem Bär, den Schmidt zu erschießen. Als dieser sich weigerte, preßte Heines dem Schmidt die Pistole ins Gesicht und drückte zweimal los. Schmidt fiel hintenüber.

Darauf gab auch Ottow zwei Schüsse auf ihn ab. Da Schmidt noch um Hilfe schrie, drückten alle Beteiligten sein Gesicht in den Waldboden. Ottow schlug ihm einen eisenbeschlagenen Gummiknüppel etwa zehnmal auf den Schädel und trat ihm auf den Rücken, Fräbel trat auf den Hinterkopf. Die Leiche wurde in ein Loch gelegt, das Bär inzwischen gegraben hatte. Vogt, ein Leutnant Hermann und Bergfeld spielten am nächsten Abend gemütlich Skat. Dabei sagte Hermann:

„Schmidt ist schlecht eingegraben, seine Knie gucken noch aus der Erde heraus."

Wenige Tage nach dem Mord meldete Heines telephonisch seinem Führer Roßbach, daß er einem erhaltenen Befehl seines vorgesetzten Kreisleiters, Leutnant a. D. Walter Schulz, gemäß den Schmidt, der Waffen habe verraten wollen (!), verhaftet habe.

Auf dem Wege durch den dunklen Kehrberger Forst hat der Arrestant Anstalt gemacht, zu fliehen. Daraufhin habe er, Heines, ihn niederschießen müssen.

Der Oberstaatsanwalt unterstellte als wahr, daß Heines keine Bedenken gehabt hat, dem Geheimbefehl Roßbachs Folge zu leisten, wonach die Geheimhaltung mit allen Mitteln zu erstreben war. Die Konsequenz einer Anklage gegen den „Zeugen" Roßbach aber hat er nicht gezogen. Er beantragte

gegen Heines wegen Mordes die Todesstrafe,

gegen Ottow wegen Beihilfe hierzu vier Jahre Zuchthaus, gegen Fräbel, Bär, Vogt und Krüger wegen des gleichen Verbrechens je drei Jahre Zuchthaus. Jedoch solle nur gegen Heines Haftbefehl erlassen werden. Das Gericht nahm wieder Mordplan und Totschlagsdelikt an, setzte die Strafen herab und verurteilte Heines zu fünf Jahren Gefängnis, Ottow zu zweieinhalb Jahren, Fräbel und Bär zu sechs Monaten Gefängnis wegen Beihilfe. Krüger, Bandemer und Vogt wurden freigesprochen.

Heines hat kaum eineinhalb Jahre im Gefängnis gesessen.

Die Verteidiger legten zum zweitenmal Revision beim Reichsgericht ein. Auf Beschluß des Strafsenats beim Oberlandesgericht Stettin wurde Heines am 14. Mai 1929 gegen eine Kaution von 5000 ℳ aus der Haft entlassen.

*

Soweit die aktenmäßige Darstellung. Heines hat einen vollkommen unschuldigen Menschen, der in dem „Verdacht" stand, er wollte ein Waffenlager der zuständigen Behörde verraten, kaltblütig abgeschlachtet und dann gelogen, der Ermordete sei „auf der Flucht erschossen worden".

Heute ist Heines Reichstagsabgeordneter!

*

Die Herren Fememörder Klapproth und Oberleutnant a. D. Schulz beruft Hitler in die Reichsparteileitung. Dabei hat der Münchner Gerichtsarzt noch vor wenigen Monaten Herrn Schulz bezeugt, er sei verhandlungsunfähig, weil „in seiner Psyche paranoide Veränderungen aufgetreten seien".

Volkswille, Hannover
Ausschnitt aus der Nummer vom: 23. NOV. 1930

Zierden der Nazifraktion.

Fememörder Heines.

V.

Kaltschnäuzig und brutal mordete er einen Unschuldigen.

Dem Buch von E. J. Gumbel: „Verräter verfallen der Feme" entnehmen wir folgende auf die Akten gestützte Darstellung:

Auf den Gütern Stecklin, Rosenfelde und Liebenow im Kreise Greifenhagen kommandierte im Juli 1920 als besonderer Vertrauensmann Roßbachs der 22jährige Leutnant Edmund Heines, der gegen die bayerische Räterepublik, im Baltikum und im Kapp-Putsch gekämpft hatte. In der Arbeitsgemeinschaft Stecklin befand sich seit 14 Tagen der zwanzigjährige landwirtschaftliche Arbeiter Willi Schmidt. An einem nicht mehr festzustellenden Tag des Juli 1920 erschien der Vertrauensmann der Steckliner Gruppe, Unteroffizier Max Krüger, auf dem Gute Rosenfeld und meldete dem Heines,

Schmidt wolle die Arbeit niederlegen.

Man erzählte sich von ihm im Dorf, er wolle (!) einen Transport von Reichswehrwaffen, der offiziell an das Reiterregiment in Schwedt bestimmt war, tatsächlich aber zu den Roßbachern nach Rosenfelde ging, an die Schutzpolizei verraten (die preußische staatliche Schutzpolizei! Red. d. „V."). Dieses vage Gerücht, das nur 6 Stunden umlief, war die Grundlage für ein „Todesurteil". Schmidt hatte sich zu einer Familie Walter im Dorf Stecklin begeben. Heines, zusammen mit Max Bandemer, Johann Vogt und Karl Ottow, suchten ihn auf. Sie stellten sich als Kriminalbeamte vor und fanden ihn auf dem Heuboden schon schlafend. Ängstlich fragte Schmidt, was man von ihm wolle. „Du sollst nur verhört werden." Zunächst transportierte man ihn nach dem Gute Stecklin. Der Unteroffizier Ottow schlug ihn dort mit einem Gummiknüppel über den Kopf, so daß Schmidt blutüberströmt zusammenbrach. Auf sein Flehen gab man ihm Wasser, seine Wunden zu reinigen, und Leinen, um sie zu verbinden. Auf einem Feldwagen wurde er nach Rosenfelde transportiert. Dort meldete Heines dem Ortsvorsteher und Administrator Ernst Bergfeld, Schmidt sei da. Dieser gab darauf den Schlüssel zur Spatenkammer heraus. Angeblich glaubte er, verborgene Waffen sollten umgebettet werden. Doch wurde, nach Vogt, im Zimmer über die Erschießung verhandelt. In dunkler Nacht ging der Trupp zum Walde. Man begann ein Loch zu graben, denn Schmidt sollte hier schon erledigt werden. Da der Boden zu hart und das Dorf zu nahe war, ging man weiter zum Gut Liebenow. Dort wurden die Roßbach-Unteroffiziere Kurt Bär und Ewald Fräbel mitgenommen. Schmidt schrie wiederholt: „Ich soll erschossen werden!" Fräbel beruhigte ihn: „Du wirst nur abgeliefert." Zu Fuß ging es weiter in den Kehrberger Forst hinein.

Während des Marsches befahl Heines dem Bär, den Schmidt zu erschießen. Als dieser sich weigerte, preßte Heines dem Schmidt die Pistole ins Gesicht und drückte zweimal los. Schmidt fiel hintenüber.

Darauf gab auch Ottow zwei Schüsse auf ihn ab. Da Schmidt noch um Hilfe schrie, drückten alle Beteiligten sein Gesicht in den Waldboden. Ottow schlug ihm einen eisenbeschlagenen Gummiknüppel etwa zehnmal auf den Schädel und trat ihm auf den Rücken, Fräbel trat auf den Hinterkopf. Die Leiche wurde in ein Loch gelegt, das Bär inzwischen gegraben hatte. Vogt, ein Leutnant Hermann und Bergfeld spielten am nächsten Abend gemütlich Skat. Dabei sagte Hermann:

„Schmidt ist schlecht eingegraben, seine Knie gucken noch aus der Erde heraus."

Wenige Tage nach dem Morde meldete Heines telephonisch seinem Führer Roßbach, daß er einem erhaltenen Befehl seines vorgesetzten Kreisleiters, Leutnant a. D. Walter Schulz, gemäß den Schmidt, der Waffen habe verraten wollen (!), verhaftet habe.

Auf dem Wege durch den dunklen Kehrberger Forst habe der Arrestant Anstalt gemacht, zu fliehen. Daraufhin habe er, Heines, ihn niederschießen müssen.

Roßbach genügte diese Meldung. Da die Leiche nur schlecht eingegraben war und sich das Gerücht von der Ermordung verbreitet hatte, wurde in einer Versammlung der Roßbach-Leiter und -Vertrauensleute in Pyritz Auftrag gegeben, die Leiche umzubetten. Dies geschah unter Leitung von Heines.

Der Mord wurde erst nach Jahren entdeckt: ein Mitwisser, der Arbeiter Bathke, versuchte, Bergfeld zu erpressen. Dieser fühlte sich so sicher, daß er Bathke anzeigte, worauf dieser alles der Polizei meldete. Sämtliche Beteiligten, auch Heines, der inzwischen in München Jurisprudenz (!) studierte und in der nationalsozialistischen Bewegung eine Rolle gespielt hatte, konnten verhaftet werden. Vom 16. April bis 5. Mai 1928 wurde vor dem Schwurgericht in Stettin unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Hirschberg (Oberstaatsanwalt Saß) wegen Mordes verhandelt. Die Aussagen der Angeklagten über die Vorgänge im Wald gingen auseinander.

Heines erklärte, Schmidt habe fliehen wollen,

wovon in der Voruntersuchung nie die Rede gewesen war. Die Spaten seien nur zum Umbetten von Waffen mitgenommen worden. Irgendein Nachweis für den angeblich beabsichtigten „Verrat" des Schmidt konnte nicht geführt werden. Heines wollte dies von dem Roßbacher Just erfahren haben, einem „Spezialisten für Verrätersachen", der später selbst unter geheimnisvollen Umständen umkam. Bär will nur aus Angst mitgemacht haben. Denn bei den Roßbachern sei immer vom „Spazierenfahren" die Rede gewesen. Fräbel war geständig. Leutnant Schulz, als Zeuge vernommen, will die Angelegenheit nicht gekannt, Bergfeld nur von der späteren Umbettung gewußt haben.

Staatsanwaltschaftsrat Frantzky beantragte wegen Mord gegen Ottow und Heines die Todesstrafe, wegen Beihilfe zum Mord gegen Fräbel und Bergfeld je 4 Jahre Zuchthaus, gegen Krüger, Bär, Bandemer und Vogt 3 Jahre Zuchthaus. Gegen die Hintermänner Frhr. von Bodungen und Roßbach könne wegen Verjährung nichts mehr unternommen werden.

Das Gericht kam zum Schluß, nicht der Schimmer eines Beweises für Schmidts „Schuld" sei erbracht worden.

Es nahm an, daß Heines ursprünglich mit Vorbedacht und Überlegung handelte, weil er die Spaten mitgenommen hatte. Während des Grabens in Rosenfelde habe er die Absicht zum Mord aber aufgegeben und Schmidt dann nur im Affekt umgebracht. So wurde nur wegen Totschlags Heines zu 15 Jahren Zuchthaus, Ottow zu 4 Jahren Zuchthaus, Fräbel wegen Beihilfe zu 3 Jahren Zuchthaus verurteilt; Bär, Vogt, Bandemer, Krüger und Bergfeld wurden freigesprochen, die letzten vier, weil sie nicht an dieser Tat, sondern nur an den straflosen Vorbereitungshandlungen zu einer anderen, nicht ausgeführten Tat teilgenommen hätten. Oberstaatsanwalt und Verteidigung legten Revision ein.

Der dritte Strafsenat des Reichsgerichts hob auch dieses milde Urteil am 6. Dezember 1928 auf, weil gegen einen der Geschworenen zur Zeit des Prozesses ein Verfahren wegen Betruges geschwebt hatte. So gelangte das Verfahren wieder an das Schwurgericht zurück. Die Verhandlung unter dem Landgerichtsdirektor Hoffmann fand vom 25. Februar bis 13. März 1929 statt. Krüger war unterdessen wegen eines gemeinen Totschlags, begangen an einer alten Frau, zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Bergfeld starb während des Prozesses.

Der Oberstaatsanwalt Saß unterstellte als wahr, daß Heines keine Bedenken gehabt hat, dem Geheimbefehl Roßbachs Folge zu leisten, wonach die Geheimhaltung mit allen Mitteln zu erstreben war. Die Konsequenz einer Anklage ... den „Zeugen" Roßbach aber hat er nicht gezogen. Er beantragte gegen Heines wegen Mordes die Todesstrafe gegen Ottow wegen Beihilfe hierzu 4 Jahre Zuchthaus, gegen Fräbel, Bär, Vogt und Krüger wegen des gleichen Verbrechens je 3 Jahre Zuchthaus. Jedoch solle nur gegen Heines Haftbefehl erlassen werden. Das Gericht nahm wieder Mordplan und Totschlagsdelikt an, setzte die Strafen herab und verurteilte Heines zu 5 Jahren Gefängnis, Ottow zu 2½ Jahren, Fräbel und Bär zu 6 Monaten Gefängnis wegen Beihilfe. Krüger, Bandemer und Vogt wurden freigesprochen.

Heines hat kaum 1½ Jahre im Gefängnis gesessen.

Die Verteidiger legten zum zweitenmal Revision beim Reichsgericht ein. Auf Beschluß des Strafsenats beim Oberlandesgericht Stettin wurde Heines am 14. Mai 1929 gegen eine Kaution von 5000 Mark aus der Haft entlassen.

Dieser Fememörder Heines ist jetzt nicht nur nationalsozialistischer Reichstagsabgeordneter, sondern auch Paradepferd der Hakenkreuzler. Der „Völkische Beobachter" schreibt von ihm:

„Wer Edmund Heines kennt, weiß, daß er nur aus zwangsvoller Pflicht und mit Widerwillen seine ehrlichen Hände mit diesem schmutzigen Blut besudelt hat. In den Augen von 6½ Millionen deutschen Staatsbürgern sind sie reiner als die Krallen der ach so zart besaiteten Novembermänner."

Es wird also hier noch das Opfer des Schlagetots über das Grab hinaus geschmäht und der Mörder als edler Mann hingestellt. Früher, als Heines verurteilt wurde, schrieb der „ehrenwerte" „Völkische Beobachter" ganz anders. Am 31. Mai 1927 zeigte er

den Ausschluß des Fememörders Heines aus der NSDAP. an.

Damals also schämte man sich der blutbesudelten Hände Heines — oder man tat aus taktischen Gründen so. Auch ein Beispiel der Doppelzüngigkeit der Nazis.

Anständige Arbeiter sagen zu der ganzen Affäre Heines: „Pfui Teufel!".

[illegible] den „Zeugen" Roßbach aber hat er nicht gezogen. Er beantragte gegen Heines wegen Mordes die Todesstrafe gegen Ottow wegen Beihilfe hierzu 4 Jahre Zuchthaus, gegen Fräbel, Bär, Vogt und Krüger wegen des gleichen Verbrechens je 3 Jahre Zuchthaus. Jedoch solle nur gegen Heines Haftbefehl erlassen werden. Das Gericht nahm wieder Mordplan und Totschlagsdelikt an, setzte die Strafen herab und verurteilte Heines zu 5 Jahren Gefängnis, Ottow zu 2½ Jahren, Fräbel und Bär zu 6 Monaten Gefängnis wegen Beihilfe. Krüger, Bandemer und Vogt wurden freigesprochen.

Heines hat kaum 1½ Jahre im Gefängnis gesessen.

Die Verteidiger legten zum zweitenmal Revision beim Reichsgericht ein. Auf Beschluß des Strafsenats beim Oberlandesgericht Stettin wurde Heines am 14. Mai 1929 gegen eine Kaution von 5000 Mark aus der Haft entlassen.

Dieser Fememörder Heines ist jetzt nicht nur nationalsozialistischer Reichstagsabgeordneter, sondern auch Paradepferd der Hakenkreuzler. Der „Völkische Beobachter" schreibt von ihm:

> „Wer Edmund Heines kennt, weiß, daß er nur aus zwangsvoller Pflicht und mit Widerwillen seine ehrlichen Hände mit diesem schmutzigen Blut besudelt hat. In den Augen von 6½ Millionen deutschen Staatsbürgern sind sie reiner als die Krallen der ach so zart besaiteten Novembermänner."

Es wird also hier noch das Opfer des Schlagetots über das Grab hinaus geschmäht und der Mörder als edler Mann hingestellt. Früher, als Heines verurteilt wurde, schrieb der „ehrenwerte" Völkische Beobachter" ganz anders. Am 31. Mai 1927 zeigte er

den Ausschluß des Fememörders Heines aus der NSDAP. an.

Damals also schämte man sich der blutbefudelten Hände Heines — oder man tat aus taktischen Gründen so. Auch ein Beispiel der Doppelzüngigkeit der Nazis.

Anständige Arbeiter sagen zu der ganzen Affäre Heines: „Pfui Teufel!".

Edmund Heines, der „Femer

Wer ist Herr Edmund Heines? Ein Reichstagsabgeordneter der Hitler-Fraktion, der wegen Fememordes zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt worden war. Und dieser Herr darf sich heute Reichstagsabgeordneter nennen und wird als Parteiheros angepriesen. Von den Litfaßsäulen schreien große Plakate der Hitler-Partei herunter, auf denen Edmund Heines als Hauptattraktion einer großen Versammlung der Nazis im Sportpalast angekündigt wird. „Femerichter Heines wird sprechen." Die Schamröte steigt einem ins Gesicht, daß hier die Bezeichnung eines hohen Berufs, des Richters, von einem wegen Mordes Bestraften in Anspruch genommen wird, ohne daß sich der Richterstand dagegen wehrt.

[illegible] Femerichter ist dieser Heines! Zur Kennzeichnung [illegible] Volksvertreters gibt es nichts Besseres, als seine Verbrechenstat so zu schildern, wie sie auf Grund der Akten in [illegible] Buch von Gumbel „Verräter verfallen der Feme!" dargestellt [illegible] Auf den Gütern Stecklin, Rosenfelde und Liebenow im Kreise Greifenhagen kommandierte im Juli 1920 als besonderer Vertrauensmann Roßbachs der 22jährige Leutnant Edmund Heines.

In der Arbeitsgemeinschaft Stecklin befand sich seit 14 Tagen der 20jährige landwirtschaftliche Arbeiter Willi Schmidt. An einem nicht mehr festzustellenden Tag des Juli 1920 erschien der Vertrauensmann der Steckliner Gruppe, Unteroffizier Max Krüger, auf dem Gute Rosenfelde und meldete dem Heines, Schmidt wolle die Arbeit niederlegen. Man erzähle sich von ihm im Dorf, er wolle einen Transport von Reichswehrwaffen, der offiziell an das Reiterregiment in Schwedt bestimmt war, tatsächlich aber zu den Roßbachern nach Rosenfelde ging, an die Schutzpolizei verraten. Dieses vage Gerücht, das nur sechs Stunden umlief, war die Grundlage für ein „Todesurteil".

Schmidt hatte sich zu einer Familie Walter im Dorf Stecklin begeben. Heines, zusammen mit Max Bandemer, Johann Vogt und Karl Ottow suchten ihn auf. Sie stellten sich als Kriminalbeamte vor und fanden ihn auf dem Heuboden, schon schlafend. Aengstlich fragte Schmidt, was man von ihm wolle. „Du sollst nur verhört werden." Zunächst transportierte man ihn nach dem Gute Stecklin. Der Unteroffizier Ottow schlug ihm dort mit einem Gummiknüppel über den Kopf, so daß Schmidt blutüberströmt zusammenbrach. Auf sein Flehen gab man ihm Waessr, seine Wunden zu reinigen, und Leinen, um sie zu verbinden. Auf einem Feldwagen wurde er nach Rosenfelde transportiert. Dort meldete Heines dem Ortsvorsteher Ernst Bergfeld, Schmidt sei da. Dieser gab darauf den Schlüssel [illegible] Spritzenkamemr heraus. Angeblich will er geglaubt haben, [illegible] verborgene Waffen umgebettet werden sollten. Doch wurde nach [illegible] Vogts im Zimmer über die Erschießung verha[illegible]

Der Staatsanwalt beantragte wegen Mord gegen Heines und Ottow die Todesstrafe, gegen die übrigen Beteiligten hohe Zuchthausstrafen. Das Gericht kam zu dem Schluß, nicht der Schimmer eines Beweises für Schmidts Schuld sei erbracht worden. Es nahm an, daß Heines ursprünglich mit Vorbedacht und Ueberlegung handelte, weil er die Spaten mitgenommen hatte. Während des Grabens in Rosenfelde habe er aber die Absicht zum Mord aufgegeben, und Schmidt dann nur in Affekt umgebracht. So wurde Heines nur wegen Totschlags zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Oberstaatsanwalt und Verteidigung legten Revision ein. Der dritte Strafsenat des Reichsgerichts hob auch dieses milde Urteil auf. Die neue Verhandlung fand im März 1929 statt. Das Gericht nahm wieder Mordplan und Totschlagsdelikt an, setzte aber die Strafen herab und verurteilte Heines zu fünf Jahren Gefängnis. Heines hat kaum anderthalb Jahre im Gefängnis verbracht, die Verteidiger legten zum zweitenmale Revision beim Reichsgericht ein. Auf Beschluß des Strafsenats beim Oberlandesgericht Stettin wurde Heines am 14. Mai 1929 gegen eine Kaution von 5000 Mark aus der Haft entlassen.

Heute kann er dank der Amnestie in Freiheit wieder herumlaufen und sich sogar noch als Parlamentarier betätigen.

end

Das ist er,
der „Femerichter" Heines, jetzt Reichstagsabgeordneter der Nazis.

erichter".

3. NOV. 1930

Acht Uhr Abendblatt, Berlin

In dunkler Nacht ging der Trupp zum Walde. Man begann ein Loch zu graben, denn Schmidt sollte hier schon erledigt werden. Da der Boden zu hart und das Dorf zu nah war, ging man weiter zum Gut Liebenow. Dort wurden die Roßbach-Unteroffiziere Kurt Bär und Ewald Fräbel mitgenommen. Schmidt schrie wiederholt: „Ich soll erschossen werden!" Fräbel beruhigte ihn: „Du wirst nur abgeliefert." Zu Fuß ging es weiter in den Kehrberger Forst hinein. Während des Marsches befahl Heines dem Bär, den Schmidt zu erschießen. Als dieser sich weigerte,

presste Heines dem Schmidt

die Pistole ins Gesicht und drückte zweimal los. Schmidt fiel hinten über.

Darauf gab auch Ottow zwei Schüsse auf ihn ab. Da Schmidt noch um Hilfe schrie, drückten alle Beteiligten sein Gesicht in den Waldboden. Ottow schlug ihm einen eisenbeschlagenen Gummiknüppel etwa zehnmal auf den Schädel und trat ihm auf den Rücken, Fräbel trat auf den Hinterkopf. Die Leiche wurde in ein Loch gelegt, das Bähr inzwischen gegraben hatte.

Wenige Tage nach dem Morde meldete Heines telephonisch seinem Führer Roßbach, daß er einen erhaltenen Befehl seines vorgesetzten Kreisleiters, Leutnant a. D. Walter Schulz, gemäß den Schmidt, der Waffen habe, habe verraten wollen, verhaftet habe. Auf dem Wege durch den den dunklen Kehrberger Forst habe der Arrestant Anstalten gemacht, zu fliehen. Daraufhin habe er, Heines, ihn niederschießen müssen. Roßbach genügte die Meldung. Da die Leiche nur schlecht eingegraben war und sich das Gerücht von der Ermordung verbreitet hatte, wurde in einer Versammlung der Roßbach-Leute und Vertrauensleute in Pyritz Auftrag gegeben, die Leiche umzubetten. Dies geschah unter Leitung von Heines. Der Mord wurde erst nach Jahren entdeckt. Ein gewisser Bathke meldete alles der Polizei. Sämtliche Beteiligten, auch Heines, der inzwischen in München Rechtswissenschaft studierte und in der nationalsozialistischen Bewegung eine hervorragende Rolle spielte, konnten verhaftet werden. Vom 16. April bis 5. Mai 1928 wurde vor dem Schwurgericht in Stettin unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Hirschberg wegen Mordes verhandelt.

Fememörder als Volksvertreter

Der Mord im Kehrberger Forst

Im höchsten Parlament des deutschen Volkes, im Reichstag, sitzt der nationalsozialistische Leutnant a. D. Heines, der im Juli 1920 an einem wehrlosen Menschen von hinterrücks einen viehischen Mord verübt hat. Im Gerichtsverfahren gegen Heines beantragte der Staatsanwalt die Todesstrafe, das Gericht verurteilte ihn zu einer längeren Freiheitsstrafe und schließlich wurde er gegen Kaution entlassen. Dieser auf „Bewährungsfrist" freigegebene Mörder hat jetzt im Reichstag dem sozialdemokratischen Staatsanwalt Hegner durch einen Zwischenruf angedroht, daß er der nächste sei, der „dran komme". Dieser Zwischenruf hat die ganze brutale Fratze des Nationalsozialismus gezeigt. Heute ist das Herrn Hitler etwas unangenehm, denn durch solche Ausbrüche werden die Karten vorzeitig aufgedeckt. Er hat deshalb, wie verlautet, dem Heines nahegelegt, von seinem Mandat zurückzutreten. Das erbärmlichste aber ist, daß die Kommunisten in jener nächtlichen Abstimmung über die Amnestie den Fememördern einen blutigen Freibrief verschafft haben. Wir entnehmen die Darstellung über den Mord dem bekannten Buch von Gumpel „Verräter verfallen der Feme", das sich auf dem Aktenmaterial der Gerichtsverhandlungen aufbaut.

Auf den Gütern Stecklin, Rosenfelde und Liebenow im Kreise Greifenhagen kommandierte im Juli 1920 als besonderer Vertrauensmann Roßbachs der 22jährige Leutnant Edmund Heines, der gegen die bayrische Räterepublik, im Baltikum und im Kapp-Putsch gekämpft hatte. In der Arbeitsgemeinschaft Stecklin befand sich seit vierzehn Tagen der 20jährige landwirtschaftliche Arbeiter Willi Schmidt.

An einem nicht mehr festzustellenden Tage des Juli 1920 erschien der Vertrauensmann der Steckliner Gruppe, Unteroffizier Max Krüger, auf dem Gute Rosenfelde und meldete dem Heines, Schmidt wolle die Arbeit niederlegen. Man erzählte sich von ihm im Dorf, er wolle einen Transport von Reichswehrwaffen, der offiziell an das Reiterregiment in Schwedt bestimmt war, tatsächlich aber zu den Roßbachern nach Rosenfelde ging, an die Schutzpolizei verraten. Dieses vage Gerücht, das nur sechs Stunden umlief, war die Grundlage für ein „Todesurteil". Schmidt hatte sich zu einer Familie Walter im Dorf Stecklin begeben. Heines, zusammen mit Max Bandemer, Johann Vogt und Karl Ottow, suchten ihn auf. Sie stellten sich als Kriminalbeamte vor und fanden ihn auf dem Heuboden schon schlafend. Aengstlich fragte Schmidt, was man von ihm wolle. „Du sollst nur verhört werden." Zunächst transportierte man ihn nach dem Gute Stecklin. Der Unteroffizier Ottow schlug ihn dort mit einem Gummiknüppel über den Kopf, so daß Schmidt blutüberströmt zusammenbrach. Auf sein Flehen gab man ihm Wasser, seine Wunden zu reinigen, und Leinen, um sie zu verbinden. Auf einem Feldwagen wurde er nach Rosenfelde transportiert. Dort meldete Heines dem Ortsvorsteher und Administrator Ernst Bergfeld, Schmidt sei da. Dieser gab darauf den Schlüssel zur Spatenkammer heraus. Angeblich glaubte er, verborgene Waffen sollten umgebettet werden. Doch wurde im Zimmer über die Erschießung verhandelt.

„Du wirst nur abgeliefert!"

In dunkler Nacht ging der Trupp zum Walde. Man begann ein Loch zu graben, denn Schmidt sollte hier schon erledigt werden. Da der Boden zu hart und das Dorf zu nahe war, ging man weiter zum Gut Liebenow. Dort wurden die Roßbach-Unteroffiziere Kurt Bär und Ewald Fräbel mitgenommen. Schmidt schrie wiederholt: „Ich soll erschossen werden!" Fräbel beruhigte ihn: „Du wirst nur abgeliefert." Zu Fuß ging es weiter in den Kehrberger Forst hinein.

Während des Marsches befahl Heines dem Bär, den Schmidt zu erschießen. Als dieser sich weigerte, preßte Heines dem Schmidt die Pistole ins Gesicht und drückte zweimal los. Schmidt fiel hintenüber.

Die Knie gucken aus der Erde

Darauf gab auch Ottow zwei Schüsse auf ihn ab. Da Schmidt noch um Hilfe schrie, drückten alle Beteiligten sein Gesicht in den Waldboden. Ottow schlug ihm mit einem eisenbeschlagenen Gummiknüppel etwa zehnmal auf den Schädel und trat ihm auf den Rücken, Fräbel trat auf den Hinterkopf. Die Leiche wurde in ein Loch gelegt, das Bär inzwischen gegraben hatte. Vogt, ein Leutnant Hermann und Bergfeld spielten am nächsten Abend gemütlich Skat. Dabei sagte Hermann: „Schmidt ist schlecht eingegraben, seine Knie gucken noch aus der Erde heraus."

Wenige Tage nach dem Morde meldete Heines telephonisch seinem Führer Roßbach, daß er einem erhaltenen Befehl seines vorgesetzten Kriegsleiters, Leutnant a. D. Walter Schulz, gemäß den Schmidt, der Waffen habe verraten wollen, verhaftet habe.

Auf dem Wege durch den dunklen Kehrberger Forst habe der Arrestant Anstalten gemacht, zu fliehen. Daraufhin habe er, Heines, ihn niederschießen müssen.

Roßbach genügte diese Meldung. Da die Leiche nur schlecht eingegraben war und sich das Gerücht von der Ermordung verbreitet hatte, wurde in einer Versammlung der Roßbach-Leiter und -Vertrauensleute in Pyritz Auftrag gegeben, die Leiche umzubetten. Dies geschah unter der Leitung von Heines.

Der Mord wurde erst nach Jahren entdeckt: ein Mitwisser, der Arbeiter Bathke, versuchte, Bergfeld zu erpressen. Sämtliche Beteiligten, auch Heines, der inzwischen in München Jurisprudenz studierte und in der nationalsozialistischen Bewegung eine Rolle gespielt hatte, konnten verhaftet werden. Vom 16. April bis 5. Mai 1928 wurde vor dem Schwurgericht in Stettin unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Hirschberg (Oberstaatsanwalt Saß) wegen Mordes verhandelt.

Die wilde Justiz . . .

Staatsanwaltschaftsrat Frantzky beantragte wegen Mordes gegen Ottow und Heines die Todesstrafe, wegen Beihilfe zum Mord gegen Fräbel und Bergfeld je vier Jahre Zuchthaus, gegen Krüger, Bär, Bandemer und Vogt drei Jahre Zuchthaus.

Das Gericht kam zu dem Schlusse, nicht der Schimmer eines Beweises für Schmidts „Schuld" sei erbracht worden. Es nahm an, daß Heines ursprünglich mit Vorbedacht und Ueberlegung handelte, weil er die Spaten mitgenommen hatte. Während des Grabens in Rosenfelde habe er die Absicht zum Mord aber aufgegeben und Schmidt dann nur im Affekt umgebracht. So wurden nur wegen Totschlages Heines zu fünfzehn Jahren Zuchthaus, Ottow zu vier Jahren Zuchthaus, Fräbel wegen Beihilfe zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt; Bär, Vogt, Bandemer, Krüger und Bergfeld wurden freigesprochen.

Der dritte Strafsenat des Reichsgerichts hob dieses milde Urteil am 6. Dezember 1928 auf, weil gegen einen der Geschworenen zurzeit des Prozesses ein Verfahren wegen Betruges geschwebt hatte. So gelangte das Verfahren wieder an das Schwurgericht zurück. Die Verhandlung unter dem Landgerichtsdirektor Hoffmann fand vom 25. Februar bis 13. März 1929 statt.

Oberstaatsanwalt Saß beantragte gegen Heines wegen Mordes die Todesstrafe, gegen Ottow wegen Beihilfe hierzu vier Jahre Zuchthaus, gegen Fräbel, Bär, Vogt und Krüger wegen des gleichen Verbrechens je drei Jahre Zuchthaus. Das Gericht setzte die Strafen herab und verurteilte Heines zu fünf Jahren Gefängnis, Ottow zu zweieinhalb Jahren, Fräbel und Bär zu sechs Monaten Gefängnis wegen Beihilfe. Krüger, Bandemer und Vogt wurden freigesprochen.

Heines hat kaum anderthalb Jahre im Gefängnis gesessen.

Die Verteidiger legten zum zweitenmal Revision beim Reichsgericht ein. Auf Beschluß des Strafsenats beim Oberlandesgericht Stettin wurde Heines am 14. Mai 1929 gegen eine Kaution von 5000 Mark aus der Haft entlassen.

Der Mörder ist rasch avanciert. Schade, daß der Massenmörder Haarmann diese große Zeit nicht mehr erlebte. Er wäre der ideale Spitzenkandidat der Nationalsozialisten für den Wahlkreis Hannover gewesen.

Abraham Gumbel gestorben

Mit 78 Jahren ist in Heilbronn mein Onkel Abraham Gumbel, den Lesern dieser Zeitung als „Emel“ bekannt, sanft in das Land gegangen, aus dem es keine Wiederkehr gibt. Im Dorfe Stein am Kocher, wo unsere Ahnen seit über 200 Jahren ansässig waren, ist er geboren, in Heilbronn bestattet. Mit ihm starb einer der wenigen unabhängig denkenden, freien Menschen, die unser angebliches „Land der Dichter und Denker“ aufzuweisen hat. Schon unter dem Sozialistengesetz hat er gezeigt, daß die herrschende Meinung, d. h. die Meinung der Herrschenden, ihn nicht beeinflußt, das Geschrei der Straße ihn nicht berührt hatte. Er war eng und nah dem Heimatboden verwurzelt und gerade deswegen ein überzeugter Europäer. So verstand er die heimische Erde, das Volk, die Scholle zu lieben, und die Herren, die säbelrasselnden Habebald und Eilebeute, die Vaterlandspartei und die „angestammten“ Fürsten anzuklagen. 1914, als sein Sohn fiel, wandte er sich der Kriegsschuldfrage zu. Mit ungeheurem Eifer, Fleiß und Nachdruck vertrat er die Theorie, die er mit immer neuen Dokumenten zu belegen verstand, daß das deutsche Volk unschuldig sei, daß aber die volle Alleinschuld auf den Berliner Hof treffe. Seinem profunden Wissen der ganzen diplomatischen Aktenstücke wurde das Bild der Entstehung des Krieges immer einfacher. In zahlreichen Artikeln hat er dies belegt und manche Polemik durchgehalten.

Während des Krieges hoffte er auf eine geistige Revolution, welche das alte Regime und alle, die den Krieg bejaht hatten, mit Stumpf und Stiel ausrotten sollte. Nach der Niederlage, die er immer hatte kommen sehen, vertrat er den Standpunkt Eisners, daß nur ein neues Deutschland einen gerechten Frieden erringen konnte. Eine Bekämpfung des Versailler Vertrags war ihm nur auf dieser Grundlage möglich. Die Beteuerung der Unschuld für die Männer von 1914 bekämpfte er als verschleierte Propaganda zur Wiederherstellung der Monarchie und der Schichten, die in ihr geherrscht hatten. In diesem Sinne arbeitete er mit an der Fürstenenteignung.

Als die Gelehrten und „Fachleute“ in der Inflation genau so versagten, wie während des Krieges, und sie auf die Reparationen oder gar die passive Handelsbilanz zurückführten, zeigte er die einfache Wahrheit: Die Inflation kommt vom Zetteldrucken. Ohne Erfolg verlangte er die Zerstörung der Notenpressen. Schon früh erkannte er die ungeheure Gefahr des Nationalsozialismus. Er blieb ein Prediger in der Wüste. Nur im engen Kreis seiner schwäbischen Heimat hat er gewirkt. Mir hat er mehr gegeben als irgend ein anderer Mensch. Er liebte die Wahrheit; er war aufrecht und frei; sein Leben war voller Mühe, sein Tod ohne Schmerz.

E. J. Gumbel.

Abraham Gumbel gestorben

Mit 78 Jahren ist in Heilbronn mein Onkel Abraham Gumbel, den Lesern dieser Zeitung als „Emel“ bekannt, sanft in das Land gegangen, aus dem es keine Wiederkehr gibt. Im Dorfe Stein am Kocher, wo unsere Ahnen seit über 200 Jahren ansässig waren, ist er geboren, in Heilbronn bestattet. Mit ihm starb einer der wenigen unabhängig denkenden, freien Menschen, die unser angebliches „Land der Dichter und Denker“ aufzuweisen hat.

Schon unter dem Sozialistengesetz hat er gezeigt, daß die herrschende Meinung, d. h. die Meinung der Herrschenden, ihn nicht beeinflußt, das Geschrei der Straße ihn nicht berührt hatte. Er war eng und nah dem Heimatboden verwurzelt und gerade deswegen ein überzeugter Europäer. So verstand er die heimische Erde, das Volk, die Scholle zu lieben, und die Herren, die säbelrasselnden Habebald und Eilebeute, die Vaterlandspartei und die „angestammten“ Fürsten anzuklagen.

Im Jahr 1914, als sein Sohn gefallen war, wandte er sich der Kriegsschuldfrage zu. Mit ungeheurem Eifer, Fleiß und Nachdruck vertrat er die Theorie, die er mit immer neuen Dokumenten zu belegen verstand, daß das deutsche Volk unschuldig sei, daß aber die volle Alleinschuld auf den Berliner Hof treffe. Seinem profunden Wissen der ganzen diplomatischen Aktenstücke wurde das Bild der Entstehung des Krieges immer einfacher. In zahlreichen Artikeln hat er dies belegt und manche Polemik durchgehalten.

Während des Krieges hoffte er auf eine geistige Revolution, die das alte Regime und alle, die den Krieg bejaht hatten, mit Stumpf und Stiel ausrotten sollte. Nach der Niederlage, die er immer hatte kommen sehen, vertrat er den Standpunkt Eisners, daß nur ein neues Deutschland einen gerechten Frieden erringen könnte. Eine Bekämpfung des Versailler Vertrags war ihm nur auf dieser Grundlage möglich. Die Beteuerung der Unschuld für die Männer von 1914 bekämpfte er als verschleierte Propaganda zur Wiederherstellung der Monarchie und der Schichten, die in ihr geherrscht hatten. In diesem Sinne arbeitete er mit an der Fürstenenteignung.

Als die Gelehrten und „Fachleute“ in der Inflation genau so versagten wie während des Krieges und sie auf die Reparationen oder gar die passive Handelsbilanz zurückführten, zeigte er die einfache Wahrheit: die Inflation kommt vom Zetteldrucken. Ohne Erfolg verlangte er die Zerstörung der Notenpressen. Schon früh erkannte er auch die ungeheure Gefahr des Nationalsozialismus.

Er blieb ein Prediger in der Wüste. Nur im engen Kreis seiner schwäbischen Heimat hat er gewirkt. Mir hat er mehr gegeben als irgend ein anderer Mensch. Er liebte die Wahrheit; er war aufrecht und frei. Sein Leben war voller Mühe, sein Tod ohne Schmerz. E. J. Gumbel

Abraham Gumbel gestorben

Mit 78 Jahren ist in Heilbronn mein Onkel Abraham Gumbel, den Lesern dieser Zeitschrift als „Emel“ bekannt, sanft in das Land gegangen, aus dem es keine Wiederkehr gibt. Im Dorf Stein am Kocher, wo unsere Ahnen seit 200 Jahren ansässig waren, ist er geboren, in Heilbronn bestattet. Mit ihm starb einer der wenigen unabhängig denkenden, freien Menschen, die unser angebliches „Land der Dichter und Denker“ aufzuweisen hat. Schon unter dem Sozialistengesetz hat er gezeigt, daß die herrschende Meinung, das heißt die Meinung der Herrschenden, ihn nicht beeinflußt, das Geschrei der Straße ihn nicht berührt hatte. Er war eng und nah dem Heimatboden verwurzelt und gerade deshalb ein überzeugter Europäer. So verstand er die heimische Erde, das Volk, die Scholle zu lieben, und die Herren, die säbelrasselnden Habebald und Eilebeute, die Vaterlandspartei und die „angestammten“ Fürsten anzuklagen. 1914, als sein Sohn fiel, wandte er sich der Kriegsschuldfrage zu. Mit ungeheurem Eifer, Fleiß und Nachdruck vertrat er die Theorie, die er mit immer neuen Dokumenten zu belegen verstand, daß das deutsche Volk unschuldig sei, daß aber die volle Alleinschuld auf den Berliner Hof treffe. Seinem profunden Wissen der ganzen diplomatischen Aktenstücke wurde das Bild der Entstehung des Krieges immer einfacher. In zahlreichen Artikeln hat er dies belegt und manche Polemik durchgehalten.

Während des Krieges hoffte er auf eine geistige Revolution, welche das alte Regime und alle, die den Krieg bejaht hatten, mit Stumpf und Stiel ausrotten sollte. Nach der Niederlage, die er immer hatte kommen sehen, vertrat er den Standpunkt Eisners, daß nur ein neues Deutschland einen gerechten Frieden erringen konnte. Eine Bekämpfung des Versailler Vertrages war ihm nur auf dieser Grundlage möglich. Die Beteuerung der Unschuld für die Männer von 1914 bekämpfte er als verschleierte Propaganda zur Wiederherstellung der Monarchie und der Schichten, die in ihr geherrscht hatten. In diesem Sinne arbeitete er mit an der Fürstenenteignung.

Als die Gelehrten und „Fachleute“ in der Inflation genau so versagten, wie während des Krieges, und sie auf die Reparationen oder gar die passive Handelsbilanz zurückführten, zeigte er die einfache Wahrheit: Die Inflation kommt vom Zetteldrucken. Ohne Erfolg verlangte er die Zerstörung der Notenpressen. Schon früh erkannte er die ungeheure Gefahr des Nationalsozialismus. Er blieb ein Prediger in der Wüste. Nur im engen Kreis seiner schwäbischen Heimat hat er gewirkt. Mir hat er mehr gegeben, als irgend ein anderer Mensch. Er liebte die Wahrheit; er war aufrecht und frei; sein Leben war voller Mühe, sein Tod ohne Schmerz.

E. J. Gumbel,
(Dortmunder Generalanzeiger).

195

Heidelberg

Der Kampf gegen Professor Gumbel

Lehrerin: „Es ist tief bedauerlich, daß nur so wenige für die Befreiung von den Young-Lasten gestimmt haben!"
Kind: „Fräulein, wenn die Volksabstimmung durchgegangen wäre ....."
Lehrerin: „Schweig, Kind, hier wird keine Politik getrieben!"

Heidelberg: Ins Herz bist Du geschrieben ... Name so traut ... Braut ... so erzählt uns die süße Literatur von Meyer-Förster bis Vicki Baum und die verlorenen Herzen klingen in uns. Dem steht eine etwas anders geartete Wirklichkeit gegenüber.

Heidelberg ist der Prototyp der neudeutschen Universität, wenn auch die bekanntesten Studenten aus Marburg und München stammen, wo der Herr „Femerichter" Heines als stud jur. sich seine ersten Sporen verdiente.

Der badische Unterrichtsminister Remmele, ein Mann, der aus der Arbeiterklasse hervorgegangen ist, hat im August dieses Jahres dem seit 1923 habilitierten Privatdozenten Dr. Gumbel den Titel eines außerordentlichen Professors verliehen. Das war sein gutes Recht. Der Minister kann niemand als Privatdozent zur Universität zulassen, aber Titelverleihungen sind seine Sache. Im vorliegenden Fall hat er den Titel, ohne formellen Antrag von seiten der Fakultät, verliehen. Vermutlich aber, wie ein sonst gut unterrichtetes Heidelberger Lokalblatt andeutete, mit Wissen der Fakultät. Zum mindesten hat man von einem Protest nichts gehört.

Die Nationalsozialisten haben diesen Semesterbeginn dazu benutzt, um ihren seit sechs Jahren mit wechselndem Glück geführten Kampf gegen Gumbel, den Historiker der Fememorde, wieder aufzunehmen. Ein bisher unbekannter „Aktionsausschuß der nationalen Studentenschaft" rief in großen Plakaten zum Protest auf. Der Stahlhelm, die Nationalsozialisten und die Deutschnationalen schlossen sich in Inseraten diesem „gemeinsamen Kampf um die Säuberung der Universität" an. Gumbel — so hieß es — sei moralisch nicht geeignet, die deutsche akademische Jugend, Jahrgang 1930, zu erziehen.

Der Erfolg blieb nicht aus: 2000 Personen füllten den größten Saal Heidelbergs. Im Namen der Volksgemeinschaft verweigerte man republikanischen Studenten das Wort, drängte sie aus dem Saal und beschimpfte einen Zentrumsredakteur. Die angebliche moralische Basis wurde gleich verlassen. „Gumbel ist derjenige, der die widerlichste Nachkriegserscheinung, die Femehetze, entfesselt hat. Sein Name wird überall da genannt, wo Handlungen gemeldet werden, die von großen Teilen des deutschen Volkes als Landesverrat empfunden werden." Aber „die Person Dr. Gumbels ist uns viel zu nichtig; wir kämpfen gegen das System, das sich in seiner Verderbtheit bei dieser Gelegenheit einmal wieder zur Genüge gezeigt hat".

Wenn Links-Studenten einen Rechts-Professor auf so rüde Weise angegriffen hätten, so wäre ihre studentische Laufbahn beendet. Der nationale Professor hätte noch am gleichen Tag von Fakultät, Senat, Dozentenschaft und Ministerium Vertrauensbeweise. Im vorliegenden Fall erfolgte bisher nichts. Nur der Rektor sprach bei der Immatrikulation einige begütigende Worte — und dementierte dann, daß sie sich auf den Fall Gumbel bezögen.

Der Zwischenfall ist typisch für die Situation an unseren Hochschulen, — noch typischer als etwa die Berliner Krawalle.

Zum tausendsten Mal ist zu wiederholen: die heutige Hochschulpolitik grenzt an politischen Selbstmord. Unter den zweieinhalbtausend Ordinarien — um nur sie rund zu rechnen — existiert nur eine verschwindende Zahl von echten Republikanern. Dagegen wird an allen Universitäten eifrig Wehrsport und Kleinkaliberschießen getrieben, zur Stärkung des Wehrgedankens gegen den inneren und jeweiligen äußeren Erbfeind. Die kommende Beamtenschaft geht, wie die bestehende, aus den schlagenden Verbindungen hervor. Nichts ist geschehen, um deren Herrschaft über die Universitäten zu brechen. Selbst wenn wir, übertrieben optimistisch, annehmen, daß das heutige System, also der parlamentarische Minister und das Berufsbeamtentum, weiterbesteht, so muß das Beamtentum mit jedem Jahr stärker faschistisch werden. Von innen wird der Staat ausgehöhlt.

Professor V. Z.

Aus Heidelberg

Herr Prof. E. Gumbel in Heidelberg schreibt uns unter Bezugnahme auf unsere Notiz in der Nummer vom 28. Jan.:

Der Ausgangspunkt des gegen mich geführten Kampfes war ein Satz, den ich im Jahre 1924 in einer Versammlung der Friedensgesellschaft — also nicht vor versammeltem Auditorium ex cathedra — ausgesprochen habe, nämlich: Ich bitte die Anwesenden, sich in stetem Gedenken und zu Ehren der Gefallenen, die — ich will nicht sagen: auf dem Felde der Unehre — gefallen sind, von den Plätzen zu erheben und zwei Minuten Stillschweigen zu bewahren.

Was den Eindruck dieses Satzes auf die damals Anwesenden betrifft, so verweise ich auf den Bericht des Pfälzer Boten vom 29. 7. 24, der folgendermaßen schloß: „In starker innerer Ergriffenheit folgte die Versammlung der Bitte des Vorsitzenden, der ungezählten Toten des Weltkrieges in zwei Minuten stiller Einkehr zu gedenken. Sittlicher Ernst und strenges Verantwortungsgefühl wird damit als der die ruhig und würdig verlaufene Kundgebung beherrschende Gedanke eindringlich herausgestellt."

Ein wegen dieses Satzes gegen mich eingeleitetes Disziplinarverfahren wurde 1925 eingestellt. Die Tatsache, daß diese Angelegenheit heute, 6 Jahre später, wieder hervorgeholt wird, beweist wohl zur Genüge, daß ich bei dem Heidelberger Kampf nicht der Grund, sondern nur der Vorwand bin. Es handelt sich hierbei tatsächlich (und diese Auffassung werden Sie in jeder Nummer des hiesigen katholischen Blattes, des Pfälzer Boten, bestätigt finden) um einen Spezialfall des allgemeinen Vorstoßes der Faschisten gegen die Republik. Die gleiche Auffassung vertritt auch der Karlsruher Volksfreund vom 31. 1. 31.

Wie Sie aus Landtagsberichten entnehmen wollen, bin ich nicht „über die Köpfe der Heidelberger Professoren" ernannt worden. Ebenso wenig hat die Dozentenschaft eindeutig gegen mich Stellung genommen. Vielmehr haben sich stets Kollegen gefunden, die für mich eingetreten sind.

Die Ursache der Heidelberger Krawalle

Die universitätspolitische Situation in Heidelberg hat sich in unwahrscheinlicher Weise zugespitzt, so daß es in der friedlichen Stadt mehrfach zu Krawallen gekommen ist. Es ist daher am Platze, die Entwicklung der Dinge einmal kurz zusammenzufassen: Den äußeren Anlaß nicht den Grund, bot die **Ernennung des Privatdozenten Dr. Gumbel** zum außerordentlichen Professor. Es handelte sich hierbei nur um eine Titelverleihung ohne materielle Bedeutung, eine platonische Ehrung, welche Privatdozenten mit wissenschaftlichen Leistungen nach 4—5 Jahren üblicherweise zukommt. Im vorliegenden Fall dauerte es sogar über 7 Jahre, wovon nahezu zwei mit Verhandlungen über dieses Problem ausgefüllt waren. Die nationalsozialistischen Studenten erklärten nun, daß sie in Gumbel das „System“ bekämpften und beschimpften ihn als Lump, Schweinehund, Landesverräter und russischen Agenten. Da die nationalsozialistischen und korporierten Studenten den Allgemeinen Studenten-Ausschuß (Asta) beherrschten, konnten sie ihre Tätigkeit als einen Kampf der gesamten Studentenschaft gegen einen Eindringling darstellen

Nachdem Rektor, Senat, Fakultät und Ministerium monatelang in dieser Sache geschwiegen hatten, kam es zu einer **Landtagsinterpellation**, in der die zentrale Behauptung der Nationalsozialisten einfach zerplatzte. Unterrichtsminister Remmele verlas den Brief, den er wegen der Ernennung an die Fakultät geschrieben hatte, und die Antwort, die der Dekan und zwei angesehene Professoren, deren nationale Gesinnung bisher nie angezweifelt worden ist, Güntert und Ranke, seinem Vertreter gegeben hätten.

„Falls das Ministerium dem **Privatdozenten Dr. Gumbel** die Amtsbezeichnung **„außerordentlicher Professor“ gleichzeitig** mit dem Privatdozenten Dr. Glockner verleihen würde, so würde die **Fakultät Bedenken dagegen nicht erheben.“**

Diese Zustimmung war in der politisch durchaus ruhigen Situation des **Juli 1930** gegeben worden. **Nach dem Anwachsen** der faschistischen Bewegung versuchte die Fakultät davon **abzurücken**:

„Da die Regierung vor der Verleihung des Titels eines außerordentlichen Professors an den Privatdozenten Dr. Gumbel loyalerweise durch schriftliche Anfrage beim Dekan mit der Fakultät Fühlung nahm, kann die Fakultät lediglich feststellen, daß sie **vielleicht in ihrer Mehrheit Bedenken erhoben** hätte, wenn die Frage der Regierung allen Mitgliedern bekannt geworden wäre.“

Damit war offenkundig, daß **vom Ministerium keinerlei Eingriff** in die akademischen Rechte auch nur **versucht worden** war und daß **Gumbel den Titel ordnungsgemäß erhalten hatte.**

Angesichts dieses Zusammenbruchs der zentralen Behauptung blieb dem Nationalsozialisten nur übrig, entweder den ganzen Kampf einzustellen oder einen Krach zu provozieren. Sie wählten das letztere. Die Forderung des Asta, er werde sich an der Reichsgründungsfeier nur beteiligen, wenn Gumbel in Zwangsurlaub geschickt werde, ist nur durch diese Absicht erklärbar. Denn zu solchen Forderungen ist der Asta in keiner Weise berechtigt. Und er mußte wissen, daß das Ministerium hierauf mit schärfsten Maßnahmen antworten werde. **Dies geschah** in der Tat. **Der Asta wurde aufgelöst.** Dies bedeutete, daß die **Nationalsozialisten nicht mehr über die Gelder** verfügen können, die jeder Student in jedem Semester für die Studentenvertretung **bezahlen muß.** Bei etwa 2500 Studenten und 2 ℳ Beitrag im Semester machte dies 5000 ℳ aus. Auf diese Entziehung der ideellen und materiellen Basis mußten die Nationalsozialisten mit **weiteren Krawallen** antworten. Trotz des in Baden bestehenden allgemeinen **Demonstrationsverbots** veranstaltten sie Versammlungen, **wissend, daß die** Polizei einschreiten **werde.** Sie versuchten in der Universität, Juden und Sozialisten zu verprügeln und entrüsteten sich, als die Polizei daraufhin das geheiligte Gebäude betrat. **Am nächsten** Tag forderten sie vom Rektor, daß er der Polizei für zukünftige Fälle den Zutritt zur Universität verbiete. **Sie verlangten** also das Recht, die Sozialisten ungestraft verprügeln zu dürfen.

Der Rektor versuchte **umsonst,** in einer allgemeinen Studentenversammlung die aufgeregten Gemüter zu beruhigen. Obwohl er von einem Mißverständnis bei Gumbels Ernennung sprach und einen Protest des Senats gegen die Auflösung des Asta verlas, waren die **Nationalsozialisten unversöhnlich.** Sie verwarfen den vom Rektor unternommenen Versuch der Einrichtung einer neuen Studentenvertretung, verließen die Versammlung und gründeten eine sogenannte „Deutsche Studentenschaft“. Denn es handelt sich für sie um eine **Machtprobe,** sie verlangen Gumbels Entlassung. Zu diesem Zweck wurde auch eine groteske „Volksabstimmung“ veranstaltet, an der die Einwohnerschaft Heidelbergs sich, wie die Autoren selbst betonen, ohne behördliche Kontrolle eintragen soll. Da die Listen in vielen Lokalen aufliegen und jeder sich ungestört mehrfach eintragen kann, sind bei den 70 000 Einwohnern Heidelbergs leicht 100 000 Stimmen selbst bei geringer Beteiligung zu erzielen. Die Behörde wird auf dieses groteske Unternehmen vermutlich gar nicht reagieren und in Gumbel die akademische Freiheit **gegen den Terror der Straße** verteidigen, zu dem die **Heidelberger Ausschreitungen** vom Dienstag einen weiteren Beitrag

Die Heidelberger Krawalle

Universität und Reaktion

Die universitätspolitische Situation in Heidelberg hat sich in unwahrscheinlicher Weise zugespitzt, so daß es in der friedlichen Stadt zum ersten Male seit langer Zeit zu Krawallen gekommen ist. Den äußeren Anlaß, nicht den Grund, bot die Ernennung des Privatdozenten Dr. Gumbel zum außerordentlichen Professor. Es handelte sich hierbei nur um eine Titelverleihung ohne materielle Bedeutung, eine platonische Ehrung, welche Privatdozenten mit wissenschaftlichen Leistungen nach 4 bis 5 Jahren üblicherweise zukommt. Im vorliegenden Fall dauerte es sogar über 7 Jahre, wovon nahezu zwei mit Verhandlungen über dieses Problem ausgefüllt waren.

Das Hauptargument der Nationalsozialisten war nun, daß die Ernennung vom Ministerium aus parteipolitischen Gründen erfolgt sei und daß hierdurch die Rechte der Universität verletzt worden seien: Gumbel sei der Universität aufgedrängt worden. Diese Studenten erklärten in anerkennenswerter Offenheit, daß sie in Gumbel das „System“ bekämpften und beschimpften ihn als Lump, Schweinehund, Landesverräter und russischen Agenten. Da die nationalsozialistischen und korporierten Studenten den Allgemeinen Studenten-Ausschuß (Asta) beherrschten, konnten sie ihre Tätigkeit als einen Kampf der gesamten Studentenschaft gegen einen Eindringling darstellen.

Nachdem Rektor, Senat, Fakultät und Ministerium monatelang in dieser Sache geschwiegen hatten, kam es zu einer Landtagsinterpellation, in der die zentrale Behauptung der Nationalsozialisten einfach zerplatzte. Der Unterrichtsminister Remmele verlas den Brief, den er wegen der Ernennung an die Fakultät geschrieben hatte, und die Antwort, die der Dekan und zwei angesehene Professoren, deren nationale Gesinnung bisher nie angezweifelt worden ist, Güntert und Ranke, seinem Vertreter gegeben hatten:

„Falls das Ministerium dem Privatdozenten Dr. Gumbel die Amtsbezeichnung „außerordentlicher Professor“ gleichzeitig mit dem Privatdozenten Dr. Glockner verleihen würde, so würde die Fakultät Bedenken dagegen nicht erheben.“

Diese Zustimmung war in der politisch durchaus ruhigen Situation des Juli 1930 gegeben worden. Nach dem Anwachsen der faschistischen Bewegung versuchte die Fakultät davon abzurücken:

„Da die Regierung vor der Verleihung des Titels eines außerordentlichen Professors an den Privatdozenten Dr. Gumbel loyalerweise durch schriftliche Anfrage beim Dekan mit der Fakultät Fühlung nahm, kann die Fakultät lediglich feststellen, daß sie vielleicht in ihrer Mehrheit Bedenken erhoben hätte, wenn die Frage der Regierung allen Mitgliedern bekannt geworden wäre.“

Damit war offenkundig, daß vom Ministerium keinerlei Eingriff in die akademischen Rechte auch nur versucht worden war und daß Gumbel den Titel ordnungsgemäß erhalten hatte.

Angesichts dieses Zusammenbruchs der zentralen Behauptung blieb den Nationalsozialisten nur übrig, entweder den ganzen Kampf einzustellen oder einen Krach zu provozieren. Sie wählten das letztere. Die neue Forderung des Asta, er werde sich an der Reichsgründungsfeier nur beteiligen, wenn Gumbel in Zwangsurlaub geschickt werde, ist nur durch diese Absicht erklärbar. Denn zu solchen Forderungen ist der Asta in keiner Weise berechtigt. Und er mußte wissen, daß das Ministerium hierauf mit schärfsten Maßnahmen antworten werde. Dies geschah in der Tat. Der Asta wurde aufgelöst. Damit zerstörte das Ministerium die ideelle Basis des Kampfs. Zudem bedeutete dies, daß die Nationalsozialisten nicht mehr über die Gelder verfügen können, die jeder Student in jedem Semester für die Studentenvertretung bezahlen muß. Bei etwa 2500 Studenten und zwei Mark Beitrag im Semester machte dies 5000 Mark aus. Auf diese Entziehung der ideellen und materiellen Basis mußten die Nationalsozialisten mit weiteren Krawallen antworten. Trotz des in Baden bestehenden allgemeinen Demonstrationsverbots veranstalteten sie eine Versammlung, wissend, daß die Polizei einschreiten werde. Sie versuchten in der Universität, Juden und Sozialisten zu verprügeln und entrüsteten sich, als die Polizei daraufhin das geheiligte Gebäude betrat. Am nächsten Tag forderten sie vom Rektor, daß er der Polizei für zukünftige Fälle den Zutritt zur Universität verbiete. Sie verlangten also das Recht, die Sozialisten ungestraft verprügeln zu dürfen.

Der Rektor versuchte umsonst, in einer allgemeinen Studentenversammlung die aufgeregten Gemüter zu beruhigen. Obwohl er von einem Mißverständnis bei Gumbels Ernennung sprach und einen Protest des Senats gegen die Auflösung des Asta verlas, waren die Nationalsozialisten unversöhnlich. Sie verwarfen den vom Rektor unternommenen Versuch der Einrichtung einer neuen Studentenvertretung, verließen die Versammlung und gründeten eine sogenannte „Deutsche Studentenschaft“. Denn es handelt sich für sie um eine Machtprobe, sie verlangen Gumbels Entlassung. Zu diesem Zweck wurde eine groteske „Volksabstimmung“ veranstaltet, an der die Einwohnerschaft Heidelbergs sich, wie die Autoren selbst betonen, ohne behördliche Kontrolle eintragen soll. Da die Listen in vielen Lokalen aufliegen und jeder sich ungestört mehrfach eintragen kann, sind bei den 70 000 Einwohnern Heidelbergs leicht 100 000 Stimmen selbst bei geringer Beteiligung zu erzielen. Die Behörde wird auf dieses groteske Unternehmen vermutlich gar nicht reagieren und in Gumbel die akademische Freiheit gegen den Terror der Straße verteidigen.

Neue Manöver der Nazi-Studenten

Der Rektor der Heidelberger Universität teilt der Oeffentlichkeit mit:

„Die Deutsche Studentenschaft Heidelberg (die Privatorganisation der Nazistudenten. Red. d. „V.“) hat an den Rektor der Universität ein Schreiben gerichtet, worin sie ihr Verhalten, soweit es eine Kränkung von Rektor und Senat in sich barg, auf Mißverständnisse zurückführt und nach Aufklärung den Sachverhalt bedauert. Die Deutsche Studentenschaft Heidelberg spricht weiter die Hoffnung auf eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen der Dozentenschaft und ihr aus. Dieses Schreiben wird weiter gestützt durch persönliche Erklärungen der während des Konflikts besonders als Sprecher beteiligten Studenten.“

Diese Mitteilung gibt der Rektor ohne jeden Kommentar heraus. Hieraus muß man schließen, daß er der Ansicht ist, daß solche Erklärungen geeignet sind, den Konflikt der nationalsozialistischen Studenten mit dem Ministerium zu lösen. Diese naive Vorstellung geht völlig fehl. Denn diese Erklärung verlangt von der Universität eine Zusammenarbeit mit der Deutschen Studentenschaft, also der Vereinigung der korporierten und nationalsozialistischen Studenten, während die Universität dieser, der Republik feindlichen Organisation nach allem Vorgefallenen überhaupt kein Vertrauen gewährend kann, ohne ihre Selbstachtung aufzugeben — von dem dann unvermeidlichen Konflikt mit dem Ministerium gar nicht zu reden.

Diese Studenten, die durch ihre monatelange, in nichts begründete Hetze gegen das „System“, d. h. die Republik, die ganze Stadt in Aufruhr versetzt und die wissenschaftliche und pädagogische Arbeitsfähigkeit der Universität aufs schwerste bedroht haben, laden die ganze Verantwortung auf den billigen Packesel des „Mißverständnisses“ ab. Es wäre interessant, das Schreiben der Studenten im Wortlaut zu kennen. Welche „Mißverständnisse“ liegen nach Angabe der sogen. Deutschen Studentenschaft vor, und welches ist der wahre, jetzt aufgeklärte Sachverhalt?

Die aufrührerischen Studenten beschränken sich bezeichnenderweise darauf, die Kränkung von Rektor und Senat zu bedauern. Mit keinem Wort bedauern sie ihren frechen Kampf gegen das Ministerium und ihre anmaßliche Forderung, daß sie Dozenten bestätigen und ablehnen dürfen. Sie geben nicht einmal Zusicherung, daß sie diesen Kampf einstellen und beanspruchen statt dessen Absolution für alle ihre Untaten.

Es ist nicht zum erstenmal, daß der Rektor den „nationalen“ Studenten erlaubt, ihm Vertrauensbeweise auszustellen, mit dem Erfolg, daß sie dies als Zusicherung der Straffreiheit für die Vergangenheit auffaßten und in ihren Beschimpfungen gegen das „System“ und die republikanischen Dozenten immer unverschämter und in ihren Forderungen immer frecher wurden. Die Universität hat durch ihre Nachgiebigkeit in Fall Dehn die Nationalsozialisten unerhört gestärkt. Schrecken den Rektor diese Zeichen nicht?

Wenn es ihm wirklich um die Ruhe und Arbeitsfähigkeit der Universität zu tun ist, muß er Vertrauensbeweise ablehnen, die, wenn sie überhaupt einen Inhalt haben, nur einen Vorstoß gegen das Ministerium und eine Kränkung der republikanischen Dozenten bedeuten, und die Studenten energisch in die Schranken ihrer Rechte verweisen und an ihre Pflicht zur Arbeit erinnern.

Volkszeitung, Heidelberg, 26.2.31.

Volkszeitung Heidelberg 26.2.31

Heines, der heutige Nazi-Heros

Ein würdiger Representant des Hakenkreuzes — Heute in Heidelberg

Sein feiger Mord an Willi Schmidt

In Heidelberg spricht heute der bekannte Nazi-Reichstagsabgeordnete Fememörder Heines, eine der dunkelsten Gestalten des deutschen Faschismus. Er wird auf den Plakatsäulen als Fememörder ausdrücklich empfohlen und gepriesen. Das erste Urteil des Gerichts hat ihm 15 Jahre Zuchthaus zudiktiert, das zweite Urteil nur 5 Jahre Gefängnis. Inzwischen hat der Mord seine Karriere beschleunigt — und nun ist er nationalsozialistischer Reichstagsabgeordneter und einer der tobsüchtigsten und blutrünstigsten Agitatoren der Nazi-Partei. In Zusammenhang mit seinem Auftreten in Heidelberg wollen wir unseren Lesern seine feige Bluttat schildern, wie sie auf Grund amtlicher Dokumente und authentischer Berichte von Prof. Gumbel in seinem bekannten Buch „Verräter verfallen der Feme" beschrieben wird:

Auf den Gütern Stecklin, Rosenfelde und Liebenow im Kreise Greifenhagen kommandierte im Juli 1920

als besonderer Vertrauensmann Roßbachs der 22jährige Leutnant Edmund Heines,

der gegen die bayerische Räterepublik, im Baltikum und im Kapp-Putsch gekämpft hatte. In der Arbeitsgemeinschaft Stecklin befand sich seit 14 Tagen der 20jährige landwirtschaftliche Arbeiter Willi Schmidt. An einem nicht mehr festzustellenden Tage des Juli 1920 erschien der Vertrauensmann der Steckliner Gruppe, Unteroffizier Max Krüger, auf dem Gute Rosenfelde und meldete dem Heines, Schmidt wolle die Arbeit niederlegen. Man erzähle sich von ihm im Dorf, er wolle einen Transport von Reichswehrwaffen, der offiziell an das Reiterregiment in Schwedt bestimmt war, tatsächlich aber zu den Roßbachern nach Rosenfelde ging, an die Schutzpolizei verraten.

Dieses vage Gerücht, das nur 6 Stunden umlief, war die Grundlage für ein „Todesurteil".

Schmidt hatte sich zu einer Familie Walter im Dorf Stecklin begeben. Heines, zusammen mit Max Bandemer, Johann Vogt und Karl Ottow suchten ihn auf. Sie stellten sich als Kriminalbeamte vor und fanden ihn auf dem Heuboden schon schlafend. Aengstlich fragte Schmidt, was man wolle. „Du sollst nur verhört werden." Zunächst transportierte man ihn nach dem Gute Stecklin. Der Unteroffizier Ottow

schlug ihn dort mit einem Gummiknüppel über den Kopf, so daß Schmidt blutüberströmt zusammenbrach.

Auf sein Flehen gab man ihm Wasser, seine Wunden zu reinigen und Leinen, um sie zu verbinden. Auf einem Feldwagen wurde er nach Rosenfelde transportiert. Dort meldete Heines dem Ortsvorsteher und Administrator Ernst Bergfeld, Schmidt sei da. Dieser gab darauf den Schlüssel zur Spatenkammer heraus. Angeblich glaubte er, verborgene Waffen sollten umgebettet werden. Doch wurde, nach Vogt, im Zimmer über die Erschießung verhandelt. In dunkler Nacht ging der Trupp zum Walde.

Man begann ein Loch zu graben, denn Schmidt sollte hier schon erledigt werden.

Da der Boden zu hart und das Dorf zu nahe war, ging man weiter zum Gut Liebenow. Dort wurden die Roßbachunteroffiziere Kurt Bär und Ewald Fräbel mitgenommen. Schmidt schrie wiederholt: „Ich soll erschossen werden!" Fräbel beruhigte ihn: „Du wirst nur abgeliefert". Zu Fuß ging es weiter in den Kehrberger Forst hinein. Während des Marsches befahl Heines dem Bär, den Schmidt zu erschießen. Als dieser sich weigerte,

preßte Heines dem Schmidt die Pistole ins Gesicht und drückte zweimal los.

Schmidt fiel hintenüber. Darauf gab auch Ottow zwei Schüsse auf ihn ab. Da Schmidt noch um Hilfe schrie, drückten alle Beteiligten sein Gesicht in den Waldboden. Ottow schlug ihm einen eisenbeschlagenen Gummiknüppel etwa zehnmal auf den Schädel und trat ihm auf den Rücken, Fräbel trat auf den Hinterkopf. Die Leiche wurde in ein Loch gelegt, das Bär inzwischen gegraben hatte. Vogt, ein Leutnant Hermann und Bergfeld spielten am nächsten Abend gemütlich Skat. Dabei Hermann:

„Schmidt ist schlecht eingegraben, seine Knie gucken noch aus der Erde heraus"

Wenige Tage nach dem Morde meldete Heines telephonisch seinem Führer Roßbach, daß er einem erhaltenen Befehl seines vorgesetzten Kreisleiters, Leutnant a. D. Walter Schulz, gemäß, den Schmidt, der Waffen habe verraten wollen, verhaftet habe. Auf dem Wege durch den dunklen Kehrberger Forst habe der Arrestant Anstalt gemacht zu fliehen. Daraufhin habe er, Heines, ihn niederschießen müssen. Roßbach genügte diese Meldung (Prozeßbericht vom 24. 4. 28.). Da die Leiche nur schlecht eingegraben war und sich das Gerücht von der Ermordung verbreitet hatte, wurde in einer Versammlung der Roßbachleiter und -Vertrauensleute in Pyritz Auftrag gegeben,

die Leiche umzubetten. Dies geschah unter Leitung von Heines.

Das Gericht, das erst April—Mai 1928 über diesen Mord verhandelte, kam zum Schluß, daß nicht der Schimmer des Beweises für Schmidts Schuld erbracht worden sei.

Die Justiz Bd. VI, H. 3. Dez. 1930

die bei Durchführung dieser Maßnahmen eintreten muß, zu bestreiten vermag oder der selbst in der Lage wäre, bessere, einleuchtendere, schneller zum Ziel führende Vorschläge zu machen. Wenn bereits zuvor die Stellung, die die Reichsregierung bisher gegenüber diesen Vorschlägen eingenommen hat, als allzu passiv bezeichnet wurde, so eben deshalb, weil die Not täglich steigt, weil keine Zeit zu verlieren ist, wenn die schlimmste Katastrophe des deutschen Volkes, nämlich die endgültige Verzweiflung breiter Massen an der Wiederkehr eines normalen geregelten Berufslebens, verhindert werden soll. Die verheerenden Auswirkungen, die die Krise bisher schon in der politischen Gesinnung der Massen, in ihrem Verhältnis zu Staat und Wirtschaft gehabt hat, bedürfen keiner Erörterung. Ihnen entgegenzuwirken ist eine Aufgabe nicht nur der Wirtschafts- und Sozialpolitik, sondern auch jeder vernünftigen Staatspolitik.

Strafvollzugsstatistik und Strafvollzugskritik.

Von Ministerialrat Dr. Schmidt, Berlin.

I.

Es ist sehr zu begrüßen, daß der Strafvollzug, d. h. die Verwirklichung der vom Richter erkannten Freiheitsstrafe, immer mehr in das Blickfeld der Öffentlichkeit rückt. Die Fragen und Probleme, die den Strafvollzug durchfurchen und immer wieder vor neue Aufgaben, aber auch vor neue Besinnung und Grenzbescheidung stellen, sind erfreulicherweise nicht bloß Themen der Erörterung in Fachkreisen. Für Bühne und Film, Literatur und Tagespresse bietet das Leben hinter den Mauern und Gittern der Strafanstalten ein anregendes Motiv. Die Darstellung des Schicksals der gefangenen Menschen im Theater, Kino, Vortragssaal, in Buch und Zeitung findet gesteigertes Interesse. Es mag sein, daß dieses Interesse manchmal weniger aus einer inneren, sozialbewegten Teilnahme an dem Geschick und der Lebensgestaltung der Menschen kommt, der gestrauchelten, entgleisten und gescheiterten Menschen hinter den Zuchthausmauern, sondern daß vielmehr bei manchem eine gewisse sensationsgespannte Gefühlssituation das Motiv für sein Interesse ist. Das spielt keine ausschlaggebende Rolle, wenn nur überhaupt Interesse da ist, obwohl natürlich der Strafanstaltsverwaltung und den Strafanstaltsbeamten jenes Interesse willkommener ist, das aus

der Grundhaltung sich verantwortlich fühlender Sozialgesinnung geboren ist, einer Gesinnung, die nicht allein den Gefangenen in seiner gegenwärtigen Lage betrachtet, sondern auch seine Zukunft, die Zeit, in der er nicht mehr Gefangener ist, ins Auge faßt.

Nun bringen Darstellungen in Wort und Schrift und Schauspiel immer nur Ausschnitte, stellen bestimmte Geschehnisse oder bestimmte Probleme in den Vordergrund. Der Laie, der ins Theater geht oder sich einen Film ansieht, erwartet nicht, daß ihm da ein Gesamtbild des Strafvollzugs gegeben wird, ganz abgesehen davon, daß Inhalt und Art der Reproduktion stets mehr oder minder subjektiv sein wird. Von größerem Wert ist es daher, zu einer Gesamtschau über den Standard des Strafvollzuges nüchterne, objektive Quellen heranzuziehen, Quellen, die uns im wesentlichen aus der statistischen Erfassung der Verhältnisse und Geschehnisse fließen. Daß Prof. Gumbel sich der Mühe unterzogen hat, diese statistischen Quellen, vornehmlich die alljährlich erscheinende „Statistik der Gefangenenanstalten der Justizverwaltung in Preußen" kritisch wertend zu beleuchten[1]), ist an sich nur zu begrüßen. Aber die Schlußfolgerungen, die er aus diesen Zahlen erwachsen läßt, und die Art, in der diese Zahlen verschiedentlich ausgewertet werden, können nicht unwidersprochen bleiben.

Doch zunächst eine Vorbemerkung. Mit aller Deutlichkeit muß gesagt werden, daß dem Strafvollzug und der Strafanstaltsverwaltung die Kritik an ihrer Tätigkeit nur erwünscht sein kann. Daß solche Kritik erfolgt, ist an sich schon kein Wunder bei einer so tief und so scharf in das Leben des einzelnen Volksgenossen, und nicht nur dieses einzelnen, sondern oft noch vielmehr in die Lebensverhältnisse seiner Angehörigen einschneidenden staatlichen Maßnahme, wie es die Freiheitsentziehung ist. Es ist ein schlechter Trost, daß insofern die staatliche Funktion der Strafverwirklichung in der Strafanstalt das Schicksal mit zahlreichen anderen staatlichen Maßnahmen und Funktionsweisen teilt, z. B. mit der Strafjustiz, der Polizei, der Fürsorgeerziehung, der Schule und Jugenderziehung. Kritik ist schon deshalb erwünscht, weil sie der kritisierten Tätigkeit und dem kritisierten Apparat dadurch in der Öffentlichkeit einen Resonanzboden verschafft, den gerade der Strafvollzugspraktiker begrüßen kann, schon aus dem naheliegenden Grunde, daß in der Öffentlichkeit, im breiten Publikum die Bedeutung

[1]) Siehe „Die Justiz": August, September, Oktober 1930.

seiner wahrhaftig nicht leichten Aufgaben anerkannt und gewürdigt wird. Er wird besonders aber solche kritischen Äußerungen begrüßen, die erkennen lassen, daß der Kritiker die Tatsachen wirklich kennt und die Einrichtungen und Geschehnisse, den personellen Apparat und seine Funktionen in ihrer soziologischen Gegebenheit, ihrer psychologischen Situation, ihrer staatswirtschaftlichen Bedingtheit und ihren praktischen finanziellen Verwirklichungsmöglichkeiten zu sehen sich bemüht. Solche Kritik ist für den Strafvollzug ein wertvolles Barometer für den Grad seines sozialen Reflexes und ein aktiver Ansporn zur Besinnung, zur Selbstprüfung, zu verantwortungsfreudiger Vorwärts- und Weiterarbeit.

II.

Als Quellen bezeichnet Gumbel einmal das „Gesetz", also die normgebenden Vorschriften, sodann die „Eindrücke aus Besichtigungen und Besuchen und die Berichte Entlassener" und drittens die Statistik. Wenn er hierbei meint, daß „bei der Besichtigung eine vielfache Siebung Platz greife", daß der Besichtigende „bereits eine ausgewählte Persönlichkeit" und daß die besichtigten Gefängnisse „aus propagandistischen Gründen ausgewählt" seien, so darf demgegenüber darauf hingewiesen werden, daß in sehr weitgehendem Entgegenkommen der Besuch der preußischen Gefangenanstalten gestattet wird, daß Vertreter aller Richtungen und aller politischen Parteien, insbesondere auch die Abgeordneten der kommunistischen Partei, die gewiß nicht als begeisterte Freunde der Justizverwaltung angesprochen werden können, Zugang zu den Anstalten und den Gefangenen haben. Es gibt wohl kaum eine größere Anstalt, die der vor kurzem verstorbene Abgeordnete Menzel von der Kommunistischen Landtagsfraktion Preußens nicht besucht, und in der er nicht — in vielen Fällen unter vier Augen — die Gefangenen gesprochen hätte, mit denen zu sprechen er gewünscht hatte.

Was Gumbel über die systematische Anlage der preußischen Statistik sagt, ist zum Teil gewiß nicht unberechtigt. Ihre Gliederung bezeichnet er übrigens als „rein statistisch gesehen, ausgezeichnet". Diese Mängel der Statistik sind der Justizverwaltung durchaus nicht unbekannt, und die Erörterungen über eine inhaltliche Verbesserung, insbesondere nach der Richtung der soziologischen und kriminalpolitischen Auswertung sind seit längerer Zeit im Gange. Es erschien aber bisher untunlich, jetzt noch diese Änderungen einzuführen, da nach Verab-

schiedung des dem Reichstag vorliegenden Entwurfs zu einem Reichsstrafvollzugsgesetz ohnehin eine starke Veränderung der statistischen Tabellen notwendig sein wird.

III.

Zu Einzelheiten sei folgendes bemerkt: Hinsichtlich der „verlebten Zeit" errechnet Gumbel, daß im Jahre 1927 109 Jahre in Disziplinar-Arrest zugebracht seien. Diese Zahl beruht, soweit die Gefängnisgefangenen ohne Arbeitszwang in Frage kommen, auf Schätzungen, von denen der Verfasser selbst sagt, daß „die berechnete Zahl für diese Gefangenen etwas zu groß" sei. Diese Zahl klingt zunächst hart; setzt man sie aber in Beziehung zur Gesamtzeit der zugebrachten Hafttage, so ergibt sich, daß auf je 100 Hafttage 0,29 Arresttage entfallen oder ein Arresttag auf 354 Hafttage! — Daß die Zahlen über die einsitzenden Jugendlichen „auffällig niedrig" seien, ist doch sehr erfreulich. Auch 1928 betrug der Tagesdurchschnitt an Jugendlichen 52 unter einer Gesamtzahl von 32211 Gefangenen. — Zur Aufnahme von Untersuchungsgefangenen sind in Preußen außer den drei ausdrücklich als „Untersuchungsgefängnis" bezeichneten Anstalten in Berlin-Moabit, Breslau und Essen sämtliche Gerichtsgefängnisse bestimmt, unter denen sich zum Teil recht große Anstalten befinden, z. B. Hannover mit einer Belegungsfähigkeit für 758 Männer und 124 Frauen, Köln für 734 Männer und 259 Frauen, Düsseldorf für 488 Männer und 102 Frauen. Daß nach der vom Reichsjustizministerium 1929 herausgegebenen kleinen „Statistik des Gefängniswesens im Deutschen Reich" in Preußen nur 125 Gefängnisse zur Aufnahme von Untersuchungsgefangenen vorhanden seien, ist sachlich unzutreffend. Diese Statistik ist übrigens im wesentlichen überholt und war in mancher Hinsicht schon überholt im Zeitpunkt der Herausgabe. — Bei Betrachtung der Zahl der verurteilten und freigesprochenen Untersuchungsgefangenen behauptet Gumbel, daß in Preußen im Jahre 1929 1407 Jahre Untersuchungshaft zu Recht und 131 Jahre „schuldlos" verlebt seien. In diesen Zahlen liegen zwei Fehlerquellen. Zunächst die sachlich unbegründete Schätzung, daß die länger als 12 Wochen dauernde Untersuchungshaft im Durchschnitt das Doppelte, nämlich 24 Wochen, betragen habe. Sodann die irrige Annahme, daß jeder freigesprochene Angeklagte „schuldlos" sei. Alles, was nicht schwarz ist, ist aber noch lange nicht weiß; alles, was nicht Recht ist, ist noch nicht Unrecht; und alles was nicht verurteilt und nicht überführt

worden ist, ist noch längst nicht unschuldig. Freisprüche mangels ausreichenden Beweises, oft erst in zweiter Instanz, nachdem die erste Instanz verurteilt hatte, sind z. B. wesentlich häufiger als Freisprüche wegen erwiesener Unschuld. Die zahlenmäßigen Schlußfolgeruugen, die Prof. Gumbel sehr weitgehend zieht, sind daher unbegründet. Wieviel Personen unschuldig Untersuchungshaft erlitten haben, ergibt die Statistik derjenigen, denen auf Grund eines Gerichtsbeschlusses oder darüber hinaus aus Billigkeitsgründen eine Entschädigung für erlittene Untersuchungshaft zugebilligt ist: 1927 106, 1928 98, 1929 106, einschließlich der Entschädigungen für im Wiederaufnahmeverfahren Freigesprochene, für Aufwertung von hinterlegten Sicherheiten in Strafsachen und für beschlagnahmte und wieder freigegebene Gegenstände.

Zu den Ausführungen über die Zahl der eingeleiteten Verfahren sei gegenüber der Behauptung „daß die Zahlen bisher nie produziert worden sind“ nur darauf hingewiesen, daß in dem jedermann zugänglichen, in Postabonnement zu beziehenden Justizministerialblatt alljährlich die „Hauptübersicht über die Geschäfte“ der preußischen Gerichte und Amts- und Staatsanwaltschaften veröffentlicht wird. Diese Zahlen, z. B. für 1927 insgesamt 1 578 929 Anzeigesachen, beziehen sich aber nicht auf Personen, sondern auf Anzeigesachen, die sich oft sehr zahlreich, z. B. bei Heirats-, Darlehns- und anderen Betrügern, gegen dieselbe Person richten. In diesen Zahlen sind insbesondere auch enthalten die Hunderttausende von Sachen, in denen der Täter unbekannt ist.

Daß die Zahl der hauptamtlichen Geistlichen zehnmal so groß sei, als die der hauptamtlichen Ärzte, trifft nicht mehr zu. Nach dem Haushaltsplan für 1930 sind vorhanden 23 hauptamtliche Ärzte, für 1931 tritt eine weitere Vermehrung um 5 Ärzte ein, so daß im nächsten Jahr ihre Zahl 28 betragen wird. Der Ausbau des ärztlichen Systems wird mit Nachdruck fortgesetzt. Soweit nicht hauptamtliche Ärzte vorhanden sind, ist die ärztliche Versorgung in sämtlichen preußischen Gefangenenanstalten gesichert durch nebenamtliche Wahrnehmung durch den Kreismedizinalrat oder durch vertraglich verpflichtete Ärzte. Daß die preußischen Anstalten „vermutlich schlechter mit Ärzten versorgt sind, als die in den anderen Ländern“ bleibt eine unbegründete Vermutung. — Bei der Zahl der Lehrer ist zu berücksichtigen, daß hier ein schematischer Vergleich zur Gefangenzahl nicht angängig ist. Für planmäßigen Unterricht scheiden die Untersuchungs- und kurzfristigen, so-

wie die Gefangenen in hohem Lebensalter aus. Lehrer und Lehrerinnen, hauptamtliche 70, nebenamtliche 14, sind an allen für den eigentlichen Strafvollzug in Frage kommenden Anstalten, außerdem an einer Reihe großer Gerichtsgefängnisse vorhanden.

Die Behauptung, daß „32 % der Gefangenen zum Aufenthalt in unbeleuchtbaren Zellen verurteilt sind", ist gleichfalls unzutreffend. Unbeleuchtbare Zellen oder Gemeinschaftsräume für Gefangene gibt es in Preußen nicht, ebensowenig wie ein Gefangener im Winter seine Tage in unbeheizbaren Tageshafträumen zuzubringen braucht. — Zu den Ausführungen über die „hohen Zahlen der Gesamterkrankungen, die ein Licht auf die hygienischen Zustände werfen", weise ich nur auf diese Zahlen hin: 1927 bei täglicher Durchschnittsgefangenzahl von 36 692 im Tagesdurchschnitt 695 Krankheitsfälle, d. h. 1,99 %, 1928 bei 32 211 Gefangenen 640 Krankheitsfälle = 1,99 %, auf je 100 Gefangene also 2 Kranke! — Die Angaben über die Tuberkulosesterblichkeit werden als „geradezu grotesk" und „völlig unglaubwürdig" bezeichnet. Diese Zahlen sind nämlich sehr günstig. Darauf, wie überhaupt auf die hygienischen Verhältnisse in den preußischen Gefangenenanstalten hat bereits der Abgeordnete Dr. med. Wester im Preußischen Landtag am 6. März 1929 (Landtagsdrucks. Sp. 4806 ff.) mit sehr eingehender zahlenmäßiger Begründung anerkennend hingewiesen. — Die Zahl der Unfälle betrug in Preußen 1927 1436, 1928 1211. Die gesetzlichen Ansprüche der unfallgegeschädigten Gefangenen regeln sich nach dem Reichsgesetz vom 30. Juni 1900, an das auch Preußen bis zur bevorstehenden reichsgesetzlichen Neuregelung gebunden ist. Über die gesetzliche Rente hinaus wird jedoch auf Antrag in Preußen aus Billigkeitsgründen Zusatzrente gewährt bis zur Höhe des Betrages, den der Gefangene erhalten würde, wenn er den Unfall als freier Arbeiter erlitten hätte. — Die Zahl der Selbstmorde und Selbstmordversuche ist auch 1928 zurückgegangen: 47 Selbstmorde, 68 ernstlich gemeinte Selbstmordversuche. Daß die Selbstmordhäufigkeit in den Gefängnissen größer ist als in den Zuchthäusern, findet seine Erklärung darin, daß ein erheblicher Teil der Selbstmörder Untersuchungsgefangene sind, die aus Gefühlen der Scham, der Reue und Verzweiflung über ihre Straftat und das damit für die Angehörigen angerichtete Unglück ihrem Leben freiwillig ein Ende machen. Als „Normalmotiv die Wirkung des Anstaltslebens" zu bezeichnen, und die Selbstmordziffern der Gefangenen deshalb

„noch grauenhafter“ zu empfinden, weil der Selbstmordverübung in den Gefangenenanstalten „Schwierigkeiten“ entgegengesetzt werden, ist hinsichtlich des Motivs eine unbewiesene und unbeweisbare Behauptung.

Fesselung ist erfolgt 1927 in 211 Fällen, 1928 in 185 Fällen. Legt man die Gumbelsche Rechnungsmethode bezüglich der Dauer der Fesselung zugrunde, so ergeben sich für 1927 768 Fesselungstage. Diese Zahl hat natürlich vergleichbaren Sinn nur dann, wenn man sie in Beziehung setzt zu der Gesamtzahl der in preußischen Gefangenenanstalten zugebrachten Tage von 13353128. Dann ergibt sich für die Fesselung ein Prozentsatz von 0,0057, also auf rund 18000 Hafttage einen Tag Fesselung! Bei den Arreststrafen ergibt sich unter Zugrundelegung der Berechnung Gumbels ein Prozentsatz von 0,29% der Hafttage. Daß der verschärfte Arrest häufiger verhängt wird als der einfache, wird immerhin in etwa erklärlich, wenn man weiß, was der einfache Arrest ist: Unterbringung in der Strafzelle unter Belassung der Arbeit, des Bettlagers, der vollen Verpflegung, der Freistunde, also eine Disziplinarstrafe, die leichter empfunden wird als z. B. die Beschränkung der Erlaubnis zum Einkauf von Tabak, oder die Schmälerung der Kost durch Entziehung eines der Tagesgerichte. Daß in den Zuchthäusern mit ausgesprochener Gemeinschaftshaft mehr Disziplinarstrafen verhängt werden als in den Zellenzuchthäusern, ist jedem bekannt, der das Leben der Gefangenen in solchen Gemeinschaftsanstalten einmal beobachtet oder sich darüber hat unterrichten lassen. — Die geringe Zahl der Beschwerden erkennt Gumbel an. Wenn er weiter sagt „aus diesen niedrigen Zahlen kann nur geschlossen werden, daß die Gefangenen selbst von der Wirkungslosigkeit einer Beschwerde überzeugt sind“, so kann ich diese Deutung der geringen Zahl nicht für begründet anerkennen. Jeder, der auch nur acht Tage Dienst in einer Strafanstalt getan hat, oder der den Verhandlungen des Rechtsausschusses des Preußischen Landtages beiwohnt, weiß, daß das Beschwerderecht von den Gefangenen peinlichst und sehr ausgiebig gewahrt wird.

Bei der Errechnung der Einnahmen aus Arbeitslöhnen nach Kalendertagen kommt man natürlich zu anderem Ergebnis, als wenn man, wie es mir zutreffend erscheint, die Arbeitstage zugrunde legt. Dann ergibt sich für 1927 ein Satz von 0,88 RM, für 1928 0,97 RM, für 1929 von 1 RM. Dementsprechend ist die tägliche Durchschnittsarbeitsbelohnung, die bestimmungsgemäß ein Viertel dieser Beträge ausmachen darf, zu errechnen.

Wenn man die Zahl der Gefangenen, die vor Beendigung ihrer Strafzeit durch Begnadigung oder durch bedingte Strafaussetzung mit Bewährungsfrist entlassen werden, in Beziehung setzt zur Gesamtzahl der Entlassenen, so gibt das selbstverständlich nur einen geringen Prozentsatz; denn in der Gesamtzahl der Entlassenen stecken alle die kurzen Strafen, bei denen schon wegen der Kürze der Strafzeit eine bedingte Aussetzung während der Haft ausscheidet. Das Bild verschiebt sich sofort, wenn man die Gesamtzahl der Fälle berücksichtigt, in denen in Preußen bedingter Strafaufschub für Freiheitsstrafen gewährt worden ist: 1928 33211, 1929: 34399 Fälle.

Zutreffend ist, daß der Anteil der Vorbestraften nicht nur an der Kriminalität überhaupt, sondern auch unter den Strafgefangenen angestiegen ist. Die Gründe hierfür, deren Einzelanführung über den Rahmen dieses Beitrags hinausginge, sind von starker kriminalpolitischer Bedeutung. M. E. beweisen die Zahlen nichts gegen den erzieherischen Strafvollzug als solchen, sie beweisen aber u. a. zweierlei: Einmal die Tatsache, daß die kriminell-qualitative Zusammensetzung der Anstaltsinsassen gegenüber früher sich stark verschlechtert hat, also schon hierdurch die Erziehungsarbeit ungünstig beeinflußt; sodann die Notwendigkeit, denjenigen Rechtsbrechern die Rückkehr in die Freiheit unmöglich zu machen, die und solange sie weder den Willen noch die Fähigkeit haben, sich der sozialen Gemeinschaft einzuordnen, insbesondere also Sicherungsverwahrung für die Berufsverbrecher, Verwahrungsunterbringung der dauernd Gesellschaftsfeindlichen.

IV.

Der Strafvollzug scheut nicht die Kritik. Aber er muß sich wehren gegen unberechtigte Schlußfolgerungen, die nur Dunkles zu sehen bemüht sind. Die Preußische Justizverwaltung ist mit allem Nachdruck an der Arbeit, den Strafvollzug zu einem wirksamen, vom Humanitäts- und sozialen Erziehungsgedanken getragenen Mittel des Gesellschaftsschutzes zu gestalten. Unbefangene Kritiker mit fachlicher Erfahrung, wie z. B. die zahlreichen ausländischen Besucher, die auf der Rückkehr vom diesjährigen Prager Internationalen Gefängniskongreß preußische Gefangenenanstalten besichtigt haben, erkennen den aktiven Geist, den energischen Tatwillen und die Leistungen der Strafvollzugsverwaltung an. Gewiß wäre es töricht behaupten zu wollen, daß keine Fehler gemacht würden, keine Verbesserungen notwendig oder erwünscht seien. Unzulänglichkeiten gibt es auch anderwärts, auch in der Statistik wart nicht vergessen werden: Die harte Notwendigkeit, auf die staatsiwrtschaft- finanziellen Erfordernisse Rücksicht zu nehmen.

Wer den Strafvollzug "eine Barbarei" nennt, wird seine Ansicht umstossen, wenn er für einige Zeit sich selbst in einer Strafanstalt überzeugt hat, wie die Dinge in Wirklichkeit aussehen. Und er wird dann zu der Ueberzeugung kommen, dass der moderne Strafvollzug zwar voller Probleme steckt, aber mit zielbewusster Verantwortungsfreudigkeit unter schwierigsten Verhältnissen an der Arbeit ist, gescheiterten und gestrauchelten Menschen zu geordneter Lebensführung zu helfen, zu helfen, denen geholfen werden kann und die sich helfen lassen wollen.

Ausschnitt vom: 12. FEB 1931

Leipziger Volkszeitung, Leipzig

200

53

Hakenkreuzpest in den Universitäten

Die Hetze gegen Professor Gumbel

Der Telegraphen-Union wird mitgeteilt:

Die Leipziger Studentenschaft hat mit Entrüstung davon Kenntnis genommen, daß die Selbstverwaltung der Heidelberger Studentenschaft durch das badische Kultusministerium aufgelöst worden ist. Die berechtigte Empörung aller (!) deutschen Studenten Heidelbergs gegen Herrn Professor Gumbel, nach dessen Ausspruch die Toten des Weltkrieges auf dem Felde der Unehre gefallen sind, ist zum Anlaß genommen worden, die Heidelberger Studentenschaft unter völliger Verkennung der tatsächlichen und rechtlichen Lage ihrer staatlich anerkannten Organisation zu berauben. Die Leipziger Studenten protestieren gegen diesen Schritt des badischen Kultusministeriums und werden mit allen deutschen Studenten des Reiches und des Auslandes die Heidelberger Studentenschaft in ihrem berechtigten Kampfe unterstützen.

*

Die Leipziger Studentenschaft, die sich erdreistet, im Namen aller deutschen Studenten zu sprechen, stellt sich mit ihrem Protest hinter die nationalistischen Radaustudenten von Heidelberg. Die ganze Aktion ist nichts anderes als eine niederträchtige Hetze gegen den verhaßten Professor Gumbel, die nur den Zweck hat, ihn in Heidelberg unmöglich zu machen. Ueber die Vorgeschichte unterrichtet der folgende Aufsatz, der uns aus Baden zuging:

Die universitätspolitische Situation in Heidelberg hat sich in unwahrscheinlicher Weise zugespitzt, so daß es in der friedlichen Stadt zum erstenmal seit langer Zeit zu Krawallen gekommen ist. Den äußeren Anlaß, nicht den Grund, bot die Ernennung des Privatdozenten Dr. Gumbel zum außerordentlichen Professor. Es handelte sich hierbei nur um eine Titelverleihung ohne materielle Bedeutung, eine platonische Ehrung, die Privatdozenten mit wissenschaftlichen Leistungen nach 4 bis 5 Jahren üblicherweise zukommt. Im vorliegenden Falle dauerte es sogar über 7 Jahre wovon nahezu zwei mit Verhandlungen über dieses Problem ausgefüllt waren.

Das Hauptargument der Nationalsozialisten war, daß die Ernennung vom Ministerium aus parteipolitischen Gründen erfolgt sei, und daß hierdurch die Rechte der Universität verletzt worden seien: Gumbel sei der Universität aufgedrängt worden.

Diese Studenten erklärten in anerkennenswerter Offenheit, daß sie in Gumbel das „System“ bekämpften, und beschimpften ihn als Lump, Schweinehund, Landesverräter und russischen Agenten.

Da die nationalsozialistischen und korporierten Studenten den Allgemeinen Studenten-Ausschuß (Asta) beherrschten, konnten sie ihre Tätigkeit als einen Kampf der gesamten Studentenschaft gegen einen Eindringling darstellen.

Nachdem Rektor, Senat, Fakultät und Ministerium monatelang in dieser Sache geschwiegen hatten, kam es zu einer Landtagsinterpellation, in der die zentrale Behauptung der Nationalsozialisten einfach zerplatzte. Der Unterrichtsminister Remmle verlas den Brief, den er wegen der Ernennung an die Fakultät geschrieben hatte, und die Antwort, die der Dekan und zwei angesehene Professoren, deren nationale Gesinnung bisher nie angezweifelt worden ist, Güntert und Ranke, seinem Vorgänger gegeben hatten:

„Falls das Ministerium dem Privatdozenten Dr. Gumbel die Amtsbezeichnung „außerordentlicher Professor“ gleichzeitig mit dem Privatdozenten Dr. Glockner verleihen würde, so würde die Fakultät Bedenken dagegen nicht erheben.“

Diese Zustimmung war in der politisch durchaus ruhigen Situation des Juli 1930 gegeben worden. Nach dem Anwachsen der faschistischen Bewegung versuchte die Fakultät davon abzurücken und schrieb:

„Da die Regierung vor der Verleihung des Titels eines außerordentlichen Professors an den Privatdozenten Dr. Gumbel loyalerweise durch schriftliche Anfrage beim Dekan mit der Fakultät Fühlung nahm, kann die Fakultät lediglich feststellen, daß sie vielleicht in ihrer Mehrheit Bedenken erhoben hätte, wenn die Frage der Regierung allen Mitgliedern bekanntgeworden wäre.“

Damit war offenkundig, daß vom Ministerium keinerlei Eingriff in die akademischen Rechte auch nur versucht worden war, und daß Gumbel den Titel ordnungsgemäß erhalten hatte.

Angesichts dieses Zusammenbruchs der zentralen Behauptung blieb den Nationalsozialisten nur übrig, entweder den ganzen Kampf einzustellen **oder einen Krach zu provozieren.** Sie wählten das letztere. Die Forderung des Asta, er werde sich an der Reichsgründungsfeier nur beteiligen, wenn Gumbel in Zwangsurlaub geschickt werde, ist nur durch diese Absicht erklärbar. Denn zu solchen Forderungen ist der Asta in keiner Weise berechtigt. Und er mußte wissen, daß das Ministerium hierauf mit schärfsten Maßnahmen antworten werde. Dies geschah in der Tat. Der Asta wurde aufgelöst. Damit zerstörte das Ministerium die ideelle Basis des Kampfes. Zudem bedeutete dies, daß die Nationalsozialisten nicht mehr über die Gelder verfügen können, die jeder Student in jedem Semester für die Studentenvertretung bezahlen muß. Bei etwa 2500 Studenten und 2 Mark Beitrag im Semester machte dies 5000 Mark aus. Auf diese Entziehung der ideellen und materiellen Basis mußten die Nationalsozialisten mit weiteren Krawallen antworten. Trotz des in Baden bestehenden allgemeinen Demonstrationsverbotes veranstalteten sie eine Versammlung, wissend, daß die Polizei einschreiten werde. Sie versuchten in der Universität, Juden und Sozialisten zu verprügeln, und entrüsteten sich, als die Polizei daraufhin das geheiligte Gebäude betrat. Am nächsten Tage forderten sie vom Rektor, daß er der Polizei für zukünftige Fälle den Zutritt zur Universität verbiete. Sie verlangten also das Recht, die Sozialisten ungestraft verprügeln zu dürfen.

Der Rektor versuchte umsonst, in einer allgemeinen Studentenversammlung die aufgeregten Gemüter zu beruhigen. Obwohl er von einem Mißverständnis bei Gumbels Ernennung sprach und einen Protest des Senats gegen die Auflösung des Astas verlas, waren die Nationalsozialisten unversöhnlich. Sie verwarfen den vom Rektor unternommenen Versuch der Einrichtung einer neuen Studentenvertretung, verließen die Versammlung und gründeten eine sogenannte „Deutsche Studentenschaft“. Denn es handelt sich für sie um eine Machtprobe,

sie verlangten Gumbels Entlassung.

Zu diesem Zweck wurde sogar eine groteske „Volksabstimmung“ veranstaltet, an der die Einwohnerschaft Heidelbergs sich, wie die Autoren selbst betonen, ohne behördliche Kontrolle eintragen soll. Die Behörde wird auf dieses groteske Unternehmen vermutlich gar nicht reagieren und in Gumbel die akademische Freiheit gegen den Terror der Straße verteidigen.

Heidelberger Universität u. Staatsautorität

Neue Manöver der Nazi-Studenten

Der Rektor der Heidelberger Universität teilt der Oeffentlichkeit mit:

„Die Deutsche Studentenschaft Heidelberg (die Privatorganisation der Nazistudenten. Red. d. „V.".) hat an den Rektor der Universität ein Schreiben gerichtet, worin sie ihr Verhalten, soweit es eine Kränkung von Rektor und Senat in sich barg, auf Mißverständnisse zurückführt und nach Aufklärung den Sachverhalt bedauert. Die Deutsche Studentenschaft Heidelberg spricht weiter die Hoffnung auf eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen der Dozentenschaft und ihr aus. Dieses Schreiben wird weiter gestützt durch persönliche Erklärungen der während des Konflikts besonders als Sprecher beteiligten Studenten."

Diese Mitteilung gibt der Rektor ohne jeden Kommentar heraus. Hieraus muß man schließen, daß er der Ansicht ist, daß solche Erklärungen geeignet sind, den Konflikt der nationalsozialistischen Studenten mit dem Ministerium zu lösen. Diese naive Vorstellung geht völlig fehl. Denn diese Erklärung verlangt von der Universität eine Zusammenarbeit mit der Deutschen Studentenschaft, also der Vereinigung der korporierten und nationalsozialistischen Studenten, während die Universität dieser, der Republik feindlichen Organisation nach allem Vorgefallenen überhaupt kein Vertrauen gewährend kann, ohne ihre Selbstachtung aufzugeben — von dem dann unvermeidlichen Konflikt mit dem Ministerium gar nicht zu reden.

Diese Studenten, die durch ihre monatelange, in nichts begründete Hetze gegen das „System", d. h. die Republik, die ganze Stadt in Aufruhr versetzt und die wissenschaftliche und pädagogische Arbeitsfähigkeit der Universität aufs schwerste bedroht haben, laden die ganze Verantwortung auf den billigen Packesel des „Mißverständnisses" ab. Es wäre interessant, das Schreiben der Studenten im Wortlaut zu kennen. Welche „Mißverständnisse" liegen nach Angabe der sogen. Deutschen Studentenschaft vor, und welches ist der wahre, jetzt aufgeklärte Sachverhalt?

Die aufrührerischen Studenten beschränken sich bezeichnenderweise darauf, die Kränkung von Rektor und Senat zu bedauern. Mit keinem Wort bedauern sie ihren frechen Kampf gegen das Ministerium und ihre anmaßliche Forderung, daß sie Dozenten bestätigen und ablehnen dürfen. Sie geben nicht einmal Zusicherung, daß sie diesen Kampf einstellen und beanspruchen statt dessen Absolution für alle ihre Untaten.

Es ist nicht zum erstenmal, daß der Rektor den „nationalen" Studenten erlaubt, ihm Vertrauensbeweise auszustellen, mit dem Erfolg, daß sie dies als Zusicherung der Straffreiheit für die Vergangenheit auffaßten und in ihren Beschimpfungen gegen das „System" und die republikanischen Dozenten immer unverschämter und in ihren Forderungen immer frecher wurden. Die Universität hat durch ihre Nachgiebigkeit in Fall Dehn die Nationalsozialisten unerhört gestärkt. Schrecken den Rektor diese Zeichen nicht?

Wenn es ihm wirklich um die Ruhe und Arbeitsfähigkeit der Universität zu tun ist, muß er Vertrauensbeweise ablehnen, die, wenn sie überhaupt einen Inhalt haben, nur einen Vorstoß gegen das Ministerium und eine Kränkung der republikanischen Dozenten bedeuten, und die Studenten energisch in die Schranken ihrer Rechte verweisen und an ihre Pflicht zur Arbeit erinnern.

Notwendige Genugtuung

Das Heidelberger Zentrumsorgan, der „Pfälzer Bote", bemerkt zu dem Schreiben der Deutschen Studentenschaft in Uebereinstimung mit unseren obigen Feststellungen:

„Es ist bekannt, daß ein in der Tat geradezu romanhaft großes Maß von unseligen Mißverständnissen die Entwicklung des ganzen Zwistes um und an der Heidelberger Universität beschattete; trotzdem hieße es, die Herren Störenfriede allzu leichten Kaufes entwischen lassen, würde man nun einfach jegliche vorgekommene Ungezogenheit und Unbotmäßigkeit kurzweg auf den Karren der „Mißverständnisse" laden: bei allen sonst gerne gewährten Zugeständnissen an Temperament der Jugend, an wahren oder falschen Idealismus und an das, was da als nationales Gefühl schlechthin bezeichnet zu werden pflegt: „der Sachverhalt" ist doch im Grunde der, daß „der Sachverhalt" die allergeringste Rolle spielte; daß ein Teil der Rädelsführer ihn nicht oder ungenügend kannte, aber nicht kennen wollte, weil es eben gegen einen anderen Feind ging als den, gegen den man zum Scheine focht!

Man möchte wünschen, daß um der Wiederkehr des Friedens an unserer Universität willen, die in dem erwähnten Schreiben sich schüchtern meldende Einsicht bei den oppositionellen Kreisen der Studentenschaft erstarkt, so daß wiederum Vertrauen die neubefestigte Grundlage akademischen Lebens werden kann. Dahin allerdings wird es erst ganz kommen können, wenn dämmernde Erkenntnis den erregten Geistern offenbart, daß künftige Wiedergutmachung nicht zuletzt auch ausgedehnt werden muß auf die bei all dem nicht unbeträchtlich zu Schaden gekommene Staatsautorität in ihrer persönlichen wie sachlichen Repräsentanz! Ohne Umschweife gesagt: auch dem schwer beleidigten Minister muß irgendwie Genugtuung werden. Um des Staates willen! (wobei die Maßregelung der bisherigen Rädelsführer nur eine untergeordnete Rolle spielt.) Jede andere Schlichtung des gegenwärtigen Streites wäre hoffnungsloses Flickwerk, trüge neue Keime künftigen Zwistes in sich. Ein Friede hier an der Alma Mater Ruperto Carola, bei dem sich der eine Kontrahent, die sogenannte „nationale" Studentenschaft, die Fortsetzung ihres von „Sachverhalten" reichlich unbelasteten „Kampfes gegen das System" stillschweigend oder ausdrücklich vorbehielte, wäre eine Farce, eine unaufrichtige Halbheit, ein Scheinfriede ohne Ehre und Ehrlichkeit, an dessen Zustandekommen der Rektor nie und nimmer beteiligt sein könnte!

Grimme über den Fall Dehn

Berlin, 13. Febr. Der Hauptausschuß des Preußischen Landtags setzte heute die Beratung des Abschnittes zum Kultushaushalt über Universitäten und technische Hochschulen fort. Kultusminister Grimme gab eine Reihe von Zahlen bekannt, die erweisen, daß eine Ueberfüllung der Hochschulen nicht nur in Deutschland besteht, sondern in fast genau derselben Weise in der großen Mehrzahl der anderen Kulturstaaten. Einer der Gründe sei die falsche Ueberwertung der akademischen Bildung, besonders in gesellschaftlicher Hinsicht, die in Deutschland immer noch bestehe. Der Begriff „Aufstieg werde sehr zu Unrecht bei uns einfach gleichgesetzt mit dem Eintritt in das Akademikertum. Man werde aus der Hochschulkrise nicht herauskommen, wenn sie nicht auch diese Auffassung wandle. Die Hochschulen müßten, so wenig sie gewiß jedem ohne Rücksicht auf Vorbildung offenstehen könnten, begabte junge Menschen aus allen Schichten des Volkes aufnehmen. Zum Problem der Studentenschaften erklärte der Minister, er begrüße das Streben, die Studentenschaft der einzelnen Hochschulen wieder in einer auf Wahlen beruhenden Vertretung zusammenzufassen. Selbstverständliche Voraussetzung solcher Zusammenfassung sei Zugrundelegung des staatsbürgerlichen Prinzips, nicht die rassischen, völkischen oder eines anderen, wie das in dem früheren Staatsministerialbeschluß unzweideutig ausgesprochen sei. Er, der Minister, halte es im Hinblick auf den Fall Dehn durchaus für seine Aufgabe, auch solche Richtungen, die bisher an der Universität nicht vertreten gewesen seien, an die Universität zu ziehen. Er wehrte sich gegen die Angriffe, die gegen die Berufung von Gogarten und Dehn in theologische Fakultäten gerichtet wurden. Die Berufung von Theologen, die sich mit Existenzbedingungen und seelischer Lage des Proletariats besonders beschäftigt haben, sei gerade im Interesse der Kirche eine dringende Notwendigkeit. Er lehne es aufs entschiedenste ab, aus parteipolitischen Rücksichten heraus Berufungen in der Weise vorzunehmen, wie es vor einiger Zeit in einem andern deutschen Land geschehen sei. (Thüringen).

Wahlerfolg sozialistischer Studenten

Hamburg, 13. Febr. Bei einer Wahlbeteiligung von nur 60 Prozent (1930: 61, 1929 70 Prozent) wurden für die Nationalsozialisten 883 (366) Stimmen, für die Korporationsstudenten 525 (627), für die Finkenschaft 283 (272), für die Sozialistische Studentenschaft 500 (359) Stimmen abgegeben. Es erhielten somit die Nationalsozialisten 5, die Korporationsstudenten 3, die Finkenschaft 1 und die Sozialistische Studentenschaft 3 Mandate. Die Hochschulpolitische Arbeitsgemeinschaft, in der sich bei früheren Wahlen Demokraten und Republikaner vereinigt hatten, enthielt sich der Wahl, da sie keine Möglichkeit sieht, irgendwelchen Einfluß auf die Arbeiten des Asta zu gewinnen. Beachtlich ist der Zuwachs der Sozialistischen Studentenschaft, die sich hauptsächlich aus Studierenden der Erziehungswissenschaft zusammensetzt.

in der Studentenfrage zu erhalten.

Freistaat Baden

Prof. Güntert und die Nazi-Hetze

an der Heidelberger Universität.

Die Nationalsozialisten haben in ihrem Kampf um die Beherrschung der Universität Heidelberg einen neuen Helfer gefunden, den Professor für vergleichende Sprachwissenschaften, Dr. Hermann Güntert. In einem Brief an den nationalsozialistischen Abgeordneten Krafft versucht er, Unterhandlungen, die zwischen Fakultät und Ministerium wegen der Verleihung des Professortitels an Gumbel geführt wurden, „aufzuklären", wohl um sich von dem Vorwurf zu reinigen, er habe womöglich dieser Verleihung zugestimmt. Wir sind die tatsächlichen Vorgänge?

Bekanntlich hatte die Universität bereits vor Jahren unter Umgehung Gumbels einen dienstjüngeren Dozenten für den Professortitel vorgeschlagen. Darauf hatte der damalige demokratische Unterrichtsminister Leers loyalerweise geantwortet, daß er einen gleichen Vorschlag für Gumbel erwarte. Die Angelegenheit wurde jedoch damals durch die Wegberufung des betreffenden Dozenten nicht akut. Die Fakultät, also sämtliche Mitglieder, mußte aber auf Grund dieses Präzedenzfalles wissen, daß jeder neue Vorschlag eines Dienstjüngeren eine entsprechende Antwort des Ministeriums hervorrufen würde. Gegenüber dem Vorschlag vom Sommer 1930, Herrn Dr. Glockner den Professortitel zu verleihen, mußte das Ministerium auf seinen früheren Vorschlag zurückkommen. Auch Herr Güntert mußte also wissen, daß die Frage der Verleihung des Professortitels an Gumbel aktuell war.

Gegenüber diesen einfachen und klaren Tatsachen führt Herr Güntert nun komplizierte und speziell personelle Vorgänge an, insbesondere, daß er den Brief, in dem das Ministerium bei der Fakultät wegen Gumbel anfragte, nicht gekannt habe, und daß er nicht mehr dabei gewesen sei, als der Dekan, Prof. Dr. Gundolf, dem Vertreter des Ministeriums erklärte, die Fakultät werde nach seiner Kenntnis der Stimmung wohl keinen Protest gegen die Titelverleihung erheben. An der formalen Richtigkeit dieser Erklärung Günterts ist nicht zu zweifeln. Auch ist sie gegenüber den oben angeführten Tatsachen belanglos. Wenn sie zudem nur einen neuen Versuch darstellen würde, Gumbel zu diskreditieren, könnte man darüber mit Stillschweigen hinweggehen. Aber hier handelt es sich um mehr.

Nachdem der Versuch, dem Ministerium Illoyalität vorzuwerfen, im Landtag kläglich gescheitert war, wird jetzt in versteckter, wenn auch jedem Einsichtigen klarer Weise versucht, gegen den damaligen Dekan, Prof. Dr. Gundolf, vorzugehen. Seine Erklärung ist angesichts der Stimmung des Sommers 1930, also vor den Wahlen, glaubhaft. Es stellt einen bezeichnenden Mangel an Kollegialität dar, wenn Güntert dem unpolitischen Gundolf eine Intrigue in die Schuhe schiebt und ihn dadurch den Angriffen der Nationalsozialisten aussetzt. Dieser Hieb gilt einem der bewährtesten Gelehrten der Universität, einem weltbekannten Literarhistoriker, der vielleicht mehr zum Ansehen Heidelbergs beigetragen hat als manche Günterts.

Im übrigen kann es uns nur recht sein, wenn die Nationalsozialisten die Front ihrer Angriffe immer mehr erweitern und damit der Oeffentlichkeit wieder einmal beweisen, daß es sich bei dem ganzen Kampf nicht um die spezielle Persönlichkeit Gumbels, sondern um alle Republikaner an der Universität handelt. Die Universitätsbehörden haben allerdings leider im vergangenen Semester durch ihre Tätigkeit diese Angriffe ermutigt. Denn ihr Verhalten wurde von den Nationalsozialisten dahin gedeutet, daß sie im Grund auf ihrer Seite seien. Vielleicht veranlassen die Vorgänge des vergangenen Semesters die Universität, ihr Verhalten zu modifizieren.

14 APR. 1931

Generalanzeiger f. Dortmund, Dortmund

Hochschulverband und sog. Deutsche Studentenschaft

Die Hetzkampagne gegen Gumbel

Uns wird geschrieben:

Man erinnert sich, welche wüste Hetze die nationalsozialistischen Studenten Heidelbergs im vorigen Semester gegen das „System" d. h. die demokratische Republik, getrieben haben. Erinnerlich ist noch der letzte groteske Versuch einer Volksabstimmung. Unter der Parole „Reinigung der Universität von politischen Einflüssen" wurden selbst Gymnasiasten mobilisiert, Handwerksburschen auf der Hauptstraße angehalten: „Habt Ihr schon gegen Gumbel unterschrieben?" Dieser Versuch einer Absetzung der Professoren durch das Volk ist mißlungen. Nicht einmal die Stimmenzahl wurde bekannt gegeben; es werden also nicht allzu viel gewesen sein.

Alle diese Versuche, Gumbel aus der Universität zu entfernen, waren von vornherein aussichtslos, da ja nicht der mindeste Grund hierzu vorlag. Dementsprechend war auch die Haltung der Weimarer Parteien und der großen politischen Presse von vornherein klar.

Heute wird nun versucht, Gumbel wenigstens zu diskreditieren, um damit das skandalöse Verhalten der Nationalsozialisten zu rechtfertigen. Die sogenannte Deutsche Studentenschaft, ein völlig privater Verein, der nur die Korporations- und nationalsozialistischen Studenten umfaßt, und der die Prätension erhebt, Rechtsnachfolger der aufgelösten Allgemeinen Studentenschaften zu sein, hat sich an den Deutschen Hochschulverband, die Vereinigung der Deutschen Hochschullehrer gewandt, um sich von dieser Stelle eine Unterstützung in seinem Kampf zu holen.

Zur Charakterisierung dieses Briefes genügt es, einige von den vielen anmaßlichen und falschen Behauptungen hervorzuheben. Zunächst schreiben sie von einer Berufung Gumbels, während es sich tatsächlich nur um die allgemeinen nach fünf Jahren übliche Verleihung einer Amtsbezeichnung handelte. Hierin sehen sie „eine schwere Schädigung der Geltung der deutschen Hochschulen in der deutschen Volksgemeinschaft wie in der internationalen wissenschaftlichen Welt." Tatsächlich ist Gumbel als Gelehrter international anerkannt. Nichts hat dem Ansehen Heidelbergs im Reich und im Ausland so sehr geschadet wie die wüsten, jede akademische Form sprengenden Kampfmethoden der Nationalsozialisten.

Ferner behauptet die Deutsche Studentenschaft, die „Ernennung Gumbels sei unter bewußter Umgehung der Heidelberger Fakultät vom Unterrichtsministerium vorgenommen worden," während tatsächlich die Fakultät vorher gefragt wurde und die Titelverleihung vom Gesamtministerium ausging.

Endlich behaupten sie in ihrem Brief an den Hochschulverband, Gumbel sei viermal wegen Landesverrats angeklagt worden. Tatsächlich ist niemals eine Anklage wegen Landesverrats gegen Gumbel erhoben worden. Es hatten vielmehr nur, wie dies nach dem Legalitätsprinzip bei jeder Anzeige notwendig ist, gegen ihn Ermittelungsverfahren wegen des Verdachts des Landesverrats geschwebt. Sie mußten sämtlich wegen der Haltlosigkeit der Beschuldigungen eingestellt werden. In keinem Fall ist es überhaupt zur Erhebung einer Anklage gekommen.

Es war zu erwarten, daß der Hochschulverband eine solche anmaßliche und mit völlig unbegründeten Vorwürfen arbeitende Eingabe unbeantwortet lassen würde. Dies ist leider nicht geschehen. Der Hochschulverband hat geantwortet und in seinem Mitteilungsblatt (Heft 3-4, März 1931) den Wortlaut abgedruckt. Anstelle von dem mit infamen Beschimpfungen gegen das Unterrichtsministerium geführten Kampf gegen das „System" auf das entschiedenste abzurücken, begrüßt er „selbstverständlich jede Aeußerung auf das wärmste, in der die Deutsche Studentenschaft ihre vaterländische Gesinnung bekundet." Der Hochschulverband hat noch nicht erkannt, daß der Fall Gumbel nur ein von den Nationalisten geschickt gewählter Anlaß zu ihrem Kampf um die Beherrschung der Universität Heidelberg war, daß es sich hierbei um einen speziellen Fall des allgemeinen Kampfes der Faschisten gegen die Republik handelte und daß dieser Kampf mit in der Universitätsgeschichte bisher unerhörten Methoden durchgeführt wurde.

In der Form einer objektiven Darstellung versucht der Hochschulverband ein Urteil gegen Gumbel zu fällen. Wie üblich muß hierzu das höchst zweideutige Gutachten der Fakultät von 1925 herhalten. Wie erinnerlich, bestand es aus zwei Teilen. Im einen machte die Fakultät ihrem Unmut gegen Gumbel Luft, ohne auf die tatsächlichen Vorgänge, die zu dem Disziplinarverfahren geführt hatten, einzugehen, und bezeichnete seine Zugehörigkeit zur Universität als „unerfreulich". Der andere, psychologische Teil sprach sich dagegen zum Teil sehr anerkennend über Gumbel aus. Zum Schluß stellte die Fakultät keinen Antrag, Gumbel die Lehrberechtigung zu entziehen.

Der Hochschulverband erwähnt den zweiten Teil des Gutachtens überhaupt nicht und schreibt die Schlußfolgerung den „zuständigen" Behörden zu. Damit schiebt er die Verantwortung dafür, daß Gumbel an der Universität lehrt, von der Fakultät, welche diese Entscheidung getroffen hatte, auf das Ministerium, welches das Disziplinarverfahren nur entsprechend dem Beschluß der Fakultät eingestellt hat.

Nachdem der Hochschulverband in sechs Abschnitten versucht, Gumbel zu diskreditieren, wendet er sich in einem kleinen Schlußsatz nur gegen die von der Deutschen Studentenschaft versuchte Volksabstimmung.

Selbstverständlich muß eine solche Antwort von den radaulustigen Studenten als eine Anerkennung ihres bisherigen und eine Ermutigung zu entsprechendem zukünftigen Verhalten aufgefaßt werden. Der Hochschulverband hat sich somit in den schwersten Gegensatz zu den sämtlichen republikanischen Unterrichtsministerien gestellt, welche der deutschen Studentenschaft jede amtliche Anerkennung versagt haben.

204

Der Kampf um Gumbel

Hochschulverband und sog. Deutsche Studentenschaft

Man erinnert sich, welche wüste Hetze die nationalsozialistischen Studenten Heidelbergs im vorigen Semester gegen das „System", d. h. die demokratische Republik getrieben haben. Erinnerlich ist noch der letzte groteske Versuch einer Volksabstimmung. Unter der Parole „Reinigung der Universität von politischen Einflüssen" wurden selbst Gymnasiasten mobilisiert, Handwerksburschen auf der Hauptstraße angehalten: „Habt ihr schon gegen Gumbel unterschrieben?" Dieser Versuch einer Absetzung der Professoren durch das Volk ist mißlungen. Nicht einmal die Stimmenzahl wurde bekanntgegeben; es werden also nicht allzu viele gewesen sein.

Alle diese Versuche, Gumbel aus der Universität zu entfernen, waren von vornherein aussichtslos, da ja nicht der mindeste Grund hierzu vorlag. Dementsprechend war auch die Haltung der Weimarer Parteien und der großen politischen Presse von vornherein klar.

Heute wird nun versucht, Gumbel wenigstens zu diskreditieren, um damit das skandalöse Verhalten der Nationalsozialisten zu rechtfertigen. Die sogenannte Deutsche Studentenschaft, ein völlig privater Verein, der nur die Korporations- und nationalsozialistischen Studenten umfaßt, und der die Prätension erhebt, Rechtsnachfolger der aufgelösten Allgemeinen Studentenschaften zu sein, hat sich an den Deutschen Hochschulverband, die Vereinigung der Deutschen Hochschullehrer, gewandt, um sich von dieser Stelle eine Unterstützung in seinem Kampfe zu holen.

Zur Charakterisierung dieses Briefes genügt es, einige von den vielen anmaßlichen und falschen Behauptungen hervorzuheben. Zunächst schreiben sie von einer Berufung Gumbels, während es sich tatsächlich nur um die im allgemeinen nach fünf Jahren übliche Verleihung einer Amtsbezeichnung handelte. Hierin sehen sie „eine schwere Schädigung der Geltung der deutschen Hochschulen in der deutschen Volksgemeinschaft, wie in der internationalen wissenschaftlichen Welt". Tatsächlich ist Gumbel als Gelehrter international anerkannt. Nichts hat dem Ansehen Heidelbergs im Reich und im Ausland so sehr geschadet, wie die wüsten, jede akademische Form sprengenden Kampfmethoden der Nationalsozialisten.

Ferner behauptet die Deutsche Studentenschaft, die „Ernennung Gumbels sei unter bewußter Umgehung der Heidelberger Fakultät vom Unterrichtsministerium vorgenommen worden", während tatsächlich die Fakultät vorher gefragt wurde und die Titelverleihung vom Gesamtministerium ausging.

Endlich behaupten die Studenten in ihrem Brief an den Hochschulverband, Gumbel sei viermal wegen Landesverrats angeklagt worden. Tatsächlich ist niemals eine Anklage wegen Landesverrats gegen Gumbel erhoben worden. Es hatten nur, wie dies nach dem Legalitätsprinzip bei jeder Anzeige notwendig ist, gegen ihn Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts des Landesverrats geschwebt. Sie mußten sämtlich wegen der Haltlosigkeit der Beschuldigungen eingestellt werden. In keinem Falle ist es überhaupt zur Erhebung einer Anklage gekommen.

Es war zu erwarten, daß der Hochschulverband eine solche anmaßliche und mit völlig unbegründeten Vorwürfen arbeitende Eingabe unbeantwortet lassen würde. Dies ist leider nicht geschehen. Der Hochschulverband hat geantwortet und den Wortlaut in seinem Mitteilungsblatt (Heft 3/4, März 1931) abgedruckt. An Stelle von dem mit infamen Beschimpfungen gegen das Unterrichtsministerium geführten Kampf gegen das „System" auf das entschiedenste abzurücken, begrüßt er „selbstverständlich jede Aeußerung auf das wärmste, in der die Deutsche Studentenschaft ihre vaterländische Gesinnung bekundet". Der Hochschulverband hat noch nicht erkannt, daß der Fall Gumbel nur ein von den Nationalisten geschickt gewählter Anlaß zu ihrem Kampf um die Beherrschung der Universität Heidelberg war, daß es sich hierbei um einen speziellen Fall des allgemeinen Kampfes der Faschisten gegen die Republik handelte und daß dieser Kampf mit in der Universitätsgeschichte bisher unerhörten Methoden durchgeführt wurde. Nicht einmal zu den tatsächlichen Fälschungen, die in dem Briefe der Studenten enthalten sind, nimmt er Stellung. Den seinerzeit inkriminierten Ausspruch Gumbels, der — wie erinnerlich — die Aechtung des Krieges mit der Ehrung der Gefallenen zu verbinden suchte, gibt er genau in der entstellten Form wieder, in der die Nationalisten diesen Satz zu zitieren pflegen

In der Form einer objektiven Darstellung versucht der Hochschulverband ein Urteil gegen Gumbel zu fällen. Wie üblich muß hierzu das höchst zweideutige Gutachten der Fakultät von 1925 herhalten. Wie erinnerlich, bestand es aus zwei Teilen. In einem machte die Fakultät ihrem Unmut gegen Gumbel Luft, ohne auf die tatsächlichen Vorgänge, die zu dem Disziplinarverfahren geführt hatten, einzugehen, und bezeichnete seine Zugehörigkeit zur Universität als „unerfreulich". Der andere, psychologische Teil, sprach sich dagegen zum Teil sehr anerkennend über Gumbel aus. Zum Schluß stellte die Fakultät keinen Antrag, Gumbel die Lehrberechtigung zu entziehen.

Der Hochschulverband erwähnt den zweiten Teil des Gutachtens überhaupt nicht und schreibt die Schlußfolgerung den „zuständigen" Behörden zu. Damit schiebt er die Verantwortung dafür, daß Gumbel an der Universität lehrt, von der Fakultät, welche diese Entscheidung getroffen hatte, auf das Ministerium, welches das Disziplinarverfahren nur entsprechend dem Beschluß der Fakultät eingestellt hatte.

Nachdem der Hochschulverband in sechs Abschnitten versucht, Gumbel zu diskreditieren, wendet er sich in einem kleinen Schlußsatz nur gegen die von der Deutschen Studentenschaft versuchten Volksabstimmung.

Selbstverständlich muß eine solche Antwort von den radaulustigen Studenten als eine Anerkennung ihres bisherigen und eine Ermutigung zu entsprechendem zukünftigem Verhalten aufgefaßt werden. Der Hochschulverband hat sich somit in den schwersten Gegensatz zu den sämtlichen republikanischen Unterrichtsministerien gestellt, welche der Deutschen Studentenschaft jede amtliche Anerkennung versagt haben.

Wo blieb die warnende Stimme des Hochschulverbandes, als der nationalsozialistische Minister Frick den sachlich keineswegs sonderlich geeigneten Herrn Günther ohne weiteres und gegen die Fakultät zum Ordinarius ernannte? Wo blieb seine Stimme, als Frick dem von der Universität gewählten Rektor aus rein parteipolitischen Gründen seine Zustimmung versagte? Ist sich der Hochschulverband bewußt, daß er die Verantwortung dafür trägt, wenn das nächste Semester sich in Heidelberg ebenso stürmisch gestaltet, wie das vergangene, und daß die Autorität der Universität noch mehr Schaden erleidet?

Hochschulverband und sogen. Deutsche Studentenschaft

Man schreibt uns:

Man erinnert sich, welche wüste Hetze die nationalsozialistischen Studenten Heidelbergs im vorigen Semester gegen das „System“, d. h. die demokratische Republik getrieben haben. Erinnerlich ist noch der letzte groteske Versuch einer Volksabstimmung. Unter der Parole „Reinigung der Universität von politischen Einflüssen“, wurden selbst Gymnasiasten mobilisiert. Wandernde Handwerker auf der Hauptstraße angehalten: „Habt ihr schon gegen Gumbel unterschrieben?“ Dieser Versuch einer Absetzung der Professoren durch das Volk ist mißlungen. Nicht einmal die Stimmenzahl wurde bekannt gegeben; es werden also nicht allzu viel gewesen sein.

Alle diese Versuche, Gumbel aus der Universität zu entfernen, waren von vornherein aussichtslos, da ja nicht der mindeste Grund hierzu vorlag. Dementsprechend war auch die Haltung der Weimarer Parteien und der großen politischen Presse von vornherein klar.

Heute wird nun versucht, Gumbel wenigstens zu diskreditieren, um damit das skandalöse Verhalten der Nationalsozialisten zu rechtfertigen. Die sogenannte Deutsche Studentenschaft, ein völlig privater Verein, der nur die Korporations- und nationalsozialistischen Studenten umfaßt, und der die Prätension erhebt, Rechtsnachfolger der aufgelösten Allgemeinen Studentenschaften zu sein, hat sich an den Deutschen Hochschulverband, die Vereinigung der Deutschen Hochschullehrer, gewandt, um sich von dieser Stelle eine Unterstützung in diesem Kampf zu holen.

Zur Charakterisierung dieses Briefes genügt es, einige von den vielen anmaßlichen und falschen Behauptungen hervorzuheben. Zunächst schreiben sie von einer Berufung Gumbels, während es sich tatsächlich nur um die im allgemeinen nach fünf Jahren übliche Verleihung einer Amtsbezeichnung handelte. Hierin sehen sie „eine schwere Schädigung der Geltung der deutschen Hochschulen in der deutschen Volksgemeinschaft wie in der internationalen wissenschaftlichen Welt“. Tatsächlich ist Gumbel als Gelehrter international anerkannt. Nichts hat dem Ansehen Heidelbergs im Reich und im Ausland mehr geschadet, wie die wüsten, jede akademische Form sprengenden Kampfmethoden der Nationalsozialisten.

Ferner behauptet die Deutsche Studentenschaft, die „Ernennung Gumbels sei unter bewußter Umgehung der Heidelberger Fakultät vom Unterrichtsministerium vorgenommen worden“, während tatsächlich die Fakultät vorher gefragt wurde und die Titelverleihung vom Gesamtministerium ausging.

Endlich behaupten die Studenten in ihrem Brief an den Hochschulverband, Gumbel sei wegen Landesverrats angeklagt worden. Tatsächlich ist niemals eine Anklage wegen Landesverrats gegen Gumbel erhoben worden. Es hatten nur, wie dies nach dem Legalitätsprinzip bei jeder Anzeige notwendig ist, gegen ihn Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts des Landesverrats geschwebt. Sie mußten sämtlich wegen der Haltlosigkeit der Beschuldigungen eingestellt werden. In keinem Fall ist es überhaupt zur Erhebung einer Anklage gekommen.

Es war zu erwarten, daß der Hochschulverband der Professoren, eine solche anmaßliche und mit völlig unbegründeten Vorwürfen arbeitende Eingabe unbeantwortete lassen würde. Dies ist leider nicht geschehen. Der Hochschulverband hat geantwortet und den Wortlaut in seinem Mitteilungsblatt (Heft 3/4, März 1931) abgedruckt. An Stelle von dem mit infamen Beschimpfungen gegen das Unterrichtsministerium geführten Kampf gegen das „System“ auf das entschiedenste abzurücken, begrüßt er „selbstverständlich jede Aeußerung auf das wärmste, in der die Deutsche Studentenschaft ihre vaterländische Gesinnung bekundet“. Der Hochschulverband hat noch nicht erkannt, daß der Fall Gumbel nur ein von den Nationalsozialisten geschickt gewählter Anlaß zu ihrem Kampf um die Beherrschung der Universität Heidelberg war, daß es sich hierbei um einen speziellen Fall des allgemeinen Kampfes der Faschisten gegen die Republik handelte und daß dieser Kampf mit in der Universitätsgeschichte bisher unerhörten Methoden durchgeführt wurde. Nicht einmal zu den tatsächlichen Fälschungen, die in dem Brief der Studenten enthalten sind, nimmt er Stellung. Den seinerzeit inkriminierten Ausspruch Gumbels, der — wie erinnerlich — die Aechtung des Krieges mit der Ehrung der Gefallenen zu verbinden suchte, gibt er genau in der entstellten Form wieder, in der die Nationalsozialisten diesen Satz zu zitieren pflegen.

In der Form einer objektiven Darstellung versucht der Hochschulverband ein Urteil gegen Gumbel zu fällen. Wie üblich muß hierzu das höchst zweideutige Gutachten der Fakultät von 1925 herhalten. Wie erinnerlich, bestand es aus zwei Teilen. Im einen machte die Fakultät ihrem Unmut gegen Gumbel Luft, ohne auf die tatsächlichen Vorgänge, die zu dem Disziplinarverfahren geführt hatten, einzugehen, und bezeichneten seine Zugehörigkeit zur Universität als „unerfreulich“. Der andere psychologische Teil sprach sich dagegen zum Teil sehr anerkennend über Gumbel aus. Zum Schluß stellte die Fakultät keinen Antrag, Gumbel die Lehrberechtigung zu entziehen.

Der Hochschulverband erwähnt den zweiten Teil des Gutachtens überhaupt nicht und schreibt, die Schlußfolgerung den „zuständigen“ Behörden zu. Damit schiebt er die Verantwortung dafür, daß Gumbel an der Universität lehrt, von der Fakultät, welche diese Entscheidung getroffen hatte, auf das Ministerium, welches das Disziplinarverfahren nur entsprechend dem Beschluß der Fakultät eingestellt hatte.

Nachdem der Hochschulverband in sechs Abschnitten versucht, Gumbel zu diskreditieren, wendet er sich in einem kleinen Schlußsatz nur gegen die von der Deutschen Studentenschaft versuchten Volksabstimmung.

Selbstverständlich muß eine solche Antwort von den radaulustigen Studenten als eine Anerkennung ihres bisherigen und eine Ermutigung zu entsprechendem zukünftigem Verhalten aufgefaßt werden. Der Hochschulverband hat sich somit in den schwersten Gegensatz zu den sämtlichen republikanischen Unterrichtsministerien gestellt, welche der Deutschen Studentenschaft jede amtliche Anerkennung versagt haben.

Wo blieb die warnende Stimme des Hochschulverbandes, als der nationalsozialistische Minister Frick den fachlich keineswegs sonderlich geeigneten Herrn Günther ohne weiteres und gegen die Fakultät zum Ordinarius ernannte? Wo blieb seine Stimme, als Frick dem von der Universität gewählten Rektor aus rein parteipolitischen Gründen seine Zustimmung versagte? H.

Austritt aus dem Hochschulverband

Protestbewegung gegen die Hochschulreaktion

Das skandalöse Verhalten des Hochschulverbandes, der durch seinen Brief in Sachen Gumbel die Heidelberger randalierenden Studenten ermutigte (vergleiche unsern Artikel in Nr. 102) ruft Proteste aus weiten Kreisen hervor. Im Berliner Tageblatt nennt Rudolf Olden in einem bemerkenswerten Artikel das Verhalten des Hochschulverbandes einen „Kotau vor der Straße" und druckt einen Brief ab, in dem Professor Einstein sich mit der ganzen Wucht seiner Autorität schützend vor Gumbel stellt.

In Verfolg dieser Angelegenheit teilt uns Professor Götze, der bekannte Ordinarius für vorderasiatische Sprachen an der Universität Marburg, mit, daß er deswegen aus dem Hochschulverband ausgetreten sei und bittet uns um Abdruck des Briefes, den er zur Motivierung an den geschäftsführenden Vorsitzenden, den Bonner Moraltheologen Professor Tillmann, gerichtet hat. Der Brief Götzes hat folgenden Wortlaut:

„In den Mitteilungen des Deutschen Hochschulverbandes vom 30. März 1931, die erst jetzt zu meiner Kenntnis gelangen, ist ein Brief abgedruckt, mit dem der Vorstand des Verbandes das bekannte Schreiben der „Deutschen Studentenschaft" von Mitte Januar über den Fall Gumbel beantwortet hat. Dieser Brief muß allerschärfsten Widerspruch hervorrufen. Wir haben in Heidelberg den beschämenden Fall erlebt, daß rechtsradikale Studenten gegen einen Hochschullehrer, dessen sozialistische und pazifistische Gesinnung ihnen nicht genehm war, einen Kampf mit allen Mitteln entfacht haben. Als Vorwand dienten ihnen weit zurückliegende Ereignisse, die den heutigen Studenten nur in verzerrter Darstellung bekannt sind. Einen Akt in diesem Kampf bedeutet auch das Schreiben an den Hochschulverband, um dessen Beantwortung es sich hier handelt. Dieses Schreiben führt in überheblicher Weise die Ehre des deutschen Professorentums im Munde und enthält objektive Unrichtigkeiten wie die Angabe, Gumbel sei viermal wegen Landesverrats angeklagt gewesen, seine Berufung (!) sei unter bewußter Umgehung der Heidelberger Philosophischen Fakultät erfolgt. Es hätte schärfste Zurückweisung verdient. Statt dessen erteilt der Hochschulverband mit seiner Antwort den Studenten noch eine Ermunterung. Er handelt damit nicht nur gegen seine Aufgaben als Standesvertretung, die sich vor einen in solch unverantwortlicher Weise angegriffenen Kollegen zu stellen hätte, er handelt auch gegen alle Universitätslehrer, die die parteipolitische Verhetzung der Studenten mit wachsender Sorge verfolgen. Er nimmt in einer politischen Angelegenheit eine völlig einseitige Stellung ein und vergißt die Tatsache, daß er auch andersdenkende Kollegen zu seinen Mitgliedern zählt. Es entspricht keineswegs der Ehre deutscher Professoren, einen Kollegen, dessen untadelige Gesinnung und dessen Stehen zu seiner Gesinnung auch den Andersdenkenden höchste Achtung einflößen sollte, dessen wissenschaftlichen Qualitäten und dessen pädagogische Fähigkeiten über allen Zweifel erhaben sind, in dieser Weise den Angriffen verhetzter Jugend preiszugeben.

Unter diesen Umständen muß ich bedauern, den Hochschulverband nicht weiter durch meine Beiträge unterstützen zu können und erkläre hiermit meinen Austritt aus dem Deutschen Hochschulverband."

Karlsruher Volksfreund 29.4.31.

Soll eine Gundolfhetze gemacht werden?

Man schreibt uns:

Die **Nationalsozialisten** haben in ihrem Kampf um die Beherrschung der Universität Heidelberg einen **neuen Helfer** gefunden, den Professor für vergleichende Sprachwissenschaften, Dr. Hermann Güntert. In einem Brief an den nationalsozialistischen Abgeordneten Krafft versucht er, Unterhandlungen, die zwischen Fakultät und Ministerium wegen der Verleihung des Professortitels an Gumbel geführt wurden, „aufzuklären", wohl um sich von dem Vorwurf zu reinigen, er habe womöglich dieser Verleihung zugestimmt.

Wie sind die tatsächlichen Vorgänge?

Bekanntlich hatte die Universität bereits vor Jahren unter Umgehung Gumbels einen dienstjüngeren Dozenten für den Professortitel vorgeschlagen. Darauf hatte der damalige demokratische Unterrichtsminister Leers loyalerweise geantwortet, daß er einen gleichen Vorschlag für Gumbel erwarte. Die Angelegenheit wurde jedoch damals durch die Wegberufung des betreffenden Dozenten nicht akut. Die Fakultät, also sämtliche Mitglieder, mußte aber auf Grund dieses Präzedenzfalles wissen, daß jeder neue Vorschlag eines Dienstjüngeren eine entsprechende Antwort des Ministeriums hervorrufen würde. Gegenüber dem Vorschlag vom Sommer 1930, Herrn Dr. Glockner den Professortitel zu verleihen, mußte das Ministerium auf seinen früheren Vorschlag zurückkommen. Auch Herr Güntert mußte also wissen, daß die Frage der Verleihung des Professortitels an Gumbel aktuell war.

Gegenüber diesen einfachen und klaren Tatsachen führt Herr Güntert nun komplizierte und spezielle personelle Vorgänge an, insbesondere, daß er den Brief, in dem das Ministerium bei der Fakultät wegen Gumbel anfragte, nicht gekannt habe, und daß er nicht mehr dabei gewesen sei, als der Dekan, Prof. Dr. Gundolf, dem Vertreter des Ministeriums erklärte, die Fakultät werde nach seiner Kenntnis der Stimmung wohl keinen Protest gegen die Titelverleihung erheben.

Nachdem der Versuch, dem Ministerium Illoyalität vorzuwerfen, im Landtag kläglich gescheitert war, wird jetzt in versteckter, wenn auch jedem Einsichtigen klarer Weise versucht, gegen den damaligen Dekan, Prof. Dr. Gundolf, vorzugehen. Seine Erklärung ist angesichts der Stimmung des Sommers 1930, also vor den Wahlen, glaubhaft. Es stellt einen bezeichnenden **Mangel an Kollegalität** dar, wenn Güntert dem unpolitischen Gundolf eine **Intrigue** in die Schuhe schiebt und ihn dadurch den **Angriffen der Nationalsozialisten** aussetzt. Dieser Hieb gilt einem der bewährtesten Gelehrten der Universität, einem weltbekannten Literarhistoriker, der vielleicht mehr zum Ansehen Heidelbergs beigetragen hat als manche Günterts.

Im übrigen kann es uns recht sein, wenn die **Nationalsozialisten** die Front ihrer Angriffe immer mehr erweitern und damit der Oeffentlichkeit wieder einmal beweisen, daß es sich bei dem ganzen Kampf **nicht um die spezielle Persönlichkeit Gumbels, sondern um alle Republikaner an der Universität handelt.** Die Universitätsbehörden haben allerdings leider im vergangenen Semester durch ihre Tätigkeit diese Angriffe ermutigt. Denn ihr Verhalten wurde von den Nationalsozialisten dahin gedeutet, daß sie im Grund auf ihrer Seite seien. Vielleicht veranlassen die Vorgänge des vergangenen Semesters die Universität, ihr Verhalten zu modifizieren.

Volksfreund [illegible] H.Z. 8.8.31

[illegible]ngesandt.

Für unser Geld!

Die von Eberbach am [illegible] (Hessen) ist [illegible] mit müden [illegible] Mit Mühe bahnen sich die [illegible] Weg durch die [illegible] ein heller [illegible] vornehmer vierſitziger [illegible] der Reichswehr gehörig (IA. Nr. 5202) schafft sich Platz. Am [illegible] eine Chauffeur mit der württembergischen Kokarde in [illegible] Uniform. [illegible] Wagen räkeln sich gemütlich zwei junge Studenten, an ihren Schmissen als zur herrschenden Klasse gehörig [illegible], auf den gut geschnittenen Zivilanzügen deutlich sichtbar das Stahlhelmabzeichen.

Wir fragen: Ueberall wird gespart. Alle Etats werden beschnitten. Nur an der Reichswehr wird nicht gespart. Mit welchem Recht stellt die Reichswehr die ihr gehörigen Automobile jungen Stahlhelm-Studenten zu Vergnügungsfahrten zur Verfügung? Wer ist hierfür verantwortlich? Oder handelt es sich nicht um Vergnügungsfahrten? War dies eine „Dienstreise", so daß die jungen Herren vielleicht auf mehrere Tage mit ihren Köfferchen unterwegs sein mußten? Dann natürlich . . .

Hochschulverband und sogenannte Deutsche Studentenschaft

Am Donnerstag und Freitag spricht Professor Dr. Gumbel-Heidelberg in zwei Versammlungen in Breslau. Professor Dr. Gumbel, der besonders bekannt geworden ist durch sein weitverbreitetes Buch „Vier Jahre Mord", in dem er die Fememorde aktenmäßig darstellt, ist seit Jahren die Zielscheibe der wildesten Hetze der Rechtsradikalen. Erst im letzten Winter ist wieder eine solche Hetze gegen ihn inszeniert worden anläßlich der Tatsache, daß ihm die badische Regierung den Professor-Titel verliehen hat. Unseren Lesern wird daher eine Darstellung dieses Falles, die uns von gut unterrichteter Seite zugeht, sicher willkommen sein.

Redaktion der „Volkswacht".

Man erinnert sich, welche wüste Hetze die nationalsozialistischen Studenten Heidelbergs im vorigen Semester gegen das „System", d. h. die demokratische Republik, getrieben haben. Erinnerlich ist noch der letzte groteske Versuch einer Volksabstimmung. Unter der Parole „Reinigung der Universität von politischen Einflüssen" wurden selbst Gymnasiasten mobilisiert, Handwerksburschen auf der Hauptstraße angehalten: „Habt ihr schon gegen Gumbel unterschrieben?" Dieser Versuch einer Absetzung der Professoren durch das Volk ist mißlungen. Nicht einmal die Stimmenzahl wurde bekannt gegeben; es werden also nicht allzuviel gewesen sein.

Alle diese Versuche, Gumbel aus der Universität zu entfernen waren von vornherein aussichtslos, da ja nicht der mindeste Grund hierzu vorlag. Dementsprechend war auch die Haltung der Weimarer Parteien und der großen politischen Presse von vornherein klar.

Heute wird nun versucht, Gumbel wenigstens zu diskreditieren, um damit das skandalöse Verhalten der Nationalsozialisten zu rechtfertigen. Die sogenannte Deutsche Studentenschaft, ein völlig privater Verein, der nur die Korporations- und nationalsozialistischen Studenten umfaßt, und der die Prätension erhebt, Rechtsnachfolger der aufgelösten Allgemeinen Studentenschaften zu sein, hat sich an den Deutschen Hochschulverband, die Vereinigung der Deutschen Hochschullehrer, gewandt, um sich von dieser Stelle eine Unterstützung in seinem Kampf zu holen.

Zur Charakterisierung dieses Briefes genügte es, einige von den vielen anmaßlichen und falschen Behauptungen hervorzuheben. Zunächst schreiben sie von einer Berufung Gumbels, während es sich tatsächlich nur um die im allgemeinen nach fünf Jahren übliche Verleihung einer Amtsbezeichnung handelte. Hierin sehen sie „eine schwere Schädigung der Geltung der deutschen Hochschulen in der deutschen Volksgemeinschaft wie in der internationalen wissenschaftlichen Welt". Tatsächlich ist Gumbel als Gelehrter international anerkannt. Nichts hat dem Ansehen Heidelbergs im Reich und im Ausland so sehr geschadet wie die wüsten, jede akademische Form sprengenden Kampfmethoden der Nationalsozialisten.

Ferner behauptet die Deutsche Studentenschaft, die „Ernennung Gumbels sei unter bewußter Umgehung der Heidelberger Fakultät vom Unterrichtsministerium vorgenommen worden," während tatsächlich die Fakultät vorher gefragt wurde und die Titelverleihung vom Gesamtministerium ausging.

Endlich behaupten die Studenten in ihrem Brief an den Hochschulverband, Gumbel sei viermal wegen Landesverrats angeklagt worden. Tatsächlich ist niemals eine Anklage wegen Landesverrats gegen Gumbel erhoben worden. Es hatten nur, wie dies nach dem Legalitätsprinzip bei jeder Anzeige notwendig ist, gegen ihn Ermittelungsverfahren wegen des Verdachts des Landesverrats geschwebt. Sie mußten sämtlich wegen der Haltlosigkeit der Beschuldigungen eingestellt werden. In keinem Fall ist es überhaupt zur Erhebung einer Anklage gekommen.

Es war zu erwarten, daß der Hochschulverband eine solche anmaßliche und mit völlig unbegründeten Vorwürfen arbeitende Eingabe unbeantwortet lassen würde. Dies ist leider nicht geschehen. Der Hochschulverband hat geantwortet und den Wortlaut in seinem Mitteilungsblatt (Heft 3/4, März 1931) abgedruckt. An Stelle von dem mit infamen Beschimpfungen gegen das Unterrichtsministerium geführten Kampf gegen das „System" auf das entschiedenste abzurücken, begrüßt er „selbstverständlich jede Aeußerung auf das wärmste, in der die Deutsche Studentenschaft ihre vaterländische Gesinnung bekundet." Der Hochschulverband hat noch nicht erkannt, daß der Fall Gumbel nur ein von den Nationalsozialisten geschickt gewählter Anlaß zu ihrem Kampf um die Beherrschung der Universität Heidelberg war, daß es sich hierbei um einen speziellen Fall des allgemeinen Kampfes der Faschisten gegen die Republik handelte und daß dieser Kampf mit in der Universitätsgeschichte bisher unerhörten Methoden durchgeführt wurde. Nicht einmal zu den tatsächlichen Fälschungen, die in dem Brief der Studenten enthalten sind, nimmt er Stellung. Den seinerzeit inkriminierten Ausspruch Gumbels, der — wie erinnerlich — die Aechtung des Krieges mit der Ehrung der Gefallenen zu verbinden suchte, gibt er genau in der entstellten Form wieder, in der die Nationalisten diesen Satz zu zitieren pflegen.

In der Form einer objektiven Darstellung versucht der Hochschulverband ein Urteil gegen Gumbel zu fällen. Wie üblich muß hierzu das höchst zweideutige Gutachten der Fakultät von 1925 herhalten. Wie erinnerlich, bestand es aus zwei Teilen. Im einen machte die Fakultät ihrem Unmut gegen Gumbel Luft, ohne auf die tatsächlichen Vorgänge, die zu dem Disziplinarverfahren geführt hatten, einzugehen, und bezeichnete seine Zugehörigkeit zur Universität als „unerfreulich". Der andere, psychologische Teil, sprach sich dagegen zum Teil sehr anerkennend über Gumbel aus. Zum Schluß stellte die Fakultät keinen Antrag, Gumbel die Lehrberechtigung zu entziehen.

Der Hochschulverband erwähnt den zweiten Teil des Gutachtens überhaupt nicht und schreibt die Schlußfolgerung den „zuständigen" Behörden zu. Damit schiebt er die Verantwortung dafür, daß Gumbel an der Universität lehrt, von der Fakultät, welche diese Entscheidung getroffen hatte, auf das Ministerium, welches das Disziplinarverfahren nur entsprechend dem Beschluß der Fakultät eingestellt hatte.

Nachdem der Hochschulverband in sechs Abschnitten versucht, Gumbel zu diskreditieren, wendet er sich in einem kleinen Schlußsatz nur gegen die von der Deutschen Studentenschaft versuchten Volksabstimmung.

Selbstverständlich muß eine solche Antwort von den radaulustigen Studenten als eine Anerkennung ihres bisherigen und eine Ermutigung zu entsprechendem zukünftigen Verhalten aufgefaßt werden. Der Hochschulverband hat sich somit in den schwersten Gegensatz zu den sämtlichen republikanischen Unterrichtsministerien gestellt, welche der Deutschen Studentenschaft jede amtliche Anerkennung versagt haben.

Wo blieb die warnende Stimme des Hochschulverbandes, als der nationalsozialistische Minister Frick den fachlich keineswegs sonderlich geeigneten Herrn Günther ohne weiteres und gegen die Fakultät zum Ordinarius ernannte? Wo blieb seine Stimme, als Frick dem von der Universität gewählten Rektor aus rein parteipolitischen Gründen seine Zustimmung versagte? Ist sich der Hochschulverband bewußt, daß er die Verantwortung dafür trägt, wenn das nächste Semester sich in Heidelberg ebenso stürmisch gestaltet wie das vergangene, und daß die Autorität der Universität noch mehr Schaden erleidet?

Die „Kultur" Heidelberger Stadtväter.

Eine „Festschrift" zur Universitätseinweihung. — Wieder ein Lügenfeldzug der Nazis.

Es war zu erwarten, daß die Nationalsozialisten die Universitätsfeier nicht vorübergehen lassen würden, ohne zu suchen, den üblichen Skandal zu machen. Nachdem es dem „Hei-Beo" durch Verbot unmöglich war, die von ihm schon angezeigte „Festnummer" herauszubringen, suchte man einen anderen Weg — und fand ihn.

Gestern verkauften die Herren vom Dritten Reich, dem der „deutschen Kultur", auf den Straßen eine Flugschrift, ein Pamphlet „Zur Einweihung der neuen Universität", in dem die Stifter des Gebäudes und das ganze geistige Leben unserer Stadt in einer selbst in jenen Kreisen noch nie dagewesenen Art beschimpft werden. So sieht also die Kultur aus, die „deutsche" Kultur, die Kultur der Nazi-Stadtväter, die sich ihrer „Antworten" an den Rektor auf die Einladung zur Teilnahme bei der Universitätsfeier rühmen. Sechs von sieben Stadträten lassen ihren Spruch abdrucken, den Vogel an Gemeinheit schießen die Herren Wetzel und Abendroth ab. Nur ein Stadtrat fehlt, Landgerichtsrat Dr. Erb. Seine Antwort hätten wir auch gern gelesen. Er hat sich Zurückhaltung in diesem Punkte auferlegt, ist jedoch als Mitglied der Fraktion, in deren Auftrag dieses mehr als schmutzige Geistesprodukt verfaßt wurde, genau so verantwortlich an dieser „Werbung" für Heidelberg und seine Universität. Die Flugschrift wurde gestern nachmittag noch beschlagnahmt — aber es war bereits alles ausverkauft. Sie ist unter die Heidelberger Bevölkerung gekommen. Diese hat ihr Urteil zu sprechen. Wie es ausfällt, darüber dürfte nicht der geringste Zweifel bestehen (wobei wir allerdings gern diejenigen ausnehmen, denen die Hirngrütze verseucht ist.)

Man könnte es sich schenken, auf den Inhalt näher einzugehen, wenn nicht einiges dazu unbedingt bemerkt werden müßte, was den Kampf der Nazis in Heidelbergs Mauern trefflich beleuchtet. Diese „Festschrift" enthält auch Inserate. Wie diese zusammenkamen, zeigt deutlich folgendes: von einem Heidelberger Geschäftsmann ist eine Anzeige aufgenommen, die dieser nie aufgab. Bei anderen wird es ähnlich sein. Dieser Geschäftsmann hat sogleich Klage wegen Geschäftsschädigung eingereicht. Er fühlt sich geschädigt, mit Recht, und das Gericht wird entsprechend zu entscheiden haben, steht es doch vor der Tatsache, daß Heidelbergs Bürger von diesen Leuten abrücken — und entsprechend von den Inserenten. Eine Lehre für viele dürfte das sein — und eine Mahnung.

Daß man bei dieser Gelegenheit alle anwesenden Festgäste Revue passieren läßt, Situationen beim Festessen schildert und Vergleiche zieht, blöde Sprüche leiert, hohlköpfige Redensarten und Bauernfang treibt, ist nicht neu. Und was die Nazis heute am 9. Juni denken, darüber berichtet Herr Wetzel unter der Rubrik „Geld oder Geist". Der Mann, der diesen Vergleich zieht und von der Unterjochung deutschen Geistes redet, hat wahrhaftig schon beste Proben seines Geistes abgelegt. Aber das schadet ja nicht. Immer von „deutschem" Geist reden, den aber leider andere haben. Man wird dann kraft solcher blöden Phrasen nicht auf den eigenen Geist geprüft.

Ebenso selbstverständlich wie das Erscheinen dieser „Festschrift" war, daß man sich in ihr auch mit Prof. Gumbel beschäftigt. Wenn man die Sache richtig anfaßt, kann man auch eine saftige Lüge aus diesem Anlaß bringen. Und das taten die Herren. Wir überlassen das Wort Gen. Prof. Gumbel, der uns dazu schreibt:

„Das gestern verbreitete nationalsozialistische Flugblatt behauptet:

„Wie sich der lebendige Geist eines Heidelberger Universitätslehrers auswirkt, das kann jeder nachlesen im „Anderen Deutschland" vom 7. April 1931. Dort schrieb der Heidelberger Professor Gumbel:

„Es gibt streng genommen nicht nur ein „Feld", sondern ebensogut auch eine „Matratze", einen „Heldenkeller", eine „Kantine", einen „Urlauberzug", ein „Bordell" der Ehre . . ."

Hierzu ist zu sagen: Wer jemals auch nur eine Zeile von mir gelesen hat, muß wissen, daß dieser Satz nicht von mir stammen kann. In der Tat, ich habe ihn nicht, weder in dieser noch in einer anderen Form, weder in dieser noch in einer anderen Nummer des „Anderen Deutschland", noch irgendwo anders geschrieben.

Es liegt nahe, zu vermuten, daß dieser Satz mir unterschoben wird nach dem alten Prinzip: „Nur darauflos verleumden, es bleibt doch irgend etwas hängen". Zufällig läßt sich jedoch die Entstehung dieser Behauptung restlos aufklären.

Die „Deutsche Zeitung" schrieb nämlich am 1. April 1931:

„Was der Pazifist vom Soldatentod denkt, ist bekannt. Es hat sich aber inzwischen ein Ehrenmann gefunden, der den Heidelberger Professor Gumbel weit hinter sich läßt. Unter der Spitzmarke „Inflation auf dem Feld der Ehre" (7. 2.) sagt er: „Es gibt streng genommen . . ."

Und nun folgt der oben zitierte Satz.

Der nationalsozialistische Schreiber kann also sehr wohl behaupten, gutgläubig gehandelt zu haben. Ich vermag ihn nicht der Verleumdung zu zeihen. Aber indem er diesen Satz mir zuschrieb, hat er bewiesen, daß er noch nicht einmal Deutsch zu lesen vermag."

Damit ist auch dieser Lügenfeldzug der Nazis zusammengebrochen.

*

Gestern abend versammelte sich die Vereinigung Heidelberger Verbindungen zu einem Fackelzug zu Ehren Schurmans. Vom Karlstor ging es durch die Hauptstraße, Sofienstraße, vorbei am Europäischen Hof, wo der frühere Botschafter abgestiegen ist. Keine Rede, keine Ovation von seiten der Studenten. Nur die anwesende Menschenmenge rief wiederholt nach Schurman, der nach einigen Worten „gute Nacht" wünschte. Wenig Musik war im Zuge, die Fackelträger „schlichen" geradeso dahin. Die Insassen der Kutschen vergaßen nicht, an gewissen Straßenkreuzungen und Plätzen die Hände zum Hitler-Gruß zu erheben — ein „fabelhaftes" Bild. Nach kurzen Worten am Marktplatz, wo dem „lebendigen Geist" „geziemend" gedacht wurde, war der „Trauer"-Zug beendet. Die reaktionären Studenten haben ihrer „Pflicht" genügt, sie bleiben heute der Feier fern, bis auf einige Korporationen und Fachschaften.

Für unser Geld!

Die von Eberbach am Neckar entlang führende Straße nach Hirschhorn (Hessen) ist am Abend des zweiten Pfingstfeiertags mit müden Ausflüglern übersät. Es ist staubig. Mit Mühe bahnen sich die Motorräder einen Weg durch die Fußgänger. Da — ein heller Hupenton: ein vornehmer viersitziger Wagen, der Reichswehr gehörig (R. W. Nr. 5202) schafft sich Platz. Am Steuer eine Charge mit der württembergischen Kokarde, in voller Uniform, im Wagen räkeln sich gemütlich zwei junge Studenten, an den Schmissen als zur herrschenden Klasse gehörig erkennbar, an den gut geschnittenen Zivilanzügen deutlich sichtbar das Stahlhelmabzeichen.

Wir fragen: Ueberall wird gespart. Alle Etats werden beschnitten. Nur an der Reichswehr wird nicht gespart. Mit welchem Recht stellt die Reichswehr die ihr gehörigen Automobile jungen Stahlhelm-Studenten zu Vergnügungsfahrten zur Verfügung? Wer ist hierfür verantwortlich? Oder handelt es sich nicht um Vergnügungsfahrten?

210

Mehr Jugend in die Partei

Der Altersaufbau der Sozialdemokratie

Von E. J. Gumbel, a. o. Professor der Statistik an der Universität Heidelberg

Wir bringen diesen Aufsatz des Gen. Prof. Gumbel, weil der Verfasser, der als Statistiker einen internationalen Ruf hat, eine außerordentlich wichtige und treffende statistische Analyse der Alterszusammensetzung der Sozialdemokratie vornimmt.

Nach dem Jahrbuch der Deutschen Sozialdemokratie zählt die Partei über 1 Million Mitglieder. Um festzustellen, wie stark die einzelnen Altersklassen in ihr vertreten sind, wurde bei einem Teil der Mitglieder, nämlich 117 247, eine Zählung veranstaltet. Da hierbei Ortsgruppen von ganz verschiedener Größe berücksichtigt wurden, wird man annehmen dürfen, daß es sich bei den Hunderttausend um eine zufällige Auswahl aus der gesamten Mitgliedschaft handelte und die erhaltenen Resultate auf die ganze Partei ausdehnen können.

Die Altersverteilung des Jahrbuchs ist nach Beseitigung einiger Abrundungsfehler in den beiden ersten Spalten der folgenden Tabelle wiedergegeben:

Altersklasse	Prozentueller Anteil der SPD.	allg. Bevölkerung	Differenz
unter 20	1,16	7,69	— 6,53
20—25	6,67	14,50	— 7,83
25—30	10,34	12,57	— 2,23
30—35	12,80	10,80	+ 2,00
35—40	13,69	10,21	+ 3,48
40—45	14,30	9,32	+ 4,98
45—50	12,96	9,17	+ 3,79
50—60	19,58	14,20	+ 5,38
60—70	7,16	9,02	— 1,86
über 70	1,34	2,52	— 1,18
	100,00	100,00	0,00

Umgerechnet auf alle Sozialdemokraten erhält man 611 535 Mitglieder unter 45 Jahren und 425 849 darüber. Das Jahrbuch knüpft hieran die Folgerung: „Wer will diesen Zahlen gegenüber noch behaupten, die Sozialdemokratie ist überaltert, oder, wie der sinnige Ausdruck lautet, verkalkt? Sie ist jugendfrisch und kampfbereit.:

Im folgenden werden wir untersuchen, inwieweit diese Schlüsse aus den Zahlen gezogen werden können. Soweit es sich um psychische Qualitäten handelt, lassen sie sich durch numerische Angaben dieser Art weder beweisen noch widerlegen. Anders steht es mit dem Begriff der Ueberalterung. Zunächst wird im allgemeinen nicht eine Ueberalterung der Parteimitglieder, sondern der Funktionäre behauptet. Für diese existieren keine Altersangaben. Man kann aber die Frage einer Ueberalterung auch auf die Parteimitglieder selbst ausdehnen.

Eine soziale Gruppe wird man als überaltert bezeichnen können, wenn in ihr der Prozentsatz der Jugendlichen kleiner, der der Aelteren größer ist als in der Gesamtbevölkerung. Man wird daher den Altersaufbau der Mitglieder der SPD. mit dem der allgemeinen Bevölkerung vergleichen. Hierzu verwenden wir die letzten vorliegenden Angaben, nämlich die der Volkszählung von 1925. Die seither eingetretenen Verschiebungen im Altersaufbau sind vermutlich nicht so bedeutend, als daß wir sie besonders berücksichtigen müßten.

Als gemeinsame untere Grenze wird zunächst das Alter 17,5 gewählt. Andrerseits wird man annehmen dürfen, daß in der Sozialdemokratie die Anzahl der über 75-Jährigen verschwindend gering ist. Diese Generation wurde zu einer Zeit politisch, als der Eintritt in die damals oppositionelle, ja staatsfeindliche Partei relativ selten war. Es ist auch nicht anzunehmen, daß viele Angehörige dieser Stufe sich in den letzten Jahren neu politisch organisierten. Wir vergleichen daher die sozialdemokratische Bevölkerung mit der Gesamtbevölkerung zwischen 17,5 und 75 Jahren, indem wir die relativen Zahlen der Besetzung aller Altersgruppen der Gesamtbevölkerung auf die innerhalb der genannten Alter Lebenden umrechnen. Die so erhaltenen Zahlen sind in der dritten Spalte der obigen Tabelle angeführt. Die vierte Spalte gibt die Differenz, negativ für die Altersgruppen, in denen die Sozialdemokratie relativ schwächer, positiv für diejenigen, in denen sie relativ stärker vertreten ist, als die Gesamtbevölkerung.

Es fällt zunächst auf, wie gering die Zahl der Jugendlichen in der Partei ist. Nur 1,2 Prozent der Mitglieder sind unter 20 Jahre alt, während ein Eintritt in die Partei doch bereits mit 18 Jahren möglich ist. Diese geringe Zahl liegt jedoch daran, daß das Gros dieser Altersstufe nicht in der Partei, sondern in verschiedenen Jugendverbänden organisiert ist. Zahlenmäßige Angaben hierüber fehlen. Zudem dürfte es häufig vorkommen, daß eine selbständige Mitgliedschaft von Jugendlichen neben den Eltern aus finanziellen Gründen unterlassen wird.

Um diese Fehlerquelle nach Möglichkeit auszuschalten, werden wir im folgenden nicht die über 17jährige, sondern nur die wahlfähige, also über 20jährige Bevölkerung betrachten. Führt man diese Umrechnung numerisch durch, so ändert sich die Besetzung der Gruppen für die sozialdemokratische Bevölkerung so gut wie gar nicht, wogegen sämtliche Zahlen für die allgemeine Bevölkerung etwa um 7 Prozent wachsen. Der systematische Gang der Zahlen, also das Vorzeichen der Differenzen, wird hierdurch nicht berührt.

Sehr auffällig ist zunächst, daß die Zahl der Sozialdemokraten mit wachsendem Alter innerhalb der untereinander vergleichbaren Stufen bis zum 45. Jahre wächst, während in der allgemeinen Bevölkerung die Besetzung jeder Stufe mit wachsendem Alter abnimmt. Der Unterschied zwischen dem Altersaufbau der sozialdemokratischen und der Gesamtbevölkerung ist durchaus systematisch: die jüngeren Klassen sind in der Sozialdemokratie schwächer, die mittleren (30—60 Jahre) stärker vertreten als in der Gesamtbevölkerung. Erst bei den 60-Jährigen wird der Anteil der Sozialdemokraten wieder geringer als in der Gesamtbevölkerung. Den stärksten Fehlbetrag weist die Altersgruppe 20—25 Jahre auf. Man kann diesen Unterschied folgendermaßen ausdrücken: von der wahlfähigen sozialdemokratischen Bevölkerung sind 82,6 Prozent über 30 Jahre alt, während dieser Satz bei der allgemeinen Bevölkerung nur 70,7 beträgt. Der Anteil der über 45-Jährigen an der wahlmündigen Bevölkerung beträgt bei der Sozialdemokratie 41,5 Prozent, während er in der allgemeinen Bevölkerung nur 37,8 Prozent beträgt.

Man könnte vielleicht einwenden, daß dies zufällig sei. Es gibt jedoch mathematisch-statistische Methoden, um dies zu untersuchen. Sie führen zu dem Resultat, daß diese Differenz zwischen dem mittleren Alter der Sozialdemokraten und der Gesamtbevölkerung nicht als Resultat des Zufalls zu bewerten ist, sondern aller Wahrscheinlichkeit nach einen systematischen Charakter trägt.

Der Altersaufbau der Sozialdemokratie

Von E. J. Gumbel.

Nach dem Jahrbuch der Deutschen Sozialdemokratie zählt die Partei über 1 Million Mitglieder. Um festzustellen, wie stark die einzelnen Altersklassen in ihr vertreten sind, wurde bei einem Teil der Mitglieder, nämlich 117 247, eine Zählung veranstaltet. Da hierbei Ortsgruppen von ganz verschiedener Größe berücksichtigt wurden, wird man annehmen dürfen, daß es sich bei den Hunderttausend um eine zufällige Auswahl aus der gesamten Mitgliederschaft handelte und die erhaltenen Resultate auf die ganze Partei ausdehnen können.

Die Altersverteilung des Jahrbuchs ist nach Beseitigung einiger Abrundungsfehler in den beiden ersten Spalten der folgenden Tabelle wiedergegeben:

Altersklasse	Prozentualer Anteil der S. P. D.	allg. Bevölker.	Differenz
unter 20	1,16	7,69	— 6,53
20—25	6,67	14,50	— 7,83
25—30	10,34	12,57	— 2,23
30—35	12,80	10,80	+ 2,00
35—40	13,69	10,21	+ 3,48
40—45	14,30	9,32	+ 4,98
45—50	12,96	9,17	+ 3,79
50—60	19,58	14,20	+ 5,38
60—70	7,16	9,02	— 1,86
über 70	1,34	2,52	— 1,18
	100,00	100,00	0,00

Umgerechnet auf alle Sozialdemokraten erhält man 611 535 Mitglieder unter 45 Jahren und 425 849 darüber. Das Jahrbuch knüpft hieran die Folgerung: „Wer will diesen Zahlen gegenüber noch behaupten, die Sozialdemokratie ist überaltert, oder, wie der sinnige Ausdruck lautet, verkalkt? Sie ist jugendfrisch und kampfbereit."

Im folgenden werden wir untersuchen, inwieweit diese Schlüsse aus den Zahlen gezogen werden können. Soweit es sich um psychische Qualitäten handelt, lassen sie sich durch numerische Angaben dieser Art weder beweisen noch widerlegen. Anders steht es mit dem Begriff der Ueberalterung. Zunächst wird im allgemeinen nicht eine Ueberalterung der Parteimitglieder, sondern der Funktionäre behauptet. Für diese existieren keine Altersangaben. Man kann aber die Frage einer Ueberalterung auch auf die Parteimitglieder selbst ausdehnen.

Eine soziale Gruppe wird man als überaltert bezeichnen können, wenn in ihr der Prozentsatz der Jugendlichen kleiner, der der Aelteren größer ist als in der Gesamtbevölkerung. Man wird daher den Altersaufbau der Mitglieder der SPD. mit dem der allgemeinen Bevölkerung vergleichen. Hierzu verwenden wir die letzten vorliegenden Angaben, nämlich die der Volkszählung von 1925. Die seither eingetretene Verschiebungen im Altersaufbau sind vermutlich nicht so bedeutend, als daß wir sie besonders berücksichtigen müßten.

Als allgemeine untere Grenze wird zunächst das Alter 17,5 gewählt. Andererseits wird man annehmen dürfen, daß in der Sozialdemokratie die Anzahl der über 75jährigen verschwindend gering ist. Diese Generation wurde zu einer Zeit politisch, als der Eintritt in die damals oppositionelle, ja staatsfeindliche Partei relativ selten war. Es ist auch nicht anzunehmen, daß viele Angehörige dieser Stufe sich in den letzten Jahren neu politisch organisierten. Wir vergleichen daher die sozialdemokratische Bevölkerung mit der Gesamtbevölkerung zwischen 17,5 und 75 Jahren, indem wir die relativen Zahlen der Besetzung aller Altersgruppen der Gesamtbevölkerung auf die innerhalb der genannten Alter Lebenden umrechnen. Die so erhaltenen Zahlen sind in der dritten Spalte der obigen Tabelle angeführt. Die 4. Spalte gibt die Differenz, negativ für die Altersgruppen, in denen die Sozialdemokratie relativ schwächer, positiv für diejenigen, in denen sie relativ stärker vertreten ist als die Gesamtbevölkerung.

Es fällt zunächst auf, wie gering die Zahl der Jugendlichen in der Partei ist. Nur 1,2 Prozent der Mitglieder sind unter 20 Jahre alt, während ein Eintritt in die Partei doch bereits nach dem Ende der Fortbildungsschule, also etwa mit 17 Jahren möglich ist. Diese geringe Zahl liegt jedoch daran, daß das Gros dieser Altersstufe nicht in der Partei, sondern in verschiedenen Jugendverbänden organisiert ist. Zahlenmäßige Angaben hierüber fehlen. Zudem dürfte es häufig vorkommen, daß eine selbständige Mitgliedschaft von Jugendlichen neben den Eltern aus finanziellen Gründen unterlassen wird.

Um diese Fehlerquelle nach Möglichkeit auszuschalten, werden wir im folgenden nicht die 17jährige, sondern nur die wahlfähige, also über 20jährige Bevölkerung betrachten. Führt man diese Umrechnung numerisch durch, so ändert sich die Besetzung der Gruppen für die sozialdemokratische Bevölkerung so gut wie gar nicht, wogegen sämtliche Zahlen für die allgemeine Bevölkerung etwa um 7 Prozent wachsen. Der systematische Gang der Zahlen, also das Vorzeichen der Differenzen, wird hierdurch nicht berührt.

Sehr auffällig ist zunächst, daß die Zahl der Sozialdemokraten mit wachsendem Alter innerhalb der unter einander vergleichbaren Stufen bis zum 45. Jahr wächst, während in der allgemeinen Bevölkerung die Besetzung jeder Stufe mit wachsendem Alter abnimmt. Der Unterschied zwischen dem Altersaufbau der sozialdemokratischen und der Gesamtbevölkerung ist durchaus systematisch: die jüngeren Klassen sind in der Sozialdemokratie schwächer, die mittleren (30 bis 60 Jahre) stärker vertreten als in der Gesamtbevölkerung. Erst bei den 60jährigen wird der Anteil der Sozialdemokraten wieder geringer als in der Gesamtbevölkerung. Den stärksten Fehlbetrag weist die Altersgruppe 20—25 Jahre auf. Man kann diesen Unterschied folgendermaßen ausdrücken: von der wahlfähigen sozialdemokratischen Bevölkerung sind 82,6 Prozent über 30 Jahre alt, während dieser Satz bei der allgemeinen Bevölkerung nur 70,7 Prozent beträgt. Der Anteil der über 45jährigen an der wahlmündigen Bevölkerung beträgt bei der Sozialdemokratie 41,5 Prozent, während er in der allgemeinen Bevölkerung nur 37,8 Prozent beträgt.

Diese systematische Differenz im Altersaufbau läßt sich auch auf einen einzigen, zahlenmäßig sehr plastischen Ausdruck bringen, wenn man das mittlere Alter der Sozialdemokratie und der Gesamtbevölkerung berechnet. Man wird hierzu wieder nur die wahlfähige Bevölkerung verwenden und annehmen, daß die Angehörigen jeder Altersgruppe im Durchschnitt das mittlere Alter dieser Gruppe besitzen, daß also die 20—25-Jährigen 22½ Jahre alt sind, usw. Eine Schwierigkeit bietet hierbei nur die offene Gruppe der über 70-Jährigen, für welche wir entsprechend dem obigen 72,5 Jahre als Durchschnittsalter ansetzen. Multipliziert man diese Alter mit der relativen Besetzung der zugehörigen Gruppen, so erhält man: Das mittlere Alter der wahlfähigen sozialdemokratischen Bevölkerung beträgt 42,76, das mittlere Alter der wahlfähigen Gesamtbevölkerung nur 41,03 Jahre. Die wahlfähige sozialdemokratische Bevölkerung ist also im Durchschnitt 1¾ Jahre älter als die Gesamtbevölkerung.

Man könnte vielleicht einwenden, daß dies zufällig sei. Es gibt jedoch mathematisch-statistische Methoden, um dies zu untersuchen. Sie führen zu dem Resultat, daß diese Differenz zwischen dem mittleren Alter der Sozialdemokraten und der Gesamtbevölkerung nicht als Resultat des Zufalls zu erwarten ist, sondern aller Wahrscheinlichkeit nach einen systematischen Charakter trägt.

DIE MENSCHENRECHTE

Organ der Deutschen Liga für Menschenrechte

Schriftleitung
Dr. Walter Levinthal, Berlin N 24, Monbijouplatz 10III

Verantwortl. Redaktion
Kurt Grossmann, Berlin N 24, Monbijouplatz 10III

Verlag: Deutsche Liga für Menschenrechte, Berlin N 24, Monbijouplatz 10III
Telephon: D 2 Weidendamm 2870 / Postscheckkonto: Berlin 21255

JAHRGANG VI | BERLIN, 15. Juli 1931 | NUMMER 6-7

Die Hochschulreaktion

Die beschämenden Vorgänge an vielen deutschen Universitäten in den letzten Wochen haben gezeigt, wie aktuell das Thema ist, und in welchem Maße es die Aufmerksamkeit und Energie aller anständigen Deutschen verdient.

Die „Deutsche Liga für Menschenrechte" veranstaltete zum Thema „Die Hochschulreaktion" am 27. April im Langenbeck-Virchowhaus in Berlin eine Kundgebung, die überfüllt war. Alle großen Zeitungen berichteten eingehend. So schreibt die Vossische Zeitung vom 28. 4. 31:

Für die Freiheit der Lehre

Professoren rufen zum Kampf um die Hochschulen.

„Gegen die Hochschulreaktion!" Als die Liga für Menschenrechte unter dieser Parole zu einer Kundgebung aufrief, durfte sie nicht nur ihrer Hörer gewiß sein — sie füllten den großen Hörsaal im Langenbeck-Virchow-Haus bis zum letzten Platz — sondern auch ihrer Zeugen, an deren Berufung in dieser Sache auch vom politischen Gegner nicht zu zweifeln war: einige Hochschullehrer mit Namen von bestem Klang, unter ihnen Albert *Einstein*, sind gestern im Namen vieler ihrer Kollegen aufgetreten, um für die wahre Hochsch[illegible]nnung zu sprechen. Mit ihrem ganzen persönlichen und wissenschaftlichen Ansehen haben sie sich in diesem Kampfe eingesetzt und die Grenzlinie der Denkfreiheit gegen den zersetzenden Ungeist gezogen.

Dieser Appell müßte endlich die Oeffentlichkeit und vor allem die Parteien, die vielfach noch immer desinteressiert sind, vor der Gefahr an den Hochschulen alarmieren. Denn es sind ja nicht nur die Ausschreitungen verhetzter Studenten, denen Einhalt geboten werden muß. Viel schwerer wiegt die Tatsache, daß unter dem Einfluß dieser Umtriebe im Organismus der Hochschulen selbst der Widerstandswille einer freien Geistigkeit, die hier ihre gesicherte Stätte haben müßte, allmählich erlahmt; daß jedes individuelle höhere Maß verleugnet wird vor der Brutalität des uniformierten Radikalismus, der dem geistigen Gesicht Deutschlands seine leere Maske aufzwingen will.

Es war natürlich, daß im Mittelpunkt dieser Kundgebung, die von Oberstudiendirektor *Kawerau* geleitet war, der Heidelberger Professor E. J. *Gumbel* stand, der auch selbst das Wort ergriff. Denn an diesem Fall haben sich die Entartungserscheinungen der politischen Agitation und die Schwäche, der manche Hochschulbehörden heute erliegen, besonders deutlich gezeigt. Professor *Hobohm* schilderte die einzelnen Phasen dieses Konflikts. Er zeigte, wie gegen *Gumbel*, der als Historiker der Fememorde den Haß aller Nationalisten auf sich gezogen hat, seit sechs Jahren systematisch gehetzt wird. Die Heidelberger Fakultät hat dabei keine sehr rühmliche Rolle gespielt und der Hochschulverband, die Standesorganisation der Deutschen Hochschullehrer, hat die Studentenschaft nach

einer offenen Provokation nicht nur nicht abgewiesen, sondern sie in ihrem Vorgehen sogar ermuntert. Als weiteren Fall dieser Art griff Professor *Hobohm* noch den Streit um den Kieler Theologen *Baumgarten* heraus, der bei einer Festpredigt von Studenten als Landesverräter beschimpft wurde, weil er im Krieg das nationale Interesse gegen die Annexionsträume der Alldeutschen vertrat.

Die Konsequenz gegenüber dem Verhalten des Hochschulverbandes kann, so erklärte Geheimrat *Holde*, nur dazu führen, daß alle republikanisch gesinnten Hochschullehrer ihren Austritt erklären. Der Hochschulverband hat die einzige Pflicht, die ihm gesetzt ist, aufs schwerste verletzt.

Die tieferen Gründe, die zu der fanatischen Reaktionsbewegung in der Studentenschaft geführt haben, wurden in der Kundgebung treffend formuliert: das übersteigerte Berechtigungswesen, dem auf der andern Seite die immer geringeren Existenzmöglichkeiten für den Akademiker gegenüberstehen, die falsche gesellschaftliche Einschätzung der Hochschulbildung, der Mangel an Wirklichkeitssinn in einem Korporationswesen, das sich in den Formen einer abgelebten Romantik gefällt, und schließlich der völlige Mangel an lebendigen Beziehungen zum schaffenden Volk.

„Jedes Volk hat die Universitäten, die es verdient." Hoffentlich wird dieses Wort über die Kundgebung hinaus den Weg zu den Verantwortlichen finden?

O. H."

Ueber die Vorgänge, welche zu dieser Kundgebung führten, insbesondere den Heidelberger Universitätsskandal, unterrichtet die folgende Darstellung:

Das ganze Wintersemester 1930/31 war in Heidelberg durch eine wüste Hetze der Nationalsozialistischen, Nationalistischen und Korporationsstudenten ausgefüllt, so daß es in dieser friedlichen Stadt mehrfach zu Krawallen und Prügeleien kam. Den äußeren Anlaß, nicht den Grund, bot die Ernennung Dr. *Gumbels* zum a. o. Professor, die im August 1930 durch das badische Gesamtministerium erfolgt war. Es handelte sich hierbei nur um eine Titelverleihung ohne materielle Bedeutung, eine platonische Ehrung, die Privatdozenten mit wissenschaftlichen Leistungen nach etwa 5 Jahren üblicherweise zukommt. Im vorliegenden Falle dauerte es sogar über 7 Jahre, wovon nahezu zwei mit Verhandlungen ausgefüllt waren.

Das Hauptargument der Nationalsozialisten gegen *Gumbels* Ernennung war, daß sie von dem sozialdemokratischen Unterrichtsminister Dr. h. c. *Remmele* aus parteipolitischen Gründen erfolgt sei, und daß hierdurch die Rechte der Universität verletzt worden seien: *Gumbel* sei der Universität aufgedrängt worden. Von anderer Seite wurde erklärt, *Gumbels* Ernennung sei zwar formal korrekt erfolgt, aber materiell handle es sich dabei um Mißverständnisse zwischen Fakultät und Regierung.

Ueber die tatsächlichen Vorgänge orientiert der folgende Brief, den der badische Kultusminister *Remmele* an Geheimrat Prof. Dr. *Holde* auf dessen Anfrage am 7. Mai 1931 richtete:

> „Ich muß meine Verwunderung darüber aussprechen, daß die Behauptung aufgestellt werden konnte, die Ernennung des Herrn Dr. *Gumbel* zum a. o. Professor sei durch ein Versehen erfolgt. Hierzu habe ich zu bemerken:
>
> 1) Die zuständige Fakultät ist brieflich angefragt worden, ob sie dann etwas gegen die Ernennung des Herrn Dr. *Gumbel* zum a. o. Professor einzuwenden habe, wenn der Minister diese von sich aus, also ohne Antrag von Fakultät und Senat beim Staatsministerium beantrage. Aus Anlaß einer persönlichen Unterredung mit dem Ministerialreferenten über andere dienstliche Angelegenheiten hat der

seinerzeitige Dekan diese an ihn gestellte Frage dahin beantwortet, ein Widerspruch der Fakultät werde wohl nicht erfolgen. Der Dekan hat späterhin, als die Studentenschaft gegen diese Ernennung protestierte, öffentlich bekannt gegeben, er habe vor der Erteilung seiner Antwort nicht alle Mitglieder der Fakultät um ihre Meinung gefragt.

2) Nirgendwo und in keiner Situation des Streites habe ich erklärt, die Ernennung Dr. *Gumbels* zum a. o. Professor wäre dann nicht vollzogen worden, wenn ich gewußt hätte, daß die Fakultät als solche diese nicht gutheiße. Diese Frage hat bei den öffentlichen Auseinandersetzungen überhaupt nie eine Rolle gespielt. Im Gegenteil, bei der Beratung dieser Streitfrage im Landtag habe ich ausdrücklich erklärt, das Vorschlagsrecht der Fakultät werde vom Ministerium stets beachtet; wenn aber einmal zwischen Ministerium und Senat sowie der Fakultät über eine Ernennung keine Verständigung erzielt werde, behalte sich das Ministerium selbstverständlich das Recht vor, eine Ernennung auch ohne Zustimmung der Fakultät zu vollziehen.

3) Die Frage der Ernennung des Herrn Dr. *Gumbel* zum a. o. Professor war schon von meinem Herrn Amtsvorgänger Dr. *Leers* aufgerollt worden. Sie blieb damals auf den Einspruch von Senat und Fakultät hin unerledigt. Damals war aber auch schon der Gedanke erwogen worden, ob nicht das Ministerium in diesem Falle selbständig entscheiden soll, weil es nicht angeht, einen Privatdozenten wegen seiner Ueberzeugung dauernd zu benachteiligen. Im Sommer 1930 habe ich alle von den Fakultäten für andere Privatdozenten gemachten Vorschläge auf Ernennung zum a. o. Professor so lange zurückgestellt, bis der Fall *Gumbel* geklärt war. Wäre die Antwort des Herrn Dekans in Sachen *Gumbel* negativ ausgefallen, dann hätte das Staatsministerium m. E. dessen Ernennung von sich aus vollziehen müssen. Ich war für meine Person entschlossen, diesen Antrag vor dem Staatsministerium zu vertreten.

4) Die Ernennung Dr. *Gumbels* zum a. o. Professor ist s. Zt. erfolgt, weil ihm kein akademischer oder sonstiger sittlicher Makel anhaftet. Was ich gelegentlich im Landtag und dritten Personen gegenüber beanstandete, war lediglich *Gumbels* Unvorsichtigkeit bei seinem Auftreten in öffentlichen Versammlungen. Bei etwas größerer Vorsicht in der Ausdrucksweise hätte er sich mancherlei Unannehmlichkeiten erspart. Ihm aber deshalb die Makellosigkeit seiner Person abzusprechen, geht wirklich nicht an. Auch heute noch sehe ich Herrn Dr. *Gumbel* als makellos an."

Obwohl dieser klare Tatbestand im wesentlichen schon im November 1930 bekannt war, setzte mit dem Semesterbeginn eine unerhörte Hetze ein. Da die nationalsozialistischen und korporierten Studenten den Allgemeinen Studenten-Ausschuß (Asta) beherrschten, konnten sie ihre Tätigkeit als einen Kampf der gesamten Studentenschaft darstellen.

Der frühere Reichsjustizminister, Prof. Dr. *Radbruch* schrieb über diese Methoden im Heidelberger Tageblatt vom 12. 11. 30:

„Soll es so weitergehen? Soll die älteste deutsche Universität es an Roheit der politischen Sitten allen anderen Hochschulen zuvortun? Soll es dahin kommen, daß, wer nun einmal das Herz auf der linken Seite der Brust trägt, es verschmäht, diese giftgeschwängerte Luft noch länger zu atmen?

Niemand wird das Wort vom „Feld der Unehre" billigen. Gumbel selbst hat es bedauert. Die Situation, in der es fiel, beweist zudem unwiderleglich, daß eine Herabsetzung der Kriegsgefallenen damit nicht beabsichtigt war — beabsichtigt war nur die Aechtung des Krieges. Victor Hugo hat in ganz ähnlichen Zeitverhält-

nissen, auch nach einem verlorenen Kriege, auch in einem nationalistisch überreizten Volke, eine berühmte Rede mit den Worten geschlossen: „Déshonorons la guerre!" „Entkleiden wir den Krieg der Ehre!" Dieser Ausruf mag Gumbel bei jener Redewendung vorgeschwebt haben. Darf man in Deutschland den Krieg nicht mehr als das bezeichnen, was er durch den Kellogg-Pakt geworden ist: ein internationales Verbrechen? Und soll ein ungeschicktes Wort dem, der es aussprach, für Lebenszeit anhaften?

In Wahrheit geht es gar nicht mehr um jenes Wort, das längst vergessen wäre, wenn es nicht immer wieder der Vergessenheit entrissen würde. Man hat es in der Protestversammlung ausgesprochen, daß Gumbels Enthüllungsfeldzüge gegen die politischen und Fememorde, gegen die Geheimrüstungen gemeint sind. Wegen seiner politischen Stellungnahme will man also einen Hochschullehrer von der Universität entfernt wissen? Der Stahlhelm, die Nationalsozialisten, die Deutschnationalen haben in einer Zeitungsanzeige von der Notwendigkeit einer „Säuberung der Hochschule" gesprochen: darin liegt nicht nur eine unerhörte Beschimpfung der Universität, darin liegt auch eine Bedrohung aller derjenigen, die sich Gumbel in dem einen oder in dem anderen Punkte gesinnungsverwandt fühlen. Mit Gumbel soll die Säuberung angefangen werden — wer weiß, mit wem sie enden soll?

Was heute dieser Politik begegnet, kann sich morgen gegen jede andere Politik wenden. Nicht nur diejenigen, die Gumbels demokratische und pazifistische Ueberzeugungen teilen, vielmehr alle, denen an Freiheit der politischen Gesinnung gelegen ist, werden durch diese Wendung des Kampfes mit Gumbel in die gleiche Front gedrängt. Die Veranstalter der Versammlung haben die Zustimmung der Mehrzahl der Professoren unserer Universität für sich in Anspruch genommen. Ich vermag nicht zu glauben, daß die Mehrheit der Heidelberger Professoren der Benachteiligung eines Hochschullehrers aus Gesinnungsgründen zuzustimmen geneigt wäre. Ich für meine Person will jedenfalls über meinen Platz in diesem Kampfe keinen Zweifel lassen.

Nicht nur gegen Gumbel richtet sich der Kampf. Er richtet sich eingestandenermaßen in erster Linie gegen das ganze System, das sich durch Gumbels Ernennung zum Professor kennzeichne. Wir unsererseits sind stolz auf ein System, das den „Sackträger in Ludwigshafen" in die höchste Staatsstelle erheben kann, wir ehren den Mann, der durch seine, auch von gerechten Gegnern anerkannte Tüchtigkeit auf diesen Platz gelangt ist, und wir vermerken mit Erstaunen, daß eine Partei, die sich Arbeiterpartei nennt, es einem Staatsmanne zum Vorwurf macht, daß er aus dem Arbeiterstande hervorgegangen ist."

Bei einer Interpellation im Badischen Landtag im Dezember 1930 verlas der Unterrichtsminister den Brief, den er wegen der Ernennung an die Fakultät geschrieben hatte und die zustimmende Antwort, die der Dekan mündlich erteilt hatte. Damit war offenkundig, daß die Fakultät nicht übergangen worden war. Da die nationalsozialistischen Abgeordneten die Wahrheit der Erklärung anzweifelten, kam es bereits im Landtag zu einer Prügelei.

Angesichts des Zusammenbruchs ihrer Behauptungen blieb den Nationalsozialisten nur übrig, entweder den ganzen Kampf einzustellen oder einen Krach zu provozieren. Sie wählten das letztere. Der Asta erklärte, er werde sich an der Reichsgründungsfeier nur beteiligen, wenn *Gumbel* in Zwangsurlaub geschickt werde. Er mußte wissen, daß das Ministerium hierauf mit schärfsten Maßnahmen antworten werde. Dies geschah in der Tat. Der Asta wurde aufgelöst. Damit zerstörte das Ministerium die ideelle Basis des Kampfes. Zudem bedeutete dies, daß die Nationalsozialisten nicht mehr über die Gelder verfügen können, die jeder Student in jedem Semester für die Studentenvertretung bezahlen muß. Auf diese Entziehung der ideellen und materiellen Basis mußten die Nationalsozialisten mit weiteren Krawallen antworten.

Der Rektor versuchte umsonst in einer allgemeinen Studentenversammlung, die aufgeregten Gemüter zu beruhigen. Obwohl er sich sogar die Behauptung von dem „Mißverständnis" bei *Gumbels* Ernennung zu eigen machte, waren die Nationalsozialisten unversöhnlich, verließen die Versammlung, gründeten eine Heidelberger Ortsgruppe der sogenannten Deutschen Studentenschaft und veranstalteten eine groteske Volksabstimmung, bei der die gesamte Einwohnerschaft Heidelbergs sich, wie betont

wurde, ohne jede behördliche Kontrolle eintragen sollte, um die Entfernung *Gumbels* zu erzwingen. Der Senat protestierte gegen dieses Verfahren. Trotz enormer Agitation scheiterte die „Volksabstimmung" kläglich. Nicht einmal die Stimmenzahl wurde bekanntgegeben. Das ganze Unternehmen wurde stillschweigend abgeblasen.

Alle diese Versuche, *Gumbel* aus der Universität zu entfernen, waren von vornherein aussichtslos, da ja nicht der mindeste Grund hierzu vorlag. Dementsprechend war auch die Haltung der Weimarer Parteien und der großen politischen Presse von vornherein klar.

Nun wurde versucht, *Gumbel* zu diskreditieren, um damit das skandalöse Verhalten der Nationalsozialisten zu rechtfertigen. Die sogenannte Deutsche Studentenschaft, ein privater Verein, der nur die Korporations- und nationalsozialistischen Studenten umfaßt, und der die Prätension erhebt, Rechtsnachfolger der aufgelösten Allgemeinen Studentenschaften zu sein, wandte sich mit folgendem Brief an den Deutschen Hochschulverband, die Vereinigung der Deutschen Hochschullehrer, um sich von dieser Stelle eine Unterstützung zu holen.

„An den
Verband der Deutschen Hochschulen,
zu Hd. des Hrn. 1. Vorsitzenden Prof.
Dr. *Tillmann*, Bonn.

Sehr geehrter Herr Professor!

Der Vorstand der Deutschen Studentenschaft gestattet sich, dem Verband der Deutschen Hochschulen zu Ihren Händen folgende Bitte ergebenst zu unterbreiten:

Die Berufung des bisherigen Privatdozenten Dr. *Gumbel* zum a. o. Professor der Philosophischen Fakultät der Universität Heidelberg, die das Badische Unterrichtsministerium unter bewußter Umgehung der Heidelberger Fakultät vorgenommen hat, hat nicht nur in der deutschen Akademikerschaft, sondern weit darüber hinaus in allen Kreisen des vaterländisch gesinnten Deutschlands stärkste Bestürzung und Erregung hervorgerufen.

Aus der Unmöglichkeit heraus, einen Mann, der viermal wegen Landesverrats angeklagt war und das schmähliche Wort geprägt hat, die deutschen Soldaten seien auf dem Felde der Unehre gefallen, als ihren akademischen Lehrer anzuerkennen, hat die Heidelberger Studentenschaft den Kampf um die Entfernung *Gumbels* und damit doch auch um die Reinerhaltung des deutschen Professorenstandes aufgenommen.

Das Hochziel von der Universitas als der Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden, dem wir alle — Hochschullehrer und Studenten — anhängen, kann nur dann seinen tieferen Sinn wiedergewinnen, wenn die geistigen Voraussetzungen für eine Gemeinschaft deutscher Menschen vorhanden sind. Immer wieder ist uns aus Kreisen der Hochschullehrer versichert worden, daß sie die Berufung *Gumbels* als eine schwere Schädigung der Geltung der deutschen Hochschulen in der deutschen Volksgemeinschaft wie in der internationalen wissenschaftlichen Welt betrachten und sie darüber hinaus als eine Verletzung der Ehre des deutschen Professorentums empfinden.

Die Auseinandersetzungen um *Gumbel* haben durch die Auflösung des Heidelberger Asta eine außerordentliche Verschärfung erfahren. In diesem Augenblick wird von gewisser Seite aus durchsichtigen Gründen versucht, diesen vaterländischen Kampf auf das parteipolitische Gebiet zu verschieben und damit die Frontstellung zu verfälschen.

Der Vorstand der Deutschen Studentenschaft richtet daher an den Verband der Deutschen Hochschulen die ebenso ergebene wie dringende Bitte, im Namen der deutschen Hochschulen und im Namen der deutschen Hoch-

schullehrer seine Stimme zu erheben und vor der Welt zu bezeugen, daß auch im Kampf um die Würde und Ehre der deutschen Universität als der sittlichen Grundlage ihrer Geltung im Volksleben das Wort von der universitas docentium et discentium seine Berechtigung nicht verloren hat.

Mit akademischem Gruß
ganz ergebenst
Der Vorstand der Deutschen Studentenschaft.
gez. *Schulz*. gez. *Gierlichs*."

Zur Charakterisierung dieses Briefes genügt es, einige von den vielen anmaßlichen und falschen Behauptungen hervorzuheben. Zunächst handelte es sich nicht um eine Berufung, sondern nur um eine Titelverleihung an einen, in Fachkreisen auch international angesehenen Gelehrten. Nichts hat dem Ansehen Heidelbergs im Reich und im Ausland mehr geschadet wie die wüsten, jede akademische Form sprengenden Kampfmethoden der Nationalsozialisten. Auf die Tatsache, daß die Fakultät vorher gefragt wurde und die Titelverleihung vom Gesamtministerium ausging, haben wir schon oben hingewiesen. Auch die Behauptung, Gumbel sei wegen Landesverrats angeklagt worden, ist falsch; niemals ist gegen ihn eine Anklage wegen Landesverrats erhoben worden. Es hatten nur, wie dies nach dem Legalitätsprinzip bei jeder Anzeige notwendig ist, gegen ihn Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts des Landesverrats geschwebt. Sie mußten sämtlich wegen der Haltlosigkeit der Beschuldigungen eingestellt werden. In keinem Fall ist es überhaupt zur Erhebung einer Anklage gekommen.

Es war zu erwarten, daß der Hochschulverband eine solche anmaßliche und mit völlig unbegründeten Vorwürfen arbeitende Eingabe unbeantwortet lassen würde. Dies ist leider nicht geschehen. Der Hochschulverband hat geantwortet, wie folgt (in seinem Mitteilungsblatt XI. Jahrgang Heft 3/4, März 1931):

„Der Vorstand des Verbandes der Deutschen Hochschulen begrüßt selbstverständlich jede Aeußerung auf das wärmste, in der die Deutsche Studentenschaft ihre vaterländische Gesinnung bekundet; er versteht aus dieser Gesinnung heraus auch, daß die Ernennung des Privatdozenten Dr. *Gumbel* zum nichtetatsmäßigen a. o. Professor bei zahlreichen Studenten eine starke Erregung veranlaßt hat. Zur Sache stellt der Vorstand des Verbandes der Deutschen Hochschulen das folgende fest:

1) Schon im Jahre 1925 hat sich die philosophische Fakultät der Universität Heidelberg „genötigt" gesehen, „auszusprechen", „daß ihr die Zugehörigkeit Dr. *Gumbels* zu ihr als durchaus unerfreulich erscheint". (Vgl. Verhandlungen des Badischen Landtags vom Freitag, den 19. Dezember 1930.) Das damals vorliegende Material ist aber den zuständigen Behörden seinerzeit nicht als ausreichend erschienen, um Dr. *Gumbel* die venia legendi zu entziehen, zum Teil vielleicht deshalb, weil Dr. *Gumbel* die Aeußerung, die Toten des Weltkrieges seien auf dem „Felde der Unehre" gefallen, mit dem Ausdruck des Bedauerns zurückgenommen hatte.

2.) Jetzt (Verhandlungen des Badischen Landtags vom 16. Januar 1931; vgl. auch Berichtigung des Stenogramms in der elften Sitzung am 21. Januar 1931) hat die philosophische Fakultät „mit Mehrheit erklärt", „daß sie die Ernennung des Privatdozenten Dr. *Gumbel* zum a. o. Professor nicht gutheißen kann, und daß sie Bedenken erhoben hätte, wenn allen Mitgliedern die Anfrage der Regierung bekanntgeworden wäre".

3.) Auch der Senat der Universität Heidelberg hat durch Anschlag am Schwarzen Brett am 29. Januar 1931 erklärt, daß er die Verleihung

der Amtsbezeichnung „a. o. Professor" an den Privatdozenten Dr. *Gumbel* mißbilligt und daß er sich gegen sie ausgesprochen hätte, wenn der geübte und verordnete Geschäftsgang eingehalten und so dem Senat Gelegenheit gegeben worden wäre, dem Ministerium seine Ansicht mitzuteilen.

4.) Schließlich steht fest, daß das Badische Unterrichtsministerium nach einer Erklärung des damaligen Dekans der philosophischen Fakultät glauben mußte, daß bei der Fakultät Bedenken gegen die Ernennung des Dr. *Gumbel* zum a. o. Professor nicht bestünden.

Aus diesen Feststellungen folgt, daß Fakultät und Senat in ihrer Mehrheit die Persönlichkeit des Dr. *Gumbel* und seiner agitatorischen Tätigkeit in einer Weise beurteilt haben, der der Vorstand des Verbandes der Deutschen Hochschulen nur zustimmen kann.

Zugleich wendet sich der Vorstand des Verbandes der Deutschen Hochschulen aber auch, ebenfalls in Uebereinstimmung mit dem engeren Senat der Universität Heidelberg (vgl. Anschlag am Schwarzen Brett vom 29. Januar 1931) dagegen, daß auf einem Wege, der der Satzung und Ueberlieferung widerspricht und einen Eingriff in die verbrieften Rechte der Universität darstellt, versucht wird, durch öffentliche Abstimmung in der Bevölkerung einer Universitätsstadt einen akademischen Lehrer zu entfernen.

gez. *Tillmann*."

Der Hochschulverband rückt also von dem mit infamen Beschimpfungen gegen das Unterrichtsministerium geführten Kampf der Studenten gegen das „System" nicht ab. Er hat noch nicht erkannt, daß der Fall *Gumbel* nur ein von den Nationalsozialisten geschickt gewählter Anlaß zu ihrem Kampf um die Beherrschung der Universität Heidelberg war, daß es sich hierbei um einen speziellen Fall des allgemeinen Kampfes der Faschisten gegen die Republik handelte und daß dieser Kampf mit in der Universitätsgeschichte bisher unerhörten Methoden durchgeführt wurde. Nicht einmal zu den tatsächlichen Unwahrheiten, die in dem Brief der Studenten enthalten sind, nimmt er Stellung.

Selbstverständlich muß eine solche Antwort von den radaulustigen Studenten als eine Anerkennung ihres bisherigen und eine Ermutigung zu entsprechendem zukünftigem Verhalten aufgefaßt werden. Der Hochschulverband hat sich zudem in den schwersten Gegensatz zu den sämtlichen republikanischen Unterrichtsministerien gestellt, welche der Deutschen Studentenschaft jede amtliche Anerkennung versagt haben.

Wo blieb die warnende Stimme des Hochschulverbandes, als der nationalsozialistische Minister Frick den fachlich keineswegs sonderlich geeigneten Herrn Günther ohne weiteres und gegen die Fakultät zum Ordinarius ernannte?

Dieser Brief konnte nicht unwidersprochen bleiben. In einem prinzipiellen Artikel von bemerkenswerter Schärfe nannte Rudolf *Olden* im Berliner Tageblatt vom 9. April ihn einen „Kotau vor der Straße" und zeigte, daß die reale Basis der ganzen Agitation gegen *Gumbel* nur in dessen Kampf gegen die Fememorde lag.

Zahlreiche Professoren sandten entrüstete Briefe an den Hochschulverband. Prof. *Götze* (Marburg), Ordinarius für vorderasiatische Sprachen, trat mit folgendem Brief aus dem Verband aus:

„Der Brief des Hochschulverbandes muß allerschärfsten Widerspruch hervorrufen. Wir haben in Heidelberg den beschämenden Fall erlebt, daß rechtsradikale Studenten gegen einen Hochschullehrer, dessen sozialistische und pazifistische Gesinnung ihnen nicht genehm war, einen Kampf mit allen Mitteln entfacht haben. Als Vorwand dienten ihnen weit zurückliegende Ereignisse, die den heutigen

Studenten nur in verzerrter Darstellung bekannt sind. Einen Akt in diesem Kampf bedeutet auch das Schreiben an den Hochschulverband. Dieses Schreiben führt in überheblicher Weise die Ehre des deutschen Professorentums im Munde und enthält objektive Unrichtigkeiten. Es hätte schärfste Zurückweisung verdient. Statt dessen erteilt der Hochschulverband mit seiner Antwort den Studenten noch eine Ermunterung. Er handelt damit nicht nur gegen seine Aufgaben als Standesvertretung, die sich vor einen in solch unverantwortlicher Weise angegriffenen Kollegen zu stellen hätte, er handelt auch gegen alle Universitätslehrer, die die parteipolitische Verhetzung der Studenten mit wachsender Sorge verfolgen. Er nimmt in einer politischen Angelegenheit eine völlig einseitige Stellung ein und vergißt die Tatsache, daß er auch andersdenkende Kollegen zu seinen Mitgliedern zählt. Es entspricht keineswegs der Ehre deutscher Professoren, einen Kollegen, dessen untadelige Gesinnung und dessen Stehen zu seiner Gesinnung auch den Andersdenkenden höchste Achtung einflößen sollte, dessen wissenschaftlichen Qualitäten und dessen pädagogische Fähigkeiten über allen Zweifeln erhaben sind, in dieser Weise den Angriffen verhetzter Jugend preiszugeben.

Unter diesen Umständen muß ich bedauern, den Hochschulverband nicht weiter durch meine Beiträge unterstützen zu können."

Prof. Dr. *J. Herrmann*, Ordinarius für Elektrotechnik an der Technischen Hochschule Stuttgart, schrieb an Prof. Tillmann:

„Mit Beschämung habe ich die Erwiderung gelesen, die Sie im Namen des Vorstandes des Verbandes deutscher Hochschulen an den Vorstand der deutschen Studentenschaft gerichtet haben.

1.) Sie wissen ebenso wie ich, daß der Vorstand der deutschen Studentenschaft nicht die gesamte deutsche Studentenschaft, sondern nur diejenigen Studenten repräsentiert, die rechtsradikal eingestellt sind. Auch wissen Sie ebenso wie ich, daß diese Studenten unter vaterländischer Gesinnung den Haß gegen die Republik, die Hoffnung auf eine gewalttätige Auseinandersetzung mit den ehemaligen Feinden des Weltkriegs, den Kampf gegen die Völkerverständigung u. dergl. verstehen. Es ist tief bedauerlich, daß Sie die Bekundung einer solchen vaterländischen Gesinnung „auf das Wärmste begrüßen". Sie sprechen damit mindestens der Hälfte der Studentenschaft und einer großen Zahl von Professoren eine vaterländische Gesinnung ab . . . .

2.) In dem Brief der deutschen Studentenschaft an Sie sind gegen Kollegen *Gumbel* Vorwürfe erhoben worden, die der Prüfung nicht standhalten. Statt diese unerhörten falschen Zeugnisse mit allem Nachdruck zurückzuweisen, stellen Sie „zur Sache" fest, was durch Mehrheitsbeschlüsse in der philosophischen Fakultät und im Senat der Universität Heidelberg beschlossen wurde. Sie, als der berufene Vertreter der g e s a m t e n Professorenschaft sollten sich über solche Mehrheitsbeschlüsse erheben und feststellen, daß abfällige Beschlüsse über einen Kollegen, die offensichtlich nicht seine wissenschaftliche Befähigung, sondern seine politische Einstellung hervorgerufen haben, der akademischen Würde, der akademischen Freiheit und der Achtung vor der Ueberzeugung Andersdenkender aufs Gröbste widersprechen.

3.) Am Schluß Ihres Schreibens stellen Sie fest, daß die von der angeblichen deutschen Studentenschaft veranlaßte öffentliche Abstimmung „einen Angriff auf die verbrieften Rechte der Universität" darstellt und

wissen gegen diese unglaubliche Verrohung der akademischen Sitten nichts anderes zu sagen, als daß „der Vorstand des Verbands der deutschen Hochschulen sich dagegen wendet."

In diesem nur kurz geschilderten Verhalten muß ich einen beschämenden Mangel an der pflichtmäßigen Wahrung der Würde unserer Hochschulen erblicken. Der Vorstand des Hochschulverbandes hat die Pflicht, die Hochschulen von den Einflüssen der Parteipolitik und der Straße freizuhalten. Kollege *Gumbel*, dem in seiner wissenschaftlichen Tätigkeit, die allein der Kritik seiner Kollegen untersteht, auch nicht der geringste Vorwurf gemacht werden kann, der vielmehr in dieser Hinsicht eine Zierde der Universität Heidelberg ist, mußte vom Verbandsvorstand geschützt werden, und die Unverschämtheit, mit der sich junge Leute anmaßen, ihn von seinem ehrenvoll bekleideten akademischen Lehramt aus rechtsradikalen Gründen zu verdrängen, mußte vom Verbandsvorstand mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen werden."

Selbst aus Amerika kamen Protestbriefe. So schrieb Prof. Dr. *Landauer* von der landwirtschaftlichen Hochschule Storrs, Conn., der früher in Heidelberg war:

„Dieser Tage ist hier das Schreiben der sogenannten „Deutschen Studentenschaft" und Ihre darauf bezügliche Antwort bekannt geworden. Ueber die anmaßende Frechheit der „Deutschen Studentenschaft" wird sich niemand wundern, der die hinter dieser Organisation stehenden Triebkräfte kennt. Dagegen bedaure ich, Ihnen mitteilen zu müssen, daß Ihre Antwort auf dieses Schreiben unter Kollegen hier größte Entrüstung hervorgerufen hat. Wenn die „Deutsche Studentenschaft" überhaupt einer Antwort würdig war, hätte diese Erwiderung eine schroffe Zurückweisung sein müssen. Die Ideale der deutschen Universität scheinen aber nur noch Geltung zu haben, wenn das in den Kram nationalistischer Hetze und Intoleranz paßt.

In einem Brief Prof. *Radbruchs* an den Hochschulverband heißt es:

„Es ist für mich eine Pflicht der Aufrichtigkeit, Ihnen zu sagen, daß ich von der Erklärung des Vorstandes des Hochschulverbandes in der *Gumbel*-Angelegenheit auf das peinlichste berührt bin. . . . . . . Man sollte doch nicht ganz vergessen, daß nicht nur auf der Seite der erregten Studenten, sondern vor allem auf der Seite des Verfolgten, des um Ehre und Ueberzeugung, Amt und Brot ringenden Mannes Empfindungen vorhanden sind, die der Achtung oder doch zum mindesten der Schonung bedürfen und nicht immer von neuem als vogelfrei und jeder verletzenden Aeußerung ausgesetzt betrachtet werden dürfen."

Von anderer, staatsrechtlicher Seite wurde bedauert, daß der Vorstand des Hochschulverbandes nicht mit aller Schärfe das gegen die Grundsätze der akademischen Ordnung und die persönliche Meinungsfreiheit der Hochschullehrer gerichtete Ansinnen der Deutschen Studentenschaft zurückgewiesen habe. Wer auf dem Standpunkt der akademischen Lehrfreiheit stehe, müsse dieses Recht nicht nur gegen evtl. Angriffe durch die Regierung, sondern auch gegen die Studentenschaft wahren und zwar auch, wenn es sich um einen Kollegen handle, dessen Ansicht der Mehrheit nicht entsprach. Daher sei es bedauerlich, wenn die Gelegenheit nicht benutzt wurde, um der Studentenschaft die notwendige Belehrung über die Rechtsstellung eines Hochschullehrers zuteil werden zu lassen.

So bildete sich eine gemeinsame Front. Geheimrat Prof. Dr. Holde von der Technischen Hochschule Charlottenburg versandte durch die Deutsche Liga für Menschenrechte an 200 Hochschullehrer ohne

Rücksicht auf ihre politische Richtung folgenden Protest:

„Die unterzeichneten Hochschullehrer haben mit großem Befremden von der Antwort des Vorstandes des Hochschulverbandes auf das anmaßliche und mit irreführenden Angaben operierende Schreiben der sogenannten Deutschen Studentenschaft in Sachen *Gumbel* Kenntnis genommen.

Wir vermissen in dieser Antwort die gebührende Zurückweisung des studentischen Versuchs, die akademische Lehr- und Gesinnungsfreiheit mit der Entfernung Professor *Gumbels* aus seiner Lehrtätigkeit in Heidelberg aus politischen Gründen zu vernichten. Wir vermissen insbesondere auch die pflichtgemäße Schärfe, mit der der Hochschulverband an erster Stelle von den unerhörten Uebergriffen und Methoden der Heidelberger Studenten hätte abrücken müssen.

Wir bedauern daher die vorliegende Antwort des Verbandsvorstandes, weil sie eine Ermutigung zu weiteren Auflehnungen gegen die Lehrfreiheit und zu eventuellen weiteren Unruhen darstellt.

Insbesondere fühlen sich die Unterzeichneten zu diesem förmlichen Protest verpflichtet, weil das Schreiben des Hochschulverbands nicht die geistigen Interessen der gesamten akademischen Lehrerschaft vertritt, sondern sich zum Sprachrohr für politisch intolerante, vom kulturellen Standpunkt sehr unzeitgemäße Anschauungen einer einzelnen Gruppe macht."

Dieser Erklärung schlossen sich an:

B. Altaner-Breslau — E. von Aster-Gießen — K. Barth-Bonn — H. Becker-Leipzig — G. Bernhard-Berlin — C. Boehm-Karlsruhe — E. Börnstein-Berlin — K. Brandt-Berlin — H. Cassel-Berlin — B. Chajes-Berlin — M. Dehn-Frankfurt a. M. — G. Doetsch-Freiburg — H. Driesch-Leipzig — C. Drucker-Leipzig — A. Einstein-Berlin — K. Engeroff-Bonn — P. Epstein-Frankfurt a. M. — Fr. Frank-Berlin — W. Friedmann-Leipzig — A. Götze-Marburg — M. Goldschmidt-Leipzig — H. Großmann-Frankfurt a. M. — A. Grotjahn-Berlin — C. Grünberg-Frankfurt a. M. — H. Hahn-Wien — L. Halberstaedter-Berlin — H. Heller-Berlin — E. Hellinger-Frankfurt a. M. — J. Herrmann-Stuttgart — Fr. Hertz-Halle a. S. — H. Holborn-Berlin — M. Hobohm-Berlin — D. Holde-Berlin — M. Horkheimer-Frankfurt a. M. — A. Kantorowicz-Bonn — Fr. Keller-Freiburg — Fr. Klingmüller-Greifswald — E. Lederer-Heidelberg — E. Lerch-Münster i. W. — Th. Lessing-Hannover — Fr. Lieb-Bonn — P. F. Linke-Jena — M. Löhr-Königsberg — S. Marck-Breslau — J. Marschak-Heidelberg — R. Mehmke-Stuttgart — A. Messer-Gießen — H. Münter-Heidelberg — Fr. Niebergall-Marburg — F. Noack-Berlin — W. Nöller-Berlin — F. Noether-Breslau — E. Noether-Göttingen — Fr. Oppenheimer-Frankfurt a. M. — W. Peters-Jena — O. Piper-Münster — M. Pleßner-Frankfurt a. M. — G. Radbruch-Heidelberg — H. Rademacher-Breslau — A. Rosenberg-Berlin — A. Rosenheim-Berlin — G. Salomon-Frankfurt a. M. — H. Salinger-Berlin — A. Siemsen-Jena — H. Sinzheimer-Frankfurt a. M. — J. Schaxel-Jena — K. L. Schmidt-Bonn — L. L. Schücking-Leipzig — W. Stammler-Greifswald — G. Steindorff-Leipzig — B. Taut-Berlin — F. Tönnies-Kiel — J. Traube-Berlin — R. Trautmann-Leipzig — C. von Tyszka-Hamburg — Fr. Weigert-Leipzig — Th. Wiesengrund-Frankfurt a. M. — P. Wilbrandt-Dresden — G. Witkowski-Leipzig — K. Ziegler-Greifswald.

Der *österreichische Verband sozialistischer Hochschullehrer* unterstützte diese Aktion durch folgenden Brief an *Gumbel*:

„Die Vereinigung sozialistischer Hochschullehrer Wiens verurteilt auf das schärfste die von der sogenannten Deutschen Studentenschaft unternommenen Versuche, Sie wegen Ihrer pazifistischen Gesinnung von der Universität Heidelberg zu verdrängen und sie bedauert es auf das tiefste, daß der Versuch der Deutschen Studentenschaft, zu ihrem widerrechtlichen Vorgehen die Unterstützung des Hochschulverbandes zu erlangen, seitens des Vorstandes dieses Verbandes nicht die gebührende Zurückweisung erfahren hat.

Wir fordern Sie auf, keinem Terror

zu weichen, damit nicht durch den Ihre Person betreffenden Einzelfall Bresche geschlagen werde in das hohe Kulturgut der Lehr- und Gesinnungsfreiheit der Deutschen Hochschullehrer, das jeder, der das Deutschtum nicht auf den Lippen, sondern im Herzen trägt, bis zum äußersten verteidigen wird."

Prof. Dr. Albert *Einstein* hat sich zu wiederholten Malen aufs wärmste für *Gumbel* eingesetzt. So schrieb er an Prof. *Radbruch* im Anschluß an anerkennende Worte über *Gumbel* als Fachmann:

„Als Persönlichkeit schätze ich ihn noch viel höher. Sein politisches Wirken und seine Publikationen sind von einem hohen Ethos getragen. Das Verhalten der akademischen Jugend gegen ihn ist eines der traurigsten Zeichen der Zeit, welche das Ideal der Gerechtig, Toleranz und Wahrheit so wenig hochhält. Was soll aus einem Volke werden, das solche Zeitgenossen brutal verfolgt und dessen Führer dem gemeinen Haufen keinen Widerstand entgegensetzen? — Gumbels Buch „Verräter verfallen der Feme" habe ich neulich zum Teil gelesen und aufs neue den Mann, seine noble Gesinnung und seine Energie bewundert. Es ist furchtbar, wie man die unerfahrene Jugend hier aus eigennützigen Beweggründen irreführt. Wenn es so weitergeht, werden wir über ein faschistisches Gewaltregime zum roten Terror kommen."

An *Holde* schrieb *Einstein:*

„Ich freue mich sehr, daß Sie für Gumbel etwas tun wollen, der nach meiner Meinung durch sein mutiges Eintreten für Recht und politische Aufklärung sich sehr große Verdienste erworben hat. Die gegen ihn unternommenen Angriffe können ihn nur ehren, aber wahrlich nicht die Angreifer."

Aus dem umfangreichen Briefwechsel, den Geheimrat *Holde* in dieser Sache zu führen hatte, heben wir die folgenden Briefe hervor: Prof. Dr. Hans *Rademacher*, Breslau:

„Der Brief des Hochschulverbandes durfte nicht unwidersprochen bleiben. Ich finde es sehr dankenswert, daß Sie diese Protestaktion eingeleitet haben. Die Antwort des Vorstandes des Hochschulverbandes erscheint besonders unentschuldbar, wenn man den empörend anmaßenden und unaufrichtigen Brief der Studentenschaft kennt, der leider in den „Mitteilungen des Hochschulverbandes" nicht mit abgedruckt war.

Ueberdies finde ich das Verhalten des Vorstandes unkollegial gegen Herrn Gumbel, den man von dem Vorgehen gegen ihn nicht in Kenntnis gesetzt hat. Man hat nur auf eine sechs Jahre alte Angelegenheit zurückgegriffen, die durch die formelle Entschuldigung Gumbels längst als erledigt und wohl auch endlich einmal als verjährt gelten konnte. Man zitiert nur eine reichlich späte Erklärung des Heidelberger Senats wegen Gumbel und übergeht einen früheren Anschlag des Heidelberger Rektors selbst, in dem dieser sich in nobler und würdiger Weise für die Durchführung der Vorlesungen Gumbels einsetzt, der ein in der Fachwelt anerkannter Forscher sei, und gegen dessen Vorlesungen Einwände bisher nicht erhoben worden seien. Der Vorstand des Hochschulverbandes hat sich also zweifellos nur sehr einseitig unterrichtet.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit betonen, daß der jetzige Zustand, wo der Hochschulverband sich ohne Kontrolle und Beeinflussung durch diejenigen, die er zu vertreten behauptet, betätigen kann, auf die Dauer nicht weiter geduldet werden darf. Vielleicht kann sich aus dem vorliegenden Fall der Anlaß zu einer Aenderung dieser unhaltbaren Situation ergeben. Ich darf Sie meiner lebhaften Zustimmung ver-

sichern, falls Sie in dieser Richtung einen Vorstoß unternehmen würden."

Professor Dr. E. *Schaxel*-Jena schreibt:

„Ich habe mich dem förmlichen Protest gegen die leicht als Duldung aufzufassende Lauheit im Verhalten des Vorstandes des Verbandes der Deutschen Hochschulen zu dem Umterfangen der Deutschen Studentenschaft nach reiflicher Ueberlegung und auf Grund ausgiebiger Erfahrungen angeschlossen.

Ich war Vorsitzender des Kartells der Deutschen Dozentenverbände. Dem Vorstande des Verbandes der Deutschen Hochschulen gehörte ich als Gründungsmitglied an. In der Thüringischen Unterrichtsverwaltung war die Universität ein Teil meines Arbeitsgebietes. Seit fast zwei Jahrzehnten bin ich als akademischer Lehrer tätig.

Unmittelbar nach dem Kriege war die Hochschullehrerschaft hauptsächlich von der Sorge um die Kriegsteilnehmer in Anspruch genommen. Nachdem etwa 1923 dieser Pflicht genügt war, haben die Hochschullehrer in ihrer Organisation den Aufbau des neuen Staatswesens keinen Platz eingeräumt. Das ist der Grund, weswegen der Hochschulverband gegenüber der Anmaßung eines Teiles der jüngsten Studierenden in der Gegenwart versagt. Statt den Verirrten und Verführten durch Teilnahme an ihrer Not und durch Entlarvung ihrer Verführer erziehend an die Hand zu gehen, wird eine Haltung eingenommen, die bald als Gleichgültigkeit, bald als stille Zustimmung aufgefaßt wird.

Dem einsichtigen Wissenschaftler ist freilich längst klar, daß er seine gesellschaftliche Verbundenheit nicht im absterbenden Liberalismus suchen, sondern sich den werktätigen Massen anschließen muß, die heute die Triebkraft des geschichtlichen Fortschritts sind."

Geheimrat Holde schreibt über seine Aktion:

„Bisher haben 79 Kollegen zustimmend geantwortet, von denen noch eine große Anzahl ihrer besonderen Freude darüber Ausdruck gegeben hat, daß endlich einmal ernsthaft Stellung gegen die der Lehr- und Gesinnungsfreiheit feindlichen Strömungen innerhalb der Professorenschaft genommen werde. In etwa 30 Fällen wurde die Unterschrift aus prinzipiellen oder äußeren Gründen, z. B. schwere Erkrankungen, Befürchtung beruflicher Nachteile usw., abgelehnt; überwiegend kam aber eine starke Ablehnung sowohl des Schreibens des Hochschulverbandes wie auch desjenigen der Studentenschaft trotz Ablehnung der Unterschrift zum Ausdruck.

Herr Professor *Tillmann*, der derzeitige Vorsitzende des Hochschulverbandes, erklärte sich bereit, den baldigen Abdruck unserer Erklärung mit allen Unterschriften in den Mitteilungen des Verbandes beim Verbandsvorstand zu befürworten. Angesichts der scheinbar zahlreichen, auch unabhängig von unserer Protesterklärung bei Herrn Tillmann eingegangenen Proteste sehr namhafter und besonders berufener Kollegen hoffe ich, annehmen zu dürfen, daß der im vorliegenden Fall sehr entgegenkommend und konziliant verhandelnde Kollege Tillmann für eine Remedur der unglückseligen Antwort des Verbandsvorstandes im vollen Umfang eintreten wird.

Aus dem umfangreichen Briefwechsel, der sich an unsere Protesterklärung geknüpft hat, sei mir gestattet, die folgenden wichtigen Vorgänge hervorzuheben:

1.) Eine große Zahl namhafter, zum Teil spezieller Fachkollegen des Herrn Gumbel treten für seine — im vorliegenden Streit übrigens gar nicht angegriffene — wissenschaftliche und pädagogische Qualität ein.

2.) Einer der heftigsten Gegner Gumbels in Heidelberg verurteilt zwar aufs schärfste das Schreiben der Studentenschaft, wie er auch die Antwort des Hoch-

schulverbandes lahm und schwächlich findet. Er will aber ebenso wie eine Reihe anderer Heidelberger Kollegen unserm Protestschreiben nicht zustimmen, weil es anscheinend zu sehr für die Person Gumbels eintritt. Tatsächlich wollten wir nur für die Gesinnungs- und Lehrfreiheit Gumbels eintreten, weil wir sie und seinen persönlichen Mut wie auch seine wissenschaftlich anerkannte Tätigkeit als Universitätslehrer achten. Offenbar haben aber die bekannten, sehr despektierlichen, aber aus reiner Gesinnung kommenden neuen Ansichten, die Gumbel über Angelegenheiten des Krieges in nicht genügend vorsichtiger Formulierung geäußert hat, viele zum alten Codex haltende Kollegen gegen ihn eingenommen. Immerhin bekennt aber der erwähnte Heidelberger Professor in seiner letzten brieflichen Auseinandersetzung mit mir Folgendes:

Ich verabscheue den Krieg unter zivilisierten Völkern und halte ihn für eine Kulturschande.

Ein schärferes als dieses schimpfliche Urteil über den Krieg und alle mit ihm zusammenhängenden Bedeutungen und Vorgänge hat Gumbel sicher nie gefällt, wenn auch seine Formulierungen — offenbar infolge von begreiflicher seelischer und sittlicher Erregung — im Hinblick auf etwaige „mißwollende Auslegungen" sicher nicht immer glücklich und unangreifbar gewesen sind. Gumbel hat aber — dies entspricht auch dem von ihm erweckten persönlichen Eindruck — nur Steine auf die „Kulturschande", nicht aber auf Personen und insbesondere Kollegen geworfen, wie es seine Gegner ihm gegenüber wegen seines „uneingeschränkten Bekennermutes" zum Pazifismus leider fortgesetzt tun. Er hat durch seine, auf den unzweifelhaft friedlichen Kulturfortschritt bedachte Gesinnung die Nation, der er angehört, nicht entehrt, sondern im Gegenteil eher dadurch einen Mut geehrt, wenn man den Sinn seiner, als freier Universitätslehrer von ihm geäußerten Worte nicht mißwollend, sondern mit gütigem Verständnis und im Hinblick auf spätere geschichtliche Entwicklungen zu beurteilen imstande ist."

Der große Widerhall der Holde-Aktion hat bewiesen, daß sich eine starke Front von Anhängern ganz verschiedener politischer Richtungen gebildet hat, welche bereit sind, die Existenz der wenigen Sozialisten an den deutschen Hochschulen und darüber hinaus die Freiheit der Wissenschaft vor der Bedrohung durch die nationalsozialistischen und nationalistischen Studenten zu schützen.

Geschichtskalender zu dem Krawall an der Tierärztlichen Hochschule zu Berlin am 13. Mai 1931

Von

Prof. Dr. *Wilhelm Nöller*, Berlin.[1])

Die „Tierärztliche Rundschau" hatte es nach Uebereinkunft der Herausgeber abgelehnt, in der Tagespresse breitgetretene Angelegenheiten ihren Lesern in sensationeller Aufmachung zu bringen, selbst wenn sie Beziehungen zur Tierärztlichen Hochschule aufwiesen. Diesen Richtlinien getreu hat sie es z. B. unterlassen, über die Angelegenheit *Basel*[2]) und ähnliche

[1]) Herr Prof. Dr. Nöller, der Direktor des Institutes für Parasitenkunde der Tierärztlichen Hochschule Berlin, wendet sich an uns mit der Bitte um Aufnahme seiner Mitteilung, die er aus Anlaß des Falles Obitz einer tierärztlichen Zeitschrift übergab, an der er selbst Mitherausgeber ist. Der Aufsatz wurde nach ursprünglicher Annahme zurückgestellt und das Manuskript zurückgegeben.

[2]) Die Einzelheiten des Falles Basel sind in der Zeitschrift für das gesamte Abdeckereiwesen (Jg. 24, Nr. 23, S. 187—190), dargestellt (die Zeitschriftnummer erschien am 1. Dezember 1930). Kein vernünftiger Mensch wird annehmen, daß

in China familienrechtliche Bande und die Geburt im Staatsgebiet die Naturalisation in einer Weise erleichtern, wie das deutsche Recht es nicht kennt. Dagegen werden in Deutschland die Naturalisierten Vollbürger, was in China nicht der Fall ist. Unbekannt ist in China die Naturalisation durch Anstellung als Beamter.

Die Hochschulreaktion

In unserer letzten Nummer nahmen wir zu dem Brief (S. 103 ff.) Stellung, den der Hochschulverband in Sachen Gumbel an die sogenannte Deutsche Studentenschaft gerichtet hatte, und berichteten über die Protestaktion, die von Geheimrat Holde ausgegangen war(S.107). Die Deutsche Studentenschaft hatte den Brief des Hochschulverbandes als Zustimmungserklärung aufgefaßt. Ueber diesen „Erfolg" scheint der Hochschulverband nicht sehr erfreut gewesen zu sein; denn er versucht, seinem Brief eine neue Deutung zu geben.

Dem „Mitteilungsblatt des Verbandes Deutscher Hochschulen" (11. Jahrg., Heft 5/6, Juni 1931) entnehmen wir folgenden Bericht über die Vorstandstagung dieses Verbandes vom 17. und 18. Juni 1931:

„Einen breiten Raum nahm die Aussprache über den Brief des Vorsitzenden an die Deutsche Studentenschaft im Falle Gumbel und den Widerspruch ein, den die Erklärung des Vorstandes innerhalb der Kollegenschaft hervorgerufen hat.

Dem Vorstand des Verbandes der Deutschen Hochschulen ist die Erklärung zugegangen, die wir in den Menschenrechten Nr. 17, S. 108, veröffentlichten.

Außerdem hat der Verband noch mehrere Einzelzuschriften erhalten, die zum Teil in noch weniger freundlicher, zum Teil aber auch in viel ruhigerer Form zu dem an den Vorstand der Deutschen Studentenschaft gerichteten Brief Stellung nehmen.

Der Vorstand des Verbandes der Deutschen Hochschulen, der ohne Rücksicht auf die politische oder weltanschauliche Stellung des einzelnen Hochschullehrers alle deutschen Hochschulen zu vertreten hat, braucht nicht erst zu erklären, daß er jeder, von seiner eigenen abweichenden, ehrlichen Ueberzeugung Achtung und Verständnis entgegenbringt. Er bemerkt aber zu den Vorwürfen des Protestes das folgende:

1. Mit der akademischen Lehrfreiheit oder mit den wissenschaftlichen Leistungen des Herrn Professor Gumbel sich zu beschäftigen, lag für den Vorstand deshalb kein Anlaß vor, weil sich alle gegen Herrn Gumbel erhobenen Vorwürfe ausschließlich gegen seine Person und gegen seine (außerakademische) agitatorische Tätigkeit gerichtet hatten.

2. Der Vorstand weist den Vorwurf entschieden zurück, daß sein Brief zu weiteren Auflehnungen gegen die Lehrfreiheit und zu eventuellen weiteren Unruhen ermutigt.

Es ist nicht richtig, daß sich der Vorstand nicht gegen den Versuch der Heidelberger Studenten gewandt hätte, Professor Gumbel aus seiner akademischen Stellung zu entfernen. Vielmehr hat er sich ausdrücklich in seinem an die Deutsche Studentenschaft gerichteten Briefe dem scharfen Verweis des engeren Senats der Universität Heidelberg angeschlossen.

3. Als ebenso ungerechtfertigt empfindet der Vorstand die Behauptung, er habe sich zum Sprachrohr für politisch intolerante, vom kulturellen Standpunkt sehr unzeitgemäße Anschauungen einer einzelnen Gruppe gemacht. Dieser Vorwurf ist in der oben abgedruckten Erklärung nicht begründet worden. Die Geschichte des Verbandes und seine bisherige Haltung widerlegt ihn. In dem an die Deutsche Studentenschaft gerichteten Briefe des Vorstandes hieß es, daß er jede Aeußerung, in der die Deutsche Studentenschaft ihre vaterländische Gesinnung bekundet, auf das wärmste begrüße. Dem von ihm gewählten Ausdruck „vaterländische Gesinnung" eine derartige Auslegung zu geben, ist eine Verdächtigung, die der Vorstand entschieden zurückweisen muß."

Wenn der Verband glaubt, zur Lehrfreiheit keine Stellung nehmen zu müssen, wohl weil sie nicht bedroht sei, so ist dies entwaffnend naiv. Warum präzisiert der Verband seine Vorwürfe gegen die Person Gumbels und seine „agitatorische Tätigkeit" nicht? Da er seine agitatorische Tätigkeit im nationalistischen Sinn noch bei keinem Hochschullehrer gerügt hat, besteht wohl der Verdacht,

daß es nicht die Tätigkeit ist, gegen die der Verband sich wendet, sondern die zugrunde liegende Gesinnung. Nach dem Hochschulverband haben Geheimrat Holde, die 80 Protestierenden und die sogenannte Deutsche Studentenschaft sämtlich seinen Brief mißverstanden. Wir nehmen mit Genugtuung von dieser neuen Deutung Kenntnis, weil sie einen, wenn auch recht schwächlichen Versuch darstellt, von den Radaumethoden der Studenten abzurücken.

Für Verständigung, gegen die Krisenmacher!

Telegramm der Deutschen Liga für Menschenrechte an Brüning:

Deutsche Liga für Menschenrechte, Sammelpunkt weitester republikanischer Kreise appelliert an Sie, Herr Reichskanzler, sich nicht durch Telegramm sogenannter nationaler Opposition, die in Wahrheit der Totengräber Deutschlands ist, beirren zu lassen. Wir erwarten alles von einer Verständigungspolitik im Geiste Stresemanns, die uns allein zu Erfolgen geführt hat.

*

Das obenstehende Telegramm hat in der nationalistischen Presse zu wilden Angriffen gegen die Liga Anlaß gegeben. Dabei ist dem „Jungdeutschen" passiert, daß die rechte Hand nicht weiß, was die Linke tut. Am 23. Juli schreibt der „Jungdeutsche" unter der Ueberschrift „Nationale Opposition telegraphiert" zu dem Telegramm der nationalen Opposition:

„Für eine außenpolitische Aktion ist dieses Telegramm (Telegramm der nationalen Opposition) immer noch ein bißchen plump abgefaßt, aber wenigstens sieht man einmal den guten Willen, die deutsche Verhandlungsopposition zu stärken. Das sollte ja eigentlich in solchen Fällen die Hauptaufgabe einer wirklichen nationalen Opposition sein. Die Aufregung des „Berliner Tageblatts", das von einem „Dolchstoß gegen Brüni[ng]" spricht, ist gänzlich abwegig, und [das] Gegentelegramm der „Liga für Menschen[-] rechte" zeugt von geradezu hysterisch[er] Unbelehrbarkeit. Allerdings muß m[an] einige Zweifel hegen, ob die „nationa[le] Opposition" diesen neuen Kurs wirkli[ch] durchhält, denn bisher sind solche A[n-] sätze zu sachlicher Arbeit leider imm[er] schnell wieder verschwunden."

Am 1. August 1931 schreibt der „Jun[g-] deutsche" unter der Ueberschrift „Spal[t-] bazillen!":

„Wenige Mitglieder nur zählt die Familie der Spaltbazillen, die in ihr[er] Gefährlichkeit dennoch nicht unte[r-] schätzt werden darf, spielt sich ihre T[ä-] tigkeit doch im Dunkeln ab. Nur schw[er] erkennbar sind die Wege, die die Se[u-] chenerreger gehen. — Es handelt sich u[m] die „Liga für Menschenrechte", gegen d[ie] nur radikale Mittel helfen dürften. E[in] solches ist aber noch nicht gefunde[n,] scheint auch Dr. Brüning nicht entdeck[en] zu können, trotz seiner hohen Qualitäte[n,] die ihm sogar die alldeutsche „Niede[r-] deutsche Zeitung" kürzlich bescheinigt[e.] — Sicherlich hat Brüning das aus Anl[aß] der Londoner Konferenz an ihn gerichte[te] Telegramm der „nationalen Oppositio[n"] begrüßt, weil es für ihn immerhin e[in] Kontergewicht gegen die unverschämte[n] politischen Forderungen der Franzos[en] war. Und gleich kommt diese Liga f[ür] „Menschenrechte" als Spaltbazillus n[it] einem Gegentelegramm, das die nationa[le] Opposition der Totengräberdienste [an] Deutschland bezichtigte. Ausgerechn[et] diese Liga, deren Vorsitzender Dr. K[u-] czynski in Frankreich das verbreche[ri-] sche Wort prägte: „Wir deutschen Pa[zi-] fisten verlangen nicht die Revision v[on] Versailles", — der weiter erklärte: „[Es] ist nur recht und billig, daß die Wu[n-] den, die Deutschland Frankreich dur[ch] Zerstörung seiner schönsten Provinz[en] geschlagen hat, auf Kosten Deutschlan[ds] geheilt werden (!). Wäre Deutschla[nd] Sieger gewesen, wäre dieses Unrecht ni[e-] mals gesühnt worden." — An Dr. Brüni[ng]

Aktive Wirtschaftspolitik

Von

E. J. Gumbel

Welche Wirtschaftspolitik müssen wir Sozialisten fordern? Dieses zentrale Problem behandelt der bekannte Statistiker W. Woytinsky in Heft 6 der vom A.D.G.B. herausgegebenen Zeitschrift „Die Arbeit". Sein Artikel ist schon wegen des persönlichen Gewichts des Verfassers, als eines Mannes von umfassendem Tatsachenwissen, von großer Bedeutung.

In seinem kritischen Ausgangspunkt hat Woytinsy vollkommen recht: Das Fehlen eines sozialistischen Wirtschaftsprogramms wirkt sich ständig verhängnisvoll aus; „die Taktik des kleineren Uebels verwandelt sich in die Taktik der Galgenfrist". Ausgangspunkt eines solchen Programms muß — hierin stimme ich Woytinsky noch zu — die Bekämpfung der Krise sein. Hierzu ist aber zunächst die Erkenntnis ihrer Ursachen notwendig. Je nach dieser Auffassung wird man zu anderen Mitteln ihrer Bekämpfung kommen.

Woytinski ist Anhänger der Disproportionalitätstheorie und sieht im Hebel des kapitalistischen Systems, dem Profit, keine Krisenursache. Zunächst behandelt er die konjunkturtheoretisch und angesichts des Preisfalles der letzten Jahre auch wirtschaftspolitisch bedeutsame Auffassung, wonach der technische Fortschritt zu einem tendenziellen Preisfall führen müsse. Er versucht sie empirisch an Hand der langen Wellen zu widerlegen. Zunächst ist aber die Existenz dieser Phänomene noch keineswegs über jeden Zweifel gesichert. Aber wenn wir sie annehmen, sind die herangezogenen langjährigen Großhandelsindexziffern zum Beweis deswegen nicht geeignet, weil sie im wesentlichen ständig die gleichen Waren enthalten müssen. Tatsächlich sind aber die für den Preisstand entscheidenden Waren von heute ganz anders als die vor 50 Jahren. Letztere sind heute zum Teil bedeutungslos. Die Kohle z. B., vor Jahrzehnten der Energiefaktor, ist heute beinahe eine sterbende Ware; an ihre Stelle tritt in immer stärkerem Maße die aus Wasserkraft gewonnene Elektrizität.

Woytinsky versucht noch einen theoretischen Beweis für die tendenzielle Konstanz der Preise: das Umtauschverhältnis des Goldes zu den übrigen Waren hänge davon ab, ob der technische Fortschritt im Goldbergbau durchschnittlich schneller oder langsamer vor sich gehe als in der gesamten Wirtschaft. Für längere Perioden seien Abweichungen nach beiden Richtungen an sich gleich möglich.

Auch diesen theoretischen Beweis halte ich für falsch. Der technische Fortschritt im Goldbergbau muß im Durchschnitt viel langsamer sein als in der gesamten Wirtschaft. Denn hier herrscht die Tendenz, aus Wertlosem Wertvolles zu machen, die Abfallprodukte zu Gütern zu verarbeiten, während dies im Goldbergbau im gleichen Umfang unmöglich ist. Der technische Fortschritt im Goldbergbau kann höchstens von der gleichen Art sein wie sonst im Bergbau. Würde jemals der technische Fortschritt in der Golderzeugung von derselben Größenordnung sein wie der in der chemischen Industrie, so würde er entweder unterdrückt werden, oder das Gold als Wertmaßstab aufgegeben werden. Der Fortschritt der Goldproduktionstechnik ist also im Prinzip stets langsamer als der allgemeine technische Fortschritt.

Die beiden Beweise dafür, daß der wirtschaftliche Fortschritt nicht zu einer tendenziellen Verbilligung der Ware führe, sind also falsch. In letzter, unausgesprochener Konsequenz würde nach Woytinsky die Krise mit der Seltenheit des Goldes verschwinden. Tatsächlich würden die Krisen bei einem Goldüberfluß, der nicht beseitigt werden könnte, sich in andern als den bisher üblichen Symptomen äußern, wobei eine solche Krise mit jeder denkbaren kapitalistischen Krise das gemeinsam hätte, daß sie überwiegend auf der Arbeiterschaft lastet.

Da der Preisrückgang der letzten Jahre nach Woytinsky nicht im Fortschritt der Technik an sich begründet ist, hat er nur einen konjunkturellen Charakter, und es muß möglich sein, ihn aufzuhalten. Woytinsky sieht nun einen Anreiz zu neuer wirtschaftlicher Tätigkeit nur in der Beeinflussung der Preisentwicklung. Da die Hochkonjunktur im allgemeinen als Gold- bzw. Kreditinflation von entsprechenden Preissteigerungen begleitet ist, will er eine solche künstlich durch Herabsetzung der Golddeckung im Weltmaßstabe, also fiktiver Schaffung neuer, ungeheurer Geldmengen, hervorrufen. In diesem praktischen Vorschlag gipfelt seine Arbeit.

Zunächst ist es allgemein bekannt, daß nicht jede Hochkonjunktur von steigenden Preisen begleitet ist. Während der letzten amerikanischen Hochkonjunktur zeigten die entscheidenden Preise deutlich eine fallende Tendenz. Dann ist die Preissteigerung, wenn sie während der Konjunktur existiert, Wirkung und nicht Ursache. Es fehlt jeder Beweis, daß die Steigerung des Zahlungsmittelsumlaufes die Disproportionalität ausgleichen wird, die Woytinsky für die Ursache der Krise hält. Bereits von bürgerlicher Seite wird diese monetäre Auffassung heute zum Teil verlassen — und wir sollen sie annehmen! Endlich muß ein sozialistisches Aktionsprogramm heute zwar von der Bekämpfung der Krise ausgehen, aber es darf sich nicht auf Konjunkturpolitik beschränken.

Woytinskys Heilm[illegible] hat mit der Arbeiterbewegung überh[illegible] zu tun. Es ist daher nur konsequent, d[illegible] Vorschläge über die Verwendung dieser Gelder außerordentlich vage sind und sich im wesentlichen auf die inhaltsleere Forderung der „Demokratisierung" der Zentralnotenbanken beschränken.

Diesen ganzen Theorien, wonach die Krisen von der Geldseite her kommen und daher von der gleichen Seite her bekämpft werden können, muß der Gedanke zugrunde liegen, daß der Wirtschaftsablauf im Kapitalismus überhaupt stabilisierbar sei, und daß speziell eine konjunkturlose kapitalistische Wirtschaft geschaffen werden kann. Den ersten Satz spricht Wotinsky auch offen aus. Die Konsequenz dieser Auffassung, welche in das Gebiet der kapitalistischen Utopien zu verweisen ist, ist die Liquidierung des Sozialismus als selbständige Bewegung überhaupt. Diesen Vorschlag in seiner ganzen Realität erkennen und aussprechen genügt, um seine Unmöglichkeit zu zeigen.

Wenn Woytinskys Vorschläge als Programm der organisierten Arbeiterschaft angenommen werden, so bedeuten sie die Trennung der Arbeiterbewegung in zwei vollkommen auseinandergehende Lager, zwischen denen nicht einmal Verhandlungen mehr möglich sind. Die einen bejahen materiell — vielleicht ohne es zu wissen und zu wollen — den Kapitalismus und sehen darin ihr Heil, die andern suchen den direkten Weg zum Sozialismus.

Die Vorschläge des Völkerbunds mögen vielleicht geeignet sein, eine neue Konjunktur hervorzubringen. Auf sie wird jedoch, da die Krisen, wenn überhaupt, so nicht ausschließlich monetäre Ursachen besitzen, wieder eine neue Krise folgen, welche die Arbeiterschaft wieder, und vielleicht tiefer zurückwirft. Es wäre daher selbstmörderisch, wenn die in den Gewerkschaften organisierte Arbeiterschaft wirklich auf ihre Ansprüche für den Linsenbrei der neuen Konjunktur verzichtete.

Wenn ich so zu einer scharfen Ablehnung der von Woytinsky übernommenen Vorschläge des Völkerbunds vom sozialistischen Standpunkt aus komme, so scheint es mir doch Pflicht, ein großes Verdienst von Woytinsky anzuerkennen: er hat klar und deutlich die betrübliche Tatsache ausgesprochen, daß ein aktives und aktuelles sozialistisches Wirtschaftsprogramm überhaupt nicht existiert. Wir erzählen den Massen, daß der Sozialismus ein krisenloses, solidarisches Wirtschaftssystem sei, das in einer Planwirtschaft gipfle, in der die Produktion nicht nach dem Gewinn, sondern nach dem Bedarf vor sich gehe. Aber abgesehen von diesem zentralen Gedanken, über den sich wohl alle Sozialisten als Ziel einig sind, existiert in keiner der sozialistischen Gruppierungen auch nur der mindeste Ansatz über die technisch-wirtschaftlichen Maßnahmen, welche hierzu notwendig sind. Wenn ein groteskes Geschick der Sozialdemokratie noch einmal die Macht in den Schoß werfen würde wie 1918, so würde es wiederum ein willenloses Geschlecht finden.

Die Aufstellung eines solchen Systems, bei dem auch die Reihenfolge von großer Bedeutung sein wird, wäre meines Erachtens geeignet, die Theoretiker der verschiedensten Richtungen zu vereinigen. Gerade depressive Zeiten, wie die heutige, würden einem solchen Plan den größten Widerhall in der Oeffentlichkeit sichern, und die Millionen Verelendeter, die heute nationalistischen Phrasen zum Opfer fallen, unter den vereinten roten Fahnen sammeln.

Aktive Wirtschaftspolitik

Erwiderung auf Woytinsky

Von E. J. Gumbel.

Der folgende Artikel ist ein Beitrag zu den zahlreichen Vorschlägen, die darauf abzielen, der Krise von der Geldseite her durch Schaffung zusätzlicher Kaufkraft zu Leibe zu gehen.

Welche Wirtschaftspolitik müssen wir Sozialisten fordern? Dieses zentrale Problem behandelt der bekannte Statistiker W. Woytinsky im Heft 6 der vom ADGB herausgegebenen Zeitschrift „Die Arbeit". Sein Artikel ist schon wegen des persönlichen Gewichts des Verfassers al[illegible] eines Mannes von umfassendem Tatsachenwissen von großer Bedei[illegible]

In seinem kritischen Ausgang[illegible]ntinsky vollkommen recht: Der Mangel an einem akti[illegible] sozialistischen Wirtschaftsprogramm wirkt sich ständig verhängnisvoll aus; „die Taktik des kleineren Uebels verwandelt sich in die Taktik der Galgenfrist". Ausgangspunkt eines solchen Programms muß — hierin stimme ich Woytinsky noch zu — die Bekämpfung der Krise sein. Hierzu ist aber zunächst die Erkenntnis ihrer Ursachen notwendig. Je nach dieser Auffassung wird man zu anderen Mitteln ihrer Bekämpfung kommen. Woytinsky ist Anhänger der Disproportionalitätstheorie, der Theorie, wonach die Störungen von ungleichmäßiger Verteilung des Kapitals (Disproportionalität) herstammen, und sieht im Hebel des kapitalistischen Systems, dem Profit, keine Krisenursache.

Zunächst behandelt er die konjunkturtheoretisch und angesichts des Preisfalles der letzten Jahre auch wirtschaftspolitisch bedeutsame Auffassung, wonach der technische Fortschritt zu einem tendenziellen Preisfall führen müsse. Er versucht, sie empirisch an Hand der langen Wellen zu widerlegen. Zunächst ist aber die Existenz dieser Erscheinungen noch keineswegs über jeden Zweifel gesichert. Aber wenn wir sie annehmen, sind die herangezogenen langjährigen Großhandelsindexziffern zum Beweis deswegen nicht geeignet, weil sie im wesentlichen ständig die gleichen Waren enthalten müssen. Tatsächlich sind aber die für den Preisstand entscheidenden Waren von heute ganz andere als die vor 50 Jahren. Letztere sind heute zum Teil bedeutungslos. Die Kohle z. B., vor Jahrzehnten der Energiefaktor, ist heute beinahe eine sterbende Ware; an ihre Stelle tritt in immer stärkerem Maße die aus Wasserkraft gewonnene Elektrizität.

Woytinsky versucht noch einen theoretischen Beweis für das tendenzielle Gleichbleiben der Preise: das Umtauschverhältnis des Goldes zu den übrigen Waren hänge davon ab, ob der technische Fortschritt im Goldbergbau durchschnittlich schneller oder langsamer vor sich gehe als in der gesamten Wirtschaft. Für längere Perioden seien Abweichungen nach beiden Richtungen an sich gleich möglich.

Auch diesen theoretischen Beweis halte ich für falsch. Der technische Fortschritt im Goldbergbau muß im Durchschnitt viel langsamer sein als in der gesamten Wirtschaft. Denn hier herrscht die Tendenz, aus Wertlosem Wertvolles zu machen, die Abfallprodukte zu Gütern zu verarbeiten, während dies im Goldbergbau im gleichen Umfang unmöglich ist. Der technische Fortschritt im Goldbergbau kann höchstens von der gleichen Art sein wie sonst im Bergbau. Würde jemals der technische Fortschritt in der Golderzeugung von derselben Größenordnung sein wie der in der chemischen Industrie, so würde er entweder unterdrückt werden oder das Gold als Wertmaßstab aufgegeben werden. Der Fortschritt der Goldproduktionstechnik ist also im Prinzip stets langsamer als der allgemeine technische Fortschritt.

Die beiden Beweise dafür, daß der wirtschaftliche Fortschritt nicht zu einer tendenziellen Verbilligung der Ware führe, sind also falsch. In letzter, unausgesprochener Konsequenz würde nach Woytinsky die Krise mit der Seltenheit des Goldes verschwinden. Tatsächlich würden die Krisen bei einem Goldüberfluß, der nicht beseitigt werden könnte, sich in anderen als den bisher üblichen Symptomen äußern, wobei eine solche Krise mit jeder denkbaren kapitalistischen Krise das gemeinsam hätte, daß sie überwiegend auf der Arbeiterschaft lastet.

Da der Preisrückgang der letzten Jahre nach Woytinsky nicht im Fortschritt der Technik an sich begründet ist, hat er nur einen konjunkturellen Charakter, und es muß möglich sein, ihn aufzuhalten. Woytinsky sieht nun einen Anreiz zu neuer wirtschaftlicher Tätigkeit nur in der Beeinflussung der Preisentwicklung. Da die Hochkonjunktur im allgemeinen als Gold- bzw. Kreditinflation von entsprechenden Preissteigerungen begleitet ist, will er eine solche künstlich durch Herabsetzung der Golddeckung im Weltmaßstabe, also fiktiver Schaffung neuer, ungeheurer Goldmengen hervorrufen. In diesem praktischen Vorschlag gipfelt seine Arbeit.

Zunächst ist es allgemein bekannt, daß nicht jede Hochkonjunktur von steigenden Preisen begleitet ist. Während der letzten amerikanischen Hochkonjunktur zeigten die entscheidenden Preise deutlich eine fallende Tendenz. Dann ist die Preissteigerung, wenn sie während der Konjunktur existiert, Wirkung und nicht Ursache. Es fehlt jeder Beweis, daß die Steigerung des Zahlungsmittelumlaufs die Disproportionalität ausgleichen wird, die Woytinsky für die Ursache der Krise hält. Bereits von bürgerlicher Seite wird diese monetäre Auffassung heute zum Teil verlassen — und wir sollen sie annehmen! Endlich muß ein sozialistisches Aktionsprogramm heute zwar von der Bekämpfung der Krise ausgehen, aber es darf sich nicht auf Konjunkturpolitik beschränken.

Woytinskys Heilmittel hat mit der Arbeiterbewegung überhaupt nichts zu tun. Es ist daher nur konsequent, daß seine Vorschläge über die Verwendung dieser Gelder außerordentlich vage sind und sich im wesentlichen auf die inhaltsleere Forderung der „Demokratisierung" der Zentralnotenbanken beschränken.

Diesen ganzen Theorien, wonach die Krisen von der Geldseite her kommen und daher von der gleichen Seite her bekämpft werden können, muß der Gedanke zugrunde liegen, daß der Wirtschaftsablauf im Kapitalismus überhaupt stabilisierbar sei und daß speziell eine konjunkturlose kapitalistische Wirtschaft geschaffen werden kann. Den ersten Satz spricht Woytinsky auch offen aus. Die Konsequenz dieser Auffassung, welche in das Gebiet der kapitalistischen Utopien zu verweisen ist, ist die Liquidierung des Sozialismus als selbständige Bewegung überhaupt. Diesen Vorschlag in seiner ganzen Realität erkennen und aussprechen genügt, um seine Unmöglichkeit zu zeigen.

Wenn Woytinskys Vorschläge als Programm der organisierten Arbeiterschaft angenommen werden, so bedeuten sie die Trennung der Arbeiterbewegung in zwei vollkommen auseinandergehende Lager, zwischen denen nicht einmal Verhandlungen mehr möglich sind. Die einen bejahen materiell — vielleicht ohne es zu wissen und zu wollen — den Kapitalismus und sehen darin ihr Heil, die anderen suchen den direkten Weg zum Sozialismus.

Bisher haben wir den Ueberimperialismus befürchtet, obwohl wir ihn prophezeiten. Es kann nicht unsere Aufgabe sein, ihn auch noch zu propagieren. Die Vorschläge des Völkerbundes mögen vielleicht geeignet sein, eine neue Konjunktur hervorzubringen. Auf sie wird jedoch, da die Krisen, wenn überhaupt, so nicht ausschließlich Ursachen besitzen, die auf der Geldseite liegen (monetäre), wieder eine neue Krise folgen, welche die Arbeiterschaft wieder und vielleicht tiefer zurückwirft. Es wäre daher selbstmörderisch, wenn die in den Gewerkschaften organisierte Arbeiterschaft wirklich auf ihre Ansprüche für den Linsenbrei der neuen Konjunktur verzichtete.

Wenn ich so zu einer scharfen Ablehnung der von Woytinsky übernommenen Vorschläge des Völkerbundes vom sozialistischen Standpunkt aus komme, so scheint es mir doch Pflicht, ein großes Verdienst von Woytinsky anzuerkennen: er hat klar und deutlich die betrübliche Tatsache ausgesprochen, daß ein aktives und aktuelles sozialistisches Wirtschaftsprogramm überhaupt nicht existiert. Wir erzählen den Massen, daß der Sozialismus ein krisenloses, solidarisches Wirtschaftssystem sei, das in einer Planwirtschaft gipfle, in der die Produktion nicht nach dem Gewinn, sondern nach dem Bedarf vor sich gehe. Aber abgesehen von diesem zentralen Gedanken, über den sich wohl alle Sozialisten als Ziel einig sind, existiert in keiner der sozialistischen Gruppierungen auch nur der mindeste Ansatz über die technisch-wirtschaftlichen Maßnahmen, welche hierzu notwendig sind. Die Aufstellung eines solchen Systems, bei dem auch die Reihenfolge von großer Bedeutung sein wird, wäre meines Erachtens geeignet, die Theoretiker der verschiedensten Richtungen zu vereinigen. Gerade Zeiten des Niedergangs, wie die heutige, würden einem solchen Plan den größten Widerhall in der Oeffentlichkeit sichern und die Millionen Verelendeter, die heute nationalistischen Phrasen zum Opfer fallen, unter einer Fahne sammeln. Wenn das Geschick der Sozialdemokratie noch einmal die Macht in den Schoß werfen würde wie 1918, so würde es wiederum ein willenloses Geschlecht finden. Gerade die Gewerkschaften wären die geeignete Instanz zum Bau dieses großen Planes. Denn in ihnen verkörpert sich die realistische Sehnsucht der Massen nach dieser besseren Zeit, deren Ausbau nur mit Verwendung der vorhandenen und Weckung der heute noch schlummernden Kräfte gelingen kann.

Dezember 1931 oder Januar 1932

217

URANIA

KULTURPOLITISCHE MONATSHEFTE ÜBER NATUR UND GESELLSCHAFT

ORDENTLICHE VERÖFFENTLICHUNGEN DES „URANIA"-FREIEN BILDUNGSINSTITUTS E. V. JENA

HEFT 2

8. JAHRGANG 1931/32

BLICK IN DEN WOHNWAGEN

DER STAMMESHÄUPTLING

E. J. Gumbel: Die Lebenserwartung

„Unser Leben währet 70 Jahre, und wenn es hoch kommt, 80 Jahre", so sagt die Bibel. Dieser Satz versucht die wichtige Frage zu beantworten: Wie lange lebst du noch? Sie hat die Menschen zu allen Zeiten beschäftigt und wird die Menschen in allen Zeiten, allen Altern, Lebenslagen und sozialen Klassen immer auf das intensivste beschäftigen. Denn die Mehrzahl aller Menschen wird stets am Leben hängen, und die Unsicherheit seiner Dauer bringt die stärkste Unsicherheit in unser Leben.

Schon die Bibel berichtet, daß magische Kräfte zur Auskunft herangezogen wurden. Das Altertum wollte aus dem Flug der Vögel und den Eingeweiden der Opfertiere Schlüsse ziehen. Solche Daten sollten von den Wissenden gedeutet werden können. Dieser Aberglaube lebt noch in unserer Zeit. Astrologen versuchen heute wie im Altertum aus der Stellung der Gestirne bei der Geburt auf die Lebensdauer wie auf wichtige Ereignisse während des Lebens zu schließen. Auch modernere Formen des Aberglaubens sind aufgetaucht; das prophetische Tischbein oder naivere Mittel wie der Kaffeesatz und die Spielkarten sollen Antwort geben.

Die wissenschaftliche Betrachtungsweise dieser Frage geht nach zwei Richtungen, einer relativ individuellen und einer kollektivistischen. Eine relativ individuelle Antwort ist möglich, natürlich behaftet mit großen Unsicherheitsfaktoren, falls ganz spezielle Angaben vorliegen, vor allem in negativer Richtung. Der Zeitpunkt, bis zu dem gewisse Krankheiten zum Tode führen, läßt sich unter Vorliegen bestimmter Verhältnisse wenigstens angenähert angeben. Ein Tuberkuloser z. B. wird, falls es nicht möglich ist, ihm die Wohltaten der Sonne und der freien Natur zu geben, innerhalb bestimmter Zeit seinem Ende entgegengehen. Wir wissen auch, wie lange der Krebs, wenn nicht rechtzeitig erkannt und entfernt, braucht, um sein tödliches Werk zu vollenden. Solche Angaben sind somit im wesentlichen an das Vorliegen bestimmter Krankheiten gebunden, und auch sie können nur dahingehend lauten, daß im Durchschnitt der Tod innerhalb bestimmter Zeit zu erwarten ist.

Genau so lautet auch die kollektive Antwort, welche uns eine jüngere Wissenschaft als die Medizin, die Statistik, gibt. Die Antwort ist klar und unzweideutig, aber nicht auf das Individuum zugeschnitten. Nur eine kollektive Antwort ist möglich, und in der Erkenntnis, daß die Fragestellung in dieser Richtung eingeschränkt werden muß, liegt hier — wie in so vielen anderen Fällen — der Wert der Wissenschaft.

Eine Bevölkerungsstatistik gibt es, seitdem das merkantilistische Zeitalter den Wert der Bevölkerung erkannt hat. Die politischen Arithmetiker zu Beginn des 18. Jahrhunderts haben die wissenschaftliche Bevölkerungsstatistik begründet. Ein Theologe, *Süßmilch*, hat als erster umfassende Sammlungen von Kirchenbüchern zum Zwecke der Bevölkerungstatistik vorgenommen. Der Belgier *Quetelet* hat als erster auf wissenschaftlichen Prinzipien aufgebaute Volkszählungen unternommen.

Die exakte Antwort, welche die Sterblichkeitsstatistik uns gibt, lautet: Im Durchschnitt wird ein Mensch eines bestimmten Alters noch so viele Jahre leben, wie seine Lebenserwartung beträgt. Die Betonung liegt dabei auf den Worten: im Durchschnitt. Zu diesem Begriff der Lebenserwartung und zu seiner zahlenmäßigen Feststellung zunächst für den Neugeborenen, dann für ein beliebiges Alter, gelangt man zunächst theoretisch auf folgende Weise: Hunderttausend Neugeborene werden während ihres ganzen Lebens registriert, daraufhin wie viele von ihnen den 1., 2., allgemein gesprochen: nten Geburtstag erleben. Nach etwa hundert Jahren ist diese Generation ausgestorben und wir haben 100 Zahlen, welche zu jedem Alter angeben, wie viele es erlebt haben. Diese Zahlenreihe wird Absterbeordnung genannt.

Die Aufstellung einer solchen Absterbeordnung ist eine Hauptaufgabe der Bevölkerungsstatistik. In der Praxis läßt sich nämlich diese oben angeführte Berechnungsmethode nicht durchführen, schon, weil man 100 Jahre dazu brauchen würde und dann nur die Lebensverhältnisse einer um 100 Jahre zurückliegenden Generation kennen würde. Es interessiert uns aber doch gerade, die Sterblichkeitsverhältnisse unserer Zeit zu erkennen. Der erste Bearbeiter einer solchen Absterbeordnung, der Astronom *Halley*, bekannt dadurch, daß er die Wiederkehr des später nach ihm benannten Kometen berechnete, hat ein anderes Verfahren eingeschlagen, und die Absterbeordnung aus zwei Volkszählungen und der Zahl der dazwischen Gestorbenen berechnet. Kennt man nämlich für einen bestimmten Zeitpunkt das Alter aller Lebenden und für eine bestimmte Zeitstrecke das aller Gestorbenen, so kann man aus dem Verhältnis beider Zahlen für jedes Alter die sogen. Sterbenswahrscheinlichkeit berechnen und somit eine künstliche Absterbeordnung aufstellen.

Solche Absterbeordnungen sind für viele Länder und viele Zeiten berechnet worden. Sie haben nicht nur die theoretische Bedeutung, daß durch ihre Angaben die Sterblichkeitsverhältnisse charakterisiert werden können, sondern auch einen praktischen Wert; einerseits für die schwachen Ansätze einer Bevölkerungspolitik, wie sie bisher getrieben werden, andererseits für die Zwecke de. Versi' rungen. Es ist klar, daß der Wert einer Leibrente für einen bestimmten Menschen, abgesehen vom Zinsfaktor, von der Zahl der Jahre abhängt, die er noch zu verleben hat. So beruhen alle Versicherungen, sowohl die private Lebensversicherung wie die öffentliche Invalidenversicherung, auf Tafeln dieser Art. Die Berechnung solcher Tafeln setzt also genaue Volkszählungen und genaue Registrierungen der Gestorbenen nach ihrem Alter voraus.

Die phantastischen Angaben, die uns manchmal von über 100jährigen, besonders aus dem Orient, berichtet werden, fallen bei genauer Analyse zusammen. Je ; die Einführung der Registrierung in eine .and, desto älter werden die Leute dort — weil eben die Kontrolle fehlt. Und die 100- der gar 150jährigen Inder und Chinesen sind nicht die Folge ' gesunden Lebenswandels, des Yoghurtessens oder mystischer Kenntnisse zur Erhaltung des Lebens, sondern entspringen der Tatsache, daß niemand den Moment seiner Geburt mit B wußtsein erlebt und daher niemand sein Al r genau kennt, es sei denn durch die Registr rung. Die Absterbeordnungen zeigen uns vielmehr, daß die Sterblichkeitsverhältnisse in diesen Ländern gerade umgekehrt außerordentlich ungünstig sind. Während in Europa heute 80 % der Neugeborenen das vierte Lebensjahr vollendet, trifft dies in Indien noch nicht auf 60 % zu. In Europa erreicht etwa die Hälfte aller Geborenen das 55. Altersjahr, in Indien noch nicht das 12. Aehnlich, wenn auch nicht in diesem Maße ungünstig, sind die Verhältnisse bei den Negern der Vereinigten Staat Dagegen liegen sie für die weiße Bevölke der Vereinigten Staaten und für Australier günstig. Ganz allgemein ist die Sterblichk weitem Maße sozial bedingt. Sie hängt auch vom Geschlecht ab. Im ganzen gesel liegt sie für das weibliche Geschlecht günstiger.

Die letzte deutsche Sterbetafel für die Jahre 1924 bis 1926 für die männliche Bevölkerung lautet in großen Zügen:

Von 100 Neugeborenen erreichen etwa 86 das Alter von 5 Jahren, etwa 81 das von 25, immerhin noch 74 das Alter von 45 Jahren. Beim 65. Altersjahr sind es aber nur mehr 53, beim 85. nur mehr 6. Subtrahiert man die hier gegebenen Zahlen der Ueberlebenden der verschiedenen Alter voneinander, so erhält man natürlich die

Zahl der Gestorbenen. Man sieht, daß in den 20 Jahren vom 65. bis zum 85. Lebensjahr sehr viel mehr Menschen sterben, als in den drei vorhergegangenen Perioden von gleicher Länge. In der gleichen Weise trifft dies auch für die einzelnen Jahre dieses Intervalles zu. Die Zahl der Gestorbenen weist somit ein Maximum auf für ein Jahr innerhalb des letzten Intervalles. Dieses Maximum liegt etwa bei 70 Jahren und scheint sich somit seit der Bibel nicht verändert zu haben.

Es fragt sich nun, wie man den Gesamtverlauf der Absterbeordnung durch eine Zahl charakterisieren soll. Addiert man die Zahlen der Ueberlebenden für jedes Altersjahr, so erhält man die Summe der von diesen 100 Neugeborenen insgesamt verlebten Zeit. Dividiert man die Summe durch 100, so erhält man das Alter, das ein Neugeborener im Durchschnitt erlebt. Diese Zahl wird *Lebenserwartung eines Neugeborenen* bezeichnet. Man kann sie auch das Durchschnittsalter beim Tod für den Neugeborenen nennen. Je kleiner die Lebenserwartung eines Neugeborenen, um so ungünstiger die Absterbeordnung.

Vergleichen wir einige Länder zu Anfang dieses Jahrhunderts. Für einen männlichen Neugeborenen beträgt die Lebenserwartung in Indien nur 23 Jahre, in Japan 44, in Holland 51, in Australien 55 Jahre.

Die Lebenserwartung eines Neugeborenen ist in den letzten 50 Jahren in allen sogenannten Kulturstaaten wesentlich gestiegen. In Deutschland z. B. betrug sie für das männliche Geschlecht im Jahre 1876 nur 35,6 Jahre, im Jahre 1925 bereits 56 Jahre. Dabei ist allerdings zu beachten, daß diese Zahl sich nur auf die Sterblichkeitsverhältnisse der Jahre 1924—1926 stützt, daß also die im Kriege Gefallenen und Verhungerten nicht mit in die Rechnung eingehen.

Dieser Begriff der Lebenserwartung eines Neugeborenen läßt sich auf ein beliebiges Alter erweitern. Sie sagt uns, wie viele Jahre eine große Einheit von Menschen von einem bestimmten Alter im Durchschnitt — aber auch nur im Durchschnitt — noch zu erwarten hat.

Im allgemeinen fällt die Lebenserwartung mit steigendem Alter. Aber aus der Tatsache, daß alle Menschen sterben müssen, folgt noch nicht, daß der Moment des Todes immer näher rückt. Von der Geburt bis zum 3. Lebensjahr steigt nämlich die Lebenserwartung. Das hängt mit der bekannt großen Sterblichkeit der Säuglinge zusammen.

Entsprechend der Eigenschaften der Absterbeordnung verändert sich auch die Lebenserwartung mit der Zeit. Für alle Alter ist die Lebenserwartung in den sogenannten Kulturstaaten in den letzten Jahrzehnten gestiegen, am stärksten für die jüngeren, am schwächsten für die älteren Klassen. Betrachten wir die Entwicklung in Deutschland. Die älteste Sterbetafel ist für die Jahre 1871/81, die letzte für die Jahre 1924 bis 1926 aufgestellt worden. Nennen wir die erste Tafel, um kurz zu sprechen, die Tafel von 1876, die letzte die von 1925, so beträgt die Lebenserwartung eines Neugeborenen männlichen Geschlechts im Jahre 1876 35,6, im Jahre 1925 dagegen bereits 56 Jahre. Ein Fünfjähriger hatte 1876 noch 49,4, im Jahre 1925 noch 60,1 Jahre zu erwarten; ein 25jähriger damals 35, heute 42,7 Jahre fernerer Lebenserwartung, ein 45jähriger nur mehr 21 bzw. 26 Jahre. Für die späteren Altersklassen ist der Unterschied nur mehr gering. Der 65jährige hatte 1876 noch 10, heute noch 11½ Jahre zu erwarten, der 85jährige nur mehr 3,1 bzw. 3,5 Jahre. Der 100jährige endlich hatte damals noch 1,4, heute noch 1,7 Jahre zu erwarten.

Addiert man zum Alter eines Menschen seine Lebenserwartung, so erhält man unter der Annahme der Fortdauer der bestehenden Sterblichkeit sein durchschnittliches Alter beim Tod. Diese Größe wächst natürlich ständig mit dem Alter. So hat ein weiblicher Neugeborener in Deutschland heute 58,8 Jahre zu erwarten. Für ein 10jähriges Mädchen ist das durchschnittliche Alter beim Tod 67 Jahre. Für eine 30jährige Frau beträgt die Größe 70 Jahre, für eine 50jährige 73 Jahre, für eine 80jährige 85 Jahre. Eine 100jährige hat noch 1,9 Jahre zu erwarten, ihr mittleres Alter beim Tod beträgt also 101,9 Jahre. Ein genauer Zeitpunkt, zu dem die Sterbetafel abschließt, läßt sich nicht feststellen. Aber im allgemeinen wird man kaum Menschen über 105 Jahre antreffen. Für dieses Alter ist das mittlere Alter beim Tod selbst wieder 105 Jahre.

Es interessiert auch, welches Alter sozusagen die Hälfte unseres Lebens ausmacht, also in welchem Alter die Lebenserwartung gleich dem Alter selbst ist. Für die Sterbetafel von 1876 betrug dieses Alter beim weiblichen Geschlecht 32 Jahre; eine 32jährige Frau hatte also noch 32 Jahre zu erwarten, für 1925 beträgt diese Größe 35½ Jahre. Auch dieses Maß zeigt, daß die Lebenserwartung in der betrachteten Zeit gestiegen ist.

Somit geben die Sterbetafeln und speziell die Kurven der Lebenserwartungen uns eine Antwort auf die eingangs aufgeworfene Frage. Aber das individuelle Alter beim Tod ist hierdurch in keiner Weise beschränkt oder gar bestimmt. Denn diese Fragestellung ist wissenschaftlich nicht möglich.

neten besteht, könnte auf eine einfache mathematische Formel gebracht werden, wenn Herr Billiet geneigt wäre, genaue Daten über die Wahlkasse zu liefern. Dieser Billiet, wie auch diejenigen, die ihm das Geld zur Verfügung stellen, sind die wirklichen Lenker von Frankreichs Schicksal; Poincaré, Tardieu, Laval sind nur auf der Bühne agierende Schauspieler, die nach den Regeln der französischen politischen Dramaturgie die ihnen zugeteilte Rolle mit Pathos deklamieren.

E. J. Gumbel: **Der Altersaufbau der Sozialdemokratie.**

Nach dem Jahrbuch der Deutschen Sozialdemokratie zählt die Partei über eine Million Mitglieder. Um festzustellen, wie stark die einzelnen Altersklassen in ihr vertreten sind, wurde bei einem Teil der Mitglieder, nämlich 117.247, eine Zählung veranstaltet. Da hiebei Ortsgruppen von ganz verschiedener Größe berücksichtigt wurden, wird man annehmen dürfen, daß es sich bei den Hunderttausend um eine zufällige Auswahl aus der gesamten Mitgliederschaft handelte und die erhaltenen Resultate auf die ganze Partei ausdehnen können.

Die Altersverteilung des Jahrbuchs ist nach Beseitigung einiger Abrundungsfehler in den beiden ersten Spalten der folgenden Tabelle wiedergegeben.

Altersklasse	Prozentueller Anteil in der S. P. D.	allg. Bevölkerung	Differenz
unter 20	1'16	7'69	— 6'53
20 bis 25	6'67	14'50	— 7'83
25 bis 30	10'34	12'57	— 2'23
30 bis 35	12'80	10'80	+ 2
35 bis 40	13'69	10'21	+ 3'48
40 bis 45	14'30	9'32	+ 4'98
45 bis 50	12'96	9'17	+ 3'79
50 bis 60	19'58	14'20	+ 5'38
60 bis 70	7'16	9'02	— 1'86
über 70	1'34	2'52	— 1'18
	100'00	100'00	0'00

Umgerechnet auf alle Sozialdemokraten erhält man 611.535 Mitglieder unter 45 Jahren und 425.849 darüber. Das Jahrbuch knüpft hieran die Folgerung: „Wer will diesen Zahlen gegenüber noch behaupten, die Sozialdemokratie ist überaltert, oder, wie der sinnige Ausdruck lautet, verkalkt? Sie ist jugendfrisch und kampfbereit."

Im folgenden werden wir untersuchen, inwieweit diese Schlüsse aus den Zahlen gezogen werden können. Soweit es sich um psychische Qualitäten handelt, lassen sie sich durch numerische Angaben dieser Art weder beweisen noch widerlegen. Anders steht es mit dem Begriff der Überalterung. Zunächst wird im allgemeinen nicht eine Überalterung der Parteimitglieder, sondern der Funktionäre behauptet. Für diese existieren keine Altersangaben. Man kann aber die Frage einer Überalterung auch auf die Parteimitglieder selbst ausdehnen.

Eine soziale Gruppe wird man als überaltert bezeichnen können, wenn in ihr der Prozentsatz der Jugendlichen kleiner, der der Älteren größer ist als in der Gesamtbevölkerung. Man wird daher den Altersaufbau der Mitglieder der S. P. D. mit dem der allgemeinen Bevölkerung vergleichen. Hiezu verwenden wir die letzten vorliegenden Angaben, nämlich die der Volkszählung von 1925. Die seither eingetretenen Verschiebungen im Altersaufbau sind vermutlich nicht so bedeutend, als daß wir sie besonders berücksichtigen müßten.

Als gemeinsame untere Grenze wird zunächst das Alter 17'5 gewählt. Andererseits wird man annehmen dürfen, daß in der Sozialdemokratie die Anzahl der über 75jährigen verschwindend gering ist. Diese Generation wurde zu einer Zeit politisch, als der Eintritt in die damals oppositionelle, ja staats-

feindliche Partei relativ selten war. Es ist auch nicht anzunehmen, daß viele Angehörige dieser Stufe sich in den letzten Jahren neu politisch organisierten. Wir vergleichen daher die sozialdemokratische Bevölkerung mit der Gesamtbevölkerung zwischen 17·5 und 75 Jahren, indem wir die relativen Zahlen der Besetzung aller Altersgruppen der Gesamtbevölkerung auf die innerhalb der genannten Alter Lebenden umrechnen. Die so erhaltenen Zahlen sind in der dritten Spalte der obigen Tabelle angeführt. Die vierte Spalte gibt die Differenz, negativ für die Altersgruppen, in denen die Sozialdemokratie relativ schwächer, positiv für diejenigen, in denen sie relativ stärker vertreten ist als die Gesamtbevölkerung.

Es fällt zunächst auf, wie gering die Zahl der Jugendlichen in der Partei ist. Nur 1·2 Prozent der Mitglieder sind unter 20 Jahre alt, während ein Eintritt in die Partei doch bereits nach dem Ende der Fortbildungsschule, also etwa mit 17 Jahren möglich ist. Diese geringe Zahl liegt jedoch daran, daß das Gros dieser Altersstufe nicht in der Partei, sondern in verschiedenen Jugendverbänden organisiert ist. Zahlenmäßige Angaben hierüber fehlen. Zudem dürfte es häufig vorkommen, daß eine selbständige Mitgliedschaft von Jugendlichen neben den Eltern aus finanziellen Gründen unterlassen wird.

Um diese Fehlerquelle nach Möglichkeit auszuschalten, werden wir im folgenden nicht die über 17jährige, sondern nur die wahlfähige, also über 20jährige Bevölkerung betrachten. Führt man diese Umrechnung numerisch durch, so ändert sich die Besetzung der Gruppen für die sozialdemokratische Bevölkerung so gut wie gar nicht, wogegen sämtliche Zahlen für die allgemeine Bevölkerung etwa um 7 Prozent wachsen. Der systematische Gang der Zahlen, also das Vorzeichen der Differenzen, wird hiedurch nicht berührt.

Sehr auffällig ist zunächst, daß die Zahl der Sozialdemokraten mit wachsendem Alter innerhalb der untereinander vergleichbaren Stufen bis zum 45. Jahr wächst, während in der allgemeinen Bevölkerung die Besetzung jeder Stufe mit wachsendem Alter abnimmt. Der Unterschied zwischen dem Altersaufbau der sozialdemokratischen und der Gesamtbevölkerung ist durchaus systematisch: die jüngeren Klassen sind in der Sozialdemokratie schwächer, die mittleren (30 bis 60 Jahre) stärker vertreten als in der Gesamtbevölkerung. Erst bei den 60jährigen wird der Anteil der Sozialdemokraten wieder geringer als in der Gesamtbevölkerung. Den stärksten Fehlbetrag weist die Altersgruppe 20 bis 25 Jahre auf. Man kann diesen Unterschied folgendermaßen ausdrücken: von der wahlfähigen sozialdemokratischen Bevölkerung sind 82·6 Prozent über 30 Jahre alt, während dieser Satz bei der allgemeinen Bevölkerung nur 70·7 Prozent beträgt. Der Anteil der über 45jährigen an der wahlmündigen Bevölkerung beträgt bei der Sozialdemokratie 41·5 Prozent, während er in der allgemeinen Bevölkerung nur 37·8 Prozent beträgt.

Diese systematische Differenz im Altersaufbau läßt sich auch auf einen einzigen, zahlenmäßig sehr plastischen Ausdruck bringen, wenn man das mittlere Alter der Sozialdemokratie und der Gesamtbevölkerung berechnet. Man wird hiezu wieder nur die wahlfähige Bevölkerung verwenden und annehmen, daß die Angehörigen jeder Altersgruppe im Durchschnitt das mittlere Alter dieser Gruppe besitzen, daß also die 20- bis 25jährigen 22½ Jahre alt sind usw. Eine Schwierigkeit bietet hiebei nur die offene Gruppe der über 70jährigen, für welche wir entsprechend dem obigen 72·5 Jahre als Durchschnittsalter ansetzen. Multipliziert man diese Alter mit der relativen Besetzung der zugehörigen Gruppen, so erhält man: Das mittlere Alter der wahlfähigen sozialdemokratischen Bevölkerung beträgt 42·76, das mittlere Alter der wahlfähigen Gesamtbevölkerung nur 41·03 Jahre. Die wahlfähige sozialdemokratische Bevölkerung ist also im Durchschnitt 1¾ Jahre älter als die Gesamtbevölkerung.

Man könnte vielleicht einwenden, daß dies zufällig sei. Es gibt jedoch mathematisch-statistische Methoden, um dies zu untersuchen. Sie führen zu dem Resultat, daß diese Differenz zwischen dem mittleren Alter der Sozialdemokraten und der Gesamtbevölkerung nicht als Resultat des Zufalls zu erwarten ist, sondern aller Wahrscheinlichkeit nach einen systematischen Charakter trägt.

AUSSCHNITT VOM: 29. FEB. 1932

Die Welt am Abend, Berlin SW 48

Sturmflut des Protests

Die „Welt am Abend" veröffentlicht im folgenden einige der zahlreichen Zuschriften von Persönlichkeiten, die in verschiedenen Lagern stehen, aber sich gemeinsam finden in dem Protest gegen die Unterdrückung und Zerstückelung Chinas und gegen den geplanten imperialistischen Kreuzzug gegen die Sowjetunion.

André Berthon

an Frau Sun Yat Sen

Ihr erschütternder Appell wird von all jenen gehört werden, die für die Unabhängigkeit Chinas kämpfen.

Auf der Tribüne der Abgeordneten-Kammer Frankreichs habe ich zu wiederholten Malen die Stimme der Werktätigen gegen den japanischen Imperialismus und gegen all die imperialistischen Mächte, die China, besonders durch ihre ungleichen Verträge, unterdrücken wollen, zum Ausdruck gebracht.

Ich wünsche China die volle Unabhängigkeit und die Vollendung des Werkes, das Ihr Mann einst begonnen hat.

André Berthon

E. J. Gumbel

an die Liga gegen Imperialismus!

Ich billige die Empörung, die in ganz Europa gegen das japanische Vorgehen herrscht. Dieser imperialistische Krieg bedroht den Frieden der ganzen Welt und speziell auch den friedlichen Aufbau Sowjet-Rußlands, des Landes, dessen Wohlergehen jedem Arbeiter teuer ist.

Mit sozialistischem Gruß!

Gumbel

Ludwig Renn

an die Witwe Sun Yat Sens

Der Kampf des chinesischen Volkes für seine Freiheit ist ein Teil des Kampfes gegen den Kapitalismus und gegen dessen besondere Erscheinungsform, den Imperialismus. Dieser Kampf ist auch unser Kampf, und wir haben die Pflicht der tätigen Solidarität mit dem chinesischen Volke. Es lebe die Befreiung Chinas!

Ludwig Renn

Moskau 1932 von E. J. Gumbel

I

Jahrelang wurde uns täglich erzählt, die Bolschewisten könnten sich nur noch vier Wochen halten. Beinahe ebenso lange marschierte bei uns die Sozialisierung. Beide Rufe sind verstummt. Der demokratisch-parlamentarische Weg zum Sozialismus hat in eine Sackgasse geführt. Die Arbeiterschaft ist gespalten, ihre Mehrheit konservativ. Die Bourgeoisie scheint sich unter der roten Fahne des Hakenkreuzes zu einigen, ihr entschlossener Flügel ist revolutionär. Unser Leben ist erfüllt mit Ungewißheit für die nächste Zukunft.

Von diesem Hintergrund hebt sich Rußland hell ab. Denn dieses Land beherrscht der frohe Glaube an eine gesicherte, bessere Zukunft.

Aber andre berichten genau das Gegenteil. Dieser Widerspruch in den Nachrichten liegt an objektiven und subjektiven Faktoren. Zunächst variieren manche äußerlich auffallenden Zustände, wie die Nahrungsmittelversorgung zeitlich. Ferner existieren große örtliche Unterschiede. Der allgemeine Bestand an Tatsachenwissen über Rußland ist gering. Dann ist, stärker als irgendwo anders, jede Betrachtung hier gefühlsbetont. Das Gros der Rußlandreisenden berichtet nicht über das, was sie gesehen haben, sondern über ihre politischen Wunschbilder, „weil nicht sein kann, was nicht sein darf", oder sein muß, was sein soll. Weil die Bolschewisten sich nicht an die bewährten Regeln der parlamentarischen Demokratie gehalten haben, seufzt das Volk unter der Tyrannei und erwartet den Tag der Freiheit. So die einen. Die andern verkünden uns bereits im Dezember 1931 die fertigen Produktionsstatistiken für das ganze Jahr, setzen Plan für Wirklichkeit und erzählen uns daher, daß in Moskau keine Wohnungsnot existiere. Beide Auffassungen ersetzen die Realität durch die Willenstendenz.

Nun ist niemand tendenzlos. Jeder gefühlsbetonte Eindruck trifft auf bereits vorhandene Vorstellungen, von denen niemand abstrahieren kann. So kann auch ich nur versprechen, mir Mühe zu geben, über das zu berichten, was ich selbst während drei Wochen in Moskau gesehen habe. Da ich vor sechs Jahren mehrere Monate dort war, glaube ich einen Vergleichsmaßstab zu besitzen.

Wer an Rußland vom bürgerlichen Standpunkt herantritt, dort diejenigen Formen der europäischen Kultur sucht, an der die Mehrheit der Bevölkerung auch hier nur einen relativ geringen Anteil hat, wer nur nach aesthetischen Prinzipien urteilt und für Kulturwerte nur das hält, was innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft verwirklicht werden kann, muß dieses Land verdammen. Und mit Recht, denn all dies existiert dort nicht und soll gar nicht existieren. Es ist das Evangelium der Armut und der Arbeit, das hier verkündet wird. Wie die katholische, so verlangt auch die kommunistische Lehre Entsagung und Gehorsam. Da dieses Land ein Staat der Arbeiter sein will, darf es nur von diesem Standpunkt aus betrachtet werden.

Jeder auch nur einigermaßen günstige Bericht aus Rußland begegnet dem Einwand: „Sie haben sich das eben zeigen lassen". Demgegenüber möchte ich betonen, daß ich die Sprache verstehe, daß mir nichts, gar nichts „gezeigt" wurde, daß ich als niemandes Gast von der ersten Minute an mein freier Herr war, Moskau durchstreifte und mit alten Bekannten sprach. Ich sah nur, was jedermann sehen konnte, habe an keiner Schau teilgenommen und bin weder zu Lob noch zu beredtem Schweigen verpflichtet.

Das Bild der Stadt hat sich wesentlich gebessert. Vor sechs Jahren Arbeitslosigkeit, in ihrem Gefolge die gewohnten zerlumpten Bettler vor den Kirchen und an den Straßenecken, die der Stadt ein orientalisches Gepräge gaben. Heute ist die Zahl der Bettler geringer als in Berlin während der besten Zeit. Die Straßen sind sauberer, besser gepflastert; die Zahl der Betrunkenen hat abgenommen. Die Straßenhändler mit den Bauchläden sind seltener geworden. Heizung und Beleuchtung in den Häusern funktionieren tadellos. Die Straßen sind nachts hell beleuchtet. Vor Jahren die drängende Frage der verwahrlosten Kinder, von denen noch heute in Europa eine ganze Literatur lebt. Von diesen Haufen ist nichts mehr zu sehen. Gegenüber den gradezu infamen Verdächtigungen, die man über das Verbleiben dieser Kinder in Europa ausstreut, möchte ich keinen Zweifel darüber lassen, daß sie als Personen heute noch leben, aber als Schicht von der Industrie aufgesogen worden sind.

Vor Jahren beherrschte die private Pferdedroschke die Straße. Heute sausen zahlreiche Dienstautomobile, daneben mächtige Lastautos, zum Teil bereits im Land montiert, durch Moskau; Autobusse und Taxis, deren Zahl allerdings noch viel zu gering ist, geben der Stadt ein europäisches Aussehen. Die Pferdedroschke, mit der man wie im Orient zunächst über den Preis verhandeln muß, stellt den kärglichen Rest einer freien Wirtschaft dar. Die Verkehrsregelung ist gut, der Polizist auf der Straße korrekt. Geblieben ist die fürchterliche Überlastung der Trambahn in den Hauptverkehrszeiten. Ein Europäer wird sie normalerweise überhaupt nicht benutzen. Auch das Aussehen der Menschen hat sich gehoben: mehr Hemden, mehr Kragen, bessere Stiefel. Man sieht Leute auf der Straße lachen.

Schlimmer geworden ist die Wohnungsnot. Moskau hat heute an die drei Millionen Einwohner. Es wird gebaut, neue Viertel sind entstanden. Gegenüber vom Kreml steht der erste Wolkenkratzer mit fünfzehn Stockwerken, das „Haus der Regierung", mit allen technischen Schikanen der Neuzeit ausgestattet. Aber die Menschen vermehren sich weit rascher als die Häuser, vor allem durch Zuzug vom Land. Noch rascher wachsen die Bureauräume. Als Normalfall gilt ein Zimmer pro Familie. Auch die neugebauten Wohnungen sind für unsre Begriffe bereits überlastet. Die Mieten sind niedrig, nach dem Einkommen und dem Stand abgestuft, so daß der Arbeiter weniger zahlt als der Angestellte.

Zentral für die Betrachtung Rußlands ist die Tatsache, daß es so gut wie keinen privaten Unternehmer und keine be-

unerreichbar sind.

Fortsetzung folgt

sitzende Klasse mehr gibt. Die Produktionsmittel sind im Besitz der Allgemeinheit. Man sieht in Moskau fast keine privaten Läden, keine privaten Betriebe. Dieser Beweis, daß eine Produktion ohne den Motor des Privatprofits möglich ist, ist eine ungeheure Leistung. Der Reichtum ist verschwunden. Wohl gibt es große Einkommensunterschiede; aber großes Einkommen gibt keine Macht. Es diskreditiert den Glücklichen. Auch der Unterschied von oben und unten ist geblieben, doch haben seine Träger gewechselt. Die herrschende Schicht ist persönlich arm, aber mit unerhörter Machtfülle ausgestattet. Diese Macht kann mißbraucht werden, auch zum persönlichen Wohlleben, aber diese Fälle sind nicht häufig.

Die Frage: wie hoch stehen die Löhne, läßt sich nicht eindeutig beantworten. Zunächst weisen die Löhne in verschiedenen Stellungen große Unterschiede auf. Diese Differenzierung verschärft sich. Die Forderung der Egalisierung gilt als kleinbürgerlich.

Dann existiert unser Begriff des einheitlichen Preises nicht. An seine Stelle treten mindestens fünferlei Preise. Die Mehrzahl der zur baren Lebenshaltung benötigten Waren ist rationiert. Sie werden in bestimmten Läden nur auf Karten zu relativ billigen Preisen abgegeben. Dem Käufer ist ein bestimmter Laden vorgeschrieben (sogenannte geschlossene Verteilung). Innerhalb dieser Läden, die im Besitz verschiedener Konsumvereine sind, existieren wieder Qualitäts-, Quantitäts- und damit Preisunterschiede. Die Mehrzahl aller Läden gehört zu diesem geschlossenen Typus.

Einen Spezialfall der geschlossenen Verteilung stellen die beiden in Moskau für ausländische Arbeiter und Spezialisten reservierten Läden dar. Hier finden sich weit bessere Qualitäten und viel größere Auswahl als in den für die Einheimischen bestimmten Läden. Die größern Mengen, die zur Verfügung stehen, bewirken, daß es hier keine „Schlangen" gibt. Normalerweise wird der Ausländer nicht einmal die rationierten Mengen aufbrauchen.

Neben diesen beiden geschlossenen Arten existieren die ebenfalls staatlichen Betrieben gehörigen, sogenannten kommerziellen, offenen Läden, in denen zu höhern Preisen in besserer Qualität und ohne Marken verkauft wird.

Die drei genannten Kategorien stellen verschiedene Abstufungen in der Kaufkraft des Rubels dar. Von ihnen heben sich sehr deutlich zwei weitere dadurch ab, daß sie den Goldrubel als Standard erheben. Es sind dies die Valutaläden und der freie Markt. In den Valutaläden (in Moskau existieren mehrere) sind die Preise in Rubeln festgesetzt, müssen jedoch in ausländischer Währung oder in Gold bezahlt werden. Sie entsprechen annähernd dem europäischen Niveau. Durch diese Läden will die Regierung die im Lande vorhandene ausländische Valuta, die dringend benötigt wird und deren Besitz nicht ganz legal ist, erfassen. Endlich gibt es einige Marktplätze mit sehr hohen Preisen.

Die Vergleichbarkeit der Preise zwischen diesen fünf verschiedenen Märkten ist dadurch erschwert, daß in jedem andre Waren verkauft werden. Eine Zigarettensorte aus der „geschlossenen Verteilung" existiert im kommerziellen Magazin nicht, und der Goldladen führt wieder andre Sorten. Der Ausländer kann gegen Valuta Waren kaufen, die dem Russen unerreichbar sind.

Fortsetzung folgt

Die Höhe der Wettgelder auf Kapitalismus (Sieg oder Platz) ist gleich den in den japanischen Feldzug investierten Kapitalien. Die Zahl der Menschenopfer steht dazu in gar keinem Verhältnis.

*

Auf je drei Großunternehmer kommt eine Stützungsaktion. Auf jeden Kopf der übrigen Bevölkerung die ganze Pleite.

*

Die bisher mit den Marsbewohnern getätigten Verständigungen betragen fast das Doppelte der von den europäischen Völkern untereinander erzielten. Die Entfernung vom Mars zur Erde ist gleich dem deutsch-französischen Rapprochement.

*

Vom Gebäude des neuen berliner Arbeitsamtes kommt ein Ziegelstein auf jeden Arbeitslosen.

*

2 × 2 = 5. Groener × Breitscheid = Deutsche Republik.

Moskau 1932 von E. J. Gumbel

II

Eine neue Literatur, die nur mit Ganghofer verglichen werden kann, stellt Moskau als eine Stadt ständiger Hochstimmung dar. Die Emigranten erzählen uns von ständigem Hunger. Natürlich kennt Moskau den Alltag und seine grauen Sorgen, die Wohnungsnot, die Anstrengung einer Trambahnfahrt und die Schlangen vor den Butterläden. Einige Einheimische erzählten mir, was es alles nicht gäbe: ein Gang ins Warenhaus genügte — es war alles da. Manches freilich zu teuer, andres nicht in der gewünschten Qualität, vieles im Stile Kyritz an der Knatter, Jahrgang 1880. Auch der Einheimische, für den die Ausländer- und Valutaläden verschlossen sind, hat die Möglichkeit, so ziemlich alle Gegenstände des täglichen Bedarfs zu kaufen. Aber die Tatsache, daß manchmal solche Dinge für kurze Zeit fehlen, andre, relativ unnötige vorhanden sind, erzeugt die übliche Hamsterei, die ihrerseits wieder, zusammen mit kurzfristigen Transportschwierigkeiten, den Mangel schafft. Vielfach wandert das unnötig Gekaufte auf den freien Markt, wo es zu bedeutend höhern Preisen wieder verkauft wird. Überall bleibt das Warenangebot hinter der gestiegenen Kaufkraft der Arbeiter zurück.

Die Kalenderwoche ist abgeschafft. An ihre Stelle trat ursprünglich die Viertagewoche mit durchlaufender Arbeit, also ohne allgemeinen Ruhetag. Die Belegschaft der Betriebe wechselte daher dauernd. Dies führte zu Schwierigkeiten in der Zuständigkeit und Verantwortlichkeit für die einzelnen Arbeiten. Daher wurde die Fünftagewoche eingeführt, bei der jeder sechste Tag als allgemeiner Sonntag gilt. Dafür sind sämtliche kirchlichen Feiertage abgeschafft.

Auch für die Intellektuellen existiert keine Arbeitslosigkeit. Charakteristisch ist vielmehr der Mangel an geistigen Arbeitern; daher die fürchterliche Überlastung und Überan-

strengung der Intellektuellen. Die Gehälter sind niedrig. Ein Universitätsprofessor erhält pro Unterrichtsstunde etwa zehn Rubel. Er wird also vielleicht vierzig bis sechzig Stunden im Monat geben. Um dies zu ermöglichen, wird er mehrere Stellen annehmen, was leicht zu erreichen ist. Da aber niemand tatsächlich zwei bis drei Stellen vollständig ausfüllen kann, führt dies natürlich zu dienstlichen Schwierigkeiten.

Im Gegensatz zu den Gehältern sind die Schriftstellerhonorare sehr hoch. Es gibt keine geistige Arbeit, die nicht bezahlt wird — ausgenommen die Arbeit für die Partei. Ein Parteiloser kann schon aus diesem Grunde viel mehr Geld verdienen als ein Kommunist. Im allgemeinen kann ein Wissenschaftler gut auskommen. Nur fehlt ihm normalerweise die Zeit zur eigentlich wissenschaftlichen Arbeit. Häufig macht dem Gelehrten auch die Notwendigkeit, die politische Linie einzuhalten und sich rechtzeitig auf einen neuen Kurs umzustellen, das Leben sauer.

Wer als Ausländer im Hotel lebt, wird für ein sauberes Hotelzimmer mit elektrischem Licht und laufendem warmen Wasser pro Tag etwa acht bis zwölf Rubel, für Frühstück etwa ein bis zwei Rubel, für ein reichliches Essen vier bis fünf Rubel ausgeben. Das Essen ist gut, ziemlich sauber, aber nicht ganz nach europäischem Geschmack, da das Fleisch zu stark vertreten ist. Dasselbe Essen kostet in einem Klub ein bis zwei Rubel. Ein Ausländer braucht im Tag also etwa zwanzig Rubel, das heißt normalerweise vierzig Mark. Er kann aber mit dem russischen Honorar für einen längern Artikel gut zehn Tage leben. So kommt es, daß manche Reisende berichten, das Leben in Moskau sei teuer, andre, es sei billig.

Der offizielle Kurs des Rubels ist zwei Mark. Manche Stellen legen aber bereits den gesunkenen Wert von einer Mark zugrunde. Da der Rubel nirgends im Ausland notiert ist, existiert kein objektives Kriterium, wie es der Stand der Wechselkurse in gewisser Hinsicht darstellt. Auf der schwarzen Börse soll er auf zwanzig Pfennig stehen.

Die Frage nach dem Wert des Rubels läßt sich nicht beantworten. Denn er schwankt je nach der Zugehörigkeit des Käufers zu einem bestimmten Ladentypus und nach der Ware. In Eisenbahnfahrten gerechnet steht der Rubel auf der Goldparität; dasselbe gilt annähernd für Brot und Fleisch, die Hauptnahrung der Russen. In Zigaretten der gangbaren Sorten gerechnet unter Berücksichtigung der Qualitätsminderung höchstens auf fünfzig, in Droschkenfahrten etwa auf zwanzig, in Äpfeln oder Textilien höchstens auf zehn Prozent.

Wenn man unter Inflation eine Vermehrung der umlaufenden Zahlungsmittel, verglichen mit der Menge der umlaufenden Güter versteht, so sprechen erhebliche Merkmale für ihre Existenz. Nämlich: die trotz aller dafür getriebenen Propaganda geringe Spartätigkeit, die bereits erwähnte nominelle Preissteigerung der Güter im freien Verkehr, der ungeheure Warenhunger, die leichten Verdienstmöglichkeiten, entscheidend endlich die gegenüber früher erheblich gewachsene Kaufkraft der ausländischen Währung. Dagegen spricht, daß das wirtschaftliche Niveau der Arbeiterschaft gestiegen ist.

Von den uns bekannten Folgen einer Inflation müssen sich die einer russischen in wesentlichen Punkten unterscheiden. Denn es existiert keine Unternehmerklasse, welche aus dem Nachhinken der Löhne hinter den Preisen besonders dadurch gewinnt, daß sie nach dem Ausland in Gold verkauft und die Löhne in Papier bezahlt. Keine Klasse erfährt durch Bezahlung ihrer alten Schulden im nominellen Betrag, aber in entwerteter Währung ein praktisches Geschenk. Wenn eine Inflation existiert, so bedeutet die hierdurch vor allem innerhalb des landwirtschaftlichen Sektors herbeigeführte Lohnsenkung, daß die staatliche Industrie mehr bauen kann und daß der Staat seine innern Schulden auf Kosten der Zeichner, also der Arbeiter und Angestellten, teilweise abstößt.

Die Gefahr, daß eine Inflation zur Auspowerung der Arbeiterschaft zugunsten einer Kapitalistenklasse führe, existiert also nicht. Im Gegenteil, eine Reihe von Maßnahmen, ganz besonders die Staffelung der Preise nach dem sozialen Stand, können, wenn man die Inflation als gegeben ansieht, als Versuche gedeutet werden, ihre Lasten von der Industrie-Arbeiterschaft auf die andern Teile der Bevölkerung, also Angestellte, Bauern und die kümmerlichen Reste der Bourgeoisie, abzuwälzen.

Man kann aber aus diesen Tatsachen nicht folgern, daß eine Inflation dort gefahrlos sei. Denn sie bedroht das kostbarste Gut der russischen Wirtschaft, den Plangedanken. Da der Abrechnungsverkehr im Inland in Rubeln vor sich geht, kann eine Erfüllung der Planvorschriften in Bezug auf den Wert der Produktion unter Umständen völlig bedeutungslos werden, da der Wert der verkauften Waren unterhalb der Kosten liegen kann. Zudem bedeutet eine Inflation, daß die Herrschaft über die Preise aufhört, daß die verdrängten Sonderinteressen der einzelnen Betriebe wieder auferstehen, daß ein Teil der nationalen Produktion trotz allen Kollektivisierungen wieder den Weg in eine neue privatwirtschaftliche Sphäre, den Schleichhandel, nimmt.

Die Frage nach der Existenz, dem Umfang und Tempo der Inflation läßt sich natürlich nach dem Eindruck eines kurzen Aufenthaltes nicht beantworten. Eine innenwirtschaftliche Krise in unserm Sinn, also Arbeitslosigkeit und Fallen der Produktion, besteht absolut nicht. Infolge der gesteigerten Akkumulation wächst vielmehr der Beschäftigungsgrad. Aber die Weltkrise hat auch Rußland in ihren Bann gezogen. Denn der Preisfall der landwirtschaftlichen Produkte auf dem Weltmarkt bedeutet, daß Rußland mehr ausführen muß, um die gleiche Zahl von Maschinen einzuführen. Dies wäre bedeutungslos, wenn die russischen Produkte der für die Ausfuhr geeigneten Waren schneller wüchse als ihre Weltmarktpreise und damit die Absatzfähigkeit sinkt, was augenscheinlich nicht der Fall ist. Das Sinken der Weltmarktpreise zwingt zu erhöhter Ausfuhr, die ihrerseits die Preise senkt. So entsteht als Folge der Weltkrise eine Knappheit an allen Waren, die zur Ausfuhr geeignet sind.

Schluß folgt

Moskau 1932 von E. J. Gumbel

III

Neben den Valutaschwierigkeiten und der Aufgabe, den Waren- und Wohnungsmangel zu beheben, ist die wichtigste Frage der nächsten Zukunft, wie die Qualität der Produktion zu verbessern ist. Denn vielfach ging eine quantitative Erfüllung der Planvorschriften auf Kosten der Qualität. Hierdurch wird die Lebensdauer der Maschinen und die kommende Wirtschaft bedroht. Großes ist bereits in der Bekämpfung der Schlamperei erreicht. Im täglichen Leben spürt man, daß die Korrektheit zugenommen hat. Aber Ungeheures muß noch geleistet werden, um das technische Niveau der Arbeiter zu heben, damit die neuen Maschinen ebenso viel produzieren wie in Europa; damit die Produkte ebenso gut sind und vor allem ebenso lang halten. Heute ruinieren die neuen Lastkraftwagen die Straßen und die Straßen die Autos. Denn man kann mit dem Bau der Autos nicht so lang warten, bis die Straßen gut sind. Die Traktoren müssen hergestellt werden, obwohl es noch nicht genügend Traktorführer gibt. So wird die Frage, wie die Qualität der Produktion zu verbessern ist, zu einer Erziehungsfrage, die sich wiederum am Mangel an bereits qualifizierten Arbeitern, Instrukteuren und Spezialisten stößt. Die Heranziehung von ausländischen Spezialisten ist durch den Valuta- und Wohnungsmangel gefährdet.

Das Verschwinden der Arbeitslosigkeit wirkt auf jeden europäischen Besucher wie ein Wunder. Denn sie ist heute zur zentralen Frage unsrer Wirtschaft geworden. Diesen Vorgang haben aber während bestimmter Zeiten auch kapitalistische Länder gekannt. In der Vorkriegszeit war die Arbeitslosigkeit überall relativ gering. Auch während der Inflation hat diese Frage bei uns nicht existiert.

Überall und zu allen Zeiten war die Entfaltung der Produktivkräfte und speziell die Ausrüstung der Volkswirtschaft mit neuen Maschinen zunächst mit einer Verlängerung der gesellschaftlichen Arbeitszeit verbunden; sei es individuell, sei es durch Mehreinstellung von Arbeitern. So ist auch in Rußland das Verschwinden der Arbeitslosigkeit auf den gleichen äußern Anstoß zurückzuführen. Allerdings spielt sich dieser Vorgang dort unter bisher einzigartigen Bedingungen ab. Denn zum ersten Mal in der Menschheitsgeschichte wird versucht, eine ganze Volkswirtschaft rational zu bauen. Schon weil Rußland das letzte große Land ist, das bisher industrialisiert wurde, weil es von den Erfahrungen aller Länder profitieren und viele der Fehlinvestitionen vermeiden kann, die in andern Ländern gemacht werden mußten, ist sein Entwicklungstempo heute größer als jedes bisher bekannte. So gleichen die industriellen Gebiete einer einzigen großen Baustelle.

Licht wie Schatten existieren im kapitalistischen Europa wie in der Sowjet-Union. Aber sie sind ganz verschieden verteilt. Europa steht in kulturell-technischer Beziehung auf einem relativ hohen Niveau, Rußland auf einem tiefen. Wir ersticken an der Überproduktion, Rußland hat Warenmangel. Bei uns findet das Angebot keine zahlkräftige Nachfrage, in Rußland

überschreitet die zahlkräftige Nachfrage jedes Angebot. Wir schränken die Produktion ein, Rußland dehnt sie aus. Hier Überfluß, dort Mangel an Fachleuten. Bei uns rosten die Maschinen, dort zerbrechen sie vor Überlastung. Bei uns zerstören überfeinerte Maschinen das Leben der Menschen, dort ruinieren grobe Menschen die feinen Maschinen. Wir sehen in der Technik den Fluch, Rußland den Weg in ein Paradies. Wir versuchen, die Industriearbeiter in Kleinstbauern zu verwandeln, dort wandert die Bauernschaft in die Industrie. Wir ersticken in der Bildung, haben Angst vor mehr Kenntnissen und warnen vor dem Besuch der Hochschulen, dort erwachen Millionen aus dem Dunkel des Analphabetismus und streben zur Bildung. Wir schließen die Schulen, Rußland baut sie auf. Nach allen Kriterien ist der Kapitalismus zum Hemmnis der Produktion, die russische Industrialisierung zum Hebel des Fortschritts geworden.

Man könnte einwenden, daß all dies mit dem sozialen Ziel des Landes nichts zu tun hat und daß ein solcher Fortschritt bei jedem großen Agrarland mit reichen Bodenschätzen eintreten würde, wenn es nur zurückgeblieben, potentiell reich genug sei und mit Hilfe einer Inflation das Letzte aus seiner Bevölkerung heraushole. Aber ein solcher Unterschied in der Entwicklung kann zunächst nicht nur die Folge einer Inflation sein, denn beinahe die ganze Welt hat — und zwar vergeblich — den Goldstandard verlassen. Ferner existieren genügend große, zurückgebliebene und für den technischen Fortschritt geeignete Agrarländer mit Inflation. Und nirgends sehen wir auch nur die geringsten Anzeichen für diese heute spezifisch russische Entwicklung. Es muß also zu diesen Bedingungen, auch soweit sie für diese Entwicklung notwendig sind, noch etwas Neues hinzukommen. Dieses Neue ist der Plangedanke, der Versuch, den Sozialismus zu bauen.

Es ist eine sehr gangbare Darstellung, die russischen Probleme seien somit im Prinzip gelöst. Man berichtet am besten überhaupt nicht mehr von der tiefstehenden Wirklichkeit sondern nur vom hochgebauten Plan. Der erste Fünfjahresplan ist erfüllt, der zweite wird die Vollendung des Sozialismus bringen. Diese Betrachtungsweise unterschätzt die Fragen und hierdurch auch das Maß des Geleisteten. Vor allem unterschätzt sie die kommenden ungeheuren, vollkommen neuen Aufgaben, bei denen Rußland keine Vorbilder haben wird. Sie läßt keinen Raum für mögliche Rückschläge und bereitet so, ohne es zu wollen, Enttäuschungen vor.

Die Pharaonen haben die Pyramiden gebaut, die amerikanischen Ingenieure den Panamakanal, die Bolschewisten die neue russische Industrie. Aber auch die deutschen Kapitalisten haben in der Inflation den zur Größe des Landes relativ größten Produktionsapparat der Welt geschaffen. Wenn die Russen dies wiederholen, so ist auch das angesichts der Tatsache, daß sie, abgesehn von kurzfristigen Wechseln, keine ausländischen Kredite hatten, eine ungeheure Leistung. Aber so groß dies Werk ist, der Aufbau des Sozialismus ist keine technische sondern eine soziale Frage. Entscheidend ist, ob es gelingt, die kommenden Pläne richtig zu proportionieren, so

daß keine nennenswerten Fehlinvestitionen gemacht werden und die Fortdauer der Massenbeschäftigung verbürgt ist; ob es gelingt, das Niveau der Arbeiterschaft derart zu heben, daß die Industrie fähig ist, ihre Produkte im Lande abzusetzen, daß die Menschen von Sklaven zu Herren der Maschinen werden.

Es ist ungeheuer leicht, die russischen Zustände von heute schwarz in schwarz zu malen. Man vergleicht sie einfach mit denjenigen westeuropäischen Arbeiterverhältnissen, wie sie in der Hochkonjunktur existieren können und nach dem Wunschbild des Schreibenden existieren. Aber dieser Maßstab ist grundfalsch. Wer ihn wählt, beweist nur, daß er keine Ahnung hat, wie der deutsche Arbeiter heute lebt.

Wer sich darauf beschränkt, die ungeheuren Opfer aufzuzählen, die das geduldige und weiche russische Volk erträgt, kann mit vollendeter Wahrheit ein Bild in dunkelsten Schatten entwerfen. Und doch ist dieses Bild falsch, weil darin die Tatsache fehlt, daß die Arbeiterschaft in den kapitalistischen Ländern seit Jahren Lasten trägt, die den Vergleich mit den russischen bald aufnehmen können. Die historisch gegebenen Schranken verschieben sich. Vor Jahren stand die höchstbezahlte russische Arbeiterschicht noch weit unter der niedrigst bezahlten deutschen. Heute erhebt sich langsam die oberste Schicht der russischen Arbeiter über die unterste Schicht der deutschen. Aber ein solcher echter Vergleich von Land zu Land kann nicht durchgeführt werden, und er ist auch nicht beweiskräftig, da im Bewußtsein der Menschen doch nur die eigne frühere Klassenlage und nicht die der andern Länder lebt. Als Kriterium der Güte eines Systems können die historisch gewordenen Zustände insofern nicht verwendet werden, als sie auch von allen frühern Bedingungen abhängen, für die die jetzige Herrschaft nicht verantwortlich gemacht werden kann.

So kann das Kriterium des Vergleichs nicht der Zustand sondern nur seine Entwicklungsrichtung sein. Von hier aus gesehn, erhalten wir eine deutliche Antwort: in Rußland geht es der Arbeiterschaft wesentlich besser, bei uns wesentlich schlechter als früher. Hinzu kommt eine entscheidende soziale Tatsache. Die russische Arbeiterschaft trägt die Lasten für sich. Sie weiß, daß jede Entbehrung von heute ein Verzicht zugunsten künftiger Genüsse, ein echtes Sparen ist. Aus dem Schweiß, dem Blut und den Tränen von heute wachsen die Fabriken, die ihr gehören, die ihr morgen Güter liefern werden; Güter, nicht Ware zur Bereicherung einer der Arbeiterschaft fremden Schicht. Die Arbeiterschaft in Deutschland aber entbehrt, damit morgen andrer Leute Werke blühen.

Falls die Reichswehr nichts dagegen hat

Aus einem Theaterbericht über „Die endlose Straße":

Die heute zwanzig sind und die Schrecken des Krieges nicht am eigenen Leibe erfahren haben, gebärden sich vielfach so heldenhaft, daß sie von Staats wegen rudelweise ins staatliche Schiller-Theater geführt werden sollten. Vielleicht gingen ihnen dann die Augen auf, was der Heldentod für ein schwieriger, schmieriger Tod ist.

‚Neue Züricher Zeitung'

Zürich

Volksrecht

Nr. 75. 35. Jahrgang.

Donnerstag, den 31. März 1932.

Moskau 1932 — Reiseeindrücke.

Von E. J. Gumbel, Berlin.

I.

Jahrelang wurde uns täglich erzählt, die Bolschewisten könnten sich nurmehr vier Wochen halten. Beinahe ebenso lange marschierte bei uns in Deutschland die Sozialisierung. Beide Rufe sind verstummt. Der demokratisch-parlamentarische Weg zum Sozialismus hat in eine Sackgasse geführt. Die Arbeiterschaft Deutschlands ist gespalten, ihre Mehrheit konservativ. Die Bourgeoisie scheint sich unter der roten Fahne des Hakenkreuzes zu einigen, ihr entschlossener Flügel ist revolutionär. Unser Leben ist erfüllt mit Ungewißheit für die nächste Zukunft, mit Untergangsstimmung.

Von diesem Hintergrund hebt sich Rußland hell ab. Denn dieses Land beherrscht der frohe Glaube an eine gesicherte, bessere Zukunft.

Aber andere berichten genau das Gegenteil. Dieser Widerspruch in den Nachrichten liegt an objektiven wie subjektiven Faktoren. Zunächst variieren manche äußerlich auffallenden Zustände, wie die Nahrungsmittelversorgung, zeitlich. Ferner existieren große örtliche Unterschiede. Der allgemeine Bestand an Tatsachenwissen über Rußland ist gering. Dann ist, stärker als irgendwo anders, jede Betrachtung hier gefühlsbetont. Das Groß der Rußlandreisenden berichtet nicht über das, was sie gesehen haben, sondern über ihre politischen Wunschbilder, „weil nicht sein kann, was nicht sein darf", oder sein muß, was sein soll. Weil die Bolschewisten sich nicht an die bewährten Regeln der parlamentarischen Demokratie gehalten haben, seufzt das Volk unter der Tyrannei und erwartet den Tag der Freiheit. So die einen. Die andern verkünden uns bereits im Dezember 1931 die fertigen Produktionsstatistiken für das ganze Jahr, setzen Plan für Wirklichkeit und erzählen uns daher, daß in Moskau keine Wohnungsnot existiere. Beide Auffassungen ersetzen die Realität durch die Willenstendenz.

Nun ist niemand tendenzlos. Jeder gefühlsbetonte Eindruck trifft auf bereits vorhandene Vorstellungen, von denen niemand abstrahieren kann. So kann auch ich nur versprechen, mir Mühe zu geben, über das zu berichten, was ich selbst während drei Wochen in Moskau gesehen habe. Da ich vor sechs Jahren mehrere Monate dort war, glaube ich einen Vergleichsmaßstab zu besitzen.

Wer an Rußland vom bürgerlichen Standpunkt herantritt, dort diejenigen Formen der europäischen Kultur sucht, an der doch die Mehrheit der Bevölkerung auch hier nur einen relativ geringen Anteil hat, wer nach rein aesthetischen Prinzipien urteilt und für Kulturwerte nur das hält, was innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft verwirklicht werden kann, muß dieses Land verdammen. Und mit Recht, denn all dies existiert dort nicht und soll gar nicht existieren. Es ist das Evangelium der Armut und der Arbeit, das hier verkündet wird. Wie die katholische, so verlangt auch die kommunistische Lehre Entsagung und Gehorsam, Da dieses Land ein Staat der Arbeiter sein will, darf es nur von diesem Standpunkt aus betrachtet werden.

Jeder auch nur einigermaßen günstige Bericht aus Rußland begegnet dem Einwand: „Sie haben sich das eben zeigen lassen". Demgegenüber möchte ich betonen, daß ich die Sprache verstehe, daß mir nichts, gar nichts „gezeigt" wurde, daß ich als niemandes Gast von der ersten Minute an mein freier Herr war, Moskau durchstreifte und mit alten Bekannten sprach. Ich sah nur, was jedermann sehen konnte, habe an keiner Schau teilgenommen und bin weder zu Lob noch beredtem Schweigen verpflichtet.

Das Bild der Stadt hat sich wesentlich gebessert. Vor sechs Jahren Arbeitslosigkeit, in ihrem Gefolge die gewohnten zerlumpten Bettler vor den Kirchen und an den Straßenecken, die der Stadt ein orientalisches Gepräge gaben. Heute ist die Zahl der Bettler geringer als in Berlin in der besten Zeit. Die Straßen sind sauberer, besser gepflastert; die Zahl der Betrunkenen hat abgenommen. Die Straßenhändler mit den Bauchläden sind seltener geworden. Heizung und Beleuchtung in den Häusern funktionieren tadellos. Die Straßen sind nachts hell beleuchtet. Vor Jahren das drängende Problem der verwahrlosten Kinder, von denen noch heute in Europa eine ganze Literatur lebt. Von diesen Hausen ist nichts mehr zu sehen. Gegenüber den geradezu infamen Verdächtigungen, die man über das Verbleiben dieser Kinder in Europa ausstreut, möchte ich keinen Zweifel darüber lassen, daß sie als Personen heute noch leben, aber als Schicht von der Industrie aufgesogen worden sind.

Vor Jahren beherrschte die pirvate Pferdedroschke die Straße. Heute sausen zahlreiche Dienstautomobile, daneben mächtige Lastautos, zum Teil bereits im Land montiert, durch Moskau; Autobusse und Taxis, deren Zahl allerdings noch viel zu gering ist, geben der Stadt ein europäisches Aussehen. Die Pferdedroschke, mit der man wie im Orient zunächst über den Preis verhandeln muß, stellt den kärglichen Rest einer freien Wirtschaft dar. Die Verkehrsregelung ist gut, der Polizist auf der Straße korrekt. Geblieben ist die fürchterliche Ueberlastung der Trambahn in den Hauptverkehrszeiten Ein Europäer wird sie normalerweise überhaupt nicht benutzen. Auch das Aussehen der Menschen hat sich gehoben: mehr Hemden, mehr Kragen, bessere Stiefel. Man sieht Leute auf der Straße lachen.

Schlimmer geworden ist die Wohnungsnot. Moskau hat heute an die drei Millionen Einwohner. Es wird gebaut, neue Viertel sind entstanden. Gegenüber vom Kreml steht der erste Wolkenkratzer mit fünfzehn Stockwerken, das „Haus der Regierung", das mit allen technischen Schikanen der Neuzeit ausgestattet ist. Aber die Menschen vermehren sich weit rascher als die Häuser, vor allem durch Zuzug vom Land. Noch rascher wachsen die Büroräume. Als Normalfall gilt ein Zimmer pro Familie. Auch die neugebauten Wohnungen sind für unsere Begriffe bereits überlastet. Die Mieten sind niedrig, nach dem Einkommen und dem Stand abgestuft, so daß der Arbeiter weniger zahlt als der Angestellte.

Zentral für die Betrachtung Rußlands ist die Tatsache, daß es so gut wie keinen privaten Unternehmer und keine besitzende Klasse mehr gibt. Die Produktionsmittel sind im Besitz der Allgemeinheit. Man sieht in Moskau fast keine privaten Läden, keine privaten Betriebe. Dieser Beweis, daß eine Produktion ohne den Motor des Privatprofits möglich ist, ist eine ungeheure Leistung. Der Reichtum ist verschwunden. Wohl gibt es große Einkommensunterschiede, aber großes Einkommen gibt keine Macht. Es diskreditiert den Glücklichen. Auch der Unterschied von oben und unten ist geblieben, doch haben seine Träger gewechselt. Die herrschende Schicht ist persönlich arm, aber mit unerhörter Machtfülle ausgestattet. Diese Macht kann mißbraucht werden, auch zum persönlichen Wohlleben, aber diese Fälle sind nicht häufig.

Die Frage, wie hoch stehen die Löhne, läßt sich nicht eindeutig beantworten. Zunächst weisen die Löhne in verschiedenen Stellungen große Unterschiede auf. Diese Differenzierung verschärft sich. Die Forderung der Egalisierung gilt als kleinbürgerlich.

Dann existiert unser Begriff des einheitlichen Preises nicht. An seine Stelle treten mindestens fün-

lerlei Preise. Die Mehrzahl der zur baren Lebenshaltung benötigten Waren ist rationiert. Sie werden in bestimmten Läden zu relativ billigen Preisen abgegeben. Dem Käufer ist ein bestimmter Laden vorgeschrieben (sogenannte geschlossene Verteilung). Innerhalb dieser Läden, welche im Besitz verschiedener Konsumgenossenschaften sind, existieren wieder Qualitäts-, Quantitäts- und damit Preisunterschiede. Die Mehrzahl aller Läden gehört zu diesem geschlossenen Typus.

Einen Spezialfall der geschlossenen Verteilung stellen die beiden in Moskau für ausländische Arbeiter und Spezialisten reservierten Läden dar. Hier finden sich weit bessere Qualitäten und viel größere Auswahl als in den für die Einheimischen bestimmten Läden. Die größeren Mengen, die zur Verfügung stehen, bewirken, daß es hier keine „Schlangen" gibt. Normalerweise wird der Ausländer nicht einmal die rationierte Menge aufbrauchen.

Neben diesen beiden geschlossenen Arten existieren die ebenfalls staatlichen Betrieben gehörigen, sogegenannten kommerziellen, offenen Läden, in denen zu höheren Preisen in besserer Qualität und ohne Marken verkauft wird.

Die drei genannten Kategorien stellen verschiedene Abstufungen in der Kaufkraft des Rubels dar. Von ihnen heben sich sehr deutlich zwei weitere dadurch ab, daß sie den Goldrubel als Standard erheben. Es sind die Valutaläden und der freie Markt. In den Valutaläden (in Moskau existieren mehrere) sind die Preise in Rubeln festgesetzt, müssen jedoch in ausländischer Währung oder in Gold gezahlt werden. Sie entsprechen angenähert dem europäischen Niveau. Durch diese Läden will die Regierung die im Lande vorhandene ausländische Valuta, die dringend benötigt wird und deren Besitz nicht ganz legal ist, erfassen. Endlich gibt es einige Marktplätze mit sehr hohen Preisen.

Der brennende Kapitalismus.

F. T. Ein Wiener Arbeiter hat eine wunderbare Erfindung gemacht. Jedes Jahr kommt aus Amerika, aus Rußland, aus Rumänien die Meldung: eine Petroleumquelle ist in Brand geraten, alle Löschversuche sind vergeblich. Es wird verzeichnet, wieviel Menschenleben der entstandene Brand vernichtet hat, welche Sachwerte zugrunde gegangen sind, wieviel Schaden der Brand in der Wirtschaft des Landes angerichtet hat. Der Brand einer Oelquelle ist nicht zu löschen, man muß warten, bis sie ausgebrannt ist, das kann in einigen Wochen, in Monaten der Fall sein, es gibt aber auch Oelfelder, die schon zwei Jahre brennen, ohne daß ein Ende abzusehen ist. Der Wiener Metalldreher August Reinhard hat nun eine Erfindung gemacht, durch die der Brand einer Petroleumquelle sofort gelöscht werden kann; eine einfache, in ihrer Einfachheit geradezu geniale Erfindung, eine Erfindung dazu, die absolut nicht kostspielig ist. Der Wiener Arbeiter hat sich seine Erfindung patentieren lassen, man war von ihr begeistert und er ging nun daran, sein Patent zu verwerten. Er schreibt an die großen Petroleumkonzerne Amerikas und Rumäniens und wartet auf Antwort. Man glaubt, daß ein Wettlauf der Oelproduzenten einsetzen wird. Aber weit gefehlt: Man interessiert sich zwar für die Erfindung, aber niemand findet sich, der das Patent kauft. Der Wiener Arbeiter, auch sonst ein kluger Kopf, weiß warum. Er sagt das so: „Ich verstehe schon, warum die Leute das Patent nicht annehmen. Jetzt, in der Krise, haben sie gar kein Interesse, einen Brand zu löschen. Wenn die Felder brennen — gibt es weniger Oel und der Preis muß nicht fallen..." Natürlich, der Kapitalismus hat an Erfindungen, die die Güter dieser Welt vermehren, den Profit aber vermindern, kein Interesse. Man heizt mit Kaffee, man zündet die Ernten der Baumwollplantagen an, man schüttet Weizen ins Meer, man läßt Petroleumquellen ruhig ausbrennen — die Hauptsache, daß die Preise nicht fallen, daß der Profit nicht geschmälert wird! Im Schein der flammenden Oelfelder leuchtet gräßlich diese Wirtschaftsweisheit des Kapitalismus auf. Nein, der Kapitalismus ist nicht mehr der

225

Zürich

Volksrecht

Freitag, den 1. April 1932.

Nr. 76. 35. Jahrgang.

Moskau 1932 — Reiseeindrücke.

Von E. J. Gumbel, Berlin.

II.

Die Vergleichbarkeit der Preise zwischen diesen fünf verschiedenen Märkten ist dadurch erschwert, daß in jedem andere Waren verkauft werden. Eine Zigarettensorte aus der „geschlossenen Verteilung“ existiert im kommerziellen Magazin nicht, und der Goldladen führt wieder eine andere Sorte. Der Ausländer kann gegen Valuta Waren kaufen, die dem Russen unerreichbar sind.

Eine neue Literatur, die nur mit Ganghofer verglichen werden kann, stellt Moskau als eine Stadt ständiger Hochstimmung dar. Die Emigranten erzählen uns von ständigem Hunger. Natürlich kennt Moskau den Alltag und seine grauen Sorgen, die Wohnungsnot, die Anstrengung einer Trambahnfahrt und das Schlangenstehen nach Butter. Einige Einheimische erzählten mir, was es alles nicht gäbe. Ein Gang in ein Warenhaus genügte — es war alles da. Manches freilich zu teuer, anderes nicht in der gewünschten Qualität, vieles im Stile Kyritz an der Knatter Jahrgang 1895. Auch der Einheimische, für den die Ausländer- und Valutaläden verschlossen sind, hat die Möglichkeit, so ziemlich alle Gegenstände des täglichen Bedarfs zu kaufen. Aber die Tatsache, daß manchmal solche Dinge für kurze Zeit fehlen, andere relativ unnötige Dinge vorhanden sind, erzeugt die übliche Hamsterei, die ihrerseits wieder, zusammen mit kurzfristigen Transportschwierigkeiten, den Mangel schafft. Vielfach wandert das unnötig Gekaufte auf den freien Markt, wo es zu bedeutend höheren Preisen wieder verkauft wird. Ueberall bleibt das Warenangebot hinter der gestiegenen Kaufkraft der Arbeiter zurück.

Die Kalenderwoche ist abgeschafft. An ihre Stelle trat ursprünglich die Viertagewoche mit durchlaufender Arbeit, also ohne allgemeinen Ruhetag. Die Belegschaft der Betriebe wechselte daher dauernd. Dies führte zu Schwierigkeiten in der Zuständigkeit und Verantwortlichkeit für die einzelnen Arbeiten. Daher wurde die Fünftagewoche eingeführt, bei der jeder sechste Tag als allgemeiner Sonntag gilt. Dafür sind sämtliche kirchlichen Feiertage abgeschafft.

Auch für die Intellektuellen existiert keine Arbeitslosigkeit. Charakteristisch ist vielmehr der Mangel an geistigen Arbeitern; daher die fürchterliche Ueberlastung und Ueberanstrengung der Intellektuellen. Die Gehälter sind niedrig. Ein Universitätsprofessor erhält pro Unterrichtsstunde etwa zehn Rubel. Er wird also vielleicht 40 bis 60 Stunden im Monat geben. Um dies zu ermöglichen, wird er mehrere Stellen kumulieren, was leicht zu erreichen ist. Da aber niemand tatsächlich zwei bis drei Stellen vollständig ausfüllen kann, führt dies natürlich zu dienstlichen Schwierigkeiten.

Im Gegensatz zu den Gehältern sind die Schriftstellerhonorare sehr hoch. Es gibt keine geistige Arbeit, die nicht bezahlt wird — ausgenommen die Arbeit für die Partei. Ein Parteiloser kann schon aus diesem Grunde viel mehr Geld verdienen als ein Kommunist. Im allgemeinen kann ein Wissenschaftler materiell gut auskommen. Nur fehlt ihm normalerweise die Zeit zur eigentlich wissenschaftlichen Arbeit. Häufig macht dem Gelehrten auch die Notwendigkeit des theoretischen Einhaltens der politischen Linie und die rechtzeitige Umstellung auf einen neuen Kurs das Leben sauer.

Wer als Ausländer im Hotel lebt, wird für ein sauberes Hotelzimmer mit elektrischem Licht und laufendem warmem Wasser pro Tag etwa 8 bis 12 Rubel, für Frühstück etwa 1 bis 2 Rubel, für ein reichliches Essen etwa 4 bis 5 Rubel ausgeben. Das Essen ist gut, ziemlich sauber, aber nicht ganz nach europäischem Geschmack, da das Fleisch zu stark vertreten ist. Dasselbe Essen kostet in einem Klub 1 bis 2 Rubel. Ein Ausländer braucht im Tag also etwa 20 Rubel, d. h. normalerweise 50 Franken. Er kann aber mit dem russischen Honorar eines längeren Artikels gut zehn Tage leben. So kommt es, daß manche Reisende berichten, das Leben in Moskau sei unerhört teuer, andere, es sei billig.

Der offizielle Kurs des Rubels ist 2,50 Franken. Manche Stellen legen aber bereits den gesunkenen Wert von 1,25 Franken zugrunde. Da der Rubel nirgends im Ausland notiert ist, existiert kein objektives Kriterium, wie es der Stand der Wechselkurse in gewisser Hinsicht darstellt. Auf der schwarzen Börse soll er auf 25 Centimes stehen.

Die Frage nach dem Wert des Rubels läßt sich nicht beantworten. Denn er schwankt je nach der Zugehörigkeit des Käufers zu einem bestimmten Ladentypus wie nach der Ware. In Eisenbahnfahrten gerechnet steht der Rubel auf der Goldparität; dasselbe gilt angenähert für Brot und Fleisch, die Hauptnahrung der Russen. In Zigaretten der gangbaren Sorten gerechnet unter Berücksichtigung der Qualitätsminderung höchstens auf 50 Prozent, in Droschkenfahrten etwa auf 20 Prozent, in Aepfeln oder Textilien höchstens auf 10 Prozent.

Wenn man unter Inflation eine Vermehrung der umlaufenden Zahlungsmittel, verglichen mit der Menge der umlaufenden Güter versteht, so sprechen erhebliche Merkmale für ihre Existenz. Nämlich: die trotz aller dafür getriebenen Propaganda geringe Spartätigkeit, die bereits erwähnte nominelle Preissteigerung der Güter im freien Verkehr, der ungeheure Warenhunger, die leichten Verdienstmöglichkeiten, entscheidend endlich die gegenüber früher erheblich gewachsene Kaufkraft der ausländischen Währung. Dagegen spricht die Tatsache, daß das materielle Niveau der Arbeiterschaft gestiegen ist.

Von den uns bekannten Folgen müssen sich die einer russischen Inflation in wesentlichen Punkten unterscheiden. Denn es existiert keine Unternehmerklasse, welche aus dem Nachhinken der Löhne hinter den Preisen insbesondere dadurch gewinnt, daß sie nach dem Ausland in Gold verkauft und die Löhne in Papier bezahlt. Keine Klasse erfährt durch Bezahlung ihrer alten Schulden im nominellen Betrag, aber in entwerteter Währung, ein praktisches Geschenk. Wenn eine Inflation existiert, so bedeutet sie hierdurch vor allem inerhalb des landwirtschaftlichen Sektors herbeigeführte Lohnsenkung, daß die staatliche Industrie mehr bauen kann, und daß der Staat

226

Volksre

Schw

Zürich

Samstag, den 2. April 1932.

— die Arbeiter und Angestellten lassen sie in Not u

Moskau 1932 — Reise

Von E. J. Gumbel, Ber

III.

Das Verschwinden der Arbeitslosigkeit wirkt auf jeden europäischen Besucher wie ein Wunder; denn sie ist heute zum zentralen Problem unserer Wirtschaft geworden. Diesen Vorgang haben aber während bestimmten Zeiten auch kapitalistische Länder gekannt. In der Vorkriegszeit war die Arbeitslosigkeit überall relativ gering. Auch während der Inflation hat diese Frage bei uns nicht existiert.

Ueberall und zu allen Zeiten war die Entfaltung der Produktivkräfte und speziell die Ausrüstung der Volkswirtschaft mit neuen Maschinen zunächst mit einer Verlängerung der gesellschaftlichen Arbeitszeit verbunden, sei es individuell, sei es durch Mehreinstellung von Arbeitern. So ist auch in Rußland das Verschwinden der Arbeitslosigkeit auf den gleichen äußeren Anstoß zurückzuführen. Allerdings spielt sich dieser Vorgang dort unter bisher einzigartigen Bedingungen ab. Denn zum erstenmal in der Menschheitsgeschichte wird versucht, eine ganze Volkswirtschaft rationell zu bauen. Schon weil Rußland das letzte große Land ist, das bisher industrialisiert wurde, weil es von den Erfahrungen aller Länder profitieren und viele der Fehlinvestitionen vermeiden kann, die in andern Ländern gemacht werden mußten, ist sein Entwicklungstempo heute größer als jedes bisher bekannte. So gleichen die industriellen Gebiete einer einzigen großen Baustelle.

Licht wie Schatten existieren im kapitalistischen Europa wie in der Sowjet-Union. Aber sie sind ganz verschieden verteilt. Europa steht kulturell-technisch auf einem relativ hohen Niveau, Rußland auf einem tiefen. Wir ersticken an der Ueberproduktion, Rußland hat Warenmangel. Bei uns findet das Angebot keine zahlkräftige Nachfrage, in Rußland überschreitet die zahlkräftige Nachfrage jedes Angebot. Wir schränken die Produktion ein, Rußland dehnt sie aus. Hier Ueberfluß, dort Mangel an Fachleuten. Bei uns rosten die Maschinen, dort zerbrechen sie vor Ueberlastung. Bei uns zerstören überfeinerte Maschinen das Leben der Menschen, dort ruinieren grobe Menschen die feinen Maschinen. Wir sehen in der Technik den Fluch, Rußland den Weg in ein Paradies. Wir versuchen, die Industriearbeiter in Kleinbauern zu verwandeln, dort wandert die Bauernschaft in die Industrie. Wir ersticken in der Bildung, haben Angst vor mehr Kenntnissen und warnen vor dem Besuch der Hochschulen, dort erwachen Millio-

nen aus dem Du
ben zur Bildun
land baut sie au
talismus zur He
Industrialisierung
worden.

Man könnte
sozialen Ziel des
ein solcher Forts
mit reichen Boden
nur zurückgeblieb
mit Hilfe einer
völkerung heraus
der Entwicklung
einer Inflation
hat — und zwar
lassen. Ferner e
bliebene und für
Agrarländer mit
auch nur die ge
spezifisch russische
dingungen, auch
wendig sind, noch
Neue ist der Pl
Sozialismus zu b

Es ist eine se
sischen Probleme
berichtet am beste
tiefstehenden Wirk
bauten Plan. Der
zweite wird die
gen. Diese Betrac
bleme und hierdur
Vor allem untersch
ren, vollkommen
land keine Vorbild
Raum für möglich
es zu wollen En

Die Pharaonen
amerikanischen In
Bolschewisten die
deutschen Kapitalis
relativ zur Größe
apparat der Welt
wiederholen, so ist
daß sie abgesehen
ausländischen Kredi
stung. Aber so gro

seine inneren Schulden auf Kosten der Zeichner, also der Arbeiter und Angestellten, teilweise abstößt.

Die Gefahr, daß eine Inflation zur Auspowerung der Arbeiterschaft zugunsten einer Kapitalistenklasse führe, existiert also nicht. Im Gegenteil, eine Reihe von Maßnahmen, insbesondere die Diskriminierung der Preise nach dem sozialen Stand, können, wenn man die Inflation als materiell gegeben ansieht, als Versuche gedeutet werden, um ihre Lasten von der Industriearbeiterschaft auf die anderen Teile der Bevölkerung, also Angestellte, Bauern und die kümmerlichen Reste der Bourgeoisie, abzuwälzen.

Man kann aber aus diesen Tatsachen nicht folgern, daß eine Inflation dort gefahrlos sei. Denn sie bedroht das kostbarste Gut der russischen Wirtschaft, den Plangedanken. Da der Abrechnungsverkehr im Inland in Rubeln vor sich geht, kann eine Erfüllung der Planvorschriften inbezug auf den Wert der Produktion unter Umständen völlig bedeutungslos werden, da der Wert der verkauften Waren unterhalb der Kosten liegen kann. Zudem bedeutet eine Inflation, daß die Herrschaft über die Preise aufhört, daß die verdrängten Sonderinteressen der einzelnen Betriebe wieder auferstehen, daß ein Teil der nationalen Produktion trotz aller Kollektivisierungen wieder den Weg in eine neue privatwirtschaftliche Sphäre, den Schleichhandel, nimmt.

Die materielle Frage nach der Existenz, dem Umfang und Tempo der Inflation läßt sich natürlich nach dem Eindruck eines kurzen Aufenthaltes nicht beantworten. Eine innerwirtschaftliche Krise in unserm Sinn, also Arbeitslosigkeit und Fall der Produktion, besteht absolut nicht. Infolge der gesteigerten Akkumulation wächst vielmehr der Beschäftigungsgrad. Aber die Weltkrise hat auch Rußland in ihren Bann gezogen. Denn der Preisfall der landwirtschaftlichen Produkte auf dem Weltmarkt bedeutet, daß Rußland mehr ausführen muß, um die gleiche Zahl von Maschinen einzuführen. Dies wäre bedeutungslos, wenn die russische Produktion der für die Ausfuhr geeigneten Waren schneller wachsen würde, als ihre Weltmarktpreise und damit die Absatzfähigkeit sinkt, was augenscheinlich nicht der Fall ist. Das Sinken der Weltmarktpreise zwingt zu erhöhter Ausfuhr, die ihrerseits die Preise senkt. So entsteht als Folge der Weltkrise eine Knappheit an allen Waren, die zur Ausfuhr geignet sind.

Neben diesem Valutaproblem und der Aufgabe der Behebung des Waren- und Wohnungsmangels ist das wichtigste Problem der nächsten Zukunft die Verbesserung der Qualität der Produktion. Denn vielfach bedeutet die mengenmäßige Erfüllung der Planvorschriften ein Ausweichen nach der Qualität. Hierdurch wird die Lebensdauer der Maschinen und die kommende Wirtschaft bedroht. Großes ist bereits in der Bekämpfung der Schlamperei erreicht. Im täglichen Leben spürt man, daß die Korrektheit zugenommen hat. Aber Ungeheures muß noch geleistet werden, um das technische Niveau der Arbeiter zu heben, damit die neuen Maschinen ebensoviel produzieren wie in Europa; damit die Produkte ebenso lang halten. Heute ruinieren die neuen Lastkraftwagen die Straßen und die Straßen die Autos. Denn man kann mit dem Bau der Autos nicht so lange warten, bis die Straßen gut sind. Die Traktoren müssen gebaut werden, obwohl die Traktorenführer noch nicht in genügender Anzahl existieren. So wird das Problem der Verbesserung der Qualität der Produktion zu einem Erziehungsproblem, das sich wiederum aus Mangel an bereits qualifizierten Arbeitern, Instrukteuren und Spezialisten stößt. Die Heranziehung von ausländischen Spezialisten ist durch den Valutamangel und das absolute Fehlen von Wohnräumen gefährdet.

Volkswirtschaft.

5 Prozent Dividende. ag. Der Verwaltungsrat der Aktiengesellschaft der Eisen- und Stahlwerke vormals Georg Fischer, Schaffhausen, wird der Generalversammlung beantragen, eine Dividende von 5 Prozent (Vorjahr 10 Prozent) auszurichten, für Ab-

226

Volksrecht

Nr. 77. 35. Jahrgang.

Zürich

Samstag, den 2. April 1932.

Schw… …ndern aus

— die Arbeiter und Angestellten lassen sie in Not und Elend zurück.

Moskau 1932 — Reiseeindrücke.

Von E. J. Gumbel, Berlin.

III.

Das Verschwinden der Arbeitslosigkeit wirkt auf jeden europäischen Besucher wie ein Wunder; denn sie ist heute zum zentralen Problem unserer Wirtschaft geworden. Diesen Vorgang haben aber während bestimmten Zeiten auch kapitalistische Länder gekannt. In der Vorkriegszeit war die Arbeitslosigkeit überall relativ gering. Auch während der Inflation hat diese Frage bei uns nicht existiert.

Ueberall und zu allen Zeiten war die Entfaltung der Produktivkräfte und speziell die Ausrüstung der Volkswirtschaft mit neuen Maschinen zunächst mit einer Verlängerung der gesellschaftlichen Arbeitszeit verbunden, sei es individuell, sei es durch Mehreinstellung von Arbeitern. So ist auch in Rußland das Verschwinden der Arbeitslosigkeit auf den gleichen äußeren Anstoß zurückzuführen. Allerdings spielt sich dieser Vorgang dort unter bisher einzigartigen Bedingungen ab. Denn zum erstenmal in der Menschheitsgeschichte wird versucht, eine ganze Volkswirtschaft rationell zu bauen. Schon weil Rußland das letzte große Land ist, das bisher industrialisiert wurde, weil es von den Erfahrungen aller Länder profitieren und viele der Fehlinvestitionen vermeiden kann, die in andern Ländern gemacht werden mußten, ist sein Entwicklungstempo heute größer als jedes bisher bekannte. So gleichen die industriellen Gebiete einer einzigen großen Baustelle.

Licht wie Schatten existieren im kapitalistischen Europa wie in der Sowjet-Union. Aber sie sind ganz verschieden verteilt. Europa steht kulturell-technisch auf einem relativ hohen Niveau, Rußland auf einem tiefen. Wir ersticken an der Ueberproduktion, Rußland hat Warenmangel. Bei uns findet das Angebot keine zahlkräftige Nachfrage, in Rußland überschreitet die zahlkräftige Nachfrage jedes Angebot. Wir schränken die Produktion ein, Rußland dehnt sie aus. Hier Ueberfluß, dort Mangel an Fachleuten. Bei uns rosten die Maschinen, dort zerbrechen sie vor Ueberlastung. Bei uns zerstören überfeinerte Maschinen das Leben der Menschen, dort ruinieren grobe Menschen die feinen Maschinen. Wir sehen in der Technik den Fluch, Rußland den Weg in ein Paradies. Wir versuchen, die Industriearbeiter in Kleinbauern zu verwandeln, dort wandert die Bauernschaft in die Industrie. Wir ersticken in der Bildung, haben Angst vor mehr Kenntnissen und warnen vor dem Besuch der Hochschulen, dort erwachen Millionen aus dem Dunkel des Analphabetismus und streben zur Bildung. Wir schließen die Schulen, Rußland baut sie auf. Nach allen Kriterien ist der Kapitalismus zur Hemmung der Produktion, die russische Industrialisierung zum Hebel des Fortschritts geworden.

Man könnte einwenden, daß alles dieses mit dem sozialen Ziel des Landes nichts zu tun hat und daß ein solcher Fortschritt bei jedem großen Agrarland mit reichen Bodenschätzen eintreten würde, wenn es nur zurückgeblieben, potentiell reich genug sei und mit Hilfe einer Inflation das letzte aus seiner Bevölkerung heraushole. Aber ein solcher Unterschied in der Entwicklung kann zunächst nicht nur die Folge einer Inflation sein, denn beinahe die ganze Welt hat — und zwar vergeblich — den Goldstandard verlassen. Ferner existieren genügend große zurückgebliebene und für den technischen Fortschritt geeignete Agrarländer mit Inflation. Und nirgends sehen wir auch nur die geringsten Anzeichen für dieses heute spezifisch russische Werden. Es muß also zu diesen Bedingungen, auch soweit sie für diese Entwicklung notwendig sind, noch etwas Neues hinzukommen. Dieses Neue ist der P l a n g e d a n k e, der Versuch, den Sozialismus zu bauen.

Es ist eine sehr gangbare Darstellung, die russischen Probleme seien somit im Prinzip gelöst. Man berichtet am besten überhaupt nicht mehr von der tiefstehenden Wirklichkeit, sondern nur vom hochgebauten Plan. Der erste Fünfjahresplan ist erfüllt, der zweite wird die Vollendung des Sozialismus bringen. Diese Betrachtungsweise unterschätzt die Probleme und hierdurch auch das Maß des Geleisteten. Vor allem unterschätzt sie die kommenden, ungeheuren, vollkommen neuen Aufgaben, bei denen Rußland keine Vorbilder haben wird. Sie läßt keinen Raum für mögliche Rückschläge und bereitet so, ohne es zu wollen E n t t ä u s c h u n g e n vor.

Die Pharaonen haben die Pyramiden gebaut, die amerikanischen Ingenieure den Panamakanal, die Bolschewisten die neue russische Industrie. Auch die deutschen Kapitalisten haben in der Inflation den relativ zur Größe des Landes größten Produktionsapparat der Welt geschaffen. Wenn die Russen dies wiederholen, so ist auch dies angesichts der Tatsache, daß sie abgesehen von kurzfristigen Wechseln keine ausländischen Kredite hatten, eine ungeheure Leistung. Aber so groß dies Werk ist, **der Aufbau des Sozialismus ist kein technisches, sondern ein soziales Problem.** Entscheidend ist, ob es gelingt, die kommenden Pläne richtig zu proportionieren, so daß keine nennenswerten Fehlinvestitionen gemacht werden und die Fortdauer der Massenbeschäftigung verbürgt ist, ob es gelingt, das Niveau der Arbeiterschaft derart zu heben, daß die Industrie fähig ist, ihre Produkte im Lande abzusetzen, daß **die Menschen von Sklaven zu Herren der Maschinen werden.**

Es ist ungeheuer leicht, die russischen Zustände von heute schwarz in schwarz zu malen. Man vergleicht sie einfach mit den westeuropäischen Arbeiterverhältnissen, wie sie in der Hochkonjunktur existieren können und nach dem Wunschbild des Schreibenden existieren. Aber dieser Maßstab ist grundfalsch. Wer ihn wählt, beweist nur, daß er keine Ahnung hat, wie der deutsche Arbeiter heute lebt.

Wer sich darauf beschränkt, die ungeheuren Opfer aufzuzählen, die das geduldige und weiche russische Volk erträgt, kann mit vollendeter Wahrheit ein Bild in dunkelsten Schatten entwerfen. Und doch ist dieses Bild falsch, weil darin die Tatsache fehlt, daß die Arbeiterschaft in den kapitalistischen Ländern seit Jahren Lasten trägt, die den Vergleich mit den russischen bald aufnehmen können. Die historisch gegebenen Schranken verschieben sich. Vor Jahren stand die höchstbezahlte russische Arbeiterschicht noch weit unter der niedrigst bezahlten deutschen. Heute erhebt sich langsam die oberste Schicht der russischen Arbeiter über die unterste Schicht der deutschen. Aber ein solcher echter Vergleich von Land zu Land kann nicht durchgeführt werden, und er ist auch nicht beweiskräftig, da im Bewußtsein der Menschen doch nur die eigene frühere Klassenlage und nicht die in andern Ländern lebt. Als Kriterium der Güte eines Systems können die historisch gewordenen Zustände insofern nicht verwendet werden, als sie ja auch von allen früheren Bedingungen abhängen, für welche die jetzige Herrschaft nicht verantwortlich gemacht werden kann.

So kann das Kriterium des Vergleichs nicht der Zustand, sondern nur seine E n t w i c k l u n g s r i c h t u n g sein. Von hier aus gesehen, erhalten wir eine deutliche Antwort: in Rußland geht es der Arbeiterschaft wesentlich besser, in Deutschland wesentlich schlechter als früher. Hinzu kommt eine entscheidende soziale Tatsache. Die russische Arbeiterschaft trägt die Lasten für sich. Sie weiß, daß jede Entbehrung von heute ein Verzicht zugunsten künftiger Genüsse, ein echtes Sparen ist. Aus dem Schweiß, dem Blut und den Tränen von heute wachsen die Fabriken, die ihr gehören, die ihr morgen Güter liefern werden; Güter, nicht Waren zur Bereicherung einer der Arbeiterschaft fremden Schicht. Die Arbeiterschaft in Deutschland aber entbehrt, damit morgen anderer Leute Werke blühen.

Der Pionier des Arbeiterschutzes.

Bern, 31. März. ag. — Am 1. April d. J. jährte sich zum h u n d e r t s t e n M a l der Geburtstag des bekannten schweiz. F a b r i k i n s p e k t o r s Dr. F r i d o l i n S c h u l e r, der im Jahre 1903 gestorben ist. Ursprünglich Arzt und Fabrikinspektor seines Heimatkantons Glarus war Dr. Schuler seit Inkrafttreten des eidgenössischen Fabrikgesetzes vom 23. März 1877, an dessen Zustandekommen er selbst regen Anteil genommen, während 23 Jahren als eidg. Fabrikinspektor im Dienste des Bundes tätig, in welcher Eigenschaft er nach dem Urteil der Sachverständigen mit hoher Auszeichnung und Sachkunde unserem ersten eidgenössischen Arbeiterschutzgesetz die Wege geebnet, das Verständnis für seine Bestrebungen und Ziele ins Volk getragen und in gleicher Weise das Vertrauen der Arbeitgeber und Arbeiter für diese Sache gewonnen hat.

Moskau 1932.

Reiseeindrücke.

Von E. J. Gumbel.

Vorbemerkung der Redaktion. Rußland liegt im brennenden Interesse der Arbeiter. Und sagen wir es nur: auch der Bourgeoisie, die für Wirtschaftgeschichte, Volks- und Länderentwicklung Verständnis hat. Die Feinde des Sovietstaates malen in ihrem Haß schwarz in schwarz, Rußland ist bei ihnen ein Höllenabgrund; blindgläubige Kommunisten sehen eitel blauen Himmel. Beides ist falsch; wenn eine neue Welt entsteht, geht es nicht ab ohne Untergang, Schmerz und Leid. Um unsern Lesern möglichst authentische Bilder zu verschaffen, haben wir mit Freuden den Reisebericht des Genossen Gumbel angenommen. Wir vermissen darin nur das eine: eine eingehendere Betrachtung über die geistige Verfassung der russischen Arbeiter und Bauern. Fischer läßt in seinen Berichten erkennen, daß sich der neue Mensch, das Kollektivgefühl herausbildet. Auch Gumbel tönt das an, namentlich am Schlusse, einen besondern Artikel über diesen Punkt holt er vielleicht noch nach. Unnötig ist, den Genossen Gumbel, der sich mit seinen Statistiken über den Weltkrieg einen Namen von internationalem Range machte, unsern Lesern noch extra vorzustellen.

I.

Jahrelang wurde uns täglich erzählt, die Bolschewisten können sich nur mehr vier Wochen halten. Beinahe ebenso lange marschierte bei uns in Deutschland die Sozialisierung. Beide Rufe sind verstummt. Der demokratisch-parlamentarische Weg zum Sozialismus hat in eine Sackgasse geführt. Die Arbeiterschaft ist gespalten, ihre Mehrheit konservativ. Die Bourgeoisie scheint sich unter der roten Fahne des Hakenkreuzes zu einigen, ihr entschlossener Flügel ist revolutionär. Unser Leben ist erfüllt mit Ungewißheit für die nächste Zukunft, mit Untergangsstimmung.

Von diesem Hintergrund hebt sich Rußland hell ab. Denn dieses Land beherrscht der frohe Glaube an eine gesicherte, bessere Zukunft.

Aber andere berichten genau das Gegenteil. Dieser Widerspruch in den Nachrichten liegt an objektiven wie subjektiven Faktoren. Zunächst variieren manche äußerlich auffallenden Zustände, wie die Nahrungsmittelversorgung, zeitlich. Ferner existieren große örtliche Unterschiede. Der allgemeine Bestand an Tatsachenwissen über Rußland ist gering. Dann ist, stärker als irgendwo anders, jede Betrachtung hier gefühlsbetont. Das Gros der Rußlandreisenden berichtet nicht über das, was sie gesehen haben, sondern über ihre politischen Wunschbilder, „weil nicht sein kann, was nicht sein darf", oder sein muß, was sein soll. Weil die Bolschewisten sich nicht an die bewährten Regeln der parlamentarischen Demokratie gehalten haben, seufzt das Volk unter der Tyrannei und erwartet den Tag der Freiheit. So die einen. Die andern verkünden uns bereits im Dezember 1931 die fertigen Produktionsstatistiken für das ganze Jahr, setzen Plan für Wirklichkeit und erzählen uns daher, daß in Moskau keine Wohnungsnot herrsche. Beide Auffassungen ersetzen die Realität durch die Willenstendenz.

Nun ist niemand tendenzlos. Jeder gefühlsbetonte Eindruck trifft auf bereits vorhandene Vorstellungen, von denen niemand abstrahieren kann. So kann auch ich nur versprechen, mir Mühe zu geben, über das zu berichten, was ich selbst während drei Wochen in Moskau gesehen habe. Da ich vor sechs Jahren mehrere Monate dort war, glaube ich einen Vergleichsmaßstab zu besitzen.

Wer an Rußland vom bürgerlichen Standpunkt herantritt, dort diejenigen Formen der europäischen Kultur sucht, an der doch die Mehrheit der Bevölkerung auch hier nur einen relativ geringen Anteil hat, wer nach rein ästhetischen Prinzipien urteilt und für Kulturwerte nur das hält, was innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft verwirklicht werden kann, muß dieses Land verdammen. Und mit Recht, denn all dies existiert dort nicht und soll gar nicht existieren. Es ist das Evangelium der Armut und der Arbeit, das hier verkündet wird. Wie die katholische, so verlangt auch die kommunistische Lehre Entsagung und Gehorsam. Da dieses Land ein Staat der Arbeiter sein will, darf es nur von diesem Standpunkt aus betrachtet werden.

Jeder auch nur einigermaßen günstige Bericht aus Rußland begegnet dem Einwand: „Sie haben sich das eben zeigen lassen". Demgegenüber möchte ich betonen, daß ich die Sprache verstehe, daß mir nichts, gar nichts „gezeigt" wurde, daß ich als niemandes Gast von der ersten Minute an mein freier Herr war, Moskau durchstreifte und mit alten Bekannten sprach. Ich sah nur, was jedermann sehen konnte, habe an keiner Schau teilgenommen und bin weder zu Lob noch beredtem Schweigen verpflichtet.

Das Bild der Stadt hat sich wesentlich gebessert. Vor sechs Jahren Arbeitslosigkeit, in ihrem Gefolge die gewohnten zerlumpten Bettler vor den Kirchen und an den Straßenecken, die der Stadt ein orientalisches Gepräge gaben. Heute ist die Zahl der Bettler geringer als in Berlin in der besten Zeit. Die Straßen sind sauberer, besser gepflastert; die Zahl der Betrunkenen hat abgenommen. Die Straßenhändler mit den Bauchläden sind seltener geworden. Heizung und Beleuchtung in den Häusern funktionieren tadellos. Die Straßen sind nachts hell beleuchtet. Vor Jahren das drängende Problem der verwahrlosten Kinder, von denen noch heute in Europa eine ganze Literatur lebt. Von diesen Haufen ist nichts mehr zu sehen. Gegenüber den geradezu infamen Verdächtigungen, die man über das Verbleiben dieser Kinder in Europa ausstreut, möchte ich keinen Zweifel darüber lassen, daß sie als Personen heute noch leben, aber als Schicht von der Industrie aufgesogen worden sind.

Vor Jahren beherrschte die private Pferdedroschke die Straße. Heute sausen zahlreiche Dienstautomobile, daneben mächtige Lastautos, zum Teil bereits im Land montiert, durch Moskau; Autobusse und Taxis, deren Zahl allerdings noch viel zu gering ist, geben der Stadt ein europäisches Aussehen. Die Pferdedroschke, mit der man wie im Orient zunächst über den Preis verhandeln muß, stellt den kärglichen Rest einer freien Wirtschaft dar. Die Verkehrsregelung ist gut, der Polizist auf der Straße korrekt. Geblieben ist die fürchterliche Ueberlastung der Trambahn in den Hauptverkehrszeiten. Ein Europäer wird sie normalerweise überhaupt nicht benutzen. Auch das Aussehen der Menschen hat sich gehoben: mehr Hemden, mehr Kragen, bessere Stiefel.

Schlimmer geworden ist die Wohnungsnot. Moskau hat heute an die 3 Millionen Einwohner. Es wird gebaut, neue Viertel sind entstanden. Gegenüber vom Kreml steht der erste Wolkenkratzer mit fünfzehn Stockwerken, das „Haus der Regierung", das mit allen technischen Schikanen der Neuzeit ausgestattet ist. Aber die Menschen vermehren sich weit rascher als die Häuser, vor allem durch Zuzug vom Land. Noch rascher wachsen die Bureauräume. Als Normalfall gilt ein Zimmer pro Familie. Auch die neugebauten Wohnungen sind für unsere Begriffe bereits überlastet. Die Mieten sind niedrig, nach dem Einkommen und dem Stand abgestuft, so daß der Arbeiter weniger zahlt als der Angestellte.

Zentral für die Betrachtung Rußlands ist die Tatsache, daß es so gut wie keinen privaten Unternehmer und keine besitzende Klasse mehr gibt. Die Produktionsmittel sind im Besitz der Allgemeinheit. Man sieht in Moskau fast keine privaten Läden, keine privaten Betriebe. Dieser Beweis, daß eine Produktion ohne den Motor des Privatprofits möglich ist, ist eine ungeheure Leistung. Der Reichtum ist verschwunden. Wohl gibt es große Einkommensunterschiede, aber großes Einkommen gibt keine Macht. Es diskreditiert den Glücklichen. Auch der Unterschied von oben und unten ist geblieben, doch haben seine Träger gewechselt. Die herrschende Schicht ist persönlich arm, aber mit unerhörter Machtfülle ausgestattet. Diese Macht kann mißbraucht werden, auch zum persönlichen Wohlleben, aber diese Fälle sind nicht häufig.

Berner Tagwacht
Offizielles Publikationsorgan der sozialdemokratischen Partei der Schweiz.
1. April — 40. Jahrgang (45. Jahrgang des Schweizer Sozialdemokrat). — 1932.
Vogel, E. Stüttler (verantwortlich: H. Vogel). — Telephonanschlüsse (Bollwerk): Redaktion 3844, Administration 3010. — Druck und Verlag der Un

Berner Tagwacht

Samstag den 2. April 1932

Moskau 1932.

Reiseeindrücke.

Von E. J. Gumbel.

II.

Die Frage, wie hoch stehen die Löhne, läßt sich nicht eindeutig beantworten. Zunächst weisen die Löhne in verschiedenen Stellungen große Unterschiede auf. Diese Differenzierung verschärft sich. Die Forderung der Egalisierung gilt als kleinbürgerlich.

Dann existiert unser Begriff des einheitlichen Preises nicht. An seine Stelle treten mindestens fünferlei Preise. Die Mehrzahl der zur baren Lebenshaltung benötigten Waren ist rationiert. Sie werden in bestimmten Läden zu relativ billigen Preisen abgegeben. Dem Käufer ist ein bestimmter Laden vorgeschrieben (sog. geschlossene Verteilung). Innerhalb dieser Läden, welche im Besitz verschiedener Konsumvereine sind, existieren wieder Qualitäts-, Quantitäts- und damit Preisunterschiede. Die Mehrzahl aller Läden gehört zu diesem geschlossenen Typus.

Einen Spezialfall der geschlossenen Verteilung stellen die beiden in Moskau für ausländische Arbeiter und Spezialisten reservierten Läden dar. Hier finden sich weit bessere Qualitäten und viel größere Auswahl als in den für die Einheimischen bestimmten Läden. Die größeren Mengen, die zur Verfügung stehen, bewirken, daß es hier keine „Schlangen" gibt. Normalerweise wird der Ausländer nicht einmal die rationierte Menge aufbrauchen.

Neben diesen beiden geschlossenen Arten existieren die ebenfalls staatlichen Betrieben gehörigen, sogenannten kommerziellen, offenen Läden, in denen zu höheren Preisen in besserer Qualität und ohne Marken verkauft wird.

Die drei genannten Kategorien stellen verschiedene Abstufungen in der Kaufkraft des Rubels dar. Von ihnen heben sich sehr deutlich zwei weitere dadurch ab, daß sie den Goldrubel als Standard erheben. Es sind die Valutaläden und der freie Markt. In den Valutaläden (in Moskau existieren mehrere) sind die Preise in Rubeln festgesetzt, müssen aber in ausländischer Währung oder in Gold gezahlt werden. Sie entsprechen angenähert dem europäischen Niveau. Durch diese Läden will die Regierung die im Lande vorhandene ausländische Valuta, die dringend benötigt wird und deren Besitz nicht ganz legal ist, erfassen. Endlich gibt es einige Marktplätze mit sehr hohen Preisen.

Die Vergleichbarkeit der Preise zwischen diesen fünf verschiedenen Märkten ist dadurch erschwert, daß in jedem andere Waren verkauft werden. Eine Zigarettensorte aus der „geschlossenen Verteilung" existiert im kommerziellen Magazin nicht, und der Goldladen führt wieder eine andere Sorte. Der Ausländer kann gegen Valuta Waren kaufen, die dem Russen unerreichbar sind.

Eine neue Literatur, die nur mit Ganghofer verglichen werden kann, stellt Moskau als eine Stadt ständiger Hochstimmung dar. Die Emigranten erzählen uns von ständigem Hunger. Natürlich kennt Moskau den Alltag und seine grauen Sorgen, die Wohnungsnot, die Anstrengung einer Trambahnfahrt und das Schlangenstehen nach Butter. Einige Einheimische erzählten mir, was es alles nicht gäbe. Ein Gang ins Warenhaus genügte — es war alles da. Manches freilich zu teuer, anderes nicht in der gewünschten Qualität, vieles im Stile Kyritz an der Knatter, Jahrgang 1895. Auch der Einheimische, für den die Ausländer- und Valutaläden verschlossen sind, hat die Möglichkeit, so ziemlich alle Gegenstände des täglichen Bedarfs zu kaufen. Aber die Tatsache, daß manchmal solche Dinge für kurze Zeit fehlen, andere relativ unnötige Dinge vorhanden sind, erzeugt die übliche Hamsterei, die ihrerseits wieder, zusammen mit kurzfristigen Transportschwierigkeiten, den Mangel schafft. Vielfach wandert das unnötig Gekaufte auf den freien Markt, wo es zu bedeutend höheren Preisen wieder verkauft wird. Ueberall bleibt das Warenangebot hinter der gestiegenen Kaufkraft der Arbeiter zurück.

Die Kalenderwoche ist abgeschafft. An ihre Stelle trat ursprünglich die Viertagewoche mit durchlaufender Arbeit, also ohne allgemeinen Ruhetag. Die Belegschaft der Betriebe wechselte daher dauernd. Dies führte zu Schwierigkeiten in der Zuständigkeit und Verantwortlichkeit einzelner Arbeiten. Daher wurde die Fünftagewoche eingeführt, bei der jeder sechste Tag als allgemeiner Sonntag gilt. Dafür sind sämtliche kirchlichen Feiertage abgeschafft.

Auch für die Intellektuellen existiert keine Arbeitslosigkeit. Charakteristisch ist vielmehr der Mangel an geistigen Arbeitern; daher die fürchterliche Ueberlastung und Ueberanstrengung der Intellektuellen. Die Gehälter sind niedrig. Ein Universitätsprofessor erhält pro Unterrichtsstunde etwa 10 Rubel. Er wird also vielleicht 40 bis 60 Stunden im Monat geben. Um dies zu ermöglichen, wird er mehrere Stellen kumulieren, was leicht zu erreichen ist. Da aber niemand tatsächlich zwei bis drei Stellen vollständig ausfüllen kann, führt dies natürlich zu dienstlichen Schwierigkeiten.

Im Gegensatz zu den Gehältern sind die Schriftstellerhonorare sehr hoch. Es gibt keine geistige Arbeit, die nicht bezahlt wird, ausgenommen die Arbeit für die Partei. Ein Parteiloser kann schon aus diesem Grunde viel mehr Geld verdienen als ein Kommunist. Im allgemeinen kann ein Wissenschaftler materiell gut auskommen. Nur fehlt ihm normalerweise die Zeit zur eigentlich wissenschaftlichen Arbeit. Häufig macht dem Gelehrten auch die Notwendigkeit des theoretischen Einhaltens der politischen Linie und die rechtzeitige Umstellung auf einen neuen Kurs das Leben sauer.

Wer als Ausländer im Hotel lebt, wird für ein sauberes Hotelzimmer mit elektrischem Licht und laufendem warmem Wasser pro Tag etwa 8 bis 12 Rubel, für Frühstück etwa 1 bis 2 Rubel, für ein reichliches Essen etwa 4 bis 5 Rubel ausgeben. Das Essen ist gut, ziemlich sauber, aber nicht ganz nach europäischem Geschmack, da das Fleisch zu stark vertreten ist. Dasselbe Essen kostet in einem Klub 1 bis 2 Rubel. Ein Ausländer braucht im Tag also etwa 20 Rubel, d. h. normalerweise 40 Mark. Er kann aber mit dem russischen Honorar eines längeren Artikels gut zehn Tage leben. So kommt es, daß manche Reisende berichten, das Leben in Moskau sei unerhört teuer, andere, es sei billig.

Der offizielle Kurs des Rubels ist 2 Mark. Manche Stellen legen aber bereits den gesunkenen Wert von 1 Mark zugrunde. Da der Rubel nirgends im Ausland notiert ist, existiert kein objektives Kriterium, wie es der Stand der Wechselkurse in gewisser Hinsicht darstellt. Auf der schwarzen Börse soll er auf 25 Rappen stehen.

Die Frage nach dem Wert des Rubels läßt sich nicht beantworten. Denn er schwankt je nach der Zugehörigkeit des Käufers zu einem bestimmten Ladentypus, wie nach der Ware. In Eisenbahnfahrten gerechnet steht der Rubel auf der Goldparität; dasselbe gilt angenähert für Brot und Fleisch, die Hauptnahrung der Russen. In Zigaretten der gangbaren Sorten, gerechnet unter Berücksichtigung der Qualitätsminderung, höchstens auf 50 Prozent, in Droschkenfahrten etwa auf 20 Prozent, in Aepfeln oder Textilien höchstens auf 10 Prozent.

Berner Tagwacht

4. April | 40. Jahrgang (45. Jahrgang des Schweizer Sozialdemokrat). | 1932.

in französischer Sprache allen anwesenden Genossen und Freunden Turatis und schilderte dann in italienischer Sprache das Leben des Verstorbenen und seine Verdienste um die internationale Arbeiterbewegung.

Um halb 6 Uhr war die eindrucksvolle Trauerfeier zu Ende. Anschließend wurde die Asche der inzwischen kremierten Leiche Filippo Turatis in einer Urne der Halle des Krematoriums im Père Lachaise beigesetzt.

Moskau 1932.

Reiseeindrücke.

Von E. J. Gumbel.

III.

Wenn man unter Inflation eine Vermehrung der umlaufenden Zahlungsmittel, verglichen mit der Menge der umlaufenden Güter versteht, so sprechen erhebliche Merkmale für ihre Existenz. Nämlich: die trotz aller dafür getriebenen Propaganda geringe Spartätigkeit, die bereits erwähnte nominelle Preissteigerung der Güter im freien Verkehr, der ungeheure Warenhunger, die leichten Verdienstmöglichkeiten, entscheidend endlich die gegenüber früher erheblich gewachsene Kaufkraft der ausländischen Währung. Dagegen spricht die Tatsache, daß das materielle Niveau der Arbeiterschaft gestiegen ist.

Von den uns bekannten Folgen müssen sich die einer russischen Inflation in wesentlichen Punkten unterscheiden. Denn es existiert keine Unternehmerklasse, welche aus dem Nachsinken der Löhne hinter den Preisen insbesondere dadurch gewinnt, daß sie nach dem Ausland in Gold verkauft und die Löhne in Papier bezahlt. Keine Klasse erfährt durch Bezahlung ihrer alten Schulden im nominellen Betrag, aber in entwerteter Währung, ein praktisches Geschenk. Wenn eine Inflation existiert, so bedeutet die hierdurch vor allem innerhalb des landwirtschaftlichen Sektors herbeigeführte Lohnsenkung, daß die staatliche Industrie mehr bauen kann, und daß der Staat seine inneren Schulden auf Kosten der Zeichner, also der Arbeiter und Angestellten, teilweise abstößt.

Die Gefahr, daß eine Inflation zur Auspowerung der Arbeiterschaft zugunsten einer Kapitalistenklasse führe, existiert also nicht. Im Gegenteil, eine Reihe von Maßnahmen, insbesondere die Diskriminierung der Preise nach dem sozialen Stand, können, wenn man die Inflation als materiell gegeben ansieht, als Versuche gedeutet werden, um ihre Lasten von der Industriearbeiterschaft auf die anderen Teile der Bevölkerung, also Angestellte, Bauern und die kümmerlichen Reste der Bourgeoisie, abzuwälzen.

Man kann aber aus diesen Tatsachen nicht folgern, daß eine Inflation dort gefahrlos sei. Denn sie bedroht das kostbarste Gut der russischen Wirtschaft, den Plangedanken. Da der Abrechnungsverkehr im Inland in Rubeln vor sich geht, kann eine Erfüllung der Planvorschriften in bezug auf den Wert der Produktion unter Umständen völlig bedeutungslos werden, da der Wert der verkauften Waren unterhalb der Kosten liegen kann. Zudem bedeutet eine Inflation, daß die Herrschaft über die Preise aufhört, daß die verdrängten Sonderinteressen der einzelnen Betriebe wieder auferstehen, daß ein Teil der nationalen Produktion trotz aller Kollektivisierungen wieder den Weg in eine neue privatwirtschaftliche Sphäre, den Schleichhandel, nimmt.

Die materielle Frage nach der Existenz, dem Umfang und Tempo der Inflation läßt sich natürlich nach dem Eindruck eines kurzen Aufenthaltes nicht beantworten. Eine innerwirtschaftliche Krise in unserm Sinn, also Arbeitslosigkeit und Fall der Produktion, besteht absolut nicht. Infolge der gesteigerten Akkumulation wächst vielmehr der Beschäftigungsgrad. Aber die Weltkrise hat auch Rußland in ihren Bann gezogen. Denn der Preisfall der landwirtschaftlichen Produkte auf dem Weltmarkt bedeutet, daß Rußland mehr ausführen muß, um die gleiche Zahl von Maschinen einzuführen. Dies wäre bedeutungslos, wenn die russische Produktion der für die Ausfuhr geeigneten Waren schneller wachsen würde, als ihre Weltmarktpreise und damit die Absatzfähigkeit sinkt, was augenscheinlich nicht der Fall ist. Das Sinken der Weltmarktpreise zwingt zu erhöhter Ausfuhr, die ihrerseits die Preise senkt. So entsteht als Folge der Weltkrise eine Knappheit an allen Waren, die zur Ausfuhr geeignet sind.

Neben diesem Valutaproblem und der Aufgabe der Behebung des Waren- und Wohnungsmangels ist das wichtigste Problem der nächsten Zukunft die Verbesserung der Qualität der Produktion. Denn vielfach bedeutet die mengenmäßige Erfüllung der Planvorschriften ein Ausweichen nach der Qualität. Hierdurch wird die Lebensdauer der Maschinen und die kommende Wirtschaft bedroht. Großes ist bereits in der Bekämpfung der Schlamperei erreicht. Im täglichen Leben spürt man, daß die Korrektheit zugenommen hat. Aber Ungeheures muß noch geleistet werden, um das technische Niveau der Arbeiter zu heben, damit die neuen Maschinen ebenso viel produzieren wie in Europa; damit die Produkte ebenso gut sind und vor allem ebenso lang halten. Heute ruinieren die neuen Lastkraftwagen die Straßen und die Straßen die Autos. Denn man kann mit dem Bau der Autos nicht so lange warten, bis die Straßen gut sind. Die Traktoren müssen gebaut werden, obwohl die Traktorführer noch nicht in genügender Anzahl existieren. So wird das Problem der Verbesserung der Qualität der Produktion zu einem Erziehungsproblem, das sich wiederum am Mangel an bereits qualifizierten Arbeitern, Instrukteuren und Spezialisten stößt. Die Heranziehung von ausländischen Spezialisten ist durch den Valutamangel und das absolute Fehlen von Wohnräumen gefährdet.

Das Verschwinden der Arbeitslosigkeit wirkt auf jeden europäischen Besucher wie ein Wunder; denn sie ist heute zum zentralen Problem unserer Wirtschaft geworden. Diesen Vorgang haben aber während bestimmten Zeiten auch kapitalistische Länder gekannt. In der Vorkriegszeit war die Arbeitslosigkeit überall relativ gering. Auch während der Inflation hat diese Frage bei uns nicht existiert.

Ueberall und zu allen Zeiten war die Entfaltung der Produktivkräfte und speziell der Ausrüstung der Volkswirtschaft mit neuen Maschinen zunächst mit einer Verlängerung der gesellschaftlichen Arbeitszeit verbunden, sei es individuell, sei es durch Mehreinstellung von Arbeitern. So ist auch in Rußland das Verschwinden der Arbeitslosigkeit auf den gleichen äußern Anstoß zurückzuführen. Allerdings spielt sich dieser Vorgang dort unter bisher einzigartigen Bedingungen ab. Denn zum erstenmal in der Menschheitsgeschichte wird versucht, eine ganze Volkswirtschaft rational zu bauen. Schon weil Rußland das letzte große Land ist, das bisher industrialisiert wurde, weil es von den Erfahrungen aller Länder profitieren und viele der Fehlinvestitionen vermeiden kann, die in andern Ländern gemacht werden mußten, ist sein Entwicklungstempo heute größer, als jedes bisher bekannte. So gleichen die industriellen Gebiete einer einzigen großen Baustelle.

1932

Berner Tagwacht

Dienstag den 5. April

Moskau 1932.

Reiseeindrücke.

Von E. J. Gumbel.

IV.

Licht wie Schatten existieren im kapitalistischen Europa wie in der Soviet-Union. Aber sie sind ganz verschieden verteilt. Europa steht kulturell-technisch auf einem relativ hohen Niveau. Rußland auf einem tiefen. Wir ersticken an der Ueberproduktion, Rußland hat Warenmangel. Bei uns findet das Angebot keine zahlkräftige Nachfrage, in Rußland überschreitet die zahlkräftige Nachfrage jedes Angebot. Wir schränken die Produktion ein, Rußland dehnt sie aus. Hier Ueberfluß, dort Mangel an Fachleuten. Bei uns rosten die Maschinen, dort zerbrechen sie vor Ueberlastung. Bei uns zerstören überfeinerte Maschinen das Leben der Menschen, dort ruinieren grobe Menschen die feinen Maschinen. Wir sehen in der Technik den Fluch, Rußland den Weg in ein Paradies. Wir versuchen, die Industriearbeiter in Kleinstbauern zu verwandeln, dort wandert die Bauernschaft in die Industrie. Wir ersticken in der Bildung, haben Angst vor mehr Kenntnissen und warnen vor dem Besuch der Hochschulen, dort erwachen Millionen aus dem Dunkel des Analphabetismus und streben zur Bildung. Wir schließen die Schulen, Rußland baut sie auf. Nach allen Kriterien ist der Kapitalismus zur Hemmung der Produktion, die russische Industrialisierung zum Hebel des Fortschritts geworden.

Man könnte einwenden, daß alles dieses mit dem sozialen Ziel des Landes nichts zu tun hat und daß ein solcher Fortschritt bei jedem großen Agrarland mit reichen Bodenschätzen eintreten würde, wenn es nur zurückgeblieben, potentionell reich genug sei, und mit Hilfe einer Inflation das letzte aus seiner Bevölkerung heraushole. Aber ein solcher Unterschied in der Entwicklung kann zunächst nicht nur die Folge einer Inflation sein, denn beinahe die ganze Welt hat — und zwar vergeblich — den Goldstandard verlassen. Ferner existieren genügend große zurückgebliebene und für den technischen Fortschritt geeignete Agrarländer mit Inflation. Und nirgends sehen wir auch nur die geringsten Anzeichen für dieses heute spezifisch russische Werden. Es muß also zu diesen Bedingungen, auch soweit sie für diese Entwicklung notwendig sind, noch etwas neues hinzukommen. Dieses neue ist der **Plangedanke**, der Versuch, den **Sozialismus** zu bauen.

Es ist eine sehr gangbare Darstellung, die russischen Probleme seien somit im Prinzip gelöst. Man berichtet am besten überhaupt nicht mehr von der tiefstehenden Wirklichkeit, sondern nur vom hochgebauten Plan. Der erste Fünfjahresplan ist erfüllt, der zweite wird die Vollendung des Sozialismus bringen. Diese Betrachtungsweise unterschätzt die Probleme und hierdurch auch das Maß des Geleisteten. Vor allem unterschätzt sie die kommenden ungeheuren, vollkommen neuen Aufgaben, bei denen Rußland keine Vorbilder haben wird. Sie läßt keinen Raum für mögliche Rückschläge und bereitete so, ohne es zu wollen, Enttäuschungen vor.

Die Pharaonen haben die Pyramiden gebaut, die amerikanischen Ingenieure den Panamakanal, die Bolschewisten die neue russische Industrie. Aber auch die deutschen Kapitalisten haben in der Inflation den relativ zur Größe des Landes größten Produktionsapparat der Welt geschaffen. Wenn die Russen dies wiederholen, so ist auch dies angesichts der Tatsache, daß sie, abgesehen von kurzfristigen Wechseln, keine ausländischen Kredite hatten, eine ungeheure Leistung. Aber so groß dies Werk ist, der Aufbau des Sozialismus ist kein technisches, sondern ein soziales Problem. Entscheidend ist, ob es gelingt, die kommenden Pläne richtig zu proportionieren, so daß keine nennenswerten Fehlinvestitionen gemacht werden und die Fortdauer der Massenbeschäftigung verbürgt ist, ob es gelingt, das Niveau der Arbeiterschaft derart zu heben, daß die Industrie fähig ist, ihre Produkte im Lande abzusetzen, daß die Menschen von Sklaven zu Herren der Maschinen werden.

Es ist ungeheuer leicht, die russischen Zustände von heute in Schwarz zu malen. Man vergleicht sie einfach mit denjenigen westeuropäischen Arbeiterverhältnissen, wie sie in der Hochkonjunktur existieren können und nach dem Wunschbild des Schreibenden existieren. Aber dieser Maßstab ist grundfalsch. Wer ihn wählt, beweist nur, daß er keine Ahnung hat, wie der deutsche Arbeiter heute lebt.

Wer sich darauf beschränkt, die ungeheuren Opfer aufzuzählen, die das geduldige und weiche russische Volk erträgt, kann mit vollendeter Wahrheit ein Bild in dunkelsten Schatten entwerfen. Und doch ist dieses Bild falsch, weil darin die Tatsache fehlt, daß die Arbeiterschaft in den kapitalistischen Ländern seit Jahren Lasten trägt, die den Vergleich mit den russischen bald aufnehmen können. Die historisch gegebenen Schranken verschieben sich. Vor Jahren stand die höchstbezahlte russische Arbeiterschicht noch weit unter der niedrigst bezahlten deutschen. Heute erhebt sich langsam die oberste Schicht der russischen Arbeiter über die unterste Schicht der deutschen. Aber ein solcher echter Vergleich von Land zu Land kann nicht durchgeführt werden, und er ist auch nicht beweiskräftig, da im Bewußtsein der Menschen doch nur die eigene frühere Klassenlage und nicht die an andern Ländern lebt. Als Kriterium der Güte eines Systems können die historisch gewordenen Zustände insofern nicht verwendet werden, als sie ja auch von allen früheren Bedingungen abhängen, für welche die jetzige Herrschaft nicht verantwortlich gemacht werden kann.

So kann das Kriterium des Vergleichs nicht der Zustand, sondern nur seine Entwicklungsrichtung sein. Von hier aus gesehen, erhalten wir eine deutliche Antwort: **in Rußland geht es der Arbeiterschaft wesentlich besser, bei uns wesentlich schlechter als früher.** Hinzu kommt eine entscheidende soziale Tatsache. Die russische Arbeiterschaft trägt die Lasten **für sich**. Sie weiß, daß jede Entbehrung von heute ein Verzicht zugunsten künftiger Genüsse, ein **echtes Sparen** ist. Aus dem Schweiß, dem Blut und den Tränen von heute wachsen die Fabriken, die **ihr** gehören, die **ihr** morgen Güter liefern werden; Güter, nicht Waren zur Bereicherung einer der Arbeiterschaft fremden Schicht. Die Arbeiterschaft in Deutschland und in den kapitalistischen Ländern aber entbehrt, damit anderer Leute Werke blühen.

De Stem

MOSKOU 1932 — REISINDRUKKEN

DOOR

E. J. GUMBEL

De bolsjewiki houden het nog maar vier weken, zo heeft men ons jarenlang dageliks verteld. Mensen, die Rusland in deze tijd bereizen, laten ons zien, dat dit land stellig gelooft in een zekere en betere toekomst.

Anderen delen echter juist weer het tegendeel mede. Objektieve en subjektieve factoren veroorzaken deze tegenstrijdigheid in de berichtgeving. Vooreerst zijn verscheidene uiterlik opvallende toestanden, zoals b.v. de levensmiddelenvoorziening, aan tijdelike veranderingen onderhevig. Dan verschillen de omstandigheden plaatselik sterk. Men beschikt over weinig algemene feitenkennis in zake Rusland. Verder wordt hier, meer dan ergens anders, iedere beschouwing door het gevoel beïnvloed. Het merendeel van hen, die Rusland bereizen, verstrekken geen mededelingen over dat, wat zij hebben gezien, maar over dat, wat zij overeenkomstig hun politieke gezindheid, wilden zien, „omdat nu eenmaal niet bestaan kàn, wat niet bestaan mág", of omdat moet bestaan, wat moest bestaan. Daar de bolsjewiki zich niet aan de beproefde voorschriften der parlementaire demokratie hielden, zucht het volk onder de tyrannie en hunkert het naar den dag der bevrijding. Zo luidt het oordeel van de eene groep. De andere deelt ons daarentegen in December 1931 al de voltooide produktie-statistieken van het gehele jaar mede, houdt plan voor werkelikheid en kan ons op deze wijze vertellen, dat er in Moskou geen woningnood heerst. Beide zienswijzen vervangen de werkelikheid door de projektie van eigen gezindheid.

Nu heeft ieder mens een bepaalde gezindheid. Elke indruk, waarbij ons gevoel betrokken is, stuit op reeds aanwezige voorstellingen, waarvan niemand zich bij zijn beschouwingen kan ontdoen. Ook ik kan dus alleen maar beloven mijn best te zullen doen om zo objektief mogelik te spreken over datgene, wat ik zelf in drie weken in Moskou heb gezien. Ik meen vergelijkingsmateriaal te bezitten, omdat ik daar zes jaar geleden meerdere maanden verblijf hield.

Wie Rusland van burgerlik standpunt uit benadert, wie daar de europese kultuurvormen zoekt, waaraan toch ook hier de grote massa slechts betrekkelik weinig deel heeft, wie naar zuiver aesthetiese beginselen oordeelt en alleen dat kultureel van waarde acht, hetgeen binnen het raam der burgerlike maatschappij kan worden verwerkelikt, moet dit land wel vervloeken. En terecht, want dit alles bestaat daar niet en mag daar zelfs helemaal niet bestaan. Men verkondigt hier het evangelie van de armoede en van de arbeid. De kommunistiese leer eist, evenzeer als de katholieke, verzaking en gehoorzaamheid. Dit land wil een arbeidersstaat zijn en mag op grond daarvan slechts van deze gezichtshoek uit worden beschouwd.

Ieder ook maar eenigszins gunstig bericht uit Rusland werpt men tegen: „dat werd u opzettelik aangewezen". Daartegenover zou ik uitdrukkelik willen verklaren, dat ik de taal machtig ben, dat mij niets, maar dan ook niets werd „aangewezen", dat ik van het eerste ogenblik af mijn eigen baas was, daar ik geen gastheer had, dat ik Moskou doorkruiste en met oude kennissen sprak. Ik zag slechts, wat een ieder kan zien, nam aan geen enkele bezichtiging deel en heb mij niet verbonden om te prijzen of veelzeggend te zwijgen.

Het stadsbeeld is belangrijk verbeterd. Zes jaar geleden nog werkeloosheid met de daarbij behorende, bekende, haveloze bedelaars bij de kerken en op de hoeken der straten, die aan de stad een oosters karakter gaven. Tegen-

woordig is het aantal bedelaars kleiner dan in Berlijn in de beste tijd. De straten zijn schoner, beter geplaveid; het aantal dronkaards is verminderd. Er zijn minder marskramers met een bak voor hun buik. Verwarming en verlichting in de huizen zijn uitstekend in orde. De straten zijn 's nachts helder verlicht. Jaren geleden bestond het nijpende vraagstuk van de verwaarloosde kinderen, waarvan tans nog in Europa een hele literatuur bestaat. Van deze troepen is niets meer te bespeuren. Tegenover de bepaald lasterlike verdachtmakingen, die men in Europa over het lot dezer kinderen uitstrooit, zou ik hier onomstotelik willen vaststellen, dat zij als individuen nog wel leven, maar als groep door de industrie zijn opgenomen.

Jaren geleden zag men op straat hoofdzakelik partikuliere rijtuigen. Tegenwoordig suizen talloze dienstautomobielen naast zware vrachtwagens, die voor een deel reeds in het land zijn gemonteerd, door Moskou; autobussen en taxis — al zijn er dan nog veel te weinig — geven de stad een europees aanzien. Het rijtuig en de koetsier, met wie men eerst, evenals in het Oosten, over de prijs moest onderhandelen, vormen het armzalige restje van de vrije handel. Het verkeer wordt goed geregeld, de politieagent op straat is korrekt. De ontzaglike overbelasting van de tram gedurende de topuren is gebleven. Gewoonlik maakt een europeaan er in 't geheel geen gebruik van. De mensen zien er ook beter uit: meer hemden, meer boorden, beter schoeisel. Men ziet mensen op straat lachen.

De woningnood is erger geworden. Moskou heeft tans tegen de 3 millioen inwoners. Men bouwt, nieuwe wijken zijn ontstaan. Tegenover het Krimlin staat de eerste wolkenkrabber met 15 verdiepingen, het „huis der regering", voorzien van alle moderne techniese snufjes. Maar de mensen nemen veel sneller toe dan de huizen, vooral door de trek van het land naar de stad. Nog sneller breiden de kantoren zich uit. Gemiddeld heeft iedere familie één kamer. Ook de nieuwgebouwde woningen zijn naar onze

begrippen overvol. De huren zijn laag, en vastgesteld naar inkomen en stand, zodat de arbeider minder betaalt dan de kantoorbediende.

Het feit, dat er zo goed als geen particuliere ondernemer en geen bezittende klasse meer is, is van beslissende betekenis voor de beschouwing van Rusland. De produktiemiddelen zijn in het bezit van de gemeenschap. Men ziet in Moskou bijna geen partikuliere winkels of partikuliere bedrijven. Het is een geweldige prestatie, dat hierdoor het bewijs werd geleverd, dat produktie mogelijk is zonder de prikkel van het eigenbelang. De rijkdom is verdwenen. Er zijn wel grote verschillen in inkomen; maar een groot inkomen geeft geen macht. Het brengt de gelukkige bezitter veeleer in diskrediet. Ook bleef wel het onderscheid tussen hoog en laag, maar men verwisselde van plaats. De heersende klasse is persoonlik arm, doch bekleed met een ongelofelike macht. Deze macht kan misbruikt worden, ook voor persoonlik genot, maar dit komt niet vaak voor.

Op de vraag naar de hoogte der lonen kan men niet met een enkel antwoord volstaan. In de eerste plaats verschillen de lonen in de diverse betrekkingen veel. Deze onderscheiding neemt toe. De eis der gelijkheid geldt voor kleinburgerlik.

En dan bestaat ons begrip van eenheidsprijs niet. In plaats daarvan kent men minstens vijf verschillende prijzen. De meeste waren, die men voor het direkte levensonderhoud nodig heeft, zijn gerantsoeneerd. Zij worden in bepaalde winkels slechts op kaarten tegen betrekkelik lage prijzen verkocht. De koper krijgt een bepaalde winkel aangewezen (z.g. gesloten distributie). In deze winkels, die in het bezit zijn van verschillende verbruiksverenigingen, bestaan weer kwaliteits-, kwantiteits- en daardoor prijsverschillen. De meeste winkels behoren tot dit gesloten type.

De beide in Moskou voor buitenlandse arbeiders en specialisten gereserveerde winkels vormen een bizonder geval

van gesloten distributie. Hier heeft men veel betere kwaliteiten en een veel groter keuze dan in de winkels, die voor de Russen zelf bestemd zijn. Door de grotere hoeveelheden, waarover men beschikt, heeft men hier geen „files". Gewoonlik zal de buitenlander zijn rantsoen niet eens opgebruiken.

Naast deze twee gesloten soorten bestaan de eveneens tot de staatsbedrijven behorende, z.g. kommercieële, open winkels, waarin men tegen hogere prijzen in beter kwaliteit en zonder bonnen verkoopt.

De drie genoemde kategorieën betekenen evenzovele verschillende schakeringen in de koopkracht van de roebel. Twee andere onderscheiden zich duidelik van deze drie, doordat zij de goudroebel als muntstandaard kiezen. Het zijn de valuta-winkels en de vrije markt. In de valutawinkels (Moskou heeft er meerdere) worden de prijzen in roebels genoteerd, maar men moet in buitenlandse valuta of in goud betalen. Zij staan ongeveer op het europese prijsniveau. De regering wil door deze winkels de in 't land aanwezige buitenlandse valuta, die zij dringend behoeft en die men volgens de wet eigenlik niet mag bezitten, in handen krijgen. En tenslotte zijn er nog enkele markten met zeer hoge prijzen.

De omstandigheid, dat men overal weer andere waren verkoopt, bemoeilikt de vergelijking van de prijzen dezer 5 verschillende markten. Een bepaald soort cigaretten uit de „gesloten distributie" bestaat b.v. niet in het kommercieële magazijn en de goudwinkel brengt weer een ander merk. De buitenlander kan voor zijn valuta waren kopen, die voor den Rus onbereikbaar zijn.

Een nieuwe litteratuur, die men slechts met Ganghofer kan vergelijken, beeldt Moskou af als een stad, waar men altijd geestdriftig is. De emigranten vertellen ons, dat men er altijd honger lijdt. Moskou kent natuurlik het alledaagse leven met zijn grauwe zorgen, de woningnood, de vermoeienis van een tramrit en het in file staan voor boter.

Enkele inwoners vertelden mij, wat er al zo niet was: men behoefde slechts naar het warenhuis te gaan om alles te vinden. Wel waren sommige dingen te duur, andere niet van de gewenste kwaliteit, veel oer-ouderwets, uit het jaar 1880. Ook de Rus, voor wie de buitenlandse en de valuta-winkels zijn gesloten, kan bijna alle dagelikse gebruiksvoorwerpen kopen. Maar de omstandigheid, dat sommige dingen vaak voor korten tijd ontbreken, terwijl andere, betrekkelik onnodige zaken voorradig zijn, werkt het gebruikelike hamsteren in de hand, hetgeen, gepaard met kortstondige transportmoeilikheden, weer gebrek veroorzaakt. Dikwijls komt de nodeloos gekochte waar op de vrije markt, waar hij tegen belangrijk hogere prijzen weer wordt verkocht. Het warenaanbod blijft overal achter bij de toegenomen koopkracht der arbeiders.
De kalenderweek is afgeschaft. In plaats daarvan kwam oorspronkelik de 4-dagenweek, waarin onafgebroken gewerkt werd, dus zonder algemene rustdag. Daardoor wisselde het personeel der bedrijven voortdurend. Dit leidde tot moeilikheden met 't oog op de bekwaamheid en de verantwoordelikheid voor het stukwerk. Zodoende werd de 5-dagenweek ingevoerd, met de zesde dag als algemene Zondag. Daarom zijn alle kerkelike feestdagen afgeschaft.
De intellektuelen kennen evenmin werkeloosheid. Kenmerkend is veeleer het gebrek aan geestelike werkers; vandaar de verschrikkelike overbelasting en overspanning der intellektuelen.
De salarissen zijn laag. Een universiteitsprofessor krijgt ongeveer 10 roebel per lesuur. Hij geeft dus misschien 40 tot 60 uur per maand. Hij zal, om dit mogelik te maken, meerdere betrekkingen tegelijk waarnemen, wat hem gemakkelik gelukt. Daar echter niemand inderdaad twee of drie betrekkingen ten volle kan waarnemen, leidt dit natuurlik tot ambtelike moeilikheden.
In tegenstelling tot de salarissen zijn de schrijvershonoraria zeer hoog. Alle geestelik werk wordt betaald — behalve

het werk voor de partij. Alleen om deze reden al kan een partijloze veel meer geld verdienen dan een kommunist. Over 't algemeen kan een wetenschappelik mens materieel goed rondkomen. Hij heeft alleen doorgaans geen tijd voor echt wetenschappelik werk. De noodzakelikheid om de politieke lijn theoreties te volgen en zich tijdig in te stellen op een nieuwe koers, maakt de geleerde het leven ook vaak zuur.

Wie als buitenlander in een hotel leeft, betaalt voor een zindelike kamer met elektries licht en stromend warm water ongeveer 8 tot 12 roebel per dag, voor een ontbijt ongeveer 1 à 2 roebel, voor een flinke maaltijd 4 à 5 roebel. Het eten is goed, tamelik netjes, maar niet geheel naar europese smaak door een teveel aan vlees. Een zelfde maaltijd kost in een club 1 à 2 roebel. Een buitenlander heeft per dag dus ongeveer 20 roebel, d. w. z. gemiddeld f 24.— nodig. Maar hij kan op het russiese honorarium voor een tamelik lang artikel ruim 10 dagen leven. Zodoende zeggen sommige reizigers, dat het leven in Moskou ongehoord duur is, en andere dat het goedkoop is.

De officiële koers van de roebel is f 1.20. Verscheidene betrekkingen nemen echter al de verminderde waarde van f 0.60 als grondslag. Daar de roebel nergens in het buitenland wordt genoteerd, mist men een objektieve maatstaf, zoals de stand der wisselkoersen deze in zekeren zin geeft; op de zwarte beurs schijnt hij op 12 cent te staan.

De vraag naar de waarde van de roebel valt niet te beantwoorden, want hij wisselt naar het winkeltype, waartoe de koper behoort, en evenzeer naar gelang van de waar. In treinreizen berekend staat de roebel op goudwaarde; dit geldt ook ongeveer voor brood en vlees, het hoofdvoedsel der Russen. Berekend in cigaretten van de gangbare merken, met inachtneming van de vermindering in kwaliteit, staat hij hoogstens op 50 %, in rijtuigritten ongeveer op 20 %, in appels of textielgoederen hoogstens op 20 %.

Verstaat men onder inflatie : een vermeerdering van het

in omloop zijnde betaalmiddel ten opzichte van de hoeveelheid der in omloop zijnde goederen, dan pleiten belangrijke kentekenen voor haar bestaan. En wel: de geringe spaarzaamheid, ondanks alle propaganda, die daarvoor wordt gemaakt, de bovenvermelde nominale prijsverhoging der goederen in het vrije verkeer, de geweldige warenhonger, de ruime werkgelegenheid en tenslotte — beslissend — de in verhouding tot vroeger aanzienlik toegenomen koopkracht der buitenlandse valuta. Tegen inflatie getuigt het feit, dat het materiele welvaartspeil der arbeiders is gestegen.

De gevolgen ener russiese inflatie moeten principieel anders zijn dan die, welke wij kennen. Er is immers geen ondernemersklasse, die vooral profiteert van de omstandigheid, dat de lonen langzamer stijgen dan de prijzen, door in goud naar 't buitenland te verkopen en de lonen in papier uit te betalen. Geen klasse krijgt door betaling van haar oude schulden volgens het nominale bedrag, doch in gedeprecieerde valuta, feitelik een geschenk. Is er inflatie, dan heeft de daardoor, vooral op het platteland, veroorzaakte loondaling ten gevolge, dat de staatsindustrie meer kan bouwen en dat de staat zijn binnenlandse schuld gedeeltelik op de intekenaren, dus op de arbeiders en de ambtenaren, afwentelt.

Er is dus geen gevaar, dat een inflatie leidt tot uitbuiting van de arbeiders door een kapitalistiese klasse. Integendeel: acht men de inflatie inderdaad aanwezig, dan kan men een aantal maatregelen, vooral de regeling der prijzen naar de sociale stand, als even zovele pogingen beschouwen om hare lasten van de industrie-arbeiders af te wentelen op de andere delen der bevolking, te weten ambtenaren, boeren en de povere resten der bourgeoisie.

Men mag hieruit echter geenszins de gevolgtrekking maken, dat een inflatie ongevaarlik is. Zij bedreigt immers het kostbaarste goed van de russiese staatshuishouding: het plan. Daar het binnenlandse betalingsverkeer in roe-

bels plaats vindt, kan een verwezenliking der planvoorschriften onder bepaalde omstandigheden alle betekenis verliezen voorzover het de waarde der produktie betreft, omdat de kosten hoger kunnen zijn dan de waarde der verkochte goederen. Bovendien betekent inflatie, dat men de macht over de prijzen verliest, dat de partikuliere belangen der afzonderlike bedrijven, welke op den achtergrond waren gedrongen, weer naar voren komen, dat een deel der nationale produktie ondanks alle kollektiveringen weer in handen valt van een nieuw privaat-huishoudelik verschijnsel, de smokkelhandel.
Op grond van een kortstondige indruk kan men natuurlik geen antwoord geven op de zakelike vraag naar het bestaan, de omvang en het tempo der inflatie. Een ekonomiese krisis in onze zin, dus werkeloosheid en daling der produktie, bestaat in 't geheel niet. Tengevolge van de verhoogde akkumulatie neemt de werkgelegenheid eerder toe. De wereldkrisis heeft echter ook Rusland aangetast. Want de prijsdaling der landbouwprodukten op de wereldmarkt betekent, dat Rusland meer moet uitvoeren om hetzelfde aantal machines te kunnen invoeren. Dit had niets te betekenen, indien de russiese produktie der voor uitvoer geschikte waren sneller toenam, dan hun prijs op de wereldmarkt en daardoor de afzetmogelikheid afneemt: dit is nu klaarblijkelik niet het geval. Het dalen van de prijzen op de wereldmarkt dwingt tot verhoogde uitvoer en hierdoor dalen de prijzen weer. Als gevolg van de wereldkrisis ontstaat zo een tekort aan alle waren, die geschikt zijn voor uitvoer.
Naast dit valutavraagstuk en de taak om het waren- en woninggebrek weg te nemen, staat als het belangrijkste probleem voor de naaste toekomst: de verbetering van de kwaliteit der produktie. Want veelal gaat het kwantitatief nakomen der planvoorschriften ten koste van de kwaliteit. Dit bedreigt de levensduur van de machines en de toekomstige ekonomiese orde. Men heeft reeds zeer

veel bereikt in de strijd tegen de slordigheid. In het dagelikse leven bemerkt men, dat er meer netheid is. Maar er moet nog ontzaggelik veel worden gedaan om het techniese peil der arbeiders omhoog te brengen, opdat de nieuwe machines evenveel produceren als in Europa, opdat de produkten even goed en vooral even duurzaam zijn. Tans vernielen de nieuwe vrachtautoos de wegen en de wegen de autoos. Want men kan met het bouwen der autoos niet wachten, totdat de wegen goed zijn. De traktors moeten worden gebouwd, ofschoon er nog niet voldoende chauffeurs zijn om ze te besturen. Het vraagstuk van de verbetering der produktiekwaliteit wordt zo tot een opvoedingsprobleem, dat weer stuit op de moeilikheid van het gebrek aan reeds bevoegde arbeiders, instrukteurs en specialisten. Het betrekken van specialisten uit het buitenland loopt gevaar door het valutagebrek en het absolute gemis aan woonruimte.
Iedere europese bezoeker beschouwt het verdwijnen der werkeloosheid als een wonder. Want deze is in onze tijd tot het centrale, ekonomiese probleem geworden. In bepaalde perioden kenden echter ook kapitalistiese landen dit verschijnsel. De werkeloosheid was in de vóór-oorlogstijd overal betrekkelik gering. Ook tijdens de inflatie bestond dit vraagstuk bij ons niet.
De ontwikkeling der produktie en vooral de toerusting der volkshuishouding met nieuwe machines ging overal en in alle tijden aanvankelik gepaard met een verlenging van de maatschappelike arbeidstijd, hetzij individueel, hetzij door aanstelling van meer arbeiders. Zo kan men ook in Rusland het verdwijnen der werkeloosheid op dezelfde wijze verklaren. Weliswaar vindt dit onder tot nog toe ongekende omstandigheden plaats. Want voor 't eerst in de geschiedenis der mensheid tracht men een gehele volkshuishouding rationeel op te bouwen. Alleen reeds door het feit, dat Rusland het laatste grote land is, dat tot nu toe werd geïndustrialiseerd, dat het gebruik kan maken

van de ondervindingen aller landen en vele verkeerde investeringen kan vermijden, is zijn ontwikkelingstempo tegenwoordig het allergrootst. De industriegebieden lijken wel één geweldig fabriekskomplex in aanbouw.
In de Sovjet-Unie kent men, evenals in het kapitalistiese Europa, licht- en schaduwzijden. Zij verschillen echter zeer. Europa staat kultuur-technies op een betrekkelik hoog, Rusland op een laag peil. Wij lijden aan overproduktie, Rusland heeft warengebrek. Bij ons geen betaalkrachtige vraag op het aanbod, in Rusland overtreft de betaalkrachtige vraag alle aanbod. Wij beperken de produktie, Rusland voert haar op. Hier overvloed, daar tekort aan vakmensen. Bij ons verroesten de machines, daar breken zij door overbelasting. Bij ons vernielen uiterst vernuftige machines het leven der mensen, daar ruïneren ruwe mensen de fijne machines. Wij beschouwen de techniek als een vloek. Rusland als de weg naar een paradijs. Wij trachten van de industrie-arbeiders keuterboeren te maken, daar wordt de boer industrie-arbeider. Wij stikken in onze beschaving, zijn bevreesd voor meer geleerdheid en waarschuwen tegen het bezoek aan de hogescholen, daar ontwaken millioenen uit de macht van het analphabetisme en streven naar ontwikkeling. Wij sluiten de scholen, Rusland bouwt ze. Hoe men het ook beschouwt: het kapitalisme werd tot een rem van de produktie, de russiese industrialisering tot een motor van de vooruitgang.
Men zou kunnen aanvoeren, dat dit alles niets heeft te maken met het sociale doel van het land en dat een dergelike vooruitgang in elk groot landbouwgebied met aanzienlike bodemrijkdommen zou plaatsvinden, indien het slechts achterstand had, doch in beginsel rijk genoeg was en met behulp van een inflatie het uiterste haalde uit zijn bevolking. Maar vooreerst kan een dergelik verschil in ontwikkeling niet slechts het gevolg ener inflatie zijn, want bijna de gehele wereld heeft — en weliswaar tevergeefs — de gouden standaard verlaten. Verder zijn er genoeg

grote, achterlike en voor techniese ontwikkeling geschikte landbouwgebieden met inflatie. En nergens zien wij ook maar de minste tekenen van deze tans typies russiese wording. Er moet bij deze omstandigheden, ook voor zover zij voor deze ontwikkeling noodzakelik zijn, nog iets nieuws komen. Dit nieuwe is de plan-gedachte, de poging om het socialisme op te bouwen.

Gewoonlik stelt men het voor, alsof daarmede de russiese problemen in beginsel zijn opgelost. Op z'n best spreekt men niet meer over de dieper liggende werkelikheid, doch slechts over het hoogopgetrokken plan. Het eerste vijfjarenplan is volbracht, het twede zal het socialisme volkomen brengen. Deze beschouwingswijze onderschat de vraagstukken en daardoor ook de omvang van het tot stand gekomen werk. Bovenal echter onderschat zij de geweldige, volkomen nieuwe problemen van de toekomst, waarvoor Rusland geen voorbeelden zal hebben. Zij houdt geen rekening met mogelike terugslag en bereidt zo, zonder het te willen, teleurstellingen.
De Farao's hebben de pyramiden gebouwd, de amerikaanse ingenieurs het Panama-kanaal, de bolsjewiki de nieuwe russiese industrie. Doch tijdens de inflatie hebben de duitse kapitalisten een produktieapparaat opgebouwd, dat in verhouding tot de omvang van het land, het grootste ter wereld is. Doen de Russen dit ook, dan is dit evenzo een machtige prestatie, vooral als men bedenkt, dat zij, afgezien van wissels op korten termijn, niet over buitenlandse kredieten beschikken. Doch hoe groot dit werk ook is: de opbouw van het socialisme is geen technies, maar een sociaal probleem. Het hangt ervan af of het gelukt, de toekomstige plannen zo evenwichtig op te zetten, dat er geen noemenswaardig verkeerde investeringen plaats vinden, en dat de massale tewerkstelling gewaarborgd blijft; of het gelukt het peil der arbeiders zó te verhogen, dat de industrie in staat is, haar produk-

ten in het land af te zetten, en dat de mensen meesters in plaats van slaven der machines worden.
Het is heel gemakkelik om de tegenwoordige russiese toestanden in de somberste kleuren af te schilderen. Men behoeft ze maar te vergelijken met de omstandigheden van westeuropese arbeiders tijdens hoogkonjunktuur en met de droombeelden van de schrijver. Deze maatstaf is echter volkomen onjuist. Wie deze kiest, bewijst slechts geen flauw vermoeden te hebben hoe de duitse arbeider tegenwoordig leeft.
Wie alleen de geweldige offers opsomt, die het geduldige en lankmoedige russiese volk verdraagt, kan volkomen waarheidsgetrouw een zeer duistere voorstelling geven. En toch is ook deze onjuist, omdat daarbij niet vermeld wordt, dat de arbeidersklasse in de kapitalistiese landen sinds jaren lasten draagt, die bijna met de russiese kunnen worden vergeleken. De histories gegeven grenzen verschuiven. De best betaalde arbeidersgroep in Rusland stond jaren geleden nog ver beneden de minst betaalde in Duitsland. Tans rijst de bovenste laag der russiese arbeiders langzamerhand uit boven de onderste laag der duitse. Een dergelike absolute vergelijking tussen land en land kan men echter niet volhouden en zij bewijst ook niets, omdat in het menselik bewustzijn toch slechts de herinnering aan eigen vroegere klassepositie en niet aan die van andere landen blijft leven. De histories geworden toestanden kunnen in zoverre niet worden gebruikt als kriterium van de waarde van een systeem, als zij ook met alle vroegere omstandigheden samenhangen, waarvoor de tegenwoordige regering niet verantwoordelik kan worden gesteld.
Niet de toestand, maar alleen de richting, waarin deze zich ontwikkelt, kan dus als vergelijkingsmaatstaf dienen. En dan ontvangen wij een duidelik antwoord: het gaat de arbeider in Rusland werkelik beter, bij ons werkelik slechter dan vroeger. Hierbij komt nog een beslissende, sociale omstandigheid. De russiese arbeiders dragen de lasten

voor zichzelf. Zij weten, dat iedere huidige ontbering een offer is voor toekomstig geluk, een sparen in de ware zin des woords. Door het zweet, het bloed en de tranen van nu groeien de fabrieken, die van hen zijn, die hun straks goederen zullen leveren: goederen, geen waren, die dienen ter verrijking van een klasse, vreemd aan de arbeiders. De arbeiders in Europa lijden echter heden gebrek om morgen de fabrieken van anderen tot bloei te brengen.

233

FREUND DER SOWJETS

Mai 1932

Zwei Systeme – Zwei Welten

BERLIN:

Von H. R. Knickerbocker, Korrespondent der „New York Evening-Post":

„Wenn man vor dem Nachtasyl im Berliner Norden steht und mit den Hungernden auf die Ausgabe der Suppenkarten wartet, lernt man in einer Nacht das Elend in Deutschland kennen; wird man aber in der nächsten Nacht von mehr als 10 überfüllten Sektlokalen im Berliner Westen weggeschickt, so wird einem in verblüffender Weise beigebracht, wie üppig gleichzeitig in Deutschland gelebt wird.

Nach stundenlangem Herumsuchen und vergeblichen Bemühungen, im „Ambassadeur", in der „Barberina", der „Cascade", dem „Kakadu" und einigen anderen der einhundertneunzehn öffentlichen, von der Polizei öffentlich als „Luxuslokale" bezeichneten Nachtlokale Berlins unterzukommen, schien es wirklich ratsam, sich nach Stehplätzen umzusehen. An dicht beieinander stehenden Tischen vorbei, an denen Wein getrunken wurde, in einer Enge, die der in einem Untergrundbahnwagen um nichts nachstand, arbeiteten wir uns, über Beine stolpernd, zur Band durch, die den „Peanut Vendor" spielte, und bahnten uns dann zwischen den tanzenden Paaren, die sich mit dem Rumba abquälten, einen Weg, bis wir glücklich auf einem freien Fleckchen an dem einem Ende der Bar anlangten.

Das Rasseln der Rumbaklappern verstummte. Der Tanz war zu Ende, ein Sektpfropfen knallte. Rufe nach dem Kellner wurden laut und die Ober eilten mit Eiskübeln, Weinflaschen und Likörgläsern zu den Tischen . . .

Die Reichsmark mag weniger Golddeckung haben als der bescheidene Sowjetrubel. Im Berliner Norden mag ein Pfennig gierig ergriffen und festgehalten werden. Es mag 15 Millionen hungernde Deutsche geben. Aber im Berliner Westen kauft die Reichsmark noch immer Sekt, im Berliner Westen sind die Pfennige es kaum wert, auf die Rechnung gesetzt zu werden."

MOSKAU:

Von Prof. E. J. Gumbel, Mitglied der SPD.:

„Das Bild der Stadt hat sich wesentlich gebessert. Vor sechs Jahren Arbeitslosigkeit, in ihrem Gefolge die gewohnten zerlumpten Bettler vor den Kirchen und an den Straßenecken, die der Stadt ein orientalisches Gepräge gaben. Heute ist die Zahl der Bettler geringer als in Berlin während der besten Zeit. Die Straßen sind sauberer, besser gepflastert; die Zahl der Betrunkenen hat abgenommen. Die Straßenhändler mit den Bauchläden sind seltener geworden. Heizung und Beleuchtung in den Häusern funktionieren tadellos. Die Straßen sind nachts hell beleuchtet. Vor Jahren die drängende Frage der verwahrlosten Kinder, von denen noch heute in Europa eine ganze Literatur lebt. Von diesen Haufen ist nichts mehr zu sehen. Gegenüber den geradezu infamen Verdächtigungen, die man über das Verbleiben dieser Kinder in Europa austreut, möchte ich keinen Zweifel darüber lassen, daß sie als Personen heute noch leben, aber als Schicht von der Industrie aufgesogen worden sind.

Vor Jahren beherrschte die private Pferdedroschke die Straße. Heute sausen zahlreiche Dienstautomobile, daneben mächtige Lastautos, zum Teil bereits im Land montiert, durch Moskau; Autobusse und Taxis, deren Zahl allerdings noch viel zu gering ist, geben der Stadt ein europäisches Aussehen. Die Pferdedroschken, mit der man wie im Orient, zunächst über den Preis verhandeln muß, stellt den kärglichen Rest einer freien Wirtschaft dar. Die Verkehrsregelung ist gut, der Polizist auf der Straße korrekt. Geblieben ist die fürchterliche Ueberlastung der Trambahn in den Hauptverkehrszeiten. Ein Europäer wird sie normalerweise überhaupt nicht benutzen. Auch das Aussehen der Menschen hat sich gehoben: mehr Hemden, mehr Kragen, bessere Stiefel. Man sieht Leute auf der Straße lachen."

(Aus „Weltbühne" Nr. 11, 15. 3. 1932.)

Ausschnitt vom: 7 MAI 1929
Das Andere Deutschland
Hagen/W.

Das Paradies der Putschisten

Wer ist Ehrhardt?

Nach übereinstimmenden deutschen Pressemeldungen, die auch von der großen Auslandspresse übernommen worden sind, besteht die Absicht, Kapitän Ehrhardt mit der Leitung der von Groener geplanten „überparteilichen" nationalen „Sportorganisation" zu betrauen. Ehrhardt fungierte in letzter Zeit als Herausgeber des Berliner „Montags-Blattes", von dessen Leitung er jetzt zurücktreten soll, um sich anderen Aufgaben zu widmen. —

Die Tatsache, daß Männer wie Ehrhardt, dessen Name mit den schlimmsten chaotischen Zuständen der Nachkriegszeit verbunden bleibt, überhaupt für ein solches Amt in Betracht gezogen werden können, spricht Bände über die Situation Deutschlands.

Wer ist Ehrhardt?

Davon möchten wir durch folgende Zitate aus E. J. Gumbels „Verräter verfallen der Feme" (Malik-Verlag, Berlin) Kenntnis geben.

Die Organisation Consul.

Hauptmann Papst, als Noskes Vertrauter vor dem vielfach in der oppositionellen Presse gegen seine Zuverlässigkeit geäußerten Verdacht geschützt, hat im Frühjahr 1920 den Staatsstreich des Generallandschaftsdirektors Kapp und des Oberbefehlshabers der Reichswehr, Generals der Infanterie Frhr. von Lüttwitz vorbereitet. Er war die Seele dieser gegen den Bestand der Republik gerichteten Unternehmung, der leitende Geist der „Nationalen Vereinigung" in der Schellingstraße. Die **Marinebrigade des Kapitän Ehrhardt**, in deren Reihen auch Offiziere des Marine-Detachements der Garde-Kavallerie-Schützendivision traten, stellte die Kerntruppe der Verschwörung dar. Haftbefehle gegen die Führer der Bewegung, unter ihnen auch gegen Papst, konnten nicht durchgeführt werden. Den äußeren Anlaß zum Putsch gab der Versuch der Regierung, die Marinebrigade Ehrhardt aufzulösen. In der Nacht vom 12. auf den 13. März rückte Ehrhardt in Berlin ein.

Aber der Generalstreik siegte. Kapp mußte flüchten. Die Truppen, die eben noch gemeutert hatten, waren plötzlich wieder regierungstreu und konnten ihre Niederlage an den Arbeitern blutig rächen. Eine Amnestie bewirkte, daß kein Mord bestraft wurde. Da die Führer von der Amnestie ausgenommen waren, wurden sogar die meuternden Generäle als Mitläufer betrachtet. Die Marinebrigade empfing noch die vom „Reichskanzler" Kapp ausgesetzte „Treuprämie" und wurde aufgelöst. Ehrhardt konnte fliehen und sammelte seine Anhänger in der Organisation Consul (O. C.). Der Consul war Ehrhardt.

„Als nach dem Kapp-Putsch im März 1920 die Marinebrigade Ehrhardt, die damals in Döberitz stand, aufgelöst wurde, kam der Korvettenkäpitän Ehrhardt allerdings einige Male in das Polizeipräsidium München und zu anderen bayerischen Stellen, um dort wegen der Unterbringung einzelner Gruppen seiner Leute vorstellig zu werden. Es handelte sich ausschließlich um die Beschaffung entsprechender Arbeitsgelegenheiten. Zu derselben Zeit ging Ehrhardt auch im Reichswehrministerium aus und ein. Es war damals noch in keiner Weise bekannt, daß ein Haftbefehl gegen Ehrhardt vorliege. Der Haftbefehl gegen Ehrhardt stammt vom 15. Mai 1920. Er wurde lediglich im deutschen Fahndungsblatt am 25. des gleichen Monats veröffentlicht. Auffällig ist, daß bezüglich aller übrigen Kappisten ein ausdrückliches telegrafisches Ersuchen um Verhaftung an die Münchener Polizeidirektion gerichtet wurde, nur nicht bezüglich Ehrhardts. Gleichwohl haben sämtliche bayerischen Polizeibehörden auch nach Ehrhardt gefahndet." (Staatssekretär Schweyer im bayerischen Landtagsausschuß, 6. September 1921.)

Bereits 1921 wurde Ehrhardt seine Pension vom Reichswehrministerium wieder zugebilligt. An jeder gegen die Republik gerichteten Unternehmung war die O. C., oder eine der Organisationen (Neudeutscher Bund, Wikingbund, Bayerische Holzverwertungsgesellschaft, hinter denen sie sich versteckte) führend beteiligt.

In den Jahren 1919 bis 1921 sind von der Münchener Polizei etwa 25 falsche Pässe ausgestellt worden, z. B. für Parlamentarier und Offiziere. Listen über die falschen Pässe wurden aus naheliegenden Gründen nicht geführt. Unter anderen hat auch der steckbrieflich verfolgte Kapitän Ehrhardt nach seiner Flucht aus dem Leipziger Gefängnis von der Münchener Polizei einen falschen Paß, als Consul v. Eschwege, erhalten. Danach ist es nicht weiter verwunderlich, daß trotz der damals allgemein bestehenden Paßpflicht allen Fememördern, die fliehen wollten, die Flucht auch gelang.

Der Prozeß gegen die O. C.

Im Frühjahr 1923 wurde Ehrhardt, der Führer so vieler Verbrecher, in München verhaftet. Von ihm angestiftet, hatte die Prinzessin Hohenlohe, bei der er wohnte, beschworen, daß sie ihn nicht kenne. Am 13. Juli 1923 wurde Ehrhardt aus dem Leipziger Gefängnis von dem Kapitänleutnant Abendroth, den Leutnants Liedig, Voß und Maier und dem Bootsmannsmaat Vogt befreit. Selbstverständlich blieben diese unbestraft. Dagegen wurde die Prinzessin Hohenlohe wegen Meineids verurteilt.

Der steckbrieflich Verfolgte marschierte im Oktober 1923 zum Schutz der „von räuberischen thüringischen Kommunisten bedrohten bayerischen Grenze" mit 10 000 Mann als bayerische Notpolizei in Franken auf, gewillt, seinen Einmarsch in Berlin zu wiederholen. Nach dem Scheitern des Hitlerputsches brach auch dieser Versuch zusammen. Die Armee, die Deutschland von dem in Berlin herrschenden „Marxismus" befreien sollte, verlief sich.

Seit dem September 1921 schwebte das Verfahren gegen die O. C. Nach dem Gesetz zum Schutze der Republik wurde der Staatsgerichtshof zuständig.

„Wenn man die Anklageschrift der Reichanwaltschaft gegen 26 Mitglieder der Organisation Consul liest, meint man eine Verteidigungsschrift zu lesen. Der Verfasser der Anklageschrift schämt sich offenbar, daß bei den Ermittlungen so viel herausgekommen ist.

Die Satzungen der Organisation C. machten allerdings dem Herrn Reichsanwalt doch noch einige Schwierigkeiten. Denn darin wurde als Ziel bezeichnet: „Bekämpfung der antinationalen Weimarer Verfassung". Zweck der Sammlung von „entschlossenen nationalen Männern" ist nach den Satzungen: 1. die vollständige Revolutionierung Deutschlands zu verhindern, 2. bei großen inneren Unruhen deren vollständige Niederwerfung zu erzwingen und durch Einsetzung einer nationalen Regierung die Wiederkehr der heutigen Verhältnisse unmöglich zu machen, 3. die durch den Versailler Vertrag angestrebte Entmannung und Entwaffnung unmöglich zu machen und ihm seine Wehrmacht und die Bewaffnung soweit wie möglich zu erhalten". Der § 11 sagt: „**Verräter verfallen der Feme**". — Trotzdem sagte der Oberreichsanwalt: Das Ziel war eine Verfassungsänderung auf gesetzlichem Wege. Trotzdem sagte der Oberreichsanwalt: „Geheime Umtriebe fanden nicht statt!"

§ 5 der Statuten verpflichtet jeden zu unbedingtem Gehorsam gegenüber der Leitung der Organisation und deren Organen. Die Verpflichtungsformel lautet: „Ich gelobe, dem obersten Leiter der Organisation (also Ehrhardt) und meinen Vorgesetzten unbedingten Gehorsam zu leisten und über alle Angelegenheiten der Organisation das strengste Stillschweigen zu bewahren". Diese Bestimmung sollte sich, meinte der Herr Reichsanwalt, „ausschließlich auf den Hauptzweck der Organisation C beziehen: ein Regiment für die Abwehr des vierten polnischen Aufstandes aufzustellen", jenes Aufstandes, der niemals stattgefunden hat und der nur den Vorwand bot, damit die Angeklagten sagen konnten, sie wollten nichts Strafbares machen. Die Auffassung des Reichsanwalts bedeutete geradezu eine Anerkennung der Gesetzlichkeit der Feme!

Der Reichsanwalt untersuchte weiter, ob die Organisation Consul bewaffnet war, und er sagte: „Die Organisation Consul verfügte niemals über Waffen".

Unter dem Eindruck der Ermordung Rathenaus hatte der gleiche Oberreichsanwalt etwas anders gesprochen:

„. . Ich halte es für meine Pflicht, darauf hinzuweisen, daß immerhin im Laufe der Untersuchung und in der Vorverhandlung eine Reihe von Umständen hervorgetreten sind, die, ich will nicht sagen die Annahme, aber die Möglichkeit nahelegen, daß in der Tat hinter den eigentlichen Tätern gewisse Organisationen und Verbände gestanden haben, die ihnen den Gedanken zur Tat nahegelegt haben, die sie vielleicht sogar — ich gehe noch einen Schritt weiter — zur Tat angestiftet oder angereizt haben. Für solche Umstände möchte ich zunächst hervorheben, daß bei all den politischen Gewalttaten der letzten Zeit, bei dem Mord an Erzberger, bei dem Attentat auf Scheidemann und jetzt wieder bei dem Mord an Rathenau, es eigentlich immer dieselben Kreise, ich möchte fast sagen, dieselben Personen sind, die in Frage kommen. Bei Erzberger: Schulz und Tillessen; bei Scheidemann: Tillessens Bruder; bei Rathenau spielt der Bruder Tillessens wieder eine Rolle; Tillessen, Plaaß, Fischer, Kern, Schulz, Techow, die ganze Gesellschaft gehört zusammen. Sie haben alle eine Menge von persönlichen Beziehungen, sei es von früher her, sei es infolge ihrer Zusammengehörigkeit zu den verschiedenen Verbänden. Man hat so unwillkürlich das Gefühl, es handele sich hier um Glieder einer Kette, um eine gemeinsame Gruppe, innerhalb deren sich die einzelnen befinden. . ."

Damals hielt Ebermeyer also die Organisation Consul für eine Mordorganisation.

(Später wurde Hauptmann Pabst, der Kapputsch-Komplize, als Leiter der österreichischen Heimwehren vom Deutschen Schutzbund finanziert, der seinerseits aus der Tasche des Reichsministeriums des Innern lebte. Kapitän Canaris wurde Flaggoffizier beim Stabe der Marinestation der Ostsee in Kiel und kam 1923 in die Marineleitung beim Reichswehrministerium; nach dem Lohmann-Skandal wurde er Erster Offizier des Linienschiffs Schlesien. Red. d. A. D.)

So sitzen Ehrhardts Leute in guten schwarzen Stellen bei der Marine und verfügen über Nachrichten, Gelder, Waffen und Ausbildungsmöglichkeiten. — Reichswehrminister Groener hat am 4. 3. 1928 gegenüber diesem „Gipfel der Treulosigkeit" gründliche Säuberung — versprochen.

So war im Edenhotel im stürmischen Frühjahr 1919, in der Sorge um die Mörder Liebknechts vereint die kommende Macht: Hauptmann Papst, der Herr des österreichischen Faschismus, Canaris, der wichtigste Mann der deutschen Marine und aller mit ihr verbundenen schwarzen Geschäfte, Jorns, der Herr der politischen Justizmaschine. Sie sind ihrer Tätigkeit von 1919 treu geblieben: Der eine sammelt die Haufen, der andere operiert mit der Verwaltung, der dritte knüpft das Netz der Paragraphen.

*

„Dank der Republik"?

In dem Buche von Junius Alter „Nationalisten", das von einem „Vaterländischen" stammt und im Verlage von K. F. Koehler (Leipzig) erschienen ist, lesen wir über Ehrhardt:

„Hätte er sich damals, kurz nach seinem Auftreten in Wilhelmshaven, als gelehriger Schüler Macchiavells entschlossen auf den berühmten „Boden der Tatsachen" gestellt und darüber hinaus die sozialdemokratische Mitgliedschaft erworben, — möglich oder wahrscheinlich, daß die dankbare Republik in ihrer Verlegenheit eine so ungewöhnliche, wertvolle Kraft nicht zum Freikorpsführer auf Zeit, sondern zu ihrem General ernannt hätte, der es dann seinerseits — wenn er der Mann dazu war — in der Hand hatte, ein „Konsul" im napoleonischen Sinne zu werden."

Will die „dankbare Republik" dies etwa jetzt noch nachholen?

← 1 b

Moskau 1932 — Reiseeindrücke

Von E. J. Gumbel

Vre Halle 21. 5. 32.

1a

I.

Unser Leben ist erfüllt mit Ungewißheit für die nächste Zukunft. Von diesem Hintergrund hebt sich Rußland hell ab. Denn dieses Land beherrscht der frohe Glaube an eine gesicherte, bessere Zukunft. Aber andere berichten genau das Gegenteil. Dieser Widerspruch in den Nachrichten liegt an objektiven wie subjektiven Faktoren. Zunächst variieren manche äußerlich auffallenden Zustände, wie die Nahrungsmittelversorgung, zeitlich. Ferner existieren große örtliche Unterschiede. Der allgemeine Bestand an Tatsachenwissen über Rußland ist gering. Dann ist, stärker als irgendwo anders, jede Betrachtung hier gefühlsbetont. Das Gros der Rußlandreisenden berichtet nicht über das, was sie gesehen haben, sondern über ihre politischen Wunschbilder, „weil nicht sein kann, was nicht sein darf", oder sein muß, was sein soll. Weil die Bolschewisten sich nicht an die bewährten Regeln der parlamentarischen Demokratie gehalten haben, seufzt das Volk unter der Tyrannei und erwartet den Tag der Freiheit. So die einen. Die andern verkünden uns bereits im Dezember 1931 die fertigen Produktionsstatistiken für das ganze Jahr, setzen Plan für Wirklichkeit und erzählen uns daher, daß in Moskau keine Wohnungsnot existiere. Beide Auffassungen ersetzen die Realität durch die Willenstendenz.

Nun ist niemand tendenzlos. Jeder gefühlsbetonte Eindruck trifft auf bereits vorhandene Vorstellungen, von denen niemand abstrahieren kann. So kann auch ich nur versprechen, mir Mühe zu geben, über das zu berichten, was ich selbst während drei Wochen in Moskau gesehen habe. Da ich vor 6 Jahren mehrere Monate dort war, glaube ich einen Vergleichsmaßstab zu besitzen.

Wer an Rußland vom bürgerlichen Standpunkt herantritt, dort diejenigen Formen der europäischen Kultur sucht, an der doch die Mehrheit der Bevölkerung auch hier nur einen relativ geringen Anteil hat, wer nach rein ästhetischen Prinzipien urteilt und für Kulturwerte nur das hält, was innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft verwirklicht werden kann, muß dieses Land verdammen. Und mit Recht, denn all dies existiert dort nicht und soll gar nicht existieren. Es ist das Evangelium der Armut und der Arbeit, das hier verkündet wird. Wie die katholische, so verlangt auch die kommunistische Lehre Entsagung und Gehorsam. Da dieses Land ein Staat der Arbeiter sein will, darf es nur von diesem Standpunkt aus betrachtet werden.

Jeder auch nur einigermaßen günstige Bericht aus Rußland begegnet dem Einwand: „Sie haben sich das eben zeigen lassen." Demgegenüber möchte ich betonen, daß ich die Sprache verstehe, daß mir nichts, gar nichts „gezeigt" wurde, daß ich als niemandes Gast von der ersten Minute an mein freier Herr war, Moskau durchstreifte und mit alten Bekannten sprach. Ich sah nur, was jedermann sehen konnte, habe an keiner Schau teilgenommen und bin weder zu Lob noch beredtem Schweigen verpflichtet.

Das Bild der Stadt hat sich wesentlich gebessert. Vor sechs Jahren Arbeitslosigkeit, in ihrem Gefolge die gewohnten zerlumpten Bettler vor den Kirchen und an den Straßenecken, die der Stadt ein orientalisches Gepräge gaben. Heute ist die Zahl der Bettler geringer als in Berlin in der besten Zeit. Die Straßen sind sauberer, besser gepflastert; die Zahl der Betrunkenen hat abgenommen. Die Straßenhändler mit den Bauchläden sind seltener geworden. Heizung und Beleuchtung in den Häusern funktionieren tadellos. Die Straßen sind nachts hell beleuchtet. Vor Jahren das drängende Problem der verwahrlosten Kinder, von denen noch heute in Europa eine ganze Literatur lebt. Von diesen Haufen ist nichts mehr zu sehen. Gegenüber den geradezu infamen Verdächtigungen, die man über das Verbleiben dieser Kinder in Europa ausstreut, möchte ich keinen Zweifel darüber lassen, daß sie als [illegible] heute noch leben, aber als Schicht von der Industrie au[illegible]sogen worden sind.

Vor Jahren beherrschte die private Pferdedroschke die Straße. Heute sausen zahlreiche Dienstautomobile, daneben mächtige Lastautos, zum Teil bereits im Land montiert, durch Moskau; Autobusse und Taxis, deren Zahl allerdings noch viel zu gering ist, geben der Stadt ein europäisches Aussehen. Die Pferdedroschke, mit der man wie im Orient zunächst über den Preis verhandeln muß, stellt den kärglichen Rest einer freien Wirtschaft dar. Die Verkehrsregelung ist gut, der Polizist auf der Straße korrekt. Geblieben ist die fürchterliche Ueberlastung der Trambahn in den Hauptverkehrszeiten. Ein Europäer wird sie normalerweise überhaupt nicht benutzen. Auch das Aussehen der Menschen hat sich gehoben: mehr Hemden, mehr Kragen, bessere Stiefel. Man sieht Leute auf der Straße lachen.

Schlimmer geworden ist die Wohnungsnot. Moskau hat heute an die 3 Millionen Einwohner. Es wird gebaut, neue Viertel sind entstanden. Gegenüber vom Kreml steht der erste Wolkenkratzer mit fünfzehn Stockwerken, das „Haus der Regierung", das mit allen technischen Schikanen der Neuzeit ausgestattet ist. Aber die Menschen vermehren sich weit rascher als die Häuser, vor allem durch Zuzug vom Land. Noch rascher wachsen die Büroräume. Als Normalfall gilt ein Zimmer pro Familie. Auch die neugebauten Wohnungen sind für unsere Begriffe bereits überlastet. Die Mieten sind niedrig, nach dem Einkommen und dem Stand abgestuft, so daß der Arbeiter weniger zahlt als der Angestellte.

Zentral für die Betrachtung Rußlands ist die Tatsache, daß es so gut wie keinen privaten Unternehmer und keine besitzende Klasse mehr gibt. Die Produktionsmittel sind im Besitz der Allgemeinheit. Man sieht in Moskau fast keine privaten Läden, keine privaten Betriebe. Dieser Beweis, daß eine Produktion ohne den Motor des Privatprofits möglich ist, ist eine ungeheure Leistung. Der Reichtum ist verschwunden. Wohl gibt es große Einkommensunterschiede, aber großes Einkommen gibt keine Macht. Es diskreditiert den Glücklichen. Auch der Unterschied von oben und unten ist geblieben, doch haben seine Träger gewechselt. Die herrschende Schicht ist persönlich arm, aber mit unerhörter Machtfülle ausgestattet. Diese Macht kann mißbraucht werden, auch zum persönlichen Wohlleben, aber diese Fälle sind nicht häufig.

Die Frage, wie hoch stehen die Löhne, läßt sich nicht eindeutig beantworten. Zunächst weisen die Löhne in verschiedenen Stellungen große Unterschiede auf. Diese Differenzierung verschärft sich. Die Forderung der Egalisierung gilt als kleinbürgerlich.

Dann existiert unser Begriff des einheitlichen Preises nicht.

An seine Stelle treten mindestens fünferlei Preise. Die Mehrzahl der zur baren Lebenshaltung benötigten Waren ist rationiert. Sie werden in bestimmten Läden zu relativ billigen Preisen abgegeben. Dem Käufer ist ein bestimmter Laden vorgeschrieben (sogenannte geschlossene Verteilung). Innerhalb dieser Läden, welche im Besitz verschiedener Konsumvereine sind, existieren wieder Qualitäts-, Quantitäts- und damit Preisunterschiede. Die Mehrzahl aller Läden gehört zu diesem geschlossenen Typus.

Einen Spezialfall der geschlossenen Verteilung stellen die beiden in Moskau für ausländische Arbeiter und Spezialisten reservierten Läden dar. Hier finden sich weit bessere Qualitäten und viel größere Auswahl als in den für die Einheimischen bestimmten Läden. Die größeren Mengen, die zur Verfügung stehen, bewirken, daß es hier keine „Schlangen" gibt. Normalerweise wird der Ausländer nicht einmal die rationierte Menge aufbrauchen.

Neben diesen beiden geschlossenen Arten existieren die ebenfalls staatlichen Betrieben gehörigen, sogenannten kommerziellen, offenen Läden, in denen zu höheren Preisen in besserer Qualität und ohne Marken verkauft wird.

Die drei genannten Kategorien stellen verschiedene Ab-

Die Quelle, Heidelberg
28. 5. 32.

Hdbg Volksztg

Moskau 1932 — Reiseeindrücke

Von E. J. Gumbel.

Schluß statt Fortsetzung.

II.

Eine neue Literatur, die nur mit Ganghofer verglichen werden kann, stellt Moskau als eine Stadt ständiger Hochstimmung dar. Die Emigranten erzählen uns von ständigem Hunger. [illegible] kennt Moskau den Alltag und seine grauen Sorgen, die [illegible]nungsnot, die Anstrengung einer Trambahnfahrt und das [illegible]angenstehen nach Butter. Einige Einheimische erzählten mir, [illegible] es alles nicht gäbe. Ein Gang ins Warenhaus ge[illegible] es war alles da. Manches freilich zu teuer, anderes nicht in der gewünschten Qualität, vieles im Stile Kyritz an der [illegible] Jahrgang 1895. Auch der Einheimische, für den die [illegible]er- und Valutaläden verschlossen sind, hat die Möglichkeit, [illegible]ziemlich alle Gegenstände des täglichen Bedarfs zu kaufen. [illegible] die Tatsache, daß manchmal solche Dinge für kurze Zeit [illegible], andere relativ unnötige Dinge vorhanden sind, erzeugt [illegible]he Hamsterei, die ihrerseits wieder, zusammen mit kurz[illegible] Transportschwierigkeiten, den Mangel schafft. Vielfach [illegible] das unnötig Gekaufte auf den freien Markt, wo es zu [illegible]d höheren Preisen wieder verkauft wird. Ueberall [illegible]as Warenangebot hinter der gestiegenen Kaufkraft der [illegible] zurück.

[illegible] Kalenderwoche ist abgeschafft. An ihre Stelle trat ur[illegible]h die Viertagewoche mit durchlaufender Arbeit, also [illegible]gemeinen Ruhetag. Die Belegschaft der Betriebe wech[illegible]ber dauernd. Dies führte zu Schwierigkeiten in der [illegible]gkeit und Verantwortlichkeit für die einzelnen Arbeiten. [illegible]wurde die Fünftagewoche eingeführt, bei der jeder sechste [illegible] allgemeiner Sonntag gilt. Dafür sind sämtliche kirch[illegible]eiertage abgeschafft.

[illegible] für die Intellektuellen existiert keine Arbeitslosigkeit. [illegible]ristisch ist vielmehr der Mangel an geistigen Arbeitern; [illegible]e fürchterliche Ueberlastung und Ueberanstrengung der [illegible]uellen. Die Gehälter sind niedrig. Ein Universitäts[illegible] erhält pro Unterrichtsstunde etwa 10 Rubel. Er wird [illegible]leicht 40—60 Stunden im Monat geben. Um dies zu [illegible]chen, wird er mehrere Stunden kumulieren, was leicht [illegible]chen ist. Da aber niemand tatsächlich zwei bis drei [illegible]vollständig ausfüllen kann, führt dies natürlich zu dienst[illegible]chwierigkeiten.

[illegible] Gegensatz zu den Gehältern sind die Schriftstellerhono[illegible] hohe. Es gibt keine geistige Arbeit, die nicht bezahlt [illegible] ausgenommen die Arbeit für die Partei. Ein Partei[illegible]n schon aus diesem Grunde viel mehr Geld verdienen [illegible] Kommunist. Im allgemeinen kann ein Wissenschaftler [illegible] gut auskommen. Nur fehlt ihm normalerweise die [illegible] eigentlich wissenschaftlichen Arbeit. Häufig macht dem [illegible] auch die Notwendigkeit des theoretischen Einhaltens der [illegible]ischen Linie und die rechtzeitige Umstellung auf einen [illegible]urs das Leben sauer.

[illegible] als Ausländer im Hotel lebt, wird für ein sauberes [illegible]mmer mit elektrischem Licht und laufendem warmen [illegible] pro Tag etwa 8—12 Rubel, für Frühstück etwa 1—2 Rubel, für ein reichliches Essen etwa 4—5 Rubel ausgeben. Das [illegible]en ist gut, ziemlich sauber, aber nicht ganz nach euro[illegible] Geschmack, da das Fleisch zu stark vertreten ist. Das[illegible]en kostet in einem Klub 1—2 Rubel. Ein Ausländer [illegible]m Tag also etwa 20 Rubel, d. h. normalerweise 40 Mark. Er [illegible] aber mit dem russischen Honorar eines längeren Artikels [illegible] Tage leben. So kommt es, daß manche Reisende be[illegible] das Leben in Moskau sei unerhört teuer, andere, es sei [illegible]

[illegible] offizielle Kurs des Rubels ist 2 Mark. Manche Stellen [illegible]er bereits den gesunkenen Wert von 1 Mark zugrunde. [illegible] der Rubel nirgends im Ausland notiert ist, existiert kein [illegible]s Kriterium, wie es der Stand der Wechselkurse in [illegible] Hinsicht darstellt. Auf der schwarzen Börse soll er auf [illegible]nig stehen.

[illegible] Frage nach dem Wert des Rubels läßt sich nicht beant[illegible] Denn er schwankt je nach der Zugehörigkeit des Käufers [illegible]n bestimmten Ladentypus wie nach der Ware. In Eisen[illegible]rten gerechnet steht der Rubel auf der Goldparität; das[illegible]t angenähert für Brot und Fleisch, die Hauptnahrung [illegible]en. In Zigaretten der gangbaren Sorten gerechnet unter Berücksichtigung der Qualitätsminderung höchstens auf 50 Prozent, in Droschkenfahrten etwa auf 20 Prozent, in Aepfeln oder Textilien höchstens auf 10 Prozent.

Wenn man unter Inflation eine Vermehrung der umlaufenden Zahlungsmittel, verglichen mit der Menge der umlaufenden Güter versteht, so sprechen erhebliche Merkmale für ihre Existenz. Nämlich: die trotz aller dafür getriebenen Propaganda geringe Spartätigkeit, die bereits erwähnte nominelle Preissteigerung der Güter im freien Verkehr, der ungeheure Warenhunger, die leichten Verdienstmöglichkeiten, entscheidend endlich die gegenüber früher erheblich gewachsene Kaufkraft der ausländischen Währung. Dagegen spricht die Tatsache, daß das materielle Niveau der Arbeiterschaft gestiegen ist.

Von den uns bekannten Folgen müssen sich die einer russischen Inflation in wesentlichen Punkten unterscheiden. Denn es existiert keine Unternehmerklasse, welche aus dem Nachhinken der Löhne hinter den Preisen insbesondere dadurch gewinnt, daß sie nach dem Ausland in Gold verkauft und die Löhne in Papier bezahlt. Keine Klasse erfährt durch Bezahlung ihrer alten Schulden im nominellen Betrag, aber in entwerteter Währung, ein praktisches Geschenk. Wenn eine Inflation existiert, so bedeutet die hierdurch vor allem innerhalb des landwirtschaftlichen Sektors herbeigeführte Lohnsenkung, daß die staatliche Industrie mehr bauen kann, und daß der Staat seine inneren Schulden auf Kosten der Zeichner, also der Arbeiter und Angestellten, teilweise abstößt.

Die Gefahr, daß eine Inflation zur Auspowerung der Arbeiterschaft zugunsten einer Kapitalistenklasse führe, existiert also nicht. Im Gegenteil, eine Reihe von Maßnahmen, insbesondere die Diskriminierung der Preise nach dem sozialen Stand, können, wenn man die Inflation als materiell gegeben ansieht, als Versuche gedeutet werden, um ihre Lasten von der Industriearbeiterschaft auf die anderen Teile der Bevölkerung, also Angestellte, Bauern und die kümmerlichen Reste der Bourgeoisie, abzuwälzen.

Man kann aber aus diesen Tatsachen nicht folgern, daß eine Inflation dort gefahrlos sei. Denn sie bedroht das kostbarste Gut der russischen Wirtschaft, den Plangedanken. Da der Abrechnungsverkehr im Inland in Rubeln vor sich geht, kann eine Erfüllung der Planvorschriften in bezug auf den Wert der Produktion unter Umständen völlig bedeutungslos werden, da der Wert der verkauften Waren unterhalb der Kosten liegen kann. Zudem bedeutet eine Inflation, daß die Herrschaft über die Preise aufhört, daß die verdrängten Sonderinteressen der einzelnen Betriebe wieder auferstehen, daß ein Teil der nationalen Produktion trotz der Kollektivierungen wieder den Weg in eine neue privatwirtschaftliche Sphäre, den Schleichhandel, nimmt.

Die materielle Frage nach der Existenz, dem Umfang und Tempo der Inflation läßt sich natürlich nach dem Eindruck eines kurzen Aufenthalts nicht beantworten. Eine innerwirtschaftliche Krise in unserm Sinn, also Arbeitslosigkeit und Fall der Produktion, besteht absolut nicht. Infolge der gesteigerten Akkumulation wächst vielmehr der Beschäftigungsgrad. Aber die Weltkrise hat auch Rußland in ihren Bann gezogen. Denn der Preisfall der landwirtschaftlichen Produkte auf dem Weltmarkt bedeutet, daß Rußland mehr ausführen muß, um die gleiche Zahl von Maschinen einzuführen. Dies wäre bedeutungslos, wenn die russische Produktion der für die Ausfuhr geeigneten Waren schneller wachsen würde, als ihre Weltmarktpreise und damit die Absatzfähigkeit sinkt, was augenscheinlich nicht der Fall ist. Das Sinken der Weltmarktpreise zwingt zu erhöhter Ausfuhr, die ihrerseits die Preise senkt. So entsteht als Folge der Weltkrise eine Knappheit an allen Waren, die zur Ausfuhr geeignet sind.

Neben diesem Valutaproblem und der Aufgabe der Behebung des Waren- und Wohnungsmangels ist das wichtigste Problem der nächsten Zukunft die Verbesserung der Qualität der Produktion. Denn vielfach bedeutet die mengenmäßige Erfüllung der Planvorschriften ein Ausweichen nach der Qualität. Hierdurch wird die Lebensdauer der Maschinen und die kommende Wirtschaft bedroht. Großes ist bereits in der Bekämpfung der Schlamperei erreicht. Im täglichen Leben spürt man, daß die Korrektheit zugenommen hat. Aber Ungeheures muß noch geleistet werden, um das technische Niveau der Arbeiter zu heben, damit die neuen Maschinen ebenso viel produzieren wie in Europa; damit die Produkte ebenso gut sind und vor allem ebenso lange halten. Heute ruinieren die neuen Lastkraftwagen die Straßen und die Straßen die Autos. Denn man kann mit dem Bau der Autos nicht so lang warten, bis die Straßen gut sind. Die Traktoren müssen gebaut werden, obwohl die Traktorführer noch nicht in genügender Anzahl existieren. So wird das Problem der Verbesserung der Qualität der Produktion [illegible]

Erziehungsproblem, das sich wiederum am Mangel an bereits qualifizierten Arbeitern, Instrukteuren und Spezialisten stößt. Die Heranziehung von ausländischen Spezialisten ist durch den Valutamangel und das absolute Fehlen von Wohnräumen gefährdet.

Das Verschwinden der Arbeitslosigkeit wirkt auf jeden europäischen Besucher wie ein Wunder; denn sie ist heute zum zentralen Problem unserer Wirtschaft geworden. Diesen Vorgang haben aber während bestimmten Zeiten auch kapitalistische Länder gekannt. In der Vorkriegszeit war die Arbeitslosigkeit überall relativ gering. Auch während der Inflation hat diese Frage bei uns nicht existiert.

Ueberall und zu allen Zeiten war die Entfaltung der Produktivkräfte und speziell die Ausrüstung der Volkswirtschaft mit neuen Maschinen zunächst mit einer Verlängerung der gesellschaftlichen Arbeitszeit verbunden, sei es individuell, sei es durch Mehreinstellung von Arbeitern. So ist auch in Rußland das Verschwinden der Arbeitslosigkeit auf den gleichen äußeren Anstoß zurückzuführen. Allerdings spielt sich dieser Vorgang dort unter bisher einzigartigen Bedingungen ab. Denn zum erstenmal in der Menschheitsgeschichte wird versucht, eine ganze Volkswirtschaft rational zu bauen. Schon weil Rußland das letzte große Land ist, das bisher industrialisiert wurde, weil es von den Erfahrungen aller Länder profitieren und viele der Fehlinvestitationen vermeiden kann, die in anderen Ländern gemacht werden mußten, ist sein Entwicklungstempo heute größer als jedes bisher bekannte. So gleichen die industriellen Gebiete einer einzigen großen Baustelle.

III.

Licht wie Schatten existieren im kapitalistischen Europa wie in der Sowjet-Union. Aber sie sind ganz verschieden verteilt. Europa steht kulturell-technisch auf einem relativ hohen Niveau, Rußland auf einem tiefen. Wir ersticken an der Ueberproduktion, Rußland hat Warenmangel. Bei uns findet das Angebot keine zahlkräftige Nachfrage, in Rußland überschreitet die zahlkräftige Nachfrage jedes Angebot. Wir schränken die Produktion ein, Rußland dehnt sie aus. Hier Ueberfluß, dort Mangel an Fachleuten. Bei uns rosten die Maschinen, dort zerbrechen sie vor Ueberlastung. Bei uns zerstören überfeinerte Maschinen das Leben der Menschen, dort ruinieren grobe Menschen die feinen Maschinen. Wir sehen in der Technik den Fluch, Rußland den Weg in ein Paradies. Wir versuchen, die Industriearbeiter in Kleinstbauern zu verwandeln, dort wandert die Bauernschaft in die Industrie. Wir ersticken in der Bildung, haben Angst vor mehr Kenntnissen und warnen vor dem Besuch der Hochschulen, dort erwachen Millionen aus dem Dunkel des Analphabetismus und streben zur Bildung. Wir schließen die Schulen, Rußland baut sie auf. Nach allen Kriterien ist der Kapitalismus zur Hemmung der Produktion, die russische Industrialisierung zum Hebel des Fortschritts geworden.

Man könnte einwenden, daß alles dieses mit dem sozialen Ziel des Landes nichts zu tun hat und daß ein solcher Fortschritt bei jedem großen Agrarland mit reichen Bodenschätzen eintreten würde, wenn es nur zurückgeblieben, potentiell reich genug sei und mit Hilfe einer Inflation das letzte aus seiner Bevölkerung heraushole. Aber ein solcher Unterschied in der Entwicklung kann zunächst nur die Folge einer Inflation sein, denn beinahe die ganze Welt hat — und zwar vergeblich — den Goldstandard verlassen. Ferner existieren genügend große zurückgebliebene und für den technischen Fortschritt geeignete Agrarländer mit Inflation. Und nirgends sehen wir auch nur die geringsten Anzeichen für dieses heute spezifisch russische Werden. Es muß also zu diesen Bedingungen, auch soweit sie für diese Entwicklung notwendig sind, noch etwas neues hinzukommen. Dieses Neue ist der Plangedanke, der Versuch, den Sozialismus zu bauen.

Es ist eine sehr gangbare Darstellung, die russischen Probleme seien somit im Prinzip gelöst. Man berichtet am besten überhaupt nicht mehr von der tiefstehenden Wirklichkeit, sondern nur vom hochgebauten Plan. Der erste Fünfjahresplan ist erfüllt, der zweite wird die Vollendung des Sozialismus bringen. Diese Betrachtungsweise unterschätzt die Probleme und hierdurch auch das Maß des Geleisteten. Vor allem unterschätzt sie die kommenden, ungeheuren, vollkommen neuen Aufgaben, bei denen Rußland keine Vorbilder haben wird. Sie läßt keinen Raum für mögliche Rückschläge und bereitet so, ohne es zu wollen, Enttäuschungen vor.

Die Pharaonen haben die Pyramiden gebaut, die amerikanischen Ingenieure den Panamakanal, die Bolschewisten die neue russische Industrie. Aber auch die deutschen Kapitalisten haben in der Inflation den relativ zur Größe des Landes größten Produktionsapparat der Welt geschaffen. Wenn die [illegible] dies wiederholen, so ist auch dies angesichts der Tatsache, daß sie, abgesehen von kurzfristigen Wechseln keine ausländischen [illegible] hatten, eine ungeheure Leistung. Aber so groß dies Werk [illegible] Aufbau des Sozialismus ist kein technisches, sondern ein [illegible] Problem. Entscheidend ist, ob es gelingt, die kommenden [illegible] richtig zu proportionieren, so daß keine nennenswerten [illegible]investitionen gemacht werden und die Fortdauer der [illegible]beschäftigung verbürgt ist, ob es gelingt, das Niveau der [illegible]terschaft derart zu heben, daß die Industrie fähig ist, ihre [illegible]dukte im Lande abzusetzen, daß die Menschen von Sklaven [illegible] Herren der Maschinen werden.

Es ist ungeheuer leicht, die russischen Zustände von [illegible] schwarz in schwarz zu malen. Man vergleicht sie einfach mit [illegible]jenigen westeuropäischen Arbeiterverhältnissen, wie sie in der Hochkonjunktur existieren können und nach dem Wunschbild des Schreibenden existieren. Aber dieser Maßstab ist gru[illegible] Wer ihn wählt, beweist nur, daß er keine Ahnung hat, [illegible] deutsche Arbeiter heute lebt.

Wer sich darauf beschränkt, die ungeheuren Opfer au[illegible]len, die das geduldige und weiche russische Volk erträgt, [illegible] vollendeter Wahrheit ein Bild in dunkelsten Schatten en[illegible] Und doch ist dieses Bild falsch, weil darin die Tatsache f[illegible] die Arbeiterschaft in den kapitalistischen Ländern seit [illegible] Lasten trägt, die den Vergleich mit den russischen bald au[illegible] können. Die historisch gegebenen Schranken verschieben [illegible] Jahren stand die höchstbezahlte russische Arbeiterschicht [illegible] unter der niedrigst bezahlten deutschen. Heute erhebt [illegible]sam die oberste Schicht der russischen Arbeiter über die [illegible] Schicht der deutschen. Aber ein solcher echter Vergleich vo[illegible] zu Land kann nicht durchgeführt werden, und er ist a[illegible] beweiskräftig, da im Bewußtsein der Menschen doch [illegible] eigene frühere Klassenlage und nicht die in anderen [illegible] lebt. Als Kriterium der Güte eines Systems können [illegible]risch gewordenen Zustände insofern nicht verwendet we[illegible] sie ja auch von allen früheren Bedingungen abhängen, f[illegible] die jetzige Herrschaft nicht verantwortlich gemacht werde[illegible]

So kann das Kriterium des Vergleichs nicht der [illegible] sondern nur seine Entwicklungsrichtung sein. Von [illegible] gesehen, erhalten wir eine deutliche Antwort: in Rußl[illegible] es der Arbeiterschaft wesentlich besser, bei uns wesentlich [illegible]ter als früher. Hinzu kommt eine entscheidende soziale [illegible] Die russische Arbeiterschaft trägt die Lasten für sich. [illegible] daß jede Entbehrung von heute ein Verzicht zugunsten [illegible] Genüsse, ein echtes Sparen ist. Aus dem Schweiß, d[illegible] und den Tränen von heute wachsen die Fabriken, die ihr [illegible] die ihr morgen Güter liefern werden; Güter, nicht W[illegible] Bereicherung einer der Arbeiterschaft fremden Sch[illegible] Arbeiterschaft in Deutschland aber entbehrt, damit [illegible] anderer Leute Werke blühen.

Kinder-Geschichten.

Der Lutscher.

Auf dem Spielplatz des Stadtparkes stand der Klein[illegible] und rund war er. Mindestens vier Jahre schien er al[illegible] lutschte er noch eifrig an einem Gummilutscher, der [illegible] einer langen Schnur um den Hals hing.

Ein Kinderfreund beugte sich zu dem Kleinen. „Du [illegible] schon so groß," sagte er, „und lutschst immer noch an [illegible] Lutscher?"

Der Kleine sah böse auf.

„Das geht Sie einen Schmarrn an!"

Sagte es, steckte den Lutscher wieder in den M[illegible] lutschte eifrig weiter.

Weltanschauungen.

Der kleine Willy ißt den ganzen Tag, entweder S[illegible] oder Obst.

Sagt der Vater zu ihm:

„Willychen, sei doch nicht so naschhaft. Wie ich f[illegible] alt war, habe ich mir das Taschengeld immer gespart."

„Papa, entschuldige, das sind Weltanschauungen, [illegible] gegenüberstehen!"

Schriftleitung: Otto Seibel, Heidelberg.

ADOLF SCHUSTERMANN
ADRESSEN-VERLAG U. ZEITUNGSAUSSCHNITTE BERLIN SO. [illegible]
AUSSCHNITT VOM: 2[illegible] MAI 1932

238

Berlin am Morgen, Be[illegible]

Nicht vergessen!

Der Fememörder Heines MdR.

Heute ehrenwertes Mitglied der NSDAP.

Im Reichstag sitzt unter den nationalsozialistischen Abgeordneten auch der ehemalige Leutnant Edmund Heines, der von den Nazis anläßlich der Wahlkampagne im Jahre 1930 in den Wahlplakaten selbst mit: „Fememörder Heines spricht" als Redner angekündigt wurde. Heines war ein Roßbacher. Zum Unterschied von Schulz hat er selbst die Mordwaffe in die Hand genommen und eines der unglücklichen Opfer der Feme, den landwirtschaftlichen Arbeiter Willi Schmidt, kaltblütig selbst erledigt. Wir entnahmen dem im Malik-verlag erschienenen Buch von E. J. Gumbel „Verräter verfallen der Feme" folgende Schilderungen des von Heines verübten Fememordes.

Auf den Gütern Stecklin, Rosenfelde und Liebenow im Kreise Greifenhagen kommandierte im Juli 1920 als besonderer Vertrauensmann Roßbachs der 22jährige Leutnant Edmund Heines, der gegen die bayerische Räterepublik, im Baltikum und im Kapp-Putsch gekämpft hatte. In der Arbeitsgemeinschaft Stecklin befand sich seit 14 Tagen der 20jährige landwirtschaftliche Arbeiter Willi Schmidt. An einem nicht mehr festzustellenden Tag des Juli 1920 erschien der Vertrauensmann der Steckliner Gruppe, Unteroffizier Max Krüger, auf dem Gute Rosenfelde und meldete dem Heines, Schmidt wolle die Arbeit niederlegen. Man erzähle sich von ihm im Dorf, er wolle einen Transport von Reichswehrwaffen, der offiziell an das Reiterregiment in Schwedt bestimmt war, tatsächlich aber zu den Roßbachern nach Rosenfelde ging, an die Schutzpolizei verraten. Dieses vage Gerücht, das nur sechs Stunden umlief, war die Grundlage für ein „Todesurteil".

Schmidt hatte sich zu einer Familie Walter im Dorf Stecklin begeben. Heines, zusammen mit Max Bandemer, Johann Vogt und Karl Ottow suchten ihn auf. Sie stellten sich als Kriminalbeamte vor und fanden ihn auf dem Heuboden schon schlafend. Aengstlich fragte Schmidt, was man von ihm

Femeleutnant Schulz

wolle. „Du sollst nur verhört werden." Zunächst transportierte man ihn nach dem Gute Stecklin. Der Unteroffizier Ottow

schlug ihn dort mit einem Gummiknüppel über den Kopf, so daß Schmidt blutüberströmt zusammenbrach.

Auf sein Flehen gab man ihm Wasser, seine Wunden zu reinigen und Leinen, um sie zu verbinden. Auf einem Feldwagen wurde er nach Rosenfelde transportiert. Dort meldete Heines dem Ortsvorsteher und Administrator Ernst Bergfeld, Schmidt sei da. Dieser gab darauf den Schlüssel zur Spatenkammer heraus. Angeblich glaubte er, verborgene Waffen sollten umgebettet werden. Doch wurde, nach Vogt, im Zimmer über die Erschießung verhandelt.

In dunkler Nacht ging der Trupp zum Walde. Man begann ein Loch zu graben, denn Schmidt sollte hier schon erledigt werden. Da der Boden zu hart und das Dorf zu nahe war, ging man weiter zum Gut Liebenow. Dort wurden die Roßbachunteroffiziere Kurt Bär und Ewald Fräbel mitgenommen. Schmidt [illegible] wiederholt: „Ich soll erschossen werden!" Fräbel beruhigte ihn: „Du wirst nur abgeliefert". Zu Fuß ging es weiter in den Kehrberger Forst hinein.

Während des Marsches befahl Heines dem Bär, den Schmidt zu erschießen. Als dieser sich weigerte, preßte Heines dem Schmidt die Pistole ins Gesicht und drückte zweimal los. Schmidt fiel hintenüber. Darauf gab auch Ottow zwei Schüsse auf ihn ab. Da Schmidt noch um Hilfe schrie, drückten alle Beteiligten sein Gesicht in den Waldboden. Ottow schlug ihm einen eisenbeschlagenen Gummiknüppel etwa zehnmal auf den Schädel und trat ihm auf den Rücken, Fräbel trat auf den Hinterkopf. Die Leiche wurde in ein Loch gelegt, das Bär inzwischen gegraben hatte.

Vogt, ein Leutnant Hermann und Bergfeld spielten am nächsten Abend gemütlich Skat. Dabei Hermann: „Schmidt ist schlecht eingegraben, seine Knie gucken noch aus der Erde heraus."

Wenige Tage nach dem Morde meldete Heines telefonisch seinem Führer Roßbach, daß er einem erhaltenen Befehl seines vorgesetzten Kreisleiters, Leutnant a. D. Walter Schulz, gemäß den Schmidt, der Waffen habe [illegible] wollen, verhaftet habe. Auf dem [illegible] den dunklen Kehrberger Forst habe [illegible] Anstalt gemacht zu fliehen. [illegible] habe er, Heines, ihn niederschießen müssen. Roßbach genügte diese Meldung (Prozeßbericht vom 24. 4. 28.). Da die Leiche nur schlecht eingegraben war und sich das Gerücht von der [illegible] verbreitet hatte, [illegible] der [illegible] und [illegible] Pyritz [illegible] gegeben, die Leiche [illegible] betten. [illegible] unter Leitung [illegible] Heines.

Die [illegible] Heines und seiner Kumpanen kam erst im April zur Aburteilung, und zwar vor dem Schwurgericht in Stettin. In der Gerichtsverhandlung und in der Urteilsbegründung wurde festgestellt, daß nicht der Schimmer eines Beweises für irgendeine Schuld von Schmidt erbracht worden ist. Der Staatsanwalt hatte wegen Mord gegen Heines die Todesstrafe beantragt, das Gericht jedoch verurteilte Heines nur wegen Totschlags zu 15 Jahren Zuchthaus, mit der Begründung, er habe ursprünglich mit Vorbedacht und Ueberlegung gehandelt. Während des Grabens in Rosenfelde habe er aber die Absicht zum Mord aufgegeben und Schmidt dann nur im Affekt umgebracht. Der Justizskandal wurde aber noch größer. Das Reichsgericht hob [illegible] dieses milde Urteil auf und am 13. März 1929 wurde die Strafe gegen Heines auf 5 Jahre Gefängnis herabgesetzt. Einer der Beteiligten, der Krüger, war inzwischen wegen eines gemeinen Totschlags an einer alten Frau zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt worden. So sehen die Fememörder aus. Heines und Schulz, sie sind einander würdig.

14.6.32.

„Ein neuer Fall Gumbel."

Unter dieser Ueberschrift teilten wir am Samstag eine Notiz des „Heidelberger Studenten" mit, wonach Prof. Gumbel das Kriegerdenkmal mit einer Kohlrübe verglichen habe. Wir erhalten nun folgende Zuschrift zugeschickt:

Die Zeitschrift „Der Heidelberger Student" schreibt in Nr. 3:

„Das Kriegerdenkmal eine Kohlrübe."

Anläßlich eines öffentlichen Sprechabends des marxistischen Studenten-Bundes, in ihrem Heim stellte der sattsam-bekannte Heidelberger Gumbel seinen Ausführungen folgendes Motto voran:

„Das Kriegerdenkmal des deutschen Soldaten ist für mich nicht eine leichtbekleidete Jungfrau mit der Siegespalme in der Hand, sondern eine einzige große Kohlrübe."

In diesem einen Satz sind drei Unrichtigkeiten enthalten, die sofort richtig zu stellen ich alles Interesse habe:

1. Der von der Sozialistischen Studentengruppe am 27. Mai veranstaltete Aussprachabend „Krieg und Arbeiterschaft" war nicht öffentlich, sondern intern und geschlossen. Nur „Gesinnungsfreunde" waren am Schwarzen Brett geladen. Wenn trotzdem Nationalsozialisten gekommen sind, so waren sie zu unrecht gekommen. Es stellt daher zunächst eine grobe Indiskretion dar, wenn das für einen geschlossenen, im Prinzip zustimmenden Kreis Bestimmte an die Oeffentlichkeit gebracht wird.

2. Dieser Vertrauensbruch wird umso schlimmer, da er mit gröblichen Entstellungen verbunden ist. Ein Motto, das vorangestellt wurde, existierte überhaupt nicht. Innerhalb eines ohne Manuskript gehaltenen Vortrages von nahezu zwei Stunden versuchte ich den Jungen von heute die prinzipielle Fragestellung, die Lage von 1914—18 und heute, zu erklären. Aus einem solch großen Gebiet werden nun zwei Zeilen konstruiert, aus dem Zusammenhang gerissen, entstellt.

3. Der zitierte Satz ist von mir in dieser Form nicht gesagt worden. Dies kann gar nicht der Fall sein, denn er ist inhaltsleer, die mir unterstellte Bezeichnung des Kriegerdenkmals als Kohlrübe ganz sinnlos. An den genauen Wortlaut der betreffenden Stelle vermag ich mich nach über 14 Tagen nicht mehr zu erinnern. Kein Diskussionsredner ist auf diesen Punkt eingegangen. Ich vermag daher heute nur anzugeben, welche Gedankengänge ich in diesem Punkte vertreten habe. Danach dürfte ich — und zwar durchaus gelegentlich — darauf hingewiesen haben, daß in jener Zeit, die ich im Gegensatz zu den Lobpreisern des Krieges von heute als Soldat mitgemacht habe, der Hunger zu dem schließlich alles überragenden Gefühl wurde und daß deswegen die Kohlrübe, das Hauptnahrungsmittel dieser Zeit, sozusagen als Symbol, als Denk-Mal des Krieges adäquat ist. Während die damalige Zeit den Krieg in seiner Schauderhaftigkeit erkannte, während namentlich die Soldaten von ihm in durchaus despektierlicher Weise sprachen, versucht die spätere Zeit, seinen fürch-

Tageblatt 14. [illegible]
193[illegible] Heidelberger T[illegible]

[illegible] falsch idealisierte Denkmäler zu verklären.

Niemand von den Anwesenden hat an [illegible] Ausführungen irgend einen Anstoß genommen, auch keiner von denen, welche heute eine politische Propaganda damit treiben.

Da der Berichterstatter den Vorgang der geschlossenen Versammlung, das Fehlen eines Leitmottos und den ganz anderen Charakter der herausgegriffenen Sätze miterlebt hat, muß sein Bericht als grobe Entstellung bezeichnet werden.

Auf diese Weise wird versucht, die Unerfahrenheit derer, welche die materielle Situation der schrecklichen Kriegszeit nicht mehr wissen können und den bösen Willen derer, welche die Ablehnung einer Verklärung mißverstehen wollen, als politisches Kampfmittel zu verwenden.

Es scheint mir noch notwendig, auf die Gefahren hinzuweisen, die entstehen, wenn nicht einmal im geschlossenen Kreis von im Prinzip Zustimmenden eine Aussprache stattfinden darf, während die Feinde unseres Staates ihre Auffassung in aller Oeffentlichkeit propagieren.

E. J. Gumbel.

* * *

Es liegt nun an der Zeitschrift „Der Heidelberger Student", ihre Behauptung zu beweisen.

Volkszeitung, Heidelberg

Ein neuer Fall Gumbel?

Unsere lieben Nazi-Studenten können die Niederlagen, die sie in ihrem jahrelangen Kampf um die Beherrschung unserer Universität dank der festen Haltung des Unterrichtsministeriums, vor allem im Winter vorigen Jahres, einstecken mußten, nicht verwinden. Obwohl ihr Versuch, sogar auf dem Weg einer Volksabstimmung hier durchzudringen, kläglich gescheitert ist, versuchen sie, die jetzige allgemeine Situation für sich auszunutzen. Als Objekt haben sie sich wieder einmal Prof. Gumbel hergeholt.

Die von der sogenannten Deutschen Studentenschaft, einem privaten Verein, der nur aus den Nazis und korporierten Studenten besteht, herausgegebene Zeitschrift „Der Heidelberger Student" schreibt in Nr. 3 vom 9. Juni:

„Das Kriegerdenkmal eine Kohlrübe".

Anläßlich eines öffentlichen Sprechabends des marxistischen Studentenbundes in ihrem Heim stellte der sattsam bekannte Heidelberger Gumbel seinen Ausführungen folgendes Motto voraus:

„Das Kriegerdenkmal des deutschen Soldaten ist für mich nicht eine leicht bekleidete Jungfrau mit der Siegespalme in der Hand, sondern eine einzige große Kohlrübe."

Es folgt dann die übliche Entstellung einer Aeußerung, die Gumbel früher einmal vorgeworfen wurde und die dabei wohl unvermeidliche Anzapfung unseres Genossen Remmele, weil dieser als Unterrichtsminister in durchaus ordnungsgemäßer Weise Gumbel den Professortitel verliehen hat.

Zu dieser Darstellung wird uns von einem Teilnehmer des fraglichen Sprechabends geschrieben:

Der Satz, welcher Gumbel vorgeworfen wird, ist zunächst vollkommen sinnlos. Denn ein Kriegerdenkmal ist, selbst für den ärgsten Kriegsgegner, nun einmal keine Kohlrübe. Natürlich hat auch Gumbel einen solchen Satz gar nicht gesagt. Da der Vortrag nicht wörtlich ausgearbeitet war, und seither über 14 Tage verstrichen sind, läßt sich der genaue Wortlaut nicht mehr ermitteln. Wohl aber der Gedankengang — und der ist unangreifbar:

In der Kriegszeit wurde der Hunger zu dem schließlich alles überragenden Gefühl. Die Kohlrübe, das Hauptnahrungsmittel, ist, vor allem für die Arbeiterschaft, die stärkste Erinnerung an diese Zeit und daher ein Symbol für den ganzen Krieg. Die Kriegszeit hat ihre eigene Scheußlichkeit wohl erfaßt und die Soldaten haben schließlich nur noch vom „Schwindel" gesprochen. Heute dagegen versucht man wieder, den Krieg zu verklären und durch kitschige Denkmäler, welche dieser fürchterlichen Tragik durchaus nicht entsprechen, als schön darzustellen, ja, zu verniedlichen.

Dieser Gedankengang stand durchaus nicht im Mittelpunkt von Gumbels Vortrag. Er wurde nur ganz gelegentlich gestreift. Niemand von den Anwesenden hat an diesen Ausführungen irgend einen Anstoß genommen. Keiner von denen, welche heute, nach 14 Tagen, sich plötzlich entrüsten, hat an diesem Abend seine Entrüstung geäußert. Keiner der zahlreichen Diskussionsredner ist auf diese durchaus am Rande des Referats gelegene Ausführung überhaupt eingegangen. Heute aber werden diese Betrachtungen in einem einzigen, mißtönenden Satz zusammengefaßt, den Gumbel nicht gesagt hat. Dabei wird auf die Unerfahrenheit derer gerechnet, welche die materielle Situation der schreckerfüllten Kriegszeit nicht verstehen können und auf den bösen Willen derer, die die Ablehnung einer Verklärung mißverstehen wollen.

Von seiten der Sozialistischen Studentengruppe ist uns noch folgende Erklärung zugegangen:

„Die Sozialistische Studentenschaft Heidelberg lud ihre Gesinnungsfreunde durch einen Anschlag am schwarzen Brett der Universität zu einer Veranstaltung, in deren Mittelpunkt ein Referat Professor Gumbels stand, ein. Dabei erklärte Professor Gumbel etwa: „Für mich ist das Denkmal des Krieges nicht eine leichtbekleidete Jungfrau mit der Siegespalme in der Hand, sondern die Schrecken und Leiden des Krieges werden viel besser durch eine Kohlrübe verkörpert."

Da die zuständigen Stellen sich mit der Angelegenheit beschäftigen, enthalten wir uns bis zu dem Abschluß jeglicher Stellungnahme. Wir kommen alsdann auf die Angelegenheit zurück.

Und jetzt Nazi-Hetze gegen Professor Anschütz

Der Nächste [illegible]

„Die Kreise, von denen die neuerliche Hetze gegen Prof. Gumbel ausgegangen ist, nämlich das Heidelberger nationalsozialistische Blatt „Die Volksgemeinschaft“, entfalten ihren Kampf gegen das sogen. „System“ nunmehr auf breiterer Basis. Gleichsam zum Beweis dessen, daß es gar nicht darauf ankommt, was der Angegriffene sagt oder tut, haben sie sich diesmal einen so unangreifbaren Gelehrten wie Professor Anschütz vorgenommen, den größten deutschen Staatsrechtslehrer. In derselben Nummer des Blattes, vom 18. Juni, welches die Schlagzeile „Fort mit Gumbel“ ziert, und in der ein Kampfausschuß der deutschen Studentenschaft Heidelberg alle Studentenschaften an den anderen Universitäten zu Sympathiekundgebungen aufruft, wird Anschütz wegen seines bekannten Gutachtens „Das Beamtentum und die revolutionären Parteien“ vorgeworfen, daß es sich hierbei um eine „bestellte Arbeit einer schwarzroten Interessengruppe“ handele.

Es folgen auch dunkle Angriffe auf das Gehalt von Prof. Anschütz, als wenn er seine Ueberzeugung nach materiellen Interessen richten würde. So heißt es:

„Die Tatsache, daß Ihre Bezüge als Universitätsprofessor aus dem Etat des Unterrichtsministeriums ersichtlich sind, schließt weder etwaige Sondervergütungen für eine Gutachtertätigkeit aus anderen Etatsmitteln, noch das Vorhandensein einer vertraglichen Vereinbarung mit gewissen Karlsruher amtlichen Stellen aus.“

Es bedarf wohl keiner weiteren Untersuchung, daß keine dieser Behauptungen irgendeine Grundlage hat. Man sieht hieraus aber, wie leichtfertig solche Angriffe vorgebracht werden, und wie gering sie zu bewerten sind.

Es steht zu hoffen, daß denjenigen Herren der Heidelberger Universität, die nur zu geneigt wären, dem Drängen der Nazis nachzugeben, durch diese unerhörten Angriffe auf eines der angesehensten Mitglieder der Dozentenschaft nachdenklich gestimmt werden und einsehen, daß nicht der so unerbittlich verfolgte Dozent der Unruhstifter ist, sondern, daß diese Unruhe von den radikalen Kreisen immer aufs neue hereingetragen wird. Wenn es diesen gelingen sollte, durch die Entfernung Gumbels eine Bresche in die Reihe der „mißliebigen“ Dozenten zu schlagen, wird dieser Erfolg sie ermutigen, vor weiteren Forderungen nicht zurückzuschrecken, und wie skrupellos sie in der Auffindung noch so fadenscheiniger Beschuldigungen sind, zeigt der oben geschilderte Angriff.

Volksstimme, Mannheim 26. 6. 32.

---

mer 57. (Vorderte Zimmer 54.)

Volkszeitung — 12. 7. 32 Heidelberg

Einladung Gumbels zu Gastvorlesungen nach Paris. Das der naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Paris angegliederte mathematische Institut Henri Poincaré, benannt nach dem bekannten französischen Mathematiker, an dem die besten mathematischen Köpfe Frankreichs arbeiten, hat Professor Gumbel zu sechs Gastvorlesungen im Winter 32/33 eingeladen. Er soll dort über Probleme der mathematischen Statistik lesen, ein Fach, in dem er als Autorität gilt. Solche Einladungen nach Paris sind bisher nur an zwei deutsche Mathematiker ergangen. Als Einstein als erster Deutscher nach dem Kriege dort sprach, war dies ein großes Ereignis für die französische Wissenschaft und für die Wiederherstellung der internationalen wissenschaftlichen Beziehungen. Die Aufforderung durch die gerade in der Mathematik berühmte Universität Paris stellt eine große Anerkennung der wissenschaftlichen Arbeiten Gumbels (und damit einen etwas objektiveren Beitrag zu seiner Gesamtpersönlichkeit als die Behauptungen unserer Heidelberger Nationalsozialisten) und gleichzeitig eine Ehrung unserer Universität, zu der er ja gehört, dar.

ADRESSEN-VERL... BRUNGESTR. 20
AUSSCHNITT VOM: 29. JUL. 1932.
Generalanzeiger Dortmund
Dortmund

Neuere Entwicklung des Falles Gumbel

Wie lange noch Duldung studentischer Nazi-Terrors?

Auf Grund der Behauptung von drei nationalsozialistischen Studenten ist bekanntlich von der Universität Heidelberg ein Disziplinarverfahren gegen Professor Gumbel eingeleitet worden. Nach der zu Grunde liegenden Verordnung vom 13. 1. 21 kann sein Ende nur Einstellung des Verfahrens oder Entziehung der Lehrberechtigung sein. Letztere Entscheidung setzt voraus, daß der betreffende Dozent „sich durch sein Verhalten in oder außer seinem Beruf der Achtung und des Vertrauens, die seine Stellung erfordert, unwürdig erweist."

Der von der Universität eingesetzte Untersuchungsausschuß hat nunmehr seine Vernehmungen beendet und hat an Fakultät und Senat zu berichten. Doch wird der Inhalt seines Gutachtens, welches materiell die Entscheidung von Fakultät und Senat bereits präjudiziert, entsprechend der ziemlich lückenhaft und nicht den modernen Rechtsgarantien entsprechend formulierten Verordnung dem Angeschuldigten nicht bekanntgegeben. Falls Fakultät und Senat übereinstimmend den Entzug der Lehrberechtigung fordern, entscheidet das Ministerium; falls keine Uebereinstimmung erzielt wird, wird das Verfahren eingestellt.

Gleichzeitig mit dem Antrag auf Einleitung eines Verfahrens gegen Gumbel hatte die Fakultät ein Disziplinarverfahren gegen die drei Studenten wegen Beleidigung dieses Dozenten beantragt. Doch wurde merkwürdigerweise zunächst das Verfahren gegen Gumbel durchgeführt und erst nach seinem Ergebnis soll gegen die drei Studenten, welche hier als Zeugen figurieren, eingeschritten werden. Von dieser Geduld gegen die nationalsozialistischen Studenten und Ungeduld gegen Gumbel hat die Universität ja bereits in den letzten Jahren genügend Beweise gegeben.

Die Verhandlungen des Untersuchungsausschusses haben streng vertraulich stattgefunden. Doch kann man aus der lokalen Pressepolemik mit absoluter Klarheit entnehmen, daß die Aussagen der drei nationalsozialistischen Studenten, welche den inkriminierten Ausdruck wörtlich gehört haben wollen, in unlöslichem Widerspruch zu den Aussagen aller anderen Zeugen von verschiedenen Parteirichtungen stehen, welche die von den Nationalsozialisten behauptete Form des Ausspruchs nachdrücklich bestreiten und seinen Inhalt als völlig harmlos und zulässig bezeichnen.

Der Hauptzeuge der Nationalsozialisten ist ein Student, der bereits bei den Unruhen im Wintersemester 1930/31 eine führende Rolle spielte, als Gumbel nach vorheriger Anhörung der Fakultät vom Kultusminister den Professortitel erhielt. Bezeichnend für die Ueberheblichkeit dieses Fanatikers ist die Tatsache, daß er bei einer von den nationalsozialistischen Studenten, der sogenannten Deutschen Studentenschaft und der Stahlhelm-Hochschulgruppe veranstalteten öffentlichen Protestversammlung behauptete, im Auftrag der Universität zu sprechen. In dem Bericht des Heidelberger nationalsozialistischen Blattes „Die Volksgemeinschaft" vom 25. 6. 32 über diese Versammlung, — einem Bericht, der wohl als authentisch bezeichnet werden darf — heißt es:

> „Die Studentenvertreter cand. jur. Himmel und cand. jur. Scherberger gaben dann der Empörung der Studentenschaft Ausdruck...."

Nach unzweideutigen Drohungen gegen die Universität heißt es weiter:

> „Die Studentenschaft und mit ihr die Bevölkerung Heidelbergs wird nicht eher ruhen, bis Gumbel, dieser Schandfleck einer deutschen Universität, entfernt ist und sein Kopf rollen wird (legal natürlich). Mit ihm fällt ein Kopf des Systems. Stürmischer Beifall der Versammelten wurde den studentischen Rednern zuteil."

Obwohl die Studenten sich zudem in provokatorischer Weise über die Möglichkeit eines Disziplinarverfahrens lustig machten, ist in der Oeffentlichkeit nichts von einem Verfahren gegen sie bekannt geworden. Kann man sich einen ärgeren Verstoß gegen die akademische Ordnung vorstellen, als wenn Studenten offen zur Ermordung eines Dozenten auffordern? Die Universität beschränkte sich bezeichnenderweise darauf zu erklären, daß solche Erörterungen in der Oeffentlichkeit keinen Einfluß auf das Verfahren hätten. Das sehr maßgebliche Heidelberger Zentrumsblatt, der „Pfälzer Bote", schreibt zu der gleichen Veranstaltung:

> „Wie hat einer der Redner gesagt? So ungefähr: Die badische Regierung, die Gumbel solange an der Universität wirken ließ, hat dies eben nur deshalb getan, weil sie des gleichen Geistes wie Gumbel ist. Man wollte damit zweifellos die Regierung beleidigen und verlangt nun von der gleichen Regierung, daß sie Gumbel fortweist? Wir hoffen, daß sich die Herrschaften ganz gehörig täuschen!"

Mit anerkennenswerter Offenheit wurde in der Versammlung betont, daß der Kampf nicht gegen Gumbel, sondern **gegen alle Gumbels** an deutschen Universitäten gehe. Als Beweis dafür kann auch der Kampf des mit dem Heidelberger Studenten eng verbundenen nationalsozialistischen Blattes gelten, welches einem so anerkannten und unangreifbaren Gelehrten wie **Anschütz** in unverblümter Weise vorwirft, daß er seine wissenschaftliche Ueberzeugung nach der klingenden Bezahlung richtet.

Die Krawalle, die in den letzten Jahren in fast allen deutschen Hochschulen stattfinden — (wir denken an die Angriffe gegen **Baumgarten** in Kiel, **Lessing** in Hannover, **Dehn** in Halle, **Feiler** in Königsberg, **Nawiasky** in München) Gelehrte von ganz verschiedener Weltauffassung und politischer Einstellung, die Unruhen in Frankfurt und Berlin) — beweisen, daß solche Vorstöße der Nationalsozialisten nicht etwa an die Person Gumbels gebunden sind. Sie beweisen ferner, daß die Ruhe der Universität nur durch eine feste, unnachgiebige Haltung der Behörden gesichert werden kann.

Somit stehen Fakultät und Senat vor einer schwierigen Entscheidung. Keineswegs würde der Friede der Universität durch eine Entfernung Gumbels gesichert sein. Denn nachher würde sich der Vormarsch gegen den nächsten richten. Es steht also zu hoffen, daß die Universität vor dem Terror der Straße nicht zurückweichen wird. Sollte selbst dies der Fall sein, so würde der Minister eine solche Entscheidung sicher korrigieren müssen.

New Yorker Volkszeitung, 11. September 1932

New Yorker Volkszeitung
11. 9. 32.

Der Fall Gumbel.

• • •

Wie die New Yorker Volkszeitung bereits gemeldet hat, ist dem Professor Dr. Gumbel unter dem Druck der Nationalsozialisten die Lehrberechtigung an der Universität Heidelberg entzogen worden. Da ein solcher Vorgang in Deutschland ausserordentlich selten ist, ja kaum alle zehn Jahre einmal vorkommt, hat er grosses Aufsehen erregt. Es lohnt daher, auf die Ursachen näher einzugehen.

Wer ist Gumbel, was wirft man ihm vor und was sind die wirklichen Gründe für seine Entlassung?

Gumbels wissenschaftliches Fach ist die Wahrscheinlichkeitstheorie und ihre Anwendung, die mathematische Statistik. Auf dem Gebiet der Versicherungsmathematik hat er eine Reihe bemerkenswerter Arbeiten geschrieben. Erst neuerdings erschien von ihm ein Buch, betitelt: "Das Zufallsgesetz des Sterbens". Das Institut Henri Poincare an der Pariser Universität, eines der vornehmsten mathematischen Institute Europas, hat ihn zu Gastvorlesungen für diesen Winter eingeladen. Die Universität Heidelberg anerkennt sogar in dem Schreiben, in dem sie seine Entlassung fordert, seine wissenschaftlichen Qualitäten. Der Wert seiner wissenschaftlichen Leistungen ist weithin anerkannt und wird in keiner Weise bezweifelt. Auch seine pädagogischen Leistungen auf dem ihm anvertrauten Lehrgebiet sind vom Ministerium anerkannt worden.

Es sind politische Gründe, die zu seiner Entlassung geführt haben. Gründe, die die heutige Situation in Deutschland aufs grellste beleuchten. Denn Gumbel ist einer der ersten gewesen, die schon vor einem Jahrzehnt die Gefahren, die heute jeder kennt, erkannt und zu ihrer Bekämpfung aufgefordert hat. Er ist der Historiker der Deutschen Reaktion.

Es ist heute zehn Jahre her, dass eine kleine Broschüre von ihm erschien. Er zeigte darin, wie die deutschen Nationalisten in systematischer Weise dazu übergingen, die Führer der Revolution umzubringen und wie die Gerichte in der Verfolgung dieser Taten versagten, ja die Mörder beschützten. Die Broschüre erlebte mehrere Auflagen, bis sie im Jahre 1922 als Buch unter dem Titel "Vier Jahre politischer Mord" herauskam. Unter dem Eindruck der Ermordung des Aussenministers Rathenau machte das Buch grosses Aufsehen. Der preussische Landtag setzte eine Kommission zu seiner Behandlung ein. Der Reichsjustizminister sah sich genötigt, eine eigene Denkschrift auszuarbeiten, welche die Angaben Gumbels in vollem Umfang bestätigte.

Aber die Regierung fühlte sich nicht stark genug, gegen die militärischen illegalen Organisationen, aus denen die Mörder hervorgegangen waren, wirklich und effektiv durchzugreifen. Gegen diese Schwarze Reichswehr, die Vorläufer der heutigen nationalsozialistischen Sturmtrupps schrieb Gumbel zwei weitere Bücher mit dem einzigen Erfolg, dass versucht wurde, gegen ihn wegen Landesverrats vorzugehen. Denn das Reichsgericht will diese illegalen Organisationen, die ihre Waffen von der Reichswehr erhielten, schützen. Ja, selbst eine Kritik am Etat der Reichswehr, wie sie der Herausgeber der "Weltbühne", Carl von Ossietzky, veröffentlicht hat, wird vom Reichsgericht als Landesverrat bestraft. Immerhin wurde das Verfahren gegen Gumbel eingestellt.

Auch mehrere langjährige Versuche, ihn auf disziplinarem Wege, aus der Universität zu entfernen, scheiterten damals. Aber es versteht sich, dass die Nationalsozialisten einen solchen Mann, gerade um seiner allgemein angesehenen Stellung willen mit wütendem Hass verfolgten. Dies steigerte sich, als er in seinem letzten Buch "Verräter verfallen der Fehme" die Hintergründe der gescheiterten nationalsozialistischen Revolution von 1923 darstellte und zeigte, dass mehrere hervorragende nationalistische Abgeordnete von heute, die zur engsten Umgebung Hitlers gehören, aktiv an der Ermordung völlig unschuldiger junger Menschen teilgenommen hatten.

Eine solche Leistung schrie nach Rache. Ein Vorwand hierfür liess sich leicht konstruieren.

Im Mai dieses Jahres hielt Gumbel in einer Versammlung sozialdemokratischer Studenten in Heidelberg einen Vortrag über "Krieg und Arbeiterschaft". Die Diskussion verlief ruhig, obwohl 3 nationalsozial. Studenten sich als ungebetene Gäste eingestellt hatten. Man duldete sie, weil sie sich ruhig verhielten. Diese Liebenswürdigkeit sollte sich bitter rächen. 14 Tage darauf schlugen die Nazis Krach, indem sie in dem von ihnen geleiteten Studentenblatt erklärten, Gumbel habe wörtlich gesagt: "Das Kriegerdenkmal des deutschen Soldaten ist für mich nicht eine leichtbekleidete Jungfrau mit der Siegespalme in der Hand, sondern eine einzige grosse Kohlrübe. Deswegen müsse gegen Gumbel ein Disziplinarverfahren eingeleitet werden."

Die Universität beeilte sich dieser Forderung nachzukommen. Die andern Teilnehmer dieser Versammlung bestritten die Behauptung der Nazis auf das Entschiedenste. Eine solche Aeusserung hätte ihnen auffallen müssen, ihnen sei aber überhaupt nichts aufgefallen. Gumbel habe von den Schrecken und Leiden des Krieges gesprochen und gesagt, sie würden

durch die Kohlrübe verkörpert. Denn sie war das Hauptnahrungsmittel dieser Zeit. Die betreffende Aeusserung sei unmissverständlich gewesen. Gumbel erklärte, er habe gegen den Krieg gesprochen. Dem Krieg schulde er keine Hochachtung. Denn Deutschland habe den Kellogg - Pakt unterzeichnet und damit den Krieg geächtet.

Zudem verpflichte die Reichsverfassung jeden Lehrer auf den Geist der Völkerversöhnung. Das Andenken der Gefallenen werde durch eine Aeusserung gegen den Krieg überhaupt nicht berührt.

Es versteht sich, dass diese Argumentation auf die Nationalsozialisten keinen Eindruck machte. Sie terrorisierten durch riesige Versammlungen und Umzüge die ganze Stadt und übten so einen starken Druck auf die Professoren aus... In einer öffentlichen Studentenversammlung erklärten sie "wie auch das Verfahren ausgehen wird, Gumbels Kopf wird rollen". Dies ist eine Anspielung auf Hitlers Aeusserung vor dem Reichsgericht, dass er die Verfassung achten werde, solange sie existiere, dass er aber nach der Machtergreifung eine neue Verfassung machen werde und dann werde er Köpfe rollen lassen, was seine Anhänger, wie Gumbel gezeigt hat, allerdings heute bereits tun. In einem besonderen Disziplinarverfahren wurden die Studenten auf grund dieser Drohungen freigesprochen, weil sie nur bildlich gemeint gewesen sei.

Das Verfahren gegen Gumbel verlief anders. Die Mehrheit der Studenten an den Deutschen Universitäten ist heute nationalsozialistisch. Denn sie weiss, dass sie nach Beendigung der Studien vor dem Problem der Arbeitslosigkeit steht. Da die Nazis jedem alles versprechen, glauben die Studenten, dass dieses Problem für sie im

"Dritten Reich" nicht mehr existieren würde und dass sie dann wieder den ihnen zukommenden Platz erhalten würden. Die Professoren dagegen sind keineswegs alle ausgesprochene Nazis. Aber sie glauben, dass man als Führer der Jugend ihr folgen müsse dass man sich einer populären Bewegung nicht entgegenstellen dürfe. In Heidelberg kam dazu, dass mehrere der massgeblichen Professoren von den Nazistudenten angegriffen worden waren... Sie glaubten ihre Objektivität dadurch beweisen zu müssen, dass sie dies nicht beachteten. Massgeblich für sie war dabei die Hoffnnug sich vor Fortsetzung dieser Angriffe zu sichern, indem sie Gumbel entfernten. Ihr Bedürfnis nach Ruhe war entscheidend. Nicht der Mörder, sondern der Entdecker der Morde ist an der Unruhe schuld. So ging die Universität auf alle Forderungen der Nazis ein, machte sich zu ihrem Werkzeug, schob die unbequemen Zeugenaussagen beiseite und legte einfa[...] die Anschuldigungen der drei Nazistudenten zugrunde.

In einer eingehenden Verteidigungsschrift, die an den Unterrichtsminister ging, zeigte Gumbel, dass ein solches Verfahren juristisch unhaltbar war und forderte Gegenüberstellung und Vereidigung aller Zeugen. Der Unterrichtsminister antwortete darauf, indem er nur die Belastungszeugen vereidigte, da Gumbel nur wegen der Form, nicht des Inhalts seiner Aeusserung [...]llen angeklagt sei. Als neue [...]ung wurde die Tatsache an[...]t, dass Gumbel in dieser politischen Versammlung Unterschriften zu einer an den Reichspräsidenten gerichteten Bitte um Begnadigung für Carl von Ossietzky gesammelt habe. Die Entscheidung des Ministers lautete auf Dienstentlassung und Tragung der Kosten des Verfahrens. Die Schärfe seiner Entscheidung ist nur dadurch erklärlich, dass etwas unmögliches bewiesen werden sollte, nämlich, dass die aus juristischen Gründen und nicht unter dem Druck der Nazis zustandegekommen war [...].

Professor Ein[...] [...]rieb ü[...] das Verfahre[...] [...]elu[...] von Herrn [...]umbel wäre nach m[...]ner Ue[...]zeugung ein Missgriff schlimmster Sorte. Soll ein Mensch verfolgt werden, weil er den verderblichsten Massensuggestionen nicht unterliegt, weil er den Mut hat, für die Wahrheit und Menschlichekit selbstlos einzutreten unter völliger Hintansetzung aller Rücksicht auf äusseren Erfolg und persönlicher Sicherheit? Auf die Dauer kann die Achtung vor den Behörden nur dadurch aufrecht erhalten werden, dass diese unbekümmert um das Geschrei des Pöbels Gerechtigkeit übt und die wenigen wertvollen Individuen schützt."

Professor Gumbel hat gegen[?] der vorliegenden Entscheidung Revision beim Badischen Gesamtministerium eingelegt. Das Original dieser Eingabe Gumbels wird in den nächsten Tagen in den Spalten der N. Y. Volkszeitung zum Abdruck gelangen.

244

New Yorker Volkszeitung, Dienstag, den 13. Sept. 1932

Mein Brief an das badische Staatsministerium.

Von Prof. Dr. E. S. GUMBEL.

Die Entscheidung des Herrn Unterrichtsministers geht davon aus, dass ich die inkriminierte Aeusserung getan habe. Hierfür gibt es nur einen Beweis, nämlich die Aussage der drei nationalsozialistischen Studenten, insbesondere D----s. Diese widerspricht der Aussage aller andern Zeugen in allen entscheidenden Punkten und zwar derartig, dass sogar Geheimrat Anschütz in seiner Vorlesung öffentlich hierauf zu sprechen gekommen ist.

Wenn einem nationalsozialistischen Studenten in einer Zeit, in der seine Parteifreunde beinahe täglich politische Morde begehen, in der mir die Fensterscheiben eingeschlagen werden, in der mein Zaun umgerissen wird, in der ich auf der Strasse täglich angepöbelt werde, nach dem Eindruck in einer vorwiegend nationalsozialistischen Versammlung geglaubt werden kann, dass sein Satz "Wie das Verfahren auch ausgehen mag, Gumbels Kopf wird rollen "nur bildlich gemeint war, so darf auch den sehr viel weniger kühnen Aussagen aller nicht nationalsozialistischen Teilnehmer meiner Versammlung Glauben geschenkt werden.

In meiner Verteidigungsschrift habe ich an Hand dieser Zeugenaussagen die Unglaubwürdigkeit der von den drei Nationalsozialisten gegen mich vorgebrachten Anschuldigungen nachgewiesen. Ich lege daher meinen Rekurs die Tatsache zugrunde, dass der Herr Unterrichtsminister auf diese Schrift (bis auf eine weniger wichtige Eventualbemerkung) überhaupt nicht eingegangen ist und bitte um deren Berücksichtigung.

Was den Zeugen D----r betrifft, so ist seine Glaubwürdigkeit durch die Art seiner Aussagen in dem Disziplinverfahren gegen die Studenten neuerdings in aller Oeffentlichkeit erschüttert.

Die vom Herrn Unterrichtsminister veranlasste eidliche Vernehmung entsprach meinem Eventualantrag, ihn und L., als typische Vertreter der beiden sich in diesem Disziplinarverfahren unversöhnlich gegenüberstehenden Aussagen wie Weltauffassungen noch einmal, nach Abschluss der Universitätsuntersuchung eidlich zu vernehmen.. Aber nur der Hälfte dieses in sich geschlossenen, nicht halbierbaren Antrages. Der Herr Unterrichtsminister ist, indem er zwei Nationalsozialistische Belastungszeugen, D. und R. und ausgerechnet nur sie vereidigt hat, an der wichtigsten Erkenntnisquelle

vorbeigegangen "Audiatur et altera pars", nämlich diejenigen, welche in der Aeusserung überhaupt nichts auffälliges gehört haben, eben weil sie weder die Form noch den Inhalt hatte, welche die Nationalsozialisten behaupten. Daher ist es notwendig, dass das Staatsministerium nunmehr auch alle andern Ohrenzeugen, insbesondere den Arbeiter L. und diejenigen, welche die in der Heidelberger Volkszeitung veröffentlichte Erklärung unterschrieben haben, welche der Ausage der Nationalsozialisten in aller Entschiedenheit widerspricht, eidlich v[illegible] soweit sie [illegible] Zeit in [illegible] erreic[illegible] Das E[illegible] wird erneut die bisherigen Aussagen aller andern Zeugen bekräftigen und feststellen, dass das, was ich wirklich gesagt habe, nichts mit der Interpretation zu tun hat, welche die Nationalsozialisten meiner Aeusserung gegeben haben und welche das Gutachten des Untersuchungsausschusses zugrunde legt.

Hier liegt der zentrale Unterschied vom Fall des Jahres 1924, indem ich wirklich eine Aeusserung getan habe, welche Anstoss erregt hat und die zu bedauern ich Grund hatte. Es besteht überhaupt kein Zusammenhang mit diesem nunmehr acht Jahre zurückliegenden ersten und einzigen Vorfall, über dessen Behandlung die Fakultät nach dem von ihr damals veröffentlichten Gutachten bekanntlich keineswegs einverstanden war und der, soweit er mir zum Vorwurf gereicht, nach den gesetzlichen Auffassungen als verjährt gelten darf. Aus dem Fall von 1924 und der von den Nationalsozialisten entstellten Aeusserung von 1932 kann somit kein Gesamtverhalten konstruiert werden. Damit fallen alle Konsequenzen, welche hieraus gezogen werden. Von meiner ganzen Verteidigungsschrift hat der Herr Unterrichtsminister nur die Eventualbemerkung, dass Kriegerdenkmäler auch als Denkmale des Krieges aufgefasst werden können, berücksichtigt und hieraus Schlüsse auf meine "Verständnislosigkeit gegenüber andersgearteten Anschauungen" gezogen, während diese Bemerkung tatsächlich nur eine Selbstverständlichkeit wiedergibt.

Den gleichen Schluss glaubt der Herr Minister aus dem Umstand ziehen zu können, dass ich Unterschriften zu einer an den Herrn Reichspräsidenten gerichteten Bitte um Begnadigung für Carl von Ossietzky gesammelt habe, in der dieser als ein Mann von untadeliger Gesinnung bezeichnet wurde. Was zunächst diese Charakterisierung betrifft, so ist es die Eigentümlichkeit eines politischen Verbrechens, dass es aus untadeliger, ehrenhafter Gesinnung heraus begangen werden kann. Es genügt unter anderem, auf die Tatsache hinzuweisen, dass die namhaftesten Führer der Nationalsozialisten sogar wegen schlimmerer, "die Grundlagen der staatlichen Ordnung gefährdenden Verbrechen" wie Mord und Hochverrat vorbestraft sind und trotzdem von mancher Seite als ehrenhaft bezeichnet werden. Ich habe das bei der Sammlung verwendete Formular zu den Akten gegeben, weil ich nichts zu verschweigen habe. Ich vermag es überhaupt nicht als Belastung zu empfinden, dass ich in einer politischen Versammlung Unterschriften zu einer Erklä-

rung gesammelt habe, die von über 42,000 Deutschen, darunter vielen hervorragenden Politikern und in der Oeffentlichkeit angesehenen Personen, auch von Professor Radbruch unterschrieben worden ist.

Zum Schluss dieses Briefes gestatte ich mir eine politische Bemerkung: Der Ausgangspunkt dieses Verfahrens ist, wie der Herr Unterrichtsminister schreibt, die Form einer politischen Aeusserung. Aber die Ursache dieses Verfahrens ist nicht diese Form, sondern entgegengesetzt der Behauptung des Untersuchungsausschusses der Gesamtinhalt meiner politischen Ueberzeugung. Wer bisher nicht dieser Meinung war, den muss die Tatsache, dass die Angriffe gegen mich von den Nationalsozialisten ausgegangen sind, und das Jubelgeschrei der nationalsozialistischen Presse über meine Entlassung überzeugen.

N. Y. Volkszeitungs-Konferenz.

Die Nationalsozialisten haben mich verfolgt und mussten mich verfolgen, weil ich ihre politischen Morde aufgedeckt habe. Zu diesen meinen Arbeiten stehe ich. Die Denkschrift des Reichsjustizministers und die Morde der letzten Zeit haben meine Behauptungen bestätigt. Während acht Jahren haben die Herren Staatspräsidenten und Unterrichtsminister aus verschiedenen politischen Parteien mich gehalten. Ich weiss jedem einzelnen für jeden solchen Schritt tiefen Dank und habe auf ihre Intensionen immer Rücksicht genommen.

Der jetzige Herr Unerrichtsminister dagegen hält meine Entfernung für eine politische Notwendigkeit, wohl, wenn ich seinen Schritt interpretieren darf, um den Nationalsozialisten weniger Angriffsflächen zu bieten und hierdurch die Republik zu schützen. Wenn ich diesen Gedankengang als richtig annehmen könnte, hätte ich längst die Konsequenz gezogen und wäre freiwillig zurückgetreten. Denn ich bin mir bewusst, dass die Anhänger der Republik verpflichtet sind, ihr auch Opfer zu bringen. Aber dieses Argument ist falsch. Durch meine Entfernung wird die Republik nicht gestützt, wohl aber wird hierdurch die Stellung aller Republikaner an den Deutschen Hochschulen gefährdet. Ich kann beweisen, dass diese Ueberzeugung weit verbreitet ist. Die von den Nationalsozialisten provozierten Skandale an sovie[illegible] Deutschen Hochschulen und ihre weitgehenden Drohungen in der "Heidelberger Volksgemeinschaft" vom 2. August beweisen, dass durch meine Entfernung die Ruhe nicht gesichert ist.

Es handelt sich bei diesem Kampf nicht um Gumbel, sondern um die von den Nationalsozialisten als "Gumb[illegible]" Qualifizierten. Ich werde nicht der einzige Nachfolger der langen Reihe politischer Märtyrer aus Deutschen Universitäten sein, die zum Teil ins Exil gehen mussten, der Reihe die von Fichte und den [illegible] von 1813, den Gebrüder Grimm von den Göttinger Sieben, den Kämpfern von 1848 bis zu Dühring und Arons reicht. Es ist noch in der Macht des [illegible]misteriums, dies zu verhindern. Zu verhindern, dass das schreckliche Wort Fichtes sich bewahrheite, "das in einigen Jahren in Deutschland [illegible]in Mensch mehr, der dafür bekann[illegible]t, in seinem Leben einen freien [illegible]danken gedacht zu haben, eine Ruh[illegible] finden wird."

Zeit des Kapp-Putsches, so würden die Familienstreitigkeiten in den einzelnen Gruppierungen der Reaktion sehr schnell verschwinden; sie würde mit geeinten Kräften gegen die Arbeiterklasse vorgehen. Die Schwäche der Arbeiterschaft, ihre Uneinigkeit und Zerrissenheit ist es, die der feudalen Reaktion, dem Monopolkapitalismus und den Junkern gestattet, scheinbar schärfer gegen die Nazis vorzugehen. Sie tut dies, indem sie gleichzeitig die Arbeiterorganisationen zwar nicht zerschlägt aber immer stärker funktionslos macht, immer mehr von innen heraus aushöhlt. Die neue Ausführungsverordnung des Reichsarbeitsministers gegen die Streiks bei dem augenblicklichen Lohnabbau ist nur ein Symptom für viele.

Noch einmal also: die Arbeiterklasse soll die innern Zwistigkeiten im Lager der Reaktion nicht überschätzen. Sie gewinnt dadurch nur das eine: sie gewinnt etwas Zeit. Papens Chance, durch den Ausgang der Reichstagswahlen die eigne Regierung zu stärken, würde für die Arbeiterklasse einen Zeitgewinn bei der immer größern Verschärfung der politischen Gegensätze bringen. Nützt sie den Zeitgewinn, um vor allem gegen den neuen Lohnraub zur einheitlichen Aktion der gesamten Klasse zu kommen, so kann Papens Chance auch leicht in gewissem Umfang zu einer Chance der Arbeiterklasse werden.

Weltbühne
11.Okt.32

Rekurs an das Staatsministerium von E. J. Gumbel

Gemäß der Verordnung vom 13. Januar 1921 lege ich hiermit gegen die von mir am 24. August erhaltene Entscheidung des Herrn Unterrichtsministers, wonach mir die Lehrberechtigung entzogen und ich die Kosten des Verfahrens zu tragen habe, Rekurs ein. In dem beiliegenden Brief an den Herrn Unterrichtsminister habe ich diesen gebeten, meine Verteidigungsschrift vom 25. Juli an das Staatsministerium weiterzugeben.

Ich beantrage:

Gegenüber dem Gutachten des Untersuchungsausschusses Berücksichtigung meiner Verteidigungsschrift;

Eidliche Vernehmung sämtlicher im Verfahren bisher vernommenen Ohrenzeugen, sowie der Unterzeichner der in der ‚Heidelberger Volkszeitung' veröffentlichten Erklärung, soweit sie zur Zeit in Heidelberg erreichbar sind; besonderes Gewicht lege ich auf die eidliche Vernehmung des Arbeiters;

Heranziehung der Akten des Disziplinarverfahrens gegen die Studenten insbesondere der die Glaubwürdigkeit des Hauptzeugen betreffenden Begründung der Anträge des Staatsanwalts;

Wiederherstellung aller meiner Rechte, die ich auf Grund der Habilitation genoß, bis zum Zeitpunkt der Entscheidung des Staatsministeriums.

Was die endgültige Entscheidung betrifft, so bitte ich um Einstellung des Verfahrens, Belassung aller Rechte und um einen einjährigen Urlaub. Ich verbleibe mit vorzüglicher Hochachtung

ergebenst

gez. Unterschrift

Begründung

Die Entscheidung des Herrn Unterrichtsministers geht davon aus, daß ich die inkriminierte Äußerung getan habe. Hierfür gibt es nur einen Beweis, nämlich die Aussage der drei nationalsozialistischen Studenten, insbesondere Dörrs. Diese widerspricht der Aussage aller andern Zeugen in allen entscheidenden Punkten, und zwar derartig, daß sogar Geheimrat Anschütz in seiner Vorlesung öffentlich hierauf zu sprechen gekommen ist.

Wenn einem nationalsozialistischen Studenten in einer Zeit, in der seine Parteifreunde beinahe täglich politische Morde begehen, in der mir die Fensterscheiben eingeschlagen werden, in der mein Zaun umgerissen wird, in der ich auf der Straße täglich angepöbelt werde, nach dem Eindruck in einer vorwiegend nationalsozialistischen Versammlung geglaubt werden kann, daß sein Satz „Wie das Verfahren auch ausgehen mag, Gumbels Kopf wird rollen" nur bildlich gemeint war, so darf auch den sehr viel weniger kühnen Aussagen aller nicht nationalsozialistischen Teilnehmer meiner Versammlung Glauben geschenkt werden.

In meiner Verteidigungsschrift habe ich an Hand dieser Zeugenaussagen die Unglaubwürdigkeit der von den drei Nationalsozialisten gegen mich vorgebrachten Anschuldigung nachgewiesen. Ich lege daher meinem Rekurs die Tatsache zugrunde, daß der Herr Unterrichtsminister auf diese Schrift (bis auf eine weniger wichtige Eventualbemerkung) überhaupt nicht eingegangen ist, und bitte um deren Berücksichtigung.

Was den Zeugen D. betrifft, so ist die Glaubwürdigkeit dieses Zeugen durch die Art seiner Aussagen in dem Disziplinarverfahren gegen die Studenten neuerdings in aller Öffentlichkeit erschüttert.

Die vom Herrn Unterrichtsminister veranlaßte eidliche Vernehmung entsprach meinem Eventualantrag, ihn und L., als typische Vertreter der beiden sich in diesem Disziplinarverfahren unversöhnlich gegenüberstehenden Aussagen wie Weltauffassungen, noch einmal nach Abschluß der Universitätsuntersuchung eidlich zu vernehmen. Aber nur der Hälfte dieses in sich geschlossenen, nicht halbierbaren Antrags. Der Herr Unterrichtsminister ist, indem er zwei nationalsozialistische Belastungszeugen und ausgerechnet nur sie vereidigt hat, an der wichtigsten Erkenntnisquelle vorbeigegangen: „Audiatur et altera pars", nämlich diejenigen, welche in der Äußerung überhaupt nichts Auffälliges gehört haben, eben weil sie weder die Form noch den Inhalt hatte, welche die Nationalsozialisten behaupten. Daher ist es notwendig, daß das Staatsministerium nunmehr auch alle andern Ohrenzeugen, insbesondere den Arbeiter L. und diejenigen, welche die in der ‚Heidelberger Volkszeitung' veröffentlichte Erklärung unterschrieben haben, welche der Aussage der Nationalsozialisten in aller Entschiedenheit widerspricht, eidlich vernimmt, soweit sie zur Zeit in Heidelberg erreichbar sind.

Das Ergebnis der Vernehmung wird erneut die bisherigen Aussagen aller andern Zeugen bekräftigen und feststellen, daß das, was ich wirklich gesagt habe, nichts mit der Interpretation zu tun hat, welche die Nationalsozialisten meiner Äußerung gegeben haben und welche das Gutachten des Untersuchungsausschusses zugrundelegt.

Hier liegt der zentrale Unterschied zum Fall des Jahres 1924, in dem ich wirklich eine Äußerung getan habe, welche Anstoß erregt hat und die zu bedauern ich Grund hatte. Es besteht überhaupt kein Zusammenhang mit diesem nunmehr acht Jahre zurückliegenden ersten und einzigen Vorfall, über dessen Behandlung die Fakultät nach dem von ihr damals veröffentlichten Gutachten bekanntlich keineswegs einig war und der, soweit er mir zum Vorwurf gereicht, nach den gesetzlichen Auffassungen als verjährt gelten darf. Aus dem Fall von 24 und der von den Nationalsozialisten entstellten Äußerung von

32 kann somit kein Gesamtverhalten konstruiert werden. Damit fallen alle Konsequenzen, welche hieraus gezogen werden. Von meiner ganzen ‚Verteidigungsschrift hat der Herr Unterrichtsminister nur die Eventualbemerkung, daß Kriegerdenkmäler auch als Denkmale des Krieges aufgefaßt werden können, berücksichtigt und hieraus Schlüsse auf meine „Verständnislosigkeit gegenüber andersgearteten Anschauungen" gezogen, während diese Bemerkung tatsächlich nur eine Selbstverständlichkeit wiedergibt.

Den gleichen Schluß glaubt der Herr Minister aus dem Umstand ziehen zu können, daß ich Unterschriften zu einer an den Herrn Reichspräsidenten gerichteten Bitte um Begnadigung für Carl von Ossietzky gesammelt habe, in der dieser als Mann von untadeliger Gesinnung bezeichnet wurde. Was zunächst diese Charakterisierung betrifft, so ist es die Eigentümlichkeit eines politischen Verbrechens, daß es aus untadeliger, ehrenhafter Gesinnung heraus begangen werden kann. Es genügt, unter anderm auf die Tatsache hinzuweisen, daß die namhaftesten Führer der Nationalsozialisten sogar wegen schlimmerer „die Grundlagen der staatlichen Ordnung gefährdenden Verbrechen" wie Mord und Hochverrat vorbestraft sind und trotzdem von mancher Seite als ehrenhaft bezeichnet werden. Ich habe das bei der Sammlung verwendete Formular zu den Akten gegeben, weil ich nichts zu verschweigen habe. Ich vermag es überhaupt nicht als Belastung zu empfinden, daß ich in einer politischen Versammlung Unterschriften zu einer Erklärung gesammelt habe, die von über 42 000 Deutschen, darunter vielen hervorragenden Politikern und in der Öffentlichkeit angesehenen Personen, auch von Professor Radbruch, unterschrieben worden ist.

Zum Schluß dieses Briefes gestatte ich mir eine politische Bemerkung: Der Ausgangspunkt dieses Verfahrens ist, wie der Herr Unterrichtsminister schreibt, die Form einer politischen Äußerung. Aber die Ursache dieses Verfahrens ist nicht diese Form sondern entgegengesetzt der Behauptung des Untersuchungsausschusses der Gesamtinhalt meiner politischen Überzeugung. Wer bisher nicht dieser Meinung war, den muß die Tatsache, daß die Angriffe gegen mich von den Nationalsozialisten ausgegangen sind, und das Jubelgeschrei der nationalsozialistischen Presse über meine Entlassung überzeugen. Die Nationalsozialisten haben mich verfolgt und mußten mich verfolgen, weil ich ihre politischen Morde aufgedeckt habe. Zu diesen meinen Arbeiten stehe ich. Die Denkschrift des Reichsjustizministers und die Morde der letzten Zeit haben meine Behauptungen bestätigt. Während acht Jahren haben die Herren Staatspräsidenten und Unterrichtsminister aus verschiedenen politischen Parteien mich gehalten. Ich weiß jedem einzelnen für jeden solchen Schritt tiefen Dank und habe auf ihre Intentionen immer Rücksicht genommen.

Der jetzige Herr Unterrichtsminister hält meine Entfernung für eine politische Notwendigkeit: wohl, wenn ich seinen Schritt interpretieren darf, um den Nationalsozialisten weniger Angriffsflächen zu bieten und hierdurch die Republik zu schützen. Wenn ich diesen Gedankengang als richtig annehmen könnte, hätte ich längst die Konsequenz gezogen und wäre freiwillig zurückgetreten. Denn ich bin mir bewußt, daß die Anhänger der Republik verpflichtet sind, ihr auch Opfer zu bringen. Aber dieses Argument ist falsch. Durch meine Entfernung wird die Republik nicht gestützt, wohl aber wird hierdurch die Stellung aller Republikaner an den deutschen Hochschulen gefährdet. Ich kann beweisen, daß diese Überzeugung weit verbreitet ist. Die von den Nationalsozialisten provozierten Skandale an so vielen deutschen Hochschulen und ihre weitgehenden Drohungen in der ‚Heidelberger Volksgemeinschaft' vom 2. August beweisen, daß durch meine Entfernung die Ruhe nicht gesichert ist.

Es handelt sich bei diesem Kampf nicht um Gumbel sondern um die von den Nationalsozialisten als „Gumbels" Qualifizierten. Ich

werde nicht der einzige Nachfolger der langen Reihe politischer Märtyrer aus deutschen Universitäten sein, die zum Teil ins Exil gehen mußten, der Reihe, die von Fichte und den Freiheitskämpfern von 1813, den Gebrüdern Grimm, von den Göttinger Sieben, den Kämpfern von 1848 bis zu Dühring und Aron reicht. Es ist noch in der Macht des Ministeriums, dies zu verhindern, daß das schreckliche Wort Fichtes sich bewahrheite, „daß in einigen Jahren in Deutschland kein Mensch mehr, der dafür bekannt ist, in seinem Leben einen freien Gedanken gedacht zu haben, eine Ruhestätte finden wird".

Freigesprochen von Gabriele Tergit

Der Prozeß begann damit, daß der ‚Angriff' die Köpfe der Angeklagten forderte, und er endete mit dem Freispruch aller Angeklagten.

Dazwischen liegt zweiundeinehalbe Woche eines der aufregendsten Prozesse, die je in Moabit stattfanden. Noch nie war die These der Nationalsozialisten von zweierlei Recht, einem für Nationalsozialisten als Staatsbejaher, einem andern für Kommunisten als Staatsverneiner, so tief bis in die Taten und Protokolle der Polizei und der Staatsanwaltschaft zu spüren gewesen, und dabei handelte es sich um Todesurteile gegen fünf junge Menschen. Es handelte sich in der Verhandlung nicht um das Urteil, nicht um Differenzierungen über die Beurteilung von Tat und Täter sondern plump und grob wie in einem schlechten Kriminalroman um die Frage: Wer schoß? Die Justiz wurde degradiert zur Detektei. Alle Ermittlungen, sonst von der Polizei begonnen, von der Staatsanwaltschaft fortgesetzt, von dem Untersuchungsrichter geprüft, sind beim Sondergericht nur noch auf Polizei und Staatsanwaltschaft konzentriert. Polizei und Staatsanwaltschaft tippen auf die Falschen. Ein Untersuchungsrichter zur Verhinderung von Irrtümern fehlt. Anklage gegen neun Arbeiter wird erhoben. Der Prozeß beginnt. Nun greift die Verteidigung ein, und bei Rechtsanwalt Litten geht es zu, als ob er das berühmte rote Plakat der Mordkommission affichiert hätte — tausend Mark Belohnung. Bei ihm melden sich Zeugen und aber Zeugen, alles, was Aufgabe der Behörden in einem gesunden Rechtsverfahren ist, geschieht nun durch die Verteidigung. Zugunsten nicht nur der Angeklagten sondern zugunsten des Rechtes, zur Verhinderung eines vielfachen Justizmordes, der ein rotbrennendes, ein entzündendes Fanal geworden wäre, auch in einem Deutschland, das in Dingen der Gerechtigkeit stumpf und schwerhörig geworden ist.

Kurz der Tatbestand: Calm, Angestellter einer Treuhandgesellschaft und Funktionär der KPD hatte eine Sitzung von Kommunisten zur Gründung einer Hausschutzstaffel für die Röntgenstraße in ein neutrales Lokal berufen, zu der auch eine schon bestehende Hausschutzstaffel kam. Im ganzen etwa fünfundzwanzig Leute. Beim Heimweg gingen sie geschlossen auf der rechten Seite der Röntgenstraße. Drei Nationalsozialisten, die von einer Sturmversammlung kamen, gingen auf der gleichen Seite der Straße, kamen in einen Wortwechsel mit den Kommunisten, lösten sich von der rechten Seite, um auf die linke Seite, wo das Verkehrslokal des Sturms 33 ist, hinüberzugehen. In diesem Moment fallen zehn bis fünfzehn Schüsse. Der Nationalsozialist Gatschke ist tot, die zwei andern sind verwundet. Die Kommunisten fliehen zurück. Die Polizei kommt zufällig sofort, fährt bis an das Sturmlokal, untersucht die etwa vierzig Anwesenden vergeblich auf Waffen. Nur auf dem Hof liegen zwei Revolver. Soweit das Geschehnis.

Sofort danach geht in der Gegend die Rede, die Nazis hätten ihre eignen Leute erschossen. Aber unbeirrt, gebannt den Ver-

247

22. 10. 32.

Nr. 249 / 1. Jahrgang. **Der Funke**

Kriegsvorbereitung und Hochschule.

Dokumente zum Fall Gumbel.

Der Kampf der Nationalisten und Kriegstreiber gegen Professor Gumbel hatte im August dazu geführt, daß der Badische Kultusminister Baumgartner (Zentrum) Gumbel, während dieser in Amerika war, die Lehrberechtigung entzogen hat. Jetzt liegen die wichtigsten Dokumente zu diesem Fall von Sonderjustiz vor: der Wortlaut des Beschlusses des Badischen Kultusministers und eine Schrift Gumbels, die er von New York aus an das badische *Staats*ministerium gerichtet hat, um gegen die Entscheidung des *Kultus*ministers Berufung einzulegen. Die beiden Dokumente sind für die beiden Parteien in diesem Konflikt so charakteristisch, daß wir ihre wichtigsten Teile im folgenden wörtlich wiedergeben. Sie sprechen für sich, und genügen wohl zur Begründung des Urteils „Sonderjustiz"; denn die Art, in der hier gegen Gumbel verfahren wird, gleicht der Praxis der meisten Sondergerichte gegen Arbeiter.

Aus der Schrift des Kultusministers.

„Die Feststellung des Tatbestandes ... bot im vorliegenden Falle gewisse Schwierigkeiten.

Der Untersuchungsausschuß hat eine Reihe von Zeugen vernommen, jedoch nicht mit Sicherheit anzunehmen vermocht, daß die den Gegenstand der Untersuchung bildende Aeußerung des Angeschuldigten durch eine der Zeugenaussagen vollinhaltlich richtig wiedergegeben werde. ... Wenn er gleichwohl die Ueberzeugung gewonnen hat, daß eine weitgehende Rekonstruktion des Sachverhalts ... möglich sei, so ergab sich dieses Urteil auf Grund sorgfältiger Abwägung der Aussagen der Be- und Entlastungszeugen. ... das Unterrichtsmini[illegible] ... die Beeidigung derjenigen Zeugen angeordnet, [illegible] deren Aussage den Anspruch erhebt, eine wortgetreue Wiedergabe der zur Untersuchung stehenden Aeußerung zu enthalten. Die Beeidigung ist ... vorgenommen worden mit dem Ergebnis, daß die zwei Zeugen — die Studierenden Doerr und Rösiger — eine Aeußerung folgenden Wortlauts aus Professor Gumbels Mund gehört zu haben eidlich versicherten:

‚Um es gleich vorwegzunehmen, das Kriegerdenkmal des deutschen Soldaten ist für mich nicht eine leichtbekleidete Jungfrau mit der Siegespalme in der Hand, sondern eine einzige große Kohlrübe.' ...

Was zum Einschreiten Anlaß geboten hat, ist nicht der Inhalt, sondern die Form der Aeußerung. ... Heldentum und Opfertod im Kriege bilden

für das vaterländische Empfinden einen geheiligten Bezirk,

dem sich niemand und vor allem nicht derjenige, der an verantwortungsvoller Stelle zur deutschen Jugend spricht, ohne ehrfurchtsvollen Ernst nähern soll.

Daß Gumbel es hieran hat fehlen lassen, bildet die Verfehlung des Angeschuldigten.

... eine in der Persönlichkeit des Angeschuldigten wurzelnde weitreichende Verständnislosigkeit gegenüber andersgearteten Anschauungen und Interessen. Dieselbe Eigenart kommt auch darin zum Ausdruck, daß Professor

Dr. Gumbel vor Beginn seines Vortrags eine Einzeichnungsliste für den wegen Landesverrats rechtskräftig verurteilten C. v. Ossietzky in Umlauf setzen ließ.

In der von den Studierenden zu unter[illegible] Erklärung war der Verurteilte als ein Mann von untadeliger Gesinnung bezeichnet. ... Offensichtlich hat sich ihm nicht die Frage aufgedrängt, ob nicht ein derartiges Eintreten für einen wegen Landesverrats Verurteilten die Studierenden zu der Auffassung verleiten könnte, daß ein akademischer Lehrer das Delikt des Landesverrats als solches nicht als ehrenrührige, die Grundlagen der staatlichen Ordnung gefährdende Verfehlung betrachte.

Die verletzende Wirkung der beanstandeten Aeußerung ... ist nur (von uns gesperrt. Red.) verständlich auf dem Hintergrund der im Jahre 1924 gefallenen Bemerkung vom ‚Feld der Unehre'.

... Es ist selbstverständlich, daß ... auch alle für den Angeschuldigten günstigen Möglichkeiten mitherangezogen werden müssen, namentlich die ... wissenschaftliche Qualifikation und seine Leistungen auf dem anvertrauten Lehrgebiet. Daneben mag auch die Ueberzeugungstreue und

das die Gefahr nicht scheuende Eintreten des Angeschuldigten für das für recht Erkannte

sympathisch berühren. ... indes ... ist das Unterrichtsministerium ... der Auffassung, daß Professor Dr. Gumbel sich ... durch sein Verhalten

der Achtung und des Vertrauens, die seine Stellung erfordert, unwürdig erwiesen hat."

Aus Gumbels Antwort.

„Die Entscheidung des Herrn Unterrichtsministers geht davon aus, daß ich die inkriminierte Aeußerung getan habe. Hierfür

gibt es nur einen Beweis, nämlich die Aussage der drei nationalsozialistischen Studenten,

insbesondere Doerrs. Diese widerspricht der Aussage aller anderen Zeugen in allen entscheidenden Punkten, und zwar derartig, daß sogar Geheimrat Anschütz in seiner Vorlesung öffentlich hierauf zu sprechen gekommen ist.

Wenn einem nationalsozialistischen Studenten in einer Zeit, in der seine Parteifreunde beinahe täglich politische Morde begehen, in der mir die Fensterscheiben eingeschlagen werden, in der mein Zaun umgerissen wird, in der ich auf der Straße täglich angepöbelt werde, nach dem Eindruck in einer vorwiegend nationalsozialistischen Versammlung geglaubt werden kann, daß sein Satz

‚Wie das Verfahren auch ausgehen mag, Gumbels Kopf wird rollen'

nur bildlich gemeint war, so darf auch den sehr viel weniger kühnen Aussagen aller nicht nationalsozialistischen Teilnehmer meiner Versammlung Glauben geschenkt werden. ...

Der Herr Unterrichtsminister ist, in dem er

zwei nationalsozialistische Belastungszeugen und ausgerechnet nur sie vereidigt

hat, an der wichtigsten Erkenntnisquelle vorbeigegangen ‚Audiatur et alterna pars' (Auch die andere Seite soll gehört werden. Red.), nämlich diejenigen, welche in der Aeußerung überhaupt nichts Auffälliges gehört haben, eben weil sie weder die Form noch den Inhalt hatte, welche die Nationalsozialisten behaupten. ... das, was ich wirklich gesagt habe, nichts mit der Interpretation zu tun hat, welche die Nationalsozialisten meiner Aeußerung gegeben haben und welche das Gutachten des Untersuchungsausschusses zugrundelegt.

Hier liegt der zentrale Unterschied vom Fa[illegible] des Jahres 1924, in dem ich wirklich eine Aeußerung getan habe, welche Anstoß erregt hat und die zu bedauern ich Grund hatte.

... ich Unterschriften zu einer an den [illegible]rn Reichspräsidenten gerichteten Bitte um Begnadigung für

Carl von Ossietzky

gesammelt habe, in der dieser als Mann von untadeliger Gesinnung bezeichnet wurde. Was zunächst diese Charakterisierung betrifft, so ist es

die Eigentümli[illegible] eines politischen Verbrechens, daß aus[illegible] ehrenhafter Gesinnung heraus begangen werden kann.

... Ich vermag es überhaupt nicht als Belastung zu empfinden, daß ich in einer politischen Versammlung Unterschriften zu einer Erklärung gesammelt habe, die von über 42 000 Deutschen, darunter vielen hervorragenden Politikern und in der Oeffentlichkeit angesehenen Personen auch von Professor Radbruch, unterschrieben worden ist.

Zum Schluß dieses

Der Ausgangspunkt
Herr Unterrichtsminist
tischen Abgeordneten Ab

die Ursache dieses
sondern entgegenges
suchungsrecht dieses
sche

Wer bist er nicht
Tatsache, daß die Angr
sozialisten ausgegangen
nationalsozialistischen E
zeugen

Die Nationalsozialist
mußten als Verfolge
au

Zu diesen meinen Arb
des Reichsjustizminister
haben meine Behauptun

Der jetzige Herr Unt
nung für eine

wohl, wenn ich seinen
Nationalsozialisten weni
hierdurch die Republik
danken als richtig
die Konsequenz gezogen.
Denn ich bin mir bewuß
verpflichtet sind, ihr au
Argument ist falsch.

Durch meine Entfer

wohl aber wird hierdur
an den Deutschen Hoch

Es handelt sich bei die
sondern um die von d
bels' Qualifizierten. Ic
folger der langen Reih
schen U

die zum Teil ins Exil
Fichte und den Frei
brüdern Grimm, von
fern von 1848 bis zu D
noch in der Macht des
daß das schreckliche Wo

in einigen Jahren in
der dafür bekannt ist
Gedanken gedacht zu

Zum Schluß dieses Briefes gestatte ich mir
noch eine politische Bemerkung.

Der Ausgangspunkt dieses Verfahrens ist, wie der Herr Unterrichtsminister schreibt, die Form einer politischen Äußerung. Aber

die Ursache dieses Verfahrens ist nicht diese Form, sondern entgegengesetzt der Behauptung des Untersuchungsausschusses der Gesamtinhalt meiner politischen Ueberzeugung.

Wer bisher nicht dieser Meinung war, den muß die Tatsache, daß die Angriffe gegen mich von den Nationalsozialisten ausgegangen sind, und das Jubelgeschrei der nationalsozialistischen Presse über meine Entlassung überzeugen.

Die Nationalsozialisten haben mich verfolgt und mußten mich verfolgen, weil ich ihre politischen Morde aufgedeckt habe.

Zu diesen meinen Arbeiten stehe ich. Die Denkschrift des Reichsjustizministers und die Morde der letzten Zeit haben meine Behauptungen bestätigt. . . .

Der jetzige Herr Unterrichtsminister hält meine Entfernung für eine politische Notwendigkeit:

wohl, wenn ich seinen Schritt interpretieren darf, um den Nationalsozialisten weniger Angriffsflächen zu bieten und hierdurch die Republik zu schützen. Wenn ich diesen Gedankengang als richtig annehmen könnte, hätte ich längst die Konsequenz gezogen und wäre freiwillig zurückgetreten. Denn ich bin mir bewußt, daß die Anhänger der Republik verpflichtet sind, ihr auch Opfer zu bringen. Aber dieses Argument ist falsch.

Durch meine Entfernung wird die Republik nicht gestützt,

wohl aber wird hierdurch die Stellung aller Republikaner an den Deutschen Hochschulen gefährdet. . . .

Es handelt sich bei diesem Kampf nicht um Gumbel, sondern um die von den Nationalsozialisten als ‚Gumbels' Qualifizierten. Ich werde nicht der einzige Nachfolger der langen Reihe politischer Märtyrer aus Deutschen Universitäten sein,

die zum Teil ins Exil gehen mußten, der Reihe, die von Fichte und den Freiheitskämpfern von 1813, den Gebrüdern Grimm, von den Göttinger Sieben, den Kämpfern von 1848 bis zu Dühring und Aron reicht. Es ist noch in der Macht des Ministeriums, dies zu verhindern, daß das schreckliche Wort Fichtes sich bewahrheite, ‚daß

in einigen Jahren in Deutschland kein Mensch mehr, der dafür bekannt ist, in seinem Leben einen freien Gedanken gedacht zu haben, eine Ruhestätte finden wird'."

ABEND der 36
ACHT-Uhr-Abendblatt (Berlin) 191
ANDERE Deutschland das 44-234-235
ARBEITER Zeitung (Wien) 187
ARCHIV für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 183 A
AUGSBURGER Postzeitung 195

BERLIN am Morgen 39-149-238
BERLINER Morgenzeitung 37
BERLINER Tageblatt 9-10-34
BERNER Tagwacht 227 bis 230
BULLETIN des Organisationskomites für die internatinale juristische Konferenz 55-56-58
BUND der Freunde der Sowjet-Union (Rede) 1

CHEMNITZ Volksstimme 27-42-192

DEUTSCHE Republik 39-72A-73-74
DEUTSCHER Feuilleton Dienst 188
DORTMUND Generalanzeiger für 21-43-46-47-48-65-193-196-201-203-205-209-211-241
DRESDNER Anzeiger 166
DRESDNER Volkszeitung 62

~~HAMBURGER Echo~~

ESTI Kurir (Budapest) 119 bis 140

FILM und Funk (Mannheim) 39
FORUM das 29
FRÄNKISCHE Tagespost 19
FREIE Meinung die (Breslau) 184
FREUND der Sowjets 233

"GENF" 6-57-59-60
GESELLSCHAFT 38

HAMBURGER Echo 25
HANNOVER Volkswille 190
HEIDELBERGER Tageblatt 239
HEIDELBERGER Volkszeitung 18-41a-64-71-71a-141-142-197-202-203-206-209-210-236-237-239-240
HILDESHEIMER Volksblatt 186

JUSTIZ die 2-4-68-177-bis 182-198-199
"JUSTIZMINISTERIUM" 183 c und folgende

KAMPF der (Wien) 218
KARLSRUHE Volksfreund 66-71a-183-196-205-206
KLASSENKAMPF der 33-38
KLASSENKAMPF und Statistik (Broschüre) 32
KÖNIGSBERGER Hartungsche Zeitung 143-144

LEIPZIGER Zeitung neue 24
LEIPZIGER Volkszeitung 13-41-200-204-216
LINKSKURVE die 156
LOKALANZEIGER allgemeiner (Beuthen) 13
LÜBECKER Volksbote 163

MANNHEIM Volksstimme 39, 23-31-41b-63-147c-240
MENSCHHEIT d[illegible] 41-45
MENSCHENRECHTE [illegible] 3-22-30-50-72-194-212-214
MIDDELFART Venst[illegible]blad 158
MIDTJYSKE radikale Venstrepresse 159
MITTEILUNGSBLATT des sozialdemokr.Intellektuellenbundes 157
MONDE (Paris) 51-52
MONTAG Morgen 195

NEUMÄRKISCHES Volksblatt(Landsberg) 164

OBERLAUSITZ Volkszeitung für die (Zittau) 20-40-61-148
OSTTHÜRINGSCHE Tribüne 69-70-117-147B

PFÄLZISCHE frei Presse (Kaiserslautern) 26
PFORZHEIMER frei Presse 186
PRAGER Tagblatt 17

RHEINISCHE Zeitung (Köln) 165-189
ROTE Aufbau der 160

SÄCHSISCHES Volksblatt (Zwickau) 12-36
SCHLESIEN Volkswacht für (Breslau) 208
SONNTAGS-Zeitung (Stuttgart) 40-67-147-193
SOZIALISTISCHE Arbeiterzeitung (Breslau) 215
SPANDAU Volksblatt für 78 bis 116
STEM de 231-232

TILSITER allgemeine Zeitung 145-146
TRIBUNAL 153-154

URANIA (Jena) 15-16-75-76-77-155-217

VORWÄRTS 161-162
VOSSISCHE Zeitung 49

WAPENS neder de (den Haag) 7-8-28
WELT am Abend 150-219
WELT am Morgen 35
WELTBÜHNE die 14-220-221-222-223
WOCHENPOST neue (Prag) 11

ZEIT-Notizen 5-53-54-151-152
ZEITSCHRIFT für die gesamte Versicherungs-Wissenschaft 9A
ZÜRICH Volksrecht 224-225-226

B. 2. Political articles

Vol. IV: 1933-1965

Berner Tagwacht

Offizielles Publikationsorgan der sozialdemokratischen Partei der Schweiz.

..., E. Bütikofer (verantwortlich: H. Vogel). — Telephonanschlüsse: Redaktion 23.844, Administration 23.010. — Druck- und Verlag der ...

Donnerstag abend, 29. Dezember — 40. Jahrgang (45. Jahrgang ...

Jeder Abonnent der Tagwacht kann mit einer Prämie von 25 Rappen monatlich sich und seine Ehefrau gegen Unfall zu **1000 Fr.** im Todes- und Ganzinvaliditätsfalle versichern. Sterben infolge Unfalls beide Ehegatten, so erhalten die Kinder 200...

Amerika zerstört Illusionen.

Von E. J. Gumbel.

I.

Wenn jemand eine Reise tut,
so kann er nichts erzählen,

denn: um ein Land kennenzulernen, muß man dort arbeiten. Das wesentliche Ergebnis der somit notwendigerweise oberflächlichen Eindrücke einer Reise wird also die durch den Vergleich mit fremden Zuständen verschärfte Einsicht in Probleme des eigenen Landes sein. Hierzu ist eine Betrachtung der Vereinigten Staaten in hervorragender Weise geeignet. Denn sie zeigt die Existenz beinahe aller unserer Probleme, ohne daß irgendeine der Bedingungen erfüllt ist, die häufig als ausschließliche oder wenigstens maßgebliche Ursachen angesehen werden. In den Vereinigten Staaten erzeugen vielfach vollkommen andere, in manchen Fällen die genau umgekehrten „Ursachen" die gleichen Wirkungen wie in Europa. Damit sind die meisten Lösungsversuche widerlegt, die bei uns vorgeschlagen werden. Amerika zerstört Argumente aus allen Parteien. Es lohnt sich, unter diesem Gesichtspunkt einige unserer politischen Ideen zu betrachten.

Unsere Nationalisten schreien: am Unglück Deutschlands, insbesondere an unserer ökonomischen Krise und ihrem schlimmsten Ausdruck, der Arbeitslosigkeit, ist der Vertrag von Versailles schuld. Deutschland leidet, weil es jahrelang Milliarden hat zahlen müssen.

Zunächst ist der Umfang dessen, was Deutschland, vollends in der Inflationszeit, real bezahlt hat, schwer festzustellen. Zudem sind die wirklich geleisteten Reparationen nicht sehr groß, verglichen mit dem Gesamtumfang des Welthandels. Wenn diese Zahlungen einen wesentlichen Einfluß auf die Entstehung der Weltkrise gehabt haben sollen, hätte ihr Ende den Verlauf der Krise beeinflussen müssen. Vor allem wäre eine Krise in dem einzigen Land, das nach allen Kriterien Kriegsgewinnler ist, das allein die Reparationen empfangen und nicht, wie England und Frankreich, finanziell gesprochen zum großen Teil weitergeleitet hat, unmöglich. Nun — das Ausmaß der Krise in den Vereinigten Staaten überschreitet jede europäische Vorstellung. Von der Prosperity ist nichts übrig geblieben als der Witz: Wir sind das einzige Land der Welt, das so reich ist, daß die Leute in ihrem eigenen Auto ins Armenhaus fahren. Die Wirkungen der Krise sind im wesentlichen dieselben wie bei uns: technischer Fortschritt ist mit Arbeitslosigkeit, die Ueberproduktion mit dem Hunger verbunden.

Eine Arbeitslosenstatistik existiert nicht. Man ist also dort — übrigens wie neuerdings trotz unserer Statistik auch bei uns — auf Schätzungen angewiesen. Neuyork mit seinen sechs Millionen Einwohnern hat etwa anderthalb Millionen Arbeitslose. Die bisherige Regierungspartei, die Republikaner, geben für das ganze Land acht Millionen Arbeitslose zu, die Demokraten zehn, die Sozialisten sprechen von zwölf, die Kommunisten von vierzehn Millionen. Nach bestimmten Regierungsberichten scheinen die beiden letzten Zahlen wahrscheinlicher als die beiden ersten.

Das einzige spezifisch amerikanische Problem, das weder nach Form noch Umfang in Europa existiert, sind die Millionen hungernder Farmer, die vor einer guten Ernte zittern. Für den Farmer versagen die europäischen Kategorien; er ist kein Kleinbauer, Mittelbauer, Kulak, Pächter noch feudaler Großgrundbesitzer, sondern ein industrieller Kleinproduzent auf agrarischer Basis. Die Farmerkrise in den Vereinigten Staaten ist die erste rein kapitalistische Krise in der Landwirtschaft. Dies beweist, daß es sich bei der Weltkrise um eine kapitalistische Krise handelt. Allerdings haben die Farmer dies noch nicht erkannt, denn ihre Theoretiker verlangen Inflation, während die Radikalen um Sioux-City die Stadt belagern, um durch Absperrung der Zufuhr die Preise zu erhöhen.

Eines der stärksten Argumente unserer Reaktionäre ist die Zurückführung der Krise auf den ständig wachsenden Einfluß des Staates und die damit verbundene Steigerung der Staatsausgaben. Zu diesen Behauptungen gehört z. B. die Zurückführung der Arbeitslosigkeit auf die Sozialversicherung. Die Arbeitslosenversicherung tötet danach den Zwang, aber auch die Freude an der Arbeit, erzeugt den Berufsarbeitslosen, schafft [illegible] der Arbeiterschaft Rentnerinstinkte, auf die nur die Bourgeoisie Anrecht hat.

Die Vereinigten Staaten kennen keine Form der Sozialpolitik. Abgesehen von Rudimenten einer Haftpflichtversicherung existiert keine zwangsmäßige Kranken-, Invaliden- und Altersversicherung und erst recht kein Ansatz einer Arbeitslosenversicherung. Die Hilfe für die Arbeitslosen geht genau den umgekehrten Weg wie bei uns. Am Anfang steht die Wohltätigkeit. Da zum Klassenbewußtsein der Bourgeoisie dort ein bei uns unbekanntes Maß von Verantwortlichkeit für die Allgemeinheit hinzu kommt, werden hierfür starke Mittel mobilisiert. Da sie natürlich nicht ausreichen, greift die Stadt, dann das Land, zu[illegible] der Bund ein. Aber nirgends existiert ein Recht auf solche Hilfe. Das Recht auf Unterstützung kann also nicht die Ursache der Arbeitslosigkeit sein.

Gegenüber den wachsenden Eingriffen des Staates, welche auf den sozialistischen Einfluß zurückgeführt werden, fordert unsere Industrie, der Staat solle sich endlich beschränken, un[illegible]ötige Eingriffe unterlassen und der Wirtschaft wieder ihre Freiheit geben. Die Belastung der Steuerträger verhindere den Aufstieg. Entlastet, werde der Kapitalismus seine Aufgabe, den Millionen Nahrung zu geben, erfüllen.

Umgekehrt befürworten alle Sozialisten im Prinzip diese staatlichen Eingriffe. Viel[illegible] be[illegible]herrscht sogar die Illusion, man könne den Kapitalismus von Staats wegen dämpfen, ihn durch parlamentarische Herrschaft zähmen und den Sozialismus durch erweiterte Aufgaben des Staates vorbereiten. Sie bejahen es sogar, wenn die wirtschaftlich bankrotten Junker gestützt, ihre städtischen Gläubiger enteignet werden, wenn die Osthilfe verhindert, daß die Junker Steuern oder Schulden zahlen. Denn es handelt sich hierbei um einen Eingriff des Staates und einen Angriff auf die Unantastbarkeit des Privateigentums.

In den Vereinigten Staaten existiert kein sozialistischer Einfluß. Weder im Kongreß noch im Senat sitzt ein einziger sozialistischer Vertreter. Nur in manchen Staaten und Städ[illegible] existieren Ansätze eines politischen Einflusses der Arbeiter, aber — die Staatsausgaben [illegible] 1914 beinahe auf das fünffache gestiegen. [illegible] wie bei uns werden die bankrot[illegible] Unternehmungen gestützt, wenn sie groß gen[illegible] sin[illegible] Banken und Eisenbahnen werden [illegible] gerettet. Allen liberalen Forder[illegible] zu[illegible] dehnt sich der wirtschaftliche Einflu[illegible] des [illegible] weiter aus. Die Getreidepreise w[illegible] durch Magazinierung hoch gehalte[illegible] Die gestei[illegible]gerte Produktivität ließ auch [illegible] scheitern. So bleibt nur, genau w[illegible] übrig. [illegible] wohltätige Wirkung der Zerstörun[illegible] umsonst haben die Baumwollpflan[illegible] Vir[illegible] einem die Ernte zerstörenden [illegible] ein[illegible]mal gesetzt.

Das freie Spiel der wirtscha[illegible] hat in Amerika wie bei uns aufg[illegible] und [illegible] nie wiederkehren. Aber es ist [illegible] sozial[illegible] Einfluß, der all dies bew[illegible] Das [illegible] kapital wird seine Schulden [illegible] Staat [illegible] zurückzahlen. Die Aera [illegible] und des von ihm beherr[illegible] Staates be[illegible] Wenn diese Konzentration [illegible] wirtschaf[illegible]liche Macht in den Händen d[illegible] dem [illegible] Sozialismus überhaupt zugut[illegible] so [illegible] einer sehr späten Zeit.

Freitag
den 30. Dezember
1932

2

Amerika zerstört Illusionen.

Von E. J. Gumbel.

II.

Ein beliebtes Argument gegen den Sozialismus lautet, er vernichte das Individuum, töte die Unternehmungslust und werde durch seine Gleichmacherei den Fortschritt zerstören. Nirgends ist die Vernichtung des Individuums in einem solchen Maß vor sich gegangen, wie in den Vereinigten Staaten. Die Menschen in Neuyork führen das Leben der Termiten. Die höchsten Gebäude der Welt, Straßen, die wie Gebirgsschluchten tief im Dunkel liegen, das ausgebauteste System der Untergrundbahn, der vollendetste Städtebau, die besten Ventilatoren sind ihr Lebensraum; nur die einfachen Dinge: Licht, Luft, Wasser, Natur, sind unerschwinglich. Die Massenhaftigkeit tötet das Individuum in Neuyork mehr als in Moskau. Die öffentliche Meinung ist in diesem Lande von 120 Millionen durch drei bis vier Agenturen monopolisiert. Dies egalisiert stärker als jeder Bolschewismus. Wie in Rußland die Zeitungen über jede neue Fabrik, so triumphiert die Presse der Vereinigten Staaten über jedes Hundert neu eingestellter Arbeiter und verschweigt, daß am gleichen Tag an anderer Stelle tausende entlassen wurden.

Ueberhaupt sind die Parallelen zwischen diesem Land, trotz seiner vollendeten Mittelstandspsychologie, mit seinem extremen Kontrast, Rußland, auffällig. Beide Länder beherrscht das Gefühl der Weite. Die sozialen Beziehungen sind für unser Empfinden gleich gestempelt, was allerdings zum Teil am Fehlen des „Du" in der englischen Sprache liegt. So, wie in Rußland jeder „Genosse", ist dort jeder „dear Sir" oder gar „dear Friend". Alle jungen Männer sind „Fellows", alle jungen Frauen „girls". Die Verwendung von Titeln ist äußerst selten. Der jüngste Student sagt zum ehrwürdigsten Professor: „Hören Sie, Doc", während der Sohn den Vater eventuell höchst offiziell mit „Sir" anredet.

Geradezu „kulturbolschewistisch" ist die formelle Stellung der Kirche. Obwohl die öffentliche Meinung kirchlich positiv gerichtet ist, gelten die religiösen Organisationen einfach als Vereine. Der einzige Vorzug vor den ebenfalls im Vereinsregister eingetragenen Kegelklubs besteht in der Befreiung von gewissen Steuern. Kein Pfennig aus dem Staatshaushalt fließt den Kirchen zu. Sie sind somit nur auf Mitgliedsbeiträge und Stiftungen angewiesen. Dies führt dazu, daß die Kirchen Attraktionen bieten müssen, um die Konkurrenz zu schlagen, Reklame machen, die Gläubigen durch Veranstaltungen, die nicht nur das Seelenheil betreffen, anlocken. Staatsverträge mit der Kirche, wie unsere Konkordate, sind unvorstellbar. Kurz, die kühnsten Träume unserer „Gottlosen" sind hier verwirklicht.

All das hat aber die Religion nicht zerstört, nicht verhindert, daß der Einfluß der Kirche vermutlich größer ist als bei uns. Dieser Einfluß kommt übrigens auch den fortschrittlichen Kräften zugute. Ein großer Teil der sozialistischen Bewegung ist gerade aus dem protestantischen kirchlichen Leben hervorgegangen.

Die öffentlichen Schulen kennen keinerlei Religionsunterricht. Die gesamte Erziehung von der Elementarschule bis zur Staatsuniversität ist vollkommen kostenlos. Auch der Aermste kann seinen Sohn auf die Universität schicken, denn dort kann der Student durch Nebenarbeit sein Brot verdienen. So herrscht in der Theorie die von den Sozialisten verlangte unbeschränkte Aufstiegsmöglichkeit. Aber die Oberschicht schickt ihre Kinder in teure Privatschulen, insbesondere auf die privaten Universitäten, deren Nachwuchs einen sehr deutlich abgegrenzten sozialen Kreis bildet. Die Durchführung der demokratischen Forderung der allgemeinen unentgeltlichen Erziehung hat die Bildung von Gegensätzen mit ausgeprägter Schärfe nicht verhindert.

Ein anderes Zeichen der vollendeten Demokratie ist das allgemeine Interesse an der Börse. Die Aktien sind bis auf 1-Dollarscheine gestückelt. Bis zum kleinsten Mann geht — natürlich im entsprechend minimalen Umfang — der Aktienbesitz und die Illusion, er könne an der Börse viel Geld verdienen und hierdurch zu den Großen aufsteigen. Dies erlaubt der Börsenspekulation, bis zum letzten Mann vorzudringen, den Börsenmagnaten, das ganze Volk zu scheren. Der Mittelstandsgedanke beherrscht die öffentliche Meinung und verhindert die Entstehung des Klassengedankens. Mitten im kapitalistischen System hat sich eine Gleichmacherei durchgesetzt, die von den Gegnern des Sozialismus erst in der Zukunft befürchtet wird.

Unsere Feministen haben das Unglück dieser Welt auf die Männer zurückgeführt. Gebt den Frauen das Wahlrecht und ihr habt eine vernünftige Politik. In Amerika haben Frauen und Puritaner, sicher aus anerkennenswerten idealistischen Gedankengängen, die Prohibition durchgesetzt. Sie sollte den saloon vernichten, in dem die Arbeiter ihren Lohn vertranken, die Bierbankpolitiker ihre kommunalen Geschäfte abschlossen. Sie hat in der Tat den saloon vernichtet, aber an die Stelle der etwa 15,000 saloons in Neuyork sind nach oberflächlicher Schätzung einige zwanzigtausend „Flüsterstuben", speak-easies, getreten. Diese „Lasterhöhlen" sind von durchaus bürgerlichem, gutbürgerlichem Charakter, der vom öffentlichen Restaurant bis zum geschlossenen Klub reicht. Im Gegensatz zum saloon trinken in den speak-easies auch die Frauen. Das Verbot reizt, es hat den Alkoholgenuß „smart" gemacht, schlimmer als das: wer nicht trinkt, gilt als Heuchler und Moralist. Die unangenehmste Wirkung des Verbots ist der gesellschaftliche Zwang zum Trunk.

Der Alkoholgenuß als ganzes dürfte an Menge etwas abgenommen, an Intensität zugenommen haben. Die Bourgeoisie trinkt vermutlich mehr, die Arbeiterschaft weniger als früher. Aber dies ist kein sozialer Gewinn, da die Arbeiter billigen und gefährlichen Fusel trinken.

Da nur die Herstellung und der Verkauf, nicht der Genuß von Alkohol verboten ist, ist neben dem Fabrikanten zunächst nur der Besitzer des speak-easie vom Gesetz betroffen. Seine Belieferung wie seine Bedrohung ist ein Geschäft, das viel einbringt. Da jede Brauerei ein einigermaßen großes Kapital voraussetzt, müssen weitreichende finanzielle Zusammenhänge mit andern Unternehmungen entstehen. Die innige Verquickung von Politik und Geschäft, die Illegalität dieser Produktion und des Absatzes läßt das Alkoholverbot zur Quelle der größten politischen Korruption werden. Daher ist das (illegale) Alkoholkapital heute der stärkste Verteidiger der Prohibition. Dieselbe Bande fabriziert den Alkohol, erzwingt seinen Ankauf durch Bedrohung der Wirte, kämpft mit Maschinengewehren um den Absatz.

Der Ausländer hört von ihnen und ihren Taten, vor allem den Erpressungen. Aber er kann sie nicht sehen. Ihre Führer verkehren in Lokalen, die so fashionable sind, daß normalerweise nur ein Berufsmann dieser Kategorie sie betreten wird. Zudem sind diese Menschen äußerlich weit respektabler als der Mann auf der Straße. Die Aufhebung der Prohibition wird ihr Gewerbe zerstören. Vermutlich werden die Banden sich dann neuen Gebieten zuwenden, so daß die Kriminalität scheinbar steigen wird.

Fraglich ist, ob die Aufhebung der Prohibition eine Vermehrung des Alkoholkonsums bewirken wird. Denn die Brauerei wird einfach vom Hinterhaus ins Vorderhaus ziehen. Ein einigermaßen erfolgreicher Kampf gegen den Alkohol wird erst nach Aufhebung der Prohibition möglich sein. Sie ist eines der größten und mißlungensten sozialen Experimente der Welt.

3.

Amerika zerstört Illusionen.

Von E. J. Gumbel.

31. Dezember 1932

III.

Vielfach werden die feudalen Ursprünge unserer Gesellschaft für die schlimmsten Schäden unserer Zeit verantwortlich gemacht. Nicht der Kapitalismus, sondern die Enteignung des Bodens durch den Großgrundbesitz habe die Krisen gebracht. Der Imperialismus sei überhaupt nicht kapitalistischen, sondern feudalen Ursprungs. Im reinen Kapitalismus werde sich weder eine Krise noch eine imperialistische Expansion entwickeln.

Eine Betrachtung der Vereinigten Staaten widerlegt diese Theorie. Denn sie haben, zum mindesten in den ganzen, maßgeblichen Nordstaaten den europäischen Feudalismus kaum gekannt. Das Land ist, den Indianern entrissen, sofort von freien Bauern besiedelt worden. Diese Zeit liegt zum Teil nur wenige Generationen zurück. Eine künstliche Bodensperre hat nicht existiert. Kein Großgrundbesitzer mit Hörigen, kein Junker hat die Bauern jemals enteignet. Und doch existiert, wie früher ausgeführt, die Krise dort genau wie bei uns, und der Kapitalismus hat genau denselben Expansionsdrang hervorgebracht und schickt sich an, Mittel- und Südamerika zu kolonisieren.

Europa ist zerstückelt. Tausende von Kilometer nationaler Grenzen zerschneiden wirtschaftliche Zusammenhänge; Hochschutzzölle schaffen Zwergindustrien, die ohne sie nicht existieren können („Deutsche, eßt deutsche Bananen!"), verschärfen nationale Gegensätze, verhindern die Bildung einheitlicher, großer Wirtschaftsgebiete. „Daher die Krise", sagen unsere Paneuropäer. Nein: die Vereinigten Staaten stellen ein einheitliches Wirtschaftsgebiet von der Größe Europas dar. Zwar existieren viele Nationen auf diesem Gebiet und die Idee der Rasse als Grundlage des Staates könnte nur entstehen, indem eine Einheit der weißen Rasse konstruiert wird, die jedem anständigen deutschen Rassefanatiker ein Gräuel wäre. Nirgends zerstören nationale Gegensätze wirtschaftliche Zusammenhänge. Die Existenz der Krise in den Vereinigten Staaten führt das paneuropäische Argument ad absurdum. Die Vereinigten Staaten Europas würden, wenn vollendet, die Entstehung einer Krise wie die Vereinigten Staaten Amerikas nicht verhindern.

Das Elend Deutschlands, so hört man, ist die historisch aus dem Absolutismus überkommene Kleinstaaterei. Durch frühere Kriege, durch Hausmachts- oder Heiratspolitik der Fürsten, ohne Rücksicht auf geographische oder wirtschaftliche Zusammenhänge geschaffene Länder erzeugen noch heute unaufhörliche Reibungen und verhindern jede einheitliche große Politik. — Keiner der Staaten Nordamerikas stammt aus der Zeit des Absolutismus. Viele sind überhaupt nicht gewachsen, ihre Grenzen sind geschaffen. Und doch haben sie ein Eigenleben, eigene Gesetze, eigene Polizei, eigene Verwaltung, eigene Steuern. Sie wachen eifersüchtig über ihre Eigenart. So entsteht das Problem des Finanzausgleichs ohne irgend eine der historischen Grundlagen, die für uns dieses Problem gebracht haben. Ein untraditionelles Land erzeugt Probleme, die für uns mit einem veralteten Traditionalismus verbunden scheinen.

Ein in Deutschland viel vertretenes Argument macht die Listenwahl (Proporz) für die Erstarrung unseres politischen Lebens verantwortlich. Das Prinzip der Gerechtigkeit, welches der Stimmenminderheit eine Vertretung sichere, erzeuge die Parteimaschine und verhindere, daß Menschen an Stelle von Maschinen gewählt werden. Die Vereinigten Staaten kennen keinen Proporz, keine Listenwahlen; überall werden angeblich „Männer" gewählt — und die Herrschaft der Parteimaschine und die Erstarrung des politischen Lebens ist in keinem Land so vollendet wie dort.

Die beiden Parteien stammen noch aus dem Bürgerkrieg, der mit dem Sieg der republikanischen Industriellen des Nordens über die mit Negersklaven arbeitenden „demokratischen" Pflanzer des Südens endete. Dieser historische Gegensatz, der heute jeden Inhalt verloren hat, beherrscht die Form der gesamten Politik von der Stadt bis zum Bund. Das sog. politische Leben ist kein Ausdruck sozialer Kräfte und ihrer Auseinandersetzung. Unter den Demokraten wie unter den Republikanern finden sich Schutzzöllner und Freihändler, Vertreter der Banken wie der Industrie. In beiden Parteien finden sich die erbittertsten Gegner. Jede behauptet, für die hungernden Farmer einzutreten. Die wesentlich großkapitalistischen Republikaner scheuen nicht einmal das Argument, auch die Rechte der Neger zu vertreten. Sie erinnerten im Wahlkampf immer wieder daran, daß sie den Befreier der Sklaven, Lincoln, hervorgebracht haben. Die Prohibitionsfrage findet „nasse" wie „trockene" in beiden Parteien.

Die scheinbar spezifisch deutsche Situation, daß Junker und Nazis sich in nichts Wesentlichem unterscheiden und doch als Regierung und Opposition figurieren können, darf man auch als spezifisch amerikanisch bezeichnen, denn Demokraten und Republikaner sind zwar in keinem Punkt verschieden, aber nie einig, ausgenommen wenn es gilt, die Heiligkeit des Kapitals zu schützen. Aber eine solche Formulierung widerspricht der wirklichen Volkspsyche auf das entschiedenste. Roosevelt ist mit halbsozialistischen Argumenten in den Wahlkampf gegangen, was Hoover damit beantwortete, daß er aus einem Sieg seines Gegners den Untergang Amerikas prophezeite.

Die Vereinigten Staaten haben die größte industrielle Macht der Welt, die vollendetsten Maschinen, die stärkste Konzentration des Kapitals, die am besten ausgebildete Arbeiterschaft. Die sozialen Gegensätze sind nirgends so wenig verschleiert, nirgends liegen sie so nahe beieinander. In unmittelbarer Nachbarschaft der vornehmsten Gegend schlafen Wohnungslose auf der Straße, warten die Brotschlangen. Am Hügel das Schloß des Stahlmagnaten, über der Straße am Fluß die Not„bauten" von Arbeitslosen aus Blechbüchsen und Seifenkisten. Kein langer Weg trennt die Hütten der Syrer und Griechen von den Palästen Wall Streets. Das Negerviertel schließt direkt an die vornehme Columbia-Universität an. Millionen hungern, und Hoover, der noch vor einigen Jahren „die Armut beseitigt hat", spricht heute von der Forderung des Tages, es dürfe niemand verhungern. Das unmittelbare Aufeinanderprallen von sozialen Gegensätzen führt zu Auseinandersetzungen von einer für uns unvorstellbaren Gewalttätigkeit, die mit bewaffneter Werkpolizei ausgefochten werden.

So sind alle materiellen Voraussetzungen einer gewaltsamen und erfolgreichen Revolution gegeben — mit einer Ausnahme, der entscheidenden: eine maßgebliche, die Massen sammelnde sozialistische Bewegung und mit ihr die Psyche des proletarischen Klassenkampfes existiert nicht. So zerstören die Vereinigten Staaten die Illusion, daß die Konzentration des Kapitals unmittelbar die Konzentration der Arbeiterschaft mit sich bringe und daß ihre Psyche unmittelbar und rasch der sozialen Situation folge. Die Zeiten, in denen die Krise eine Wanderung nach dem Westen erzeugte, in denen Millionen in freies Land hineinströmten, sind zwar historisch längst vorbei. Aber die daraus gefolgerte Fiktion, die vermutlich niemals richtig war, daß jeder seines Glückes Schmied sei, und wer gesiegt habe, eben der bessere Mann sei, lebt noch heute. Die Gewerkschaftsbewegung ist kein Mittel des Klassenkampfes, sondern eine ständische Organisation der Arbeiteraristokratie. Da sie durch die Arbeitslosigkeit noch nicht wesentlich bedroht ist, ist ihre Radikalisierung kaum zu erwarten, vor allem deswegen, weil unter ihnen erst das eigentliche Proletariat beginnt.

Bei der geringen Stimmenzahl der Sozialisten und erst recht der Kommunisten ist allerdings zu beachten, daß nicht alle Eingewanderten bereits Bürger sind, daß die zur Wahlberechtigung vorgeschriebene lange Dauer des Wohnsitzes gerade die flottierenden Arbeiter, deren Zahl beträchtlich ist, von der Wahl ausschließt, daß die Unterstützung durch die Parteimaschine, wie Tammany-Hall, die soziale Politik durch Korruption ersetzt und materiell einen Stimmkauf bedeutet, daß die Armenunterstützung dem heute Arbeitslosen das Wahlrecht entzieht, endlich daß die Unbeliebtheit Hoovers und der Wunsch, ihn als das größere politische Uebel zu beseitigen, den Demokraten auch viele sozialistische Stimmen zugeführt hat.

Dort wie überall ist die Auseinandersetzun[g] zwischen Kapital und Arbeit das zentrale, m[a]terielle Problem. Dort weniger als irgendw[o] anders hat dies psychische Wirkungen. M[an] redet von der Revolution. Man glaubt, so kön[ne] es nicht weitergehen. Eine solche Revolution [ist] aber nur möglich, wenn sich eine Klasse find[et], die sie durchführt, und diese Klasse existiert p[sy]chisch bewußt nicht. Neuyork, die größte Arbeiterstadt der Welt, hat kein englisches sozialistisches Blatt; ein kommunistisches fristet ein k[üm]merliches Dasein. Die Spaltung der Arb[eiter]schaft in Sozialdemokraten, rechte, linien [treue] und linke Kommunisten — eine Einteilung [die] in manchen Ländern historisch notwendi[g ist] überträgt sich nach den Vereinigten Staaten, wohl keine der materiellen Voraussetzungen für diese Spaltung dort existiert. Schematisch werden von den Kommunisten europäische Begriffe übertragen und gebraucht, die dort kein lebendiges Dasein führen.

Die Sozialisten sind von lächerlicher Bescheidenheit. Obwohl ökonomisch gesehen die Uebernahme der gesamten Produktionsmittel durch die Arbeiterschaft dort ein reifes Problem ist, fordern sie nur die Verstaatlichung der öffentlichen Werke, der Eisenbahn, der Wasser-, Gas- und Lichtversorgung, endlich eine Sozialgesetzgebung, kurz das, was in Europa längst verwirklicht wurde, ohne daß es die Struktur des Kapitalismus in sozialistischer Richtung verändert oder die Krisenbildung verhindert hätte.

Anderseits sind Forderungen, die manche deutschen Sozialisten als nächstes wünschenswertes Ziel aufstellen, drüben längst Wirklichkeit. In beiden Fällen ist kein Ansatz eines sozialistischen Lebens geschaffen worden. Dies beweist, wie eminent elastisch das kapitalistische System trotz aller seiner Instabilität ist. Es ist durchaus fähig, einen „sozialistischen" Einbau zu vertragen. Aber umgekehrt scheint mir der Sozialismus ei[n] integrales System zu sein, das durch Einfügen einzelner Steine in den kapitalistischen Bau nicht verwirklicht werden kann.

Hamburger Volkszeitung
15. Januar 1933.

4

Wie sie gemeuchelt wurden

Bei einer Haussuchung am 15. Januar 1919 wurden Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg in Wilmersdorf, ohne Haftbefehl, durch die Einwohnerwehr verhaftet und nach dem Edenhotel, dem Quartier der Gardekavallerie-Schützendivision, gebracht.

Der Platz vor dem Edenhotel war völlig leer. Karl Liebknecht wurde aus dem Hotel in ein Auto geführt. Der Jäger Runge schlug ihm darauf zweimal von hinten mit dem Kolben auf den Kopf. Liebknecht sank halb bewußtlos zusammen. Die Offiziere standen und saßen um Liebknecht herum, ohne die Schläge zu verhindern. Das Kommando bestand aus den Offizieren Horst v. Pflugk-Hartung, Stiege, Liepmann, v. Ritgen, Schulze, Heinz v. Pflugk-Hartung und dem Jäger Clemens Friedrich, alle schwer bewaffnet. An der Stelle nach Moabit fuhr das Auto am Neuen See entlang in der Richtung nach der Charlottenburger Chaussee. An einer Stelle, wo ein völlig unbeleuchteter Fußweg abging, erlitt das Auto angeblich eine Panne. Liebknecht, der durch die Schläge auf den Kopf noch ganz benommen war, wurde gefragt, ob er noch gehen könne. Zwei Leute stützten ihn rechts und links, zwei gingen vor und zwei hinter ihm. Alle mit entsicherten Pistolen und Handgranaten bewaffnet. Nach wenigen Schritten wurde Liebknecht, angeblich weil er einen Fluchtversuch machte, erschossen. **Den ersten Schuß gab Kapitän v. Pflugk-Hartung ab. Nach der Tat war** das Auto wieder gebrauchsfähig. Dann wurde die Leiche als „unbekannt" eingeliefert.

Als Rosa Luxemburg durch den Haupteingang fortgeführt wurde, stand derselbe Runge an der Tür. Hauptmann Petri hatte Befehl gegeben, man solle dafür sorgen, daß die Luxemburg nicht lebendig ins Gefängnis komme. Als Frau Luxemburg durch die Türe kam, schlug Runge ihr zweimal auf den Kopf, so daß sie umsank. Der den Transport führende Oberleutnant Vogel hatte nichts dagegen getan. Man schob Frau Luxemburg in den Wagen. Als der Wagen abfuhr, sprang ein Mann hinten auf und schlug sie mit einem harten Gegenstand auf den Kopf. **Unterwegs schoß Oberleutnant Vogel der Frau Luxemburg noch eine Kugel durch den Kopf.** Man fuhr zwischen Landwehrkanal und Zoologischen Garten entlang. Am Landwehrkanal stand eine Gruppe Soldaten. Das Auto hielt, die Soldaten warfen die Leiche auf Befehl Vogels in den Kanal.

Die am Mord Beteiligten ließen sich am Tage danach bei einem Gelage photographieren.

Wochenlang geschah in dieser Sache nichts. **Die Regierung (Ebert-Scheidemann) überließ die Untersuchung derselben Division, der die Mörder angehörten.** Die Arbeiterräte Rusch und Struve, die zur Untersuchung beigezogen waren, beantragten eine Reihe von Verhaftungen. Als diese Anträge abgelehnt wurden, traten sie zurück.

Runge erhielt durch den Leutnant Liepmann falsche Papiere, wurde versetzt, dann flüchtig und war zunächst unauffindbar. Mitte April wurde er verhaftet, Oberleutnant Vogel am 20. Februar. Am 8. Mai begann die Verhandlung vor dem Kriegsgericht. **Der Oberleutnant Grützner sagte aus, daß von Offiziersseite nachdrücklich auf ihn eingewirkt worden sei, die Wachmannschaften des Edenhotels zu einer günstigen Aussage zu bestimmen und ungeeignete Elemente von den Mannschaften zu entfernen.**

(Professor Gumbel: „4 Jahre politischer Mord.")

Prager Tageblatt
7. Februar 1933.

Dr. E. J. Gumbel:

Falsches Strafsystem

Im „Aufruf", dem Organ der Liga für Menschenrechte, veröffentlicht Dr. E. J. Gumbel „Gedanken zum Strafvollzug", die wir auszugsweise wiedergeben. Der Artikel Gumbels bezieht sich auf reichsdeutsche Verhältnisse, die aber in allen Staaten ihre Analogien haben.

Die Ernährung war überall widerwärtig und bestand aus einer braunen Sauce als Frühstück und einem mit Soda durchmischten, undefinierbaren Brei als Hauptmahlzeit. Sie war zudem ungenügend, fett- und fleischlos und ohne Abwechslung. Zu fordern wäre, daß jeder Gefangene kontrollieren kann, ob er die ihm nach der Hausordnung zustehende Ration empfängt. Zum mindesten müßte eine Deputation der Gefangenen eine solche Kontrolle ausüben können. Außerdem ist nicht einzusehen, warum der Gefangene niemals frisches Obst oder Gemüse bekommen soll. Finanzielle Gründe können hierfür nicht angeführt werden. Vielfach wird das Stufensystem als eine moderne Errungenschaft gefeiert, die insbesondere erzieherisch wirke und den Gefangenen moralisch fördere. Leider ist dieser Vorzug dialektisch, er schlägt in sein Gegenteil um. Denn in der Praxis kann das Stufensystem nur dem langjährig Eingesperrten zugute kommen, da der Gefangene die Beweise seiner angeblichen Besserung erst nach drei oder gar sechs Monaten liefern kann. Es belastet am stärksten die kurzfristigen, also diejenigen, für die die Rückkehr in ein relativ geordnetes bürgerliches Leben an sich am leichtesten ist und denen sie daher noch erleichtert werden sollte. In der Praxis bedeutet das Stufensystem eine Erziehung zur vollendeten Heuchelei, besonders wenn für die Einstufung die Angabe des Gefängnisgeistlichen entscheidend ist. Denn religiöse Gefühle lassen sich am leichtesten simulieren. Die schrecklichste Last des Gefängnisses ist die Tatsache, daß der Gefangene in ihm ständig neue Handlungen begehen kann, ja, solange er ein Mensch ist, begehen muß, die im Sinne der Hausordnung strafwürdig sind, und daß er somit ständig auf das durch besondere Akte der Unterwürfigkeit gegründete Wohlwollen oder Schweigen der Wärter angewiesen ist. Nichts hat der Mensch, gleichgiltig in welchem sozialen Milieu er lebt, nötiger, als das „unnötige" Reden. Dieser elementaren Tatsache gegenüber fordert der Strafvollzug die unbedingte und ununterbrochene Schweigepflicht. Sie kann nicht eingehalten werden und der Gefangene verstrickt sich ständig in das Netz der Disziplinarparagraphen. Es gibt keinen Menschen, der nicht Sehnsucht nach einem Stück Himmel und nach Sonne hätte. Der Anblick des Lichtes gewährt Freude und gibt Lebensbejahung. Die trübe Zelle erhöht die Sehnsucht. Der Gefangene hat die faktische Möglichkeit, dieses Bedürfnis zu befriedigen, indem er auf die Pritsche steigt oder sich am Fensterrand festhält. Beides ist ihm verboten. Er muß dieses Verbot übertreten und damit sich strafwürdig machen.

Beide Verbote werden an Grausamkeit und Undurchführbarkeit noch übertroffen. Die griechische Sage berichtet von Tantalus, der im Wasser steht und verdurstet, denn so oft er sich bückt, entschwindet das Wasser. So wird der Gefangene behandelt. Denn er wird mit dem Entrippen von Tabakblättern beschäftigt — und darf nicht rauchen. Der Strafvollzug verlangt also von dem Gefangenen Unmögliches und besitzt damit ein ständiges Druckmittel in Form der Disziplinarstrafen: Bettenzug, Hosentzug, Kostentzug. Auf die Frage, ob die Dunkelkammern noch existieren, wurde mir überall geantwortet, ihre Verwendung als Strafmittel sei verboten. Materiell existieren aber natürlich die „früheren" Dunkelkammern überall noch und sie werden auch benutzt — aber nicht als Strafmittel, sondern als „Erziehungs- und Beruhigungsmittel". Auch sollen diese Räume nicht als Dunkelkammern verwendet werden. Nur war in ihnen keine Beleuchtung und die alten Laden, welche die Kammer zur Dunkelkammer machen, waren noch vorhanden. Gleichgiltig, ob speziell hier ein System vorliegt: das wesentliche Prinzip des Strafvollzugs ist, daß der Gefangene ständig neu strafwürdig wird. Er besitzt keinerlei eigenes Recht und damit fehlt ihm die erste Voraussetzung zum eigenen Leben und zur Verantwortlichkeit. Der Gefangene ist lebendig begraben, der „Gnade" überlassen. Er hat praktisch kein Beschwerderecht; keine Kontrolle von außen kann ihm helfen. Die seinerzeit vorgesehenen Anstaltsbeiräte sind leider im Entwurf zur neuen Strafvollzugsordnung fallen gelassen. So grotesk alles bisherige, so wird es noch weit übertroffen durch die Art und Höhe der Arbeitsbelohnung genannten „Bezahlung", die der Gefangene für die Arbeit erhält, die er im Dienst der Gefängnisverwaltung oder — was noch schlimmer ist — für einen privaten Unternehmer leistet. Bei fleißigster Arbeit, in einer stumpfsinnigen, geisttötenden Beschäftigung, die schon an sich eine Marter darstellt und die ihn beruflich nicht fördert, kann er es auf allerhöchstens 30 Pfennig pro Tag bringen. Dem stehen die Kosten des Strafvollzugs von 1 Mark bis 1.50 Mark täglich gegenüber, die der Gefangene zu tragen hat. Niemals kann also der Gefangene die Schulden tilgen, die er durch seinen Aufenthalt in diesem „Hotel zur Gerechtigkeit" erwirbt. Nach mehrjähriger Einsperrung wird ein Gefangener mit vielleicht 20 Mark in der Tasche entlassen. Der erste Besucher, den er in seinem Heim — falls er ein solches besitzt — vorfindet, ist der Gerichtsvollzieher, der die Kosten des Strafvollzuges zu pfänden versucht. In der Praxis werden diese Verfahren natürlich wegen ihrer völligen Aussichtslosigkeit niedergeschlagen; denn der Entlassene bringt es doch niemals zum Vermögen. Aber schon die Vorstellung ist ungeheuerlich, daß der Gefangene ohne neues Wissen, ohne nennenswerte Mittel, die seiner jahrelangen Arbeit entsprechen würden, ja, schwer verschuldet, eine Anstalt verläßt, in der ihm alle Möglichkeiten zum Ausbau eines neuen Lebens geboten werden sollten. Die Vergebung von Gefangenenarbeit an private Unternehmer ist schlimmste Sklaverei.

Aufruf Jänner Februar 1933

Dr. E. J. Gumbel:

Gedanken zum Strafvollzug.

Zahlreich sind die Theorien, die dem Strafvollzug zugrunde liegen. Nach der ältesten handelt es sich um Rache: Auge um Auge, Zahn um Zahn. Eine mildere spricht von der Sühne begangenen Unrechts. Eine weniger ethisch als sozial fundierte Auffassung geht von der Notwendigkeit eines Schutzes der Gesellschaft aus und postuliert als Zweck die Besserung.

Gleichgültig, welche Theorie offiziell zugrunde gelegt wird, die Einsperrung stellt, wie sie auch ausgestaltet wird, eine Strafe dar, und sie muß es sein. Das Problem lautet: Die Verbrechen sind zum größten Teil durch die heutige Gesellschaftsordnung bedingt. Trägt der Strafvollzug dazu bei, den Betroffenen wenigstens zu bessern?

Die folgenden Zeilen verzichten auf theoretische Betrachtungen. Sie wollen nur einige der Eindrücke wiedergeben, die ich bei Besichtigung einiger Strafanstalten gewonnen habe. Inwieweit sie symptomatisch für alle deutschen Anstalten sind, kann ich nicht beurteilen.

Die inhaftierte Bevölkerung zerfällt in die Untersuchungsgefangenen und Strafgefangenen einerseits und die politischen und „gemeinen" Verbrecher andrerseits. Durch Kombination dieser beiden Merkmale entstehen vier Kategorien, die juristisch und sozial betrachtet nichts miteinander gemein haben. Denn nach dem Gesetz gilt der Untersuchungsgefangene im Gegensatz zum Strafgefangenen nicht als überführt, und der politische Verbrecher hat im Gegensatz zu den meisten gemeinen aus sogenannten ehrenhaften Motiven gehandelt. Diesen wesentlichen Unterschieden wird von den Strafanstalten nicht genügend Rechnung getragen. Sie stülpen über alle vier Kategorien die gemeinsame Decke der Hausordnung, und belasten damit den in Untersuchungshaft Befindlichen und den politischen Verbrecher stärker als den gemeinen.

Zum Teil sind die Gefangenen in Einzelzellen, zum Teil in großen Räumen untergebracht. Beides hat seine Nachteile. Der in Einzelhaft befindliche Gefangene hat seine Werkzeuge in der Zelle. Die mit der Arbeit verbundene Staubentwicklung wirkt schwer gesundheitsschädigend, da die Zellen nicht richtig gelüftet werden können. Die kollektive Haft bietet eine gewisse Geselligkeit. In der Einzelhaft erlischt um 7 Uhr abends die Lampe, unnötig früh; immerhin der Gefangene kann schlafen. Dagegen brennt in den Schlafräumen nachts das Licht; die Gefangenen dürfen nicht schlafen; dies geschieht, um die sogenannten Unsittlichkeiten zu bekämpfen, d. h. die Tatsache, daß das nicht ertötbare sexuelle Begehren der Gefangenen sich einen Ausweg schaffen muß.

In den drei Anstalten, die ich sah — und es wird mir glaubhaft versichert, daß dies in der Mehrzahl der deutschen Strafanstalten ebenso sei — herrscht das Kübelsystem. Die Kübel werden, da es an Personal mangelt, ein oder höchstens zweimal in 24 Stunden geleert. Schon in der Einzelzelle muß, da die Deckel nie richtig passen, die Luft verpestet sein. In den Schlafsälen steht für eine Vielzahl von Gefan-

genen nur ein, zudem meistens zu kleiner Kübel zur Verfügung. Es wirkt depravierend, wenn der Gefangene sein Bedürfnis in Gegenwart der anderen verrichten muß. Warum soll es den Gefangenen nicht gestattet sein, den in jedem Stockwerk befindlichen Abort nach freiem Ermessen zu benutzen? Dies würde allerdings voraussetzen, daß die einzelnen Zellentüren nicht ständig geschlossen bleiben. Zum mindesten müßte ein abgeschlossener Abort neben jedem Schlafsaal gebaut werden.

Die Ernährung war überall widerwärtig und bestand aus einer braunen Sauce als Frühstück und einem mit Soda durchmischten, undefinierbaren Brei als Hauptmahlzeit. Sie war zudem ungenügend, fett- und fleischlos und ohne Abwechslung. Zu fordern wäre, daß jeder Gefangene kontrollieren kann, ob er die ihm nach der Hausordnung zustehende Ration empfängt. Zum mindesten müßte eine Deputation der Gefangenen eine solche Kontrolle ausüben können. Außerdem ist nicht einzusehen, warum der Gefangene niemals frisches Obst oder Gemüse bekommen soll. Finanzielle Gründe können hierfür nicht angeführt werden.

Vielfach wird das Stufensystem als eine moderne Errungenschaft gefeiert, die insbesondere erzieherisch wirke und den Gefangenen moralisch fördere. Leider ist dieser Vorzug dialektisch, er schlägt in sein Gegenteil um. Denn in der Praxis kann das Stufensystem nur dem langjährig Eingesperrten zugute kommen, da der Gefangene die Beweise seiner angeblichen Besserung erst nach drei oder gar sechs Monaten liefern kann. Es belastet am stärksten die kurzfristigen, also diejenigen, für die die Rückkehr in ein relativ geordnetes bürgerliches Leben an sich am leichtesten ist und denen sie daher noch erleichtert werden sollte. In der Praxis bedeutet das Stufensystem eine Erziehung zur vollendeten Heuchelei, besonders wenn für die Einstufung die Angabe des Gefängnisgeistlichen entscheidend ist. Denn religiöse Gefühle lassen sich am leichtesten simulieren.

Die schrecklichste Last des Gefängnisses ist die Tatsache, daß der Gefangene in ihm ständig neue Handlungen begehen kann, ja, solange er ein Mensch ist, begehen muß, die im Sinne der Hausordnung strafwürdig sind, und daß er somit ständig auf das durch besondere Akte der Unterwürfigkeit gegründete Wohlwollen oder Schweigen der Wärter angewiesen ist.

Nichts hat der Mensch, gleichgültig in welchem sozialen Milieu er lebt, nötiger, als das „unnötige" Reden. Dieser elementaren Tatsache gegenüber fordert der Strafvollzug die unbedingte und ununterbrochene Schweigepflicht. Sie kann nicht eingehalten werden und der Gefangene verstrickt sich ständig in das Netz der Disziplinarparagraphen.

Es gibt keinen Menschen, der nicht Sehnsucht nach einem Stück Himmel und nach Sonne hätte. Der Anblick des Lichtes gewährt Freude und gibt Lebensbejahung. Die trübe Zelle erhöht die Sehnsucht. Der Gefangene hat die faktische Möglichkeit, dieses Bedürfnis zu befriedigen, indem er auf die Pritsche steigt oder sich am Fensterrand festhält. Beides ist ihm verboten. Er muß dieses Verbot übertreten und damit sich strafwürdig machen.

Beide Verbote werden an Grausamkeit und Undurchführbarkeit noch übertroffen. Die griechische Sage berichtet von Tantalus, der im Wasser steht und verdurstet, denn so oft er sich bückt, entschwindet das Wasser. So wird der Gefangene behandelt. Denn er wird mit dem Entrippen von Tabakblättern beschäftigt — und darf nicht rauchen.

Der Strafvollzug verlangt also von dem Gefangenen Unmögliches und besitzt damit ein ständiges Druckmittel in Form der Disziplinarstrafen: Bettentzug, Hofentzug, Kostentzug usw.

Auf die Frage, ob die Dunkelkammern noch existieren, wurde mir überall geantwortet, ihre Verwendung als Strafmittel sei verboten. Materiell existieren aber natürlich die „früheren" Dunkelkammern überall noch und sie werden auch benutzt — aber nicht als Strafmittel, sondern als „Erziehungs- und Beruhigungsmittel". Auch sollen diese Räume nicht als Dunkelkammern verwendet werden. Nur war in ihnen keine Beleuchtung und die alten Laden, welche die Kammer zur Dunkelkammer machen, waren noch vorhanden.

Gleichgültig, ob speziell hier ein System vorliegt: das wesentliche Prinzip des Strafvollzugs ist, daß der Gefangene ständig neu strafwürdig wird. Er besitzt keinerlei eigenes Recht und damit fehlt ihm die erste Voraussetzung zum eigenen Leben und zur Verantwortlichkeit. Der Gefangene ist lebendig begraben, der „Gnade" überlassen. Er hat praktisch kein Beschwerderecht; keine Kontrolle von außen kann ihm helfen. Die seinerzeit vorgesehenen Anstaltsbeiräte sind leider im Entwurf zur neuen Strafvollzugsordnung fallen gelassen.

So grotesk alles bisherige, so wird es noch weit übertroffen durch die Art und Höhe der Arbeitsbelohnung genannten „Bezahlung", die der Gefangene für die Arbeit erhält, die er im Dienst der Gefängnisverwaltung oder — was noch schlimmer ist — für einen privaten Unternehmer leistet. Bei fleißigster Arbeit, in einer stumpfsinnigen, geisttötenden Beschäftigung, die schon an sich eine Marter darstellt und die ihn beruflich nicht fördert, kann er es auf allerhöchstens 30 Pfennig pro Tag bringen. Dem stehen die Kosten des Strafvollzugs von 1 Mark bis 1.50 Mark täglich gegenüber, die der Gefangene zu tragen hat. Niemals kann also der Gefangene die Schulden tilgen, die er durch seinen Aufenthalt in diesem „Hotel zur Gerechtigkeit" erwirbt. Nach mehrjähriger Einsperrung wird ein Gefangener mit vielleicht 20 Mark in der Tasche entlassen. Der erste Besucher, den er in seinem Heim — falls er ein solches besitzt — vorfindet, ist der Gerichtsvollzieher, der die Kosten des Strafvollzuges zu pfänden versucht. In der Praxis werden diese Verfahren natürlich wegen ihrer völligen Aussichtslosigkeit niedergeschlagen; denn der Entlassene bringt es doch niemals zum Vermögen. Aber schon die Vorstellung ist ungeheuerlich, daß der Gefangene ohne neues Wissen, ohne nennenswerte Mittel, die seiner jahrelangen Arbeit entsprechen würden, ja, schwer verschuldet, eine Anstalt verläßt, in der ihm alle Möglichkeiten zum Aufbau eines neuen Lebens geboten werden sollten.

Die Vergebung von Gefangenenarbeit an private Unternehmer ist schlimmste Sklaverei. Es ist zu fordern, daß der Gefangene ent-

sprechend seiner tatsächlichen Leistung nach Sätzen bezahlt werde, die zum mindesten der Größenordnung nach den Tarifsätzen entsprechen.

Ergebnis: Der unmenschliche Strafvollzug vernichtet den Gefangenen, anstatt ihn zu „bessern". Zum mindesten wirft er ihn in seine frühere asoziale Bahn zurück. Der Strafvollzug richtet unter Umständen noch größeres Unheil an, als die Verbrecher selbst. Sicher stellt er keinen Schutz der Gesellschaft dar. Ich gestehe offen zu, daß ich für manche der hier angeschnittenen Probleme keine Lösung weiß. Insbesondere sehe ich keinen Weg, die Gefängnisse abzuschaffen. Der Zweck dieser Erlebnisschilderung war nur, einen kleinen Beitrag zu einer Diskussion zu liefern, die ich für dringend wünschenswert halte. Denn ich zweifle, daß diese infernalischen Zustände notwendig sind und daß die Öffentlichkeit sie dulden würde, falls sie ihr bekannt wären.

Dr. Franz Littna:

Das Justizunrecht an Karl Biener.

Am 12. Dezember 1928 wurde vom Geschwornengericht in Böhm.-Budweis der Krumauer Arbeiter und Gewerkschaftssekretär Karl Biener wegen Verleitung zum Verbrechen der Brandstiftung zu fünfjährigem schweren Kerker verurteilt. Das Kassationsgericht verwarf die Nichtigkeitsbeschwerde und erhöhte das Strafausmaß um nahezu 150 Prozent: auf 12 Jahre schweren, durch Fasten verschärften Kerker. Biener verbüßt seine Strafe in Bory bei Pilsen.

Dieser Fall hat in der letzten Zeit wiederholt die Behörden und die Öffentlichkeit beschäftigt und bildet auch die Grundlage einer parlamentarischen Interpellation. Denn Karl Biener wurde nicht nur ohne Beweis durch Zeugen verurteilt, die gegen ihn hätten aussagen können, auch die Anklage der Staatsanwaltschaft in Böhm.-Budweis war voll von Momenten, welche die aus Kleinbürgern und Bauern gebildete Geschwornenbank gegen die schwarzen Pläne einer Terrorpartei, als welche die Kommunisten hingestellt wurden, aufbringen sollten. Der Unterschied zwischen Gewerkschafts- und Parteisekretär war verwischt und Biener als kommunistischer Agitator den Geschwornen hingestellt worden, welcher auch vor dem Mittel der Brandstiftung nicht zurückschrecke, wenn es darum ging, anläßlich des Frühjahrsstreiks 1925 in der Papierfabrik „Spiro" in Böhm.-Krumau die Arbeitswilligen von der Störung des Streiks abzuschrecken.

Die Anklage behauptet, Karl Biener hätte als Obmann des — übrigens von Arbeitern aller Parteischattierungen beschickten — Streikausschusses am 25. April 1925 eine Sitzung des kommunistischen Aktionsausschusses einberufen, wo er die Brandlegung in der Ortschaft Glashütten, aus welcher die meisten Streikbrecher stammen sollten, empfohlen habe. Am 26. April 1925 habe er dann noch den Haupttäter Josef Hopfinger zu sich in die Fabrik hinauskommen lassen und ihm aufgetragen, Leute zu sammeln und den Brand bestimmt in dieser Nacht zu legen. Er selber sei daraufhin nach Prag gefahren, um sich ein Alibi zu sichern. Hopfinger habe er zu dieser Tat deshalb ausersehen, weil er krank war und angeblich nicht lange mehr zu leben habe.

Aus dem Beweisverfahren vom 11. und 12. Dezember 1928 erhellt, daß die Sitzung am 25. April 1925 im Gasthause Planský in Krumau nicht stattfinden konnte. Selbst die Gendarmeriestation in Krumau erklärt, diese Sitzung habe unmöglich stattfinden können. Allerdings behauptet Josef Hopfinger mit Bestimmtheit, am 26. April 1925 in der Spiroschen Fabrik

General-Anzeiger für Dortmund und das gesamt

Dortmund, Sonntag, 26. Februar 1933.

Amerika zerstört Illusionen

Technischer Fortschritt und Arbeitslosigkeit / Das Land ohne Sozialpolitik Monopolisierte öffentliche Meinung — Von E. J. Gumbel

I.

Um ein Land kennenzulernen, muß man dort arbeiten. Das wesentliche Ergebnis der somit notwendigerweise oberflächlichen Eindrücke einer Reise wird also die durch den Vergleich mit fremden Zuständen verschärfte Einsicht in Probleme des eigenen Landes sein. Hierzu ist eine Betrachtung der Vereinigten Staaten in hervorragender Weise geeignet. Denn sie zeigt *die Existenz beinahe aller unserer Probleme*, ohne daß irgendeine der Bedingungen erfüllt ist, die häufig als ausschließliche oder wenigstens maßgebliche Ursachen angesehen werden. In den Vereinigten Staaten erzeugen vielfach vollkommen andere, in manchen Fällen die genau umgekehrten „Ursachen" die gleichen Wirkungen wie in Europa. Damit sind die meisten Lösungsversuche widerlegt, die bei uns vorgeschlagen werden. Amerika zerstört Argumente aus allen Parteien. Es lohnt, unter diesem Gesichtspunkt einige unserer politischen Ideen zu betrachten.

Unsere Nationalisten sagen: am Unglück Deutschlands, insbesondere an unserer ökonomischen Krise und ihrem schlimmsten Ausdruck, der Arbeitslosigkeit, ist der Vertrag von Versailles schuld. Deutschland leidet, weil es jahrelang Milliarden hat zahlen müssen.

Zunächst ist der Umfang dessen, was Deutschland, vollends in der Inflationszeit, real bezahlt hat, schwer festzustellen. Zudem sind die wirklich geleisteten Reparationen nicht sehr groß, verglichen mit dem Gesamtumfang des Welthandels. Wenn diese Zahlungen einen wesentlichen Einfluß auf die Entstehung der Weltkrise gehabt haben sollen, hätte ihr Ende den Verlauf der Krise beeinflussen müssen. Vor allem wäre eine Krise in dem einzigen Land, das nach allen Kriterien Kriegsgewinnler ist, das allein die Reparationen empfangen und nicht, wie England und Frankreich, finanziell gesprochen, zum großen Teil weitergeleitet hat, unmöglich. Nun —

das Ausmaß der Krise in den Vereinigten Staaten überschreitet jede europäische Vorstellung.

Von der Prosperity ist nichts übrig geblieben als der Witz: Wir sind das einzige Land der Welt, das so reich ist, daß die Leute in ihrem eigenen Auto ins Armenhaus fahren. — Die Wirkungen der Krise sind im wesentlichen dieselben wie bei uns: *technischer Fortschritt ist mit Arbeitslosigkeit, die Ueberproduktion mit dem Hunger verbunden.*

Eine Arbeitslosenstatistik existiert nicht. Man ist also dort — übrigens wie neuerdings trotz unserer Statistik auch bei uns — auf Schätzungen angewiesen. Newyork mit seinen sechs Millionen Einwohnern hat etwa 1½ Millionen Arbeitslose. Die bisherige Regierungspartei, die Republikaner, geben für das ganze Land acht Millionen Arbeitslose zu, die Demokraten zehn, die Sozialisten sprechen von zwölf, die Kommunisten von vierzehn Millionen. Nach bestimmten Regiernugsberichten scheinen die beiden letzten Zahlen wahrscheinlicher als die beiden ersten.

Das einzige spezifisch amerikanische Problem, das weder nach Form noch Umfang in Europa existiert, sind die

Millionen hungernder Farmer,

die vor einer guten Ernte zittern. Für den Farmer versagen die europäischen Kategorien; er ist kein Kleinbauer, Mittelbauer, Kulak, Pächter noch feudaler Großgrundbesitzer, sondern ein industrieller Kleinproduzent auf agrarischer Basis. Die Farmerkrise in den Vereinigten Staaten ist die erste rein kapitalistische Krise in der Landwirtschaft. Dies beweist, daß es sich bei der Weltkrise um eine kapitalistische Krise handelt. Allerdings haben die Farmer dies noch nicht erkannt, denn ihre Vertreter verlangen Preis- und Schuldenregulierung, zum Teil auch Inflation, während die Radikalen um Sioux-City durch Absperrung der Zufuhr die Preise erhöhen wollten und hierzu die Stadt belagerten.

Eines der stärksten Argumente unserer Rechten ist die Zurückführung der Krise auf den ständig wachsenden Einfluß des Staates und die damit verbundene Steigerung der Staatsausgaben. Zu diesen Behauptungen gehört z. B. die Zurückführung der Arbeitslosigkeit auf die Sozialversicherung. Die Arbeitslosenversicherung tötet danach den Zwang, aber auch die Freude an der Arbeit, erzeugt den Berufsarbeitslosen, schafft unter der Arbeiterschaft Rentnerinstinkte, auf die nur die Bourgeoisie Anrecht hat.

Die Vereinigten Staaten kennen *keine Form der Sozialpolitik*. Abgesehen von Rudimenten einer Haftpflichtversicherung existiert keine zwangsmäßige Kranken-, Invaliden- und Altersversicherung und erst recht kein Ansatz einer Arbeitslosenversicherung. Die Hilfe für die Arbeitslosen geht genau den umgekehrten Weg wie bei uns. Am Anfang steht die *Wohltätigkeit*. Da zum Klassenbewußtsein der Bourgeoisie dort ein bei uns unbekanntes Maß von Verantwortlichkeit für die Allgemeinheit hinzukommt, werden hierfür starke Mittel mobilisiert. Da sie natürlich nicht ausreichen, greift die Stadt, dann das Land zuletzt der Bund ein. Aber nirgends existiert ein Anrecht auf solche Hilfe. Das Recht der Unterstützung kann also nicht die Ursache der Arbeitslosigkeit sein.

Gegenüber den wachsenden Eingriffen des Staates, welche auf den sozialistischen Einfluß zurückgeführt werden, fordert unsere Industrie, der Staat solle sich endlich beschränken, unnötige Eingriffe unterlassen und der Wirtschaft wieder ihre Freiheit geben. Die Belastung der Steuerträger verhindere den Aufstieg. Entlastet, werde der Kapitalismus seine Aufgabe, den Millionen Nahrung zu geben, erfüllen.

Umgekehrt befürworten alle Sozialisten im Prinzip diese staatlichen Eingriffe. Viele beherrscht sogar die Illusion, man könne den Kapitalismus von Staats wegen dämpfen, ihn durch parlamentarische Herrschaft zähmen und den Sozialismus durch erweiterte Aufgaben des Staates vorbereiten. Sie bejahen es sogar, wenn die wirtschaftlich bankerotten Junker gestützt, ihre städtischen Gläubiger enteignet werden, wenn die Osthilfe verhindert, daß die Junker Steuern oder Schulden zahlen. Denn es handelt sich hierbei um einen Eingriff des Staates und einen Eingriff auf die Unantastbarkeit des Privateigentums.

In den Vereinigten Staaten existiert kein sozialistischer Einfluß. Weder im Kongreß noch im Senat sitzt ein einziger sozialistischer Vertreter. Nur in manchen Staaten und Städten existieren Ansätze eines politischen Einflußes der Arbeiter, und — die Staatsausgaben sind seit 1914 beinahe auf das fünffache gestiegen. Genau wie bei uns werden die bankerotten Unternehmungen gestützt, wenn sie groß genug sind. Banken und Eisenbahnen werden vor dem Konkurs gerettet. Allen liberalen Forderungen zum Trotz dehnt sich der wirtschaftliche Einfluß des Staates weiter aus. Die Getreidepreise sollen künstlich durch Magazinierung hoch gehalten werden. Die gesteigerte Produktivität ließ auch diesen Versuch [illegible]ern. So bleibt nur, genau wie bei uns, die wohltätige Wirkung der Zerstörung übrig. Nicht umsonst haben die Baumwollpflanzer Virginias einem die Ernte zerstörenden Käfer ein Denkmal gesetzt.

Das freie Spiel der wirtschaftlichen Kräfte hat in Amerika wie bei uns aufgehört und wird nie wiederkehren.

Aber es ist kein sozialistischer Einfluß, der all dies bewirkt hat. Das Großkapital wird in der Aera des Monopolkapitals und des von ihm beherrschten Staates die ihm gewährten Unterstützungen nie zurückzahlen. Wenn diese Konzentration der wirtschaftlichen Macht in den Händen des Staates dem Sozialismus überhaupt zugute kommt, so erst in einer sehr späten Zeit.

7

General-Anzeiger für Dortmund und das gesamte rhein[i]

Dortmund, Montag, 27. Februar 1933. Nr. 57. (2. Blatt)

Amerika zerstört Illusionen

Die Vernichtung des Individuums / Kirche und Staat

Zwanzigtausend „Flüsterstuben" / Politik und Geschäft — Von E. J. Gumbel

II.

Ein beliebtes Argument gegen den Sozialismus lautet, er vernichte das Individuum, töte die Unternehmungslust und werde durch seine Gleichmacherei den Fortschritt zerstören. Nirgends ist

die Vernichtung des Individuums

in einem solchen Maß vor sich gegangen, wie in den Vereinigten Staaten. Die Menschen in Newyork führen das Leben der Termiten. Die höchsten Gebäude der Welt, Straßen. die wie Gebirgsschluchten tief im Dunkel liegen, das ausgebauteste System der Untergrundbahn, der vollendetste Städtebau, die besten Ventilatoren sind ihr Lebensraum; nur die einfachen Dinge: Licht, Luft, Wasser, Natur, sind unerschwinglich. Die Massenhaftigkeit tötet das Individuum in Newyork mehr als in Moskau. Die öffentliche Meinung ist in diesem Lande von 120 Millionen durch drei bis vier Agenturen monopolisiert. Dies egalisiert stärker als jeder Bolschewismus. Wie in Rußland die Zeitungen über jede neue Fabrik, so triumphiert die Presse der Vereinigten Staaten über jede 100 neu eingestellten Arbeiter und verschweigt, daß am gleichen Tag an anderer Stelle tausende entlassen wurden.

Ueberhaupt sind die Parallelen zwischen diesem Land, trotz seiner vollendeten Mittelstandspsychologie, mit seinem extremen Kontrast, Rußland, auffällig. Beide Länder beherrscht das Gefühl der Weite. Die sozialen Beziehungen sind für unser Empfinden gleich gestempelt, was allerdings zum Teil am Fehlen des „Du" in der englischen Sprache liegt. So, wie in Rußland jeder „Genosse", ist dort jeder „dear Sir" oder gar „dear Friend". Alle jungen Männer sind „boys", offiziell „Fellows", alle jungen Frauen „Girls". Die Verwendung von Titeln ist äußerst selten. Der jüngste Student sagt zum ehrwürdigsten Professor „Hören Sie, Doc", während der Sohn den Vater eventuell höchst offiziell mit „Sir" anredet.

Geradezu „kulturbolschewistisch" ist

die formelle Stellung der Kirche.

Obwohl die öffentliche Meinung kirchlich positiv gerichtet ist, gelten die religiösen Organisationen einfach als Vereine. Der einzige Vorzug vor den ebenfalls im Vereinsregister eingetragenen Kegelklubs besteht in der Befreiung von gewissen Steuern. Kein Pfennig aus dem Staatshaushalt fließt den Kirchen zu. Sie sind somit nur auf Mitgliedsbeiträge und Stiftungen angewiesen. Dies führt dazu, daß die Kirchen Attraktionen bieten müssen, um die Konkurrenz zu schlagen, Reklame machen, die Gläubigen durch Veranstaltungen, die nicht nur das Seelenheit betreffen, anlocken. Staatsverträge mit der Kirche, wie unsere Konkordate, sind unvorstellbar. Kurz, die kühnsten Träume unserer „Gottlosen" sind hier verwirklicht.

All das hat aber die Religion nicht zerstört, nicht verhindert, daß der Einfluß der Kirche vermutlich größer ist als bei uns. Dieser Einfluß kommt übrigens auch den fortschrittlichen Kräften zugute. Ein großer Teil der sozialistischen Bewegung ist gerade aus dem protestantischen kirchlichen Leben hervorgegangen.

Die

öffentlichen Schulen

kennen keinerlei Religionsunterricht. Die gesamte Erziehung von der Elementarschule bis zur Staatsuniversität ist vollkommen kostenlos. Auch der Aermste kann seinen Sohn auf die Universität schicken, denn dort kann der Student durch Nebenarbeit sein Brot verdienen. So herrscht in der Theorie die von den Sozialisten verlangte unbeschränkte Aufstiegsmöglichkeit. Aber die Oberschicht schickt ihre Kinder in teure Privatschulen, insbesondere auf die privaten Universitäten, deren Nachwuchs einen sehr deutlich abgegrenzten sozialen Kreis bildet. Die Durchführung der demokratischen Forderung der allgemeinen unentgeltlichen Erziehung hat die Bildung von Gegensätzen mit ausgeprägter Schärfe nicht verhindert.

Ein anderes Zeichen der vollendeten Demokratie ist

das allgemeine Interesse an der Börse.

Die Aktien sind bis auf 1 Dollarscheine gestückelt. Bis zum kleinsten Mann geht — natürlich im entsprechend minimalen Umfang — der Aktienbesitz und die Illusion, er könne an der Börse viel Geld verdienen und hierdurch zu den Großen aufsteigen. Dies erlaubt der Börsenspekulation, bis zum letzten Mann vorzudringen, den Börsenmagnaten, das ganze Volk zu scheren. Der Mittelstandsgedanke beherrscht die öffentliche Meinung und verhindert die Entstehung des Klassengedankens. — Mitten im kapitalistischen System hat sich eine Gleichmacherei durchgesetzt, die von den Gegnern des Sozialismus erst in der Zukunft befürchtet wird.

*

Unsere Feministen haben das Unglück dieser Welt auf die Männer zurückgeführt. Gebt den Frauen das Wahlrecht und ihr habt eine vernünftige Politik. In Amerika haben Frauen und Puritaner, sicher aus anerkennenswerten idealistischen Gedankengängen, die Prohibition durchgesetzt. Sie sollte den saloon vernichten, in dem die Arbeiter ihren Lohn vertranken, die Bierbankpolitiker. ihre kommunalen Geschäfte abschlossen. Sie hat in der Tat den saloon vernichtet, aber an die Stelle der etwa 15 tausend saloons in Newyork sind nach oberflächlicher Schätzung

einige zwanzigtausend „Flüsterstuben",

speak-easies, getreten. Diese „Lasterhöhlen" sind von durchaus gutbürgerlichem Charakter, der vom öffentlichen Restaurant bis zum geschlossenen Klub reicht. Im Gegensatz zum saloon trinken in den speak-easies auch die Frauen. Das Verbot reizt, es hat den Alkoholgenuß „smart" gemacht, schlimmer als das: wer nicht trinkt, gilt als Heuchler und Moralist. Die unangenehmste Wirkung des Verbots ist der gesellschaftliche Zwang zum Trunk.

Der Alkoholgenuß als ganzes dürfte an Menge etwas abgenommen, an Intensität zugenommen haben. Die Bourgeosie trinkt vermutlich mehr, die Arbeiterschaft weniger als früher. Aber dies ist kein sozialer Gewinn, da die Arbeiter billigen und gefährlichen Fusel trinken.

Da in Newyork und manchen anderen Staaten nur die Herstellung und der Verkauf, nicht der Genuß von Alkohol verboten ist, ist neben dem Fabrikanten zunächst nur der Besitzer des speakeasie vom Gesetz betroffen. Seine Belieferung wie seine Bedrohung ist ein Geschäft, das viel einbringt. Da jede Brauerei ein einigermaßen großes Kapital voraussetzt, müssen weitreichende finanzielle Zusammenhänge mit anderen Unternehmungen entstehen.

Die innige Verquickung von Politik und Geschäft,

die Illegalität dieser Produktion und des Absatzes läßt das Alkoholverbot zur Quelle der größten politischen Korruption werden. Daher war das (illegale) Alkoholkapital eine Zeitlang der stärkste Verteidiger der Prohibition. Dieselbe Bande fabriziert den Alkohol und kämpft mit Maschinengewehren um den Absatz in umstrittenen Gebieten. Der Ausländer hört von ihnen und ihren Taten, vor allem den Erpressungen. Aber er kann sie nicht sehen. Ihre Führer verkehren in Lokalen, die so fashionable sind, daß normalerweise nur ein Berufsmann dieser Kategorie sie betreten wird. Zudem sind diese Menschen äußerlich weit respektabler als der Mann auf der Straße. Die Aufhebung der Prohibition wird ihr Gewerbe zerstören. Vermutlich werden die Banden sich dann neuen Gebieten zuwenden, so daß die Kriminalität scheinbar steigen wird.

Fraglich ist, ob die Aufhebung der Prohibition eine Vermehrung des Alkoholkonsums bewirken wird. Denn die Brauerei wird einfach vom Hinterhaus ins Vorderhaus ziehen. Ein einigermaßen erfolgreicher Kampf gegen den Alkohol wird erst nach Aufhebung der Prohibition möglich sein. Sie ist eines der größten und mißlungensten sozialen Experimente der Welt.

Die Betrachtung der Folgen der Prohibition bietet für Deutschland ein spezifisches Interesse. Vielfach wird nämlich die Existenz unserer militärischen Verbände und die Tatsache, daß durch sie das Monopol des Staates auf Gewaltanwendung, eines der fundamentalsten Bestandteile des modernen Staates, durchbrochen wird, ausschließlich auf das gesteigerte Nationalgefühl zurückgeführt, das seinerseits wiederum durch den „Schandvertrag" von Versailles bedingt sei.

In den Vereinigten Staaten existiert kein entwaffnender Friedensvertrag; der Nationalismus ist nicht mehr gestiegen als überall in der Welt — dort ist es die Prohibition, die die bewaffneten Banden hat groß werden lassen. Es wäre durchaus verkehrt, diese Gangsters nur mit unsern Ringvereinen à la Immertreu zu vergleichen. Ihr sozialer Rang ist weit höher, ihr Aktionsradius weit größer. Hier wie dort bilden sich die Banden aus der arbeitslosen Jugend, die nach sozialer Geltung und Abenteuern dürstet und in unserer Zeit kein anderes Ideal mehr findet als das des gewalttätigen Zusammenschlusses mit den Gleichgesinnten.

General-Anzeiger

8 …er für Dortmund und das gesamte rheinisch-westfälische…

Dortmund, Dienstag, 28. Februar 1933. Nr. 58. (2. Blatt)

Amerika zerstört Illusionen

Paneuropa – ad absurdum / Die Herrschaft der Parteimaschine / Illusionen über die revolutionäre Bewegung / Das elastische kapitalistische System – Von E. J. Gumbel

III. (Schluß.)

Vielfach werden die feudalen Ursprünge unserer Gesellschaft für die schlimmsten Schäden unserer Zeit verantwortlich gemacht. Nicht der Kapitalismus, sondern die Enteignung des Bodens durch den Großgrundbesitz haben die Krisen gebracht. Der Imperialismus sei überhaupt nicht kapitalistischen, sondern feudalen Ursprunges. Im reinen Kapitalismus werde sich weder eine Krise noch eine imperialistische Expansion entwickeln.

Eine Betrachtung der Vereinigten Staaten widerlegt diese Theorie. Denn sie haben, zum mindesten in den ganzen, maßgeblichen Nordstaaten den europäischen Feudalismus kaum gekannt. Das Land ist, den Indianern entrissen, sofort von freien Bauern besiedelt worden. Diese Zeit liegt zum Teil nur wenige Generationen zurück. Eine künstliche Bodensperre hat nicht existiert. Kein Großgrundbesitzer mit Hörigen, kein Junker hat die Bauern jemals enteignet. Und doch existiert, wie früher ausgeführt, die Krise dort genau wie bei uns und der Kapitalismus hat genau denselben Expansionsdrang hervorgebracht und schickt sich an, Mittel- und Südamerika zu kolonisieren.

Europa ist zerstückelt. Tausende von Kilometer nationaler Grenzen zerschneiden wirtschaftliche Zusammenhänge; Hochschutzzölle schaffen Zwergindustrien, die ohne sie nicht existieren können (Deutsche, eßt deutsche Bananen!), verschärfen nationale Gegensätze, verhindern die Bildung einheitlicher, großer Wirtschaftsgebiete. „Daher die Krise", sagen unsere Paneuropäer. Nein: die Vereinigten Staaten stellen ein einheitliches Wirtschaftsgebiet von der Größe Europas dar. Zwar existieren viele Nationen auf diesem Gebiet und die Idee der Rasse als Grundlage des Staates könnte nur entstehen, indem eine Einheit der weißen Rasse konstruiert wird, die jedem anständigen deutschen Rassefanatiker ein Greuel wäre. Nirgends zerstören nationale Gegensätze wirtschaftliche Zusammenhänge.

Die Existenz der Krise in den Vereinigten Staaten führt das paneuropäische Argument ad absurdum.

Die Vereinigten Staaten Europas würden, wenn vollendet, die Entstehung einer Krise, wie die der Vereinigten Staaten Amerikas nicht verhindern.

Das Elend Deutschlands, so hört man, ist die historisch aus dem Absolutismus überkommene Kleinstaaterei. Durch frühere Kriege, durch Hausmachts- oder Heiratspolitik der Fürsten, ohne Rücksicht auf geographische oder wirtschaftliche Zusammenhänge, geschaffene Länder erzeugen noch heute unaufhörliche Reibungen und verhindern jede einheitliche große Politik. — Die Mehrzahl der Staaten Nordamerikas stammt nicht aus der Zeit des Absolitismus. Viele sind überhaupt nicht gewachsen, ihre Grenzen sind geschaffen. Und doch haben sie ein Eigenleben, eigene Gesetze, eigene Polizei, eigene Verwaltung, eigene Steuern. Sie wachen eifersüchtig über ihre Eigenart. Ein untraditionelles Land erzeugt Probleme, die für uns mit einem veralteten Traditionalismus verbunden scheinen.

Ein in Deutschland viel vertretenes Argument macht die Listenwahl für die Erstarrung unsres politischen Lebens verantwortlich. Das Prinzip der Gerechtigkeit, welches der Stimmenminderheit eine Vertretung sichere, erzeuge die Parteimaschine und verhindere, daß Menschen an Stelle von Maschinen gewählt werden.

Die Vereinigten Staaten kennen keinen Proporz, keine Listenwahl. Ueberall werden angeblich „Männer" gewählt — und die Herrschaft der Parteimaschine und die Erstarrung des politischen Lebens ist in keinem Lande so vollendet wie dort.

Die beiden Parteien stammen noch aus dem Bürgerkrieg, der mit dem Sieg der republikanischen Industriellen des Nordens über die mit Negersklaven arbeitenden „demokratischen" Pflanzer des Südens endete. Dieser historische Gegensatz, der heute jeden Inhalt verloren hat, beherrscht die Form der gesamten Politik von der Stadt bis zum Bund. Das sogenannte politische Leben ist kein Ausdruck sozialer Kräfte und ihrer Auseinandersetzung. Unter den Demokraten wie unter den Republikanern finden sich Schutzzöllner und Freihändler, Vertreter der Banken wie der Industrie. In beiden Parteien finden sich die erbittersten Gegner. Jede behauptet, für die hungernden Farmer einzutreten. Die wesentlich großkapitalistischen Republikaner scheuen nicht einmal das Argument, auch die Rechte der Neger zu vertreten. Sie erinnerten im Wahlkampf immer wieder daran, daß sie den Befreier der Sklaven, Lincoln, hervorgebracht haben. Die Prohibitionsfrage findet „nasse" wie „trockene" in beiden Parteien.

Demokraten und Republikaner sind zwar in keinem Punkt verschieden, aber nie einig, ausgenommen wenn es gilt, die Heiligkeit des Kapitals zu schützen. Aber eine solche Formulierung widerspricht der wirklichen Volkspsychologie auf das entschiedenste. Roosevelt ist mit halbsozialistischen Argumenten in den Wahlkampf gegangen, was Hoover damit beantwortete, daß er aus einem Sieg seines Gegners den Untergang Amerikas prophezeite.

Die Vereinigten Staaten haben die größte industrielle Macht der Welt, die vollendetsten Maschinen, die stärkste Konzentration des Kapitals, die am besten ausgebildete Arbeiterschaft.

Die sozialen Gegensätze sind nirgends so wenig verschleiert, nirgends liegen sie so nahe beieinander.

In unmittelbarer Nachbarschaft der vornehmsten Gegend schlafen Wohnungslose auf der Straße, warten die Brotschlangen. Am Hügel das Schloß des Stahlmagnaten, über der Straße am Fluß die Not„bauten" von Arbeitslosen aus Blechkisten und Seifenkisten. Kein langer Weg trennt die Hütten der Syrer und Griechen von den Palästen Wallstreets. Das Negerviertel schließt direkt an die vornehme Columbia Universität an. Millionen hungern, und Hoover, der noch vor einigen Jahren „die Armut beseitigt hat", spricht heute von der Forderung des Tages, es dürfe niemand verhungern. Das unmittelbare Aufeinanderprallen von sozialen Gegensätzen führt zu Auseinandersetzungen von einer für uns unvorstellbaren Gewalttätigkeit, die mit bewaffneter Werkpolizei ausgefochten werden.

So sind alle materiellen Voraussetzungen einer gewaltsamen und erfolgreichen Revolution gegeben — mit einer Ausnahme, der entscheidenen: eine maßgebliche, die Massen sammelnde sozialistische Bewegung und mit ihr die Psyche des proletarischen Klassenkampfes existiert nicht.

So zerstören die Vereinigten Staaten die Illusion, daß die Konzentration des Kapitals unmittelbar die Konzentration der Arbeiterschaft mit sich bringe

und daß ihre Psyche unmittelbar und rasch der sozialen Situation folge. Die Zeiten, in denen die Krise eine Wanderung nach dem Westen erzeugte, in denen Millionen in freies Land hineinströmten, sind zwar historisch längst vorbei. Aber die daraus gefolgerte Fiktion, die niemals richtig war, daß jeder seines Glückes Schmied sei, und wer gesiegt habe, eben der bessere Mann sei, lebt noch heute. Die Gewerkschaftsbewegung ist kein Mittel des Klassenkampfes, sondern eine ständische Organisation der Arbeiteraristokratie. Da sie durch die Arbeitslosigkeit noch nicht wesentlich bedroht ist, ist ihre Radikalisierung kaum zu erwarten, vor allem deswegen, weil unter ihnen erst das eigentliche Proletariat beginnt.

Bei der geringsten Stimmenzahl der Sozialisten und erst recht der Kommunisten ist allerdings zu beachten, daß nicht alle Eingewanderten bereits Bürger sind, daß die zur Wahlberechtigung vorgeschriebene lange Dauer des Wohnsitzes gerade die flottierenden Arbeiter, deren Zahl beträchtlich ist, von der Wahl ausschließt, daß die Unterstützung durch die Parteimaschine, wie Tammany-Hall, die Sozialpolitik durch Korruption ersetzt und materiell einen Stimmkauf bedeutet, daß die Armenunterstützung dem heute Arbeitlosen das Wahlrecht entzieht, endlich daß die Unbeliebtheit Hoovers und der Wunsch, ihn als das größte politische Uebel zu beseitigen, den Demokraten auch viele sozialistische Stimmen zugeführt hat.

Dort wie überall ist die

Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit

das zentrale, materielle Problem. Man redet von der Revolution. Man glaubt, so könne es nicht weitergehen. Eine solche Revolution ist aber nur möglich, wenn sich eine Klasse findet, die sie durchführt, und diese Klasse existiert psychisch nicht. Newyork, die größte Arbeiterstadt der Welt, hat keine englische sozialistische Tageszeitung; ein kommunistisches Blatt fristet ein kümmerliches Dasein. Die Spaltung der Arbeiterschaft in Sozialdemokraten, rechte, linientreue und linke Kommunisten — eine Einteilung, die in manchen Ländern notwendig ist, überträgt sich nach den Vereinigten Staaten, obwohl keine der materiellen Voraussetzungen für diese Spaltung dort existiert. Schematisch werden von den Kommunisten europäische Begriffe übertragen und gebraucht, die dort kein lebendiges Dasein führen.

Die Sozialisten sind von lächerlicher Bescheidenheit. Obwohl ökonomisch gesehen

die Uebernahme der gesamten Produktionsmittel durch die Arbeiterschaft dort ein reifes Problem

ist, fordern sie nur die Verstaatlichung der öffentlichen Werke, der Eisenbahnen, der Wasser-, Gas- und Lichtversorgung, endlich eine Sozialgesetzgebung, kurz das, was in Europa längst verwirklicht wurde, ohne daß es die Struktur des Kapitalismus in sozialistischer Richtung verändert oder die Krisenbildung verhindert hätte.

Andererseits sind Forderungen, die manche deutschen Sozialisten als nächstes wünschenswertes Ziel aufstellen, drüben längst Wirklichkeit. In beiden Fällen ist kein Ansatz eines sozialistischen Lebens geschaffen worden. Dies beweist, wie eminent elastisch das kapitalistische System trotz aller seiner Instabilität ist. Es ist durchaus fähig, einen „sozialistischen" Einbau zu vertragen. Aber umgekehrt scheint mir ein Sozialismus ein integrales System zu sein, das durch das Einfügen einzelner Steine in den kapitalistischen Bau nicht verwirklicht werden kann.

QUE SAIS-JE

Combien de temps vivrai-je ?

JUSQUES à quand vivrai-je ? La question a toujours préoccupé les hommes et les préoccupera toujours, quels que soient leur âge, leur situation ou leur classe sociales. Elle les préoccupe jusqu'à l'obsession, tant l'amour de la vie est enraciné dans toutes les âmes, et l'incertitude dans laquelle les hommes se trouvent à ce sujet est le principal élément d'instabilité de l'existence humaine.

Dès les temps les plus reculés, l'homme a demandé à la magie un apaisement à cette inquiétude. Le vol des oiseaux, les entrailles des victimes sacrifiées ont été interrogés avec angoisse, comme le sont aujourd'hui le marc de café et les tarots. Les astrologues, aujourd'hui comme hier, essaient de tirer des horoscopes, c'est-à-dire de prédire l'existence d'un homme d'après la position des astres à sa naissance, et la superstition plus moderne s'adresse au pied du guéridon, prophète de bois.

Jusques à quand vivrai-je ?

La Science, de son côté, peut-elle répondre ?

Oui, si la question est bien posée. Et la seule façon de la poser scientifiquement, c'est de le faire non pour un individu, mais pour une collectivité. La Nature, en effet, ne se préoccupe que des grands nombres : peu lui importe un être isolé; c'est la race tout entière qui évolue. Le croyant peut trouver du réconfort à penser que Dieu s'occupe de lui personnellement, mais la Science ne peut confirmer cette croyance.

C'est donc globalement, statistiquement que nous devons envisager la question. Les statistiques fourniront une réponse dénuée d'ambiguïté *mais qui ne concerne en rien un individu isolé.* Cette restriction est nécessaire pour que la réponse ait vraiment une valeur scientifique.

La statistique démographique a [illegible] à l'époque où [illegible] la valeur économique [illegible] population, vers la fin du [illegible] siècle. John Graunt publie à Londres, en 1676, les premières données numériques, mais il faut attendre jusqu'en 1848 un recensement sérieux de population (en Belgique). Depuis, les statistiques se sont multipliées, et voici ce qu'elles nous apprennent :

Pour chaque âge, il existe une *espérance de vie* déterminée. C'est le nombre d'années qu'un homme de cet âge peut s'attendre à vivre encore, EN MOYENNE.

Comment peut-on calculer cette espérance de vie ? En théorie, on devrait suivre l'existence de nombreux — disons cent mille — nouveau-nés contemporains et noter chaque année le nombre de survivants. Mais les résultats ne seraient complets que quand ces hommes seraient tous morts, après une centaine d'années, et concerneraient par conséquent une génération disparue. Ce qui nous intéresse, au contraire, c'est d'établir une table de survie ou de mortalité pour la population actuelle.

C'est l'astronome Halley, bien connu par la fameuse comète dont il a calculé le retour, qui fut, dans le domaine des statistiques de mortalité comme dans celui de l'astronomie, le champion des sciences exactes contre les anciennes superstitions. Sa méthode de calcul permet d'établir une table de mortalité sur deux recensements seulement, si l'on possède le registre des décès survenus dans l'intervalle, ainsi que les âges des vivants et des morts.

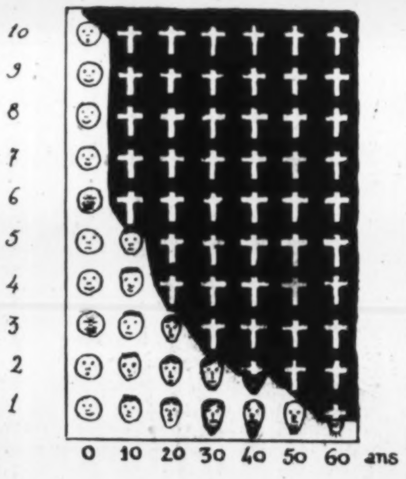


Fig. 1

L'intérêt pratique de ces tables est qu'elles servent au calcul des primes par les compagnies d'assurance. Il est clair, en effet, que la prime à payer par l'assuré dépend non seulement du taux de l'intérêt et des appétits de la compagnie d'assurance, mais aussi du nombre d'années qui restent à vivre à l'assuré,

L'intérêt scientifique de ces tables est qu'elles réduisent à néant la légende des Mathusalem, légende qui, émanée de l'Orient, revient périodiquement fournir de la copie aux journalistes. Plus récente est l'introduction d'un état civil véritable dans un pays, plus vieux les hommes y vivent ! Les Bulgares, les Turcs, les Hindous ou les Chinois qui vivent jusqu'à 150 ans ne le doivent ni à l'absorption exclusive de yoghourt, ni à leur vie ascétique, ni à des connaissances surnaturelles acquises par la contemplation prolongée de leur nombril, mais au fait que personne n'est conscient de sa propre naissance, et que, là où il n'y a pas d'état civil rigoureux, nous n'avons aucune donnée sérieuse. Les tables de survie nous montrent, au contraire, que la mortalité est plus élevée dans les pays orientaux que dans l'Europe occidentale : en Europe, 80 % au moins, aux Indes, 57 % seulement des enfants qui naissent atteignent l'âge de 4 ans. En Europe, la moitié des enfants qui naissent atteignent l'âge de 55 ans, aux Indes pas même 12 ans.

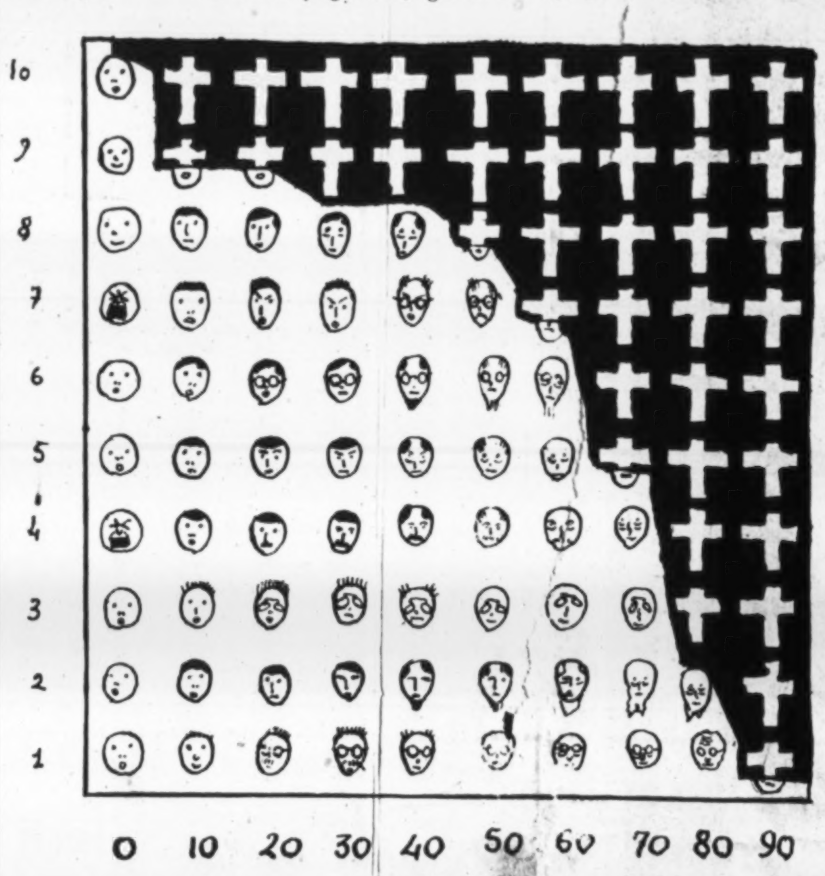


Fig. 2

La mortalité évolue non seulement d'un pays à l'autre, mais évidemment aussi d'une époque à l'autre. Les figures 1 et 2 donnent pour chaque âge, de 10 en 10 ans, le nombre de survivants sur 10 nouveau-nés d'âge zéro. La figure 1 se rapporte à l'Angleterre au temps de Graunt (vers 1700) et la figure 2 à l'Allemagne pour 1925. (Nous avons choisi l'Allemagne parce que ses données sont les plus récentes : les données pour la France ne seraient pas très différentes, quoique un peu moins favorables). La comparaison des deux figures montre nettement l'amélioration de la situation.

Les statistiques nous apprennent encore que la mortalité dépend du genre de vie et de la situation sociale. Dans l'ensemble, la classe ouvrière a une situation plus défavorable que la classe possédante. Aux Etats-Unis, les noirs sont très défavorisés par rapport aux blancs. Partout, les professeurs d'université, les prêtres... et les officiers supérieurs meurent à un âge très avancé, tandis que les médecins vivent beaucoup moins vieux. Et, en face de la mort, les femmes redeviennent le sexe fort : elles vivent, en général, plus longtemps que les hommes.

Il s'agit maintenant de savoir comment l'on peut caractériser par un seul nombre une table de mortalité : on peut calculer *l'espérance de vie d'un nouveau-né* pour une table déterminée, en divisant par le nombre d'individus, la somme de temps qu'ils ont vécu à eux tous. Au temps de John Graunt, en Angleterre, cette espérance de vie d'un nouveau-né n'était que de 20 ans. Aujourd'hui, aux Indes, elle n'est que de 23 ans, tandis qu'en Australie, elle est de 55 ans et qu'elle at-

E ?

teint 60 ans dans quelques Etats, particulièrement favorisés. En Allemagne, l'espérance de vie du nouveau-né a augmenté de 20 ans entre 1876 et 1925, abstraction faite des décès dus à la guerre ou à ses conséquences immédiates. Des progrès similaires ont été faits dans tous les pays civilisés, et l'on peut dire que, dans une certaine mesure, l'espérance de vie du nouveau-né caractérise le degré de civilisation matérielle d'une population.

On peut également calculer l'espérance de vie pour un âge quelconque ou, si l'on veut, le nombre d'années qui restent à vivre, *en moyenne*, à un individu de cet âge. En étudiant les variations de l'espérance de vie à différents âges dans les dernières décades, on voit que, grâce au perfectionnement de l'hygiène générale, c'est surtout la mortalité infantile qui a été diminuée. Voici les résultats concernant l'Allemagne en 1876 et en 1925, choisis ple, pouvait espérer vivre jusqu'à 58 ans en 1876, et, aujourd'hui, il peut espérer atteindre 67 ans.

La figure 3 représente l'espérance de vie à différents âges pour l'Angleterre, à l'époque de Graunt, pour les Indes et pour l'Allemagne, à l'heure actuelle (les données pour la France sont très voisines de celles de l'Allemagne).

En Suède, où la mortalité est particulièrement faible, un nouveau-né a une espérance de vie de 57 ans. Mais, s'il atteint effectivement ces 57 ans, la vie — comme pour le récompenser d'avoir suivi fidèlement les indications des statistiques ! — lui permet de vivre encore 20 ans. S'il atteint ses 77 ans, la vie lui donne encore 7 ans. S'il en profite réellement et parvient à ses 84 ans, 4 ans lui sont encore accordés, et ainsi de suite. On peut même calculer l'âge limite atteint par le recordman d'une génération de nouveau-nés... mais le calcul ne nous dira

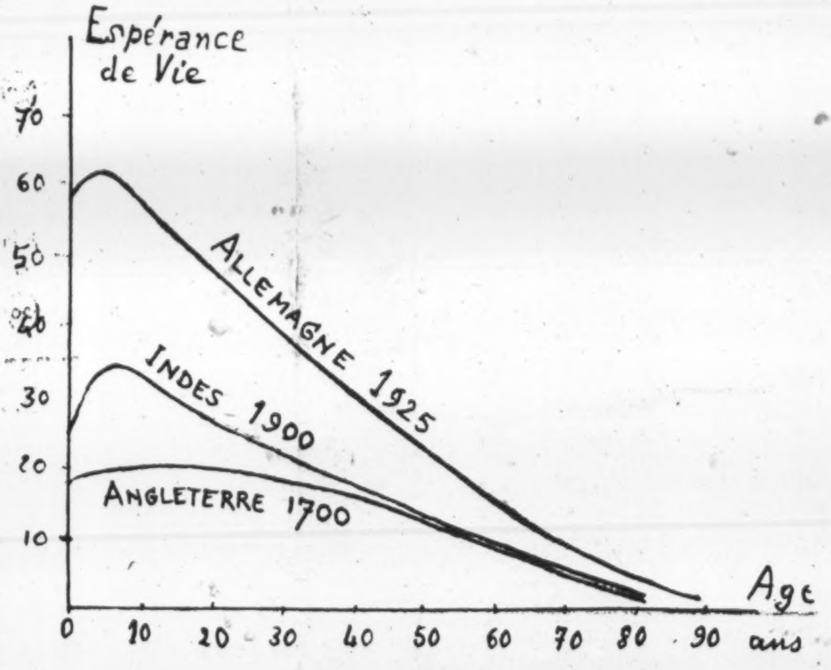


Fig. 3

en raison du caractère frappant des différences qu'ils présentent.

A UN HOMME DE :	IL RESTAIT A VIVRE : (Statistique de 1876)	(Statistique de 1925)
0 ans	36 ans	56 ans
5 —	49 —	60 —
10 —	47 —	56 —
20 —	38 —	47 —
30 —	31 —	39 —
40 —	25 —	30 —
50 —	18 —	22 —
60 —	12 —	15 —
70 —	7 —	9 —
80 —	4 —	5 —
90 —	2 —	3 —

Un homme de 20 ans, par exem- pas le nom de l'heureux gagnant !

Les tables de mortalité et les graphiques de l'espérance de vie répondent donc d'une façon collective à la fatale question : Jusques à quand vivrai-je ? Mais l'âge individuel au moment de la mort n'est nullement déterminé par ces résultats d'ensemble. La date précise de votre mort, qui vous intéresse peut-être beaucoup, la Science ne peut — fort heureusement — vous la dire.

E. J. Gumbel,
ancien professeur à l'Université de Heidelberg,
adapté par G. FOURNIER.

Apr. 1933 De Stem

AMERIKA VERSTOORT ILLUSIES [1])

DOOR

E. J. GUMBEL

Als iemand verre reizen doet,
Dan kan hij niets verhalen,

want: om een land te leeren kennen, moet men daar werken. Het werkelijke resultaat van de noodzakelijkerwijze oppervlakkige indrukken van een reis, zal dus het inzicht in de problemen van het eigen land zijn, verscherpt door de vergelijking met vreemde toestanden. Daarvoor is een beschouwing van de Vereenigde Staten bijzonder geschikt. Want die toont het bestaan aan van bijna al Duitschland's problemen, zonder dat één der voorwaarden vervuld is, die dikwijls aangezien worden voor de uitsluitende of tenminste beslissende oorzaken. In de V. S. brengen totaal andere, in veel gevallen precies omgekeerde „oorzaken" dezelfde uitwerkingen te weeg als in Europa. Daarmede zijn de meeste pogingen weerlegd, die bij ons voorgesteld worden als oplossing. Amerika vernietigt argumenten van alle partijen. Het is de moeite waard, van dezen gezichtshoek uit eenige van onze politieke denkbeelden te bezien. Onze nationalisten roepen: het ongeluk van Duitschland, vooral de economische crisis en haar ergste gevolg de werkloosheid, is het gevolg van het Verdrag van Versailles. Duitschland lijdt, omdat het jarenlang milliarden heeft moeten betalen.

Allereerst is het bedrag van hetgeen Duitschland, geheel en al in de inflatietijd, werkelijk betaald heeft, moeilijk vast te stellen. Bovendien zijn de werkelijk gegeven herstelbetalingen niet zeer groot in vergelijking met den omvang

1) Dit artikel werd geschreven vóór de politieke veranderingen in Duitschland.

van den wereldhandel. Als deze betalingen een werkelijken invloed op het ontstaan van de wereldcrisis zouden gehad hebben, moest het ophouden ervan het verloop van de crisis beïnvloeden. Vóor alles zou een crisis in het eenige land, dat volgens alle uitspraken overwinnaar is, dat alleen de herstelbetalingen ontvangen en niet, zooals Engeland en Frankrijk, financieel gesproken ze grootendeels doorgegeven heeft, onmogelijk zijn. Nu — de omvang van de crisis in de V. S. overtreft elke Europeesche voorstelling. Van de „prosperity" is niets overgebleven dan de grap: „Wij zijn het eenige land ter wereld, dat zóo rijk is, dat de menschen in hun eigen auto's naar 't armenhuis gaan." De werking van de crisis is in werkelijkheid dezelfde als bij ons: technische vooruitgang is met werkloosheid, overproductie met honger verbonden.
Een werkloosheidsstatistiek bestaat niet. Men is daar dus — overigens evenals in Duitschland, niettegenstaande de statistiek daar — op schattingen aangewezen. New York met zijn 6 millioen inwoners heeft ongeveer 1½ millioen werkloozen. De regeeringspartij, tot nu toe, de republikeinen, geven toe voor het geheele land 8 millioen werkloozen, de democraten 10, de socialisten spreken van 12, de communisten van 14 millioen. Volgens vastgestelde regeeringsberichten schijnen de beide laatste getallen waarschijnlijker te zijn dan de beide eerste.
Het eenige specifiek Amerikaansche probleem, dat noch in vorm noch in omvang in Europa bestaat, zijn de millioenen hongerlijdende farmers, die doodsbenauwd zijn voor een goede oogst. Voor den farmer ontbreekt een Europeesche categorie; hij is geen keuterboer, boer, koelak, pachter of feudale grondbezitter, maar een industrieele producent op agrarischen basis. De farmercrisis in de V. S. is de eerste zuiver kapitalistische crisis in de landbouw. Dit is het bewijs, dat het bij de wereldcrisis om een kapitalistische crisis gaat. Zeer zeker hebben de farmers dit nog niet erkend, want hun theoretici verlangen inflatie,

terwijl de radicalen rondom Siouxcity de stad belegeren, om door afsluiting van toevoer de prijzen omhoog te drijven.

Een der sterkste argumenten van onze rechtsche partij is de afleiding van de crisis uit den voortdurend toenemenden invloed van den staat en de daarmee verbonden stijging van de staatsuitgaven. Bij deze beweringen hoort b.v. de afleiding van de werkloosheid uit de sociale verzekering. De werkloosheidsverzekering doodt volgens hen den dwang, maar ook de vreugde van den arbeid, brengt den beroepswerklooze voort, schept onder de arbeiders renteniersinstincten, waarop alleen de bourgeoisie recht heeft.

De V. S. kennen geen enkele vorm van sociale politiek. Afgezien van overblijfselen eener verantwoordelijkheidsverzekering bestaat er geen gedwongen ziekte-, invaliditeits- en ouderdomsverzekering en zeker geen schijn van werkloosheidsverzekering. De hulp voor de werkloozen gaat precies den tegenovergestelden weg als bij ons. In het begin staat de weldadigheid. Omdat bij het klassebewustzijn der bourgeoisie daar, een bij ons onbekende mate van verantwoordelijkheid voor de maatschappij hoort, worden hiervoor sterke middelen gebruikt. Omdat ze natuurlijk niet voldoende zijn, grijpt de stad, dan het land, tenslotte de bond in. Maar nergens bestaat een recht op deze hulp. Het recht op ondersteuning kan dus niet de oorzaak van de werkloosheid zijn.

Tegenover het toenemend ingrijpen van den staat, wat aan socialistischen invloed wordt geweten, eischt onze industrie, dat de staat zich tenslotte beperken, onnoodig ingrijpen nalaten en aan de staatshuishouding weer haar vrijheid teruggeven zal. De druk op de belastingbetalers heet het herstel te belemmeren. Het kapitalisme, van den druk bevrijd, zou zijn taak van millioenen te voeden, weer vervullen.

Omgekeerd bepleiten alle socialisten in principe dit staats-

ingrijpen. Velen koesteren zelfs de illusie, dat men van staatswege het kapitalisme kan smoren, het door parlementaire heerschappij temmen en het socialisme kan voorbereiden door uitgebreider taak van den staat. Ze keuren het zelfs goed als de „Jonkers" die failliet zijn, gesteund en hun schuldeischers in de stad onteigend worden; als de „Osthilfe" verhindert dat de Jonkers belastingen of schulden betalen. Want het gaat hier om het ingrijpen van den staat en een aanval op de onaantastbaarheid van het privaatbezit.
In de V. S. bestaat geen socialistische invloed. Noch in het congres, noch in den senaat zit één enkele socialistische vertegenwoordiger. Alleen bestaat in vele staten en steden het begin van een politieken invloed der arbeiders, en — de staatsuitgaven zijn sedert 1914 bijna tot het vijfvoudige gestegen. Evenals in Duitschland worden de bankroete ondernemingen gesteund, als ze groot genoeg zijn. Banken en spoorwegen worden voor het bankroet gered. Niettegenstaande alle liberale eischen breidt zich de invloed van den staat op den landbouw verder uit. De korenprijzen worden kunstmatig hoog gehouden door vasthouden der voorraden. De toegenomen productiviteit deed ook deze poging mislukken. Dus blijft er, evenals bij ons, slechts de weldadige werking der vernietiging over. Niet voor niets hebben de katoenplanters van Virginia een gedenkteeken opgericht voor een kever, die de oogst vernietigt.
Het vrije spel van de krachten der staatshuishouding is ook in Amerika afgeloopen en zal nooit terugkomen. Maar het is geen socialistische invloed, die dat alles heeft bewerkt. Het grootkapitaal zal zijn schulden aan den staat nooit terugbetalen. Het tijdvak van het alleenheerschend kapitaal en van den daardoor beheerschten staat vangt aan. Als deze concentratie van economische macht in handen van den staat ooit het socialisme ten goede komt, dan toch pas in een zeer verafgelegen tijdstip.
Een geliefd argument tegen het socialisme luidt dat het de

individualiteit vernietigt, de ondernemingslust doodt en door zijn nivelleering de vooruitgang zal verstoren. Nergens is de vernietiging van de individualiteit in zoo groote mate geschied als in de V. S. De menschen in New York leven als termieten. De hoogste gebouwen der wereld, straten, die als spelonken diep in het duister liggen, het meest volmaakte systeem van een ondergrondsche spoorbaan, de meest volmaakte stadsbouw, de beste ventilators vormen hun levensomlijsting; alleen de eenvoudige dingen, licht, lucht, water, natuur zijn onbereikbaar. De massaalheid doodt de individualiteit in New York meer dan in Moscou. De openbare meening is in dit land van 120 millioen door 3 of 4 agenturen gemonopoliseerd. Dit nivelleert sterker dan het bolsjewisme. Zooals in Rusland de couranten juichen over elke nieuwe fabriek, zoo jubelt de pers der V. S. over elken honderdsten nieuw aangestelden arbeider en verzwijgt, dat op denzelfden dag op een andere plaats duizenden ontslagen worden.

Over het geheel genomen zijn er opvallende parallellen tusschen dit land, niettegenstaande zijn volkomen middenstandspsychologie, en Rusland, zijn uiterste contrast. In beide landen overheerscht het gevoel van uitgestrektheid. De sociale verhoudingen zijn voor ons gevoel van gelijken stempel, wat zeer zeker gedeeltelijk ligt aan het ontbreken van tutoyeeren in het Engelsch. Zooals in Rusland ieder „kameraad", is daar ieder „dear Sir" of zelfs „dear friend". Alle jonge mannen zijn „fellows", al jonge vrouwen „girls". Titels worden zeer zelden gebruikt. De jongste student zegt tot den eerwaardigsten professor: „Luistert U eens, Doc", terwijl de zoon den vader soms zeer officieel aanspreekt met „Sir".

En zeer zeker „cultuurbolsjewistisch" is de formeele plaats van de kerk. Ofschoon de openbare meening kerkelijk positief is, worden de religieuse organisaties gewoonweg als vereenigingen beschouwd. De eenige bevoorrechting boven de kegelclubs, die ook in het register der ver-

eenigingen zijn ingeschreven, bestaat in de vrijdom van bepaalde belastingen. Geen cent uit de staatshuishoudkas komt den kerken ten goede. Zij zijn dus slechts op bijdragen van lidmaten en stichtingen aangewezen. Dit brengt mee, dat de kerken attracties moeten aanbieden om de concurrentie, reclame maken, de geloovigen trekken door maatregelen, die niet alleen het zieleheil beoogen. Staatscontracten, zooals in Duitschland de concordaten, zijn onbestaanbaar. Kortom, de stoutste droomen van onze „atheïsten", zijn hier verwezenlijkt.
Maar dat alles heeft de godsdienst niet vernietigd, niet verhinderd dat de invloed der kerk vermoedelijk grooter is dan bij ons. Deze invloed komt overigens ook ten goede aan de krachten van de vooruitgang. Een groot deel van de socialistische beweging is juist voortgekomen uit het Protestantsche kerkelijke leven.
De openbare scholen kennen geenerlei godsdienstonderwijs. De geheele opvoeding van de lagere school af tot de staatsuniversiteit toe, is geheel kosteloos. Ook de armste kan zijn zoon naar de universiteit zenden, want daar kan de student door bijwerk zijn brood verdienen. Zoo heerscht dus in theorie de door socialisten gewenschte onbeperkte mogelijkheid tot opklimmen. Maar de „upper ten" zenden hun kinderen naar dure particuliere scholen en vooral naar particuliere universiteiten, waarvan de producten een zeer duidelijk beperkte sociale kring vormen. Het doorvoeren van de democratische eisch van algemeene kostelooze opvoeding heeft het vormen van tegenstellingen met uitgesproken scherpe lijnen niet verhinderd.
Een ander kenmerk van de volmaakte democratie is de algemeene belangstelling op de Beurs. De aandeelen zijn tot op één-Dollar-briefjes verbrokkeld. Het aandeelenbezit bereikt ook den kleinsten man — natuurlijk naar verhouding in minimalen omvang — en hij heeft de illusie dat hij op de Beurs veel geld verdienen kan en hierdoor opstijgen tot de grooten. Dit maakt het voor de Beursspecu-

lanten mogelijk tot den laatsten man door te dringen en voor den Beursmagnaat om het heele volk te plukken. De middenstandsgedachte beheerscht de openbare meening en verhindert het ontstaan van klassendenkbeelden. Midden in het kapitalistische systeem is een nivelleering doorgevoerd, die door de tegenstanders van het socialisme pas in de toekomst gevreesd wordt.

De feministen hebben het ongeluk dezer wereld aan de mannen geweten. Geeft aan de vrouwen het kiesrecht en ge hebt een verstandige politiek. In Amerika hebben vrouwen en puriteinen de drooglegging doorgezet, zeker wel uit te waardeeren idealistische gronden. Deze moest de kroeg uit den weg ruimen, waar de arbeiders hun loon verdronken, waar de bierpolitici hun zaken voor het gemeenebest beklonken. Ze heeft inderdaad de kroeg opgeruimd, maar in de plaats van ongeveer 15 duizend kroegen in New York, zijn volgens oppervlakkige schatting 20 duizend „speak-easies" gekomen. Deze „lasterholen" zijn van een echt goed burgerlijk karakter; van openbaar restaurant tot gesloten club. In tegenstelling tot de kroeg drinken in de „speak-easies" ook de vrouwen. Het verbod prikkelt, het heeft het alcoholgebruik „smart" gemaakt; en nog erger: wie niet drinkt, wordt aangezien voor huichelaar en moralist. De onaangenaamste uitwerking van het verbod is de dwang om in gezelschap te drinken.

Het alcoholverbruik in 't geheel zal in hoeveelheid iets verminderd zijn, maar in intensiteit hebben toegenomen. De bourgeoisie drinkt vermoedelijk meer, de arbeiders minder dan vroeger. Maar dat is geen sociale winst, daar de arbeiders goedkoope en gevaarlijke foezel drinken.

Omdat alleen het distilleeren van alcohol en de verkoop, en niet het gebruik verboden is, wordt behalve de vervaardiger, alleen de bezitter van de speak-easy door de wet bedreigd. Zijn leverantie en zijn bedreigde positie vormen een zaak, die veel opbrengt. Omdat elke distilleerderij een eenigszins groot kapitaal noodig heeft, moe-

ten wijdvertakte financieele verbindingen met andere ondernemingen ontstaan. De intense verbinding van politiek en bedrijf, de onwettigheid van dit product en de afzet maakt het alcoholverbod tot een bron van de grootste politieke corruptie. Daarom is het (onwettige) alcoholkapitaal op het oogenblik de krachtigste verdediger van de drooglegging. Een en dezelfde bende fabriceert den alcohol, dwingt de restauranthouders e. a. door bedreiging tot den aankoop, vecht met machinegeweren om den afzet. De vreemdeling hoort over hen en hun daden, vooral over de afpersingen. Maar hij kan ze niet zien.

Hun leiders bewegen zich in localiteiten die zoo „fashionable" zijn, dat in normale gevallen alleen een vakman van deze categorie daar komen kan. Bovendien zijn deze menschen van de buitenkant bezien veel meer respectafdwingend dan de gewone burger op straat. Opheffing der drooglegging zou hun bedrijf vernietigen. Vermoedelijk zullen de benden dan nieuwe gebieden zoeken, zoodat de misdadigheid schijnbaar zal toenemen.

Het is de vraag, of de opheffing van de drooglegging een toename van het alcoholgebruik zal bewerken. Want de distilleerderij zal eenvoudig van het achterhuis naar 't voorhuis gaan. Een eenigszins succesvol bestrijden van den alcohol zal pas mogelijk zijn na de opheffing van de drooglegging. Deze is een van de grootste en meest mislukte sociale experimenten van de wereld.

Het beschouwen der gevolgen van de drooglegging heeft voor Duitschland een bijzonder belang. Want dikwijls brengt men het bestaan van onze militaire vereenigingen en het feit dat daardoor het monopolie van den staat om geweld te gebruiken (een van de fundamenteele onderdeelen van den modernen staat) verbroken wordt, uitsluitend in verband met het toegenomen nationale gevoel, dat op zijn beurt weer door het „schandelijk verdrag" van Versailles veroorzaakt heet.

In de V. S. bestaat geen ontwapenend vredesverdrag; het

nationalisme is niet méér toegenomen dan overal ter wereld — daar is het de drooglegging, die de gewapende benden heeft doen ontstaan. Het zou totaal verkeerd zijn om deze „gangsters" slechts te vergelijken met onze worstelvereenigingen van de soort Immertreu. Hun maatschappelijke rang is veel hooger, hun gebied van optreden veel grooter. Ze zijn volkomen te vergelijken met onze privé legertjes, ofschoon hun numerieke sterkte veel kleiner is. Bij ons spelen ze in de groote, daarginds in de gemeentelijke politiek een toonaangevende rol. De „gangsters" zijn in sterker mate versplinterd dan onze militaire vereenigingen, maar in verachting voor de heiligheid van het menschenleven doen ze niet onder voor hun Duitsche collega's. Menschen, die te veel weten, vervallen aan het veem, dàar ter eere van den nationalen god Mammon. In beide landen vormen de benden zich uit de werklooze jeugd, die dorst naar sociale vergelding en avonturen en die in onzen tijd geen ander ideaal meer vindt, dan een zich gewelddadig aansluiten met gelijkgezinden.

Dikwijls wordt de feudale oorsprong van onze maatschappij verantwoordelijk gesteld voor de ergste rampen van onzen tijd. Niet het kapitalisme, maar de onteigening van den grond door het grootgrondbezit zou de crisis veroorzaakt hebben. Het imperialisme zou volstrekt niet van kapitalistischen, maar van feudalen oorsprong zijn. In het zuivere kapitalisme zou zich noch een crisis, noch een imperialistische expansie ontwikkelen.

Een beschouwing van de V. S. weerlegt deze theorie. Want daar is en vooral in alle, toonaangevende Noordelijke staten, het Europeesche feudalisme nauwelijks bekend. Het land is, nadat het aan de Indianen ontnomen was, dadelijk door vrije boeren in bezit genomen. Die tijd ligt gedeeltelijk nog maar eenige generaties achter ons. Een kunstmatige uitsluiting van grondgebied heeft niet bestaan. Geen grootgrondbezitter met hoorigen, geen Jonker heeft de boeren ooit onteigend. En toch bestaat de

crisis daar zooals reeds eerder werd aangetoond, precies als bij ons, en het kapitalisme heeft volkomen dezelfde drang tot expansie veroorzaakt en maakt zich gereed om Midden- en Zuid-Amerika te koloniseeren.
Europa is verbrokkeld. Duizenden kilometers nationale grenzen doorsnijden gebieden die wat landbouw betreft samenhooren; hooge tolmuren scheppen kleine industrietjes, die zonder deze niet kunnen bestaan („Eet Duitsche bananen!"), verscherpen nationale tegenstellingen, verhinderen het vormen van groote samenhangende gebieden. „Daar komt de crisis uit voort", zeggen onze Pan-Europeanen. Neen: de V. S. vormen een samenhoorend gebied van de grootte van Europa. Wel leven veel volkeren op dit gebied en de idee van het ras als grondslag van den staat, zou slechts kunnen ontstaan als er een eenheid van het blanke ras werd geconstrueerd, die voor elk fatsoenlijk Duitsch rassenfanaticus een gruwel zou zijn. Nergens verbreken nationale tegenstellingen samenhangende gebieden. Het bestaan van de crisis in de V. S. voert het paneuropeesch argument ad absurdum. De Vereenigde Staten van Europa zouden, als ze een voldongen feit waren, het ontstaan van een crisis zooals die in de V. S. van Amerika, niet verhinderen.
De ramp van Duitschland, wordt gezegd, is de historisch uit het absolutisme gegroeide staatsvorm van kleine staten. Landen, die ontstaan zijn door vroegere oorlogen, door huis- of huwelijkspolitiek der vorsten zonder oog voor geografisch of agrarisch verband, veroorzaken nog heden ten dage voortdurende wrijving en verhinderen elke groote politiek volgens één richtsnoer. — Geen enkele der Noord-Amerikaansche staten stamt uit den tijd van het absolutisme. Vele zijn heelemaal niet gegroeid, hun grenzen zijn gemaakt. En toch hebben ze een eigen leven, eigen wetten, eigen politie, eigen bestuur, eigen belastingen. Zij waken ijverzuchtig over hun eigen karakter. Zoo ontstaat het probleem van de gelduitwisseling zonder één van de

historische fundamenten, die ons dit probleem hebben gebracht. Een ontraditioneel land brengt dezelfde problemen voort, die voor ons verbonden schijnen te zijn aan een verouderde traditie.
Een in Duitschland veel voorkomend argument stelt het stemmen op een lijst verantwoordelijk voor het verstarren van het politieke leven. Het principe der rechtvaardigheid, dat ook aan een gering aantal stemmen een vertegenwoordiging verzekert, zou de partij-machine doen ontstaan en verhinderen, dat menschen in plaats van machines worden gekozen. De V. S. kennen geen evenredige vertegenwoordiging, geen kiezerslijsten; overal worden naar men zegt „mannen" gekozen — en de heerschappij der partij-machine en de verstarring van het politieke leven is in geen land zoo doorgevoerd als daar.
De beide partijen stammen nog uit den Burgeroorlog, die eindigde met de overwinning der republikeinsche industrieelen van het Noorden, over de „democratische" planters van het Zuiden, die met negerslaven werkten. Deze historische tegenstelling, die nu elken inhoud verloren heeft, beheerscht den vorm van alle politiek van stad en bond. Het z. g. politieke leven is niet de uitdrukking van sociale krachten en hun groepeering. Onder de Democraten even goed als onder de Republikeinen vindt men beschermers en vrijhandelaars, vertegenwoordigers van banken en industrie. In beide partijen vindt men de bitterste tegenstanders. Ieder beweert, voor de hongerlijdende farmers op te komen. De hoofdzakelijk grootkapitalistische Republikeinen deinzen zelfs niet terug voor het argument dat ze ook voor de rechten der negers opkomen. Ze herinnerden in den verkiezingstijd altijd weer eraan, dat zij den bevrijder der slaven, Lincoln hebben voortgebracht. De drooggleggingskwestie vindt „natten" en „drogen" in beide partijen.
De schijnbaar specifiek Duitsche toestand, dat Jonkers en Nazi's zich in niets werkelijk onderscheiden en toch als

regeering en oppositie kunnen figureeren [1]), kan men ook specifiek Amerikaansch noemen, want Democraten en Republikeinen zijn weliswaar in geen punt verschillend, maar het nooit eens, behalve wanneer het erom gaat de heiligheid van het kapitaal te beschermen. Maar zoo'n formuleering is in besliste tegenspraak met de werkelijke volkspsyche. Roosevelt is met half-socialistische argumenten de verkiezingsstrijd begonnen, wat Hoover daarmee beantwoordde, dat hij den ondergang van Amerika voorspelde uit een overwinning van zijn tegenstander.

De V.S. hebben de grootste industrieele macht der wereld, de meest volmaakte machines, de sterkste concentratie van het kapitaal, de best geschoolde arbeiders. De sociale tegenstellingen zijn nergens zoo weinig verdoezeld, nergens liggen ze zoo dicht bij elkaar. In de onmiddellijke nabijheid van de deftigste wijk slapen dakloozen op straat, wachten de lange rijen op brood. Op den heuvel het kasteel van den staalmagnaat, aan de overzijde der straat aan de rivier de nood-„woningen" der werkloozen van blikken en zeepkisten. Geen verre afstand scheidt de hutten van Syriërs en Grieken van de paleizen in Wallstreet. Het Negerkwartier sluit onmiddellijk aan bij de voorname Columbia Universiteit. Millioenen lijden honger en Hoover, die nog een paar jaar geleden „de armoede uit den weg geruimd heeft", spreekt nu van den eisch van den dag, dat niemand honger mag lijden. Het onmiddellijk op elkaar stooten van sociale tegenstellingen voert tot botsingen, zóo geweldddadig, dat wij ze ons niet kunnen voorstellen en die met gewapende politie uitgevochten worden.

Zoo zijn alle materieele voorwaarden voor de gewelddadige en succesvolle revolutie aanwezig — met één uitzondering, de beslissende: een toonaangevende, socialistische beweging, die de massa's verzamelt (en evenzeer de psyche van den proletarischen klassenstrijd), bestaat niet. Zoo verstoren de V. S. de illusie, dat de concentratie

1) Tijdens de regeeringen Von Papen en Von Schleicher.

van het kapitaal onmiddellijk de concentratie der arbeiders met zich meebrengt, en dat deze psychologische gesteldheid onmiddellijk en snel volgt op de sociale toestand. De tijden zijn weliswaar al lang voorbij, dat een crisis een verplaatsing naar het Westen tengevolge had, dat millioenen naar vrij land trokken. Maar de daaruit gevolgde fictie, die vermoedelijk nooit juist is geweest, dat ieder het geluk in eigen hand had en dat wie overwon ook de beste was, leeft heden ten dage nog. De vakvereenigingsbeweging is geen middel van den klassestrijd, maar een standsorganisatie van de arbeidersaristocratie. Omdat zij door de werkloosheid nog niet echt bedreigd wordt, is het nauwelijks te verwachten dat ze radicaal wordt, vooral ook omdat o n d e r hen pas het eigenlijke proletariaat begint.

Bij het geringe stemmenaantal der socialisten en zeker van de communisten moet men stellig in aanmerking nemen:

a. dat niet alle immigranten reeds burgers zijn,

b. dat van stemming uitgesloten zijn het groote aantal vlottende arbeiders; omdat er een lange domicilie-tijd geëischt wordt voor stemrecht,

c. dat de ondersteuning door de partijmachine als Tammany-Hall, corruptie geeft in plaats van sociale politiek en materieel neerkomt op het koopen van stemmen,

d. dat de armenzorg het stemrecht ontneemt aan de tegenwoordige werkloozen,

e. tenslotte, dat de onbemindheid van Hoover en de wensch om hem, als het grootste politieke kwaad, uit den weg te ruimen, veel socialistische stemmen op de Democraten heeft samengebracht.

Daarginds, evenals overal elders, is de botsing tusschen kapitaal en arbeid het centrale materieele probleem. Maar daar is de psychische uitwerking minder dan overal elders. Men spreekt over revolutie. Men gelooft, dat het zoo niet verder kan gaan. Maar zulk een revolutie is slechts mogelijk, als er één klasse is, die ze doorzet en deze klasse bestaat

in psychologisch opzicht niet. New York, de grootste arbeidersstad der wereld, heeft geen Engelsch socialistisch blad; een communistisch leidt een kommervol bestaan. De splitsing der arbeiders in sociaaldemocraten, rechtsche en linksche communisten (een indeeling, die in vele landen historisch noodzakelijk is), wordt naar de V. S. overgebracht, ofschoon daar geen der materieele voorwaarden voor deze splitsing bestaat.
Schematisch worden door de communisten Europeesche begrippen overgebracht en gebruikt, die daar ginds geen levend bestaan voeren.
De socialisten zijn belachelijk bescheiden. Ofschoon economisch gezien de overname van de gezamenlijke productiemiddelen door de arbeiders daar een rijp probleem is, eischen ze slechts het aan den staat trekken der openbare werken, spoorwegen, water-, gas- en lichtverzorging, tenslotte een sociale wetgeving; kortom datgene wat in Europa al lang verwerkelijkt is, zonder dat het de structuur van het kapitalisme in socialistische richting veranderd of de crisis verhinderd heeft.
Aan den anderen kant zijn eischen, die vele Duitsche socialisten zich als volgend begeerlijk doel stellen, daar allang werkelijkheid. In beide gevallen is er geen begin van een socialistisch leven ontstaan. Dit is het bewijs hoe buitengewoon elastisch het kapitalistische systeem is, niettegenstaande alle gebrek aan stabiliteit. Het is bizonder geschikt om een „socialistische" aanbouw te verdragen. Maar omgekeerd schijnt mij toe dat het socialisme een op zich zelf bestaand systeem is, dat niet verwerkelijkt kan worden door het invoegen van enkele steenen in het kapitalistische bouwwerk.

donnent une valeur encore accrue aux principes fondamentaux du Pacte d'Unité.

Les formes modernes de l'évolution capitaliste renforcent, en effet, le caractère de classe de l'Etat qui, en raison des tendances dictatoriales de plus en plus marquées du capitalisme contemporain, en raison de son extension progressive, devient non seulement l'instrument de ce capitalisme, mais encore sa véritable propriété.

Il n'y a plus d'indépendance de la puissance publique avec le capitalisme tentaculaire.

L'histoire politique de ces dernières années n'est-elle pas une preuve suffisante ?

***

Quant à l'action de classe distincte et *opposée* à l'action des autres formations politiques, expression des diverses catégories de la classe bourgeoise, elle est de plus en plus indiquée, elle aussi, par le sens de l'évolution politique qui subit les répercussions de l'évolution capitaliste. Le mouvement même du capitalisme pose des problèmes qui, de plus en plus, sont des problèmes de classe, des problèmes qui touchent aux racines mêmes de la Société bourgeoise et il est naturel que des divergences croissantes se manifestent dans l'action entre les partis bourgeois, qui, à des degrés divers, sont conservateurs du système capitaliste, et le Parti socialiste, parti de la classe ouvrière.

Donc l'action de classe du Parti tend à devenir de plus en plus *distincte* et toute conjonction des gauches apparaît de plus en plus illusoire, utopique et stérile.

Enfin, la nécessité d'une *action révolutionnaire* n'a plus besoin, je pense, d'être démontrée, en présence des tendances fascistes ou semi-fascistes qui dominent dans les forces capitalistes. La puissance du capitalisme annule par elle-même le fonctionnement de la démocratie et des institutions démocratiques. Mais, en plus de cette considération, l'attitude prise par les organisations capitalistes oblige les Partis socialistes aux actions de masse appuyées sur la force du prolétariat organisé. La marche au socialisme ne se réalise pas seulement par l'emploi des moyens légalitaires et démocratiques, *mais aussi* par l'utilisation des moyens révolutionnaires hors du cadre de la légalité bourgeoise plus ou moins frelatée et souvent ouvertement violée. Voilà encore une leçon à tirer des événements contemporains. Un Parti socialiste qui se figerait dans des positions « légalistes » serait un parti qui se désarmerait et qui serait bientôt réduit à l'impuissance.

Ainsi, nos principes fondamentaux non seulement ne sont pas infirmés par la vie économique, mais encore ils sont vérifiés par celle-ci.

C'est pourquoi notre Pacte d'Unité reste la véritable synthèse de l'expérience et de la pratique ouvrière et il doit inspirer à la fois l'action générale du Parti ainsi que la traduction de celle-ci sur le plan parlementaire.

Voilà la vraie, solide et efficace conclusion du Congrès d'Avignon.

Jean ZYROMSKI.

LES ÉVÉNEMENTS D'ALLEMAGNE

Où mènent les scrupules légalitaires

Un de nos camarades de la social-démocratie allemande, très au courant des événements d'Allemagne auxquels il a pris une grande part en payant de sa personne, a bien voulu nous donner ses impressions et son avis sur la situation en Allemagne et les causes de cette situation. Nous les résumons ci-dessous sans y ajouter le moindre commentaire. Nous tenons seulement à faire observer que l'entretien a eu lieu avant les élections du 5 mars.

***

La situation actuelle de l'Allemagne est le résultat de la politique menée depuis 1918, c'est-à-dire dès la révolution.

En vérité, cette révolution n'a pas été une révolution sociale. Elle a été le contre-coup de la défaite et du désir ardent de paix du peuple allemand. La preuve en est que la révolution a commencé à Munich qui était menacée d'invasion par les troupes italiennes et tchèques. La population de Munich préféra la révolution à l'occupation étrangère, car elle pensait — naïvement — que les alliés n'occuperaient pas Munich si la révolution éclatait. Le premier souci des chefs de la révolution de 1918 fut de faire la paix et le peuple, en chassant ses maîtres, ne chassa que ceux qu'il considérait alors comme responsables et de la guerre et de la défaite.

Les gouvernants de la vieille Allemagne étant volatilisés, il appartenait aux chefs de la révolution de prendre le pouvoir. Or, que pouvaient-ils faire ? *Occuper* le pouvoir ou construire un pouvoir *de fait* pour essayer, ensuite, de construire un système socialiste ?

Timidité initiale.

Les socialistes considérèrent alors qu'il était difficile de construire un système socialiste, tandis que l'on se heurtait, d'une part, à l'Entente, d'autre part à la famine. Il ne fallait pas effrayer la première ; il fallait d'urgence mettre fin à la seconde. Et alors qu'on pouvait profiter de ce que le pouvoir n'appartenait à personne pour le remettre tout entier aux masses, en ne cachant pas à celles-ci la gravité de la situation et les sacrifices qu'impo-

serait la construction d'un nouveau régime, on préféra choisir la solution qui paraissait la plus facile, la moins risquée : puisque les socialistes détenaient le pouvoir *politique*, ils pouvaient laisser aux puissances économiques, qui avaient jusqu'ici « fait marcher l'économie » ; le soin de remettre de l'ordre dans la production et de procurer de quoi vivre à chacun, le plus vite possible. Au lieu de faire confiance aux masses, au lieu de s'appuyer sur elles, de compter avec elles pour instituer un régime nouveau, au lieu de leur confier les moyens de production, on laissa ceux-ci à leurs anciens propriétaires capitalistes avec la certitude que le *pouvoir politique*, qui était entre les mains de la classe ouvrière, était et resterait plus fort que le système privé de production.

On avait renoncé à l'expropriation de la classe possédante pour faire repartir au plus vite la machine économique et donner à manger aux masses affamées...

De la même façon, on allait renoncer à exercer seuls le pouvoir.

On pensait que le socialisme n'était réalisable que par le parlementarisme. On choisit donc le système parlementaire, plutôt que les conseils d'ouvriers et soldats. Or, choisir le système parlementaire pour instaurer un régime socialiste avait des conséquences très graves : pour réaliser parlementairement le socialisme, cela impliquait qu'il faudrait qu'un jour, au Parlement, plus de 50 % des députés fussent socialistes : il fallait aussi que les autres partis, les partis non socialistes, reconnussent, au cas d'un parlement à majorité socialiste, la toute-puissance de ce parlement et de ce parlement *seulement* : cela supposait que la bourgeoisie et l'armée resteraient toujours fidèles non seulement à la constitution, mais au gouvernement nommé constitutionnellement, quel que fût ce gouvernement ; cela impliquait des tribunaux, fermement résolus à faire respecter cette constitution ; cela supposait, d'autre part, que l'on n'admettait pas, que l'on ne reconnaissait pas d'autres forces, d'autres moyens d'action que la force et l'action parlementaires, dont, à défaut des socialistes, les partis non socialistes ne se contenteraient peut-être pas toujours ; cela écartait enfin l'hypothèse d'une majorité issue du suffrage universel, qui se refusât à ratifier le système parlementaire et se prononçât contre le parlementarisme.

Or, dès les premières élections, les socialistes ne recueillirent pas les 51 % des mandats, mais seulement 40 %. Comme on était parlementaire et constitutionnel, on décida de gouverner conformément à la constitution et, pour avoir une majorité au Reichstag, on en fut réduit à faire la coalition avec les partis *supposés progressistes* (radicaux), de la classe bourgeoise.

Or, cette politique de coalition gouvernementale avec une fraction de la classe bourgeoise est un obstacle dirimant à l'unité prolétarienne. De plus, si les partis soit-disant progressistes n'existent pas ou s'ils viennent à disparaître ou à fusionner avec la réaction avérée, c'est la faillite de la politique de coalition avec la fraction dite « avancée » de la classe bourgeoise. L'union que nous avions escomptée et sur laquelle nous avions fondé toute une politique se réalisa... contre nous !

Enfin, en assimilant l'Etat capitaliste à *notre* Etat, en en faisant notre chose, nous nous obligeons et nous obligeons la classe ouvrière à défendre cet Etat, à le respecter, à faire qu'il tienne sa place dans le monde, qu'il marche bien ; nous nous identifions, enfin avec l'Etat traditionnel. Sans doute, pour l'Allemagne, cette identification aurait été possible, car l'Etat allemand, détruit par la guerre, était bien en 1919 l'Etat des ouvriers allemands, puisque c'étaient les ouvriers allemands qui l'avaient reconstitué. Ils l'avaient reconstitué certes, mais ils l'avaient laissé à la merci de la classe bourgeoise qui possédait — au moins partiellement — le pouvoir politique et, *totalement*, les moyens de production.

La crise survient.

C'est dans ces conditions que survint la crise, d'abord la crise mondiale, ensuite la crise spéciale à l'Allemagne, car il convient de discerner les crises spéciales à un pays des crises mondiales. La crise allemande fut déterminée par la chute de cette trinité : Dieu, le Roi, la Stabilité économique, que la guerre avait renversée. Il se produisit un phénomène tel que la monnaie sortait des poches... en y restant. L'inflation atteignait des proportions vertigineuses, colossales ! Eh bien ! aux yeux de la masse, en dépit de la présence d'un gouvernement nationaliste alors (Cuno, 1932), l'inflation fut considérée comme une *invention socialiste* ! Les foules, qui avaient oublié les anciennes crises du capitalisme, se sont laissé persuader que c'était l'intervention du facteur marxiste qui avait brouillé les choses. « C'est la faute à Voltaire ! C'est la faute à Rousseau ! » On oubliait, et on a continué d'oublier, que le Reich a à sa tête un président qui avait été le plus haut officier supérieur du Kaiser et comme tel, responsable de cette défaite de 1918 dont on rejetait *aussi* la responsabilité sur les socialistes, comme on les accusa d'avoir déterminé la crise mondiale !

Il est difficile de se défendre contre de telles accusations surtout, quand on siège sur les bancs gouvernementaux. Sans doute, la vérité historique fera justice de tout cela, mais la vérité n'est pas pressée ; elle a besoin de beaucoup de temps. En dépit de la fausseté de l'accusation, le socialisme, la social-démocratie ont fait figure d'accusés.

Et cela est grave dans un pays où, sur une population travailleuse de vingt-deux millions d'individus, il y a aujourd'hui environ huit millions de chômeurs (on n'en avoue que six). Comme les socialistes étaient représentés dans les gouvernements et que la situation ne s'améliorait pas, nombre de chômeurs perdirent toute confiance en le socialisme. Ils cherchèrent ailleurs le salut.

Ailleurs ! Ah, oui ! Là on le leur offrait, le salut ! Le parti national-socialiste clamait à tous échos : « Le salut est dans l'extermination du marxisme ! » Aux yeux de beaucoup de malheureux — qui, ne l'oublions pas, croyaient le marxisme d'autant plus responsable qu'il avait participé au pouvoir — cet argument porta. Ce fut le succès. La parti national-socialiste allait, peu à peu, miner les autres partis bourgeois, supprimer ou presque ces partis bourgeois progressistes avec lesquels la social-démocratie avait collaboré, menacer les partis ouvriers.

Erreurs sur erreurs...

Que fallait-il faire contre ce nouveau parti ? Fallait-il encore défendre l'Etat, le garder de la menace fasciste, lutter pour que la classe ouvrière restât fidèle à cet Etat gouverné par la bourgeoisie

ou bien faire un front unique contre toutes la bourgeoisie qui se fascisait ? En Allemagne, la question ne se posait pas comme en Italie. Dans le Reich, il y a l'Empire et les « pays », dont le principal est la Prusse. Les socialistes tenaient la Prusse ; ils voulaient la garder pour combattre éventuellement l'Empire (*le Reich*) pour le cas où celui-ci deviendrait fasciste. Ils comptaient sur les cent mille hommes de la police prussienne ; ils comptaient sur Hindenburg *qui ne violerait jamais* son serment de fidélité à la Constitution de Weimar !... Ils décidèrent de faire des concessions au Centre — catholique — dont ils étaient les alliés dans le gouvernement prussien — pour conserver leur position à Berlin.

Mais les concessions ont-elles jamais, en principe fortifié un parti, une classe ? Augmentait-on ses chances en remettant toujours la bataille à plus tard, en misant sur une fin ou une diminution éventuelle de la crise qui, alors, arrangerait tout ?

Ainsi se posait la question.

La crise affaiblissait le prolétariat et fascisait la bourgeoisie. Les socialistes pensèrent : « Soutenons les forces modérées de la bourgeoisie : elle ne sait que faire pour sortir de la crise... Nous le savons, nous ; nous allons guider cette bourgeoisie désemparée.

Las ! La bourgeoisie savait fort bien ce qu'elle avait à faire : cela se résumait en cette formule : diminuer le coût de la production. Comment ? En diminuant le profit ou en abaissant les salaires ? Les socialistes étaient contre la baisse des salaires, les bourgeois « modérés » contre la diminution des profits. Les salaires baissèrent et on toléra cela, toujours pour garder la Prusse. Comme, de plus, on ne pouvait plus trouver de majorité au Reichstag, on autorisa le gouvernement à gouverner par décrets-lois, ce qui est contraire à la sacrosainte constitution de Weimar — à laquelle on avait tant sacrifié. Celle-ci n'autorise le recours aux décrets que lorsque l'ordre est menacé, ce qui n'était pas le cas. On dota le président du Reich d'un pouvoir exécutif illimité au détriment du pouvoir législatif du Reichstag (alors qu'on avait énergiquement opté, en 1918, pour le système strictement parlementaire !)

Cette politique de « tolérance » affaiblit la classe ouvrière. On avait toléré la baisse des salaires ; on admit ce système anticonstitutionnel qu'est le « Cabinet présidentiel » (non prévu par Weimar). On toléra tout cela *pour ne pas se battre* !

Quand deux partis sont en présence, que l'un évite le combat et que l'autre le recherche, la victoire est infailliblement pour ce dernier. Les nazis étaient décidés à la lutte ; les socialistes voulaient l'empêcher. Par la politique de tolérance, on avait cru gagner du temps pour se forger des armes. Hélas ! C'est pour le parti résolu à la bataille que l'on avait forgé ces armes...

L'histoire nous représente les coups d'Etat comme faits par des grands hommes politiques qui brandissent un immense étendard. Il n'en est rien. Surtout aujourd'hui. Un coup d'Etat se fait au moyen du téléphone. On décroche un récepteur, et c'est fini. Le coup d'Etat du 20 juillet 1932 était préparé d'avance moins par les hommes que par les événements.

Le 20 juillet, il y avait en présence : d'un côté, les nazis, les casques d'acier, l'armée officielle ; de l'autre, la police prussienne, la Reichsbanner et les syndicats. Le ministre de la Guerre Groener avait bien, certes, interdit l'armée national-socialiste. La *Reichswehr* avait répliqué en retirant sa confiance à Groener qui fut destitué par l'armée, ce qui n'était ni parlementaire, ni conforme à la Constitution de Weimar ! Après le départ de Groener, l'armée nazi réapparut, renforcée et recommença à troubler sérieusement l'ordre en Prusse. L'ordre étant troublé en Prusse, cela servit de prétexte pour destituer à son tour le gouvernement prussien Braun-Severing.

C'était le coup d'Etat.

Au bout du fossé la culbute.

Pour le combattre, on ne pouvait compter que sur la police et les syndicats. C'était la lutte à vie ou à mort ; ce n'était plus la lutte parlementaire. On préféra attendre les élections, prévues pour dix jours plus tard. Le scrutin donna les résultats prévus : socialistes et communistes eurent ensemble 37 % des voix ; nationaux-socialistes et nationaux-allemands, 42 %. On fit aussi appel à la Haute-Cour de Leipzig contre la décision de destitution du gouvernement prussien régulier. Cette haute juridiction, dans un jugement inspiré de Salomon, donna raison pour un tiers à la Prusse et pour deux tiers à l'Empire... On observa les deux tiers favorables à l'Empire. Quant au tiers en faveur de la Prusse, il n'a jamais été été respecté et vient d'être aboli.

Aujourd'hui, la terreur règne en Allemagne, terreur qui dépasse *de beaucoup* tous les autres régimes de terreur que l'Allemagne a connus. Hitler veut briser le marxisme ; il va « abolir » le chômage en décrétant le travail forcé. Pour le reste, ses intentions sont obscures. Déjà le gaillard ne parle plus de l'abolition du traité de Versailles (bien que ce point de son programme ait fait toute sa force) ni de mettre fin à l'*esclavage* capitaliste... et pour cause !

⁂

Nous demandons à notre camarade comment il envisage l'avenir pour le socialisme allemand.

Il nous répond d'une voix assurée :

— Quoi qu'il arrive — et le pire peut arriver — il n'y a pas de fin irrévocable pour la classe ouvrière. Vive la seconde République allemande ! Elle triomphera avec le socialisme. Elle triomphera parce qu'elle aura appris du fascisme comment on triomphe, parce qu'elle se sera débarrassée des scrupules de légalité qui l'ont acculée à la défaite.

Puisse cette leçon n'être pas perdue pour le prolétariat international. Et vive l'unité ouvrière !

⁂

Nous nous limiterons à cet exposé — fait par un social-démocrate et rapporté fidèlement — de l'évolution des événements politiques en Allemagne depuis 1918. *Nous pensons que les camarades trouveront dans ce raccourci lumineux de l'histoire de la lutte des classes en Allemagne depuis* 1918, *un enseignement dont l'importance considérable ne leur échappera pas.*

GASTON GOLDSCHILD.

APR 2 - 193

How Long Shall I Live?

HOW long shall I live? was the topic discussed recently by Prof. E. J. Gumbel of Heidelberg University. This question has always worried men and will always do so, whatever their age, their position in the world and their social claims, he points out. It even disturbs them to a point where it becomes an obsession, because the love of life is rooted so deep in every man, and the uncertainty which they feel about it is the principal element of instability in human existence.

From the most distant time man has resorted to magic to find relief from this uncertainty. The flight of birds and the entrails of sacrificed animals were studied with the deepest anxiety to foretell the future of human life, just as today coffee grounds and cards are studied. Astrologers still try to draw up horoscopes, that is to say, to project the duration and character of a man's existence, according to the position of the stars at his birth. The newest superstition consists in seeking the answer from a little wooden table.

Can science give an answer to this question? Yes, if the question is properly stated, Prof. Gumbel asserted. The

The Expectancy of Life at Any Given Age Can Be Told by Carefully Prepared Tables. But the Forecasts of Astrologers Are Utterly Worthless.

only way to state it scientifically is to do it not in the name of an individual, but for a class. Nature, indeed, is only concerned with large numbers and the isolated individual matters little to her. It is the entire race which evolves. The believer may find comfort in thinking that God is concerned with him personally, but science cannot confirm this belief.

It is therefore as a community that we should consider this question. Statistics furnish an answer which has no ambiguity but which does not concern an isolated individual in any way. This limitation must be remembered if the answer is to have any scientific value.

How can we calculate this expectation of life? In theory we should follow the lives of a great many new-born contemporaries—say 100,000—and note each year the number of survivors. But the results would only be complete when all these men were dead, after 100 years, and would consequently relate to a past generation. What interests us is to establish a table of survival or mortality for the actual population.

The practical interest of these tables is that serve for the calculation of premiums by insuranc panies. It is clear that the premium to be paid insured person depends not only on the rate of in and the demands of the insurance company, but al the number of years which remain to be lived by insured person. The scientific interest of these table that they reduce to nothing the legend of Methusel which returns periodically to furnish copy to journalists.

More recent is the establishment of reliable record of birth. Bulgarians, Turks, Hindus and Chinese, who live to be 150, do not owe it to the exclusive consumption of Yoghourt nor to their ascetic life, nor to supernatural wisdom acquired by the prolonged contemplation of their navel, but to the fact that no one is conscious of his own birth and that there has been no strict record of births in those countries.

The tables of survival show us that mortality is higher in Eastern countries than in Western Europe. In Europe, at least 80 per cent of children born reach the age of four years, and in India only 57½ per cent. In Europe the average child may expect to reach the age of 55 years, in India they do not reach twelve years.

Statistics teach us that mortality depends on the kind of life and the social situation of a person. On the whole the working class has a more unfavorable position than the property owning class. In the United States the colored people are very unfavorably placed compared to the whites. Everywhere university professors, ministers and higher officers die at a very advanced age, while doctors live to be much less old. With regard to death, women are the strong sex; they live as a rule much longer than men.

We can calculate the expectation of life for a certain age or, if we wish, the number of years which remain to be lived on the average for an individual of this age. While studying the variations in expectation of life at different ages in recent decades, we see that, thanks to the improvement of general hygiene, infant mortality has especially diminished. Here is a table showing the prospects of life in the United States at the present time:

Remaining Years:

At age of	Males	Females	At age of	Males	Females
Birth	55 years	57 years	50 years	22 years	22 years
10 years	53 years	54 years	60 years	15 years	15 years
20 years	44 years	45 years	70 years	9 years	9 years
30 years	37 years	38 years	80 years	5 years	5 years
40 years	29 years	30 years	90 years	3 years	3 years

In Sweden, where mortality is particularly low, a new-born baby has an expectation of life of 57 years. But if he actually attains his 57 years, life, as if to reward him for having faithfully followed the lessons of the statistics, permits him to live another twenty years. If he lives his 77 years, life gives him another seven years. If he profits by it and reaches his 84 years, four years again are given to him, and so on. We can even calculate the age limit reached by the record holder of a generation of new-born babes, but the calculation will not tell us the name of the happy winner.

The tables of mortality and expectation of life answer in a collective way the great question—How long shall I live? but individual age at the moment of death is in no way determined by these total results. Science very fortunately cannot tell the precise date of your death, which perhaps interests you very much.

l'action

Prix : 50 centimes

...emière Année. — Numéro 11
JEUDI 13 JUILLET 1933

ORGANE POUR LA DÉFENSE DES VICTIMES DE L'HITLERISME.

1, Rue des Dardanelles.
Téléphone : Étoile 32-1...

25

Emigration und Wohltätigkeit

VON E. J. GUMBEL

Der deutsche Faschismus stellt die Existenz von Millionen in Frage. Hunderte sind bereits ermordet, Tausende in die Gefängnisse und Konzentrationslager eingesperrt, zehntausende aus ihren Stellungen geworfen, hunderttausende sind auf legale Weise zum langsamen Hungertode verurteilt. Dieser Ausrottungskampf der Faschisten, mit ihrem Anspruch auf Totalität, geht in jeder Richtung, Intensität wie Ausdehnung weit über den Rahmen einer antisemitischen Bewegung hinaus. Denn es **handelt sich um einen Kampf gegen die gesamte deutsche Arbeiterklasse und alle liberalen und humanitären Traditionen der deutschen Kultur.** Die Reaktion der ganzen gesitteten Welt ist vollkommen berechtigt, wir dürfen nicht ermüden.

Aber die durch den deutschen Faschismus aufgeworfenen Fragen können nicht durch politische Proteste und charitative Bestrebungen allein gelöst werden... Die Emigraten wollen leben. So bewundernswert die Leistung, welche die Mittel für die Wohltätigkeit aufbrachte, die Lösung kann nicht durch die wirtschaftliche Untätigkeit der Emigranten, welche die Emigration als solche erhält, **sondern nur auf konstruktiver Basis erfolgen.**

Die Vertreibung der spanischen Juden war der Beginn des Ausftiegs der Niederlande. Die Aufhebung des Edikts von Nantes gehört mit zu den Grundlagen des preussischen Staats. Wenn wir Emigranten einen Wunsch haben dürfen, so ist es der : die Staaten, die uns Gastfreundschaft gewähren, **mögen uns Gelegenheit geben** für sie genau so vorteilhaft zu sein, wie es diese Emigration war. Hierzu gibt es nur einen Weg : **gliedert uns ein in die Arbeit.** Verwendet die Gelder, die bisher der Wohltätigkeit dienten, **zur Schaffung zusätzlicher Arbeit von Emigranten, für Emigranten.** Nur so kann die notwendige Eingliederung und Aufsaugung der Emigration als solcher gelingen.

L'Émigration et la Bienfaisance

par E. J. GUMBEL,
professeur à l'Institut Henri Poincaré

Par le fascisme allemand se trouve posée la question de l'existence de plusieurs millions d'hommes. Bien des centaines déjà ont péri, victimes des assassins nazis, des milliers sont parqués dans les camps de concentration, des dizaines de milliers ont perdu leur situation, des centaines de milliers sont condamnés *légalement* à mourir lentement de faim. Cette guerre d'extermination, menée par les fascistes, avec sa prétention à être absolue, dépasse en tous sens, en intensité, comme en étendue, le cadre d'un mouvement antisémite. Car il s'agit d'une lutte *contre l'ensemble de la classe ouvrière allemande et toutes les traditions libérales et humanitaires de la culture allemande.* La réaction du monde civilisé tout entier contre ces excès est justifiée, et nous n'avons pas le droit de nous en désintéresser.

Mais les questions soulevées par le fascisme allemand ne se peuvent résoudre par les seules protestations politiques et les tentatives charitables. Les émigrés, tous ceux qui ont fui l'Allemagne hitlérienne veulent vivre. Même si les résultats obtenus par les interventions les plus dévouées sont admirables, il ne faut pas oublier que ce n'est pas l'inaction économique des émigrés qui amènera la solution : on n'y arrivera que par des moyens *constructifs.*

L'expulsion des juifs espagnols fut à l'origine de la prospérité des Pays-Bas. La révocation de l'Edit de Nantes contribua à la fondation du puissant état prussien. Si, nous autres émigrants, nous pouvions exprimer un vœu, ce serait de voir les états qui nous offrent l'hospitalité *nous donner l'occasion* de leur être aussi utiles que le furent ces émigrations. Et pour cela, il n'y a qu'un moyen : qu'ils nous incorporent parmi leurs classes laborieuses.

Employez les fonds qui ont servi jusqu'à présent à faire le bien à permettre aux émigrés de se livrer au travail, dont ils peuvent s'acquitter sans nuire à aucun autre travailleur, le travail auquel, plus que d'autres peut-être, ils sont aptes. C'est par ce moyen seulement que l'on pourra *incorporer* l'émigration, l'absorber au mieux des intérêts de tous...

26

15.7.33 Nr. 1. Freie Presse, Amsterdam

Das Kernproblem der Emigration:

Schafft konstruktive Wirkungsmöglichkeiten

von E. J. Gumbel (Paris)

Der deutsche Faschismus stellt die Existenz von Millionen in Frage. Hunderte sind bereits ermordet, Tausende in die Gefängnisse und Konzentrationslager eingesperrt, Zehntausende aus ihren Stellungen geworfen, Hunderttausende sind auf legale Weise zum langsamen Hungertode verurteilt. Dieser Ausrottungskampf der Faschisten, mit ihrem Anspruch auf Totalität, geht in jeder Richtung, Lntensität wie Ausdehnung weit über den Rahmen einer antisemitischen Bewegung hinaus. Denn es handelt sich um einen Kampf gegen die gesammte deutsche Arbeitersklasse und alle liberalen und humanitären Traditionen der deutschen Kultur. Die Reaktion der ganzen gesitteten Welt ist vollkommen berechtigt, wir dürfen nicht ermüden.

Aber die durch den deutschen Faschismus aufgeworfenen Fragen können nicht durch politische Proteste und charitative Bestrebungen allein gelöst werden. Die Emigranten wollen leben. So bewundernswert die Leistung, welche die Mittel für die Wohltätigkeit aufbrachte, die Lösung kann nicht durch die wirtschaftliche Untätigkeit der Emigranten, welche die Emigration als solche erhält, sondern nur auf konstruktiver Basis erfolgen.

Die Vertreibung der spanischen Juden war der Beginn des Aufstiegs der Niederlande. Die Aufhebung des Edikts von Nantes gehört mit zu den Grundlagen des preussischen Staats. Wenn wir Emigranten einen Wunsch haben dürfen so ist es der: die Staaten, die uns Gastfreundschaft gewähren, mögen uns Gelegenheit geben für sie genau so vorteilhaft zu sein, wie es diese Emigration war. Hierzu gibt es nur einen Weg: **gliedert uns ein in die Arbeit.** Verwendet die Gelder, die bisher der Wohltätigkeit dienten zur Schaffung zusätzlicher Arbeit von Emigranten, für Emigranten, nur so kann die notwendige Eingliederung und Aufsaugung der Emigranten als solcher gelingen.

Aufruf N 12/13 15. Juli 1933.

schränkt, ideologische Polemik vermieden. Es sei nicht bestritten, dass die Sowjets sich ehrlich bemühen, die Judenfrage zu lösen. Aber Birobidschan ist ein falscher Weg und die Krimkolonisation reichte nicht aus, ja befindet sich auch bereits wieder in Liquidation. Der alte Streit, ob mit dem Wegfall der Klassengegensätze die Judenfrage automatisch gelöst wird, kann in aphoristischer Form nicht behandelt werden. Es sei nur angedeutet: man kann den Kapitalismus für Verbrechen und Irrtum halten, für den grössten Schaden an der Menschheit, und demgemäss in die Reihen der sozialistischen Kämpfer für Menschenrechte treten, ohne sich einzubilden, dass der soziale Kampf so nebenbei und ohne jene Spezialanstrengung, die wir auf Palästina richten, auch das jahrhundertealte Elend und die Dekadenz Ahasvers zu bereinigen vermag.

*

Nachwort der Redaktion:

In dem Bestreben, den aus Deutschland vertriebenen Juden den Weg zu einer neuen Heimstätte zu zeigen, hatten wir Heinz Jacob ersucht, seine Gedanken über Palästina und Birobidjan niederzulegen. Aus dem gleichen Grunde begrüssen wir die sachliche Erwiderung Max Brods. Leider wird durch beide Aufsätze nicht die immer dringendere Frage gelöst: wie schützt man 600.000 deutsche Juden vor Terror und Vernichtung, wenn Palästina nach den autoritativen Angaben Prof. Weizmanns höchstens 40.000 Einwanderer im Jahr aufnehmen kann?

Probleme der Emigration.

E. J. Gumbel: Arbeit, nicht Wohltätigkeit!

Der deutsche Faschismus stellt die Existenz von Millionen in Frage. Hunderte sind bereits ermordet, Tausende in die Gefängnisse und Konzentrationslager eingesperrt, Zehntausende aus ihren Stellungen geworfen, Hunderttausende sind auf legale Weise zum langsamen Hungertode verurteilt. Dieser Ausrottungskampf der Faschisten, mit ihrem Anspruch auf Totalität, geht in jeder Richtung, Intensität wie Ausdehnung weit über den Rahmen einer antisemitischen Bewegung hinaus. Denn es handelt sich um einen Kampf gegen die gesamte deutsche Arbeiterklasse und alle liberalen und humanitären Traditionen der deutschen Kultur. Die Reaktion der ganzen gesitteten Welt ist vollkommen berechtigt, wir dürfen nicht ermüden.

Aber die durch den deutschen Faschismus aufgeworfenen Fragen können nicht durch politische Proteste und charitative Bestrebungen allein gelöst werden. Die Emigranten müssen leben. So bewundernswert die Leistung, welche die Mittel für die Wohltätigkeit aufbrachte, ist, die Lösung kann nicht durch die wirtschaftliche Untätigkeit der Emigranten, welche die Emigration als solche erhält, sondern nur auf konstruktiver Basis erfolgen.

Die Vertreibung der spanischen Juden war der Beginn des Aufstiegs der Niederlande. Die Aufhebung des Edikts von Nantes gehört mit zu den Grundlagen des preussischen Staats. Wenn wir Emigranten einen Wunsch haben dürfen, so ist es der: die Staaten, die uns

Gastfreundschaft gewähren, mögen uns Gelegenheit geben, für sie genau so vorteilhaft zu sein, wie es diese Emigration war. Hierzu gibt es nur einen Weg: gliedert uns ein in die Arbeit! Verwendet die Gelder, die bisher der Wohltätigkeit dienten zur Schaffung zusätzlicher Arbeit von Emigranten, für Emigranten, nur so kann die notwendige Eingliederung und Auflösung der Emigration als solcher gelingen.

*

Ludwig Roller, Paris: Die Flüchtlinge in Paris.

Paris hat offenbar die grösste Anziehungskraft auf diejenigen ausgeübt, die Hitler-Deutschland verlassen mussten. Wer Gelegenheit hatte, sich etwas intensiver mit Tausenden dieser Menschen zu beschäftigen, für den ist es klar geworden, dass es irreführend wäre, von ihnen unterschiedslos als von „den deutschen Emigranten" zu sprechen. Eine ganze Reihe von Gruppen muss unterschieden werden.

An erster Stelle sind natürlich die politischen Flüchtlinge zu nennen. Doch ist es auffällig, wie wenig Funktionäre der sozialistischen Parteien oder verwandten Organisationen, abgesehen von einigen „Prominenten", in Paris zu finden sind. Das liegt natürlich im wesentlichen daran, dass die führenden Funktionäre massenweise eingekerkert sind. Zahlreicher sind die nebenamtlichen Funktionäre, Distriktskassiere, sozialistischen Stadtverordnetenvorsteher, Sportfunktionäre etc. Im Rahmen der Gesamtemigration ist die wirkliche politische Emigration erstaunlich gering. Das hat seinen Grund zum Teil natürlich darin, dass den Arbeitern einfach die Mittel fehlen, eine Flucht oder eine Auswanderung zu finanzieren. Die Organisationen, soweit sie einigermassen intakt geblieben sind, helfen, wo sie nur können, selbstverständlich auch die belgischen und holländischen, aber die Zahl der Proletarier, die bis Paris gekommen sind, ist trotzdem sehr gering.

Die zweite Emigrantenschicht wird von den jüdischen Intellektuellen gebildet: Aerzte, denen die Kassenpraxis oder die Krankenhaus-Leitung genommen ist, Anwälte, die nicht mehr zugelassen sind oder die zwar zugelassen sind, denen aber durch den kalten Boykott die Existenz unmöglich gemacht wird, Dozenten, Lehrer, Studenten. Von diesen hat ein grosser Teil noch einen gewissen finanziellen Rückhalt, aber die letzten Reserven werden bald aufgezehrt sein, und dann sind diese Menschen von allen vielleicht am schlimmsten daran. Manuelle Fähigkeiten, die dem Arbeiter doch schliesslich, wenigstens zeitweise, zu einer Beschäftigung verhelfen können, fehlen ihnen und kaufmännische Erfahrung, die sie vielleicht ihr bischen Geld nutzbringend verwenden lassen könnte, haben sie nicht.

Die Aussichten — ein Wort, das man täglich hundertfach, meist mit zaghafter oder verzweifelter Stimme hört — sind für Aerzte gleich null. Die Behörden erkennen kein deutsches Examen an, nicht einmal das Abitur. Es wird kaum einen geben, der ein jahrelanges Studium in einer fremden Sprache durchhält. Und dann? Die wirtschaftliche Situation Frankreichs ist schlecht, die Beschäftigungs- und Verdienstmöglichkeiten für den Akademiker verringern sich andauernd. Wer garantiert einem Mediziner, der wirklich das ganze Studium wiederholt, dass er nachher eine auskömmliche Praxis hat? Aehnlich sind die Juristen daran. Die Studiumsmöglichkeiten sind zwar etwas leichter; in individuellen Fällen soll eine „équivalence" des deutschen Studiums gewährt werden. Aber ein Deutscher wird sehr selten die für einen französischen Advokaten erforderliche Redegabe erwerben. Hinzukommt, dass die Einbürgerung, die zur Niederlassung als Arzt oder Anwalt erforderlich ist, erschwert werden soll. Bisher ist die Regelung so, dass man erst nach dreijährigem Aufenthalt in Frankreich den Antrag auf Naturalisation stellen kann.

Für einige Lehrer besteht die Hoffnung, bei der deutschen Schule, deren Gründung von einem Lehrer der Berliner Karl Marx-Schule ge-

In Holland: Einzelnu

Freie Presse

ENBLATT FÜR GEISTIGE UND POLITISCHE FR

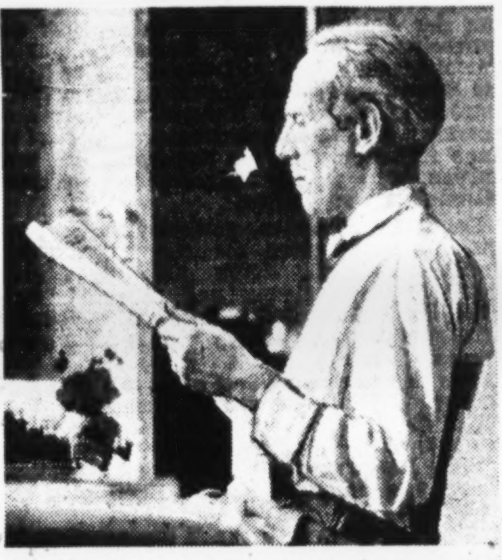
AMSTERDAM 9. SEPTEMBER 1933 JAHR

28

Expatriierung ist Mahnung zur Einheit!

von E. J. Gumbel

Kein Land kann das ererbte Bürgerrecht als Strafe entziehen. Dies ist einer der obersten Grundsätze des Völkerrechts. Trotzdem hat die nationalsozialistische Regierung auf einen Schlag zunächst Dreiunddreissig Deut-



schen die Staatsbürgerschaft entzogen, um sie als Gegner des Dritten Reichs zu bestrafen.

Diese Regierung hat als eine der ersten Handlungen ihren eigenen Reichstag angezündet. Ihre blosse Existenz schliesst den dauernden, offenen Krieg gegen die Mehrzahl der eigenen Bürger in sich. Ihre führenden Beamten haben mehrfach Morde begangen. Täglich lässt diese Regierung weiter morden. Zehntausende werden ohne irgendwelche Rechtsgarantien eingesperrt. Das Schweigen der Geknebelten wird durch Festsetzung von Geiseln erzwungen. Die legalen Handlungen der Regierung zielen auf die Ausrottung von Hunderttausenden.

Der Auszeichnung, die mir eine solche Regierung verleiht, indem sie sich von mir trennt, hoffe ich würdig zu sein. Als ich vor Jahren den Kampf gegen die Nationalsozialisten aufnahm und ihnen Hunderte von politischen Morden nachwies, habe ich gewusst (und leider war diese Auffassung nicht Allgemeingut), dass dieser Kampf um Leben oder Tod geht. Vorläufig haben die Nationalsozialisten gesiegt. **Aber wir werden nicht durch Hitlers Willen, das was Herr Hitler noch vor kurzem war. Denn Deutschland lebt, in der Emigration. Die Entziehung des Bürgerrechts unterstreicht die Trennung zwischen den Deutschen und den Barbaren, die heute unser Land beherrschen. Keiner von uns wird wie Herr Hitler versuchen, als Sergeant von Hildburghausen die Staatsbürgerschaft zu erschieben.**

Die Regierung hat neben Parteilosen, von denen die Mehrzahl zur Deutschen Liga für Menschenrechte gehört, in beinahe gleicher Weise Sozialdemokraten wie Kommunisten betroffen. Den Sozialisten aller Schattierungen muss dies eine grosse Mahnung zur Einheit bedeuten. Sie werden unter vorläufiger Zurückstellung — nicht Verwischung — der Gegensätze im Bewusstsein der Härte wie der langen Dauer des Kampfes, innerhalb wie ausserhalb der Deutschen Fesseln, einheitlich den zentralen Gedanken in den Vordergrund stellen:

Nieder mit dem Faschismus! Es lebe die Zweite, die Sozialistische Republik!

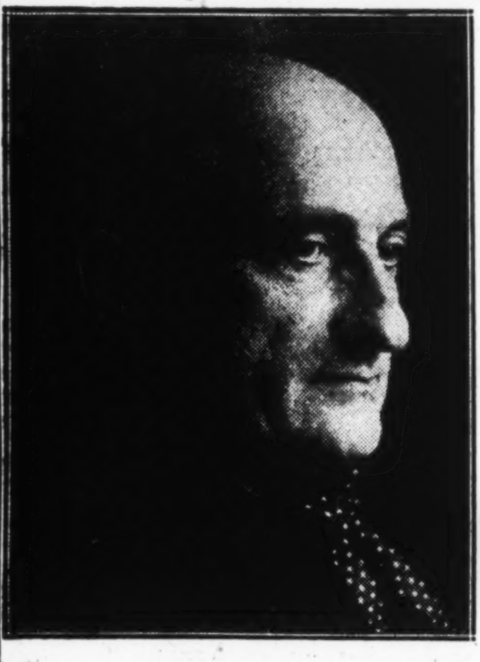
33e Année (Nouvelle Série) — N° 23 20 Septembre 1933

LES CAHIERS DES DROITS DE L'HOMME

AU BANQUET D'AMIENS

HOMMAGE A VICTOR BASCH

(Dimanche 16 juillet 1933)



(Photo Gilbert-René).

VICTOR BASCH

Le Congrès d'Amiens a été l'occasion d'une manifestation unanime de reconnaissance et d'affection de la Ligue pour son Président.

Nous sommes heureux de pouvoir reproduire ici les discours prononcés par nos collègues Mlle S. COLLETTE, *membre du Comité central, MM. le Docteur* SICARD de PLAUZOLES, A.-Ferdinand HEROLD et Henri GUERNUT, *vice-présidents de la Ligue,* LACOURBAS, *adjoint au maire d'Amiens,* A. ABASON, *président de la Section de Paris* (6e), R. TONNELLIER, *président de la Fédération de la Somme,* E.-I. GUMBEL, *au nom des proscrits allemands,* Luigi CAMPOLONGHI, *président de la Ligue italienne,* VAN REMOORTEL, *secrétaire de la Ligue belge,* Marius MOUTET, *membre du Comité central,* Emile KAHN, *secrétaire général de la Ligue, et par* M. Victor BASCH.

M. E.-I. GUMBEL

Messieurs,

Si je parle ici en l'honneur de Victor Basch, je le fais non seulement au nom de la Ligue allemande, dont je fus membre du Comité central, ligue proscrite et mise hors la loi, mais encore au nom des 35.000 précurseurs de l'émigration allemande vivant en France.

Je le fais parce que M. Basch a toujours eu une volonté et une certitude dont le manque est la raison de notre situation lamentable.

Quelles sont les raisons, du point de vue des principes, de notre défaite ?

Première cause. Il y avait deux partis: l'un était prêt à ne pas se battre ; l'autre était prêt à se battre. L'un voulait attendre que le moment du combat fût plus favorable. Mais c'est par ce manque de courage qu'il a lui-même rendu la situation de plus en plus défavorable. L'autre était prêt à se battre à l'instant. Voilà pourquoi il a eu la victoire. C'est une qualité de vouloir se battre quand on a reconnu que cela est nécessaire, et de ne pas attendre que l'adversaire vous dise: « Maintenant, nous allons nous battre. » C'est cette volonté qui a manqué à la gauche en Allemagne et c'est pourquoi je suis heureux de parler en l'honneur de Victor Basch qui a toujours eu cette volonté d'attaquer.

Seconde cause de notre défaite en Allemagne : l'Etat ne vit pas éternellement, il meurt quand les citoyens ne veulent plus le défendre. L'Etat se meurt quand les citoyens ne sont plus prêts à mourir pour lui. Cette volonté de défendre l'Etat s'est éteinte chez nous parce qu'on a permis au gouvernement de donner des vacances à la démocratie.

Qu'une démocratie ait été réduite ou développée, c'est seulement en la perdant que l'on comprend son ordre de grandeur. (*Applaudissements.*)

Puisque, dans la vie, ce sont seulement les choses provisoires qui durent, ces vacances, naturellement supposées provisoires, ont permis peu à peu l'abolition de la démocratie. Les vacances de la démocratie tolérée par la gauche ont introduit la dictature, le fascisme.

M. Basch, lui, a la certitude qu'on ne doit pas laisser mettre la démocratie en vacances et voilà pourquoi nous l'admirons.

Nous lui souhaitons de voir le résultat de cette volonté et de cette certitude qui le conduiront à des luttes toujours renouvelées. Mais c'est seulement le combat qui construit la vie. (*Vifs applaudissements.*)

Neue Weltbühne N.37
14. September 1933

Bemerkungen

Staatenlos

Kein Land kann zur Strafe das ererbte Bürgerrecht entziehn; das ist einer der obersten Grundsätze des Völkerrechts. Trotzdem hat die nationalsozialistische Regierung auf einen Schlag zunächst dreiunddreißig Deutschen, um sie als Gegner des Dritten Reichs zu bestrafen, die Staatsbürgerschaft entzogen. Diese Regierung hat, als eine der ersten Handlungen, ihren eignen Reichstag angezündet. Ihre bloße Existenz schließt den dauernden, offenen Krieg gegen die Mehrzahl der eignen Bürger in sich. Ihre führenden Beamten haben mehrfach Morde begangen. Täglich läßt diese Regierung weiter morden. Zehntausende werden ohne irgendwelche Rechtsgarantien eingesperrt. Das Schweigen der Geknebelten wird durch Festsetzung von Geiseln erzwungen. Die legalen Handlungen der Regierung zielen auf die Ausrottung von Hunderttausenden.

Der Auszeichnung, die mir eine solche Regierung verleiht, indem sie sich von mir trennt, hoffe ich würdig zu sein. Als ich vor Jahren den Kampf gegen die Nationalsozialisten aufnahm und ihnen Hunderte von politischen Morden nachwies, habe ich gewußt (und leider war diese Auffassung nicht Allgemeingut), daß dieser Kampf um Leben und Tod geht.

Vorläufig haben die Nationalsozialisten gesiegt. Aber wir werden nicht durch Hitlers Willen das, was Herr Hitler noch vor kurzem war: kein Deutscher. Denn Deutschland lebt in der Emigration. Die Entziehung des Bürgerrechts unterstreicht die Trennung zwischen den Deutschen und den Barbaren, die heute unser Land beherrschen. Keiner von uns wird wie Herr Hitler versuchen, als Sergeant von Hildburghausen die Staatsbürgerschaft zu erschieben.

Die Regierung hat neben Parteilosen, von denen die Mehrzahl zur Deutschen Liga für Menschenrechte gehört, in beinahe gleicher Weise Sozialdemokraten wie Kommunisten getroffen. Den Sozialisten aller Schattierungen muß das eine große Mahnung zur Einheit sein. Sie werden unter vorläufiger Zurückstellung — nicht Verwischung — der Gegensätze, im Bewußtsein der Härte wie der langen Dauer des Kampfes und, wenn es sein muß, gegen den Willen der geschlagenen Führer innerhalb wie außerhalb der deutschen Fesseln einheitlich den zentralen Gedanken in den Vordergrund stellen: Nieder mit dem Fascismus! Es lebe die zweite, die sozialistische Republik!

E. J. Gumbel

Ist der deutsche Anwalt frei?

Im Verlaufe der Korrespondenz über den Reichstagsbrandprozeß hat einer der Offizialverteidiger, Rechtsanwalt Dr. Teichert, das Wort ergriffen und seinem großen schwedischen Kollegen Branting emphatisch erklärt:

„Ich weiß nicht, was Sie zu der Auffassung veranlaßt, daß in Deutschland der Verteidiger nicht frei sei und deshalb das Material nicht objektiv verwenden könne. Sie verkennen damit die deutschen Verhältnisse und die deutsche Anwaltschaft, die stets frei und unabhängig gewesen ist, es auch heute ist und immer bleiben wird."

Branting hat die deutschen Verhältnisse weniger verkannt als Teichert selbst, der durch seinen Brief beweist, daß er sich dem Oberreichsanwalt enger verbunden fühlt als den Angeklagten. Wie könnte er sonst davon reden, daß der deutsche Anwalt frei und unabhängig ist?

Zunächst hat man durch das Gesetz vom 7. April 1933 „über die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft" nicht nur den jüdischen sondern auch allen „marxistischen" Anwälten die Zulassung entzogen. Grade für den Reichstagsbrandprozeß ist kein Anwalt gefunden worden, zu dem die Angeklagten wirkliches Vertrauen haben könnten. Der Brief der verzweifelten Frau Torgler an den ‚Manchester Guardian' ist noch in aller Erinnerung. Herrn Teichert sollte auch die Verordnung des Reichspräsidenten „über Maßnah-

Volksstimme

…der Stadt St. Gallen, der …g, Wittenbach, Goldach, Herisau und Waldstatt.

Ostschweizerische Arbeiterzeitung

Inseratenannahme bis nachmittags 3 Uhr früher; für dringende…

…demokratischen Parteien der Kantone St. Gallen, Appenzell A. Rh., Graub…

Inseraten-Annahme durch die Administration, ihre Lokalvert… sowie sämtliche Annoncenexpeditionen.

Montag, 30. Oktober 1933 | 29. Jahrgang — Nr. 254

Bisheriges Ergebnis des Brandstifter-Prozesses.

Rund um van der Lubbe: Einst und jetzt.

(L. L.) Ueber den Reichstagsbrand, die moralische Grundlage des Dritten Reiches, existieren drei sich ausschließende Hypothesen, die alle an die zentrale Tatsache anknüpfen, daß van der Lubbe im brennenden Reichstag verhaftet wurde. Nach der offiziellen These der Reichsregierung hat er im Auftrag einer kommunistischen Verschwörung gehandelt; nach der andern hat er alles allein vollbracht; nach der dritten, die vom gesamten Ausland und weiten Kreisen des Inlandes vertreten wird, hat er im Auftrag von Nationalsozialisten gehandelt.

Im folgenden werden die ursprünglichen Angaben, welche in den auf den Reichstagsbrand folgenden Tagen in der deutschen Presse gemacht wurden, mit den Leipziger und Berliner Zeugenaussagen verglichen. Da sofort nach dem Reichstagsbrand die gesamte sozialistische Presse verboten wurde und die weiter erscheinenden Zeitungen praktisch unter Zensur standen, können sämtliche damaligen Angaben als offiziös betrachtet werden.

A. Widersprüche in den Angaben über van der Lubbe.

1. Bei der Verhaftung van der Lubbes wurde festgestellt, daß er „über Ausweise der holländischen kommunistischen Partei verfügte“ (Dortmunder Generalanzeiger vom 28. Febr. 1933). Nach den jetzigen Angaben des verhaftenden Beamten Pöschel entdeckte dieser bei van der Lubbe nur einen holländischen Paß (Prozeßbericht vom 14. Oktober 1933).

2. In den ersten Verlautbarungen hieß es zudem, van der Lubbe habe sich „als Mitglied der holländischen kommunistischen Partei bekannt“ (amtlicher preußischer Pressedienst, Kölnische Zeitung vom 28. Febr. 1933).

Bei seiner eigenen Vernehmung vor dem Reichsgericht hat der Kriminalkommissar Heisig diese Behauptung nur in sehr abgeschwächter Form wiederholt und dies im wesentlichen nur aus den Reden van der Lubbes geschlossen (Berliner Tageblatt vom 22. Sept. 1933). Auf die Frage des Oberreichsanwalts Werner: „Hat er sich über seine Zugehörigkeit zu einer politischen Partei geäußert?“ antwortet Heisig: „Zunächst nicht, es ging aber aus seinen Erklärungen bald hervor, daß er sich zu dem Ideenkreis des Kommunismus bekannte (D. A. Z. vom 28. Sept. 1933).

Tatsächlich ist Lubbe nach mehrfachen Konflikten bereits 1931 aus der holländischen kommunistischen Partei ausgetreten (D. A. Z. v. 22. Sept. 1933). Auf die klare Frage des Vorsitzenden: „Sind Sie eigentlich Kommunist?“ hat er geantwortet: „Nein.“ (Frkf. Ztg. vom 22. Sept. 1933).

3. Nach der Erklärung des Kriminalkommissars Heisig (D. A. Z. vom 14. März 1933) ist van der Lubbe in den Reichstag hineingeklettert; eine Behauptung, die auch heute noch aufgestellt wird. Dem steht die Tatsache gegenüber, daß van der Lubbe infolge eines Betriebsunfalls, bei dem ihm Kalk in die Augen spritzte, außerordentlich kurzsichtig ist und oft als halbblind bezeichnet wird. Die Beschädigung war derart, daß ihm sogar eine Invalidenrente zugebilligt wurde. Interessanterweise ist van der Lubbe beim Lokaltermin nicht einmal aufgefordert worden, an der Mauer des Reichstagsgebäudes emporzuklettern, vielmehr hat man hierzu einen Schutzmann verwendet.

Im Widerspruch zu den Angaben aller andern deutschen Zeitungen hat der Völkische Beobachter vom 28. Febr. 1933 als einzige Zeitung berichtet: „(Der Täter) wurde zur Wache am Brandenburger Tor gebracht. Dabei fand man in seiner Tasche einen holländischen Paß, der auf den Namen des 24jährigen van Dergen lautete.“ — Diese auffällige Behauptung muß mit der Aussage des Bürgermeisters Keil aus Brockwitz zusammengestellt werden, wonach seine frühere Angabe, daß van der Lubbe im Sommer 1932 in nationalsozialistischen Kreisen in Sörnewitz verkehrt habe, und insbesondere von dem Nationalsozialisten Sommer verpflegt worden sei, irrig sei. Der betreffende Mann habe van Dergen oder Bargen geheißen. Auf den drohenden Hinweis des Vorsitzenden: „Sie sind doch Sozialdemokrat!“ hat Keil allerdings erklärt, er sei überzeugt, daß der Gast von damals nicht mit van der Lubbe identisch sei (Prozeßbericht vom 22. Sept. 1933). Da der Betreffende vor dem Reichsgericht jedoch nicht vernommen wurde, ist die Möglichkeit der Identität nicht von der Hand zu weisen.

Hierdurch ist, im Gegensatz zu den Behauptungen, die van der Lubbe in Zusammenhang mit den Kommunisten bringen, ein Zusammenhang mit den Nationalsozialisten wahrscheinlich gemacht.

B. Widersprüche in den Aussagen über Torgler.

5. Nach der Meldung der Korrespondenz C. N. B. (deutsch, offiziös. Red.) vom 28. Febr. 1933 hat Torgler in Begleitung eines zweiten Abgeordneten das Reichstagsgebäude am Abend der Brandstiftung in großer Eile verlassen.

Nach seinen unwidersprochenen Angaben hat Torgler den Reichstag zusammen mit dem Abgeordneten Koenen und der Sekretärin Rehme verlassen. Letztere ist sehr dick und hatte zudem an diesem Tage eine Venenentzündung (Frkf. Ztg. vom 5. Okt. 1933). Außerdem hat der Nachtportier Werndt auf die Frage des Verteidigers Sack: „Können Sie sagen, daß die Abgeordneten fluchtartig den Reichstag durch Ihr Portal verlassen hatten?“ geantwortet: „Sie sind genau so herausgegangen, wie sie sonst auch herausgingen.“ (Frkf. Ztg. vom 14. Okt. 1933.)

6. Nach den Angaben des Amtlichen preußischen Pressedienstes (Berliner Tageblatt vom 1. März 1933) haben Torgler und Koenen den Reichstag erst gegen 10 Uhr abends verlassen, woraus geschlossen wird, daß sie bei der Brandstiftung, die um 9 Uhr begann, beteiligt gewesen sein müssen. Tatsächlich brannte der Reichstag um 10 Uhr bereits lichterloh und war schon vollständig abgesperrt. Nach seinen Angaben ist Torgler um 8.35 Uhr im Lokal Aschinger in der Friedrichstraße gewesen, nach Werndts Angaben (Frkf. Ztg. vom 14. Okt. 1933) hat er den Reichstag um 8.35 Uhr verlassen. Auf jeden Fall war er längst vor 9 Uhr, dem Zeitpunkt der Brandstiftung, außerhalb des Gebäudes. Trotzdem hat der Untersuchungsrichter Vogt aus der Tatsache, daß van der Lubbe bei der Brandstiftung beim Portal II vorbeigekommen ist, geschlossen, daß Torgler durch dieses Portal entwichen ist (D. A. Z. vom 28. Sept. 1933).

7. Der Amtliche preußische Pressedienst (W. T. B. vom 1. März 1933) erklärt: „Unrichtig ist das Gerücht, nach dem der Abgeordnete Torgler sich der Polizei freiwillig gestellt haben soll.“

Tatsächlich hat Torgler sich in Begleitung seines Rechtsanwaltes am nächsten Tag freiwillig gestellt, nachdem er wußte, daß ein Haftbefehl gegen ihn erlassen war und er somit allen Grund hatte, zu fliehen.

Zum Reichstagsbrand

Im folgenden werden die ursprünglichen Angaben, welche in den auf den Reichstagsbrand folgenden Tagen in der deutschen Presse gemacht wurden, mit den Leipziger Zeugenaussagen verglichen. Da sofort nach dem Reichstagsprozess die gesamte Linkspresse verboten wurde, und die weitererscheinenden Zeitungen unter Zensur standen, können sämtliche damaligen Angaben als offiziöse Verlautbarungen betrachtet werden.

A. Widersprüche in den Angaben über van der Lubbe.

1) Schon bei der Verhaftung van der Lubbes wurde festgestellt, dass er Ausweise der holländischen kommunistischen Partei besessen habe (Dortmunder Generalanzeiger vom 28.Febr.)

Nach den jetzigen Angaben des verhaftenden Beamten Pöschel besass van der Lubbe nur einen Pass, also keine kommunistischen Ausweise.

2) In den ersten Verlautbarungen hiess es bereits (Amtl. preussischer Pressedienst, W.T.B. vom 28. Februar 1933) van der Lubbe habe sich zudem als Mitglied der holländischen kommunistischen Partei bekannt.

Nach den jetzigen Angaben des vernehmenden Beamten Heisig hat dieser nur aus den Reden v.d.Lubbes geschlossen, dass er Kommunist sei.

3) Bereits in den ersten Erklärungen wurde angedeutet, dass v.d.Lubbe möglicherweise in das Haus hineingeklettert

sei, (Erklärungen des Kriminalkommissars Heisig, D.A.Z.14.3.33) eine Behauptung, die auch heute noch aufgestellt wird. Dem steht die Tatsache gegenüber, dass v.d.Lubbe ausserordentlich kurzsichtig ist und oft als halbblind bezeichnet wird. Interessanterweise ist van der Lubbe beim Lokaltermin nicht einmal aufgefordert worden, an der Mauer des Reichstagsgebäudes emporzuklettern, vielmehr hat man hierzu einen Schutzmann verwendet.

In sämtlichen deutschen Zeitungen wurde übereinstimmend berichtet, der Täter heisse van der Lubbe. Nur der Völkische Beobachter vom 28. Februar 1933 berichtete: "(Der Täter) wurde zur Wache am Brandenburgertor gebracht. Dabei fand man in seiner Tasche einen holländischen Pass, der auf den Namen des 24jährigen van Dergen lautete." Diese Tatsache muss mit der Aussage des Bürgermeisters von Sörnewitz zusammengestellt werden, wonach seine Angabe, dass van der Lubbe im Sommer 1932 in nationalsozialistischen Kreisen dort verkehrt habe, irrig sei. Der betreffende Mann habe van Dergen oder van Bergen geheissen. (Prozessbericht vom

Hierdurch ist, im Gegensatz zu den ursprünglichen Behauptungen, welche van der Lubbe in Zusammenhang mit den Kommunisten bringen, ein Zusammenhang mit den Nationalsozialisten hergestellt.

B. Widersprüche in den Aussagen über Torgler.

4) Nach der Meldu g der Korrespondenz C.N.B. hat Torgler in Begleitung eines zweiten Abgeordneten das Reichstagsgebäude in grosser Eile verlassen.

Nach seinen unwidersprochenen Angaben hat Torgler den Reichstags zusammen mit dem Abgeordneten Koenen und der Sekretärin Rehme verlassen. Letztere hinkt, wodurch jedes "eilige" Verlassen ausgeschlossen war.

5) Nach den Angaben des amtlichen preussischen Pressedienstes (Berl.Tageblatt vom 1.März 1933) haben Torgler und Koenen den Reichstag gegen 10 Uhr abends verlassen, woraus geschlossen wird, dass sie bei der Brandstiftung, die um 9 Uhr stattfand, beteiligt gewesen sein müssen.

Tatsächlich ist durch die Aussagen der Kellner des Lokals Aschinger festgestellt, dass Torgler den Reichstag spätestens um 8 Uhr verlassen hat, also an der Brandstiftung nicht beteiligt gewesen sein kann.

6) Der amtliche preussische Pressedienst (W.T.B.vom 1.3.1933) erklärt: Unrichtig ist das Gerücht, nach dem der Abgeordnete Torgler sich der Polizei freiwillig gestellt haben soll." Tatsächlich hat Torgler sich in Begleitung seines R Rechtsanwalts am nächsten Tag freiwillig gestellt, nachdem er wusste, dass ein Haftbefehl gegen ihn erlassen war und er somit allen Grund hatte zu fliehen.

C) Technik der Brandstiftung

7) Nach dem Amtlichen preussischen Pressedienst (W.T.B. 1.3.33) sind zur Herbeischaffung des Zündmaterials mindestens 7 Personen notwendig gewesen. Das Brandmaterial bestand danach aus Teerpräparaten und Brandfackeln. Ferner nach den Angaben des Kriminalkommissars Heisig (D.A.Z., 14.3.33) "müssen vorbereitende Massregeln von Helfershelfern durchgeführt worden sein". Nach dem W.T.B. vom 28.2.33 haben zur Brandstiftung Ballen Papier Verwendung gefunden und man neigt zur Annahme, dass die Brandnester mit Benzin übergossen sind. Noch an 7 bis 8 weiteren Stellen sind Brandherde in Gestalt von Benzinflaschen vorhanden (Dortmunder Generalanzeiger vom 28.2.33). In andern Erklärungen wird von "Zentnern von Brandmaterial" gesprochen.

Demgegenüber hat der Oberreichsanwalt in der Sitzung vom 11. Oktober 1933 (Frankfurter Zeitung, Abendblatt vom 12. Oktober 1933) den Polizeileutnant Lateit, der als einer der ersten im Reichstag war, gefragt: "Ist dem Zeugenn bekannt, dass behauptet worden ist, im Reichstag sei Zentnerweise Brandmaterial gefunden worden?" Der Zeuge hat darauf erwidert: "Wir haben alles genau durchsucht, auch die kleinsten Räume und sogar Schränke öffnen lassen; wir haben nirgends etwas gefunden." Der gleiche Zeuge hat ausdrücklich bestritten, dass Papier als Brandmaterial verwendet worden ist.

D. Falsche Angaben über die politische Situation

8) Nach dem amtlichen preussischen Pressedienst (Berl. Tageblatt vom 1.3.33) hat der Verhaftete (v.d.Lubbe) den Verhandlungen des kommunistischen Aktionsausschusses ständig beigewohnt und durchgesetzt, dass er zu der Brandstiftung hinzugezogen worden sei. Dementsprechend teilt die Justizpressestelle am 14.3.33 mit: Die Ermittlungen des Untersuchungsrichters beim Reichsgericht haben zuverlässige Anhaltspunkte dafür ergeben, dass v.d.L. die Tat nicht aus eigenem Antrieb begangen habe. Nach der D.A.Z.vom 4.4.33 sind drei Bulgaren festgenommen worden, die nachgewiesenermassen mit dem Reichstagsbrandstifter in Beziehung standen, und nach der Breslauer Zeitung vom 29.4.33 fand man Zusammenhänge mit einer grösseren Anzahl deutscher und ausländischer Kommunisten. Die Beweise für das Zusammenarbeiten von v.d.L. mit führenden Kommunisten des In- und Auslandes haben sich nach dem W.T.B. vom 29.4.33. noch weiter verstärkt.

Demgegenüber berichtet die Breslauer Zeitung vom 4.6.33 dass die Vernehmung der Angeschuldigten zum Teil nur mit Hilfe von Dolmetschern verschiedener Nationalität durchgeführt werden konnte. Nach den Reichsgerichtsverhandlungen ist es darüber hinaus klar, dass van der Lubbe holländisch und erträglich deutsch spricht, dass Torgler weder holländisch noch bulgarisch spricht, dass Dimitroff bulgarisch und gebrochen deutsch und die beiden andern Angeklagten überhaupt nur

bulgarisch sprechen, sodass jede Verständigung der fünf über technische Details eines der Mehrzahl von ihnen unbekannten Gebäudes unmöglich war. Zudem ist einer der Bulgaren erst am Tage des Reichstagsbrandes in Berlin eingetroffen; Dimitroff war an dem betreffenden Tage nicht in Berlin. In Uebereinstimmung mit v.d.L. haben die drei Bulgaren unwiderlegt erklärt, dass sie ihn nie gesehen haben; in Uebereinstimmung mit v.d.L. hat Torgler unwiderlegt bewiesen, dass er v.d.L. nicht gekannt hat; endlich hat Torgler auch die beiden Bulgaren Taneff und Popoff nicht gekannt. Demnach können weder v.d.L. noch die d drei Bulgaren einem sogenannten kommunistischen Aktionsausschuss angehört haben.

9) Nach dem amtlichen preussischen Pressedienst vom 28.2.33 wollte Minister Göring in kürzester Zeit die Dokumente vorlegen, welche die Schuld der "Kommunisten" Bewiesen. Nach der Kölnischen Zeitung vom 28.2.33 war der Reichstagsbrand nach den Anweisungen der Berliner Kommunisten als Fanal zum blutigen Aufruhr und Bürgerkrieg gedacht. Dieses Material ist am 26. Februar im Karl Liebknecht Haus beschlagnahmt worden. Trotzdem sind keinerlei Anweisungen über einen erhöhten Schutz des somit bedrohten Reichstagsgebäudes, dessen Bedrohung der Regierung bekannt war, getroffen worden, und dieses bei einer Haussuchung, die ohne Zeugen vor sich ging, gefundene Material ist im Leipziger Prozess bisher nicht verwendet worden.

10) Nach der Kölnischen Zeitung vom 28.2.33 hat der Brandstifter in seinem Geständnis die Verbindung mit der Sozialdemokratischen Partei zugegeben. Durch dieses Geständnis ist die sozialdemokratisch-kommunistische Einheitsfront offenbare Tatsache geworden." Dementsprechend ist die Verordnung des Reichspräsidenten vom 28.2.33, welche sämtliche sozialistischen Blätter verbot und die Schutzhaft einführte, auch mit der Behauptung begründet worden, "es bestehe der begründete Verdacht, dass im Zusammenhang mit der Brandstiftung eine Verbindung zu Parteistellen der S.P.D. bestanden habe." (Frankf.Ztg. 2.3.33) Demgegenüber ist im Leipziger Prozess keinerlei Zusammenhang von v.d.Lubbe mit der S.P.D. auch nur behauptet worden.

Aus der vorliegenden Zusammenstellung, welche nur amtlichen Angaben aus der Zeit der Brandstiftung mit den Zeugenaussagen des Leipziger Gerichts vergleicht, geht hervor, dass alle wesentlichen Angaben aus der Zeit des Reichstagsbrandes durch die Zeugenaussagen widerlegt sind. Hierdurch entsteht eine erhöhte Wahrscheinlichkeit, dass die Zusammenhänge von v.d.Lubbes Tat in anderen als kommunistischen oder sozialdemokratischen Kreisen zu suchen sind

32

C. Widersprüche in den Angaben über die Technik der Brandstiftung.

8. Nach dem Amtlichen preußischen Pressedienst (W. T. B. vom 1. März 1933) sind „zur Herbeischaffung des Zündmaterials mindestens sieben Personen notwendig gewesen". Das Brandmaterial bestand danach „aus Teerpräparaten und Brandfackeln". (Kölnische Ztg. vom 28. Febr. 1933). Nach dem W. T. B. vom 28. Febr. 1933 haben zur Brandstiftung „Ballen Papiers Verwendung gefunden", und man „neigt zur Annahme, daß die Brandnester mit Benzin übergossen sind". An sieben bis acht weiteren Stellen sind Brandherde in Gestalt von Benzinflaschen vorhanden (Dortmunder Generalanzeiger vom 28. Febr. 1933). Auch die Korrespondenz C. N. B. vom gleichen Tag spricht von den zur Brandstiftung verwendeten größeren Mengen Benzin oder Petroleum.

Dem gegenüber hat der Oberreichsanwalt in der Sitzung vom 11. Oktober 1933 (Frkf. Ztg., Abendblatt vom 12. Oktober 1933) den Polizeileutnant Lateit, der als einer der ersten im Reichstag war, gefragt: „Ist dem Zeugen bekannt, daß behauptet worden ist, im Reichstag sei zentnerweise Brandmaterial gefunden worden?" Der Zeuge hat darauf geantwortet: „Wir haben alles genau durchsucht, auch die kleinsten Räume und sogar Schränke öffnen lassen, wir haben nirgends etwas gefunden."

Der gleiche Zeuge hat ausdrücklich bestritten, daß Papier als Brandmaterial verwendet worden ist. Der Inspektor Scranowitz hat darüber hinaus erklärt: „Wenn von Brandmaterial, Teerpappe, Werg usw. gesprochen worden ist, so ist das eine Lüge" (Frkf. Ztg. vom 15. Okt. 1933).

Allerdings werden diese Aussagen wieder durch die Angaben der Sachverständigen entkräftet.

D. Widersprüche in den Angaben über die drei Bulgaren Dimitroff, Taneff, Popoff.

9) Nach dem Amtlichen Preußischen Pressedienst („Berliner Tageblatt vom 1. März 1933) hat „der Verhaftete (van der Lubbe) den Verhandlungen des kommunistischen Aktionsausschusses ständig beigewohnt und durchgesetzt, daß er zu der Brandstiftung hinzugezogen worden sei". Dementsprechend teilt die Justizpressestelle am 14. März 1933 mit: „Die Ermittlungen des Untersuchungsrichters beim Reichsgericht haben zuverlässige Anhaltspunkte dafür ergeben, daß van der Lubbe die Tat nicht aus eigenem Antrieb begangen habe." Nach der D. A. Z. vom 4. April 1933 sind „drei Bulgaren festgenommen worden, die nachgewiesenermaßen mit dem Reichstagsbrandstifter in Beziehung standen", und nach der „Breslauer Zeitung" vom 29. April 1933 „fand man Zusammenhänge mit einer größeren Anzahl deutscher und ausländischer Kommunisten". „Die Beweise für das Zusammenarbeiten von van der Lubbe mit führenden Kommunisten des In- und Auslandes haben sich noch weiter verstärkt." („W. T. B.", 29. April 1933).

Demgegenüber berichtet die „Breslauer Zeitung" vom 4. Juni 1933, „daß die Vernehmung der Angeschuldigten zum Teil nur mit Hilfe von Dolmetschern verschiedener Nationalität durchgeführt werden konnte" Nach den Reichsgerichtsverhandlungen ist es darüber hinaus klar, daß van der Lubbe nur erträglich deutsch spricht, daß Torgler weder holländisch noch bulgarisch spricht, daß Dimitroff nur gebrochen deutsch spricht, Popoff einige Worte und Taneff kein Wort deutsch versteht (D. A. Z. 22. September 1933), daß also jede Verständigung der fünf über technische Details eines der Mehrzahl von ihnen unbekannten Gebäudes unmöglich war. Zudem ist einer der Bulgaren, Taneff, erst am 24. Februar, drei Tage vor dem Brand, in Berlin eingetroffen, Dimitroff war an dem betreffenden Tage überhaupt nicht in Berlin. In Uebereinstimmung mit van der Lubbe haben die drei Bulgaren unwiderlegt erklärt, daß sie ihn nie gesehen haben; in Uebereinstimmung mit van der Lubbe hat Torgler unwiderlegt erklärt, daß er van der Lubbe nicht gekannt hat, endlich hat Torgler auch die drei Bulgaren überhaupt nicht gekannt (Prozeßberichte vom 4. Oktober 1933).

Demnach können weder van der Lubbe noch die drei Bulgaren einem sogenannten kommunistischen Aktionsausschuß angehört haben — falls Torgler daran beteiligt gewesen sein sollte. Da aber kein anderer Kommunist angeklagt ist, ist die Existenz dieses Komitees völlig unbewiesen.

10. Der Untersuchungsrichter am Reichsgericht, Herr Vogt, hat in der ersten richterlichen Aeußerung über den Brand („Berliner Tageblatt", 23. März 1933) erklärt: daß „der Brandstifter nicht nur mit deutschen Kommunisten in Verbindung gestanden hat, sondern auch mit ausländischen Kommunisten, darunter solchen, die wegen des Attentates in der Kathedrale von Sofia im Jahre 1925 zum Tode bzw. schweren Zuchthausstrafen verurteilt worden sind. Die in Frage stehenden Personen befinden sich in Haft." Tatsächlich ist keiner von den inhaftierten ausländischen Kommunisten, nämlich den drei Bulgaren, wegen dieses Attentates verurteilt worden. Dimitroff und Taneff sind wegen der Kämpfe des Jahres 1923 verurteilt, Popoff ist im Zusammenhang damit freiwillig außer Landes gegangen. („Frankfurter Ztg.", 24. September 1933.) Wegen des Attentates auf die Kathedrale ist keiner von den dreien auch nur angeklagt gewesen.

E. Widersprüche in den Angaben über die politische Situation.

11. Nach dem Amtl. Preußischen Pressedienst vom 28. Februar 1933 wollte Minister Göring in kürzester Zeit die Dokumente vorlegen, welche die Schuld der „Kommunisten" bewiesen. Nach der „Kölnischen Zeitung" vom gleichen Tag war der Reichstagsbrand nach den Anweisungen der Berliner Kommunisten „als Fanal zum blutigen Aufruhr und Bürgerkrieg gedacht". Das Beweismaterial für diese Behauptungen ist am 26. Februar 1933 in den zu Katakomben avancierten Kellern des Karl Liebknecht-Hauses bei einer Haussuchung, die ohne Zeugen vor sich ging, beschlagnahmt worden. Trotzdem sind keinerlei Anweisungen über einen erhöhten Schutz des Reichstagsgebäudes, dessen Bedrohung der Regierung somit bekannt war, getroffen worden.

12. Nach der „Kölnischen Ztg." vom 28. Februar 1933 „hat der Brandstifter in seinem Geständnis die Verbindung mit der Sozialdemokratischen Partei zugegeben. Durch dieses Geständnis ist die sozialdemokratisch-kommunistische Einheitsfront offenbare Tatsache geworden". Der „Angriff" vom 1. März 1933 trug sogar die Ueberschrift S. P. D. unterstützt die Mordbrenner". Dementsprechend ist die Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. Februar 33, die sämtliche sozialistischen Blätter verbot, und den faschistischen Terror legalisierte, mit der Behauptung begründet worden, „es bestehe der begründete Verdacht, daß im Zusammenhang mit der Brandstiftung eine Verbindung zu Parteistellen der S. P. D. bestanden habe" („Frankfurter-Ztg.", 2. März 1933). Demgegenüber ist im Leipziger Prozeß keinerlei Zusammenhang von van der Lubbe mit der Sozialdemokratie auch nur behauptet worden.

*

Aus der vorliegenden Zusammenstellung geht hervor, daß alle wesentlichen Angaben aus der Zeit des Reichstagsbrandes durch die Zeugenaussagen in Leipzig widerlegt sind. Diese Differenzen sind nicht zufällig, sondern beweisen eine systematische Irreführung in bezug auf den politischen Charakter der Brandstiftung. Bereits die Beschränkung auf das offizielle Material zeigt, daß die Zusammenhänge dieser Tat in anderen als kommunistischen oder sozialdemokratischen Kreisen zu suchen sind, was der Abgeordnete Oberfohren vor seinem tragischen Ende bereits aus dem zur Zeit des Reichstagsbrandes bekannten Material gefolgert hat. Dieser Schluß wird durch das Alibi einzelner Nationalsozialisten zur Zeit der Tat keineswegs widerlegt.

SUR L'INCENDIE DU REICHSTAG

On trouvera, dans les lignes qui vont suivre, un parallèle entre les déclarations des témoins au procès de Leipzig et de Berlin et les indications primitivement données par la presse allemande dans les jours qui ont suivi l'incendie du Reichstag.

Tous les journaux socialistes ayant été interdits aussitôt après cet événement, et les autres se trouvant sous le contrôle effectif de la censure, on peut considérer comme officieuses toutes leurs indications d'alors.

A. Déclarations contradictoires concernant Van der Lubbe

1° Lors de l'arrestation de van der Lubbe on constata qu'il possédait une carte du Parti Communiste hollandais « (*Generalanzeiger de Dortmund* du 28-2-33). D'après les déclarations récentes de Pœschel, le fonctionnaire qui a procédé à l'arrestation, il n'aurait trouvé sur l'accusé qu'un passeport hollandais. (Compte-rendu de l'audience du 14-10-33).

2° En outre, il avait été affirmé dans les premières informations que van der Lubbe avait *avoué être membre* du Parti Communiste hollandais (Service Officiel de la presse prussienne, *Gazette de Cologne* du 28-2-33).

Au cours de la déposition qu'il a faite en personne devant la Cour de Leipzig, le Commissaire de police Heisig a considérablement atténué cette affirmation. Il s'est contenté de la déduire des propos tenus par van der Lubbe. (*Berliner Tageblatt du* 29-9-33).

A la question de l'avocat général Werner : « A-t-il déclaré appartenir à un parti politique? » le commissaire Heisig a répondu : « Au début, *non* ; mais il est bientôt ressorti de ses paroles, qu'il professait de la sympathie pour les idées communistes. (*Deutsche Allgemeine Zeitung*, 28-9-33).

En fait, van der Lubbe a quitté le Parti communiste hollandais dès 1931 à la suite de conflits réitérés. (*Deutsche Allgemeine Zeitung*, 28-9-33).

A la question précise posée par le Président : « Etes-vous communiste ? » il a répondu : « *Non* » (*Gazette de Francfort* 22-9-33).

3° D'après l'assertion du Commissaire Heisig. (*Deutsche Allgemeine Zeitung* 14-3-33), van der Lubbe s'est introduit dans le Reichstag par escalade, assertion encore maintenue à l'heure présente. A cela s'oppose le fait qu'à la suite d'un accident du travail où il a reçu de la chaux dans les yeux, van der Lubbe a la vue extrêmement courte et qu'il est souvent qualifié de demi-aveugle. Le dommage subi par lui a été tel qu'on lui a accordé de ce chef une pension d'invalidité. Fait curieux, lors de l'audience de reconstitution sur les lieux, Van der Lubbe n'a même pas été invité à escalader le mur du Reichstag : c'est un sergent de ville que l'on a mobilisé à cet effet.

4° En contradiction avec tous les autres journaux allemands, le seul « *Vœlkischer Beobachter* » du 28 février 1933 a rapporté le fait suivant : « L'accusé a été amené au Commissariat de la Porte de Brandebourg. Là on a trouvé dans sa poche un passeport hollandais au nom de *van Dergen*, âgé de 24 ans ».

Il y a lieu de rapprocher cette affirmation du témoignage apporté par le bourgmestre Keil de Brockwitz. Celui-ci a déclarée inexacte l'indication fournie par lui, selon laquelle van der Lubbe aurait fréquenté les milieux nationaux-socialistes de Sörnewitz, au cours de l'été 1932, et aurait été notamment hébergé par le militant nazi Sommer.

L'homme en question se serait appelé van Dergen ou Bargen.

Sans doute, d'après l'observation menaçante du Président : « Vous êtes bien socialiste » Keil s'est-il déclaré convaincu qu'il n'y avait pas identité de personne entre van der Lubbe et le visiteur d'alors... (Compte rendu d'audience du 22-9-33). Mais comme l'intéressé n'a pas été entendu par le tribunal on ne saurait écarter l'hypothèse d'une identité possible.

Par là, et contrairement aux affirmations qui prétendent établir un lien entre les communistes et Van der Lubbe, l'idée d'un lien entre l'accusé et les nazis, devient vraisemblable.

B. Déclarations contradictoires concernant Torgler

5° D'après l'information donnée dans la « Correspondance C. N. B. » du 28-2-33, Torgler a quitté *précipitamment* le Reichstag le soir de l'incendie, en compagnie d'un autre député.

Selon ses propres indications, qui n'ont pas été contredites, Torgler est sorti du Reichstag avec le député Kœnen et la secrétaire Mlle Rehme. Celle-ci est dotée d'un solide embonpoint; en outre elle souffrait ce jour-là d'une attaque de phlébite. (*Gazette de Francfort du* 5-10-33). D'autre part, à la question de l'avocat Sack : « Pouvez-vous affirmer que ces députés ont franchi en fuyant la porte de sortie dont vous aviez la garde ? » le portier de nuit Werndt, a répondu : « Ils sont sortis exactement comme ils le faisaient d'habitude ». (*Gazette de Francfort* du 14-10-33).

6° D'après le Service officiel de la Presse prussienne (*Berliner Tageblatt* 1-3-33), Torgler et Kœnen n'ont quitté le Reichstag que vers 10 heures : d'où l'on conclut qu'ils ont nécessairement participé à l'incendie qui s'est produit à 9 heures. En fait, à 10 heures du soir, le Reichstag flambait déjà et se trouvait barré de tous côtés.

Torgler affirme qu'à 8 h. 35 il se trouvait au café Aschinger dans la Friedrichstrasse: d'après

le portier Werndt il est sorti du Reichstag à 8 h. 35.

En tout cas il l'avait quitté bien avant 9 heures, heure de l'incendie. Néanmoins, le juge d'instruction Vogt a tiré du fait que Van der Lubbe est passé devant la porte 2 au moment de l'incendie, la conclusion que Torgler *s'est sauvé* par cette même porte. (*Deutsche Allgemeine Zeitung* 28-9-33).

7° Le Service officiel de la Presse prussienne (*Agence Wolff du* 1-3-33) déclare : « Le bruit d'après lequel le député Torgler se serait mis volontairement à la disposition de la police est dénué de fondement ».

En fait, Torgler accompagné de son avocat, s'est spontanément présenté à la police le lendemain, sachant qu'un mandat d'amener était lancé contre lui et ayant ainsi de bonnes raisons pour s'enfuir.

C. Contradictions concernant les conditions matérielles de l'incendie

8° D'après le Service Officiel de la Presse prussienne. (*Agence Wolff*, 1-3-33) « il a fallu au moins 7 personnes pour apporter le matériel d'incendie ». Celui-ci dit la *Gazette de Cologne* du 28-2-33, se composait de torches et de matières goudronnées.

D'après l'Agence Wolff (communiqué du 28 février 1933) ce sont des ballots de papier qui ont servi à allumer l'incendie et on incline à croire que les différents foyers ont été « imbibés d'essence ». « A 7 ou 8 autres endroits on retrouve des foyers d'incendie sous la forme de bidons d'essence » (*Dortmunder Generalanzeiger* du 28 février 1933.) La correspondance C.N.B., de la même date, parle des quantités *considérables* d'essence ou de pétrole ayant servi à allumer l'incendie.

Par contre, au cours de l'audience du 11 octobre 1933, le procureur général a demandé à l'officier de police Lateit entré l'un des premiers au Reichstag : « Le témoin est-il au courant de l'affirmation selon laquelle on aurait trouvé dans le Reichstag des quintaux de matières inflammables ? »

A cette question le témoin a répondu : « Nous avons perquisitionné partout, jusque dans les plus petits recoins; nous avons même fait ouvrir des armoires, *mais nous n'avons rien trouvé nulle part*. » Le même témoin a expressément contesté l'emploi de papier pour l'allumage de l'incendie.

Le portier Scranowitz, allant plus loin, a déclaré : « Si l'on a parlé de matières incendiaires, de carton goudronné, d'étoupe, etc., c'est un pur mensonge. » (*Gazette de Francfort*, 15 octobre 1933.)

D. Contradictions relatives aux trois Bulgares : Dimitroff, Taneff, Popoff

9° D'après le Service officiel de la Presse prussienne (*Berliner Tageblatt*, 1er mars 1933)) « le détenu (van der Lubbe) a constamment assisté aux débats du Comité d'action communiste, et il a réussi à décider ce dernier à l'employer dans l'affaire de l'incendie ».

Parallèlement à cette assertion le « Service de la presse judiciaire, déclare à la date du 14 mars 1933 : « Les indices recueillis par le juge d'instruction, permettent de croire d'une façon certaine que van der Lubbe n'a pas agi de sa propre initiative. »

D'après la *Deutsche Allgemeine Zeitung*, du 4 avril 1933, « on a arrêté trois Bulgares qui, *on en a la preuve, étaient* en relations avec l'incendiaire »; d'après la *Gazette de Breslau*, du 29 avril 1933, « on a découvert les fils qui relient un grand nombre de communistes allemands et étrangers ». « Les preuves d'une action concertée entre van der Lubbe et les chefs communistes d'Allemagne et de l'étranger n'ont fait que se renforcer », déclare l'*Agence Wolff*, le 29 avril 1933.

Par contre, la *Gazette de Breslau*, du 4 juin 1933, rapporte que l'interrogatoire des accusés n'a pu se faire qu'en recourant aux bons offices d'interprètes appartenant à des nationalités diverses.

Il ressort clairement du procès que van der Lubbe ne parle que passablement l'allemand, que Dimitroff ne s'exprime pas couramment dans cette langue, que Popoff n'en connaît que quelques mots et Taneff pas un seul (*Deutsche Allgemeine Zeitung*, 22 septembre 1933). Par conséquent, il était impossible à ces cinq hommes de s'entendre sur les détails techniques concernant un édifice inconnu de la plupart d'entre eux.

En outre, l'un des Bulgares, Taneff, n'est arrivé à Berlin que le 24 février, c'est-à-dire 3 jours avant l'incendie; quant à Dimitroff il n'était même pas à Berlin ce jour-là. En concordance avec van der Lubbe lui-même les trois Bulgares ont affirmé sans être démentis, qu'ils ne l'avaient jamais vu. Confirmant la déclaration de van der Lubbe, Torgler a certifié de même ne pas connaître van der Lubbe, sans se voir opposer la moindre réfutation. (Compte rendu d'audience du 4 octobre 1933). Les déclarations des trois témoins Karwahne, Frey et Kroyer du 28-10-33 se contredisent de telle façon qu'on ne peut pas les prendre au sérieux.

Il en résulte que ni van der Lubbe, ni les trois Bulgares ne peuvent avoir fait partie d'un prétendu Comité d'action communiste : même dans l'hypothèse où Torgler y aurait, lui, appartenu.

Mais comme aucun autre communiste n'est accusé il n'existe aucune preuve quant à l'existence même d'un tel Comité.

10° Le juge d'instruction du Tribunal de Leipzig, M. Vogt, a dit dans sa première déclaration officielle concernant l'incendie (*Berliner Tageblatt* du 23 mars 1933) que « l'incendiaire n'était pas seulement en rapport avec les communistes allemands, mais aussi avec des communistes étrangers, notamment avec certains d'entre eux condamnés à mort ou aux travaux forcés pour participation à l'attentat de la cathédrale de Sofia en

1925. Les individus en question sont d'ailleurs sous les verrous ».

En fait, aucun des communistes étrangers incarcérés, — c'est-à-dire des 3 Bulgares — n'a été condamné à propos de cet attentat.

Dimitroff et Taneff l'ont été à propos des mouvements de 1923. Popoff a quitté volontairement son pays à cette occasion. (*Gazette de Francfort* du 24 septembre 1933). Aucun de ces trois Bulgares n'a été l'objet d'une accusation lors de l'attentat contre la cathédrale.

E. Contradictions concernant la situation politique

11° D'après le Service officiel de la Presse prussienne du 28 février 1933, le ministre Goering se proposait de produire dans le plus bref délai les documents établissant d'une manière irréfutable la culpabilité du Parti communiste.

D'après la *Gazette de Cologne* du 28 février 1933, l'incendie du Reichstag, au dire des communistes de Berlin, devait être « le signal de l'insurrection sanglante et de la guerre civile ». Les documents servant de preuve à cette affirmation ont été saisis le 26 février 1933 au cours d'une perquisition effectuée sans témoins dans les caves de la maison Karl Liebknecht, promues en l'occurrence au rang de « catacombes ».

Néanmoins aucune mesure n'avait été prise pour renforcer la surveillance du Reichstag que le gouvernement savait donc menacé...

12° D'après la *Gazette de Cologne* du 23 février 1933, l'incendiaire aurait — « au cours de ses aveux, — reconnu ses attaches avec le Parti social-démocrate. Grâce à ces aveux l'unité de front des partis socialiste et communiste est devenue un fait évident. » Le journal *Der Angriff*, du 1er mars 1933 portait même en manchette : « Le Parti socialiste soutient les incendiaires ». C'est pourquoi l'ordonnance présidentielle du 28 février 1933 interdisant toutes les publications socialistes et donnant vie légale à la terreur fasciste s'est appuyée sur la considération suivante: « On est fondé à soupçonner d'une façon précise l'existence d'un lien entre l'incendie et les organisations responsables du Parti socialiste. » (*Gazette de Francfort*, 2 février 1933.)

Par contre, au cours des débats de Leipzig il n'a plus été question de rapports quelconques entre van der Lubbe et la social-démocratie.

Il ressort de ce qui précède que l'essentiel des assertions émises au lendemain de l'incendie se trouve réfuté par les dépositions des témoins sur lesquelles étaient fondées ces assertions. Dans les différences qui apparaissent entre les unes et les autres, il ne faut pas voir l'effet d'un simple hasard. Elles démontrent au contraire la volonté systématique de donner le change sur le caractère politique de l'événement. Elles rendent particulièrement vraisemblable l'idée qu'il faut en chercher les tenants et les aboutissants en dehors des milieux communistes ou socialistes.

C'est ce qu'avant sa fin tragique avait établi déjà le député Oberfohren en s'appuyant sur les faits et documents connus au moment de l'incendie du Reichstag.

METHODICUS.

La S. D. N. et la Garantie des Droits de L'Homme

Par M. VICHNIAC, professeur à la Faculté de Droit de l'Institut russe de Paris

Pour résumer brièvement le sens de la répartition politique du monde actuel, on peut dire que la lutte est menée *pour* et *contre* les libertés civiques, les droits de l'homme et du citoyen.

A l'appel au peuple, à la représentation populaire elle-même, sous telle ou telle forme, recourent parfois les dictatures les moins démocratiques. Le système des « corporations », la représentation par « classe », le plébiscite sur la base du suffrage presque universel, tout cela est reconnu par les régimes actuels de l'Italie, de l'U.R.S.S., de l'Allemagne et de la Turquie. Mais, quelque différents que soient les buts poursuivis par Mussolini, Staline, Hitler et Kémal, qu'ils affirment la suprématie du principe national, social ou racial, ils ont un point commun : le mépris et la haine des droits de l'homme et du citoyen, principe *périmé* de la « bourgeoisie », de la France du XVIIIe siècle, des « non-Aryens ».

Si Tourguénev, mort à Paris il y a exactement un demi-siècle, avait admis conditionnellement que *la Vénus de Milo est peut-être plus certaine que les principes de* 89, par contre les maîtres actuels, je ne dis pas des intelligences, mais des passions irréfléchies, subordonnent le caractère absolu de la *liberté personnelle*, non plus au principe de la beauté éternelle, mais aux exigences passagères de la collectivité, de la *race*, de la *nation*, de la *classe*.

« Le monde est fatigué de la liberté... La liberté a cessé d'être cette vierge chaste et sévère, pour laquelle ont lutté et sont tombées les générations de la seconde partie du siècle dernier. Pour la jeunesse inquiète et rude qui entre dans la vie à l'aube de la nouvelle histoire, il existe d'autres mots qui ont plus d'attrait et qui semblent plus grandioses. Ces mots sont : *ordre*, *hiérarchie*, *discipline*. Le fascisme ne craint pas de se déclarer réactionnaire et il se vante d'être anti-libéral... Il a déjà marché et, s'il faut, il marchera encore sur le corps mutilé et déjà décomposé de la déesse Liberté... Le XIXe siècle a été rempli par la formule « tous », ce cri de la démocratie. Le temps est venu de dire « quelques-uns », les « élus »...

Cette confession de foi du Duce est également, bien qu'avec des variantes de style, celle d'autres

LES PROBLEMES DE L'EMIGRATION

Le droit de vivre Janvier 34

La philantropie, c'est bien le travail, c'est mieux

Nous sommes heureux de publier, dans ce numéro, un très intéressant article du Professeur E. J. Gumbel, grand savant, recteur révoqué de l'Université d'Heidelberg.

Le fascisme allemand menace actuellement l'existence de millions de personnes.

Des centaines d'individus ont été tués ; des milliers ont été enfermés dans les prisons et les camps de concentration ; des dizaines de milliers chassés de leurs emplois ; des centaines de milliers sont condamnés par le régime à mourir de faim.

Ce mouvement de destruction totale, mené par les hitlériens, dépasse, sur tous les plans, par son intensité et son ampleur, l'antisémitisme proprement dit. Il s'agit là d'une lutte contre toutes les traditions libérales et humanitaires de la culture allemande. Dans ces conditions, la réaction du monde civilisé est bien justifiée ; nous ne devons pas faiblir.

Mais les problèmes qui viennent d'être posés par le fascisme allemand ne peuvent être résolus ni par des protestations politiques, ni par des efforts de charité, car les émigrés doivent vivre.

Bien que l'action de bienfaisance pour réunir les fonds indispensables soit admirable, la solution du problème ne peut être obtenue si les émigrés restent économiquement inoccupés.

L'expulsion des Juifs espagnols est à l'origine de la richesse des Pays-Bas. L'édit de Nantes, à son tour, contribua largement à la création des Etats prussiens.

S'il est permis aux émigrés d'exprimer un vœu, nous pourrions le formuler de la façon suivante : les Etats qui nous accordent l'hospitalité devraient nous donner également la possibilité de leur être utiles, comme l'ont été ces autres émigrés d'antan.

Il n'existe pour cela qu'un moyen : employer les sommes destinées à la bienfaisance pour des travaux qui seraient exécutés par les émigrés.

L'assimilation nécessaire ne pourra être réalisée que par ce moyen.

E.-J. GUMBEL.

Paris Tageblatt 19/4/34

Ein wissenschaftlicher Briefwechsel

Neudeutscher Ton — „Mathematiker und Rasse"

Ein wissenschaftlicher Briefwechsel eigener Art, der die Würde neudeutscher Gelehrter sehr eindrucksvoll dokumentiert, wird uns zur Verfügung gestellt. Es handelt sich um eine Antwort des ordentlichen Universitätsprofessors der Mathematik in Berlin Bieberbach, der früher ein sehr angesehener Gelehrter war, dessen geistige Leistung aber heute nur noch darin besteht, sich mit dem Thema „Mathematik und Rasse" zu beschäftigen. Ausgangspunkt des Briefwechsels bildete ein Schreiben Professor E. J. Gumbels, der früher in Heidelberg lehrte.

I.

E. J. Gumbel,
Institut de Mathématique
Université de Lyon, 8. 4. 34.

Herrn
Prof. Dr. H . . .

Aus Ihrer Zusendung ersehe ich, dass ich noch Mitglied der Deutschen Mathematiker-Vereinigung bin. Da diese, entgegen ihren Statuten, der Zerstörung der deutschen Wissenschaft keinen Widerstand entgegengesetzt hat, beeile ich mich, die Mitgliedschaft aufzugeben und bedaure nur, dass ich dies aus Unkenntnis nicht bereits früher getan habe.

E. J. Gumbel.

II.

Die „deutsche Wissenschaft" reagierte prompt per Postkarte:

Berlin, 14.4.34.

„Zur Antwort auf das gefällige Schreiben an Herrn H...:

GOETZ VON BERLICHINGEN.

Was verstehen Sie von deutscher Wissenschaft?

Bieberbach."

III.

E. J. Gumbel
Institut de Mathématique
Université de Lyon, 17. 4. 34

Herrn Prof. Dr. Bieberbach
Universität Berlin

Ich bestätige den Empfang Ihres ungefälligen Schreibens und bedaure, im Interesse des Ansehens der Wissenschaft nicht im gleichen, neudeutschen Sauherdenton antworten zu können.

E. J. Gumbel.

38

Neues Tagebuch 21. 4. 34

Wissenschaftlicher Briefwechsel

1.

Université de Lyon, 8. April 1934.

Herrn

Prof. Dr. H...

Aus Ihrer Zusendung ersehe ich, dass ich noch Mitglied der Deutschen Mathematiker-Vereinigung bin. Da diese, entgegen ihren Statuten, der Zerstörung der deutschen Wissenschaft keinen Widerstand entgegengesetzt hat, beeile ich mich, diese Mitgliedschaft aufzugeben und bedaure nur, dass ich dies aus Unkenntnis nicht bereits früher getan habe.

Prof. E. J. Gumbel.

2.

Berlin, 14. April 1934.

Zur Antwort auf das gefällige Schreiben an Herrn H...:

GOETZ VON BERLICHINGEN.

Was verstehen *Sie* von *deutscher* Wissenschaft?

Prof. Bieberbach.

3.

Université de Lyon, 17. April 1934.

Herrn Prof. Dr. Bieberbach,

Universität Berlin.

Ich bestätige den Empfang Ihres ungefälligen Schreibens und bedaure, im Interesse des Ansehens der Wissenschaft, nicht im gleichen, neudeutschen Sauherdenton antworten zu können.

E. J. Gumbel.

4.

Prof. Dr. Bieberbach ist Ordinarius der Mathematik an der Universität Berlin. Er arbeitet zur Zeit über „Mathematik und Rasse".

39

Schließlich kommt aus ...
Die Hauptsache: es ist ein Geldbund!

D. [illegible]

Ein Briefwechsel

Ganz ohne Kommentar

Personen:

Professor Gumbel, einer der hervorragendsten deutschen Mathematiker, Professor an der Universität Heidelberg, vom „dritten Reich" sofort entlassen, jetzt an der Lyoner Universität.

Professor Bieberbach, Ordinarius der Mathematik an der Universität Berlin und ein früher sehr angesehener Gelehrter. Gegen die Absetzung von 200 Professoren der Universität Berlin (darunter seine Fachkollegen Einstein, Schrödinger, Haber) hat er keinen Widerspruch erhoben. Er arbeitet zur Zeit über „Mathematik und Rasse".

I.

Université de Lyon, 8. 4. 34

Herrn

Prof. Dr. H......

Aus Ihrer Zusendung ersehe ich, daß ich noch Mitglied der Deutschen Mathematiker-Vereinigung bin. Da diese, entgegen ihren Statuten, der Zerstörung der deutschen Wissenschaft keinen Widerstand entgegengesetzt hat, beeile ich mich, diese Mitgliedschaft aufzugeben und bedaure nur, daß ich dies aus Unkenntnis nicht bereits früher getan habe.

E. J. Gumbel.

II.

Die „deutsche Wissenschaft" reagierte prompt per Postkarte.

Berlin, 14. 4. 34

„Zur Antwort auf das gefällige Schreiben an Herrn H......: GOETZ VON BERLICHINGEN.

Was verstehen Sie von deutscher Wissenschaft?

(gez.) Bieberbach.

III.

Université de Lyon, 16. 4. 34

Herrn

Prof. Dr. Bieberbach

Universität Berlin

Ich bestätige den Empfang Ihres ungefälligen Schreibens und bedaure, im Interesse des Ansehens der Wissenschaft nicht im gleichen, neudeutschen Sauherdenton antworten zu können.

(gez.) E. J. Gumbel.

Nos lecteurs admireront la modestie de l'auteur de cette lettre. Nous nous excusons humblement d'employer le mot « réfugié » à propos d'un professeur dont l'Institut des sciences financières et d'assurances « avait besoin » Et non seulement M. Gumbel pourvoit aux besoins de la France mais il prend la parole pour lui épargner les horreurs de la guerre civile.

Cela est vraiment bien touchant. Notre attendrissement, cependant, ne nous empêchera pas de mettre une fois de plus sous les yeux de nos lecteurs ce passage du compte-rendu de la réunion de Villeurbanne publié par le « Progrès » de lundi.

M. Georges Michon, président du Comité national, présidait avec M. Gumbel, ancien président de la Ligue allemande des Droits de l'homme.

En une intervention brève, mais impressionnante, M. Gumbel déclare « Je suis heureux de voir les organisations démocratiques françaises prendre position contre le fascisme. Tout se passe en France comme cela s'est passé en Allemagne. Mais nous nous sommes endormis sur nos positions et l'hitlérisme est arrivé. Ne nous imitez pas en cela. Organisez-vous pour la lutte dès aujourd'hui, demain il serait peut-être trop tard. »

Nous persistons à conseiller à M. Gumbel de chercher un autre moyen de témoigner sa reconnaissance à la France, et de borner sa bienfaisante activité chez nous aux mathématiques. — P. S.

Salut Public 27. 4. 34

Le réfugié reconnaissant

Décidément, le professeur allemand Gumbel ne mérite pas le titre de « réfugié ingrat ». C'est, on va le voir, pour reconnaître l'hospitalité et les bienfaits de la France que dimanche, à la Ligue des Droits de l'Homme, à Villeurbanne, ce bon Allemand a pris la parole et engagé des Français à « s'organiser pour la lutte » contre d'autres Français.

Si M. Gumbel est doté d'un poste d'assistant dans un Institut de notre Faculté, c'est parce qu'il n'existe pas en France, de spécialiste capable de remplir cet emploi.

M. Gumbel a bien voulu songer aux besoins de notre enseignement, et nous faire bénéficier de ses lumières.

C'est donc le titre de « réfugié reconnaissant » que l'on doit appliquer désormais au professeur Gumbel.

Et ne serait-ce pas la France qui devrait de la reconnaissance, non seulement à M. Gumbel, mais aussi à Hitler ? Qui sait si le dictateur allemand n'a pas expulsé M. Gumbel exprès pour nous fournir le savant que nous ne pouvions trouver parmi les universitaires français ?

Quant à M. Herriot, son cas est liquidé. Il est bien entendu qu'il n'a jamais eu l'occasion d'être utile au réfugié, et que l'on a fait venir M. Gumbel à Lyon sans même consulter M. le Maire. Nous prenons acte de cette déclaration.

* * *

Voici la lettre que nous adresse le professeur Gumbel :

Monsieur le Rédacteur en chef,

Les faits mentionnés à mon égard dans le journal « Le Salut Public » des 23 et 24 avril étant inexacts, je vous requiers d'insérer, conformément à la loi française, la rectification suivante :

1° Je n'étais pas co-président de la réunion de la Ligue des Droits de l'Homme du 22 avril. J'étais simple invité d'une organisation dont je ne suis pas même membre, dans laquelle je n'ai ni le droit de vote, ni influence sur les résolutions prises. Je n'ai pris la parole ni pour, ni contre ces résolutions. Ma présence à la réunion n'implique aucune responsabilité de ma part dans les décisions prises, et notamment vis-à-vis de M. Herriot.

2° J'ai été nommé Assistant étranger parce que le directeur de l'Institut des Sciences financières et d'assurances avait besoin d'un aide spécialiste. M. Herriot n'a joué aucun rôle dans cette nomination. Il ne la savait pas même. Je ne lui ai rendu une visite officielle, d'ailleurs extrêmement brève, qu'après mon installation à Lyon. C'est la seule fois que j'ai eu l'honneur de voir M. Herriot depuis mon arrivée en France.

Je suis profondément ému par le reproche d'ingratitude. Etant sans patrie, je sais combien je dois à la France pour m'avoir accueilli et pour m'avoir donné la possibilité de pouvoir continuer mes travaux scientifiques. Je souhaite de tout mon cœur que les horreurs de la guerre civile lui soient épargnées. Voilà la seule raison pour laquelle j'ai parlé, à la réunion, de la misère de mon pays, de ses causes et conséquences.

Je compte sur votre impartialité pour mettre cette affaire au point, et je vous prie d'agréer, Monsieur le Directeur, l'expression de ma considération.

GUMBEL.

Extrait de **LE TEMPS**

Adresse : Rue des Italiens, 5, IXe

Date : 28 AVRIL 1934

Signature :

Exposition :

CORRESPONDANCE

Le congrès de la « Ligue des droits de l'homme » à Lyon

M. Gumbel nous adresse la lettre suivante :

Monsieur le directeur,

Permettez-moi de vous signaler que les informations du journal lyonnais *le Salut public* reproduites par vous dans votre numéro du 26 avril, sont inexactes à mon égard. Je sais que la responsabilité n'en incombe pas à vous, mais à ce journal.

Je tiens à vous signaler que je n'étais pas coprésident du congrès, réunion privée, de la Ligue des droits de l'homme, tenu à Villeurbanne, mais simple invité, n'ayant pas le droit de vote dans une organisation dont je ne suis pas membre. Dans les travaux de ce congrès, je n'ai pris aucune part et je ne suis intervenu en aucune discussion.

Quand on m'a demandé, d'ailleurs, après les discussions et décisions, de prendre la parole, je me suis borné à rappeler les tristes événements survenus en Allemagne, sans prendre aucune part vis-à-vis des questions traitées auparavant.

D'ailleurs, il est inexact que je dois mon poste d'assistant étranger aux interventions de M. Herriot.

N'ayant plus de patrie je suis infiniment reconnaissant à la France pour m'avoir donné la possibilité de vivre ici en tranquillité et de continuer mes travaux scientifiques.

C'est ce fait qui détermine mon attitude politique, qui est et qui sera celle de ne pas sortir de la réserve que m'impose ma qualité d'étranger.

Puisque je tiens à ce que vos lecteurs soient informés, je me fie à votre loyauté pour vous prier de reproduire ces lignes.

Veuillez agréer, monsieur le directeur, l'expression de mes sentiments distingués.

E. I. GUMBEL.

41

Zum Nachdenken

Von E. J. Gumbel

Diese Zuschrift veröffentlichen wir, ohne daß wir mit jedem Satze einverstanden sind. Red. d. „D. F."

Deutsche Freiheit 9.6.34

Ueber ein Jahr ist es her, seit die deutsche Emigration als Massenerscheinung begann. Noch heute ist sie weder ökonomisch noch politisch noch moralisch stabilisiert. Wir haben keinen Grund, besonders stolz zu sein, weder auf das, was wir in Deutschland geleistet, noch darauf, was wir in einem Jahr Exil geschaffen.

Die entscheidende Tatsache, deren letzte Konsequenzen uns bewußt werden müssen, ist die ungeheure Niederlage der Arbeiterbewegung wie aller fortschrittlichen Ideen, die zu ihr standen, und die unauslöschliche Schande der kampflosen Niederlage. Kampflose Niederlage ein Widerspruch nur in der Philologie, nicht in der Politik.

In unserer zentralen Aufgabe, die Naziherrschaft wirksam zu bekämpfen, werden wir nur Erfolg haben, wenn wir die Fragen richtig stellen. Zur Lösung eines Problems ist dies häufig der wichtigste Schritt. Die Beherrschung der Zukunft setzt Kenntnis der Ursachen der Gegenwart voraus. Daher die Notwendigkeit zum Nachdenken über das, was geschah, zur prinzipiellen Erkenntnis der von uns allen begangenen Fehler.

Bisher hat es sich die Emigration demgegenüber leicht gemacht: die einen leugneten die Niederlage, nur die andern sind geschlagen. Die andern schoben die Schuld auf die einen: „Warum seid Ihr abseits gestanden — bei unserer Niederlagenstrategie?" Jede Gruppe besaß den Stein der Weisen und alle andern waren an allem Unglück schuld. Die alten Manuskripte, etwas umgeschrieben, werden zur Basis der politischen Auseinandersetzung, mit dem Ergebnis, daß manche Emigranten heute noch nicht wissen, warum sie hier sind. Dem entspricht die Einstellung des Auslandes. Der Uebergang eines ganzen hochindustriellen Landes in die Barbarei wird als einmaliges, deutsches Ereignis verkannt und seine Bedeutung versandet in kurzfristigem Bedauern über die Not.

Wir aber müssen fragen: Warum hat es der Teil der sozialistischen Bewegung, für den Sozialismus nicht mit bürgerlichem Fortschritt identisch ist, nicht vermocht, die Alltagssorgen zum Ausgangspunkt prinzipieller Entscheidungen zu machen? Warum hat die antikapitalistische Sehnsucht der Massen sich gegen den Sozialismus gekehrt? Warum lief die Jugend in hellen Haufen von uns fort ins Lager der Feinde? Warum gelang es den Faschisten, den Klassenhaß des Kleinbürgers gegen den Arbeiter und seine Furcht zum Hebel eines ungeheuren Sieges zu machen, während wir das Klassenbewußtsein des Arbeiters und Angestellten, der überwiegenden Mehrheit des Volkes, nicht mobilisieren konnten? Wir knüpften an den spezifischen Charakter des Menschen an, der im Gegensatz zum Tier seine Nahrung selbst produziert. Wie konnten die Faschisten dies erfolgreich als die Lehre der Untermenschen darstellen, sie, deren Theorie gerade die tierische Natur des Menschen als höchsten aller Werte setzt, und gerade diese Lehre zur Quelle für Begeisterung und Freude machen? Was nutzte die Verschraubung einer Theorie, die erlaubte, nachträglich alles zu prophezeien, die schließlich alles, was ist, für vernünftig erklärte, den kühnsten Anhängern gestattete, jede Niederlage in einen Sieg umzudichten!

Die Nazis haben es verstanden, Gemütswerte zu mobilisieren, Minderwertigkeitsgefühle zu überkompensieren. Diese Arationalität müssen wir verstehen. Sonst lebt die Allweisheit der einmal durch die „Tatsachen" festgelegten Weltauffassung weiter, auch wo die Realität, weit entfernt, nur gedanklich wird — im Exil.

In Deutschland existiert heute keine revolutionäre Situation. Die Gnadenfrist, welche die Entwicklung den italienischen Sozialisten gewährte, blieb uns versagt. Die illegale Arbeit wird erst nach langer Zeit Früchte tragen. Die namenlosen Leiden und Opfer, die Opfer und Leiden der Namenlosen, der Heroismus derer, die, von Tortur und Qualen ohne Ende bedroht, heute in Deutschland illegal arbeiten, müssen im großen Schuldbuch unseres Herzens verwahrt sein.

Es gilt für uns den Kontakt mit der unterirdischen Wirklichkeit unserer Heimat nicht zu verlieren, die autochthone Fragestellung zu erkennen, die manche liebgewordene Unterscheidung verwirft. Sonst werden wir bald die Sprache dort nicht mehr verstehen. Hüten wir uns, jede kleinste Bewegung, die dem eigenen Antrieb zugeschrieben wird, zu vergrößern, das Blatt mit Siegesnachrichten zu füllen, entstanden durch falsche Perspektive, aufgeblasen durch wuchernde Hoffnungen.

Wir dürfen den Nazis nichts glauben, nicht einmal die Größe der von ihnen eingestandenen Opposition. Denn um die Fortdauer des Terrors auch im faschistischen Alltag, der grau ist wie der Alltag jeder Krise, zu rechtfertigen, müssen die Nazis die Bedeutung des inneren Feindes vergrößern.

An zwei Revolutionen haben wir die Bedingungen erkannt, unter denen sie möglich ist: ein System stirbt „von selbst", wenn niemand mehr bereit ist, für es zu sterben. Wenn durch alle Gesellschaftsschichten das Bewußtsein der Instabilität hindurchgezogen ist, vermag die organisierte, zielbewußte Minderheit sich gegenüber der apathisch gewordenen Mehrheit durchzusetzen. Selbst wenn Europa nicht im Krieg versinkt, werden noch Jahre vergehen, bis die Enttäuschung über die nicht gehaltenen Versprechungen, die Zermürbung durch die Krise, die Angst vor der Denunziation sich verwandeln in das Bewußtsein der Unmöglichkeit einer Fortdauer, bis die Waffen deswegen keine Grundlage der Herrschaft mehr bilden, weil die zugehörige andere Basis, die Propaganda, abgestumpft vor tauben Ohren klingt, bis nirgends mehr das Dutzend Maschinengewehre besetzt werden kann, das genügt, um die waffenlose Stadt zu beherrschen.

Diese Betrachtung soll uns ermutigen. Denn wir können nur siegen im Bewußtsein der Schwere des Kampfes und der Höhe des Einsatzes. Vor allem müssen wir uns klar werden über die Größe des Ziels, das weit über alles hinausragt, was bisher vor uns stand. Die Alternative lautet: Untergang in die Barbarei oder Sozialismus — und damit Rettung dessen, was die bürgerliche Gesellschaft an Traditionswürdigem geschaffen hat.

42

weiss. Dadurch hat er jegliches Eingreifen der dicht um die freie Stadt konzentrierten polnischen Regimenter vermieden. Eine ähnliche Haltung könnte ebenso gegenüber den französischen Truppen wirken.

Augenscheinlich wäre das eine Rettungsplanke und sogar mehr als nur eine Rettungsplanke, eine wirkliche Möglichkeit den Frieden zu erhalten.

Aber die einzige wirkliche Garantie scheint mir eine freundschaftliche Einigung v o r der Abstimmung zu sein.

Eine solche Einigung müsste natürlich im Rahmen einer grundsätzlichen Verständigung beider Länder stattfinden.

Die Abstimmung scheint aber stattzufinden, ein Schritt weiter zum Abgrund.

Intransigeant, Paris.

J. Gumbel:

Der Aufruf 1. 6. 1934 No 17

Ein Jahr Exil

Professor G u m b e l schreibt uns aus Lyon: „Die neulich in der Presse über mich verbreiteten Nachrichten, dass ich einer Versammlung der Liga für Menschenrechte in Lyon präsidiert hätte, auf der Ausschluss von Herriot verlangt wurde, sind falsch. Ich war nur Gast in dieser Versammlung und habe natürlich keine Abstimmung mitgemacht und auch nicht zu diesen Resolutionen gesprochen. Auch die Nachricht von meiner Amtsenthebung stimmt nicht; meine Vorlesungen waren nur für eine Woche unterbrochen, um Unruhe an der Universität zu vermeiden; ich habe sie inzwischen ohne Störung wieder aufgenommen."

Über ein Jahr ist es her, seit die deutsche Emigration als Massenerscheinung begann. Noch heute ist sie weder ökonomisch noch politisch noch moralisch stabilisiert. Wir haben keinen Grund besonders stolz zu sein, weder auf das, was wir in Deutschland geleistet, noch darauf, was wir in einem Jahr Exil geschaffen.

Die entscheidende Tatsache, deren letzte Konsequenzen uns bewusst werden müssen, ist die ungeheure Niederlage der Arbeiterbewegung wie aller fortschrittlichen Ideen, die zu ihr standen, und die unauslöschliche Schande der k a m p f l o s e n Niederlage. Kampflose Niederlage ist ein Wiederspruch nur in der Philologie, nicht in der Politik.

In unserer zentralen Aufgabe, die Naziherrschaft wirksam zu bekämpfen, werden wir nur Erfolg haben, wenn wir die Fragen richtig stellen. Zur Lösung eines Problems ist dies häufig der wichtigste Schritt. Die Beherrschung der Zukunft setzt Kenntnis der Ursachen der Gegenwart voraus. Daher die Notwendigkeit zum Nachdenken über das was geschah, zur prinzipiellen Erkenntnis der von uns a l l e n begangenen Fehler.

Bisher hat es sich die Emigration demgegenüber leicht gemacht: die einen leugneten die Niederlage, nur die andern sind geschlagen. Die andern schoben die Schuld auf die einen: „Warum seid Ihr abseits gestanden — bei unserer Niederlagenstra-

tegie". Jede Gruppe besass den Stein der Weisen und alle andern waren an allem Unglück schuld. Die alten Manuskripte, etwas umgeschrieben, werden zur Basis der politischen Auseinandersetzung, mit dem Ergebnis, dass manche Emigranten heute noch nicht wissen, warum sie hier sind. Dem entspricht die Einstellung des Auslandes der Übergang eines ganzen hochindustriellen Landes in die Barbarei wird als einmaliges, deutsches Ereignis verkannt und seine Bedeutung versandet in kurzfristigem Bedauern über die Not.

Wir aber müssen fragen: Warum hat es der Teil der sozialistischen Bewegung, für den Sozialismus nicht mit bürgerlichem Fortschritt identisch ist, nicht vermocht, die Alltagssorgen zum Ausgangspunkt prinzipieller Entscheidungen zu machen? Warum hat die antikapitalistische Sehnsucht der Massen sich gegen den Sozialismus gekehrt? Warum lief die Jugend in hellen Haufen von uns fort ins Lager der Feinde? Warum gelang es den Faschisten, den Klassenhass des Kleinbürgers gegen den Arbeiter und seine Furcht zum Hebel eines ungeheuren Siegs zu machen, während wir das Klassenbewusstsein des Arbeiters und Angestellten, der überwiegenden Mehrheit des Volkes, nicht mobilisieren konnten? Wir knüpften an den spezifischen Charakter des Menschen an, der im Gegensatz zum Tier seine Nahrung selbst produziert. Wie konnten die Faschisten dies erfolgreich als die Lehre der Untermenschen darstellen, sie, deren Theorie gerade die tierische Natur des Menschen als höchsten aller Werte setzt, und gerade diese Lehre zur Quelle für Begeisterung und Freude machen? Was nutzte die Verschraubung einer Theorie, die erlaubte, nachträglich alles zu prophezeien, die schliesslich alles, was ist, für vernünftig erklärte, den kühnsten Anhängern gestattete, jede Niederlage in einen Sieg umzudichten!

Die Nazis haben es verstanden, Gemütswerte zu mobilisieren, Minderwertigkeitsgefühle zu überkompensieren. Diese Arationalität müssen wir verstehen. Sonst lebt die Allweisheit der einmal durch die „Tatsachen" festgelegten Weltauffassung weiter, auch wo die Realität, weit entfernt, nur gedanklich wird — im Exil.

In Deutschland existiert heute keine revolutionäre Situation. Die Gnadenfrist, welche die Entwicklung dem italienischen Sozialisten gewährte, blieb uns versagt. Die illegale Arbeit wird erst nach langer Zeit Früchte tragen. Die namenlosen Leiden und Opfer und Leiden der Namenlosen, der Heroismus derer, die, von Tortur und Qualen ohne Ende bedroht, heute in Deutschland illegal arbeiten, müssen im grossen Schuldbuch unseres Herzens verwahrt sein.

Es gilt für uns den Kontakt mit der unterirdischen Wirklichkeit unserer Heimat nicht zu verlieren, die autochthone Fragestellung dort zu erkennen, die manche liebgewordene Unterscheidung verwirft. Sonst werden wir bald die Sprache dort nicht mehr verstehen. Hüten wir uns, jede kleinste Bewegung dort, die dem eigenen Antrieb zugeschrieben wird, zu vergröbern, das Blatt mit

Siegesnachrichten zu füllen, entstanden durch falsche Perspektive, aufgeblasen durch wuchernde Hoffnungen.

Wir dürfen den Nazis nichts glauben, nicht einmal die Grösse der von ihnen eingestandenen Opposition. Denn um die Fortdauer des Terrors auch im faschistischen Alltag, der grau ist wie der Alltag jeder Krise, zu rechtfertigen, müssen die Nazis die Bedeutung des inneren Feindes vergrösseren.

An zwei Revolutionen haben wir die Bedingungen erkannt unter denen sie möglich ist: ein System stirbt „von selbst", wenn niemand mehr bereit ist, für es zu sterben. Wenn durch alle Gesellschaftsschichten das Bewusstsein der Instabilität hindurchgezogen ist, vermag die organisierte, zielbewusste Minderheit sich gegenüber der apathisch gewordenen Mehrheit durchzusetzen. Selbst wenn Europa nicht im Krieg versinkt, werden noch Jahre vergehen, bis die Enttäuschung über die nicht gehaltenen Versprechungen die Zermürbung durch die Krise, die Angst vor der Denunziation sich verwandeln in das Bewusstsein der Unmöglichkeit einer Fortdauer, bis die Waffen deswegen keine Grundlage der Herrschaft mehr bilden, weil die zugehörige andere Basis, die Propaganda, abgestumpft vor tauben Ohren klingt, bis nirgends mehr das Dutzend Maschinengewehre besetzt werden kann, das genügt, um die waffenlose Stadt zu beherrschen.

Diese Betrachtung soll uns ermutigen. Denn wir können nur siegen im Bewusstsein der Schwere des Kampfes und der Höhe des Einsatzes. Vor allem müssen wir uns klar werden über die Grösse des Ziels, das weit über alles hinausragt, was bisher vor uns stand. Die Alternative lautet: Untergang in die Barbarei oder Sozialismus — und damit Rettung dessen, was die bürgerliche Gesellschaft an Traditionswürdigem geschaffen hat.

Strasbourg
»DIE NEUE WELT«
II. Jahrgang. — Nr. 167,
Montag, den 23. Juli 1934.

43

Erich Mühsam

Noch triefend von Blut ist Hitler vor den von ihm ernannten Reichstag getreten. Die Plätze der Gemordeten sind bereits durch neue Janitscharen besetzt. Siebenundsiebzig Morde hat er zugestanden; Morde nach seinen eigenen Gesetzen, denn er hielt es für nötig, sich selbst zu amnestieren. Pedantisch hat er eine Statistik aufgemacht, seine Opfer nach sozialen Gruppen und Mordarten unterschieden, die Aktion als beendet dargestellt und sich des grenzenlosen Vertrauens gerühmt, das ihm die vor dem Schicksal Roehms Zitternden begeistert gewährten. Er hat sein eigen Fleisch und Blut noch im Tode geschändet, seine Opfer als Trunkenbolde, Räuber, Verschwender, Degenerierte und Mörder beschimpft und damit die Wahrheit über seine Bewegung gesagt.

Und doch hat er gelogen — wie immer. Der Terror geht weiter. Da er weder Brot noch Arbeit schaffen kann, muß er seine hungrigen Anhänger mit der Erlaubnis zu weiteren Morden beruhigen. Da es im Gebälk knistert, müssen seine Banden ihre Loyalität durch neue Bluttaten beweisen: Erich Mühsam, eine reine Seele, ein edler Mensch, ist gemordet! Nach dem Reichstagsbrand verhaftet, hat er über ein Jahr standhaft unsägliche Qualen durchgehalten. Heute wird sein «Selbstmord» verkündet.

Die Namen der Opfer, deren Zahl sich dem ersten Tausend nähert, werden nicht vergessen werden. Die Skelette werden auferstehen und wider den Mörder zeugen. Wenn Menschen schweigen, werden Gräber reden. Aber vorerst gilt es, die noch Lebenden zu retten. Jeder der Tausende in den Konzentrationslagern und Gefängnissen ist stündlich bedroht. Denkt an Ossietzky, Litten, Kuester, Torgler, Thälmann und ihre unzähligen namenlosen Kameraden! Wenn Hitler morgen wieder vom süßen Frieden redet, so fragt ihn: wo ist dein Bruder Abel? Der Reichstagsbrandprozeß hat gezeigt, daß es ein Weltgewissen gibt, das wir wecken können.

Das Wort muß wirken, also laßt uns reden!

Deutsche Liga für Menschenrechte.
Sektion Paris.

DAS NEUE
TAGE-BUCH

2. Jahrgang | Paris, 17. November 1934 | Heft 46

An einem Grabe

Den 9. November vor 16 Jahren, da ich ihn kennen lernte, werde ich nie vergessen. Wir kamen, eine Delegation von Intellektuellen, die sich einer sozialistischen Regierung zur Verfügung stellen wollten. Der Tag war grau, aber unsere Erwartungen waren hoch gespannt. Wir hofften auf den Beginn grosser Erfüllungen. *Oskar Cohn* empfing uns in seinem bescheidenen Büro in Moabit. Im Vorzimmer drängten sich bereits die Klienten: Armensachen. Während weltgeschichtlicher Ereignisse hatte er noch Zeit für ihre kleinen Sorgen. Unseren grossen Hoffnungen erwiderte er skeptisch, voller Zweifel. Der Verlauf der nächsten Tage hat uns, die Geschichte hat ihm Recht gegeben.

Ein Jahr später stand er in einem scheinbar nebensächlichen Kampf, der aber die wichtigsten Entscheidungen schon vorweg nahm. Im Untersuchungsausschuss der Nationalversammlung wagte er es, an den Abgott der Völkischen, den geschlagenen Herrn des Weltkrieges, höfliche, aber bestimmte Fragen zu richten. Ludendorff erkannte die Gelegenheit, den Untersuchungsausschuss zu sprengen: einem Juden antwortete er nicht. Der Ausschuss wagte nicht, ihn zu zwingen. In diplomatischem Kompromiss ging er zum schriftlichen Verfahren über: die Dolchstoss-Legende war gerettet.

Lange Jahre gemeinsamen Kleinkriegs haben uns, seine Freunde, dann mit Oskar Cohn verbunden. Oft wandten wir uns an den Abgeordneten des Reichstags und des Landtags. Als Vorstandsmitglied der Deutschen Liga für Menschenrechte hat er mit uns gearbeitet.

Denn er war nicht wie so viele Politiker. Sie leben in einer formalistischen Welt: Partei, Büro, Abstimmung, Zuständigkeit, Paragraph. Ueber dieser Welt vergessen sie die wirkliche. Ihre Tätigkeit bleibt stekken in der abstrakten Sphäre des Worts, der Druckerschwärze, des Papiers. Die wirkliche Welt der Notleidenden kennen sie nicht. Formeln versperren ihnen den Blick.

Oskar Cohn hatte diese Fesseln gesprengt. Mehr noch: wenn nach Fichte deutsch sein heisst, eine Sache um ihrer selbst willen zu tun, so war er ein besserer Deutscher als die Barbaren, die heute unser Land beherrschen. In diesem Sinne war sein Leben voller Frucht. Die Früchte waren: Vertrauen, Liebe und immer wieder die Bürde neuer Arbeit.

Heute liegen unsere Ideale zerfetzt, zerstampft, verspottet am Boden. Aber noch in Paris, inmitten unseres Häufleins Versprengter, blieb Oskar Cohn was er gewesen war. Er kämpfte mit und für jeden Flüchtling. Er verstand es, die Aufgeregten zu beruhigen, die Verzweifelten zu trösten, Gegensätze zu versöhnen, Widerstände auf sanfte Art zu überwinden.

Sein Geschick hätte er zusammenfassen können in das berühmte Wort: Amavi justitiam et odi iniquitatem, propterea morior in exilio. Aber seine Bescheidenheit hätte ihm einen solchen Satz verboten.

PROF. E. J. GUMBEL.

EUROPÄISCHE HEFTE
vereinigt mit
AUFRUF

II. JAHRGANG 15. FEBRUAR 1935 NUMMER 7

Geleimte Gleichschaltung

Wenn ein Verräter beweist, dass er „sich und seinen Idealen ja schliesslich doch immer treu geblieben ist", kann man ihn als Verräter anerkennen. Im andern Fall fehlt es ihm an Format. Zur letzteren Kategorie gehört Herr Georg Schwarz, nach seinen Angaben früherer Ruhrarbeiter, einstiger Kommunist, heute Nazi-Intellektueller. Sein Buch „Völker höret die Zentrale, KPD bankrott" schildert das Leben Thälmanns, die Gründung der KPD, die Märzaktion von 1919, die inneren Kämpfe der Partei von 1923, den Einfluss Moskaus, den „Roten-Frontkämpfer-Bund" und die Theorie des Sozialfascismus. Ohne Übergang folgen dann zwei nationalsozialistische Schlusskapitel.

Also ein Buch der Wandlung so ist man versucht zu sagen. Aber grade das ist es nicht. Denn bei jedem Kapitel — bis auf die beiden letzten — merkt man, dass sie längst vor 1933 geschrieben wurden und den Übergang in das damals relativ behagliche Lager der SPD rechtfertigen sollten. Diese Schlussfolgerung ist dann bei der Drucklegung, so spürt man, weggeschnitten worden; an ihre Stelle wurde mit Kleister ein nationaler Schwanz darangeklebt. Endlich wurden sämtliche sozialistischen Argumente mit Gänsefüsschen umkleidet, damit noch der letzte Leser merkt, dass der Autor daran nicht mehr glaubt.

Aber diese Umarbeitung ist misslungen. Schon der Stil des Originals ist von dem der nationalsozialistischen Schlussfolgerung vollkommen getrennt. Man vergleiche etwa (S. 47):

> „Sein (Thälmanns) Leben in dieser Zeit entsprach vollkommen dem Leben, wie es hunderttausende Arbeiter lebten; was an Lohn einkam, reichte grade für Essen und Wohnen. Dass ihm ein bisschen Geld aus der Diätenkasse zufloss, machte den Kohl nicht fett. Jede freie Stunde musste er, unbezahlt, für die Partei oder den Verband unterwegs sein, und das kostete; und wenn dann noch etwas übrig blieb — nun, Bier und Köhm schmecken noch immer. Auch war sein Äusseres nicht dazu angetan, ihn über die Masse zu erheben... Betont bescheiden trug er in diesen Jahren auf allen Kongressen, denen er beizuwohnen hatte, einen vertragenen, grünlich schimmernden Hochzeitsbratenrock aus der Vorkriegszeit und kam sich in diesem gar nicht revolutzerhaften Kleidungsstück fast zu elegant vor."

mit den Schlusskapiteln, die der „bekehrte" Schwarz geschrieben hat. Da heisst es, unfrei nach Goebbels (S. 234):

> „Zwar reckte der blutgierige Tiger des roten Terrors noch einmal das Haupt, setzte mit geschärften Krallen an zum Sprung, doch das Feuer des Jägers traf ihn so vernichtend, dass er sich nur mit Aufbietung aller Kraft, schwer weidwund, zurück in die Dschungeln schleppen konnte."

Es ist nicht derselbe Mensch, der dieses schreibt. Der eine dachte nach, rang um Wahrheit, war enttäuscht, dass die Zentrale in Moskau Methoden anwandte, die dem deutschen Arbeiter fremd bleiben mussten, grübelte vielleicht auch ein bisschen über seine eigne, bescheidende Rolle. Der andre verhökerte die Wahrheit um zwölf Groschen Courant.

Schliesslich sind die Vorwürfe, die Schwarz gegen die KPD erhebt, matt und dünn, obwohl das ganze Buch aus Behauptungen — nicht Angaben — über volksfremde Intelligenz, Verschwendungssucht, Saufereien, Korruption und Cliquenwesen bei der kommunistischen Führung besteht. Auf denkende Leser (sollte es in Deutschland noch solche geben) wird das Buch wohl wenig Eindruck machen.

E. J. Gumbel

46

3-6-1935

PARISER TAGEBLATT

Ermordung eines Rückwanderers

Die Tragödie eines unpolitischen Menschen

Das folgende Schicksal eines unpolitischen Rückwanderers illustriert besser den Wahrheitsgehalt der Friedensreden Hitlers und die augenblickliche Situation in Deutschland als die längsten Kommentare.

Alfred Rosenbaum, ein junger kaufmännischer Angestellter aus Tauberbischofsheim, emigrierte Ende März 1933 nach Frankreich. Er hatte sich nie politisch betätigt, hatte auch keine ausgesprochen politische Ueberzeugung, doch lastete auf ihm als Juden der Druck des nationalsozialistischen Regimes so stark, dass er glaubte, es nicht aushalten zu können. Er arbeitete zunächst in einer Tischlerei in Strassburg. Aber entsprechend den allgemeinen Anweisungen wurde ihm von den französischen Behörden nahegelegt, lieber ins Innere zu gehen. In einer Möbelfabrik in Lyon fand er eine neue Stellung. Sein Versuch, diese zu legalisieren, scheiterte. Das Gesuch um eine Arbeitskarte wurde abgeschlagen, hatte er doch selbst bei seiner Einreise angegeben, dass er nicht politischer Emigrant sei. Die französische Behörde stellte sich auf den Standpunkt, ein unpolitischer Flüchtling könne ruhig nach Deutschland zurück.

Ein Refoulement folgte auf das andere. Zuletzt im März 1935 wurde Rosenbaum durch einen unglücklichen Zufall bei einer Razzia sistiert. „Wenn Sie nicht innerhalb zweier Tage abreisen, werden wir Sie abschieben." Diese Drohung veranlasste ihn, nach Deutschland zurückzukehren. Er glaubte, dies ohne Gefahr tun zu können. Noch ein zweiter Grund kam hinzu, er wollte später nach Palästina auswandern und war harmlos genug, zu glauben, die Devisenstelle werde ihm, wenn er einmal in Deutschland sei, Geld zur Auswanderung bewilligen.

Sein Schicksal zeigt deutlich, welchen Gefahren selbst unpolitische Rückwanderer entgegensehen müssen. Rosenbaum fuhr nach Würzburg, blieb dort etwa zehn Tage und war dann verschollen. Seine Freunde in Lyon versuchten vergeblich, sich in Deutschland nach ihm zu erkundigen. Es kam nur eine lakonische Antwort: Rosenbaum ist gestorben. An den plötzlichen Tod eines fünfundzwanzigjährigen gesunden Menschen konnte seine Freunde nicht glauben, es wurde weiter geforscht und folgendes ermittelt:

Rosenbaum, der sich unter Streichers, des Frankenführers Blutherrschaft begeben hatte, sollte bald nach seiner Ankunft im April 1935 in ein „Schulungslager" gebracht werden, um über die heimischen Verhältnisse aufgeklärt zu werden. Bereits einen Tag nach seiner Abführung wurde sein total zerfetzter Körper seinen Eltern zur Verfügung gestellt. Die offizielle Version lautete: Alfred Rosenbaum habe erklärt, er wolle lieber sterben als in ein Konzentrationslager kommen Beim Transport habe er sich unter die Lokomotive eines vorbeifahrenden Zuges geworfen.

Alle Freunde Rosenbaums halten dies für unglaubhaft. Er hing am Leben und war zu ängstlich zum Selbstmord. Glaubhafter erscheint: Rosenbaum ist überhaupt nicht abgeführt worden, vielmehr hat das Kommando ihn bereits bei seiner Verhaftung totgeschlagen und dann den Körper zur Verdeckung des Mordes unter den Zug geworfen.

So endet das Lebens eines Flüchtlings, der sich selbst für unpolitisch hielt und der glaubte, nachdem ihm der Aufbau eines neuen Lebens in Frankreich missglückt war, jederzeit nach Deutschland zurückkehren zu können.

EUROPÄISCHE HEFTE
vereinigt mit
AUFRUF
II. JAHRGANG 7. JUNI 1935 NUMMER 19

E. J. GUMBEL:

Bücher des Hasses

E. J. GUMBEL:

Dokumente des Hasses

Willi Bredel und Karl Billinger schildern in ihren Büchern „Die Prüfung“ (Malikverlag) und „Schutzhäftling 880“ (Editions du Carrefour), was sie als Gefangene während vieler Monate in deutschen Konzentrationslagern erlebten. Seitdem Seger einen ersten Bericht aus diesen Abgründen gegeben hat, folgten wütende Dementis durch die Nationalsozialisten; und es folgten systematische Vertiefung und Erweiterung der Berichte.

Die bisherigen Dokumente solchen Leidens, der pathetische Inhalt der klassischen Gefängnisliteratur von Sylvio Pellico bis Wera Figner, verblassen gegenüber dem Alltag des Dritten Reichs, in Dachau, in der Militärstrafanstalt Berlin (genannt Columbiahaus), Fuhlsbüttel, Esterwege-Papenburg, Oranienburg, Lichtenberg, am Heuberg. Denn dort handelt es sich um zugespitzte Einzelschicksale — hier um Massenerlebnisse.

Gewiss, die Folterkammern der Inquisition waren keine Gartenlauben, das Schicksal der russischen Revolutionäre in Sibirien kein zartes Idyll. Aber vieles in diesem Grauen ist im allgemeinen Zustand jener Zeiten und Gesellschaften, vieles in ihren technischen Unvollkommenheiten und Notwendigkeiten begründet. So gehörte die Folter einer Zeit an, die keine Verurteilung ohne Geständnis wollte. Die Inquisition hatte wenigstens den Vorand, das höchste Gut der Opfer, ihre ewige Seele, [illegible] retten. Keine Zeit vor der unsern kannte, ausgedacht in friedlicher Gesetzlichkeit, neu erfunden, von oben befohlen, nicht als Missbrauch unterer Organe geduldet, durch keinen technischen Zwang bedingt, durch keinen Vorwand geschützt, als Massenerscheinung des Alltags: monatelange Dunkelhaft, vollstreckt an Nichtverurteilten, an Leuten, die weder angeklagt sind noch angeklagt werden; Stehbunker, Schränke mit abgeschrägtem Boden, nach Anweisung gebaut, in denen man weder stehn noch sitzen noch liegen kann, Gefangene, die einander gegenseitig verprügeln müssen, bis der eine bewusstlos wird; einen Reichsstatthalter, der Folterungen mitansieht; Vorschriften: „Licht brennt die ganze Nacht, wird alle zehn Minuten kontrolliert — darf nicht liegen“. Übereinstimmend schildern die Entlassenen das Grauen der Prügel; „ich hatte nur eine brennende Sehnsucht: tot zu sein“; „das Prügelkommando zog von Zelle zu Zelle“; „das Brüllen der Schlächter rückte näher“; „lähmende Angst vor dem Kommenden überfiel mich“; „der Gesangverein trat in Tätigkeit, um das Geschrei der Gefangenen zu übertönen“.

Unsre Freunde, die zu uns gehören, Ossietzky, Berthold Jacob, Renn und Litten, Hunderte, mit denen uns irgendwelche Gedanken verbanden, von Heilmann bis Thälmann, Tausende von Namenlosen, die uns in Versammlungen Beifall klatschten, die unsre Bücher lasen, unsre Gedanken teilten; diese Menschen unterliegen täglich und jahrelang solchem Schicksal.

Bei aller Gewissenhaftigkeit ist es keinem Entlassenen möglich, das Mass dieser Leiden derart erschöpfend darzustellen, dass der Leser das letzte Grauen miterlebt. Dieser Vorgang ist bekannt: Es bedarf eines sehr grossen Abstandes vom Erleben bis zur literarischen Gestaltung. Bredel und Billinger haben versucht, diesen ungeheuren Widerstand zu überwinden; man muss ihnen dafür Dank wissen.

Aber um den wirklichen Umbruch, den wir erlebten, schildern zu können, wäre ein Dante nötig, der in der untersten Hölle die Machthaber schmachten lässt, die ihn zur Emigration zwangen. Nur der Hass, den der Schreiber der Apokalypse gegen Rom hatte, wäre fähig, ein wahrheitsgetreues Dokument unsrer Zeit zu liefern. Man müsste die sadistischen Gelüste, die Breughel in seinen Teufelsbildern ausleben liess, besitzen, um diese Zeitgenossen schildern zu können. Da uns allen solche Begabung fehlt, sind wir unfähig auszudrücken, was heute in Deutschland geschieht: das Zurückgehen zum Un-Tier. Denn das Bild Spenglers vom Menschen als Raubtier genügt nicht.

Wir haben die Schinder und Henker gekannt. Der arbeitslose Angestellte von damals, der heute täglich Gefangene martert, [illegible] nächsten Ecke, und wir haben ihn begrüsst. Sind es wirklich Menschen [illegible]s Schlages? Augenscheinlich

Wir haben solche Ungeheuerlichkeiten nicht für [illegible] — weil wir selbst sie nicht begehn könnten. [illegible] schildert eine Geheimabstimmung unter den gefangenen Kommunisten: „Was werden wir tun, wenn wir an der Macht sind?" Vierunddreissig Mann von fünfunddreissig stimmen gegen die Rache: „Wir werden sie erschiessen"; und nur einer ist fähig, das Totprügeln vorzuschlagen. Dies in einem Lager, in dem Gefangene gehenkt, erschossen, zum Selbstmord gezwungen, zu Tode geprügelt, mit einer Leiche zusammengebunden werden. Gleichmütig erklärt ein Gefangener das Konzentrationslager als Aktiengesellschaft: Die festangestellten von der Gestapo bezahlten Offiziere prügeln, weil sie nicht am Arbeitsertrag sondern an raschen Geständnissen interessiert sind. Das Gros der Drohnen dagegen ist trotz dem von oben gegebenen Beispiel manchmal humaner Regungen fähig: Es will nur von der Arbeit der Gefangenen gut leben.

Der Hass, von dem diese Bücher berichten, geht einlinig von den Unterdrückern gegen die Opfer, nicht umgekehrt. Wir, die wir unsre Kraft schöpfen aus dem Glauben an eine Zukunft, können ihn nicht adäquat mitempfinden. Deshalb reicht unsre Darstellungskraft nicht an das Grauen dieses Vernichtungswillens heran, dessen Ideale in der Vorhistorie liegen. Vielleicht wird dieser Hass jetzt aus Qualen und Leiden geboren, denn niemand wird das Lager als bekehrter Nazi verlassen. Die Solidarität der politischen Gefangenen besteht. Entlassene kehren zur illegalen Arbeit zurück.

Bredel und Billinger haben der Pflicht genügt, die uns auferlegt ist: Bringt die deutsche Wahrheit ans Tageslicht. Gegenüber den Helden der Leidensfähigkeit stehn unsre Leistungen in der Emigration weit zurück. Werden wir ihrer jemals würdig sein?

*

Und die Antwort der Welt auf die Untaten der Nazis in Erziehung, Gleichschaltung, Schulung: Der nächste internationale Kongress für Gefängnisfürsorge wird in Deutschland abgehalten.

Eigentümer: Europäische Hefte, vereinigt mit Aufruf. Für Herausgabe und Redaktion verantwortlich: V. Klein, Alle: Praha II., Jindřišská 10-12. — Prager Postsparkassenkonto: 48 309.
Druck: Jan Kočvara a spol., Praha XI., Táboritská 27. — Versand mit Zeitungsmarken bewilligt durch Erlass der Prager Postdirektion Nr. 25.111/VII. - 1935. — Podací úřad: Praha 25

E. J. GUMBEL:

Dokumente des Hasses

Willi Bredel und Karl Billinger schildern in ihren Büchern „Die Prüfung“ (Malikverlag) und „Schutzhäftling 880“ (Editions du Carrefour), was sie als Gefangene während vieler Monate in deutschen Konzentrationslagern erlebten. Seitdem Seger einen ersten Bericht aus diesen Abgründen gegeben hat, folgten wütende Dementis durch die Nationalsozialisten; und es folgten systematische Vertiefung und Erweiterung der Berichte.

Die bisherigen Dokumente solchen Leidens, der pathetische Inhalt der klassischen Gefängnisliteratur von Sylvio Pellico bis Wera Figner, verblassen gegenüber dem Alltag des Dritten Reichs, in Dachau, in der Militärstrafanstalt Berlin (genannt Columbiahaus), Fuhlsbüttel, Esterwege-Papenburg, Oranienburg, Lichtenberg, am Heuberg. Denn dort handelt es sich um zugespitzte Einzelschicksale — hier um Massenerlebnisse.

Gewiss, die Folterkammern der Inquisition waren keine Gartenlauben, das Schicksal der russischen Revolutionäre in Sibirien kein zartes Idyll. Aber vieles in diesem Grauen ist im allgemeinen Zustand jener Zeiten und Gesellschaften, vieles in ihren technischen Unvollkommenheiten und Notwendigkeiten begründet. So gehörte die Folter einer Zeit an, die keine Verurteilung

ohne G[illegible]
Vorw[illegible] zu

48

8-7-1935

ELSÆSSISCHES LITERATU[R...]

Nummer 7 – [illegible]. Jahrgang

Montag, 1. Juli 1935

Redaktion: Strasbou[rg]
, 5, Place du Corbeau

BRIEFE AN DAS „PARISER TAGEBLATT"

Der Aufbau einer Einheitsfront gegen den Nationalsozialismus ist das Zentralproblem der Deutschen im Inland wie im Ausland. Diese Aufgabe ist nicht lösbar ohne ein positives Programm. Es ist daher sehr verdienstvoll, dass gerade Konrad Heiden im „Pariser Tageblatt" vom 26. 6. 35 gezeigt hat, dass dieses nicht aus der Vergangenheit, der schwächlichen Weimarer Republik geschöpft werden kann. Denn schliesslich bestand ja die Schönheit ihrer Verfassung im wesentlichen in Versprechungen, die sie nicht gehalten hat.

Die Fragestellung des entscheidenden Tages, des 20. Juli 1932, war nicht: Faschismus oder Demokratie, sondern Faschismus oder Sozialismus. An dieses Zukunftsprogramm haben wir anzuknüpfen, um die Freiheit im sozialistischen Sinn zu erkämpfen, nämlich „die Unterdrückung der Unterdrücker und Ausbeuter". Unter diesem Banner müssen wir uns unter bewusster Abkehr von alten Formen sammeln, auch wenn es manchem hart sein mag, diese als für uns überlebt zu erkennen. Dann werden wir unserer Brüder in Deutschland, der Helden der Illegalität und der Leidensfähigkeit, würdig sein.

E. J. Gumbel.

1

DOKUMENT DES HASSES.
E. J. Gumbel.

Willi Bredel und Karl Billinger schildern in ihren Büchern «Die Prüfung» (Malikverlag) und «Schutzhäftling 880» (Editions du Carrebour), was sie als Gefangene während vieler Monate in deutschen Konzentrationslagern erlebten. Seitdem Seger einen ersten Bericht über diese Abgründe gegeben hat, folgten wütende Dementis durch die Nationalsozialisten — und systematische Vertiefung und Erweiterung.

Die bisherigen Dokumente solchen Leidens, der pathetische Inhalt der klassischen Gefängnisliteratur, von Sylvio Pellico bis Wera Figner, verblassen gegenüber dem Alltag des Dritten Reiches, gegenüber Dachau, der Militärstrafanstalt Berlin, genannt Columbiahaus, Fuhlsbüttel, Esterwege-Papenburg, Oranienburg, Lichtenberg, dem Heuberg. Denn dort handelt es sich um zugespitzte Einzelschicksale, hier um Massenerlebnisse.

Gewiss: die Folterkammern der Inquisition waren keine Gartenlauben, das Schicksal der russischen Revolutionäre in Sibirien kein zartes Idyll. Aber vieles in diesem Grauen ist im allgemeinen Zustand jener Zeiten und Gesellschaften, vieles in ihren technischen Unvollkommenheiten und Notwendigkeiten begründet, So gehörte die Folter einer Zeit an, die keine Verurteilung ohne Geständnis wollte. Die Inquisition hatte wenigstens den Vorwand, das höchste Gut der Opfer, ihre ewige Seele, zu retten. Keine Zeit vor der unseren kannte, ausgedacht in friedlicher Gesetzlichkeit, neu erfunden, von oben befohlen, nicht als Missbrauch unterer Organe geduldet, durch keinen technischen Zwang bedingt, durch keinen Vorwand geschützt, als Massenerscheinung des Alltags: monatelange Dunkelhaft, vollstreckt an Nichtverurteilten, an Leu-

2

ten, die nicht einmal angeklagt sind noch angeklagt werden; Stehbunker, Schränke mit abgeschrägtem Boden, nach Anweisung gebaut, in denen man w[illegible] stehen noch sitzten noch liegen kann, [illegible]gene, die sich gegenseitig verprügeln [illegible]ssen, bis der eine bewusstlos wird; einen Reichsstatthalter, der sich F[illegible]rungen mitansieht, Vorschriften: «Licht brennt die ganze Nacht, wird alle zehn Minuten kontrolliert — darf nicht liegen.» Uebereinstimmend schildern die Entlassenen das Grauen der Prügel, «ich hatte nur eine brennende Sehnsucht: tot zu sein»; «Das Prügelkommando zog von Zelle zu Zelle»; «Das Brüllen der Schlächter rückte näher»; «lähmende Angst vor dem Kommenden überfiel mich»; «Der Gesangverein trat in Tätigkeit, um das Geschrei der Gefangenen zu übertönen.»

Unsere Freunde, die zu uns gehören, Ossietzky, Berthold Jacob, Renn und Litten, Hunderte, mit denen uns irgend welche Gedanken verbanden, von Heilmann bis Thälmann, Tausende von Namenlosen, die uns in Versammlungen Beifall klatschten, die unsere Bücher lasen, unsere Gedanken teilten; die Menschen, von denen wir psychisch lebten, unterliegen täglich und jahrelang solchem Schicksal.

Bei aller Gewissenhaftigkeit ist es keinem Entlassenen möglich, das Mass dieser Leiden derart erschöpfend darzustellen, dass der Leser das letzte Grauen miterlebt. Dieser Vorgang ist bekannt; es bedarf eines sehr grossen Abstandes vom Erleben bis zur literarischen Gestaltung. Bredel und Billinger haben versucht, diesen ungeheuren Widerstand zu überwinden; man muss ihnen dafür Dank wissen.

Aber um den wirklichen Umbruch, den wir erlebten, schildern zu können, wäre die Feder eines Dante nötig, der in der untersten Hölle die Machthaber schmachten lässt, die ihn zur Emigration zwangen. Nur der Hass, den der Schreiber der Apokalypse gegen Rom hatte, wäre fähig, ein wahrheitsgetreues Dokument unserer Zeit zu liefern. Man müsste die sadistischen Gelüste, die Breughel in seinen Teufelsbildern ausleben liess, besitzen, um diese Zeitgenossen schildern zu können. Da uns allen solche Begabung fehlt, sind wir unfähig auszudrücken, was heute in Deutschland geschieht: die Rückkehr in den Urwald, das Zurückgehen zum Untier. Denn das Bild Spenglers vom Menschen als Raubtier genügt nicht.

Wir haben die Schinder und Henker gekannt. Der arbeitslose Angestellte von damals, der heute täglich Gefangene martert, wohnte an der nächsten Ecke, und wir haben ihn gegrüsst. Sind es wirklich Menschen unseres Schlages? Augenscheinlich nicht. Wir haben solche Ungeheuerlichkeiten nicht für möglich gehalten — weil wir selbst sie nicht begehen könnten. Bredel schildert eine Geheimabstimmung unter den gefangenen Kommunisten: «Was werden wir tun, wenn wir an der Macht sind?» Vierunddreissig Mann von fünfunddreissig, stimmten gegen die Rache: «Wir werden sie erschiessen», und nur einer ist fähig, das Totprügeln vorzuschlagen. Dies in einem Lager, in dem Gefangene gehenkt, erschossen, zum Selbstmord gezwungen, zu Tode geprügelt, mit einer Leiche zusammengebunden werden. Gleichmütig erklärt ein Gefangener das Konzentrationslager als Aktiengesellschaft: die festangestellten von der Gestapo bezahlten Offiziere prügeln, weil sie nicht am Arbeitsertrag, sondern an raschen Geständnissen interessiert sind. Das Gros der Drohnen dagegen ist trotz des von oben ge[illegible]nen Beispiels manchmal humaner [illegible]n fähig: es will nur vor der [illegible] Gefangenen gut leben.

3

Der Hass, von dem diese Bücher berichten, geht einlinig von den Un[illegible]k-kern gegen die Opfer, nicht u[illegible]. Wir, die wir unsere Kraft schö[illegible] aus dem Glauben an eine Zukunft, [illegible]nen ihn nicht adäquat mitempfinden. Deshalb reicht unsere Darstellungskraft nicht an das Grauen dieses Vernichtungswillens heran, dessen Ideale in der Vorhistorie liegen. Vielleicht wird dieser Hass jetzt aus Qualen und Leiden geboren. denn niemand wird das Lager als bekehrter Nazi verlassen. Die Solidarität der politischen Gefangenen besteht, Entlassene kehren zur illegalen Arbeit zurück.

Bredel und Billinger haben der Pflicht genügt, die uns auferlegt ist: Bringt die deutsche Wahrheit ans Tageslicht. Gegenüber den Helden der Leidensfähigkeit stehen die Leistungen der Emigration weit zurück. Werden wir ihrer jemals würdig sein?

Der nächste internationale Kongress für Gefängnisfürsorge wird in Deutschland abgehalten. Wird er eine Antwort auf die Grosstaten der Nazis in Erziehung, Gleichschaltung, Schulung, finden?

E. J. Gumbel.

IMPRIMERIE FRANÇAISE, Strasbourg, 5, Place du Corbeau. — Le Gérant: L. MINCK.

Juni 1935

Prag – Zürich – Paris – London – Amsterdam

NEUE DEUTSCHE BLÄTTER II. JAHR NR. 5

Sonderheft für

EGON ERWIN KISCH

der am 29. IV. 1935 fünfzig Jahre alt wurde

E. I. GUMBEL

Seine Menschen stammen nicht aus Büchern

Die Reisebeschreibungen von Kisch kann man denen von Thomas Morus entgegenstellen. Dieser braucht die Fiktion des Landes „Nirgendwo", um den Sozialismus durch dessen vorzügliche Einrichtungen zu propagieren. Kisch, umgekehrt, schildert hierzu die Allgegenwart des Kapitalismus', der jedem Phänomen einen sozialen Aspekt verleiht, die Mehrzahl der Menschen versklavt, Vernunft in Unsinn, Wohltat in Plage, Fortschritt in Gefahr, Überfluß in Hungersnot, Freiheit in Arbeitslosigkeit verwandelt – und dem Schriftsteller die Aufgabe zuweist, diesen Zustand zu verhüllen.

Nur wenige Autoren haben sich die Entschleierung, die Objektivierung und die Erkenntnis der Klassenbedingtheit zum Ziel gesetzt. Unter diesen ragt Kisch hervor, denn seine Menschen stammen nicht aus Büchern. Sie reden nicht die Leitsätze der letzten Kongresse. In seinen Werken leben und leiden wirkliche Menschen. Im banalsten findet er neue Züge; die Unentrinnbarkeit des sozialen Problems und die Klassenstruktur als Kern der Gesellschaft. Was Kisch gesehen und erlebt hat, vermag er dem Leser interessant zu zeigen. Die australische Regierung wird dies hoffentlich bald zu bedauern haben.

Kisch hat sozialistische Überzeugung, er kann sehen und Eigenes schreiben, drei Eigenschaften, deren Kombination selten ist. Den Eindruck seiner einzelnen Werke auf mich kann ich nicht schildern, denn seine Bücher, die ich besaß, haben mir die Barbaren in Heidelberg verbrannt. Aber ich weiß, daß ich viel Neues durch ihn erfahren habe. Eine glücklichere Zeit als die unsere wird sein Werk als Dokument einer Periode, die die Zerstörung zum erhaltenden Prinzip erhob, hoch werten.

50

Dokumente des Hasses

Von Professor E. J. Gumbel (Lyon).

Willi Bredel und Karl Billinger schildern in ihren Büchern „Die Prüfung“ (Malik-Verlag) und „Schutzhäftling 880“ (Editions du Carrefour), was sie als Gefangene während vieler Monate in deutschen Konzentrationslagern erlebten. Seitdem Seger einen ersten Bericht über diese Abgründe gegeben hat, folgten wütende Dementis durch die Nationalsozialisten — und systematische Vertiefung und Erweiterung.

Die bisherigen Dokumente solchen Leidens, der pathetische Inhalt der klassischen Gefängnisliteratur, von Sylvio Pellico bis Wera Figner, verblassen gegenüber dem Alltag des Dritten Reiches, gegenüber Dachau, der Militärstrafanstalt Berlin, genannt Columbia-Haus, Fuhlsbüttel, Esterwege-Papenburg, Oranienburg, Lichtenberg, dem Heuberg. Denn dort handelt es sich um zugespitzte Einzelschicksale, hier um Massenerlebnisse.

Gewiß: die Folterkammern der Inquisition waren keine Gartenlauben, das Schicksal der russischen Revolutionäre in Sibirien kein zartes Idyll. Aber vieles in diesem Grauen ist im allgemeinen Zustand jener Zeiten und Gesellschaften, vieles in ihren technischen Unvollkommenheiten und Notwendigkeiten begründet. So gehörte die Folter einer Zeit an, die keine Verurteilung ohne Geständnis wollte. Die Inquisition hatte wenigstens den Vorwand, das höchste Gut der Opfer, ihre ewige Seele, zu retten. Keine Zeit vor der unsern kannte, ausgedacht in friedlicher Gesetzlichkeit, neu erfunden, von oben befohlen, nicht als Mißbrauch unterer Organe geduldet, durch keinen technischen Zwang bedingt, durch keinen Vorwand geschützt, als Massenerscheinung des Alltags: monatelange Dunkelhaft, vollstreckt an Nichtverurteilten, an Leuten, die nicht einmal angeklagt sind, noch angeklagt werden; Stehbunker, Schränke mit abgeschrägtem Boden, nach Anweisung gebaut, in denen man weder stehen, noch sitzen, noch liegen kann, Gefangene, die sich gegenseitig verprügeln müssen, bis der eine bewußtlos wird; einen Reichsstatthalter, der sich Folterungen mit ansieht. Vorschriften: „Licht brennt die ganze Nacht, wird alle zehn Minuten kontrolliert — darf nicht liegen.“

Uebereinstimmend schildern die Entlassenen das Grauen der Prügel. „Ich hatte nur eine brennende Sehnsucht: tot zu sein.“ „Das Prügelkommando zog von Zelle zu Zelle.“ „Das Brüllen der Schlächter rückte näher.“ „Lähmende Angst vor dem Kommenden überfiel mich.“ „Der Gesangverein trat in Tätigkeit, um das Geschrei der Gefangenen zu übertönen.“

Unsere Freunde, die zu uns gehören, Ossietzky, Berthold Jacob, Renn und Litten, Hunderte, mit denen uns irgendwelche Gedanken verbanden, von Heilmann bis Thälmann, Tausende von Namenlosen, die uns in Versammlungen Beifall klatschten, die unsere Bücher lasen, unsere Gedanken teilten; die Menschen, von denen wir psychisch lebten, unterliegen täglich und jahrelang solchem Schicksal.

Bei aller Gewissenhaftigkeit ist es keinem Entlassenen möglich, das Maß dieser Leiden derart erschöpfend darzustellen, daß der Leser das letzte Grauen miterlebt. Dieser Vorgang ist bekannt; es bedarf eines sehr großen Abstandes vom Erleben bis zur literarischen Gestaltung. Bredel und Billinger haben versucht, diesen ungeheuren Widerstand zu überwinden; man muß ihnen dafür Dank wissen.

Aber um den wirklichen Umbruch, den wir erlebten, schildern zu können, wäre die Feder eines Dante nötig, der in der untersten Hölle die Machthaber schmachten läßt, die ihn zur Emigration zwangen. Nur der Haß, den der Schreiber der Apokalypse gegen Rom hatte, wäre fähig, ein wahrheitsgetreues Dokument unserer Zeit zu liefern. Man müßte die sadistischen Gelüste, die Breughel in seinen Teufelsbildern ausleben ließ, besitzen, um diese Zeitgenossen schildern zu können. Da uns allen solche Begabung fehlt, sind wir unfähig, auszudrücken, was heute in Deutschland geschieht: die Rückkehr in den Urwald, das Zurückgehen zum Untier. Denn das Bild Spenglers vom Menschen als Raubtier genügt nicht.

Wir haben die Schinder und Henker gekannt. Der arbeitslose Angestellte von damals, der heute täglich Gefangene martert, wohnte an der nächsten Ecke, und wir haben ihn begrüßt. Sind es wirklich Menschen unseres Schlages? Augenscheinlich nicht. Wir haben solche Ungeheuerlichkeiten nicht für möglich gehalten — weil wir selbst sie nicht begehen könnten. Bredel schildert eine Geheimabstimmung unter den gefangenen Kommunisten: „Was werden wir tun, wenn wir an der Macht sind?“ Vierunddreißig Mann von fünfunddreißig stimmen gegen die Rache: „Wir werden sie erschießen“, und nur einer ist fähig, das Totprügeln vorzuschlagen. Dies in einem Lager, in dem Gefangene gehenkt, erschossen, zum Selbstmord gezwungen, zu Tode geprügelt, mit einer Leiche zusammengebunden werden. Gleichmütig erklärt ein Gefangener das Konzentrationslager als Aktiengesellschaft: die fest angestellten, von der Gestapo bezahlten Offiziere prügeln, weil sie nicht am Arbeitsertrag, sondern an raschen Geständnissen interessiert sind. Das Gros der Drohnen dagegen ist trotz des von oben gegebenen Beispiels manchmal humaner Regungen fähig: es will nur von der Arbeit der Gefangenen gut leben.

Der Haß, von dem diese Bücher berichten, geht einlinig von den Unterdrückern gegen die Opfer, nicht umgekehrt. Wir, die wir unsere Kraft schöpfen aus dem Glauben an eine Zukunft, können ihn nicht adäquat mitempfinden. Deshalb reicht unsere Darstellungskraft nicht an das Grauen dieses Vernichtungswillens heran, dessen Ideale in der Vorhistorie liegen. Vielleicht wird dieser Haß jetzt aus Qualen und Leiden geboren; denn niemand wird das Lager als bekehrter Nazi verlassen. Die Solidarität der politischen Gefangenen besteht, Entlassene kehren zur illegalen Arbeit zurück.

Bredel und Billinger haben der Pflicht genügt, die uns auferlegt ist: Bringt die deutsche Wahrheit ans Tageslicht. Gegenüber den Helden der Leidensfähigkeit stehen unsere Leistungen in der Emigration weit zurück. Werden wir ihrer jemals würdig sein?

Als Antwort auf die Großtaten der Nazis in Erziehung, Gleichschaltung, Schulung wird der nächste internationale Kongreß für Gefängnisfürsorge in Deutschland abgehalten.

Volksstimme
St. Gallen

22. Juni 1935

51

Volksstimme

t. Gallen, der Gemeinden
ach, Goldach, Steinach,
ona, Herisau, Waldstatt

Ostschweizerische Arbeiterzeitung

Inseratenanna
bis nachmittags 3
früher; für dringe

lbemokratischen Parteien der Kantone St. Gallen, Appenzell A. Rh., Gra

Inseraten-Annahme durch die Administration, ihre Lokalvertreter, sowie sämtliche Annoncenexpeditionen.

18. Juli 1935 | Redaktion und Administration: Moosbrückstr. 1. St. Gallen. — Telephon Nr. 1458 | 3

Hindenburg

Von E. J. Gumbel

Hindenburgs Leben fängt, drei Jahre nach seiner Pensionierung wegen Ueberalterung, mit 67 Jahren im Herbst 1914 an. Es ist unmöglich seine Geschichte zu schreiben, ohne gleichzeitig die Entwicklung Deutschlands in den letzten zwanzig Jahren zu schildern oder als bekannt vorauszusetzen. Emil Ludwig wählt in seinem Buch „Hindenburg oder die Sage von der Deutschen Republik" (Querido-Verlag Amsterdam 1935) den ersten, schwierigeren Weg.

Eine so große Aufgabe muß dazu führen, daß der Autor Teile des Problems opfert. So muß auch der Kritiker vermeiden, selbst eine (vermutlich andere) Geschichte Deutschlands zu schreiben. Zudem steht er vor der Gefahr, sich mit der ganzen spezifischen Technik Emil Ludwigs auseinandersetzen zu müssen, die darin besteht, soziale Probleme in individuellem Rahmen zu spiegeln.

Das vorliegende Buch ist wertvoll, weil es dazu beiträgt, Legenden zu zerstören. Denn Hindenburg, ein ruhender Pol im Mittelpunkt größter Ereignisse, wird wahrheitsgemäß geschildert: ein unbedeutender, mittelmäßiger Mensch, nicht aus Eisen, sondern aus Holz, ein Mann mit nie versagendem Appetit und Schlaf, „dem mehr geschah als er tat".

In vorzüglicher Weise gibt Emil Ludwig die klassenmäßige Herkunft und den Standort seines Helden. Hindenburg stammt aus der Kadettenanstalt, in der Charaktere gebrochen werden. Er ist zeitlebens diesem Ideal treu geblieben. Zuletzt, zum Schulbuchhelden gestempelt, hat er wohl selbst an seine Legende vom unbesiegbaren Feldherrn geglaubt. Er hat sich immer der Rolle angepaßt, die die Welt ihm zuteilte. „Es wächst der Mensch mit seinem größeren Mythos." Seine Heldenlaufbahn begann er, indem er den Ruhm von „Tannenberg" hinnahm, obwohl die gewonnene Schlacht im wesentlichen das Verdienst seiner Vorgänger war. Bezeichnend ist die von Ludwig angeführte Aeußerung des Generals Hoffmann: Seit er höre, Hindenburg habe die Schlacht bei Tannenberg gewonnen, glaube er nicht mehr an die Existenz von Cäsar oder Hannibal.

Sehr mit Recht betitelt Emil Ludwig seine Kapitel nach den Fahnen, unter denen Hindenburg führte: schwarz-weiß, schwarz-weiß-rot, schwarz-rot-gold, bis zum Hakenkreuz. Aber die Bedeutung dieser vielfarbigen Treue ist weit tiefer, als sie bei Emil Ludwig erscheint. Denn durch den Fahnenwechsel von 1918 hat Hindenburg wesentlich dazu beigetragen,

den Kapitalismus zu retten

und die Republik der Hoffnung, die sie getragen hatte, zu entkleiden. Die Doppelfahne, einerseits schwarz-rot-gold und doch schwarz-weiß-rot, symbolisiert die Rettung des Fürstenvermögens durch den ersten Verfassungsbruch, damit die Stabilisierung des alten Deutschland, die Vorbereitung zur Doppelfahne schwarz-weiß-rot mit Hakenkreuz und den Weg zu seiner Alleinherrschaft.

Das Leben Hindenburgs zerfällt in zwei Epochen: wie er den Krieg führte und verlor, und wie er die Republik führte und verlor. In der ersten ist der soziale Faktor weniger deutlich; dementsprechend eignet sie sich mehr für die Technik Ludwigs. Er schildert, wie nicht Hindenburg, sondern Ludendorff trotz tiefer politischer Unwissenheit die bürgerlichen Instanzen ausschaltete, den Kanzler stürzte, indem er sich das parlamentarische Recht des Mißtrauensvotums anmaßte, zum Diktator aufrückte, den Krieg mit einer durch keine Kenntnis der entscheidenden Faktoren getrübten Siegeszuversicht führte und Königreiche gründete. Zuletzt verlor er den Krieg, weil er nicht wußte, daß Amerika über 100 Millionen Einwohner und die größte Industrie der Erde hat. Zu all dem gab Hindenburg, völlig versunken in seine Hauptaufgabe, Hof zu halten, seinen Namen und nur ihn her. Als es schief ging, ließ er den Mann, der all dies geleistet hatte, einfach und voll altgermanischer Treue fallen.

Vorzüglich zeigt Emil Ludwig, wie Hindenburg das Friedensangebot „noch heute nacht" forderte und dies schon nach kurzer Zeit nicht mehr wahr haben wollte. Den Abschluß des Waffenstillstands, die letzte Aufgabe des Soldaten, überließ er dem sich leichtfertiger Weise vordrängenden Erzberger, um sich dann durch die Dolchstoßlegende, eine Lüge, die andere für ihn schufen, in Memoiren, die andere für ihn schrieben, jeder Verantwortung zu entziehen.

Im ganzen folgt unser Autor der Wertung Delbrücks:

„eine ehrwürdige Null“,

wobei die Ehrwürdigkeit mit Recht in Frage gestellt wird. Aber es fehlt die politische Charakterisierung durch Theodor Lessing: „Auf die Zero folgt häufig der Nero“, jenes tiefe prophetische Wort, das seinem Autor das Leben gekostet hat.

Glänzend schildert Emil Ludwig die Geschichte des Gemäldes der Schlacht von „Tannenberg“. Mit Behagen widmet sich Hindenburg während langer Kriegsmonate den Knöpfen, Orden und Schnüren in Oel. Die Hosen waren ihm nicht dunkel, der Samt nicht rot genug. Dann stimmte auf irgend einer Uniform die Zahl der Knöpfe nicht, dann war ein „Untergebener“ zu sehr im Vordergrund. Solche Sorgen durchzogen das Jahr 1918. Der letzte Brief an den Hofmaler datiert vom 7. November. Durch die liebevolle Schilderung solcher Beschäftigungen wird der Held ausgezeichnet herausgearbeitet.

Die Stärke Ludwigs ist die psychologische Gegenüberstellung. Vorzüglich gelungen ist dies in den großen Gegenpolen Hindenburg-Ludendorff wie Hindenburg-Hitler. So heißt es von der Unterredung im August 1932:

„Hier steht eine mächtige Gestalt, siebzig Jahre lang an Uniform gewöhnt, einem unruhigen Menschen gegenüber, der sie nur durch den Zufall eines Krieges bekommen und wieder abgestreift hat, an dem nichts sitzt, nicht einmal das von ihm selber erfundene Hemd, während der Alte ganze Tage seines Lebens auf Knöpfe, Schnallen und Orden verwendet hat. Dem Manne mit dem mächtigsten Schnurrbart im Lande steht der Mann mit dem kleinsten, dem quadratischen Schädel ein ovaler gegenüber. Hier steht ein nervenloser Mann vor einem nervösen, ein gesunder vor einem Neurastheniker, ein großer Esser vor einem Vegetarier, ein Familienvater vor einem ewigen Junggesellen. Hier steht ein Mann, der von selber wirkt, vor einem, der beständig wirken möchte, ein Furchtloser vor einem Aufgeregten, ein zum Befehl Geborener vor einem, der immer befehlen möchte, ein organisch Gewachsener vor einem, der heraufgeschossen ist. Hier steht ein Junker vor einem Kleinbürger, ein Protestant vor einem Katholiken, ein Preuße vor einem Oesterreicher, ein volksfremder vor einem volksnahen Menschen; ein Rassemensch, der an Klassen glaubt, vor einem Klassenmenschen, der an Rasse glaubt, ein Rationalist vor einem Mystiker, ein Emporgetragener vor einem Emporgestiegenen, ein Schweiger vor einem Redner, ein gelassener vor einem ehrgeizigen Manne.“

Aber diese psychologische Methode muß bei der politischen Wertung versagen. Es ist unzulässig, wenn ein Autor wie Emil Ludwig vom „Verrat der Lichnowsky-Denkschrift“ spricht. Es ist unzulässig, den Munitionsarbeiterstreik zu schildern, ohne die Rolle Eberts bei seiner Abwürgung zu erwähnen. Obwohl mit Klarheit hervortritt, wie die Sozialdemokratie aus Furcht vor der sozialen Revolution das Kaiserreich erhalten wollte, wirkt manches bei Ludwig wie ein Versuch zur Ehrenrettung des letzten kaiserlichen Kanzlers, Eberts. So fehlt dessen Intervention gegen das sozialistische Sachsen und Thüringen als entscheidende Parallele zum Staatsstreich Hindenburgs von

Der zweite Teil im Leben Hindenburgs,

die sagenhafte Republik und ihr Untergang,

ist als ausschließlich sozialer Vorgang der Technik Ludwigs noch weniger zugänglich. Trotzdem ist der Uebergang Hindenburgs in diese neue Form, die Zaghaftigkeit dieser „Macht“, die sich ihrer Herkunft schämte, die Republik ohne Republikaner unter der Herrschaft der Reichswehr, gut geschildert. Andere Stellen wirken dagegen wieder so, als ob Ludwig Rücksichten nehmen wolle, die zur Zeit der Republik als patriotisch galten, die aber heute, da wir wissen, wohin sie geführt haben, nicht am Platze sind. Bei dem Mißlingen der Fürstenenteignung fehlt der entscheidende Vorgang, die geschickte „Interpretation“ der Verfassung durch den Reichskanzler Marx, die jedes Gelingen jedes Volksentscheides ein für alle Mal vereitelte. Widerspruch muß erhoben werden gegen eine Behauptung wie die, daß Reichsbanner, Stahlhelm und S. A. „einander“ mordeten. Schon oberflächliche Kenntnis genügt um festzustellen, daß, in der Regel unter dem lauten Beifall der Gerichte, die Republikaner von den Nationalisten ermordet wurden. Unrichtig ist die Angabe, daß das Verbot der S. A. von 1932 gegen den Willen des Reichswehrministers Schleicher erfolgt sei. In Wirklichkeit war damals noch Gröner Minister.

Wozu endlich die Delikatesse, die Steuerschiebung um das Gut Neudeck nicht in aller Schärfe zu kennzeichnen, beim Osthilfeskandal die korrupte Haltung Oskar Hindenburgs nicht klar auszusprechen? Schließlich hat doch zu deren Deckung der „Hüter der Verfassung“ die Deiche durchbrochen und das Land der Sintflut der Barbaren ausgeliefert.

Die letzten Seiten des Buches versuchen die Gedanken des in den Tod hinüberdämmernden Hindenburg zu schildern. Meines Erachtens ist eine solche Fragestellung: Was muß in Hindenburg bei seinem letzten Flaggenwechsel vorgegangen sein?, völlig unnötig. Ludwig will wiedergeben, was Hindenburg, ohnmächtig, bei der Rassengesetzgebung gefühlt haben mag. Es genügt doch, Hindenburgs jüdische Verwandte anzuführen und darauf Gewicht zu legen, daß kein antisemitisches Wort und keine antisemitische Tat von ihm bekannt ist. Es ist eine Abschwächung, uns vorführen zu wollen, was Hindenburg über die Scheußlichkeit des 30. Juni 1934 gedacht haben mag. Denn es ist nicht anzunehmen, daß er sich hierüber orientieren konnte und das von ihm unterzeichnete Telegramm noch gelesen hat. Diese Methode entspricht der ältesten Theatertechnik der Monologe. Ein Autor wie Emil Ludwig hätte sie nicht nötig gehabt.

Trotz dieser augenscheinlichen Nachteile muß das Buch als ganzes positiv gewertet werden. Denn die Leistung, die in der Entlarvung einer Heldengestalt liegt, überwiegt bei weitem.

Prag Paris Basel
5-7-35

E. J. Gumbel

Es ist sehr verdienstvoll, dass der »Gegen-Angriff« den Vorschlag einer deutschen Einheitsfront gegen den Faschismus aufgegriffen. Als Ziel setzt der Artikel vom 8. Juni die Erleichterung der gegenseitigen Hilfe für alle Opfer des Nationalsozialismus und die moralische Verurteilung der Barbaren. Letzte, wichtigste Aufgabe ist aber die Vorbereitung zu ihrem Sturz. Ohne Einheitsfront ist keiner dieser Ziele erreichbar. Dies wrd von Tag zu Tag deutlcher.

Aber jedes Angebot einer politischen Gruppe an andere muss unter solchen Formen und Begleitumständen erfolgen, dass ein Gutwilliger es auch annehmen kann. Diese notwendige, wenn auch leider nicht hinreichende Bedingung muss selbst dann erfüllt werden, wenn man vermutet, dass die Führer der kommenden Vertragspartner schlechten Willens sind. Ein Vorschlag zur Zusammenarbeit verschiedener Gruppen setzt nicht die Unterlassung gegenseitiger Kritik voraus, wohl aber, dass diese Kritik in Formen vor sich geht, die als Ermunterung zur gemeinsamen Arbeit und nicht als Verletzung der Grundlagen und Voraussetzungen der Zusammenarbeit zu werten ist.

Diese Bedingungen sind bei dem Vorschlag des »Gegen-Angriff« vom 8. VI., Seite 1, leider nicht erfüllt. Denn der Satz auf S. 4: »Nachdem Gerhard Seger in seinem Buch »Oranienburg« die Verleumdung von Kommunisten zum Hauptgegenstand seiner Darstellung gemacht hat...« ist unrichtig. Da es schwer fällt zu glauben, dass Sie dies nicht wissen, fürchte ich, dass das Angebot leider diesmal tauben Ohren klingt.«

*

Anm. der Redaktion: Wir werden auf diese Erklärung Professor Gumbels in der nächsten Nummer antworten.

2. AUGUST 1935

„Man muss etwas tun"

E. J. Gumbel

Bruno Frei erhielt auf seinen »Offenen Brief« an E. J. Gumbel (»Gegen-Angriff« Nr. 28) folgende Antwort, die wir im Interesse der Förderung der Einheitsfrontbewegung veröffentlichen.

»Ich bestätige Ihren Brief vom 22. Juli sowie den Empfang der Nummern 27 und 28. Ihre Polemik gegen mich empfinde ich als loyal und zulässig. Da ich nicht über alle Vorschläge und Verhandlungen zur Einheitsfront orientiert bin, hatte ich mich darauf beschränkt, Ihrem Wunsch gemäss zu einer Nummer des »Gegen-Angriff« Stellung zu nehmen. Dies war nicht möglich ohne die Nummer als ganzes zu betrachten. In der Beurteilung Seegers gehen wir deutlich auseinander. Auch für Ihre jetzige Betrachtung kann ich in dem Buch Seegers keine Stütze finden.

In Ihrer Antwort werfen Sie das Gesamtproblem der Einheitsfront auf. Dies ist nicht nur berechtigt, sondern heute zwingend. Es wäre ein Verbrechen von uns allen, wenn die Einigung, nach der das ganze unterdrückte Deutschland und alle ehrlichen Menschen in der Emigration schreien, heute nicht gelingt. Wir wären aller grossen Traditionen der Arbeiterbewegung und aller Leiden der Illegalität unwürdig, wenn wir, wie bisher in der Emigration, uns den Untermenschen nur getrennt und deswegen schwer entgegenstellen würden. Millionen in Deutschland, aus allen Klassen und Schichten warten auf das befreiende Wort »Einigung«, das ihnen wie uns Stärke verleihen würde.

Mit sozialistischem Gruss

E. J. Gumbel

den 16. August 1935
Strasbourg

LA REPUBLIQUE

Hindenburg

Von E. J. GUMBEL

Hindenburgs Leben fängt, drei Jahre nach seiner Pensionierung wegen Ueberalterung, mit 67 Jahren im Herbst 1914 an. Es ist unmöglich seine Geschichte zu schreiben, ohne gleichzeitig die Entwicklung Deutschlands der letzten 20 Jahre zu schildern oder als bekannt vorauszusetzen. Emil Ludwig wählt in seinem Buch «Hindenburg oder die Sage von der Deutschen Republik» (Querido-Verlag Amsterdam 1935) den ersteren, schwierigeren Weg.

Eine so grosse Aufgabe muss dazu führen, dass der Autor Teile des Problems opfert. So muss auch der Kritiker vermeiden, selbst eine (vermutlich andere) Geschichte Deutschlands zu schreiben. Zudem steht er vor der Gefahr, sich mit der ganzen spezifischen Technik Emil Ludwigs auseinandersetzen zu müssen, die darin besteht, soziale Probleme in individuellem Rahmen zu spiegeln.

Das vorliegende Buch ist wertvoll, weil es dazu beiträgt, Legenden zu zerstören. Denn Hindenburg, ein ruhender Pol im Mittelpunkt grösster Ereignisse, wird wahrheitsgemäss geschildert: ein unbedeutender, mittelmässiger Mensch, nicht aus Eisen, sondern aus Holz, ein Mann mit nie versagendem Appetit und Schlaf, «dem mehr geschah als er tat».

In vorzüglicher Weise gibt Emil Ludwig die klassenmässige Herkunft und den Standort seines Helden. Hindenburg stammt aus der Kadettenanstalt, in der Charaktere gebrochen werden. Er ist zeitlebens diesem Ideal treu geblieben. Zuletzt, zum Schulbuchhelden gestempelt, hat er wohl selbst an seine Legende vom unbesiegbaren Feldherrn geglaubt. Er hat sich immer der Rolle angepasst, die die Welt ihm zuteilte. «Es wächst der Mensch mit seinem grösseren Mythos». Seine Heldenlaufbahn begann er, indem er den Ruhm von «Tannenberg» hinnahm, obwohl die gewonnene Schlacht im wesentlichen das Verdienst seiner Vorgänger war. Bezeichnend hierfür ist die von Ludwig angeführte Aeusserung des Generals Hoffmann: seit er höre, Hindenburg habe die Schlacht bei Tannenberg gewonnen, glaube er nicht mehr an die Existenz von Caesar oder Hannibal.

Sehr mit Recht betitelt Emil Ludwig seine Kapitel nach den Fahnen, unter denen Hindenburg führte: schwarz-weiss, schwarz-weiss-rot, schwarz-rot-gold, bis zum Hakenkreuz. Aber die Bedeutung dieser vielfarbigen Treue ist weit tiefer, als sie bei Emil

Ludwig erscheint. Denn d
Fahnenwechsel von 1918 h
burg wesentlich dazu beiget
Kapitalismus zu retten und
blik der Hoffnung, die si
hatte, zu entkleiden. Die D
einerseits schwarz-rot-gold
schwarz-weiss-rot, symbol
Rettung des Fürstenvermö
den ersten Verfassungsbruch
Stabilisierung des alten D
die Vorbereitung zur D
schwarz-weiss-rot mit Hake
den Weg zu seiner Alleinhe

Das Leben Hindenburgs
zwei Epochen: wie er den
und verlor, und wie er di
führte und verlor. In der er
soziale Faktor weniger deu
entsprechend eignet sie sic
die Technik Ludwigs. E
wie, nicht Hindenburg, s
dendorff trotz tiefer politi
wissenheit die bürgerlichen
ausschaltete, den Kanzler
dem er sich das parlamentar
des Misstrauensvotums ann
Diktator aufrückte, den
einer durch keine Kenntni
scheidenden Faktoren get
geszuversicht führte und
gründete. Zuletzt verlor er
weil er nicht wusste, da
über 100 Millionen Einwoh
grösste Industrie der Erde

53A

Antwort an Prof. Gumbel

Lieber Professor Gumbel!

In dem Begleitbrief mit dem Sie mir Ihre Antwort auf den Einheitsfront-Appel des »Gegenangriff« vom 8. Juni »Man muss etwas tun« zusenden, schreiben Sie:

> »Ich fürchte, daß Sie meine Antwort nicht bringen werden oder mit mich kränkenden Gegenäußerungen versehen werden. Ich nehme diese Gefahr hin, da es mir notwendig erscheint, zu diesem Zentralpunkt der deutschen Politik öffentlich Stellung zu nehmen.«

Nun, Sie haben gesehen, dass der »Gegenangriff Ihre Antwort kommentarlos (wenn auch nicht widerspruchlos) abgedruckt hat. Der Widerspruch, dem ich heute Form geben möchte ist nicht in der Absicht geschrieben Sie zu kränken. Warum sollen wir mit Kränkungen die guten und gewichtigen Gründe entwerten, die wir auf unsere Seite zu haben glauben? Nein, wir wollen nicht schimpfen, lieber Professor Gumbel, wir wollen miteinander diskutieren.

Ja, worüber sollen wir nun eigentlich diskutieren? Sicherlich würde sich manche Meinungsverschiedenheiten, theoretische und taktische Differenzen ergeben, wenn wir die politischen Probleme aufrollen würden. Aber in dem, wovon der Appel des GA sprach und worauf Ihre Antwort eingeht, gibt es keine Meinungsverschiedenheiten zwischen uns. Sie und wir sind der gleichen Meinung, dass ohne Einheitsfront, keines der Ziele erreichbar ist, für die wir kämpfen. Es besteht auch keine Meinungsverschiedenheit darüber, was Sie in dem zweiten Absatz Ihrer Antwort als Bedingung jedes Angebots zur Zusammenarbeit zwischen politischen Gruppen aufgestellt haben: dass sie unter solchen Formen und Begleitumständen erfolgen müssen, dass ein Gutwilliger es auch annehmen kann. Sie lassen die Möglichkeit gegenseitiger Kritik offen, nur müsse diese Kritik in Formen vor sich gehen, die als Ermunterung der gemeinsamen Arbeit und nicht als Verletzung der Grundlagen und Voraussetzungen d. Zusammenarbeit zu werten ist. Auch darin sind wir vollkommen einer Meinung, auch hierüber erübrigt sich jede Diskussion. Diese Bedingung ist einer der Punkte des sich zum Heil der Arbeiterklasse auswirkenden Einheitsfrontpaktes zwischen den beiden französischen Arbeiterparteien.

Aber hier beginnt der Unterschied. Das was Sie

haben uns, ohne durch einen Pakt dazu verpflichtet zu sein, bemüht den Appel »Man muss etwas tun«, der die Einheitsfront gegen den Hitlerterror fordert, so sachlich und so korrekt wie nur möglich abzufassen. Selbst Sie haben mit Ihrem Stilmikroskopierverfahren keine Spur eines »Schimpfens« feststellen können.

Nun kommt es aber gar nicht auf diesen einen Artikel an. Es kommt darauf an, dass das Zentralkomitee der KPD seit mehreren Monaten die Angebote an den Prager Parteivorstand der SPD zur Zusammenarbeit gegen Hitler wiederholte: 1) in der Frage der Vorbereitung der Vertrauensrätewahlen, 2 in der Frage des Kampfes gegen die allgemeine Wehrpflicht und gegen die Militarisierung und 3) in der Frage des Kampfes gegen den Terror und der Hilfe für die Opfer des Terrors. Wer diese Angebote liest — ich weiss nicht, ob Sie sie kennen — kann sich des Eindruckes nicht erwehren, dass tiefste Ernst und höchstes Verantwortungsgefühls für die deutsche Arbeiterklasse, die Verfasser dieser Dokumente beseelte. Besonders das letzte Angebot, das einen fast möchte man sagen beschämend engen Rahmen umfasst, eine nämlich Minimaleinheitsfront gegen den gemeinsamen Todfeind, gegen die Gestapo, herzustellen, sollte ausserhalb jeder Anzweiflung bleiben. Glauben Sie, man könnte es wagen den Frauen, deren Männer in den Kellern der Gestapo verschwunden sind, den Arbeitern die sich in ihrer höchsten Not des geheiligten Begriffs »Solidarität erinnern mit langwierigen Bedingungen zu kommen, mit der Aufzählung von Voraussetzungen die erst erfüllt werden müssten ehe die im Auslande lebenden SPD-Führer sich bereit erklären die durch den Zusammenschluss mögliche Maximalkraft aufzubringen — um dem Terror entgegenzutreten, um den Opfern des Terrors zu helfen? Und Sie verehrter Professor Gumbel finden es für richtig in einer solchen Lage mit der stilkritischen Lupe in der Hand festzustellen, die Einheitsfront sei nicht möglich, weil in einer Buchbesprechung auf S 4 des »Gegenangriff« vom 8. Juni ein Angriff auf Gerhart Seeger enthalten sei?

Es ist schwer ruhig zu bleiben, lieber Genosse Gumbel ...

Doch bleiben wir bei dieser Buchbesprechung. Worum geht es da? Es ist die Besprechung der Broschüre eines sozialdemokratischen Arbeiters, der mit Gerhart Seeger zusammen im Konzentrationslager war und sich darüber entrüstet, dass Seeger die Taten krimineller Gefangener den Kommunisten in die Schuhe schiebt. Warum tut das Seeger? Er tut es — das ist keine »Beschimpfung«, sondern Seegers Bekenntnis — zur Diskreditierung der Einheitsfront. In einer Kritik an diesem Verhalten Seegers, die wir nicht einmal nach Abschluss eines Einheitsfrontpaktes einzustellen brauchten, (wie Sie selbst zugeben) die geboren ist aus der Sorge um die Einheitsfront, erblicken Sie den, einen zureichenden Grund der diejenigen entschuldigen soll, die sich der schreienden Verpflichtung endlich gegen Hitler gemeinsam zu kämpfen mit immer neuen und immer alten Ausreden entziehen.

Nein, so kommen wir nicht weiter, Genosse Gumbel! Die Kommunisten haben bewiesen, dass sie keine Bedingungen stellen, wenn es sich darum handelt die Einheit im Kampfe gegen Hitler herzustellen. Ja noch mehr sie sind auch bereit Bedingungen die sich auf die Formen der Kritik beziehen anzunehmen, wenn dadurch der Weg, der zur Einheit führt, geebnet werden kann. Aber wenn trotz dieser aus der Verantwortung für das Schicksal der Arbeiterklasse entspringenden geradlinigen Haltung der Kommunisten, trotz dieser ausgestreckten Bruderhand, der Parteivorstand der SPD alle Angebote ablehnt, selbst das Angebot des einheitlichen Kampfes gegen den Terror, dann ist es ganz und gar unmöglich, lieber Genosse Gumbel, dass sie eine Formulierung in einer Broschürenkritik d. »Gegenangriff« als die Ursache des Scheiterns der Einheitsfront hinstellen. Das heisst die Proportionen ein wenig zu grotesk verschieben.

Die Einheitsfront, von der Sie selbst sagen, dass sie die Voraussetzung des Sturzes der Hitlerdiktatur ist, wird kommen. Trotz der Kritik an dem Seegerschen Buch — und trotz der Ablehnenden Haltung des Parteivorstandes. Zu gross sind die Leiden der gemarterten Massen in Deutschland, als dass sie länger diesem Spiele untätig zusehen würden. Der Gedanke der Einheit ist in seinem sieghaften Glanze nicht mehr zu verwischen. Durch keinerlei Verdrehungen. Es wird kommen, wie es die Deklaration der zur Volksfront zusammengeschlossenen französischen Organisationen vom 23. Juni im Park von Montreul verlangt:

> »Wir wenden uns an die Vertreter aller antifaschistischen Parteien und Organisationen Deutschlands und rufen ihnen zu: Denkt an die ungeheuren Opfer, die ihr gemeinsam bringen mußtet, denkt an euer versklavtes und gefoltertes Volk, denkt an den Frieden der Welt: vereinigt eure Kräfte gegen den Todfeind der Menschheit, den Faschismus!«

Dass es so kommen soll, rasch und ohne Zeitverlust, daran wollen wir, ich darf der Hoffnung Ausdruck geben, gemeinsam, weiter arbeiten.

Bruno Frei.

dem gab Hindenburg, völlig versunken in seine Hauptaufgabe, Hof zu halten, seinen Namen und nur ihn her. Als es schief ging, liess er den Mann, der all dies geleistet hatte, einfach und voll altgermanischer Treue fallen.

Vorzüglich zeigt Emil Ludwig, wie Hindenburg das Friedensangebot «noch heute Nacht» forderte und dies schon nach kurzer Zeit nicht mehr wahr haben wollte. Den Abschluss des Waffenstillstands, die letzte Aufgabe des Soldaten, überliess er dem sich leichtfertiger Weise vordrängenden Erzberger, um sich dann durch die Dolchstosslegende, eine Lüge, die andere für ihn schufen, in Memoiren, die andere für ihn schrieben, jeder Verantwortung zu entziehen.

Im ganzen folgt unser Autor der Wertung Delbrücks «eine ehrwürdige Null», wobei die Ehrwürdigkeit mit Recht in Frage gestellt wird. Aber es fehlt die politische Charakterisierung durch Theodor Lessing: «Auf die Zero folgt häufig der Nero», jenes tiefe prophetische Wort, das seinem Autor das Leben gekostet hat.

Glänzend schildert Emil Ludwig die Geschichte des Gemäldes der Schlacht von «Tannenberg». Mit Behagen widmet sich Hindenburg während langer Kriegsmonate den Knöpfen, Orden und Schnüren in Oel. Die

(Fortsetzung von Seite 2)

Hosen waren ihm nicht dunkel, der Samt nicht rot genug. Dann stimmte auf irgend einer Uniform die Zahl der Knöpfe nicht, dann war ein «Untergebener» zu sehr im Vordergrund. Solche Sorgen durchzogen das Jahr 1918. Der letzte Brief an den Hofmaler datiert vom 7. November. Durch die liebevolle Schilderung solcher Beschäftigungen wird der Held ausgezeichnet herausgearbeitet.

Die Stärke Ludwigs ist die psychologische Gegenüberstellung. Vorzüglich gelungen ist dies in den grossen Gegenpolen Hindenburg-Ludendorff wie Hindenburg-Hitler. So heisst es in der Unterredung im August 1932:

«Hier steht eine mächtige Gestalt, siebzig Jahre lang an Uniform gewöhnt, einem unruhigen Menschen gegenüber, der sie nur durch den Zufall eines Krieges bekommen und wieder abgestreift hat, an dem nichts sitzt, nicht einmal das von ihm selber erfundene Hemd, während der Alte ganze Tage seines Lebens auf Knöpfe, Schnallen und Orden verwendet hat. Dem Manne mit dem mächtigsten Schnurrbart im Lande steht der Mann mit dem kleinsten, dem quadratischen Schädel ein ovaler gegenüber. Hier steht ein nervenloser Mann vor einem nervösen, ein gesunder vor einem Neurastheniker, ein grosser Esser vor einem Vegetarier, ein Familienvater vor einem ewigen Junggesellen. Hier steht ein Mann, der von selber wirkt, vor einem, der beständig wirken möchte, ein Furchtloser vor einem Aufgeregten, ein zum Befehl Geborener vor einem, der immer befehlen möchte, ein organisch Gewachsener vor einem, der heraufgeschossen ist. Hier steht Protestant vor einem Katholiken, Protestant vor einem Katholiken, ein ein Preusse vor einem Oesterreicher, ein volksfremder vor einem volksnahen Menschen; ein Rassemensch, der an Klassen glaubt, vor einem Klassenmenschen, der an Rasse glaubt, ein Rationalist vor einem Mystiker, ein Emporgetragener vor einem Emporgestiegenen, ein Schweiger vor einem Redner, ein gelassener vor einem ehrgeizigen Manne.»

Aber diese psychologische Methode muss bei der politischen Wertung versagen. Es ist unzulässig, wenn ein Autor wie Emil Ludwig vom «Verrat der Lichnowsky-Denkschrift» spricht. Es ist unzulässig, den Munitionsarbeiterstreik zu schildern, ohne die Rolle Eberts bei seiner Abwürgung zu erwähnen. Obwohl mit Klarheit hervortritt, wie die Sozialdemokratie aus Furcht vor der sozialen Revolution das Kaiserreich erhalten wollte, wirkt manches bei Ludwig wie ein Versuch zur Ehrenrettung des letzten kaiserlichen Kanzlers, Eberts. So fehlt dessen Intervention gegen das sozialistische Sachsen und Thüringen als entscheidende Parallele zum Staatsstreich Hindenburgs von 1932.

Der zweite Teil im Leben Hindenburgs, die sagenhafte Republik und ihr Untergang, ist als ausschliesslich sozialer Vorgang der Technik Ludwigs noch weniger zugänglich. Trotzdem ist der Uebergang Hindenburgs in diese neue Form, die Zaghaftigkeit dieser «Macht», die sich ihrer Herkunft schämte, die Republik ohne Republikaner unter der Herrschaft der Reichswehr, gut geschildert. Andere Stellen wirken dagegen wieder so, als ob Ludwig Rücksichten nehmen wolle, die zur Zeit der Republik als patriotisch galten, die aber heute, da wir wissen, wohin sie geführt haben, nicht am Platze sind. Bei dem Misslingen der Fürstenenteignung fehlt der entscheidende Vorgang, die geschickte «Interpretation» der Verfassung durch Marx, die jedes Gelingen jedes Volksentscheids ein für alle Mal vereitelte. Widerspruch muss erhoben werden gegen eine Behauptung wie die, dass Reichsbanner, Stahlhelm und SA «einander» mordeten. Schon oberflächliche Kenntnis genügt um festzustellen, dass, in der Regel unter dem lauten Beifall der Gerichte, die Republikaner von den Nationalisten ermordet wurden. Unrichtig ist die Angabe, dass das Verbot der SA von 1932 gegen den Willen des Reichswehrministers Schleicher erfolgt sei. In Wirklichkeit war damals noch Groener Minister.

Wozu endlich die Delikatesse, die Steuerschiebung um das Gut Neudeck nicht in aller Schärfe zu kennzeichnen, beim Osthilfeskandal die korrupte Haltung Oskar Hindenburgs nicht klar auszusprechen? Schliesslich hat doch zu deren Deckung der «Hüter der Verfassung» die Deiche durchbrochen und das Land der Sintflut der Barbaren ausgeliefert.

Die letzten Seiten des Buches versuchen die Gedanken des in den Tod hinüberdämmernden Hindenburg zu schildern. Meines Erachtens ist eine solche Fragestellung: was muss in Hindenburg bei seinem letzten Flaggenwechsel vorgegangen sein, völlig unnötig. Ludwig will wiedergeben, was Hindenburg, ohnmächtig, bei der Rassengesetzgebung gefühlt haben mag. Es genügt doch, Hindenburgs jüdische Verwandte anzuführen und darauf Gewicht zu legen, dass kein antisemitisches Wort und keine antisemitische Tat von ihm bekannt ist. Es ist eine Abschwächung uns vorführen zu wollen, was Hindenburg über die Scheusslichkeit des 30. Juni 1934 gedacht haben mag. Denn es ist nicht anzunehmen, dass er sich hierüber orientieren konnte und das von ihm unterzeichnete Telegramm noch gelesen hat. Diese Methode entspricht der ältesten Theatertechnik der Monologe. Ein Autor wie Emil Ludwig hätte sie nicht nötig gehabt.

Trotz dieser augenscheinlichen Nachteile muss das Buch als ganzes positiv gewertet werden. Denn die Leistung, die in der Entlarvung einer Heldengestalt liegt, überwiegt bei weit

55

Volksstimme St. Gallen 17. 9. 35

Das braune Netz

Heute, wie in den Tagen vor der Machtergreifung führen die Nationalsozialisten einen erbitterten Bürgerkrieg gegen die Mehrheit des Deutschen Volkes, in Konsequenz dessen auch gegen die Emigranten. Der Carrefour-Verlag, Paris, hat in seinen bisherigen Veröffentlichungen, insbesondere dem fundamentalen Braunbuch, den Terror in Deutschland geschildert. Im „Braunen Netz" deckt er die bisher nicht genügend beachtete Auslandsorganisation der Nationalsozialisten auf.

Die Dynamik ihres Systems zwingt diese Machthaber zur Expansion. Für die hierbei verwendeten Methoden ist die Ermordung von Dollfuß das beste Beispiel. Der wirtschaftliche Mißerfolg im Innern soll durch den Versuch, unbequeme Künder der Wahrheit auch im Ausland zu beseitigen, überkompensiert werden. Dies zeigt, um nur die bekanntesten Untaten zu nennen, die Ermordung von Professor Lessing und des Ingenieurs Formis in der Tschechoslowakei, von Rotter in Liechtenstein, von Jesuttis im Memelgebiet. Die Entführung Berthold Jacobs aus Straßburg über Basel, im Buch sachgemäß und besonders gut dargestellt, umschließt sozusagen das ganze Braune Netz: Die Gestapostellen im Ausland, ihre Zusammenarbeit mit vielen Behörden, von der Zollstelle bis zum Reisebureau, die großen Summen, die zur Verfügung stehen, die Methoden der Tarnung durch Pseudoemigranten und Agents provocateurs, die Verleumdung des Opfers als gemeinen Verbrechers, endlich die dummschlauen und verlogenen Methoden der Ableugnung.

Auch unpolitische Emigranten werden bespitzelt, damit ihre Angehörigen in Deutschland als Geiseln in Konzentrationslager eingesperrt werden können. Die Emigranten sind also zum mindesten passiv nicht aus dem politischen Leben des Vaterlandes verschwunden. Endlich dient ein großer Teil der Auslandstätigkeit den Nationalsozialisten direkt zur Vorbereitung des Krieges. Unmittelbare Konsequenz dieser Methoden ist für die Emigration die Pflicht zur Aufdeckung und Bekämpfung der Spitzel, Agentsprovocateurs und Mörder, welche die Nationalsozialisten ausschicken. Dieser Pflicht zur Aktivität entspricht das vorliegende Buch.

Es ist naturgemäß außerordentlich schwierig, die Tätigkeit der Nationalsozialisten im Ausland und ihren organisatorischen Aufbau fehlerfei darzustellen. Zunächst muß man sich davor hüten, Unschuldige zu verdächtigen, sie damit des moralischen Zusammenhangs zu berauben und womöglich ins Lager des Feindes zu treiben. Dann ist ein dokumentarisch schlüssiger Beweis einer Spitzeltätigkeit nicht immer möglich. So muß vielfach ein komplizierter Indizienbeweis geführt werden, der aus kleinen Anhaltspunkten große Zusammenhänge erschließt. Eine andere Schwierigkeit besteht darin, daß diese Aufdeckung häufig sehr zeitraubend ist, während wir nicht damit warten können, uns zu schützen. In vielen Fällen muß man sich damit begnügen, die Angaben glaubhaft zu machen.

Das Buch schildert zunächst die vielfach verschachtelten Instanzen der Auslandsstellen, des Auswärtigen Amtes, des Reichswehrministeriums, der Gestapo und des Propagandaministeriums. Das Unterrichtsministeriums macht durch pseudowissenschaftliche Institute Propaganda für Annexionen. Dann existieren an die vierhundert ausländische Ortsgruppen der Partei und der Arbeitsfront und das wichtige außenpolitische Amt des Herrn Rosenberg, das sogar eine Internationale Arbeitsgemeinschaft der Nationalisten gegründet hat. Zu den Reichs- und Parteistellen kommen zahlreiche scheinbar unabhängige Organisationen im Reich wie im Ausland. Zur ersten Kategorie gehören u. a. die „Nationalsozialistische Kriegsopferversorgung" des Herrn Oberlindober, der Verein für das Deutschtum im Ausland und der Arbeitsausschuß Deutscher Verbände, zur letzteren zahlreiche Reisebureaux. Endlich haben die Nationalsozialisten in den Deutschland umgebenden Ländern zahlreiche scheinbar völlig unabhängige Organisationen von nationalen Minderheiten gegründet, tatsächliche einfache Zweigstellen der Partei. Vielfach gehen diese Organisationen durch Querverbindungen in einander über. Die offiziell betonte Unabhängigkeit von der Partei, die tatsächlich das ganze System kontrolliert, dient der Tarnung, erlaubt, evidente Zusammenhänge zu leugnen und bloßgestellte Agenten fallen zu lassen. Die Zahl der allein in diesem Gestapo-Apparat beschäftigten Personen wird auf 20,000 (Zwanzigtausend), die jährlichen Kosten der gesamten Auslandstätigkeit werden auf jährlich 250 Millionen Mark geschätzt.

Die Aufgaben dieser gewaltigen Organisation sind vielfältig. Sie erstrecken sich von der einfachen Beobachtung der Emigranten bis zur Denunziation ihrer Angehörigen in Deutschland und den Versuchen Emigranten zurückzulocken, von der Reklame für den Friedenswillen Hitlers, der Lancierung von Falschmeldungen, der Gleichschaltung der deutschen Presse im Ausland, der antisemitischen Propaganda im Weltmaßstab bis zum „wissenschaftlichen" Beweis der Höherwertigkeit der „nordischen" Rasse, d. h. der Rechtfertigung der territorialen Ansprüche auf alle abgetretenen Gebiete, Oesterreich und Deutsch-Böhmen, von der Provokation zu Verstößen gegen die Devisenbestimmungen bis zur Veranstaltungen von Einbrüchen bei Emigranten, vom Waffenschmuggel bis zur Einführung und dem politischen Mord, von der Bildung von Nazizellen in allen Deutschland umgebenden Ländern und in Ueberseе über die wirtschaftliche und militärische Spionage bis zur Vorbereitung des Krieges. Das Buch belegt diese Tätigkeit durch eingehende Beispiele.

Den größten Teil des Werkes nimmt die Schilderung des organisatorischen Aufbaus des „Braunen Netzes" ein. Dabei wird in geschickter Weise zahlreiches offizielles Material verwendet. Vielleicht ist demgegenüber die eigentliche Tätigkeit der Nationalsozialisten im Ausland, insbesondere die Entführungen und Morde etwas zu kurz behandelt. Aber man muß beachten, daß die Veröffentlichung dieses Aufbaus ja bereits ein wesentliches Mittel zu seiner Bekämpfung ist. Eine namentliche Liste von 590 Auslandsagenten und 40 Photographien von überführten Spitzeln wird diesem Zweck sehr dienlich sein. So liefert das Buch geeignete Waffen zur Abwehr der Nationalsozialisten im Ausland.

Prof. E. J. Gumbel, Lyon.

MITTEILUNGEN

DER DEUTSCHEN FREIHEITS-BIBLIOTHEK PARIS

Präsident: Heinrich MANN

65, Boulevard Arago, Paris XIII. Nr. 6 / 1. November 1935

E.J. GUMBEL.

KOMMT MIT UNS!

(Original-Beitrag)

In dieser Stunde, in der Millionen enttäuscht und fast verzweifelt nach einem Ausweg suchen, versammeln sich Deutsche im Innland und im Ausland mit dem Ruf der Einigung, zum Neuen wie zur Rettung dessen, was an unserer Kultur lebenswert ist. Ihre Beratungen ruhen auf einfachem und klarem Fundament: Es ist nicht wahr, dass es keine sozialen Kräfte ausserhalb der Nazis gibt.

Umgekehrt: Wenn die Nationalsozialisten gestürzt sind, werden unerhörte Kräfte aus den Tiefen des Volkes frei. Sie entstammen vor Allem den Schichten, die heute stärker als jemals zuvor unterdrückt sind. Sie gilt es zu wecken. Auf sie können wir vertrauen. Die Revolution wird die opferfreudigen Helden der Illegalität als zukunftsgläubige Führer aufsteigen lassen, Menschen mit reinen Herzen und reinen Händen, an denen weder Blut noch unterschlagenes Geld klebt.

Deutschland hat fruchtbaren Boden, eine herrliche industrielle Technik, gebildete, disziplinierte Massen. Die wissenschaftlichen Grundlagen der Produktion und die Fundamente eines reichen geistigen Lebens sind vorhanden. Alle Voraussetzungen einer erfolgreichen Planwirtschaft sind so erfüllt.

Wir wollen nicht, wie 1848 und 1918, mit dem Aufbau einer Verfassung beginnen, die zu schön ist, um der Not stand zu halten, welche politische Rechte verspricht und wirtschaftliche Sicherungen unterlässt. Wir wollen vielmehr die agrarischen und industriellen Drohnen, die das Kaiserreich, die Republik und das III. Reich beherrschen, zugunsten der Arbeitsamen enteignen, damit wir die Not von heute durch mühsame Arbeit Schritt um Schritt in den Ueberfluss verwandeln, den der jetzige Stand der Produktionstechnik verbürgt. So werden wir den Weg zur Freiheit gehen. Wir rufen Euch zu: "Kommt mit uns"!

57

Lyon Républicain
29.1.36

Les professeurs Emmanuel Lévy et André Philip proposent Carl von Ossietzky pour le prix Nobel de la paix 1936

MM. Emmanuel Lévy et André Philip, professeurs à la Faculté de droit de Lyon, viennent de faire usage de leur droit de proposer un candidat au prix Nobel de la paix pour 1936.

Ils ont ainsi désigné le grand pacifiste allemand Carl von Ossietzky, ancien rédacteur en chef de la revue la « Weltbüne », qui est actuellement détenu dans le camp de concentration Papenburg-Esterwege.

Carl von Ossietzky a été arrêté la nuit même de l'incendie du Reichstag, le 28 février 1933. Sans aucun acte de procédure juridique, il est détenu depuis trois ans.

M. André Philip a écrit au comité Nobel : « Je n'entends nullement, par cette proposition, faire un geste le portée politique, mais vous demande seulement de récompenser, en dehors de toute préoccupation de nationalité ou d'opinion partisane, un de ceux qui, dans le passé, ont le plus courageusement travaillé pour la paix et qui, aujourd'hui, souffrent pour elle. »

Die neue Weltbühne
30. Januar 1936

Ein Vorschlag zur Einigung

von E. J. Gumbel

Drei Jahre der Bandenherrschaft in Deutschland haben unerhörte ethische, geistige und wirtschaftliche Werte vernichtet. Die Liquidation dieser Regierung und der Neubau sind ungeheuer schwierig.

Bisher hat die Emigration nicht viel zur Lösung dieses Problems beigetragen. Zum Teil liegt dies an ihrer Inhomogenität: das Negative verbindet nicht genug. Die Bestrebungen zur Einigung — der Voraussetzung dafür, erfolgreich an der Lösung des Problems mitzuarbeiten — bringen nur langsam Fortschritte. Vielleicht weil das Ziel — Konzentration — zu weit gesteckt war. Wir müssen es verengen und verschärfen. Kristallisation, Block, nicht Brei, muss die Losung sein.

Zur Einigung der Emigration wie zum Erfolg der unterirdischen Arbeit in Deutschland gibt es ein Mittel, das bisher nicht versucht wurde: Aufstellung eines gemeinsamen Minimalprogramms. Es muss den unterdrückten, nach Freiheit dürstenden Massen zeigen, was wir in den sechs Monaten nach dem Sturz der Bandenwirtschaft tun werden. Es muss beweisen, dass die Angst vor dem kommenden Chaos unberechtigt ist; dass wir fähig sind, eine Kontinuität zu wahren.

Wir dürfen den Blick nicht zurück nach Weimar richten. Das Minimalprogramm muss weit genug sein um Hoffnungen zu wecken, trotzdem seine wirtschaftliche Basis die aktuelle Armut ist. Es muss fest umrissen sein. Seine Verwirklichung muss Stabilität des neuen Regimes und sozialen Fortschritt bieten. Vor allem muss es an die sozialistischen Parolen anknüpfen, die einst die nationalsozialistische Bewegung vorwärts trieben. Durch wirtschaftliche und politische Sicherungen muss es verhindern, dass der Weg über die Freiheit zu neuer Sklaverei führt.

Je aktueller dieses Minimalprogramm, desto stärker wird es durch die Hoffnung, die es in breiten Schichten weckt, selbst zum politischen Faktor, der den Tag seiner Verwirklichung näher bringt.

CORRESPONDANCE

Statistiques allemandes

Nous avons reçu la lettre suivante :

Monsieur le directeur,

Dans votre numéro du 28 février dernier, vous avez publié, d'après la *Deutsche Allgemeine Zeitung*, une statistique de l'émigration allemande. Ce document est d'une grande importance pour juger de la valeur de toutes les statistiques qui proviennent de l'Allemagne d'aujourd'hui. En effet, d'après ce document, l'émigration allemande aurait été de l'ordre de grandeur de 50,000 personnes *par an* pour les années 1920 à 1932, tandis qu'elle n'aurait pas atteint 40,000 personnes pour les *trois* années de domination naziste. Par contre, la lettre de démission du haut commissaire MacDonald à la Société des nations évalue l'émigration allemande à 80,000 individus, le double du chiffre donné par les statisticiens nazis. Il est impossible que M. MacDonald se soit trompé de beaucoup, car 40,000 émigrés allemands sont entrés en Palestine, 20,000 à peu près se trouvent encore en France, et l'émigration dans les autres pays du monde atteint au moins le même chiffre.

Permettez-moi de vous signaler à cette occasion une petite erreur historique qui s'est glissée dans les déclarations de M. Hitler à l'occasion de son interview récente (reproduite dans le *Temps* du 29 février) : « J'étais en prison quand j'ai écrit ce livre (*Mein Kampf*). » Il est assez rare que l'auteur d'un livre, et d'un seul, se trompe sur la date de la première édition. En réalité, *Mein Kampf* se compose de *deux* volumes. Le premier a été écrit, d'après la préface, dans la forteresse de Landsberg, en 1924. Il n'a trait qu'à la politique intérieure. Mais le second volume, qui se rapporte à la politique extérieure, date de 1926. C'est l'auteur lui-même qui écrit dans les conclusions : « Heute, im november 1926. » (Aujourd'hui, en novembre 1926.) A cette époque, M. Hitler était libre, et aucun soldat français n'occupait la Ruhr.

Veuillez agréer, etc.

E.-J. Gumbel.
chargé de recherches à la faculté des sciences de Lyon.

Temps 11.3.36

Extrait de : AMÉRIQUE LATINE
Adresse : Avenue Victor Emmanuel, 9-11, VIII^e
Date : 19 AVRIL 1936
Signature :
Expos

Quand le chancelier Hitler a publié le « Mein Kampf »

Dans l'interview que le chancelier Hitler a accordé à M. Bertrand de Jouvenel, reproduit dans « Paris-Midi » et qui, d'après M. de Jouvenel, aurait été corrigé par la chancellerie allemande avant publication, il était indiqué : « J'étais en prison quand j'ai écrit ce livre (Mein Kampf) ». M. E. J. Gumbel, chargé de recherches à la Faculté des Sciences de Lyon écrit au « Temps » le 11 mars 1936 pour rectifier ce point et nous reproduisons le passage suivant de sa lettre.

Il est assez rare que l'auteur d'un livre, et d'un seul, se trompe sur la date de la première édition. En réalité, Mein Kampf *se compose de deux volumes. Le premier a été écrit, d'après la préface, dans la forteresse de Landsberg, en 1924. Il n'a trait qu'à la politique intérieure. Mais le second volume, qui se rapporte à la politique extérieure, date de 1926. C'est l'auteur lui-même qui écrit dans les conclusions : « Heute, im november 1926. » (Aujourd'hui, en novembre 1926). A cette époque, M. Hitler était libre, et aucun soldat français n'occupait la Ruhr.*

DAS NEUE

TAGE-BUCH

4. Jahrgang — Paris, 29. Februar 1936 — Heft 9

Die Quadratur des Kreises

Von E. J. Gumbel

Eine Geschichte, die zwar schon einige Monate alt ist, aber nichts von ihrem Reiz verloren hat, kommt mir erst heute vor Augen. Sie wird die Leser des „Neuen Tage-Buch" interessieren.

Hat da ein armer Musiklehrer, dem einige unverdaute Brocken von mathematischem Schulstoff Beschwerden machen, zum 999999. Male eine „Quadratur des Kreises" erfunden. So etwas gibt es immer und überall. Vor Zeiten hat sich Professor Bieberbach, der Leiter des mathematischen Seminars der Berliner Universität, sogar eine Postkarte drucken lassen, mit der er die unglücklichen Dilettanten, die ihm neue Quadraturen übersandten, schonend über die Sachlage unterrichtete. Jetzt aber herrscht ein anderer Geist. Der schöpferische Erfinder hat es gar nicht mehr nötig, für seine Anerkennung selbst zu kämpfen, die Mühe wird ihm von der „zuständigen" Stelle abgenommen. Am 7. März 1934 erscheint in der *„Kurhessischen Landeszeitung"* die folgende, auch sprachlich wertvolle Verlautbarung des örtlichen Leiters der massgeblichen deutschen Kultur-Autorität:

„Durch die ‚Kurhessische Landeszeitung' gibt der *Leiter des Kampfbundes für deutsche Kultur, Max Köhler,* der Oeffentlichkeit folgendes Forschungsergebnis von *Willi Oberle,* Kassel-Niederzwehren, bekannt, das besagt, dass dieser durch die Musikgeometrie zur Lösung der Quadratur des Kreises gelangt ist: Dem Musikforscher, Mitarbeiter des Kampfbundes für deutsche Kultur, Landesleitung Kurhessen, ist es *gelungen, aus den Ergebnissen seiner Forschungen auf dem Gebiete der Musikgeometrie die Quadratur des Kreises aufzudecken.* Ausserdem..."

Nun folgt ein langer Bericht, unterbrochen von schreienden Zwischentiteln wie „Forschungserfolg von unaussprechlicher Bedeutung" und so weiter.

Aber wenn es sich nicht direkt um Politik handelt, finden sich selbst im Dritten Reich noch Leute, die den Mut aufbringen, gegen den äussersten Unfug aufzutreten. Ein Einsender, der sich noch einen Rest von Studienkenntnissen bewahrt hat, klärt die Leser des Blattes bescheiden darüber auf, dass zum mindesten seit den Arbeiten des Mathematikers Lindemann, das heisst seit 1882, jeder Zweifel an der Unmöglichkeit einer Quadratur des Kreises mittels Zirkel und Lineal geschwunden ist. Er weist durch einfache Berechnung nach, dass die Oberle'sche Lösung darauf hinauskommt, den Kreis-Umfang dem *drei*fachen Kreis-Durchmesser gleichzusetzen. Um seine Zuschrift aufnahmefähig zu machen, fügt er hinzu, die schlechteste Näherungslösung des Problems rühre von den Juden her : in einer Beschreibung des Salomonischen Tempels wird nämlich erwähnt, dass ein Becken 10 Ellen Durchmesser und 30 Ellen Umfang habe, — was also damals schon eine Kenntnis verriet, die zweitausend Jahre später den höchsten Triumph der nationalsozialistischen Forschung begründen soll.

Doch mit dem Kampfbund ist nicht zu spassen. Schon am 10. März wird der vorlaute Einsender vernichtend geschlagen, die parteiamtlich massgebende Stelle spricht:

„Der Landesleiter... hat die Verurteilung der Oberle'schen Erkenntnisse wahrgenommen, um sich grundsätzlich wie folgt auszusprechen: Jedes Gesetz ist stets auf *intuitivem* Wege, d. h. auf dem Wege einer seelisch-geistigen Schau entdeckt worden und *niemals, aber niemals errechnet oder konstruiert...* Zur Sache selbst sei kurz bemerkt, dass *die noch herrschende exakte Wissenschaft liberalistischer Herkunft am allerletzten dazu berufen ist, ausschlaggebende Stellung zu nehmen zu neuen schöpferischen Werten, die heute in ungeahnter Fülle im Schosse des jungen Dritten Reiches der Auferstehung harren, weil der schöpferische Begriff nationalsozialistischer Weltanschauung die Polarität von Seele und Vernunft bedeutet, was aber bekanntlich die exakte Wissenschaft liberalistischer Prägung ablehnt* und damit sehr richtig und konsequent durch Professor Lindemann (1882) die Unmöglichkeit erklärte, durch Errechnung der Quadratur des Kreises beizukommen und damit die Lösung des Problems aus dem Aufgabenkreis der Wissenschaft liberalistischer Prägung endgültig ausstiess. *Der Bankerott der liberalistischen Wissenschaft* ist hiermit schon damals ganz exakt ausgesprochen worden...

gez. *Max Köhler,*
Leiter des Kampfbundes für deutsche Kultur,
Gau Kurhessen."

Die Tatsache, dass die Quadratur des Kreises kraft Blut und Boden gelungen ist, steht somit amtlich im Dritten Reiche fest.

59

TRIBÜNE DER DEUTSCHEN VOLKSFRONT

KOMMT MIT UNS!

VON PROFESSOR
E. J. GUMBEL

A.V.Z 22.4.36

In diesen Tagen erschien, herausgegeben von der ‚Deutschen Freiheitsbibliothek' (Präsident Heinrich Mann) eine Sondernummer ihrer „Mitteilungen" mit zahlreichen Stimmen zur Frage der deutschen Volksfront. Wir entnehmen dieser, für jeden Antifaschisten und Friedensfreund hochwichtigen Sammlung, einen Originalartikel Professor Gumbels. Die Schrift, die den Titel führt: „Eine Aufgabe wird sichtbar", wurde vom Verlag der Universumbücherei, Basel herausgegeben.

In dieser Stunde, in der Millionen enttäuscht und fast verzweifelt nach einem Ausweg suchen, versammeln sich Deutsche im Inland und im Ausland mit dem Ruf der Einigung zum Neuen wie zur Rettung dessen, was an unserer Kultur lebenswert ist. Ihre Beratungen ruhen auf einfachem und klarem Fundament: Es ist nicht wahr, daß es keine sozialen Kräfte außerhalb der Nazis gibt.

Umgekehrt: Wenn die Nationalsozialisten gestürzt sind, werden unerhörte Kräfte aus den Tiefen des Volkes frei. Sie entstammen vor allem den Schichten, die heute stärker als jemals zuvor unterdrückt sind. Sie gilt es zu wecken. Auf sie können wir vertrauen. Die Revolution wird die opferfreudigen Helden der Illegalität als zukunftsgläubige Führer aufsteigen lassen, Menschen mit reinen Herzen und reinen Händen, an denen weder Blut noch unterschlagenes Geld klebt.

Deutschland hat fruchtbaren Boden, eine herrliche industrielle Technik, gebildet[illegible] disziplinierte Massen. Die wissenschaftlichen Grundlagen der Produktion und die Fundamente eines reichen geistigen Lebens sind vorhand[illegible] [illegible]lle V[illegible] aus[illegible]etzungen einer erfolgreichen Planwirtschaft sind s[illegible] erfüllt.

Wir wollen nicht, wie 1848 und 1918, mit dem Aufbau einer Verfassung beginnen, die zu schön ist, um d[illegible] Not standzuhalten, welche politische Rechte vers[illegible]art und wirtschaftliche Sicherungen unterläßt. Wir wollen vielmehr die agrarischen und industriellen Drohnen, die das Kaiserreich, die Republik und das III. Reich beherrschen, zugunsten der Arbeitsamen enteignen, damit wir die Not von heute durch mühsame Arbeit Schritt um Schritt in den Überfluß verwandeln, den der jetzige Stand der Produktionstechnik verbürgt. So werden wir den Weg zur Freiheit gehen. Wir rufen Euch zu: „Kommt mit uns!"

Pariser Tageszeit[illegible]

JOURNAL QUOTIDIEN DE PARIS

Telephon: CARNOT 77-06

Chefredakteur: GEORG BERNHARD

SAMSTAG, 13. JUNI 19[illegible]

Nr. 2

PREMIERE ANNEE

Auf Deutschlands hohen Schulen

Zum Heidelberger Jubiläum

Von

E. J. GUMBEL, Universität Lyon

In der Nähe der Stadt Hei[illegible] ob[illegible] der Unterkiefer des nach ihr ben[illegible] Homo heidelbergensis gefunden worden. Dieser war einer der primitivsten Vorläufer der heutigen Menschheit. In mancher Beziehung glich er mehr einem wilden Affen als dem jetzigen homo sapiens. Er hatte riesige Augenwülste, eine niedrige Stirn und wenig Hirn. Dagegen war er bodenständig und kulturlos. Sein Geistesleben war vermutlich von magischen Vorstellungen bestimmt, sein reales Leben von Raubtieren gefährdet. In jeder fremden Erscheinung musste er eine Bedrohung sehen. Der Begriff des Rechts war ihm unbekannt. Eingekreist in eine Welt von Feinden, verkörperte er das Idealbild der tierischen Natur des Menschen. Die befreiende Kraft des Feuers kannte er nicht. Prometheus, der zweiflerische Geist, war ihm noch nicht erschienen.

Die zweite bemerkenswerte Tatsache über Heidelberg ist seine Universität, eine der älteren Hochschulen Europas. Vor etwa 300 Jahren hat der damalige Kurfürst einem jüdischen Atheisten, Baruch de Spinoza, eine Professur angeboten und ihm volle Lehrfreiheit zugesichert. Spinoza entstammte einer Familie, die wegen des Arierparagraphen aus Spanien emigriert war. Es ist mir leider nicht bekannt, wie die damalige Universität sich zu der Berufung gestellt hat, wohl aber, dass Spinoza das ärmliche Dasein eines Brillenschleifers der Heidelberger Lehrfreiheit vorzog.

[illegible] hat Heidelberg zwischen zwei Tra[illegible] der des Blubo homo heidelbergensis und der des Versuchs, Kulturbolschewisten wie Spinoza zu gewinnen. Die Entscheidung ist ihr nicht schwer gefallen.

Im Sommer 1932 erkämpften die nationalsozialistischen Studenten das Recht, unliebsame Professoren abzusetzen. Den Professoren war dies nur eine erwünschte Gelegenheit, einen unangenehmen Kollegen loszuwerden, nicht eine prinzipielle Frage, die sie selbst einst angehen könnte. Sie setzten den Nationalsozialisten keinen Widerstand entgegen. Als Führer der Jugend hielten sie sich verpflichtet, ihr nachzulaufen. „Weiterblickende" glaubten, sich auf diese Weise sichern zu können. Aber die eine Absetzung trug dazu bei, eine Lücke in den Wall zu reissen, der die akademische Freiheit schützen wollte. Der kräftige Wind, der durch dieses Loch blies, hat 55 von 215 heidelberger Professoren mit weggefegt.

Ein deutliches Bild dieser Veränderungen gibt das letzte Personal- und Vorlesungsverzeichnis, nur durch seinen Untertitel „550 Jahre Rupprecht-Karl-Universität Heidelberg" auf das Jubiläum abgestellt. Ausser der alten Devise „Semper apertus" wird die Vorgeschichte der Universität Heidelberg nicht erwäh[illegible] Man hä[illegible]te sonst nämlich zahlreiche [illegible]üdische Namen aufführen müssen.

Das [illegible]rzeichnis beginnt mit den jetzt gelten[illegible] deutschen Studienvorschriften. Die Studenten müssen beweisen, dass sie Arbeitsdienst geleistet haben. Die wichtigste Aufgabe ist der Ahnennachweis. „Die Abiturienten müssen den Geburtsschein sowie Urkunden vorlegen, aus denen die Geburtsdaten, der Geburtsort und die Konfession der Eltern und Grosseltern ersichtlich sind. Verheiratete müssen den Nachweis auch für den Ehepartner erbringen." Die gute alte Zeit, in der es noch Schul-Arier, Front-Arier und Devisen-Arier gab, ist unwiederbringlich dahin: kei[illegible] Jude darf studieren.

Im Vorlesungsverzeichnis folgen die akademischen Behörden. Der Rektor heisst jetzt „Führer der Universität" und besitzt einen „Stab". Von vier Professoren dieser Behörde waren drei in der „Systemzeit" noch nicht habilitiert, also noch nicht einmal Dozenten. Darauf folgt der „Leiter" der Dozentenschaft, Herr Schlüter, der auch heute noch nicht Dozent, so[illegible] A[illegible]sistent ist, und der „Führer" de[illegible] St[illegible]ntenschaft Herr Ernst Kreuzer, „kommissarischer Hochschulgruppenführer der Hochschulgruppe Heidelberg des NSD-Studentenbundes der NSDAP", und Mitglied des Senats. In der Rangordnung nach diesem Studenten folgen die Dekane und der Senat. Als letzte akademische Behörde figuriert der Nationalsozialistische Dozentenbund; nur hier wird die Parteimitgliedschaft erwähnt. „Gaudozentenbundesführer" ist der „Pg. Professor Doktor" Ernst Krieck, von den Nationalsozialisten für eine Disziplinarstrafe als Lehrerbildner in der Systemzeit mit dem Doktor honoris causa und einer Professur belohnt. Ihm beigeordnet ist der „Hochschuldozentenführer und Komm. Pg. Prof. Dr." Karl Schmidthuber. Im Gegensatz zu den Jahren der Schmach sind im Namensregister nicht nur die Dozenten, sondern auch die unteren Angestellten der Universität mit aufgeführt. Dies ist der einzige Beweis des Sozialismus, der heute an der Universität herrscht.

Das Institut für geschichtliche Rechtswissenschaft verschweigt seinen früheren Namen „Rudolf-Mosse-Stiftung"; bei Herrn Arnold Bergstraesser, der sich im Kampf um die Gleichschaltung der Universität erhebliche Verdienste erworben hat, ist der frühere Zusatz „Eberhard-Gothein-Professor" gestrichen. In den vier Jahren des Dritten Reiches ist er — schnöder Undank! — nichtbeamteter ausserordentlicher Professor geblieben.

Aeusserlich ist das Vorlesungsverzeichnis nur in Kleinigkeiten verändert worden. Umso grösser ist die innere Umstellung der Universität. Das Verzeichnis von 1936 führt 185 Professoren an, also 30 weniger als das von 1932. Dementsprechend sind wesentliche Wissensgebiete überhaupt nicht mehr vertreten. In der juristischen Fakultät wird Völkerrecht nicht gelesen. Im Vorlesungsverzeichnis 1935-36 erschien es noch verschämt als Ausserstaatliches Recht, gelesen von NN. Dies bedeutet, dass bei der Drucklegung des Verzeichnisses noch nicht feststand, ob und von wem eine Vorlesung gehalten wird, während die Universitätsbehörden von der Notwendigkeit der Vorlesung überzeugt sind.

(*Fortsetzung folgt*)

PARISER TAGESZEITUNG

Auf Deutschlands hohen Schulen

SONNTAG, 14. JUNI 1936
Nr. 3
PREMIERE ANNEE

61

Zum Heidelberger Jubiläum

Von E. J. Gumbel, Univers[illegible]

Professor Gumbel, den die Universität Heidelberg noch vor Hitlers Machtergreifung vertrieben hat, widmet dem traurigen Abbild einstiger Grösse, zu dem die alte Heidelberger Universität herabgesunken ist, Worte sachlicher Kritik. In dem gestern abgedruckten Einleitungsaufsatz hat er den Verfall des Lehrkörpers und die Anarchie des Lehrplanes geschildert.

Doch was soll auch das Völkerrecht in einem Land, das selbst freiwillig geschlossene Verträge bricht! Es ist nur konsequent, wenn die Universität heute das Völkerrecht als nichtexistent betrachtet.

Es existiert zwar eine Vorlesung über Strafrechtserneuerung, aber keine über Strafrecht. Auch dies spiegelt nur den bestehenden Zustand wider. Die Gestapo mit ihren nicht aufechtbaren Verwaltungsmassnahmen hat das Strafrecht an die Wand gedrückt

Die mathematischen Vorlesungen des Wintersemesters 1935-36 sind rudimentär. Die beiden Ordinarien für Mathematik waren nämlich plötzlich abgesetzt worden, und es blieb nur ein Privatdozent übrig. Im Sommerhalbjahr 1936 wurde dann ein rassereiner neuer Privatdozent gefunden, der gleich sechs Vorlesungen übernahm, obwohl er noch in Dresden wohnt. Der ominöse NN hält jetzt nurmehr die VorlesungDifferentialgeometrie samt Uebungen, Algebra und Numerische Gleichungen. Ein Ordinarius für Mathematik existiert nicht. Dies ist umso bedauerlicher, als den Mathematikern vom Studenten Kubach, „Hauptamtsleiter für Wissenschaft der Heidelberger Studentenschaft, Referent für Wissenschaftsarbeit der NSDB", im Vorwort der neugegründeten Zeitschrift „Deutsche Mathematik" die hervorragende Aufgabe gestellt wurde, die Ueberlegenheit der nordischen Mathematik gegenüber der jüdischen zu beweisen.

Die einzige Vertreterin der exakten Erblichkeitslehre und der Spezialist für Schädelforschung haben das Schicksal der nichtarischen Mathematiker geteilt. Bekanntlich gibt es trotz der nationalsozialistischen „Theorien" eine echte Wissenschaft von der Vererbung. Aber nach dieser Lehre kann ein reinrassiges Individuum sehr wohl aus der Kreuzung zweier gemischtrassiger entstehen. Es ist klar, dass eine solche Theorie an einer gleichgeschalteten Universität keinen Platz hat.

Dafür ist Platz für anderes. So wurde in der medizin. Fakultät nach der Absetzung desAnthropologen eineProfessur für Rassenforschung [illegible] Ihr Vertreter ist Minis[illegible]. Die ersten medizini[illegible] lauten: Nationalsoz[illegible]schauung und Rassegedanke. Politik und Rasse. Krüppelfürsorge. Aerztliche Gesichtspunkte zur Körperertüchtigung. Erste Hilfe bei Unglücksfällen unter besonderer Berücksichtigung von Wehrsport und Gasschutz. Jede Fakultät hat sozusagen ihre eigene Rasseabteilung. In der juristischen Fakultät werden folgende Vorlesungen gehalten: Rechtliche Volkskunde. Das Familienerbe. Volk und Rasse. Deutsches Wehrrecht. Grundfragen der Rechtserneuerung. Ebenso beginnt die Philosophische Fakultät mit den Vorlesungen: Kulturpolitik; Grundlagen der nationalsozialistischen Weltanschauung; Das Wesen der Volksgemeinschaft. Besondere Lehraufträge sind verliehen an Herrn Kreisleiter Roth für Nationalsozialistische Weltanschauung. Daneben ist aber auch noch die germanische Weltanschauung durch eine Vorlesung vertreten. Professor Hellpach (Hellpach redet über alles, über alles in der Welt) spricht über die Kosmische Abhängigkeit von Leib und Seele. Prof. Güntert lehrt („Am Nornenquell") das Wesen der altgermanischen Religion. Dem Prof. Grisebach, einem Kunsthistoriker, schreibt das Verzeichnis eine Professur über neuere Kriegsgeschichte zu. Er tritt damit in Konkurrenz zu Herrn Minister Schmidthenner, einst Privatdozent, der sich — w[illegible] unter d[illegible] Motto „Kampf gegen die [illegible]ener" — zum ordentlichen [illegible] der Geschichte mit beson[illegible] berücksichtigung der Wehrkunde ernannt hat. Dieser hält Vorlesungen über den Weltkrieg, Politik und Kriegsführung; über den totalen Krieg, und ein Seminar: Wesen und Leistung des deutschen Soldatentums. Der Eroberungsanspruch Deutschlands wird in zwei Vorlesungen: Deutsch[illegible] Recht auf Kolonien, und Geopoli[illegible] des deutschen Ostraumes vertreten.

Noch deutlicher wird die Abkehr von der Wissenschaft und der reine nationalsozialistische Propagandacharakter der Universität in den Arbeitsgemeinschaften der Studenten. Ihre Themen lauten u. a.: Deutsches Kulturbewusstsein; Nationalsozialistische Jugend-Erziehung; Rechtserneuerung; Arbeitsdienst; Wehrrecht; der Sudetendeutsche Lebensraum; Rassegesetzgebung; Erbgesundheitspflege; der ostdeutsche Raum; Lenard und seine Bedeutung für die deutsche Naturwissenschaft.

Die einfache Betrachtung des Vorlesungsverzeichnisses lehrt zur Genüge, dass die Heidelberger Hochschule nicht identisch ist mit der Universität, deren Jubiläum die Nationalsozialisten zu feiern vorgeben.

SOZIALISTISCHE WARTE

11. Jahrgang des ISK. 11. Heft 1. JULI 1936

FREIE SOZIALISTISCHE TRIBÜNE

Die Freie Sozialistische Tribüne steht der Erörterung solcher Fragen offen, die für irgend eins der sozialistischen Gebiete von wirklich wesentlicher Bedeutung sind. Der Rahmen dieser Erörterungen ist so weit gespannt, dass sie durch parteipolitische Gesichtspunkte nicht eingeengt werden. — Für den Inhalt der Artikel übernimmt die Schriftleitung der «Sozialistischen Warte» nur die pressgesetzliche Verantwortung. — Zuschriften und Manuskripte bitte an: R. Gerberon, Paris 1, B.P.3., Hôtel des Postes.

E. J. Gumbel: Kann der Friede erhalten werden?

Die Erhaltung des Friedens ist ein politisches Problem — das wichtigste unserer Zeit. Keine Bewegung für den Frieden kann erfolgreich sein, die nicht den Kampf gegen den Krieg und gegen alle diejenigen, die den Krieg fördern, wünschen oder dulden, mit letzter Entschiedenheit führt. Die Erkenntnis, dass die Mehrzahl der Menschen den Frieden wünscht, reicht also zu seiner Erhaltung nicht aus.

Eine ernsthafte Friedensbewegung setzt die Erkenntnis voraus, dass die grösste Kriegsgefahr heute in Europa der Nationalsozialismus ist. Als Beweis genügt das Schicksal der deutschen Friedensfreunde, die zu Tausenden in den Konzentrationslagern sitzen. Wer diese Tatsache nicht erkennen will oder aus ihr keine Konsequenzen zieht, kann in keiner Weise zur Friedensbewegung beitragen. Wer verlangt, dass die heutige deutsche Regierung genau wie eine beliebige andere behandelt werden müsse, oder dies tut, fördert den Krieg, ob er es will oder nicht.

Es gibt ein offensichtliches Kriterium, ob die herrschenden Mächte den Frieden wollen oder nicht. Wenn sie sich für die Opfer des nationalsozialistischen Willens zum Krieg einsetzen würden, wäre dies ein Beweis, dass die Freunde des Friedens heute populär sind. Die Fortdauer des bestehenden Zustandes, in dem die deutschen Emigranten von Land zu Land ausgewiesen und sogar den Henkern ausgeliefert werden, beweist das Gegenteil.

Der Völkerbund, dessen erste Aufgabe die Erhaltung des Friedens sein wollte, hat bisher nur diejenigen Kriege verhindert, die nicht im augenblicklichen Interesse der herrschenden Schichten der Grossmächte lagen. Dagegen ist er bei der Aufgabe, den Frieden zu bewahren oder ernsthafte Kriegsvorbereitungen zu verhindern, überall da gescheitert, wo die Interessen der Grossmächte divergieren oder Grossmächte an der Erhaltung des Status quo nicht interessiert waren. Es genügt, die Eroberung der Mandschurei und Abessiniens und die deutschen Aufrüstungen anzuführen, um vorhersagen zu können, dass der Völkerbund sich in den kommenden Fällen genau so untätig verhalten wird.

Trotzdem ist der Frieden möglich, aber nur auf Grund von Massnahmen, die bei den herrschenden Schichten unpopulär sind, wenn nämlich die Kräfte der Arbeiterbewegung frei gesetzt werden. Dies ist ohne Appell und Anschluss an deren scheinbar egoistische Ziele nicht möglich. Der Frieden kann somit nicht erhalten, sondern nur erkämpft werden.

DAS NEUE
TAGE-BUCH

4. Jahrgang Paris, 18. Juli 1936 Heft 29

Heidelberg

Von Prof. Dr. E. J. Gumbel

Die Nationalsozialisten haben die Tatsache, dass die Universität Heidelberg im Jahre 1386 gegründet wurde, zum Anlass eines Jubiläumsfestes genommen. Professoren aus der ganzen Welt wurden ein-, zum Teil wieder ausgeladen. Ausgeladen wurden speziell die englischen Universitäten, die als erste erkannt hatten, dass die Veranstalter der Heidelberger Feier nur nationalsozialistische Propagandazwecke verfolgen, und die sich nicht im Namen der Wissenschaft zu dem gewünschten Statistendienst hergeben wollten. Für Kenner der deutschen Verhältnisse bedarf es keiner Begründung, dass der Standpunkt der Engländer durchaus berechtigt war. Aber auf einen Spezialpunkt sei hier noch nachträglich hingewiesen: nämlich auf die Zusammensetzung des Lehrkörpers der heutigen Heidelberger Universität. Eine genaue Untersuchung ergibt, wie wenig sich die Heidelberger Gastgeber darauf berufen durften, die Tradition jener Hochschule zu repräsentieren, die sich ehemals, unter dem Kaiserreich und der Republik, eines gewissen Ansehens erfreute.

Die Grundlage dieser Untersuchung ist der Vergleich des Vorlesungsverzeichnisses der Sommersemester 1932 und 1936.

Im Sommer 1932, also kurz ehe der Nationalsozialismus zur Regierung kam, zählte die Heidelberger Universität 221 Dozenten. Davon existieren im Sommer 1936 nurmehr 97. Mehr als die Hälfte des Lehrkörpers von 1932 — nämlich 124 unter 224 Dozenten — sind heute aus Heidelberg verschwunden.

Heute besteht der Heidelberger Lehrkörper nur noch aus 178. Von ihnen sind 81, also fast die Hälfte, erst in den 3 1/2 Jahren des Nazi-Regimes nach Heidelberg gekommen. Von den 50 ordentlichen Professoren wurden 21, von den 71 ausserordentlichen Professoren und Dozenten 28, von den 38 Lektoren 27 durch die Nazi-Regierung ernannt.

Noch charakteristischer vielleicht ist die Zusammensetzung des *Senats,* dem bei der Heidelberger Feier die Ehre zugefallen ist, die ausländischen Gäste im Namen der Heidelberger Tradition zu begrüssen. Von den 5 Mitgliedern des Senats war in der sogenannten „Systemzeit" *nur ein einziger* in Heidelberg habilitiert, von 12 Dekanen und stellvertretenden Dekanen nur 7; von 11 Professoren im Senat stammen nur 3 aus der Zeit vor 1933.

Der nationalsozialistische Einfluss bedeutete nicht, dass etwa die Privatdozenten und a.o. Professoren durch die zahlreichen Absetzungen rasch

in höhere Stellen aufrückten. Im Gegenteil: die hoffnungslosen Privatdozenten stehen im Verzeichnis von 1936 genau an derselben Stelle und Reihenfolge wie 1932. Nur drei Privatdozenten haben es zum Ordinarius gebracht, der Mediziner *Rodenwald* und die Herren *Fehrle* und *Schmidthenner*. Letzterer, schon immer Nationalsozialist, *hat als Minister sich selbst und den Ministerialrat Fehrle zum Ordinarius ernannt.* In der fluchwürdigen Zeit der Schmach war solcher Doppelverdienst unzulässig: ein aktiver Beamter konnte nicht gleichzeitig Ordinarius sein; noch weniger wäre es natürlich möglich gewesen, dass er sich selber zum Ordinarius machte. Am stärksten zeigt sich der Einfluss des Nationalsozialismus bei den Lektoren und mit Lehrauftrag versehenen. Hier rücken die neuen Systemgrössen, die Kreisleiter und Pg's, in Scharen ein. *Dreiviertel aller Lektoren sind neu ernannt.*

Wie schon erwähnt, existieren von 221 Dozenten des Jahres 1932 nurmehr 97 im Jahre 1936. Wieviele von den 124 Ausgeschiedenen *aus politischen Gründen* abgesetzt worden sind, ist schwierig festzustellen. Die Universitätsverzeichnisse sagen darüber nichts. Sie enthalten auch keine Angaben über die Gestorbenen. Seit dem Sommersemester 1935 fehlt z. B. der Name des früheren Rektors Kallius, eines streng nationalen Mannes aus dem Osten, der allerdings früher einen etwas anderen Namen führte. Ich kann nicht feststellen, ob er nach Walhall eingerückt ist.

Manche Ordinarien wurden vorzeitig inaktiviert, andere durften noch jahrelang als Ersatz ihres Nachfolgers lesen; wieder andere bekommen Pensionen auf Grund anderer, früherer Stellungen. Manchen Privatdozenten und a.o. Professoren wurde fiktiv die Stellung gelassen, jedoch der Lehrauftrag, d. h. die materielle Basis an der Universität, entzogen. Wieder andere haben freiwillig verzichtet und gingen mit Billigung der Behörden ins Ausland, so dass sie, obwohl faktisch Emigranten, als Propagandisten der deutschen Wissenschaft wirken. Manche ins Ausland Verzogene erhalten winzige Pensionen, von denen ihre Angehörigen leben, was sie verhindert, offen hervorzutreten. All dies führt dazu, den Begriff des aus politischen Gründen Abgesetzten zu verwischen.

Um daher allen möglichen Einwänden gegen meine Aufstellung Tür und Tor zu öffnen, folge ein namentliches Verzeichnis, wobei die seltenen Fälle mit aufgenommen sind, in denen ein nach 1932 Habilitierter wieder abgesetzt wurde.

Aus der Rechtsfakultät sind abgesetzt: die ordentlichen Professoren *Anschütz* („da es kein Staatsrecht mehr gibt, kann ich keines lesen"), *Gutzwiller, Jellinek, Levy* und *Radbruch*, und der Honorarprofessor *Darmstädter*. Als wesentlichen Gewinn darf die Fakultät dagegen den Lehrauftrag des „Rechtsrats" *Amann* vom badischen Kriegerbund buchen. Seine juristische Begabung hat Amann durch eine von ihm wesentlich geförderte Volksabstimmung gegen Gumbel, „ohne behördliche Kontrolle", bereits im Jahre 1931 bewiesen.

In der medizinischen Fakultät wurden abgesetzt: die Ordinarien *Baeyer* (Orthopädie), *Bettmann, Blessing*, der Krebsforscher *Sachs* und der Psychiater *Willmanns*, dieser wegen einer fachwissenschaftlich treffenden Aeusserung über den derzeitigen Herrn Reichskanzler; dann die Honorarprofessoren *Fränkel* (Tuberkulose) und *Löwe*; ferner die a.o. Professoren *Gruhle, György, Klopstock, Meier-Gross, Münter* (Anthropologe), *Schreiber, Serr, Steiner, Zade*; endlich die Privatdozenten *Laser, Pagel, Stern, Strauss, Wittebski* und *Wurm*. Durch die Absetzung von Sachs und seiner beiden Assistenten Klopstock und Wittebski ist das berühmte Institut für Krebsforschung praktisch lahmgelegt. Der neue wissenschaftliche Direktor ist noch nicht ernannt. Es raufen sich nämlich verschiedene Pg's mit niederen Parteinummern um den Posten. Blessing, der bisherige Vertreter der Zahnheilkunde, war ein biederer Zentrumsmann. Jetzt hat eine Nazilokalgrösse, Herr Abendroth, als Belohnung für seine Verdienste als Führer des Aktionsausschusses der nationalsozialistischen Studenten, einen Lehrauftrag für Zahnheilkunde erhalten. Die Anthropologie *Münters* führte scheinbar nicht zu den parteiamtlich vorgeschriebenen Ergebnissen. Ihre Erzielung ist durch Herrn Ministerialrat *Packheiser*, Honorarprofessor für Rasseforschung, jetzt gesichert.

In der philosophischen Fakultät wurden abgesetzt: die Ordinarien *Hoffmann, Olschki, Regenbogen, Täubler, Weber*; die Honorarprofessoren Frhr. von *Waldberg* und *Lenel*; die a.o. Professoren *Alewyn, von Eckhardt, Gumbel, Hatzfeld, Salz*, die Privatdozenten *Holborn, Klibanski, Marschak, Oppermann, von Raumer, Saltan*. Dagegen hat die Fakultät *Herrn Kreisleiter Roth* mit einem Lehrauftrag für Nazi-Weltanschauung gewonnen.

In der naturwissenschaftlichen Fakultät wurden abgesetzt: die Ordinarien der Mathematik *Liebmann* und *Rosenthal*, und der Geologe *Salomon Calvi*; der Honorarprofessor *Victor Goldschmidt* die a.o. Professoren *Merton* (Zoologe) und die einzige Vertreterin der Erblichkeitslehre Gerta vo[n]

Ubisch; die Privatdozenten *Lemberg, Wolf* und *Schmitz.* Von 55 Abgesetzten sind, soweit ich dies feststellen konnte, nur die Hälfte, 27, Juden (Frhr. von Waldberg wurde nach der neuen nationalsozialistischen Terminologie dabei mitgerechnet).

Von den Ordinarien und den Privatdozenten der gesamten Universität wurde somit *ein Drittel entlassen.* Etwa in gleicher Höhe bewegt sich die Zahl der Entlassungen in der rechtswissenschaftlichen und philosophischen Fakultät. Insgesamt ist ein Viertel der Universität Heidelberg aus politischen Gründen entlassen worden. Doch ist diese Zahl eine Mindestangabe, da bei den sonstigen Pensionierungen und Rücktritten politische Motive mitgespielt haben dürften.

In vier Jahren hat sich also der Lehrerbestand der Heidelberger Universität um fast 50 Prozent „erneuert". Und in diesem Wechsel der Personen, der wohl in der ganzen Geschichte der Universitäten einzigartig ist, spiegelt sich dennoch erst ein Bruchteil der Veränderungen, die sich in Heidelberg vollzogen haben. Nicht 550 Jahre Heidelberger Universität, sondern 4 Jahre Nazi-Regime, 4 Jahre Unterdrückung und Verfolgung der freien Wissenschaft, — darunter die Vertreibung von 1500 Professoren aus deutschen Universitäten, — wurden in Heidelberg geehrt und gefeiert.

Dennoch: Kritischer Idealismus

Von Prof. Siegfried Marck

Zufälligerweise wurde in Nr. 26 des NTB vom 27. Juni zwei Denkern der Prozess gemacht, die bei aller sonstigen Verschiedenheit für die neukantische Tradition in Deutschland repräsentativ waren: *H. Rickert* (Heinz Raabe: „Zur Heidelberger Tradition") und *A. Liebert* (Ludwig Marcuse: „Das Wunder des Idealismus"). Diese Bemerkungen brauchten den Anhänger der kritisch-idealistischen Dialektik noch nicht auf den Plan zu rufen. Aber der latent politische Gehalt der Idealismus-Debatten macht sie für die weltanschauliche Orientierung der deutschen Linken so ausserordentlich wichtig. An der Auseinandersetzung zwischen Idealismus und Materialismus sind Liberalismus, Marxismus und Faschismus, also die wichtigsten politischen Strömungen unsrer Epoche, beteiligt.

Einige Worte müssen ad homines gesagt werden, da der philosophische Mensch ja stets die scheinbar unpersönliche Sache mitbedingt. Dem einen kritischen Idealisten (Rickert) wird mit vollem Rechte seine heutige feige *„Anpassungsphilosophie"* vorgeworfen. Diese, so heisst es, strafe den logischen Formalismus seines Lebenswerkes Lügen, ja, sie lege den Verdacht nahe, auch sein Kritizismus sei stets Anpassungsphilosophie gewesen. Von dem anderen Denker (Liebert) wird gesagt, dass sein verschwommener und gegenstandsloser Idealismus durch das Zeiten- und durch das persönliche Schicksal nichts gelernt habe, dass er sich in dieser höchst realistischen Epoche in das gewohnte *Asyl des Mirakels* flüchten müsse.

Was Rickert betrifft, so ist seine wissenschaftliche Philosophie noch nicht gerichtet, weil seine senilen Bemerkungen zur deutschen Gegenwart es sind. Wenn Rickert der bestgehasste Denker bei allen Irrationalisten, Schwarmgeistern und Neu-Metaphysikern der Nachkriegszeit in Deutschland war, so hat er sich damit wider Willen sogar ein politisches Verdienst erworben. Die Anti-Philosophie des heutigen „Existentialismus" (Marke C. Schmitt) ist aus allen Säften der Lebensphilosophie, der Phänomenologie, der romantischen Spekulation zusammengebraut worden. Der *Mensch* Rickert freilich — und vielleicht hängt das mit konstitutionellen Schwächen der kritizistischen Trennung von Philosophie und Leben zusammen — hat von je den *Logiker* Rickert durch irrationalistische Neigungen (seine berühmte „Voll-Endlichkeit"!) beunruhigt. Politisch aber wurde der Sohn des alten Freisinnigen schon unmittelbar nach dem Kriege zum Reaktionär aus verletztem Nationalstolz. In einer letzten Unterhaltung im März 1933 sang er mir einen Lobeshymnus auf seinen Jugendfreund Hugenberg: „So lange der in der Regierung ist, kann man nur volles Vertrauen haben!"

Der Fall Liebert liegt natürlich in jeder Hinsicht anders. Da geht es ja nicht um die Frage der Anpassungsphilosophie, sondern wirklich um die *„neutrale Philosophia"*, um einen *Harmonismus,* der gewiss in diesen Tagen problematisch genug geworden ist. Dem von ihm kritisierten Buche über die Krise des Idealismus wird auch Marcuse nicht bestreiten können, dass es zur Erfassung der Philosophie-Krise im Schulbegriffe des Wortes Interessantes und Lehrreiches beiträgt. Ein Buch des Kampfes aber ist es freilich nicht, und für die Existenz-Krise des Idealismus gibt es keine Lösungen. Als dieser Denker von dem anti-hitlerisch gestimmten Prager Philosophen-Kongress im Jahre 1934 mit einer Ovation begrüsst wurde, verherrlichte er den über den Parteien stehenden und überlegenen Humor des Sokrates. Ein Kämpfer ist er nicht und wird selbst nicht beanspruchen, es zu sein.

Aber ist deshalb schon dem kritischen Idealismus *als solchem* kämpferische Haltung fremd? Ist er seinem Wesen nach opportunistisch-reaktionär oder abstrakt-neutralistisch? Dagegen werden nicht nur diejenigen Einspruch erheben, die kritische Philosophie stets mit

N° DE DÉBIT 70
Extrait de : Das Wort
Adresse : Moscou.
Date : Sept. 1936

65

DIE GLEICHSCHALTUNG DER UNIVERSITÄT HEIDELBERG

von

Prof. E. J. Gumbei

In der Nähe der Stadt Heidelberg ist der Unterkiefer des nach ihr benannten Homo Heidelbergensis gefunden worden. Dieser war einer der primitivsten Vorläufer der heutigen Menschheit. In mancher Beziehung glich er mehr einem wilden Affen als dem jetzigen homo sapiens. Er hatte riesige Augenwülste, eine niedrige Stirn und wenig Hirn. Dagegen war er bodenständig und kulturlos. Sein Geistesleben war, wie man aus Analogien mit niedrigstehenden Menschenrassen schließen kann, von magischen Vorstellungen bestimmt, sein reales Leben von Raubtieren gefährdet. In jeder fremden Erscheinung mußte er eine Bedrohung sehen. Der Begriff des Rechts war ihm unbekannt. Eingekreist in eine Welt von Feinden, verkörperte er das Idealbild der tierischen Natur des Menschen. Die befreiende Kraft des Feuers kannte er nicht. Prometheus, der zweiflerische Geist, war ihm noch nicht erschienen.

Die zweite bemerkenswerte Tatsache über Heidelberg ist seine Universität, eine der ältesten Hochschulen Europas. Vor etwa 300 Jahren hat der damalige Kurfürst der Pfalz einem jüdischen Atheisten, Baruch de Spinoza, eine Professur angeboten und ihm volle Lehrfreiheit zugesichert. Spinoza entstammte einer Familie, die wegen des Arierparagraphen aus Spanien emigriert war. Es ist mir leider nicht bekannt, wie die damalige Universität sich zu der Berufung gestellt hat, wohl aber, daß Spinoza das ärmliche Dasein eines Brillenschleifers der Heidelberger Lehrfreiheit vorzog.

So hat Heidelberg zwischen zwei Traditionen zu wählen: der des Blu-Bo homo heidelbergensis und der des Versuchs, Kulturbolschewisten wie Spinoza zu gewinnen. Die Entscheidung, die in diesen Jahren zu treffen war, fiel ihr leicht.

Die jetzigen Herren Deutschlands haben die Tatsache, daß die Universität Heidelberg im Jahre 1386 gegründet wurde, zum Anlaß eines Jubiläumsfestes genommen. Professoren der ganzen Welt wurden ein- und zum Teil wieder ausgeladen. Dabei wurde nicht berücksichtigt, daß die Kontinuität dieser Universität bereits früher einmal während einiger Jahrzehnte unterbrochen war, und daß es gar nicht üblich ist, Jubiläen nach 550 Jahren zu feiern.

Diese Feier macht es notwendig zu untersuchen, ob und in welchem Maß die Hochschule von heute noch identisch ist mit derjenigen, die sich (übrigens nicht nur aus wissenschaftlichen Gründen) unter dem Kaiserreich und der Republik eines gewissen Ansehens erfreute. Unabhängig von diesem aktuellen Anlaß lohnt eine solche Betrachtung, weil es sich bei Heidelberg um eine für das III. Reich typische Universität handelt.

Die Grundlage dieser Untersuchung ist der Vergleich der Vorlesungsverzeichnisse der Sommersemester 1932 und 1936. Der erste Zeitpunkt wurde gewählt, weil damals die nationalsozialistischen Studenten sich das Recht erkämpften, einen Professor aus rein politischen Gründen abzusetzen. Den anderen Professoren war dies nur eine erwünschte Gelegenheit, einen unangenehmen Kollegen loszuwerden, nicht eine prinzipielle Frage, die sie selbst einst angehen konnte. Sie setzten den Nationalsozialisten keinen Widerstand entgegen. Als Führer der Jugend hielten sie sich verpflichtet, ihr nachzulaufen. „Weitblickendere" glaubten, sich auf diese Weise sichern zu können. Aber die eine Absetzung trug dazu bei, eine Lücke in den Wall zu reißen, der die akademische Freiheit schützen sollte. Der kräftige Wind, der durch dieses Loch blies, hat 56 von 215 Heidelberger Professoren mit weggefegt.

Ein deutliches Bild der Veränderungen gibt das letzte Personal- und Vorlesungsverzeichnis, nur durch seinen Untertitel „550 Jahre Rupprecht-Karl-Universität Heidelberg" auf das Jubiläum abgestellt. Außer der alten Devise „Semper apertus" wird die Vorgeschichte der Universität Heidelberg nicht erwähnt. Man hätte nämlich sonst zahlreiche jüdische Namen aufführen müssen.

Das Verzeichnis beginnt mit den jetzt üblichen deutschen Studienvorschriften. Die Studenten müssen beweisen, daß sie Arbeitsdienst geleistet haben. Die wichtigste Auflage ist der Ahnennachweis: „Die Abiturienten müssen den Geburtsschein sowie Urkunden vorlegen, aus denen die Geburtsdaten, der Geburtsort und die Konfession der Eltern und Großeltern ersichtlich sind. Verheiratete müssen den Nachweis auch für den Ehepartner erbringen." Die gute alte Zeit, in der es noch Schularier und Devisenarier gab, ist unwiederbringlich dahin: kein Jude darf studieren.

Im Vorlesungsverzeichnis folgen die akademischen Behörden. Der Rektor heißt seit 1934 Führer der Universität und besitzt einen Stab. Darauf folgt der Leiter der Dozentenschaft, Herr Schlüter, der übrigens nicht Dozent ist, und der Führer der Studentenschaft, Herr Ernst Kreuzer, „kommissarischer Hochschulgruppenführer der Hochschulgruppe Heidelberg des NSD Studentenbundes der NSDAP" und Mitglied des Senats. In der Rangordnung nach diesem Studenten folgen die Dekane und der Senat. Von 10 Mitgliedern des Senats waren sechs, von den 12 Dekanen und Stellvertretern der Dekane sieben in der „Systemzeit" noch nicht habilitiert.

Als letzte akademische Behörde figuriert die neueste und wichtigste: der Nationalsozialistische Dozentenbund; nur hier wird die Parteimitgliedschaft erwähnt. „Gaudozentenbundesführer" ist der „Pg. Professor Doktor" Ernst Krieck, von den Nationalsozialisten für eine Disziplinarstrafe als Volksschullehrer in der Systemzeit mit dem Doktor honoris causa und einer Professur belohnt. Ihm beigeordnet ist der „Hochschuldozentenführer" Komm. Pg. Prof. Dr. Karl Schmidthuber. Im Gegensatz zu den Jahren der Schmach sind im Namensregister nicht nur die Dozenten, sondern alle Angestellten der Universität mit aufgeführt. Dies ist der einzige Beweis des Sozialismus, der heute an der Universität herrscht.

Äußerlich gesehen ist das Vorlesungsverzeichnis nur in Kleinigkeiten verändert worden. Um so größer ist die innere Umstellung. Der gesamte Lehrkörper von heute umfaßt 180 Dozenten. 81 davon sind in den 3½ Jahren nationalsozialistischer Herrschaft hinzugekommen. *Beinahe die Hälfte der heute in Heidelberg Lehrenden sind noch keine 4 Jahre an der Universität.* Ein solcher Stellenwechsel ist im akademischen Leben noch nicht vorgekommen.
Es lohnt, dies im einzelnen für die fünf Fakultäten und für die fünf Kategorien: Ordinarien, Honorarprofessoren, außerordentliche Professoren, Privatdozenten und Lektoren nachzuprüfen. Die folgende Tabelle gibt die Zahl der neuen Dozenten im Verhältnis zur Zahl aller heutigen Dozenten. Sie enthält nur diejenigen, welche sowohl 1932 wie 1936 aktiv waren. Pensionierte und inaktivierte sind nicht aufgenommen. Als alte Angehörige sind alle diejenigen gerechnet, welche 1932 in Heidelberg habilitiert oder Lektoren waren. Mit eingerechnet sind die damals Beurlaubten; nicht eingerechnet sind die jetzt Beurlaubten. Denn heute bedeutet Urlaub meistens nur die Vorstufe einer späteren Entlassung. Weggelassen sind Dozenten, die in entfernten Städten, wie Elberfeld oder Rom, wohnen, also praktisch ihren akademischen Dienst nicht versehen. Die Lektoren sind mitgerechnet, da sich gerade bei ihnen ein wesentlich neues Moment zeigt. Hierzu gehören auch diejenigen Personen, die, obwohl außerhalb der Universität, einen Lehrauftrag erhalten haben. Nicht aufgenommen sind nur Stenographie-, Zeichen- und Gesanglehrer.

HEIDELBERGS „GLEICHSCHALTUNG“

Zahl der neuen in Beziehung zu allen Dozenten

	Theologie	Recht	Medizin	Philos.	Naturwiss.	Summe	in %
Ordinarien	1 von 5	3 von 5	9 von 16	4 von 16	4 von 7	21 von 49	43
Honorarprof.	0 von 1	0 von 3	2 von 3	2 von 7	1 von 6	5 von 20	25
a. o. Prof.	—	0 von 2	2 von 11	5 von 16	1 von 13	8 von 42	19
Privatdozent.	0 von 3	1 von 1	8 von 11	8 von 9	2 von 5	19 von 29	66
Lektoren	4 von 5	1 von 2	4 von 4	16 von 25	3 von 4	28 von 40	70
Summe	5 von 14	5 von 13	25 von 45	35 von 73	11 von 35	81 von 180	45
in %	36	38	56	49	31	45	

21 von 49 Ordinarien, 27 von 71 a. o. Professoren und Privatdozenten sind neu ernannt. Der nationalsozialistische Einfluß bedeutet nicht, daß etwa die Privatdozenten und a. o. Professoren durch die zahlreichen Absetzungen rasch in höhere Lehranstalten aufrückten: im Gegenteil. Die hoffnungslosen Privatdozenten stehen im Vorlesungsverzeichnis von 1936 genau an der

gleichen Stelle und Reihenfolge wie 1932. Bei Herrn Bergstraesser z. B., der sich im Kampf um die Gleichschaltung der Universität erhebliche Verdienste erworben hat, ist der frühere Zusatz „Eberhard-Gothein-Professor" gestrichen. In den vier Jahren des Dritten Reiches ist er — schnöder Undank! — nichtbeamteter außerordentlicher Professor geblieben. Nur drei Privatdozenten haben es in Heidelberg in den $3\frac{1}{2}$ Jahren nationalsozialistischer Herrschaft zum Ordinarius gebracht: der Mediziner Rodenwald und die Herren Fehrle und Schmidthenner. Letzterer, schon immer Nationalsozialist, hat als Minister — wohl unter dem Motto „Kampf gegen die Doppelverdiener!" — sich selbst und den zum Ministerialrat avancierten Privatdozenten Fehrle zum Ordinarius ernannt. In der fluchwürdigen Systemzeit konnte ein aktiver Beamter nicht gleichzeitig Ordinarius sein.

Am stärksten zeigt sich der nationalsozialistische Einfluß bei den Lektoren und mit Lehrauftrag Versehenen. Hier rücken die neuen Systemgrößen, die Kreisleiter und Pg.'s in Scharen ein. 28 von 40 Lektoren sind neu ernannt.

Von 215 Dozenten des Jahres 1932 existieren nurmehr 99 im Jahre 1936. Die Differenz von 116 ist gestorben, pensioniert, verzogen, an eine andere Universität gegangen oder in eine andere Stellung gewandert, oder wurde aus politischen Gründen abgesetzt. Die Feststellung dieser interessanten Zahl bietet gewisse Schwierigkeiten. Denn die Universitätsverzeichnisse sind leider nicht in der Art veröffentlicht, daß die Nachforschung nach den Entlassenen erleichtert wird. Sie enthalten auch keine Angaben über die Gestorbenen. Seit dem Sommersemester 1935 fehlt z. B. der Name des früheren Rektors Kallius, eines streng nationalen Mannes aus dem Osten, der allerdings früher einen etwas anderen Namen führte. Ich kann nicht feststellen, ob er nach Walhall eingegangen ist.

Manche Ordinarien wurden vorzeitig inaktiviert, andere durften noch jahrelang als Ersatz ihres Nachfolgers lesen; wieder andere bekommen Pensionen auf Grund früherer Stellungen. Manchen Privatdozenten und a.o. Professoren wurde fiktiv die Stellung gelassen, jedoch der Lehrauftrag, d. h. die finanzielle Basis, entzogen. All dies führt dazu, den Begriff des aus politischen Gründen Abgesetzten zu verwischen.

Um daher nicht allen möglichen Einwänden gegen meine Aufstellung Tor und Tür zu öffnen, sind die aus politischen Gründen Abgesetzten namentlich aufgeführt, wobei die seltenen Fälle mit aufgenommen sind, in denen ein nach 1932 Habilitierter wieder abgesetzt wurde.

Aus der Rechtsfakultät sind abgesetzt: Die ordentlichen Professoren Anschütz, Gutzwiller, Jellinek, Levy und Radbruch; der Honorarprofessor Perels und der Privatdozent Darmstädter.

Gutzwiller, ein Schweizer, wurde abgesetzt, weil er sich von seiner jüdischen Frau nicht trennen wollte. Anschütz kostete ein Satz vom Sommersemester 1933: „Da es kein deutsches Staatsrecht mehr gibt, kann ich keines lesen" die Stellung. Er hat, als einer der wenigen, Zivilcourage bewiesen. Bei Radbruch hielten seine eigenen Schüler, als SA-Leute, nachts um 3 Uhr

Haussuchungen ab. Als nichts gefunden wurde, erhielt er in einer Fakultätssitzung vom Sekretär die Mitteilung, er sei doch abgesetzt. Schließlich wurde ihm auch noch der Zutritt zur Bibliothek verweigert.

Das Institut für geschichtliche Rechtswissenschaft verschweigt seinen früheren Namen „Rudolf-Mosse-Stiftung". Wesentliche Wissensgebiete sind überhaupt nicht mehr vertreten. Im Vorlesungsverzeichnis 1935/36 erschien Völkerrecht noch verschämt als Außerstaatliches Recht, gelesen von NN. Dies bedeutet, daß bei der Drucklegung des Verzeichnisses noch nicht feststand, ob und von wem eine Vorlesung gehalten wird, während die Universitätsbehörden von der Notwendigkeit der Vorlesung überzeugt sind. Im Sommersemester 1936 wurde Völkerrecht überhaupt nicht mehr gelesen. Was soll es auch in einem Land, das selbst freiwillig geschlossene Verträge bricht!

Es existiert zwar eine Vorlesung über Strafrechtserneuerung, aber keine über Strafrecht. Auch dies spiegelt nur den bestehenden Zustand wider. Die Gestapo mit ihren nicht anfechtbaren Verwaltungsmaßnahmen hat das Strafrecht an die Wand gedrückt. Wohl zum Ausgleich werden folgende Vorlesungen gehalten: Neueste politische Geschichte; Rechtliche Volkskunde; Das Familienerbe; Volk und Rasse; Deutsches Wehrrecht. Als wesentlichen Gewinn darf die Fakultät ferner den Lehrauftrag des „Rechtsrats" Ammann vom Badischen Kriegerbund buchen. Seine juristische Begabung hat er durch eine „Volksabstimmung gegen Gumbel, ohne behördliche Kontrolle" bereits im Jahre 1931 bewiesen.

In der philosophischen Fakultät wurden abgesetzt: die Ordinarien Hoffmann, Olschki, Regenbogen, Taeubler, Weber; die Honorarprofessoren Frhr. von Waldberg und Lenel; die a.o. Professoren Alewyn, von Eckardt, Gumbel, Hatzfeld, Oppermann, von Raumer und Salz; die Privatdozenten Holborn, Klibansky, Marschak und Sultan. Dagegen hat die Fakultät Herrn Kreisleiter Roth mit einem Lehrauftrag für nationalsozialistische Weltanschauung gewonnen. Daneben aber sind noch die völkische und die germanische Weltanschauung durch Vorlesungen vertreten.

Die philosophischen Vorlesungen beginnen folgendermaßen: Kulturpolitik; Grundlagen der nationalsozialistischen Weltanschauung; Das Wesen der Volksgemeinschaft. Professor Hellpach („Hellpach redet über alles, über alles in der Welt", so pflegte man von dem Präsidentschaftskandidaten der Demokratischen Partei zu sagen) spricht über die kosmische Abhängigkeit von Leib und Seele. Prof. Güntert lehrt das Wesen der altgermanischen Religion. Sein neuestes Buch heißt „Am Nornenquell". Dem Prof. Grisebach, einem Kunsthistoriker, schreibt das Verzeichnis eine Professur über neuere Kriegsgeschichte zu. Er tritt damit in Konkurrenz zu Herrn Minister Schmidthenner, „ordentlicher Professor der Geschichte mit besonderer Berücksichtigung der Kriegsgeschichte und der Wehrkunde". Er hält Vorlesungen über den Weltkrieg; Politik und Kriegsführung; über den totalen Krieg, und ein Seminar: Wesen und Leistung des deutschen Soldatentums. Der Eroberungsanspruch Deutschlands wird in zwei Vorlesungen: Deutsch-

lands Recht auf Kolonien und Geopolitik des deutschen Ostraumes vertreten.

Die Abkehr von der Wissenschaft und der rein nationalsozialistische Propagandacharakter der Universität tritt auch bei den offiziellen Arbeitsgemeinschaften der Studenten klar hervor. Ihre Themen lauten u. a. Deutsches Kulturbewußtsein; Nationalsozialistische Jugenderziehung; Rechtserneuerung; Arbeitsdienst und Wehrrecht; Der sudetendeutsche Lebensraum; Rassegesetzgebung; Erbgesundheitspflege; der ostdeutsche Raum; Lenard und seine Bedeutung für die deutsche Naturwissenschaft.

In der naturwissenschaftlichen Fakultät wurden abgesetzt: die beiden Ordinarien der Mathematik Liebmann und Rosenthal und der Geologe Salomon-Calvi, der Honorarprofessor Victor Goldschmidt; die a.o. Professoren Merton und Gerta von Ubisch; die Privatdozenten Lemberg, Wolf und Schmitz. Infolge der Absetzung der beiden Ordinarien für Mathematik sehen die mathematischen Vorlesungen des Wintersemesters 1935/36 wie folgt aus:

Algebra	NN
Übungen hierzu	NN
Elementare Geometrie	NN
Analytische Geometrie	NN
Übungen hierzu	NN
Darstellende Geometrie	NN
Übungen hierzu	NN

Im Sommerhalbjahr 1936 wurde dann zu dem übriggebliebenen Privatdozent noch ein rassereiner Lektor gefunden, der gleich sechs Vorlesungen übernahm, obwohl er noch in Dresden wohnt. Der ominöse NN hält jetzt nurmehr die Vorlesung Differentialgeometrie samt Übungen, Algebra, numerische Gleichungen. Ein Ordinarius für Mathematik existiert nicht. Dies ist um so bedauerlicher, als den Mathematikern vom Studenten Kubach, „Hauptamtsleiter für Wissenschaft der Heidelberger Studentenschaft, Referent für Wissenschaftsarbeit des NSDSTB“ im Vorwort der neu gegründeten Zeitschrift „Deutsche Mathematik“ die hervorragende Aufgabe gestellt wurde, die Überlegenheit der nordischen Mathematik gegenüber der jüdischen zu beweisen. Die einzige Vertreterin der exakten Erblichkeitslehre, Gerta von Ubisch, hat das Schicksal der nichtarischen Mathematiker geteilt. Bekanntlich gibt es trotz der nationalsozialistischen „Theorien“ eine echte Wissenschaft von der Vererbung. Aber nach dieser Lehre kann ein reinrassiges Individuum sehr wohl aus der Kreuzung zweier gemischtrassiger entstehen. Es ist klar, daß eine solche Theorie an einer gleichgeschalteten Universität keinen Platz hat.

Dafür ist Platz für manches andere. So wurde in der medizinischen Fakultät eine Professur für Rasseforschung eingerichtet. Die Schädelforschungen des Anthropologen Münter führten nämlich nicht ganz zu den amtlich vorgeschriebenen Ergebnissen. Ihre Erzielung ist nunmehr durch Herrn Ministerialrat Packheiser gesichert.

Die ersten medizinischen Vorlesungen lauten: Nationalsozialistische Weltanschauung und Rassegedanke. Volk und Rasse. Krüppelfürsorge. Ärztliche Gesichtspunkte zur Körperertüchtigung. Erste Hilfe bei Unglücksfällen unter Berücksichtigung von Wehrsport und Gasschutz.

Abgesetzt wurden: die Ordinarien Bayer, Bettmann, Blessing, Sachs und der Psychiater Willmanns; dieser wegen einer fachwissenschaftlich treffenden Äußerung über den derzeitigen Herrn Reichskanzler; dann die Honorarprofessoren Fränkel und Löwe; ferner die a. o. Professoren Gruhle, György, Klopstock, Meier-Grosz, Mütter, Schreiber, Serr, Steiner, Zade; die Privatdozenten: Laser, Pagel, Stern, Strauss, Wittebski und Wurm.

Durch die Absetzung von Sachs und seiner beiden Assistenten Klopstock und Wittebski ist das berühmte Institut für Krebsforschung praktisch lahmgelegt. Der neue wissenschaftliche Direktor ist noch nicht ernannt. Es raufen sich nämlich verschiedene Pg.'s mit niederen Parteinummern um den Posten. Blessing, der bisherige Vertreter der Zahnheilkunde, ein biederer Zentrumsmann, wurde aus der Vorlesung heraus verhaftet. Jetzt hat eine Nazilokalgröße, Herr Abendroth, als Belohnung für seine Verdienste als Führer des Aktionsausschusses der nationalen Studentenschaft, einen Lehrauftrag für Zahnheilkunde erhalten. Bei Bettmann, der einer getauften jüdischen Familie entstammte, spielte sich eine Tragödie ab. Sein Sohn, Referendar, war in Unkenntnis seiner Abstammung eifriger Nationalist. Als „Nichtarier" wurde er plötzlich abgesetzt; ging nach Haus, fand am Schild seines Vaters den Boykottvermerk. Darauf erschoß er sich. „Er schied ohne Bitterkeit" schrieb die Frankfurter Zeitung.

Gegenüber diesem gewaltsamen Einbruch haben die heidelberger Professoren, genau wie ihre Kollegen im ganzen Reich, keinen Charakter gezeigt. Kein Wort des Protestes gegen die Absetzung so vieler verdienter Gelehrter wurde laut. Kein Wort der Kritik gegen das Eindringen der parteibuchbewaffneten Ignoranz, während man früher nicht laut genug, im Namen der Tradition, schon gegen die Zuziehung von Außenseitern der Wissenschaft protestieren konnte. Die Idee der Universität, der Idealismus, die geistigen Kräfte, als deren Verkünder sich die deutschen Professoren so gern fühlten und deren Stärke sie einst so laut rühmten — damals, als dies Bekenntnis wenig bedeutete und höchstens der Abgrenzung gegenüber „materialistischen" Zielen der Arbeiterschaft diente — dies alles zerging vor der Frage nach der Pensionsberechtigung. Die Würde der akademischen Korporation zerflatterte. Die Unbedingtheit, die manchen Pastoren die Kraft zum Widerstand leiht, war nicht da. Vor die bittere Alternative gestellt: Emigration mit all ihrer Ungewißheit oder Aussicht auf eine Bettelpension, zogen sie das, was sie für Sicherheit hielten, vor. An Spinozas Verzicht und an die Göttinger Sieben haben sie nicht gedacht.

Manche gaben sich dazu her, jahrelang als Ersatz ihres Nachfolgers zu lesen, mit dem Erfolg, daß die von einem Tag zum nächsten ihr Institut räumen mußten. Andere, die ins Ausland gingen, wurden durch winzige Pensionen, von denen ihre Angehörigen in Deutschland leben, mundtot gemacht. Wieder

andere fühlen sich als „Auslandsdeutsche“ und wagen nicht, mit ihrer Meinung hervorzutreten.
Aber diese Schwäche der Professoren kann für die Welt nicht maßgeblich sein. Die einfache Betrachtung des Vorlesungsverzeichnisses lehrt, daß die Heidelberger Hochschule nicht identisch ist mit der Universität, deren Jubiläum die Nationalsozialisten zu feiern vorgaben. Wer glaubt, davon abstrahieren zu können, daß dort berühmte Forscher durch unbekannte Nazilokalgrößen verdrängt wurden, verneint die Tradition der deutschen Universität. Er unterstützt diejenigen, welche bisher 1500 Professoren von deutschen Lehrstühlen vertrieben und bejaht, vielleicht ohne es zu wollen, daß dieser Vernichtungsfeldzug weitergeht.

DEUTSCHLAND WILL KOLONIEN

von

Balder Olden

Im Juni 1914 bat ich den Native-Kommissar der Station Voi in Britisch-Ostafrika, mir zur „Safari“ nach Moschi in Deutsch-Ost-Afrika zwölf Träger und einem Headman zu stellen. Er nannte mir die Tarife, erhob — weil es eine Reise ins Ausland war — eine Kaution und bat mich, am folgenden Morgen diesen Zug menschlicher Packtiere in Empfang zu nehmen.
Ich war ein nagelneuer Afrikaner, die Schwarzen nennen das „vollständiges Kind in Afrika“, verstand kein Wort der Negersprache, und vor mir lag eine Fußreise von fünf Tagen durch die Wildnis, davon sechzig Kilometer wasserlose Steppe. Alte Kolonialmänner hatten mir gesagt, auf Träger, die von der Regierung gestellt werden, sei absoluter Verlaß; auch verstanden mein Diener und mein Koch ein dutzend Worte Englisch. Aber trotzdem war mir zu Mute, daß ich in der letzten Nacht Angst hatte, ins Bett zu gehen, wo ich mit allen Gesichten kommender Schrecken allein sein würde.
Tags darauf ließ der englische Beamte vierzehn Schokoladen-Riesen vor mir antreten, vierzehn Mann in Sandalen und Lendenschurz, deren Augen loderten, deren Zähne wie der Fang von Wölfen blitzten, die Glieder mit harten Muskelpaketen beladen. Sie äugten auf mich, als schätzten sie meinen Bestand an Fleisch und Fett, als fühlten sie das Frikassee schon auf der Zunge, das ich abgeben würde. Der Kleinste von ihnen war zwei Köpfe länger als

Volksrecht – Zürich

27 JUL 1936

Heidelberg

Von Prof. Dr. E. J. Gumbel

Im „Neuen Tagebuch" lesen wir diesen Artikel. Der Umstand, daß die Universität Zürich leider nicht die Kraft aufbrachte, sich von der Nazi-Festlichkeit in Heidelberg klar zu distanzieren, veranlaßt uns, den Ausführungen von Prof. Dr. Gumbel auch in unserem Blatte Raum zu geben. Red.

Die Nationalsozialisten haben die Tatsache, daß die Universität Heidelberg im Jahre 1386 gegründet wurde, zum Anlaß eines Jubiläumsfestes genommen. Professoren aus der ganzen Welt wurden ein-, zum Teil wieder ausgeladen. Ausgeladen wurden speziell die englischen Universitäten, die als erste erkannt hatten, daß die Veranstalter der Heidelberger Feier nur nationalsozialistische Propagandazwecke verfolgen, und die sich nicht im Namen der Wissenschaft zu dem gewünschten Statistendienst hergeben wollten. Für Kenner der deutschen Verhältnisse bedarf es keiner Begründung, daß der Standpunkt der Engländer durchaus berechtigt war. Aber auf einen Spezialpunkt sei hier noch nachträglich hingewiesen: nämlich auf die Zusammensetzung des Lehrkörpers der heutigen Heidelberger Universität. Eine genaue Untersuchung ergibt, wie wenig sich die Heidelberger Gastgeber darauf berufen durften, die Tradition jener Hochschule zu repräsentieren, die sich ehemals, unter dem Kaiserreich und der Republik, eines gewissen Ansehens erfreute.

Die Grundlage dieser Untersuchung ist der Vergleich des Vorlesungsverzeichnisses der Sommersemester 1932 und 1936.

Im Sommer 1932, also kurz ehe der Nationalsozialismus zur Regierung kam, zählte die Heidelberger Universität 221 Dozenten. Davon existieren im Sommer 1936 nurmehr 97. Mehr als die Hälfte des Lehrkörpers von 1932 — nämlich 124 unter 224 Dozenten — sind heute aus Heidelberg verschwunden.

Heute besteht der Heidelberger Lehrkörper nur noch aus 178. Von ihnen sind 81, also fast die Hälfte, erst in den 3½ Jahren des Nazi-Regimes nach Heidelberg gekommen. Von den 50 ordentlichen Professoren wurden 21, von den 71 außerordentlichen Professoren und Dozenten 28, von den 38 Lektoren 27 durch die Nazi-Regierung ernannt.

Noch charakteristischer vielleicht ist die Zusammensetzung des S e n a t s, dem bei der Heidelberger Feier die Ehre zugefallen ist, die ausländischen Gäste im Namen der Heidelberger Tradition zu begrüßen. Von den fünf Mitgliedern des Senats war in der sogenannten „Systemzeit" n u r e i n e i n z i g e r in Heidelberg habilitiert, von zwölf Dekanen und stellvertretenden Dekanen nur sieben; von elf Professoren im Senat stammen nur drei aus der Zeit vor 1933.

Der nationalsozialistische Einfluß bedeutete nicht, daß etwa die Privatdozenten und außerordentlichen Professoren durch die zahlreichen Absetzungen rasch in höhere Stellen aufrückten. Im Gegenteil: die hoffnungslosen Privatdozenten stehen im Verzeichnis von 1936 genau an derselben Stelle und Reihenfolge wie 1932. Nur drei Privatdozenten haben es zum Ordinarius gebracht, der Mediziner Rodenwaldt und die Herren Fehrle und Schmidthenner. Letzterer, schon immer Nationalsozialist, hat als Minister sich selbst und den Ministerialrat Fehrle zum Ordinarius ernannt. In der fluchwürdigen Zeit der Schmach war solcher Doppelverdienst unzulässig: ein aktiver Beamter konnte nicht gleichzeitig Ordinarius sein; noch weniger wäre es natürlich möglich gewesen, daß er sich selber zum Ordinarius machte. Am stärksten zeigt sich der Einfluß des Nationalsozialismus bei den Lektoren und mit Lehrauftrag Versehenen. Hier rücken die neuen Systemgrößen, die Kreisleiter und Pg/s, in Scharen ein. D r e i v i e r t e l a l l e r L e k t o r e n s i n d n e u e r n a n n t.

Wie schon erwähnt, existieren von 221 Dozenten des Jahres 1932, nurmehr 97 im Jahre 1936. Wie viele von den 124 Ausgeschiedenen aus politischen Gründen abgesetzt worden sind, ist schwierig festzustellen. Die Universitätsverzeichnisse sagen darüber nichts. Sie enthalten auch keine Angaben über die Gestorbenen. Seit dem Sommersemester 1935 fehlt zum Beispiel der Name des früheren Rektors Kallius, eines streng nationalen Mannes aus dem Osten, der allerdings früher einen etwas anderen Namen führte. Ich kann nicht feststellen, ob er nach Walhall eingerückt ist.

Manche Ordinarien wurden vorzeitig inaktiviert, andere durften noch jahrelang als Ersatz ihres Nachfolgers lesen; wieder andere bekommen Pensionen auf Grund anderer, früherer Stellungen. Manchen Privatdozenten und außerordentliche Professoren wurde fiktiv die Stellung gelassen, jedoch der Lehrauftrag, das heißt die materielle Basis an der Universität, entzogen. Wieder andere haben freiwillig verzichtet und gingen mit Billigung der Behörden ins Ausland, so daß sie, obwohl faktisch Emigranten, als Propagandisten der deutschen Wissenschaft wirken. Manche ins Ausland Verzogene erhalten winzige Pensionen, von denen ihre Angehörigen leben, was sie verhindert, offen hervorzutreten. All dies führt dazu, den Begriff des aus politischen Gründen Abgesetzten zu verwischen.

Um daher allen möglichen Einwänden gegen meine Aufstellung Tür und Tor zu öffnen, folge ein namentliches Verzeichnis, wobei die seltenen Fälle mit aufgenommen sind, in denen ein nach 1932 Habilitierter wieder abgesetzt wurde.

Aus der Rechtsfakultät sind abgesetzt: die ordentlichen Professoren Anschütz („da es kein Staatsrecht mehr gibt, kann ich keines lesen"), Gutzwiller, Jellinek, Levy und Radbruch, und der Honorarprofessor Darmstädter. Als wesentlichen Gewinn darf die Fakultät dagegen den Lehrauftrag des „Rechtsrats" Amann vom badischen Kriegerbund buchen. Seine juristische Begabung hat Amann durch eine von ihm wesentlich geförderte Volksabstimmung gegen Gumbel, „ohne behördliche Kontrolle", bereits im Jahre 1931 bewiesen.

In der medizinischen Fakultät wurden abgesetzt: die Ordinarien Baeyer (Orthopädie), Bettmann, Blessing, der Krebsforscher Sachs und der Psychiater Willmanns, dieser wegen einer fachwissenschaftlich treffenden Aeußerung über den derzeitigen Herrn Reichskanzler; dann die Honorarprofessoren Fränkel (Tuberkulose) und Löwe; ferner die außerordentlichen Professoren Gruhle, György, Klopstock, Meier-G[illegible], Münter (Anthropologe), Schreiber, Serr, St[illegible] Zade; endlich die Privatdozenten Laser, Pagel, S[illegible], Strauß, Wittebski und Wurm. Durch die Absetzung von Sachs und seiner beiden Assistenten Klopstock und Wittebski ist das berühmte Institut für Krebsforschung praktisch lahmgelegt. Der neue wissenschaftliche Direktor ist noch nicht ernannt. Es raufen sich nämlich verschiedene Pg's mit niederen Parteinummern um den Posten. Blessing, der bisherige Vertreter der Zahnheilkunde, war ein biederer Zentrumsmann. Jetzt hat eine Nazilokalgröße, Herr Abendroth, als Belohnung für seine Verdienste als Führer des Aktionsausschusses der nationalsozialistischen Studenten, einen Lehrauftrag für Zahnheilkunde erhalten. Die Anthropologie Münters führte scheinbar nicht zu den parteiamtlich vorgeschriebenen Ergebnissen. Ihre Erzielung ist durch Herrn Ministerialrat Packheiser, Honorarprofessor für Rasseforschung, jetzt gesichert.

In der philosophischen Fakultät wurden abgesetzt: die Ordinarien Hoffmann, Olschki, Regenbogen, Täubler, Weber; die Honorarprofessoren Frhr. von Waldberg und Lenel; die außerordentlichen Professoren Alewyn, von Eckhardt, Gumbel, Hatzfeld, Salz, die Privatdozenten Holborn, Klibanski, Marschak, Oppermann, von Raumer, Sultan. Dagegen hat die Fakultät Herrn Kreisleiter Roth mit einem Lehrauftrag für Nazi-Weltanschauung gewonnen.

In der naturwissenschaftlichen Fakultät wurden abgesetzt: die Ordinarien der Mathematik Liebmann und Rosenthal, und der Geologe Salomon-Calvi, der Honorarprofessor Victor Goldschmidt, die außerordentlichen Professoren Merton (Zoologe) und die einzige Vertreterin der Erblichkeitslehre Gerta von Ubisch; die Privatdozenten Lemberg, Wolf und Schmitz. Von 55 Abgeordneten sind, soweit ich dies feststellen konnte, nur die Hälfte, 27, Juden (Freiherr von Waldberg wurde nach der neuen nationalsozialistischen Terminologie dabei mitgerechnet).

Von den Ordinarien und den Privatdozenten der gesamten Universität wurde somit ein Drittel entlassen. Etwa in gleicher Höhe bewegt sich die Zahl der Entlassungen in der rechtswissenschaftlichen und philosophischen Fakultät. Insgesamt ist ein Viertel der Universität Heidelberg aus politischen Gründen entlassen worden. Doch ist diese Zahl eine Mindestangabe, da bei den sonstigen Pensionierungen und Rücktritten politische Motive mitgespielt haben dürften.

In vier Jahren hat sich also der Lehrerbestand der Heidelberger Universität um fast 50 Prozent „erneuert". Und in diesem Wechsel der Personen, der wohl in der ganzen Geschichte der Universitäten einzigartig ist, spiegelt sich dennoch erst ein Bruchteil der Veränderungen, die sich in Heidelberg vollzogen haben. Nicht 550 Jahre Heidelberger Universität, sondern vier Jahre Nazi-Regime, vier Jahre Unterdrückung und Verfolgung der freien Wissenschaft, — darunter die Vertreibung von 1500 Professoren aus deutschen Universitäten, — wurden in Heidelberg geehrt und gefeiert.

Die neue Weltbühne

XXXII. Jahrgang 8. Oktober 1936 Nummer 41

E. J. Gumbel. [illegible]frage eines Kreises der deutschen politischen Emigranten in Lyon s[illegible] sie uns: Der Wiederaufbau des von den Banden zerstörten politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens in Deutschland kann nur in gemeinsamer Arbeit von allen freiheitlichen Kräften geleistet werden. In diesem Sinne haben sich Anfang 1936 Vertreter aller Richtungen der deutschen Opposition zu einer Tagung zusammengefunden. Der Kampf um ein freies Deutschland muss mit dem unbedingten Willen zur Macht weitergetragen werden. Unsere Brüder und Schwestern im Reich geben uns hierzu täglich ein heroisches Vorbild. Es gilt durch positive Arbeit zu beweisen, dass der Sturz der Nazis nicht das Chaos bedeuten wird. Das folgende Minimal-Programm enthält alle Punkte, die unserer Meinung nach von allen freiheitlich Gesinnten ohne Unterschied der politischen Richtung angenommen werden können, die aber auch durchgeführt werden müssen, soll ein zweites 1918 verhindert werden. Wir fordern alle Gruppen und Einzelnen unserer Freunde im illegalen Deutschland und in der Emigration auf, zu diesem Minimalprogramm Stellung zu nehmen und es so zu gestalten, dass es die Grundlage zum einheitlichen Vorgehen abgeben wird. 1. Sofortige Freilassung sämtlicher eingekerkerten Freiheitskämpfer. — 2. Sofortige strengste Säuberung des Machtapparates von allen aktiven Mitgliedern der Bandenpartei und der ihr angeschlossenen Verbände. Dauernde Unfähigkeit zur Ausübung öffentlicher Funktionen für alle Volksfeinde. — 3. Wiedereinstellung aller seit dem 20. Juli 1932 entlassenen Arbeiter, Angestellten und Beamten der öffentlichen Macht. — 4. Annullierung aller Ausbürgerungen. Nachprüfung aller von den Bandenregierungen vorgenommenen Einbürgerungen. — 5. Internierung der Bandenführer in den von ihnen errichteten Konzentrationslagern bis zur Aburteilung durch das Volkstribunal. — 6. Aufhebung der Rassen- und Kastrationsgesetzgebung. — 7. Freiheit aller Glaubensbekenntnisse. Trennung von Kirche und Staat. Erziehung im Geiste der Völkerversöhnung und der Achtung des Menschen. — 8. Sofortige Vermögensenteignung der Volksfeinde auf Grund der von den Banden erlassenen Gesetze. — 9. Vermögensenteignung der früheren Fürsten. — 10. Rückzahlung der Osthilfegelder, im Unvermögensfalle Übernahme der Güter durch das Landwirtschaftsministerium zur Siedlung auf genossenschaftlicher Grundlage. Aufteilung der Fidei-Kommisse. — 11. Verstaatlichung der Schlüsselindustrie, der Banken und Versicherungsgesellschaften. Planwirtschaftliche Leitung aller dem Reich und den Ländern gehörigen Betriebe durch das Wirtschaftsministerium. — 12. Sofortige freie Wahl der Betriebsräte. Gewerkschafts- und Vereinsfreiheit. Wiederherstellung des Streikrechtes, der Tarifverträge und des Schlichtungswesens. — 13. Abschaffung der Dienstpflicht. Auflösung der Reichwehr und aller bestehenden militärischen Verbände. Schaffung eines dem neuen Staate ergebenen Volksheeres. — 14. Kollektiver Friede als oberstes Ziel der Aussenpolitik. Bejahung aller Bestrebungen zur Einigung Europas.

PROGRÈS

— LYON —
Vendredi 27 Novembre 1936
77e Année. N° 27.929

Carl von Ossietzky martyr du pacifisme

Carl von OSSIETZKY
en sa tenue numérotée des « bagnes » de concentration

(Lire notre article en quatrième page.)

Un martyr du pacifisme: Carl von Ossietzky

Répondant au vœu de toutes les organisations pacifistes, et des plus hautes personnalités de l'ordre international, le comité du prix Nobel vient de décerner le prix de la Paix au journaliste Carl von Ossietzky, qui lutta toute sa vie pour la république allemande et pour la paix entre les peuples.

En le proposant, dans une lettre qu'il adressait au comité d'Oslo, par devoir de conscience, l'illustre savant allemand Albert Einstein, exilé, écrivait :

« Le comité Nobel a une occasion unique d'accomplir un geste d'une portée historique dont les effets ne manqueront pas de contribuer à la solution du problème de la paix, en attribuant le prix de la Paix à celui qui, par ses actes, par ses souffrances, l'a mérité plus que tout autre : Carl von Ossietzky. »

Et Thomas Mann, le grand écrivain allemand, prix Nobel lui-même, écrivait de son côté :

« Je vous demande le prix Nobel pour Ossietzky, au nom de l'humanité tout entière qui attend ce signe du retour du bien dans un monde assombri d'inquiétudes. »

Ce geste, si unanimement souhaité, le comité d'Oslo l'a accompli. C'est, en même temps que l'exaltation de l'homme qui a fait le plus pour combattre le régime actuel de l'Allemagne, le désaveu solennel des doctrines et de toute la politique nationale et internationale sur lesquelles il est basé.

Et les Hitlériens seraient mal venus à récuser cette sentence solennelle, puisqu'elle est prononcée précisément par des Nordiques, les descendants des Vickings dont constamment ils se réclament.

Les souvenirs d'un disciple

Nous avons eu la bonne fortune de trouver à Lyon, en la personne du professeur E.-J. Gumbel, chargé du cours de statistiques mathématiques à l'Institut de science financière à la Faculté de droit, un ancien collaborateur de l'héroïque pacifiste, quelqu'un qui l'a vu longtemps à l'œuvre et qui lui garde une admiration, une affection sans borne :

« Notre joie est grande, dit-il, de voir ainsi citer à l'ordre du jour du monde civilisé, notre héros, notre martyr Ossietzky. C'est celle de tous les pacifistes du monde, qui savent avec quelle foi, quelle énergie continue il s'est voué tout ensemble à la rénovation de l'Allemagne par la République et à la paix universelle.

« Son journal, la *Weltbühne*, dont le titre pourrait se traduire aujourd'hui : « La tragédie du monde », avait déjà un caractère politique quand il en prit la direction, après Siegfried Jacobsen.

« Toute de suite, il lui imprima une activité internationale, démocratique et pacifiste. Résolument, il engagea la lutte contre le militarisme renaissant, contre la Reichswehr et contre ses organisations plus ou moins secrètes.

« Son but était de déprussianiser l'Allemagne, de la ramener à sa tradition classique, humanitaire ; d'assurer le régime républicain en lui donnant confiance en lui-même et contre ses adversaires.

« Sous le gouvernement de Weimar, sa propagande ne trouva pas d'opposition directe, brutale. Et pourtant il ne se gênait point pour critiquer la social-démocratie, lui reprochant notamment de voter des budgets militaires qui servaient en réalité à payer les réarmements secrets, à fournir des armes aux nazis.

Journalisme héroïque

« Ses articles, fortement pensés, solidement documentés, argumentés, n'empruntaient rien à la violence de l'expression. La pureté de sa langue, la clarté de son style n'ont évidemment rien à voir avec les fureurs du Führer qui manie la langue allemande comme on manie un balai.

« De taille menue, d'une maigreur ascétique, timide au point de paraître un peu sauvage, Ossietzky parlait peu. On avait toutes les peines du monde à lui faire prononcer un discours ; mais il écrivait assidument et ses articles constituaient la nourriture spirituelle de tous les Allemands qui pensent.

« Sa bravoure morale, et même sa résistance physique ne sauraient être contestées, même par ses pires ennemis. Il fallait un courage à toute épreuve pour dénoncer comme il le faisait, sans répit, tous les abus, tous les crimes de la Reichswehr et des organisations qui préparaient le régime actuel.

« Il savait très bien qu'il encourait l'assassinat par les condamnations mystérieuses, sans appel, de la Sainte Vehme, en même temps que les poursuites pour haute trahison. Il n'en continuait pas moins intrépidement à flétrir les agissements des hobereaux et des nazis, comme autant d'attentats contre la République, contre la patrie, contre la paix.

« En 1931, ses articles sur « Les armements secrets dans l'aviation allemande », qui étaient autant d'infractions au traité de Versailles, lui valent une condamnation à dix-huit mois de prison. On le presse de partir pour lui éviter de purger sa peine ; on lui en offre tous les moyens. Il refuse. Il refusera encore de fuir, le 28 février 1933, lorsque l'incendie du Reichstag et l'arrestation en masse des républicains le menacent dans sa vie même :

« Non, répond-il à toutes les adjurations. Je reste là où je puis gêner le plus les ennemis de la République. »

« La Gestapo l'arrête. Et sans autre forme de procès, le promène de pénitentiers en camps de concentration, en infligeant à cet homme miné par la maladie les pires brutalités, les plus cruels sévices. Et pourtant, la cour de Leipzig avait bien voulu reconnaître qu'Ossietzky n'avait pas agi sans honneur et qu'elle le condamnait seulement pour des motifs politiques.

« Sans doute, on vient de libérer notre grand malade. Nous redoutons qu'il soit épuisé. Les nazis ont su à temps que le prix Nobel allait lui être décerné, et ils n'ont pas osé braver l'opinion universelle en retenant prisonnier le citoyen allemand qu'on jugeait le plus digne de la plus haute glorification.

« Ils n'ont pas voulu, non plus, risquer la honte qu'il succombât à l'horrible existence qu'on lui faisait dans leurs camps de vindicte. Il s'agit maintenant de savoir si l'Allemagne permettra au grand malade qu'est Ossietzky, de quitter la clinique où on le soigne à Berlin.

« Vous avez entendu à la T.S.F., vous avez lu dans les journaux, les vociférations des nazis. Ils disent : « L'attri-
« bution du prix Nobel à ce traître no-
« toire est une provocation si inso-
« lente, une telle injure à la nouvelle
« Allemagne, qu'une réponse dont la
« clarté ne laisse rien à désirer ne man-
« quera pas d'être faite. »

« La menace ne saurait être plus directe, et pourtant, comment les nazis, aryens convaincus, pourraient-ils refuser à l'un des leurs le droit de répondre à l'invitation du Roi des Vickings, Prince des Nordiques norvégiens, qui lui offre la récompense suprême ?

« On nous apprend que Hitler s'est fait apporter en sa résidence de Berchtesgaden le dossier judiciaire de Carl von Ossietzky. Voudra-t-il braver, une fois de plus, la réprobation des peuples ? Voudra-t-il empêcher que le martyr de la Paix parte libre d'Allemagne pour se rendre en Norvège et s'y rétablir s'il le peut ?

« Lui qui prétend se connaître en courage, comment pourrait-il dénier à son adversaire, à notre merveilleux ami la palme de la vaillance ? Il ne saurait négliger non plus le retentissement moral que sa détermination ne saurait manquer d'avoir dans toutes les consciences humaines. »

Das Wort, Moskau Nr 1. 1937

An den Rand geschrieben

ARISCHE MATHEMATIK

Unter der verantwortlichen Redaktion von Professor Bieberbach erscheint jetzt, in gotischen Lettern, eine Vierteljahrszeitschrift „Deutsche Mathematik" in einer Auflagenhöhe von 6500. Das erste Heft beginnt mit einem Vorspruch des (als Mathematiker noch nicht bekannten) Adolf Hitler, das zweite mit einem tiefsinnig seinsollenden Gedicht eines Herrn Paul Ernst. Neu an der Zeitschrift ist zunächst die Einteilung in „Arbeit" einerseits und „Belehrung" und „Forschung" andrerseits. Unter „Arbeit" werden die poetischen Forderungen der Nationalsozialistischen Partei und der ihr angeschlossenen Studentenverbände verstanden, unter „Belehrung" fällt die Geschichte der Mathematik, die „Forschung" endlich soll die politischen Forderungen erfüllen.

Den Leitartikel der ersten Nummer schreibt ein „ewiger Student", der im Gegensatz zu den andern Mitarbeitern einen Titel führt. Dieser Herr Kubach, „Reichsfachabteilungsleiter der Mathematik der deutschen Studentenschaft" an der Universität Heidelberg, die dadurch ausgezeichnet ist, daß sie keinen Ordinarius der Mathematik mehr besitzt, formuliert die Aufgaben der Zeitschrift: Das Argument, mathematisch exakte Ergebnisse müssen in jeder Zeit und bei jeder Nation von allen für richtig anerkannt werden, trägt die Keime der Zerstörung und Zersetzung der deutschen Wissenschaft in sich. In der fluchwürdigen Systemzeit wurden mathematische Grundsätze nicht dekretiert, sondern als mathematisch notwendig bewiesen. Während Bieberbach 1934 erst Stilarten mathematischen Schaffens konstatierte, postuliert Kubach 1936 bereits die politisch gereinigte Mathematik.

Diese Aufgabe fällt in erster Linie den studentischen Fachschaften zu. „Sie wird dort angepackt werden, gemeinsam mit den in der gleichen Front stehenden Assistenten, Dozenten und Professoren, die leider aber — besonders unter den letzteren — heute nur in ganz geringer Zahl vorhanden sind." Auf diesen zarten Rüffel folgt ein Frontalangriff „gegen die überwältigende Mehrzahl der vorhandenen Dozenten, die diesen Fragen keinerlei Verständnis entgegenbringt". Noch an einer dritten Stelle wird über die „wenigen bei uns stehenden Dozenten" gejammert. Aus dieser Not wird aber eine Tugend gemacht: „Nur aus den Arbeitsgemeinschaften und Lagern wird es möglich sein, den Oberlehrertyp zu überwinden." Hierzu wird Anschluß an H. St. Chamberlain und Krieck (deren mathematische Leistungen bisher niemand kannte) und eine neue rassische Geschichte der Mathematik postuliert.

Einen großen Erfolg hat dieser Leitartikel nicht gehabt. Denn bereits in der zweiten Nummer wird auf der ersten Seite kleinlaut zugegeben, daß die Untersuchung über alle Mathematiker der Universität Heidelberg seit 1800 trotz eingehender Feststellung der Rassenzugehörigkeit „zu einer vollkommen klaren Gegenüberstellung deutschen und jüdischen Schaffens" nicht ausreicht. Ja noch mehr: in einem längeren Artikel der Abteilung „Belehrung" wird die Rolle verschiedener jüdischer Mathematiker beim Aufbau bestimmter geometrischer Probleme ganz breit und ohne jede Voreingenommenheit dargestellt.

Die Nationalsozialisten haben bekanntlich die Sterilisation eingeführt, um gewisse Erbkrankheiten auszurotten. Demgegenüber beweist Herr Mittmann aus Göttingen, ganz im Sinne des aus Göttingen verjagten Statistikers Felix Bernstein, daß es unter ziemlich plausiblen Bedingungen trotz aller Sterilisation nie gelingen wird, eine Erbkrankheit vollkommen auszurotten. Denn auch die scheinbar Gesunden tragen den Keim zur Krankheit in sich und vererben ihn. Es wird umgekehrt gezeigt, daß das Verfahren unter komplizierten Bedingungen in irgendeiner sehr fernen Zeit Erfolg haben kann. So wird in einer, dem Laienpublikum ungefährlichen, weil unverständlichen Weise dargestellt, daß die Sterilisation für die brennenden Gegenwartsprobleme der sozialen Hygiene wertlos ist. Der Aufsatz beruht auf der Annahme, daß die Vererbung den Mendelschen Gesetzen, die vor allem von Goldscheider untersucht wurden, folgt. Der Verfasser hütet sich auszusprechen, daß die tatsächliche Erbfolge bei den meisten Krankheiten noch ganz unbekannt ist.

Bezeichnenderweise bekennen sich unter 19 wissenschaftlichen Mitarbeitern nur zwei zur arischen Mathematik, nämlich die Professoren Bieberbach und Tornier. Letzterer wendet sich unter dem schönen Titel „Mathematiker oder Jongleur mit Definitionen" gegen „die jüdisch-liberalistische Vernebelung, entsprungen dem Intellekt

wurzelloser Artisten, die durch Jonglieren mit objektfremden Definitionen sich und ihrem gedankenlosen Stammpublikum mathematische Schöpferkraft vorgaukeln, einem Stammpublikum, das froh ist, langsam einige Tricks abzulernen, um vor noch Bescheideren damit zu glänzen. als Rastellis dritter Güte."

Vielfach ist der Gegensatz zwischen Postulat und Inhalt so groß, daß man beinahe an Sabotage glauben könnte, z. B. wenn im wissenschaftlichen Teil (wohl gegen Tornier) mit Behagen der Satz des Geometers Beck zitiert wird: „Es gibt schwarze und weiße Hunde. Der Geometer aber nennt die schwarzen Hunde: uneigentlich weiß, damit er den Satz aussprechen kann: alle Hunde sind weiß."

Ein Bericht über mathematische Wirtschaftsforschung ist bemerkenswert. Denn der „Schirmherr" Klages — Ministerpräsident in Braunschweig, berühmt durch Korruption und Morde — schildert „das Fiasko der früheren Nationalökonomie, das seine Ursache darin hatte, daß keine richtige Volkswirtschaftlehre existierte."

Das Arbeitslager Gießen schreibt drohend: „Wir sind entschlossen, jene wankende Gestalt des vom Leben losgelösten Gehirnakrobaten von unsern Hochschulen restlos zu vertreiben. Wir erwarten vom Hochschullehrer, daß er unser Streben nach Auslese in jeder Weise unterstützt. Andrerseits hat sich der Hochschullehrer selbst in unserer Gemeinschaft zu bewähren."

Aber nicht einmal die Mitarbeiter dieser Zeitschrift denken daran, sich nach diesen Grundsätzen zu richten. Der Geometer Weiß macht sich direkt lustig über diejenigen, die die Mathematik im III. Reich nur als Wehrwissenschaft behandeln wollen und Themen für Dissertationen von der Reichswehr anfordern. Vorn in den Leitartikeln postulieren die nationalsozialistischen Studenten ihre politische Mathematik, und im wissenschaftlichen Teil spürt man davon nichts. So ist der Gesamteindruck der Zeitschrift, rein fachlich gesehen, recht gut. Der Zusammenhang mit der „Systemzeit" ist gewahrt. Jüdische, sogar emigrierte Mathematiker werden in Gemütsruhe zitiert, und vielfach wird auf ihren Arbeiten weitergebaut.

Allerdings Einstein spielt die Rolle des bösen Geistes. Sein Werk wird von einem Heidelberger Studenten als „eine Kampfansage mit dem Ziel der Vernichtung des nordisch-germanischen Naturgefühls" bezeichnet. Aber 10 Seiten weiter wird in einem Nachwort auf A. von Brill diesem mit besonderem Lobe eine originelle Darstellung des Relativitätsprinzips zugeschrieben. In dieser Biographie heißt es: „Er war einer der ersten der Universität Tübingen, welche 1933 dem nationalsozialistischen Lehrerbund beigetreten sind, wobei der Gedanke an Konjunktur — er war damals über 90 Jahre alt — ausscheiden dürfte." Es muß also heute ausdrücklich erwähnt werden, daß jemand Nationalsozialist wurde, ohne persönliche Vorteile zu erwarten.

Die Gleichschaltung der deutschen Universitäten ist den Nationalsozialisten gelungen. Aber es ist nicht anzunehmen, daß die Ku- und Bieberbäche auf diese Weise den Strom des mathematischen Wissens bereichern werden.

E. J. Gumbel

MIT GANZEM HERZEN AN DER SEITE DER ARBEITER

Bei der Vorarbeit für ein neues Buch fand ein Mitarbeiter unserer Zeitschrift in Zeitungen des Jahres 1913 folgenden interessanten Brief von Maurice Maeterlinck. In Belgien war damals der Generalstreik erklärt worden, um das allgemeine Wahlrecht zu erzwingen. 350 000 Arbeiter traten in den Streik. Militär wurde aufgeboten, die Regierungspresse verlangte Zensur über die Berichte der ausländischen Korrespondenten usw. Der Brief ist an den Chefredakteur des sozialistischen „Peuple" gerichtet. Er lautet:

9. April 1913

Werter Herr!

Ich habe nicht nötig, Ihnen zu beteuern, daß ich mit ganzem Herzen an der Seite jener stehe, die heroisch darangehen, die große Schlacht gegen eine Regierung zu schlagen, welche, wenn man so sagen darf, die ganze Öde, die ganze Niedrigkeit und die ganze Perfidie des alten belgischen Klerikalismus repräsentiert.

Über das allgemeine Wahlrecht habe ich beinahe alles, was ich zu sagen hatte, im *„Le double Jardin"* und *„Notre avenue sociale"* gesagt. Wenn

71

CONFERENCE INTERNATIONALE des 16 et 17 Janvier 1937 à Paris

Pour l'Aide aux Blessés, aux Veuves, aux Orphelins aux Réfugiés de l'Espagne Républicaine

SERVICE D'INFORMATION

publié par le

Comité International de Coordination et d'Information pour l'Aide à l'Espagne Républicaine

27, RUE JEAN-DOLENT, PARIS-14e — Téléphone: Gobelins 25-32

Nr. 3 — JANVIER 1937.

Les Démocraties des Pays Fascistes saluent l'Espagne Républicaine

Les Ligues des Droits de l'Homme d'Allemagne, d'Italie et de Hongrie ont adressé à la Conférence Internationale d'aide à l'Espagne républicaine, qui se tiendra les 16 et 17 janvier, à Paris, des messages dont nous extrayons les lignes suivantes :

« La destruction de la République démocratique allemande par les nationaux-socialistes ne constitue pas un évènement unique dans l'histoire. La ligne générale de la lutte que la réaction mène contre tout progrès culturel, contre les droits de la classe ouvrière, a revêtue e n Espagne la forme d'une guerre civile.

La résistance héroïque de la République espagnole contre les fainéants indigènes alliés, contre les nationaux-socialistes allemands et les fascistes italiens, est pour nous un encouragement et un exemple.

On lutte aussi en Espagne pour la libération de l'Allemagne opprimée.

C'est pourquoi, nous autres, allemands, nous ferons tout ce qui est en notre pouvoir pour assurer la victoire des forces libératrices en Espagne.

Toute notre sympathie va donc vers les combattants de la liberté espagnole et vers les victimes du fascisme meutrier ».

Ligue Allemande pour la Défense des Droits de l'Homme.

(*Reprinted from* NATURE, *Vol.* 139, *page* 98, *January* 16, 1937.)

University of Heidelberg and New Conceptions of Science

From a Correspondent

THE general character of the changes in the German universities was expounded by Herr Rust, Reichsminister for Education, at the recent celebration of the 'jubilee' of the University of Heidelberg. His address is translated in the November issue of the *Universities Review*. Herr Rust believes the New Germany to be the true heir of Sparta and suggests that these changes are as though Sparta had triumphed over Athens. Had that calamity befallen the world, all that we could have inherited from Greece would have been 'discipline', for Sparta had no other gifts to bestow. But the new "Weltanschauung", Herr Rust assures us, "is the life-blood of a new science . . . National Socialism has provided science with new principles from which she can derive the strength of self-confidence. . . . The old idea of science based on the belief in the supremacy of the intellect is finished."

The effect on a university of the arbitrary treatment of its staff is not numerically expressible. Injustice to one teacher may overawe the entire faculty and deprive its work of all value. Staff changes at Heidelberg tell, therefore, of only a fraction of the injury to learning. We give, however, a summary of what has happened at Heidelberg; and it suggests what is going on throughout the universities of Germany.

The calendar of the University of Heidelberg for the academic year 1936–37 may be compared with that of 1932, the last year unaffected by the new regime. The historical account of the university, which opened previous calendars, is omitted this year. Any record of either benefactors or distinguished alumni would have to include names of many of Jewish or partly Jewish origin. The

very title of the official head has been altered, and Rector Groh is now Führer Groh. The order and many of the titles of the staff are changed. After Führer Groh follows the *Leiter* of the body of dozents, Herr Schlüter, who, oddly enough, is not himself a dozent. Next is the undergraduate Herr Ernst Kreuzer, who is both a member of the Senate and "Officially designated Undergraduate Leader at Heidelberg of the Nazi Student Union of the Nazi Party". (*Kommissarischer Hochschulgruppenführer der Hochschulgruppe Heidelberg des NSD Studentenbundes der NSDAP.*) After this student follow the deans and other members of the Senate. Six of the ten ordinary members and seven of the twelve deans and sub-deans were not members of the teaching staff in 1932. The academic authority that occupies the next place is the "Nazi Teachers' Union" (*Nationalsozialistische Dozentenbund*). Of this the "District Führer" (*Gaudozentenbund-Führer*) is Party Member Professor Dr. Ernst Krieck who, for a short time, held uneasily the rectorship of the University of Frankfort. The promotion of Dr. Krieck, not long ago teacher in a *Mittelschule*—that is what we should call the 'modern side' of a secondary school—has been very rapid.

There were 215 teachers at the University in 1932. There are now only 180*. Of these, 99 survive from the old regime, while 81 have come in with the new regime. The displacements do not imply promotion. On the contrary, many higher positions are now occupied by previously unknown men, and some by men who hold, in addition, ministerial office (*Ministerialrat*), a combination forbidden under the old regime. Nazi influence is most evident, however, in the lower ranks of university teachers, the list of whom teems with 'Party Members'. A few teachers have been permitted to keep nominal positions but deprived of stipend. Among those dismissed are, remark-

* The number of teachers is approximate. As in an English university, many members, for example, librarians, junior demonstrators or physical instructors, belong doubtfully to the teaching staff. The figures 215 and 180 are conservative.

ably enough, a number who have been added to the staff since the advent of the present regime. The career of a professor in Germany has become, like the life of Hobbes's primitive man, "poore, nasty, brutish and short".

The actual causes of dismissal have not been published, and to ascertain them with accuracy would involve a long and a dangerous research. In the majority of cases doubtless the victim was a Jew or had some more or less distant Jewish affiliations. Nevertheless, in the Faculty of Medicine, where dismissals have been most numerous, only half of the dismissals seem explicable on such grounds. "Political unreliability", that is to say, connexion with any 'left' party before the advent of the present regime, or want of submissiveness to the present regime, is a common cause of dismissal. It is difficult to say in how many cases dismissal has been produced or stimulated by direct action by the students. These have violent national socialist leaders, and there can be no doubt that they have had and have a large share in the control of the University.

The constitution of the reduced staff may be learned from the following table:

Faculty	Percentage of new appointments
Science	31
Theology	36
Law	38
Philosophy	49
Medicine	56

The changes in the Faculty of Law are peculiarly significant. The Institute for Historical Jurisprudence has lost its former name "Rudolf-Mosse-Stiftung", which indicates that it is a Jewish benefaction. The Jewish endowment is retained. Important fields of legal knowledge are no longer represented. In the list of 1935–36 the subject of "International Law" still appeared under the reduced dignity of "Foreign Law" (*Ausserstaatliches Recht*) to be expounded by one undesignated.

In the current list it has vanished and left not a wrack behind. A subject which makes its first bow to the learned public is "Reform of the Penal Law", but no room is found for "Penal Law" itself. The hand of the secret police is here discernible. Special instruction is provided in "Recent Political History", "Folk Elements in Law" (*Rechtliche Volkskunde*), "Family Heredity", "Folk and Race", and "German Military Law".

In the Philosophical Faculty there are new courses by new men on "Foundations of National Socialist Philosophy" as well as on "Folk Philosophy", "German Philosophy", "Educational Policy", "The Nature of the Folk Community", and "The Nature of Ancient German Religion". The Philosophical Faculty has now a new "Professor of Modern War History". His work would seem to overlap that of Herr Minister Schmidthenner, who is "Professor Ordinarius of History with special reference to the History of War and Military Knowledge" (*Wehrkunde*). Herr Professor Minister Schmidthenner will lecture on "The World War", "Politics and War Leadership", "The Total War", "Germany's Right to Colonies" and on "Political Geography of the German East". He holds a seminar on "Being and Action of the German Soldiery".

In the Faculty of Science the following are among the dismissed : the two ordinary professors of mathematics, Liebmann and Rosenthal, the professor of geology, Salomon-Calvi, honorary Professor Victor Goldschmidt, Extraordinary Professors Merton (Zoology) and Gerta von Ubisch (Genetics), Privatdozents Lemberg, Wolf and Schmitz. There is now no ordinary professor of mathematics at Heidelberg. Many courses in mathematical subjects are suspended or advertised as by teachers as yet undesignated.

In the Faculty of Medicine the dismissals have been very numerous. Among them are Ordinary Professors Baeyer, Bettmann, Blessing, Sachs, Willmanns ; Honorary Professors Fränkel and Löwe ; Extraordinary Professors Gruhle, Gyorgy,

Klopstock, Meier-Grosz, Münter, Schreiber, Serr, Steiner, Zade; Privatdozents Laser, Pagel, Stern, Strauss, Wittebski and Wurm. Nearly the whole of the cancer research staff has been dismissed. The first medical lectures advertised are "Nazi Philosophy and Race Theory", "Folk and Race", "Medical Outlook on Physical Development", "First Aid with special reference to Military Sport and Gas Defence".

We cannot discuss student life at Heidelberg, but note that before matriculating a student must produce documentary evidence of the religion of both of his parents and of his four grandparents. The recession of learning and the significance of propaganda in the life of the University is revealed in the programme of the official "Students' Faculty Discussion Groups" (*Arbeitsgemeinschaften*). Subjects for debate there are "Self-consciousness of German Culture", "Education of Nazi Youth", "Labour Service and Military Law", "Claims of the Germans in Czecho-Slovakia", "Laws concerning Race", "Care for Healthy Inheritance", "Eastward Expansion of Germany", and "Professor Lenard and his Significance for German Science".

Faced with a series of unprecedented attacks on the interest of learning as well as on their own rights, no member of the staff has had the temerity to utter any word of public protest. There are several retired or very senior members of independent standing from whom one might have reasonably hoped for some sign of courage. But Germany has openly reinstated serfdom, the essence of which is to restrain the worker from marketing his labour as he will and to place him at the disposal of an overlord. It is, therefore, appropriate that the minds of Germans should be enslaved along with their bodies, for slavery mercifully provides its own spiritual anæsthesia. This, in truth, is the 'new principle' for science which Reichsminister Rust has discovered. But, to speak yet more plainly, science has been abolished in the German universities and its spirit has abdicated from the Reich.

Printed in Great Britain by Fisher, Knight & Co., Ltd., St. Albans.

PROGRÈS

73

— LYON —
Lundi 18 Janvier 1937
78e Année. N° 27.981

Qu'est devenu Carl von Ossietzky prix Nobel et martyr de la paix ?

Il n'a pu toucher le demi-million du prix qui lui a été décerné et l'on est sans nouvelles de lui

En novembre dernier, le comité norvégien du Prix Nobel décernait sa plus haute récompense au journaliste allemand Carl von Ossietzky, pour sa longue campagne héroïque contre le nazisme et la dictature hitlérienne. Emprisonné, maltraité, le lauréat était encore aux mains de l'implacable Gestapo, police politique allemande, lorsque cet honneur universel lui fut attribué.

L'opinion internationale espérait qu'en faveur de cette glorification insigne d'un écrivain allemand le gouvernement nationaliste oublierait les attaques de l'adversaire politique pour ne se rappeler que son talent, sa fermeté d'âme, son honnêteté héroïque.

Il n'en est rien encore. Depuis les premiers jours de décembre, depuis l'unique télégramme qu'Ossietzky adressait au comité Nobel pour le remercier et accepter officiellement le prix, depuis, l'on est sans la moindre nouvelle de lui.

De toutes parts les amis du grand journaliste s'inquiètent. Est-il parti sur l'engagement formel qu'il ne dévoilerait à personne le lieu de sa retraite ? Est-il toujours en traitement à la clinique de Berlin, où ses persécuteurs l'avaient transféré pour éviter le scandale mondial du prix Nobel allant trouver son titulaire dans un camp allemand de représailles politiques ?

Est-il dans la Forêt Noire ou à Hambourg, trop malade pour se rendre à Oslo. Est-il maintenu au secret par la Gestapo ?

Le fait patent c'est qu'Ossietzky ne s'est pas rendu à Oslo pour recevoir son prix des mains du roi de Norvège, avec toute la solennité traditionnelle.

Autre fait : deux médecins anglais vinrent, dans les premiers jours de janvier, demander à la Gestapo de voir Ossietzky. On leur répondit, sans aménité, qu'ils n'avaient aucune visite à faire à cet ennemi de l'Etat naziste, ni en qualité de médecins, ni comme délégués de n'importe quelle autorité ou groupement.

Et tous leurs efforts pour découvrir la résidence de l'écrivain à Berlin demeurèrent vains.

A qui ira le demi-million du prix de la paix ?

Il apparait de plus en plus certain que la police d'Etat, servant la colère et la vengeance nazistes, veut empêcher Ossietzky de toucher le demi-million que comporte le prix Nobel.

On lui a refusé un passeport pour se rendre en Norvège et on le tient étroitement surveillé en une retraite à l'abri de toute indiscrétion, afin qu'il ne soit pas tenté de se passer de... passeport.

Et puis, ne songerait-on pas, avec ce cynisme diabolique qui habite tant

Carl von OSSIETZKY

de nazis, à traquer Ossietzky au fond d'une impasse juridique ?

Suivant une de ces lois hitlériennes, qui n'ont pas leurs pareilles au monde dans leur brutalité sans réplique, tout citoyen allemand qui ne rapatrie pas au plus vite les capitaux qu'il possède à l'étranger, se rend passible de la peine de mort.

D'où il suit que :

Si le lauréat séquestré se refuse à faire entrer en Allemagne les cinq cent mille francs en devises étrangères de son prix, il s'expose à la condamnation capitale.

Si Ossietzky accepte de rapatrier son demi-million, il y a tout lieu de croire que cet argent sera immédiatement confisqué avec ou sans autre forme de procès.

(Lire la suite en deuxième page.)

Contre une telle alternative, contre la séquestration indéfinie du lauréat de la paix, les journaux norvégiens, scandinaves, britanniques ont protesté, en vain jusqu'à présent. Au nom de l'humanité d'abord : Si un tel homme, disent-ils, va mourir, il doit mourir en liberté.

La dame d'Oslo

Mais samedi, une dame allemande se présentait à la banque d'Oslo chargée de délivrer le montant des prix Nobel.

Elle montrait des documents l'accréditant pour toucher une partie du demi-million d'Ossietzky et ordonner l'envoi en Allemagne du reliquat.

La banque, jusqu'à présent, se refuse à déférer aux ordres de la dame, c'est-à-dire à payer.

Si ces « pouvoirs » ont été réellement signés par Ossietzky, l'on peut craindre qu'ils lui aient été arrachés sous une menace de condamnation à mort.

L'on peut craindre aussi que la Gestapo mette immédiatement l'embargo sur les devises ainsi... rapatriées, sans, pour cela, remettre en liberté l'héroïque abhorré.

Ne serait-il pas extravagant que les fonds du prix Nobel de la paix soient finalement détournés par les hommes dont les attitudes guerrières inquiètent le plus !

Nous croyons savoir que le Comité Nobel est décidé à ne payer le montant du prix qu'en mains propres, à Oslo, à Ossietzky en personne.

Cette querelle d'Allemand passionne les pays scandinaves. Elle retentit dans les autres pays et en Allemagne même où la dictature a pu faire taire l'opinion, mais non les consciences.

Comment qualifierait-on le geste de dépouiller un mourant de la récompense que lui attribuent les plus nobles esprits de ce temps ?

La sincérité, la volonté de paix d'un pays se jugent à la façon dont on y traite les pacifistes. Comment concilier tant de déclarations conciliantes du Führer, accentuées encore ces jours-ci, avec l'implacable persécution qui cerne un écrivain coupable d'exprimer ses idées ?

A moins que M. Hitler, trouvant injuste, injurieuse, l'attribution à Ossietzky du prix de la paix, entende ainsi se l'attribuer à lui-même ? Mais ne serait-il pas plus élégant, plus sûr, d'attendre l'an prochain en enrichissant ses titres aux suffrages du Comité Nobel ?

Et pour commencer, qu'il libère le lauréat de la paix et le laisse toucher son prix si valeureusement gagné.

74

MATHEMATIQU

Il y a du nouveau chez les sauveurs patentés de la culture européenne : la « science aryenne » vient de s'enrichir d'une nouvelle publication trimestrielle éditée par « le professeur Bieberbach », de l'Université de Berlin : *Deutsche Mathematik*. Cette publication est, bien entendu, imprimée en caractères gothiques, sans doute pour faciliter la diffusion à l'étranger de son tirage colossal de 6.500 exemplaires.

Le premier article du premier numéro est dû à un auteur peu connu jusqu'à présent comme mathématicien : M. Adolf Hitler. Le second numéro débute par un poème du genre profond, de M. Paul Ernst. Mais arrivons aux choses sérieuses : le corps même de la publication est divisé en trois rubriques : travail, enseignement, recherches. Sous la rubrique *Travail*, on a rassemblé tout ce qui concerne les revendications politiques du parti nazi et de ses associations estudiantines. L'*Enseignement* remet au point l'histoire des mathématiques d'un point de vue nazi. Quant aux recherches, elles sont nécessairement pliées aux exigences politiques.

Voici un article de fond. Ajustons nos lunettes. Il est dû, innovation intéressante, à un étudiant, M. Kubach. Cet étudiant est tout à fait remarquable : d'une part il appartient à la très curieuse université de Heidelberg, *qui n'a plus de professeur titulaire de mathématique*; d'autre part, il est étudiant de carrière et fait suivre son nom du beau titre suivant : « Chef du département mathématique des comités d'étudiants du Reich. »

Son article est non moins remarquable. Il propose comme tâche à la publication de combattre l'argument mondial selon lequel les résultats mathématiques exacts seraient indépendants de la date de naissance de l'auteur, de sa nationalité et même de sa race et devraient être acceptés et reconnus comme justes par tout un chacun. Il est évident que cette théorie néfaste porte en soi les germes de la destruction et de la décomposition de la science allemande. « Nous lui opposons — écrit M. Kubach — notre mystique national-socialiste, avec ses revendications totalitaires. Notre croyance fanatique nous convainc que ces opinions traditionnelles et libérales sont absolument fausses. »

M. Bieberbach (en français : Ruisseau des Castors) constatait déjà, en 1934, qu'il y avait deux courants de création mathématique (le bon et le mauvais, évidemment). M. Kubach (en français : Ruisseau des Vaches) va aujourd'hui beaucoup plus loin que son maître : il réclame la purification politique de la science. Mais il constate amèrement que « la majorité écrasante des professeurs est incapable de comprendre ces questions ». Il se lamente « sur le manque de professeurs partisans ». Il n'y a plus de professeur titulaire... Les sous-professeurs qui sont restés sont des pédants qui n'entendent rien aux nécessités politico-mathématiquees et qui oseraient sans doute faire quelque objection si demain le Führer décrétait que, désormais, deux et deux font cinq, pour le plus grand bien du national-socialisme. Le remède ? Il est dans la branche mathématique des comités d'étudiants, écrit M. Kubach : « C'est seulement dans les camps de travail mathématiques et dans les travaux collectifs qui en résultent qu'il sera possible de vaincre le professeur pédant. » Pour terminer, M. Kubach réclame une réforme de l'histoire des mathématiques, qu'il faut désormais envisager du point de vue crucial des racistes...

A côté de M. Kubach et de M. le professeur Bieberbach, voici un tr[...] partisan acharné des mathém[...] aryennes : M. le professeur T[...] Sous le titre prometteur de « Mat[...]ticiens, ou jongleurs en définition[...] il se dresse « contre l'obnubilatio[...] déo-libérale, issue de l'intellect de [...] tanti déracinés qui, en jonglant su[...] définitions sans objectivité, leurren[...] public fidèle, mais dépourvu de [...] ment, par un semblant de force [...] trice en mathématiques; ce publi[...] heureux d'apprendre péniblement [...] quelques tours de passe-passe qu[...] permettront de briller à son tou[...] vant un auditoire plus modeste [...] jouer le rôle de Rastelli de troi[...] ordre. » Il faut avouer qu'Einste[...] tant d'autres en prennent pour [...] grade.

Un de ces camps de travail math[...]tique, à Cressen, fait chorus : « [...] sommes décidés à chasser de nos h[...] écoles ces fantômes chancelants d[...] bates de cerveaux, étrangers à l[...]

1 SEUL BILLET
VOUS DONNE LA CHAN[...]
147.171 HEUR[...]
QUI ONT A SE PARTAG[...]
72 MILL[...]

VENDREDI PARIS
Bd Haussmann, 7, IXe
22 JANVIER 1937

...ES "ARYENNES"

Nous demandons au professeur d'université de nous aider dans notre effort pour une bonne sélection. D'autre part, le professeur devra subir des épreuves devant votre comité. » Il n'a pas suffi de chasser les judéo-libéraux. Il faut encore chasser le fantôme de leur pensée, de leur création... veiller à ce qu'un professeur suspect — ou simplement conscient — n'évoque pas ces spectres.

◆◆◆

On est partagé entre le fou-rire et le serrement de cœur. On a surtout envie de fermer la brochure et de ne plus la rouvrir. Ce en quoi on aurait tort, d'ailleurs, car il reste tout de même, dans cette publication, un contenu.

Là, le contraste est si violent, avec les articles dont nous venons de parler, si inattendu, que l'on pourrait presque croire à une tentative de sabotage de la part des auteurs. Mais non: il ne s'agit sans doute que de la difficulté qu'éprouvent de vrais savants à étayer e preuves les rodomontades des Kuach et autres.

Dans une recherche raciale, auteur est bien forcé d'en arriver à cet triste conclusion qu'on ne peut établir e contraste net entre les mathématiqus allemandes et les mathématiques juives. Dans un article de la rubrique « Enseignement », on va jusqu'à parler ns réserve ni termes péjoratifs du re des mathématiciens juifs dans la costruction de certains problèmes gémétriques. M. Mittmann, de Göttingn, démontre, mathématiquement, qu, malgré toutes les stérilisations itituées par les nazis, on ne réussira jama à supprimer complètement une malad héréditaire, en cela parfaitement accord avec le judéo-statisticien Félix Bernstein, jadis chassé de la même faulté de Göttingen. Mais M. Mittmann dsimule habilement cet échec nazi en ontrant que dans certaines conditions tot à fait particulières — et d'ailleurs cmplètement irréalisables — il se pourrit qu'il y ait à la longue une amélioratn. Par hasard, le raisonnement de M. Mtmann est basé sur la validité des loi d'hérédité de Mendel (oh !) déjà vérifées par M. Goldschmidt (oh ! oh !), cssé de l'Université de Berlin.

Ailleurs on cite — quelle aucae ! — la boutade du géomètre Beck « Il existe des chiens blancs et des hiens noirs. Mais le géomètre appel les chiens noirs *improprement blanc* afin de pouvoir dire : tous les chier sont blancs. » Plus loin, un géomète, M. Weiss, va jusqu'à se moquer carment de ceux qui croient que les mathmatiques, sous le Troisième Reich, sot une science purement militaire.

On cite, à différentes reprises, dans la publication les travaux de mathématiciens juifs et émigrés. On s'appuie sur ces travaux pour bâtir de nouvelles théories. Et si, d'une part, un étudiant de Heidelberg définit le travail d'Einstein comme « une déclaration de guerre tendant à l'anéantissement de l'esprit nordo-germanique », d'autre part on loue feu le professeur A. von Brill pour la façon originale dont il présentait le principe de relativité. Il est à noter, d'ailleurs, que, dans ce même article nécrologique, on croit utile de souligner que « von Brill fut un des premiers de l'Université de Tüburgen à adhérer, en 1933, à l'association des professeurs nazis. Le sentiment de l'opportunité ne jouait certainement pas pour lui, puisqu'à cette époque il avait déjà 90 ans ».

◆◆◆

Il résulte de la lecture de la *Deutsche Mathematik,* que la mise au pas des universités allemandes a bien réussi, du point de vue politique. Mais du côté de la science pure, de la recherche, cela « accroche » encore. Malgré les efforts chaleureux des comités d'étudiants, la continuité scientifique avec les « années de honte » est bien conservée. On ne se dépêtre pas si facilement des vérités, même quand ce sont des « judéo-libéraux » qui les ont découvertes, que de ces judéo-libéraux eux-mêmes. M. Klages, qui écrit, lui aussi, dans la *Deutsche Mathematic* et qui y règne sur l'économie mathématique, y rencontrera sans doute plus de difficultés que dans ses occupations de naguère : la forfaiture et l'assassinat.

En tout état de cause, MM. Bieberbach, Kubach et autres ruisseaux ne semblent pas devoir fournir un apport considérable au torrent de la Science universelle.

E.-J. GUMBEL.

76

DEUTSCHE
ARBEITER ZEITUNG
WINNIPEG KANADA 24 II. 1937

WAS IST AUS DEM ALTEN HEIDELBERG GEWORDEN?

Die alte berühmte Universität unter nationalsozialistischer Herrschaft

Prag. — Unter obigem Titel bringt die Presse einen überaus instruktiven Bericht der britischen wissenschaftlichen Zeitschrift „Natura" über die vom reichsdeutschen Unterrichtsminister Rust an der Heidelberger Universität eingeführten Zustände. An Hand des Kalendariums demonstriert der Berichterstatter die groteske Lage des Universitätswesens im Dritten Reich. Das im Kalendarium gewöhnlich vorangestellte Verzeichnis der hervorragenden Absolventen und Gönner fehlt gänzlich, da sich zuviel „marxistische" oder jüdische Namen darunter befinden. Die Universität beließ sich bloß die Gelder, die jüdische Gönner ihr gestiftet haben. Anstelle des Rektors ist der „Führer" getreten. Ihm folgte der „Leiter" des Dozentenkollegiums, Herr Schlüter; dieser ist merkwürdigerweise selbst nicht einmal Dozent. Als Dritter hinter ihm erscheint ein Herr Kreuzer, Student und offizieller Führer des nationalsozialistischen Studentenvereins. Erst hinter diesem Studenten kommen die Dekane. Ihnen folgt der Führer der Dozenten, Dr. Krieck, vor kurzem selbst noch Mittelschullehrer und erst den Abschluß bilden die Professoren und Dozenten. Alles in allem zählt die Heidelberger Universität nach diesem Kalendarium 180 Lehrkräfte (alles inbegriffen) — gegenüber den im Jahre 1932 vor Hitlers Machtantritt noch vorhandenen 215 approbierten Professoren. Vergleicht man das heutige Namensverzeichnis mit dem aus dem Jahre 1932, so sieht man, daß nur 99 Lehrpersonen aus der Zeit vor dem Hitlerumsturz verblieben sind. Das neue Regime hat also binnen vier Jahren nicht weniger als 91 „neue Hochschulprofessoren" „hervorgezaubert", die natürlich in ihrer Mehrheit Mitglieder der Nationa… zialistischen Partei sind, was gle… falls aus dem Verzeichnis herv… geht. Die meisten politischen Opfer fielen an der medizinischen Fakultät, wo 56 Professoren und Dozenten entlassen wurden. Der Korrespondent führt sodann die Änderungen im Lehrbetrieb an, unter anderem das Verschwinden des gesamten internationalen Rechtes, des Strafrechtes usw., an deren Stelle Kurse über „Volk und Rasse" und über das „deutsche Kriegsrecht" getreten sind. An der philosophischen Fakultät wird unter anderem moderne Kriegsgeschichte von einem ordentlichen Professor vorgetragen. Minister Schmidtbonner trägt ein spezielles Fach der Kriegsgeschichte vor. Seine Themen lauten: „Der totale Krieg", „Das Recht Deutschlands auf Kolonien", „Politik und Führerschaft im Krieg". Außerdem findet ein eigenes Seminar mit dem Thema statt: „Wie sind und wie handeln deutsche Soldaten?" An der naturwissenschaftlichen Fakultät ist zum Beispiel nicht ein einziger ordentlicher Professor der Mathematik verblieben. Unter den Biologen wurde der beste deutsche Genetiker Professor Goldschmidt beseitigt. „Das Traurigste — so schließt der Bericht — ist die Tatsache, daß niemand aus dem großen Professorenkollegium den Mut hatte, auch nur ein Wort des Protestes gegen diese Zustände öffentlich vorzutragen. In Deutschland sei eine offene Leibeigenschaft eingeführt worden, in der nicht nur der Körper, sondern auch der Geist geknechtet wird".

CRITIQUE DES IDÉES ET DES LIVRES

E.-J. GUMBEL

La vie de Hindenburg commence à l'âge de 67 ans, en automne 1914, alors qu'il était en retraite depuis trois ans pour raison de vieillesse. Il est impossible d'écrire son histoire sans traiter en même temps l'évolution de l'Allemagne depuis ces vingt dernières années, à moins qu'on la suppose connue. Dans son livre, Emil Ludwig choisit la première méthode, plus difficile.

L'ampleur de cette tâche doit contraindre l'auteur à sacrifier une partie du problème. Le critique doit, lui aussi, éviter d'écrire une histoire de l'Allemagne... sans doute autre. Il se trouve d'autre part en présence du problème qui consiste à analyser la technique spéciale de Ludwig, à savoir de représenter des problèmes sociaux dans un cadre individuel.

Le livre en question a des qualités parce qu'il contribue à détruire des légendes. Car Hindenburg, un pôle immuable au milieu de très importants événements, est représenté tel qu'il est : un homme moyen, insignifiant, non pas en fer mais en bois, ayant toujours de l'appétit et dont le sommeil n'est jamais troublé, homme « qui fut porté par les événements bien plus qu'il ne les dirigea ».

D'une façon fort juste, Emil Ludwig indique l'origine de classe et les cadres de son héros. Hindenburg vient d'une école préparatoire militaire, où l'on brise des caractères. A l'idéal de cette instruction, il est toujours resté fidèle. Devenu à la fin un héros de livres scolaires, il a sans doute cru lui-même à la légende du « général invincible ». Il s'est toujours adapté au rôle que le monde lui attribuait. « L'homme grandit en même temps que le

mythe qui l'entoure. » Son rôle de héros commença avec l'acceptation de la gloire de Tannenberg, bien que cette victoire fut essentiellement l'œuvre de ses prédécesseurs. Il est intéressant de noter ici la remarque du général Hoffmann, cité par Ludwig : Depuis qu'il avait entendu dire que Hindenburg avait remporté la victoire de Tannenberg, il ne croyait plus à l'existence de César et d'Hannibal.

C'est avec raison qu'Emil Ludwig intitule ses chapitres des drapeaux sous lesquels Hindenburg était chef : noir-blanc, noir-blanc-rouge, noir-rouge-or, et enfin croix gammée. Mais la signification de cette fidélité multicolore est plus profonde qu'il n'apparaît chez Ludwig. Car par le changement de drapeau en 1918, Hindenburg a foncièrement contribué à sauver le capitalisme et, par conséquent, dérober à la république l'espoir quelle portait en elle. Les deux drapeaux, noir-rouge-or d'un côté, et pourtant noir-blanc-rouge symbolise la sauvegarde des fortunes des princes par sa première violation de la constitution, en même temps la stabilisation de l'ancienne Allemagne en préparant les deux drapeaux noir-blanc-rouge et croix gammée jusqu'au pouvoir exclusif de ce dernier.

La vie de Hindenburg se compose de deux époques : Il conduit la guerre et la perd, et il conduit la république et la perd. Dans la première, le facteur social est moins visible, elle se prête donc mieux à la technique de Ludwig. Il nous raconte comment Ludendorff, et non pas Hindenburg, malgré son ignorance complète de la politique, exclut les instances civiles, renversa le chancelier en se donnant le droit parlementaire du vote de méfiance, passa dictateur, fondant des royaumes et conduisant la guerre avec une confiance en la victoire absolue, parce que non troublé par la connaissance des facteurs décisifs. A la fin il perdit la guerre, ne sachant pas que les Etats-Unis d'Amérique comptaient plus de 100 millions d'habitants et disposaient de la plus grande industrie du monde. A tout cela, Hindenburg prêta son nom, et seulement son nom, consacré à la tâche principale qui était de tenir la cour. Quand cela n'alla plus, il abandonna tout simplement et plein de fidélité l'homme qui avait fourni tous ces efforts.

D'une façon éclatante, Emil Ludwig nous raconte l'histoire du tableau de la bataille de Tannenberg. Avec jouissance, Hindenburg se voua pendant de longs mois d'hiver aux boutons, décorations et galons sur la toile. Ces pantalons n'étaient pas suffisamment foncés, ce velours pas assez rouge. Ou bien le nombre de boutons sur un uniforme n'était pas exact, ou bien un « subordonné » se trouvait trop au premier plan. De semblables soucis

ET DE L'HUMANISME
PARAISSANT LE 15 DE CHAQUE MOIS

firent passer l'an 1918. La dernière lettre au peintre de la cour date du 7 novembre. Par la description soigneuse de ces occupations le héros ressort d'une façon remarquable.

Très justement Ludwig relate comment Hindenburg, exigeant la paix « cette nuit-même », n'en voulut plus rien savoir peu de temps après. La dernière tâche du soldat, à savoir la négociation de l'armistice, il la laissa à Erzberger qui s'avançait trop imprudemment, pous se soustraire à toute responsabilité, évoquant plus tard la légende du coup de poignard dans le dos, mensonges que d'autres inventèrent pour lui dans des mémoires que d'autres écrivèrent pour lui. On sait que Erzberger a dû payer cette responsabilité par la mort.

Un auteur comme Ludwig ne devrait pas traiter de la grève des ouvriers travaillant aux munitions, en 1927, sans mentionner le rôle qu'a joué Ebert dans sa répression. Bien que le désir des chefs sociaux-démocrates de maintenir l'empire, par peur d'une révolution sociale, soit pleinement mis en lumière, on a l'impression que Ludwig essaie à plusieurs reprises de sauver l'honneur du dernier chancelier du Kaiser, Ebert. Ainsi, il n'est pas question de son intervention, en 1923, contre les pays de Saxe et de Thuringe, socialistes, en tant que parallèle décisive au coup d'Etat de Hindenburg, en 1932, contre le gouvernement de la coalition de Weimar en Prusse.

La deuxième partie de la vie de Hindenburg, la république légendaire et sa chute, événement d'ordre exclusivement social, s'adapte moins bien à la technique de Ludwig. Cependant, le passage de Hindenburg dans cette nouvelle forme, l'hésitation de ce « pouvoir qui avait honte de son origine », la république sans républicains, sous le règne de la Reichswehr, sont très bien racontés. Il semble, par contre, qu'à d'autres endroits, Ludwig veuille bien prendre des égards d'ordre patriotique pour la république, mais qui aujourd'hui n'ont plus de raisons d'être, puisque nous savons où ils ont mené.

Il manque, lors de l'échec de l'expropriation des principes, le fait décisif : l'interprétation habile de la constitution par le chancelier Marx, « du centre catholique, empêchant ainsi une fois pour toute la réussite d'un plébiscite. Il faut protester aussi contre l'affirmation que les membres de la bannière d'empire, casques d'acier et troupes d'assaut nazies « s'entretuèrent ». Des connaissances même superficielles suffisent pour constater qu'en général, avec les applaudissements bruyants des tribunaux, les républicains furent assassinés par les nationalistes. Il n'est pas non plus juste que l'interdiction des S.A. en 1932 se soit fait contre

la volonté du ministre de la Reichswehr, Schleicher. En réalité, c'était encore Groener qui était ministre à ce moment.

Pourquoi enfin la délicatesse de ne pas mettre clairement en relief l'escroquerie d'impôts autour du domaine de Neudeck et l'attitude corrompue d'Oscar Hindenburg pendant le scandale des « secours aux agriculteurs de l'est » ? Car, enfin, « le gardien de la constitution » n'a-t-il pas rompu les digues pour livrer le pays à l'inondation de la barbarie pour camoufler cette attitude de son fils ?

La force d'Emil Ludwig est l'opposition psychologique. En ceci, il a très bien réussi dans les deux couples polaires Hindenburg-Ludendorff et Hindenburg-Hitler. Sur l'entretien du mois d'août 1932, nous lisons le passage suivant dans l'édition originale, passage qui, malheureusement, a été omis par le traducteur français :

« Ici se tient une personne imposante, habituée depuis 70 ans à l'uniforme, en face d'un homme agité qui n'a reçu l'uniforme qu'au hasard d'une guerre et la quitta aussitôt. Aucun vêtement ne lui va, pas même la chemise qu'il a inventée, tandis que le vieillard a consacré des journées entières de sa vie aux boutons, galons et décorations. Vis-à-vis de l'homme à la plus grande moustache du pays se trouve celui qui en a la plus petite, en face d'un crâne carré, un crâne ovale. Voici un homme sans nerfs devant un nerveux, un sain devant un neurasthénique, un grand mangeur devant un végétarien, un père de famille devant un vieux garçon perpétuel. Ici un homme qui s'impose par lui-même devant un autre, qui veut constamment produire un effet, un courageux tranquille devant un exilé, un homme prédestiné au commandement devant quelqu'un qui voudrait tout le temps commander, un homme grandi organiquement devant un autre qui s'est précipité pour grandir. Un hobereau devant un petit-bourgeois, un protestant devant un catholique, un Prussien devant un Autrichien, un aristocrate devant un homme du peuple ; un homme de race devant un homme de classe qui croit à la race, un rationaliste devant un mystique, un homme porté au pouvoir devant un arriviste, un silencieux devant un bavard, un homme calme devant un vaniteux. »

Somme toute, notre auteur suit la définition de Delbrück, grand historien conservateur allemand : « un zéro honorable », où l'on a raison d'émettre un doute quant à l'honorabilité. Mais il manque l'analyse politique du professeur Théodor Lessing, cette parole profonde et prophétique qui a coûté la vie à son auteur : « Après un zéro il y a souvent un Néron. » Lessing fut assassiné par les nazis en mars 1933, en territoire tchécoslovaque.

■ ET DE L'HUMANISME ■
PARAISSANT LE 15 DE CHAQUE MOIS

Dans les dernières pages du livre, Ludwig essaie de percer les pensées de Hindenburg se rapprochant à la mort. A mon avis, il est parfaitement inutile de poser une question comme celle-ci : qu'a dû penser Hindenburg lors de la promulgation des lois racistes ? Il suffit de citer les membres juifs de sa famille et de dire qu'on ne connait pas de paroles ni d'actes antisémites de lui. On ne fait qu'affaiblir le livre quand on s'imagine les pensées de Hindenburg au sujet de l'horrible 30 juin 1934 où Hitler a assassiné environ 700 fidèles. Car on ne peut plus supposer que Hindenburg pût s'orienter et qu'il ait lu le télégramme signé par lui. Cette méthode correspond à la plus ancienne technique théâtrale des monologues. Un écrivain de la taille d'Emil Ludwig n'aurait pas eu besoin de s'en servir.

Malgré ses défauts évidents, l'œuvre dans son ensemble est positive. Car le mérite d'avoir démasqué un soi-disant héros est de beaucoup prépondérant. Notons enfin que le traducteur a bien réussi dans sa tâche lourde de reproduire l'œuvre psychologique de Ludwig dans toutes ses finesses.

PROGRÈS

78

— LYON —
Samedi 23 Janvier 1937
78e Année. N° 27.986

Le sort d'Ossietzky prix Nobel de la Paix

La Christiana Bank a payé le Prix, mais le gouvernement allemand prélève les frais de séjour du lauréat aux camps de représailles politiques

L'acharnement de la vindicte nazi contre Karl von Ossietzky, coupable de libéralisme et de pacifisme, continue à défrayer la chronique des journaux scandinaves et britanniques. On sait maintenant que la Christiana Bank a fini par se décider à verser entre les mains d'une dame Kreutzberger les 500.000 fr. du Prix Nobel de la Paix, décerné à Ossietzky.

Cette dame, venue d'Allemagne avec, simplement, le viatique réglementaire de cinq marks-touriste, demandait qu'on lui versât sur-le-champ cinquante livres et qu'on transmît le reste à Ossietzky en Allemagne.

Elle présentait un ensemble de pièces l'accréditant auprès de la Banque à cet effet, notamment la procuration du docteur Wannow, ancien officier, avocat à Berlin, qui détient, de son côté, la procuration d'Ossietzky.

La dame Kreutzberger déclara, conformément à ces documents, que le lauréat désirait que le montant du prix lui fût adressé en Allemagne.

Les amis d'Ossietzky pensent qu'une telle « volonté » a été dictée à Ossietzky, malade, sous les pires menaces.

La dame Kreutzberger a expliqué encore aux journalistes d'Oslo que son voyage avait été rendu nécessaire par l'impossibilité où se trouve actuellement Ossietzky de venir en Norvège. En effet, les autorités allemandes se refusent obstinément à le laisser sortir du territoire parce que sa désignation pour le Prix Nobel, venue d'adversaires de l'esprit nazi, a déchaîné contre l'Allemagne hitlérienne une campagne internationale.

Frais de séjour exceptionnels

Suivant le *Daily Telegraph*, la banque d'Oslo, tenant les pouvoirs de Mme Kreutzberger pour authentiques et valables, a payé le montant du prix suivant des ordres. Mais le correspondant du même journal à Berlin « reporte » que l'administration du Reich réclame, sur cette somme, trois annuités de « frais de séjour » dans les camps de représailles politiques, soit environ 30.000 francs.

Comme si Ossietzky avait tenu, par inclination particulière, à se recueillir en ces lieux de délices ! On ne sait d'ailleurs pas si, déduction de ces frais de pension forcée, le lauréat a touché, enfin, son prix.

Il serait actuellement à l'hôpital Pankov, dans les environs de Berlin. La direction de cet établissement répond que le malade est très faible, avec une température qui atteint chaque jour 39°, qu'il est tout à fait intransportable, qu'on le soigne scrupuleusement mais sans grand espoir de le voir se rétablir.

19-3-37

L'isolement de Karl von Ossietzky

Le montant de son prix Nobel a-t-il été confisqué ?

Les journaux suédois, norvégiens, danois continuent à se préoccuper de l'hospitalisation... isolante dans laquelle on maintient le grand pacifiste allemand Karl von Ossietzky.

Diverses organisations scandinaves ont insisté pour qu'Ossietzky vienne en personne à Oslo. Le ministre d'Allemagne à Oslo M. Sahm, s'est constamment refusé à transmettre leurs demandes ; alors, ces groupements se sont adressés directement au ministre Goering, en prenant l'engagement de ramener Ossietzky en Allemagne et de l'entourer de tous les soins médicaux possible — ce dernier engagement pour répondre à l'objection présentée par l'administration allemande, qu'Ossietzky n'est pas en ce moment transportable.

M. Goering écarta la demande en disant que le malade était par ailleurs trop sujet à caution du point de vue politique.

La presse scandinave constate qu'ainsi, l'on refuse au pacifiste allemand le plus qualifié par le suffrage du monde entier, un passeport pour sortir de son pays, alors qu'on envoie à l'étranger de nombreux propagandistes néo-pacifistes de style hitlérien qui sont loin d'avoir hors d'Allemagne l'audience, la créance, qu'y possède Karl von Ossietzky.

Le *Volkesdagblatt*, de Stockholm, publie un certain nombre de détails tendant à démontrer qu'il n'est point du tout certain que l'illustre pacifiste ait touché les 800.000 francs de son prix Nobel. Il affirme qu'il n'y a pas de quittance certifiant qu'Ossietzky a touché effectivement cette somme ; par contre, l'on possède des reçus constatant qu'il a payé au prix fort ses frais de séjour forcé au camp de concentration.

Et puis, la loi récente défendant aux Allemands d'accepter le prix Nobel, ne sera-t-elle point appliquée rétroactivement, afin de justifier la confiscation des 800.000 francs attachés au prix Nobel décerné à Ossietzky.

Mais, en Suède, l'argument le plus pathétique est celui de la petite fille d'Ossietzky qui, depuis les poursuites exercées contre son père, vit là-bas complètement aux frais de familles amies. Ossietzky, qui chérissait sa fillette, n'a pas envoyé la moindre somme pour son entretien ; l'on en infère qu'il n'a sans doute pas touché l'argent du Prix de la paix, ou bien que sous un prétexte quelconque, notamment en vertu de l'interdiction d'exporter des devises allemandes, l'on retient les subsides destinés à sa fille.

Ossietzky est toujours soigné à l'hôpital Pankow, près de Berlin, où officiellement son état de santé « serait aussi satisfaisant que possible ». Il n'en est pas moins permis de constater que pareil isolement du plus valeureux des pacifistes allemands s'accorde mal avec les déclarations du chancelier Hitler, dont on a entendu ces jours derniers à Lyon, à l'occasion de la Foire, des échos autorisés.

VORWORT

Die Geschichte der ersten deutschen Republik und ihres Untergangs, die Entstehung des Dritten Reichs und die heutige Situation Europas sind unverständliche Zeugnisse menschlicher Dummheit und Unzulänglichkeit, wenn man sie nicht als Wirkung des alldeutschen Imperialismus der Kaiserzeit und seiner Auferstehung als Nationalsozialismus erkennt. Nur dann wird der blutige Weg von den Nürnberger Flugzeugen von 1914 bis zum Reichstagsbrand 1933 verständlich.

Seit 1919 habe ich mich bemüht, die deutsche Zeitgeschichte als Etappen eines Bürgerkriegs zu beschreiben. Der handelnde Teil war und ist vornehmlich das Offizierskorps in seinen verschiedenen Formen und Verkleidungen und die hinter ihm stehenden Wirtschaftsmächte. Der schliesslich leidende die deutsche Republik und ihre stärkste soziale Basis, die Arbeiterschaft.

Die Verordnungen des ersten Putschkanzlers, Kapp, von einem republikanischen Gericht als rechtswirksam anerkannt, der zum «Marsch nach Berlin» im November 1923 vorbereitete Verfassungsentwurf, die Staatsstreichpläne des Justizrat Class, die Best'schen «Verordnungen» in Hessen — sie alle führen zur Nacht der langen Messer. Die Ermordung Rosa Luxemburgs und Liebknechts durch die Freikorps, die blutige Unterdrückung des aus dem Krieg revolutionär zurückgekehrten Heeres, die Opfer der Bayerischen Einwohnerwehr-Feme, die Ermordung Erzbergers und Rathenaus durch die Organisation «Consul», die Morde der Schwarzen Reichswehr, der blutige 30. Juni 1934, die Ermordung von Dollfuss — Guernica, Almeria, Bilbao, dies alles gehört zusammen. Es ist ein Kampf, zunächst um den Besitz der Waffen, dann um die Macht in Deutschland, heute um das Erz der Basken, morgen um die Herrschaft über Europa.

Ein nicht allzu grosser Personenkreis der Schwerindustrie, des Offizierskorps, der Fürsten, der Junker und des Reichsgerichts hat, da er, unerkannt, keinen genügenden und geschlossenen Widerstand fand, in systematischer Arbeit von 1919 an dieses «Aufbauwerk», das heute Europa bedroht, vollendet.

Alles, was wir einst zögernd aussprachen oder vorsichtig andeuteten, der politische Mord als Mittel der nationalistischen Politik, die Armee als Quelle und das Reichsgericht als Beschützer aller staatsfeindlichen Bestrebungen, die geheimen Rüstungen als Kern der Bürgerkriegsvorbereitungen wie des neudeutschen Imperialismus, können wir heute beweisen. Denn was damals geleugnet

wurde, wird heute stolz und laut als nationale Tat verkündet. Es ist daher verdienstvoll, die Kontinuität anhand der neuen Quellen zu untersuchen, nachzuprüfen, wie die Hefe des Volkes zur Crême der Gesellschaft, der Beschützer der Hure zum Schutzpatron der Nation, der Bandit zum hochgestellten Beamten, der Räuberhauptmann zum Brigadeführer, der Attentäter zum Ministerpräsidenten, der Mörder zum Abgeordneten, Professor, Richter oder Staatsrat, der Bandenführer zum Führer wird, während der Brandstifter Brandstifter bleibt, — kurz, zu untersuchen, wen die neuen Herren, die alten im neuen Gewand, in den Vordergrund stellen.

Aber diese Bestätigungen sind wertlos wie alle Historie, wenn die Analogien zur jetzigen Situation Europas nicht zu Konsequenzen führen. Nämlich zur Erkenntnis des Wesens der Nationalsozialisten, ihrer Mittel und Ziele, und ihrer Auftraggeber. Der Grundirrtum von damals ist auch der Grundirrtum von heute: Die Nationalsozialisten w a r e n *nicht eine legale Partei wie eine andere, sie* s i n d *nicht eine legale Regierung wie eine andere.*

Heute wie damals nutzt es nichts, Versprechungen zu verlangen. Denn man bekommt sie, die Versprechungen. Es ist sinnleer, die Toten zu betrauern, wenn man den Mörder nicht beim Namen nennt und die Erinnyen nicht weckt.

Wie in Deutschland der Bürgerkrieg als nichtexistent betrachtet wurde, so heute der Krieg. Mit dem «Roten Putsch» als Vorwand mordete die eine Hand, die andere beschwor die Verfassung. So führen die Nationalsozialisten den Interventionskrieg und versprachen gleichzeitig Nichtintervention. Nie hat die eine Hand gewusst, was die andere tat. Als Vorwand diente damals die Legende von den 400, angeblich von roten Horden ermordeten, waffenlosen Nationalsozialisten, heute die «von den Bolschewisten überfallenen» Kriegsschiffe der sogenannten Nichtintervention.

Der Eroberungskrieg in Spanien wird heute noch leise bestritten; auch die Morde wurden zuerst geleugnet, dann, nach dem Erfolg, gerühmt. Der Krieg gegen die katholischen Basken ist derselbe, den Wotan gegen Christus führt. Die Armee, die heute in Spanien eine wehrlose Bevölkerung niedermetzelt, hat sich ihre Sporen 1919 und 1920 im Kampf gegen die deutsche Arbeiterschaft erworben.

Möge dieses Buch bewirken, dass uns wie den anderen, die zu entscheiden haben, bewusst wird, was wir wissen. Dann kann der ruhmlose Untergang der ersten deutschen Republik dazu beitragen, Europa vor der Unterwerfung unter die Barbaren zu bewahren.

E. J. Gumbel

VOM BUERGERKRIEG ZUM WELTKRIEG

Von Prof. E. J. Gumbel

Soeben erscheint in den Editions du Carrefour, Paris, ein aussergewoehnlich interessantes Buch "Blut und Ehre" von Maximilian Scheer unter Mitarbeit eines Kollektivs deutscher Antifaschisten, herausgegeben vom Ueberparteilichen Deutschen Hilfsausschuss. Die "Deutschen Informationen" veroeffentlichen, ein wenig gekuerzt, das Vorwort von Prof. Gumbel:

Die Geschichte der ersten deutschen Republik und ihres Untergangs, die Entstehung des Dritten Reichs und die heutige Situation Europas sind unverstaendliche Zeugnisse menschlicher Dummheit und Unzulaenglichkeit, wenn man sie nicht als Wirkung des alldeutschen Imperialismus der Kaiserzeit und seiner Auferstehung als Nationalsozialismus erkennt. Nur dann wird der blutige Weg von den Nuernberger Flugzeugen von 1914 bis zum Reichstagsbrand 1933 verstaendlich.

Seit 1919 habe ich mich bemueht, die deutsche Zeitgeschichte als Etappen eines Buergerkriegs zu beschreiben...

Die Verordnungen des ersten Putschkanzlers, Kapp, von einem republikanischen Gericht als rechtswirksam anerkannt, die "Verfassung" eines aktiven und nationalsozialistischen Richters von 1923, die Staatsstreichplaene des Justizrat Class, die Best'schen "Verordnungen" in Hessen - sie alle fuehren zur Nacht der langen Messer. Die Ermordung Rosa Luxemburgs und Liebknechts durch die Freikorps, die blutige Unterdrueckung des aus dem Krieg revolutionaer zurueckgekehrten Heeres, die Opfer der Bayerischen Einwohnerwehr-Feme, die Ermordung Erzbergers und Rathenaus durch die Organisation "Consul", die Morde der Schwarzen Reichswehr, der blutige 30. Juni 1934, die Ermordung von Dollfuss - Guernica, Almeria, Bilbao, dies alles gehoert zusammen. Es ist ein Kampf, zunaechst um den Besitz der Waffen, dann um die Macht in Deutschland, heute um das Erz der Basken, morgen um die Herrschaft ueber Europa...

Alles, was wir einst zoegernd aussprachen und vorsichtig andeuteten, der politische Mord als Mittel der nationalsozialistischen Politik, die Armee als Quelle und das Reichsgericht als Beschuetzer aller staatsfeindlichen Bestrebungen, die geheimen Ruestungen als Kern der Buergerkriegsvorbereitungen wie des neudeutschen Imperialismus, koennen wir heute beweisen. Denn was damals geleugnet wurde, wird heute stolz und laut als nationale Tat verkuendet. Es ist daher verdienstvoll, die Kontinuitaet anhand der neuen Quellen zu untersuchen, nachzupruefen, wie die Hefe des Volkes zur Crême der Gesellschaft, der Beschuetzer der Hure zum Schutzpatron der Nation, der Bandit zum hochgestellten Beamten, der Raeuberhauptmann zum Brigadefuehrer, der Attentaeter zum Ministerpraesidenten, der Moerder zum Abgeordneten, Professor, Richter oder Staatsrat, der Bandenfuehrer zum Fuehrer wird, waehrend der Brandstifter Brandstifter bleibt, - kurz, zu untersuchen, wen die neuen Herren, die alten im neuen Gewand, in den Vordergrund stellen.

Aber diese Bestaetigungen sind wertlos wie alle Historie, wenn die Analogien zur jetzigen Situation Europas nicht zu Konsequenzen fuehren, naemlich zur Erkenntnis des Wesens der Nationalsozialisten, ihrer Mittel und Ziele, und ihrer Auftraggeber. Der Grundirrtum von damals ist auch der Grundirrtum von heute: Die Nationalsozialisten waren nicht eine legale Partei wie eine andere, sie sind nicht eine legale Regierung wie eine andere...

Wie in Deutschland der Buergerkrieg als nicht existent betrachtet wurde, so heute der Krieg. Mit dem "Roten Putsch" als Vorwand mordete die eine Hand, die andere beschwor die Verfassung. So fuehren die Nationalsozialisten den Interventionskrieg und versprachen gleichzeitig Nichtintervention. Nie hat die eine Hand gewusst, was die andere tat. Als Vorwand diente damals die Legende von den 400, angeblich von roten Horden ermordeten, waffenlosen Nationalsozialisten, heute die "von den Bolschewisten ueberfallenen" Kriegsschiffe der sogenannten Nichtintervention.

Der Eroberungskrieg in Spanien wird heute noch leise bestritten; auch die Morde wurden zuerst geleugnet, dann, nach dem Erfolg, geruehmt. Der Krieg gegen die katholischen Basken ist derselbe, den Wotan gegen Christus fuehrt. Die Armee, die heute in Spanien eine wehrlose Bevoelkerung niedermetzelt, hat sich ihre Sporen 1919 und 1920 im Kampf gegen die deutsche Arbeiterschaft erworben. (Deutsche Informationen)

DE LA GUERRE CIVILE A LA GUERRE MONDIALE

Par le prof. E. J. Gumbel

Aux Editions du Carrefour, de Paris, vient de paraître un livre particulièrement intéressant, intitulé "Sang et honneur", par M. Maximilian Scheer avec la collaboration d'un groupe d'antifascistes allemands, édité par le Comité Allemand de Secours Inter-Organisations. Les "Nouvelles d'Allemagne" publient ci-dessous, en supprimant quelques passages, la préface du professeur Gumbel:

L'histoire de la première république allemande et de son effondrement, la naissance du IIIe Reich et la situation actuelle de l'Europe, voilà des témoignages de la bêtise et de l'insuffisance humaines, témoignages incompréhensibles du moment qu'on ne se rend pas compte qu'il constituent les effets de l'impérialisme pangermaniste de l'époque impériale et de sa résurrection sous la forme du national-socialisme. Ce n'est qu'alors que l'on pourra comprendre la voie sanglante qui, des avions de Nuremberg de 1914, a mené à l'incendie du Reichstag de 1933.

Depuis 1919, je me suis efforcé d'écrire l'histoire contemporaine allemande sous forme d'une histoire des étapes d'une guerre civile...

Les décrets pris par le premier "chancelier de putsch", M. Kapp, reconnus comme valables par un tribunal républicain, la "Constitution" d'un juge national-socialiste en fonction en 1933, les projets de révolte de la l'avocat Class, les "ordonnances" de M. Best en Hesse - tout cela a abouti à la"nuit de St. Barthélémy". L'assassinat de Rosa Luxemburg et de Liebknecht par les "Corps Libres", l'oppression cruelle de l'armée, rentrée de la guerre avec un esprit révolutionnaire, les victimes de la "Vehme" bavaroise, l'assassinat d'Erzberger et de Rathenau par l'Organisation "Consul", ceux commis par la Reichswehr Noire, la journée sanglante du 30 juin 1934, l'assassinat de Dollfuss - Guernica, Almeria, Bilbao: tout cela forme un tout inséparable. C'est une lutte, d'abord pour la possession des armes, ensuite pour le pouvoir en Allemagne, aujourd'hui pour le minerai de fer des Basques, demain pour l'hégémonie en Europe...

Tout ce que nous avons jadis annoncé d'une manière prudente et hésitante, l'assassinat politique comme instrument de la politique nationale-socialiste, l'armée comme source et le Reichsgericht comme protecteur de toutes les tendances hostiles à l'Etat, les armements clandestins comme noyau des préparatifs à la guerre civile et de l'impérialisme néo-allemand:tout cela, aujourd'hui, nous pouvons le prouver. Car, ce qui fut nié jadis, est proclamé aujourd'hui fièrement et hautement comme action nationale. C'est pourquoi il est méritoire d'examiner la continuité en raison de la nouvelle documentation, d'examiner comment la basse pègre devient la crême de la société, le protecteur d'une fille le Saint de la nation, le bandit un fonctionnaire haut placé, le chef de brigand chef de brigade, l'homme de main Président du Conseil, l'assassin député, professeur, juge ou conseiller d'Etat, le chef de bande chef tout court, tandis que l'incendiaire demeure incendiaire - bref d'examiner quels sont ceux que les nouveaux seigneurs, les vieux seigneurs sous un nouveau masque, placent au premier rang.

Mais ces confirmations sont sans valeur, tant que les analogies avec la situation actuelle de l'Europe n'engendrent pas une véritable connaissance du caractère des nationaux-socialistes, de leurs moyens, de leurs buts et de leurs mandats. L'erreur fondamentale est demeurée la même: en effet, les nationaux-socialistes n'ont pas été un parti légal comme un autre; ils ne sont pas un gouvernement légal comme un autre...

Comme, en Allemagne, on a considéré la guerre civile comme inexistante, on nie actuellement la guerre tout court... C'est ainsi que les nationaux-socialistes, tout en menant la guerre d'intervention, ont promis en même temps la non-intervention... Le prétexte était alors la légende des 400 nationaux-socialistes sans armes,prétendûment assassinés par les "hordes rouges", actuellement c'est la légende des "attaques bolchevistes" sur les navires de guerre de la soi-disant non-intervention qui sert de prétexte.

Aujourd'hui, on nie encore la guerre impérialiste en Espagne, comme on avait nié d'abord les assassinats pour s'en vanter ensuite, après la victoire. La guerre contre les Basques catholiques est la même que Wotan mène contre le Christ... (Nouvelles d'Allemagne)

83

JOURNAL DES NATIONS
Extrait de : GENÈVE
Adresse :
Date : 13 SEPTEMBRE 1937
Signature :

De la guerre civile à la guerre mondiale

Par le Prof. E. J. GUMBEL

Aux Editions du Carrefour, de Paris, vient de paraître un livre particulièrement intéressant, intitulé « Sang et honneur », par M. Maximilian Scheer avec la collaboration d'un groupe d'antifascistes allemands, édité par le Comité allemand de Secours inter-organisations. Les Nouvelles d'Allemagne *publient ci-dessous, en supprimant quelques passages, la préface du professeur Gumbel :*

L'histoire de la première République allemande et de son effondrement, la naissance du III^me Reich et la situation actuelle de l'Europe, voilà des témoignages de la bêtise et de l'insuffisance humaines, témoignages incompréhensibles du moment qu'on ne se rend pas compte qu'ils constituent les effets de l'impérialisme pangermaniste de l'époque impériale et de sa résurrection sous la forme du national-socialisme. Ce n'est qu'alors que l'on pourra comprendre la voie sanglante qui, des avions de Nuremberg de 1914, a mené à l'incendie du Reichstag de 1933.

Depuis 1919, je me suis efforcé d'écrire l'histoire contemporaine allemande sous forme d'une histoire des étapes d'une guerre civile...

Les décrets pris par le premier « chancelier de putsch », M. Kapp, reconnus comme valables par un tribunal républicain, la « Constitution » d'un juge national-socialiste en fonction en 1933, les projets de révolte de l'avocat Class, les « ordonnances » de M. Best en Hesse — tout cela a abouti à la « nuit de St Barthélemy ». L'assassinat de Rosa Luxemburg et de Liebknecht par les « Corps Libres », l'oppression cruelle de l'armée, rentrée de la guerre avec un esprit révolutionnaire, les victimes de la « Vehme » bavaroise, l'assassinat d'Erzberger et de Rathenau par l'organisation « Consul », ceux commis par la Reichswehr Noire, la journée sanglante du 30 juin 1934, l'assassinat de Dollfus, Guernika, Almeria, Bilbao : tout cela forme un tout inséparable. C'est une lutte, d'abord pour la possession des armes, ensuite pour le pouvoir en Allemagne, aujourd'hui pour le minerai de fer des Basques, demain pour l'hégémonie en Europe...

Tout ce que nous avons jadis annoncé d'une manière prudente et hésitante, l'assassinat politique comme instrument de la politique nationale-socialiste, l'armée comme source et le Reichsgericht comme protecteur de toutes les tendances hostiles à l'Etat, les armements clandestins comme noyau des préparatifs à la guerre civile et de l'impérialisme néo-allemand : tout cela, aujourd'hui, nous pouvons le prouver. Car, ce qui fut nié jadis est proclamé aujourd'hui fièrement et hautement co[illegible] action nationale. C'est pourquoi il [illegible] méritoire d'examiner la continuité en [illegible] son de la nouvelle documentation, [illegible] miner comment la basse pègre devient la crème de la société, le protecteur d'une fille le saint de la nation, le bandit un fonctionnaire haut placé, le chef de brigand chef de brigade, l'homme de main président du Conseil, l'assassin député, professeur, juge ou conseiller d'Etat, le chef de bande chef tout court, tandis que l'incendiaire demeure incendiaire — bref d'examiner quels sont ceux que les nouveaux seigneurs, les vieux seigneurs sous un nouveau masque, placent au premier rang.

Mais ces confirmations sont sans valeur tant que les analogies avec la situation actuelle de l'Europe n'engendrent pas une véritable connaissance du caractère des nationaux-socialistes, de leurs moyens, de leurs buts et de leurs mandats. L'erreur fondamentale est demeurée la même : en effet, les nationaux-socialistes n'ont pas été un parti légal comme un autre; ils ne sont pas un gouvernement légal comme un autre...

Aujourd'hui, on nie encore la guerre impérialiste en Espagne, comme on avait nié d'abord les assassinats pour s'en vanter ensuite, après la victoire. La guerre contre les Basques catholiques est la même que Wotan mène contre le Christ...

LES EXPATRIATIONS EN ALLEMAGNE

Les expatriations redoublent en Allemagne. Il ne se passe guère de mois qu'une nouvelle liste noire ne soit publiée. Sans doute, nombre de personnes ont quitté l'Allemagne, se sont expatriées pour échapper au régime des camps de concentration ; mais le Pouvoir hitlérien expatrie maintenant ceux qui n'ont pas l'heur de lui plaire.

Ce ne sont pas seulement les Juifs, les non-Aryens, mais aussi tous ceux dont on dénonce la froideur pour le nazisme ; tous ceux aussi dont on convoite les biens.

Actuellement, plus de 30.000 personnes sont ainsi privées de la nationalité allemande, c'est-à-dire dépouillées de tout papier d'origine, de toute pièce d'état civil, de toute ressource, par simple mesure administrative.

On leur retire tout passeport, tout document d'origine, pour leur rendre à la fois la vie impossible dans le pays, et le passage, et l'établissement plus malaisé encore à l'étranger.

Progrès 17.12.37

17-12-37

LE PROGRÈS

84

La liberté d'Ossietzky

Le grand écrivain pacifiste Ossietsky est toujours au sanatorium Nordend, bourg de Panko, près de Berlin. Les autorités allemandes assurent qu'il est parfaitement libre. En réalité, il ne peut pas quitter l'hôpital, et personne n'est admis à le voir.

On assure aussi qu'il lui est parfaitement loisible de quitter l'Allemagne, et, pourtant, malgré son désir, Ossietzky n'a pas pu encore répondre aux invitations pressantes de la Suède, de la Norvège, de l'Angleterre.

Récemment, sept journalistes ont pu converser avec le malade, en présence naturellement d'un agent de la Gestapo. Ces reporters ont donné de cette visite des versions fort différentes, sinon tout à fait contradictoires.

M. Henri Lafontaine, président du Bureau international de la paix, ancien vice-président du Sénat belge, Prix Nobel, a protesté publiquement ces jours-ci encore, contre la séquestration imposée à Karl von Ossietzky, séquestration d'autant plus odieuse que le malade ne peut ainsi bénéficier de la cure d'altitude qui améliorerait son état.

Freie Wissenschaft

Ein Sammelbuch aus der deutschen Emigration

Herausgegeben von

E. J. GUMBEL

Die Nationalsozialisten haben bisher über 1 500 Gelehrte entlassen. Anerkannte Forscher werden in den Selbstmord getrieben; einer wurde sogar im Ausland ermordet. Viele Lehrstühle an den deutschen Hochschulen sind verödet oder mit Pseudo-Wissenschaftlern besetzt. Ueberall dringt die parteibuch-bewaffnete Ignoranz ein. Für den Nachwuchs der Wissenschaft sind nicht mehr geistige, sondern körperliche Leistungen und der „Ahnennachweis" massgeblich.

Vor die Unmöglichkeit der Weiterarbeit in Deutschland gestellt, sind Hunderte von Wissenschaftlern ins Ausland gegangen. In allen Ländern setzen sie ihre Forschungen fort.

Um ihre Tätigkeit auch der breiten Oeffentlichkeit gegenüber dokumentarisch zu belegen, haben sich die Mitarbeiter dieses Buches zusammengefunden. In der Einleitung heisst es:

„Wir wollen die Tradition der deutschen Hochschulen, soweit sie freiheitlich und weltbürgerlich war, fortsetzen. Wir trennen das Regime von dem Inhalt der Kulturbegriffe, die Deutschland repräsentierte. Dies legt uns die Pflicht auf, den Widerspruch zwischen den nationalsozialistischen Lehren und denen der Wissenschaft nachzuweisen. Durch dieses Buch hoffen wir, den vertriebenen Gelehrten moralischen Halt und neues Ansehen zu geben. Wir verneinen den Vernichtungsfeldzug der Nationalsozialisten, und wir wollen uns nicht durch Schweigen mitverantwortlich machen an ihren Verbrechen.

Die Wissenschaft ist berufen, der Menschheit zu dienen, und sie wird diesem Ruf einst auch in Deutschland wieder folgen. Hierzu wollen wir auf unsere Weise beitragen."

Inhaltsverzeichnis:

EINLEITUNG: Die Gleichschaltung der deutschen Hochschulen

Geistige Situation

Anna Siemsen: Das Problem der Erziehung

Thedor Geiger: Aufgabe und Schicksal der Intellektuellen

Walter A. Berendsohn: Entstehung und Nachwirkung der neuen realistischen Dichtung

F. W. Förster: Die Tragödie der deutschen Christen

Fritz Lieb: Der Mythos des nationalsozialistischen Nihilismus

Siegfried Marck: Vom romantischen Idealismus zum sozialistischen Neuhumanismus

Staat und Gesellschaft

Julius Lips: Oeffentliche Meinung und gegenseitige Hilfe bei Indianern von Labrador

Arthur Baumgarten: Psychologie des Staates

Gottfried Salomon: Staatsrecht in Deutschland

Carl Misch: Das Dritte Reich als Despotie

Alfred Meusel: Die Finanzpolitik des Nationalsozialismus, Krieg und Krise

Arthur Rosenberg: Aufgaben des Historikers in der Emigration

Naturwissenschaften

Julius Schaxel: Biologie und Rassentheorie

Walter Landauer: Mutation und Merkmal

E. I. Gumbel: Arische Naturwissenschaft?

BIOGRAPHIE UND BIBLIOGRAPHIE DER AUTOREN

Umfang 280 Seiten — Preis br.: 4.80 sfrs.; 32.— Kc.

SEBASTIAN - BRANT VERLAG
B. P. 660. 22, rue Saint - Augustin, Paris - 2e

17-12-37

LE PROGRÈS

La liberté d'Ossietzky

Le grand écrivain pacifiste Ossietsky est toujours au sanatorium Nordend, bourg de Panko, près de Berlin. Les autorités allemandes assurent qu'il est parfaitement libre. En réalité, il ne peut pas quitter l'hôpital, et personne n'est admis à le voir.

On assure aussi qu'il lui est parfaitement loisible de quitter l'Allemagne, et, pourtant, malgré son désir, Ossietzky n'a pas pu encore répondre aux invitations pressantes de la Suède, de la Norvège, de l'Angleterre.

Récemment, sept journalistes ont pu converser avec le malade, en présence naturellement d'un agent de la Gestapo. Ces reporters ont donné de cette visite des versions fort différentes, sinon tout à fait contradictoires.

M. Henri Lafontaine, président du Bureau international de la paix, ancien vice-président du Sénat belge, Prix Nobel, a protesté publiquement ces jours-ci encore, contre la séquestration imposée à Karl von Ossietzky, séquestration d'autant plus odieuse que le malade ne peut ainsi bénéficier de la cure d'altitude qui améliorerait son état.

85

E. J. GUMBEL

Die Gleichschaltung der deutschen Hochschulen

Arische Naturwissenschaft

Sonderdruck aus dem Sammelbuch «Freie Wissenschaft»

1938
SEBASTIAN BRANT VERLAG

ALFA

Die Gleichschaltung der deutschen Hochschulen

von

E. J. Gumbel

Die Nationalsozialisten haben bis zum Ende des Jahres 1936 ca. 1500 Wissenschaftler abgesetzt. Heute, vor allem nach der Eroberung Oesterreichs, dürfte es nicht übertrieben sein, diese Zahl auf 2000 zu schätzen. Am Anfang, 1933, haben einzelne Prominente Widerstand geleistet und hierbei bemerkenswerten Mut bewiesen. Aber die grosse Masse hat sich, im Gegensatz zu den protestantischen Pastoren, schweigend unterworfen. Wie war dies in einem Lande mit so hoher geistiger Entwicklung wie Deutschland möglich? Der Hinweis auf den umfangreichen und intensiven, von den Nationalsozialisten ausgeübten Terror beantwortet diese Frage noch nicht völlig. Man muss vielmehr zudem den vorgegebenen Charakter der Deutschen Hochschulen in Betracht ziehen. Wir beschränken uns in der folgenden Untersuchung im wesentlichen auf die Universitäten als Prototypen der Hochschulen.

Die deutschen Universitäten waren Staatsinstitute, besassen aber eine spezifische Autonomie. Der Lehrkörper setzte sich zusammen aus den ordentlichen Professoren, den ausserordentlichen (a. o.) Professoren und den Privatdozenten. Die Ordinarien, eine Minderheit, waren Beamte, die ausserordentlichen Professoren nur teilweise. Die Privatdozenten hatten keinen Amtscharakter sondern nur die Befugnis zu lehren. Sie erhielten kein Gehalt, sondern nur (wie die beiden andern Kategorien) Kolleggelder, manchmal auch Stipendien. Die lange Zeit, die ein Privatdozent, kaum bezahlt, warten musste, bis er eine Stellung bekam, und die dadurch bedingte Auslese der Professoren nach ihrer Zugehörigkeit zur Rentenbourgeoisie trug nicht dazu bei, Charaktere zu bilden.

Die Erlaubnis zur Habilitation wurde von der Fakultät gewährt. In ihr sassen im Wesentlichen nur die Ordinarien.

Ihr Vorsitzender war der Dekan. Die gemeinsamen Angelegenheiten der Universität wurden vom Senat geregelt, der sich hauptsächlich aus den Dekanen zusammensetzte. Der Rektor wurde vom Senat gewählt. Ernennungen erfolgten durch den Minister, aber sie waren an die Vorschläge von Fakultät und Senat gebunden. Die Autonomie der Universitäten bedeutete also die Herrschaft einer Minderheit. Aber dieses Recht der Ordinarien, die Universitäten zu verwalten und für ihren Nachwuchs zu sorgen, galt auch der Mehrheit, den kommenden Professoren, als kostbarstes Gut, in langer Tradition ertrotzt und gewahrt.

Die akademische Freiheit bedeutete eine Garantie für die Unabhängigkeit des Forschens und der Lehre. Allgemein wurde als Postulat die reine, durch keine politische Tendenz verfälschte Wissenschaft erhoben. Die Professoren fühlten sich als Vertreter des Idealismus und der geistigen Werte. Sie waren Vorkämpfer des Bürgertums, als dieses um seine Freiheit rang. Diese Tradition wurde zum mindesten formal vertreten, und in diesem Sinne war der Zusammenhang mit den grossen Humanisten und Klassikern gewahrt. Aber im Grunde galt bereits unterm Kaiserreich der rauhe Turnvater Jahn etwas mehr. Die reale, meist konservative und nationalistische Haltung der Professoren entsprach den idealen Forderungen höchst unvollkommen.

Geblendet von den materiellen Erfolgen der Kaiserzeit haben die deutschen Professoren die aus der Not geborene und zunächst mit Not erfüllte Republik mit dem Herzen nie bejaht. Das Bekenntnis zur Idee des Universalismus, zum Idealismus, zu den geistigen Kräften degenerierte, vor allem während der Inflation, zur Abgrenzung gegenüber den « materialistischen » Zielen der Arbeiterschaft. Die Freiheit und Unabhängigkeit der Hochschulen diente dazu, die Republik aktiv und passiv zu bekämpfen. Die Republik, demokratisch gegen ihre Feinde, duldete die auf den Universitäten gegen ihre eigene Existenz getriebene Propoganda. Die Ministerien hatten Angst davor, durch Ernennung von Aussenseitern die Universitäten zu brüskieren. Die einzige, unter der Republik eingeführte Neuerung war die allgemeine Dozentenversammlung, die einmal im Jahre tagte und völlig funktionslos blieb.

Die Republikaner, die Vertreter des bestehenden Staatns waren also gerade durch die Autonomie auf den Universitäten in der Minderheit. So gab es z. B. in Baden nach 14 Jahren

sozialdemokratischer Koalitionsregierung an den drei Hochschulen ganze drei Sozialisten.
Die Studenten, beinahe ausschliesslich aus dem Bürgertum hervorgegangen, fürchteten für ihre materielle Zukunft in einem Staat, den angeblich die Arbeiter beherrschten, weil Sozialdemokraten Minister waren. Durch die offizielle Anerkennung der Studentenschaften als Selbstverwaltungskörper war ihre Macht gestiegen. Als es gegen Ende der Republik regelmässig zu Konflikten nationalsozialistischer Studenten mit republikanischen Professoren kam, hatten diese weder in der Universität noch in den Ministerien genügend Rückhalt und waren dem Terror der Nationalsozialisten ausgeliefert. Den andern Professoren war dies nicht eine prinzipielle Frage, die sie selbst einst angehen könnte, sondern nur eine erwünschte Gelegenheit, einen unangenehmen Kollegen los zu werden. Sie setzten den Nationalsozialisten keinen Widerstand entgegen. Als Führer der Jugend hielten sie sich verpflichtet, ihr nachzulaufen. « Weitblickendere » glaubten, sich auf diese Weise sichern zu können.
So war die Basis für den Untergang der akademischen Freiheit durch das Wesen der Autonomie und den Strukturwandel, den sie erfahren hatte, bereits gelegt. Durch ihren Widerstand gegen die Republik haben die Professoren das Dritte Reich selbst mit schaffen helfen. Sie ernten heute, was sie einst gesäht.

Das nationalsozialistische Universitäts-«Recht»

Die Ideologie des nationalsozialistischen Staates besteht in der Rassenlehre und dem Hass gegen Humanismus und Geistesfreiheit. Der bezeichnendste Ausdruck dieser Richtung waren die Bücherverbrennungen. Der Anspruch auf Totalität konnte auch eine verkümmerte akademische Freiheit nicht dulden. Systematisch und in immer gesteigertem Mass, aber meist unter Einhaltung pseudo-legaler Formen,[1] wurden die Universitäten « gesäubert ».
Die Grundlage gab zunächst das « Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums » vom 4. 7. 1933. Dabei gelten, um dem Gesetz eine möglichst weitgehende Wirkung zu sichern, als Beamte nicht nur die amtierenden, sondern auch die von ihren Verpflichtungen entbundenen Hoch-

[1]) Ihre Darstellung stammt von einem emigrierten Juristen, dem ich hierfür zu Dank verpflichtet bin.

schullehrer, ferner diejenigen ausserordentlichen Professoren und sogar die Privatdozenten, die nie Beamte gewesen waren.

Nach § 2 waren zunächst alle seit dem 9. November 1918 ernannten Beamten zu entlassen, welche die vorgeschriebene oder übliche Vorbildung oder sonstige Eignung nicht besitzen. Eine Durchführungsverordnung erklärte ausdrücklich alle Beamten für ungeeignet, die sich im kommunistischen Sinne betätigt hatten. Darunter konnte nach der üblichen Auslegung jeder Republikaner verstanden werden.

Nach § 3 sind Beamte nichtarischer Abstammung in den Ruhestand zu versetzen. Als nicht-arisch gilt, wer auch nur e i n e n nichtarischen Grosselternteil hat. Eine Ausnahme wurde zunächst für Beamte gemacht, die ununterbrochen seit dem 1. August 1914 Beamte gewesen waren, oder die im Weltkrieg an der Front gekämpft hatten, oder deren Väter oder Söhne im Weltkrieg gefallen waren.

Ist die arische Abstammung zweifelhaft, so soll ein Gutachten des beim Reichsministerium des Inneren bestellten Sachverständigen für Rasseforschung, eines jungen Mannes von einigen zwanzig Jahren, eingeholt werden.

Die vorstehend erwähnten Kategorien m u s s t e n in den Ruhestand versetzt werden Im § 4 wurde dann weiter vorgeschrieben, dass Beamte, die nach ihrer bisherigen politischen Betätigung nicht die Gewähr dafür bieten, dass sie jederzeit rückhaltlos für den neuen Staat eintreten werden, aus dem Dienst entlassen werden k ö n n e n. Die Voraussetzungen hierfür seien insbesondere dann erfüllt, wenn ein Beamter « gehässig » gegen die nationalsozialistische Bewegung aufgetreten sei oder seine dienstliche Stellung dazu benutzt habe, um nationalgesinnte Beamte zu schädigen. Sei dies der Fall, so könne ihm auch ein seit dem 30. Januar 1933 erfolgter Uebertritt zu einem Verband, der hinter der Regierung der nationalen Erhebung stände, nicht zur Entschuldigung gereichen. Bei der Beurteilung solle die gesamte politische Betätigung des Beamten, insbesondere seit dem 9. November 1918, in Betracht gezogen werden; als politische Partei sollten auch das Reichsbanner, der republikanische Richterbund, die Liga für Menschenrechte, der Bund republikanischer Beamter und die Eiserne Front gelten.

Diese Bestimmung bildete eine furchtbare Waffe zur Vernichtung aller politischen Gegner, insoweit sie Beamte, insbesondere auch Hochschullehrer waren. Es wurde leicht, ge-

gegen einen Gelehrten vorzugehen, der vielleicht vor 15 Jahren einmal gelegentlich politisch in die Oeffentlichkeit getreten war, sich aber seitdem längst auf seine wissenschaftliche Tätigkeit zurückgezogen hatte. Und die Ausdehnung des Begriffs «politische Partei» auf überparteiliche republikanische Organisationen beweist, dass jedes Mittel gewählt wurde, um eine Waffe gegen alle zu erlangen, die auch nur eine abweichende politische Ansicht hatten, wobei die wissenschaftliche Bedeutung oder die Verdienste um das, was man heute « Volkstum » nennt, völlig ausser Acht gelassen wurden — wenn sie den Betreffenden nicht gar « verdächtig » machten.

Im § 6 bestimmt das Berufsbeamtengesetz, dass zur Vereinfachung der Verwaltung Beamte in den Ruhestand versetzt werden können, auch wenn sie noch nicht dienstunfähig sind. Damit konnte man auch diejenigen beseitigen, bei denen man sich vielleicht schämte, die wirklichen Gründe für die Entlassung anzugeben. Mit dieser Bestimmung verwandt ist die Vorschrift des Gesetzes vom 21. 1. 35 « über die Entpflichtung und Versetzung von Hochschullehrern aus Anlass des Neuaufbaus des deutschen Hochschulwesens ». Fällt ein Lehrstuhl fort oder wird er einem anderen Fachgebiet zugeschlagen, so kann der bisherige Inhaber von seinen amtlichen Verpflichtungen entbunden werden — ein euphemistischer Ausdruck für die Beseitigung eines unbequemen Hochschullehrers. Die Massnahmen und Ausführungsbestimmungen soll unmittelbar der Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung treffen. Gerade dies gibt dem Gesetz erst seine volle Bedeutung. Der Minister Rust, in der Republik wegen eines groben Dienstvergehens abgesetzt, bestimmt jetzt und zwar allein den Umfang des « Neubaus des Deutschen Hochschulwesens ». Er kann selbstherrlich den bedeutendsten Gelehrten, der ihm nicht zusagt, aus dem Amt jagen, und es gibt keine Instanz die eine solche Willkür nachprüfen könnte.

Durch die Nürnberger Gesetze wurden endlich sämtliche, nach der bisherigen Auslese noch verbliebenen jüdischen Hochschullehrer in den Ruhestand versetzt. In vielen Fällen dauerte der vorgeschriebene Dienstweg viel zu lange. Man zwang den unbeliebten Professor ganz einfach mit der Androhung der Schutzhaft oder mit nächtlichen Haussuchungen durch Studenten in S. A.-Uniform zum « freiwilligen » Rücktritt.

Neben diesen persönlichen Veränderungen ging eine Neuordnung des Hochschulwesens vor sich. Die Selbstverwaltung wurde durch die Einführung des Führergrundsatzes abgeschafft. Der Rektor, jetzt Führer der Universität genannt, wird vom Minister ernannt und ernennt seinerseits die Dekane. Die bisherigen Aufgaben des Senats und der Fakultäten, insbesondere die Verteilung der Gelder an die Institute, gingen auf den Rektor und die Dekane über. So wurden alle Machtpositionen der Universitäten mit einwandfreien Nationalsozialisten besetzt und von oben her jeder Widerstand unmöglich gemacht.

Zum grossen Aerger der Privatdozenten werden diese mit den nicht habilitierten Assistenten in einer Dozentenschaft zusammengefasst. Da ihr Führer, meist ein Assistent, natürlich ein Nationalsozialist ist, ist hierdurch die Herrschaft der neuhabilitierten Nationalsozialisten über ihre Kollegen von unten her gesichert. Der Nachwuchs wird besonders gesiebt : Durch Verordnung des Reichserziehungsministers vom 13. 12. 1934 wurde einheitlich für das Reich neben der bisherigen fachwissenschaftlichen noch eine charakterliche Prüfung während eines sechswöchentlichen Aufenthaltes in einem Lager [2]) eingeführt. Wissenschaftliche Leistung genügt jetzt nur mehr zur sog. Habilitation. Für die Dozentur muss der Anwärter aber zudem noch beweisen, dass er ein guter Nationalsozialist ist. Juden sind natürlich ausgeschlossen. Die Dozentur wird vom Reichskultusminister auf Grund der Berichte von Rektor und Senat, Dozentschafts- und Lagerleiter für das ganze Reich verliehen. Die Reichsdozentschaft wurde als Fachschaft I dem nationalsozialistischen Lehrerbund eingegliedert. Damit war, um im Jargon der heutigen Machthaber zu sprechen, die « Reinigung » der Deutschen Hochschulen vollständig durchgeführt. Von ihrem ursprünglichen Inhalt ist kaum die leere Form übrig geblieben. [3]) Die Senate und Fakultäten müssen sich heute von dem nationalsozialistischen Minister wie Schuljungens Kom-

---

[2]) Vgl. Frankfurter Zeitung 10. 1. 1937.

[3]) Vgl. die Darstellung bei E. Y. Hartshorne, The German Universities and Nationalsocialism, G. Allen and Unwin, London 1937. Dieses vorzügliche Buch enthält insbesondere sämtliche auf die Deutschen Hochschulen bezüglichen Gesetze und Verordnungen und wichtige statistische Angaben über die Zahl der Entlassenen.

mandos erteilen lassen — soweit sie nicht bereits seine willfährigen Kreaturen geworden sind.

Ein sehr deutliches Bild der neuen Hierarchie gibt das Universitätsverzeichnis von Heidelberg, S.S. 1936. Der Führer der Universität besitzt einen Stab. Darauf folgt der Leiter der Dozentenschaft und der Führer der Studentenschaft, ein Hochschulgruppenführer der « Hochschulgruppe Heidelberg des NSD-Studentenbundes der NSDAP » und Mitglied des Senats. In der Rangordnung nach diesem Studenten folgen die Dekane und der Senat. Als letzte akademische Behörde figuriert die neueste und wichtigste : der Nationalsozialistische Dozentenbund unter einem « Gaudozentenbundesführer » und einem « Hochschuldozentenführer komm. Pg. »

Die Wirkung, welche diese Gleichschaltung der Deutschen Hochschulen auf das Ausland machte, hat A. V. Hill [4]) schon sehr früh wie folgt zusammengefasst :

> «Germany, however, has lately rendered such intellectual co-operation impossible by offending the first and most fundamental rule, that providing freedom of thought and research. It seemed impossible, in a great and highly civilised country, that reasons of race, creed or opinion, any more than the colour of a man's hair, could lead to the drastic elimination of a large number of the most eminent men of science and scholars, many of them men of the highest standing, good citizens, good human beings. Freedom itself is again at stake.»

Heidelbergs Gleichschaltung

Im folgenden sollen rein zahlenmässig die Veränderungen geschildert werden, welche in einer typischen deutschen Universität, nämlich Heidelberg, vor sich gingen.

Die Grundlage dieser Untersuchung ist der Vergleich der Vorlesungsverzeichnisse der Sommersemester 1932 und 1936. Der erste Zeitpunkt wurde gewählt, weil damals die nationalsozialistischen Studenten sich das Recht erkämpften, einen Professor abzusetzen. Das Vorlesungsverzeichnis vom Sommer 1936 eignet sich zum Vergleich vor allem deswegen, weil es, auf das Jubiläum der Universität abgestellt, einen propagandistischen Charakter trug. Die Berücksichtigung späterer Jahre ist durch den erhöhten Einfluss, den Verset-

---

[4]) A. V. Hill, International Status and the obligations of Science, Nature, Bd. 132, 1933, S. 952.

zungen, Ausscheiden aus dem akademischen Beruf, Emeritierung und Tod ausüben, wesentlich erschwert.
Von 215 Dozenten des Jahres 1932 existieren nur mehr 99 im Jahre 1936. Der Rest von 116 ist gestorben, pensioniert, an eine andere Universität oder in eine andere Stellung gegangen, oder endlich aus politischen Gründen abgesetzt. Die Feststellung dieser interessanten Zahl bietet gewisse Schwierigkeiten. Denn die Universitätsverzeichnisse enthalten z. B. keine Angaben über die Gestorbenen. Die Tabelle I stellt die Zahl der aus politischen Gründen Abgesetzten dem Bestand von 1932 gegenüber. [5]) Bei den wenigen Lektoren war die Zahl der Entlassenen nicht feststellbar.

I. *Entlassene vom Bestand 1932*

	Rechtwiss.	Medizin	Philos.	Naturwiss.	Summe	in %
Ordinarien	5 von 8	5 von 17	6 von 20	3 von 9	19 von 60	32%
Honorarprof.	1 von 6	2 von 4	2 von 10	1 von 9	6 von 30	20%
a. o. Prof.	0 von 3	9 von 35	3 von 14	2 von 18	14 von 71	20%
Privatdoz.	1 von 2	6 von 23	7 von 16	3 von 9	17 von 54	32%
Summe	7 von 19	22 von 79	18 von 60	9 von 45	56 von 215	26%
in %	37 %	29 %	30 %	20 %	26 %	

In der theologischen Fakultät sind keine Entlassungen vorgekommen. Doch wurden natürlich die 6 Ordinarien, der Honorarprofessor, der a. o. Professor und die 4 Privatdozenten in der Gesamtsumme von 1932 in den beiden letzten Spalten mitgerechnet.
Von den Ordinarien und Privatdozenten wurde somit ein Drittel entlassen. Etwa in gleicher Höhe bewegt sich die Zahl der Entlassungen in der rechtswissenschaftlichen und philosophischen Fakultät. *Insgesamt ist ein Viertel der Universität, nämlich 56 von 215 Professoren aus politischen Gründen entlassen worden.* Doch ist diese Zahl eine Mindestangabe; manche Pensionierung und mancher «freiwillige» Verzicht dürfte aus politischen Gründen erfolgt sein. Zudem wurde manchen Privatdozenten und a. o. Professo-

[5]) Eine namentliche Liste habe ich im «Neuen Tagebuch» vom 18. 7. 36 veröffentlicht.

ren fiktiv die Stellung belassen, jedoch der Lehrauftrag, d. h. die finanzielle Basis, entzogen. Unter den 56 Abgesetzten sind, soweit ich dies feststellen konnte, die Hälfte Juden. Durch diese Absetzungen sind nicht etwa die Privatdozenten und a. o. Professoren rasch in höhere Lehrstellen aufgerückt ; im Gegenteil : die hoffnungslosen Privatdozenten stehen im Verzeichnis von 1936 genau an der gleichen Stelle und Reihenfolge wie 1932. Nur drei Privatdozenten, darunter ein Minister und ein Ministerialrat, haben es zum Ordinarius gebracht.

II. *Verhältnis der neuen zu allen Dozenten von 1936*

	Theologie	Recht	Medizin	Philos.	Naturwiss.	Summe	in %
Ordinarien	1 von 5	3 von 5	9 von 16	4 von 17	4 von 7	21 von 50	42%
Honorarprof.	0 von 1	0 von 3	2 von 3	2 von 6	1 von 6	5 von 19	26%
a. o. Prof.	—	0 von 2	2 von 11	5 von 16	1 von 13	8 von 42	19%
Privatdoz.	0 von 3	1 von 1	9 von 11	8 von 9	2 von 5	20 von 29	69%
Lektoren	4 von 5	1 von 2	4 von 4	16 von 24	2 von 3	27 von 33	73%
Summe	5 von 14	5 von 13	26 v. 45	35 von 7[illegible]	10 von 34	81 von 178	46%
in %	36%	38%	58%	49%	29%	46%	

Die Tabelle II prüft im einzelnen, wieviele Dozenten im Lauf der nationalsozialistischen Herrschaft neu in die Universität eindrangen. Pensionierte und inaktivierte sind dabei nicht aufgenommen. Als alte Angehörige sind alle diejenigen gerechnet, welche 1932 in Heidelberg habilitiert oder Lektoren waren. Mit eingerechnet sind die damals Beurlaubten ; nicht eingerechnet die jetzt Beurlaubten. Denn heute bedeutet Urlaub meistens nur die Vorstufe der Entlassung. Weggelassen sind, wie oben, Stenographie-, Zeichen und Gesangslehrer.

21 von 50 Ordinarien, 28 von 71 a. o. Professoren und Privatdozenten sind neu ernannt. Am stärksten zeigt sich der Einfluss der Nationalsozialisten bei den Lektoren und mit Lehrauftrag Versehenen. Hier rücken die neuen Systemgrössen, die Kreisleiter und Pg.'s in Scharen ein. Drei Viertel aller Lektoren sind neu.

Der gesamte Lehrkörper von 1936 umfasst 178 Dozenten. 81 davon sind unter der nationalsozialistischen Herrschaft neu hinzugekommen. *Beinahe die Hälfte der heute in Heidelberg Lehrenden sind noch keine 4 Jahre an der Universität.* Ein solcher Stellenwechsel ist im akademischen Leben noch nicht vorgekommen.

Um den katastrophalen Eindruck, den dieses Zerstörungswerk im Auslande machte, zu verwischen, haben die Nationalsozialisten die Hochschulen der ganzen Welt zur Feier des 550. Jahrestages der Gründung der Universität eingeladen. Der Vernichtungsfeldzug gegen die deutsche Wissenschaft sollte eine offizielle Weihe durch das Ausland erhalten. Dies ist misslungen. Sogar die Einladungen wurden nach der Absage der englischen Universitäten zum Teil wieder zurückgezogen. Der Bishop of Durham (Times, 4. 2. 36) hat die Argumente gegen die Beteiligung entscheidend zusammengefasst : « The appearance of British representatives at the Heidelberg celebration could not but be understood everywhere as a public and deliberate condonation of the intolerance which has emptied the German universities of many of their most eminent teachers. » (vergl. auch « Nature », 1936, p. 219).

Neue Wissenschaft

Die Gleichschaltung will die Wissenschaft dem gegenwärtigen Staatswillen unterordnen und dienstbar machen. Recht ist schon lange (ausgesprochener Weise) das, was diesem Staate nützt. Wahr soll ebenfalls nur sein, was ihm dient. Einen guten Einblick in diese Wandlung der deutschen Geisteswerte gewinnt man durch Betrachtung der Vorlesungsverzeichnisse,*) vor allem durch die Titel der für Hörer aller Fakultäten bestimmten Vorlesungen.

Das Heidelberger Verzeichnis von 1936 beginnt mit: Kulturpolitik — Grundlagen der nationalsozialistischen Weltanschauung — Das Wesen der Volksgemeinschaft. Prof. Güntert lehrt das Wesen der altgermanischen Religion. Sein neuestes Buch heisst: « Am Nornenquell ». Herr Minister Schmidthenner, « ordentlicher Professor der Geschichte mit besonderer Berücksichtigung der Wehrkunde », liest über: Welt-

---

*) Dieses Kapitel stammt von einem emigrierten Professor, dem ich hiermit, auch für seine umfangreiche sonstige Mitarbeit meinen Dank ausspreche. D. H.

krieg — Politik und Kriegsführung — Der Totale Krieg — und hält ein Seminar: Wesen und Leistung des deutschen Soldatentums. Der Eroberungsanspruch Deutschlands wird in Vorlesungen: Deutschlands Recht auf Kolonien und Geopolitik des deutschen Ostraums vertreten. Die philosophische Fakultät hat einen « Kreisleiter » mit einem Lehrauftrag für nationalsozialistische Weltanschauung gewonnen. Daneben sind aber noch die politische und die germanische Weltanschauung durch Vorlesungen vertreten. In der juristischen Fakultät wurde u. a. gelesen: Rechtliche Volkskunde — Das Familienerbe — Volk und Rasse — Deutsches Wehrrecht. Die ersten medizinischen Vorlesungen lauten: Nationalsozialistische Weltanschauung und Rassegedanke — Politik und Rasse — Aerztliche Gesichtspunkte zur Körperertüchtigung — Erste Hilfe bei Unglücksfällen unter besonderer Berücksichtigung von Wehrpost und Gasschutz. Die Schädelforschungen des bisherigen Anthropologen hatten nicht ganz zu den amtlichen Ergebnissen geführt. Ihre Erzielung ist nunmehr durch einen neu ernannten Ministerialrat Packheiser, Professor für Rasseforschung, gesichert. Dagegen existierte jahrelang kein Ordinarius für Mathematik.

Die hervorragendsten Tendenzen der Gleichschaltung sind: Wucherung der Rassenlehre, d. h. Verherrlichung der sogenannten Arier und der alten Germanen. Ausdehnung der Kriegswissenschaften, politische Aktualisierung, identisch mit dem Kult bestimmter Persönlichkeiten, endlich ausgesprochen nationalsozialistische Parteipropaganda.

An der Universität Berlin wurden im Sommersemester 1935 28 Vorlesungen und Uebungen über Rassenlehre angekündigt, in Hamburg 21 für das Sommersemester 1936. Daneben spielt natürlich die Rassenlehre in zahlreichen Vorlesungen eine Rolle, ohne dass es im Titel angeführt ist.

Ueberall dringt die Kriegswissenschaft ein. In den Vorlesungsverzeichnissen finden sich: Wehrchemie, -geographie, -geologie, -kunde, -macht, -mathematik, -physik, -politik, -psychologie, -raum, -recht, -technik, -verfassung, -wesen, -wirtschaft, -wissenschaft; Kriegschirurgie, -geschichte, -pathologie, -philosophie, -wirtschaft; Militärhygiene, -kartenkunde, -strafrecht.

An der Universität Berlin wurden im Sommersemester 1936 folgende militärische Vorlesungen gehalten: Medizinische Fakultät: Geschichte des Heeres und Sanitätswesens — Gas- und Luftschutz — Praxis des heim. Luft- und

Gasschutzes. Philosophische Fakultät: Das Problem des Krieges im Rahmen der Kulturphilosophie — Uebungen über psychologische Probleme des Krieges — Ausgewählte Kapitel der Wehrtechnik — Wehrwirtschaftliche Uebungen (Major Dr. Hesse) — Die Grundlagen der Wehrwirtschaft — Wehrgeographie zur Wehrpolitik der europäischen Staaten — Wehrpolitisches Kolloquium — Wehrgeographische und wehrpolitische Uebungen (Oberstleutnant von Niedermayer) — Vor- und frühgeschichtliche Wehranlagen —Die Marneschlacht — Historisches Seminar (Kriegsgeschichte). Wirtschaftsschule: Lehren aus der deutschen Kriegswirtschaft 1914/18 (zugleich Einführung in die Hauptfragen der Wehrwirtschaft) — Geschichte des deutschen Wehrwesens — Frau und Landesverteidigung (Wehraufgaben der Frau). Landwirtschaftlich-tierärztliche Fakultät: Wehrkunde (Major Prof. v. Arnim) — Wehrwissenschaft — Luftschutz Veterinärdienst. Keine dieser Vorlesungen existierte 1932.
In Hamburg werden die wichtigsten Vorlesungen für Hörer aller Fakultäten unter dem Titel politische Fachgemeinschaft der Fakultäten zusammengefasst. Im Sommersemester 1936 wurde dort gelesen: Neuzeitliche Kriegsschifftypen — Das Abrüstungsproblem und die Flottenrüstungen der Seemächte (beides von Kapt. z. See Lohmann) — Luft- und Gasschutzkursus — Aerochemie und chemische Grundlagen des Gas- und Luftschutzes — Feldnachrichtengeräte mit Versuchen — Luftfahrtmedizin — Wehrwirtschaftliche Uebungen. Professor Sonnenschein liest über Gesundheits- und Hygieneverhältnisse in den deutschen Kolonien — als wenn diese bereits wieder erobert wären.
In vielen Fällen dringt der aktive oder pensionierte Offizier in die Universität ein. In Giessen z. B. wurde eine Vortragsreihe für deutsche Wehrberechtigte, obligatorisch für die Studenten der ersten 4 Semester, « durchgeführt vom Infanterie-Regiment Giessen unter Leitung des Regimentskommandeurs Oberst Vierow »: Das Gefecht unter besonderer Berücksichtigung des Infanteriegefechts — Gruppe, Schützenzug, Schützenkompagnie — Marsch und Marschsicherung — Schweres Maschinengewehr, schw. M.-G.-Zug, M. G. Kompagnie — Rast, Unterkunft, Sicherung in der Ruhe — Leichter Minenwerfer, leichter Minenwerfer-Zug, Minenwerfer-Kompagnie — Nachrichtendienst — Infanterie-Nachrichtenzug — Das hinhaltende Gefecht — Infanterie-Panzer-Abwehr Kompagnie — Das Zusammenwirken der Waffen —

Vorführung eines Angriffsgefechts einer Schützenkompagnie unterstützt durch schwere Waffen. In Königsberg wurden im Wintersemester 1935/36 eine Anzahl *Gastvorträge für Dozenten und Studenten* gehalten : Stehendes Heer und Miliz (Hauptm. Hildebrandt) — Die Aufgaben und die Mittel der Seekriegsführung (Offiz. der Kriegsmarine) — Die Luftwaffe und ihre Aufgaben im nächsten Krieg (Offiz. des Luftkreiskomm. I) — Neuzeitliche Mobilmachung (Hauptm. Christ) — Wirtschaft, Wissenschaft und Wehrmacht, ihre Verflechtung und die Forderungen der Wehrmacht (Major Nagel) — Soldatentum (Hauptm. Schwatlo).
Bei all diesen Vorlesungen handelt es sich um normale Universitäten. Es sind hier nicht berücksichtigt : Die Technischen Hochschulen, Kriegsschulen, Kriegsakademien, Luftkriegsakademie, Wehrmachtsakademie, Militärärztliche und militärtierärztliche Akademie. Diese Erziehung gilt einer Jugend, die bereits durch die Organisation der Pimpfe, die Hitlerjugend, den Bund deutscher Mädels, den Arbeitsdienst und die allgemeine Wehrpflicht völlig durchmilitarisiert ist.
Am umfassendsten ist die politische Aktualisierung der Universitäten durch die Darstellung der neuesten Zeit in Vorlesungen über die Vorgeschichte des Welkrieges, die Jahre 1914-18, den Versailler Vertrag und seine Folgen, die Weltgeschichte seit 1919. Der Persönlichkeitskult gilt den Vorläufern und Wegbereitern der ‚grossen' Gegenwart. Die Titel solcher Vorlesungen lauten : « Hermann der Befreier ». (Vorlesung Berlin S/S 35), Gobineau, Macchiavelli, H. St. Chamberlain, Mussolini, Lagarde, Langbehn, hier und da tauchen auch bereits Vorlesungen über Hitler, Rosenberg, van den Bruck und Darré auf.
Die als Publizistik bezeichnete politische Propaganda ist jetzt an fast allen Universitäten Lehrfach. Aus dem immer wieder auftauchenden Titel : « Die publizistischen Führungsmittel (Presse, Rundfunk, Film etc.) » geht hervor, dass hier die kommenden Angestellten des Herrn Goebbels ausgebildet werden.
Ueberall finden sich Dozenten, welche reine Propaganda für den Nationalsozialismus als Wissenschaft lehren. Im folgenden eine kleine Blütenlese dieser Vorlesungen : Berlin S/S 1933 : Christentum und Nationalsozialismus — Die nationale Revolution und ihre geistigen Grundlagen — W/S 34/35 : Die Christusbotschaft und die Religionen (einschl. Deutschreligion) — Die grossen politischen Redner in der Geschichte der jüngsten Zeit (Filme und Platten). Bonn

leisten können, ihre Kinder noch während weiterer Studienjahre zu unterhalten, verschärfte sich die Auslese beim Zugang zur Universität nach rein finanziellen Gesichtspunkten. Zunächst ging der Nachwuchs auf den Universitäten auf die Hälfte des Jahres 1932 zurück. Dementsprechend nahm die Gesamtzahl der Studenten von 116 000 im Sommersemester 1933 auf 77 000 im Sommersemester 1935 ab; auf den Technischen Hochschulen ging sie von 25 000 im Wintersemester 1932 auf 12 000 im Jahre 1935 zurück. Auf den kleineren Universitäten halbierte sich häufig die Zahl der Studenten. Diese Entwicklung ging in den folgenden Jahren noch weiter.

Die Veringerung der Studentenzahl begleitete eine Vermehrung der Studentenbürokratie, der « ewigen » Studenten, deren Beruf es ist, auf Kosten der andern zu leben und sie zu « organisieren », d. h. von der Arbeit abzuhalten.

Im « Völkischen Beobachter » vom 9. Oktober 1936 berichtet der Reichsstudentenbundesführer Derichsweiler über diesen «Neuaufbau des deutschen Studententums». Er beklagt, dass der Nationalsozialistische Studentenbund « in einer Bürokratisierung festgefahren und der Erstarrung und Aushöhlung verfallen sei » — womit die Verwandlung der Universitäten in reine Parteikrippen anerkannt wird. Bald darauf wurde Derichsweiler zusammen mit dem « stellvertretenden Reichsführer der Deutschen Studentenschaft, auf eigenen Wunsch » seiner Stelle enthoben. Der SS-Obersturmbannführer Dr. Scheel wird für seine Verdienste im Kampf gegen Gumbel zum Reichsstudentenführer ernannt. « Zur Ueberbrückung des Gegensatzes zwischen Partei und Staat im deutschen Studentenwesen » vereinigt er in Personalunion die Führung der Deutschen Studentenschaft und des Nationalsozialistischen Studentenbundes. (D.N.B. 6. 11. 36).

Durch die Militarisierung, die weltanschaulichen Zwangsvorlesungen und die Fachschaftsarbeit bleibt den Studenten keine Zeit mehr zur Arbeit übrig. Denn sie werden mit diesem Ideenkreis glatt überfüttert und reagieren durch allgemeine Passivität. Dafür gedeihen neue Tugenden: Gesinnungsheuchelei und Karrieristentum. Die Verwandtschaft mit einem Nazibonzen ersetzt das Wissen. Für die Prüfungen wird die Stellung des Studenten und seiner Eltern in der Partei ausschlaggebend. Die weit verbreitete Erkenntnis dieser Tatsachen hat die Universitäten zu einer Quelle dauernder, latenter Unruhe gemacht.

Für den Nachwuchs an wissenschaftlichen Kräften sieht es nicht gut aus. Es erscheint sehr zweifelhaft, ob begabte Menschen sich durch die Drahtverhaue nationalsozialistischer Organisationen durchschlagen, ob sie das unaufhörliche Trommelfeuer der Propaganda aushalten und zu wissenschaftlichen Leistungen aufsteigen können.
Allgemein wird bereits heute über den Rückgang der Leistungen geklagt. In der Rheinisch-Westfälischen Zeitung vom 24. 1. 37 stellt Oberst Hilpert, Kommandeur des Infanterie Regiments 35, in einem Brief « an einige Rektoren und Führer der Hitler-Jugend » einen « ganz unfassbaren Mangel an einfachen und selbstverständlichen Bildungselementen » fest. Auch einzelne Professoren, wie Sauerbruch, haben gegen diesen Verfall von fachlichen Gesichtspunkten aus protestiert.

Die Haltung der Professoren

Den positiven Tendenzen der Gleichschaltung entspricht die Schrumpfung auf zahlreichen rein wissenschaftlichen Gebieten. Die politischen Aufgaben, die der Universität gestellt sind, hindern sie, der Wissenschaft zu dienen.
Hinzu kommen die Wirkungen der Zensur, der alle in Deutschland erscheinenden Bücher unterliegen. Die als « Reichsstelle zur Förderung des deutschen Schrifttums » bezeichnete Behörde unter dem « Beauftragten des Führers für weltanschauliche Erziehung » Alfred Rosenberg umfasst heute 32 Landesdienststellen und 500 Kreisdienststellen mit 800 Lektoren.
Das Ziel der Nationalsozialisten ist, die deutschen Hochschulen in Werkstätten des Rassenwahns, des wildesten Nationalismus und des imperialistischen Kriegswillens zu verwandeln. Der Reichsminister Rust allerdings hat die Gesamtwirkung des Systems beim Heidelberger Jubiläum [7]) folgendermassen geschildert :

> «Dem Aussenstehenden weithin verborgen, vollzieht sich seit dem Jahre der Wende an den Schulen Deutschlands ein Aufbau der einzelnen Wissenschaften aus den befruchtenden Antrieben der neuen Weltanschauung und der völkischen Wirklichkeit, die mit einem Schlage den Zustand des Auseinanderfalls der Wissenschaft in eine Unzahl vereinzelter, beziehungsloser Fächer beseitigte und

---

[7]) Deutsche Allgemeine Zeitung, 29. 7. 36.

ihr wieder eine lebendige, innerlich verpflichtende Mitte gab.»

Es würde zu weit führen, demgegenüber hier im Einzelnen auseinanderzusetzen, wie durch die massenhaften Entlassungen und durch die Umstellung vieler verbliebenen Professoren alte wissenschaftliche Institute ins Bedeutungslose herabgedrängt wurden, ganze Forschungszweige einfach aussetzten und welch' verheerende Wirkungen das Eindringen der parteibuchbewaffneten Ignoranz auf die Wissenschaft ausübte. In versteckten Formen widersetzten sich sogar manchmal die Professoren, z. B. wenn ihnen ein alter Pg. ohne jede wissenschaftliche Qualifikation als Rektor vorgesetzt wurde. Die Säuberung führte zu einem Rückgang der Studentenzahl und des wissenschaftlichen Nachwuchses. Es gibt zu wenig Assistenten und Dozenten [8]) und zu viele Professoren. Deshalb wird [9]) die Schliessung von einem Drittel der deutschen Universitäten und neue « Säuberung » gefordert. Das System lässt eben keinen Weg zur Normalisierung zu, es muss in seinem Zerstörungswerk fortfahren.

Gegenüber diesem gewaltsamen Einbruch in ihr geistiges und materielles Leben haben die deutschen Professoren im ganzen keinen Charakter gezeigt. Kein Wort des Protestes gegen die Absetzung so vieler, verdienter Gelehrter wurde laut. Die Würde der akademischen Korporation zerflatterte. Die Idee der Universität zerging vor der Frage nach der Pensionsberechtigung.

Auch die nationalistisch gesinnten Professoren haben die Einschränkung ihrer persönlichen Freiheit peinlich empfunden und unwillig getragen. Sie missbilligen manches, was im III. Reich geschieht. Aber mit dem imperialistischen Kernziel der gegenwärtigen deutschen Machthaber stimmen sie überein und nehmen dafür sehr viel mit in Kauf. Die Minderheit der freiheitlich gesinnten Dozenten fühlte sich zum Schweigen gezwungen. Vielleicht hofften auch manche, gerade durch Unterlassung eines öffentlichen Protestes noch schlimmeres zu verhüten, oder ihre eigene Haut zu retten. Manche gaben sich dazu her, jahrelang als Ersatz ihres Nachfolgers zu lesen, mit dem Erfolg, dass sie von einem Tag zum nächsten ihr Institut räumen mussten. Vor die bittere Alternative gestellt: Emigration, mit all ihrer

---

[8]) D. N. B., 24. 8. 37.

[9]) Prof. Krieck im Hamburger Tageblatt, 6. 2. 37.

Ungewissheit, oder Aussicht auf eine Bettelpension, zogen sie das, was sie für Sicherheit hielten, vor.

Viele, die ins Ausland gingen, lassen sich durch winzige Pensionen, von denen ihre Angehörigen in Deutschland leben, mundtot machen; andere fühlen sich als « Auslandsdeutsche » und wagen nicht, mit ihrer Meinung hervorzutreten. Wieder andere sehen in ihrer Verzweiflung keinen anderen Ausweg als den ins Nichts: sie wählen den Freitod. Die Zusammenstellung zu Beginn dieses Buches enthält einige dieser Opfer des Nationalsozialismus.

Ueber ein halbes Tausend deutscher Gelehrter ist ins Ausland gegangen. In allen Ländern setzen sie ihre wissenschaftliche Arbeit fort. Viele gehen in ihrer Abneigung gegen die heutigen Machthaber Deutschlands so weit, ihre eigene Vergangenheit zu ignorieren. Sie fühlen sich allein ihrem neuen Land zugehörig; ihre wissenschaftlichen Arbeiten befruchten neuen Boden. Sie sind reine Fachleute und es gibt zwischen ihnen keinen über ihr Spezialgebiet hinausgehenden Zusammenhang.

Aber diese Schwächen der deutschen Professoren sind für die Welt zu der wir gehören, nicht massgeblich. Wir bejahen die zwischen uns vorhandenen Beziehungen und wir wollen sie durch unsere Arbeit belegen. Wir wollen die Tradition der deutschen Hochschulen, soweit sie freiheitlich und weltbürgerlich war, fortsetzen. Wir trennen das Regime von dem Inhalt der Kulturbegriffe, die Deutschland repräsentierte. Dies legt uns die Pflicht auf, den Widerspruch zwischen den nationalsozialistischen Lehren und denen der Wissenschaft nachzuweisen. Durch dieses Buch hoffen wir, den vertriebenen Gelehrten moralischen Halt und neues Ansehen zu geben. Wir verneinen den Vernichtungsfeldzug der Nationalsozialisten, und wir wollen uns nicht durch Schweigen mitverantwortlich machen an ihren Verbrechen.

Die Wissenschaft ist berufen, der Menschheit zu dienen, und sie wird diesem Ruf einst auch in Deutschland wieder folgen. Hierzu wollen wir auf unsere Weise beitragen.

Arische Naturwissenschaft?

von

E. J. Gumbel

> *« Einstein, ein polnischer Jude, der mit Lichtgeschwindigkeit in den vier Abteilungen des Koordinatensystems herumhausierte und als Beweis Eisenbahnwaggons von wissenschaftlichen Kommissionen verschieben liess. Unter den Rädern blieb auch der Astralstrolch als Astro-Physiker endgültig liegen. »* (Völkischer Beobachter, 14. 9. 1933.)

Die Nationalsozialisten haben durch ihre massenhaften Entlassungen ganze Universitäten ins Bedeutungslose herabgedrückt. Ein solcher Vorgang mustse durch eine Ideologie gerechtfertigt werden. Der Feldzug gegen die Wissenschaft sollte den Sieg eines überlegenen Prinzips darstellen, das zu Recht ein schwächeres, verfaultes verdrängte. In manchen Wissensgebieten war der « Beweis » ganz einfach. Man identifizerte ihn mit der vorgenommenen Umstellung selbst: In der Theologie bekommt Christus die Züge eines arischen Helden. Der Gott des alten Testaments wird als Götze eines Parasitenvolkes abgeschafft. Die bisherige Geschichtsdarstellung ist falsch: Bonifazius ist der Verderber der Deutschen; Karl der Grosse wird zum Sachsenschlächter. In der Literaturgeschichte werden die Klassiker umgedeutet oder durch neu hervorgeholte unbedeutende Autoren verdrängt. Vorlesungen über Völkerrecht sind in einem Land, das über allen Verträgen steht, nicht mehr wichtig. Da es kein deutsches Staatsrecht mehr gibt, braucht man keines zu lesen. Neben das Strafgesetzbuch tritt die schrankenlose Willkür der Gestapo. Wozu also Strafrechtstheorie? Sozialhygiene und Medizin müssen vom Rassestandpunkt betrachtet werden. Schliesslich wird in der Chemie die Vorbereitung des Gaskrieges von zentraler Bedeutung, was man allerdings offiziell nicht verkündet.

Die Anthropologie hatte die Wichtigkeit des « Bluts » noch nicht entdeckt. Denn ihren Vertretern fehlten die notwendigen Kenntnisse und Ueberzeugungen. Bezeichnenderweise ist

ja auch bei K. F. Günther weniger von den objektiven Kriterien als von den geistigen Eigenschaften der von ihm konstruierten Rassen die Rede.
Je stärker die weltanschauliche, soziale oder militärische Komponente in einer Wissenschaft, umso leichter ist dieser Beweis der Superiorität der neuen Prinzipien. Am schwierigsten lässt sich diese Umdeutung und Veränderung der Werte in den reinen Naturwissenschaften durchführen. Wegen der Kompliziertheit der hierbei verwendeten Gedankengänge müssen wir die nationalsozialistischen Autoren selbst ausführlich sprechen lassen. Wir begnügen uns dabei im wesentlichen mit der Wiedergabe der Auffassung von repräsentativen, anerkannten Gelehrten, und der Zitierung wissenschaftlicher Zeitschriften. Daneben geht natürlich eine rein politische Argumentation vor sich. Auch sie ist von Bedeutung, da ja von der Partei die Weltanschauung formuliert wird und die Befehle ausgegeben werden, denen die Wissenschaftler zu gehorchen haben. So hat zum Beispiel die in Hessen parteiamtlich massgebliche Kulturstelle festgestellt, [1]) dass die Behauptung, die Zahl pi sei ein unendlicher, nicht periodischer Dezimalbruch, ein typisches Ergebnis der marxistisch-liberalistischen Epoche sei, wogegen es für die Nationalsozialisten auch in der Mathematik keine unlösbaren Probleme gäbe. Daher sei diese Zahl endlich. Solcher Unsinn kann zwar nicht den Professoren vorgeworfen werden, aber sie bereiten durch ihre Unterwerfung den Sumpf vor, auf dem solches Irrlicht geistert.

Arische Physik

Die massgeblichen Vertreter der nationalsozialistischen Weltauffassung in der Physik sind Philipp Lenard, jetzt emeritierter Professor an der Universität Heidelberg, und Johannes Stark, zur Zeit Präsident der physikalisch-technischen Reichsanstalt. Beide sind Nobelpreisträger. Bereits unter der Republik waren sie überzeugte Nationalsozialisten und machten daraus kein Hehl. [2]) Bei der Ermordung Rathenaus hat Lenard die schwarz-weiss-rote Fahne gehisst, was zu einer Arbeiterdemonstration führte, in deren Folge zwar nicht Lenard. wohl aber ein Student, Mierendorff, ein

---

[1]) Kurhessische Landeszeitung, 7. u. 10. März 1934.

[2]) Vergl. Starks Broschüre: Die jetzige Krise in der Deutschen Physik, 1922.

Disziplinarverfahren hatte. Heute ist Mierendorff im Konzentrationslager. Zum Schluss seiner Vorlesungen hat Lenard regelmässig das Hakenkreuz aufleuchten lassen.
Lenards « Deutsche Physik», erschienen 1936 im völkischen Verlag I. F. Lehmann, ist eine etwas verspätete Ausgabe seiner Kolleghefte. Im Vorwort dieses Herrn Frick gewidmeten Buches heisst es :

> « Deutsche Physik » ? wird man fragen. — Ich hätte auch arische Physik oder Physik der nordisch gearteten Menschen sagen können, Physik der Wirklichkeits-Ergründer, der Wahrheits-Suchenden, Physik derjenigen, die Naturforschung hervorbringen, rassisch, blutmässig bedingt. Ein Anschein von Internationalität kann entstehen, wenn aus der Allgemeingültigkeit der Ergebnisse der Naturwissenschaft zu Unrecht auf den allgemeinen Ursprung geschlossen wird, oder wenn übersehen wird, dass die Völker verschiedener Länder, die Wissenschaft gleicher oder verwandter Art geliefert haben wie das deutsche Volk, dies nur deshalb und insofern konnten, weil sie ebenfalls vorwiegend nordischer Rassenmischung sind oder waren. Völker anderer Rassenmischung haben eine andere Art, Wissenschaft zu treiben. Naturforschung allerdings hat kein Volk überhaupt je begonnen, ohne auf dem Nährboden schon vorhandener Errungenschaften von Ariern zu fussen...
>
> Von einer Physik der Neger ist noch nichts bekannt; dagegen hat sich sehr breit eine eigentümliche Physik der Juden entwickelt, die nur bisher wenig erkannt ist, weil man Literatur meist nach der Sprache einteilt, in der sie geschrieben ist. Juden sind überall, und wer heute noch die Behauptung von der Internationalität der Naturwissenschaft verficht, der meint wohl unbewusst die jüdische, die allerdings mit den Juden überall und überall gleich ist.
>
> Es ist wichtig, die Physik des jüdischen Volkes hier ein wenig zu betrachten... Um sie kurz zu charakterisieren, kann am gerechtesten und am besten an die Tätigkeit ihres hervorragendsten Vertreters, des wohl reinblütigen Juden A. Einstein erinnert werden. Seine «Relativitäts-Theorien» wollten die ganze Physik umgestalten und beherrschen ; gegenüber der Wirklichkeit haben sie aber nun schon vollständig ausgespielt. Sie wollten wohl auch gar nie wahr sein. Dem Juden fehlt auffallend das Verständnis für Wahrheit, für mehr als nur scheinbare Uebereinstimmung mit der vom Menschen-Denken unabhängig ablaufenden Wirklichkeit, im Gegensatz zum ebenso unbändigen

als besorgnisvollen Wahrheitswillen der arischen Forscher.
Der Jude hat kein merkliches Fassungsvermögen für andere Wirklichkeiten, als etwa die des menschlichen Getriebes und der Schwächen seines Wirtsvolkes. Dem Juden scheint wunderlicherweise Wahrheit, Wirklichkeit, überhaupt nichts besonderes, vom Unwahren verschiedenes zu sein, sondern gleich irgend einer der vielen verschiedenen, jeweils vorhandenen Denkmöglichkeiten. Dass daraus vollständige Ungeeignetheit für Naturforschung hervorgeht, ist selbstverständlich; jedoch wurde das durch Rechenkunststücke verdeckt, und die dem ungehemmten Juden eigene Frechheit, zusammen mit der geschickten Zusammenhilfe seiner Rassegenossen, ermöglichte den grossen Aufbau von jüdischer Physik, der schon Bibliotheken füllt... Es ist selbstverständlich, dass das vorliegende Werk nirgends auf dieses verfehlte Gedankengebäude einzugehen hat. Man wird sehen, dass dies keine Lücke in der umfassenden, allzusammenhängenden Darstellung der Gesamtkenntnis bedeutet. Ebenso steht es auch mit anderen, wirklichkeitsfremden oder unsicheren «Theorien», die nicht erwähnt werden. Die Belanglosigkeit ihres Fehlens erweist am besten ihre Unmassgeblichkeit.[3])
Die jüdische «Physik» ist somit nur ein Trugbild und eine Entartungserscheinung der grundlegenden arischen Physik.»

Ein Teil — aber auch nur ein kleiner Teil — von Lenards Polemik hat eine gewisse sachliche Bedeutung. Sie liegt aber auf einem ganz anderen Gebiet als dem der Rasse. Lenard ist der typische Vertreter der Experimentalphysik, deren Bedeutung in unserer Zeit durch die theoretische Richtung, vor allem durch Planck, den Schöpfer der Quantentheorie, Einstein, Born, Schrödinger und Heisenberg zurückgedrängt wird. Früher lehnte Lenard bereits den Begründer der theoretischen Physik, Newton, ab. Er sprach in seinen Vorlesungen nicht einmal den Namen aus, sondern liess ihn durch seinen Assistenten an die Tafel schreiben. Jetzt verteidigt er seine Richtung, indem er die andere, fachlich unbeliebte mit den Juden identifiziert. Natürlich hat Lenard auch mit dieser Identifikation unrecht, denn Juden haben sowohl in der theoretischen wie in der experimentellen Physik eine Rolle gespielt. Zu den Theoretikern gehören, um nur Nobelpreisträger zu nennen: Einstein,

[3]) Von mir gesperrt. E. J. G.

Niels Bohr, James Franck und Gustav Hertz. Aber in der Experimentalphysik haben Michelson und Lippmann eine ebenso bedeutsame Rolle gespielt.
Wie willkürlich Lenard bei der Ausmerzung der nicht nordischen Physik vor sich geht, hat er in seinem Buch «Grosse Naturforscher» (München 1937) bewiesen. Mit der Begründung, einen zeitlichen Abstand wahren zu wollen, werden nur Forscher geschildert, die den Krieg nicht überlebten. Dieser Trick führt dazu, dass Rutherford, Röntgen und Frau Curie nicht existieren. Dagegen werden die gleichzeitigen van der Waals und Crookes aufgenommen. Der Ausschluss der drei Erwähnten ist rassegesichtlich nicht begreiflich. Wohl aber existieren andere Gründe: Rutherford hat sich für die vertriebenen deutschen Gelehrten eingesetzt: nach Röntgen sind die bekannten Strahlen benannt, die Lenard entdeckt zu haben beansprucht. Gegen Frau Curie spricht nur, dass sie in Polen geboren ist.
Es handelt sich also bei Lenard nicht um einen Kampf gegen die Juden allein. Dementsprechend bekämpft das Schwarze Korps, Organ der SS, vom 15. 7. 37 unter dem Titel « Weisse Juden in der Wissenschaft » auch die Schüler von Juden. Gelehrte, die sich vom jüdischen Geist nicht freimachen, könne man als weisse Juden, Geistesjuden, Gesinnungsjuden oder Charakterjuden bezeichnen. Der Begriff Jude müsse über das Rassische hinaus erweitert werden. Die Statthalter des Judentums in der deutschen Wissenschaft müssten ebenso verschwinden wie die Juden selbst. In einem Nachwort bejaht Stark diese Forderung und wendet sich gegen « die grosse Zahl von arischen Judengenossen und Judenzöglingen, (die) in ihren Stellungen geblieben und den Einfluss des jüdischen Geistes in den deutschen Universitäten aufrecht erhalten ». Er warnt vor dem Schaden « von welchem ein Teil des deutschen Geisteslebens und die Erziehung der akademischen Jugend von Seiten der weissen Juden bedroht ist ».
Dem Ausland gegenüber hat Stark das Gegenteil vertreten. Nach Briefen an die « Nature »[4]) sind in Deutschland keinerlei Massnahmen gegen die Freiheit der wissenschaftlichen Forschung getroffen worden. Man habe nur den unberechtigten Einfluss der Juden herabgemindert. Stark bestritt, dass (bis zu diesem Zeitpunkt) etwa 1000 Wissen-

---

[4]) Nature. Bd. 133, 1934. S. 290 u. 614.
[5]) Nature. Bd. 133, 1934, S. 726.

schaftler entlassen worden seien. In Wirklichkeit seien es kaum die Hälfte, und auch davon hätten sehr viele ihre Stellungen freiwillig aufgegeben. Mit Recht hat Hill an der gleichen Stelle eingewandt, dass es diesen Gelehrten einfach unmöglich gemacht wurde, in Deutschland weiterzuarbeiten. Die ganze Argumentation Starks wurde durch Haldane[5]) kurz und vorzüglich wiederlegt.

Der Artikel Starks im « Schwarzen Korps » wurde in der Nature zitiert[6]), denn ein solcher Widerspruch musste auffallen. Darauf antwortete Stark,[7]) es gäbe zwei Typen im physikalischen Denken : die Pragmatiker, die nach Erkenntnis der Wirklichkeit streben, wie Lenard und Rutherford, seien stille Gelehrte. Die Dogmatiker, die nur eine Formel suchen, wie Einstein, Born, Heisenberg und Schrödinger, seien aufdringliche Propagandisten. Die Neigung zum pragmatischen, echt wissenschaftlichen Denken sei häufiger bei der nordischen Rasse vertreten. Die Juden seien die Hauptexponenten des dogmatischen, verwerflichen Geistes. Allerdings gäbe es auch nordische Dogmatiker und jüdische Pragmatiker. Warum trotzdem alle Juden aus den Universitäten ausgemerzt werden müssen, ist und bleibt Starks Geheimnis.

Zu welchen Erniedrigungen deutsche Gelehrte gezwungen werden, beweist das Telegramm, das Planck Anfang 1936 zum 25. Jubiläum der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft an Hitler schickte :

> « Mein Führer ! Wissenschaft und Wirtschaft stehen treu zu dem von Ihnen neu aufgerichteten deutschen Reich und wissen, dass n u r unter Ihrer Führung und unter dem Schutze der deutschen Wehrmacht sie nützliche Arbeit leisten können ».

Plancks ganzes Werk widerlegt dieses Telegramm. Denn die Quantentheorie ist unter dem Kaiserreich durchaus ohne Hitlers Führung entstanden und in der Republik erfolgreich, aber ohne Schutz durch eine deutsche Wehrmacht weitergeführt worden. Gerade Planck hat bei anderen Gelegenheiten, so in einem Vortrag « Physik und Weltauffassung », eine gewisse Unabhängigkeit bewiesen. Auf der Tagung der Deutschen Physikalischen Gesellschaft in Bad Kreuznach (Herbst 1937) wurde die Planck-Medaille dem Professor

---

[6]) Nature. Bd. 141, 1938, S. 778.

[7]) The pragmatic and dogmatic spirit in Physics. Nature, Bd. 141, 1938, S. 700.

Schrödinger zugesprochen, der unter Protest Deutschland verlassen hatte. Das Schwarze Korps vergleicht diese Verleihung mit der des Nobelpreises an Ossietzky und schreibt ausdrücklich gegen Planck: « Einen solchen Mann (wie Schrödinger) wegen etwaiger fachlicher Verdienste auch noch ehren zu wollen, ist ein Zeichen nationaler Entwürdigung, wie es instinktloser nicht gedacht werden kann. Von ‚Absicht' wagen wir in diesem Zusammenhang gar nicht zu reden. »

Trotz aller Drohungen haben also die Naturwissenschaftler sich eine gewisse Autonomie bewahrt. Die Versuche, den Rassegedanken einzuführen, sind nicht allzu fruchtbar gewesen. Rein äusserlich sehen die meisten physikalischen und mathematischen Zeitschriften unverändert aus. Ihr Gesicht haben sie gewahrt. Erst bei näherer Betrachtung bemerkt man das Fehlen von weltbekannten Namen: die Juden sind ausgemerzt. Dagegen wuchs der Anteil der ausländischen Mitarbeiter, da die Zeitschriften auf Grund ihres früheren Niveaus eine beträchtliche Anziehungskraft ausübten. Das Niveau der inländischen Mitarbeiter senkte sich; der wissenschaftliche Nachwuchs setzt zum Teil aus. Das System ist stolz darauf, dass die Zahl der Studenten auf die Hälfte herunterging. Eigentümlich wandelt sich vielmals die Vergangenheit. Gewisse Autoren werden nicht mehr zitiert; ihre früheren Leistungen werden einwandfreien Nordmännern zugeschrieben; ihre jetzigen Arbeiten werden ignoriert. Auffällig ist auch das Eindringen militärwissenschaftlicher Probleme in Zeitschriften, die ihnen bisher mit Recht keinen Platz gewährten.

Aber an anderen Stellen spürt man deutlich den Geist des Widerstands, wenn z. B. ein Mathematiker seinem jüdischen Lehrer einen Artikel « in Dankbarkeit und Treue » widmet. In ganz seltenen Fällen werden sogar Juden und Emigranten als Mitarbeiter und Herausgeber angeführt. In der Preussischen Akademie der Wissenschaften, die doch eine so unrühmliche Rolle im Kampf gegen Einstein gespielt hat, werden 1935 Arbeiten über seine Theorien veröffentlicht. Ja, Heisenberg hat noch 1936 in einem Zeitungsartikel die Relativitätstheorie als selbstverständliche Grundlage der weiteren Forschung bezeichnet. Dies trug ihm allerdings von Seiten des Schwarzen Korps (15. 7. 1937) die Bezeichnung «Ossietzky der Physik» und «weisser Jude ein. In manchen Fällen reichte die Verdrängung der Juden aus den Universitäten, Zeitschriften und Vereinen nicht aus. Um

auch die Kongresse kontrollieren zu können, hat Göbbels eine eigene Zentrale geschaffen. Sie steht zwischen der Partei und den eigentlichen wissenschaftlichen Organisatoren und prüft die auf Kongressen vorgesehenen Redner auf ihre «arische» Abstammung, sodass die Ausländer nur die «richtigen» Wissenschaftler kennen lernen; andererseits wählt sie die ins Ausland reisenden Professoren aus und überwacht sie, was durch Zuteilung oder Verweigerung der Devisen leicht möglich wird. Die Wirkung solcher Organisationen ersieht man an grotesken Einzelheiten. Bei dem Astronomenkongress in Bern[8]) (Sommer 1935) hatte die deutsche Delegation den Auftrag, die Wiederwahl des bisherigen Sekretärs der Astronomischen Gesellschaft zu verhindern, was allerdings an den Stimmen der Ausländer scheiterte. Beim Internationalen Mathematikerkongress in Oslo (Sommer 1936) musste Erhard Schmidt eine Propagandarede für die olympischen Spiele in Berlin halten — die bei den meist älteren Professoren nicht ganz am Platz war.

«Blubo» in der Mathematik

Die Rolle welche Lenard und Stark in der Physik spielen, hat Ludwig Bieberbach, Professor an der Universität Berlin, in der Mathematik übernommen. Seine Aufgabe ist viel schwieriger. Lenard und Stark können von einem augenscheinlichen und alten Gegensatz ausgehen und ihn im Sinne der Rassenlehre umdeuten. Bieberbach dagegen muss einen solchen Gegensatz erst entdecken. Lenard und Stark können die Richtigkeit der Theorie ihrer Gegner bestreiten, denn ein physikalisches Ergebnis lässt verschiedene Deutungen zu; kein Mathematiker aber kann die Allgemeinverbindlichkeit richtiger Ergebnisse bestreiten. Die Experimentalphysiker können, wenn auch mit Mühe, gewisse Theorien weglassen und durch andere ersetzen. In der Mathematik ist das nicht möglich.

Zu den objektiven Schwierigkeiten kommt hinzu, dass sich die nationalsozialistischen Mathematiker noch besonders gegen ihre Bundesgenossen, die nationalsozialistischen Experimentalphysiker verteidigen müssen. Lenard[9]) hat deren

---

[8]) Vergl. Nazi Sozialism and international Science, Nature 1935, Bd. 136, p. 927.

[9]) Deutsche Physik, J. E. Lehmann-Verlag, München, 1936. Einleitung.

Auffassungen, die natürlich auch bereits vor der Publikation seines Buches existierten, wie folgt formuliert:

> «Mathematik... Wegen ihres festen und klaren inneren Baues, der jederzeit die Sicherheit gibt, dass sie nur mit den Denknotwendigkeiten des arischen Menschengeistes arbeitet..., war sie mit recht auch die «königliche Hilfe» der Naturforschung zu nennen. Arier haben sie zu diesen hohen Leistungen entwickelt, von Pythagoras, Euklid und Archimedes an bis zu Newton, Leibniz und Gauss. Allmählich, wohl etwa von Gauss' Zeit an und verbunden mit dem Eindringen der Juden in massgebende wissenschaftliche Stellungen, hat sie aber in dauernd gesteigertem Mass die Fühlung mit der Naturforschung verloren zugunsten einer, von der Aussenwelt abgetrennten, nur in den Köpfen der Mathematiker sich abspielenden Entwicklung, und so ist diese Wissenschaft vom Quantitativen ganz Geisteswissenschaft geworden. Da die Rolle des Quantitativen in der Geisteswelt aber nur eine untergeordnete ist, ist die neuere Mthematik wohl als die untergeordnetste Geisteswissenschaft zu bezeichen...
> Die noch verbreitete hohe Meinung von der Untrüglichkeit der Mathematik stammt aus der Zeit, da nur Männer von höchstentwickeltem Wahrheitsgefühl, wie es Ariern eigen ist, mit Mathematik und Naturwissenschaft hervortretend sich beschäftigt haben.»

Um seine Wissenschaft gegen seine Freunde zu verteidigen, übernimmt Bieberbach Teile dieser Argumentation.
Endlich hat Bieberbach noch eine persönliche Schwierigkeit. In der Systemzeit galt er als guter Republikaner. Sein nordisches Blut hat er erst spät entdeckt. Im Gegensatz zu Lenard und Stark muss er als «Märzgefallener» seine Vergangenheit durch ganz besondere Kühnheit der Konstruktion überdecken.
Bieberbachs Aufgabe ist auch propagandistisch schwieriger als die der Physiker. Man kann, wenn auch mit gewissen Schwierigkeiten, physikalische Theorien allgemeinverständlich darstellen, sodass der Laie, d. h. der politisch entscheidende Nazi, sich dabei etwas vorstellen kann. In der Mathematik muss man ins Nebelhafte gehen, sollen die Nichtmathematiker irgend welche Konsequenzen ziehen können.
Es ist also keineswegs einfach die Rassenlehre in der Mathematik durchzuführen und im Anschluss hieran eine arische Mathematik zu konstruieren. Aber der Versuch musste gewagt werden. Denn die Tatsache, dass die bedeu-

tendsten Mathematiker Deutschlands, wenn auch in sehr verschiedenen Formen, entlassen worden waren, schrie nach Rechtfertigung. Zuerst trat die «arische» Schule nur in Vorträgen mit ihren Anschauungen hervor, sodass es den Journalisten überlassen blieb die Ansprüche zu formulieren. Dann aber konzentrierten sich die Bestrebungen, in die wissenschaftliche Literatur selbst einzudringen.

Unter dem Titel «Rasse und mathematisches Schaffen» berichtet die Deutsche Allgemeine Zeitung vom 15. 4. 34 über eine Rede Bieberbachs, gehalten im Verein zur Förderung des mathematischen und naturwissenschaftlichen Unterrichts.

> «Der Vortragende ging darauf aus, Beziehungen festzustellen zwischen der Art des mathematischen Denkens und der Volks- und Rassezugehörigkeit des Denkers selbst. Er nahm bezug auf ein aktuelles Ereignis, die Tumulte an der Göttinger Universität und die Tätigkeit des Zahlentheoretikers Edmund Landau, den die Studentenschaft ablehne, da seine Art der Darstellung sie fremdartig anmute. Bieberbach unterstreicht und billigt diesen Standpunkt... Der mathematische Stil sei bluterfüllt und ein geeigneter Gegenstand der Rassen- und Typenlehre von heute. Ihr Ergebnis ist, dass die politische Verwurzelung dem Denken den Stil gibt, die praktische Forderung, die Ablehnung der nichtarischen Mathematik, die nicht als deutsche betrachtet werden dürfe, wobei diese Ablehnung ausdrücklich auch auf die Gestalten der Vergangenheit erstreckt wird. **Die mathematische Wissenschaft hat sich mit diesem Vortrag von Bieberach dem Dritten Reich eingeordnet.** Was ihr verloren geht, ist nach Bieberbach nicht hoch anzuschlagen.»

Die Geschichte der Tumulte in der Universität Göttingen ist sehr einfach. Die nationalsozialistischen Studenten (um sie, nicht um d i e Studenten handelt es sich) greifen befehlsgemäss einen grossen Mathematiker an, weil er Jude ist. Darauf argumentiert Bieberbach: Die Studenten haben ganz recht. Aus ihrem Widerstand gegen Landaus Definitionen spricht die Stimme des Blutes. Als wenn die Definition Aufgabe der Studenten und der Gegenstand des Streits wäre!

Die «Deutsche Zukunft» [10]) berichtet über den gleichen Vortrag:

---

[10]) 2. Jahrgang, Nr. 14, 1934.

« Als Prototypen des deutsch-jüdischen Gegenstandes in der Mathematik stellt Bieberbach das Paar Gauss-Jacobi hin, Gauss, den ostisch-fälischen Menschen, gegenüber dem orientalischen Jacobi, diesem Manne des rücksichtslosen Sichdurchsetzens und des geistigen Hochmuts. Sei das Denken von Gauss stets tief und klar, dabei der Anschauung und den Anwendungen zugewandt gewesen, so im Gegensatz dazu das Jacobis gewollt abstrakt, voll geistigen Hochmuts und von einer teuflichen Geschicklichkeit ; überhaupt kennzeichne ein Jonglieren mit Begriffen, eine ausgesprochene Gerissenheit die jüdische Mathematik... Das jüdische Denken kennzeichnet sich auch dadurch, dass es immer an etwas schon vorhandenes anknüpfe und es ausbeute, während das arische aus sich heraus schöpferisch sei. Was dabei herauskomme, sei eine « Entmenschlichung » der Mathematik, Entfremdung von Natur, Anschauung und Anwendung. »

Den Beweis der Ueberlegenheit der arischen Mathematik macht sich Bieberbach sehr leicht. Wenn man als Prototyp der « arischen » Mathematik, den grössten Mathematiker des 19. Jahrhunderts wählt, so muss dem gegenüber die gleichzeitige « jüdische » schlecht abschneiden. Was das « den Anwendungen zugewandte Denken » von Gauss betrifft, so ist zu beachten, dass dieser von Beruf Astronom war. Die « Arier » schaffen, nach Bieberbach, aus sich heraus, wogegen die Juden nur Weiterführer sind. Interessanterweise trifft die Einteilung gerade für den einzigartigen Fall nicht zu, in dem ein ganzes Gebiet der Mathematik von einem Menschen neu geschaffen wurde : Georg Cantor, der Schöpfer der Mengentheorie, einer Arithmetik des Unendlichen, für die keinerlei Vorarbeiten existierten, ja, deren Existenzmöglichkeit bis dahin bestritten worden war, war jüdischer Herkunft.

Der Vortrag Bieberbachs hatte grosse Wirkungen. Der dänische Mathematiker Harald Bohr wies ihn in ruhiger Weise zurück. Darauf liess Bieberbach als Herausgeber des Jahresberichts der Deutschen Mathematiker-Vereinigung gegen den Willen der beiden andern Herausgeber und ohne Wissen des Vorsitzenden eine Polemik gegen Bohr los : [11]) « Sie sind ein Schädling aller internationaler Zusammenarbeit... Sie verdorrt auf dem Boden der Schwäche, der Selbsterniedrigung und der Verächtlichmachung. Diese be-

---

[11]) Jahresbericht der Deutschen Mathematiker-Vereinigung 1934, p. 85.

treiben Sie auf Kosten der Wahrheit.» Solche Worte führten bei der nächsten Tagung der Vereinigung zu einem grossen Krach.[12]). Eine Resolution Müller-Hannover: «Die Mitgliederversammlung verurteilt den Angriff Bohrs auf Bieberbach, soweit darin ein Angriff gegen den neuen deutschen Staat und den Nationalsozialismus zu sehen ist. Sie bedauert die Form des offenen Briefes Bieberbachs und das Vorgehen bei dessen Veröffentlichung» wurde mit einer Mehrheit von 30 gegen 10 bei 2 Stimmenthaltungen angenommen. Der Zusatz Schönhardt-Thübingen: «Die Versammlung anerkennt, dass Bieberbach die Belange des III. Reiches zu wahren sich bemühte», ging nur mit 31 gegen 20 Stimmen bei 10 Stimmenthaltungen durch. Dieser Ausgang bedeutet eine klare Niederlage.

Bieberbach hat seine Argumente in einer anderen Variante als «Persönlichkeitsstruktur und mathematisches Schaffen» «in Forschungen und Fortschritt» vom 20. 6. 34 veröffentlicht. Der englische Mathematiker G. H. Hardy[13]) hat darauf in sehr vornehmer Weise geantwortet:

> «It is not reasonable to critizise too closely the utterances of men of science in times of political exitement... Anxiety for one's own position, dread of falling behind the rising torrent of folly, determination at all costs not to be outdone may be natural, if not particularly heroic excuses. Professor Bieberbachs reputation excludes such explanations of his utterances. I find myself driven to the more uncharitable conclusion that he really believes them true.»

In einem Akademie-Artikel[14]) hat dann Bieberbach die theoretischen Gesichtspunkte abgeschwächt, aber den Zweck dieser «Theorie», die Forderung der Ausschaltung der Nicht-Nationalsozialisten energisch unterstrichen:

> «Die Pflege der deutschen Art in der Mathematik als ein Mittel zur Stärkung unseres deutschen Volkstums. . verlangt gebieterisch volksbewusste Lehrer der deutschen Jugend.»

Zwei Jahre später geht Bieberbach über die Stilarten weit hinaus und spricht, diesmal vor dem nationalsozialistischen Studentenbund, über die arteigene deutsche Mathematik:

---

[12]) Mitteilungen der Deutschen Mathematiker-Vereinigung 1934, p. 87.

[13]) Nature, Bd. 136, 1934, S. 250.

[14]) Stilarten mathematischen Schaffens. Sitzungsbericht der preussischen Akademie der Wissenschaften, 1934, p. 351.

«... Es gibt auch in der mathematischen Forschung eine prägnante deutsche Art. Diese rassisch-gebundene Art — fast alle grossen deutschen Mathematiker entstammen dem Verbreitungsgebiet der hellen Rassen in Deutschland — dokumentiert sich nicht etwa in den inhaltlichen Ergebnissen, den Leistungen, den gestellten Problemen und entdeckten Tatsachen, sondern vorwiegend in der Problemauswahl, ihrer Anordnung und dem Stil ihrer Behandlung.

... Im Stil des nordischen Leistungsmenschen steht Gauss den Dingen gegenüber wie jeder deutsche Mathematiker nordischer Prägung (im Gegensatz auch etwa zu Euler als deutschen Mathematiker ostisch-dinarischer Prägung mit der Neigung des ostischen Enthebungsmenschen zu Symbolen und Bildern von Gegenständen und des Einssein mit den Dingen).

Die nordische Tendenz zur geistigen Uebermächtigung des Gegenstandes, zu dem das Denken sich distanziert, ist mit einer starken Entwicklung des Raumsinnes verbunden, wie beim jüdischen Typus die Geringschätzung des Anschaulichen und die Hochschätzung des Unanschaulichen mit der Neigung zu bedeutungsentleerten Formalismen, zum ergebnislosen Jonglieren mit Verfahrensweisen. Dem nordischen Typus wird in den Formationen der Gegenstand unsichtbar, den er in anschauungsgebundener Klarheit und Einsichtigkeit durchdringen möchte.» (Deutsche Allgemeine Zeitung, 16. 12. 1936.)

Wenn man Zeitungsberichterstattern zutraut, die Bieberbach'schen Gedanken richtig wiederzugeben, ist der tote Gauss der Entwicklung der Rassetheorien gut gefolgt; 1934 war er noch ostisch-fälisch, 1936 ist er bereits rein nordisch. Ein Anhänger Bieberbachs, A. H. Tietjen [15]) verlangt eine Reform des Rechenunterrichts « die zu einer Höchstentfaltung rassischer Urkräfte führt. » Am Beispiel eines Luftangriffs beweist der Verfasser, « dass die Kraft des Raumgefühls — die Urkraft des nordischen Menschen, die zerschlagen ist durch die Kraft der Zahl » (d. h. den jüdischen Einfluss) « zu neuem Leben erweckt wird. Denn das ist die Schicksalsfrage des deutschen Volkes ».

Die «arische» Mathematik

Die wissenschaftlichen Zeitschriften und Vereine haben sich gleichgeschaltet: die Juden sind ausgeschlossen.

---

[15]) « Raum oder Zahl, Schule im Aufbau an völkischer Wirklichkeit », Leipzig, 1936.

Aber die Bejahung des spezifisch arischen Gedankens fehlte, und der Herrschaftsanspruch der « Arischen Mathematik » wurde abgelehnt. Dieses augenscheinliche Versagen führte zu einem Frontalangriff gegen die unbotmässige Wissenschaft. Hierzu wurde ein eigenes Organ geschaffen. Unter der verantwortlichen Redaktion von Bieberbach erscheint seit 1936, in gotischen Lettern, eine Vierteljahrszeitschrift « Deutsche Mathematik » in einer Auflagenhöhe von 6500. Das erste Heft beginnt mit einem Vorspruch des (als Mathematiker bisher unbekannten) Adolf Hitler. Neu an der Zeitschrift ist die Einleitung in « Arbeit » einerseits und « Belehrung » und « Forschung » andrerseits. Unter « Arbeit » werden die politischen Forderungen der nationalsozialistischen Studenterverbände verstanden ; unter « Belehrung » fällt die Geschichte der Mathematik ; die « Forschung » endlich soll die politischen Forderungen erfüllen. Den Leitartikel der ersten Nummer schreibt ein « ewiger Student », der im Gegensatz zu den andern Mitarbeitern einen Titel führt. Dieser Herr Kubach, « Reichsfachabteilungsleiter Mathematik der Deutschen Studentenschaft » an der Universität Heidelberg, die dadurch ausgezeichnet ist, dass sie jahrelang keinen Ordinarius der Mathematik besass, formuliert die Aufgaben der Zeitschrift : Das Argument, mathematisch exakte Ergebnisse müssen unabhängig von der Rasse ihres Schöpfers von allen als richtig anerkannt werden, « trägt die Keime der Zerstörung und Zersetzung der deutschen Wissenschaft in sich... *Unser fanatischer Glaube an die Richtigkeit unserer Anschauung überzeugt uns von der unbedingten Falschheit jener überkommenen liberalen Meinungen* » (S. 6). So begründet Kubach die Notwendigkeit einer politischen Reinigung der Mathematik. Diese Aufgabe zu erfüllen, fällt in erster Linie den studentischen Fachschaften zu. « Sie wird dort angepackt werden, gemeinsam mit den in derselben Front stehenden Assistenten, Dozenten und Professoren, die leider aber, besonders unter den letzteren, heute nur in ganz geringer Zahl vorhanden sind . . . Nur aus den Arbeitsgemeinschaften und Lagern wird es möglich sein, den Typ jenes alten überkommenen Mathematikers zu überwinden, der eine einzige Figur des Spottes und der Lächerlichkeit geworden ist (p. 7). » Hierzu wird Anschluss an H. St. Chamberlain und Kriek (deren mathematische Leistungen bisher niemand kannte) und eine «rassische» Geschichte der Mathematik po-

stuliert. «Unser Kampfziel an der Hochschule ist die deutsche völkische Wissenschaft und die nationalsozialistische Universität des Dritten Reiches.»

Einen grossen Erfolg hat dieser Leitartikel nicht gehabt. Denn bereits in der zweiten Nummer wird auf der ersten Seite kleinlaut zugegeben, dass die Untersuchung aller Mathematiker an der Universität Heidelberg seit 1800 trotz eingehender Feststellung der Rassezugehörigkeit «zu einer vollkommen klaren Gegenüberstellung deutschen und jüdischen Schaffens» nicht ausreicht.

Einstein spielt natürlich die übliche Rolle des bösen Geistes. Sein Werk wird von einem Schüler Lenards als «eine Kampfansage mit dem Ziele der Vernichtung des nordisch-germanischen Naturgefühls» bezeichnet (p. 11). Aber zehn Seiten weiter wird im Nachwort auf A. von Brill diesem mit besonderem Lobe eine originelle Darstellung des Relativitätsprinzips zugeschrieben. In dieser Biographie heisst es: «Er war einer der ersten der Universität Tübingen, welche 1933 dem nationalsozialistischen Lehrerbund beigetreten sind, wobei der Gedanke an Konjunktur — er war damals über 90 Jahre alt — ausscheiden dürfte.» Es muss also ausdrücklich erwähnt werden, dass jemand Nationalsozialist wurde, ohne persönliche Vorteile zu erwarten.

Professor Tornier wendet sich unter dem schönen Titel «Mathematiker oder Jongleur mit Definitionen» gegen «die jüdisch-liberalistische Vernebelung, entsprungen dem Intellekt wurzelloser Artisten, die durch Jonglieren mit objekt-fremden Definitionen sich und ihrem gedankenlosen Stammpublikum mathematische Schöpferkraft vorgaukeln, einem Stammpublikum, das froh ist, langsam einige Tricks abzulernen, um vor noch Bescheideneren damit zu glänzen als Rastellis dritter Güte». (p. 9.)

Das Arbeitslager der Giessener Mathematiker schreibt drohend: «Wir sind entschlossen, jene wankende Gestalt des vom Leben losgelösten Gehirnakrobaten von unsern Hochschulen restlos zu vertreiben . . . Der Hochschullehrer hat sich in unserer Gemeinschaft zu bewähren.» (S. 13.)

Dies alles hat auf die wissenschaftlichen Mitarbeiter der Zeitschrift wenig Eindruck gemacht. Sie denken nicht daran, sich nach den von ihren neuen Herren, den nationalsozialistischen Studenten, aufgestellten Grundsätzen zu richten. Bezeichnenderweise bekennt sich neben Bieberbach nur Tornier voll und ganz zur arischen Mathematik. Alle andern wissenschaftlichen Mitarbeiter liefern sachliche Artikel.

Vielfach ist der Gegensatz zwischen Postulat und Inhalt so gross, dass man beinahe an Sabotage glauben könnte, z. B. wenn im wissenschaftlichen Teil (wohl gegen Tornier) mit Behagen der Witz des Geometers Beck zitiert wird: « Es gibt schwarze und weisse Hunde. Der Geometer nennt aber die schwarzen Hunde: uneigentlich weisse Hunde, damit er den Satz aussprechen kann: alle Hunde sind weiss. »

Die Nationalsozialisten haben bekanntlich die Sterilisation eingeführt, um gewisse Erbkrankheiten auszurotten. Den mathematischen Statistikern erwächst hieraus die Aufgabe zu beweisen, dass dieses Verfahren zum Erfolg führen muss. (S. 38 u. 149). Herr Mittmann aus Göttingen löst diese Aufgabe mathematisch richtig, indem er alle praktischen Fragen beiseite lässt. Zunächst postuliert er, was völlig unbewiesen, dass diese Vererbung den einfachen Mendelschen Regeln folgt. Dann zeigt er, dass es unter ziemlich plausibeln Bedingungen trotz aller Sterilisation nie gelingen wird, eine Erbkrankheit vollkommen auszurotten. Demgegenüber stellt er in den Vordergrund, dass das Verfahren unter andern, komplizierten Bedingungen in irgendeiner sehr entfernten Zeit (also innerhalb der tausendjährigen Dauer des Dritten Reiches) Erfolg haben kann. So wird einer ungefährlichen, weil dem Laienpublikum unverständlichen, Weise dargestellt, dass die Sterilisation für die brennenden Gegenwartsprobleme der sozialen Hygiene wertlos ist. Der Geometer Weiss (S. 15) macht sich direkt lustig über diejenigen, die die Mathematik im Dritten Reich nur als Wehrwissenschaft behandeln wollen und Themen für die Dissertationen von der Reichswehr anfordern.

Vorn in den Leitartikeln postulieren die nationalistischen Studenten ihre politische Mathematik, und im wissenschaftlichen Teil spürt man nichts davon. Daher ist, rein fachlich gesehen, der Gesamteindruck der Zeitschrift gut. Jüdische, sogar emigrierte Mathematiker werden in Gemütsruhe zitiert und vielfach wird auf ihren Arbeiten weitergebaut.

Die Gleichschaltung der deutschen Hochschulen ist den Nationalsozialisten gelungen. Der Aufbau einer «arischen» Mathematik ist aber, wie zu erwarten, misslungen. « Die überwältigende Mehrzahl der Dozenten bringt diesen Fragen keinerlei Verständnis entgegen. » (S. 7). Es ist auch nicht anzunehmen, dass die Ku- und Bieberbäche in Zukunft auf diese Weise gerade den Strom des mathematischen Wissens bereichern werden.

BIBLIOGRAPHIE

Ich bin 1891 in München geboren und studierte dort von 1910 bis 1914 Mathematik, daneben Nationalökonomie. 1913 wurde ich Assistent am Seminar für Statistik und Versicherungswissenschaft und promovierte 1914.

Der Krieg brachte mich zu den Unabhängigen Sozialdemokraten. Zuerst war ich Kriegsfreiwilliger. Dann arbeitete ich, 1917, in der Flugzeugmeisterei Adlershof, später bei Telefunken. 1921 war ich Lehrer an der Betriebsräteschule des Allgemeinen Deutschen Gewerschaftsbundes in Berlin. Daneben studierte ich Physik. 1923 habilitierte ich mich an der Universität Heidelberg für Statistik ; 1924 erhielt ich einen Lehrauftrag für dieses Fach.

In meinen politischen Büchern habe ich die Systematik gezeigt, mit der die deutschen Nationalisten ihre Gegner, vor allem die Führer der Arbeiterschaft, ermordeten und die Gerichte die Mörder freisprachen. Meine Angaben wurden vom Reichsjustizminister in einer Denkschrift bestätigt, die jedoch bezeichnenderweise nicht offiziell erschien. Wegen Veröffentlichungen über die Schwarze Reichswehr, die ich als Kern einer Bürgerkriegsarmee dargestellt habe, wurden gegen mich hintereinander drei Landesverratsanzeigen erstattet, die sämtlich eingestellt wurden. Ferner versuchte die Universität unter «nationalem» Druck mehrmals, mich auf disziplinarischem Weg zu entfernen, doch gelang ihr dies zunächst nicht.

Während eines Urlaubs arbeitete ich im Winter 1925/26 am Marx-Engels-Institut in Moskau und machte die von Marx und Engels hinterlassenen mathematischen Notizen druckfertig. 1926 kehrte ich nach Heidelberg zurück. 1929 hielt ich daneben am Institut für Sozialforschung der Frankfurter Universität eine Vorlesung «Mathematik für Nationalökonomen». Im August 1930 wurde ich zum ausserordentlichen Professor ernannt. Im August 1932 gab die Universität und der badische Kultusminister dem Ansturm der Nationalsozialisten nach und setzte mich ab. Ich fuhr nach den Vereinigten Staaten, dann nach Paris, wo ich im Winter 1932/33 am Institut Henri-Poincaré las. Mein Rekurs an das Staatsministerium wurde am 28. Februar 1933, einige Tage vor der Absetzung der badischen Regierung durch die Nationalsozialisten, abschlägig beschieden. Im März 1933 wurde meine Bibliothek teils verbrannt, teils gestohlen. Meine Bücher wurden verboten. Im August 1933 wurde ich ausgebürgert. Ich empfinde es als grosse Ehre, dass ich wegen meiner Veröffentlichungen über die Schwarze Reichswehr und die politischen Morde bereits auf die erste Ausbürgerungsliste kam.

Nach einigen Vorträgen über mathematische Statistik an den Universitäten Strassburg und Paris wurde ich im Januar 1934

Gastprofessor an der Universität Lyon. Im August 1935 erhielt ich zudem einen Forschungsauftrag. 1937 wurde ich zum Maître de Recherches ernannt.

Der Willensimpuls, der mich zu meinen wissenschaftlichen Arbeiten treibt, knüpft bei mir an die Zuversicht an, dass die mathematische Statistik in einer sozialistischen Planwirtschaft eine entscheidende Rolle spielen wird.

Schriften

Die Methoden der Interpolation des Bevölkerungsstandes, F. C.W. Vogel, Leipzig, 1916. — Vier Jahre Lüge, Verlag Neues Vaterland, Berlin 1919. — Zwei Jahre Mord, Verlag Neues Vaterland, Berlin 1920. — Kunst, Wissenschaft und Sozialismus von Bertrand Russel, übersetzt von E. J. Gumbel, Verlag Der Syndikalist, Berlin 1921. — Vier Jahre politischer Mord, Malik-Verlag, Berlin, 1922. Zwei russische Uebersetzungen : Tchetyre goda polititscheskich ubijstw, Kniga, Moskwa, 1923; Istoria 354 polititscheskich ubijstw. Mejrabpom, Moskwa, 1924. — Bertrand Russell : Politische Ideale, übersetzt von E. J. Gumbel. Mit Vorw. v. A. Einstein. Verlag für Politik u. Geschichte. Berlin, 1922. — Bertrand Russell : Einführung in die mathematische Philosophie, übers. von E. J. Gumbel. Vorw. v. D. Hilbert. Dreimaskenverlag, 1923. 2. Aufl. Berlin, 1930. — Das Stahlbad des Krieges. Deutsche Liga für Menschrechte, Berlin, 1924. — Verschwörer. Beiträge zur Geschichte und Soziologie der nationalistischen Geheimorganisationen seit 1918. Malik-Verlag, Wien, 1924. Russische Uebersetzung : Zagoworschtschiki, Lengis, Leningrad, 1925. — Denkschrift des Reichsjustizministers über « Vier Jahre politischer Mord », herausgegeben von E. J. Gumbel. Malik-Verlag. Berlin, 1924. — Weissbuch über die Schwarze Reichswehr. Von E. J. Gumbel, Berthold Jacob, H. Lange, P. von Schœnaich. Verlag der Neuen Gesellschaft, Berlin, 1925. — Vom Russland der Gegenwart. E. Laubsche Verlagsbuchhandlung, Berlin, 1927. — Landesverrat. Sonderheft der « Menschenrechte », herausgegeben v. E. J. Gumbel. Liga für Menschenrechte, Berlin, 1928. — Verräter verfallen der Feme. Malik-Verlag, Berlin, 1929. Französische Uebersetzung : Les crimes politiques en Allemagne 1919-1929. Nouvelle Revue française, Paris, 1931. — « Lasst Köpfe rollen ». Faschistische Morde 1924-31. Deutsche Liga für Menschenrechte, Berlin, 1931. — Das Zufallsgesetz des Sterbens, B. G. Teubner, Leipzig, 1932. — Cours de Statistique mathématique, Distributions ; publié par l'Institut de Science financière et d'Assurances, Université de Lyon, 1934. — La durée extrême de la vie humaine. Actualités scientifiques et industrielles. Série statistique mathématique, herausg. von G. Darmois. Hermann et Cie, Paris, 1937. — Cours de Statistique mathématique : Analyse des Aléatoires, publiée par l'Institut de Science financière et d'Assurance, Université de Lyon, 1937.

«Deutsche Freiheit», Chefredakteur Max Braun, 12, Rue Richer, Paris (9e). Tel. Provence 45-93.

2. Landeskonferenz der deutschen Sozialdemokraten in Frankreich

(Fortsetzung von Seite 3)

Nach ihm erhielt der

VERTRETER DER SPANISCHEN SOZIALISTISCHEN PARTEI

das Wort. Er erinnerte sich an die Jahre, die er in Deutschland verlebt hat, 1930-1932, als die freudige Nachricht von der Ausrufung der spanischen Republik kam, hat er auch den Faschismus zu hassen gelernt. Diese Erfahrung hat ihm genützt. Jetzt steht Spanien in einem Kampfe auf Leben und Tod. Aber dieses blutende Spanien ist jetzt auch zum Kampffeld geworden, wo höchste sozialistische Solidartiät der Tat gezeigt wird. Auf dem Friedhof von Madrid liest man auf den Gräbern der Gefallenen die Inschrift: «Gefallen für die Freiheit des spanischen Volkes und den Fortschritt der Menschheit». Und während die Tapfersten aus allen Nationen für Spanien fallen, fallen Spanier für die Freiheit Europas!

Dann spricht

DER VERTRETER DER ITALIENISCHEN SOZIALISTISCHEN PARTEI.

Mit aller Kraft setzt er sich für die engste Zusammenarbeit der deutschen und der italienischen Sozialisten, für den Ausbau der sozialistischen Gegenachse Berlin-Rom ein. Gemeinsame Erfahrung muss ausgetauscht werden, gemeinsame Propaganda muss entfaltet werden. Die deutsche Sozialdemokratie soll den Weg der Einigung und Kräftesammlung beschreiten, die Kaders der Partei müssen sich mit dem Gesicht ihrem Lande zuwenden.

Nach ihm spricht

der Chefredakteur des «Populaire»
ROSENFELD,

der der Konferenz die Grüsse der beiden Direktoren des Zentralorgans der Französischen Sozialistischen Partei, LEON BLUMS und BRACKES überbringt. Nichts wird die alte, historisch verwurzelte Solidarität des französischen Sozialismus mit der Sache der deutschen Sozialdemokratie stören können. Die Französische Sozialistische Partei hat ihre internationale Pflicht getan, sie hat die Politik des Chauvinismus gegen die Weimarer Republik in den Nachkriegsjahren bekämpft, gerade jener Kreise, die heute mit Hitler liebäugeln. Die Partei hat gegen die Aufrüstung gekämpft, aber als sie 1933 zur Macht kam, war es schon zu spät. Die furchtbare Rüstungswelle, durch den deutschen Faschismus entfacht, hat Europa bereits überflutet. Jetzt gilt es um den Frieden mit neuen Mitteln zu kämpfen: durch die Aufrüstung der Demokratien den Faschismus zum Rückzug zu zwingen!

Die Konferenz begrüsst den Vertreter des Büros der Sopade

HANS VOGEL,
Vorsitzender der Sopade:

«Ich möchte dem Genossen Max Braun für seine freundliche Begrüssung und Ihnen für die freundliche Gesinnung, mit der sie diese aufgenommen haben, aufs herzlichste danken. Wir leben jetzt fünf Jahre in der Emigration und an uns hat sich das bekannte Lied von den zwei Königskindern bewahrheitet, die einander so lieb hatten und nicht zusammen kommen konnten. Missverständnisse und Meinungsverschiedenheiten standen zwischen uns. Auch an uns hat sich die Geschichte als beste Lehrmeisterin erwiesen. Die Entwicklung der letzten Zeit hat diese Meinungsverschiedenheiten abklingen lassen, hat uns näher aneinander gebracht und uns Klarheit darüber gegeben, dass die Zeit der Gruppenarbeit überholt, dass die Gruppen liquidiert werden müssen, dass wir alle näher aneinander rücken und uns verständigen müssen im gegenseitigen Vertrauen und angesichts der hohen Verantwortung, die auf uns liegt.

Der Parteivorstand hat seinem ernsten Willen und seine ernste Bereitschaft zur Konzentration der Sozialdemokratie in einer Entschliessung zum Ausdruck gebracht. Ich kann heute Ihrer Konferenz nochmals erklären, dass sie darin den ehrlichen Willen des Parteivorstandes erkennen wollen.

Wir alle sind heute beseelt von dem starken Willen der Einigung der Sozialdemokratie. Diese Einigung muss eine neue, eine starke Hoffnung in unserem stark bedrückten Lande aufblühen lassen und auf die illegalen Kämpfer drinnen übergehen.

So sehr wir die Notwendigkeit dieser Dinge erkennen, sollen wir uns hüten auf Grund der Erfahrungen, die wir in der zurückliegenden Zeit gemacht haben, dass das Wort der sozialistischen Konzentration nicht zu einem Schlagwort, sondern dass es zur Tat wird.

Dazu gehört, dass wir uns mit absoluter Loyalität und absolutem Vertrauen gegenüber treten und die Missverständnisse zu glätten und zu beseitigen versuchen.

Wenn die heutige Beratung diesen Weg einleitet und jeder einzelner sich von dieser Absicht leiten lässt, dann glaube ich, dass das wahr werden wird, was der Gen. Max Braun in seinen Eröffnungsworten gesagt hat: dass unsere Anwesenheit ein gutes Omen für das sein wird, was uns allen vorschwebt. Diesen Wunsch gebe ich der Konferenz mit auf den Weg.»

DIE VERTRETERIN DES ISK

bringt der Konferenz die Grüsse des ISK. Sie gibt ihrer Freude darüber Ausdruck, dass zu dieser Konferenz auch Vertreter anderer Gruppen eingeladen werden, und begrüsst die Intensivierung der sozialistischen Arbeit als einen grossen Fortschritt. Man kann in der nächsten Zeit noch nicht von einer organisatorischen Einheit sprechen, da noch zu viele Meinungsverschiedenheiten vorhanden sind.

Sie unterbreitete dann zu der Intensivierung der gemeinsamen Arbeit zwischen den verschiedenen Gruppen ihre Vorschläge.

JAKOB WALCHER,
Vorsitzender der S.A.P. :

«Ich habe die angenehme Aufgabe, Euch die Grüsse und besten Wünsche der SAP zu dieser Konferenz zu überbringen. Seit der letzten Konferenz hat sich sehr viel ereignet, was uns allen mit Eindringlichkeit klargemacht hat, wie dringend die Notwendigkeit einer Konzentrierung aller sozialistischen Kräfte geworden ist. Die Vertreterin des ISK hat eine Reihe von Aufgaben aufgeführt, denen wir zustimmen und die wir gemeinsam lösen müssen.

In der Fülle der negativen Erscheinungen der letzten Monate kann als positiv gewertet werden, dass die österreichische Arbeiterbewegung zu einem Bestandteil der deutschen Arbeiterbewegung geworden ist, und dass durch sie die notwendige Konzentration der deutschen sozialistischen Arbeiterbewegung beschleunigt wird.»

PROF. GUMBEL
als Vertreter des «Bundes freiheitlicher Sozialisten» in Vertretung von Heinrich Mann:

«Seit 1932 ist es das erste Mal das ich in einer grösseren Versammlung von Sozialisten spreche. Ich freue mich darüber und überbringe Euch die besten Wünsche des «Bundes freiheitlicher Sozialisten». In der Geschichte des Sozialismus ist es keinesfalls das erste Mal, dass sich Emigranten versammeln. Was haben diese Menschen in der Emigration getan? Marx oder Lenin haben sich nicht eingebildet, Führer zu sein, sie haben ihr Hauptaugenmerk darauf gerichtet, zu vorhandenen Bewegungen die Theorie zu schaffen und dadurch die vorhandene Bewegung zu stärken. Wir haben viele Probleme vor uns: Eine geistige Niederlage ungeheurer Art — wäre es nicht an der Zeit, über diese letztere einmal etwas nachzudenken? Darüber nachzudenken, woher es kommt, dass die Jugend uns davon gelaufen ist und dass wir keine Theorie haben, die wir dem Faschismus entgegenstellen könnten? Ist der Faschismus z. B. eine neue Form des Kapitalismus? Woher kommt es, dass der Faschismus uns antifaschistische Elemente stehlen konnte? Wenn wir uns mit solchen Problemen beschäftigen könnten, wäre das ein kleiner Beitrag unserer Aufgabe, den Nationalsozialismus zu stürzen. Sie werden sich die Frage vorzulegen haben, ob die sozialistischen Kräfte ausreichen, ob wir nicht versuchen sollten und müssten, ausserhalb der sozialistischen Kräfte Bundesgenossen zu suchen.

Sie werden ebenso gut wissen wie ich, was unser gemeinsames Ziel ist: ein neues Deutschland der Freiheit und des Sozialismus. Ich habe betont zuerst das Wort frei und dann das Wort Sozialismus gesprochen, weil das Wort «frei» Kräfte wirksam machen kann, die ausserhalb der Arbeiterbewegung stehen.

Das neue Deutschland muss ein freies sein, wir wünschen ein sozialistisches Land, und wenn diese Tagung dazu beiträgt, in den Menschen drüben das Gefühl des Widerstandes zu wecken und wenn sie nur das Geringste beiträgt, so hat sie ihre Aufgabe gelöst.»

DER VERTRETER DES BUNDES «NEUES DEUTSCHLAND» :

«Es hat sich im Januar dieses Jahres der Bund «Neues Deutschland» gebildet. Was wir vorhaben: Wir wollen das neue Deutschland schaffen helfen mit den Kreisen des Inn- und Auslandes, an die eine parteipolitische Gruppe nicht herankam. Wenn Ihr auf unseren Namen stosst, dann seid überzeugt, dass wir am selben Strang ziehen, wie Ihr.»

Dann erhält das Wort

DER VERTRETER DER DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATEN IN HOLLAND:

Gescheiter Redner und erfahrener Politiker, spricht er gleich zur Frage der Parteieinigung. Mit der Parole der einfachen Rückkehr zum alten Parteivorstand ist nichts zu erreichen, die Einigung wird in gemeinsamer Arbeit erzielt werden. Schluss mit der Kräftezersplitterung! Wir brauchen in der Partei einen Frieden ohne Sieger und Besiegte, den Neuaufbau der aktionsfähigen Partei. Wir dürfen nicht sektiererisch und engherzig sein, bei der Herausbildung der neuen Führung wird allein die politische Bewährung entscheiden. Die Aktivisten müssen in die Parteiführung. Das Vorbild der internationalen Kämpfer in Spanien wird auch für die deutsche Bewegung massgebend sein. Hier heisst es wie dort: «Unsere Heimat ist dort, wo mit dem Einsatz des Lebens um die Freiheit gekämpft wird!»

Die Begrüssungen sind beendet. Die Konferenz genehmigt die von Max Braun vorgeschlagene Tagesordnung und der Vertreter des Landesvorstandes erhält nun das Wort zum Vortrag über

Internationale Lage und Erhaltung des Friedens.
SOZIALISMUS UND KRIEG.

Der sozialistische Pazifismus unterschied sich seit jeher von dem bürgerlichen Pazifismus, heute scheint auch die Funktion des sozialistischen Pazifismus ziemlich erschöpft zu sein. Nie ist die Fragestellung, angedeutet in der alten Resolution der Internationale «und wenn der Krieg dennoch ausbrechen sollte» so aktuell gewesen wie jetzt. Drei grosse Tatsachen bestimmen die gegenwärtige aussenpolitische Lage: der Zusammenbruch der Demokratien in Mittel- und Osteuropa, der Aufstieg des Faschismus und seine Machtexpansion, die Stabisierung der Sowjet-Union. Zwischen die Sowjet-Union und die faschistischen Grossmächte gestellt, macht die Aussenpolitik der bürgerlichen Demokratien eine schwere Krise durch. Seit 1914-1918 haben die materiellen und politischen Faktoren der Kriegsführung eine starke Wandlung durchgemacht. Unter den Bedingungen des modernen Materialkriegs ist die Bedeutung der Kriegsproduktion gewaltig gewachsen, damit auch die Bedeutung der Arbeiterschaft für die Kriegswirtschaft und Kriegsführung. In den Demokratien erhalten nun damit die Arbeiterparteien ein grösseres Gewicht, in den faschistischen Staaten will die Staatsmacht die grösste Kriegsbereitschaft der zivilen Bevölkerung erreichen und erzwingen. Der faschistische Staatsführer wird zum Feldherrn für den totalen Krieg. Zusammen mit den österreichischen und italienischen Sozialisten, zusammen mit den grossen Parteien des Westens soll der deutsche Sozialismus die Grundlinien seines taktischen Verhaltens ausarbeiten. Leon Blum sprach von der Sammlung der Nation um die Volksfront. Der Sozialismus sieht vor sich die Frage der politischen Führung der Nation gestellt, die morgen zur nation armée werden kann. Neue Probleme treben auf: der revolutionären Kriegsführung, des propagandistischen Kriegs, des jakobinischen Kriegs unserer Zeit. Der moderne politische Krieg wird mit allen Mitteln der Zersetzung des Hinterlandes des Feindes geführt, die berühmte Schlacht bei Guadalajara hat ein Modell der politischen Kriegsführung gegeben. Die Idee der Freiheit und des Sozialismus wird zur mächtigen Kraft der politischen Kriegsführung der Zukunft werden. Für Deutschland gilt es, einen grossen oppositionellen Volksblock des Widerstandes gegen den Faschismus im Kriegsfalle aufzurichten. In diesem grossen Ringen geht es nicht allein darum, ob man dabei war, es geht auch darum, w i e man dabei war. Die grosse Anziehungskraft eines militanten Sozialismus soll die Volksmassen der faschistischen Länder zu sich herüberziehen.

Eine ausführliche und lebhafte Diskussion schloss sich an den Vortrag an, auf die wir noch zurückkommen werden.

Der zweite Teil des Verhandlungstages begann mit einem Vortrag von

MAX BRAUN
über
DIE SOZIALISTISCHE KONZENTRATION.

Der Referent ging bewusst auf die politischen Fragen der Konzentration nicht ein und wandte sich den organisatorischen Fragen zu. Braun gab den Ueberblick der Verhandlungen und der bisher vorliegenden Beschlüsse:

Die «Landeskonferenz der deutschen Sozialdemokraten in Frankreich» vom 9. Januar 1938 beschloss:

> «Sämtliche sozialdemokratischen Gruppen und lokalen Organisationen ohne Ausnahme müssen den Weg der Zusammenarbeit und des Zusammenschlusses beschreiten. Die einheitliche Organisation der Partei muss im Dienste der Gesamtbewegung geschaffen werden. Bei dem Aufbau der Gesamtpartei muss auch ihre leistungsfähige politische Führung und ihre Auslandsvertretung gebildet werden.
>
> Die erneuerte und geeinigte Sozialdemokratie muss alle sozialistischen Kräfte in sich aufnehmen, die auf der Grundlage der Selbstbestimmung der deutschen Arbeiterklasse und der geistigen Freiheit stehen. Sie muss auch das Problem des antifaschistischen Nachwuchses, das leider in den vergangenen Jahren fast völlig vernachlässigt wurde, in einer der deutschen Entwicklung gemässen Form in Angriff nehmen.»

Der Prager Parteivorstand der S.P.D. hat am 10. März 1938 in einem Rundschreiben an die Vertrauensleute eine Entschliessung zur Kenntnis gebracht, nach der er die Zusammenfassung aller sozialdemokratischen Kräfte begrüsst und erklärt, alle Bestrebungen zur Vereinheitlichung der sozialdemokratischen Bewegung nachdrücklichst zu fördern und zu unterstützen.

In der letzten Versammlung der Sopade in Stockholm wurde zu dem Rundschreiben des Prager Vorstandes, das zur Einheit innerhalb der sozialdemokratischen Partei Deutschlands auffordert, Stellung genommen und nach Aussprache folgende Beschlüsse gutgeheissen:

> «1. Abhaltung einer gemeinsamen Besprechung des Prager Vorstandes mit den Beauftragten der verschiedenen Gruppen zwecks Feststellung der neuen Organisationsform und politischen Zielsetzung. Erneute Manifestation des Programms vom Januar 1934. Die Besprechung soll stattfinden unter der Kontrolle der SAI.
>
> 2. Eine organisatorische Bereinigung aller Verschiedenheiten muss ihre Grundlage finden in einer gemeinsamen politischen Auffassung, die alle bisherigen Richtungen stärker denn je an die neue Einheit fesselt und erneutes Aufleben von Richtungskämpfen in der bisherigen Form ausschliesst. Das Januarprogramm von 1934 muss die Grundlage der neuen Bindung sein.»

Die österreichische Genossen haben ihre Stellungnahme in folgendem Schreiben an die heutige Landeskonferenz zum Ausdruck gebracht:

> Bei dieser Gelegenheit möchten wir zugleich feststellen, dass wir, ehe wir mit Organisationen der deutschen Arbeiterbewegung Kontakt nehmen, uns über die politische Stellung der verschiedenen Richtungen und Personen in der deutschen sozialistischen Emigration entsprechend informieren wollen, da wir zunächst natürlich nur dort einen engeren Kontakt zu nehmen wünschen, wo eine gewisse Uebereinstimmung in den politischen Auffassungen eine Zusammenarbeit aussichtsreich erscheinen lässt.
>
> Mit sozialistischen Grüssen
> für die provisorische Auslandsvertretung der österreichischen Sozialisten: *Richter.*

Sodann brachte Max Braun den Text einer Resolution zur Verlesung, die folgenden Wortlaut hat:

«Die Landeskonferenz billigt den Beschluss des Vorstandes der Landesgruppe deutscher Sozialdemokraten in Frankreich, in Ausführung der Resolution der ersten Landeskonferenz vom 9. Januar dieses Jahres in Verhandlungen mit der Sopade und solchen Gruppen, die bisher der Konzentration noch nicht angeschlossen sind, zum Zwecke der Herbeiführung der organisatorischen Einheit und Erneuerung der deutschen Sozialdemokratie einzutreten.»

Diese Resolution wurde von der Landeskonferenz einstimmig angenommen. Auf die sehr ausgiebige Diskussion über diesen Punkt kommen wir noch zurück.

WAHLEN

Bei den Wahlen wurde Max Braun einstimmig zum Präsidenten der Landesgruppe gewählt, der alte Vorstand, vermehrt durch drei Mitglieder, wiedergewählt und die Wahl einer Verhandlungskommission für die Konzentration dem Landesvorstand überwiesen und dieser Kommission das Recht zur Kooptierung erteilt.

Mit einem glühenden Appell zur Einheit der Bewegung und zum unablässigen Kampf für Freiheit, Demokratie und Humanität schloss Max Braun die glänzend verlaufene Konferenz.

Deutsche Universitäten

von E. J. Gumbel

Die Diktatoren pflegen die Weltgeschichte mit sich selbst zu beginnen. Daher ist es für den Ausländer recht schwer, ein objektives Bild eines Diktaturstaates zu entwerfen, und es ist umso schwerer, wenn der Zeuge das Land vor Beginn der neuen Herrschaft nicht gekannt hat. Er gerät dann leicht in die Versuchung, Leistungen, die aus früherer Zeit noch vorhanden sind, mit denen der Diktatur zu verwechseln. Hinzu

87

Neue Weltbühne
16 Juni 38
Prag

kommt der ungeheure, auf dem Unterworfenen lastende Zwang, der dem Ausländer jeden persönlichen Kontakt erschwert.

Ein jüngerer Soziologe der Universität Harvard, E. Y. Hartshorne, hat ein Jahr in Deutschland damit zugebracht, die jetzigen Universitäten zu studieren. Er hat es in bemerkenswerter Weise verstanden, die erwähnten Schwierigkeiten zu überwinden und sich von der hurra-patriotischen Stimmung fern zu halten, in die jeder Fremde in der offiziellen Aura des Nationalsozialismus gerät. Der Wert seines Buchs (The German Universities and National Socialism, London 1937, George Allen & Unwin Ltd.) beruht auf seiner formalistischen Natur. Hartshorne hat eine saubere wissenschaftliche Arbeit geleistet, indem er sich nur an offizielle Quellen gehalten hat und jede seiner Behauptungen belegt. Es dürfte kein für die Unterdrückung der deutschen Universitäten bedeutendes Gesetz und keine Verordnung geben, die er nicht zitiert. Das Buch enthält nichts, was eine innere oder äussere Opposition dem Autor suggeriert haben könnte. Das Urteil fällt gerade durch seine zurückhaltende Form um so schärfer aus.

Zunächst wird das Milieu geschildert, im dem die Nationalsozialisten die Hochschulen „umbauten"; Hartshorne beschreibt die Vereinheitlichung des Reiches, die ökonomischen und militärischen Umstellungen. Aus der nationalsozialistischen Ideologie ergibt sich das neue, ausschliesslich militaristisch und nationalistisch orientierte Universitätsideal. Das zweite Kapitel vergleicht dann den früheren Zustand mit der Reorganisation und schildert, wie durch den Führergrundsatz die Autonomie der Universitäten zerstört wurde. Eine folgende Darstellung hehandelt die Rolle der Studenten, also den Aufbau der spezifisch nationalsozialistischen Bürokratie.

Durch sorgfältige Untersuchungen und Vergleiche verschiedener Quellen stellt der Autor fest, dass bis Ende 1936 insgesamt 1145 Professoren verschiedener Rangordnung und 539 Assistenten und sonstige Wissenschaftler entlassen wurden. Berlin und Frankfurt verloren ein Drittel, Heidelberg ein Viertel, Breslau, Göttingen, Freiburg und Hamburg etwa ein Fünftel ihres Bestandes. Der Autor weist darauf hin, dass die Gründe der Entlassungen bei der Hälfte unbekannt sind. Seine nähere Analyse zeigt, dass meistens nur Vorwände verschiedener Art angegeben wurden.

Die letzten Abschnitte behandeln den Neuaufbau des akademischen Berufs. Einwandfrei wird gezeigt, wie eine politische Theologie, die Verklärung der [illegible]lichen Herrschaft eines neuen Gottes, der Rasse, zur Fundamentalwissenschaft wird. Damit verschwindet die humanitäre Traditon, welche Deutschlands Universitäten gross gemacht hat, und an die zu glauben selbst ein reaktionärer Professor vorgeben musste. Ausgezeichnet wird die Enttäuschung der naiven Fachleute geschildert, die im Gefolge der nationalsozialistischen Revolution eine Entpolitisierung der Universitätent erhofften. Sehr deutlich tritt die Misstimmung der alten Professoren hervor, die sich durch das Aufkommen einer neuen, völlig

hasst oder fürchtet

Deutsche Universitäten

von E. J. Gumbel

87

Die Diktatoren pflegen die Weltgeschichte mit sich selbst zu beginnen. Daher ist es für den Ausländer recht schwer, ein objektives Bild eines Diktaturstaates zu entwerfen, und es ist umso schwerer, wenn der Zeuge das Land vor Beginn der neuen Herrschaft nicht gekannt hat. Er gerät dann leicht in die Versuchung, Leistungen, die aus früherer Zeit noch vorhanden sind, mit denen der Diktatur zu verwechseln. Hinzu

Neue Weltbühne
16 Juni 38
Prag

ungebildeten Universitätsschicht in ihrer Würde gekränkt, fühlen und verbittert sind, weil die nationalsozialistischen Berufsstudenten Herren der Universitäten wurden. Am deutlichsten wird dies in einer Groteske: die Professoren der Berliner Universität mussten bei der Feier, die am dreissigsten Januar 1936 stattfand, die früher ihnen reservierten Plätze den Nazi-Studenten einräumen. Zu dieser Verärgerung der Professoren kommt die Enttäuschung der Jungen, die hofften, durch frühzeitiges Bekenntnis zum Nationalsozialismus vorwärts zu kommen. Ihre Chancen werden durch dass massenhafte Eindringen der Gauleiter und alten Saalkämpfer wesentlich verringert. Endlich beginnt auch das Gros der Studenten am neuen System zu zweifeln, weil sie marschieren müssen, statt arbeiten zu dürfen.

Der Autor weist eindringlich auf den Verlust hin, den die deutsche Wissenschaft erlitt. Bereits der Zugang zur Universität — also die Auswahl der Studenten und erst recht der Professoren — beruht auf „nicht-intellektuellen Kriterien der körperlichen, politischen und rassenmässigen Eignung. Entsprechend dem neuen Ziel der Universität wird, im Dienste des Militarismus, die unabhängige Forschung vernichtet; unter dem Schlagwort „alles fürs Vaterland" wird einfach ein Monopol der Partei eingeführt. Hartshorne setzt sich ausdrücklich mit den von den Nationalsozialisten vorgebrachten Gründen auseinander. Die Argumente von der Judenschaft oder der Weltfremdheit der Professoren sind gegenüber der Grösse des Zerstörungswerkes völlig bedeutungslos. Die Argumente von der Cliquenherrschaft oder den Parteibuchprofessoren können verstärkt gegen das heutige System vorgebracht werden.

In der Darstellung der Stimmung und der psychologischen Einflüsse ist das Buch recht gut. Sehr eindrucksvoll wird der tragische Fall des Patrioten Haber geschildert. Dagegen fehlt der interessante Briefwechsel Einsteins mit der Akademie der Wissenschaften und der ganze Kampf gegen Einstein, der Protest Philip Franks, endlich selbst der Name Theodor Lessings. Es ist bezeichnend für den Mangel an Erkenntnismöglichkeiten, dass ein Ausländer überhaupt nichts von dem Mord erfährt, dem ein deutscher Hochschullehrer — und zwar kein unbedeutender — zum Opfer gefallen ist.

[redacted] der Republik erwähnt der Autor nur kurz. [redacted] sozialen Wurzeln; die Studenten als Söhne der [redacted] Bourgeoisie waren ein geeignetes [redacted] Nationalsozialisten. Sie fühlten sich durch die Arbeiterschaft bedroht. [redacted] der von den nationalsozialistischen Studenten geführte Kampf gegen die republikanischen Dozenten, die weder bei der reaktonären Mehrheit der Professoren noch bei den ängstlichen Ministerien einen Rückhalt fanden.

Mit einigen Übersetzungsschwierigkeiten ist der Autor nicht ganz fertig geworden. Es ist meines Erachtens unrichtig, das Wort „Wehrhaftigkeit" als „defense-mindesness" zu bezeichnen. Denn in dem deutschen Begriff liegt ein aggressiver Gedanke, der dem englischen fehlt. Unrichtig ist es auch, die neue Reichsgewalt als „Federal Force" zu bezeichnen. Denn bei der Vereinheitlichung des Reiches ist ja gerade der Bundesstaat durch die Zentralmacht ersetzt worden. Schwerwiegend ist auch der Fehler, die Rasse-Idee als „eugenic ideal" zu übersetzen. Die englische eugenetische Bewegung ist von den Nationalsozialisten usurpiert worden, um ihre (davon völlig verschiedene) Rasse-Idee zu propagieren; der antisemitische Gedanke, der in der eugenetischen Bewegung völlig fehlt, sollte durch diese Gleichsetzung eingeschmuggelt werden. Falsch ist auch die Darstellung, wonach die Ausbürgerungsgesetzgebung nur die unter de Republik Neu-Eingebürgerten betreffe. Solche Fehler zeigen, wie schwer es für einen Ausländer ist, das nationalsozialistische System völlig zu erkennen. Aber sie verschwinden gegenüber dem Wert des unabhängigen Denkens, das der Autor sich bewahrt hat.

Der letzte Abschnitt des Buches stellt eine Gewinn- und Verlust-Rechnung dar. Durch die Gleichschaltung der Universitäten haben die Nationalsozialisten als Personen wie Träger von Ideen gewonnen: die Hochschulen stellen einen positiven Machtfaktor im imperialistischen Sinne dar. Verloren aber hat die Wissenschaft, die Forschung und der Wille zur Wahrheit. Selbst dem deutschen Leser bietet die sorgfältige Darstellung des Buches manche neuen Details. Entscheidend aber ist, dass die Schrift dazu beitragen wird, die Erkenntnis der Zerstörung, die der Nationalsozialismus angerichtet hat, in der englisch sprechenden Welt zu verbreiten.

DEUTSCHE FREIHEIT, PARIS

1 JUIL 1938

Universitäts-„Recht“

101 Aus dem soeben im Sebastian Brant-Verlag erschienenen, von E. J. Gumbel herausgegebenen Sammelbuch «Freie Wissenschaft», an dem eine grössere Anzahl emigrierter deutscher Wissenschaftler mitgearbeitet haben, veröffentlichen wir folgenden Abschnitt:

Die Ideologie des nationalsozialistischen Staates besteht in der Rassenlehre und dem Hass gegen Humanismus und Geistesfreiheit. Der bezeichnendste Ausdruck dieser Richtung waren die Bücherverbrennungen. Der Anspruch auf Totalität konnte auch eine verkümmerte akademische Freiheit nicht dulden. Systematisch und in immer gesteigertem Mass, aber meist unter Einhaltung pseudo-legaler Formen, wurden die Universitäten «gesäubert».

Die Grundlage gab zunächst das «Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums» vom 4. 7. 1933. Dabei gelten, um dem Gesetz eine möglichst weitgehende Wirkung zu sichern, als Beamte nicht nur die amtierenden, sondern auch die von ihren Verpflichtungen entbundenen Hochschullehrer, ferner diejenigen ausserordentlichen Professoren und sogar die Privatdozenten, die nie Beamte gewesen waren.

Nach Paragraph 2 waren zunächst alle seit dem 9. November 1918 ernannten Beamten zu entlassen, welche die vorgeschriebene oder übliche Vorbildung oder sonstige Eignung nicht besitzen. Eine Durchführungsverordnung erklärte ausdrücklich alle Beamte für ungeeignet, die sich im kommunistischen Sinne betätigt hatten. Darunter konnte nach der üblichen Auslegung jeder Republikaner verstanden werden.

Nach Paragraph 3 sind Beamte nichtarischer Abstammung in den Ruhestand zu versetzen. Als nichtarisch gilt, wer auch nur einen nichtarischen Grosselternteil hat. Eine Ausnahme wurde zunächst für Beamte gemacht, die ununterbrochen seit dem 1. August 1914 Beamte gewesen waren, oder die im Weltkrieg an der Front gekämpft hatten, oder deren Väter oder Söhne im Weltkrieg gefallen waren.

Ist die arische Abstammung zweifelhaft, so soll ein Gutachten des beim Reichsministerium des Innern bestellten Sachverständigen für Rasseforschung, eines jungen Mannes von einigen zwanzig Jahren, eingeholt werden.

Die vorstehend erwähnten Kategorien mussten in den Ruhestand versetzt werden. Im Paragraph 4 wurde dann weiter vorgeschrieben, dass Beamte, die nach ihrer bisherigen politischen Betätigung nicht die Gewähr dafür bieten, dass sie jederzeit rückhaltlos für den neuen Staat eintreten werden, aus dem Dienst entlassen werden können. Die Voraussetzungen hierfür seien insbesondere dann erfüllt, wenn ein Beamter «gehässig» gegen die nationalsozialistische Bewegung aufgetreten sei oder seine dienstliche Stellung dazu benutzt habe, um nationalgesinnte Beamte zu schädigen. Sei dies der Fall, so könne ihm auch ein seit dem 30. Januar 1933 erfolgter Uebertritt zu einem Verband, der hinter der Regierung der nationalen Erhebung stände, nicht zur Entschuldigung gereichen. Bei der Beurteilung solle die gesamte politische Betätigung des Beamten, insbesondere seit dem 9. November 1918, in Betracht gezogen werden; als politische Partei sollten auch das Reichsbanner, der republikanische Richterbund, die Liga für Menschenrechte, der Bund republikanischer Beamter und die Eiserne Front gelten.

Diese Bestimmung bildete eine furchtbare Waffe zur Vernichtung aller politischen Gegner, insoweit sie Beamte, insbesondere auch Hochschullehrer waren. Es wurde leicht, gegen einen Gelehrten vorzugehen, der vielleicht vor 15 Jahren einmal gelegentlich politisch in die Oeffentlichkeit getreten war, sich aber seitdem längst auf seine wissenschaftliche Tätigkeit zurückgezogen hatte. Und die Ausdehnung des Begriffs «politische Partei» auf überparteiliche republikanische Organisationen beweist, dass jedes Mittel gewählt wurde, um eine Waffe gegen alle zu erlangen, die auch nur eine abweichende politische Ansicht hatten, wobei die wissenschaftliche Bedeutung oder die Verdienste um das, was man heute «Volkstum» nennt, völlig ausser Acht gelassen wurden — wenn sie den Betreffenden nicht gar «verdächtig» machten.

[illegible] diejenigen beseitigen, bei denen man sich vielleicht schämte, die wirklichen Gründe für die Entlassung anzugeben. Mit dieser Bestimmung verwandt ist die Vorschrift des Gesetzes vom 21. 1. 1935 «über die Entpflichtung und Versetzung von Hochschullehrern aus Anlass des Neuaufbaus des deutschen Hochschulwesens». Fällt ein Lehrstuhl fort oder wird er einem anderen Fachgebiet zugeschlagen, so kann der bisherige Inhaber von seinen amtlichen Verpflichtungen entbunden werden — ein euphemistischer Ausdruck für die Beseitigung eines unbequemen Hochschullehrers. Die Massnahmen und Ausführungsbestimmungen soll unmittelbar der Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung treffen. Gerade dies gibt dem Gesetz erst seine volle Bedeutung. Der Minister Rust, in der Republik wegen eines groben Dienstvergehens abgesetzt, bestimmt jetzt, und zwar allein den Umfang des «Neubaus des deutschen Hochschulwesens». Er kann selbstherrlich den bedeutendsten Gelehrten, der ihm nicht zusagt, aus dem Amt jagen, und es gibt keine Instanz, die eine solche Willkür nachprüfen könnte.

Durch die Nürnberger Gesetze wurden endlich sämtliche, nach der bisherigen Auslese noch verbliebenen jüdischen Hochschullehrer in den Ruhestand versetzt. In vilen Fällen dauerte der vorgeschriebene Dienstweg viel zu lange. Man zwang den unbeliebten Professor ganz einfach mit der Androhung der Schutzhaft oder mit nächtlichen Haussuchungen durch Studenten in SA.-Uniform zum «freiwilligen» Rücktritt.

Neben diesen persönlichen Veränderungen ging eine [illegible] grundsatzes abgeschafft. [illegible] Universität genannt, wird vom Minister ernannt und ernennt seinerseits die Dekane. Die bisherigen Aufgaben des Senats und der Fakultäten, insbesondere die Verteilung der Gelder an die Institute, gingen auf den Rektor und die Dekane über. So wurden alle Machtpositionen der Universitäten mit einwandfreien Nationalsozialisten besetzt und von oben her jeder Widerstand unmöglich gemacht.

Zum grossen Aerger der Privatdozenten werden diese mit den nichthabilitierten Assistenten in einer Dozentenschaft zusammengefasst. Da ihr Führer, meist ein Assistent, natürlich ein Nationalsozialist ist, ist hierdurch die Herrschaft der neuhabilitierten Nationalsozialisten über ihre Kollegen von unten her gesichert. Der Nachwuchs wird besonders gesiebt: Durch Verordnung des Reicherziehungsministers vom 13. 12. 1934 wurde einheitlich für das Reich neben der bisherigen fachwissenschaftlichen noch eine charakterliche Prüfung während eines sechswöchentlichen Aufentaltes in einem Lager eingeführt. Wissenschaftliche Leistung genügt jetzt nur mehr zur sogenannten Habilitation. Für die Dozentur muss der Anwärter aber zudem noch beweisen, dass er ein guter Nationalsozialist ist. Juden sind natürlich ausgeschlossen. Die Dozentur wird vom Reichskultusminister auf Grund der Berichte vom Rektor und Senat, Dozentenschafts- und Lagerleiter für das ganze Reich verliehen. Die Reichsdozentenschaft wurde als Fachschaft I dem nationalsozaialistischen Lehrerbund eingegliedert. Damit war, um im Jargon der heutigen Machthaber zu sprechen, die «Reinigung» der Deutschen Hochschulen vollständig durchgeführt. Von ihrem ursprünglichen Inhalt ist kaum die leere Form übriggeblieben. Die Senate und Fakultäten müs-

ch heute von dem nationalsozialistischen Minister
chuljungens Kommandos erteilen lassen — so-
sie nicht bereits seine willfährigen Kreaturen ge-
n sind.

*

DER MANGEL AN DOZENTEN

ur Ergänzung der aus dem neuerschienenen Sam-
werk «Freie Wissenschaft» entnommenen Ausfüh-
gen sind wir in der Lage, auf einen Aufsatz hinzu-
sen, der jetzt in der Zeitschrift «Deutsches Recht»
hienen ist und in dem über den Mangel an «geeig-
en» Dozenten heftig Klage geführt wird. Die in den
ern militärisch gedrillten Dozenten konnten zwar
rscheinlich marschieren, aber die wissenschaft-
e Schulung hat dabei Schaden erlitten. Ausserdem
ssten dadurch, dass immer ein grosser Teil des
chwuchses von der wissenschaftlichen Betätigung
geschlossen war, die Anzahl der Anwärter vergrös-
t und die Bezüge verringert werden, so dass immer
iger Lust danach bestand, diese Laufbahn über-
pt einzuschlagen. Regierungsra. Dr. Heinrich
schreibt im «Deutschen Recht», dass der Reichserzie-
hungsminister Rust mit «steigender Besorgnis den
zahlenmässigen Rückgang des Nachwuchses verfolgte,
der grösstenteils in der wirtschaftlichen Lage seinen
Grund hatte». Der Minister «erstrebe» deshalb eine Er-
höhung der bisher unzureichenden staatlichen Forde-
rungsmittel, «die nach der Machtübernahme bereits
von 2,5 auf 3,5 Millionen heraufgesetzt wurden». Man
ist also lange noch kein brauchbarer Wissenschaftler
wenn man auch ein noch so guter Nationalsozialist ist
Das müssen die Herren nach mehrjährigem Experi-
mentieren also nun selbst zugeben.

89

A.A.H. Nov. 1938

Book Department

Hartshorne, Edward Y., Jr. *The German Universities and National Socialism.* Pp. 184. London: George Allen & Unwin, Ltd., 1937. 6s.

It is very difficult for a foreigner to obtain an objective picture of a dictatorial state, especially if he did not know the country before the new regime.

E. Y. Hartshorne, a young sociologist of Harvard University, has succeeded in overcoming these difficulties and in avoiding the jingoistic atmosphere which envelops every foreigner in the official Nazi aura. Hartshorne has done a thorough scientific job, relying solely on official sources. There is probably not a single important law or decree affecting the suppression of the universities that he does not cite.

The author begins by portraying the environment, the unification of the Reich, and the economic and military changes. The new university ideal is exclusively militarist and nationalist. His second chapter compares previous with present conditions, showing how the leadership principle destroyed autonomy. This is followed by a description of the rôle of the students—the establishment of the specifically Nazi University bureaucracy.

After careful investigation the author concludes that 1,145 professors of various ranks and 539 assistants and other scientists had been dismissed up to the end of 1936. Berlin and Frankfurt lost one-third of their faculties and Heidelberg one-fourth. The author points out that the reasons for dismissal are unknown in half the cases; in most instances, merely pretexts were given.

The following chapters deal with the new organization of the academic profession. The political theology of a new god-race—becomes the basic science. With this there vanishes the humanist tradition which made Germany's universities great. The dissatisfaction of the old professors who feel affronted by the rise of a new, wholly uneducated university staff is very clearly portrayed; the Nazi "professional students" have become the lords of the universities. The younger instructors, who hoped to obtain advancement by an early profession of National Socialism, are disappointed. Their chances were lessened considerably by the penetration of the old party members into the faculties en masse. Lastly, the bulk of the student body is also beginning to lose faith in the new system, because the students must march instead of being allowed to study.

Admission to the university—and even more, the selection of professors—is based upon "non-intellectual" criteria of physical, political, and "racial" fitness. Independent research is destroyed; under the slogan "All for the Fatherland," a monopoly of the party is established.

The book is very good in its portrayal of atmosphere and psychological influences. On the other hand, the fight against Einstein is not sufficiently described. The name of Theodor Lessing is missing. It is characteristic that a foreigner did not hear that this important German professor was murdered by the Nazis.

The author has failed to handle some difficulties of translation satisfactorily. It is incorrect to translate *Wehrhaftigkeit* as "defense-mindedness," for the German word includes an aggressive concept which is lacking in the English. Another error is the translation of *Rasse-Idee* as "eugenic ideal." The English eugenic movement has been usurped by the Nazis in order to promote their (wholly different) Race-Idea. It is also wrong to state that expatriation legislation applies only to those who acquired citizenship. But such errors vanish alongside the important value of the author's independent thinking.

The last chapter of the book is a profit and loss account; the universities represent a positive factor of power in the imperialist sense. But science, research, and the will to truth have suffered severely.

E. J. Gumbel

University of Lyons, France

Bureau International de Documentation
33, rue de l'Amiral Mouchez-PARIS 13e
Chèques Postaux PARIS C. 2107 84
Zurückbringen
Tél.: GOB. 04-27
R. C. SEINE 474 072

90

PARISER TAGESZEITUNG
10 SEPT 1938

Die Pflicht der Deutschen

101

Von Professor E. J. GUMBEL

Noch wissen wir um die Verwüstungen des letzten Krieges. Noch leiden alle Länder unter seinen Nachwirkungen. Keiner ist unter uns, der nicht den Verlust geliebter Leben zu beklagen hätte. Und schon wieder taucht diese Furie auf. Die Welt beginnt in Ost und West zu schwelen. China und Spanien brennen bereits. Heute bedroht das Scheusal Krieg das Herz Europas.

Es sind nicht unerkennbare metaphysische Kräfte, es sind nicht geheime Konstellationen der Sterne, es sind durchaus diesseitige, reale, erkennbare Mächte, aus denen dieses ungeheuerliche Schicksal erwachsen kann. Wir können sie mit Namen nennen, und ihr könnt mit Fingern auf sie weisen. Es sind die Hitler, Göring, Göbbels, Rosenberg, Hess, Darré und Ribbentrop, die die Furie des Krieges zu entfesseln drohen.

Es ist nicht wahr, dass feindliche, neidische Mächte Deutschland einkreisen. Umgekehrt: die nationalsozialistische Regierung hat dieses unglückliche Land aus dem Bereich der Kulturvölker ausgekreist. Niemand versucht, Deutschland einen Teil seines Gebietes zu entreissen, niemand versagt ihm sein Lebensrecht. Es sind die Nationalsozialisten, welche den Deutschen die primitivsten Rechte der Gewissens- und Gedankenfreiheit geraubt haben. Kein fremdes Land, keine fremde Regierung hat Deutschlands Ehre verletzt. Die Nationalsozialisten, und nur sie, haben seine Würde mit Füssen getreten. Sie haben die von ihnen selbst und freiwillig geschlossenen Verträge gebrochen. Wohin sind ihre Eide gekommen?

Am 13. März haben sie ein waffenloses Land mit Waffengewalt erobert, ein Land, dessen Freiheit und Unabhängigkeit sie noch vor kurzem feierlich verbrieft hatten. Die friedliebenden, waffenlosen Schwachen wagten nicht, dem Bösen zu widerstehen — um Blutvergiessen zu vermeiden. Aber mit den Nationalsozialisten zog der Mord in Wien ein. Von dort schallt jetzt durch Europa das Stöhnen der Gemarterten.

Heute bedrohen die Nationalsozialisten, und zwar bereits zum zweiten Male, ein weiteres Land. Die Tschechoslowakei ist friedfertig, aber nicht gewillt, schwächlich unterzugehen. Am 21. Mai marschierten die deutschen Divisionen an der Grenze auf. Die Tschechoslowaken bewiesen durch ihre Mobilisation, dass sie bereit waren, sich bis zum letzten Mann zu wehren. Die Grossmächte sind zu ihnen gestanden. Der drohende Einmarsch unterblieb. Der Frieden war bewahrt.

Von neuem riskieren die Nationalsozialisten jetzt den Krieg, unter dem fadenscheinigen Vorwand, die Sudetendeutschen befreien zu müssen. Es ist nicht wahr, dass die Sudetendeutschen unterdrückt sind: Sie geniessen mehr Freiheit in einem fremden Volk und Staat als die Deutschen in ihrem eigenen Vaterland. Wenn sie gewisse Rechte noch nicht besitzen, so darf jedermann sie fordern, ausgenommen die Nationalsozialisten. Denn ihr ganzes System ist Tyrannei.

Der Nationalsozialismus bringt den Sudetendeutschen heute den seelischen, morgen den körperlichen Untergang. Denn der kommende Krieg würde mit absoluter Sicherheit gerade auf ihrem Gebiet stattfinden. Wer sich also um ihr Schicksal bangt, muss sich als Ziel setzen, sie nicht als erste Opfer dem kommenden Krieg auszuliefern.

Aber die Gefahr ist weit grösser. Die ganze Welt weiss, dass es nicht um die Befreiung der Sudetendeutschen, sondern um Eroberung und Zerstörung der Tschechoslowakei geht. Die moralische Kriegsschuld der Nationalsozialisten ist einwandfrei von vornherein festgelegt. Wenn es zum Krieg kommt — das hat der 21. Mai bewiesen — wird es weder einen lokalisierten, noch einen Blitzkrieg geben. Es wird der zweite Weltkrieg sein.

Deutschland muss der technischen, ökonomischen, materiellen und numerischen Ueberlegenheit der von ihm durch den Einmarsch in die Tschechoslowakei angegriffenen Staaten unterliegen. Es steht vor der sicheren Niederlage, einer Niederlage, die alle Errungenschaften der letzten hundert Jahre vernichten wird. Die Existenz und die Einheit Deutschlands selbst stehen auf dem Spiel. Der Krieg wird unser Vaterland einer Wüste gleich hinterlassen.

Es liegt an uns Deutschen, unsere Heimat vor dieser Gefahr zu bewahren. Sagt dies Eurem Nachbar! Und macht Euch nicht durch Schweigen mitschuldig an Deutschlands Zerstörung!

Diese Ausführungen von Professor Gumbel wurden über den Deutschen Freiheitssender ins Dritte Reich verbreitet.

90

„Zažil jsem ruskou revoluci, maďarské sověty, spartakovská povstání v Německu a generální stávku ve Francii v únoru 1934. Rusové vytvořili dokonalý typ podzemního profesionálního revolucionáře, Němci téměř stejně dokonalý typ drobného socialistického funkcionáře — ale když jsem porovnával tento typ lidí bojujících za svobodu, se živelným výbuchem pařížských dělníků v únoru 1934 — tu jsem pochopil rozdíl v národních povahách: Francouz prostě nesnese nikdy a za žádných okolností diktaturu, potlačení individuální svobody. A když teď s tím porovnávám odhodlanost Čechů bojovat za demokracii — je to zase něco jiného. Češi by snesli potlačení individuální svobody — ostatně měli na to rakouskou školu — ale nesnesli by ničivou stránku fašismu — a nesnášejí hlavně autoritativní vůdcovství..."

„Mluvili jsme o chybách Čechů v národnostní politice. A přece nejtěžší chybou je podle mého názoru přemíra demokratismu, kterou poskytují svým nepřátelům... To ovšem není jenom česká chyba — tím trpí všechny demokracie. Podívejte se, v Paříži je 140 říšskoněmeckých korespondentů, kteří používají všech výhod, volně se pohybují — až příliš volně... A to si, prosím, uvědomte, že ať píší cokoliv, řídí se jejich tisk beztak jen Goebbelsovými pokyny a tančí podle jedné píšťalky. Naproti tomu je celý rozmanitý a různorodý francouzský tisk v Berlíně zastoupen pouze 12 žurnalisty, kteří jsou tak stopováni na každém kroku, že jeden můj přítel už několikrát žádal svůj list, aby ho poslal třeba do kolonií nebo do Číny, poněvadž jeho žena se už nervově zhroutila. Demokracie ještě pořád nepochopila, s jakým odpůrcem má co dělat!"

„Demokratické zásady?

Nebo snad se budete držet demokratických zásad vůči nepříteli i tehdy, až to půjde do tuhého?"

„A ještě něco bych chtěl vytknout... Že se vůbec nestaráte o ty prosté lidi tam na Slovensku. Podívejte se, takový prostý člověk na slovenské dědině nebo v městečku — ale také v německých oblastech — vidí, že státní aparát se najednou dívá shovívavě na věci, které se nesrovnávají se státním pořádkem... Že prostě to, za co se dříve zavíralo, se nyní může páchat beztrestně. Tento prostý muž neví, že se to dělá z důležitých taktických, politických nebo diplomatických důvodů. Vidí prostě fakt, a tu mu šeptaná propaganda namlouvá, že je to důkaz, že se republika hroutí, že se blíží konec „českého panství". Noviny o těchto věcech nepíší, a když, pak prostý člověk nerozumí jejich úvodníkům. Demokratická odolnost tohoto člověka klesá tou měrou, jak je tato propaganda výbojnější a jak se k ní druží teror. A co dělají demokratické a socialistické strany? Proč nic proti tomu nepodnikají? Neříkám, aby pořádaly demonstrace a vytloukaly odpůrcům okna, aby podněcovaly k neklidu, chápu, že demokratické strany nemohou soutěžit v demagogii a v šovinismu s fašismem. Ale proč nepřijde každou neděli do takové vesnice poslanec nebo redaktor, nebo jiný činovník demokratické strany, proč nesvolá vlastní příslušníky a ostatní občany na schůzi, a proč jim nevysvětlí, co se děje, proč se tak děje, proč neposílí jejich demokratické smýšlení? Sám jsem se přesvěd...

Bureau International de Documentation
33, rue de l'Amiral Mouchez - PARIS 13e
Chèques Postaux PARIS C. 2107 84
Tél.: GOB. 04-27
R. C. SEINE 874.073
Přítomnost, Prague
28 SEPT 1938

věda a práce

E. J. Gumbel: 101

Usměrnění německých vysokých škol

Nacionální socialisté sesadili do konce roku 1936 asi 1500 učenců. Dnes, po dobytí Rakouska, není jistě přehnané odhadovat celkový počet na 2000. Na začátku roku 1933 se postavilo na odpor několik vynikajících učenců a projevilo podivuhodnou odvahu. Ale velká většina se podrobila mlčky. Jak se to mohlo stát v zemi s tak vyvinutou duchovní kulturou, jako bylo Německo? Skutečnost, že nacionální socialisté vyvinuli obsáhlý a intensivní teror, nezodpovídá plně tuto otázku. Její dokonalé vysvětlení musíme hledat v dřívější povaze a složení německých vysokých škol. Omezujeme se pouze na university, pokládajíce je za příznačné pro všechny německé vysoké školy.

Německé university byly ústavy státní, měly však zvláštní autonomii. Učitelský sbor skládal se z řádných profesorů, z mimořádných profesorů a soukromých docentů. Ordináři — menšina — byli úředníci. Mimořádní profesoři jimi byli jenom částečně. Soukromí docenti nebyli úředníky vůbec, bylo jim pouze dovoleno přednášet. Nepobírali plat, pouze kolejné, tu a tam stipendia. Dlouhá doba, kterou musel soukromý docent, spoře placený, čekat na místo a výběr profesorů podle příslušnosti k rentierské buržoasii — nepomáhaly vytvářet pevné charaktery.

Povolení k habilitaci udělovala fakulta. Tam seděli vlastně jenom ordináři. Jejich předsedou byl děkan. Společné universitní záležitosti spravoval senát, pozůstávající většinou z děkanů. Rektor byl volen senátem. Jmenování bylo vyhrazeno ministerstvu, ale ministerstvo bylo vázáno na návrhy fakulty a senátu. Universitní autonomie znamenala tedy vládu menšiny. Ale toto právo ordinářů spravovati universitu a starati se o dorost považovala i většina příštích profesorů za vzácný statek, vybojovaný a vytříbený dlouhou tradicí.

Akademická svoboda dávala badateli a jeho učení nezávislost. Čistá, politickou tendencí nezkřivená věda — to byl nejvyšší úkol. Profesoři se považovali za zástupce idealismu a duchovních hodnot. Když bojovalo měšťáctvo za svoji svobodu, byli jeho průkopníky. Tato tradice se uchovávala alespoň formálně a alespoň v tom smyslu se zachovala souvislost s velkými humanisty a klasiky. Ale

ve skutečnosti platil už za císařství drsný tělocvikář Jahn víc. Konservativní a nacionalistické smýšlení profesorů odpovídalo velmi nedokonale ideálním požadavkům. Němečtí profesoři, zaslepeni hmotnými úspěchy císařské doby, nikdy v srdcích nepřilnuli k republice, z bídy zrozené a s počátku bídou naplněné. Svoboda a nezávislost sloužila jim k tomu, aby potírali republiku aktivně i pasivně. Republika — demokratická vůči svým nepřátelům — trpěla na universitní půdě propagandu, namířenou proti vlastní existenci. Ministerstva se bála urazit university tím, že by jmenovala někoho z lidí, kteří stáli mimo. Jediná novinka, kterou republika zavedla, byla schůze všech docentů, která se konala jednou do roka a zůstala naprosto bez odezvy.

Republikáni, přívrženci demokratického státu, byli tedy na universitách v menšině právě v důsledku autonomie. V Badenu na příklad za celých 14 let sociálně-demokratické koaliční vlády učili na třech vysokých školách — všeho všudy tři socialisté.

Studenti, pocházející tehdy téměř výlučně ze středních vrstev, obávali se o svou budoucnost ve státě, kterému prý „vládnou dělníci, poněvadž ministři jsou sociální demokraté". Oficielním uznáním studentské samosprávy stoupla moc studentů. Když docházelo na sklonku republiky k pravidelným konfliktům mezi nacistickými studenty a republikánskými profesory, nenalézali tito oporu ani na půdě university ani v ministerstvu a byli vydáni na pospas nacistickému teroru. Některým profesorům nestala se tato situace zásadní otázkou, která by se mohla dotýkat i jich, nýbrž pouze kýženou příležitostí, jak se zbavit nepříjemného kolegy. Nestavěli se nacionálním socialistům na odpor. Byli sice vůdci mládeže, ale považovali za svou povinnost nadbíhat jí. Ti, „kteří jasně zřeli budoucnost", měli za to, že se tím chrání.

A tak byl položen základní kámen zániku akademické svobody právě autonomií a změnou ve struktuře universit. Odporem proti republice pomáhali profesoři stvořit Třetí říši. Sklízejí, co zasili.

Nacistické universitní právo.

Ideologie nacionálně socialistického státu pozůstává v rasové nauce a v nenávisti proti humanismu a svobodě ducha. Nejpříznačnější výraz tohoto směru bylo pálení knih. Totalita nestrpěla ani zmrzačenou, akademickou svobodu. University byly soustavně a stále naléhavěji „očišťovány", ale většinou v rámci pseudolegálních forem.

Podkladem k tomu byl zákon ze 4. července 1933 o „obnovení úřednictva z povolání". Aby tento zákon doznal co nejširší platnosti, platili za úředníky nejen úřadující, nýbrž i úřadu sproštění vysokoškolští učitelé a pak i mimořádní profesoři, ba dokonce docenti, kteří úředníky nikdy nebyli.

Podle paragrafu 2 byli nejdřív propuštěni všichni úředníci, kteří byli jmenováni po 9. listopadu 1918 a kteří se nemohli vykázat předepsaným nebo běžným vzděláním. Všichni úředníci, kteří „byli činní komunisticky", byli podle nového nařízení zbaveni úřadu — a podle libovolného výkladu se to ovšem hodilo na každého republikána. Podle paragrafu 3 byli neárijští úředníci dáni do pense. Za nearijce platí, kdo má jednoho prarodiče žida. Výjimka se dělala pro úředníky, kteří jimi byli nepřetržitě od roku 1914, kteří bojovali na frontě a jejichž otcové nebo synové padli ve světové válce.

Byl-li arijský původ pochybný, bylo třeba vyzvednouti si dobrozdání „odborníka pro rasovou nauku" — dvacetiletého mladíka, přiděleného říšskému ministerstvu vnitra.

Úředníci, spadající do těchto kategorií musili být propuštěni (nebo dáni do pense). Paragraf 4 předpisoval, aby úředníci, kteří podle dosavadního politického působení neposkytovali záruku, že se kdykoli a bez výhrady zasadí o nový stát, mohli být propuštěni. Předpoklady byly dány především v tom případě, vystupoval-li úředník „nenávistně" proti nacionálnímu socialismu nebo „zneužil-li svého úředního postavení, aby poškodil některého nacionálního socialistu". Při posuzování měla se vzít v úvahu celá dosavadní politická činnost úředníkova, zvláště od 9. listopadu 1918. Říšská korouhev, republikánský svaz soudců, liga pro lidská práva, svaz republikánských úředníků a železná fronta platily za politické strany.

Tato nařízení tvořila strašlivou zbraň k vyhubení politických odpůrců, pokud byli úředníky nebo vysokoškolskými učiteli. Dalo se pak postupovat i proti učenci, který třeba před 15 lety příležitostně vystoupil politicky na veřejnost, od té doby se však věnoval výlučně své vědě. A rozšíření pojmu politické strany na nadstranické republikánské organisace dokazuje, že byl dobrý každý prostředek, jen aby se získala zbraň proti všem, kteří byli třeba jen odlišného politického názoru. Při tom se ani trochu nedbalo vědeckého významu nebo zásluh o to, čemu se dnes říká „Volkstum". A nejen že nedbalo, ale často právě ta okolnost vzbuzovala podezření.

V paragrafu 6 zákona o úřednících z povolání stojí, že k zjednodušení správy mohou být dáni do pense i úředníci, kteří ještě nejsou neschopni služby. Pomocí tohoto paragrafu dali se tedy odstranit i ti, kterým se snad vláda ostýchala říci pravé důvody propuštění do očí. Příbuzné tomuto paragrafu je nařízení zákona z 21. ledna 1935 o „zbavení služby nebo přesazení vysokoškolských učitelů z důvodů přestavby německého vysokého školství". Odpadne-li nějaká profesorská stolice nebo je-li přidělena jinému oboru, smí býti „dosavadní majitel zproštěn svých úředních povinností" — trochu eufemistický výraz pro odstranění nepohodlného vysokoškolského profesora. Opatření a nařízení v jednotlivých případech vykonává přímo říšský ministr pro vědu, výchovu a vzdělání. A právě tento dodatek dodává celému zákonu teprve plný význam. Ministr Rust, jenž byl za republiky sesazen pro hrubé porušení úřední povinnosti, rozhoduje dnes — a to úplně sám — o „přestavbě německých vysokých škol". Smí samovolně vyhnat nejvýznamnějšího učence, který se mu nezdá, a nikde není instituce, která by jeho zvůli přezkoušela.

Norimberskými zákony byli zbaveni úřadu — i po tomto výběru — všichni vysokoškolští profesoři, kteří byli židé. V mnoha případech byl předepsaný zákonitý postup příliš zdlouhavý. Neoblíbený profesor byl prostě hrozbou „ochranné vazby" nebo několika nočními prohlídkami studentů v uniformách SS donucen k „dobrovolnému" odstoupení.

Souběžně s těmito osobními změnami dála se přeměna celého vysokého školství. Autonomie byla odstraněna a nahrazena vůdcovským principem. Rektor, nyní vůdce university, je jmenován přímo ministrem a on sám jmenuje děkany. Dosavadní úkoly senátu a jednotlivých fakult, především rozdílení peněz ústavům, převzali rektor a děkanové. Tak byla všechna vlivná místa obsazena spolehlivými nacionálními socialisty a každý odpor shora byl znemožněn.

K velkému rozhořčení soukromých docentů byli asistenti, kteří nesložili habilitační zkoušky, postaveni na jednu úroveň se soukromými docenty. Poněvadž je jejich vůdce — většinou asistent — nacista, je tím zajištěna nadvláda nově kvalifikovaných docentů nad jejich kolegy. Podle nařízení říšského ministerstva z 13. prosince 1934 byla kromě zkoušky odborně vědecké zavedena ještě „zkouška charakteru", která se skládá při šestinedělním pobytu v táboře. Vědecký výkon tedy nestačí k habilitaci. Chce-li se někdo státi docentem, musí prokázat, že je dobrý nacionální socialista. Židé jsou samozřejmě vyloučeni. Docenturu uděluje ministerstvo kultu na základě zpráv od rektora a senátu a na základě dobrozdání vůdce docentů a vedoucího tábora. Říšští němečtí docenti byli včleněni do spolku nacionálně socialistického učitelstva jako odbor I. Tím byla „očista" německých universit — abychom mluvili žargonem dnešních vládců — dokonána.

Velmi zřetelný obraz nové hierarchie podává universitní ročenka z Heidelberku za rok 1936. Vůdce university má k ruce štáb. Pak následuje vůdce docentů a vůdce studentstva, skupinový vůdce „der Hochschulgruppe Heidelberg des NSD-Studentenbundes der NSDAP“ a člen senátu. Teprve po tomto studentu následují v hodnosti děkanové a akademický senát. Jako poslední akademický úřad figuruje nejnovější a nejdůležitější nacistická skupina docentů, vedená „Gaudozentenbundesführerem“.

Usměrnění Heidelberku.

Pokusíme se vylíčit číselné změny, které se udály na typické německé universitě, totiž v Heidelberku.

Základem tohoto šetření je srovnání přednášek letního semestru 1932 a 1936. První datum volíme proto, poněvadž si tehdy nacističtí studenti vymohli právo sesaditi profesora. Seznam přednášek z letního semestru 1936 se hodí k srovnání především proto, poněvadž měl — jsa výročním rokem university — propagační ráz.

Z 215 docentů v r. 1932 existuje v r. 1936 už jenom 99. Zbytek 116 buď zemřel, byl sesazen, přeložen na jinou universitu, chopil se jiného povolání nebo byl z politických důvodů odstraněn. První přehled udává počet vysokoškolských učitelů, kteří byli od roku 1932 sesazeni z politických důvodů.

Přehled I. Propuštění od r. 1932:

	Práva	Lékařství	Filosofie	Přírodní vědy	Úhrnem	v %
Ordináři	5 z 8	5 ze 17	6 z 20	3 z 9	19 ze 60	32 %
Řádní profesoři . .	1 ze 6	2 ze 4	2 z 10	1 z 9	6 ze 30	20 %
Mimoř. profesoři .	0 ze 3	9 z 35	5 ze 14	2 z 18	14 z 71	20 %
Soukromí docenti .	1 ze 2	6 z 23	7 ze 16	3 z 9	17 z 54	32 %
Úhrnem	7 z 19	22 z 79	18 z 60	9 ze 45	56 z 215	26 %
V %	37 %	29 %	30 %	20 %	26 %	

Celkem byla tedy čtvrtina celé university, 56 z 215 profesorů, propuštěna z politických důvodů. Ale tento počet je minimální. Leckteré pensionování a leckterý „dobrovolný“ odchod byl z politických důvodů. K tomu je třeba připočítati okolnost, že některým soukromým docentům a mimořádným profesorům bylo na oko jejich místo ponecháno, ale plat jim byl odňat. Z 56 sesazených je polovina židů.

Těmito sesazeními nepostoupili však soukromí docenti a mimořádní profesoři v hodnosti učitelské. Naopak: beznadějní soukromí docenti jsou v seznamu z 1936 navlas na témže místě a v témže pořadí, jako v roce 1932. Jen tři docenti — mezi nimi jeden ministr a ministerský rada — dotáhli to na ordináře.

Druhý přehled zkoumá, kolik nových docentů se vedralo na universitu za nacionálně-socialistické vlády. Za staré příslušníky se počítají všichni, kteří byli v roce 1932 v Heidelberku habilitováni nebo byli lektory.

Přehled II. Poměr nových docentů ke všem docentům z roku 1936:

	Teologie	Práva	Lékařství	Filosofie	Přírodní vědy	Úhrnem	V %
Ordináři	1 z 5	3 z 5	9 z 16	4 ze 17	4 ze 7	21 z 50	42 %
Řádní profesoři	0 z 1	0 z 3	2 ze 3	2 ze 6	1 ze 6	5 z 19	26 %
Mimoř. profesoři	—	0 z 2	2 z 11	5 z 16	1 z 13	8 ze 42	19 %
Soukr. docenti .	0 z 3	1 z 1	9 z 11	8 z 9	2 z 5	20 z 29	69 %
Lektoři	4 z 5	1 z 2	4 ze 4	16 z 24	2 ze 3	27 z 38	73 %
Úhrnem	5 z 14	5 z 13	26 z 45	35 z 72	10 z 34	81 z 178	46 %
V %	36 %	38 %	58 %	49 %	29 %	46 %	

Celá universita měla v r. 1936 celkem 178 docentů. Z toho přišlo 81 nových za vlády nacionálně socialistické. Téměř polovina celého učitelského sboru není ani celé čtyři roky na heidelberské universitě. Takové přesuny v akademickém životě se ještě nestaly.

Nová věda.

Usměrnění chce podřaditi vědu nové státní moci. Právo je dávno už jenom to (a to docela vysloveně), co tomuto státu slouží. I pravdivé je pouze, co mu prospívá. Chceme-li si učiniti představu o proměně německého duchovního života, stačí, prohlédneme-li si seznamy nových přednášek, určených pro posluchače všech fakult.

Seznam heidelberských přednášek začíná: Kulturní politika — Základy nacionálně-socialistického světového názoru — Zásady národní pospolitosti — Starogermánské náboženství. Pan ministr Schmidthenner, „řádný profesor historie se zvláštním ohledem k nauce o obraně“, přednáší: Světová válka — Politika a vedení války — Totální válka. A vede seminář: Bytost a výkonnost německého vojanstva.

Německá expansivní touha je zastoupena v přednáškách: Německé právo na kolonie — Geopolitika německého západního prostoru. Filosofická fakulta získala „krajského vůdce“, který přednáší o nacistickém světovém názoru, kromě toho však i o politice a o germánském světovém názoru. Na právnické fakultě se přednáší mimo jiné: Právní občanská nauka — Rodinná dědičnost — Národ a rasa — Německé branné právo. První lékařské přednášky znějí: Nacionalistický světový názor a rasová myšlenka. — Politika a rasa — Lékařský názor na tělesnou zdatnost — První pomoc při úrazech s hlediska branné stráže a ochrany před plynem. Dosavadní anthropologické výzkumy nevedly — jak by byly měly — k výsledkům, úředně schváleným. Proto se universita zajistila nově jmenovaným ministerským radou Parkheiserem, profesorem rasové nauky. Zato po celá ta léta není na universitě ordinář matematiky.

Nejvýznačnější tendencí usměrnění jsou rozkvět rasové nauky, t. j. opěvání tak zvaných arijců a starých Germánů. Rozšíření válečných věd, jejich politické aktualisování, kult jednotlivých osobností a konečně vyslovená nacistická stranická propaganda.

Na berlínské universitě bylo ohlášeno 28 přednášek a seminářů o rasové nauce. Na hamburské 21. Mimo to hraje ovšem rasová nauka roli v každé přednášce, aniž by se o tom mluvilo.

Na universitu pronikají válečné vědy. V seznamu přednášek jsou: Branná chemie — Branná geografie — Branná geologie — Nauka o brannosti, o branné moci, o branné matematice, o branné fysice, politice, psychologii, hospodářství, vědě (všechno branné). Válečná chirurgie, válečné dějiny, válečná pathologie, válečná filosofie, válečné hospodářství. Vojenská hygiena, nauka o vojenských mapách, vojenské právo.

Na berlínské universitě se přednášelo v minulém letním semestru o těchto předmětech: na lékařské fakultě: Dějiny armády a sanitní služby — Obrana proti leteckým a plynovým útokům — Prakse protiletecké a protiplynové obrany. Na filosofické fakultě: Problém války v rámci kulturní filosofie — Psychologické problémy války — Vybrané kapitoly o technice obrany. Seminář branného hospodářství (major dr. Hesse): Základy branného hospodářství — Branná geografie v branné politice evropských států — Kolokvium z branné politiky — Dřívější a současná branná politika — Bitva na Marně — Historický seminář (válečné dějiny) — Poučení z německého válečného hospodářství 1914/18 — Dějiny německé branné moci — Žena a obrana země — Branné úkoly ženy.

Ani jediná z těchto přednášek neexistovala v r. 1932.

Na hamburské universitě jsou nejdůležitější přednášky společné pro posluchače všech fakult pod titulem: Politische Fachgemeinschaft. Tituly přednášek: Novodobé typy válečných lodí — Problém zbrojení a námořní zbrojení námořních velmocí — Přístroje pro polní zpravodajství a pokusy s nimi — Lékařství ve službách letectví. Profesor Sonnenschein přednáší o zdravotních a hygienických poměrech v německých koloniích, jako by už byly dobyty.

Velmi často přicházejí na universitní půdu aktivní důstojníci nebo důstojníci ve výslužbě. V Giessenu byl na příklad pořádán cyklus přednášek pro mládež, povinnou brannou službou (pro studenty prvních 4 semestrů) pod dohledem pěšího pluku v Giessenu a vedením velitele pluku, plukovníka Vierowa. Uvádím aspoň názvy některých: Bitva s hlediska pěšího vojína — Skupina, střelci, střelecký pluk — Pochod a zajištění pochodu — Pohov, ubytování a zajištění klidu — Zpravodajská služba — Pěší pancéřový obranný pluk — Souhra zbraní.

Všechny tyto přednášky se konají na normálních universitách (nemluvíme tedy o vojenských školách a válečných akademiích). Této výchovy se dostává mládeži, která už prošla organisacemi Hitlerovy mládeže, svazem německých dívek, službou práce a všeobecnou brannou povinností — a která je dokonale zmilitarisovaná. Kromě toho je universita obrovsky zpolitisovaná výkladem naší doby v soustavných přednáškách jako: Co předcházelo světové válce — Leta 1914/18 — Versailleská smlouva a její následky — Světové dějiny od r. 1919.

Politická propaganda, které se říká publicistika, stala se předmětem řádného vyučování na všech universitách. Z názvu, který se stále znovu vynořuje: Publicistické metody (tisk, rozhlas, film atd.) je vidět, že příští zaměstnanci pana Goebbelse se školí na universitách.

Tento malý výběr postačí, aby dokázal, že nové přednášky a semináře jsou obklopeny oblastí vlivů, v nichž vědecká práce podléhá naprosto cizí vůli.

Studenti.

Říšskoněmecký zákon stvořil nové studentské právo na „národní" (völkischer) základně. Staré korporace byly „dobrovolně" zrušeny. Zbyly jen die deutsche Studentenschaft a Nationalsozialistischer Studentenbund.

Při imatrikulaci je studentův nejdůležitější úkol: prokázati se předky. Abiturienti musí předložiti rodný list a potvrzení o rodném datu, rodišti a vyznání rodičů a prarodičů. Staré dobré časy, kdy ještě existovali frontoví bojovníci, „devisoví" arijci a „školní" arijci, nenávratně minuly: žádný žid nesmí studovat.

Na mnoha universitách nalezla společná práce stavovské studentské skupiny (Fachschaft) oficielní umístění. Vůdce takové skupiny je samozřejmě naci. Práce v těchto skupinách dokazují odklon od vědy a přechod k čisté nacistické propagandě ještě více než přednášky. V Heidelberku na příklad pracovaly tyto skupiny na následujících tématech: Německé kulturní sebevědomí — Nacionálně-socialistická výchova mládeže — Branné právo — Sudetoněmecký prostor — Rasové zákony — Německý východní prostor.

Zavedením všeobecné branné povinnosti odsunul se vstup mládeže do výdělečného života o 2 a půl roku. Poněvadž jenom zámožní rodiče si mohou dovolit vydržovat děti v době zvláštních studií, zahrotil se výběr mládeže na vysoké školy podle finančních možností. Nejdříve poklesl počet dorostu na universitách na polovičku z r. 1932. V letním semestru 1933 bylo 116.000 studentů, ale v letním semestru 1935 už jenom 77.000. Na vysokých školách technických klesl počet studentů ze zimního semestru 1932, kdy bylo 25.000 studentů na 12.000 studentů v r. 1935 a odliv stále pokračuje.

Militarisace, nucené přednášky o světovém názoru a hromadná práce stavovských kroužků neponechávají studentu čas na skutečnou práci. Studenti jsou přecpáváni „ideovou" výchovou a reagují naprostou pasivitou. Zato bují nové ctnosti: předstírané smýšlení a kariernictví. Příbuzenský svazek s vlivným nacistickým předákem nahradí vědomosti. Pro zkoušky je směrodatné politické postavení studentstva a jeho rodičů.

Pro dorost vědeckých sil to nejsou dobré podmínky. Je velmi pochybné, zda se dovedou i nadaní lidé probít ohradami ostnatých drátů nacistických organisací, zda vydrží nepřetržitou bubnovou palbu propagandy a zda se přes to všechno propracují k samostatným vědeckým výkonům.

—

dopisy

Odpověď Češce zo Slovenska

Pane redaktor!

Nemám pokoja, svedomie nedovolí, aby som pri takejto príležitosti mlčala. Ozýva sa síce vo mne pochybnosť, či som povolaná hovoriť o pomere Čechov a Slovákov. Za úkol som si vytkla výhradne výchovu dievčat chemiou a prírodopisom tak, aby samy chápaly dnešný stav, uvedomily si sociálnu spravedlivosť dneška, a aby za všetky pomery v republike v budúcnosti i samy cítily zodpovednosť. Rovnakú radosť mi pôsobilo učiť dievčatá slovenské ako české. Nerada som z tohoto druhu práce vytrhovaná, ale rušné deje ma nútia, aby som sa tiež ozvala. Takáto nechuť k vyjadreniu vlastných citov a myšlienok a tiež pocit hádam zbytočnej skromnosti, ktorý nedovolí prehovoriť vlastným menom za iných, ozýva sa asi aj u iných. Len tak si viem vysvetliť, prečo sa neozvalo viacej osôb na obranu Čechov, žijúcich na Slovensku. Len keby sa každý Slovák ujal tých, ktorých má osobne rád, málo by ich ostalo bez obrany.

Myslet na „Čechov" na Slovensku je iné, ako brať jednoho za druhým. Čechom ako celku sa pripisuje mnohé zlo postihnuvšie Slovensko. I keby boli niečím vinní Česi, nebudú to zpravidla Česi žijúci na Slovensku, skorej Česi v Čechách v centrálnych úradoch, dávajúci pokyny a rozkazy. Často rozkaz dobre myslený a rozumný pre Čechy nemusí byť rovnako dobrým pre iné pomery na Slovensku. A bohužial, celý rad zodpovedných osôb, rozhodujúcich o hospodárskych a kultúrnych potrebách Slovenska pozná Slovensko len málo. Následky ich pre Slovensko snáď nevhodných nariadení odnášajú potom „Česi na Slovensku". A najlepšie je, že nielen na Slovensku ich stíha kritika, i v Čechách im treba často robiť advokáta. Často ich tu obviňujú za dnešný stav na Slovensku. A tak sú ako celok zo dvoch strán bití.

Inakší je obraz, jestliže sa dívame na jednotlivcov. Väčšina Slovákov svojich Čechov považuje za výnimku a všetko, čím sa hrozí obecne Čechom na svojich Čechov nevzťahuje. Ba keby naozaj tak týmto Čechom niečo hrozilo, najlepších obhájcov svojich práv by našli v osobách im blízkych Slovákov.

Spôsob života Slovákov je rozdielny a poskytuje dosť látky k debatám. A u nás sa hodne hovorí, a priamo, a neváži sa každé slovo. Používa sa i silnejších výrazov a stále to neznamená nič zlého. Ak sa aj druhá strana dá strhnúť vyvinie sa britká zábava, ktorá väčšinou končí smiechom a celkom hrejivým pocitom dobrého priateľstva. Ba práve takéto výmeny názorov, pri čom sa zúčastnení hľadia vzájomne dobre podrážďiť, sú prejavom dobrej shody. Komu sa nemôže nič nepríjemného povedať, preca není priateľom. Lenže Česi málo rozumejú takejto letore, väčšinou neradi vedú jalové reči, všetko berú príliš vážne a na žiadon spôsob sa nedajú odkloniť

Sent to Berlin 2-17-83

A Special English Edition of the German weekly

"Die Zukunft" ("THE FUTURE"), published in Paris

Emil J. Gumbel Collection

Die Zukunft

Ein neues Deutschland: Ein neues Europa!

Avenir-Journal hebdomadaire

No. 7 November 25, 1938

Editorial Offices and Administration:
41, Bld. Haussmann, Paris 9.
London Office: 33, Palace Gate W.8.

Published weekly. 3d.

We stand for a free Germany based on democratic principles

Since the days of Munich it has become increasingly clear that the totalitarian regime in Germany is a permanent menace to peace. It has become equally clear that the people of Germany are just as eager for peace as the people of this country. It is, therefore, essential that a mutual understanding of the two peoples be reached by paying heed to the voice of their genuine representatives. To serve this end, the Editor of the "Zukunft" has approached a number of eminent politicians and intellectuals of both countries. These are some of the personalities who have kindly contributed to this issue, which appears simultaneously in both English and German.

Sir Norman Angell	**Lion Feuchtwanger**
Philip Noel-Baker	**Prof. Siegmund Freud**
Viscount Cecil	**Paul Frischauer**
Desmond Flower	**Prof. E. J. Gumbel**
Aldous Huxley	**Arthur Koestler**
Sir Walter Layton	**Heinrich Mann**
The Earl of Listowel	**Thomas Mann**
Kingsley Martin	**Rudolf Olden**
Harold Nicolson	**Dr. Fritz Sternberg**
Sir Archibald Sinclair	**Fritz von Unruh**

All contributions in this edition were specially written for the "Zukunft." The German articles were translated into English by Stephen W. Pollock.

Preface

To form one more link in the chain of democratic forces which are now at last beginning to rally against the looming menace of a Europe in the fetters of barbarism this paper was founded. It is a weekly paper in German language, published in Paris by exiled Germans ranging from Catholics to Socialists.

...the gap which still exists between our two peoples, the English and the German. We do not hold with the opinion that the true feelings of the German people are represented by its government and we do not identify pacts, treaties and conventions signed by a few men at their green tables with the pulse and heart-beats of the peoples. We are proud of the privilege to express in our pages what we know to be the longings and hopes of millions of Germans within and without the Reich.

We are conscious of the enormous task that confronts us in our efforts to show the peoples of the democratic countries the *real* Germany which is now overshadowed by a ghastly nightmare.

The eternal Germany lives and will never go under in the abyss of blood and shame into which her present rulers have plunged that infortunate country. Our Germany lives on not only in exile and in concentration camps, but in the workshops and factories, dockyards and offices, fields and forests of our country, eagerly listening to every word that comes from the lands where the peoples are still free. The majority of the German people is impatiently waiting for the day when it will be able again to take its rightful place in the fight for the progress of the human race.

The "Zukunft" thanks its friends and collaborators for the many valuable contributions, English and German, that have been pouring into its offices since we announced our intention of publishing a special Anglo-German edition. We think we are justified in taking this interest in our paper for a token of the heartfelt desire for a mutual understanding between the genuine representatives of English and German democracy.

We think that the variety of contributors to this issue, including all creeds and political shades will bear witness to our sincere wish to be but the German voice of a slowly awakening international front of freedom, progress and democracy.

The Editor.

From Low's "Political Parade", with grateful acknowledgments to David Low.

German intellectuals in exile

A brief summary of their activities

By

Professor E. J. GUMBEL

Former Professor of Philosophy and Mathematics at Heidelberg University; actually at Lyons University

I.

Emigrations are the consequences of political revolutions. They detach certain sections of the population from their mother-country and transplant them into new environments. Their effect is determined by the type of the detached and by the surroundings into which they are transplanted. The men of letters and science of Byzance who, after the downfall of the Eastern Roman Empire, brought the buried treasures of the archaic era to the Occident have been the cause of a renaissance. The exiled Jews of Spain, Spinoza among them, have contributed vastly to the rise of the Netherlands to greatness. The Huguenots have transferred the culture of the French Court into other countries.

The German emigration is not homogeneous: it consists of men with a political past and a political mind, the leaders of all the former political parties, from the Communists to the German Nationals, from the Trade-Union official to the Chancellor of the Reich, and on the other hand there is the mass of unpolitical Jews, industrialists, merchants and employees to whom the new masters have refused even the right to submission.

The political emigration has paved the way for the unpolitical majority. The mass of Jews have roused the pity of the world. The transfer of certain branches of industry has had an economically positive influence on the host-countries.

But it was the relatively great proportion of intellectuals that has given the German emigration its important features. In many cases it were no political motives that forced these intellectuals to leave their country. Their emigration merely bears witness to the fact that scientific and literary work is no longer possible in a totalitarian Germany.

Practically the whole of the leading pre-Hitler literature is now banned there. A totalitarian regime cannot tolerate an independent literature even if it tries to remain politically colourless. Not even a posthumous work of Friedrich Gundolf whose books on Goethe and Shakespear are famous the world over, was allowed to come out in Germany.

The attempts of many publishers and authors to *toe the line* have often failed through the thirst for absolute power of the new rulers. Every new ban resulted in a valuable addition to the emigrated literature. The only independent expression ofGerman literary creation exists to-day in the emigration. The definite political boundary which separates it from the products subject to Nazi-censorship becomes clearly visible in German novels and even in their style. Abroad the difference in quality has evidently been realised. Although more books are published in Germany, incomparably more books by German emigrants are being translated into foreign languages, a fact Nazi-Germany is painfully aware of.

The emigration has produced a characteristic literature. Historical works written in conscious contrast to the New-German adulteration of History show the historical past in a new light. Political authors have drawn the world's attention to the sinister significance of the transition of a highly-industrialised country into technicised barbarism. Descriptions of concentration-camps, the martyrdom of Germany and the struggle of the Church will live on as documents of greatest literary value.

The best men of German literature like Stephan Zweig, Lion Feuchtwanger and many others, her only Nobel-Prizewinner, Thomas Mann, have left Germany. The German section of the Pen-Club is formed exclusively by refugiés.

Their books are printed by German publishers in Switzerland and Czechoslowakia. There are also a number of emigration-publishing-houses in Holland, France and the Scandinavian countries.

The number of newspapers, periodicals and works of literature of the German emigration is surprisingly great. It goes without saying that the different political parties—German Socialdemocrats, Catholics, Communists and Freiheitspartei—have their respective party-organs, most of which are also distributed in Germany in a special diminutive edition. Apart from them there are a German daily paper appearing in Paris, no less than three literary monthlies and about fifteen weeklies.

A number of German institutions carry on their activities in exile. There is the Community of German Men of Science in London, the Protective Association of German Authors in Paris and one union which has subsections for the arts, the stage, the screen etc.

II.

The German art of the 20th Century has only had few partisans in England and was practically unknown to the English public. It was only this year that this branch of contemporary art could be opened up to wider cercles of the public of this country. Promoted by Sir Kenneth Clark, Dr. Cyril Norwood, Picasso, Herbert Read, Sir Michael Sadler, Julian Huxley and H. G. Wells an exhibition opened at the Burlington Gallery in London of those works which had been shown at the Munich Art Exhibition under the label of "Degenerate Art." This exhibition of works of German artists such as Liebermann, Corinth, Slevogt, Schmidt-Rotluff, Pechstein, Otto Mueller, Heckel, Rohlfs, Paula Modersohn-Becker, Kaethe Kolwitz, George Grosz, Beckmann, Dix, Hofer, Kokoschka, Feininger, Klee, andinsky, Ernst, Lehmbruck and Barlach, was an outstanding popular success. The English public recognised a sincere profession to the present time and the tackling of its burning problems in the creations of those great artists condemned and stigmatised by the Third Reich.

Not only artists, sculptors and architects (the founder of the Bauhaus Dessau, the Architect Gropius, counts, like many others of his exiled colleagues, to the leading architects in England to-day), but also the greatest German musicians are living in exile. Klemperer lives in America, Adolf Busch and his excellent chambermusic-orchestra refuse to perform in Nazi-Germany, Hindemith has found in England an ever-growing public, the Menges-Quartet, Fritz Kreisler, Felix Weingartner and many former members of the Gewandhaus-Orchestra and the Berlin Philharmonic Orchestra play abroad and have found hospitality and an audience in democratic countries they can no longer have in their mother-country. The singers Lotte Schoene and Lotte Lehmann, the actress Elisabeth Bergner, Max Reinhardt and the conductor Bruno Walter have adopted the nationality of countries where artistic-creative activities are not dependent on racial theories and political ideas.

III.

The universities of Old Germany have given for many centuries wonderful contributions to the civilisation and culture of the world. The manifold knowledge accumulated in Germany now serves ends contrary to the interests of science or else it has been suppressed. It will be to the eternal discredit and shame of the present regime that the greatest German chemist, Haber, the outstanding exponent of the science of physics, Einstein, the discoverer of the soul, Freud, the greatest biologist, Goldschmidt, the leading theologist, Barth, all had to leave their country. The emigration of only scientists can be estimated at 2 000, most of whom belong to the younger generation who saw no future for themselves in Germany.

Some universities like Heidelberg, Goettingen und Francfort have lost all their outstanding lecturers, who had to or preferred to go abroad. Every sphere of science is to-day represented in the German emigration, so that for every scientist of reputation who has remained in Germany we can quote one on our side. Almost all the leading mathematicians have emigrated and it can be safely asserted that some very special sections of scientific life, like the Austrian Medical School and the entire mathematical statistics have practically died out in Germany.

The world is certainly the worse for the spiritual and cultural contributions which Germany cannot provide any more. But a great number of those who had been the driving spiritual force behind those contributions are now in the emigration. We are putting our knowledge in the service of our host-countries and subordinate it to their traditions, knowing that they will put to good use what our predessors have achieved and what we ourselves are working at.

In some cases we even succeeded in preserving scientific schools in their entirety. The emigrated philosophers have started a new international periodical. The cercle of sociologists and economists who made Heidelberg University what it was, have again associated in New York under the provisional name of University in Exile. It has been incorporated into the New School of Social Research as Graduated Faculty of Political and Social Science and issues a periodical in English. The famous Francfort economists carry on their studies and their magazine. Istanboul has become a modern university through German refugiés. There is probably no university of high standing in the world to-day that has not received at least one of them.

FOUR GERMANS THE WHOLE WORLD KNOWS

Elisabeth Bergner
in exile

Thomas Mann
in exile

Prof. Siegmund Freud
in exile

Pastor Niemoeller
detained in a concentration-camp

92A

THE LIVING AGE

The World in Review

Aryan Science E. J. Gumbel

November 1938

II. Aryan Science

By E. J. Gumbel

Translated from *Freie Wissenschaft*, Sebastian Brant Verlag

THE mass dismissals by the National Socialists of German scientists have greatly decreased the importance of many German universities. Somehow Nazi ideology had to justify this process. The campaign against science had to be represented as the victory of the superior principle over a weak and rotting system. In many fields of knowledge 'proof' was very simple. In the case of the pure natural sciences, however, the complexity of the thought processes involved is so great, that the National Socialist authors themselves must be cited at length.

The outstanding representatives of National Socialist physics are Philipp Lenard, Professor Emeritus at Heidelberg University, and Johannes Stark, President of the Reich Physico-Technical Institution. Both are Nobel Prize winners, and even under the Republic they were convinced Nazis who did not conceal their views. Lenard's *German Physics* appeared in 1936 and the preface of the work, which is dedicated to Herr Frick, Minister of the Interior, contains the following passage:—

> 'German Physics?' one may well ask. I might as well have said Aryan physics or physics of Nordic man, physics of the probers of realities, the searchers after truth; physics of those who have produced natural science, physics founded in race and blood. . . . Research in natural science has never even been attempted by any people, except on the fertile soil of already existing achievements by Aryans. . . . No Negro physics have ever been known; on the other hand, a peculiar physics of the Jews has been widely developed. . . .
>
> It is important to examine the physics of the Jewish people at some length. . . . To characterize it briefly, one may perhaps best and most fairly point to the work of its most eminent representative, the full-blooded Jew, A. Einstein. His *Theory of Relativity* sought to transform and dominate the entire field of physics. Actually it is today completely played out. Indeed, it probably was never intended to be true; for the Jews are conspicuously lacking in any disposition toward truth. They seek after little more than a merely apparent agreement with actuality, as it exists independently of human thought—in contrast to the limitless and conscientious will for truth of Aryan researchers. . . . To the Jews, peculiarly, truth and reality do not appear to be something special, something different from untruth—but merely one of many possible different methods of thought existing at any given time. Obviously, this must result in complete unfitness for research in natural science. This unfitness, however, was covered up by means of clever tricks in calculation; and the unrestrained brazenness which is peculiar to Jews, together with the shrewd collaboration of the entire Jewish group, made possible the great structure of Jewish physics which by this time fills whole libraries. . . . Jewish physics is merely an illusion—a perversion of basic Aryan physics.

A part—but only a small part—of Lenard's polemic has a certain objective significance. This significance, however, lies in a field totally apart from that of race. Lenard is a typical exponent of experimental physics, the importance of which has been in our times reduced by theoretical physics as represented particularly by Planck, the creator of the quantum theory, by Einstein, Max Born, Schrödinger and Heisenberg.

Professor Lenard long ago rejected even the founder of theoretical physics, Newton. In his lectures he never even pronounced his name, but had an assistant write it on the blackboard. He is actually defending his own research trend by identifying the other with the Jews. It goes without saying that Lenard is factually wrong with this identification, for Jews have

had only to pick up the money that was virtually thrown out of the windows. 'While we danced, they worked,' an old noblewoman from Warsaw told me. 'Today we have to work for our livelihood and they can dance.' In Rumania it was the peasant who disliked and neglected trade. In Bohemia, however, no such prejudices existed and, as a result, there was a much more equitable distribution of commerce among Jews and Christians.

III

Today, however, the young Pole, the young Hungarian, the young Ru-

ber one.

Consider, too, his character. The Jew is much more affable, of a more cosmopolitan spirit, and his patriotism lacks the rabid quality that is so prevalent in these regions. He speaks all the Western languages easily and fluently. He is open to criticism. He is the one to tell those amusing anecdotes that poke fun at the excesses of governments, dictatorial or otherwise. For this reason, he will probably tell you more about things as they really are beneath the surface than his Aryan fellow citizen, who would have a tendency to hide the worst sides of his country. It is logical that the

played a part in experimental as well as in theoretical physics. The theoreticians, to mention only Nobel Prize winners, include Einstein, Niels Bohr, James Franck and Gustav Hertz. On the other hand, Michelson and Lippmann have played an equally important part in experimental physics.

II

The arbitrary manner in which Lenard proceeds in his purging of Nordic physics was demonstrated in his book *Great Men of Science* (Macmillan, 1937). On the pretense of wishing to maintain a historical perspective, he deals only with scientists who did not survive the War. This trick enables him to eliminate Rutherford, Röntgen and Madame Curie, while the contemporaries Van der Waals and Crookes are included. The exclusion of the three who are mentioned is inexplicable on the basis of race. There are, however, certain other reasons. Rutherford has taken up the cudgels for the exiled German scientists; Röntgen gave his name to the X-rays which Lenard claims to have discovered; and the only fact that speaks against Madame Curie seems to be that she was born in Poland. Thus it is not merely a fight against the Jews with Lenard.

In accordance with his views, the *Schwarze Korps*, organ of the Black Guards, attacks even the disciples of Jews as so-called 'White Jews.' It designates as 'White Jews' intellectual Jews, Jews by character or conviction, or scientists who do not free themselves of the Jewish spirit. The term 'Jew,' the magazine asserts, must thus be broadened beyond its racial meaning. This demand was emphasized in an epilogue by Stark (also in the *Schwarze Korps*), who attacks 'the great number of Aryan disciples and associates of Jews who have remained in their posts and who maintain the Jewish influence in the German universities.' He warns of the danger threatening a portion of German intellectual life and academic education from the 'White Jews.'

Stark maintained a very different view for consumption abroad. In letters published in the British magazine *Nature*, he maintained that Germany has taken no measures whatever that were opposed to the principles of free scientific inquiry. Only the unjustifiably great influence of the Jews had been reduced. Stark denied that anything like 1,000 scientists had been dismissed up to 1934. The actual number was barely half of this figure, he asserted, and even of that number many had voluntarily relinquished their posts.

Stark's entire argument was briefly and excellently disproved by Haldane. The contradiction between Stark's article in the *Schwarze Korps* and his letters in *Nature* naturally attracted attention. In his turn, Stark replied in *Nature* that there are two types of thought in physics: the pragmatic seeking after knowledge of reality as represented by Lenard and Rutherford, quiet scholars; and the dogmatic, represented by Einstein, Born, Heisenberg and Schrödinger, who sought only after formulas and who were obtrusive propagandists. The tendency to pragmatic, truly scientific thought, he asserted, was more frequently found in the Nordic race, while the Jews were the chief exponents of the execrable dogmatic spirit. To be sure, he admitted, there were also Nordic dogmatists and Jewish pragmatists. Why

all Jews, nevertheless, had to be purged from the universities is and remains Stark's secret.

III

The rôle played by Lenard and Stark in the field of physics has been assumed in that of mathematics by Ludwig Bieberbach, Professor at the University of Berlin. Naturally his task was far harder. Lenard and Stark were able to utilize an obvious and already existing contrast and to reinterpret it from the viewpoint of racial doctrine. Bieberbach, on the other hand, first had to discover such a contrast. Lenard and Stark could dispute the theories of their opponents, for scientific results in physics permit of several interpretations; no mathematician, however, could question the general applicability of correct mathematical findings.

To these objective handicaps was added the additional difficulty that Nazi mathematicians actually had to defend themselves against their own allies, the National Socialist experimental physicists. Lenard formulated the latter's views as follows:—

> Mathematics . . . because of its firm and clear inner structure which always gives assurance that it operates only with the essential thoughts of Aryan spirit . . . has been rightly called the 'royal handmaiden' of natural science. It was Aryans who developed it to such a high degree, from Pythagoras, Euclid and Archimedes down to Newton, Leibniz and Gauss. Gradually, from about the time of Gauss and in conjunction with the entry of the Jews into important scientific posts, it increasingly began to lose contact with natural science, turning into something aloof from the outside world, having its existence only in the minds of mathematicians. Thus this science of the quantitative became a purely intellectual science. Since, however, the rôle of the quantitative in the intellect is only subordinate, the newer mathematics must be designated as perhaps the most subordinate of all intellectual sciences. . . .

In order to defend his own science against his friends, Bieberbach had to take over this line of reasoning in part. He himself had an additional personal handicap; for under the Republic he was counted a good Republican. Slow to discover his Nordic blood, he, in contrast to Lenard and Stark, had to cover up by extraordinary flights of reasoning the fact that he had not joined the Nazis until after they seized power.

It is not a simple matter either to introduce racial doctrine into mathematics, or to base an Aryan mathematics on such an introduction. Still, the attempt had to be made; for the dismissal of many of Germany's most eminent mathematicians urgently required justification.

In a speech by Bieberbach held before the Society for the Advancement of Instruction in Mathematics and Science, as reported in the *Deutsche Allgemeine Zeitung*,

> The lecturer sought to establish a relationship between the nature of mathematical thought and the racial origin of the thinker himself. He made reference to an actual event—the disturbances at the University of Göttingen as a result of the work in the theory of numbers of Edmund Landau, who was rejected by the student body because of his alien method of presentation. Herr Bieberbach emphasized and approved this attitude of the student body. . . . Mathematical style, he asserted, was deter-

had only to pick up the money that was virtually thrown out of the windows. 'While we danced, they worked,' an old noblewoman from Warsaw told me. 'Today we have to work for our livelihood and they can dance.' In Rumania it was the peasant who disliked and neglected trade. In Bohemia, however, no such prejudices existed and, as a result, there was a much more equitable distribution of commerce among Jews and Christians.

III

Today, however, the young Po...

ber one.

Consider, too, his character. The Jew is much more affable, of a more cosmopolitan spirit, and his patriotism lacks the rabid quality that is so prevalent in these regions. He speaks all the Western languages easily and fluently. He is open to criticism. He is the one to tell those amusing anecdotes that poke fun at the excesses of governments, dictatorial or otherwise. For this reason, he will probably tell you more about things as they really are beneath the surface than his Aryan fellow citizen, who would have

mined by blood and an appropriate subject for the racial doctrine of today.

Actually the story of the Göttingen riots is very simple. The National Socialist students—it was they and not the student body as a whole—obeyed orders to attack a great mathematician because he was a Jew.

Bieberbach's lecture had a great effect. The Danish mathematician Harold Bohr quietly rejected it, whereupon Bieberbach, as editor of the annual report of the Society of German Mathematicians, against the will of the two other editors, and without the knowledge of the president, let loose a tirade against Bohr. 'You are a menace to all international coöperation . . . such coöperation languishes in the soil of weakness, self-abasement and contumely. You indulge in these vices at the expense of truth.'

Another version of Bieberbach's arguments were published in *Research and Progress* of June 30, 1934, under the title of *Personality and Mathematical Work*. The English Mathematician G. H. Hardy generously replied as follows:—

> 'It is not reasonable to criticize too closely the utterances of men of science in times of political excitement. . . . Anxiety for one's own position, dread of falling behind the rising torrent of folly, determination at all costs not to be outdone may be natural, if not particularly heroic, excuses. Professor Bieberbach's reputation excludes such explanations of his utterances. I find myself driven to the more uncharitable conclusion that he really believes them true.

In an article for the Academy of Sciences Bieberbach then limited his theoretical considerations, though he emphatically reiterated the ultimate purpose of his 'theory,' the exclusion of all non-National Socialists.

IV

Scientific journals and societies are today '*gleichgeschaltet*.' Jews are excluded. But affirmation of the specifically Aryan thought has been lacking and the claim to the dominance of the 'Aryan' mathematics is still rejected. This deficiency led to a frontal attack against insubordinate science. For this purpose a special organ was created. Since 1936 a quarterly, *German Mathematics*, printed in old German type, has been appearing under the editorship of Herr Bieberbach. Its circulation is about 6,500. The first issue starts out with an invocation by Adolf Hitler—heretofore unknown as a mathematician.

The leading article of the first issue was written by Kubach, *Reichfachabteilungsleiter Mathematik der Deutschen Studentenschaft* (Reich professional division leader for mathematics of the German student body). This gentleman with the long title is a professional student at Heidelberg, which for many years distinguished itself by the lack of an ordinary professor of mathematics.

Herr Kubach's argument runs as follows: the demand that mathematical finding must be accepted as correct everywhere, regardless of the race of the finder 'bears within itself the germs of decay and disintegration of German science. . . . Our fanatical belief in the rightness of our views convinces us of the utter fallacy of these traditional liberal opinions.' In this way Kubach justifies the need for a political purge in mathematics.

The editorial does not seem to have

had any outstanding success, for the second issue lamely admits that an examination of all mathematicians connected with the University of Heidelberg since 1800 had, despite unequivocal establishment of racial origin, been insufficient to arrive at a valid conclusion concerning Jewish as opposed to German work.

All this seems to have left little impression upon the scientific contributors of the magazine. They completely ignore the principles set up by their new overlords, the National Socialist students. Significantly, except for Bieberbach, only Professor Tornier fully and completely professes Aryan mathematics. All other scientific contributors furnish only objective articles. The contrast between program and contents is often so great that one is tempted to suspect sabotage. The political mathematics of the National Socialist writers is postulated in the editorial section. But nothing of this is felt in the scientific part. For example, one scientific contribution gleefully cites the jest of the old surveyor: 'There are black and white dogs. The surveyor, however, calls the black dogs false white dogs, so that he can make the statement that all dogs are white.'

The general impression of the magazine is good, from a professional point of view. Jews and even émigré mathematicians are cited with equanimity and much work is carried on on the basis of what they have done.

The *Gleichschaltung* of German universities has been accomplished by the National Socialists. The construction of 'Aryan mathematics,' however, has miscarried, as was to be expected.

E. J. GUMBEL, professor of mathematical statistics and economics at the University of Heidelberg, was one of the first German professors to be ousted by Nazi pressure even before the Nazis seized power. He has fallen into disfavor especially because of his exposures of the Feme murders committed by the illegal Black Reichswehr and his determined stand for the Republic. Professor Gumbel's article on 'Aryan Science' is taken from *Freie Wissenschaft*, a publication by the Sebastian Brant Verlag in Strassburg. This book, a collection of essays by German émigré scientists, shows that there still exists an unshackled German science on the other side of the German frontier. [p. 252]

93

J. Gumbel
20 Waldo Ave
New York
KINGSBRIDGE 3-0170

Albert Einstein

Zum sechzigsten Geburtstag

von E. J. Gumbel

Um die Bedeutung Einsteins zu verstehen, müssen wir einen Blick auf die Geschichte der Physik werfen. Sie beginnt im wesentlichen mit der Renaissance und ihre Entwicklung kulminiert in drei grossen Namen: Isaac Newton, Michael Faraday, Albert Einstein.

Newton ist der Schöpfer der Mechanik, der Einführung der Begriffe Kraft und Masse und ihrer Anwendung auf die Planetenbewegung. Er war sich der universellen Bedeutung seiner Entdeckungen bewusst. „Alle physikalischen Erscheinungen sind mechanischer Natur", d. h. sie sind auf die Bewegung von Massen zurückzuführen. Die Lehre Newtons hatte im 18. Jahrhundert einen ungeheuren philosophischen Erfolg, weil der Rationalismus, also die Abkehr von der Herrschaft der traditionellen Mächte, sich — zu Recht oder Unrecht — auf ihn berief.

Durch Faradays Entdeckung des Induktionsgesetzes wurde es aber offenbar, dass die elektromagnetischen Erscheinungen im Rahmen der Physik ein unabhängiges und der Mechanik ebenbürtiges Gebäude darstellen.

So ging die Entwicklung der Physik in den letzten Jahrhunderten nach zwei scheinbar verschiedenen Richtungen. Zunächst tauchten neue Gebiete auf: Elektrizität, Magnetismus und Thermodynamik. Aber zur gleichen Zeit ging ein Prozess der Vereinheitlichung vor sich. Es gelang, die Lehre vom Schall als Teil der Mechanik darzustellen, die Optik in die Elektrizitätstheorie einzubauen, die Thermodynamik mit der Mechanik zu verbinden, sodass schliesslich nur zwei völlig getrennte Gebiete: Elektrizität und Mechanik übrig blieben.

Mit Einstein beginnt die Synthese der Mechanik und der Elektrodynamik. Einstein hat als Ingenieur angefangen. Diese praktische Beschäftigung hat in seiner ganzen Lehre nachgewirkt. Denn er hat sich nie darauf beschränkt, Theorien aufzustellen, vielmehr hat er in jedem einzelnen Fall sofort praktische Konsequenzen gezogen und das Ergebnis von Beobachtungen vorausgesagt, die noch gar nicht gemacht worden waren.

In der speziellen Relativitätstheorie (1905) hat Einstein den elementarsten physikalischen Begriff, die Gleichzeitigkeit, analysiert und ein der Mechanik und Elektrodynamik übergeordnetes Prinzip aufgestellt, den engen Zusammenhang zwischen elektrischem und magnetischem Feld aufgeklärt und gezeigt, dass die klassische, Newtonsche Mechanik nur für Bewegungen zutrifft, die im Vergleich mit der Lichtgeschwindigkeit langsam erfolgen. Das wichtigste Ergebnis der neuen, Einsteinschen Mechanik ist der Satz von der Trägheit der Energie, nach welchem jeder Masse eine bestimmte Energiemenge entspricht. Diese, unsere Vorstellung von der Materie umstürzende Theorie ist seither verwirklicht worden: Wir können heute im Laboratorium Masse in Energie und Energie in Masse umwandeln.

Die „Allgemeine Relativitätstheorie" (1916) brachte eine neue Deutung der Gravitationserscheinungen im Zusammenhang mit der Frage nach der geometrischen Struktur des Raumes. Eine ihrer merkwürdigsten Konsequenzen ist die Behauptung, dass das Licht etwas wiege, dass die praktische Geometrie ein Teil der Mechanik sei.

Jahrhundertelang hat ausschliesslich die Euklidsche Geometrie geherrscht. Die vergeblichen Versuche, die Zahl der von Euklid aufgestellten Axiome zu reduzieren, haben im 19. Jahrhundert zu der Konzequenz geführt, dass man Geometrien aufstellte, die eines der Euklidschen Axiome nicht enthielten. Der grosse Geometer Riemann hatte den Einflus eines der Geometrie fremden Begriffs, nämlich den der Masse, vorausgeahnt. Die Realisierung dieser Prophezeiung durch Einstein besteht nun darin, dass es keine abstrakte Struktur des Raumes gibt, dass sie vielmehr von den im Raum vorhandenen Massen abhängt. So entsteht ein Einfluss der Schwerkraft auf das Licht, das sich geradlinig fortpflanzt. Aber der Begriff der Geraden hängt von der Raumstruktur ab. Aus diesem Grund konnte Einstein vorhersagen, dass die scheinbare Lage der der Sonne benachbarten Sterne während einer Sonnenfinsternis von der gewöhnlichen Lage verschieden sei, welche Behauptung dann später experimentell bewiesen wurde. Die Einsteinsche Gravitationstheorie führt so zu kleinen Abweichungen von den früheren, klassischen Gesetzen (Perihelddrehung des Merkur, Rotverschiebung der Spektrallinien), die von der Erfahrung bestätigt werden.

Die dritte fundamentale Leistung, die wir Einstein verdanken, ist die sogenannte Lichtquantenhypothese, welche besagt, dass der Strahlung ausser den Welleneigenschaften der klassischen Theorie noch gewisse mechanische Züge anhaften, sodass das Licht manchmal wie ein Schwarm mechanischer Korpuskel wirkt. Durch diese Anwendung der von Planck aufgestellten Quantentheorie auf die Optik hat Einstein bestimmte, früher bekannte, experimentelle Ergebnisse richtig gedeutet. Die Weiterentwicklung dieser Ideen durch Bohr, de Broglie u. a. führte zur Aufstellung des gewaltigen und umfangreichen Gebäudes der heutigen Quantentheorie.

Das Tempo der Entwicklung der neueren Physik ist geradezu schwindelnd. Ergebnisse, die kaum 20 Jahre alt sind, gelten daher heute bereits als klassisch. Während Jahrhunderte das Atom als unteilbar angenommen haben, sind wir jetzt zu einer Kernphysik fortgeschritten, wobei der Kern nur einen Teil des Atoms darstellt. Wir nähern uns bereits der Lösung eines zentralen Problems der Physik: der Frage nach der Mikrostruktur der Materie.

Wie auch immer die zahlreichen, heute noch offenstehenden Fragen entschieden werden, so wird sicher die bereits heute allgemein vertretene Auffassung weiterleben, dass der Name Einsteins neben den grössten Physikern aller Zeiten stehen wird. Denn seine Lehre ist ein dauernder Bestandteil der Physik geworden.

Woher kommt nun, angesichts dieser international anerkannten Leistung, der ungeheure und zum Teil s[o]cher echte Hass der Nationalsozialisten gegen Einstein. Es genügt nicht zu sagen: die nationalsozialistischen Physiker, Starck und Lenard, haben eben die Propaganda gegen diesen Feind, weil Kollegen, gelenkt, um eine unbequeme Schule zu vernichten. Um den Hass zu verstehen, muss man zunächst von der Bewunderung ausgehen, die man auch in Deutschland Einstein entgegenbrachte. Der äusserliche Erfolg der Relativitätstheorie beruhte nicht nur auf ihrer physikalischen und philosophischen Bedeutung. Gegen seinen Willen wurde ein direkter Kult mit Einstein getrieben. Der populäre Erfolg der Relativitätstheorie in der Inflationszeit war ein Spiegelbild der Tatsache, dass der Wert, an den die meisten Menschen nun einmal glauben, das Geld, aufhörte, Masstab zu sein. Dieses Bewusstsein der Instabilität und die Untergangsstimmung der bürgerlichen Welt setzte sich in eine zum Teil gedankenlose Anerkennung einer Lehre um, die den unverständlichen Vorgang als kosmische Tatsache erklären sollte.

Die Nationalsozialisten sind nun trotz ihrer gegenteiligen Beteuerungen Exponenten einer allerdings spezifischen Form des Kapitalismus. Sie müssen daher einen Mann hetzen, der ihnen, mit Recht oder Unrecht, als Verkörperung des Zweifels erschien. Der wesentliche Faktor in ihrem Hass aber ist die Person Einsteins und seine politischen Ueberzeugungen. Er ist ein weicher, musikalischer Mensch, aber bewaffnet mit einem leidenschaftlichen Sinn für Gerechtigkeit, ein Sozialist im weitesten Sinne des Wortes. Während des Krieges stand er bei den Pazifisten. Stets hat er die Internationalität der Wissenschaft betont.

Als Protest gegen den Nationalsozialismus hat er in würdiger Form seine Aemter in Deutschland und die deutsche Staatsbürgerschaft niedergelegt. Die Nationalsozialisten haben ihn daraufhin nochmals ausgebürgert und sein (bescheidenes) Vermögen beschlagnahmt.. Anstatt sich feig zu unterwerfen und zu schweigen — wie so viele — hat Einstein sich offen den Nationalsozialisten entgegengestellt. Bei seinem grossen internationalen Ansehen hat dies den „Rettern der europäischen Kultur" erheblich geschadet. Sie können nicht zugeben, dass dieses Ansehen auf Leistungen beruht, denn dadurch wird ihre ganze Doktrin vom "Untermenschentum" ad absurdum geführt. Daher ihr Hass.

Einstein kennt die Zeitbedingtheit politischer Forderungen und hat daraus die Konsequenz gezogen, dass der Ultrapazifismus von heute doch nur den Nationalsozialisten zugute kommt. Der Fall Einstein wird auch noch in fernen Zeiten ein Zeugnis der Schande für die heutigen deutschen Machthaber sein.

Alle Bücher

Deutsch - Franzoesisch - Englisch

durch

Librairie Science et Littérature

PARIS V° 21, Rue Cujas

Versand nach allen Teilen der Welt

94

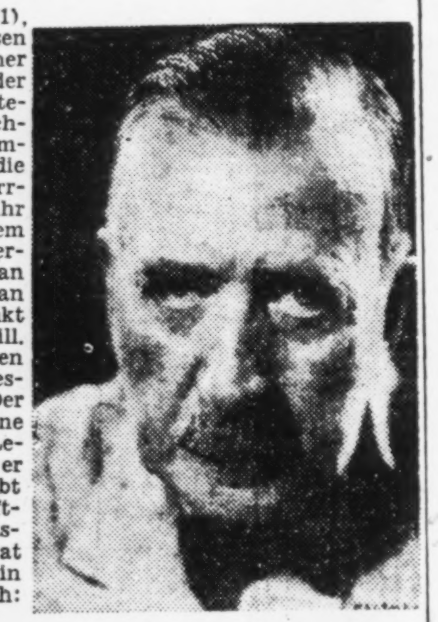
JUBILÄUMS-AUSGABE 1889 1939

Argentinisches Tageblatt

III. Teil

DAS DEUTSCHLAND, DAS WIR LIEBEN, SPRICHT:

Heinrich Mann



(geb. in Lübeck am 27. März 1871), der deutsche Zola, das Gewissen des deutschen Volkes, der Mahner seit Jahrzehnten, ist eine der prachtvollsten und liebenswertesten Erscheinungen des Deutschland, für das wir kämpfen. Kompromisslos, unnachsichtig gegen die Schwäche und Dekadenz der herrschenden Schichten, enthüllt er ihr Gesicht. „Der Untertan", vor dem Krieg geschrieben und 1918 erschienen, ist ein Werk, das man gelesen haben muss, wenn man Grundlagen und Ausgangspunkt des Dritten Reiches verstehen will. Unter seinen zahlreichen Werken erwähnen wir die Romane: Professor Unrat, Die kleine Stadt, Der Kopf, Die grosse Sache und seine meisterhafte Biographie "Das Leben des Königs Henri IV", die er in der Emigration schrieb. Es gibt kaum einen deutschen Schriftsteller, den die Nazioten so hassen wie Heinrich Mann. Er hat sie erkannt und festgenagelt in seinem leidenschaftlichen Buch: Hass.

Der Kampf des Argentinischen Tageblattes ist bewundernswert. Die demokratischen Ideale verteidigt zu haben, fünfzig Jahre hindurch und in der dritten Generation, das ist für die Vorgänger und den Nachfolger eine hohe Auszeichnung.

In den letzten, härtesten Zeiten haben Sie, verehrter Doctor Alemann, und haben Ihre Mitarbeiter den ausserordentlichsten Mut bewiesen. Ich freue mich Ihrer Festigkeit, Ihrer Erfolge, und wünsche Ihnen, über alle Prüfungen hinaus den glücklichsten Bestand.

Heinrich Mann

Rudolf Olden

Unseren älteren Lesern brauchen wir diesen bedeutenden Publizisten nicht vorzustellen. Er war einer der Hauptredakteure des „Berliner Tageblattes" und schrieb viele Jahre unter dem Pseudonym Karl Wurzbach für das „Argentinische Tageblatt" Berliner Berichte, die das kommende Unheil erkennen liessen. Die Flucht vor den braunen Totschlägerkolonnen gelang ihm noch rechtzeitig. Heute doziert er an der Universität Oxford, schreibt geschliffene Analysen zur politischen Lage aus einer tiefen historischen Kenntnis heraus und aufgrund engster persönlicher Beziehungen. Sein Werk „Hindenburg oder der Geist der preussischen Armee" ist der Schlüssel zum Verständnis des Dritten Reiches. Es ist jedem zu empfehlen, dem es um ernsthafte Erkenntnis zu tun ist. Abgesehen von seinem historischen und zeitgeschichtlichen Wert ist es glänzend geschrieben.

Oxford, den 12. März 39.

Lieber und verehrter Herr Dr. Alemann,

es ist mir eine Herzensfreude, dem „Argentinischen Tageblatt" und seinem Leiter, Ihnen, zu diesem Jubeltag meine Glückwünsche aussprechen zu können. Als ich vor bald zwanzig Jahren als Korrespondent einer grossen republikanischen Zeitung nach Buenos Aires kam, zeigte sich der republikanische Gesandte kühl und unzugänglich, Sie aber nahmen den Gast mit offenen Armen auf. Bald merkte ich, was ich da für einen guten Tausch gemacht hatte: der wahre Gesandte der deutschen Republik waren Sie! Deutschland, das Deutschland für das wir damals lebten und das wir immer im Herzen tragen, Sie waren es, der es in dem fernen Argentinien vertrat, nicht jener Dutzenddiplomat. Und das tun Sie auch heute noch. Ich habe eine bestimmte Vorstellung davon, was es bedeutet, dass Sie diese zwanzig Jahre hindurch den Posten gehalten haben, wieviel Zähigkeit, wieviel Tapferkeit und wieviel Glaube. Denn ich weiss, Ihrem Blatt und Ihnen haben die Anderen immer ans Leder gewollt, das waren Hauptkampfziele jenes eifervollen Hasses, den die Elenden für einen Beweis ihres Patriotismus ansehen. Ja, wenn man ein Konzentrationslager am La Plata einrichten könnte, Sie wären sein bestes Stück, sein Schmuck und seine Zier.

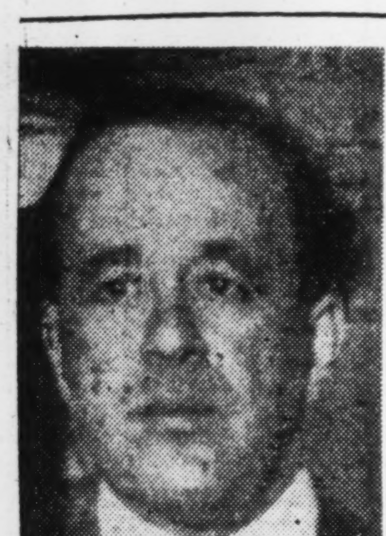
Da es das aber nicht gibt und auch nicht geben wird, so sind Sie uns Zier und Schmuck und ein Gegenstand höchstverdienter Ehrung. Wir werden Ihnen unseren Pour le Mérite um den Hals hängen, und nicht die Friedensklasse, verlassen Sie sich darauf, wenn erst der wüste Traum zu Ende geträumt und unser Volk erwacht ist.

Seien Sie schön vorsichtig mit Ihrer Gesundheit, damit Sie frisch bleiben für die grosse Feier. Und also, lieber Alemann, auf Wiedersehen in Berlin!

Immer der Ihre

Rudolf Olden

Emil Ludwig



geb. am 25. Januar 1881 in Breslau, gehört zu den deutschen Schriftstellern, die das Wesen des Preussentums rechtzeitig erkannt haben. Seit mehr als drei Jahrzehnten lebt er daher in der Schweiz, deren Bürger er geworden ist. Seine Biographien haben Ludwig in der ganzen Welt berühmt gemacht. Wir erwähnen: Goethe, Napoleon, Bismarck, Lincoln, Roosevelt. Von stärkster politischer Wirkung sind drei seiner Werke: Wilhelm II., Juli 1914 und Hindenburg. Sie alle zeichnen sich aus durch eine Objektivität, die man in zeitgeschichtlichen Werken selten oder nie findet. Dabei ist Ludwig ein warm empfindender Mensch und Schriftsteller von Leidenschaft. Selbstverständlich wurden seine Werke im Dritten Reich auf den Scheiterhaufen geworfen, wie alles, was nicht in den Zwangsrahmen des preussischen totalen Militärstaates passt. Ludwig hat sich vom ersten Tage des Dritten Reiches an in die Reihen der Kämpfer gegen die braune Barbarei gestellt und sich persönlich exponiert. Seine Zivilcourage ist unbestritten. Und da sein Wort in der zivilisierten Welt mehr gehört und gelesen wird, als das aller gleichgeschalteten Schriftsteller zusammen, begreift man den geifernden Hass, den ihm die Vandalen widmen. Sein mutiges und hinreissendes Auftreten am PEN-Kongress in Buenos Aires ist unvergessen.

Doktor Alemann
fass' das Eisen an,
bis man's biegen kann,
wie sie's einst getan, —
Mann für Mann,
die wir um die Freiheit
kämpfen sahn!

"Ja, diesem Sinne bin ich ganz ergeben,
das ist der Weisheit letzter Schluss:
nur Der verdient sich Freiheit wie das Leben,
der täglich sie erobern muss."
Dem 50jährigen "Argentinischen Tageblatt"
vom 58 " Emil Ludwig
für den 80 " Goethe
dies Wort des 100jährigen Faust.

Emil Ludwig

Klaus Mann

(geb. in Münch[illegible]n am 18. November 1906), der [illegible]ch begabte Sohn eines genialen [illegible]aters trat schon als Neunzehnjä[illegible]riger mit einem Roman (Der fr[illegible]mme Tanz) hervor, dem ein Ja[illegible]r darauf die Komödien „Revue [illegible] Vieren" folgten. Wie sein Vater [illegible]og auch er das bittere Brot der Emigration der Unterwerfung u[illegible]r die Herrschaft des misslungene[illegible] Literaturbeflissenen Goebbels [illegible]r. Gehört seither zu den kämp[illegible] [illegible]fern gegen die [illegible] Barbarei. Unter seinen L[illegible] der [illegible] literarische Zeit[illegible] lung" zu nenne[illegible] die bei Querido erschien, und zw[illegible] Romane, die er in der Emigrati[illegible] schrieb: Flucht in den Norden [illegible] Mephisto. Daneben entfaltet [illegible] eine fruchtbare Tätigkeit in [illegible] [illegible]schriften deutscher und eng[illegible] [illegible]her Sprache.

Princeton (N. [illegible], 16. März 39.

Sehr geehrte Herren,

das „Argentinische Tageblatt" lese ich mit In[illegible]resse, Freude und Achtung, wann immer ich es zu Gesicht bekomm[illegible]. Ihre aufrechte, entschiedene moralisch-politische Haltung nötigt [illegible] zum Respekt. Das Politische und Geistige sind aber, heute weniger d[illegible]nn je, voneinander zu trennen. Da Sie im Politischen das Anständig[illegible] Zukünftige, Gute vertreten, halten Sie auch ein schönes Niveau, wa[illegible] das ästhetisch-Literarische betrifft. Für einen deutschen Schriftstel[illegible]er bedeutet es eine Genugtuung und einen Trost, dass, durch die Ver[illegible]ittlung Ihres Blattes, das saubere, noch-nicht-korrumpierte deutsch[illegible] Wort in Argentinien weiter gehört wird und weiter wirkt.

Unsere Feinde, die Feinde der Gesittung, An[illegible]eter der Gewalt, Verächter des Geistigen, schreien ebenso laut wi[illegible] misstönend. Denen, die das deutsche Wort und den Begriff „Deuts[illegible]land" selber heute vergewaltigen und erniedrigen, steht ein enorm[illegible] Propaganda-Apparat zur Verfügung, und Geld bekommen sie aus B[illegible]lin so viel sie wollen und für ihre finstere Machenschaften brauch[illegible]

Wir indessen sind auf uns gestellt, kein mächt[illegible]er Staat hilft uns. Freilich haben wir Einiges für uns, zum Beispiel [illegible]das Recht und die Wahrheit. Mit dergleichen setzt man sich nur un[illegible]er Schwierigkeiten durch in der Welt, wie sie heute ist.

Doch bleibt es nicht wie es ist — nur Phan[illegible]asielose und Feige können meinen, die Dinge müssten in ihrem heuti[illegible]en Zustand erstarren. Sie bewegen sich aber, verändern sich man[illegible]hmal sogar zum Besseren.

Das „Argentinische Tageblatt" gibt es nun s[illegible]hon fünfzig Jahre. Eine lange Zeit, vieles ist während ihres Ablaufe[illegible] geschehen, und vielerlei wird Ereignis werden, ehe weitere fünfzig [illegible]Jahre vorüber sind. Dann wird es Ihre Zeitung immer noch geben; d[illegible] Blätter aber, die heute die fetten Summen aus Berlin empfangen, [illegible]werden längst vergessen sein. Heute sind wir die deutsche Opposit[illegible]n — Sie, meine Herren, und ich, und alle unsere Freunde: morgen [illegible]erden wir Deutschland sein, und seine anerkannten Repräsentanten in allen Ländern.

Ich gratuliere Ihnen zu Ihrem Fest, und wü[illegible]sche Ihnen eine fruchtbare, gute Zukunft.

Aufrichtig ergeben:

Klaus Mann

Prof. Dr. E. J. Gumbel

(geb. in München am 18. Juli 1891) gehört zu den wenigen charaktervollen, tapferen Lehrern der deutschen Hochschuljugend, die ihre ganze Existenz für die deutsche Republik einsetzten. Neben der Statistik, die er an der Heidelberger Universität lehrte, befasste er sich intensiv damit, das unheilvolle Wühlen der Reaktion aufzudekken. Seine Bücher „Vier Jahre politischer Mord" (1922) und „Verräter verfallen der Feme" (1929) liessen die rechtsradikalen Kreise aufheulen. Ein Kesseltreiben setzte gegen den mutigen Dozenten ein, und er musste Deutschland schon vor dem Dritten Reich verlassen. Die Geschichte der letzten sechs Jahre hat seine Voraussagen bis ins Letzte bestätigt. Er lebt heute als Professor an einer französischen Universität, die den Gelehrten gastlich aufgenommen hat.

An das Argentinische Tageblatt

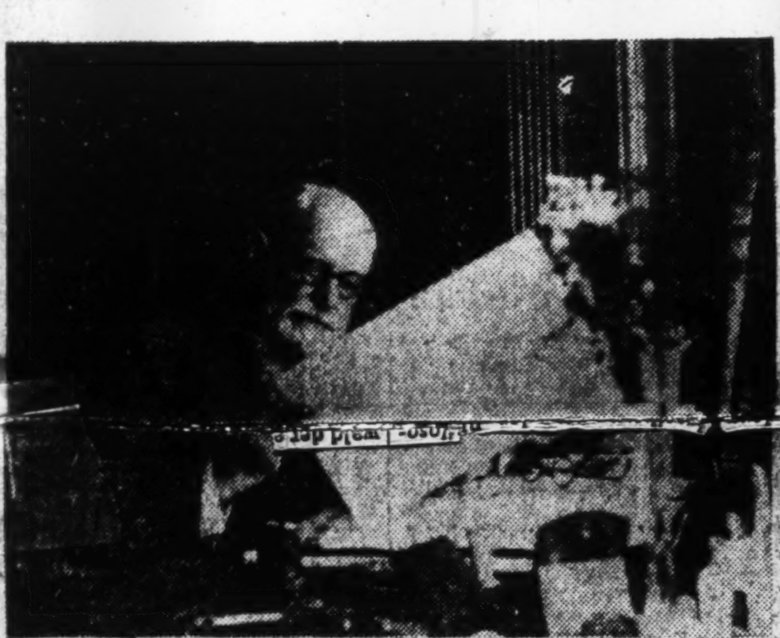
Das Reich der Nationalsozialisten, begründet durch Eidbruch, Brandstiftung, Raub und Mord, wird nicht ewig dauern. Aber seine moralischen Wirkungen werden es überleben. Es besteht daher die grosse Gefahr, dass der deutsche Name noch in fernen Zeiten mit Schande bedeckt bleibt.

Unsere Aufgabe ist es, dies zu verhindern. Wir müssen versuchen, die im heutigen Reich zerstörte moralische Tradition der klassischen deutschen Philosophen und Gelehrten fortzusetzen. Denn sie haben die wirkliche Grösse Deutschlands geschaffen.

Es ist ein wesentliches Verdienst des Argentinischen Tageblattes, trotz aller Widerstände auf diesem Weg vorgearbeitet zu haben.

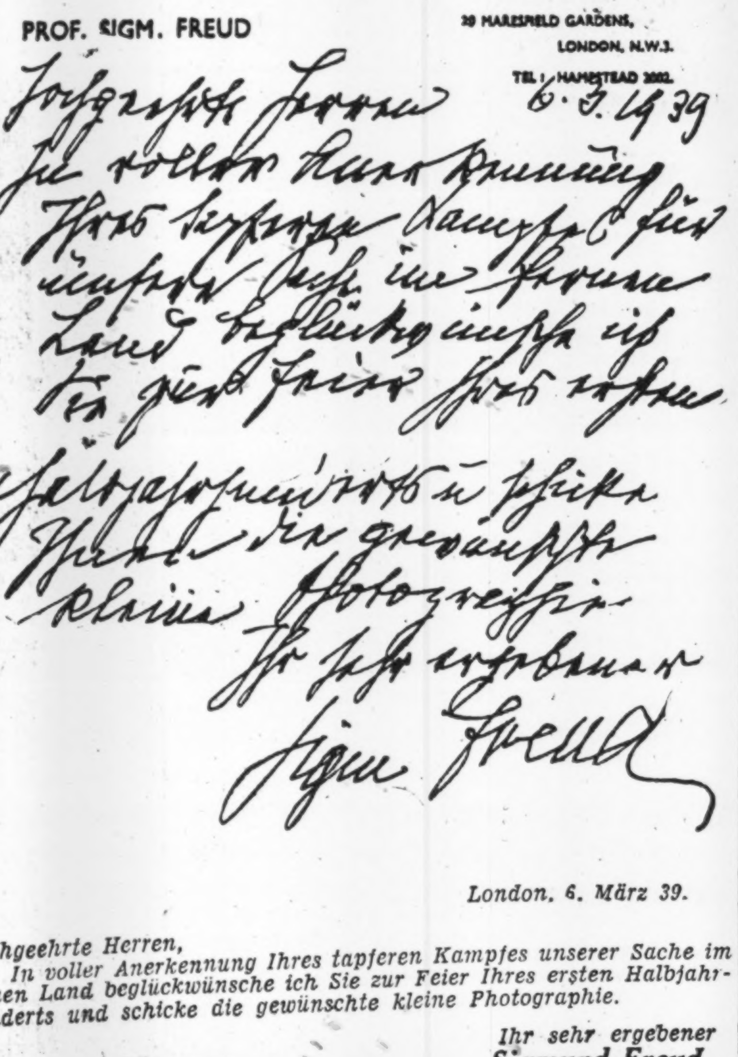
E. J. Gumbel

Lyon, 9. April 39.



Prof. Dr. Sigmund Freud

geb. am 6. Mai 1856 in Freiburg (Mähren), wiener Nervenarzt, gelang es als erstem mit dem Licht der Ratio in das geheimnisvolle dunkle Reich des Unbewussten, das Herrschaftsgebiet der Triebe, vorzustossen und psychische Erkrankungen durch Bewusstmachung früher Erlebnisse, die zu Triebverdrängungen führten, d. h. durch "Psychoanalyse" zu heilen. Zunächst schien in dem unbewussten Reich der Triebe ihr stärkster, die Sexualität, Alleinherrscher zu sein; später entdeckte Freund auch hier andere normengebende Faktoren: das "Es", das "Ueberich". Und mit dem Licht der Vernunft erhellte und entwirrte er auch die Entstehung der Religionen, Mythen, Märchen und Riten, der "geistigen" Leistungen einer noch im Kindheitsstadium befindlichen Menschheit, die noch uneingeschränkt dem Irrationalen unterstand. Sein Werk ist fraglos eines der gewaltigsten unserer Epoche, und so war es sozusagen selbstverständlich, dass, als der bestialische Trommler des neuerstandenen Irrationalitäten-Urwalds im vorigen Jahr in Wien einzog, der zweiundachtzigjährige Freud, der grosse Gebiete des Reiches der Irrationalität der Erfassung und damit der Beherrschung durch die Vernunft erschlossen hatte, in die Emigration gehen musste. Freud lebt jetzt in London und hat in ungebrochener Geisteskraft in diesen Tagen ein neues Buch erscheinen lassen: "Der Mensch Moses und die monotheistische Religion", das bei den "Schriftgelehrten" aller Konfessionen Widerspruch erregen dürfte, weil wieder einmal unsere Offenbarungsreligionen, die doch die Grundlagen unserer "Kultur" (die gewiss noch keine war) sein sollen, einen heftigen Stoss erleiden.


PROF. SIGM. FREUD

29 MARESFIELD GARDENS,
LONDON, N.W.3.
TEL: HAMPSTEAD 2002.

6.3.1939

Hochgeehrte Herren

In voller Anerkennung Ihres tapferen Kampfes für unsere Sache im fernen Land beglückwünsche ich Sie zur Feier Ihres ersten Halbjahrhunderts u schicke Ihnen die gewünschte kleine Photographie.

Ihr sehr ergebener

Sigm Freud

London, 6. März 39.

Hochgeehrte Herren,

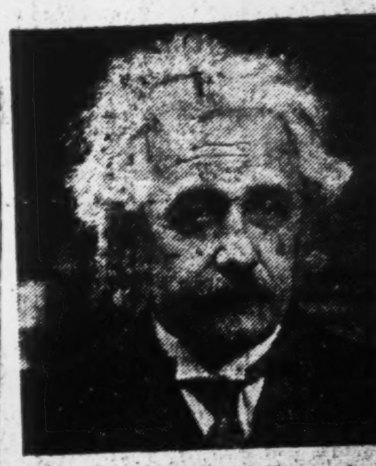
In voller Anerkennung Ihres tapferen Kampfes unserer Sache im fernen Land beglückwünsche ich Sie zur Feier Ihres ersten Halbjahrhunderts und schicke die gewünschte kleine Photographie.

Ihr sehr ergebener

Sigmund Freud

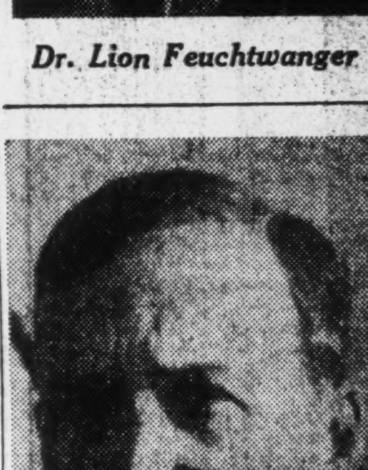
Glückwünsche sandten:

Dr. Thomas Mann



Prof. Dr. Albert Einstein

Dr. Lion Feuchtwanger



Stefan Zweig

Dr. Emil Oprecht

Arthur Koestler

Eines Tages treffen Telegramme ein, dass ein deutscher Journalist in Malaga beim Einmarsch der Italiener und Marokaner gefangen genommen sei. Man befürchtet das Schlimmste für ihn, da sich herausstellt, dass er schon vorher im Rebellen-Spanien gewesen und frei von der Leber weg das geschildert hatte, was er gesehen hatte. Das kann ihm der ewig betrunkene Radio-General Queipo de Llano nicht verzeihen. Als Todeskandidat kommt er in ein spanisches Gefängnis und verliert jeden Kontakt mit der Aussenwelt. In England regt sich inzwischen die öffentliche Meinung zu seinen Gunsten, da er als Vertreter eines Londoner Blattes nach Spanien gereist war. Wider Erwarten wird er auf englischen Druck hin — auf eine Anfrage im Unterhaus interessierte sich die Regierung für ihn — freigelassen. Seine Erlebnisse und Eindrükke schildert er in einem erschütternden Buch „Spanisches Testament." Er erzählt, wie Nacht für Nacht aus den benachbarten Zellen Hunderte unschuldiger Milizmänner herausgeholt wurden, um erschossen zu werden. Einmal hörte er, wie ein Milizmann schreiend fragte, weshalb er unschuldig sterben müsse. Der Priester antwortete ihm: "Sei ruhig, mein Sohn, der Tod, das ist die Freiheit!" Ja, so sehen die faschistischen und klerikal-faschistischen "Freiheitsbewegungen" aus...

Paris, am 14. März 1939.

Werte Kollegen,

ich beglückwünsche Sie zum 50-jährigen Jubiläum des Bestehens Ihrer Zeitung, das nahezu mit dem sechsjährigen Jubiläum Ihres Kampfes für die Wiederherstellung der deutschen Freiheit und Menschenwürde zusammenfällt. Es ist schön, zu wissen, dass es doch noch überall, in den entferntesten Gegenden dieser Erde, Gruppen von Menschen gibt, die zähe auf ihrem Posten verharren und die Positionen verteidigen, die der Demokratie noch geblieben sind; sie sind die Erben einer grossen Tradition und die Vorläufer einer lebenswerteren Zeit. Aber keiner von ihnen weiss, ob er diese noch erleben wird, und das macht den Kampf so ernst und so schwer. Kämpfern dieser Art werden heute keine Medaillen an die Brust gehängt; sie werden, wohin das Auge blickt, erschlagen, erschossen, ausgelöscht. Was bleibt ihnen als Lohn? Nur das Bewusstsein, für und nicht gegen das Wohl und den Fortschritt der Menschheit eingetreten zu sein: ein Alibi vor der Geschichte. Das ist, von der Gegenwart aus betrachtet, wenig; aber wer Vergangenheit und Zukunft im Auge zu behalten vermag, weiss, dass es für den Menschen keine würdigere Art gibt, sein Leben zu verbringen.

Arthur Koestler

Neuer Vorwärts, Paris

Paris, den 12. April 1939.

Sehr geehrte Herren,

Nehmen Sie unseren herzlichsten Glückwunsch zu Ihrem fünfzigjährigen Jubiläum entgegen. Wir begrüssen in Ihrem Blatt einen gleichgesinnten Mitkämpfer, eine Stimme aller derer, die über Partei- und Klassengrenzen hinweg die Sache der Freiheit vertreten. Wir danken Ihnen, dass Sie vom ersten Tage des Bestehens des Dritten Reiches an Ihre Stimme erhoben haben gegen das barbarische System Hitlers, das heute die ganze Welt bedroht. Sie haben gezeigt, dass die besten Deutschen, die im Ausland leben, nicht Diktaturknechte und Chauvinisten sind, sondern Träger der grossen freiheitlichen und humanitären Tradition der deutschen Kulturnation.

Ist es nicht ein merkwürdiger Zufall, dass Sie das fünfzigjährige Jubiläum Ihres Bestehens fast genau an dem gleichen Tage begehen, an dem in Deutschland der fünfzigste Geburtstag des Tyrannen gefeiert werden muss?

In diesen fünfzig Jahren haben Sie für den Fortschritt, für die Freiheit, für Würde und Ansehen des deutschen Volkes jenseits des Ozeans gewirkt, haben Sie das Beste weitergetragen, was das deutsche Volk anderen Völkern zu geben hat. Sie haben gewirkt für die grosse geistige Strömung, die von den Klassikern, von der Philosophie Kants und Fichtes, vom Humanismus Herders ausgehend, das geistige Leben des besseren Deutschland durchzogen hat und die heute die wahre Grundlage des Kampfes ist, den wir alle gegen das Dritte Reich führen.

Er aber hat diesen Geist niemals begriffen! Er hat nachgebetet, was die ungeistigen Hetzer, die Materialisten des deutschen Chauvinismus, die Machtanbeter und die Hasser aller anderen Volksgeister in diesen fünfzig Jahren zum Schaden des deutschen Volkes vertreten haben. Er hat die beste deutsche Tradition geschändet, er hat seine Ideen aus dem Abfallhaufen der deutschen Geschichte geholt, er hat alles das zerschlagen, was Sie und viele Andere zur Ehre des deutschen Geistes in jahrzehntelanger Arbeit im Ausland aufgebaut haben.

Der Geist der Freiheit aber geht nicht unter. Einst wird das Dritte Reich verrauscht sein wie eine historische Episode. Dann wird das deutsche Volk wieder zu einer Kulturnation werden, und es wird alle Fäden seiner grossen geistigen Tradition wieder anknüpfen, die Hitler zu zerreissen versucht hat.

Dafür kämpfen Sie, dafür kämpfen wir. Das Bekenntnis zur Freiheit verbindet uns über den Ozean hinweg. Sie werden aufrecht und ehrenvoll weiter dem Kampfe von heute und den Aufgaben von morgen dienen, mag auch das Dritte Reich Sie hassen und verfolgen.

Nehmen Sie unsere herzlichsten Wünsche und unsere Grüsse entgegen!

Dr. Curt Geyer

Chefredakteur des „Neuen Vorwärts"

CASIMIRES
FORROS
ARTICULOS para SASTRES
LH
MARCA REGISTRADA
LEVIN Hnos.
IMPORTADORES
CORRIENTES 2347
Ventas: U. T. 47, Cuyo 6921
Escrit.: U. T. 48, Pasco 1912
Sucursal:
ENTRE RIOS 478
Unión Tel.: 38, MAYO 4771

ANUARIO KRAFT
GRAN GUIA GENERAL DE LA REPUBLICA ARGENTINA CON BOLIVIA - CHILE - PARAGUAY - PERU y URUGUAY
FUNDADO EN 1885

4 VOLUMINOSOS TOMOS
2.000.000 DE DIRECCIONES PROLIJAMENTE RECTIFICADAS Y CLASIFICADAS
SIEMPRE de ACTUALIDAD
LA ESTADISTICA DEMUESTRA QUE BUENOS AIRES ES, ENTRE LAS GRANDES CIUDADES DEL MUNDO, AQUELLA DONDE EL COMERCIO CAMBIA CON MAS FRECUENCIA
LA PROXIMA EDICION TIENE UN 38% DE NOMBRES Y DIRECCIONES CAMBIADAS Y MUCHAS CORRECCIONES DE OTRA INDOLE
SI DESEA VD. DISPONER DE UN ANUARIO CON DATOS EXACTOS, COMPRE EL DE 1939 Y A MAS DE NO PERDER TIEMPO ESCRIBIENDO DIRECCIONES ERRONEAS, EVITARA DEVOLUCION DE CORRESPONDENCIA QUE LE COMPENSARA SU IMPORTE
EDICION 1939
EN PREPARACION
ADMINISTRACION
RECONQUISTA 319-27
EDIFICIO KRAFT
U. T. 31-RETIRO 3411-17
BUENOS AIRES
DEVUELVA FIRMADO A ESTA ADMINISTRACION EL CUPON ADJUNTO Y AL MOMENTO DE SU APARICION, RECIBIRA EL EJEMPLAR, FRANCO DE PORTE, Y CON EL PODRA VD. INICIAR UNA CAMPAÑA DE ACCION PROVECHOSA
Sr. Administrador del "ANUARIO KRAFT"
Reconquista 319-27 - Buenos Aires
Sírvase anotarnos como suscriptores al "ANUARIO KRAFT" edición 1939 al precio de $ 50.- m/n. cuyo importe pagaremos a la entrega de la obra.
SELLO
Firma ....
Calle .... Nº .... Localidad ....

Oskar Maria Graf

(geb. am 22. Juli [illegible] Berg am Starnberger See). [illegible] die Barbaren die deutsche [illegible]tur auf Scheiterhaufen stap[illegible] empfahlen sie gleichzeitig [illegible]on ihrem Standpunkt aus les[illegible]rten Bücher und Autoren. Zu diesen gehörte Oskar Maria Graf, denn er ist ein Bauerndichter. Seine Bauerngestalten sind erdnah und hieb- und stichfest auf Schollenduft. Er hätte mit amtlicher Empfehlung ein Riesengeschäft machen können. Oskar Maria Graf verbat sich in einem Briefe von köstlich bajuvarischer Grobheit diese „Ehrung" und ersuchte um Verbrennung. Blamagen ertragen die humorlosen Bonzen ungern: Graf wurde verboten und ausgebürgert. Er lebt in der Emigration und ist Präsident der deutschen Schriftsteller-Vereinigung in den Vereinigten Staaten. Wer seine Bücher kauft, erfüllt nicht nur eine Dankespflicht gegenüber einem charaktervollen Deutschen, sondern verschafft sich Stunden ungetrübten Genusses. Wir nennen: die Chronik von Flechting, Die Heimsuchung, Boiwieser, Johann Sittinger, und als bedeutendstes Werk sein grosses Bekenntnisbuch: Wir sind Gefangene.

New York, 2. April 1939.

Dem mutigen Kampforgan für deutsche Freiheit und Kultur, dem Argentinischen Tageblatt einen aufrichtigen Glückwunsch zum 50. Geburtstag.

Wenn eine Zeitung so unbeirrt für diese Ideale eintritt, wirkt sie nicht nur für die besten Deutschen im Ausland, nicht nur für die antifaschistische deutsche Emigration, sie hilft auch mit unsere unglückliche Heimat von der Hitlertyrannei zu befreien. Sie schafft uns, die wir an diese Befreiung glauben und dafür kämpfen, Freunde in der Welt, die wir für die Zukunft brauchen.

Das niedergehaltene deutsche Volk, das einst die freie deutsche Volksrepublik aufbauen und erhalten wird, vergisst solche Helfer in der Ferne nicht.

Oskar Maria Graf

Alfred Kerr

geb. am 25. Dezember 1867 in Breslau, war, wenn nicht der bedeutendste, so sicher der einflussreichste Theaterkritiker in der beispiellosen Blüteperiode, die das deutsche Theater, speziell in Berlin, beginnend mit Otto Brahm in den neunziger Jahren, in den ersten Jahrzehnten dieses Jahrhunderts erreichte, bis Hitler und die ihm seelenverwandten Banausen dieser von der ganzen Welt bewunderten Leistung ein Ende machte. Vielen erschien Kerr, schon wegen seines eigenwilligen Stils, selbstgefällig manieriert und unernst. Jedoch: plötzlich als Theaterpapst gestürzt und aus seiner an Sammlungen reichen Grunewald-Villa den Hunnen gerade noch entkommen, nimmt er den Kampf gegen die Barbaren mit jugendlichem Elan auf. Und nun zeigt sich, dass sein Stil nicht Manieriertheit, sondern bewunderungswerte Meisterung der Sprache ist, der er immer neue Nuancen abringt. Diese Sprachkunst dient jetzt aber nicht mehr nur artistischem Spiel, sondern dem Kampf gegen [illegible] was man "Charakter" nennt. Von Kerr erschienen [illegible]gen das fehlte, „Walter Rathenau", „Die Diktatur des Hausknechts" [illegible]er Emigration" und „Melodien"; seine bedeutendste Publikation, die die [illegible] überdauern wird, aber ist seine grossartige und vernichtende [illegible]brechnung mit dem servilen „Dichterfürsten" Gerhart Hauptmann, für den er sich Jahrzehnte hindurch mit Begeisterung geschlagen hatte — nach künstlerischen Masstäben gemessen, sicher mit Recht .... nur dass als Charakter der verlästerte Sudermann hoch über dem Goethekopf-Imitator stand. Kerr zeigte so, dass er aus dem Zusammenbruch von 1933 gelernt hat — was man leider nur von wenigen prominenten Emigranten sagen kann...

Dr. Alfred Kerr

London, 10. März 39.

Die Philosophie behauptet, dass mit der räumlichen Entfernung seelischer Anteil kleiner wird. Das trifft nicht immer zu: denn über ein Weltmeer weg fühlen wir herzliche Verbundenheit mit Euch und Eurem Kampf.

Das „Argentinische Tageblatt" zählt zu den wertvollen Heilmitteln in der gegenwärtigen Weltseuche.

Alfred Kerr

German-American Writers Association

New York, 25. März 39

Sehr geehrter Herr Dr. Alemann,

zum 50. Geburtstag senden wir dem „Argentinischen Tageblatt" die herzlichsten Glückwünsche. Die grosse demokratische Tradition Ihres Blattes, die es heute angesichts der furchtbaren moralischen und ethischen Verwilderung der Welt durch die nationalsozialistischen Untaten zu einem Zentrum deutscher Gesittung und Gesinnung machen, ist sicherlich nicht zum wenigsten in der schweizerischen Abstammung zu suchen, deren Sie und Ihre Vorväter sich rühmen dürfen. So wie die Schweiz heute dem Ansturm nachbarlicher Verschwörungen bewundernswert standhält und das Schweizer Volk sich erneut als Enkel grosser Freiheitskämpfer erweist, ist Ihr Blatt für alle freiheitlichen Deutschen eine Oase in der Wüste, die Sprachverwilderung und Knebelung der geistigen Freiheit aus dem blühenden Land einer einst edlen und weltfreundlichen, deutschhumanistischen Kultur und Gesinnung gemacht haben.

Die „German American Writers Association", die der jüngste und an Mitgliedern zugleich zahlreichste Spross der heute über die ganze Welt versprengten „Schutzverbände deutscher [illegible] fühlt sich eins mit Ihnen und Ihrem Bla[illegible] Literatur der Vergangenheit und [illegible] gegen eine Gesinnung, die anstell[illegible] bigte Lüge um jeden Preis geset[illegible] gegen eine Politik des Imperialism[illegible] len liess und freie Völker auf Gr[illegible] sen abscheulichste Publikation sic[illegible]

Möge Ihr Blatt noch blühen un[illegible] Verachtung der Welt anheimgefall[illegible] Schundliteratur genannt wird.

Mit freiheitlichem Gruss
German American Writers Association

Oscar Maria Graf, *Präsident* — Ferdinand Bruckner, *Vice Präsident* — Manfred Georg, *Sekretär*

Deutsches Volksecho

New York, 17. März 39.

Lieber Dr. Alemann, liebe Kollegen und Freunde!

Nehmen Sie die herzlichsten Glückwünsche von unserer Redaktion und unserem Mitarbeiterstab zum 50-jährigen Bestehen Ihres Blattes entgegen.

So sonderbar es klingen mag — wir in New York beneiden Sie in Argentinien um das „Argentinische Tageblatt" — denn Sie haben es verstanden, im Kampf für die Demokratie und gegen den Nazismus eine wirklich deutsche Tageszeitung aufzubauen und zu erhalten; während wir hier nur eine Wochenzeitung besitzen.

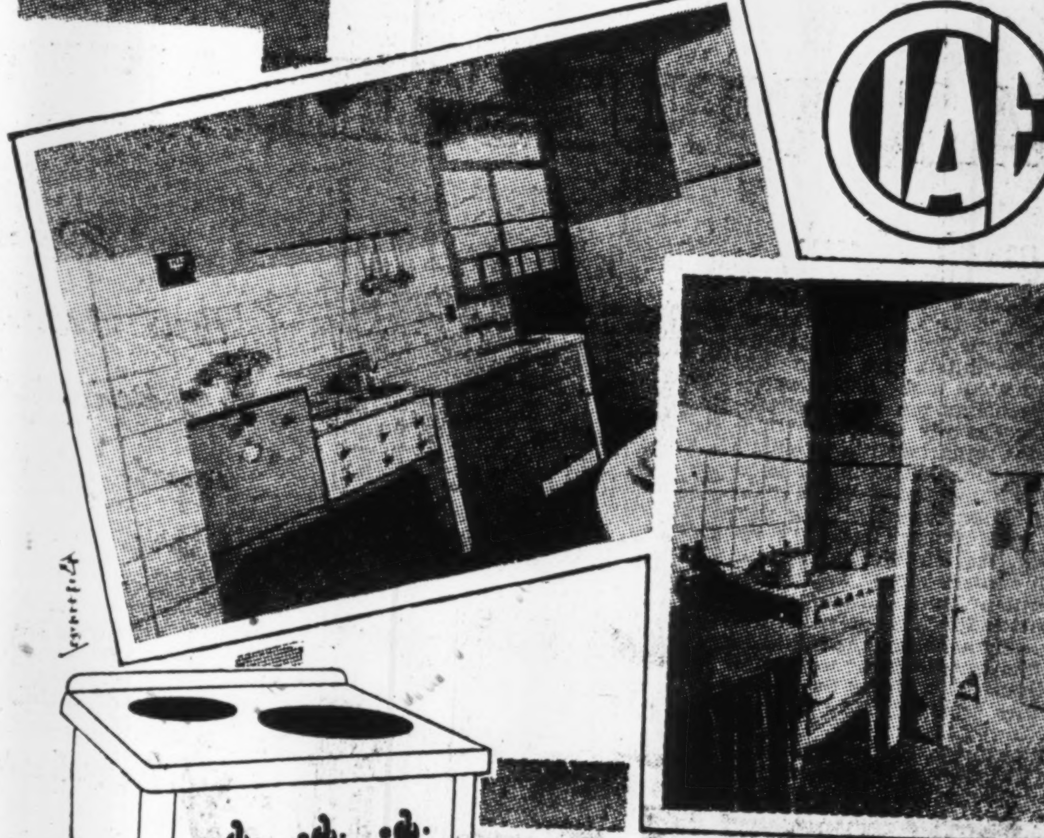
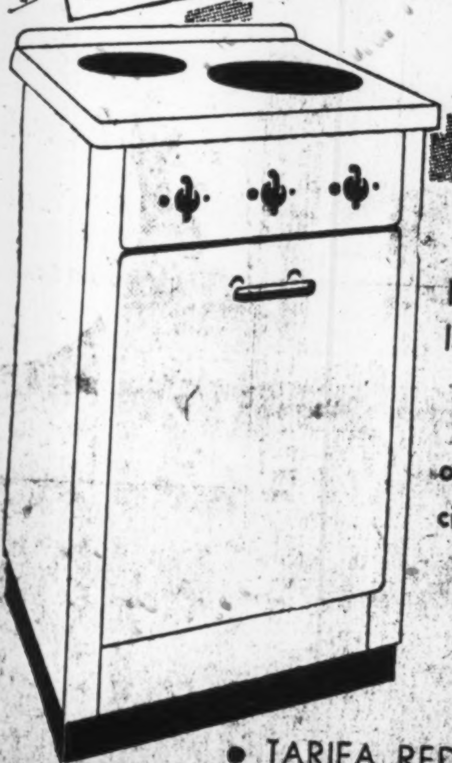
Trotzdem versuchen wir unser Bestes zu tun, um Hitler und seine Agenten in Amerika zu schlagen, und unsern Brüdern in der alten Heimat zu helfen, die unmenschliche Barbarei des Nazi-Systems abzuwerfen.

Heute, wo die Regierungen Nord-, Mittel- und Südamerikas enger zusammenzuarbeiten beginnen, um die ihnen gemeinsam drohende Nazi-Gefahr auch gemeinsam abzuwehren, ist es für uns, die wir deutscher Abkunft aber treue Bürger unserer neuen Heimat sind, umso wichtiger, gleichfalls engstens zusammenzuarbeiten.

In diesem Sinne — im Sinne der Demokratie, des Fortschritts, der Freiheit und Kultur — drücken wir Ihnen die Hand, und wünschen, dass Sie auch weiterhin Tag für Tag den Nazis und der Reaktion Ihre wirksamen Schläge versetzen — wir versprechen Ihnen unsererseits, den Kampf gegen die Nazis gleichfalls immer stärker und energischer zu führen, bis zum Endsieg der Demokratie.

Ihr ergebener

Stefan Heym



CIAE
Por reducido que sea el hogar moderno, la cocina eléctrica
LO VALORIZA,
ofreciendo la posibilidad de utilizar la cocina como comedor, cuarto de planchar, etc.
COMODIDAD
ECONOMIA
• TARIFA REDUCIDA
Compañia Italo Argentina de Electricidad
SAN JOSE 180 ESQUINA ALSINA
U. T. LIBERTAD 35-8451

Die Düngemittel "Cosechazo"
sind entsprechend der Ernte und der Erdbeschaffenheit zusammengesetzt.
Wir werden Ihr Problem der Düngung lösen, indem wir vorher nötigenfalls eine ehrliche und gewissenhafte Analyse Ihrer Erde vornehmen, woraus für Sie kein Kaufzwang erwächst.
Sie legen Ihre Probleme in die Hände von Fachleuten mit langjähriger Erfahrung, sowohl in Argentinien, als auch im Ausland.
Ausser den zusammengesetzten Düngemitteln, berechnen wir konkurrenzlose Preise für einfache Mittel, wie
Ammoniak-Sulfat
Superphosphor
Pottasche-Sulfat
Blut- und Fleischmehl
Steambone Meal u. s. w.
Knochenpulver — ein unfühlbares und einzigartiges Produkt im Lande — in [illegible] gebrauchen ihre nahrhaltigen Elemente zur Assimilie[illegible], die bei der Verwendung von gewöhnlichen gemah[illegible] Preis für die Einführung des Produkts $ 60.— die [illegible] Buenos Aires.
DIGESTA
Zugabe-Nahrungsmittel, phosphalthaltiges Mehl mit 72 % Tri-Calcium-Phosphat für alle Arten von Tieren und Geflügel.
Es wird verwendet und empfohlen von den grössten Betrieben in Argentinien. Einzigartig zur Bekämpfung des Osteomalaca (Knochengeschwulst), Hafer-Krankheit Abort, Magerkeit, geringe Fruchtbarkeit, „Mal de Caderas", Rachitis etc. etc.
La Quimica Industrial de Argentina S.A.
U. T. 31 - 9571
CORRIENTES 378
Buenos Aires
Telegramme: Laquida
Buenos Aires
La Quimica Industrial Argentina S. A.
Corrientes 378, Buenos Aires
Sehr geehrte Herren,
Ich bitte um Uebersendung von .... Säcken zu je 50 Kg. Knochenpulver zum Spezialpreise von $ 60.— je Tonne a Waggon — Buenos Aires. Die Sendung kann gegen Nachnahme auf .... erfolgen.
NAME .... ADRESSE ....

95

Die Stimme der Freunde

„Zu den beiden ersten Nummern der „Zukunft" beglückwünsche ich Sie bestens."

Thomas Mann

★

„Das ist ein wirklich vorzüglich gemachtes Blatt, — (das erste seiner Art in unserer Emigration), und ich freue mich, dass wir es haben. Dass es gleichzeitig kämpferisch und unterhaltend, international und auf unsere Dinge bezogen, lehrreich und anregend ist, macht seine glückliche Eigenart aus."

Erika Mann

★

„Die Nazipropaganda richtet sich seit einigen Wochen mit besonderer Heftigkeit gegen die „Zukunft", eine in Paris erscheinende Zeitschrift in deutscher Sprache, zu deren Mitarbeitern zahlreiche englische und französische Politiker gehören. Die „Berliner Börsenzeitung" vom 20. Dezember greift sie wütend an, und gleichzeitig den ehemaligen englischen Minister Duff Cooper, der diese lebendige und gut redigierte Zeitschrift in einer Botschaft warm begrüsst hatte."

„L'Europe Nouvelle" (Herausgeber Pertinax), 7. 1. 39.

★

„Mir gefällt an der „Zukunft" besonders, dass sie im besten Sinne international ist. Die Art, wie sie deutsche und ausländische Autoren gemeinsam zu Worte kommen lässt, ist ein schlüssiger Beweis dafür, wie der Ekel über die Barbareien des Faschismus und die Ueberzeugung von der Notwendigkeit des antifaschistischen Kampfes die ganze Welt ergriff. Die Art, wie der Nationalsozialismus auf die „Zukunft" reagiert hat, beweist wie sehr er sich getroffen fühlt, und was für eine wichtige Waffe also im Kampf gegen den Faschismus die „Zukunft" darstellt."

Lion Feuchtwanger

★

„Während die alten deutschen Zeitungen im Dritten Reich verschwinden — letzthin sind sowohl das „Berliner Tageblatt" wie die „Germania" dahingegangen — wachsen ausserhalb der Grenzen des Dritten Reiches neue Oppositionsorgane.... Am bedeutendsten und hervorragendsten ist jedoch die grosse Wochenzeitschrift „Die Zukunft", die von einer Gruppe führender deutscher Persönlichkeiten im Exil herausgegeben wird und ein Organ über den Parteien sein will. Sie hat schon von ihrer ersten Nummer an berechtigtes Aufsehen erregt und Sympathien in den meisten demokratischen Ländern gewonnen.... Die „Zukunft", die gut geschrieben ist und wohlinformiert erscheint, kann ein wertvolles Glied zwischen den verschiedenen deutschen Parteigruppierungen werden und sollte eine bedeutungsvolle Rolle spielen können, indem sie eine Brücke zwischen der kämpfenden deutschen Opposition und den führenden Persönlichkeiten in den demokratischen Ländern schlägt."

„Göteborgs Handels- och Sjöfartstidning", 12. 1. 1939.

★

„Ihre Zeitschrift zeichnet sich durch eine grossartige Objektivität aus und durch das Bestreben, ein möglichst vielfältiges Abbild von dem zu geben, was Goethe "Das beharrend Sittliche" genannt hat. Ich freue mich, hie und da bei Ihnen erscheinen zu dürfen und beglückwünsche Sie zu Ihrem Werk."

Joseph Roth

★

„Nach München stehen die europäischen Völker sowohl als auch die leitenden Staatsmänner vor der Alternative, ob man die Kapitulationspolitik, die gekennzeichnet ist durch die Etappen: Abessinien, China, Spanien, Oesterreich und Tschechoslowakei, fortsetzen soll oder ob man eine effektive Zusammenarbeit gegen die Unruhestätten in Berlin und Rom schaffen soll, mit einer möglichen Zusammenarbeit mit den freiheitlichen Massen in Deutschland und Italien. Zum Kampf für den letzten — den positiven — Ausweg, ist nun eine neue Zeitung geschaffen worden, die in deutscher Sprache in Paris erscheint.... Wenn die „Zukunft" hält, was die erste Nummer verspricht, so wird sie eine wertvolle Waffe im Kampf für Freiheit, Frieden und Menschenrechte in Europa bleiben."

„Socialdemokraten", Kopenhagen, 21. 10. 1938.

★

„Ich bin von dem Wert der „Zukunft" sehr durchdrungen und ich glaube, dass sie von einem so starken, weil disziplinierten Willen, getragen wird, dass sie mehr sein und einen grösseren Einfluss auf das Geschehen in der Welt nehmen könnte, als zum jetzigen Zeitpunkt. Was waren schon Emile Zola oder Anatole France? Zwei Männer und einige mehr gegen eine Horde, gegen wissentliche Ehrabschneider, gegen eine Welt von verruchten Verleumdern und Lügnern. Und doch hat das Wort dieser beiden und einiger mehr genügt, dem Guten zum Sieg zu verhelfen, deshalb nämlich, weil der Mensch gut ist, alle Menschen sind gut, und wenn einer schlecht ist, so tut sein Gewissen weh.... Ich wollte Ihnen den Vorschlag machen, Ihre Zeitung in englischer Sprache herauszugeben und vorerst in dem so gut wie unerschöpflichen Absatzgebiet der Vereinigten Staaten den Verkauf zu betreiben.... Ihre Zeitung — entschuldigen Sie, wenn heute ich Ihnen Mut zuspreche — wird sich den Weg bahnen. Sie hat, wie man zu sagen pflegt, das Zeug dazu. Sie ist das Erlösende und von allen unbewusst Ersehnte: die Wahrheit."

Heinz Karpeles, London.

„Der Inhalt der „Zukunft" und vor allem die packende Form, in der er dargeboten wird, stärken nicht nur unseren Kampfeswillen, sondern regen zu der so notwendigen Ueberprüfung der eigenen politischen und geistigen Grundlagen an. Ein besonderer Vorzug des Blattes ist sein europäischer Charakter und die stattliche Reihe seiner internationalen Mitarbeiter von Rang. Möge bei dieser Art der Beiträge der sachliche Gewinn durch Bearbeitung spezieller Probleme immer mehr gegenüber dem Anreiz durch den grossen Namen in den Vordergrund treten. Sie fragen Ihre Leser nach Vorschlägen zur weiteren Entwicklung des Blattes. Ich würde den Ausbau von Diskussionen wünschen über Fragen, die noch tiefer in die volle Problematik der Politik und der Kulturpolitik unserer Epoche hineinführen. Die Erörterung ideologischer Prinzipienfragen scheint mir so viel wichtiger als lange Schriftsätze in den Verhandlungen der politischen Gruppen. Organisierte Diskussionen über Themen wie "Was ist deutsch?" "Deutschland und Westeuropa", "Was ist ein Volkscharakter?", "Das Verhältnis von Marxismus und Humanismus" würde ich begrüssen."

Professor *Siegfried Marck*, Dijon

★

„Die „Zukunft" kämpft einen grossen ehrenvollen Kampf, für den wir alle gerecht denkenden Menschen dankbar sein müssen. Es wirken hier Männer mit einer leidenschaftlichen Sachlichkeit, die sich vollauf bewusst sind, was sie den Werten der menschlichen Persönlichkeit und den gemeingültigen ethischen Gesetzen schulden. Das hohe Niveau, das sich überall dort ergibt, wo auf Grund einer metaphysischen und ethischen Ordnung gekämpft wird, ist der „Zukunft" in hohem Masse eigen. Wie sonst könnte man auch der organisierten Lüge wirksam begegnen? Solche Zeitungen in den Demokratien von staatswegen zu fördern, ist ein Gebot der Stunde. Aber auch jeder Einzelne muss sein möglichstes tun, um solchen Ideen zum Siege zu verhelfen. Es gibt nur noch einen Feind in der Welt: den nationalsozialistisch-faschistischen Dschungel-Terror! Richten wir uns danach! Der „Zukunft" wünsche ich das, was sie besagt: Zukunft!"

B. K. Einsiedeln (Schweiz)
Ein katholischer Jungmann

★

„Vor den Deutschen, die in der Freiheit leben stehen folgende Probleme: Erkenntnis der Ursachen unserer sukzessiven Niederlagen und der gigantischen Grösse unserer Aufgaben; — Fortsetzung der Tradition, aber Loslösung von der Schablone und Vermeidung des vergeblichen Versuchs, Tote zu beleben; — Herausarbeitung des gemeinsamen Willens einer Mehrheit im Zusammenhang mit den in Deutschland Unterdrückten; — Erweiterung der Front, Verbindung mit den Gleichgesinnten anderer Nationen und Anschluss an bisher fremde Kulturkreise. — Ich glaube, dass die „Zukunft" zur Erfüllung dieser Aufgaben bisher mehr beigetragen hat als andere Organe."

Professor *E. J. Gumbel*, Lyon

★

„In Paris erscheint seit kurzem eine neue Wochenschrift der deutschen Emigranten. Sie ist nicht eine neue Parteischrift, vielmehr wird sie auf überparteilicher, bewusst demokratischer Grundlage geführt. Sie behandelt alle Fragen, die für das demokratische Europa durch die nationalsozialistische Politik entstehen; sie zeigt die Zusammenhänge zwischen der deutschen und der europäischen Frage. Die besten Vertreter des deutschen Geistes arbeiten neben prominenten Vertretern der demokratischen Staaten mit. So findet man Thomas Mann neben Duff Cooper, F. v. Papen neben Carlo Sforza, Stefan Zweig neben Paul-Boncour. Autor einer der nächsten Nummern wird Professor Karl Barth sein. Besonderen Wert legt die neue Zeitschrift „Die Zukunft" auf ihren Wirtschaftsteil, der gründlich und sorgfältig wie kaum anderswo über die deutsche Wirtschaft orientiert. Und vor allem untersucht die Zeitschrift die Bedeutung des neu entdeckten, wichtigen politischen Faktors in Europa: des deutschen Volkes selbst.

Die neue Zeitschrift füllt eine Lücke in der deutschsprachigen Publizistik aus. Ihr hohes Niveau wird sich auch in der Schweiz viele Freunde schaffen."

Freie Innerschweiz, Luzern, 14. 11. 1938.

★

„Darf ich Ihnen sagen, dass ich wie alle meine Freunde, die gleichfalls Emigranten aus Oesterreich sind wie ich, Ihr Blatt gern lese, weil es uns wirklich so unterrichtet, wie wir es schon wünschten. Wir werden Ihr Blatt, wo es nur geht, propagieren."

J. Wolf, Zandvoort-Bad

★

„Ich erhielt alle zurückliegenden Nummern der „Zukunft" (mit Ausnahme der Nr. 1) und ich habe mit wirklichem Vergnügen die ausgezeichneten Artikel in dem Blatte gelesen. Ich würde mich freuen, wenn einige meiner Freunde, denen ich die „Zukunft" empfohlen habe, diese ausgezeichnete Zeitschrift abonnieren würden, die die Unterstützung aller fortschrittlich Gesinnten verdient."

Cornelius Lancros, Professor an der Purdue University, Lafayette, Ind. (USA).

★

„Ihr Blatt hat hier grösstes Interesse erweckt, und ich möchte das Meine dazu beitragen, dass es hier möglichst viel gelesen wird; es ist in unser aller Interesse."

Ernestine Costa, Amsterdam-C.

Der Kampf um die Freiheit

Nationale Opposition gegen die Achse

Die Stahlhelmopposition macht wieder von sich reden. Sie hat kürzlich ein illegales Flugblatt verbreitet, in dem es heisst: „Kameraden! Frontsoldaten! 23. Mai 1915: Italien verrät den Dreibund und erklärt Deutschland den Krieg. 23. Mai 1931: ‚Das Geschäft der Politik ist zu allen Zeiten nicht gerade eine Schule grundsätzlicher Wahrhaftigkeit gewesen.' Rosenberg, Mythus des 20. Jahrhunderts. 23. Mai 1932: Gegen die italienische Bundesgenossenschaft wendet man ein, dass Mussolini Südtirol bedrückt. Das ist aber eine nur von Freimaurern erfundene Lüge. Ausserdem kommt es auf das Schicksal von einigen armseligen Südtirolern nicht an...' (Rede des Gestapochefs Heiderich in Augsburg.) 23. Mai 1935: ‚23. Mai 1915: Kriegserklärung Italiens an Oesterreich. Kaiser Franz Joseph: Ein Treubruch, wie ihn die Geschichte nicht kennt! Schuschnigg und Starhemberg habens vergessen; wir nicht! Heil Hitler! (Von den Nazis verteiltes Flugblatt in Südtirol.) Italien hat gegen Deutschland gekämpft für einen Judaslohn, ‚Südtirol'. Italien fühlt sich von seinen Bundesgenossen übers Ohr gehauen und verlangt von Frankreich: Korsika-Tunis-Nizza-Dschibuti. Hitler erkennt den heutigen Bundesgenossen den Judaslohn zu und will mit seiner Macht den Gerichtsvollzieher machen und für Italien den Judaslohn eintreiben. Bilanz: Südtirol verloren und verraten; Millionen neue Todesopfer, Kriegskrüppel, Waisen, Witwen, zerstörte Städte, Provinzen und Länder. Alles nur für den Grössenwahn eines Hitler. Kameraden! Achtung! Wir klagen Hitler an des Hoch- und Landesverrats.

Frontsoldaten! Wenn man euch bewaffnet, dann gebraucht die Waffen gegen Mussolini und seinen Schergen Hitler! Wir wollen Deutschland befreien und Hitlers Verrat nicht vergessen! Auf zur deutschen Revolution! Leitung der Stahlhelmopposition."

Streik in einer Wiener Brotfabrik

Die Hammer- und Anker-Brotwerke in Wien, die den grössten Teil der Bevölkerung mit Brot versorgen, sind einige Tage lang bestreikt worden. Die Arbeiter forderten Lohnerhöhung und die Wiedereinführung von tariflichen Bestimmungen, die nach der Okkupation Oesterreichs ausser Kraft gesetzt worden waren.

Treviranus gegen die Diktatur

Der ehemalige deutschnationale Politiker und Minister im Kabinett Brüning, Treviranus, sprach zum ersten Male seit sechs Jahren in der Oeffentlichkeit und zwar in England bei einer Kundgebung, die in Chesters zugunsten der deutschen Flüchtlinge veranstaltet wurde. Nach den Berichten der Presse wandte er sich scharf gegen den nationalsozialistischen Terror und erklärte, gestern seien die Juden die Opfer gewesen, heute sei die Kirche an der Reihe und niemand wisse, was morgen sein werde.

Widerstand gegen die religiöse Verfolgung

Zu den von der Diktatur verbotenen religiösen Vereinigungen gehört die Sekte "Christliche Versammlung". Das Sondergericht Stuttgart, das kürzlich in Freudenstadt im Schwarzwald tagte, hat sieben Mitglieder dieser Sekte, darunter den 73jährigen Franz Kaupp, der der Sekte seit 1887 angehört, wegen Fortführung einer verbotenen Organisation zu Geldstrafen verurteilt, obgleich man den Angeklagten nichts vorwerfen konnte, als dass sie sich gegenseitig besucht und über religiöse Fragen gesprochen hatten. Die Angeklagten machten vergeblich ihr gutes Recht geltend, ihrer Glaubensüberzeugung Ausdruck zu geben.

Der Kampf gegen die 60-Stundenwoche

Wie die Korrespondenz der Internationalen Transportarbeiter-Föderation berichtet, leisten die Arbeiter der Oranienburger Heinkelwerke, einer der grössten deutschen Flugzeugfabriken, entschiedenen Widerstand gegen die Ueberstundenschufterei. Vergeblich hat der Betriebsleiter in einer Belegschaftsversammlung „offene Worte der Mahnung an alle diejenigen" gerichtet, „die es mit den Pflichten nicht so genau nehmen und auch einmal einen blauen Montag einlegen". Obwohl die Arbeiter der Heinkelwerke unter Militärrecht stehen und für „schwänzen" bestraft werden können, bleiben sie zu Hause, wenn sie sich nach einer Woche Ueberanstrengung einmal gründlich ausschlafen wollen.

Erfolgreicher Streik

Von einem erfolgreichen Streik wird aus den Nordwolle-Werken in Neudeck bei Karlsbad berichtet. 3500 Arbeiter traten dort in eine Lohnbewegung und erreichten tatsächlich eine Lohnerhöhung um 15 Prozent und ausserdem die Beseitigung eines missliebigen Direktors.

Deutsche Bischöfe gegen den Rassenwahn

In seinem Fastenhirtenbrief wendet sich der Erzbischof Gröber von Freiburg i. B. gegen die Versuche, das Christentum im Sinne der Rassentheorie zu interpretieren. Der Bischof von Berlin hat zum Tode des Papstes einen Aufruf an die Gläubigen gerichtet, in dem er ihnen die Unerschrockenkeit, mit der Pius XI. die katholische Lehre gegen die Mächte dieser Welt verteidigt habe, als Vorbild darstellt.

Zukunft 22 März 1940

96

Neue Bücher

Paul Frölich: „Rosa Luxemburg, Gedanke und Tat" (Editions Nouvelles Internationales, Paris 1939).

Dieses Buch schildert das Leben, die Ideenwelt, die Leiden und Kämpfe Rosa Luxemburgs und ihre Ermordung durch die deutsche Konterrevolution. Obwohl seither über zwanzig Jahren vergangen sind, wird diese grosse Gestalt dank der liebevollen und sorgfältigen Darstellung im Leser wieder lebendig.

Rosa Luxemburg war die würdige Nachfolgerin der Begründer des modernen Sozialismus. Wie diese, vereint sie wissenschaftliche Forschung mit politischer Wirkung. Aus ihren ersten Arbeiten über die industrielle Entwicklung Polens folgte eine spezifische Einstellung zum polnischen nationalen Problem und aktive Mitarbeit an der russischen Revolution von 1905. Ihre grosse Leistung war „Die Akkumulation des Kapitals". Die Stabilität des Kapitalismus in der Zeit bis 1914 und das Steigen der Reallöhne widersprach der sozialistischen Lehre und wurde die materielle Basis des Reformismus. Rosa Luxemburg überwand diesen Widerspruch und zeigte, dass die Stabilität nur durch die ständige Ausdehnung des kapitalistischen Raums möglich war, also eine Grenze hat. Damit war eine Grundlage zu einer sozialistischen Krisentheorie gelegt. Die politische Konsequenz war die Erkenntnis der Grenzen des Reformismus und eine wesentlich internationale Einstellung als Voraussetzung der sozialistischen Aktivität. Der Prüfstein war der letzte Krieg, in dem Rosa Luxemburg eine vorbildliche internationale Haltung bewahrte. Sie führte zum Bruch mit Kautsky, dem Manne, der Marx und Engels in- und auswendig kannte und versagte, als es galt, diese Lehren anzuwenden.

Eingehend schildert der Autor Rosa Luxemburgs Tätigkeit im letzten Krieg, ihre Zugehörigkeit zu dem Spartakusbund, und ihre Zusammenarbeit mit den Praktikern der Revolution, Leo Jogisches und Karl Liebknecht, bis zu ihrem gemeinsamen Tod. Die Konterrevolution hat systematisch und mit Erfolg den individuellen Terror angewandt. Die sozialistische Bewegung in Deutschland ist hierdurch ihrer fähigsten Köpfe beraubt worden.

Die Leiden Rosa Luxemburgs in den Gefängnissen Deutschlands und Russlands verblassen gegenüber dem, was heute Sozialisten in beiden Ländern zu erdulden haben. Aber die Beschreibung der Kämpfe der Vorkriegs- und der Kriegszeit enthalten wichtige Lehren auch für uns. Denn im Kern sind hier wesentliche Teile unserer Probleme enthalten. Das Buch weckt die schmerzliche Erkenntnis des Uebergangs der deutschen Sozialdemokratie in den Nationalliberalismus. Der Uebergang der Kommunisten in den russischen Nationalismus wird als möglich angedeutet. In beiden Fällen ist der internationale Standpunkt zugunsten des nationalen verlassen.

Rosa Luxemburgs Lösungen der doppelten Aufgabe, vor der jeder Sozialist steht, nämlich Fortführung der Theorie, und der Erkenntnis der sozialen Natur der Probleme des Tages, werden in Frölichs Buch durch zahlreiche geschickt eingestreute Zitate belegt. Vielleicht wäre es notwendig gewesen, auf die speziellen Theorien Rosa Luxemburgs näher einzugehen. Denn die Sammelausgabe steht den meisten Lesern nicht zur Verfügung. Auch ein Namensregister wäre vorteilhaft gewesen.

Aus zwei Gründen ist Frölichs Buch unzeitgemäss. Zunächst ist die Mehrzahl der Leser, für die es in Deutschland und in der Emigration bestimmt war, jetzt durch höhere Gewalt verhindert, es zu lesen. Dann ist das Buch sozialistisch. Aber vielleicht sind solch unzeitgemässe Bücher die wirklich wichtigen. Da sie nicht das Geschrei der Stunde wiederholen, wird ihre Stimme eines Tages wirken. Die Erkenntnis, dass die Arbeiterbewegung, so zerklüftet und missleitet sie auch heute sein mag, doch ein natürlicher Gegenpol des kapitalistischen Systems ist und im Gegensatz zu ihm immer und immer wieder wenigstens Ansatz zu Hoffnungen bietet, wird den Lesern in trüben Tagen einen Trost bringen.

E. J. GUMBEL

97

Neue Bücher

Harold Nicolson: Why Britain is at War. (Warum England Krieg führt). Penguin Books Ltd. London, 1939.

Der bekannte englische Diplomat schildert den Aufstieg der Nationalsozialisten, die Eroberung Oesterreichs, des Sudetengebiets und der Tschechoslovakei — bis es zum Krieg kam. Das Buch enthält keine Enthüllungen, aber eine sehr konsequente und korrekte Darstellung. Das Erscheinen und der Erfolg des Buches, das u. a. scharfe Anklagen gegen die „Münchener" Politik enthält, beweisen, welche politischen Freiheiten heute noch in England existieren.

Zentral für Nicolsons Auffassung ist eine geistreich durchgeführte Analogie zwischen Hitler und einem Heiratsschwindler G. I. Smith, der voller Sorge um die angeblich gefährdete Gesundheit seiner successiven Bräute ihnen Heilmittel verabreicht, sie veranlasst, sein Loblied zu singen, und die angeblich Geliebten umbringt, um ihre Erbschaft anzutreten. Einem Genie gegenüber, als das sich Smith fühlt, haben die Gesetze der bestehenden Gesellschaft natürlich unrecht.

So ist das Buch beinahe ausschliesslich auf die Person Hitlers und seiner Gegenspieler zugeschnitten, was Vorteile und Nachteile mit sich bringt. Diese Betrachtungsweise lässt manche Vorgänge ungeklärt. Denn in ihr ist kein Platz für die Charakterisierung der ursprünglichen sozialen Zusammensetzung der nationalsozialistischen Bewegung aus Lumpenproletariat, Berufsarbeitslosen, absinkendem Kleinbürgertum — und Vertretern des Grosskapitals. Auch der terroristische Charakter dieser Massenbewegung und ihre früheren Grosstaten, die politischen Morde, treten nicht plastisch genug hervor. Leider existieren auch Lücken innerhalb der personalistischen Betrachtungsweise. Es ist nicht erklärt, warum Hindenburg einem Hitler die Macht gab. Gerade hierbei haben aber vielleicht persönliche Gründe (Schutz Oskar von Hindenburgs vor der drohenden Enthüllung korrupter Vorgänge) wesentlich mitgespielt.

Es ist unvermeidlich, dass die politische Einstellung des Autors die Darstellung stark beeinflusst. Wenn nach ihm mit Brüning die Freiheit Deutschlands fiel, so ist dem entgegenzuhalten, dass Brüning den Nationalsozialisten den Weg gebahnt hat, wenn auch ohne es zu wollen. Bei der Darstellung Oesterreichs tritt Dollfuss als Vertreter der gesetzlichen Ordnung auf und es wird nicht erwähnt, dass er selbst im Februar 1934 die Macht zerstört hatte, die zur Verteidigung der Freiheit des Landes unentbehrlich war.

Glänzend wird Chamberlain charakterisiert. Nach Nicolson denkt er (S. 105): „Man muss mit den Diktatoren als Mann zu Mann sprechen, ihren Standpunkt zu verstehen suchen, ihre vernünftigen Ansprüche nach Möglichkeit befriedigen, sie nicht damit ärgern oder aufregen, dass man Dinge unverhohlen ausspricht, Indiskretionen durch Presse oder Parlament zulässt, oder zu offen mit so provozierenden Dingen wie kollektive Sicherheit, Völkerbund, Unabhängigkeit der kleinen Länder, spanischer Republik etc. sympathisiert." Deswegen glaubt Chamberlain, durch das Entgegenkommen im September 1938 den „Frieden für unsere Zeit zu sichern", und hält daran fest, weil Hitler es gerade ihm versprochen habe. Aber diese individualistische Erklärung der englischen Politik befriedigt nicht.

Das Scheitern der englisch-französischen Verhandlungen mit Russland führt der Autor auf Fehler der englischen Diplomatie zurück. Allerdings sieht er auch die Gemeinsamkeiten zwischen der nationalsozialistischen und der stalinistischen Politik, die schliesslich zum Zusammengehen beider Mächte führten.

Das Buch schliesst mit der Darstellung der Vereinigten Staaten von Europa als Kriegsziel. Hierzu schlägt der Autor eine originelle Form der Friedensverhandlungen vor: Nach dem Sieg der Alliierten solle sofort ein vorläufiger Frieden diktiert werden. Erst ein Jahr später solle eine allgemeine Friedenskonferenz in Washington, beschickt von allen Staaten Europas, nach eingehenden öffentlichen Verhandlungen die Vereinigten Staaten von Europa begründen und sie durch eine starke Exekutivgewalt sichern.

E. J. Gumbel.

***

Von den Abirrungen der deutschen Mentalität.

Im Verlag Albin Michel beginnt soeben eine Serie kleiner Broschüren (Preis 2,50 Frs.), die sich mit der Abhandlung aktueller Probleme befasst: „Collection Descartes", mit dem Untertitel „Pour la Vérité". Die Serie geht von dem Grundgedanken aus, dass der heutige Krieg zur Verteidigung der Wahrheit gegen Lüge und Irrtum geführt wird. Die vom Dritten Reiche ausgehende Gefahr für die Welt beruht nur zum Teil im deutschen Charakter; was schlimmer ist, ist die Abirrung im Geistigen. „Wenn das nationalsozialistische Deutschland in seinem physischen Sein besiegt, aber in seiner Mentalität beharren würde, so würde die Gefahr von diesem Gift weiter ausgehen. Es wird nicht genügen, Deutschland zu besiegen: man muss es überzeugen. Wir möchten", so heisst es in den Geleitworten, „in einer Serie von Broschüren die Attentate, die Deutschland gegen die Wahrheit auf den verschiedensten Gebieten des Denkens und Handelns unternommen hat, in möglichst klares Licht rücken. Wir möchten die Franzosen in ihrer intellektuellen und moralischen Haltung bestärken, daneben aber auch dazu beitragen, die Deutschen selbst aufzuklären, und diejenigen unter ihnen, die die verderblichen Lehren ablehnen, ermutigen. Denn es gibt mehrere Deutschland. Wir glauben daran." Bislang liegen vier Bändchen vor: „Machiavel et l'Allemagne" von Henri Berr, Direktor des Centre International de Synthèse; „Race et Nation" von Prof. Georges Weill; „Echanges Internationaux et Autarcie" von Prof. Truchy, Mitglied des Institut; „Pologne" von Prof. O. Halecky. Dieses letztere Bändchen gehört zu einer Sondergruppe, „Les Nations Martyres", in der auch Broschüren über die Tschechoslovakei und Oesterreich vorgesehen sind. Weiter vorgesehene Themen sind „Diktatur und Demokratie"; „Kultur und Zivilisation", „Was die Deutschen unter Geschichte verstehen", usw.

F. Timpe.

Zukunft Freitag 3. Mai 1940

98

Annals Am. Ac. of Political and Social Science Nov. 1940

Book Department

MILLIS, WALTER. *Why Europe Fights.* Pp. vi, 277. New York: William Morrow & Co., Inc., 1940. $2.50.

If the events of a few years ago are the least known and the most commonly forgotten, this popularized record of the post-World War era will remind the reader of the two decades that lie just a day behind us. Without attempting completeness, and disclaiming any contribution to history, Mr. Millis reviews in readable style the ascent of Hitler and Mussolini, the formation of the Rome-Berlin axis, and the aggressive policy of those two dictators in Africa and Central Europe. At bottom the war came, he suggests, because of fear, jealousy, and hatred, of tremendous armaments ready to be used, of directly conflicting ideas between which there was no ground for compromise. The British and the French were tired of crises, of surrender, of perpetual fear, unrest, uncertainty.

As if reviewing significant newspaper headlines through the years (stressing, primarily, German and Italian developments), we note in succession the events from the League's early hopes to make armaments and strategic frontiers less important, to the Italo-British near-war that enabled Hitler to send his troops rumbling across the Rhine bridges, and finally to the outbreak of war, when events came in rapid sequence after the fall of Austria, territorial keystone of the peace treaties. Italy was a little slow in finding her landing place in a world she had helped to muddle; the Spanish civil war by October 25, 1936 may have led Italian and German diplomats to divide Europe into spheres of interest, a kind of Axis Monroe Doctrine now applied to extensive areas of great-power regional supremacy, as publicly announced with the 1940 Italo-German-Japanese military alliance.

Critical readers will note slips, such as Versailles' turning over the Saar mines to French "ownership." The author overlooks Turkey's reaction to Rhineland remilitarization in requesting an end to the demilitarization of the Straits, and he also ignores the Roosevelt pleas in the later crises. One questions whether the hidden story of Italy's march out of Corfu should not be explored, and whether "Europe" really collapsed along with the League of Nations. Not all the technical details of a given problem are included; this is simply an interesting collection of side lights on the events we are led to recall.

VERNON J. PURYEAR
University of California

NICOLSON, HAROLD. *Why Britain Is at War.* Pp. 160. New York: Penguin Books Inc., 1940. 25¢.

The essential point for Nicolson's conception is a comparison of Hitler with a crook named G. I. Smith who induces his successive brides to praise his good intentions, displays greatest solicitude regarding their health, murders them, and consolidates the inheritance. Accordingly, the book concentrates almost entirely on the personality of Hitler and his opponents. In this conception there is no room for a characterization of the original social structure and the terroristic nature of the Nazi movement, or of its causes and consequences. It remains unexplained why Hindenburg handed over the power to a Hitler.

A sign of the author's independence is his sharp reprobation of the "Munich" policy. "Having by these means obliged the Czechs to surrender their own . . . liberty, Mr. Chamberlain . . . flew to meet Herr Hitler . . ." (p. 83). In the words of his simile: Hitler-Smith has cleverly succeeded in making the friends of the victim accomplice to the murder. But Nicolson does not mention Chamberlain's crowning deed of handing over the Czech gold in Basel to the Nazis. His characterization of Chamberlain is excellent: "The line to take was to talk to the Dictators as man to man, . . . to try to satisfy their reasonable aspirations; and meanwhile not to annoy or irritate them . . . by any too overt sympathy with provocative things such as collective security, the League of Nations, the independence of small countries . . ." (p. 105).

However, these explanations do not seem satisfactory. A social problem as eminent as that represented by National Socialism and the reaction to it cannot be explained by such individualistic arguments. To this end, economic and mass-psychological methods have to be employed—and these are missing in Nicolson's book, or they are erroneous: there was no "sweeping victory" of the Nazis in the elections of 1933 (p. 29), nor have the Nazis succeeded in building a classless state (p. 31).

The book ends with a conception of the United States of Europe as war aim. But no allusion is made to the necessary changes in the present economic foundations opposed to this new world.

E. J. GUMBEL
University of Lyons, France

JACKSON, J. HAMPDEN. *Finland*. Pp. 243. New York: The Macmillan Co., 1940. $2.00.

ELLISTON, H. B. *Finland Fights*. Pp. xiv, 443. Boston: Little, Brown & Co., 1940. $2.75.

These two timely volumes appeared while the smoke of battle was still over Finland. They emerged to interpret the historic past and the heroic present of as brave a people as modern times have seen. Together the studies furnish the rational foundations, based respectively on excellent scholarship and ace reporting, for the instinctive sympathies of the Western world with the gallant, self-sacrificing Finns. They do more. They give adequate historical perspective and careful, meticulous documentation of the present. They give a truthful, total picture.

Writing specifically for an English-speaking public, to provide the indispensable links between the history of Finland and that of Western nations, Mr. Jackson presents sympathetically and with insight the saga of the Finnish people down through the centuries, consistently interpreting their role as purveyors and defenders of the values associated with Western civilization. His is a terse and balanced, incisive narrative, based on the long view and culminating with a well-rounded exposé of Finland's cultural, economic, and political achievements down to the eve of the war with Russia. Finland's stature grows, quietly, stubbornly, under his clear-cut, chiseled craftsmanship.

Mr. Elliston's volume, fiercely contemporary, was written in the tense atmosphere of the Russo-Finnish conflict and bears its full impress. It is the work of a first-class journalist, correspondent for the *Christian Science Monitor*, who saw on the spot the actual happenings of which he writes, and faithfully recorded them, with all their human quality. The fact that he was privileged to obtain from the lips of Mr. Paasikivi, Finland's principal negotiator, and from the diaries of Baron A. Yrjö-Koskinen, Finland's Minister to Moscow, the detailed, authentic accounts of the Finno-Soviet negotiations in the fall of 1939—narratives far more intimate and revealing than the official data disclosed in the Finnish White-and-Blue Book—gives to the volume a place of extraordinary importance regarding the hinterlands of the Soviet war on Finland. The buttressing official documents, not found elsewhere, add to the book's interpretative significance. While there is a quality of exuberant, almost lyrical fervor to the characterizations of Finland's leading figures, the comparisons with historic American personages are basically deserved. In his analysis of Finnish character and national psychology, Elliston exhibits unusual acumen. The collateral picture of Scandinavian paralysis under German pressure throws strong light well ahead of the facts on the impending spread of the war into Scandinavia.

Despite an incorrigible optimism which hoped for the "miracle" that did not happen, Elliston's volume deserves a favored place in the chronicles of the events of the Second World War. Together, the two studies go far in interpreting the value and significance to Western civilization of Finland's struggle—values sensed as much at Quito and Washington as on the Karelian Isthmus and the bleak shores of Petsamö.

MALBONE W. GRAHAM
University of California at Los Angeles

CHIANG KAI-SHEK, MADAME. *This Is Our China*. Pp. 312. New York: Harper & Brothers, 1940. $3.00.

Identical with *China in Peace and War*,

99

EINE UMFRAGE DES "AUFBAU":

Meine Stellung zur jüdischen Frage

Vor den Umsturz seiner bisherigen Welt gestellt, hat der Durchschnitt der Emigranten und Immigranten jüdischer Abstammung grösstenteils eine Revision seiner bisherigen jüdischen Position vorgenommen. In einer Zeit der Umwertung aller Werte wird daher der jüdische Intellektuelle und Künstler für die Erziehung und innere Renaissance des in alle Winde versprengten Judentums heute mehr denn je eine verantwortliche Rolle spielen. Dies war der grundlegende Gedanke, aus dem heraus wir eine Anzahl führender Persönlichkeiten baten, uns folgende Frage zu beantworten:

"Haben Sie selbst in den letzten sieben Jahren in Ihrem Judesein — glaubensmässig oder national — eine wesentliche Entwicklung durchgemacht? Fühlen Sie sich heute dem Judentum stärker verbunden und beschäftigen Sie sich persönlich oder arbeitsmässig intensiver mit ihm? Wo liegt für Sie der Ausweg aus der gegenwärtigen Situation, in der sich das Judentum befindet?"

Juden müssen die deutsche Sprache bewahren

Von BRUNO FRANK

Die Angleichung der Juden war im vorhitlerischen Deutschland weit vorgeschritten. Ein Jude in Köln unterschied sich von einem Kölner, einer in München von einem Münchner so gut wie nicht, sehr viel weniger jedenfalls als von seinen Stammesgenossen in Nordafrika oder in der Ukraine. Derselbe Zustand herrschte im ganzen eigentlichen Europa. Die jüdischen Künstler bewiesen es. Jeder repräsentierte vollkommen das Land, das seine Heimat geworden war. Mendelssohn war ganz ein deutscher Musiker, Pissarro ganz ein französischer Maler, Hofmannsthal ganz ein österreichischer Dichter.

Zu dieser Aufsaugung des jüdischen Elementes, zu dieser Fermentierung der europäischen Völker durch jüdischen Geist und jüdisches Blut habe ich immer von Herzen Ja gesagt. Ich habe mich als ein deutscher Schriftsteller gefühlt — als was denn auch sonst! Meine Meister heissen Lichtenberg, Schopenhauer, Grimm, Jakob Burckhardt, und nicht Gabirol oder Maimonides, die ich garnicht lesen kann.

Dort hinten im "Reich" wird jetzt nicht mehr Deutsch geschrieben, sondern ein gedunsener Botokuden-Jargon, von dem man leider keinem Ausländer einen Begriff geben kann. Unsere Aufgabe im Exil ist es, die deutsche Sprache über eine Periode der Verschmutzung und Verwüstung hinwegzutragen. Schopenhauer hat diese Sprache den einzigen wirklichen Vorzug der Deutschen genannt. Fünf oder sechs Ausnahmen abgerechnet, wird sie heute nur noch von Juden geschrieben.

Eine Sintflut von Qual, Verfolgung und Beraubung ist über Millionen jüdischer Menschen hereingebrochen. Diese Vorgänge sind zu grauenvoll ungeheuer, um mit ein paar Sätzen an sie zu streifen. Nur eines bitte ich sagen zu dürfen: dass mir noch jetzt, nach allem Geschehenen, der jüdische Gesamtstaat als künftiger Ausweg zweifelhaft scheint. In der veränderten Welt, die aus Blut, Elend und Schande hervortauchen wird, [illegible]

STATEMENT

[illegible]

STATEMENT

I am a national Jew in the sense that I demand the preservation of the Jewish nationality as of every other. I look upon Jewish nationality as a fact, and I think that every Jew ought to come to definite conclusions on Jewish questions on the basis of this fact. I regard the growth of Jewish self-assertion as being in the interests of non-Jews as well as of Jews. That was the main motive of my joining the Zionist movement.

Albert Einstein

Zwei weitere Antworten

Ich habe Deutschland aus politischen Gründen verlassen. Andere, tausende, haben ihre Heimat wegen ihres Glaubens, ihrer Abstammung oder ihrer sogenannten Rasse aufgeben müssen. Da die deutschen Juden jetzt Entsetzliches zu erleiden haben, fühle ich mich ihnen nahe und halte mich zur Hilfe verpflichtet. Aber innerhalb der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung und solange der Glaube an die Existenz von Nationen als Grundlage der Staaten herrscht, glaube ich nicht an eine Lösung der jüdischen Frage. Mit unlösbaren Problemen beschäftige ich mich nicht.

Es ist falsch und verhängnisvoll, die deutsche und die jetzt einsetzende europäische politische Emigration nur vom jüdischen Standpunkt zu betrachten.

Prof. E. J. Gumbel,
(New School for Social Research.)

* * *

Sie werden es gewiss nicht missverstehen, wenn ich auf die in Ihrem Schreiben vom 5. Dezember an mich gestellte Frage nicht näher eingehe. Mein Vater war Arier und mit dem Judentum verbindet [illegible]

Schicksal

Von FERDINAND BRUCKNER

Ich muss aufrichtig sagen, dass mir in den ersten Hitlerjahren das jüdische Problem viel näher ging, als heute. Damals versuchte ich auch in einem Schauspiel den Kampf gegen die Rassen als das zu zeigen, was er wirklich ist: eine Ausrede. Inzwischen hat Hitler unter dieser Ausrede — die vor allem eine ökonomische ist und daher eine umso blutigere — den ganzen europäischen Kontinent zu verschlingen versucht und, wenn man ihn nur liesse, würde ihm der ganze Globus auch nur gerade genug sein. Die Polen im Osten, die Franzosen im Westen und alle Völker, die dazwischen liegen, werden heute aus ihren Zusammenhängen gerissen, ihren Wohnstätten gejagt und als mindere Rassen zu Sklavenarbeiten gezwungen genau so wie, ein paar Jahre früher, die Juden. Wenn wir gescheit sein wollen, gibt es gerade heute kein eigentliches Judenproblem, sondern nur eines der verfolgten Völker, unter denen die Juden das kleinste sein dürften.

Unser Schicksal ist in keiner Weise ein besonderes Schicksal. Wir haben uns das zu lange schon selbst eingeredet. Von heute gar nicht zu reden, hat es nie Zeiten gegeben, nie, in denen nicht mehrere Völker unterdrückt wurden, wobei vermutlich immer die Juden das kleinste gewesen sein dürften.

Eine Lösung für die Juden kann nur gefunden werden zusammen mit einer Lösung für alle Minoritäten. Wie alle Minoritäten zu Ruhe und Freiheit kommen können — diese Frage wird einmal beantwortet werden müssen, sonst

Sonntag, 29. Dezember
3 Uhr
im
Hotel Empire
63. Strasse und Broadway
Tanz=Tee
des
New World Club, Inc.
Eintritt für Mitglieder 25 Cents; für Gäste 40 Cents.
25% des Reinertrags werden der Hilfskasse zugeführt.

PROSPECT UNITY CLUB, Inc.
A German Jewish Organization founded 1926
558 West 158th Street Phone: WA 7-9247
★ WELCOME 1941 ★
with your family and friends at our Clubhouse
NEW YEARS EVE PARTY
Enjoy New York's famous
Ginger O'Keefe and her Swing Girls
Admission: $1.25 advance; $2 at the door
CALL WA 7-9247 FOR RESERVATIONS

Annals Am. Ac. Pol & Soc Science
May 1941

groups in colonial society, warning them lest all join the fight against arbitrary government, none would be secure in life, liberty, or property."

This monograph is a welcome addition to the literature of the American Revolution. The student of politics will find it a good antidote to more conventional studies of the philosophy of the American Revolution.

H. C. Peterson
University of Oklahoma

Pierce, Bessie Louise. *A History of Chicago,* Vol. II: *From Town to City, 1848–1871.* Pp. xiii, 547, xxxiii. New York: Alfred A. Knopf, Inc., 1940. $5.00.

This is the second volume of a projected work of four volumes. It covers the period from the coming of the first railroad to the destruction of Chicago by fire in 1871. In this volume the notion of chronological treatment was discarded in favor of a topical form of structure that would blend together the many-sided activities of a rapidly growing community.

Miss Pierce analyzes the composition of the population, the hinterland with its rich resources, and the means by which the latter were drawn to Chicago. During this period Chicago became the corn, wheat, and lumber center of the country, the hub of the meat packing industry, and finally the trade center of the whole Northwest. These and other prizes were wrested from rivals in fierce competition, although some passed beyond her grasp as agriculture and stock raising shifted westward. During these years capital was buoyant and ruthless; the efforts of labor, fumbling and doctrinaire. The strong and the shrewd moved rapidly up the ladder.

Here Americanism was working under high pressure; the race for supremacy and maturity was won in twenty years. This young giant possessed virtues and vices as heterogeneous as its population. There were squalor and misery, but Chicago could abide discomforts. Only business depression really dampened enthusiasm. During this period Jacksonian Democracy yielded to Republicanism. Chicago admired Douglas, but did not vote for him. It could not follow his dialectic; it could not understand slavery. It was prepared for Lincoln even before he came. It greeted the war with enthusiasm; it grew war-weary; it waved "the bloody shirt." However, writes Miss Pierce, "in spite of contradictions civilization moved forward."

Miss Pierce writes well; she never allows her interest to flag in the course of a stupendous investigation. She has done more than write the history of a city; she has set a pattern for writing the history of any metropolis.

John Pomfret
Vanderbilt University

Pearl, Raymond G. *An Introduction to Medical Biometry and Statistics.* 3rd Ed. Pp. xvi, 537. Philadelphia: W. B. Saunders Co., 1940. $7.00.

This valuable book by the late Professor Pearl covers the problems of general population statistics as well as the specific problems of medical statistics. It gives a cross section of the methods and the achievements of this scientist and popularizer and his school.

In the section devoted to the history of statistics, both early and modern French and English authors are referred to, but the last German author mentioned is Gauss. Each problem is well stated and fully discussed. Special caution is always recommended before drawing statistical conclusions: statistically significant differences need not be real, and real differences may not be brought to light by the statistical methods used. Numerous tables, figures, and the literature increase the value of the book. The construction of mortality tables for men and animal forms of life leads to clear types. Their comparison has made it possible to systematize our knowledge of mortality. Another merit of the book is the construction of a uniform classification which can be applied to any observed distribution and the use of coin tossing for construction of tables (taken from Darbishire), for which the correlations vary in successive steps from zero to one.

The general arrangement is fairly good, but the rule of proceeding from the elementary to the more advanced methods is abandoned in the later part of the book. The complicated problem of judging the significance of a difference between two

samples precedes the discussion of the elementary theory of probability. The agreement between theory and observation is studied before the systematic treatment of frequency curves. The last chapter deals with the logistic curve, which was one of the favorite studies of Pearl. The postulates on which he bases this theory lead unfortunately to all curves of an ogive type, whereas the formulation of Verhulst (the originator) leads only to the logistic curve.

A serious shortcoming of the book is the complete lack of any social consideration. This, of course, is not an omission, but is a clear and conscious denial of a problem with all its implications. "Mankind is differentiated in respect to age, sex, race (or colour), geographic location" (p. 333), but social conditions are not mentioned. The allusions made to social problems are negative. For example, Pearl employs as an illustration of the care which must be used in the interpretation of correlations, the high correlation between tuberculosis and poverty. It is rather doubtul if this is a good example that correlation does not mean causation.

E. J. GUMBEL
New School for Social Research

THOMAS, DOROTHY SWAINE. *Social and Economic Aspects of Swedish Population Movements, 1750–1933.* Pp. xxiv, 487. New York: The Macmillan Co., 1941. $6.00.

This volume is presented as the first in a projected series of three studies of the relation between socio-economic and demographic phenomena in Sweden, the succeeding volumes to deal with local differences in the course of demographic development and with the selective or differential operation of mortality, natality, and migration.

Although it is generally known that continuous vital registration has been maintained for a longer period in Sweden than in any other country, it is only with the publication of this study that the unequaled Swedish demographic series have been made readily available in an English text. With its extensive statistical appendices, the present volume gives year-by-year marriage rates, legitimate and illegitimate fertility rates, and other data for a period of almost two hundred years, continuing certain of Sundbarg's series through 1933. Demographic movements are reported in additional detail for the years 1895 and after, with classification of the data by type of community.

The basic material of this study, then, is a detailed statement of Swedish population history since the middle of the eighteenth century. Combined with this are extensive series of economic data and an outline of the social and economic development of Sweden. In the utilization of this material, as the title would suggest, the author follows in the tradition of her earlier work, *Social Aspects of the Business Cycle.* The resemblance of the two studies, however, is largely one of methodology, for in the present volume population movements are the central phenomena, economic and social data being introduced in explanation of the conditions under which the observed population changes occurred. It is perhaps in this integrating treatment of demographic and economic material that the study is most distinctive, for it deals with population not as a separate entity but as an integral element in the socio-economic development of Sweden.

The study begins with an outline of the principal population changes of the period under consideration. It continues with an account of the social and economic reorganization of agriculture, traces in detail the rise of new rural social classes, and demonstrates the fluctuation of migration, marriage, fertility, and mortality with good and poor harvests. The demographic implications of the relatively late industrialization of Sweden are considered next, and various correlations with the business cycle shown. Of particular interest is the evidence from emigration data that "the pull from America was quite ineffective in years of prosperity in Sweden; and the push in Sweden was similarly ineffective when there was depression in America."

Following this survey of developments for the country as a whole, it is demonstrated that quite divergent trends have been followed in different types of communities, and that major readjustments have

LATIN AMERICA WARNS THE U. S. A.

101

FREE WORLD

ERNEST BEVIN
Not By Words Alone

TOM CONNALLY
We Shall Not Succumb

HENRI FOCILLON
France's Permanent Ideal

FREDERICK L. SCHUMAN
Freemen's Last Chance

ROUND TABLE No. 2
What About Germany's Future?

●

KARIN MICHAELIS • CONSTANTIN FOTITCH • ERNESTO GALARZA • MICHAEL STRAIGHT • J. ALVAREZ DEL VAYO • THE UNDERGROUND REPORTER • • • *and others*

NOVEMBER 1941
40c PER ISSUE
CANADA, 50c

Free World Association

FOR VICTORY AND FOR WORLD ORGANIZATION

The Objectives of the Association are to:

GIVE encouragement and practical assistance through widespread underground connections to the subjected peoples in their struggle for freedom;

PUT forth every possible effort to help all the fighting peoples in order to win the war against the Axis;

ORGANIZE cooperation among the democratic forces of all the Continents;

OPPOSE and block the agents and activities of the Axis and create democratic committees in Latin America;

BEGIN at once preparation for a world organization and a system of general security, as envisaged in the Eight-Point Program of President Roosevelt and Prime Minister Churchill.

•

The Association has already established headquarters in New York, Montevideo, Zurich, Stockholm, Mexico City, Havana, Santiago, and other cities.

The Association broadcasts to Europe four times weekly.

•

Free World Association, directed by the most prominent leaders of world democracy, needs the help of every American, needs the moral and financial help of every human being devoted to the principles of freedom.

•

INTERNATIONAL HEADQUARTERS

8 WEST 40TH STREET, NEW YORK, N. Y., U. S. A.

Treasurer: Frederick C. McKee

Sforza

Deutsch

Angell

Wheeler-Nicholson

de Ropp

Foerster

Thormann

ROUND TABLE

Immanuel

Brauer

Reveille

Gumbel

No. 2

What about Germany's future?

Safranek

Dolivet

The science and practice of power in Germany is the monopoly of the military caste and its disciples and followers. Unless you put this dynamic minority for more than twenty years under some form of international control, represented by a British governor at Berlin, nothing will save the world from a third upsurge of madness. **F. W. FOERSTER**

IT IS IN AN intensely dramatic atmosphere that the discussion between the members of this Round Table starts. Czechoslovaks, Poles, Frenchmen, Italians, and Englishmen, all of whose countries are suffering so much from the Nazi German dictatorship, are seated together with German democratic representatives and Americans. The meeting seems to foreshadow future discussions around the peace conference table.

TAKING PART in this discussion are: *Sir Norman Angell,* Nobel Peace Prize winner in 1933; *Major Wheeler-Nicholson,* former American Naval Attaché in London; *Count Carlo Sforza,* formerly Italy's Minister for Foreign Affairs; *Friedrich Wilhelm Foerster,* formerly professor of philosophy at the University of Munich and German Minister Plenipotentiary to Switzerland under the Weimar Republic; *Dr. George Shuster,* President of Hunter College and Chairman of the Loyal Americans of German Descent; *General Julius Deutsch,* former Minister of War of the Republic of Austria; *Max Brauer,* former Mayor of Altona, Hamburg; *Emil J. Gumbel,* professor of statistics at the New School for Social Research; *Stefan de Ropp,* writer and director of the Polish Information Center; *Milos Safranek,* former chief of the press service at the Czechoslovak Legation in Paris; *Thomas Reveille,* author of "The Spoil of Europe"; *Dr. Max Immanuel,* once the collaborator of Dr. Schacht, the Reich's *Finanz-Diktator;* and *Dr. Werner Thormann,* German Catholic writer. *Louis Dolivet,* on behalf of FREE WORLD, opens the discussion.

Louis Dolivet: Before starting the discussion, may I explain the spirit in which Free World is arranging these Round Tables on problems vital to the outcome of the war and to the future organization of the world?

Inspired by democratic principles, free from hatred against any people, but determined to find out the best means to avoid wars and aggressions in the future, and desiring especially to paralyze the dangerous class of men in Germany who during the past century have started so many wars and aggressive ventures, we are about to discuss very frankly the problem of guarantees which the German people must give to the rest of the world against future aggression. The problem is complicated not only by the fact that the war is still in progress but also by the policy of robbery and mass murder adopted by Germany. Unfortunately there is almost no sign of revolt in Germany against practices of horrible cruelty and terrorism unparalleled in modern history, and as a result of this abject attitude a feeling has grown up that a great part of the German people must bear a share of the responsibility. I would like to open the discussion, therefore, with the following question:

Is there a hope of revolt in Germany? If so, under what conditions and under the leadership of what groups? Is there any hope, for example, that a revolt may be organized by the military caste and the conservative groups, including the great industrialists and bankers? Or by the middle class? Or, finally, by the working class?

Max Brauer: In Germany throughout the period of the Hitler regime there has been a high revolutionary potential. To your question of whether there is hope of a revolution in Germany, I answer yes. Under what conditions and by what groups? The revolt in Germany can start only after a military setback on the battlefield. In such an event both the middle class and the leading groups in Germany now behind Hitler would lose their hope of final victory but it would be the working class that would be in the vanguard of any attempt to vanquish the Hitler regime. I do not believe that this revolt will come from the military caste. The army leaders know that the downfall of the Hitler regime will mark the end of the military caste in Germany; it will mean their decisive defeat. Moreover, the great industrialists who brought Hitler to power know that in such a future their enterprises will no longer be monopolistic but socialized.

I think that the will to freedom is not played out in the German people. On the contrary, it is very strong. But while the state and army are victorious there is not a chance of a successful revolt. Only in the moment of military defeat, when the armed forces and the organized power of the state are weakened at the same time, can there be a successful revolt.

Prof. Gumbel: Revolution presupposes a German defeat, but different types of revolution are possible. Faced by imminent defeat, the "respectable people," that is, the Reichswehr and the industrialists (not the bankers, since they play no real role) might change the situation through a pseudo-revolution in order to get better peace terms. A clear defeat, on the other hand, will lead to a classical revolution. But there might be no clear issue. This war will continue for years, and it may end without ever coming to a definite decision by virtue of a British expeditionary force, a Russian victory, or a German victory. Even so there is a chance of revolution. People in Germany are now working ten to twelve hours a day, sometimes even more. They are extremely tired and partially underfed. The machinery too may become exhausted. It is not far-fetched to assume that the population cannot indefinitely live under the stress that now prevails. A moral breakdown may occur when the population finally realizes that no number of military successes lead to peace. This breakdown might result in the destruction of the Nazi regime. I agree with Brauer, however, that no real revolution is possible without the leadership of the working classes.

Sir Norman Angell: It is just as important to know whether the middle and working classes are thinking more of revolt against the great industrialists and financiers than against the regime, for in that case Hitler would be perfectly capable of doing what he has done before—of throwing over, or appearing to throw over, the industrialists and bankers and posing (perhaps with the cooperation of Communists, as before) as the champion of the workers against the foreign plutocrats. Conversely, a revolt which took on the character of a Communist revolt might rally to Hitler's support once more the bourgeoisie and property holders.

When the other day Benes urged the Czechs to hold their fire, one commentator suggested that perhaps the exiled leaders feared that the revolts in Europe were

getting out of their control, and were developing new leaders, critical of the old; particularly critical, said the commentator, of leaders who put "national" interests before human needs and social security. It may be so. Yet the tragedy of France suggests that if a certain national political ideal had come before the economic interests of a particular class, whether worker or bourgeois, then even those interests would be in better shape than they are under Hitler, to say nothing of the fact that France might still be standing and fighting.

In other words, the first task is to find out what is the widest common interest which could animate a revolt against Hitler. We have been warned again and again by many observers that men will not revolt nor carry on war just in order to return to the old pre-war chaos and insecurity. We are urged to have a clear objective. What is it? Socialism? Hitler came to power on the promise of it; Russia has had it for twenty years, and somehow the bloom is rubbed off. Yet unless we do get some sort of unity of purpose Europe's revolt against Hitler may degenerate into rival uncoordinated revolts, a dreadful chaos.

That such cohesion is possible, the present example of Britain proves. There the organized working class, characterized by the most complete and thoroughgoing trade union movement in the world, gives its entire and unqualified loyalty to the head of the Conservative Party. Britain has proved that Socialist workers can have certain interests in common with Tory capitalists. It is our job to bring into relief some such wide interest as the basis of action not merely by forty million people in Europe, but by four hundred million.

Dolivet: Since the question of a revolt in Germany is intimately connected with the chances of military defeat, perhaps it would be better to consider the second question along with the first: What is likely to be the situation in Germany at the moment of the breakdown of the Hitler regime and a military defeat? As a strategist with both military and political experience, General Deutsch, would you tell us what political tendencies and movements will, in your opinion be strongest?

Julius Deutsch: We must first clarify what we mean by a military defeat. One hears all the time that it is impossible for Hitler to be beaten without an invasion of Europe and that the German army is too strong to defeat. It is my impression that Fascism in order to continue to exist must not merely avoid defeat but must always be victorious. The moment a stalemate develops Hitlerism will face a desperate crisis. I think that moment is approaching. In the first phase of the war the Nazis were victorious over the smaller states of Europe and Hitler was able to avoid a two-front war. That is no longer the case. The major theater of war is the front against Russia. The Germans stated that the war in Russia would be over in a few weeks but we see now that it will be a long war and one that will cost Germany heavily in men and materials. It is certain that this war cannot be brought to an end this fall, and the coming winter will be the hardest kind of winter for the German people to face. I think it will bring on the crisis.

Stefan de Ropp: In considering the possibilities of a revolt in Germany we would do well, I think, to eliminate at once those groups which will certainly not initiate any such action. Specifically, revolt will not come from the armed services, numbering about three and a half million uniformed persons of both sexes and all ages; from the opportunist fellow-travelers of the system, including the two and a half million officials; nor from the ranks of those who stand to lose their livelihood by the defeat of Germany. On the other hand, revolt may come from any or all of the following groups: those who have nothing to lose, including those loosely-knit revolutionary groups that fringe every war involving great masses; factory workers exposed to the low morale of the civilian urban population, especially if bombing becomes less scattered and more destructive; Communists, who only outwardly abandoned their beliefs to join the ranks of the S.A., especially in such industrial cities as Hamburg, Bremen, Lübeck, Stettin, Leipzig, Hanover, Breslau, Chemnitz, and the Ruhr towns. The army is a possible source of revolt only if a stalemate appears probable.

Dolivet: Mr. Safranek, you have had considerable experience in international affairs. Would you be good enough to let us have your opinion on this subject?

Milos Safranek: My colleague, Mr. Brauer, believes firmly in an economic revolution in Germany and in the prospects for a government by the Social Democrats after the war. I agree with him that monopoly capitalism has a certain responsibility for the success of Fascism and Nazism. There is a certain relationship between the term *Lebensraum* and the blind monopolistic pol-

icy of capitalism. But this responsibility, this relationship, is an international phenomenon and is not peculiarly German. It appears, with variations, in many countries, and is insufficient as an explanation of the origin of Nazism and its complete success in Germany. The German army, many millions strong, with its technique for the perfectly organized economic plunder of occupied countries, is not and cannot be a product solely of the National Socialist Party. German militarism and Pan-Germanism are much older than Nazism; they have their roots in German history dating back to the Middle Ages. Nazism is only their natural product. That is why I do not believe that a mere economic revolution in Germany would solve its basic problem, which really involves an ideological revolution. The Germans, unlike the French, English, Americans, and others, have not yet passed through such an experience; they have not felt the force of a revolution for the freedom of man, for human dignity. Therefore I consider all the hopes of economic revolution in Germany, as well as all the other different political plans relating to that country, as being expended on matters of secondary importance. Of prime importance will be the moral and ideological change of the German into a European citizen; his full, free, and conscious absorption into the thousand-year-old culture of Europe, which he is now trying to destroy.

Dolivet: I should be very glad if Professor Foerster, who is a recognized authority in this field, would give us his opinion. I know that it is unnecessary to ask him to be extremely frank, because he agrees that it is immensely important to any future organization of the world to be clear on the attitude of the German people.

Prof. Foerster: I am very pessimistic as to the effectiveness of any guarantee that Germany might offer to the victors after the war. There is too much wishful thinking in this regard. The present state of the world is due not only to barbaric violence but also to twenty years of illusions, resulting finally in the victory of the vanquished. I recall a cartoon that appeared in a Geneva paper at the time that the Germany of Stresemann entered the League of Nations. The scene is the Great Hall of the League, and a Prussian wolf, with red tongue hanging out, is being blandly received by an assemblage of sheep. The caption under the drawing was "The Wolf Greeted by the Lambs." What happened subsequently has borne out this sinister implication. Open disarmament of the police and secret rearmament of the bandits has been the result of Geneva pacifism. But this immense psychological error is not yet fully understood, and as a result the world seems doomed to fall anew into the same blunders. The pacifists of all countries say: Versailles produced Hitler; therefore, we must above all avoid a new Versailles; if more concessions had been made to democratic Germany, nationalism would not have succeeded in winning the German people. All this talk is void of any knowledge of the German people. Of course, in the economic field Versailles committed dangerous blunders, but on the whole it was not too severe, but too soft. It failed to exact any real guarantees capable of stopping a revival of Prussian militarism and it was wholly impotent to hinder the flow of millions of marks, which were due as reparations, into an overwhelming campaign of propaganda which poisoned the German people, divided foreign opinion, and prepared the coming of Hitlerism. No amount of concessions would have satisfied the nationalists or deflected them from their ultimate aims; they preferred to take the chances of total war in the hope of attaining total domination. Will they be converted by a new defeat? It would be frivolous to build the new order on such illusions.

The German Socialists always say that the majority of the German people is peace-loving. What difference does that make if it is the dynamic minority that always prevails? The German people are so peaceful that they have never offered the least efficient resistance to their misleaders. The science and practice of power in Germany is the monopoly of the military caste and its disciples and followers. Unless you put this dynamic minority for more than twenty years under some form of international control, represented by a British governor at Berlin, nothing will save the world from a third upsurge of madness, supported by the intimidated masses of Germany and its ever-obedient intellectuals.

Is it not incredible that after all that has happened Friedrich Stampfer, former editor of *Vorwärts,* official organ of the German Socialists, still seeks to distinguish between Hitler and the German people, as if the German people have the privilege of committing monstrous crimes and then throwing the responsibility on their leaders! Stampfer says the good German people have fallen into the hands of an adventurer who has woven his spell over them. Does he not see that if this is so, there is all the more reason

why the German people must be put under international tutelage, so that they and the rest of the world may be protected against any new adventurer who might lure them into a third devastation of Europe.

I know that the idea of a foreign governor controlling Germany will provoke strong protests from many sides, as if I were proposing the enslaving of the German people. But the decision of the tortured nations not to allow any possibility of a new eruption of the German volcano will be so powerful and irresistible that it will not be deflected by the German habit of crying out in alarm whenever effective means are devised to forestall new German crimes against the world. Germany may enjoy full economic and spiritual liberty but it must be deprived of its political *Selbstbestimmung* for at least twenty years. This will be the only effective lesson.

Dolivet: May I ask you, Professor Foerster, to give us your impression of the various currents that will exist in Germany after the breakdown of Hitler?

Foerster: There will be no currents at all, but only chaos, in which everybody will take revenge on everybody else. Heinrich Heine foresaw just this spectacle. In view of this possible chaos many peacemakers think of the formation of a new government with the help of the Reichswehr. But it was just this army circle that brought Hitler to power. He is only the son and executor of their tradition. You will see, the world will eventually have to put Germany under some form of tutelage; there is no other way to save its virtues from being exploited by its gangsters.

Count Sforza: There is something which frightens me more than Nazism. And that is the "revolt against Nazism" if it is going to be organized by the generals and their friends—and enemies—the industrialists. Of one thing you must be sure: the generals and the industrialists do not doubt for a moment that with the "revolt" they'll organize when Nazism falls they will easily cheat the British and Americans. Why are there always hopes for British, American, Italian, or French political *redressements*, even after periods so abject as those of the Pétain regime in France or of Fascism in Italy? Because we have had revolutions in our histories, revolutions that gave our peoples a sense of sovereignty. Take away from England the beheading of a certain King Charles and you'll have a much meeker England. French and Italians may accept Darlans and Mussolinis for a time but they have shown throughout their histories a capacity for terrible awakenings. When has this ever been true of Germany? The conversation that took place in Berlin in November, 1918, between the Chancellor, Prince Max von Baden, and the Socialist leader Ebert, is typical. "I put Germany into your hands, Herr Ebert," said the Chancellor. To which the honest but timid Socialist leader replied, with a bow: "Thanks, your Highness, I'll do my best. Have I not given two children to the cause of Germany?" The Socialist leaders were *Beamte* (officials), not revolutionaries. And so it happened that the Weimar Republic died—because it was a republic without republicans.

Deutsch: Professor Foerster has asked for a guarantee of Germany's peaceful development. I have full confidence in the democratic ideals of the German working class and in its consciousness of its own interests. This is not an illusion and the situation is by no means so hopeless.

de Ropp: I understand Mr. Deutsch's argument but desperate people do not think clearly and Germans at the moment of their disintegration will be desperate. We cannot look, therefore, to one tendency of political thought as paramount. Germany's state of mind will probably be compounded of a number of elements: First, hatred for those forces within Germany that precipitated the world disaster and abhorrence of the moral degradation attendant upon the present system; second, widespread and terrible fear of being held to a collective responsibility as a result of which the German nation will become the outcast of the world; third, a "save-our-souls" movement which will call in despair for a restoration of basic moral values. The more spiritually inclined section of the German community will look to a spiritual repentance, a turn towards religion, and a revival of educational values. And, fourth, a "save-our-children" movement. Parents will look to reconstituting in their children that which Nazism and their own weakness have ruined for their own generation.

Dolivet: Dr. Thormann, your strong position in favor of collective security was very much appreciated in Paris by those of us who were working toward that end. In view of your attitude then and your position as a Catholic leader, your opinion would be of particular interest.

Dr. Werner Thormann: It seems to me that there is no hope of open revolt in Germany before the military defeat of the Nazi

regime. But there are many weak points in the morale of the German people. The great majority are not at all enthusiastic about the war and a skillful propaganda should be able to accelerate the moral collapse. Ready to participate in an open revolt after the collapse of Nazism, however, would be only the Communists and other radical groups; not the great majority of the working class. On the other hand, there is a very strong possibility that the military caste, the conservative groups, and the "great bourgeoisie" — industrialists and bankers — will try to overthrow the Nazi government after a military defeat in order to come to terms with the victors and to save, with the established social order, the "Reich of Bismarck." To my mind, this is the greatest danger. Germany after Hitler's collapse will be in a state of complete chaos. If the victorious powers should be inclined to deal with the "conservatives," Germany will have accomplished the first step in the direction of a renewed nationalistic and imperialist policy, the first step in the direction of the third world war.

A middle class uprising against Hitler is highly improbable. The German middle class has never had an independent policy or acted consciously as such. In general it backed the democratic movement in 1918 and it formed the bulk of the Nazi party from 1930 on. It has always tended to follow the trend of events, rather than to act independently or to build up a political movement of its own. Germany's middle class marches with the eventual victor.

A revolt of the working class as a whole likewise seems improbable to me. Hitler's accession to power produced a deep moral crisis in the German labor movement. After the Nazi victory the majority of the working class abandoned any policy of its own and tried to come to terms with the victorious party. There is still a Communist minority in the German working class, and no doubt a great number of the older workers and those educated by the Socialist Party and the trade unions have retained their convictions. These may well be an important factor in the re-establishment of German democracy. But this group is too weak to accomplish the great task solely by its own strength. The youth of the German working class, grown up in the Third Reich, will be incapable of clear and reasonable action. The victim of a complete intellectual and moral nihilism, it will be a factor of dangerous uncertainty.

Wheeler-Nicholson: I happen to have been with the Army of Occupation in Germany. I commanded a cavalry troop on the Rhine and had a great deal of contact with German functionaries, and my own feeling concerning German self-government is that the country needs a period of instruction in democratic principles. The fine qualities of the German can be brought out by proper government. From an American point of view, the problem of obtaining German guarantees for the future is of vital importance. We feel that not only is our democratic way of living threatened by the violent outbursts of German nationalism but, in the present war, our safety is so much threatened that we are obliged to go to any length to destroy the Hitler menace. American public opinion has no doubt about the immense guilt of the Nazis for the outbreak of this war, and for violence, torture, and endless sufferings. Therefore, I am convinced that no American government will be satisfied with purely verbal guarantees.

Brauer: You will stop the democratic evolution of Germany if you undertake a policy of humiliation, punishment, and colonization. The liberation of the German people from Nazism can and must be accomplished by the German people themselves. Looking towards the principles of the peace, the English Labor Party has already declared against enslavement and concentration camps. When the German people find the way to freedom open they will take care of the job themselves. Human beings are the same all over the world.

Dr. George Shuster: Just now it seems pretty clear that open revolt against the Nazi regime cannot be hoped for in Germany prior to a military defeat, even though large sections of the populace are bitterly hostile. The Gestapo can prevent the organization of resistance. There can be no barricades, only tortured individuals in concentration camps. Only the Churches are able to speak critically of Hitler, but they cannot conceivably be centers of armed resistance. Consequently, if we assume the military defeat of Hitler, we must also face the fact that when it has been achieved there will be no party, no group, no labor union around which a government could be formed. It is even exceedingly doubtful that the army itself will have the prestige and force needed to maintain order. Moreover, since Germany's economy functions as a total war economy, it must become a partner in international trade immediately after the defeat if a vast proletarian population is not to starve. Such a transformation could

never be effected by a military dictatorship.

One can only conclude that the groups which once supported the Weimar Republic must be rallied with outside help and induced to accept the responsibilities of government and reconstruction. These groups must have the assistance of political refugees, who will not themselves govern but will support younger, relatively unknown men who have survived the years of Nazi terror. Some of these will be persons loyal to the Churches and to liberal or trade union ideals; others will be persons whom hard experience has taught to see the evil and the folly of Nazi ideals. They will get the collaboration of the vast majority of German business men and industrialists, who have consistently opposed Hitler even though some of them may once have blindly helped him to gain control of their country. Together these forces will be strong, but not strong enough to cope unaided with a youth perverted by Nazi doctrine and now hostile to every moral and social code by which a democratic society could be governed.

Germany must have help, particularly from the United States. We must see that the administration of post-war relief is entrusted to those who are and have been courageous exponents of democratic ideals.

Thormann: I am convinced that the prevention of a renewal of aggressive tendencies can be effected only by a policy of ruthlessly destroying all the political, social, and economic positions of these groups; a policy whereby all the known followers of Hitler will be deprived of political rights, a Jacobin policy of German democracy, a policy of democracy only for democrats.

Gumbel: I think that the situation of Germany after the war will be so unclear and so much beyond the powers of present imagination that it is extremely dangerous for us to attempt a political analysis based on the conceptions of liberalism and democracy. There will be eighty million hungry people, eighty million people full of hatred, full of the wish to sleep, to eat, to kill their personal enemies in particular and Nazis in general. It is impossible now to say what political groups can emerge from such a situation. Everything will depend on the attitude of the victors to the various groups within Germany. If there is another Chamberlain, there will be another Hitler.

Dolivet: But after all, post-war Germany will not exist in a vacuum. If the democracies win don't you think there is some chance that democratic forces and parties will be organized in Germany on the model of political organizations in other countries?

Gumbel: Perhaps. But there is no use hoping for a revival of the old parties. New ones will arise, and in my opinion anti-war and Socialist convictions will prevail.

de Ropp: The elements which have been least affected by the Nazi contagion are the Austrian people, the German Catholics of lower Westphalia and the Rhine, the right-wing Socialists who drew increasingly near to the left-wing of the Centrists as the Nazi tide rose, and the Bavarian peasants.

Deutsch: We must not forget that if Germany is defeated England will not be the only victor. Russia too will be victorious, and this changes the situation a great deal. The hostility of the German masses toward the war on Russia is an important factor. A great deal will depend on a real Russian victory.

Dolivet: We come now to the grave question of the re-education of the German people. Should this be regarded as solely a German duty or should it be a world-wide task?

Wheeler-Nicholson: What is to be done with six to nine million Nazified Germans who will be returning to civil life without jobs? This seems to me the greatest problem to be faced and the greatest source of danger. These people have been subjected to boundless propaganda. I wonder if there would not be a possibility of putting them to work in labor batallions—not as slaves of course nor with any aspect of degradation. Labor battalions would be costly, but reconstruction will be costly anyway and such a scheme might solve both the unemployment problem and the problem of reconstruction. In these labor battalions the re-education of the German youth will be easier than if they are left the victims of demagogic promises.

Brauer: These dangers from the German youth are, in my opinion, mostly imaginary. True, the influence of the Church and the family is somewhat impaired, but people can sometimes learn more in one day than they can in many years. One can hardly believe that the German people will gain any real idea of freedom from a process of compulsory education. Freedom must come from within and not from without. American democracy can be a great teacher but its services must be accepted voluntarily.

Gumbel: Some people suggest a re-education of Germany by means of an army of occupation. But no army of occupation has

ever had a good influence. The soldiers, not knowing the language of the natives, are driven by fear and isolation to behave in a way which the population regards as brutal. If, on the other hand, you allow German youth to visit other countries, as exchange students, they will certainly be influenced for the good and return home with more mature minds. If you build an international university in Germany thousands of students can go there and learn something better than what they have been taught under Nazism.

Thormann: The re-education of the German people on the basis of the great principles of Western civilization, Christianity, and individual freedom is the essential task of the future. It cannot be accomplished without the help of great spiritual forces and must accordingly be considered a worldwide task.

Foerster: American influence should be very strong in Germany's post-war educational process. Even before the first World War American ideas concerning the treatment of criminals were eagerly studied in Germany. All the juvenile courts were interested in American experiments; even methods that had already been abandoned in the United States were introduced in Germany. At the University of Munich American educational methods of classroom self-government were given a trial, and although German youth, interestingly enough, finally rejected any method other than the fuehrer system of authority, American techniques were much admired and American views on education were more influential than those of the British.

Brauer: We all hope that the United States will take a leading part in world reconstruction.

de Ropp: It is likely that a lengthy period of some fifteen to twenty years will elapse before a newborn Germany, rededicated to a world for the most part beyond the understanding of the present German generation, can be entrusted to conduct itself in harmony with other nations, on terms of an inner sense of equality that leaves no room for feelings of either superiority or inferiority. The guiding element for such a re-education of a whole people may perhaps be found in the men and women of Austria, chastened by the terrible experience to which they have been subjected. Another element which may prove constructive consists of those thousands of political martyrs whose spirit has not been broken in the concentration camps and whose outlook has remained constructive despite their suffering. I am thinking particularly of Niemoeller and others of his stature.

Foerster: The hope for democratic government will be the presence in Germany of an international trustee and authority to prevent military aggressions in the future. Brauer is right in saying that one can learn more in a single night than in many years. But it is not at all sure that the hundreds of thousands of Nazis who return from the war will draw democratic conclusions from the defeat. On the contrary, they will think of being better prepared the next time and proceed as soon as possible to exercise a new terror. I have always defended the working class, but the German people have perpetrated terrible crimes, and to give such people responsibility would be dangerous. Therefore I must raise my voice in favor of international control, not to introduce new slavery but to prevent the rise of a new Hitler.

Dolivet: What procedure can be used after the war to fix the responsibility not only of the high officials of the present German regime but also of the minor and local functionaries of the Nazi Party and the Reichswehr?

Brauer: The Fourteenth Amendment to the American Constitution, adopted shortly following the Civil War, made it impossible for any of those who had previously held public office and subsequently taken part in the insurrection ever to hold office again. In the same way the men who went along with Hitler must lose their rights.

Deutsch: I am convinced that the people of Germany will single out the responsible men and I think that they will be prepared to deal with them. In the last war the German army was a part of the German people and it was not hated. Now the Nazi Party is hated by the majority of the German people and certainly by the Austrian people. In the moment of defeat the people of Germany and Austria will move to punish them.

de Ropp: The German people should be told time and again on every shortwave broadcast sent from the free nations that daily lists are being compiled of offenses committed in Germany; that every crime perpetrated is included and described in detail, together with names of witnesses. When the war is over, they must be told, the record will be thrown open to the world. Each crime will thereupon be judged by an Allied tribunal according to German law operative at the time of its perpetration. There will be no amnesty because these crimes are

attributable neither to lack of knowledge nor to any excusable motive. The perpetration of an isolated murder or theft draws retribution in every civilized country of the world; there is no reason why murder, rape, theft, and despoliation of youth on a colossal scale should not be punished simply because of the number of times the crimes have been committed. It may be argued that those people who will be sentenced to long terms should be removed from the nation to avoid the burden their support would entail, or even as a measure of national disinfection. There are many islands in the Pacific where colonies of such people might be established.

Thormann: I believe that the anti-Nazi forces within Germany can fix responsibility and impose the necessary punishments. But the high officials of the Nazi Party and the Reichswehr who are now administering the occupied territories, as well as the minor and local officials working under them, should be delivered up for punishment to the authorities of these particular countries.

Dolivet: What kind of economic organization do you gentlemen envision for Germany that will further a program of European and world economic cooperation for all peoples, including Germany, and prevent at the same time the utilization of economic power for future aggression? As the author of a major work on German economy, Mr. Reveille, would you be good enough to start this phase of our discussion?

Thomas Reveille: The answer to that question depends largely on the duration and extent of the war. Another way of phrasing this is to say that what can and should be done with the German and European economic system will depend in very large part on the economic system that is inherited from the war itself.

Even at this early stage, however, certain facts and trends emerge fairly clearly. In order to get the maximum production and services for its military ventures the Nazi Reich has succeeded in establishing what is to all intents and purposes a unified European economic system. The extent to which this has been accomplished is brought out in detail in the pages of "The Spoil of Europe."

The system evolved under German domination has both its advantages and disadvantages. The disadvantages may be mentioned first. The first is that the prime aim of German organization is production for war purposes. The extent to which this shift involves irreparable losses for Europe depends on the degree to which machinery diverted to war purposes becomes incapable of being rediverted to production for peacetime. Generally speaking, however, both machinery and human organization which is incapable of being diverted from wartime to peacetime production constitute a relatively small proportion of the total. The second important disadvantage of the European system imposed and evolved by Nazi Germany is the discrimination that it entails as between the various peoples inhabiting the Continent. The standard of living of peoples other than Germans is depressed or sacrificed in favor of that of the Germans. More damaging and fundamental is the forced shift of the economies of the countries of Southeastern Europe away from a semi-industrial and semi-agricultural economic system to one of exclusively agricultural and raw material domains of the Nazi Reich.

The advantages of a unified economic system to be inherited at the end of the war are not small. The force of military and political events will have swept away the principal impediment to the organization of the European economic system for the benefit of the largest number. This impediment was of a two-sided nature. It comprised, first, national and international restrictions on production by private monopolistic interests. The institutional and legal framework which made possible the creation and retention of these monopolistic restrictions on production have been entirely swept away as a result of German measures designed to increase production for the benefit of the Wehrmacht. It is hardly likely, and altogether undesirable, that these restrictions should come back in any form whatsoever. In their absence one can foresee a pooling and a common organization of the resources of Europe in coal, iron, steel, aluminum, rayon, woodpulp, public utilities, and transport facilities.

The second impediment to a reorganization of Europe was the system of national barriers of the fiscal and cusoms type. Events promise to sweep these away also.

The dovetailing of the resources and economic implements of the European system into a more or less unified whole should be the best guarantee against the possibility of any one people making use of the common resources and implements for the purposes of aggression. The proportional, or other adequate, representation of the various peoples of Europe in the common economic system should further reduce the incentives

or temptations to embark on policies calculated to create further aggression.

Thormann: In my opinion Germany must revert to the borders of 1919, perhaps with certain rectifications in the northeast (exchange of a part of East Prussia for Danzig, with accompanying exchange of populations between Germany and Poland). There must be the complete political destruction of Prussia and confiscation of the great estates of the Prussian Junkers in East Germany. I would also propose the organization of a mixed economic order for Germany, with socialization of key industries and retention of privately owned small and medium-sized enterprises for the manufacture of consumers' goods. Germany's agriculture and industry must be organized in such a manner as to make national economic self-sufficiency impossible. Germany must depend on imports and must export under a system of worldwide economic collaborat..

Dolivet: Dr. Immanuel, as a former collaborator of Dr. Schacht, you can probably enlighten us on this subject.

Dr. Max Immanuel: The autarchic system created by the Nazi regime is one of the principal reasons for the outbreak of this war. New conquests were necessary in order to strengthen German currency through the organization of markets comprising millions of consumers, as well as through the plundering of subject countries. It was hoped in this way to make German currency the basis of a European currency. I think that after the war, whatever its issue, Germany will have a sort of state capitalism, and that German economy will have to integrate itself into a world economy. World economy is the only solution, and autarchy must be strongly condemned.

de Ropp: In order to provide some restrictive control, so that the aggressive subterfuges of the pre-war years cannot be repeated, it seems to me that German economy should be closely woven into the world economy, as Dr. Immanuel suggests, but with certain centralized decisions to be made outside of Germany. The German bank of issue, for instance, should be located outside the country, so that discount volume and discount rates, foreign exchange, and export receipts can be checked by sources beyond German control. International government bureaus might be formed outside Germany which would control the flow of raw materials and semi-finished goods to the Reich. The credit system in Germany, controlled by the central bank of issue through rediscount processes, should establish certain quotas of credit to be extended within specified European regions with a view to equalizing standards of living. Such credits should be largely used for purposes of consumption. By this method more equalized standards of living, within Germany and without, should tend to decrease psychological tensions and work towards international harmony. The agricultural potentialities of Germany should be stressed and certain over-urbanized areas might be reclaimed for intensive forms of agriculture. In this connection it must be borne in mind that certain provinces of Germany are underpopulated, having sixty-one to eighty-three inhabitants to a square kilometer whereas in Germany's would-be *Lebensraum* the ratios range from 108 inhabitants per square kilometer in Czechoslovakia to 131 in the Polish province of Cracow.

I would also suggest the forming of mixed state-owned holding companies for the control of German heavy industry. These would be formed by the Allied governments and the profits of such heavy industry would go towards the servicing of issues floated for the purpose of reconstruction outside Germany. In this way German heavy industry would be under the virtual control of the Allies and thus could not be used for purposes of rearmament.

In the political field I would urge an Allied guarantee of the frontiers of all of Germany's neighbors, with an organic plan of common defense, including a common airforce and motorized divisions, in order to deprive Germany of the hope of ever being able to isolate sections of its neighbors' frontiers for future attack. Should Germany become in time a trustworthy member of the family of nations certain of these guarantees might be made multilateral, thus depriving them of the anti-German stigma.

Brauer: If this system is to be imposed on the German people, I would say, "Fight to the death, Germans; it is better than to accept this straitjacket." I believe in democracy. Limitations to the power of a governing body must be fixed in the constitution of a country but cannot be imposed from beyond the country's borders. Mr. de Ropp's plan is the most reactionary I have ever heard. Economically speaking, German heavy industry was admittedly the influence that pushed Hitler into power. By doing so it lost its right to remain in private hands. But this plan is not the solution. It would mean the crippling of Germany. I am

for disarmament, but to tell the German people that their credit and banking systems, their heavy industries, and in effect all their most potent internal forces would be administered for them under the strictest regulation—that can never be. It would bring on a new Hitler or perhaps a Macedonian terrorist. This war is being fought by England in the cause of humanity against barbarism, but with such an objective as the plan that has been outlined here the cause of humanity would vanish.

Dolivet: Gentlemen, may I appeal to you to remain calm. We know that everyone present at this Round Table—Germans and non-Germans alike—are deeply democratic and that all have suffered from Nazism. We must discuss these problems not in a spirit of hostility but in a spirit of the free world that is the goal of all of us.

de Ropp: There is some misunderstanding. I don't want to put a straitjacket on the German people, but as Prof. Foerster says, the German majority must be helped, not left once more a prey to an aggressive minority. Some of the economic measures I propose, moreover, would be applied to Europe as a whole in the interests of a continental community.

Angell: No one pretends that settlement with Germany will be a simple problem; or that any general principle will be easy of application, or indeed could be applied in its entirety. Yet everything possible during the war should be done to prove that we really do mean business by the principles written into the Atlantic Charter. We must make it clear that Germany will enjoy the same economic rights as other European states and will not be placed at any economic disadvantage. At the same time, German aggression against other nations, great or small, must be rendered impossible by the greater future unity of European states for mutual defense and by a German disarmament which will render impossible a repetition of her past armed preparedness. With this disarmament must go the obligation on the part of the Allies to defend Germany against its neighbors. To deprive Germany of the means of defense and then indicate that any of its neighbors having grievances, real or imaginary, can attack it, would be to impose a settlement that could not last. If this last provision is made clear, a somewhat prolonged occupation of Germany by Allied troops would be welcomed by many in Germany as a measure for the country's defense against neighbors which might be temped to try *faits accomplis.*

Gumbel: All the solutions we have discussed would prove unstable. The Treaty of Versailles was based upon the assumption that the alliance of the victorious powers would continue, but no alliance ever continues indefinitely. That one lasted two or three years and when it was discarded the whole situation was thrown off balance. The same will happen with any solution that supposes the continued existence of an alliance after this war. A United States of Europe, on the other hand, might provide the solution for some of Germany's problems, which under a system of nationalism and sovereignty appear insoluble.

Safranek: I just want to say a word about the looting of the occupied countries. In two years the invaders of Czechoslovakia have damaged more than two billion dollars worth of property. How will Germany repair all the d... ge it has done, make good for the robbery of our art treasures, etc? I am not referring to the kind of reparations that characterized the Versailles Treaty. Czechoslovakia, as early as 1921 and of its own free will, renounced its reparations claims against Germany. The point I would like to make is rather the question of Germany's moral responsibility for the outright looting of the occupied countries.

Deutsch: Speaking as an Austrian, I must explain that the Austrian people are for self-determination. We can never accept de Ropp's program, which goes against the interests of our people and which at this moment serves to aid Hitler rather than to help defeat him.

Dolivet: What hope do you see for the Germany after Hitler, Count Sforza? What is your idea of how Germany can be treated after the war?

Sforza: There must be no Napoleonic invasion and no exceptional laws. At the same time, as even this discussion proves, something must be done from outside in order to make it possible for Bismarck's Germany—Bismarck was a greater danger to his country than Hitler himself—to become some day the European Germany that Goethe hoped to see. I share the impression of Dr. Thormann, whose views have seemed to me the most objective, that the greatest danger is the possibility of a fake revolution made by the "upper classes" in order to cheat Europe. What is the best way to avoid this danger, to help Germany save itself? Let me be frank—as one rarely is when he writes because the writer does not, as a rule, express his preliminary doubts. After all, one of the chief points of interest about these

Round Tables is that they show our readers how we hesitate, how we think, before we arrive at a formula for our ideas. The worst *idée fixe* of the Germans is that they are superior to such "second-rate peoples," as they pretend to think the Czechs, the Poles, and others. When I was Foreign Minister I received many visits (some secret) from leaders of the Weimar Republic. All of them, whether Catholic or Socialist, amused and shocked me with their naive superiority complexes vis-a-vis their neighbors. A learned Catholic leader did not hide his surprise when I hinted to him that on certain problems he might go to Prague and talk confidentially with Masaryk and Benes. "I may come to you," he said repeatedly, "but to go and see *diese Leute*. . ."

There is a way to cure the Germans—all the Germans—of their foolish idea of superiority, which is after all perhaps only the expression of a well-hidden inferiority complex; to cure them of the idea which is at the bottom of all their recurrent *Dränge nach Osten* and of all the violations of their word and their treaties. This way consists in showing the Germans, with facts, that their neighbors have a greater political maturity than all the readers of Treitschke and that, united, they may become more powerful than Germany itself. The whole of Central Europe has in recent years tended to become a united world of its own; ever since Russia and Germany—and in reality even fascist pseudo-Italy—began to deny or ignore the universal tenets of Christian civilization. Confronted with Nazi paganism and Stalinist determinism, Central Europe has felt, consciously or unconsciously, that it is essentially Christian—not in the sense of a special loyalty to any Church but rather in a consciousness that its only living tradition is a tradition of Christian philosophy, in which individual rights are recognized even more than in our industrial West. It is true that the countries of Central Europe have quarreled bitterly with one another when for example they were united in the framework of the Austro-Hungarian Empire; but that Empire did not collapse because it was too federalistic but rather because it was too highly centralized.

To a union of the free nations of Central Europe, from Poland to Bulgaria, the free Italy of tomorrow will be happy to give not only the most loyal friendship but—what matters more—the greatest and most generous material opportunit..s, such as the use of the great ports at its disposal. The entente which has already taken form in London between Czech and Polish leaders is a happy beginning for a work which must be carried much farther. Only this development, if it is successful, will succeed in persuading the Germans that it pays to become good Europeans.

Dolivet: To sum up, gentlemen, I believe the members of this Round Table agree on the following basic conclusions: First, there is no hope of a revolt in Germany without a serious weakening of the present government's position. Such a weakening can be brought about only through the military and economic superiority of Germany's enemies, and the utilization of that superiority in the form of a slashing offensive. Second, the Army alone will not revolt against Hitler until its leaders have a conviction that the war is definitely lost. Third, the revolt of the Army will not be inspired by a conversion to democratic priciples but only by the desire to obtain better conditions for Germany in future peace negotiations. The militaristic and nationalistic spirit will be secretly maintained in the Army ranks. If the Round Table agrees on these last points, I suggest that we make our conclusions widely known, because in many countries people believe that some German Army leaders are democratically inspired and that they ca.. helpful in the future. It is vital not to have any further illusions about this.

Concerning the groups that can offer the democracies acceptable guarantees for the future, the members of the Round Table agree that there are of course, in Germany and in the German emigration, important democratic groups whose honesty and desire for international cooperation can be absolutely trusted. Naturally we see no difference between a German democrat and a democrat of any other nationality.

The Round Table is seriously divided, however, on the problem of the future organization of Germany. Some members think that the democratic forces of Germany can be entrusted with that country's government after the war. Others feel strongly that these democratic and labor groups are not sufficiently strong to resist the dynamic nationalism of a German minority. They suggest, therefore, that the democratic reeducation of the German people be accomplished through some form of international control under British or American leadership. They feel that this is absolutely indispensable even in the interests of the German democratic elements themselves.

Concerning the economic organization of Germany, most of the members of this Round Table agree on the necessity of some external control over that part of Germany heavy industry that could be used directly or indirectly for war purposes. The members of the Round Table also agree that the German economy must be integrated into a general European and worldwide system.

The members of the Round Table agree that America's influence is very great in Germany and that it can, if well directed, exert an immense pressure in the interest of German democracy.

Finally there is general agreement that all the measures taken against Germany should be directed towards the complete destruction of the Hitler clique and of those who helped it to power, of the nationalistic and Prussian spirit, and of any possibility of renewed German aggression. It is the sense of the Round Table, however, that no measures must be taken against the innocent German, his safety, his security, or his freedom. On the contrary, every effort must be made to bring him back into the community of civilized nations.

•

LETTER TO THE EDITOR

Dear Sir:

HAD I BEEN present at the Round Table reported in the last issue of FREE WORLD, I would have entered a caveat at one or two points of the discussion. It was, indeed, a little unfortunate that with British policy under debate no Britisher was present; and that, doubtless because of the pressure under which the first number was brought out, the British member of the Editorial Board did not see the text of the report.

As some of your readers will know, I have never "pulled punches" in criticism of British policy during the unhappy years of appeasement. In books, newspaper articles, and lectures, I criticized in and out of season, and never failed to score the ineptitudes of certain British ministers. But it will ill serve the purposes of FREE WORLD, and of future American-British cooperation (without which those purposes cannot be achieved), and of a united front against Hitler generally, if the story of past events is shaped in such a way as to build up the conviction that the world's disasters have been due, not to errors, failures of understanding, confusions of policy, in which all governments, parties, and peoples have their share of responsibility, but to the special malice of this or that person or group consciously scheming to betray the people. Such an interpretation distorts the real nature of our problem, and by presenting us with convenient scapegoats tends to obscure the obligations and disciplines by which alone we can secure victory. If fewer Frenchmen had been taught to blame the British and fewer British the Russians; if we had heard less of the wickedness of capitalists, or Communists, or Freemasons, or Catholics, or Jews, or British (the last two linked together of late in some quarters) we might have become more conscious of what we ought to have done. We should do well to put less emphasis on *who* was responsible and more on *what* was responsible?

During the course of the Round Table discussion last month there was an indiscriminate blaming of Britain for actions for which she was only partly responsible. The old charge that Britain "actually sabotaged the American offer of solidarity with Britain in regard to the Japanese invasion of Manchuria" was repeated. In so far as this implies that the United States was at that time ready to take effective action against Japan which Britain refused to follow, it does not tell the real story. We cannot appreciate the kind of difficulty that was then presented, and which we may encounter again, unless we give full weight to the facts which the British government had to face. Let us recall them.

The Manchurian question was brought before the League by China under Article II, which necessitated a process of conciliation. The chief weapon the League possessed was that of instant inquiry by a commission *and this course, suggested by the Chinese on September 28, was warmly espoused by the British representatives.* But for three months the United States opposed any action, in the vain hope that Japanese liberals would restrain the Japanese militarists.

exekutive zu fordern. Nur dadurch wäre die Sicherheit gegeben, dass die Abrüstung nicht wieder ein leeres Versprechen bliebe, dessen mangelnde Erfüllung Vorwand zu neuem Aufrüsten der unterlegenen Staaten böte. Dass das sozialdemokratische Friedensprogramm nicht schon jetzt Einzelheiten für den Friedensvertrag ausarbeitet, ist richtig, ebenso der Hinweis, dass eine Zerstückelung Deutschlands weder nötig noch richtig ist, wenn ihm durch Abrüstung die Möglichkeit genommen ist, zu einer Weltgefahr zu werden.

In allzugrosser Sorge vor utopischen Vorschlägen sind die Verfasser dazu verleitet worden, auf sozialistische Forderungen überhaupt zu verzichten. In verschiedenen Punkten gehen sie nicht einmal so weit wie bürgerliche Friedensfreunde.

DISKUSSION UEBER DEUTSCHLANDS ZUKUNFT

Max Brauer, fr. Oberbürgermeister von Altona:

Ich halte eine deutsche Revolution für möglich, sie ist jedoch nur als Folge einer militärischen Niederlage auf den Schlachtfeldern zu erwarten. In diesem Falle werden die heute hinter Hitler stehenden Führerschichten und der Mittelstand die Hoffnung auf den Endsieg verlieren, aber eine führende Rolle bei der Beseitigung des Hitlerregimes kann nur die Arbeiterklasse spielen. Ich glaube nicht an eine Revolte der Militärs. Diese Kreise wissen zu gut, dass Hitlers Niederlage auch die entscheidende Niederlage der deutschen Militärklique sein wird. Ebenso sind sich die Grosskapitalisten, die Hitler an die Macht brachten, klar darüber, dass ihre Unternehmungen sozialisiert werden. Ich glaube, dass der Wille zur Freiheit im deutschen Volke weiterlebt. Jedoch erst in dem Augenblick, wenn die Wehrmacht und die organisierte Staatsgewalt zu gleicher Zeit geschwächt sind, sind Aussichten für eine erfolgreiche Revolte vorhanden.

Prof. Emil J. Gumbel, New School for Social Research, New York:

Auch ich bin der Meinung, dass der Revolution die militärische Niederlage vorausgehen muss. Aber es sind verschiedene Arten von Revolutionen möglich. Es ist denkbar, dass die Reichswehr und die Grossindustrie eine Pseudo-Revolution vornehmen, wenn sie der Niederlage gewiss sind, um sich einen besseren Friedensvertrag zu sichern. Andererseits wird eine einwandfreie Niederlage zu einer echten Revolution führen. Dieser Krieg kann aber noch Jahre dauern, und es ist denkbar, dass weder ein britisches Expeditionskorps, noch das russische oder deutsche Heer eine klare Entscheidung herbeiführen können. Auch in dem Falle kann eine Revolution in Deutschland ausbrechen. Die Deutschen arbeiten heute zehn bis zwölf Stunden pro Tag, manchmal mehr. Sie sind müde und teilweise unterernährt. Auch die Maschinen sind überanstrengt. Das deutsche Volk kann nicht unbeschränkte Zeit unter den jetzigen Notverhältnissen leben. Ein moralischer Zusammenbruch kann eintreten, wenn das deutsche Volk zu der Einsicht kommt, dass alle grossen militärischen Erfolge nicht zum Frieden führen. Dieser Zusammenbruch kann in die Vernichtung des Nazismus ausmünden. Mit Brauer bin ich der Meinung, dass eine wirkliche Revolution nur möglich ist unter der Führung der Arbeiterklasse.

Julius Deutsch:

Was ist unter militärischer Niederlage zu verstehen? Man hört dauernd, dass es unmöglich sei, Hitler zu schlagen ohne die Invasion des europäischen Kontinents und dass das deutsche Heer unschlagbar sei. Meiner Ansicht nach muss der Nazifaschismus, wenn er sich am Leben erhalten will, nicht nur die Niederlage vermeiden, sondern dauernd siegreich bleiben. Wenn sich ein Unentschieden ergibt, wird sich der Hitlerismus vor einer unlösbaren Krise sehen. Dieser Augenblick ist nicht mehr fern! In der ersten Etappe des Krieges besiegte Hitler die kleineren Nationen Europas; er konnte den Zweifrontenkrieg vermeiden. Das ist nicht mehr länger der Fall. Der grosste Kriegsschauplatz ist die russische Front. Die Nazis meinten, der Krieg mit Russ-

land würde in wenigen Wochen zu Ende sein, aber wir sehen jetzt, dass er lange dauern wird und dass er Deutschland schweren Schaden an Menschen und Material zufügen wird. Der gegenwärtige Winter ist für das deutsche Volk sehr hart. Er wird die Krisis bringen.

Prof. Fr. W. Förster:

Bezüglich der Garantien, die Deutschland nach dem Kriege den Siegern geben kann, bin ich sehr pessimistisch. Es gibt da sehr viele fromme Wünsche. Die gegenwärtige Lage der Welt beruht nicht nur auf barbarischer Gewalttätigkeit, sondern auch auf zwanzig Jahren Illusion, die schliesslich mit dem Sieg der Besiegten endeten. Offenes Abrüsten der Polizisten und heimliches Aufrüsten der Banditen, das war das Ergebnis des Genfer Pazifismus. Aber die Welt hat diesen ungeheuerlichen psychologischen Irrtum noch nicht begriffen, und sie scheint daher willens, erneut die gleichen Fehler zu begehen. Die Pazifisten aller Länder sagen: Versailles produzierte einen Hitler, wir müssen daher vor allem ein neues Versailles vermeiden. Hätten wir dem demokratischen Deutschland mehr Konzessionen gemacht, würde der Nazismus nicht das deutsche Volk erobert haben. All diese Rederei ist bar jeder Kenntnis des deutschen Volkes. Gewiss, auf wirtschaftlichem Gebiet beging Versailles schwere Fehler, aber im ganzen war der Vertrag nicht zu hart, sondern zu milde. Er schuf keine einzige wirkliche Garantie gegen ein Wiederaufleben des preussischen Militarismus, und er war völlig ausserstande, das Ueberfliessen von Millionen als Reparationszahlungen geschuldeter Reichsmark in einen riesigen Propagandafeldzug zu verhindern, der das deutsche Volk vergiftete, die Meinung des Auslands entzweite und das Heraufkommen des Hitlerismus begünstigte. Keine Konzession wäre imstande gewesen, die Nationalisten zufriedenzustellen oder sie von ihrem letzten Ziel abzubringen. Sie zogen das Risiko des totalen Krieges auf sich in der Hoffnung, die totale Weltherrschaft zu erringen. Wird man sie durch eine neue Niederlage überzeugen können? Es wäre frivol, wollte man die neue Ordnung auf solchen Illusionen aufbauen. Die deutschen Sozialisten sagen immer, die Mehrheit des deutschen Volkes sei friedfertig. Welche Rolle spielt das, wenn die dynamische Minderheit immer den Vorrang hat? Das deutsche Volk ist so friedfertig, dass es nicht einmal seinen Verführern den leisesten Widerstand entgegengesetzt hat. Theorie und Praxis der Macht ist ausschliessliches Monopol der Militärkaste, ihrer Schüler und Anhänger. Wenn man nicht diese dynamische Minorität für mehr als zwanzig Jahre unter internationale Kontrolle stellt, symbolisiert durch einen englischen Gouverneur in Berlin, so wird nichts die Welt vor einem dritten Stahlbad retten, das die eingeschüchterten deutschen Massen wieder billigen und die ewig-gehorsamen deutschen Intellektuellen rechtfertigen werden. Ich weiss, dass die Idee eines ausländischen Gouverneurs in Berlin starke Proteste von vielen Seiten hervorrufen wird, als ob ich die Versklavung Deutschlands vorgeschlagen hätte. Deutschland kann volle wirtschaftliche und geistige Freiheit haben, aber seiner politischen Selbstbestimmung muss es für mindestens 20 Jahre verlustig gehen.

Graf Carlo Sforza, fr. italienischer Aussenminister:

Es gibt etwas, das ich mehr fürchte als den Nazismus; das ist die „Revolte gegen den Nazismus", die von den Generälen und Grossindustriellen inszeniert wird. Sie zweifeln schon heute nicht daran, dass mit der Revolte, die sie organisieren werden, wenn es mit dem Nazismus zu Ende geht, sie mit Leichtigkeit die Engländer und Amerikaner täuschen werden. Wann hat das deutsche Volk in seiner Geschichte jemals gezeigt, dass es eines fürchterlichen Erwachens fähig gewesen wäre? Die Unterhaltung, die im November 1918 Reichskanzler Prinz Max von Baden mit dem sozialdemokratischen Führer Ebert hatte, ist typisch. „Ich lege Deutschlands Geschick in Ihre Hände, Herr Ebert" sagte der Kanzler. Der ehrliche, aber schüchterne sozialdemokratische Führer antwortete darauf, sich verneigend: „Danke, Excellenz, ich werde mein Bestes tun. Habe ich für die Sache Deutschlands nicht meine beiden Söhne gegeben?" Die sozialdemokrati-

schen Führer waren Beamte, nicht Revolutionäre. Und so geschah es, dass die Weimarer Republik starb, weil sie eine Republik ohne Republikaner war.

Julius Deutsch:

Prof. Förster hat nach einer Garantie für Deutschlands friedliche Entwicklung gefragt. Ich habe volles Vertrauen in die demokratischen Ideale der deutschen Arbeiterklasse und vertraue darauf, dass sie sich ihres eigenen Interesses bewusst ist. Das ist keine Illusion und die Lage ist keineswegs so hoffnungslos.

Dr. Werner Thormann, katholischer Schriftsteller:

Auch ich glaube nicht an eine offene Revolte in Deutschland vor der militärischen Niederlage. Aber es gibt in der Moral des deutschen Volkes verschiedene schwache Stellen. Die grosse Masse ist keineswegs begeistert über diesen Krieg und eine geschickte Propaganda sollte imstande sein, diesen moralischen Zusammenbruch zu beschleunigen. Nach dem Zusammenbruch des Nazismus werden jedoch nur die Kommunisten und andere linksradikale Gruppen bereit sein, an einer offenen Revolte gegen den Nazismus teilzunehmen, nicht die grosse Mehrheit der Arbeiterschaft. Andererseits besteht die grosse Wahrscheinlichkeit, dass die Offizierskaste, die konservativen Gruppen und das Grossbürgertum (Industrielle und Bankiers) versuchen werden, die Naziregierung zu beseitigen, um nach der militärischen Niederlage mit den Siegern in besseres Verhältnis zu kommen, die etablierte soziale Ordnung zu retten und mit ihr das „Reich Bismarcks". Das ist, nach meiner Ansicht, die grösste Gefahr. Nach Hitlers Niederlage wird sich Deutschland im Zustand des völligen Chaos befinden. Wenn die siegreichen Mächte geneigt sind, mit den „Konservativen" zu paktieren, wird Deutschland den ersten Schritt auf dem Wege neuer nationalistischer und imperialistischer Politik und eines dritten Weltkrieges getan haben. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass sich der Mittelstand gegen Hitler auflehnen wird. Die deutsche Mittelschicht hat nie eine eigene Politik geführt. Sie stützte die demokratische Bewegung 1918, und bildete das Gros der Hitlerpartei von 1930 an. Sie hatte immer das Bestreben, dem Lauf der Ereignisse zu folgen, anstatt eine ihr eigene politische Bewegung aufzubauen. Deutschlands Mittelschichten marschieren immer mit dem jeweiligen Sieger. Eine Revolte der Arbeiterklasse als ganzes scheint mir ebenso unwahrscheinlich. Hitlers Machtergreifung hat eine tiefe moralische Krise in der deutschen Arbeiterbewegung hervorgerufen. Nach dem Sieg der Nazis haben die meisten deutschen Arbeiter eigene politische Betätigung aufgegeben und versucht, mit der siegreichen Partei in ein annehmbares Verhältnis zu kommen. Es gibt noch eine kommunistische Minorität unter den deutschen Arbeitern, und zweifellos hat eine grosse Zahl der älteren Arbeiter und derer, die durch die sozialistischen Parteien und die Gewerkschaften erzogen worden sind, ihre alte Ueberzeugung beibehalten. Diese können einen wichtigen Faktor in der Wiedererrichtung der deutschen Demokratie darstellen. Aber diese Gruppen sind zu schwach, um die grosse Aufgabe allein und aus eigener Kraft zu vollbringen. Die deutsche Arbeiterjugend, die im Dritten Reich aufgewachsen ist, wird unfähig zu vernunftgemässem Handeln sein. Opfer eines intellektuellen und moralischen Nihilismus, wird sie ein Faktor gefährlicher Unbeständigkeit sein.

Brauer:

Vom Nazismus kann und muss sich das deutsche Volk selbst befreien. Im Hinblick auf den Frieden hat sich die englische Arbeiterpartei schon gegen die Versklavung Deutschlands und gegen Konzentrationslager ausgesprochen. Wenn das deutsche Volk den Weg zur Freiheit offen findet, wird es selbst diesen Weg gehen. Menschen sind überall gleich auf dieser Erde.

Dr. Georg Schuster, Präsident der Vereinigung loyaler Deutsch-Amerikaner:

Obwohl grosse Teile des Volkes entschieden hitlerfeindlich sind, kann es erst zu einer offenen Revolte kommen, wenn militärische Niederlagen eintreten. Die Gestapo kann die Organisierung des Widerstands verhindern. Es kann keine Barrikaden geben, nur ge-

quälte Menschen in Konzentrationslagern. Nur die Kirchen können Hitler kritisieren, aber sie können nie Zentren bewaffneten Widerstands werden. Nach der militärischen Niederlage wird es daher keine Partei, keine Gruppe, keine Gewerkschaft geben, die eine Regierung bilden könnte. Es ist sehr fraglich, ob die Armee noch Autorität genug besitzen wird, um die Ordnung aufrecht zu erhalten. Da Deutschlands Wirtschaft totalitär auf den Krieg eingestellt ist, muss Deutschland sofort nach der internationalen Niederlage ein Partner im internationalen Wirtschaftsleben werden, wenn nicht die proletarischen Massen verhungern sollen. Solch eine Umformung könnte nie von einer Militärdiktatur vollzogen werden. Die Gruppen, die die Weimarer Republik gebildet haben, müssen zusammengeführt werden, das Ausland muss ihnen helfen und sie müssen die Verantwortung der Regierung und des Aufbaus übernehmen. Diese Gruppen müssen den Beistand der politischen Emigranten haben, die nicht selbst regieren, aber jüngere, relativ unbekannte Leute unterstützen werden, die die Jahre des Naziterrors überlebt haben. All diese Kräfte zusammen werden stark sein, aber nicht stark genug, um allein mit einer Jugend fertig zu werden, die durch den Nazismus pervertiert wurde und die nun jeder Moral und jedem gesellschaftlichen Code feindlich gegenübersteht, durch den eine demokratische Gesellschaft sich regiert. Deutschland wird Hilfe brauchen, besonders von den USA. Wir müssen Sorge tragen, dass die Nachkriegshilfe denen anvertraut wird, die mutige Exponenten der demokratischen Ideale gewesen sind.

Thormann:

Ich bin überzeugt, dass aggressive Tendenzen nur niedergehalten werden können, wenn all die Träger dieser Ideen in ihren politischen, sozialen und wirtschaftlichen Positionen rücksichtslos und radikal vernichtet werden. Alle uns bekannten Gefolgsleute Hitlers müssen ihrer politischen Rechte entledigt werden. Die deutsche Demokratie braucht eine jakobinische Politik, eine Politik, die Demokratie nur den Demokraten gewährt.

Gumbel:

Die Lage Deutschlands nach diesem Krieg wird so unklar sein und so jenseits all unserer gegenwärtigen Vorstellungen, dass ich es für sehr gefährlich halte, wenn wir jetzt politische Analysen zu geben suchen, die auf den Ideen des Liberalismus und der Demokratie aufgebaut sind. Es wird 80 Millionen Menschen geben, die Hunger haben, 80 Millionen mit Hass geladene Menschen, erfüllt von der Sehnsucht zu schlafen, zu essen, ihre privaten Feinde und die Nazis im allgemeinen auszurotten. Man kann unmöglich jetzt schon sagen, welche politischen Gruppen aus dieser Situation hervorgehen werden. Alles wird von der Haltung der Sieger zu den verschiedenen Gruppen in Deutschland abhängen. Wenn es einen neuen Chamberlain geben wird, wird es auch einen neuen Hitler geben. Es besteht keine Hoffnung, dass die alten Parteien wiederaufleben können. Neue Parteien werden sich bilden und Antikriegsstimmungen und sozialistische Gesinnung wird vorherrschend sein.

Deutsch:

Wir dürfen nicht vergessen, dass, wenn Deutschland besiegt ist, England nicht der einzige Sieger sein wird. Russland wird auch Sieger sein. Und das ändert die Situation erheblich.

Brauer:

Die Gefahren von der deutschen Jugend bestehen vorwiegend in der Phantasie. Der Mensch kann zuweilen in einem Tage mehr lernen als in vielen Jahren. Ich vermag nicht zu glauben, dass das deutsche Volk wirklich zur Freiheit erzogen wird durch Zwangserziehung von ausserhalb. Die Freiheit muss von innen kommen. Die amerikanische Demokratie kann eine grosse Lehrerin sein, aber ihre Dienste müssen freiwillig akzeptiert werden.

Gumbel:

Manche schlagen eine Wiedererziehung des deutschen Volkes durch eine Besatzungsarmee vor. Aber nie hat eine Besatzungsarmee einen guten Einfluss ausgeübt. Wenn man aber in Deutschland eine internationale Universität errichtet, können Tausende

von Studenten dort etwas besseres lernen, als was man sie unter dem Nazismus lehrte.

Deutsch:

Ich bin überzeugt, dass das deutsche Volk die Verantwortlichen zur Rechenschaft ziehen wird. Im letzten Krieg war das deutsche Heer ein Teil des Volkes und wurde nicht gehasst. Jetzt wird die Nazipartei von der Mehrheit des Volkes in Deutschland und Oesterreich gehasst. Im Augenblik der Niederlage werden die Deutschen und die Oesterreicher die Schuldigen zur Rechenschaft ziehen.

(Aus „Free World", New York)

DER ARCHITEKT

Er türmte Riesenquadern auf für tausend Jahre,
er schuf in seinem Grössenwahn den Stil der Stile,
hoch über allen Wolken lagen seine Ziele,
und Menschenleben waren ihm nur Schleuderware.
Er sparte nicht an Stahl und Blut und Eisen,
ein Erdteil musste seinem Machwerk fronen,
ein Bau entstand von Ueberdimensionen,
um sein Genie der Nachwelt zu beweisen.

Aus jedem Stein jedoch spricht Elend und Entbehren,
und jeder Strebepfeiler wächst aus Leid und Qualen.
Millionen Tote müssen sein Gebäude zahlen,
vieltausend Sklaven müssen seinen Machtwahn mehren.
In Pracht und Glanz strahlt schimmernd die Fassade,
doch drinnen lagern Finsternis und Grauen.
Aus Tod und Hass lässt sich nicht Zukunft bauen,
die Wahrheit schlägt die kühnste Maskerade.

Ein jähes Beben geht durch alle Fundamente,
in Marmor und Zement erklaffen plötzlich Risse,
ein ungeheurer Brand vernichtet die Kulisse
der Reichsarchitekt steht über Nacht am Ende.
Die Sklaven, die sich gegen ihn erheben,
verwandeln Trümmerhaufen und Ruinen
und bauen neue Städte, die der Zukunft dienen,
in denen wieder freie Menschen leben.

HANS JAHN.

WENN DAS ICH ZUM WIR WIRD

John Steinbeck ist der von unserem Standpunkt der sozialistischen Neuordnung aus wichtigste und interessanteste Dichter der Vereinigten Staaten. Ueber die enthüllende Kritik Upton Sinclairs und Sinclair Lewis' hinaus sind seine Bücher positiv richtunggebend. Wir bringen im folgenden eine Probe aus „Früchte des Zorns":

„. . . . Die letzte klare, bestimmte Funktion des Menschen — Muskeln, die arbeiten wollen, Gehirne, die schaffen wollen über das einfache Bedürfnis hinaus — das ist der Mensch . . . Denn der Mensch, anders als jedes organische oder unorganische Ding im Universum, wächst über seine Arbeit hinaus, klimmt die Stufen seiner Vorstellungen empor, läuft seinen Kenntnissen voraus. Und dies mag man sagen vom Menschen — wenn Theorien sich ändern und zusammenbrechen, wenn Schulen, Philosophien, wenn enge dunkle Wege des nationalen, religiösen, ökonomischen Denkens wachsen und zerfallen, greift und strauchelt der Mensch vorwärts, unter Schmerzen manchmal und umsonst. Wenn er vorwärts geschritten ist, mag er zurückgleiten, aber nur einen halben Schritt, niemals den ganzen. Dies soll man sagen vom Menschen und es wissen und es wissen. Dies soll man wissen, wenn aus den schwarzen Flugzeugen die Bomben auf den Marktplatz fallen, wenn Gefangene getreten werden wie die Schweine, wenn zerschossene Körper sich wälzen im Staub, dann soll man's wissen! Wäre der Schritt nicht getan, wäre der vorwärts strauchelnde Wille nicht mehr am Leben, so würden keine Bomben fallen und keine Kehlen durchschnitten werden. Fürchte dich vor der Zeit, da keine Bomben mehr fallen, aber die Bombardierenden leben — denn eine jede Bombe ist der Beweis dafür, dass der Geist nicht gestorben ist. Und fürchte dich vor der Zeit, da die Streiks aufhö-

104

Annals Am. Ac. of Pol. & Social Science March 42

ing to the British broadcasts despite the heavy punishment imposed on such an offense, make this book a very valuable contribution to the understanding of the mentality of wartime Berlin.

But when Mr. Russell tries to draw deductions on the basis of only a few months' residence in Berlin, he commits grave mistakes. He writes that if one hears foreign news reports that the German people will soon revolt, one must remember that they have nothing to revolt with and nothing to revolt for. But have they perhaps something to revolt against? One must be better acquainted with the methods and the mentality of revolution to understand how revolts come. If Mr. Russell had been in different countries on the eve of a revolt, he could have come to the same conclusions as he did in Berlin. I saw people arguing that revolt was impossible, and next day I reported the outbreak of revolution. How superficial Mr. Russell is in these argumentations is now exposed by history, because he devotes a paragraph to prove how weak Stalin, his army, and his people are. Events have contradicted this assertion.

M. W. Fodor
Illinois Institute of Technology

Torrès, Henry. *Pierre Laval.* Pp. vi, 265. New York: Oxford University Press, 1941. $2.50.

This is an edifying story of the life of a shark and of a company of hyenas disguised as politicians and big finance people, written in a documentary and interesting way. Laval started during the first World War as a left-wing deputy in the dangerous society of defeatists (idealists and others) and of German spies. He escaped suspicion by delivering information to the government about the meetings of his parliamentary group. Like Hitler, he started political life as an informer. But unlike Hitler, he has but one aim—money. Politics, including foreign policy, is only a means. "Virtue does not pay dividends" is the device in his coat of arms. He grew in the shadow of shady finance, a specialized lawyer for large-scale crooks, and meddled in all financial scandals of the French Republic. But his participation nearly always escaped public notice. Torrès gives an excellent, imaginary indictment of Mandel against Laval in the Stavisky scandal. What a pity that in due time Torrès—a member of the parliamentary investigating commission—did not make this charge himself!

Laval's distinctive achievement is the lawsuit that never takes place, thanks to the system of interventions. He tells the author: "Failing a compromise involving a withdrawal of the complaint, I try at least to . . . have the dossier put on ice. Then all I have to do is wait for the appointment of a new Minister in the hope that this time the Republic will have chosen a better man" (p. 94). One of his marvels is the acquittal of a manager who sold a worthless piece of land to his own company for 700,000 pounds.

Torrès describes Laval as a shrewd man of encyclopedic ignorance, the man of the intrigues, the horse trader. This is not a literary phrase. A forthcoming deputy who wanted Laval's help was told by his secretary that "President" Laval was unable to grant favors for nothing, and was reminded that Laval was interested in breeding horses.

Since 1925 Laval has occupied the most important posts, Minister of Justice, Minister of Labor, Minister of Foreign Affairs (successor to Briand), and Prime Minister. In these high positions he did not even make the slightest attempt to do anything—except that he emptied all the secret funds at his disposal. No sum is too meager to attract his interest.

The most pessimistic conclusion to be drawn from the book is that nearly its whole content was known in France, but the knowledge did not hinder Laval's rise to power. This is partly due to the complaisance among politicians. Torrès himself gives a sad example. According to his own statement he collaborated with Laval and remained on friendly terms with him during all these years. He seems even to be proud that Laval entrusted him with his cynic confessions.

The essential question is, of course, How could it happen that the French nation permitted itself to be led by such gangsters? Torrès answers that the bourgeoisie did not see any other alternative—either Hitler or Stalin. They preferred Hitler, and Laval

was supposed to be the right man to appease him. As the book is mainly devoted to Laval as an individual, this answer comes only as a side light. Notwithstanding this restriction, Torrès gives a good description of the fifth column in France. Laval's contribution to the much broader issue, France's fall, is only touched. In a certain sense Laval was faithful and consistent. In 1917 and in 1940 he advocated peace in the interest of revolution. But in 1917 it was the proletarian, in 1940 the fascist, revolution.

E. J. GUMBEL

New School for Social Research

ESTORICK, ERIC. *Stafford Cripps: Prophetic Rebel.* Pp. 285. New York: The John Day Co., 1941. $2.50.

This vigorous account of the life of Sir Stafford Cripps reveals him as a man of exceptional versatility in the roles of chemist, factory manager, lawyer, country gentleman, world traveler, internationalist, writer, orator, and socialist. His career illustrates also the capacity on the part of many of the British aristocracy to sense the decisive changes in successive generations and to adapt themselves accordingly—a capacity that has contributed much to the maintenance of Britain's vigor as well as the survival of the aristocracy.

Cripps's political activities began in the conventional Conservative manner. Gradually, as a result of varied experiences and extensive reading, he passed through the several transitional stages that culminated in the events recorded in Low's noted cartoon, "Cripps is Expelled from the Labour Party for Being a Socialist." The pictorial prophecy, made in 1936, was formally fulfilled in 1939.

The biographer attacks both the Conservative party and the Labour opposition, and he is particularly severe in his handling of the Macdonald faction in the National Government. In extenuation of the cautious policy of the Labour party in opposing the Popular Front favored by Cripps, it may be said that the trade-union leaders of the party were restricted by their union connections and by their responsibility for feeling their way carefully through tradition and the confusions of prewar national sentiment. Cripps, on the other hand, financially independent and professionally secure, could afford the risk of acting boldly in the political arena. The course of events disarmed his critics in and out of his party, and his recognition by the coalition government when it gave him the crucially important post of Ambassador to Russia brought him to the forefront in the directing of world policy.

The book is much more than a biography. In terms of personalities and in spirit frankly favorable to Cripps as a central figure, the author traces the evolution of British thought and policy from the days of "the liberal conscience" that swayed the period of Sir Stafford's youth to the formulative stages of the United Nations of 1942. It may be futile to speculate about the course of events if Cripps's prewar demand for an international united front against fascism had been heeded. Speculative in a measure, too, is the question of the extent to which Cripps's views of world policy are becoming the views of Britain and her allies; but the answer to this question will have an urgent bearing on the course of the war and on the nature of the postwar world.

WITT BOWDEN

Washington, D. C.

PETROVITCH, SVETISLAV-SVETA. *Free Yugoslavia Calling.* Pp. 356. New York: The Greystone Press, Inc., 1941. $3.00.

For more than twelve years Dr. Petrovitch, as a Paris correspondent of the Belgrade *Politika*, influenced Yugoslav public opinion, defending the unity of the new state and the cause of democracy. From March 1939 to June 1940 his voice was daily heard from Paris, criticizing the pro-German Stoyadinovitch regime and warning the European peoples against the totalitarian foes of freedom. After the collapse of France he went on with his work in Boston, using the WRUL and WRUW short-wave radio stations to call upon the Southern Slavs to revolt against the Cvetkovitch government; and when the war came and the defeat of Yugoslavia followed, he harassed the enemy by describing his atrocities in the conquered country and stimulating the heroic defense of the people by the Chetniks. A similar fighting spirit against tyr-

Torrès, Henri: Pierre Laval. Oxford University Press, New York and Toronto 1941. $ 2.50

This is an edifiying story of the life of a shark and of a company of hyenas disguised as politicians and big ~~money~~ finance people, written in a documentary and interesting way. Laval started as a left wing ~~deputee~~ in the dangerous society of German spies and defaitists (idealists and others). He escaped suspicion by delivering information to the government about the meetings of his parliamentary group. Like Hitler, he started political life as an informer. But unlike Hitler he has only one aim--money. Politics, including foreign policy, is only a means. "Virtue does not pay dividends" is the device in his coat of arms. ~~He realizes this device as an advocate of big business~~. He grew in the shadow of shady finance, a specialized lawyer for largescale crooks, and meddled in all financial scandals of the French Republic. But his participation nearly always escaped public ~~knowledge~~ notice. Torrès ~~gives~~ invents an excellent ~~imaginative~~ fictitious imaginary ~~plaidoyer~~ of Mandel against Laval in the Stavisky scandal. What a pity that in due time, Torrès - a member of the parlamentary investigating commission, did not make this ~~plaidoyer~~ plea charge himself!

Laval's distinctive achievement is the law-suit that never takes place, thanks to the system of interventions. He tells the author ~~of the book, whom he took in his confidence:~~ "Failing a compromise involving a withdrawal of the complaint, I try at least to ~~hold up the proceedings and~~ have the dossier put on ice. Then all I have to do is wait for the appointment of a new Minister in the hope that this time the Republic will have chosen a better man." (p.94). One of his marvels is the ~~acquittance~~ Hal of a manager who sold to his own company, for 700 000 Pounds a ~~valueless~~ worthless piece of land.

contribution to the much broader is

Torrès describes Laval as a shrewd man of encyclopaedic ignorar the man of the intrigues, ~~working behind the screens~~, the horse tr This is not a literary phrase. A forthcoming deputy who wanted Laval's help, is told by his secretary ~~the~~ "President" Laval is un able to grant favors for nothing, and is reminded that Laval is in ested in [redacted]breeding horses. No sum is too meagre to attract his interest.

Since 1925 he occupies the most important ~~political~~ pc Minister of Justice, Minister of Labor, Minister of Foreign Affairs (successor to Briand), and Prime Minister. In these high positions he did not even make the slightest attempt to do something (Tardieu except that he emptied all the secret funds at his disposal. ~~No book, no law bears his n he even is a bad orator.~~

The most pessimistic conclusion to be drawn from the book is that nearly its whole content was known in France but ~~and~~ did not hinder Laval's rise to power. This is partly due to the complaisance among politicians. Torrès himself gives a sad example. According to his own statement he collaborated with Laval and ~~to have a foul case postpone in exchange for a decoration given to an uncle of his.~~ In all these years ~~he~~ He remained on friendly terms with him ~~Laval, and~~ seems even to be proud that Laval contented him with ~~proud of his~~ cynic confessions.

The essential question is of course: How could it happen t the French nation permitted itself to be led by such gangsters. Torr answers, that the bourgeoisie did not see another alternative:- either Hitler or Stalin. They preferred Hitler, and Laval was supposed to be the right man to appease him. As the book is mainly devoted to Laval as an individual, this answer comes only as a side light. Notwithstanding this restriction, Torrès gives a good description of the fif column in France. Laval's contribution to the much broader is

France's fall, is only touched. ~~In the referent's opinion, defeat was the only way for fascism to seize power in France~~ [writer's]. In a certai sense Laval is a faithful and ~~consequent~~ personality. In 1917 and in 1940 he advocates peace in the interest of revolution. But in 1917 it was the proletarian, in 1940 the fascist revolution.

has written a clean, clearcut paper which is very critical indeed of the transcendental phase of Husserl's development. Obviously under the influence of A. Pfaender and Nicolai Hartmann, Spiegelberg considers the nucleus of phenomenology to consist in the methodological principle of describing phenomena as they present themselves. But unlike Dorion Cairns he seems to believe that it is possible, in abiding by this principle, to develop a moderate realistic phenomenology without sliding at all into Husserl's subjectivism. V. J. McGill's paper is a remarkable example of how typically German ideas may be assimilated by a typically Anglo-Saxon mind. The chief value of his paper lies, however, in his attack on Husserl's phenomenological *epoché*—though I do not think that the psychological shape which Mr. McGill gives his argument is well chosen. Only an entirely different orientation in anthropology, such as that developed by Heidegger's existential analysis, will be able to overcome radically the weaknesses inherent in the procedure of phenomenological *epoché*.

Out of the wealth of critical and systematic ideas contained in this work I have reported only a small selection. Husserl's thought, no doubt, has been and still is of revolutionary power. Professor Farber's volume offers an excellent occasion to approach phenomenology as well as a splendid contribution to Husserl's memory.

WALTER CERF

Northwestern University

HAGOOD, MARGARET JARMAN. *Statistics for Sociologists.* New York: Reynal and Hitchcock. 1941. 915 pp., index 16 pp. $4.

In a certain sense the title of this book is misleading, for one might expect it to cover the relation between statistical and sociological methods, and the difficulties which arise from the fact that the concepts of the two sciences are different: often statistical conclusions have no bearing on sociological questions. But the author's purpose is more modest. She offers a first-year textbook in statistics for students in sociology, with sociology meaning the social sciences.

After an introductory section on quantitative methods in general the book deals with descriptive statistics—averages, index numbers and time series. The theory of sampling is called inductive statistics. Correlation, contingency and analysis of variance are discussed in the chapter on statistics of relationship. The last part treats of population questions. Sufficient space is given to mathematical statistics. Since the modern procedures for testing statistical hypotheses and for analysis of variance—which have rarely been applied to economic data—are

now within the reach of economists, it is a merit of the book that the author has included these topics. The book presents a popular and correct account even where it deals with technically complicated questions.

Except for its unusual but effective organization this work follows in general, and necessarily, the pattern of previous writings, but it is more exhaustive, and sometimes needlessly so. And while in some respects it is too broad, in others it is too narrow. It is reasonable that this book, intended for beginners who will not specialize in statistics, avoids the proof of formulae. But it should also avoid the use of formulae for their own sake. Mathematics is a tool and not an end for statistics. To fit a logistic curve to the number of birth control stations is a statistical monstrosity. The use of each formula is well explained by numerical examples, but often this procedure is not sufficient to give the formula's general meaning. Sometimes the arithmetic could be simplified, for example in the fit of the Gaussian curve. Unfortunately the same formulae are repeated over and over again. Avoidance of these repetitions would have made the book clearer.

The author gives a good description of correlation, but it may be asked why only one of the regression lines is shown in the graphs. The treatment of population problems is rather lengthy, and Table G is unnecessary, as no reader of this book will ever have to construct a mortality table. On the other hand, the treatment of time series and of index numbers is too short, in comparison with the importance of these topics for economic statistics. Birth rates for twenty-three years are an insufficient substitute for time series. Throughout the book the examples are taken from population statistics, mostly of North Carolina. No economic examples are given, and this lack is a serious handicap for the broad purpose of the book.

E. J. GUMBEL

New School for Social Research

THE VATICAN AND HITLER

THE PROTESTANT

a journal of affirmation —VOL. IV No. 6

June-July 1942

Editorials:

Whose Property Is This War?

Timoshenko For Allied Chief . . Kenneth Leslie 1

Mannerheim, Petain, et al . . .Johannes Steel 5

The Vatican and Hitler . . . . Heinz Pol 7

► A Little Light on Bruening . . .Maximilian Scheer 13

Two Ways From Sunday . . . Robert E. Brittain 17

The Red Wind Blows . . . .Antoni Gronowicz 20

► Protestant Latin-American Missions . W. S. Ryecroft 26

Straight Talk to Theologues . . S. H. Fritchman 30

► Is Gandhi Pro-Axis? . . . . . . Taraknath Das 31

► Our German Allies . . . . E. J. Gumbel 38

Vital Literature:

Sharpe's "Walter Rauschenbusch" and the Archbishop of Canterbury's new book, reviewed by . Vida D. Scudder 43

Letters to the Editor 47

twenty-five cents 10

THE PROTESTANT

JUNE-JULY, 1942

•

NOTES ON PERSONS

JOHANNES STEEL is the widely known news analyst and radio commentator . . . HEINZ POL is a free-lance journalist . . . MAXIMILIAN SCHEER is a French writer of an old Huguenot family, the author of *Blood and Honor* and *The Hitler School* . . . ROBERT E. BRITTAIN, who is now preparing an edition of the eighteenth century religious poet, Christopher Smart, is an instructor of English at Queens College . . . ANTONI GRONOWICZ is a Polish playwright, poet and author of thirteen novels, with several more soon to appear in this country . . . W. STANLEY RYECROFT is the Executive Secretary of the Committee on Cooperation in Latin America . . . STEPHEN H. FRITCHMAN is the Director of the Unitarian Youth Commission in Boston . . . DR. TARAKNATH DAS is lecturer on Oriental affairs at Queens College and at the College of the City of New York . . . PROFESSOR E. J. GUMBEL, formerly of the University of Heidelberg, and the first German university professor to be ousted by the Nazis, is now teaching at the New School for Social Research . . . Joining the Editorial Advisory Board: JOSEPH F. FLETCHER, Dean of the Graduate School of Applied Religion, Cincinnati, Ohio . . . STEPHEN H. FRITCHMAN . . . PROFESSOR JOSEPH HAROUTUNION, who is on the faculty of the Presbyterian Theological Seminary in Chicago . . . CHESTER E. HODGSON, pastor of the Centenary Methodist Church, Newark, New Jersey . . . W. STANLEY RYECROFT . . . JOHANNES STEEL . . . GORDON POTEAT is professor at Crozer Theological Seminary.

THE PROTESTANT is published bi-monthly by PROTESTANT DIGEST, Inc.
Editorial and Executive Offices
at 521 Fifth Avenue, New York, N. Y.

General Manager..........KENNETH LESLIE
Distribution Manager..........SANFORD ARCHIBALD
Managing Editor..........RALPH MORTON
Editorial Secretaries..........JANE BAKKE, JEAN TURNER

By subscription only. 12 issues $3.00; 24 issues $5.00 in the United States and South America. 25c per copy. 25c additional postage in Canada and foreign countries.

Reentered as second class matter December 12, 1941, at the post office at New York, N. Y., under the Act of March 3, 1879.

Printed in U.S.A.

Copyright, 1942, by Protestant Digest, Inc.

The National Committee of Protestant Associates, under the Chairmanship of John Hammond, Jr., is a voluntary group of laymen assisting in the publication of THE PROTESTANT. Contributions for this purpose should be made to the order of John Hammond, Jr., Trustee.

OUR GERMAN ALLIES

By E. J. GUMBEL

In the World Civil War the German anti-Fascists are as much our allies, although now weak and inarticulate, as the anti-Fascists who fight under the flags of the United Nations.

FASCISM TOOK its rise in Italy. Its German form is National Socialism. Germany was the first country overrun by the Nazis. Everybody wondered why there was so little resistance. The explanation generally given is that there is a fundamental difference between the Germans and all other civilized peoples. This is false. Not all Germans are Nazis and not all Nazis are Germans.

I claim: (1) The outside world reacted against the Nazis in exactly the same way as did the feeble German Republic. (2) The Nazis behaved inside Germany in exactly the same terroristic way as in the rest of Europe. (3) The German opposition under the Nazis had not the same chance of expressing itself as did other foes of the Nazis.

The Nazis rose by a combination of pseudo-legality and terror. Under the Republic, they had their own illegal army, created and supported by the Reichswehr which had participated in every plot against democracy. The liberal-minded middle classes having disappeared during the inflation, the Nazis built their power upon the hunger fantasies of seven million unemployed.

In the last legal election in March 1933, after Hitler had burned the Reichstag and when his Storm Troops already dominated the streets, he got 45% of the votes—if we can trust his figures. At least 55% of the German population voted against him. The proportion must actually have been larger, as these elections were partly falsified. The majority of the German people did not choose Hitler as their Fuehrer.

The policy towards the Nazis was the same inside and outside Germany. The rulers of Republican Germany pretended to believe that the Nazis were a parliamentary political party like any other, and the world powers acted as though the Nazi government were a respectable government like any other. As Hitler promised to act according to the German constitution, so he promised to preserve peace. He swore before the Supreme Court of the Reich that his army had no weapons, as his diplomats declared before the so-called Non-intervention Committee that he had not sent troops to Spain. Both authorities allowed his lie to go on. The Nazis had murdered Erzberger and Rathenau, ministers of the German Repub-

lic, and hundreds of others, as they murdered Barthou and King Alexander. In both cases, the officers of justice were afraid of the task of seeking the plotter behind the murderer.

The progressive parties in Germany feared civil war, and were more afraid of their possible allies than of their real enemy. They went out of existence without civil war which would have given them the chance of survival. The "respectable" people of Germany were convinced that the seizure of power by the Nazis would mean power for them. In the same way, the conservative powers hoped to use the Nazis as weapons against Russia. (Incidentally it must be mentioned that other groups were also mistaken about the situation. In 1933 the Communists claimed that the seizure of power by the Nazis was but the first step to their own approaching revolution.)

From 1933 till 1940 the great powers had two contradictory feelings towards the Nazis: the hope of victory and the fear of Nazi defeat. The latter sentiment proved stronger, as Hitler foresaw. This was his great secret weapon. The Nazis were made strong by the weakness of their opponents, inside Germany as well as outside. Of course, no excuse can be made for the lack of energy and cowardice of the German republican leaders, and for the lack of foresight of the conservative powers of Europe. They were similar personalities and they acted in a similar way. Their common policy, appeasement, ended in 1933 with the burning of the Reichstag, in 1939 with the burning of Europe.

Once the Nazis were in power, the great European countries hurried to make concessions which they had denied the Republic. England concluded a Naval Agreement. The Nazis were able, first secretly, then openly, to rearm, a privilege rightly refused to the Republic. Rearmament fortified their internal power and gave them an efficient measure against unemployment. No protest came when they occupied the Rhineland and conquered Austria, whereas in Weimar days even the plan of a custom-union had been considered a casus belli. Finally, in Munich, Czechoslovakia was abandoned to the Nazis.

It is evident that such a successful government must have gained support among the German population. Every encouragement given to the Nazis was a discouragement to the opposition. And yet I claim that there was more resistance than we know of. Of course, the usual signs of legal opposition cannot be found under a totalitarian system. In the beginning there was an organized illegal opposition. Leaflets, newspapers printed in tiny photographed letters on thin paper not larger than the palm of your hand, booklets disguised by covers indicating bird-care, gardening, etc., were distributed. The underground movement went on in spite of

innumerable trials, persecutions, beheadings which spread terror throughout the country. No similar or equally efficient terror has been known, at least in modern history. More than 100 concentration camps have a constant population of more than one hundred thousand persons. Thousands became martyrs and paid with their lives for their convictions. The world knows, for example, how Carl von Ossietzki met his death. The work of this underground movement may be considered futile. But it gives testimony that there has been a strong will to resist. Its organized forms have been broken as everybody has come under strict control. The Nazis have corrupted all social life by their ingenious system of denunciation. From all parties, careerists and traitors went over to the Nazis. Nobody knew any longer whether he could trust his friend of yesterday; brother was afraid of brother, father of child. This sense of insecurity touched even the highest circles. How otherwise can the 30th of June 1934 be explained, when Hitler in a rage of fear and distrust murdered hundreds of his most faithful adherents. Even now the death-rate among generals is suspiciously high. Certainly not everybody who was murdered was in reality a political opponent. But the Nazis considered them as such, and that is decisive.

There is an essential difference between the means of expression of the opposition in Germany and in other occupied countries of Europe. In the oppressed countries, Hitler and his men are foreign conquerors, against whom the majority of the population is united. The Quislings, whose social composition resembles that of the early Nazis, are easily recognized. There is a clear distinction between friend and foe, as pre - invasion social relations continue. In general, people may trust those who speak their own language. In Germany, such a means of recognition is extremely difficult. The Nazis proclaimed their thesis to be the only true patriotic feeling, thus charging opponents with conspiring against their own country. The oppressed nations have the consolation and the encouragement of knowing that there are strong forces outside their country united in the task of defeating the oppressors. They can depend on the sympathy and help of all nations at war with Germany. The German opposition, before and in the war, stands desperately alone in its dangerous task. It has no means of appealing for the help of other nations. Even refugees could not openly continue their fight from outside. The German opposition felt and feels itself without friends in any part of the world.

The best evidence of resistance that exists even now inside Germany is the terror exercised by the Nazis. Himmler, Chief of the Gestapo, who knows what

he is talking about, foresaw four fronts in the war: the land front, the sea front, the aerial front, and the home front. The Nazi press affirms that the whole German nation stands united behind the Fuehrer. At the same time—and these are utterances of the last months—it complains about a whispering campaign, the querulous inclination of workers unable to see the beauty of overworking, the spreading of rumors, unrest and lack of responsibility of people standing outside the national community. The courts act with the utmost cruelty. Utterances hostile to the regime, even a friendly attitude towards prisoners of war, are punished with many years of hard labor. On May 22nd, the Berlin Radio announced that fourteen so-called Marxists, charged with listening to foreign broadcasts, mimeographing and distributing leaflets and organizing illegal cells, were condemned to death by the people's court in Mannheim and executed.

The *Schwarze Korps,* organ of the S. S., states that there is no political opposition in Germany. But at the same time it gives reports of people being sentenced for having relations with refugees, for writing seditious letters, posters and leaflets, for being members of illegal organizations, for trying to disintegrate the German army, for sabotage, high treason and espionage. Other persons have been killed without trial for active resistance to the armed forces.

The German opposition is not based on the political platforms of the old parties. They are dead. It is not an organized opposition, although there seem to be de facto leaders in the big factories. Its basis is a general longing for freedom and for a decent human life. The negation of the horrors people have seen and were compelled to commit, plays an important role. The idealistic youth which really believed in National Socialism is now disappointed. The religious issue has made trouble for the Nazis. Saints and martyrs rose among Jehovah's Witnesses and the Bekenntniskirche. The whole world admires Paster Niemoeller, a conservative, not a revolutionary. But the world, longing for sensation, is too accustomed to look for famous people of high social standing, so that the simple, straightforward victim in the concentration camps is forgotten.

It would be a mistake to place hope of efficient resistance in the big industrialists or the army. The Nazis have partly disappointed their backers, the big industrialists, by curtailing their profits and even their power, and by creating new big industrialists. But they have followed an imperialistic scheme. To the Army, the Nazis have given more scope, opportunity and power than any other German government. The Nazis, the big industrialists, and

the army must stick together. The fall of any one of this unholy trinity means the fall of the system, and each participant knows it. Do not look for resistance from these respectable quarters. Resistance, however ineffective at present, exists especially within the working classes. This resistance will not be sufficient to bring about defeat. But it will become active resistance and play its role in the debacle—provided that the errors of 1919 and 1933-39 are not repeated.

In 1919 every endeavor was made to hinder a true German revolution. Even now nothing is done to further one. Nazi propaganda claims that there is no choice for Germany except victory or complete annihilation. Unfortunately this claim is based on many utterances emanating from the Allied side. No alternative based on Wallace's wonderful outlook has ever been offered authoritatively to the German people.

The first condition for a German revolution is political warfare against the Nazis and their supporters. The second condition is military defeat. Then the cry for revenge for unspeakable sufferings will rise. The blood of the martyrs will be the seed of the revolution. It will be no decent and well-intentioned movement. Its first exponents will be totally demoralized soldiers. Then the old ruling reactionary forces in Germany will cry for help from the outside world. On condition that no help is brought to the Nazis and their supporters, the German revolution will wipe them off the face of the earth and thus create the possibility of a better future.

Y Y Y Y

There are myths which displace truth, and there are myths which give wings to truth. There are temporary myths uniting hordes of men on the basis of existing passions and for a specific campaign; and there are deeper myths, born of the permanent and universal aspirations of men, such as the dream of a future human fraternity. Such myths as these last are never mere mythology, because they are founded on a literal and present truth.

This truth is the healing fact of which we are in search, is a fact as simple, as ever-present, and as easily overlooked as the fact of one's own existence. It is accessible to every man, to the commoner and the pundit on the same terms; yet it falls short of being notorious common knowledge because the same single-eyed industriousness of inquiry which loses sight of the soul loses it also. It is the truth that the world, like the human self, has its unity in a living purpose. It is the truth of the existence of God.

—William Ernest Hocking
In *What Man Can Make of Man*,
Harper & Brothers, New York

108

E. J. GUMBEL:

Das Nazi-Ungeheuer

Franz L. Neumann: Behemoth — The Structure and Practice of National Socialism (Oxford University Press, 1942)

Die Machtergreifung durch die Nationalsozialisten, das grösste politische Ereignis der letzten 50 Jahre, hat eine Flut von Literatur hervorgerufen. Zum Teil ist sie vom Tag und für den Tag geschrieben und bleibt daher im Aeusserlichen stecken. Ernsthaft stehen sich zwei Thesen schroff gegenüber: nach der ersten, einfachsten, der Rassentheorie, sind die Deutschen von Natur und Geschichte böse und gewalttätig. Alle ihre geistigen Leistungen münden im Negativen. Daher konnte nur dieses Volk den Nationalsozialismus, die Bedrohung der westlichen Zivilisation, hervorbringen.

Die zweite These existiert in zwei Varianten. Der Kapitalismus produziert den Imperialismus. Die Konzentration dringt zum Monopol. Aus den Widersprüchen des Kapitalismus gibt es nur den Ausweg zum Sozialismus oder den Untergang in die Barbarei. Der Ausweg zum Sozialismus, in der demokratischen Form, ist in Deutschland misslungen. Aber er hat sich, ins barbarische verändert und verzerrt, im Nationalsozialismus durchgesetzt, insofern als der Profit nicht mehr Leitmotiv der Wirtschaft ist. Die Preise regeln nicht mehr die Produktion. Nach der andern Variante ist der Nationalsozialismus die letzte Phase des Monopolkapitals, also ökonomisch gesehen nichts vollkommen Neues. Die moralische Barbarei verträgt sich sehr wohl mit technischem Fortschritt und ökonomischer Weiterentwicklung.

Neumann neigt mehr zur letzteren Auffassung. Mit ungeheurem Fleiss, unter Heranziehung aufschlussreichen Materials, das nur auf offiziellen Quellen fusst, mit interessanten Parallelen zur früheren Konterrevolutionen, die die Besonderheit der jetzigen geistigen Situationen beleuchten, vertritt er eine Reihe eigenwilliger und origineller Thesen. Den Mut zu neuen Ueberzeugungen wird man ihm nicht absprechen können.

Sein Buch beginnt mit einer gründlichen, sozialen Analyse des Kaiserreichs und der Republik und der Ursachen ihres Sturzes. Die deutsche Schwerindustrie konnte ohne imperialistische Expansionen nicht weiterarbeiten. Aber die Republik konnte ihr die notwendige Massenbasis und Ideologie nicht liefern. Denn eine imperialistische Massenpartei mit sozialistischer Ideologie existierte nicht. Die erste Leistung der Nationalsozialisten bestand darin, das Lumpenproletariat für die Interessen des Monopolkapitals zu mobilisieren. Ihre Sendung ist die Befriedigung des Expansionsbedürfnisses der deutschen Schwerindustrie auf gewalttätigem Wege. Dies hat Hitler in einer Rede vor den rheinischen Industriellen bereits 1932 sehr klar ausgedrückt.

Nach der Machterfreifung veränderte sich die Zusammensetzung des Monopolkapitals dadurch, dass die Partei und einige ihrer Spitzen als neue Wirtschaftsmacht auftraten. Erbaulich ist die Geschichte, wie die Hermann Göring-Werke zusammengestohlen wurden. Die herrschenden Schichten erneuern sich jetzt zum Teil aus der Partei, und dies gibt der Unterschicht gewisse Aufstiegsmöglichkeiten. Aber das Wort "Gemeinnutz geht vor Eigennutz" verdeckt eine gewaltige Kapitalkonzentration. Denn Gemeinnutz ist eben der Nutzen der Monopolisten. Gleichzeitig existiert aber die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung einer proletarischen Phraseologie. Hierzu gehört der Antisemitismus als die typisch pseudo-antikapitalistische Ideologie.

Die Herrschaft des Monopolkapitals setzt bestimmte Organisationsformen voraus, die äusser-

Ein weltberühmter

KURORT

ähnlich in der Wirkung wie die europäischen Bäder

Versteckt in den friedlichen Bergen, nur 4½ Stunden von New York, liegt das ruhige Sharon Springs. Seine Schwefel- und Nauheim-Bäder und Massagen sind besonders allen denen empfohlen, die an Gelenkentzünd., Rheumatismus, Nervenentzündung, Ischias u. ähnlichen Erkrankungen leiden. Die Badehäuser liegen in unmittelbarer Nachbarschaft aller Hotels und Pensionen.

L. O. White, medizin. Direktor
Aerzte am Platz:
Dr. Joseph Eisenstadt (früher Berlin), Dr. Ferdinand Roder, (früher Bad Gastein)

Golf - Tennis
Reiten - Schwimmen

Wegen näherer Auskunft (verlangen Sie Booklet "A") schreiben Sie an die

WHITE SULPHUR COMPANY

SHARON SPRINGS
NEW YORK

oder telefonieren Sie dem New York City Büro: HAnover 2-8684

RED SWAN COUNTRY CLUB

Decoration Day Wochenende (3 Tage) 28.-31. Mai ... $19

In Ramapo Mts.—45 Meilen von N. Y. Frei in der ganzen Saison Golf, Tennis, Reiten Schwimmen...

No 57 Dec 42 Buenos Aires p 6-7-

Dr. E. J. Gumbel:

„BEHEMOTH"

Die Machtergreifung durch die Nationalsozialisten hat eine Flut von Literatur hervorgerufen. Zum Teil ist sie vom Tag und für den Tag geschrieben und bleibt daher im Aeusserlichen stecken. Ernsthaft stehen sich zwei Thesen schroff gegenüber: nach der ersten, einfachsten, der Rassentheorie, sind die Deutschen aus Natur und Geschichte böse und gewalttätig. Alle ihre geistigen Leistungen münden im Negativen. Daher konnte nur dieses Volk den Nationalsozialismus, die Bedrohung der westlichen Zivilisation, hervorbringen.

Die zweite These existiert in zwei Varianten. Der Kapitalismus produziert den Imperialismus. Die Konzentrations drängt zum Monopol. Aus den Widersprüchen des Kapitalismus gibt es nur den Ausweg zum Sozialismus oder den Untergang in die Barbarei. Der Ausweg zum Sozialismus, in der demokratischen Form, ist in Deutschland misslungen. Aber er hat sich, ins Barbarische verändert und verzerrt, im Nationalsozialismus durchgesetzt, insofern als der Profit nicht mehr Leitmotiv der Wirtschaft ist. Die Preise regeln nicht mehr die Produktion. Nach der andern Variante ist der Nationalsozialismus die letzte Phase des Monopolkapitals, also ökonomisch gesehen nichts vollkommen Neues. Die moralische Barbarei verträgt sich sehr wohl mit technischem Fortschritt und ökonomischer Weiterentwicklung.

Fr. L. Neumann neigt in seinem Buch, Behemoth, The Structure and Practice of National Socialism (Oxford University Press 1942) mehr zur letzteren Auffassung. Mit ungeheurem Fleiss, unter Heranziehung aufschlussreichen Materials, das nur auf offiziellen Quellen fusst, mit interessanten Parallelen zu früheren Konterrevolutionen, die die Besonderheit der jetzigen geistigen Situation beleuchten, vertritt er eine Reihe eigenwilliger und origineller Thesen. Den Mut zu neuen Ueberzeugungen wird man ihm nicht absprechen können.

Sein Buch beginnt mit einer gründlichen sozialen Analyse des Kaiserreichs und der Republik und der Ursachen ihres Sturzes. Die deutsche Schwerindustrie konnte ohne imperialistische Expansionen nicht weiterarbeiten. Aber die Republik konnte ihr die notwendige Massenbasis und Ideologie nicht liefern. Denn eine imperialistische Massenpartei mit sozialistischer Ideologie existierte nicht. Die erste Leistung der Nationalsozialisten bestand darin, das Lumpenproletariat für die Interessen des Monopolkapitals zu mobilisieren. Ihre Sendung ist die Befriedigung des Expansionsbedürfnisses der deutschen Schwerindutrie auf gewalttätigem Wege. Dies hat Hitler in einer Rede vor den rheinischen Industriellen bereits 1932 sehr klar ausgedrückt.

Nach der Machtergreifung verändert sich die Zusammensetzung des Monopolkapitals dadurch, dass die Partei und einige ihrer Spitzen als neue Wirtschaftsmacht auftraten. Erbaulich ist die Geschichte, wie die Hermann Göring-Werke zusammengestohlen wurden. Die herrschenden Schichten erneuern sich jetzt zum Teil aus der Partei, und dies gibt der Unterschicht gewiss Aufstiegsmöglichkeiten. Aber das Wort „Gemeinnutz geht vor Eigennutz" verdeckt eine gewaltige Kapitalkonzentration. Denn Gemeinnutz ist eben der Nutzen der Monopolisten. Gleichzeitig existiert aber die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung einer proletarischen Phraseologie. Hierzu gehört der Antisemitismus als der typisch pseudo-antikapitalistischen Ideologie.

Die Herrschaft des Monopolkapitals setzt bestimmte Organisationsformen voraus, die äusserlich gesehen sozialistische Züge tragen. In jedem modernen Krieg muss die Wirtschaft gewisse sozialistische Formen annehmen. So erklärt Neumann die seiner These widersprechenden Tendenzen. Als ganzes charakterisiert er die jetzige deutsche Wirtschaft als monopolkapitalistisch, reglementiert durch einen totalitären Apparat.

Nach Neumann hat der Nationalsozialismus keine politische Theorie. Je nach den Notwendigkeiten des Tages wird eine physiologische oder psychologische Rassentheorie, der Schutz der deutschen Minderheit, die westliche Zivilisation, der Kampf gegen den Bolschewismus, der Kampf der proletarischen Völker gegen den Kapitalismus, die Sendung der Deutschen oder die Einheit Europas in den Vordergrund gestellt. Nach der Ansicht des Referenten bedarf das wirkliche Ziel, die Eroberung und Plünderung Europas, keiner theoretischen Fundierung. Das System lebt jedes Jahr vom Vorschuss auf die Beute des nächsten Jahres. Ueberraschend ist Neumanns These, dass Deutschland kein totalitärer Staat sei, dass vielmehr die dortige Herrschaftsform den Staat aufgelöst und abgelöst habe. Neben den Staat treten nämlich eigengesetzlich, souverän und mit angenähert gleichem Umfang drei weitere Apparate: die Industriebürokratie, das Heer und die Partei. Zur Eigengesetzlichkeit dieser Apparate gehört das leere Klappern der alten Justizmaschine, die Abschaffung der Gleichheit vor dem Gesetz, die rückwirkende Kraft der Gesetze. Der seltsame Titel des Buchs drückt diese Theorie aus, denn Hobbes, ein englischer Philosoph des 17. Jahrhunderts, hatte Behemoth, ein altorientalisches Ungeheuer, als Symbol für einen staats- und rechtlosen Zustand gewählt.

Nur fiktiv existiert ein göttlicher Herrscher, den die ewige Gnade besonnt, übrigens eine orientalische Idee, die das Mittelalter überlebt hat. In Wirklichkeit werden die vier eigengesetzlichen Schichten nur zusammengehalten durch den gemeinsamen Kampf gegen die Aussenwelt, die Eroberungspolitik und die Notwendigkeit, die Unterschicht niederzuhalten. Diesen Herrschern steht die Mehrheit der Bevölkerung gegenüber, aufs Letzte ausgebeutet, durch ungeheuren Terror niedergehalten, nicht als Masse formiert, sondern atomisiert, kontaktlos und ohne andere Funktionen als der, zu dienen. Nur von aussen her kann der Anstoss zum Sturz des Systems kommen — und er wird kommen.

nificant feature of the Russian offensive is the large number of prisoners it is yielding. This suggests that German morale is waning.

*

A NEW ERA IN PUBLIC RELATIONS ON THE home front was, we hope, inaugurated by Secretary

are manifestly greater than the average. To offset these extra allotments, it might be wise to curtail rations in areas where there is an abundance of fresh vegetables the year round, and in country districts where consumption of commercially canned foods is normally low.

*

German Leadership in Exile

THE POLITICAL VALUE OF THE EMIGRATION

IN THE Political War section for December 5 a German anti-Nazi contributor discussed in rather pessimistic terms the political value of the German emigration. He concluded his analysis with four questions which he suggested might be used as a basis for further comment. We publish below the replies of several distinguished refugees of varying views. In a later issue we shall present the opinions of others who have expressed their interest in the subject of the debate. The questions follow:

1. What forces in Germany—besides the Nazi Party—do you consider a menace to the peace of the world and to the freedom of the German people? How would you propose to deal with these forces?
2. Are you for a unilateral disarming of Germany and the policing and reeducating of the German people from outside?
3. Are the German people responsible for the material damage caused by Hitler's armies in the occupied countries? Are they under moral obligation to make restitution?
4. What kind of relations do you advocate between post-Hitler Germany and the Soviet Union?

A Socialist Solution

I am glad of the opportunity to answer the four questions posed by your contributor. But I should like first to take exception to one of his statements, namely, that none of the political groups of the emigration are squarely facing the fact that the fight against Hitler is a fight on the issue of a new social and economic order. One group—the Association of Free Germans—does recognize this, as is evidenced by its recently published program for post-war Germany.

Question 1: The other forces in Germany which threaten the peace of the world and the freedom of the German people are the army, heavy industry, and what is left of the landed aristocracy. The army must be got rid of permanently this time. There must be no repetition of the aftermath of 1918, when, for example, the French generals of the Inter-Allied Military Control Commission, instead of carrying out the military provisions of the Treaty of Versailles—which would have helped the German Republic to function as a civil democracy—played along with the German generals because they feared that German disarmament might lead to universal disarmament, which would have put them in the discard.

Question 2: Yes, I am in favor of a unilateral disarming of Germany. I am also in favor of the international policing of Germany, provided each police contingent has at its head an American top sergeant. As for reeducation, I advocate that the supervision of educational institutions and the revision of textbooks be in the hands of an international body, but that the actual work be left to German democratic educators.

Question 3: No, not entirely. I believe that the responsibility of the German army and the German people ought to be shared in some degree by the appeasers in other countries who for many years stood idly by while Hitler prepared for the present war. Sometimes they went so far as actually to support him, because they swallowed his line about saving Europe from the menace of bolshevism.

Question 4: Since I am not in favor of reinstating every European country in its sovereignty, but hope rather for a post-war settlement which will look to the creation of a United States of Europe, I do not believe that any one country should take an independent position on relations with the Soviet Union. If, however, a European federation should not be created, I definitely favor the best possible relations between Germany and Russia, provided they are based on the democratic principle of noninterference in each other's domestic affairs. I am still of the opinion that the Weimar Republic made a wise move when it recognized the Soviet Union as early as 1921.

GERHARD SEGER

A Liberal Catholic Answer

Question 1: There are three recognizable forces in Germany, besides the Nazi Party, which constitute a menace to world peace and to the freedom of the German people. They are, first, the great landowners of eastern Germany who furnished the old Prussian state with its officials and its army officers; second, the industrialists who encouraged Hitler's rise to power in order to do away with the social reforms of the Weimar Republic and to preserve for themselves the profits of a vast rearmament program; third, the intellectuals of the pan-German school.

The first group could be liquidated by converting the great agricultural estates of the Prussian nobility into

THE *Nation*

110

AMERICA'S LEADING LIBERAL WEEKLY SINCE 1865

VOLUME 156 NEW YORK · SATURDAY · JANUARY 2, 1943 NUMBER 1

peasant-owned cooperatives. By socializing Germany's heavy industries within the framework of a political regime that guarantees collective security, the industrialists can be stripped of their power. As for the pan-Germans, their influence must be destroyed by thorough educational reform.

Question 2: The unilateral disarming of the aggressor nations should be only a first step in the abolition of all national armed forces with a view to creating an international police force for the preservation of world peace. In the long run the policing and reeducating of the German people can be accomplished only by Germans themselves. There will be a transition period during which help and support from abroad will be required, but this should be in the hands of civilian authorities even if the country is under military occupation.

Question 3: We must discriminate between moral and political responsibility. Hitler, his followers, and his backers are morally responsible, but the German people as a whole bear the political responsibility. That there is an obligation to make restitution to the occupied countries cannot be denied, but a way should be found to lay the burden on those morally responsible for the damage. Furthermore, since the Nazis and Quislings of the occupied countries share the blame with the German Nazis and their army, they too must be made to pay.

Question 4: The relations between post-Hitler Germany and the Soviet Union should be no different from those between Germany and the other United Nations. The German democracy of the future must seek the friendship and collaboration of all the peoples of the world. In the case of Russia, there are common economic interests which should serve to strengthen this cooperation.

WERNER THORMANN

From an Independent Democrat

Question 1: The Nazis did not rise out of hell. They are the friends and accomplices of the German imperialists; and are trying to finish what was begun in 1914. The Nazis conquered Germany by the same methods which they applied, successfully in the beginning, in their struggle for world domination. The Nazis and Junkers cannot be judged separately. Their goal is the same. The Junkers, their sons the generals, and their brothers-in-law the big industrialists, are potentially even more dangerous than the Nazis, for they can enlist sympathy at levels of society where the Nazis are doomed to fail. For the sake of European security, and the freedom of the German people which is essential to it, they must be expropriated. It is unlikely that the job can be done peacefully, through the abolition of tariffs and similar means. It can be achieved only through a true German revolution.

Question 2: The kind of disarmament established after the last war gave the Freikorps the opportunity to kill the revolution, while the Reichswehr became the center of all anti-republican activities. The Reichswehr created, financed, and armed the Nazis who killed the republic. After the present war Germany must, of course, be disarmed, but that is not enough. Fascism must be disarmed and the causes of its rise eliminated once and for all.

The German people must be given a chance for repentance and reeducation. But just preaching the word will have little meaning. The methods of American democracy cannot simply be superimposed on countries where its antecedents do not exist. The pedagogic value of an occupying army is very doubtful; German youth would profit more from an opportunity to enjoy education in civilized countries.

Question 3: The German people never gave Hitler a majority in a free election. Hitler's plebiscite majorities of 99 per cent were falsified by terror and other means. But none the less the German people did not resist Hitler adequately. Therefore they share the moral guilt of the Nazis. But the principle which decrees that the vanquished must pay has little relation to the question of guilt. The damage that has been done is so great as to be largely irreparable. What Germany can do is to cooperate in the rebuilding of Europe, putting into the effort all its ability and man-power. But it should not be made to pay a new crop of reparations profiteers.

Question 4: Germany's and Europe's attitude toward Russia will depend, among other things, upon Russia's own development. An Asiatic form of socialism is not suitable for European countries. A post-war German democracy will collaborate with all the forces working for peace. But no solution of the German problem can be found except through a solution of the European problem, and vice versa. For both problems I see only one practical and hopeful solution—a United States of Europe.

J. A. GUMBEL

A Counsel of Pessimism

In attempting to answer your correspondent, I must start by saying that if I interpret his article correctly, I think he misunderstands the situation in nearly every respect.

First, we must not confuse "emigrants" with "exiles" or "refugees." According to Webster, the difference is that only the latter want to return to the country from which they fled. The truth is that the overwhelming majority of those Germans who have come to America or to England since 1933 now regard themselves as "emigrants" in the classical sense, just like their predecessors in 1848. Nothing but the sheer impossibility of making a living in the new country could persuade them ever to return to the old. Fundamentally their approach to all German problems is that of members of the outside world

THE *Nation*

• FIFTY-FIVE FIFTH AVENUE • NEW YORK CITY •

June 18, 1942

Dear Dr. Gumbel:

The article by J. A. del Vayo, which comes to you with this letter, is in the current issue of The Nation. It raises questions, as you can see, of first importance both in waging the war to a democratic victory and in achieving a people's peace.

I hope you will give The Nation a short statement - of from three hundred to six hundred words - which can be used in a symposium of opinions on some of the main points covered by Mr. del Vayo. You may answer by letter or collect telegram, whichever is more convenient for you; but please let us have your reply by Wednesday of next week if possible.

The following questions are not intended as "directives" but only to suggest the general line your commentary might follow:

(1) Do you think the new pact between the Soviet Union and Britain and Russia's "understanding" with the United States offer a basis on which the democratic forces in the United Nations can work toward the establishment of a people's peace in Europe and the world?

(2) What is the alternative to a peace based on a balance of power? Would disarmament and the creation of a new League of Nations with broader powers backed by an international police force be enough? Or must a different and more thoroughgoing system of collective security be substituted for the League?

(3) If you believe in a new system, what form should it take?

(4) Do you think, with Mr. del Vayo, that only a Socialist reconstruction of Europe can provide the basis for a durable peace?

(5) Do you approve of Article III of the Atlantic Charter which makes possible the continued existence of fascist states after the war? Or, on the contrary, should the victorious Allies insist upon democratic governments as an essential guarantee of peace?

(6) How can the interests of the people make themselves felt at the next peace conference and in the international machinery that already is being set up, even in advance of the peace? How can ultimate control be taken out of the hands of the old-line diplomats?

I would deeply appreciate a comment by you on these or any other questions suggested by Mr. del Vayo's provocative article.

Cordially yours,

Freda Kirchwey

Editor

Dr. Emil J. Gumbel
3290 Waldo Avenue
Bronx, N. Y.

THE NEW SCHOOL
FOR SOCIAL RESEARCH
66 W TWELFTH ST NEW YORK

A Contribution

to the four questions raised by the "Nation"

1) The Nazis did not rise from hell. They are the friends, continuer and, in a certain sense, accomplisher of the German Imperialism. They continue his work, the first world war. The Nazis have conquered Germany by the same methods which they applied, successfully in the beginning, in their struggle for world domination. The Nazis and the Junkers cannot be separated. On principle, they have the same goal. The Junkers, their sons the generals, and their brothers-in-law, the big industrialists, may become even more dangerous than the Nazis, as they may evoque sympathies in strata of the society where the Nazis must fail now. For the sake of European security and the freedom of the German people, which is part of it, they must be expropriated. The peaceful way through abolishment of tariffs and so on is not sufficient. It can be achieved in a way profitable to Europe only through a true German revolution.

2) The last disarmement meant that the Freicorps had the chance to kill the revolution and that the Reichswehr became the nucleus of all anti-republican activities. The Reichswehr created, financed, and armed the Nazis which killed the Republic. Such a unilateral disarmement must be avoided. Dis armement of Germany is necessary but not sufficient. Fascism must be disarmed, and the causes for its rise must be eliminated once and for good.

The German people must have a chance for repentance, reasoning and re-education. But just preaching the good word is no education. The methods of American democracy cannot simply be transferred to countries where its antecedents do not exist. The pedagogic virtues of an occupying army are very doubtful. The German youth ought to have a chance to enjoy education in civilized countries.

3) The German common man never gave Hitler a majority in free elections. Hitler's plebiscite majorities of 99 % were falsified by terror and other means. But the German people did not resist to the Nazis in an adequate way. "Im erstan seid Ihr frei, im zweiten seid Ihr Knechte." Therefore the German people shares part of the moral responsibilitites of the Nazis. But the principle according to which the vanquished has to pay for the war is independent of the notion of guilt.

Certainly Germany can never repair all the damage, part of which is irreparable. It must co-operate to rebuild Europe with its utmost strenth of manpower and ability. But it ought not to be obliged to pay for the forthcoming reparation-profiteers.

Those who are responsible for the war and for the atrocities unheard of, must be punished adequately to their crimes. But this expiation has a purifying power only if it is accomplished from within.

4) Germany's and Europe's attitude towards Russia will depend, among other things, upon Russia's own development. An Asiatic socialism is not adequate to European countries. A post-fascist German democracy will collaborate with all forces of peace. But no German problem can be touched without solving the European problem, and vice versa: the European problem cannot be touched without solving the German problem. I do not see any practicable and hopeful solution for both problems except the United States of Europe.

THE Nation
...TY-FIVE FIFTH AVENUE • NEW YORK CITY •

21 December 1942

...r. E. J. Gumbel
38-20 Waldo Ave.
New York.

Lieber Gumbel,

Danke für Ihren Brief und das Projekt für einen Artikel. Es sieht sehr interessant aus. In ein paar Tagen gebe ich Ihnen eine definitive Antwort. Jetzt möchte ich aber Sie bitten Ihre Antwort auf diese Rundfrage zu erhalten. 300 bis 400 Worte sind genügend. Ich brauchte es aber spätestens für Mittwoch. Wollen Sie mir zu "The Nation" schicken?

Herzl.

Del Vayo

An die demokratischen Deutschen in Südamerika

Eine Anzahl prominenter Deutscher und Amerikaner deutscher Abkunft in den Vereinigten Staaten hat auf eine Bitte von August Siemsen, einem der Leiter der Organisation "Das andere Deutschland" in Buenos Aires, einen Aufruf unterzeichnet, der bei einem am 29. Januar in Buenos Aires abgehaltenen Kongress deutscher Antinazi zur Verlesung gebracht werden wird. In diesem Aufruf wird erneut die Verantwortung des Faschismus an diesem Krieg und die persönliche Schuld der Nationalsozialisten an den von ihnen begangenen Grausamkeiten festgestellt. Wörtlich heisst es dann:

"Die demokratische Welt hat ein Recht, zu erwarten, dass das deutsche Volk daran mitarbeitet, den Nationalsozialismus zu stürzen, seinen Helfershelfern jede Macht zu nehmen und seine Verbrechen zu sühnen. Nur hierdurch und durch seinen Beitrag zum Wiederaufbau eines neuen, unter der Fahne der Freiheit geeinten Europa, wird Deutschland seine Würde und Ehre wiederherstellen können."

Der Aufruf ist u. a. von folgenden Persönlichkeiten unterzeichnet: Friedrich Alexan, Felix Boenheim, Ferdinand Bruckner, Ewald Fabian, Lion Feuchtwanger, Minna Flake, Walter A. Friedländer, Carl J. Friedrich, Erich Franzen, Oskar Maria Graf, Kurt Grossmann, Emil J. Gumbel, Paul Hagen, Constanze Hallgarten, Hans von Hentig, Paul Hertz, Hans Jacob, Marie Juchacz, Alfred Kantorowicz, Fritz Karsen, H. W. Katz, Alvin Kronacher, Leo Lania, Julius Lips, Thomas Mann, Hans Marchwitza, K. O. Paetel, Erwin Piscator, Heinz Pol, Arthur Rosenberg, Kurt Rosenfeld, Hans Sahl, Gottfried Salomon, F. W. Sollmann, Reinhold Schairer, Hilde Schott, Fritz Sternberg, Adrienne Thomas, Paul Tillich, Fritz von Unruh, Walter Victor, Carl Zuckmayer.

BEGRUESSUNGEN — ADHESIONES

MOSKAU

An Das Andere Deutschland.

Im Namen der in der Sovietunion lebenden deutschen antifaschistischen Gelehrten, Schriftsteller und Künstler begrüssen wir auf das herzlichste Ihre Tagung und wünschen Ihnen die allerbesten Arbeitserfolge.

Wir haben hier in der Sovieunion die Gelegenheit, uns unmittelbar an dem Kampfe gegen die Hitlerbarbarei zu beteiligen. Wir beugen uns vor den heroischen Kampfleistungen der Roten Armee, sind begeistert von der zu jedem Opfer bereiten Haltung des russischen Volkes in diesem vaterländischen Freiheitskrieg. Wir sind aber auch Zeugen der unmenschlichen Verbrechen, wie sie die Hitlerarmee an dem russischen Volke begangen hat.

Angesichts der grössten nationalen Schmach, wie sie Hitler über Deutschland gebracht hat und wie sie in unserer bisherigen deutschen Geschichte einmalig ist, wenden wis uns an alte einmalig ist, wenden wir uns an al- Deutschland wahrhaft einmalig ist, wenden wir uns an alle jene, denen ein demokratisches Deutschland wahrhaft teuer ist und rufen sie auf, sich zu einer einheitlichen Front zusammenzuschliessen, um mitzuhelfen, durch Hitlers Sturz die Welt von dem Grauen der Hitlerschen Raub- und Blutordnung zu befreien und um auch den Leidensweg des deutschen Volkes abzukürzen. Wir hoffen, dass auch Ihre Tagung in diesem Sinne zu einem Erfolge werden wird.

Johannes R. Becher	Friedrich Wolf
Willi Bredel	Lotte Loebinger
Theodor Plivier	Hans Grief
Adam Scharrer	Hans Rodenberg
Prof. Schaxel	Fritz Erpenbeck
Erich Weinert	Heda Zinner
Gustav Wangenheim	Alfred Curella

ACCION ARGENTINA:

Con la esperanza puesta en el triunfo del derecho y la libertad para este año de 1943, saludo a "La Otra Alemania"; a la que ha de salvar al pueblo alemán del oprobio y el dolor de haber soportado durante tanto tiempo el yugo de los tiranos; a la única fuerza capaz de hacer resurgir los valores morales existentes entre los germanos, como en todas las colectividades humanas; a la que devolverá a los hombres industriosos y constantes en el trabajo, de las ciudades y los campos hoy subyugados, la oportunidad de ser libres y alternar con los hombres libres del mundo. — Saludo a "La Otra Alemania" que no arrió su bandera y tuvo el coraje de proclamar en doctrina por medio de diarios y congresos.,

El pueblo Argentino, hospitalario de corazón y por expreso mandato constitucional, repudia lo representado por la barbarie nazi pero acogerá con afecto a todos los extranjeros de buena voluntad capaces de luchar por la libertad moral y material del hombre y por los principios de la democracia. La Victoria de nuestra causa aventará seguramente por siglos el afán de tiranía que esclavizó primero al pueblo alemán y quiso más tarde esclavizar a los otros pueblos. "La Otra Alemania" salvará al pueblo alemán volviéndolo al concepto de igualdad entre los hombres y entre los pueblos. — Alejandro Ceballos.

DEUTSCHE ANTIFASCHISTEN, U.S.A.:

Zur zehnten Wiederkehr des Tages, da ein plichtvergessener Hüter der Verfassung die Macht den Nazis übergab und damit Schande über Deutschland und unermessliches Leid über die Welt gebracht hat, wiederholen wir feierlich die Proteste, die wir einst als freie Männer und Frauen in Deutschland erhoben haben.

Für die namenlosen Deutschen, die zu Tausenden von den Nationalsozialisten ermordet wurden, die zu Hunderttausenden in den Konzentrationslagern gemartert wurden, noch werden, und deren Schrei die Tyrannei erstickt hat, stellen wir die Verantwortung des Faschismus an diesem Krieg und die persönliche Schuld der Nationalsozia-

LA *OTRA* ALEMANIA
DAS *ANDERE* DEUTSCHLAND

(Organo de los alemanes libres de América del Sur)

INFORME

DEL

I. CONGRESO DE LOS ALEMANES ANTIFASCISTAS DE AMERICA DEL SUR MONTEVIDEO

listen an Grausamkeiten, fest wie sie die Menschheit seit grauer Vorzeit nicht mehr gekannt hat.
Die demokratische Welt hat ein Recht, zu erwarten, dass das deutsche Volk daran mitarbeitet, den Nationalsozialismus zu stürzen, seinen Helfershelfern jede Macht zu nehmen und seine Verbrechen zu sühnen. Nur hierdurch und durch seinen Beitrag zum Wiedraufbau eines neuen, unter der Fahne der Freiheit geeinten Europa wird Deutschland seine Würde und Ehre wiederherstellen können.
Wir hoffen, dass Eure Versammlung die demokratischen Deutschen in Südamerika zu diesen Zielen eint.

Friedrich Alexan	Carl J. Friedrich	H. W. Katz	Arthur Rosenberg
Gertrude Baer	Paul Frölich	Alvin Kronacher	Kurt Rosenfeld
Horst Bärensprung	Erich Franzen	Rudolf Loeb	Harry Rothziegel
Elizabeth Blencke	Oscar Maria Graf	Julius Lips	Gottfried Salomon
Felix Böhnheim	Kurt Grossmann	Mara Löwenstein	F. W. Sollmann
Ferdinand Bruckner	Emil J. Gumbel	Erich Lewinski	Reinhold Schairer
Johann Caspari	Klaus Haas	Hans Marchwitza	Erich Schmidt
Fritz Carsen	Paul Hagen	Peter Märzon	Thomas Schocken
Georg Dietrich	Paul Hertz	Henry Müller	Hilde Schott
Alfred Durra	Max Hirschberg	Henry Pächter	Paul Tillich
Henry W. Ehrmann	Hans Hirschfeld	K. O. Pätal	Frieda Timermann
Ewald Fabian	Louis Hacke	Eva Pfister	Walter Victor
Paul V. Falkenberg	Leo Holz	Otto Pfister	...cob Walcher
Martin Färber	Hans Jacob	Erwin Piscator	...erner Wille
Minna Flake	Marie Juchacz	Heinz Pol	Rosi Wolfstein
Ossip Flechtheim	Alfred Kantorowicz	Friedrich Posner	Carl Zuckmayer
W. A. Friedländer	Emil Kirschmann		

PARTIDO SOCIALISTA, URUGUAY:

Nuestro Comité Ejecutivo, contempla con viva simpatía el esfuerzo que realizan los alemanes anti-nazistas para coordinar en un movimiento independiente la acción de todos los alemanes dispuestos a luchar con decisión y valentía contra el hitlerismo y el fascismo.
Tiene la esperanza de poder saludar dentro de poco a una Alemania democrática, redimida de sus verdugos, que pueda colaborar con los pueblos libres del mundo en la solución de los grandes problemas de nuestra época.
Con tal esperanza, apoyamos calurosamente a quienes habiendo nacido en Alemania, se diponen a luchar por la reconquista de las libertades vilmente arrebatadas por sus tiranos al pueblo que había sancionado la Constitución de Weimar, una de las más progresistas y justas de la tierra.

DEUTSCHE ANTINAZIS, RIO DE JANEIRO:

10 Jahre Hitler!
10 Jahre Verfolgung, 10 Jahre Not, geistiges und materielles Elend, 10 Jahre Enttäuschungen und erbittertes Ringen um die Gestaltung einer menschenwürdigen Zukunft!
10 Jahre kämpfen die in der Emigration lebenden Gegner des Nazi-Faschismus um ihre persönliche und politische Anerkennung und Gleichberechtigung!
Der Kongress der Hitlergegner in Montevideo ist ein sichtbarer Beweis für das Bestreben der deutschen politischen Emigranten, den Widerstand gegen den Nazi-Faschismus als Massenbewegung zu organisieren.
Die lateinamerikanischen Länder nehmen durch ihre grosszügige Auslegung des uns gewährten Gastrechtes — die den Kongress in Montevideo erst ermöglicht — bedeutenden Einfluss auf die Gestaltung des deutschen Schicksals. Die Geschichte wird dereinst lehren, wieviel das deutsche Volk im Kampfe um seine Selbstbefreiung vom nationalsozialistischen Joch, dieser vom wahren Geist der Freiheit getragenen Haltung der lateinamerikanischen Staaten zu verdanken haben wird.
Die in Rio de Janeiro lebenden deutschen Antifaschisten hoffen, dass der Kongress in Montevideo dazu beitragen möge:
1) die Herrschaft des preussischen Militarismus zu brechen;
2) den Nationalsozialismus, der Deutschland in Verderben und Schande gestürzt hat, zu beseitigen;

113

Bachad of Hapoel Hamizrachi

120 West 76th Street

Three hundred members of various Youth organizations (Bachad of Hapoel Hamizrachi, Massada, U. N. Youth Chapter, Shomer Hadat, and others) met at the West Side Institutional Synagogue on May 30th for a service of mourning and intercession on behalf of persecuted Jewry in Europe. Chairman of the evening was the president of Bachad, Mr. **Raphael Bing.**

The invocation was given by Rabbi **Sigmund Szobel**, who also delivered the main address on the topic "Survival in Spite of Persecution." Other speakers were Mr. **Sidney Finkelstein**, of Yeshiva College, who spoke on "Mourning and Action," and Mr. **Orgel**, of London, who discussed the program of the American Jewish Conference.

Dr. W. Nadel fr. Hamburg | Charles Strauss fr. Aachen | F. M. Tem... fr. W...

Wohnungen u. Häuser Forest Hills, K... Elmhurst, ...

Vermittlung kostenlos für Mieter und Käufer. — Kapitalsanlagen in Zinshäusern. S...

QUEENS BOULEV...

110-76 QUEENS BOULEVARD

75. Ave. Station, 8. Ave. Subway

Life Expectation and Limiting Age

Professor E. J. Gumbel, one of the outstanding scholars who came to this country after the fall of France delivered a lecture on March 3 at the General Seminary of the Graduate Faculty for Political and Social Science organized by the New School for Social Research.

Professor Gumbel dealt with the everlasting question "How old can we expect to become?"—as far as statistics and the Theory of Probabilities can give an answer to this problem. The logic of his reasonings and the exactitude of his theories were shown by most convincing graphs which enabled even the mathematically untrained minds to follow **his** arguments.

The problem under consideration has two sides, the mean and the extreme duration of life. The lecturer began with the general feature of human mortality and showed how it depends upon age, sex, and general social conditions. Seen from the standpoint of mortality statistics, women are the stronger sex.

The second question put forward was "Which is the highest age to be expected for a given population?" The underlying mathematical method is the probability approach to the theory of largest values to which Prof. Gumbel has made many important contributions in recent years. He started with the assumption that there is no fixed limit for the human life. This sounds provocative, as it might be misunderstood in the sense that man is immortal. In reality it means only that death might occur at any age without limit. The probability of reaching extreme ages becomes smaller and smaller with increasing age although it is never exactly zero. The author explained the observed number of those who died after reaching 100 years by the so-called law of rare events.

The highest ages reached for the last fifty years are known for certain countries with exact registration. The theoretical distribution of largest values follows very clearly these observed distributions. The only factors involved in this theory are the age where most people die (the normal age at death of about 75 years), and the expectation of life at this age.

One of the very interesting points revealed was the fact that, when the normal age increases the expectation for further life decreases. Populations having a low normal age, i. e. a high expectation of further life, show high oldest ages. According to Gumbel, poor birth and death registration need not be the only cause for the higher ages observed among these populations.

The method explained above may also be used for a forecast: The highest age to be expected within the next 200 years will be about one year larger than for the next hundred years. This development is very slow; it has nothing to do with social or hygienic progress. An increase in the general expectation of life would ...

no influence on the limiting age.

The theory of largest values used by the author to explain the end of human life is not restricted to population problems. It is a general statistical theory of considerable importance. At the end of his lecture, Prof. Gumbel dealt with the recurrence of floods of a certain volume. Here the flood flows are considered as the largest values of the daily flows. The graph for the Mississippi, Connecticut River and other important American streams show, as the author put it wittily ,that these streams are well acquainted with he calculus of probabilities.

A lively discussion on general population problems followed the interesting speech.

114

The American Academy of Political and Social Science

3457 Walnut Street
Philadelphia, Pa.

takes pleasure in sending you this clipping from

THE ANNALS

Volume 226 March, 1943 Page 167

Parkes, Henry Bamford. *The World After War: A Program for Post-War Planning.* Pp. vii, 240. New York: Thomas Y. Crowell Co., 1942. $2.50.

As this book claims to deal with the central problem of our days, every reader will open it with great expectations. Nobody hopes for ready-made solutions. We all are behind our time, and the fact that an author is one of us has to be accepted. Therefore it would be sufficient if the burning problems were rightly stated by a description of the specific nature of this war and the specific difficulties of establishing post-fascist democracies after an inter-European civil war. But none of these problems is stated.

The author first gives a résumé of the fatal years between Versailles and Pearl Harbor. His approach is purely formal, written in military and political terms, and does not contain a word about the economic, social, psychological, and emotional questions involved. After an abstract discussion of the relations between Justice and Power, Dr. Parkes deals with the foreign policy of the United States. His thesis is that the present policy is the consequent continuation of the principles of the Founding Fathers.

The second World War came because the nations which made the first peace refused to defend it, and because the United States did not accept the responsibility for Versailles. "The disease of aggression spread." But the author fails to explain why. The verdict of the League against Japan and Italy was not enforced. The role of the big powers in the Spanish war is not sufficiently stated. As the author does not see how the foreign policy is influenced by internal policy, he is unaware of the forces that supported fascism. No analysis of the reasons why the Nazis rose to power is given. In consequence, there is no realistic portrayal of the situation and no approach to the true problems.

The next chapters deal with the failure of the League of Nations and he proposal of a federal union. The author gives the usual arguments against the usual proposals: the United States of Europe would mean the supremacy of Germany. A federal union of all democracies would be unstable. A union of the Americas would mean the exploitation of the South by the North. A union of the English-speaking peoples is insufficient. Neither a world association like the defunct League of Nations nor a series of partial associations will guarantee peace. But (and the book is full of such good wishes) there must be more international co-operation.

It is only on page 224 that the author shows his own solution, the alliance of the four great powers: the United States, Great Britain, Russia, and China. "The safety of the United States and of England requires a disunited Europe." The prewar boundaries will be restored except for Austria, the Sudeten country, and western Poland, which shall belong to Germany. The pious hope that the four powers will remain united and govern the world according to the Four Freedoms is the author's only proposal. No further implications of the Pax Americana and no program for post war planning are given.

It is true that there is no short road to international security and co-operation. Perhaps the merit of the book consists in having shown, implicitly, that new devices are necessary which cannot be based on the "business as usual" assumption.

E. J. Gumbel
New School for Social Research

Leonhardt writes with amazing objectivity and fairness, and discusses the history of the "great surrender" in a detached and unexpectedly unbiased way. The volume is an important contribution to the history of this extremely pertinent yet unfortunate experiment of the League of Nations in aiding a constitutional development in a German microcosm.

M. W. FODOR

Chicago, Ill.

BLUM, LÉON. *L'Histoire jugera* ["History will judge"]. Pp. 351. Montreal: Editions de l'Abre, 1943. $2.00.

It is impossible not to be touched by a book which starts with the words: *"Ce livre inconnu de lui est dédié à l'auteur"* ("This book unknown to its author is dedicated to him"). Indeed, the fate of Blum, incarcerated for three years, now in an unknown prison, will evoke most favorable sentiments among all who are on our side in the war against fascism. However, for reviewing a book, we have to apply unsentimental yardsticks. We must ask whether the picture drawn represents Blum's total personality and his social function in the French environment.

The book, compiled by a pious admirer who from modesty does not reveal his (or her) name, consists, in the two first parts, of Blum's articles selected from his paper *Le Populaire* and selected speeches for the period 1932–40; i.e., from the fall of the German Republic, through the parliamentary victory of the Front Populaire and Blum's premiership, to the fall of the French Republic. The articles deal with the major events of foreign policy which led to the outbreak of the Second World War. The book begins and ends with arguments against Laval, the representative of French fascism. It is sad to note that Blum was unable to prevent what he foresaw. The third chapter of the book contains part of Blum's courageous and clever defense before the odious tribunal of Riom, where, sentenced before being accused, he showed that his opponents, the military and fascist clique, were the ones really guilty for the French defeat.

The editor has chosen only Blum's dealings with foreign policy. However, this activity cannot be understood without insisting on his socialist credo. The picture derived by neglecting it is therefore one-sided. Blum emerges from the book ready to become a schoolbook hero, a picture which distinctly lowers his standard. Blum was neither a "bloodthirsty I.W.W." nor, as one might conclude from the book, an innocuous "Knight of Labor." He was one of the finest representatives of European, class-conscious socialism, and a sincere French patriot. Even his weaknesses were based on noble attitudes, inadequate to oppose a Genghis Khan. His tragic error was to tolerate the fascist "Non-Intervention" in Spain. The decisive speech in Luna Park, where, with the approval of all French parties (from the Royalists to the Communists), he justified this attitude is not contained in the book.

The lack of any annotations and comments makes many polemics and allusions unintelligible to anybody who is not fully acquainted with the diplomatic documents and the intricacies of French politics of these years. Anyhow, it is a merit to have presented these parts of contemporary history to the Canadian public.

E. J. GUMBEL

New School for Social Research

PERTINAX. *Les fossoyeurs.* Vol. I, pp. 376; Vol. II, pp. 317. New York: Editions de la Maison Française, Inc., 1943.

The question of the causes for the fall of France after a Blitzkrieg of six weeks, and the immediate establishment of a fascist regime, is a predominant political problem of our days. Pertinax, one of the leading French journalists of the Right, gives a provocative answer to this question: the defeat was no accident. Mainly responsible is the French High Command, who, encircled in antiquated military thinking, prepared in 1940 a war of 1914 against a fully industrialized military power and remained entrenched behind an "unbreakable" Chinese wall, the symbol of an ossified and petrified society. As representatives of this group, the author considers the Generalissimo Gamelin, the personification of military red tape, his successor Weygand, and Marshal Pétain,

the pseudo-hero of Verdun who continually held the highest posts in the French Army.

The secondary cause of the defeat was the betrayal of the national interests by those classes who claimed to be conservative. They did not want to fight fascism and were even afraid of its defeat, as the Nazis stood for principles which they admired at heart. Hence the weakness of Daladier, "Dictator against his will," and Reynaud, "an unfortunate essay in dynamics." This attitude, better the Germans than the 'Communists,'" finds its historical parallel in the saying, "Better the Spanish conqueror than the Huguenots." As after 1848, the bourgeoisie, trembling for its patrimony, seeks salvation in the arms of the dictator. Counterrevolution becomes possible through the fascist attitude of the high military circles.

Pétain, Quisling and Hacha in one person, becomes the leader of a disguised *Kommandantur* called National Revolution. His line of work is the pseudolegal establishment of dictatorship, the co-ordination of the Fleet and of the French Empire, with its consequences of giving Japan a foothold in Indo-China and giving support to Rommel's army in Africa. Finally, those who continue to fight in the Free French Movement are persecuted as traitors. Pertinax strongly criticizes the attitude of the Allies towards the Free French. Vichy has found a sanctuary in Algiers and hopes that after the Nazis' defeat the Allies will furnish the basis for a continuation of the counterrevolution. However, according to Pertinax, the only chance for the future of France is a cut as clear as in 1789.

This thesis of the book is developed by a description of Gamelin, Daladier, Reynaud and Pétain, of the changes in the high bureaucracy, and of the military operations leading to the desperate flight of the disorganized bureaucracy, army, and civilian population. Each chapter is fertile in social side lights and witty characterizations. This way of writing gives the author the opportunity of furnishing detailed proofs for the personal failures. However, it has the drawback of destroying the logical and chronological order. The enormous bulk of material and the long annotations sometimes obscure the clear line of thought. No index of names helps the reader to find the thread of the story.

It is beyond the task and the possibility of the reviewer to control the amazing amount of material. A superficial control and his personal memory of events which he himself saw reveals only insignificant faults, except for the misspelling of German names. It is impossible to ask for a book written on recent events to be complete. For example: the activities of Laval and Darlan, Herriot's role in Pétain's coup d'état, and the English ultimatum at Mers-el-Kebir are not sufficiently made clear. However, such lacks do not impair the importance of the book. No student of present political problems and no future historian ought to overlook this essential work.

E. J. GUMBEL
New School for Social Research

TODOROV, KOSTA. *Balkan Firebrand*. Pp. 340. New York: Ziff-Davis Publishing Co., 1943. $3.50.

This book is a portrayal of the adventurous and uneven career of one who in the course of some fifty years has tasted the bitter and sweet fruits of an exciting life. Long before the reader is ready to put the book aside he instinctively feels that no matter what Mr. Todorov was destined to do, and in whatever land, he probably would have been unhappy. And when one is attached to the Balkans as he is then naturally there is no way out, for there very few of his temperament, of his ideals, and also of his yearning for politics die in bed.

Young Todorov, the son of a colonel of the Bulgarian Army, joined the rebels in his country when he was just sixteen (in 1905). A year's activity among the Komitajees (bandits) took him to Constantinople from which place he barely managed to escape to Odessa, there to find himself in jail for six years. This was the longest single portion of his life which he spent in one place. When pardoned in 1913 he returned to Bulgaria, but he would have none of the country's politics; instead he went to Brussels to study. When war broke out in 1914 he went to France and joined the Foreign Legion. Then for six

The Protestant Nov. 1943

ORDER AND JUSTICE

By E. J. GUMBEL

THE much debated question, what to do with Germany after the victory, is for the most part wrongly put. In its present form it is stated in political terms and leads to geographical answers which are as wise as a high school textbook.

In reality there is no German problem which is not, at the same time, a European problem, and there is no European problem which does not lead back to the German problem. The interconnection arises essentially from the fact that the Fascist system which originated in Italy has conquered Germany and from there, by the same methods, the larger part of Europe. In most countries conquered by or allied to Fascism, native Nazis have risen to power. This has transformed the economic and social set-up and created more or less homogeneous Fascist regimes.

Instead of asking what to do with Germany, we must face the farreaching problem: What ought to be done with the Fascists, the Nazis and their adherents, and how shall we deal with their governmental machinery?

These questions concern the larger part of Europe, though not everywhere in the same way. The problem will become burning in different countries at different times and on different intensity, depending upon the duration of the Fascist regimes, the strength of their mass basis and the direction of the military operations. An answer must be found *now*. Enormous difficulties are involved, as all social problems are at stake.

The problem is complicated furthermore by the general and legitimate cry for punishment of the guilty. Here too the restriction to the Nazis oversimplifies the problem and leads completely away from the general issue. The Nazis did not rise from Hell. They rose to power because allegedly conservative forces all over Europe—and not over Europe alone—favored them and thus became their accomplices.

Three principles emerge from the debate of these questions: Democracy, Order, Justice. Democracy seems to be the simplest alternative to Fascism. But Democracy is a goal and only partially a means. One of its foundations is orderly justice, the right to a fair trial by competent judges and according to written law. But this principle supposes the existence of democracy. No coming democracy can be built on fair trial. In France, Italy and Germany the basic democratic set-up from which victory over Fascism may be won has been destroyed. It is impossible to return to the democratic form which existed before the disaster. A machinery which has been too senile to resist the Fascist impulse is incapable of mastering the much more difficult problems of a post-Fascist era. On the other hand, democracy cannot be imported. The American way of living which has grown on this soil and could not have grown on any other soil, is no solution for Europe. In the United States, democracy is linked to the real and ideological remnants of liberal capitalism. However, this form of production has no chances of being revived in Europe.

No official answer has as yet been given to our questions. We may merely presume it from the support given to semi-Fascist and Fascist governments in Europe, and from the actions undertaken in Algiers and Italy. This policy goes along what seems to be the

path of least resistance. It follows the simplest principle of administration, namely: to keep up order. Everybody understands by it the present or the past order. The Fascist machinery, instead of being destroyed, is replaced by a moderate Fascist administration which serves as a tool to the liberators.

The argument that this way of action was merely due to military expediency will convince only those who believe in the superiority of the military to the civilian power. In reality any decisive action in war times has political motives. The setting up of puppets who are opposed to the liberated people is a decisive political action having farreaching consequences. Provisional solutions have the tendency of becoming permanent. "Ce n'est que le provisoire qui dure".

To see these consequences, we must explain the intimate connection between Fascism and "Order". The Fascists, and especially the Nazis, have always claimed to be adherents to order. This claim has no foundation whatever. If the word Chaos has any meaning at all, Fascism, which is organized murder, robbery and arson, is its administrative personification. Nevertheless, this claim has generally been recognized by all those who were unwilling or unable to see the true character of Fascism, and advocated appeasement. By doing so, they have done everything in their power to hinder an oppositional movement within the Fascist countries.

After the defeat of the Nazis, the German big industrialists and the Junkers who brought the Nazis into power will swear that they have always been innocent doves, victims of terror and oppression. The big industrialists are very respectable people, highly educated barbarians, related to their congenials throughout the rest of the world. The arguments of these respectable people will meet with approval by those who now reject any separation between the Germans and the Nazis. The principle of "Order" will then require that the life of the murders be safeguarded and the booty warranted to the thieves. The last consequence of this will be a soft peace with the German big industry, the Junkers and the Generals, a soft peace which will be tough for the German working classes. The German Generals will fool anybody who tries to deal with them.

The principle of democracy and the principle of "Order" lead to no answer to the second problem. It is easy to say that the Fascists must be punished. But the execution puts us before an ethical dilemma, as there are two principles at stake, Order and Justice. Order in the usual sense must be conservative, Justice may be creative.

For the subduing of Fascism and the solution of the European problems we have to choose either Order or Justice. The basic principle that the Fascists of all European countries must be rendered incapable of creating further damage and must be punished is the postulate of Justice. However, no adequate punishment and no fair trial is possible compared to the horrors which even we who have seen them cannot realize. No other chastisement than Hell's tortures would be adequate —and unfortunately Hell is not at our disposal, at least as long as we do not turn Fascist ourselves. Besides, even the execution of all Nazis would not destroy the causes of Fascism.

The adherents of Justice do not share the high social level of the adherents of Order. They are the common people, the subjugated peoples in Europe. They know who is a Nazi, a fact that cannot always be ascertained from the outside. The subjugated peoples are the first concerned in get-

ting rid of their oppressors, the Nazis of their own nationality and their foreign masters. The answer to the question what to do with these Nazis will come from Europe. This dealing cannot be guided by the present order. Its form may even be repulsive, like similar attempts to build a better future. None of these movements will be orderly and decent. All revolutions get such a reputation only after the last eye-witness is dead.

A part of the Germans belong to the subjugated peoples. It will depend upon our policy whether this part will grow or diminish. Since, in Germany, there are only Nazi organizations, the dealing will start "entre les gens du milieu". Internal revulsion will annihilate the Nazis better than any "orderly" procedure.

Any endeavor to keep up "Order" at the expense of Justice leads only to pseudo-stability, and sacrifices the chances of the future to the small problems of the day. If we do not recognize the European underground we help to keep up Fascism by a change of personnel and of slogans. By doing so we will not avoid the uprising of the subjugated peoples. We change the direction of these movements, transform them to civil war and make them more destructive.

* * *

SPELLMAN AND FRANCO

It will take much more than Archbishop Spellman's mellow and effusive tribute to Francisco Franco (published in Collier's Magazine) *to convince the average American citizen that the Spanish dictator is a benign and patriotic soul whose whole concern is for the welfare of all the Spanish people. There are still too many political prisoners shut in behind barbed wire in Spain; there are too many closed Protestant churches and too many Protestants in exile or in hiding; there are too many sordid connections with Hitler and Mussolini; there is too much evidence of hatred for the institutions of democracy; there are too many graves filled with patriots who were shot by Franco's orders; there is altogether too much evidence of the dictator's blood lust, his indifference to human rights, and his antipathy for the traditions that are dear to lovers of liberty. If the archbishop speaks for his Church when he pays tribute to Franco as a godly man, then God have mercy on the Church that can condone such sins as those of which he has been guilty.*

Editorial in Christian Advocate,
The official newspaper-magazine of Methodism

November 43

118

the author abstains from drawing philosophical conclusions on "free will" from modern physics, his book, readable for the layman, may at least be a useful warning to some divinity school where such conclusions are eagerly drawn and a popularized quantum theory is called to the aid of a bad theology.

KURT RIEZLER

DAHLBERG, GUNNAR. *Race, Reason and Rubbish.* [Translated from the Swedish by Lancelot Hogben.] New York: Columbia University Press. 1942. 240 pp. $2.25.

Dahlberg, head of the Swedish Institute of Race Biology, is certainly competent to deal with questions of race in a scientific manner, and his book proves that he is able to treat the subject in a popular way as well. He avoids formulae, and he has included good diagrams which make the material easily comprehensible.

The fundamental tool for dealing with race problems is a proper knowledge of heredity. The author therefore expounds the classical Mendelian laws and the later discovery of the chromosomes, the physical basis which had been presupposed by these laws; polymeric characters, Morgan's theory of crossing over, sex linkage and Goldschmidt's breeding of intersexes; and finally the influences of random and assortative mating, selection and the isolate effect. The mystic and obscure feelings about heredity which were prevalent for many centuries are not presented in a historical account, but the earlier erroneous opinions are mentioned where they are contradicted by exact theories and experimental results.

To the classification of "rubbish" named in the title, the author evidently assigns such beliefs as that there have existed pure races, such as the Nordic or the Alpine; that it is possible to assign a definite race to an individual European; that individuals who resemble pure types are more closely related to similars than to dissimilars; that race may be ascertained from the outer appearance (phenotypus); and that the thoroughbred is descended from thoroughbreds. In reality, there is no reason to believe that pure races have ever existed in Europe; it is impossible to assign a definite race to an individual European, for brother and sister may well belong to different "races"; individuals may be more closely related to dissimilars than to similars; race can be ascertained only from the genotypus; and the common ancestry of pure types may have been mixed groups.

The author shows the futility of sterilization from a biological point of view. The more rarely a character occurs, the more widely it is spread

in latent form. If a character is recessive and appears once in a thousand of the population, complete sterilization continued for ten generations will not reduce its frequency by even a half. A sick person is recognized as such and therefore has less chance of having offspring; but his healthy relatives bearing the germ of the illness will transmit it to their offspring, and thus they are the really dangerous persons. The author warns that, except in relation to the transmission of certain rare illnesses, very little is known of human heredity; and he emphasizes the importance of the influence of environment.

Ten years ago publication of such a book would hardly have been justified, as most of the contents are rather generally known. But today the book gains significance by showing that the "new" race theories established by the Nazis were actually refuted long ago by classical and conclusive experiments, beginning with those of Mendel. "When race is discussed at present, we backslide into antiquated notions of heredity" (p. 200). In his cautious—perhaps overcautious—way the author does not even mention the Nazis by name: he does not point out that what he describes as "rubbish" is the very foundation of the Nazi theories of race.

E. J. GUMBEL

Social Research
30.3.43

Gunnar Dalberg, "Race, Reason and Rubbish....."

Translated from the Swedish by
Lancelot Hogben.
Columbia Press, 1942.
240 pgs., $2.25.

The author, head of the Swedish Institute of Race Biology, is certainly competent to deal scientifically with race questions. His book proves that he is also able to expose the subject in a popular way. He avoids He avoids formulae; good diagrams facilitate the comprehension.

The fundamental tool for dealing with race problems is a proper knowledge of heredity. Therefore, the author starts with the classical Mendelian laws and the late discovery of the chromosomes, the material unities, presupposed by these laws. Then he deals with polymeric characters, Morgan's theory of the crossing over, sex linkage, and Gold~~smith~~schmidt's breeding of inter~~cells~~sexes. Finally, the influence of random mating, assortative mating, selection, and of the isolate effect are exposed.

The book lacks a historical account of the centuries filled with mystic and obscure feelings about heredity. Instead of a historical treatment, the erroneous opinions are mentioned where they are contradicted by the exact theories and the results of the experiments ~~according to the pattern~~.

Among the statements which the author evidently had in mind when introducing the notion of "Rubbish", are:

Pure races, such as the nordic and the alpine, have existed. - It is possible to assign a definite race to an individual European. - Race may be ascertained from the outer appearance (phenotypus). - Individuals who resemble pure types, are more closely related to similars than to dissimilars. - The thorough bred descends from through breds. -

In reality, there is no reason to believe that pure races ever existed in Europe. Mixed groups may have been the common ancestry of pure types. If we assign a definite race to an individual European, his sister may as well belong to another "race". Race can only be ascertained from the genotypus. Individuals may be more closely related to dissimilars than to similars. -

The author shows the decisive arguments against sterilization. The more rarely a character occurs, the wider it is spread in latent form. If a character is recessive and appears once in a thousand of the population, its frequency is not even reduced to one half if complete sterilization is continued for ten generations. A sick person is recognized as such and has, therefore, smaller chances of posterity. But his healthy relatives bearing, ~~by heredity~~, the germ of the illness, will reproduce the illness in their posterity, and are, therefore, the really dangerous persons. The author's main point is a warning: Except for the transmission of certain rare illnesses, very little is known of human heredity. He lays great stress on the influence of environment against heredity.

Ten years ago, such a book could hardly have claimed a justification as most of the content is already known even by the public. But at present, it is of burning actuality as the Nazis have established new "theories" which, in the main, are simply the ideas abandoned since Mendel. "When race is discussed at present, we backslide into antiquated notions of heredity." (p.200) In his cautious, perhaps over-cautious way, the author does not honor the Nazis by mentioning their name. He does not state that what he qualifies as Rubbish is just the most precious content of the Nazi theories.

It is a great merit of Dalberg to have shown that the whole Nazi race theory has been refuted since long by classical and conclusive experiments.

E.J.Gumbel.

The New School of Social Research.

— 119

THE GHETTO *speaks*

No. 23 | APRIL 1, 1944 | New York, N. Y.

PRESS RELEASE

SPECIAL ISSUE DEDICATED TO THE FIRST ANNIVERSARY OF THE BATTLE OF THE GHETTO OF WARSAW

SHOULD YOU MAKE use of this release, please forward a clipping to us.

Table of Contents

FIRST ANNIVERSARY OF THE BATTLE OF THE GHETTO OF WARSAW

"TO THE MADNESS OF THE BRAVE — GLORY"

MESSAGES FROM:

- MRS. FRANKLIN D. ROOSEVELT
- GOVERNOR THOMAS E. DEWEY
- MAYOR FIORELLO H. LaGUARDIA
- ANGELICA BALABANOFF
- ADOLF A. BERLE, Jr.
- JULIUS DEUTSCH
- DAVID DUBINSKY
- PROFESSOR ALBERT EINSTEIN
- DR. WILHELM ELLENBOGEN
- PAUL FROELICH
- WILLIAM GILLIES
- LUDWIK GROSFELD
- PROFESSOR EMIL J. GUMBEL
- J. B. S. HARDMAN
- SIDNEY HILLMAN
- PROFESSOR SIDNEY HOOK
- DR. ALVIN JOHNSON
- DR. ALFRED KERR
- DR. FRANK KINGDON
- FREDA KIRCHWEY
- PROFESSOR HAROLD J. LASKI
- HERBERT H. LEHMAN
- REV. HENRY SMITH LEIPER
- DAVID LEWIS
- ANNE O'HARE McCORMICK
- KARIN MICHAELIS
- EDGAR ANSEL MOWRER
- PHILIP MURRAY
- OSCAR POLLAK
- WILLIAM L. SHIRER
- DR. FRIEDRICH STAMPFER
- ARTHUR HAYS SULZBERGER
- GENEVIEVE TABOUIS
- NORMAN THOMAS
- DOROTHY THOMPSON
- WENDELL L. WILLKIE
- MATTHEW WOLL

Issued by the AMERICAN REPRESENTATION of the GENERAL JEWISH WORKERS' UNION of POLAND

Address: THE GHETTO SPEAKS, 175 East Broadway, Room 401, New York City - Phone: ORchard 4-1587

priests of the New European Order — are even intensifying their murderous activities.

But the day of liberation and of reckoning is at hand. The Allied Armies, under the banner of Justice and Freedom, are on the march. There will be no faltering until the scourge of German Nazism and Militarism has been rooted out entirely and forever, and the oppressed peoples of Europe, regardless of race or creed, are free to take their place again as equal citizens of a free world.

William Gillies

LUDWIK GROSFELD

Polish Minister of Finance (P.P.S.)

I feel most profoundly affected in joining in this act of homage to the fighters of the Warsaw Ghetto. The armed resistance, organized in the fourth year of the war, and after three years of isolation in the ghetto is proof, that even the most criminal methods of extermination are incapable of breaking the spirit of man. It required not only determination and courage to prepare and carry through that armed resistance, but also historical perspective and a deeply rooted attachment to great moral values. The heroes of the ghetto did not fight for their own lives and the lives of their nearest and dearest. They fought to defend the dignity of man and the honor of the nation. They fought under the banner of the Republic to which they remained faithful unto death. The active assistance given to the fighters by the Polish Underground Movement, the Polish Underground Army and, above all, by the Polish Socialist Movement linked the armed resistance of the Ghetto fighters with the Polish people's ceaseless struggle for freedom and independence. The ideals and aims of the defenders of Warsaw and the fighters of the Warsaw ghetto were identical.

We must believe, that those sacrifices, the heroism and high moral standard will not have been in vain and that mankind will appreciate and help put into practice those ideals for which, side by side with so many other fighters for freedom, the heroic fighters of the Warsaw Ghetto gave their lives.

Ludwik Grosfeld

PROF. EMIL J. GUMBEL

Internationally Prominent Liberal

The heroic death of the Jewish population of Warsaw and all the suffering in Europe will ave been in vain if they do not induce us to do our duty, namely, to try everything to eradicate fascism from the face of the earth.

E. J. Gumbel

J. B. S. HARDMAN

President of the American Labor Press Association

From behind the ghetto walls in Warsaw, before they went down under Nazi-dynamited walls, in the mass-graves of unceremonialized burial, the Jewish people presented to the world a new, incontrovertible affirmation of the indestructibility of humanity in man. They had themselves slain in combat, so that out of the carnage of war, and the bestiality of Nazidom, and the indignities of "game of empire," confidence in and realization of a better, and a fairer and a more daring humanity might arise. The wonderment and the grateful admiration with which the best men of all races stand at attention on this April 19, 1944, the anniversary day of the beginning of the rise of the Jews against the Nazis in Warsaw is assurance that the sacrificial act was not in vain.

A great legacy is contained in the choice that Poland's sons of the Eternal People have affected by going from defense — through resistance — to attack against the Nazis. The legacy is that silent suffering and inaudible prayer are not the kind of weapons that will redeem a persecuted and prosecuted people or group in a power-driven world. The burning words of the legacy, to oppressed people everywhere are — **fight back, hit hard, fight with no thought of sparing self, if final salvation is the end sought.**

Crying for pity may evoke sympathy, but rarely better than the kind that is mingled with contempt and such will carry no help. The fighting message of the Jewish Workers' Underground Movement, received and made their own by the fighting Polish Labor Resistance to the Nazis in Poland is steadily if slowly becoming the truth of progressive fighting men everywhere. It is that the answer to the "militant" anti-Semitism, which Nazidom has made an instrument of national policy in Europe, and which its emulators are seeking to implant in the social soil of the American continent is: militant ,unsparing fight. And what is true about anti-Semitism equally applies to all kinds of racialist and other minority oppressive "movements."

J. B. S. Hardman

MARTEL, FRANCIS. *Pétain: Verdun to Vichy.* Pp. 226. New York: E. P. Dutton and Co., Inc., 1943. $2.50.

The aim of this book is "to show the influences which have caused Pétain, in his 83rd year, to betray his country for the sake of vindicating old hatreds and of appeasing old jealousies."

The author traces the history of France since 1933, Pétain's military career, and his activity as chief of state. Nothing remarkable can be said of Pétain's first sixty years, except a passionate belief in defensive war and in the negative virtue of passivity. The author shows him as a conceited mediocrity, as one of the most self-righteous men who nourished, as early as 1917, plans similar to those he realized in 1940. He could not forgive Foch for his theory of offensive warfare which turned out to be right. He resented the fact that the English chose Foch as supreme commander. He could not forgive Nivelle for having held Verdun, nor the Republic for having conferred the honors due to him on such a late date. He resented the British stubbornness in 1940 as a personal insult. He disregarded the tremendous difference which the advent of airplanes and mechanized vehicles had made on the conduct of war: his pupil Chauvineau proved, in 1939, that an invasion of France was physically impossible.

From the time of the Fascist Putsch on February 6, 1934, our hero, a faithful accomplice of the "Cagoulards," had complete power over the French Army. But he was not responsible for the tragic absurdity of "Nonintervention" in Spain. "After the dishonesty of the clever [Laval, Flandin], France had to endure the weakness of the honest [Blum]" (p. 103).

The author, writing from a military point of view, does not lay enough stress on the social forces behind Pétain's attitude. The social aspect of fascism is completely misunderstood in the statement: "Both Hitler and Mussolini had shown how simple the procedure was [of taking away power from the people]. One simply bought a few civil servants occupying key positions, and a few generals whom the troops would follow, and the thing was done" (p. 95).

According to the author, Pétain's thoughts in 1939 were: Germany and the excellent government she stood for should not be crushed, as a French victory might lead to a new People's Front government. Thus the will to defeat an attacking army from a fortress of steel passed, by almost unrecognizable degrees, into the will to tolerate a minor defeat for the good of the soul of France. The real betrayal is seen in Pétain's asking for an armistice by public announcement, thus destroying France's bargaining power and causing the imprisonment of more than a million French soldiers. The fiction of an independent Vichy-France was in the interest of Hitler. The Fuehrer's wishes accorded perfectly with Pétain's and were willingly spread in the name of the Marshal.

The reviewer does not believe that this attitude was mainly due to resentment: after the armistice there was no choice left but the hope that a German victory would justify the armistice. Those who did not wish to die for Danzig had to live and work for the Nazis—and to fall with them. As history is always written by the victors, the author will probably be right in stating that Pétain, who sold his country for a tinsel crown, will enter history as a traitor.

E. J. GUMBEL

New School for Social Research

MATTHEWS, HERBERT L. *The Fruits of Fascism.* Pp. 341. New York: Harcourt, Brace & Co., 1943. $3.00.

Since this book was written, Fascism has fallen, and il Duce, the would-be conqueror of Cairo, London, and Washington, is a relief case in Nazi Germany. Nothing can be timelier, therefore, than a well-informed account of Italian Fascism and its impact on Italian life and the international community. Mr. Matthews is one of our most brilliant newspapermen. He covered the Ethiopian campaign in 1935 and 1936, the Nazi-Fascist invasion of Spain, and worked in Italy from 1939 to the end of 1941. Every page of his book shows that he knows the Italian people intimately, and his knowledge is made more human and moving by his genuine affection for Italians of all groups and classes.

Mussolini himself stated in 1921 that the

121

covers, sufficient radiating surface could not be obtained in the tank walls. Second, this would necessitate installing pipe within the tank floor to obtain sufficient radiating surface.

It is known that digested sludge has high insulating properties. As digested sludge settles to the tank bottom, the result is an insulating blanket of digested sludge over the floor. This would reduce considerably the amount of heat that could be transmitted to the digesting sludge from heating pipes encased in the digester floor, possibly to the extent of making the idea impracticable.

My computations were for heating digesters in Boston where wide variations in temperature prevail. It does seem that the radiant principles could be incorporated in sludge digesters in warmer climates, where sufficient heat could be supplied from pipe encased in the digester side walls, thereby reducing scum formation and avoiding costly maintenance on interior heating coils at the same time.

The indications are that sufficient heat cannot be supplied for heating sludge digesters by this method in the colder climates. I would not say, without further investigation, that the idea is inapplicable, but look forward to future publication of the results obtained from study and field research on this problem.

John F. Flaherty
Asst. Engineer, Sewer Division
Boston Public Works Department

Acknowledgement of Credit

Sir: With reference to the correspondence in *ENR* Jan. 24, vol. p. 143, on the credit for producing labor-saving methods to be used in the design of continuous structures, it seems to me the basic point involved is whether the writer, whoever he may be, is concerned in offering help to his fellow engineers, or whether he is interested only in advertising his knowledge or pushing the sale of some publication for which he is responsible.

We all are indebted to others for most of the little knowledge we possess, and if because of some kindness of the gods, one of us has that little extra mathematical ability which enables him to initiate a new concept or derive a simplification of an existing one, surely he should not be attacked for offering freely of his knowledge for the benefit of others. If the writing of an article with such an object in view is to obligate the writer to give acknowledgement to all his sources of information, I suggest the matter might be covered by some such note as "with acknowledgement to all engineers, scientists and teachers from Galileo to the present".

To carry the idea to absurdity, if I give a member of my staff advice on design or detailing, am I expected to conclude with "acknowledgements to my instructors, various textbooks, magazine articles, and fellow engineers?"

Harry B. Dickens
Supervising Structural Engineer
Department of Public Works, Canada
Ottawa, Ontario

Active in South America

Following publication of "Latin America Pushes Construction Jobs", (*ENR* Feb. 7, 1946, vol. p. 209) additional information became available indicating the prominent role being played by the firm of Pardo, Proctor, Freeman & Mueser (Venezuela) in several major projects.

In Venezuela this firm is acting as engineers and designers for the $10,000,000 medical center at Caracas, on which construction contracts are held jointly by the George A. Fuller Co. and the Merritt, Chapman & Scott Corp. of New York City. Designs also have been prepared for a sanitorium at Barquisimeto, on which construction is expected to be started by the Fred Driscoll Co. and the Hegeman-Harris Co. of New York City.

In Brazil, Proctor, Freeman & Mueser (New York) designed the substructure for the Volta Redonda steel plant, which is to start operation this year. Prior to this, designs were completed for three large office buildings in Sao Paulo.—*Editor*.

Forecasting Floods

Sir: Richard Hazen (*ENR* Aug. 9, 1945) and E. E. Foster (*ENR* Sept. 20, 1945) have raised different questions in commenting on my article (*ENR* June 14, 1945).

I fully agree with Mr. Foster's conclusion that "the problem of flood frequencies can best be solved by frank and full acceptance of the theory of statistics". This argument eliminates the use of the purely empirical formulas proposed by Slade and Hazen. Furthermore, numerous applications have led to parabolic curves on Hazen's logarithmically normal probability paper instead of the straight lines foreseen by his method for the skew distribution of the flood.

Mr. Foster objects to the use of the plotting positions $(m - 1)/n$, and to Hazen's plotting position $(m - \frac{1}{2})/n$. However, no graphical method is possible without the choice of a plotting position. Finally, he objects to the use of the maximum flood, since this single flood is due to chance. Now, since all floods are due to chance, the omission of the maximum flood would deprive us of the most important information.

Mr. Foster rightly states the difference between floods and inundations. However, numerical calculations have shown that my method may also be used for inundations although with less security. In this case, unity for the return periods is the number of years divided by the number of inundations.

There is but one way to test the validity of forecasting. Divide a hundred years' record into two 50-year records, and forecast the second by the first. This procedure has given satisfactory results, if achieved through my method, for the few streams where such long records exist.

On this occasion I want to call attention to an omission in my article. The estimate of the constants by the method of moments need not lead to the best straight line on the probability paper. For this end, the classical method of least squares and the use of the reduced variates traced on a horizontal scale on the probability paper may be recommended.

E. J. Gumbel
New School for Social Research
New York

Reverse Mileage

Sir: In the article on the International Bridge between Argentina and Brazil in your issue of Nov. 22, (vol. p. 692), you have two numbers reversed. Just in case anyone should call you on this, the distance from Buenos Aires to the bridge is 704 miles and from Rio de Janeiro to the bridge 1,412 miles. In your article they are reversed. Otherwise it's a swell piece.

Albert K. Dawson,
Transportation Department
Office of Inter-American Affairs
Washington, D. C.

July 1946

time comes, perhaps they will propose a two-billion-dollar research project for a more fundamental inquiry into the nature of social relations than has hitherto been considered.

GEORGE A. LUNDBERG
University of Washington

ERNST, MORRIS L. *The First Freedom.* Pp. xiv, 316. New York: The Macmillan Co., 1946. $3.00.

"The peace of the world depends on human understanding and human understanding depends on the free flow, throughout the planet, of movies, radio, and the printed word."

"We are rightly the leaders in this worldwide campaign against governmental censorship."

"But if we are to help lay any foundation of understanding among men of all nations we must first clean our own house."

The above words, lifted from various parts of the author's Foreword, indicate that his ultimate objective, in pointing to the importance of a free flow of ideas throughout the world, is peace, and that as a step in attaining this goal, his immediate purpose is to bring about the removal of restraints on the free flow of ideas within our own borders.

This is one of the most important books of our times. It should be read not only by all who actively participate in communications' biggest business (press, radio, and movies) and by members of state and national legislative bodies and other governmental officials, but by citizens everywhere.

The freest access to the sources of information and the widest possible dissemination of both facts and opinions lie at the foundation of intelligent action in democracies. The author contends that through more and more concentration of power in the hands of fewer and fewer men, who control what is printed in our newspapers, what is spoken over the radio, and the kind of movies provided for us, less and less diversity of opinion is found in the thought diet of the American people. The greater the variety of the individual citizen's sources of information, says the author, the better able is he to grapple intelligently with the problems confronting him.

The first three chapters—"Freedom from Fear," "The Great World Clash," and "The Vanishing Market Place of Thought"—present the author's "philosophy of freedom"; the next three chapters—"Press," "Radio," "The Movies"—contain a "detailed factual exposition of the trends, practices, and controls" of these media of communication; and the final chapter contains many suggestions for arresting the trend toward less and less diversity of opinion.

Among the author's suggestions are: a joint nonpartisan United States Senate and House investigating committee to consider the plight of the small daily, weekly, magazine, radio station, and movie company producer or exhibitor; legislation to provide for the complete divorce of radio from press, for the divorce of movie producing from movie exhibiting, for the divorce of radio manufacturing from broadcasting, prohibiting network ownership of radio stations, for the use of the taxing power to furnish encouragement to small companies, to prohibit the block booking of movies, and to encourage the distribution of books by decreasing postage rates.

W. HAYES YEAGER
Ohio State University

GURVITCH, GEORGES. *The Bill of Social Rights.* Pp. 152. New York: International University Press, 1946. $2.00.

The classic bills of rights were established in the eighteenth century by the revolutionary bourgeoisie in its fight against absolutistic, aristocratic, semifeudal governments. The possessing classes took the political power and claimed their liberation to be the liberation of mankind. The bills created civil liberties and free enterprise. However, in our days new bondages have arisen.

In many European countries the constitutions have broken down under the double assault of the Germans and the indigenous fascists. Their rewriting is an actual problem, and the establishment of a new, even international, bill of rights is on the agenda of the United Nations.

Gurvitch tries to unite both purposes.

The introduction gives the antecedents and a useful list of modern constitutions containing such rights. He stresses the pluralistic aspect of the problem, and the new obstacles to be overcome. The second part is a draft of a Bill of Social Rights to be incorporated in the constitution. The third part is a commentary repeating some of the arguments previously used.

The author proposes special social rights for the workers, the consumers, and the common men, although, according to his own definition, all workers are consumers and belong to the socially undefinable set of "common men." The workers are all those who work (p. 60), and not only the laboring class. However, the labor problem does not disappear by calling both sides—the employer as well as the employee—a worker. Any conflicting interests are solved through the establishment of councils and courts where both interests are represented. Any possible claim is at once met by a council, and any conflict is settled on legal grounds—a lawyer's paradise. *Les comités pillulent*, as in the defunct League of Nations, where the establishment of committees was the substitute for activity. "No one group or interest ought to be sacrificed or preferred over any other one" (p. 137), whereas every political decision means that a certain interest has to be preferred. Consequently, in Gurvitch's system there is no decision at all, at perpetuation of the situation which reigned in France.

Gurvitch advocates a combination of a parliamentary political system and an economic soviet system culminating in a national economic organization independent of the state. He tries to combine socialism and capitalism by the establishment of three forms of ownership—private, public, and social—meaning by "social," ownership through consumers' and similar organizations. The first combination existed during the short-lived Kerenski government, and between the Revolution of 1918 and the Weimar Constitution. The second combination bears a certain resemblance to the Russian N.E.P. These combinations turned out to be unstable; the stronger forces prevailed. The reviewer doubts whether the multitude of checks and balances as foreseen by Gurvitch, and the numerous bureaucracy necessary for their functioning, will create dynamic stability.

The national economic organization is conceived by Gurvitch as a parallel to the International Labor Organization. Its function would be to direct the whole economic life. Such an organization could play about the role of the former Bank of England or the Banque de France, which, by their independence of the government, were able to sabotage every political decision in favor of labor.

The book is excellent in all its negative aspects, painting the dangers of totalitarianism arising out of socialism or the state ownership of industry. The positive program contains, certainly, everything that is desirable. However, the question of how economic planning is compatible with liberty, including the right to strike, remains unsolved. This is no argument against the merit of the author, who is to be congratulated for his courage in tackling one of the most burning problems of our time.

E. J. GUMBEL

New School for Social Research

BARKER, ERNEST. *Essays on Government*. Pp. viii, 269. London and New York: Oxford University Press, 1945. 15s.

This book consists of a collection of eight independent essays on government, largely on British government, by a distinguished elderly British historian. The essays have all the ripeness and maturity of the author's advanced years. They suggest a distillation of wisdom accumulated through many decades of study and observation.

No brief review of the book can give adequate attention to each of the several units of which it is composed. Each essay is worthy of the thoughtful attention of students of British institutions and students of government in general. The first essay, by way of example, deals with "British Constitutional Monarchy." It reminds us in the first paragraph that the British monarchy goes back in a long continuous line for more than eleven hundred years and that "the Papacy is the only institution existing in Europe today which is

123

Annals Am. Ac. of Pol. & Soc. Science November 46

winning charm of its style. Whole epochs are summarized in smiling epigrams, and new light is thrown on familiar facts by the way in which those facts are phrased: "Taxes, after all, are tolerable enough as long as they are not collected" (p. 186); "he [Wolfe] had every qualification for high command, except those which in his day had hitherto counted most, senility and friends at court" (p. 162); "chieftains who had started life as admired mass-murderers would end their days as respectable magistrates" (p. 399); "Gladstone, by turns as coolly calculating as Baring, and as erratic and other-worldly as Gordon" (p. 403). Such good things appear to the reader's delight on almost every page.

On the debit side, it must be said that some careless phrases of the author would give readers unfamiliar with historical details a wrong impression. This is particularly true in the opening chapters. Thus, to say that "Columbus had secured a royal backer, no less a personage than His Majesty of Spain" (p. 16) is to hand Ferdinand laurels that belong with better right to Isabella; and to say that Drake "traced the first circle round the globe" (p. 23) is to omit the necessary qualifying adjective "British," for otherwise injustice is done to the Spanish sailors who served under Magellan.

PRESTON SLOSSON

Ann Arbor, Michigan

DURHAM, JOHN GEORGE LAMBTON. *The Durham Report.* An abridged version with an introduction and notes by Sir Reginald Coupland. Pp. lxviii, 186. New York: Oxford University Press, 1946. $2.75.

Publication of an abridged version of *The Durham Report* will probably serve a useful purpose in making Lord Durham's more important observations and recommendations on Canadian government familiar to students of British colonial history. The *Report* has become a classic more often referred to than read. Professor Coupland has done a skillful job in cutting out the less significant parts and bringing the whole together in a compact little volume of 186 pages. For readers not familiar with Canadian history, the Introduction by the editor will prove useful; it offers, however, no fresh interpretation of Canadian political development, and, indeed, reveals a lack of appreciation of some of the more significant work of the past ten years or so.

This is probably not the place to attempt an appraisal of the merits of the *Report* itself. It has been accepted as a great historical document. It may be worth while to point out, however, that its importance has tended to be exaggerated because there has been little else in the way of Canadian political literature to set beside it. There have been no Jeffersons or Hamiltons to state the philosophy of political reform or political conservatism in Canada. The nation was born and has developed out of the forces of counter revolution; political radicalism has been too weak to give rise to a distinctive philosophy, and political conservatism has never faced the necessity of justifying itself in philosophical terms. Thus the writings of such "radicals" from overseas as Robert Gourlay and Lord Durham have attracted more attention than, as statements of political philosophy, they possibly deserve. There was much in the Canadian political, economic, and cultural situation that Durham completely failed to understand. That was evident not only in his lack of appreciation of the toughness of French Canadian nationalist sentiments but also in his failure to see the political problem in its broad economic setting. Durham, after all, was in the country for only a few months. His *Report* displays all the brilliance of the shrewd outside observer, but it is questionable whether he had any real understanding of the country about which he wrote.

S. D. CLARK

University of Toronto

BLUM, LÉON. *A l'Echelle humaine.* Pp. 215. Paris, Gallimard; Montreal, l'Arbre, 1945. No price.

This book, written in prison in December 1941, is a defense of the author's political activity and directed against Pétain and Laval (without mentioning their names). The first six chapters contain the

arguments against Vichy, and a defense of the French Republic. The seventh chapter draws the conclusions, and the eighth gives an optimistic outlook for the future.

Fittingly, the author starts with a comparison of the defeats of 1870 and 1940. The authoritarian system, rightly considered as the cause of the defeat in 1870, was proclaimed in 1940 to be the cure. Blum stresses that it was not democracy, but its capitalist form that was responsible for this defeat. Most of the fascist arguments against the French Republic are shown to be arguments against its capitalist structure. The defeat and the decline of French society are traced to the decline of the French bourgeoisie, to its inability to form strong parties except when endangered by feudal or labor forces, to its pusillanimous policy. It is a lost class, unable to adapt itself to the necessities of industrial production and the needs of a democratic government. Blum vividly paints the bourgeoisie's lack of vision and enterprise, and its combination of chauvinism and ultrapacifism: the same people who advocated, in 1939, the total destruction and splitting up of Germany were the first to accept the defeat of their country as a victory of their class interests. They did not fear Hitler, since all their possibilities of fear were concentrated against labor.

However, the hope of the French bourgeoisie to regain life by fascism is vain. Blum gives two reasons why the labor class, despite the existence of strong parties, was unable to occupy the vacant throne: (1) The Socialist Party had no clear foreign policy, being handicapped by its pacifist wing. (He might have mentioned his own unfortunate policy against the fascist uprising in Spain.) (2) Moreover, the Socialists were confused by their previous union with the Communists, who were Russian nationalists and consequently opposed the war from 1939 till 1941.

The author's analysis of the French nationalists is excellent. However, his synthesis is weak, meager, and disappointing. His main conclusions are: The parliamentary regime, unsuccessful in France, is not the only form of democracy. A popular democracy must be social. He writes "social"—not socialist—although he advocates some form of state socialism, filled with liberal ideas. The French social democracy cannot exist without being integrated in a European or even a universal order in opposition to the European order propagated by the fascists. He expects an approach of Russia to the Western world, and asks for a weakening of the frontiers. The Allies must constitute a new League of Nations having a supersovereignty, an executive force, and even a tax system. The new League must be universal; Germany and her satellites, and also the Pope and the churches, ought to be members.

It is impossible to be harsh with an author who frankly states that his whole generation failed in its task, and it would be unfair to judge a book written at the height of the Nazi power from our present situation. Still, it is saddening that European socialism has so little to offer to the solution of our burning problems. It seems that socialist theory became sterile at the very moment when liberal capitalism, its brotherly enemy, ceased to exist.

E. J. GUMBEL

New School for Social Research

JACOMET, ROBERT. *L'Armement de la France, 1936–1939.* Pp. 406. Paris: Les Editions la Jeunesse, 1945. No price.

The Vichy government and many writers have accused the French government of Daladier of insufficient preparedness for the war. Robert Jacomet, who in Daladier's government was Controller General of the Army, and had the supervision of all French rearmament, gives in this book a detailed account of all and every kind of arms supplied to the Army in 1936–39. There was no lack of armaments for repulsing the German assault, but the fault was with the Army command. Tremendous quantities of munitions fell into the hands of the aggressor unutilized and undamaged.

This whole story is not simply a military account. It should be read by all interested in the history of World War II. Jacomet suffered in the days of the Vichy government and was liberated by the underground forces. He is not only one of the greatest military authorities in this

. . . THE PEOPLE'S

The Guilty Germans

Dear Sirs:

In almost every issue of The Progressive copious tears are shed by both contributors and letter-writers bewailing the fate of Germany and the Germans under the Allied occupation. It is wrong and sinful, they say, to exact reparations, dismantle factories, require coal and other material deliveries, billet occupation troops in German houses, make German POW's work to help repair the shattered economies of countries they invaded.

Most of these indignant people mask the true cause and intent of their protest behind a well-simulated display of humanitarianism, pacifism, or a decency of soul that naturally makes them abhor all cruelty and all injustice. Unfortunately there is a fairly well-defined undertone in these outpourings which suggests strongly that the pacifism, humanitarianism and decency became noticeably operative only when it was Germany and the Nazis who began to suffer the slings and arrows of misfortune in war and defeat.

These voices were not heard when Goering's air heroes leveled Guernica in a practice raid, razed Warsaw, Rotterdam, Coventry; these voices were silent when slave labor was fed into the German war machine that it might wreck new and greater destruction on all who dared oppose it. When the sickening news of Belsen, Buchenwald, Dachau, and the gas chambers of Poland spread across the world to shake man's faith in man to the uttermost extremes, many of these neo-moralists did not hesitate to deny it all and scream: propaganda.

In the Netherlands before the war lived 130,000 Jews. As this country had done nothing to provoke German aggression, its Jewish citizens could not be charged with ever having committed a single offense against a member of the self-styled master race. Yet, today, the Dutch Jewish population numbers but 30,000. The missing 100,000?. . . Murdered by the Germans.

This is a single example of national German crime and guilt. It is quickly told, but let no one read it so quickly as to forget that the murderers are still alive, that few have been apprehended, that the rest are now among those for whom your letter-writers weep.

But while we permit the vanquished killers to rejoice that their conquerors are too decent, too "soft" to do unto them as they did unto others, let there be an end to this revolting display of sympathy for a guilty people who now suffer deservedly a small measure of the misery they inflicted with such monstrous callousness on the unoffending victims of their calculated madness.

EDWARD SCHINDELER
Laguna Beach, Calif.

Aid German Pacifists

Dear Sirs:

Only a few people in the United States know that there has always existed a decent peace movement in Germany, including various groups which tried very hard to convince and educate the German people that war is inconsistent with culture and civilization.

After the First World War such organizations as the German Peace Society, the German League for Human Rights, the International Women's League for Peace and Freedom, and other organizations attracted thousands and thousands of humble cultured Germans. Unfortunately, the German pacifists remained unheard warners in the desert of stupidity, ignorance, selfish interests, and nationalism. It was certainly no accident that the leaders of these organization were persecuted by the Nazis.

It will therefore be of interest to all friends of the German anti-militarists to learn that a respectable minority in Germany are trying again to organize a new peace movement to educate and influence the German people against any future rearmament and war.

According to reports which have reached this country only lately, these friends are indeed in most urgent need of encouragement. Being only a minority, having no financial means at their disposal, and having come out from hiding or concentration camps, these brave men and women have to start from scratch in order to organize a new anti-militarist and anti-fascist movement. This they endeavor when many of them do not even have the bare necessities of life.

I think it is in the interest of a future enduring peace to back up these friends who are again risking everything to achieve true peace and the kind of international cooperation for which the German peace movement always stood. In order to detract the German people from any ideas of revenge and new aggression, their work is definitely more important than ever.

That is the reason why I make this personal appeal to your readers asking them for their help and encouragement. Americans with practical common sense will understand that, in sending parcels to these anti-militarists, they will enable them better to fulfill their worthy task. In this way, we will be doing something not only in the interest of reviving and sustaining decent people in Germany who certainly may be called our allies, but we also help to further peace and progress and, in doing so, serve our next generation.

Upon request, I shall be glad to give information to your readers concerning the names of deserving German pacifists and the methods of sending the parcels.

E. J. GUMBEL
3820 Waldo Ave.
New York 63, N. Y.

The Progressive South

Dear Sirs:

Some of us in the Deep South have become tired of hearing it said that the New Deal is dead, that the South is not progressive, and that our politicians cannot get together when the need arises. It is our belief that the South is merely misinformed. Since a proved fact is worth a dozen theories, we determined to test out the situation and discover who were right.

We selected Biloxi, Miss., as the most reputed conservative city in the most reputed conservative state, and proceeded to organize The National New Deal Club with headquarters in the Quint Building. We then worked out a pattern, eliminating many weaknesses in progressive movements, which could quickly provide a method of gathering a signed membership by mass movement. This was accomplished without friction in three weeks by a method running smooth as clockwork and it easily paid all expenses.

Our Charter Members include fully 90% of our political leaders and officials in this city of 35,000. To mention a few of the 29 who thus signed, we may include our mayor, two city commissioners, township supervisor, chief of police, local editor of the *Daily Herald*, commanders of American Legion and AmVets, members of State Democratic Committee, ex-postmaster, state senator, Red Cross secretary, etc. Up to the present time over one seventh of our entire population, 5,048 to be exact, have signed up as members.

News has leaked out concerning this amazing record, and letters are pouring in from all over the country asking for our pattern. Since this movement practically runs itself, once it is started, we predict that it will be widely adopted by those who feel the urge, and are not satisfied with the present progressive outlook.

DR. C. B. WARNER
Biloxi, Miss.

* * *

The UN Today

Dear Sirs:

The UN organization seems to be the un-organization.

C. E. PAYNE
Usk, Wash.

Who's Who

JAMES WECHSLER is The ... spondent. Formerly the head of P... is now on the staff of the New Yor...

*

FRANKLIN P. HUDDLE is a ... *Magazine* and Editorial Research ...

* *

FRED RODELL is a professor ... author of *Woe Unto You, Lawyer...*

*

McALISTER COLEMAN, th... utes regularly to The Progress...

De...
t...

126

7

LA OTRA ALEMANIA

"Das Andere Deutschland"

(fundado el 7 de junio de 1937) Autorizado por Resolución no. 214 del Ministro del Interior (..l abril 1945
Confirmado por Decreto Nr. 20.917 (6 sept. 45) del Superior Gobierno de la Nación.
Registro nacional de la Propiedad Intelectual Nr. 23 0123
Jahresabonnement: 18.— Pesos argentinos (imvoraus zahlbar) Geldbeträge erbitten wir ausschliesslich per Giro oder Bono Postal oder Scheck auf Sr. Juan Carl, Tucumán 309, Bs. Aires und an unseren Stadtkassierer.
DAS ANDERE DEUTSCHLAND IST KEIN auf Profit ausgehendes Geschäftsunternehmen. Es lebt nur dank der Unterstützung seiner Freunde. Spendet für den Pressefonds!
Erscheint am 1. und 15. eines jeden Monats
Redacción y Administración:
Tucumán 309 Buenos Aires
(T. A. 31-7264)

regelmässige Sprechstunden:
Montags, Mittwochs und Freitags (ausser Feiertagen) zwischen 17.30 und 19.30 Uhr.

Einzelnummer $ 0.75

VERTRETUNGEN DES D.A.D.

IN DEUTSCHLAND:
Gebrüder WETZLAR
St. Annagasse 1
Heidelberg
Postscheckkonto Karlsruhe 51.409
Einzelnummer 1 RM.
Jahresabonnement 24 RM.

BOLIVIEN
La Paz: Guillermo Karbaum, Casilla 323.
Cochabamba: Los Amigos del Libro, Casilla 450.

BRASILIEN
Rio de Janeiro: Curt Uebel, Av. Vieira Souto 200 (Ipanema).
Südstaaten: Arturo Hesslein Rua Barroa de Amazonas 61, Porto Alegre.

PARAGUAY
Asunción: Enrique und Susanna Block, General Diaz 276.

CHILE
Osorno: Oscar Chylik, Casilla 423

URUGUAY
Montevideo: Julie Sturm, Democracia 2122.

USA
New York: Gretl und Herrmann Ebeling, 203 West 98 Street, N Y 25.

SCHWEIZ
Basel: Herrmann Graul, Steinengraben 12

FRANKREICH
Paris: S P D., 9, rue Victor Massé, Paris 9e.

Vorausbezahlung des Abonnementsbetrages ist in jedem Falle unerlässlich

In eigener Sache

"Journal of Central European Affairs" (Herausgegeben von der University of Coloroda) empfiehlt in seiner bibliographischen Abteilung denjenigen Studenten, die sich über Deutschland ein Bild machen wollen, zwei Artikel aus unserer Zeitschrift: "Das Ende Preussens", DAD vom 15. März 1947 und "Das Wirtschaftsgesicht der Ostzone", DAD, 15. Mai 1947.

In der New York Public Library liegt eine gebundene Kollektion unserer Zeitschrift zur Einsicht auf.

Nr. 163 UND 164

Aus Versehen ist die Nr. 163 unter Nr. 164 erschienen. Die heutige Nr. ist also Nr. 164.

Das Liebesgabengeschäft

Es herrscht Bewegung am Liebesgabenmarkt. Die Zeitungen sind voll von marktschreierischer Reklame. Letzthin werden sogar Mehlsäcke per Kabel gesandt. In jeder Sonntagsnummer tauchen neue Firmen auf, die das Blaue vom Himmel herunter versprechen. Indes verschwinden andere sang- und klanglos von den Inseratenseiten.

Die gleiche Bewegung herrscht auch in den USA, wo Unternehmungen dieser Art hervorgeschossen sind wie Pilze nach dem Sommerregen, und wo sie nach den Prinzipien der Wirtschaftsfreiheit ungestört arbeiten können. Sie herrscht auch in der Schweiz, wo — neben den USA — die meisten der hier arbeitenden Firmen ihre Zentralstelle haben. In der Schweiz nun ist soeben eine Untersuchung abgeschlossen wurden, die auf Grund einer Initiative eines sozialdemokratischen Abgeordneten durchgeführt wurde. Sie ergab, dass die Staatsanwaltschaft bei den meisten Firmen zwar keine strafbare Handlung feststellen konnte, aber eine beispiellose Unordnung oder gar Unfähigkeit, seriös zu arbeiten. Nachdem verfassungsmässig keine Möglichkeit besteht, dass die schweizerischen Bundesbehörden eine Kontrolle der Liebesgabenfirmen ausüben, haben sich nun verschiedene Unternehmungen seriöser Art zu einem Verbande zusammengeschlossen, der eine Kontrollkommission eingesetzt hat, der zwei staatliche Delegierte angehören.

Wir glauben nicht, dass sich mit dieser Neuregelung viel ändern wird. Die meisten schweizerischen Firmen haben sich der neuen Organisation nicht angeschlossen. Ein Zwang zur Kontrolle besteht nicht. Da nicht anzunehmen ist, dass die Tageszeitungen sich weigern werden, Inserate unseriöser Firmen anzunehmen, bleibt auch weiterhin die Möglichkeit bestehen, dass der Absender von Liebesgabenpaketen geschädigt wird, wenn er nicht die Dienste einer charitativen Organisation, wie es das "Deutschland-Hilfswerk" ist, in Anspruch nimmt, deren Zuverlässigkeit erprobt ist und die mit einer über alle Zweifel erhabenen Institution, wie das "Schweizer Arbeiter-Hilfswerk" es ist, zusammenarbeitet.

EIN BRIEF VON E. J. GUMBEL

Professor Gumbel, der mutige Bekämpfer der nationalistischen und militärischen Reaktion, der wie kein anderer die systematischen Mordtaten der Reaktion in der Weimarer Republik aufgedeckt hat, schreibt uns:

Werter Genosse Siemsen,

Vielen Dank für di eständige Zusendung Ihres Blattes. Die letzte Nummer 161, war sehr gut. Die hiesige Volkszeitung ist schrecklich. Mit der dauernden Kommunistenhetze bereitet sie den Krieg vor, während wir doch — auch im Interesse Deutschlands — alles tun müssten, um den Krieg zu verhindern. Allerdings wir sind machtlos gegenüber den ungeheuren Kräften, die aufeinanderplatzen. Die Nachrichten aus Deutschland sind durchgehend schauderhaft. Die Menschen verhungern, und zwar die Anständigen zuerst...

Furtwängler.

der zur Zeit im Colón in Buenos Aires Konzerte gibt, ist zweifellos ein grosser Dirigent.

Um so mehr aber gehen die Meinungen über seinen Charakter und über die Rolle auseinander, die er unter der Nazidiktatur gespielt hat. Dass er sich gerühmt hat, im Dritten Reich ausgeharrt zu haben im Gegensatz zu den Emigranten, war jedenfalls mehr als eine blosse Taktlosigkeit. Wir erhalten gerade eine Nr. der Basler Arbeiter-Zeitung, die zum Fall Furtwängler mit folgenden Worten Stellung nimmt:

„Wie sehr sich gewisse Stützen und Glanzstücke des Nationalsozialismus und Faschismus wieder stark fühlen, das kann man aus einer Erklärung Furtwänglers, des preussischen Staatsrates von Hitlers Gnaden, ersehen. Dieser Musiker ist das typische Beispiel für jene Deutschen, die bis zum Zusammenbruch dem Hitlerregime die Treue hielten, die stramm gestanden sind, wenn der „Führer" befahl, und die nachher behaupteten, sie seien an allem unschuldig. Furtwängler verstand es jedoch sehr rasch bei den Alliierten Gnade zu finden, er fand diese bei den Russen und bei den westlichen Mächten. Man hatte geradezu den Eindruck, dass sich die Alliierten im Westen und Osten um dieses Paradepferd rissen, da alle damit Propaganda machen wollten. Furtwängler der Hitler herzlichst zum Ueberfall auf Oesterreich gratulierte, der in Anwesenheit Hitlers und der ganzen Naziverbrecherbande das „Horst-Wessel-Lied" dirigierte, „Wenn Judenblut vom Messer spritzt . . .", Furtwängler der unter dem Naziregime Titel und massenhaft Geld von den Kriegsverbrechern erhalten hatte, wurde dann selbstverständlich vom Säuberungsgericht freigesprochen. Flugs danach war er die grosse Zugnummer an der Luzerner Festspielen, und den vergesslichen Schweizern, hüpfte das Herz im Leibe, wenn sie dem ehemaligen Nazidirigenten zujubeln und ihm seine braunen Flecken vom Frack ablecken durften. Dieser Furtwängler hat nun auch in London ein Konzert mit grossem Erfolg dirigiert. Er gab in einem Interview Erklärungen ab, die geradezu Frechheiten darstellen. So sagte Furtwängler, er bedaure nicht, unter dem Naziregime in Deutschland geblieben zu sein (natürlich hat er nichts zu bedauern, da er dabei sehr gut gefahren ist), und ferner behauptete er, in Deutschland geblieben zu sein, weil er sich „für das musikalische Leben in Deutschland verantwortlich" fühlte. Für welches musikalische Leben? Für jene Militärmusik und SA-Märsche, mit denen man die deutschen Soldaten in den Krieg trieb? Für jene Musik, die man spielte, wenn die Menschen zu Tausenden in den Konzentrationslagern vergast wurden? Es fehlt nur noch, dass Furtwängler alle jene Deutschen, denen es gelang, vor der braunen Pest ins Ausland zu fliehen, als „Landesverräter" tituliert. Was nicht ist, das kann noch werden!"

La
OTRA ALEMANIA
DAS ANDERE DEUTSCHLAND
ORGANO DE LOS ALEMANES DEMOCRATICOS DE AMERICA DEL SUR

AUS DEM INHALT

Hans Lehmann:

SOZIALISMUS — DIE UNERLAESSLICHE VORAUSSETZUNG DES MARSHALLPLANS

WERDEN DIE VEREINIGTEN STAATEN SOZIALISMUS ALS ERGAENZUNG DES MARSHALLPLANS ZULASSEN?

Oda Olberg:

AGRARFRAGE UND LANDARBEITERBEWEGUNG IN ITALIEN (Schluss)

FRONTKAEMPFER FUER DIE REAKTION

PAEDAGOGISCHE LITERATUR UND POLITISCHE ZEITSCHRIFTEN IN DER OSTZONE

Mascha Oettli

AUFBAU IN BIELEFELD

STIMMEN DER ZEIT

Notizen:

FURTWAENGLER; DIE NEUE FASCHISTISCHE INTERNATIONALE; FRONTKAEMPFER DER REAKTION.

AUS DER ARBEIT DER KINDERFREUNDE

*

BUENOS - AIRES • TUCUMAN 309 • 31 RETIRO 7264

NUMERO 164 15 DE ABRIL DE 1948

ZEISEL, HANS. *Say It With Figures.* New York: Harper. 1947. xvii & 250 pp. $3.

It is difficult in our day to write an elementary book on statistics, since the whole development of this technique has been in a mathematical direction. Such an endeavor is possible only in specific fields where the elementary techniques are often deemed sufficient for the simple conclusions to be reached. This is still the case in opinion and marketing research.

Zeisel's book is devoted to the statistical procedures employed in these fields. It is an original book, it makes good reading, and it is highly suitable for the elementary needs of producers and consumers of such data. Its main advantage is the careful analysis of all examples. For these, it gives all the conclusions that can be drawn on the basis of the technique employed and within the given frame of reference.

The book is divided into three parts dealing, respectively, with the problems of classification, the methods of numerical representation, and the tools for causal analysis. The first part covers the tabulation of different reactions, the assembling of statistics, and the art (not the science) of formulating questions, with hints on how the answers to statistical questionnaires are governed by the way in which the questions are posed. The main question studied is, "Why do people

Dec. 48

prefer one kind of merchandise to another?" The techniques of how to handle the "don't knows" are carefully explained. Control questions designed to get more out of a person than he really wants to reveal and calculated to discover intentional evasions are also discussed. A systematic analysis of the 2 by 2 tables, and the introduction of the simplest criteria for independence would have increased the usefulness of the book.

The second part is concerned with percentage figures and indices. The computations are very clearly stated for the layman, but the problem of when differences of percentages are significant is not sufficiently elucidated. The attentive reader who seeks enlightenment on this score will get no answer, because there is no discussion of the notion of standard error of percentage. The author has occasionally gone a bit too far in "answering" questions that the public might ask. For example, no serious statistician should actually try to measure marital happiness.

The third part of the book deals with the tools of causal analysis.

It marks the transition from a merely descriptive tabulation to the search for possible causes. Great care is taken to show the distinction between true and spurious explanations by means of cross tabulations and similar procedures. In general, the terminology is well explained. The author's notion of correlation, however, departs from its technical meaning, and the technique of correlation is perhaps overemphasized. A minor flaw is the use of Spearman's coefficient of rank correlation, which is not sufficiently explained. Incidentally, the reviewer doubts whether any causal relation can be detected by correlation alone. The last chapter of the book is devoted to the panel, a procedure that lies somewhere between the purely statistical technique and an individual exploration.

All questions in this study are clearly formulated, and each chapter is followed by a very readable summary. The book entirely fulfils its modest promise to furnish guidance for marketing and public opinion research confined to elementary procedures.

E. J. GUMBEL

9

... Albert Einsteins ... siebzigstem Geburtstag

Von E. J. GUMBEL

Am 14. März feiert Albert Einstein seinen 70. Geburtstag. ...eben den aufrichtigen Glückwünschen, die ich dem ver...rten Lehrer und Freund auf diesem Wege aussprechen ...öchte, ist es mir innere Pflicht, unsern Lesern ein — sicher ...nvollkommenes — Bild dieses grossen Mannes zu geben.

Einstein gehörte zu den aufrechten deutschen Republi...anern, zu den wenigen Professoren, die von Anfang an die ...inter den akademischen Skan...alen lauernde Gefahr der Nazis ...lar erkannten und sich mit al...er Energie für die bedrohte aka...emische Freiheit und die da...nit in ihrer Existenz bedrohte Republik eingesetzt haben. In diesem, wie in vielen anderen Problemen hat Einstein sofort die grossen klaren Linien erkannt.

Was an ihm am meisten auffällt, ist die Linearität und berückende Einfachheit. Vielleicht hat gerade dies seine epochalen Leistungen ermöglicht. Wie auch immer die zahlreichen, heute noch offenstehenden wissenschaftlichen Fragen entschieden werden, sein Name wird neben den grössten Physikern aller Zeiten stehen, denn seine Lehre ist ein dauernder Bestand dieser Wissenschaft geworden.

Um die Bedeutung Einsteins zu verstehen, müssen wir einen Blick auf die Geschichte der Physik werfen. Sie beginnt im wesentlichen mit der Renaissance und ihre Entwicklung kulminiert in drei grossen Namen: **Isaac Newton, Michael Faraday, Albert Einstein.**

Newton ist der Schöpfer der Mechanik, der Einführung der Begriffe Kraft und Masse und ihrer Anwendung auf die Planetenbewegung. Alle physischen Erscheinungen sind nach ihm mechanischer Natur, d. h. sie sind auf die Bewegung von Massen zurückzuführen. Die Lehre Newtons hatte im 18. Jahrhundert einen ungeheuren philosophischen Erfolg, weil der Rationalismus, also die Abkehr von der Herrschaft der traditionellen Mächte, sich — zu Recht oder Unrecht — auf ihn berief.

Durch Faradays Entdeckung des Induktionsgesetzes wurde es offenbar, dass die elektro-magnetischen Erscheinungen im Rahmen der Physik ein unabhängiges und der Mechanik ebenbürtiges Gebäude darstellen.

So ging die Entwicklung der Physik in den letzten Jahrhunderten nach zwei scheinbar verschiedenen Richtungen. Zunächst tauchten neue Gebiete auf: Elektrizität, Magnetismus und Thermodynamik. Aber zur gleichen Zeit ging ein Prozess zur Vereinheitlichung vor sich. Es gelang, die Lehre vom Schall als Teil der Mechanik darzustellen, die Optik in die Elektrizitätstheorie einzubauen, die Thermodynamik mit der Mechanik zu verbinden , sodass schliesslich nur zwei völlig getrennte Gebiete: Elektrizität und Mechanik übrig blieben.

Mit Einstein beginnt die Synthese der Mechanik und der Elektrodynamik. Einstein hat als Ingenieur angefangen. Diese praktische Beschäftigung hat in seiner ganzen Lehre nachgewirkt. Denn er hat sich nie darauf beschränkt, Theorien aufzustellen, vielmehr hat er in jedem einzelnen Fall sofort praktische Konsequenzen gezogen und das Ergebnis von Beobachtungen vorausgesagt, die noch gar nicht gemacht worden waren.

In der speziellen Relativitätstheorie (1905) hat Einstein den elementarsten physikalischen Begriff, die Gleichzeitigkeit, analysiert und ein der Mechanik und Elektrodynamik übergeordnetes Prinzip aufgestellt, den engen Zusammenhang zwischen elektrischem und magnetischem Feld aufgeklärt und gezeigt, dass die klassische, Newtonsche Mechanik nur für Bewegungen zutrifft, die im Vergleich mit der Lichtgeschwindigkeit langsam erfolgen. Das wichtigste Ergebnis der neuen, Einsteinschen Mechanik ist der Satz von der Trägheit der Energie, nach welchem jeder Masse eine bestimmte Energiemenge entspricht. Diese, unsere Vorstellung von der Materie umstürzende Theorie ist seither verwirklicht worden: wir können Energie in Masse umwandeln und haben Masse in (zerstörende) Energie verwandelt.

Die "Allgemeine Relativitätstheorie" (1916) brachte eine neue Deutung der Gravitationserscheinungen im Zusammenhang mit der Frage nach der geometrischen Struktur des Raumes. Eine ihrer merkwürdigen Konsequenzen ist die Behauptung, dass das Licht etwas wiege, dass die praktische Geometrie ein Teil der Mechanik sei.

Jahrhundertelang hat ausschliesslich die Euklidsche Geometrie geherrscht. Die vergeblichen Versuche, die Zahl der von Euklid aufgestellten Axiome zu reduzieren, haben im 19. Jahrhundert zu der Konsequenz geführt, dass man Geometrien aufstellte, die eines der Euklidschen Axiome nicht enthielten. Der grosse Geometer Riemann hatte den Einfluss eines der Geometrie fremden Begriffes, nämlich den der Masse, vorausgeahnt. Die Realisierung dieser Prophezeiung durch Einstein besteht nun darin, dass es keine abstrakte Struktur des Raumes gibt, dass sie vielmehr von den im Raum vorhandenen Massen abhängt. So entsteht ein Einfluss der Schwerkraft auf das Licht. Selbst der Begriff der Geraden hängt von der Raumstruktur ab. Aus diesem Grund konnte Einstein vorhersagen, dass die scheinbare Lage der der Sonne benachbarten Sterne während einer Sonnenfinsternis von der gewöhnlichen Lage verschieden ist, welche Behauptung dann später experimentell bewiesen wurde. Die Einsteinsche Gravitationstheorie führt so zu kleinen Abweichungen von den früheren, klassischen Gesetzen (Periheldrehung des Merkur, Rotverschiebung der Spektrallinien), die von der Erfahrung bestätigt werden.

Die dritte fundamentale Leistung, die wir Einstein und Planck verdanken, ist die Lichtquantenhypothese, welche besagt, dass der Strahlung ausser den Welleneigenschaften der klassischen Theorie noch gewisse mechanische Züge anhaften, sodass das Licht manchmal wie ein Schwarm mechanischer Korpuskel wirkt. Durch diese Anwendung der von Planck aufgestellten Quantentheorie auf die Optik hat Einstein bestimmte, früher bekannte, experimentelle Ergebnisse richtig gedeutet. Die Weiterentwicklung dieser Ideen durch Bohr, de Broglie u. a. führte zur Aufstellung des gewaltigen und umfangreichen Gebäudes der heutigen Quantentheorie.

Das Tempo der Entwicklung der neueren Physik ist geradezu

(Fortsetzung auf der 6. Seite)

Einstein

(Fortsetzung von der 2. Seite)

schwindelnd. Ergebnisse, die kaum zwanzig Jahre alt sind, gelten daher heute bereits als klassisch. Während Jahrhunderte das Atom als unteilbar angenommen haben, sind wir jetzt zu einer Kernphysik fortgeschritten, wobei der Kern nur einen Teil des Atoms darstellt.

Aber mit jedem gelösten Problem tauchen neue, ungelöste Probleme auf. Die Physik, die fortgeschrittendste Naturwissenschaft ist heute in einem revolutionären Gärungsprozess begriffen, und wir ringen um die Erkenntnis der letzten Bausteine, aus denen sich alles materielle Geschehen zusammensetzt.

Die Träume der Alchimisten, die Phantasien Jules Vernes, uralte Sehnsüchte der Mnschheit sind heute Alltagsrealität, und der Weg — wenn nicht zum Glück, so wenigstens zum materiellen Wohlergehen der Menschheit scheint offen. In Wirklichkeit ist aber unsere soziale Organisation bisher unfähig, den wissenschaftlichen Fortschritt und die darauf aufgebaute Technik in solche konstruktive Bahn zu lenken. Die Umwandlung der Masse in Energie hat bisher nicht zur Befreiung der Menschheit vom Fluch der Arbeit und zur Schaffung von freier Zeit, sondern zu den Leichen von Hiroschima und Nagasaki geführt. Die Gefahr, dass der wissenschaftliche Fortschritt sich hauptsächlich in zerstörende Kräfte umsetzt, ist riesengross.

Es ist selten, dass ein grosser Wissenschaftler gleichzeitig als Mensch gross ist, und dass ein Naturforscher sich der sozialen Tragweite seiner theoretischen Erfindungen bewusst ist. Diese Leistung und Erkenntnis finden wir vereint in Albert Einstein. In den letzten Jahren hat er unermüdlich seine warnende Stimme gegen den Fortschritt der Zerstörungstechnik erhoben. Er hat gezeigt, dass es auf die Dauer keine wissenschaftlichen Geheimnisse und keine Abwehr gegen die Atombombe geben kann, dass durch den nächsten Krieg die Existenz unserer ganzen Zivilisation in Frage gestellt wird.

Sonnabend, den 12. März 1949

Benutz...
...CH...
...Ves...
...M...
K...

die mir von Patienten zuges...
unterzogen haben, für: Stör...
Gallensteine, Blasenle...
Asthma, Atmungsbeschwerde...
Neuralgie, Rheumatismus, Rü...
auf Wunsch in meinem Büro

Dr. JOSEPH MIL...
790 BROAD STREET, Ecke Ma...
Zu erreichen von New York: via ...
von 34th St. (Hudson Tube) in 30

129

GUILLAIN DE BENONVILLE:

LE SACRIFICE DU MATIN

Verlag La Palatine, Genf 1945.

Dieses Buch schildert das Leben eines französischen Nationalisten während der dunklen Jahre 1940 bis 1944, von der Niederlage Frankreichs bis zum Sieg der Alliierten.

Der Verfasser war bis zum Putsch vom 6. Februar 1934 Mitglied der Action Française, einer katholisierenden, aber vom Papst verworfenen, royalistischen, aber vom Kronprätendenten abgelehnten prä-faschistischen Organisation. Das Buch zeigt die moralische Zersetzung der französischen Armee in der Niederlage von 1940, bis zu dem parallelen Vorgang in der deutschen Armee von 1944. Zweimal kriegsgefangen, flieht der Verfasser 1940 ins unbesetzte Gebiet, in der Illusion, dort eine Massenbewegung zu finden, die den Widerstand fortsetzt. Aber die französische Polizei ist einig mit den Deutschen in der Aufrechterhaltung von „Ruhe und Ordnung". Der Verfasser arbeitet zunächst in einer gleichgeschalteten Zeitung, der „Deutschen Presse in französischer Sprache". Anschaulich schildert er die Korruption Vichy's: „L'Etat Français n'est qu'une des nombreuses affaires commerciales de M. Laval". Der wichtigste Beitrag Vichy's zum Krieg, die Auslieferung Indochinas an Japan, wird gebührend unterstrichen.

Von der Hoffnung getrieben, gegen die Deutschen kämpfen zu können, geht der Verfasser illegal nach Algier — und landet prompt im Militärgefängnis. Hunger, Prügel, Krankheit, sind die üblichen Erlebnisse. Nach Monaten entlassen, gründet er eine Deckfirma für illegale Arbeit. Mehrfach wird er verhaftet. Immer führt die Spur der Denunziation auf seine früheren Kameraden von der Action Française zurück. Sie sind die ersten in der Gleichschaltung, die bei ihnen „Nationale Revolution" heißt. So wird die nationalistische Vergangenheit des Verfassers seine größte Bedrohung. Trotzdem findet er keinen Weg zu der sozialistisch orientierten Widerstandsbewegung. Der soziale Vorgang der Faschisierung und die soziale Basis der Widerstandsbewegung werden nur unklar geschildert; denn der Verfasser kommt über die rein militärische Sphäre und den aufregenden Alltag nicht hinaus.

•

Die Etappen des Widerstands sind: Von der Niederlage bis zum Eintritt Rußlands in den Krieg kommt die Bewegung kaum über Flugblätter hinaus. Ihre einzige Basis sind die Sozialisten, die gegen den Staatsstreich Pétain-Laval gestimmt haben. Die Widerstandsbewegung erweitert sich durch den Beitritt der Kommunisten, begründet — nicht durch die nationale Situation, sondern durch Hitlers Überfall auf Rußland. Die dritte Etappe beginnt mit der Landung der Alliierten in Marocco und der totalen Besetzung Frankreichs, welche die Regierung Pétains zu kompletten Satrapen der Nazis macht. Jetzt stoßen die Reste der Armee zur Widerstandsbewegung. Aber erst die Einführung der Arbeitspflicht im Februar 1943 schafft die innere Massenemigration, das „Maquis", gefüllt von allen, welche die Illegalität der Arbeit für die Deutschen vorziehen.

Diese wichtigen Etappen schufen immer neue innere Konflikte, die vom Verfasser nur als rein persönliche oder organisatorische Machtfragen gedeutet werden. Die Berufsoffiziere in der geheimen

Armee suchten Anschluß an die Großbourgeoisie, während die Arbeiter den Sozialismus wollten. Die äußere Emigration, vertreten durch de Gaulle in London, wurde nicht sofort von der inneren, dem Maquis, als Führerschicht anerkannt. Die Illegalen arbeiteten zum Teil direkt mit der englischen, und später mit der amerikanischen Armee zusammen und schalteten so die Emigration aus. Dies führt zu einem weiteren Gegensatz: Die Engländer wollen kleine Gruppen zu begrenzten Zielen; die Führer der geheimen Armee (später als Forces Françaises de l'Intérieur anerkannt) wollen die ganze Nation zum Aufstand führen.

•

Die Vielfalt der illegalen Arbeit wird klar geschildert. Zuerst brauchte man Papier für die illegale Presse. Das vereinfacht sich später, da man die Zeitungen in der Schweiz druckt und nach Frankreich schmuggelt. Dann braucht man gute falsche Legitimationen, deren Herstellung zuletzt fabrikmäßig vor sich geht. Hierzu dienen offizielle Stempel aus zerstörten Städten, wo keine Kontrolle möglich ist. Dann braucht man Nahrungsmittelkarten und Wohnungen für die Illegalen. Zuletzt entsteht eine ganze Intendantur für die illegale Armee. Diese Aufgaben wachsen mit der Größe der Bewegung. Dann gilt es, den Kontakt mit dem Ausland herzustellen: man muß London erst überzeugen, daß eine Widerstandsbewegung überhaupt existiert. Vom Ausland kommen die Waffen und das Geld. Zur Beschaffung dienen illegale Reisen nach der Schweiz. Der Abwurf von Waffen über Frankreich wird organisiert; andere Munition und Uniformen werden aus den offiziellen Beständen unterschlagen, gestohlen, geraubt. Von da führt der Weg zu Brückensprengungen und Verhinderung von Munitionstransporten.

Der erste Feind sind nicht die Deutschen sondern die französische Polizei, die Sûreté, und die faschistische Miliz. Im Dienst der deutschen Okkupation, reagiert die Polizei auf die Illegalen mit Massenverhaftungen und Absperrungen ganzer Straßenblöcke. Kein Tag vergeht, ohne daß eine Verbindung abreißt, ein Vertrauensmann verhaftet, ein anderer deportiert, ein dritter erschossen wird. Jede Verhaftung bedingt komplizierte Umstellungen. Wichtige Gefangene müssen befreit werden. Besondere Schwierigkeiten entstehen durch das Doppelspiel, das Vichy mit der Okkupation und mit der illegalen Bewegung treibt. Bezeichnend für die Zersetzung des französischen Verwaltungsapparates ist die anschaulich geschilderte Unterredung zwischen einem Führer der Illegalen und einem Minister, der dem Illegalen trotz aller Haftbefehle freies Geleit sichert.

Die größte Gefahr sind die Schieber, die den Deutschen gegen Geld alles Verlangte liefern, und die Doppelagenten, die für die Nazis, die französischen Faschisten, und gleichzeitig für die Illegalen arbeiten. Zur Abwehr bleibt kein anderes Mittel als der Fememord. Sechs solcher Fälle sind geschildert; keiner hätte der Schwarzen Reichswehr Schande gemacht.

•

Das Buch ist wertvoll, weil es die Geschichtslegende von der französischen nationalen Einheitsfront im Widerstand gegen die Deutschen zerstört. Immer und immer wieder betont der Verfasser, wie klein die Bewegung am Anfang war, und wie sie nur durch die Hilfe des Auslandes wachsen konnte, bis sich, nach der Befreiung im September 1944, die ärgsten Quislings zu den lautesten nationalen Schreiern, den „Forces Françaises du Septembre" entwickelten.

E. J. Gumbel (New York).

Neues Europa. W. Schweitzer Verlag Meran München
2. Jahr Heft 20 1947

Reprinted from the JOURNAL OF THE AMERICAN STATISTICAL ASSOCIATION
September, 1947, Vol. 42, pp. 473-475

The Advanced Theory of Statistics, Vol. II. *Maurice G. Kendall* (Statistician to the Chamber of Shipping of the United Kingdom, Bury Court, London). London W.C. 2: Charles Griffin and Company Ltd. (42 Drury Lane), 1946. Pp. vii, 521. 50*s.*; abroad, including postage, 51*s.* 6*d.* (Available in the United States from Stechert-Hafner, Inc., 31 East 10th Street, New York 3, at $15 less 10 per cent.)

REVIEW BY E. J. GUMBEL
Associate Professor, Brooklyn College

IT REQUIRES a good deal of courage to write a book about statistics now, and even more so about its advanced parts, since the development of these methods and their expansion into neighboring fields has been extraordinarily

quick in recent years. Old methods have been refuted, or their limitations discovered, and new refined methods have been constructed. Apart from the old application to economics and insurance mathematics, statistical procedures have been introduced into biology, physics, engineering, and astronomy and have become the basis of new branches such as econometrics, quality control, and radioactivity. As far as the reviewer is aware, only once has an attempt been made, by R. von Mises in his German book, to cover all these fields. The next essay, Borel's collection, can only be regarded as a proof of the impossibility of condensing this vast domain into a single book.

Furthermore, there is no clear borderline between theoretical statistics and the calculus of probabilities, the latter being at the same time the basis and the crowning of statistics. Consequently an author of a book on statistics is faced with two dangers: either its outgrowing into a theory of probabilities or its degeneration into a series of kitchen rules. Kendall avoids sophistication and overempiricism. He does not attain the philosophical beauty and mathematical rigor of Cramér's book, but he also avoids the purely empiristic attitude of letting statistics degenerate into a system of interpolation formulae ready for any use or abuse. Thus he succeeds in satisfying an urgent need.

This valuable book, besides introducing new problems, reconsiders many topics of the first volume on a higher level. Although many references are made to the first part, the second volume is an independent book. The author avoids the usual term "modern statistics" and clearly states the relation of present-day problems and methods to the early work of Laplace, Gauss, and Cauchy up to Lexis.

The reviewer regrets a certain logical discontinuity in the arrangement of the fourteen chapters. The first two chapters (17 and 18) deal with the estimation of parameters, starting with R. A. Fisher's method of maximum likelihood. This treatment follows Hotelling. The study of confidence intervals (E. S. Pearson) and of fiducial inference (R. A. Fisher) leads to the different tests of significance (Chap. 21). This consequent line of thought is suddenly interrupted by Chapter 22 dealing with regression and by the analysis of variance (Chaps. 23 and 24), which have a connection neither with the preceding nor with the following chapters. The problem of significance, belonging to the previous line of thought, is taken up again in Chapters 26 and 27, and the analysis of variance returns as multivariate analysis in Chapter 28. The reviewer believes that Chapters 17 to 21 dealing with estimation, inference, and significance ought to have been followed by Chapters 26 and 27 and that Chapters 23, 24, and 28 dealing with the analysis of variance belong together.

In Chapter 21, on tests of significance, the probability papers now widely used by engineers might have been mentioned. However, this and other lacks must be accepted since completeness in such a rapidly expanding field cannot be reached, and it seems doubtful whether it is even desirable. The last two chapters dealing with time series are relatively short, probably

because the author has devoted a separate brochure to these problems. The important contribution of Stumpf on periodogram analysis might have been given more space.

The essential advantage of the book is the clear logical arrangement within each chapter. Many problems are first stated in such a simple way that an intuitive answer is ready at hand. This is then confirmed, or refuted, by mathematical methods, a procedure highly recommendable from the pedagogical point of view. Cauchy's distribution is frequently shown as an antithesis to the normal one, thus clearly demonstrating the limitations of the normal theory. After the mathematical treatment, numerical examples for the most important methods are given. Finally, exercises are chosen from the current literature summarizing a large body of research which could not be treated exhaustively. Thus, the book offers the right choice for both types of readers, for those interested in the advancement of research and for the practical statisticians who want definite prescriptions of how to act.

The variety of numerical examples taken from economics, agriculture, biology and medicine may be accepted as a substitute for not treating separately the different independent statistical problems arising in these sciences. The index and the large bibliography are very valuable. A list of the graphs and tables would have increased the practical usefulness of this book.

131

Journal of Central European Affairs
vol 7. April 1947 No 1.

Europe on a more satisfactory basis. In essence this part gives a concise history of the Little Entente and of several plans for the reconstruction of that area. The third part refers more specifically to the relations between Czechoslovaks and Germany before the fateful year of 1938. Again, this part offers a substantial portion of European history with special reference to the frustrated attempts to organize the European peace and to reach an understanding among the Western powers and Germany. Krofta's text is profusely documented with quotations from official documents and from the writings of well known observers of that period. The author makes no secret of the fact that, given an unfavorable state of relationship between the leading powers the security of Czchoslovakia was subjected to a severe test in the throes of the revitalized Germanic expansionism. However, all of these three sections of the book might be considerd as an introduction to the main chapter entitled, "The Anglo-French Intervention in Our Relations with the Germans". More than half of the work is devoted to the diplomatic struggle and the inefficiency of European diplomacy that went on either openly or under cover in the last prewar months. As the Minister of Foreign Affairs of Czechoslovakia during that period, he author enjoyed a position of vantage. As a historian by profession and an expert on Germany and Italy, Krofta was better qualified than many writers to gauge the power of political interplay that resulted in the war. What is noteworthy about the manner in which he acquitted himself of the task is his restraint, a sense of proportion and a thoroughly matter-of-fact approach. One of the observations which comes out with unconcealed clarity is that during the fateful pre-Munich months, Czechoslovakia, threatened as it was by its enemies and forsaken by its friends could no longer carry out an effective independent foreign policy and that consequently it could not be held responsible for whatever happened.

Washington, D. C. JOSEF HANC

MORGAN, J. H., *Assize of Arms, The Disarmament of Germany and Her Rearmament 1919-1939.* New York: Oxford University Press. 1946

The question why the disarmament of Germany failed after the last war is interesting today, and the author, formerly a leading British member of the Interallied Commission, is qualified to give an answer. He proved it by his statement in October, 1924: "The Reichswehr projects a gigantic shadow across the map of Germany, and the shadow is the greater reality of the two."

The book consists of four parts and numerous appendices, the first part dealing with the author's impressions during his official stay in Berlin, 1919-1927. This part ends with the Kapp-Putsch, rightly called the revolt of the Reichswehr. Part II gives a good account of the mentality of the active and reserve officers. Part III, called The Scent of Muscovy, refutes the well known argument that the Reichswehr was necessary to prevent the communist danger. Finally, part IV deals with the romantic hisory of Germany before her unification and the psychological reaction of the Germans against defeat.

The appendices contain a preface by General Weygand—who lost a war in a fortnight—, the author's promotion to the Legion of Honor, an autographed statement of Foch that he could not find a certain document in his files, and a dozen photographs of generals, including a German one, with dedications to the author.

The reader expects accurate statements of the different methods used by the Reichswehr to conceal existing arms, to construct new ones, and especially forbidden weapons such as poison gas, the recruiting of the different illegal bands, their relation to the War Office, their protection by the Supreme Court, their financing through a budget which gave innocent civilian names to military preparations, and the construction of a military aviation disguised as a civilian one. None of these problems is thoroughly treated. Not a single word is said about the expansion of the Krupp munition factories into neutral countries, and the Russian phase of German rearmament during its secret period 1919-1932.

The author ought to have shown why the same powers who were opposed to the comparatively unimportant secret armaments under the Weimar Republic ignored, or even favored, the most formidable armament in modern history performed by the Nazis from 1933-1939. This problem is not even touched. Instead, he diverges into stories about the black market, profiteering, the spread of prostitution and homosexuality interpreted as essential parts of the German character. The statements themselves are true, but they are typical results of any large scale inflation.

The author's main thesis appears to be: The allied cause was noble. However, the Allies were stupid and divided. The Germans were wicked, did not want to disarm nor to pay reparations, and they succeeded because they were intelligent and united—a disarming theory of history!

Three episodes throw more light on the author than on the German armaments. His first reaction to the Kapp-Putsch, the prelude to the Nazis, is: "A white revolution is better than a red one." It is exactly this reaction which promoted the Nazis' victory in Germany, and over England and France at Munich. On the occasion of a visit to the tomb of Kant, his staff officer, "a man of immaculate shaving," asks: "Say, who was this bloke—sounds a bit Jewish to me," and after explanations, "The chap who invented my safety razor has done more for the world than this fellow Kant." Morgan concludes: "Nine out of ten *Germans* use safety razors, but not one out of ten has ever heard of Kant." When a company of Nazis saluted the author in the fascist fashion, he responded with the Hitler salute showing thus the same lack of civilian courage with which he rightly reproaches the Germans.

The numerous quotations in German are marred by continuous mis-spellings of the German vowels ae, oe and ue. The books is badly organized since it never follows the historical events. What is worse, the reader is always referred to a later chapter which he should read first. As a compensation, the author

promises a second book which—let us hope—is going to deal with rearmament.

Brooklyn College E. J. GUMBEL

DISCUSSION OF "ASSIGNMENT OF FREQUENCIES TO A COMPLETELY ORDERED SET OF SAMPLE DATA" by BRADFORD F. KIMBALL

[Trans., v. 27, pp. 843-846, 1946]

E. J. Gumbel (Brooklyn College, Brooklyn, N. Y., June 10, 1947)--Probability coordinate papers are constructed in order to obtain straight lines for the observed frequencies which allow a simple forecast. Kimball's question, which frequency to assign to the m'th value, is important for the use of such papers designed for an unlimited variate since this frequency is the plotting position for the m'th observation.

In the writer's opinion, the following prerequisites must be made: (1) The plotting position must be such that all observations can be plotted. This condition is not fulfilled for the plotting positions m/n, and (m - 1)/n. They correspond to the original frequencies of the observations arranged in increasing or decreasing order of magnitude. Since the frequencies zero and unity cannot be plotted, these two procedures ignore either the largest or the smallest observation. (2) The return period of a value equal to or larger than, the largest observation, and the return period of a value equal to, or smaller than, the smallest observation should converge toward n, the number of observations. This condition is not fulfilled in Hazen's method since the choice of (m - 1/2)/n as plotting position leads to a return period 2n for the extreme observations. If n observations have led to a largest observation x_n, it seems hazardous to assume that this or a larger value should return, in the mean, in 2n observations. (3) The observations should be equally spaced on the frequency scale, that is, the difference between the plotting positions of the m + 1'st and the m'th observation should be a function of n only, and independent of m. This condition need not be fulfilled if the probabilities of the mean, median, or modal m'th values are chosen as plotting positions. Furthermore the choice of the mean and median m'th values need not fulfill condition (2). (4) The plotting position ought to be analytically simple, and have an intuitive meaning.

The writer has proposed to choose the probabilities of the most probable smallest and of the most probable largest value as plotting positions of the two extremes, and to determine the remaining n - 2 plotting positions from linear interpolation. Kimball proposes to choose the mean frequency of the m'th observation. As the characteristic value of the extremes, the writer chooses their modes whereas Kimball chooses a new kind of average. Kimball's procedure is simpler since it does not require any analytic calculations. If the sample is sufficiently large, both methods are practically identical since the differences are only of the order n^{-2}.

The test of fit on which Kimball is working is very interesting. The writer has calculated the expectation of the squared α difference of $G(x_m)$ from its expected value $m/(n+1)$ which turns out to be $1/[6(n+1)]$. If Kimball succeeds in finding the distribution of the squared difference, this test will henceforth rightly occupy the role which, up to now, is occupied, wrongly, by the Chi square test. Consequently the writer wants to encourage Kimball to continue this research.

B. F. Kimball (Port Washington, N. Y., Author's closure)--Gumbel's discussion has particular reference to the problem of plotting frequencies for the purpose of making a graphical fit to the observed sample data. From the point of view of equalizing errors in the frequency visually, (vertical errors, where frequency $F(x_i)$ is taken as ordinate and sample values, x_i as abscissa), his prerequisites (3) and (4) seem to be met, provided that scale of graph paper is such that vertical distance on the graph paper is proportional to $F(x_i)$. However, it does not seem to the writer that his prerequisite (3) is either necessary or desirable in all cases.

I should like to point out that in the use of the specially designed graph paper for fitting the distribution of maximum values to a sample of annual maximum flood flows, the ordinate is taken as proportional to the maximum flood flow x_i and the scale of the abscissa is taken such that the horizontal distance represents a linear function of x when the theoretical distribution of maximum values is satisfied (since graph paper is designed so that points of a theoretical distribution of maximum values will lie along a straight line). Hence for this type of graph paper, the discrepancies of sample points from theoretical curve (straight line) will be measured (either vertically or horizontally) by distances which are proportional to errors in x_i. Thus the visual balancing out of discrepancies of plotted sample points relative to a graphically fitted straight line involves the balancing out of discrepancies which are measured by distances proportional to variations of sample values x_i relative to their theoretical norms.

This type of fitting corresponds precisely to the second method of fitting discussed in my paper, page 845.

For the case of the distribution function of maximum values

$$F(x,\alpha,u) = \exp(-e^{-y})$$

$$y = \alpha(x - u)$$

let y_m denote the value of the reduced variable corresponding to the m'th ordered sample value, m = 1 being smallest and m = n being the largest. Thus

$$y_m = \alpha(x_m - u)$$

Take C as Euler's constant (C = 0.57722). Then it can be shown that

$$E(y_n) = C + \log_e n$$

$$E(y_{n-1}) - E(y_n) = -n\Delta \log_e (n-1)$$

$$E(y_{n-2}) - E(y_{n-1}) = \binom{n}{2}\Delta^2 \log_e (n-2)$$

. . . .

$$E(y_{n-r}) - E(y_{n-r+1}) = (-1)^r\binom{n}{r}\Delta^r \log_e (n-r)$$

For n = 10, denoting expected values $E(y_m)$ by $\bar{y}_m$, the results shown in Table 1 were found from the formulas given above. The figures in the last column give the values of the frequency $F(x_m)$ found from the formula

$$E[F(x_m)] = m/(n+1)$$

Table 1--Values of functions

m	$\bar{y}_m$	$F(\bar{y}_m)$	m/(n + 1)
1	- 0.990	0.0678	0.0909
2	- 0.584	0.1665	0.1818
3	- 0.284	0.2650	0.2727
4	- 0.012	0.3635	0.3636
5	0.257	0.4614	0.4545
6	0.544	0.5597	0.5455
7	0.868	0.6571	0.6364
8	1.267	0.7545	0.7273
9	1.826	0.8512	0.8182
10	2.880	0.9454	0.9091

which corresponds to the first method of fitting discussed in my paper. They are considerably different from the values used in the second method of fitting, especially near the extremes of the range. I find that for n = 10, Gumbel's modal frequencies at the extremes are $F(x_1)$ = 0.0655, $F(x_{10})$ = 0.9048. It will be noted that the lower value 0.0655 is not very different from the value 0.0678 shown in the second column of the table, whereas the upper value 0.9048 differs considerably from the value 0.9454 shown in the table.

The dilemma which now presents itself is that the formulas given above for finding $E(y_m)$, when applied to large samples serve only to determine a few values of $E(y_m)$ near the upper extreme, until someone equipped with say 35 place log tables is willing to compute the complete triangle of differences of $\log_e$ m between m = 1 and m = 100, extending out to the 99th difference of $\log_e$ 1. Perhaps such a computation would be a worthy task for the Mathematical Tables Project. If such a table of differences were available, it would be a comparatively simple task to set up a chart indicating values of $F(\bar{y}_m)$ for sample sizes up to 100. Until such a chart is available perhaps the best that can be done is to use the modal value at the lower extreme, and the values obtained from the above formulas as the two or three points at the upper extreme. A process of equalizing the differences in frequencies such as that suggested by GUMBEL [see "see Reference" at end of paper, 1945, eq. 30] can then be used to interpolate for the intervening frequencies.

Reference

GUMBEL, E. J., Simplified plotting of statistical observations, Trans. Amer. Geophys. Union, v. 26, pp. 69-82, 1945.

133

Das Andere Deutschland

Das Deutschland der Andern

Sonnabend, 3. April 1948 — *Diese Seite den Gestrigen und Störern des Aufbaus!* — 2. Jahrgang — Nr. 14

Viele Deutsche sind auch durch die jüngste Vergangenheit ihres Volkes noch nicht darüber belehrt worden, daß zu einer klugen Politik mehr gehört als das, was sie bewiesen und gezeigt haben. Diese Menschen sind bis heute nicht geneigt, die Ursachen zu den Fehlern bei sich selbst und nicht bei den anderen zu suchen. Sie leben noch immer in dem Glauben, bei der Verteilung der Welt zu spät gekommen zu sein und nunmehr mit Gewalt nachholen zu müssen, was die anderen in jahrhundertelanger Entwicklung an Lorbeeren geerntet haben.

Aus einem Artikel „Nationalismus" in der Bonner Universitäts-Zeitung (Nr. 34).

Kritik der Kritik

In USA ist ein Buch erschienen, das sich mit der Haltung der deutschen Wissenschaft zum Nationalsozialismus auseinandersetzt: Friedrich Lilge, Mißbrauchte Wissenschaft — das Versagen der deutschen Universitäten. (The Abuse of Learning — the Failure of the German University) McMillan, New York 1948.

Seit Generationen hat Deutschland führende Köpfe in Kunst und Wissenschaft hervorgebracht; seine Universitäten durften sich zu den besten rechnen; die Forschung blühte. Nach solchen Beweisen des „Fortschritts" hat Deutschland sich dem Nationalsozialismus unterworfen. Die Universitätsprofessoren haben, mit geringen Ausnahmen, mitgemacht. Im Namen der Wissenschaft wurden medizinische Versuche an lebenden Menschen angestellt, zuletzt wurden Millionen industriell vernichtet. So hat Deutschland die letzten Errungenschaften der Wissenschaft und Technik mit prähistorischer Barbarei kombiniert. — **Wie war das möglich?**

Dr. Lilge vermeidet die übliche Antwort: „Dies sei eben der deutsche Charakter." Diese Redensart besagt gar nichts, weil sie an Stelle einer Erklärung einfach die oben erwähnten Tatsachen wiederholt. Anstatt das allgemeine Problem zu behandeln, beschränkt er sich auf eine spezielle Seite, nämlich das Versagen der deutschen Universitäten. Auf die einfachste Form gebracht, liegt, nach Lilge, die Ursache darin, daß die deutschen Universitäten den wissenschaftlichen und technischen Fortschritt **als Ersatz für das moralische Ziel der Erziehung** anerkannten. Diese Behauptung ist sicher richtig, gibt aber noch keine genügende Erklärung.

Zum Beweis seiner These behandelt der Autor zunächst die kurze Blüte des deutschen Humanismus in seinen Repräsentanten Kant, Humboldt und Fichte, also die Zeit des Erwachens des deutschen Bürgertums. Wie alle frühen nationalistischen Bewegungen, war auch der deutsche Nationalismus damals **demokratisch**. Diese Linie wurde verlassen mit dem Sieg der Reaktion, 1815, und dem Einsetzen der Vergötterung der Naturwissenschaften. Da die humanistischen Ideale und die Philosophie in das dürre Gestrüpp der klassischen Philologie und die Schrecken der „Naturphilosophie" degeneriert waren, leugneten die Naturwissenschaftler die Existenz solcher Werte überhaupt. **Helmholtz** glaubte, die Ausdehnung der Naturwissenschaften bedeute gleichzeitig den Fortschritt der Menschheit. Als Gegner dieses optimistischen Rationalismus zi[illegible] Kampf gege[illegible]eb, Berufung [illegible]g von herrs[illegible] Meinung mit Wahrheit.

[illegible]

Die Wurzeln des Nat[illegible]mus werden vom Verfasser [illegible]ernen Mystizismus und Irrationalismus [illegible]en. Wer dies glaubt, folgt ohne es zu wissen der Argumentation der Nazis, die beanspruchten, der „Stimme des Bluts" zu folgen. Diese Auffassung gibt ein falsches Bild von der Struktur des Nationalsozialismus. Die ganze faschistische Bewegung, und besonders ihre deutsche Form, hat sich zwar auf irrationale Kräfte gestützt und verdankt ihnen einen Teil des Erfolges, aber das System selbst war durchaus folgerichtig und rational, wenn man einmal die (irrsinnigen) Axiome annahm.

Mit Recht zeigt der Verfasser den Einfluß von Carlyles Heldenverehrung, Gobineaus Kult der arischen Rasse — die es nie gegeben hat — H. St. Chamberlains antichristlichen Antisemitismus und Oswald Spenglers Untergangsphilosophie. Ganz zu Unrecht wird jedoch **Stefan George** als Vorläufer der Nazis betrachtet. Sein vergeistigter Katholizismus und seine aristokratische Ablehnung der Massen schied ihn zutiefst von den Nazis, die er verachtete.

Die einzigen Gegner der Nazis, die ausführlich betrachtet werden, sind **Weber** und **Scheler**. Es sieht so aus, als ob es daneben überhaupt keinen ernsthaften akademischen Widerstand gegeben habe, z. B. fehlt der Name **Theodor Lessings**, eines der bedeutendsten Philosophen, die Deutschland zu dieser Zeit besaß. Der Widerstand der sozialistischen und mancher liberaler, katholischer und orthodox evangelischer Professoren fällt einfach unter den Tisch. Dieser Widerstand war zugegebenermaßen schwach. Aber die Entlassung von etwa 2000 Universitätsprofessoren, darunter auch führende Naturwissenschaftler, beweist, daß jedenfalls die Nazis solchen Widerstand fürchteten.

Das ganze Buch bleibt leider in der Ideologie stecken. Nicht einmal andeutungsweise werden die ökonomischen Grundlagen und Machtquellen der Nazis erwähnt. Es ist ein gelehrtes Buch; nichts positiv Falsches ist gesagt, aber die Fragestellung bleibt weit offen.

E. J. Gumbel (New York)

134

Annals May 48

prior to the Russian Revolution. The second half discusses Soviet development of this thought against a background of events.

Dr. Shore has not limited himself to education. He summarizes the theory of historical materialism and dialectic materialism. This review is brief but generally accurate. Some Marxists will take issue with certain interpretations, especially that "pre-state, primitive society was historically man's paradise." Soviet historians teach that each succeeding epoch has been more productive than the preceding one, and that even though social forms have often spelled restrictions for mankind, each epoch has been a progressive step in the development of society. The fact that Communism is expected to eliminate further need of a state apparatus, just as primitive society required no state apparatus, is not thought by Soviet historians to reflect glory upon early society. It was no paradise with its lack of goods and conveniences, and its primitive culture.

Political scientists will find the book an aid in tracing to their sources familiar but elusive quotations. The book is well documented and evidences extensive research. There is much about the desirability of polytechnical education, and brief but adequate accounts of the movement toward the "withering away" of the school which accompanied ideas about the progressive "withering away" of the state in the 1920's.

Soviet conceptions of the role of education are contrasted with those in the United States. Some of this is done with tables which seem oversimplified, but achieve their probable purpose of showing contrast in sharp form. The author does not feel, however, that the apparent contrast is an insuperable obstacle to understanding, for he finds developing in Soviet education a considerable superimposed rigidity, while American education is developing an "energized laissez faire." He finds practice in the two countries closer than theory.

Dr. Shore concludes by arguing for a United States Department of Education with various co-ordinating functions, including co-ordination with the United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization in establishing international education for America in terms of a unified world culture. He believes that theory which does not work will be revised both in the Union of Soviet Socialist Republics and in America, and that educational internationalism has already become a fact. The Mexico, D. F. Conference of UNESCO in 1947 may raise for some observers a question on this score.

JOHN N. HAZARD
Columbia University

LILGE, FREDERIC. *The Abuse of Learning: The Failure of the German University.* Pp. vi, 184. New York: The Macmillan Company, 1948. $2.75.

For generations, Germany produced leading artists, philosophers, and scientists, and excelled in teaching and research. The German universities were among the best that existed. In the face of these proofs of brilliant progress, Germany accepted National Socialism, concentration camps, and the systematic extermination of about six million human beings, thus combining the latest achievements of technique with prehistoric barbarism. "How come?"

The author, a native of Germany (like the reviewer), avoids the usual answer that such is the German character, an explanation which simply begs the question. Instead of the general problem, he seeks to explain only one aspect, namely, the coordination, submission, and participation of the German universities. Brought to its simplest form, the author's thesis seems to be that the failure of the German universities consisted in their accepting scientific and technical progress as a substitute for the moral aims of education. This is certainly true, but this argument is not sufficient.

The first two chapters show the brief flowering of German humanism as represented by Kant, Humboldt, and Fichte (Herder is missing) coincidental with the awakening of the German bourgeoisie. As all early nationalist movements, the German one was democratic. The third chapter deals with the idolatry of the (natural) sciences. Since the humanities and philosophy had degenerated into arid classical philology and the horrors of *Naturphiloso-*

Am. Ac. of Pol & Soc. Science

phie, the scientists denied their value altogether: "To extend the limits of Science is to work for the progress of Humanity" (Helmholtz). This attitude neglected education in favor of erudition and research. The main critic of this optimistic rationalism is Nietzsche (Chapter 4) in his fight against science and against learning considered as a trade instead of a vocation, and the mistaking of conformity to public opinion for established standards of truth.

According to the author, the roots of National Socialism (Chapter 5) are found exclusively in modern mysticism and irrationalism, thus following the claim of the Nazis themselves ("the voice of the blood"). This thesis misrepresents the main structure of National Socialism. Fascism, and especially its German form, uses irrational forces, but the system in itself is completely rational once the axioms are accepted. The author rightly shows the influence of Carlyle's Hero-Worship, Gobineau's cult of the "Aryans," H. S. Chamberlain's anti-Christian anti-Semitism, and Oswald Spengler's philosophy. The reviewer disagrees on the critique of the poet Stefan George, whose spiritual catholicism and aristocratic disdain of the masses prevented him from being a forerunner of the Nazis. He proved this by his voluntary exile.

The only antitheses to the Nazis which are shown at length (Chapter 6) are Weber's and Scheeler's theories. It would seem that there had been no serious academic resistance to the uprising of the Nazis besides these two men, who both died before 1932. For example, the name of the philosopher Theodor Lessing is not even mentioned, and the resistance offered by the socialist professors is disregarded. It must be admitted that the resistance was weak, although the systematic purge of at least two thousand university professors proves that the Nazis feared academic opposition.

The author takes forty pages to arrive at Fichte, and another fifty pages to reach Nietzsche. He begins his consideration of the real problem on page 111, and the book ends sixty pages later with the seizure of power by the Nazis. The eight pages of the Appendix are the only ones devoted to the problem of scientific thinking and dictatorship.

The book is confined to the domain of ideology. Not even an allusion is made to the economic foundations and sources of power of the Nazis. It is a learned book: all authors are carefully quoted; all translations are correct; nothing is said that is decidedly wrong. And yet the book gives no answer to the question it poses.

E. J. GUMBEL

Brooklyn College, New York

PUESCHEL, WILHELM. *Der Niedergang des Rechts im Dritten Reich.* Reutlingen: Die Zukunft, 1947.

BUCHWALD, FRIEDRICH. *Gerechtes Recht.* 2nd ed. Weimar: Hermann Boehlaus Nachf., 1947.

Law and justice, which under National Socialism had been obliterated by force and terror, seem to have revived in Germany. Serious efforts are made to recognize the new status of women by modernizing the laws governing the personal relationships and the property rights of husband and wife, as well as parental rights and obligations. Drafts have already been prepared for the improvement of the laws on illegitimacy and for the codes of civil and criminal procedure.

A new approach to the restoration of law and order has been advocated in two studies recently published in Germany, one by Dr. Pueschel, formerly President Judge of a German superior court, now in retirement; the other by Dr. Buchwald, now Chief Justice of a superior court in Thuringia, in the Russian zone. Not only does the latter have wide experience in numerous judicial and administrative offices, but he himself was brought to trial by false accusations and kept in prisons and concentration camps under the National Socialist regime.

Dr. Pueschel's suggestions deal primarily with the general philosophy of the new legal order which should make it impossible for another Hitler to tear down the structure. He is concerned with the reestablishment of inalienable constitutional rights, such as freedom of thought and

7. Jahrgang Nr. 1 Januar 1952

Geist und Tat

MONATSSCHRIFT FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

Belegexemplar

WILLI EICHLER
Im Schatten des Krieges

MARIA SEVENICH
Soziale Neuordnung

LIS HOFFMANN
Protestantismus und Sozialismus

HEINZ WESTPHAL
Faschistische Armee?

„Investitionshilfe" - DGB zieht Konsequenzen - Über Ehe und Mutterschaft - Bevan, der Rebell - Wo bleibt hier das Elternrecht? - Wege zu echter Bildung - Herr von Papen protestiert - „Offiziere gegen Hitler"

SCHRIFTLEITER: WILLI EICHLER
EUROPÄISCHE VERLAGSANSTALT GMBH. HAMBURG

Preis 50 Pf.

E. J. Gumbel (New York):

Ist Fortschritt gut?

Bis in die letzten Jahre waren die Besitzer, die Macher und die Verkünder der amerikanischen öffentlichen Meinung, zum mindesten in Worten, einstimmig für den wissenschaftlichen Fortschritt und seine technischen Konsequenzen, während europäische Wissenschaftler schon früh die Vollendung in der schönen Kunst des Massenmordes und die Auswirkungen auf unsere Gesellschaft fürchteten, die unfähig ist, sich ihm anzupassen.

Ähnliche Stimmen wurden in den Vereinigten Staaten erst laut, als die Umwandlung von Masse in Energie zur Konstruktion einer neuen, schrecklichen Waffe führte. Diese pessimistische Haltung hat jetzt einen beredten Vertreter in Norbert Wiener gefunden, einem bedeutenden Mathematiker, Ingenieur, Physiker und Statistiker. In einem kleinen mutigen Buch voll glänzender Ideen „The Human Use of Human Beings" („Die Verwendung des Menschen durch den Menschen", Houghton Mifflin, Boston, 1951) setzt er sich in populärer Sprache mit den möglichen sozialen Konsequenzen des jetzigen und künftigen technischen Fortschritts auseinander. Das Buch ist die Fortsetzung seiner Arbeiten über Kybernetics, die „Kunst des Steuerns" und richtet sich gegen diejenigen, die die neue Technik nur von der Maschinenseite sehen und die menschliche Seite vernachlässigen. An Stelle dessen setzt Wiener mit Kant den Menschen als Ziel und nicht als Mittel. Keine Arbeit ist menschlich, es sei denn, sie setzt die volle Entwicklung der Persönlichkeit voraus.

Mit Recht beginnt der Autor mit dem Begriff des Fortschritts. Da das Buch für Amerikaner geschrieben ist, gibt er zunächst eine Kritik dieses amerikanischen „Ideals" von der Christian Science bis zu Teddy Roosevelt, die Vergottung des Ausbeuters als Schöpfer des Reichtums, den er gestohlen und verschleudert hat und die Verehrung des Spielers. Im Rahmen dieser Kritik äußert Wiener höchst unorthodoxe Auffassungen über Philologie, Straf-, Patentrecht und Medizinalstatistik.

Das Zentralproblem des Buches sind die Beziehungen von Mensch zu Mensch, die Fälle, in denen die Maschine das Werk des Menschen wiederholt und die Funktionen der Gesellschaft, die von der Maschine her studiert werden können. Der Beziehung von Mensch zu Mensch wird die Beziehung zwischen Ameisen gegenübergestellt. Letztere ist das Ideal der faschistisch gesinnten Bewunderer der Maschine. Dieser Antagonismus erklärt die Funktion des Lernens, welche für die Menschheit zentral ist. Wer heute die Mechanisierung als Weg zur Macht sieht, verneint alle moralischen Werte und gefährdet sogar das physische Weiterleben der Menschheit.

Drei Kapitel sind der „Sprache" gewidmet, gedeutet als das Mittel der Verbindung zwischen Menschen, zwischen Mensch und Maschine und schließlich zwischen Maschinen. Hier kritisiert der Autor die Rolle der Hohepriester solcher Verbindungen, der literarischen Intellektuellen und der Wissenschaftler. Die Ursache der jetzigen literarischen und künstlerischen Sterilität der Vereinigten Staaten sieht er darin, daß der Künstler heute von einer dünnen Gruppe abhängt, die keine seiner Auffassungen teilt. Die großen illustrierten Wochenzeitschriften dienen reichen Abenteurern mit faschistischen Neigungen. Eine weitere Ursache ist der Bankrott der amerikanischen Erziehung. Erst im College erhält der Student die Ausbildung, die er mindestens fünf oder gar zehn Jahre früher hätte haben sollen. Die populäre Auffassung, daß in einer demokratischen Erziehung der Dümmste den Maßstab für die Gemeinschaft bilde, wird vom Autor mit Recht verworfen.

Wiener untersucht im einzelnen den Widerspruch zwischen dem Begriff der „Nachricht“ und dem Besitzrecht und den verheerenden Einfluß des militärischen Denkens innerhalb der Wissenschaft, insbesondere die Gefahr, daß die Atomforschung nur der Zerstörung dienen wird. Die Forderung nach Geheimhaltung ist der Wunsch einer kranken Zivilisation, ihre Krankheit zu verdrängen. In Wirklichkeit erhöht jede neue Entdeckung die Notwendigkeit weiterer Forschung, eine Forderung, die mit Geheimhaltung nicht vereinbar ist. Neue technische Entwicklungen werden angekündigt, zum Beispiel ein Apparat, mit dessen Hilfe die Tauben Schwingungen durch ihre Finger „hören“ können. Das Verhalten der Motte und der Wanze wird durch ein System von positiven und negativen Phototropismen mechanisch rekonstruiert. Einige Seiten ähneln allerdings wissenschaftlichen Märchen, zum Beispiel das Kapitel „Das Individuum als das Wort“, worin die Frage, ob man nicht auch per Telegraph reisen könne, in einer scheinbar ganz ernsthaften Weise behandelt wird.

Im Mittelpunkt des Buches stehen die Gefahren, die die Maschine der Gesellschaft gebracht hat und bringen wird. Die erste industrielle Revolution hat bestimmte Formen des Handwerks ausgerottet. In der nächsten industriellen Revolution wird die Maschine sogar Entscheidungen fällen können und damit manches menschliche Denken ersetzen. Die automatische Fabrik, ein zweischneidiges Schwert, kann die Quelle der Muse und der vollen kulturellen Entfaltung sein, oder, im Gefolge des traditionellen Fortschritts und der Freiheit zur Unterdrückung, zu einer Massenarbeitslosigkeit führen, verglichen mit der die Weltkrise der 30er Jahre ein Kinderspiel war. Die letzte Konsequenz, interessanterweise von einem französischen Dominikaner gezogen, ist der Maschinenstaat mit unfehlbarer Denkfähigkeit, unfehlbar in bezug auf die Fragen, welche gestellt werden. Die Wahl der Fragen ist in den Händen derer, die Macht über die Maschine besitzen.

Den kapitalistischen Mythus einer „freien“ Wirtschaft wird dieses neue Maschinenzeitalter nicht überleben. Die fundamentale Frage ist, ob die neue Gesellschaft einen humanitären Sozialismus oder eine totalitäre und vielleicht sogar theokratische Struktur bringen wird. Es ist nicht Wieners Schuld, daß er nur die zwei Richtungen zeigt, in denen die Lösung liegen wird. Man kann es ihm nicht vorwerfen, daß er keine Prophezeiung, sondern nur ein Postulat gibt: Wenn die Menschheit weiter leben soll, so darf sie nicht ein Nebenprodukt der Geschäftswelt werden.

Das letzte Kapitel mit dem bezeichnenden Titel „Stimmen aus der Erstarrung“ behandelt die totalitäre Tendenz unserer Zeit. Die russische Regierung ähnelt heute der Ecclesia Militans, ein interessanter Parallelismus, der in allen Details durchgeführt wird. (Das älteste Beispiel für die Übereinstimmung beider Ziele war die kommunistische Regierung der Jesuiten in Paraguay.) Das jetzige rein militärische Denken hat den Vereinigten Staaten das Problem auferlegt, wie sie auf die Verwendung der neuen Waffen durch einen möglichen Feind reagieren sollen. In Wirklichkeit ist der große Feind nicht die gegenwärtige russische Regierung, sondern ihr Bild in uns. Die üblichen Vorschläge zur Abwehr sind die (japanische) Gedankenpolizei, die Inquisition, das heißt Verurteilung durch Anklage, und die Abschaffung der Freiheiten, welche die Vereinigten Staaten verteidigen wollen. Der Intellektuelle, der heute für unpopuläre Ideen eintritt, wird leicht zum Opfer der Verfolgung, die aus seiner Verschiedenheit von anderen Leuten entsteht.

So schließt Wiener: „Ourselves without faith, we presume to punish heresy“. („Wir Ungläubigen wollen die Ketzer bestrafen“), eine Auffassung, die wahrscheinlich das Problem unterschätzt. Denn die Inquisitoren wissen, was sie tun.

German Rearming Questioned

Emergence Feared of Group Dedicated to Militarism

To the Editor of The New York Times:

The undersigned, who are acquainted with German history and political realities, look with misgivings at the current unrealistic policy of the United States toward Germany. We believe that rearming of Germany, in any form, will harm the interests of this country.

The policy is unrealistic because it does not take into consideration the basic post-war attitude of the German people. Numerous polls show that the German masses are against remilitarization — partly for purely utilitarian reasons. Having suffered defeat in two world wars they do not want to be soldiers and defenders of Western civilization. They have tried to forget their past glories of militarism and cannot understand our pressure to reeducate them as soldiers.

Their reaction is comprehensible. We believe it would be desirable to encourage the Germans to take care of the victims of nazism—the orphans, the widows and the expellees—and to reconstruct their destroyed cities and factories instead of building barracks and manufacturing arms.

Distrust of Leadership

Americans, being responsible for the new Germany, run the risk of being accused of being hypocrites and unstable mentors, not exponents of moral world leadership.

Our policy planners believe that the German people are for rearmament under a European command because the Government of Dr. Adenauer says so. In reality the German masses today increasingly distrust the so-called leaders on whose support we are now counting. Nor can we be sanguine about the loyalty to Western ideals of a remilitarized Germany.

German professional militarists and those who stood behind Hitler always have and always will (even under a European command) defend what they consider their own interests. They will have the power to exploit the differences between the East and the West in order to resurrect a powerful Reich —as they did in the past. America thus would risk the collapse of her whole European policy by misplaced faith in leaders whose greater self-interest is to make an accord with Russia for the reunification of Germany and for Eastern markets. Such a policy is bound to have wide popular support among the German people, who desire, first and last, national unity.

Treaty Ratification

As American citizens we view with apprehension the undue haste in ratifying a treaty whose financial, military and moral consequences may so endanger our interests. Since no guarantees against German military domination of Western Europe exist, we believe that Germany's western neighbors will not be eager to ratify the treaty. Germany's neighbors are rightly afraid of any German army. The destruction caused in the last war is still visible. Therefore, the United States efforts to weaken Russian domination of Eastern Europe and Russian influence in the West will not succeed with this policy.

Only peace can assure Germany's future. This can be accomplished if Germany remains demilitarized. A demilitarized Germany will tend to take away from Russia her fear of encirclement; it would eliminate the danger of a resurgent German militarism, whether Communist or Rightist; it would eliminate the ancient Franco-German tensions; and, if backed by an over-all treaty within the framework of the United Nations, it could contribute to the unity and peace of Europe.

E. J. Gumbel, L. Harrison Layton, Emil Lengyel, Jean Pajus, Albert Simard.

New York, July 7, 1952.

Remilitarization Of Germany

The undersigned, who are acquainted with German history and political realities, look with misgivings at the current unrealistic policy of the United States toward Germany. We believe that rearming of Germany, in any form, will harm the interests of this country.

The policy is unrealistic because it does not take into consideration the basic postwar attitude of the German people. Numerous polls show that the German masses are against remilitarization—partly for purely utilitarian reasons. Having suffered defeat in two world wars they do not want to be soldiers and defenders of Western civilization.

They have tried to forget their past glories of militarism and cannot understand our pressure to reeducate them as soldiers. Their reaction is comprehensible. We believe it would be desirable to encourage the Germans to take care of the victims of nazism, the orphans, the widows and the expellees and to reconstruct their destroyed cities and factories instead of building barracks and manufacturing arms.

Americans, being responsible for the new Germany, run the risk of being accused as hypocrites and unstable mentors instead of being regarded as exponents of moral, world leadership.

Our policy-planners believe that the German people are for rearmament under a European command because the government of Dr. Adenauer says so. In reality the German masses today increasingly distrust the so-called leaders on whose support we are now counting.

Nor can we be sanguine about the loyalty to Western ideals of a remilitarized Germany. German professional militarists and those who stood behind Hitler always have and always will (even under a European command) defend what they consider their own interests. They will have the power to exploit the differences between the East and the West in order to resurrect a powerful Reich—as they did in the past.

America thus would risk the collapse of her whole European policy by misplaced faith in leaders whose greater self-interest is to make an accord with Russia for the reunification of Germany and for eastern markets. Such a policy is bound to have a wide popular support among the German people who desire, first and last, national unity.

As American citizens we view with apprehension the undue haste in ratifying a treaty whose financial, military and moral consequences may so endanger our interests. Since no guarantee against German military domination of western Europe exists, we believe that Germany's western neighbors will not be eager to ratify the treaty.

Germany's neighbors are rightly afraid of any German army. The destruction caused in the last war is still visible. Therefore, the United States' efforts to weaken Russian domination of eastern Europe and Russian influence in the West will not succeed with this policy.

Only peace can assure Germany's future. This can be accomplished if Germany remains demilitarized. A demilitarized Germany would tend to take away from Russia her fear of encirclement; it would eliminate the danger of a resurgent German militarism, whether Communist or Rightist; it would eliminate the ancient Franco-German tensions; and, if backed by an overall treaty within the framework of the United Nations, it could contribute to the unity and peace of Europe.

KURT GROSSMAN.
E. J. GUMBEL.
L. HARRISON LAYTON.
EMIL LENGYEL.
JEAN PAJUS.
ALBERT SIMARD.
FREDERICK WALLACH.
New York.

Wash Post July 17 52

136

137

Aufbau 18 July 1952

The Rearming of Germany

The undersigned who are acquainted with German history and political realities look with misgivings at the current unrealistic policy of the United States toward Germany. We believe that rearming Germany, in any form, will harm the interests of this country.

The policy is unrealistic because it does not take into consideration the basic post-war attitude of the German people. Numerous polls show that the German masses are against remilitarization — partly for purely utilitarian reasons. Having suffered defeat in two world wars they do not want to be soldiers and defenders of Western civilization. They have tried to forget their past glories of militarism and cannot understand our pressure to re-educate them as soldiers. Their reaction is comprehensible. We believe it would be desirable to encourage the Germans to take care of the victims of Nazism, the orphans, the widows and the expellees and to reconstruct their destroyed cities and factories instead of building barracks and manufacturing arms.

Americans being responsible for the new Germany run the risk of being accused as hypocrites and unstable mentors and not as exponents of moral world leadership.

Our policy planners believe that the German people are for rearmament under a European command because the government of Dr. Adenauer says so. In reality the German masses today increasingly distrust the so-called leaders on whose support we are now counting. Nor can we be sanguine about the loyality to Western ideals of remilitarized Germany. German professional militarists and those who stood behind Hitler always have and always will (even under a European command) defend what they consider their own interests. They will have the power to exploit the differences between the East and the West in order to resurrect a powerful Reich—as they did in the past. America thus would risk the collapse of their whole European policy by misplaced faith in leaders whose greater self-interest is to make an accord with Russia for the reunification of Germany and for Eastern markets. Such a policy is bound to have wide popular support among the German people who desire first and last national unity.

As American citizens we view with apprehension the undue haste in ratifying a treaty whose financial, military and moral consequences may so endanger our interests. Since no guarantees against German military domination of Western Europe exist, we believe that Germany's Western neighbors will not be eager to ratify the treaty. Germany's neighbors are rightly afraid of any German army. The destruction caused in the last war is still visible. Therefore, the U.S. efforts to weaken Russian domination of Eastern Europe and Russian influence in the West will not succeed with this policy.

Only peace can assure Germany's future. This can be accomplished if Germany remains demilitarized. A demilitarized Germany will tend to take away from Russia her fear of encirclement; it would eliminate the danger of a resurgent German militarism, whether Communist or Rightist; it would eliminate the ancient Franco-German tensions; and, if backed by an overall treaty within the framework of the United Nations, it could contribute to the unity and peace of Europe.

Kurt Grossmann, E. J. Gumbel, L. Harrison Layton, Emil Lengyel, Jean Pajus, Albert Simard, Frederick Wallach.

New Yorker Staatszeitung + Herold 24 July 1952

Das Freie Wort aus dem Leserkreise

(Annonyme Einsendungen können nicht berücksichtigt werden)

Gegen die Deutschland-Politik der U.S.A.

(Nachstehende Einsendung wird nach dem Grundsatz "Audiatur et altera pars" wiedergegeben, obwohl wir die deutsche Aufrüstung und damit die Wiederherstellung der deutschen Wehrhoheit im Interesse Deutschlands sowohl wie des Westens für ein unerläßliches Gebot im Kampfe gegen den Kommunismus halten. — Anmerkung d. Red.)

Die Unterzeichneten, welche mit der Deutschen Geschichte und politischen Wirklichkeit wohlvertraut sind, mißbilligen die gegenwärtige unrealistische Politik der Vereinigten Staaten gegenüber Deutschland.

Sie ist unrealistisch, weil sie die prinzipielle Nachkriegseinstellung des Deutschen Volkes nicht berücksichtigt. Zahlreiche Abstimmungen zeigen, daß die große Masse der Deutschen gegen eine Wiederaufrüstung sind — zum Teil aus reinen Nützlichkeitsgründen. Nach den Niederlagen in zwei Weltkriegen wollen sie nicht mehr Soldaten sein und so die westliche Zivilisation verteidigen. Sie haben versucht, ihren vergangenen militaristischen Ruhm zu vergessen und können es daher nicht verstehen, warum auf sie von den Vereinigten Staaten Druck ausgeübt wird, um sie zu Soldaten wiederzuerziehen. Diese Reaktion ist verständlich. Unseres Erachtens wäre es wünschenswert, die Deutschen zu ermutigen für die Opfer des Nationalsozialismus, die Witwen, die Waisen und die Vertriebenen zu sorgen, ihre zerstörten Städte und Fabriken wiederaufzubauen, an Stelle Kasernen zu bauen und Munition zu fabrizieren. Die Amerikaner, welche für das neue Deutschland verantwortlich sind, riskieren, daß die Deutschen sie als Heuchler und unzuverlässige Berater anklagen und nicht als Führer einer neuen Weltmoral anerkennen.

Unsere verantwortlichen Politiker glauben, daß das deutsche Volk für die Wiederaufrüstung unter einem Europäischen Kommando sei, weil die Regierung Dr. Adenauers dies behauptet. In Wirklichkeit mißtraut die Masse der Deutschen immer mehr den sogenannten Führern, auf deren Unterstützung wir rechnen. Die Unterzeichner können nicht daran glauben, daß ein remilitarisiertes Deutschland loyal zu den westlichen Idealen stehen wird. Die deutschen Militärs und die Männer, die hinter Hitler standen, haben immer und werden immer (selbst unter einem Europäischen Kommando) das verteidigen, was sie als ihre eigenen Interessen betrachten. Sie werden die Macht haben, die Differenzen zwischen Ost und West auszun[...] um ein mächtiges Reich wiederaufzubauen, genau wie in der Vergangenheit. Amerika riskiert den Zusammenbruch seiner ganzen Europapolitik durch das unangebrachte Vertrauen in Führer, deren Eigeninteresse es ist, mit Rußland zum Zweck der Wiedervereinigung Deutschlands und zur Gewinnung der östlichen Märkte zusammenzugehen. Eine solche Politik muß in weiten Kreisen in Deutschland populär sein. Denn die Wiedervereinigung ist und bleibt das fundamentale Problem.

Als amerikanische Bürger sind wir besorgt über die ungebührliche Hast, in der die Ratifizierung eines Vertrages, dessen finanzielle, militärische und moralische Konsequenzen unsere Interessen gefährden, durchgeführt wird. Da keine Garantien gegen eine deutsche militärische Beherrschung West-Europas existieren, glauben wir, daß Deutschlands westliche Nachbarn sich nicht beeilen werden, den Vertrag zu ratifizieren. Deutschlands Nachbarn fürchten mit Recht jede deutsche Armee. Die Zerstörungen, die der letzte Krieg ihnen brachte, sind noch heute sichtbar. Deswegen werden die Anstrengungen der Vereinigten Staaten, die russische Herrschaft in Osteuropa und den russischen Einfluß in Westeuropa zu schwächen, mit dieser Politik keinen Erfolg haben.

Nur der Friede kann Deutschlands Zukunft sichern. Er kann erreicht werden, wenn Deutschland entwaffnet bleibt. Ein entwaffnetes Deutschland würde eine Verminderung der russischen Furcht vor Einkreisung bedeuten, es würde die Gefahr eines neuen deutschen Militarismus — sei er kommunistisch oder rechtsgerichtet — beseitigen, es würde das Ende der alten deutsch-französischen Spannungen bedeuten. Ein entwaffnetes Deutschland, verankert in einem allgemeinen Vertrag im Rahmen der Vereinten Nationen, würde zur Einigung und zum Frieden Europas beitragen.

Kurt Grossmann, E. J. Gumbel, L. Harrison Layton, Emil Lengyel, Jean Pajus, Albert Simard, Frederick Wallach.

138

Progressive; Madison, October 1952 vol 16 No 10

THE PEOPLE'S FORUM

Military President

Dear Sirs:

At his first press conference in Abilene, Gen. Dwight Eisenhower was asked how his candidacy jibes with his earlier statements that no professional military man ought to be President. He replied that the "overriding reason" for his shift was that a sufficiently large number of people had rallied to his support.

Believing that a large number of Americans oppose a military man for President, no matter by what party he may be nominated, a group of young people got together last February at the time of the big Madison Square Garden Eisenhower rally, to form the Non-Partisan Committee Against A Military President.

Following Gen. Eisenhower's nomination, the Committee launched a vigorous campaign. I agreed to serve as secretary because it seems to me most valid and important that the issue of a military President be kept before the voters.

I think many *Progressive* readers will be interested to know of the existence of such a Committee and some may want to participate in its campaign. The Committee's headquarters are: Room 825, 119 Nassau Street, New York 38, N. Y.

A. J. Muste
New York, N. Y.

Against Rearming Germany

Dear Sirs:

The undersigned who are acquainted with German history and political realities look with misgivings at the current unrealistic policy of the United States toward Germany. We believe that rearming of Germany, in any form, will harm the interests of this country.

The policy is unrealistic because it does not take into consideration the basic postwar attitude of the German people. Numerous polls show that the German masses are against remilitarization.

Having suffered defeat in two World Wars, they do not want to be soldiers and defenders of Western civilization. They have tried to forget their past glories of militarism and cannot understand our pressure to re-educate them as soldiers.

Their reaction is comprehensible. We believe it would be desirable to encourage the Germans to take care of the victims of Nazism, the orphans, the widows, and the expellees and to reconstruct their destroyed [illegible]nd factories instead of building bar[illegible] manufacturing arms.

[illegible]take to be sanguine about the [illegible]stern ideals of a remilitarized [illegible]an professional militarists [illegible]od behind Hitler always have and always will (even under a European command) defend what they consider their own interests. They will have the power to exploit the differences between the East and the West in order to resurrect a powerful Reich—as they did in the past.

America thus would risk the collapse of her whole European policy by misplaced faith in leaders whose greater self-interest is to make an accord with Russia for the reunification of Germany and for eastern markets. Such a policy is bound to have wide popular support among the German people who desire, first and last, national unity.

As American citizens we view with apprehension the treaty whose financial, military, and moral consequences may so endanger our interests. Germany's neighbors are rightly afraid of any German army. The destruction caused in the last war is still visible. Therefore, the U. S. efforts to weaken Russian domination of Eastern Europe and Russian influence in the West will not succeed with this policy.

Only peace can assure Germany's future. This can be accomplished if Germany remains demilitarized. A demilitarized Germany will tend to take away from Russia her fear of encirclement; it would eliminate the danger of a resurgent German militarism, whether Communist or Rightist; it would eliminate the ancient Franco-German tensions; and, if backed by an overall treaty within the framework of the United Nations, it could contribute to the unity and peace of Europe.

Kurt Grossmann
E. J. Gumbel
L. Harrison Layton
Emil Lengyel
Jean Pajus
Albert Simard
Frederick Wallach
New York, N. Y.

GOP Reformation

Dear Sirs:

For many years, as reader and subscriber, I have been stimulated by what I like to refer to as *LaFollette's Progressive.*

My first vote for President was cast for old Bob LaFollette. I now "come out slugging" because of the prejudiced buncombe contained in William V. Shannon's regurgitation in your August issue, "The Eisenhower Blitz."

No one who reads *The Progressive* expects to find transparent, ill-informed prejudicial pronouncements instead of legitimate comment or argumentation. Shannon's effort is not only on the bias, but is filled with what I know to be gross inaccuracies—even in the realm of political discussion. Shannon gives no credit to the fact that most of the delegates were men and women of intelligence and serious and conscientious purpose—not political pawns and hacks.

I was an alternate-at-large at the Republican National Convention—my second such experience, the former having occurred at the "Willkie Convention" in 1940, where I was Washington's representative on the Platform and Resolutions Committee.

The Willkie nomination was the outgrowth of ruthless rigging and base political machinations which led me to refrain from casting my vote for Willkie at the 1940 Convention.

1952 will, on the contrary, go down in history as the year of wholesome reformation of the Republican Party—the year, we, the people, defeated the Old Guard influence.

This is not so true because Taft was defeated, but because of the terrific beating we, "the New Guard," gave many of those who supported him—the Reeces, the Zweifels, Gabrielsons, McCarthys, Ingalls, and others who, altogether, have been an incumbus on our party for a generation or more.

Definitely, Dewey did not dictate to the delegates. His influence was manifest but only because he was right—and his New York delegation knew he was right. They were a fine and strong-minded group of men and women if I ever saw any such. Twenty-two Republican governors, many of them young and all of them elected upon a new and successful brand of progressive Republicanism, supported General Eisenhower! Why? Because, as enlightened political observers agree, the pre-convention primaries clearly proved that people—yes, people, Mr. Shannon—like and want Ike.

Cameron Sherwood
Walla Walla, Wash.

Own Medicine

Dear Sirs:

For the past year or so I've been wondering if your publication is worth the time and money. Years ago the weekly *Progressive* was great, but as with other liberal and neo-pacifist outfits you are throwing your weight to the very people who are actually illiberal and authoritarian.

While it seems a more even distribution of goods in this country has been made during the New and Fair Deals and Negroes are just beginning to get a little equality, I do not believe these good changes can be laid at the feet of these Deals entirely, and even if they could, would the loss of lives suffered in World War II and Korea, and the brutalizing of people through these wars, be worth it?

Has Roosevelt meddling in international affairs improved the world? Are the increasing controls the state takes unto itself in these wars compatible with the freedom for which these wars are supposedly fought?

Then came your William V. Shannon on Taft in the June *Progressive*. Certainly you must remember how everyone opposing our entry into World War II was smeared. The very worst smearing I can remember

138A

Tuesday, August 5, 1952

St Louis Post Dispatch

LETTERS FROM THE PEOPLE

No Arms for Germany

To the Editor of the Post-Dispatch:

The undersigned who are acquainted with German history and political realities look with misgivings at the current unrealistic policy of the United States toward Germany. We believe that rearming of Germany, in any form, will harm the interests of this country.

The policy does not take into consideration the postwar attitude of the German people. The German masses are against remilitarization. Having suffered defeat in two world wars they do not want to be soldiers and defenders of Western civilization. They have tried to forget their past glories of militarism and cannot understand our pressure to re-educate them as soldiers.

Their reaction is understandable. We believe it would be desirable to encourage the Germans to take care of the victims of Nazism, the orphans, the widows and the expelles, and to reconstruct their destroyed cities and factories instead of building barracks and manufacturing arms.

Our policy planners believe that the German people are for rearmament under a European command because the government of Dr. Adenauer says so. In reality the German masses today increasingly distrust the so-called leaders on whose support we are now counting. Nor can we be sanguine about the loyalty to Western ideals of a remilitarized Germany. German professional militarists and those who stood behind Hitler always have and always will defend what they consider their own interests.

They will have the power to exploit the differences between the East and the West in order to resurrect a powerful Reich. America thus would risk the collapse of her whole European policy by misplaced faith in leaders whose greater self-interest is to make an accord with Russia for the reunification of Germany and for Eastern markets. Such a policy is bound to have wide popular support among the German people who desire first and last national unity.

Germany's neighbors are rightly afraid of any German army. The destruction in the last war is still visible.

Only peace can assure Germany's future. This can be accomplished if Germany remains demilitarized. A demilitarized Germany will tend to take away from Russia her fear of encirclement; it would eliminate the danger of a resurgent German militarism, whether Communist or rightist; it would eliminate the ancient Franco-German tensions, and, if backed by an over-all treaty within the framework of the United Nations, it could contribute to the unity and peace of Europe.

KURT GROSSMANN,
E. J. GUMBEL,
L. HARRISON LAYTON,
EMIL LENGYEL,
JEAN PAJUS,
ALBE[illegible] SIMARD,
FRE[illegible]ICK WALLA[illegible]

New York [illegible]

Blick in die Welt 1952

Remilitarisierung Deutschlands

Unter dieser Ueberschrift veröffentlichten die New York Times, die Washington Post und der Christion Science Monitor vor einigen Wochen eine Leserzuschrift, die neben fünf anderen New Yorker Bürgern auch von E. J. Gumbel, vormals Professor an der Universität Heidelberg, und Kurt Grossman, Generalsekretär der Liga für Menschenrechte in Deutschland bis 1933, unterzeichnet war. Es heißt hier u. a.:

Die Unterzeichneten, die mit der deutschen Geschichte und der politischen Realität vertraut sind, schauen mit Besorgnis auf die unrealistische Politik der Vereinigten Staaten Deutschland gegenüber. Wir glauben, daß eine Aufrüstung Deutschlands in jedweder Form den Interessen dieses Landes schadet.

Die Politik ist unrealistisch, weil sie die fundamentale Nachkriegshaltung des deutschen Volkes nicht in Betracht zieht. Zahlreiche Befragungen zeigen, daß das deutsche Volk gegen Remilitarisierung ist — teilweise aus rein zweckmäßigen Gründen. Da die Deutschen in zwei Weltkriegen besiegt worden sind, wollen sie keine Soldaten und Verteidiger westlicher Zivilisation sein.

Sie haben versucht, ihren vergangenen militärischen Ruhm zu vergessen, und können nicht die gewaltsamen Anstrengungen verstehen, mit denen sie erneut als Soldaten erzogen werden sollen. Ihre Reaktion ist verständlich. Wir halten es für wünschenswert, die Deutschen darin zu unterstützen, für ihre Naziopfer, Waisen und Witwen und für die Vertriebenen zu sorgen, ihre zerstörten Städte und Fabriken wieder aufzubauen, anstatt Baracken zu errichten und Waffen herzustellen.

Die Amerikaner, die für das neue Deutschland verantwortlich sind, laufen Gefahr, der Heuchelei und der unbeständigen Gesinnung bezichtigt zu werden, anstatt als Vertreter der Moral, der Weltführerschaft angesehen zu werden.

Unsere Politiker glauben, daß das deutsche Volk für die Wiederaufrüstung unter europäischer Führung sei, weil die Regierung Dr. Adenauers dies so behauptet. In Wirklichkeit mißtrauen die deutschen Massen immer mehr ihren Führern, auf deren Unterstützung wir so sehr bauen.

Auch können wir in einem wiederaufgerüsteten Deutschland nicht an Treue zu westlichen Idealen glauben. Die deutschen Berufsmilitaristen und die, welche hinter Hitler gestanden haben, haben und werden immer (auch unter europäischer Führung) das verteidigen, was sie für ihr eigenes Interesse halten. Sie werden wieder die Macht haben wollen, die Streitigkeiten zwischen Ost und West auszunützen, um wiederum ein mächtiges Reich aufzubauen — ganz so, wie sie es in der Vergangenheit getan haben ...

Als amerikanische Bürger verfolgen wir mit Sorge die voreilige Hast, mit der ein Vertrag ratifiziert werden soll, dessen finanzielle, moralische und militärische Konsequenzen unsere Interessen gefährden könnte. Da keine Garantie dafür besteht, daß der deutsche Militarismus nicht wieder die Vorherrschaft in Westeuropa sich aneignet, glauben wir, daß Deutschlands westliche Nachbarn kein Interesse daran haben, den Vertrag zu ratifizieren.

Deutschlands Nachbarn fürchten mit Recht jede deutsche Armee. Die Zerstörungen durch den letzten Krieg sind noch sichtbar. Daher können die Anstrengungen der Vereinigten Staaten, die russische Vorherrschaft in Osteuropa und den russischen Einfluß im Westen zu schwächen, mit dieser Politik keinen Erfolg haben.

Nur Friede kann Deutschlands Zukunft sichern. Dies kann erreicht werden, wenn Deutschland entmilitarisiert bleibt. Ein entmilitarisiertes Deutschland würde dazu beitragen, den Russen die Angst vor der Einkreisung zu nehmen. Es würde die Gefahr einer Auferstehung des deutschen Militarismus beseitigen, gleichgültig ob von links oder rechts. Es würde die alte Spannung zwischen Deutschland und Frankreich beheben. Und, unterstützt durch einen umfassenden Vertrag innerhalb des Programms der Vereinten Nationen, könnte es zur Einheit und zum Frieden Europas beitragen.

Kurt Grossman — E. J. Gumbel
L. Harrison Layton — Emil Lengyel
Jean Pajus — Albert Simard
Frederick Wallach

(New York)

Reprinted from SOCIAL RESEARCH, vol. 19, no. 3 (September 1952)

LIFE AND DEATH OF A SPY CHIEF

AFTER a war the victorious side often emphasizes the importance of the vanquished, because this enhances its own achievements. The present literary offensive in favor of the "good" Germans far exceeds this tendency. The "good" Germans are of course not the hundreds of thousands of devout Christians, Jews, Liberals, Socialists, and Communists who succumbed in the concentration camps, or the survivors. The "good" Germans belong to the nobility, the army, the high bureaucracy, and big industry. An outstanding contribution to this offensive is Colvin's book on Canaris.[1]

The author was a correspondent in Berlin for the London *News Chronicle* from 1933 to 1938, and hints that he worked for the British Intelligence Service. The jacket claims, among other things, that Canaris supplied Hitler with misinformation, betrayed him at every opportunity, prevented Spain from entering the war on the side of the Axis, and figured prominently in the plans to kill the dictator.

Undoubtedly this is a serious, carefully written book on an exciting and complicated subject. The author must have spent considerable time in documenting his startling statements, and this reviewer was unable to find any fault in the documentation. Parts of the book are taken from a prior German biography; although the biography's author (Abshagen) is quoted, his contribution could have been credited more clearly. In addition, Colvin interviewed the survivors of the Canaris group all over Europe. Their motives, however, may be doubted. Betrayal is the daily bread of the agents in an intelligence service. Even what they tell now may be far from the "objective truth," whatever that may be in such a complicated matter.

In analyzing a personality within a totalitarian movement it is necessary to discard the dictator's claim that the history of his country started with his advent to power. Colvin, however, has failed to do this. His story starts in January 1935, when Canaris was at the height of his power as Chief of the German Military Intelligence (*Abwehr*), which was composed of about 22,000 men and 8,000 officers and had a yearly budget of about twelve million dollars. References to the past are made in the form of melodramatic, oratorical questions, such as "had he not taken part in the Kapp-Putsch of 1920 (an abortive

[1] COLVIN, IAN. *Master Spy*: The Incredible Story of Admiral Wilhelm Canaris, who, while Hitler's Chief of Intelligence, was a Secret Ally of the British. New York: McGraw Hill. 1951. viii & 286 pp. $3.50.

right-wing attempt to seize the government, led by General von Lüttwitz and Wolfgang Kapp)?" This is all Colvin has to tell about Canaris' connection with the first revolutionary Nazi movement, which was backed by the army.

Canaris' character, however, can be understood only from his social background, the German armed forces. His life, and death, were intimately linked to that mighty body. A glance at his background shows clearly why Colvin's treatment is deficient. Canaris came from a wealthy industrialist family. He was born in 1881, joined the navy in 1905, participated in the battle of the Falkland Islands in December 1914, and escaped to Spain with a false passport. There he organized an intelligence service, and also submarine warfare—activities somewhat outside those of the official German representatives. At that time Juan March was selling munitions to the Allies and having them captured by German boats, thus laying the foundation for his present commercial empire. Canaris was repatriated to Germany via submarine.

The military caste to which he belonged dominated the German state and German society. This system collapsed with the defeat in 1918 and with the Versailles Treaty, which abolished conscription and instituted a small professional army of 100,000 men. Of course the small army wanted to regain its power and size, and the Weimar Republic was unable to solve the antagonism between this aim and the newly established democratic civilian rule. The new army consisted of two types of officers: the old ones, who were monarchists, and the younger men, who became Nazis. The man who was able to combine the two movements, which were partly contradictory, was Canaris. Colvin simply ignores this major achievement.

In its fight against the Republic, the army used three weapons. The first was the systematic assassination of Republican leaders by trigger-happy strong men. Canaris himself was deeply involved in the assassination of Liebknecht and Rosa Luxemburg in 1919; serving as a judge in the military trial, he saved the lives of the guilty officers by procuring false passports, and other devices. Although adjutant to the Chief of the War Department, he was on intimate terms with Captain Erhardt, boss of "Political Murder, Inc." Canaris' friends in the navy were very efficient in this job, which Colvin calls internal security. In 1923 Canaris was compensated for such activities by being appointed Chief of Intelligence of the Naval Department, a post that he kept—with minor exceptions and under different titles—for twenty years.

The second weapon was secret armaments, partly of Russian origin

—a procedure which paved the way for the Hitler-Stalin pact. Canaris helped finance this rearmament by diverting funds from the official budget, of course with the secret consent of the military authorities. This was so well done that soon more funds were available than could be used at the moment. The extra money was invested in houses, shares, ships, airplanes, and the like; even a film company was bought. The net result was the loss of twenty-eight million marks (seven million dollars), which the government of the Republic had to restore. In recognition Canaris was promoted in 1929 to the rank of Captain in the navy.

Third, trials for high treason were instituted against those who publicly denounced the secret armaments as a danger to the Republic. Canaris and other high-ranking officers contributed memoranda for the prosecution.

None of these important functions is clearly given in Colvin's book. Nor does he show the aim of the struggle, which was to reestablish the army in the same role it had played under the Emperor. The alternative was army or democracy—until mass unemployment created a new factor able to combine the opposing forces. The Nazi movement became the mass basis necessary for a successful fight against the Republic. In failing to oppose the Nazis' openly proclaimed bloodthirsty aims, the army and the big industrialists behind it did not, of course, wish to get the Nazis into power. The Nazis were supposed to get them into power.

This scheme, however, was only partially successful. The Nazis used the age-old device of rearmament to fight unemployment, and reestablished the big army, but at the same time they continued their own separate armies, and built their own bureaucracy and their own industrial enterprises; and there was constant fight between the conflicting new and old. In the blood purge of 1934 Hitler rid the army of certain proletarian competitors, but among the thousand victims were also two prominent generals.

The powers once allied at Versailles did not oppose the reestablishment of the big army, which, according to the Nazis, was meant to save European civilization. Colvin claims that the German High Command was in principle against Hitler. The army, however, had every reason to be grateful to the tyrant who had "restored" the honor of the country, which had been polluted by the Weimar Republic. General Seekt expressed this feeling in stating that the army was proud that Hitler had risen from its ranks (he did not say as an informer).

Of course minor misgivings existed, which Colvin emphasizes. After

all, Hitler was a proletarian. He meddled in the army's affairs, ousted General von Fritsch on the basis of clearly concocted evidence, and appointed his own man, Keitel, as Chief of the High Command. What was worse, the adventurer was successful against the advice of the professionals. He occupied the Rhineland and conquered Austria and finally the Sudetenland. This unheard-of success caused animosity. Moreover, conversation with Hitler was in general almost impossible, since he spoke continuously without allowing anyone to interrupt him. Nevertheless, Canaris often declared to his adjutant "you can talk to him quite easily"—an indication of his congeniality in aims and methods.

The Franco uprising was Canaris' great chance. The armed supply that he organized gave the German army the opportunity to try out its weapons, especially in the destruction of open cities. Canaris succeeded in keeping the Condor Legion a top secret. The gratitude of the Franco government was shown by the pension that it later granted to his widow.

According to Colvin the conspiracy of 1944 grew out of the German army's basic opposition to the Nazi methods. While it is true that men like von Stauffenberg, who threw the bomb at Hitler on July 20, 1944, were heroes of exceptional ethical standards, the spread of the conspiracy was motivated less by moral considerations than by the German High Command's fear of the approaching disaster. After Hitler had sacrificed 500,000 men at Stalingrad, and after the Allied landing in Morocco, the German generals had to think how they could prevent the worst consequences of defeat—how they could save the country and the army, which meant their own existence, from utter destruction. Ludendorff, although a pre-Nazi, had solved this problem in 1918 by his absolute request, "the armistice negotiations must start today"—at a time when desperate civilians played with the idea of an armed uprising. The Kaiser had to go.

This constraint to provide for the future even in imminent defeat was the complete opposite to Nazi thinking. For the Nazis there was no future of any Germany except *their* Germany. They had started by burning their own Reichstag, and their motto was now *so soll Europa stehn in Flammen bei der Germanen Untergang*—let Europe go up in flames at the extinction of the Germanic race. Thus the generals had but one choice, to kill the tyrant, but this plan failed. The apodictic request for unconditional surrender killed every hope.

The attempt itself was unsuccessful for deeper than purely circumstantial reasons. The generals had learned how to fight the Republic

(*gegen Demokraten helfen nur Soldaten*—soldiers are the only efficient tool against democracy), they knew how to assassinate undesirable elements, how to shoot hostages, how to transgress the accepted rules of warfare—but they could not have learned how to kill their supreme commander. Hitler survived, and the revolting group was annihilated by the same terror that the Nazis had used first inside and later outside Germany. Canaris was a personal friend of the leading conspirators. Some of them were his own men. He covered them, and even helped to arrange certain contacts. But it was his profession to know of every conspiracy. And Colvin hints that he did not want to know too much.

Canaris had fallen into disgrace in February 1944, when his long battle of conflicting spheres with the Gestapo was lost. He was arrested on July 23, 1944, probably because von Stauffenberg telephoned him on July 20. The (secret) trial of Canaris dragged on, but on April 10, 1945, he was killed in the Flossenbürg concentration camp, like millions whose names are forgotten. Hitler survived him by only twenty days.

Colvin may be right that Canaris was at the periphery of the conspiracy. But it is highly questionable that he collaborated with the Allies, as Colvin claims. Every intelligence service tries to obtain reliable information by unreliable means and with the help of characters who cannot be trusted. A spy hired by one party goes to the other, tells the truth about his profession, and is asked to continue his services. In order to obtain information he divulges information. The boss of spies has the same duties as his modest underlings. Canaris had to keep in touch with persons who had contact with the Allies. To make them talk, he had to give away information—perhaps genuine and perhaps false.

One of the Canaris group, Josef Müller, informed the British, through the Vatican, of the planned date for the invasion of Russia. For Colvin this is decisive proof of Canaris' involvement. But a warning of this kind may have been part of Hitler's peace offensive addressed to England, stating bluntly "I will keep my promise to make war against Russia, which is your dearest desire. Therefore let us make peace." This procedure may also explain Hess's fantastic mission. Other alleged communications with the Allies may have been attempts to separate them. Colvin himself points out that various constructions can be given to any one of Canaris' actions.

According to Colvin, Spain made her military participation on the side of the Axis conditional upon the delivery of ten fifteen-inch guns, necessary for the storming of Gibraltar, and he implies that Canaris

advised Franco to make this condition, knowing that Germany could not deliver the goods. But the German High Command may have considered a friendly "neutral" Spain a bigger asset than a belligerent country devoid of any means of making war. Spain would have been a drain on food and matériel, which at the time were already in short supply in Germany. The complete failure of the Blue Legion, Spaniards who fought on the Nazi side, suggests that the High Command would have been right in such a judgment. These interpretations could claim the same validity as those given by Colvin.

It is doubtful that the German Intelligence Service was as cleverly organized as is commonly claimed. It failed to detect the plans for the greatest naval operation of the war, the landing at Casablanca. Colvin interprets this fact as willful deceit of Hitler by Canaris. There are doubts, however, about the personal ability of Canaris. For example, Colvin tells the melodramatic story of Canaris' trip to Bagdad in 1941, with an assistant (both, of course, traveled with false passports); the assistant used his own name in signing the hotel register, and Canaris sent out his shirts, marked "Canaris," to be laundered.

We may indeed doubt the value of any intelligence service. The most successful spy during World War II, a servant of the British Ambassador to Turkey, obtained for the Germans photographs of the most secret war documents, and information about the Teheran Conference and the plans for the Normandy landing. But the Germans were unable to make use of this information.

Even if we accept Colvin's reports as facts, it is quite possible to draw opposite conclusions from them. If British sources, such as "a man in the British Intelligence Service" or "a high diplomat whose name cannot be given," declared that Canaris was their man, they may merely have been indicating that they relied on his inefficiency. Perhaps such friendly statements were motivated also by the "international freemasonry of intelligence services," an expression used by Colvin. Only his great antagonist, Kaltenbrunner of the Gestapo, and also General Jodl asserted at the Nuremberg trials that Canaris worked for the Allies. They gave no definite proof, however, and may have thought only of his alleged participation in the conspiracy.

Since the top secret political documents were sent to the *Abwehr*, Canaris knew of the horrors of the concentration camps, the famous commissar orders, the extermination of the intelligentsia in the Eastern countries, the mechanized extermination of millions. But no action on his part against these horrors is known. If he, and so many other "good" Germans, tried to prevent the worst and to counteract the Nazi

regime by holding on to their positions, they were not even good traitors in this sense, as compared with the giants of duplicity in French history, who served faithfully the Church and the King, the anticlerical revolution, the Directoire, the Emperor—and again the Bourbons, who had neither forgotten nor learned anything from the past.

If we accept Canaris as a sincere man, which is a difficult interpretation, since a man's occupation molds his character, we can only conclude that all his endeavors were in vain, because liberty—even his assumed concept of it—cannot be preserved by a compromise with totalitarian foes. Those powers can be fought only when they are still in the embryonic stage. That is exactly what Canaris and the "good" Germans did not want to do—and this is the reason why so many of them were crushed to death with the collapse of the Nazi system.

E. J. Gumbel

WIENER, NORBERT. *The Human Use of Human Beings: Cybernetics and Society.* Boston: Houghton Mifflin. 1950. 241 pp. $3.

Until recent years the owners and makers of American public opinion were, at least verbally, unanimously in favor of scientific progress and the resulting technical development, while European scientists feared the achievements in the gentle art of mass murdering, unem-

 December 1951

ployment, and the repercussions of technical progress on a society unable to digest it.

Similar voices were first raised in the United States when the transformation of matter into energy led to a new terrible weapon. The pessimistic attitude has now been given eloquent expression by Professor Norbert Wiener, a prominent mathematician, engineer, physicist, and statistician. In a small, courageous book full of brilliant ideas he tries to explain to the layman the possible social consequences of recent and forthcoming technical development. This volume is the sequel to his work on Cybernetics, the art of steering. It is opposed to those who urge the exploitation of the new techniques for the sake of the machines, and the minimization of the human element. Instead, it tries to put into concrete form the Kantian postulate of man as an end instead of a means: no use of human beings is human unless it requires the full development of personality (Höchstes Glück der Erdenkinder ist doch die Persönlichkeit).

Rightly enough, the author starts with the notion of progress. The first chapter gives a well founded criticism of related American "ideals," from Christian Science to Teddy Roosevelt, exalting the exploiter as creator of the riches he has taken and squandered; of the national worship of the gambler; of the diversion of the work on fissionable matter to purely military purposes, and the resulting danger for the possible sources of peacetime energy. In order to show the wealth of this book I need only mention Wiener's very unorthodox approach to philology, his criticism of criminal and patent law, and of medical statistics. Some forthcoming technical developments are announced, such as an apparatus through which the deaf may "hear" vibrations by means of their fingers, and the mechanical reconstruction of the behavior of the moth and the bedbug by a system of positive and negative phototropisms. Some pages even read like an approach to science fiction, such as the chapter on "The Individual as the Word," where the question of how to travel by telegraph is discussed in a seemingly serious way.

But the bulk of the book consists of a study of the relations between man and machine, the aspects in which the machine duplicates man, and those aspects of mankind which appear more clearly by reason of a previous study of the machine. The communicative behavior of man is contrasted to that of the ant, the ideal of the fascist-minded admirers of the machine. This study gives a clear idea of the function of learning, without which no humanity is possible. Three chapters are devoted to language, understood as the communication between

men, between man and machine, and, finally, from machine to machine. Wiener criticizes the role of the high priests of communication, the literary intellectual and the scientist. The present literary and artistic sterility of the United States is traced partly to the fact that the artist has become subservient to the extraneous interests of a narrow controlling group which is opposed to the artist's opinions. "There is no more cogent tool for the rich adventurer of fascist leanings than a great illustrated weekly." Another cause is seen in the bankruptcy of education. The college freshman receives a training which he should have received some five or ten years earlier. The author is strictly opposed to the curious idea that democracy involves an education which is not beyond the capacity of the dullest.

Wiener elaborates on the contradiction between the notion of information, with its property rights, and the devastating influence of military thinking on science. The demand for secrecy is the wish of a sick civilization to ignore its own disease. In reality, each terrifying discovery merely increases the need of making new discoveries which are incompatible with secrecy.

The main thesis of the book is the great dangers that the machine has created and will create for human society. The first industrial revolution eradicated certain crafts. In the second industrial revolution the decision-making machine will replace much of human thinking. The myth of free enterprise will not survive the new machine age. The automatic factory, a two-edged sword, may become the source of leisure and full cultural development or, if we follow the traditional worship of "progress" and the freedom to exploit, it will create an unemployment situation in comparison with which "the depression of the thirties will seem a pleasant joke." The ultimate situation, as outlined by a French Dominican Friar, would be the "state machine." Its thinking power would be infallible—with respect to the questions asked—and the choice of the questions would be up to those who have power over the machine.

The fundamental question of our time is whether this society will develop a humanitarian socialism, or will be totalitarian and perhaps theocratic. It is not Professor Wiener's fault that he gives only alternative directions along which the solution may be found. He is not to be blamed that his answer is not a forecast but a postulate. "If man is going to continue to exist, he must not be an afterthought to business." Those who advocate the mechanization of mankind as an easy way to power reject all moral values within the human race, and even endanger the opportunities for human survival.

The last chapter, entitled "Voices of Rigidity," enters into the political questions arising from the totalitarian tendencies of our time. The Russian state has become a rigid institution closely resembling the Ecclesia Militans, a parallel which is developed in all details (the Jesuit Communist government in Patagonia might have been given as an example). Our present military frame of mind has forced upon us the problem of the countermeasures to an employment of the new weapons by a possible enemy. In reality the great enemy is not the actual Russian government but the reflection of ourselves in a mirage. The measures usually proposed are thought control, inquisition, that is, trial by accusation alone, and the abolition of the liberty we want to defend. The intellectual who dares to stand for unpopular ideas becomes ready prey for the persecution implicit in being different from other people. "Ourselves without faith, we presume to punish heresy." This opinion may be an understatement, since the history of fascism has shown that these inquisitors knew what they were doing.

E. J. GUMBEL

142

Otto Lehmann-Russbüldt zu seinem 80. Geburtstag

N.Y. Staats Ztg 25.1.53

Von E. J. GUMBEL

In diesen Tagen feierte Otto Lehmann-Russbüldt seinen 80. Geburtstag. Als sein langjähriger Mitarbeiter fühle ich mich verpflichtet, den Lesern der "N. Y. Staats-Zeitung und Herold" die Bedeutung dieses Idealisten in Erinnerung zu rufen. Lehmann gehörte zu den großen deutschen Kämpfern für die Demokratie und den Frieden, konservative Ideale, die in unserer Zeit wenig Platz haben. Seine Wurzeln sind die Ziele der mißglückten Revolution von 1848, der Basis der ersten deutschen Emigration nach Amerika. Sein Name ist untrennbar verbunden mit den erfolglosen Bestrebungen zur Fundierung der Demokratie in Deutschland und zur Erhaltung des Friedens und sein Leben ist ein Bild unserer Zeit.

In dem verhängnisvollen Jahr 1914 sammelten sich eine Reihe Konservativer aus dem preußischen Adel unter dem Rittmeister von Tepper-Laski. Gegenüber dem grenzenlosen Annexionsprogramm des Alldeutschen Verbandes wollte diese Gruppe die Behauptung, daß Deutschland einen Verteidigungskrieg führe, zu einer Realität machen und propagierte im Höhepunkt der deutschen Siege einen Verständigungsfrieden ohne Annexion und Kriegsentschädigung. Der Sekretär dieser Vereinigung, die sich "Bund Neues Vaterland" nannte, war Otto Lehmann-Russbüldt. Maßgebliche Mitglieder waren Prof. L. von Brentano, Graf Arco, Ernst von Aster, H. von Gerlach und Graf Wedel. Eine Reihe von Flugschriften und Broschüren erschienen aus dieser intellektuellen Elite. Die Militärs gingen gegen die Friedenspropaganda mit Mitteln vor, die man damals für unerhört scharf hielt. Haussuchungen, Briefzensur, Schreibverbot und Schutzhaft (ein zarter Vorläufer der Konzentrationslager) legten die oppositionelle Tätigkeit lahm. Zuletzt wurde der Bund verboten. Im Oktober 1918 trat er, zunächst illegal, wieder ins Leben.

Es war das Verhängnis der ersten deutschen Republik, daß sie ihre Existenz nicht einer erfolgreichen bürgerlichen Revolution verdankte, sondern das Resultat der Niederlage war. Hierin liegt die Besonderheit Deutschlands, im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten, Frankreich und England, die bereits früh durch dieses Stadium hindurchgegangen sind. Die Militärs, die Schuldigen des Zusammenbruchs, versuchten die Revolution ungeschehen zu machen und ermordeten ihre Führer.

Der neu erstandene "Bund Neues Vaterland" trug immer den Stempel Lehmanns, seines Führers. Er sammelte nur aktive Mitarbeiter, nicht Mitglieder. Internationale Verbindungen sollten die Völkerversöhnung verwirklichen. Der Bund wurde die deutsche Parallelorganisation der damals mächtigen französischen Liga für Menschenrechte und nannte sich "Deutsche Liga für Menschenrechte". Dutzende von Ortsgruppen gliederten sich an. Um Lehmanns politische Arbeit zu erleichtern, wurde Kurt Großmann Sekretär der Liga. Zeitschriften, Broschüren und Bücher waren die Waffen. Eine Rechtsstelle sorgte für Verteidigung in politischen Prozessen. Internationaler Kinderaustausch sollte die kommende Generation im Sinn des Friedens erziehen.

Unter dem wachsenden Einfluß der Militärs entstanden geheime Rüstungen, bezeichnenderweise im Zusammenhang mit Rußland und die schwarze Reichswehr. An der Aufdeckung hatte Lehmann auch persönlich großen Anteil. In diese Zeit fallen seine Broschüren "Die Deutsche Militärpolitik von 1918", "Der Kampf der Deutschen Liga für den Weltfrieden", "Die blutige Internationale der Rüstungsindustrie", "Der Krieg als Geschäft", "Die Reichswehr" und das "Weißbuch über die Schwarze Reichswehr", an der der Verfasser dieser Zeilen mitarbeiten durfte. Diese Arbeit der Liga hat zwar die geheime Aufrüstung nicht verhindert, aber doch einigermaßen erschwert. Die Militärs reagierten mit Landesverratsprozessen, das bekannteste Opfer war Karl von Ossietzki.

Die Krise von 1930 brachte den Aufschwung der Nazis und mit ihr eine neue Flut politischer Morde, eine Methode, die nach der Machtergreifung zum legalen politischen Instrument wurde. Die Liga wurde sofort als staatsgefährlich verboten. Mit tausenden wurde Lehmann nach dem Reichstagsbrand 1933 in ein Konzentrationslager gesperrt, aber irrtümlicherweise entlassen. Er ging illegal nach Holland und später nach England. In zahlreichen Schriften, vor allem in seinem Buch "Germany's Air Force" versuchte er vergeblich die englische öffentliche Meinung auf die Gefahren der deutschen Aufrüstung aufmerksam zu machen. Aber die Zeit des "appeasements" machte Hitler stark genug, bis er zur Vernichtung der Demokratien ausholen konnte. Die Welt hat es teuer bezahlt, daß sie den deutschen Pazifisten nichts geglaubt hat.

Nach dem Krieg ist Lehmann nach Deutschland zurückgekehrt. Er hat bereits drei neue Bücher geschrieben: "Landesverteidigung", "Europa den Europäern" und "Der Reiter durch die Jahrhunderte". Bezeichnend für diese und alle seine Schriften ist das Ringen um ein bißchen Glück und der Appell an den gesunden Menschenverstand. Der Friede ist besser als der Krieg — eine Naivität, die heute, wo ein Krieg vielleicht sogar das physische Ende der Menschheit bedeuten kann, eine aktuelle Stärke besitzen sollte.

Schacht-Prozess kommt

For More Deliveries of Mail

To the Editor of The New York Times:

Professional people conducting business from their homes in residential districts in New York suffer greatly from the fact that there is only one mail delivery a day. By comparison, this service is worse than in any other industrially developed country of the world. I can state this, since I have just returned after a lengthy stay in Europe. Tiny villages in Switzerland have two or three mail deliveries a day. The same holds in Paris, not to mention London, which is a marvel in postal accuracy. Even East Berlin, which is still largely in ruins and governed by a not very efficient Communist administration, has two deliveries which arrive in time.

The residential districts of this the greatest city of the world have only one delivery a day. In my house it arrives some time between 11 A. M. and 2 P. M., and occasionally as late as 5 P. M. A letter sent from the distant shores of the Bronx River may take up to three days to arrive in Brooklyn.

Two deliveries a day, even in residential districts, are an absolute minimum and this service should be restored at once.

E. J. Gumbel,
Adjunct Professor, Columbia University.

New York, Nov. 19, 1953.

New York Times 27 Nov. 53

144

FROM SOCIAL RESEARCH

vol 21 No 1 SPRING 1954

p62-84

IMPRESSIONS FROM BERLIN, 1953

BY E. J. GUMBEL

BERLIN can be considered only in its context as part of Germany, which itself is part of Western Europe. And Germany's contrast with the two other great Western European powers, England and France, stands out vividly. By all outward standards England and France appear to have lost the war. As would be expected, each country has approached its postwar problems in its characteristic national manner. In England an egalitarian society has effectively shared its deficits, from faith to food, and is seeking to evolve a solution with a minimum appeal to hysteria. France, in the straitjacket of nineteenth-century capitalism, progresses by crisis, if such it can be called. Both approaches are without censorship, bookburning, witchhunting, or thought control. In this respect West Germany follows, but in the marvels of her economic recovery she resembles a boom-time United States. The respective conditions are aptly characterized in the quip that the English wear their shabby trousers with pride and dignity, the French wear their torn ones carelessly, but the Germans wear their new clothes with arrogance.

West Germany

According to the usual standards, Germany lost the war. Her cities were destroyed, her factories dismantled. The country was divided, occupied by foreign powers, and for years had no government of its own. It was ravaged by starvation, inflation, black marketing, a lack of almost everything, with the result that its only stable currency was the cigarette.

But the very day that the currency was stabilized in the Western zone, everything, really everything, reappeared in the market place, and the peasants ceased to starve the cities. Today, less than a decade after the war, West Germany is not only booming

but has a balanced budget and nearly full employment, and her industrial products are competing in foreign markets the world over. This recovery is not countrywide, to be sure. Foremost in the scale of economic recovery stands the Ruhr; then in descending order come the rest of the Federal Republic, the West Berlin sector, the East Berlin sector, and finally the Eastern zone, with a still lower level for the territory east of the Oder-Neisse line that is now populated by Poles, and for the surroundings of Kaliningrad (formerly Königsberg). Even within each region there are enormous contrasts. Frankfurt is an ugly dissonance of ruins and pseudo-Midwestern small-town luxury. In Mannheim some places look like a vacuum-cleaned Nirvana. Munich is full of holes and ruins ready to be reconstructed. Hamburg is a flourishing city, totally rebuilt in five years, with fine solid-looking structures and even good workers' quarters.

For these achievements the Germans have a simple but typical explanation: "We are the most efficient workers in the world." That they are efficient cannot be denied, but certainly the word "most" could be challenged. Among the more obvious other reasons for their accomplishment, there are four that are worth special mention.

In the first place, the Germans started by repudiating most of their debts. Whatever still remains of the Weimar Republic's property and is available to the Germans belongs either to the Federal Republic (West Germany) or to the Democratic Republic (East Germany). As regards debts, however, each Republic, seemingly by tacit agreement, has repudiated a part, insisting that it be assumed or shared by the other. A judgment in court that "the Reich has to pay" means that nobody is going to pay, since there is no legal successor to the Reich.

Second, the dismantling of the factories deprived Germany of old machinery, much of which was worn out through war usage, and huge American credits were obtained which the Western Germans used in the best possible way by constructing new factories. A leading industrialist told me: "We were so pleased

when the English dismantled and took away our old machines. We knew their drawbacks and their unsatisfactory performance. Our plans for better machines were ready. With the help of American credits we now have the best machines of this type, and the poor British will try in vain to compete with us." The Germans are very proud of their achievements, and when I suggested that American taxpayers had to pay for many of these installations, it was deeply resented. In the East the Russians dismantled even more of the existing factories, as their share of reparations, but since no credit was available there, replacement is still a conjecture.

Third, the efficient reconstruction of West Germany was achieved on a purely and completely capitalist basis. Even a convinced socialist has to admit that this system still has tremendous creative power. Certainly the attempt in the East to construct on a socialist basis has not had comparable results. Furthermore, West Germany's tax structure is such as to favor investment machinery and buildings; property taxes must be paid even on ruins, and as a consequence there is a great incentive for new construction. And a relative lack of military expenditures made possible the efficient use of the American money, as did the fact that in the last few years the occupation costs have decreased and have been very considerably alleviated by the private spending of the soldiers.

Finally, Germany is a thoroughly industrialized country. Both the industrialists and the workers have the will and the skill necessary for rebuilding. Most of the population began life over again from absolutely nothing, and a remarkable task has been accomplished in a remarkably short time.

It should not be overlooked, however, that the reconstruction has been achieved at the cost of a continuing low standard of living for the worker. According to official statistics, real wages has increased but only some have reached prewar levels. And even these recoveries are dubious, for such calculations omit the need for restoring personal possessions, such as clothing, furni-

ture, and household durables—complete replacements that were unnecessary before the war.

The question naturally arises whether there have been changes in German morality as marked as the material achievements. My own contacts in Germany were limited to previous friends and to such acquaintances as were considered trustworthy; as a former German I had not much opportunity to talk with those who were in the opposing camp. Thus my information is of necessity biased.

There are many indications that changes have taken place, but the old attitudes cannot, of course, disappear overnight. Any feeling of responsibility for the crimes committed under the Nazi regime by Germans, and in the name of the German government, seems to be overshadowed by pride in the recent accomplishments.

When the Nazis came to power in 1933 at the height of the world crisis, backed by the army and big industry, their main support was the despair of millions of unemployed, to whom they promised work. Since manpower, capital goods, industrial machinery, and raw materials were available, they succeeded in alleviating unemployment by the age-old expedient of rearmament. For those who did not oppose the regime, life was much easier then than now, and it is only natural that some people long for "the good old days."

Many former members of the Nazi party are still alive, but they are not generally conspicuous. This fact is well reflected by the remark of a waiter in an expensive West Berlin restaurant: "From their conversations one would think that Hitler and I had been the only Nazis in Germany." The denazification procedure—filling out a questionnaire and paying a ridiculous fine in inflated marks—was utterly inadequate. For crimes committed inside Germany some of the Nazis have been punished by German courts; others have lost their civil rights, and are not allowed to accept any but hard manual work. Since millions were members of the party or of affiliated organizations it is flatly impossible to exclude all former Nazis from participation in current

political activities; moreover, some of the worst criminals never joined the party.

Perhaps there are some Germans who would acknowledge a collective guilt, and would have done so even after a Nazi victory. But the majority deny that any collective guilt exists. They will admit that the Nazis started the war and its attendant horrors, but they evade personal responsibility by saying they were forced to obey orders. If mass repentance had existed it would have had no other outlet than a violent revolution; nobody can say whether or not that would have happened if it had not been prevented by the occupation.

A possible transformation of a feeling of guilt is sometimes shown by a curious lack of memory. The entire period of Nazi domination is skipped. This attitude is visible even in scientific books. A textbook on the German administrative system, frequently used in the universities, starts with the early history of the German states and goes on to say: "In 1932 the necessity for the continuation of the German *Beamtensystem* became fully evident. In 1946 the Interallied Council decreed as follows. . . ." Nothing of importance occurred, it seems, during 1933–45.

In many cases possible considerations of guilt are transcended by self-pity: "I was bombed out several times. Here are the ruins of my last house." The later years of the war and the early postwar period are remembered as the time of suffering and of Allied bad government—it being of course true that life was better for the Germans in the years when they were looting Europe. But perhaps the strongest offset to a feeling of guilt is the presence of millions of Germans who have been uprooted and driven from Eastern Europe.

Some of the groups that were suppressed by the Nazis have been revived under the slogan of liberty. The fraternities that dominated the universities under the Emperor and in the Weimar Republic are trying again to impose on the rest of the student body their specific kind of "honor" acquired by dueling. In many universities, such as Hamburg, Frankfurt, and West Berlin,

where the majority of the students live poorly, this is strongly resented; but the *Papuas*, as they are now called in Berlin, have the backing of the *alte Herren*, the alumni.

There are, however, certain definite indications of an inner change in the German mentality. After so many unsuccessful ventures, there is a general and sincere aversion to taking new risks, and a longing for peace and restoration; this manifests itself outwardly in such matters as new forms of politeness, the courtesy evident in letters, the deference of youth toward older people in public conveyances. Much more significant, the victims of the ill-fated uprising of 1944 and the emigrants who have chosen to return—two very different groups—are both highly honored, as is evident from the attitude toward the Lord Mayors of Hamburg and Berlin, Brauer and the late Reuter, two of the most popular figures in Germany. In addition, the Federal Republic has voluntarily taken on itself a moral debt to pay to Israel nearly 250 million dollars in merchandise; to be sure, this good deed paid from German taxes means a guaranteed market for industrial products and the possibility of commercial expansion into the Near East, but its value to the Jewish state is great.

The victims of the Nazis receive pensions in proportion to the length of their stay in concentration camps. Complicated legislation aims at a restoration of properties looted by the Nazis (no similar legislation exists in East Germany), though there is general and bitter complaint about the slowness of the procedure, whether justified or not. Some claims are founded on overstatements. Perhaps there is some resentment along the lines of "why should the Jews get back everything, while we have lost everything?" It is almost impossible to undo fifteen years by legal procedures. Similar attempts in the past—from the time of Marius and Sulla up to the Bourbons—have not been too successful. In contrast, former Nazis who have been exonerated after dismissal by the Allies receive pensions in a relatively short time; among them is the widow of the mass murderer Heydrich, although Mrs. Goering is still in distress.

The German resistance to rearmament is another strong sign of moral awakening. Here there were three groups. First, the neutralists, the youth, and those who accepted the American idea of democratic reeducation clearly saw the dangers of a new German army; they believed that, whatever its form, it would have to consist of personnel friendly toward or appointed under the Nazi regime, since the opposing group within the army was liquidated in 1944. Second, the workers resisted rearmament because they wanted houses instead of barracks, butter instead of guns—an attitude that is dominant also in East Germany. And third, the nationalists and the Nazis were against rearmament, though for different reasons from those of the others; they wanted a national army and only a national army—and also amends for the "dishonor" inflicted on Germany by the hanging or imprisonment of the German generals.

These three groups were defeated by political horsetrading. The first was sold the idea of a European army. The second group became demoralized by the wavering and unclear attitude of the Social Democratic party. And the third group accepted rearmament because they are sure that German divisions, once they exist, will dominate a European army, and Europe itself, with or against Adenauer's will; they assumed that Adenauer would have to give up his proclaimed European ideals and betray the Allies as soon as he was under the pressure of the army.

Adenauer's success in the elections does not mean that the majority voted for European unity and rearmament. They voted for full employment, which the capitalist recovery has brought them. They will, however, get a German army that is true to the traditions established during two world wars; already the nonexistent army has made requests for the right to wear the medals of the last war, which bear the swastika and which the Republic would be forced to protect against any detractors. Since manpower, raw materials, and industrial machinery are now scarce, the forthcoming rearmament may have results quite different from the rearmament of 1934. Profits may increase and

the standard of living decrease, and this condition, if it takes place, may be an opening opportunity for a Communist foothold in West Germany.

Throughout Germany unification is almost a messianic hope. It could be achieved only through a political compromise between the United States and the Russians. The price would involve an abandonment of West German rearmament, and acceptance of the Oder-Neisse frontier—that is, exactly the points which the United States government is unwilling and the Adenauer government is unable to concede.

East Germany

From the first day the Russian occupation of East Germany faced an impossible alternative. On the one hand the Russians had an urgent need for reparations for the incredible destruction of war, and an undeniable moral claim to them; reparations would fit excellently into their economy, making it unnecessary to fear either unemployment or interference with profits. But Russia also needed a peaceful Germany that would fit within her orbit. To obtain the one she would have to sacrifice the other. What happened was that she looted the country for reparations and thus destroyed the chance of a mass base for a government sympathetic to her. This is the decision of which she is now reaping the harvest.

Formally there are four political parties in the East, but they are all governed by the SED, Sozialistische Einheitspartei, which in turn is directed by exclusively Moscow-trained Communists, and thus in reality there are no independent parties worthy of the name. In addition to the parties there are numerous front organizations. A loyal Easterner explained bitterly to me what this means: "In addition to my regular work I have to give a talk on Monday to the small peasants, on Tuesday to the Free German Youth, on Wednesday to the Democratic party, on Thursday to the Trade Union, on Friday to the National Front, on Saturday to the Consumers Union, and on Sunday I have to do

other voluntary work. Invariably I meet every day exactly the same people, and I have to give the same talk."

One thing that the Eastern government did, and thoroughly, was to break up the latifundia and thus destroy the material basis for the Prussian Junkers. This was not, of course, done with kid gloves—as this writer can testify from the fate of family members. The land was given to the peasants, but with insufficient machinery and livestock, and soon the peasants were loaded with heavy taxes to be paid in kind. The Russian army, kept in barracks strictly separated from the Germans, lives off the land. There is a current joke that illustrates this situation: the great Russian biologist Lyzenko, it is said, has finally succeeded in crossing a cow with a giraffe, and the hybrid thus created can feed in East Germany and be milked in Moscow.

Both the Eastern and the Western governments (17 million and 46 million population, respectively) claim to be *the* government of Germany. Both claim jurisdiction over territories they do not govern, and they do not recognize each other. The situation could be compared to one in which the pope and anti-pope excommunicated each other in the name of reunification. Both have the same flag—the flag of 1848 and of the Weimar Republic. On paper the East German constitution is excellent, even reserving certain political rights to the churches and warranting the right to strike.

The original idea of the East German government may have been to build up a socialist country on the basis of hard work rather than borrowed money. And at first it was successful: the low level of 1946 was soon surpassed, and there was slow progress up to 1950. But any friendly help that it may have received from Russia is certainly not noticeable. The following is a conversation which took place in a factory that receives yarn and wool on credit to produce textiles. "Q: How does it happen that your clothes are so shabby? A: The textiles are sent to Denmark in exchange for butter. Q: But then how does it happen that you don't get any butter? A: Oh, the butter goes directly to Russia,

and we get new yarn in exchange." Thus have the Russians used German industrial capacity to supplement their own deficiencies.

The situation has further deteriorated as a result of the plans to create heavy industry, intended partly for armaments. The machines had been taken away by the Russians, and since no credit was available, and even part of the reduced production was sent to Russia, any rebuilding could be done only at the expense of the workers. Even though the rich Upper Silesian coal mines are nearby, in what is now Poland, a lack of coal leads to constant restrictions in the use of domestic electricity. The lights stop at irregular intervals and without warning. The great Lyzenko, however, has solved also this problem for all Russian-occupied countries, by crossing a bedbug with a glowworm, thus furnishing illumination in the home.

The East government is unable to control the whole frontier between the two zones. Without saying so, it has actually favored a voluntary exist to the West, in order to get rid of the old people and the rest of the bourgeoisie living on a substandard basis; to this end such persons have even been deprived of ration cards. The government wants to keep the youth, the skilled workers, and the peasants. Actually, however, exactly the opposite has happened. The old people, full of fear, have desperately stuck to their pensions of 100 Eastmark a month (about 5 dollars); the unskilled workers, consisting of the debris of the bourgeoisie, have clung to their jobs; but the skilled workers and the youth, threatened by the plans for compulsory military service, are leaving East Germany in the hope of better wages and more of the amenities of life. Minor delinquents and the deserters from the Volkspolizei and the uranium mines also prefer the West, of course, but in a country where justice is administered by judges appointed according to their political creed, after a training of only two years, it is easy to become a criminal. What is entirely new is that even the peasants have left their land, because they have not been able to meet the required deliveries; their number for 1953 is estimated as high as 20,000.

West Berlin

Politically and culturally West Berlin is part of the Federal Republic. Many of the conditions and attitudes discussed above with respect to West Germany are applicable here too. On the other hand, separated as it is from the Federal Republic by 150 kilometers of the Russian zone, West Berlin's economic situation differs markedly from that of the rest of West Germany.

The provincial situation and the lack of industry have created terrible unemployment. The official number is a quarter of a million in a city of 2.5 million. But to this one has to add the people living on old-age pensions, the unregistered unemployed, those who live on public welfare, and the illegal immigrants from the East; thus the total may be as high as three quarters of a million. At the same time there is some housing shortage, and an urgent need to repair the existing houses and to remove the ruins. Use of the unemployed is limited by a lack of capital. Wages are low, and the difference between pay and unemployment benefits is dangerously small. A way out might be an increase in salaries, which would create a new incentive to work, but this is opposed by the employers.

During the war the Berliners lived for years under the strain of air raids. As the Russians neared the capital, its inhabitants came under constant artillery barrages, and then there were continual street battles; mass raping and Russian domination with no restraint followed. This experience immunized the Berliners to much of the subsequent Communist propaganda. For months there was no food, electricity, transportation, fuel, or government services; inflation and the black market boomed. By contrast the present hardships mean relatively nothing. The Berliner takes his predicament casually. But worry about the situation existing in Berlin increases as the square of the distance from the city.

One of the strongest links between Berlin and West Germany is the common currency. When the inflated Reichsmark was converted in West Germany into the Deutsche Mark, the Social

Democrats of Berlin were in favor of accepting the new currency, which would join the city's economy to that of Western industry, but the Russians wanted to keep the inflated currency, which became the Eastmark. The three Western occupying powers agreed with the Social Democrats, and the result was the acceptance of the deflated currency. This became the reason for splitting the city into an Eastern and a Western sector. In retaliation the Russians tried to starve the city by cutting the railway traffic through their zone. The United States answered by the air lift, a glorious action which won the confidence of Berlin and kept 2.5 million people alive. As we know, after a lengthy attempt the Russians gave in and reestablished communication.

Today there is no rationing in West Berlin—except through prices—and shops are plentifully supplied with excellent products for those who can afford to buy. Water supply, electricity, streetcars, city railways, subways, all public services function well. For example, at every transportation stop the arrival of the next car or train is indicated by a schedule, and it always comes on time. The city is well policed by men who are unarmed, and it is perfectly safe by the best Western standards. The mail service is better than in New York.

In fact, West Berlin, a beleaguered city and a latent volcano of social and economic pressures, is most delightful and peaceful. It is impressive by its tranquillity, and cleanliness, by the beautiful flowers on the balconies and the lovely gardens. The ruins have a certain beauty of their own, and recall those of Greece and Rome. The Gedächtniskirche at the end of Kurfürstendamm, which before the war was a rather cumbersome and overbuilt structure, has now become a most attractive ruin, especially as seen against a blue sky or in moonlight with the neon lights throwing it in a weird silhouette. The Tiergarten and Hansa quarters were utterly destroyed and now look like deserts, but the absence of buildings has opened strange and vast new vistas. The Tiergarten park itself, one of the breathing spaces of the city, was partly destroyed during the war, and its trees were later used as

fuel; it is now being extensively replanted, and is the pride of the city.

For all its debris West Berlin is no dirtier than New York. The rubble from the ruins has been piled into orderly heaps with such care that one would hesitate to throw a piece of waste paper anywhere. In some places the rubble heaps have been covered with soil on which flowers, shrubs, and trees have been planted; these are commonly dubbed *Monte Clamotte*, a slang expression of French origin which means rubbish mountain. Many of the repaired houses are hideous, but the number of temporary structures is insignificant. New constructions seem to be well done. Some of them even contain air conditioning, which the climate of Berlin makes an unnecessary luxury.

The number of refugees arriving day after day in West Berlin has varied from a few hundred to more than a thousand. They have all the typical and pitiful appurtenances that go with an uprooted folk, including an astonishingly large number of children who appear to be underfed. All receive medical care, and are put into reception camps varying in type from half-destroyed factories to luxury homes. One camp, located in a villa in upper-class Wannsee, is for the use of *Doppelverfolgte*—people who were persecuted also by the Nazis—and is run by the German League for the Rights of Man.

After a long bureaucratic procedure, which takes at least a month, the refugees receive papers and permission to work, and are sent by plane to the West. No one is allowed to stay in Berlin, where he would be unemployed and aggravate the housing shortage, though of course those who are refused admission stay illegally. As many as a thousand may leave Berlin each day, and more are sent out than arrive. Today the refugees make up about 40 percent of the population in Schleswig-Holstein, 30 percent in Lower Saxony, and 25 percent in Bavaria. An astonishingly large number have found work in a relatively short time, and have become integrated in the Western population. In the recent election the refugees were represented by their own political

group, but if they still yearn nostalgically for their old homes and possessions this was not reflected in the electoral support they gave their party, which fared rather poorly.

A House Divided

The borderline between West and East Berlin is loose and fantastic, without any planning whatever. There are streets that have one side in the Western sector, the other in the Eastern. One of the boundaries runs from the Reichstag (still visible in the Goering edition) to Potsdamer Platz, a vast area of ruins. Some of the suburbs of Berlin are located in East Germany, and a trip from West Germany to East Berlin leads normally through West Berlin. The subways, the city railway, and certain buses crisscross back and forth at will. The subway is Western-owned, the city railway Eastern-owned. The Western municipally-owned utilities, including the subway and even the Wannseebad resort, accept the Eastmark at par after presentation of Eastern identification.

The Eastern authorities reckon the Eastern mark at par with that of the West. Exchange is legal in the West, illegal in the East; the rate of exchange varies between 5 and 7 Eastmark to 1 Westmark. In the East there is rationing, and in all stores identification is required for purchases, in order to prevent the West Berliners from profiting from the lower prices in the East. Tens of thousands of people commute every day from West to East, and vice versa. There are conducted bus tours starting from the West and ending in the East. Even some dignitaries and members of the Eastern parliament live in the West; conversely, many people who work in the Western factories live in the Eastern sector. Lack of housing space prevents a clearcut separation, although the Eastern authorities exercise a certain pressure on their adherents to move into the East, and try to provide them with newly build houses or apartments. Streetcars do not cross the border. West Berlin allows no female conductors, but in East Berlin streetcars are run by women. Until re-

cently the automatic telephone service functioned between the two parts of the city, but now it has been severed by the Eastern administration, and while East Berliners may telephone to East and West Germany they cannot reach West Berlin; similarly, West Berliners may telephone to the Eastern and Western zones of the country but not to the Eastern sector of their own city.

All this adds up to the fact that there is no iron curtain in Berlin, or that what is left of it is so full of holes that anyone can look through. This is perhaps the point of greatest value to the West. Through Berlin, and nowhere else, we can peek into the functionings of the Russian system, and by the same token the people on the other side can see with their own eyes how the reality compares with the Communist propaganda.

The main railway stations—Potsdamer, Anhalter, and Lehrter—are still partly destroyed. The only one that has been rebuilt, Schlesischer Bahnhof, is located in the Eastern sector and leads to Poland and Russia. Lines of communication from West Germany into West Berlin go through East Germany. Passengers must possess permits called *Interzonenpässe*, and are subject to strict control; the Western newspapers, which are considered hostile propaganda, are especially strictly forbiden. At the border passengers are subjected to passport and customs control, which may require hours of waiting. Since this is resented by the West Berliners and by the West Germans traveling through their own country, most travel goes by airplane, where there is no Eastern control. Furniture can be taken out of Berlin by train if the owner travels on the same train, but no foreigner receives an *Interzonenpass,* and therefore a refugee from the Nazis who has become a foreign citizen, and is lucky enough to find his furniture and obtain legal possession of it, cannot move it out of Berlin except by airplane, the cost of which is prohibitive.

When Berlin was split in two, the University suffered the same fate. The Eastern government tried to promote a new intelligentsia, and gave the children of workers and peasants preferred entree to the University; stress was laid on education in Marxism.

Needless to say, political control and witchhunting have interfered with academic freedom and scientific research.

The main building of the University and the central library are on Unter den Linden, in the Russian sector, but other buildings and laboratories are in fashionable Dahlem, the seat of the American occupation authorities. The faculty members who lived in West Berlin set up a Free University in Dahlem, organized according to the traditional scheme of a German university but with the additional aims of an international institute of higher education. Many of the professors with nationalist sympathies remained at the old University, hoping that Germany would regain her old power with Russian help.

At the Free University the scholastic and scientific standards of the faculties are excellent, and of the same quality as in any of the better American universities. At present the few former Nazis have no influence, and seem to have abandoned their previous beliefs. The intellectual level of the students and their eagerness for knowledge and ardor for hard work are impressive. They seem to be completely immune to Fascism and Communism, and appreciative of foreigners or former Germans who try to introduce a new philosophy or approach. This attitude is the more remarkable since the students live at a very low standard, some of them on the verge of starvation according to American values, and their future is by no means rosy. Many live in the Eastern sector of Berlin.

The Free University is a very important outpost of independent scientific thinking. It needs and merits strengthening by material help and by continued and extensive faculty exchanges, by research grants to professors and advanced students, and by gifts of books for the forthcoming library.

Before the war Berlin was the capital of an empire and an industrial center. Now there is no empire, and the capital is Bonn. East Berlin is the capital of the Eastern republic, but West Berlin has become merely an oversize provincial town. As an industrial center it no longer attracts West German capitalists.

They prefer to invest in the Ruhr, for they fear that Berlin may one day be cut off again.

East Berlin

There are more ruins in East than in West Berlin, because more was destroyed there during the street battles and less has been rebuilt. And what rebuilding there is in East Berlin is not very impressive. The famous Stalin-Allee consists of a few blocks of new and badly built houses that combine the worst features of Victorian and Jugendstil. Undue haste in construction has resulted in the usual faults of jerry-building, with new walls that have cracked and elevators that do not function well. Existing factories have been given new Russian names, so as to impress visitors. The Russian Embassy, built in the latest goulash style, combines all its horrors. To overcome the lack of war monuments the Russians built a statue—commonly called "The Unknown Rapist"—located in the British sector, and also a hero monument in Treptow which is much worse than the illfamed "Hermann der Cherusker" in the Teutoburger Wald. In these figures the artistic ideal, called socialist realism, is photographic accuracy, with careful stress on the war medals, which the Berliners commonly call "plumber's layout."

The majority of the East Berlin population looks shabby, and its shoes are badly worn. Often the ration cards are not honored. In the government-owned department stores, called H. O. for "Handels Organisationen," no coupons are required, for prices are out of the reach of most of the people, but these stores in East Berlin, in contrast to those in the Eastern zone in general, are full of merchandise. Industrial production in the East cannot compete with that in the West. The newly built automobiles often break down, and the owner (unpatriotically) has to go to the West for repairs.

While the West Berlin newspapers are provincial, to say the least—the best paper in Germany is the American-edited *Neue Zeitung*, whose funds have recently been cut—the Eastern news-

papers are unreadable. They are characterized by a lack of any reliable news, by bad style, by propaganda that appeals mainly to patriotic sentiments; all words have acquired new meanings. But the Germans, having been subject to years of propaganda are immune to it; they want facts. Opposing radio systems serve the needs of East and West Germany. In the West one can read yesterday's American newspapers and have the same news denied, or confirmed in a distorted way, by the Eastern radio stations. The Western radio stations keep the East Germans well informed; especially the Rias radio, in the American sector, is an excellent source of information, which is listened to all over the East—though its funds, too, have recently been cut.

In East Berlin the theaters, in contrast to the newspapers and radio, are decidedly better in style and performance than those in the West. Moreover, publishing houses flourish, with German classics being reprinted in cheap editions, and also, of course, many translations from the Russian. A unique publishing venture is a new journal of philosophy containing articles by recent writers, including Lukacs. Its first page shows a photograph, with the reverse side containing an obituary notice, both devoted to the greatest philosopher of our time, Iosif Vissarionovich Stalin; these two pages have no numbers, just in case a more important philosopher is discovered before the volume is sent to the binder.

In contrast to West Berlin, there is no unemployment in East Berlin. The Volkspolizei, part of which is a camouflaged army, and the Russian-owned uranium mines near the Czech border aid in absorbing anyone who is not occupied. It is partly for fear of such employment that so many workers leave the East.

The June Demonstrations

The relations between the Russians and the East Germans reached a climax in the demonstrations of June 16, 1953, and thereafter. These demonstrations were of a completely new character, and may very well indicate a turning point, though in what direction we do not yet know.

Trouble had been brewing for a considerable time. Even as early as 1949 there had been a successful strike in the city-owned railway of East Berlin, and before the June demonstrations similar protests had taken place in Czechoslovakia, where they resulted from a devaluation of the currency. The outstanding characteristic of these movements was that they were motivated not by an abstract desire for a capitalist democracy but by the bad food situation and by the Russian labor policy. The ideal of this policy is American "scientific management," as the Russians see it, and its aim is to increase various production norms and output per hour. For weeks the East German government had insisted on a 10 percent increase in the norms without increase of pay. On June 16 the enforcement was announced in the official labor gazette.

This was the spark that touched off the explosion. It started with a sitdown strike in the Stalin-Allee, and later the striking workers marched to the government buildings. Wherever they went they were joined by workers from other factories and from government-owned stores. The demonstration was completely spontaneous and peaceful. Members of the government who tried to speak to the crowds were booed.

It is possible that at this stage the Russians even had a certain sympathy with the movement, on the grounds that it might give them an opportunity to drop unpopular members of the Eastern government under the guise of conforming to this popular democratic protest. But broadcasts of all the details of the demonstrations, emanating from West Berlin, effectively spread the news and resulted in an increase of the unrest until it spread all over the Eastern zone. Prisons were stormed, and in some cases even policemen fled to the West with their prisoners. Red flags and boundary signs were torn down and burned. The strike was general, and as a result the Eastern government ceased to function as such.

On the second day there was an abrupt change in the situation. A Russian tank inadvertently killed two workers, and immedi-

ately the newsstands, symbols of the hated propaganda, were burned, and a police station in the Eastern sector was set on fire. There are many indications that these acts of destruction were committed by provocateurs. Similar seemingly spontaneous acts had often been ordered under the Nazi regime, but actions of this type are alien to the tradition of the German workers. The Eastern government loudly claimed that the incendiary acts had been committed on commands given from the West; as proof they recalled the story of the German-American Black Reichswehr in Hessen, a para-military formation that had planned to assassinate government officials. In the West the newspapers remained silent, or maintained that the Russians had fomented the violence.

The excesses, however, gave the Russians their excuse for immediate acts of suppression. This was accomplished by two quite contradictory measures. The first was naked force and terror; two tank divisions, totaling 25,000 troops, moved in with full equipment, and martial law was proclaimed. The second was to produce a specific scapegoat; this the Russians lost no time in doing, finding him in the person of an insignificant Western unemployed worker who had been arrested for unknown reasons on the morning of the 16th and was said to be the leader of the movement. He was immediately shot. Those Russian soldiers and officers who had failed to stem the workers' demonstrations were also shot. At least a hundred persons were thus executed by the Russians in summary proceedings. The demonstrations had proved, however, that the Eastern government was completely without popular basis. Its helplessness and lack of support were evidenced by the profuse thanks it publicly acknowledged for the aid given it by the Russians in restoring order.

After the terror the Eastern government made concessions on points that had caused the disturbances. Two unpopular chiefs of departments were dismissed. Party members who had failed to properly implement the principles of socialist reconstruction had to confess their crimes. It was declared that henceforth the production of consumer goods would be given priority. Produc-

tion norms were to be reduced. Ration cards were restored to the old people. More than 8,000 political prisoners were released. An amnesty was proclaimed, and those who had fled to the West were asked to return. The peasants were promised the return of their land. Thus the workers attained their immediate objectives, and also a new feeling of strength and unity, born of the realization that a dictatorship can be successfully fought if it is not yet firmly established.

The Americans countered with an immediate move which was a marvel of successful administration: the gift parcels to the Eastern population. Up to 100,000 parcels a day were distributed by the German authorities in the West sector, with each of the various buildings that served as distribution centers taking care of people from a different Eastern district. Thousands came by railway, truck, bus, motorcycle, bicycle, or by foot, and stood patiently in line for eight to ten hours. Their attitude was, "Here at least we are sure that when we queue up we get something worth while."

The Eastern authorities were completely nonplussed and confused by the move. They tried by various means to stop the mass movement: by restricting the sale of railway tickets, by intercepting the parcels, by publicly denouncing the names of the recipients. They also spread rumors that the parcels contained contaminated food, or horsemeat intended for dogs. They resorted to distributing some of the confiscated parcels to the West Berlin unemployed, as gifts from Russia. Appeal was made to patriotic honor, hoping that even the hungry would not be corrupted by gifts from the American imperialists. Attention was drawn to the friendly help given by the Russians, both in the present and in the future—on the condition of good behavior.

The Russians made their own moves to woo the people. They renounced their right to future reparations in kind—and this was proclaimed to be a gift worth 2,500 million dollars. They also renounced a debt of 100 million dollars which they had declared to be due them as compensation for factories they had

confiscated and later returned to the East German government; other confiscated factories worth 700 million dollars were given back without compensation. Finally, the levies for Russian occupation costs were reduced from 500 to 400 million dollars a year. These gifts of 3,400 million dollars from the Soviet Union were hailed in the Eastern press as proof of the generosity and solidarity of the working classes.

The effect was nil. The Germans wisely preferred the materialistic American food to the dialectic Russian accounting. More than five million parcels were distributed. Each recipient had to show his Eastern identification, which was registered in order to avoid duplication, and since there are about four million families or household units in the Eastern zone, it appears that approximately every unit sent a representative to the West to receive a gift which involved the risk of registering his name and betraying his plight. The mass strength of millions could not be challenged, and their reaction—which amounted to a plebiscite against the Eastern government—could not be prevented. United States policy in Berlin, as represented by the airlift and the distribution of the parcels, has been fundamentally right and successful.

Berlin as it stands is the most important center of information about Eastern Europe. Its morale is basic for the strength of Europe. By its very existence it prevents the Russification of East Germany. Therefore this town ought to be kept, and kept alive. Its morale and its economic situation should be improved —and not alone by the fight against unemployment through the restoration of its industry.

In addition to functioning as a periscope through which we can get a look behind the iron curtain, Berlin is an ideal place for understanding the alternatives produced by two broad camps of thought in the world today. They are not geographically located.

In the first camp it is realized that you can make mistakes

through stupidity; in the other, errors are attributed to malice, and therefore they merit punishment. In the first camp you are punished for acts, and possibly in some cases also for the opinions you hold; in the second, you can be punished for the alleged opinions of your grandmother-in-law. In the first camp crime is defined by law, and there is a fixed relationship between crime and punishment; in the other, anything can be considered a crime, and can merit any punishment—you can be shot or go free under the same law, and for the slightest offense. In the first camp there are distinctions, and one can be a Nazi war criminal, an American imperialist, a communist, a conservative, a liberal, a peacemonger, or a Trotskyite; in the other, there are no such distinctions, for the world is divided into friends and foes, and false friends and yesterday's leaders must be denounced. In the first camp the approximate meaning of words is known; in the other, as in Alice in Wonderland, words have the meaning which the authors want to assign to them.

In both camps the rulers may change their opinion and their policy, and there is a certain freedom of discussion as long as the question has not been decided, but once a decision has been made, all similarity ceases. In the first camp, if the right of opposition is not granted, you at least have the right to remain silent; in the second, you have to affirm in the strongest voice that the decision is your decision, and is right, and also that the opposing opinion you might have had yesterday was in reality identical with the new ukase. In the first camp opposition is legal, and can fight for existence and power; in the other, opposition is illegal and faces extermination. In the first camp you may question any alleged facts, since doubt is recognized as containing the germ of later knowledge; in the other, infallible dogma must be accepted.

Happily these two camps do not yet include the entire world. If I had to choose, I would be in favor of the right to stupidity, of law as a fixed tariff for crime, of the old-fashioned use of words, of the admission of doubt.

145

6 Dec. 1954

Letters to The Times

Late Delivery of Mail

TO THE EDITOR OF THE NEW YORK TIMES:

Since the intolerable mail situation in parts of Manhattan and in the Bronx has been discussed in your columns, I would like to add a word about Brooklyn. Where I live, in the Flatbush section south of Prospect Park, the single mail delivery usually arrives around noon, but sometimes as late as 5 P. M.—through no fault of the letter carrier.

This situation is worse than in any industrially developed country in the world. Two mail deliveries a day, even in residential districts, are an absolute minimum and should be reinstated at once by appropriate legislation to be passed by Congress.

E. J. GUMBEL.

New York, Nov. 29, 1954.

---

curacy in the article could be corrected. Mrs. Weinstein incorrectly indicates the "trial period" to be a year under New York State law. The fact is that this waiting or trial period is six months in New York in most cases.

LOTHROP MARK WILLIS.

Boston, N. Y.

[Mr. Willis is correct. The "trial period" was mentioned in describing a couple who re-

Re Seymour Peck's article "The Maid in Many Guises" (Dec. 4), I note the omission from the picture spread of actresses who have played Joan of Arc of Marie Falconetti (Carl-Theodore Dreyer's 1928 French film, "Passion of Joan of Arc"). How do you justify this omission?

RICHARD VAN LAVEN.

Brooklyn, N. Y.

[Falconetti was omitted

The New York Times Magazine Contents

DECEMBER 11, 1955

© 1955 by The New York Times Company

	PAGES
GETTYSBURG: PLACE OF LIMITLESS VISTAS. By Bruce Catton	9
GETTYSBURG VISTAS	10-11
'SOVIETGRAD' IS NOT MOSCOW. By Welles Hangen	12-13
MENDES-FRANCE TRIES A COMEBACK. By Joseph Kraft	14
CHRISTMAS STARTED LAST DECEMBER 26. By Tom Mahoney	18
ELECTED JUDGES—OR APPOINTED? By Adolf A. Berle Jr.	26
EX-KING OF THE WILD FRONTIER. By Peter T. White	27
WHAT FUTURE FOR THE YOUNG STARS? By Rebecca Franklin	28-29

LETTERS	6, 22	FOOD	52-53
PARENT AND CHILD	48	HOME	54-55
FASHIONS	50-51	PUZZLES	72

THE COVER—The scene shows the southern end of the Gettysburg battlefield. The statue, by Karl Gearhardt, is of Federal Gen. G. K. Warren, Meade's Chief of Engineers. It stands on Little Round Top, a key to the Union defenses, and overlooks—in the distance—Seminary Ridge, from which the Confederates attacked. Warren saved Little Round Top by rushing up troops in time to defend it effectively. For a study of Gettysburg, past and present, turn to page 9.

... the telephone and telegraph systems. Not even in this country do these last operate at a loss. Here, however, the profit-making methods of communication are in private hands, while the Government is left with the low-paying letters and the subsidized second, third and fourth class mail.

Then, too, there is not the need to subsidize transportation by the Post Office Department of the foreign countries.

While this does not constitute an endorsement of the Administration's postal policies, I do think it unfair to compare foreign operations which include telephone and telegraph to our own.

ROBERT SKLARZ.

Hicksville, N. Y.

R. F. D. IN TOWN

TO THE EDITOR:

Mr. Howard deserves praise for having stated the well-known, and commonly ignored, fact that our mail service is the worst within the industrial world. A generation ago the introduction of the Rural Free Delivery (once a day) to the remote villages was a great cultural advance. Its present application to the "residential" urban districts, however, is a definite setback.

E. J. GUMBEL.

New York.

For letters regarding the article by Dean Ernest O. Melby, "Five Fallacies About Modern Education," see P. 22.

The PROGRESSIVE

July 1960

Dear Sirs:

Milton Mayer reproduces in his May article the official claim of the East German government that the per capita consumption of butter, sugar, and animal fat in the East is higher than it is in the West. The unofficial answer is the following slogan in East Berlin: *"Keine butter, keine sahne, aber auf demmond, die rote fahne."* (No butter, no cream, but on the moon, the Red Flag.)

E. J. Gumbel
Columbia University
New York, N.Y.

N.Y. Times 13 March 61

outside the cities.

JEAN [illegible]
Katonah, N.Y., March 6, 1961.

Arming of Planes Queried

TO THE EDITOR OF THE NEW YORK TIMES:

The front page of your March 4 edition contained the following statement in Orwellian Newspeak:

"The RB-47 had been previously described as 'disarmed' or 'unarmed,' which Air Force officials here insisted meant that it had been without an atomic bomb rather than without defensive arms."

Are we now to understand that all airplanes without atomic bombs are "disarmed"? If we accept this terminology from the United States Government, how can we deny to other Governments the right to similar methods of public deceit?

E. J. GUMBEL.
S. MELMAN.

New York, March 6, 1961.

A 2081 E · OKTOBER 1961

FÜNFZEHNTER JAHRGANG · 1961 · HEFT 9/10

colloquium

EINE DEUTSCHE STUDENTENZEITSCHRIFT

Erinnerungen an die Weimarer Republik

Ein Diskussionsbeitrag von Professor E. J. Gumbel

Der Artikel meines Freundes Professor Kirchheimer: „Das Dilemma der politischen Justiz" stellt einen Auszug aus dem Schlußkapitel eines Buches dar, das ich nicht kenne. Es kann daher sein, daß die folgenden Ergänzungen in seinem Buch bereits enthalten sind.

Der Autor beschränkt sich im wesentlichen auf die Schilderung der Methoden und Wirksamkeit der politischen Justiz in totalitären Staaten, wo die Justizbehörden Ausführungsorgane des politischen Willens der einheimischen oder fremden Machthaber sind und wo die Justiz zum Mittel des politischen Terrors wird.

Demgegenüber scheint es mir wesentlich, zunächst darauf hinzuweisen, daß jede Justiz einen politischen Charakter trägt, weil alle Gesetze Auswirkungen eines politischen Willens, nämlich der Definition des Gemeinwohls, sind.

Eine politische Demokratie ist durch die Unabhängigkeit und Unabsetzbarkeit der Richter gekennzeichnet. Dies garantiert aber keineswegs die Ausschaltung richterlicher Willkür in der Auslegung bestehender Gesetze. Bei dieser Willkür denke ich vor allem an zwei Richtungen, die für die Weimarer Republik und ihren Untergang wichtig wurden.

Im ersten Fall betrachteten monarchistisch gesinnte Richter die Weimarer Verfassung als Auswirkung eines vorangegangenen Hochverrats und benutzten Urteile dazu, sich an der Republik zu rächen. Als die Führer der Revolution, Liebknecht, Rosa Luxemburg, Eisner und Haase, von Monarchisten ermordet wurden, als der Reichsfinanzminister Erzberger von späteren Nazis umgebracht wurde und Attentate das Leben maßgeblicher Republikaner, wie des Reichskanzlers Scheidemann und des großen Schriftstellers Harden, bedrohten, fanden sich Gerichte, die sich auf den Standpunkt stellten, nicht der Mörder, sondern der Ermordete sei schuldig. Diese politischen Morde blieben unbestraft. Während des Kapp-Putsches ging der größte Teil der Armee zu den Hochverrätern über, und keiner der meuternden Offiziere wurde bestraft. Diese Vorgänge wurden damals als Klassenjustiz bezeichnet und fallen sicher unter die Kategorie der politisch gerichteten Justiz.

Eine zweite ebenfalls interessante Kategorie solcher richterlichen Willkür lag vor, als die Justiz dazu diente, illegale Akte legaler Behörden zu schützen und die Bekanntgabe solcher Illegalität als „Landesverrat, begangen durch die Presse" verfolgte. Dies geschah bei den Geheimrüstungen in der Weimarer Zeit, als im wesentlichen gerade die Feinde der Republik, insbesondere die Nazis, über die geheimen Waffen verfügten. Aufgabe der Gerichte wäre es gewesen, die durch die illegalen Waffen bedrohte Verfassung zu schützen. An Stelle dessen wurden Schriftsteller wie Carl von Ossietzky, die diese illegalen Methoden durch Appell an die Öffentlichkeit verhindern wollten, wegen Landesverrats bestraft.

Im ersten Fall diente die politische Justiz dem vergeblichen Versuch, ein gestürztes Herrschaftssystem wieder herzustellen, im zweiten dem erfolgreichen Versuch, die bestehende Regierung zu stürzen und ein neues System vorzubereiten, an das wir uns noch heute mit Schrecken erinnern.

In beiden Fällen waren es nicht zufällige Entgleisungen einzelner Richter, vielmehr war es eine systematische Tendenz der Justizbehörden, wie es sich aus der Multiplizität gleichgerichteter Fälle ergibt. Es ist interessant, daß beide Ziele auch durch nahe personelle Beziehungen verbunden waren: Derselbe Kriegsgerichtsrat Jorns, der die Mörder Liebknechts und Rosa Luxemburgs laufen ließ, war der stärkste Kämpfer gegen den neuerfundenen „Landesverrat, begangen durch die Presse". Kein Wunder, daß er von den Nazis hoch geehrt wurde.

Diese beiden Formen der politischen Justiz fehlen in dem Vortrag Kirchheimers. Ich nehme aber an, daß er in seinem Buch auf beide Probleme eingegangen ist.

Das Buch zum Kleist-Jahr

Günter Blöcker

HEINRICH VON KLEIST

oder

Das absolute Ich

316 Seiten · Ganzleinen DM 15,80

Prof. Dr. Dr. Gerhard Fricke, Köln, in einem Brief an den Verfasser: Sie haben über den so heillos zerschriebenen Dichter ein herrliches Buch vorgelegt - das beste, das es bisher gibt·

ARGON VERLAG BERLIN W 30

BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

VIII. Jahrgang Heft 7

Juli 1963 DM 2,50

Postverlagsort Köln - G 1800 E

A CHANCEN?

en Menschen wahrhaftig liebt und ihre
e beobachtet, sollte ihnen immer wieder
ht allein durch die Verdammung einer
h überlebte Ressentiments und wach-
werden kann. Der Weg zu Wohlstand,
d eigener Leistung gepflastert.
frika selbst ändern. Seine Lebensbedin-
schen müssen weniger Krankheiten ha-
, Geschlechtskrankheiten müssen ver-
rotein, Fleisch und Fett haben, in Schu-
erzogen werden. Die Menschen müssen

147

Prof. Dr. Emil J. Gumbel, New York

Eindrücke aus dem Fernen Osten

Gründe der Unwissenheit

Wer als aufgeschlossener Amerikaner Europa bereist oder als Europäer in den Vereinigten Staaten weilt, findet ein gemeinsames Alphabet vor, verwandte Sprachen, mehr oder weniger gleiche wirtschaftliche Verhältnisse und Rechtspraktiken, ähnliche Regierungsformen und Auffassungen von der Demokratie, gemeinsame Gewohnheiten, Sympathien, Abneigungen, Vorurteile und gemeinsame abergläubische Vorstellungen. Beiden wird dadurch das Verständnis des fremden Landes erleichtert.

Mit Ostasien verbindet ihn nichts dergleichen. Der Ausländer hat nicht die leiseste Vorstellung von der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung, die diese Länder durchgemacht haben, er versteht nicht ein Wort ihrer Sprachen, er stößt auf fremdartige Gesellschafts- und Rechtssysteme und vollkommen andersartige Probleme und Einstellungen. Eine scharfe Scheidelinie trennt ihn von dem Land, das er bereist. Er hält sich in einer künstlichen Eiskammer auf, während die Eingeborenen in der heißen Sonne schmoren. Er kann nicht in einem normalen Restaurant essen. Er wohnt in der Stadt und hat gerade noch die Zeit,

um die Bauwerke auf dem Lande zu besuchen, die vom Tourismus leben. Die Menschen, denen er begegnet, haben bereits westliche Lebensformen angenommen, aber die Struktur ihrer Sprachen hindert sie daran, ihre Ideen in einer europäischen Sprache adäquat auszudrücken. Auch wenn er versuchen sollte, aus der amerikanischen Kolonie herauszukommen, würden sich seine Bekanntschaften innerhalb einer Gruppe internationaler Beamter der Vereinten Nationen, der Weltgesundheitsorganisation und der Wirtschaftskommission für Asien und den Fernen Osten erschöpfen, Einrichtungen, die nach dem Parkinson'schen Gesetz gedeihen und von den „Eingeborenen" geschieden sind.

Der wohlgesinnte Ausländer ist vielleicht voll des Mitleids für diese armen Menschen, denen die Errungenschaften unserer Zivilisation mangeln, in der irrigen Vorstellung, daß dies die Dinge seien, die dem Leben einen Sinn verleihen. Die Folge davon ist dann die Feststellung: „Osten ist Osten und Westen ist Westen, und nie sollen die zwei aufeinandertreffen." In Wirklichkeit begegnen sie sich jeden Tag, an jeder Straßenecke.

Die romantische Einstellung gegenüber dem Osten ist ebenso gefährlich. Samuel Butler*) bewunderte jedes Fehlen von Maschinen. Lafcadio Hearn**) pries den feudalen Gehorsam und den strengen Moralkodex der Gesellschaft und schwärmte für jedes Stückchen Schmutz.

Es ist ein leichtes, die weidlich bekannten Tatsachen über die unvergeßlichen Schönheiten der Heiligtümer und Gärten breitzuwalzen und die architektonischen Leistungen vergangener Jahrhunderte zu bewundern. Vermeidet man dies jedoch, so gerät man in die entgegengesetzte Gefahr der Vereinfachung komplizierter Probleme. Deshalb bittet der Verfasser die wirklichen Kenner Ostasiens um Nachsicht.

Es gibt Leute, die ein paar Monate in fernen Ländern verbringen, einige Bücher lesen und sich dann als Fachleute ausgeben. Dieser Anspruch wird hier nicht erhoben. Obwohl der Verfasser alles versucht hat, um seine Handicaps zu überwinden, ist er doch nicht sicher, daß ihm dies gelungen ist.

Thailand

Bangkok, die einzige große Stadt Thailands, ist ein schläfriger Ort, denn Thailand ist im wesentlichen eine Agrarnation mit unbedeutenden technischen Einrichtungen. Im Gegensatz zu anderen ostasiatischen Ländern war Thailand nie Kolonie. Es bewahrte seine Unabhängigkeit, weil „der hungrige Wolf im Norden" (die Franzosen) sich nicht einigen konnte mit dem „blutigen Hai im Süden" (den Engländern).

Thailand soll das Land der königlichen weißen Elefanten sein. Ich habe nie einen gesehen, wohl aber einige graue, sehr proletarische Dickhäuter, die in einem Sägewerk schwer arbeiten mußten. Eine wohlmeinende Touristenpropaganda vergleicht Thailand mit Dänemark und Bangkok mit Venedig, aber das ist ein Wunschbild. Die dänischen Bauern haben eine gute Schulbildung und einen hohen Lebensstandard und benutzen die neuesten Maschinen, während in Thailand Analphabetentum und Armut herrschen und keinerlei landwirtschaftliche Maschinen vorhanden sind. Venedig hat wie Bangkok Hunderte von Brücken und Kanälen, aber Venedig ist eine Insel, während Bangkok 33 Kilometer vom Ozean entfernt liegt und die kleinen stehenden Kanäle zum Himmel stinken, mehr als die von Venedig.

---

*) 1835—1902, engl. Schriftsteller.

**) 1850—1904, engl. Schriftsteller, der in seinen Werken die Welt des Fernen Ostens schilderte.

Der Tourist erhält Prospekte und illustrierte Broschüren über die öffentliche Wohlfahrt, die in fehlerlosem Englisch geschrieben sind. Sie haben wenig Beziehung zur Realität. Wenn auch sanitäre Einrichtungen im Lande unbekannt sind, ist es doch in jüngster Zeit zu keinen größeren Epidemien gekommen. Lepra gibt es allerdings noch. Die Zahl der Ärzte wird bei einer Gesamtbevölkerung von ungefähr 25 000 000 auf 2000 geschätzt!

Die Löhne betragen oft nicht mehr als 25 Dollar im Monat. Im Süden wird Bergbau betrieben. Thailand exportiert Gummi, Teakholz und Reis.

Bangkok

Diese Stadt mit ungefähr 1,3 Millionen Einwohnern ist die einzige Großstadt in Thailand. In ihr konzentriert sich das kulturelle Leben und die geringe Industrie. Die Stadt ist eindrucksvoll durch die großartigen Tempel, strahlende Denkmäler längst vergangener Zeiten. Niemand vergißt je die Wunder des „Temple of the Reclining Buddha", des „Emerald Buddha", des „Temple of Dawn", des „Marble Temple", der Ruinen von Ayudhya, der alten Hauptstadt, die alle in einem bestimmten Thai-Stil gebaut sind, der die besondere Entwicklung des Buddhismus widerspiegelt.

Überall in der Stadt gleicht die Luft derjenigen in einer schlechtventilierten Dampfwäscherei, denn es gibt nur drei Jahreszeiten: heiß, heißer, am heißesten. Ein öffentliches Schwimmbad existiert nicht. Die thailändischen Kinder baden gern im verseuchten Chao-Phya-Fluß. Lediglich im Royal Golf Club gibt es ein Schwimmbad, das aber den Mitgliedern vorbehalten ist. Da die Thailänder keine Rassentrennung kennen, erhalten verdienstvolle Ausländer manchmal eine Einladung.

Es besteht kein deutlicher Unterschied zwischen den Europäer- und den Thai-Vierteln. Moderne Wohnhäuser sind selten, aber schöne Villen stehen den ausländischen Bewohnern zur Verfügung. Unter den modernen Abscheulichkeiten sei das Denkmal des Sieges von 1918 erwähnt, als die tapfere thailändische Armee die gewaltige deutsche besiegte.

Landwirtschaft

Das besondere an Thailand ist das Vorhandensein eines unabhängigen Bauernstandes. Den Bauern gehört das Land, und dies könnte die Grundlage einer primitiven landwirtschaftlichen Demokratie sein, denn 90 Prozent der Bevölkerung leben in kleinen Dörfern. Die Pflüge besitzen antike Formen, und der allgegenwärtige Wasserbüffel ist die einzige verfügbare Hilfe. Während einer Autofahrt von mehr als 200 km durch das Reisgebiet habe ich nur eine einsame Wasserpumpe gesehen, obwohl die Wasserversorgung für den Reisbau, der hier im wesentlichen manuell durchgeführt wird, von entscheidender Bedeutung ist. Die meisten Häuser auf dem offenen Land sind auf Holzpfählen gebaut, unter welchen die Hühner, Hunde, Katzen und Wasserbüffel leben. Die Hitze, für den Ausländer unerträglich, ist für die Thai von großem Vorteil: je weniger Kleidung man trägt, desto wohler ist einem. Der Nahrungsbedarf wird vermindert. Das Problem der Unterkünfte wird durch ein regensicheres Dach gelöst, das sich leicht aus Palmenstroh herstellen läßt. Diese Verminderung der körperlichen Bedürfnisse führt dazu, daß die Menschen sich leicht in den Stand der Dinge fügen, was auch der vorherrschenden buddhistischen Religion entspricht.

Thailand ist nicht übervölkert. Das Land scheint einen harmonischen und homogenen Charakter zu besitzen. Minderheiten, mit Ausnahme der Chinesen, die wegen der Intensität ihrer Arbeit gehaßt werden, spielen keine Rolle. Der Übergang vom Glanz des Goldenen Buddha, den reichen Villen der herrschenden

Klasse, den bescheidenen Häusern und Slums der Großstadt zu den armseligen Hütten der Dörfer ist ganz allmählich. Es läßt sich keine scharfe Trennung zwischen den Klassen innerhalb der Stadt und zwischen Stadt und Land erkennen.

„Der Angelpunkt der westlichen Allianz"

Thailand ist eine Monarchie, die durch verhältnismäßig friedliche Militärputsche manchmal verschärft und manchmal gemildert wird. Die Sklaverei wurde im Jahre 1905 offiziell abgeschafft. Die absolute Monarchie wurde 1932 durch eine unblutige Revolte beseitigt, aber ungefähr ein Drittel der Mitglieder des Parlaments werden durch die Krone nominiert, d. h. durch den gerade an der Regierung befindlichen Diktator. Nur ein Viertel aller Stimmberechtigten unterzieht sich je der Mühe, zur Wahlurne zu schreiten. Der verstorbene König Chulalongkorn hatte offiziell 96 Frauen und Hunderte legitimer Kinder, wobei er also noch den Mormonenführer Brigham Young übertraf, der nur 27 Frauen hatte. Um das Aufkommen einer proletarisierten Aristokratie zu verhindern, geht der Adelstitel in der vierten Generation verloren. Seit 1932 hat es ungefähr fünfundzwanzig Militärputsche gegeben, von denen einige sogar blutig verliefen.

Im Zweiten Weltkrieg erklärte Thailand unter japanischem Druck den Vereinigten Staaten den Krieg, aber — und dies ist in der Geschichte der Diplomatie einmalig — die Vereinigten Staaten nahmen die Kriegserklärung nicht an, mit dem Ergebnis, daß nach der Kapitulation der Japaner alle Thailänder der von Washington unterstützten freien Thai-Bewegung beitraten.

Nach einem jeden Putsch stellt sich heraus, daß das vorherige Regime korrupt gewesen ist. Aber Korruption sollte hier nicht nach unseren Maßstäben beurteilt werden, denn die größte Loyalität gebührt der Familie und dem Clan. Amerikanische Gangster können von diesem unterentwickelten Land noch eine Menge lernen. Da der gegenwärtige Diktator fortschrittlich eingestellt ist, ist der Genuß von Opium verboten worden. Eine Abteilung der Polizeibehörde stellt Opium für den Export her, eine weitere beschlagnahmt es im Namen des Gesetzes, erhält dafür eine Belohnung und gibt es an eine dritte Abteilung weiter, die es auf dem Schwarzen Markt verkauft.

Zur Zeit ist die Verfassung außer Kraft gesetzt, und das Land wird von der Armee unter Sarit Tharanat regiert. Die Presse unterliegt einer strengen Zensur, politische Parteien sind verboten. Der Diktator hält es für nicht der Mühe wert, Wahlen zu veranstalten. Frühere Mitglieder des Parlaments und viele Intellektuelle sind ohne Gerichtsverfahren inhaftiert. Die Haft wird durch die Bezeichnung „jugendliche Rowdies" gerechtfertigt, obwohl diese „jugendlichen Kriminellen" oftmals achtbaren Alters sind.

Eine kommunistische Bewegung scheint in diesem überwiegend agrarischen Land nicht zu existieren. Es soll eine bei der chinesischen Minderheit geben, deren Angehörige sämtlich nationalchinesische Pässe besitzen, da die Volksrepublik China nicht anerkannt ist.

Die Chulalongkorn-Universität

Diese Hochschule, die einzige Staatsuniversität, wurde im Jahre 1917 gegründet. Sie verfügt über ein gewaltiges Gelände und sehr schöne Gebäude im Thai-Stil. Wie es sich für eine Militärdiktatur geziemt, ist sie voll von Feldmarschällen, Generalen, Majoren und Obersten. Dies spiegelt die allgemeine Situation wider. Die meisten der Professoren müssen zwei oder drei Nebenberufe haben. Die Gebühren sind so hoch, daß das Studium im wesentlichen nur den Angehörigen der oberen Schichten möglich ist. Die anderen Studenten müssen nebenbei arbeiten, um sich ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Der Umfang des Unter-

richts ist eindrucksvoll, aber das Niveau ist niedrig. Das Studium an den neun Fakultäten dauert drei bis fünf Jahre und ist streng reglementiert.

Die Seato Graduate School of Engineering, die 1959 gegründet wurde, ist der Universität angeschlossen. Diese Schule mußte auf einer verhältnismäßig niedrigen Bildungsstufe einsetzen. Die Studenten, die ich traf, waren sehr aufs Lernen versessen, weniger auf das Denken. Das Wort des Dozenten ist höchstes Gesetz. Die Studenten sind nicht imstande, unabhängig zu denken und einmal erworbene Kenntnisse auf neue Probleme anzuwenden.

Die Sprache der Schule ist Englisch, während auf der Universität die Unterrichtssprache Thai ist. In dieser Sprache haben lautliche Unterschiede, die uns geringfügig erscheinen, eine große Bedeutung. Deshalb fällt es den thailändischen Studenten schwer, Wörter zu verstehen, die in verschiedenen amerikanischen, nordischen oder englischen Akzenten ausgesprochen werden.

SEATO

Bangkok ist der Sitz der South East Asia Treaty Organization (SEATO — Südostasienpakt). Die nichtasiatischen Mitglieder dieses Paktes, d. h. Kanada, England, die Vereinigten Staaten, Frankreich, Australien und Neuseeland, sind durch viele historische Bande verknüpft. Die drei asiatischen Mitglieder jedoch, Pakistan, Thailand und die Philippinen, haben keine gemeinsamen Grenzen, keine gemeinsame Sprache, Geschichte oder gemeinsame Wirtschaftsinteressen. Pakistan ist ein mohammedanisches, Thailand ein buddhistisches und die Philippinen sind ein katholisches Land. Pakistan und Thailand haben eine Militärdiktatur. Die drei Länder unterscheiden sich in jeder Hinsicht, mit Ausnahme der Tatsache, daß sie alle unterentwickelt sind, einen hohen Prozentsatz an Analphabeten haben und daß die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung im Elend lebt. Der militärische Wert von Truppen, die aus Ländern ohne moderne technische Einrichtungen kommen, muß bezweifelt werden.

ECAFE

Die „UN-Wirtschaftskommission für Asien und den Fernen Osten" in Bangkok umfaßt Afghanistan, Burma, Kambodscha, Ceylon, Formosa, Indien, Indonesien, Iran, Japan, den Malaiischen Bund, Nepal, Südkorea, Laos, Pakistan, die Philippinen und Vietnam, ein Gebiet, das von 1,5 Milliarden Menschen bevölkert wird. Rußland und China sind nicht Mitglieder. ECAFE erstellt Pläne für die industrielle Erschließung der Bodenschätze, der elektrischen Energie, der Eisen- und Stahlerzeugung, der Wasserstraßen und der Eisenbahnen. Ihr Hauptanliegen ist die Verminderung von Überschwemmungen und die Ausnutzung der Wasserkräfte. Hierzu gehört die Schiffbarmachung, Bewässerung, Entwässerung sowie die Erzeugung von Wasserkraft aus dem Mekong-Fluß. Der Mekong ist mit einer Länge von 4500 km der zehntlängste Fluß der Welt.

Das untere Becken allein hat eine Bevölkerung von ungefähr 17 Millionen. Bis heute gibt es keinen Schutz gegen Überschwemmungen. Nicht eine einzige Brücke verbindet die angrenzenden Länder. Es gibt noch nicht einmal eine genaue Karte des Beckens, und man mußte bei dem Projekt aus dem Nichts anfangen. Mittlerweile hat man mit der Kartenherstellung mit Hilfe von Luftaufnahmen begonnen. Die Vollendung dieses gigantischen Projekts zur Zähmung des Flusses kann zwanzig Friedensjahre in Anspruch nehmen, wenn diese zur Verfügung stehen.

Ein weiteres Projekt der ECAFE ist der Bau einer großen internationalen asiatischen Straße entlang den alten Karawanenwegen, die in der Türkei beginnt, durch Indien hindurchgeht und bis nach Indonesien führt. Wegen seiner strategischen Bedeutung wird dieser Plan von den Russen mit Argwohn betrachtet.

Die Philippinen

Im Gegensatz zu Thailand haben die Philippinen keine eigene Geschichte. Die Inseln wurden 1521 von Spanien erobert und blieben mehr als 400 Jahre lang Kolonie. Die Spanier zerstörten alle Reste der einheimischen Kultur und trugen praktisch nichts zur Entwicklung des Landes bei, mit Ausnahme eines katholischen Anstriches und spanischer Namen. Nach dem Spanisch-Amerikanischen Krieg wurden die Philippinen 1898 eine amerikanische Kolonie. Während des Zweiten Weltkrieges wurden sie von den Japanern erobert und total ausgebeutet. 1946 wurden die Philippinen unabhängig. Die Zerstörungen durch den Krieg sind in Manila immer noch sichtbar.

Das Land

Die Philippinen sind ein ausgesprochen schönes und potentiell reiches Land, das von sehr armen Menschen bewohnt wird. Im Gegensatz zu Thailand gehört den Bauern in der Regel das Land nicht. Es gehört abwesenden Gutsherren, an die die Ernte abgeführt wird, von welcher der Bauer nur einen bestimmten Teil einbehalten darf. Da es dem auf dem Lande Arbeitenden am nötigsten fehlt, ist er völlig vom Landeigentümer abhängig. Jede Opposition wird durch bezahltes Wachpersonal, Gewaltanwendung und Mord unterdrückt. Die aus der Ernte an den Landeigentümer zu leistenden Abgaben sind durch Gesetz geregelt, aber die Kostspieligkeit der gerichtlichen Verfahren und die Dauer der Prozesse (2—3 Jahre) machen das Gesetz unwirksam. So lebt der größte Teil der Landbevölkerung immer noch in semi-feudalen Verhältnissen. Castro ist bei den Zucker-Baronen insofern recht beliebt, als sie sich eine Erhöhung der Importquote der Vereinigten Staaten erhoffen, aber auch bei den besitzlosen Landarbeitern, weil er die Großgrundbesitzer enteignet hat. So sind sich über Castro beide Parteien einig, wenn auch aus verschiedenen Gründen.

Die Philippinen bestehen aus Tausenden von Inseln mit über sechzig Sprachen, von denen einige so primitiv sind, daß die Zahlen aus dem Spanischen entlehnt werden mußten. Offiziell gibt es drei Sprachen: Englisch, Spanisch und das einheimische Tagalog. Die Grundschulausbildung erfolgt in Tagalog, ob die Kinder es verstehen oder nicht. Sie wachsen als Analphabeten in drei Sprachen auf (wie die Puerto-Ricaner in New York in zwei Sprachen). Nur 40 Prozent der Kinder, die die erste Klasse besuchen, erreichen die sechste Klasse. Nur 10 Prozent der Kinder, die in der ersten Klasse beginnen, erreichen einen Kenntnisstand, der unserer Mittleren Reife entspricht. Der Schulzwang (4 Jahre) wird wegen des Mangels an Schulen, Lehrbüchern und Lehrern nicht aufrechterhalten.

Die schlechte Bezahlung der Lehrer und der schlechte Zustand der Schulen begünstigen das Analphabetentum. Offiziell sind nur 40 Prozent der Bevölkerung Analphabeten. Wenn man die Straßen verläßt, so kommt man zurück in die Vergangenheit, wobei ein Kilometer einem oder mehreren Jahren entspricht. Eine Reise von 500 km versetzt einen zurück in das Jahr 1000, in Dörfer ohne Straßen, Elektrizität oder Wasserversorgung, wo primitive Menschen immer noch auf den Bäumen leben. Abwasserbeseitigung und Wasserversorgung sind identisch. Im Süden gibt es Moslems. Auf einigen entfernt liegenden Inseln herrschen immer noch die alten Religionen der Eingeborenen vor. Sogar Kopfjäger soll es hier noch geben.

Manila

Gegen diesen Hintergrund hebt sich die strahlende Stadt Manila ab, wo die Oberschicht am Dewey Boulevard lebt, einer Prachtstraße umgeben von Slums.

In einem mondänen Nachtklub in Manila las ich den Hinweis: „Unsere Gäste werden gebeten, Pistolen und andere Waffen in der Garderobe zu lassen.“ Das

Tragen von Waffen ist nicht auf die Oberschicht beschränkt. Mir wurde gesagt, daß es gefährlich sei, in der Nacht ein Taxi zu benutzen.

Ich habe noch nie so eine gesellschaftliche Kluft gesehen wie die zwischen den oberen amerikanischen Schichten in Manila und der übrigen Bevölkerung, die noch heute wie in längstvergangenen Zeiten lebt. Die besitzlosen Bauern, die in die Stadt abwandern, leben in schrecklichen Slums und teilen das Schicksal des Proletariats von vor 150 Jahren, wie wir es aus den Büchern von Dickens, Thackeray und Karl Marx kennen. Man darf sich deshalb nicht wundern, wenn die Intellektuellen sich von diesen Theorien angezogen fühlen. Die große Zahl kleiner Fabrikationsbetriebe, die Macht der Arbeitgeber und die Korruptheit der Gewerkschaftsführer verhindern einen Zusammenschluß der Arbeitnehmer.

Die Kommunistische Partei versuchte in der Arbeiterbewegung Fuß zu fassen. Sie hatte hiermit keinen Erfolg, weil eine solche Arbeiterbewegung nicht existierte. Die Partei hatte jedoch Rückhalt in der Landwirtschaft und vermehrte sich beträchtlich, als ihre Volksarmee „Huckbalahup" gegen die japanischen Aggressoren kämpfte, während sich große Teile der Oberschicht nicht zur Wehr setzten. Selbst heute noch werden führende Politiker beschuldigt, mit den Japanern kollaboriert zu haben. Die Kommunistische Partei wurde 1948 verboten, lebt aber als Untergrundbewegung weiter.

Es gibt nur eine Staatsuniversität, die University of the Philippines. Darüber hinaus gibt es private Universitäten, denen es finanziell sehr gut geht. Dies zeigt, wie sehr den Philippinos an einer guten Ausbildung gelegen ist. Jedoch haben die meisten der Professoren noch zwei oder sogar drei Nebenberufe, und die Studenten müssen ihren Lebensunterhalt selbst verdienen.

Die National Power Corporation lud mich zu einer Besichtigung der Wasserkraftwerke und in Bau befindlichen Projekte am Agno-Fluß nördlich von Bagio ein. Das Ambuklo-Entwicklungsprojekt ist ein Mehrzweckdamm, der die Aufgabe haben soll, elektrische Kraft zu erzeugen, Wasser für die Bewässerung verfügbar zu machen und der Entstehung von Uberschwemmungen entgegenzuwirken. Ein herrliches System künstlicher Seen ist hier geschaffen worden. Das Binga-Wasserkraftwerk, welches im Mai 1960 eröffnet wurde, ist sehr eindrucksvoll. Auf lange Sicht werden diese Anlagen die Industrialisierung des Landes erleichtern.

Politik

Die Verfassung der Philippinen und die Regierungsform entsprechen amerikanischen Vorbildern. Die Trennung der exekutiven, legislativen und richterlichen Gewalt, ein Ausschuß für anti-philippinische Umtriebe, die Rolle des Postministers als eines illegalen Zensors sind aus Amerika übernommen. Aber solche Einrichtungen können nicht in einem Lande funktionieren, wo der Familie, dem Clan und der Insel alle Loyalität gebührt. Die Grundlage der amerikanischen Demokratie, der Reichtum des Landes und die hohe Arbeitsleistung, fehlen hier.

Wenn die Existenz einer unabhängigen Presse ein Merkmal der Demokratie ist, so gilt dies auf jeden Fall für die Philippinen. Jeden Tag beschuldigt die Oppositionspresse die Regierung der Korruption, und die regierungsfreundliche Presse antwortet mit ähnlichen Vorwürfen. Wahrscheinlich haben beide recht. Die Hauptursache der Korruption ist die Dollarlücke im Außenhandel.

Wirtschaftliche Probleme der unterentwickelten Länder

Ostasien, von dem ich einen mikroskopisch kleinen Teil gesehen habe, wird von einer Milliarde hungriger Menschen bevölkert. Wirkliche Hungersnöte gibt

es vielleicht in China und Indien. Der Begriff des Hungers, unserer Vorstellung fremd, ist dort eine Realität. Jede Politik, die einer im Wohlstand lebenden Gesellschaft angemessen ist, muß hier versagen. Die folgende Aufstellung illustriert den Unterschied zwischen Industrieländern und unterentwickelten Ländern (die Daten sind weder genau noch hundertprozentig vergleichbar und sollen lediglich eine Vorstellung von den Größenordnungen geben):

	Lebenserwartung bei der Geburt	Jahreseinkommen pro Kopf der Bevölkerung in $	Kindersterblichkeit pro 1000
USA	70	2000	26
Japan	68	190	41
Philippinen	51	150	111
Thailand	45	80	180
Burma	34	50	220

Das Problem ist, wie diese unterentwickelten Länder eine Industrie aufbauen können. Dies kann nur geschehen durch die Bildung von Kapital, und dies ist normalerweise ein grausamer Vorgang, bei dem die Arbeiter oder Bauern (oder beide) ausgebeutet werden.

Der Kapitalismus entstand in Westeuropa in enger Verknüpfung mit dem Protestantismus. In Ostasien ist er etwas von außen Kommendes, das den Stempel von Kolonialismus, fremder Herrschaft und Christentum trägt. Die klassische technische Grundlage für die langsame wirtschaftliche und technische Aufwärtsentwicklung der kapitalistischen Länder — unter Betonung des freien Wettbewerbs — war die nicht sehr leistungsfähige Dampfmaschine, die heute überholt ist. Deshalb läßt sich ein solcher Entwicklungsprozeß nicht wiederholen. Ausländische Kredite oder Hilfen können ein Ersatz für die Kapitalbildung sein, aber in welcher Form auch immer sie gewährt werden mögen, in der Vorstellung der Bewohner der unterentwickelten Länder sind sie mit dem Imperialismus und dem Kolonialismus verbunden. Die Russen versprechen einen schnellen, für diese Länder ohne ausländische Hilfe gangbaren Weg durch erzwungene Kapitalbildung in den Händen des Staates, ein Verfahren, von dem wir wissen, daß es für diese Länder zwar anziehend, aber doch auch fragwürdig ist. Ein weiser Hindu hat einen dritten Weg vorgeschlagen, die Entwicklung einer kleinen Industrie: „Was dieses Land braucht, ist ein längerer Besenstiel."

Die unterentwickelten Länder werden ihren Weg zum technischen Fortschritt nicht frei wählen können. Er wird vielmehr von dem Gleichgewicht wirtschaftlicher Stärke zwischen den beiden Großmächten Amerika und Rußland abhängen. Der Weg, der eingeschlagen wird, wird für die Zukunft der Menschheit entscheidend sein, denn in diesen Ländern lebt die Mehrheit der Bewohner unseres kleinen Planeten. „Die Sanftmütigen werden das Erdreich besitzen."

Blätter für deutsche und internationale Politik

HERAUSGEBER:
Hilde Bentele
Franz Beyer
Hermann Etzel
Gerhard Gollwitzer
Manfred Pahl-Rugenstein
Hermann Rauschning
Hans Rheinfelder
Robert Scholl
Karl Graf von Westphalen

IX. Jahrgang Januar 1964 Heft 1

Buchbesprechungen

Zum Thema Staatsnotrecht

F. S. Grosshut: Staatsnot, Recht und Gewalt, Glock & Lutz, Nürnberg 1962. 336 S., Ln. 16,80 DM. Mit einem Vorwort von Dr. Max Hirschberg.

Das Problem dieses Buches: „Gibt es ein Staatsnotrecht, welches der Regierung erlaubt, ihre eigenen Gesetze zu brechen?" existiert nur in relativ demokratischen Ländern. In autokratisch regierten Staaten, charakterisiert durch den Satz „L'état c'est moi", ist ein Führerbefehl ständig rechtens.

In manchen Verfassungen ist ein Notstandsrecht ausdrücklich vorgesehen. Wie wirkt sich das in der Praxis aus? Der Verfasser behandelt diese Frage nur für Deutschland und beginnt mit Bismarck, den er als den Vater des Bösen betrachtet. Als der Landtag ihm das Budget verweigerte, hat er ohne Bewilligung regiert, aber — und dies scheint dem Verfasser dieser Zeilen fundamental — später Indemnität verlangt. Als weitere Analogie aus der Kaiserzeit führt Grosshut die „Staatsnotwehr" gegen die Sozialdemokratie an. Aber in diesem Falle wurde ein besonderes Gesetz gemacht, „Not kennt kein Gebot" war die Begründung der Zabernaffäre und des Überfalls auf Belgien. Aber gegen diese Auffassung der Kaiserzeit als einer Periode des Notstandsrechts spricht die Tatsache, daß nicht erst Bethmann-Hollweg, sondern bereits Lassalle Gesetz und Recht mit einem Stück Papier verglichen hat.

Der Hauptteil des Buches behandelt die Weimarer Republik. Hier wurde der Ausnahmeartikel 48 schließlich zur Regel und öffnete den Weg zur praktischen Abschaffung der Verfassung und den Schrecken der Diktatur. Der Verfasser zeigt, wie die kommenden Herren den gesetzlichen Schutz des bestehenden Staates gegen die Konterrevolution zu einem gesetzlichen Schutz der Konterrevolution gegen den bestehenden Staat verdrehten. Da die Republik (nebenbei gesagt: wie die meisten Staaten) aus der Revolution hervorgegangen war, sei sie illegal. Die Pflicht der Loyalität des Offiziers, des Beamten und vor allem des Richters gelte nicht dem gegenwärtigen, sondern dem kommenden Staat. Schon der Kapp-Putsch wurde mit einem Recht der Notwehr der Reichswehr gegen das Reich begründet. Selbst die bayrischen Separatisten übernahmen die Fiktion eines Notwehrrechts gegen die Republik. Als eine Ablieferungspflicht für illegale Waffen eingeführt wurde, war es so die Pflicht der Nationalisten, die Waffen, die dem Sturz der Regierung dienen sollten, gegen die Regierung zu schützen! Die Verteidiger in den Femeprozessen konstruierten sogar ein Putativ-Notwehrrecht gegen den Staat. So tarnten sich die „nationalen" Mörder mit einem Pseudorecht, und viele Richter haben solche Fiktionen durch praktischen Freispruch der Mörder anerkannt.

Den Gipfel erreichte diese Theorie, als Hitler, gleichzeitig Mörder, Staatsanwalt, oberster Richter, Gesetzgeber und Kanzler, sich selbst amnestierte: „Die zur Niederschlagung hoch- und landesverräterischer Angriffe am 30. Juni und am 1. und 2. Juli 1934 vollzogenen Maßnahmen sind als Staatsnotwehr rechtens."

Der Verfasser zeigt diese Konsequenzen der Notstandstheorie in allen Details mit genauen Quellenangaben und unterbaut seine These mit soziologischen, staatsrechtlichen, psychologischen und historischen Betrachtungen. Interessant sind die Analogien zwischen den Ideen der Nazis und der französischen Nationalisten der Dreyfuß-Affäre. Somit ist dies ein verdienstvolles Werk. Leider ist die Kontinuität des Buches durch Betrachtungen unterbrochen, die nur in losem Zusammenhang mit dem Problem stehen. Darunter fallen u. a. die Organtheorie des Menenius Agrippa, der Mystiker Suso, de Maistre's Staatstheorie und Georges Sorel's „Mythos der Gewalt". Zudem kommen zahlreiche Wiederholungen vor, die den Leser ermüden.

Durch die Beschränkung des Buches auf Deutschland könnte der Eindruck entstehen, als ob die Frage des Notstandsrechts ein spezifisch deutsches Problem sei. Dies ist nicht der Fall. „Right or wrong my country" und „The King can do no wrong" ist eine genaue englische Analogie. Man könnte leicht die Geschichte jedes Landes als die der „Notstandsverbrechen" der Herrscher schreiben.

Angesichts der neuen Bonner Versuche einer Notstandsgesetzgebung ist das Buch aktuell, und seine Warnung verdient volle Beachtung.

Prof. Dr. E. J. Gumbel, New York

BÜCHER

Der Gewerkschafter, Monatsschrift für die Funktionäre der I. G. Metall 12. Jahr. März 64

Ein Tag im Leben des Iwan Denisovitch

Alexander Solschenitzyn: „Ein Tag im Leben des Iwan Denisovitch". Unautorisierte amerikanische Ausgabe, übersetzt von M. Hayward und R. Hingley; F. A. Praeger, New York, 1963; in der Bundesrepublik: Non-Stop-Bücherei, 126 Seiten, 2,40 DM.

Dies kleine Buch, die erste Arbeit eines Unbekannten, ist eine literarische Sensation nicht nur wegen seines aufregenden politischen Inhalts oder seiner hervorragenden literarischen Form, sondern vor allem, weil es in Moskau erschien. Hunderttausende von Exemplaren wurden dort verkauft. In den Vereinigten Staaten existieren zwei Ausgaben, autorisiert und unautorisiert. Auch dies ist bemerkenswert: Schon die Zarenregierung hatte die Berner Konvention zum Schutz des literarischen Eigentums nicht unterzeichnet. Dementsprechend übersetzen die Russen auch heute noch ausländische Bücher, ohne Honorar zu zahlen. Mit dieser Übersetzung wendet sich die Technik des literarischen Diebstahls zum erstenmal gegen Rußland.

Über den Autor wissen wir nur, daß er acht Jahre in sowjetischen Konzentrationslagern saß, dann, 1953, noch drei Jahre nach Sibirien verbannt war, bis er endlich rehabilitiert wurde.

Dies ist die erste in Rußland veröffentlichte authentische literarische Darstellung der Zustände in Stalins Konzentrationslagern. Uns im Westen waren diese Tatsachen durch frühere Berichte, etwa Susanne Leonhards „Gestohlenes Leben" wohlbekannt. In Rußland wurden sie mehr als ein Jahrzehnt lang mit letzter Schärfe dementiert. Obwohl Chruschtschows Rede auf dem 20. Parteitag dort niemals vollständig veröffentlicht wurde, sickerte das Wissen um die Konzentrationslager durch. Aber man konnte annehmen, daß der größenwahnsinnige Tyrann hauptsächlich die Opposition innerhalb der Partei und der Oberschicht mit diesen grauenhaften Methoden beseitigte und so Machtkämpfe beendete. In der vorliegenden Schilderung wird aber nicht der Sturz von Ministern, Staatssekretären, hohen Bürokraten, Industriekapitänen, sondern das Schicksal von einfachen Menschen gezeigt, die in die Räder einer für sie unentwirrbaren, undurchsichtigen und ausweglosen Schreckensmaschine geraten.

Das erbarmungslose Leben von vielleicht zehn Millionen Namenlosen wird hier in wenigen, ganz klaren Strichen aufgewiesen. Zum erstenmal erfährt man in Rußland die ganze Tiefe und Ausdehnung dieses Problems. Der Held Iwan Denisovitch Schukoff ist jedermann. Irgendwo in Sibirien, zur Zeit des Koreakrieges, müssen Tausende bei 17° Kälte mit ungenügender Ernährung, mangelhafter Kleidung, schlechten Schuhen, ohne Schutz gegen Wind und Kälte, unmenschlich hart, mit ständig versagenden Werkzeugen arbeiten. Der Tag dauert von 5 Uhr früh bis 10 Uhr abends. Die „Freizeit" wird mit Appellen und Warten auf den Fraß verbracht. Für das kleinste Vergehen droht Einzelhaft im „Kühlschrank". Zehn Tage ruinieren fürs Leben, nach vierzehn Tagen werden die Leichen verscharrt.

Über den Gefangenen steht ein Terrorapparat: die Zugführer, die Kalfaktoren, die Schieber, die Ordonnanzen, die betrügerischen, vollgefressenen Köche, die Sanitäter, die Schreiber, bis zu den Ärzten und „freien Arbeitern". Jeder muß für jede Leistung bestochen werden. Daher die absolute Notwendigkeit, Material ins Lager hineinzuschmuggeln. Um dies zu verhindern, müssen die Gefangenen sich bei der Rückkehr von der Arbeit halbnackt ausziehen, mit nassen Füßen im Eis stehen, um untersucht zu werden.

So lebt der Bauer Schukoff, als Spion verurteilt, weil er nach zwei Tagen deutscher Kriegsgefangenschaft entkam und dies meldete, der gläubige Alyoscha, der das Lager als Prüfung für das bessere Jenseits hinnimmt, der Schieber Caesar, der seinen Beruf auch hier fortsetzt, Tjurin, eingesperrt, weil er, der Sohn eines Kulaken, aus Irrtum in die Rote Armee eingezogen wurde, der frühere Kapitän Buynowsky, der, während des Krieges zu den Engländern abkommandiert, als Verräter gilt, weil er von einem englischen Offizier einen rührenden Dankesbrief bekam.

In den Gesprächen der Gefangenen fällt kein Wort über Politik. Höchstens eine höhnische Bemerkung: „Glaubst du wirklich, daß der Schnauzbart in Moskau mit uns Mitleid hat?" Keiner beschwert sich über die Verurteilung. Wozu auch? Daß Unschuldige eingesperrt werden, ist selbstverständlich. Denn die Verbrechen sind im Strafgesetzbuch so vage definiert, daß niemand seine Unschuld beweisen kann. „In der guten, alten Zeit bekam man zehn Jahre aufgebrummt. Niemand ist bisher entlassen worden. Seit 1949 bekommt jeder fünfundzwanzig Jahre."

Das Ende des Buches ist pathetisch: Schukoff legt sich schlafen. Er war glücklich, denn er war trotz zu später Aufstehens (weil er sich krank fühlte) nicht in den „Kühlschrank" gekommen, er hatte einen zweiten Teller Suppe ergattert, seine Arbeit war (mit der Norm von 500 Gramm Brot) anerkannt worden, er hatte ein Stück Stahl hineingeschmuggelt und etwas Tabak eingetauscht. Nichts hatte die Schönheit des Tages beeinträchtigt. Zu 3653 solcher Tage war er verurteilt — die extra drei Tage wegen der Schaltjahre.

Das Werk steht turmhoch über dem Zuckerbäcker- und Gartenlaubestil, auch sozialistischer Realismus genannt, den wir von der Zone her kennen. Aber es ist realistisch und tief wie Dostojewsky. Solschenitzyn ist ein großer Schriftsteller: Ihm gab ein Gott zu sagen, was er litt.

In einem Vorwort rechtfertigt Alexander Twardowsky, Herausgeber der Moskauer Literaturzeitschrift „Novy Mir" die Publikation mit Berufung auf den in Rußland veröffentlichten Teil von Chruschtschows Rede: „Wir müssen der Partei und dem Volk die Wahrheit über (Stalins) Mißbrauch der Macht sagen — schon um zu verhindern, daß solches jemals wieder geschieht." Nach Twardowsky beweist das Erscheinen der Novelle, „daß jede Phase des russischen Lebens heute wahrheitsgemäß in der Literatur behandelt werden kann, vorausgesetzt, daß der Autor Talent hat." Pasternak scheint nicht in diese Kategorie zu fallen.

E. J. Gumbel, New York

Zeitschrift „Büchergilde"

informiert vierteljährlich über die Neuerscheinungen (durch Besprechungen, Leseproben und Abbildungen) und über alle lieferbaren Bücher und Schallplatten (Sonderauflagen Decca, Telefunken zu Mitgliedspreisen).

Für diesen Gutschein schickt Ihnen die Büchergilde Gutenberg, 6 Frankfurt am Main 16, Postfach 16 220, kostenlos und unverbindlich die farbige Zeitschrift „Büchergilde"

Name ....

Anschrift ....

die wir das deutsche Volk von seinen Unterdrückern und den Mittelstand von seinen Steuern befreien wollen?«

Das war Honig. Da jauchzten die Mittelständler. Diese armen Seelchen haben ja keine Ahnung von den Zusammenhängen der Weltwirtschaft und von den Grundlagen der Weltpolitik. Ihnen ging das nationalsozialistische Hexen-Einmaleins glatt auf. Ein Rechenxempel in der Klippschule.

Das ist das erschütternd Trostlose an dem Wahlergebnis vom 14. September, daß die Welt sehen muß, wieviel Millionen politische Analphabeten es noch in Deutschland gibt.

Die Millionen von Hitlerwählern sind nicht etwa ebensoviel Millionen zum Revanchekrieg entschlossener Teutonen. Sie denken gar nicht daran, ihr Blut riskieren zu wollen. Sie möchten nur ihr Gut wahren, und sie bilden sich ein, die nationalsozialistische Sackgasse sei der Weg in die Steuerfreiheit.

Das ist beruhigend – für das Ausland – und höchst beunruhigend für das Inland. Denn wie soll irgendeine Regierung vernünftig Politik machen mit Millionen von Wählern, die noch nicht einmal das politische ABC kapiert haben?

Die Heidelberger Krawalle
Universität und Reaktion

›Dortmunder General-Anzeiger‹, 3. Februar 1931

Der ›Dortmunder General-Anzeiger‹ gehörte in der Weimarer Republik, geleitet von Jakob Stöcker, zu den mutigsten demokratischen Zeitungen Deutschlands; seine Stimme wurde weit über die regionalen Grenzen hinweg gehört.

Professor E. J. Gumbel, bedeutend als mathematischer Statistiker wie als Autor politischer Schriften (»Vier Jahre politischer Mord«, »Verschwörer«, »Verräter verfallen der Feme«), durch die er sich den tödlichen Haß der deutschen Nationalisten zugezogen hatte, ist einer jener Gelehrten, die (wie vor ihm die Professoren Albert Einstein, Friedrich Wilhelm Foerster, Georg Friedrich Nicolai) schon vor der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten von ihren Lehrstühlen an deutschen Universitäten verjagt und zur Emigration gezwungen wurden.

Die universitätspolitische Situation in Heidelberg hat sich in unwahrscheinlicher Weise zugespitzt, so daß es in der friedlichen Stadt zum ersten Male seit langer Zeit zu Krawallen gekommen ist. Den äuße-

Will Schaber & Walter Fabian
Leitartikel bewegen die Welt
Cotta, 1964

ren Anlaß, nicht den Grund, bot die Ernennung des Privatdozenten Dr. Gumbel zum außerordentlichen Professor. Es handelte sich hierbei nur um eine Titelverleihung ohne materielle Bedeutung, eine platonische Ehrung, welche Privatdozenten mit wissenschaftlichen Leistungen nach vier bis fünf Jahren üblicherweise zukommt. Im vorliegenden Fall dauerte es sogar über sieben Jahre, wovon nahezu zwei mit Verhandlungen über dieses Problem ausgefüllt waren.

Das Hauptargument der Nationalsozialisten war nun, daß die Ernennung vom Ministerium aus parteipolitischen Gründen erfolgt sei und daß hierdurch die Rechte der Universität verletzt worden seien: Gumbel sei der Universität aufgedrängt worden. Diese Studenten erklärten in anerkennenswerter Offenheit, daß sie in Gumbel das »System« bekämpften und beschimpften ihn als Lump, Schweinehund, Landesverräter und russischen Agenten. Da die nationalsozialistischen und korporierten Studenten den Allgemeinen Studenten-Ausschuß (Asta) beherrschten, konnten sie ihre Tätigkeit als einen Kampf der gesamten Studentenschaft gegen einen Eindringling darstellen.

Nachdem Rektor, Senat, Fakultät und Ministerium monatelang in dieser Sache geschwiegen hatten, kam es zu einer Landtagsinterpellation, in der die zentrale Behauptung der Nationalsozialisten einfach zerplatzte. Der Unterrichtsminister Remmele verlas den Brief, den er wegen der Ernennung an die Fakultät geschrieben hatte, und die Antwort, die der Dekan und zwei angesehene Professoren, deren nationale Gesinnung bisher nie angezweifelt worden ist, Güntert und Ranke, seinem Vertreter gegeben hatten:

»Falls das Ministerium dem Privatdozenten Dr. Gumbel die Amtsbezeichnung ›außerordentlicher Professor‹ gleichzeitig mit dem Privatdozenten Dr. Glockner verleihen würde, so würde die Fakultät Bedenken dagegen nicht erheben.«

Diese Zustimmung war in der politisch durchaus ruhigen Situation des Juli 1930 gegeben worden. Nach dem Anwachsen der faschistischen Bewegung versuchte die Fakultät davon abzurücken:

»Da die Regierung vor der Verleihung des Titels eines außerordentlichen Professors an den Privatdozenten Dr. Gumbel loyalerweise durch schriftliche Anfrage beim Dekan mit der Fakultät Fühlung nahm, kann die Fakultät lediglich feststellen, daß sie vielleicht in ihrer Mehrheit Bedenken erhoben hätte, wenn die Frage der Regierung allen Mitgliedern bekannt geworden wäre.«

Damit war offenkundig, daß vom Ministerium keinerlei Eingriff in die akademischen Rechte auch nur versucht worden war und daß Gumbel den Titel ordnungsgemäß erhalten hatte.

Angesichts dieses Zusammenbruchs der zentralen Behauptung blieb den Nationalsozialisten nur übrig, entweder den ganzen Kampf einzustellen oder einen Krach zu provozieren. Sie wählten das letztere. Die neue Forderung des Asta, er werde sich an der Reichsgründungsfeier nur beteiligen, wenn Gumbel in Zwangsurlaub geschickt werde, ist nur durch diese Absicht erklärbar. Denn zu solchen Forderungen ist der Asta in keiner Weise berechtigt. Und er mußte wissen, daß das Ministerium hierauf mit schärfsten Maßnahmen antworten werde. Dies geschah in der Tat. Der Asta wurde aufgelöst. Damit zerstörte das Ministerium die ideelle Basis des Kampfs. Zudem bedeutete dies, daß die Nationalsozialisten nicht mehr über die Gelder verfügen können, die jeder Student in jedem Semester für die Studentenvertretung bezahlen muß. Bei etwa 2500 Studenten und zwei Mark Beitrag im Semester machte dies 5000 Mark aus. Auf diese Entziehung der ideellen und materiellen Basis mußten die Nationalsozialisten mit weiteren Krawallen antworten. Trotz des in Baden bestehenden allgemeinen Demonstrationsverbots veranstalteten sie eine Versammlung, wissend, daß die Polizei einschreiten werde. Sie versuchten in der Universität, Juden und Sozialisten zu verprügeln, und entrüsteten sich, als die Polizei daraufhin das geheiligte Gebäude betrat. Am nächsten Tage forderten sie vom Rektor, daß er der Polizei für zukünftige Fälle den Zutritt zur Universität verbiete. Sie verlangen also das Recht, die Sozialisten ungestraft verprügeln zu dürfen.

Der Rektor versuchte umsonst, in einer allgemeinen Studentenversammlung die aufgeregten Gemüter zu beruhigen. Obwohl er von einem Mißverständnis bei Gumbels Ernennung sprach und einen Protest des Senats gegen die Auflösung des Asta verlas, waren die Nationalsozialisten unversöhnlich. Sie verwarfen den vom Rektor unternommenen Versuch der Einrichtung einer neuen Studentenvertretung, verließen die Versammlung und gründeten eine sogenannte »Deutsche Studentenschaft«. Denn es handelt sich für sie um eine Machtprobe, sie verlangen Gumbels Entlassung. Zu diesem Zweck wurde eine groteske »Volksabstimmung« veranstaltet, an der die Einwohnerschaft Heidelbergs sich, wie die Autoren selbst betonen, ohne behördliche Kontrolle eintragen soll. Da die Listen in vielen Lokalen aufliegen und jeder sich ungestört mehrfach eintragen kann, sind bei den 70 000 Einwohnern Heidelbergs leicht 100 000 Stimmen selbst bei geringer Beteiligung zu erzielen. Die Behörde wird auf dieses groteske Unternehmen vermutlich gar nicht reagieren und in Gumbel die akademische Freiheit gegen den Terror der Straße verteidigen.

lassen, nicht erst abgewartet, bis es angenagelt ward. Das Militärgericht hat nun – so hat es dem Manne der Major-Auditor gesagt – angenommen, daß er das Bild absichtlich und in gehässiger Weise zerrissen und auf den Boden geworfen habe. Das heißt, das Gericht hat in die Tat, die an sich jede Erklärung zuläßt, das Motiv einfach hineingelegt; und da jene Handlung nur dann eine strafbare Handlung wäre, wenn sie aus diesem und nur aus diesem Motiv geschähe, so beruht die ganze Ehrfurchtsverletzung einfach auf einer Annahme des Gerichtes. Jemand wirft ein Stück Papier weg – der Anlaß und Antrieb zu dem Wegwerfen ist hier ausreichend dargetan –, auf dem sich ein Bild des Kaisers befindet. Vor dem Gericht steht nur das Wegwerfen, das an sich natürlich nicht strafbar ist. Das Gericht entschließt sich nun, anzunehmen, er habe das Wegwerfen in gehässiger Weise verübt, und das Verbrechen der Majestätsbeleidigung ist zustandegebracht. Es ist die einfachste Sache von der Welt! »Gib mir eine Zeile, und ich bring' dich an den Galgen!«

Zu welcher Strafe ist nun Otto Paar wegen dieses Zerreißens eines wertlos gewordenen Kalenders verurteilt worden?

Zu vier Jahren schweren Kerkers!

Eine so ausgetüftelte Majestätsbeleidigung und eine so schwere Strafe (die Höchststrafe ist fünf Jahre): man lernt die Militärgerichte allmählich kennen! Dabei wird wohl auch hier niemand von hochverräterischen oder unpatriotischen Umtrieben zu sprechen wagen? Ein alter, braver deutscher Arbeiter in Tirol: Da versagt jener bequeme Vorwand, mit dem man diese Militärjustiz rechtfertigen oder beschönigen möchte! Wir müssen auch immer wieder sagen: Keiner dieser Fälle, die wir jetzt ans Tageslicht ziehen, ist vereinzelt. Neben den Verfolgungen wegen des Verbrechens der Störung der öffentlichen Ruhe waren ja die Majestätsbeleidigungen das handlichste Objekt dieser Militärjustiz. Jedes unbedachte oder auch nur ungeschickte Wort war natürlich eine Majestätsbeleidigung, und vier Jahre schweren Kerkers war so die Normalstrafe. Man kann die von diesen Militärgerichten wegen politischer strafbarer Handlungen gegen Zivilpersonen verhängten Strafen auf viele Zehntausende Jahre schweren Kerkers schätzen. Was wohl der alte Kaiser Franz Josef, der durch sein ganzes Regieren vor Verfolgungen wegen Majetätsbeleidigung die stärkste Abneigung zeigte, empfunden haben möchte, wenn er erfahren hätte, daß am Spätabend seines Lebens seine Majestät diesen Schutz empfängt? Vier Jahre wegen des Wegwerfens eines wertlosen Blattes Papier! Und Ungezählte schmachten ob solcher »Verbrechen« im Kerker, und keine Amnestie erscheint, um das Unrecht wenigstens nachträglich gutzumachen!

E. J. Gumbel

Ungesühntes Blut
Zur Soziologie der politischen Morde in Deutschland

›Süddeutsche Sonntags-Zeitung‹, Heilbronn, 13. Mai 1922

E. J. Gumbel verlor seine Professur an der Universität Heidelberg bereits vor der nationalsozialistischen Machtergreifung, und sein Name stand 1933 auf der ersten Liste der Ausgebürgerten. Der folgende Artikel aus der ›Süddeutschen Sonntags-Zeitung‹ (die später in Stuttgart als ›Die Sonntags-Zeitung‹ erschien) erinnert an die Ursachen des Hasses, mit dem die Hitlerleute den Gelehrten verfolgten: Gumbel hatte in den Jahren der Weimarer Republik immer wieder auf die zahllosen ungesühnten politischen Morde von rechtsradikaler Seite verwiesen. Auch die Tätigkeit der »Schwarzen Reichswehr« hatte er mutig enthüllt.

Der Verfall der politischen Sitten hat in den letzten Jahren in Deutschland eine Massenerscheinung hervorgebracht, die vordem hier vollkommen unbekannt war: den *politischen Mord.* In den drei Jahren 1919 bis 1921 sind 378 Morde von rechts und 20 von links vorgekommen. Auf diese Weise sind fast sämtliche Führer der extremen Linken durch ungesetzliche Handlungen beseitigt, dagegen ist kein einziger Führer der extremen Rechten getötet worden.

Wie ist diese ungeheure Differenz von 378 Morden von rechts gegen 20 von links zu erklären? Falsch wäre es meines Erachtens, zu sagen: Die Linken sind eben moralisch höher stehend. Der wirkliche Unterschied zwischen den Parteien ist meines Erachtens kein moralischer, sondern ein technischer. Die Anhänger der Linksparteien sind durch Jahrzehnte gewerkschaftlicher Schulung gegangen, die ihnen die Massenaktion als einzig wirksames Kampfmittel predigte. Denn der linken Bewegung liegt die materialistische Geschichtsauffassung zugrunde, welche die ökonomischen und technischen Momente als in der Geschichte wirkende Faktoren betont. Bei den Rechten fehlt eine solche Gewerkschaftsschulung. Ihnen geht es einzig darum, die für sie durch die Worte Ruhe und Ordnung charakterisierte anarchische Wirtschaftsordnung aufrechtzuerhalten. Und diesem Ziel entsprechen individuelle Mittel, die in ihrer Wirkung mit der anarchistischen Propaganda der Tat identisch sind. Denn die Rechte ist Anhängerin der heroischen Geschichtsauffassung, wonach der Held die Geschichte macht. Entsprechend ist die Rechte geneigt zu hoffen, sie könne die linke Opposition, die getragen ist durch die Hoffnung auf eine radikal

andere Wirtschaftsordnung, dadurch vernichten, daß sie die Führer beseitigt. Und sie hat es getan: Alle Führer der Linken, die sich offen dem Krieg entgegensetzten, zu denen die Arbeiterschaft Vertrauen hatte, Liebknecht, Rosa Luxemburg, Eisner, Haase, Jogisches usw. sind tot.
Unzweifelhaft ist die Wirksamkeit dieser Technik für den Augenblick. Die Linke hat keinen bedeutenden Führer mehr, keinen Menschen, von dem die Massen das Gefühl haben: er hat soviel um uns gelitten, soviel für uns gewagt, daß wir ihm blindlings vertrauen können. Dies hat die Arbeiterbewegung um Jahre zurückgeworfen, so daß an der augenblicklichen Wirksamkeit dieser Methoden nicht zu zweifeln ist.
Der Erfolg dieser Morde ist um so größer, als keinerlei Strafe erfolgt ist. Die relativ wenigen Attentate gegen Reaktionäre sind so gut wie sämtlich durch schwere Strafe gesühnt. Von den sehr zahlreichen Attentaten gegen Männer der Linken ist dagegen kein einziges gesühnt. Gutgläubigkeit, falsch verstandene Befehle oder letzten Endes auch Verrücktheit waren hier immer Entschuldigungsgründe, soweit überhaupt ein Verfahren stattfand. Selbst wenn nachgewiesen ist, daß der Ermordete unbeteiligt war, so entwickelt sich folgendes neckische juristische Spiel. Ein Offizier hat einen Befehl gegeben, der dahin aufgefaßt werden konnte: Spartakisten sind zu erschießen. Der Untergebene erschießt Menschen, die er für Spartakisten hält, und wird freigesprochen, weil er im Glauben sein konnte, auf Befehl zu handeln. Er wird also wegen Putativspartakismus freigesprochen. Genau wie seinerzeit der Leutnant von Forster wegen Putativnotwehr. Gegen den Offizier wird aber nicht eingeschritten. Denn der Befehl hat entweder nicht so gelautet, oder, wenn er so gelautet hat, dann war er eben kein Dienstbefehl.
Diese unglaubliche Milde des Gerichts ist den Tätern wohlbekannt. Daher unterscheiden sich die politischen Morde in Deutschland von heute von den früher in anderen Ländern üblichen durch zwei Momente: ihre Massenhaftigkeit und ihre Unbestraftheit. Früher gehörte zum politischen Mord immerhin eine gewisse Entschlußkraft, ein gewisser Heroismus war dabei nicht zu leugnen: der Täter riskierte Leib und Leben, Flucht war nur unter außerordentlichen Mühen möglich. Heute riskiert der Täter gar nichts. Mächtige Organisationen mit Vertrauensleuten im ganzen Lande sichern ihm Unterkunft, Schutz und materielles Fortkommen. Gutgesinnte Beamte, Polizeipräsidenten, geben falsche richtige Papiere zur eventuell nötigen Auslandsreise. Man lebt in den besten Hotels herrlich und in Freuden: Der politische Mord ist aus einer heroischen Tat zu einer leichten Erwerbsquelle geworden. Daß dies unmöglich wäre ohne die allerdings vielleicht unbewußte Mithilfe der Gerichte, liegt auf der Hand. Diese meine These wird

auch von den meisten rechtsradikalen Blättern vertreten. Häufig kann man dort Sätze lesen wie: »Es ist schade, daß der Landesverräter Soundso« (ein Pazifist, dem in strafrechtlicher Hinsicht nicht das Mindeste auch nur nachgesagt werden kann) »nicht in Deutschland, sondern in einem anderen Lande lebt. Dort kann ihn leider nicht wie Erzberger der Arm der strafenden Gerechtigkeit erreichen.« Man kann also danach einen politischen Gegner, der im Ausland wohnt, nicht ermorden. Aber nicht etwa, weil es technisch nicht möglich wäre, was nicht der Fall ist, sondern weil man dort das Risiko trägt, bestraft zu werden. Trotz diesen schrecklichen Tatsachen möchte ich die Behauptung, daß die deutschen Richter mit Bewußtsein das Recht beugen, nicht unbedingt bejahen. Sie lassen zwar über 300 Morde straflos ausgehen, aber ich möchte für sie auf mildernde Umstände plädieren. Es fehlt ihnen das Bewußtsein der Strafbarkeit ihrer Handlungen. Aus der alten Zeit her, wo das heutige Wirtschaftssystem von äußeren Angriffen unbedingt geschützt war und wo die Anhänger der Rechtsparteien unbestritten die obere Schicht bildeten, ist ihnen der Gedanke, daß aus dieser Kaste eine Reihe von unbestrittenen Mördern und Mordanstiftern hervorgehen könnte, unvorstellbar. Wird ein Anhänger der linken Parteien von rechts ermordet, so kann die Psyche des Richters sich nicht von der Tatsache loslösen, daß der Ermordete sein Feind war und eigentlich schon seiner Gesinnung wegen schwer hätte bestraft werden müssen, daß der Mörder eigentlich doch nur der strafenden Gerechtigkeit zuvorgekommen ist und schon deswegen mild zu behandeln war. So kommt es häufig vor, daß bei der Gerichtsverhandlung nicht der Mörder, sondern der Ermordete moralisch vor dem Richter steht. Der Mörder aber gehört derselben sozialen Schicht, demselben Leben an wie der Richter. Unzählige soziale Bande verknüpfen den Mörder-Offizier und den Richter, der ihn freisprechen wird, den Staatsanwalt, der das Verfahren einstellen wird, den Zeugen, der den Fluchtversuch eingehend schildert. Sie sind Fleisch von einem Fleisch, Blut von einem Blut. Der Richter versteht ihre Sprache, ihr Fühlen, ihr Denken. Zart schwingt des Richters Seele unter der schweren Maske des Formalismus mit den Mördern mit. Der Mörder geht frei aus. Wehe aber, wenn der Mörder links steht. Dem Richter, der selbst zu den früher auch offiziell oberen Klassen gehört, ist der Gedanke, daß diese Wirtschaftsordnung geschützt werden müsse, von altersher vertraut. Beruht doch auf ihr seine eigene Stellung. Und jeder Gegner dieser Wirtschaftsordnung ist an sich verwerflich. Der Angeklagte ist jeder Schandtat fähig. Und kann er auch nur annähernd überführt werden, so ist strenge Bestrafung sein sicheres Los.

Begegnung mit einem Uberlebenden:

Der Gewerkschaftler No 1. Jan 65 13. Jahrg

Wir sprachen mit Prof. Emil J. Gumbel

Frankfurt a. M.

152

Prof. Gumbel, einst der von den Braunen bestgehaßte Mann an der Universität Heidelberg, lehrt jetzt an der Columbia University in New York. Sein Fach ist die mathematische Statistik, der heute, genau wie der Kybernetik, wachsende Allgemeinbedeutung zukommt. Er hat vor kurzem das von der Fachliteratur als wegweisend bezeichnete Werk „Statistics of Extremes" veröffentlicht. Vor 1933 waren seine anklagenden und entlarvenden Dokumentationen unser Rüstzeug. Von Hand zu Hand gingen: „Vier Jahre Mord" (1923); „Verräter verfallen der Feme" (1929); „Laßt Köpfe rollen" (1932). Unbeirrt, tapfer warnte Gumbel vor jener verhängnisvollen Entwicklung, die vom Fememord zur Reichskanzlei führte.

Vor einigen Monaten lehrte Gumbel als Gastprofessor an der Universität Hamburg. Auf der Rückreise nach den USA machte er in Frankfurt Station, so kam es, daß an

Prof. Gumbel, ein in der Weimarer Republik von der Reaktion gehaßter und verleumdeter Demokrat, besuchte die Bundesrepublik.

mich die Frage gerichtet wurde: „Möchtest du mit Prof. Gumbel sprechen?" „Doch nicht der alte Gumbel aus der Weimarer Zeit?" fragte ich naiv. „Eben der", hieß es, „hei lewet noch. Du triffst ihn im Gewerkschafts-Hotel." Ich erwartete ein Stück Erinnerung aus uralter Vergangenheit — ich traf einen höchst lebendigen Menschen aus der heutigen Zeit. Der 73jährige schritt mir groß, schlank, lebhaft entgegen. Sein Gelehrtenoval, der charakteristische „Eierkopf" war mir altvertraut und gegenwärtig. Gleich zu Beginn trat ich ins Fettnäpfchen: „Sie haben uns geweckt und aufgerüttelt in jenen Tagen, wurden uns zur Legende ..." Er belehrt mich — entschieden, aber bescheiden —, er sei nur einer unter vielen gewesen, und zudem sei er keineswegs legendär, sondern durchaus gegenwärtig. Etwas unwillig nennt er mich „junger Mann" (mit 55 hört man das gern). Daß er selbst noch jung ist, beweist sein kürzlich abgelegter Führerschein.

Ich stelle die ewige Frage jedes deutschen Interviewers an einen Emigranten: „Welche Eindrücke haben Sie, Herr Professor, nun bei Ihrem Wiedersehen mit Deutschland, nach so langer, so schrecklicher Zeit, und welche Vergleiche ziehen Sie gegenüber den Tagen des Verfalls der Weimarer Republik?"

„Damals", meint der Professor versonnen, „scheiterte die Republik am Problem der Massenarbeitslosigkeit. Die Nazis prägten das verlorene Schlagwort ‚Volk ohne Raum'; heute könnte man in amüsanter Umkehrung von Raum ohne Volk sprechen. Die Vollbeschäftigung scheint auf längere Zeit gesichert. Hunderttausende von Gastarbeitern müssen in die deutsche Wirtschaft einbezogen werden, und so ist es nicht erstaunlich, daß die ersten Menschen, die mir in Frankfurt begegneten, ein Italiener, eine Jugoslawin und ein Algerier waren. Aus diesem Grunde finde ich es absurd, bei den Flüchtlingen Illusionen von Rücksiedlungsmöglichkeiten in die alte Heimat zu erwähnen oder gar Grenzforderungen, insbesondere nach Gebieten zu erheben, die niemals zu Deutschland gehörten. Deutschland ist in seinen jetzigen Grenzen industriell unterbevölkert. Allerdings habe ich schon viele Bäume gesehen, die nicht in den Himmel wachsen, und so ist Skepsis geboten — zumindest für eine fernere Zukunft, da sich auch in Deutschland die Automatisierung im gesamten Wirtschafts- und Verwaltungsprozeß durchsetzen wird. Dies wird sicher zu neuen Problemen führen. Jetzt laufen die Fabriken noch den Arbeitern nach. Daraus ergeben sich für die Arbeiter heute potentielle und faktische Machtpositionen. Wie weit werden sie gesehen und ausgenutzt? Den Gewerkschaften fallen hier historische Aufgaben zu. Deshalb erscheint mir auch das erfolgreiche Erbacher Abkommen der IG Metall — von dem Sie hier berichten — als eine so wichtige und gute Sache, insbesondere was den Urlaub anbelangt."

Auf meine Frage, wie er die heutige deutsche Universitäts-Jugend beurteilt, meinte Professor Gumbel, es sei für ihn sehr erfreulich gewesen, zu sehen, wie sehr seine Hörer, die Hamburger Studenten, sachlich nüchtern und berufsinteressiert im Leben stehen und sich auch des Lebens freuen wollen. Sie waren mit Eifer dabei und zeigten echtes wissenschaftliches Interesse. Hierin sieht er einen gewaltigen Unterschied zu den damaligen Verhältnissen, als so viele Studenten dem nationalistischen Rausch erlagen und für ein fiktives Großdeutschland sterben wollten. „Heute bejaht diese akademische Jugend ihren Staat. In der Weimarer Republik aber verneinte sie ihn verbittert, ließ sich aufputschen und lief menschenfeindlichen Reaktionären von gestern und neuen Götzen nach. Diese Menschenfresser-Ideologie wurde in Auschwitz zur Wirklichkeit.

So erfreulich dieser Eindruck war — etwas anderes machte Professor Gumbel tief besorgt: Auch heute noch fand er keine Arbeiterkinder an der Universität. „Das Bildungsmonopol der Besitzenden ist nicht gebrochen. Das bedeutet angesichts der Vollbeschäftigung und der unvermeidlichen Automatisierung einen echten Bildungsnotstand.

Wenn ich zudem von Ihnen höre, daß es noch Tausende von Einklassenschulen in Deutschland — insbesondere in Bayern — gibt, dann fasse ich mir über diese mangelnde Bildungsmöglichkeit an den Kopf. Um die Bildung des Volkes der Dichter und Denker ist es nicht gut bestellt. Das ist schlimm angesichts der Konjunktur in einem so reichen und industriell aufgeschlossenen Land. Selbst wenn man eine ethische oder pädagogische Wertung unterläßt und die wirtschaftlichen Konsequenzen betrachtet, sind sie schlimm genug. Potentielle Quellen der Produktion werden verstopft. Es finden sich doch unter allen Babys gleichermaßen Begabungen, ob in Bayern oder Berlin, ob unter den Arbeitern oder anderen Schichten. Die jetzige unsinnige Verschwendung von technischen Reserven kann sich kein Land leisten, das an der Spitze der Produktion bleiben will. Die Arbeit wird immer komplizierter. Intelligenz, Qualifizierung, Bildung wird immer nötiger. Man kann also ausrechnen, wann Deutschland ein unterentwickeltes Land sein wird, wenn nicht umwälzende gesellschaftspolitische Änderungen in der Ausbildung herbeigeführt werden. Schweden, England und in bestimmtem Umfang die USA haben das Bildungsmonopol gebrochen. Warum kann West-Deutschland das nicht auch?" Bei diesen letzten Ausführungen sind wir schon auf der Straße. Ich begleite den vitalen Mathematiker. Er will sich eine Neuerscheinung über statistische Reihenlehre beschaffen. Ich möchte ihm im Großstadtverkehr behilflich sein, aber er ist es, der mich an einer Straßenkreuzung im wirren Arbeitsschlußtrubel am Arm nimmt und sicher hindurchbugsiert. Es war wirklich ein Vergnügen mit Professor Gumbel zu sprechen, und ich bin sicher, daß jede Universität, die ihn einlädt, von seinen Erfahrungen und seinem Wissen profitieren wird.

HEINZ BRANDT

Fabian Bachrach

Lee M. Limbert

EMIL J. GUMBEL, 75, COLUMBIA TEACHER

Dr. Emil J. Gumbel, adjunct professor of industrial engineering at Columbia University, died Saturday at Caledonian Hospital, Brooklyn. He was 75 years old and lived at 441 Ocean Avenue in Brooklyn.

Dr. Gumbel, a mathematical statistician, played a leading role in the development of the theory of extreme values that enables mathematicians to calculate probabilities in many situations—to determine how long metals will resist stresses or to calculate the amount of water discharged in a flood, for example.

He wrote "Statistics of Extremes," which has been translated into several languages.

A native of Munich, Germany, Dr. Gumbel received a Ph.D. at the University of Munich in 1914. While a member of the faculty of Heidelberg University during the nineteen-thirties, he wrote several books charging the Nazis with political crimes.

Forced to flee Germany, he taught in France until 1940, then came to this country and started teaching at the New School for Social Research here. In 1953 he joined the Columbia faculty and taught graduate courses at the School of Engineering and Applied Science.

ROBERT ROSENBERG, ARCHITECT OF HOMES

Robert Hays Rosenberg, an architect known for his design of modern residences, died yes-

LEE M. LIMBERT, INVESTMENT AIDE

A Limited Partner of Dean Witter & Co. Dies at 69

Lee M. Limbert, a limited partner in the New York investment banking firm of Dean Witter & Co., died Sunday of a heart attack in Memorial Hospital. He was 69 years old and lived on Bayville Road in Locust Valley, L. I.

Mr. Limbert, a soft-spoken, shy-mannered man, had managed the syndicate underwriting of several major security offerings. For Blyth & Co, Inc., he directed the first sale of Ford Motor Company stock 10 years ago when 7 million shares involving about $750-million were marketed for the Ford Foundation.

He was born in Dayton, Ohio, and was graduated from the University of Michigan in 1918.

Mr. Limbert became an assistant trader for the investment house of Babcock Rushton & Co. in Chicago after the war. In 1922, he joined Blyth, Witter & Co., Inc., later known as Blyth & Co., Inc.

Mr. Limbert transferred to the New York headquarters of Blyth & Co., Inc., in 1933, to head the syndicate department. His first big underwriting job was in 1935, when he supervised a $55-million debenture offering by the Anaconda Copper Mining Company—up to then the largest offering ever registered with the young Securities and Exchange Commission.

He left Blyth in 1958 as a senior vice president and director, and joined Dean Witter & Co. the following year as a senior partner in charge of the firm's Eastern division. He became a limited partner in 1964.

Mr. Limbert was a past president and governor of the Investment Bankers Association of America, a past vice chairman and governor of the National Association of Securities Dealers and a past president of the Bond Club of New York.

Surviving are his widow, the former Ellen Fyfe Newlands; two sons, Robert C. and Lee M. Jr.; a sister, Hazel, and two grandchildren.

A funeral service will be held in St. John's Episcopal Church of Lattingtown, Locust Valley, tomorrow at noon.

Dr. Blanche M. Kelly, 85, Taught at Mt. St. Vincent

Special to The New York Times

STAMFORD, N. Y., Sept. 12—Dr. Blanche M. Kelly, profes-

Deaths

ALTMAN—Jerome. We deeply mourn the loss of our esteemed colleague and extend our deepest sympathy to his family.
Consumer Products Division of Millen Industry
Milton Schulman, President.

ALTMAN—Jerome. We extend to the bereaved family of Jerome Altman beloved husband of our member Viola Altman deepest & heartfelt condolences.
Pearl Socolof League Inc

BANK—Miriam. Beloved wife of Aaron. Devoted mother of Michael and David. Dear sister of Hilda Falcon. Services at Forest Park Chapels, 76th Rd. and Queens Blvd., Forest Hills, today at 1 P.M.

BEHR—Kenneth M. On September 11, 1966 at Port Charlotte, Florida, formerly of Brooklyn. Retired U.S. Customs Inspector. Devoted husband of Florence, father of Kenneth, Joan and Fay, brother of Leonard. Services and interment in Florida.

BERG—Samuel, beloved husband of Leah, devoted father of Jeanne Gans, and Charles, adored grandfather of Ellen and Barbara, brother of Minnie Goldring, Pauline Rosenblatt, and Ben Berg. Services today, 11 A.M., Riverside Funeral Chapel, Far Rockaway.

BERG—Samuel. Brethren of John Hancock Lodge No. 70 F & A M regret the passing of their Life Member. Masonic services today 11 AM, Riverside Chapel, 12-50 Central Ave, Far Rockaway.
Abner J. Gotleb, Master

BERG—Samuel. Onward Society Inc. sorrowfully records the passing of its esteemed member. Services today, 11 AM, "The Riverside," Far Rockaway, L.I.
SAMUEL LUBAN, PRESIDENT

BERNSTEIN—Isaac, beloved husband of Sarah. Devoted father of Nathan, Marcella, Jack, Rose, Joseph and Herbert. Adored grandfather and great-grandfather. Services "Park West," 115 W. 79 St. Tuesday, Sept 13 at 1.30 PM.

BOARDMAN—In Putnam Memorial Hospital, Bennington, Vt. on Mon Sept 12 after a short illness, Elizabeth (Blair) in her 40th year. Wife of William D. Boardman of Manchester, Vt. Survived by her husband & 2 daughters Elizabeth Devens & Patricia Blair, her parents Mr & Mrs William Wightman Blair, Jr of Ligonier, Penna. & her brother William Wightman Blair 3rd of Phila. Penna. Funeral services at St John's Episcopal Church, Beverly Farms, Mass Thurs Sept 15 at 3:30 o'clock. Burial private. Please omit flowers.

BRAND—Charles N. Beloved husband of Hannah (nee Schwartzberg). Dear father of Claire Schneider. Devoted brother of Morris, Abraham, Louis, Rose Rick, Hilda Wadler, Rae Henzel and Frieda Karmel. Loving grandfather. Services were held Monday, Sept. 12th. In lieu of flowers please make contributions in his memory to Cancer Care.

BRAND—Charles. Temple Emanuel at Parkchester records with sorrow the passing of its loyal and devoted member and expresses deepest sympathy to the bereaved family. REUBEN GOLD, President.

BRODSKY—Vladimir P., beloved husband of the late Ida, beloved father of Paul, Florence Roberts and Eleanor Dinkin. Darling grandfather. Services Tuesday, 1.30 PM, "The Riverside," 76 St and Amsterdam Ave.

BROWN—Harry E. Beloved brother of Minnie Rubin, Belle Goldberg and Ethel Schectman. Devoted uncle. Services Tuesday, September 13th, 10 AM, "The Riverside," 76 St and Amsterdam Ave.

BROWN—Harry E. The partners and employees of M. R. Weiser & Co. record with profound sorrow the untimely passing of their beloved associate and extend their heartfelt sympathy to his bereaved family.

BROWN—Janet Lamond Massey, on September 10. Widow of the late Lawrence Edward Brown. Mother of Lawrence E., and Stuart F.; graveside service at Woodlawn Cemetery, on Sept. 14, 10 30 AM. In lieu of flowers contributions may be sent to The Police Athletic League or The American Red Cross.

BROWN—Susan M. (nee Feehan). On Monday, Sept 12, 1966, member of Capuchin Franciscan Third Order, wife of the late Philip, beloved mother of George F. Brown, Veronica M. Kalben and Mrs. Elizabeth Bastable, dear sister of Mrs. Edith Leary and Mrs. Katherine B. Kelly, loving grandmother of eleven grandchildren. Reposing at the Martin A. Gleason Funeral Home, 149 20 Northern Blvd., Flushing, L.I. until Thursday, Sept. 15, at 8:45 A.M. Solemn Requiem Mass St. Andrew Avellino R C Church at 9:30 A.M. Interment Gate of Heaven Cemetery.

BUCHANAN—Anna G. September 11, 1966, mother of Hugh Buchanan of Ponca City, Okla. Friends may call at the Chapel of Madison Avenue Presbyterian Church, 73 Street and Madison Avenue, Tuesday 7 to 9 P.M. and Wednesday 3 to 5 and 7 to 9 P.M. Services at the Church Thursday, 10:30 A.M.

BURLAKOFF—Abraham. Beloved husband of Rose. Devoted father of Bernard and Samuel. Dear brother of David and William. Loving grandfather. Services today 2 PM

FOOTE—Dr. Charles. The Medical Board of The Roosevelt Hospital notes with extreme regret the death of its esteemed member, Dr. Charles C. Foote, a member of the medical staff since 1936, and expresses its deepest sympathy to the family.
Dr. ARTHUR J. ANTENUCCI, Pres.
Dr. KENNETH T. DONALDSON, Secty.

GILBERT—Virginia Diack Meyer. Of Westhampton Beach, NY and Pompano Beach, Fla. On Sept 12. Beloved wife of Norton H. Gilbert. Loving mother of Thomas Meyer, C. Paul Meyer Jr., Bruce A. Gilbert, Gregg A. Gilbert, Jan C. Gilbert and sister of Thomas F. Diack Sr. Memorial service Wednesday, Sept 14th, 2 PM at the Westhampton Presbyterian Church, Westhampton Beach, LI, NY. In lieu of flowers contributions to the Westhampton Presbyterian Church, the First Presbyterian Church Pompano Beach, Fla. or your own charity.

GILMAN—of Tiverton, R. I., formerly of New York City, Sept. 12, 1966, Philomene F. (Gradie) res. Punkateest Neck Rd., wife of the late John R., mother of John R. Jr., Mrs. Barbara Fagan, Mrs. Philomene McCounty, Sister John Frances, Daughters of Charity, sister of Joseph V. Gradie, Sister Mary Barbara, D. C., Mrs. Marie Dunn and the late Mrs. Elizabeth Glossa. Funeral from the Martin E. Conroy Funeral Home, 439 Washington St., Newton, Mass., in Sacred Heart Church, Newton, at 11 A.M. Visiting hours Tuesday 3 to 5 and 7 to 9. In lieu of flowers, donations may be made to the Cardiac Clinic, Carney Hospital, Dorchester, Mass.

GUGGENHEIM—Daniel, beloved husband of Lily, devoted father of Frizzi Bauer and Ruth Gutmann, adored grandfather. Services Tuesday, September 13, at 1 P.M., "The Riverside," 76th St. and Amsterdam Ave.

GUMBEL—Emil J., my dear father, passed away on 10 September after a long illness. Funeral services will be held at the "Park West" 115 West 79th Street on Tuesday September 13 at 2 PM. May his memory live among us forever. In the name of all the bereaved surviving relatives.
HAROLD GUMBEL.

HALBERIAN—Jack M. Devoted son of Michael and Shaake, fond brother of Michele and Jon. Reposing at Quinn's, 35th St & Broadway, Long Island City until Wednesday 9:30 AM. Mass at St. Gregory Armenian Church, 35th St. and 2d Ave., NYC 10:30 A.M.

HAMLET—William, on Monday Sept. 12, 1966, beloved husband of Anna Shields Hogate Hamlet, Quaker Hill Pawling, N. Y. Funeral services Wednesday, Sept. 14, at 11 A.M. at Christ Church Quaker Hill. Interment at the convenience of the family. In lieu of flowers, contributions may be made to Christ Church, Quaker Hill.

HARDENBERGH—George Jr., on Sept. 11, 1966, beloved husband of Virginia Z. and devoted father of Marilyn McCarthy, dear brother of Voorhees, Herbert and James Hardenbergh. Also survived by one grandchild. Reposing at the Stutzmann Funeral Home, 224-39 Jamaica Ave., Queens Village. Funeral Wednesday, 10:30 A.M. Interment L. I. National Cemetery. Masses preferred.

HATCH—Eleanor, suddenly on Sept. 9, 1966. Funeral services in the Alexander Chapel of the First Presbyterian Church, 12 West 11 St., Wednesday, at 10:30 A.M. In lieu of flowers contributions to the Travelers Aide Society would be appreciated.

HATCH—Eleanor. The Board of Directors of the Travelers Aid Society of New York, the Staff and her fellow volunteers record with deepest sorrow the death of Eleanor Hatch. Miss Hatch was a loyal and dedicated Travelers Aid volunteer for 22 years and served as both a member of the Board and as co-chairman of the Society's Committee on volunteers. Her warmth and understanding and her selfless devotion to the Society and its clients will be sorely missed by everyone connected with Travelers Aid.
STUART SCOTT, President.
MARIE OSBORN, Secretary.

HEARST—Joseph, on September 11, 1966. Beloved husband of Bernadette E. (nee O'Hare), dear nephew of Dorothy A. Julio. Funeral Wednesday, 9:15 AM from McLaughlin & Sons Colonial Home, 3rd Ave at 97 St, Bklyn. Solemn Requiem Mass 9:45 AM St. Patrick's Church

HOCHLERNER—Tobias. Beloved husband of the late Tina. Loving uncle and great uncle. Services "Park West," 79 St. & Columbus Ave. Tuesday 1 PM

HOERNER—Grant, of River Rd. Calverton, N. Y., died at New York, N. Y., Sept. 11, 1966, uncle of Wayne F. Grunden, Mountain Lake, N. J., Bruce E. Grunden, New York City, Miss Jene I. Grunden, Harrisburg, Pa., Mrs. Rita A. Landis, Manchester, Conn. Graveside Service 3 P.M. Thursday, Sept. 15, 1966 at the Riverside Cemetery, Shelton, Conn.

HOROWITZ—Marvin. Devoted son of Bessie Kahn. Beloved brother of Ronnie Sachs and Trudy Berlin. Dear uncle of Jo Ann, Joel and Mel. Services "Park West" 79th St & Columbus Ave, Wed Sept 14th at 10 AM

HOROWITZ—Marvin, our heartfelt condolences

Altman, Jeron
Bank, Miriam
Behr, Kennet
Berg, Samuel
Bernstein, Isa
Boardman, El
Brand, Charle
Brodsky, Vlad
Brown, Harry
Brown, Janet
Brown, Susan
Buchanan, An
Burlakoff, Ab
Cohen, Albert
Corcoran, Ros
Crean, John E
Cutler, Caroli
Dowling, Elle
Dwyer, Danie
Ehrens, Beatr
Enrich, Jules
Falk, Charlot
Flach, Rolf A
Foote, Charle
Gilbert, Virgi
Gilman, Phil
Guggenheim,
Gumbel, Emi
Halberian, Ja
Hamlet, Willi
Hardenbergh
Hatch, Elean
Hearst, Joser
Hochlerner,
Hoerner, Gra
Horowitz, Ma
Hunsaker, A
Katz, Bessie
Kelly, Blanc
King, Moses
Kleinman, M
Kuhn, Hazel
Kupferstein,
Larsen, Doro
Levy, Nathar
Liberti, Cha

LIEBMAN—
loving gra
ter of
Marder
Riverside
Park, Bk

LIMBERT—
N. Y. on
of Ellen
Lee M.
Services
St. John
L. I. N.
flowers,
would be

LIPPE—Dr.
lian, dev
Paula Br
er of
Services
side" Br
pect Park

LOWENSTE
Lillian,
brother a
day 2 P
179th St.

LOWENSTE
No. 22 K
Inc., so
of our be
Services
Concourse

MACK—De
loving g
of John

MAYER—I
Ludwig
Joan an
"The R
Ave.

MEDERLIN
Forest
late Aug
Reposing
Ave., co
Hills. V
Service
Intermer
Jersey.

B. 3. Unpublished manuscript - galley proofs of book on political terror in the 1920s [ca. 1928-1930]

Stahlhelm und Jungdo

Im folgenden sollen zwei der größten Wehrverbände geschildert werden, der „Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten" und der „Jungdeutsche Orden". Beide sind nicht völkisch im strengen Sinn des Wortes. Gründer und Bundesführer des Stahlhelms ist der Kaufmann Franz Seldte in Magdeburg (nach völkischer Behauptung Likörfabrikant). Die Organisation hat Ortsgruppen im ganzen Reich, nach Angaben von 1924 über tausend. Ihre Stärke wurde von dem Hauptmann Wänninger in den „Münchner Neuesten Nachrichten" vom 26. März 1924 auf eine Million angegeben. Verwandt mit ihm ist der „Wehrwolf", eine Organisation, die sich hauptsächlich der Jugendpflege widmet.

Die Stahlhelmführer, weiterhin die Bundeszeitschrift „Der Stahlhelm" (Magdeburg) und endlich die mit ihm sympathisierenden Kreise bemühen sich, den „Stahlhelm" als eine völlig unpolitische, über den Parteien stehende und selbstverständlich unterroristische Vereinigung der ehemaligen Frontsoldaten darzustellen, die in der Hauptsache den kameradschaftlichen Zusammenhalt pflegen soll. Der „Stahlhelm" veröffentlicht fast in jeder Nummer grundsätzliche Artikel, die dies nachweisen sollen. Geschildert werden die „hohen Ideale des Stahlhelm". Die „Volksgemeinschaft" spielt in ihnen eine große Rolle, und die Ablehnung jeder Parteipolitik wird immer

wieder ausdrücklich festgestellt. Allerdings werden hierunter positiv die Bestrebungen zur Erziehung der Jugend zur sog. Wehrhaftigkeit, d.h. zum Rachekrieg, verstanden. Eine eigene Witzblattecke soll dem Leser die Gemütlichkeit des Schützengrabens nahebringen. Die Fiktion der Überparteilichkeit dient dazu, die tatsächlich vorhandenen Ansätze zu terroristischen Maßnahmen des Bundes und der mit ihm Sympathisierenden einerseits zu verschleiern, andererseits als Selbstverständlichkeiten erscheinen zu lassen. So finden denn in dem Blatt die Ziele des Stahlhelms keinen Platz. Schon um dessentwillen, weil natürlich es ausgeschlossen ist, daß eine so große Zahl von Mitgliedern in hrer Gesamtheit extremistische Ziele verfolgt.

Entsprechend ist der „Stahlhelm" von einer Langweiligkeit, die die eines pietistischen Traktätchens ohne Mühe in den Schatten stellt. Daneben gibt der Stahlhelm auch Druckschriften heraus, die aber ausschließlich für die Führerschaft bestimmt sind und darum der Öffentlichkeit vorenthalten bleiben („Stahlhelm", 30. November 1924).

Die angeblich überparteiliche Stellung des Stahlhelm läßt sich leicht widerlegen und dies soll im Folgenden geschehen:

Stahlhelm-Diktatur

Am 24. März veröffentlichte die Berliner Zeitung „Der Montag-Morgen" einige Geheimdokumente:

„Vertraulich. Magdeburg, 11. 11. 23.

An alle Gauführer!

Kurzer Lagebericht.

Am Sonntag, den 4. ds. Mts. tagte die Bundesleitung in Magdeburg. Das Ergebnis wurde in ultimativer Form

als Kundgebung dem Reichskanzler Dr. Stresemann überreicht sowie der Presse übergeben. Die Entschließung hat in der Presse und in der Öffentlichkeit lebhafte Besprechungen hervorgerufen, zum größten Teile sehr anerkennend, von gewisser halbrosaer Seite erbittert, mit dem Versuch niederzureißen, von sozialdemokratischer Seite fragend, was der Stahlhelm mit der Forderung der **Nationalen Diktatur** beabsichtige.

Die gedrängte Stellungnahme ist aus folgendem kurzen Entschluß zu ersehen, sowie aus der Mitteilung, daß der Bundesvorsitzende seit der Zeit vom 5. ds. M. bis heute dreimal nach Berlin zum Reichskanzler gerufen wurde. Der Unterzeichnete hat dem Reichskanzler, der Reichsregierung und dem Oberbefehlshaber in klaren Worten die Stellung und Forderung des Stahlhelms überreicht. Er gewann jedoch den Eindruck, daß der jetzige Reichskanzler nicht der Mann ist, um die nötige Entschlußhärte zur Führung sowohl der nationalen Diktatur als auch der Reichsregierung und letzten Endes von Preußen aufzubringen. Vor Forderungen wie Nachhauseschicken des Reichstags, Ausbooten der Sozialdemokratie in der preußischen Regierung, rücksichtsloser Einführung und schnellste Erledigung der wertbeständigen Zahlungen und der Ernährungsfrage wich der Kanzler zurück.

Infolgedessen trug der Unterzeichnete dem Oberbefehlshaber die Entschließung und die Stellungnahme des Stahlhelms vor.

Die durch den Putsch Ludendorff-Hitler gebrachte Spannung der Lage ergab, daß der Bundesvorsitzende den Gaugruppen übermittelte, daß der Bundesführer in diktatorischer Weise von jetzt ab handeln muß. Gleichzeitig ergibt die Lage, daß die gesamte Stellung des Stahl-

helms auf eine präzise Formel gebracht werden muß. Sie lautet: „Der Stahlhelm steht zur Reichswehr!“

Von Berlin nach dreimaligem Besuch und umfangreicher Arbeit in den verschiedenen Ministerien zurück, traf den Unterzeichneten der persönliche Besuch des Führers des Jungdeutschen Ordens, des Herrn Artur Mahraun. Der Jungdeutsche Orden, eine der stärksten norddeutschen Korporationen, zählt etwa sechstausend Ortsgruppen. Die ideale Einstellung des Jungdo ist der des Stahlhelms verwandt. Der Großmeister Mahraun legte seinen ganzen Nachdruck auf die Vorbereitung des Siedlungswerkes und Erschließung von Ödland, in der idealen Ertüchtigung der deutschen Männer und männlichen Jugend und der Unterstützung der Reichswehr durch wehrhafte Männer.

Der Bundesvorsitzende des Stahlhelms nahm nach sorgfältiger Besprechung das Angebot des Jungdo-Führers an, was den beiliegenden Wortlaut hat. Der Stahlhelm erfährt durch das Bündnis mit dem Jungdo, das jedem Verbande seine Eigenart läßt, eine Stärkung in der heutigen Zeit. Die Gau- und Ortsgruppenführer haben daher Sorge zu tragen, daß das Einvernehmen mit dem Jungdo unter Bezugnahme auf dieses Bündnis das denkbar beste ist und der eine Bund den anderen kameradschaftlich und brüderlich unterstützt.

Gleichzeitig melden die Gau- und Ortsgruppen, mit welchen anderen Verbänden oder Bünden nähere Beziehungen bzw. Verabredungen auf gegenseitige Hilfeleistungen bestehen.

Der Bundesvorsitzende wird morgen nochmals nach Berlin fahren, um mit den dortigen maßgebenden Stellen zwecks Klärung der Lage zu sprechen und in ultimativer

Form die Errichtung der nationalen Diktatur weiter zu fördern.

Der Gesamtgang der künftigen Ereignisse ist angesichts der verschiedenen Strömungen in der Regierung noch nicht auf Zeiten festzulegen. Es muß aber heute schon gesagt werden, daß es eine andere Lösung als die möglichst schnelle Errichtung einer nationalen Diktatur heute nicht mehr gibt.

Mit kameradschaftlichem Gruß

gez. Fr. Seldte, 1. Bundesvorsitzender.

Entwurf

Ohne juristische Abfassung

1. Der Herr Reichspräsident hat mich, angesichts der Möglichkeit weiterer Umsturzversuche und angesichts der drohenden Hungersnot zum Reichsverweser mit diktatorischer Gewalt für begrenzte Zeit ernannt.

2. Ich bilde ein Direktorium. — Ich ernenne die Herren:

Rabethge zum Wirtschaftsdirektor,
Graf Kanitz zum Ernährungsdirektor,
Dr. Stresemann zum Außendirektor.

Sie üben ihre Tätigkeit ehrenamtlich aus. Die Aufgaben der Reichsminister übernehmen Staatssekretäre.

3. Der Reichstag wird aufgelöst.

5. Die Schutzpolizei tritt unter meinen Befehl. Sie wird verstärkt.

7. Streiks sind bis auf weiteres verboten. Die Börse wird bis auf weiteres geschlossen.

8. Es werden mit sofortiger Wirkung Standgerichte eingesetzt mit Befugnis der Todesstrafe für Auflehnung und Sabotage gegen den Reichsverweser, Streikhetzer, Plünderer, Wu-

cher, Zurückhaltung von Nahrungsmitteln, Ausfuhr von Nahrungsmitteln.

Bemerkungen

Zu 1. Mit Rücksicht auf Frankreich und auf die Sozialisten ist der Passus „weitere Umsturzversuche" und „Hungersnot" gewählt. Ebenso der Passus „begrenzte Zeit".

Zu 3. Wird der Reichstag nur in die Ferien geschickt, so sitzen die Abgeordneten nach wie vor in den Vorzimmern des Direktoriums.

Zu 5. Eine Verstärkung der Reichswehr aus außenpolitischen Gründen unmöglich. Reichsverweser braucht jedoch eine starke Macht. Daher Verstärkung der Schutzpolizei, die unter den Befehl von Reichswehroffizieren tritt.

Zu 7. Streiks muß evtl. durch Erschießung jedes Zehnten entgegengetreten werden, insbesondere dem der Banknotendrucker.

Zu 8. Im augenblicklichen Stadium, d. h. solange bis die Maßnahmen des Ernährungsdirektors und des Wirtschaftsdirektors, die nicht zaubern können, sich ausgewirkt haben, muß Terror an die Stelle von Besserung der Lage treten. Daher ist jede Auflehnung gegen den Reichsverweser mit dem Tode zu bestrafen. Das Aufhängen von vier Wucheren auf dem Potsdamer Platz und von vier Streikhetzern am Neuen Tor, die Erschießung von drei Landwirten, die ihr Getreide zurückhalten, ist der Schreckschuß, den bisher noch niemand gewagt hat, und der notwendig ist. Wer dafür kein Verständnis hat, kann heute die Lage nicht meistern.

Funkspruch an alle!

Deutschland stellt alle Zahlungen und Sachlieferungen bis auf weiteres an die Entente wegen drohender Hungersnot ein. Komme, was da kommen mag!

v. Seeckt, Rabethge, Graf Kanitz, Stresemann.

Nachbemerkungen

Der Reichsverweser ist der Aufpeitscher, Vorwärtstreiber und das Schwert der drei Direktoren, ist der, der erschießen läßt, wozu die anderen nicht den Mut aufbringen.

Die Hereinnahme von Stresemann erscheint notwendig:

a) damit nach außen keine Veränderung im außenpolitischen Kurs eintritt, Frankreich nicht einmarschiert;

b) ein Mann zur Abwicklung des Parlamentarismus mit Erfahrung da ist."

Diese Dokumente widerlegen die Behauptung vom unpolitischen Stahlhelm vollkommen. Übrigens ist gegen den Verfasser kein Strafverfahren wegen Aufforderung zum Hochverrat eingereicht worden. Ebensowenig haben die im Dokument genannten Herren Stresemann und Seeckt Strafantrag wegen Beleidigung stellen lassen, obwohl die vorgebrachten Behauptungen vollkommen unglaubwürdig sind. Am 25. März 1924 teilte der Führer des Landesverbandes „Mark" des Stahlhelms, Kapitänleutnant a. D. Mathi, der Presse zwar mit, daß der Verfasser der Dokumente „ein früherer Mitarbeiter" der Bundesleitung des Stahlhelms sei, der aus besonderen Gründen seit drei Monaten ausgeschieden wäre und nur seine eigenen Gedanken zu Papier gebracht habe. Demnach wäre der Name Seldte mißbraucht worden. Aber es ist merkwürdig, daß die Bundesleitung

gegen den hierfür Verantwortlichen keine gerichtlichen Schritte unternommen hat.

„Der Montag-Morgen" nahm am 19. Januar 1925 eine Entschließung des Stahlhelm gegen den verstorbenen Reichspräsidenten Ebert zum Anlaß, den Reichsaußenminister Dr. Stresemann an seine früheren Beziehungen zu den Stahlhelmführern zu erinnern.

Am 3. Mai 1925 wurde der verantwortliche Redakteur der „Rheinischen Zeitung" Trimborn in Köln wegen eines Artikels, in dem er Stresemanns Beziehungen zum Stahlhelm als Argument für dessen politische Unzuverlässigkeit anführte, wegen Beleidigung zu 200 Mark Geldstrafe verurteilt. Stresemann erklärte in dem Prozeß, daß er mit Seldte niemals über die Einführung der Diktatur gesprochen habe.

Die Diktaturpläne des „Stahlhelm" hingen demnach in der Luft. Sie sind trotzdem interessant, weil sie zeigen, welche politischen Phantasien in diesen Kreisen gedeihen.

Der Jungdeutsche Orden

Der Jungdeutsche Orden (Jungdo) ist gegründet von Arthur Mahraun in Kassel, der sich als „Hochmeister" bezeichnen läßt. Die Ordensverfassung versucht Anklänge an den alten Deutschen Ritterorden wachzurufen. Das Ordensgebiet ist gegliedert in Balleien (Provinzen), denen ein Komtur vorsteht, und die wieder mehrere Gefolgschaften mit einem Gefolgsmeister unter sich haben. Die Mitglieder des Ordens werden „Brüder" genannt. Der Jungdo hat ein Programm, in dem viel von Idealismus und Ethik die Rede ist, er steht über den Parteien und will den Aufbau des neuen, völkischen und sozialen

„Staates auf christlicher Grundlage verwirklichen. Daher wenden sich seine Organe häufig gegen „reaktionäre Anschauungen". Der Orden kämpft für die „Wehrhaftmachung der Jugend" und gegen die marxistisch-jüdisch-materialistische Weltauffassung. Herr Mahraun hat für dies Konglomerat von Zielen das Schlagwort „jungdeutsch" geprägt. Wie beim Stahlhelm ist auch beim Jungdo der stete Wunsch, dem Orden eine halbbehördliche Stellung zu verleihen, deutlich sichtbar.

Nach der Ermordung Walther Rathenaus verbot Severing den Jungdo für Preußen. Daraufhin erklärte der Orden: „Der Jungdo hat bisher einen ausschlaggebenden Teil der Technischen Nothilfe gestellt. Nach dem uns zugefügten Unrecht ist unsere Mitarbeit an der Teno als erloschen zu betrachten." („Berliner Tageblatt", 24. September 1924.)

Aufmarsch in Franken

Als der steckbrieflich verfolgte Kommodore Ehrhardt (vgl. Kap. Organisation C) mit seiner Brigade im Spätherbst 1923 a's bayerische „Notpolizei" an der thüringischen Grenze aufmarschierte, stellte der Komtur der Ballei Franken, Pfarrer Johnson in Gauerstadt/Bayern, im Rahmen der Ehrhardt-Brigade das „Jungdeutsche Sturmregiment" auf. Angeblich sollte Ehrhardt den Übertritt kommunistischer thüringischer Banden auf bayerisches Gebiet hindern und die bayerischen Bauern vor Lebensmittelplünderungen schützen. In Wirklichkeit stellte sein Aufgebot die Aufmarschsicherung für die „Nationale Armee" und deren beabsichtigten Marsch nach Berlin dar. Raub und Plünderungszüge waren an der Tagesordnung.

So wurde der Kaufmann Goldstein in Untermerzbach am 28. Oktober 1923 völlig ausgeplündert. Die Beute: Geld, Juwelen, Kleidungsstücke, 5600 Zigarren, 30 000 Zigaretten, wurden im Quartier verteilt. Vor dem Bamberger Gericht verteidigten sich die 15 Angeklagten, die sämtlich Mitglieder des Jungdeutschen Regiments waren, damit, daß sie als „Soldaten“ verpflichtet gewesen wären, den ihnen erteilten „Dienstbefehlen“ nachzukommen. Auch sei ihre Ausrüstung sehr mangelhaft gewesen. Deswegen hätten Johnson und andere Offiziere beim Appell die Losung ausgegeben: „Holt euch eure Sachen bei den Juden!“ — Nach zweitägiger Verhandlung, während der wiederholt die Öffentlichkeit ausgeschlossen wurde, um die Tatsache des Bestehens dieser illegalen militärischen Verbände nicht allzusehr an die Öffentlichkeit dringen zu lassen, wurden am 12. September 1924 die Angeklagten Kriese wegen schweren Raubes zu 1 Jahr 6 Monaten, Forster (der Verpflegungsoffizier) zu 1 Jahr 5 Monaten, Krause zu 1 Jahr 3 Monaten, sieben weitere Angeklagte zu je 1 Jahr Gefängnis verurteilt. Pfarrer Johnson hat nicht unter Anklage gestanden.

In der Nacht vom 3. auf den 4. November 1923 zogen 20 bis 25 Mann vom Jungdeutschen Sturmregiment auf Anregung des Vulkaniseurs Götze nach Altenhausen, stürmten den Hof der Viehhändler und Landwirte Gutmann, erzwangen mit vorgehaltenem Revolver die Öffnung der Schränke, raubten 200 Mark Silbergeld, eine goldene Uhr usw. und mißhandelten die Besitzer mit Gummiknüppeln. Die beiden Gutmann blieben blutüberströmt liegen. In der Nacht vom 6. auf den 7. wurde der Raubzug unter Führung des „Adjutanten“

des II. Bataillonsstabes, Leutnant Wulzinger, wiederholt. Kleider, Wäsche, Stallgeschirr, zwei Pferde, zwei Kühe, ein Stier, viele Hühner wurden „befehlsgemäß" an das Bataillon abgeliefert.

Am 17. September 1924 fand die Verhandlung gegen 14 Angeklagte vor dem Schöffengericht in Bamberg statt. Götze gab an, Angehöriger der Notpolizei der bayerischen Regierung gewesen zu sein. Bei der Vernehmung Wulzingers und Götzes wurde auf Antrag des Staatsanwalts die Öffentlichkeit ausgeschlossen, um, wie die Verteidiger verlangten, „den nationalgesinnten Männern Gelegenheit zu geben, sich ohne Rücksicht auf die Sicherheit des Staates von der Anklage zu reinigen".

Götze wurde wegen schweren Raubes zu 3 Jahren, sieben weitere Mitglieder des Jungdeutschen Sturmregiments wegen Beihilfe zu 2 bis 9 Monaten Gefängnis verurteilt. („Münchner Post", 20. Dezember 1924; „Vossische Zeitung", 18. September 1924.)

Die republikanisch gesinnte thüringische Regierung ließ im November 1923 eine Anzahl Jungdoleute, die sich offen dem Kapitän Ehrhardt anschließen wollten, beim Überschreiten der Grenze durch die Landespolizei verhaften. Auf Anordnung des Militärbefehlshabers, General Hasse, mußten sie jedoch freigelassen werden und konnten so an den hochverräterischen Versuchen, mit Waffengewalt die Reichsregierung zu stürzen, teilnehmen. Deswegen erstattete im Juli 1924 der ehemalige thüringische Minister Hermann Strafanzeige gegen den Generalleutnant Hasse wegen Beihilfe zum Hochverrat. Vom Fortgang dieses Verfahrens ist nichts bekannt geworden. („Vorwärts", 10. Juli 1924, vgl. Kap. O. C.)

Pfarrer Johnson geriet sehr bald mit seinem Brigadegeneral in einen Konflikt, der aus den folgenden Dokumenten plastisch wird.

Der Streit mit Ehrhardt

„Jungdeutscher Orden in Bayern.

An alle Großmeister und Gefolgmeister!

Streng vertraulich!

Ballei-Befehl

1. Die völkische Bewegung ist mit dem unglücklichen 8. November 1923 in einen neuen Abschnitt getreten. War sie bisher die treibende Kraft, die den nationalen Gedanken im Staate wieder zur Herrschaft brachte und besonders Bayern der Reichsregierung gegenüber die nötigen Machtmittel zur Verfügung stellte, so wird jetzt von verschiedener Seite versucht, den Einfluß der völkischen Verbände auf die staatlichen Belange auszuschalten . . .

Daß man mit dem Gedanken umgeht, alle völkischen Verbände zu entwaffnen, halte ich nicht für sicher. Dagegen sind leitende Persönlichkeiten der Ansicht, die vaterländischen Vereine und Bünde zu rein militärischen Vorbereitungsanstalten für den „Krieg nach außen" umzugestalten. Das würde das Ende aller unserer Hoffnungen auf eine Wiedererstarkung unseres Volkes von innen heraus darstellen! Diese rein reaktionäre Gefahr sowohl in Preußen (Rückkehr des Kronprinzen, Eintritt der nationalen Jugend in die Reichswehr von Seeckts, der eine Jüdin zur Frau hat) wie in Bayern (wo von Kahr, Statthalter des Königs, Judenausweisungsbefehle

wieder zurückgenommen hat) zu erkennen und zu beseitigen, muß unsere nächste Aufgabe sein.

Auf eine Unterstützung durch den Staat haben wir nicht mehr zu rechnen. Wir Völkischen befinden uns jetzt in der Opposition.

Ob wir in allernächster Zeit Gelegenheit haben, mit Waffengewalt unsere Ziele zu erreichen, halte ich für nicht wahrscheinlich. Gleichwohl heißt es auch in militärischer Beziehung bereit zu sein, um für alle Fälle gerüstet zu sein. Der Ausbildungsdienst geht weiter. Möglicherweise werden wir aber gezwungen sein, unsere Pläne auf rein legalem, verfassungsmäßigem Wege zu verwirklichen . . .

Ich mach' es allen Brüdern zur Pflicht, mir Anschriften von Verwandten in Amerika und im Ausland sofort mitzuteilen, damit ich mich an sie in einem besonderen Schreiben mit der Bitte um Spenden wenden kann . . .

2. Es ist mir gesagt worden, daß Major Kühme, Führer der Befehlsstelle Koburg der Brigade Ehrhardt, im geheimen beabsichtige, sämtliche gedienten Leute aus dem Orden herauszuziehen und zu einem Ehrhardt-Sturmbataillon zusammenzufassen. Dieser Plan wird auf meinen stärksten Widerstand stoßen! Ich erwarte, daß sämtliche Brüder sich ihrer Ordenspflichten bewußt bleiben und treu zum Orden und ihrem Führer halten. Bis zur Klärung dieser Angelegenheit ordne ich an, daß die Befehlsgewalt sämtlicher Wikingoffiziere mit dem heutigen Tag aufhört. Damit ist natürlich das Verhältnis, in dem wir zur Marinebrigade Ehrhardt stehen, in keiner Weise gelöst. Wikingbund ist, wie vielen noch nicht bekannt sein dürfte, lediglich eine Unterorganisation der Brigade Ehrhardt, wie z. B. „Blücherbund", „Bund Frankenland" . . .

Das Eingliedern der Wikingleute in unser Regiment hat unser Ordensansehen schwer geschädigt. Ich habe mich über das Verhalten von Offizieren wie Mannschaften bei Kapitän Ehrhardt beschwert! Die Unterbringung der vorhandenen Flüchtlinge ist nicht Sache des Ordens. Nur flüchtigen und arbeitslosen Ordensbrüdern mit Ordensausweis bitte ich Unterkunft und Verpflegung zu gewähren! Eine Ausnahme macht allein die Batterie Augustin! Das Ordensgebiet ist keine Versorgungsanstalt für Leute, die rauben und plündern. Ich bin es satt, die Verantwortung für Taten zu übernehmen, die nicht von Ordensbrüdern getan sind.

Die militärischen Führer haben sich den Ordensführern (Groß- und Gefolgschaftsmeistern) willig unterzuordnen.

Die Gewehre bleiben Eigentum des Ordens. Kein Mensch hat über sie zu verfügen als ich und Leute, die einen mit meinem Namen unterschriebenen Ausweis haben. Ich bitte die Meister, mir ein Verzeichnis der Waffen einzureichen.

3. Unser Verhältnis zu den andern Völkischen, besonders zu den aufgelösten, ist ein günstiges. Vor allen Dingen ist mit den Nationalsozialisten Freundschaft zu halten.

Mit „Bund Bayern und Reich" zusammenzuarbeiten, ist fürderhin für mich ausgeschlossen. Es ist kein völkischer Verband, nachdem er in Koburg bereit war, auf Völkische zu schießen.

Diese Sammlung der völkischen Verbände mit Ausschluß von B. B. und R. muß unter allen Umständen Wirklichkeit werden. Sie droht zu scheitern an der Führerfrage. Kapitän Ehrhardt begegnet in den verschiedenen völkischen Verbänden dem größten Miß-

trauen. An dieser Führerfrage darf aber die völkische Bewegung nicht scheitern! Meine Arbeit ist, und ich finde dabei von Führern und Mannen weitgehendste Unterstützung, die völkischen Verbände unbeschadet erst örtlich, dann bezirksweise, schließlich kreis- und länderweise rein politisch auf Grund eines völkischen Mindestprogramms zu einem völkischen Block, für den ein Name noch gefunden werden muß, zusammenzufassen. Das Ziel ist: Schaffung des deutschen Staates auf nationaler, sozialer und christlicher Grundlage!

4. Alle Schriftsachen, Meldungen, Anfragen sind künftighin wieder an mich zu senden. Mein Geschäftsführer ist Br Kunstein in Gauerstadt. Br. Dietrich hat die Presse übernommen . . .

Treudeutsch allewegs!

Johnson."

Interessant an diesem Brief ist zunächst die Feststellung der Zersplitterung der völkischen Bewegung, selbst in ihrer schwersten Stunde, der Wunsch des Jungdo, die Führung zu übernehmen, die Anschuldigungen, die anderen hätten geplündert.

Wesentlich ist auch, daß dem „Kampf nach außen" keine große Bedeutung beigemessen wird. Wichtiger erscheint dem Jungdo der Kampf gegen den inneren Feind und ihm gilt die Fortdauer der militärischen Ausbildung.

Die wichtigste Frage: „Wer behält die Waffen?" wird zwar kurz, aber außerordentlich deutlich behandelt.

In Konsequenz dieser Auffassung erging folgender Brief an Ehrhardt:

„1. 1. 1924.

Herrn Korvettenkapitän Ehrhardt in München.

Sehr verehrter Herr Kapitän!

Sie, verehrter Herr Kapitän, wissen, mit welcher Freude ich seinerzeit im Einverständnis mit dem 2. Komtur, Bruder Dietrich, und dem Großmeister der Ballei Franken die wehrhaften Leute unter Ihre militärische Leitung gestellt habe, in der Überzeugung, daß Ihre Politik, die auf Ausnützung der bayerischen Regierung zur Führung des entscheidenden Schlags hinausging, die einzig gegebene sei. Sie wissen, daß wir uns schützend vor Sie gestellt haben. Infolge der Nachwirkungen des 8. und 9. November 1923 ist es mir aus innerlichen und äußerlichen Gründen nicht mehr möglich, dem Verbande der Brigade anzugehören. Aus innerlichen Gründen deshalb, weil ich Ihre gegensätzliche Einstellung zu dem hochverdienten General Ludendorff nicht annehmen kann; aus äußerlichen Gründen deshalb, weil trotz wiederholter Versicherungen immer wieder, und jetzt in verschärfter und hinterhältiger Weise, der Versuch gemacht wird, einzelne Ordensbrüder unter Mißachtung des von ihnen abgelegten Ordensgelübdes, auf die Brigade zu verpflichten. Aufs äußerste empört bin ich vor allem über das Verhalten der im sogenannten 2. Batl. Heiligersdorf tätigen Wikingoffiziere, die . . . durch niederträchtigste Denunziation bei den Bezirksämtern den Orden der Gefahr des Verbots absichtlich preisgeben.

Ich bitte darum, Herr Kapitän, mir das Ihnen gegebene Wort wieder zurückzugeben und das militärische Verhältnis des Ordens zur Brigade als gelöst zu betrachten. Ich vertraue Ihnen, daß Sie sofort Anweisung zur Ab-

berufung der noch im Ordensgebiet tätigen Wikingoffiziere ergehen lassen, um mir und dem Orden weitere Maßnahmen zu ersparen, und bitte Sie, meinen Wunsch bis zum 15. 1. 24 zu erfüllen ... Mit treudeutschem Heilgruß für den Jungdeutschen Orden in Bayern

Johnson, Landeskomtur."

Von den Waffen ist also hier nicht die Rede. Aber Ehrhardt weiß, daß hier der Hase im Pfeffer liegt. Er antwortete ohne Anrede.

„München, den 5. 1. 1924.

Ich begrüße Ihre klare Stellungnahme, weil diese auch mir die volle Handlungsfreiheit zurückgibt und ein Verhältnis löst, das von Ihrer Seite nur noch ein Scheinverhältnis war.

Ihr Balleibefehl vom 1. Dezember 1923 ... ist der schlagendste Beweis, daß von Ihrer Seite das Treuverhältnis und die Arbeitsgemeinschaft mit der Brigade innerlich bereits gelöst war. Ich bedauere, daß Sie erst jetzt, einen vollen Monat nach Erlaß dieses Befehls, es für nötig halten, auch äußerlich die Konsequenzen aus Ihrer inneren Wendung zu ziehen und das Wort, das Sie mir gegeben haben, erst jetzt zurückverlangen, ein Verfahren, das mit völkischem Verhalten in schroffstem Widerspruch steht. Wenn Sie jetzt als inneren Grund, der zu Ihrer Trennung von der Brigade zwingt, anführen, daß Sie meine gegensätzliche Stellung zu dem hochverdienten General Ludendorff nicht einnehmen können, so setzt mich diese Behauptung doch einigermaßen in Erstaunen. Aus meiner Stellung zu General Ludendorff habe ich Ihnen von Anfang an nie ein Hehl gemacht, und Sie haben diese Stellungnahme die ganze

Zeit gebilligt. Seit dem 8. und 9. November hat sich mein Verhältnis zu Ludendorff nur insofern geändert, als ich die maßlosen und ungerechtfertigten Angriffe Ludendorffs in der Öffentlichkeit erfuhr und in reiner Notwehr dagegen Stellung nahm. Zu dem zweiten von Ihnen angeführten Punkte lehne ich eine Erörterung ab . . . Gemäß Ihres Wunsches sind Sie mit dem heutigen Tage Ihres Wortes entbunden. Das militärische Verhältnis des Ordens zur Brigade ist mit demselben Tage gelöst. Ich ersuche, die dem Orden als Treuhänder übergebenen Waffen der Brigade an meine Befehlsstelle Koburg zu übergeben. Der von Ihnen gewünschten Anerkennung eines geschlossenen Ordensgebietes bedauere ich nicht zustimmen zu können.

Ehrhardt."

Der weitere Verlauf dieses Konflikts ist in die geruhsamen Bahnen einer Preßpolemik im „Jungdeutschen" übergegangen. Das Scheitern der nationalen Revolution gab dem Jungdo keine weitere Gelegenheit zu solchen militärischen Sanierungen.

Exzesse

In der Nacht des 23. Juni 1923 wurde das Druckereigebäude des sozialistischen „Volkswille" in Münster gesprengt. Die Täter, der Schriftsetzer Hein Kückelhaus und der Dekorationsmaler Karl Schreiber aus Essen, welche dem Stahlhelm angehörten, renommierten dann in München mit ihrer Tat und hofften dadurch Geld zu bekommen. Im Prozeß behaupteten sie, daß sie den Plan vorher im Bureau des Stahlhelm mit den Führern der Organisation besprochen hätten. Sie wurden

am 18. September 1924 vor dem Essener Schwurgericht zu je fünf Jahren Zuchthaus verurteilt. Das Gericht befürwortete jedoch ein Gnadengesuch, das die Strafe in Gefängnis umwandeln sollte. Denn die Attentäter „gehörten zu jenen ‚vaterländischen Abwehrorganisationen', die im besetzten Gebiet unter Duldung und heimlicher Unterstützung gewisser Regierungsstellen die Sabotage organisierten und zu diesem Zweck mit Spreng-mitteln reichlich ausgerüstet waren („Vorwärts" 22. März 1925.) Das Gebäude mußte auf Reichskosten (118178 Mark) wiederhergestellt werden („Berl. Tageblatt" 22. März 1925).

Die „Münchner Post" berichtet am 3. April 1924 von einem Stahlhelmüberfall in Grasdorf bei Hannover, wo mit Degen, Gummiknüppeln und Revolvern ausgerüstete Stahlhelmer, nachdem sie Arbeiter provoziert hatten, über den 17jährigen Arbeiter Willy Schulz herfielen und ihm mit einem Degen durch den Hals stachen, so daß er seiner Verletzung am nächsten Tage erlag.

In ähnlicher Weise ist der Arbeiter Lange aus Ebersdorf Ende Juni 1924 von Stahlhelmleuten getötet worden.

Im November 1924 wurde die Synagoge in Hersfeld durch vier Jungdoleute erbrochen, die Altargeräte beschädigt, die Altardecke gestohlen. Eine Anklage wurde nur wegen Unfug und Sachbeschädigung erhoben. Die Täter erhielten kurze Freiheitsstrafen, wurden jedoch nach einigen Tagen Haft mit Bewährungsfrist entlassen.

Die deutschnationalen „Breslauer Neuesten Nachrichten" berichteten am 12. Dezember 1924 über einen am Vortage erfolgten Überfall von Stahlhelmleuten auf friedliche Arbeiter. Die etwas angetrunkenen Stahlhelmer zogen mit großem Lärm durch das Dorf Bankwitz bei Zobten in Schlesien. Als sie von einer Gruppe

Arbeiter aufgefordert wurden, die nächtliche Ruhestörung zu unterlassen, stürzten sie, wie die „B. N. N." berichten, auf die Leute mit dem Ruf „Schlagt sie tot!". Der Arbeiter Bräuer wurde mit einem Gummiknüppel derartig über das Gesicht geschlagen, daß er nach einigen Tagen starb. Der „Stahlhelm" gab am 11. Januar zwar eine durchaus abweichende Darstellung, wonach zuerst die Arbeiter mit Steinwürfen begonnen hätten; es besteht aber kein Anlaß, dem deutschnationalen Blatt keinen Glauben zu schenken.

Waffenlager

Das „Hamburger Echo" vom 12. Februar 1924 meldete die Aushebung eines größeren Waffenlagers in Halle, das vom Stahlhelm angelegt war. Als das Bergedorfer Parteiblatt diese Notiz übernahm, wurde es am 16. Februar 1924 vom Kommandeur der zweiten Division in Stettin, dem Generalleutnant v. Tschischwitz, verboten. Damit hat General v. Tschischwitz die Prätensionen des Stahlhelm anerkannt.

Am 16. Februar 1924 meldete der „Vorwärts" die Aushebung eines Stahlhelm-Waffenlagers in Eilenburg a. d. Mulde.

Am 2. Oktober 1924 berichtete die Görlitzer „Volkszeitung" von einer Nachtübung des Stahlhelm, bei der vier Maschinengewehre und mindestens hundert Infanteriegewehre oder Karabiner verwandt wurden.

Am 14. Oktober 1924 teilte der „Vorwärts" mit, daß am 13. Stahlhelm und Jungdo in Stärke von etwa 30 Mann in den Müggelbergen bei Berlin Übungen veranstaltet hätten. Solche Meldungen sind alltäglich.

Der „Braunschweiger Volksfreund“ berichtete am 25. Februar 1925 von der Auffindung von zwei leichten Maschinengewehren mit Munition, siebzehn Infanteriegewehren und Handgranaten bei dem Stahlhelmmitglied Kaufmann Hasemann in Blankenburg. Angeblich habe er die Waffen von der Goslarer Reichswehr erhalten. Nach der Beschlagnahme wurden die Waffen von der Braunschweiger Reichswehr wieder Stahlhelmleuten übergeben.

Selbstverständlich gibt die Bewaffnung den Stahlhelmleuten Möglichkeit zu Ausschreitungen aller Art.

Stahlhelm und Reichswehr

Als der preußische Minister Severing seine Beamten darauf aufmerksam machte, daß Stahlhelm, Jungdo und Wehrwolf politische Vereine seien, legten diese Vereine gegen diese „verfassungswidrige Beeinflussung der Beamten“ schärfste Verwahrung ein. („Frankfurter Ztg.“ 31. Juli 1924.) Umgekehrt hat der Stahlhelm sogar versucht, sich amtliche Befugnisse anzumaßen. Laut „Berliner Tageblatt“ vom 24. 9. 24 richtete der Oberstleutnant a. D. Düsterberg an das Berliner Polizeipräsidium ein Schreiben, in dem er um Übersendung von Lichtbildern der Mitglieder der Ententekontrollkommission in Uniform und Zivil bat, um in der Lage zu sein, „bei der berechtigten Empörung jegliche Ausschreitungen gegen diese Männer zu verhindern“. Der Regierungspräsident Grützner in Merseburg hat dies selbstverständlich zurückgewiesen.

Am 11. Mai 1924 organisierte der Stahlhelm einen „Deutschen Tag“ in Halle, der in der Wiederenthüllung des, angeblich von Kommunisten, beschädigten Moltke-

Denkmals gipfelte. Nach Angabe des Stahlhelms waren nahezu hunderttausend Teilnehmer erschienen, u. a. General Ludendorff, Prinz Oskar von Preußen, Feldmarschall Mackensen, die Generale von Heeringen, Märker, von Stein, die Admirale Tirpitz, Scheer und Schröder. Hierdurch fühlten sich die Kommunisten zu Gegendemonstrationen veranlaßt, die von der Polizei auseinandergetrieben wurden. Dabei wurden zehn Arbeiter getötet.

In Stahlhelmkreisen wurde im Anschluß an den „Deutschen Tag" eine Denkschrift verbreitet, die sich gegen die Bevorzugung der „Etappenhelden" beim Bankett wandte, zu dem der Bundesvorsitzende Seldte nicht geladen war. An der Festtafel saßen sieben aktive Reichswehroffiziere, unter ihnen Oberstleutnant von Ludwiger, damals erster Adjutant des Reichswehrministers.

Der „Stahlhelm" vom 22. Juni 1924 schreibt über einen Übungsmarsch einer Magdeburger Reichswehrkompanie in der Altmark:

„Da Staatsmittel nicht zur Verfügung standen, hatte man sich an die nationalgesinnte Bevölkerung mit der Bitte gewandt, ihr kostenlos Unterbringung zu gewähren. Wie wir hören, ist sie besonders durch die Bundesmitglieder begeistert aufgenommen worden."

Auch diese Notiz zeugt von der „privaten Initiative": Die Wehrhaftmachung, d. h. die Vorbereitung des Rachekrieges soll, da der Staat sie nicht durchführen kann, von den Verbänden durchgeführt werden.

Die Beziehungen zur Reichswehr, so sagt der „Stahlhelm", sind auch sonst die denkbar besten. Ihrer Darstellung dient eine besondere Rubrik, welche in jeder Nummer mehrere Spalten füllt und ausschließlich der

Schilderung gemeinsamer Veranstaltungen, wie Fahnenweihen, Erinnerungsfeiern, Denkmalenthüllungen, Konzerte, Deutsche Tage usw., dient.

Am 8. Juni 1924 berichtete der „Stahlhelm“ z. B. von einer Fahnenweihe in Gardelegen, die durch die Beteiligung einer Kompanie des Reichswehrregiments 12 unter Führung des Hauptmanns Huber und einen dabei ausgeführten Parademarsch eine besondere Note erhielt.

Dem entspricht eine Notiz der „Welt am Montag“ vom 17. November 1924 über die gemeinsame Veranstaltung eines Ausmarsches von Reichswehr, Stahlhelm und Jungdo in Eutin.

Einen weiteren Beweis für dieses Zusammenwirken und die dadurch ausgesprochene Anerkennung des Stahlhelm als einer dem Volksganzen übergeordneten Instanz durch die Militärbehörden liefert die Tatsache der vorübergehenden Einstellung von Stahlhelmleuten in die Reichswehr (vgl. Kap. „Schwarze Reichswehr“). Übrigens hat Herr v. Oldenburg-Januschau in aller Öffentlichkeit erklärt: „. . . Wir im Stahlhelm, Jungdo, Wehrwolf und den andern vaterländischen Vereinen sind schließlich dazu da, die Verlängerung zu bilden, für unser Heer, wenn es darauf ankommt“ („Welt am Montag“, 14. Sept. 1925).

Wie die Beziehungen zur Reichswehr mitunter von Stahlhelmleuten ausgewertet wurden, beweist ein Prozeß, der am 7. und 8. Mai 1925 vor dem vierten Strafsenat des Reichsgerichtes stattfand. Der Handlungsgehilfe Karl Gerneth aus Bamberg, der im dortigen Stahlhelm eine führende Rolle gespielt hatte, war wegen Spionage angeklagt. Die Anklageschrift hob hervor, daß es Gerneth als Mitglied des Stahlhelm leicht gewesen sei, Aktenstücke der Reichswehr ein-

zusehen. Der Staatsanwalt beantragte 10 Jahre Zuchthaus. Das Urteil lautete auf 6 Jahre Zuchthaus („Vossische Zeitung" 8. Mai 1925, „Welt am Montag" 11. Mai 1925).

Jungdo und Stahlhelm

Am 29. Januar 1925 vereinigten sich in Berlin der Jungdo unter Mahraun, der Stahlhelm unter Seldte und die Vaterländischen Gewerkschaften unter Geisler, M. d. R., zu einem Kartell, das den Namen „Nationalausschuß" erhielt. Doch zerfiel dieser Spitzenverband bald wieder, als sich bei der Kandidatenaufstellung zur Reichspräsidentenwahl (im März 1925) Unstimmigkeiten ergaben. Der Stahlhelm trat nämlich für Jarres, der Jungdo gegen ihn auf („Stahlhelm" 19. Juni 1925).

Im Juni 1925 erklärte der Ordenskanzler Bornemann vom Jungdo bei einer Sonnwendfeier der Ballei Altmarkt, der Stahlhelm müsse vielfach als reaktionär bezeichnet werden, während der Jungdo evolutionär sei und Berührungspunkte mit dem Reichsbanner habe.

Daraufhin warf der „Stahlhelm" dem Jungdeutschen Orden „Stellungswechsel nach links" vor. Hieraus entstand ein langwieriger Zwist. Der Jungdo rief schließlich die Vermittlung des Marschall-Präsidenten von Hindenburg, als Ehrenmitglied des Stahlhelm, an. Hindenburg lies dann an Mahraun schreiben (vgl. „Das andere Deutschland" 24. Juli 1925), und drückte die Hoffnung auf baldige Beilegung des Konfliktes aus. Auf das Ansuchen um Übernahme der Vermittlerrolle hat er sich nicht geäußert. Daraufhin wurde der Führer der Vaterländischen Verbände, General von der Goltz, mit der Vermittlung betraut. Doch scheiterte auch dies („Stahlhelm", 27. Sep-

tember 1925). Die Verbände stehen sich also noch in wohlwollender Feindschaft gegenüber.

Der Jungdo hatte übrigens gegen Seldte auch den Vorwurf einer zu engen Allianz mit Dr. Stresemann erhoben. Daraufhin erklärte Seldte am 19. Juli 1925 im „Stahlhelm", persönlich habe er zwar gegen das Angebot des Sicherheitspaktes gesprochen, er wolle sich aber als Stahlhelmführer von einer einseitigen Parteipolitik grundsätzlich fernhalten.

Die vorliegenden Zeilen zeigen, daß Stahlhelm und Jungdo enge Berührungspunkte haben, die gleichen Fiktionen der Überparteilichkeit und der unpolitischen Einstellung vertreten, und daß die Differenzen zwischen ihnen wohl mehr personeller als sachlicher Natur sind. Der Stahlhelm will einfach die Interessenvertretung der Frontsoldaten sein, wogegen der Jungdo häufig eine ethisierende Einstellung hat. Entsprechend steht der Stahlhelm weit fester auf dem Boden des herrschenden Wirtschaftssystems, während dem Jungdo eine etwas verschwommene brüderliche Volks- und Schicksalsgemeinschaft vorschwebt. Beide Organisationen sind zum Teil bewaffnet und stehen trotz ihrer rechtsradikalen Einstellung in einem Zusammenhang mit der Reichswehr, dessen sie sich rühmen. Obwohl daraus für sie die Notwendigkeit einer republikanischen Einstellung folgen würde — denn schließlich ist die Reichswehr doch das Heer der Republik —, sind zahlreiche terroristische Akte von Stahlhelm- und Jungdoleuten gegen Republikaner begangen worden.

Roßbach

Geschichte des Freikorps Roßbach

Im Dezember 1918 stellt der damals 25jährige Leutnant Roßbach vom ehemaligen Infanterieregiment 175 aus Resten des Maschinengewehr-Ausbildungskommandos, vom Schießplatz Gruppe, eine Kompanie für den Grenzschutz in Westpreußen zusammen. Hieraus wird kurze Zeit später „die Freiwillige Sturmabteilung Roßbach", ein aus allen Waffen kombiniertes Detachement von zunächst 180 Mann. Am 29. Januar 1919 „stürmten" die Roßbacher die Stadt Culmsee, die von einer polnischen Bürgerwehr besetzt war. Darauf wurden sie in die Reichswehr als „Reichswehrjäger-Bataillon 37" aufgenommen. Im Frühsommer 1919 beteiligten sich die Roßbacher an den unter der Führung von Batocki-Friebes, Winnigs und des Generals Otto v. Below stehenden vagen Bestrebungen, die Polen aus Posen und Westpreußen zu werfen, und in Danzig das autonome Ostdeutschland, dem die Baltischen Länder angegliedert werden sollten, aufzurichten. Die Durchführung wäre eine Separation vom Reich gewesen. Das Unternehmen wird abgesagt, als der Friedensvertrag am 28. Juni 1919 unterzeichnet wird. Nun soll die Truppe auf die Verfassung vereidigt werden. Herr Roßbach, der inzwischen von

der Republik seine Beförderung zum Oberleutnant erhalten hat, holt seine Privatfahne heraus (schwarzes Tuch, silberne Längsstreifen, silbernes R), vereidigt seine Leute hierauf und meldet: „Bataillon ist vereidigt!"

Herr Roßbach wollte nunmehr dem „deutschen General im Baltikum", dem Grafen von der Goltz, der einen Privatkrieg gegen angebliche Bolschewisten führte (in Wirklichkeit standen die Letten zwischen ihm und der bolschewistischen Front), zu Hilfe kommen und stellte bei der 35. Division den Antrag auf Verlegung ins Baltikum. Der Antrag wurde selbstverständlich abgelehnt, da die Reichsregierung sich zu dieser Zeit schon mit den Ententemächten wegen des Baltikumunternehmens in Konflikt befand und alles Interesse daran hatte, die Truppen aus dem Baltikum herauszuziehen. Aber Roßbachs Leute wollten „rubeln" (Fachausdruck für „requirieren"). Er forderte also Winterkleidung, Stiefel, Waffen und Munition an, nachdem er noch ein Bataillon des Thorner Infanterieregiments 21, dessen Major sich ihm unterstellte, in seinen Verband aufgenommen hatte. Es wurden Verbindungen mit der Führung der „Westrussen" in Mitau angeknüpft. Roßbachs neuer Antrag, wenigstens an die ostpreußische Grenze verlegt zu werden, wurde wieder nicht genehmigt. Am 26. Oktober 1919 erschien eine Verfügung des Generalkommandos, die den sofortigen Abtransport nach Pelplin-Münsterwalde befahl. Höhere Offiziere, darunter der kommandierende General des XVII. A.-K., Exzellenz v. Malachowsky, erschienen vergeblich im Lager, um die Mannschaft von ihrem Zug nach Kurland abzuhalten. Einen hinter Roßbach erlassenen Steckbrief, den ersten einer langen Reihe, konnte niemand durchführen.

Es schien ein unerhörtes Unterfangen, dem Deutschen Reich ein Bataillon seines Heeres zu stehlen. Roßbach brachte es fertig. Er mißachtete den Befehl des Generalkommandos, erklärte, nur Befehlen der alten kaiserlichen Regierung Folge zu leisten und erreichte am 30. Oktober bei Tilsit die Grenze. Dort versuchte Major Heß von der Befehlsstelle Ost (Königsberg) des Generals v. Seeckt zum letzten Male die Roßbacher zurückzuhalten. Sein Auto wurde mit Kartoffeln beworfen. In der Nacht zum 1. November ging Roßbach über die Grenze. Mit ihm zogen 32 Offiziere (darunter Major Kurz, Lt. Köpke, Lt. Barck, Lt. Reincke, Lt. Eckl, Lt. Kunow, Lt. Müller), 960 Unteroffiziere und Mannschaften, 420 Pferde. An Kriegsgerät führte er 3 Feldkanonen 96 N. A., 2 leichte Feldhaubitzen 16, 26 s. M.-G., 28 l. M.-G., 4 l., 3 mittlere Minenwerfer, 6 Flammenwerfer, 11 Feldküchen, 5 Munitionswagen, 61 Feldwagen, 12 M.-G.-Wagen, 92 Fahrräder, 320 Gewehre 98, 631 Karabiner und 22 Maschinenpistolen mit.

Er kam gerade noch recht, um die Flucht der geschlagenen und zersprengten Baltikumer vor den nachdrängenden Letten und Esten mitzumachen.

Denn inzwischen war das Baltikumunternehmen von der Reichsregierung auch offiziell desavouiert, von den Letten liquidiert worden. Am 3. und 4. Oktober schon war die Attacke der Baltikumer auf Riga im Feuer der britischen Panzer zusammengebrochen. Vorher schon hatte General von der Goltz zurückkehren müssen; den Befehl über die ihm unterstellten Truppen hatte er dem grusischen Abenteurer Awaloff-Bermondt übergeben, der aus den gesamten Formationen im Baltikum, der „Eisernen Division“, der „Deutschen Legion“, den Freikorps

Plehwe, Petersdorff, Graf Keller, Roßbach, dem Rest der ersten Gardereserve-Division und aus Resten ehemaliger kriegsgefangener Russen die „Freiwillige Russische Westarmee“ bildete. Sein Stab befand sich in Mitau. Die deutschen Truppen legten die Zarenkokarde an, um bald darauf ruhmvoll auseinanderzulaufen.

Am 12. Dezember hatte Deutschland die Roßbacher wieder. (Nach „Geschichte des Freikorps Roßbach“ von K. O. Barck, Völkischer Kurier, Januar 1925.)

Selbstversändlich nahm Roßbach aktiv am Kapp-Putsch teil. Er ist persönlich verantwortlich für die Ermordung der Arbeiter Wilhelm Wittge und Johann Steinfurth in Nußdorf und des Arbeiters Slomsky in Dorf Meklenburg am 18. März 1920. Diese waren von einem illegalen Kriegsgericht der freiwilligen Sturmabteilung Roßbach auf Grund einer Verordnung Kapps „zum Tode verurteilt“ worden. Roßbach hat die Vollstreckung dieser Todesurteile befohlen. Das Verfahren wegen Mord schwebte am 17. November 1923 noch in der Voruntersuchung und dürfte vermutlich jetzt eingestellt sein. (Vgl. „Denkschrift“, S. 132ff.)

Zu den mit Roßbach verwandten Organisationen gehört das Freikorps Aulock, dessen Untaten im folgenden skizziert seien.

Aulock

Das Freikorps des Oberleutnants Aulock hatte im Grenzschutz in Oberschlesien gestanden. Nach dem Ende des Kampfes gegen die Polen ging Aulock eine „Arbeitsgemeinschaft“ mit der Ehrhardt-Brigade und den Freikorps Roßbach und Paulsen ein. Während des Kapp-Putsches stand das Freikorps selbstverständlich auf

seiten der Rebellen. In diese Tage fallen unerhörte Mißhandlungen, deren sich Angehörige der Truppe gegenüber wehrlosen und rechtswidrig festgesetzten Gefangenen schuldig gemacht haben.

Das Freikorps Aulock hatte am 13. März 1920 das Generalkommando in Breslau besetzt. Zur Aufnahme der zahlreich eingelieferten Festgenommenen diente ein Wachtkeller, von den Offizieren und Mannschaften „Folterkammer" genannt. Das Geschrei der Mißhandelten drang häufig bis in den zweiten Stock. Die Mißhandlungen setzten erst nach dem 17. März systematisch ein, als bereits feststand, daß der Putsch mißlungen war.

Offiziere hatten sich zum Teil an den Mißhandlungen aktiv beteiligt. In keinem Fall waren sie dagegen eingeschritten. So wurde der Kürschnergeselle Heimlich am 17. März abends durch Soldaten nach dem Schlosse gebracht, wo er Spießruten laufen mußte. Dann wurde er ins Generalkommando geführt und erhielt Faustschläge. Ein Leutnant setzte ihm den Revolver an den Hals und bedrohte ihn mit Erschießen. „Es werde ihm so gehen wie dem Juden Schottländer ..." (Schottländer war ebenfalls von Aulocksoldaten ermordet worden. Vgl. „Vier Jahre politischer Mord", S. 56.) Dann wurde er mit Gummiknüppeln bearbeitet. Als er bewußtlos zusammenbrach, schlug der Gefreite Biskup weiter mit dem Gewehrkolben auf ihn ein, bis er wieder das Bewußtsein erlangte. Heimlich war über ein Jahr in ärztlicher Behandlung.

Der Händler Brandt aus Guswitz wurde am 18. März im Generalkommando mit Gewehrkolben über den Kopf und mit einer Handgranate ins Gesäß geschlagen. Einige Soldaten riefen: „Biskup, hier ist neue Arbeit für dich!"

Biskup schlug dann in rabiater Weise auf Brandt ein. Er war zum Schlusse so ermüdet, daß er den andern Soldaten Vorwürfe machte, weil sie ihn allein „arbeiten“ ließen.

Der Schlosser Heitner wurde von Biskup mit Reitpeitschen, Gewehrriemen usw. geschlagen.

Der Arbeiter Klibke wurde im Generalkommando nach schweren Mißhandlungen von Oberleutnant Aulock gefragt, ob er seine kalte Abreibung schon erhalten habe ... Nach Bejahung dieser Frage wurde er gezwungen, von 7 Uhr abends bis früh 10 Uhr in strammer Haltung mit dem Gesicht nach der Wand zu stehen.

Der Postgehilfe Fritsche wurde auf einen Tisch geschnallt und mit Peitschen und Knüppeln geschlagen. Der Buchdrucker Müller wurde mit einer Reitpeitsche mit Stacheln geprügelt.

Der Leutnant Jordan hat die eingebrachten Sistierten noch schwerer mißhandelt, als dies die Mannschaften taten. Andere Offiziere haben wiederholt die Soldaten aufgestachelt und ihnen gesagt: „Schlagt die Leute, wie ihr wollt, ihr könnt sie auch totschlagen, aber sehen dürfen wir es nicht!“

Der Offiziersstellvertreter Walter hat Gefangenen in Gegenwart von Offizieren ins Gesicht gespien, sie mit Stiefeln getreten und geschlagen. Einmal hat Oberleutnant Aulock ruhig dabei gestanden, wie Gefangene auf der Treppe mit Kochgeschirren, Kolben und Peitschen geschlagen wurden. (Aussagen von Zimmermann und Elias im Prozeß. Diese Aussagen sind um so gravierender, als die beiden Zeugen früher Angehörige der Truppe waren.)

Der Arzt, Dr. Werther vom Freikorps Paulsen, hat einige der Mißhandelten untersucht, z. B. Heimlich und

Heitner. „Es waren nicht besonders schwere Verletzungen. Die Kopfhaut ist nur leicht durchschlagen gewesen. Die Leute haben sich körperlich und geistig ganz gut befunden."

In schroffem Gegensatz hierzu standen die Untersuchungsergebnisse des Arztes Dr. Ruben. „Die Verletzungen seien lebensgefährlicher Natur gewesen. Der ganze Körper des Heimlich war zerschlagen. Die Muskulatur des Armes entblutet. Die Handrücken verschwollen, sämtliche Finger zerschlagen. Die linke Ohrmuschel blutunterlaufen und stark verschwollen. Der Rücken und der ganze hintere Körperteil mit blutigen Schründen bedeckt."

Die Untaten fanden vor der Strafkammer des Breslauer Amtsgerichts eine unzureichende Sühne.

Angeklagt der schweren Körperverletzung waren Offizierstellvertreter Max Walter, der Gefreite (Spielmann) Wilhelm Biskup und der Unteroffizier Martin Breffka. Keiner der Offiziere war angeklagt. Der Staatsanwalt Rogione beantragte für Walter und Biskup je 5 Jahre, für Breffka vier Jahre Gefängnis. Es erhielten: Walter 3 Jahre 6 Monate Gefängnis wegen Mißhandlung in 10 Fällen, Biskup 4 Jahre Gefängnis wegen Mißhandlung in 10 Fällen, Breffka 2 Jahre 6 Monate wegen Mißhandlung in 5 Fällen.

Sämtlichen Angeklagten wurden je 7 Monate 4 Wochen Untersuchungshaft angerechnet. (Eingehende Prozeßberichte in den „Breslauer Neueste Nachrichten" vom 28. Februar bis 14. März 1921.)

Das Reichsgericht hat dann kurze Zeit später den Verurteilten die Kapp-Amnestie zugebilligt, obgleich diese für gemeine Verbrechen nicht gelten sollte. Es habe sich hierbei um politische Delikte gehandelt.

Walter und Biskup wurden später als Gefangenenaufseher im Untersuchungsgefängnis Schweidnitz angestellt, trotzdem Walter schon früher als Polizeiwachtmeister in Königshütte wegen Mißhandlungen entlassen worden war. Beide hatten ihren Befähigungsnachweis in Breslau geliefert.

Auf eine kleine Anfrage im Reichstag wurde diese Anstellung allerdings wieder rückgängig gemacht. („Berliner Tageblatt“, 14. September 1921.)

Die Ermordung Hermanns

Oberleutnant Mayer, Altelsässer, 33 Jahre alt, Sohn eines Majors, war Kreisleiter der Arbeitsgemeinschaft Roßbach in Marienfließ, Kreis Saazig in Pommern. Nach persönlichen Differenzen mit Roßbach schied er im Laufe des Jahres 1921 aus und gründete nunmehr seine „Arbeitsgemeinschaft Mayer“. Seine Leute brachte er auf Gütern im Kreise Striegau unter. Das Hauptquartier befand sich auf Schloß Stein. In Breslau wurde Mayer mit dem Zigarrenhändler Kurt Hermann bekannt, einem großsprecherischen Menschen, der sich als ehemaligen Leutnant ausgab und das E. K. I trug, obgleich er niemals Soldat gewesen war. Hermann drängte sich in die Kreise der Roßbacher, weil er glaubte — so sagte wenigstens Mayer später aus —, daß die „nationale Sache“ sich zu günstigen Geschäften ausschlachten lasse. Hermann gab dann im Januar 1922 dem Mayer das Geld zur Gründung der „Wachgesellschaft Schlesien“, welche den Angehörigen der Organisation, die von den Gütern fort wollten, Arbeit und Unterhalt gewähren sollte, also die militärische Zusammengehörigkeit auf-

rechterhielt. Mayer, „nichts als Soldat“, war Weiberfeind. Der Gesellschaft gehörte weiterhin der 36jährige Tierarzt Gebauer an, ein gebürtiger Österreicher, früher beim Grenzschutz Ost, später Bataillonsarzt in Kurland. Mit der Frau des Hermann hatte er ein Verhältnis. Ein intelligenter Mensch von kultiviertem Äußeren. Ferner der 32jährige Kaufmann Hans Spöhrer aus Darmstadt, ehemals Feldwebel, typischer Landsknecht, und der 26 Jahre alte Unterinspektor Robert Tippel, ein Mann von geringem Intellekt. Die Tochter des Schloßverwalters von Stein, die 21jährige Irmgard Krüger, hat ein Verhältnis mit Hermann, das Spöhrer voll Eifersucht betrachtet.

Mayer, „der Alte“, wie seine Untergebenen ihn nennen, glaubt Grund zu politischem Mißtrauen zu haben. Er hat ermittelt, daß Hermann geschwatzt hat. Mayer behauptet, er habe Waffen an die Polen verschoben. Hermann zeigt auch viel Geld, darunter ukrainische Noten, die er nach Mayers Meinung nur von der polnischen Regierung erhalten haben kann. Mayer gibt Auftrag, „ihn zu verrollen“. Am 7. Juni 1922 — Frau Hermann ist bei Verwandten auf Besuch— wird die Tür zu Hermanns Schlafzimmer ausgesägt. Gebauer und Hermann kneipen zunächst. Gebauer legt sich neben Hermann ins Bett. Als Hermann schläft, steigen Spöhrer und Tippel ins Schlafzimmer, ziehen dem Hermann eine dicke Wolldecke über die Ohren und prügeln ihn viehisch durch. Dann legen sie ihm, wie dies Gebauer bei der Verabredung vorgeschlagen hatte, ein chloroformgetränktes Handtuch auf den Mund, woran er stirbt. Gebauer wird auf seinen Wunsch gefesselt. Die Täter nehmen Ringe und andere Wertsachen mit. Nach einer Weile

alarmiert Gebauers Hilferuf die Polizei. Die Täter, von Gebauer verraten, werden verhaftet.

Am 9. Oktober 1924, also $2^{1}/_{4}$ Jahre nach der Tat, begann der Prozeß. Die Angeklagten behaupten, nur die Absicht gehabt zu haben, Hermann einen „Denkzettel" zu verabreichen. Gebauer versucht zwar die Motive vom politischen ins erotische Gebiet zu spielen, aber die politische Tendenz der Mordtat ist klar. Die Öffentlichkeit wird bei der Erörterung der Herkunft des ukrainischen Geldes, bei der Beweisaufnahme über Hermanns angebliche Spionage, überhaupt wo der Komplex der Geheimbünde auftaucht, ausgeschlossen. Der Staatsanwalt beantragt Todesstrafe für alle vier. Das Gericht (Landgerichtsdirektor Fuhrbach, Landgerichtsräte Salemon und Sperlich) verurteilt Gebauer und Mayer zu je 7 Jahren Zuchthaus, Spöhrer und Tippel zu je 5 Jahren Zuchthaus unter Anrechnung der Untersuchungshaft. Das Gericht hatte nicht Mord, sondern Körperverletzung mit Todeserfolg als vorliegend angesehen.

*

Vergebliche Verbote

Nach dem Kapp-Putsch wurde das damalige Freikorps Roßbach aufgelöst und wandelte sich in die Arbeitsgemeinschaft Roßbach um, deren Zentrale in Berlin-Wannsee war, während sich die Kassenstelle in Kalsow in Mecklenburg befand. Die Organisation wurde jedoch 1921 auf Grund der Artikel 177 und 178 des Versailler Vertrags verboten. An ihre Stelle trat der „Verein für landwirtschaftliche Berufsausbildung". Er wurde am 21. November 1922 als Fortsetzung der Arbeitsgemeinschaft Roßbach ebenfalls verboten. An der Spitze des

„Vereins für landwirtschaftliche Berufsausbildung" stand ursprünglich der Major a. D. Weber, der später durch den Leutnant a. D. Brandt ersetzt wurde. Nach Auflösung dieses Vereins rief Roßbach, der sich inzwischen der nationalsozialistischen deutschen Arbeitspartei angeschlossen hatte, deutschvölkische Jugendorganisationen in Gestalt von sog. Turnerschaften ins Leben. Indessen wurden auch diese von der mecklenburgischen Regierung am 31. März 1923, und zwar auf Grund des Republikschutzgesetzes, verboten. Als auch die nationalsozialistische deutsche Arbeitspartei von dem mecklenburgischen Ministerium verboten wurde, trat Roßbach der deutschvölkischen Freiheitspartei, an deren Spitze der Reichstagsabgeordnete von Graefe stand, bei und stellte ihr seine Turnerschaften zur Verfügung. So wurden diese beiden Organisationen miteinander verschmolzen, wobei die alte Einteilung der Roßbachorganisation in Gaue, Bezirke, Kreise und Abschnitte beibehalten wurde. Roßbach selbst besaß innerhalb der deutschvölkischen Freiheitspartei als Leiter der Organisationsabteilung II zugleich einen maßgebenden Einfluß auf die neu gebildeten Jugendorganisationen. In Mecklenburg verfügt die deutschvölkische Freiheitspartei als solche über Ortsgruppen, das oberste Organ wird von dem Landesvorstand gebildet.

Satzungen

Im folgenden die Satzungen der Organisation Roßbach von 1923.

Streng geheim! Fundsicher aufbewahren!

1. Allgemeines. Die Organisation ist unpolitisch und von politischen und wirtschaftlichen Organisationen unabhängig.

2. Zweck. Die Organisation hat den Zweck, die Wehrfähigkeit des Volkes zu erhalten und zu fördern, sowie die Machtmittel des Reiches im Bedarfsfalle zu verstärken, und zwar sowohl gegen einen äußeren Feind als auch bei inneren Unruhen. Sie soll alle die Männer vereinigen, die bereit sind, sich jederzeit zur Verfügung zu stellen, wenn es gilt, das Vaterland gegen äußere Feinde zu schützen, wie gegen solche innere Feinde, die gegen die Verfassung handeln wollen. Für beide Fälle ist zu unterscheiden:

a) Einstellung von Zeitfreiwilligen in der Reichswehr und

b) Bildung besonderer Formationen (Grenzschutz, Einwohnerwehr usw. von Reichs wegen).

Der Einsatz folgt auf Anfordern der Reichsbehörden unter Unterstellung unter diese. Der Provinzialleiter erteilt die erforderlichen Befehle unter sofortiger Mitteilung an den Provinzialausschuß.

Weiterhin soll die Organisation die Kriegstüchtigkeit ihrer Männer pflegen. Auch soll sie auf die heranwachsende Jugend Einfluß gewinnen und dadurch auch für die Erhaltung der Wehrhaftigkeit des Nachwuchses sorgen.

3. Zusammenarbeiten mit anderen Stellen. Die Organisation arbeitet mit der Reichswehr (Wehrkreiskommando II in Stettin) für den Landesschutz eng zusammen.

4. Vertreter der Provinz, der Gaue und der Kreise. Um der Organisation den erforderlichen Rückhalt im Lande zu geben und um die nötigen Geldmittel (Ziffer 10) sicherzustellen, bestehen der „Provinzialausschuß“, die „Vertreter der Gaue“ und die „Vertreter der Kreise“.

a) Der Vertreter des Kreises wird aus diesem durch das Vertrauen der zur Organisation gehörenden Kreis-

mitglieder durch Mehrheitsbeschluß gewählt. Er hat die Aufgabe, die Ausbreitung der Organisation im Kreise zu fördern und für die Sicherstellung der im Provinzialausschuß festgesetzten Geldmittel zur Abführung an den Provinzialleiter zu sorgen. Er erhält seine Weisungen vom Vertreter des Gaues.

b) Der Vertreter des Gaues wird von den Vertretern des Kreises durch Mehrheitsbeschluß gewählt und hat die gleichen Aufgaben wie letzterer.

c) Der Provinzialausschuß setzt sich aus vier Vertretern der zur Organisation gehörenden Kreise Pommerns, einem Vertreter der Grenzkreise und dem Provinzialleiter (Ziffer 5) zusammen. Die Ausschußmitglieder werden aus der Zahl der Gaue und Kreise durch diese gewählt.

Die Vertreter der Gaue und Kreise werden nach Wahl ehrenwörtlich vom Provinzialleiter verpflichtet. Die Vertreter der Gaue und Kreise verpflichten sich bei Amtsübernahme, den Anordnungen des Provinzialleiters Folge zu leisten und ihn, sowie die Gau- bzw. Kreisleiter bei der Durchführung der organisatorischen Maßnahmen zu unterstützen.

5. Leitung der Organisation. Die Leitung liegt in der Hand einer in der Vollversammlung der Vertreter (Ziffer 3c) auf drei Jahre zu wählenden Persönlichkeit, die ihren Sitz in Stettin hat. Kündigung wie bei der R.-W. (Heeresergänzungsbestimmungen) auf Gegenseitigkeit. Beschreitung des Rechtsweges ist ausgeschlossen. Diese gewählte Persönlichkeit führt den Titel „Provinzialleiter". Sie sorgt für die Aufrechterhaltung der Verbindung mit R.-W.

Er bestimmt diejenigen Persönlichkeiten, die in seinem Stabe, in den Gauen und Kreisen hauptamtlich, in

Ausnahmefällen nebenamtlich oder ehrenamtlich, als Fachmänner tätig sind. Diese Persönlichkeiten, „Gau- und Kreisleiter", verpflichten sich vor ihrer Anstellung zum unbedingten Gehorsam gegenüber den Befehlen des Provinzialleiters. Kündigung wie bei der R.-W. Beschreitung des Rechtsweges ist ausgeschlossen.

6. Stab der Provinzialleitung. Der Stab besteht aus zwei Herren und einer Schreibhilfe. Ferner ist nach Bedarf ein buchtechnischer Fachmann für das Rechnungswesen heranzuziehen. Ebenso waffentechnische Fachleute für das Material. Der Stab arbeitet nach der Anweisung des Provinzialleiters.

7. Einteilung des Gebietes der Organisation. Das Gebiet ist in acht Gaue, sieben Landgaue und einen Stadtgau, eingeteilt. a) Gau Stolp, b) Gau Deutsch-Krone, c) Gau Hammerstein, d) Gau Belgard, e) Gau Stettin-Land, f) Gau Stettin-Stadt, g) Gau Swinemünde, h) Gau Vorpommern.

8. Gauleitung. Die Gauleiter unterstehen dem Provinzialleiter unmittelbar und werden von ihm für drei Jahre hauptamtlich angestellt (Ziffer 5). Die Gauleiter haben folgende Pflichten: . . .

d) Für den Fall, daß bei inneren Unruhen Befehle des Provinzialleiters zunächst nicht schnell genug eintreffen oder die Verbindung mit dem nächsten Reichswehrstandorte unter keinen Umständen mehr möglich sein sollte und im Einvernehmen mit dem Vertreter des Gaues Erlaß für die erforderlichen Befehle für die Wiederherstellung der Ordnung unter sofortiger Meldung an die Provinzialleitung und Mitteilung an den nächsten Reichswehrstandort. Das gilt auch für die Maßnahmen, die örtlich getroffen werden, ohne daß ein Aufruf der

gesamten Organisation oder von geschlossenen Gauen oder Kreisen erforderlich wird. Solche selbständigen Anordnungen sind aber nur im äußersten Notfall zu treffen.

Enge Fühlung mit den zuständigen Reichswehrstandorten. Aufnahme der Verbindung mit den Nachbargauen und im Einverständnis mit diesen. Sicherstellung einer Verbindung mit der Provinzialleitung, die unabhängig von Bahn und Post ist.

f) Nur für die drei Grenzgaue! Sammlung von Nachrichten über Vorgänge jenseits der Grenze. Diese Nachrichten sind dem Gau Stolp und dem nächsten Standort der R.-W. zuzuführen. Nur für den Fall, daß eine sofortige Maßnahme der Provinzialleitung zu erwarten steht, ist auch diese unmittelbar zu benachrichtigen. Andernfalls stellt der Gau Stolp die eingehenden Nachrichten zusammen und gibt sie mit kurzer Begutachtung an die Provinzialleitung weiter.

g) Fortbildung der Mitglieder, insbesondere der Führer aller Grade, in den heutigen Kampfformen auf Grund der Reichswehrvorschriften, Übungen im Kartenlesen und in der Kenntnis der Landeskunde, namentlich der Grenzgebiete. Die Anzahl kriegserfahrener und ausgebildeter Menschen nimmt allmählich ab. Die Wehrhaftigkeit des Volkes muß aber erhalten bleiben. Die Organisation muß die frühere Wehrpflicht ersetzen und so die Grundlage für eine umfangreiche und vollwertige Milizarmee schaffen.

h) Übergangsbestimmungen. Mit vorstehender Anordnung erhält der Gau Stolp die Verantwortung für den von der Organisation zu bildenden gesamten Grenzschutz, bis gegenteiliger Befehl der Provinzialleitung ergeht.

9. Kreisleitung. Die Kreisleiter sind hauptamtlich, nebenamtlich oder in Ausnahmefällen ehrenamtlich vom Provinzialleiter angestellt oder verpflichtet (Ziffer 5). Sie unterstehen den Gauleitern. Ihr Verkehr mit der Provinzialleitung geht über die zuständige Gauleitung. Mit den zuständigen Vertretern der Kreise und Reichswehrstandorte eng zusammenarbeiten ist Pflicht. Die Kreisleiter haben folgende Pflichten:

a) Anwerbung des Personals. Hierbei ist besonderer Wert darauf zu legen, daß alle diejenigen für die Organisation verpflichtet werden, die ihrer Persönlichkeit und ihrem militärischen Werdegang nach die Gewähr bieten, brauchbare Mitglieder der Organisation zu werden und sich eidlich oder ehrenwörtlich verpflichten, jederzeit dorthin zu gehen, wohin sie beordert werden. In erster Linie werden Leute gebraucht, die nicht nur ihr Hab und Gut verteidigen wollen, sondern solche, die sich mit ihrer ganzen Person rückhaltlos für das Wohl des Vaterlandes einzusetzen bereit sind. Besonderer Wert ist darauf zu legen, daß sich alle ehemaligen Offiziere rückhaltlos zur Verfügung stellen und erklären, daß sie bereit sind, ohne Rücksicht auf ihren Dienstgrad verwendet zu werden.

b) Materialienfrage. Nächst der Anwerbung von Personal muß der Kreisleiter den Materialfragen seine ganze Aufmerksamkeit widmen, d. h. nicht nur der Beschaffung von Material, sondern auch dessen Erhaltung und pfleglicher Behandlung. Es kommt weniger darauf an, daß ein Kreis eine große Menge Material besitzt, das zum großen Teil unbrauchbar ist, sondern daß das vorhandene Material sich in sofort verwendungsfähigem Zustand befindet. Es muß daher mit allen Mitteln angestrebt

werden, daß jeder Kreis eine genügende Anzahl fachtechnisch ausgebildeter Leute hat, die das Material dauernd nachsehen. Stößt die Behandlung des Waffen- und Munitionsbestandes irgendwie auf plötzliche Schwierigkeiten, so meldet der Kreisleiter dies sofort der Provinzialleitung und dem nächsten Reichswehrstandort...

f) Der Kreisleiter muß sich die Anwerbung Jugendlicher und ihre Erziehung für den Soldatendienst besonders angelegen sein lassen. Auch ist die Verwendung Jugendlicher für den Meldedienst vorzubereiten. Der Kreisleiter muß daher in möglichst unauffälliger Form mit den Jugendorganisationen Fühlung nehmen, sie beeinflussen und da, wo keine Jugendorganisationen bestehen, solche ins Leben rufen.

10. Geldwirtschaft. Die Kosten für die Organisation werden von den zu ihr gehörenden 33 Landkreisen nach Roggenwährung aufgebracht.

Für das Rechnungsjahr 1923 sind zu zahlen:

a) Für die Provinzialleitung von jedem Kreis 17 Zentner Roggen, und zwar für den Gau Stolp für 5, Hammerstein für 3, Deutsch-Krone für 4, Belgard für 7, Stettin-Land für 6, Swinemünde für 2, Vorpommern für 6 Kreise.

b) Für die Gauleitung mindestens an Gehältern: Gauleiter monatlich 6 Zentner, Schreibhilfe monatlich 2 Zentner = 96 Zentner. Für Reisen jährlich 30 Zentner. Für Geschäftszimmerbedarf jährlich 12 Zentner. Insgesamt 138 Zentner (Jahresdurchschnitt 1923: 1 Ztr. Roggen = 6,96 G.-Mark).

c) Für die Kreisleitung mindestens an Gehalt: Kreisleiter monatlich 4 Zentner = 48 Zentner; für Reisen jährlich 20 Zentner, für Geschäftszimmerbedarf jährlich 12 Zentner, insgesamt 80 Zentner.

Sind Kreisleiter nebenamtlich eingestellt, so muß deren Gehalt mindestens 4 Zentner monatlich betragen.

Die Kosten für Materialbeschaffung und Pflege sind im Haushalt der Provinzialleitung sehr niedrig angesetzt, und in erster Linie für besonders ungünstig ausgerüstete oder aus technischen Gründen mehr bedürftige Kreise bestimmt. Die Kosten für die Materialien fallen zunächst den Kreisen bzw. den Gauen zur Last.

Zum 28. III. sind herzureichen in doppelter Ausfertigung:

1. Lückenlose Gerätelisten gemäß beiliegenden Streifens mit Erläuterungen. Nur das Gerät des Bundes ist aufzuführen. Unter A nur das als felddienstbrauchbare, auf Rückseite unter B das reparaturbedürftige Gerät. Auf Erläuterungszettel ist die Art der Reparaturen des unter B angeführten Geräts anzugeben. Felddienstbrauchbare S. M.-G. müssen alles Zubehör, also auch Schlitten haben. Zu dieser Meldung muß evtl. ein Sachverständiger (M.-G.-Spezialist) herangezogen werden.

2. Lagerliste des Geräts unter Angabe des Lagerortes und der genauen Zahl des dort lagernden Geräts.

3. Liste des Privatgeräts, Besitzer, Geräteart, Zahl, Munition. Nur Kugelwaffen (Leuchtpistolen, Seitengewehre).

4. Liste der Ausrüstungsstücke des Bundes (Verbandpäckchen, Tornister, Leibriemen, Patronentaschen, Brotbeutel, Feldflaschen, Kochgeschirre, Stahlhelme, kl. Schanzzeug usw., Ferngläser).

5. Liste der Privatausrüstung wie Ziffer 4.

6. Abgeschlossene Führerliste nach Einsetzung der Unterabschnitts- und Ortsführer. Auf jedem Gut und in jeder Ortschaft muß ein Ortsführer eingesetzt sein.

7. Liste der vorhandenen früheren Militärfahrzeuge mit Angabe, ob gefedert oder ungefedert. Feldküchen.

8. Liste der Postempfänger und Stellvertreter (Stafettenliste).

9. Fabriken für Stellungsbaugerät (Schanzzeug), Sackfabriken, Dachpappenfabriken, Fabriken für Herstellung von glattem und Stacheldraht, Zementfabriken, Fabriken zur Herstellung von Feld- und Förderbahngerät, Sägewerke, Sprengstoffabriken.

10. Liste über vorhandenes kleines Schanzzeug.

11. Listen über vorhandenes Flugzeuggerät (Flugzeuge, Flugzeugteile, Flugzeugmotore usw.).

12. Meldung, ob Aufbewahrer für Gewehrkolben (größere Zahl), Fabriken, die sie aufbewahren können, vorhanden sind. Nur fundsichere Aufbewahrung kommt in Betracht. Was wird für Aufbewahrung verlangt?

13. Meldung des Bedarfs an Ersatzteilen für S. M.-G. Jedes komplette S. M.-G. soll drei Reserveschlösser und Reserveläufe haben. M.-G.-Sachverständige zu Rate ziehen.

14. Liste der Kreisvertreter, der Kreisleiter (K 1, K 2) mit Anschrift und Fernruf.

15. Listen aller vorhandenen Offiziere, nach Waffengattungen getrennt, Alter, gv., kv., Eignung, Sondereignung (Generalstab, Führer usw.), der ehemaligen Intendanturbeamten, Zahlmeister, milit. Ärzte, milit. Veterinäre, für 2. Zahlmeister geeignete Beamte (Rechnungsführer). Bei Offizieren Vermerk, ob früher aktiv, Reserve, Landwehr, sowie frühere Feldverwendung.

16. Anforderungsliste für Waffenreinigungsmaterial. Angabe für wieviel Gewehre, S. M.-G., L. M.-G.

17. Für Greifenberg, Kolberg, Köslin, Regenwalde: Listen der Mannschaften, gem. Getreidezettel.

18. Listen der vorhandenen Mannschaften, die für

Fliegerverbände geeignet sind, schon früher in solchen Verbänden gewesen und in welcher Eigenschaft (Flugzeugwarte, Flugzeugmotorwarte usw.).

Anmerkung. Es sind in unverfänglicher Weise in den vorhandenen Krankenhäusern Erkundigungen über Maßnahmen einzuholen, die für die Aufnahme Gaskranker getroffen sind oder getroffen werden können."

Der Stammsitz und die Stärke des Freikorps Roßbach sind die Arbeitsgemeinschaften in Mecklenburg. Deutlicher als lange Schilderungen zeigt die Ermordung Kadows ihr Milieu (vgl. „Verschwörer", S. 94).

Ermordung eines Verräters

Der Fall Kadow lehrt, aus welch nichtigen Gründen heraus die Deutschvölkischen zu morden geneigt sind, wie wenig ein Menschenleben bei diesen Leuten zählt, die ständig den linken Parteien gegenüber ihre höhere Moral und ihr höheres Ethos betonen. Angeblich hat Kadow gespitzelt, d. h. Nachrichten über die Organisation Roßbach kommunistischen oder sozialistischen Stellen übermittelt. Aber kein irgendwie gearteter Beweis ist in der Verhandlung dafür gegeben worden. Angeblich sind die sämtlichen Papiere verbrannt worden. Andererseits stellte sich der ermordete Kadow auch keineswegs als besonderer Ehrenmann heraus. Er renommiert, macht sich wichtig, begeht kleine Unterschlagungen, Erpressungen und säuft, kurz, er bleibt im Niveau seiner Bundesbrüder, in jenem Niveau, das uns den Neubau Deutschlands, auf völkischer Reinheit gegründet, bringen soll. Eine wesentliche Grundlage für diesen Neubau scheint der Alkohol zu sein. Nicht nur, weil, wie

bekannt, das Alkoholkapital auf streng nationaler Grundlage beruht, sondern weil die einzelnen Mitglieder den Alkohol zu ihren Befreiungstaten dringend benötigen. Grauenhaft wirken die Zeugenberichte von der betrunkenen Gesellschaft, die fortzieht, um einen Verräter zu bestrafen, ihn mit Baumstämmen totschlägt, metzgermäßig die Gurgel abschneidet und ihm der Sicherheit halber noch einen Gnadenschuß verabreicht. Der Schädel des Ermordeten wurde vor Gericht produziert und wies vier Löcher auf von den zwei Schüssen, die das Gehirn vollständig durchquert hatten; der Kiefer war zweimal gebrochen. Dazu kamen noch Verletzungen durch die Schläge. Nach der Ermordung wurde, wie üblich, die Leiche geplündert, Uhr, Geld und Wertsachen unter die Beteiligten verteilt.

Bei der Gerichtsverhandlung vor dem Staatsgerichtshof, 12. bis 16. März 1924, trat das soziale Milieu der Täter deutlich in Erscheinung. Da ist die Organisation Roßbach, mehrfach verboten, die trotz aller Verbote weiterlebt, um sich für den kommenden Putsch vorzubereiten. Aber das Gericht hat sich für diese sozialen Grundlagen, für die tieferen Zusammenhänge, für die, den sogenannten besseren Ständen angehörigen Anstifter gar nicht interessiert. Es hat nicht daran gedacht, etwa das geistige Haupt der ganzen Bande, den Oberleutnant Roßbach, wenigstens anzuklagen. Es ist zuzugeben, daß eine solche Anklage natürlich nur platonisch gewesen wäre, denn Roßbach war nach Bayern geflohen, nachdem er wegen mangelnden Fluchtverdachts entlassen worden war. Aber sein Femebefehl gehört doch zu den wesentlichen Ursachen dieses Mordes, und hierauf einzugehen, wäre Aufgabe

eines Gerichts gewesen. Aber nicht nur an dieser Aufgabe ist das Gericht vorbeigegangen. Auch die Führer der dortigen Ortsgruppe sind nicht als Beteiligte betrachtet worden, sondern umgekehrt als Zeugen vernommen worden. Die ganze „Weltfremdheit" der Gerichte zeigt sich in einer Frage des Vorsitzenden. „Als Kadow nach der Prügelei halbtot am Boden lag, warum wurde er da nicht in ein Krankenhaus gebracht?", so fragt der naive Präsident die Mörder. Als ein sozialdemokratischer Beisitzer sich die Anfrage erlaubt, ob nicht die Einstellung Kadows gegen seine Bundesbrüder gerade aus seiner Abneigung gegen deutschvölkische Morde erwachsen sein könnte, entstand über die Zulassung dieser Frage eine längere Debatte, die damit endete, daß der neugierige Beisitzer seine Frage zurückziehen mußte. In wohlgespielter Naivität verlangt auch einer der Verteidiger, politische Momente müßten bei diesem politischen Prozeß selbstverständlich ausgeschaltet werden.

Wesentlich für die Entscheidung des Gerichts ist auch die Fragestellung bei solchen Prozessen. Das Strafgesetzbuch unterscheidet bekanntlich zwischen fahrlässiger Tötung, Totschlag und Mord, je nachdem keine Überlegung, Überlegung allein oder Überlegung mit Vorsatz vorhanden sind. Im vorliegenden Falle lautete die Fragestellung auf Totschlag, während man u. E., da sowohl Vorsatz wie Überlegung vorlag, auf Mord hätte plädieren müssen. Entsprechend dieser Fragestellung konnten natürlich gegen die nur indirekt als Anstifter Beteiligten nicht die schweren Strafen verhängt werden, welche sie verdienten. Das Urteil gegen die Täter selbst ist bemerkenswert streng, das Urteil gegen die Anstifter bemerkenswert milde. Natürlich, die Täter sind einfache

Landsknechte, landwirtschaftliche Arbeiter, mißglückte Existenzen; die Anstifter aber sind einflußreiche Persönlichkeiten, frühere Offiziere, kurz anständige Menschen im Sinne der bürgerlichen Gesellschaft. So werden denn auch wegen schwerer Körperverletzung und Totschlag Höß zu 10 Jahren, Jurisch zu 5 Jahren 6 Monaten, Zabel zu 9 Jahren 6 Monaten, Pfeiffer zu 6 Jahren 6 Monaten, Wiemeyer zu 12 Jahren 6 Monaten, Zenz zu 6 Jahren 6 Monaten Zuchthaus verurteilt. Dagegen werden wegen Beihilfe und Begünstigung Bormann zu einem Jahr Gefängnis, Leutnant Fricke zu 10 Monaten, die Offiziere Hoffmann, Thomsen und Mackensen und die Parteifunktionäre Wulbrede und Richter zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. In diesen schweren Verurteilungen ist zweifellos ein Fortschritt der Justiz zu bemerken. Denn bekanntlich sind die früheren politischen Morde meistens vollständig ungestraft geblieben. Damals rang die Reaktion noch um ihre Herrschaft. Sie konnte es sich nicht leisten, daß ihre Anhänger wegen Verteidigung ihrer Ideale bestraft würden. Heute ist die Reaktion gefestigt. Sie ist ihrer Macht sicher und sie kann es sich leisten, daß allzu forsche Anhänger bestraft werden. Aber selbstverständlich kann das Urteil gegen die Anstifter nicht von derselben Strenge sein wie gegen die Täter. Und der Hauptanstifter, ein Offizier von Loewies, konnte natürlich nicht gefunden werden. Auch in der Urteilsbegründung ist zweifellos ein Fortschritt der Justiz zu sehen. Denn ausdrücklich spricht sie von der Tatsache der Existenz der verbotenen Organisation Roßbach. Früher nämlich hat man selbst die Existenz von solchen verbotenen Organisationen regelmäßig zu leugnen versucht.

Dieser mangelnde Wille zur Aufklärung bei den Gerichten führt dazu, daß die Organisation Roßbach heute noch lebt.

Neue Feme

Anfang Januar 1925 wurde in Halle eine „nationalsozialistische" Stelle ausgehoben. Dabei sind Papiere gefunden worden, worin es heißt:

„Der Kamerad Hans Wettich ist heute von mir zum Führer der Feme der Organisation Roßbach ernannt. Der Kamerad Otto Schulze ist von mir zum Hauptsturmabteilungsführer der Organisation Roßbach-Halle ernannt."

Verpflichtung. „Hierdurch verpflichte ich mich zum Dienst mit der Waffe innerhalb des Verbandes der Freiwilligen Sturm-Abteilung Roßbach. Ich verpflichte mich ehrenwörtlich zu unbedingtem Gehorsam, zu treuer, selbstloser Kameradschaft, zu strengster Diskretion. Ich verspreche, spätestens 3 Stunden nach erfolgter Beorderung mich bei der Abteilung einzufinden."

Dieselbe Organisation schreibt:

„Ich bitte kurz um Antwort, ob und wieviel die Waren kosten, Karaffen sind uns lieber als Gewebe. Was kosten die Karaffen? Ferner Handartikel. Möglichst nicht mit Trommel. Und die nötige Portion Stiele oder Eier. Können wir die auch haben? Auch die Zutaten zu den Karaffen und Handartikeln. Bitte so eine kurze Preisaufstellung, damit ich unsere Kassenverhältnisse einteilen kann."

„Der Vorsitzende der Gruppe, von der ich eben sprach, erstattet seinem Chef, einem Oberleutnant in Mecklenburg, folgenden Bericht: „Im Sommer wurden von der nationalsozialistischen Freiheitsbewegung Leute nach

Mecklenburg geschickt. Durch unsere Nachrichtenabteilung zog ich Erkundigungen über die hergeschickten Leute ein: der Erste hat Alimente zu zahlen, wollte sich drücken; der Zweite hatte seinen Eltern alles Silberzeug geklaut, rausgeflogen; der Dritte im Geschäft 218 Mark unterschlagen, rausgeflogen; der Vierte wurde von der Polizei gesucht. Für alle war die Rettung: Mecklenburg. Die übrigen waren arbeitsscheues Volk. Nach kurzer Zeit kamen die Leute wieder. Was erzählten die Leute? Alles ging uns aus dem Wege. Jetzt ist es bei uns ein wenig besser geworden. 60% der Mecklenburger Leute sitzen im Gefängnis wegen Notzucht, Blutschande und Diebstahl.“ Dann wird von einem Führer folgendes Charakterbild entworfen: „Aus der nationalsozialistischen Gruppe ausgeschlossen wegen Meuterei, bei uns probeweise aufgenommen, ausgeschlossen wegen Meuterei und Gehorsamsverweigerung und grober Beleidigungen. Pistolenforderung ließ das Ehrengericht nicht zu. Wenn ihn unsere Leute erwischen, bleibt er liegen.“ (Severing im Preuß. Landtag, 21. Januar 1925.)

So schildern die Träger der nationalen Freiheitsbewegung ihre eigenen Anhänger.

Frontbann in Mecklenburg

Am 28. August 1924 wurde unter Ludendorffs „Schirmherrschaft“ der Frontbann von dem Hauptmann Röhm ins Leben gerufen. Er war als Einheitsorganisation gedacht. Angeschlossen waren die Kampfverbände der Nationalsozialisten, der deutschvölkischen Freiheitspartei, der Wicking-Bund, Oberland und die Roßbach-Organisation.

Der Frontbann war außer in Bayern hauptsächlich in Mecklenburg verbreitet. Dort gliederten sich ihm auch die Reste der aus Küstrin nach Mecklenburg verschlagenen schwarzen Reichswehr ein. Hierdurch machte sich bald Verwilderung und Zersetzung geltend. Dies kam nach außen hin in einer Reihe von Fememorden an abtrünnigen oder verräterischen Mitgliedern zum Ausdruck. Als Schulfall dieser Fememorde hat der Fall Holz zu gelten, der im Kapitel Morde und Attentate geschildert wird.

Besonders charakteristisch ist überall die Fortexistenz der Geheimorganisationen in ihren verschiedenen Formen. So wurde zum Beispiel nach „Auflösung" des Freikorps die Arbeitsgemeinschaft Roßbach gegründet. 1921 verboten, trat an ihre Stelle der Verein für landwirtschaftliche Berufsausbildung unter dem Major Weber, später unter dem Leutnant Mackensen. Nach dem Verbot vom 21. November 1922 setzte er sich in den deutschvölkischen Turnerschaften fort. Nach ihrem Verbot (31. März 1923) bestanden sie als Gaue, Bezirke und Abschnitte der deutschvölkischen Freiheitspartei weiter. Die Oberleitung in Mecklenburg lag auf dem Gute Calsow, Wismar, Besitzer Rittmeister a. D. Carl Magnus von der Lühe. Durchgangslager unter Leutnant Fricke war die Grevensteiner Mühle. Unterabschnitte bildeten Gadebusch und Neuhof. Einen bedeutenden Zuzug erhielten diese Organisationen aus Küstrin und München, nachdem die dortigen Putsche niedergeschlagen worden waren. Heute sind diese Gruppen teils wieder Roßbach, teils Ehrhardt, teils dem „Stahlhelm" angeschlossen.

Nach dem Schweriner Mordprozeß 14. Juli 1925, als die Zersetzung der Völkischen zu offenkundig wurde,

ergriff Roßbach die Initiative zur Umstellung der Bewegung. Am 22. August 1925 veröffentlichte der „Völkische Kurier“ gleichzeitig mit den übrigen völkischen Blättern einen programmatischen Artikel „Die Krise in der Wehrbewegung“. Roßbach führte aus, daß die Wehrbünde „fast durchwegs aus dem gesunden Landsknechtgeist der Nachkriegszeit entstanden seien; von den Freikorps hätten sich aber nur Ehrhardt, Oberland und Roßbach erhalten können, die anderen seien untergegangen. Alle Versuche, die Bewegung zu stabilisieren, seien gescheitert, die Wehrverbände müßten daher endlich den Sinn ihrer Sendung erfassen, sie seien nicht dazu da, „um Soldaten zu spielen“. Der neue Weg führe nur durch und über die deutsche Jugend; sie gelte es heranzuziehen und zu erfassen.“

Am 8. September 1925 wurde anläßlich der völkischen Tannenbergfeier in Regensburg und Kehlheim in Anwesenheit von Ludendorff und wiederum unter dessen „Schirmherrschaft“ ein neuer völkischer Einheitsverband proklamiert. Als Führer wurde ein politisch unbekannter mecklenburgischer General a. D. Bronsart von Schellendorff bestimmt. Dem „Tannenberg-Bund“ schlossen sich an: „Oberland“, „Frankenland“, „Altreichsflagge“, „Unterland“, Roßbach“, „Frontbann“, „Frontkriegerbund“, „Deutschvölkischer Offiziersbund“ und „Verband Hindenburg“ in Hannover.

Es ist anzunehmen, daß die Reihe der großen „Einheitsverbände“ noch keineswegs abgeschlossen ist.

Die Organisation C.

Der Korvetten-Kapitän Hermann Ehrhardt stellte im Januar 1919 in Wilhelmshaven mit Genehmigung des Reichswehrministeriums die 2. Marine-Brigade auf. Sie kämpfte in Braunschweig, Saalfeld, München, Berlin, Oberschlesien und gehörte zu der großen Kategorie der Freikorps, die sich damals unter der Parole für „Ruhe und Ordnung" gebildet hatten.

Die angeblich sozialistische Republik führte ihren Kampf schon damals hauptsächlich gegen die Arbeiter. Schon bei der Aufnahme in das Freikorps wurde die Mannschaft auf ihre monarchistische Gesinnung hin gesiebt. Auf Drängen der Entente sollten die Freikorps im Frühjahr 1920 aufgelöst werden, da ihre Größe über die dem Reich im Versailler Vertrag zugebilligte Truppenzahl hinausging. Dieser materiellen Schädigung, welche die Notwendigkeit, einen bürgerlichen Beruf zu ergreifen mit sich brachte, widersetzte sich die 2. Marine-Brigade mit dem Argument: Wehrlos gleich ehrlos. Die Offiziere konnten natürlich nicht offen zugeben, daß ihr Widerstand für sie eine Brotfrage war. Dies wäre ihnen als Entheiligung ihres Standes erschienen. Man zog die idealistische Argumentation vor.

Der Brigadekommandeur Ehrhardt und der damalige Oberbefehlshaber der Reichswehr General von Lüttwitz,

nahmen gegen das Auflösungsdekret Stellung. Lüttwitz berief sich dem Reichswehrminister Noske gegenüber auf Mitteilungen, die ihm von seiten höherer englischer Militärs gemacht worden seien. Er glaubte, daß die englische Regierung mit einem starken deutschen Heere einverstanden sei. („Neue badische Landeszeitung“, 24. Juli 1923.)

Von seiten Ehrhardts und seiner Offiziere wurde ferner argumentiert, daß eine Schwächung der Wehrmacht die Übergriffe des feindlichen Auslandes fördere und Deutschland gegenüber den angeblich drohenden kommunistischen Unruhen wehrlos machen würde.

Kapp-Putsch

Am 29. Februar 1920 begann der offene Konflikt. General von Lüttwitz verweigerte dem Reichswehrminister den Gehorsam und erklärte die ausgesprochene Auflösung der Brigade Ehrhardt nicht zulassen zu wollen. Die Verhandlungen zogen sich mehrere Tage hin. Lüttwitz wurde zunächst vom Dienst suspendiert. Seine Forderungen auf Umbildung der Regierung, Besetzung der Ministerien durch „Fachleute“ und Wahl des Reichspräsidenten durch das Volk wurden abgelehnt und Haftbefehle gegen ihn und eine Reihe von Leuten, die mit ihm in Verbindung standen, erlassen. Darunter gegen den Generallandschaftsdirektor Kapp. Darauf marschierte die Brigade Ehrhardt in der Nacht vom 12.—13. März von Döberitz nach Berlin ein. Das Kabinett floh vor Kapps Dekret: „Die bisherige Reichsregierung hat aufgehört zu sein.“ Kapp ernannte sich zum Reichskanzler, den General Lüttwitz zum Reichswehrminister. Zur

psychologischen Erkenntnis dieser und ähnlicher Bestrebungen ist es interessant, daß Kapp sich ausdrücklich als Kanzler der Republik bezeichnete. Ähnlich steht es mit der verfassungsmäßigen Einstellung aller nationalistischen Organisationen.

Die Reichsregierung ging zuerst nach Dresden, dann nach Stuttgart. Fünf Tage lang terrorisierte Ehrhardt, unterstützt von den zu ihm übergetretenen Teilen der Reichswehr, der Bürgerwehr und der Berliner Schupo, die Reichshauptstadt. Aber der Generalstreik der Arbeiter ließ das Unternehmen scheitern. Am 17. März trat Kapp, nach vergeblichen Versuchen, ein Kabinett zu bilden, zurück. Lüttwitz blieb einen Tag länger und wurde in einer Konferenz der Generale und Kommandeure durch den General von Seeckt gestürzt. Seinen Rücktritt motivierte er mit einem Aufruf zur Sammlung gegenüber dem drohenden Bolschewismus. Seeckt übernahm als rangältester Offizier den Oberbefehl im Reichswehrgruppenkommando I. Aber noch dauerte der Generalstreik. Die Regierungsgenerale versuchten ihn durch die Parole zu brechen, eine starke rote Armee, angeblich 32000 Spartakisten (R. Mann, „Mit Ehrhardt durch Deutschland", S. 167), stände im Osten Berlins. Im ganzen Reich seien spartakistische Unruhen ausgebrochen. Deswegen müßten alle Übergriffe der Putsch-Truppen vergessen werden, da sie sich zum Kampf gegen den gemeinsamen Feind zur Verfügung gestellt hätten. — Die Truppen, die eben noch gemeutert hatten, waren so plötzlich wieder Regierungstruppen geworden.

Um der öffentlichen Meinung entgegenzukommen, sollte die Brigade Ehrhardt aus Berlin herausgezogen werden. Am 18. März marschierte sie mit klingendem

Spiel ab, nicht ohne vorher Unter den Linden ein Blutbad angerichtet zu haben („Berl. Tageblatt", 23. März 1920). In Döberitz durfte sie noch das 3. kurländische Infanterieregiment in ihren Verband aufnehmen, womit ihre Stärke auf 5000 Mann anwuchs. Die von Lüttwitz als „Treuzulage" versprochenen 50 M. pro Mann wurden von der Ebert-Regierung pünktlich nachbezahlt.

Umstellungen

Nach der endgültigen Liquidation des Kapp-Putsches wurde die Truppe ins Munsterlager verlegt, um dort aufgelöst zu werden. Kapitän Ehrhardt konnte angeblich aus der Mitte seiner Leute heraus nicht verhaftet werden. Aber auch getrennt von den Angehörigen seiner Brigade wagte man nicht, ihn festzusetzen. Er ging im Reichswehrministerium aus und ein und verhandelte mit Seeckt.

„Ich wurde zum General von Seeckt befohlen. Zu meinem Erstaunen fand ich hier alle übrigen Kommandeure versammelt. Seeckt fragte mich ernst: Kann ich mich auf die Brigade im Kampf gegen den drohenden Bolschewismus stützen. Ich sicherte es ihm zu", so schreibt Ehrhardt in seinen Memoiren. Somit konnte Ehrhardt sich sicher fühlen, da General Seeckt auch in einem Armeebefehl aussprach, daß Ehrhardt, solange er ihm unterstellt sei, keinerlei Verhaftung zu befürchten hätte („Tag", 22. September 1924).

Ehrhardt verließ am 8. Mai 1920 heimlich die Brigade. Er hinterließ einen Befehl, in dem er darauf hinwies, daß sich die Angehörigen der Brigade sehr bald wieder zu neuer Arbeit zusammenfinden könnten.

Er wandte sich illegal nach Österreich, kam jedoch von

dort zur Erledigung laufender Angelegenheiten häufig nach München. Von dem damaligen Polizeipräsidenten Pöhner erhielt er gleich zwei falsche Pässe auf die Namen Eichmann und Eisele. Als er einmal zufällig verhaftet wurde, wußte er nicht, wie er hieß. Pöhner verfügte seine sofortige Entlassung.

Im Laufe des April 1920 wurde die Brigade Ehrhardt aufgelöst, doch zog sich die Abwicklung bis zum September hin. Ein Teil der Mannschaften wurde in die Schiffsstammdivision der Nordsee (Reichsmarine) in Wilhelmshaven aufgenommen. Ein anderer Teil suchte einen bürgerlichen Beruf, aber natürlich nicht mit der Absicht, hierin aufzugehen. Die militärische „Arbeit" war den Landsknechten die einzige Form der Existenz geworden. „Wo hinaus, der Krieg hat ein Loch", so heißt es schon auf einem alten Holzschnitt.

So wurden von Offizieren geleitete „Siedlungsgemeinschaften zur Kultivierung von Mooren" gegründet. Um den Zusammenhang zu wahren, wurden drei Vereine gebildet: der Verein ehemaliger Angehöriger der Marinebrigade, der Verein ehemaliger Sturmsoldaten und der Bund ehemaliger Ehrhardtoffiziere. Zweck war natürlich die Pflege der Kameradschaft und des „nationalen Gedankens", Parteipolitik war selbstverständlich ausgeschlossen („D. A. Z." 23. Oktober 1924). (Unter Parteipolitik ist in diesem Zusammenhang etwa das Eintreten für die Republik zu verstehen.) Die Gründung des Bundes ehemaliger Ehrhardt-Offiziere fand gleich bei der Auflösung im Munsterlager statt. Im Vorstand saßen: Die Kapitänleutnants Hoffmann, von Abendroth, Kautter, Müller, sowie Manfred von Killinger. Sie zogen sämtlich als „Studenten" nach München, um die Marinebrigade

von dort aus wieder aufzustellen. Im Herbst 1920 wurden kleinere Abteilungen nach Bayern überführt. Zur Unterbringung der Mannschaft wurde die „Bayer. Holzverwertungsgesellschaft", München, Trautenwolfstraße 8, unter dem Kapitänleutnant Hoffmann gegründet. Sie sollte eine Reichsorganisation werden, die vaterländischen Verbände Bayerns in den Schatten stellen und möglichst viele der nationalen Organisationen um sich sammeln. Unter dem Wahlspruch „Kampf für Deutschlands Wiedergeburt" wurde im März 1921 die Organisation C gegründet. C bedeutete Consul. Der Consul war Ehrhardt (Aussage Kautters im Prozeß).

Satzungen

„Die Ziele unserer Partei ergeben sich aus der Lage:

A. Geistig:

a) Weiteste Pflege und Verbreitung des nationalen Gedankens.

b) Bekämpfung alles Anti- und Internationalen, des Judentums, der Sozialdemokraten und der linksradikalen Parteien,

c) Bekämpfung der antinationalen Weimarer Verfassung in Wort und Schrift; Aufklärung weiterer Kreise über diese Verfassung,

d) die Propagierung einer für Deutschland allein möglichen Verfassung auf föderalistischer Grundlage.

B. Materiell. Sammlung von entschlossenen nationalen Männern zu dem Zweck:

1. Die vollständige Revolutionierung Deutschlands zu verhindern,

2. bei großen inneren Unruhen deren vollständige

Niederwerfung zu erzwingen und durch Einsetzung einer nationalen Regierung die Wiederkehr der heutigen Verhältnisse unmöglich zu machen.

3. Die durch den Versailler Vertrag angestrebte Entmannung und Entwaffnung unmöglich zu machen und dem Volke seine Wehrmacht und Bewaffnung — soweit wie möglich — zu erhalten.

§ 1. Die Organisation ist eine Geheimorganisation und trägt den Namen ‚Organisation C'.

§ 2. Alle Mitglieder verpflichten sich, die im Vorwort angegebenen Punkte und Ziele nach besten Kräften, an welcher Stelle sie auch seien, zu erfüllen und zu erreichen zu suchen.

§ 3. Sie verpflichten sich, untereinander ein Schutz- und Trutzbündnis zu schließen, wodurch jeder Angehörige der Organisation der weitestgehenden Hilfe aller anderen Mitglieder sicher sein kann.

§ 4. Die Mitglieder verpflichten sich, ein Machtfaktor zu sein, um geschlossen als starke Einheit dazustehen, wenn die Not, die Ehre unseres Volkes und die Erreichung unserer Ziele es erfordern.

§ 5. Jeder verpflichtet sich zu unbedingtem Gehorsam gegenüber der Leitung der Organisation und deren Organen.

§ 6. Mitglied der Organisation kann jeder national denkende Deutsche werden, der sich verpflichtet, sich den Satzungen der Organisation zu unterwerfen. Beim Eintritt sind mindestens 3 Bürgen zu stellen. Die Aufnahme erfolgt durch die Gauleitung. Übertritt geschlossener Verbände in die Organisation regelt die Leitung.

§ 7. Juden, überhaupt jeder Fremdrassige, ist von der Aufnahme in die Organisation ausgeschlossen.

§ 8. Bei Neuwerbungen darf eine allgemeine Orientierung stattfinden. Über Aufbau, Leitung, Organisation usw. wird der Neueingestellte erst nach erfolgter Verpflichtung orientiert.

§ 9. Die Mitgliedschaft erlischt: a) Durch Tod; b) durch Ausweisung infolge unehrenhafter Handlungen; c) bei Ungehorsam gegen Vorgesetzte; d) durch freiwilligen Austritt.

§ 10. Jedes Mitglied verpflichtet sich, über alle Nachrichten, die ihm von der Leitung direkt oder durch andere Mitglieder zugehen, gegenüber jedem nicht der Organisation Angehörigen das strengste Stillschweigen zu bewahren und in irgendwelchem schriftlichen Verkehr, der mit der Organisation in Zusammenhang steht, die größte Vorsicht walten zu lassen.

§ 11. Verräter verfallen der Feme. Dies gilt auch für die nach § 9 b—d ausgeschiedenen Mitglieder.

§ 12. Die Verpflichtungsformel lautet:

‚Ich erkläre ehrenwörtlich, daß ich deutscher Abstammung bin. Ich verpflichte mich ehrenwörtlich durch Handschlag, mich den Satzungen der Organisation C zu unterwerfen und nach ihnen zu handeln. Ich gelobe, dem obersten Leiter der Organisation und meinen Vorgesetzten unbedingten Gehorsam zu leisten und über alle Angelegenheiten der Organisation das strengste Stillschweigen zu bewahren, auch nach etwaigem Austritt.‘

§ 13. Auf Befehl des Leiters finden Versammlungen der Gauleiter statt. Die Gauleiter sind verpflichtet, die ihrem Gau angehörigen Mitglieder auf dem laufenden zu halten.

§ 14. Alle Mitglieder sind verpflichtet, ihrem Gauleiter etwaige Anschriftsänderungen sofort mitzuteilen.“

Ein ausgedehntes System von Vertrauensleuten sollte die Organisation sichern, eine Bundeszeitschrift „Der

Wiking“ den Zusammenhang aufrecht erhalten. Jeden Monat sollten Meldungen eingereicht werden über Stärke, Zugänge, Abgänge, Versammlungsschutz, militärische Ausbildung, Verhältnis zu den anderen Organisationen, sowie über linksradikale Strömungen („Prager Tagblatt“, 13. Juli 1924).

Oberschlesien

Im Mai 1921 zogen etwa 200 Mann der Bayer. Holzverwertungs-Gesellschaft nach Oberschlesien, wo sie, in der Sturmkompagnie Koppe zusammengefaßt, innerhalb des oberschlesischen Selbstschutzes gegen die aufständischen Polen kämpften. Den Angehörigen dieser Truppe wurde ein von Ehrhardt gestifteter Privatorden verliehen.

Entsprechend der Prätension, Spitzenverband aller nationalen Organisationen zu sein, wurden nach langwierigen Verhandlungen die Freiwilligen-Kampfverbände unter Roßbach, Heidebreck, Lützow, Aulock, Paulsen, Eiserne Schar und Baltikum-Verbände dem Befehl des Kapitän Ehrhardt unterstellt.

Ende Juni 1921 mußten die Selbstschutzverbände aus Oberschlesien zurückgezogen und aufgelöst werden. Der oberschlesische Selbstschutz fand dann seine Fortsetzung als „Oberleitung des Arbeitsnachweises ehemaliger Selbstschutzangehöriger“ und bereitete sich auf einen neuen Kampf mit den Polen vor. Er sammelte Freiwillige für den erwarteten vierten Polenaufstand.

Im Auftrag dieses Selbstschutzes hatten die Kapitänleutnants von Killinger und Hoffmann für den August 1921 die Aufstellung eines Regiments Süd in Stärke von mehr

als 1000 Mann geplant. Die Bewaffnung sollte durch den Heimatschutz erfolgen. Aus Reichsmitteln erhielt Herr von Killinger hierzu 300 000 Mark (22 500 Goldmark) für „Verpflegung und Marschgelder ausbezahlt, worüber er am 17. August 1921 quittierte („Prager Tagblatt“, 13. Juli 1924).

Interessant ist der ständige Konkurrenzkampf zwischen den nationalen Verbänden. Bei Aufstellung des Regimentes Süd wurde z. B. folgender Befehl erlassen: „Alles fährt über Breslau. Stichwort: Regiment Süd. Es ist unter allen Umständen zu vermeiden, daß Angehörige der Organisation C von anderen sich neu formierenden Verbänden abgefangen werden.“

Der erwartete neue Polenaufstand sollte Ausgang der großen nationalen Erhebung werden. Selbstverständlich gehört zu den Schlagworten der O. C., daß der Kampf um den nationalen Gedanken nur mit gesetzmäßigen Mitteln und geistigen Waffen geführt werden dürfe. (Ein solches gesetzmäßiges Mittel war zum Beispiel der Kapp-Putsch.) Die Regierung müsse gestärkt werden und zwar dadurch, daß das parlamentarische System, aus dem die Regierungen hervorgehen, abgeschafft werde. Als der Polenaufstand nicht kam, erwartete man alles von einem kommunistischen Aufstand, bei dem die Reichsregierung sich selbstverständlich an die zu ihrem Schutz bereite O. C. wenden würde. Die O. C, würde dann, nach Niederschlagung dieses von ihr so gewünschten kommunistischen Putsches selbst eine nationale Regierung einzusetzen haben. Zu den Hochzielen gehörte die Bekämpfung des Judentums, der Sozialdemokratie, der Weimarer Verfassung, die Sammlung entschlossener nationaler Männer. Selbstverständlich mußten sich die Mitglieder bewußt sein, daß

die Regierung eine solche Verbindung nicht dulden könne, weil ihr Bestehen allein genügt, um aufreizend zu wirken; entsprechend waren die Versicherungen der Verfassungsmäßigkeit eitel Lug und Trug. Das Hauptbestreben der O. C. war natürlich der Sturz der Regierung.

In Schlesien hat die Organisation C. die größte Rolle gespielt, da man hier am stärksten die Fiktion der Überparteilichkeit und der Notwendigkeit des bewaffneten Kampfes gegen das Ausland aufrechterhalten konnte. Leiter war hier der Freiherr von Zedlitz-Neukirch und der Leutnant Ulrich Koppe, nach dem eine Kompagnie benannt wurde, welche später der Kapitänleutnant von Killinger übernahm. Die Kompagnie wurde nach der Zurückziehung des Selbstschutzes aufgelöst, blieb aber auch nachher als Verband der ehemaligen Angehörigen dieser Kompagnie zusammen. Noch in den Pfingstferien 1922 wurden Übungen der Studenten „zur Erhaltung der Wehrfähigkeit“ veranstaltet. In München war die Zentralverwaltung und die Arbeitsvermittlung für die verschiedenen Offiziere.

Zwischen den einzelnen Bezirken und Gruppen bestanden erhebliche Unterschiede. Die Zahl der Mitglieder, die nur der O. C. angehörten, wird etwa auf 5000 geschätzt. Wie viele nur als Mitläufer zu gelten haben, läßt sich natürlich nicht feststellen. Zum Berliner Kreis der O. C. gehörte auch der spätere Rathenaumörder Techow.

Auch in Württemberg fanden die Anwerbungen von Freiwilligen für den angeblichen Abwehrkampf in Oberschlesien statt. Leiter war der Oberleutnant Bruno Mahn, der Schwiegersohn von Geheimrat Heim. Er führte der O. C. eine Reihe von Studentenverbindungen zu, den

späteren Erzberger-Mördern Heinrich Schulz und Tillessen hat er bei Geheimrat Heim eine Stellung verschafft.

Leiter der Ortsgruppe Frankfurt a. M. war der Leutnant Friedrich Wilhelm Heinz und der Leutnant d. R. und Studienrat Dr. Blank. Er versuchte eine eigene Organisation zu gründen.

Sogar im besetzten Gebiet bestanden Ortsgruppen der O. C. Leiter war der Korvettenkapitän Paul Werber in Hannover, nach dem Kapp-Putsch Kommandeur der Schiffsstammdivision der Nordsee. In Köln warb der Oberleutnant a. D. Egon Lützeler, in Elberfeld der Leutnant Alfred Günther, in Mülheim a. d. Ruhr der Oberleutnant zur See Karl Wehrmann, in Essen der Kapitänleutnant Andler. Andler war später auch an verschiedenen Abwehraktionen gegen den französischen Einbruch beteiligt und wurde deswegen von den Franzosen zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Geldmittel

Im Sommer 1922 richtete die Ungarische Treuhand A.-G. eine Verwaltungsstelle in München ein und versuchte größere Werbung von Kunden. Sie wollte ein christlich-arisch-deutsches Bollwerk an der Pforte zum Balkan und Orient sein und jeglichen jüdischen Einfluß und insbesondere die jüdische Finanz bekämpfen. Die Bank berief in ihren Prospekten sich auf Ehrhardt und legte eine Ehrhardt zu erteilende Vollmacht bei. Sie war also eine Geldquelle, aus der die Unternehmungen Ehrhardts gespeist wurden. Die Organisation hatte einen großen Geldbedarf, der aus den einzelnen Mitgliederbeiträgen nicht bestritten werden konnte. Sie hatte

selbstverständlich ihren geschäftsführenden Mitgliedern Gehälter zu zahlen und richtete deswegen an Landwirtschaft und Großindustrie Bettelbriefe, welche damit begründet wurden, daß der Regierung genügende Machtmittel zur Verfügung stehen müßten, um feindliche Einbrüche im Osten oder weitere Aufstände im Innern des Reiches abwehren zu können.

Intime Beziehungen hatte die O. C. vor allem zum Verband national gesinnter Soldaten. Dieser umfaßte im Sommer 1921 bereits 150 000 Mitglieder und sollte als Kollektivmitglied der O. C. beitreten. Dies führte zu längeren Auseinandersetzungen und Zwistigkeiten, worauf der Hauptvorstand des Vereins den Ausschluß sämtlicher ehemaliger Angehöriger der 2. Marinebrigade beschloß. Deswegen lösten sich im Juni 1922 zahlreiche Landesverbände, Ortsgruppen und Einzelmitglieder aus dem Verband und gründeten den Nationalverband deutscher Soldaten, dem nunmehr die Ehrhardtleute kollektiv angehörten.

Morde

Am 26. August 1921 wurde der frühere Reichsfinanzminister Matthias Erzberger in Griesbach (Schwarzwald) von den O. C.-Leuten und früheren Ehrhardt-Offizieren Heinrich Schulz und Heinrich Tillessen ermordet. Eine Welle der Empörung gegen die nationalistischen Verbände durchzog Deutschland. Durch die verfolgenden badischen Behörden wurden die Ziele und Satzungen der O. C. bekannt. Die Spur der Mörder führte nach München, wo sie unter Killinger gearbeitet hatten. Ein Wink bayerischer Behörden veranlaßte die beiden rechtzeitig zu verschwinden. Sie gingen nach Ungarn. Killinger aber wurde verhaftet.

Auf Grund der in München beschlagnahmten Mitgliederlisten der O. C. wurden die Vertrauensleute im ganzen Reich verhaftet und damit die Organisation lahmgelegt. Die O. C. behauptete natürlich, daß sie mit der Ermordung Erzbergers nichts zu tun gehabt habe und für diese Tat ihrer Anhänger nicht verantwortlich zu machen sei. Tatsächlich aber war Schulz einer ihrer wichtigsten Persönlichkeiten. So führte er die Listen für das geplante Regiment Süd.

Unter dem Druck der Verfolgungen stellte sich die O. C. wieder um. Im Februar 1922 verhandelte Kapitänleutnant Hoffmann mit Ehrhardt und gründete den „Neudeutschen Bund", selbstverständlich wiederum nur zu rein vaterländischen Zwecken: Zusammenschluß aller Nationalgesinnten aller Volksschichten mit dem Ziel „Einigkeit und Recht und Freiheit für das deutsche Vaterland!" Der Verein wurde am 24. April 1922 in München eingetragen. Publikationsorgan war wiederum „Der Wiking", der unter Ausschluß der Öffentlichkeit erschien.

Ein gegen Killinger und Kautter wegen Geheimbündelei eingeleitetes Verfahren wurde im April 1922 an das Landgericht München verwiesen und versackte dort. Der Verdacht der Begünstigung der Erzberger-Mörder bleibt an Killinger haften: Er hatte den Tätern nach der Tat wesentlich Beistand geleistet, um sie der Bestrafung zu entziehen. Der Prozeß gegen ihn fand vom 6. bis 22. Juni 1922 vor dem Schwurgericht Offenburg statt. Killinger wurde freigesprochen. Die Revision der Staatsanwaltschaft wurde vom Reichsgericht am 27. Februar 1923 verworfen.

Indessen waren die tatenfrohen Jünglinge der O. C.

nicht müßig. Am 4. Januar 1922 verübten Hans Hustert und Karl Oelschläger, Angehörige der O. C., wahrscheinlich im Auftrag von Karl Tillessen ein Blausäure-Attentat auf Philipp Scheidemann. Sie waren im Besitz größerer Geldmittel. Als Auftraggeber kommt ein gewisser Alfred Günther in Betracht. Die Täter behaupteten, das Attentat aus eigenem Antrieb begangen zu haben. Beide wurden am 6. Dezember 1922 vom Staatsgerichtshof wegen Mordversuchs zu je 10 Jahren Zuchthaus verurteilt. Die hinter ihnen stehenden Anstifter und Geldgeber konnten nicht ermittelt werden.

Hustert verbüßte seine Strafe im Zuchthaus zu Lichtenburg, wo er von dem Strafanstaltsdirektor Nikolai außerordentlich begünstigt wurde. Nikolai äußerte dem Anstaltsgeistlichen, Pfarrer Hahn-Zumpt, gegenüber: „Das Hauptverbrechen des Hustert sei in seinen Augen, daß er Scheidemann nicht wirklich umgebracht habe."

Die sozialdemokratische Fraktion des preußischen Landtags hat dieser skandalösen Vorgänge wegen den Justizminister interpelliert. („Münchner Post", 1. Okt. 1925.)

Am 24. Juni 1922 wurde der Außenminister Rathenau im Grunewald ermordet. Wiederum waren die Täter Mitglieder der O. C. Selbstverständlich wurde dies der Öffentlichkeit gegenüber wiederum als reiner Zufall bezeichnet und ausdrücklich geleugnet, daß hier irgendeine Verschwörung vorliege, oder gar, daß die O. C. ihre Anhänger zu solchen Taten heranbilde.

Unter dem Druck der öffentlichen Meinung wurde das Gesetz zum Schutz der Republik erlassen. Der Staatsgerichtshof zum Schutz der Republik wurde ausdrücklich zur Aburteilung von Verbrechen der rechtsradikalen Geheimorganisationen gegründet.

Die Verfolgung der Mörder Rathenaus, Fischer und Kern, stieß auf ungeahnte Schwierigkeiten. Sie hatten sich zuerst nach Mecklenburg gewandt. Die Mitglieder der vaterländischen und völkischen Verbände ebneten ihnen den Weg durch Unterstützung mit Geld, Kleidungsstücken und Unterkunftsmöglichkeiten. Die Mecklenburgische Kriminalpolizei unter dem Kommissar Wiggers versagte, ebenso wie vorher und nachher die Organe der Abteilung I A der Berliner Polizei. Der Stahlhelmführer Heiliger aus Wismar, der wegen Beihilfe zur Flucht der beiden in Schutzhaft genommen war, wurde in seiner Bewegungsfreiheit so wenig eingeengt, daß er während der Haft eine Parade seiner Leute abnehmen durfte („Weltbühne" 29. September 1925).

Wochenlang suchte man vergeblich nach den Mördern, bis sie schließlich durch Zufall in der Ruine Saaleck in Thüringen gestellt wurden. Im Feuergefecht mit den Polizisten fiel Kern. Fischer nahm sich das Leben. Die letzten Worte der Mörder waren ein Hoch auf Ehrhardt. Der Staatsgerichtshof verurteilte am 14. Oktober Ernst Werner Techow wegen Beihilfe zum Mord zu 15 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust, Hans Gerd Techow zu 4 Jahren und 1 Monat Gefängnis, Günther zu 8 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust, Niedrig und v. Salomon zu 5 Jahren Zuchthaus und 5 bzw. 4 Jahren Ehrverlust, Ilsemann wegen Verstoßes gegen die Waffenverordnung, Schütt und Distel wegen Begünstigung zu je 2 Monaten Gefängnis, Tillessen und Plaass wegen Nichtanzeige eines drohenden Verbrechens zu 3 bzw. 2 Jahren Gefängnis. Ernst Werner Techow wurde von der Anklage der Mittäterschaft freigesprochen. (Vorsitzender Dr. Hagen, Oberreichsanwalt Dr. Ebermayer.)

Aus der Anklagerede des Oberreichsanwalts Ebermayer interessiert folgende Stelle:

„Ich halte es für meine Pflicht, darauf hinzuweisen, daß immerhin im Laufe der Untersuchung und in der Verhandlung eine Reihe von Umständen hervorgetreten ist, die, ich will nicht sagen, die Annahme, aber doch die Möglichkeit nahelegen, daß in der Tat hinter den eigentlichen Tätern gewisse Organisationen und Verbände gestanden haben, die ihnen den Gedanken zur Tat nahegelegt haben, die sie vielleicht sogar, ich gehe noch einen Schritt weiter, zur Tat angestiftet oder angereizt haben. Für solche Umstände möchte ich zunächst hervorheben, daß bei all den politischen Gewalttaten der letzten Zeit, bei dem Mord an Erzberger, bei dem Attentat an Scheidemann und jetzt wieder bei dem Mord an Rathenau, es immer eigentlich dieselben Kreise, ich möchte fast sagen, dieselben Personen sind, die in Frage kommen. Bei Erzberger: Tillessen und Schulz, bei Scheidemann: der Bruder Tillessens, bei Rathenau spielt der Bruder von Tillessen wieder eine Rolle; Tillessen, Plaaß, Schulz, Kern, Fischer, Techow, die ganze Gesellschaft gehört zusammen. Sie haben alle eine Menge von persönlichen Beziehungen, sei es von früher her, sei es infolge ihrer Zusammengehörigkeit zu den verschiedenen Verbänden. Man hat so unwillkürlich das Gefühl, es handle sich hier um Glieder einer Kette, um eine gemeinsame Gruppe, innerhalb deren sich die einzelnen befinden . . .“ Der Oberreichsanwalt Ebermayer hielt also die O. C. für d i e Mörderorganisation.

Der Fabrikant Johannes Küchenmeister hatte sein Auto zur Ermordung des Ministers Rathenau zur Verfügung gestellt, obwohl er ahnte, welchen Zwecken der Wa-

gen dienen sollte. Am dritten Todestage Rathenaus stand er und neben ihm der Oberleutnant a. D. Günther Brandt, der bezichtigt wurde, obwohl er von dem Mordplan Kenntnis hatte, diesen nicht der Behörde angezeigt zu haben, vor dem Staatsgerichtshof. Küchenmeister hatte in einem Brief an seinen Vater geäußert, „daß er den beiden jungen Leuten (Fischer und Kern) zur Flucht habe verhelfen wollen". An seinen Vater schrieb er: „Du weißt, daß ich nicht aus niederen Gründen, wären es auch politische, sondern nur aus ganz reinem Herzen meine Hand geliehen habe zu dieser Sache . . ." Weiter sagt er in einem anderen Brief: „Ich weiß nicht, wer gerichtet werden sollte. Es war nur die Rede davon, daß jemand gerichtet werden sollte. Aber ich habe es mir gedacht."

Brandt verteidigte sich damit, daß er geglaubt habe, es werde Tillessens Überredungskunst gelingen, Kern und Fischer von dem Mordplan abzubringen. Tillessen wurde als Zeuge vernommen. Dabei stellte sich heraus, daß er nicht in Haft war; er hatte bedingten Strafaufschub erhalten und brauchte seinen Wohnort nicht anzugeben, was zu der Vermutung Anlaß gab, daß er in der schwarzen Reichswehr oder in einer Wirtschaftsorganisation Unterkommen gefunden habe. Gegen Brandt beantragte der Reichsanwalt Rückert 3 Jahre 6 Monate Zuchthaus, für Küchenmeister den Freispruch. Am 26. Juni wurde Küchenmeister freigesprochen; das Urteil gegen Brandt lautete auf 4 Jahre Gefängnis („Berliner Tageblatt", 27. Juni 1924). Die Vossische Zeitung (27. Juni) schrieb, „daß der Staatsanwaltschaftsrat Rückert sich ganz unzweideutig zum Verteidiger des Angeklagten aufwirft".

Am 2. Mai 1924 hatte das Berliner Tageblatt gemeldet, daß es gelungen sei, die Hintermänner und Geldgeber der Mordanschläge auf Erzberger und Rathenau ausfindig zu machen, daß es sich um Personen handle, die dem Alldeutschen Verband naheständen, und daß der Oberreichsanwalt die Angelegenheit in Händen habe. Die Germania ergänzte diese Mitteilung am gleichen Tage durch die Nachricht, daß bei amtlichen Stellen schweres Belastungsmaterial gegen eine Reihe von Personen vorliege, die sämtlich dem Alldeutschen Verband nahestehen. Die Spuren führten auf Kreise, die man eher als Deutschnationale bezeichnen müsse. Mit ziemlicher Bestimmtheit steht fest, daß die Beziehungen der O. C. und gewisser Stellen des Alldeutschen Verbandes sehr eng seien. Die O. C. habe öfters gerade als ausführendes Organ dieser Alldeutschen Stellen gehandelt, von denen sie in einem weiten Umfang finanziell abhängig sei.

Gefangenenbefreiung

Die Oberleutnants zur See Boldt und Dittmar waren als einzige Kriegsbeschuldigte wegen Versenkung eines Hospitalschiffes vom Reichsgericht zu mehrjähriger Gefängnisstrafe verurteilt worden. Am Tag nach der Verurteilung versuchte Kapitänleutnant Karl Tillessen, der sich in Freiheit befand, obwohl er wegen des Rathenau-Mordes zu 3 Jahren Gefängnis verurteilt worden war, gemeinschaftlich mit einer Reihe von Gesinnungsgenossen, die beiden aus der Gefangenenanstalt Leipzig II zu entführen. Von der damals noch bestehenden Hundertschaft zur besonderen Verwendung (Hauptmann Stennes) der Berliner Schutzpolizei verschafften sie sich ein Auto-

mobil, ferner Offiziers- und Wachtmeisteruniformen der Schutzpolizei, Revolver und Karabiner.

So weit versehen, fuhren sie vor dem Gefängnis vor und verlangten die Auslieferung der beiden Offiziere, die sie auftragsgemäß nach Berlin zu überführen hätten. Als die Gefängnisverwaltung Verdacht schöpfte und zahlreiche Beamte der Landespolizei auf das Portal zueilten, floh Tillessen im Auto. Er wurde ermittelt und wegen versuchter Gefangenenbefreiung von dem Leipziger Schöffengericht zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Kurze Zeit darauf wurden Boldt und Dittmar tatsächlich befreit. Die Täter sind unbekannt geblieben.

Ehrhardts Verhaftung und Befreiung

Endlich gelang es im Frühjahr 1923, den Führer so vieler Verbrechen, den Kapitän Ehrhardt in München zu verhaften. Der Reichsgerichtsrat Dr. Metz, der zur Untersuchung der Angelegenheiten der O. C. nach München gekommen war, hatte einen Konsul von Eschwege zur Vernehmung vorgeladen. Eschwege erschien, beschwor, daß er Ehrhardt nicht kenne, und wurde von Metz entlassen. Als er fortging, wurde er als Ehrhardt erkannt. Metz ließ ihn darauf noch einmal laden und verhaften. Auf Anstiftung Ehrhardts hatte die Prinzessin Hohenlohe, bei der er wohnte, beschworen, daß sie Ehrhardt nicht kenne.

Im Juli 1923 sollte der Prozeß in Leipzig stattfinden. Am 13. Juli wurde Ehrhardt von dem Kapitänleutnant Abendroth, den Leutnants Liedig, Voß und Maier und dem Bootsmannsmaat Vogt befreit („Stahlhelm", 20. September 1925). Ein Verfahren ist gegen sie nicht eingeleitet worden.

Der steckbrieflich Verfolgte marschierte im Oktober 1923 mit 10 000 Mann als bayerische Notpolizei in Franken auf, bereit, seinen Einmarsch in Berlin zu wiederholen (vgl. Kapitel „Stahlhelm und Jungdo"). Nach dem Scheitern des Hitlerputsches brach auch dieser Versuch zusammen. Nach einem öffentlichen Aufreten in der Universität München verschwand Ehrhardt wieder von der Öffentlichkeit.

Nach Ansicht des Oberreichsanwalts fallen Ehrhardts Taten unter die Hindenburg-Amnestie, obwohl er sich seiner Aburteilung durch die Flucht entzogen hatte. Allerdings ließ der Oberreichsanwalt erklären, daß die Amnestie auf den Meineid und die Verleitung hierzu keine Anwendung finden werde.

Ehrhardt ließ darauf erklären, daß er vor dem Staatsgerichtshof nicht erscheinen werde und sich nur einem „zuständigen", d. h. bayerischen Gericht stellen werde. Er wird also weiterhin verschwunden bleiben.

Über die Frage, ob Ehrhardt mit der Prinzessin Hohenlohe ein Verhältnis hatte, fand eine Diskussion im Rechtsausschuß des Reichstages statt. Der deutschnationale Abgeordnete Lohmann war sofort in der Lage, einen Brief beizubringen, in dem Ehrhardt dies abstritt („Berliner Tageblatt", 7. August 1925).

Die Anklageschrift

Seit dem September 1921 schwebt das Verfahren gegen die O. C. Nach dem Gesetz zum Schutz der Republik wurde der Staatsgerichtshof zuständig. Die bayerische Regierung, die alte Freundin der O. C., erhob Vorstellungen über die Besetzung des Gerichts („Berliner Tageblatt", 28. Oktober 1924).

„Wenn man die Anklageschrift der Oberreichsanwaltschaft gegen 26 Mitglieder der Organisation Consul liest, dann meint man eine Verteidigungsschrift und nicht eine Anklageschrift zu lesen.

Der Verfasser der Anklageschrift schämt sich offenbar, daß bei den Ermittlungen soviel herausgekommen ist, Er verweist auf den ihm offensichtlich viel zu eifrigen Staatsanwalt in Offenburg, der bei der Verfolgung der Mörder Erzbergers auf die O. C. stieß und energisch zugriff. Ganz deutlich klingt aus der Anklage ein Ton des Bedauerns darüber heraus, daß dieser Staatsanwalt aus Baden in seiner Unkenntnis der patriotischen Motive der O. C. so rücksichtslos vorging.

Direkt zur Klage über seine Hilfsorgane wachsen sich die Ausführungen der Anklageschrift über die in Thüringen angestellten Ermittlungen aus. In Thüringen gab es damals einen energischen Innenminister, den sozialdemokratischen Minister Hermann, der nach der Ermordung Rathenaus anordnete, daß den Mordorganisationen gründlich nachgestellt werden solle.

Diese Anordnungen immerhin eines Ministers, wenn auch nur eines sozialdemokratischen Ministers, fanden — so sagt die Anklageschrift — ‚eine eifrige Vollstreckung'. Das bedauert der Herr Reichsanwalt! Viele — so sagt der Reichsanwalt weiter — wurden festgenommen. Aber die Festgenommenen haben offensichtlich das ganze Mitleid der Reichsanwaltschaft; denn die Reichsanwaltschaft setzt hinzu: ‚Für die Verhafteten erwuchs bald eine bedrohliche Lage.'

Und warum entstand für sie Gefahr? Ich zitiere den Reichsanwalt: ‚Für den 4. Juli waren Kundgebungen der Arbeitermassen angesagt.' Das war jene Rathenau-

Demonstration, die von den Sozialdemokraten, dem Zentrum und den Demokraten gemeinsam gemacht wurde. Von ihr sagt der Herr Reichsanwalt: es bestand eine Gefahr für die Verhafteten, die festgenommen worden waren, weil sie verdächtig waren, zu dem Mordgesindel zu gehören, aus dessen Reihen heraus Rathenau niedergeschossen worden ist.

Die thüringischen Polizeibeamten fuhren also — wie die Anklageschrift sagt — fort, zu verhören. ‚Unter solchen Umständen bildeten sich Verhandlungen, gegen die seitens der Gefangenen hernach eingewendet werden konnte, daß sie weniger ihre Aussage als die Auffassung der verhörenden Beamten wiedergaben.' Daß Angeklagte sagen, die Protokolle seien nicht richtig, kommt alle Tage vor; aber daß die Reichsanwaltschaft das sagt, ist immerhin etwas Neues. Interessant ist auch, daß die Reichsanwaltschaft über die Feststellungen in Regensburg sagt: ‚Diese Feststellungen führten in das Haus von Dr. Heim.' Der württembergische Vertrauensmann der Organisation C. war der Oberleutnant Mahn. Auf ihn wurde die Polizei aufmerksam, als sie Schulz und Tillessen verfolgte. Und wo fand sie Herrn Mahn? Bei Herrn Dr. Heim! Aber Dr. Heim war natürlich ganz unschuldig an der Geschichte. Mahn besuchte nur eine Tochter des Dr. Heim, mit der er verlobt war. Die Anklageschrift sagt: ‚Im Hause des Dr. Heim hatte Mahn ein Zimmer inne.' Ich weiß nicht, ob es in den Kreisen des Zentrums üblich ist, daß der Bräutigam der Tochter ein Zimmer im Hause des Vaters innehat. Nichts hören wir von einer Untersuchung gegen Dr. Heim. Man untersucht in dem angeblichen Zimmer des Mahn, also des Schwiegersohns, in Hause des Dr. Heim, und dann zieht man ab.

Interessant ist weiter die geschichtliche Übersicht des Herrn Reichsanwalts über die Entstehung der Organisation Consul. Es heißt in der Anklageschrift: Kapitän Ehrhardt erhob im Frühjahr 1920 ‚bei den maßgebenden Stelllen nachdrückliche Einwendungen gegen die Auflösung der vaterländisch gesinnten und dem Parteigetriebe fernstehenden Truppe'. Das ist die Truppe, die den Kapp-Putsch gemacht hat. In der Anklageschrift wird dann über die Flucht Ehrhardts gesagt: ‚Ehrhardt wandte sich nach Süddeutschland und von dort über die Grenze nach Österreich.' Wie wird denn das sonst genannt, wenn ein Verfolgter vor der Staatsanwaltschaft flüchtet? Von der Auflösung der Brigade Ehrhardt wird gesagt — ich zitiere wörtlich —: ‚Im übrigen konnte freilich nicht in Frage kommen, daß die Angehörigen der Marinebrigade Ehrhardt die zwischen ihnen bestehenden Beziehungen mit der Auflösung der Brigade völlig aufgeben würden. Da sie in festem Gefüge zusammen im Kampf gestanden hatten, mußte sich das Bestreben geltend machen, einen Zusammenhalt für die Zukunft zu wahren.' Meine Herren, welche Entrüstung zeigte dieselbe Behörde in Kommunistenprozessen, wenn von der Fortführung der K. P. D. nach ihrer Auflösung die Rede ist! Ja, der Reichsanwalt rühmt sogar das Bekenntnis der Wahrheit nach, wo die O.-C.-Leute ganz dick lügen. So sagt er von dem bekannten Kapitänleutnant Werber — ich zitiere wörtlich —: Er ‚legte die Wahrheit offen, aber mit tunlichster Schonung seiner Kameraden'. Das heißt doch auf deutsch: er hielt mit der Wahrheit zurück. Von anderen heißt es: ‚Ihnen fehlte das Verständnis dafür, wie dringend notwendig die vollkommene Aufklärung des wahren Zwecks und

der wahren Tätigkeit der Organisation C. erscheinen mußte.'

Nicht weniger als drei Vereine führt der Reichsanwalt auf als Fortsetzer der O. C. Von ihnen wird gesagt: ‚Keiner der drei Vereine trug irgendwie die Merkmale einer geheimen oder staatsfeindlichen Verbindung an sich. Die von ihnen verfolgten Ziele stellten sich als durchaus einwandfrei dar.' Mit welcher Sicherheit behauptet aber dieselbe Behörde gegenüber Kommunisten, die nach Auflösung ihrer Partei deren Ziele in anderen Organisationen fortgeführt haben: es bedürfe gar keiner Erörterung, es sei selbstverständlich, daß die Ersatzorganisationen ebensowenig einwandfreie Ziele verfolgen wie die aufgelöste Kommunistische Partei.

Die Satzungen der Organisation C. machen allerdings dem Herrn Reichsanwalt doch noch einige Schwierigkeiten. Denn darin wird als Ziel bezeichnet: ‚Bekämpfung der antinationalen Weimarer Verfassung.' Zweck der Sammlung von ‚entschlossenen nationalen Männern' ist nach den Satzungen ‚1. die vollständige Revolutionierung Deutschlands zu verhindern, 2. bei großen inneren Unruhen deren vollständige Niederwerfung zu erzwingen und durch Einsetzung einer nationalen Regierung die Wiederkehr der heutigen Verhältnisse unmöglich zu machen, 3. die durch den Versailler Vertrag angestrebte Entmannung und Entwaffnung unmöglich zu machen und ihm seine Wehrmacht und die Bewaffnung soweit wie möglich zu erhalten.' Der § 11 sagt: ‚Verräter verfallen der Feme.' — Trotzdem sagt der Herr Oberreichsanwalt: Das Ziel war eine Verfassungsänderung auf gesetzlichem Wege.

Trotzdem sagt der Herr Reichsanwalt: ‚Geheime Umtriebe fanden nicht statt!'

§ 5 der Statuten verpflichtet jeden zu unbedingtem Gehorsam gegenüber der Leitung der ‚Organisation und deren Organen‘. Die Verpflichtungsformel lautet: ‚Ich gelobe, dem obersten Leiter der Organisation und meinen Vorgesetzten unbedingten Gehorsam zu leisten und über alle Angelegenheiten der Organisation das strengste Stillschweigen zu bewahren.‘ Diese Bestimmung soll sich, meint der Reichsanwalt, ‚ausschließlich auf den Hauptzweck der Organisation C. beziehen: ein Regiment für die Abwehr des vierten polnischen Aufstandes aufzustellen‘, jenes Aufstandes, der niemals stattgefunden hat und der nur den Vorwand bietet, damit die Angeklagten sagen können, sie wollten nichts Strafbares machen. Die Auffassung des Reichsanwalts bedeutet geradezu eine Anerkennung der Gesetzmäßigkeit der Feme!

Wenn man nun meint, Leute, bei denen die Statuten gefunden sind, Leute, die die Statuten unterschrieben haben, müßten für das, was dieser Verein will, verantwortlich gemacht werden, dann sagt der Reichsanwalt — und ich zitiere wieder wörtlich —: ‚Die jungen Burschen begriffen nicht, was mit ihnen geschah, als ihnen die Verpflichtungserklärung der Statuten zur Unterschrift vorgelegt wurde.‘

Einem Studienrat Dr. Blanck wird bescheinigt, ihm ‚blieb sogar — das ist wieder wörtlich — der Name der Organisation C. unbekannt.“

Bei einem Leutnant Koppe, der sogar Führer einer Sturmkompagnie war, der die schlesischen Bezirke als Leiter bearbeitete, fand man ein in Geheimschrift geschriebenes, schwer belastendes Dokument. Koppe sagte: Ich kannte die Geheimschrift nicht; ich konnte das Schreiben nicht lesen. Das ist nicht erstaunlich. Das

sagen Angeklagte öfter. Aber erstaunlich ist, daß der Oberreichsanwalt nachspricht: „Er konnte das Schreiben, weil ihm die Unterlagen zur Entzifferung der Geheimschrift nicht bekannt waren, nicht lesen.'

Der Reichsanwalt untersucht weiter, ob die Organisation Consul bewaffnet war, und er sagt: ‚Die Organisation Consul verfügte niemals über Waffen'. Das ist auf S. 28. Auf S. 94 aber teilt derselbe Oberreichsanwalt mit, daß der Gau L Thüringen der Organisation C. am Ersten jeden Monats Bestandsmeldungen über vorhandene Waffen forderte!

Es wird ferner in der Anklageschrift geprüft, ob die Organisation C. die Verfassung untergraben hat. Der Reichsanwalt fragt: Was heißt Untergrabung der Verfassung? Und man muß über die Antwort erstaunt sein, die folgendermaßen lautet: Untergraben ist ‚eine Arbeit, die unterirdisch geleistet wird und die den völligen Einsturz der angegriffenen Einrichtung bewirken soll.' Wenn man aber fragt, wie der Oberreichsanwalt zu einer solchen Begriffsbestimmung kommt, dann sieht man, daß er Adelungs Wörterbuch der hochdeutschen Mundarten zitiert, ein Wörterbuch aus dem Jahre 1774!

Ich glaube diese Mitteilung reicht aus, um zu beweisen, was zu beweisen war, und ich will nur noch zum Schluß ein Wort darüber sagen, wie der Reichsanwalt in der Anklageschrift von dem Kapitänleutnant Andler spricht, der, wie die Anklageschrift sagt, im Jahre 1923 nach dem Ruhreinmarsch der Franzosen ‚den Plan, der Auflehnung gegen diese Gewalttaten Ausdruck zu verleihen', erwogen hat. Daraufhin meint der Reichsanwalt sagen zu können: Als Andler von den Franzosen gefangengenommen war, da war in Andler

den Franzosen ‚ein rechter deutscher Mann in die Hände gefallen'.

Und diese Anklageschrift trägt die Unterschrift Ebermayer!" (Dr. Rosenfeld, Reichstag, 24. Juli 1925.)

Der Prozeß gegen die O. C.

Am 22. Oktober 1924 begann endlich der Prozeß. Die Angeklagten befanden sich sämtlich in Freiheit („Berliner Tageblatt", 22. Oktober 1924). Im Laufe der Untersuchung zeigte sich der ungeheure Terror, den die Organisation C auch auf ihre früheren Anhänger ausübte. Regelmäßig haben Zeugen unter dem Einfluß dieser Drohungen ihre früheren bestimmten Angaben abgeschwächt. Der weitaus wichtigste Teil des Prozesses fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Der Angeklagte Hoffmann hatte nämlich erklärt: „Über die wahre Tätigkeit der Organisation kann ich nur unter Ausschluß der Öffentlichkeit Angaben machen, da ich Dinge zu erklären habe, die im vaterländischen Interesse nicht an die Öffentlichkeit gelangen sollen" („Berliner Tageblatt", 22. Oktober 1924). Der Vorsitzende stellte fest, daß es sich bei dem Ausschluß der Öffentlichkeit um die Erörterung der Beziehungen zwischen O. C. und Reichsregierung gehandelt habe („D. A. Z.", 24. Oktober 1924).

Die völkische „Deutsche Zeitung" schrieb bei Beginn des Prozesses, daß die eigentlichen Geheimnisse der O. C. durch die Ausschließung der Öffentlichkeit geschützt werden sollten. „Vielleicht werden die Verhandlungen in Leipzig enthüllen, weshalb diese Männer ihren Bund ‚Geheimbund' nannten. Vielleicht wird man erfahren, weshalb ein Teil dieser Männer bei ihrer Vernehmung

durch den Staatsanwalt in Offenburg in den Verdacht gerieten, tatsächlich einer ‚Mörderzentrale' anzugehören. Wir sagen ‚vielleicht', obwohl wir hoffen, daß nicht alles vor der Öffentlichkeit enthüllt wird. Zwar würde man dann erfahren, daß nur lautere und höchste Vaterlandsliebe sie veranlaßten, darüber zu schweigen, warum sie ein Geheimbund sein mußten, aber solche Enthüllungen könnten dem Staate auch heute noch außenpolitisch gefährlich sein."

Nach den Verhandlungen erschien es nicht unmöglich, daß die prahlerischen Behauptungen der Angeklagten, sie seien zum mindesten der Regierung gegenüber kein Geheimbund gewesen, nicht einen wahren Kern enthielte (vgl. „Oder- und Wartezeitung", 19. November 1924).

Interessant war ein vom Präsidenten verlesenes Schreiben vom 26. November 1924 an einen bayerischen Regierungspräsidenten, worin Ehrhardt bittet, die pfälzischen Industriekreise anzuweisen, die Gelder, die für die nationalen Organisationen zur Verfügung gestellt seien, an die Adresse Killingers abzusenden („Frankfurter Zeitung", 23. Oktober 1924).

Gegenüber dem Vorwurf, daß die O. C. eine Feme eingerichtet habe, verteidigte sich Hoffmann damit, daß der Begriff der Feme nur als gesellschaftliche und wirtschaftliche Ächtung aufzufassen sei („D. A. Z.", 23. Oktober 1924). Immerhin hat das Gericht so starken Tobak doch nicht geglaubt. Die Anklage lautete auf Geheimbündelei und nicht auf Mord und Verbrechen gegen das Gesetz zum Schutz der Republik, weil die O. C. bereits aufgelöst worden sei.

Das Gericht ging über die Strafanträge des Reichsanwalts, der nur Gefängnisstrafen bis zu 2 Monaten be-

antragt hatte, hinaus und verurteilte am 27. Oktober nach nur 5tägiger Verhandlung wegen Geheimbündelei Hoffmann, Müller, v. Killinger und Kautter zu je 8 Monaten Gefängnis mit Anrechnung von 2 Monaten Untersuchungshaft, Henkel und Krebs zu je 6 Monaten, von Abendroth, Ehrentraut und Fiebig zu je 5 Monaten, unter Anrechnung von 1 Monat, Heinrich, Schüzen, Siebel, Röhren, Mahn und Korvettenkapitän Werber zu je 4 Monaten, Freiherrn von Zedlitz-Neukirch und Koppe zu je 3 Monaten, Wegelin wegen Vergehens gegen das Entwaffnungsgesetz und Geheimbündelei zu einer Gesamtstrafe von 5 Monaten. Die übrigen Angeklagten wurden auch offiziell freigesprochen. (Vorsitzender Niedner, Reichsanwalt Niethammer.)

Wie im März 1925 durch eine unvorsichtige Unterschrift Killingers unter den Wahlaufruf für den Präsidentschaftskandidaten Jarres bekannt wurde, befand sich Killinger zu dieser Zeit überhaupt nicht in Haft. Auf Anfrage der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstag, erklärte Reichsjustizminister Frenken am 4. April 1925, daß alle Verurteilten aus dem Leipziger O. C.-Prozeß nicht in Haft genommen worden seien, da infolge der eingereichten Gnadengesuche Aussicht bestünde, daß den Verurteilten die Verbüßung ihrer Strafe erlassen würde.

Auf Grund der Hindenburg-Amnestie wurden am 21. August 1925 die letzten Kappisten außer Verfolgung gesetzt.

Die aufgelösten Verbände: Organisation Consul, der Bund ehemaliger Ehrhardt-Offiziere und der „Neudeutsche Bund" bestehen heute noch als „Wiking-Bund" fort. Der Wiking-Bund steht in engem Verhältnis zum Front-

bann (vgl. Kapitel „Roßbach“ und „Bayern“). Seine Führer sind die ehemaligen Ehrhardt-Offiziere. Über ihnen stehen die Mitglieder der O. C. Allerdings wird sie heute nicht mehr als Organisation zur planmäßigen Vorbereitung politischer Morde zu gelten haben. Diese Rolle hat sie erfüllt. Die politischen Morde sind heute nicht mehr nötig.

Die Nationalsozialisten

Die Nationalsozialisten unterscheiden sich von den anderen nationalen, völkischen, monarchistischen, antisemitischen oder sogenannten vaterländischen Verbänden durch ihre besonders ausgesprochene Gegnerschaft zum heutigen kapitalistischen Wirtschaftssystem. Das deutet schon ihr Name an.

Diese Gegnerschaft war vor allem während der Inflationszeit verständlich. Sie kam dem instinktiven Gefühl der Masse entgegen, das von kindlichen, rein äußerlichen Maßnahmen, etwa der Schließung der Börsen, die Rettung aus dem Abgrund erwartete.

Allerdings wurzelt diese Gegnerschaft in einer dem Sozialismus konträren Weltanschauung. Die individualistische Großtat ist ihnen Beflügelung und ein Symbol der Großtat der schöpferisch aufbauende Mensch. Repräsentant dieses schöpferischen Menschen ist ihnen aber der in der heutigen Gesellschaftsordnung erfolgreiche Kapitalist (Ford), solange er in seinen Fiktionen selbst das nationale Element repräsentiert und seine Tätigkeit produktiv ist. Als produktive Tätigkeit aber gilt nur Industrie und Landwirtschaft, nicht der Handel. Durch diese, etwas gequälte Konstruktion wird der Nationalsozialist vom Revolutionär zum Verteidiger des Großkapitals.

Geldquellen

Entsprechend sind auch die Subsistenzmittel der Nationalsozialisten selbst in den Zeiten, als die Inflation alle Arbeiterparteien und ihre gewerkschaftlichen Organisationen bis aufs Innerste aushöhlte, in reichlichem Maße geflossen, sowohl aus dem Inlande wie aus dem Auslande. So haben die Nürnberger Industriellen

noch Anfang November 1923 der Bewegung 20 000 Dollar zur Verfügung gestellt. Bei Berücksichtigung der damaligen Überwertigkeit des Dollars keinesfalls weniger als 150 000 Goldmark. Mit diesen Mitteln ist die Aktion in Franken finanziert worden. (Aussagen des Oberlandgerichtsrats Parst-Nürnberg im Hitlerprozeß.)

Auch aus dem Auslande sind erhebliche Mittel in die Hitlerschen Kassen geflossen. Die Partei hat diese Tatsache auch niemals abgeleugnet, allerdings stets behauptet, daß diese Gelder nur Zuwendungen von Mitgliedern (also kleinen Leuten) darstellten. Hitler hat eine ganze Reihe von Beleidigungsprozessen, hauptsächlich gegen linksstehende Publizisten, angestrengt, die behauptet hatten, daß er in großem Umfange französische und amerikanische Gelder genommen hätte. In zwei Fällen trat Verurteilung ein, da der Nachweis nicht erbracht sei. Dagegen ließ Hitler seine Prozesse gegen Vitus Heller, den Herausgeber der christlich-sozialen Würzburger Wochenschrift „Das neue Volk", gegen den Redakteur Stefan Großmann vom „Tagebuch" verjähren. Es lag ihm also nichts daran, diese Behauptungen gerichtlich zu widerlegen.

Klar wurde die Existenz ausländischer Geldquellen durch die Veröffentlichung des folgenden, von nationalsozialistischer Seite niemals bestrittenen Dokumentes („Bayerischer Courier", 29. März 1924):

„München, 10. 23.

Deutscher Kampfbund
Kampfgemeinschaft Bayern
Der militärische Führer
B. B. Nr. 249.

Monatsbedarf an Gehältern und Sonstiges.

1. Gehälter:

Oberstleutnant Kriebel	Fr. 200
Major Faber, Waffenreferent	„ 150
Hauptmann Seydel, Adjutant	„ 150
Oberleutnant Reiner, Bureauoffizier	„ 120
Leutnant Neunzert, 1. Ordonanzoffizier	„ 150
Leutnant Gärtner, 2. Ordonanzoffizier	„ 120
Weikert, Schreibkraft	„ 100

2. Sonstiges:

Fernsprecher	„	10
Bureaumiete	„	15
Beleuchtung	„	5
Schreibmaterialien	„	25
Post usw.	„	10
Reisen	„	100

3. Zuzüglich als einmalige Anschaffung:

6 elektrische Birnen; ein Stempel	„	20
	Fr.	1175

Ich bemerke zu dieser Aufstellung folgendes: Major Faber ist hier nur etwa je einen halben Tag in Anspruch genommen. Er könnte gut in seinem Fache, in dem er Vorzügliches leistet, bei einem Stabe der Verbände verwendet werden.

Leutnant Gärtner ist so gut wie unbeschäftigt. Ich schlage vor, ihn anderweitig in einem Stabe zu verwenden, um seine bewährte ausgezeichnete Kraft ausnützen zu können.

V. s. d. m. B.: gez. Seydel."

Im Oktober 1923, als die Auslandsvaluta an Kaufkraft so hoch über dem Inlandsgeld stand, bedeuteten dies glänzende Bezahlungen. Selbstverständlich kann der Kampfbund in den Besitz dieser Devisen nur durch ausländische Hände gekommen sein, da damals der Ankauf von Devisen verboten war.

Am 26. März 1924 behauptete Sanitätsrat Pittinger in einer Versammlung in Augsburg, Hitler habe von den Franzosen Geld erhalten, worauf ihn Hitler verklagte. Am 23. September 1924 fand der Prozeß vor dem Münchner Amtsgericht statt. Kapitänleutnant Wenig sagte aus, daß E. D. Morel in seiner Gegenwart (Mitte Oktober 1923) Herrn v. Kahr erzählt habe, ein großer Teil der Hitlerschen Gelder stamme aus französischen Quellen. Dies wisse er (Morel) von einflußreichen Pariser Bekannten. Allerdings könne Hitler dies nicht wissen, denn das Geld gehe vorher durch sechs bis acht Hände.

Rechtsanwalt Warmuth, der Vertreter Pittingers, stellte Antrag auf Ladung des Legationsrates Dr. Knoch, der bekunden könne, daß General de Metz sehr ärgerlich gewesen sei, als er erfuhr, daß der Hitlerputsch schon am 9. November erledigt war. Die Beleidigungsklage Hitlers wurde abgewiesen („Münchner Post“ 15. September 1925). Eine gegen das „Berliner Tageblatt“ eingereichte Klage wegen Wiedergabe der Pittingerschen Behauptungen hat Hitler zurückgenommen („Berliner Tageblatt“ 12. September 1925).

Im Dezember 1924 tauchten in ziemlich bestimmter Form Behauptungen auf, wonach auch schweizerische Geldleute die nationalsozialistische Bewegung finanziert hätten. Ludendorff hat auch in München mit dem Schweizer Generalstabsoberst Bircher über mögliche Beziehungen verhandelt.

Im Zusammenhang damit wurde bekannt, daß der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Dr. Everling in der Schweiz große Geldsammlungen für kirchlich-charitative Zwecke betrieben habe. Auch der Evangelische Kirchenbund hat große Summen in der Schweiz gesammelt und nach Deutschland gesandt. Es bestand der Verdacht, daß diese Gelder zu politischen Zwecken verwendet worden seien. Der Schweizer Evangelische Kirchenbund bestritt, „daß die von ihm gesammelten Gelder — soweit ihm bekannt — politischen Zwecken gedient hätten“.

Exzesse

Die nationalsozialistische Partei ist ursprünglich revolutionär, also kämpferisch, eingestellt, und die Beseitigung der Ausbeutung war ihr Ziel. Als spezifischer Ausbeuter gilt ihr der Jude.

Aber die Partei hat von Anfang an im Gegensatz zu ihren idealen Zielen und Prinzipien stets den Knüppel, d. h. den individuellen Terror, als wesentlichstes Kampf-

instrument angewendet. Hier steht sie im klaren Gegensatz zu ihrem Antipoden, der K. P. D., die immer, unter bewußtem Verzicht auf den Einzelterror, den Grundsatz des Massenterrors vertreten hat. Nicht nur einzelne Nationalsozialisten haben sich Ausschreitungen zuschulden kommen lassen, vielmehr waren häufig auch maßgebliche Organe beteiligt.

Der Sturm auf das Hotel „Grünwald", in dem angeblich Ententeoffiziere untergebracht waren, durch Angehörige der 20. Hundertschaft (Roßbach) der Sturmabteilung im Herbst 1921, lieferte den Auftakt zu solchen Übergriffen. Im folgenden einige Beispiele aus dem Jahre 1923.

In Kleinlangheim wurden in der Nacht vom 6. auf 7. März 1923 dem Händler Goldmayer 12 Obstbäume abgesägt, einem anderen Juden, namens Sonthelm, 19 Obstbäume vernichtet. In der Nacht vom 24. auf 25. März wurde im Anwesen des Goldmayer Brandstiftung verübt.

In Regensburg wurde in einer Versammlung der Nationalsozialistischen Partei am 5. April 1923 der Bahnschreiber Albert Stöckl von dem Wachtmeister der Landespolizei, Senn, einem Mitglied der Nationalsozialisten, im Tumult erstochen.

Am 23. September 1923 beabsichtigte der nationalsozialistische Bund „Oberland" eine bewaffnete „Strafexpedition" gegen die „Roten" in Kochel. Sechs Extrawagen waren hierzu schon bestellt. Diese „Übung im großen Verband" unter General Aechter wurde jedoch vom Bezirksamt verboten. Darauf umstellten etwa 800 Mann (Aussagen des Studenten Weber, Führer der Wandergruppe 2, im Prozeß, „Münchner Post", 28. Dezember 1923) eine im Brudermühlviertel tagende Versammlung der S. A. (Sicherheitsabteilung der Sozialistischen Partei). Schwer bewaffnet sperrten sie das ganze Viertel ab. Als das Mitglied der S. A. Gleisner in der Erregung gegen provozierende Oberländer tätlich wurde, unterhielten sie ein $1^1/_2$ Stunde langes, planloses, aber heftiges Feuer aus Pistolen, Karabinern, Infanteriegewehren und aus einem Maschinengewehr (Urteilsbegründung im Prozeß „Münchner Post") auf den Häuserkomplex. Doch wurde niemand getroffen.

Der Prozeß gegen 12 Mitglieder der S. A. wegen Landfriedensbruch bzw. Begünstigung fand am 29. Dezember 1923 vor dem Münchner Volksgericht statt. Gegen die Oberländer wurde nicht vorgegangen, obwohl doch der Hitlerputsch vom 9. November die staatsfeindliche Haltung des Bundes deutlich gezeigt hatte. Sie wurden nur

als Zeugen vernommen. Diese Unterlassung ist verständlich. Denn der Staatsanwalt erklärte, daß zu jener Zeit der Bund „Oberland" als Notpolizei von der bayerischen Regierung aufgeboten worden war. Die Angeklagten Lutz, Gleisner und Obermair wurden zu je 10 Monaten Gefängnis, unter Anrechnung von 3 Monaten Untersuchungshaft, verurteilt. Zwei weitere Mitglieder der S. A. erhielten wegen Beihilfe je 5 Monate, fünf andere je 3 Monate Gefängnis. Der Führer der S. A., Buisson, wurde wegen Begünstigung zu 100 Goldmark, ein anderes Mitglied zu 30 Goldmark Geldstrafe verurteilt.

Drei Nationalsozialisten überfielen in der Nacht vom 9. auf 10. Dezember 1923 den jüdischen Kaufmann Dr. N. in Nürnberg, mißhandelten ihn und raubten ihn aus. Sie gaben vor dem Volksgericht Nürnberg an, daß sie nur aus Ärger über das Fehlschlagen des Münchner Putsches so gehandelt hätten. Das Gericht billigte ihnen mildernde Umstände zu und verurteilte am 21. Januar 1924 Graf wegen schweren Raubes zu 2 Jahren, Hofer (vgl. S. [redacted]) wegen Nötigung und Hehlerei zu $2^1/_2$ Jahren Gefängnis. Der Haupttäter war flüchtig. („Frankfurter Zeitung", 24. Januar 1924.)

Diese Fälle aus einer großen Reihe von Ausschreitungen mögen genügen.

Bataillonsbefehle

Einen deutlichen Einblick in den militärischen Aufbau der Partei geben die folgenden Befehle:

„Ich mache die Hundertschaftsführer noch einmal darauf aufmerksam, daß bis Donnerstag die namentlichen Listen in bereits besprochener Weise für Exerzierkontrolle unbedingt abzuliefern sind.

Gleichzeitig haben die Hundertschaftsführer dahin zu wirken, daß die Mannschaften zum Exerzieren vollzählig antreten.

Die Hundertschaftsführer melden sämtliche Sturmleute, die technisch ausgebildet sind, Kraft- und Motorradfahrer, Flieger, Pioniere, Funker, Fernsprecher und Eisenbahner. Ebenfalls sind sämtliche Kavalleristen zur Aufstellung eines Kavalleriezuges zu melden. Die Meldungen für die Kurse in Grafenwöhr, für die freie Fahrt und Verköstigung gewährt wird, sind, soweit noch nicht geschehen, umgehend einzureichen.

9. 6. 23. gez. Heß, Leutnant u. Bataillonführer."

„Bataillonsbefehl vom 16. 6. 1923.

In Grafenwöhr finden folgende Kurse statt: für Kompagnie- und Zugführer v. 13. 8.—22. 8., für Batl.-Kommandeure, Adjutanten u. Ordonnanzoffiziere vom 23. 8. bis 10. 9., für Kompagnieführer vom 24. 9.—10. 10. Bahnfahrt und Unterkunft sind frei.

Die übrigen Kosten müssen von den Kursteilnehmern wahrscheinlich selbst getragen werden.

gez. Stöhr, Leutnant u. Bataillons-Adjutant.

F. d. R. gez. Höllerer.
Verteilung: Herr Lt. Heß,
3., 5., 6., 11., 18. Hundertschaft,
Artillerie-
M. G. K."

„Bataillonsbefehl vom 21. 6. 23.

In der Zeit vom 2.—14. und 14.—29. werden je 12 Freiwillige, darunter M. G. K.-Schützen eingestellt. Freie Fahrt, Unterkunft, Verpflegung, Bekleidung und Ausbildung, Meldung sofort, telepho. oder sonstwie an das Regiment. gez. Heß, Lt. und Bataillonsführer."

„3. Batl. Bataillonsbefehl v. 4. 7. 1923.

Samstag, den 7. 7. 1923 findet in Neufreimann Scharfschießen statt. Beginn 4,50 nachm. Vollzähliges Erscheinen Pflicht, Hinausmarsch einzeln. Sammeln an den Ständen am rechten Flügel auf dem Platz, ohne Mützen, ohne Abzeichen.

An den Übungen im Zusammenhang mit E. K. nimmt die 5. Komp. regelmäßig im Rahmen des 3. Batl. teil. Am Schießen nimmt das gesamte Batl. einschl. der 1. Batterie und 5. Komp. teil.

Donnerstag abends 8 Uhr findet die Führerausbildung in der E. K. statt. gez. Heß, Lt. u. Batl.-Führer.

Verteilung: 5., 9., 10., 11., 12., 1. Radf.-Komp. 1. Batt."

„Bataillonsbefehl vom 30. 7. 23.

Vom 5. 8.—11. 8. findet ein ganztägiger Sprengkurs statt. Bei diesem Kurs wird die Bekleidung gestellt. Essen kann in der Kaserne eingenommen werden, jedoch gegen Bezahlung. Die 9. Komp. stellt hiezu 5 Mann, die 10. 6 Mann, die 11. 4, die 12. 2 und die Radf.-Komp. 3 Mann, die 1. Batt. 3 Mann ab. Meldung bis 4. 8. 1923, 12 Uhr mittag, an das Regt.

Vom 5.—25. 8. findet ein Rekrutenausbildungskurs statt. Unterkunft und Bekleidung sind frei. Verpflegung gegen Bezahlung in der Kaserne. In 1. Linie werden Münchener berücksichtigt. Die Rekruten müssen Bayern sein. Meldung bis 4. 8. mittags 12 Uhr an das Regt.

gez. Knauth, Oblt. u. stellvertr. Batl.-Führer."

„Bataillonsbefehl vom 29. 8. 1923

Freiwillige Meldungen zur Artillerie sind unbedingt weiterzuleiten. gez. Heß, Leutnant u. Batl.-Führer."

„Bataillonsbefehl v. 30. 8. 23

Die Unterkunft in Nürnberg erfolgt voraussichtlich in der Artilleriekaserne. Für Morgenkaffee ist gesorgt, für die übrige Verpflegung muß jeder Mann, wie bereits bekanntgegeben, selbst aufkommen.

gez. Knauth, Oberlt. u. stellvertr. Batl.-Führer."

Dienstvorschrift für das Regiment München.

Geheim. (Nicht in Feindesland fallen lassen.)

Jede Kompagnie hat ein vollständiges und ausführliches Stammrollenverzeichnis zu führen über gediente und ungediente Mannschaften usw., ferner eine Schießklasse, die ein genaues Bild über den Stand der Schießausbildung der Mannschaften gibt.

Da das Regiment, wie schon der Name sagt, eine straff aufgebaute militärische Organisation ist, muß es Pflicht eines jeden Sturmmanns sein, zu den angesetzten Übungen

regelmäßig zu erscheinen. Jeder Sturmmann muß persönliche oder gesellschaftliche Rücksichten hinter den Dienst bei der S. A. stellen.

6. 9. 23. gez. Brückner, Oberlt. u. Regimentsführer."

„Bataillonsbefehl vom 29. 9. 23

Bei der Gedenkfeier für die gefallenen Oberländer in Oberschlesien in Schliersee wurde mir nach dem Vorbeimarsch des Regiments die Anerkennung für gute Haltung der Truppe durch Exzellenz Ludendorff ausgesprochen. Besonders gefiel der Vorbeimarsch der 9. Kompagnie, Führer Zöperlein, der 8. Kompagnie, Schlageter-Ehren-Kompagnie, mit Gewehr von der Kompagnie gestellt, die sich bei solchen Gelegenheiten durch beste Haltung auszeichnete."

„Bataillonsbefehl vom 8. X. 23, Nr. 71
(Unter keinen Umständen veröffentlichen.)

7. Für die in ungefähr 14 Tagen stattfindenden Weihe von Regimentsfahnen ist vorzubereiten:

Stahlhelme sind einheitlich feldgrau zu lackieren, auf der linken Seite oberhalb des Knopfes ist mit Ölfarbe unsere Hakenkreuzplakette, Durchmesser 6 cm, anzubringen, und zwar schwarzes Hakenkreuz auf weißem Grund mit roter Umfassung. Irgendwelche andere Abzeichen auf dem Stahlhelm sind strengstens untersagt. Ferner sind die bei der Kompagnie befindlichen Gewehre instand zu setzen, da dieselben zu einem Ausrücken unter Gewehr benötigt werden. Bei dieser Gelegenheit erbitte ich Vollzugsmeldung über die einheitlich durchgeführte Uniformierung der Kompagnie bis zum 15.

gez. Mayerhofer, Lt. u. stellv. Batls.-Adjutant."

„Bataillonsbefehl vom 17. 10. 23, Nr. 76
Sonderbefehl für das III. Bataillon
Betreffs: Ausbildung.

Mit Genehmigung des Reichsgruppenkommandos wird die militärische Ausbildung des 3. Batl. in Angriff genommen.

1. Ort der Ausbildung: Kaserne des Eisenbahnerbataillons (verlängerte äußere Dachauer Straße).

2. Ausbildungstage: Jeden Dienstag und Freitag. Beginn Dienstag, den 23. 10. 23. Bei etwaiger Änderung folgt besonderer Befehl.

3. Eintreffen der Sturmleute: Jeweils punkt 8 Uhr in der Eisenbahnerkaserne.

4. Anzug: Sturmleute, die im Besitze einer feldgrauen Uniform sind, haben in derselben zu erscheinen, jedoch ohne Sturmmütze und ohne Parteiabzeichen. Koppel hat jeder Sturmmann mitzubringen. Für die Sturmleute, die nicht im Besitze einer feldgrauen Montur sind, wird solche aus dem Bestand der Reichswehr auf die Dauer der Übungsstunden leihweise gestellt. Diese werden in Gegenwart des Kammerfeldwebels Schwarzmann des III. Batl. in der Kammer empfangen und sind bei demselben wieder abzuliefern. Ich brauche hier nicht besonders an die Ehrenhaftigkeit der Sturmleute appellieren. Gegen Übergriffe werde ich schärfstens einschreiten.

5. Antreten zu den Übungen: Jeweils 8,20 Uhr abends im Kasernenhof. Die Kompagniefeldwebel verlesen die Präsenzlisten, melden hierauf ihrem Kompagnieführer die Stärke und dieser gibt dann die Stärke an das Batl. weiter.

6. Ausbildungsorgane: Diese werden durch die Reichswehr gestellt und bestehen aus Offizieren und Unteroffizieren. Dieselben sind aus den besten Instruktoren und Ausbildern zusammengesetzt. Eine gute Ausbildung ist also von dieser Seite gewährleistet. Mit diesen Herren zusammen arbeiten die Führer der Kompagnien.

7. Vorerst findet 4 Wochen lang nur eine rein Infanterieausbildung statt, anschließend hieran Spezialausbildung.

8. Schluß der Übung: Jeweils abends 10 Uhr. Bei besonders guter Exerzierleistung des Batl. Zusammensein in der Kantine. Um punkt 11 Uhr abends muß der letzte Sturmmann die Kaserne verlassen haben.

9. **Antretende Stärke der Kompagnien:**

9.	Kompagnie	72	Mann,
10.	„	62	„
11.	„	100	„
12.	„	34	„
T. A.		37	„
2. K.		48	„
		353	Mann Stärke des III. Batl.

10. **Ausweis:** Die Sturmleute erhalten einen Ausweis, der sie berechtigt, die Eisenbahnerkaserne jeden Dienstag und Freitag von 7,30 abends bis 11 Uhr zu betreten. Diese Ausweise sind von den Kompagnien auszufertigen.

Die Zahl der Ausweise für die Kompagnie ist gleich der Zahl der Antretenden der Kompagnie (wie unter 9.) und gehen den Kompagnien die dementsprechende Anzahl auszufüllender Ausweiskarten hiermit zu.

11. Gleichzeitig mit der Einreichung der Ausweise zur Stempelung und Unterschrift — die Ausgabe der Ausweise erfolgt am Dienstag, den 23. Oktober 1923, in der Eisenbahnerkaserne bei der Verpflichtung — haben die Kompagnien eine alphabetisch geordnete Liste gemäß ihrer Stärke nach Ziffer 9 einzureichen.

12. Die Ausweiskarten und die alphabetischen Listen der Kompagnien haben unbedingt bis Freitag, den 19. Oktober 1924, abends 6 Uhr, in meinem Besitze zu sein, da ich dieselben Freitag abends noch bei der Reichswehr aufliefern muß. Ich befehle die genaueste Einhaltung dieses Termins. Entschuldigung kommt nicht in Frage.

13. **Benehmen in der Kaserne, Grußpflicht:** Nach Betreten der Kaserne sind von den Sturmleuten in Zivil die Offiziere der Reichswehr durch Hutabnehmen, von den Sturmleuten in Uniform die Offiziere und Unteroffiziere der R. W. durch Handaufnehmen bzw. Stillstehen unbedingt zu grüßen. Die Offiziere grüßen ihrem Rang entsprechend kameradschaftlich. Der Ranggeringere eben zuerst den Rangälteren.

14. Nach dem Exerzieren sind die Gewehre usw. jeweils wieder tadellos instandzusetzen. Die geliehenen Uniformen sind sauber geputzt auf ihre Plätze zu hängen. Hierfür sind die Kompagnieführer verantwortlich.

15. Waffenoffizier des Batl. ist Lt. Meyerhofer, Adjutant des III. Batl.

Ich erwarte, daß die Kompagnien tadellos ihren militärischen Dienstobliegenheiten entsprechen und eben auf diese Art mitarbeiten an dem Wehrhaftigkeitsgedanken, denn wer jetzt nicht zieht, muß bei einer kommenden Wehrpflicht ziehen, und diese bleibt nicht mehr lange aus. Die Studentenkorporationen haben sich bereits hierzu verpflichtet unter Ausschluß eines jeden, der sich nicht schon jetzt der militärischen Ausbildung unterwirft.

Also fest zusammengehalten mit dem Ruf: Mit Gott für Hitler und Vaterland!

gez. Schwarzmann, F. d. R.

gez. Knauth, Oberleutnant u. stellv. Bataillonsführer.

Waffen

Der von den Nationalsozialisten ausgeübte Terror beruhte auf der Macht, die ihnen ihr Waffenbesitz verlieh. Daß sie über Waffen überhaupt verfügen konnten, war die Schuld der bayerischen Behörden, insbesondere des Herrn v. Kahr, der die Bewegung ungehindert groß werden ließ. Über diesen Waffenbesitz wurden im Hitlerprozeß unter Ausschluß der Öffentlichkeit interessante Mitteilungen gemacht. Hitler äußerte am 15. März 1924 (14. Verhandlungstag vormittags) gegen Lossow gewandt:

„Das schlechte Gewissen brauchte ich nicht zu haben. Auf einen Ehrenwortbruch, den mir Herr v. Lossow vorwirft, um so weniger, als der einzige Ehrenwortbruch, von dem hier gesprochen werden kann, begangen wurde von Generalleutnant v. Lossow am 1. Mai 1923."

Rechtsanwalt Roder hat dann in der Nachmittagssitzung vom gleichen Tage die Erklärung abgegeben, daß für diese Behauptung tatsächlich Grundlagen be-

standen, die das Gericht bereits kenne. Die Öffentlichkeit der Verhandlung hindere ihn, die näheren Umstände darzulegen.

Am 15. März gelangte ein Brief des Generals v. Lossow zur Verlesung, mit dem sich dieser gegen die Vorwürfe Hitlers und seiner Verteidiger wehrt: „In Anbetracht der bedrohlichen Lage am 30. April 1923 und der Erklärungen, die von den Herren abgegeben worden waren, habe ich das Versprechen, die Waffen zurückzugeben, nicht halten können. Nur ein bösartiger Mensch kann in diesem Verhalten einen Ehrenwortbruch erblicken."

Diese Erklärung läßt folgende Deutung zu: Den Kampfverbänden waren von Lossow, damals Kommandeur im Wehrkreis 7, Waffen zur Verfügung gestellt worden, die dann wieder eingeholt wurden. Lossow hatte jedoch Hitler versprochen, seinen Kampfverbänden die Waffen im Bedarfsfalle zurückzugeben, hielt sich aber am 1. Mai angesichts der Gefahr einer bewaffneten Erhebung der Hitlerleute nicht an dieses Versprechen. („Münchner Post", 17. März 1924.)

Mit dieser Erklärung ist das Geheimnis um die Herkunft der Hitlerschen Waffen gelüftet.

Die Hitlerbewegung gipfelte im Putsch vom 9. November 1923, der an der Haltung Kahrs scheiterte. (Vgl. Kapitel „Bayern".) „Durch die Alarmierung und Verwendung der Landespolizei und der sonstigen Polizei bei den Ereignissen vom 8. und 9. November 1923 sind dem bayerischen Staate Kosten in Höhe von insgesamt 108 698,12 Goldmark erwachsen. Die Kosten der Alarmierung und Verwendung der Reichswehr sind nach Auffassung der Staatsregierung vom Reich zu tragen. Durch Sachschäden infolge der genannten Ereignisse wurden Entschädigungen im Betrage von rund 2000 Goldmark gewährt. Die Ansprüche auf Ersatz der Personenschäden sind bis auf zwei Fälle ebenfalls vorbeschieden; die einmaligen Entschädigungen belaufen sich bis jetzt auf 1893,96 Goldmark; an Pension und fortlaufenden Renten sind 4040 Goldmark jährlich zu zahlen. Die Entschädigungen für Personen- und Sachschäden fallen zur Hälfte dem Reich, $^1/_3$ dem bayerischen Staat und zu $^1/_6$ der Gemeinde München zur Last. Für die Verfahren waren einschließlich der Kosten der Bereitstellung von Landespolizei insgesamt 41 751,60 Goldmark aufzuwenden. Für die Kosten der Straf-

verfahren mit 8633,10 Goldmark haben die Verurteilten aufzukommen.“ Erklärung des Finanzministers Meinel im Landtag. („Münchner Post“, 31. Juli 1924.)

Schicksal der Führer

Die über die Führer verhängten Strafen waren an sich schon lächerlich gering.

Fast allen Teilnehmern des Putsches blieb selbst diese geringe Haft erspart. So versagte der Geschäftsordnungsausschuß des Bayerischen Landtags im Juli 1924 die Genehmigung zum Strafvollzug gegen Pöhner in seiner Eigenschaft als Mitglied des Landtags, erteilte aber seine Zustimmung zur Durchführung des Disziplinarstrafverfahrens. Die Entscheidung vom 12. Juli lautete auf Dienstentlassung. Eine schwere Verletzung der Amtspflicht wurde darin erblickt, daß Pöhner die hochverräterischen Bestrebungen der Nationalsozialisten unterstützt und das ihm von Hitler angebotene Amt des bayerischen Ministerpräsidenten angenommen hatte. Daneben wurde seine Pension um $^{1}/_{20}$ gekürzt, so daß er heute immer noch $^{2}/_{3}$ seines Gehalts bezieht. Sein Einspruch wurde am 4. November 1924 verworfen.

Inzwischen hatte der Bayerische Landtag die Genehmigung zum Strafvollzug gegeben. Doch gelang es Pöhner, auf Grund ärztlicher Zeugnisse mehrmals Strafaufschub zu erhalten. Unterdessen war er zur Bayerischen Mittelpartei (Deutschnationale) übergegangen.

Erst im Januar 1925 trat Pöhner seine Festungsstrafe an. Bereits nach 6 Wochen Haft wurde er auf Veranlassung der deutschnationalen Landesfraktion mit Bewährungsfrist entlassen. Am 1. April 1925 verunglückte er bei einer Autofahrt die er mit dem Ingenieur Maximilian Krieger, dessen Gattin und seiner Frau unternommen hatte. Nach dem amtlichen Bericht stürzte der Wagen infolge Abspringens eines Rades um. Todesursache war Platzen des Herzbeutels und innere Verblutung. Frau Pöhner ließ aber durch die Telegraphen-Union eine Erklärung verbreiten: „Auf Grund der Wahr-

nehmungen, die sie bei vollem Bewußtsein unmittelbar nach dem Unfall machte, ist sie überzeugt, daß Pöhner überhaupt nicht durch den Autounfall selbst, sondern aus Anlaß des Autounfalles durch einen verbrecherischen Angriff auf sein Lebe nden Tod fand; Oberstlandgerichtsrat Pöhner wurde ermordet!" („Völkischer Kurier", 14. Mai 1925.)

Demgegenüber berichtete am 15. Mai die halbamtliche Korrespondenz Hoffmann: „Die Leichenöffnung ergab mit einer jeden Zweifel ausschließenden Gewißheit, daß Pöhners Tod durch Sturz aus dem Kraftwagen verursacht wurde. Die Leiche wies keine Spuren einer anderen gewaltsamen äußeren Wirkung auf." Krieger erklärte, daß die Unfallstelle sofort von zahlreichen Zuschauern umringt war, die jede Bewegung der Beteiligten sehen konnten; ferner habe der praktische Arzt Biller kurze Zeit nach dem Unfalle Herrn Pöhner an Ort und Stelle des Unfalls untersucht. („Münchener Post", 15. Mai 1925.)

Der „Völkische Kurier" schrieb (15. Mai) im Zusammenhang mit den Gerüchten, wonach Pöhner wegen seines Übertritts zu den Deutschnationalen ermordet worden sei, Krieger sei nicht völkisch, er gehöre vielmehr zur bayerischen Volkspartei.

Ein Verfahren gegen Krieger wurde eingestellt. („Münchener Post", 27. Juli 1925.)

Am 1. August war auch der Oberamtmann Dr. Frick im Disziplinarverfahren zu Dienstentlassung und Kürzung der Pension um $^1/_{20}$ des Gesamtbetrages verurteilt worden. Am 7. November 1924 hob der Disziplinarhof das Urteil auf. Frick wird also weiterhin bayerischer Beamter bleiben.

Hitler war im Januar 1922 wegen Landfriedensbruchs zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt worden; dabei wurde ihm für $2^1/_2$ Monate Bewährungsfrist zugebilligt. Bezeichnenderweise hat das Urteil vom 1. April 1924 die Bewährungsfrist nicht aufgehoben. Am 20. Dezember 1924 wurden Hitler und Kriebel nach neunmonatiger Haft aus Landsberg entlassen. Dr. Weber wurde erst am 26. Januar 1925 freigelassen, da gegen ihn der Verdacht bestand, er habe sich an einer Fortsetzung des Bundes „Oberland" beteiligt.

Nach dem Republikschutzgesetz hätte Hitler als Ausländer ausgewiesen werden müssen, da Hitler Österreicher ist. Das Gericht hat sich angesichts seiner „vaterländischen“ Gesinnung an diese Bestimmung nicht gehalten.

Der Oberreichsanwalt Dr. Ebermayer wandte sich gegen diese Handhabung der Bewährungsfristen: „Was soll es heißen, wenn bei Hochverrat Bewährungsfrist bewilligt wird, und zwar ... Personen, die seit langem als Führer systematisch auf den gewaltsamen Sturz der bestehenden Verfassung hinarbeiten und von denen von vornherein anzunehmen ist, daß sie dieser ihrer Lebensaufgabe auch fernerhin nicht untreu werden ...“ („Berliner Tageblatt“, 28. Oktober 1924.)

Der Landtag hat in allen diesen Fällen seine Würde gegenüber der Strafvollziehungsbehörde gewahrt. Gegen den Vollzug der Haftstrafe an den Teilnehmern der Räterepublik, die zugleich Abgeordnete waren, hat er keine Erinnerungen gehabt. Auch die ärztlichen Bedenken sind hier vollkommen unbeachtet geblieben. Im Gegenteil: der Abgeordnete Hagemeister ist in der Festungshaft von Niederschönenfeld an Herzschwäche gestorben.

Die kleinen Hitlerprozesse

Im Anschluß an den großen Hitlerprozeß fanden im Laufe des April, Mai und Juni 1924 eine Reihe kleinerer Prozesse statt, die die untergeordneten Teilnehmer des Putsches zur „Aburteilung“ brachten.

Am 15. April wurden Major Streck und Oberleutnant Knaudt vom Volksgericht wegen Beihilfe zum Hochverrat je zu 1 Jahr 3 Monaten Festungshaft mit Bewährungsfrist bis 1. April 1928 verurteilt.

Am 16. April 1924 wurden die Leutnants a. D. v. Prosch, Heines, die Adjutanten Roßbachs, und Oswald, der Adjutant des Hauptmanns Röhm von der „Reichskriegsflagge“, wegen Beihilfe zum Hochverrat und Geheimbündelei vom Volksgericht I, München, zu je 1 Jahr 3 Monaten Festungshaft und je 100 M. Geldstrafe verurteilt. Oswald erhielt ferner wegen Verstoßes gegen die Notverordnung des Generalstaatskommissariats betr. Auflösung des „Kampfbundes“ 2 Monate Gefängnis, die jedoch durch die Untersuchungshaft als verbüßt gelten. Alle Angeklagten erhielten Bewährungsfrist bis zum 1. April 1928 und wurden sofort auf freien Fuß gesetzt.

Leutnant Oswald wurde im September 1924 erneut wegen Geheimbündelei in Verbindung mit dem „Frontbann" verhaftet, aber am 20. November wieder auf freien Fuß gesetzt, nachdem er sich bereit erklärt hatte, Bayern zu verlassen. Durch seine wiederholte Geheimbündelei hat er also die ihm gewährte Bewährungsfrist nicht verwirkt.

Vom 23. bis 28. April fand vor dem gleichen Volksgericht die Verhandlung gegen 40 Hitlerleute, hauptsächlich Studenten und ehemalige Polizeibeamte, statt, denen u. a. die Verwüstungen in der „Münchner Post" zur Last gelegt wurden. Sie hatten dort 380 Fensterscheiben zertrümmert, die Schriftkästen zerstört, eine Kasse beraubt, vier Schreibmaschinen und fünf Autoreifen gestohlen. Der Schaden betrug etwa 45 000 Mark. Außerdem hatten sie Geiseln festgesetzt und mißhandelt. Der Hauptbeschuldigte, Hauptmann Berchthold, war flüchtig. Bei der Beweisaufnahme wurde die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Das Urteil lautete für Maurice und Knobloch je 1 Jahr 6 Monaten Festung und je 100 M. Geldstrafe; Fröschel und Schneider je 1 Jahr 4 Monaten Festung und 50 M. Geldstrafe; alle übrigen je 1 Jahr 3 Monaten Festung und 30 M. Geldstrafe.

Auf die Strafen wurde die Untersuchungshaft angerechnet. Maurice, Schneider und Fröschel wurde für einen Strafteil von 1 Jahr 3 Monaten Bewährungsfrist bewilligt, obwohl Maurice im Juni 1923 wegen eines Attentats auf die Mannheimer Börse schon einmal zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt worden war. Bei allen übrigen Angeklagten trat sofortige Bewährungsfrist in Kraft. Am 7. Juni wurden 31 der Angeklagten erneut festgenommen, da sie wegen Beteiligung im „Frontbann" die ihnen gewährte Bewährungsfrist verwirkt hatten.

Am 12. Mai verhandelte das Volksgericht I gegen den Landtagsabgeordneten Strasser, den Kapitänleutnant a. D. Hoffmann, den Hauptmann a. D. Seydel, die Leutnants zur See a. D. Baldenius und Reiner, den Kaufmann Schreck und den Studenten Reinhardt wegen Beihilfe zum Hochverrat. Wahrscheinlich fallen hierunter auch die Diebstähle von Banknoten in Höhe von 60 000 Goldmark in den Druckereien Parcus und Mühlthaler. Die Öffentlichkeit wurde sofort bei Beginn der Verhandlung ausgeschlossen. Die Angeklagten wurden zu je 1 Jahr 3 Monaten Festung und 30 bis 50 M. Geldstrafe verurteilt und erhielten Bewährungsfrist bis zum 1. Mai 1928. Über die Rückgabe des gestohlenen Geldes ist nichts bekannt geworden.

Am 13. Mai hatte sich der völkische Reichstagsabgeordnete Gottfried Feder, der Wirtschaftstheoretiker der Nationalsozialisten, vor dem Volksgericht zu verantworten. Feder hatte in der Nacht zum 9. November 1923 die Banken und ihre Depots für „verstaatlicht" erklärt, nicht ohne vorher sein eigenes Bankdepot in Sicherheit gebracht zu haben. Das Gericht erkannte gegen ihn wegen Amtsanmaßung auf 50 M. Geldstrafe.

Am 15. Mai verurteilte das Volksgericht in seiner letzten Sitzung den Studenten und Leutnant a. D. Rudolf Heß, der die Verhaftung des Ministerpräsidenten Knilling, des Grafen Soden und die Verschleppung der Minister Wutzelhofer und Schweyer durchgeführt hatte, zu $1^1/_2$ Jahren Festung, davon 1 Jahr 3 Monate mit Bewährungsfrist und 30 M. Geldstrafe.

Am 6. Juni verurteilte das Landgericht II in München den Pferdehändler Christian Weber und den Chauffeur Detzer zu 200 bzw. 20 M. Geldstrafe wegen Amtsanmaßung und Nötigung; sie hatten drei Autos „beschlagnahmt“.

Resultat aller dieser Prozesse ist also, daß nur zwei Angeklagte auf je 3 Monate und zwei andere auf je 1 Monat eingesperrt worden sind. Man vergleiche dies mit der Jurisdiktion der Volksgerichte gegen die Räterepublikaner. Bei ihnen wurden weit längere und weit schwerere Haftstrafen verhängt. Neben Festungshaft ist auf Gefängnis und Zuchthaus erkannt worden. Geistige Höhe des Täters wurde als straferschwerend betrachtet. Der Führer wurde erschossen. Ehrenrechte aberkannt. Bewährung erst nach Absitzung des größten Teils der Strafe zuerkannt, geringfügige Vergehen zum Anlaß der Entziehung der Bewährungsfrist genommen. Sofortige Bewährungsfrist nur in ganz seltenen Fällen zugebilligt. Die Taten der Nationalsozialisten wurden vom Gericht selbstverständlich als politische Verbrechen betrachtet, während man der Anklage gegen die Räterepublikaner vielfach gemeine Verbrechen wie Sachbeschädigung, Bandenbildung, Landfriedensbruch, zugrunde gelegt hat.

Reiterkorps Wrede

In engem Zusammenhang mit der nationalsozialistischen Bewegung steht das Reiterkorps Wrede. Der erste Aufruf zu seiner Bildung erging am 26. September 1923, am Tage der Errichtung des Generalstaatskommissariats, und erschien im „Völkischen Beobachter“.

Zweck und Ziele wurden von dem Gründer, Fürst von Wrede, dem ehemaligen Kronprinzen Rupprecht und dem Generalstaatskommissar von Kahr vorgetragen und von diesen sanktioniert. Es sollte eine Reichsorganisation auf völkischer Grundlage werden. In einem Rundschreiben vom Oktober 1923 heißt es: „Es ist zur Jetztzeit ein dringendes Erfordernis, daß sich Männer finden,

die den Mut und die Energie besitzen, eine Kampfformation, wenn auch im stillen, zu organisieren, welche im gegebenen Augenblick an der Befreiung des Vaterlandes vom Marxismus und Bolschewismus tatkräftig mithilft." Zum Verständnis dieser Worte muß man wissen, daß hierunter die Regierung Stresemann zu verstehen war. In den gleichzeitig ergangenen Anweisungen heißt es: „Das R. K. ist keinesfalls Endselbstzweck, sondern das Mittel zur Einführung der allgemeinen Wehrpflicht und schließlichen Mobilmachung. Bis zu diesem Tag sollte aber jedermann, der nicht der aktiven Reichswehr, Landespolizei und keinem Kampfverband angehört, sich beim R. K. melden, damit er nicht nutzlos zur Seite steht, solange noch nicht der Aufruf zur Mobilmachung durch die allgemeine Wehrpflicht erfolgt ist." Im R. K. sollten Leute aller Waffen Aufnahme finden. Stärkemeldungen hatten die einzelnen Gruppen dreimal im Monat an die Münchner Zentrale einzureichen. Neuaufnahmen erfolgten auf Grund eines außerordentlich detaillierten Fragebogens. Zur Aufnahme war die Stellung zweier Bürgen erforderlich.

Am 24. November also nach dem Hitleraufstand, erließ Wrede die Merkpunkte, in denen es u. a. heißt:

„Da unsere Hauptparole nicht ‚Los von Berlin', sondern ‚Auf nach Berlin' ist, um dort den nun schon 5 Jahre andauernden Augiasstall zu säubern, bitten wir auch das Ihre gütigst beizutragen, daß unsere Formation rasch und gründlich ausgebaut und in der erforderlichen Weise gefestigt werde.

Das Reiterkorps wird je nach Zeitpunkt des Eintreffens, der Zahl und Geeignetheit der einlaufenden Meldungen für jede Gegend Unterabteilungen aufstellen. Sobald wir so weit sind, erhalten Sie Nachricht, welcher derselben Sie unterstehen.

Während der Dienstzeit beim R. K., wenn es heißt ‚Aufsitzen', wird selbstverständlich für Verpflegung und Unterkunft gesorgt werden.

Über Bekleidung kann noch nichts Näheres mitgeteilt werden. Bei der eiligen Art der Aufstellung des R. K. wird es sich wohl empfehlen, eigne Kleidung (Zivil oder Uniform) mitzubringen. Bei Mobilwerden der Reiterkorps wird von den Ortsgruppen alles Weitere verfügt; bis zu diesem Zeitpunkte ist es für das R. K. unmöglich, sich um Bekleidung, Verpflegung, Unterbringung, Löhnung usw. seiner Angehörigen zu kümmern.

Über Versorgung Hinterbliebener kann vorläufig noch nichts Bestimmtes gesagt werden. Da der Einsatz des R. K. aber jedenfalls nur im staatlichen Interesse erfolgen wird, so wird für die Unterstützung der Hinterbliebenen Sorge getragen werden."

Am 21. Dezember 1923 wurde Wrede wegen Fortführung eines verbotenen Verbandes in Schutzhaft gesteckt. Er erhielt einen Strafbefehl über 100 M., der auf Einspruch vom Volksgericht auf 25 M. ermäßigt wurde.

Am 14. Januar 1924 wurde er wieder aus der Schutzhaft entlassen.

Am 30. Juni 1924 nahm das R. K. wieder seine Tätigkeit auf und erließ folgenden Befehl: „Jeder R. K.-Angehörige hat die Pflicht, die Pflege des deutschen Ehr- und Wehrgedankens derartig zur Geltung zu brin-

gen, daß sie zum einigenden Gemeingut aller wahren Deutschen werden und die unzähligen Zerklüftungen und Parteizerrissenheiten des deutschen Volkes überwinden helfen.“ Zur Vermehrung des Freikorps dient eine Art Schneeballensystem. Denn „zur endgültigen Aufnahme sind erforderlich: vier monatliche Probedienstzeit, Teilnahme an den monatlich zweimaligen Pflichtversammlungen, Zahlung von 25 Pfg. bei jeder dieser Versammlungen, Werbung zweier tadelloser R. K. Angehöriger.“ „Falls in Zukunft Schreiben des Kdo. in offizieller Form hinausgehen, werden sie mit Reichs-Klub der Wanderfreunde (R. K. W.) oder Deutscher Reiter-Verein (D. R. V.) unterschrieben.“

Im Befehl Nr. 12 erließ das R. K. Vorschriften über Abzeichen, Auszeichnungen, Standarten und Armbinden. Das R. K.-Zeichen besteht aus vier in Hakenkreuzform zusammengestellten stilisierten Pferdeköpfen und den Buchstaben R. K. W. in einem Ring; es wird in Silber 3. Klasse, Gold 2. Klasse, Email 1. Klasse verliehen. Für Bewährung bei Kampfhandlungen wird eine besondere Auszeichnung verliehen: 2. Klasse am weißen Band rechte Brust, 1. Klasse rechte Seite ohne Band. Beschreibung: schwarzer Adler, fliegender Adler mit silberner Krone, in den Fängen silbernes Schwert und rote Jakobinermütze.

In einem Privatbrief vom Juli 1924 an den Führer einer selbständigen Gruppe schreibt Wrede: „Die Verhältnisse für innerpolitische Verwicklungen sind momentan derartig ungeklärt, daß ein Eintritt in die Reichswehr nicht empfohlen werden kann. Gegen das Üben der Offiziere in Reichswehrregimentern habe ich nichts; aber junge Leute, die erst ihre erste Ausbildung bei solcher Gelegenheit erfahren, lassen sich leicht politisch so beeinflussen, daß sie nachher für unsere Bewegung verloren sind. Trotzdem ist natürlich von Fall zu Fall die Ausnützung einer solchen Ausbildung möglichst mit Vorteil anzubahnen, besonders wenn die in Frage stehenden jungen Leute nach politischer Gesinnung und Charakterfestigkeit einwandfrei sind.“

Im Oktober 1924 trat das R. K. Wrede (Rittmeister zur Disposition Fürst Karl von Wrede, München, Königinstraße 18) korporativ in den Frontkriegerbund (Oberleutnant a. D. Aletter, München-Nymphenburg, Romanstraße 28) ein und führte von da an den Namen Kavallerieabteilung des Frontkriegerbundes.

Im Kavallerieabteilungs-Befehl Nr. 2 heißt es: „Ausnahmsweise können auch Unausgebildete in die Kavallerieabteilung aufgenommen werden. Seitens des Kommandos sind Ausbildungsmöglichkeiten nicht zu erwarten. Unausgebildete sind daher nur in beschränkter Anzahl und nur bei Verwendungsmöglichkeit für dieselben (Werbeorgane, Ordonnanzen, Schreiber usw.) oder bei vorübergehender Ausbildungsmöglichkeit am Ort einzustellen.“ Ferner heißt es: „Mit den in vielen Teilen Deutschlands, teilweise in größerer Stärke bestehenden Reitervereinen ist Fühlung zu nehmen. Dieselben sind womöglich zum Anschluß zu bewegen. Der reiterliche Gedanke wird auch in Landbezirken die Werbung für die Kavallerieabteilung wesentlich erleichtern. Auf dem Umweg über den Reitergedanken wird mancher für die völkische Idee zugänglich gemacht werden können.“ Ferner heißt es ebenda: Sollte ein Angehöriger der

K. A. an der Erhebung von Mitgliederbeiträgen für die Finanzierung des Kommandos der Organisation Anstoß nehmen und, wie dies leider schon geäußert worden ist, darin ein Ausnützen einer nationalen Organisation als Erwerbsunternehmen sehen, so verzichtet das Kommando auf eine Auseinandersetzung mit dem Betreffenden und bittet ihn, möglichst umgehend seine Austrittserklärung dem Kommando bzw. dem zuständigen K. A.-Unterführer zuzuleiten.“ In einem Rundschreiben vom Oktober 1924 heißt es: „Bereit sein heißt die heutige Losung. Bereit sein für den Augenblick, wo das Vaterland wieder ruft, wo der Frontgeist von 1914 seine Fahnen entrollen soll und wird. Hierzu ist gewiesen: Intensivste Arbeit für den Gedanken der völkischen Diktatur, der allgemeinen Wehr- und Arbeitspflicht, Bekämpfung des korrupten Parlamentarismus, Vorbereitung des einzelnen wie der Gesamtheit für Mitarbeit an einer deutschen Volksregierungsform.“ Was das Verhältnis zu anderen Organisationen betrifft, so wird bestimmt: Ein freundliches Verhältnis mit Führern und Mannschaft der Reichswehr und Landespolizei, mit denen das R. K. gegebenenfalls eines Tages Schulter an Schulter kämpfen wird, ist sehr erwünscht. Der Einfluß der völkisch Gesinnten auf die Truppen muß noch gewaltig verstärkt werden, soll Reichswehr und Landespolizei im Entscheidungskampfe mit der roten Gefahr eines Tages wirklich zuverlässig und brauchbar sein.“

Die Betrachtung dieser Organisation war notwendig, nicht weil sie eigene Leistungen aufzuweisen hat. Sie hat weder bei politischen Morden noch bei nationalen Aufständen eine Rolle gespielt. Vielleicht ist sie, wie Herr von Wrede dies in seiner Polemik zart andeutet, nur ein Erwerbsunternehmen zur Sicherung seiner persönlichen Lebensbedürfnisse. Nicht einmal militärische Ausbildungen hat sie vorgenommen, aber sie ist interessant wegen der Selbstverständlichkeit, mit der hier die illegalen Ausbildungen angeführt werden.

Oberland

In engem Zusammenhang mit den Nationalsozialisten stand auch der Bund Oberland. Er wurde im April 1919 zur Niederwerfung der Münchner Räteherrschaft gegründet, kämpfte gegen den ersten Polenaufstand in Oberschlesien und blieb als Garde Kahrs noch nach Auflösung der Einwohnerwehren unter Waffen.

Der Bund Oberland umfaßte übrigens die merkwürdigsten Elemente. So wurde z. B. am 20. März 1924 vor dem Oberlandesgericht Breslau gegen das Mitglied des Freikorps Oberland Stanick aus Rybnik verhandelt. Er hatte polnischen Stellen Material über Reichswehr und Schupo verkauft. Der Strafsenat verurteilte den Angeklagten, der übrigens polnischer Staatsangehöriger war, zu 4 Jahren Gefängnis.

Die Geschichte Oberlands ist die Geschichte der bayerischen Fronde gegen das Reich. Im Laufe der Jahre 1921 und 1922, als die verschiedenen Strebungen innerhalb der nationalen Bewegung Bayerns sich deutlicher abzeichneten, ging Oberland zu den Nationalsozialisten über. In Preußen und in zahlreichen anderen Gliedstaaten des Reiches wurde der Bund mehrfach verboten. In Bayern bestand er unter Führung von Dr. Weber fort.

Dies war nicht das erstemal, daß Angehörige der übernationalistischen Formation „Oberland“ als Verräter entlarvt wurden. („Frankfurter Zeitung“, 24. März 1924.)

Am 9. November 1923 wurde auch „Oberland“ in Bayern verboten. Am 7. April 1924 hatten sich drei Oberländer wegen Fortsetzung des Bundes vor dem Volksgericht München zu verantworten. Die Beweisaufnahme ergab, daß die Angeklagten Weinzierl und Weinbrecht ihre Funktionen als Kompagnieführer bzw. Zugführer der 1. Kompagnie Österreicher noch nach dem 9. November beibehielten, daß sie Neuaufnahmen von Mitgliedern vollzogen und wöchentlich Geländeübungen veranstaltet hatten. Überdies hatte Weinzierl an einer Versammlung des aufgelösten „Kampfbundes“ am 19. Januar 1924 in Salzburg als Delegierter teilgenommen. Er wurde zu 3 Monaten 1 Woche, Weinbrecht zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt. Beiden wurde Bewährungsfrist zugebilligt. („Münchner Post“, 7. April 1924.)

Am 15. April erhielten dagegen drei Angeklagte, die der Fortführung der ebenfalls verbotenen Kommunistischen Partei beschuldigt waren, Gefängnisstrafen von 8, 7 und 6 Monaten. Ihnen wurde Bewährungsfrist versagt. („Münchner Post“, 15. April 1924.)

Wie aktiv eine aufgelöste Organisation sein kann, zeigte sich, als Ludendorff Anfang Mai 1924 Bamberg besuchte und beim Oberlandführer, Rittmeister z. D. Renz, abstieg. Abends paradierte eine 100 Mann starke Kompagnie der Oberländer in Uniform vor ihrem General.

Selbstverständlich war „Oberland“ auch bei dem großen „Deutschen Tag“ in Halle am 11. Mai 1924, zum Teil sogar bewaffnet, vertreten. Fünfzig Oberländer wurden von der Polizei entwaffnet. („Berliner Tageblatt“, 12. Mai 1924.)

Am 26. September 1924 verbot Severing den Bund für Preußen (mindestens zum viertenmal) und beschlagnahmte das Bundesvermögen.

Wegen Fortführung des Bundes „Oberland“ durch den „Deutschen Schützen- und Wanderbund“ fand am 24. Januar vor der 5. Strafkammer des Landgerichts München I (Vorsitz: Landgerichtsdirektor Zeiß) der Prozeß gegen General Aechter, die Referendare Meyding und Dr. Alzheimer, sowie den Dr. med. vet. Friedrich Weber statt. Zu Beginn wurde die Öffentlichkeit wegen Gefährdung der Staatssicherheit ausgeschlossen. Ludendorff sagte aus, daß er den Rat gegeben habe, die Mitglieder von „Oberland“ sollten sich dem „Schützen- und Wanderbund“ anschließen. Dagegen stritten die Angeklagten jede Verbindung der beiden Organisationen ab, obwohl die Führerschaft im wesentlichen identisch war und sogar aus Versehen Oberlandformulare verwendet wurden. Der Staatsanwalt Full beantragte je 2 Monate Gefängnis. Das Gericht erkannte jedoch auf Freispruch. (D. A. Z., 24. Januar 1925.) Der Umstand, daß der gleiche Geist in den beiden Bünden herrschte, und daß ein Teil der früheren Mitglieder übergetreten sei, reichte nicht für eine Verurteilung aus.

Frontbann

Der „Schützen- und Wanderbund“ stellte nicht den einzigen Versuch dar, die Nationalsozialistische Partei fortzusetzen. So splitterte sich z. B. die völkische „Alt-

Freispruch. (D. A. Z., 24. Januar 1925.) Der Umstand, ... fortzusetzen. So splitterte sich z. B. die völkische „Alt-

Reichsflagge“ von der mehr legitimistischen „Reichsflagge“ des Hauptmanns Heiß in Nürnberg ab. („Frankfurter Zeitung“, 29. Mai 1924.)

Am 29. August 1924, „dem 10. Jahrestage der Schlacht von Tannenberg“, forderte der Hauptmann Röhm in einem aus Ostpreußen datierten Aufruf „auf Befehl“ (vermutlich Ludendorffs) „alle auf dem Boden der nationalsozialistischen Weltanschauung stehenden Verbände und Kameraden zum Eintritt in den ‚Frontring‘ auf“. („Völkischer Kurier“, 29. August.) Dieser sollte den „Frontbann“ nebst der „Frontjugend“ und dem „Frontkriegerbund“ (für ehemalige Feldsoldaten) umfassen. Die Dienstvorschriften des „Frontbann“ (nur für den Dienstgebrauch) enthalten u. a. folgenden Fahneneid:

„Ich gelobe meinem Führer Ludendorff, den von ihm ernannten Unterführern und meiner Fahne Treue und Gehorsam bis in den Tod.“

„Noch nie wurde ein vaterländischer, der Wehrhaftmachung dienender Verband so absolut loyal und offen aufgezogen und organisiert wie der Frontbann. Seine Ziele wurden von Hauptmann Röhm, dem bayerischen Innenminister in echt deutscher männlicher Art offen klargelegt.“ (Abg. Strasser im „Völkischen Kurier“, 26. September 1924.)

Am 17. September 1924 wurde die Geschäftsstelle des „Frontbanns“ von der Polizei geschlossen und der Geschäftsführer Leutnant **Oswald**, Dr. **Meiding**, Dr. **Franck**, Oberleutnant **Brückner**, Hauptmann a. D. v. **Krausser**, Oberleutnant v. **Prosch**, Major **Faber** und Hauptmann **Seydel** verhaftet. Die Akten des Verfahrens wurden an den Staatsgerichtshof weitergeleitet.

Zerfall

Der Putsch vom 8. November war die Kulmination der nationalsozialistischen Bewegung. Schon vorher zeigten sich die Symptome des Niedergangs.

Zwischen dem Zivilisten und Politiker Hitler, der aus einfachen bayerischen Verhältnissen hervorgegangen war, traditionslos die Wut des Volkes und den Haß der Zeit repräsentierte, und dem alten General, der sich als Nur-General fühlte, dem ewigen Kadetten Ludendorff, der mit der ganzen Tradition des Altpreußentums belastet war, lag an sich schon eine Kluft. Der Anstreicher- ... der preußische General, der Volksredner und der ehemalige Beherrscher halb Europas konnten nicht als Gleichberechtigte nebeneinander arbeiten. Vielfach hat dieser Gegensatz eine gemeinsame Aktion verhindert. Seit Mitte 1923 verlegte sich durch den Eintritt des Hauptmanns Göhring, eines alten Ehrhardtoffiziers, in eine führende Stelle der Schwerpunkt immer mehr auf die militärische Seite. Hitler wurde eingekreist. Der beabsichtigte Marsch nach Berlin gab Ludendorff vollends ... nicht.

Nach der Katastrophe vom 9. November ging es schnell abwärts. Die Stabilisierung der Währung raubte der Bewegung den sich immer erneuernden Zuzug aus den verarmenden Schichten. In Bayern und Preußen verboten, glitt die Partei dem internierten Führer mehr und mehr aus der Hand. Im Dezember 1923 begannen Versuche, die Bewegung auf eine neue Grundlage zu stellen. Der Schwerpunkt sollte — so war Ludendorffs ... nach dem Norden verlegt werden, wo der Pro-

testantismus für die antiklerikalen Tendenzen einen günstigeren Boden darstellte. Dem mußten sich die bayerischen Nationalsozialisten widersetzen, weil solche Entwicklung der Dinge sie auszuschalten drohte. In der angeblich großdeutsch orientierten Partei erwachte der Partikularismus.

Kurz nach dem Hitlerprozeß fand in der Festung Landsberg eine Reihe von Sitzungen statt, die dem Wiederaufbau der völkischen Bewegung gewidmet waren. Pöhner, der in Freiheit war, sollte mit der Reinigung der Partei betraut werden. Doch scheiterte dies an seinem Gegensatz zu Ludendorff. Dem entspricht auch, daß Pöhner später zu den Deutschnationalen übertrat.

Im Januar 1924 begannen in Salzburg, zum hundertstenmal möchte man sagen, die Einigungsverhandlungen der völkischen Splittergruppen. Die völkische Freiheitspartei unter v. Graefe und die Nationalsozialistische Arbeiterpartei unter Ludendorff schlossen sich im Februar 1924 zur Nationalsozialistischen Freiheitspartei unter der Reichsführerschaft Hitler, Graefe, Ludendorff zusammen. Ehrhardt, dessen Einbeziehung von Graefe und Wulle befürwortet wurde, blieb wegen seines Gegensatzes zu Ludendorff fern.

Aber schon bei der Aufstellung der Kandidatenliste für die bayerischen Landtagswahlen vom 6. April begann ein neuer Konflikt. Der antiparlamentarische Flügel unter Hermann Esser, dem Adjutanten Hitlers, unterlag. Jetzt geschah das größte Unglück, das einer ursprünglich antiparlamentarischen Bewegung zustoßen kann. Die Partei errang eine große Anzahl von Mandaten und wurde damit aus weltfernen Ideologien in die Praxis des parlamentarischen „Kuhhandels" herabgezogen. Damit nahm der natürliche Gegensatz von Führer und Gefolgschaft die übliche Form des Gegensatzes vom Parteibonzen zum Stimmvieh an, und der nationalsozialistische Führer, bisher den Massen nah, aus den Riesenversammlungen der Bräukeller, wurde der „Herr Abgeordnete", in dessen Vorzimmer man warten mußte. Der Parlamentarismus zersetzte die Partei. Alle Energien entluden sich im inneren Kampf der kleinen Diktatoren und Diadochen, die sich als die wahren Nachfolger des großen Führers aufspielten. Immerhin wurde bei der Auswahl der Kandidaten nicht nach rein parlamentarischen Grundsätzen verfahren. So wurde z. B. in Nürnberg Wiesen-

bacher aufgestellt und gewählt, der wegen elf verschiedenen Bandendiebstählen bereits 2 Jahre im Gefängnis gesessen hatte.

In Nürnberg bildete sich unter dem Hauptlehrer Streicher, der sich schon früher eine gewisse Selbständigkeit bewahrt hatte, eine von der Partei unabhängige Gruppe. Ohne Fühlung mit der Münchner Zentrale waren schon früher Ortsgruppen entstanden. Er kam mit den Nachfolgern Hitlers in Konflikt und gründete mit Esser gemeinsam im Juli 1924 die „Großdeutsche Volksgemeinschaft". Zur selben Zeit legte Hitler, der von Landsberg nicht aktiv tätig sein konnte, die Führerschaft nieder. Ludendorff nahm den Titel „Schirmherr der Bewegung" an und berief als Nachfolger Hitlers den Abgeordneten Apotheker Strasser in die Führung.

Am 17. Juli 1924 versuchte Ludendorff vergeblich noch einmal den Konflikt mit den Nürnbergern zu schlichten. Streicher und Esser vollendeten sodann in einer Riesenversammlung am 16. Juli 1924 in Nürnberg selbst den Bruch. („Münchner Post", 23. Juli 1924.)

Aus dem Konflikt zwischen Streicher und den Nationalsozialisten, der „Deutschen Arbeiterpartei", wie sie sich in Nürnberg nach dem 9. November nannten, entwickelte sich ein Rivalitätsverhältnis zwischen Streicher und dem Redakteur Kellerbauer. Streicher spielte mit dem Gedanken, den „Rivalen" auszuschalten. Ein Versuch, bei Hitler seine Abberufung durchzusetzen, scheiterte. Bei Versammlungen des engsten Kreises der Anhänger Streichers wird die Parole ausgegeben: „Kellerbauer muß verschwinden!" Im „Petzengarten", dem völkischen Parteilokal, werden Konventikel abgehalten, in denen bei Kerzenschimmer und Schwur auf das Kruzifix die Freunde Streichers als „Totenkopfgarde" verpflichtet werden. Die Spielerei wird Ernst, als einige angebliche Ruhrflüchtlinge in den Kreis eingeführt werden. Ein gewisser Dietrich gibt die Instruktionen aus, ein Holzbeil wird besorgt, Hirsch und Jensen mit Revolvern ausgerüstet. Kellerbauer soll beim Bierholen niedergeknallt werden. Der Versuch mißlingt, weil Kellerbauer nicht kommt. Bürger bezeichnete Streicher als Urheber des Mordplans.

Am 15. Januar 1925 sagt Streicher vor dem Nürnberger Schöffengericht aus, daß er niemals Auftrag zu Kellerbauers Erledigung gegeben habe. Wenn er Keller-

-10-

bauer hätte beseitigen wollen, dann hätte er sich verläßlichere Leute ausgesucht. Jensen erklärte, daß er „nur aus Furcht und des Friedens willen mitgemacht habe".

Der Staatsanwalt hielt die Mordverabredung für ernsthaft und beantragte für Dietrich 1 Jahr 6 Monate, für Jensen und Hofer je 1 Jahr Gefängnis. Das Gericht verurteilte Dietrich und Jensen zu je einem Jahr, Hofer unter Einrechnung einer früheren Strafe (S. [redacted]) zu 2 Jahren 2 Monaten Gefängnis. (Fränkische Tagespost, 16. Januar 1925.)

Der Gegensatz zwischen Hitler und Ludendorff hat nach der Entlassung Hitlers von der Festung Landsberg noch schroffere Formen angenommen. Am 11. Februar 1925 berichtete die „Fränkische Tagespost" in Nürnberg, daß nach Hitlers Äußerungen eine weitere politische Zusammenarbeit mit Ludendorff für ihn „wegen Ludendorffs Einstellung zum Ultramontanismus" und seinen Konflikt mit Rupprecht, der ihn in den weitesten vaterländischen Kreisen unmöglich gemacht habe, hinfällig geworden sei. Ferner sei die Reichsführerschaft der Nationalsozialistischen Freiheitspartei überflüssig geworden, und die Verbindung zwischen Nationalsozialisten und Deutschvölkischen müsse jetzt wieder gelöst werden. Dieser Konflikt verschärfte sich im Herbst 1925. Auf Ludendorffs Seite steht der National-soziale Volksbund, dessen Organ der „Völkische Kurier" ist, auf Hitlers Seite die National-sozialistische Deutsche Arbeiterpartei, deren Organ der „Völkische Beobachter" ist. In einer Versammlung des Nationalsozialistischen Volksbunds („Abrechnung mit dem Verräterkonzern") am 17. September 1925 wurde offen gegen die Diktatur Hitlers Stellung genommen, wogegen Ludendorff über den völkischen Parteien stehe. Der Hitleranhänger Esser griff darauf Ludendorff, den Schirmherrn des National-sozialen Volksbunds, außerordentlich scharf an. Als Ursache dieses Zwistes betrachtete der „Völkische Kurier" vom 24. September 1925 die Absicht der bisher antiparlamentarischen Hitleranhänger, in die Regierung einzutreten, wogegen die bisher parlamentarischen Ludendorffanhänger eine solche Absicht als Verrat betrachteten.

Somit ist der Nationalsozialismus den partikularistisch-monarchistischen Bestrebungen wieder nähergekommen. Große Teile der ehemaligen völkischen Kampforganisation, so die Bünde „Reichsflagge“ und „Frankenbund“, sind in Beziehungen zu der monarchistischen Kampforganisation „Bayern und Reich“ getreten. Der Übergang ins monarchistische Lager wäre das praktische Ende des eigenen Lebens einer nationalsozialistischen Bewegung.

Bayern

Der Gegensatz Bayern—Reich

Der partikularistische Gedanke in Bayern ist so alt wie das Reich selbst. Nur unter Anwendung schwersten Druckes war es Bismarck 1871 möglich gewesen, den Bayernkönig Ludwig zur Anerkennung der Hohenzollerndynastie als erblicher Trägerin der Kaiserwürde zu bewegen. Der bayerische Landtag und die in ihm beinahe allmächtige „Patriotenpartei", die Vorläuferin der heutigen bayerischen Volkspartei, bäumten sich noch am 21. Januar 1871 — drei Tage nach der Proklamation von Versailles — gegen die Verträge auf. Der Widerspruch zum Reich ist nie ganz zum Schweigen gekommen. Ein starker ideologischer und gefühlsmäßiger Überbau ließ die ursprünglichen Quellen und die wirksamen Gründe nicht klar hervortreten. Sie sind der Gegensatz des traditionellen Agrarlandes gegen den emporstrebenden Industriestaat. Dem entsprach eine selbstzufriedene Genügsamkeit mit dem Hergebrachten, die von Optimisten als bewußte Abkehr vom Imperialismus mißverstanden werden konnte. Dazu kam ferner der Gegensatz: Katholizismus—Protestantismus. In letzter Linie auch die kleinen Eifersüchteleien der Dynastien, die ihre Souveränität eingebüßt hatten. Ausdruck dieses Gefühls war der bekannte Protest Ludwigs III. gegen des Kaisers

Vasallenrede. Die Quellen des bayerischen Partikularismus entsprangen also völlig dem materiellen Bedürfnis und den Ideologien der herrschenden Schichten. Da aber solche Ideologien auch auf diejenigen abzufärben pflegen, deren Interessen keineswegs mit den Interessen der herrschenden Schichten identisch sind, so übertrug sich diese Stimmung auch auf die ganz unpolitische Arbeiter- und Bauernschaft. Denn vielfach sind die Propagandamöglichkeiten der herrschenden Klassen, ohne daß diese Technik ihr selbst bewußt zu sein braucht. Der Führer der bayerischen Fronde war der Abgeordnete Sigl, der in seiner Zeitung „Das Bayerische Heimatland" einen erbitterten Kampf gegen alles Preußische führt.

In den Jahren vor dem Krieg hatte die partikularistische Strömung in Bayern ihre Bedeutung verloren, der religiöse Gegensatz war abgeschwächt, der Industrialismus hatte sich durchgesetzt, und die Dynastien hatten sich mit ihrer Scheinsouveränität abgefunden. Der unglückliche Verlauf des Krieges gab ihr neuen Auftrieb, aber auf eigentümliche Weise. Der Repräsentant der wittelsbachischen Dynastie verlor genau wie die übrigen Herrscher zusehends an Ansehen in dem Maße, indem er immer und immer wieder den Durchhaltegedanken in den Vordergrund stellte. Es sprach aber für das diplomatische Geschick der Wittelsbacher, daß sie sich nachträglich den Anschein zu geben verstanden, als ob sie noch zur rechten Zeit für den Frieden eingetreten wären. Allerdings hat man von diesem Argument nur in den Zeiten Gebrauch gemacht, da Eintreten für den rechtzeitigen Frieden noch als Verdienst gelten konnte. Manche Radikale waren töricht genug, auf diese monarchistische Propaganda hereinzufallen.

Der Umstand, daß keine deutsche Dynastie ihre Mission, in Opposition zur herrschenden Dynastie sich für den Frieden einzusetzen, begriffen hat, bedeutete ihre große historische Schuld, die sie mit Recht durch den Verlust der Throne büßen mußten.

In den letzten Monaten des Krieges, als die Zeit zum Frieden längst verpaßt war, wagte Wittelsbach zaghafte Schritte gegen den Krieg, die sich bezeichnenderweise in der Form nur gegen den Kaiser wandten und von der leise genährten Hoffnung auf den Kaiserthron getragen waren. Aber es war längst zu spät. Die offen kriegsfeindliche Propaganda der Unabhängigen Sozialisten unter Eisner nahm die Führung, und so fielen die Ideen der Revolution bei dem an sich gar nicht revolutionär gestimmten Bayernvolk auf wohlbereiteten Boden. Denn nach dem Zusammenbruch Österreichs war mit Sicherheit die Benutzung der Bahnen der Doppelmonarchie zum Aufmarsch italienischer Armeen gegen Bayern zu erwarten. Ein an Stärke und Kampfkraft gleich unzulänglicher Grenzschutz an der Sperre der Tiroler Alpen bot nicht die Gewähr, die drohende Invasion abwehren zu können. Hier entstand plötzlich der alte Gegensatz Bayern—Reich in neuer Form. „Wenn wir nicht heute Frieden bekommen, sind morgen Italiener und Tschechen in München!" Vor dieser Parole mußten die Wittelsbacher fliehen. Umsonst versuchte der als Patriot bewährte Führer der Sozialdemokraten, Ehrhardt Auer, dem längst schon ein Kgl. bayerischer Ministersessel winkte, das drohende Verhängnis abzuwehren. Er konnte nicht die hundert Mann finden, die er zur Niederschlagung der Revolution benötigte. So endete die tausendjährige Geschichte der Wittelsbacher.

Damit schlug der Gegensatz Bayern—Reich in eine vollkommen konträre Form um. Jetzt war es der Gegensatz der radikalen Sozialisten zu den Sozialpatrioten. Bewußt benutzte Eisner den alten, jetzt vollkommen sinnlos gewordenen Gegensatz, um die Entfernung aller Regierungssozialisten, die den Krieg unterstützt hatten, zu verlangen. Das neue kriegsgegnerische Reich sollte bessere Friedensbedingungen bekommen; sollte nicht auch ein Separatfrieden des kriegsgegnerischen Bayern möglich sein? Das waren Eisners Gedanken, und nach seiner Ermordung war seine Tat noch so lebendig, daß die verzweifelten Arbeiter zum Schutz ihrer neu gewonnenen Freiheit die Räterepublik verkündeten. Preußische Regimenter und die einheimischen Bauern haben sie niedergeschlagen.

Jetzt nimmt der Gegensatz seine dritte, noch heute wirksame Form an, die zu einer völligen Vertauschung der Rollen in dem ersten Gegensatz geführt hat. Sogleich nach dem Abschluß des Waffenstillstandes machte der Bauernführer Dr. Heim jenen berühmt gewordenen Versuch, mit dem französischen Imperialismus zu einer Verständigung über den Fortbestand des Wittelsbacher Staates unter gleichzeitiger Lösung vom Reich — und natürlich auch von den dem Reich aller Wahrscheinlichkeit nach erwachsenden Lasten — zu gelangen.

Jetzt ist Preußen das Land des drohenden Sozialismus, und vor dieser „bolschewistischen“ Gefahr gilt es, das heilige Eigentum zu verteidigen. Um das Bürgertum zu retten, muß der Monarch wieder in seine alten Rechte eingesetzt werden. Jede Hilfe ist hierzu willkommen. Diese Vielfältigkeit, mit der der Gegensatz unter so veränderten Bedingungen und mit so gründlich ver-

schiedener Argumentation weiterlebt, ist es, die zur scheinbaren Irrationalität der bayerischen Politik geführt hat. Der Nichtbayer, der Nichtorientierte sieht nur ein Durcheinander, wo in Wirklichkeit doch nur ein wechselvolles Spiel des Kampfes der Klassen vorliegt.

Die bayerische „Außenpolitik" hat späterhin die Heimschen Versuche noch oft wiederholt. Sie stieß infolge der Klassensympathien des poincaristischen Frankreichs auf deutliches Entgegenkommen; Dard wurde als französischer Gesandter nach München delegiert. Damit war der offiziellen bayerisch-französischen Annäherung ein weithin leuchtender Erfolg beschieden, den allerdings das offizielle Bayern niemals in dieser Form wahrhaben wollte. Zum Beweis dessen hat man einen ungeschickten und wohl auch halbverrückten Agenten, den Freiherrn von Leoprechting, lebenslänglich ins Zuchthaus gesteckt. Andere, hinter den Kulissen treibende Kräfte durften die Gewinne einstecken, die der französische Agent Richert den „Vaterländischen Verbänden" zukommen ließ und die im Fuchs-Machhaus-Prozeß dann späterhin so sinnig als „Beutegelder" deklariert wurden. Diese immerhin nicht unerheblichen Frankenbeträge (93 000 Goldmark, vgl. „Verschwörer" Seite 162) stellen nur eine andere Form der Subventionsgelder dar, mit denen der Sonnenkönig und seine Nachfolger den traditionellen Kampf der bayerischen Kurfürsten gegen das Reich finanzierten.

Königsmacher

Das wesentliche Merkmal des neuen bayerischen Gegensatzes zum Reich sind nicht nur die Versuche einer bayerischen Außenpolitik. In intimem Zusammen

hang damit stehen die deutlichen Versuche einer Restauration des Königtumes.

Die monarchistische Gegenaktion begann unter ungünstigen Vorzeichen für die Dynastie und ihre Anhänger. Rupprecht v. Wittelsbach, Oberbefehlshaber einer Heeresgruppe der Westfront, ließ am 9. November 1918 seinen Posten eigenmächtig im Stich und desertierte unter Anrufung des spanischen Gesandten Brüssel als Kaufmann Landsberg nach Holland.

So diskreditiert, hält sich Rupprecht zunächst vorsichtig im Hintergrund. Erst nach dem Tode seines Vaters wagte er sich wieder hervor. Sein Vertrauensmann war der Ministerpräsident des Freistaates Bayern, Gustav v. Kahr, ursprünglich der Protégé Heims. Nach dem Kapp-Putsch wollte Heim durch dieses politisch bisher unbeschriebene Blatt die Gegensätze Weiß-Blau und Schwarz-Weiß-Rot versöhnen. Ein Offizierspronunziamento zwang am 13. März 1920, am ersten Tage des Putsches, den sozialistischen Ministerpräsidenten Hoffmann zum Rücktritt und kreierte den „starken Mann" Kahr, zu dessen Gunsten es sprach, daß auch die Einwohnerwehren Escherichs auf seiner Seite standen. Kahrs zweideutige Haltung während des Putsches erlaubte ihm, auch nach der Rückkehr der rechtmäßigen Reichsregierung am Ruder zu bleiben.

Die Einwohnerwehren, der Selbstschutz, die Notpolizei, alle jene Verbände, die der Forsthauptmann Escherich in den Jahren 1919 und 1920 in Bayern aufstellte, sie waren des „Königs" Leibgarde, vielleicht ohne es zu wissen und ohne es zu wollen. Mehr und mehr drückte die Politik der Bayerischen Volkspartei dem Lande ihren Stempel auf.

Der protestantische Ministerpräsident, der spätere Generalstaatskommissar Gustav v. Kahr, war das sichtbare Haupt der klerikalen und legitimistischen Bestrebungen.

Bemerkenswert an der Haltung der bayerischen Monarchisten ist die Offenheit, mit der sie die Internationale ihres Standesbewußtseins den gleichzeitig von ihnen angeblich vertretenen nationalen Interessen überordnen. Dies führt dazu, daß sie die russischen orthodoxen Monarchisten als willkommene Freunde begrüßen. Man denke an die ungeheuerliche Tatsache, daß die bayerische Regierung, die sich als Vorkämpfer des national-deutschen Gedankens aufspielt, einen Kongreß russischer Generale und emigrierter Aristokraten, die im Krieg gegen Deutschland führende Rollen gespielt hatten, auf bayerischem Boden zuließ.

Die strengste monarchistische Richtung vertrat die übrigens unbedeutende bayerische Königspartei des Grafen Bothmer. Ihre Zeitschrift „Marienburg" predigte ganz offen, daß die Wiederherstellung der bayerischen Monarchie nur im engsten Einvernehmen mit Frankreich möglich sei: „Die monarchistische Restauration ohne offene oder stille Mitwirkung der Entente erscheint völlig ausgeschlossen ... Innerhalb eines republikanischen Deutschlands ist die bayerische Monarchie unmöglich; die Wiederherstellung des Kaisertums ist aber ausgeschlossen. — Welche Konsequenzen ergeben sich aus diesen Tatsachen für uns? 1. Anbahnung vertraulicher Beziehungen zur Entente, insbesondere zu Frankreich. 2. Verfolgung einer ausgesprochenen bayerischen Politik ohne jede Rücksichtnahme auf das ohnehin dem Untergang geweihte, verjudete und bolschewisierte Reich ... Das Deutsche Reich, dem Bayern als Bundesstaat angehörte, war das Kaiserreich. Seit dieses gestürzt ist,

fühlen wir uns durch keine Bande mehr an Preußen und Berlin gefesselt. Bayern ist wieder ein selbständiger Staat, der seine eigenen Wege gehen kann. Das Märchen vom französischen Erbfeind ist uns erst nach 1870 von Preußen eingeimpft worden." („Bayerns Zukunft" von Friedr. Wenker-Wildberg, 21. April 1920.)

Solche Zurückdämmung des nationalen Bewußtseins hat denn auch bei den französischen Gegnern der deutschen Einheit lebhafte Genugtuung hervorgerufen. So hat Maurice Muret, der in nahen Beziehungen zum Quai d'Orsay steht, in der frankophilen „Gazette de Lausanne" diese „Lösung des deutschen Problems" durch die bayerischen „nationalen" Sonderbestrebungen freudig begrüßt. (Münchner Allgemeine Zeitung, 20. November 1924.)

Die mächtigste Wurzel des Partikularismus war die Inflation. Der Gegensatz zu den ruhigen Zeiten des Königtums mit den schrecklichen Zeiten der Inflation hatte jeden Tag die Republik aufs neue diskreditiert. Der ständige Schwund der Mark hatte das Königtum mit einer neuen idealen Gloriole umkleidet. Unmöglich schien in der Republik die Rückkehr zur Ruhe und Ordnung. Nur ein Mittel: der König oder der völkische Staat. Aber die letzten Zeiten der Inflation, wo ein gleichzeitig heroisches und lächerliches Zucken durch Deutschland ging, wo das Bewußtsein der absoluten Notwendigkeit eines entscheidenden Schrittes in allen Schichten herrschte, sind so wichtig, daß einzelne Versuche dieser Zeit besonders betrachtet werden müssen.

Synagogensprengung

So verfolgte der „Blücherbund" Anfang 1923 den Plan zu einer großen nationalen Erhebung und ließ sich

hierzu von Franzosen finanzieren. Der Frankfurter Ortsgruppe ging dies nicht rasch genug, und sie splitterten sich unter Alfons Bau (führendes Mitglied des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes) ab; dieser „Bund der Verfassungsgebenden" umfaßte u. a. den Willy Rullmann, wegen Hehlerei vorbestraft, den Sekretär des „Blücherbundes" Wolfgang Hielle, einen Deutschböhmen, und Karl Metzger, lauter junge Leute unter 30 Jahren — vielleicht wollten sie auch selbständig an dem Frankensegen partizipieren. Wenigstens verlangte Metzger 10 % Provision. (Frankfurter Zeitung, 3. Juli 1924.)

Sie wollten die nationale Bewegung vorwärtstreiben und glaubten, daß die gleichzeitige Sprengung der Synagogen von Frankfurt a. M., Leipzig und Breslau am 5. oder 6. März 1923 eine Regierungshandlung provozieren werde, die dann zur „großen nationalen Aktion" führen müsse. Diese Pläne wurden in diversen Weinstuben und Bardielen ausgiebig erörtert. Eine geballte Ladung Handgranaten, in die Frankfurter Synagoge geschleudert, sollte als symbolische Tat Deutschland an den Juden rächen.

Bau wollte hierzu im Februar 1923 von den Führern des Blücherbundes, Ruge und Schäfer, Geld holen, was aber nicht gelang. Dagegen wurde er bei der Fahnenweihe des Blücherbundes beiläufig gefragt, ob er die „Erledigung" Dietrich Eckarts oder des Dr. Heim übernehmen wolle. Er entscheidet sich daraufhin für Heim und leistet den „Germanenschwur". Zur Ausführung kam es aber nicht. Rullman versuchte nun von dem französischen Nachrichtenoffizier de Pommerède in Frankfurt Waffen, Geld und ein Auto zur Ausführung der Tat

zu erhalten, denn die Arbeit für Wittelsbach liege auch im Interesse Frankreichs. Von de Pommerède wurde die Gruppe an den General Achtmann in Höchst weiterverwiesen, der auch kein besonderes Interesse an den Tag legte. Bau versuchte daraufhin noch einmal sein Glück in München, wurde aber vom Kapitänleutnant Kautter ausdrücklich abgewiesen und offenbar auf dessen Anzeige hin in Frankfurt verhaftet, freigelassen und auf neue Anzeige des Bankbeamten, früheren Leutnants, Heinz hin wieder verhaftet. Bald darauf auch die übrigen Teilnehmer.

Vor dem Reichsgericht zu Leipzig fand vom 25. bis 27. Juni 1924 der Prozeß wegen Landesverrat und Vergehens gegen das Sprengstoffgesetz statt. Die Angeklagten widersprachen sich, belasteten sich gegenseitig aufs schwerste und behaupteten schließlich, daß sie mit den Franzosen nur verhandelt hätten, um sie zu schädigen und die Organisation zu stärken. Hielle wollte angeblich nur französische Spitzel entlarven. (Frankfurter Zeitung, 26. Juli 1924.)

Bau wurde zu 7 Jahren Zuchthaus und Ehrverlust, Rullmann, Hielle und Metzger zu je 6 Jahren Zuchthaus und 6 Jahren Ehrverlust verurteilt. (Vorwärts, 28. Juni 1924.)

Typisch ist auch hier wieder die völlig terroristisch-sozialrevolutionäre Form der Aktion, die sich wesentlich von dem Terrorismus, etwa der Kommunisten, unterscheidet.

Die hohe Verurteilung gilt — nach der Anklagerede des Reichsanwalts — vor allem der Tatsache, daß diese Angehörigen eines nationalen Bundes mit den Franzosen konspiriert hatten. Die Drahtzieher seien allerdings un-

bekannt geblieben. Die Verurteilung ist um so bemerkenswerter, als die Angeklagten ja von den Franzosen mit leeren Händen heimgeschickt wurden. Im Fuchs-Machaus-Prozeß, der personell, sachlich und ideologisch eng mit diesem Unternehmen zusammenhängt, waren die Empfänger französischer Gelder überhaupt nicht angeklagt worden.

Mit dem Scheitern dieses Putsches, dem Bekanntwerden der Geldquellen, der moralischen Bloßstellung durch solche abenteuerlichen Pläne der Mitglieder waren dem Bunde selbstverständlich in Bayern alle politischen Aktionen unmöglich geworden. Er hat seine Rolle ausgespielt und ist in letzter Zeit nur mehr durch die Propagandatätigkeit Arnold Ruges und durch die Befreiung des Mörders Zwengauers in der Öffentlichkeit wieder genannt worden.

Mobilmachung

Von diesen beiden Versuchen des „Blücherbundes", dem Richertputsch und der Synagogensprengung, streng zu trennen ist der Versuch eines militärischen Vormarsches nach Berlin, der von den mehr offiziellen Stellen (Vereinigte Vaterländische Verbände) unternommen wurde.

Schon Mitte Juni 1923 begannen die Vorbereitungen. Im Aschaffenburger Bezirk wurden im Juni 1923 regelrechte Mobilmachungsvorbereitungen getroffen, wurden Stammrollen angelegt und die Waffenverteilung vorgenommen. Den Vaterländischen Verbänden der einzelnen Orte, insbesondere den Vorsitzenden des Bundes „Bayern und Reich", gingen seit Mai Stammrollenformblätter zu, die folgenden Kopf aufweisen:

Laufende Nr.	Name	Vorname	Geboren	Wohnort, Straße, Hausnr.	Verheiratet	Kinder	Ledig	Hat im Felde gedient von? bis? als?	Es werden von dem einzelnen mitgebracht									
									Waffen					Bekleidung				
									Gewehr	Karabiner	Pistolen	Seitengewehr	Munition	Feldbluse	Stiefelhose	Mütze	Stahlhelm	Stiefel

Es werden von dem einzelnen mitgebracht										Fahrräder	Krafträder	Besondere Ausbildung und Verwendbarkeit	Wird eingeteilt bei? als?
Ausrüstung													
für Mann						für Pferd							
Gamaschen	Woll. Decken	Leibriemen	Rucksack	Brotbeutel	Feldflasche	Sattel	Reitzeug	Geschirr für Zugpferde	Stallsachen				

Außerdem werden aus der Gemeinde mitgebracht und ihren Besitzern vergütet:

Aus diesem Formular geht hervor, daß nichts vergessen ist, was zu einer schlagkräftigen Truppe gehört. Dem Stammrollenformular liegt folgendes Begleitschreiben bei:

Stadt ... Bezirk ... April 1923.
Gemeinde ...

Personal- und Ausrüstungsnachweisung.

A. Angehörige vaterländischer Vereine die Nummern ...
B. Nichtangehörige vaterländischer Vereine, aber Freiwillige die Nummern ...
C. Sonstige vorhandene Ausrüstungs- usw. Gegenstände.

Bem. 1. Der für jeden Ort oder Bezirk ausersehene Vertrauensmann und dessen Stellvertreter ist durch Unterstreichen kenntlich zu machen.

Bem. 2. Der Vertrauensmann benachrichtigt beim Eintreffen der Weisung zur Aufstellung der Beobachtungsgruppen seine übrigen Leute und führt sie mit all ihrer Ausrüstung zum Sammelort der Beobachtungsgruppe.

Bem. 3. In größeren Orten sind mehrere Vertrauensleute und Stellvertreter für bestimmte Bezirke einzuteilen.

Bem. 4. Die Listen werden nach Einsichtnahme den Vertrauensleuten zurückgegeben; sie sind von diesen auf dem laufenden zu erhalten; Zu- und Abgang ist jeweils an . . . mitzuteilen.

Bem. 5. Die Herren Vorstände der vaterländischen Vereine überzeugen sich gelegentlich von Versammlungen usw., daß die Listen auf dem laufenden bleiben. Von Zeit zu Zeit schicken sie die Listen dem . . . ein.

Bem. 6. Es ist erwünscht, daß jeder Angehörige sich möglichst selbst ausrüstet und kriegsbrauchbar bekleidet, überzählige kriegsbrauchbare Ausrüstungs- und Bekleidungsstücke, Waffen und anderes mitbringt. All diese mitgebrachten Gegenstände werden von der Militärbehörde abgeschätzt, angekauft und zur Ausrüstung anderer Freiwilligen verwendet. Ebenso sollen alle in einer Gemeinde vorhandenen kriegsbrauchbaren Waffen und Ausrüstungsgegenstände erfaßt, den Beobachtungsgruppen zur Verwendung und zum Ankauf zugeführt werden. Die Vertrauensleute haben ihr Augenmerk auf die Sammlung dieser Gegenstände zu richten.

Bem. 7. Als Bekleidung kann jeder haltbare Sport- und Touristenanzug — tunlichst feldgraue abgeänderte Militärbluse —, derbe Schnürschuhe mit Gamaschen oder langen Sportstrümpfen gebracht werden; praktisch sind auch gummierte Regenmäntel.

Bem. 8. Die Einrückenden haben Reservebekleidung (Schuhe, Strümpfe, Hemden, Unterhosen, Waschzeug usw.) in verschließbaren Behältern (Zelttuchsack) unter haltbarer Anbringung des Namens des Eigentümers zur Verstauung auf den Fahrzeugen mitzubringen.

Bem. 9. Die letzte Spalte beiliegender Liste: Wird eingeteilt bei? als? ist für Ausfüllung durch das Kommando bestimmt und bleibt daher frei.

Das Kommando.

Wichtig ist der Absatz 6. Bei der Entwaffnungsaktion 1921 wurde ein Gesetz erlassen, wonach für abgelieferte Waffen Prämien bezahlt wurden. Wer nach diesem Termin noch im Besitz von Waffen war, machte sich strafbar. Nach der vorliegenden Behauptung der Vaterländischen Verbände aber schätzte die bayerische Militärbehörde diese illegalen Waffen ab, kaufte und verwendete sie zur Ausrüstung von Freiwilligen gegen den „inneren Feind".

Militärischer Leiter der ganzen Bewegung war der pensionierte Oberstleutnant Oertl in Heigenbrücken, dessen militärische Fähigkeiten während des Krieges nicht sonderlich eingeschätzt waren. Er hatte früher die Einwohnerwehren des Kreises unter sich. Bei ihrer Auflösung wurde nur den „unsicheren Kantonisten" das Gewehr abgenommen; er verfügte also über genügend Rückhalt.

Rührig in der Ausbildung der Mannschaften war auch der pensionierte Hauptmann Lettenmeyer von Aschaffenburg. (Frankfurter Volksstimme, 22. Juni 1923.)

Die Führer des nationalsozialistischen Sturmtrupps waren die Wachtmeister Fenning und Reisenbach von der Schutzpolizei in Aschaffenburg. Dem Sturmtrupp

gehörten von der Schutzpolizei ferner an die „Sicherheitsleute“ Pfennig, Schreck, Römer, Bourgin, Schina und Wolf. Auf diese enge Verbindung ist der Bezirksamtmann Oberregierungsrat Groß in aller Öffentlichkeit unter Nennung der Namen erfolglos von der „Aschaffenburger Volkszeitung“ aufmerksam gemacht worden. Versammlungen dieser Organisationen fanden wie früher in der Kaserne statt, Schießübungen wurden abgehalten. Diese Mobilmachungsvorbereitungen realisierten sich im Aufmarsch Ehrhardts in Franken (vgl. Kap 1).

Der Putsch vom 9. November 1923

Im Oktober 1923 verschärfte sich der stets latente Konflikt Bayerns mit dem Reich. Der Kommandeur des VII. bayerischen Wehrkreises, General Lossow, wurde, weil er einen Befehl Seeckts nicht beachtet hatte, abgesetzt und von der bayerischen Regierung feierlich als Landeskommandant wieder eingesetzt. Bei den folgenden Aktionen gegen das Reich stützte sich Bayern auf den Artikel 48 der Reichsverfassung. Danach kann der Reichspräsident zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung eine Reihe von außerordentlichen Maßnahmen treffen, bei Gefahr im Verzug ist hierzu auch die Landesregierung berechtigt. Am 26. November 1923 ernannte die bayerische Regierung den Regierungspräsidenten von Kahr auf Grund dieses Artikels zum Generalstabskommissar. Eine Vorschrift, die der Landesregierung ermöglichen soll in Vertretung des Reichspräsidenten, also in seinem Sinne eine Verordnung des Ausnahmezustandes zu erlassen, hat die bayerische Regierung dazu benutzt, um sie gegen das Reich auszunüt-

zen. Als dann noch am gleichen Tag der Reichspräsident den Ausnahmezustand anordnete, womit die bayerische Verordnung außer Kraft gesetzt werden sollte, hat die bayerische Regierung diese Verordnung nicht anerkannt.

Diese aufs äußerste zugespitzte Situation wurde plötzlich vollkommen umgebogen durch einen anderen Feind der bayerischen Partikularisten, der plötzlich zum entscheidenden Schlag ausholte.

Mit dem Aufkommen der nationalsozialistischen Agitation, die anfangs von den bayerischen Königsmachern um ihres Kampfes gegen Berlin willen unterstützt wurde, hatte übrigens eine neue Ära der monarchistischen Bewegung begonnen. Denn bald wurden die neuen Freunde zu stark. Gefahr bestand, daß die Diener zu Herren wurden.

Kahr hatte nämlich den Wettstreit mit der von Hitler stürmisch emporgeführten nationalsozialistischen Arbeiterbewegung zunächst mit verhaltener Front geführt. Der offene Kampf zweier Richtungen, die beide gleichen Anspruch auf das vaterländische Etikett machten, schien ihm nicht opportun. Am Abend des 8. November 1923 versammelten sich die Vaterländischen Verbände zu einer großen Kundgebung unter dem Vorsitz des Kommerzienrats Zentz im Bürgerbräu-Keller. Kahr begann eben, sein Manuskript zu verlesen, als Hitler an der Spitze von Bewaffneten in den Saal drängte, seine Pistole gegen die Decke abfeuerte und den „Ausbruch der nationalen Revolution“ proklamierte. Ludendorff, „von der Größe des Augenblicks überwältigt“, schloß sich ihm an, nach kurzer Bedenkzeit — angeblich unter dem Druck der Hitlerschen Pistolen — auch Kahr, als „Statthalter“ des Königs, Lossow und Seißer. Die

Infanterieschule meuterte, als Roßbach und Pernet, im Auftrage Hitlers, im Auto vor ihren Toren erschienen. Zwei Räte am bayerischen Obersten Landgericht, Pöhner und v. d. Pforten, nahmen offen am Putsch teil. (Dieses Gericht hatte das Fechenbachurteil bestätigt.)

Aber schon in der Nacht hatten Lossow und Kahr, die sich in den Schutz der Reichswehrkaserne begeben hatten, ihre Entschlußkraft wiedergewonnen. Sie erklärten ihre Hitler gegebene Zusage für abgepreßt und sandten Rundtelegramme an die Garnisonen. Am nächsten Tag wurde ein Demonstrationszug der Nationalsozialisten durch Maschinengewehre auseinandergetrieben.

Damit war auch dieser dritte Versuch der „Ordnungsleute" gescheitert. Aber nicht die Republik, sondern Wittelsbach hatte in der Person Kahrs gesiegt. Doch hat dieser Sieg sich nicht realisiert. Denn schon war die mächtige Quelle des Partikularismus versiegt.

Die Inflation hörte auf, als sie dem Staat als Steuerquelle und der Großindustrie Bereicherungsmethode nichts mehr einbrachte. Als am 15. November die Mark stabil wurde, verschwand das wichtigste Werbemittel des monarchistischen Gedankens. Auch in der Republik war es jetzt möglich, daß der Bauer vom Ertrag seiner Arbeit leben konnte, daß der Beamte seinen Gehalt erhielt, daß die Kaufleute Geschäfte machen konnten, daß der Grundzug der kapitalistischen Wirtschaft, die Ausbeutung, in Ruhe und Ordnung vor sich ging. So wendeten sich dieser kapitalistischen Republik die Sympathien der früher in ihrer Existenz bedrohten Schichten wieder zu. Die Notwendigkeit und Hoffnung eines selbständigen Bayerns hatte ihre Berechtigung verloren, und der Gegensatz Bayern und Reich ist auf die Be-

deutung eines minimen und regionalen Unterschiedes reduziert.

Aber in der Politik hört mit Aufhören der Ursache nicht auch gleichzeitig die Wirkung auf. Die monarchistische Bewegung ist durch die Inflation geschaffen worden. Geistig und finanziell aber existiert sie auch in der Zeit der Stabilisierung.

Die reichsfeindliche Tendenz der verschiedenen bayerischen Ministerien äußerte sich bis in die letzten Kleinigkeiten. Ehrhardt wird wegen Hochverrat von Reichs wegen verfolgt. Der bayerische Justizminister Gürtner sendet einen Vertreter zu ihm zur vertraulichen Besprechung der nationalen Lage. (Berliner Tageblatt, 26. September 1924.)

Kahr, Lossow, Seißer

Das Fiasko des nationalsozialistischen Putsches riß auch Kahr mit. Nach dem Hitlerputsch war zunächst die Bayerische Volkspartei unbedingte Siegerin. Aber durch die Begünstigung, die sie den Nationalsozialisten hatte zukommen lassen, war auch sie schwer kompromittiert worden.

Herr v. Kahr trat am 18. Februar 1924 vom Staatskommissariat zurück und unternahm mit Seißer eine wohlverdiente Erholungsreise durch Italien. Das Verfahren gegen ihn, Seißer und Lossow wurde eingestellt. Das Ministerium Knilling verfügte am 20. Juni 1924 die Entlassung Seißers von seinem Posten als Polizeioberst, „da er eine politisch umstrittene Persönlichkeit geworden sei". Seißer erhob Verfassungsbeschwerde beim Staatsgerichtshof, welcher ihm am 31. Juli 1924

mit der Begründung recht gab, daß kein gesetzlich vorgeschriebener Entlassungsgrund vorliege. Am 13. September kehrte er in sein Amt als Chef der Landespolizei zurück.

Herr v. Kahr, der mehrfach erklärt hatte, daß er von seiner Pension von 800 Mark im Monat nicht leben könne, machte einen vergeblichen Versuch, auf seinen früheren Posten als Regierungspräsident von Oberbayern wieder zurückzukehren, als ob nichts geschehen wäre. Er setzte durch, daß er am 11. Oktober 1924 zum Präsidenten des Verwaltungsgerichtshofes in München ernannt wurde. Als Inhaber eines der höchsten Ämter Bayerns wird er also über die staatsgetreue Gesinnung der Beamten zu wachen haben.

Nur Herr v. Lossow war schlecht weggekommen. Noch vor Beginn des Hitlerprozesses wurde er, der schon im Oktober 1923 seines Postens als Kommandierender General der 7. Division enthoben worden war, nochmals beurlaubt. Er ging nach Beendigung des Prozesses nach der Türkei, wo er nach der „Tanine“ wegen Lieferungen mit der Regierung Kemal-Pascha verhandelt.

Kahr, Lossow und Seißer sind also politisch vorläufig erledigt. Aber damit ist natürlich der Gegensatz der Parteien, deren Exponenten sie waren, zu den Nationalsozialisten noch nicht beendigt. Er hat sich sogar verschärft, denn nach dem Fall der Diener ist ihr Meister, der Kronprinz Rupprecht, offen in die politische Arena eingetreten. Die Untertanentreue hat verhindert, daß die Diener ihn in ihre Blamage verwickelten. Die Diskretion haben sie gewahrt. Die Vasallen waren gescheitert. Der oberste Kriegsherr tritt hervor mit neuen Waffen, den alten Gegner zu erledigen.

Der Konflikt Ludendorff-Rupprecht

Die Grundlage des Konfliktes Rupprecht-Ludendorff liegt in der Erbitterung der völkischen Kreise über die „Verrätereien" von Kahr, Lossow und Seißer, auf deren Unterstützung beim Putsch sie rechnen zu dürfen glaubten. Schon während des Hitlerprozesses hatte sich Ludendorff deutlich gegen den früheren Kronprinzen gewandt. Den äußeren Anlaß gab ein Interview Ludendorffs durch einen Vertreter des „Leipziger Tageblatts". Ludendorff wies auf einen Artikel der Prager „Bohemia" hin, der besagte, daß Kahr und Lossow ihr Hitler gegebenes Wort auf Zureden von Kardinal Faulhaber und Kronprinz Rupprecht gebrochen hätten, und der General stellte dies als wahrscheinlich hin. Ludendorff konnte sich auch auf einen Aufruf der bayerischen Offiziersverbände vom 9. November 1923 berufen, wonach sich diese, der „Willensmeinung des allerhöchsten Kriegsherrn" entsprechend, vom ersten Tage ab rücksichtslos hinter den Generalstaatskommissar gestellt hätten. Ludendorff nahm es also übel, daß sein Putsch durch einen von ihm vermuteten Putschplan Rupprechts vereitelt worden sei.

Rupprecht teilte dem General durch seinen Rechtsanwalt mit, daß seine Auffassung falsch sei, worauf Ludendorff zwar sein Bedauern ausdrückte, einen förmlichen Widerruf aber verweigerte, da er im guten Glauben gehandelt habe. Der Exkronprinz ersuchte nun Hindenburg um Schlichtung des Streites. Dies scheiterte. Ludendorff verweigerte die Abgabe einer Ehrenerklärung, wenn nicht auch Rupprecht eine Beleidigung zurücknähme, die der General in einer Wendung „gegen den Preußen Ludendorff" erblickte.

Inzwischen hatte Ludendorff beim Ehrengericht für den Großen Generalstab Klage gegen den ehemaligen Führer der 6. Armee, Kronprinz Rupprecht von Bayern, eingereicht. Rupprecht lehnte dies Verfahren ab und ließ seinerseits die bayerischen Generale durch seinen Onkel, den Feldmarschall Prinzen Leopold, zu einem Ehrengericht über Ludendorff zusammenrufen. Diese Generalversammlung (von 36 geladenen bayerischen Generalen waren 31 erschienen, und 27 unterzeichneten die Erklärung) wies nach einem Referat des ehemaligen Kriegsministers General Krafft von Dellmensingen die Angriffe auf den „König" zurück und gab bekannt, daß die bayerischen Generale sich vorbehaltlos vor die Person ihres obersten Kriegsherrn stellten, dessen überlieferten Rechte von keiner Seite angetastet werden dürften, und daß sie die Standesgemeinschaft mit Ludendorff aufhöben.

Nunmehr herrschte offener Krieg zwischen Ludendorff und den Generalen. Am 1. November 1924 ließ der General durch die nationalsozialistische Freiheitspartei eine Erklärung verbreiten: „Zwischen dem reaktionären Denken (der bayerischen Generale) und meiner entgegengesetzten Einstellung bestand schon vor dem 9. November ein tiefer Gegensatz ... Die Generalität erklärte, daß sich Se. Kgl. Hoheit einem Ehrengericht nicht unterwerfen werde ... Meine Ehre ist nicht schlechter ... als die Ehre Sr. Kgl. Hoheit des Feldmarschalls Kronprinz Rupprecht von Bayern ... Se. Kgl. Hoheit ... lehnte ... den Vorschlag des ehrfurchtgebietenden Offiziers (Hindenburg) der deutschen Armee ab, weil er mir die Genugtuung vorenthalten wollte, die Generalfeldmarschall v. Hindenburg wegen der mir zugefügten schweren Beleidigung für nötig hielt."

Zur Begründung seiner Behauptung führt Ludendorff dann weiter aus, daß er „in einer Geheimsitzung (im Putschprozeß) gehört habe, daß Se. Kgl. Hoheit ... am 11. und 12. November die Absicht gehabt habe, einen besonderen Schritt durchzuführen, hierzu eine Proklamation habe entworfen lassen und in München zur Durchführung dieser Absicht eingetroffen sei. Bestimmte Umstände hätten diese Absicht vereitelt ...“

Demnach stellt sich also Kahrs Wort vom Statthalter des Königs nicht einmal als eine Verlegenheitsphrase dar. Ludendorff rügt ferner die Haltung der Bayerischen Volkspartei, die „heute durch den Mund des Ministerpräsidenten — des Wahrers der Verfassung des Freistaates Bayern — Herrn Held Propaganda für diese Rückkehr (Rupprechts auf den Thron) machen läßt“. Bezeichnend ist auch, daß Ludendorff, im Gegensatz zu den Offizieren, nie vom „König“ spricht.

Diese republikanische Haltung Ludendorffs nahm nun wiederum der Ministerpräsident Held krumm und ließ den General darauf aufmerksam machen, daß er sich durch die Veröffentlichung des Inhalts von Geheimsitzungen strafbar mache. Der Inhalt der Proklamation Rupprechts, die wenige Tage darauf veröffentlicht wurde (Berliner Tageblatt, 5. November 1924), stimmt übrigens, wenn sie identisch mit der von Ludendorff zitierten, nicht mit dessen Behauptungen überein.

Am 8. November 1924 erklärte Ludendorff in einer Wahlrede in München:

„Ich habe die Standesgemeinschaft mit jenen Generalen schon am 9. November gelöst, als ich sagte, daß bei den oberen Zehntausend unendlich viel faul ist. Vorgestern haben nun die Vorsitzenden der Regi-

mentsoffiziersvereine beschlossen, daß jeder Offizier, der sich zum Völkischen Offiziersbund und zur Standesgemeinschaft mit mir bekennt, geächtet wird. Ich bin gespannt, ob sich die Reaktion auch an die Krieger- und Mannschaftsvereine wendet."

Darauf erklärten die gesamten bayerischen Offiziersverbände am 10. November: „(Wir) haben uns . . . der in der Presse veröffentlichten Erklärung der ‚K.' bayerischen Generale über ihre Einstellung zu Herrn General Ludendorff . . . rückhaltlos angeschlossen." Die Probemobilmachung der öffentlichen Meinung für Rupprecht war sonach gelungen.

Der Deutschvölkische Offiziersbund nahm dagegen am 12. November unter „Berufung auf (seine) Treue zum König entrüstet gegen die Ächtung Ludendorffs durch die bayerischen Offiziersverbände Stellung".

Am 7. Dezember 1924 schrieb General Ludendorff einen Entschuldigungsbrief an den Kronprätendenten:

„Eurer Kgl. Hoheit spreche ich heute, am Tage der Wahl, mein tiefstes Bedauern aus, daß ich Höchstdieselbe durch die Wiedergabe der ‚Bohemia'-Äußerungen mit dem Wortbruch des Herrn v. Kahr in eine Beziehung gebracht habe . . ."

Ludendorff gab diesen Brief gleichzeitig der Öffentlichkeit bekannt und mußte erleben, daß ihm wenige Tage danach der Wittelsbacher durch den Grafen Törring in ultimativer Form mitteilen ließ, daß Ludendorff nicht nur die von ihm aufgegriffenen „Bohemia"-Äußerungen bedauern, sondern über „sein ganzes bisheriges Verhalten in der Konfliktangelegenheit" sein Bedauern ausdrücken müsse. Ludendorff müsse weiterhin sich bei den bayerischen Generalen und Offiziersverbänden ausdrücklich

entschuldigen und deren „pflichtgemäßes Handeln" anerkennen.

Das war Ludendorff doch zu viel. Er brach jedoch noch nicht die Verhandlungen ab, sondern machte nunmehr „Gegenvorschläge und versuchte vor allem durch kleine redaktionelle Korrekturen das Ultimatum der Gegenseite für sich annehmbar zu gestalten" (Völkischer Kurier, 5. Februar 1925). Die [redacted] Bsaeite zeigte aber keine Neigung, darauf einzuge[redacted] so unterblieb die Versöhnung bisher. (Vgl. he[redacted] über den Prozeß Ballerstedt, „Völk. Kurier", 3. April 1925, ferner den Artikel Ludendorffs im gleichen Blatt, 26. Juli 1925.)

Illegales Weiterarbeiten

Nach dem Scheitern der Putsche und der hierdurch herbeigeführten Ausschaltung der markantesten Führer aus der aktuellen Politik gingen die unterirdischen Versuche des Partikularismus in stark gedämpfter Form weiter. Immerhin zeichnet sich Bayern auch weiterhin durch eine systematische Unterstützung der Wehrverbände aus. Ein deutliches Beispiel für die Durchdringung der Staatsapparate durch diese Kreise bildet die Befreiung des Mörders Zwengauer.

Im August 1923 war der dem Blücherbund angehörige Student August Zwengauer vom Münchner Volksgericht zum Tode verurteilt worden, weil er seinen Mitverschworenen Bauer ermordet hatte (vgl. „Verschwörer" Seite 171). Dies war, abgesehen von Arco, der einzige Fall in den letzten sechs Jahren, in dem ein politischer Mörder von rechts zum Tode verurteilt wurde. Zwengauer war dann allerdings zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt wor-

den. Im November 1924 sollte er einer schweren Nierenoperation unterworfen werden und wurde daher auf Anordnung des Zuchthausarztes Dr. Firnstein aus dem Zuchthaus Straubing mit Genehmigung der vorgesetzten Behörde in eine Klinik überführt. Dies war um so bemerkenswerter, als sonst Operationen im Spital des Zuchthauses selbst vorgenommen wurden. Er durfte viele Besuche empfangen und entfloh in der Nacht vom 5. auf 6. November 1924 trotz seines schwerkranken Zustandes. Er hatte sich einen Fensterschlüssel angeeignet, sich in den Garten herabgelassen und dort seine Anstaltskleidung gelassen, hat also Helfershelfer gehabt.

Eine spezifisch bayerische Organisation war auch „Der Notbann", d. h. die Bewaffnung von Angehörigen der Vaterländischen Verbände zum Zweck der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung. Es stellte eine Art Fortsetzung der Notpolizei dar, zu der seinerzeit auch das Freikorps Oberland gehört hatte. Hierüber schreibt die Landeszeitung der Nürnberger „Reichsflagge", die am Hitler-Putsch in hervorragender Weise beteiligt war, in einem Rundschreiben Nr. 2 vom 4. Februar 1924:

„Die bayerische Regierung hat unter dem Namen ‚Deutscher Notbann' eine rein militärische Organisation geschaffen, die die planmäßige militärische Aus- und Fortbildung unserer Kameraden übernimmt:

Die L.-L. der R.-Fl. hat sich für den gesamten Verband dieser Organisation angeschlossen, um die so notwendige Ausbildung und Übung wieder systematisch aufnehmen zu können. Die bei den einzelnen Bezirksgruppen und Abschnitten vorsprechenden Kreisleiter des deutschen Notbannes wollen entsprechend unterstützt werden. Die L.-L. hat sich dieser Organisation des Staates um so

leichter anschließen können, als sie von jeher grundsätzlich eine Einigung und Zusammenarbeit mit der staatlichen Macht (Reichs- und Polizeiwehr) für die unerläßliche Voraussetzung eines späteren Befreiungskampfes gehalten hat und hält. Selbstverständlich darf durch den Notbann die Reichsflagge selbst nicht auf eine rein vereinsmäßige Stufe herabgedrückt werden, unser eigenes militärisches Leben muß weitergehen. In dieser Richtung sind auch von den maßgebenden Stellen ausreichende Zusicherungen gegeben worden.

Ausbildungs- und Übungswesen können also nunmehr von den Bez.-Gr. wieder aufgenommen werden.“ (Die „Nation“, Berlin, Nr. 25, 1924.)

Auf eine kurze Anfrage im bayerischen Landtag antwortete das Ministerium des Innern am 18. September 1924, daß die Einrichtung des sog. Notbanns durch die Erschütterung der öffentlichen Sicherheit im vergangenen Jahr notwendig gewesen sei. Der Notbann habe den Zweck gehabt, für rechtzeitigen und ausreichenden Einsatz der polizeilichen Nothilfe einen Rahmen zu schaffen. Seit dem 1. Juli 1924 sei die Einrichtung aufgehoben worden. („Vossische Zeitung“, 18. September 1924.)

Tatsächlich ging die illegale militärische Tätigkeit weiter, wie das folgende Dokument beweist:

„Reichsflagge-Landesleitung 26. September 1924.
Rundschreiben Nr. 19

Am alle Kreisleitungen, Abschnitte, Unterabschnitte und Bezirksgruppen!

Eine kürzlich in München durchgeführte Besprechung hat ergeben, daß ein erneutes allgemeines Übungsverbot infolge der Tätigkeit der Kontrollkommission nicht er-

gangen und auch nicht beabsichtigt ist. Es wurde nur der Gedanke ausgesprochen, daß nach außen hin unsere Arbeit endlich einmal ruhigere, unauffälligere Formen annehmen muß, namentlich dort, wo feindselige Augen und Verräter über uns wachen. Aus- und Einmärsche von bewaffneten Abteilungen, Übungen mit Waffe in der Nähe von Großstädten, also in aller Öffentlichkeit, können nicht genehmigt werden, und liegen auch nicht im Interesse unserer Sache, solange der Feind im Lande steht. Je ernster unsere Absichten und je klarer und zielbewußter wir auf unser Ziel hin arbeiten, um so mehr muß Verschwiegenheit, Geheimhaltung und Verzicht auf öffentliche Schauspiele selbstverständliche Pflicht werden. Die verantwortlichen Führer werden unter diesem Gesichtspunkt ihre militärische Arbeit künftighin durchführen müssen.

Alle Dienststellen werden angewiesen, innerhalb ihrer Befehlsbereiche sofort Waffenappelle anzusetzen. Zum 1. November 1924 ist von allen Bezirksgruppen Vollzug vorstehender Anordnung zu melden; von diesem Zeitpunkte ab ist ferner regelmäßig in der Monatsmeldung über stattgehabte Waffenappelle zu berichten. Auch die den Bez.-Gr. vorgesetzten Stellen wollen grundsätzlich der Waffenpflege ein besonderes Augenmerk zuwenden.

Die Waffenbestandsaufnahmen wollen, soweit noch nicht geschehen, umgehend der L.-L. eingesandt werden, auch dann, wenn sie noch nicht vollständig abgeschlossen sind. In diesem Falle ist nur ein entsprechender Vermerk zu geben. Die L.-L. muß für maßgebende Verhandlungen, die in der ersten Oktoberwoche in der Waffenfrage in München stattfinden, unbedingt zuverlässige Unterlagen in Händen haben.

Der weiteren Waffenerkundung und Erfassung wolle besondere Beachtung geschenkt werden. Ziel ist dabei, daß die Waffen, die sich in Händen von Leuten befinden, die keinem schwarz-weiß-roten Verbande angehören, in unsere Treuhänderverwaltung kommen. Den Kameraden fällt aber lediglich die Aufgabe der Erkundung zu. Die Erfassung selbst regelt die L.-L. in Verbindung mit den maßgebenden Stellen. I. A. des Führers: Dechant."

Eine dunkle Einrichtung war die sog. Pfalz-Zentrale in Heidelberg, die im Zusammenhang mit dem Ruhrabwehrkampf gegründet worden war. Im Mai 1924 wurde sie von der badischen Regierung polizeilich aufgehoben. Die Völkische Presse protestierte hiergegen wütend und beschuldigte die badische Regierung der Zusammenarbeit mit den Franzosen. (Vgl. Kapitel Morde.)

Im Februar 1925 wurden in einer Druckerei in Koburg, „nur für den Dienstgebrauch" 200 Statuten und Leitsätze des Wickingbundes geheim gedruckt. Ihr Inhalt stellte die übliche organisierte Vorbereitung des Bürgerkriegs dar. Ein Lehrling der Druckerei hat ein übriggebliebenes Makulaturexemplar mit nach Hause genommen und seinem Vater gegeben, der es einem Abgeordneten gab. Der Vater wurde wegen Anstiftung, der Sohn wegen Diebstahl angeklagt und wurde sogar zu einer kleinen Geldstrafe verurteilt. Somit war die O. C. wieder einmal geschützt. Gegen die Verfasser der Schrift wurde natürlich nicht eingeschritten. („Münchener Post", 16. Juni 1925.)

Legales Weiterarbeiten

Nachdem die illegalen Versuche der bayerischen Partikularisten und Separatisten gescheitert waren, gingen

die legalen weiter. Die extreme Richtung der monarchistischen Propaganda vertrat der „Bayerische Heimat- und Königsbund“, den lange Zeit der Obergeometer Kanzler geführt hat. Hier spielen Rupprechts Vertrauter und „Kabinettschef“, der Graf Soden, wie auch der bekannte bayerische Partikularist Graf Bothmer und späterhin der Freiherr Erwin v. Aretin eine Rolle. Finanziert wurde der „Königsbund“ vom Kommerzienrat Zentz. Beide Bünde sahen ihre parteipolitische Vertretung in der „Bayerischen Volkspartei“. Sie proklamierten die Durchsetzung des „nationalen und christlichen Staates“ und standen in einem sich ständig verschärfenden Gegensatz zu den Nationalsozialisten, deren großdeutsche und soziale Aspirationen sie um der engeren bayerischen Heimat und des angestammten Grundbesitzes willen bekämpften.

Daneben liefen wechselnde Richtungskämpfe mit „Bayern und Reich“, dem sich zeitweilig die Bünde „Reichsflagge“ des Hauptmanns Heiß, der Bund „Unterland“ in Niederbayern und selbst für eine gewisse Zeit der „Wikingbund“ Ehrhardts zur Verfügung stellten.

Kanzler mußte dem immer stärker werdenden Druck besonders des Bauernführers Dr. Heim weichen, und Freiherr v. Aretin, der als Vertrauensmann des Dr. Pittinger galt, übernahm im Februar 1925 die Geschäfte. Neben ihm der General Freiherr Krafft v. Dellmensingen und der ehemalige Kgl. bayerische Minister v. Seidlein.

Ein bemerkenswertes Dokument des mit legalen Mitteln arbeitenden bayerischen Partikularismus ist die amtliche Denkschrift vom Januar 1924. Hierin wandte sich das Bayerische Ministerium gegen den Unitarismus der Weimarer Verfassung, welche der uralten bayerischen

Stammeseigentümlichkeit nicht genügend Freiheit belasse. Dewsegen wird die Revision der Weimarer Verfassung im „föderalistischen“ Geiste, wie ihn Bismarck geübt habe, verlangt. Das Reich soll in eine Art Staatenbund verwandelt werden. Besonderen Wert legt die Denkschrift darauf, daß die Kriminalpolizei bei den Ländern bleiben müsse. Eine Verstärkung der Reichsgewalt auf diem Gebiete der Kriminalpolizei wrd für unerträglich erklärt. Selbtsverständlich betont die Denkschrift, daß diese Forderungen nicht im Interesse Bayerns, sondern im Interesse des Reichs erhoben seien. Denn die Gesundung des Reichs müsse von den Einzelstaaten ausgehen.

Die Behauptungen der Denkschrift sind leicht zu widerlegen. Die nicht nur hier, sondern häufig von bayerischer Seite ausgesprochene Berufung auf Bismarck ist vollständig widersinnig. Denn Bismarcks Werk ist das unitaristische Preußen und nicht etwa ein föderalistisches Reich. Die Fortdauer der einzelnen Länder hat Bismarck nicht um eines föderalistischen Prinzips willen zugelassen, sondern aus dem einfachen Grund, weil die Macht Preußens nicht weit genug ging, um die südlichen Staaten einzuverleiben. Hinter dem Schein des Föderalismus, den die Bismarcksche Auffassung hatte, stand die reale Tatsache der unbedingten preußischen Vorherrschaft. Der Kampf gegen den Zentralismus ist innerlich unwahr, da Bayern selbst unitaristisch aufgebaut ist.

Die sog. bayerische Stammeseigentümlichkeit ist keineswegs uralt. Bayern, in seiner heutigen Form ist wenig mehr als hundert Jahre alt und verdankt seine Existenz Napoleon I., der zu dem eigentlichen Bayern „stammesfremde“ Gebiete hinzufügte. Die vorgeschlagene Ver-

wandlung in einen Staatenbund soll nur die Möglichkeit eines spezifisch bayerischen Königreichs schaffen. Unter der Gesundung des Reichs ist in der Sprache der bayerischen Machthaber einfach das Ungeschehenmachen des „November-Verbrechens" zu verstehen. Ganz deutlich ist die Denkschrift nur in einem Punkt, in der Förderung der spezifisch bayerischen Kriminalpolizei. Denn dies bedeutet, daß der in Bayern traditionelle Schutz von Hochverrätern bestehen bleiben soll.

Die Schwarze Reichswehr

Aus den Freikorps von 1919 entstanden die legalen, halblegalen und illegalen Verbände, die in den Kämpfen im Baltikum im Jahre 1919, während und vor allem nach dem Kapp-Putsch im Ruhrgebiet und, in Mitteldeutschland 1920, in Oberschlesien 1920 und 1921, endlich beim Einmarsch in Sachsen und Thüringen 1923 kämpften und plünderten. Die schwarze Reichswehr (S. R.) konnte erst entstehen, nachdem Ende 1922 die letzten halblegalen Verbände Freikorps, Bürgerwehr, Heimatschutzverbände, Grenzschutzbünde aufgelöst worden waren. Sie stellt nur einen kleinen Ausschnitt aus dem Gesamtkomplex der geheimen Rüstungen dar. In ihrer konzentrierten Form hat sie nur im Jahre 1923 existiert. Heute ist sie tot.

Rede Zeigners

Den besten Überblick über die halblegale Entstehung dieser Verbände und den vergeblichen Kampf einer republikanisch gesinnten Landesregierung gegen sie gibt eine Rede, die der damalige sächsische Ministerpräsident Dr. Zeigner am 18. Oktober 1923 im Sächsischen Landtag gehalten hat.

„Wohl im November 1921 haben wir erstmalig wegen dieser Dinge durch den Minister Lipinski in Berlin mit

ganz eingehendem Material Vorstellungen erhoben. Dann sind wir, der Herr Minister Lipinski und ich persönlich, im Hochsommer, im Juni und Juli 1922 in Berlin gewesen bei den Ministern Dr. Oeser und Radbruch. Wir haben hingewiesen auf die Beziehungen zwischen diesen Organisationen und der Reichsregierung, haben geltend gemacht, daß sie die Autorität der Landesregierungen aufs schwerste erschüttern, daß die Tätigkeit der Polizeibehörden gegen diese Organisationen zu einer ganz zwecklosen Sisiphusarbeit wird, und daß die Justizbehörden in schwere innere Konflikte gebracht würden, aus denen die Beteiligten oft kaum anders als durch Beugung des Rechts herauskommen können. Und bei diesen Besprechungen ist vom Reiche ursprünglich immer jegliche Beziehung zwischen der Reichswehr und den geheimen Organisationen in Abrede gestellt worden, und erst, als dies gegenüber dem Beweismaterial nicht mehr möglich war, da wurde behauptet, diese Beziehungen, die während der Polenaufstände angeknüpft worden seien, würden demnächst abgebaut. Und wir haben uns hinhalten lassen. Am 23. Februar hat eine Besprechung zwischen dem Herrn Minister Lipinski und dem Herrn Dr. Geßler stattgefunden; aber auch diese Besprechung hat zu keiner Klärung und was das Entscheidende ist, nicht zu einer Änderung der Verhältnisse geführt. Erst als wir sehen mußten, daß in einer ganzen Reihe von politischen Prozessen wegen Attentaten immer wieder darauf hingewiesen werden konnte, daß zwischen diesen Organisationen und den Reichswehrstellen ganz intime Beziehungen bestanden, haben wir uns entschlossen, wegen dieser Dinge in die Öffentlichkeit zu gehen. Diese Organisationen waren im März und April 1923 in Preußen,

in Sachsen, in Thüringen, in Baden und anderen Ländern aufgelöst worden. Dagegen hatte die deutschvölkische Freiheitspartei Beschwerde an den Staatsgerichtshof erhoben. In der Sitzung dieses Gerichtes am 26. April hat der Vertreter dieser Partei eingewendet, daß die Organisationen dieser Partei zwar geheime militärische Organisationen seien, daß sie aber im Einvernehmen mit dem Herrn Reichskanzler aufgestellt seien. Der Herr Reichskanzler Cuno habe zunächst den Herrn Reichstagsabgeordneten Graefe empfangen, später auch Roßbach. Auf Grund dieser Besprechungen seien dann diese Verbände und besonders die Turnerschaften der Deutschvölkischen als schwarze Reichswehr aufgestellt worden. Sie sollte die Regierung bei Angriffen von außen und Unruhen im Innern unterstützen. Die ganzen Organisationen seien im einzelnen mit Zustimmung und Mitwirkung der Reichswehr geschaffen worden. Auf den Truppenübungsplätzen der Reichswehr seien die Mitglieder jener Organisationen durch Reichswehroffiziere in besonderen Ausbildungskursen ausgebildet worden. Befehlshaber seien die Generäle Maerker, Stülpnagel und Lettow-Vorbeck. Zum Beweise hierfür hat sich seinerzeit der Verteidiger der deutschvölkischen Partei auf das Zeugnis des Reichskanzlers, des Reichswehrministers, des Generals v. Seeckt, des Generals Ludendorff, des Oberleutnants Roßbach usw. bezogen. Die Verhandlung hat seinerzeit vertagt werden müssen, und eine Klärung all dieser Fragen ist bis heute noch nicht erfolgt. Über diese alarmierende Mitteilung haben am 1. und 29. Mai in Berlin Besprechungen mit dem Herrn Reichskanzler und dem Herrn Reichswehrminister stattgefunden. Hierbei haben beide Herren eine wirkliche Klarstellung vermieden. Es ist

auch nicht gelungen, von ihnen die Zusage zu erhalten, daß eine Änderung eintreten werde. Ich habe ferner hier im sächsischen Landtage — es wird am 8. oder 9. Juni gewesen sein — erklärt: wenn diese Beziehungen nicht abgebrochen würden, wäre ich gezwungen, das Material der sächsischen Regierung vorzulegen. Das hat aber nicht dazu geführt, daß man diese illegalen und schädlichen Beziehungen abgebrochen hat, sondern ich bin nach Berlin gebeten worden, und man hat mir lediglich das eine gesagt: falls ich über diese Dinge spräche, müßte sich der Herr Reichskanzler alle, aber auch alle Gegenmaßregeln vorbehalten. Ich habe mich dann an den Reichspräsidenten gewandt — der ist ja der oberste Chef der Reichswehr — in einem Briefe vom 7. oder 8. August. Es hat später, am 11. September, eine Aussprache zwischen dem Herrn Reichswehrminister, dem Herrn Reichskanzler und einigen anderen Mitgliedern des Kabinetts, mir und Vertretern der sächsischen und der Reichs-Partei-Organisation der Sozialdemokratie stattgefunden. Bei dieser Besprechung ist ein großer Teil des Materials vorgetragen worden, und nach längerer Aussprache, bei der sowohl der Herr Reichskanzler wie auch Herr Dr. Geßler mit aller Entschiedenheit die Bildung einer schwarzen Reichswehr und die Beziehung zwischen Reichswehr und illegalen Organisationen verurteilt hatten, wurde uns von beiden Herren in Aussicht gestellt — unverbindlich zunächst —, daß das Reichskabinett in den nächsten Tagen eine Verordnung erlassen wolle, in der mit aller Klarheit und Eindeutigkeit von diesen illegalen, gegen die Republik tätigen Formationen abgerückt werden solle. Dies ist nicht geschehen. Wir sind also alle Wege gegangen, die überhaupt in Frage kamen.

Was hat schließlich das Reich getan? Wohl am 16. September ist ein Befehl des Herrn Reichswehrministers gekommen, der davon spricht, daß in erregter Zeit „wilde Gerüchte" aller Art die öffentliche Meinung erregten. Das Material, das aktenmäßig und unwiderlegbar ist, das sind „wilde Gerüchte". Und zum Schluß wird in diesem Befehle erklärt: „Wo Verbindungen dieser Art in einzelnen Fällen wirklich einmal bestanden, da sind sie aufgelöst." Welch unheilvoller Optimismus! Das Reich hat eine schwarze Armee — wie es scheint —, ohne daß das Reichswehrministerium etwas davon weiß. Wir haben in sehr vielen Fällen entstehende Organisationen zerschlagen können. Aber diese Organisationen bilden sich immer wieder neu, und sie erfahren bewußt oder unbewußt manche Förderung. Seit April d. J. haben wir durch monatelang fortgesetzte Erörterungen bis in den September d. J. feststellen können, daß z. B. im Lager in Königsbrück schwarze Reichswehr, viele hundert Menschen in Ausbildungskursen 4—6 Wochen ausgebildet worden sind. Nicht nur hier in Leipzig, in Dresden, im ganzen Reich sind in den letzten Tagen nicht nur Hunderte, sondern Tausende aus diesen illegalen Organisationen heraus eingezogen und eingekleidet, Leute, von denen jeder von uns sieht, das sind Studenten, das sind nicht Leute, die dauernd in der Reichswehr bleiben wollen. Wenn uns Erklärungen vorliegen, von den Leuten selbst, daß sie nur auf Zeit der Reichswehr angehören wollen, dann weiß man, das geschieht nicht, um hier und da 20 oder 100 Fehlstellen auszufüllen, da weiß man, da werden illegale Organisationen ausgebildet. In Leipzig z. B. sind in den letzten Tagen nach den polizeilichen Berichten in einigen Tagen 1500 Mann eingestellt

worden. Man muß diese Dinge aussprechen, sonst werden diese Dinge nicht geändert. Es fragt sich nur, ob dem Herrn Reichswehrminister diese Dinge bekannt sind. Bei den Besprechungen in Berlin am 11. September hat er sie ganz entschieden in Abrede gestellt. Es ist doch eine Ungeheuerlichkeit, daß auf der einen Seite Organisationen, die sich gegen den Staat einsetzen, aufgelöst und verfolgt werden und auf der anderen Seite die Mitglieder dieser Organisationen in die Reichswehr, also in das Instrument zum Schutze der Republik, eingereiht werden.

Das Entscheidende liegt aber darin, daß jede Tätigkeit gegen diese politischen Geheimorganisationen voraussetzt, daß die Organe des Staates wirklich den Kampf gegen diese Organisationen führen wollen, daß sie mit Lust und Überzeugung bei der Arbeit sind. Das aber ist einfach unmöglich, wenn die ersten polizeilichen Ermittelungen zwar zunächst aussichtsvoll verlaufen, aber nie eine Hauptverhandlung stattfindet, die Beschuldigten vielmehr wieder auf freien Fuß gesetzt werden, die beschlagnahmten Waffen irgendwohin nach Berlin verschwinden und dann auf einem Umweg in die illegalen Organisationen wieder zurückfließen. Es handelt sich auch nicht um harmlose Organisationen. Vergessen Sie niemals, daß aus diesen Organisationen heraus nicht eins bis zwei, sondern zahlreiche politische Morde erfolgt sind, nicht nur gegen Reichsminister, gegen Politiker, sondern gegen Mitglieder derselben Organisationen oder politische Gegner."

Von den Abgeordneten ist keiner auf diese Ausführungen Zeigners materiell eingegangen. Der Abgeordnete Dr. Kaiser (Deutsche Volkspartei) hat bedauert, daß der Reichswehrminister keine Möglichkeit hatte, sofort zu

antworten. Die Rede des deutschnationalen Abgeordneten Beutler ging im Lärm unter. Der Abgeordnete Bünger (Deutschnational) stellte ein Mißverständnis bezüglich des Geheimbundes „Die Brüder vom Stein“ fest und kam zu dem Schluß, es liege keinerlei Grund vor zu der Annahme, daß dieses Verfahren geflissentlich verschleppt worden sei. Der Abgeordnete Renner (Kommunist) brachte weitgehendes Material über die schwarze Reichswehr vor und berichtete von einem Überfall. Der Präsident drohte, die Tribüne räumen zu lassen, wenn weiterhin geraucht würde.

Nach einer kurzen Bemerkung des Abgeordneten Seiffert wurde die Diskussion über diesen Punkt der Tagesordnung geschlossen.

Kurze Zeit nach dieser Rede wurde Zeigner durch den Staatsstreich Stresemann-Heinze seines Amtes entsetzt und damit mundtot gemacht. Am 29. März 1924 wurde er wegen passiver Bestechung zu 3 Jahren Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust verurteilt. Sein Unglück war, daß er einen berufsmäßigen Erpresser, der eine kleine Lebensmittelschiebung Zeigners aus der Kriegszeit kannte, nicht hatte loswerden können. Seine Revision wurde am 8. Juli 1924 verworfen. Auf dem Gnadenweg wurde er am 29. August 1925 entlassen.

Oberleutnant Schulz

Beim Wehrkreis III (Berlin) des Generals von Horn wurden Anfang 1923 sog. „Arbeits-Kommandos“ begründet. Das Bureau des Führers, der Oberleutnant Schulz, befand sich im Gebäude des Wehrkreiskommandos in der Kurfürstenstraße. Schulz gelang es bald — ohne

von dem Generalstabschef Oberstleutnant von Bock und seinem direkten Vorgesetzten Hauptmann Keiner gestört zu werden —, die Arbeitskommandos von ihrer ursprünglichen Stärke von etwa 8—10 Mann pro Standort auf die 10—20fache Stärke zu bringen. Im Sommer 1923 waren die Arbeitskommandos so stark, daß sie in manchen Garnisonen wie in Küstrin, Frankfurt/a. O., Spandau und Döberitz den legalen Formationen der Reichswehr an Kampfkraft wie an Bewaffnung überlegen waren. Die rings um Berlin versammelten „schwarzen" Truppen waren im Einvernehmen mit den Völkischen bereit, auf das Kommando von Schulz in die Hauptstadt einzumarschieren und die Regierung auseinanderzujagen. Da man den Anschluß Seeckts und der Reichswehr voraussetzte, war man auf wesentliche Widerstände nicht gefaßt.

Als im August und September 1923 die wirtschaftliche Lage, infolge der fortschreitenden Inflation und des drohenden Zusammenbruchs des passiven Widerstandes, immer bedrohlicher wurde, wuchsen die Putschvorbereitungen. Lange Besprechungen fanden im Bureau des Schulz statt, jedoch konnte eine Einigung über die Verteilung der noch zu erringenden Regierungsposten nicht erzielt werden. Graefe, als Führer der Völkischen, und der von Schulz plötzlich in den Vordergrund geschobene Major Buchrucker stritten sich um die Diktatur.

Am 23. September 1923 fand in Berlin eine Sitzung der Vereinigten Vaterländischen Verbände statt, an der Buchrucker, Graefe und der Führer des alldeutschen Verbandes, Justizrat Claß, teilnahmen. Auf Grund der Beschlüsse dieser Versammlung ging Claß am Tage darauf zu General von Seeckt und versuchte, diesen zu gewinnen. Seeckt lehnte ab. Seine Weigerung erhielt noch stärkeres

Gewicht durch die Verhängung des Ausnahmezustandes und die Ernennung des Reichswehrministers Dr. Geßler zum Inhaber der vollziehenden Gewalt, die in der Nacht vom 26. zum 27. September erfolgte. Am 26. September war nämlich in München die Diktatur des bayerischen Partikularisten Kahr durch die Errichtung des Generalstaatskommissariats mit der Spitze gegen Berlin errichtet worden. Der Konflikt Seeckt—Lossow war damit öffentlich, und mit ihm die Gefahr des von Bayern her ins Reich getragenen Bürgerkrieges.

Der Einmarsch nach Berlin sollte nach den Plänen der Leute um Schulz den Sturz der Regierung herbeiführen. Im Anschluß daran sollte ein Direktorium mit diktatorischer Gewalt eingesetzt werden. Auch zu den V.V. im Reich waren enge Verbindungen hergestellt, so daß mit einem allgemeinen Aufflammen des Aufstandes gerechnet werden konnte.

In Berlin sollte die Besatzung der Zitadelle Spandau vereint mit einigen tausend Leuten aus der Ehrhardtbrigade unter dem Major Günther und Hauptmann Pelz für sofortige Besetzung der Telegraphenbureaus und der sonstigen öffentlichen Gebäude, insbesondere der Fernbahnhöfe sorgen („Weltbühne" vom [redacted]. [redacted]. [redacted]). Das Divisionsgebäude in der Kurfürstenstraße, in dem das Hauptquartier der S.R. lag, sollte durch einen 40 Mann starken Offizierstoßtrupp, deren Ausrüstung bereit lag, besetzt werden. Dieser Stoßtrupp hatte den Befehl, die Reichswehroffiziere in der Stadt zum Mitgehen aufzufordern und bei Weigerung in Haft zu nehmen.

Als erste Regierungstaten des Direktoriums waren vorgesehen: Verbot der nicht nationalen Tageszeitungen, Inhaftierung der Regierungsmitglieder, Auflösung des

Reichs- und Landtags, Aufruf an die Bürgerschaft, Einführung der Todesstrafe für streikende Arbeiter, Beschlagnahme aller Autos in Berlin, Einführung eines vorübergehenden Paßzwanges.

Drei Tage nach dem geglückten Umsturz sollte die aufgefüllte Armee unter Vorantritt einer mit neuen Uniformen ausgerüsteten Garde-Kompagnie durch die Siegesallee und das Brandenburger Tor einen feierlichen Einzug halten.

Um die Disziplin der Truppen aufrechterhalten zu können, war ein Befehl vorgesehen, nach dem Trunkenheit mit empfindlichen Freiheitsstrafen bestraft werden sollte. Die Ernährung der Stadt sollte durch Brotgetreidelieferungen des Landbundes sichergestellt werden.

Stimmungsbild

Der folgende Bericht eines Mannes, der auf Anregung eines sozialistischen Ministers bei der S. R. war, zeigt sehr plastisch das Milieu:

„Der Eisenbahnsekretär C., in G. wohnhaft, war Werber für die S. R. Da er wußte, daß ich vom Dienst dispensiert bin, fragte er, ob ich nicht dorthin wollte. Ich erhielt von C. 60 Mill. Fahrgeld nach Spandau. In Spandau angekommen, meldete ich mich auf der Zitadellenwache und ließ mich zu dem Schützen C. (Sohn von C.) bringen. Dieser meldete mich bei dem Oberleutnant von Bargen (wird wegen politischer Sachen gesucht). Bargen frug, ob ich gewillt sei, die Sache mitzumachen. Ich hielt ihm nun meine Dienstenthebung vor. Darauf meinte Bargen: Hier bei uns sind Sie sicher. Ich wurde als Unteroffizier eingestellt und sollte mich als Fernsprecher bei dem

Feldwebel Becker melden. Eines Tages traf ich einen Kollegen aus Kurland. Dieser war bei einer technischen Formation (wird wegen politischer Sachen steckbrieflich gesucht) und meinte, daß unser früherer Leutnant auch da sei. Ich ging nun mit zu ihm hin und stellte mich als Baltikumer vor. Er frug gleich, ob ich nicht zu seiner Formation wollte, was ich bejahte. Ich ging zu Oberleutnant v. Bargen und bat, daß ich zu Leutnant Gutberlet wollte, was er auch genehmigte. Die ersten Tage hatte ich die militärische Ausbildung. Später erhielt ich die Bekleidungs- und Bewaffnungskammer. Unsere Formation hieß Kobeka (Kommando Becker Kanone). Die Leute, die ich ausbilden sollte, waren aus Darmstadt und Wiesbaden. Auf meiner Waffenmeisterei hatte ich 3 Beckerkanonen[1]), 10 schwere Maschinengewehre, 5 leichte Maschinengewehre, 11 M.-Pistolen, Infanteriemunition, Pistolenmunition, 30 Magnete für Autos, 50 Karabiner, 30 Garnituren vollständige Ausrüstungen. Das Schreiben war streng verboten. Es waren Posten am Eingang sowie am Briefkasten gestellt.

Wir vom Kobeka segelten unter dem Namen „Arbeitskommando des 3. Pion.-Batl." Alle anderen Mannschaften, 300 Mann, mußten, wenn ein höherer Reichswehroffizier kam, die Stuben verlassen und in die Bastion flüchten. Manchmal lagen die Leute von morgens bis spät abends in diesem Unterstande. Am 28. Sept. war der Tag des Losschlagens. 600 Mann war die ganze Zitadellenbesatzung. Am selben Tage wurde abgeblasen, weil sich sämtliche nationale Verbände von der S. R. lossagten und sich der Regierung stellten. Was nun tun? Am selben Tage abends fuhren Oberleutnant von Bargen und Witt nach München

[1]) Beckerkanonen = 3,5 cm Revolverkanonen.

zwecks weiterer Organisationen, welche auch gelangen. Sämtliche Kompagnien wurden auf dem Lande untergebracht."

Der Putsch von Küstrin

Schon im Laufe des Sommers 1923 hatten in Küstrin Werbungen begonnen, die nach der Demobilmachungsverordnung durch das städtische Arbeitsamt vorgenommen worden waren. In einem Verfahren gegen Alter (Amtsgericht Frankfurt a. O. 187/24) hat der Reichswehrsoldat Alfons Maleck beschworen, daß einige Wochen vor dem Küstriner Putsch auf einer Landbundversammlung zu Briesen/Mark die Jugend aufgefordert worden ist, nach Küstrin zu kommen, um dort an Übungen der Reichswehr teilzunehmen. — Zu diesen Neugeworbenen, die im Zeughof, einem Teil der alten Zitadelle untergebracht waren und unter dem Befehl des Majors a. D. Herzer standen, traten in kurzen Abständen „Freiwillige", meistens Studenten, die regelmäßig 4 Wochen ausgebildet wurden. Die Leute fanden sehr bald im Zeughof nicht mehr Platz, und ein Teil von ihnen mußte in die Kasematten der desarmierten Forts Sebzig und Tschernow verlegt werden. Mit den „Reitervereinen" und „Sportklubs" der Umgegend bestand lebhafter Verkehr. Desgleichen mit lokalen Stahlhelmgruppen, die die bereits Ausgebildeten in ihre Reihen aufnahmen und für ständigen Nachschub von Ungedienten Sorge trugen. Der Adjutant des Festungskommandanten, der Oberleutnant Vogel, betätigte sich als Werber, wie folgender Brief beweist: „Wenn Sie sich der Bekämpfung des Bolschewismus widmen wollen, bitten wir Sie, sich umgehend bei uns einzufinden, andernfalls wir auf Ihre Dienste verzichten müssen . . ."

Die jungen Leute, an die dieser Brief gerichtet war, haben sich dann später unter den Gefangenen des Zeughofes befunden („Weckruf“ 17. Juli 1924). Als die Bevölkerung lebhaft über Zusammenstöße mit der Soldateska Klage führte, ließ Minister Severing eine Untersuchung veranstalten, die alle Beschwerden vollauf bestätigte. Aber es war den Beamten nicht möglich, auf das sog. militärische Gelände vorzudringen, weil dessen Betreten nur mit Genehmigung des Reichswehrministeriums zulässig ist.

Charakteristisch für die moralische Qualität der „K-Truppe“ — so werden diese Leute genannt — war der Umstand, daß sehr bald nach ihrer Formierung eine „Strafkompagnie“ errichtet werden mußte, die in Fort Gorgast untergebracht wurde.

Am 30. September wurde gegen Major Buchrucker Haftbefehl erlassen. Dieser versuchte sich durch sofortiges Losschlagen zu retten und fuhr auf eigene Faust nach Küstrin, ohne die anderen „Arbeitskommandos“ von seinem Vorhaben zu benachrichtigen.

Am 30. September wurden die Mannschaften der „K-Truppe“ per Bahn und mit Lastautos abtransportiert. Die abgehenden Truppen erhielten Verpflegung für mehrere Tage — die ganze Nacht hindurch hatten die Bäckereien gebacken — und die Löhnung. Am Abend vereinte ein Liebesmahl noch die Offiziere der Reichswehr und der „K-Truppe“. Der Kommandant der Festung Oberst Gudovius war zugegen („Weckruf“ 17. Juli 1924). In der Frühe des 1. Oktober sperrte die „K-Truppe“ die Stadteingänge und besetzte die wichtigsten strategischen Punkte. Gleich darauf erschien Major Buchrucker in Begleitung des Major Herzer und

noch zweier Offiziere in der Zitadelle und forderte den Kommandanten auf, gemeinsame Sache mit ihm zu machen. Oberst Gudovius lehnte das ab:

„Für mich handelte es sich um die unglaubliche Tatsache, daß die unter meinem Kommando stehende Festung Küstrin der Reichswehr, das Bollwerk des Deutschen Staates, von fremder Hand besetzt worden war. Für mich gab es nur eines: Es mußte sofort gehandelt werden, um diese unglaubliche Tatsache unverzüglich aus der Welt zu schaffen ...“ (Aussage im Kottbuser Prozeß 25. Okt.)

Gudovius verhaftete Buchrucker. Dessen Leute waren unterdessen im Zeughof eingeschlossen worden, weigerten sich aber, zu kapitulieren. Die Fahrabteilung und die 3. Pioniere reichten zur Niederwerfung des Aufstandes nicht aus. Der Kommandant lehnte aber die angebotene Hilfe der Arbeiterschaft ab und wartete auf telephonisch herbeigerufene Verstärkung. An Stelle des erwarteten Zuzugs rollten jedoch gegen 7 Uhr abends zuerst zwei Lastkraftwagen voll Stahlhelmleuten in die Stadt.

Als das erste Auto im Zeughof einlief und von den „K-Leuten“ mit Hurra begrüßt wurde, eröffneten die erbitterten Reichswehrleute — ohne den Befehl ihrer Offiziere abzuwarten — das Feuer auf den zweiten Wagen. Ein Stahlhelmmann wurde hierbei getötet, mehrere andere verletzt. Um 2 Uhr morgens des 2. Oktober ergaben sich die eingeschlossenen Rebellen, nachdem noch die Frankfurter Infanterie und die Reiterregimenter 2 und 9 in die Stadt eingerückt waren. Gorgast wurde am Abend von den 8. Infanteristen besetzt. Die Forts Sebzig und Tschernow konnten erst am nächsten Morgen ausgeräumt werden.

381 wohlbewaffnete Schwarze Reichswehrsoldaten wurden gefangengenommen, allerdings schon nach ganz kurzer Zeit wieder entlassen. Die Offiziere blieben in Haft.

Ein amtlicher Bericht vom 1. Oktober meldete diese Vorgänge in folgender Form: „In den frühen Vormittagsstunden des 1. Oktober haben nationalkommunistische Haufen den Versuch gemacht, sich durch Überrumpelung der Festung Küstrin in deren Besitz zu setzen. Der Versuch ist mißlungen, und zwar ist er durch entschlossenes Handeln des Festungskommandanten, des Pionierobersten Gudovius, im Keime erstickt worden, die Kämpfe dauern noch an."

Gleichzeitig erging an die Presse ein Verbot privater Telegramme. Noch am 5. Oktober wurde die „Berliner Volkszeitung" vom Inhaber der vollziehenden Gewalt verboten, weil sie dem Verbot zuwider von der S. R. berichtet hatte.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" hat übrigens (Nr. 455/456) mit herzerfrischender Offenheit die Küstriner Putschisten als mögliche Gesinnungsgenossen bezeichnet und offengelassen, „ob die Feinde von heute nicht vielleicht die Freunde von morgen sein würden".

Am 3. Oktober publizierte das Reichswehrministerium einen abschließenden Bericht, aus dem wir Folgendes wiedergeben:

„Seit Mitte letzter Woche fanden in der näheren und weiteren Umgebung Berlins Ansammlungen von jungen Leuten statt, die angaben, daß sie sich der Reichswehr zur Verfügung stellen wollten. Der Militärbefehlshaber und die Polizeibehörden veranlaßten, daß sie, wo sie gestellt würden, zerstreut und wieder nach Hause geschickt würden. Der Verdacht lag vor, daß diese Leute

unter Vorspiegelung nationaler Ziele von einer Stelle aus einheitlich angesetzt worden seien, um, zu militärischen Verbänden zusammengestellt, innerpolitischen Zwecken zu dienen. Der Wehrkreisbefehlshaber erließ deshalb in der Presse am 29. September öffentliche Warnungen. Als Führer der Bewegung wurde Major a. D. Buchrucker ermittelt, und es wurde am 30. September Haftbefehl gegen ihn erlassen. Major Buchrucker hat offenbar erkannt, daß seine Pläne durchkreuzt werden sollten; er zog in der Nacht vom 30. September zum 1. Oktober so viele seiner Anhänger, als er erreichen konnte, in Küstrin zusammen. Sie verbargen sich zunächst im Zeughof, einem alten Festungswerk, in dem nur ein Trupp von Zivilarbeitern der Festung lag, der mit ihnen im Verständnis handelte.

Major Buchrucker scheint beabsichtigt zu haben, durch Überrumpelung der Festung Gleichgesinnte im ganzen Reich zum Losschlagen zu veranlassen und durch diese Verzweiflungstat sich selber zu retten . . .“

„Die Aburteilung der Festgenommenen wird durch ein außerordentliches Gericht in Kottbus erfolgen. Gleichzeitig mit diesen Ereignissen ist auch die nähere Umgebung Berlins von Reichswehr und Schutzpolizei streng überwacht worden, um alle anderen Ansammlungen zu verhindern. Hierbei wurden etwa 200 Mann festgenommen, die sich in dem Döberitzer Gelände sammelten.“

Nach diesem Bericht wäre also die Besetzung des Küstriner Zeughofes erst in der Nacht vom 30. September zum 1. Oktober erfolgt, während durch zahlreiche Zeugeneide belegt ist, daß diese Leute seit Monaten im Zeughof und in den Forts gelegen hatten.

Die Verhandlungen des Kottbuser Sondergerichtes fanden unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt.

Das Urteil gegen Buchrucker lautete auf 10 Jahre Festungshaft und 100 Milliarden Mark Geldstrafe (10 Goldmark). Die anderen wurden wegen Beihilfe zur Amtsnötigung gemäß 114 StGB. mit Gefängnis bestraft, und zwar erhielten Major a. D. Fritz Herzer 2 Jahre 6 Monate, Kaufmann Hans Hain 8 Monate, der Oberleutnant a. D. Voigt 6 Monate; der Student Reiche und der Zahnarzt H. Fliege 5 Monate, Oberleutnant Walter, der Landwirt Stobbe, der Oberleutnant Francke und der Kaufmann Wojzewski je 3 Monate Gefängnis. Vier Angeklagte wurden freigesprochen. Selbst bei der Urteilsbegründung wurde die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Daher sind die entscheidenden Tatsachen nicht an die Öffentlichkeit gelangt.

Die schwarze Reichswehr wurde aufgelöst, formell entwaffnet und rückte zum größten Teil mit den Waffen unter den Augen der Behörde aus Küstrin, Spandau und Döberitz nach Mecklenburg ab. Dort stießen sie zu den Roßbachern und kamen auf die Arbeitskommandos. Durch Vermittlung des Oberleutnant Freiherrn von Senden wurde eine kombinierte Kompagnie dieser Leute, darunter auch Spielleute in die Reichswehr aufgenommen. Allerdings wurde die Kompagnie bereits im November 1923 wieder aufgelöst.

In Mecklenburg wurde dann die Reihe der Fememorde, die bereits in und um Küstrin begonnen hatten, fortgesetzt (vgl. Kapitel Morde und Attentate).

Die Lage dieser Verbände wurde erleichtert durch den Vorstoß, den die deutsche Volkspartei am 2. Oktober 1923 gegen das Kabinett Stresemann unternahm. Ihr Ultimatum gipfelte in 4 Forderungen: Errichtung der Diktatur, Anerkennung Kahrs als Generalstaatskommissar,

Aufhebung des Achtstundentages, Entlassung des Reichsfinanzministers Hilferding. Diese Forderungen kamen den Ambitionen der Führer der nationalen Revolution außerordentlich entgegen. Ihre teilweise Durchsetzung lenkte die Aufmerksamkeit der öffentlichen Meinung von diesem Problem ab.

Studentenbataillone

Kaum waren diese illegalen Organisationen an einer Stelle des Reichs unterdrückt, als sie an anderen Stellen mit weit größerer Macht auftauchten. Als Vorhut für den von Bayern aus geplanten Vormarsch nach Berlin marschierte der steckbrieflich verfolgte Kapitän Ehrhardt mit etwa 10 000 Mann Stahlhelm-, Jungdo- und Wikingleuten in Nordbayern auf. Aus Jena stieß eine Reihe von Studenten zu ihm. Die thüringische Regierung führte eine Zugkontrolle durch, welche zur Verhaftung von 150 Studenten führte, die bei der Reichswehr in Bamberg eingestellt worden waren und nach Jena zurückkehrten. Im folgenden einige Aussagen von Studenten, die am 10. November und an den folgenden Tagen in Probszella festgenommen wurden:

„Ich fuhr nach Bamberg und meldete mich auf dem Bahnhof bei einem Wickingposten, ein Mann brachte mich dann zu Oberleutnant Finke. Finke ist S. A.[1])-Mann. Finke sagte mir, daß als Verbindungsstelle Major Silliger, Reichswehrreiterregiment 17, in Frage käme. Major S. führte mich zum Regiment. Die ausgebildeten Studenten sollten als Zeitfreiwillige eingestellt werden. Die unausgebildeten sollten in der Kaserne zur Verfügung des

[1]) Sturmabteilung der Nationalsozialisten.

Regiments stehen. Am gleichen Tage fuhr ich von Bamberg nach Jena zurück und machte Stein Meldung, daß der Thüringer Wald ohne Schwierigkeiten passiert werden könne. Noch am Abend — 7. Nov. 1923 — fuhren wir mit 40 Mann Studenten nach Bamberg. Wir wurden in der Reiterkaserne untergebracht. An einigen Tagen wurden Fußübungen und Zielübungen gemacht. Am 8. Nov. 1923 kam ein weiterer Transport Studenten aus Jena (60 Mann). Diese wurden in der Landespolizeikaserne, und zwar in den Unterkunftsräumen der Maschinengewehrabteilung Reiterregiment 17 untergebracht. Es herrschte nur eine Meinung, daß eine Auseinandersetzung zwischen Bayern und Norddeutschland in den nächsten Tagen stattfinden würde. Als ich am 9. Nov. morgens gegen 4 Uhr den letzten Transport Studenten in die Landespolizeikaserne brachte, bemerkte ich eine lebhafte Tätigkeit der Landespolizei. In der Stadt hörte ich von dem Umsturz in München und machte mich schwach."

Ein anderer Student erklärt:

„Seit $1^1/_2$ Jahren bin ich als Zeitfreiwilliger beim Regiment Nr. 12 in Magdeburg notiert. Um den 16. Oktober 1923 wurde ich einberufen. Bin 1917 als Fahnenjunker eingetreten und im März 1919 als Fähnrich entlassen. Ich gehöre im Regiment 12 der 10. Kompagnie an. In dieser waren ca. 50 Zeitfreiwillige, davon 10 Gewerkschaftler."

Erich Schönau, Kaufmann in Jena, erklärte:

„Am Mittwoch, den 7. Nov. 1923 trat Leutnant Stein an mich heran und erklärte mir: Wir sind durch ein Telegramm von der Reichsregierung aufgefordert worden, uns dem Reiterregiment 17 in Bamberg zur Verfügung zu

stellen. In Bamberg angekommen, wurden wir von Stein empfangen und nach der Koppenhofkaserne geführt und als Studentenkompagnie untergebracht. In der Verpflegung und Unterkunft waren wir dem Maschinengewehrzug Reiterregiment 17 angegliedert. Am 10. Nov. gab Stein bekannt: Die Nichtausgebildeten müßten warten, da erst die bereits eingestellten Leute des Maschinengewehrzuges eingekleidet werden müßten. Wir sollten zur Auffüllung der bayerischen Schutzpolizei verwandt und mittels Lastkraftwagen abtransportiert werden. Wir lehnten die Einreihung ab, weil wir doch als Zeitfreiwillige in die Reichswehr eingereiht werden sollten und mit dieser die Exekutive gegen Sachsen und Thüringen mitmachen wollten."

Der Student W. G. sagt aus: „Seit Wochen wurden unter den Studenten die Interessen geweckt, militärisch ausgebildet zu werden. Etwa in der zweiten Julihälfte wurden mehrere Korpsbrüder 4—5 Wochen lang in Grafenwöhr ausgebildet. Am 8. Nov. 1923 fuhren wir nach Bamberg. Das Fahrgeld stammte von der bayerischen Regierung. Am 9. Nov. wurde uns von Leutnant Stein mitgeteilt, daß wir am folgenden Tage entlassen werden würden."

Der Student O. H. sagt aus: „Am 8. Nov. erfuhr ich durch meine Bundesbrüder, daß durch die Vermittlung des Herrn Stein Studenten militärisch ausgebildet werden könnten. Ich fuhr mit nach Bamberg. Das Reisegeld wurde uns gezahlt. In Bamberg waren wir beim Reiterregiment 17 untergebracht. Ich war mir schon vor der Abreise klar darüber, daß das, was ich tat, ungesetzlich sei."

Der Student H. T. sagt aus: „Wir erwarteten einen

nationalen Umschwung und wollten dabei der Reichswehr helfen. Ich stellte mir dies so vor, daß wir erst über Thüringen und dann nach Berlin marschierten. Dies war allgemeine Ansicht."

Nicht alle 150 Studenten konnten vernommen werden, da durch Befehl der mittlerweile in Thüringen angeblich zum Schutz des Landes eingerückten Reichswehrgruppe Hasse die Vernehmung eingestellt und die Verhafteten freigelassen werden mußten. Ebenso mußte der Kaufmann Erich Schönau aus Jena, der die Ausbildung geleitet hatte, entlassen werden. Oberst Föhrenbach von der Gruppe 3 der Wehrkreiskommandos 5 verlangte dann durch den Studenten Klonz Rückgabe des Freilassungsbefehls, damit nicht nachgewiesen werden konnte, daß die Reichswehr diese illegalen Einstellungen gedeckt hatte. Der Befehl hatte gelautet:

„Gruppe III — St. i u. Jena, den 12. Nov. 1923
Ia Nr. 154/23

Ausweis

Die aus dem Dienste der Reichswehr in Bamberg entlassenen 150 Jenaer Studenten sind auf ihrer Rückreise nach Jena völlig unbehindert über die thüringische Grenze durchzulassen.

Jegliche Untersuchung oder Vernehmung ist untersagt. Dieser Weisung der Gruppe Hasse ist von allen Stellen an der thüringischen Grenze Folge zu leisten.

Im Auftrage der Gruppe Hasse
Stempel — gez. Richter,
Artillerie-Führer V. — Hauptmann im Gen.-Stabe."

Die verlangte Rückgabe der Befehle erfolgte nicht. Die thüringische Regierung hat vielmehr das Material an

den Staatsgerichtshof eingesandt. Außerdem wurde gegen den Militärbefehlshaber Strafantrag wegen Begünstigung eines hochverräterischen Unternehmens und Beamtennötigung erstattet. Selbstverständlich sind diese Anzeigen ohne Erfolg geblieben.

Gestellungsbefehle zur Schwarzen Reichswehr

Als die Reichswehr im November 1923 in Thüringen angeblich zum Schutz dieses Landes vor dem drohenden Einmarsch der Bayern einmarschierte, nahm sie illegale Einstellungen vor. Diese Verstärkungen bezog sie nur aus rechtsradikalen Verbänden. Dabei wurden Stellungsbefehle verwendet. Die Art, wie dies geschah, ergibt sich aus einem Artikel des „Stahlhelm“ vom 8. Mai 1924, der in folgendem wiedergegeben wird:

„Ein Magistratsangestellter einer mitteldeutschen Stadt, der sich im vorigen Herbst der Reichswehr zur Auffüllung ihres Sollbestandes zum Schutze der Ruhe und Ordnung zur Verfügung gestellt hatte, sollte vom Magistrat nicht wieder eingestellt werden, da nach dessen Ansicht der Angestellte seine Stelle eigenmächtig verlassen habe. Das Urteil des Amtsgerichts stellt demgegenüber fest, daß das Dienstverhältnis des Klägers mit der Beklagten weder mit Zustimmung des Klägers noch durch begründete fristlose Entlassung beendigt ist.

Tatbestand: Kläger war seit Juni 1919 beim Magistrat der Stadt X. als Verwaltungsbeamter tätig. Er ist Mitglied des Jungdeutschen Ordens und erhielt als solcher am 15. Oktober 1923 anläßlich der Verstärkung der Reichswehr zum Zwecke der Aufrechterhaltung der öffent-

lichen Ruhe und Ordnung eine Aufforderung zum sofortigen Eintritt in die Reichswehr. Kläger begab sich zum Ersten Bürgermeister A. und verhandelte mit ihm zwecks Erlangung von Urlaub. Der Erste Bürgermeister nahm dem Kläger den Gestellungsbefehl ab, um die Rechtmäßigkeit des Unternehmens zu prüfen, und entließ den Kläger. Tags darauf begab sich der Großmeister der Bruderschaft X. des Jungdeutschen Ordens, B., zum Ersten Bürgermeister und verhandelte mit ihm. Am Abend desselben Tages ließ der Erste Bürgermeister den Gestellungsbefehl für den Kläger dem B. zugehen. Dieser gab dem Kläger den Gestellungsbefehl zurück und sagte ihm, der Erste Bürgermeister habe ihn beurlaubt.

Darauf leistete der Kläger dem Gestellungsbefehl Folge. Auf eine Anfrage des Klägers vom 29. Oktober 1923 nach der Dauer seines Urlaubs antwortete der Magistrat X. mit einem Schreiben vom 31. Oktober, worin er zum Ausdruck brachte, daß der Kläger seine Stelle eigenmächtig verlassen habe und darüber anderweitig verfügt sei.

Kläger behauptete, der Erste Bürgermeister habe zu B. auf dessen Fragen, ob er dem Kläger bestellen könne, daß der Herr Erste Bürgermeister ihn beurlaubt habe, dies bejaht, und führt weiter aus, der Eintritt in die Reichswehr im dringenden öffentlichen Interesse könne auch ohne Erteilung von Urlaub nicht zur Grundlage für eine fristlose Entlassung des Klägers genommen werden. Er habe ein Interesse daran, daß festgestellt werde, daß sein Dienstvertrag mit der Beklagten weder mit seiner Zustimmung noch durch eine begründete fristlose Entlassung beendigt sei.

Beklagte stellte sich auf den Standpunkt, daß Kläger auf eigene Gefahr gehandelt habe, wenn er dem Gestel-

lungsbefehl Folge geleistet hätte. Da er tatsächlich seinen Urlaub nicht erhalten habe, so sei er eigenmächtig von seiner Dienststellung ferngeblieben. Er hätte gerade im Interesse der öffentlichen Ordnung seine eigenen dienstlichen Angelegenheiten ordnungsgemäß erledigen müssen, und hätte sich nicht darauf verlassen dürfen, daß irgend jemand, nämlich der B., ihm mitteilte, er hätte Urlaub und könne fahren. Es sei also ein Grund zur fristlosen Kündigung gegeben.

Entscheidungsgründe: Nach den eigenen Angaben der Beklagten hat der Kläger sich um Urlaub bei dem Ersten Bürgermeister A. zum Zwecke des jeweiligen Eintrittes in die Reichswehr bemüht. Wie die eidliche Aussage des Zeugen B. ergibt, hat dieser den Ersten Bürgermeister A. gefragt, ob er C. bestellen dürfe, die Angelegenheit sei erledigt. C. sei beurlaubt, und brauche nicht noch einmal herzukommen. Darauf hat der Erste Bürgermeister nach der Aussage des B. geantwortet: „Ja, das können Sie bestellen." Hieraus geht einwandfrei die Urlaubserteilung für C. hervor. Die Auffassung des Zeugen B. war also weder gekünstelt noch fahrlässig und war von ihm dem Kläger richtig wiedergegeben. Letzterer handelte auch nicht fahrlässig, indem er sich auf die Angaben des Zeugen B. verließ, um so weniger, als der Erste Bürgermeister selbst es nicht beanstandete, daß der Zeuge als Vermittler auftrat. Im übrigen kann die Auffassung der Beklagten, daß der Kläger bei dem Eintritt in die Reichswehr in Ansehung seines Angestelltenverhältnisses auf eigene Gefahr gehandelt habe, weder im Interesse der öffentlichen Sicherheit noch in demjenigen der öffentlichen Moral gebilligt werden.

Wie von der Beklagten nicht in Abrede gestellt wird,

vollzog sich die Verstärkung der Reichswehr in behördlicherseits erlaubten Bahnen. Der Umstand, daß die Einberufung zum Heer nicht in Form einer öffentlichen Aushebung oder gesetzlich vorgesehenen Mobilisation erfolgte, liegt in den Beschränkungen begründet, die der Vertrag von Versailles dem Deutschen Reiche in Ansehung seines Heerwesens und seines Bestimmungsrechts auferlegte. Das Deutsche Reich ist daher in Fällen einer Gefahrenlage, die ihm die zeitweilige Verstärkung der Wehrmacht notwendig erscheinen läßt, genötigt, auf Kräfte zurückzugreifen, die hierfür geeignet erscheinen und die sich freiwillig hierfür zur Verfügung stellen. Ob eine solche Gefahrenvorlage vorliegt und welche Kräfte zu ihrer Beseitigung heranzuziehen sind, unterliegt nicht der Nachprüfung durch eine untergeordnete Behörde. Es genügt, wenn die Regierung des Deutschen Reiches sich zum Zwecke der Unterstützung an bestimmte Organisationen oder Einzelpersonen wendet, um diese vor Nachteilen zu schützen, welche sich in wirtschaftlicher oder sozialer Hinsicht aus der Eigenart ihrer Einberufung ergeben können.

Die Aussage des Zeugen B. macht ersichtlich, daß die Inmarschsetzung des Klägers schnellstens zu geschehen hatte, wie ja auch, — davon abgesehen — allgemein bekannt ist, daß die politische Lage im Herbst 1923 schleunige Maßnahmen erforderte. Eine Versagung des Urlaubs für den Kläger hätte also entweder, wenn nämlich der Kläger infolgedessen der Einberufung keine Folge geleistet hätte, staatsgefährdend gewirkt, oder die würde, wenn dem Kläger sein Eintritt in die Reichswehr als eigenmächtiges Verlassen seiner Dienststelle mit allen Rechtsnachteilen ausgelegt werden würde, diesen in moralwidriger Weise schädigen."

Dies der bemerkenswerte Artikel. Gekürzt ist darin nur die Darstellung der für das politische Problem belanglosen Frage, in welcher Form der Bürgermeister den angeblichen Urlaub gewährte.

Also: die schwarze Reichswehr verschickte im Oktober 1923 Gestellungsbefehle u. a. an die Angehörigen des Jungdeutschen Ordens. Ein Angehöriger verlangt daraufhin „Urlaub". Der korrekte Bürgermeister kann sich zunächst so etwas gar nicht denken, der Angestellte verläßt seine Stellung, der Bürgermeister entläßt ihn, und das Gericht gibt dem Bürgermeister Unrecht, steht also auf dem Standpunkt, daß die schwarze Reichswehr eine legale Einrichtung gewesen sei.

Die Ausschreitungen der Reichswehr in Sachsen

(Oktober/November 23.)

Zur Durchführung der vom Reichspräsidenten Ebert und der Reichsregierung verkündeten Amtsenthebung der konstitutionell-parlamentarischen sächsischen Regierung rückte am 20. Oktober 1923 General Müller als Befehlshaber der Reichsexekutive in Sachsen ein. Unter ihm folgende Trupenteile:

Die Infanterieregimenter Nr. 4—7 und 10—18, die Kavallerieregimenter Nr. 10, 12 und 18, das Jägerbataillon Nr. 4, die Artillerieregimenter Nr. 2, 4 und 5, die Minenwerferkompagnien 4 und 13, eine Gebirgsminenwerferkompagnie und die Kraftfahrerabteilung 2 Stettin.

Demnach waren in Sachsen die 2., 4., 5. und 6. sowie ein Teil der 3. Division eingesetzt; also $4^1/_2$ von 7 Infanteriedivisionen, daneben noch eine von den 3 Ka-

valleriedivisionen. Man darf sonach die Zahl der in Sachsen eingerückten Reichswehr auf 53—55 000 Mann schätzen. Dazu sind nach der eigenen Erklärung des Generals Müller Zeitfreiwillige getreten. Allein aus Desden kamen 2000 Mann. Diese Einstellungen waren natürlich illegal.

Die Truppen waren vor ihrem Einsatz durch „Aufklärung über die Lage“ in die notwendige Stimmung versetzt worden. Mit dem Erfolg, daß die Methoden der S.-R. auch auf die Reichswehr übergriffen.

Es ist nicht möglich, alle Untaten wiederzugeben. Die folgenden, dem Bericht des Untersuchungsausschusses des Sächsischen Landtages entnommenen Beispiele mögen genügen.

Pirna: Das 2. Bataillon des 16. Reichswehrinfanterieregiments unter Major Ponkratz rückte am 23. Oktober gegen $^1/_2$11 Uhr in Pirna ein. Im Rathaus fand gerade die Auszahlung der Erwerbslosenunterstützung statt; daher stand eine riesige Menschenmenge auf dem Marktplatz. Die einmarschierenden Truppen führten Plakate mit: „Straße frei, es wird scharf geschossen.“ Der führende Offizier gab Befehl, den Marktplatz zu räumen. Die Menge johlte. Der Offizier ließ seine Leute in Stellung gehen. Als die Menge hierauf den Marktplatz räumte und sich zurückzog, wurde trotzdem scharf mit Maschinengewehren geschossen. Ein Toter und mehrere Verwundete blieben auf dem Platz.

Limbach: Am 30. Oktober 1923 zog die Reichswehr in Limbach ein und nahm auf Denunziationen Verhaftungen angeblicher „Kommunisten“ vor. Der Arbeiter Paul Scheffler wurde erschossen, als er auf dem Rad nach seiner Arbeitsstelle fahren wollte und auf Postenanruf nicht gleich hielt.

100 Peitschenhiebe: Artur Söhr aus Limbach sagt aus: „Am Donnerstag, dem 1. November, wurde ich als „Kommunist“ verhaftet und nach dem Wachtlokal „Zum Hirsch“ transportiert. Dort erhielt ich vom Feldwebel Werner 20 Schläge mit der Faust ins Gesicht. Dann wurde ich über einen Stuhl gezerrt, von 6 Mann gehalten und bekam 100 Schläge mit der Peitsche und noch welche mit der Faust ins Gesicht.“

Mund in die Mütze! 50 Hiebe: Der Arbeiter Herbert Schöne, Limbach, sagt aus: „Dienstag, den 30. Oktober, nachmittags 4 Uhr, wurde ich verhaftet und nach dem Hotel „Weißer Hirsch“ gebracht. Ich wurde angeschuldigt, Mitglied der proletarischen Hundertschaft zu sein. Sächsische Reichswehrsoldaten wurden von einem Unteroffizier aufgefordert, mich zu schlagen, was dieselben ablehnten. Er beauftragte dann damit preußische Kavallerie, von denen sich 15 Mann freiwillig meldeten. Ich mußte mich auf einen Tisch legen, wurde mit dem Mund in eine Mütze gedrückt. Die Leute schlugen mit Kavalleriepeitschen, Koppeln und Gummiknütteln auf mich ein. Nachdem ich mindestens 50 bis 60 Schläge erhalten hatte, ließ man mich vom Tisch herunter.

Spießrutenlaufen: Max Bruno Pestel aus Oberfrohna sagt aus: „Ich wurde am 1. November 1923, früh, ohne Haftbefehl auf der Straße verhaftet. Nach schweren Mißhandlungen wurde ich dann in Limbach in den Gasthof „Zum Hirsch“ transportiert. Beim Eintreten wurde ich gleich mit der Faust ins Gesicht und auf den Leib geschlagen, mit Gewehrkolben und Reitpeitschen mißhandelt. Alles dies unter den gemeinsten Drohungen und Schimpfreden. Ein Leutnant (v. d. Mosel) schlug mich ebenfalls mit der Faust ins Gesicht.

Ich wurde dann auf den Tisch gelegt und von 6 Mann mit Gummiknütteln und Reitpeitschen dermaßen zugerichtet, daß mir das Blut den Rücken und die Beine hinunterlief, was durch ärztliches Attest beglaubigt ist.“ . . . .

Der Minister Liebmann bezeichnet als Gesamtergebnis der sächsischen Exekution 34 Tote, 100—130 Verwundete in nicht ganz 4 Wochen. Diese Vorgänge sind auch von amtlicher militärischer Seite zugegeben. General Müller erklärt in einem Rundschreiben:

„Ferner sind zu meinem Bedauern Fälle von ganz unwürdiger Behandlung und schwerer Mißhandlung von Festgenommenen zu meiner Kenntnis gelangt. Es zeigt von einer geringen Disziplin der Truppe, wenn derartige, das Ansehen der Reichswehr auf das schwerste gefährdende Zustände einreißen . . . .“

(Entnommen aus „Die Reichswehrgreuel in Sachsen“, Vivaverlag.)

Verband Hindenburg (Hannover)

Vor wie nach dieser Episode der schwarzen Reichswehr hat es geheime Ausbildungen und heimliche Rüstungen gegeben. Mit Küstrin und dem Aufmarsch Ehrhardts in Franken ist der Versuch, alle diese Verbände unter einheitlicher Leitung zu einem einheitlichen Zweck zusammenzuführen, gescheitert. Man ist dann später zu anderen Methoden übergegangen, von denen man glaubte, daß sie leichter geheim zu halten wären, und die man als eine geringere Gefahr für „Ruhe und Ordnung“ ansah.

Der Verband Hindenburg ist entstanden aus dem „Selbstschutzbataillon Hindenburg“, einem Freikorps.

Ihm schlossen sich in Hannover die lokalen Gruppen des „Stahlhelm“, des „Nationalverband deutscher Offiziere“, der „Nationalsozialistischen Sturmabteilung“ und der „Ehrhardt-Brigade“ an. Er ist also ein lokaler Spitzenverband. In folgendem bringen wir aus dem „Hannoverschen Volkswillen“ vom 26. April 1925 das Programm und einen Mobilmachungsplan. Beide Dokumente beweisen einen außerordentlich hohen Grad von Bereitschaft zum Bürgerkrieg.

Als Ziel hat man sich gesteckt: „die innere und äußere Befreiung unseres Vaterlandes“, „stärkste Feindschaft gegen alles Undeutsche und Rassenfremde, im besonderen gegen das Judentum“, und „Bekämpfung des Marxismus“. Daraus erwachsen die Aufgaben, die im Programm des Verbandes Hindenburg wie folgt formuliert sind:

„Die innere Befreiung kann nur vollbracht und das neuentstandene Großdeutschland nur erhalten werden, wenn unser Volk auf völkischer Grundlage geeint ist und alle Kräfte niedergerungen sind, die unserem Wesen fremd und die Ursache des Zusammenbruchs waren. Diese Aufgabe haben wir geistig vorzubereiten, sie muß aber in einer völkischen Befreiungstat des gesamten Volkes ausmünden.

Den Machtfaktor und die werbende Kraft für die völkische Tat wollen wir im Zusammenschluß gleichgesinnter Verbände zu einem Großdeutschen Frontbann schaffen. Dieser wird von dem Wesen der völkischen Bewegung getragen. Er kennt kein anderes Ziel als die innere Befreiung; er steht bereit, wenn die Zeit gekommen ist, für die äußere Tat, die Befreiung des Vaterlandes. Hieraus erwächst unsere zweite Aufgabe: die Wehrhaftmachung. Sie muß so vorbereitet werden, daß ein jeder auf dem

Posten steht, an den das Vaterland ihn stellt. Insonderheit hat jeder kriegsbrauchbare Mann die moralische Pflicht, sich zum kriegstüchtigen Mann ausbilden zu lassen.

Der Aufbau und die Gliederung unseres Verbandes folgern sich aus unseren Aufgaben. Der Aufbau erfolgt organisch von unten herauf.

Die Gliederung ist straff militärisch. Jeder einzelne fühlt sich als völkischer Soldat und nicht als Politiker innerhalb des Verbandes.

Wie in der alten Armee, so erübrigt sich auch bei uns innerhalb des Verbandes jede politische Auseinandersetzung über unsere Aufgabe. Wie dort der Einsatz für die Monarchie und den Herrscher selbstverständlich war, so auch bei uns der Einsatz für die völkische Tat. Von den Führern verlangen wir völkische Führereigenschaften und selbstlose Hingabe an das Ganze, von jedem Angehörigen soldatische Tugenden: Treue, Gehorsam, Mut, Tapferkeit und Kameradschaft. So bauen wir den Geist der späteren nationalen Armee auf, als deren Angehöriger sich jeder von uns im tiefsten Kern seines Wesens fühlt."

Der folgende Organisationsplan zeigt, welche Verbände und Organisationen hinter dem „Verband Hindenburg" stecken:

„Verband Hindenburg.

Leitung: Büro: Königstr. 56, Tel. Nord 7806. Major a. D. v. Waldow, Hannover, Ferdinand-Wallbrecht-Str.82 Korvettenkapitän v. Bothmer, Hetendorf bei Hermannsburg, Tel. Hermannsburg 35; Hauptmann Dittrich, Hannover, Blumenstr. 9a; Oberltn. Bachmeister, Hannover, Posthof; Ltn. Walter, Hannover, Goethestr. 38, Tel. Nord 1264; Ltn. Helmholz, Hannover, Braunschweiger Str. 10, Tel. Nord 516.

Anschriften

Verbände: Leitung der Vaterländischen Verbände: Büro: Heinrichstr. 19, I, Tel. West 2028. Generalmajor Bauer, Isernhagen; Herr Kahle, Rambergstr. 9. Bund „Oberland", München: Herr Alzheimer, München 51, Meichelbeckstr. 23. Stahlhelm Hannover: Büro: Arnswaldtstr. 30, II. Hauptmann Meyer, Marienstr. 22; Rittmeister v. Reden, Höltystr. 16; Ltn. Krausbauer, Dieckmannstr. 4a. Jungsturm Hindenburg: Herr Moje, Kollenrodtstr. 16. Stahlhelm Peine: Herr Haegermann, Peine. Nationalverband deutscher Offiziere: Major a. D. Dietlein, Hannover, Mendelssohnstr. 4. Landesverband R. S.: Herr Haase, Göttingen, Obere Karspüle 17a. S. A. Göttingen: Oberltn. a. D. Abt, Göttingen, Lotzestraße 31. S. A. Hannover: Dr. Rickels, Hannover, Gabelsbergerstr. 11; Herr Ostreih, Hannover, Hölscherstraße 1. Völkisch-sozialer Block: Studienrat Rust, Arnswaldtstr. 8, Tel. West 6476. Ehrhardt-Bund: Kapitän Kauter, München, Ring-Hotel, Zimmer 206, Sendlinger Tor 1. Kapitän Werber, Hannover, Fichtestr. 29, I. Pfadfinderkoprs Harburg: Oberltn. a. D. Mügge, Harburg a. d. Elbe, Buxtehuder Str. 14.

Der Mobilisationsplan

Verband „Hindenburg". Hannover, den ..... 1924.

Streng vertraulich!
Mob.-Befehl Nr. 1.

I. Allgemeines.

1. Die wirtschaftliche und damit im Zusammenhang die innerpolitische Lage spitzte sich derart zu, daß mit

dem Ausbruch von Unruhen, die von politisch linksradikaler Seite eingeleitet werden, in erhöhtem Maße zu rechnen ist. Die Niederwerfung derartiger Unruhen ist in erster Linie Aufgabe der staatlichen Machtmittel (Schupo und R.-W.). Trotzdem können Lagen eintreten, in denen der Verband im Rahmen der staatlichen Machtmittel zu kämpfen hat. Die Kampfkraft des Verbandes und die Möglichkeit zu einem schlagartigen Einsatz ist daher mit der größten Beschleunigung auf die denkbar höchste Stufe zu bringen.

2...

3. Für den Kampf kommen nur ausgebildete Leute in Frage. Zu diesen rechnen ehemalige Frontkämpfer und solche Leute, die nach verantwortlichem Ermessen der Unterführer durch nachkriegszeitliche Ausbildung befähigt sind, an militärischen Kampfhandlungen teilzunehmen. Eine Ausnahme bilden nur Köche, Handwerker, Kraftfahrer und Krankenträger. Die ausgebildeten Leute sind innerhalb der Untergruppen als „mobile Formation" gesondert zusammenzustellen. Die endgültige Gliederung der Bataillone erfolgt an dem Versammlungsort.

4. Die unausgebildeten Leute sind unter Führung eines ausgebildeten älteren Führers innerhalb jeder Untergruppe des Verbandes für den Mob.-Fall zu einem Rekrutendepot zusammenzustellen.

5...

6. Jeder Angehörige des Verbandes hat sich zu verpflichten, dem Aufruf unverzüglich Folge zu leisten. Die Verpflichtungserklärungen sind beschleunigt durchzuführen.

7. Mit Ausspruch des Mob.-Ausrufes treten alle Leute

des Verbandes unter Militärgesetz. Dieses ist bei Ausspruch sofort bekanntzugeben.

8. Für Neueinstellungen haben die Untergruppen Meldestellen einzurichten. Es kommen zur Aufnahme nur ausgebildete Leute in Frage, die ihre Militärpapiere und ein polizeiliches Führungszeugnis vorlegen und einen bekannten Bürgen namhaft machen können.

9...

10. Sofort nach Empfang des Mob.-Aufrufes entsendet jede Verbandsuntergruppe (n. Abschnitt II) zwei besonders gewandte Verbindungsleute (wenn möglich Motorrad- oder Radfahrer) zum Regimentsstab, die den Empfang des Mob.-Aufrufes ihrer Gruppe bestätigen und die Meldung mitbringen, wann und auf welchem Wege die entsprechende Gruppe ihren Vormarsch antritt. Diese Verbindungsleute fahren in unauffälliger Zivilkleidung. Ausrüstung und Bewaffnung für die entsprechende Untergruppe mit.

11. Der Mob.-Aufruf, der telegraphisch und schriftlich gegeben wird (siehe unter IV), trägt die Unterschrift „Ernst Georg". Das Wort „Georg" gilt bis zur Durchführung des Sammelns als Parole.

12. Jeder Untergruppenführer zu 10 hat dafür zu sorgen, daß ihm für erste Auslagen bei Mob.-Aufruf wenigstens einige hundert Mark zur Verfügung stehen oder gestellt werden.

13. Die „mobilen Formationen" des Verbandes haben innerhalb 12 Stunden nach Empfang des Mob.-Aufrufes ihren Sammelplatz zu erreichen.

II. Mob.-Gliederung.

Regimentsstab: Hannover (Stadt), Kraftwagenpark und Motorradfahrer-Abteilung, Sanitätskraftwagen. I. Ba-

taillon (Ehrecke), Stab Hannover (Stadt), 1. Komp. Stab Hannover (Stadt), 2. Komp. Stab Hannover (Stadt), 3. Komp. Stab Hannover (Stadt), 4. Komp. MGK. Nachrichtenzug. Fliegerkomp. ist einzurangieren, wenn keine andere Verwendung befohlen wird. Gruppe Hildesheim und Klaustal treten zu Gruppe Hannover.

II. Bataillon (Teetzmann), Stab Celle. 5. Komp. Landkreis Fallingbostel, Unterweserstädte 6. Komp. 7. Komp. Hamburg. 8. Komp. Landkreis Celle und Soltau. Nachrichtenzug Harburg. 9. Komp. und MGK. aus vorstehenden Gruppen auf Versammlungsort zusammenzustellen.

Versammlung: Stab, Rekrutendepot, II. Bataillon, I. Bataillon: wird geheim übermittelt!

III. Ausführungsbestimmungen.

1. Jeder Verband ist für seine Bekleidung, Ausrüstung und Bewaffnung unter allen Umständen zunächst selbst verantwortlich, und zwar für jeden Mann.

2. Bekleidung: Windjacke oder Feldrock mit Verbandsabzeichen, Feldmütze, Lederkoppel, kurze Hosen mit Wickelgamaschen, benageltes Schuhzeug, Erkennungsmarke aus gefirnißter Pappe (an Halsschnur unter der Bekleidung zu tragen), Muster: Poehlmann, 2. Komp., V.-H. Hannover. Führer und Unterführer legen ihre Abzeichen der alten Armee an.

3. Ausrüstung: Jeder Mann Tornister oder Rucksack, enthaltend Unterzeug und Strümpfe, Handtuch und Seife. Soweit vorhanden: Reserveschuhzeug, Verbandzeug, Nähzeug, Trockenverpflegung für 24 Stunden. Soweit vorhanden: Eß- und Trinkgeschirr, Feldflasche, Brotbeutel, Liederbuch. Vorhandene kurze Spaten, Stahl-

helme und Ferngläser mitbringen! Führer und Unterführer bis zum Gruppenführer einschließlich: Karte der Provinz Hannover, Generalstabskarte des Standortes. Unterführer bis zum Kompagnieführer einschließlich: Kursbuch für NW.-Deutschland und Stadtplan Hannover. Bei jeder Kompanie ist eine Pioniergruppe auszurüsten mit Handsäge, kurzen Spaten, Handbeil, Axt und Schraubschlüsseln.

4. Bewaffnung: Die Kompanie Walsrode sorgt für Mitnahme von Sprengstoffen. Bei jeder Kompanie zwei Leuchtpistolen mit Munition. Bei jeder Kompanie vier Windflaggen (35 × 35 weißes Tuch mit rotem Rand). Jedem Infanteristen ein Gewehr mit 25 Patronen. Jedem MGK.-Schützen und jedem Telephonisten 1 Karabiner mit 25 Patronen. Jede Inf.-Komp. 3 l. MG. und 2 Reserve l. MG., je 2000 gegurteter Munition. Jede Inf.-Komp. 100 Handgranaten für besondere Sturmtrupps. Jede MGK. 6 s. MG. und 2 Reserve s. MG., je 5000 gegurteter Munition. Jeder Zug- und Kompanieführer 1 Pistole oder Karabiner. Jeder Offizier oder Mann 1 Seitengewehr oder Dolchmesser.

5...

6. Gefechtstroß: Siehe Anlage!

7. Kraftwagenpark: Jeder Unterverband ist zunächst dafür verantwortlich, daß er sich auf Kraftwagen bewegen kann.

8. Sanitätswesen: Jede Kompanie hat 1 Sanitätsunteroffizier und 4 Krankenträger zu bestimmen. Einstellung möglichst aus freiwilligem Sanitätspersonal des Roten Kreuzes, mit dem sich die Unterverbände durch ihre Ärzte unmittelbar in Verbindung zu setzen haben. Ausrüstung der Ärzte zunächst aus eigenen Beständen.

9. Nachrichtenmittel sind bereitzustellen. (Jeder Nachrichtenzug für 5 Fernsprechtrupps.)

10...

Daher a) Zusammensetzung der Stäbe nach Anlage. Ernennung von Hilfskräften, die unbedingt ihrer Aufgabe gewachsen sind: Zahlmeister, Verpflegungsoffiziere, Rechnungsführer, Feldwebel, Fouriere, Schieß- und Waffenunteroffiziere, Kammerunteroffiziere, Küchenunteroffiziere, Schreiber, Köche usw.

b) Festlegung aller erforderlichen Grundlagen für den Geschäfts-, Wirtschafts- und Verwaltungsbetrieb: Stammrollen, Krankenbücher für etwaige Dienstbeschädigungen, Löhnungslisten, Heimatadressen und Ausrüstungsverzeichnisse.

c) Instruktion sämtlicher Verwaltungsorgane durch die gleichen Stellen der Reichswehr, deren Dienstvorschriften unbedingt maßgebend sind. Die Durchführung haben die Bataillone zu veranlassen.

d) Sicherstellung der Übernahme von Dienstgebäuden bei Inanspruchnahme und Verantwortung aller Führer und Mannschaften durch unbedingte Schonung.

IV. Durchführung.

Die normale Mobilmachung wird sich in drei Abschnitten entwickeln: 1. Gespannte Lage, 2. Mob.-Aufruf bevorstehend, 3. Mob.-Aufruf. Die Entwicklung kann auch so schnell vor sich gehen, daß die Mobilmachung mit Abschnitt 2 oder 3 einsetzte. Dann schließt der befohlene Abschnitt die Durchführung der vorangehenden ohne weiteres in sich.

Zu 1. Kennwort: „Kaufabschluß einleiten. Ernst." Maßnahmen: Unauffällige, verschwiegene Benachrichti-

gung aller Leute. Urlaubssperre außerhalb des Standortes. Nachprüfung und Einleitung aller Vorbereitungen gem. Abschnitt I und III. Telegraphische Bestätigung nach Privatwohnung des Verbandsführers. Vermerk: Der jeweilig erste Mob.-Abschnittsbefehl wird an die außerhalb Hannover stehenden Gruppen an je zwei Personen gegeben, damit Durchführung auch für den Fall gesichert ist, wo die betreffenden Unterführer persönlich zufällig ortsabwesend sind.

Zu 2. Kennwort: „Kaufabschluß beschleunigen. Ernst." Maßnahmen: Sofortige unauffällige, verschwiegene Benachrichtigung aller Leute. Erhöhte Alarmbereitschaft. Urlaubssperre auch innerhalb des Standortes, d. h., die Leute begeben sich von ihrer Berufsstelle nach Schluß der Arbeitszeit sofort in ihre Privatquartiere. Mob.-Vorbereitungen gem. Abschnitt I und III abschließen. Nach 9 Uhr abends unauffällig Nachtquartiere bei solchen Leuten möglichst zusammenlegen, bei denen Nachrichtenübermittlung auch bei Nacht gewährleistet wird. Von 12 bis 2 Uhr nachmittags und von 6 bis 8 Uhr abends einen bestimmten Telephonanschluß besetzt halten. Telegraphische Bestätigung nach Privatwohnung des Führers. Kaufabschluß wird beschleunigt.

Zu 3. Kennwort: „Kaufabschluß bestätigen. Ernst Georg." Maßnahmen: Alarmieren, Antreten, Abrücken. Verbindungsleute (gem. Abschnitt I, 10) entsenden. Telegraphische Bestätigung: Stabquartiere an V. Ch. Kaufabschluß ist bestätigt. Unterschrift.

Rückgängigmachung der Mob.-Abschnittsbefehle.

Zu 1. Kennwort: „Vorbehaltlicher Kaufabschluß rückgängig. Ernst." Maßnahmen: Dementsprechend.

Zu 2. Kennwort: „Kaufabschluß beschleunigt rückgängig. Ernst.“ Maßnahmen: Dementsprechend rückgängig auf Mob.-Abschnitt I.

Zu 3. Kennwort: „Bestätigung Kaufabschluß rückgängig. Ernst Georg.“ Maßnahmen: Dementsprechend rückgängig auf Mob.-Abschnitt II.

V. Termine.

Die Bataillone melden zu

I. 3. Stärke der mobilen Formationen und ihrer Führer.

I. 4. Stärke der immobilen Formationen und ihrer Führer.

I. 6. Durchführung der Verpflichtungserklärungen.

I. 7. Befehl der Militärgesetze.

I. 9. Gewährleistung der Durchgabe aller Mob.-Bestimmungen.

I. 8. Einrichtung von Sammelstellen.

I. 10. Kommandierung der Verbindungsleute.

I. 12. Sicherstellung von Geldmitteln.

I. 13. Wenn Formation auf Sammelplatz verwendungsbereit steht.

II. 1. Gliederung des Bataillons.

III. 2. Fehlende Bekleidung.

III. 3. Fehlende Ausrüstung.

III. 4. Fehlende Bewaffnung.

III. 5. Sicherstellung der Verpflegung.

III. 6. Fehlender Troß.

III. 7. Fehlende Kraftwagen.

III. 8. Fehlendes Sanitätspersonal.

III. 9. Gliederung der Nachrichtenzüge und Bereitstellung der Nachrichtenmittel.

III. 10a) Fehlende Wirtschaftsorgane.
III. 10b) Sicherstellung der Listen usw.
III. 10c) Erfolgte Instruktion."

Wiederholt hat der „Verband Hindenburg" im Jahre 1924 die Heide mit seinen Felddienstübungen unsicher gemacht. Daher interessiert der folgende Plan, der Einblick in die vorbereitenden Arbeiten der Putschisten gewährt:

„Hannover, den 5. Juni 1924.

Übung am 21./22. 6. in der Heide bei Ülzen.

Der Verband kämpft am 22. 6. gegen einen Heideverband der Vaterländischen Vereinigung. Leitung: Herr Generalleutn. v. Estorff.

Gliederung: Führer: Major v. Waldow. Adj.: Leutn. Bassenge. Ordn.-Offizier: Leutn. Bacmeister. Nachr.-Offizier: Ltn. Walter. Kraftw.-Offizier: Ltn. Helmholz.

1. Bataillon: Führer Oberltn. Ehrecke. 1. Komp.: Ltn. Edler. 2. Komp.: Ltn. Poehlmann (einschl. Hildesheim). 3. Komp.: Oberltn. Bockamp (Schlageter-Banner und Fliegerkomp.). MGK.: Oberltn. Neumann. Pionierzug: Ltn. Blume.

2. Bataillon: Führer: Oberltn. Rothe. 1. Komp.: Kreisgr. Fallingbostel und Lehe. 2. Komp.: Ortsgr. Hamburg und Harburg. 3. Komp.: Kreisgr. Soltau und Celle. Inf.-Begleit-Batt. zu 2 Geschützen, Führer: Hauptmann Dittrich.

Jede Inf.-Komp. hat 3 l. MG.-, die MGK. 6 s. MG.-Gruppen aufzustellen. Flaggen werden überwiesen. Jedes Bataillon ist durch einen Arzt zu begleiten. Schiedsrichter: Korvettenkap. v. Bothmer mit 6 Gehilfen. Schiedsrichter: Major Teetzmann mit 6 Gehilfen. Die

Flaggen für Schiedsrichter werden an Ort und Stelle ausgegeben.

Anzug: feldmäßig, militärisch, Brotbeutel, Trinkbecher, Teller und Löffel sind mitzubringen. Unterbringung und Verpflegung vorbereitet und erfolgen kostenlos. Brot ist mitzubringen. Die Leitung."

Kurzfristige Einstellungen

Anfang des Jahres 1924 blühte ein System der kurzfristigen, 4—6 wöchentlichen Einstellung junger Leute, zumeist Angehöriger der Vaterländischen Verbände, in die Ausbildungsbataillone der legalen Reichswehr. So wurden zahlreiche württembergische Studenten aus „national" gesinnten Verbindungen in den Garnisonen Gmünd, Ludwigsburg und Tübingen ausgebildet. Sie wohnten in den Kasernen, hatten keine Ausgangserlaubnis und bekamen außer freier Station noch eine kleine Vergütung. Die Ausbildung mit Infanteriewaffen, am M. G. und im Funkerwesen erfolgte während der Ferien und dauerte zwei Monate. Die Studenten kamen häufig verspätet ins Semester oder wurden noch vor dessen Ende „eingezogen", so daß dies beim Besuch der Vorlesungen auffiel. Außer Studenten wurden noch Bankangestellte und sonstige Angehörige der gehobenen Bourgeoisie herangezogen.

In den anderen Wehrkreisen ist im wesentlichen ähnlich verfahren worden. Zahlreiche Beispiele hierfür sind in dem „Weißbuch über die Schwarze Reichswehr" (Verlag der Neuen Gesellschaft, Berlin-Hessenwinkel 1924) angegeben. So war gegen Ende des Jahres 1923 beim Pionierbataillon 2 in Stettin der Neffe des Wehrkreis-

kommandeurs, General von Tschischwitz, ein Student namens Schlegner auf 3 Monate eingestellt. Wegen „Dienstuntauglichkeit“ wurde er dann wieder entlassen.

Anfang 1924 entwickelte die „Vaterländische“ Bewegung besonders in den unbesetzten Teilen Westfalens eine rege Tätigkeit.

Um Weihnachten 1923 hatten im Sennelager Ausbildungskurse am M.-G. stattgefunden. Im Januar 1924 wurden Studenten des Korps Guestphalia ausgebildet. Um Münster herum hatte der Wikking-Bund seine Gruppen in feste Verbände gegliedert. Unter den Augen des Wehrkreiskommandeurs General von Loßberg, wurden junge Leute, vor allem Studenten, ausgebildet, Waffen angesammelt und gelagert u. dgl. mehr. Das Schloß Nordkirchen, das dem Herzog von Ahrenberg gehört, war einer der wichtigsten Stützpunkte. Den Befehl führte dort ein Hauptmann Bittner aus München. Vor dem Schloß standen Wachen in Reichswehruniformen, die Handgranaten am Koppel. Dort fanden Ausbildungskurse für den Wicking-Bund und Jungdo statt. Offiziell galt dies als „Selbstschutz“. Ein solcher war vom Wehrkreiskommandeur von Loßberg ausdrücklich genehmigt worden. Damit war der Bildung solcher Geheimorganisationen ein Freibrief ausgestellt. Als Geldgeber der Wicking-Organisation in Hamm wird der Direktor Weigel vom „Phönix“ genannt. Ein besonders rühriges Mitglied war der Wachtmeister Degenhardt. Er leitete am 3. Februar 1924 eine Feldübung.

Bei dem Wicking-Mann Rudolf Fuß, Hamm, wurde folgende vorgedruckte Quittung gefunden: „Als nationaler Wehrbeitrag von Herrn Rudolf Fuß für Bund

Wicking 5 Billionen Mark in wertbeständiger Anlage erhalten zu haben wird hiermit bescheinigt."

München, den 22. November 1923

Schulz, Oberleutnant — Faksimile der Unterschrift des Kapitäns Ehrhardt."

Hierdurch wird die Identität von Wicking- und Ehrhardt-Bund bewiesen.

Am 29. Januar 1924 fand bei Nordkirchen eine Übung statt, bei der 25—30 Leute Übungshandgranaten warfen. Am gleichen Tage trafen dort zwei schwere Maschinengewehre ein, die im Kinderheim aufgestellt wurden. Außerordentlich plastisch ist das folgende Dokument:

„Bund Wicking — z. Zt. Grevenbrück i. W., 7. Jan. 24.
Bezirk Westfalen und Lippe.

Bezirksbefehl

1. Der erste Ausbildungskursus in der R. W. für Mitglieder des Bundes beginnt am 14. Januar und dauert ca. 8 Wochen. Es entfallen auf den Bezirk Westfalen-Lippe ca. 15—20 Stellen.

Die Ortsgruppen mit Ausnahme von Siegen, da dort Herr Leutnant Reinecke alles geregelt hat, stellen sofort spätestens bis Donnerstag, den 10. Januar, eine namentliche Liste auf von solchen Mitgliedern, die hierfür in Frage kommen, d. h. die am genannten Tage zur Verfügung stehen. Es können genommen werden:

a) Einwandfreie Leute von über 18 Jahren;

b) nur die, die selbst das Bestreben haben, ausgebildet zu werden und die Zeit nicht als Unterkunft betrachten;

c) moralisch feste und körperlich gesunde Leute.

Ich mache die Ortsgruppenleiter persönlich für die

Auswahl der Mitglieder haftbar. Jeder, der während der Ausbildungszeit bestraft worden ist, wird sofort aus der Brigade ausgeschlossen.

Die Ortsgruppenleiter erhalten dann sofort Nachricht, wieviel Stellen auf ihre Gruppen entfallen, voraussichtlich etwa 3—4 Stellen.

Die dann ausgesuchten Männer melden sich, und zwar von allen Ortsgruppen südlich Altona, am Samstag, den 12. Januar 1924, 4,30 Uhr nachmittags im Bezirksbureau, Grevenbrück i. W., Gasthaus Dickgräve, bei meinem Adjutanten, Herrn Leutnant Reinecke, zwecks Instruktion und Mitnahme von Ausweisen. Jedem ist eine vom Ortsgruppenführer unterschriebene Bescheinigung mitzugeben.

Alle übrigen in Frage kommenden melden sich bei demselben Herrn am Sonntag, den 13. Januar 1924, 4 Uhr nachmittags in Hagen, Körnerstr. 93 (K. Kriener). Sofern der betreffende Ortsgruppenführer am gleichen Tage persönlich nicht zugegen ist, sind auch diesen Männern Bescheinigungen mitzugeben. Der 2. Kursus schließt sich voraussichtlich gleich daran an. Die Ortsgruppenleiter suchen schon jetzt geeignete Kräfte heraus, um sie dann gleich namhaft machen zu können.

Herr Leutnant Reinecke wird leider bis zum 13. d. Mts. noch nicht alle Ortsgruppen aufsuchen können, daher melden sich noch im Laufe dieser Woche, spätestens aber bis zum 14. d. Mts., die Ortsgruppen:

a) Nach bereits vorliegendem Muster ihre Stärke einschließlich Waffen, Munition, Bekleidung und Kraftfahrzeugen oder solchen, die im Ernstfalle bestimmt zur Verfügung stehen.

b) Innerhalb welcher Zeit marschbereit?

c) Zu welchen Führern (politische, wirtschaftlich kulturell) besteht Verbindung und bei welchem kommt dauernde Information durch die Zentrale in Frage

d) Anregungen, Wünsche, Fragen.

e) Ich erinnere an die rechtzeitige Abführung der Beiträge nach hier.

gez. Frantz,

F. d. R. Reinecke. Oberleutnant a. D."

Im April 1924 wurden in Schleswig-Holstein 2000 Mann aus nationalen Verbänden unter der Leitung des Generals von Lettow-Vorbeck ausgebildet (Abgeordneter Heilmann im Preuß. Landtag 28. Mai 1924).

Der Jungnationale Bund in Münster (Sekretär Leutnant a. D. Stiefelhahn, Kassenwart Leutnant Ebeling) vermittelte noch im Mai 1925 die Einstellung junger Leute in die Reichswehr. Das münsterische Sekretariat war Zentralstelle für das westliche Deutschland. Das Bureau war zuerst in der alten Wehrkreisbibliothek im Gebäude des Wehrkreiskommandos untergebracht und wurde im Februar 1925 in die Johannisschule, Vogel-von-Falkenstein-Straße, verlegt. Die Ausbildung fand in einer dem Wehrkreiskommando gehörigen Turnhalle statt. Andere Trupps wurden in besonderen Unterkünften von aktiven Offizieren und Unteroffizieren ausgebildet. Zur Teilnahme diente der Besitz von folgenden Empfehlungsscheinen:

„Schein für Eintritt in die Reichswehr: N. N. ist Mitglied des Wicking-Bundes, e. V.; es wird empfohlen ihn in die Reichswehr aufzunehmen."

Ein Leutnant Krause, ehemaliger Baltikumer, dann Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft Müller, zuletzt berufsmäßiger Führer des Jungsturm im Kreis Regenwalde,

war noch im April 1925 als Anwerber für die „Reichswehr" tätig. In einem Schreiben an die „Kreis-Offiziersgruppe" ersuchte er um Namhaftmachung geeigneter Offiziersaspiranten sowie national gesinnter junger Leute, die als Zeitfreiwillige bzw. als „militärischer Nachwuchs" in Frage kämen. („Volksbote, Stettin" 24. Mai 1925.)

Von Behörden, halbbehördlichen Stellen und auch von privaten Arbeitgebern werden Registrierungen der Wehrfähigen versucht, also ein Stammrollenersatz aufgestellt. Der „Volksbote Stettin" veröffentlicht am 24. Mai 1925 folgenden Brief:

„Streng geheim, unter Einschreiben senden.
Darf nicht aus der Hand gegeben werden.

Büssow, 17. März 1925.

An die Bezirksführer

Rückgabe bis zum 10. April 1925

Es ist anzugeben, so gut es eben geht, bei den Städten wird es z. B. nur möglich sein, wieviel wehrfähige Mannschaften in den Bezirken wohnen.

I. a) gediente Inf. Alter 18—35; b) Alter 35—50. 2. a) gediente Kav. Alter 18—35; b) 35—50. 3. a) gediente Art. Alter 18—35; b) 35—50. 4. a) gediente Marine 18—50, davon in nebenstehender Zahl einbegriffen: bei der Art. 5. a) gediente M.-G.-Schützen, Alter 18—35; b) 35—50; c) gediente Flak. Alter 18—35, Alter 35—50; d) gediente Pioniere Alter 18—35; e) gediente Nachr. Alter 18—35, Alter 35—50; f) gediente Funker Alter 18—35, Alter 35—50; g) gediente Flieger und Beob. Alter 18—35, Alter 35—50; h) gediente Kraftf. Alter 18—35, Alter 35—50; i) gediente Sanität. Alter 18—35, Alter 35—50.

II. a) Reitpferde 4—12jährige Bdm. 150 cm; b) schwere Pferde, 4—12jährige Bdm., 150 cm; c) leichte Pferde, 4—12jährige Bdm., 150 cm.

III. a) Kriegsbrauchbare ehem. Friedensfahrzeuge der Truppe; b) ungefederte vierradspurige Kastenwagen; c) gefederte Wirtschaftswagen (Schlächterwagen) d) pferdebespannte Krankenwagen; e) Feldküchen.

gez. v. Bernuth."

Die Studenten der Universität München müssen auf dem in jedem Semester auszufüllenden Fragebogen folgendes ausfüllen: Heeresverhältnis? — Hat gedient? — von — bis? — Dienstrang? — Dient? — Seit? — („Welt am Montag", 20. Juli 1925).

Die „Braunkohlen- und Brikettindustrie A.-G. in Mückemberg, (Generaldirektion in Berlin) verteilt unter ihre Arbeiter einen Fragebogen, auf dem es heißt:

„Bei welchem Regiment gedient? Wie lange im Felde gewesen, verwundet oder gefangen? Wo im Kriege eingezogen? („Welt am Montag", 27. Juli 1925).

Auch die kurzfristigen Einstellungen waren nur ein Teilausschnitt in dem „System der Aushilfen". Der wesentliche Faktor in den Jahren 1924 war und blieb der Schatten, d. h. der Aufbau der Reichswehr nach dem Muster des mobilgemachten Heeres von 1914, so daß die jetzige Reichswehr als der Kader eines weit größeren Heeres aufgefaßt werden könnte (Vergl. „Weißbuch"). Aber dieser Schatten war vor allen Dingen ideologischer Natur.

Inwieweit Stellen der offiziellen Reichswehr, die als Militärs naturgemäß mit allen Bestrebungen zur Aufrüstung Deutschlands sympathisierten, an solchen Plänen beteiligt sind, läßt sich nicht entscheiden. Tatsache ist,

daß sich jedesmal, wenn diese Dinge in der Öffentlichkeit erörtert wurden, eine schützende Hand für die Verschwörer fand.

Kappisten der Reichswehr

Die folgende Liste gibt die Namen derjenigen Offiziere, die heute in der Reichswehr Dienst tun, obwohl ihr Verhalten während des Kapp-Putsches dem Untersuchungs-Ausschuß des Reichswehrministeriums zur Beurteilung vorgelegen hat. Grundlage der folgenden Aufstellung ist das in „Verschwörer" (S. 34—43) wiedergegebene namentliche Verzeichnis. Beim Vergleichen dieser Liste mit den in der amtlichen Rangliste des Deutschen Reichsheeres vom 1. Mai 1925 aufgeführten Offizieren ergaben sich 117, heute noch in der Reichswehr dienende Offiziere, deren Verhalten seinerzeit dem Ausschuß zur Prüfung vorgelegen hat.

Bei 6 dieser Offiziere wurde damals auf Dienstenthebung erkannt. Es sind dies Oberleutnant Bahn, heute im Reiterregiment 15, Oberst von Falkenhausen, heute Kommandeur des 10. (sächsischen) Infanterieregiments in Dresden, Oberstleutnant Grote, Kommandeur des 16. Reiterregiments, Cassel, Major Gallmeister bei der Heerespersonalabteilung, Berlin, Leutnant Kleindienst vom Infanterieregiment 2 in Ortelsburg, Oberleutnant Sturt vom Infanterieregiment 15 in Cassel.

Bei 9 Offizieren wurde damals auf Versetzung erkannt. Das bedeutet, daß ihnen zum mindesten schwere Vorwürfe bezüglich ihres Verhaltens gegenüber der Rebellenregierung gemacht werden mußten.

Bei 10 Offizieren wurde eine Beurlaubung ausgespro-

chen. Dieser Umstand läßt die Betreffenden zum mindesten als beteiligt erscheinen.

Bei allen übrigen 920 Offizieren ist entweder nichts veranlaßt worden oder der Oberreichsanwalt hat das Weglegen der Akten verfügt. Diesen Offizieren hat sich nichts nachweisen lassen. Dies ist aber noch kein Beweis für ihre korrekte Haltung während des Kapp-Putsches. Man darf im Gegenteil die Vermutung aussprechen, daß sie anscheinend ihre Pflichten gröblich verletzt haben. Denn wie wären ihre Namen sonst auf diese, doch zweifellos nach recht weitherzigen Gesichtspunkten aufgestellte Liste gelangt? Man hat nämlich zu beachten, daß die Haltung der gesamten Reichswehr mit Ausnahme des württembergischen Wehrkreises damals zum mindesten zweideutig war. Auch General von Loßberg, Kommandeur des Gruppenkommandos I, Berlin, gehört zu dieser Kategorie.

1. Abt, Hauptmann, Stab, 6. Nachr.-Abt. Hannover, O.R.A.
2. Banke, Oberstleutnant, Kommandantur Breslau.
3. Baumann, Major, 20. bayer. Inf.-Rgt. Regensburg, weglegen.
4. Besch, Hauptmann, 12. Inf.-Rgt., 1. Komp., Dessau, weglegen.
5. Behrens, Rittmeister, 3. Esk., 11. Reiter-Rgt., Neustadt, O.-S., weglegen.
6. Bergeré, Major, Stab-Gruppen-Kdo. I, O.R.A.
7. Beckmann, Oberstleutnant, Kdr. I. Batl. 13. Inf.-Rgt., Stuttgart, weglegen.
8. Blättner, Hauptmann, 2. Art.-Rgt., 4. Batt., Güstrow, weglegen.
9. v. Bock, Oberstleutnant, Kdr. III. Inf.-Rgt. 4, Kolberg, O.R.A.
10. Boege, Oberleutnant, 3. Komp., Inf.-Rgt. 7, Neisse, nichts veranlassen.
11. Brandt, Major, Insp. der Art., Berlin, O. R. A.
12. Braun, Hauptmann, 19. bayer. Inf.-Rgt., München, Versetzung.
13. Brosch, Hauptmann, 10. Komp., Inf.-Rgt. 5, Rostock, nichts veranlassen, weglegen.
14. v. Bünau, Hauptmann, 8. Komp., Inf.-Rgt. 13, Ludwigsburg, nichts veranlassen, O.R.A.

15. Brinkmann, Hauptmann, 1. Komp., Inf.-Rgt. 3, Marienburg, nichts veranlassen, O.R.A.
16. Beuttel, Hauptmann, 9. Komp., Inf.-Rgt. 12, Magdeburg, nichts veranlassen, weglegen.
17. Cabanis, Rittmeister, 4. Esk., Reiter-Rgt. 10, Züllichau, Einstellung weglegen.
18. Crisolli I, Leutnant, Rgt.-Stab, Reiter-Rgt. 5, Stolp, nichts veranlassen, weglegen.
19. Dammann, Oberst, Rgt.-Stab, Inf.-Rgt. 6, Lübeck, nichts veranlassen, weglegen.
20. von Dewitz, Oberst, Kdr. der Art.-Schule Jüterbog, nichts veranlassen, O.R.A.
21. Ditfurth, Major, II. Inf.-Rgt. 8, Liegnitz, nichts veranlassen, weglegen.
22. Dietl, Hauptmann, Inf.-Schule München, W.K.Kdo. VI.
23. v. Drosky, Major, Stab 4. Reiter-Rgt., Potsdam, Beurlaubung, O.R.A.
24. Ebeling, Leutnant, 9. Komp., Inf.-Rgt. 17, Goslar, nichts veranlassen, weglegen.
25. Edelbüttel, Generalmajor, Inf.-Führer 3, Potsdam, nichts veranlassen, weglegen.
26. Eilker, Major, III. Inf.-Rgt. 1, Königsberg, Versetzung, weglegen.
27. Engels, Rittmeister, Stab, 11. Reiter-Rgt., Neustadt, O.-S., Versetzung, weglegen.
28. Ecke, Hauptmann, Lehrer, Inf.-Schule München, nichts veranlassen, O.R.A.
29. Erxleben, Oberleutnant, 2. Komp., 4. Nachr.-Abt., Dresden, nichts veranlassen, weglegen.
30. v. Falkenhausen, Oberst, Kdr. 10. Inf.-Rgt., Dresden, Dienstenthebung, O.R.A.
31. Fett, Oberst, Inf.-Rgt. 15, Land.-Kommand. Hessen (Gießen), nichts veranlassen, weglegen.
32. Friedrichs, Oberstleutnant, III. Inf.-Rgt. 8, Görlitz, Versetzung, O.R.A.
33. Feige, Oberstleutnant, III. Inf.-Rgt. 6, Flensburg, nichts veranlassen, O.R.A.
34. v. Fischer, Generalmajor, Stab-Gruppen-Kdo. I, Berlin, Niederschlagung, weglegen.
35. Fromm, Hauptmann, Generalstab 3. Division, Berlin, nichts veranlassen, O.R.A.
36. Gandert, Hauptmann, 3. Komp., Inf.-Rgt. 12, Dessau, Beurlaubung, O.R.A.

37. Gudovius, Oberst, Kdr. von Küstrin, Beurlaubung, O.R.A.
38. Grote, Oberstleutnant, Kdr. 6. Reiter-Rgt., Kassel, Dienstenthebung, O.R.A.
39. Günther, Major, Kommandantur Jüterbog, nichts veranlassen, O.R.A.
40. Gerhardt, Major, Insp. f. Waffen und Gerät, Berlin, nichts veranlassen, O.R.A.
41. Goesch, Major, Stab Inf.-Führer II, Schwerin, O.R.A.
42. Gallmeister, Major, Heerespersonalabt. Berlin, Dienstenthebung, O. R. A.
43. Garve, Major, Ausbild.-Batl. Inf.-Rgt. 7, Schweidnitz, noch nichts veranlassen, weglegen.
44. Holm, Oberleutnant, Rgt.-Adj. Inf.-Rgt. 4, Kolberg, nichts veranlassen, weglegen.
45. Graf v. Hülsen, Oberleutnant, Inf.-Rgt. 9, Potsdam, M. W. K., nichts veranlassen, O.R.A.
46. Hillebrandt, Oberleutnant, Adj., II. Inf.-Rgt. 10, Bautzen, nichts veranlassen, O. R. A.
47. Hassel, Leutnant, 2. Komp., Nachr.-Abt. 3, Potsdam, nichts veranlassen, O.R.A.
48. Hammer, Hauptmann, Stab 6. Div., Münster, nichts veranlassen, O.R.A.
49. Horn, Hauptmann, Stab, I. Inf.-Rgt. 10, Dresden, nichts veranlassen, O.R.A.
50. Jeschonneck, Oberleutnant, 7. Reiter-Rgt., 4. Esk., Lüben, nichts veranlassen, weglegen.
51. Jordan, Hauptmann, Stab 3. Div., Berlin, Versetzung, O.R.A.
52. Jordan, Oberleutnant, Adj., Pion.-Batl. 6, Minden, nichts veranlassen, weglegen.
53. Kundt, Oberst, Stab-Gruppen-Kdo. II, Kassel, nichts veranlassen, O.R.A.
54. Karst, Hauptmann, 8. Komp., Inf.-Rgt. 8, Liegnitz, nichts veranlassen, O.R.A.
55. Kunze, Major, Stab, Art.-Führ. VI, Münster, Beurlaubung, O.R.A.
56. Kempf, Leutnant, Adj., Nachr.-Abt. 3, Potsdam, nichts veranlassen, weglegen, O.R.A.
57. Köhler, Leutnant, 13. Komp., Inf.-Rgt. 4, Kolberg, Versetzung, weglegen.
58. Kaiser, Oberleutnant, 9. Komp., Inf.-Rgt. 19, Lindau, an W.K.Kdo. VII.
59. Kleindienst, Leutnant, 1. Komp., Inf.-Rgt. 2, Ortelsburg, Dienstenthebung, O.R.A.

[60. von Kleist, Rittmeister, Ausbildungs-Esk., Reiter-Rgt. 10, Züllichau, Versetzung, O.R.A.
61. Knebel, Hauptmann, 2. Inf.-Rgt. 17, Braunschweig, nichts veranlassen, O.R.A.
62. von Kutzleben, Major, Kdr. 5. Sanitätsabt., Stuttgart, weglegen.
63. Knoblauch, Hauptmann, Adj., Inf.-Rgt. 18, Paderborn, nichts veranlassen.
64. v. Kutzleben, Hauptmann, Stab Art.-Führer V, Stuttgart, beurlaubt, O.R.A.
65. Kirsten, Oberleutnant, 2. Komp., Inf.-Rgt. 7, Oppeln, nichts veranlassen, weglegen.
66. Krech, Hauptmann, 11. Komp., Inf.-Rgt. 8, Görlitz, Versetzung, O.R.A.
67. v. Loßberg, General d. Inf., Kdr. des Gruppen-Kdo. I, Berlin, nichts veranlassen, O.R.A.
68. Lüdecke, Oberleutnant, 1. Komp., Pionier-Batl. 2, Stettin, Niederschlagung, weglegen.
69. von Löbbecke, Major, Lehrer an der Kav.-Schule Hannover, nichts veranlassen, O.R.A.
70. von Ludwig, Hauptmann, Gen.-Stab 1. Div., Königsberg, nichts veranlassen, O.R.A.
71. Leue, Major, Stab der 3. Div., Berlin, nichts veranlassen, weglegen.
72. Freih. v. Lüttwitz, Leutnant, 1. Esk., Reiter-Rgt. 7, Breslau, nichts veranlassen, weglegen.
73. Lindau, Major beim Zeugamt Spandau, nichts veranlassen, weglegen.
74. Lindemann, Oberstleutnant, Kdr. Pionier-Batl. 6, Minden, Versetzung, O.R.A.
75. Meinecke, Oberleutnant, Stab, I. Batl., Inf.-Rgt. 9, Potsdam, nichts veranlassen, weglegen.
76. Freih. v. Mirbach, Major, 4. Esk., Reiter-Rgt. 4, Perleberg, nichts veranlassen, weglegen.
77. Newiger, Rittmeister, Stab, Reiter-Rgt. 9, Fürstenwalde, nichts veranlassen, weglegen.
78. Nagel, Hauptmann, Heeres-Stat.-Abt. (T. 3.), Berlin, Beurlaubung, O.R.A.
79. Neumann-Neurode, Oberstleutnant, Insp. der Inf., Berlin, nichts veranlassen, weglegen.
80. Mahlmann, Hauptmann, Stab II./Inf.-Rgt. 16, Oldenburg, nichts veranlassen, weglegen.
81. Nolte, Major, Stab, 3. Kav.-Div., Kassel, nichts veranlassen, O.R.A.

82. v. Niebelschütz, Major, Heeresinsp. des Heeresbildungswesens, Berlin, weglegen, O.R.A.
83. Ott, Hauptmann, Heeresabt., Berlin, Beurlaubung, O.R.A.
84. Pachmayr, Hauptmann, 4. Batt. Art.-Rgt. 3, Schweidnitz, nichts veranlassen, O.R.A.
85. von Pressenthin, Oberstleutnant, Rgt.-Stab, 6. Art.-Rgt., Minden, nichts veranlassen, O.R.A.
86. von Platen, Oberstleutnant, Chef des Stabes, Gen.-Insp. des Heeresbildungswesens, nichts veranlassen, weglegen.
87. Peschel, Oberleutnant, 13. Komp., Inf.-Rgt. 2, Allenstein, nichts veranlassen, weglegen, O.R.A.
88. v. Puttkamer, Major, I. Batl., Inf.-Rgt. 5, Stettin, nichts veranlassen, weglegen, O.R.A.
89. Poppinga, Leutnant, 12. Komp., Inf.-Rgt. 12, Magdeburg, nichts veranlassen, weglegen, O.R.A.
90. Raschick, Major, Gen.-Stab-Gruppen-Kdo. I, Berlin, nichts veranlassen, weglegen, O.R.A.
91. Reinstrom, Oberleutnant, 1. Komp. Kraftfahrer, Abt. 4, Dresden, nichts veranlassen, weglegen O.R.A.
92. Freih. v. d. Recke, Major, 4. Esk. Reiter-Rgt. 6, Schwed/Oder, Einstellung weglegen.
93. v. Roques, Oberstleutnant, II. Batl., Inf.-Rgt. 13, Ludwigsburg, nichts veranlassen, O.R.A.
94. Saal, Hauptmann, Stab, Gruppen-Kdo. I, Berlin, nichts veranlassen, weglegen.
95. v. Sichart, Major, Stab, Reiter-Rgt. 6, Pasewalk, nichts veranlassen, weglegen.
96. Senftleben, Major, Chef des Stabes, Heereswaffenamt, Berlin, nichts veranlassen, O.R.A.
97. Schlickum, Oberst, Stab, Art.-Führer I, Königsberg, nichts veranlassen, O.R.A.
98. Schlenther, Oberstleutnant, II/Inf.-Rgt. 3, Deutsch-Eylau, nichts veranlassen, O.R.A.
99. von Schnohen, Leutnant, 9. Komp. Inf.-Rgt. 5, Rostock, Beurlaubung, O.R.A.
100. Graf v. Schmettow, Rittmeister, Stab 2. Kav.-Div., Breslau, nichts veranlassen, weglegen.
101. Strempel, Generalleutnant, Chef d. Hefriko, Berlin, nichts veranlassen, O.R.A.
102. Starke, Oberstleutnant, II/Art.-Rgt. 3, Frankfurt a. O., nichts veranlassen, O.R.A.
103. Sturt, Oberleutnant, 12. Komp., Inf.-Rgt. 15, Kassel, Dienstenthebung, O.R.A.

104. Schrader, Hauptmann, Kommandantur Breslau, Beurlaubung, O.R.A.
105. Schönfeld, Leutnant, Inf.-Rgt. 18, Ausb.-Batl., Detmold, nichts veranlassen, weglegen.
106. Thofern, Hauptmann, 10. Komp., Inf.-Rgt. 9, Spandau, nichts veranlassen, O.R.A.
107. Freih. v. Treusch, Leutnant, Ausbild.-Esk. Reiter-Rgt. 3, Rathenow, nichts veranlassen, weglegen, O.R.A.
108. Trierenberg, Hauptmann, Gen.-Stab, Inf.-Führer VI, Hannover, nichts veranlassen, weglegen.
109. Uth, Major, Generalst. 4. Div., Dresden, nichts veranlassen, weglegen, O.R.A.
110. v. Viereck, Generalmajor, Stab der 3. Div. 4, Berlin, Beurlaubung, O.R.A.
111. Voigt-Ruscheweyh, Major, Hefriko, Berlin, nichts veranlassen, O.R.A.
112. Walter, Major, Stab, Gruppen-Kdo. II, Kassel, Versetzung, O.R.A.
113. Wachter, Hauptmann, 13. Komp., Inf.-Rgt. 20, Regensburg, W.K.E.
114. Wendt, Hauptmann, 2. Komp., Inf.-Rgt. 8, Frankfurt a. O., nichts veranlassen, O.R.A.
115. Wandel, Hauptmann, 3/Art.-Rgt. 2, Stettin, Beurlaubung, O.R.A.
116. Wössner, Leutnant, 9. Batt. Art.-Rgt. 5, Ludwigsburg, nichts veranlassen, weglegen.
117. Zipper, Oberstleutnant, Pionierschule, München, O.R.A.

Dr. Geßler spricht

Bei der Beratung des Haushalts-Ausschusses über den Reichswehretat erklärte Geßler, „daß er und der Chef der Heeresleitung jede Ausbildung von Leuten außerhalb der Reichswehr ablehnten, die im Widerspruch zum Vertrag von Versailles stehe; das sei militärisch wertlos und habe außenpolitische Folgen, die außer allem Verhältnis ständen. Auch von einer stillschweigenden Duldung, nach dem Grundsatz: ‚Hol' dich der Teufel, wenn du dich erwischen läßt!' könne keine Rede sein." („Voss. Ztg.", 14. März 1925.)

Am 28. Mai 1925 gab der Minister im Plenum zu, daß Gelder aus privaten Mitteln für Zwecke der Reichswehr gesammelt worden seien.

„Er wollte auch nicht leugnen, daß in gewisser Beziehung politische Gesichtspunkte bei diesen Sammlungen im Auge gehabt habe, namentlich nach der Richtung, daß diese Gelder nicht außerhalb der Reichswehr stehenden Formationen, dem Stahlhelm, dem Wehrwolf und dem Jungdo zufließen, sondern der legitimen Reichswehr. Dieses ganze Unwesen der außerhalb der Reichswehr bestehenden Verbände würde mit einem Schlage zusammenbrechen, wenn das Geld, das diese Leute brauchen, aufhören würde, zu fließen."

„Man müsse Herrn Dr. Zeigner mildernde Umstände zubilligen, denn er habe als Unterlage für seine Anklagen lediglich die Angaben gehabt, die Herr von Graefe gemacht habe.

„Es ist richtig, daß wir im Herbst 1923 Freiwillige eingestellt haben . . . Wir sind dazu gekommen, Zeitfreiwillige einzustellen, wegen der Unruhen, die damals in Thüringen und Sachsen ausgebrochen waren. Nachdem die Gefahr der Putsche vorüber war, sind die Zeitfreiwilligen sofort abgebaut worden, denn wir hatten eingesehen, daß die Maßnahmen außenpolitisch unmöglich und militärisch vollkommen wertlos waren . . . Gegenwärtig gibt es keine Zeitfreiwilligen mehr im Heere. Sämtliche militärischen Befehlshaber haben Weisung bekommen, keine Zeitfreiwilligen mehr anzunehmen, Ich habe die bestimmte Meldung, daß Zeitfreiwillige nicht mehr eingestellt werden. Jeder Offizier, der das noch tun sollte, wird entlassen . . ."

„Das deutsche Heer ist ein Heer der Republik. Die

Offiziere, die ihren Eid auf die republikanische Verfassung geleistet haben werden diesen, ihren Eid nicht brechen." („Vorwärts", „Vossische Zeitung", „Berliner Tageblatt", 28. und 29. Mai 1925.)

Der Stahlhelm vom 7. Juni 1925 schrieb darauf höhnisch: „Auf dem Verschiebebahnhof Reichstag ist der Redezug des Reichswehrministers entgleist." Die Gegenüberstellung der Vaterländischen Verbände und der legalen Reichswehr sei außerordentlich ungeschickt, da der politisch Unerfahrene oder Böswillige daraus schließen könne, die V. V. seien eine Art illegaler Reichswehr, was Geßler doch nicht gemeint haben könne.

Heute scheint sowohl die schwarze Reichswehr als das System der kurzfristigen Einstellungen der Vergangenheit anzugehören, vor allem deswegen, weil das kapitalistische System so sicher ist, daß es eine speziell zu seinem Schutz aufgestellte Truppe nicht mehr nötig hat. Vielleicht hat auch der neuerdings gerade von rechtsstehender Seite angebahnte Versuch einer Einigung mit Frankreich auf rein kapitalistischer Basis zum Abbau dieses Systems beigetragen. Denn wenn auch diese Truppen niemals wirklich zum sog. nationalen Freiheitskampfe, sondern nur zur Unterdrückung des inneren Feindes, d. h. d. h. der Mehrzahl des deutschen Volkes, dienen sollte, so müßte doch die bloße Existenz dieser Truppen einer Versöhnung der Großkapitalisten beider Länder entgegenstehen.

Aber es wäre grundverkehrt, etwa von einer Republikanisierung der Reichswehr zu reden, weil heute diese Ungesetzlichkeiten aufgehört haben. Übrigens ist es keineswegs sicher, daß sie sich in einer nahen Zukunft nicht wiederholen werden.

Allgem.

Morde und Attentate

Der Begriff des politischen Mordes scheint soziologisch klar, ist aber juristisch nicht ohne weiteres zu fassen. Das Strafgesetzbuch unterscheidet einerseits die fahrlässige Tötung, andererseits den Totschlag, wenn Vorsatz vorhanden ist und endlich den Mord, wenn Vorsatz und Überlegung vorliegen. Der Begriff des politischen Mordes ist einerseits weiter als der strafrechtliche Begriff des Mordes, andererseits enger als Mord und Totschlag zusammengenommen. Denn auch Tötungen, bei denen sich auf beiden Seiten mehr oder weniger bewaffnete Haufen gegenüberstehen, können unter den Begriff des Totschlags fallen, nicht aber unter den Begriff des politischen Mordes. Denn hierbei wird man voraussetzen müssen, daß es nicht zu Kämpfen oder kampfähnlichen Handlungen gekommen ist. Aus diesem Grund fallen viele in der Presse als politische Morde bezeichnete Tötungen tatsächlich nicht unter diesen Begriff, falls man ihn mit der Strenge betrachtet, die bei wissenschaftlichen Untersuchungen notwendig ist.

So ist es vollkommen ungerecht, wenn etwa die Nationalsozialisten die bei der Schießerei am Odeonsplatz am 9. November Umgekommenen als von Kahr ermordet hinstellen. Ebensowenig wird man die bei Gelegenheit des „Deutschen Tages“ in Halle umgekommenen Ar-

beiter als Opfer politischer Morde bezeichnen dürfen. Diese hier vertretene engere Fassung des Begriffes politischer Mord ist auch vom politischen Standpunkt wichtig. Denn hieraus ergibt sich, daß der allergrößte Teil der „Linksmorde" sich nicht als politischer Mord, sondern als Totschlag im juristischen Sinne darstellt. Übrigens hat sich auch die vom Reichsjustizminister herausgegebene Denkschrift über die politischen Morde auf diesen hier vertretenen engeren Standpunkt gestellt und entsprechend die bei kampfähnlichen Anlässen Umgekommenen nicht als Opfer politischer Morde bezeichnet.

Nach den Aufstellungen in dem Buch „Vier Jahre politischer Mord" sind in Deutschland seit dem 9. November 1918, dem Zeitpunkt, wo die politischen Morde als Massenerscheinung begannen, bis zur Ermordung Rathenaus 376 politische Morde vorgekommen. Der politische Mord war das große und schließlich erfolgreiche Kampfmittel der Monarchisten. Zunächst wandte es sich gegen die Führer des Sozialismus, dann gegen diejenigen, bei denen die Gefahr bestand, daß ihr Wirken die Republik mit sozialem Geist erfüllen würde. Doch sind daneben zahlreiche in der Öffentlichkeit unbekannte Anhänger des Sozialismus und der Republik der Rache der Monarchisten zum Opfer gefallen. 354 Morde sind von rechts, 22 von links begangen worden. Nur ein Mord von rechts ist wirklich gesühnt worden: der Mord an Rathenau. Alle anderen, 353, blieben ungesühnt, bzw. die verhängte Strafe war lächerlich gering, etwa 4 Wochen Haft oder einige Papiermark Geldstrafe. Von den Linksmorden wurden 17 gesühnt, 5 blieben ungesühnt.

Die Denkschrift des Reichsjustizministers

Die politischen Morde sind von amtlicher Seite zunächst bestritten worden. Gegenüber dem großen Material, das die Opposition vorbrachte, ist dann von seiten des Reichsjustizministeriums eine amtliche Denkschrift in Aussicht gestellt worden. Diese Denkschrift ist am 23. November 1923 dem Reichstag vorgelegt worden, allerdings nur in einem Schreibmaschinen-Exemplar. Sie ist nicht als Reichstagsdruckschrift erschienen, sondern unter großen Schwierigkeiten von privater Seite veröffentlicht worden. Von den in dem Buch angegebenen Fällen behandelt sie nur 254. Von 161 preußischen Morden sind z. B. nur 106 geschildert. Nur in 27, hauptsächlich bayerischen Fällen, kommt die Denkschrift zu einem vom Buch abweichenden Ergebnis.

Die Denkschrift behandelt die Morde in Bayern nur bis zum Jahre 1919, die in Mecklenburg nur bis zum Jahre 1920 und die in Preußen nur bis zum Jahre 1921. Nach ihr sind 229 politische Morde vorgekommen, davon 208 von rechts und 21 von links. Dabei ist zu beachten, daß die Denkschrift ebenfalls nur bis zur Ermordung Rathenaus reicht und im allgemeinen nur diejenigen Morde aufzählt, bei welchen das Verfahren bereits zum Abschluß gelangt ist. Berücksichtigt man ferner, daß die Denkschrift sogar einige wenige neue Morde aufweist, daß sie zahlreiche Lücken enthält, und daß auch seit ihrem Abschluß eine Reihe von neuen Morden vorgekommen sind, so wird man die Zahl von 500 politischen Morden eher zu gering als zu hoch annehmen müssen.

In allen Fällen hat die Handhabung der Strafverfolgung zu den ärgsten Bedenken Anlaß gegeben. Entweder ist

das Verfahren ohne weiteres eingestellt worden, weil der Täter in Putativnotwehr gehandelt haben will, oder weil er angeblich glaubte, in amtlichem Befehl zu handeln, oder weil er angab, der Ermordete sei entflohen. Zum Teil hat überhaupt kein Verfahren stattgefunden; zum Teil haben die Militärgerichte die Sache jahrelang verschleppt, bis dann dem bürgerlichen Gericht nichts übrigblieb, als das Verfahren wegen der Unmöglichkeit der Aufklärung einzustellen.

Genau wie die Gerichte haben sich auch die verschiedenen Parlamente mit dieser Tatsache in außerordentlich einfacher Weise abgefunden.

Der preußische Untersuchungsausschuß

Auf Grund der Angaben der Denkschrift wurde im preußischen Landtag ein Untersuchungsausschuß eingesetzt. In der Begründung vom 27. Mai 1924 heißt es:

„Der Inhalt der Denkschrift des preußischen Justizministers über die politischen Morde bestätigt, daß trotz der großen Zahl rechtswidriger Tötungen, die an links gerichteten Personen begangen worden sind, die preußische Justiz auch nicht in einem einzigen Falle imstande gewesen ist, eine ausreichende Sühne des Verbrechens herbeizuführen. Die Darstellungen der Denkschrift geben Anhaltspunkte dafür, daß das beschämende Resultat in erster Linie mit auf ein völliges Versagen der zur Strafverfolgung berufenen Staatsorgane zurückzuführen ist. Dieses Versagen ist in einigen Fällen so außerordentlich, daß die Vermutung einer Sabotage der Rechtspflege durch die Staatsorgane, zum mindesten aber der Verdacht

einer pflichtwidrigen Saumseligkeit und Laschheit nicht von der Hand zu weisen ist."

Der Ausschuß begann seine Untersuchungen mit einer Reihe von Maßnahmen, welche geeignet waren, seine eigene Tätigkeit erfolglos zu machen.

Zunächst stand der Ausschuß vor der Frage, ob er öffentlich tagen sollte oder nicht. Er beantwortete sie durch ein Kompromiß, nach welchem er weder öffentlich noch geheim tagte. Nicht öffentlich, denn der Antrag der Presse, zugelassen zu werden, wurde ausdrücklich abgelehnt, und nicht geheim, denn es war den Abgeordneten gestattet, Berichte in der ihnen nahestehenden Presse zu veröffentlichen.

Nur ein einziges Mal hat der Ausschuß öffentlich getagt. Die bekannte Überlastung der Abgeordneten hat dann dazu geführt, daß nur ganz dürftige Berichte erschienen. Die Rechtspresse konnte somit die Berichte, welche an die Öffentlichkeit gelangten, als entstellt angreifen. Die wegen dieser Berichte angegriffenen Personen hatten aber keine Möglichkeit einer ausreichenden Begründung ihrer Behauptungen, da eben keine authentischen Berichte existierten.

Ferner war die Fragestellung des Ausschusses zu eng. Zunächst hat sich der Ausschuß nur auf die Fälle beschränkt, welche in der preußischen Denkschrift behandelt sind. Da diese Denkschrift jedoch als Antwort auf ein bereits 1922 erschienenes Buch gedacht war, so hat der Ausschuß bereits drei Kategorien politischer Morde weggelassen. Nämlich etwa 15 Fälle, welche im Buch als unaufgeklärt bezeichnet sind, tatsächlich aber als politische Morde zu werten sind. Ferner fielen weg etwa ein Dutzend Fälle, die seit Erscheinen des Buches vor-

gekommen sind, und daher in der Denkschrift nicht auftreten.

Durch die Zugrundelegung der Denkschrift an Stelle des Buches fielen weitere 53 preußische Morde weg. Somit hat der Ausschuß seiner Tätigkeit etwa 80 Morde entzogen.

Aber auch der Charakter der übrigbleibenden Morde hat sich durch dieses Ausleseverfahren verändert, denn selbstverständlich hat das Justizministerium vor allem diejenigen Fälle dargestellt, bei denen die Haltung der Staatsanwaltschaft, der Richter und der Schöffen noch am ersten gerechtfertigt werden konnte. In der Denkschrift sind alle diejenigen Fälle nicht geschildert, in denen das Verfahren seit mehreren Jahren schwebt, eine Tatsache, die selbst zu stärkstem Angriff gegen die deutsche Justiz Anlaß geben kann. Schließlich hat der Ausschuß durch diese Auswahl sich jede Handlungsfreiheit genommen, da nämlich die in der Denkschrift behandelten Fälle im wesentlichen bereits durch rechtskräftige Freisprüche erledigt sind.

Aber auch diese Beschränkung auf die Denkschrift genügte noch nicht. Vielmehr wurde beschlossen, die Entscheidung von nicht preußischen Gerichten nicht nachzuprüfen. Unter dieser scheinbar einwandfreien Beschränkung schloß man aber alle diejenigen Verfahren aus, welche vor militärischen Gerichten und vor Sondergerichten geschwebt haben. Das sind aber gerade die wichtigsten Vorgänge, denn regelmäßig haben diese Gerichte entweder die Täter kurzerhand freigesprochen oder die Verfahren so lange verschleppt, daß dem bürgerlichen Gericht, dem der Fall dann übergeben wurde, nichts anderes zu tun übrig blieb, als die Untersuchung einzu-

stellen. Auch die Urteile der Schwurgerichte wurden nicht behandelt, und zwar mit der höchst anfechtbaren Begründung, daß die Schwurgerichte keine Staatsorgane seien. Somit hat der Ausschuß bereits zu Beginn seiner Tätigkeit Selbstmord begangen. Immerhin aber blieben auch nach diesen einschneidenden Weglassungen, welche in der Rechtspresse als weise Beschränkung bezeichnet wurden, noch einige Fälle übrig.

Von den etwa 188 politischen Morden, die in Preußen vorgekommen sind, hat der Ausschuß aber tatsächlich nur 20 behandelt. Aber schon diese wenigen Fälle genügen, um Vorgänge klarzustellen, die unsere juristischen Begriffe auf den Kopf stellen. Denn zu den eigentlichen Morden kommen hinzu: Befehle, für die niemand verantwortlich ist, Geheimbefehle, die dem offiziellen Befehl widersprechen, ein Polizeimajor, der dem Staatsanwalt einen Drohbrief schickt, die Täter werden als Zeugen vernommen, dem einen Täter werden vor seiner Vernehmung die Aussagen der anderen Täter zur Verfügung gestellt, dringend nötige Sektionen unterbleiben, wichtige Zeugen werden nicht vernommen, wichtige Akten gehen verloren, politische Mörder bleiben im Dienst und werden sogar auf ihre Taten hin befördert und ähnliche Dinge mehr. Aber die hier gemachten Feststellungen, welche auf eingehenden Aktenauszügen des Berichterstatters Kuttner beruhten, blieben vollkommen wertlos.

Der eigentümliche Vorgang, daß ein amtliches Dokument zwar verfaßt, aber dann nicht veröffentlicht wird, hat sich bei dem Untersuchungsausschuß wiederholt. Der Landtag wurde, infolge seiner Arbeitsunfähigkeit, vorzeitig aufgelöst. Der Ältestenausschuß hatte zwar be-

schlossen, daß die bereits begonnenen Arbeiten der einzelnen Ausschüsse beendet werden sollten. Aber bei Auflösung des Landtags unterblieben die Publikationen der gesamten Tätigkeit des Ausschusses. Von den gesamten Verhandlungen, Zeugenvernehmungen, Referaten, ist kein Wort publiziert worden. Die Akten liegen wohl verschnürt und versiegelt im Justizministerium. Die ganzen Arbeiten sind somit umsonst gewesen.

So ist die zentrale Frage, woher es kommt, daß nach der Denkschrift über 103, nach meinen Angaben etwa 188 Morde in Preußen unbestraft geblieben sind, heute noch genau so unaufgeklärt, wie vor der Einsetzung des Ausschusses. Diese Tatsache kann natürlich kaum anders gedeutet werden, als daß der Mehrheit des Ausschusses jener unbedingte Wille zur Aufklärung fehlte, der die notwendige Voraussetzung zu einem Erfolg gewesen wäre. Das Fehlen dieses Willens scheint bei extrem Rechtsstehenden begreiflich, wenn man die intimen Zusammenhänge zwischen den politischen Mördern und den Geheimbünden betrachtet. Die wirkliche Aufdeckung der politischen Morde hätte selbstverständlich den mit den Mördern intim verknüpften Geheimbünden und Angehörigen der Schwarzen Reichswehr in der öffentlichen Meinung erheblichen Schaden gebracht. Dies zu verhindern, haben die deutschnationalen Vertreter im Landtagsausschuß für ihre Pflicht gehalten.

Der preußische Untersuchungsausschuß hat sich somit vollständig unfähig erwiesen, die Morde aufzuklären. Man betrachte zum Vergleich den Ausschuß des preußischen Landtags zur Untersuchung der Barmat-Affäre. Dieser tagte im grellsten Licht der Öffentlichkeit. Von vornherein wurde jedes Wort protokolliert. Jeder Satz

unterlag der Kritik der öffentlichen Meinung und diese Mitwirkung hat schon dazu geführt, daß hochgestellte, belastete Persönlichkeiten zurücktreten mußten, aus ihrer Partei ausgeschlossen wurden, ihr Mandat niederlegen mußten, oder kurzerhand aus ihrem Amt entlassen wurden. Die Denkschrift des Justizministers und der Untersuchungsausschuß haben in genau derselben Weise hochgestellte Persönlichkeiten in stärkster Weise belastet. Aber da die Öffentlichkeit fehlte, wurde diese Tatsache nicht bekannt. Sie konnte nicht wirken und alles ist beim alten geblieben: kein Mörder ist neu bestraft worden. Nichts ist so geeignet, die propagandistische Superiorität der Rechtsparteien, die in geschickter Weise als moralische Superiorität hingestellt wird, ins hellste Licht zu rücken, als die vollkommene Ergebnislosigkeit des Ausschusses über die politischen Morde.

Es wäre eine selbstverständliche Forderung der Öffentlichkeit an den preußischen Landtag, daß mindestens das bisher vorliegende, schon außerordentlich umfangreiche Material veröffentlicht wird. Dabei würde es weniger auf die Diskussion im Ausschuß selbst ankommen, gegen deren nachträgliche Veröffentlichung vielleicht parlamentarisch technische Schwierigkeiten bestehen. Wesentlich wäre vielmehr die Veröffentlichung der Auszüge aus den Akten, welche der Berichterstatter, Herr Kuttner, vorgenommen hat. Ferner wäre zu fordern, daß der Landtag einen neuen Untersuchungsausschuß einsetzt, welcher diese Arbeiten beendet.

Selbstverständlich ist diese Unbestraftheit der politischen Morde von den Tätern als Ermunterung zur Fortsetzung ihres patriotischen Werkes aufgefaßt worden.

Schlageter

Der Leutnant Schlageter machte den Raubkrieg im Baltikum mit, dann war er litauischer Soldat („Welt am Montag", 18. Juni 1923), dann beim Kapp-Putsch beteiligt, dann Freischärler in Oberschlesien beim Sturmbataillon Heinz. Wegen Bandenbildung lief gegen ihn ein Steckbrief.

Er war auch an Waffenschiebungen beteiligt, wie ein Prozeß vor dem Landgericht III Berlin erwies. Zwei Hochstapler, ein angeblicher Major von Förster alias Heubeck und ein gewisser Otto Weiß, boten ihm im Januar 1923 in Spandau Heeresgut an. Schlageter lieh sich von einer Bank 5 Millionen (ca. 1000 Goldmark) für die Anzahlung. Damit verschwanden die Schwindler. Schlageter geriet hierdurch in finanzielle Schwierigkeiten, „die für ihn zum Anlaß wurden, einen gefährlichen (und wie es im Bericht einer Gerichtskorrespondenz im „Jungdeutschen" vom 30. Juli 1924 hieß) aber gutbezahlten Posten im Ruhrabwehrkampf anzunehmen" („Völkischer Kurier", 1. August 1925). Er übernahm im Auftrag von Heinz (alias Hauenstein das Kommando einer Gruppe von Terroristen und Saboteuren im unbesetzten Elberfeld, welche den passiven Widerstand gegen den vertragswidrigen Einbruch der Franzosen in einen aktiven verwandeln wollten.

In den ersten Märztagen 1923 sprengte er mit Dynamit eine Überführung auf der Strecke Düsseldorf—Calkum in die Luft. Bald darauf die Bahnstrecke Essen-Werden. Daraufhin wurden Geiseln verhaftet und Millionen Kontributionen auferlegt. (Der Pazifist, 20. Juli 1924.)

Im Zusammenhang mit Schlageter steht die Ermordung

des Polizeispitzels Sinder aus Essen. Dieser stand im Verdacht, auch den Franzosen Dienste geleistet zu haben, wurde verhaftet und in das Polizeigefängnis Essen eingeliefert. Dort wurde er im März 1923 von drei Personen, wahrscheinlich Hans Sadowsky (alias Reichelt, Leutnant im Freikorps Heinz), Bachmann und König, abgeholt, in eine Wirtschaft gebracht und in der Nacht im Auftrage von Heinz in der Nähe des Polizeipräsidiums mit Knüppeln niedergeschlagen und dann erschossen.

Schlageter hatte Sadowsky auf Sinder aufmerksam gemacht.

Schlageter wurde von den Franzosen gefangen, am 8. Mai zum Tode verurteilt und am 26. Mai 1923 erschossen. Natürlich war dies ein glatter Justizmord. Angeblich hatten ihn die Roßbach-Anhänger Otto Schneider und Alfred Götze in Elberfeld auf Befehl Roßbachs verraten, da Roßbach und Heinz von Oberschlesien her verfeindet waren. Dies wurde von mehreren Seiten beeidigt, dann widerrufen. Schneider und Götze wurden freigesprochen. (Frankfurter Zeitung, 2. Juli 1924.)

Die Bergisch-Märkische Zeitung hatte Severing der Mitschuld am Tode Schlageters bezichtigt, weil er den Heinz, gegen den ebenfalls ein Haftbefehl schwebte, verhaften ließ, obwohl dieser vorgab, Schlageter befreien zu können. Der Wahrheitsbeweis hierfür mißlang. Der Redakteur wurde aber aus dem formalen Grund der Wahrung berechtigter Interessen freigesprochen. Das Reichsgericht hat wiederum diesen Freispruch aufgehoben. (Frankfurter Zeitung, 25. Mai, 21. Oktober 1924.)

Schlageter hat deutsche Brücken in die Luft gesprengt, deutsche Leben bedroht und die Taten seiner Anhänger haben die Leiden des besetzten Gebietes außerordentlich

vergrößert. Schlageter wird heute als deutscher Nationalheld gefeiert (vgl. den Artikel vom Privatdozent Dr. Baethgen in der „Grenzwarcht", herausgegeben von der Heidelberger Studentenschaft, 3. Juni 1924).

Grütte-Lehder

Im Laufe des Jahres 1923 war innerhalb der Deutschvölkischen Freiheitspartei ein Oberleutnant Müller hervorgetreten, der sehr bald das Mißtrauen der maßgeblichen Parteikreise auf sich zog. Müller, 29 Jahre alt, der je nach Bedarf auch andere Namen führte — in Wirklichkeit hieß er Heinz Dammers —, geriet in den Verdacht, die Deutschvölkische Partei „verraten" und für die „Rote Fahne" „Spitzelberichte" geschrieben zu haben. Er war ein ausgesprochener Hochstaplertyp und hatte verschiedene längere Gefängnisstrafen wegen Urkundenfälschung und Betrugs verbüßen müssen. Aus dem Gefängnis korrespondierte er mit dem als Helfer am Rathenaumord verurteilten Hans Gerd Techow, wobei er sich als politischen Gefangenen herausspielte. Techow bat ihn denn auch, seine Aufnahme in den „Jungdeutschen Orden" zu erwirken. Nach der Entlassung leitete Dammers die Ortsgruppe Uckermünde der Deutschvölkischen Freiheitspartei. Gelegentlich hatte er sich unter dem Namen Freiherr v. Strachwitz als früheren Adjutanten des Kapitän Ehrhardt ausgegeben.

Robert Grütte-Lehder, ein junger Mann von 18 Jahren mit homosexuellen Neigungen, bearbeitete im Bureau der Deutschvölkischen Freiheitspartei die Jugendorganisation und galt als besonderer Vertrauensmann Wulles. Er gehörte gleichzeitig dem Deutschnationalen Jugend-

bund, der „Neuen Jugend“, der „Reinhardt-Organisation“, dem „Deutschen Herold“ und dem „Bismarck-Orden“ an.

Er erbot sich, nach Pommern zu fahren, um dort dem Verdacht gegen Dammers nachzuspüren. Zu diesem Zwecke erhielt er vom Parteigeschäftsführer, dem späteren Abgeordneten Kube, folgenden Ausweis:

Berlin SW 11, Dessauer Straße 6.

Ausweis

Herr Robert Grütte-Lehder, Berlin-Weidmannslust, ist vom Herrn Reichstagsabgeordneten Wulle bevollmächtigt, die für den „Deutschen Herold“ erforderlichen Unterlagen im Fall Müller zu beschaffen.

I. A.: Wilhelm Kube, Reichsgeschäftsführer.
Stempel „Deutscher Herold“.
Der Geschäftsführer.“

Grütte-Lehder knüpfte ein „Freundschaftsverhältnis auf sexueller Basis“ zu Dammers an und bewog ihn, mit nach Berlin zu kommen, da ihnen in Pommern nach Verübung einiger gemeinsam begangener Schwindeleien der Boden zu heiß geworden war. Dammers stieg hier in einem kleinen Hotel „Zur Ostsee“ am Stettiner Bahnhof ab.

Grütte-Lehder glaubte schließlich, die Beweise für die Spitzeltätigkeit des Dammers in der Hand zu haben und beschloß, ihn zu ermorden. Zuerst ein mißglückter Versuch bei einem Spaziergang im einsamen Tegeler Forst am 15. November 1923. Die Pistole versagt im entscheidenden Moment, und Dammers, der vorgegangen war, merkt nichts. Am nächsten Tag wird der Spaziergang wiederholt, und jetzt glückt die Tat. Nach drei

Schüssen war Dammers tot. Grütte-Lehder plündert den Erschossenen aus, geht dann ins Hotel, bezahlt die Rechnung und verkauft den Inhalt der Koffer. Den Kameraden gegenüber rühmt er sich, diesen Spitzel erschossen zu haben, und gab einen Teil seiner Beute an seine Gesinnungsgenossen Böttcher und Steltenkamp ab. Steltenkamp hatte die Pistole zum Zweck eines politischen Mordes besorgt. (Berliner Lokal-Anzeiger vom 15. Mai 1924.)

Noch am 20. November gab Wulle dem Grütte ein persönliches Empfehlungsschreiben:

„Herr Robert Grütte-Lehder ist in unserem Auftrage für die völkische Freiheitsbewegung tätig und hat die Aufgabe, Vorpommern zu organisieren. Wir bitten, ihn nach Kräften unterstützen zu wollen.

Mit deutschem Gruß R. Wulle, M. d. R.“

(Vossische Zeitung, 15. Mai 1924.)

Von Mitgliedern des Bismarckordens, Ortsgruppe Gneisenau, wurde die Polizei in Hermsdorf auf den Mörder aufmerksam gemacht. Am 30. November 1923 wurde Grütte-Lehder verhaftet und gestand den Hergang in der geschilderten Weise. Die Leiche war aber nicht aufzufinden. Grütte-Lehder blieb in Untersuchungshaft, bis schließlich eine Leiche gefunden wurde, auf die aber seine Angaben nicht paßten. Jetzt legte er ein „Geständnis“ ab, wonach er mit der Tat nur renommiert habe; er habe sich bisher geschämt, sich als Aufschneider bloßzustellen. Daraufhin wurde er aus der Haft entlassen.

Da wurde am 11. Mai 1924 die richtige Leiche gefunden und trotz stark vorgeschrittener Verwesung agnostiziert. Die Schußkanäle entsprachen völlig dem

ersten Geständnis. Am 13. Mai wurden die Spießgesellen des Grütte-Lehder, Böttcher und Steltenkamp, verhaftet. Grütte-Lehder selbst war über München nach Ungarn geflüchtet, wo er sich in Schutzhaft begab. (Frankfurter Zeitung, 22. Mai 1924.) Nach langem Hin und Her wurde er nach Deutschland ausgeliefert.

Die Ermordung des Heinz-Orbis

Der Fall Heinz gehört zu den vielen Attentaten, die anläßlich der separatistischen Bewegung im Rheinland und der Pfalz vor sich gingen. Der Gutsbesitzer Heinz aus Orbis bei Kirchheimbolanden in der bayrischen Pfalz warf sich gegen Ende des Jahres 1923 zum Chef der sogenannten „autonomen Regierung der Pfalz" auf, die unter dem Schutz der Bajonette des Generals de Metz ein kümmerliches Dasein fristete. Heinz war früher Mitglied der bayerischen Mittelpartei (deutschnational) gewesen und hatte nach seinem Abgang das Generalsekretariat der Freien Bauernschaft der Pfalz übernommen. Die Übergriffe der Separatisten versetzten die friedliche Bevölkerung sehr bald in eine wütende Haßstimmung gegen die Usurpatoren. Eine faktische Regierung haben sie nie ausgeübt.

Als „Präsident" Heinz am Abend des 9. Januar 1924, wie gewöhnlich, im „Wittelsbacher Hof" in Speyer zu Abend aß, traten plötzlich vier oder fünf junge Männer an seinen Tisch und schossen aus nächster Entfernung auf ihn und seine Begleiter. Heinz war sofort tot. Seine Freunde Weiß, Sand, Weigl und Fußheller starben noch in der gleichen Nacht im Krankenhaus.

Der Pressechef der Separatisten, Lilienthal, war gerade

im Begriff, das Hotel zu betreten. Er wurde dicht am Portal von zwei gutgekleideten Herren aufgehalten. Als er die Schüsse fallen hörte, schoß er auf die beiden Männer und versuchte, in die Halle zu stürmen, brach aber am Eingang selbst verwundet zusammen. Einer der beiden, der bayerische Regierungsassessor Jakob Wißmann, starb nach einigen Minuten. Die andern Täter entkamen im Auto. Wißmann wurde am 22. Januar in seinem Heimatdorf Schollbrunn im Spessart beigesetzt. Unteroffiziere einer aus Würzburg gekommenen Reichswehrabteilung trugen den Sarg, den die schwarzweißrote Flagge deckte. (Berliner Tageblatt, 23. Januar 1924.)

Am 10. Januar 1924 (am Tage nach dem Mord) erließ der Staatsanwalt vom Volksgericht Würzburg „wegen eines nach den Verordnungen des bayerischen Gesamtkabinetts vom 11. Mai 1923 und des Generalstaatskommissars vom 1. Oktober 1923 (Bayerische Staatszeitung, Nr. 108 und 228) mit der Todesstrafe bedrohten Verbrechens, des Landesverrats, Haftbefehl gegen 19 Personen, darunter Heinz-Orbis.

Diese Fassung läßt die Deutung zu, als ob eine nachträgliche Legitimation für die Mörder geliefert werden sollte. Psychologisch steht damit im Zusammenhang, daß der bekannte Münchener Strafrechtslehrer Professor Doerr in der „München-Augsburger Abendzeitung“ vom 17. Januar 1924 die These verfochten hat, daß die Mörder von Speyer nicht strafrechtlich verfolgt werden könnten:

„Jeder, mag er Pfälzer, Bayer oder Preuße sein, (war) möglichst zur Abwehr des rechtswidrigen Angriffs und Hochverrats befugt ... Wirksame Abwehr kann auch die Beseitigung oder Schadlosmachung des Angreifers bilden. Wenn die Täter vom 9. Januar auf solche Weise nur

Verbrecher an der Fortsetzung ihrer Verbrechen verhindern wollten, sind sie nicht Mörder im strafrechtlichen Sinne . . ."

Doerr vertritt also die Gültigkeit der mittelalterlichen Feme und der Ächtung. Von einem Verfahren gegen die Mörder ist nichts bekannt geworden.

Die Düsseldorfer „Volkswacht" vom 23. Mai 1924 machte Angehörige der unter Leitung des bayerischen Oberregierungsrats, Ritter v. Eberlein, stehenden sogenannten Pfalz-Zentrale, für den Mord verantwortlich. Die Pfalz-Zentrale wurde am 15. Mai 1924 von der badischen Regierung polizeilich geschlossen. Die Täter selbst scheinen Mitglieder des „Treubundes" gewesen zu sein.

Das Attentat gegen General v. Seeckt

Der mißglückte Anschlag auf General v. Seeckt gehört mit zu den interessantesten Vorgängen des Jahres 1923. Was ihn auszeichnet und was u. E. bei den Prozeßverhandlungen keineswegs genügend deutlich geworden ist, das sind die tiefen politischen Zusammenhänge. Hier handelt es sich nicht um einzelne Fanatiker, um irregeleitete Idealisten, sondern um eine Auswirkung eines langen und unterirdischen Kampfes um die politische Macht.

Das Ende des unglücklichen Ruhrkampfes war die schwerste Gefahr für Deutschlands Existenz als Republik. Der Ruhrkampf hatte die nationalen Verbände außerordentlich gestärkt. Durch die Hände des Vorsitzenden des Alldeutschen Verbandes, des einflußreichen und schlauen Justizrats Claß und seines Vertrauten, des Augsburger Fabrikanten Dr. Grandel, sind Unsummen

Geldes aus unbekannten oder nur zu wohlbekannten Quellen Wege gegangen, die keine Kontrolle jemals enthüllen wird. Angeblich zum Ruhrkampf bestimmt, sind diese Gelder den Geheimbünden zugeflossen. Das Ende des Ruhrkampfes bedeutete das Ende der finanziellen Unterstützungen. Daher die Notwendigkeit, aber auch beste Gelegenheit, zu einer vaterländischen Aktion. Die nationale Entrüstung, welche der unvermeidlichen Niederlage voranging, sollte Ausgangspunkt des Putsches werden. „Es muß etwas geschehen." In diesem Sinn hat Herr Claß, gestützt auf die vaterländischen Verbände, einen Putsch geplant. „Wir tun alles, um der echten Diktatur die Wege zu ebnen." Er versuchte am 24. September 1923 General v. Seeckt zur Teilnahme zu überreden. Aber v. Seeckt „war nicht dumm genug, darauf hineinzufallen". Vielleicht weil er ein Vernunft-Republikaner ist, vielleicht weil er prinzipiell solchen Dingen abgeneigt ist. Er lehnte ab und erklärte, er schieße bis zur letzten Patrone, auch gegen rechts. „Durch dieses Bekenntnis zur Legalität hat er sich (im Sinne des Alldeutschen Verbandes) das Urteil selbst gesprochen." „Sein Rätsel ist gelöst, er ist die verhängnisvolle Persönlichkeit, die die Beseitigung der heutigen unheilvollen Zustände verhindert." (Brief eines Stuttgarter Anhängers an Claß, Prozeßbericht vom 31. Mai 1924.)

1923 Wenn der Putsch nicht mit Seeckt kommt, so kommt er ohne Seeckt. Anfang Oktober schlug Major Buchrucker mit der schwarzen Reichswehr in Küstrin los in der Hoffnung, daß weitere vaterländische Kreise sich ihm anschließen würden. Der Putsch scheiterte (vgl. Kapitel „Schwarze Reichswehr"). Dann folgte der Aufmarsch Ehrhardts in Franken. Wehrwolf, Stahlhelm,

Jungdo wollen Deutschland von dem in Berlin herrschenden Marxismus befreien (vgl. Kapitel „Stahlhelm und Jungdo"). In intimem Zusammenhang damit steht der Alldeutsche Verband, „die Herren im Norden". Lossow löst militärisch Bayern vom Reich los, erklärt, Befehle von Seeckt nicht ausführen zu wollen und bereitet die Einsetzung des „echten" Direktoriums, bestehend aus Mitgliedern und Vertretern des Alldeutschen Verbandes vor (vgl. Kapitel „Bayern".) Die parlamentarische Krise hatte ihren Höhepunkt erreicht. Mit einem Schlag sollte das Direktorium die schwüle Atmosphäre reinigen und die ihm genehme Ruhe und Ordnung einführen. Parallel und doch in einem gewissen Gegensatz dazu der Vorstoß Hitlers, der an der zweideutigen Haltung Kahrs am 9. November scheiterte. Dieser Gegensatz Hitler und Kahr durchzieht das politische Milieu der Rechtsradikalen; es ist der Gegensatz der Leute mit den sozialen Fiktionen gegen die reinen Anhänger des Kapitalismus, der Gegensatz der neuen Bewegung gegen die althergebrachte, das Ringen gegen die Bonzen. Ohne diesen fundamentalen Gegensatz ist der ganze Attentatsplan unverständlich.

Der Plan selbst ist eindeutig klargestellt durch das erste Geständnis, das der Alldeutsche Dr. Gottlieb Grandel, der aber gleichzeitig auch den Nationalsozialisten nahestand, sofort nach seiner Verhaftung am 15. Januar 1924 ablegte. Man weiß prinzipiell, daß die erste Vernehmung stets die aufschlußreichste ist. Hier können noch keine Verabredungen mit Zeugen vorliegen, hier spricht der Angeklagte allein in seiner Verzweiflung über das Scheitern seiner Pläne. Das Protokoll lautet:

„Ich gebe zu, an einer Mordverabredung gegen den

General von Seeckt teilgenommen zu haben. Über den Plan habe ich von Oktober bis Januar mit Herrn Justizrat Claß verhandelt. Claß habe ich im Mai 1923 in Hamm auf einer Sitzung kennengelernt. Der Plan zur Ermordung Seeckts ist mir im Oktober 1923 von Claß in seiner Wohnung in der Rauchstraße dargelegt worden. Claß hat dabei Seeckt als Schädling bezeichnet, der das Emporkommen Deutschlands verhindere und den die Schuld an der Vernachlässigung der Wehrmacht treffe, der die Abwehr des Einfalles der Franzosen in das Ruhrgebiet hintertrieben habe, und der ein Börsenspekulant und Schlemmer sei. Die Ermordung Seeckts sei nur ein Teil eines großen politischen Planes mit dem Endziel der Errichtung der nationalen Diktatur. Die Umwälzung sollte sich unblutig vollziehen. Claß wollte die politische Leitung übernehmen. Für die Diktatur selbst sollte General von Below beauftragt werden. Class hat ferner gesagt, daß er auch andere Personen hierfür in Bewegung gesetzt habe. Die Namen Ludendorff und Ehrhardt hat Claß nicht genannt, dagegen sprach er davon, daß er in Verbindung stehe mit dem General von Möhl in Kassel und dem General von Lossow in München, sowie mit Kahr. Diese Verabredungen seien maßgebend gewesen für das Verhalten Kahrs und Lossows beim Hitlerputsch.

Ich fand in den letzten Monaten des vorigen Jahres keine geeigneten Leute zur Ausführung der Tat, so daß Claß mich schließlich drängte. Schließlich lernte ich Thormann kennen, der sowohl dem Wikingbund als auch der Ehrhardtbrigade angehörte. Thormann stimmte zu, die Tat auszuführen und erklärte, daß er auch noch andere beteiligen wolle. Im Januar 1924 drängte Claß

immer mehr zur Tat, stellte mir Geldmittel in Höhe von 50 000 Goldmark in Aussicht und gab mir 12 000 Mark, von denen ich 2000 Mark Thormann übergab. Weitere 14 000 Mark versprach mir Claß, sobald sie benötigt würden. Ferner versprach mir Claß noch 50 000 Mark für die Mutter des Schuhmacher (Köpke). Herrn von Tettenborn, von dem Thormann öfters sprach, habe ich nicht kennengelernt, dagegen Köpke, den ich fragte, ob er bereit sei, die Tat auszuführen. Er stimmte zu, falls seine Mutter 50 000 Mark bekäme. (Nach Köpkes Angabe 5000 Mark.)

Ich mißbillige jetzt in besserer Erkenntnis der Dinge die Tat. Die anderen, die um diesen Plan gewußt haben, haben sich feige und untreu benommen, feige, weil sie andere vorschickten, untreu, weil sie sie dann im Stich gelassen haben."

Kurze Zeit später hat Dr. Grandel dieses Geständnis widerrufen. Es sei nicht wahr, daß Claß ihn angestiftet habe. Claß habe ihm auch keine Gelder für Thormann gegeben. Die Beschuldigung gegen Thormann sei auch falsch. Er habe zwar mit Thormann über einen Mordplan gesprochen, ihm aber kein Geld gegeben. Das Verhalten aller Beteiligten sei Komödie gewesen.

Thormann wandte sich am 4. Januar 1924 an Herrn von Tettenborn, den Sekretär der deutschvölkischen Freiheitspartei, den norddeutschen Parteigenossen Hitlers, und sagte ihm, es sei notwendig, Seeckt zu ermorden. Er solle ihm einen Mörder besorgen. Tettenborn ging zunächst darauf ein, ließ sich 100 Dollar Vorschuß geben und betraute den Studenten Heinz Köpke scheinbar mit der Ausführung des Attentats. Dann fanden Beratungen zu zweit, zu dritt und zu viert in Cafés

und Restaurationen statt. Man besichtigte die Bendlerstraße. Beim Morgenspazierritt sollte Seeckt im Tattersall ermordet werden. Aber Tettenborn ließ durch den „Major“ Gilbert, einen ehemaligen Roßbachmann, mit dem er zusammenwohnte, den ganzen Plan dem Reichskommissar für die öffentliche Ordnung mitteilen. Am 15. Januar, am Tag, wo Seeckt ermordet werden sollte, wurde die ganze Gesellschaft verhaftet.

So setzt sich der Kampf Hitlers gegen Kahr fort im Kampf Tettenborns gegen Thormann. Kahr, Lossow und Seisser vertreten die vaterländischen Verbände Bayerns. Sie stehen in nahen Beziehungen zum Alldeutschen Verband. Der Alldeutsche Verband ist eine Organisation von Intellektuellen. Die älteren Mitglieder sind zweifellos dem Terror abgeneigt. Das Gros der Mitglieder steht hierzu geistig viel zu hoch und ist daher viel zu stark gehemmt. Aber aus seinen Reihen gehen die jungen Kräfte hervor, welche den Terror nicht nur billigen, sondern auch ausüben. Grandel ist eine merkwürdige Persönlichkeit, stark Psychopath, der auch mit der Gegenseite, den Nationalsozialisten, Verbindungen hat. Thormann ist ein reiner Abenteurer ohne tiefere Bedeutung, Angehöriger der Organisation C, in der er die Rolle eines Verpflegungsoffiziers spielt, eine gescheiterte Existenz, ein Berufsverschwörer. Der Typus des Freischärlers. Ursprünglich Mechaniker, dann Roßbachmann, bereist er Deutschland zu politischen Zwecken auf Kosten dunkler Auftraggeber. Horst von Tettenborn, als Halbjude bezeichnet, und Gilbert sind ebenfalls frühere Roßbachleute. Gilbert Agent des Reichskommissars.

Durch die Mitteilung Gilberts an den Reichskommissar

entsteht ein neuer Gegensatz, Regierungsrat Weiß von der Abteilung I A des Berliner Polizeipräsidiums glaubt solchen Nachrichten prinzipiell nicht. Noch vor Gericht hat er in seiner Zeugenaussage es für unmöglich erklärt, daß Terroristen aus dem Lager des Alldeutschen Verbandes hervorgehen. Weiß hat so viel Material über mißglückte Attentate, daß er an ernsthafte nicht mehr glauben kann. Hinter der ewigen Renommisterei, hinter dem Großsprechertum, hinter den Spitzeln und Berufsverschwörern, denen es nur darauf ankommt, Geld zu verdienen und die gleichzeitig für die verschiedensten Stellen arbeiten, sieht er nicht den großen Willen, der in diesen Kreisen lebendig ist. Der Regierungsrat Mühleisen vom Reichskommissariat aber glaubt an die Ernsthaftigkeit des Attentats, hält die Nachrichten von Tettenborn für zuverlässig. Beide Parteien, die Alldeutschen Grandel und Thormann, wie die Deutschvölkischen Tettenborn und Köpke, wollen sich gegenseitig eine Falle stellen. Thormann will drei Fliegen auf einmal schlagen: den unbequemen General beseitigen, die deutschvölkische Freiheitspartei mit diesem Verdacht belasten, gleichzeitig so viel Geld herauszuholen wie möglich, angeblich um zu sehen, wer die Geldgeber eigentlich sind.

Thormann und Grandel standen vom 26. Mai bis 5. Juni 1924 als Angeklagte, Köpke und Tettenborn als Zeugen vor dem Landgericht III Berlin. Vorsitzender Oberlandgerichtsrat Tolk. Viel herausgekommen ist bei dem Prozeß nicht. Zu ungeschickt war das Vorgehen. Claß ist nicht verhaftet worden, was gleich nach dem Geständnis Grandels notwendig gewesen wäre. Dies hätte vielleicht Gelegenheit gegeben, die tiefsten Zusammenhänge vieler politischer Morde der letzten Jahre auf-

zudecken. Claß ist nicht einmal angeklagt worden, man hat ihn als Zeugen vernommen, sogar vereidigt. Allerdings ist das Gericht auf seine mehrfach geäußerten Wünsche auf Ausschluß der Öffentlichkeit nicht eingegangen. So stehen seine Putschpläne fest. Die Aussage Seeckts läßt in ihrer unbedingten Bestimmtheit keinen Zweifel. „Das, was Herr Claß mir vorschlug, war ein Verfassungsbruch, ein Staatsstreich.“ (31. Mai 1924.)

Da die Verabredung Thormanns und Grandels, die den Mord wollten, mit Tettenborn und Köpke, die den Mord nicht wollten, nicht ernsthaft war (denn eine ernsthafte Verabredung mit agents provocateurs gibt es nicht), wurden die beiden Angeklagten freigesprochen. Die Staatsanwaltschaft (Burchardi und Lindow) hatten für jeden drei Jahre Zuchthaus beantragt. Der Wille zu einer strafbaren Tat allein sei nicht strafbar. Diese Argumentation der Urteilsbegründung ist durchaus schief.

Die Mordabsicht Thormanns und Grandels war ernst, so sagt die Begründung selbst. Also bestand eine ernsthafte Verabredung zwischen diesen beiden, und sie waren um dessentwillen zu bestrafen. Dies ist nicht geschehen.

Hat die deutsche Justiz immer so streng formale Grundsätze gehabt? Im Münchner Geiselmordprozeß wurden Leute zum Tode verurteilt, bloß deswegen, weil sie dabeistanden, billigend zusahen und ihren Willen mitzuschießen bekundeten. Allerdings, die Herren Thormann und Grandel stehen rechts und die Rotgardisten von damals links.

Der Freispruch ist um so bemerkenswerter, als kurz vorher die Parchimer Mörder und der Hardenattentäter

Ankermann zu schweren Strafen verurteilt worden waren. Damit waren (abgesehen von der Verurteilung der Rathenaumörder) die ersten politischen Mörder bestraft worden. Eine neue Entwicklung der deutschen Justiz schien einzusetzen. Der politische Mord, von rechts begangen, schien ein strafbares Delikt, und doch wurden die Leute, die das Attentat auf Seeckt vorbereiteten, freigesprochen.

Wie ist dieser bemerkenswerte Unterschied zu erklären? Er ist nur scheinbar. Verurteilung und Freispruch folgen einer Bahn. Als der Kapitalismus noch um seine Macht rang, konnte er es sich nicht leisten, daß seine Vorkämpfer wegen ihrer Untaten bestraft wurden. Dies hätte seine sittlichen Prätensionen zu sehr gestört. Man mußte die Täter freisprechen und damit dokumentieren, daß es sich um keine ernsthaften Taten handelte, oder daß der Ermordete eigentlich sein Los verdiente. Heute ist der Kapitalismus seiner Herrschaft sicher. Es fühlt sich so stark in seiner Macht, daß er der Opposition entgegenkommen kann, daß er seine eigenen Prinzipien, die er in seinem Kampf über Bord warf, wieder aus dem Winkel hervorholen kann, um zu zeigen, daß das Geschrei der Opposition ohne Inhalt ist. Hier herrscht Gerechtigkeit. Deswegen werden sogar Roßbach-Anhänger verurteilt, obwohl Roßbach eine um seines Wissens willen mit allen Mitteln zu beschützende Persönlichkeit ist.

Aber gerade aus diesem Grunde mußten Thormann und Grandel freigesprochen werden. Denn, daß ernsthaft ein nationaler Mann daran denken kann, einen richtigen General aus dem ancien régime zu ermorden, das ist unmöglich. Das darf es nicht geben. So will das Urteil dokumentieren, daß dieses Attentat gar nicht

ernsthaft war. Diese symbolische Feststellung ist denn auch allgemein von der Öffentlichkeit begriffen worden, was man an dem herzhaften Aufatmen sah, das beim Freispruch durch die deutschnationale Presse ging.

Diese Feststellung ist um so wichtiger, als die Urteilsbegründung ausdrücklich das Gegenteil sagt. Aber wer liest die Urteilsbegründung? Worauf es ankommt: das Urteil verneint die Realität des Plans.

Aber war das Attentat wirklich ernsthaft? Das vermag man in letzter Linie nicht zu sagen. Denn wer will die Aussagen von Menschen ernsthaft werten, welche ihre Aussagen alle fünf Minuten ändern? Im selben Atemzug Leute als beste Freunde und schurkische Spitzel bezeichnen? Von denen jeder bei einem gemeinsamen Plan nur darauf aus ist, den anderen hereinzulegen? Menschen, die von den Verschwörungen, den Attentaten, den Putschen leben.

Der Chef der Heeresleitung sollte umgebracht werden. General v. Seeckt ist sicher kein Sozialist, aller Wahrscheinlichkeit nach kein Republikaner. Vielleicht wollten die Angeklagten durch ein scheinbares Attentat beweisen, daß es eine republikanische Reichswehr gibt. Denn diese kühne Behauptung hat einen handgreiflichen Beweis dringend nötig. Vielleicht wollte man Seeckt auch nur bedrohen, um ihm zu zeigen, was ihm passieren könnte, wenn er wirklich im Sinne der republikanischen Verfassung handle. Daß heute General Seeckt und Herr Geßler keine republikanische Politik treiben, ist evident. Dies würde ihrem Werden und Wesen zu sehr widersprechen. Aber sicher ist, daß Herr Seeckt der Republik nicht so viel schadet, wie er schaden könnte. Wollte man ihn warnen, auf diesem Wege fortzufahren? Oder

war das Attentat ernsthaft? Wollte man Seeckt bestrafen, weil er die reine Diktatur des Alldeutschen Verbandes nicht unterstützte? Weil er den Putsch der schwarzen Reichswehr in Küstrin unterdrückte? weil er so die Front Hitlers erdolcht hat? weil er dem Separatisten Lossow entgegentrat? All diese Fragen lassen sich nicht beantworten. Denn der Sumpf der Spitzel gehört nicht zur intelligiblen Welt.

So kompliziert der Vorgang und seine Wertung, so unaufgeklärt die Zusammenhänge und so unbefriedigend der Ausgang, so haben wir doch eine Art von Spiegelbild dieser Situation bereits erlebt. Ein rechtsstehender Attentäter, dessen Gesinnung unbedingt, dessen Zuverlässigkeit und Treue sehr bedingt, ein Berufsverschörer, der von der nationalen Welle lebt, will eine hochgestellte Persönlichkeit ermorden. Früher hieß er Bauer, diesmal Thormann. Ermordet werden sollte Scheidemann, jetzt Seeckt. Ein anderer hört davon und beschließt, dies zu verhindern, indem er mit den Attentätern scheinbar zusammenarbeitet, tatsächlich aber alle Nachrichten an die Behörden weitergibt. Früher hieß er v. Puttkamer, jetzt v. Tettenborn. Der Attentäter wird freigesprochen oder freigelassen, der Denunziant, der Lockspitzel oder der treue Republikaner, wie man ihn nennen mag, wird diesmal freigesprochen, damals wurde er verurteilt. Allerdings der Vergleich hinkt. v. Puttkamer stand links, v. Tettenborn rechts. Der eine Prozeß fand in Berlin, der andere in München statt. Aber dieses verschiedene Los des Angebers ist doch nur der Hintergrund für das gemeinsame Los der Attentäter. Sie werden freigesprochen. (Vgl. „Verschwörer", S. 128 und 171).

K. M. Ende 1923

Die Ermordung des Friseurs Rausch

Der hier geschilderte Plan zu einem Attentat auf Seeckt stand nicht allein. Schon gleich nach dem Scheitern des Küstriner Putsches hatte die Gruppe um Schulz sich an Seeckt rächen wollen. Die Täter sollten unter dem Ruf „Depeschen über die Schwarze Reichswehr" in das Zimmer des Generals eindringen. Die Flucht im Auto sollte durch Besetzung der Straße gesichert werden. Doch ist dieser Plan nicht über die ersten Vorbereitungen hinausgelangt. („Weltbühne", 15. September 1925.)

Auch über kommunistische Mordpläne auf den General wird berichtet. So sollten bewaffnete Arbeiter den General am Anhalter Bahnhof auflauern, um nach gelungener Tat per Rad zu fliehen. Beide Pläne sind kaum ernst zu nehmen; wenn es sich auch im ersten Falle um in politischen Morden erfahrene Kämpfer handelte. Die gleichzeitig verbreitete Greuelnachricht von Morden, die mit Hilfe von Cholerabazillen vorgenommen werden sollten, tragen zu sehr das Gepräge der Kriegsgreuel von 1914, um ernsthaft in Betracht zu kommen. Solche Pläne werden einer kommunistischen Tscheka zugeschrieben.

Eine solche Terroristengruppe war von dem Kommunisten Felix Neumann Ende des Jahres 1923 im Auftrag eines gewissen „Helmut" aufgestellt worden. Sie sollte angeblich dazu dienen, während der Dauer der Illegalität der kommunistischen Partei deren Kontrolle zu übernehmen. „Helmut", den der Oberreichsanwalt später mit einem „General Gorew" identifizieren wollte, erteilte Neumann den Befehl, den Friseur Rausch, der dringend der Spitzelei für die Abteilung IA der Berliner Polizei verdächtig war, zu „erledigen". Daß dieser Auf-

trag von einer verantwortlichen Parteiinstanz stammte, ist mehr als zweifelhaft.

Neumann hat dann (nach seinen Bekundungen im Prozeß) die Ausführung dieses Auftrages von der Bedingung abhängig gemacht, daß er die Angaben über die Spitzeltätigkeit des Rausch zuerst persönlich nachprüfen dürfe. Er hat dann — immer nach seinen Aussagen — mit Rausch gesprochen, und dabei von diesem die Bestätigung erhalten. Er faßte daraufhin den Beschluß, dem Verräter einen „Denkzettel“ zu verabfolgen; er sollte, nicht getötet, sondern nur verwundet werden. Ein erster Versuch, den ein Kommunist Margies am 6. Januar 1924 unternahm, mißglückte. Am nächsten Tage, ließ Neumann durch seinen Komplizen Poege den Rausch aus dessen Wohnung in der Oderbergerstraße abholen und schoß aus dem Hausflur in einer Entfernung von etwa 2 m auf den Rausch. Am 17. März ist Rausch an den Folgen der Verletzungen gestorben. (Prozeßbericht „Vorwärts“, 15. März 1925.)

Neumann, ein Pathologe schwerster Art, hat vor Gericht sich und seine Mitangeklagten aufs stärkste belastet. Namen, wie Charakter der Auftraggeber, ihre zweifellos weitergehenden Pläne und die Rolle, die die Täter dabei spielten, sind in reichliches Dunkel gehüllt.

Nach wochenlanger Verhandlung wurden vom Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik am 22. April 1925 Neumann und Poege wegen Mordes, Skoblewski, in dem die Anklage den vielumstrittenen General Gorew, alias Helmut sah, wegen Anstiftung zum Mord zum Tode, Margies wegen Beihilfe zum Mord zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt. Eine Reihe von anderen Angeklagten wurden wegen Hochverrat zu langjährigen Zuchthausstrafen verurteilt.

Henry – Jones

Der kleine Tschekaprozeß

Vom 5. bis 24. Juni 25 wurde vor dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik der zweite Prozeß gegen eine sog. Tscheka geführt. Die wesentliche Anklage gegen die beiden mecklenburgischen Abgeordneten Joh. Warnke und Erich Schmidt, den 24jährigen „Schriftsteller" Walter Zeutschel und den 20jährigen Karl Winkel lautete auf Hochverrat in Verbindung mit Mord.

Nach der Anklage haben Kommunisten in Mecklenburg sog. „Partisanenaktionen" vorbereitet. Partisanen sind kleine Terrorgruppen, der Partisanenkrieg ist die dem Guerillakrieg entsprechende Form des Bürgerkrieges: Brückensprengen, Fabriken besetzen, Wasser abschneiden, Gelder „beschlagnahmen", lauter, der spezifisch städtischen Natur des industriellen Proletariats angepaßte Methoden. Wie groß diese Vorbereitungen auch gewesen sein mögen, gegenüber den tatsächlichen Truppensammlungen der Nationalisten waren sie lächerlich gering. Nach der Behauptung der Angeklagten waren sie nur als Abwehr gegen die Völkischen gedacht. „Wenn Sie nicht an bewaffneten Aufstand dachten, wozu hatten sie dann eine Militärleitung?" so fragt der Vorsitzende und zu seinem Entsetzen erhält er die Antwort: „Ja, wir konnten doch nicht wie die Rechtsorganisationen unsere Leute zur Ausbildung in die Reichswehr schicken!"

Auf diese ganzen politischen Zusammenhänge einzugehen, hat der Staatsgerichtshof ausdrücklich abgelehnt. Ein von der Verteidigung geladener Sachverständiger wurde nach längeren Debatten nicht vernommen und um das schwierige Thema zu vermeiden, wird als wahr unterstellt, daß die Arbeiter an solche Gefahr glaubten. Aber

zur Beurteilung kam es nicht auf die subjektive Meinung an, sondern auf die objektiven Verhältnisse.

Der nach der Anklage geplante Aufstand fand nicht statt, und zwar bezeichnenderweise — nach der Anklageschrift — „weil der nach Rostock geschickte Kurier in Wittenberge den Zug verpaßte und deswegen zwei Tage zu spät eintraf". Auch die Einrichtungen von Partisanenabteilungen scheiterte, „weil niemand bereit war, sie zu übernehmen". Über die Tätigkeit der Terrororganisation ist dann auch in Mecklenburg nichts bestimmtes ermittelt worden. Alles blieb stecken in Verschwörerzirkeln, Organisationsplänen, Versammlungen, Verhandlungen, Vorbereitungen. Entsprechend wird den Angeklagten, abgesehen von den lokalen Bildungen militärischer Hundertschaften, dem Versuch, die Reichswehr zu zersetzen und der Beteiligung am Potsdamer Attentat, nichts Detailliertes vorgeworfen.

Anders steht es mit der Anklage wegen Mord. Hier wurde abgeurteilt der typische Fall der Erledigung eines als Spitzel verdächtigen Parteimitgliedes. Solche Fälle sind ja in den letzten Jahren häufig vorgekommen.

Der Fuhrmann Jonas in Hagenow hatte von kommunistischer Seite im November 1923 ein Paket mit Sprengstoffen und eine Ampulle mit Gift erhalten. Außerdem Geld, um Waffen von den Völkischen zu kaufen. Der damals kommunistische, jetzt völkische Parteifunktionär Pollmann hat bereits im Dezember 1923 den Jonas bei dem militärischen Leiter der Kommunisten, dem Architekten Eckelmann, genannt „Harry", angezeigt. Jonas habe das Geld unterschlagen, und die Waffen an die Völkischen verkauft. Die Ampulle enthielt bei einer Kontrolle nur noch Wasser. Nachweislich stand auch

Jonas vor dem Übertritt zu den Völkischen. „Harry“ drängte nun, nach der Anklageschrift, auf die Beseitigung dieses Verräters. Warnke hat diesen Plan bereits im Januar gewußt.

Darauf fuhr ein als „Walther“ bezeichneter Mann von ostjüdischem Typus mit dem Angeklagten Winkel nach Rostock, besuchte den Jonas und lockte ihn unter dem Vorwand, er habe eine Fuhre für ihn, in den Wald zwischen Pritzier und Hagenow. Am 14. April 1924, etwa um $^1/_2$7 Uhr abends, fielen mehrere Schüsse und am nächsten Tage wurde die Leiche des Jonas mit zwei Schüssen in der Bauchhöhle aufgefunden.

Mehrere Zeugen wollten Walther als den aus Hamburg stammenden blonden Walther Zeutschel identifizieren; andere Zeugen haben für diesen Angeklagten einen Alibibeweis für den 13. bis 15. April beschworen. Einwandfrei ist hier ein Kommunist von andern Kommunisten als Verräter umgebracht worden. Aber durch seine Verdächtigung ist Pollmann, vielleicht ohne es zu wollen, intellektueller Urheber des Mordes geworden. Vielleicht hat Pollmann dabei schon im Auftrage der Deutschvölkischen gehandelt, die ihrerseits dem kommenden Mitglied nicht trauten, weil Jonas auch Nachrichten der Völkischen an die Kommunisten gegeben hatte. Demnach wäre hier ein Kommunist zwar von andern Kommunisten, aber im Interesse der Völkischen ermordet worden. Doch schwebt über diesen Ursachen Dunkel.

Nach der Anklage hat Winkel dem „Harry“ von dem Mord berichtet. Eine deswegen in Neubrandenburg abgehaltene Versammlung vom 6. Mai wurde von der Polizei aufgehoben, die Abgeordneten unter Bruch der Immunität „auf frischer Tat“ verhaftet. „Harry“ wurde

von dem Polizeiassistenten Pagel zur Wache gebracht, und auf dem Weg, nach den einen Angaben, „auf der Flucht“, nach den andern Angaben in Notwehr erschossen. An der Schußwunde ist „Harry“ am 9. Mai 1924 gestorben. Trotz eingehender Vernehmung auf dem Sterbebett hat er keine Aussagen gemacht.

Im Prozeß hat Pollmann eine eigentümliche Rolle gespielt. Den Untersuchungsrichter hat er darauf aufmerksam gemacht, daß es sich hier um einen politischen Mord handle. Andererseits stellte es sich heraus, daß er noch als Kommunist Raubüberfälle auf völkische Waffenlager geplant, aber gleichzeitig Nachrichten an die Völkischen gegeben hat und der Polizei Anzeigen erstattete. Auch andere Zeugen sind solche schwankenden Gestalten. Auch wenn die Namen sorgfältig verschwiegen bleiben.

Der Staatsgerichtshof (Vorsitzender Amtsgerichtsrat Hettner, Staatsanwalt Flögel, Beisitzer General Kähler, Major Ernst, Fabrikbesitzer Schmidt, zwei Oberlandesgerichtsräte und ein sozialdemokratischer Redakteur) sah den Alibibeweis des Zeutschel als gelungen an und verurteilte ihn nur wegen Beihilfe zum Hochverrat und wegen Vergehen gegen das Republikschutzgesetz und Sprengstoffgesetz zu 8 Jahren Zuchthaus und 500 Mark Geldstrafe, Warnke wegen desselben Delikts zu 2 Jahren 6 Monaten Zuchthaus, Schmidt wegen Vergehens gegen das Republikschutzgesetz zu 2 Jahren 6 Monaten Gefängnis und 300 Mark Geldstrafe, Winkel wegen Beihilfe zum Hochverrat und Vergehens gegen das Republikschutzgesetz und Beihilfe zum Mord zu 3 Jahren Zuchthaus und 300 Mark Geldstrafe. Gegen Pollmann wurde kein Verfahren eingeleitet. Das Verfahren wegen der Erschießung Harrys aber wurde wieder eingestellt.

Der große Rahmen und die breite Öffentlichkeit, in der dieser und die folgenden Hochverratsprozesse gegen die Kommunisten stattfanden, zeigen, wie leicht es gewesen wäre, die bei der gerichtlichen Untersuchung der Morde von Rechts begangenen Fehler zu vermeiden.

Die kommunistische Tscheka hat insgesamt zwei angebliche Spitzel umgebracht. Eine so erfolglose Kommission dürfte man nicht einmal als Tscheka bezeichnen. Die Größenordnung der Tat ist gegenüber den Taten von Rechts doch wesentlich verschieden, aber eine mächtige Reklametrommel sorgt dafür, daß die Enthüllungen in diesem Prozeß eine ungeheuerliche politische Bedeutung bekommen.

Im Gegensatz zum Seecktprozeß hat das Gericht diesmal den Spitzel als eine vollkommen verantwortliche Persönlichkeit betrachtet. Seine Aussagen, sein Wille gelten als ernsthaft. Er fungiert als Kronzeuge.

Wesentlich ist auch die ungeheure Strenge, mit der das Gericht gegen die Täter vorgegangen ist. Hier gilt die ganze Schärfe des Gesetzes. Die deutschen Gerichte werden noch genug Gelegenheit haben zu zeigen, ob sie bei der alten Praxis des Freispruchs der politischen Mörder von Rechts stehengeblieben sind, oder ob heute der politische Mord, wenn von Rechts begangen, wieder strafbar ist.

Die drei Musketiere

Die Ursache der Fememorde, die neuerdings die Gerichte beschäftigen, ist die Existenz der Schwarzen Reichswehr des Jahres 1923 (vgl. das gleichnamige Kapitel). Von ihren Angehörigen wurden die Mordtaten begangen, um unbequem gewordene Mitwisser zu be-

seitigen oder um vorzeitiges Bekanntwerden der Ziele der illegalen Truppe zu verhüten. Als das Mordsystem sich eingebürgert hatte, genügten auch viel weniger gravierende Gründe.

Mit der Ausführung der Morde war von Oberleutnant Schulz eine besondere Kommission betraut worden, deren Führer die Feldwebel Büsching, Klapperoth und Fahlbusch waren. Zeitweilig waren zur Hilfeleistung zugeteilt: Leutnant Damm, der Führer des Frankfurter A. K. (Arbeitskommandos), Oberfähnrich Glaser, Fähnrich Meder, die Feldwebel Umhofer, Stetzelberg und der Unteroffizier Kazierowsky. Die Feme verfügte über ein eigenes Auto, das der Kraftfahrer Kowalewsky führte. Die Mordkommission hatte Exekutivgewalt in allen Standorten des Wehrkreises III.

Büsching, Klapperoth und Fahlbusch erfreuten sich besonderer Privilegien. So duzten sie den Kommandeur und durften sich auch den anderen Offizieren gegenüber vieles erlauben. Büsching pflegte seinen Opfern mit einer Eisenschiene den Schädel einzuschlagen, Klapperoth hingegen schlug nach längeren Quälereien sie erst mit der Faust zu Boden, um sie dann durch zwei Schüsse in den Hinterschädel zu töten. Das war „sein Schuß“. Fahlbusch hatte keine spezielle Mordmethode.

Die Morde um Güstrin

Der älteste Fememord der Schwarzen Reichswehr (Rubrum Schiburr und Genossen, Landsberg a. d. Warthe) wurde am 23. Juni 1923 bei Bärwalde begangen. Das Opfer, der Pionier Greschke, wurde aus Küstrin im Auto in den Wald gebracht, der durch Posten ge-

sichert war, dort niedergeschlagen, dann erschossen und verscharrt. In der Aufregung ließ einer der Täter, Oberfähnrich Glaser, seinen Militärmantel liegen, was zur Entlarvung führte. Auch Büsching war an diesem Mord beteiligt. Glaser und Schulz sind heute in Haft in Landsberg.

Im engen Zusammenhang mit dem Küstriner Putsch steht auch die Ermordung des Unteroffiziers Brauer. Er war in Verdacht geraten, weil er durch mehrfache Kündigungen sein Bestreben, von der Truppe wegzukommen, offenbart hatte. Durch ein eiliges Telegramm vom Urlaub zur Kompagnie zurückgerufen, traf er in seinem Standort Gorgast am 2. August 1923, nachmittags 5 Uhr ein, und wurde sofort dienstlich nach der Altstadt geschickt. Dort ist er nicht mehr eingetroffen. Er war unterwegs von Büsching, Fahlbusch und einigen Komplizen überfallen, mit einer Eisenstange zu Boden geschlagen und dann erschossen worden. Seine Leiche wurde am 10. August 1923 in einem Wassergraben in der Nähe von Sebzig bei Küstrin gefunden. Als Angehörige sich bei dem „Truppenteil", dem 3. Pionierbataillon, erkundigen wollten, wurde ihnen bedeutet, sie täten besser, zu schweigen, da sie sich sonst des Landesverrats schuldig machten. So naiv widersinnig die Auffassung, wonach derjenige schuldig sei, der ein Verbrechen aufdecke, auch ist, so hat dennoch unsere Rechtsprechung leider manchmal dieser Auffassung recht gegeben. (Vgl. Kapitel „Landesverrat".)

Die Fahndungsaufforderung des Staatsanwalts sprach übrigens von dem „auf der Kommandantur von Küstrin beschäftigt gewesenen Unterofifzier Brauer" ...

Am 29. September 1923 wurde der Feldwebel Her-

mann im Fort Gorgast erschossen aufgefunden. Angeblich hatte er sich beim Gewehrreinigen selbst erschossen.

Im Juni 1923 wurde in Spandau der Oberfeldwebel Wilms, 33 Jahre alt, Vater von zwei Kindern, mit dem Spitznamen „der Rheinländer“, auf Veranlassung des Oberleutnants v. Senden durch Büsching und Klapperoth ermordet. Dem Waffenmeister Rentsch war am Morgen des Mordtages der Schlüssel zum Waffenschuppen von Senden abgefordert worden. Als Rentsch den Schuppen wieder betrat, stellte er fest, daß von einer im Schuppen liegenden Stahlschiene ein Stück abgesägt worden war. Büsching und Klapperoth kamen dann allein zurück und meldeten, daß „der Rheinländer“ von Kommunisten ermordet worden sei. Die Leiche wurde wenige Tage später aus der Havel gelandet.

Im Juni 1923 wurde der Schütze Pannier von der Maschinengewehr-Kompagnie des „Regiments von Senden“, auf Veranlassung von Schulz in Döberitz ermordet. Auch er stand unter Spitzelverdacht. Pannier war desertiert, wurde von dem Sanitätsfeldwebel Schlürmann und einem Gefreiten aus der Wohnung seiner Eltern heraus verhaftet. Auf der Straße gelang es ihm, sich unter polizeilichen Schutz zu stellen, wurde aber dem Wehrkreis III ausgeliefert, und nach Döberitz geschickt. Die Tat geschah beim Franzerbusch, nahe dem Vorwerk Elsgrund, halbwegs Dyrotz und Rohrbeck, wohin Pannier von Senden dienstlich geschickt worden war. Dort wurde er von Klapperoth, Schlürmann, Fähnrich Meder und Oberfeldwebel Stetzelberg überfallen, von Klapperoth mit der Eisenstange derart zu Boden geschlagen, daß die Schädeldecke völlig zertrümmert wurde. Zuletzt erhielt er den Gnadenschuß. Der ausgeplünderte Leichnam wurde am

Tatort oberflächlich verscharrt, und später auf Weisung des Oberleutnants von Senden in einem verfallenen Exerziergraben etwa $2^1/_2$ m tief vergraben. Anfangs Oktober 1925 wurden die genannten Täter, darunter auch Freiherr v. Senden verhaftet. („Berliner Tageblatt", 3. Oktober, „Welt am Montag", 5. Oktober, „Vossische Zeitung", 23. Oktober 1925.)

Der 25jährige Leutnant Sand wurde am 3. September 1923, wahrscheinlich auf Befehl des Oberleutnant Schulz, als „Verräter" von Büsching und Klapperoth erschossen. Er hatte sich durch große Geldausgaben verdächtig gemacht. Die Leiche wurde am 5. September 1923 im Kesselbruch bei Dallgow gefunden.

Auf andere, noch nicht aufgeklärte Fälle, wie der Fund einer in einen Sack genähten Leiche bei Küstrin, eine Ermordung im Fort Gorgast bei Küstrin und eine andere im Wald bei Lübbenau, endlich auf die Ermordung Arno Schwenkes im Tegeler Forst am 30. April 1925 sei nur hingewiesen.

Morde in Mecklenburg: Die Ursache der Mecklenburger Fememorde liegt in der Fortexistenz der Organisation Roßbach in ihren verschiedenen Formen, weil in ihr eine lange Tradition politischer Morde besteht.

Aus der Denkschrift des mecklenburgischen Justizministers über die politischen Morde ergibt sich nämlich, daß zur Zeit des Kapp-Putsches mindestens sieben ähnliche Fälle stattgefunden haben. Angehörige des Freikorps Roßbach hatten zur verfassungsmäßigen Regierung haltende Arbeiter ermordet. Aber die Verbindung dieser politischen Morde mit Hochverrat führte zur Straflosigkeit der Täter. Denn die Kapp-Amnestie, von der bekanntlich die Führer ausgeschlossen sein sollten, wurde

auf die sämtlichen Täter ausgedehnt. Roßbachleute haben ja auch den bekannten Fememord an Kadow begangen. (Vgl. Kapitel „Roßbach".) Nachdem die Putsche in Küstrin und München niedergeschlagen worden waren, erhielt die Organisation von dort erheblichen Zuzug.

Der kaufmännische Angestellte Hellmuth Holz, geb. 1902 in Berlin, trat im Frühjahr 1923 der deutschvölkischen Freiheitspartei bei, wurde Mitglied des Schlageter- und Roßbachbundes und kam im Herbst 1923 als Jugendleiter dieser Organisation nach Barnekow bei Grevesmühlen, dann nach Gut Neuhof. Er erklärte seinen Austritt, weil ihm die militärische Ausbildung zuwider war, oder weil er angeblich selbst einen Mord begehen sollte („Berliner Volkszeitung" 16. Juli 1925). Nach anderen Angaben gab er sich fälschlicherweise als Offizier aus, beging Unterschlagungen und ging dann zu einer „aus Küstrin stammenden Gruppe" über. („Völkischer Kurier", 16. Juli 1925.) Holz wußte von verschiedenen Morden, und es bestand Gefahr, daß er die Organisation verraten würde. Darauf stifteten der frühere Leutnant Carl Liczka und der frühere Oberleutnant Eckhard Schöler, Führer der Arbeitskolonnen des Gutes Oberhof (Gutsbesitzer Schröder, Unterleitung Leutnant Mackensen) die Arbeiter Johann Notzon und Johann Kalla an, den Holz umzubringen. Johann Wagner beschaffte die Waffen. Seit dem 9. Dezember 1923 ist Holz verschwunden: vier Kopfschüsse. Die Leiche wurde Pfingsten 1924 zufällig am Wohlenberger Wiek gefunden. Auf Anstiftung Schölers schworen der Bäcker Nothofft und der „Oberleutnant Dr." Neiking in der Voruntersuchung einen Meineid. Schöler, Liczka, Notzon und Kalla wurden vom Schwurgericht Schwerin (Verhandlung 9.—14. Juli 1925)

zum Tode, Wagner zu zwei Jahren Gefängnis, Nothofft zu $1^1/_4$ Jahren Gefängnis verurteilt. Die beiden Offiziere haben Berufung beim Reichsgericht eingelegt. Neiking hat nicht unter Anklage gestanden.

Bei der Verhandlung wurde die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Auch die Beratungen hierüber und Urteilsverkündung waren geheim. Denn hier wurde im Prozeß die Tätigkeit der Schwarzen Reichswehr gestreift. Es ist zu vermuten, daß Beziehungen der sog. vaterländischen Verbände zur Sprache kamen.

Ein Mitglied der Ehrhardt-Brigade, namens Beyer, kam im Dezember 1924 aus Koburg nach Schwerin und wurde verdächtig, weil er sich gefälschter Papiere bedient hatte, um eingestellt zu werden. Nachdem die anfängliche Absicht, ihn durch Gift ums Leben zu bringen, als untunlich fallen gelassen worden war, wurde er am 15. Dezember von dem Feldwebel Bolt, in der Nähe von Bad Kleinen im Wohlenberger Wiek erschossen. Den Befehl gaben die Oberleutnants Schöler (vergl. Kapitel Attentate und Morde), von Pannwitz, Alias von Bargen, Witt und Stucken und die Leutnants Franz und Eckermann. Mitte Januar 1925 legte der Roßbachmann Peters, der beim Verscharren der Leiche Hilfe geleistet hatte, in Lauenburg in Pommern ein Geständnis ab und wurde verhaftet. Kurze Zeit darauf konnte auch Bolt und ein Teil seiner Hintermänner verhaftet werden. Es ist vermutet worden, daß dieser Bolt mit dem berüchtigten Fememörder Büsching identisch ist. Von Pannwitz, Alias von Bargen und Eckermann sind flüchtig und befinden sich im Ausland („Weltbühne“, 3. November 1925).

Am 4. September 1924 beging der 24jährige Landwirtschaftsgehilfe Eduard Böttcher, ein Deutsch-Balte, der

als Mitglied der Organisation Roßbach auf Gut Vietlübbe arbeitete, im Draguner Gehölz angeblich Selbstmord. Der Polizeibericht lautete: „Anscheinend hat der Mann in einem Anfall geistiger Umnachtung sich selbst einen Holzstoß aufgerichtet, auf dem er sich dann verbrannte." Tatsächlich befand sich die Leiche in kniender Stellung. Nur der Hals war verbrannt. Böttcher war also erst getötet worden, und die Verbrennung sollte nur die Leiche beseitigen.

Hier sind nur diejenigen Fälle aufgeführt, die in den Jahren 1923 und 1924 spielten, und bei denen uns der Name des Opfers bekannt war. Zahlreich sind auch die unaufgeklärten Fälle, bei denen es sich vermutlich um Fememorde handelte. So hatte der frühere Leutnant zur See Rudolf Otto aus Wismar vom Verein nationalgesinnter Soldaten zusammen mit dem Studenten Bauer den Rathenau-Mördern geholfen. Otto und Bauer wurden verhaftet, auf Grund umfassender Geständnisse aber wieder freigelassen. Bauer wurde wegen eines anderen „Verrats" in München von der dortigen Parallelorganisation, dem Blücherbund, am 18. Januar 1923 ermordet. Otto kehrte von einer Segelfahrt, die er am 3. September 1923 mit seinen beiden Freunden, den Brüdern Rische, Söhnen des Superintendenten in Wismar, nach Dänemark machte, nicht mehr zurück. Nach Aussagen seiner Freunde sei er im Sturm von einer Rahe über Bord geworfen worden.

Charakteristisch für die Mentalität der den Fememördern nahestehenden politischen Kreise ist die Entschuldigung des „Völkischen Kurier" (9. Oktober 1925): „Das freie Volk sieht in ihnen (den Fememördern) die Vollstrecker des völkischen Rechtsbewußtsein."

Es ist nicht anzunehmen, daß es sich bei den verschiedenen Fememorden nur um eigenmächtige Aktionen von Untergebenen handelte. Wohl in diesem Sinn haben die Gerichte den rechtsstehenden Geheimbündlern ohne weiteres vaterländische Motive zugebilligt und um dessentwillen so häufig die Öffentlichkeit ausgeschlossen. In der Geheimverhandlung kommen dann die Tatsachen zur Sprache, auf die es ankam: die Existenz der Geheimorganisationen, die Art der Bewaffnung, die Herkunft der Gelder und ähnliche Dinge mehr.

In Wirklichkeit haben nur die Angeklagten und die ihnen nahestehenden Kreise, welche die den deutschen Gesetzen und den ausdrücklichen Willenserklärungen der Reichsregierung widersprechende Schwarze Reichswehr für ein patriotisches Unternehmen halten, ein Interesse an der Geheimhaltung. Das Argument, daß dies gegenüber der Entente notwendig sei, ist lächerlich, zunächst, weil durch die Geheimhaltung ein erhöhtes Interesse geschaffen wird, dann, weil die Entente über diese Organisationen längst besser orientiert ist, als wir selbst.

Das Inland hat ein Recht zu erfahren, ob es wahr ist, daß auf den ausgedehnten Besitzungen des Herrn von der Lühe und auf anderen Gütern Mecklenburgs wirklich große Waffenlager liegen, die diesen illegalen Organisationen dienen. Nach den bindenden und eingehenden Erklärungen des Reichswehrministers besteht kein Zweifel, daß die Schwarze Reichswehr aufgelöst ist und illegale Einstellungen nicht mehr geduldet werden. Aber noch heute sind die Güter in Mecklenburg voll von solchen „Soldaten", und noch heute reisen Adjutanten von Roßbach herum, um bei den Großgrundbesitzern Gelder zu sammeln.

Die Behauptung, daß die deutsche Regierung die Existenz der Schwarzen Reichswehr noch heute billige, kann nicht anders widerlegt werden, als indem die zahlreichen Fememorde in genau derselben Öffentlichkeit behandelt werden, in der die kommunistischen Morde behandelt worden sind.

Landesverrat

„Ein Justizkollegium, das Ungerechtigkeiten ausübt, ist schlimmer als eine Diebesbande.“ *Friedrich der Große*

Im folgenden soll ein mit dem Komplex der Geheimbünde in intimem Zusammenhang stehendes Problem, das Problem des sog. Landesverrats und der sog. Spionage, untersucht werden. Dabei werden wir uns nur mit den durch die Presse verübten „Verbrechen“ beschäftigen und nur mit den Fällen, in denen die Anklage wegen Angaben über die Geheimbünde erfolgte. Die Fälle von wirklichem Landesverrat oder Spionage, wo also, meistens unter dem Druck der entsetzlichen wirtschaftlichen Verhältnisse, die in Deutschland in den letzten Jahren herrschten, Mitteilungen über wirkliche militärische Geheimnisse an Stellen der Entente gegen Bezahlung weitergegeben wurden, haben mit unserem Problem nichts zu tun.

Die zugrunde liegenden Paragraphen lauten:

§ 92. „Wer vorsätzlich

1. Staatsgeheimnisse oder Festungspläne, oder solche Urkunden, Aktenstücke oder Nachrichten, von denen er weiß, daß ihre Geheimhaltung einer anderen Regierung gegenüber für das Wohl des Deutschen Reichs oder eines Bundesstaats erforderlich ist, dieser Regierung mitteilt oder öffentlich bekanntmacht,

2. zur Gefährdung der Rechte des Deutschen Reichs oder eines Bundesstaats im Verhältnis zu einer anderen Regierung die über solche Rechte sprechenden Urkunden oder Beweismittel vernichtet, verfälscht oder unterdrückt, oder

3. ein ihm von seiten des Deutschen Reichs oder von einem Bundesstaate aufgetragenes Staatsgeschäft mit einer anderen Regierung zum Nachteilnießen führt, der ihm den Auftrag erteilt hat,

wird mit Zuchthaus nicht unter zwei Jahren bestraft.

Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Festungshaft nicht unter sechs Monaten ein."

Für die Strafbarkeit ist also erforderlich, daß die betreffende Nachricht der fremden Regierung nicht bekannt war und daher einer Geheimhaltung fähig war. Ferner muß die Geheimhaltung für das Wohl des Reichs erforderlich sein.

Das Reichsgesetz gegen den Verrat militärischer Geheimnisse vom 3. Juli 1893 lautet im § 1:

„Wer vorsätzlich Schriften, Zeichnungen oder andere Gegenstände, deren Geheimhaltung im Interesse der Landesverteidigung erforderlich ist, in den Besitz oder zur Kenntnis eines anderen gelangen läßt, wird, wenn er weiß, daß dadurch die Sicherheit des Deutschen Reiches gefährdet wird, mit Zuchthaus nicht unter zwei Jahren bestraft, neben welchem auch Geldstrafe bis zu fünfzehntausend Mark erkannt werden kann.

Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Festungshaft nicht unter sechs Monaten ein, neben welcher auf Geldstrafe bis zu zehntausend Mark erkannt werden kann."

Strafbar ist demnach nicht die Mitteilung von Nach-

richten, sondern nur die Mitteilung über einen Gegenstand. Im Entwurf hieß es „Nachrichten". Der Reichstag strich dies jedoch nach eingehender Diskussion.

Die Häufigkeit des Landesverrats

Verfahren wegen Verletzung dieser Paragraphen sind in den letzten Jahren in gewaltiger Zahl eingeleitet worden. Nach einer Mitteilung von Dr. Thimme vom 26. Januar 1924 im „Berliner Tageblatt" wurden im Jahre 1923 allein 1200 Verfahren eingeleitet. Eine amtliche Erwiderung besagte, daß noch nicht 3% davon durch die Presse begangen seien; somit hätte man für das Jahr 1923 etwa 30 Fälle von Landesverrat, begangen durch die Presse. Zu einer angenähert gleichen Zahl kommt man für das Jahr 1924, da nach der Sitzung des Rechtsausschusses des Reichstags vom 10. Juli 1925 im Jahre 1924 insgesamt 1081 Landesverratsprozesse eingeleitet wurden. Doch hat sich diese Zahl außerordentlich gesteigert. Denn im Januar und Februar 1925 wurden allein 755 Verfahren eingeleitet (Dr. Levi im Reichstag, 11. März 1925). Bei Annahme desselben Prozentsatzes also etwa 20 Fälle in nur zwei Monaten. Unter dem Druck einer so großen Zahl erließ der damalige Reichsminister Emminger am 22. März 1924 eine Notverordnung, wonach die Abgabe dieser Verfahren an die Oberlandesgerichte zulässig sei. Damit wollte man eine rigorosere Behandlung dieser Fälle erwirken.

Um diese große Zahl von Verfahren wegen angeblichen Landesverrats zu würdigen, muß man wissen, daß Landesverrat, begangen durch die Presse, im Frieden zu den Seltenheiten gehörte.

So sind in den 10 Jahren 1882—1892 wegen der vier Delkte Landesverrat, Hochverrat, feindliche Handlungen gegen befreundete Staaten und Verbrechen in Beziehung auf die Ausübung der staatsbürgerlichen Rechte, zusammengenommen nur 365 Personen angeklagt worden. Und die Tatsache, daß hiervon nur 174 Personen verurteilt wurden, daß also 191 Personen unberechtigterweise angeklagt wurden, ist schon damals der deutschen Justiz als Manko ausgelegt worden. (Vgl. Dr. Epstein, Der Landesverrat, Strafrechtliche Abhandlungen, herausgegeben von Bennecke, Breslau 1898.)

Die jetzige Häufigkeit dieser Prozesse ist nur dadurch möglich geworden, daß der Begriff des Landesverrates unerhört erweitert wurde. Landesverrat oder Spionage im Sinne unserer Einschränkung liegt, abgesehen von dem ganz singulären und tatsächlichen, nur auf einen Fall zugeschnittenen diplomatischen Landesverrat, nur vor, wenn es sich um Bekanntgabe militärischer Geheimnisse handelt. Dieser Grundsatz wird auch heute noch vertreten, aber man hat den Begriff des Militärischen ausgedehnt; früher war die Landesverteidigung nur Sache der organisierten Staatsmacht, und ihr galt der Schutz der Gesetze. Heute gibt es illegale Geheimbünde, die durch den ihnen gewährten Schutz als Teile der militärischen Staatsmacht aufzufassen wären. Somit bejaht die Technik der Anklagebehörde die Auffassung der Chauvinisten der Entente. Im folgenden einige dieser Fälle:

Die erste Verurteilung wegen eines solchen Landesverrats richtete sich gegen den früheren Sekretär Eisners, Felix Fechenbach. Dieser hatte im April 1919 (während der bayerischen Räterepublik) die Abschrift eines Telegramms, das der bayerische Gesandte beim Vatikan

Ritter am 26. Juli 1914 an die bayerische Regierung gerichtet hatte, dem Schweizer Journalisten Payot ohne Entgelt übergeben. Außerdem hatte er und ein Journalist Lembke für den Berliner Korrespondenten Gargas der Trans-Atlantic news agency Artikel über die Geheimorganisationen in Bayern geschrieben. Die Transatlantic Agentur bediente die großen englischen Zeitungen. Fechenbach wurde am 20. Oktober 1922 von dem hierzu gar nicht zuständigen Volksgericht München wegen vollendeten Landesverrats (Rittertelegramm) zu 10 Jahren Zuchthaus, wegen versuchten Landesverrats zu 1 Jahr Zuchthaus, Gargas und Lembke wegen versuchten Landesverrats zu 12 bzw. 10 Jahren Zuchthaus verurteilt. Allen drei Angeklagten, auch dem Ausländer Gargas, wurden die Ehrenrechte auf 10 Jahre abgesprochen. Bei der Verhandlung wurde zum größten Teil die Öffentlichkeit ausgeschlossen und ein Schweigegebot für alle Beteiligten erlassen. Das Verfahren hat ungeheures Aufsehen erregt und eine ganze Literatur hervorgerufen. Am 20. Dezember 1924 wurde dies Urteil auf $3^1/_2$ Jahre Zuchthaus herabgesetzt und den drei Angeklagten für den noch zu verbüßenden Rest der Strafe Bewährungsfrist gegeben. Der Ehrverlust blieb bestehen.

Nach dem Gesetz vom 4. Juli 1925 ist eine Wiederaufnahme gegen Urteile der Münchener Volksgerichte möglich. Das neue Verfahren wird wohl vor dem Bayerischen Obersten Landgericht verhandelt werden.

Die „Süddeutsche Arbeiterzeitung" hatte am 8. Februar 1923 auf Grund der Debatten in der französischen Kammer die württembergische Regierung gefragt, ob die Verkehrswehr, ob Stuttgarter Studenten und ob Eisenbahnbeamte zu Zwecken der Sabotage ins Ruhrgebiet geschickt

worden seien. Diese Frage hatte der Redakteur Steinicke am 10. Februar 1923 in die Berliner „Rote Fahne“ übernommen. Am 28. März 1924 wurde Steinicke vom Reichsgericht (5. Strafsenat) wegen versuchten Landesverrats zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt Gutjahr hatte 2 Jahre Zuchthaus und Ehrverlust beantragt. Der schwerkranke Steinicke wurde sofort in Haft genommen und hat seine Strafe abgebüßt. Nach dieser Judikatur stellte es also Landesverrat dar, wenn im Ausland bereits bekannte Tatsachen dem Inland bekanntgegeben werden.

Der Journalist Walter Oehme, früher Privatsekretär des Unterstaatssekretärs Baake, hatte der Trans-Atlantic news agency bisher unveröffentlichte Nachrichten über Verbindungen der Reichswehr mit den Geheimbünden gegeben und eine eigene Korrespondenz herausgegeben. So berichtete er am 27. Januar 1923 über angebliche Vorbereitungen zu einem bewaffneten Grenzschutz. Dieser sollte evtl. gegen den Willen der Regierung zu einem Kampf gegen den Einmarsch der Franzosen verwendet werden. In einem zweiten Fall berichtete er über einen angeblichen Ministerrat, in dem General Seeckt den Plan zur Bildung einer nationalen Notwehrorganisation entworfen habe. Beide Angaben waren in der von Öhme wiedergegebenen Form falsch.

Am 28. August 1923 wurde Öhme vom Feriensenat des Reichsgerichts (Senatspräsident Richter, Reichsgerichtsräte Dr. Schulz, Gündel, Linz, Dr. Krug, Willhöfft und Oberlandesgerichtsrat Mengelkoch, Oberreichsanwalt Dr. Ebermayer, Reichsanwalt Dr. Neumann) auf Grund eines Gutachtens militärischer Sachverständiger wegen versuchten Verrats militärischer Geheimnisse in Tateinheit

mit versuchten Landesverrat zu einem Jahre Gefängnis unter Anrechnung von 5 Monaten Untersuchungshaft verurteilt. Die Verhandlung wie die Urteilsbegründung erfolgte unter Ausschluß der Öffentlichkeit.

Der Redakteur Quint von der Frankfurter „Volks-mme" veröffentlichte am 29. Juni 1923 einen Mobil-achungsplan der Vaterländischen Verbände (abgedruckt m Kapitel Bayern). Er enthielt genaue Angaben über die orbereitungen des nach Berlin geplanten Marsches. Am 8. Dezember 1924, 48 Stunden vor Ablauf der Verjährungs-rist, wurde auf Verlangen der bayerischen Regierung das Verfahren wegen „Landesverrat" eingeleitet, obwohl diese Vorbereitungen unterdessen ja in aller Öffentlichkeit bekannt geworden waren und sich teilweise im Aufmarsch Ehrhardts in Franken realisiert hatten. Das Verfahren wurde am 29. April 1925 eingestellt.

Der württembergische sozialdemokratische Abgeordnete Steinmayer hatte ein umfangreiches Material über die geheimen, militärischen Organisationen der Nationalsozialisten in Württemberg gesammelt und der Landesregierung davon Kenntnis gegeben. Da sich diese dazu stillschweigend verhielt und nicht einschritt, veröffentlichte Steinmayer am 4. und 5. September 1923 in der „Schwäbischen Tagwacht" einen Teil seines Materials. Am 7. Februar 1924 verlangte der Oberreichsanwalt vom württembergischen Landtag vergeblich die Genehmigung zur Strafverfolgung Steinmayers. Das Verfahren schwebt noch.

Der entschieden republikanische Ministerpräsident des Freistaates Sachsen, Dr. Zeigner, hat als erster das Problem der „schwarzen Reichswehr" in der breitesten Öffentlichkeit anzugreifen gewagt.

Am 24. September 1923 hielt er auf dem Bezirkspartei-

tag der Berliner Sozialdemokratischen Partei eine Rede gegen die S. R. Am 18. Oktober forderte er in einer umfassenden Rede im Sächsischen Landtag die Reichsregierung auf, diesen Dingen nun endlich ein Ende zu machen. Darauf wurde ein Landesverratsverfahren gegen ihn anhängig gemacht, das allerdings später, wenigstens vorläufig, eingestellt wurde.

„Die Welt am Montag“ hatte am 24. Dezember 1923 von illegalen Einstellungen von Lehrern im Sennelager berichtet. Deswegen wurde am 12. März 1924 gegen den verantwortlichen Redakteur Helmut von Gerlach auf Grund einer Strafanzeige des Reichswehrministers ein Verfahren wegen Landesverrta eingeleitet. Auch dieses Verfahren ist eingestellt worden.

Der „Vorwärts“ hatte in seiner Weihnachtsnummer 1923 von den Ausschreitungen der Reichswehr in Sachsen berichtet. (Vgl. Kap. S. R.) Auf Antrag des Reichswehrministeriums wurde ein Landesverratsverfahren gegen den verantwortlichen Redakteur Reuter eingeleitet, das am 5. Februar 1925 eingestellt wurde.

Der Redakteur Thielemann vom „Volksfreund“ in Braunschweig hatte am 25. Februar 1924 eine Meldung veröffentlicht, nach der die braunschweigische Polizei in Blankenburg am Harz bei Stahlhelmleuten zwei leichte Maschinengewehre, 17 Militärgewehre und Handgranaten gefunden und beschlagnahmt hat. Ferner wurde mitgeteilt, daß die beschlagnahmten Waffen ohne Wissen und Willen der Braunschweiger Regierung und Polizei von der Braunschweiger Reichswehr dem Stahlhelm übergeben worden waren. Gegen Thielemann wurde ein Landesverratsverfahren eröffnet, in dessen Verlauf u. a. der Kommandeur des Goslarer Reichswehrbataillons, Major

von Balduin, vernommen wurde. Ein Gerichtsverfahren gegen die Stahlhelmleute ist auf Veranlassung des Oberreichsanwaltes eingestellt worden, wie der Staatsanwalt Schömers dem Abgeordneten Krosse erklärte. Das Verfahren gegen Thielemann wurde am 29. Mai 1925 „aus dem tatsächlichen Grund des mangelnden Beweises“ eingestellt. Die Zeugenvernehmung hatte seine sämtlichen Angaben bestätigt. (Vgl. Kap. Stahlhelm, Waffenlager.)

Am 10. März 1924 veröffentlichte Professor Quidde in der „Welt am Montag“ einen Artikel „Die Gefahr der Stunde“. In diesem Artikel schilderte Quidde in zurückhaltender Weise die Gefahr der schwarzen Reichswehr, ohne jedoch positive Angaben zu machen. Am 11. März wandten sich die Vereinigten Vaterländischen Verbände an den Chef der Heeresleitung, als den damaligen Inhaber der vollziehenden Gewalt, sowie an den Reichsminister des Innern und verlangten die unverzügliche Einleitung eines Landesverratsverfahrens. Am 16. März 1924 wurde Professor Quidde in München verhaftet. Auf Grund einer nach dem Ruhreinbruch erlassenen Notverordnung des Herrn von Kahr hätte ihm sogar die Todesstrafe gedroht.

Aus dem Fall Quidde ist der ungeheure Einfluß der Nebenregierung der sogenannten Vaterländischen Verbände deutlich geworden.

Die Verhaftung Quiddes hatte besonders im Auslande großes Aufsehen erregt, da der internationale Ruf Quiddes seinem Artikel eine besondere Autorität verlieh. Prominente Staatsmänner der ganzen Welt erklärten sich bereit, zu bezeugen, daß das, was Quidde in seinem Artikel ausgedrückt hatte, ihnen aus ganz anderen Quellen längst bekannt gewesen sei.

Am 22. März wurde Quidde aus der Haft entlassen, das Verfahren dem Oberreichsanwalt übergeben. Das Reichsgericht hat dann am 28. März 1925 das Verfahren eingestellt.

Ein wegen desselben Artikels gegen Hellmut von Gerlach eingeleitetes Verfahren wegen Landesverrat wurde gleichfalls eingestellt. Herr von Gerlach berichtete am 24. März 1924 von Übungen im Sennelager und war deswegen wegen Landesverrat angeklagt worden. Eingehende Zeugenvernehmungen ergaben die Richtigkeit seiner Behauptungen. Am 20. März 1925 wurde er außer Verfolgung gesetzt, „da die Voruntersuchung keine genügenden tatsächlichen Anhaltspunkte dafür ergeben hatte, daß der Angeschuldigte das ihm zur Last gelegte Verbrechen begangen habe". Diese Entscheidung ist wichtig, da die sämtlichen hier aufgeführten Landesverratsverfahren von genau der gleichen Art sind: wahrheitsgetreue Meldungen über illegale militärische Vorgänge bei niederen Dienststellen sind inkriminiert; ist diese Meldung — wie selbstverständlich — in einem Falle straflos, so in allen.

Der Redakteur der Zeitschrift „Der Pazifist" in Hagen, Fritz Küster, wurde wegen der Meldung, daß Marburger Studenten mit der Reichswehr an einer Übung teilgenommen hätten, wegen Landesverrat angeklagt. Da der Reichskanzler Luther ja viel weitergehende Dinge öffentlich zugegeben hatte, wurde er am 4. März 1925 außer Verfolgung gesetzt.

Gegen Dr. Gumbel schwebten gleichzeitig drei verschiedene Verfahren wegen Landesverrat: das erste vom 3. April 1924 wegen eines Artikels über Roßbach im „Neuen Wiener 8-Uhr-Blatt". Hier waren nur Nach-

richten über Roßbach zusammengestellt, die aus der demokratischen Presse stammten. Der Artikel bestand aus dem Abdruck von Korrekturfahnen, der ohne Wissen Gumbels erfolgt ist. Das zweite Verfahren richtete sich gegen das gesamte Buch „Verschwörer", in dem dieser Artikel ein Kapitel bildet, und er war auf Antrag der Münchner Polizeidirektion eingeleitet worden. Das dritte Verfahren galt einem in der Zeitschrift „Die Menschheit" erschienenen Artikel „Gibt es eine schwarze Reichswehr?" Der Artikel stellte den wörtlichen Nachdruck eines im „Stahlhelm" erschienenen Originalartikels dar, n dem an Hand eines Gerichtsurteils bewiesen wurde, aß ein Stellungsbefehl zur schwarzen Reichswehr ein enügender Grund für den Urlaub von städtischen Bem ten darstellt. (Vgl. Kapitel schwarze Reichswehr.)

Alle drei Verfahren sind gemeinsam am 2. April 1925 ngestellt worden.

Am 3. Februar 1924 veröffentlichte der „Vorwärts" nen Brief eines Hitleroffiziers Götz, in dem von Waffengern der Nationalsozialisten im St. Annenkloster und in er Stahlkammer der Dresdener Bank und von Beeiligungen am Hitlerputsch die Rede war. Darauf wurde am 3. April 1924 gegen Reuter ein Landesverratsverfahren eingeleitet. Das Verfahren wurde am 19. Juni 1925 eingestellt.

Reichswehrgutachten

Die hier vorgebrachte Liste von Landesverratsverfahren ist weit davon entfernt, vollständig zu sein. Wohl aber handelt es sich hier um typische Fälle. Nach der Entscheidung des Reichsgerichts in Sachen Bohm vom 19. Mai 1924 (J. 1. 285. 23) ist die Nachricht, daß die

Reichsregierung die Ausbildung von Krümpern schuldhaft dulde, als Landesverrat zu verfolgen. Bei den meisten Verfahren haben Gutachten des Reichswehrministeriums eine ausschlaggebende Rolle gespielt. Das wichtigste und auch das einzige, das vollständig bekannt geworden ist, wurde auf Anforderung des Untersuchungsrichters beim Reichsgericht durch den Oberst Gempp, den Unterchef der Heeresstatistischen Abteilung T. 3 des Reichswehrministeriums, zum Fall Zeigner erstattet (Reichstag, 25. Juni 1924). Das Gutachten lautet in seinen wesentlichen Teilen:

„Der Angeklagte hat erstens in einer Parteiversammlung der V. S. P. D. Anfang 1923, zweitens in einer Sitzung des Sächsischen Landtags vom 19. Oktober 1923 über geheime Organisationen, ihre militärische Ausbildung, ihre Verbindung mit den Reichswehrdienststellen sowie ihre Duldung bzw. Förderung seitens der Reichsregierung Ausführungen gemacht, deren wesentlichste, dem Gutachten zugrunde zu legende Punkte in den Anlagen a und b zusammengestellt sind. Alle diese Angaben waren für das Wohl des Reiches geheimzuhalten.

Die Frage der Geheimorganisationen sowie die Stellung der Regierung und der Reichswehr zu ihnen sind von größtem Interesse für die Staaten des Feindbundes, welche durch ihre Kontrollorgane in Deutschland und durch einen umfangreichen Nachrichtendienst sich hierüber Aufklärung zu schaffen suchen.

Die Feindstaaten bedürfen dieser Nachrichten zur Durchführung ihrer gegen das Wohl des Deutschen Reiches gerichteten Politik. Sie fühlen den Erfolg ihres Sieges durch das Aufleben des Gedankens der Wehrhaftigkeit im deutschen Volke bedroht und suchen mit allen Mitteln Material darüber zu gewinnen, ob und

inwiefern, sei es mit, sei es ohne Billigung und Förderung der deutschen Regierung, Verstöße gegen den Versailler Vertrag vorkommen. Dieses Material dient ihnen, insbesondere Frankreich, dann zur Begründung der Notwendigkeit des Weiterbestehens der dem Wohle des Reiches abträglichen Kontrollkommission und als Unterlage für weitere Maßnahmen zur Niederhaltung Deutschlands. Für diese Wirkung der bei dem Verband eingehenden Nachrichten ist gleichgültig, ob die Nachrichten zutreffen oder übertrieben oder gar völlig falsch sind. Die Forderung der Geheimhaltung muß sich daher auf alle solche Nachrichten beziehen. Es kann auch ganz dahingestellt bleiben, inwieweit gewisse Kreise in Deutschland von den behaupteten Tatsachen Kenntnis hatten und wie weit die Auslandsstaaten in der damaligen Zeit über diese Frage orientiert waren. Die Bestätigung ihrer Vermutungen und bei ihnen bisher eingegangener Einzelnachrichten durch den Ministerpräsidenten eines deutschen Staates mußte den Verbandsmächten für ihre gegen Deutschlands Wohl gerichteten Bestrebungen größte Vorteile bringen und daher die Interessen Deutschlands schwer schädigen."

Von den folgenden Abgeordneten ist keiner auf diesen Punkt eingegangen. Vielmehr hat der Abg. Schreiber von der steuerlichen Überlastung der Landwirtschaft gesprochen, der Abg. Günther über die Nahrungsmittelkontrolle. Ministerialdirektor Dr. Lempe verteidigte die Stellung der Regierung gegenüber den Nahrungsmittel-Chemikern. Der Abg. Schreiber sprach über die Definition der Milch, der Wirtschaftsminister Müller über den Ankauf von Gütern zu Siedlungszwecken, der Abg. Schembohr über landwirtschaftliche Darlehen, der Abg.

Kaula über die Errichtung einer Amtshauptstadt in Werdau, der Abg. Siewert über die Lage der Kriegsbeschädigten, der Abg. Beutler über den Haushaltsplan. Der Justizminister Bünger lehnte ab, auf die Ausführungen des Abgeordneten Arzt einzugehen. Der Abg. Lieberasch sprach über die Einseitigkeit der deutschen Justiz, der Ministerialdirektor Lempke über die Lage der Schwerkriegsbeschädigten, der Abg. Schnirch über alle bisher hervorgebrachten Punkte, Justizminister Bünger über das Halten von Zeitungen in Gefängnissen. Der Abg. Kretschmer kehrte zu den Nahrungsmitteluntersuchungen zurück, worauf der Präsident die Aussprache für geschlossen erklärte.

Das oben zitierte Gutachten ist inhaltlich sehr interessant. Denn es gibt zu, daß illegale Organisationen bestehen, daß sie militärisch ausgebildet sind, daß sie mit der Reichswehr in Verbindung stehen, daß sie von der Regierung geduldet und daß sie geheimgehalten werden sollen. Endlich hat das Reichswehrministerium danach über die Linie der Innenpolitik zu bestimmen, und zwar dergestalt, daß illegale, die Republik bedrohende Organisationen beschützt werden müssen. Wenn es nach dem Reichswehrministerium ginge, dürfte also kein Wort gegen die Geheimorganisationen geschrieben werden. Das Reichswehrministerium billigt mit dieser Stellungnahme indirekt die Ziele der illegalen und republikfeindlichen Organisationen. Durch diese Unterstützung wird ihnen ein tatkräftiger Schutz zuteil. Der Schluß liegt nahe, daß das Gutachten deswegen so scharf ausgefallen sei, weil die Heeresleitung für einen eventuellen Außenkrieg mit der Unterstützung durch solche illegale Organisationen rechnen konnte.

Das Gutachten des Oberst Gempp wurde am 22. Mai 1924 von dem Abgeordneten Arzt im Sächsischen Landtag verlesen (Frankfurter Zeitung, 21. Mai 1924) und erregte ungeheures Aufsehen. Die sozialdemokratische „Leipziger Volkszeitung" druckte aus dem Parlamentsbericht am 23. Mai 1924 die betreffende Stelle nach. Der verantwortliche Redakteur Frenzel wurde deswegen am 22. Oktober 1924 vom Landgericht Leipzig (Vorsitzender Amtsgerichtsrat Noack, Staatsanwalt Buerschaper) auf Grund des § 17 des Preßgesetzes zu 4 Monaten Festungshaft verurteilt, weil er eine Urkunde aus einem schwebenden Verfahren „veröffentlicht" hatte. In der Begründung hieß es, er habe „die Staatssicherheit dadurch gefährdet, daß er über den noch unbekannten Konflikt Geßler-Zeigner und über die ‚schwarze Reichswehr' Veröffentlichungen gemacht habe, die in dem Ausschuß (?) des Sächsischen Landtags bereits zur Sprache gekommen waren". Die gesamten Verhandlungen fanden unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Frenzel legte Berufung ein. Am 22. Januar 1925 bestätigte das Landgericht Leipzig (5. Strafkammer, Landgerichtsdirektor von Miaskowski, Staatsanwalt Buerschaper) diese Strafe. Der Staatsanwalt hatte 6 Monate Gefängnis beantragt. Auch diese Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Auf Antrag der Leipziger Staatsanwaltschaft wurde dann auch gegen die verantwortlichen Redakteure des „Vorwärts", Reuter, und der „Vossischen Zeitung", Carl Misch, ein Verfahren eingeleitet, weil sie gleicherweise den Parlamentsbericht nachgedruckt hatten. Beide Redakteure wurden zu je 150 Mark Geldstrafe verurteilt, weil die Kennzeichnung als Parlamentsbericht gefehlt habe

und im Falle der „Vossischen Zeitung" erst in der nächstfolgenden Zeitung nachgedruckt worden sei (Amtsgericht Berlin-Mitte, 11. März 1925; Vorsitzender Amtsgerichtsrat Thieborger, Staatsanwalt Everth).

Die Verurteilungen sind zwar geringfügig, aber von hoher prinzipieller Bedeutung. Der Artikel 30 der Reichsverfassung besagt ausdrücklich, daß „wahrheitsgetreue Berichte über die Verhandlungen in den öffentlichen Sitzungen eines Landtages von jeder Verantwortung frei bleiben". Die Verfassung als Rechtsgrundlage geht aber jedem speziellen Gesetz vor. Hier hat man nun das Pressegesetz und insbesondere den § 17 über die Reichsverfassung gestellt. Nach dieser ist in der Tat die „Veröffentlichung eines amtlichen Dokumentes aus einem schwebenden Strafprozeß" verboten.

Der Einwand des Gerichtes, daß der Schutz des Verfassungsartikels hier nicht in Frage komme, weil der Parlamentsbericht nicht vollständig, also nicht wahrheitsgetreu gewesen sei, geht völlig fehl. Parlamentsberichte in der Presse sind niemals vollständig, und das angeführte Argument würde den Verfassungsartikel 30 praktisch illusorisch machen.

Als Beweis für die Sachkunde des Reichswehrministeriums für solche Gutachten mag das Folgende dienen. Ein Handlungsgehilfe Kaiser hatte sich nach dem Kapp-Putsch, den er als Angehöriger der Marinebrigade Ehrhardt mitgemacht hatte, von dieser entfernt, weil ihn sein vorgesetzter Leutnant mit Peitschenhieben ins Gesicht bedrohte (Preuß. Landtag, 22. Mai 1922). Darauf erstattete das Reichswehrministerium auf Anforderung des preußischen Justizministers ein Gutachten, wonach „die aus Berlin herausgeführte Ehrhardttruppe

zweifellos als Truppe im Sinn des Militärstrafgesetzbuches anzusehen war, und daß ein dringendes Bedürfnis bestand, daß die Leute sich nicht beliebig entfernen konnten und das Land überschwemmten, sondern ordnungsgemäß entlassen und bis dahin zusammengehalten wurden". Daraufhin wurde Kaiser zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt. Nach Auffassung des Reichswehrministeriums liegt also unerlaubte Entfernung vor, wenn jemand sich aus einer meuternden Truppe entfernt, und die meuternde Truppe genießt den Schutz des Militärstrafgesetzbuches.

Die vorherige Anfrage des Untersuchungsrichters an das Reichswehrministerium stellt den Sieg einer alten Tendenz dar, die vor dem Kriege von der Mehrheit des Parlaments abgelehnt worden war, zuletzt noch bei den Beratungen des Spionagegesetzes von 1914. Gegenüber den Ambitionen der Militärs, nach denen allein die Generale berufene Richter über Landesverrat seien, hatte das Parlament das Recht des Zivilisten verteidigt.

Heute aber steht der Militärbehörde praktisch die Entscheidung darüber zu, was Landesverrat sei. Somit ist der unpolitische Militär, der diese eminent politischen Delikte des Landesverrats überhaupt nur von der technischen Seite der sogenannten militärischen Notwendigkeit zu betrachten vermag, zum unkontrollierten und unverantwortlichen Richter eingesetzt. Denn der bürgerliche Richter wird sich dem mit der Autorität des Sachverständigen vorgetragenen Gutachten so leicht nicht zu entziehen vermögen.

Interessant ist, daß gerade Oberst Gempp das Zeigergutachten und wohl auch noch andere verfaßt hat. Nach einer Meldung des „Züricher Volksrechts" vom 3. Januar 1925, die bisher unwidersprochen blieb, ist

nämlich Oberst Gempp selbst der wesentliche Organisator der schwarzen Reichswehr. Man hätte es also hier mit dem geradezu einzigartigen Fall zu tun, daß jemand in eigner Sache richtet, ja, daß der Angeklagte selbst Richter spielen darf.

Technick der Strafverfolgung

Die Technik der Strafverfolgung macht den Eindruck, als wenn der Oberreichsanwalt ganz mechanisch gegen jeden Linksstehenden ein Verfahren einleitet, der substantiierte Nachrichten über Geheimorganisationen bringt, ohne zu untersuchen, ob diese Nachrichten nicht bereits bekannt sind. Obwohl die Angaben der verfolgten Publizisten häufig rechtsstehenden Blättern entnommen sind, ist niemals gegen diese ein Verfahren eingeleitet worden. In manchen Fällen werden solche Verfahren sogar eingeleitet, nachdem ein bewaffneter Aufstand die Richtigkeit und vaterländische Notwendigkeit dieser Warnung bewiesen hat.) Dann ist es aber nicht der Verbrecher, sondern der Ankläger, der verfolgt wird. Dies bedeutet einen materiellen Schutz der Geheimbünde. Er ist um so stärker, als diese Organisationen durch die regelmäßig geübte Technik des Freispruchs politischer Mörder und der lächerlich geringen Bestrafung von rechtsradikalen Putschisten bereits über einen ziemlich ausreichenden Schutz durch das Gericht verfügen. Ihre Taten bleiben straflos, und wer gegen sie mit dem einzigen Mittel, das nach diesem Versagen der Reichsregierung übrigbleibt, durch die öffentliche Meinung einschreitet, der macht sich strafbar.

Nachrichten über Waffenlager und sog. Selbstschutzorganisationen wären nach dieser Judikatur strafbar,

auch wenn der Vorwurf, daß die Regierung diese ungesetzlichen Zustände billige, gar nicht ausdrücklich erhoben wird.

Auch wer Dinge mitteilt, die bereits allgemein bekannt und daher nicht mehr geheim sind, könnte hierdurch Landesverrat begehen. Das Reichsgericht argumentiert nämlich, das Gesetz verlange nur, daß die betreffende Nachricht relativ geheim gewesen sei. Es käme also nur darauf an, ob sie der fremden Regierung bekannt gewesen sei; dagegen sei es gleichgültig, ob kleinere oder größere Kreise im Inland sie kannten. Die Ursache dieser Haltung ist die unbewußte oder bewußte Identifikation des kaiserlichen Deutschlands mit der jetzigen Republik. Denn diejenigen, welche als Vorbereitung für den Bürgerkrieg sich diesen Geheimbünden anschließen, sind Monarchisten, diejenigen, welche in der Absicht, die Republik zu schützen, hierüber in der Öffentlichkeit berichten, Republikaner. Zu schützen ist die in dem Unterbewußtsein der Justiz noch vorhandene Monarchie gegen die republikanischen Bestrebungen. Selbstverständlich hat dieses Verfahren, wonach der Schutz von Gesetzwidrigkeiten als dem Wohle des Reiches entsprechend gilt, der außenpolitischen Situation Deutschlands wesentlich geschadet. Denn nach der bisherigen Rechtsauffassung ist der Schutz des Rechts, das durch das Gesetz definiert ist, für das Wohl des Reiches nötig, und nicht der Schutz des Unrechtes. Dieser Schaden in der moralischen Qualifikation, um gar nicht von bereits bekannten politischen Vorgängen zu sprechen, ist unseres Erachtens weit größer als der Schaden, der vielleicht durch wirkliche Landesverräter dem Reiche erwächst.

Eigentümlich an all diesen Verfahren ist, daß sie

häufig am spätesten Termin eingeleitet werden, der mit der halbjährigen Verjährungsfrist von Pressedelikten noch vereinbar ist. Auch die Durchführung geht außerordentlich schleppend vor sich, so daß der Eindruck entstehen muß, als ob es der Anklagebehörde weniger um die Durchführung der Verfahren als vielmehr auf die Abschreckung der betreffenden Schriftsteller, d. h. auf die Terrorisierung der öffentlichen Meinung, ankomme. Hierfür spricht auch die häufige Einleitung von vornherein aussichtslosen Verfahren und der merkwürdige Reklameapparat, der in solchen Fällen aufgezogen wird.

Besonders interessant ist auch der regelmäßige Ausschluß der Öffentlichkeit bei den Verhandlungen und bei der Urteilsbegründung sowie das allen Beteiligten auferlegte Schweigegebot. Diese beiden Methoden beruhen auf einem Gesetz vom 5. April 1888, das in Friedenszeiten nur selten in Anwendung gelangte. Schon bei seiner Beratung hatte der Zentrumsabgeordnete Windthorst, obwohl selbst früherer Staatsanwalt, heftige Bedenken geäußert. Gerade bei politischen Prozessen sei die Öffentlichkeit wichtig. Das Gesetz diene dazu, eine Gesinnung zu bestrafen. Durch diesen Ausschluß der Öffentlichkeit wird der erste Grundsatz des Rechtes, die Lex certa, verletzt. Denn die Frage, was strafwürdig sei, wird damit selbst zu einem Geheimnis. Die vorliegenden Verfahren schaffen eine geheime Judikatur und eine Theorie des Verbrechens, die der Öffentlichkeit vorenthalten werden. Es dient weniger dem Recht als der praktischen Abschaffung der Pressefreiheit. Der Verteidiger weiß nicht, was er der Öffentlichkeit noch sagen darf. Wenn dem Angeklagten Strafaufschub ge-

währt wird, so wird ihm das Recht genommen, öffentlich seine Unschuld zu beteuern.

Die sozialdemokratische Fraktion hat im Reichstag (17. Januar 1925) wegen dieser Verfahren folgende Interpellation eingebracht:

„In der Interpellation vom 28. Mai 1924 hat die SPD.-Fraktion die Aufmerksamkeit der Reichsregierung auf die Tatsache zu lenken versucht, daß in zunehmendem Maße die Oberreichsanwaltschaft Anklage erhebt und das Reichsgericht Verurteilung eintreten läßt in Fällen, in denen Angeklagte Mitteilungen gemacht haben über illegale Verbände, die in Deutschland bestehen, oder über illegale Ziele, die legal bestehende Organisationen verfolgen oder über Verbindungen solcher Organisationen mit Reichswehrstellen oder über bestehende geheime Waffenlager.

Ist die Reichsregierung sich dessen bewußt, daß diese Rechtsprechung eine Gefahr für die Republik bedeutet, insofern sie Organisationen, die staatsfeindlich und monarchistisch sind, die Möglichkeit der Waffenrüstung gewährt, ohne der republikanischen Bevölkerung die Möglichkeit zu geben, sich dagegen zu wehren oder auf Einhaltung von Recht und Gesetz zu bestehen?

Bedenkt die Reichsregierung die außenpolitischen Folgen dieses Zustandes und die Rückwirkung, die diese Rechtsprechung insbesondere auf die Frage der Räumung der besetzten Rheinlande haben muß? Was gedenkt die Reichsregierung zu tun, um gegenüber dieser Rechtssprechung die inneren und äußeren Interessen der Republik zur Geltung zu bringen?"

Dementsprechend hat die Sozialdemokratie beantragt:

§ 92 des Strafgesetzbuches erhält den folgenden dritten

Absatz: Landesverrat im Sinne des Absatz 1 begeht nicht, wer über gesetzwidrige Zustände wahrheitsgemäß Mitteilung macht.

In seiner Rede vor den Vertretern der auswärtigen Presse vom 30. Januar 1925 hat der Reichskanzler Luther gesagt, daß die Reichsregierung fest entschlossen sei, „Verstöße in der Entwaffnung, die ihr von den Alliierten nachgewiesen werden oder sonst zu ihrer Kenntnis gelangen, zu beseitigen". Bisher hat dieses Wort „sonst" regelmäßig zu einem Landesverratsverfahren geführt. Allerdings scheint sich hier manches geändert zu haben, da seit dieser Rede eine Reihe von solchen Verfahren eingestellt worden sind.

Gelegentlich der Einstellung des Verfahrens gegen Gumbel ging eine Notiz durch die Zeitungen, wonach die zuständigen Instanzen ihre Meinung über die Zweckmäßigkeit dieser Verfahren geändert hätten. Deshalb sei dieses Verfahren eingestellt worden. Bei der Beratung der Amnestie im Rechtsausschuß des Reichstags am 27. Juli 1925 erklärte dementsprechend Geheimrat Schäfer:

„Die preußische Regierung steht auf dem Standpunkt, nachdem die Verheimlichung von Waffenlagern amnestiert werden soll, müßten auch diejenigen unter die Amnestie fallen, die aus politischen Gründen, nicht in böser Absicht von der Verheimlichung solcher Waffenlager öffentlich Mitteilung gemacht haben. Es sind das Verfahren, die nicht leben und nicht sterben können, die schweben und in absehbarer Zeit einfach nicht durchgeführt werden können, weil wichtige öffentliche Gründe dagegen sprechen."

Aber von einer generellen Einstellung dieser Verfahren

wegen Landesverrat ist keine Rede. Denn seither sind bereits neue Verfahren eingeleitet worden. So gegen Küster als Herausgeber und Berthold Jacob als Verfasser eines Artikels in der Zeitschrift „Das andere Deutschland" ..., worin aus Todesanzeigen im „Jungdeutschen" geschlossen wurde, daß bei dem Unglück in Veltheim am 31. März 1925 auch Schwarze Reichswehr beteiligt war.

Der Strafgesetzentwurf

Es ist also mit einer Fortdauer dieser Verfahren zu rechnen.

Dies ist um so wahrscheinlicher, als der Entwurf zum neuen Strafgesetzbuch eine außerordentliche Verschärfung der bestehenden Bestimmungen vorschlägt. Die §§ 91 und 92 sollen darnach in Zukunft lauten:

„Wer Schriften, Zeichnungen, andere Gegenstände oder Nachrichten, deren Geheimhaltung vor einer anderen Regierung für das Wohl des Reiches oder eines Landes erforderlich ist, sich in der Absicht verschafft, sie zu einer dem Wohl des Reiches gefährlichen Mitteilung zu gebrauchen, wird mit Zuchthaus bis zu 10 Jahren bestraft."

„Wer Schriften, Zeichnungen, andere Gegenstände oder Nachrichten, deren Geheimhaltung vor einer anderen Regierung für das Wohl des Reiches oder eines Landes erforderlich ist, an einen anderen gelangen läßt und dadurch das Wohl des Reiches oder Landes gefährdet, wird mit Zuchthaus bestraft.

In besonders schweren Fällen ist die Strafe Zuchthaus nicht unter 10 Jahren oder lebenslängliches Zuchthaus.

Wer die Tat fahrlässig begeht, wird mit Gefängnis bestraft."

Ferner ist ein § 94 vorgeschlagen, worin es heißt:

„Mit Zuchthaus nicht unter 5 Jahren wird bestraft, wer wissentlich in bezug auf einen drohenden Krieg der feindlichen Macht Vorschub leistet."

Der § 91 ist dem alten Spionagegesetz entnommen. Aber er verschärft dieses, weil er die Strafbarkeit auch auf nichtmilitärische Geheimnisse ausdehnt. Außerdem macht er den Einwand unmöglich, der Beschuldigte habe die Absicht der Veröffentlichung aufgegeben.

Während früher nur die Mitteilung an eine andere Regierung oder die Veröffentlichung strafbar war, ist es jetzt jede Mitteilung an eine beliebige andere Person, z. B. auch an einen Abgeordneten. Schon das einfachste Gespräch könnte demnach als eine strafbare Handlung angesehen werden. Dies ist um so gefährlicher, als lebenslängliches Zuchthaus ausdrücklich als Höchststrafe genannt ist. Außerdem hat die bisherige Fassung des Gesetzes zur Strafbarkeit vorausgesetzt, daß der Täter wisse, daß die Geheimhaltung im Interesse der deutschen Regierung notwendig sei. Zwar ist auch diese Fassung eine Kautschukbestimmung, weil in der Praxis an Stelle des Wortes „wissen" die unscharfe Bestimmung „wissen muß" trat. Aber bei der neuen Fassung ist dieses „wissen" überhaupt nicht mehr erforderlich.

Es genügt die Meinung des Reichswehrministeriums, daß das Wohl des Reiches gefährdet sei. Wer also in dem guten Glauben, daß eine Mitteilung dem Wohl des Reiches nicht abträglich sei, diese weitergibt, ist darnach strafbar. Neu ist auch die Bestimmung, wonach schon die fahrlässige Preisgabe von Staatsgeheimnissen strafbar ist. Endlich ist der Begriff des Vorschubleisten

genau wie der des drohenden Krieges außerordentlich vage und es ist zu befürchten, daß die Staatsanwaltschaft diesen Antipazifistenparagraph zu einem außerordentlich scharfen Machtinstrument einseitiger Parteipolitik macht.

Der § 94 entrechtet die Angeklagten völlig. Denn in jede Handlung der Opposition kann man eine Begünstigung der feindlichen Macht und in jede der heutigen instabilen Situation kann man den Zustand der drohenden Kriegsgefahr hineinlegen. Wer etwa behauptet, daß die Inflation ein Mittel zur Bereicherung der Großindustrie und zur Auspowerung des Reiches darstellte, wäre demnach strafbar. Es würde nämlich argumentiert werden, daß diese Behauptung die Ursache französischer Übergriffe gewesen sei.

Zu rügen ist auch, daß das angebliche Interesse der Länder denselben Schutz genießt wie das Interesse des Reiches. Hierdurch entsteht die Gefahr, daß z. B. die bayerische Regierung es als Landesverrat verfolgt, wenn aus aufrichtig republikanischer Gesinnung heraus Dokumente der monarchistischen Gesinnung dieser Verwaltung publiziert werden.

Die Formulierung bezweckt also deutlich, die zahlreichen, erfolglos eingeleiteten Landesverratsprozesse von nun an erfolgreich zum Abschluß zu bringen und gibt der Anklagebehörde zu ihrer bestehenden Technik das zugehörige, heute noch fehlende Fundament.

Geradezu toll sind die Konsequenzen des vorgeschlagenen § 5. Er lautet: „Die deutschen Strafgesetze gelten, unabhängig von den Gesetzen des Tatortes, für folgende im Ausland begangene Taten: Hochverrat und Landesverrat gegen das Reich oder eines der Länder und Vergehen gegen die Wehrmacht.“ Beachtet man die neue

Fassung des § 92, wonach die Mitteilung einer Nachricht, deren Geheimhaltung erforderlich ist, strafbar ist, wenn sie das Wohl des Reichs oder eines Landes gefährdet, so kommt man zu dem Schluß, daß diese beiden Paragraphen alle Träume der deutschen Weltherrschaft als erfüllt voraussehen. Wenn Poincaré morgen in einer Rede irgendeine unwahre und nach Meinung des Gerichts geheimzuhaltende Behauptung aufstellt, so wird er einfach wegen Landesverrat verfolgt. Und alle Probleme der Außenpolitik werden durch das Strafrecht gelöst.

Der Oberreichsanwalt Ebermayer hat diesen Entwurf in der „deutschen Presse“ vom 29. April 1925 ausdrücklich verteidigt. Bei seiner Aufstellung sei man mit echt deutscher Gründlichkeit zu Werke gegangen, man habe die neuen Aufgaben, die die Revolution vom November 1918 gestellt habe, berücksichtigt, endlich sei man auf die Forderungen der modernen Schule eingegangen.

Ferner verteidigt Herr Ebermayer die Auffassung, wonach es Landesverrat sei, wenn bei einer Mitteilung über die schwarze Reichswehr oder über verborgene Waffenlager gleichzeitig ausdrücklich oder versteckt der Vorwurf erhoben werde, die Reichsregierung kenne, billige oder fördere solche vertragswidrigen Zustände. Somit befürwortet der Oberreichsanwalt den dauernden Schutz der Illegalität, sofern die Regierung Trägerin der Illegalität ist.

Endlich schlägt Ebermayer ein Sondergesetz vor, wonach die Bekanntgabe unwahrer Nachrichten, welche geeignet seien, das Wohl des Reiches zu gefährden, als eine mildere Form des Landesverrates bestraft werden müsse.

Die Forderungen v. Liszt

Es lohnt sich, die in dem Zeigner-Gutachten ausgedrückte Meinung des Reichswehrministeriums und die in dem Entwurf enthaltene Tendenz der Verschärfung mit den Auffassungen der Vorkriegszeit zu vergleichen. So hat der große Strafrechtler v. Liszt in der Festschrift für Brunner 1914 über den Begriff des militärischen Geheimnisses folgendes geschrieben:

Seite 208: „Bei der ersten Lesung des neuen Entwurfes (zu einem Spionagegesetz) im Reichstag vom 26. November 1913 ist von den Rednern der verschiedensten Parteien übereinstimmend darauf hingewiesen worden, daß der Begriff des militärischen Geheimnisses ein ‚Geheimnis' sei, manchmal sogar für die militärischen Sachverständigen, daß er der juristischen Schärfe vollkommen entbehre, daß kein Mensch wissen könnte, was darunter falle und was nicht." Diese Behauptung ist richtig, wenn man dabei an die Auslegung des Spionagegesetzes von 1893 durch unsere Gerichte, insbesondere an die Rechtsprechung des Reichsgerichtes oder gar an die oft genug geäußerten Anschauungen der Militärverwaltung und ihrer Organe denkt.

Seite 214: „Der Wille der Geheimhaltung muß erkennbar in die Außenwelt getreten sein." Seite 218 ff. wendet er sich gegen den Begriff des relativen Geheimnisses, der Verwirrung angerichtet hat.

Seite 221: „Es ist nötig, daß der Begriff des Geheimnisses im Spionagegesetz ganz klar umschrieben wird, z. B. durch einen Zusatz, in dem das Erfordernis aufgestellt wird, daß die Kenntnis der Tatsachen nicht über den geschlossenen Kreis hina usgedrungen sein darf.

Der geschlossene Kreis wird aber bei dem militärischen Geheimnis durch alle diejenigen Personen umgrenzt, die von den Tatsachen kraft ihrer amtlichen oder dienstlichen Stellung oder infolge eines amtlichen Auftrages Kenntnis haben. Geheimnis ist die geheimgehaltene Tatsache nur dann, wenn ihre Offenbarung berechtigte Interessen des Geheimnisträgers verletzt oder gefährdet. Der Wille zur Geheimhaltung muß ein vernünftiger Wille sein. Bloßer Laune versagt das Recht seinen Schutz. Schutzobjekt ist nicht der Geheimhaltungswille des Geheimnisträgers, sondern dessen Interesse an der Geheimdaltung. Nicht der Wille der Militärbehörden, sondern has Interesse der Landesverteidigung ist entscheidend."

Seite 223: Unhaltbar ist der vorgeschlagene Absatz 2 im § 1 des Entwurfes:

„Im Sinne der §§ 3 und 5 gilt als militärisches Geheimnis ohne weiteres der Gegenstand oder die Nachricht, dessen Geheimhaltung die oberste Militärbehörde im Interesse der Landesverteidigung angeordnet hat.

Durch diesen Absatz wird der Geheimhaltungswille der obersten militärischen Behörden für souverän erklärt."

Seite 225: „Bei Staatsgeheimnissen kann es sich nur um solche Tatsachen handeln, ‚die sich auf die Betätigung des Staatswillens durch seine Organe, sei es im Verhältnis zu den anderen Staaten, sei es in der gesamten inneren Verwaltung beziehen'. Ereignisse, die außerhalb der staatlichen Willensbetätigung liegen, ohne deren Zutun eingetreten sind, sind niemals Staatsgeheimnisse, auch nicht, wenn es gelingen sollte, sie geheimzuhalten. Also nicht die Tatsache, daß der Thronfolger eines deutschen Einzel-

staates unheilbar geisteskrank ist oder daß das Erdbeben eine Grenzfestung zerstört hat, daß in einer Grenzgarnison eine Epidemie ausgebrochen ist."

Seite 227: „Militärische Geheimnisse sind nur Tatsachen, die sich auf die Tätigkeit der Militärverwaltung im Interesse der Landesverteidigung beziehen, niemals Tatsachen, die von dieser Tätigkeit unabhängig sind."

Seite 228: „Auch Tatsachen des Volkslebens fallen nicht unter den Begriff des militärischen Geheimnisses, nicht also die Tatsache, daß da oder dort eine militärische Revolte stattgefunden hat. Es mag im Interesse der Militärverwaltung liegen, die eine oder andere Tatsache vor dem Auslande geheimzuhalten; aber Tatsachen, die sich ohne ihr Zutun vollzogen haben, kann sie eben nicht sekretieren. Staatsgeheimnisse, überhaupt militärisches Geheimnis, kann immer nur die Betätigung des Staatswillens durch dazu berufene Organe sein."

Liszt macht dann auf Seite 230 folgenden Vorschlag für die Fassung des militärischen Geheimnisses:

„Militärische Geheimnisse sind die von der Militärverwaltung im Interesse der Landesverteidigung getroffenen, von ihr mit Erfolg geheimgehaltenen Verordnungen und Vorkehrungen, deren Geheimhaltung im Interesse der Landesverteidigung erforderlich ist.

Die Anordnungen und Vorkehrungen sind mit Erfolg geheimgehalten, wenn sie außerhalb des Kreises derjenigen Personen, die von ihnen kraft ihrer amtlichen oder dienstlichen Stellung oder infolge eines amtlichen Auftrages Kenntnis haben, nicht bekanntgeworden sind."

Nach diesen Forderungen dürfte es also keinen Schutz der Geheimbünde geben, da sie nicht unter die von der

Militärverwaltung erlassenen „Vorkehrungen" fallen, es gäbe kein relatives Geheimnis. Vielmehr ist eine Tatsache entweder bekannt durch eine öffentliche Rede, eine Druckschrift oder auf andere Weise. Hierunter würde selbstverständlich eine Landtagsrede fallen. Die Weiterverbreitung einer solchen Nachricht wäre straflos. Oder die betreffende Nachricht ist geheim. Dann ist ihre Verbreitung strafbar, wenn die anderen Bedingungen zutreffen. Die Laune der Militärbehörden dürfte die ihrer Psyche zusagenden privaten Organisationen nicht länger schützen.

Die heutige Handhabung des Landesverratsparagraphen und der Entwurf des neuen Strafgesetzbuches widerspricht in allen Punkten der Forderung von Liszt. Kein Mensch kann heute wissen, welche Nachrichten geheimgehalten werden sollen, denn auch gegen die Veröffentlichung von Nachrichten, die einmal geheim waren und heute bereits im Auslande wie im Inlande bekannt sind, wird eingeschritten. Der Begriff des geschlossenen Kreises existiert überhaupt nicht meh. Die Militärverwaltung ist souverän. Ereignisse außerhalb der staatlichen Willensbetätigung, sogar Gesetzwidrigkeiten, werden geschützt, ja die Verbreitung unwahrer Nachrichten ist heute Landesverrat.

Prinzipielles

Konterrevolution

Die heutigen politischen Zustände in Deutschland werden bestimmt durch eine einfache Tatsache: Wir haben die Konterrevolution, ohne jemals eine Revolution erlebt zu haben.

Den Auftakt zur Konterrevolution bildete der Vorschlag des Grafen Schulenburg vom 7. November 1918, den Feldzug gegen die Heimat zu eröffnen. Dieser Feldzug ist dann später in anderer Form geführt worden. Er setzte sich in einer langen Kette von politischen Morden, begangen von rechts, fort.

Die Konterrevolution hat heute auf der ganzen Linie gesiegt. Eine revolutionäre Bewegung existiert nicht mehr. Wir haben den Schulfall eines konservativen Regimes, das sich, wie in den Jahren 1848, aus der konterrevolutionären Epoche heraus destillierte. Wirtschaft und Industrie herrschen unbeschränkt. Die gegenrevolutionäre Bewegung ist in legitimistische Geleise geraten.

Republikanismus

Unter der Monarchie war staatstreue Gesinnung, d. h. Bekenntnis zur Monarchie, ihren Traditionen und ihren Idealen selbstverständliche Voraussetzung für jeden

Beamten. Ein ausgesprochener Republikaner oder gar ein Sozialist war als Beamter undenkbar. Dieser Selbsterhaltungstrieb ist für jeden, sich seiner Macht bewußten Staat eine Selbstverständlichkeit. Die Republik aber fordert keine staatstreue Gesinnung, vielmehr ist bei den Beamten heute monarchistische Tradition Selbstverständlichkeit.

Die Republik ist demokratisch, aber nur gegen ihre Feinde. Die Tradition der Selbstbehauptung des Staates hat sie nicht übernommen.

Diese Staatsfeindlichkeit der Beamten wurde gefördert durch die Inflation, die zu einer unerhörten Radikalisierung führte, die sich in stets wachsendem Zuge nach den extremen Parteien rechts und links äußerte. Bei dem Fallen der Löhne zeigte sich eine soziale Differenzierung, die politisch außerordentlich wichtig wurde. Die Inflation als Steuermethode wirkte sich dahin aus, daß Löhne und Gehälter durch sie um so mehr gedrückt werden konnten, je höher sie waren. Daß also eine Nivellierung eingetreten ist, die man sehr zu Unrecht als eine sozialistische Maßnahme bezeichnet hat und der angeblich herrschenden sozialistischen Regierung als bewußten Willen unterschob. Die Löhne, welche schon im Frieden ziemlich mit dem Existenzminimum zusammenfielen, konnten nicht mehr stark gedrückt werden, so daß sie in ihrem Realwert erhalten bleiben mußten. Dagegen hat die Inflation alle höheren Löhne gedrückt, so daß die Differenz zwischen dem höchstbezahlten Beamten und dem ungelernten Tagelöhner sich immer mehr verringerte. Dieser aus der Inflation stammende Vorgang ist als Argument gegen die Republik verwertet worden und hat diese Kreise zu Nationalisten gemacht.

Besonders stark zeigt sich diese Radikalisierung bei den geistigen Arbeitern. Schon durch den Krieg war der Zusammenhang zwischen den Universitäten Deutschlands und denen des Auslands zerrissen worden.[*] Die Inflation vertiefte diesen Riß. Der deutsche Gelehrte war von der Welt abgeschlossen. Der internationale Zusammenhang ging verloren. Die Ursache war die durch die Inflation herbeigeführte Vernichtung der Renten, der keine andere Einnahmequelle aus der geistigen Arbeit selbst gegenübersteht.

Der Staat hat im Frieden damit gerechnet, daß der Beamte vermögend war. Daher die geringe Bezahlung der geistigen Arbeiter. Die Zertrümmerung des Vermögenshintergrundes hätte an sich nichts bedeutet, wenn die Intellektuellen die Möglichkeit gehabt hätten, ihre Forderung einer ausreichenden Bezahlung durchzusetzen. Aber zunächst verhinderte ihr ausgesprochener Individualismus einen solchen gewerkschaftlichen Zusammenschluß, und hinderte sie, die öffentliche Meinung so stark zu beeinflussen, daß sie ihre Forderung hätten durchsetzen können. Dazu kommt aber noch die Inkommensurabilität, die hinter der geistigen Arbeit an sich steckt. Die wissenschaftliche Produktion wird sozusagen die Krönung der Verarbeitung von Zellstoff und Papier. Die Wissenschaft wird ein Anhängsel der Wirtschaft, von ihr ausgehalten als Luxus.

Neben der materiellen Notlage, in der die Studenten während der Inflation lebten, spielte noch ein zweiter Punkt eine Rolle. Angeblich hatte eine sozialistische Revolution stattgefunden, die zu einer Besetzung der Ämter durch die Angehörigen der sozialdemokratischen Partei geführt hatte. Dies wurde geglaubt. Daher seien

die Aussichten des Studenten auf Gewinnung seines Lebensunterhaltes als Beamter gefallen. Die Bildung gelte nichts mehr, es kommt nur darauf an, die richtige Überzeugung zu haben. Da aber den Studenten vom Arbeiter sein intensiv bürgerliches Klassenbewußtsein trennt, muß die Herrschaft der Sozialisten bekämpft werden. Schon um dessentwillen, weil durch ihn der Verlust der Privilegien und Vorrechte der gebildeten Stände fiel. Dies führt den Studenten in die Arme der Nationalisten.

Die Republik lebt! — Auf diese Konstatierung beschränken sich 90 Prozent der Republikaner. Aber es ist notwendig festzustellen: Die Republik von 1925 ist die Republik Hindenburgs und Luthers und des Herrn von Seeckt. — Das schöne Wort von der „Republik ohne Republikaner" ist falsch. Die Republikaner haben keine Republik. Denn dieser Staat, der von denen, die ihn heute regieren, immer bekämpft worden ist, hat keinerlei Beziehungen zu dem, was unter republikanischer Freiheit verstanden werden muß.

Die Politik der deutschen Regierung kann man definieren als die Durchsetzung schwerindustrieller und großagrarischer Ziele mit Hilfe der Gesetzgebung. In dem Kanzler Luther ist die Kabinettspolitik des aufgeklärten Despotismus zu neuer Blüte gelangt. Das Parlament schweigt und billigt alle Regierungshandlungen, wie etwa das 700-Millionen-Geschenk an die Ruhrindustrie.

Wenn man nach dem Straßenbilde der Großstädte urteilen wollte, so wäre der Kampf um die Republik nur der Kampf um die schwarz-rot-goldenen Farben. Der Schutz der Republik ist heute überflüssig. Das

Reichsbanner schützt eine Fassade, deren tatsächlicher Hintergrund längst nicht mehr existiert.

Das Zentrum wird immer mit der Mehrheit gehen. Darum kann es nicht als republikanische Partei angesehen werden. Die Demokraten standen der Republik so lange kühl und abweisend gegenüber, als sie erwarten mußten, diese Republik in absehbarer Zeit zum wirklichen sozialen Volksstaat sich herausbilden zu sehen. Heute, wo diese Erwartung endgültig enttäuscht hat, haben sie ihr Herz für diese Republik entdeckt.

Die Sozialdemokraten haben ständig versagt, wenn es sich um die Durchsetzung sozialer Mindestforderungen, wie etwa des Achtstundentages, handelte; sie sind immer zusammengeklappt, wenn es galt, kulturelle Forderungen durchzusetzen. Sie haben die Rückkehr des Thronprätendenten geduldet. Sie sind zwar zweifelsohne eine republikanische Partei, aber ihre Verdienste um die Republik sind höchst anfechtbar.

Legitimismus

Die legitimistische Gefahr ist nicht auf Bayern oder Deutschland beschränkt. Sie existiert an sich in jeder Republik. Dabei muß man sich jedoch darüber klar sein, daß eine solche Restauration, nicht wie das von legitimistischer Seite regelmäßig fingiert wird, die tatsächliche Fortsetzung des ancien régime bedeuten kann. Der Versuch, eine politische Epoche ungeschehen zu machen, ist nicht nur vergeblich, sondern sinnlos. Im Gegensatz zu der häufig von nationalistischer Seite geäußerten Meinung, sind nämlich Hochverrat und Meineid Rechtsgrundlagen, und sie sind es zu allen Zeiten gewesen. Es ist übrigens

sehr merkwürdig, daß dies gerade von rechtsstehender Seite bestritten wird, da diese selben Leute umgekehrt die rein juristische Entwicklung in der Außenpolitik verneinen und nur in der Gewalt die Basis der Weiterentwicklung sehen. Hochverrat, Meineid und brutale Gewalt waren zu allen Zeiten die Grundlagen der Rechtsentwicklung der Staaten. Wider alles Gesetz und Recht und nur auf Grund der tatsächlichen Macht sind 1804 Hunderte von kleinen Staaten mediatisiert worden, und die ehrwürdigsten Bistümer wurden von den raubgierigen Staaten gefressen. Wider alles Gesetz und Recht und nur auf dem Boden der tatsächlichen Macht sind 1866 die Welfen verjagt worden. Wider alles Gesetz und Recht ist König Otto von Bayern abgesetzt worden. Die tatsächliche Macht hat immer den siegreichen Aufrühern oder Eroberern das Recht verliehen. Solange die Macht den Rechtsstehenden recht gab, haben sie immer diese Theorie vertreten, und sie vertreten sie noch heute gegenüber dem „feindlichen" Ausland. Die „nationalen Belange" sind ihnen genügende Rechtsgrundlage für Eroberung, Annexion, Desannexion, Befreiung, Erlösung oder wie die verschiedenen Schlagworte für den Länderraub heißen mögen. Aber heute, wo ihnen die tatsächliche Macht in gewissen Punkten, z. B. der Fähigkeit, die Verfassung auch offiziell zu stürzen, fehlt, verlassen sie diesen Standpunkt und behaupten umgekehrt, daß nur die legitimistische Kontinuität Recht schaffen könne. Wer aber „Recht geht vor Macht" für sich in Anspruch nimmt in den Zeiten, wo er die Macht hat, hat kein Recht, diesen Spruch nicht gelten zu lassen, wenn ihm die Macht fehlt. Er müßte es sich gefallen lassen, daß nicht nur die nationalen, sondern auch die sozialen Belange genügende

Rechtsgrundlage für eine Veränderung der tatsächlichen Machtverhältnisse darstellen und neben dem Recht auf Eroberung auch das Recht auf Revolution anerkennen. Der Einwand, das innere Staatsrecht sei kodifiziert, das äußere Völkerrecht nicht, geht fehl. Denn niemals haben die heutigen Legitimisten und ihre von ihnen vergötterten geistigen Vorläufer sich gescheut, ein Recht auf Eroberung auch innerhalb des Deutschen Reichs selbst auszuüben. Eine vollkommene Kontinuität ist also selbst nach der Theorie der Nationalisten gar nicht vorhanden, und der somit vertretene, angeblich reine Legitimismus ist so wenig sinnvoll wie das historische Recht, von dem einmal ein Franzose sagte: „Es gibt nur ein historisches Recht, und das ist das der Orang-Utans". Diesen Mangel an Logik und diesen Sprung in der Theorie muß man beachten, wenn man die Versuche einer monarchistischen Restauration in Deutschland betrachtet.

Durch die Abdankung sämtlicher Fürsten fehlt ihnen jeder Rechtsanspruch und durch die ausdrückliche Entbindung vom Treueid jeder Anspruch auf Gefolgschaft.

Es gibt heute in Deutschland keinen Menschen mehr, der seinem früheren Fürsten zur Treue verpflichtet wäre, schon aus dem Grunde nicht, weil dieser Begriff niemals eine einseitige Verpflichtung involviert: der Fürst hat in der entscheidenden Stunde die Treue seinem Heere nicht gehalten und ist außer Landes geflohen.

Um aus diesem gebieterischen Schluß herauszukommen, wird die Abdankung von nationalistischer Seite als nicht vollzogen hingestellt, was mit tiefsinniger Spitzfindigkeit begründet wird. Aber hier ergibt sich sofort für den Legitimisten gebieterisch die Frage: Wenn die Monarchie wieder eingeführt werden soll, sollen dann alle die Dutzende

von Monarchen, Großherzoge, Herzoge, Fürsten und gefürstete Grafen usw. wieder in Deutschland einziehen? Dies ist schon um dessentwillen unmöglich, weil manche dieser Länder gar nicht mehr als Länder existieren. Das strenge Recht, das die Wiederkehr sämtlicher Monarchen verlangt, hat keinerlei Möglichkeit auf Verwirklichung. Entsprechend dieser Unmöglichkeit existieren denn auch nur zwei ernsthafte Prätendenten, die Hohenzollern und die Wittelsbacher. Aber schon diese geringe Zahl trägt derartige Verwirrung und Uneinigkeit in die monarchistische Bewegung, daß aller Wahrscheinlichkeit nach schon sie allein die Wiederkehr der Monarchen unmöglich macht.

Die Wittelsbacher haben den Vorzug, daß in ihren Reihen nur ein Kandidat existiert. Der frühere Kronprinz von Bayern, der sich heute in gröbster Amtsanmaßung von seinen Anhängern seinem und sog. Kabinettschef als „König" bezeichnen läßt. Dagegen ist die Hohenzollernpropaganda außerordentlich zersplittert. Der wahre Hohenzollernanhänger weiß nicht, ob er sich für den zweifellos nicht normalen Wilhelm II., für seinen ältesten Sohn, dessen Familienleben in manchen rechtsstehenden Kreisen Anstoß erregt hat, oder für dessen minderjährigen, völkischen Sohn, für einen Reichsverweser, der Geld ins Ausland verschoben hat, oder für einen noch ungeborenen Enkel begeistern soll.

Der wesentliche Punkt in der legitimistischen Propaganda und Ideologie ist das in Deutschland traditionell fehlende Nationalgefühl, das an Stelle der schlichten Liebe zur Heimat eine gekünstelte Liebe zum angeblich angestammten Herrscherhaus setzte, welches die betreffende Provinz vor gar nicht langer Zeit — höchstens

100 Jahre — erobert, gestohlen, ererbt, erheiratet oder erschwindelt hatte. Noch Bismarck hat mit Recht gezweifelt, ob es neben dem Band der Dynastie noch ein Band des Volkes zum Reich geben könne. Dieses Surrogat von Nationalgefühl führt dann zu der Fiktion, daß nur die Dynastie den Staat erhalten könne, und das äußert sich bis zu den grotesken Einzelheiten, da das Kreisblatt des republikanischen Staates in den trautesten Familienkreis die Nachricht von dem bevorstehenden freudigen Ereignis bei der Prinzessin XY meldet.

Die Republik hat eben nicht verstanden, ihre eigene faktische Legitimität gegenüber der fiktiven Legitimität der Krone durchzusetzen. Es fehlt ihr der Wille zur Macht.

Geschichtsklitterung

Das Fundament des Legitimismus ist nicht die Geschichte, sondern die Geschichtsklitterung. Eine der ältesten Legenden ist die von der deutschen Mission des Hauses Brandenburg-Hohenzollern. So wird z. B. der Kurfürst Friedrich Wilhelm als großer deutschnationaler Herrscher gefeiert, obwohl er, mit dem Franzosenkönig verbündet, gegen den Deutschen Kaiser Krieg geführt hat. Auch sein Ausspruch „Exoriare aliquis . . ." hat sich gegen den Deutschen Kaiser gerichtet. Sein Urenkel, Friedrich II., hat diese Drohung erfüllt, indem er seinem Kaiser (Maria Theresia) Schlesien wegnahm, als dieser in einen Krieg mit dem Erbfeind Frankreich verwickelt war. Die Hohenzollernlegende ist übrigens von dem jetzt völkischen Pfarrer Maurenbrecher ausführlich widerlegt worden. Auch die berühmte Fälschung der Emser Depesche vom 14. Juli 1870,

durch die Bismarck die Stimmung für den Deutsch-Französischen Krieg schuf, muß hier erwähnt werden.

Die Hochflut der Lüge setzte mit Kriegsausbruch ein. Im Weißbuch von 1914 fehlten die wichtigsten Telegramme, vor allem der berühmte Vorschlag des Zaren, den Konflikt dem Haager Schiedsgericht zu unterbreiten.

Die französischen Flieger, welche Nürnberg bombardierten, haben niemals existiert. Die Kriegserklärung an Frankreich wurde mit objektiv falschen Argumenten begründet. Die außerordentlich strenge Zensur hat die Kenntnis dieser und anderer Tatsachen, welche gegen die Hypothese eines Verteidigungskrieges sprachen, verhindert. Der ursprünglich als defensiv aufgefaßte Krieg hat erst später nach den ersten scheinbaren Siegen in der Seele der hohen Generalität den aggressiven Charakter angenommen. Aber offiziell haben selbst die ärgsten Nationalisten dem Krieg regelmäßig höchstens den Präventivcharakter zugeschrieben. Unglücklicherweise versucht der Vertrag von Versailles die Frage der Kriegsschuld in einem Sinne zu lösen, aus dem Deutschlands Schuld abgeleitet werden könnte, obwohl der Artikel 231 nur die Tatsache konstatiert, daß Deutschland den Krieg begonnen hat und somit formal für ihn verantwortlich ist. Dies hat den deutschen Nationalisten die Möglichkeit zu der Behauptung der absoluten Unschuld Deutschlands gegeben.

Die Legende, die sich um den Kriegsausbruch rankt, hat einen besonders wichtigen Hintergrund. Die Kampagne gegen die Kriegsschuld, genau wie die Legende vom Dolchstoß, sollen den Nachweis führen, daß die alte Kaiserliche Regierung in dem einen Falle unschuldig

am Kriegsausbruch, im andern unschuldig an der Niederlage gewesen sei. Beide Geschichtsklitterungen sind demnach nur Elemente der monarchistischen Agitation; sie bezwecken, der Rückkehr der Dynastie die Wege zu ebnen.

Es ist übrigens ein eigentümlicher Widerspruch, wenn die Nationalisten in ihren verschiedenen Schattierungen sich als „groß-deutsch" bezeichnen und die Rückkehr zum Reich Bismarcks verlangen. Bismarcks Werk hat eben darin bestanden, daß er die kleindeutsche Lösung der Deutschen Frage durchgeführt hat. Das Wort „großdeutsch" hat demnach innerhalb der nationalistischen Bewegung nicht den ihm historisch zukommenden Sinn. Großdeutsch soll nach dieser Auffasung nur bedeuten, daß Deutschland wieder groß im militärischen Sinne ist. Insbesondere ist damit die Rückeroberung der verlorenen und die „Erlösung" neuer Gebiete zu verstehen. Gleichzeitig soll das Wort „groß" die Bewegung mit jenem unklaren Schimmer umkleiden, der sich zur Gewinnung politisch ungebildeter Schichten eignet.

Landsknechte und Hochstapler

Die langen Kriegsjahre haben einen modernen Typ des Landsknechts geschaffen. Das waren die verwegenen Burschen, die die Reihen der Stoßtrupps füllten, die gelegentlich zur Bezwingung der gefährlichsten Kampfaufgaben eingesetzt wurden, und die sich dann in den Ruhetagen der Etappe durch Suff und Raub schadlos hielten. Menschenleben standen bei ihnen nicht allzuhoch im Kurs. Nach Beendigung des Krieges haben sie sich nicht wieder ins bürgerliche Leben zurückgefunden. Sie bildeten den Bestand der ersten Frei-

korps, und sie blieben dort auch, als die Zeit der legalen militärischen Bandenbildung längst vorüber war. Von den wesensverwandten Führern, der Ehrhardt, Aulock, Roßbach, Löwenfeld und Bischoff, hatte mancher das Ausmaß des alten Kondottiere. Das Baltikumunternehmen war solch ein Landsknechtsabenteuer. Der Übertritt deutscher Soldaten in russische Dienste war eine Imitation der Reisläufersitten des 16. Jahrhunderts. Auf diesem Boden konnte die Feme gedeihen; auch ein altes Erbstück, das nun wieder hervorgeholt und blank geputzt wurde.

Jede neue Religion hat außer ihren Propheten auch eine große Anzahl von geschäftstüchtigen Anhängern aufzuweisen. Entsprechend gibt auch die völkische Bewegung die Grundlage zum Leben zahlreicher Hochstapler. Es sei nur an Grütte-Lehder erinnert (vgl. Kapitel Morde), an Günther, der als Unteroffizier vom Felde desertierte, als falscher türkischer Leutnant reiste, um am Schluß von Ludendorff brieflich als „Mein lieber Günther" angesprochen zu werden (vgl. Verschwörer, Kapitel Morde und Attentate), endlich an den extremen völkischen Redakteur und Lockspitzel Lüdeke (vgl. Verschwörer, Kapitel Nationalsozialisten).

„Die Zahl der deutschen Aventuriers, die heute die Türkei und namentlich Anatolien überfluten, ist Legion... Eigentlich hat heute jede Stadt zwischen Athen und Angora ihren ‚Erzberger-Mörder', und da die Zahl der Dummen und Urteilslosen nur noch durch das Heer der Gutmütigen übertroffen wird, ist das Unternehmen, aus den Namen Schulz und Tillessen Kapital zu schlagen, ein sehr lukratives Geschäft..." (Hans Tröbst im Völkischen Kurier 17. März 1925).

Tröbst schildert dann weiter das Auftreten eines

solchen Schwindlers, Abel Ysenburg, der behauptete, bei dem Rathenaumord die Maschinenpistole bedient zu haben: „... im übrigen war er Adjutant Schlageters gewesen, hatte dessen Erschießung beigewohnt, war am 9. November Verbindungsoffizier zwischen Hitler und Ungarn gewesen, stand in engen Beziehungen zu Ludendorff und war die rechte Hand des Prinzen Oskar. Soeben kam er aus Ungarn, wo er in Gemeinschaft mit Schulz und Tillessen gelebt ... und von wo er wegen ‚rechtsradikaler Umtriebe' ausgewiesen worden war. Der eigentliche Grund seines Aufenthaltes in Eskischehir war jedoch die Anbahnung und der Ausbau der ‚bestehenden' Verbindungen zwischen Ludendorff und Kemal-Pascha ..."

Typisch ist der folgende Werdegang eines „nationalen Schriftstellers": Zuerst verkauft er die hinterlassenen geheimen Papiere seines Vaters, des Generalsekretärs einer großen Rechtspartei, an die linke Presse. Bei Ausbruch des Krieges versuchte er, in der radikalen Jugendbewegung eine führende Rolle zu spielen. Seiner Einberufung zum Heeresdienst hat er nicht Folge geleistet, vielmehr desertierte er nach Holland, um dort abwechselnd den deutschen und den englischen Spionagedienst zu beliefern. Er verstand es dann, eine Reihe von Deserteuren um sich zu scharen, und versuchte, nach dem 9. November in die Heimat zurückgekehrt, in der linken Bewegung eine Rolle zu spielen. Dies gelang nur unvollkommen. Daher enthüllte er die „Revolutionsvorbereitungen" der Linken, die niemals existiert haben, indem er all diejenigen denunzierte, die ihm bei seiner Flucht geholfen hatten. Er schrieb ein Buch gegen die Sozialdemokratie, war einer der Hauptmitarbeiter des Bureaus, das die Barmatkampagne inszenierte, um

dann wieder umzufallen und die Geheimnisse dieses Bureaus an die Sozialdemokratie zu verkaufen. Dann arbeitete er angeblich wieder für die „nationale“ Presse. Finanziell hat er sich im allgemeinen bei dieser vielseitigen Tätigkeit recht gut gestanden. Das hinderte ihn nicht am Abschluß größerer Schiebergeschäfte, die ihn einmal auf neun Monate ins Gefängnis brachten.

Die S.R. rekrutierte sich zum überwiegenden Teile aus den Söhnen jenes durch Krieg und Inflation zugrunde gerichteten Mittelstandes, dessen Angehörige zunächst das Hauptkontingent zu den Freikorps und den Freiwilligenformationen des Baltikum-Unternehmens stellten. Die Jahre, in denen die Freikorps entstanden, waren in wirtschaftlicher Hinsicht noch erträglich. Der pressende Druck der fortschreitenden Inflation zerstörte aber nicht nur die kleinen Vermögen, er verwüstete in noch weit schlimmerem Maße — als es der lange Krieg bereits zuwege gebracht — auch die moralischen Fundamente einer ganzen Generation. Die mittleren Schichten verschwanden ihrer soziologischen Struktur nach immer mehr vom wirtschaftlichen Gefechtsfeld, die junge Generation war nicht mehr imstande, ihre Studien fortzusetzen. So sanken sie vielfach ins unterste Proletariat herab, ohne sich jedoch — und das ist das Entscheidende — psychisch den veränderten Verhältnissen anpassen zu wollen oder zu können. Da lockte manchen der Ruf der angeblichen Reichswehr. Es gab satt zu essen; man wurde eingekleidet und hatte zu alledem das befriedigende Bewußtsein einer „vaterländischen“ Tat. Begünstigt wurde diese Stimmung der jungen „Soldaten“ durch die jahrelange Erziehung im „militärischen Geist“, die es als bedauerlich hinstellte, daß es nach dem Versailler Vertrag für sie

kaum noch eine Möglichkeit geben würde, einmal den Rock des Kriegers anzuziehen. Zudem galt es weiten Kreisen als Verdienst, die Bestimmungen des Vertrages von Versailles über die Entwaffnung zu umgehen und so die „Wehrhaftigkeit“ des Volkes wiederherzustellen. Die jungen Leute meldeten sich also bei den Stellen, die angeblich Freiwillige für die Reichswehr einzustellen vermochten. Sie wurden untersucht und vorgemerkt und erhielten nach kurzer Zeit ihre Einberufung.

Nach Abschluß der Epoche des offenen Bürgerkrieges mußte auch der Landsknecht zur Ruhe gehen. Der Küstriner Putsch und der Hitler-Putsch in München waren die letzten flackernden Flammen. Im Völkischen Kurier, 22. August 1925, klagt einer der prominentesten Landsknechtsführer, Oberleutnant Roßbach, daß der alte Freikorpsgeist in alle Winde zerstoben sei. Seine kümmerlichen Überbleibsel, die Arbeitsgemeinschaften auf den Gütern, die hier und da in Pommern, Mecklenburg, Schlesien und in Teilen der Neumark noch bestehen, sind gleichfalls dem Untergange geweiht.

Was übrigblieb, lohnt der Erwägung kaum, der schöne Traum von der Auferstehung des deutschen Landsknechts ist ein für allemal ausgeträumt.

Aber das Verschwinden dieser fluktuierenden Bevölkerung bedeutet noch lange nicht das Ende des militärischen Spieles.

Heimliche Rüstungen

Ausgangspunkt jeder Betrachtung über die sog. geheimen deutschen Rüstungen und der damit in intimen Zusammenhang stehenden Nichträumung Kölns muß ein

Protest gegen die dabei von der Entente und wahrscheinlich insbesondere von Frankreich verwandten Methoden der Geheimdiplomatie sein. Ohne nähere Detaillierung haben die alliierten Mächte am 5. Januar 1925 der deutschen Regierung die Nichträumung Kölns notifiziert. Die Begründung wurde erst sehr viel später, am 4. Juni 1925, in der sog. Entwaffnungsnote gegeben. Damit war der deutschen Regierung die Möglichkeit einer eingehenden rechtzeitigen Antwort und der Richtigstellung vielleicht zu Unrecht erhobener Vorwürfe genommen. Dieses, einem Diktat entsprechende Verfahren, hat die deutschen Nationalisten wesentlich gestärkt. Wenn sie aber auf eine Veröffentlichung drängten, so taten sie dies, weil sie innerlich überzeugt waren, daß die Veröffentlichung nicht erfolgen werde. Die Veröffentlichung der Entwaffnungsnote war trotz aller in ihr enthaltenen Schroffheiten erfreulich, weil sie mehr als irgendeine andere Maßnahme geeignet war, die deutsche Öffentlichkeit über den Stand der öffentlichen Meinung in den Ententeländern aufzuklären. Endlich weil sie der deutschen öffentlichen Meinung Dinge bekanntgegeben hat, die im Auslande wohlbekannt und die aber in Deutschland bisher nicht offiziell bekannt werden durften.

Die Reichszentrale für Heimatdienst hat noch vor der Veröffentlichung der Note über dieses Problem eine sog. Materialsammlung, betitelt: „Die Räumung der nördlichen Rheinlandzone und Deutschlands Entwaffnung", herausgegeben. Sie ist noch heute so wichtig, daß wir uns mit ihr zu beschäftigen haben, vor allem, weil sie typisch für die Propagandaliteratur ist. Die Broschüre hat alle Vorzüge und Nachteile der deutschen

Propaganda während des Krieges: nüchtern, exakt, in den wesentlich dargestellten Punkten sogar richtig — und trotzdem vollkommen falsch, um dessentwillen, was sie nicht bringt. Erinnern wir uns an die Kriegspropaganda: Da war z. B. zu beweisen, daß das Leben in Deutschland billiger sei als in den Ententeländern. Man nahm zu diesem Zweck die offiziellen Preise in Deutschland, verglich sie mit den tatsächlichen Preisen in den Ententeländern, und der Beweis war geliefert. Leider war er falsch, weil die Waren zu den offiziellen Preisen nur in geringem Umfang oder gar nicht zu haben waren. Als die „Vossische Zeitung" anfing, mit wirklichen, d. h. mit Schleichhandelspreisen zu rechnen, war das Geschrei groß. Ebenso hat man den Erfolg des U-Boot-Krieges bewiesen durch die Zahl der versenkten Schiffe. Aber niemand erfuhr, wie viele Schiffe trotz des U-Boot-krieges erfolgreich ihr Ziel erreichten.

So spricht auch diese Schrift immer und immer wieder von der offiziell zweifellos durchgeführten Entwaffnung Deutschlands. Die gigantischen Zahlen der zerstörten Munition imponieren jedem Laien.

Aber von den ebenso zweifellos existierenden geheimen Vorgängen kein Wort. Zwar wird die Rede von Herriot, die Note der Alliierten vom 5. Januar mit der Feststellung der Nichterfüllung aufgeführt, worin behauptet wird: Fortbestehen des großen Generalstabs, Zeitfreiwillige, Nichtumstellung der Fabriken, überzählige militärische Bestände, Zentralisation der Polizei, Nichteinführung der geforderten gesetzlichen Maßnahmen.

Aber die außerordentlich gründliche Rede Herriots ist nur ganz kurz wiedergegeben, es fehlt die Forderung der Inspektion der Rekrutierungslisten. Es fehlt jeder Hin-

weis auf die Schrift von Morgan. Auf die in ihr enthaltenen substantiellen Behauptungen hätte eine wirklich instruktive Materialsammlung eingehen müssen, und wäre es auch nur, um zu zeigen, daß sie falsch seien.

Auf die Schwarze Reichswehr wird an zwei Stellen, natürlich ohne Nennung dieses Begriffs eingegangen. Die Rede Luthers vom 23. Januar 1925 wird auf S. 20 zitiert: „Herr Herriot machte uns Vorwürfe, daß wir durch die Ausbildung von Zeitfreiwilligen Reservetruppen geschaffen hätten. Wenn man in Deutschland damals, als unsere innerpolitischen Verhältnisse eine besonders gefährliche Spannung zeigten, wirklich einige tausend Studenten für einige Wochen zu Übungen herangezogen hat, was bedeutet das für das Ausland angesichts der Tatsache, daß es in ganz Deutschland die modernen Kampfmittel, die für die Kriegführung allein ausschlaggebend sind, überhaupt nicht mehr gibt.“

Und auf S. 24 heißt es: „Zu Beginn der Generalinspektion hat das Reichswehrministerium der Kontrollkommission mitgeteilt, daß während der innerpolitischen Wirren der vergangenen Jahre vorübergehend Hilfsmannschaften eingestellt worden sind. Die Gesamtzahl dieser Mannschaften hat jedoch nur einige Tausend betragen. Seit Herbst 1924 haben diese Einstellungen völlig aufgehört.“

Hier liegt ein eklatanter Widerspruch. Denn die innerpolitischen Wirren haben doch nicht bis zum Herbst 1924 gedauert. Der letzte Putsch fand am 9. November 1923 statt und er war nach zwei Tagen beendet. Die Behauptung, daß seit dem Herbst 1924 keine Einstellungen mehr vorgenommen worden sind, ist zudem noch

falsch. Bis Mitte des Jahres 1925 waren in der Presse Nachrichten von kurzfristigen Einstellungen zu lesen.

Diese nur kurz gestreiften, widerspruchsvollen und unrichtig wiedergegebenen Tatsachen der Existenz der Schwarzen Reichswehr sind aber das zentrale Problem der aktuellen Differenzen zwischen Deutschland und der Entente. Dabei ist es gleichgültig, ob sie der Grund oder der Vorwand für die Nichträumung Kölns bilden.

Man will die Schwarze Reichswehr totschweigen und glaubt, daß sie nicht existiert, wenn die Öffentlichkeit darüber möglichst wenig erfährt. Deswegen wurde bisher gegen jeden, der darüber schrieb, ein Landesverratsverfahren eingeleitet. Aber diese Methode ist nutzlos, denn nur in der Fiktion des Oberreichsanwalts sind diese Dinge heute noch geheim. Die Öffentlichkeit weiß schon infolge der Schwatzhaftigkeit unserer sog. nationalen Kreise darum. Das Ausland endlich ist ausgezeichnet orientiert.

Auch wenn man alle Ententebehauptungen über deutsche geheime Rüstungen, über die Herstellung von schweren Geschützen, über die Schwarze Reichswehr, über das Weiterbestehen des Generalstabes, als wahr unterstellen würde, so bleibt noch immer die offizielle Behauptung wahr, daß Deutschland materiell abgerüstet habe. Denn alle diese Rüstungen haben keine aktuelle Bedeutung.

Aber auch die gegnerische Behauptung ist richtig, denn das Wesen dieser Vorgänge erschöpft sich nicht in ihrer aktuellen Bedeutung. Wesentlich sind vielmehr ihre potentiellen Auswirkungen: die breite Basis, auf der diese künftige militärische Zusammenfassung der Kräfte des deutschen Volkes vor sich geht, gibt die Möglichkeit neuer großer kriegerischer Verwicklungen. Die als feststehend zu betrachtende militärische Ungeeignet-

heit dieser Truppen für einen großen Außenkrieg bedeutet nämlich noch lange nicht, daß auch diejenigen, welche für sich die Rolle des Führers im kommenden Revanchekrieg beanspruchen, sich dessen bewußt sind, oder wenn sie sich dessen bewußt sind, daß sie sich darnach richten. Nichts war im Weltkriege auffallender als die gottvertrauende Zuversicht auf die völlig ungenügende Technik. Unsere Nationalökonomen haben berechnet, daß der Krieg höchstens ein Jahr dauern kann. Unsere Techniker haben die Tanks verachtet. Unsere Generale haben Amerikas Eintritt in den Krieg für belanglos erklärt; unsere Admirale den uneingeschränkten U-Boot-Krieg mit einer völlig ungenügenden Anzahl von U-Booten begonnen.

Und genau so werden die Militärs, bauend auf die von ihnen mit Hilfe der Dolchstoß-Legende neu bewiesene Unbesiegbarkeit Deutschlands morgen bereit sein, mit diesen zahlenmäßig und technisch ganz ungenügenden Truppen einen Krieg zu führen, den sie sicher verlieren müssen, und der von Deutschland nur einen Trümmerhaufen übriglassen wird.

Will man annehmen, daß die unter den Schöpfern der Schwarzen Reichswehr auch vorhandenen klugen Köpfe genau wie wir die militärische Untauglichkeit dieser Truppen erkennen und daher keinen baldigen Krieg wollen, so beabsichtigen sie mit diesen Institutionen im geeigneten Moment einen plötzlichen Druck auf die diplomatischen Verhandlungen, insbesondere wegen der Ostgrenze, auszuüben. Diese Absicht wird aber mißlingen. Denn sie setzt voraus, daß die Stärke der Schwarzen Reichswehr unbekannt sei, was, wie gesagt, nicht der Fall ist. Allerdings wäre, auf lange Dauer gesehen, eine Situation denkbar, in der eine Großmacht ein Interesse

daran hätte, ein gerüstetes Deutschland einer anderen militärischen Großmacht gegenüberzustellen. Und mit einer solchen Situation rechnen auch gewisse Militärs. Die dabei vorausgesetzten Waffenlieferungen an Deutschland und die Wiederaufnahme der deutschen Rüstungen selbst, werden dann notwendigerweise zu einem neuen europäischen Krieg führen. Somit können, vom militärischen Standpunkte gesehen, geheime Rüstungen, auch wenn sie heute noch nutzlos sind, doch in der Zukunft nützlich sein. Und die diesbezüglichen Befürchtungen der Pazifisten haben eine Berechtigung, auch wenn man die jetzt fehlende Rüstung in Rechnung stellt.

Indem aber die Broschüre diesen ganzen Komplex der sog. geheimen deutschen Rüstungen wegläßt, stellt sie die politische Situation in einem ganz falschen Licht dar. Sie erweckt den Eindruck einer böswilligen Nichterfüllung eines Vertrages durch die Entente, wo doch wahrscheinlich nur ein gut erfundener Vorwand für eine als Vorsicht begründete Nichtdurchführung einer evtl. in Aussicht gestellten Vorzugsbehandlung vorliegt.

Zu dieser Weglassung kommen eine Reihe von schiefen Darstellungen und positiven Fehlern: die alte Legende von dem demokratischen Charakter des deutschen Heeres, wird ernsthaft angeführt. In Wirklichkeit ist die allgemeine Wehrpflicht eine — unter Bruch eines königlichen Versprechens — eingeführte und unerhört scharfsinnig durchdachte Institution, bei der nichts demokratisch war, außer der von den oberen Schichten zur Verteidigung ihrer eigenen materiellen Interessen verbreiteten Meinung. Vom Volksheer, das 1813 existiert hat, ist nach ganz kurzer Zeit nichts übriggeblieben, als

der Glaube, es gäbe so etwas. Das deutsche Heer war eine Angriffswaffe, wie es jedes Heer ist, sein muß. Jedes Heer ist auf diese Eignung stolz.

Dann ein statistisches Unding: das stehende deutsche Heer von 100 000 Mann wird mit den Kriegsstärken der anderen europäischen Staaten, z. B. Frankreich (5 Millionen) verglichen. Vergleichbar sind aber nur stehende Heere untereinander. Kein Wort davon, daß das französische stehende Heer von 1925 mit 652 000 Mann immerhin um 30 Prozent geringer ist, als das stehende Heer von 1914 mit 934 000 Mann. Dieser schiefe Vergleich ist um so unnötiger, als sich auch beim Vergleich der stehenden Heere ergeben würde, daß Deutschland nur ein geringes Heer besitzt. Selbstverständlich fehlt auch jede Angabe, daß England und die Vereinigten Staaten praktisch kein stehendes Heer mehr halten.

Nur nebenbei sei erwähnt, daß unter der Überschrift: „Die Auslieferung der deutschen Flotte" auch die in Scapa Flow versenkten Schiffe aufgeführt sind.

Übrigens scheint es auch zweifelhaft, ob die Kasernierung der Polizei so wichtig ist, wie dies Herr Stresemann am 30. Dezember 1924 behauptet hat. Daß „ihre Aufhebung den Putschgelüsten von links und rechts gleichmäßig Vorschub leisten würde", ist schwer zu beweisen, da die Schupo bisher nur gegen Links-Putsche (Mitteldeutscher und Hamburger Aufstand) verwendet wurde. Der Kapp-Putsch ist am Generalstreik, der Küstriner Aufstand der Schwarzen Reichswehr an der Durchführung eines Haftbefehls durch die legale Reichswehr, der Aufmarsch Ehrhardts in Franken, der Hitler-Putsch samt der Meuterei der Münchener Infanterieschule an der inneren Uneinigkeit der Rebellen ge-

scheitert und nicht, wie Herr Stresemann glaubt, an der Existenz einer schlagkräftigen Polizei.

Der Gesamteindruck der Broschüre ist also: sie ist wohl geeignet, die Nationalisten zu bestärken, den Uneingeweihten Sand in die Augen zu streuen. Aber die zwischen Deutschland und Frankreich bestehenden Differenzen gibt sie in einem vollkommen schiefen Licht. Zur Darstellung des deutschen Standpunktes gegenüber dem Ausland ist sie daher ungeeignet und kann hier nur Schaden stiften.

Tscheka und Feme

Der Charakter der politischen Morde in Deutschland hat sich seit 1919, dem Zeitpunkt, wo diese Massenerscheinungen zuerst auftraten, wesentlich verändert. Am Anfang stand die unorganisierte, in erregten Zeiten leicht durchführbare Beseitigung eines politischen Gegners, der oft nur eine lokale Bedeutung hatte. An ihre Stelle trat dann der organisierte Mord, vorbereitet mit allen Einzelheiten der Technik, von der Diffamierung in der Presse bis zum Maschinengewehr.

Entstanden ist er in der letzten Zeit der Inflation, als die unerhörte Schnelligkeit des Währungsverfalls jedem denkenden Menschen das Bewußtsein der Unhaltbarkeit der herrschenden Zustände aufzwang. Den Extremisten schienen nur zwei Lösungen möglich: der völkische Staat oder die Räterepublik. Diese Rettung wurde denn auch von völkischer Seite stark vorbereitet. Die gesamten bayerischen Regimenter meuterten und stellten sich einem hierzu speziell ernannten bayerischen Oberbefehlshaber zur Verfügung. Der bayerische Ministerpräsident Kahr erklärte, mit der Reichsregierung nicht mehr ver-

handeln zu können. Zugleich hatte dieser kapitalistische Separatist heftigen Kampf zu bestehen gegen den antikapitalistischen Unitaristen Hitler. Mit Reichswehrwaffen unterstützt bereiteten beide den Marsch nach Berlin vor. Zur Sicherung marschierte Ehrhardt mit 10 000 Mann in Franken auf. Als erster schlug der Major Buchrucker mit der schwarzen Reichswehr in Küstrin los. Aber zu früh. Und das Unternehmen scheiterte am Widerstand der legalen Reichswehr. Der Vormarsch nach Berlin brach an der inneren Uneinigkeit Kahrs und Hitlers zusammen. Im Auftrage des Statthalters des Königs schlug die separatistische Reichswehr den unitaristischen Vorstoß nieder. Damit scheiterte die Basis für Ehrhardts Marsch nach Berlin. Aber das klägliche Scheitern dieser Versuche bedeutete noch lange nicht die Beseitigung der Gefahr; denn die republikanische Reichswehr hatte nicht nur in München Waffen an völkische und monarchistische Verbände geliehen.

Alle diese Verbände bedeuteten nun für die Arbeiter eine Bedrohung der Republik, die sie geschaffen und der sie sozialen Inhalt verleihen wollten. So bildeten sich die proletarischen Hundertschaften, schwächlich bewaffnet, zum Teil mit Billigung, zum Teil ohne Billigung, zum Teil mit Mißbilligung der Regierungen. Der von den Kommunisten erwartete Partisanenkrieg ist ausgeblieben. Er sollte sozusagen eine Guerillatechnik des russischen Bürgerkrieges von 1905 sein, als wenn mechanisch die Methode, die in den Industriegebieten Rußlands einen Sinn hatte, auf Deutschland übertragen werden könnte. In ländlichen Gebieten, wie in Mecklenburg war ein Partisanenkrieg, also Besetzung von Fabriken, Sprengen von Eisenbahnen, individuelle Attentate sinnlos.

Aber die einen sind nicht angeklagt, weil sie losgeschlagen, die anderen sind angeklagt, obwohl sie nicht losschlügen.

In dieser Atmosphäre der Vorbereitung des Bürgerkrieges und der geheim bewaffneten Verbände leben trübe Existenzen, die bald als Kommunisten bei den Völkischen, bald als Völkische bei den Kommunisten, bald als besorgte Patrioten bei der Polizei Aufklärungsdienste leisten und deren wahre Parteizugehörigkeit und deren Gesinnung nur von den zu erwartenden Beträgen abhängen. Teils berichten sie nur über Vorgänge, wenn dies nicht genügend einbringt, erfinden sie sie oder bereiten sie selbst vor.

Zur Ausschaltung oder, wie der technische Ausdruck lautet, „Erledigung" dieser Elemente gehört an sich nur die Bloßstellung ihres Charakters. Mit dieser Methode der Versendung der Personalbeschreibung und der Photographie hat auch die Sozialdemokratie in der Zeit ihrer Illegalität gearbeitet. So sehr dies auch behauptet werden mag, manchmal genügt dies nicht. Denn vielfach werden dem Spitzel doch Dinge bekannt, deren Veröffentlichung für die Bewegung höchst gefährlich wäre. So entstand der Wille zum Denkzettel und der Mord. Vereinzelt haben Spitzel in der Arbeiterbewegung immer eine Rolle mitgespielt, man denke etwa an Azew. Wenn aber in einer Partei eine so große Anzahl auftritt, so ist dies doch selbst ein Moment der Zersetzung, das beweist, daß der proletarische Charakter dieser Partei gefährdet ist. Andererseits fehlen aber bei den Kommunisten wesentliche psychische Grundlagen für den politischen Mord.

Dem Anhänger der materialistischen Ge-

schichtsauffassung ist Tat nur das Werk der Gesamtheit, der einzelne nur ein Glied an ihr, und keine andere Wirkung gibt es außer der Massenwirkung. So klafft unlöslicher Widerspruch zwischen einer Kommunistischen Partei, die auf russischer Grundlage fußend, die russischen Erfahrungen anwendet und im individuellen Terror enden soll.

Allerdings hat die Illegalisierung, das Hinausgleiten des Apparates, das Fehlen der Kontrolle, solchen Pseudomarxisten Leben gegeben. Ihre Taten waren die Ermordung des Spitzels Blau, des Friseurs Rausch und des Fuhrmanns Jonas. Aber es ist nicht anzunehmen, daß sie die Partei beherrscht haben, es sei denn, die Partei hätte aufgehört, kommunistisch zu sein.

Was einzelnen Kommunisten mit Recht, wahrscheinlich der Gesamtheit mit Unrecht vorgeworfen wird, das ist bei der völkischen Seite verwirklicht. Der völkische Held macht Geschichte. Ihm ist die Geschichte die Verwirklichung seiner Persönlichkeit. Und Tat ist nur das Werk des einzelnen. Mecklenburg ist Zentralstätte dieser Wirkung. Hier sitzen auf den Gütern verteilt die Knechte des Großkapitals, die Knechte der Junker in militärischen Geheimorganisationen geballt. Roßbach, der Herr. Schon im Kapp-Putsch hatten sich die Ansätze seiner Herrschaft gezeigt. Hier sah man wirkliche Tscheka. „Verräter verfallen der Feme", heißt es nicht umsonst in allen Statuten völkischer Geheimbünde. Die hier gegen die Verräter geübte Technik ist um so verständlicher, als sie schon früher regelmäßig gegen den politischen Gegner verwendet wurde. Hält man sich an die Denkschrift des Reichsjustizministers über die politischen Morde, so kommt man auf eine

Minimalzahl von 400 politischen Morden von rechts, die, von ganz markanten Fällen, wie die Ermordung Rathenaus, abgesehen, ungestraft geblieben sind. Diese Unbestraftheit kommt zur heroistischen Geschichtsauffassung hinzu und bewirkt, daß auch der Mord am angeblichen Verräter als heiliger Dienst am Vaterland gilt.

So wächst die Feme, der, um nur einige Namen zu wiederholen, Kadow in Parchim, Herrmann in Breslau, Harttung und Bauer in München, Holz in Schwerin zum Opfer gefallen sind und deren hervorragendstes Opfer General Seeckt sein sollte.

Terror

Als Terror ist zu bezeichnen jede Gewaltanwendung zu politischen Zwecken, welche gerichtet ist gegen das Leben oder die Freiheit eines Menschen, wobei unter Freiheit nicht nur die körperliche, sondern auch die geistige Freiheit zu verstehen ist. Ein solcher Terror kann ausgehen einerseits von derjenigen Gruppe, welche im Besitz der politischen Macht ist und durch diesen Besitz legalisiert ist und daher Regierung heißt, oder von einer Gruppe, welche nicht im Besitz dieser politischen Macht ist und um diese politische Macht kämpft und daher Opposition heißt, oder drittens von einer Gruppe, welche, ohne legalisiert zu sein, prätendiert, die politische Macht zu besitzen. Ein solcher Terror kann ausgeübt werden von einzelnen oder von Massen. Er kann ausgeübt werden an einzelnen oder an Massen. Ausgeübt von einzelnen an Massen, nimmt er die Form der Diktatur oder des Absolutismus an. Ausgeübt von

einem Kollektiv, kann er die Form der Diktatur einer Partei, einer Klasse oder die Form eines akuten Bürgerkrieges annehmen. Aber in dieser allgemeinen Form einer Gewaltanwendung zu politischen Zwecken gegen Leben oder Eigentum ist der Begriff des Terrors nicht genügend geklärt. Der Begriff des Terrors wird besser beschränkt auf den Begriff des illegalen Terrors, des der gesetzwidrigen Gewaltanwendung, also der gesetzwidrigen Anwendung von Gewalt zu politischen Zwecken gegen das Leben oder die Freiheit.

Der Sozialismus stellt einen Versuch der Befreiung der Arbeiterschaft durch die Kräfte der Arbeiterschaft selbst dar. Der Sozialismus ist undenkbar, es sei denn als Ergebnis einer Massenbewegung der überwältigenden Mehrheit der Arbeiterschaft für sie selbst, für ihre eigenen Zwecke, und nicht etwa als Ergebnis der Bestrebungen eines höheren, eines überragengen Helden zur Befreiung der niederen Klasse.

In dieser Ablehnung des Heroismus, des über den Massen stehenden Führertums ergibt sich sofort die Stellung des Sozialisten zum Terror. Indem er den über den Massen stehenden Held als Führer ablehnt, wird nicht etwa der aus den Massen hervorgegangene, von ihnen getragene Führer abgelehnt. Der Sozialismus will eine Bewegung sein, die wohl geführt, aber getragen wird von den Massen. Indem die heroistische Tat als solche abgelehnt und die Tat der Massen an ihre Stelle tritt, wird der Terror des Individuums verurteilt. Nicht mit Unrecht haben schon in der Frühzeit des Sozialismus die Führer sich gegen die von den Anarchisten vertretene Propaganda der Tat gewandt, indem sie sagten, die Einzeltat wird zu der falschen Vorstellung führen, als

wenn der von dem Terrorakt Betroffene selbst die Ursache des Elends wäre, als wenn die Beseitigung eines Menschen genüge, um ein System zu ändern. An Stelle dessen tritt die Notwendigkeit der Tat durch die Massen, die Massenaktion. Und so ist es der Sozialismus, der den vom Individuum am Individuum ausgeübten Terror verabscheut, der ihn verwirft, weil er ungeeignet sei zur Erreichung seiner politischen Ziele.

Wer diesen Grundzug des Sozialismus, die Notwendigkeit der Wirkung der Masse und auf die Masse leugnet, wird natürlich auch eine andere Stellung zum Terror, zu seinem Wesen, zu seinen Erfolgen und seinem Wirken einnehmen. Wer Anhänger der heroistischen Geschichtsauffassung ist, der Geschichte, in der der Held Geschichte macht, der Auffassung, in der das Wirken einer beinahe übermenschlichen, man kann fast sagen, göttlichen Persönlichkeit die Geschichte bewirkt, der wird natürlich das Wirken des einzelnen Individuums anders beurteilen. Er wird die Tat eines Menschen, der den von ihm bekämpften Menschen zu töten versucht, bejahen. Dementsprechend sind auch die Anhänger der heroistischen Weltauffassung geneigt, den individuellen Terror zu bejahen.

Wer die Geschichte der deutschen Entwicklung seit dem 9. November 1918 — man kann nicht sagen, seit der Revolution, denn es war kein Umsturz, es war ein Einsturz —, wer die Geschichte der deutschen Entwicklung seit dem Einsturz betrachtet, der wird das deutliche Wirken eines terroristischen Prinzips sehen. Andererseits ist das Wesen der Revolution, das Wesen der Erreichung der Macht nicht notwendigerweise mit dem Terror verbunden. Wir haben eine unterterroristi-

sche „Revolution“ und eine terroristische Konterrevolution erlebt. Eine unterterroristische „Revolution“, ein Einsturz war es, indem ein System sich nicht mehr als lebensfähig herausstellte, indem es nicht mehr fähig war, zehn Maschinengewehre zu bekommen, die notwendig gewesen wären auch nur zur Verteidigung eines Hauses. So ist diese „Revolution“, wenn sie auch mißglückt ist, ein unterroristischer Akt gewesen. Aber die Umwertung dieses Einsturzes, die Irrealisierung seiner Wirkung, sie war terroristisch. Sie hat den Begriff des individuellen Aktes, der gesetzwidrigen Gewalttat durchgeführt.

Der Prototyp des individuellen Terrors, der, wie wir am Eingang sahen, ein allgemeiner und weiter Begriff ist, ist der politische Mord. Und ihn wird der bejahen, der Anhänger der heroistischen Geschichtsauffassung ist, der in dem Kaiser, der auf fahlem Roß auf das Schlachtfeld zieht, mit der Fahne, und sein Volk zum Siege führt, der in diesem Kaiser einen Träger eines wirklichen Wertes, einer wirklichen Tat sieht, der wird bereit sein, auch persönlich das nachzuahmen, was er von seinem Führer erwartet. Und so ergibt sich das Resultat der unterroristischen „Revolution“ und der terroristischen Konterrevolution, daß der Terror ausgeübt wurde, um einen unterroristischen Akt, nämlich die Flucht der Regierung, wieder gutzumachen, um wieder herzustellen einen ursprünglichen Zustand, der freiwillig oder ohne Gewalt aufgegeben worden war.

Da der Terror dazu diente, um einen unterroristischen Akt zu ändern, so hat er sich gewandt gegen diejenigen, welche die Träger und Stützen des nach dem Einsturz notwendigen Staates waren. Dieser Terror

war um so wirkungsvoller, als der Einsturz sich nicht durchgewirkt hat, er hat nicht dazu geführt, daß nach altpreußischem Prinzip der an die Herrschaft Gelangte diese Herrschaft auch restlos und unbedingt durchführte. Als die Träger des möglichen neuen Staates die leichten Erklärungen der Vertreter des alten Staates annahmen, wonach sie auf dem stets auswechselbaren Boden der gegebenen Tatsachen ständen, hat die Leichtfertigkeit der Annahme solcher Erklärungen dazu geführt, daß der alte Staat sich im Bewußtsein der Träger des neuen Staates nicht auswirkte. Die Behörden, die zur Auswirkung des neuen Staates dienten, dienten nicht dazu, den neuen möglichen Staat aufzurichten, sondern umgekehrt den alten, nicht mehr möglichen, wieder zu realisieren.

Der Sinn der Gerichte wurde nicht mehr der Schutz des Rechtes, sondern der Schutz des fortbestehenden alten Staates; so sind die vielen Hunderte politischer Morde, welche begangen worden sind von Anhängern der heroistischen Gesellschaftsordnung an denjenigen, welche den neuen Staat aufbauen wollten, unbestraft geblieben. Dabei ist interessant, festzustellen, daß nicht etwa der typische Revolutionär, der mit dem Bestehenden unzufrieden, der einen neuen Zustand bauen will, das Opfer des politischen Mordes geworden ist. Das ist der weniger häufige Fall. Der häufigere Fall ist der, daß der getreue Republikaner, der unzufrieden ist mit der materiellen Fortexistenz des monarchischen Staates ohne Oberhaupt, daß der getreue Republikaner von denjenigen ermordet wird, die den alten monarchischen Staat wiederhaben wollen. Und daß der Richter nicht etwa den Mörder als den Angeklagten betrachtet. Nicht

der Mörder, sondern der Ermordete ist schuld. Der Ermordete hat den sittlichen Anstoß gegeben, indem er die moralische Überwertigkeit des alten Staates verneint. Und er ist um dessentwillen schuldig. Dagegen hat der Mörder aus vaterländischer, das ist monarchischer Gesinnung heraus gehandelt. Er ist zu schützen auf Grund der bestehenden Gesetze. Indem die Gerichte die Mörder freilassen, sind sie sofort bereit, die Träger des möglichen neuen Staates umgekehrt zu bestrafen.

Während den Terroristen von rechts der Schutz seiner moralischen Überwertigkeit ohne weiteres höher stellt, wird den Linksstehenden diese moralische Superiorität verweigert. Der Linksstehende ist ein Vaterlandsfeind, d. h. er ist ein Feind des in der Psyche des Richters noch vorhandenen alten Staates. Ihn trifft die ganze Strenge des Gesetzes. Eine Strenge, die gegenüber den Rechtsstehenden niemals angewendet wird.

Auch die Technik der Bildung der öffentlichen Meinung ist selbst ein wesentliches Moment für die Wirksamkeit des Terrors. Ein Terror kann wirksam sein, auch wenn er von der Opposition getrieben wird, oder wenn er von einer nicht die Regierung selbst bildenden Klasse geführt wird, wenn er die Möglichkeit hat, sich bei der öffentlichen Meinung durchzusetzen, die öffentliche Meinung in seinem Sinne zu beeinflussen. Und das ist auch eine der Ursachen, warum der rechtsradikale Terror in Deutschland wirksam war. Er war nicht wirksam, weil die Methoden des individuellen Terrors an sich wirksam sind, sondern weil gleichzeitig die öffentliche Meinung derartig eingestellt werden konnte, daß der Terror selbst totgeschwiegen wurde.

Völkische Theorien

Die völkischen Theorien setzen sich zusammen aus einer spezifischen Wirtschaftsauffassung, deren Vertreter Gottfried Feder und Rudolf Jung sind, aus der antiparlamentarischen Einstellung und dem Glauben an die Notwendigkeit der Gewalt im politischen Leben, wie sie als erster der Franzose Sorel vertreten hat, aus der Rassentheorie, wie sie zuerst von dem Franzosen Gobineau und dem Engländer Chamberlain vertreten wurden; endlich gehört hierzu der Antisemitismus. Keine dieser Theorien ist also den Völkischen spezifisch eigen.

Die Wirtschaftstheorie weist gewisse Ähnlichkeit mit dem Sozialismus auf. Dies führte dazu, daß viele verschwommene sozialistische Elemente zu den Völkischen übergingen. Der Kern dieser Theorie ist in dem Buch von Rudolf Jung „Der nationale Sozialismus", das, ähnlich dem Marxschen „Kapital", die Bibel der Nationalsozialisten wurde, dargestellt. An Stelle des marxistischen Gegensatzes von der ausgebeuteten und der ausbeutenden Klasse steht hier die These vom schaffenden und raffenden Kapital. Die völkische Theorie bekämpft nicht das Kapital an sich, Feind ist vielmehr das jüdische, das raffende Kapital. Das schöpferische, arische Kapital muß vor der Ausbeutung durch das jüdische, vor allem das Bankkapital geschützt werden. Krupp und Thyssen sind keine Ausbeuter, denn sie schaffen ja Werte, nämlich: Kanonen und Stahlplatten. Zum Teil hat sich die völkische Bewegung die sozialistische Terminologie zu eigen gemacht und bezeichnet den Gegner als „reaktionär". Der Nationalsozialismus liebäugelt auch mit der Bodenreform. Wie der Sozialismus, tritt er für die

Beseitigung des arbeitslosen Einkommens ein. Dementsprechend wendet er sich gegen die Vorrechte der oberen Zehntausend, bei denen viel faul sei, und Jung sagt, daß er um Gottes willen die Vorkriegsverhältnisse nicht wieder haben wolle. Entsprechend bekämpft die völkische Bewegung die Vorrechte des Adels, besonders soweit er verjudet ist. Hier liegt natürlich ein wesentlicher Gegensatz zu den sozialen Auffassungen der Deutschnationalen, ein größerer noch zum „sozialen Volkskaisertum". Auch der Kirche steht die völkische Theorie feindlich gegenüber. Die ganz extreme Richtung predigt sogar die Abkehr vom Christentum und die Rückkehr zum Wotanskult.

Eine besondere Rolle innerhalb der sogenannten theoretischen Begründung der völkischen Bewegung spielt die Rassentheorie, wonach der entscheidende Faktor beim Handeln des einzelnen wie bei dem eines Volkes seine rassenmäßige Abstammung ist. Dieselbe ist gut oder schlecht, je nach dem Prozentsatz des sogenannten nordischen Blutes, das in den Betreffenden fließt.

Die nordische Rasse (blond, blauäugig, langschädlig) ist der Prototyp aller guten Eigenschaften; insbesondere ist sie kriegerisch, und das ist gut. Dagegen sind die anderen Rassen verdorben, insbesondere schwächt der romanische Einfluß den kriegerischen Geist. Diese Groteske ist besonders schön, wenn man beachtet, daß die gleichen Leute den Franzosen, die noch nach ihrer Theorie ein verdorbenes Volk sind, besonders ihre kriegerische Politik vorwerfen. Denn nach der völkischen Auffassung, und nicht nur nach ihr, führt Frankreich einen jahrhundertlangen Krieg um die Eroberung

des Rheinlandes. Noch interessanter ist die Tatsache, daß während also die nichtnordischen Franzosen nach dieser Auffassung kriegerisch sind, die wirklichen nordischen Völker (Dänen, Norweger und Schweden) ausgemacht pazifistisch sind. Aber ein solcher Vergleich mit den Tatsachen wird natürlich nicht angestellt.

Katholiken und vaterländische Verbände

Die katholische Kirche sieht in der Republik ebenso wie in der Monarchie die „gottgewollte Obrigkeit". Katholiken betätigen sich in allen Parteien und somit auch in den vaterländischen Verbänden. Doch haben sie in ihnen als Katholiken niemals eine größere Rolle gespielt.

Auf der Bischofskonferenz von Fulda, am 19. August 1924, haben allerdings kirchliche Behörden sich gegen die Betätigung von Katholiken in den vaterländischen Verbänden gewandt. So hat die Konferenz es abgelehnt, den Eintritt in Organisationen solcher Art für einwandfrei zu erklären. Eine spätere Konferenz hat wiederum ihre ernstesten Bedenken gegen die vaterländischen Verbände zum Ausdruck gebracht und hat sie noch dahin präzisiert, daß sie die vaterländischen Verbände und insbesondere den Jungdo nicht für geeignet zur Aufnahme von Mitgliedern der katholischen Kirche halte.

Zur Zeit ist dieser Konflikt Gegenstand lebhaftester Preßpolemiken in den Blättern der nationalen Verbände.

Es scheint jedoch, als ob der Katholizismus sich stark genug fühlt, seinen grundsätzlichen Kampf gegen die Verbände durchzuhalten. (Vgl. Kaplan Czeloth, „Klar-

heit und Wahrheit", Verlag Sächsisches Volksblatt, Cöthen i. A.)

Der Antisemitismus von heute ist grundverschieden von dem der Vorkriegszeit. Dieser war nicht rassenmäßig determiniert. Aus politischen Gründen bekannten sich als antisemitisch nur kleine Gruppen, wie etwa der „Alldeutsche Verband", der „Bund der Landwirte" und die kläglichen Trümmer einer größeren antisemitischen Partei aus den achtziger und neunziger Jahren.

Der Antisemitismus erhielt seinen Antrieb durch die Tatsache, daß Juden in der stets wachsenden Arbeiterbewegung eine Rolle spielten. Während des Krieges von 1914 wuchs eine intensive Propaganda empor, die aber zunächst nur unterirdisch geführt werden konnte. Die Juden wurden als „Kriegsgewinnler" und „Drückeberger" bezeichnet. Der unglückliche Ausgang des Krieges gab Anlaß zu verschärften Angriffen. Diesmal gab man den Juden die Schuld an der Niederlage. Als in den verschiedenen Regierungen nach dem 9. November insgesamt 7 Juden unter 140 Ministern zur Macht kamen, wandte sich der Sturm nicht nur gegen die Juden, sondern auch gegen die „verjudeten" Parteien der Weimarer Koalition und gegen die „Judenregierung". Die Abwehr war äußerst schwächlich; man duldete eine unerhörte Verhetzung, und das Resultat waren die Attentate gegen Frau Luxemburg, Eisner u, Rathenau, Harden. Besondere Stützpunkte der antisemitischen Bewegung waren der „Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund".

Am 13. März 1923 machte die in Berlin einziehende Ehrhardt-Brigade das neue antisemitische Kampfabzeichen, das Hakenkreuz, populär, das später von der

O. C. und von den völkischen Verbänden übernommen wurde.

Nach dem Morde an Rathenau versuchte das Kabinett Wirth, die antisemitischen Bestrebungen in Deutschland niederzuhalten: aber es war schon zu spät. In dem durch die Inflation zerrütteten und proletarisierten Mittelstand fand die antisemitische Agitation einen glänzenden Nährboden. Sie wies diesmal den Juden die Schuld an der Inflation zu, genau wie ihnen vorher die Schuld am Kriegsausbruch, an der Kriegsverlängerung, am verfrühten Abbruch des Kriegs, am Dolchstoß und an der Entthronung des Kaisers zugemessen worden war.

Das Ende der Inflation ließ auch den Antisemitismus abflauen. In den Maiwahlen 1924 sah er seine letzte größere Welle. Seitdem hat aber seine Schwungkraft doch beträchtlich nachgelassen.

Der Antisemitismus beruht also im wesentlichen darauf, daß er den Juden die Schuld an jedem Übel und an jedem nationalen Unglück zuschiebt. Dies ist möglich, weil es Juden in jeder Klasse, Stellung und Schicht gibt, die an einem solchen Unglück schuld sein könnten. Da der Antisemitismus die Juden als nicht national bekämpfte, hatten die kapitalistischen Juden ein Interesse, ihr Nationalgefühl nachzuweisen. Sie, die zuverlässige Trabanten des alten Regimes gewesen waren, die ohne Schädigung durch Krieg und Nachkriegszeiten hindurchgekommen waren, ja, die am Kriege noch gut verdient hatten, hatten kein Interesse an der Neugestaltung der Dinge. Sie mußten sich den Nationalen anschließen.

Der Rechtsanwalt Max Naumann zu Berlin entdeckte im Jahre 1919 die Idee vom „nationaldeutschen Juden".

Man beachte die diffizile Unterscheidung zwischen „national-deutsch" und „deutsch-national". Der Verband war stramm monarchistisch, bekämpfte die Republik, die Sozialisten und in radikaler Form auch die linksstehenden Juden. Das „national-deutsche" Judentum behauptet programmatisch sein „Deutschtum". Er versucht, den Zorn der Antisemiten, der auch seine unschuldigen Häupter bedroht, auf die bösen Sozialisten und Ostjuden abzulenken.

Ungarn

Eine Betrachtung Ungarns ist im Rahmen unseres Buchs notwendig, weil alle Probleme des Deutschen Nationalismus hier in unerhört vergrößerter und vergröberter Form auftreten und weil sich hier Realisationen finden von dem, was die deutschen Nationalisten nur erhoffen durften.

Der Zusammenbruch der Doppelmonarchie im Oktober 1918 führte zunächst zur Errichtung der Volksrepublik unter Karolyi. Die Bekanntgabe der Friedensbedingungen löste eine, von stark nationalem Impuls getragene kommunistische Welle aus. Bela Khun war der Führer der ungarischen Räterepublik.

Sowjet-Ungarn führt in anderer Form den Krieg gegen die Rumänen weiter. Aber der Verrat der legitimistisch gesinnten Offiziere brachte die Niederlage. Unter dem Schutz rumänischer Bajonette übernahm die legitimistische Regierung Friedrich im August 1919 die Macht. Auf sie folgte der Führer der sogenannten Nationalen Armee, der frischgebackene Admiral Nicolaus von Horthy. Derselbe Horthy hatte die ihm unterstellte

Flotte den Jugoslawen ausgeliefert. Sofort setzte die Fiktion ein, daß weder die Volksrepublik noch die Rätemacht jemals legal existiert habe. Dementsprechend waren alle Träger dieser Regierungen nicht politisch Besiegte, sondern gemeine Verbrecher.

Der Friedensvertrag raubte Ungarn alle nichtmagyarischen Gebiete und ging sogar weit darüber hinaus. Dies und der Wunsch, an den Führern der Räterepublik Rache zu nehmen, wurde die Grundlage zu einem aggressiven Nationalismus, der sich entsprechend der Ohnmacht gegenüber dem äußeren Feind nur gegen den inneren wandte. Dieser innere Feind aber ist in den verschiedenen kapitalistischen Ländern genau der gleiche: überall ist die herrschende Schicht bereit, den Arbeiter, den Sozialisten, den Juden oder allgemein den irgendwie anders als die herrschende Schicht Gearteten als den schuldigen Teil an einem nationalen Unglück aufzufassen. Dies ist die Grundlage dafür, daß das Territorium Ungarns zu einem zuverlässigen Asyl der deutschen landflüchtigen Konquistadoren wurde.

So suchten nach der Niederschlagung des Kapp-Putsches die sämtlichen Führer, Lüttwitz, Bauer, Schnitzler, Ehrhardt, in Ungarn Zuflucht. Die interessanteste Erscheinung darunter war der ungarische Jude Trebitsch-Lincoln, ehemaliges englisches Unterhausmitglied, Pressechef des Kapp-Putsches.

Im Verein mit den „erwachenden Magyaren“ und den Führern der ungarischen Detachements, die den deutschen „Freikorps“ entsprachen, wurden Putschpläne ersonnen und ausgeführt; auf den Gütern der reichen ungarischen Magnaten sammelte sich die Elite der deutschen Konterrevolution, und von dort aus spannen

sich die Fäden nach München, ja nach Berlin und sogar bis in das Lager der weißgardistischen russischen Generäle und Großfürsten. (Vgl. Ehrhardts Memoiren in der Nachtausgabe des „Berliner Tag" Sept.-Okt, 1924). Das verbindende Element dieser so grundverschiedenen Richtungen und Strömungen war der Antisemitismus, war der starre, legitimistische Gedanke, dem sowohl die Leute Horthys als die Kappisten anhingen, und der Wunsch, die Irredenta in den von Ungarn abgetrennten Gebieten zu „befreien", d. h. sie wieder unter die Herrschaft der ungarischen Großgrundbesitzer zu bringen. Dies entsprach auch den agrarischen Herrschaftsgefühlen der Kappisten. Der gemeinsame soziale Gesichtspunkt überwog sogar die Rassenverschiedenheit, die den Nationalisten angeblich Ausgangspunkt sein sollte. Daß die finnisch-ungarischen Magyaren keine Arier sind, wurde vergessen. Die sozialen Bindungen waren stärker. Dies wurde besonders deutlich, als Major Pabst und Oberst Bauer Schulter an Schulter mit den Detachements des Major Osztenburg der Héyjas und Prónay und den erwachenden Ungarn ins deutsche Burgenland einfielen, um dessen im Trianon festgesetzten Anschluß an Deutsch-Österreich zu verhindern. Denn Deutsch-Österreich hatte eine sozialistische Regierung, und ihr galt der gemeinsame Haß der deutschen und ungarischen Monarchisten.

Die ursprüngliche offizielle Auffassung von der Kontinuität der königlichen Macht entpuppte sich als unwirklich, als der nach legitimistischem Recht herrschende, gekrönte König den Versuch machte, „sein" Land zu betreten. Zweimal traten ihm die auf seinen Namen vereidigten Truppen entgegen, nahmen ihn gefangen und sorgten dafür, daß er das Land verließ.

Hierdurch splitterten von Horthys Partei die eigentlichen Legitimisten ab. Vor allem konnten die adelsstolzen Grafen der alten Geschlechter es nie verwinden, daß ein kleiner Adliger für sich königliche Macht beanspruchte. Den Legitimisten, die also etwa den bayrischen Partikularisten entsprachen, gegenüber, stützte sich die Regierung auf die zum großen Teil aus reichen Bauernsöhnen bestehenden Detachements, die eigentlichen aktiven Terroristen, ohne natürlich diese Verbindung öffentlich zuzugeben.

Während die politischen Morde in Deutschland nur in die Hunderte gehen, gehen sie dort in die Tausende. „Einige müssen schwimmen", und „man muß nicht nur reden, sondern handeln", so äußerte der „Bademeister" Horthy. Ein Meer von Blut hat diesen Zynismus realisiert. Persönlich hat Horthy, nach den Behauptungen des legitimistischen früheren Ministers Beniczky, um solche Morde gewußt, sie gebilligt und die Schuldigen beschützt. Die Untaten der kleinen Horthys, der Héyjas, Prónay, Osztenburg usw. reihen sich würdig den Taten Dschengis-Khans an. Selbstverständlich bleiben die Morde ungesühnt.

Die siegreiche ungarisch-völkische Bewegung war den deutschen Nationalisten Vorbild und Beispiel. Auf Ungarn wurde triumphierend hingewiesen, wenn es galt, den völkischen Gedanken in Deutschland zu propagieren; der in Ungarn geübte Terror, die Ausschreitungen der Detachements gegen die Gewerkschaften, gegen Sozialisten und die jüdische Bevölkerung galt als nachahmenswertes Vorbild.

Fast alle politischen Verbrecher, die rechts standen und denen die Flucht gelang, suchten in Ungarn Schutz,

so u. a. die Mörder Erzbergers, Heinrich Schulz und Heinrich Tillesen. Es ist unmöglich, in einem gedrängten Rahmen die Verleugnungen, Dementis, Scheinverhaftungen, Paßfälschungen, Fluchtbeihilfen wiederzugeben, welche die ungarische Polizei in dieser Angelegenheit aufhäufte, bis sie endlich sich offen weigerte, die Täter auszuliefern.

Zur Vorbereitung des Hitler-Putsches schloß der rassenschützlerische Abgeordnete Ulain eine Militärkommission mit den Nationalsozialisten. Ungarn sollte Lebensmittel, Bayern nach dem Sieg Waffen liefern. Ein Prozeß gegen Ulain verlief ohne Resultat.

Aber die kommunistische Gefahr kann nicht ewig dem Inland und vor allem dem Ausland als Fundament des Terrors dienen. Die Inflation führte zur finanziellen Katastrophe, die Hilfe des Völkerbundes mußte angerufen werden. Das Finanzkapital braucht zwar die Ausbeutung als Voraussetzung seiner Existenz, aber sie muß in „Ruhe und Ordnung" vor sich gehen. Der Terror ist als instabiles Element keineswegs beliebt. Um den Völkerbund zu gewinnen, mußte der Terror abgebaut werden. Zunächst wurde zwar versucht, über die regellosen politischen Exzesse durch einen gut funktionierenden diplomatischen Dementierapparat hinwegzutäuschen. Aber daneben mußte die Nebenregierung der Héyjas und Prónay langsam, aber sicher ausgeschaltet und die Autorität des bestehenden Regimes stabilisiert werden. An die Stelle des Weißen Terrors trat eine pseudolegitimistische konservative Regierung des Königreichs Ungarn unter dem Reichsverweser. Selbstverständlich ist von einer Bestrafung der Mörder keine Rede, und auch die Enthüllungen Beniczkys über die

Rolle Horthys bei der Ermordung der beiden sozialdemokratischen Redakteure Somogyi und Bacsó hat nur zur Einsperrung Beniczkys auf drei Jahre geführt. Noch immer bilden die Vorbereitungen der ungarischen Freischärler einen ständigen Gefahrenherd. Ihre Verknüpfungen mit den deutschen nationalistischen, völkischen und legitimistischen Kreisen zeigt, wie die klassenmäßig fundierte Internationale des Nationalismus über die eigentlichen nationalen Tendenzen siegt.

„Weiße" Russen

In Rußland folgten auf den Bürgerkrieg von 1917/18 kleinere lokale Aufstände. Von den Deutschen unterstützt, warf sich in Südrußland der Hetman Skoropadski zum Herrscher der Ukraine auf. Im Jahre 1919 versuchten dann eine Reihe russischer Generale mit Ententehilfe die Sowjetregierung zu stürzen, z. B. Admiral Koltschak von Wladiwostok aus, General Denikin von der Krim aus und General Judjenitsch von Reval aus. Die Alliierten selbst hatten, angeblich zur Rettung ihrer an der Murmanküste deponierten Waffen- und Munitionslager, dort eine weitere Armee unter dem russischen General Mills aufgestellt. Auf lettländischem Gebiet standen auch die Reste des VI. deutschen Reservekorps des Grafen von der Goltz um Mitau. Neben ihnen eine russische Armeeabteilung unter Führung des Obersten Bermondt, der sich später Fürst Awalow nannte. Alle diese Unternehmungen wurden noch im Laufe des Jahres 1919 von den roten Armeen niedergeschlagen (vgl. Kapitel „Roßbach"). An Denikins Stelle trat General Wrangell, der sich mit einem „demokratischen"

Aufruf an die Öffentlichkeit wandte, sehr bald aber in schroff monarchistische Bahnen einlenkte. Auch sein Unternehmen scheiterte.

Alle diese „Kreuzzüge" wollten das Zarentum wiederherstellen. Nach dem endgültigen Scheitern der direkten militärischen Aktion zogen sich die Zaristen nach Paris, Wien und Berlin zurück, um von dort aus gegen die neue Staatsmacht in Rußland zu konspirieren.

Die russischen Emigranten sind noch heute wegen der von ihnen propagierten Intervention eine gewisse Gefahr für den europäischen Frieden. Ihr größter Teil hat sich auf die Seite der Westmächte geschlagen und erhofft von diesen die Wiedereinsetzung in die alte Macht. Sie sehen ihren rechtmäßigen Zaren in dem alten Großfürsten Nikolai-Nikolaijewitsch.

Mit den deutschen Legitimisten sympathisiert eigentlich nur eine kleine isolierte Gruppe, die ihren militärischen Führer in Awalow, ihren Prätendenten im Großfürsten Kyrill sehen.

Ihr direkter Zusammenhang mit den deutschen Legitimisten wurde deutlich, als im Jahre 1921 in Reichenhall ein Kongreß der russischen Monarchisten unter der Ägide Kahrs tagen konnte. Die Teilnehmer hatten zwar im Kriege die Waffen gegen Deutschland getragen, aber das Legitimitätsprinzip stand höher als dieser einfache Einwand. Dies ist um so bemerkenswerter, als der Kongreß durchaus ententophil eingestellt war. So hatte man Awalow-Bermondt nicht geladen, weil unter dessen Truppen zu gleicher Zeit Freiwillige für Oberschlesien geworben wurden. (Fürst Awalow, „Im Kampf gegen den Bolschewismus", S. 472.)

Der ehemalige russische Kriegsminister Suchomlinoff,

dem von deutscher Seite bei der Frage der russischen Mobilmachung Ehrenwortbruch vorgeworfen wurde, ist nach dem Kriege von den deutschen Monarchisten gut aufgenommen worden. 1924 erhielt er ein Buch des Exkaisers mit eigenhändiger Widmung.

Weltpolitisch gesehen sind die russischen Emigranten bedeutungslos. Die Anhänger des „Zaren“ Kyrill stellen die extremen Völkischen Rußlands dar, und was von den Deutschvölkischen zu sagen ist, gilt auch für sie.

Inflation

Es fragt sich, woher die zweifellos erheblichen Beträge stammen, welche die großen Verbände, ihre geheimen Rüstungen und die Lebenshaltung der von den Verbänden bezahlten Berufsverschwörer gekostet haben. Weder Mitgliederbeiträge, noch Unterschlagungen, noch zweckwidrige Verwendungen von Wohlfahrtsgeldern, noch die gelegentlichen Unterstützungen durch das Reich genügen zur Finanzierung.

Die Frage kann nur dann vollständig beantwortet werden, wenn man nicht nach den Personen fragt, von welchen diese Beträge stammen, sondern nach den Kreisen, die nach ihrer psychischen und politischen Einstellung diese Vorgänge bejahten und in der Lage waren, sich solche Ausgaben zu leisten. Diese Frage ist um so wichtiger, als diese Ausgaben in die Zeit größter Finanzmisere fielen. Eben dieser Gegensatz von ungeheuren Ausgaben und ungeheurem Elend gibt die Lösung unserer Frage. Denn die Inflation, durch die der größte Teil der Bevölkerung um den Lohn ehrlicher Arbeit und um ererbtes oder erworbenes Vermögen betrogen wurde

und bei der das Reich in ungeheure Schwierigkeiten geriet, war gleichzeitig die beste Gelegenheit zu mühelosem Geldverdienst.

Die Bekanntgabe dieser Tatsache entsprach natürlich keineswegs den Interessen der Inflationsgewinnler. Daher mußte die ihnen ergebene Presse die Inflation sozusagen als Naturnotwendigkeit hinstellen.

Die offizielle Argumentation war: passive Handelsbilanz, daher Notwendigkeit der Deckung der Außenhandelsschuld durch das Drucken von Noten; hierdurch Entwertung der Währung, hierdurch Preissteigerung und die Notwendigkeit, den Staatshaushalt durch weiteres Notendrucken in Ordnung zu bringen.

In dieser Argumentation sind eine ganze Reihe von Trugschlüssen enthalten. Es genügt auf die drei wichtigsten hinzuweisen. Die finanziell mächtigsten Staaten haben regelmäßig eine passive Handelsbilanz, ohne daß jemals hieraus die Notwendigkeit der Inflation gefolgert worden wäre. Ein zweiter Fehler liegt in der unbewußten Identifikation von Handelsbilanz und Zahlungsbilanz. Endlich ist die Frage, ob die deutsche Handelsbilanz in der Inflation überhaupt passiv war, keineswegs entschieden.

Die Fehler der deutschen Handelsstatistik, die die Grundlage dieser Behauptung darstellte, sind kaum aufzuzählen. Vor allem wurden die Ausfuhrwerte nach Angaben der Exporteure, die an niedrigen Ausfuhrabgaben und Verhüllung der Kapitalflucht interessiert waren, ermittelt. Außerdem wurden vielfach Friedensgoldmarkwerte eingesetzt, während die Weltpreise mindestens 50 Prozent über der Friedensparität stehen. Die ständig geübte Praxis der Zugrundelegung der „nicht-

währenden" Papiermark machte alle Berechnungen hinfällig.

Wenn man, wie Horten, die Angaben der deutschen Ausfuhrstatistik durch die Angaben über die Einfuhr in die wichtigsten Länder korrigiert, so zeigt sich, daß die deutsche Handelsbilanz in der Inflationszeit regelmäßig aktiv gewesen ist. Die Inflation war also keine Naturnotwendigkeit, vielmehr wirtschaftlich bedingt durch die Tatsache, daß es Inflationsgewinnler gab, nicht als ob diese die Inflation „gemacht" hätten. Zuerst war die Inflation da. Sie war infolge der verkehrten Kriegsfinanzpolitik stärker als in anderen Ländern.

Die Bedingungen des Versailler Friedensvertrages gaben eine zweite Begründung für die Inflation. Man sagte, sie sei notwendig, um Frankreich bezahlen zu können. Da Frankreich Reparationen in Natur- und Handarbeit nicht annehmen wollte, so war Deutschland gezwungen, Reparationen in bar zu leisten. Der Kauf der hierzu notwendigen Devisen habe das unmäßige Notendrucken bewirkt. In Frankreich hat man umgekehrt behauptet, daß die Inflation ein teuflisches, bewußt erfundenes Mittel war, mit Hilfe dessen sich Deutschland seiner Pflicht entziehen wollte. Deutschland habe sich bewußt ruiniert, allein um nicht zahlen zu müssen. Dieses ist nicht richtig. Die drei bösen Geister der Inflation: Havenstein, der Tonnen von Papiergeld drucken ließ, der große Theoretiker Helfferich, der dies für notwendig erklärte, und Stinnes, der aus dem Hunger des Mittelstandes und dem Elend der Arbeiter seinen Reichtum erraffte, sie waren nicht groß genug, um ein solches System zu ersinnen und von vornherein seinen Vorteil zu erkennen. Deutschland ist vielmehr

in die Inflation hineingeschlittert. Die großen Schuldner, der Staat, die Großgrundbesitzer und die großen Gesellschaften, haben bald gemerkt, daß die Inflation ein sicheres Mittel sei, Goldschulden in wertlosem Papiergeld zurückzuzahlen. Sie hatten ein großes Interesse, daß diese einfache Bereicherungsmethode weiterbestehe, denn in dieser Zeit konnte man sozusagen von den Zinsen seiner Schulden leben.

Nach der schwerindustriellen Presse war die Inflation durch die Ansprüche Frankreichs entstanden. So ist dann die Inflation eine Quelle für den Nationalismus geworden. Dies war ein doppelter Vorteil: die Gewinne verschwanden, und der Haß der Arbeiter wurde von den Inflationsgewinnlern weg auf Frankreich und die Franzosenfreunde gelenkt.

Die Bedingungen des Versailler Vertrages ließen sich am leichtesten erfüllen, wenn man die Kosten auf die Schicht abwälzte, die den geringsten Widerstand leisten konnte. Die geeignetste Methode hierzu war die Inflation. Als dann in immer stärkerem Maße der sozialistische Einfluß auf die Regierungen schwand, ging die Inflation unter dem praktisch deutschnationalen Kabinett Cuno in ungeheuerlicher Weise vorwärts. Denn die ihm Nahestehenden zogen aus ihr den größten Gewinn.

Die deutsche Industrie hatte kein Interesse an einer Stabilisierung der Mark, beruhte doch ihre Konkurrenzfähigkeit im Auslande nicht auf dem Tiefstand der Mark, nicht auf den niedrigen Produktionskosten und den geringen Reallöhnen, sondern auf der fortschreitenden Entwertung der Mark. Denn diese war ein Mittel, um dauernd die Löhne zu drücken, d. h. den Anteil des Unternehmers am Produkt zu steigern. Die Expor-

teure und derjenige Teil der Großindustrie, die ausschließlich oder hauptsächlich für den Export arbeiten, hatten ein Interesse am dauernden Marksturz. Fiel nämlich die Mark, so stiegen zuerst die Großhandelspreise, weil in ihnen am stärksten die ausländischen Preise eine Rolle spielen. Mit einer gewissen Verzögerung folgten die Kleinhandelspreise, noch langsamer die Löhne und Gehälter, am langsamsten die Bezüge der freien Berufe. Das Sinken der Mark war also ein einfaches Mittel, um die Löhne der Arbeiter zu drücken und billiger zu produzieren.

Daß die Inflation eine Quelle ungeheuren Gewinns war, durfte natürlich nicht bekannt werden. Daher die geschickt verbreitete Fiktion, daß durch die Inflation alle Kreise der Bevölkerung gleichmäßig litten. Und die einfache Argumentation, die Arbeiterschaft braucht nur länger und intensiver zu arbeiten, damit die Produktion erhöht und hierdurch das wirtschaftliche Gleichgewicht wiederhergestellt werde. Diese Mehrarbeit dürfe nicht durch erhöhte Lohnforderungen belastet werden, da sonst die zur Investierung notwendige Kapitalneubildung leiden würde. In Wirklichkeit war es ausschließlich dem Unternehmertum gelungen, seine Vermögens- und Einkommenssubstanz in der Vorkriegshöhe aufrechtzuerhalten, und zwar natürlich auf Kosten der anderen Schichten. Die Mittel hierzu waren vor allem die Papierdiskontpolitik der Reichsbank. Ein einfaches Beispiel:

Der reiche Inhaber einer großen Firma kauft sich im Juli 1923 ein Automobil. Das Automobil kostet 1 Milliarde Papiermark, d. h. 20 000 Goldmark, der Käufer zahlt mit einem 3 - Monats - Akzept, das die Reichsbank diskontiert. Der Käufer hat sein Auto, der

Verkäufer sein Geld. Nach drei Monaten wird das Akzept fällig, der Käufer zahlt für seinen kostbaren Sachwert 1 Milliarde Papiermark, d. h. er bekommt das Auto geschenkt und zahlt ein kleines Trinkgeld von ein paar Goldmark.

Die Verluste der Reichsbank durch Gewährung von Papiermarkkrediten, welche in vollkommen entwertetem Gelde zurückgezahlt worden sind, oder deutlicher gesprochen, die Gewinne, welche den über genügend gute Beziehungen zur Reichsbank verfügenden Kreisen zugeflossen sind, lassen sich nur außerordentlich schwer abschätzen, da die Reichsbankberichte, die wesentliche Grundlage dieser Rechnung, nämlich die Zahl und Höhe der Wechsel, streng geheim hält.

In folgendem wird schematisch die Methode aufgestellt, die, auf den gesamten Wechselbestand der Reichsbank während der letzten Jahre angewandt, die Höhe dieser Gewinne berechnen ließe. Ein Kaufmann nehme am 15. November 1918 einen Kredit in Höhe von 1000 Goldmark, lege diesen Kredit in wertbeständiger Form, sagen wird durch Kauf von in Devisen zu zahlenden Waren, an. Er zahlt ihn, nach drei Monaten entwertet, nur mit dem Zuschlag des Diskonts zurück. Es wird ferner angenommen, daß er den Kredit regelmäßig alle drei Monate in Anspruch genommen hat und mit diesem Verfahren bis zur Stabilisierung fortgefahren hat.

Die folgende Tabelle gibt diesen Gedankengang numerisch wieder. Die erste Spalte enthält den Zeitpunkt der Diskontierung, die zweite den damals für ein Jahr geltenden Diskontsatz, die dritte den damaligen Dollarstand; durch Division durch 4,2 und Multiplikation mit 1000 ergibt sich die Höhe des jeweils dis-

kontierten Betrages in Papiermark (Spalte 4). Durch 1000 dividiert, ergibt diese Spalte auch den jeweiligen Stand der Goldmark. Die fünfte und sechste Spalte enthalten den drei Monate später mit Berücksichtigung des Diskonts sich ergebenden zurückbezahlten Betrag in Papier- bzw. Goldmark. Aus der Differenz zu 1000 ergibt sich in Spalte 7 der jeweilige Verlust der Reichsbank, der in Spalte 8 für die gesamte Zeit aufsummiert ist. Die Verluste der Reichsbank sind dabei mit —, evtl. Gewinne, infolge Steigens der Papiermark, mit + bezeichnet. Die in Spalte 7 gegebenen Zahlen können auch als Promille-Satz des Verlustes der Reichsbank aufgefaßt werden. Man bedenke, daß die Reichsbank im letzten Vierteljahr 1923 von 1000 Goldmark, die sie diskontierte, 999,98 bzw. 998,85 verlor, d. h. von 1000 M. nur 1,6 Pfennige bzw. 1,15 M. zurückerhielt. Wenn jemand also alle Vierteljahr einen Wechsel über 1000 Goldmark von der Reichsbank diskontiert bekam, so hat er im Laufe der fünf Inflationsjahre 6369 (sechstausenddreihundertneunundsechzig) Goldmark von der Reichsbank geschenkt bekommen. Falls man jedoch annimmt, daß er in Zeiten der steigenden Papiermark, also in den Jahren 1920 und 1921, keine Wechsel diskontierte, so ergibt sich durch Addition der mit — bezeichneten Zahlen allein ein Gewinn von 8323 (achttausenddreihundertdreiundzwanzig) Goldmark. Man bedenke, daß diese gewinnbringende Methode mit keinerlei Geschäftsunkosten verbunden war. Die schematisch berechnete Zahl ist eine Minimalzahl, denn natürlich fielen die Wechseldiskontierungen in den Zeiten, in denen die Mark stieg. Dagegen wurden in Zeiten fallender Mark natürlich weit mehr Wechsel diskontiert.

Verluste der Reichsbank (in Gold gerechnet) durch die Gewährung von Papiermarkkrediten.

Zeitpunkt	Diskontsatz in %	Dollar = . . . Papiermark	Aufgenommen (1000 Goldmark) = . . . Papiermark	Zurückbezahlt 1/4 Jahr später in Papier	in Gold	Der Reichsbank-Verlust (—) oder Gewinn (+) in Gold in 1/4 Jahr	Verlust der Reichsbank seit 15. 11. 18 in Gold
1	2	3	4	5	6	7	8
15.11.18	5	7,37	17,0	—	—	—	—
15. 2.19	5	9,02	21,50	1772	824	— 176	— 176
15. 5.19	5	13,73	32,70	2177	662	— 338	— 514
15. 8.19	5	19,25	48,50	3310	723	— 277	— 791
15.11.19	5	40,72	97,50	4637	474	— 526	—1314
15. 2.20	5	100	23,8 T	9872	414	— 586	—1903
15. 5.20	5	48,57	11,5 T	24098	2090	+1090	— 813
15. 8.20	5	46,60	11,1 T	11643	1050	+ 50	— 763
15.11.20	5	83,52	20,0 T	11239	556	— 444	—1207
15. 2.21	5	58,64	13,9 T	20250	1460	+ 460	— 747
15. 5.21	5	58,50	13,9 T	14074	1012	+ 12	— 735
15. 8.21	5	86	20,5 T	14074	688	— 312	—1047
15.11.21	5	261	62 T	20756	335	— 665	—1712
15. 2.22	5	200	47,6 T	62772	1315	+ 315	—1397
15. 5.22	5	286,25	68,0 T	48195	708	— 292	—1689
15. 8.22	6	1040	248 T	68850	277	— 723	—2412
15.11.22	10	7515	1795 T	251725	140	— 860	—3272
15. 2.23	12	19,5 T	4630 T	1,840M	398	— 602	—3874
15. 5.23	18	42,09T	10,02M	4,77 M	477	— 523	—4397
15. 8.23	30	2,7 Md	640 Md	10,47 M	0,016	— 999,98	—5397
15.11.23	90	2,52B	—	688 Md	1,15	— 998,85	—6396

T = 1000, M = 1000000, Md = 1 Milliarde, B = 1 Billion.

Um das Resultat nochmals zu rekapitulieren: Wenn jemand vom 15. November 1918 bis zum 15. November 1923 alle drei Monate einen Wechsel über 1000 Goldmark, auf drei Monate lautend, von der Reichsbank diskontiert erhielt, so hat er im Laufe der fünf Jahre mindestens 6400 Goldmark geschenkt bekommen.

Solche Papiermarkkredite wurden natürlich nur an diejenigen gegeben, welche die notwendigen „guten" Beziehungen zur Reichsbank hatten, d. h. auf dem richtigen wirtschaftlichen und politischen Standpunkt standen. Nach der Schrift Dr. Luthers „Festmark — solide Wirtschaft" hat die Reichsbank im Jahre 1922 Papiermarkkredite im Umfang von achthundert Millionen Goldmark gegeben. Nimmt man die obigen Termine an, so hat sie im Durchschnitt in diesem Jahre an je 1000 Mark mindestens 390 Mark verloren.

Demnach hat die Reichsbank in dem Jahre 1922, das einen verhältnismäßig ruhigen Verlauf des Währungsverfalls hatte, allein mindestens 310 Millionen Goldmark verschenkt. Die Fiktion Mark = Mark wurde der Ausgangspunkt zu einer Vermögensentschuldung sondergleichen. Die Hypothekenlast der Landwirtschaft und die Obligationslast der Industrie schmolzen hinweg. Die so freigewordenen Summen konnten den „richtigen" politischen Zwecken gewidmet werden.

Neben diese direkte Gewinnmethoden der Inflation, wo Geld somit glatt verschenkt wurde, traten unzählige indirekte.

Steuerpolitik

Der Unternehmer hatte 10 Prozent des Lohnes des Arbeiters einzubehalten und an das Finanzamt abzu-

liefern. Durch die Inflation wurde dieser Lohnabzug ein glänzendes Geschäft für die Unternehmen. Der Steuerabzug geschieht bei der Auszahlung, d. h. Arbeiter und Angestellte zahlen ihre Steuern in demselben Geld, in dem sie es empfangen. Aber zwei Drittel und manchmal mehr der Gesamteingänge an Lohnsteuern wurde nicht durch Steuermarken, sondern durch „direkte“ Überweisung an die Finanzämter abgeliefert. Diese Ablieferung erfolgt jedoch erst nach größeren Zeiträumen, manchmal bis zu vier Monaten. Der abgelieferte Betrag machte also nur einen geringen Prozentsatz des Eingenommenen aus.

Obwohl somit die Lohnsteuer dem Reich nur sehr wenig einbrachte, machte sie einen stets wachsenden Prozentsatz der Gesamteinkommenssteuer aus, im Oktober 1922 bereits 72 Prozent, d. h. grob ausgedrückt, die Arbeiter mit ihren außerordentlich gesunkenen Reallöhnen zahlen 80 Prozent der Einkommenssteuer, die Kapitalisten 20 Prozent. Praktisch bedeutete dies die Steuerfreiheit des Unternehmers, also wiederum die Möglichkeit eines erhöhten Gewinns.

Ein direktes Geschenk an die Unternehmer stellte auch die Stundung der Kohlensteuer dar. So wurde sie z. B. am 1. September 1922 auf drei Monate gestundet. Selbstverständlich wurden die gestundeten Steuern später „voll“ bezahlt. In Gold gerechnet, wurden etwa 25 Prozent der Steuer bezahlt, da der Kohlenpreis inzwischen gestiegen, der Wert der Mark gesunken war. Ein ähnlicher Gewinn entwickelte sich aus dem Ausfuhrzoll. Die Zollzahlungen mußten mit einem Goldzollaufschlag entrichtet werden. Die Goldaufschläge hinkten aber weit hinter der Dollarbewegung her. Als im Oktober

1923 der Dollar auf 5 Milliarden gestiegen war, waren die Goldzollaufschläge erst auf einem Dollarstand von 600 Millionen angelangt. Es wurden nun große Verzollungen im voraus gemacht, was materiell auf dasselbe herauslief, als wenn die betreffenden Industriellen den Dollar zu 600 Millionen Mark gekauft hätten. Es wurden sogar Güter verzollt, die noch nicht gekauft waren.

Im März 1923 wurde die Ausfuhrabgabe auf sechs Monate „gestundet" und in entsprechend entwertetem Gelde nachbezahlt. Das Berliner Finanzamt machte sogar die Steuerpflichtigen ausdrücklich darauf aufmerksam, daß sie in möglichst weitestgehendem Maße von dieser Stundung Gebrauch machen sollten. („Berliner Tageblatt" 1. 3. 1923.)

In derselben Weise entwickelten sich die direkten Steuern. So wurden nach dem Vermögenssteuergesetz vom 8. April 1922 die Vermögen vom 31. Dezember 1922, als die Geldentwertung das Fünfzehntausendfache erreichte, Vermögen nur auf das zehnfache Geldvermögen von 1914 geschätzt.

Der Grundbesitz war materiell steuerfrei. Er wurde nur mit dem zehnfachen Wehrbeitrag vom 31. Dezember 1913 angesetzt, in einer Zeit, in der die Markentwertung im Inland etwa das Zweitausendfache, die im Ausland das Zehntausendfache betrug. Für ein Grundstück, das 1 Million Goldmark wert war, wurden 2000 Papiermark, d. h. noch nicht 1 Pfennig Steuer erhoben (Heinz Potthof, „Münchener Post" 2. Februar 1925).

Die Zwangsanleihe, die eine Milliarde Goldmark einbringen sollte, brachte entsprechend nur 6¼ Millionen.

Mit wachsender Inflation fallen Lohnabzug und Ein-

kommenssteuer immer mehr zusammen. Gleichzeitig aber fällt der Anteil der Staatsausgaben, die durch Steuern gedeckt sind, bis er zuletzt überhaupt keine Rolle mehr spielt. Der Staat lebt vom Notendrucken, d. h. vom Hunger der breiten Massen.

Zu den direkten Inflationsgewinnen, den Gewinnen aus der Steuerlosigkeit, kommt hinzu der Gewinn aus den verschiedenen Papiermarkstützungsaktionen. So wurde bei der Stützungsaktion im Mai 1923 für viele Millionen Goldmark „billige Devisen" verkauft, um hierdurch den Kurs der Papiermark zu halten. Diese Devisen kaufte die Großindustrie, indem sie hierfür Wechsel und Schecks auf die Reichsbank in Zahlung gab. Entsprechend stieg die Wechselsumme der Reichsbank während der Stützungsaktion von Siebenhundert Milliarden Mark auf das Vierfache. Bezahlt wurden diese Schulden aber bei einem weit höheren Dollarstand. Als der Vorrat dieser billigen Devisen ausging, stieg der Dollar rasch auf das Zehnfache, die Markstützungsaktionen hatten sich in eine Dollarverschenkungsaktion verwandelt.

Auch die Goldanleihe wurde zur Gewinnmöglichkeit, da die Reichsbank die Goldanleihe noch vor ihrem Erscheinen zu einem festen Papiermarkkurs an die Börsenspekulation abgab. Bezahlt wurden diese Beträge erst nach Erscheinen in vielfach entwertetem Papiergeld. (Vgl. „Berliner Tageblatt" 14. November 1923.)

Eine letzte Gewinnmöglichkeit bot die direkte Papiermarkausgabe. Gegen die üblichen 3-Monats-Wechsel war es einzelnen Großindustriellen gestattet, selbst Papiermark zu drucken. Am Tag der Ausgabe hatte die Papiermark einen bestimmten Wert, und hierfür erhielt der

Unternehmer reale Güter, nämlich die Arbeit seiner Angestellten. Die Rückzahlung nach drei Monaten ging in entwerteter Währung vor sich. So ungeheuerlich dieses Verfahren, so wurde es durch eine in der Finanzgeschichte aller Zeiten noch nie dagewesene Erscheinung überdruckt, *das illegale* Notgeld, d. h. das ohne Erlaubnis des Finanzministers gedruckte Geld, das infolge der wirtschaftlichen Macht der Kapitalmagnaten an den Mann gebracht werden konnte. „Drucke dein Geld daheim", so lautete die Losung.

Somit war die Inflation weit davon entfernt, zur Verarmung des ganzen Volkes beizutragen. In Wirklichkeit ein Mittel zur Bereicherung einer dünnen Schicht, und aus diesen leichten und gefahrlos gemachten Gewinnen sind dann auch die gesamten Geheimrüstungen betrieben worden. Somit war die Inflation eine unerschöpfliche Möglichkeit leichten Geldgewinnes für den Kapitalisten, falls er nur bereits mächtig genug war.

Eine zweite Quelle der Finanzierung der geheimen Verbände dürften die Vermögen der früheren Herrscher darstellen. Sie haben alle ihren Besitz behalten, und da es sich hauptsächlich um Grundbesitz handelte, hat ihnen die Inflation nichts geschadet. So zahlt der Freistaat Mecklenburg seinem früheren Großherzog allein eine jährliche Rente von 200 000 Mark, ganz abgesehen von den zahlreichen Beträgen, welche an die anderen Mitglieder der früheren fürstlichen Familien gehen. Die deutsche Republik gibt so den abgesetzten Monarchen die Möglichkeit, die Feinde der Republik finanziell zu unterstützen. Zur Verteidigung dieses Vorgangs wird argumentiert, daß eine demokratische Republik das Privateigentum nicht angreifen könne. Aber die keineswegs

sozialistischen Hohenzollern haben, als sie 1866 Hannover annektierten, nicht etwa den Welfen eine Abfindungssumme gezahlt, damit diese den Kampf gegen Preußen finanzieren konnten; sie haben umgekehrt deren Vermögen zum Kampf gegen die Welfen verwendet.

Die Frage der Herkunft der großen Summen, welche die geheimen Verbände verschlangen, dürfte somit durch die Angabe dieser beiden Quellen, der Inflation und des Vermögens der Fürsten, als geklärt gelten.

Die Presse

Das große Instrument zur Verschleierung des Inflationsbetruges und zur Verdummung der öffentlichen Meinung, gleichzeitig aber auch zur Ablenkung der Volkswut vom eigentlichen Feind, dem großen Inflationsgewinnler, war die Presse.

Die Inflation hatte eine tiefgehende Umschichtung der gesamten deutschen Presse zur Folge. Ein Teil der Zeitungen hatte infolge der wirtschaftlichen Not sein Erscheinen einstellen müssen, im wesentlichen war die kleine demokratische Linkspresse betroffen worden.

In die Lücke trat eine neue Gruppe von Zeitungskonzernen, begründet von Industriellen wie Stinnes, Klöckner und Hugenberg. Gleichzeitig wurden die bestehenden Verlage immer stärker vertrustet. Häufig wurden die Redaktionen, gelegentlich sogar die Abonnenten in Bausch und Bogen mit verkauft. Die unabhängige Presse verlor immer mehr an Boden; die „rechts“politisch orientierte Schwerindustrie verstand es, durch neugegründete Inseratenorganisationen, durch unter Preis arbeitende Korrespondenzbureaus und durch

Bildung einer Maternindustrie der kleinen „neutralen" Provinzpresse eine unzweideutig „rechte" Tendenz aufzuzwingen.

Diese Kanäle zur Beeinflusung der öffentlichen Meinung wurden klargestellt durch eine Veröffentlichung in der demokratischen Wochenschrift „Die Hilfe" Ende Januar 1925.

„Die Anfänge der systematisch betriebenen rechtspolitischen Einflußnahme auf die Presse reichen zurück bis ins Jahr 1917, in dem der Geheime Finanzrat Dr. Hugenberg die Vera-Verlags-Anstalt m. b. H. mit einem Kapital von 4 Millionen Mark begründete. Das Unternehmen beteiligte sich mit maßgebenden Beträgen an ungünstig dastehenden Zeitungsunternehmungen und übernahm die Vertretung und Kontrolle kleinerer Preßerzeugnisse. Zu gleicher Zeit hatte Hugenberg auch im Aufsichtsrat der Scherlschen Unternehmungen, der Telegraphen-Union, des Deutschen Pressedienstes, der Mutuum, der Alterum, der Mitteldeutschen Verlags-A.-G. Erfurt-Halle, der München-Augsburger Abendzeitung und an einer ganzen Reihe anderer Preßunternehmungen das entscheidende Wort."

Direktor der Telegraphen-Union ist der volksparteiliche Abgeordnete Dr. Cremer. Etwa 70 Prozent der Provinzpresse hängen von ihr ab. Hugenberg und Dr. Voegler haben ihren Einfluß sogar bis in den Bildteil der kleinen Zeitungen ausgedehnt.

Hugo Stinnes hat die Beeinflussung der Presse durch den Ankauf von Zeitungen durchgeführt, während der Einfluß des Hugenbergschen Konzerns wesentlich durch die Kontrolle der bis dahin unabhängigen kleinen Presse zustande kam.

Die von der Industrie inspirierte Presse hat es in außerordentlich geschickter Weise verstanden, ihre politischen Gegner systematisch zu verleumden, sie der schwersten Verbrechen in einer Weise zu bezichtigen, die die Verleumder nicht fsasen ließ — um schließlich diese Gegner nur durch die täglich wiederholte Namensnennung vor die Pistolen der nationalen Jünglinge zu stellen. So sind die psychischen Vorbedingungen für die Attentate auf Liebknecht, Erzberger und Rathenau von der „nationalen Presse" geschaffen worden. Ähnlich wurde die Preßkampagne zur Diskreditierung der Sozialdemokratie, die von den schwerindustriellen Abgeordneten Bacmeister und Leopold finanziert wurde.

Die Wirkung der jungen völkischen Presse ist gegenüber der schwerindustriellen Zeitungsunternehmungen ganz unerheblich. Viele völkische Blätter sind, kaum gegründet, einem schnellen Tode verfallen. Auch das journalistische Niveau der völkischen Presse ist außerordentlich niedrig. Was sie von der großen Presse und den Organen der Schwerindustrie unterscheidet, ist der frische aggressive und unbekümmerte Ton.

Deutschland und Frankreich

Ausgangspunkt des erwachenden deutschen Nationalismus war zunächst der Frieden von Versailles. Er war ein Diktat auf imperialistischen Grundlagen. Seine Ungerechtigkeit hat zusammen mit der innerpolitischen Unfähigkeit der Sozialdemokratie den Nationalisten die Macht wiedergegeben, die sie 1918 verloren hatten. Der französische Nationale Block hat den deutschen Nationalisten durch eine Reihe von Maß-

nahmen geholfen, die für Frankreich nutzlos waren. aber in Deutschland die nationalistischen Gefühle aufstachelten. Die Blockade ist nicht sofort aufgehoben worden, sie hat noch Monate gedauert, so daß Tausende Deutsche verhungert sind. So hat die während des Krieges herrschende Hungersnot auch während der Zeit des Waffenstillstandes weitergedauert. Man hat die Kriegsgefangenen nicht sofort freigegeben, sie haben nicht etwa an den Reparationen mitgearbeitet, vielmehr sind sie sinnlos in den Konzentrationslagern festgehalten worden. Die Entente wollte die früheren Monarchen vor ein Gericht stellen; es war ein großer Fehler, damit Wilhelm II. eine Märtyrerkrone aufzusetzen. Die gegenseitige Sympathie der Monarchen hat diese Maßnahme verhindert. Das wurde in Deutschland so dargestellt, als ob das große Geschrei der Nationalisten Erfolg gehabt hätte.

Das unbewußte Zusammenarbeiten von deutschen und französischen Nationalisten beruhte auf der inneren Sympathie der kapitalistischen Regierung und ihrer Antipathie gegen die Sozialisten. Nun war die Opposition in Deutschland vor dem Kriege im wesentlichen sozialistisch. Die Ententebourgeoisie mußte es aber verhindern, daß der Sozialismus die Grundlage des neuen Deutschlands wurde. Die Sozialisten hatten die Regierung in jener Zeit, als eine Revolution bevorzustehen schien, aber die Revolution kam niemals. Die Sozialdemokraten glaubten, einige Ministerposten würden genügen, um sich zu halten, und es fehlte ihnen jener feste Willen, den eine herrschende Schicht haben muß. Diese Torheit und die Politik der Entente hat die Macht dem Bürgertum zurückgegeben. Denn um ihre Macht

zu behalten, hätte die sozialdemokratische Regierung irgendeinen außenpolitischen Erfolg aufweisen müssen.

Die Zahlung der Reparationen war ein soziales Problem, das vier Möglichkeiten der Lösung zuließ: 1. die deutschen Kriegs- und Inflationsgewinnler (also vor allem die Schwerindustrie) zahlen den französischen Geschädigten das ihnen Gebührende; 2. sie zahlen den französischen Kriegs- und Nachkriegsgewinnlern das, was ihnen nicht zukommt; 3. die deutschen Kriegs- und Nachkriegsverlierer (also vor allem die Arbeiter) zahlen den französischen Geschädigten das, was ihnen zukommt, oder 4. sie zahlen den französischen Kriegs- und Nachkriegsgewinnlern das, was ihnen nicht zukommt.

Der einfachste Reparationsplan, der Plan der Deutschen Gewerkschaften, ist aufgegeben worden, weil er den großen Nachteil hatte, keine Reparationsgewinne zuzulassen. Die französischen Reparationspolitiker haben deutsches Material und deutsche Handarbeit verschmäht und gewünscht, daß die Reparationen in bar zu zahlen seien.

Aber dies konnten die deutschen Kapitalisten nicht leisten, selbst wenn sie es wollten. Die Versuche der deutschen Regierung, die nötigen Devisen zu erhalten, scheiterten, denn der Besitz der Devisen war ein Weg zur Substanzerhaltung, und die Spekulation auf den Sturz der Mark war ein Mittel zur Bereicherung.

So entstanden Verfehlungen über Verfehlungen bei der Regierung, und Reparationsgewinne über Reparationsgewinne bei den deutschen Magnaten.

Noch unter der Regierung Wirth und Rathenau bestand die Möglichkeit für eine demokratische Republik mit sozialistischem Einschlag. Eine Regierung der Lin-

ken hätte die Reparationspflicht, die man heute indirekt von den Arbeitern verlangt, den Kapitalisten auferlegt. Sie hätte die Vermögen der Kronprätendenten beschlagnahmt, wie dies bisher immer üblich gewesen ist, und hätte diese Summen für die Reparationen verwendet. Die enormen Summen, die illegalen Verbänden zufließen, die die Republik bedrohen, wären für die Reparationen verwendet worden. Man hätte dann sogar die Reparationspflicht in Deutschland populär gemacht. Aber die Regierung des Nationalen Blocks hat diesen Regierungen der Linken den für ihre Existenz notwendigen außenpolitischen Erfolg nicht gegeben, da sie Angst hatte, daß eine solche Regierung die Sympathie der gesamten Arbeiterschaft Europas hätte.

Die Internationalität der Nationalisten war stärker als die der Arbeiter. Ausdruck dieser Sympathie ist auch die bemerkenswerte Tatsache, daß heute die Leute des Bloc national für die Aufrechterhaltung der vom französischen Standpunkte aus reaktionären deutschen Schulgesetze in Elsaß-Lothringen kämpften. Sie verteidigen das Werk Bismarcks gegen die religionslose Schule.

Von den vier Möglichkeiten einer Leistung von Reparationen hat man die antisoziale gewählt. Die Last der Reparationen ist auf den deutschen Arbeitern hängen geblieben. Die Schwerindustrie auf beiden Seiten hat Geschäfte gemacht, und den Geschädigten ist nur ungenügend geholfen worden. Selbstverständlich haben die verschiedenen deutschen Regierungen nicht alles in ihrer Macht Stehende getan, um Reparationen zu leisten.

Wie groß oder wie klein die deutschen Zahlungen auch sein mögen, so gab es zwischen dem, was gezahlt

worden ist, und dem, was die Geschädigten erhielten, eine zweite Barriere: die Besatzungsarmee. Das Wohlleben, der Luxus der Offiziere haben enorme Summen verschlungen, die Deutschland an die Geschädigten hätte zahlen können. Die Besatzungen des Rheinlandes sind stärker, als sie unter dem Kaiserreich waren. Aus Schulen hat man Kasernen gemacht, Felder hat man verwüstet und aus ihnen Flugplätze gemacht, öffentliche Häuser mit vollständigem Personal sind in kleinen rheinischen Städten eingerichtet worden, die diese militärischen Tugenden noch nicht kannten.

So hat die Politik des Nationalen Blocks in Deutschland den Haß gesät und die Formen der Reparationszahlungen, die möglich waren, verhindert. Die Unternehmer fürchteten die deutsche Mitarbeit, die Produzenten die deutschen Waren, die Politiker die Erstarkung Deutschlands durch eine Anleihe. Der schlechte Wille Deutschlands ist also nicht der einzige Grund, warum die Reparationsleistungen ungenügend waren.

So hat die Politik des Nationalen Blocks indirekt die Nationalisten begünstigt. Aber daneben gab es direkte Hilfe, ein direktes Zusammenarbeiten der Nationalisten beider Länder.

Es bestanden direkte Beziehungen zwischen hohen französischen Beamten und bayrischen Verschwörern. Anfang 1923 sollte eine kleine Konterrevolution stattfinden, die Wittelsbacher wieder auf den Thron gesetzt werden; zu Beginn sollten, wie üblich, einige Morde stattfinden. Nach dem Putsch wollte man sich vom Norden trennen, um ihn natürlich später wiederzuerobern, um dann den Rachekrieg zu beginnen. Die Verschwörer hielten nicht dicht, der Plan wurde verraten und schei-

terte. Mitglieder dieser Verschwörung sind übrigens gleichzeitig Mitglieder der berüchtigten Organisation C, Der Hauptbeteiligte an dem Putschplan, Hauptmann Richert, ein hoher französischer Beamter im Saargebiet, hat eine Gesamtsumme von 100 000 Goldmark den Verschwörern gegeben, die Schecks sind gefunden, die Zeugen haben geschworen, die Angeklagten gestanden. Bezeichnend für die Justiz: die Geheimbünde, die das Geld bekommen haben, hat man nicht angeklagt, aber die Vermittler, die es weitergegeben haben, sitzen im Gefängnis. Man wagte nicht die Empfänger zu strafen, denn die Geheimbünde standen im Schutz der bayrischen Regierung. Das Pikanteste an der ganzen Geschichte ist: diese bayrischen Verschwörer sind dieselben Kreise, welche die Sabotage an der Ruhrbetrieben, sind also mit Geldern bezahlt, die aus Frankreich stammen.

Auf eine Interpellation der französischen Liga für Menschenrechte hat Poincaré geantwortet, daß wohl Beziehungen des Herrn Richert mit den bayrischen Verschwörern beständen, daß aber keine offizielle Mission vorläge.

Auf die Tatsache, daß die nationalsozialistische Bewegung französische Gelder empfangen hat, haben wir bereits früher hingewiesen.

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Stahlhelm und Jungdo	1
Stahlhelmdiktatur	2
Der Jungdeutsche Orden	8
Aufmarsch in Franken	9
Der Streit mit Ehrhardt	12
Exzesse	18
Waffenlager	20
Stahlhelm und Reichswehr	21
Jungdo und Stahlhelm	24
Roßbach	
Geschichte des Freikorps Roßbach	26
Aulock	29
Die Ermordung Hermanns	33
Vergebliche Verbote	35
Satzungen	36
Ermordung eines Verräters	45
Neue Feme	49
Frontbann in Mecklenburg	50
Die Organisation C	
Kapp-Putsch	54
Umstellungen	56
Satzungen	58
Oberschlesien	61
Geldmittel	64
Morde	65
Gefangenenbefreiung	71
Ehrhardts Verhaftung u.Befreiung	72
Die Anklageschrift	73
Der Prozess gegen die O.C.	80

Die Nationalsozialisten 83

Geldquellen 83
Exzesse 86
Bataillonsbefehle 88
Waffen 94
Schicksal der Führer 96
Die kleinen Hitlerprozesse 98
Reiterkorps Wrede 100
Oberland 103
Frontbann 104
Zerfall 105

Bayern 122

Der Gegensatz Bayern-Reich 122
Königsmacher 126
Synagogensprengung 129
Mobilmachung 132
Der Putsch vom 9.Nov.1923 136
Kahr,Lossow,Seißer 139
Der Konflikt Ludendorff-Rupprecht 141
Illegales Weiterarbeiten 145
Legales Weiterarbeiten 149

Die Schwarze Reichswehr 153

Rede Zeigners 153
Oberleutnant Schulz 159
Stimmungsbild 162
Der Putsch von Küstrin 164
Studentenbataillone 170
x Die Ausschreitungen der Reichswehr in Sachsen 178
Verband Hindenburg (Hannover) 181
Der Mobilisationsplan 184
Kurzfristige Einstellungen 193
Kappisten der Reichswehr 200
Dr. Geßler spricht 206

x Gestellungsbefehle zur Schwarzen Reichswehr 174

Morde und Attentate 209

Die Denkschrift des Reichsjustizministers 211
Der preußische Untersuchungsausschuß 212
Schlageter 218
Grütte-Lehder 220
Die Ermordung des Heinz-Orbis 223
Das Attentat gegen General v. Seeckt 225
Die Ermordung des Friseurs Rausch 236
Der kleine Tschekaprozess 238
Die drei Musketiere 242
Die Morde um Güstrin 243

Landesverrat 252

Die Häufigkeit des Landesverrats 254
Reichswehrgutachten 262
Technik der Strafverfolgung 269
Der Strafgesetzentwurf 274
Die Forderungen v.Liszt 278

Prinzipielles 282

Konterrevolution 282
Republikanismus 282
Legitimismus 286
Geschichtsklitterung 290
Landsknechte u.Hochstapler 292
Heimliche Rüstungen 296
Tscheka und Feme 304
Terror 308
Völkische Theorien 314
Katholiken und vaterländische Verbände 316
Ungarn 319

"Weisse"Russen 324
Inflation 326
Steuerpolitik 334
Die Presse 339
Deutschland u. Frankreich 341